Verhandlungen

des

Reichstags.

I. Wahlperiode 1920.

Band 350.

Stenographische Berichte.

Von der 116. Sitzung am 17. Juni 1921
bis zur 133. Sitzung am 7. Juli 1921.

Berlin 1921.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

This book has been DIGITIZED
and is available ONLINE.

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

q 328.43
G31
v.350

Digitized by the Internet Archive
in 2014

https://archive.org/details/verhandlungendes350germ

Verhandlungen

des

Reichstags.

I. Wahlperiode 1920.

Band 350.

Stenographische Berichte.

Von der 116. Sitzung am 17. Juni 1921
bis zur 133. Sitzung am 7. Juli 1921.

Berlin 1921.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

9 328.43
G 31
v. 350

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Hundertsechzehnte Sitzung.

Freitag den 17. Juni 1921.

Geschäftliches 3937
Anfragen:
786, Hammer, Krüger = Hoppenrade (Nr. 1988 der Anlagen) 3938
843, Bruhn ꝛc. (Nr. 2129 der Anlagen): 3938
844, Adams ꝛc. (Nr. 2130 der Anlagen): 3939
847, Erkelenz ꝛc. (Nr. 2139 der Anlagen) verbunden mit
850, Sollmann (Köln), Dr. Meerfeld (Nr. 2142 der Anlagen) 3939
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Beschränkung des Luftfahrzeugbaues (Nr. 2158 der Anlagen) 3940
Interpellation Aderhold ꝛc: Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis (Nr. 2146 der Anlagen) 3940
Unterbrechung der Sitzung 3950
Nächste Sitzung 3957

Hundertsiebzehnte Sitzung.

Sonnabend den 18. Juni 1921.

Geschäftliches 3959
Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen (Nr. 2191 der Anlagen): 3959
Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Amnestievertrag (Nr. 1836, 2057 der Anlagen) 3959
Besprechung der Interpellation Aderhold ꝛc.: Ermordung Gareis (Nr. 2146 der Anlagen): 3960
Unterbrechung der Sitzung 3974
Vertagung der Weiterbesprechung . . . 3976
Beschlußunfähigkeit 3976
Nächste Sitzung 3977

Seite

Hundertachtzehnte Sitzung.

Montag den 20. Juni 1921.

Geschäftliches 3979
Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Wiederherstellung des deutsch-chinesischen Friedenszustandes (Nr. 2209 der Anlagen): 3979
Schluß der Besprechung der Interpellation Aderhold ꝛc.: Ermordung Gareis (Nr. 2146 der Anlagen) 3979
Nächste Sitzung 4011

Hundertneunzehnte Sitzung.

Dienstag den 21. Juni 1921.

Mitteilungen über
a) den Tod des Abgeordneten Aderhold . . 4013
b) das Grubenunglück bei Herne 4014
Geschäftliches 4014
Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten van den Kerkhoff 4014
Interpellationen Bruhn ꝛc., Dr. Stresemann ꝛc. sowie Anträge Dr. Petersen ꝛc. und Aderhold ꝛc., betreffend Ergänzungsprüfung von Beamten der Besoldungsgruppe VI (Nr. 2075 bezw. 2082, 2076, 2215 der Anlagen) . . 4015
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen (Nr. 2191 der Anlagen) 4029
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Amnestievertrag (Nr. 1836, 2057 der Anlagen) 4029
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Wiederherstellung des deutsch-chinesischen Friedenszustandes (Nr. 2209 der Anlagen): 4029
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das deutsch-französische Abkommen, betreffend Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben (Nr. 1282, 2192 der Anlagen) 4029

768743

Seite

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Abkommen, betreffend Festsetzung der Grenzen des Saargebiets (Nr. 1613, 2193 der Anlagen) 4029
Erste Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2228 der Anlagen) 4030
Erste Beratung des Reichsmietengesetzes (Nr. 2052 der Anlagen) 4030
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Nr. 1388, 1930 der Anlagen):
§ 1 4030
§ 3 4051
§ 8a 4053
Nächste Sitzung 4054

Hundertzwanzigste Sitzung.

Mittwoch den 22. Juni 1921.

Geschäftliches 4056
Interpellation Imbusch 2c.: Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis (Nr. 2249 der Anlagen): 4056
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung der Reichsversicherungsordnung (Nr. 2137 der Anlagen) 4057
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Abwickelung von Kriegsgesellschaften 2c. (Nr. 2138 der Anlagen) 4057
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät (Nr. 2210 der Anlagen) 4057
Erste Beratung des Entwurfs eines Fernsprechgebührengesetzes (Nr. 2176 der Anlagen) . . 4057
Namentliche Abstimmung über Antrag Hergt 2c. zur Interpellation Bruhn 2c.: Ergänzungsprüfung von Beamten (Nr. 2254 der Anlagen) 4057
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Nr. 1388 der Anlagen): 4058
Gesamtabstimmung 4061
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Volksentscheid (Nr. 1823, 2234 der Anlagen):
§ 14 4058
§ 20 4059
§ 27 4061
Gesamtabstimmung 4062
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Beschränkung des Luftfahrzeugbaues (Nr. 2158, 2246 der Anlagen) 4062
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals (Nr. 1401, 1906 der Anlagen) 4062

Seite

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof (Nr. 713, 1592 der Anlagen):
§ 2 4064
§ 3 4065
§ 16 4068
§ 23a 4070
§ 28 4070
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit (Nr. 1962 der Anlagen) 4072
Neuer Gegenstand der Tagesordnung: Antrag Frau Agnes 2c. auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über das Unglück auf Zeche Mont Cenis (Nr. 2268 der Anlagen) 4074
Nächste Sitzung 4083
Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung: 4084

Hunderteinundzwanzigste Sitzung.

Donnerstag den 23. Juni 1921.

Geschäftliches 4087
Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung: Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Marezky und Vogtherr (Nr. 2229 der Anlagen) 4088
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Nr. 2253 der Anlagen) 4088
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Gerichtskostengesetzes (Nr. 1884, 2236 der Anlagen) 4088
Zweite und dritte Beratung eines Gebührengesetzentwurfs für die Auslandsbehörden (Nr. 1941, 2237 der Anlagen) 4091
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals (Nr. 1401, 1906 der Anlage) 4092
Zweite Beratung des Nachtragsentwurfs zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2228, 2271 der Anlagen):
Reichspräsident 4095
Reichsministerium, Reichskanzler, Reichskanzlei 4096
Reichsfinanzministerium 4096
Allgemeiner Pensionsfonds 4096
Rechnungshof des Deutschen Reichs . . . 4096
Reichsjustizministerium 4096
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Nr. 2153 der Anlagen) 4107
Verhandlung abgebrochen 4113
Nächste Sitzung 4113

Seite

Hundertzweiundzwanzigste Sitzung.

Freitag den 24. Juni 1921.

Geschäftliches 4116
Anfragen:
852, v. Schoch ꝛc. (Nr. 2168 der Anlagen) 4117
853, Hensel (Ostpreußen) ꝛc. (Nr. 2179 der Anlagen) 4117
855, Dr. Semmler, Dr. Hoetzsch (Nr. 2181 der Anlagen) 4118
859, Henning ꝛc. (Nr. 2186 der Anlagen) 4118
861, Beuermann ꝛc. (Nr. 2188 der Anlagen) 4119
863, Sivkovich ꝛc. (Nr 2201 der Anlagen) 4119
864, Schwarz (Baden) (Nr. 2202 der Anlagen) 4120
866, Plettner ꝛc. (Nr. 2204 der Anlagen) 4120
867, Plettner ꝛc. (Nr. 2205 der Anlagen) 4121
869, Dr. Maretzky ꝛc. (Nr. 2207 der Anlagen) 4122
870, Lind (Nr. 2212 der Anlagen) . . 4123
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich (Nr. 2235 der Anlagen) . 4123
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit (Nr. 2053, 2272 der Anlagen) 4123
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 1157, 2274 der Anlagen):
Art. 1 4124
Beschlußunfähigkeit 4126
Nächste Sitzung 4126

Handertdreiundzwanzigste Sitzung.

Freitag den 24. Juni 1921.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 2274 der Anlagen) . . . 4127
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof (Nr. 713, 1592, 2287 der Anlagen) 4127
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (Nr. 876, 2251 der Anlagen) 4128
Zweite Beratung eines Nachtragsentwurfs zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2228, 2294 der Anlagen):
Vorläufiger Reichswirtschaftsrat 4141

Seite

Reichsschatzministerium 4142
Reichswehrministerium 4142
Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft über
a) eine Entschließung, betreffend eine Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Fleischversorgung (Nr. 1687 der Anlagen) 4144
b) die Zwangswirtschaft der Kommunalverbände (Nr. 1786 der Anlagen) 4144
c) die Zwangsbewirtschaftung des Leims (Nr. 1787 der Anlagen) 4145
d) Entschließungen über eine Verordnung über Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionseinrichtungen (Nr. 1933 der Anlagen) 4145
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Nr. 2153 der Anlagen) 4145
Nächste Sitzung 4152

Hundertvierundzwanzigste Sitzung.

Sonnabend den 25. Juni 1921.

Geschäftliches 4153
Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten im Ausland (Nr. 2289 der Anlagen) 4153
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof (Nr. 2290 der Anlagen) 4154
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe von Schuldverschreibungen für die Sicherstellung der Reparationsverpflichtungen (Nr. 2295 der Anlagen) 4154
Mündlicher Bericht des 13. Ausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel (Nr. 2296 der Anlagen) 4154
Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2228, 2310 der Anlagen):
Reichswirtschaftsministerium:
Einmalige Ausgaben,
Kap. 1 4155
Kap. 1, Tit. 19 4157
Kap. 7, Tit. 2 4159
Nächste Sitzung 4160

Hundertfünfundzwanzigste Sitzung.

Montag den 27. Juni 1921.

Geschäftliches 4161
Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses: Strafverfolgung Heydemann (Nr. 2311 der Anlagen) 4161

Seite

Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2323 der Anlagen):
Reichsministerium für Wiederaufbau . . 4162
Reichsarbeitsministerium 4162
Reichsverkehrsministerium 4162
Beratung des schleunigen Antrags Dr. Becker (Hessen) 2c.: Außerkraftsetzung der Verordnung über die deutschen Flaggen (Nr. 2304 der Anlagen) 4163
Namentliche Abstimmung 4186
Erste Beratung des schleunigen Antrags Müller (Franken) 2c. über den Gesetzentwurf, betreffend Gleichstellung der Frauen in der Justiz (Nr. 2313 der Anlagen) 4186
Nächste Sitzung 4186
Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung: 4187

Hundertsechsundzwanzigste Sitzung.

Dienstag den 28. Juni 1921.

Geschäftliches 4192
Anfragen:
860, Schwarz (Baden), Frau Ziegler (Württemberg) (Nr 2187 der Anlagen) 4192
874, Seppel (Nr. 2221 der Anlagen): 4193
875, Dr. Wienbeck 2c. (Nr. 2222 der Anlagen) 4194
879, Dr. Levi 2c. (Nr. 2230 der Anlagen): 4194
882, Korell 2c. (Nr. 2239 der Anlagen): 4195
884, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2242 der Anlagen) 4195
885, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2243 der Anlagen) 4195
886, Schultz (Bromberg) 2c. (Nr. 2244 der Anlagen) 4196
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht (Nr. 2103, 2318 [berichtigt] der Anlagen) 4197
Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2328 der Anlagen):
Reichsministerium des Innern 4197
Freifahrtkarten der Reichsratsmitglieder: 4215
Reichsgesetzblatt 4216
Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke 4217
Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste: 4217
Reichsfilmstelle 4218
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft:
Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung 4219
Weiterberatung vertagt 4219
Nächste Sitzung 4220

Seite

Hundertsiebenundzwanzigste Sitzung.

Donnerstag den 30. Juni 1921.

Geschäftliches 4221
Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses: Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr (Nr. 2276 der Anlagen) 4222
Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung von im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen (Nr. 2331 der Anlagen) 4222
Bericht des 30. Ausschusses über Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten (Nr. 2309 der Anlagen) 4222
Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann 2c.: Beseitigung der „Sanktionen" (Nr. 2094 der Anlagen) 4235
Weiterberatung vertagt 4247
Zweite Beratung des Wehrmachtversorgungsgesetzes (Nr. 1648, 2351 der Anlagen) . . 4229
Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2328, 2347 der Anlagen):
Reichsverkehrsministerium 4230
Beratung unterbrochen 4235
Nächste Sitzung 4247

Hundertachtundzwanzigste Sitzung.

Freitag den 1. Juli 1921.

Geschäftliches 4250
Anfragen:
887, D. Dr. Schreiber (Nr. 2255 der Anlagen) 4250
888, Plettner 2c. (Nr. 2263 der Anlagen) 4251
889, Meier (Zwickau) (Nr. 2264 der Anlagen) 4252
891, Plettner 2c. (Nr. 2266 der Anlagen 4252
892, Dr. Semmler 2c. (Nr. 2282 der Anlagen) 4253
896, Dr. Reichert 2c. (Nr. 2291 der Anlagen) 4253
899, Trieschmann (Nr. 2300 der Anlagen) 4253
900, Trieschmann (Nr. 2301 der Anlagen) 4254
901, Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), Dr. Radbruch (Nr. 2302 der Anlagen) 4254
902, Kunert (Nr. 2305 der Anlagen) . . 4255
904, Frau Pfülf, Vogel (Franken) (Nr. 2307 der Anlagen) 4256
Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen (Nr. 2360 der Anlagen) 4256

Seite

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Entschädigungsordnung für Schäden aus Anlaß des Krieges ꝛc. (Nr. 2332 der Anlagen) 4257
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Müller (Franken) ꝛc., betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen (Nr. 2329 der Anlagen) 4257
Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Aufhebung der Bundesratsbekanntmachung über Errichtung von Betriebsverbänden in Binnenschiffahrt ꝛc. (Nr. 2349 der Anlagen): 4257
Interpellation Dr. Stresemann ꝛc.: Beseitigung der „Sanktionen" (Nr. 2094 der Anlagen) (Schluß) 4258
Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend den Staatsgerichtshof (Nr. 713, 2376 der Anlagen) 4270
Nächste Sitzung 4293

Hundertneunundzwanzigste Sitzung.

Sonnabend den 2. Juli 1921.

Geschäftliches 4295
Interpellation Hoffmann (Berlin) ꝛc.: Aufhebung des Schwerkriegsbeschädigten-Lazaretts Charlottenburg (Nr. 2393 der Anlagen) . . 4296
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Anmeldung des zur Durchführung des Art. 202 des Friedensvertrags beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts (Nr. 2337 der Anlagen) 4296
Erste Beratung des Altrentnergesetzes (Nr. 2373 der Anlagen) 4296
Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte ꝛc. (Nr. 2374 der Anlagen) 4296
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die patentamtlichen Gebühren (Nr. 2375 der Anlagen) 4296
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland (Nr. 2289, 2350 der Anlagen) 4297
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050, 2345 der Anlagen) 4297
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Nr. 2253, 2377 der Anlagen) 4298
Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses über Entschließungen, betreffend Einkommensteuerfragen (Nr. 2267 der Anlagen) 4298
Interpellationen Imbusch ꝛc. sowie Rosemann ꝛc.: Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis (Nr. 2249 beziehungsweise 2269 der Anlagen) 4298
Zweite Beratung des Nachtragsetats für 1921 (Nr. 2151 der Anlagen):
Reichsschuld 4343
Ausführung des Friedensvertrags 4343
Allgemeine Finanzverwaltung 4343
Reichspost 4344
Ministerium für Ernährung ꝛc. (Schluß):
Verbilligung von Auslandsmais . . . 4344
Reichsverkehrsministerium 4354
Nächste Sitzung 4357

Hundertdreißigste Sitzung.

Montag den 4. Juli 1921.

Geschäftliches 4360
Interpellation Hergt ꝛc. Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk (Nr. 2405 der Anlagen) 4360
Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsaß-lothringischen Beamten ꝛc. (Nr. 2367 der Anlagen) 4360
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften ꝛc. (Nr. 2138, 2368 der Anlagen) 4360
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsvertrag, betreffend Übergang der Wasserstraßen auf das Reich (Nr. 2235, 2369 der Anlagen) 4360
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Versorgung der vor 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen (Altrentner) (Nr. 2373 der Anlagen) . . . 4361
Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2347, 2371 der Anlagen):
Reichswehrministerium (Marine) 4362
Auswärtiges Amt:
Zentrale für Heimatdienst 4367
Reichstag 4373
Etatsgesetz 4373
Zweite und dritte Beratung des Fernsprechgebührengesetzentwurfs (Nr. 2176, 2378 der Anlagen) 4374
Zweite Beratung des Wehrmachtversorgungsgesetzentwurfs (Nr. 1648, 2351 der Anlagen):
§ 1 4376
§ 2 4379
§ 7 bis 15 4381
§ 28 4383
§ 31 4383
§ 49 4387
§ 54a 4387
§ 71 4388
§ 76 4388

Seite

Petitionen 4389
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Marx über religiöse Kindererziehung (Nr. 1459, 2317 der Anlagen):
§ 1 4389
§ 6 4393
Petitionen 4394
Nächste Sitzung 4395

Hunderteinunddreißigste Sitzung.

Dienstag den 5. Juli 1921.

Geschäftliches 4398
Anfragen:
906, Dr. Deermann (Nr. 2313 der Anlagen) 4398
907, Dr. Deermann (Nr 2314 der Anlagen) 4399
910, v. Gallwitz (Nr. 2321 der Anlagen) 4399
911, Graef (Thüringen) (Nr. 2324 der Anlagen) 4400
913, Künstler (Nr. 2334 der Anlagen): 4400
914, v. Graefe (Mecklenburg) 2c. (Nr. 2335 der Anlagen) 4401
915, D. Mumm 2c. (Nr. 2336 der Anlagen) 4401
Interpellation Dr. Lauscher 2c.: Verkehrsnot im Kreise Monschau (Nr. 2440 der Anlagen): 4402
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das deutsch-russische Ergänzungsabkommen, betreffend Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen (Nr. 2386 der Anlagen): 4402
Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über Besatzungszulagen (Nr. 1663, 2403 der Anlagen) 4402
Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über Beamtenbesoldungsangelegenheiten (Nr. 1651, 2421 der Anlagen) . . 4402
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050, 2345 der Anlagen):
§ 1 4402
§ 4a 4414
Zweite Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151 der Anlagen), Abstimmungen 4416
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen (Nr. 2360, 2408 der Anlagen) . . 4417
Dritte Beratung des Wehrmachtversorgungsgesetzentwurfs (Nr. 1648, 2351 der Anlagen) 4417
Interpellation Müller (Franken) 2c. sowie Frau Agnes 2c.: Verfahren gegen Herrn v. Jagow (Nr. 2428 beziehungsweise 2439 der Anlagen) 4402
Nächste Sitzung 4440

Hundertzweiunddreißigste Sitzung.

Mittwoch den 6. Juli 1921.

Geschäftliches 4442
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das deutsch-belgische Abkommen zu Art. 312 des Friedensvertrags (Nr. 2397 der Anlagen) 4442
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Reichsbeamtengesetzes (Nr. 2358 der Anlagen) . . 4442
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Beamtenvertretungen (Nr. 2359 der Anlagen): 4443
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Neuregelung von im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen (Nr. 2321, 2433 der Anlagen) 4443
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung (Nr. 2340, 2429 der Anlagen) 4445
§ 1255 4451
§ 1258 4452
§ 1285 4453
§ 1287 4454
§ 1291 4455
§ 1393 4456
Art. III Abschnitt A 4456
Abschnitt C 4457
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte usw. (Nr. 2374, 2434 der Anlagen) . . . 4457
Petition 4458
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Wochenhilfe usw. (Nr. 2342, 2447 der Anlagen) 4458
Abstimmung über den Antrag Hoffmann (Berlin) zur Interpellation Agnes: Verfahren gegen v. Jagow (Nr. 2471 der Anlagen) 4465
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050, 2345, 2460 der Anlagen) 4465
Mündlicher Bericht des Bevölkerungsausschusses, betreffend Alkoholmißbrauch (Nr. 2438 der Anlagen) 4466
Dritte Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921 (Nr. 2151, 2456 der Anlagen):
Allgemeine Aussprache 4467
Reichstag, verbunden mit der ersten, zweiten und dritten Beratung des

Seite

Gesetzentwurfs Müller (Franken) 2c. Änderung des Besoldungsgesetzes 2c. (Nr. 2478 der Anlagen) 4504
Reichswirtschaftsministerium 4506
Reichsarbeitsministerium 4506
Reichsjustizministerium 4507
Reichsschatzministerium 4510
Reichsernährungsministerium 4511
Allgemeine Finanzverwaltung 4513
Reichsverkehrsministerium 4513
Nächste Sitzung 4514

Hundertdreiunddreißigste Sitzung.

Donnerstag, den 7. Juli 1921.

Geschäftliches 4518
Petitionen, von den Ausschüssen zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erachtet (Nr. 2469 der Anlagen) 4518
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Forderungen im Ausgleichsverfahren (Nr. 2462 der Anlagen): 4518
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Metallreserven der Privatnotenbanken (Nr. 2463 der Anlagen): 4519
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend deutsch-russisches Ergänzungsabkommen über Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen 2c. (Nr. 2386, 2480 der Anlagen) 4519
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt 2c. (Nr. 2349, 2489 der Anlagen) 4519
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über anderweite Festsetzung der Leistungen 2c. in der Invalidenversicherung (Nr. 2340, 2429, 2484 der Anlagen) 4520
Art. II, Abschn. A 4521
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Wochenhilfe 2c. (Nr. 2342, 2447, 2488 der Anlagen) 4527
Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend Strafverfolgungen Höllein sowie Körner (Nr. 2493 der Anlagen) 4531
Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe über Verdrängungsschäden sowie Kolonialschäden, Auslandsschäden und Entschädigungsordnung (Nr. 1021 und 2441, beziehungsweise 1020 und 2442, beziehungsweise 1019 und 2443, beziehungsweise 2332 und 2461 der Anlagen) 4532

Seite

Erste Beratung des Gesetzentwurfs Dr. Curtius 2c: Reichswirtschaftsgericht (Nr. 2459 der Anlagen) 4545
Bericht des Volkswirtschaftsausschusses: Erwerbslosenfürsorge (Nr. 2455 der Anlagen): 4545
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Müller (Franken) 2c.: Entschädigung der Mitglieder des Reichstags (Nr. 2436 der Anlagen) 4560
Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über Anträge Dr. Petersen 2c., betreffend Ergänzungsprüfung für Sekretäre (Nr. 2076, 2215, 2401 der Anlagen) . . 4560
Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz (Nr. 1837, 2483 der Anlagen) 4561
Zweite und dritte Beratung des schleunigen Antrags Müller (Franken) 2c.: Gleichstellung der Frauen in der Justiz (Nr. 2312, 2435 der Anlagen) 4562
Berichte des Reichshaushaltsausschusses über Petitionen (Nr. 2288, 2372 der Anlagen): 4563
Berichte des Ausschusses für die Petitionen (Nr. 2111, 2218, 2278, 2425, 2466 der Anlagen) 4563
Berichte des Volkswirtschaftsausschusses über Petitionen (Nr. 2023 bis 2027, 2154 bis 2256 nebst Entschließung, 2217, 2252, 2422 der Anlagen) 4563
Berichte des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über Petitionen (Nr. 2118, 2178 nebst Entschließung, 2279, 2280, 2423 der Anlagen) 4563
Berichte des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über Petitionen (Nr. 2449, 2468 der Anlagen) 4563
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ausführung des Friedensvertrags über eine Petition (Nr. 2245 der Anlagen) 4563
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungswesen über Petitionen (Nr. 2467 der Anlagen) 4563
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen über Petitionen (Nr. 2424 der Anlagen) 4563
Berichte des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten über Petitionen (Nr. 2177, 2450 nebst Entschließung der Anlagen) 4563
Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Branntweinmonopol (Nr. 2281 der Anlagen) 4564
Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Nr. 1883 der Anlagen) 4564
Nächste Sitzung 4565

(A)

116. Sitzung.

Freitag den 17. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 3937C

Anfragen:

786, Hammer, Krüger-Hoppenrade (Nr. 1988 der Anlagen):

Hammer (D.Nat.) 3938A

Knebel, Geheimer Regierungsrat: 3938C

843, Bruhn ꝛc. (Nr. 2129 der Anlagen):

Bruhn (D.Nat.) 3938D, 3939A

Wiemack, Ober-Regierungsrat . . 3938D

(B) 844, Adams ꝛc. (Nr. 2130 der Anlagen):

Adams (D.Vp.) 3939B

Dr. Graf Adelmann, Geheimer Regierungsrat 3939B

847, Erkelenz ꝛc. (Nr. 2139 der Anlagen),

verbunden mit

850, Sollmann (Köln), Dr. Meerfeld (Nr. 2142 der Anlagen):

Erkelenz (D.D.) 3939C

Sollmann (Köln) (S.): . 3939D, 3940B

Dr. Denhard, Ministerialdirektor: 3939D, 3940B

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über **Beschränkung des Luftfahrzeugbaues** (Nr. 2158 der Anlagen):

Bredow, Ministerialdirektor . . . 3940C

Interpellation Aderhold ꝛc: **Ermordung** des bayerischen Landtagsabgeordneten **Gareis** (Nr. 2146 der Anlagen):

Unterleitner (U.S.), Interpellant: 3940D, 3951A

Dr. Wirth, Reichskanzler 3953A

Unterbrechung der Sitzung 3950B

Seite (C)

Nächste Sitzung:

Müller (Franken) (S.) 3957B

Schultz (Bromberg) (D.Nat.) . . 3957B

Erkelenz (D.D.) 3957C

Dr. Heim (Bay.Vp.) 3957C

Hoffmann (Berlin) (V.K.) . . . 3957C

Dr. Fleischer (Z.) 3957D

Die Sitzung wird um 1 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Schreiben des Herrn Reichsministers des Innern über Veränderungen im Reichsrat bitte ich zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:**

Mit Bezug auf Art. 33 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 teile ich ergebenst mit, daß von Preußen der Ministerialrat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Geheimer Regierungsrat Wende zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat ernannt worden ist.

Präsident: Als Vorlage ist eingegangen der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. (D)

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Deglerk, Dr. Rießer
die Abgeordneten Dr. Hoetzsch, Dr. Quaatz;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Bruhn
der Abgeordnete Dr. Wienbeck;

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Kahmann, Plettner, Baumann, Cuno
die Abgeordneten Brey, Eckardt, Diez, Beythien;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Brüninghaus, Eggerstedt, Dr. Meerfeld
die Abgeordneten Dr. Moldenhauer, Meier (Zwickau), Frau Schroeder (Schleswig-Holstein);

in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Gildemeister, Schlack
die Abgeordneten Dr. Zapf, Feilmayer;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Trieschmann
der Abgeordnete Keinath;

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Warmuth
der Abgeordnete Schultz (Bromberg);

in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Brodauf, Budjuhn
die Abgeordneten Kopsch, Gutknecht:

in den 30. Ausschuß für die Abgeordneten Schulze (Berlin), Schwarz (Hessen)
die Abgeordneten Biener, Dr. Lauscher.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Dr. Kulenkampff, Warmuth für 2 Tage, Domsch (Dresden) für 3 Tage.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Herren Abgeordneten

D. Strathmann für 10 Tage wegen Krankheit,

Dr. Stresemann für 3 Wochen wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 786, Hammer, Krüger-Hoppenrade (Nr. 1988 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter:

Die Zurücksetzung der Vorortbewohner an der Anhalter Bahn gegenüber dem Vorortverkehr an den anderen von Berlin ausgehenden Bahnlinien ist seit vielen Jahren der Gegenstand öffentlicher Erörterungen, um so mehr, da viele Vorortstrecken bis zu 50 Kilometer Entfernung von Berlin Vorortsverkehr- und Vorortttarife genießen, während auf der Anhalter Bahn derselbe nur bis Lichterfelde-Ost, also nur 9,2 Kilometer geführt wird.

Auf vielfache Beschwerden und Vorschläge, die ich als Mitglied des Abgeordnetenhauses schon vor zwölf Jahren machte, wurden die gefährlichen Wegeüberführungen in Groß-Lichterfelde als Grund gegen einen **Ausbau der Vorortstrecke über Lichterfelde hinaus** von der preußischen Regierung angegeben. Grund und Boden wurden unentgeltlich von den beteiligten Gemeinden und Besitzern angeboten, aber stets abgelehnt. Nun ist der Umbau in Lichterfelde-Ost in zweckmäßiger (B) Weise schon seit Jahren fertiggestellt, aber weder Ausbau der Vorortstrecke noch Erweiterung der Vorortttarife bis Jüterbog, beziehungsweise Luckenwalde ist bisher erfolgt.

Die Bewohnerzahl, die Industrie- und Gewerbebetriebe in den zumeist beteiligten Orten über Lichterfelde hinaus, also Teltow, Ludwigsfelde Großbeeren, Trebbin, Tyrow und besonders in den Industrieorten Luckenwalde und Jüterbog haben ständig zugenommen, so z. B. fahren von Luckenwalde täglich hin und zurück etwa 200 Angestellte und Arbeiter nach ihren Betrieben in Berlin, die nur durch diesen Bahnverkehr lohnende Arbeit finden können. Noch schwerer werden die Angehörigen des Mittelstandes durch diese offenbare Zurücksetzung in ihrer Berufstätigkeit auf das empfindlichste geschädigt. Die hohen Preise für die Monatskarten sind von vielen nicht zu erschwingen und damit einer erheblichen Anzahl von Erwerbstätigen — die ebenso wie die an den begünstigten Vorortstrecken vorhandenen Fahrgäste ihre Steuern aufbringen müssen — es unmöglich gemacht, ihren Berufen nachzugehen.

Welche Gründe liegen jetzt noch vor, die Anwohner dieser Strecke noch weiter so schwer zu schädigen?

Ist die Reichsregierung bereit, den seit etwa zwölf Jahren eingereichten Gesuchen der beteiligten Gemeinden und erwerbstätigen Stände, wenigstens die Vorortttarife bis Jüterbog auf der Anhalter Bahn zu bewilligen, zu entsprechen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Knebel.

Knebel, Geheimer Regierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es trifft zu, daß die Bewohner der Ortschaften an der Anhalter Bahn gegenüber den Bewohnern an anderen von Berlin ausgehenden Strecken dadurch ungünstiger gestellt sind, daß der Vorortverkehr bereits in Groß-Lichterfelde-Ost, also in einer Entfernung von etwa 9 Kilometer, endet. Es war in Aussicht genommen, durch den Bau eines dritten und vierten Gleises, das die Trennung des Fern- und Vorortverkehrs ermöglicht hätte, diesen Zustand zu beseitigen. Die Bauarbeiten sind aber infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges ins Stocken geraten. Zum Teil hat das bereits gelegte Gleis wieder aufgenommen werden müssen, um zu noch dringlicheren Bauten verwendet zu werden. Die Wiederaufnahme der Arbeiten ist bei der jetzigen bedrängten wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen auf längere Zeit ausgeschlossen. Für den Bau des dritten und vierten Gleises allein bis Trebbin würden nach dem Überschlag etwa 128 Millionen Mark erforderlich sein, deren Bereitstellung unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich ist. Ohne eine Trennung des Vorort- vom Fernbetriebe kann aber nach den gemachten Erfahrungen ein verbilligter Vorortttarif nicht eingeführt werden. Die Eisenbahnverwaltung würde sich in kurzer Zeit einem Verkehr gegenüber sehen, den sie mit den zur Verfügung stehenden Anlagen und Betriebsmitteln nicht bewältigen könnte. Zu meinem Bedauern bin ich daher nicht in der Lage, zurzeit eine **Ausdehnung des Vorortverkehrs und Vorortbetriebes über Groß-Lichterfelde-Ost hinaus** in Aussicht stellen zu können.

(C) Im übrigen bemerke ich, daß mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, inzwischen die Einführung von ermäßigten **Zeitkartentarifen** angeordnet ist. Danach (D) sollen die Monatskarten jetzt nach 16 statt nach 20 Einzelfahrten im Monat gebildet und die Wochenkarten zu $^{7}/_{28}$ statt zu $^{10}/_{30}$ des Monatspreises berechnet werden. Wenn alsdann bei täglich einmaliger Hin- und Rückfahrt die Monatskarten an acht Tagen und die Wochenkarten an zwei Tagen benutzt worden sind, so fahren die Inhaber die übrige Zeit frei. Die Tarifherabsetzungen werden am 1. September dieses Jahres eingeführt werden.

Inwieweit die Zugverbindungen mit Berlin verbessert werden können, wird geprüft werden.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage

Nr. 843, Bruhn und Genossen (Nr. 2129 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 11. Mai den Antrag Müller (Franken), Burlage, Hergt, Dr. Cremer, Schiffer, Leicht und Genossen angenommen, in dem gefordert wurde, das **Zeitungsdruckpapier** in die Tarifklasse B ohne Erhebung eines Zuschlags für gedeckte Wagen zu versetzen.

Wir fragen an, welche Maßnahmen zur Durchführung dieses Beschlusses seitens der Reichsregierung getroffen worden sind.

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der Herr Ober-Regierungsrat Wiemack.

Wiemack, Oberregierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der Herr Reichsverkehrsminister ist nicht in der Lage, die Versetzung von Zeitungsdruckpapier aus der Tarifklasse A in die Klasse B oder seine Aufnahme in das Verzeichnis II der ohne Zuschlag in bedeckten Wagen zu befördernden Güter herbeizuführen.

(**Wiemack**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Der Antrag auf **Detarifierung des Zeitungsdruckpapiers** ist auf Veranlassung des Reichsverkehrsministers von der zur Behandlung derartiger Anträge berufenen Ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen untersucht worden, die in Gemeinschaft mit dem ihr beigeordneten Ausschuß der Verkehrsinteressenten sich einstimmig gegen den Antrag ausgesprochen hat.

Beide Körperschaften gingen bei ihrer ablehnenden Haltung davon aus, daß das Zeitungsdruckpapier bei der erst im vorigen Jahre gründlich nachgeprüften Aufstellung der Güterklassifikation richtig eingereiht sei und daß daher seine Detarifierung die weitgehendsten Berufungen zugunsten anderer Artikel im Gefolge haben müßte. Von dem Berichterstatter des Ausschusses der Verkehrsinteressenten wurde dabei auf die günstige Lage und die hohen Gewinne der Fabriken für Zeitungsdruckpapier besonders hingewiesen.

Dieser Auffassung stimmt der Herr Reichsverkehrsminister zu. Die schlimme Lage der Eisenbahnfinanzen macht es ihm unmöglich, für Aufgaben, die außerhalb seines Ressorts liegen, Opfer zu bringen. Er muß es daher ablehnen, für Zeitungsdruckpapier eine Frachtermäßigung zuzugestehen, die für die Verwaltung einen auf andere Weise nicht auszugleichenden unmittelbaren Einnahmeausfall von jährlich 20 bis 30 Millionen Mark im Gefolge hätte.

Die Reichsregierung ist der Auffassung des Herrn Reichsverkehrsministers beigetreten.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Ist der Reichsregierung bekannt, daß es sich um einen einstimmigen Beschluß des Reichstages handelt, und wird sie sich veranlaßt sehen, (B) über ihre ablehnende Haltung dem Reichstag zu einer Aussprache Gelegenheit zu geben?

Präsident: Wird das Wort noch gewünscht? — Diese Antwort wird zunächst nicht gegeben. Die Anfrage ist damit erledigt.

Zur Verlesung der Anfrage

Nr. 844 Adams und Genossen (Nr. 2130 der Drucksachen)

hat das Wort der Herr Abgeordnete Adams.

Adams, Abgeordneter:

Zeitungsnachrichten zufolge haben in der Nacht zum 2. Juni in Eschweiler **marokkanische Soldaten** ohne jeden Grund auf Passanten geschossen. Ein Arbeiter und ein Schutzmann sind als Opfer zu beklagen, ein weiterer Arbeiter schwer verletzt.

1. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die deutsche Bevölkerung vor solchen Gefahren zu schützen und Wiederholungen zu verhindern?

2. Ist die Reichsregierung bereit, eine hinreichende Bestrafung der Täter und eine ausreichende Entschädigung für die Hinterbliebenen zu verlangen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Dr. Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelmannsfelde**, Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: In der Nacht zum 2. Juni 1921 hat ein am Ichenbergtunnel bei **Eschweiler** stehender **französischer Posten**, ein marokkanischer Soldat, nachdem er bereits mehrere Passanten belästigt hatte, einen vorübergehenden jugendlichen Arbeiter, Jacob Koch, angehalten und in eine umzäunte Baustelle gezerrt. Kurze Zeit darauf (C) fiel ein Schuß und einige Stunden später wurde Koch erschossen in der Baustelle liegend gefunden.

Nachdem der Schuß gefallen war, eilte der Posten in größter Erregung zur Wache, aus der bald 3 Soldaten heraustraten, von denen einer laut schreiend einen Schuß abfeuerte, durch den er sich anscheinend selbst verletzte. Zwei in der Nähe befindliche Polizeibeamte traten mit dem Ruf „Halt Polizei" vor. Darauf feuerten die Soldaten auf die Polizeibeamten

(hört! hört! rechts)

und einige in deren Nähe stehende Zivilisten, wodurch der Polizeiwachtmeister Schmitz tödlich verletzt und der Arbeiter Pannes verwundet wurde.

(Zuruf rechts: Unerhört!)

Wegen des unerhörten Vorfalls, an dem die beklagenswerten Opfer völlig schuldlos waren, ist der Reichskommissar alsbald bei der Rheinlandkommission vorstellig geworden. Außerdem ist der deutsche Botschafter in Paris angewiesen worden, bei der französischen Regierung Bestrafung der Täter sowie eine ausreichende materielle Sicherstellung der Hinterbliebenen zu fordern.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 847, Erkelenz u. Gen. (Nr. 2139 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter:

Nach mir zugegangenen Nachrichten bestehen in den Kreisen der fremdländischen Besatzungsbehörden im Rheinland Pläne auf **Errichtung eines selbständigen Spiritusmonopols im besetzten Rheinland.** Es soll damit die wirtschaftliche Verbindung des Rheinlands mit dem Deutschen Reiche gelockert und größeren Mengen fremden (D) Sprits der Eingang ins besetzte Gebiet verschafft werden. In Hinsicht auf diese Pläne werden schon jetzt große Mengen französischen Kognaks durch belgische und französische Firmen ins besetzte Gebiet eingeführt. Dabei spielt ein früherer deutscher Offizier eine mehr als zweifelhafte Rolle?

Sind der Reichsregierung diese Pläne bekannt? Wie denkt sie diesen Plänen entgegenzuwirken?

Präsident: Denselben Gegenstand betrifft auch die folgende Anfrage. Die Anfragen sollen gemeinschaftlich beantwortet werden. Ich bitte deshalb den Herrn Abgeordneten Sollmann (Köln), die

Anfrage Nr. 850, Sollmann (Köln), Dr. Meerfeld (Nr. 2142 der Drucksachen),

zu verlesen.

Sollmann (Köln), Abgeordneter:

Zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz und rheinischen Spiritusinteressenten haben jüngst Verhandlungen zur Herbeiführung eines **französisch-rheinischen Spiritusmonopols** stattgefunden. Die Handelskammer in Köln hat Sachverständige in einen Beirat für dieses französische Projekt ernannt.

Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Sind Maßnahmen getroffen, um das Durchbrechen des deutschen Spiritusmonopols zu verhindern?

Präsident: Zur Beantwortung der beiden Anfragen hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Denhard.

Denhard, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist bekannt, daß alsbald nach Durchführung

(**Denhard**, Ministerialdirektor.)

(A) der Sanktionen auf Anordnung der Rheinlandskommission von dem Ausfuhramt in Ems in erheblichem Umfange **Einfuhrbewilligungen für ausländischen Alkohol** erteilt worden sind. Inwieweit und durch wen auf diese Einfuhrbewilligungen eine Einfuhr tatsächlich erfolgt ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen; desgleichen nicht, ob dabei ein früherer deutscher Offizier eine Rolle gespielt hat. Nach einer Erklärung der Kölner Handelskammer sollen jedoch angesehene deutsche Firmen an der Einfuhr nicht beteiligt sein, diese vielmehr nur von ausländischen Firmen und von zum Teil völlig unbekannten deutschen Firmen, deren Namen in einzelnen Fällen noch nicht einmal in dem Adreßbuch der betreffenden Orte zu finden gewesen seien, vorgenommen sein.

Im übrigen hat bereits anfangs Mai dieses Jahres die Interalliierte Rheinlandkommission die im besetzten Gebiete lagernden **Branntweinvorräte** der Monopolverwaltung **beschlagnahmt** und den Branntweinmonopoldienst ihrer Aufsicht unterstellt.

Da infolge der Beschlagnahme der Branntweinbestände der Monopolverwaltung für die Spiritus verbrauchenden Industrien hinsichtlich der Belieferung von Branntwein Schwierigkeiten entstanden, haben sich diese an die Rheinlandkommission mündlich und schriftlich wegen Freigabe des beschlagnahmten Branntweins gewandt. In der zweiten Hälfte Mai ist dann von der Rheinlandkommission die Anregung gegeben worden, alle deutschen Spiritusinteressenten im besetzten Gebiet, seien es Erzeuger oder Verbraucher, möchten sich zu einem Verband oder **Syndikat** zusammenschließen, welche die Rheinlandkommission bei den von ihr zu treffenden Maßnahmen beraten können. Daraufhin ist unter Mitwirkung der Handelskammer in Köln ein Ausschuß von 15 Vertretern aus sämtlichen Teilen des besetzten Gebietes gebildet worden.

(B) Am 9. Juni hat dann die Rheinlandkommission die Verordnung Nr. 89 erlassen. Nach dieser ist einmal die Erzeugung von Alkohol unter die Kontrolle der Rheinlandkommission gestellt und ihr die Bestimmung über dessen Verwendung und über die Preisfestsetzung vorbehalten. Des weiteren darf der gesamte Vorrat an Alkohol, der sich augenblicklich im besetzten Gebiet im Besitze der Branntweinmonopolverwaltung befindet, nur mit Genehmigung des **Alkoholkomitees** verkauft werden. Schließlich ist auch die Festsetzung der Höhe des Monopolausgleichs bei der Einfuhr von Alkohol aus dem Auslande dem Alkoholkomitee übertragen worden.

Die deutschen Vertretungen in London, Paris und Brüssel haben Weisung erhalten, gegen die Anordnungen der Rheinlandkommission nachdrücklich Einspruch zu erheben und die Wiederherstellung der Reichsmonopolverwaltung im besetzten Gebiet zu verlangen.

Präsident: Zur Ergänzung hat das Wort der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter:

Ist die Reichsregierung bereit, jetzt noch Verhandlungen mit der Rheinlandkommission einzuleiten, die die Wiederherstellung des deutschen Branntweinmonopols im besetzten Gebiete zum Ziele haben?

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat der Herr Ministerialdirektor Denhard.

Denhard, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsminister der Finanzen hat Anordnungen getroffen, daß alsbald ein Vertreter der Monopolverwaltung in das besetzte Gebiet reist, um dort Informationen einzuholen.

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt. (C)

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Beschränkung des Luftfahrzeugbaues (Nr. 2158 der Drucksachen).

Wie schon gestern angekündigt worden ist, wird beantragt, diesen Gegenstand einer Kommission zu überweisen, und zwar dem 9. Ausschuß zur Ausführung des Friedensvertrages. Ich würde das Einverständnis des Hauses damit annehmen, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Herr Ministerialdirektor Bredow möchte noch einen Wunsch an das Haus richten. Ich erteile ihm das Wort dazu.

Bredow, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Herren, der Entwurf eines Gesetzes über die Beschränkung des Flugzeugbaues sollte nach Absicht der Reichsregierung bereits Anfang Juni in den Händen des Reichstags sein. Infolge entstandener gesetzgeberischer Schwierigkeiten hat sich diese Absicht leider nicht ausführen lassen, sondern die Einbringung hat sich verzögert. Die Reichsregierung erkennt an, daß eine Ausschußberatung über diesen Gesetzentwurf durchaus angebracht ist. Sie würde dankbar sein, wenn der Reichstag aber die Verabschiedung des Gesetzes aus politischen Gründen möglichst beschleunigen würde.

Präsident: Ich nehme an, daß der Vorsitzende des 9. Ausschusses davon Kenntnis nehmen wird.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis (Nr. 2146 der Drucksachen). (D)

Zur Begründung der Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! „Blicken Sie nach Bayern! Dort haben wir den Ordnungsstaat." So hat Herr Hergt auf dem Parteitag der Deutschnationalen gesagt. Die Schüsse der **Mörderclique**, die das Hirn unseres Genossen **Gareis** zerschmetterten, haben vor aller Welt gezeigt, wie der Ordnungsstaat aussieht, und haben die Aufmerksamkeit auf dieses Musterland der Ordnung gelenkt.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Kennen Sie die Mörder?)

— Das werde ich Ihnen nachher schon erzählen; warten Sie meine Ausführungen ab, Herr D. Mumm!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Schüsse, sage ich, haben die Aufmerksamkeit der Welt auf die **bayerische Ordnungszelle** gelenkt, und kein Mensch wird zu behaupten wagen, daß die Vorgänge der letzten Zeit, die ihre Krönung in dem Morde fanden, mit Ordnung auch nur das geringste zu tun hätten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Mord macht es uns zur Pflicht, mit doppelter Kraft gegen die Korruption, die solche Früchte trägt, anzukämpfen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir sind uns in diesem Falle dessen bewußt, daß wir nicht die Sache einer Partei vertreten, sondern hier für die Sache der Kulturmenschheit eintreten,

(ironische Zurufe rechts)

da alle, die noch einen Funken von Kultur und Freiheit in sich tragen, dieses Terrorsystem in Bayern verurteilen.

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) Dieser Mord — das brachte ich schon zum Ausdruck — ist nicht die Tat eines einzelnen, sondern die Auswirkung eines ganz bestimmten politischen Systems.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Behauptungen, die ich im Laufe meiner Ausführungen aufstelle, sind so schwerwiegende Anschuldigungen gegen eine Regierung, daß es notwendig wäre, einen eigenen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um diese ganzen Verbrechen klarzustellen, denn es wird mir in meiner Rede nicht möglich sein, alle diese Behauptungen und Vorwürfe genau zu begründen. Wir müßten Tage darüber reden.

Es besteht in Bayern in engster Verbindung mit der Polizei eine **Organisation**, die sich zur Aufgabe gemacht hat, **Menschenleben gewaltsam zu beseitigen.**

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Organisation ist Gareis zum Opfer gefallen. In der aufsehenerregenden Dobener Affäre im Oktober vorigen Jahres wurden die Fäden klargelegt. Da erfuhr die Öffentlichkeit zum ersten Male von dem Bestehen dieser Mörderbande. Es wurden in der bürgerlichen Presse in der letzten Zeit Nachrichten verbreitet, daß der Mord Motiven entsprungen wäre wie Eifersucht usw., daß ein Kommunist Gareis ermordet hätte, daß eine Aktion geplant gewesen wäre und deshalb der Mord für linksradikale Elemente erwünscht gekommen wäre. Nichts von alledem ist wahr. Der Mord ist bewußt herbeigeführt worden, und die Motive sind dort zu suchen, wo wir Sie hinweisen. Gareis hatte zu tiefen Einblick in die Dinge, Gareis wußte, wo die Fäden zusammenlaufen, Gareis wußte zuviel. Er mußte beseitigt werden durch die Geheimorganisation, die in Bayern seit der Ermordung Eisners besteht. Denn es ist eine Tatsache, die nicht bestritten werden kann, daß seit der Ermordung Eisners in Bayern der Meuchelmord zum politischen Kampfmittel geworden ist. Was soll man sagen, wenn im Arco-
(B) Prozeß Richter ihren eigenen Spruchkollegen deshalb Vorwürfe machen, weil sie Arco nicht freigesprochen haben? Weil sie also einen Mörder nicht freigesprochen haben, deshalb überhäufen sich die Richter untereinander mit Vorwürfen.

Neben Horthy-Ungarn gibt es wohl gegenwärtig keinen Staat, in dem das öffentliche Leben so verwildert ist wie in Bayern,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

in dem so wie in Bayern unter dem Regime der Kahr, Pöhner und Roth jede Kultur und jede Freiheit des Gedenkens so geknebelt wird. Wir werden ja dieses System noch näher kennen lernen, und alle Kniffe und Verschleierungsmanöver der politischen Abteilung der Münchener Polizei werden nicht verhindern, daß die wirklichen **Ursachen des Mordes** aufgedeckt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn alles, was bisher darüber in der bürgerlichen Presse verbreitet wurde, sollte nur dazu dienen, die Spur von den wirklichen Mördern abzulenken. Ich stelle in diesem Zusammenhang die Behauptung auf, daß der Mörder der **politischen Abteilung der Münchener Polizei** sehr nahe steht.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Ordnungszelle, die systematisch jeden politischen Gegner meuchelt, hat in der letzten Zeit schon ungeheure Schandtaten begangen, und Gareis war eigentlich das Gewissen dieser Herren. Er hatte alle ihre Fäden aufgedeckt und in die dunkelsten Winkel hineingeleuchtet. Deshalb konnte man diesen Mann in der Ordnungszelle nicht länger dulden. Das ist letzten Endes der Kern des Mordes an Gareis.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Ordnungszelle, die mustergültig für ganz Deutschland, ja für die ganze Welt ist, hat den politischen Mord zum Mittel erhoben, um politische Ziele durchzusetzen. Die (C) anderen Regierungen, die „tief" unter der Regierung in Bayern stehen, wie die sozialistischen Regierungen in Sachsen und Braunschweig, kennen den politischen Mord nicht. Sie können ihre Ziele auch ohne Mord verfolgen. Aber in Bayern darf unter dem glorreichen Regime, das ich gekennzeichnet habe, seit Monaten von den Deutschvölkischen, den Nationalisten zum Morde, zum Hochverrat, zum Sturz gegen die Reichsregierung aufgefordert werden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ohne daß irgendein Staatsanwalt, irgendeine Polizei gegen diese wilden Horden einschreitet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Haben Sie denn Beweise? — Gegenrufe bei den Sozialisten: Lesen Sie doch die Zeitungen!)

— Beweise bekommen Sie genug; seien Sie nicht um die Beweise besorgt! So sind nun die Gründe des Mordes, um sie noch einmal zusammenzufassen, die folgenden.

Gareis hat bei dem Dobener Prozeß für die Wahrheit gestritten und Einsicht bekommen in die Akten. Gareis hatte Einsicht in die geheimsten Protokolle der Landesleitung der Einwohnerwehren. Gareis wußte genauer als die Regierung die Waffenlager der Einwohnerwehren in Bayern,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und jeder, der in Bayern eingeweiht ist in diese Dinge, und von dem man dann den Verdacht schöpft, er könnte sie verraten, nicht an die Entente, nein, er könnte sie vielleicht dem Entwaffnungskommissar oder der Reichsregierung anzeigen, muß beseitigt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sind die **politischen Morde in Bayern** direkt gezüchtet worden. Arco ist der Nationalheilige. Arco wird verherrlicht. Bis heute ist noch kein Mord an Arbeiterfreunden, an Führern des Proletariats gesühnt worden. (D)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der **Mord an Landauer** ist bis heute noch ungesühnt, obwohl der Mörder bekannt ist,

(lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: hört! hört!)

obwohl man weiß, wer ihn gemordet hat. Aus einem beglaubigten Protokoll einer Gerichtsverhandlung gegen den Unteroffizier Digerle geht hervor, wer der Urheber des Mordes an Landauer ist. Es heißt in diesem amtlichem Protokoll unter anderem:

> Es kam ein Offizier, der befiehlt: Der Mann wird sofort erschossen! In diesem Augenblick kam Major Freiherr v. Gagern heran und fragte Landauer nach seinem Namen. Dieser bekannte sich zu seinem richtigen Namen. Darauf gab Freiherr v. Gagern ihm unter den Worten „Du Schuft" mit einer Reitpeitsche einen Schlag ins Gesicht. Landauer fiel der Zwicker zu Boden. Er bedeckte das Gesicht mit beiden Händen und sagte: „Ach, die Leute". Der vom Freiherrn v. Gagern geführte Schlag war das Signal zu weiteren Mißhandlungen und von allen Seiten wurde auf Landauer eingeschlagen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann ging das Morden weiter.

(Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gemeine Bande!)

Dieser Freiherr v. Gagern erfreut sich heute noch der Freiheit. Er kann unbehelligt in Bayern und in Deutschland weiter sein Unwesen treiben.

Es ist ungesühnt der **Mord an Professor Horn**, der, ganz unschuldig, damals von der weißen Garde erschossen wurde. Es sind 56 Zeugen von der Witwe angegeben worden, die bezeugen können, wer der Täter war. Die

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) Zeugen wurden nicht vernommen, wurden vom Gericht abgelehnt.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Es sind die **Mörder der 21 katholischen Gesellen** noch nicht zur Rechenschaft gezogen. Einer dieser katholischen Gesellen hat sich erst vor wenigen Wochen darüber beklagt, daß es in dieser Angelegenheit gar nicht vorwärts gehen will.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Gegensatz dazu hat man aber die Täter beim Geiselmordprozeß sehr rasch gefaßt, und dort sind die Todesurteile gefällt und vollstreckt, und die anderen Täter sitzen im Zuchthaus. Aber die Täter des viel, viel scheußlicheren Gesellenmordes sind noch nicht zur Sühne gezogen.

Es ist noch nicht gesühnt der **Mord an dem Dienstmädchen Sandmayer**, das im Oktober vorigen Jahres ermordet wurde im Forstenrieder Park. Es wurde von der Polizeidirektion zugegeben, daß dieser Mord ein politischer sei.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Die Berichte damals lauteten unter anderem:

> Die Leiche zeigte am Halse Würgespuren und war in fast sitzender Stellung mit einer Schnur an einem Baume befestigt. Bei der Leiche lag ein Zettel mit der Aufschrift: „Du Schandweib hast verraten dein Vaterland, du bist gerichtet von schwarzer Hand!"

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Ermordete wurde an den Auffindungsort geschleift, als ob der Mord schon früher und an anderer Stelle verübt worden sei.

(Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ihre Freunde, Herr Mumm!)

(B) Der Mord ist bis heute noch nicht gesühnt, obwohl Gareis bei der **Dobner-Affäre** damals darauf hinwies, daß ein gewisser Leutnant Schweighart, dem man die Flucht nach Ungarn ermöglicht haben soll, in dem Verdacht steht, der Mörder zu sein.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Daraufhin hat die Polizeidirektion nur eine Bekanntmachung erlassen, daß sie einen gewissen Zeugen Schweighart für diesen Mord suche.

Gegen diese Zustände, gegen diese Justiz und diese Polizei hat Gareis den schwersten Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit geführt. Er hat in die sogenannte Waffenbergungskommission hineingeleuchtet, in der verschiedene Personen eine große Rolle spielten, die sich schon in der Dobner-Affäre ganz offen dazu bekannt haben, daß sie Waffen bergen und diejenigen, die diese Waffen eventuell verraten würden, unschädlich machen wollten,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten)

wenigstens, wie gesagt wurde, verprügeln wollten. Damals mußte auch die rechtssozialistische „Münchener Post" schreiben, daß eine **Mordorganisation** besteht, und ein alter Politiker, der Rechtssozialist Johannes Timm, mußte den schwersten Kampf gegen die Verleumdungen führen, daß es nur Sensationsmache wäre. Dieser alte Politiker hatte sich durch die Tatsachen davon überzeugen lassen müssen, daß ein organisierter Mordanschlag vorliegt gegen den Reichswehrsoldaten Dobner. Damals wurde die Mörderzentrale festgestellt, entlarvt und ein **Untersuchungsausschuß im Landtage** eingesetzt. Aber der Bayerische Landtag hat sich in seiner großen Mehrheit hinter die Mörder gestellt.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Nur die sozialistischen Parteien haben das Ergebnis dieses (C) Ausschusses nicht anerkannt. Die Personen, die damals aktiv auftraten, können heute noch ungestört ihr Handwerk ausüben. Es wurden nur zwei Studenten zu Geldstrafen verurteilt. Die anderen Herren sind überhaupt nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Es sind dies der 35 Jahre alte Kaufmann Alfred Zeller, Bezirksführer der Einwohnerwehr, ein 26 Jahre alter Oberleutnant und Tattersallbesitzer Böhm, alias Pollinger — sein Polizeiname —, ein 31 Jahre alter Polizeisekretär Friedrich Glaser, alias Seyfried, ein 24 Jahre alter Student Adolf Schuster und ein 21 Jahre alter Student Hermann Berchthold. Vielleicht erkundigt sich die Polizei jetzt bei diesen Herren, ob sie nichts von dem Mord an Gareis wissen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deutlichere Fingerzeige kann man nicht geben.

Die beiden letztgenannten Studenten wurden damals vor das Gericht zitiert, und es wurde festgestellt, daß sie an dem Reichswehrsoldaten Dobner eine schwere Körperverletzung begangen hatten. Von unserer Seite wurde festgestellt, daß sie ihn ermorden wollten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Mordbuben wurden nur zu Geldstrafen verurteilt

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und konnten ihr Handwerk weiter ausüben.

Gareis hatte damals einen schweren Kampf gegen diese Mordorganisation zu führen. Da forderte ein ernst zu nehmendes politisches Blatt auf, gegen Gareis vorzugehen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schrieben zu dieser Mordaffäre einen Artikel mit der Überschrift: „Nun aber Schluß!" Darin heißt es:

> Und der höchst ehrenwerte Waffenschieber Dobner, mit dem der U.S.P.-Mann Gareis natürlich befreundet war, da ja wohl alles dieses Gelichter ihm nahesteht — —

(D) — Dem Genossen Gareis ist niemals ein Gelichter nahegestanden, sind niemals Waffenschieber nahegestanden, sondern es war damals so, daß Dobner sich zu Gareis rettete, um sein Leben sicherzustellen vor der Mörderorganisation,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die ihn tagtäglich verfolgte und bedrohte. Damals konnte Gareis feststellen, daß diese Geheimorganisation bis aufs kleinste funktionierte, daß eine ungeheure Zahl von Agenten beschäftigt ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß falsche Bärte vorhanden sind, daß geheime Zimmer da sind, daß Autos zur Verfügung stehen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß ein Heer von Spitzeln aufgeboten wird, um alles auszuschnüffeln, was dieser Geheimorganisation unangenehm ist.

(Wiederholte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Warum sollte auch diese Mörderorganisation nicht ruhig weiterarbeiten und ihre Ziele weiter verfolgen? Herr **Meier-Koy**, der frühere Vorsitzende der bayerischen Königspartei, hat es in einem **Briefe** zum Ausdruck gebracht. Ich will diese Stellen dem stenographischen Bericht des Reichstages nicht vorenthalten und sie, obwohl sie zum Teil durch die Presse bekannt geworden sind, doch nochmals zitieren. Es heißt in diesem Briefe von dem zweiten Landeshauptmann der Einwohnerwehren, Herrn Kanzler, unter anderem:

> die Verräter unter irgendeinem Vorwande aufzusuchen, beiseite zu schaffen, umzubringen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmals,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> das die Motive zur Tat zweifelsfrei erkennen läßt.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) Weiter heißt es in dem Briefe, daß Herr Kanzler dann hinzufügte:

> Die Führer brauchten bei der Ausführung seines Auftrags nicht ängstlich zu sein. Hinter ihm stehe der Ministerpräsident.
>
> (Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)
>
> Er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten frei kämen —
>
> (erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

und daß weiter Kanzler hinzufügte,

> er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewaltakte irgendwie gegen die bestehenden Gesetze verfehlt hätten, aus den Klauen des Gerichts befreit.
>
> (Hört! Hört! links.)

Damals wandte sich selbst Meier-Koy gegen diese Politik, dem man als ehemaligen Vorsitzenden der bayerischen Königspartei gewiß nicht nachsagen kann, daß er den Sozialisten sympathisch gegenübersteht. Selbst dieser Mann war von dem Treiben dieser Reaktionäre in Bayern angeekelt.

Die **bayerische Presse** hatte **gegen Gareis** eine **infame Hetze** inszeniert und besonders darauf hingewiesen, daß er Landesverräter sei. Die auswärtige Politik, die Gareis im bayerischen Landtag vertrat, hatte ihm die Feinde in Bayern aus jenen Kreisen in starkem Maße zugezogen. Gareis vertrat die Internationale im bayerischen Landtag. Er trat dort für Völkerfrieden und Völkerverständigung ein.

(Sehr wahr! links.)

Er wollte, daß in Bayern die Reichsgesetze, wie das Entwaffnungsgesetz und die Reichsverfassung, durchgeführt würden, und er wollte nach der Unterzeichnung des Ultimatums, daß es in Bayern auch eingehalten und durchgeführt würde. Da mußte er in Bayern selbstverständlich die Auflösung und die Entwaffnung der Einwohnerwehren vertreten. (B) Er hat es getan mit all den Kräften, die ihm zur Verfügung standen. Daraufhin aber setzte gegen ihn eine maßlose Hetze ein: er wurde als „Landesverräter" und als ein „verwerfliches, bestochenes Subjekt" bezeichnet. Diese Stimmung, die wir dann im „Miesbacher Anzeiger" noch näher kennen lernen werden, hat mit den Boden geschaffen, auf dem der Mord gedeihen konnte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach seiner Ermordung wurde ja auch in ganz raffinierter Weise die Nachricht verbreitet, daß Gareis in einer französischen Zeitung — ich glaube, im „Temps" — einen Artikel veröffentlicht hätte, der genaue Einzelheiten über die Waffenlager und die Organisation der Einwohnerwehren brachte. Ich stelle hier fest, daß Gareis niemals auch nur eine einzige Zeile für eine ausländische Zeitung geschrieben hat.

(Abgeordneter Crispin: Aber Kahr!)

Trotz alledem aber hat die „Bayerische Staatszeitung" das behauptet und dadurch wiederum Gareis als Landesverräter kennzeichnen wollen.

Wie gefährlich Gareis den bürgerlichen Parteien, der Reaktion im bayerischen Landtag war, geht aus einem Gespräch hervor, das im Landtage geführt wurde. Unter anderem hieß es dort:

> Es ist gut, daß die Unabhängigen kein Geld haben. Wenn sie die Reden des Gareis zum Kultusetat und zur Einwohnerfrage in Broschüren verbreiten würden, das brächte der U.S.P.D. große Erfolge
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> und würde den bürgerlichen Parteien viel schaden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gareis, ein Mann, der diesen Parteien und ihrer Politik so gefährlich war, der mußte beseitigt werden.

Gareis kämpfte auch für die Einheit des Reichs in (C) Bayern. Er bekämpfte die Zerreißungs- und Zersetzungsbestrebungen, die sich in Bayern sehr stark hervorwagten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er war derjenige, der gegen die Zerreißung des Reichs rücksichtslos den Kampf führte. Und da wollen wir uns doch einmal die Politik derjenigen Herren etwas näher ansehen, die den Patriotismus in Erbpacht genommen haben!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt in Bayern eine bestimmte politische Richtung, die den entscheidenden Einfluß hat, und das ist die **Richtung Dr. Heim,**

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

eine Richtung, die ich trotz alledem nicht mit den Mördern identifizieren will; denn es haben leider andere Richtungen zu starken Einfluß in dieser Partei. Aber die Auslandspolitik, die Heim treibt, grenzt zum mindesten sehr nahe an Landesverrat.

(Hört! Hört! und Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Fraktionskollege des Herrn Dr. Heim beschäftigt sich in einem Buche „Süd und Nord" auch mit der auswärtigen Politik Dr. Heims. Der Herr Kollege **Schirmer** schreibt in diesem Buche:

> Abgeordneter „Dr. Heim hat in der Rolle des Außenministers da und dort mit den Franzosen verhandelt
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> und ist wohl des Glaubens geworden, daß ein Eingehen auf deren Wünsche auf ein „föderalistisch gegliedertes Deutschland" den feindlichen Druck erleichtern würde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Fraktionskollege Schirmer muß es doch wissen,

(Abgeordneter Dr. Heim: Selbstverständlich! — (D) Heiterkeit!)

welche Politik Heim treibt, und wir wissen es auch.

Dr. **Heim** hat das ja auch in einer **Rede, die er in Regensburg** hielt, ziemlich klar ausgesprochen. Es sind in dieser Rede Gedanken enthalten, die wir unter Umständen akzeptieren könnten, soweit von Verständigung gesprochen wird. Aber ein Satz, den ich zuerst hervorheben möchte, ist bezeichnend für die Außenpolitik des Herrn Kollegen Dr. Heim. Er spricht unter anderem in dieser Rede zu den Franzosen:

> Gegen den Bolschewismus haben wir eine Interessengemeinschaft.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Natürlich!)

Dann heißt es weiter:

> Ich selbst gelte als Franzosenfreund. Wir hätten also notwendig, wenn wir wirtschaftlich erstehen wollen, uns mit Frankreich zu verständigen.
>
> (Hört! Hört! und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Schau! Schau! Das sagt Heim!)

Dann schreibt Heim weiter:

> Ich bin heute noch der Meinung, daß mit einer Politik der Verständigung für Frankreich und Deutschland mehr erreicht wird als mit einer Politik der Gewalt. Ich bin sogar der Meinung, daß eine andere Politik verhängnisvoll sein muß nicht nur für Deutschland, sondern für Frankreich und das ganze abendländische Europa.
>
> (Abgeordneter Dr. Heim: Sehr richtig!)

Dann wird weiter festgestellt, daß er diese Auffassung überall vertreten hat, wo er mit Franzosen zusammengekommen ist.

(Abgeordneter Dr. Heim: Heute noch!)

(Unterleitner, Interpellant.)

(A) Aber zu welchem Zwecke haben Sie, Herr Kollege, diese Außenpolitik getrieben?

(Abgeordneter Dr. Heim: Das wissen Sie ganz bestimmt nicht!)

Das ist das Wichtigste! Und da stehen zwei Zwecke im Vordergrund: Sie wollten vor allem die Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren: Sie wollten, wie Sie sagen, die Selbstständigkeit Bayerns. Daß diese Ziele, wegen deren Sie mit den Ausländern verhandelten, sich nicht mit der Reichsverfassung, nicht mit den Reichsgesetzen, nicht mit den Interessen des Reiches vereinbaren lassen, darüber werden wir uns hier nicht lange zu unterhalten brauchen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben mit den Franzosen unterhandelt und haben dadurch Konzessionen machen wollen, daß Sie in Deutschland für den Föderalismus wirken,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das heißt daß Sie Deutschland auseinanderreißen wollen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sind zu diesem Zwecke mit der Rheinischen Christlichen Volkspartei ins Benehmen getreten. Sie sind zu diesem Zwecke auch mit Dr. Dorten vom Rheinland in Verbindung getreten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben Unterredungen in dieser Linie mit den Parteien geführt, die darauf hinarbeiten, in Deutschland möglichst viele selbständige Staaten zu errichten. Sie haben zu diesem Zwecke auch im Sommer vorigen Jahres mit einem französischen General verhandelt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir kennen ja alle die Unterredungen, die Sie mit französischen Kreisen hatten. Wir wissen auch das Ziel, das Sie verfolgen: die **Aufrichtung einer Donauföderation.**

(Abgeordneter Dr. Heim: Fällt mir nicht ein!)

— Sie wollen Politik treiben im Gegensatz zum Reich,

(B) Herr Dr. Heim. Ich weiß, daß Sie natürlich wieder etwas anderes wissen. Wenn ich sage, Sie haben Verhandlungen geführt, werden Sie sagen, es waren Unterredungen. Und wenn ich sage, es waren Unterredungen, dann werden Sie sagen: es waren Unterhaltungen.

(Abgeordneter Dr. Heim: Ich habe die Donauföderation von Anfang an abgelehnt!)

— Aber Sie sind jederzeit für die Aufrechterhaltung der **Einwohnerwehren**

(Abgeordneter Dr. Heim: Sehr richtig! — Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts)

gegenüber den Franzosen eingetreten und haben ihnen dabei versprochen,

(Abgeordneter Dr. Heim: Nichts habe ich versprochen!)

daß Bayern eventuell selbständig vorgeht.

(Wiederholter Zuruf des Abgeordneten Dr. Heim: Ich habe nichts versprochen!)

Herr Kahr hat ebenfalls diese Politik befolgt. Es sind auch, ganz sicher auf Ihre Anweisungen hin, dann **Sonderverhandlungen mit dem französischen Gesandten Dard in München** gewesen. Da hat man sich darüber unterhalten, ob man nicht einen Vertrag abschließen kann, und der Vertrag war fast fertig; man wollte einen eigenen Friedensvertrag,

(Abgeordneter Dr. Heim: Eisner wollte das!)

man hat über wirtschaftliche Konzessionen sich unterhalten.

Kurzum — alle diese Dinge können nicht abgeleugnet werden — Sie haben im Gegensatz zum Reich eine Außenpolitik getrieben, und wenn man dann von Landesverrätern spricht, fällt dieser Vorwurf vor allem auf diejenigen zurück, die in Bayern diese Politik im Gegensatz zum Reich getrieben haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber da findet sich kein Staatsanwalt, da findet sich niemand, der das als Landesverrat bezeichnet. (C)

(Abgeordneter Dr. Heim: Soll er nur kommen! — Heiterkeit.)

Daß Ihre Ziele nicht verwirklicht werden konnten, das verdanken wir in Deutschland nicht Ihnen, sondern dem Schwenken der Politik in Frankreich. Wäre die Politik, die damals Paléologue vertreten hat, in Frankreich durchgedrungen, dann wäre vielleicht heute Deutschland zerrissen, dann wäre vielleicht Bayern ein Staat für sich. Dann könnten Sie Ihre bayerische Monarchie und Ihre bayerische Herrschaft aufgerichtet haben. Aber andere des Landesverrats bezichtigen, den man selbst begeht, — was ist es denn anders, was jetzt wiederum Herr **Escherich** in Innsbruck bei seiner **Rede am Berge Isel** zum Ausdruck brachte, daß die **Einwohnerwehren** und die **Heimwehren in Tirol** dauernde Einrichtungen sein müßten?

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In derselben Zeit, wo durch das Ultimatum diese Wehren aufgelöst werden müssen! Herr Escherich weiß, daß ein Teil von Tirol mit Italien nun einmal vereint ist und man in Italien in dieser Frage besonders empfindlich ist. In derselben Zeit spricht Herr Escherich von dem ungeteilten Tirol, macht Herr Escherich seine eigene Politik, Herr Escherich als Vorsitzender der Einwohnerwehren in Bayern, als Vorsitzender seiner Organisation, der Orgesch. Die Tiroler haben diese Rede mit Entrüstung aufgenommen, und sie werden Herrn Escherich die notwendige Antwort erteilen.

Es ist mir leider nicht möglich, diese Außenpolitik noch mehr zu kennzeichnen. Aber das Bisherige dürfte zur Genüge zeigen, wo in Wirklichkeit diejenigen sitzen, die das Vaterland verraten wollen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann mich der Pöhnerei zuwenden. Man kann (D) ruhig sagen: Pöhnerei; denn unter dem **Polizeipräsidenten Pöhner** hat sich ein ganz bestimmtes System herausgebildet, das gegen eine bestimmte Schicht im Volke angewandt wird und das mit dazu beiträgt, die Atmosphäre zu schaffen, die politische Morde gebiert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unser ermordeter Genosse Gareis hat einmal im bayerischen Landtage gesagt:

> Die **Verfassung von Bayern**, die Verfassung dieses „demokratischen" Freistaates, auf die man sich so viel beruft, hat bis jetzt noch keinen einzigen Tag gegolten, und die Grundrechte, die sie den Bürgern zuerkennt, haben die bayerischen Staatsbürger noch keinen einzigen Tag seit Inkrafttreten der Verfassung wirklich gehabt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er sagte weiter — und das ist auch für uns interessant —:

> Die interessantesten verfassungsrechtlichen Zustände in Europa bestehen zur Zeit in Rußland, in Bayern und in Ungarn.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und in der Tat, wer die Dinge in Bayern verfolgt und gezwungen ist, in Bayern zu leben, der kann sehen, wie die ganze staatliche, politische, polizeiliche Macht einseitig gegen eine bestimmte politische Richtung angewandt wird.

Am hellsten trat das zutage bei den **Londoner Verhandlungen** im Februar, als sich damals die Kommunisten und die Deutschnationalen zusammenfanden und der **Kommunist Otto Thomas** unter anderem schreiben konnte:

> Heute ist der Tag, da wir uns erheben müssen! Gebt die Waffen, die in Deutschland sind, nicht den schwarzen Kolonialtruppen des Westens, gebt sie den deutschen Arbeitern, vereinigt Euch mit

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) uns, laßt uns auf die Straße gehen und die revolutionäre Volkserhebung ausrufen! Es lebe die Räterepublik!

Da konnte man keinen Polizeipräsidenten finden, der gegen Otto Thomas, gegen die Kommunisten einschritt. Und dann klebte noch folgendes Plakat in jenen Tagen an den Plakatsäulen:

Jetzt gilt es, nicht besonnen sein! Auf zum Widerstand, heraus mit Euerm Zorn!

Damals traten Offiziere an die Kommunistische Partei heran, um mit derselben zusammen die revolutionäre Volkserhebuug auszurufen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es durfte in jenen Tagen offen zum Bürgerkrieg gegen die Reichsregierung aufgefordert werden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil es damals dagegen ging, daß das, was in London verabredet wurde, eingehalten werden sollte.

Auch sonst findet sich, wie ein Kollege vom Bauernbund in einer Rede sagte, in Bayern alles Gesindel zusammen; „alles reaktionäre Gesindel zieht nach Bayern".

(Zuruf links: Ludendorff!)

— Ludendorff, jawohl, aber auch andere, auch Erhardt hat unbehelligt sich in Bayern herumtreiben können.

Noch etwas anderes. Dasselbe Bayern, das jeden Deutschen als Ausländer behandelt und die größten Schwierigkeiten macht, wenn er nicht unbedingter Anhänger des Systems Pöhner-Roth ist, dasselbe Bayern hat jetzt den monarchistischen, **konterrevolutionären Russen** Gelegenheit gegeben, ihren **Kongreß in Bayern** abzuhalten.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Und selbst dann, als man wußte, daß dieser Kongreß sich mit politischen Dingen beschäftigte, ist niemand dagegen eingeschritten. Man hat die russische Konterrevolution in

(B) Bayern direkt unterstützt und unterstützt sie weiter.

Das sind doch Dinge, die zu denken geben und die auch dem Einfältigsten zeigen müssen, welche Richtung und welches **System in Bayern** regiert. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, welche Begeisterung man besonders für Horthy-Ungarn in Bayern hegt.

Gegen die Arbeiter geht man mit aller Rücksichtslosigkeit vor. In der letzten Zeit sind uns Frauenversammlungen verboten worden mit der Begründung, daß dort etwas gesprochen werden könnte, was gegen die Reichsgesetze verstoße.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In derselben Zeit aber wurde ein Görg Maurer freigesprochen, der in Landshut in einer Versammlung zur Revolution für die Monarchie aufgefordert hatte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da hat das Gericht gesagt: er hat zwar ausgesprochen, daß eine Revolution die Zustände ändern müsse, daß wir nicht warten können, bis der Landtag beschließt; aber er hat das alles nur bildlich gemeint.

(Hört! Hört! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf einmal weiß man, daß die Leute es nur bildlich meinen.

Ein Heer von **Spitzeln** ist von Herrn Pöhner beschäftigt, das nicht nur die bayrischen Staatsangehörigen bespitzelt, sondern jeden Deutschen, der es wagt, einmal **in Bayern** öffentlich aufzutreten. Unser Freund Jäckel, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, wurde bespitzelt. Es wurde in seinen Heimatsort ein Spitzel entsandt, der sich nach dem Leumund erkundigen mußte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ebenso ist es einem rechtssozialistischen Vertreter gegangen, der in Bayern Versammlungen abhielt. Auch da wurde ein Spitzel in seinen Heimatsort irgendwo in Deutschland gesandt, um sich nach dem Leumund dieses Mannes zu (C) erkundigen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieselben Spitzel aber finden keinen, der wirklich sich organisiert, um Morde vorzubereiten, der sich organisiert, um den Sturz der Reichsregierung vorzubereiten. Die „Münchner Post" hatte im April vorigen Jahres Dokumente über die **Konterrevolution** veröffentlicht, die ein **Hauptmann Berthold** und andere organisiert hatten; auch Herr Dr. Heim hatte etwas damit zu tun.

(Abgeordneter Dr. Heim: Ich kenne den Mann gar nicht! Ich habe den Namen noch nicht gehört! Schwindel!)

— Ach, Sie haben nichts davon gehört?

(Abgeordneter Dr. Heim: Direkter Schwindel!)

— Sie haben ja gerade in der Zeitung erwidert, daß Sie mit dem Hauptmann Berthold und den anderen nichts zu tun hätten. Sie kennen diese Dokumente der Konterrevolution ganz genau, die ich meine, und auf die Ausreden, die Sie darauf gebrauchen, sind wir ja gefaßt; die machen uns weiter nicht irre.

(Abgeordneter Dr. Heim: Direkter Schwindel!)

Damals hatte die Untersuchung gegen diese Konterrevolution kein Ergebnis. Man fand nichts. Und auch die anderen Organisationen, die in Bayern bestehen, werden nicht aufgedeckt. Die Arbeiterbewegung wird mit allen Mitteln niedergehalten.

Dagegen können die **Reaktionäre in Bayern** sich frei tummeln, und in der letzten Zeit sind **Überfälle und Mordanschläge** an der Tagesordnung gewesen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schon im vorigen Jahre wurde in eine Filiale unserer Zeitung eine Handgranate geworfen. Kein Mensch hat je den Täter entdeckt. Vor kurzem ist in die Versammlung des Republikanischen Führerbundes eine Handgranate geworfen. (D) Kein Mensch findet den Täter. Es sind Versammlungen in der letzten Zeit und im vorigen Jahre gesprengt worden, eine nach der anderen. Kein Mensch hat jemals diese Sprengungen verhindert. Die Versammlung von Gothein, die Versammlung von Osterroth, wissenschaftliche Versammlungen wie die Versammlung von Magnus Hirschfeld wurden belästigt, und Hirschfeld wurde halbtotgeschlagen. Die Polizei hat niemanden gefunden. Unser Genosse Rosenfeld wurde in München verprügelt. Es hat sich niemand darum gekümmert. Der Rechtssozialist Saenger wurde vor vierzehn Tagen oder drei Wochen wieder tätlich angegriffen. — Der Herr Kollege Jaud lacht darüber, das ist bezeichnend für Ihre Gemütsruhe, die Sie besitzen. — Herr Saenger wurde halbtotgeschlagen. Es ist diesen Tätern kein Haar gekrümmt worden. Es kam der Schuß auf Gareis, und auch jetzt wird man diesen Tätern kein Haar krümmen.

Über diese **Versammlungsterrorisierungen**, die in Bayern an der Tagesordnung sind, haben sich nicht nur die Sozialisten aufgehalten, sondern selbst die bayerischen Demokraten, und das will etwas heißen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben bei einer Versammlung der Gnosis, bei einem rein wissenschaftlichen Vortrag, der erst vor kurzem stattfand:

Die Ruhestörer drangen unter Tumult nach vorn, warfen Stühle und Tische um, schlugen mit Stöcken, Stuhlbeinen und Gummiknüppeln auf die Besucher ein, von denen mehrere verletzt wurden. Ein Herr, der im Felde gestanden war, erhielt drei klaffende Kopfwunden. Der Vorsitzende wurde zu Boden geschlagen und zum Saale hinausgeworfen. Ein erblindeter Herr

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) konnte noch rechtzeitig in die Garderobe gebracht und versteckt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So müssen sich in Bayern die Versammlungsbesucher vorsehen; sie müssen, wie man das ja auch anderen empfohlen hat, vorher ihr Testament machen, wenn sie in Versammlungen gehen.

(Zurufe rechts.)

— Können Sie mir einen **politischen Mord** nennen, der **während der Revolution** vorgekommen ist?

(Zurufe rechts.)

— Hat nicht zuerst der Arco den Eisner erschossen, und hat nicht diese Bluttat die Unruhen ausgelöst? Ist nicht dem Geiselmord vorausgegangen, daß die Weiße Garde Sanitäter der Roten Armee erschossen hat? Die Reaktionäre haben mit dem Morden den Anfang gemacht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegen diesen **Versammlungsterror** und den **Straßenterror,** den wir in Bayern erleben, haben sich selbst Verbände gewandt, die keineswegs sozialistisch sind. Die Internationale Frauenliga, die Münchener Friedensvereinigung, die Deutsche Liga für Völkerbund, die Gesellschaft für ethische Kultur, der Friedensbund der Kriegsteilnehmer, der Freie Verband für Kultur und Schule und der Bund sozialdemokratischer Frauen haben eine **Eingabe an die Regierung** gerichtet, die natürlich keinen Erfolg hatte und gar nicht beachtet wurde. Darin hieß es unter anderem: „Welche Maßnahmen gedenkt der bayerische Landtag, das bayerische Gesamtministerium und der Herr Polizeipräsident zu ergreifen, um die unerhörten Ordnungsstörungen und Gewalttaten in München abzustellen, durch welche ein mehr oder minder anonymes politisches Rowdytum die Versammlungsfreiheit unterbindet, Leben und Gesundheit der auftretenden Redner

(B) schädigt und die bayerische Hauptstadt als ungestörte Freistätte aller Verrohungen und Sittenverwilderungen in Verruf bringt?“

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das mußten bürgerliche Leute sagen!

Ich will nicht weiter eingehen auf das Pöhner-Regiment, das sich auswirkt in Schutzhaft usw. gegen Arbeiter, sondern will nur noch hervorheben, wie Herr Pöhner deutsche Staatsbürger behandelt. Der Deutsche, der nach Bayern reisen will, muß einen Reisepaß haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im „Steglitzer Anzeiger“ erfolgte dieser Tage eine Bekanntmachung, wonach zur **Reise nach Bayern** ein **Personalausweis** mit zwei Lichtbildern erforderlich ist, der für Steglitzer Einwohner im Gebäude der Polizeiabteilung ausgestellt wird und 27,50 Mark kostet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man muß sich doch fragen: leben wir noch im 18. Jahrhundert? Ist das übrige Deutschland Ausland für Bayern?

(Zurufe rechts.)

— Ja, so war es im 18. Jahrhundert. — Aber Herr Pöhner, der so sehr auf Ordnung sieht, findet es ganz angebracht, daß man Pässe fälscht, daß man Leuten **falsche Pässe** ausstellt, wenn man ihnen eine Mission aufgibt. Da wurde mit der Gewissenhaftigkeit der Münchener unteren Polizeiorgane in einem Münchener Hotel ein Kaufmann Hans Eickmann von einem Polizisten verhaftet, weil er zwei Pässe hatte und nicht wußte, welches der richtige und der falsche Paß war. Als dieser Kaufmann dann dem Polizeipräsidenten vorgeführt wurde, sagte Pöhner: „ja, ich kenne diesen Mann“; und zum Wachtmeister sagte er: „Sie haben ganz korrekt gehandelt mit der Verhaftung, der eine Paß ist falsch, geben Sie ihn sofort her, ich habe den Herrn in einer politischen Sache nach Ungarn gesandt, der Mann wird entlassen, führen (C) Sie ihn aber nicht durch die politische Abteilung!“

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also Herr Pöhner kann auch falsche Pässe ausstellen, Herr Pöhner kann, um seine Zwecke zu verfolgen, die Strafgesetze dauernd übertreten.

(Zurufe links.)

Daß nicht nur wir diese Verhältnisse als Kulturschande bezeichnen, sondern daß das weit über die Kreise der sozialistischen Arbeiterschaft hinaus Verurteilung findet, geht aus einer Rede hervor, die der **Demokrat Dr. Dirr im bayerischen Landtag** hielt, in der er unter anderem sagte:

> Derartige Vorkommnisse
> — er meinte die Versammlung Gnosis —,
> wie sie nun wiederholt hier in München mit ganz besonderer Brutalität zutage getreten sind, sind eine Kulturschande für die Stadt München und für Bayern.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Wir erheben Protest gegen derartige wüste Ausschreitungen.
>
> (Hört! Hört! links.)

— Ich nehme an, daß auch im Reichstag Demokraten sitzen,

(lebhafte Rufe links: nein, nein!)

die soviel Kulturgewissen haben, daß sie sich gegen derartige Zustände auflehnen.

(Zuruf links: Solche Zumutung! — Heiterkeit links.)

Im **„Berliner Tageblatt“** hat sich ja auch Herr **Kommerzienrat Fränkel,** gewiß für diejenigen, die ihn kennen, ein ganz unverdächtiger Mann, scharf gegen diese bayrischen Zustände ausgesprochen, und es ist ein Skandal, wenn man sieht, wie die **Synagoge in München** mit großen Hakenkreuzen bemalt ist, wie das Heiligtum für eine Religionsgemeinschaft einfach geschändet werden darf, ohne daß irgendein Polizeiorgan, ein Polizeipräsident (D) dagegen einschreitet. Kommerzienrat Fränkel sagt ganz offen:

> Ich nehme daher keinen Anstand, heute den leitenden Männern der bayrischen Regierung mit gleicher Offenheit vorauszusagen, daß der jetzt von einem anderem Extrem eingeschlagene, unter der stillschweigenden Billigung der Münchener Polizeidirektion beschrittene deutsch-völkische Irrweg uns in ein Chaos von Zerstörung und Verwüstung unzweifelhaft führen muß.
>
> (Sehr richtig! links.)

Es ist auch bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig und der Staatsanwaltschaft am Landgericht München aus parlamentarischen Kreisen eine **Anzeige gegen den Polizeipräsidenten Pöhner** ergangen. Wir wollen hoffen, daß Herr Pöhner, der dauernd die Gesetze übertritt, zur Rechenschaft gezogen wird. Für uns steht unverrückbar fest, daß Herr Pöhner und die, die ihn stützen, ins Zuchthaus gehören.

(Sehr wahr! links. — Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Da gehören mehrere hinein! — Zurufe links.)

Die Polizei in Bayern aber kann sich ja ruhig in der Weise auswirken, denn sie hat die **Justiz** hinter sich, die **in Bayern** einseitig gegen die Arbeiter in der unmenschlichsten Weise angewandt wird. Daß jetzt in Niederschönefeld 15 Gefangene einen Hungerstreik machen, darüber lacht man in bayerischen Regierungskreisen, die können zugrunde gehen, sie sind für diese Herren keine Menschen. Aber ein **Leutnant Brand** aus Passau, der schon im vorigen Jahre in die Redaktion eines sozialdemokratischen Blattes dort eindrang und den alten, ich glaube, über 60 Jahre alten Redakteur in der scheußlichsten Weise mißhandelte und dann später wieder

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) bei einer Theatervorstellung friedliche Theaterbesucher überfiel und ihr Leben bedrohte, der dann allerdings in dem Trubel von der Polizei dort in Passau gefangen genommen wurde, aber, als er bei der Einwohnerwehr oder sonst bei irgendeinem Amte antelephonierte, wieder freigelassen wurde und dann, als er heraus war, andere unschuldige Gefangene in der Nacht mißhandelte, er dem die schwersten Verbrechen nachgewiesen wurden, konnte lange Zeit von der Polizei und von der Justiz in Bayern nicht gefunden werden. In den letzten Tagen hat man ihn gefaßt, und da hat nun Herr Brand die Freiheit bekommen, an die Münchner Polizeidirektion zu telephonieren, ob ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. Die Münchner Polizeidirektion hat geantwortet, der Haftbefehl gegen ihn sei aufgehoben.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Erst die Justizbehörde mußte diesen Brand in Haft behalten. Das sind Zustände, wie man sie nicht nur nicht einmal in einem „Ordnungsstaat", sondern wie man sie in einem einigermaßen geregelten Staatsleben überhaupt nicht für möglich halten sollte. Aber in der bayerischen Ordnungszelle herrscht die größte Anarchie, die man sich vorstellen kann.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Was ich hier spreche, ist gar nicht sozialistisch, sondern rein bürgerlich gesprochen. Alle bürgerlichen Freiheiten sind in Bayern vernichtet zugunsten einer kleinen Kaste, die ihren Terrorismus über Bayern ausübt.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Der Herr Polizeipräsident hat ja jetzt auch wieder zur Hebung der guten Sitten in Bayern unsere Parteizeitung **„Der Kampf"** einmal beschlagnahmen lassen. Einmal hat er sie unter Vorzensur stellen lassen und nun hat er sie **dauernd verboten.**

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

(B) Was hat nun dieses Blatt in Wirklichkeit geschrieben? Der Reichstag möge sich davon überzeugen, wie man mit einer Willkür ohnegleichen gegen eine Richtung vorgeht. Der „Kampf" hat in dieser Nummer, die da beschlagnahmt wurde, geschrieben:

> Wir wollen keine Gewaltanwendung; wir wollen nur Gerechtigkeit. Und diese Gerechtigkeit verlangt, daß mit der Regierung Kahr und ihrem Polizeisystem gründlich aufgeräumt wird.

Das darf man in Bayern nicht schreiben. Ich lege diese Zeitung auf den Tisch des Hauses nieder. Dann mögen Sie sich selbst davon überzeugen, ob deshalb eine Zeitung beschlagnahmt werden kann. Es wurde ja eine andere Nummer des „Kampfes" ebenfalls beschlagnahmt, weil eine kleine Notiz mit der Überschrift „Pöhner lebt noch" gebracht wurde. Darin fand Pöhner eine versteckte Aufforderung zum Mord. Auf einmal hatte Pöhner ein sehr feines Gefühl für die Aufforderung zum Mord. Wir werden nachher seine Elefantenhaut bewundern können. Aus dieser Notiz mit der Überschrift „Pöhner lebt noch" geht doch ganz deutlich die Absicht hervor; es heißt:

> Pöhner lebt! Heute früh erschien bei uns ein Kriminalbeamter des Herrn Pöhner und beschlagnahmte unser gestriges Extrablatt, das bereits in 60 000 Exemplaren hinausgegangen war. Es hat also gezogen.

(Zurufe rechts: Hier in dieser Nummer steht noch vielmehr drin! — Gegenrufe auf der äußersten Linken. — Große Unruhe.)

Eine solche Überschrift soll man nicht schreiben dürfen. Das wird doch noch erlaubt sein. Ich werde Ihnen einmal den „Miesbacher Anzeiger" zitieren.

(Andauernde laute Unterhaltung und Unruhe vor der Rednertribüne. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Unterleitner! Ich bitte um Ruhe!

Unterleitner, Abgeordneter, Interpellant: Die Nutzanwendung kommt doch in Frage für einen Artikel. Ich weiß aus persönlicher Kenntnis der Dinge, daß kein Mensch daran gedacht hat, zum Mord an Pöhner aufzufordern. Als dann in der nächsten Nummer zurückgenommen werden sollte, hat unser Redakteur geschrieben:

> Im Gegenteil, wir wollen gar nicht, daß Pöhner jetzt irgendwie beseitigt wird. Er soll noch recht lange leben, aber nicht als Polizeipräsident von München.

Unser Redakteur hat am Schluß dann den Vorschlag gemacht, daß Pöhner, selbst wenn er verstorben ist, in Spiritus gelegt werde, damit er den Nachkommen erhalten werden könne aus der Zeit der Kahr-bayerischen Barbarei.

Wir wollen uns nun einmal mit Blättern beschäftigen, die Herr Pöhner nicht verbietet. Da heißt es in der Nummer vom 29. Mai des **„Völkischen Beobachter"** unter anderem von der „Schieber- und Gaunerrepublik" in einem Artikel, der überschrieben ist: „Ebert der Siegreiche": „Schieber- und Gaunerrepublik", „Rucksackrepublik", „die internationalen jüdischen Lumpen", „viehischer Stumpfsinn", „der deutsche Regierungs- und Parteijude", „Dreckjude", „die wanzenhafte Aufdringlichkeit der Berliner", „die Reichstagsabgeordneten sind Diätenhamsterer des Berliner Parlaments", „das jüdische Natternnest",

(große Heiterkeit)

„Berliner Judenregierung". Zum Schluß kommt dann noch für Herrn Ebert eine schöne Notiz. Der Artikel befaßt sich mit Oberschlesien, und da heißt es:

> Bei seiner siegreichen Rückkehr —
> — wenn die Truppen jetzt zurückkommen —
> wird ihm der Großrabbi von Jerusalem sicherlich (D) den Hosenpopoorden des goldenen Davidsternes überreichen.

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

> Heil Ebert, dem Siegreichen!

Das ist die feine Sprache, die der „Völkische Beobachter" hat. Aber er hat noch einen guten Artikel unter „Bemerkungen". Da werden die Leute — ich kann den Artikel leider nicht ganz verlesen — in „zwei Gruppen von Lumpenhunden" eingeteilt, und dann wird direkt zum Mord aufgefordert. Unter anderem heißt es in diesem Artikel:

> Wir raten diesen Sozialisten nur eins: sich an dem Tag, wo die Oberschlesier, unter denen sich viele unserer Parteigenossen befinden,
> — gemeint sind Deutschvölkische —
> aufs Land zu begeben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was ist das anders, als daß die Leute, wenn sie zurückkehren, dieses Gesindel, die Sozialisten, beseitigen sollen?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ist verboten!)

— Das ist nicht verboten worden. Von dem „Völkischen Beobachter" wurde zwar eine Nummer beschlagnahmt, aber die Studenten haben sie doch auf der Straße verteilt!

(Hört! Hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In einem anderen Artikel über Oberschlesiens Schicksal befindet sich folgende Stilblüte:

> In England regiert eine jüdische Preßbanditengesellschaft, und von dieser Bande usw.

So wird heute von der englischen Regierung gesprochen, und zum Schluß heißt es:

> Je grauenhafter der Betrug, den diese Reichsverbrecher
> — gemeint ist die Reichsregierung —

(Unterleitner, Interpellant.)

(A) an unserer Nation verüben, sich auswirkt, um so grauenhafter wird auch dereinst die Rache der Vergeltung sein.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

In einem anderen Artikel — mit der Aufschrift „Deutschnationale Logik" — kommt der „Vorwärts" daran: „Das Berliner Saujudenblatt Vorwärts", „so ein Judengesindel", „diese fremdländischen Halunken"; und dann heißt es zum Schluß:

Anstatt nun die einzige richtige Folgerung daraus zu ziehen und darauf hinzuweisen, daß dieses Judengesindel in seiner Frechheit allmählich so weit geht, daß bald nichts anderes mehr übrig bleiben wird, als diesen fremdländischen Halunken gegenüber zur Selbsthilfe zu schreiten, das zu tun, was nach einer anderen Meldung der „Post" Angehörige des „Freikorps Oberland" bereits taten, nämlich so eine orientalische Tinten- und Dreckschleuder aus ihrem Loch herauszuziehen und durchzuprügeln, bis dem Kerle Deutschland nunmehr als Fata morgana erscheint.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind Stilblüten, die sich in Bayern natürlich des Wohlwollens des Herrn Pöhner erfreuen.

Die maßlose Hetze gegen die Reichsregierung sieht Herr Pöhner ebenfalls nicht. — Herr Kollege v. Schoch, wollen Sie sich das vielleicht auch noch notieren, was der „Miesbacher Anzeiger" geschrieben hat!

(Überlassen Sie das nur uns.)

Der „Völkische Beobachter" schreibt in einem anderen Artikel vom Herrn Reichskanzler zur Stärkung der Reichsautorität von dem „Quasselkanzler"; „die Regierung ist das Regierungsbordell", Erzberger wird „die politische Erzhure von Buttenhausen" genannt. Ein anderes Mal ist er ein „Lumpenhund" usw. Das ist aber noch der

(B) beste Ausdruck. Der Artikel schließt mit der Ankündigung der „nationalen Revolution", die gemacht werden muß. Herr Pöhner liest diese Dinge nicht.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Erscheint nicht in München! — Heiterkeit und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

In einer anderen Nummer wird von den „Saujuden" und „Havelschlawinern" gesprochen. Es kommt dann die direkte Aufforderung zum Mord, indem es heißt — und das muß hier im Stenogramm festgehalten werden —:

Ochselfiesel gibt's no grad g'nua, das Messerwetzen wird net gut zu verhindern sein, und wenn Säu g'stoch'n wern, hat sich bei uns alleweil schon alles g'freut.

Das heißt in diesem Zusammenhang nichts anderes, als daß man die Regierungsmänner ermorden soll.

(Zurufe.)

Dann wird gegen die „Münchner Post" polemisiert und unter anderem davon gesprochen:

Die Hintermänner der „Münchner Post" werden sich doch nicht zu den „Säuen" rechnen, die bei der nächsten günstigen Gelegenheit „g'stoch'n wer'n".

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.)

Es wird in der schamlosesten Weise gehetzt nach dem Überfall auf den Abgeordneten Saenger, der in München von einer Versammlung kam. In einem Artikel des **„Miesbacher Anzeigers"**, den ich im Original vor mir habe, heißt es da, nachdem auf Auer hingewiesen worden ist:

Geht dem Herrn Auer noch kein Licht auf, daß wir ganz genau wissen, daß er gerade so gefährlich, wenn nicht gefährlicher als sein ehemaliger Mitarbeiter Eisner ist?

Also hier wird selbst offen auf Eisner verwiesen.

Glaubt Herr Auer nicht, daß wir genau wissen, (C) daß er auf englischen Schreibmaschinen schreibt? Vielleicht geht einmal dem Volke die Geduld aus, und es wird alle diejenigen, die andauernd das bayerische Volk bei der Entente verkaufen, nach der Art traktieren, wie in Italien die Faszisten dem internationalen Gesindel den Respekt vor der Heiligkeit einer Nation beibringen. Wenn die Herren den Kampf nun darauf einstellen wollen, wir sind bereit und pfeifen auf jeden Paragraphen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So kann ohne weiteres in München gehetzt werden. So fordert der „Miesbacher Anzeiger" unter anderem direkt zum Morde auf, indem er schreibt:

In München haben wir doch mit der Hinrichtung von Eisner und der Prügelstrafe gegen den Magnus „Spinatfeld" den Beweis geliefert, daß es uns nicht an Temperament fehlt und daß die Berliner dankbar anerkennen müssen, daß wir ihnen den Landauer durchgetan haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Immerhin waren das nur Vorspiele zu größeren Kuren, die wir uns für den Fall gelobt haben, daß sich die Beschnittenen noch einmal mausig machen. Dann geht's aus dem Vollen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also es sollen noch mehr gemordet werden. Es kommt dann noch ein „Funkspruch" folgenden Wortlauts, der auch dem Herrn Reichskanzler nicht unbekannt sein dürfte:

Funkspruch an alle Sau- und Regierungsjuden an der Panke, Dahme, Piese, Dosse, an der Havel und an der dreckigen Spree. Unser Gesamtvolk verachtet euch, eure Befehle und eure Gesetze. Es soll nur so ein Jude kommen und (D) uns entwaffen wollen — den schlagen wir, daß er in keinen Sarg mehr paßt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt keine Richter in Bayern und keine Polizei, die gegen derartige unerhörte Provokationen einschreiten. Erst in diesem Monat, am 10. Juni, brachte der „Miesbacher Anzeiger" wieder einen Leitartikel, in dem er besonders die Herren Geßler und Gradnauer ins Gebet nimmt. Es heißt da unter anderem:

Ean Jud Gradnauer, und was für a Jüd, Doktor ist er der Rechte und auch sonst der Rechte für Neu-Daitschland, Minister ist er auch in der Banknotenfälscher-Republik, der Jüd Gradnauer hat bekanntlich als Entwaffnungsdiktator das Rundschreiben an die Regierungen der Einzelländer unterzeichnet. Was das heißt? Nichts, als daß der Jüdle Gradnauer regiert, und wer nicht pariert, wird von ihm und den anderen drei Berliner Regierungsbeschnittenen massakriert und geschächtet.

Und der Nichtjude, aber deshalb nicht Nichtbessere, der Geßler, des langen Noske putzhanderglitschriger Nachfolger, steht fest zur deutschen Regierungsbundeslade. Auch er steckt ein Loch vor und verbietet den „Miesbacher Anzeiger" für die deutsche Reichswehr. Unsere Achtung! Er hatte sie zwar schon vorher, aber jetzt steigt sie immerhin noch um Verschiedenes. Wegen Gefährdung der Reichseinheit, erzählt uns Geßler, hat er den „Miesbacher Anzeiger" verboten. Das ist natürlich eine Ausrede, denn wegen Gefährdung der Reichseinheit müßten zu allererst die Geßler, Rathenau, Schiffer, Gradnauer und die anderen Regierungs-Teiteles

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) verboten werden. Jawohl, wegen Gefährdung der Reichseinheit. Der Berliner Saustall gefährdet die Reichseinheit — nicht wir, die wir nichts anderes tun, als daß wir dann und wann einen der größeren Bären aus dem Regierungsverschlag in die Auslage stellen.

Der Reichswirth, nicht der Schnapsler Ebert, sondern der Reichskanzler Wirth . . .

und dann geht es weiter:

siehste, lieber Reichskanzler, waste für ne Macht hast. — Zum Reden reicht's noch,

— da meint er die Unterredung mit einem französischen Journalisten —

aber für die bayrischen Bauern reicht's schon nicht mehr! Da ist das Geßlerchen doch was anders; bei dem reicht's wenigstens zum Verbot des „Miesbacher Anzeigers" bei der Reichswehr — und zu einer Unterhaltung im Eisenbahnkupee zweiter Klasse mit Vater Auer — was man nachher ableugnet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird also eine Lüge glatt wiederholt.

Der „Miesbacher Anzeiger" hatte aber zur Ermordung Gareis direkt aufgefordert. Er schreibt — und meinte damit Gareis —:

Oder schlagen wir jeden Hund tot, der das arme Vaterland in neues Verderben stürzen will? Haltet euch bereit, denn wenn der Gareis auch bloß mit dem Maul droht, so gibt es doch Gesindel genug, das bloß auf ein Signal wartet.

Nach dem Überfall auf den Landtagsabgeordneten Saenger wurde — das will ich gar nicht verlesen — von neuem gegen Saenger in der unglaublichsten Weise gehetzt.

Gegen die Entwaffnung wurde im „Miesbacher Anzeiger" folgendermaßen Stellung genommen:

(B) Und heute merkt die Berliner Regierung G. m. b. H. mit Verwunderung, wie sie mit den von ihren Organen ausgegebenen Waffen abgemurkst werden sollte. Was ihr natürlich ganz recht geschehen wäre. Sie hätten es redlich verdient gehabt, die Koch, Heinze, Peters usw.

Der Kommunistenführer Geyer wird in diesem Artikel als Millionär geschildert, der seine Kriegsgewinne unterbringen muß. Es wird dann Stellung genommen zu dem Erlaß der Entwaffnung. Da heißt es:

Zum Schluß noch eine Bemerkung zur neuesten amtlichen Verlautbarung über die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren: der Stil der Note deutet auf einen Ostjuden, der Inhalt auf einen Hundsfott. Mit derlei Material gibt man sich nicht ab. In den Papierkorb mit der Berliner Note! Wenn die Berliner entwaffnen wollen, mögen sie vorderhand bei ihren Rotgarden beginnen! Sind sie damit fertig — mögen sie zu uns kommen. Wir erwarten sie!

So wird also in der unglaublichsten Weise gegen die Reichsregierung gehetzt.

Des weiteren hatte man sich besonders gegen die Entwaffnung eingesetzt, indem man ganz offen zu Gewalttaten auffordert.

(Unruhe und erregte Zurufe rechts.)

— Ja, das ist bezeichnend. Unsere Zeitungen werden verboten, und das bayerische Gesindel bleibt unbestraft. Da heißt es unter anderem — —

(Zuruf rechts: Lesen Sie doch die „Rote Fahne"!)

— Die „Rote Fahne" ist in München und in Bayern verboten. — Es heißt da:

Aber offen und ehrlich im einfachsten Deutsch: Der Berliner Kurze-Hosen-Entwaffnungs-Kommissar, wenn zu uns kommt, der kann sich freuen, dem hauen wir unsere Lederhosen so lange um (C) die Ohrwascheln

(Heiterkeit.)

— gemeint sind damit die Ohren —

bis sie in Fransen gehen. Und unsere Kurzen brauchen lang, bis sie so weit sind.

Und dann schreibt man von diesem Entwaffnungskommissar weiter:

Wir Bayern, das sei euch nochmals gesagt, wir lassen uns weder entwaffnen, noch lassen wir uns die Kurze ausziehen. Und dem neuen Kommissar möchten wir noch raten, daß er auf seiner Reise nach Bayern einen Zinksarg mitnimmt: er wird ihn zur Rückreise dringend benötigen.

Das sind erlaubte Artikel in Bayern. Ich könnte Ihnen damit ja noch mehr dienen, aber ich will schließen.

Wie die Organisation sonst noch arbeitet, das beweist Ihnen ein kurzer Auszug aus einem **Brief**, den unser Parteifreund **Breitscheid** anläßlich einer **Rede** hier **im Reichstag** erhielt. Da hieß es mit der Anrede „Lump Breitscheid":

Aus der Zeitung lese ich, wie Du Idiot über unsere Regierung Dein Breitscheidiges Maul aufreißt und uns Deutsche im Ausland in Verlegenheit setzest. Es wird kommen der Tag, wo auf Deine Rede, Du Patzi, man sich erinnern wird, und kein Galgen nicht hoch genug sein kann, wo Du Kreatur von Mensch baumeln wirst. Desgleichen wird es dem Juden Bernstein ergehen.

Das sind die Leute, die leider in Bayern starken Einfluß haben und von Herrn Pöhner geschützt werden. Dagegen, verehrte Anwesende, hat sich das bayerische Proletariat in den letzten Tagen erhoben. Diese Regierung, die einseitig die Arbeiter knebelt und bis aufs Blut reizt, hat die Empörung in der bayerischen Arbeiterschaft hervor- (D) gerufen, und der Mord war nur die spontane Auslösung dieser Empörung.

(Sehr wahr! links.)

Diejenigen, die sich heute darüber aufregen, daß nun gestreikt wurde und wieder so viele Arbeitstage verloren gingen, gerade vielleicht die Herren von der Bayerischen Volkspartei, können sich bei ihren eigenen Parteigenossen einmal danach erkundigen, wo zum **Lieferstreik** aufgefordert wurde wegen der Freilassung einiger Bauern. In dieser Aufforderung heißt es offen, daß die ganze Bauernschaft des Bezirks Wunsiedel die sofortige Haftentlassung der Bestraften fordert mit Zubilligung einer Bewährungsfrist, denn sonst würde man sofort in den Lieferstreik treten. In dieser Situation mußten wir zu dem letzten Mittel greifen, zum Streik.

Herr Pöhner hat aber auch da mit eiserner Faust eingegriffen. Er hat uns nicht nur Versammlungen verboten, sondern er hat auch den **Trauerzug verboten.**

(Entrüstete Rufe links: Pfui!)

Er hat sich dadurch selbst übertroffen, denn in der Bekanntmachung, die er erlassen hat, sind Trauerzüge ausdrücklich ausgenommen. Es heißt:

Die Abhaltung der üblichen öffentlichen Märkte, Trauer- und Hochzeitszüge sowie Wallfahrten fallen nicht unter das Verbot.

Trotzdem hat man dem toten Gareis das letzte Geleit nehmen wollen. Es ist Herrn Pöhner nicht gelungen. Die Arbeiter haben trotz der ungeheuren Gefahren, die für sie bestanden, an der Beerdigung teilgenommen.

Herr Pöhner hat wahrlich nicht schlecht provoziert. Er hat Panzerautos und Drahtverhaue aufgestellt und die Lanzenritter vor den friedlich gehenden Arbeitern aufmarschieren lassen. Es war eine ungeheure Provokation,

(**Unterleitner**, Interpellant.)

(A) die sich Pöhner leistete. Er hat nicht das erreicht, was er erreichen wollte, und die anderen haben es durch den Mord auch nicht erreicht. Die Arbeiterschaft in Bayern, die seit Jahren so besonnen ist wie keine andere, hat sich nicht provozieren lassen. Sie hat eine Besonnenheit und Einsicht in die Dinge gezeigt, die geradezu bewundernswürdig ist.

(Sehr wahr! links.)

Ich habe Herrn Pöhner gefragt, als wir am Sonntagabend mit ihm verhandelten, warum er die Veranstaltung verbiete, ob er sagen könne, daß während des ganzen bis dahin zweitägigen Streiks auch nur das geringste geschehen sei. Herr Pöhner mußte sagen: nein, es ist nicht das geringste vorgekommen. Aber es könnte bei der Aufstellung des Zugs auf der Theresienwiese etwas passieren.

(Zuruf rechts: Da hat er recht! — Entrüstete Gegenrufe auf der äußersten Linken.)

— Meine Herren (nach rechts), ich empfehle Ihnen das, was ich Herrn Pöhner gesagt habe: er solle sofort alle Staatsbürger ins Zuchthaus einsperren; denn es könnte vielleicht einer etwas stehlen oder ein Verbrechen begehen.

(Zuruf rechts: Es braucht nur eine gewisse Sorte eingesperrt zu werden! — Große Unruhe und erregte Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Kuhnt, ich rufe Sie zur Ordnung.

Unterleitner, Abgeordneter, Interpellant: Die Reaktion darf in Bayern weiter ihr Spiel treiben, sie darf sich in Bayern weiter austoben, und obwohl die Einwohnerwehren aufgelöst sein sollen, arbeiten sie ruhig weiter. In diesen Tagen des Generalstreiks wurde die **Einwohnerwehr** wieder aufgerufen. Ich habe hier das Original, in dem es heißt:

(B) Morgen Sonntag, den 12. Juni,

— also am vergangenen Sonntag! —

findet das Preisschießen . . . im Keller des Hotels Grünwald statt. Für Herren, die nicht Zeit haben, ist noch Mittwoch, den 15. Juni, Gelegenheit zum Preisschießen geboten. Die Einwohnerwehr wird eventuell in den nächsten Stunden aufgerufen.

Gruppenführer:
Hans Wieser.

— Wollen Sie das Original sehen? Ich lege es auf den Tisch des Hauses nieder! —

Die Mörderbanden dürfen ruhig in Bayern weiter arbeiten. **Studenten** haben sich bei der Rückfahrt vor einigen Tagen nach dem Streik und **nach dem Morde an Gareis** dahin ausgedrückt, daß in Bayern erst 4000 bis 5000 von dem Gesindel an die Wand gestellt werden müßten,

(Rufe links: Hört! Hört!)

daß dann erst Ruhe wäre. Auf die Frage, ob sie keine Versöhnung wollten, gaben diese Herrschaften zur Antwort: „Wir wollen keine Verständigung! Kommunisten sind keine Deutschen, — die erledigt man kalt."

(Abgeordneter Dr. Mittelmann: Da haben sie recht! — Große Unruhe und entrüstete Zurufe links. — Abgeordneter Remmele stürzt sich auf den Abgeordneten Dr. Mittelmann. — Andere Abgeordnete versuchen, ihn zurückzudrängen. — Andauernde große Bewegung und erregter Wortwechsel.)

Präsident: Die Sitzung ist geschlossen.

(Vertagung der Sitzung 2 Uhr 57 Minuten.)

Präsident **Löbe** erklärt um 3 Uhr 10 Minuten: (C)

Meine Damen und Herren! Ich hatte vorhin die Sitzung geschlossen. Ich eröffne sie auch jetzt nicht, sondern teile nur mit, daß um 3 Uhr 15 Minuten der Ältestenausschuß zur Feststellung des Tatbestandes zusammentritt.

(Abgeordneter Dr. Heim: So ist es recht! — Zustimmung.)

Die Sitzung wird um 5 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Löbe wieder eröffnet.

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Meine Damen und Herren! Der Ältestenausschuß hat versucht, in der Zwischenpause, die wir einlegen mußten, den häßlichen Zwischenfall aufzuklären, der sich vorhin bei Schluß der Sitzung ereignete. Nach dem Stenogramm führte der Abgeordnete Unterleitner aus:

> Studenten haben sich bei der Rückfahrt vor einigen Tagen nach dem Streik und nach dem Morde an Gareis dahin ausgedrückt, daß in Bayern erst 4000 bis 5000 an die Wand gestellt werden müßten (hört! hört! links), daß dann erst Ruhe wäre. Auf die Frage, ob sie denn keine Versöhnung wollten, gaben diese Herrschaften zur Antwort: wir wollen keine Verständigung, Kommunisten sind keine Deutschen, die erledigen wir kalt! (Abgeordneter Dr. Mittelmann: Da haben sie recht! — Große Unruhe und erregte Zurufe links. — Abgeordneter Remmele stürzt sich auf den Abgeordneten Dr. Mittelmann.)

Meine Damen und Herren! Bei dieser Reihenfolge der Ereignisse, wenn sie unbestritten wäre, würde ich nicht an- (D) stehen — wegen der Billigung des Mordes, die in dem Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Mittelmann liegen müßte —, die schärfste Rüge auszusprechen, zu der überhaupt Disziplinarvollmachten vorliegen. Der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann hat mir aber eine Erklärung überreicht

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Der lügt immer! — Unruhe und Pfuirufe rechts; — Glocke des Präsidenten)

— ich bitte aber! —, die inhaltlich wie folgt lautet:

> Als der Abgeordnete Unterleitner aus einer Zeitung das Zitat vorlas: „die Kommunisten sind gar keine Deutschen", machte ich den Zwischenruf: „da haben sie recht". Das weitere Zitat „deshalb müssen sie kaltgemacht werden" habe ich sowie meine ganze Umgebung nicht vernommen.
>
> (Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)
>
> Schon deshalb konnte sich mein Zwischenruf nicht auf dieses weitere Zitat beziehen. Aus diesem Grunde war mir die Erregung auf der äußersten Linken auch vollkommen unverständlich.

(Lebhafte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ich stehe trotzdem auf dem Standpunkt, daß ich mein tiefes Bedauern gegenüber dem Abgeordneten Mittelmann aussprechen muß, daß er in einer so gespannten Situation, in der Zitate vorgelesen wurden, die doch wirklich nicht geeignet waren, irgendwie versöhnend zu wirken, die Stimmung durch seinen Zwischenruf in solcher Weise verschärft hat,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und ich kann mich nicht enthalten, ihm für diesen Zwischenruf auch nach der anderen Auffassung eine Rüge zu erteilen.

(Präsident.)

(A) Eine noch schärfere Rüge muß ich allerdings dem Abgeordneten Remmele erteilen, von dem mir gesagt worden ist, daß er einen tätlichen Angriff auf ein anderes Mitglied des Hauses versucht hat. Wenn das üblich werden sollte, dann müßte allerdings die deutsche Volksvertretung einpacken.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich nehme aber an, meine Damen und Herren, daß wir uns alle Mühe geben wollen, doch wenigstens die äußeren Formen der Menschlichkeit innezuhalten.

(Sehr wahr! rechts. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Um aber die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu vermeiden, bitte ich doch ein für allemal, wenigstens äußerlich die Verhandlung so zu führen, daß die Abgeordneten auf ihrem Platze bleiben und den Raum vor den Stenographen freilassen. Auch dieser Zwischenfall wäre vielleicht nicht in der Schärfe geschehen, wenn die Abgeordneten auf ihren Plätzen gewesen wären.

Wir fahren in den Verhandlungen fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Unterleitner.

(Zuruf links: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!)

— Ich hatte allerdings schon dem Herrn Abgeordneten Unterleitner das Wort erteilt.

Zunächst hat das Wort der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter, Interpellant: Ich beendigte meine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Reaktion in Bayern ihr Spiel ruhig weiter treiben darf, und belegte das mit dem Zitat, das die vorhergehenden Stürme hervorgerufen hat. Damit sich die anwesenden Damen und Herren die Worte einprägen können, möchte (B) ich sie nochmals zur Kenntnis bringen.

Das rechtssozialistische Organ, die „Münchener Post", veröffentlichte folgendes Gespräch:

> **Münchener Studenten** in einem Abteil des D-Zugs, der abends 10 Uhr von Regensburg in München einläuft. Sie kommen von einem Sportfest in freudiger Erregung über die errungenen Preise und sprechen stolz von „unseren Helden". Zwei Studenten, die in voller Infanterieuniform mitreisen als Verwundete aus Oberschlesien. Das **Gespräch** streift den Generalstreik. Sehnsüchtiger Ausruf: Wenn doch durch die Kommunisten und ihre Nachläufer mehr unternommen würde, das gäbe ein Aufräumen in Bayern.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> 4- bis 5000 an die Wand, dann gibt es Ruhe.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Gegenfrage: Sie sprechen wie von einer Hasenjagd. Sagen Sie sich nicht selbst, daß diesem Blutrausch ein Haß entquellen würde, der in alle Zukunft jede Verständigung unmöglich macht? Antwort: Wir wollen keine Verständigung, Kommunisten sind keine Deutsche, die erledigen wir kalt.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Jeder von uns tut dabei mit. Hoffentlich kommt es dahin.
>
> (Hört! Hört! links.)

Das ist die Stimmung, die gegenwärtig noch immer in Bayern herrscht, und gegen diese frevelhaften Taten, die nun weiterhin geplant sind, rufen wir die gesamte Kulturmenschheit auf, da rufen wir vor allem den deutschen Reichstag auf, daß er dagegen mit allen Mitteln Stellung nimmt.

Die **Streikenden in Bayern** haben nichts Unbilliges (C) gefordert, sie haben nur gefordert, was in einer Republik eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Sämtliche Parteien haben sich, nur um in Bayern rechtmäßige Zustände herbeizuführen, bei diesem Streik auf folgende **Forderungen** geeinigt:

1. Vollste Durchführung der Reichs- und Landesverfassung sowie der Reichsgesetze und tatkräftiges Einschreiten gegen alle Rechtsverletzer.

— Das muß man in Bayern erst durch einen Streik fordern! —

2. Schutz von Leben und Gesundheit aller Staatsbürger ohne Unterschied.

— Das muß man ebenfalls erst in Bayern fordern. —

3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Volksgerichte, der herrschenden Polizeiwillkür und Wiederherstellung der Versammlungs- und Preßfreiheit.

(Sehr wahr! links.)

4. Nachprüfung der Stand- und Volksgerichtsurteile, Freilassung der unschuldig Inhaftierten.
5. Sicherung der demokratisch-sozialen Republik.

Das waren die Forderungen, die diese Streikenden aufgebracht haben, die nun in der Weise verfemt werden, wie wir es gehört haben. Es sind nicht nur sozialistische Kreise — und das möchte ich hervorheben —, die die Schandtaten der bayerischen Regierung verurteilen, sondern selbst bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein hat dieses Mordsystem von Bayern Empörungen hervorgerufen. Mit Recht sagt der **„Badische Staatsanzeiger"**, daß in München ein nicht unerheblicher Bruchteil der Bevölkerung eine Rohheit des Fühlens und Denkens an den Tag legt, daß die Aschantineger als Zivilisationsträger erscheinen müßten.

(Sehr gut! auf der äußersten Linken.)

Ich möchte als Sozialist sagen, daß sich die Aschantineger (D) gar nicht so herabwürdigen lassen. Diese Neger haben vielleicht gar eine feinere Kultur, als manche der Staaten, die sich Kulturstaaten nennen.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Aber es ist bezeichnend, daß der **„Bayerische Kurier"**, eines der führenden Organe der bayerischen Volkspartei, diese „Anrempelungen", wie er sich ausdrückt, zurückweist und sagt:

> Da sieht man wieder: **„Bayern** soll der **Spucknapf** sein **für ganz Deutschland".**

Wir haben hier den „Miesbacher Anzeiger", den „Völkischen Beobachter" und andere Presseäußerungen kennen gelernt. Da ist es umgekehrt. Die Reichsregierung in Deutschland ist der Spucknapf für Bayern. Aber die Herrschenden in Bayern sind ja sehr empfindlich, wenn ihnen einmal nur in einer etwas drastischen Form die Wahrheit gesagt wird.

Die Behauptung von **Geheimbünden** wird auch dadurch bewiesen, daß ein demokratischer Abgeordneter sich dagegen gewandt hat. Der demokratische Abgeordnete Dr. Dirr mußte im bayerischen Landtag auftreten gegen, wie er wörtlich sagte, die „Geheimbündelei", die mit der Plakatagitation zusammenhänge. Er führte aus:

> Das wird allmählich zuviel. Eines Tages werde man in die Dinge hineinleuchten müssen, zumal auch eine unerhörte Hetze getrieben werde, die Beunruhigung und Zwietracht ins Volk trage. Die Polizei habe alle Ursache, ein schärferes Augenmerk diesen Dingen zuzuwenden.

Die Polizei hat dieses Augenmerk diesen Dingen nicht zugewandt. Im Gegenteil, sie war blind für alles das, was geschah.

Es hat sich die „Augsburger Postzeitung", ein Organ der bayerischen Volkspartei, dagegen gewandt, daß die

(Unterleitner, Interpellant.)

(A) **Deutschnationalen in Bayern** den stärksten **Einfluß** bekommen. Es heißt in diesem Blatt:

> Es ist als sicher anzunehmen, daß deutschnationale Kreise, die sich immer mehr als die berufenen Anwälte des Ministeriums Kahr aufzuspielen beliebten, die Inspirateure und Informateure einer gewissen Presse sind. Es ist Tatsache, daß diese Presse aus dem Ministerrat heraus bedient und über alle Vorgänge in Ministerratssitzungen informiert wird. Diese Hintermänner, bei denen anscheinend der Eifer größer ist als der politische Weitblick, gebärden sich, als ob die Regierung Kahr nur deutschnationale Politik zu machen hätte.

Also selbst in bürgerlichen Kreisen eine starke Opposition!

In diesen Tagen schließen wir uns der **„Frankfurter Zeitung"** an, die einen Artikel **über Bayern** schließt mit den Worten:

> Die Männer, die für die bayerischen Zustände die Verantwortung tragen, dürfen keinen Tag mehr an ihrer Stelle gelassen werden.
>
> (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Das wäre und ist in der Tat das einzige Mittel. Die **pazifistischen Organisationen in Bayern** haben sich gegen das System Pöhner-Roth gewandt. In einer **Entschließung**, die sie in diesen Tagen eingebracht haben, heißt es:

> Der Mord an dem Abgeordneten Gareis, der Überfall auf den Abgeordneten Saenger, die fortgesetzten gewalttätigen Versammlungssprengungen und Störungen wären unmöglich, wenn nicht durch eine gewissenlose Hetze, die in Versammlungen, auf Plakaten und in Zeitungen in der ordinärsten Form betrieben wird, die Atmosphäre für die Vergiftung unseres gesamten politischen Lebens geschaffen worden wäre. Das Kartell pazifistischer Organisationen Münchens fordert Regierung und
>
> (B) Landtag dringend auf, endlich dem zügellosen Treiben gewisser Kreise und Blätter in München und auswärts entschieden Einhalt zu tun.

Das sind bürgerliche Kreise.

Und nun zum Schluß noch eine Stimme aus der bayerischen Volkspartei, aus dem **führenden Organ der Bayerischen Volkspartei**, dem **„Regensburger Anzeiger"**. Ich würde nur wünschen, daß sich das auch durchsetzt. Aber soviel ich vernommen habe, huft man schon jetzt wieder zurück, will man schon jetzt wieder mit den Deutschvölkischen sympathisieren.

Im „Regensburger Anzeiger", dem Organ des Führers der Bayerischen Volspartei, des Landtagsabgeordneten Held, heißt es zur Ermordung von Gareis:

> Es ist aber auch zu hoffen und dringend zu wünschen, daß die bayerische Staatsregierung mit aller Macht gegen die Elemente vorgeht, die eine Atmosphäre in Bayern geschaffen haben, in der derartige Wahnsinnstaten gedeihen können. Die Deutschvölkischen und ihre Organe, wie der „Deutschvölkische Beobachter", der „Miesbacher Anzeiger" usf., die offen zur Sabotierung der Reichs- und Staatsgewalt, soweit sie ihnen nicht paßt, auffordern, sie sind die eigentlichen Schuldigen an dem Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht. Ihnen und all den deutschvölkischen Hetzern in Münchener Versammlungen gegenüber, die öffentlich zu Gewalt und zu Progromen auffordern, darf es keine Nachsicht mehr geben. Sie sind ebenso gefährlich wie die Hetzer von links.

In einer Nummer, die dieser vorausgegangen ist, heißt es:

> Dem Rowdytum der Münchner Deutschvölkischen und ähnlichen politischen Gesindels muß mit aller Macht zu Leibe gegangen werden, wenn die (C) Landeshauptstadt nicht in den übelsten Ruf kommen soll. Wohin kämen wir, wenn Überfälle (vergl. den Fall Saenger!) und Mord an prominenten politischen Persönlichkeiten in Bayern zur politischen Gewohnheit werden würden? Bald würde kein Minister, kein Abgeordneter, kein Parteiführer mehr am Leben sein. Dinge, wie sie sich in den letzten Wochen zweimal in München ereignet haben, sind der Tod jedes politischen Lebens. An den Pranger mit diesen politischen Mordbuben und auch an den Pranger mit ihren Hintermännern, die als Anstifter am gefährlichsten sind! Für die darf es keine Gnade geben. Auch wer im politischen Leben eine Atmosphäre schafft („Miesbacher Anzeiger", „Deutschvölkischer Beobachter" und ähnliche Erzeugnisse), in der solche Untaten gedeihen können, kann von der Mitschuld daran nicht freigesprochen werden.

Dazu ist nur zu sagen, daß die Bayerische Volkspartei, der dieses Organ, der „Regensburger Anzeiger", angehört, es jederzeit in der Macht hat, die Zustände in Bayern zu ändern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn Sie das nicht tun, sondern nur schreiben, so ist es elende Heuchelei, und wir wollen Ihren Worten solange nicht glauben, wie wir nicht Taten sehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die Bayerische Volkspartei im Landtag Kahr beseitigen will, Herrn Roth beseitigen will, wenn sie Pöhner entlassen will, so hat sie das jederzeit in der Hand. Sie soll nicht Worte machen, sondern endlich Taten begehen; denn sonst könnte es sehr leicht sein, daß auch den führenden Männern der Bayerischen Volkspartei diese deutschvölkischen Kreise über den Kopf wachsen. Jetzt war es Gareis, der zunächst ermordet ist, und er war (D) nicht der letzte, wenn sich das System nicht ändert. Der nächste ist vielleicht Auer, der übernächste vielleicht — Herr Dr. Heim, vielleicht ein anderer von der Bayerischen Volkspartei. Die Morde, die nun einmal von diesem System begünstigt werden, sind nicht abzusehen, und Sie täten gut daran, sich in Ihren eigenen Kreisen umzuschauen. Denn nicht umsonst hat ja aus einer deutschvölkischen Versammlung der **„Deutschvölkische Beobachter"**, glaube ich, geschrieben, daß der **Kardinal Faulhaber** eigentlich auch zu den internationalen Lumpen gehöre, der auch keine Vaterlandsliebe mehr hätte. Was in den Versammlungen der Deutschvölkischen gerade auch über den Kardinal Faulhaber gesprochen worden ist — wir haben darüber zuverlässige Berichte —, beweist nicht gerade, daß die Hexen Ihnen, wenn Sie zu weit sich mit Ihnen einlassen, entgegenkommen werden, sondern Sie werden Ihnen sehr rasch über den Kopf wachsen. Dann gehen Sie an Ihren eigenen Früchten zugrunde. Darum bleiben Sie, wenn Sie Ernst machen wollen, nicht bei Worten stehen!

Dann muß hier von der **Reichsregierung** verlangt werden, daß sie den **Ausnahmezustand in Bayern** beseitigt. Denn letzten Endes ist der Ausnahmezustand in Bayern die Quelle all der Übel, die Quelle all der Verbrechen, und ehe der Ausnahmezustand in Bayern nicht aufgehoben wird, werden wir dort keine geordneten Zustände bekommen. Er ist nicht notwendig. Hunderte Male ist hier und draußen bewiesen worden: wir können in Bayern auch ohne Ausnahmezustand genau so wie im übrigen Reich unsere staatlichen Verhältnisse ordnen. Solange aber eine einseitige Justiz in den Volksgerichten geübt wird, solange ein einseitiges Regiment in dem System Pöhner besteht, solange Roth Justizminister und Pöhner Polizeipräsident ist, solange ein politisches System besteht, das sich in Kahr aus-

(**Unterleitner,** Abgeordneter.)

(A) drückt, solange werden wir nicht zur Ruhe kommen, solange wird auch eine gesunde Reichspolitik nicht möglich sein.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb fordern wir nicht allein aus sozialistischen Gründen, nicht aus demokratischen Gründen allein, nein, auch aus nationalen Gründen, daß mit diesem System in Bayern gebrochen wird, und wir erwarten, daß der Reichstag sich dieser Forderung einmütig anschließt.

(Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. **Wirth,** Reichskanzler: Geehrte Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Unterleitner hat die Interpellation der Herren Aderhold und Genossen leidenschaftlich begründet. Ich verstehe manches, was er in seine Rede eingeflochten hat, ich verstehe die große Erregung, die weite Kreise des deutschen Volkes erfaßt hat, als in der bekannten Nacht zum 10. Juni durch einen feigen, hinterlistigen Mord der Abgeordnete Gareis aus dem Leben geschafft worden ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Kein Wort ist zu scharf, um diese Schandtat genügend zu kennzeichnen. Sie muß ihre **Sühne** finden, und jede Staatsautorität, die den Anspruch erhebt, die Autorität eines Staates wirklich zu stützen, wird und muß sich alle Mühe geben, Mörder der gerechten Strafe und Sühne entgegenzuführen.

Die **Interpellation,** die wir heute besprechen, wird in wenigen Tagen **im bayerischen Landtag,** wo, wie ich unterrichtet wurde, auch eine Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratie eingebracht worden ist, ihre Fortsetzung und ihr Echo finden. Ich möchte wünschen und hoffen, daß die große Erregung, die Deutschland

(B) weithin durchzittert hat, allmählich durch eine ruhige und klare politische Aussprache ihrem Ende entgegengeführt werden könnte.

Ich unterscheide in dieser Interpellation zwei Dinge: solche Dinge, die der Kompetenz der Reichsregierung unterstehen, und solche, die nur der Kompetenz der bayerischen Staatsregierung unterstehen. Ich habe den Mord, der in München geschehen ist, genügend gekennzeichnet. Ich bezeichnete ihn als ein feiges, hinterlistiges Verbrechen.

Nun kommt die Frage nach den **Motiven dieses Mordes.** Ich bitte Sie alle, die Sie bisher in Schärfe mit uns jeden derartigen Mord verurteilt haben, sich nicht zu voreiligen Schlüssen hinreißen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Die letzten Motive dieses Mordes bedürfen der Aufklärung, und wie wir es immer als eine besondere Ehre angesehen haben, in schwebende Verfahren nicht einzugreifen, so müssen wir uns auch im Hinblick auf die Ermordung des Abgeordneten Gareis vor voreiligen endgültigen Schlüssen zurückhalten. Die **bayerische Staatsregierung** hat der Presse und auch uns eine **amtliche Mitteilung** zugehen lassen **über den** bisherigen **Gang der Untersuchung.** Ich darf daraus einiges mitteilen:

> Die Untersuchung in Sachen des Abgeordneten Gareis wird mit dem größten Eifer weitergeführt. Leider sind alle Bemühungen, eine einigermaßen verlässige Spur des Mörders zu finden, bis jetzt ergebnislos geblieben. Es existiert nur ein direkter Tatzeuge, der Begleiter des Abgeordneten Gareis, der U.S.P.-Genosse Seraing, der bis heute keinerlei Angaben über den Mörder zu machen wußte, welche die Nachforschungen der Polizei nach dem Täter sachdienlich unterstützen könnten. Er könne keine bestimmten äußeren Kennzeichen des Mörders nennen. Die einzige Angabe über die Kleidung, (C)
> ob der Täter Wickelgamaschen oder Strümpfe getragen hat, ist ebenfalls unbestimmt. Das später zum Tatort eilende Dienstmädchen kann wiederum nur die Angabe machen, daß unmittelbar nach den Schüssen ein Mann über die Straße zum Hause Freystraße gelaufen sei.
>
> Fest steht also bloß, daß Seraing nach jener Freidenkerversammlung im Hofe des Matheser sich dem Abgeordneten Gareis vorgestellt und sich zur Begleitung angeboten hat. Fest steht ferner, daß die Schüsse auf Gareis aus nächster Nähe mit einer Mehrladepistole 7,65 abgegeben worden sind, daß der Begleiter Seraing aber keine besonderen Merkmale und Kennzeichen an dem Mörder bemerkt hat. Die Tat geschah kurz nach ½12 Uhr in dunkler, menschenleerer Straße, 42 Schritte von der nächsten brennenden Laterne entfernt. Sie war in wenigen Augenblicken geschehen, und der Mörder verschwunden. Die Polizei greift jeden, auch den leisesten Verdacht auf, um den Spuren nachzugehen.
>
> (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Aber die unvollständigen Angaben des Begleiters Seraing sowie die des Dienstmädchens bilden das einzige Material, mit dem die Polizei zurzeit arbeiten muß. Staatsregierung, Polizei und politische Parteien haben das gemeinsame gleiche Interesse an der restlosen Aufklärung der Tat und ihrer Motive.
>
> (Lachen auf der äußersten Linken.)
>
> Unmittelbar am Morgen nach der Tat sind von der Staatsregierung 10 000 Mark Belohnung für die Ermittlung des Täters ausgesetzt worden. Ich habe vorhin in einer Zeitung gelesen, daß die Be- (D)
> lohnung heute auf 30 000 Mark erhöht worden ist. — Das ist das mir zugänglich gewordene amtliche Material.

Meine Damen und Herren! Wir haben das unglückliche Opfer ebenfalls mit ehrenden Worten zu behandeln, wie das unten in Bayern von allen politischen Parteien geschehen ist, die dort den Gedanken der Staatsautorität hochhalten. Dieses **Mitgefühl mit seiner Familie** und das **Beileid für seine Freunde** bringe ich auch hier **im Namen der Reichsregierung** zum Ausdruck.

Aber, meine Damen und Herren, mit dem Bedauern allein und mit dem Mitleid ist für ein solches Verbrechen eine Sühne noch nicht gegeben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Dieser Mord — mag er auch geschehen sein aus irgendwelchen Motiven — ist ein Zeichen, daß wir in der **innerpolitischen Entwicklung Deutschlands** wieder an einem **Krisenpunkt** angelangt sind. Möge auch äußerlich da und dort in deutschen Landen die Erregung zurückgetreten sein —, darüber bin ich mir klar, daß in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Deutschlands und über die Grenzen hinaus eine Erregung außergewöhnlicher Art sich eingestellt hat. Diese Verwilderung der Sitten, die in diesem Mord zum Ausdruck gekommen ist, ist der Ausdruck dafür, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Zustände noch durchaus krankhaft genannt werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich begreife die Erregung, wie sie von den Sozialisten zum Ausdruck gekommen ist. Es ist in einem solchen Mord und in der Verherrlichung, die er da und dort gefunden hat, das zum Ausdruck gekommen, was niemals Leitstern unserer Politik sein kann, nämlich die Verherrlichung der brutalen Gewalt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Dieser Kultus der Gewalt, wie er da und dort gepflegt worden ist und gepflegt wird, wäre geeignet, unserem Vaterlande den letzten, den Todesstoß zu versetzen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Siehe Mittelmann!)

Für die Reichsregierung, für alle Mitglieder der Reichsregierung ist diese Tat, die da geschehen ist, eine Mahnung, alle unsere Kräfte daran zu setzen, daß wir zu Zuständen gelangen, die frei von barbarischen Zwischenfällen sind. Die **Untaten, die in München** begangen worden sind, bedeuten die denkbar größte **Gefährdung unserer kommenden politischen Entwicklung**, die wir nur unter einer friedlichen Demokratie für gesichert erachten.

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat sehr lebhafte **Angriffe auf die bayerische Staatsregierung** und die dort führenden Männer gerichtet. Ich kann ihm auf dieser Bahn nicht folgen. Ich bin selbst aus einem süddeutschen Lande und habe in Baden anderthalb Jahre lang ein Ministerium geführt. Ich weiß, wie vorsichtig an diesem Platze von einem Reichsminister gesprochen werden muß, wie vorsichtig der Charakter der Selbständigkeit des Landes gewahrt werden muß, wenn man nicht das Entgegengesetzte von dem erreichen will,

(Abgeordneter Dr. Heim: Sehr richtig!)

was eine Interpellation eigentlich beabsichtigt. Ich werde mich deshalb mit größter Vorsicht nach dieser Richtung hin äußern. Ich will mich aber über die Auffassung der Reichsregierung und auch über meine eigene Auffassung durchaus nicht etwa zurückhaltend äußern. Ich werde offen sprechen.

Man hat über die **Weimarer Verfassung** manchmal ein abfälliges Urteil darüber gesprochen, als ob sie den **föderalistischen Charakter des Reichs** verwischt hätte. Ich glaube das nicht. Im Rahmen der Weimarer Verfassung ist ein selbständiges Leben der Länder möglich.

(B) Im Rahmen des Reichs, im Rahmen der Einheit des Reichs ist es möglich. Weil wir an eine Mannigfaltigkeit in einer festen Einheit glauben, die nötig ist, um die Geschäfte führen zu können, werden wir uns aber auch hüten, nun irgendwie in die Selbständigkeit der inneren Verwaltung eines Landes einzugreifen. Die Verfassung von Weimar muß uns davor hüten, in eine rechtmäßige Regierungsautorität in einem Lande einzugreifen, die so lange verfassungsmäßig ist, als sie von der Mehrheit des Landtages getragen ist. Ich bitte Sie also, es uns nachzufühlen, wenn wir uns, was die Kritik der Politik einer Landesregierung angeht, nur äußerst vorsichtig und zurückhaltend äußern.

(Ironische Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf aber eines hinzufügen. In allen Kreisen Bayerns soll man sich darüber klar sein, daß das, was in den letzten Wochen und Monaten an einigen Plätzen geschehen ist, geeignet ist, die **Einheit des Reichs** zu **gefährden.**

(Sehr richtig! links und bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, ich will von den persönlichen Verunglimpfungen absehen, die in einzelnen süddeutschen Organen in den letzten Monaten zum Ausdruck gekommen sind. Ich bedaure, sagen zu müssen: nicht allein in Bayern, sondern auch in anderen süddeutschen Ländern, haben sich einige **Hetzorgane** aufgemacht, die zweifellos mit diesen unwürdigen Hetzereien nach größeren politischen Zielen streben als allein, damit führende Männer in der heutigen Reichsregierung mit Schmutz zu bewerfen. Das ist doch nur ein Mittel. Ich habe es aus manchem Munde schon gehört, was damit erstrebt werden soll: den Süden vom Norden zu trennen

(lebhafte Rufe: Hört! Hört! links; Unruhe rechts)

und in einem politischen Wirrwarr hernach von Süden (C) her der Reaktion in Deutschland zum Siege zu verhelfen.

(Sehr richtig! links. — Rufe rechts: Oho!)

— Meine Herren, wundern Sie sich nicht!

(Zuruf von den Deutschnationalen: Doch, wir wundern uns!)

— Herr Kollege Schiele, ich kann Ihnen Beispiele aus den letzten Tagen aus Ihnen nahestehenden Zeitungen zeigen. Nehmen Sie nur die Zeitung, die in Stuttgart die Interessen der Deutschnationalen vertritt! Es spottet jeglicher Beschreibung, was da geleistet worden ist an schamlosester Beschimpfung von Männern, die in Stunden der Not an diesen Platz getreten sind. Ich will aber von persönlichen Dingen absehen. Es ist nicht so, wie es in der **„Süddeutschen Zeitung"** geheißen hat, als ob wir uns hierhergestellt hätten, um für uns fette Pfründen zu erwerben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Nein, die Männer der heutigen Regierung haben sich hierhergestellt, um unser Vaterland, um unsere Freiheit retten zu helfen.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Es ist auch nicht richtig, wenn behauptet wird, wie von Herrn Düringer in Freiburg, daß ich irgendeiner Partei den christlichen Charakter absprechen wollte.

Seit einem Jahre oder seit zwei Jahren geht nun eine schamlose Verunglimpfung einzelner Personen durch die deutschen Lande. Ich bin seinerzeit in Süddeutschland in Versammlungen tätig gewesen, und dort hat mir ein sehr ruhiger Mann ein Flugblatt aus der deutschnationalen „Süddeutschen Zeitung" in die Hand gedrückt, ein Pamphlet der niedrigsten Art gegen einen Mann, dem Sie selbst die Hochachtung nicht versagen können.

(Hört! Hört! — Große Unruhe rechts.)

— Warten Sie nur! — Ein Pamphlet, — —

(Andauernde Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.) (D)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte um Ruhe!

(Zurufe rechts: Was hat denn das alles mit Gareis zu tun?)

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Warum haben Sie denn den Zwischenruf gemacht?

(Zuruf rechts: Weil Sie so gesprochen haben! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte doch, den Herrn Reichskanzler ausreden zu lassen. Die weitere Aussprache wird ja allen Herren Gelegenheit geben, dann zu seinen Worten Stellung zu nehmen; aber es entspricht nicht der Sachlage, wenn jetzt der Herr Reichskanzler ständig durch Zwischenrufe gestört wird.

(Zurufe rechts.)

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, — —

(Zuruf rechts: Sie müssen objektiv sprechen!)

— Ich werde mich der größten Objektivität befleißigen, Herr Abgeordneter Helfferich! — Ich habe nur darauf hingewiesen, daß in Süddeutschland, nicht nur in Bayern, von einzelnen Preßorganen aus bestimmten Stellen dauernd Männer, die sich hier in die politische Verantwortung begeben, persönlich verunglimpft werden in einem Maße, für das mir hier jeder parlamentarische Ausdruck fehlt,

(hört! hört! und sehr wahr! links)

und ich habe darauf hingewiesen, daß selbst Organe, die Ihnen (zu den Deutschnationalen) parteipolitisch nahestehen, die die Träger Ihrer Bewegung sind, sich von derartigen Dingen nicht fernhalten und daß diese Bearbeitung der Öffentlichkeit, um einzelne Personen herunterzureißen, seit Jahren fortgeführt wird in einer Weise, die es in der Zukunft geradezu als eine Gefahr erscheinen

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) lassen muß für jeden, der hier die politische Tribüne in exponierter Stellung betritt. Er läuft Gefahr, am ersten Tage, wo er hier verantwortlich auftritt, in den Mittelpunkt eines Kesseltreibens gestellt zu werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie (zu den Deutschnationalen) sich dagegen entrüsten, bin ich Ihnen sehr dankbar.

(Sehr gut! links.)

Entrüsten wir uns aber, bitte, meine Herren, gegen jedes Treiben, daß der politische Kampf zu einem Kampf des Hasses gegen Personen werden darf.

(Erneute Zustimmung links und im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich wollte sagen: ich habe selbst Beispiele erlebt, wo die Person — und das muß ich an dieser Stelle einmal sagen —, die den Reichspräsidentenposten bekleidet, in einem Maße **verunglimpft** wird, das jeder Staatsautorität abträglich sein muß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es können ja Zeiten eintreten in der Geschichte jedes Volkes, wo der **Reichspräsident** jeweils nach dem Ergebnis der Wahlen einmal nach links, dann nach rechts oder nach der Mitte hin orientiert sein kann. Das müßte in Deutschland eine heilige Sitte werden, daß der Reichspräsident außerhalb des politischen Kampfes steht,

(sehr richtig! bei den Regierungsparteien)

daß er geschont wird, sofern er seine Pflicht tut. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, der heutige Reichspräsident kann nicht Gegenstand bei der Debatte sein; — das eine aber wird man in ganz Deutschland dem Herrn Reichspräsidenten Ebert sagen können, daß er vom ersten Tage seiner Amtsführung an seine Pflicht in einem Maße wahrgenommen hat, die ihm den Dank des ganzen deutschen Volkes für sein Leben und darüber hinaus sichert.

(Lebhaftes Bravo! bei den Regierungsparteien. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Was hat das mit

(B) Gareis zu tun? — Unruhe und Zurufe links.)

— Soll ich Ihnen (nach rechts) das Pamphlet zeigen, was in Süddeutschland verbreitet worden ist? Sie haben nur den Zusammenhang nicht erkannt — —

(Zurufe rechts: Nein, den können wir wirklich nicht begreifen, Herr Reichskanzler!)

Ich habe vorhin ja erwähnt, was in Freiburg vor einigen Tagen gesprochen worden ist. Lesen Sie das, bitte, nach. Herr Kollege Dr. **Düringer** hat mich auf dem **Freiburger Parteitag** in einer Art behandelt, die ich als gerecht empfinde. Ich bin dort aber auch ungerecht behandelt worden. Ich habe Vorwürfe hören müssen, als ob ich mir in bezug auf meine Auffassung von dem christlichen Charakter einer Partei irgendein Unrecht hätte zuschulden kommen lassen. Diese Vorwürfe sind nicht gerechtfertigt. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß schon vor Jahren Verunglimpfungen von Personen in einem Pamphlet stattgefunden haben, das von rechts kam, und in dem der Herr Reichspräsident nach dem berühmten Muster von Auerbachs Keller von einem andern Politiker mit „Doppelschwein" bezeichnet worden ist.

(Pfui! und Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Verwilderung durchtobt Deutschland jetzt seit zwei Jahren, und nun erleben wir es, daß diese Verhetzung sich gesteigert hat und schließlich zu einer Atmosphäre führen kann, die zu Entladungen führen muß;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ob die Herren in Süddeutschland das ursprünglich beabsichtigt haben, das weiß ich nicht.

(Große Unruhe und erregte Zurufe bei den Deutschnationalen: Unerhört! Wahlrede! — Abgeordneter Dr. Helfferich: Was soll das im Zusammenhang mit Gareis?)

— Haben Sie doch Geduld, meine Damen und Herren!

(Erneute Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! (C) Ich bitte wiederholt, Ihre (nach rechts) Gegenäußerungen gegenüber den Darlegungen des Herrn Reichskanzlers nicht in Form von Zwischenrufen, sondern nachher bei der Aussprache zu machen.

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Meine Herren! Sie fragen mich, — ich will darauf gern antworten, um in ruhiger, leidenschaftsloser Weise fortzufahren.

(Lautes Lachen bei den Deutschnationalen.)

— Sind Sie denn schon so klug, daß Sie das, was ich jetzt erst sagen will, schon wissen!

(Heiterkeit in der Mitte und links.)

Ich begreife die Herren von rechts nicht. Ich meine, daß eine Kritik dieser Auswüchse Ihnen mindestens so wünschenswert erscheinen könnte wie den übrigen Parteien.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Was das mit Gareis zu tun hat, will ich Ihnen erläutern. Ich sehe in der Atmosphäre, wie sie in Süddeutschland von einzelnen Organen allmählich herbeigeführt worden ist, und die in München zu Exzessen geführt hat, eine Gefahr für die Einheit des Reichs. Um dieser Gefahr zu begegnen, wende ich mich mit Schärfe gegen diese Auswüchse, und wenn wir die politische Atmosphäre in Deutschland einer Gesundung entgegenführen wollen, so dürfen wir den Mord, der da unten geschehen ist, nicht jetzt hier behandeln vom Standpunkt der Frage der Schuld und der politischen Motive, sondern wir müssen die politische Atmosphäre kennzeichnen, die mancherorts leider vorhanden ist und in die der Mord neue Aufregungen gebracht hat.

(Sehr gut! links.)

Die Hauptfrage aber, die in diesem Zusammenhange die Interpellation an mich stellt, ist wohl die nach der **Entwaffnungsaktion in Bayern.** Meine Damen und Herren! Ich weiß das Opfer, das führende bayerische (D) Kreise mit der Entwaffnung haben bringen müssen, wohl zu würdigen. Ich habe seinerzeit hier meiner Auffassung offen Ausdruck gegeben. Es war ein Opfer, ein politisches Opfer, und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß nach den mir vorliegenden Zahlen die Entwaffnungsaktion in Bayern **durchaus günstig fortgeschritten** ist,

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

und daß das, was in einigen Kreisen befürchtet worden ist, als ob nun die Waffenabgabe abgeschlossen sein werde, nicht zutrifft, sondern daß die Waffenabgabe glücklicherweise fortschreitet, wie wir es in Erfüllung des Ultimatums versprochen haben.

Nun komme ich auf die zweite wichtige große Frage, die Frage der **Aufhebung des Ausnahmezustandes,** zu sprechen. Ich will mit meiner persönlichen Auffassung nicht zurückhalten: ich werde dem Tag mit aller Kraft zustreben, wo die letzte Spur des Ausnahmezustands in Deutschland verschwunden ist.

(Sehr gut! links.)

Ich bitte nur um eines: nicht alles mit einmal und an einem Tage erstreben zu wollen. Wir haben drei Dinge im Süden zu vollenden: die Entwaffnung, die Auflösung gewisser Organisationen, hernach die politische Frage des Ausnahmezustandes zu erledigen. In zwei Fragen hoffen wir, glücklich zu einem guten Ende zu kommen; es ist zurzeit nicht möglich, was Bayern angeht, die dritte Frage heute zu einem definitiven Abschluß zu bringen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann den Herren aber versichern, daß nach meiner ersten Erklärung im Reichstag wir die Verbindung mit den Ländern aufgenommen haben, um den **Abbau des Ausnahmezustands** nicht nur etwa nur mit Worten vor Ihnen vorzuführen, sondern auch tatsächlich durchzuführen.

(Bravo! links.)

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Die Verbindung mit Preußen hat zu dem Ergebnis geführt, daß im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung im größten Teil der **Provinz Sachsen** der Belagerungszustand sofort aufgehoben werden soll. Die Erörterungen über Aufhebung des Belagerungszustands in **Ostpreußen** sind im Gange, und ich hoffe, daß nach kurzer Zeit der Ausnahmezustand in Preußen verschwunden sein wird. Nach dieser Richtung hin wird die jetzige Reichsregierung durchaus eine demokratisch positive Politik treiben, um aus diesem Zustand des Ausnahmezustands herauszukommen.

(Sehr gut! links.)

Wir hoffen, daß selbstverständlich in der Zeit, wo diese Bestrebungen im Gange sind, unsere Beratungen mit den Ländern nicht durch sinnlose Aktionen von irgendeiner Seite gestört werden. Solche sinnlosen Aktionen standen in bedrohlicher Nähe — —

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Beim Auffahren der Panzerautos bei der Beerdigung von Gareis!)

— Habe ich gehört! Daß man sie hat auffahren lassen, war kein glücklicher Gedanke. — Wir müssen danach streben — und ich bitte alle Mitglieder dieses hohen Hauses, die Reichsregierung darin zu unterstützen —, daß wir in der nächsten Zeit von sinnlosen Torheiten unbedingt frei bleiben. Ich kann mir nicht denken, wie Deutschland gerettet werden soll, wie wir eine Politik der Erfüllung des Ultimatums beginnen, die glücklicherweise vorhandene internationale Entspannung weiterführen können, wenn unser Vaterland innerlich von neuen politischen Wirrnissen heimgesucht werden sollte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, unsere Arbeit war nicht vergeblich, und ich bitte alle, die guten Willens sind, uns in diesem Bemühen — es mag schmerzliche Opfer kosten, gewiß! — ich bitte alle, die guten Willens sind, uns in diesen Bemühungen

(B) zu unterstützen. Ich hoffe aber, daß in den deutschen Ländern, in denen politische Spannungen vorhanden waren, aus inneren Kräften eine gewisse Gesundung herbeigeführt wird.

Ich glaube, die Poltik, die wir seit Wochen betrieben haben, insbesondere Bayern gegenüber, war auf dem Grundsatz aufgebaut, daß **aus inneren politischen Kräften Bayerns heraus** selbst eine **Vereinigung der politischen Atmosphäre** erfolgen muß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und das ist in gewissem Sinne geglückt. Lesen Sie, bitte, die Stimmen, die heute aus Bayern zu uns gekommen sind. Lesen Sie die neusten Stimmen der Bayerischen Volkspartei gegen den dort zutage tretenden Rechtsradikalismus, und Sie werden mir zustimmen, daß doch eine Wendung eingetreten ist, die im Interesse der Einheit des Reichs nur zu begrüßen ist.

(Zurufe aus der Bayerischen Volkspartei: Schon lange! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Erfahrungen sind sehr teuer erkauft!)

— Erfahrungen sind immer schmerzlich. Aber Sie wissen, in der politischen Welt ist mitunter erst eine Umkehr nach sehr bitteren Erfahrungen möglich. Sonst wären Kriege in einem Maße, wie sie die Welt heimgesucht haben, niemals wirklich geworden.

(Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Ich lese aber heute in der **„Bayerischen Volksparteilichen Korrespondenz"** Ausführungen, die mir doch tatsächlich zeigen, vor welchen Fährnissen wir in den letzten Wochen gestanden haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf nur zwei oder drei Sätze daraus anführen:

> Es gibt leider sogenannte Anhänger einer starken Staatsautorität, die in Wirklichkeit nichts anderes als Unterwühler des Staatsaufbaus sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Es darf nicht verkannt werden, daß tatsächlich (C) Richtungen und Kliquen bestehen,

— in Bayern nämlich! —

> denen die Entwicklung zu langsam geht und die mit verfassungswidrigen Gewaltmitteln die Aufrichtung einer starken Staatsautorität erzwingen wollen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf noch einen Satz hinzufügen:

> Daß eine Regierung und Parteien, deren oberstes Prinzip der legale Staatsgedanke ist, diese illegalen Strömungen von rechts mit allergrößter Aufmerksamkeit betrachten und, wenn nötig, ihnen mit denselben energischen Mitteln entgegentreten müssen, wie es nach links geschieht, ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren! Sie sehen aus diesen Auslassungen, die doch parteiamtlichen Charakter tragen, ganz deutlich, daß in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei selbst mit der **Möglichkeit von Gewaltputschen von rechts in Bayern** gerechnet worden ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn ich das gesagt hätte ohne Bezugnahme auf die eben genannte Korrespondenz, wäre vielleicht Anlaß zu großer Erregung vorhanden gewesen. Ich freue mich aber über diese Entwicklung zum legalen Staatsgedanken, der sich doch jetzt auf breiter Front in ganz Süddeutschland bemerkbar macht.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das brauchen Sie uns nicht zu predigen!)

Und wenn diese Entwicklung von uns gefördert werden kann — und wir werden sie mit allen Kräften fördern —, dann, glaube ich, ist die Gefahr für die Einheit des Reichs gebannt, der wir in den letzten Monaten so oft sorgenvoll entgegengeschaut haben.

Meine Damen und Herren! Ich will es mir gern (D) zur ganz besonderen Aufgabe machen, die **Verbindungen mit den Ländern zu möglichst freundschaftlichen** zu **gestalten.** Mir liegt es fern, den Ländern diktieren zu wollen. Ich glaube, die Länder haben Anlaß, sich in den nächsten Monaten und Jahren mit dem Reich zusammenzusetzen — denken Sie nur an die finanzpolitischen Gebiete — und zu beraten, wie man für Reich und Länder — und ich will auch einschließen: für die Gemeinden; ich habe eben eine Besprechung mit Oberbürgermeistern gehabt —, in freundschaftlichem, friedlichem Geist die großen zu lösenden Probleme meistern kann. Denn wir alle haben allen Anlaß, in einer friedlichen demokratischen Entwicklung den wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Vaterlandes und seiner Zellen, der Gemeinden und der Länder, zu vermeiden.

(Bravo!)

In diesem Sinne reiche ich allen, die guten Willens sind, aus Süden und Norden freundlich die Hand und will über das weggehen, was persönlich über uns ergangen ist. Auch mir liegen die Zeitungen vor, die solche ungeheuerlichen **Beschimpfungen** gerade **nach Norden** dauernd richten. Ich weiß nicht, wer diese Pamphlete jede Woche **in gewissen süddeutschen Zeitungen** verfaßt.

(Zuruf links: Thoma! — Widerspruch bei der Bayerischen Volkspartei.)

— Das wird bestritten. Ich würde jeden Literaten Deutschlands, jeden Künstler aufs tiefste bedauern, wenn er seine Feder zu einem derartigen Henkerswerk mißbrauchen wollte, Volksgenossen gegeneinander aufzuhetzen, die im Dienst des Vaterlands ihre Kräfte verzehren. Verzeihen und Vergessen, das ist die Parole, der ich auf diesem Gebiet folgen will.

(Rufe von den Deutschnationalen.)

— Sie sagen: davon hat man nichts gehört. Ich darf

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Ihnen sagen: ich habe bisher nicht in einer Form auf alle diese Dinge geantwortet. Ich habe in den letzten Wochen Briefe mit Unterschriften voll des schmutzigsten Inhalts erhalten.

(Hört! Hört! links.)

Ich reagiere darauf nicht. Ich kann sie Ihnen vorlegen.

(Zurufe von den Deutschnationalen: Kriegen wir auch! Papierkorb!)

— Mit Unterschrift! Gut, lassen wir das. Ich bin Ihnen dankbar. —

(Zurufe bei den Deutschnationalen: Anonym!)

— Die anonymen, dafür habe ich einen guten Papierkorb, die nehme ich überhaupt nicht zur Kenntnis. — Ich sage, ich bin Ihnen dankbar von rechts wie von links, wenn Sie uns helfen, aus diesem Sumpf des gehässigen politischen Kampfes herauszukommen. Das Reich braucht alle seine Kräfte, es braucht alle Söhne aus Süden und Norden, wenn wir die Einheit des Reichs, unser Volk und unser Vaterland überhaupt retten wollen.

(Anhaltender lebhafter Beifall im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten. — Zischen bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Beratungen nunmehr abzubrechen

(Zustimmung)

und die neue Sitzung anzuberaumen auf Sonnabend, den 18. Juni, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland;
2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Ergänzungsvertrag zum (B) deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag);
3. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis;
4. Interpellation der Abgeordneten Bruhn, v. Gallwitz und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI;
5. Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VII.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken.)

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich möchte, nachdem der Herr Präsident die Tagesordnung für morgen vorgeschlagen hat, zunächst die Besprechung der Interpellation beantragen, über die wir soeben verhandelt haben. Es ist ja noch nicht geschehen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich möchte bitten, von den beiden ersten Gesetzentwürfen, welche die deutsch-polnischen Verträge betreffen, deren Inhalt mir und meinen Freunden nicht gewärtig ist — ich weiß gar nicht, ob sie uns schon zugegangen sind —, die zweite Lesung noch nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Mit der Aufsetzung der ersten Lesung sind wir einverstanden.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Wir werden vielleicht so verfahren: es ist ja zunächst der Antrag Müller (Franken) gestellt worden, in die Besprechung der Interpellation einzutreten. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung durch (C) 50 Mitglieder. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; wir werden also dann die Besprechung nach meinem Vorschlag auf morgen verlegen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Ich bitte, gemeinsam mit der Interpellation Bruhn und Genossen wegen der Sekretärprüfung auch unseren Antrag, der dazu gehört, mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ja, dann soll der Antrag Erkelenz und Genossen hinzugefügt werden; er wird mit der Besprechung der Interpellationen über die Ergänzungsprüfungen der Beamten verbunden werden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heim.

Dr. **Heim**, Abgeordneter: Herr Präsident, besteht darüber Klarheit, daß morgen die Besprechung der Interpellation an erster Stelle erfolgt?

Vizepräsident Dr. **Bell**: Wir nehmen an, Herr Kollege Dr. Heim, daß die beiden ersten Punkte ziemlich rasch erledigt werden.

(Widerspruch und Zurufe.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich möchte vorschlagen, die Besprechung der heutigen Interpellation als ersten Punkt zu behandeln. Wir wissen nicht, welche Debatten es bei den anderen Punkten, die jetzt an erster Stelle stehen, gibt, und wir wollen die Interpellation (D) nicht auseinanderreißen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Fleischer.

Dr. **Fleischer**, Abgeordneter: Ich bin überzeugt, über das Abkommen, betreffend den Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor, wird es überhaupt keine Debatte geben. Es wird dieser Entwurf wahrscheinlich dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ohne jede Debatte überwiesen werden. Wir müssen dieses Gesetz erledigen, da es bis zum 21. Juni von der deutschen Regierung unterschrieben sein muß. Ich bitte deshalb, wenigstens dieses Gesetz an die erste Stelle zu setzen, und dann können wir, glaube ich, ohne weiteres in die Besprechung der heutigen Interpellation eintreten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Darf ich vielleicht den Vorschlag machen, daß wir den von mir verlesenen ersten Punkt auf der Tagesordnung lassen unter der Voraussetzung, daß hierüber keine Aussprache stattfindet.

(Zurufe: Und der zweite Punkt?)

Wir können uns vielleicht dahin verständigen, daß wir den ersten und den zweiten Punkt auf der Tagesordnung lassen. Sollten aber Wortmeldungen vorliegen, sollte eine Aussprache erfolgen, dann wird sofort in den dritten Punkt der Tagesordnung eingetreten.

(Zuruf: Einverstanden!)

Damit ist das Haus einverstanden.

Im übrigen ist gegen meinen Vorschlag kein Widerspruch erhoben; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 17 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

117. Sitzung.

Sonnabend, den 18. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 3959B

Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Abkommen** zwischen Deutschland, Polen und Danzig über **Durchgangsverkehr nach Ostpreußen** (Nr. 2191 der Anlagen) 3959C

Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungsvertrag zum **deutsch-polnischen Amnestievertrag** (Nr. 1836, 2057 der Anlagen) 3959D

(B) Besprechung der Interpellation Aderhold ꝛc.: **Ermordung Gareis** (Nr. 2146 der Anlagen) 3960A

Gruber (S.) 3960A

Schwarzer (Oberbayern) (Bayer. Vp.) 3968A

Unterbrechung der Sitzung 3974C

Vertagung der Weiterbesprechung:

Schultz (Bromberg) (D.Nat.) . . 3976C

Hoffmann (Berlin) (V.K.) . . . 3976D

Beschlußunfähigkeit 3976D

Nächste Sitzung 3977A

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes;
2. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät, vom 22. Dezember 1920.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden: Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Klöckner die Abgeordnete Frau Teusch (Köln);

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Eggerstedt, Emminger (C)
die Abgeordneten Feldmann, Gerstenberger;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Gerauer, Schirmer (Franken), Brühl
die Abgeordneten Diernreiter, Jaud, Simon (Franken);
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Hertz, Staab, Krüger-Hoppenrade, Thomsen
die Abgeordneten Pieper (Westfalen), Rosemann, Dr. Semmler, Schiele;
in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Mende, Thiel
die Abgeordneten Dr. Richter, Dr. Zapf;
in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Behm, Frau Dransfeld
die Abgeordneten Bachmann, Bolz.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten
Spetzler für 4 Tage,
Dusche für 5 Tage,
Döbrich für 6 Tage,
Hartwig für eine Woche.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Abgeordneter Keubler-Böhm.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland (Nr. 2191 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet für das Auswärtige Amt Wirklicher Legationsrat v. Keßler und Regierungsrat Dr. Zechlin, für das Reichsverkehrsministerium Geheimer Regierungsrat Scholz. (D)

Ich eröffne die erste Beratung. Meine Damen und Herren! Es ist beantragt, die Vorlage dem Auswärtigen Ausschuß zur Vorberatung zu überweisen, und zwar soll diese Vorberatung schon am Montag vormittag stattfinden, so daß sie dann bald wieder auf der Tagesordnung erscheinen wird. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag) (Nr. 1836, 2057 der Drucksachen).

Als Kommissar ist angemeldet der Geheime Ober-Justizrat Dr. Crusen.

Meine Damen und Herren! Das Auswärtige Amt hat nachträglich mitgeteilt, daß in der Vorlage sich noch einige Druckfehler befinden. Zum Beispiel muß es im Art. 6 Zeile 15 anstatt „unterscheiden" „entscheiden" heißen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß der Reichstag damit einverstanden ist, daß die Berichtigung dieser Druckfehler bei der Ausfertigung erfolgt. — Der Reichstag ist damit einverstanden.

Ich eröffne die erste Beratung und teile mit, daß auch dieser Gegenstand im Auswärtigen Ausschuß am Montag vorberaten werden soll. Ich nehme das Einverständnis des Hauses damit an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis (Nr. 2146 der Drucksachen).

In der Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gruber.

Gruber, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat durch die persönliche Beantwortung der Interpellation wohl nicht nur den Bayern gegenüber seinen besonderen Respekt zum Ausdruck bringen, sondern damit sicher auch auf die besondere Bedeutung dieser Angelegenheit hinweisen wollen. Zweifellos hat er in seiner gestrigen Rede einen außerordentlichen Eindruck auf das ganze Haus gemacht. Die Gefühle allerdings, die er ausgelöst hat, sind sehr verschiedener Art, und ein Blick in die heutigen Morgenblätter belehrt uns ja darüber sehr deutlich. Insbesondere zeigt uns ein Blick in die Presse der rechtsstehenden Parteien, daß der Ton, der in einem Teil der bayerischen Presse angeschlagen wird, auch in der hiesigen deutschnationalen Presse nachklingt, daß die deutschnationale Presse in Berlin in erfolgreiche Konkurrenz mit dem Sauherdenton des „Miesbacher Anzeigers" tritt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Der traurige Fall, der diese Interpellation veranlaßte, hat zugleich wie ein greller Blitz die Zustände in der **Ordnungszelle Bayern** taghell beleuchtet. Bayern ist an sich ein Zustand geworden, der von Tag zu Tag für ganz Deutschland gefährlicher zu werden droht, ja gefährlich zu werden droht für den Bestand der deutschen Republik,

(B) (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

ein Zustand, an dem ein wahrer Freund des Vaterlandes und des deutschen Volkes sicher keine Freude haben kann, an dem lediglich Herr Dr. Helfferich und seine Freunde ihre helle Freude haben werden,

(erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten)

ein Zustand aber, der den wahren Freund des Vaterlandes mit ernster Besorgnis erfüllt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Tat, um die es sich hier handelt, als ein feiges, gemeines, hinterlistiges Verbrechen gekennzeichnet, und wir unterschreiben Wort für Wort, was der Herr Reichskanzler hier zur Brandmarkung dieses Verbrechens ausgeführt hat. Wir unterschreiben aber auch jedes Wort der Verurteilung, die der Herr Reichskanzler gegenüber der unverantwortlichen Hetze ausgesprochen hat, die gegenwärtig namentlich in Bayern von seiten der sogenannten Mittelpartei, des bayerischen Ablegers der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Presse getrieben wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

von einer Presse, die allerdings zum großen Teile in Abhängigkeit von einem Kapitalistenkonzern geraten ist, dessen Vertreter ja auch auf der rechten Seite dieses Hauses sitzen. Der bedauerliche Zustand, daß sich die **bürgerliche Presse in Bayern** zum großen Teile in Abhängigkeit dieses Kapitalistenkonzerns begeben hat, hat auch diese verworrene und für das ganze Reich gefährliche Lage in Bayern mit heraufbeschwören helfen. Die Korrumpierung der öffentlichen Meinung durch diese **stinnesierte Presse** zeitigte leider in Bayern Früchte, vor denen man allerdings das Grauen bekommen könnte. Die Freunde des Herrn Stinnes könnten uns ja vielleicht mitteilen, wieviele Millionen es gekostet hat, um diese geschäftsmäßig betriebene unverantwortliche Hetze gegen die Reichsregierung, gegen das Reich und überhaupt (C) gegen jedermann, der die Interessen des Reichs von Amts wegen wahrzunehmen berufen ist, zu inszenieren. Die Herren werden uns das ja nicht mitteilen. Sie sind jedenfalls mit dem Erfolg sehr zufrieden. Wir aber müssen sagen: wenn der Herr Reichskanzler davon gesprochen hat, daß durch diese Hetze die politische Atmosphäre in Bayern vergiftet worden ist, so trifft das nach jeder Richtung hin zu, und es ist höchste Zeit, daß wir uns daran machen, eine Entgiftung herbeizuführen. Die **deutschnationale Sumpfpflanze,** die in Bayern bis dahin ein unbekanntes Gewächs gewesen ist, ist auf unseren heimischen Boden gesetzt worden und hat dort mit ihrem verderblichen pestartigen Geruch die ganze politische Atmosphäre vergiftet. Diese deutschnationale Sumpfpflanze auszurotten, ist in Bayern höchste Zeit. Ich hoffe auch, daß die Kräfte, die dieser Aufgabe gewachsen sein werden, sich auch noch zusammenfinden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eines aber muß hier gesagt werden. So sehr wir den guten Willen des Herrn Reichskanzlers anerkennen, müssen wir verlangen, daß die Forderungen, die in der Interpellation aufgestellt sind, und die wir uns in ihrem vollen Umfange zu eigen machen, für die wir mit aller Entschiedenheit eintreten und deren Durchsetzung wir unter allen Umständen erwarten, auch wirklich ausgeführt werden. Der Herr Reichskanzler hat davon gesprochen, daß man an den **Abbau des Ausnahmezustandes** herangehen wolle; er hofft, daß dieser Abbau baldmöglichst durchgeführt wird. Es ist etwas Schönes um diese Hoffnung, aber sie muß auch in die Erfüllung gehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Hauptsache dabei. Mit seiner schönen Hoffnung allein wird der Herr Reichskanzler den Ausnahmezustand kaum abzubauen vermögen. Wir werden hier wohl den Herrn Reichskanzler mit aller Entschiedenheit bei jeder (D) gegebenen Gelegenheit immer wieder daran erinnern müssen, daß dieser Abbau so rasch wie möglich betätigt werden muß. Denn gerade die allgemeine Volksentrechtung, die durch den Ausnahmezustand herbeigeführt worden ist, hat in Bayern wie im ganzen Reich zu der Mißstimmung und Erbitterung beigetragen, die wir nun leider einmal zu verzeichnen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Entrechtung gerade des arbeitenden Volkes führt auch dazu, daß wir nicht so in der Lage sind, der Vergiftung der politischen Atmosphäre durch die rechte Seite und ihre Presse wirksam entgegenzutreten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind enttäuscht, daß man in Preußen nicht dazu übergegangen ist, diesen Ausnahmezustand allgemein aufzuheben. Die Widerstände in Bayern sind uns ja bekannt, aber es scheint, daß auch in Preußen im Bereiche des Ministeriums des Innern sich gewisse Widerstände zeigen, die zurückzuführen sind auf den militaristischen Geist, der dort noch zu herrschen scheint.

(Zuruf rechts: Fragen Sie Hörsing!)

— Ich lasse mich nicht stören. Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß dieser militaristische Geist, der der Boden all dieser Widerstände ist, endgültig ausgerottet wird, wo er sich bei uns auch finden mag.

(Zuruf rechts! Mitsamt Herrn Hörsing!)

Denn nur, wenn wir diesen militaristischen Geist ausrotten, dann werden wir zu einer Beruhigung des Landes gelangen.

Auf der anderen Seite muß ich aber noch sagen, daß der Herr Reichskanzler mir in bezug auf die **Entwaffnungsfrage** etwas allzu optimistisch zu sein scheint, soweit es sich um **Bayern** handelt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Reichskanzler hat uns mitgeteilt, daß die Entwaffnuug in Bayern ein sehr günstiges Ergebnis gezeitigt hat. Ich gestatte mir, dahinter ein recht großes Fragezeichen zu machen. Ich bezweifle ja nicht, daß die Mitteilungen aus Bayern vielleicht dahin lauten mögen, daß die Waffenabgabe günstig verlaufen sei. Aber auf der anderen Seite muß doch gesagt werden, daß wir alle Ursache haben, Kundgebungen der gegenwärtigen bayerischen Regierung, namentlich auch in bezug auf die Entwaffnungsfrage, mit dem größten Mißtrauen gegenüberzustehen. Die bayerische Regierung hat ja auf eine Reihe von Anfragen, die wir im Laufe dieses Jahres hier im Reichstag gestellt haben, uns Auskünfte durch die Reichsregierung übermitteln lassen, die außerordentlich naiv waren, die darauf hinausliefen, daß die bayerische Regierung von dem, was in Bayern jedes kleine Kind weiß, keinerlei Kenntnis hat. Die bayerische Regierung treibt nach der Richtung hin eine Vogel-Strauß-Politik. Man könnte es vielleicht auch als Wanzentaktik bezeichnen. Ich muß doch bitten, daß der Herr Reichskanzler, wenn er uns von einem günstigen Ergebnis der Entwaffnung in Bayern spricht, uns dann auch Mitteilung macht über die Zahl der abgelieferten Waffen. Das ist um so notwendiger, da ja die Zahl der Waffen, die die bayerische Einwohnerwehr besessen hat oder besitzt, nicht ganz feststeht. Darüber liegen sehr schwankende Angaben vor. So hat die „Kreuz-Zeitung" einmal jubelnd verkündet, daß die bayerische Einwohnerwehr, diese Schutztruppe für Ordnung, Ruhe und Sicherheit, über 400 000 Gewehre verfüge. Der bayerische Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Schweyer, hat im bayerischen Landtag lediglich von 320 000 Gewehren gesprochen, die sich im Besitz der bayerischen Einwohnerwehren befinden, und ein Organ der Bayerischen Volkspartei, das ja auch gelegentlich Reichshetze macht, der „Bayerische Kurier", hat nur mehr
(B) von 50 000 Gewehren gesprochen. In erster Linie muß also der Bestand festgestellt werden, der vorhanden war, und dann muß festgestellt werden, was in der Tat abgeliefert worden ist. Erst dann können wir einen Schluß ziehen, ob das Ergebnis der Waffenablieferung in Bayern als ein günstiges zu bezeichnen ist oder nicht.

Dann möchte ich auch auf eine Mitteilung hinweisen in der „Innsbrucker Zeitung", nach der von **Bayern** aus nach **Tirol verschoben** worden sind 112 000 Gewehre und 1200 Maschinengewehre.

(Hört! Hört! links.)

Was in Bayern jedes Kind weiß, daß ein lebhafter Verkehr zwischen Bayern und Tirol stattfindet, das scheint man in Berlin noch nicht zu wissen, und die bayerische Regierung scheint auch keinerlei Bedürfnis zu haben, das nach Berlin mitzuteilen. Daß unsere Einwohnerwehren aufgelöst und entwaffnet werden müssen, ist eine Forderung des Friedensvertrags, der wir uns fügen müssen, und eine Konsequenz des Ultimatums von London, das wir angenommen haben. Auch die bayerische Regierung ist verpflichtet, an der Erfüllung dieser Bedingungen mitzuwirken.

Da muß man sich aber doch wundern, daß man in Bayern den Ernst der Situation, in der wir uns befinden, immer noch nicht richtig zu erkennen scheint, und daß man ernstlich an die Entwaffnung nicht recht zu glauben scheint. Die bayerische Regierung natürlich, deren Präsident mit der Einwohnerwehr steht und fällt, will von der Entwaffnung nicht viel wissen, denn sie will nicht fallen, sondern sie will stehen. Daraus erklärt es sich auch, daß man in den **Reihen der Einwohnerwehr** selbst die Entwaffnung nicht recht ernst zu nehmen scheint, da man dort immer noch zu glauben scheint, man komme um diese Forderung vielleicht herum.

Mir liegt eine Mitteilung eines Wehrführers vor, die allerdings geheim sein soll. Darin wird über eine Versammlung der Landeskreis- und Gauführer berichtet und (C) gesagt, daß der Grundgedanke aller Worte war, Minister Dr. v. Kahr als Ministerpräsidenten zu erhalten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

An einer anderen Stelle heißt es:

> Von allen denjenigen Mitgliedern, welche glauben, in Not und Bedrängnis nicht durchhalten zu können, sollen die Gewehre schon jetzt eingesammelt werden, damit die Gauleitung im entsprechenden Falle eine gewisse Anzahl zur Ablieferung zur Verfügung hat.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mir ist auch gelegentlich einer meiner Agitationstouren der Befehl eines bekannten Einwohnerwehrhäuptlings in die Hand gekommen, in dem an die Wehrführer die Mitteilung erging, daß man sich auf der Versammlung der Gau- und Kreishauptleute mit der Entwaffnungsfrage beschäftigt habe, daß dort Herr Escherich, der Landeshauptmann, bestimmt erklärt habe, daß er sich niemals dazu hergeben werde, in der Entwaffnungsfrage irgendetwas zu tun,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

daß er niemals seine Hand dazu bieten werde, die Entwaffnung vorzunehmen, daß die Gefahr des Bolschewismus in Bayern und im Deutschen Reiche immer noch bestehe, und daß deshalb die Einwohnerwehr als Instrument für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen erhalten werden müßte.

Es ist dann auch beschlossen worden, einmal die **Stimmung unter den Einwohnerwehrleuten** festzustellen, gewissermaßen eine Abstimmung vorzunehmen, ob sich die Einwohnerwehrleute hinter ihren Landeshauptmann stellen werden. Es sind zwei Erklärungen formuliert worden. Die eine lautet dahin, daß die Einwohnerwehr sich unbedingt hinter den Landeshauptmann stellt und die Waffenabgabe verweigert. Eine (D) zweite Erklärung ist dahin formuliert worden, daß die Einwohnerwehr sich davon überzeugt hat, daß nichts anderes übrig bleibt, und daß sie deshalb die Waffen abliefern wolle. Es wurde angeordnet, daß man Versammlungen halten solle oder, wenn dies bei der Kürze der Zeit nicht möglich sei, den Ausschuß berufen oder möglichst viele Mitglieder befragen — das sind natürlich Mitglieder, deren man sicher ist — und dann die Erklärung an die Landesleitung einschicken solle, damit diese weiß, wie sich die Wehrleute in der Frage der Waffenablieferung stellen. Am Schlusse war noch die Bemerkung angefügt, daß sich von Tag zu Tag die Stimmen aus dem Ruhrgebiet mehren, das doch in erster Linie von der Besetzung bedroht ist, daß man lieber das Ruhrgebiet besetzt sehen wolle, als daß die bayerische Einwohnerwehr ihre Waffen abgebe. Wie unter solchem Drucke die Erklärungsabgabe erfolgt sein mag, kann man sich vorstellen, und wir sind ja auch darüber genau unterrichtet, welche Schwierigkeiten es verursacht hat, um die Einwohnerwehrleitung zu bewegen, den Forderungen des Ultimatums wenigstens äußerlich, sage ich, dem Scheine nach Rechnung zu tragen.

Herr von Kahr, der bayerische Ministerpräsident, hat ja selbst gewissermaßen zur Nichtabgabe ermuntert, indem er erklärt hat, er könne es ja keinem verübeln, wenn er die Waffen nicht abliefere. Es sei eine Staatsnotwendigkeit, daß man eine bewaffnete Schutzwehr habe usw. Wenn da keine Stimmung für die Waffenabgabe vorhanden ist, mag man es einigermaßen begreifen.

Nun hatte also die Einwohnerwehrleitung sich geweigert, irgend etwas zu tun. Die bayerische Regierung aber wollte in der Sache auch nichts tun, und man hat denn einen allgemeinen Deuterer gegeben, die Einwohnerwehr sollte sich **freiwillig zur Waffenabgabe** verstehen.

(Gruber, Abgeordneter.)

(A) Wenn diese freiwillige Waffenabgabe in der Art ein günstiges Ergebnis gezeitigt hat, so soll es uns sehr freuen. Aber wie gesagt, wir zweifeln immer noch etwas daran, und wir zweifeln insbesondere deshalb daran, weil der Geist, der noch in gewissen Kreisen gepflegt wird, dagegen spricht.

Wir erleben es heute noch, daß die **Einwohnerwehren Fahnenweihe** und **Festschießen** veranstalten. Am letzten Sonntag hat in Prien am Chiemsee eine Fahnenweihe mit Festschießen stattgefunden. Das Bezirksamt Rosenheim soll dieses Fest verboten haben. Aber was schert man sich um das Verbot einer Amtsbehörde! Die Büchsen haben lustig geknallt. Die Festscheibe bot die geschmackvolle Darstellung eines französischen und eines englischen Soldaten, die von einem Wehrbayern „miesbacherisch" behandelt werden.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem hat man auch zur Veranstaltung dieser Feier eine **Haussammlung** vorgenommen, und man war nicht bescheiden. So haben zwei Wehrleute bei einer Bäuerin den Betrag von 500 Mark als Beisteuer zur Einwohnerwehr gefordert mit der Begründung, daß demnächst Arbeiter ausgestellt werden — „und dann kommen sie heraus aufs Land zum Rauben und Stehlen, und deshalb braucht jetzt die Einwohnerwehr viel Geld zur Bestreitung des Aufwands". Die Bäuerin hat ihnen aber nichts gegeben. Diese Wehrleute mußten bei dieser Bäuerin wenigstens unverrichteter Dinge abziehen. Aber bei andern Leuten haben sie offenbar mehr Erfolg gehabt.

Auch aus Freising kommt ein merkwürdiger Bericht. Dort sind die abgelieferten Waffen wieder an die Weihenstephaner Studenten herausgegeben worden. Im „Freisinger Tagblatt" ist am 12. Juni ein **Aufruf vom Einwohnerwehrwaffendepot Freising** erschienen, gezeichnet Weiß, in dem es heißt:

(B)

> Nachdem auf die verschiedenen Waffensammellager Überfälle gemacht worden sind, sind mit dem Führer der Landesfahne nachstehende Vereinbarungen getroffen worden: Den Schutz des Depots Freising übernimmt die Landesfahne Weihenstephan. Der hierzu benötigte Teil der Landfahne empfängt im Laufe des heutigen Tages die eingelieferten Waffen und die Munition wieder zurück. Rücklieferungstermin wird wieder bekanntgegeben. Die Einteilung des Wachdienstes, der Bereitschaft usw. regelt der Führer der Landesfahne. Den Wachmannschaften stehen Aufrufgelder zu. Die Zeiten des Waffenempfangs gibt der Führer der Landesfahne bekannt.

Also auch hier nicht etwa eine Abrüstung, eine Ablieferung, sondern die Waffen werden wieder zurückgegeben, es wird Wachdienst und Bereitschaft eingeführt. Man macht anscheinend mobil.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun kommt dazu noch eine Mitteilung aus **Regnitz**, wo die Wehrführer eine **Entschließung** angenommen haben und sie veröffentlichen, in der es heißt, daß sie sich, um der gegenwärtigen bayerischen Landesregierung alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, schweren Herzens mit der Entwaffnung durch ihren eigenen Entwaffnungskommissär abfinden wollen.

> Dagegen lehnen wir
>
> — heißt es weiter —
>
> die Auflösung der Wehr einmütig ab. Weder aus dem Friedensvertrag noch aus unseren Gesetzen läßt sich diese Forderung begründen. Die Reichsregierung mag versuchen, sie mit Gewalt durchzusetzen.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Von der bayerischen Regierung aber erwarten (C) wir, daß sie es klar und bestimmt ablehnt, Schergendienst gegen die Männer zu leisten, die nach dem Novemberumsturz und der Rätewirtschaft den Wiederaufbau des Staates ermöglicht haben.

Diese Tatsachen, die ich hier mitgeteilt habe, stimmen nicht recht mit dem Optimismus überein, mit dem uns der Reichskanzler davon berichtet hat, daß in Bayern die Entwaffnung der Einwohnerwehren ein günstiges Ergebnis gezeitigt habe. Wir möchten nur wünschen, daß sich dieser Optimismus des Herrn Reichskanzlers erfüllt, und daß das Versäumte nach der Richtung hin in Bayern nachgeholt wird. Wenn alle Kreise zusammenwirken, wenn insbesondere innerhalb jener Kreise, die bisher die Erhaltung der Einwohnerwehren als eine Staatsnotwendigkeit, geradezu als oberstes Gesetz erklärt haben, eine bessere Einsicht einkehrt, dann wird es vielleicht auch gelingen, in Bayern die Frage der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen und damit den Bestimmungen des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums nachzukommen.

Was nun der Herr Reichskanzler in bezug auf die in Bayern herrschende **Vergiftung der politischen Atmosphäre** gesagt hat, und was insbesondere der Begründer der Interpellation hier an Tatsachen vorgeführt hat, der ja in die Niederungen der bayerischen Preßkloake hinabgestiegen ist und dort mit einer Gründlichkeit gekehrt hat, die mich der Verpflichtung überhebt, hier noch weiter zu kehren, das zeigt uns deutlich, wieso es gekommen ist, daß in Bayern dieser unerträgliche und unhaltbare Zustand eingetreten ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was der „Völkische Beobachter", der „Miesbacher Anzeiger" und andere derartige Hetzblätter geschrieben haben vom Quasselkanzler, vom Reichsregierungsbordell usw., wenn (D) wir uns vergegenwärtigen, wie man vom Ochsenfiesel, vom Messerwetzen und Säuestechen spricht,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

so ist es wohl begreiflich, daß in einem Teil der Bevölkerung Bayerns eine gewisse Stimmung gegen das Reich entsteht, die allerdings künstlich geweckt worden ist.

Wenn andere Leute, die die bayerischen Verhältnisse nicht kennen, diese **Preßerzeugnisse** vielleicht als Erzeugnisse des Witzes und bayerischen Humors und diese Blätter nur als Witzblätter betrachten, so trifft das nicht ohne weiteres zu. Die Bevölkerung in Bayern ist leider nicht allgemein so aufgeklärt, daß sie diese Blätter dementsprechend würdigte, und daran trägt mit Schuld, worauf auch der Herr Reichskanzler hinzudeuten schien, daß ein Teil unserer politischen Führer, namentlich der Bayerischen Volkspartei, eben in der gleichen Weise auf das Volk einzuwirken sucht. Wir brauchen uns nicht über den Ton des „Miesbacher Anzeigers" und des „Völkischen Beobachters" zu wundern, wenn ein so prominenter Führer der Bayerischen Volkspartei wie Herr Kollege Dr. **Heim**, der leider im Saale nicht anwesend ist, überall, wo er redet, sei es im Osten, Westen, Norden oder Süden, nur von dem Berliner Saustall spricht.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Dr. Heim auf seiner Agitation immer wieder darauf hinweist, daß die Reichsverfassung beseitigt werden muß, daß die Reichsverfassung für Bayern etwas Schädliches sei, und wenn er immer wieder darauf hinweist, daß Bayern an dieser Reichsverfassung noch zugrunde gehen werde, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Teil der bayerischen Bevölkerung ernstlich glaubt, daß Bayern von den Berlinern ausgesogen wird und daß er durch die Berliner Regierung einfach zugrundegerichtet wird.

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) Auch die **konfessionelle** und **Rassenhetze**, die in letzter Zeit bei uns eingesetzt hat, ist zum Teil auf gewisse Gewohnheiten zurückzuführen, die Herr Dr. Heim in seiner Redeweise entwickelt hat. Wir erinnern uns ja selbst alle, wie er gern über die Juden witzelt, wie er mit Vorliebe von den Leuten spricht, die Bierfässer mit den Füßen tragen und schwarzgelockte Haare haben.

(Heiterkeit.)

Das macht er nicht nur hier im Hause so, sondern das macht er auch draußen auf der Agitation.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Er meint es vielleicht nicht so schlimm, aber die Leute draußen nehmen es eben ernst, und andere ziehen daraus auch ihre entsprechende Schlußfolgerung und sagen: Schlagt die Saujuden tot, die sind an allem schuld.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das will natürlich Herr Dr. Heim nicht. Herr Dr. Heim ist da kein praktischer Antisemit, höchstens in dem Sinne, daß er versucht, den Juden Geld abzunehmen,

(Heiterkeit)

sei es nun im Paradiesgarten in Regensburg beim Tarock oder sei es in irgendeinem nützlichen Geschäft.

(Heiterkeit)

Sonst sitzt er, wenn es das Geschäft so verlangt, mit jüdischen Rechtsanwälten und mit jüdischen Bankiers in Erwerbsgesellschaften als Aufsichtsrat schiedlich und friedlich beieinander.

(Heiterkeit.)

Aber das vermag natürlich das Volk bei uns in Bayern nicht zu unterscheiden; dieses hat nicht das feine Distinktionsvermögen des Herrn Dr. Heim, um zwischen praktischem und theoretischem Antisemitismus zu unterscheiden.

(Na! Na! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit.)

Das Volk nimmt eben alles als bare Münze, und so hat (B) die ganze Art der Propaganda, die da getrieben worden ist, den Boden bereitet, aus dem die Tat, die Anlaß zu der heutigen Interpellation gegeben hat, herausgewachsen ist.

Insofern kann man — das sage ich ohne weiteres — sehr wohl davon sprechen, daß es sich hier um einen politischen Mord handelt

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und um nichts anderes, als um einen **Mord aus politischen Motiven.**

(Zuruf von den Deutschnationalen: Warten Sie doch erst ab!)

Der Herr Reichskanzler hat das zwar von sich gewiesen. Er hat erklärt: man muß außerordentlich vorsichtig sein. Ich begreife das von seinem Standpunkt aus; er will keinen Konflikt mit der bayerischen Regierung. Er hat auch mit Recht betont, man soll in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen. Damit bin ich sehr wohl einverstanden. Aber das muß dann auch von der Gegenseite gehalten werden, und ich finde nicht, daß diese Zurückhaltung überall geübt worden ist und daß man in schwebende Verfahren nicht eingegriffen hat, wenigstens soweit die bayerische Regierung dabei in Frage kommt.

Nehmen wir nun an, was die bayerische Regierung erklärt hat. Die **bayerische Regierung** hat erklärt, daß es unwürdig und gewissenlos sei, diesen Mord einer politischen Partei anzuhängen oder von einem politischen Mord und politischen Motiven dieser Tat zu sprechen, da ja nach der Richtung hin aber auch gar nichts festgestellt sei. Gewissenlos und unwürdig ist es aber auch dann auf der andern Seite, wenn eine bürgerliche Zeitung, die unter dem Einfluß des bekannten Kapitalistenkonzerns steht, obwohl sie sich demokratisch nennt, davon schreibt, daß die Ermordung des Unabhängigen Gareis dem sozialdemokratischen Führer Erhard Auer sehr gelegen gekommen sei, weil sie ihm Gelegenheit geboten habe, seine im November 1918 verlorene Führerstellung zurückzugewinnen und (C) sich wieder anzumaßen.

Ebenso muß ich aber auch sagen: die bayerische Regierung übt die Zurückhaltung nicht, die man einem schwebenden Verfahren gegenüber zu üben hat; denn in dem Bericht, den uns der Herr Reichskanzler vorgelesen hat, ist doch mit allen zehn Fingern bereits auf den Täter hingewiesen. Da wird versucht in aller Deutlichkeit, den Begleiter des Herrn Gareis als den Mann hinzustellen, der am letzten und am nächsten beim Ermordeten stand.

(Sehr richtig! und Zuruf links: Das ist ein ganz schäbiger Trick von der bayerischen Regierung!)

Wer $3^1/_2$ Sinne hat, kann herausfinden, wie es gemeint ist, nämlich: jene, die von einem politischen Mord sprechen, werden eine Überraschung erleben in dem Sinne, daß kein politischer Mörder von der rechten Seite in Frage kommt, sondern nur einer aus der nächsten Nähe des Herrn Gareis, und das kann nur der Seraing sein. Da muß man denn doch mehr Zurückhaltung üben. Die Berliner Blätter freilich haben es ja noch schneller fertiggebracht, Seraing bereits verhaften zu lassen. Dieses Verfahren legt einen dringenden Verdacht nahe. Hier ist einmal die Frage aufzuwerfen, wie es ja der Kriminalist tut: cui bono? Wer hat ein Interesse an der Verdunkelung des Tatbestandes?

(Sehr richtig! links.)

Wer hat ein Interesse an der Verschleierung der Motive für einen politischen Mord? Ich sage, die bayerische Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung hat alles Interesse daran,

(lebhafte Zustimmung links)

weil sie schuldbewußt ist, weil sie in ihrem Gewissen sich selbst belastet fühlt.

Sehen wir uns doch einmal die bayerische Regierung an, wie sie heute zusammengesetzt ist. Die **bayerische Regierung** ist ein **Produkt des Kapp-Putsches.** Sie ist im (D) März vorigen Jahres bei Gelegenheit des Kapp-Putsches in verfassungswidriger Weise entstanden; denn die nachträgliche Legalisierung durch die bayerische Volksvertretung ändert an dieser Tatsache nichts.

Der Präsident des Vertrauens ist der **Herr v. Kahr.** Wer ist Herr v. Kahr? Herr v. Kahr war in Oberbayern Regierungspräsident. Man hatte bis dahin nichts von ihm gehört, aber man weiß, daß er zur Zeit des Kapp-Putsches hinter dem Rücken seines Vorgesetzten, des Ministers des Innern Endres, gegen die Regierung konspiriert hat,

(hört! hört! links)

mit den Herren Escherich und Kanzler, den Hauptleitern der Einwohnerwehr, zusammen.

(Hört! Hört! links.)

So hat er sich das Vertrauen gewisser Leute und auch das Vertrauen des Herrn Dr. Heim gewonnen, und so ist er der Platzhalter, der bayerische Ministerpräsident geworden. Er ist jetzt auch Mitglied der Bayerischen Volkspartei, sitzt sogar in der Landesleitung der Bayerischen Volkspartei.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: War er schon lange!)

— Vor dem Kapp-Putsch war er noch nicht darin.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Schon zwei Jahre!)

Jedenfalls ist er ein gläubiger Protestant.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Macht nichts! — Heiterkeit links.)

Natürlich, die Zierde einer katholischen Partei; darum ist er auch so christlich, weil er ein gläubiger Protestant ist und in einer katholischen Volkspartei eine so hervorragende Stellung einnimmt. Für den, der ihn nicht

(Gruber, Abgeordneter.)

(A) näher kennt, ist es vielleicht interessant, das Urteil eines Mannes über Herrn v. Kahr zu hören, der auch in der Bayerischen Volkspartei eine bedeutende Rolle spielt, der bayerischer Landtagsabgeordneter ist und ein früherer Geschäftsfreund des Herrn Dr. Heim gewesen ist, nämlich des Herrn Dr. **Schlittenbauer.** Der hat in einem vertrauten Kreise katholischer Akademiker von Herrn v. Kahr gesagt, dieser sei ein simpler Beamter von stiernackiger Bockbeinigkeit.

(Heiterkeit)

Ich nehme an, daß Herr Dr. Schlittenbauer den Herrn v. Kahr sehr genau kennt, und seine ganze bisherige Betätigung als „führender Staatsmann" in Bayern hat das Urteil, das Herr Dr. Schlittenbauer gefällt hat, vollauf bestätigt.

Nun kommt der Herr **Justizminister Roth,** dem die bayerische Gerechtigkeit anvertraut ist, die ja die Grundlage des Staates ist. Diese Grundlage ist erschüttert, und sie ist schon erschüttert worden durch die Tatsache, daß Herr Roth als Justizminister bestellt worden ist. Herr Roth war während des Krieges Hauptmann. Er hat aber kein Pulver gerochen, so unvorsichtig war er nicht. Er ist in München im stellvertretenden Generalkommando geblieben und hat dort den Bierverschleiß geregelt.

(Heiterkeit links.)

Das war weit ungefährlicher. Er hat sich ein Verdienst um die besitzenden Klassen erworben, das ihm von der Seite da drüben hoch angerechnet werden muß. Er hat sich der **Malzschieber** angenommen.

(Hört! Hört! links.)

Als nämlich entdeckt worden ist, daß bayerisches Malz waggonweise in Möbelwagen aus Bayern verschoben wurde, da glaubte man, daß nun der Staatsanwalt ordentlich zugreifen und diese Schädlinge am bayerischen

(B) Volke ordentlich beim Kragen packen würde. So schlimm ist es jedoch nicht geworden. Dafür war ja der Herr Roth da.

(Hört! Hört! links.)

Der hat sich berufen gefühlt, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen und auf dem Wege des gütlichen Vergleichs alles wieder in Ordnung zu bringen.

(Hört! Hört! links.)

Die Herren Malzschieber sollten von ihren Millionengewinnen einen kleinen Teil an die Staatskasse abgeben und damit war alles wieder im Gleise.

(Hört! Hört! links.)

Schließlich sind die Sozialdemokraten dahintergekommen und haben die Sache aufgerührt, und dann allerdings ist der gütliche Ausgleich des Herrn Roth nicht ganz so zustande gekommen. Die Malzschieber hatten bereits bezahlt, aber sie wurden nachträglich noch vom Staatsanwalt gefaßt und zu Geldstrafen verurteilt. Da haben sie schließlich ihre Abfindungssumme vom Staate wieder zurückverlangt.

Das ist der Herr Roth, wie er leibt und lebt; ein Mann, dem man die Gerechtigkeit anvertrauen kann, wenn man den Glauben an sie und das Vertrauen auf sie vollständig erschüttern will. Herr Roth ist aber ein deutschnationaler Parteigänger vom reinsten Wasser. Ich glaube, er übertrifft selbst Herrn Helfferich noch.

(Heiterkeit und Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und so paßt er ja in diese Regierung ganz wunderbar hinein.

Das ausführende Instrument, dem die Polizeigewalt anvertraut ist, ist Herr **Pöhner,** auch ein Deutschnationaler,

(hört! hört! links)

ein **Kappist,** der nun die bayerische Staatsregierung mit der Polizeimacht beschützt, daß ihr nichts passiert, und zwar mit Hilfe der Einwohnerwehr unter Führung des Herrn Escherich und des Herrn Kanzler. Dieser Herr Pöhner hat während des Kapp-Putsches selbstverständlich mit den Kappisten sympathisiert, und er hat seine (C) Sympathien dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er bürgerliche Redakteure verhaften wollte, weil sie gewisse Nachrichten veröffentlicht hatten, die den Anhängern des Fünftage-Kanzlers nicht genehm waren.

(Hört! Hört! links.)

Als man dann allerdings davon Wind bekam, daß die Sache in Berlin doch etwas anders lag und daß der Streich des Herrn Kapp schließlich auch fehlgehen könnte, da hat man die Verhaftung dieser bürgerlichen Redakteure nicht durchgeführt, aber Herr Pöhner hatte die Absicht der Verhaftung und wollte sie auch ausführen. Ein Kappist, wie man ihn schöner nicht zeichnen könnte! Das sind die Grundfesten und Hauptsäulen der bayerischen Staatsregierung, Herr Kahr, Herr Roth und Herr Pöhner, ein deutschnationales Trifolium, wie es die Tauben nicht schöner zusammentragen könnten.

Wir haben aber auch noch die **Bayerische Volkspartei,** die stärkste Partei in Bayern, die für all das die Verantwortung zu tragen hat, die ja Herrn Kahr zu ihren Mitgliedern zählt, die aber bei ihrer Rechnung, die sie vor einem Jahre angestellt hat, vollständig falsch spekuliert hat und die nun wohl zu der Überzeugung gekommen ist, daß sie die Geister, die sie gerufen hat, nicht mehr so leicht los wird, und daß die Deutschnationalen, so gering ihre Bedeutung an Zahl ist, ihr längst über den Kopf gewachsen sind. Sie hat nur nicht den Mut, sich von ihnen zu trennen, sie hat Angst vor dem Herrn Escherich und vor dem Herrn Kanzler. Sie würde ganz gern die Geschichte aus dem Wege räumen. Ihre erste Sorge aber ist: der Ministerpräsident Kahr muß unter allen Umständen erhalten werden. Um die Erhaltung des Ministerpräsidenten Kahr hat sie schließlich ja auch alle Ursache besorgt zu sein; denn ich befürchte sehr, daß die Füße derer, die ihn hinaustragen werden, schon vor der Tür stehen. Darauf lassen ja auch die jüngsten (D) Mitteilungen, die uns aus Bayern zugegangen sind, schließen. Im **„Bayerischen Heimatland",** dem Organ der bayerischen Einwohnerwehren, wird der Kahr-Regierung bereits das Grablied gesungen. Es ist interessant, was dieses Organ jetzt mitteilt. Erst geht es selbstverständlich **gegen die Reichsregierung.** Da heißt es:

> Wenn einige aufrechte deutsche Männer wirklich mit der Faust auf den Tisch hauen oder gar Miene machen, gegen das schamlose Auslandsbrigantentum zur Selbsthilfe zu greifen, dann geraten diese Jammermenschen an der Spree in die „innere Energie" und fabrizieren fieberhaft Jagdgefechte.

Weiter heißt es dann:

> Die Regierung Kahr wird nicht ewig da sein, unsere Münchener Nationalhäuptlinge werden verschwinden, unsere tapferen Umfallgrößen in der Prannerstraße müssen sterben.

Der **„Miesbacher Anzeiger"** darf dabei natürlich nicht fehlen und unterstützt diese Hetzpolitik, insbesondere weil der General Möhl und der Oberst Epp wegen ihrer Tüchtigkeit aus München wegbefördert werden sollen. Da gibt der „Miesbacher Anzeiger" der Reichsregierung zu bedenken:

> Man überschätzt in Berlin das Maß von Geduld, das uns noch geblieben ist, und eine solche freche Herausforderung wird unsere Regierung mit einer glatten Absage erwidern. Wir lassen uns von den Saujuden an der Speee weder regieren noch schikanieren, und wenn man in Berlin nicht ganz von Gott verlassen ist, so wirft man den Geßler, so rasch es geht, aus der Reichswehr hinaus.

(Hört! Hört! links.)

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) Also, meine Herren, ob Herr Kahr noch zu retten ist und ob ihn die Bayerische Volkspartei noch zu retten vermag, ist sehr die Frage, das hängt von der Gnade der Herren Escherich und Kanzler ab und nicht mehr von Ihnen (zu der Bayerischen Volkspartei). Sie haben sich die Leute über den Kopf wachsen lassen, Sie haben auf die Mahnungen und Warnungen, an denen es nicht gefehlt hat, nicht hören wollen. Daher ist Ihre Politik, die Sie seit einem Jahre betrieben haben, ein vollkommener Fehlschlag. Sie haben nur nicht den Mut, das einzugestehen. Ihre Politik hat vollständig Schiffbruch gelitten, und es ist die höchste Zeit, wenn Sie weiteres Unheil verhüten wollen, daß Sie zur Erkenntnis kommen und daß bessere Einsicht bei Ihnen siegt, daß Sie sich freimachen von dem deutschnationalen Gewächs, von diesem Fremdkörper, der nur zum Verderben Bayerns und des Reiches dient.

Eine Frage darf man doch aufwerfen: Diese verkappte deutschnationale Regierung, mit der wir von der Bayerischen Volkspartei beglückt worden sind, wird noch gestützt durch die sogenannten **Demokraten in Bayern**

(hört! hört! links)

und durch den **Bayerischen Bauernbund** die jed urch ein Mitglied diese Regierung verzieren helfen. Ich frage: Wie lange gedenken die Demokraten in Bayern und wielange gedenkt der Bayerische Bauernbund die Politik der verkappten Regierung noch mitzumachen?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Noch weiter!)

Wollen sie noch weiter die Verantwortung tragen für die Volksentrechtung in Bayern, die unter dem System Kahr-Roth-Pöhner eingesetzt hat, und für die Mordwirtschaft in Bayern, die sich ebenfalls unter diesem System eingeschlichen hat?

Während die Herrschaften von der rechten Seite ungestört von der Polizei sich die größten Schmähungen,
(B) Beschimpfungen und Verleumdungen der Reichsregierung erlauben können, sei es in Plakaten, sei es in Versammlungen, sei es in Zeitungsartikeln, darf sich die **arbeitende Bevölkerung**, die sich gegen dieses System zur Wehr setzen will, die diese Angriffe gegen die Reichsregierung abwehren will, nicht bewegen, sie wird bei jeder Gelegenheit gehemmt

(hört! hört! links)

durch den Ausnahmezustand, den Herr Pöhner ja mit Gerechtigkeit auszuüben versteht; er ist ja das berufene Organ dazu, er versteht es ja, jede Versammlung zu verbieten, die ihm nicht genehm ist, und er versteht es, jede Zeitung zu unterdrücken, die ihm und seiner Partei nicht genehm ist. Da ist es doch begreiflich, daß sich die Arbeiterschaft schließlich aufbäumt, um so mehr, wenn dann ein Ereignis eintrit wie am 9. Juni, wo ein Führer der Arbeiterschaft hingemordet worden ist.

Die bayerische Regierung hat auf die **Ergreifung des unbekannten Täters** 10 000 Mark **Belohnung** ausgesetzt und sie hat diese Belohnung auf 30 000 Mark erhöht.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Nachdem er in Sicherheit war!)

Meine Damen und Herren! Glauben Sie, daß das besonders wirksam sein wird und daß der Täter deshalb erwischt werden wird?

(Rufe links: Nein!)

Uns fehlt der Glaube; denn es ist ja nicht das erste Mal, daß man in Bayern einen Mörder nicht erwischt hat,

(sehr richtig! links)

oder daß man in Bayern einen Übeltäter nicht erwischt hat, den man hätte erwischen können, wenn man es sich ernstlich hätte angelegen sein lassen. Ich erinnere nur an den Überfall, der im Oktober vorigen Jahres auf den bekannten Berliner Sanitätsrat **Magnus Hirschfeld** verübt worden ist. Auch damals hat man den Täter nicht erwischt, und er wäre sehr leicht zu erwischen gewesen; denn (C) vor dem Vortrag war bereits bekannt, und die Polizei war davon unterrichtet, daß dieser Vortrag gestört werden würde,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß in einer deutsch-völkischen Versammlung diese Störung beschlossen worden ist,

(hört! hört! links)

daß 70 Karten bestellt worden sind — und dabei sind der Polizei auch noch die Namen genannt worden!

(Hört! Hört! links.)

Die Polizei hätte also die Möglichkeit gehabt, wenn man nur ernstlich gewollt hätte, hier, wo Spuren reichlich zur Verfügung standen, den Täter zu erreichen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Aber bei der Gesinnung der Polizei und des Polizeipräsidenten, den ich selbst einmal gesehen habe, wie er bei einer antisemitischen Demonstration in der nächsten Nähe stand und hohnlächelnd mit anhörte, wie ein Nürnberger Antisemiterich eine judenhetzerische Rede hielt, — ich sage, bei der Gesinnung des Polizeipräsidenten in München und der ihn stützenden Parteifreunde ist es völlig ausgeschlossen, daß einer erwischt wird, der einen Juden totschlägt. Hat ja auch der **„Miesbacher Anzeiger"** geschrieben:

> In München haben wir doch mit der Hinrichtung des Eisner und der Prügelstrafe gegen den Magnus Spinatfeld (Dr. Magnus Hirschfeld) den Nachweis geliefert, daß es uns nicht an Temperament fehlt. Die Berliner werden auch dankbar anerkennen müssen, daß wir ihnen den Landauer durchgetan haben.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Immerhin waren das nur Vorspiele zu größeren Kuren, die wir uns gelobt haben für den Fall, (D) daß sich die Beschnittenen bei uns noch einmal mausig machen. Dann geht's aus dem Vollen.

Und wenn die Herren von der deutschnationalen Seite immer nach den Beweisen rufen — den „Miesbacher Anzeiger" werden sie ja abschütteln als parteipolitisch nur geistesverwandt; er steht der Bayerischen Volkspartei näher; diese schüttelt ihn aber auch ab —, so kann ich nur darauf verweisen, was auch die **„Deutschnationale Jugendzeitung" in Dresden**, Nr. 33/34, geschrieben hat:

> Unkraut vergeht nicht. Der bekannte Dr. Magnus Hirschfeld wurde nach einem Vortrag in München lebensgefährlich verletzt. Nunmehr erfährt man, daß er sich von der Verwundung wieder erholt. Wir scheuen uns nicht, zu bedauern, daß dieser schamloseste und gemeinste Volksvergifter nicht endlich sein verdientes Ende gefunden hat.
>
> (Hört! Hört! links.)

Meine Damen und Herren! Glauben Sie, derartige Preßäußerungen hätten nicht ihre Wirkungen? Die Münchener Polizei hat in diesem Fall vollkommen versagt. Ich wundere mich nur über eines — vielleicht trifft es auch noch ein —, daß die Münchener Polizei, statt nach dem Täter zu fahnden, nicht nach dem Mißhandelten, nach dem Niedergeschlagenen fahndete, ihn vielleicht noch wegen Veranstaltung eines unsittlichen Vortrags verfolgte und in Strafe brachte. Aber es ist ja nicht ausgeschlossen, daß das noch geschieht. Vielleicht ist es auch schon geschehen.

Wir haben aber noch anderes festgestellt. Ich erinnere an den **Überfall auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Saenger.** Auch hier hat man den Täter nicht gefunden. Man hat den Stock des Täters. Die Münchener Polizei, die sonst sehr findig ist, weiß aber mit dem Stock nichts anzufangen; sie weiß den Besitzer

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) des Stocks nicht herauszufinden. Wenn sie sich einige Mühe geben würde, könnte es ihr gelingen.

(Zuruf im Zentrum: Sie ist eben verstockt!)

Sie findet keine Ursache und hat keine Lust dazu.

Wir haben aber dann auch noch eine Reihe anderer Beispiele. Ich erinnere an einen Fall, der ebensosehr der Aufklärung bedarf, an den **Fall** eines früheren Reichswehroffiziers **Hartung**, der zu einer Fahrt von München nach Ulm im Automobil fortgeholt wurde und dessen Leiche man dann, mit Pflastersteinen beschwert, in der Zusam gefunden hat.

(Hört! Hört! links.)

Hier liegt ebenfalls ein politischer Mord vor. Aufgeklärt ist er aber bis heute noch nicht. Das ist aber durchaus nicht der einzige Fall. Wir erleben in München und haben es in der letzten Zeit mehrmals erlebt, daß aus dem Kirbach oder an irgendeiner anderen Stelle des Englischen Gartens die Leiche irgendeines Menschen, auch eines Soldaten gefunden wird, und dann heißt es: er ist wahrscheinlich von Kommunisten ermordet worden. Eine Aufklärung über den Mörder erfolgt niemals. Bei der Atmosphäre, die in München herrscht, ist es nur zu begreiflich, daß die werktätige Bevölkerung, die ja tagtäglich fühlt, welcher Behandlung sie ausgesetzt ist, ohne weiteres annimmt, daß politischer Mord vorliegt. Und diese Annahme liegt ja außerordentlich nahe, schon aus dem Grunde, weil eben niemals eine Aufklärung darüber erfolgt.

(Sehr richtig! links.)

Seit dem Kriege scheinen ja Menschenleben außerordentlich billig zu sein. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß wir als eine Kriegsfolge eine furchtbare Verrohung und Verwilderung mit in Kauf nehmen müssen

(sehr richtig! links)

eine Verwilderung der politischen und parlamentarischen

(B) Sitten, wie wir das ja auch gestern erlebt haben, und gegen die sich auch der Herr Reichskanzler mit Recht gewandt hat. Die **Methoden des Krieges** in die **Politik** einzuführen, muß aufs allerentschiedenste verurteilt werden.

(Sehr richtig! links.)

Der politische Kampf kann nur mit geistigen Waffen geführt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite, wo Gewaltanbeter sitzen, beruft man sich immer darauf, daß man diese Methode der Gewalt im Kriege kennen gelernt habe. Man bildet sich nun ein, man könne diese Methode auch im politischen Kampf anwenden. Ich sage, daher immer: Es ist ein Unglück, wenn Generäle und Offiziere Politik machen, weil nie etwas Gescheites dabei herauskommt,

(Zustimmung und Heiterkeit)

wie es vielleicht ein Unglück wäre, wenn Parlamentarier plötzlich ein Armeekorps führen wollten.

(Heiterkeit.)

Wir haben also in München eine Reihe derartiger Fälle erlebt, ohne daß eine Aufklärung erfolgt ist. Daraus erklärt sich sehr wohl, daß auch im **Falle Gareis** sofort an einen **politischen Mord** gedacht worden ist, da schwere Indizien vorliegen, die für einen politischen Mord, für einen Mord aus politischen Motiven sprechen. Der Schuß, der den Abgeordneten Gareis getötet hat, hat dem Vorkämpfer der Arbeiterschaft und hat auch dem Vorkämpfer des Sozialismus gegolten. Er hat aber auch dem Vorkämpfer des Reichsgedankens und dem Vorkämpfer der Republik gegolten,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ich sage, mit dem Schuß ist die Deutsche Republik getroffen. Deshalb haben wir alle Ursache, Sühne zu fordern. Ich bin aber überzeugt, daß wir mit dieser Forderung nichts erreichen werden, weil der Täter niemals erwischt werden wird, auch wenn die Belohnung auf 300000 Mark hinaufgesetzt wird. (C)

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Kahr und Pöhner sollten längst weg sein! Wir leben ja in einem parlamentarischen Staat, und ein Staatsmann, der sagt: „mit der Einwohnerwehr stehe und falle ich", der eine Politik treibt, die sich dann als undurchführbar erweist, wäre ohnehin in einem parlamentarischen Staate unmöglich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber warum sind die beiden Herren noch da? — Weil die bayerischen Demokraten und der Bayerische Bauernbund für sich die Konsequenzen nicht ziehen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

weil die Bayerische Volkspartei die letzten Konsequenzen in diesem Falle einfach fürchtet, vor diesen letzten Konsequenzen zurückscheut. Ich begreife das bis zu einem gewissen Grade.

Der Herr Reichskanzler hat die ungeheuren Schwierigkeiten angedeutet, unter denen die **bayerische Regierung** steht. Sie ist ja nicht unschuldig an diesen Schwierigkeiten,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sie hat diese Schwierigkeiten selbst geschaffen!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Seit Monaten haben wir es vorausgesagt, aber man hat nicht hören wollen. Man hat einmal dem Herrn Helfferich einen Gefallen tun und zeigen wollen, daß es auch ohne Sozialdemokraten geht und vielleicht besser geht, wie der Herr Helfferich ja einmal im Münchener Kindlkeller rühmend hervorgehoben hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Jetzt sind sie am Ende ihres Lateins angekommen; es geht nicht ohne und erst recht nicht gegen die Sozial- (D) demokraten.

Daß die Münchener Arbeiterschaft die Ermordung eines ihrer Führer als eine schwere Herausforderung empfunden hat und sie Erbitterung darüber ergriffen hat, ist bei einem derartigen Drucksystem, wie es unter diesem Dreigestirn in Bayern ausgeübt wird, ohne weiteres erklärlich. Daraus ist es auch erklärlich, daß von Seite der zuständigen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ein **Proteststreik** gegen dieses Gewaltsystem beschlossen worden ist.

(Sehr wahr bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ein Proteststreik, dem sich natürlich die christlichnationale Arbeiterschaft in einem Anfalle von Gelbsucht nicht angeschlossen hat.

(Heiterkeit.)

Das macht aber nichts und hat dem Eindruck dieses Streiks jedenfalls in keiner Beziehung geschadet. Der Proteststreik war eng befristet auf drei Tage und sollte zum Ausdruck bringen einen Protest gegen die Volksentrechtung, einen Protest gegen die Mordwirtschaft, einen Protest gegen die heraufziehende Militärdiktatur in Bayern, denn wir wissen sehr genau, daß auch etwas ähnliches droht. Der Streik sollte in München selbst Freitag Mitternacht beginnen und Montag Mitternacht endigen und außerhalb Münchens, im Lande, von Sonntag Mitternacht bis Montag Mitternacht durchgeführt werden. Die klassenbewußte Arbeiterschaft in München und außerhalb Münchens ist der Parole gefolgt und hat damit der **Regierung Kahr-Roth-Pöhner** eine Mahnung und eine Warnung erteilt. Wenn die Herrschaften die Konsequenzen gezogen hätten, wären sie überhaupt längst nicht mehr vorhanden, und wenn die Bayerische Volkspartei die Konsequenzen ziehen würde oder wenigstens noch ziehen könnte, dann wären Kahr und Pöhner und Roth nicht mehr am Ruder,

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) dann wären sie beseitigt. Denn das, was diese Herrschaften vorgeben, daß sie sich auf das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung stützen können, ist ja nichts weiter als eine künstliche Mache. In dem Augenblick, wo die Demokraten und die Bauernbündler dem Zuge ihres Herzens folgen und sich von dieser Regierung lossagen würden, wäre es mit der Mehrheit vorbei. Aber die Furcht und Angst vor dem Rechts- oder Linksputsch hält sie ja noch immer zur Not zusammen, wie lange, das ist ja schließlich eine andere Frage. Die Verhältnisse, wie sie sich in Bayern entwickelt haben, zeigen uns mit zwingender Notwendigkeit, daß eine Änderung unbedingt geboten erscheint. Oder glaubt die Reichsregierung, daß wir in der Lage sein werden, die Bedingungen des Friedensvertrags und des Londoner Ultimatums zu erfüllen, wenn der größte Teil des deutschen Volkes und wenn in Bayern ein sehr großer Teil des bayerischen Volkes, und zwar der notwendigste und wichtigste, erbittert beim Wiederaufbau abseits steht und der Regierung mit Mißtrauen gegenübersteht? Dann wird es einfach ein Ding der Unmöglichkeit sein, diese Bedingungen zu erfüllen. Es ist unmöglich, ohne die Arbeiterschaft zu regieren, es ist auch unmöglich, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, und wenn Herr Helfferich es noch so sehr wünschen sollte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eben weil **Herr Helfferich** es wünscht, daraus ersehen wir ja am allerbesten, daß das der Weg zum Verderben ist. Herr Helfferich ist es ja, der das deutsche Volk schon einmal mit seiner Politik ins Verderben geführt hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Haben wir nicht alle Ursache, ihn daran zu verhindern, daß er uns ein zweites Mal ins Verderben hineinführt?

Der Herr Reichskanzler hat darauf hingewiesen, daß eine Wendung zum Besseren, ein Wendepunkt eingetreten sei, und hat dabei auf eine Mitteilung der Bayerischen Volks-

(B) partei-Korrespondenz verwiesen, in der diese im Namen ihrer Partei sich von dem deutschnationalen Obersten Xylander und von den Herren Escherisch und Kanzler lossagt. Die Erkenntnis kommt etwas spät, aber vielleicht ist es noch Zeit. Nur bedarf sie einer Ergänzung. Die **Lossagung** von Escherich und Kanzler genügt nicht,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

man muß sich **von den Deutschnationalen** und in erster Linie **von Herrn Hilpert** lossagen. Herr Hilpert ist es ja auch, der zur Gewalt aufgefordert hat, der als Führer der Bayerischen Mittelpartei die Gewalt predigt und einen Rechtsputsch geradezu verlangt. Solange Sie sich von diesen Herrschaften nicht lossagen, so lange glaube ich auch nicht an den Wendepunkt in der bayerischen Politik.

Ich weiß allerdings sehr wohl, daß in Ihren eigenen Reihen eine ganze Anzahl von Mitgliedern sitzt, denen diese Politik, die Sie seit einem Jahre getrieben haben, nicht gefällt, die der Überzeugung sind, daß die Politik, die Sie hier treiben, uns ins Verderben hineinführt, Bayern und das Reich gemeinschaftlich, und die deshalb dieser Politik widerstreben. Der „Regensburger Anzeiger" hat ja bereits in einem lichten Augenblick darauf hingewiesen, daß gerade von der rechten Seite, von seiten des Herrn Obersten Xylander, von dem Sie sich losgesagt haben, ein Putsch, die Einführung einer Diktatur geplant sei. Herr Oberst Xylander soll verlangt haben, man solle jetzt eine Diktatur einführen und zwar entweder den Herrn Escherich oder ihn zum Diktator bestimmen; denn den Herrn v. Kahr könne man dazu nicht brauchen, er sei dazu zu schwach und zu nachgiebig gegen Sowjet-Berlin. Sie haben sich von dem Herrn Obersten Xylander losgesagt. Sie haben die Mitteilung des „Regensburger Anzeigers" dementiert. Es ist erklärt worden, Herr Held, der Führer der Bayerischen Volkspartei im bayerischen Landtag, wisse davon nichts und verurteile das.

Nachträglich kommt nun die Bestätigung ihrer besseren (C) Einsicht in der als offiziell anzunehmenden Veröffentlichung der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz". Eine Wendung zum Besseren wird in Bayern eintreten, wenn Sie sich von dem deutschnationalen Gelichter lossagen, wenn Sie sich nicht nur lossagen von Herrn Oberst Xylander, sondern wenn Sie sich auch lossagen von Herrn Kahr, von Herrn Roth, von Herrn Pöhner, von Herrn Hilpert. Dann wird in Bayern bald eine Besserung einziehen.

Und es ist notwendig, daß gerade in Bayern eine andere Politik getrieben wird. Denn Bayern ist zwar nicht der Nabel der Welt, wie die Herrschaften in München sich wohl einzubilden scheinen, aber **Bayern** hat doch bis zu einem gewissen Grade das **Schicksal der deutschen Republik** in der Hand. Wenn in Bayern eine schlechte Politik getrieben wird, so wird diese schlechte Politik dem deutschen Reiche und der Reichseinheit den schwersten Schaden zufügen. Ich habe mich davon vorgestern bei einer Kundgebung in Köln überzeugt. Auch dort steht man auf dem Standpunkt, daß die Politik in Bayern nicht nur die bayerische Bevölkerung, nicht nur das Reich, sondern insbesondere auch das Rheinland schädige, weil das Rheinland in erster Linie die Folgen einer so verkehrten Politik, wie sie in Bayern getrieben wird, zu tragen hat, weil das Rheinland in erster Linie den Sanktionen ausgesetzt ist.

(Sehr wahr! links.)

Wie sehr Bayern das Schicksal des Reichs in der Hand hat, darüber gibt gerade eine Äußerung des früheren französischen Kriegshetzers **Gustave Hervé** in der „Victoire" Auskunft. Er schreibt:

> Wir haben gegen ein Volk **Sanktionen** getroffen; das Volk hat sich gefügt. Wenn wir, indem wir die Sanktionen treffen, das Ziel verfolgt haben, ungeachtet des Versailler Vertrages das Rheinland zur Bildung einer Zollgrenze heuchlerisch zu annektieren, so gibt es keinen Grund mehr, (D) Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf zu besetzen und den Rheinzoll aufrechtzuerhalten.
>
> Das meiste, was wir wagen dürfen, ist, daß wir noch ein paar Wochen warten, bis außer Zweifel steht, daß Bayern entwaffnet und daß die Lage in Oberschlesien sich nicht verschlimmert. Wir sollten aber prinzipiell gestehen, daß wir zur Räumung verpflichtet sind. Anders zu handeln, wäre der Gerechtigkeit zuwider.

Also dieser französische Politiker bringt hier zum Ausdruck, das Bayern das Schicksal des Reiches in der Hand hat, daß es der Gerechtigkeit zuwider wäre, die Sanktionen aufrechtzuerhalten, wenn diese Bedingung erfüllt ist, daß Bayern entwaffnet, daß Frankreich nur das Recht habe, vielleicht noch ein paar Wochen zu warten, und wenn dann feststeht, daß Bayern entwaffnet, widerspräche es der Gerechtigkeit, noch weiter die Sanktionen aufrechtzuerhalten und auf diese Weise Annektion zu treiben.

Deshalb ist gerade die **Politik**, die in **Bayern** getrieben wird, auch für den Bestand des Reiches von außerordentlicher Wichtigkeit, und ich möchte nur dringend wünschen, daß gerade meine bayerischen Landsleute, welcher Partei sie auch angehören mögen, den Ruf des Herrn Reichskanzlers beherzigen möchten, daß alle, die guten Willens sind, zusammen arbeiten und zusammen wirken sollen, wenn wir die harten und schweren Bedingungen, die uns auferlegt sind im Friedensvertrag und im Londoner Ultimatum, und zu deren Erfüllung wir uns verpflichtet haben, erfüllen wollen. Wenn wir den Bestand der deutschen Republik und das Wohl des deutschen Volks sichern wollen, dann müssen wir alle Kräfte zusammenfassen, und so hängt gerade auch an der bayerischen Politik das Schicksal Deutschlands und das Schicksal des deutschen Volks. Ich meine daher, alle, die

(**Gruber**, Abgeordneter.)

(A) guten Willens sind, sollten dem Rufe des Reichskanzlers folgen und sollten zusammenwirken. Wir würden damit Bayern und dem bayerischen Volke, dem Reiche und dem deutschen Volke den größten Dienst erweisen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern).

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es wird im bayerischen Volk großes Staunen erregen, durch den Herrn Unterleitner erfahren zu müssen, daß in Bayern eine **Verwilderung der politischen Sitten** herrscht,

(Rufe links: Nanu!)

wie sie sonst nur in Ungarn noch zu finden ist. Es wird aber auch ein Trost für die Bayern sein, zu hören, daß zu der gleichen Zeit, wo man hier von einer Verwilderung der Sitten in Bayern spricht, sich im Reichstag Dinge abspielen,

(Zurufe links: Mittelmann!)

welche die Verwilderung der politischen Sitten außerhalb Bayerns in einem ganz drastischen Bilde zeigen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte also nur feststellen, daß der Vorwurf, als ob in Bayern besonders unruhige Verhältnisse und Zustände bestehen würden, gar nicht zutrifft.

(Lachen links.)

Alle die Vorkommnisse, die hier als eine Spezialität von Bayern angeführt werden, kommen in ganz gleichem Maße oder vielleicht noch in schärferen Formen in allen Ländern des Deutschen Reiches tagtäglich vor, ohne besonders beachtet zu werden.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es hat in manchen Kreisen bei uns den Anschein

(B) erweckt, als ob das ganze Kesseltreiben der äußersten Linken, das leider bis zu einem gewissen Grade auch von einer gewissen Presse in Berlin und Frankfurt unterstützt wird, den Zweck haben soll, den **Fremdenverkehr nach Bayern** zu unterbinden.

(Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Jedenfalls ist diese Möglichkeit als Folge der Hetze gegen Bayern gar nicht ausgeschlossen. Sie schädigen damit also, ob Sie wollen oder nicht, direkt oder indirekt die Geschäftswelt in Bayern.

(Zurufe links: Blödsinn! — Unruhe.)

Sie schädigen aber vor allen Dingen die Arbeiter, die in der Fremdenindustrie beschäftigt sind.

(Abgeordneter Lebebour: Fragen Sie mal die bayerischen Arbeiter! Solche Erbärmlichkeiten hier vorzubringen! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Lebebour, für diesen Zwischenruf muß ich Sie zur Ordnung rufen!

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Soweit kommt es allerdings nicht. Über Bayern ergießt sich zurzeit ein Fremdenstrom, wie wir ihn vielleicht überhaupt noch nie erlebt haben. Im Oberland, im Allgäu, im bayerischen Wald und überall, wo Sie hinkommen, ist alles voller Fremden, die Erholung suchen.

(Andauernde Zurufe links.)

— Warten Sie doch nur einmal ab! Seien Sie doch nicht so nervös!

(Abgeordnete Lebebour: Nein, ich bin empört! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (C)

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Sie auf der **äußersten Linken** muten einem Gegner zu, Ihre Vorwürfe, Ihre **Verdächtigungen** stundenlang anzuhören,

(sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei)

aber Sie sind zu feige dazu, anzuhören, was wir zu Ihren Anwürfen vorzubringen haben.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein derartiges Verhalten charakterisiert Sie selbst. Und daß Sie, Herr Lebebour, der selbst schon von dieser Stelle aus die schärfsten Angriffe gegen Ihre Nachbarn noch weiter links gerichtet und sie als Mörderzentrale bezeichnet hat, den Mut haben, uns aus der Verteidigung Vorwürfe zu machen, — —

(Abgeordneter Lebebour: Ich bin gegen alle Mörder! Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Lebebour, unterlassen Sie doch die Zwischenrufe!

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Diese Feststellung über den Verkehr in Bayern wollte ich nur machen, weil die Stimmung im deutschen Reich über Bayern auch im Norden eine ganz andere ist, wie Sie von der Linken es hinzustellen versuchen.

(Wiederholte Unterbrechungen auf der äußersten Linken.)

Die Fremden, die nach Bayern zur Erholung fahren und die dann wieder zurückkommen, haben selbst die beste Gelegenheit zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Vorwürfe über „Verwilderung", „Unfreiheit" und „Verfolgung" zutreffend sind oder nicht.

(Lärmende Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.) (D)

Präsident: Herr Abgeordneter Kuhnt, ich rufe Sie zur Ordnung!

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Soweit sie Gelegenheit gehabt haben, sich in Bayern aufzuhalten, sind sie sicher einer ganz andern Auffassung über die Zustände, über die **Ordnung und Sicherheit in Bayern,**

(Lachen und Zurufe links)

wie Sie (nach links).

(Erneute Zurufe links.)

Ich selbst komme beruflich in Bayern ziemlich weit herum

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wo liegt denn Bayern? — Gegenrufe rechts)

und unterhalte mich dabei beruflich oft mit sozialistischen Gewerkschaftsführern und Arbeitern, die mir aus meiner Berufstätigkeit bekannt sind.

(Wiederholte Zwischenrufe links.)

Ich habe aber noch nirgends in einer so starken Art über die bayerischen Zustände schimpfen gehört, wie es hier von der linken Seite geschieht.

(Zuruf links: Mit Ihnen kann man doch nicht reden!)

Soweit rechtssozialistische Kreise in Frage kommen, sind sie vielfach froh, daß sie vor dem **kommunistischen Terror** in Bayern endlich einmal geschützt werden. Denn nicht nur die christlichen Arbeiter, nicht nur die Kreise der Bayerischen Volkspartei, sondern auch die mehrheitssozialistischen Arbeiter werden von den Kommunisten vielfach terrorisiert und verfolgt, Sie selbst (zu den Sozialdemokraten) haben dafür draußen in den Versammlungen scharfe Kritik, hier aber verschweigen Sie die terroristischen Akte schamhaft und versuchen es so darzustellen, als ob lediglich die Regierung und die anderen Parteien Gewaltpolitik duldeten.

(Zurufe links.)

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Die christlichen Arbeiter haben oft viel mehr Ursache, über Verfolgung und Terrorismus zu klagen,

(Lachen links)

der fast täglich aus den Werkstätten gemeldet wird, gegen den jedoch Sie (nach links) weder einen Proteststreik noch sonst irgendwelche Maßnahmen unternehmen.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Gegen solche Bedrückung werden wir uns allerdings immer zu wehren wissen. Daß man nun aber aus einer bis zur Stunde noch völlig ungeklärten Mordtat

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und aus einzelnen, auch für uns unerfreulichen Begleiterscheinungen ein Haberfeldtreiben gegen Bayern macht, dagegen müssen wir jedoch ganz entschieden Verwahrung einlegen.

(Wiederholte Zurufe links.)

Der Herr Reichskanzler hat gestern darauf hingewiesen, daß er es begreife, wenn auf der linken Seite des Hauses eine starke Erregung durch den Mord hervorgerufen worden sei. Ja, Herr Reichskanzler, eine **Mordtat** ist nicht eine Sache, die nur von der linken Seite verurteilt wird,

(sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei)

eine Mordtat ist etwas, was von jedem anständig denkenden Menschen verurteilt werden muß.

(Erneute Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Über die Mordtat selbst haben wir uns auf Grund unserer Weltanschauung viel mehr erregt, als es bei Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) überhaupt der Fall sein kann.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wer hat denn aus der Mordtat irgendeinen Vorteil,

(B) meine Damen und Herren? Versuchen denn wir vielleicht, mit dem Morde eine Agitation zu treiben? Probieren wir vielleicht jetzt in der ganzen Welt, den Mord als die Folge eines von der Regierung gebilligten Systems hinzustellen? Das geschieht nur von der linken Seite! Die Sozialisten sind es, die aus der verwerflichen Mordtat und aus manchen anderen Vorkommnissen Kapital zu schlagen und politische Geschäfte zu machen versuchen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat ferner darauf hingewiesen, daß aus dem Morde heraus Schwierigkeiten entstehen können, die die Einheit des Reichs gefährden. Ich kann mir nicht vorstellen, wie aus dieser Einzeltat Schwierigkeiten fürs Reich nach der Richtung hin entstehen könnten, daß eine Entfremdung oder gar eine Trennung vom Reiche kommen kann.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Dieser Einzelfall ist in gar keiner Weise in Betracht zu ziehen.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es müssen wohl noch ein Dutzend kommen! — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist kein Einzelfall!)

Ich bin nämlich der Meinung: solange die **Mordtat** in ihren Ursachen, in ihren **Motiven** nicht geklärt, solange der Täter selbst nicht ergriffen ist,

(andauernde Unruhe und Zurufe links)

hat überhaupt kein Mensch ein Recht, den Mord auf politische Ursachen zurückzuführen.

(Große Unruhe und Zurufe links.)

Ich sage: der Mord ist bis zur Stunde nicht aufgeklärt.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wird auch gar nicht aufgeklärt werden!)

In München gehen unter Ihren Arbeitern, das heißt unter den Arbeitern der Sozialisten, die sonderbarsten Gerüchte (C) herum.

(Unruhe und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Jeder kann sich heute ein Motiv zurechtlegen, wie es ihm paßt,

(Abgeordnete Pfülf: Jedes alte Waschweib!)

Niemand weiß etwas Bestimmtes, und solange der Tatbestand nicht einwandfrei festgestellt ist,

(Unruhe links und Zuruf: Er soll ja gar nicht aufgeklärt werden!)

darf man von einem politischen Mord nicht sprechen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts. — Unruhe links und Zuruf: Erbärmliche Ausrede!)

Alles, was Herr Unterleitner und auch Herr Kollege Gruber in gewissem Maße als Motiv des Mordes hier hinzustellen glaubten, ist ausschließlich Kombination;

(Abgeordneter Gruber: Das sind schwere Indizien!)

sind Auffassungen, die kein Richter als irgendeinen vollgültigen Beweis annehmen wird.

(Lebhafte Zurufe links: In Deutschland nicht!)

Ich muß nun mit Bedauern feststellen, daß der Herr **Reichskanzler** die von ihm selbst verlangte **Zurückhaltung** in bezug auf die Annahme der **Motive für den Mord** in gewissem Grade **überschritten** hat.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Er hat hier in einem anderen Zusammenhang davon gesprochen:

> Diese Verwilderung der Sitten hat eine Atmosphäre hervorgerufen, die zur Entladung führen mußte, ob die Herren das nun beabsichtigt haben oder nicht.

(Sehr richtig! links.)

Wenn sich dieser Satz auf die traurige Tat in Bayern beziehen sollte, so möchte ich dagegen Verwahrung ein- (D) legen. Der Grundsatz, den der Herr Reichskanzler hier ausgesprochen hat, daß man in bezug auf die Annahme der Motive für den Mord Zurückhaltung üben müsse, muß auch von der Regierung selbst unter allen Umständen befolgt werden.

(Stürmische Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Immer wenn ein Mörder der Rechten dran ist, soll man sich zurückhalten!)

Zu der ganzen Interpellation besteht meines Erachtens zurzeit überhaupt noch gar kein Anlaß.

(Große Unruhe links und Zuruf: Es müssen wohl noch ein Dutzend Morde kommen?)

Die Angelegenheit befindet sich in der Untersuchung und wird außerdem im bayerischen Landtag, an der einzig zuständigen Stelle, ganz ausführlich behandelt werden.

(Große Unruhe und stürmische Zurufe links: Das könnte Ihnen so passen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf welchem Wege wollen Sie denn überhaupt zu Ihrem Recht kommen, wenn die Stellen, die sich mit der Ermittlung des Täters befassen und die unter der Kontrolle des gesamten deutschen,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wer lacht da?)

ganz besonders des bayerischen Volks zur **Durchführung der Untersuchung** und zur **Ermittlung des Täters** überwacht und gedrängt werden, von Ihnen schon von vornherein derartig verdächtigt werden, wie es hier geschieht?

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Glauben Sie denn wirklich, daß unter den Hunderten von Richtern in Bayern, daß unter den hunderttausend Angehörigen meiner Partei und unter ihren Führern sich niemand befindet, der mit derselben Energie, mit derselben

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Rücksichtslosigkeit, zu der Sie (nach links) allein sich für fähig halten, genau so den Fall verfolgen wird und eine Aufklärung verlangen, wie es überhaupt nur möglich ist?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Hoffentlich!)

Sie haben aber deshalb keinen Grund, heute schon die schwersten Verdächtigungen gegen die Untersuchung auszusprechen. Sie haben ferner keinen Grund dazu, heute von einer Verschleierung einer Angelegenheit zu sprechen, da Sie weder die Männer kennen noch von der Art und dem Gang der Untersuchung etwas wissen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir haben jahrelange Erfahrungen! — Abgeordneter Kuhnt: Sie verteidigen jedes Verbrechen! — Unruhe und Zurufe rechts.)

Das ganze Verhalten der sozialistischen Parteien nach dem Mord ist mir unbegreiflich.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das glauben wir!)

Es hat in Bayern keine maßgebende Stelle gegeben, die nicht unmittelbar nach dem Mord den beteiligten Kreisen, den Verwandten, aber auch den Parteien volle Genugtuung geleistet hat, soweit dies überhaupt möglich war.

(Lachen und Zurufe von der äußersten Linken.)

Das bayerische Kabinett hat sofort nach der Tat in einer Sitzung seinen Abscheu und die schärfste Verurteilung über den Mord ausgesprochen. Der bayerische Landtag, sämtliche Parteien haben sich dieser Verabscheuung angeschlossen,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das ist nur eine Kulisse!)

und die ganze Öffentlichkeit hat gleichzeitig in gleicher Form ihrer Entrüstung über die Mordtat Ausdruck gegeben. Die Regierung hat — das wissen Sie aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers —

(B) (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Regierung hat eine schmähliche Verdächtigung gegen Sering ausgesprochen, die der Reichskanzler verlesen hat!)

eine Belohnung von 10 000 Mark, jetzt 30 000 Mark, zur Ermittlung des Täters ausgesetzt.

(Zuruf von der äußersten Linken: Nachdem der Mörder in Sicherheit gebracht ist!)

— Wenn Sie nun, meine Damen und Herren von der Linken, so genau Bescheid wissen, daß Sie Verdachtsmomente, Indizien usw. bereits als eine Verfolgungsspur ansehen können, dann haben Sie es leicht, sich die 30 000 Mark zu verdienen,

(sehr gut! und Heiterkeit)

und außerdem wird das ganze bayerische Volk dafür Dank wissen.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Nun frage ich Sie: was soll die bayerische Regierung, was sollen die bayerischen Parteien noch mehr tun, um Ihnen entgegenzukommen, um den Mord zu sühnen?

(Zurufe von der äußersten Linken: Das System Kahr zum Teufel jagen! — Es ist Geld zur Flucht gegeben!)

— Ich frage Sie: wer ist denn geflohen, Herr Hoffmann?

(Zurufe links: Der Mörder!)

— Das wissen Sie doch nicht; Sie wissen es ebensowenig wie ich.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Fragen Sie doch mal, woher er das Geld hat? — Gegenruf von den Deutschnationalen: Sie müssen Erfahrung darin haben!)

Wenn man sich nun diese Tatsache vergegenwärtigt, daß die bayerische Regierung und Volksvertretung nichts unterlassen hat, was in dem gegebenen Fall zu tun möglich war, dann muß man sich doch wirklich fragen: wie konnte (C) trotz alledem ein Generalstreik ausgerufen werden?

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Wie konnten diese nutzlosen Demonstrationen in Berlin hervorgerufen werden?

(Sehr richtig! bei der Bayrischen Volkspartei und rechts. — Unglaublich! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie konnte es der Herr Unterleitner wagen, hier in einem solchen aufhetzenden, unverantwortlichen Ton zu sprechen!

(Sehr richtig! rechts und bei der Bayerischen Volkspartei. — Lachen und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was den **Generalstreik** anbelangt, so möchte ich nur einiges Interessante dazu sagen. Der Genosse Hue, der Kollege des Hauses und ein Führer der Bergarbeiter, hat auf einem Parteitag schon vor vielen Jahren einmal den Satz ausgesprochen: der Generalstreik ist Generalunsinn.

(Lautes Lachen links. — Abgeordneter Ledebour: Sie wissen gar nicht, worauf sich das damals bezogen hat!)

— Ja, so gescheit wie Sie, Herr Ledebour, kann überhaupt niemand sein.

(Sehr richtig! und Heiterkeit bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das hat Ihr Genosse, der Arbeiterführer Hue gesagt, nicht ich. Und in einer Versammlung in München am Samstag, dem Generalstreikstag, hat ein Kollege des Abgeordneten Simon, ein Gewerkschaftsführer, in einer Versammlung der Bekleidungsämter, in der man sich vier Stunden über die Zweckmäßigkeit des Streiks herumgestritten hat, feststellen müssen, daß es kein Geringerer als der alte Bebel selbst war, der den Grundsatz aufgestellt hat: der Generalstreik kann und darf nur im äußersten Falle angewandt werden, wenn er nicht zur Schädigung der Arbeiterinteressen führen soll. (D)

(Sehr richtig! und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Trotzdem ist der Generalstreik in den letzten Jahren bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ausgerufen worden, und das Resultat der vielen Generalstreiks, die Sie bis jetzt geführt haben, meine Damen und Herren, liegt so klar und offen zutage, daß darüber eigentlich gar kein Wort zu verlieren ist. Es ist nichts erreicht worden. Bei jedem Generalstreik sind nur die Arbeiter die Leidtragenden gewesen.

(Sehr richtig! rechts und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn der Generalstreik jemals einen Sinn gehabt hat, dann höchstens beim Kapp-Putsch, aber auch damals nur in dem Maß, als der Kapp-Putsch in Berlin um sich gegriffen hat. Alles, was darüber hinaus war, der Generalstreik in München und sonstwo, war ebenso wie die früheren Generalstreiks ein Generalunsinn.

(Abgeordneter Kuhnt: Sie sind auch so ein Stück Unsinn!)

— Sie sind gar nicht wert, daß ich Ihnen antworte. —

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Generalstreik in München kann mit sachlichen Gründen überhaupt nicht gerechtfertigt werden. Leichtfertiger und unverantwortlicher als der Streik in München ist überhaupt noch selten ein Streik in Szene gesetzt worden.

(Große Unruhe links. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wieviel müssen denn ermordet werden?)

— Warten Sie nur ab, was ich Ihnen weiter sage!

(Abgeordneter Dr. Geyer [Sachsen]: Das ist eine Schamlosigkeit ohne gleichen! — Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Geyer (Sachsen), für diesen unerhörten Zuruf rufe ich Sie zur Ordnung! Einigermaßen müssen wir doch schon versuchen, in parlamentarischen Bahnen zu bleiben.

(Unruhe und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Einer der Herren hat dem Redner zugerufen: Sie verteidigen jedes Verbrechen! Ich habe leider nicht wahrgenommen, welcher von den Herren es gewesen ist.

(Abgeordneter Kuhnt: Das war ich!)

— Herr Abgeordneter Kuhnt, auch dafür rufe ich Sie — und das ist zum zweiten Male — zur Ordnung.

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: — Sie wollen wahrscheinlich eine Prämie auf Ordnungsrufe haben. —

Der Münchener Generalstreik ist nicht nur von den christlichen Arbeitern, sondern zum größten Teil von den sozialistischen Arbeitern verdammt und verurteilt worden.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Anordnung des Streiks haben nicht die Arbeiter getroffen, sondern die unpolitischen Betriebsräte, die sich dazu berufen fühlten, einen politischen Streik zu bestimmen. Heute liegt es tatsächlich so — und das ist höchst bedauerlich —, daß die **Betriebsräte** mehr **politische Gewalt** ausüben, als den Parteiführern angenehm ist. Und auch dieser Streik ist zunächst von den Betriebsräten — sicherlich aus dem Affekt heraus und nicht aus Überlegung — beschlossen worden, und die politischen Führer müssen zuletzt den Brei auslöffeln, der ihnen durch die unverantwortlichen Betriebsräte, durch ihre Anmaßung und ihr Eingreifen in die Politik eingebrockt wurde.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Tatsächlich ist es so, und es ist in verschiedenen Ver-
(B) sammlungen festgestellt worden, daß der Generalstreik überall von unpolitischen Betriebsräten beschlossen worden ist.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Die Folge davon war, daß ein großer Teil — ja der größte Teil — der Münchener Arbeiter gar nicht mitgestreikt hat. Von dem Kollegen Unterleitner und auch von dem Kollegen Gruber ist hier die Sache so dargestellt worden, als ob die gesamte Arbeiterschaft sich an dem **Streik** beteiligt hätte und dadurch eine Gesamtverurteilung des politischen Mordes habe aussprechen wollen. Die sozialistischen Arbeiter wußten aber ebensowenig wie wir, ob es ein politischer Mord war oder nicht, und deshalb haben sie es zum großen Teil abgelehnt, an dem Streik teilzunehmen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wie hat denn der Streik gewirkt? Mehr als 30000 christliche Arbeiter und Angestellte haben nicht mitgetan, die gesamten Post- und Eisenbahnangestellten, unter denen sich auch viele Kommunisten und Mitglieder der U.S.P. befinden, sind sämtlich zu der Arbeit erschienen. Die Straßenbahner, die fast vollständig sozialistisch organisiert sind, haben sich ebenfalls vollzählig zur Arbeit eingefunden.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Das Gesamtbild Münchens war an dem Streiktage nicht anders als sonst an den gewöhnlichsten Werktagen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Es ist notwendig, das festzustellen. Wenn man nämlich die Berichte in den auswärtigen Zeitungen über die tragischen Folgen der Mordtat sowie über die Auswirkungen des Streiks usw. gelesen hat, dann mußte sich jeder, der die Dinge nicht (C)
kennt, sagen: ganz München, die gesamte Arbeiterschaft ist voller Entrüstung, voller Empörung und beteiligt sich nun am Generalstreik. Das ist nicht richtig, und ich stelle deshalb fest, nur um der Wahrheit zu dienen,

(lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

daß noch nicht die Hälfte, noch nicht 50 Prozent der Kopf- und Handarbeiter in München mitgestreikt haben.

(Fortgesetzte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Unter solchen Umständen ist es so gekommen, wie es kommen mußte: der Streik ist zusammengebrochen.

(Lachen und lebhafte Zurufe links.)

Sie haben gar keinen Vorteil aus dem Streik gehabt als den, daß die Arbeiter am heutigen Tage wahrscheinlich ihnen alles andere, nur keinen Dank für den Lohnverlust aussprechen, den sie infolge des Streiks erlitten haben.

(Sehr gut! rechts und bei der Bayerischen Volkspartei. — Lebhafte Zurufe links.)

Eine Entschuldigung für den Generalstreik sehe ich vielleicht nur darin, daß die Leute ohne Überlegung, sondern nur aus dem Affekt heraus handelten. Das darf und soll aber bei großen und verantwortlichen Parteien nicht vorkommen. Allerdings, als dann der Streik 48 Stunden gedauert hatte, sah man ganz allgemein ein, daß die Parole zu der Demonstration wegen des Mordes nicht genügend Wirkung ausübt, man hat daher dann nach Gründen gesucht und sie auch hinreichend gefunden. Man hat einfach „Gegen die Reaktion!" „Gegen die Orgesch und für die bürgerliche Freiheit!" und noch andere Behauptungen und Phrasen als Streikparole ausgegeben.

Auch bezüglich der **Begründung der Interpellation** durch den Kollegen **Unterleitner** kann ich bei näherer Betrachtung kein anderes Urteil fällen, als daß der Kollege Unterleitner sich die Begründung sehr leicht gemacht hat. (D)

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Seine ganzen Anklagen bestanden erstens in der Zitierung von zwei Zeitungen, zweitens in der Wiedergabe von abgelauschten Gesprächen, drittens in der Wiedergabe von Kombinationen, die nichts oder nur sehr wenig beweisen. Außerdem hat er leichtfertig die gegenwärtige Regierung für Fälle verantwortlich gemacht, die höchstens der früheren Regierung Hoffmann zur Last fallen.

(Sehr richtig! rechts.)

Was nun die zitierten zwei Blätter anbelangt, so möchte ich Ihnen folgendes sagen. Der „Völkische Beobachter" ist ein Organ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des antisemitischen Schutz- und Trutzbundes. Die **nationalsozialistische Arbeiterpartei** soll auch Arbeiter als Mitglieder haben. Soweit ich feststellen konnte, gehören diese Arbeiter nicht zu uns. Es ist mir aber berichtet worden, daß ein Teil dieser Arbeiter heute noch in Ihrer, das heißt roten Gewerkschaftsbewegung Mitglieder sind.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts, Unruhe links.)

Sie sehen, wie interessant hier die Dinge liegen, daß die Arbeiter, die dieses Organ herausgeben, die sich nationalsozialistisch nennen, es noch mit ihrer Auffassung vereinbar finden, zu gleicher Zeit Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaft zu sein. Im Grunde genommen sind es verblendete, antisemitische Fanatiker, denen man allerdings nationale Begeisterung nicht absprechen kann.

(Unruhe links.)

Ihre Hetze aber und ihre Propaganda der Gewalt muß dem ganzen deutschen Volk den allerschwersten Schaden zufügen. Die Leute von dem antisemitischen Schutz- und Trutzbund wie auch von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei schonen überhaupt keine Autorität und keine Partei,

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) sie greifen wahllos alles an, sie haben den **Kardinal Faulhaber** angegriffen, sie sind gegen die katholische Kirche Sturm gelaufen, sie greifen die Sozialisten ebenso wie die bayerische Regierung an. Und wenn Sie nun aus einem solchen Organ, das nur von dem Schmutz lebt, der in der Zeitung niedergelegt wird, aus einem Organ, das absichtlich darauf ausgeht, hundsgemein zu schreiben, damit es ein Geschäft macht, eine Menge von Zitaten vorbringen, um nachzuweisen, daß die Mordtat aus diesen Kreisen entstanden ist, und daß die Regierung für diese Mordtat verantwortlich sei, so ist das eine Folgerung, die ich allerdings nicht verstehen kann.

(Große Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen sagen, wie wir über diese Zeitung urteilen. Ich habe bis jetzt den **„Völkischen Beobachter"** überhaupt nicht ernst genommen, ihm überhaupt keine Beachtung geschenkt. Ebenso hat es auch meine Partei getan, auch die Regierung steht wahrscheinlich auf dem gleichen Standpunkt, daß man nämlich nicht einem jeden Käseblättchen, das irgendein halbverrückter Mensch herausgibt, eine größere Bedeutung beimessen soll. Daß das Blatt überhaupt eine Bedeutung bekommen konnte, daran tragen Sie (nach links) Schuld; denn Sie machen die Reklame für das Blatt, Sie helfen den Redakteuren und dem Verleger, daß sie noch mehr Schmutz- und terroristische Artikel schreiben können, als es bis jetzt geschehen ist.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Für die Reklame, die Sie sowohl für den „Völkischen Beobachter" wie für den „Miesbacher Anzeiger" gemacht haben, dürften Ihnen die Redakteure und die Verleger ein Dankschreiben schicken.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts. — Unruhe links.)

Ich stelle ausdrücklich fest, wir haben mit dem „Völkischen Beobachter" nichts zu tun, wir verurteilen die Schreib-

(B) weise und Propaganda,

(Zurufe links)

wie sie dort getrieben wird, mit den schärfsten Ausdrücken genau, wie Sie es selbst tun. Es wird sich jetzt herausstellen müssen, ob man das Blatt ernst nehmen kann oder nicht.

(Zurufe links.)

Von dieser Auffassung hängt es ab, ob die bayerische Regierung das Blatt verbietet.

Was den **„Miesbacher Anzeiger"** anlangt, so ist es ein Privatunternehmen,

(Heiterkeit links)

es steht mit der Partei in gar keiner Verbindung. Ich kenne den Besitzer des „Miesbacher Anzeigers" und ich weiß, daß er während der Revolution furchtbar viel von seiten der Kommunisten ausstehen mußte.

(Sehr wahr! links.)

Es ist bis zu einem gewissen Grade eine Vergeltung

(Abgeordneter Kuhnt: das ist Ihre christliche Rachepolitik! — Heiterkeit bei der Bayerischen Volkspartei und rechts)

für das, was die Kommunisten ihm mit der Drohung mit dem Erschießen,

(Lachen links)

mit dem Verderben seines Geschäfts angetan haben.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Ich möchte diese Tatsache hier objektiv feststellen, ohne aber mit seiner gesamten Schreibweise, ohne mit der Ausartung in dem Blatte jemals einverstanden zu sein.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Der „Miesbacher Anzeiger" bringt aber oft satirische Artikel, die nicht nur den Kreisen von rechts gefallen, sondern die sehr fleißig auch auf der linken Seite gelesen werden und über die man sich eifrig unterhält. Ich bin der Meinung, man sollte den beiden Blättern nicht soviel Ehre antun, sie bei jeder Gelegenheit in den Zeitungen (C) und im Parlament zu zitieren, dann würden sie auf ihren Einflußkreis, der sehr eng ist, begrenzt bleiben und dann würden Sie (nach links) sich die unnötige Entrüstung ersparen können.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Regierung in Bayern selbstverständlich dafür zu sorgen hat, daß Angriffe, wie sie in den letzten Wochen in den Blättern gegen die Reichsregierung und gegen die Autoritäten geführt wurden, unter allen Umständen unterdrückt werden müssen. Dies muß sowohl gegenüber den Angriffen von links als von rechts geschehen.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Sie, meine Herren von der **äußersten Linken,** haben ja gar **keinen Grund, sich zu beschweren;**

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

denn was die „Rote Fahne" und Ihre Blätter zusammenschreiben,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

das bringt kein „Miesbacher Anzeiger" und bringt auch kein „Völkischer Beobachter" fertig.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Glauben Sie denn wirklich, daß das deutsche Volk so vergeßlich ist, daß es nicht mehr weiß, was diese Blätter in Deutschland schon alles angerichtet haben?

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Wir wissen es doch alle selbst, wir leben ja förmlich unter dem Eindruck des Geschehens, der Revolution in Thüringen, in Bayern, im Ruhrgebiet und wir stehen ja noch ganz unter dem Eindruck der Aufstände und der Menschenverluste in Mitteldeutschland,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

und wenn Sie trotz all den Vorgängen, die sie selbst angezettelt haben, und zwar offiziell angezettelt haben, den Mut haben, sich hier zu entrüsten über einen einzigen Mord,

(Zurufe links: Einzigen Mord? Wieviel müssen es denn sein?) (D)

— den einzigen Mord, wie er hier vorliegt, dann ist das eine elende Heuchelei.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Meine Damen und Herren (nach links), Sie haben ja immer nach der **Preßfreiheit** gerufen. Ich kann mich ja sehr weit zurückerinnern. Ich stehe ja 25 Jahre in der Arbeiterbewegung,

(Zurufe links)

ich weiß es. Sie haben jedenfalls am meisten nach der unbeschränkten Preßfreiheit geschrien, und merkwürdigerweise sind es Sie wieder zuerst, die danach rufen, daß der Presse ein Maulkorb angehängt wird.

(Lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Wenn nun die sozialistische Presse ununterbrochen die Regierung Kahr beleidigt, angreift und verdächtigt, so empfinden Sie das vollkommen in der Ordnung. Nur wenn einer wagt, einmal nach links auszuhauen, dann sind die Herren so empfindlich, daß man es kaum verstehen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Des weiteren hat Herr Unterleitner Gespräche wiedergegeben. Es ist etwas ganz Neues, daß man **Gespräche in den Eisenbahnen** oder bei sonstigen Begegnungen, wo die Menschen unter sich sind und gar nichts davon wissen, daß sie abgelauscht werden, einfach hier als Beweis für das Motiv der Tat anführt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ja, meine verehrten Damen und Herren, wo führt denn ein solcher Zustand hin?

(Lebhafte Zurufe links und Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

(A) **Schwarzer** (Oberbayern), Abgeordneter: Wenn ich alles das, was ich von den Sozialdemokraten schon gehört habe, was ich, ohne es zu wollen, anhören mußte, wiedergegeben hätte, dann hätten Sie Leitartikel bekommen über die sonderbarsten Auffassungen, die man in den verschiedenen sozialistischen Parteien vorfindet. Aber es gehört zum Anstand und zur Ehrlichkeit, daß man etwas, was einem nicht mitgeteilt wird, sondern was man hört, einfach nicht widergibt, weil der Betreffende sich gar nicht wehren kann. Wenn dieses neue Kampfmittel des Abhorchens, der Mystifikation weiter ausgebildet werden sollte, bekommen wir Zustände, bei denen einer dem anderen nicht mehr trauen darf, so daß er nur unter vier Augen und in verschlossenen Räumen noch sprechen kann, weil er sonst Gefahr läuft, daß man das, was er meint, was er ausspricht, einfach als Beweis für irgendeine Tat ausnutzt.

Ich habe gesagt, daß der Herr **Abgeordnete Unterleitner** hier **Kombinationen** vorgetragen hat. Kombinationen sind keine Tatsachen. Weder der Herr Kollege Unterleitner noch der Herr Kollege Gruber hat für das Motiv der Tat irgendwelche Tatsachen anführen können. Mit leeren Behauptungen kommen wir nicht weiter.

Unterleitner hat nun auch die **Eigenschaften des Herrn Gareis** besonders hervorgehoben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man einem Toten niemals etwas Schlechtes nachsagen soll. Ich stelle deshalb nur in objektiver Weise fest, welche Auffassung wir über die Persönlichkeit des Herrn Gareis gehabt haben. So hoch und so bedeutsam, wie ihn der Herr Unterleitner geschildert hat, ist er uns niemals erschienen. Meine Freunde, die ihn kannten und mit ihm zusammengearbeitet haben, sagten immer: Laßt den Gareis sprechen; macht ihm keine Schwierigkeiten, denn der wird sich einmal warmlaufen, und er wird, wie er bis jetzt noch nichts verdorben hat,
(B) auch später nichts verderben.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Schänden Sie des Toten nicht!)

— Meine Damen und Herren! Ich darf doch hier, wenn auf der einen Seite die Person hervorgehoben wird, meine objektive Meinung über seine politische Tätigkeit noch aussprechen. So empfindlich dürfen Sie doch hier nicht sein. Ich sage es nur deshalb, weil der Herr Unterleitner versucht hat, die Sache so darzustellen, als ob der Herr Abgeordnete Gareis eben wegen seiner außerordentlichen Kenntnisse, wegen seines außerordentlichen Wissens ermordet worden wäre.

(Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So war es nicht, und von unserem Standpunkt aus bestand aus diesen Gründen kein Anlaß zum Mord, wie es ja überhaupt keine Veranlassung zu einer derartigen Untat geben kann.

(Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

— Herr Unterleitner hat die Sache so hingestellt, als ob Herr Gareis wegen seines großen Wissens ermordet worden ist.

(Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Unterleitner hat aber hier **Morde** und Taten der **Regierung Kahr** zur Last gelegt, für die diese Regierung und die Bayerische Volkspartei absolut keine Verantwortung tragen, denn die Feststellungen, daß der Fall Landauer, der Fall Horn und noch andere Fälle heute noch nicht gesühnt sind, fallen doch der **Regierung Hoffmann** zur Last.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Eisner!)

— Auch der Fall Eisner! Noch ein Jahr nach dem (C) Niederschlagen der Räterepublik hat die Regierung Hoffmann in Bayern regiert.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Warum hat diese Regierung Hoffmann, auf die Sie ganz bestimmt einen Einfluß gehabt haben,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wir doch nicht!)

nicht dafür gesorgt, daß nun die Taten, die Sie aufgeklärt haben wollten, endlich einmal aufgeklärt wurden.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Auch Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) haben einen Einfluß gehabt, denn Sie sitzen heute immer noch beisammen, wenn es gilt, Mörder zu verfolgen oder etwas zu sühnen, was sich nach Ihrer Meinung gegen die Arbeiter richtet.

(Andauernde große Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Ich sage also: die Mehrzahl der Fälle, für die der Abgeordnete Unterleitner hier der jetzigen bayerischen Regierung die Verantwortung zugeschoben hat, fällt nicht in die Zeit dieser jetzigen Regierung. Darüber, daß nicht mehr geschehen ist, daß die Verfolgung nicht vielleicht schon früher, wie Sie es heute für notwendig halten, aufgenommen worden ist, müssen Sie sich jetzt mit Herrn Kollegen Hoffmann von der Mehrheitssozialdemokratie unterhalten.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein, mit Dr. Müller [Meiningen]!

— Dann ist es Dr. Müller (Meiningen). Jedenfalls aber nicht die jetzige Regierung! Sie sehen, meine Damen und Herren, es wird mir selbst von dieser Seite (zu den (D) Sozialdemokraten) bestätigt, daß das, was der Herr Kollege Unterleitner der jetzigen Regierung zum Vorwurf gemacht hat, diese Regierung gar nicht treffen kann. Wofür die jetzige Regierung verantwortlich sein könnte, wenn Sie es so hinstellen wollen, das ist die **Prügelei** gegen **Hirschfeld,** dann die Prügelei gegen Dr. **Saenger** und der Tod von Gareis.

(Erregte Zurufe von der äußersten Linken.)

Wenn Sie jede Prügelei, die im Lande vorkommt, der jetzigen Regierung in die Schuhe schieben wollen, dann frage ich Sie: Wer ist denn eigentlich verantwortlich für die Prügelei, die unser Kamerad und **Arbeitersekretär Adelhoch in Burgau** erleiden mußte?

(Zurufe.)

— Jawohl, die sind niedergeschlagen worden.

(Erneute Zurufe: Heimtückischer Überfall von hinten!)

— Die von Ihnen angeführten heimtückischen Überfälle werden heute gerichtlich verfolgt, das heißt, die Täter werden gesucht. In beiden Fällen handelt es sich bloß darum, die Täter festzustellen, und wo es keinen Täter gibt, wo kein Täter festgestellt werden kann, dort kann es auch keinen Richter geben.

(Andauernde Zurufe von der äußersten Linken.)

— Wenn Sie nicht verstehen, daß man niemand verurteilen kann, wenn man ihn nicht hat, dann glaube ich, daß Sie es überhaupt nicht ehrlich meinen. Sonst müßten Sie sich selbst bemühen, die Täter zu ermitteln. Die Regierung wird für alles verantwortlich gemacht; darin liegt System. Niemand weiß und kann behaupten, wo die Täter sich befinden. Trotzdem macht man die Regierung dafür verantwortlich, daß die Täter bis jetzt noch nicht ermittelt worden sind.

(Lachen und Zurufe links.)

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Sie werden es genau so wie in Berlin oder sonstwo abwarten müssen, wo es geschieht, daß bei Hunderten von Verbrechen der Täter nicht ermittelt wird. Wer kann denn in Bayern dafür, wenn noch nicht alle Verbrechen bis heute gesühnt worden sind!

(Zurufe links: Aber wenn sie sich häufen!)

— Aber daraus, selbst bei einer Häufung solcher Fälle, jemand einen Vorwurf zu machen, daß die Täter nicht ermittelt sind, das geht doch nicht an.

(Zuruf links: Darin liegt System!)

— Es soll darin System liegen? Das hat doch mit der Polizei gar nichts zu tun. Wenn die Polizei den Täter nicht ermitteln kann, so hat das doch mit dem System nichts zu tun, solange Sie nicht den Nachweis liefern, daß von seiten der Polizei und der Regierung die Verfolgung nicht rechtmäßig oder rechtzeitig geführt wird. Den Nachweis aber, daß die Verfolgung nicht aufgenommen worden ist, können Sie bis jetzt nicht erbringen. Deshalb beruhen die ganzen Angaben nach dieser Richtung lediglich auf Verdächtigungen ohne jeglichen Beweis. Wir hätten unsererseits viel mehr Grund, uns über Schlägereien und Verfolgungen von der anderen Seite zu beschweren, als das bei Ihnen der Fall ist. Wir tun es aber nicht, weil wir nicht die Regierung für alles und jedes verantwortlich machen wollen, was sich heute im politischen, öffentlichen Leben abspielt.

Es ist heute und gestern schon von anderer Seite auf den **Polizeipräsidenten Pöhner** hingewiesen worden, er ist in der schärfsten Weise kritisiert worden. Ich bin der Meinung, daß die Tätigkeit des Münchener Polizeipräsidenten Sache des bayerischen Landtags ist, und daß hier im Reichstag ein objektives Urteil über seine wirkliche Tätigkeit und die ergangenen Maßnahmen überhaupt nicht gefällt werden kann. Sie sind Partei; Sie werden nie
(B) ein objektives Urteil fällen können.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und Pöhner ist Partei gegen uns!)

Sie wissen auch nicht, in welcher Situation sich der Polizeipräsident befindet, welche Maßnahmen er ergreift, um dem Recht zu entsprechen. Die andere Seite im Hause weiß es auch nicht, und deshalb müssen wir den Bericht der bayerischen Regierung abwarten, um beurteilen zu können, was an den Angaben und Verdächtigungen wahr ist und was nicht. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß, wenn wirklich von den hier gegen Pöhner angeführten Vorwürfen auch nur ein Bruchteil zutrifft, er nicht länger Polizeipräsident bleibt. Die Regierung und meine Freunde im bayerischen Landtag werden schon wissen, was sie nach der Richtung hin zu tun haben.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der **Ausnahmezustand** ist mit Recht kritisiert worden. Ich persönlich und meine politischen Freunde sind keine Freunde von Ausnahmezuständen. Die früheren Vertreter unserer Partei in den Parlamenten vor 40 bis 50 Jahren haben ja selbst solche Ausnahmezustände kennen gelernt, die gegen uns gerichtet waren. Kein Mensch in Bayern hat eine Freude daran, daß wir heute noch gezwungen sind, den Ausnahmezustand, wenn auch in sehr milder Form, aufrechtzuerhalten. Aber, meine Damen und Herren, Sie von der Linken haben es ja in der Hand, rechtzeitig zu veranlassen, daß dieser Ausnahmezustand endlich beseitigt wird. Solange aber Ihre Freunde nach Bayern fahren und dort derart **aufreizende Reden** halten, wie es der Herr **Remmele** getan hat,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wie Sie hier!)

wie es der Herr **Thomas** getan hat — —

(Große Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten. — Abgeordneter Remmele: Elender Verleumder! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordner Remmele, ich rufe (C) Sie zur Ordnung!

(Abgeordneter Remmele: Elender Verleumder trotzdem noch!)

— Herr Abgeordneter Remmele, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung!

(Abgeordneter Remmele: Elender Verleumder, dabei bleibt's!)

— Herr Abgeordneter Remmele, ich schließe Sie von der Sitzung aus und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

(Abgeordneter Remmele: Fällt mir nicht ein!)

— Herr Abgeordneter Remmele, ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei. — Abgeordneter Remmele weigert sich, den Saal zu verlassen.)

Meine Damen und Herren! Ich vertage bis auf weiteres die Sitzung.

(Vertagung der Sitzung um 3 Uhr 36 Minuten.)

Die Sitzung wird um 5 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten Löbe wieder eröffnet.

Präsident: Ich eröffne die vertagte Sitzung wieder. Ich stelle fest, daß das aus der Sitzung ausgeschlossene Mitglied Remmele nicht anwesend ist.

Der Herr Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern) führt seine Rede zu Ende.

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaubte nicht, daß es aufreizend wirkt, wenn man der äußersten Linken darlegt, daß sie in ihren Reden scharf und aufreizend spricht. Ich habe viele kommunistische Flugblätter gelesen, ich habe auch seinerzeit den Aufruf zu der Reichstagswahl gelesen, und überall (D) haben wir in der **Stellung der Kommunistischen Partei** zum Reichstag nur die eine Auffassung gefunden, daß sie zu dem Zweck ins Parlament gehe, um störend zu wirken, um den **Parlamentarismus** zu **diskreditieren.** Daß sie diese Parole und diese ihre Auffassung auch praktisch betätigt, das haben wir bis jetzt feststellen können.

Ich habe darauf hingewiesen, daß, solange das **Ausnahmegesetz** benutzt worden ist, es bis jetzt nur gegen einzelne **Führer der Kommunistischen Partei** angewandt werden mußte. Dem **Abgeordneten Thomas** ist ja erst im Verlauf dieser letzten Woche durch eine übergroße Majorität dieses Hauses selbst bestätigt worden, daß er damals in München in der Rede, die zur Verhaftung geführt hat, jedenfalls gegen die gesetzlichen Bestimmungen gehandelt hat. Das ist wenigstens durch den Beschluß des Reichstags festgestellt worden. Die Tatsache des Beschlusses besteht einmal; damit werden wir uns abfinden müssen. Jedenfalls ist die Tatsache, daß der Reichstag sich auf den Standpunkt des Gerichts stellt, der Beweis dafür, daß das Verhalten des Herrn Thomas nicht einwandfrei war. Außerdem ist noch der **Kommunist Eisenberger** in Haft genommen worden. Über den hetzenden Charakter seiner Ausführungen und die Versuche, in Versammlungen die Menschen zu Gewalttaten gegen das Gesetz und gegen den Staat aufzureizen, besteht gar kein Zweifel. Ja, meine Damen und Herren, ein Staat, der nicht mehr die Macht besitzt, sich gegen derartige Aufreizungen zu schützen, hat die Autorität überhaupt verloren. Deshalb sage ich, es haben die Abgeordneten und die Redner selbst in der Hand, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Dann bin ich überzeugt, daß der Ausnahmezustand, den wir nicht billigen, jedenfalls recht bald aufgehoben werden kann. Soweit es aber die Inhaftierten Toller, Sauber, Hagemeister usw. anlangt, so sind diese Leute als verant-

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) wortliche Träger der einstigen Räterepublik mit ihren Begleiterscheinungen unter der früheren Regierung Hoffmann ins Gefängnis gekommen, und es besteht deshalb kein Grund, der jetzigen bayerischen Regierung daraus einen Vorwurf zu machen.

Mit Ausnahme also dieser einen Tatsache, daß man in Bayern keinen kommunistischen Spaß mehr versteht, sondern daß man unter allen Umständen verhüten will, daß neue Putsche, ganz gleich, ob sie von rechts oder links kommen, inszeniert werden, geht es in Bayern doch recht ordentlich und gemütlich zu.

(Zuruf links: Die Kahr-Regierung ist aus dem Rechtsputsch entstanden.)

— An dem Putsch ist die **Kahr-Regierung** jedenfalls nicht schuld. —

Ich möchte aber feststellen, daß heute in der Regierung **sozialistische Beamte** sitzen, daß sogar Leute dazwischen sind, die während der Rätezeit von der Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft gesprochen haben, die in Versammlungen für die Ausrottung der bürgerlichen Gesellschaft eintraten.

(Zuruf links: Wer ist denn das?)

— Schröder im Arbeitsministerium! Es besteht deshalb kein Grund, zu behaupten, daß in Bayern gegen die Sozialisten regiert würde, daß in Bayern bewußt und absichtlich die sozialistischen Arbeiter unterdrückt oder verdrängt werden sollten. Wir in der Bayerischen Volkspartei und speziell ich und meine engeren Freunde in der Arbeiterbewegung haben gar kein Interesse an irgendwelcher gewaltsamen Unterdrückung der sozialistischen Parteien, besonders der Mehrheitssozialdemokratie. Wir sind im Gegenteil stets der Meinung gewesen, man soll sie mit zur Verantwortung ziehen, man soll sie praktisch mitwirken lassen, dann werden sich alle oder viele der Schwierigkeiten, denen wir jetzt begegnen, von selbst

(B) beheben.

Nun hat der Herr Kollege Gruber sehr scharf betont und der bayerischen Volkspartei wiederholt nahegelegt, wir sollten, uns doch endlich freimachen von den Deutschnationalen. Ja, meine Herren, Sie (zu den Sozialdemokraten) hätten es vielleicht in der Hand gehabt, wenn Sie seinerzeit der Einladung der Bayerischen Volkspartei, sich an der Regierung zu beteiligen, Folge geleistet hätten. Wenn Sie aber Bedingungen stellen, die die führende Partei selbst nicht ertragen kann, dann kommen Sie niemals zu einer Koalitionsregierung. Man muß es den einzelnen Parteien, die die Verantwortung tragen, überlassen, daß, wenn sie sich Wegegenossen suchen, sie dabei ihre Freiheit und ihre eigene Auffassung nicht aufzugeben brauchen. Es liegt also nicht an der Bayerischen Volkspartei, sondern an der **Mehrheitssozialdemokratie**, wenn es seinerzeit nicht dazu gekommen ist, daß wir in **Bayern** eine **Koalitionsregierung** in erweitertem Maße, das heißt, unter Hinzuziehung der Mehrheitssozialisten, erhalten haben. Auch heute noch, glaube ich, wäre für Sie (zu den Mehrheitssozialisten) die Möglichkeit gar nicht ausgeschlossen, sich mit den Führern der Bayerischen Volkspartei nach jeder Richtung hin zu verständigen. Wenn Sie aber einzelne Personen wie zum Beispiel den Ministerpräsidenten Kahr als Hindernis für die Verständigung hinstellen, dann kann man Ihnen einfach nicht helfen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Man kann doch nicht verlangen, daß man auf Wunsch irgendeiner anderen Partei Männer aus der eigenen Partei ausschließt, für deren Beseitigung absolut kein Grund vorliegt.

(Zurufe links.)

Das müssen Sie verstehen und dann müssen Sie auch zugeben, daß es umsonst ist, uns Belehrung zu erteilen, inwieweit wir eine Politik mit der einen oder anderen (C) Partei machen sollen.

Nun ist hier sowohl vom Herrn Kollegen Unterleitner wie vom Herrn Kollegen Gruber vielfach die Befürchtung ausgesprochen worden, daß sich die **Bayerische Volkspartei** gewissermaßen als die **Gefangene der Deutschnationalen** zu betrachten habe. Es mag sein, daß in einzelnen Kreisen außerhalb der Bayerischen Volkspartei eine solche Befürchtung vorliegt, aber in der Bayerischen Volkspartei selbst können die Befürchtungen gar nicht aufkommen, weil wir uns unserer Stellungnahme sowohl gegenüber links wie rechts vollkommen bewußt sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Befürchtungen, daß nicht nur von links, sondern auch **von rechts Putsche** drohen, werden in Bayern, das muß ausgesprochen werden, in der letzten Zeit öfter geäußert. Im Mittelpunkt dieser Gerüchte steht der **Oberstleutnant Xylander.** Ich weiß ja nicht, was die Herren vorhaben. Wir haben nach der Richtung hin überhaupt keine Verbindungen, weil wir diese Leute, die Gewaltabsichten haben sollen, niemals als zu uns zählend betrachten und deshalb mit ihnen auch nicht viel zu tun haben wollen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Aber wenn diese Leute, Xylander oder sonst irgend jemand, der vielfach zu den Deutschnationalen gezählt wird — ich weiß nicht, ob er dazu gehört —, die wirklich unsinnige und unglückliche, ja verbrecherische Idee haben sollten, in Bayern einen Putsch auszuführen, dann würden sie das bayerische Volk geschlossen gegen sich finden,

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei)

genau so wie es gegen die linke Seite gegangen ist.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es können wirklich nur verbrecherische Gedanken dazu führen, die in Bayern einigermaßen wieder hergestellte Ruhe durch Gewaltputsche wieder zu stören. Wir glauben nicht daran, daß sich Leute in größerer Zahl finden, die (D) zu einem solchen Putsche die Hand reichen; denn wir wissen nur zu genau, daß Kahr mit der gesamten Regierung es nicht nur einmal, sondern schon dutzendfach in der entschiedensten Weise ausgesprochen hat und daß der viel angefeindete Escherich ihm dabei sicherlich unterstützende und nach jeder Richtung hin einwandfreie Zusicherungen gegeben hat, daß die **Einwohnerwehr** mit der gesamten Öffentlichkeit **gegen rechts** genau so vorgehen wird wie gegen links, wenn es jemals so weit kommen sollte.

(Zuruf links.)

Die vielmaligen Erklärungen, die Versicherungen der Regierung, die Darstellung des Standpunktes nach der Richtung von seiten der Bayerischen Volkspartei sollten doch völlig ausreichen, um diese Befürchtungen endlich einmal als abgetan zu betrachten.

(Zuruf links.)

Wir haben also keine Angst, Herr Hoffmann, vor dem Rechtsputsch. Wenn Sie Angst haben, dann verstehe ich das nicht.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Dann müßten Sie anders aussehen wie Sie! — Heiterkeit. — Zuruf auf der äußersten Linken. — Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Die ganze Stimmung und die politische Atmosphäre, von der gesprochen worden ist, ist in allen ihren Erscheinungen auf die Ereignisse des Jahres 1918/19 zurückzuführen. Das Volk in Bayern, genau so wie anderswo, denkt immer noch an jene Zeiten und hegt Befürchtungen, die vielleicht gar nicht begründet sind. Aber es hat den Willen, unter allen Umständen solche Ereignisse für die Zukunft zu verhindern.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ja, deshalb ist hauptsächlich auch der Belagerungszustand verhängt worden.

(Schwarzer [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Aber, meine Herren, es sind doch nicht bloß wir, die wir uns scharf über die Kommunisten aussprechen. Herr **Ledebour** hat am 15. März dieses Jahres in der 85. Sitzung des Reichstags in noch viel schärferer Form, als wie ich es getan habe, sich gegen die von ihm entdeckte **Mörderzentrale der Kommunisten** gewandt. Ja, meine Damen und Herren, wenn solche Möglichkeiten von Ihnen selbst zugegeben und anerkannt werden, warum nehmen Sie es denn dann der bayerischen Regierung übel, wenn sie sich gegen derartige Erscheinungen zu wehren sucht und alle Mittel ausnützt, um sie im Keime zu ersticken. Nicht nur nach einer Seite hin, sondern auch, soweit die andere Seite Gewalttätigkeiten begeht und die Täter auch erfaßbar sind, werden sie genau so zur Rechenschaft gezogen, wie es links geschieht.

(Zuruf links: Von wem?)

— Von der bayerischen Regierung und von den zuständigen Gerichten!

(Zurufe und Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die **Interpellation** in der Form, wie sie hier vorliegt, **offene Türen einrennt.** Sie verlangt: „Eine ausgibige Sühne für die Ermordung des Abgeordneten Gareis"! Wie kann die Reichsregierung diese Sühne geben, solange es der bayerischen Regierung oder den bayerischen Gerichten nicht gelungen ist, den Täter zu ermitteln? „Die Auflösung der Einwohnerwehren", die Sie im zweiten Punkt verlangen, befindet sich bereits im Gange, ist also ebenfalls gegenstandslos. Und die verfassungsmäßigen Zustände sind in Bayern überhaupt noch nie gebrochen worden, — nach keiner Richtung hin. Deshalb ist es ebenfalls unlogisch und nicht nötig, auf die Durchführung verfassungsmäßiger Zustände die Reichsregierung aufmerksam zu machen.

(B) „Was die Reichsregierung zu tun gedenkt", hat sie gestern durch den Mund des Herrn Reichskanzlers hier erklärt. Wir sind mit der **Erklärung der Reichsregierung** und besonders mit ihrer Stellung zu den Ländern im allgemeinen einverstanden. Ich möchte nur dringend bitten, daß nicht nur der Herr Reichskanzler, der es in ganz vorzüglicher Weise verstanden hat, mit den Regierungen der einzelnen Länder Verbindungen herzustellen und sich dadurch auch zu verständigen, sondern daß auch der Herr Minister des Innern dieselbe Auffassung besitzt, daß nicht durch Diktate, sondern durch die **Verständigung mit den Ländern** und Landesregierungen im Reich am besten gearbeitet werden kann. Das Reich wird nie zur Ruhe kommen, wenn die Länder nicht zufrieden sind oder wenn die Länder gar aus ihrer Unzufriedenheit zur Opposition übergehen. Und wir in Bayern haben besondere Schwierigkeiten, die darin liegen, daß man die **Wunden,** die uns **durch die Reichsverfassung** beigebracht worden sind, daß nämlich Bayern die Souveränität und die Hoheit über den Verkehr, über das Militär und besonders über die Finanzen verloren hat, noch nicht vergessen konnte. Auf diese Stimmung muß man unbedingt Rücksicht nehmen, und es wird wohl am besten sein, wenn die Reichsregierung so wenig wie möglich sich in die Angelegenheiten der einzelnen Staaten einmischt, andererseits aber auf Grund der Bestimmungen der Verfassung in denkbar weitestem Umfange den einzelnen Ländern die Arbeiten zur Erledigung überläßt, zu deren gesetzmäßiger und sachgemäßer Erledigung sie imstande sind. Es ist deshalb ein Gebot der Klugheit, den Ländern diese Möglichkeit zu geben, und wir begrüßen es, daß der Herr Reichskanzler sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Wir hoffen, daß dadurch die Beziehungen der Länder zum Reiche — und ich sage das auch im Hinblick auf die Stimmung und Stellung in Bayern — sich nur im besten Sinne und zum Vorteile des ganzen (C) Reichs gestalten werden.

Deshalb muß ich zuletzt auch darauf hinweisen, daß vom Standpunkt der Objektivität und der Sachlichkeit die durch die Interpellation angeschnittene Frage in der Hauptsache nur in Bayern, im bayerischen Landtage und durch die bayerischen Behörden erledigt werden kann. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß meine Partei, wie übrigens alle Koalitionsparteien, und die gesamte Staatsregierung dafür sorgen werden, daß nicht nur die Ruhe in Bayern aufrechterhalten wird, sondern unter allen Umständen auch Gesetz und Recht gewahrt werden. In diesem Sinne müssen wir zusammenarbeiten; denn nur auf diesem Wege ist es möglich, im Reich und in den Ländern geordnete Zustände herbeizuführen.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, unsere Sitzung jetzt abzubrechen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg) Abgeordneter: Ich bitte den Reichstag, entgegen dem Vorschlage des Herrn Präsidenten, die Verhandlungen fortzusetzen. Ich brauche wohl nicht auseinanderzusetzen, daß meine Freunde und ich das denkbar lebhafteste Interesse daran haben, möglichst bald auf die schweren Angriffe des Herrn Reichskanzlers am gestrigen Tage gegen die rechte Seite zu antworten. Aber darüber hinaus hat das ganze Haus das lebendigste und dringendste Interesse an der baldigen Erledigung der Geschäfte, die ihm jetzt vorliegen. Wir sind um $^1/_2$6 Uhr doch noch nicht mit unserer Arbeitskraft zu Ende und könnten wohl weiter verhandeln. Es stehen überdies noch dringlichere Interpellationen als diejenige, die uns heute beschäftigt hat, auf der Tagesordnung, so die Inter- (D) pellation über unser unglückliches Oberschlesien,

(sehr richtig! rechts)

ebenso die Interpellation über unser unglückliches Rheinland.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Das sind Dinge, die bald und schnell verhandelt werden müssen. Wenn Sie nun heute schon auseinandergehen, dann verhindern Sie, daß diese Dinge so rechtzeitig verhandelt werden können, wie es notwendig ist. Darum bitte ich das hohe Haus, sich unserem Vorschlage anzuschließen und weiter zu verhandeln.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dringendere Verhandlungen als über den Schutz der Einwohner gegen Mord gibt es wohl kaum.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber ich will über das weitere nicht mit dem Vorredner streiten. Gerade weil der Schutz gegen Mörder so dringend ist, müßte man erwarten, daß bei solchen Verhandlungen wenigstens ein beschlußfähiges Haus anwesend ist. Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident: Das Bureau schließt sich dem Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses an.

Meine Damen und Herren! Wir müssen also abbrechen. Ich erlaube mir aber, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir die in den letzten Tagen versäumte Zeit in den ersten Tagen der nächsten Woche unbedingt einholen müssen.

(Zustimmung.)

(Präsident.)

(A) Ich beraume die nächste Sitzung an auf Montag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustands;
2. Rest der heutigen Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour. (B)

(Zurufe: In einem beschlußunfähigen Hause gibt es keine Diskussion mehr!)

— Das ist richtig. Ich bitte um Entschuldigung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 31 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

118. Sitzung.

Montag den 20. Juni 1921.

	Seite
Geschäftliches	3979B
Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über **Wiederherstellung des deutsch-chinesischen Friedenszustandes** (Nr. 2209 der Anlagen)	3979D
Schluß der Besprechung der Interpellation Aderhold 2c.: **Ermordung Gareis'** (Nr. 2146 der Anlagen):	
Bazille (D.Nat.)	3979D
v. Schoch (D.Vp.)	3986D
Hamm (D.D.)	3991B
(B) Remmele (V.K.)	3997C
Dr. Pfeiffer (Z.)	4000B
Eisenberger (B.B.)	4002C
Soldmann (Franken) U.S.)	4005D
Nächste Sitzung	4011A

Die Sitzung wird um 3 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Vom ersten Bürgermeister des Stadtkreises Kattowitz ist eine Denkschrift eingegangen: „Schilderung über den Insurgentenaufstand und die Belagerung von Kattowitz". Diese Schrift liegt auf dem Tisch des Hauses aus.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Heile:**

1. Mitteilung des Reichsministers der Finanzen über Beschlüsse des Reichsrats zum Nachtrag zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für das Rechnungsjahr 1921 (Anlage VI;)
2. Einspruch des Reichsrats gegen die vom Reichstag in seiner Sitzung vom 19. März 1921 beschlossene Erhöhung der Summen bei Tit. 1 und 3 des Kap. 18 des Haushalts des Reichswehrministeriums, Abschnitt C Marine, für 1920 (Umwandlung von 3 Stabszahlmeisterstellen in 3 Intendanturratsstellen);
3. Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich.

Präsident: Der Herr Reichsminister des Innern (C) sucht mit Schreiben vom 16. Juni 1921 die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitgliedes des Reichstags Heydemann, wegen mehrerer Vergehen gegen §§ 110, 111, 130 Strafgesetzbuchs und § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 23. Juli 1920.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag, wie üblich, der Geschäftsordnungskommission zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht laut; es ist so beschlossen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Keubler-Böhm
der Abgeordnete Käselau;
in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Döbrich
der Abgeordnete Dr. Hugo;
in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Thöne, Girbig
die Abgeordneten Eggerstedt, Hartleib;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Moses
die Abgeordnete Frau Nemitz;
in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten Hänse (Thüringen)
der Abgeordnete D. Mumm;
in den 30. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Luther, Rheinländer
die Abgeordneten Beuermann, Hofmann (Ludwigshafen).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Bornefeld-Ettmann, Hammer, Rieseberg und Harte für 3 Tage,
Geisler, Harte für 4 Tage,
Haag für 8 Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr (D) Reichert.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand bildet die

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes (Nr. 2209 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Es ist beantragt, diese Vorlage dem 7., dem Auswärtigen Ausschuß, zur Vorberatung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der Besprechnng der Interpellation der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis (Nr. 2146 der Drucksachen).

In der fortgesetzten Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bazille.

Bazille, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratie, über die wir auch heute noch verhandeln müssen, beruht auf einer Tat, deren Aufklärung nach unserer Rechtsordnung ausschließlich Sache der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte ist. Solange diesen Behörden die Aufklärung nicht gelungen ist, ist es für den Reichstag völlig zwecklos, über diese Interpellation zu verhandeln.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ein weiser Brauch der Parlamente, der bis jetzt auch in Deutschland geübt worden ist, schließt denn auch von ihrer

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Bazille, Abgeordneter.)

(A) Beratung alle diejenigen Gegenstände aus, die noch sub judice sind, die noch der Aufklärung und Entscheidung durch die Gerichte harren. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, in diesem Falle von diesem Brauche abzuweichen, um so weniger, als dem Reichstag die Fülle seiner Arbeiten es verbietet, seine Zeit mit derartigen Dingen zu verschwenden.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Aber freilich, meine Damen und Herren, was bedeutet Zeit und was bedeutet sachliche Arbeit einer Partei, die der mephistophelischen Auffassung ist, daß alles, was in diesem bürgerlichen Staat entsteht, wert sei, daß es zugrunde geht, die zunächst einmal diese ganze Welt in Trümmer schlagen will, weil sie des überhebenden Glaubens ist, daß es dem Menschen gegeben sei, am besten aus dem Chaos wieder aufzubauen, gleich dem allmächtigen Geist, der aus der wüsten und öden Erde eine Welt der Ordnung und des Lebens geschaffen hat! Ich begreife es allerdings, daß Geister, die alle sechs Tagewerke im Busen fühlen, sich nicht daran gebunden glauben, das Gesetz aller zivilisierten Nationen zu achten, nämlich niemanden zu verurteilen, ehe nicht seine Schuld in geordnetem Rechtsverfahren festgestellt ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Aber wenn ein solches Verfahren vielleicht auch erklärlich ist bei den Parteien der Linken, was in aller Welt hat denn die Reichsregierung veranlassen können, aus der Weisheit der Jahrhunderte geborene Regeln preiszugeben?

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Was hat die Reichsregierung dazu bestimmt, in einem Augenblicke, wo ihr aus den Interpellationen über das besetzte Rheinland und Oberschlesien die Not der Bewohner an das Herz dringt, was hat, so frage ich, die Reichsregierung veranlassen können, dieser Interpellation den (B) Vorzug zu geben vor den Interpellationen über Oberschlesien und das besetzte Rheingebiet? Denn diese beiden Interpellationen haben leider eine sichere Grundlage, während der Interpellation der Unabhängigen jede sichere Grundlage fehlt.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn aber der Herr Reichskanzler im Ernst geglaubt haben sollte, daß eine sachliche Förderung der öffentlichen Angelegenheiten durch Beantwortung der Interpellation im gegenwärtigen Augenblick möglich sein sollte, so mußte seine Rede auf diesen Zweck eingestellt sein.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

War sie dies etwa? Ich glaube, man täte dem Herrn Reichskanzler unrecht, wollte man bestreiten, daß er den **Zweck der Interpellation** mächtig gefördert hat.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Was der Zweck einer Interpellation ist, ergibt sich aus dem Ziel der Partei, die die Interpellation einbringt.

Das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie ist in der Zeit vom 23. bis 27. Februar dieses Jahres auf der sogenannten **internationalen sozialistischen Konferenz in Wien**, an der die Unabhängige Sozialdemokratie mitgewirkt hat, festgestellt worden. In den **Beschlüssen** dieser Konferenz steht folgender Satz:

> Wo die Revolution noch nicht bis zur Machtergreifung durch das Proletariat vorgeschritten ist, muß die Arbeiterklasse die revolutionäre Krise zur Eroberung der politischen Macht ausnützen.

Ein besonderer Abschnitt der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse handelt von den Methoden und der Organisation des Klassenkampfes. In diesem Abschnitt heißt es einmal:

> Selbst da, wo das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die politische Macht erobert, wird die Bourgeoisie in der Regel ihre wirtschaftliche Macht benützen, um die Auswirkungen der in die (C) Hände des Proletariats gefallenen demokratischen Staatsgewalt zu sabotieren. Auch in diesem Falle wird daher das Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht diktatorische Mittel anwenden müssen,
>
> (hört! hört! bei den Deutschnationalen)
>
> um die Widerstände der Bourgeoisie zu brechen. Die proletarische Diktatur nimmt dann die Form einer diktatorischen Herrschaft der von der Arbeiterklasse eroberten demokratischen Staatsgewalt an.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Diese beiden Sätze, die sich ganz unzweideutig aussprechen über die Ziele der Unabhängigen und die Mittel, die sie anzuwenden gedenken, beleuchten hell und klar die Ziele der Interpellation und erleuchten zugleich den Weg, den der Herr Reichskanzler hätte gehen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Da er aber selbst dieses Licht nicht gesehen hat, so muß in diesem Fall die Opposition die Rolle der Regierung übernehmen.

Die Interpellation richtet vier Fragen an die Reichsregierung. Die Grundlage für alle vier Fragen ist die eine Behauptung, es stehe fest, „daß das **Verbrechen angestiftet** wurde **von den monarchistisch-militaristischen Kreisen**, die sich unter Begünstigung der Kahr-Regierung in den Einwohnerwehren und Orgeschformationen Waffen für ihre reaktionären Pläne geschaffen haben".

Wie steht es mit dieser Behauptung? Der Mord ereignete sich in der Nacht zum 10. Juni in München, und schon am 11. Juni rufen die überweisen Unabhängigen in Berlin: Das ist Tells Geschoß! Das war der Schuß eines Mannes, der Deutschland frei machen wollte von der Schmach, in die es mit durch das Verhalten der (D) Unabhängigen gekommen ist.

(Ruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört!)

Es war also eine Anklage, die aus schuldbeflektem Gewissen gekommen ist.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber mit dieser Behauptung, daß ein einzelner aus nationalpolitischen Gründen gehandelt habe, war eine wirksame Förderung der Parteizwecke nicht zu erreichen. Dazu war notwendig die Behauptung, daß der Mord angestiftet worden ist von den Kreisen, die hier die monarchistisch-militaristischen genannt worden sind. Dazu war notwendig die Behauptung, daß hinter diesen Kreisen auch die **Regierung Kahr** stehe. Auch sie mußte verdächtigt werden. Was in der Interpellation selbst noch nicht stand, das hat dann ihr Begründer, der Herr Abgeordnete Unterleitner, nachgeholt mit der Behauptung, daß bei dem Münchener Polizeipräsidium eine Mörderzentrale eingerichtet sei.

Vor einigen Wochen ist in Württemberg ein Attentat auf den Herzog Albrecht gemacht worden. Was würden Sie sagen, wenn von den monarchischen Kreisen Deutschlands die Behauptung aufgestellt würde, der Täter sei von den Unabhängigen oder von den Kommunisten angestiftet worden!

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Sie würden mit Recht über diese Behauptung dasselbe Urteil fällen, das wir über Ihre Behauptung fällen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und warum denn diese voreilige Anklage? Warum die Verquickung einer gänzlich unaufgeklärten Tat mit der Regierung Kahr? Weil diese Regierung ein Turm ist in der Schlacht der Ordnung gegen die Revolution,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

weil unter der Regierung Kahr vornehmlich das bayerische

(**Bazille**, Abgeordneter.)

(A) Volk zum Schirm und Schild der deutschen Ehre geworden ist,

(bravo! bei den Deutschnationalen)

und weil die Herren, die den Umsturz wollen, wissen, daß, solange die Regierung Kahr Widerstand gegen die Diktatur des Proletariats leistet, sich zu den Flügeln ihres wahnbeherrschten Geistes nicht so leicht ein körperlicher Flügel gesellen wird.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Das beweist ja auch klar der **Verlauf des Generalstreiks**, überhaupt der gesamten Aktion, die verflogen ist wie der Rauch eines Strohfeuers.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Verlauf dieses Generalstreiks ist das Volksurteil über die Interpellation,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

das Urteil, das die Arbeiterschaft selbst darüber abgegeben hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es war ein Sozialdemokrat, der einmal gesagt hat, Generalstreik sei Generalunsinn. Trotz alledem wird der Generalstreik mehr und mehr zu dem einen Punkt, aus dem die Sozialdemokratie das ganze Weh und Ach der deutschen sozialen Republik kurieren möchte,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

also diejenigen Parteien, die sich rühmen, daß ihre Politik allein eine wissenschaftliche Grundlage habe, daß sie nur mit den Waffen des Geistes kämpfen. Wie armselig, meine Herren, sind doch diese Waffen! Ihre ganze Erfindungskunst beschränkt sich auf eine möglichste Differenzierung der verschiedenen Arten von Streiks: der Sympathiestreiks, der Proteststreiks, der Demonstrationsstreiks und wie Sie alle diese Dinge heißen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Steuerstreik!)

Wie verbrecherisch war aber auch der Aufruf zum

(B) Generalstreik durch die Parteien, die das Ultimatum unterschrieben haben, die also verpflichtet sind, jede Störung des Wirtschaftslebens zu unterlassen!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und wie töricht, ja, wie lächerlich war schließlich der Kampf gegen die Windmühlen der Reaktion! Die unsterbliche **Gestalt Don Quijotes** ist wieder umgegangen in deutschen Landen. Was macht denn diesen irrenden Ritter aus der Mancha unsterblich? Doch gewiß nicht der Umstand, daß das Werk Cervante's eine Satire auf die Ritterromane jener Zeit sein soll! Diese Ritterromane sind nur der historische Hintergrund für den Zweck der ganzen weltliterarischen Satire. Der irrende Ritter aus der Mancha ist der Mann des fanatischen Ideals, der der Meinung ist, er könne eine abstrakte Idee in dieser Welt der Wirklichkeit durchsetzen, der ganz unbekümmert um die Wirklichkeit der Dinge seinen Phantomen nachjagt. Dieser irrende Ritter ist harmlos, solange er nur durch entlegene Sterne seines Traumes Bild jagt. Aber sobald er seine Gedanken aus dem luftigen Reich der Phantasie auf die staubbedeckte Erde bringen will, wird das Bild ernsthafter, es wird blutig oder zur grotesken Lächerlichkeit. Und dieser Don Quijote schreitet seit der Revolution durch die deutschen Lande. Er hat erst vor wenigen Monaten Mitteldeutschland in Blut und Tränen gestürzt, und er kämpft in der Interpellation, die wir hier beraten, den unsterblichen Kampf gegen Windmühlen.

Der Abgeordnete Unterleitner hat gesagt, in Bayern werde die Freiheit des Gedankens geknebelt, die Arbeiterbewegung werde dort niedergehalten, die ganze politische Macht werde dort einseitig gegen eine Partei verwendet, und er hat daraus gefolgert, daß der Kampf der Arbeiterschaft an sich gelte. Der Kampf richtet sich aber nicht gegen die Arbeiterklasse,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

sondern er richtet sich gegen Irreführungen der Arbeiterschaft. (C)

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Niemand denkt daran, im zwanzigsten Jahrhundert gegen die Belange, ja nicht einmal gegen die Ideenwelt der Arbeiterschaft, soweit sie vernünftig ist, ankämpfen zu wollen. Man kann den Zeiten keine Gestalt geben, die nicht zu ihnen paßt. So wenig man im 19. Jahrhundert erfolgreich gegen die **Ideenwelt der Bourgeoisie** kämpfen konnte, so wenig kann man im 20. Jahrhundert erfolgreich gegen die Ideenwelt der Arbeiterschaft kämpfen.

Was war denn die Wirkung, als im 19. Jahrhundert gegen die Ideenwelt der sogenannten Bourgeoisie gekämpft worden ist? Es war jener beständige **Wechsel zwischen Revolution und Reaktion**, der die ganze Zeit von 1789 bis 1870 durchzieht, bis ihm die Weisheit des Fürsten Bismarck ein Ende gemacht hat.

(Lachen links.)

Ich erinnere Sie nur an die Jahre 1789, 1800 — —

(Zurufe links.)

— Hören Sie (nach links) nur zu, Sie können viel lernen!

(Heiterkeit und Zurufe links.)

— Auch Sie!

(Erneute Heiterkeit.)

Vielleicht sind Ihnen die Jahreszahlen nicht ganz unbekannt: 1789, dann 1800 die Militärdiktatur Napoleon Bonapartes, 1814 und 1815, dann die Revolutionsjahre 1830 und 1848, dazwischen immer die Zeiten der Reaktion, bis dann schließlich diese Ideenwelt unaufhaltsam zum Siege gelangte. Das war der Unterschied im Verhalten Bismarcks und Napoleons, daß der letztere die Diktatur bis zu Ende durchgeführt hat, Bismarck aber nur bis zu dem Augenblick, wo es notwendig war. Vom Jahre 1866 ab finden Sie die großartigste liberale und soziale Gesetzgebung, die überhaupt ein Staat aufzuweisen hat.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.) (D)

Glauben Sie denn, wir lernen aus der Geschichte so wenig wie Sie?

(Sehr gut! rechts. — Lautes Lachen links.)

Glauben Sie denn — —

(Große Heiterkeit links.)

— Die Herren wollen zeigen, daß sie eine Partei sind, die nur mit den Mitteln des Geistes kämpft; daher das Gelächter!

(Andauernde stürmische Heiterkeit links. — Abgeordneter v. Graefe: Das Lachen steht Ihnen sehr natürlich! — Andauerndes Lachen links. — Rufe links: Weiterreden! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Bazille, Abgeordneter: Wir haben durchaus nicht die Absicht, im 20. Jahrhundert eine Wiederholung dessen zu schaffen, was das 19. Jahrhundert gezeigt hat. Längst konnte man erkennen, daß auf dem blutigen Hintergrunde des Weltkrieges sich eine Welt mit neuen Ideen abhebt, eine Welt, die vielfach noch unsichtbar, jedenfalls unsern Feinden unsichtbar ist, weil sie noch berauscht sind von dem Siege, den sie mit den Mitteln der Lüge allein errungen haben.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Ordnung, die hier geschaffen ist durch die Friedensverträge von Versailles, von Saint Germain usw. kann keinen Bestand haben. Von den mannigfachen **Ursachen des Weltkrieges** waren die bedeutsamsten die **imperialistischen Gegensätze** und die **soziale Frage**. Ich will hier nicht über die Berechtigung von Kriegen reden, ich will nur aus der Geschichte feststellen, daß Kriege häufig die Spannungen gebrochen haben, die immer unerträglicher sich über den Staaten gelagert haben. Aber dieser Weltkrieg hat die Spannung nicht gebrochen, sondern sie im

(Bazille, Abgeordneter.)

(A) Gegenteil noch vermehrt, und zwar sind gerade die beiden Hauptursachen des Weltkrieges, die soziale Frage und der Imperialismus, nicht beseitigt worden, sondern die Gegensätze, die in diesen Begriffen liegen, haben sich noch verschärft.

(Sehr richtig! rechts.)

Erst wenn die Lüge, welche jetzt über der Welt liegt, gebrochen sein wird, wird man sehen, daß in der Tat diese Zeit eine Wende in dem Schicksal der Menschheit bedeutet.

Deshalb ist es so überaus töricht, von **Reaktionsabsichten** bei uns zu reden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer der Meinung ist, daß eine Welt aus ganz neuen Ideen sich aufbauen wird, ist doch nicht reaktionärer Gesinnung verdächtig.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wissen sehr wohl, daß der **Staat der Zukunft** nur der soziale Staat sein kann, und ich glaube, daß keine Partei mit größerem Ernste sich bemüht, auf praktische Mittel zu sinnen, um diesen Staat zu verwirklichen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wissen auch sehr wohl, daß das, was ich eine wahrhafte Demokratie nennen möchte, sich im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr beseitigen läßt.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

— Diese Demokratie ist nicht das, was Sie unter Demokratie ausgeben. Ich habe von der wahren Demokratie gesprochen und nicht von der bloßen Form der Demokratie, die Sie vertreten.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir wissen auch sehr wohl, daß die Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der schiedsgerichtlichen Erledigung von Streitigkeiten unter den Völkern sich schließlich durchsetzen werden.

(B) (Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Unser Kampf richtet sich also nicht gegen große sittliche Ideen, sondern gegen die Verzerrungen und die unvernünftigen Ausschreitungen solcher Ideen, wie sie uns in den Begriffen der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Gesellschaft, diesem ungeheuren allgemeinen Völkerbrei, vor die Augen treten.

Es nimmt mich wunder, daß Parteien, die revolutionäre Ziele verfolgen, so wenig über die **Geschichte der Revolutionen** unterrichtet sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer die Diktatur des Proletariats erstrebt, der muß die Voraussetzungen kennen, unter denen eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft überhaupt möglich ist. Nicht alle Revolutionen haben solche Folgen, sondern nur die großen Revolutionen der Weltgeschichte haben diese Wirkungen gehabt, und das sind, soweit wir ein klares geschichtliches Bild haben, nur drei. Das ist die große englische Revolution des 17. Jahrhunderts, die große französische Revolution und ist die russische große Revolution, die wir selbst erleben.

(Andauerndes Gelächter auf der Linken.)

Diese Revolutionen unterscheiden sich von den anderen dadurch, daß sie aus einer großen allgemeinen Idee hervorgingen, der nicht bloß ein Teil der Bevölkerung anhing, sondern das ganze Volk, und es ist wesentlich für diese Revolutionen, daß ihnen die **Sturmvögel der Revolution** vorangegangen sind, nämlich eine gewaltige **Literatur.** Wenn Sie an die große englische Revolution denken, so nenne ich Ihnen nur — —

(Zuruf links: Was hat das mit Gareis zu tun?)

— Was das mit Gareis zu tun hat? Das hat sehr viel damit zu tun.

(Lachen links. — Zuruf von den Deutschnationalen: Mehr als die Reichskanzlerrede!)

Sie wollen diese Interpellation dadurch schmackhaft machen, (C) daß Sie erklären, es gelte den Kampf gegen die Reaktion, die diesen Mord auf dem Gewissen hat; deshalb weise ich Ihnen nach, daß wir überhaupt keine Reaktion wollen,

(Lachen links)

sondern daß Sie die schlimmste Reaktion über Deutschland heraufführen wollen, die es überhaupt gibt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Aber Sie wollen ja nur Schlagworte hören, sonst nichts. Ich gebe auch zu, es ist zuviel Ehre an diese deutsche Republik verschwendet, mit solchen Beweisen Sie überzeugen zu wollen.

(Sehr wahr! und Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Ich sage also: Revolutionen, die den Erfolg haben wollen, die gesellschaftlichen Zustände vollständig umzuwandeln, wie Sie das erreichen wollen, haben ganz bestimmte historische Voraussetzungen. Charakteristisch für alle solche Revolutionen ist es namentlich, daß sie eine gewaltige Weltliteratur erzeugt haben. Die deutsche Revolution aber ist ohne jede Literatur, und was sie an literarischen Erscheinungen erzeugt hat, ist nicht der Rede wert.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir wehren also nicht das ab, was an lebendigen und lebenskräftigen Ideen in der Zeit steckt, sondern nur die törichten Ausschreitungen solcher Ideen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nun beklagen sich die Herren ja ab und zu über das Maß der Abwehr. Das **Maß der Reaktion** richtet sich immer nach dem Maß der vorhergegangenen Aktion. Wer hat denn die überhitzte Atmosphäre in Deutschland geschaffen? Wer hat die Furien der Zwietracht in Deutschland entfesselt?

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wer hat aus den Ketten, in die am 1. August 1914 die aufflammende Vaterlandsliebe den uralten deutschen Hader geschlagen hat, — wer hat aus diesen Ketten den ersten Ring gebrochen mit der Ablehnung der Kriegskredite? (D) Sind Sie (nach links) das nicht gewesen?

(Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Die sechs Verbände!)

— Sie (zu den Sozialdemokraten) waren es nicht, aber die Herren hier (zur äußersten Linken). Wer hat sich während des ganzen Krieges bemüht, die Front und die Heimat zu revolutionieren? Wer hat die Revolution vom 9. November 1918 gemacht und sich dessen gerühmt? Wer hat also dafür gesorgt, daß das eiserne Spiel um Deutschlands Freiheit und Wohlfahrt verloren gegangen ist? Sie, meine Herren!

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wer hat, als der Widerstand des deutschen Volks gegen den Frieden von Versailles aufgerufen wurde, diesen Widerstand hinterrücks gebrochen? Die Herren, die die Interpellation eingebracht haben!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer vervollständigt ununterbrochen die Schmach der Entwaffnung damit, daß er den eigenen Feinden Häscherdienste leistet? Sie, meine Herren!

(Lebhafte Rufe rechts: Sehr wahr!)

Wer ist also daran schuldig, daß inmitten einer Welt der entfesselten nationalen Instinkte das deutsche Volk allein mit gebrochenen nationalen Flügeln am Boden liegt? Doch nur Sie, meine Herren!

(Sehr richtig! rechts.)

Wer ist daran schuldig, daß Deutschland zur Niobe der Nationen, das Volk der Dichter und Denker zu den Abderiten der Welt geworden ist?

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(Bazille, Abgeordneter.)

(A) Und wähnen Sie denn etwa, meine Herren, daß, während Sie das Land Ihrer Geburt mißhandeln und seine Ehre beflecken, dann andere Söhne derselben Mutter diese Mißhandlung und Beschimpfung ohne weiteres anhören können, ohne daß ihnen heiliger Zorn ins Herz steigt?

(Sehr richtig! und Bravo! rechts. — Lachen links.)

Aber statt in das eigene schuldbefleckte Herz zu blicken, richten Sie die **unmöglichsten Fragen an die Reichsregierung:**

Was gedenkt die Regierung zu tun, um:

1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abgeordneten Gareis zu bewirken?

Welch staunenswertes Wissen!

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Haben Sie noch nie etwas von einem Strafgesetzbuch und einer Strafprozeßordnung gehört?

(Fortgesetztes Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es scheint nicht. Sonst hätten Sie diese Frage nicht gestellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Was gedenkt die Regierung zu tun, um

2. die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Außern Gefahr bringenden Einwohnerwehren und Orgeschformationen zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre restlose Entwaffnung zu sichern?

Ja, meine Herren, haben Sie denn kein Verständnis

(ironische Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein! nein!)

für die Gefühle derer, die in der Entwaffnung Deutschlands die schrecklichste Schmach erblicken, die einem Volke überhaupt angetan werden kann?

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Begreifen Sie es denn nicht, wie Sie diese Gefühle aufpeitschen, wenn Sie den Feinden hier Henkersdienste leisten?

(B) (Ununterbrochene Zurufe und Lachen links.)

Was gedenkt die Regierung zu tun, um

3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustands und der Volksgerichte?

Haben Sie ganz vergessen, daß Herr Eisner und Herr Unterleitner selbst diese Volksgerichte eingesetzt haben,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

und daß in diesem Frühjahr, ich glaube, von dem Herrn Abgeordneten Emminger die Verfassungsmäßigkeit dieser Gerichte nachgewiesen worden ist?

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Lachen Sie doch jetzt einmal! — Heiterkeit links.)

Und schließlich:

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die verfassungswidrige Kahr-Regierung daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten?

Meine Herren von der Unabhängigen Partei! Sie, die Gralswächter der Verfassung!

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Deutschnationalen. — Lachen und fortgesetzte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das glaubt Ihnen der Jude Apella, sonst niemand! Sie die Hochverräter des 9. November!

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Erneutes Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie, die Verschworenen für die Diktatur des Proletariats!

(Lautes Lachen links. — Ununterbrochene Zurufe. — Der Redner macht eine Pause. — Zurufe und große Heiterkeit links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren! Ich bitte aber doch um Ruhe!

Bazille: Abgeordneter: Und dann meine Herren, (C) wie komisch — —

(ironische Zustimmung links)

— wie komisch müssen Sie sich selbst vorkommen, wenn Sie sich als die Apostel des Fortschrits hinstellen im Kampfe gegen die Mächte der Reaktion. Es gibt keine furchtbarere Reaktion als die Diktatur des Proletariats.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Und wer das Gesetz aller zivilisierten Zeiten verachtet, daß das Verbrechen nur von den gesetzmäßig geordneten Behörden verfolgt werden darf und nicht von den Verwandten und Freunden, — wer dieses Gesetz mißachtet, der ist Reaktionär. Sie spotten Ihrer selbst und wissen nicht wie.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

— Ja, meine Herren, am Lachen erkennt man den Narren.

(Heiterkeit links. — Sehr gut! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich denke nicht daran, Ihnen Konkurrenz zu machen, Herr Breitscheid.

Und nun klagen Sie, die Sie die Gewaltherrschaft über die Bourgeoisie erstreben, über die Abwehr. Es gibt ein französisches Scherzwort, das heißt: Cet animal est très méchant, quand on l'attaque, il se défend. Sehr bösartig ist dieses Tier — ich übersetze es den Herren natürlich —

(Heiterkeit)

es verteidigt sich, wenn man es angreift. Ich denke, daß die Regierung Kahr, der Stolz und die Zierde Bayerns, sich durch keinen Angriff davon abbringen läßt, von ihrer Politik abzugehen.

Meine Damen und Herren! Wenn Ihnen, wie Sie behaupten, so viel an der großen politischen Arbeit des Wiederaufbaus des Vaterlandes läge, dann wäre es ganz (D) in Ihre Hand gegeben, solche Interpellationen künftig unmöglich zu machen. Aber gerade diese **Interpellation** beweist, daß Ihnen nur **parteipolitische Ziele** vorschweben.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Gewiß, das ist nichts Ungewöhnliches im politischen Leben Deutschlands, auch dann nicht, wenn es sich um die großen Interessen des Vaterlandes handelt. Es waren auch die kommunistischen Auftritte der letzten Tage nichts Ungewöhnliches. Aber was ohne Vorgang und ohne Beispiel in der Geschichte auch der deutschen Republik ist, das ist, daß ein **bürgerlich-christlicher Reichskanzler** sich gefunden hat,

(aha-Rufe links)

der die parteipolitischen Ziele einer den Umsturz der Religion und des Staates erstrebenden Partei zu fördern

(hu! hu! links)

sich für berufen gehalten hat.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Erneute Huhu-Rufe links.)

Ja, das ist ohne Beispiel in der Geschichte überhaupt, und das Urteil des Tribunals der Nachwelt wird dafür ohne Nachsicht und ohne Verzeihung sein.

Es gab nur eine Antwort für jeden, der von der Weisheit und Wahrheit, von der Gerechtigkeit und Offenheit sich leiten läßt: das war die Erklärung, daß in dieser Mordsache überhaupt nichts feststeht, weder über den Täter, noch über das Motiv der beklagenswerten Tat.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es gab nur einen Weg zum Ziele der durch den Reichskanzler feierlich verkündeten Versöhnung und Verständigung, nämlich den, jede Verdächtigung zurückzuweisen, solange nicht eine Spur von Beweisen vorgebracht ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Hat der Herr Reichskanzler diese Antwort gegeben? Ist er diesen Weg etwa gegangen, den ihm seine Pflicht hätte

(Bazille, Abgeordneter.)

(A) vorschreiben müssen? Nein, seine Rede war eine lange und tiefe Verbeugung vor der Linken,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

so tief, daß er zugleich bequem nach hinten schlagen konnte zur Rechten hinüber.

(Große Heiterkeit. — Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Eine überraschend seltsame Interpretation dessen, was er unter Versöhnung, Verständigung, Mitarbeit aller Parteien und Abgeordneten am Riesenwerk des Wiederaufbaus versteht! Statt das Feuer der Zwietracht zu löschen, hat er es zur hellen Flamme entfacht. Er hat die Rechte ungerechterweise verdächtigt und damit Empörung in ihre Reihen getragen.

(Lachen links.)

Er hat die Linke ermuntert und damit die Waffen geschärft, mit denen sie die Revolution vorbereitet.

(Hu! Hu! links. — Sehr gut! rechts.)

Er hat die Rüge des Herrn Präsidenten an den Abgeordneten Mittelmann, er habe durch seinen Zuruf die gespannte Stimmung noch verstärkt, nicht befolgt, sondern sich ganz den Einflüsterungen der Dämonen des Parteihasses, der Parteiverblendung und des gekränkten Selbstgefühls überlassen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Es gibt keinen schlechteren Ratgeber für einen Staatsmann als die Stimme solcher Geister.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wenn eine Rede es verdient hätte, die Antwort in den unerbittlichen Formen der Ironie zu erhalten, so wäre es diese Rede des Herrn Reichskanzlers gewesen, und ich gestehe, es war unter dem ersten Eindruck der völlig unprovozierten und lange Zeit unverständlichen Angriffe des Herrn Reichskanzlers meine Absicht, in dieser Form zu antworten.

(B) (Zuruf links: Das können Sie ja gar nicht!)

— Fragen Sie Ihre Kollegen in Württemberg, ob ich das kann! —

(Heiterkeit.)

Aber es ist mir rechtzeitig zum Bewußtsein gekommen, daß wir hier über die Geschicke eines gequälten Volkes beraten, Geschicke, die immer schneller einer schweren Krise zutreiben. Es ist mir zum Bewußtsein gekommen, daß, während wir hier reden, Tausende von Deutschen in den besetzten Gebieten gequält werden, Tausende von Deutschen in Oberschlesien in Not und Tod stehen. Ich konnte deshalb dem Beispiel des Herrn Reichskanzlers nicht folgen. Ich konnte nicht, wie er, mit dem Blasebalg der Rede dem Feuer der Zwietracht neues Leben spenden.

(Lachen links.)

Ich konnte meine Verantwortung vor dem Volk und vor dem Tribunal der Zukunft nicht so leicht nehmen, wie dies dem Herrn Reichskanzler zu meinem Schmerze möglich gewesen ist.

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat zunächst den Mord mit kräftigen Worten verurteilt. In der Verurteilung aller gesetzwidrigen Taten, aus welchen Motiven sie auch entstanden sein mögen, kann das Parlament, der Schöpfer und Hüter des Rechts, nur einig sein. Aber warum hat der Herr Reichskanzler sich nicht mit der Versicherung begnügt, daß man das volle Vertrauen in die **bayerische Regierung** und in die **bayerischen Behörden** haben könne, daß sie alles tun werden, was nötig ist, um des Mordes gesetzliche Sühne herbeizuführen? Wozu die Betonung, daß der Mord eine barbarische Handlung sei und daß die **Reichsregierung** selbst für die Sühne Sorge tragen werde? Eine solche Versicherung hätte doch bloß dann einen Sinn gehabt, wenn man hätte befürchten müssen, daß die bayerischen Behörden ihre Pflicht nicht tun werden, weil eine **Tat aus politischen Motiven** vorliege. Wollte der (C) Herr Reichskanzler etwa diese Andeutung machen? Ich bin überzeugt, daß er das mit Entrüstung abweisen wird, daß er sich darauf berufen wird, daß er selbst zur Zurückhaltung und zur Offenheit aufgefordert habe. Unbestreitbar hat er das getan. Aber wie schon der Redner der Bayerischen Volkspartei ausgeführt hat, hat der Herr Reichskanzler ebenso unbestreitbar seine eigene Mahnung nicht befolgt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

In versteckter Weise hat er einen **Zusammenhang zwischen dieser Tat und meiner Partei** konstruiert. Er hat davon gesprochen, der Mord sei da und dort verherrlicht worden, ohne zu sagen, von wem. Er meinte, der Mord bedeute einen Krisenpunkt in der politischen Entwicklung des Reichs. Dann ging er, ohne daß man es lange Zeit verstehen konnte, auf allerhand Flugblätter und Angriffe ein, und erst, als ihm wiederholt der Zuruf entgegenklang, was denn das alles mit dem Falle Gareis zu tun habe, erst dann hat er erklärt, daß diese Agitation eine politische Atmosphäre schaffe, die zu einer Verwilderung der Sitten führe,

(sehr richtig! links)

und daß aus dieser Sittenverwilderung heraus der Mord zu erklären sei, ob nun die Betreffenden das gewollt hätten oder nicht.

(Sehr richtig! links.)

In eine klare Sprache übersetzt, hat er also den Mörder uns an die Rockschöße gehängt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Beweise, die er dafür beigebracht hat, sind allerdings ohne Vorgang in der Kriminalgeschichte.

(Sehr wahr! rechts.)

Wie nach der Ansicht des Herrn Reichskanzlers der Mord an Gareis einen Krisenpunkt in der Entwicklung des Landes darstellt, so scheint mir seine Beweisführung einen Krisen- (D) punkt in der Entwicklung der Kriminalpsychologie darzustellen.

(Sehr gut! rechts.)

Soweit ich seiner Beweisführung folgen konnte, hat er folgende **Preßerzeugnisse** genannt: zunächst ein Flugblatt, über dessen Inhalt er weitere Angaben nicht gemacht hat, dann einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung". Wenn ich recht unterrichtet bin, hat er hier einen Artikel im Auge, der von seinem Verfasser mit vollem Namen gezeichnet ist. Damit, daß der Verfasser eines Artikels dies tut, übernimmt er für den Artikel allein die Verantwortung und niemand sonst; selbst die Redaktionen lehnen die Verantwortung in diesem Falle ab. Das hat auch die badische Regierung dieser Tage in bezug auf einen Artikel getan, der in das badische Amtsblatt, die „Karlsruher Zeitung" gekommen ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Sie sagt am Schlusse ihrer Berichtigung:

> Der Leitartikel ist lediglich eine Arbeit des Hauptschriftleiters der „Karlsruher Zeitung", und dieser hat ihn voll zu verantworten.

(Abgeordneter Dr. Dernburg: War der gezeichnet?)

— Der war nicht gezeichnet.

(Abgeordneter Dr. Dernburg: Aha!)

Das ist doch schlimmer; der in der „Süddeutschen Zeitung" war gezeichnet, Herr Dernburg.

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

Wie können Sie solche ungeschickten Zwischenrufe machen!

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten und von den Sozialdemokraten.)

Schließlich hat der Herr Reichskanzler erklärt, ein bekannter Abgeordneter habe den **Reichspräsident Ebert** ein Doppelschwein genannt. Es ist nicht anders möglich, als daß der Herr Reichskanzler mit dieser Bemerkung

(Bazille, Abgeordneter.)

(A) eine **politische Satire** im Auge hat, die voriges Jahr, im Mai vor den Wahlen

(hört! hört! rechts)

in Württemberg erschienen ist. Diese politische Satire heißt: „Faust, die Tragikomödie des deutschen Volkes". Es ist die Nachbildung einiger Szenen des Goetheschen „Faust" und der Grundgedanke ist folgendermaßen angegeben: Faust, der Genius des deutschen Volkes, wird von Mephistopheles, dem Geiste der Demokratie, verführt, Gretchen, das deutsche Volk, ins Unglück zu stürzen. Dann kommen die Personen des Spiels, die „großen Staatsmänner der Gegenwart", wie es hier heißt, ich will die Namen nicht nennen,

(Abgeordneter Crispien: Sind Sie auch darunter, Herr Kollege?)

— Hier sind nur solche Personen genannt, Herr Kollege Crispien, die sich der Satire würdig erwiesen haben, dazu gehöre ich glücklicherweise bis jetzt nicht.

(Sehr gut! rechts. — Heiterkeit links.)

Eine der Szenen ist eine Nachbildung von Auerbachs Keller in Leipzig. Hier sind die Rollen des Frosch, Brander, Siebel und Altmayer unter bekannte Politiker verteilt, und eine dieser Rollen ist auf den Herrn Ebert gefallen. Die Szene beginnt, wie die Herren ja wissen, mit den Worten:

Will keiner trinken, keiner lachen,
Ich will Euch lehren, Gesichter machen,
Ihr seid ja heut' wie nasses Stroh,
Und brennt sonst immer lichterloh.

Darauf sagt Brander-Erzberger:

Das liegt an Dir, Du bringst ja nichts herbei,
Nicht eine Dummheit, keine Sauerei.

(Zurufe links.)

— Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich diese etwas kräftigen Ausdrucke erwähnen muß, sie sind aber wörtlich

(B) aus dem Goetheschen Faust übernommen.

(Zurufe links.)

Nun heißt es: (Frosch hält ihm den Friedensvertrag von Versailles unter die Nase): Da hast Du beides". Darauf kommt die Antwort: „Doppelt Schwein", — und dann heißt es: „Ihr wollt es ja, so soll es sein".

(Zurufe rechts.)

Es ist also ganz klar, daß sich das „Doppelt Schwein" auf den Friedensvertrag von Versailles bezieht

(lebhafte Zurufe rechts)

und daß es keinem Menschen auch nur im Traum eingefallen ist, den Herrn Reichspräsidenten mit diesen Worten zu beschimpfen. Nur wer die Zwecke verfolgt hat, die der Herr Reichskanzler mit seiner Rede verfolgte, konnte auf eine solche Auslegung kommen. Damit die Herren Abgeordneten die Möglichkeit haben, sich über den rein humoristischen Charakter dieses Flugblatts zu vergewissern, lege ich es auf den Tisch des Hauses nieder

(Bewegung des Abgeordneten Keil)

— zum großen Schmerz des Herrn Kollegen Keil.

Nun gebe ich aber gerne zu, daß es zu den Pflichten des Herrn Reichskanzlers gehört, die politische Atmosphäre zu entgiften und dafür zu sorgen, daß dem Einhalt geschehe, was er die **Verwilderung der politischen Sitten** nennt. Aber dafür hat er vor dem eignen Haus des Materials genug. Ich nenne als erstes die Ihnen allen wohlbekannte Schrift: **„Der Deutschnationale Drachentöter der Korruption"**, die aus Kreisen stammt, die dem Herrn Reichskanzler nicht ganz fernstehen.

(Sehr wahr rechts. — Zuruf links: Das ist Ihnen unangenehm?)

— Das ist uns gar nicht unangenehm, Herr Kollege! Wenn in der Politik Sünden begangen werden, wenn man glaubt, einen bestimmten Abgeordneten angreifen zu müssen, so ist der einzig richtige und korrekte Weg der, daß der Angreifer mit seinem vollen Namen die Angriffe (C) deckt, wie dies mein Parteifreund Helfferich bei seinen Angriffen auf Herrn Erzberger getan hat. Diese Schrift „der Deutschnationale Drachentöter der Korruption" ist aber eines der traurigsten Erzeugnisse der parteipolitischen Verwilderung.

(Unruhe und lebhafte Zurufe links.)

— Wir wollen ganz bei der Sache bleiben. Ich rede jetzt über diese Schrift. Wenn Sie nachher andere Dinge vorbringen wollen, dann können Sie das Wort ergreifen. Ich weiß nicht, warum Sie hier Herrn Erzberger fortwährend angreifen?

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie haben den Zusammenhang hergestellt!)

— Nein, Sie haben von den gestohlenen Akten gesprochen. Es ist durchaus nicht nötig, daß Sie diese Sachen in Erinnerung bringen. Ich habe es auch unterlassen.

(Zuruf links: Weil Sie die Loyalität des Herrn Helfferich preisen!)

— Ich sagte nur, Herr Helfferich deckt alles mit seinem Namen. Diese Dinge aber hier zeigen, daß der Verfasser nicht den Mut gefunden hat, dasselbe zu tun. Das eine ist eine ehrliche Kampfesweise, das andere ein Kampf aus dem Hinterhalt. Das ist der Unterschied.

(Zuruf links: Die Hauptsache ist, daß der dritte Band herauskommt!)

— An solchen Sachen haben Sie (nach links) Ihre Freude.

Der Herr Abgeordnete Unterleitner hat dann in seiner neulichen Rede von **reaktionärem Gesindel** gesprochen und hat darunter den General **Ludendorff** gerechnet.

(Zuruf rechts: Unerhört!)

Ich habe kein Wort des Bedauerns hierüber aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gehört.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wäre noch schöner!) (D)

Es ehrt eine Nation, ihre großen Männer zu achten.

(Lebhafte Zurufe und Unruhe links.)

Es schändet eine Nation, ihre großen Männer zu beschimpfen.

(Sehr gut! rechts.)

Aber der Reichstag, der dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch zum 80. Geburtstag versagt hat, konnte auch diese Beschimpfung des Generals Ludendorff ruhig ertragen, des Mannes, der der Stolz und die Hoffnung Deutschlands in seinem heißesten Ringen gewesen ist.

(Zuruf links: Reichsverderber, Massenmörder! — Gegenruf rechts: Sie sind der Reichsverderber! — Wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Gegenruf rechts: Sie ragen nicht an diesen Mann heran! — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Als der Deutsche Reichstag dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch zum 80. Geburtstag versagt hat, schrieb ein Franzose: „Nein, das deutsche Volk ist kein großes Volk! Was hätten wir aus einem solchen Manne gemacht? Das Pantheon, das Himmelszelt wäre uns zu klein gewesen, um ihn hineinzustellen".

(Lachen links.)

Bei uns aber beschimpft man die großen Männer. Aber, meine Damen und Herren, der Name des Generals Ludendorff wird noch in Jahrtausenden — —

(stürmische Zurufe von der äußersten Linken: Sehr wahr!)

— Sie rufen richtig: Sehr wahr! —

(Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

wird noch in Jahrtausenden vom Eichbaum deutscher Heldenkraft leuchten,

(bravo! rechts)

(**Bazille**, Abgeordneter.)

(A) wenn die Namen des Zwerggeschlechts, das ihn beschimpft, längst verrauscht und verweht sein werden wie ein welkes Herbstblatt im Winde.

Dann sprach der Herr Abgeordnete Unterleitner davon, daß eine **amtliche Mörderzentrale in München** eingerichtet sei. Der Herr Reichskanzler hat kein Wort der Abwehr gegen die schmähliche Verdächtigung Bayerns gefunden.

(Hört! Hört! rechts und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dann kam ein Artikel in der badischen amtlichen Zeitung, den ich vorhin schon erwähnt habe. In dem steht, daß in Bayern sich eine nicht allzu kleine Zahl von Leuten befindet, deren Kultur geringer sei als die eines Aschantinegers.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich habe kein Wort der Verurteilung des Herrn Reichskanzlers über diesen Artikel gehört.

(Hört! Hört! und sehr gut! rechts.)

Gestern hat der Herr **Reichskanzler in Essen** eine Rede gehalten, in der es heißt:

> Lassen wir doch alle öden persönlichen Bekämpfungen hinweg.

(Lachen rechts.)

Haben Sie dabei etwa an den „deutschnationalen Drachentöter" gedacht? — Dann heißt es:

> Im neuen Deutschland bedeutet **Opposition** die Bereitwilligkeit, an dem Tag, wo die Regierung zurücktritt, selbst die Geschäfte zu übernehmen. Das ist wahre Opposition, aber nicht jene Opposition, die nur meint, daß sie zurückblickt und kritisiert, und die über die ihren Hohn ausgießt, die der heutigen Republik dienen.

Es ist also hier mit nackten Worten gesagt, daß es Oppositionsparteien gäbe, die sich der Teilnahme an der Regierung entziehen.

(B) (Na ja! links.)

Ich nehme an, daß der Herr Reichskanzler dabei nur die Herren der Linken im Auge gehabt hat, denn wir haben uns immer dazu bereit erklärt.

(Sehr gut! rechts.)

Schließlich sprach der Herr Reichskanzler von **Vorgängen in Süddeutschland**, die nach seiner Ansicht die Einheit des Reichs gefährden. Mir als Süddeutschem, Herr Reichskanzler, ist von solchen Vorgängen nicht das Mindeste bekannt.

(Zurufe links.)

Vielleicht könnte man sagen, daß es Vorgänge in Berlin gibt, zum Beispiel die neuliche Rede des Herrn Reichskanzlers,

(lebhafte Zustimmung rechts)

die eine solche Stimmung in Süddeutschland erzeugen könnten. Aber weiß Gott, es wäre frevelhaft, wollte ich eine solche Andeutung auch nur machen.

(Rufe von den Sozialdemokraten: Haben Sie doch gemacht!)

— Nein, ich werde Ihnen gleich sagen, warum ich sie nicht machen würde. Wenn der Herr Reichskanzler nicht an die Wirkung seiner Worte auf das Ausland denkt, wenn er nicht begreift, daß eine solche Andeutung eine Ermunterung unserer Feinde bedeutet,

(sehr gut! rechts)

ihre Pläne der Zerreißung Deutschlands fortzuführen, dann muß ich eben das tun und dem Auslande sagen,

(sehr wahr! rechts — Lachen bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

— dann muß ich dem Auslande sagen, soweit Süddeutschland

(widerholte Zurufe von den Sozialdemokraten)

— ich kenne die Verhältnisse in Süddeutschland doch wohl besser als Sie! — soweit Süddeutschland in Frage kommt, den Worten des Herrn Reichskanzlers keinerlei Gewicht beigelegt werden darf, weil sie den Tatsachen nicht entsprechen. (C)

(Sehr wahr! rechts.)

Was das Blut von zwei Millionen Deutschen, die gefallen sind im Kampfe, zusammengekittet hat, das kann keine Macht der Erde scheiden!

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Und je schlechter es dem deutschen Volke geht, desto heißer wird die Liebe des Südens zum gesamten deutschen Vaterland!

(Stürmischer Beifall rechts.)

Ja, die geheimnisvolle Macht, die in diesem Blute liegt, wird eines Tages mit unwiderstehlicher Gewalt auch diejenigen Deutschen, die jetzt im Elend des Auslandes zu leben gezwungen sind, zur großen Familie zurückführen von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt,

(Lachen bei den Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

und keiner Macht der Erde wird es auf die Dauer gelingen, dies zu verhindern!

(Lebhafter Beifall rechts. — Lachen und ironische Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Die Stunde, in der der Herr Reichskanzler sprach, war eine der schwärzesten Stunden der Deutschen Republik,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

und auch die völlige Gewißheit, daß diese Republik an ihren Sünden ohne Maß und Zahl bald dahinsterben wird,

(Lachen links)

kann uns mit dieser Stunde nicht versöhnen.

(Zurufe links.)

— Das Geschäft besorgen Sie!

Einer Regierung, die das Ultimatum unterschrieben hat, nachdem sie es einen Monat vorher als unerfüllbar und unvereinbar mit der Ehre, der Sicherheit und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erklärt hat, konnten wir unser Vertrauen nicht aussprechen. Selbst die fähigste Regierung kann nicht möglich machen, was unmöglich ist. Aber man konnte immerhin der Ansicht sein, daß man jetzt, wo das Ultimatum unterschrieben ist, längere Zeit sich Zurückhaltung im Aussprechen bitterer Wahrheiten auferlegen müsse und daß vielleicht mit der Zeit auch der Rat kommen werde. Indessen, nach der letzten Rede des Herrn Reichskanzlers kann man nur noch die schreckliche Überzeugung haben, daß man die Zukunft des deutschen Volkes, wie sie sich unter seiner Führung gestalten wird, nicht düster genug ansehen kann. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin frei von allen persönlichen Verstimmungen gegen den Herrn Reichskanzler,

(Lachen links.)

weil er mir nie etwas getan hat, und ich möchte der Regierung, solange sie noch nicht ihre Unfähigkeit zur Erfüllung des Ultimatums nachgewiesen hat, nicht die Möglichkeit rauben, ihre Künste zu entwickeln, zumal mit der Annahme des Ultimatums unser Schicksal vorläufig doch besiegelt ist. Ich hätte deshalb gewünscht, mein Gewissen hätte mir erlaubt, mit einem anderen Urteile zu schließen.

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Mir ist die heitere Stimmung, die sich dauernd der Linken des Hauses heute bemächtigt, doch nicht ganz verständlich.

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) Es handelt sich doch eigentlich um einen recht ernsten Vorfall.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist ein krasser Mord begangen worden, ein Mord an einem Ihrer Führer, und Sie, die Sie die Interpellation eingebracht haben, verstehen sich dazu, eine Stimmung in das Haus hineinzubringen, als seien Faschingstage.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Parteifreunde verurteilen selbstverständlich jeden Mord, ganz gleichgültig, aus welchen Beweggründen er begangen wird. Wir halten ihn für feig und gemein. Es ist eine Feigheit sondergleichen, aus sicherem Versteck heraus einen Mitmenschen niederzuknallen und dann in der Finsternis der Nacht zu verschwinden.

(Sehr richtig!)

Es ist eine Gemeinheit sondergleichen, einer jungen Frau den Gatten und Ernährer auf solch heimtückische Weise zu rauben. Es wäre, wenn es wirklich herauskommen sollte, daß dieser Mord aus politischen Rücksichten und Beweggründen begangen ist, ein Zeichen einer sittlichen Verworfenheit tiefster Art, wenn man auf solche Weise andersdenkende unbequeme Mitbürger mit Gewalt aus der Welt schafft.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich kann diese unglückselige Tat nicht anders betrachten als eine konvulsivische Zuckung unseres kranken Volkskörpers, der krank ist immer noch an den Folgen der Revolution, die ja leider so viele moralische Begriffe von ehedem nahezu auf den Kopf gestellt hat.

(Zuruf links: Infolge des Krieges!)

Wir rücken ab von einer solchen Kampfesweise, die das Faustrecht proklamiert und die andersdenkende Politiker
(B) einfach für vogelfrei erklärt. Wenn wir das nicht täten, dann dürften wir nach meiner Anschauung das Wort vom Wiederaufbau für alle Zeiten begraben.

Wir verurteilen auch weiter schonungslos die Art und Weise, die in Bayern zeitweise beliebt wird, mißliebigen Rednern nach Versammlungen aufzulauern und sie zu verprügeln.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir können das nur verurteilen, und es muß nach meiner Anschauung herzlich schlecht stehen um eine Sache, die man glaubt nur mit dem Gummiknüppel oder gar mit dem Revolver verteidigen zu können.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir führen den Kampf nur mit geistigen Waffen,

(Lachen links)

und ich habe niemals, ebensowenig wie der, andere anwesende im Parlament ehemalige General, Herr v. Gallwitz, eine **Gewaltpolitik** getrieben oder dafür **Propaganda** gemacht. Ich kann also nicht verstehen, wie der Herr Kollege Gruber zu seinen vollständig unberechtigten Ausfällen nach dieser Hinsicht gekommen ist. Vielleicht modifiziert er doch sein Urteil von vorgestern etwas.

Wir mißbilligen auch **Auswüchse der Presse,** die an sich zweifellos national denkt und gerade während des Krieges ihre nationale Gesinnung bei jeder Gelegenheit erwiesen hat, und ich bedaure es um so aufrichtiger, daß in dieser Presse Töne laut geworden sind gegen andere Parteien, gegen die Reichsregierung, gegen den Reichstag und gegen die ganze Reichsgesetzgebung, Töne, die nicht geeignet sind, den schwachen Rest von Autorität, der noch in unserem deutschen Vaterland besteht, zu festigen, und die andererseits tatsächlich geeignet sein können, die Kluft zwischen Süd und Nord zu vertiefen, statt sie zu überbrücken.

Aber wenn ich von alledem abgerückt bin, so muß ich (C) doch betonen, daß all das, was uns neulich vorgelesen worden ist, nur ein schwaches Echo, ein schwacher Abklatsch von dem ist, was wir seit Jahren aus der **Presse von links** zu hören bekommen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Seit zwei Jahren verherrlicht die äußerste Linke bei jeder Gelegenheit die **Greuel im bolschewistischen Rußland.** Ich habe noch nie gehört, daß man sich darüber irgendwie aufgeregt hat, wenn in Moskau und Petersburg Hunderttausende von Bürgern wehrlos abgeschlachtet werden.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe noch nie von einem Bedauern darüber gehört, daß nachgewiesenermaßen die zaristischen Generale gezwungen werden, Dienst in der bolschewistischen Armee zu leisten, und daß man, um ihrer sicher zu sein, die Frauen und Kinder dieser Offiziere als Geiseln festnimmt

(Rufe rechts: Pfui!)

und dem geringsten Versuch eines dieser unglücklichen Offiziere, an seinen Ketten zu rütteln, die Frauen und Kinder niedermetzelt.

(Hört! Hört! rechts)

Wohl aber habe ich gehört, daß einer der Führer der Linken hier an dieser Stelle ausdrücklich erklärt hat, wir müßten durch ein Meer von Blut und Tränen waten. Was ist das anderes als die Ankündigung der Massenabschlachtung der Bürger?!

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Wer hat denn das getan?)

— Ich glaube, es war Herr Däumig. Aber ich möchte niemand falsch verdächtigen; jedenfalls war es einer der Führer. — Praktisch hat man ja diese Abschlachtung in der bekannten Räterepublik versucht, die in dem schauerlichen Geiselmord ihre Krone gefunden hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und der Gesellenmord?) (D)

Aber die Herren von der äußersten Linken bleiben ja in ihren Drohungen gar nicht bei den verhaßten Bourgeois stehen. Wir haben es alle vernommen, daß auch Herr Scheidemann schon längst nach Ihrer Anschauung an den Laternenpfahl gehört. Und es war ausgerechnet der Herr Kollege Ledebour, der uns fast eine Stunde lang seine interessanten Enthüllungen gemacht hat, die darin gipfelten, daß man den Zeitpunkt, wo er aufgehängt wird, gar nicht mehr erwarten kann.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei. — Abgeordneter Ledebour: Entschuldigt das den Mord an Gareis? — Rufe rechts: Nein! Nein!)

— Nein! Ich betone nur, daß das das Echo ist.

Sie haben eben wieder — nicht zum ersten, sondern zum hundertsten Male — den General Ludendorff einen Verbrecher und Massenmörder geheißen. Es geniert Sie aber gar nicht, wenn Ihre Presse den Herrn Hölz als einen Nationalhelden hinstellt.

(Rufe rechts: Pfui! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Lügen Sie doch nicht! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Mittwoch, für diesen Zwischenruf rufe ich Sie zur Ordnung!

(Abgeordneter Mittwoch: Das hat nie in unserer Presse gestanden!)

— Das können Sie auch in anderer Weise sagen.

v. Schoch, Abgeordneter: — Ich habe von Ihrer Presse (zur äußersten Linken) gesprochen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dann drücken Sie sich deutlicher aus! — Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

v. Schoch, Abgeordneter: Ich habe vorhin ausnahmsweise das Zitat des Herrn wiederholt, der von einem Meer von Blut und Tränen gesprochen hat. Sonst habe ich ausschließlich von Ihrer Presse (zur äußersten Linken) gesprochen. Ich stelle das fest.

(Große Unruhe und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Das ist Ihnen unangenehm, jawohl! Und wenn eines dieser links gerichteten Blätter schließlich einen Artikel überschreibt: „Pöhner lebt noch!", so klingt das auch nicht wie Friedensschalmei.

(Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

— Jetzt spreche ich; ich habe jetzt das Wort vom Herrn Präsidenten!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Das können Sie mit Ihren Rekruten so machen! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, Platz zu nehmen.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

— Herr Abgeordneter Henke, ich bitte, Ihren Platz einzunehmen.

v. Schoch, Abgeordneter: Etwas anders, meine Herren, steht es ja mit den Herren von der Unabhängigen Partei. Ich gebe Ihnen sehr wohl zu, daß Sie angesichts dieses grausigen Mordes an dem Abgeordneten Gareis allen Grund zur Entrüstung und Wut haben. Aber Sie haben meiner Ansicht nach Ihrer an sich gerechten Sache dadurch einen herzlich schlechten Dienst erwiesen, daß Sie diese Interpellation jetzt überhaupt eingebracht haben und (B) die an sich so verwerfliche Tat dazu benützen, um die Leidenschaften in einer derartigen Weise demagogisch aufzupeitschen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe: Das ist ja der Zweck der Übung!)

Es gehört schon eine eiserne Stirn dazu, um die zwei Sätze, die vorhin verlesen worden sind, mit denen die Interpellation begründet wurde, niederzuschreiben und sie zu unterschreiben, nämlich den Satz: „Der Täter ist entkommen" — und den weiteren: „Es steht jedoch fest, daß das **Verbrechen angestiftet** wurde **von den monarchistisch-militaristischen Kreisen".**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts: Sehr unwahr!)

Nichts steht fest als der erste Satz: der Täter ist entkommen! Alle Phantasien des Herrn Unterleitner vermochten nicht den geringsten Beweis dafür zu erbringen, daß tatsächlich mehr als eine Vermutung vorhanden ist, daß der Mord politischer Art sei. Nicht der Schatten eines Beweises ist dafür erbracht, daß monarchistische, reaktionäre Kreise den Mord oder aber gar das Entkommen des Mörders irgendwie begünstigt hätten.

(Zurufe links.)

Eine unrichtige Behauptung wird dadurch, daß man sie endlos wiederholt und daß man sie drucken läßt, nach meiner Auffassung durchaus nicht wahrer.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Haben Sie Unterleitners Rede überhaupt gehört?)

— Ja!

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dann können Sie das auch nicht behaupten!)

Was hat denn die **Regierung Kahr** verbrochen? Beim Morde hat sie — Kahr selbst war abwesend — durch den Mund ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Matt, das Bedauern und den Abscheu vor dieser (C) Tat sofort zum Ausdruck gebracht. Die Polizei — wir haben es oft genug gehört — hat **für die Ergreifung des Mörders** eine **Belohnung** ausgesetzt. Um 7 Uhr vormittags — um 12 Uhr geschah die Tat —, also um 7 Uhr des gleichen Vormittags, war bereits eine Kommission, bestehend aus dem Staatsanwalt, dem Ermittlungsrichter und zwei Regierungsräten vom Erkennungsdienst, an Ort und Stelle. Die Zeugen wurden an Ort und Stelle vernommen, und photographische Aufnahmen haben stattgefunden. Kurzum: es ist nichts versäumt worden, was zur Entdeckung des Täters führen könnte. Es ist weder Schuld der Regierung Kahr, noch auch Schuld der Polizei, wenn der einzige Zeuge, ein Parteigenosse des Ermordeten, nicht imstande war, irgendwelche bessere Auskunft über den Mörder zu geben, was ja auch ganz begreiflich ist, weil er sich eben mit dem Opfer der Tat beschäftigt hat.

(Abgeordneter Henke: Und weil es finstere Nacht war!)

Alles, was hier die Herren Unterleitner und Gruber über die Zusammenhänge und über die Motive zur Tat ausgeführt haben, war nichts wie Seifenblasen, und das ganze Luftschloß ihrer Beweisführung ist unter den Gegengründen des Herrn Schwarzer zusammengestürzt wie ein Kartenhaus.

(Sehr richtig! rechts.)

Und nun gehe auch ich zu den eigentümlichen Fragen über, die man in der Interpellation an die Regierung gerichtet hat. Die Frage 1 lautet, ob eine ausgiebige **Sühne für die Ermordung** des Abgeordneten Gareis bewirkt wird. Meiner Ansicht nach hat die Reichsregierung und die bayerische Regierung mit der Sühnung des Mordes gar nichts zu tun.

(Zustimmung rechts.)

Die Sühne für den Mord ist Sache des Gerichts.

(Erneute Zustimmung rechts.) (D)

Die Aufdeckung des Mordes, die Auffindung des Täters ist Sache der Polizei und des Staatsanwalts.

(Zuruf links: Da können Sie lange warten!)

— Sie gestatten mir, daß ich als geborener Nürnberger Sie einmal auf das alte Sprichwort hinweise, daß die Nürnberger niemand hängen, den sie nicht haben. Wir, von der Regierung Kahr abwärts bis über Pöhner zu jedem Bürger, haben weiß Gott nach alldem, was uns hier vorgeworfen wird, das ernsteste Interesse, daß dieser feige Wicht nicht seiner Strafe entgeht.

(Lachen links.)

Frage 2:

> Was gedenkt die Regierung zu tun, um die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Äußern Gefahr bringenden Einwohnerwehren usw. zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre restlose Entwaffnung zu sichern?

Auch hier wird nichts übrig bleiben, als daß die **Entwaffnung,** die ja bekanntlich seit Wochen angeordnet ist, ihren vorschriftsmäßigen Gang weitergeht, und ich möchte doch einmal darauf aufmerksam machen, daß Sie mit einem derartigen Geschrei und derartigen Drohungen, wie wir sie nun seit dem 11. Juni vernehmen, doch eigentlich gar nicht das erreichen, was Sie bezwecken: den Fortgang der Entwaffnung, — daß im Gegenteil solche Drohungen doch nur geeignet sind, auf der Gegenseite wieder eine Reaktion hervorzurufen, daß man sagt: angesichts solcher Ausführungen geben wir jetzt unsere Waffen nicht her; jetzt ist der Zeitpunkt nicht gekommen. Sie werden das verständlich finden.

Ob die Auflösung der **Einwohnerwehr** tatsächlich erfolgen wird, hängt bekanntlich leider jetzt nicht mehr vom Reich, sondern von der Entente ab. Es hat ja die Reichsregierung das Schreiben der bayerischen Regierung, wonach sie

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) an der Auffassung festhält, daß die Einwohnerwehr nicht unter die §§ 177 und 178 des Friedensvertrages fällt, weitergegeben; allerdings hat sie, wie wir gehört haben, sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht. Aber wie gesagt: das letzte Wort spricht nun der Feindbund.

Nun soll die Einwohnerwehr aber auch nach innen Deutschland bedrohen und eine monarchistisch-militaristische Gefahr sein. Auch das ist wieder eine recht freie Erfindung. Wir haben Sie oft genug darauf hingewiesen, daß die Einwohnerwehr ausgerechnet unter dem mehrheitssozialistischen Regierungssystem Hoffmann gegründet wurde,

(sehr gut! rechts)

und daß die Einwohnerwehr vom ersten Tage an erklärt hat, daß sie jeder Parteipolitik fernstehe, und sie hat diese Erklärung durch die Tat bewiesen, indem sie sich im vorigen Jahre während des Kapp-Putsches hinter die sozialistische Regierung gestellt hat, genau so, wie sie es später gegenüber der Regierung Kahr tat.

Es ist nicht abzuleugnen, daß sich in dieser Einwohnerwehr große Massen der **ehemaligen Offiziere** befinden.

(Aha! links.)

Das ist ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen,

(bravo! rechts)

daß sie sich in den Stunden der Gefahr dem Vaterland und ihren Mitbürgern nicht entzogen haben,

(sehr richtig! und bravo! rechts)

als es galt, eine Wiederkehr der Greuel der Räterepublik zu verhindern. Denn das ist der einzige wirkliche Zweck der Einwohnerwehr!

(Sehr richtig! rechts.)

Ich selbst mache Ihnen gar kein Hehl daraus: ich bin mehrfach schon als einfacher Einwohnerwehrmann Posten gestanden, weil ich es eben auch für meine Pflicht und mein Recht gehalten habe, meine Familie und mein

(B) Eigentum und meine Mitbürger zu schützen.

(Beifall rechts.)

Es sind aber in der Einwohnerwehr noch weit, weit ältere Männer, Offiziere vertreten, und ich sage Ihnen heute: Hut ab vor diesen Männern!

(Bravo! rechts. — Lachen und Zurufe links.)

Von der Einwohnerwehr ist noch keinem Menschen ein Haar gekrümmt worden. Ich habe bei den unzähligen Debatten, die wir hier und im bayerischen Landtag über dieses Thema schon gehört haben, vergeblich auf den Beweis gewartet, daß sich die Einwohnerwehr tatsächlich irgendwelche nennenswerten Übergriffe oder gar Morde habe zuschulden kommen lassen. Herr Unterleitner und Herr Müller (Franken) sind mir diesen Beweis bis auf den heutigen Tag schuldig geblieben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wohl aber hat diese gleiche Einwohnerwehr zwei Jahre lang die Sicherheit in München gewährleistet, und heute staunt jeder, der nach München kommt, über die Ruhe und Ordnung, die im Vergleich zu den Zuständen von vor zwei Jahren dort in der Hauptstadt wieder herrschen.

(Zuruf rechts: Gott sei Dank!)

Ich will Ihnen (nach links) einmal ganz offen den innersten Grund Ihrer Abneigung darlegen, der Sie, besonders die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie, gegen diese Einrichtung beseelt. In der Einwohnerwehr sind der hohe Adel, die Offiziere, die Bürger, die Handwerker und die Arbeiter vertreten, und das ist es, was Sie vor allem wurmt. Sie konnten und können es nicht vertragen, daß ein alter General zusammen mit einem Arbeiter Posten steht, auf Patrouille zieht, daß diese Leute zusammen auf der Wache sich unterhalten oder auch bei den harmlosen Abenden im Wirtshaus ihre Gedanken austauschen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Denn es ist dabei doch tatsächlich manchem dieser Arbeiter (C) plötzlich die Erkenntnis aufgedämmert: Donnerwetter, das ist ja kar keine solche Bestie, wie sie mir immer hingestellt worden ist, das ist ja auch ein Mensch wie ich selbst.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdamokraten.)

Daß die Einwohnerwehr ersichtlich zur Beseitigung oder wenigstens zur **Besänftigung der Klassengegensätze** beigetragen hat, das ist Ihnen von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen, denn Sie leben ja — das geben Sie ja selbst offen zu — nur vom Klassenhaß und von der Klassenverdächtigung.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Reden Sie nicht so dummes Zeug! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Peine, ich rufe Sie zur Ordnung!

v. Schoch, Abgeordneter: Es wird meiner Ansicht nach also ein dauerndes Verdienst dieser Einwohnerwehr bleiben, auch wenn sie jetzt verschwinden sollte, daß sie zur Milderung dieser Klassengegegensätze ganz wesentlich beigetragen hat.

Frage 3: Verfassungsmäßige Zustände sollen hergestellt werden durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte. Wir haben schon gehört, daß die **Volksgerichte** nicht verfassungswidrig sind. Art. 105 der Weimarer Verfassung sagt lediglich:

> Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Das geschieht auch bei den Volksgerichten in keiner Weise. Im übrigen ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß auch diese Volksgerichte unter der sozialistischen Regierung in Bayern ins Leben gerufen sind,

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei) (D)

daß aber die reaktionäre Regierung Kahr ihre Auswirkung bereits wesentlich zu mildern versucht hat.

Für den **Ausnahmezustand** gilt Ähnliches wie von der Entwaffnungsfrage. Je mehr Sie jetzt im Lande draußen schreien und toben, je mehr Sie den Generalstreik proklamieren, desto mehr bringen Sie den Beweis dafür, daß die nötige Beruhigung im Lande noch nicht eingetreten ist,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

daß es leider noch nicht Zeit ist, den Ausnahmezustand zu beseitigen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Frage 4: Die **Regierung Kahr** soll auch wieder **verfassungswidrig** sein. Die Regierung Kahr ist bekanntlich gewählt auf Grund des Landtagswahlgesetzes in Bayern, eingeführt von der Regierung Hoffmann. Die Mehrheit des Volkes hat sich in dieser demokratisch freien Abstimmung für die Regierung Kahr ausgesprochen, und es fehlt also auch hier jeder Schatten eines Beweises, was an dieser Regierung verfassungswidrig sein kann. Daß die Mehrheitssozialisten das Angebot, in diese Regierung einzutreten, abgelehnt haben, ist ihre Privatsache, die nicht das mindeste an dieser Ausführung ändern kann.

Nun ein kurzes Wort zum **Generalstreik.** Der Generalstreik ist allmählich das Allheilmittel für die Parteien der Linken geworden. In diesem Falle sollte der Generalstreik offenbar die Artillerievorbereitung bedeuten, er sollte das Trommelfeuer abgeben für den Ansturm, den die Interpellanten im Reichstag beabsichtigten. Ich möchte Ihnen doch einmal die Frage nahelegen, ob es von Ihrem Standpunkte aus denn zweckmäßig scheint, eine derartige gefährliche Waffe bei jeder Gelegenheit anzuwenden, wodurch ihre Wirkung naturgemäß sich abstumpfen muß. Und ich möchte Ihnen zur Erwägung

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) geben, ob Sie denn wirklich gerade im konkreten Fall die beabsichtigte Wirkung erreicht haben. Ich frage Sie: ist etwa durch den Generalstreik dem Herrn Ministerpräsidenten oder dem Polizeidirektor oder auch dem Minister Roth irgendwie etwas passiert, hat einer dieser drei Herren, gegen die die ganze Wut sich richtet, beispielsweise nur einen Pfennig an seinem Gehalt verloren? Nein, wohl aber hat der Generalstreik wieder Millionenwerte vernichtet, die der Allgemeinheit, also auch den Klassen, für die Sie kämpfen, zugute kommen sollten. Gerade die Parteien, die das Ultimatum unterschrieben haben und die sich durch diese Unterschrift doch in erster Linie dafür verantwortlich gemacht haben, daß dieses Ultimatum nach Möglichkeit auch ausgeführt wird, sollten es sich doppelt überlegen, ob sie immer wieder Millionenwerte zunichte machen, bloß um einer großen politischen Geste willen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß der Generalstreik tatsächlich nichts anderes war als eine große Enttäuschung für Ihre Führer, ist ja schon hervorgehoben worden. Der Generalstreik ist gescheitert an dem gesunden Sinn der Mehrheit der bayerischen Arbeitermassen,

(bravo! rechts)

die das Zwecklose eines derartigen Unternehmens in der jetzigen Zeit klar erkannt haben. Er ist gescheitert an der inneren Unwahrheit Ihrer Behauptungen, an der Begründung dieser Interpellation, er ist gescheitert an dem Sinn der Arbeitermassen, die sich allmählich dagegen auflehnen, bei allen unmöglichen Gelegenheiten wieder die Leidenschaften aufs neue aufgepeitscht zu sehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und nun ein paar Worte zur **Rede des Herrn Reichskanzlers.** Der Herr Reichskanzler hat am Freitag den Interpellanten das denkbar größte Entgegenkommen ge-

(B) zeigt. Das ist begreiflich und verzeihlich. Aber je länger wir seinen Ausführungen lauschten, desto mehr wuchs in unseren Reihen das Erstaunen und mußte sich schließlich geradezu zum Befremden steigern. Der Herr Reichskanzler hat zu Eingang seiner Rede den Grundsatz aufgestellt, daß man **in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen** dürfe. Mir ist unwillkürlich bei dem späteren Verhalten des Herrn Reichskanzlers eine Szene aus den „Meistersingern" eingefallen. Da fragt der Herr Walter Stolzing den Hans Sachs: „Wie fang ich nach der Regel an?" Und Hans Sachs antwortet ihm dann: „Ihr stellt sie und befolgt sie dann." Jawohl, der Herr Kanzler hat allerdings eine Regel gestellt. Befolgt hat er sie aber weiß Gott nicht.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Denn gerade diese Regel, die der Herr Reichskanzler aufgestellt hat, die mußte nach meiner Anschauung das allein beherrschende Leitmotiv für die ganze Behandlung dieser Interpellation bilden.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber kaum hatte der Herr Reichskanzler das Motiv angeschlagen, als er auch schon in das strikte Gegenteil verfiel.

(Sehr richtig! rechts.)

Nach wenigen Minuten hören wir ein Toben und Wettern, und es hat förmlich den Eindruck gemacht, als wenn gar kein Zweifel mehr darüber bestünde, daß der Mörder als politischer Mörder bereits entlarvt sei, daß ihm sein politisches Verbrechen nachgewiesen, daß er es womöglich selbst schon eingestanden habe; ja es klang beinahe so ein Unterton dazwischen hervor, als wenn er eingestanden hätte, daß er von dem reaktionären Triumvirat Kahr, Roth und Pöhner wirklich zu seinem Morde gedungen worden sei.

Das war für uns die erste Überraschung in der Rede (C) des Kanzlers. Aber es sollte eine zweite nicht lange ausbleiben. Denn der weitere Verlauf dieser Rede ließ tatsächlich jene Objektivität vollständig vermissen, die einen Mann auf so hohem Posten in allererster Linie auszeichnen müßte.

(Sehr richtig! rechts.)

Er hat förmlich gedonnert gegen **Preßorgane** von rechts, deren Ton ich ja vorhin selbst schon abgewiesen habe. Er hat mit sittlicher Entrüstung von einem Pamphlet der allerniedrigsten Art — das waren wörtlich seine Worte — gesprochen. Aber ich habe kein Sterbenswörtchen gehört von einer Entrüstung über die linke Presse.

(Sehr richtig! rechts.)

Und wenn dem Herrn Kanzler das Material von jener Seite vielleicht gerade nicht zur Verfügung stand, dann hat es ihm doch sein Eideshelfer, der Herr Unterleitner, so außerordentlich leicht gemacht, auch davon etwas zu berichten.

(Sehr gut! rechts.)

Herr Unterleitner hat nämlich eine in München beschlagnahmte Zeitung **„Der Kampf"** auf den Tisch des Hauses niedergelegt, nachdem er eine Stelle dieser Zeitung — diese Stelle war auch blau angestrichen — vorgelesen hatte, die ja bekanntlich gelautet hat: „Wir wollen keine Gewaltanwendung, wir wollen nur Gerechtigkeit." Der Interpellant wollte uns offenbar glauben machen, daß wegen dieser Bemerkung der „Kampf" beschlagnahmt worden sei. Ich kenne den Herrn Pöhner denn doch zu gut, um zu glauben, daß er sich eine derartige Unvorsichtigkeit hätte zuschulden kommen lassen, und darum habe auch ich mir erlaubt, das Blättchen, das beschlagnahmt worden ist, mir etwas näher anzusehen, und ich möchte Ihnen nun einige Stellen daraus vortragen, die dem Herrn Interpellanten offenbar gänzlich entgangen sind.

(Heiterkeit.)

Da heißt es nämlich: (D)

> Wer anders ist Landesverräter, wenn nicht die Kahr und Heim!

Es heißt weiter:

> Nicht der gekaufte oder auch fanatische Revolverheld ist der eigentliche Mörder, nein, sie sinds, die Herrschenden der bayerischen Ordnungszelle und deren Vertrauensmänner Kahr, Pöhner und Roth.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Hört! Hört! rechts.)

Und endlich heißt es weiter:

> Kann eine solche Schandregierung noch länger in Deutschland bestehen?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach alledem wird Herr Unterleitner doch nicht verlangen, daß wir dieses Blättchen in eine Reihe etwa mit den „Fliegenden Blättern" oder der „Gartenlaube" oder sonstigen Unterhaltungsblättchen für jüngere Töchter stellen. Ich möchte die sozialistische oder auch Unabhängige Regierung sehen, ich möchte auch Herrn Unterleitner sehen, wenn er noch Minister wäre, ob er sich derartige Angriffe gefallen ließe.

(Sehr gut! rechts.)

Wie gesagt, von alledem haben wir vom Regierungstische gar nichts gehört. Und nun kam die dritte und höchste Überraschung. Nach dem Fortissimo und Prestissimo gegen rechts hin, nachdem das Motiv des Hasses, der Rache und der Vergeltung sich übermäßig breit gemacht hatte, lenkte zur allgemeinen Überraschung der Dirigent ganz unvermittelt in Moll über, und plötzlich hören wir unter Geigen- und Flötenbegleitung das Motiv des Vergebens und Vergessens, die Melodie der Liebe und Versöhnung erklingen.

(Heiterkeit rechts.)

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) Herr Kanzler, verzeihen Sie mir, auch da haben Sie mich wieder an meine Lieblingsoper, die „Meistersinger", erinnert, nämlich an das musikalische Chaos in der Prügelszene des zweiten Aktes, dem da plötzlich auf der Bühne eine Totenstille folgt, und nach dieser Totenstille tritt bekanntlich der Nachtwächter auf

(große Heiterkeit)

— verzeihen Sie, das ist nicht persönlich gemeint — und tutet in sein Horn und singt die friedliche Weise: „Hört, Ihr Herren, und laßt Euch sagen: Die Uhr hat elf geschlagen!"

(Heiterkeit.)

Der ganze Unterschied in der Situation gegen den Freitag ist eigentlich doch der, daß der Nachtwächter in den „Meistersingern" von der Prügelszene gar nichts weiß, während der Herr Reichskanzler sich an dem Wortkampf — Wortkampf, möchte ich ausdrücklich betonen, um nicht mißverstanden zu werden — doch sehr aktiv selbst beteiligt hat.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Derartige schroffe Gegensätze machen sich in einer Oper unter Umständen ganz ausgezeichnet. Aber wie der Herr Kanzler die Dissonanzen, die im Orchester des Reichstags und leider auch im ganzen deutschen Volke heraustönen, aus der Welt schaffen will, nachdem er unmittelbar vorher durch seine Philippika und durch sein quos ego! nach rechts hin diese Dissonanzen noch so wesentlich verschärft hat,

(sehr wahr! rechts)

das bleibt sein eigenstes Geheimnis.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf links.)

Ich konnte mich leider des Eindrucks nicht erwehren, als ob nunmehr nach links hin überhaupt keine Grenzen mehr im Rufe nach der **Politik zur Sammlung** gezogen werden sollten, daß aber umgekehrt nach rechts hin mitten unter (B) die bürgerlichen Parteien ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit komme ich noch mit einem Satze auf die Interpellation selbst zurück. Wir von unserer Seite greifen den Grundsatz auf, den der Herr Kanzler zwar aufgestellt hat, aber nur, um ihn sofort wieder zu verwerfen. Wir erklären: Solange der Mörder unbekannt ist, solange nur unbewiesene und unbeweisbare Mutmaßungen, aber keinerlei Beweismittel vorhanden sind, so lange halten wir den Zeitpunkt der Interpellation als verfrüht und daher auch als völlig verfehlt,

(sehr wahr! rechts)

so lange ist sie in unseren Augen nichts anderes als ein Mittel, die Leidenschaften auf beiden Seiten wieder groß zu züchten.

(Sehr wahr! rechts.)

Deshalb können wir die Einbringung der Interpellation in diesem Zeitpunkt nur bedauern. Wir hoffen aber, daß sich der Reichstag nicht von den bayerischen Arbeitern beschämen lassen wird, wir hoffen, daß die Mehrheit dieses Hauses sich ebenso wie jene bayerischen Arbeiter das klare und unbefangene Urteil nicht trüben lassen wird und daß sich somit die Interpellation als das erweist, was der Generalstreik war: ein Schlag ins Wasser.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hamm.

Hamm, Abgeordneter: Meine Herren und Frauen! Wenn der Reichstag heute am dritten Tage Bavarica traktiert in behaglicher Breite, ab und zu von etwas trüben Kataraкten des Gelächters und schlimmerer Dinge unterbrochen, so soll er nicht glauben, daß er mit dieser Verbreiterung der **Debatte** eine Vertiefung des Eindrucks (C) in Bayern erreicht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und er soll nicht glauben, daß dieser **Eindruck in Bayern**, auf den es ihm doch ankommt, durch Szenen einer Zuchtlosigkeit, die von Freiheit nichts weiß, verstärkt wird. Es ist vielleicht ganz gut, daß der „Miesbacher Anzeiger" trotz der Abonnements- und Straßenverkaufsgelder, die Münchener und Berliner Sensations-, Schimpf- und Entrüstungsbedürfnis ihm zuführen, wohl noch nicht in die Lage gekommen ist, sich hier oben in der Loge vertreten zu lassen. Wäre er da, so würde das Bild des deutschen Reichstags ihm unschwer zu einer Satire werden, vielleicht sogar, ohne daß er es wollte.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich spreche im Ernst, meine Herren. Wenn Gefühle der Mißachtung in Bayern und anderwärts bestehen, glauben Sie wirklich, durch solche Szenen sie beseitigen zu können?

(Sehr richtig!)

Nehmen Sie mir diesen schulmeisterlichen Ton und diesen Exkurs nicht übel, er gehört zur Sache. Das wird jeder mir bestätigen, der namentlich bei uns zu Lande erfährt, wie Reichsgesinnung und Reichsachtung keine Sache ist, die man einfach heischt, sondern etwas, was in täglicher, mühevoller Arbeit langsam befestigt und bewahrt werden muß.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich will mir dafür andere Exkurse schenken und bei dem bleiben, was mir **Sache des Reichstages** zu sein scheint, wenn er sich mit Dingen befaßt, die in so großem Ausmaß Besonderheiten eines Landes sind, bei den großen Linien der **Politik des Reiches**. Ich kann es mir deswegen ersparen, Landtagsreden zu halten und auf Landtagsreden, die hier gehalten worden sind, zu antworten. (D)

(Sehr gut! rechts.)

Ich kann es mir auch ersparen, auf Universalreden einzugehen, die mit einem großen Gepränge von Worten doch vielleicht etwas zu wenig von dem Kerne desjenigen behandelt haben, worum es sich heute handelt. Ich glaube, auch der Herr Reichskanzler hatte eine solche Mahnung, die großen Linien innezuhalten und nicht über sie hinauszugehen, im Sinne, als er sich zu dem Gebot der Vorsicht bekannte. Ich nehme dieses Wort gern an. Es bedeutet meines Erachtens für die Reichsregierung gegenüber den Regierungen und den Vertretungen der Länder die weise Beschränkung auf die großen Linien, die Achtung vor der demokratisch verantwortlichen Selbstführung des Landes in seinen Rechts- und Verwaltungsaufgaben, auf dem Boden der allgemeinen Reichsnormen.

Aber ein Erfordernis möchte ich noch vor das Erfordernis der Vorsicht stellen, ein Erfordernis, das vielleicht der Reichskanzler im Worte von der Vorsicht selber eingeschlossen haben wollte und das mir das beherrschende Erfordernis für die gesamte Aussprache zu sein scheint: das ist das Erfordernis der Gerechtigkeit; um dieser Sache und um des großen Grundsatzes willen. Denn durch unser Volk, so scheint mir, geht, gerade nachdem es vom Feinde auswärts weder Frieden noch Gerechtigkeit erlangen konnte, nachdem es in seinen eigenen verstümmelten Marken in West und Ost Frieden und Gerechtigkeit jeden Tag mißachtet und zertreten sieht, ein **Sehnen nach Frieden und Gerechtigkeit.** Und der Reichstag, der sich in seiner Debatte nicht von diesem Streben nach Gerechtigkeit leiten ließe, der reichte Steine statt Brot.

Die Gerechtigkeit führt zu der Frage zurück: Was ist geschehen? — Ein erbärmlicher, niederträchtiger, feiger **Mord**, der unter allen Umständen um des Staates willen zu verurteilen, besonders scharf auch deshalb zu ver-

(Hamm, Abgeordneter.)

(A) urteilen ist, weil dem Ermordeten von keiner Seite die Achtung vor der Ehrlichkeit seiner Absicht versagt wurde, wie das ihm vom bayerischen Landtag und von der bayerischen Regierung mit ausdrücklichen Worten bezeugt wurde.

Der Tod geschah in Nacht und Regen, weit draußen am Ende der Stadt. Das Dunkel der Nacht liegt noch über der Tat. Zahlreiche **Vermutungen** brachten ihn rasch in Verbindung mit **politischen Beweggründen**. Auf Vermutungen folgten Gegenvermutungen. Sie wissen ja, von was allem geredet wird. Das Tollste ist wohl die unglaubliche Behauptung — ich verlasse mich auf die Wiedergabe im „Bayerischen Kurier“ — der „Süddeutschen Zeitung“ in Stuttgart, daß, da Gareis eben in einer Versammlung gegen Verkirchlichung der Schule und die Kirche gesprochen hatte, es nicht ausgeschlossen erscheine, daß er von einem besonders glaubenseifrigen Katholiken niedergeschossen worden wäre.

(Hört! Hört! rechts. — Pfuirufe im Zentrum.)

Sie sehen, meine Herren und Frauen, bis zu welchen Niederungen man auf dem Wege ungezügelter Vermutungen kommt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Wahrheit ist einfach und schmerzlich. Die Wahrheit heißt: non liquet, und das nicht als eine leere Verlegenheitsphrase, sondern als ein Wort, das Achtung und Schweigen heischt,

(sehr richtig! rechts)

als ein Wort, das von der Verfolgungsbehörde höchste Umsicht und höchste Tatkraft verlangt, von den anderen aber die Achtung des Schweigens,

(sehr wahr! rechts)

eine Zurückhaltung zum mindesten, die nicht Behauptungen statt der Beweise setzt. Und dagegen wurde und wird gründlich gefehlt.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

Die „Freiheit“, der „Vorwärts“, der „Kampf“, die „Münchener Post“, sie alle schrieben in der ersten Stunde, wie wenn es absolut feststände, daß Gareis ein Opfer reaktionärer Mörder wurde, und auch das nicht etwa in dem Sinne, daß aus einem kleinen Kreise tollgewordener Ultras ein Verbrecher ihn niedergeschossen habe, sondern schlankweg in dem Sinn, daß eine ganze große, organisierte Richtung unter dem Schutze der Regierung mit dem Meuchelmord arbeite. Mochte die Erregung im ersten Augenblick über das Maß des Erlaubten hinausführen, heute noch nach 10 Tagen bei dem Wort stehen zu bleiben, das damals in der ersten Erregung geschrieben wurde: „es steht fest“, ist Sünde an der Wahrheit, Sünde an der Gerechtigkeit,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei)

Sünde am deutschen Volke.

(Erneute Zustimmung).

„Rache der Einwohnerwehr“, „Hintermänner der Regierung“, „die Absicht, die Arbeiter zu Unbesonnenheiten aufzureizen, damit man einen neuen Vorwand habe, die Unentbehrlichkeit der Einwohnerwehren der Entente zu erweisen“, das alles waren „Tatsachen“, die Sie (zur äußersten Linken) behaupteten. Was dann persönlich sich an Beschimpfungen und Schmähungen daranreihte, darüber verliere ich kein Wort. Aber schlimmeres kam. Es wurde behauptet, die Untersuchung würde nicht ernst genommen. „Krokodilstränen“ wurden die Beileidskundgebungen genannt. Meine Herren, diese beiden letzten Behauptungen entstammen einer Tiefe, auf die ich nicht folgen kann. Jede Möglichkeit einer Verständigung hört auf, wenn man in der Gesinnung dermaßen auf verschiedenen Ebenen zueinander steht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Beweise bringen Sie nicht! Ihr Glaube an die Gemeinheit der anderen ersetzt Ihnen sowohl die Beweise für diese Gemeinheit der anderen wie auch den Mangel der eigenen Vortrefflichkeit. (C)

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Auch Herr Unterleitner hat ja statt der Beweise nur Behauptungen gebracht.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat ja selber einleitend gesagt, daß er hier nicht alles beweisen könne. In München haben Sie darauf den Generalstreik ausgerufen, und er ist nicht zuletzt daran gescheitert, ehe er begann, daß die Arbeiterschaft das Ungesunde, die Schwächlichkeit dieses Grundes fühlte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Demgegenüber bleibt bis heute nichts anderes als das schmerzliche „non liquet“. Der Mord kann politischen Ursprungs sein, er kann aber auch von ganz anderwärts kommen. Über die Prozentsätze der Wahrscheinlichkeit zu sprechen, ist sinnlos. Wenn wir uns über die politische Atmosphäre unterhalten, so dürfen wir nicht unterstellen, als sei der politische Ursprung des Mordes erwiesen.

So handelt es sich nicht um den Hintergrund, aus dem der Mord faktisch und erwiesenermaßen kam, sondern wir befassen uns mit dem Hintergrund, mit der Umwelt, mit der er nun hypothetisch in Beziehung gebracht wird und leider bis zu einem gewissen Grade hypothetisch gebracht werden kann. Die Aussprache über den Mord, meine Herren, endigt mit der Feststellung, daß er ungeklärt ist und daß Rechts- und Polizeibehörden ihn verfolgen. Das weitere ist etwas ganz anderes: ist die Aussprache über die politische Lage, über die seelische Lage, und zwar, meine Herren und Frauen, über eine seelische Lage, eine **seelische Notlage unseres Volkes**, die nicht etwa nur eine Besonderheit Bayerns ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die vielleicht in besonderem Maße in Bayern sich gegenwärtig auf engem Raum zusammendrängt und gegeneinander abhebt, die aber in den großen Linien leider in gleichem Sinne Schicksal und Unglück des deutschen Volkes gegenwärtig ist. (D)

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Herr Unterleitner ist auch bei der Schilderung dieses Hintergrundes sehr einseitig gewesen. Er hat sich ab und zu bemüht, Parteien gerecht zu werden; Personen und den Tatsachen wurde er nicht gerecht. Was ist das zum Beispiel für ein Mißbrauch der Tribüne des Reichstags, aber vordem auch für ein Mißbrauch der Presse gewesen, wenn die **Darstellung der „Münchener Post“** erneut wiedergegeben wurde, die ein angeblich belauschtes **Gespräch** ungenannter **Studenten** an ungenanntem Ort zu ungenannter Zeit von einem ungenannten Gewährsmann enthielt,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

ein Gespräch, in dem jene sich über die Kommunisten geäußert haben sollen, die keine Deutschen seien und an die Wand gestellt und kaltgemacht werden müßten! Meine Herren und Frauen, dieses angebliche Gespräch geht nun durch Ihre Presse, als ob es absolut feststünde, als ob es ein Faktum wäre, daß der und jener, nicht irgendein hergelaufener, sondern ein maßgeblicher Vertreter einer politischen Gesamtstimmung dies beglaubigtermaßen da und dort gesagt habe,

(sehr gut!)

und das, meine Herren, ist mindestens eine läßliche Sünde an der Wahrheit.

Es ist richtig, es sind starke Gegensätze aufgewühlt. Der Herr Reichskanzler hat besonders die eine Seite hervorgehoben, die Seite, die die berechtigte Erregung über den Mord in den Vordergrund drängte. Man muß, glaube ich, in dieser **Darstellung des Herrn Reichskanzlers** nicht,

(**Damm**, Abgeordneter.)

(A) wie mein Herr Vorredner es tat, irgend etwas von Vorsatz oder bewußter Absicht sehen, man darf nicht ungerecht sein.

(Na! Na! rechts.)

Man kann darin sehr wohl die psychologische Einstellung des Augenblickes sehen, vielleicht auch die Suggestion der Betrachtung dieses Mordes, der eben die Gesamtausführungen des Herrn Reichskanzlers ausgelöst hat. Es kann aber auch noch etwas anderes daraus gesehen werden, nämlich die absolute **Selbstverständlichkeit der Abwehr gegen die Angriffe auf den Staat** von jener Seite, und ich muß offen gestehen, für den Reichskanzler scheint mir, erst in langen Worten über die Häufung von Gewalttätigkeiten und von Bedrohungen des Staates durch die äußerste Linke hier sich auszulassen, zu empören und zu entrüsten, nicht mehr gerade notwendig zu sein. Denn darüber sind wir uns doch klar, daß der Staat nicht gegen die eine Seite allein, sondern daß der Staat und die Sicherheit des Reichs auch gegen Gefährdungen von links mit aller Kraft in Schutz genommen werden muß. Liegt doch hierin die tägliche, und ich darf wohl sagen, stündliche Aufgabe der Reichsregierung, eine Aufgabe, die nicht bloß mit Worten erwiesen wird, die sich auch in der Arbeit des Tages zeigt und auswirkt.

Wenn der Herr Reichskanzler in seiner Rede von Spannungsursachen der anderen Seite nicht oder nur vorübergehend sprach, so glaube ich darum, daß darin die Absicht der Ungerechtigkeit nicht zu ersehen ist. Für eine gerechte Beurteilung der Gesamtlage draußen aber, für die Psychologie oder für die Psychopathologie der Gegenwart bedarf es allerdings auch der Betrachtung dieser Seite; das besonders für die richtige Beurteilung der Stellungnahme der bayerischen Regierung, für die ich hier nicht zu sprechen habe, aber auch der Parteien des Landes. Denn diese Stellung kann nicht richtig begriffen werden, wenn man nicht den Kampf von links ins Auge

(B) faßt und anders als der Herr Abgeordnete Unterleitner ihn würdigt. Die **bayerische Regierung** und die großen **bayerischen Parteien** haben sich bei jeder Gelegenheit unparteilich zum Gedanken der festen **Aufrechterhaltung der Staatsordnung** bekannt, zum Schutz des legalen Staatsgedankens, von dem der Herr Reichskanzler sprach. Man kann sagen, daß dieser Ordnungsschutz die selbstverständliche, stillschweigende Grundlage aller anderen erst eigentlich positiven Staatsinhalte und Staatszwecke ist. Das ist richtig. Regierung und Parteien dürfen sich nicht in dieser selbstverständlichen Aufgabe der Erhaltung der äußeren Staatsordnung verzehren und erschöpfen und wollen das auch nicht in Bayern. Aber die starke Betonung, die dieser primitive Grundgedanke in Bayern in der öffentlichen Meinung findet, kann Ihnen doch zeigen, wie stark man dort die Gefährdung der Ordnung einschätzt und für wie dringlich man die Abwehr und die Festigung des Staats mit äußeren und inneren Mitteln gegenüber diesen Angriffen hält. Man mag dieser Einschätzung ganz oder nur zum Teil folgen, die psychologische Tatsache ist jedenfalls ein Beweis des tiefen Verlangens unseres ganzen Volks nach Ruhe und Ordnung,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts)

nicht nach der Ruhe des Genusses, sondern der Ruhe als der unerläßlichen Voraussetzung der Arbeit.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Fragen Sie sich, ob dieses Verlangen in Bayern ganz unbegreiflich, bloß spießerlich oder reaktionär ist! Die **Revolution** war in Bayern volksfremder und unwürdiger als irgendwo anders in deutschen Landen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Die Räteherrschaft war eine Herrschaft des schlimmsten (C) Pöbels. Daraus kam das Bedürfnis und der Gedanke des Selbstschutzes. Es folgte der Kapp-Putsch, es folgte der Aufruhr im Westen. Eine ganze Partei in Deutschland begab sich in die Abhängigkeit von Moskau, proklamierte Revolution als Dauerzustand und Selbstzweck, Unterdrückung und Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats. Und ein Zusammenwirken der kommunistischen Gefahr von innen mit der bolschewistischen Gefahr von außen war doch vor nicht sehr langer Zeit noch nicht außerhalb des Bereiches ernster Möglichkeit gerückt.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Verstehen Sie, meine Herren, daß damit Sie selbst diesen **Gedanken des Selbstschutzes** so stark gemacht haben gerade **in Bayern?**

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist wie mit dem Ausnahmezustand: jede Erschütterung der Staatsordnung befestigt ihn. Es ist richtig, die Einwohnerwehrsache ist nicht freigehalten worden von Rede- und Demonstrationsbedürfnis, von Reden und Demonstrationen, die mit der außenpolitischen Lage des Reichs manchmal in bedenklichen Widerstreit kamen. Es hat nicht an Mahnern und an Warnern gefehlt, die sich darob von vielen scheel ansehen lassen mußten. Es ist weiter richtig, daß es für das Verhältnis Bayerns zum Reich eine schwere Belastung war als das Reich Entwaffnungsforderungen der Entente weitergegeben und vertreten mußte, darunter Forderungen, die über den Friedensvertrag hinausgingen, und daß — nachdem manche Kreise allzulange von Einsicht und Selbstvertrauen der Gegner eine gewisse Schonung erwartet hatten — mit einem Male dieser schwere Entschluß gefaßt werden (D) mußte. Sie wissen aber auch: der Entschluß ist gefaßt und er wird durchgeführt, wird durchgeführt im Einvernehmen mit der Reichsregierung, für die hier der Herr Reichskanzler in dankenswerter Weise den Grundsatz bekannt und betätigt hat, nicht zu diktieren, sondern zu überzeugen; nicht bloß anzuordnen, sondern gemeinsam zu führen.

Aber mit dieser Sorge ernster Männer und Frauen, die Erfordernisse der Einheit des Reichs mit der Sicherheit des Staats zu vereinigen, hatte der wütende Ansturm gegen die Einwohnerwehren von Ihrer Seite wenig zu tun.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Sie verlangten „die Waffen nieder" nicht als eine pazifistische Ideologie, der ich, solange die Welt in Waffen starrt, gesunde alte deutsche Waffengesinnung vorziehe,

(lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten und rechts)

sondern Sie verlangen sie aus ganz anderen Gründen. Ihnen war dieser Waffenbesitz zuwider, so wie dem Wilderer der Waffenbesitz des Försters unerwünscht ist. Und wenn der Herr Abgeordnete Unterleitner alle Schuld auf der einen Seite sieht, — schade, daß er nicht da ist, und sich jetzt in diesem Augenblick nicht selber daran erinnern kann, wie zweideutig die Haltung mancher U.S.P.-Genossen in München und außerhalb Münchens, ja sogar mancher M.S.P.-Genossen während der Herrschaft der **Räterepublik in München** war.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Weiß er nicht mehr, wie damals Herr Hoffmann in München allein stand und wie er von München weg mußte, um von außen wieder die Ordnung des Staates aufzurichten? Nehmen Sie es dem arbeitenden Staatsbürger nicht übel, wenn er nicht so viel Zeit hat, die

(Hamm, Abgeordneter.)

(A) Sektenbildung und Sektenspaltung der Parteien zu verfolgen.

(Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Nehmen Sie (nach links) es ihm nicht übel, wenn er sich damit begnügt zu wissen, daß die **Gefahr für die Ordnung des Staates** nicht gebannt ist. Er liest ja nicht die Reichstagsreden des Herrn Höllein. Aber so etwas wie ein schwacher Klang klingt doch davon hinaus; er weiß, daß man draußen und hier ungescheut von Problemen spricht, die nicht vom Parlament, sondern die draußen in dem Kampfe der Massen auf der Straße entschieden werden müßten. Er weiß auch, welche Feindschaft unter Ihnen Gesetz ist, und wie der Redner der kommunistischen Partei der U.S.P. eine furchtbare Abrechnung ansagte, namentlich wegen des Aufstands in Mitteldeutschland, da „Blut doch ein ganz besonderer Saft sei". Er weiß auch, wie Sie sich hier zu diesem mitteldeutschen Aufruhr bekannten und erklärten: das war Ihre Aktion, das war Ihr Ruf, Sie haben die Massen gerufen, und Sie rufen sie wieder, sobald die Gelegenheit dazu reif ist. Und wenn er nun hier nicht so genau unterscheidet, wo und wie Weizen der U.S.P. von der Spreu der K.P.D. gesondert ist, und wenn er das, was hier im Gemenge durcheinander sitzt, als ein Gemenge ansieht, meine Herren und Frauen, so nehmen Sie es ihm nicht übel, wenn er daraus die Nutzanwendung gezogen hat: ich will mich nicht wieder in diese Hände geben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Quis tulerit Gracchos de seditione querentes? Wer wird nicht bitter, wenn er Herrn Unterleitner über Störungen der öffentlichen Ordnung sprechen hört? Und wer wird nicht bitter, wenn er Herrn Dr. Adler in Wien über Meuchelmord klagen hört?

(B) (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Ernst, meine Herren, wollen Sie, daß Ruhe wird, so liegt es zum guten Teil in Ihrer Hand (nach links).

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wundern Sie sich nicht, wenn die Erregung fortdauert! Wundern Sie sich eher darüber, daß die ruhigeren Leute sich von dieser Erregung nicht haben hinreißen lassen, daß sie in dieser Erregung gleichwohl ruhig weiter an der Arbeit sind und daß es, Gott sei Dank, nur ein kleines Häuflein törichter Ultras ist, die Haß wider Haß, Wahn wider Wahn, Hetze wider Hetze setzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Es gibt solche Ultras, aber nicht bloß in Bayern. Der Herr Reichskanzler hat sie gebrandmarkt, und er hat recht daran getan.

Man konnte es eine Zeitlang verstehen, wenn Leute, die sich in allen Hoffnungen und Gefühlen für Deutschland und seine Zukunft aus der Bahn geworfen sahen, nun alle **Schuld** auf den **Umsturz** schoben, der an vielem, aber nicht an allem schuld war.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man konnte es verstehen, wenn sie lange allen Grimm und allen Groll über das deutsche Unglück in Haß und Verachtung gegen die wandten, in denen sie die allein Schuldigen sahen. Man konnte es verstehen, wenn sie sich in Klagen und **Anklagen über die Schwäche der Reichsregierung** ergingen. Klagen, jawohl, und dazu helfen, daß es anders wird! Aber nicht persönliche Anklagen da häufen, wo nicht persönliche Schwäche, sondern wo außenpolitische Schwäche des Reichs und innenpolitische Zerklüftung des Volkes schuld daran sind, daß die Regierung nicht anders geführt werden kann!

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Man kann auch zugeben — und ich will es zugeben —, (C) daß es an der richtigen **Seelenpflege für das deutsche Volk** wohl ab und zu gefehlt hat, daß nicht immer der rechte Gefühlston für unser Volk getroffen worden ist, das zum harten Brot nicht ganz auch des Weines zur Stärkung und Belebung seiner Seele entbehren kann. Es ist freilich eine schwere Kunst, den Wein so zu reichen und so zu trinken, daß darauf nicht der außenpolitische Katzenjammer folgt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es bleibt wahr, daß manches versäumt wurde, daß manches Wort nicht gesprochen wurde, das zur Schuldfrage, zur Gefangenenfrage, zur Frage der Mißhandlungen und Verbrechen wohl hätte gesprochen werden können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Es bleibt wahr, daß **Korruptionserscheinungen** in unserer Wirtschaft sich gehäuft haben und ein empfindungsloses, übermütiges **Zentralisationswesen** geschäftlicher Bureaukraten und bureaukratischer Geschäftsleute — noch nicht ganz erstorben —, die Objekte ihrer Allmacht draußen mißhandelte, reizte und peinigte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

All das ist richtig, und all dem gilt unser Kampf! Aber nicht mehr zu verstehen, geschweige denn zu billigen ist es, wie seit langem nicht bloß in Bayern eine sinnlos plumpe Hetze sich breitmacht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die das Tatsächliche nicht kennt und nicht kennen will, die die Wirtschaftsgesetze mißachtet, die eine „Brechung der Zinsknechtschaft" und ähnliches dumme Zeug von einer „Reinigung" der Reichsregierung, vom frischfröhlichen **Kampf gegen die Reichsregierung** erwartet. Eine Hetze, die kein ehrliches Bemühen der Reichsregierung anerkennt, die in ihr, einerlei wie sie heißen mag, ob die gegen- (D) wärtige, ob die frühere, nichts sieht als Auslandsknechte, Schmarotzer und Freibeuter, die im Salonwagen fahren und Reichtümer aus dem Verrat am Reiche sammeln. Keine Beschimpfung ist zu niedrig — das ist wahrhaftig wahr —, um — ich will vorsichtig sein und kein Wort sagen, das nicht auch Sie (nach rechts) anerkennen könnten — den Mann zu schmähen, der mit wacher Sorge, mit Takt und Zurückhaltung die Geschäfte des Reichsoberhauptes führt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Kein Sinn besteht dafür, daß dieses Reich unser Reich, seine Ehre oder Unehre unsere Ehre oder Unehre ist,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten)

keine Achtung vor der Geschichte, die man mindestens in den bitteren Zusammenhängen ihrer Leidens- und Arbeitswege nicht kennen will. Eine Verhetzung der Geister, eine Verachtung der Tatsachen ist eingerissen, daß die Geister derer vor 120 Jahren sich mit Grauen und Scham abwenden würden von der Unbildung, der Rohheit und der Herzlosigkeit, mit der jetzt gearbeitet wird,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

so schroff, wie **Bismarck** sich abwenden würde, der feine, mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts erfüllte Geist, der kühlste Tatsachenrechner, der kälteste Verächter der Phrase, der in dem Augenblick zur historischen Größe aufwuchs, als er von den Vorfahren derer sich trennte, die ihn nun immer und immer wieder als Alleinbesitz für sich in Anspruch nehmen wollen. —

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren und Frauen! Es sind traurige Tatsachen, die ich feststelle. Zu zitieren brauche ich nichts mehr. Der „Völkische Beobachter" und der „Miesbacher

(**Hamm**, Abgeordneter.)

(A) Anzeiger" — lassen Sie mich übrigens sagen: der **„Miesbacher Anzeiger"**, zu dessen politischer Erziehung vielleicht die Münchener Räteherrschaft mit ihrer Verhetzung und Verfolgung seines damals noch friedlicheren Herausgebers auch ihr gut Stück beigetragen hat — haben hier einen breiteren Raum eingenommen, als ihnen wirklich zukommt, und kein Wort der Geißelung dieses wüsten Treibens ist zu scharf. Ich stehe nicht an zu sagen, daß auch genießendes Lächeln zu artistisch geschickter Satire eine Verfehlung am deutschen Volke ist, wenn die Satire zur Lüge, zur Schmähung, Verunglimpfung und Unterwühlung des Reichs wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Bild trifft nicht bloß auf Bayern zu! So konnte, wiederum nicht bloß in Bayern, eine Überhitztheit eintreten, die für **Gewalttätigkeiten** einen guten Nährboden gegeben hat. Vielleicht ist der feige Überfall auf Magnus Hirschfeld nicht mit Sicherheit auf dieses Konto zu setzen; man kann dafür schließlich bei Hirschfeld auch andere Gründe finden. Versammlungsstörungen und -sprengungen, Gewalttätigkeiten und Verunglimpfungen, Überfälle, die vorgekommen sind, sind traurig genug und genügen. Tatsachen sind es; — sie sind nicht bloß in München vorgekommen, sondern auch anders wo im Reiche aber ich bekenne es mit Schmerz: in München gehäuft.

Ich bitte Sie, meine Herren und Frauen sich dabei aber vor Verallgemeinerungen zu hüten. Die überhitzte Stimmung, von der ich sprach, ist auch in **München** auf einen kleinen Kreis beschränkt, und die **überhitzte Stimmung** vollends mit der Neigung zu Gewalttätigkeiten, aus der solche Rohheiten sich ergeben konnten, ist beschränkt auf eine kleine und kleinste verächtliche Knüppelgarde. Die breiten Schichten der Arbeitenden wissen davon nichts. Und noch eins: die **Hetze** ist zu einem großen Teil **un-**

(B) **bayerisch**, ist Import.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Die Gedankengänge zum Beispiel des „Völkischen Beobachters" sind völlig unbayerisch. Sie sind eine Kreuzung eines ganz unbayerischen Hakenkreuzlertums und eines extremen Quasi-Preußentums; ich sage ausdrücklich: eines extremen Quasi- oder Pseudopreußentums, weil ich vor **Preußen**, vor preußischer Geschichte, preußischem Geist eine viel zu große Achtung habe, als daß ich es wagen könnte, diese Auswüchse sinnloser Roheit auch nur im Worte damit in Zusammenhang zu bringen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind so unbayerisch, wie manche Trachten unbayerisch sind, die uns Berliner an den Königssee und Tegernsee bringen.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wenn dann einmal ein derbes Wort fällt, wie etwa, daß dem oder jenem ganz recht geschehen ist, dann nehmen Sie auch dies nicht ohne weiteres als Beweis dafür, daß das bayerische Volk nun im ganzen faszistischen Neigungen huldige. Davon ist das bayerische Volk in gut bayerischer Gepflogenheit des Lebens und Lebenlassens weit weg.

Darum bitte ich wiederholt: keine Übertreibungen; auch keine Übertreibungen im Tadel und im guten Zureden Berliner Blätter und nicht zu viel an guten Ratschlägen! Die Wirkung ist leider sehr häufig ungefähr die, wie wenn die Schwiegermutter in der Ehe Frieden stiften will.

(Heitere Zustimmung.)

Schließlich kommen die Bemühungen auch nicht immer zur rechten Zeit. Mir will es manchmal so vorkommen, wie wenn eine aufgeregte Pflegerin allzulange irgendeiner Sensation, einem Buch, einem Zug auf der Straße nachgesehen hat, bis sie dann aufgeregt zu dem Kranken kommt und ihm den kalten Umschlag auflegt. Das Fieber (C) hat dann vielleicht längst den Höhepunkt überschritten, und dann wundert sie sich, wenn der Kranke nicht dankbar ist. Ich glaube, meine Herren und Frauen, und ich hoffe es — denn es sind starke Anzeichen dafür da —: es ist auch hier der Höhepunkt überschritten.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Hoffentlich! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Es wäre wünschenswert!)

Vielleicht brauchen Sie übrigens nach dem Gesagten zu der Erklärung so mancher Aufwallung auch gar nicht erst die angeblich keltische Blutmischung des **bayerischen Volkes**, bekanntermaßen eines untersetzten Stammes von dumpfer, gehässiger Gemütsart oder so ähnlich, wie das unlängst ein Berliner Blatt feststellte,

(Große Heiterkeit)

mit einem Berichterstatter, der eine sehr große Hornbrille tragen mag,

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Mehr Horn als Brille! — Heiterkeit)

— ganz recht: mehr Horn als Brille; das Horn etwas hinaufgerutscht! —

(Heiterkeit)

und an den Fingerspitzen hat er jedenfalls Sohlleder.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Es bleibt dabei: die Selbstreinigung des Blutes, von der der Herr Reichskanzler mit Recht sprach, ist auf dem Wege, und sie hat schon ein gut Teil hinter sich gebracht. Der legale Staatsgedanke, dem die bayerische Regierung dient, ist stärker, als daß er durch sinnlose Aufgeregtheit ernstlich gefährdet werden könnte; die **Einheit des Reiches** ist wirtschaftlich, kulturell und empfindungsgemäß so sicher begründet, meine Herren und Frauen, daß irgend etwas, was auch kommen mag, sie nicht im Ernste auch nur in Frage stellen kann.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Aber ich gebe zu: es bleibt eine ernste Frage: was haben die Verantwortlichen — und es gibt keine Unverantwortlichen mehr —

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

im Reich und in Bayern getan, um diese Krankheiten zu bannen? Was die **bayerische Regierung** getan hat, darüber mögen im bayerischen Landtag Fragen gestellt werden: man mag im bayerischen Landtag sich darüber unterhalten, was sie versucht und getan hat zur Reinigung wüster, **verhetzender Plakate**, die von den Kapp-Tagen her einer Reinigung bedurften: mag sich darüber unterhalten, was sie getan hat in der Verwarnung und Mahnung des „Völkischen Beobachters", des „Miesbacher Anzeigers", auch der Einzelverfolgung solcher Blätter; mag sich darüber unterhalten, wieweit sie auf der anderen Seite ging in der Bekämpfung von Exzessen der anderen Extreme; mag sich darüber unterhalten, wie man sich überhaupt zu diesem nicht leichten Problem einstellen will, nämlich zu dem Problem der **Preßfreiheit**, zu dem Problem der Unterdrückung politischer Preßexzesse mit Mitteln der Polizei und der Strafverfolgung, einer Bekämpfung, die ja zu einem Teil auf den Ausnahmezustand zu stützen wäre, den Sie (nach links) doch in den Orkus wünschen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man mag sich über all diese Dinge unterhalten, — ein Kapitel, bei dem wohl diejenigen nicht ohne weiteres für die schärfste Tonart eintreten werden, die in Bayern und außerhalb Bayerns die bayerische Regierung ständig und unausgesetzt aufs niedrigste beschimpfen, und noch weniger die äußerste Linke, die Tag für Tag Verachtung und Haß predigt und Tag für Tag zu Revolution und Gewalttat aufruft.

(**Hamm**, Abgeordneter.)

(A) Daß unsere Freunde im Lande ein aktives Vorgehen wünschen, daraus haben sie kein Hehl gemacht; sie haben aber ebenso daraus kein Hehl gemacht, daß sie dies aktive Vorgehen vor allem auf dem Gebiete der Erziehung, auf dem Gebiete der Führung der öffentlichen Meinung sehen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich sehe es nicht als **Verdienst meiner Partei** an, sondern es folgt wohl aus ihrer politischen Stellung in der Mitte der Parteien von selbst, daß sie sich um diese Versöhnung, diese **Gerechtigkeit im Kampfe nach rechts und links** bemühte.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Das hat sie noch von uns!)

Wir hören jetzt manche kluge und starke Äußerung, manche gute und dankenswerte Mahnung zu Vorsicht, zu Mäßigung und Vertrauen auch von Seiten, von denen uns diese Töne neu sind, in dieser Stärke wenigstens neu sind, und freuen uns dessen. Das Unkraut persönlicher Mißachtung und der persönlichen Vorurteile gegen alles, was vom Reich kommt — etwas ganz anderes als das Heilkraut einer sehr notwendigen und vernünftigen Skepsis gegenüber manchen Dingen, die in Berlin vor sich gehen —, ist freilich schwer gejätet, leicht gesät, und es erfordert lange Zeit, es wieder aus den Herzen zu reißen.

Aber noch enger müßten wir zusammenstehen und noch mehr müßten zusammenstehen. Und da erlauben Sie mir, meine Herren von der Rechten, doch auch zur Rede des Herrn Bazille, der so sprach, als sei seine Partei böswillig aus dem Hinterhalt überfallen worden, ein paar Fragen: Was haben Sie zur Befriedung der öffentlichen Meinung bei uns in Bayern und anderwärts beigetragen,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

um den **Radauantisemitismus**, der mit die schlimmste und fruchtbarste Grundlage der blöden und böswilligen Hetze

(B) gegen Reich und Reichsregierung ist, auszurotten,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

den Radauantisemitismus, der ehrfurchtslos jedem dümmsten Lausbuben die letzte Antwort auf tiefste Menschheitsfragen in die Hand gibt,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

der sich das Recht gibt, einen ganzen Stamm zu mißachten, unterschiedslos, der mit uns Freud und Leid, das Schicksal von Jahrhunderten und die Gemeinschaft schwerster Blutopfer getragen hat,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

ohne Achtung vor dem, was deutsche Wirtschaft und Wissenschaft auch Männern, die von dort ihren Ursprung nahmen, zu danken haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ist es nicht eine Schuld, solche Hetze zu dulden; eine Schuld, auch nur sie zu dulden, — eine schwerere Schuld, sie als Bundesgenossen und als Nutznießer zu dulden?

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist über ein Jahr her, daß der Wahlkampf hinter uns liegt, in dem in ganz Bayern die Plakate angeschlagen waren mit den Köpfen der Lenin und Trotzki, Lewin und Lewiné-Nissen und Axelrod, und in denen unter dem Zeichen des Sowjetsterns und des Hakenkreuzes gegenübergestellt waren die Sozialdemokratie und die Demokratie auf der einen Seite, die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen auf der andern Seite!

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Was ist seitdem zur besseren Einsicht geschehen?

Meine Herren und Frauen, man verdächtigt die **Weimarer Verfassung**, daß sie revolutionären Ursprungs sei. Das kann doch, wenn es überhaupt einen Sinn hat, nur den Sinn haben, daß sie innerlich-sittlich von einer geringeren bindenden Kraft ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Man verdächtigt sie, daß sie eine öde Gleichmacherei über (C) uns bringen muß, während Sie (nach rechts) doch wissen, daß auch auf ihrem Boden ein Eigenleben der Länder gedeihen kann und soll. Und in diesem Sinne lassen Sie mich die Worte des Herrn Reichskanzlers ausdrücklich begrüßen, die er sprach, lassen Sie mich ihn bitten, daß er sich zu ihrer Durchsetzung stark machen möge gegenüber einer unhistorisch und gefühllos rationalistischen und nichts als wirtschaftlichen, pseudowirtschaftlichen Auffassung

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

gegenüber gewissen Vereinheitlichungs- und Konzentrationsbestrebungen der Berliner Bureaukratie, und sich starkmache für eine vertrauensvolle **Zusammenarbeit des Reichs mit den Ländern**, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die den Ländern Vollmachten und Aufgaben neidlos in weitem Umfange in die Hand gibt, in der Sicherheit, daß das Vertrauen am besten wieder Vertrauen weckt und daß gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Arbeit am besten zueinander führen und ineinander fügen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren und Frauen! Diese Auffassung des Reichs und diese Möglichkeiten, die auch in der Weimarer Verfassung liegen, die da Möglichkeiten, ja Erfordernisse einer gesunden, in sich gegliederten lebendigen organischen Demokratie sind,

(aha! bei der Deutschen Volkspartei)

darin sehen wir die beste Gewähr eines wirklich festen Ineinanderwachsens, stärker als irgendwo anders.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, ich frage aber weiter: was ist auf Ihrer (nach rechts) Seite geschehen gegen die unablässlichen wüsten **Beschimpfungen der Reichsregierung**,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

Beschimpfungen, die nicht bei den persönlichen Verunglimpfungen und bei dem persönlichen Unrecht, das sie den Vertretern der Regierung zufügen, Unrecht und (D) Schädlichkeit erschöpfen, sondern die gerade bei einfach denkenden und einfach fühlenden Menschen zu einer schweren Schädigung des Reichsgedankens selber führen und notwendigerweise führen müssen?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie erfahren das im täglichen Kampf.

(Zuruf rechts.)

— Kein Wort der Schmähung über die Hohenzollern! Das sei ferne von uns. Weisen Sie uns ein Wort davon nach! Aber, bitte, weisen Sie uns auch nach, wo Sie sich gegen diese ständigen — erlauben Sie mir das Wort — pöbelhaften, geistlosen, verhetzenden Aufwiegelungen und Beschimpfungen der Reichsregierung gewehrt haben! Zeigen Sie mir den Graben, der zwischen Ihnen und denen liegt, die vielleicht nicht hier sitzen, aber noch weiter drüben auf der äußersten Rechten, und von denen Sie vielleicht doch so manche sich in den Pferch treiben ließen und lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und was haben Sie getan gegen den **Mißbrauch**, der **mit der prachtvollen Begeisterung unserer blutbewährten Jugend** getrieben wird,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und mit ihrem Bedürfnis nach starken Gefühlen, das eine geistlose Agitation vielfach zur Verachtung gegenüber unserem Volk und Reich, zu unfruchtbarer Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten unserer Lage mißbraucht?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Arndt hat gesagt: „Wer immer nur Erbärmlichkeit und Verwesung der Welt sieht, kann ihre Wunden nicht heilen."

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Und auf der anderen Seite, meine Herren und Frauen (zur äußersten Linken), wie lange soll die **Verächtlichmachung unseres Staates und unseres Nationalgefühls**

(**Hamm**, Abgeordneter.)

(A) noch fortgehen, wie lange die Bedrohung der Ordnung unseres Staatswesens? Auch der **Generalstreik**, der jetzt wieder frevelhaft ausgerufen wurde, war nichts anderes als ein Anschlag gegen diese Ordnung. Er war während der Revolution, da der Arbeitgeber ohne weiteres zahlen mußte, das bequeme Aushilfe- und Ablenkungsmittel für jede Erregung der Massen, kam sie, woher sie wollte. Die Führer konnten leicht dahin ablenken. Sind Ihre Führer (nach links) heute noch so schwach, daß sie heute noch dieses Aushilfsmittel, dieses Ablenkungsmittel brauchen?

Wer wollte denn streiken? Führer oder Geführte? Viele von den Führern nicht, viele von den Geführten nicht, die sich bitter beklagten, daß man sie gar nicht gefragt hatte. Drei Tage lang sollte das Wirtschaftsleben stille stehen, drei Tage lang sollte auch der Notbetrieb nur in beschränktestem Umfange fortgeführt werden. Drei Tage lang sollten die städtischen Betriebe ohne Einnahme sein, drei Tage lang sollten auch die Beamten ihrer Beamtenpflicht untreu werden und zu Hause bleiben. Nicht als Trauerkundgebung war es gedacht — es wäre auch zu sinnlos gewesen, das als Trauerkundgebung aufzufassen —, sondern gedacht war es im demokratischen Staat von einer quasi demokratischen Partei als ein undemokratisches Mittel, undemokratische Ziele durchzusetzen!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Eine Demonstration gegen einen Meuchelmord, weiter nichts! — Lachen.)

— Eine Demonstration, die gleichzeitig ein Anschlag gegen die Freiheit und gegen die Selbstführung der anderen und ein Anschlag gegen die Wirtschaft des Staates und des Volkes gewesen ist!

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Meine Herren und Frauen! So reich sind wir nicht, daß
(B) wir die Hissung einer Trauerflagge oder Demonstrationsflagge mit einem dreitägigen Streik bezahlen könnten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Also was wollten Sie damit? Sie wollten doch letzten Endes etwas Positives, wenn der Streik nicht ganz sinnlos gewesen sein soll. Sie wollten doch die **Beseitigung der Regierung**, die vom Landtag gewählt war, der Regierung, der wiederholt vom Landtag gesagt war, daß sie die Regierung des Landes bleiben solle. Sie wollten doch die **Beseitigung des Ausnahmezustandes** und dachten nicht daran — wie ich schon vorhin sagte —, daß jeder Anschlag gegen die Staatsordnung, jede Bedrohung der öffentlichen Freiheit und der öffentlichen Wirtschaft den Ausnahmezustand festigt, den Ausnahmezustand, den abzubauen auch wir ehrlich bemüht sind und dringend wünschen, für den wir allerdings keinen anderen Weg des Abbaues sehen, als den Weg der Festigung des Staates und als den Weg der Ordnung und der Einreihung aller in die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit.

Sie verlangen **Sühne**. Auch wir alle wollen, daß die ruchlose, erbärmliche, feige Tat gesühnt werde. Das ist Sache der Gerichte. Darüber hinaus wollen wir aber etwas Größeres als Sühne, wir wollen **Versöhnung**,

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

wollen Versöhnung aller derer, denen es ehrlich ist um Staat und Volk. Parteien und Staatsmänner wird die Geschichte einst nicht daran messen, was sie zu einer Steigerung nationalistischer Gefühle beigetragen haben, nicht daran messen, was sie nur getan haben zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung des Staates — das Nationale und das Staatliche in dem Sinne versteht sich von selbst —, sondern die Geschichte wird sie daran messen, was sie getan haben, um in unserm Volk vertieften **nationalen Sinn** und nationales Streben mit nüchterner Einsicht in die realpolitischen Erfordernisse und (C) Notwendigkeiten der Nation zu vereinigen,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

was sie dazu getan haben, unserem Volk zunächst in sich selbst zu Gerechtigkeit und Frieden zu helfen.

Wir werden das unsere dazu beitragen, wie es unsere bescheidene Zahl uns ermöglicht. Wer ehrlich und wer guten Willens ist, möge sich mit uns auf diese Linie der Versöhnung, die Linie der Einheit von Staat und ganzem Volke stellen!

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Remmele.

Remmele, Abgeordneter: Wenn ich mit den Ausführungen des Vorredners, des Herrn Abgeordneten Hamm, in einer Frage übereinstimme, so ist es in der Frage, die er zuerst erörtert hat. Er gab dem Gedanken Ausdruck, daß man in Bayern den dreitägigen **Verhandlungen** hier **im Reichstag** auch gar keine Bedeutung beilegen würde. Er erklärte, daß diese Verhandlungen hier im Reichstag auf Bayern nicht den geringsten Eindruck machen. In dieser Auffassung bin ich mit ihm vollkommen einverstanden. Das bedeutet die Bankerotterklärung des Parlamentarismus;

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

das bedeutet, daß man in Bayern erkannt hat, daß nicht etwa in Deutschland der parlamentarische Gedanke regiert; das bedeutet, daß man in Bayern in jenen Kreisen um Herrn Hamm und die Redner der bürgerlichen Parteien der Erkenntnis huldigt, daß Revolver und Handgranaten ein viel realeres Machtmittel sind als die klugen Ideen der Minister und die Köpfe der Parlamentarier.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das hat Herr Hamm sehr deutlich zum Ausdruck (D) gebracht, und wenn er irgendwie bei seinem Auftreten eine Unterstützung in dieser Frage sucht, so findet er sie bei uns, indem wir davon überzeugt sind, daß es nicht die Reden sind, die hier gehalten werden, und die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, die die bedauerlichen Vorkommnisse in München, die den Mord an Gareis und alle die frivolen **Arbeitermorde**, die Morde an den Führern der Arbeiterparteien aus der Welt schaffen, sondern das einzig und allein es jene realen Machtmittel sein müssen, die wir jenen Mordgesellen entgegenzusetzen haben, das heißt die Macht der Arbeiterklasse muß es sein, die diese Dinge aus der Welt zu schaffen hat.

Der Redner vor dem Abgeordneten Hamm, der General Schoch, war darüber verwundert, daß auf der linken Seite des Hauses heute, als der Herr Abgeordnete Bazille sprach, eine andere Stimmung geherrscht habe als in der vorigen Woche. Er war darüber verwundert, daß man bei dieser ernsten Frage auch in ein Gelächter einstimmen kann. Demgegenüber möchte ich betonen, daß es nicht etwa das Vergessen des Ernstes der Lage war, sondern es war die besondere Eigenart, die sich heute hier aufgetan hat.

(Sehr richtig! links.)

Die Herren mögen sich doch selbst die Frage vorlegen, wie es auf jeden, der die Dinge einigermaßen kennt, wirkt, wenn hier davon gesprochen wird, wie es vorhin der Herr Abgeordnete Hamm getan hat, daß der **legale Staatsgedanke in Bayern** Fortschritte zu verzeichnen hätte. Da lacht doch ganz Deutschland darüber.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Sogar die Hühner!)

Auch er selbst muß schließlich darüber lachen. Denn will er denn von jemandem verlangen, daß man im Ernst an das glaubt, was er hier vorgetragen hat, daß in Bayern

(**Remmele**, Abgeordneter.)

(A) die Regierung vom Landtag gewählt sei? Man hat, scheint's, ganz vergessen, daß die bayerische Regierung nicht eine Regierung, hervorgegangen aus dem Parlament, ist, sondern daß die bayerische Regierung noch die Geburt des Kapp-Putsches ist und daß die Kappiade in Bayern nur vom Landtag bestätigt worden ist. Das ist die Tatsache. Aber ich sage: wer muß in Deutschland nicht darüber lachen, wenn allen Ernstes ein bayerischer Minister hierher tritt und solche Dinge vorträgt und versucht, solche Geschichtsklitterung zu treiben? Die Vorgänge, die sich bei dieser Debatte im Reichstag abgespielt haben, zeigen so ganz deutlich, wie es heute in Deutschland steht, zeigen den Untergrund des Bürgerkrieges, der heute durch Deutschland rast und der Deutschland noch lange erschüttern wird.

Hier wurde heute gelacht über die besonderen Dinge, die hier vorgetragen wurden und die mit der Wahrheit derart in Widerspruch stehen, daß alles darüber lachen muß. Aber am Freitag und am Samstag wurde über etwas anderes gelacht, und da zeigte sich die **deutsche Bourgeoisie** so ganz in den innersten Falten ihres Herzens. Als der Abgeordnete Unterleitner alle die fürchterlichen Erscheinungen vortrug, die naturnotwendig zu dieser Mordtat führen mußten, da sah man, wie die Herren hier, bis weit in die Kreise der Demokraten hinein, mit schmunzelndem Behagen und Lächeln dasaßen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Als der Abgeordnete Unterleitner hier die Tatsachen reden ließ, die eine so furchtbare Wahrheit sagen, daß Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland die furchtbarsten Opfer unter den jetzigen politischen Zuständen zu erdulden haben, da waren es die Herren bis hinein zu den Demokraten, die mit sadistischem Lachen hier saßen und ihr Wohlgefühl mit allen diesen Scheußlichkeiten bekundeten.

(B) Das zeigt deutlich, daß wir nicht darauf rechnen können, daß die heutigen Zustände in Deutschland von diesem Hause abgestellt werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß Sie (nach rechts) es sind, die die intellektuellen Urheber aller dieser Dinge sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nicht nur die verpestende Hetze der Presse, nicht nur der „Völkische Beobachter" und der „Miesbacher Anzeiger", nein, dieses Haus hier trägt die Verantwortung mit; denn als wir hier vor einigen Monaten über diese Zustände, die naturnotwendig zu solchen Mordtaten führen, verhandelten, da hat das Haus die Zustimmung gegeben, daß das Kahr-Regiment so weitergeführt wird.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben vor einigen Monaten uns mit den **Zuständen in Bayern** beschäftigt und die Atmosphäre, die in Bayern herrscht, geschildert. Ein Redner unserer Partei, der zu dieser Frage gesprochen hat, bekam deswegen eine große Anzahl von Drohbriefen. Einen dieser Drohbriefe habe ich hier, und ich behaupte und stelle unter Beweis vor jedem Gericht und vor jeder Kommission, die diese Dinge untersuchen will, daß dieser Drohbrief aus dem Bureau des Polizeipräsidenten Pöhner in München stammt,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß dieser Brief aus der Mörderzentrale der Polizei stammt. Das zeigt eben, daß die Versicherungen, die die Reichsregierung in diesem Hause abgegeben hat, und daß die Versicherungen der bayerischen Regierung ebenso zu bewerten sind wie die Vorträge, die wir hier vorhin gehört haben, über den Fortschritt des legalen Staatsgedankens und alle derartigen Phrasen, wie sie hier vorgetragen wurden.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man braucht nur einen kurzen Besuch von wenigen Minuten im Münchener Polizeipräsidium zu machen, um zu erkennen, wo die Urheber und die Verbrecher zu suchen (C) sind, wenn man ihnen nachgehen will.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn allerdings die Polizei selbst im engsten Zusammenhang mit den Vorgängen steht, kann man lange warten, bis die Täter gefunden werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie die Versicherungen, die in dieser Beziehung hier abgegeben worden sind, daß von der bayerischen Regierung oder von der **Münchener Polizei** alles aufgeboten worden sei, zu bewerten sind, kann man leicht erkennen, wenn man sich die Tätigkeit der Münchener Polizei aus nächster Nähe betrachtet und sieht, worin sie ihre Aufgabe erblickt. Es wurde vorgestern von Rednern der Rechten behauptet, daß es die kommunistische Presse sei, die Stimmungen hervorriefe, wie sie hier gegeißelt worden sind. Die Herren, die das vorgetragen haben, wußten genau, daß seit Monaten in Bayern überhaupt keine kommunistische Zeitung erscheint und vollkommen unmöglich ist,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß in Bayern sämtliche kommunistischen Zeitungen seit Monaten verboten und unterdrückt sind, daß in Bayern auch jeder gedruckte Zettel, und wenn es nur ein Aufnahmeschein oder eine Einladung zu einer kommunistischen Versammlung ist, unter dem Verbote stehen und die Verbreiter dieser Zettel bestraft werden. Die Herren wissen genau wie wir, daß in **Bayern** seit Monaten Sitzungen von **Kommunisten**, auch wenn sich nur zwei oder drei Genossen verständigen wollen, verboten sind.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich erinnere daran, daß vor wenigen Wochen bayerische kommunistische Arbeiter, um nur eine Konferenz abhalten zu können, um ihre Vereinsangelegenheiten zu besprechen, sich auf württembergischen Boden begeben mußten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie begaben sich nach Ulm, um dort eine Konferenz ab- (D) zuhalten; aber die bayerische Polizei von München folgte ihnen auf württembergischen Boden

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und hat gemeinsam mit der württembergischen Polizei die Konferenz aufgehoben und die Teilnehmer verhaftet.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da haben diese Herren noch die Stirn, hierherzutreten und zu behaupten, daß es es die kommunistische Presse wäre, die solche Stimmungen verursache, dieselben Leute, die wissen, daß eine kommunistische Presse in Bayern schon seit Monaten unmöglich ist,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

dieselben Herren, die wissen, daß in Bayern nicht nur die Beamten der Polizei, sondern alles im Dienste dieser politischen Verfolgung steht, die Post, der Telegraph, alle Verkehrsmittel!

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Jeder Brief, der einem als kommunistisch verdächtigen Arbeiter zugesandt wird, wird durch die Post geöffnet, des Inhalts beraubt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Reichsverfassung, von der soviel hier gesprochen wird, die demokratische Verfassung, auf die Sie sich immer alle berufen, — ach, Sie wissen doch schon längst, daß sie Fetzen Papier sind,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

auf die ein bayerischer Staatsanwalt, ein bayerischer Polizeibeamter pfeift. Sehr bezeichnend ist ja folgendes: Bei der Aufhebung der Konferenz und der Verhaftung unserer Genossen in Ulm hat sich ein Landtagsabgeordneter auf seine Immunität berufen, hat erklärt, er sei Landtagsabgeordneter. Da hat ihm der Polizeibeamte geantwortet: Halten Sie das Maul! Bei mir gibt es

(**Remmele**, Abgeordneter.)

(A) überhaupt keine Abgeordneten, bei mir gibt es bloß Verhaftete.

(Hört! Hört! links.)

Das ist die Ordnungszelle Bayern, das ist das Kahr-System, von dem Sie gesprochen haben. „Der legale Staatsgedanke macht Fortschritte." So könnte ich Ihnen ins unendliche mitteilen, wie unsere Genossen in Bayern verfolgt werden.

Man hat in Bayern sieben kommunistische Landtagsabgeordnete, und von diesen sitzen vier im Gefängnis. Nur zwei haben die Möglichkeit, ihr Mandat ausüben zu können. Ja, da wirft sich die Frage auf, ob wir als Kommunisten nicht zu der Überzeugung kommen müssen, daß es ein Erfordernis der Arbeiterschaft ist, diesen ganzen Landtag ins Gefängnis zu setzen, um dort die Sitzungen abhalten zu lassen, wenn solche Zustände möglich sind.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

In Bayern hat man auch einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, den einzigen Vertreter der kommunistischen Partei Bayerns im Deutschen Reichstag, ins Gefängnis gesetzt. Er sitzt dort mit Zustimmung dieses Hauses.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und das ist bezeichnend, wenn man glaubt, von diesem Hause zu erwarten, daß irgendwie die Dinge in Bayern geändert würden.

Nun ist auch hier darüber geredet worden, und der Herr Reichskanzler hat sich berufen gefühlt, Herrn Kahr seine besondere Hochachtung und seinen besonderen Dank aussprechen zu müssen für die **Entwaffnung,** die in Bayern jetzt so gründlich in die Hand genommen wird. Zu gleicher Zeit hat er erklären lassen, daß die **bayerische Einwohnerwehr** dazu überginge, sich selbst zu entwaffnen. Solche Dinge werden vorgetragen, ohne daß der Vortragende dabei lachen muß. Ich meine, eine schlimmere

(B) Herausforderung kann man sich nicht denken, als derartige Märchen dem deutschen Volke plausibel machen zu wollen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!)

Wie es mit der Entwaffnungsaktion und mit der Aufhebung des Belagerungszustandes steht, zeigen die Vorgänge, die sich bei der Beerdigung des Abgeordneten Gareis abgespielt haben.

Ich will noch darauf besonders eingehen, wie überhaupt diese Atmosphäre, aus der heraus diese Schandtaten der bayerischen Reaktion gegen die Unabhängigen entstanden sind, zu erklären ist. Nachdem im monatelangen Kampfe die Leiter der kommunistischen Partei entweder durch Festnahme kaltgestellt oder sonst versprengt und auseinandergetrieben waren, glaubte die **bayerische Konterrevolution,** mit der kommunistischen Bewegung fertig geworden zu sein, und ihr besonders Augenmerk richtete sich alsdann **gegen die Gewerkschaften** und die sozialdemokratischen Parteien. Es war in Nürnberg, wo kurz vor dieser Mordtat in Nordbayern die Presse der Konterrevolution, die Presse der Reaktion einen Kampfruf gegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei erschallen ließ.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nachdem man glaubte, die Kommunisten erledigt zu haben, sollte es nun gegen jene gehen.

Nun wurde die Tatsache geleugnet, die selbst der Herr Reichskanzler aus seinem gequälten Herzen heraus feststellen mußte, daß die **Pogromstimmungen,** wie sie geschaffen werden durch Organe, wie man sie in Süddeutschland hat, solche Handlungen verständlich machen. Das hat sich am besten hier im Hause selbst dokumentiert, wo man bestreiten wollte, daß solche Pogromstimmungen die Voraussetzungen solcher Mordtaten seien. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß der Herr Abgeordnete Unterleitner am Freitag hier vortragen konnte, daß man in Bayern der Überzeugung sei, es müßten noch 6- bis 8000 Kommunisten oder ähnliche daran glauben, und daß daraufhin ein Mann wie Herr Mittelmann es fertig brachte, dem noch zuzustimmen. Aber genau so wie die geistige intellektuelle Verfassung der Leute hier ist, erleben wir es überall draußen: sobald etwas festgenagelt ist, kommt ein feiges Ausweichen, ein Zurückhufen, wie wir es auch hier im Hause erlebt haben. (C)

Nicht anders war es, wenn man Herrn Schwarzer hier über diese Dinge reden hörte. Er bestritt den Einfluß, den jene Organe, wie der **„Miesbacher Anzeiger"**, haben. Es ist eigenartig, daß in der Beziehung auf allen Seiten dieses Hauses Einverständnis herrscht, daß gegen solche Dinge nicht mit brutaler Gewalt vorgegangen werden soll.

Der Herr Reichskanzler predigt das Vergessen und Verzeihen, während Herr Schwarzer sagt: die Dinge hätten keine Bedeutung. Andere wieder, wie Herr Hamm, sagen, man verurteile das ebenfalls, aber das seien nebensächliche Dinge. Ich möchte nur wünschen, daß dieses **Verzeihen und Vergessen** der Kampf mit den geistigen Waffen, deren sich der Herr General v. Schoch bedient, so gehandhabt wird, wie es nach den Prinzipien eines legalen Staatsgedankens erforderlich wäre. Verzeihen und Vergessen sehen wir nur gegenüber dem, was von rechts geschieht. Aber als hier die Forderung gestellt wurde, für die politischen Vergehen der letzten Monate eine Amnestie zu erlassen, war in diesem Hause, von der Bourgeoisie angefangen, über die Regierung hinweg bis zu den Rechtssozialisten von Vergessen und Verzeihen keine Rede. Ich meine, vergessen und verzeihen sollte man dort, wo es nicht zum Verbrechen wird, wie es bei dieser Gelegenheit zweifellos werden muß. Nach der „Münchener Post" hat der Mörder sich ja bereits gemeldet und er- (D) klärt, daß er mit dieser Handlung allein nicht seinen legalen Staatsgedanken durchzusetzen beabsichtige, sondern flüchten und seine Persönlichkeit aufbewahren müsse, weil er noch berufen sei, Großes für den bayerischen legalen Staatsgedanken zu vollbringen.

Aber wie das Entwaffnungsgesetz und der legale Staatsgedanke durchgeführt, wie vor allem diese Atmosphäre, von der der Herr Reichskanzler sprach, aus der Welt geschafft werden soll, das zeigen die Taten der Reichsregierung. In demselben Augenblick, wo sie erklärt, der Belagerungszustand, die Ausnahmezustände usw. werden abgeschafft, geht sie dazu über, die berufensten Vertreter und die berüchtigsten **Vertreter des Systems Kahr nach Norddeutschland** auf die verantwortlichsten Posten zu **verpflanzen.**

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich verweise darauf, daß der entschiedenste Vertreter des bayerischen Kahr-Systems, General Möhl, als Kommandeur des Reichsgruppenkommandos nach Cassel versetzt wird, daß desgleichen der Oberst Epp nach Hannover ins Reichswehrgruppenkommando befördert werden soll. Das heißt nichts anderes, als daß der „legale" Staatsgedanke von Bayern auf das ganze Reich übertragen werden soll.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Eine sehr famose Legalität, die hier in Aussicht gestellt wird!

Wir erwarten nichts von dieser Regierung trotz all ihrer kräftigen Worte, nichts von diesem Reichstag trotz der scheinheiligen Worte des Bedauerns, daß die heutigen **Zustände in Bayern** irgendwie beseitigt werden. Wir erkennen klar und deutlich, daß diese Zustände Resultate des Bürgerkrieges sind, in dem wir uns befinden, daß dieser Bürgerkrieg nicht durch Reden im Parlament und durch vermittelnde, alles in Liebe umfangende schöne

(Remmele, Abgeordneter.)

(A) Phrasen beseitigt und beendigt wird. Wir wissen, daß dieser Zustand ein Zustand ist, in dem eine Gesellschaftsordnung durch eine andere abgelöst werden muß,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß er nicht ein Resultat der Revolution, sondern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

wir wissen, daß die **Revolution** ein Resultat dieser Zustände sein wird, wir wissen, daß diese Scheußlichkeiten und Ungeheuerlichkeiten nur verständlich sind als Resultate nicht der Revolution, sondern des Krieges, der erst diesen Krisenzustand beziehungsweise diese Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der Gesellschaft ermöglicht hat. Durch den Krieg und nach dem Krieg hat sich jene Front aufgetan und jene Umstellung der Kräfte vollzogen, die uns aus dem furchtbaren Zustand herausführen wird, in den uns die zusammenbrechende kapitalistische Welt hineingestürzt hat, die diese Mordtaten und politischen Verbrechen erklären. Erst nach dem Siege der Arbeiterklasse kann jener Zustand eintreten, wo wahr wird, was hier mit so großen Phrasen verkündet wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nicht hier im Parlament werden wir die Frage entscheiden, sondern als Kommunisten werden wir es immer wieder hinausrufen durch alle Gaue Deutschlands, in alle Fabriken, alle Städte und Dörfer hinein: Proletariat, wenn du dich schützen willst gegen solche Scheußlichkeiten, wenn du dich um deiner selbst willen verteidigen willst, dann kann es nichts anderes geben, als durch die Kraft und Macht deiner eigenen Fäuste jenes Recht und jenen Staat zu schaffen, in dem alle diese Scheußlichkeiten aus der Welt hinweggefegt werden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich muß auf einen Zwischenruf zurückkommen, der während der Rede des Herrn Abgeordneten Remmele gefallen ist. Der Herr Abgeordnete Remmele hat davon gesprochen, daß der Herr Reichskanzler der bayerischen Regierung die Anerkennung für die Fortschritte der Entwaffnung ausgesprochen habe, und hat hinzugefügt: so etwas wagt man dem Reichstag zu bieten. Der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin) hat daran den Zwischenruf geknüpft: sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. Ich nehme an, daß sich dieser Zwischenruf nicht auf den Herrn Reichskanzler oder auf ein Mitglied dieses Hauses bezogen hat.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Auf die Mitglieder des Hauses auf der rechten Seite, die da schwindeln!)

— Dann muß ich Sie, Herr Abgeordneter Hoffmann, wegen dieser Äußerung zur Ordnung rufen!

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer.

(B)

Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter: Hoher Reichstag! Der Anlaß zu dieser Interpellation ist der traurige Vorfall, daß der führende Abgeordnete einer politischen Partei einem **Attentat** zum Opfer gefallen ist. Meine politischen Freunde, die Zentrumspartei, bezeugen der betreffenden Partei ihr Beileid in Achtung der menschlichen Eigenschaften des Ermordeten und in Ansehung des traurigen Todes eines ihr wertvollen Mannes.

Meine Damen und Herren! Es ist zur Genüge hier in diesen drei Tagen ausgesprochen worden, daß das Verbrechen Sühne verlangt. Es muß alles geschehen, um die im Dunkel der Nacht verübte Tat aufzuklären. Es muß alles geschehen, um die **Beweggründe,** aus denen sie geschehen ist, aufzuhellen, und der Täter muß der verdienten Strafe entgegengeführt werden. Der Staat selbst und die bayerische Regierung hat nach unserer Auffassung das größte Interesse daran, so rasch als möglich diese Klarstellung herbeigeführt zu sehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die uns bekannt gewordenen Maßnahmen beweisen, daß (C) sie bemüht ist, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aufzubieten in dem Bestreben, den Schuldigen zu ermitteln und gebührend zu bestrafen.

(Abgeordneter Ledebour: Das beweisen sie eben leider nicht! Sie hindern die Arbeiterschaft! Herr Pöhner geht gegen die Arbeiterschaft vor!)

— Herr Kollege Ledebour, ich kann mich nur auf diejenigen Mitteilungen stützen, die uns hier amtlich gemacht werden, und die bringen mich zu der Auffassung, daß die Regierung sich bemüht, und ich spreche dazu weiter, wie Sie gehört haben, den Wunsch aus, daß diese Bemühungen fortgesetzt und energisch gehandhabt werden möchten.

(Abgeordneter Ledebour: Sie ziehen Stacheldrähte über die Isarbrücken! Sie hindern die Arbeiter! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer!

Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Herren Interpellanten sagen in ihrer Befragung der Reichsregierung, es stehe fest, daß das Verbrechen angestiftet worden sei von den monarchistisch-militaristischen Kreisen. Uns sind Beweise nicht bekannt, die diese Feststellung erhärten und sie in den Bereich unbezweifelbarer Wahrheit erheben. Wir wissen nur, —

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten)

— Herr Kollege Höllein, ich komme auf verschiedene Dinge zu reden; man kann so wenig wie Sie alles mit einem einzigen Öffnen des Mundes ausdrücken. — Ich sage: wir wissen, daß auch andere Vermutungen in die Öffentlichkeit getragen werden.

Wenn die Untersuchung persönliche Motive dieses Mordes erweist, so werden wir — das darf ich wohl ohne Ansehung der Partei sagen — alle erleichtert aufatmen. Wenn aber ein beklagenswertes Schicksal es fügt, (D) daß wirklich politische Motive die Detonation des unheilvollen Revolvers herbeigeführt haben, dann ist freilich der Augenblick da, wo der Kampf um die Leiche dieses Führers dem öffentlichen Leben in Deutschland unabsehbaren Schaden und Abtrag tun muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn wir, meine Damen und Herren, in der **Überhitzung des politischen Kampfes** dazu kommen sollten, daß im Streite der Geister die Leiber der Kämpfer niedergestreckt werden, dann wäre der Bankrott der Nation eingeleitet, dann würde das ein Elendszeugnis für alle unsere Volksgenossen sein, das uns an die Seite minderwertiger, unkultivierter, in Roheit und Barbareien verstrickter Flibustierstaaten stellt.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir sind überzeugt, daß solchen Erwägungen auch die bayrische Regierung Raum gibt. Ihre Sache ist es — ich wiederhole das —, der Gerechtigkeit Bahn zu schaffen, und in diese ihre besondere Machtbefugnis einzugreifen, müssen wir ablehnen getreu dem Standpunkte, den die Führer der Zentrumspartei in der Nationalversammlung und hier zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht haben. Wir sind der Überzeugung, daß diese Einsicht auch in Bayern vorhanden ist und sich durchsetzt. Die **Reichseinheit** sei das höchste Ziel und die größte Aufgabe der verwirrten Gegenwart. Diese Reichseinheit kann nicht gedeihen, wenn Mißtrauen waltet in die Politik der einzelnen Länder. Wenn auch nur in Teilen der Nation dieses Mißtrauen vorhanden ist, so wird dadurch die innere Geschlossenheit verhindert, die für das Wohl des Vaterlandes die unerläßliche Vorbedingung ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Der betrübliche Vorfall im Lande Bayern hat natürlich auch hier in diesem

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) Hause die Gemüter erregt und hat in lebhaften Ausbrüchen die Temperamente erhitzt. Ich will mich bemühen, die Dinge objektiv zu sehen und sie von der Warte des beobachtenden Zeitgenossen aus kurz zu betrachten, indem ich gar nichts mehr von alledem herbeihole, was von meinem Herrn Vorredner hier gesagt worden ist. Ich will auch hier keine Werturteile fällen, sondern nur Konstatierungen treffen.

Als bei der **Revolution** des Jahres **1918 Bayern** sich in die Hand **landfremder Leute** gegeben sah, war naturgemäß zunächst ein allgemeiner Niederbruch der Stimmung zu verzeichnen. Wieweit Versäumnis, Unachtsamkeit, völkischer Optimismus oder Fahrlässigkeit seitens der damals verantwortlichen Staatslenker dabei mitgespielt hat, will ich hier nicht untersuchen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es kam der traurige Fall der Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner, es kam das Schreckensregiment der Räterepublik des Frühjahrs, des April 1919 und der Geiselmord.

Meine Damen und Herren! Bei diesen Bewegungen hat es sich gezeigt, wie in jeder Bewegung revolutionärer Art, daß drei Klassen von Menschen am Werke waren: Ideologen, die aus Gründen der Welterlösung ihre Kraft eingesetzt haben; politisch zielbewußte Männer, die eine neue Staats- und Wirtschaftsordnung einführen wollten, und reichlich, in zu reichlichem Maße, verbrecherische Elemente, besonders in München, die sich ja bekanntlich überall da einstellen, wo Verwirrung ausbricht, wo neue Dinge geformt werden sollen, ohne Ansehen dessen, wohin die Bewegung getrieben werden soll, und die in Zeiten der Klärung wieder spurlos dahin verschwinden, woher sie gekommen sind. Und in München waren zum guten Teil notorische Narren mit am Ruder.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wie bei
(B) Kriegsausbruch!)

— Es ist notorisch bekannt, Herr Kollege Hoffmann! — **Unter den Führern der Bewegung in Bayern** war auch eine **Anzahl von Männern jüdischen Stammes**, und, wie ihren eigenen Parteifreunden geschienen hat, manchmal etwas viele. Ihre Motive habe ich nicht aufzuklären und nicht zu untersuchen. Ich kann mir vorstellen, daß es — wenn ich so sagen darf — vielleicht ghettogeborener Befreiungsdrang gewesen ist, vielleicht ideologischer Erlösungstrieb, der sie geleitet und an die Spitze der Bewegung geführt hat. Aber das eine meine ich doch, daß ein Blutbad aller Widerstrebenden doch nicht die Heilquelle zur Gesundung der Zeitgenossen sein konnte.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und)
im Zentrum.)

Die Verhältnisse der Räterepublik haben Bayern in zwei Lager gespalten. Druck erregte Gegendruck, Gewalt wurde gegen Gewalt gesetzt, und nun zeigt sich merkwürdigerweise wiederum die Erscheinung, daß auch unter denen, die **Führer der Gegenbewegung** sind, sich eine ganze Anzahl von Männern **nichtbayerischen Stammes** befinden, und ob sie allewege das Fühlen, die Stimmung und die Gedankenwelt der Bayern, um die sie sich doch früher recht wenig gekümmert haben,

(sehr wahr! im Zentrum und bei der Bayerischen
Volkspartei)

verstehen und erfassen, das steht mir noch nicht fest. Ich meine auch: ob der Gesang, der heute hier von diesem Pult aus von einem Redner der Rechten vorgetragen wurde, das versteckte Liebeswerben an die Bayerische Volkspartei und alle die, die es mit ihr halten, in Bayern die nötige Wirkung haben wird, wage ich billigerweise zu bezweifeln.

(Sehr gut! im Zentrum und bei der Bayerischen
Volkspartei.)

Ich möchte aussprechen, daß mir beim genauen Zu- (C)
sehen **in Bayern** ein **Spalt** zu klaffen scheint **zwischen der Hauptstadt und dem Lande.** Man hat oft davon gesprochen, daß Berlin, nicht bloß in politischer Beziehung, nicht das Deutsche Reich sei. In Bayern ist auch München nicht das ganze Land.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es wird geredet von diesen furchtbaren Bayern, in Liebe und Haß werden die Dinge immer übertrieben; aber mir scheint es mit den üblen Zuständen in Bayern zu gehen wie mit der Finsternis, die bekanntermaßen über dem ganzen Mittelalter gelastet hat: — im einzelnen merkte man nichts davon.

(Heiterkeit.)

So scheint es mir in Bayern zu sein. Die Leute fühlen sich dort ganz wohl. Im Lande will man Ruhe haben und arbeiten, der Bauer will pflügen, säen und ernten, der Arbeiter will an seiner Maschine stehen und den Hammer schwingen und der Handwerker will in seiner Werkstatt schaffen. Es ist ungemein bedauerlich, daß verantwortliche und unverantwortliche **Hetzer**, die **in das Land importiert** worden sind, durch ihr mißtönendes, erbärmliches Geschrei diese ruhige Stimmung stören, immer wieder da Kampf erwecken, wo eigentlich Arbeitsfriede herrschen müßte, damit man vorankommt.

Es sind hier, meine Damen und Herren, eine Menge von Presseäußerungen vorgetragen worden, die nicht bloß inhaltlich, sondern auch stilistisch schauderhaft sind.

(Zustimmung.)

Gewiß, in Bayern herrscht im allgemeinen ein rauher, aber herzlicher Familienton,

(Heiterkeit)

und man kann sagen, daß die Sprache und Ausdrucksweise bisweilen nicht die urbane Eloquenz und die Eleganz geschliffener Höflichkeit hat. Die rauhe Luft der Berge und der würzige Geruch des Waldes wittert (D)
manchmal auch um die Form der Diskussion selbst im Parlament.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Damen und Herren, mit gewollter Derbheit und gemachter Flegelhaftigkeit hat das gewiß nichts zu tun.

(Sehr richtig!)

Man hat hier den **„Miesbacher Anzeiger"** und auch den **„Völkischen Beobachter"** genannt. Man hätte auch noch eine Anzahl anderer Blätter nennen können.

(Sehr richtig!)

Was in diesen Blättern sich ausspricht, ist mißverstandener bajuvarischer Kraftadel. Man hat das oft vergleichen wollen mit der Kampfart des **Dr. Sigl**, der ja auch einmal Abgeordneter in diesem Hause gewesen ist. Aber, meine Damen und Herren, ich habe Sigl und sein „Bayerisches Vaterland" gekannt, — damit hat das nichts zu tun.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Denn bei Dr. Johann Baptist Sigl war Geist über den Wassern, und hier ist nur Wasser, — wenn auch manchmal gebranntes!

(Große Heiterkeit.)

Aber diese gemachte Art war schon immer da in Bayern, und ich muß sagen, sie ist auch früher da gewesen bei Organen, die heute das rühmen und fast anbeten, was sie früher bekämpft haben.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei und im
Zentrum.)

Vor 20 Jahren schon hat auch in einer seiner Satiren Frank Wedekind diesen Typus verspottet, der alles abtut mit dem einen großen, starken Wort, das sich ebenso durch seine Volkstümlichkeit wie Ungedrucktheit auszeichnet, und

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) dem Goethe im Götz von Berlichingen die Unsterblichkeit gerettet hat.

(Heiterkeit.)

Diese Dinge und diese Art des politischen Kampfes sind nicht dazu geeignet, die Probleme irgendwie der Lösung entgegenzuführen. Und wenn sich dazu noch das minderwertigste aller politischen Kampfmittel gesellt, der **Rassenhaß** und der **konfessionelle Haß,** dann ist der Tiefstand eigentlich erreicht. Der Herr Vorredner ist auf diese Dinge zum Teil eingegangen. Ich verkenne gewiß nicht, meine Damen und Herren, manche Provokation, nicht den vorlauten Ton und jene Art und jenes Wesen, das die Bayern ärgern muß. Ich verkenne nicht, daß sich dann manchmal in grimmem Ärger ein herzliches „Pfui Teufel!" der Brust des bayerischen Bauern entringt, wenn er seine ihm liebgewordene Tracht an Leibern sieht, die dafür geschaffen sind, wie meinetwegen der Elefant zum Frack.

(Große Heiterkeit.)

Ich begreife auch und verkenne durchaus nicht, daß heutzutage Lessings Nathan öfters Zeugnis geben kann: Der reichere Jude war mir nie der bessere Jude! Aber doch kann ich zu gleicher Zeit nicht einsehen, daß man im nationalen Verbande mit uns lebende Mitbürger in Bausch und Bogen zum Quell des Unheils und alles Übels stempeln will und sie bekämpft, und es stimmt einen immer trübe, daß aus dem geschmähten Juden in dem Augenblick, wo er sich zum deutschen, nationalen Wirken zusammenschließt in einem Verbande, im Munde der Schmäher plötzlich der edle Jude wird.

(Sehr richtig!)

Nicht nur der Rassenhaß ist der Inhalt des publizistisch-politischen Kampfes, wir erleben es — und das muß wieder einmal festgestellt werden; nur wenn man das klar ausspricht, kann man daran gehen, zu bessern! —,

(B) daß **der politische Gegner** eigentlich doch **vogelfrei** ist! Die vornehme Art, die Klingen zu kreuzen, wie es früher üblich gewesen ist, im ehrlichen Kampfe, ist heute vollkommen geschwunden. Wenn man heute in die Arena des politischen Kampfes hinuntersteigt, wird man mit Pferdeäpfeln beworfen; aus Gasse und Gosse und dem Sprachgebrauch der niedrigsten Tonart holt man die Motive. Der politische Gegner wird in seiner Ehrenhaftigkeit fortwährend berüpelt, seine Motive durch häßlichste Verleumdung in der übelsten Weise belichtet. Man darf es ruhig aussprechen und bedauernd feststellen, daß wir den Sitten des Wildwest bedenklich nahe gekommen sind, und es ist gar kein Wunder, wenn draußen das Volk, das diese feine Unterscheidungsgabe, wie man sie im Parlament lernt,

(große Heiterkeit)

ja doch nicht besitzt, jeden im öffentlichen Amte stehenden Mann nicht als seinen Vertrauensträger ansieht, sondern als einen zweifelhaften Marktschreier, der nur seine persönlichen Dinge besorgt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Diese beklagenswerten Erscheinungen müssen abgetan werden, und es ist erfreulich, daß in diesen Dingen hier in diesen Tagen der Anfang gemacht worden ist.

(Stürmische Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir darin fortschreiten, so werden wir vielleicht zu einer Verständigung kommen.

(Erneute große Heiterkeit.)

Ich weiß: diese Verständigung ist außerordentlich schwer; denn wenn von der einen Seite uns mit Rad und Galgen gedroht, die Vernichtung der Bourgeoisie, der Kampf bis aufs Messer gepredigt wird, wenn zum Siege des Internationalismus aufgerufen wird, so wird dagegen selbstverständlich der Gedanke des Nationalismus gesetzt werden müssen. Und dem Kampf aller gegen alle wollen wir mit dem Wunsche der Versöhnung aller mit allen (C) begegnen. Im Blätterwalde rauscht es natürlich genau so heraus, wie hineingerufen worden ist, und Echo und Ruf und Ruf und Echo schlingen sich durcheinander zu einer mißtönenden Kakophonie, daß die Stimme der Menschen überdröhnt wird und schließlich nicht zu unterscheiden ist, wer eigentlich den Anfang gemacht hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Mir scheint: diese Beruhigung muß von dem Gedanken geleitet sein, daß wir **alle Dienst am Vaterland** tun wollen. Dem Herrn Redner der deutschnationalen Partei, der heute hier gesprochen hat, möchte ich sagen, daß wir das nur können **in gegenseitiger Verständigung,** in gegenseitiger Annäherung und vor allem in gegenseitiger Achtung. Ich spreche es hier aus: nicht derjenige liebt sein Volk am meisten, meine Herren, dessen Blut im Rythmus der Preußenhymne, des Bayernliedes oder des Schwabengesangs durch die Adern rollt, sondern derjenige, der in einer solchen Lage Bein und Arm einstemmt, der mit Herz, Hirn und Hand arbeitet, damit es vorangeht, damit man aus der Wirrnis herauskommt, damit die Niedergebrochenen aufgerichtet werden; denn nur so ist es möglich, daß der Wiederaufbau und die Wiederaufrichtung des ganzen Volks und der Nation sich vollzieht.

(Lebhafter Beifall im Zentrum. — Lebhafte Zurufe.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Herren, die Versöhnung wird nicht herbeigeführt durch fortgesetzte Zwischenrufe.

(Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eisenberger.

Eisenberger, Abgeordneter: Frauen und Männer! Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht ein Redner von der mehrheitssozialdemokratischen Partei meine Partei, weil wir in der bayrischen Regierung sitzen, mit als Prügel- (D) knaben behandelt hätte. Wir hatten uns in dieser Debatte nicht beteiligen wollen, weil wir doch etwas Besseres zu beraten hätten als derartige Dinge, was überhaupt meiner Anschauung nach noch etwas verfrüht ist. Aber nun hat Herr Kollege **Gruber** eine heilsame **Mahnung** an mich gerichtet, d. h. an den **Bauernbund,** wir möchten mit den Demokraten die Konsequenzen ziehen, nämlich **aus der bayrischen Regierung herausgehen.** Ich habe gegen heilsame Mahnungen nie ein verstocktes Herz gehabt, und deswegen habe ich auch den heilsamen Ermahnungen des Herrn Kollegen Gruber gefolgt und werde mich in ganz kurzen Worten über die Sache aussprechen.

Nun bedaure ich, daß gerade damals, als die Kahr-Regierung bei uns in Bayern gegründet wurde, wo ich ja selbst noch im bayrischen Landtag war, gerade die Mehrheitssozialdemokraten ein so verstocktes Herz hatten,

(Heiterkeit)

und zwar gegen die heilsamen Ermahnungen der anderen Parteien. Ich kann mir ja denken, daß die damaligen Vorgänge beim Kapp-Putsch usw. niederschmetternd gewirkt haben; aber wenn damals auch die **Mehrheitssozialdemokraten** in die **Koalitionsregierung** eingetreten wären, wäre vielleicht vieles verhindert worden, was jetzt bedauert wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist ja gerade von der linken Seite und auch von den Mehrheitssozialdemokraten in der letzten Zeit soviel über Bayern losgezogen worden. Ich weiß nicht, Bayern war doch früher geachtet,

(Heiterkeit)

und ich kann mich nicht entsinnen, daß in der Geschichte einmal Bayern so verunglimpft wurde wie gerade in der Jetztzeit.

(Sehr wahr! und Heiterkeit.)

(**Eisenberger**, Abgeordneter.)

(A) Wir Bayern sind doch gute Kerle.

(Große Heiterkeit.)

Wir sind etwas derb, vielleicht etwas zu vertrauensselig. Das kann sein. Aber diese Verunstaltung Bayerns

(Heiterkeit)

ist zu bedauern, und es sind **immer Nichtbayern** gewesen, **die Bayern** in einen so **schlechten Ruf gebracht haben.**

(Zurufe rechts: Eisner! — Gegenrufe links: Kahr!)

— Ich komme auch noch auf Kahr. — In erster Linie hat Bayern einen schlechten Ruf bekommen durch die Räteregierung, die im Jahre 1919 in München ausgerufen wurde.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ihr habt aber mitgemacht!)

— Nein, ich war nicht dabei. Die Veranstalter waren Nichtbayern.

Auch bezüglich unserer **Einwohnerwehren** ist jetzt wieder eine große Hetze gerade gegen Bayern getrieben worden. Wer war aber schuld? Das waren auch wieder Nichtbayern.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade diejenigen, die den Charakter unserer Einwohnerwehren verhunzt haben, muß ich gleich sagen, worauf ich dann später noch zu sprechen komme, waren auch wieder Nichtbayern.

Meine Herren, unser **Ministerpräsident Kahr** ist ein guter Kerl.

(Große Heiterkeit.)

Darüber sind wir uns einig. Aber er war zu vertrauensselig und hat den deutschvölkischen und den norddeutschen reaktionären Einflüsterungen zu wenig Widerstand geleistet. Er war zu vertrauensselig, wie wir Bayern überhaupt sind.

(Heiterkeit.)

(B) Gerade die Bayerische Volkspartei hat in der vorigen Woche durch den „Regensburger Anzeiger" zur Kenntnis gebracht, daß sie es jetzt verspüren, daß ihnen die sogenannte erzreaktionäre Mittelpartei über den Kopf hinauszuwachsen scheint.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das war der Fehler. Dieser **reaktionäre norddeutsche Einfluß** war es, der uns jetzt wieder so in Mißkredit gebracht hat.

(Heiterkeit rechts.)

Man hat die Parole ausgegeben: Ruhe und Ordnung muß sein. Gewiß, auch ich bin für Ruhe und Ordnung. Aber das darf nicht das Mistbeet sein,

(Heiterkeit)

wo man die Reaktion, sagen wir einmal, in der allerschnellsten Weise großzieht.

(Große Heiterkeit.)

Gerade die Leute sind es, die z. B. im Reich die alte monarchische Regierung verhunzt und verschandelt haben; die wollen jetzt auch unsere Kahr-Regierung verhunzen und verschandeln. Sie schrecken auch vor keinen Gewalttaten zurück. Ich habe schon erwähnt, daß die Bayerische Volkspartei jetzt durch den „Regensburger Anzeiger" gewarnt hat vor dem rohen deutschvölkischen und ähnlichem politischen Gesindel. Das wird allerdings schon etwas spät sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nicht auf die weiteren Preßäußerungen eingehen, von denen ja heute so viel gesprochen worden ist. Aber die deutschvölkischen reaktionären Parteien, die unter der Parole, die Juden zu bekämpfen, bei uns in Bayern arbeiten, sind sehr gefährlich.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Heiterkeit rechts.)

Auch die bayerische Königspartei ist nicht viel besser. (C) Meine Herren, ich sage Ihnen, die Politik der deutschnationalen Partei ist mit ihren reaktionären Grundsätzen seit ihrem Bestehen zu scheuen. Die Katze läßt das Mausen nicht!

(Große Heiterkeit.)

Den Leuten ist nicht zu trauen. Die sind zu allen Gewalttaten fähig — siehe Kapp-Putsch usw.!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten! — Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn man demokratisch denkt, muß man sagen: bei uns in Bayern ist eine politische Atmosphäre geschaffen worden, bei der man sich gerade auch als bürgerlicher Abgeordneter fürchten muß: wer sich jetzt einmal erlaubt, in einer Versammlung gegen diese reaktionären deutsch-völkischen Bestrebungen aufzutreten, der kann auch einmal niedergeschossen werden.

(Hört! Hört! links.)

Da hat der „Regensburger Anzeiger" ganz recht, wenn er in der vorigen Woche geschrieben hat: es ist eine Atmosphäre geschaffen worden, auf die die Regierung ein scharfes Auge haben und mit allen Mitteln dagegen kämpfen muß.

Ich will gar nicht auf die Schießereien, auf die Revolution zurückgehen. Es ist die Revolution in Bayern angezogen worden. Ich meine, die **Revolution** hätte verhindert werden können, wenn unsere damaligen **waffentragenden Adeligen** ein bissel **mehr Schneid** gehabt hätten

(große Heiterkeit),

wenn sie sich nicht in die Mauselöcher verkrochen hätten. Die hätten damals leicht die ganze Eisner-Garde über den Haufen werfen können.

(Erneute Heiterkeit.)

Aber da haben sie den Schneid nicht gezeigt, den sie hintennach wieder gezeigt haben. Die Verhimmelung des Mörders von Eisner konnte erst recht nicht dazu beitragen, die Ruhe wiederherzustellen. (D)

Auf den Mord von Gareis brauche ich, glaube ich, nicht weiter einzugehen. Auch wir von unserer Partei verurteilen einen derartigen hinterlistigen Mord. Wie die Aufklärung ausfällt, werden wir ja sehen. Nach den Äußerungen in den verschiedenen deutsch-völkischen Zeitungen hätte draußen beim Volke der Eindruck entstehen können, es wären wirklich politische Motive maßgebend. Aber die Sache ist nicht aufgeklärt, und ich muß schon sagen, mit meinem beschränkten Verstande

(Heiterkeit; sehr richtig! rechts; Unruhe und erregte Zurufe links)

meine ich, war der Streik wohl nicht angebracht. Man sollte gewartet haben, bis der Bär erlegt gewesen wäre — ich meine nämlich den Bären, der den Gareis umgebracht hat —, dann wäre vielleicht der Streik eher am Platze gewesen.

Man hat den **„Miesbacher Anzeiger"** zitiert. Man sollte ihm den Gefallen nicht tun. Der hat dadurch nur gewonnen; es ist Reklame für ihn gemacht worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man soll dem nicht zuviel Wert beilegen. Es ist so ein Provinzpreßhündchen, so ein Pinscher, wie man sagt. Er bellt allerdings; ob er aber nicht hier oder da aus Tollwut bellt, das weiß ich nicht.

(Heiterkeit.)

Aber der Hund ist noch gar nicht eindressiert, der beißt ja auch seine eigenen Leute.

(Erneute Heiterkeit.)

Dem brauchen wir gar nicht so viel Aufmerksamkeit zu schenken.

Es gibt aber **andere Preßorgane**, die viel **gefährlicher** sind, z. B. den „Völkischen Beobachter", die von Stinnes gekaufte „München-Augsburger Abendzeitung", die „Deutsche Zeitung", die „Deutsche Tageszeitung",

(hört! hört! und sehr richtig! links)

(Eisenberger, Abgeordneter.)

(A) die konservative „Post“ usw. Ich meine, da muß die deutsche Regierung vorsichtig sein. Diese reaktionären Bratzen sind für die Regierung viel gefährlicher als die Pfoten des „Miesbacher Anzeigers“.

(Sehr richtig! und Heiterkeit links.)

Dann hat man ja sehr viele **Vereinigungen** gegründet, anscheinend um das arme Deutschland wieder aufzubauen. Bei uns haben wir Deutsch-Völkische Partei, Reform der Gutshöfe, Königspartei, Reichslandbund, Schutz- und Trutzbund. Sie haben außenhin einen **wirtschaftlichen Anstrich**, sie wollen wirtschaftliche Vorteile bringen. Ich glaube es aber nicht, die kommen mir vor wie übertünchte Gräber, die auswendig wirtschaftlich schön aussehen und inwendig voll reaktionärer Würmer sind.

(Stürmische Heiterkeit.)

Mit diesen Vereinigungen ist die größte Vorsicht geboten.

Zur **bayerischen Einwohnerwehr** ein paar Worte! Der Herr Kollege Gruber hat gemeint, sie werde nicht aufgelöst. Soweit ich Erfahrung habe, hatten, als ich von Hause fortgegangen war, die sämtlichen Obleute beschlossen, die Waffen im Interesse des Reiches freiwillig abzuliefern. Man kann es den Leuten draußen nicht verargen, wenn sie sich nicht gern von dieser Schutzorganisation trennen. Denn draußen auf dem Lande hat man die Einwohnerwehren als nichts anderes betrachtet als Schutz für Eigentum und Person. Zu dem Zweck wurden sie ja damals von der sozialistischen Regierung in Bayern geschaffen. Deswegen sagen sich die Leute draußen: wir verstehen es nicht, warum jetzt die Entwaffnung gekommen ist. Man hat noch ganz gut in Erinnerung die Räteregierung, den kommunistischen Putsch in Mitteldeutschland usw. Und deswegen haben die Leute immer noch Angst.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Kein Beifall drüben? — Zuruf links: Das überlassen wir Ihnen!)

(B) Ich sage, man kann es den Leuten nicht verübeln. Aber, meine Damen und Herren, die Bauern, das Landvolk sagt: wenn jetzt wieder einmal ein Putsch von links kommt und wir haben keine Waffen mehr, dann sind diejenigen schuld, die den Charakter unserer Einwohnerwehr verhunzt haben, und das waren die **norddeutschen Säbelraßler**, die sich bei uns **bei der Einwohnerwehr** in Bayern eingenistet haben.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Wie ich gesagt habe, die Leute sagen sich: wir trauen den Kommunisten nicht, das sind gefährliche Leute. Sie sind auch meiner Anschauung nach gefährlich. Wenn man zum Beispiel die Zeitungen der Kommunisten liest, ihre Reden hört gegen den Staat, so sieht man, die Herren huldigen dem Grundsatz: Willst Du nicht mein Bruder sein, schlag' ich dir den Schädel ein. Es sind aber auch die da drüben (nach rechts) gefährlich.

(Heiterkeit.)

Die huldigen dem alten wilhelminischen Grundsatz —

(Zurufe von den Deutschnationalen: Traurige Bauern, die so reden! — Heiterkeit.)

— Ich würde mich als demokratischer Bauer schämen, wenn ich bei der reaktionären Gesellschaft da drüben ganz rechts sitzen müßte. — Denn die huldigen dem Grundsatz: Wer für mich ist, den erhebe ich, wer gegen mich ist, den zerschmettere ich. Also da hat der Kollege Heim ganz recht: in der Brutalität sind beide gleich, die ganz Linken und die ganz Rechten.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, ich habe gesagt, die Einwohnerwehren haben bei uns durch die reaktionären norddeutschen Einflüsse an Charakter verloren. Als Schutzorganisation waren sie geplant, aber sie sind als eine militärische Provokation ausgebildet worden.

(Sehr richtig! links.)

Und das war der Fehler und der Grund, warum unsere (C) Einwohnerwehren bei der Entente, bei unseren Feinden ein so großes Mißtrauen erregt haben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Wenn es nur eine Schutzorganisation sein sollte, war es doch nicht mehr richtig, daß man in München einen Festzug abhielt, bei dem Zehntausende mit Gewehren mitmarschierten, dabei ein ganz herausfordernder Schwur vor den Augen der Entente gehalten wurde, wenn man Fahnenweihen hielt, wenn man direkt provozierende Reden hielt usw.

(Sehr richtig! links.)

Das muß doch den Eindruck machen, daß es sich dabei nicht nur um eine Schutzorganisation handelt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Lande draußen haben die Leute eine ganz andere Anschauung von der Einwohnerwehr gehabt als in der Stadt, namentlich in der Großstadt, in München. Wenn zum Beispiel die Herren von der Einwohnerwehr in München, die sonst nichts zu tun hatten, täglich mit Musik auf den Schießplatz gezogen sind, wenn sie sich provozierend als militärische Einrichtung dargestellt haben unter den Augen der Entente, dann ist es doch kein Wunder, wenn uns derartig schwere Folgen der Entwaffnung auferlegt wurden.

(Sehr wahr! links.)

Ich will gar nicht reden von der ganz widersinnigen Reise nach Innsbruck. Ferner wie **Oberst v. Xylander**, ein sonst gebildeter Mann, **herausfordernde Reden** gehalten hat, wie es seinerzeit am 6. Februar war, wo er in der Feldherrnhalle gegen diese Pariser Forderungen protestierte, und auch mit Recht, und dann sind 3000 von diesen deutschvölkischen Windbeuteln

(Heiterkeit)

zu dem Hotel „Zu den vier Jahreszeiten“ hingezogen, haben **bei der Ententemission demonstriert** und haben ge- (D) sungen: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. Ja, meine Herren, waren denn die Herren verrückt,

(Heiterkeit)

dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn uns von der Entente so große Lasten auferlegt werden.

(Sehr gut! links.)

Diese Herren sind es, die uns die Einwohnerwehren verhunzt und verschandelt haben.

Aber die Herren auf der Linken brauchen nicht ängstlich zu sein; die Waffen werden abgeliefert. Nur fürchten unsere Landleute, daß die **Waffen der Kommunisten** nicht abgeliefert werden, und daß unsere Leute auf dem Lande, wenn wieder einmal so ein Putsch kommt, wehrlos dastehen. Wenn aber die Waffen restlos überall abgeliefert werden, dann könnte man beruhigt sein.

Ich will zum Schlusse kommen. Ich stimme dem Herrn Reichskanzler zu, wenn er in der vorigen Woche sagte, daß man der jetzigen Regierung ungerechte Vorwürfe macht. Es ist nun auffallend, daß man auch gerade bei uns in Bayern in den deutsch-völkischen Zeitungen, auch in den deutschnationalen oder Mittelparteizeitungen eine furchtbare **Judenhetze** treibt. Ich bin kein Freund der Juden, aber Rassenkampf habe ich nicht geliebt, und gerade die Herren, die jetzt so über die Juden aufschneiden, haben gar keinen Grund dazu. Es ist nämlich furchtbar hart, die Grenze zu ziehen zwischen den beschnittenen und den unbeschnittenen Juden; es gibt christliche Juden, die viel schlechter sind als beschnittene.

(Große Heiterkeit.)

Es steht historisch fest, daß doch eigentlich die alte monarchische Regierung die Juden großgezogen und ihnen überall gehuldigt hat. Ich nenne nur Bismarck, der zum Sachwalter über die den Hannoveranern gestohlenen

(Eisenberger, Abgeordneter.)

(A) 40 Millionen den Juden **Bleichröder** einsetzte. Ich will auch nicht eingehen auf den alten fahnenflüchtigen Kaiser und seine **Hofjuden.**

(Pfuirufe rechts. — Heiterkeit links.)

Die Juden haben damals beim Exkaiser immer dann Wohlwollen gefunden, wenn sie über Millionen verfügten. Die alte Regierung hat die Juden großgezogen und hat die Geister heraufbeschworen, die Sie jetzt nicht mehr loswerden. Wie gesagt, ich bin kein Freund der Juden; aber ich meine, ein derartiger Rassenkampf hat keinen Wert und trägt nicht zur Versöhnung bei.

(Sehr richtig! links.)

Und dann vergessen doch diese Deutschnationalen in ihrer Hetze gegen die Juden, daß die **Bauernschinder vor** dem Jahre **1848** und über das Jahr 1848 hinaus keine Juden waren.

(Sehr gut! links.)

Das waren **christliche Juden,** das waren Ihre Vorfahren, Herr v. Graefe.

(Große Heiterkeit. — Zurufe rechts.)

Die Grundherren haben damals die Bauern in der Zeit der Leibeigenschaft so geschunden. Gerade die preußischen Junker haben Jahrhunderte die Bauern am meisten geschunden.

(Hört! Hört! links.)

Die haben die Bauern viel besser geschunden als alle Juden.

(Große Heiterkeit. — Zurufe rechts.)

— Da kennen Sie aber die Geschichte Ihrer Vorfahren sehr schlecht, Herr v. Graefe.

(Große Heiterkeit.)

Ich will nicht weiter darauf eingehen, aber ich meine doch, die Nachkommen der Bauernschinder sollten jetzt nicht so über die Juden schimpfen; denn die Juden haben den Bauernstand lange nicht so geschunden wie Ihre Vorfahren, Herr v. Graefe, die früheren Grundherren und auch sogar

(B) die Herren von Gottes Gnaden.

(Hört! Hört! links.)

Es ist auffallend, daß die Herren von den Deutschnationalen so über die Juden schimpfen; aber, es ist ihnen recht, wenn bei der Wahl Stimmen von den Juden für sie abgegeben werden,

(Zurufe links)

auch Gelder. Ihr früherer Parteisekretär, der das deutschnationale „Gewissen" geschrieben hat, hat das ja so schön gekennzeichnet, weil das Geld nicht stinkt.

(Zurufe links.)

Auch haben einige von diesen Herren zur Blutauffrischung Jüdinnen geheiratet,

(große Heiterkeit)

weil das Geld nicht stinkt.

(Erneute Heiterkeit und Zurufe.)

Man muß in der Politik sehr vorsichtig sein, meine Herren.

(Sehr wahr! rechts.)

Gewiß Ruhe und Ordnung müssen sein; aber ich traue den Herren von ganz rechts nicht, wenn sie wieder obenaufkommen, kann es wieder so gehen, wie es unseren Vorfahren gegangen ist.

(Sehr gut! links.)

Das fürchten wir, meine Herren, und deswegen sage ich: Vorsicht, die Katze läßt das Mausen nicht.

(Große Heiterkeit)

Meine Herren, ich kann nicht begreifen, daß gerade die Herren rechts der jetzigen Regiernng immer Vorwürfe machen. Ja, die Herren sind doch schuld durch ihre Kriegsverlängerungspolitik,

(sehr richtig! links)

durch ihre Friedensverhinderungspolitik, daß in Deutchland die Karre so tief im Dreck steckt,

(sehr richtig! links)

und seien Sie froh, wenn sich jetzt eine Regierung hergibt und den Willen hat, den Karren aus den Dreck heraus- (C) zuziehen. Bei Ihnen ist die Nation nicht die Hauptsache, sondern die Partei.

(Sehr wahr! links. — Zurufe links: Und der Geldsack!)

Ich bin kein Freund der preußischen Regierung,

(Zuruf rechts: nein!)

ich habe auch gegen das Ultimatum gestimmt, aber ich sage mir: das Ultimatum ist angenommen. Die jetzige Regierung hat den Willen und zeigt den Willen, daß sie alles Mögliche leisten wird, um unser Vaterland wieder aufzubauen, und deswegen dürfen derselben keine Schwierigkeiten gemacht, keine Prügel unter die Füße geworfen werden. Ich meine, wir müssen zusammenstehen, wir müssen schauen, daß die Demokratie, die Republik aufrechterhalten bleibt,

(bravo! links)

und dann müssen wir Obacht geben auf die Herren (zur äußersten Linken zeigend), aber auch auf die Herren (nach der äußersten Rechten zeigend).

(Große Heiterkeit.)

Das sind heute diejenigen, die gegen die Republik arbeiten, die die Republik unterminieren wollen, die wieder hochkommen wollen. Deswegen müssen wir zusammenstehen, nicht nur die Arbeiter, die auf demokratischem und verfassungsmäßigem Boden stehen, auch der Bauer und der Bürger muß mittun, damit wir wieder in die Höhe kommen.

(Lebhaftes Bravo links.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Als letzter Redner kommt zum Worte der Herr Abgeordnete Soldmann (Franken).

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Gegenrufe rechts.)

— Meine Damen und Herren! Ich bitte diese gegenseitigen persönlichen Zwischenbemerkungen doch zu unterlassen; die sind auch kein Mittel zu einer Versöhnung. (D)

Soldmann (Franken), Abgeordneter: Wer die letzten drei Herren von dieser Stelle aus hat sprechen hören, der müßte zu der Überzeugung kommen, daß es nach der Begründung der Interpellation Aderhold und Genossen wegen der Ermordung des bayerischen Abgeordneten Gareis ohne weiteres in einem demokratischen Parlament möglich gewesen sein mußte, daß hier eine Untersuchungskommision eingesetzt würde um die schweren Anklagen auf ihren wahren Wert zu untersuchen, und zwar hätte dies von der bayerischen Regierung und ihren eigentlichen Freunden geschehen müssen. Statt dessen sind wir in diesem Hause einer Debatte begegnet, die nur in ganz losem Zusammenhang mit dem Morde an Gareis stand, und die insbesondere, soweit die Herren von rechts in betracht kommen, nur den eigentlichen Kern verdecken sollte, als ob es eine **intellektuelle Urheberschaft** wegen **dieses Mordes** tatsächlich nicht gebe. Man hat in den verschiedensten Situationen Hohnlachen übrig gehabt. Die **Presse der Rechten** spricht in den letzten Tagen von einem Verbrechen an der nationalen Würde u. s. f. In Wirklichkeit, werte Anwesende, ist das Verbrechen doch begangen von eben dieser Presse, die eine politische Atmosphäre und Stickluft erzeugt hat, in der diese Morde gedeihen können. In dem „Fränkischen Kurier" vom Samstagmorgen heißt es:

> Was Unterleitner zur Begründung anführt, ist eine Kette ununterbrochener, blindwütiger, gemeinster Verdächtigungen ohne jede Spur von Beweisen. Nur ein politischer Rabulist schlimmster Sorte kann sich in seinem tödlichen Haß gegen eine Regierung der inneren Ordnung zu solchen geradezu hirnrissigen Behauptungen hinreißen lassen.

(Hört! hört! links.)

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, dies klingt nicht wie Versöhnungsschalmeien. Dieser „Fränkische Kurier" nennt sich noch ein demokratisches Blatt,

(hört! hört! links)

ein demokratisches Blatt, dem auch der Kollege Hamm nicht ganz fernsteht. Hier muß festgestellt werden, daß nicht Beschuldigungen erhoben worden sind, sondern man hat hier klipp und klar aus dem Munde des Kollegen Unterleitner gehört, daß diese lange Kette von politischen Verbrechen in Bayern nicht zurückzuführen ist auf Einzelpersonen und auf Gedanken einzelner, sondern daß sie nur gedeihen kann in dieser politischen Stickluft, in der wir uns befinden. Hier muß tatsächlich erklärt werden, daß, wenn jetzt die rechtsstehende Presse glaubt, behaupten zu müssen, Gareis sei gefallen, weil er der Entente Waffen verriet, weil er in irgendeiner Form sich so betätigte, die seine Beseitigung im Interesse der Allgemeinheit notwendig erscheinen ließ, dies eine unerhörte Unverfrorenheit ist. Was Gareis zur Last gelegt werden kann, ist, daß er seinerzeit in dem Falle Dobener-Pracher sich darum bemühte, dieser sogenannten Mörderzentrale nachzuspüren. Das hat ihm die Reaktion auf keinen Fall verzeihen können.

Der Herr Reichskanzler Dr. Wirth hat den Mord genügend gekennzeichnet und erklärt, man müsse mit politischen Schlüssen zurückhalten. Man kann diese **Erklärung des Herrn Reichskanzlers** insofern begreiflich finden, als er sich sehr wohl bewußt ist, mit welchen Schwierigkeiten und Widerständen er bei denjenigen zu rechnen hatte, die heute die Träger der Regierung Kahr oder aber doch deren politische Hintermänner sind.

Wenn hier von dem Herrn Reichskanzler die Erklärung der bayerischen Regierung bekanntgegeben wurde, es werde nach dem Mörder gesucht, so klang doch hieraus nichts anderes hervor wie eine **Verdächtigung des Begleiters** (B) **von Gareis, Seraing.** Es klang aus der bayerischen Regierungserklärung, als ob man den Mord ihm anhängen müsse. Wenn man behauptet, Seraing hätte Gareis erst an diesem Abend, in dieser Versammlung kennen gelernt und sich ihm zur Begleitung angeboten, so stelle ich von dieser Stelle aus fest, daß Seraing den Gareis bereits seit anderthalb Jahren kannte und nicht allein vorübergehend.

Wenn man sagt, man habe keine Zeugen und keinen Anhalt für die Mörderspur, so ist das allerdings richtig. Aber wir haben doch eine ganze Anzahl von Mördern, die persönlich bekannt sind und deren Aufenthalt man kennt. Und doch wird nichts unternommen. Hierin sieht die bayerische Arbeiterschaft das Schlimme. Bis weit über die bayerischen Grenzen hinaus hat man kein Vertrauen zu der „ehrlichen" Bestrebung der bayerischen Regierung, diesen Mörder zu finden, wenn man sieht, daß bekannte Mörder entweder **gar nicht zur Verantwortung gezogen** oder, wo sie zur Verantwortung gezogen werden, mit lächerlich geringen Strafen abgetan werden.

(Sehr wahr! links.)

Hierin liegt das Ganze. Ich will nur erinnern an die Ermordung von Gustav Landauer, an die Ermordung von Professor Horn, an das Erschießen der 53 Russen bei Gräfling und soviele andere Dinge, wo man die Mörder genau kennt und doch nicht eingeschritten wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann will ich noch an etwas anderes erinnern. Als seinerzeit unter der Räterepublik in den Maitagen Levine-Nissen im Gebirge festgenommen wurde, hat man mit ihm kurzen Prozeß gemacht. Damals hat das Stadtgericht München mit affenartiger Geschwindigkeit gearbeitet. Es ist Levine-Nissen der Prozeß gemacht worden, er wurde an die Wand gestellt und erschossen, obwohl man ihm keinen Mord nachweisen konnte. Wenn man aber davon ausging, in Levine-Nissen den intellektuellen Urheber alles dessen zu suchen, was sich in den April- und Maitagen in Bayern, in München ereignete, dann könnte man mit demselben Recht verlangen, daß man auch die intellektuellen Urheber des Mordes an Gareis zu fassen verpflichtet wäre, und wenn man sie auch nicht gleich an die Wand zu stellen braucht, so soll man sie doch vor das Gericht stellen und für eine Sühne dieser wahnwitzigen, barbarischen Mordtat Sorge tragen. (C)

Ich stimme dem bei, was hier über die **Verwilderung der Sitten in der Presse** und sonstwo, übrigens nicht allein in Süddeutschland, sondern auch anderwärts, gesagt wurde. Hier habe ich ein Organ, das den Herren von der Rechten nahesteht, das **„Leerer Anzeigeblatt"**, das sich gleichzeitig als amtliches Organ für den Magistrat und die städtische Polizeiverwaltung zu Leer bezeichnet und die größte Tageszeitung Ostfrieslands zu sein behauptet. Die betreffende Nummer ist erst acht Tage alt, sie ist datiert vom 13. Juni 1921. Ich will daraus nur einige Sätze vorlesen. So heißt es:

> Mit einem heiteren, mit einem nassen Auge spielen die sozialistischen Führer Entrüstung und reiben sich stillvergnügt die Hände, denn jetzt ist der Tag gekommen, endlich, endlich da man sich fühlen, laute Reden halten kann, in denen aus jedem Worte der Haß gegen die bürgerliche Ordnung schreit . . . . Die Arbeiter werden auf die Straßen kommandiert und ihre Hirne mit Bürgerblutrausch benebelt . . . . Es blüht der Weizen für die Umsturzbewegung, ein Landarbeiterstreik ist in Oberbayern im Gange und trägt bedenklich bolschewistischen Charakter.

Nun ist hier doch eine ganze Anzahl bayerischer Abgeordneter zu Wort gekommen; aber keiner wußte von einem bolschewistischen Landarbeiterstreik in Oberbayern.

Dann heißt es weiter:

> Aus Mitteldeutschland zucken wieder revolutionäre Lichter auf. Russische Bolschewistenkommissare treffen zum „Kurgebrauch" in Berchtesgaden ein. (D)

Man muß sagen: Jeder Satz eine Lüge, eine Verleumdung aus dem inneren Bestreben hinaus, die Massen herauszufordern, um sie vor die Maschinengewehre treiben und dann den Nachweis liefern zu können, daß die Orgesch, die Orka, und wie alle diese gegenrevolutionären Organe heißen, ihre Begründung in den augenblicklichen Zuständen und in dem System finden.

Weiter heißt es in dem Blatte:

> Unsittlich ist es nur, aus einer Mordtat politisches Kapital schlagen zu wollen. Das heißt den beklagenswerten Tod eines Menschen, über dessen Wert für die menschliche Gesellschaft man verschiedener Meinung sein kann, vervielfachen und neue Opfer heischen. Das wollen die linksradikalen Führer. Die Proklamierung des Generalstreiks ist der Auftakt zu neuem Blutvergießen. Wenn durch drei Tage eine Menge von irregeleiteten, in ihren dunkelsten Trieben aufgewühlten Menschen in Versammlungen zusammengerottet wird, in denen jedes zweite Wort den Begriff des Eigentums verhöhnt, dann an Schaufensterläden vorbeimarschiert, da müssen die bösesten Instinkte erwachen. Plünderungen sind unvermeidlich.

Nein, verehrte Anwesende, sie sind nicht unvermeidlich; aber sie werden von Ihnen auf der Rechten gewünscht, denn Sie brauchen die Plünderungen einer herausgeforderten Masse, um gegen sie vorgehen zu können. Diese Auslassungen von Hetzorganen, wie sie seit Monaten ihr Unwesen treiben, ließen sich noch vervielfachen. Man muß sich eigentlich wundern, daß die Rechte, die der Kahr-Regierung so ziemlich nahe steht und in ihr das zu erstrebende Ziel erblickt, die Rede des Herrn Reichskanzlers,

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) der diese Auswüchse in der Presse, die Morde zeitigt, kennzeichnete, mit so lauter Entrüstung aufgenommen hat.

Ich möchte anknüpfen an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, der erklärte, der **Belagerungszustand** werde bald überall aufgehoben werden, sehr bald in Preußen — er hat das nicht gesagt, man konnte es aber aus seinen Worten hören —, dann würde Bayern wohl auch folgen, Bayern, von dem ich hier noch einmal feststelle, daß es seit dem 31. Juli 1914 ununterbrochen unter dem Belagerungszustand ächzt. Ich habe seinerzeit aus Anlaß des Antrages auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern hier wörtlich ausgeführt: „In Bayern besteht der Belagerungszustand als bis ins kleinste ausgeklügelte Klassendiktatur der besitzenden Klassen. Diese Klasse hat, unter Verhöhnung von Recht und Gesetz und mit frommem Augenaufschlag Demokratie heuchelnd, den ganzen mächtigen Apparat der Orgesch, der Technischen Nothilfe und Zeitfreiwilligenverbände und der Klassenjustiz mit Geldern der Großindustrie und Banken sich unterworfen und wendet ihn tagtäglich in der brutalsten Weise an". Das trifft auch heute noch vollständig zu. Ich habe damals erklärt: „Reichsregierung und Reichstag sind es ihrer Ehre schuldig, diesen unhaltbaren, Recht und Sitte hohnsprechenden Ausnahmezustand sofort zu beseitigen, wenn sie nicht als mitschuldig an diesem ungesetzlichen, durch nichts begründeten Ausnahmerecht bezeichnet werden wollen". Daß diese Fälle in Bayern passieren können, läßt sich nur durch den Belagerungszustand ermöglichen, unter dem ausschließlich die Linksparteien und niemand anders zu leiden haben. Die Mißachtung dessen, was der Reichskanzler erklärte, sehen wir daraus, daß in München bei dem Trauerzug aus Anlaß der **Beerdigung von Gareis Panzerautos** aufgefahren werden konnten. Das ist doch ein geradezu herausforderndes System, das direkt beschämend wirkt. Man könnte sich höchstens darüber freuen, sagen zu können: nun können

(B) wenigstens diese Panzerautos nicht mehr gegen die Arbeiterschaft mißbraucht werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Wirth hat dann die Korrespondenz der „Bayerischen Volkspartei" vorgelesen und daraus den Beweis führen wollen, daß hier wohl auch eine Abkehr von dem bisherigen System die Folge sein würde. Man konnte fast zu dieser Überzeugung kommen, wenn nicht Herr Schwarzer als nächster Redner diesen ganzen schönen Aufbau illusorisch gemacht hätte.

Man hat so viel von dem **„Miesbacher Anzeiger"** gesprochen und erklärt: dieses Blatt ist ja gar nicht wert, daß man ihm solche Reklame macht. Das ist allerdings richtig. Aber es muß doch konstatiert werden, daß diese Sumpfpflanze der persönlichen politischen Brunnenvergiftung heute nicht zu Hunderten, sondern zu Tausenden in den Straßen Münchens abgesetzt wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es bildet die geistige Kost für jene Kreise, die die Hintermänner der politischen Morde und der Anrempelung von linksstehenden Arbeiterführern sind.

Herr Dr. Heim bestritt, daß **Ludwig Thoma,** der früher unter dem Namen Peter Schlemihl im „Simplizissimus" zeichnete, für das, was im „Miesbacher Anzeiger" enthalten sei, verantwortlich sei. Ich muß schon sagen: die Botschaft hör' ich wohl, allein es fehlt der Glaube. Es wäre längst notwendig gewesen, und Thoma hätte längst Zeit gehabt, zu erklären, daß er — der früher ein Theaterstück erster Klasse geschrieben, in dem er den zünftigen Geist, der damals in der ihm verhaßten Zentrumspartei herrschte, geißelte — mit diesem „Miesbacher Anzeiger" nicht liiert sei.

Werte Anwesende! Die ganze Situation ist ja in ziemlich eingehender Weise auch von dem Kollegen Gruber geschildert worden. Gruber hat erklärt: es wird notwendig sein, **die Deutschnationale Sumpfpflanze,** die man früher **in Bayern** nicht gekannt hätte mit Stumpf und Stil auszurotten. Verehrte Anwesende! Hiermit wird allein uns nicht gedient sein. Man kann sehr wohl im politischen Leben geteilter Meinung sein. Es mag unter Ihnen Menschen geben, die glauben, die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, in der eine Handvoll Menschen im Überfluß leben und schlemmen und auf der anderen Seite Hunderttausende sich nicht satt essen können, sei das höchste Ideal. Aber dieser Kampf um eine Welt- und Wirtschaftsordnung ließe sich auch anders führen in der Presse und in Versammlungen, als daß man demjenigen, der nun unzufrieden mit dieser heutigen Wirtschaftsform ist, eben ohne weiteres das Erschießen, das Aufhängen oder sonst irgendein Um-die-Ecke-Bringen androht. Ich will hier nicht darauf eingehen, in wieweit es von der Regierung Kahr zu hoffen steht, den heutigen Belagerungszustand in Bayern zu beseitigen. Wir glauben nicht daran, daß er beseitigt wird. Er wird als notwendig betrachtet, und zwar einseitig notwendig, um den Kampf gegen die Arbeiterschaft zu führen. Es muß doch einmal festgestellt werden: in Bayern ist nicht im geringsten seit zwei Jahren mehr etwas vorgekommen, was nicht in jedem anderen Staat, in jedem anderen Bezirk und Kreise von ganz Deutschland vorkommt. Es besteht keinerlei Grund, diesen Belagerungszustand als solchen aufrechtzuerhalten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Anwesende! Wenn hier wiederum vorgetragen wird, daß die **Waffenablieferung** nicht vor sich geht, obwohl der Herr Reichskanzler es behauptet, daß auf der anderen Seite hier festgestellt wurde, daß im Weihenstephan man die Waffen wieder zurückholen sollte, — diese Fälle ließen sich vervielfältigen. Wenn hier davon gesprochen und in der Presse gedruckt worden ist, daß im (D) Hotel Grünwald in Kellerräumen Preisschießen der Einwohnerwehren veranstaltet werden, dann, werte Anwesende, muß man allerdings zu der Überzeugung kommen: hier wird daran gezweifelt. An die Versuche von dem Obersten Xylander, die ursprüngliche Zahl von 400 000, dann von 320 000 Gewehren, die in Bayern vorhanden sind, zurückzuschrauben auf 100 000, zuletzt nurmehr auf 20 000 Gewehre, wird doch kein Mensch glauben. Hier muß schon einmal gesagt werden: diese Situation, die Arbeiterschaft vollständig und restlos zu entwaffnen und auf der anderen Seite einen reaktionären Geist in die Einwohnerwehr hineinzutragen, der geradezu herausfordernd wirken muß, — das ist die Stimmung, der Sie in Bayern begegnen. Hier besteht — und nicht mit Unrecht — die Befürchtung innerhalb der Arbeiterschaft, daß man von rechts eben den **weißen Terror** zu befürchten hat, um so mehr, weil die Verbindungen sich nicht allein über Bayern erstrecken, sondern auch über Tirol, vor allen Dingen über Oberösterreich, ja sogar bis nach Ungarn. Die Zusammenkünfte in Reichenhall waren nicht zwischen russischen bolschewistischen Kommissaren, sondern zwischen reaktionären Elementen, damit die Monarchisten den weißen Schrecken nach Rußland bringen möchten, und zwar in Verbindung mit den ungarischen Schlachzizen, die eben heute ein Schreckensregiment dort aufgerichtet haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Verehrte Anwesende! Herr Gruber hat von **Magnus Hirschfeld** und vielen anderen erzählt. Die Vorstellungen, die von den interessierten Kreisen bei dem Herrn Polizeigewaltigen **Pöhner** erhoben wurden, haben eine geradezu **lächerliche Antwort** gezeitigt, eine Antwort dahingehend, daß ein Schutz nur dann gewährt werden könne, wenn ein Aufgebot von soundso viel Truppen vorhanden wäre. Das steht auf dem gleichen Niveau wie die Antwort, die

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) man seinerzeit dem Direktor der Münchener Kammerspiele gegeben hat: führt nur die Stücke auf, die keinen Anstoß erregen, dann wird euch nichts passieren!

Verehrte Anwesende! Hierzu hat die Polizei keine Zeit. Dagegen ist ein **Schnüffelsystem** — das ist wiederholt in der Debatte über diese Fragen zum Besten gegeben worden — **in Bayern** an der Tagesordnung, wie wir es in keinem anderen Lande finden. Es ist mir selbst passiert, daß an Orten, wo ich sprach, Polizei vorhanden war, und zwar keine geringe, wo man doch der dortigen Polizei nicht traute, sondern erst einige Tagereisen von München machen ließ, um von den Organen der Pöhnerschen Polizeidirektion direkte Überwachung vornehmen zu lassen. Das riecht nach allem anderen als nach einem Sparsamkeitssystem.

Verehrte Anwesende! Die ganze Rede des Herrn Schwarzer war nichts als eine scharfe Hetze gegen die Linke. Er hat unter Herausforderung meiner Parteifreunde und überhaupt der gesamten Linken erklärt, daß man mit dieser Interpellation nichts anderes bezwecken wolle, als den Fremdenzuzug nach Bayern zu unterbinden; und er jubelte und sagte, daß das Geschäft der Fremdenindustrie floriert. Gewiß, wer sich erholen will, kommt doch. Aber seine Behauptung, daß man von **Unfreiheit** nichts merkt, stimmt doch nicht. Ich bin selbst mit Abgeordneten der Rechten **in Bayern** gereist, die sich weidlich darüber entrüsteten, als sie im D-Zug Hof-Regensburg oder Hof-München oder auf der anderen Seite, auf der Strecke Lichtenfels, nicht einmal, sondern wiederholt von Polizeiorganen visitiert und gefleppt wurden. Das ist eine Unfreiheit, wie sie in keinem anderen Bundesstaat in ganz Deutschland besteht. Die Kreise, von denen Herr Schwarzer sprach, die dort ihr Geld verbringen, verleben allerdings in Bayern sehr schöne Zeiten. Daran zweifeln wir keinen Augenblick.

(B) Wenn aber Herr Schwarzer fragt, wer **Vorteil von dem Morde** habe, so ist das eine indirekte Frage, die eine sehr niedrige Behauptung in sich birgt. Es muß doch hier einmal erklärt werden, daß diese Ermordung des Abgeordneten Gareis nur ein Glied in der langen Kette von Übergriffen ist, die sich ausschließlich von rechts gegen links ereignen

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wo sind denn die gemordeten Angehörigen der Bourgeoisie, wo sind denn die Personen, die aus rechtsstehenden Kreisen umgebracht worden sind, von denen Sie (nach rechts) hier immer sprechen? Meinetwegen einige wenige gegenüber Tausenden aus der Arbeiterschaft!

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist doch das Fazit aus den letzten Jahren, von 1918 bis auf den heutigen Tag. Sie möchten immer den Anschein erwecken, als ob auch auf der äußersten Linken, bei den sozialistischen Parteien, Blutrünstigkeit bestände. Das Gegenteil davon ist richtig. Sie werden keine einzige linksstehende Zeitung nennen können, die so viel **Gefühlsroheit** aufweist und in solchen Tiefen watet, wie die **Presse der äußersten Rechten,** wozu ich nicht allein den „Miesbacher Anzeiger" zähle. Diese Provokation der Arbeiter können Sie auch in einem norddeutschen Blatt, dem „Leerer Anzeiger", nachlesen.

Man muß ja darauf hinarbeiten, um die Notwendigkeit dessen zu beweisen, was heute existiert. Herr Schwarzer entrüstete sich über die Aufforderung zum **Generalstreik.** Eine solche Auffassung wird sich niemals mit der unsrigen vereinbaren lassen. Wir sind eben der Meinung, daß ein Streik nicht nur stattfindet, um einige Pfennige Lohnerhöhung zu erzielen, sondern daß es auch andere Momente gibt, die Arbeitskraft zu verweigern und die Massen auf die Straße zu rufen, um der bürgerlichen Gesellschaft zu zeigen, daß solche Übergriffe auch einmal ein Ende finden müssen. Es klang fast wie eine Entschuldigung, als Herr Schwarzer sagte, daß die christlichen Arbeiter nicht mitgemacht hätten, als ob es noch etwas Größeres gäbe als den Mord. (C)

Verehrte Anwesende! Allein die Verdächtigung, die Herr Schwarzer ausgesprochen hat, daß im Schutz- und Trutzbunde freie Gewerkschaftler vorhanden seien, daß eigentlich die Linke dem „Völkischen Beobachter" näher stände, als die Rechte oder die Mitte, ist denn doch etwas, was von dieser Stelle aus ganz entschieden zurückgewiesen werden muß. Wenn Herr Schwarzer sagte, der „Miesbacher Anzeiger" schimpfe aus Geschäft, und sei nicht ernst zu nehmen, und wenn er weiter ausführte, wir würden für unsere Interpellation bald ein Dankschreiben des „Völkischen Beobachters" und des „Miesbacher Anzeigers" erhalten, so will dies gar nichts anderes beweisen wie das eine, mit welcher Geringschätzigkeit hier über politische Morde debattiert und gesprochen wird; denn sonst wären solche Ausdrücke überhaupt nicht zu verstehen.

Herr Schwarzer erklärte unter anderem auch, die Sozialisten, die sonst immer nach der Preßfreiheit riefen, wollten sie jetzt verbieten. O nein, verehrte Anwesende! Was wir verlangen, ist einzig und allein ein **gleiches Recht für die gesamte Presse.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir können nicht zugestehen, daß man auf der einen Seite offen zum Mord und Totschlag von linksstehenden Politikern und Arbeiterführern aufrufen darf, und daß man auf der anderen Seite schon seit Wochen und Monaten kommunistische und linkssozialistische Blätter verbietet.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hierin liegt die Ungerechtigkeit und hierin liegt auch das ganze System der Regierung Pöhner-Kahr begründet, die wir schon aus Reinlichkeitsgründen bekämpfen müssen, solange sie überhaupt besteht. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Kollege Schwarzer führte dann weiter aus — ich habe das von ihm, dem christlichen Abgeordneten, eigentlich nicht erwartet —, daß seine Kollegen über Gareis, wenn dieser redete, sagten: Laßt ihn doch reden! Ich habe hier die „Bayerische Staatszeitung", das Organ der bayerischen Regierung, nach deren Mitteilung es einer Ihrer Parteifreunde, der Landtagsabgeordnete Giehrl, war, der im Besoldungsausschuß, der an dem Tage, als Gareis ermordet wurde, gerade beisammen war, in bezug auf Gareis wörtlich ausführte:

> Wenn uns auch öfters von dem Verlebten grundsätzliche Auffassungen trennten, so stand doch für uns alle seine Überzeugungstreue fest, und wir alle haben den stets unermüdlichen Eifer und Fleiß und das persönlich konziliante Wesen des Herrn Abgeordneten Gareis geschätzt und geachtet.

Auch der Präsident des bayerischen Landtags Königbauer führte wörtlich aus:

> Die Staatsregierung bedauert aufrichtig, daß dieser durch hohe Geistesgaben ausgezeichnete Mann durch die ruchlose Tat eines gewissenlosen oder fanatischen Menschen so plötzlich aus dem Leben gerissen worden ist, und spricht dem Landtag und den Hinterbliebenen die wärmste Teilnahme aus.

Das sind Parteifreunde des Herrn Kollegen Schwarzer, und diese **Äußerungen über Gareis** klingen ganz anders wie jene Worte, die wir vom Herrn Kollegen Schwarzer gehört haben. Seine Worte klangen fast wie ein Stück Leichenschändung,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

als ob man Gareis als irgendeinen beliebigen Menschen

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) betrachtete und deshalb den Mord an ihm vielleicht aus dieser Auffassung heraus verstehen wollte.

Herr Schwarzer hat erklärt: was heute in Bayern besteht, ist ja nichts anderes wie das **Werk der Rechtssozialisten,** und zwar **der Regierung Hoffmann.** Diese habe selbst, nachdem sie ein Jahr nach der Räterepublik am Ruder gewesen sei, den Belagerungszustand auch nicht beseitigt. Es mag schlimm sein, daß man immer auf die Rechtssozialisten gerade von der Zentrumspartei und von der Rechten mit der Behauptung zurückgreifen kann, dieses System sei das, was von seiten der Rechtssozialisten gewollt sei. Heute, zwei Jahre nach dem Fall der Räterepublik, ist nicht der geringste Grund mehr vorhanden, diesen Zustand aufrechtzuerhalten.

Wir haben noch eine ganze Reihe von Dingen gehört, die mit der Interpellation nur in losem Zusammenhang standen: den Vorwurf an Remmele, er habe aufgereizt; die Einladung an die Rechtssozialisten, doch in das Ministerium Kahr einzutreten, wohl weil man Mitverantwortliche für das haben möchte, was durch die Regierung Kahr heute in der bayerischen Garküche ausgekocht wird.

Verehrte Anwesende! Schwarzer hat erklärt, die Bayerische Volkspartei habe keine Verbindung mit dem Obersten v. Xylander. Ich will nicht näher darauf eingehen; aber daß die **Kahr-Regierung** einem **Putsch von rechts** mit der gleichen Schärfe in der Abwehr entgegentreten würde wie von links, das glaubt Ihnen in diesem Hause wohl kein einziger Mensch, am allerwenigsten die Herren von der Rechten selbst;

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn man weiß ganz genau, daß die Regierung heute nicht im geringsten auf diesem Gebiete vorgehen würde.

Ich möchte einmal die Anfrage stellen — wenn schon in diesem Tone von dem Herrn Kollegen Schwarzer gesprochen wurde —: hat denn die **Bayerische Volkspartei**

(B) all die **Kapp-Verbrecher,** die sich in ihren Reihen befanden, ausgeschlossen, oder sind sie noch Mitglied der Partei?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin der Meinung: hier werden Sie uns so manche nennen können, die sehr wohl an dem Kapp-Putsch beteiligt gewesen sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Kollege Schwarzer sagt, die Regierung Kahr werde das Verbrechen sühnen, er sei mit dem Reichskanzler Wirth einverstanden, er verlange keinen Eingriff der Reichsregierung in die Einzelstaaten, Kahr werde es schon machen, so ist die Meinung in der gesamten bayerischen Bevölkerung denn doch eine ganz andere, wie man hier glaubt vortragen zu können.

Ich will kurz auf die **Ausführungen** des deutschnationalen Redners, **des** Herrn **Abgeordneten Bazille,** eingehen. Er hat gemeint, es sei Zeitverschwendung, über den Mord von Gareis zu reden, das sei Sache der Gerichte und letzten Endes speziell der bayerischen Regierung. Darüber kann man sehr geteilter Meinung sein. Diese Ansicht kann man wohl nur dadurch erklären, daß Menschenleben bei gewissen Personen als recht wenig wert erachtet werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was hier Herr Bazille mit theatralischer Geste und Gebärde zum Besten gegeben hat, daß Revolutionen nur dann Erfolg hätten und Gesellschaften nur dann umgestaltet werden könnten, wenn ganz bestimmte historische Voraussetzungen beständen, haben wir nie geleugnet. Dann müßten wir aber weiter sein, dann wäre es unmöglich, daß ein Herr Bazille mit diesem recht urdeutschen Namen so auftreten kann, wie es heute geschehen ist. Er hat hier ein Theaterstück, eine Umdichtung des Faust zitiert, in dem der Reichspräsident Ebert als Frosch auftritt. Seien Sie überzeugt, wenn zuzeiten Wilhelms II. auch nur etwas Ähnliches geschehen wäre, dann hätten Sie (C) ganz bestimmt nach dem Majestätsbeleidigungsparagraphen geschrien, dann wären Sie diejenigen gewesen, die am allerersten über die Untergrabung der Autorität nicht genügend hätten zetern können.

Herr v. Schoch hat im ersten Teile seiner Rede gesagt, die Deutsche Volkspartei verurteile jeden Mord. Ich mußte den Kopf schütteln. Wenn man an den Krieg zurückdenkt, wenn dieses Wort ausgerechnet von dem Herrn Kollegen v. Schoch ausgesprochen wird, wenn er die Haltung verteidigt, die sein Kollege Mittelmann am verflossenen Freitag eingenommen hat, dann muß man an dem guten Glauben zweifeln. Wenn er aber sagte, der Mord von Gareis sei nichts anderes als ein konvulsivisches Zucken des kranken Körpers der deutschen, der bayerischen Nation im besonderen, dann muß man sich wundern, wenn man von demselben Redner hört: wir verurteilen auch die Störung von Versammlungen. Die **Auswüchse** Ihrer **Hetzpresse** können Sie aber nicht von sich abschütteln. Sie werden zwar sicherlich erklären, Auswüchse fänden sich auch in der Presse anderer Parteien. Sie vergessen hierbei ganz, daß dies unzutreffend ist. Das beweisen die vielen anonymen, teilweise auch mit Unterschrift versehenen Briefe, die uns immer wieder zugehen, und die einzig und allein Ausschnitte aus der rechtsstehenden Presse enthalten, in der — dort und dort können Sie es nachlesen — geschrieben und gewettert wird gegen Personen, die man nicht einmal kennt und denen man die schlimmsten Dinge androht.

Dann ist Herr v. Schoch aufgetreten und hat gesagt, ein linker Führer im Hause hätte einmal gesagt, wir müßten durch ein Meer von Blut und Tränen waten — er hat wohl auf Herrn Däumig hingewiesen —, und er hat gesagt, in der Presse der Unabhängigen Partei würde Hölz als Nationalheld gefeiert. Verehrte Anwesende, wer solche Ausführungen macht, der ist nicht besser als die (D) Presse, auf deren Boden diese politischen Morde entstehen können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist eine Verdächtigung, wie sie mir noch nicht leicht vorgekommen ist.

Aber Herr v. Schoch hat erklärt, die **Gerichte** tun ihre Pflicht und werden sie auch in Zukunft tun, ganz besonders **in Bayern.** Er sagte, den nationalen Kreisen in Bayern kann nicht nachgewiesen werden, daß sie dem Mörder zur Flucht behilflich waren. Herr v. Schoch, hier muß ich folgendes erklären: Es hat eine Zeit gegeben, daß tatsächlich **nationale Kreise Mördern von Arbeiterführern zur Flucht behilflich** gewesen sind. Ich möchte nur einen Fall anführen, der wohl in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt geworden ist. Ich erinnere an den Herrn Kapitänleutnant Canaris, der als Beisitzer im Kriegsgerichtsprozeß gegen den Leutnant Vogel schon während der eigentlichen Verhandlung die Pässe verschafft hat, mit denen es dem Vogel möglich gewesen ist, die Flucht ins Ausland zu ergreifen. Man kann also nicht sagen, daß bei unserer Justiz in Deutschland und in Bayern alles in Ordnung sei.

Herr v. Schoch hat auch die „Meistersinger" zitiert und bildet sich ein, ein Stolzing zu sein. In Wirklichkeit muß ich schon sagen — das wurde ihm auch zugerufen —, er ist hier wie ein politischer Beckmesser aufgetreten, und zwar allertraurigster Art. Es muß konstatiert werden: was von seiten der Deutschen Volkspartei in bezug auf die Ermordung des Gareis ausgeführt worden ist, wird den Widerhall bei der Arbeiterschaft im allgemeinen finden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

„Ihr habt euch das Urteil selbst gesprochen", rief Herr v. Schoch, „der Zusammenbruch des Generalstreiks nach drei Tagen ist der beste Beweis". Ich will doch einmal

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) um der Wahrheit willen festgehalten wissen, daß der **Generalstreik für München** von Freitag abend 12 Uhr bis Montag abend 12 Uhr im voraus auf drei Tage beschränkt war

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und als reiner Demonstrationsstreik gegen den politischen Meuchelmord an Gareis betrachtet wurde.

(Hört! Hört! und sehr richtig! links.)

Im übrigen Bayern hat es sich nur um einen einzigen im vornherein festgelegten Tag Generalstreik gehandelt. Ich bin allerdings der Meinung, Ihnen wäre es lieber gewesen, es wären die Dinge eingetreten, die im „Leerer Anzeiger" in Aussicht gestellt wurden, wo man glaubte, die niedrigsten Instinkte der Massen aufwühlen zu können, damit sie zu Plünderungen schritten. Heute sind weite Kreise der Meinung, man mußte den Mord an Gareis haben, um einen Prüfstein zu haben, wie weit die Masse dumpf alles über sich ergehen lassen will, was von der Reaktion gegen sie unternommen wird.

Wenn Herr v. Schoch sagt, die Rechtssozialisten ärgert es ja nur, daß in der **Einwohnerwehr** auch **Adlige,** Offiziere, **Generäle** usw. **neben dem einfachen Arbeiter** exerzieren und Posten stehen, so ist das allerdings begreiflich. Die einfachen Arbeiter, die heute noch in der bayerischen Einwohnerwehr sind, kennen wir zur Genüge, und weil dort die Reaktionäre vom Adel und von den ehemaligen Generälen dort vorhanden sind, deswegen ist es doppelt berechtigt, daß die Arbeiterschaft mißtrauisch ist und in den Einwohnerwehren nicht das erblickt, was Herr Eisenberger ein Stück Selbstschutz nannte; sondern heute — und das wissen die linksstehenden Personen in der bäuerlichen Bevölkerung sehr gut — heute sind sie ein Werkzeug der Reaktion, wie Eisenberger nicht mit Unrecht an dieser Stelle vorhin ausführte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) **Herr** Kollege **Hamm** hat geglaubt, er müsse so manches decken. Allein, wenn er sagte, Unterleitner hätte nur zitiert, aber nichts bewiesen, so sage ich, was Unterleitner vortrug, das waren doch die Zitate aus der Presse. Sie waren aus den Originalblättern herausgenommen und bewiesen, welche Atmosphäre in Bayern vorhanden war, die zu dem politischen Mord an Gareis führte.

Wenn hier von einer Unverantwortlichkeit der „Münchner Post" und von andern Personen gesprochen wird, die Trambahngespräche in der Presse zum besten gegeben hätten, — ja, das ist ja der **Geist,** der bei **der nationalistischen Studentenschaft** vorhanden ist. Sie können es nicht nur einmal, sondern Sie können es jetzt, wo die Rückkehr von Oberschlesien stattfindet, auch in den Eisenbahnzügen hören, von welchem Geist und welchen Gedanken diejenigen besessen sind, die ihre geistige Kost aus jenen Blättern nehmen, die in diesen drei Tagen wiederholt an den Pranger gestellt wurden.

Aber warum greift denn der Staatsanwalt nicht ein, wenn das Studentengespräch in der „Münchener Post" veröffentlicht wird, wenn der Brief des Mörders, den er an die „Münchener Post" gerichtet hat, vorliegt?! Vielleicht kann man dort einen Fingerzeig finden. Vielleicht ist es gar nicht schwer, wie mein Freund Unterleitner sagte, den Weg zu finden, der auf die Spuren dieses Mordbuben hinweist. Allein, das ist ja eben der Widersinn, hier ergibt sich, daß die Arbeiterschaft dieser Regierung Kahr nicht vertraut, und zwar aus den Gründen, die ich zu Anbeginn meiner Rede dargetan habe.

Es hat wohl den Herren von der Deutschnationalen Partei und von der Deutschen Volkspartei nicht recht gepaßt, wenn der demokratische bayerische Minister Hamm nicht eine Kriegserklärung an die Reichsregierung herübergegeben hat. Man war wohl der Meinung, daß nach den Reden der Herren v. Schoch und Bazille auch mindestens die Demokratische Partei Sturm gegen die Reichsregierung laufen und eine Art Kriegserklärung vom Stapel lassen würde. Mich wundert es nicht, wenn Herr Hamm, der Mitglied der Kahr-Regierung ist, glaubt, den Belagerungszustand begründen zu können, wenn er erklärt, das Fortbestehen des bayerischen Selbstschutzes sei mehr oder weniger von den geplanten Putschen von links und von rechts abhängig. Aber man muß doch immer wieder fragen, aus welchen Gründen man die Einwohnerwehren immer mehr von Arbeitern, selbst von rechtssozialistischen und unpolitischen Arbeitern, säubert und sie einzig und allein aus reaktionären Elementen fortbestehen lassen will. (C)

Herr Hamm glaubte in seiner Rede dartun zu müssen, vieles sei auf die Zeiten der Räterepublik, auf das Verhalten der U.S.P., ja auch zum Teil der M.S.P. zurückzuführen. Ich will nicht darauf eingehen. Ich könnte sonst Kreise, die heute der Regierung Kahr nahestehen, und Personen, die dem Bayerischen Bauernbund nahestehen, bezeichnen, die auch in den Tagen vom 3. bis 7. April mitgewirkt und mitberaten haben, in der Erkenntnis, daß der damalige Zustand unhaltbar war. Ich will nur erklären: Herr **Wutzlhofer** von der bayerischen Regierung hat auch in der Zeit der **Räterepublik** in München ruhig sein Ernährungskommissariat weiter in der Hand behalten, als die Regierung Hoffmann längst in Bamberg war. Ich denke, man sollte über diese Dinge heute nicht streiten. Aber die Ungerechtigkeit kam schon zu jener Zeit so recht drastisch ans Licht, daß Wutzlhofer auf der einen Seite für die Räterepublik tätig war und ihm nichts geschah, auf der andern Seite **Dr. Wadler,** der auch unter der Regierung Hoffmann als Wohnungskommissar für Bayern tätig war, zwölf Jahre ins Zuchthaus kam. Diese Ungleichheit kann eben im Volke, am allerwenigsten bei der Arbeiterschaft in Bayern, verstanden werden. Es war vielsagend, wenn Herr Hamm erklärte: gewiß, es existieren Korruptionserscheinungen im Wirtschaftsleben, (D) und wenn er sich gegen den Rechtsbolschewismus in Bayern wandte, wenn er eine Verurteilung übrig hatte für den „Miesbacher Anzeiger" usw. Aber alles in allem konnte kein einziger Redner erklären, daß hier mit einer Objektivität und Gleichheit gegenüber allen Volksteilen vorgegangen wird in Versammlungen und gegen die Presse, sondern es muß unwidersprochen als wahr hingenommen werden, daß in Bayern mit zweierlei Maß gemessen wird, daß man einseitig den Belagerungszustand und alle diese Institutionen zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzt und auf der anderen Seite der Reaktion vollständig freien Spielraum läßt.

Herr Dr. Pfeiffer hat hier unter anderem erklärt: Druck erzeugt Gegendruck, Gewalt Gegengewalt. Das möchte sich auch endlich einmal die Kahr-Regierung gesagt sein lassen.

(Sehr wahr! links.)

Denn jeder Druck erzeugt Gegendruck, und, verehrte Anwesende, es möchte sich die Kahr-Regierung auch gesagt sein lassen: man mag den Bogen nicht überspannen, denn sonst könnte er einmal springen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was von dem Herrn Abgeordneten Eisenberger von dieser Stelle aus gesagt worden ist, könnte man Wort für Wort unterschreiben. Der gesunde Sinn, der grundverschieden ist von den reaktionären Bestrebungen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, der hier zum Ausdruck kam, spricht Bände dafür, daß eben in Bayern eine Moderluft, eine politische Stickluft und Atmosphäre existiert, in der eben leider solche Dinge vorkommen können, wie sie nicht nur bei der Ermordung des Gareis, sondern in den letzten Wochen und Monaten immer wieder vorgekommen sind und noch aufs neue sich wiederholen.

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Ich möchte zum Schluß kommen und erklären: So unliebsam die ganze Debatte über die Interpellation wegen des Mordes an Gareis mit den verschiedenen Zwischenfällen auch gewesen sein mag, sie hat doch blitzlichtartig die ganzen Korruptionserscheinungen eines in sich faulen und morschen Systems mit seinem Modergeruch an die Öffentlichkeit gebracht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Um den Reichsgedanken nicht zu gefährden und die innen- und außenpolitische Gefahr zu bannen, wäre es Pflicht aller aufrichtigen Volksfreunde, nicht allein der Sozialisten, den **Rücktritt** der verfassungswidrig zur Herrschaft gelangten **Kahr-Regierung** ernsthaft, und zwar sofort, zu betreiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei der bayerischen und deutschen Arbeiterschaft bleibt unerschütterlich die Meinung bestehen, daß die intellektuellen Urheber des Mordes an Gareis jene Organe und Preßorgane sind, die wochenlang den Meuchelmord predigen, zum Totschlag der politischen Führer auffordern durften, ja die weitergehend faszistische Mordmethoden nach italienischem Muster empfehlen möchten. Die Kahr-Regierung ist insoweit mitschuld, als sie unter Benützung des unwürdigen Belagerungszustandes einseitig gegen Blätter und Versammlungen der Linksparteien vorgeht, die Mordpropaganda der Reaktionäre aber ruhig gewähren läßt. Wird von den maßgebenden Stellen nicht bald mit allem Nachdruck dafür gesorgt, daß dieser unwürdige, verfassungswidrige Zustand so schnell wie möglich beseitigt wird, dann sind diejenigen Parteien und die maßgebenden Stellen, die das Treiben in Bayern dulden, verantwortlich für die Dinge, die sich wohl oder übel auf dem Boden dieses Korruptionsherds weiter heraus entwickeln.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen und Anträge nicht gestellt sind, so ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Versandet wie der Streik!)

— Diese Bemerkung gehörte nicht zur Tagesordnung.

Ich schlage Ihnen vor, eine neue Sitzung anzuberaumen auf Dienstag, den 21. Juni, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Rest der heutigen Tagesordnung; (B)
2. Beratung des Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Einreihung von Assistenten in die Besoldungsgruppe VII ohne Ablegung einer Sonderprüfung;
3. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland;
4. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag);
5. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben;
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets;
8. erste Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921;

— zu diesem Punkte der Tagesordnung bemerke ich, daß vorgesehen ist, den Entwurf ohne Besprechung sofort dem Hauptausschuß zu überweisen —

9. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz);
10. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 1 Minute.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

119. Sitzung.

Dienstag den 21. Juni 1921.

Seite

Mitteilungen über
a) den Tod des Abgeordneten Aderhold: 4013D
b) das Grubenunglück bei Herne . . . 4014A
Geschäftliches 4014A, 4014C, 4054A
Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten van den Kerkhoff:
Schultz (Bromberg) (D.Nat.) — zur Geschäftsordnung 4014A
Ledebour (U.S.) — desgl. . . . 4014B
Müller (Franken) (S.) — desgl.: 4014B
Geyer (Leipzig) (V.K.) — desgl.: 4014C
Interpellationen Bruhn 2c., Dr. Stresemann 2c. sowie Anträge Dr. Petersen 2c. und Aderhold 2c., betreffend **Ergänzungsprüfung von Beamten der Besoldungsgruppe** VI (Nr. 2075 bezw. 2082, 2076, 2215 der Anlagen):
Laverrenz (D.Nat.), Interpellant: 4015A
Morath (D.Vp.), Interpellant . 4016D
Dr. Wirth, Reichsfinanzminister: 4020A
Schiele (D.Nat.) — zur Geschäftsordnung 4022A
Steinkopf (S.) 4022B
Breunig (U.S.) 4023D
Delius (D.D.) 4024B
Dr. Höfle (Z.) 4026D
Plettner (V.K.) 4027B
Müller (Franken) (S.), zur Geschäftsordnung 4029A
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den **Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen** (Nr. 2191 der Anlagen) 4029B
Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Amnestievertrag** (Nr. 1836, 2057 der Anlagen) 4029B

Seite (C)

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über **Wiederherstellung des deutsch-chinesischen Friedenszustandes** (Nr. 2209 der Anlagen) 4029C
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das deutsch-französische Abkommen, betreffend Erstattung der von **Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben** (Nr. 1282, 2192 der Anlagen): 4029D
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Abkommen, betr. Festsetzung der **Grenzen des Saargebiets** (Nr. 1613, 2193 der Anlagen) 4029D
Erste Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan** für 1921 (Nr. 2151, 2228 der Anlagen) 4030A
Erste Beratung des **Reichsmietengesetzes** (Nr. 2052 der Anlagen) 4030B
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über **Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues** (Nr. 1388, 1930 der Anlagen):
§ 1:
Bahr (Frankfurt) (D.D.) Berichterstatter 4030B
— als Abgeordneter . . 4050B (D)
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4031C
Gutknecht (D.Nat.) 4033C
Silberschmidt (S.) 4036C
Dr. Marezky (D.Vp.) 4039D
Kuhnt (U.S.) 4042A
Heydemann (V.K.) 4045C
Frau Lang-Brumann (Bay.Vp.) 4049B
§ 3:
Frau Dr. Matz (D.Vp.) 4051B
Becker (Arnsberg) (Z.) — zur Geschäftsordnung 4052B
§ 8a:
Beythien (D.Vp.) . . . . . 4053A, B
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4053B, C
Nächste Sitzung 4054A

Die Sitzung wird um 1 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Reichstag die traurige Mitteilung zu machen, daß das Mitglied unseres Hauses der Herr Abgeordnete Aderhold in der letzten Nacht verstorben ist.

(Der Reichstag erhebt sich.)

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Herr Aderhold gehörte bereits der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung an. Er war der Namensgeber der Anträge der Unabhängigen Partei. Seiner fleißigen und stillen Arbeit ist er durch die lange und schwere Krankheit leider seit langem entzogen gewesen. — Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben; ich stelle das fest.

Weiter erfahren wir heute aus den Nachrichten, daß durch ein schweres Grubenunglück

(der Reichstag erhebt sich)

in der Zeche Mont Cenis bei Herne, das durch schlagende Wetter veranlaßt worden ist, 78 Bergleute ihren Tod gefunden haben. Es ist leider zu befürchten, daß die Zahl der Opfer noch erheblich größer ist. Wir sprechen schon in diesem Augenblick den Angehörigen der Verunglückten unser herzliches Beileid aus und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Befürchtungen über eine weitere Ausdehnung des Unglücks sich nicht bewahrheiten. — Sie haben sich auch zu Ehren dieser Verunglückten von den Plätzen erhoben; ich stelle das fest.

Der Herr Reichsminister des Innern sucht mit Schreiben vom 20. Juni die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitglieds des Reichstags van den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung, Siegelbruchs und Bestechung.

Meine Damen und Herren! Falls kein anderer Vorschlag gemacht wird, würde ich Ihnen hier, wie in allen Fällen, vorschlagen, das Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich begrüße im Namen meiner Freunde mit Genugtuung, daß nun endlich dieser Antrag hier eingegangen ist. Die Angelegenheit van den Kerkhoff ist hier im Reichstag eingehend verhandelt worden. Ich glaube nicht, daß es nunmehr einen Zweck hat, diese Debatte hier noch einmal zu wiederholen. Es kommt darauf an, eine schleunige, gründliche und einwandfreie Feststellung in dieser Angelegenheit vor dem Gericht zu erzielen. Es hat daher nach unserer Auffassung auch keinen Sinn und keinen Zweck mehr, die Angelegenheit dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. Ich glaube, wir können heute im Plenum die Immunität sofort aufheben. Ich beantrage das.

(B)

Präsident: Es ist der Antrag gestellt, die Genehmigung sofort zu erteilen.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Ich halte das nicht für gerechtfertigt. Ohne daß ich mir bei dieser Gelegenheit irgendwie ein sachliches Urteil erlauben will, glaube ich, daß bei einer so schwerwiegenden Frage, ob die Immunität eines Abgeordneten aufgehoben werden soll oder nicht, unter allen Umständen eine vorherige Kommissionsberatung erforderlich ist.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann mich diesem Antrage des Herrn Abgeordneten Ledebour nicht anschließen. Sachlich ist die Angelegenheit des Herrn Abgeordneten van den Kerkhoff hier mehr als einmal erörtert worden, und es ist bei diesen Erörterungen immer bemängelt worden, daß der notwendige Strafantrag nicht vorgelegen hat. Jetzt liegt er vor, und, ich glaube, wir haben nun keine Veranlassung mehr, diese Angelegenheit nochmals an die Kommission zurückzuverweisen. Ich stimme deshalb dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) zu.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat (C) der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Gewiß hat die Angelegenheit den Reichstag schon mehrfach beschäftigt, ebenso die Geschäftsordnungskommission. Aber wenn nun der Antrag eingegangen ist, auf Grund bestimmter neuer Akten die Immunität aufzuheben, dann ist es notwendig, daß wir erst den Inhalt dieser Akten prüfen, und dann gehört die Sache zunächst vor die Geschäftsordnungskommission. Es geht nicht an, wie es hier beantragt worden ist, sie übers Knie zu brechen, wie es die Herren da drüben (nach rechts) wünschen. Wir müssen also die Angelegenheit unbedingt an die Geschäftsordnungskommission geben, um gerade dort die Klarheit zu schaffen, die Sie (nach rechts) schon vorausgepachtet zu haben meinen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich bitte zunächst — da das der weitergehende Vorschlag ist — diejenigen Damen und Herren, welche das Schreiben des Herrn Ministers dem Geschäftsordnungsausschuß überweisen wollen, sich von ihrem Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche sofort die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Genehmigung ist erteilt.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Wienbeck, Leutheußer

die Abgeordneten Warmuth, D. Dr. Kahl; (D)

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Erkelenz, Hammer, Dr. Semmler, Dr. Reichert

die Abgeordneten Liese, Thomsen, Dietrich (Prenzlau), Rieseberg;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Pohlmann

der Abgeordnete Dr. Böhme (Magdeburg);

in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten Hensel (Ostpreußen)

die Abgeordnete Frau Mueller-Otfried;

in den 29. Ausschuß für den Abgeordneten Bachmann

der Abgeordnete Dietrich (Prenzlau).

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

Interpellation der Abgeordneten Bruhn, v. Gallwitz und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI (Nr. 2075 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, diesen Gegenstand mit dem zweiten Punkt, der

Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VII (Nr. 2082 der Drucksachen),

mit dem dritten Gegenstand, der

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Petersen, Müller (Franken) **und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Sekretäre bei der Aufrückung in Besoldungsgruppe VII** (Nr. 2076 der Drucksachen)

(Präsident.)

(A) und der

Beratung des Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Einreihung von Assistenten in die Besoldungsgruppe VII ohne Ablegung einer Sonderprüfung (Nr. 2215 der Drucksachen),

die den vierten Gegenstand unserer Tagesordnung bildet, zu verbinden. — Die Verbindung ist beschlossen, da ein Widerspruch dagegen nicht erhoben wird.

Zur Begründung der ersten Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Laverrenz.

Laverrenz, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! In seiner Sitzung vom 11. Mai dieses Jahres hat das hohe Haus bei der Verabschiedung des Nachtragsetats für das Jahr 1920 die **Ergänzungsprüfung** als Vorbedingung für den Aufstieg der Sekretäre aus der Gehaltsgruppe VI in die Gehaltsgruppe VII mit großer Mehrheit abgelehnt. Ich versage es mir, auf die Gründe, die zu der Ablehnung geführt haben, heute noch einmal ausführlich zurückzukommen. Erinnern aber möchte ich daran, daß keine Partei bei den damaligen Besprechungen dieser Ergänzungsprüfung — oder wie sie jetzt amtlich bezeichnet wird, dieser „Sonderprüfung" — zugestimmt oder sie verteidigt hat. Im Gegenteil, sie wurde damals allgemein, zum Teil mit scharfen Worten verurteilt. Es wurde geradezu als unsinnig bezeichnet, daß Beamte, deren dienstliche Tätigkeit auch nach Ablegung der Prüfung völlig unverändert bleibt, sich ihr nur aus dem Grunde unterziehen sollen, damit sie in eine höhere Klasse der Besoldungsordnung aufrücken können. Es wurde ferner mit Recht darauf hingewiesen, daß das Ehrgefühl der Beamten durch eine solche Prüfung aufs schwerste getroffen würde, schließlich

(B) wurde es als ungerecht bezeichnet, daß diese Prüfung nur für eine bestimmte Beamtengruppe in Aussicht genommen sei, der damit Aufrückungsmöglichkeiten, wie sie zahlreichen anderen Beamtengruppen ohne weiteres gewährt worden seien, genommen würden. Wie es zu dieser eigenartigen Sachlage gekommen ist, meine Damen und Herren, ist Ihnen allen noch in der Erinnerung. Das geflügelte Wort von dem **„Auffangen des Stoßes"** in der Gehaltsgruppe VII gibt die Erklärung dafür, warum die Regierung die Ergänzungsprüfung eingeführt hat. Man befürchtete zahlreiche Rückwirkungen nicht nur auf die unteren Gehaltsgruppen, sondern auch auf die oberen, deshalb mußte an einer Stelle gebremst werden, und diese Bremse wurde in Gestalt der Ergänzungsprüfung in die Besoldungsordnung eingebaut.

Vergegenwärtigt man sich, welche große Erregung in der Beamtenschaft, namentlich aber unter den Postbeamten angesichts dieses Vorgehens herrscht, und vergegenwärtigt man sich weiter, daß der Herr Reichsfinanzminister selbst der Ansicht war, daß diese Ergänzungsprüfung ein Unrecht darstellt, so wird man begreifen, daß der Reichstag immer und immer wieder auf diese Frage zurückkommen und sich eingehend mit ihr beschäftigen muß. Der Herr Reichsfinanzminister hat nach einer unbestrittenen Äußerung gegenüber Beamtenvertretern am 4. Oktober 1920 die wörtliche Erklärung abgegeben: „Recht ist das nicht, was mit den Postbeamten geschehen ist, und ich bin gewillt, ihnen positiv zu helfen."

Aber, meine Damen und Herren, bei den damaligen Verhandlungen wurde eine zweite wesentliche Feststellung getroffen. Die große Mehrheit des Hauses ließ keinen Zweifel darüber, daß eine **unterschiedliche Behandlung zwischen Zivil- und Militäranwärtern** bei der Aufrückung in die Gruppe VII nicht stattfinden sollte. Veranlassung zu dieser Feststellung gab eine Erklärung der Regierung, die am 14. März im 23. Ausschuß abgegeben worden (C) war, und die der Befürchtung Tür und Tor öffnete, daß die für die Militäranwärter unerträgliche Differenzierung bei der Ausgestaltung der Ergänzungsprüfung ihre Auferstehung feiern würde. Die vom Reichstag der Regierung vorgezeichnete Marschroute lautete also, auf eine kurze Formel gebracht: Keine Ergänzungsprüfung, keine Differenzierung!

Was hat demgegenüber die Reichsregierung getan? Sie hat trotz des Reichstagsbeschlusses in einer Kabinettssitzung, die, soweit ich unterrichtet bin, am 13. März dieses Jahres stattgefunden hat, einstimmig beschlossen, an der Prüfung festzuhalten. Die einzelnen Behörden, voran das Reichspostministerium, haben die Beamten zur Ablegung der Prüfung aufgerufen, und heute liegen die Dinge so, daß eine große Anzahl von Beamten diese Prüfung bereits abgelegt hat.

(Zuruf vom Ministertisch.)

— Ich komme noch darauf! — Die Auffassung, daß die Beamtenschaft sich angesichts dieser Sachlage mit der Ergänzungsprüfung als einem notwendigen Uebel abgefunden habe, ist eine bedenkliche Täuschung.

(Sehr richtig!)

Ein Einblick in die Fachpresse der Beamten lehrt jedenfalls, daß sich die Erregung nicht gelegt hat, nicht gedämpft worden ist, sondern gestiegen ist.

(Sehr richtig!)

Ihren Höhepunkt hat sie bei den **Militäranwärtern** erreicht,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

da die Differenzierung nunmehr zur Tatsache geworden ist. Von den Militäranwärtern wird heute eine **mündliche und eine schriftliche Prüfung** verlangt, und diese schriftliche Prüfung besteht aus zwei schriftlichen Arbeiten, während der Zivilanwärter nur eine mündliche Prüfung zu machen hat. (D)

Hiergegen richtet sich eine grenzenlose Verbitterung in den Kreisen der Militäranwärter. Ihre Standesvertretung, die Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, hat in einer ausführlichen Eingabe an den 23. Ausschuß des Reichstags den Nachweis geführt, daß schriftliche Arbeiten überhaupt nur von solchen Militäranwärtern gefordert werden könnten, die unter Geltung der Prüfungsordnung von 1876 eingetreten und ohne die frühere Assistentenprüfung nach einjähriger Ausbildungszeit zu Assistenten ernannt worden seien. Dagegen sei eine unterschiedliche Bewertung der schriftlichen Arbeiten, die auf Grund der späteren Prüfungsvorschriften von 1891 und 1909 abgelegt wurden, nicht gerechtfertigt, weshalb bei den Postmilitäranwärtern ebenfalls eine Befreiung von dem schriftlichen Teil der Sonderprüfung eintreten müsse.

Meine Damen und Herren! Welche **praktischen Folgen** die **schriftliche Prüfung** für die Militäranwärter hat, dafür liegen jetzt Beispiele vor. Es ist unter anderem bei der Oberpostdirektion in Berlin vorgekommen, daß mehrere recht betagte Militäranwärter bei dieser Prüfung durchgefallen sind. Es handelt sich um Herren im Alter von 68, 65 und 63 Jahren.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es ist — man möchte beinahe sagen, — eine Art Gefühlsroheit, von solchen alten Beamten, die Veteranen ihres Dienstes sind, überhaupt noch eine derartige Prüfung zu verlangen.

(Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Aber die Beamtenschaft soll anscheinend, was die Ergänzungsprüfung anbelangt, nicht mehr zur Ruhe kommen. Ein neues Moment ist hinzugetreten. Selbst bei bestandener Prüfung soll das **Einrücken der Beamten** in die Gehaltsgruppe VII frühestens mit Wirkung vom

(Laverrenz, Interpellant.)

(A) 1. April 1921 erfolgen. Es heißt in der Verfügung, die der Herr Reichspostminister an die Oberpostdirektionen erlassen hat, hierüber:

> Die auf Grund dieser Verfügung erstmalig gleichzeitig zur Prüfung einberufenen Beamten gelten, wenn sie die Prüfung beim ersten Versuch innnerhalb der Ausschlußfrist von drei Monaten bestehen, als gleichzeitig geprüft. Ihre Stellen sind mit Wirkung vom 1. April 1921 in solche der Gruppe VII umzuwandeln. Bei den späteren Einberufungen weiterer Jahrgänge zur Ablegung der Sonderprüfung werden die Stellen vom Beginn des Monats umgewandelt, in dem die Aufforderung zur Prüfung ergangen ist.

Wir können uns mit einer solchen Regelung der Aufrückungsfrage nicht einverstanden erkären. Die 21 924 Stellen, um die es sich hier handelt, sind im Nachtragsetat für das Jahr 1920 zur Umwandlung in solche der Gruppe VII vorgesehen worden. Es ist nicht Schuld der Beamten, daß der Nachtragsetat für 1920 erst nach Ablauf des Rechnungsjahres 1920 hier im hohen Hause zur Verabschiedung gekommen ist. Die Umwandlung der Stellen muß daher aus Billigkeitsgründen mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1920 erfolgen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sonst würde man an den Sekretären ein Unrecht gegenüber allen denjenigen Beamten begehen, die seit dem Termin, an dem die Besoldungsordnung in Kraft getreten ist, bereits in höhere Gehaltsgruppen aufgerückt sind.

Aber, meine Damen und Herren, das Verfahren, das die Reichsregierung beliebt hat, rollt noch eine andere **Frage** auf, und zwar eine **verfassungsrechtliche.** Nach Lage der Dinge hat sich die Reichsregierung über einen ausdrücklichen Beschluß des Reichstags hinweggesetzt. An dieser Tatsache kommt sie nicht vorbei, und sie wird sich (B) den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß sie, die nach dem obersten Grundsatz aller Demokratie die Vollstreckerin des Volkswillens und seiner Organe sein soll, im vorliegenden Fall nicht mit, sondern gegen die Volksvertretung gearbeitet hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Gerade diejenigen Parteien des hohen Hauses, die sich im kaiserlichen Deutschland so oft und so laut über die Einflußlosigkeit des Reichstags beklagt haben, müßten nach unserer Auffassung ein doppeltes Interesse haben, nunmehr dafür zu sorgen, daß der Reichstag seine Beschlüsse tatsächlich auch gegenüber der Regierung durchzusetzen vermag.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Oder glauben die demokratisch orientierten Mitglieder des hohen Hauses, die so gern als Graalshüter der Verfassung auftreten, im vorliegenden Fall lohne es sich nicht, die Verfassung in allen Punkten und nach jeder Richtung hin zu wahren? Ich lasse die Frage ganz unerörtert, ob ein direkt gesetzwidriges Vorgehen der Reichsregierung vorliegt. Das Rechtsempfinden des Volkes hält jedenfalls den gegenwärtigen Zustand für nicht vereinbar mit dem Sinn des jetzigen Regierungssystems und der Verfassung.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sie finden in den **Fachblättern der Beamten** breite Erörterungen über die Haltung des Reichstags. Man spricht dort offen von einer **Niederlage des parlamentarischen Systems.** Man wartet ab, ob der Reichstag die Energie haben wird, sich in diesem Falle durchzusetzen.

Hierfür nur einige kurze Proben. So heißt es in der Nr. 12 der „Neuen Deutschen Postzeitung", dem Organ der Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten:

> Die Frage der Ergänzungsprüfung oder, wie die (C) Regierung sie neuerdings nennt, der Sonderprüfung ist nicht mehr eine Angelegenheit der Beamtenvertretungen, sondern des Reichstags.

Und weiter:

> Die Beamtenschaft verlangt vom Reichstag die klipp und klare Antwort auf die Frage, woran sie künftig noch glauben soll.

Die Konsequenzen, die die Gewerkschaften aus dieser Sachlage gezogen haben, ergeben sich aus einer weiteren Mitteilung in dem genannten Blatt. Es heißt dort:

> Die Fachgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter hat in Übereinstimmung mit der Eisenbahngewerkschaft ihre Mitglieder angewiesen, die Prüfung nicht abzulegen. Die Zollbeamten haben die Ablegung der Ergänzungsprüfung ebenfalls abgelehnt. Wir vertreten

— das heißt die Postmilitäranwärter —

> unseren Standpunkt, daß die Prüfung so lange nicht abzulegen ist, bis der Reichstag seine Beschlüsse umgestoßen und uns angewiesen hat, die Prüfung abzulegen. Erst dann werden wir weiter zu prüfen haben, was von unserer Stelle geschehen soll.

Und schließlich noch eine kurze, illustrierende Notiz aus einem andern Fachblatt der Beamten. Es heißt dort:

> Zunächst ist es ja allerdings lediglich eine Sache des Reichstags, ob er gewillt ist, eine derartige Rolle

— nämlich eine Rolle als ausschließliche Bewilligungsmaschine —

> zu spielen. Bringt er den nötigen Mut auf, sich durchzusetzen, so tut er dem parlamentarischen, das heißt, dem demokratischen Gedanken mehr Schaden an als alle Diktatoren von rechts und links. Der parlamentarische Gedanke ist in dem (D) Augenblick tot, in welchem er von seinen Trägern, das heißt, von den nach demokratischen Grundsätzen gewählten Volksvertretern aufgegeben wird.

Meine Damen und Herren! Diese Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Wir sind gespannt, wie der entstandene Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung seine Lösung finden wird. Für uns liegt kein Grund vor, von dem Beschluß des Reichstags abzugehen,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

der ausdrücklich die Beseitigung der Prüfung verlangt. Wir fragen daher den Herrn Reichskanzler, was er zu tun gedenkt, um dem am 11. Mai gefaßten Beschluß zur Geltung zu verhelfen? Befriedigt uns die Antwort des Herrn Reichskanzlers nicht, so werden wir von den uns durch die Verfassung und Geschäftsordnung zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln in weitestem Umfange Gebrauch machen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort namens der Interpellanten Dr. Stresemann und Genossen hat der Herr Abg. Morath.

Morath, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Die Interpellation Stresemann und Genossen deckt sich in ihrem ersten Teile mit dem Inhalt der Interpellation, die mein Herr Vorredner soeben begründet hat, und auch mit dem schleunigen Antrage Petersen und Genossen, Müller (Franken) und Genossen. Sie geht in ihrem zweiten Teil darüber hinaus und legt in diesem zweiten Teil nachdrücklichst Wert auf die Nachzahlung der Bezüge für diejenigen Beamten, welche, der Not gehorchend, sich der Prüfung unterzogen haben, und ich

(**Morath**, Interpellant.)

(A) freue mich auch, aus den Worten des Herrn Vorredners zu entnehmen, daß die Interpellanten Bruhn und Genossen mit diesem zweiten Teil unserer Interpellation einverstanden sind. Ich darf annehmen, daß es das ganze Haus ist.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sicher!)

— Ich freue mich auch dieses Zurufs und würde bei dieser Tatsache, bei dieser nicht gerade eben häufigen Einigkeit des Hauses keine Veranlassung haben, auf die Uneinigkeit vom 11. Mai einzugehen, die ja schließlich zu der heutigen überaus unangenehmen Situation geführt hat.

Wenn ich es doch tue, dann bin ich dazu genötigt durch Angriffe, welche meine Fraktion in der Presse und in Versammlungen erfahren hat, durch Entstellungen, welche unsere Haltung in diesen Artikeln gefunden hat. Ich würde auch darauf vielleicht verzichten können, wenn sich nicht an eben diesen Angriffen auch ein Mitglied dieses Hauses beteiligt hätte, der von der Unrichtigkeit seiner Anwürfe überzeugt sein muß. Mir sind gestern Abend Zeitungen aus Baden zugegangen, darunter das **„Badener Tagblatt"**, und ich finde da zur Frage der **Ergänzungsprüfung**, zu der Frage, die uns heute beschäftigt, einen **Artikel des Herrn Abgeordneten Delius.** Herr Delius beschäftigt sich mit Vorträgen, die ich auf Ersuchen in jüngster Zeit über diese Frage in Baden gehalten habe. Er würde sich erkundigen können, daß ich dort mehrfach, unter anderem in Karlsruhe und in Mannheim, nach dem Vortrag in der Diskussion von seinen eigenen Parteifreunden, in einem Falle auch von dem Führer des Verkehrsbundes in Mannheim, also einem Sozialdemokraten, die Anerkennung ausgesprochen bekommen habe, daß ich nicht parteipolitisch gesprochen hätte, daß ich in keiner Weise andere Parteien verletzt hätte.

Anders dieser Artikel. In diesem Artikel stellt zu-

(B) nächst der Abgeordnete Delius fest, daß er es gewesen sei, der in einer **interfraktionellen Besprechung** die Beseitigung der Prüfung unter allen Umständen gefordert habe. Alle Teilnehmer an dieser interfraktionellen Besprechung wissen zu genau, daß das nicht allein der Abgeordnete Delius getan hat, sondern daß sämtliche Redner von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten denselben Standpunkt eingenommen haben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bei der interfraktionellen Besprechung waren wir nicht dabei!)

— Doch, da war der Herr Kollege Kotzke von Ihrer Fraktion zugegen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Stimmt!)

und auch der Herr Kollege Kotzke hat sich genau wie Herr Delius und alle übrigen gegen die Prüfung ausgesprochen. Es sieht also schon etwas anders aus, wenn man hier liest: Ich bin es gewesen, der das getan hat.

Dann kommt aber die unwahre Behauptung: „Der Abgeordnete Morath aber schlug vor, an der Prüfung festzuhalten und nur gewisse Erleichterungen vorzusehen". Ich habe damals in dieser interfraktionellen Besprechung den Antrag schon angekündigt und begründet, den wir nachher eingebracht haben, und dieser Antrag — das möchte ich angesichts dieser Angriffe vor aller Öffentlichkeit feststellen — würde, wenn er vom Reichstag angenommen worden wäre, die Prüfung und die Differenzierung zwischen Zivil- und Militäranwärtern beseitigt haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich warte heute noch auf den Nachweis unserer Gegner, daß es sich anders verhält. Wäre dieser **Antrag Morath-Beuermann** angenommen worden, hätten wir damit die Regierung gezwungen, auf die Prüfung zu verzichten. Denn wie war die Sachlage bei Annahme des Antrags? Wenn die Regierung die Prüfung dennoch abhalten wollte, (C) dann mußte der Reichsrat Einspruch gegen das Etatsgesetz erheben; das Etatsgesetz wäre an den Reichstag zurückverwiesen worden, und der Reichstag hätte dann mit Zweidrittelmehrheit noch einmal dieselben Beschlüsse anzunehmen gehabt, und nunmehr —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihre Minister im Kabinett Fehrenbach haben doch die Prüfung beschlossen!)

— Ich komme noch darauf zurück, Herr Kollege Steinkopf. — Und nunmehr, sage ich, hätte kein Reichsrat mehr Einspruch erheben können, und die Prüfung wäre beseitigt gewesen, ebenso wie die Differenzierung.

Dann kommt die dritte Behauptung von Herrn Delius, die nicht weniger unwahr ist, indem er nämlich sagt, ich sei es ja gewesen, der schon im 23. Ausschuß den bekannten Antrag eingebracht hätte, der ebenfalls an der Ergänzungsprüfung festhalten wollte. Das geschah — und das muß ja Herr Abgeordneter Delius besser wissen — unmittelbar nach der Erklärung des damaligen Herrn Finanzministers, daß das Kabinett das Festhalten an der Prüfung beschlossen habe. Da habe ich den Antrag eingebracht — und ich habe es getan im Einvernehmen auch mit den Beamtengewerkschaftsführern —, daß die Bedingungen für den Übertritt von Gruppe VI nach VII den Ressortministern überlassen bleiben sollten. Damit waren dem Finanzminister die Richtlinien aus der Hand genommen, und man hätte den Verschiedenartigkeiten bei den einzelnen Ressorts Rechnung tragen müssen. Von einer Prüfung war in diesem ganzen Antrag keine Rede, sondern nur von den Bedingungen für den Übertritt. Das ist etwas wesentlich anderes.

Es kommt eine neue Behauptung. Danach heißt es, der Abgeordnete Morath habe ja selbst zugegeben in der „Süddeutschen Morgenzeitung", daß er die Regierungserklärung, die an der Ergänzungsprüfung festhielt, nur (D) zum Gesetz machen wollte. Das ist eine kleine Verdrehung, aber eine sehr bezeichnende. Damit wird der zweite Teil unseres Antrags unterschlagen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dieser ging weit hinaus über die Regierungsvorlage und beseitigte praktisch die Ergänzungsprüfung überhaupt. Daß der Herr Abgeordnete Delius in diesem Zusammenhang sich brüstet, daß er gegen die Differenzierung zwischen Militär- und Zivilanwärtern eingetreten sei, nimmt mich wirklich Wunder und nötigt mich geradezu, einmal vor aller Öffentlichkeit auszusprechen, daß es der Herr Abgeordnete Delius gewesen ist, der bis in die jüngste Zeit hinein immer und immer wieder, wenn auch nur hinter den Kulissen, dafür eingetreten ist, daß man die Militäranwärter anders behandle als die Zivilanwärter.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich stelle fest, daß der Herr Abgeordnete Delius im Beisein anderer Abgeordneter zweimal den Postminister ersucht hat, dafür zu sorgen, daß die Prüfung nicht zur Farce werde, daß die Militäranwärter auch wirklich durchfielen, wenn sie es verdienten.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Herr Abgeordneter Delius, ich erwarte den Nachweis dafür, daß diese Behauptung auch nur mit einem Worte unwahr sei. Sparen Sie sich Ihr „Lächerlich" bis dahin auf. Mir liegt nichts an dem Zank, aber wenn man mich in dieser Weise angreift, dann habe ich das Recht und die Pflicht, diejenigen an den Pranger zu stellen, die es verdienen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Also ich erwarte den Gegenbeweis, daß bei Annahme unseres Antrags heute von irgendeiner Prüfung noch die Rede sein könnte.

(**Morath**, Interpellant.)

(A) Nun hat mir der Herr Kollege Steinkopf vorhin zugerufen: Ihre Minister haben ja selbst für die Prüfung gestimmt! Und der Herr Abgeordnete Delius schreibt in demselben Artikel: wie könne man angesichts dieser Sachlage den Demokraten Unklarheit vorwerfen? Nun, meine Herren, die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die im vorigen Kabinett Minister waren, sind mit dem Kabinett für die Prüfung eingetreten, als diese Frage den Reichstag oder mindestens die Fraktionen noch gar nicht beschäftigt hatte. Inzwischen hat der Reichstag sein Votum gegen die Prüfung abgegeben. Unsere Minister sind nicht mehr im Kabinett. Die Frage ist sehr müßig, ob unsere Kabinettsmitglieder jetzt auch für die Prüfung sein würden. Ich glaube, die Minister der Deutschen Volkspartei sind viel zu demokratisch,

(große Heiterkeit links)

— das scheint Ihnen unangenehm zu sein —, als daß sie entgegen einem einmütigen Votum des Reichstags an der Prüfung festhielten. Wie steht es aber mit den Herren von der demokratischen Partei? Der Herr Abgeordnete Schiffer tritt am 11. Mai in seinem Antrage für die Abschaffung der Prüfung ein; zwei Tage darauf tritt der Minister Schiffer für die Beibehaltung der Prüfung ein.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und da, wie wir vorhin hörten, sämtliche Minister für die Prüfung eingetreten sind, so sind von dem neuen Kabinett doch auch die Minister von der sozialdemokratischen Partei für die Prüfung eingetreten.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Bei dieser Sachlage ist es wirklich schwer, den Ernst zu bewahren, wenn diese Herren nun glauben, die Deutsche Volkspartei wegen ihrer Haltung anschwärzen zu können.

Der Herr Abgeordnete Delius behauptet in seinem (B) Artikel, auf den ich noch einmal zurückkommen muß, Regierungsvertreter hätten sich für den Antrag der Deutschen Volkspartei eingesetzt. Ich stelle fest, daß das eine erneute Unwahrheit ist. Das ist nicht nur nicht geschehen, sondern nach der Annahme des Antrags Schiffer und des Antrags Bruhn kam einer der Herren Regierungsvertreter zu mir und sagte: von meinem Standpunkt aus freue ich mich, daß Sie mit Ihrem Antrag unterlegen sind, denn Ihr Antrag ist ganz allein für die Regierung gefährlich.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun ist die Situation heute günstiger. Alle Parteien sind sich einig und es fragt sich ja nur noch, ob die **Regierungsparteien** in der Lage sind, **ihre Minister** für den Standpunkt der Parteien zu gewinnen. Dann brauchten wir uns gar nicht mehr zu unterhalten, dann wäre im Kabinett die Frage entschieden, und die Regierungserklärung für die Beibehaltung der Prüfung wäre erledigt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich fordere deshalb die Herren von den neuen Regierungsparteien auf, dafür zu sorgen, daß sich ihre Minister genau so verhalten, wie die Fraktionen es wollen. Warum ist diese Einigkeit so nötig? Ich stimme da dem zu, was der Herr Kollege Hoch in der Sitzung am 11. Mai ausführte, als wir hier um die Prüfung stritten. Der Herr Abgeordnete Hoch beklagte in leidenschaftlicher Weise den Wettlauf der Parteien um die Gunst der Beamten und forderte auf, mehr Einigkeit zu bewahren. Ich stimme dem, wie gesagt, vollauf zu. Freilich hat in diesem Augenblick der Herr Abgeordnete Hoch wohl nicht gewußt, daß die Partei, welche den weitestgehenden Antrag gestellt hatte, im Wettlauf der Parteien also bestrebt war, allen anderen zuvorzukommen, seine eigene gewesen ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Über den Antrag Steinkopf, Herr Kollege Steinkopf, (C) ist ja am ersten abgestimmt worden, weil er der weitestgehende war.

(Abgeordneter Steinkopf: Der Antrag der Unabhängigen war der weitestgehende!)

— Nun, dann überlasse ich es gerne den Unabhängigen, um eine Nasenlänge Ihnen zuvorzukommen. Jedenfalls habe ich den Eindruck auch gewonnen aus den Worten des Herrn Kollegen Hoch — und die Beamtenschaft hat genau denselben Eindruck —, daß es richtiger wäre, wenn man sich bei solchen parteipolitisch völlig indifferenten Fragen auf etwas Gemeinsames einigt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Darum habe ich auch im Namen meiner Fraktion am 30. vor Zusammentritt des Reichstags den **Entwurf zu einer Interpellation** meinen engeren Berufskollegen bei der deutschnationalen Partei, bei der Zentrumspartei, bei der demokratischen Partei gegeben mit der Bitte, mit mir in eine Besprechung einzutreten, ob man sich nicht auf diesen Entwurf oder etwas anderes einigen könnte und ob man nicht versuchen sollte, alle Parteien dieses Hauses zu einem **gemeinsamen Schritte** zu bewegen. Die Besprechungen fanden statt und schienen zu einem vernünftigen Ergebnis zu führen. Da wurden wir während der Programmrede des Herrn Reichskanzlers durch die Mitteilung eines deutschnationalen Kollegen vollkommen überrascht, der mir sagte, es sei ihm schmerzlich und peinlich, mir das mitteilen zu müssen, aber seine Fraktion habe ohne Rücksicht auf die eingeleiteten Besprechungen in diesem Augenblick eben während der Programmrede eine eigene Interpellation eingebracht.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich will damit der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen Vorwurf machen. Ich weiß nur zu gut, wie dieses Vorgehen gerade auch in den Kreisen der Fraktionen selbst verurteilt worden ist. Aber angesichts (D) der Tatsache muß ich doch feststellen, daß Herr Bruhn, dem genau bekannt war, wie hier alle Parteien ohne Rücksicht auf die Stellung zur Regierung einig vorgehen wollten, ein Verhalten an den Tag gelegt hat, das er vielleicht bei anderen Leuten als echt jüdisch gekennzeichnet haben würde.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Der deutschnationale Kollege schlug mir vor, nun während der Verhandlung schleunigst noch unsere eigene Interpellation einzubringen, um nicht hintenan zu kommen. Ich tat dies nicht, ich fühlte mich verpflichtet gegenüber den Kollegen vom Zentrum und der Demokratie. Ich wurde zum zweiten Male enttäuscht; denn die Demokraten hatten es nun ebenso eilig, schleunigst noch ihren Antrag einzubringen, bevor die Sitzung und die Rede des Herrn Reichskanzlers zu Ende ging, und das Ende vom Liede war dann, daß auch uns nichts anderes übrig blieb, als am nächsten Tage unsere Interpellation einzubringen.

Der Herr Kollege Becker (Arnsberg) hat in der Sitzung vom 2. Juni sehr harte Worte gegen die Interpellanten gebraucht. Er sprach von der Sparsamkeit, die notwendig sei, und erklärte: wir lehnen ganz entschieden ab, Anträgen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die nur aus Popularitätshascherei gestellt sind, zuzustimmen. Er sprach mit Hinblick auf die Interpellanten von einer unehrlichen Politik.

Meine Damen und Herren! Ich bin auch hier fest davon überzeugt, daß seine Fraktionskollegen weder solche Worte noch sein Vorgehen billigen werden. Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Becker (Arnsberg) im Sinne oder zum Vorteil seiner Partei gesprochen hat. Denn wenn es sich auch hier um eine Frage handelt, die angesichts der großen politischen Fragen, die uns in diesen

(**Morath**, Interpellant.)

(A) Tagen bewegen — und weitmehr als alles andere in den Vordergrund treten müssen, zurückzutreten hat, so sollte er doch wenigstens zugegeben haben, daß für uns kein anderer Weg mehr bestand als der der Interpellation. Und es handelt sich doch auch um eine Frage, die von staatspolitischer Bedeutung ist. Es kann doch nicht gleichgültig sein, wie die Lage eines großen Teils unserer Beamtenschaft ist, und ob man über Recht und Gesetz sich hinwegsetzt; gegenüber diesen Beamten kommt es vor allem darauf an, ein paar Millionen zu sparen. Nach einem jahrelangen zermürbenden Kampfe um ihre Rechte werden diese Beamten an Arbeitsfreudigkeit soviel verlieren, daß der Staat dabei auch mehr einbüßt, als die Bewilligung der in der Interpellation ausgesprochenen Forderung ihn kosten wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Abgeordnete Becker hätte in Erinnerung an das Wort, das das alte Zentrumsprogramm ziert: „Gerechtigkeit ist die Grundlage eines Staates", und in Erinnerung daran, daß seine und auch unsere Partei noch manche gemeinsame Aufgaben in dieser Zeit zu erfüllen haben, seine Worte etwas besser und vorsichtiger wählen sollen.

Wie heißt es nun aus der Sache herauszukommen? Die Sachlage ist jetzt viel schwieriger, als sie am 11. Juni war. Damals bestand die Möglichkeit, die Regierung in einen gewissen Zwang zu nehmen. Jetzt besteht die Prüfung; jetzt haben Tausende von Beamten diese Prüfung inzwischen bestanden. Wie soll man mit diesen verfahren? Das sind alles Fragen, die sich naturgemäß aufdrängen. Einen Ausweg schlägt der Abgeordnete **Steinkopf** vor. Er schlägt vor, man möge die ganze Sache einem **Schiedsgericht** übertragen. Meine Damen und Herren! Es ist pikant, daß ein Vertreter der Partei, die vor allen Dingen dem Parlamentarismus (B) dienen will, nach deren Willen doch alle Gewalt vom Volke ausgehen soll, in solcher Lage keinen anderen Vorschlag weiß, als den, die Sache einem Schiedsgericht zu überweisen.

(Abgeordneter Steinkopf: Sie fassen das falsch auf!)

— Ich fasse das falsch auf? Ich erwarte Ihre Belehrung. Ich kann mir nur vorstellen, daß eine Überweisung an ein Schiedsgericht nicht zum Ruhme des Parlaments beiträgt. Wenn man ein solches Schiedsgericht in Permanenz erklären wollte, käme man leicht zu dem Gedanken einer ersten Kammer. Dann kann ich mir allerdings nicht vorstellen, warum man da nicht gleich zur Monarchie kommt. Wenn ein oberster Schiedsrichter da sein soll, der die Fragen, in denen Parlament und Regierung uneinig sind, entscheiden soll, kann man ja auch einen solchen Weg gehen. Ich glaube deshalb nicht, daß man so verfahren kann. Man wird vielmehr die Frage hier im Parlament zu lösen haben. Die Lage der Regierung ist in der Tat nicht besser geworden. Wir haben gesehen, daß Ungerechtigkeiten der ärgsten Art entstanden sind. Wenn ein Offizier beispielsweise bald nach der Revolution in den **Dienst des Versorgungswesens** getreten ist, dann wurde er ohne die Prüfung Regierungsrat. Wenn er später eingetreten ist, kam er in die Gruppe VI. Wenn er nun Obersekretär werden will, muß er eine Ergänzungsprüfung ablegen.

Die Frage ist noch nicht erwähnt worden, ob man überall gleichmäßig mit den Prüfungen vorgeht. Mir sind Fälle bekannt, wo ein Kassensekretär des Versorgungswesens zum Finanzministerium kommandiert wurde; seine alte Behörde forderte ihn auf, die Ergänzungsprüfung abzulegen. Er erklärt: Danke schön, ich bin inzwischen ohne jede Prüfung Obersteuersekretär geworden. Das ist noch jüngst passiert.

Es sind noch andere Fragen zu klären. Wie soll (C) man mit den Beamten verfahren, die nach dem 1. April vorigen Jahres in den Ruhestand getreten sind? Soll man diese **Beamten** noch **rückwirkend befördern?** Die Regierung lehnt es ab. Es ist also nicht Schuld dieser Beamten, daß sie nicht mehr hineinkommen konnten in die neue Gruppe. Warum will man sie strafen? Es ist lediglich Schuld der Regierung, die nicht rechtzeitig den Nachtragsetat vorgelegt hat. Oder man denke an andere Fälle. Man denke daran, daß es Beamte gibt, die von der Prüfung befreit sind, weil sie früher bereits alles, was erfordert wurde, nachgewiesen haben. Solche Fälle kommen vor bei denjenigen Beamten der Post, die die zweite Verwaltungsprüfung nicht in allen Fächern bestanden haben. Jene Beamten haben doch damals, als sie bei der zweiten Verwaltungsprüfung durchfielen, die Prüfungsbedingungen erfüllt. Dennoch will man auch ihnen die Nachzahlung nicht gewähren, auf die sie doch zweifellos ein Anrecht haben.

Vor allen Dingen hält man an der unglückseligen **Differenzierung zwischen Militär- und Zivilanwärtern** fest. Man beruft sich darauf, daß man ja nicht zwischen Militär- und Zivilanwärtern unterscheide, sondern zwischen leicht- und schwergeprüften Beamten. Man spricht in unseren Tagen so viel vom Geist der modernen Zeit und kramt dann in solchem Augenblick Prüfungsergebnisse, die vielleicht schon ein Menschenalter zurückliegen, aus, um einem Beamten zu sagen: du mußt das, was du damals gegenüber deinen Zivilanwärterkollegen leichter gehabt hast, noch nachholen. Ich bitte und beschwöre die Reichsregierung, daß sie auch in diesem Punkt ernstlich noch einmal ihren Standpunkt prüft und den Militäranwärtern keine andere, keine schwierigere Prüfung abverlangt als den Zivilanwärtern, wenn sie nicht überhaupt diese ganz unglückselige Mißgeburt einer Prüfung in die Wolfsschlucht werfen will. (D)

Meine Damen und Herren! Die **Nachzahlung!** Hier glauben die Beamten endlich gefunden zu haben, warum man an der Prüfung so hatnäckig festhält. Es war nicht allein die Rücksicht auf die Lokomotivführer. Ganz bestimmt nicht; denn auch die werden die Prüfung selbstverständlich auch für sich in Anspruch nehmen können. Aber die Beamten glauben, es war die Rücksicht darauf, daß man dann den Beamten die Nachzahlung ihrer Gebühren vom 1. April vorigen Jahres vom Beginn des Etatsjahres ab vorenthalten konnte. Ich möchte mich noch dagegen sträuben, daß man so verfahren ist; denn das wäre nicht nur perfide, das wäre auch unklug, das wäre wenig weise. Glaubt man, damit sich die Berufsfreudigkeit bei den Beamten zu erziehen, die wir brauchen und auf die die Regierungsvertreter immer und immer wieder in ihren öffentlichen Reden großen Wert gelegt haben?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bitte deshalb dringend, auch in diesem Punkte nachzuprüfen, ob nicht bei Gewährung dieser Forderung unserer Interpellation gerade die Regierung am allerbesten fährt.

Wir fordern, um es noch einmal festzustellen, die **Beseitigung der Prüfung.** Da kann ich allerdings nicht ganz den Ausführungen des Herrn Kollegen Laverrenz folgen. Er hat die Regierung wegen Beibehaltung der Prüfung angegriffen mit Gründen der Verfassung und des Staatsrechts. Das war nicht glücklich. Tatsächlich hat der Reichstag die Möglichkeit gehabt, die Regierung zu zwingen, von der Prüfung Abstand zu nehmen. Nur mußte er dann seinen Anträgen vom 11. Mai die gesetzestechnische Form geben, welche die Regierung zwang. Das hat die Mehrheit, die gegen unseren Antrag war und die Anträge Schiffer und Bruhn annahm, leider ver-

(**Morath**, Interpellant.)

(A) säumt. Die Regierung selbst hat — das muß bedauerlicherweise festgestellt werden — nichts getan, was sie mit irgendeinem Wort der Verfassung im Widerspruch setzt, und die vorgelesenen Aufsätze aus einer Fachzeitschrift beweisen dagegen gar nichts. Die sind Sentiments, mit denen die Herren arbeiten; aber die Verfassung haben sie so genau nicht studiert, daß sie sich darauf berufen könnten. Wir verlangen in der Tat auch ohne diese Begründung, daß die Regierung von einer Prüfung absieht. Wir verlangen aber weiter und mindestens, daß sie bei ihrer Beibehaltung von einer Differenzierung absieht und daß sie den Beamten das, worauf sie einen zweifellosen Anspruch haben, gewährt, nämlich die Nachzahlung ihrer Gebühren vom 1. April 1920 ab. Ich bitte um die Antwort des Herrn Reichskanzlers.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellationen hat das Wort der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth**, Reichskanzler, Reichsfinanzminister: Meine Damen und Herren! Wenn ich jeweils, solange ich noch die Ehre haben werde, eine Interpellation zu beantworten, mit solcher Gemütsruhe der Beantwortung einer Interpellation wie der vorliegenden entgegensehen kann, dann, glaube ich, werde ich im parlamentarischen Leben keine Schwierigkeiten mehr haben.

(Sehr gut und Heiterkeit.)

Die Interpellation der Abgeordneten Bruhn-v. Gallwitz und die Interpellation der Herren Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen entsprechen in ihrem Kerne den Auffassungen, die ich seit einem Jahre vertreten habe. Nun haben die Herren Unglück mit ihren Interpellationen, sie kommen damit ein Jahr zu spät.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen
(B) Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin wirklich überrascht — und ich glaube, auch die Erörterung hat bereits eine heitere Stimmung im Hause ausgelöst —,

(sehr wahr! bei den Regierungsparteien)

darüber, daß die Parteien sich Vorwürfe darüber machen, was die Regierung gehalten bezw. nicht gehalten hat. Der Herr Kollege Giesberts und ich könnten Ihnen ein sehr freundliches und heiteres Lied vorsingen, und ich glaube, Sie würden diesem Lied alle miteinander zustimmen können. Wir zwei, wir armen Sünder, waren es, die von Anfang an den Standpunkt vertreten haben, daß dieses **Aufrücken nach VII** ohne jede Prüfung stattfinden solle. Nun darf ich noch hinzusetzen: als die Frage im Parlament erörtert worden ist, habe ich — die Herren waren ja selbst Zeugen — im Ausschuß die Erklärung abgegeben: ich bin willens, den gerechten Forderungen der Postbeamten Rechnung zu tragen. Ich habe damals nicht daran gedacht, auf dem Wege einer Prüfung dieses Aufrücken irgendwie hemmen zu wollen. Aber kaum war mir dieses Wort aus dem Munde entfahren, so haben sich von allen Seiten weitgehende Schwierigkeiten eingestellt, Schwierigkeiten einmal in den Anforderungen aller Ressorts und Schwierigkeiten bezüglich der Befürchtung, daß, wenn die Assistenten ohne diese Prüfung vorrücken könnten, die ganze Besoldungsordnung aufs neue hätte in Gefahr kommen können. Diese Befürchtung, daß noch einmal aufs neue weitgehende Fragen der Besoldungsordnung aufgerüttelt werden könnten, hat die vorhergehende Regierung veranlaßt, nicht der Meinung des Finanzministers und des Postministers beizutreten,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

sondern eine einheitliche Auffassung des Kabinetts zu bilden, die der Besoldungsordnung entspricht. Ich will wirklich nicht Öl ins Feuer gießen, ich könnte sehr interessante Bemerkungen machen. (C)

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die **Regierung Fehrenbach** und Genossen, wenn ich so sagen darf, hat, als der Finanzminister und Postminister unterlegen waren, feierlich festgesetzt, daß eben von dieser Prüfung im Hinblick auf diese Befürchtungen unter keinen Umständen abgegangen werden soll.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist doch der Zustand, von dem sie ausgegangen sind.

(Zuruf rechts: Und Wirth und Genossen?)

— Jetzt komme ich! Ich habe mich loyal in diese Abstimmung des Kabinetts gefügt und fügen müssen und hernach bin ich, wobei ich allerdings den Rücken sehr stark hinhalten mußte, für diesen Beschluß des Kabinetts Fehrenbach eingestanden und — jetzt kommt die Hauptsache — stehe auch heute noch dafür ein. Es geht nicht, daß von heute auf morgen eine derartige Verwaltungsmaßnahme einfach über den Haufen geworfen wird. Für mich und den Postminister Giesberts wäre es sehr einfach gewesen, wir hätten die Kontinuität dieser Sache unterbrechen und sagen können: jetzt sind wir in einer gewissen stärkeren Position, also brechen wir ab mit der Politik der vorhergehenden Regierung. Wir haben das nicht getan, und ich glaube, das müßte niemand mehr respektieren als die Kreise der Herren Interpellanten Dr. Stresemann und Genossen.

Aber wozu all dieser Streit? Hat es denn wirklich einen Sinn, daß wir heute, nachdem ein Jahr lang die **Assistentenfrage** debattiert worden ist, uns noch in einer derartigen weiten politischen Auseinandersetzung bewegen und daß gar von rechts gedroht wird, man wolle von allen Mitteln, die parlamentarisch zur Verfügung stehen, bei dieser Frage Gebrauch machen? Ach, meine Damen und Herren, lassen Sie sich nicht davon abhalten, die Abstimmung würde sich nicht gegen die jetzige Regierung richten, sondern nachträglich ein Mißtrauensvotum der (D)
alten Regierung gegenüber darstellen, der man doch in gewissen Kreisen gar nicht so unfreundlich gegenübergestanden hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sage also: Der erste Teil der Interpellation des Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann und die Interpellation Bruhn-Gallwitz ist ein Streit um des Kaisers Bart und sonst gar nichts.

Der Herr Abgeordnete Morath hat zutreffend hervorgehoben, daß bereits Tausende die Prüfung abgelegt hätten. Nun wollen wir mal sagen: wenn ich heute meine Auffassung durchsetzen könnte — es wäre ganz gut und nett, eine nachträgliche Rechtfertigung — und sagen würde: wir werden jetzt die Prüfung aufheben, ja, meine Herren, dann kommen doch jetzt alle die, die die Prüfung gemacht haben und sagen: es ist eine Ungerechtigkeit, daß es uns schwerer gemacht worden ist als den anderen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich meine, diese Sache ist erledigt. Die Interpellation kommt nach dieser Richtung hin meilenweit hinter den Tatsachen her.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Weil der Reichstag nicht zusammengetreten ist!)

— Herr Kollege Laverrenz, der zweite Teil ist die Hauptsache. Der zweite Teil befaßt sich — und da bin ich den Herren dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich zu äußern — mit der Frage: wann werden die Beamten in die **Bezüge** eingesetzt, die sie beim Vorrücken nach VII bekommen sollen? Nach der Richtung hin sage ich den Herren das weiteste Entgegenkommen zu.

(Bravo! im Zentrum.)

Das wollen wir machen und wollen uns darüber nicht in endlose Diskussionen verlieren, sondern wir wollen die-

(Dr. **Wirth**, Reichsfinanzminister.)

(A) jenigen, die die Prüfung passirt haben, rückwirkend in die Bezüge einsetzen.

(Erneutes Bravo im Zentrum.)

Ich meine, die Einzelheiten, die Sie angeführt haben, wollen wir zusammen in der Kommission besprechen, und ich bin als Finanzminister bereit, die Hand zu bieten, damit wir zu einer einheitlichen Auffassung kommen, die allen Parteien dieses Hauses entspricht.

(Sehr gut! und Bravo! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Ich meine also: wenn wir die Angelegenheit praktisch anpacken, dann wird die Erledigung der Interpellation von rechts bis nach links zufriedenstellend ausfallen. Ich will aber niemand hindern, noch nachträglich die Frage der Prüfung, ihrer Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit hier vor aller Welt vor Augen zu führen. Mir kann es nur recht sein!

Aber, meine Damen und Herren, es ist ein Irrtum, wenn insbesondere der Herr Kollege Laverrenz meint, es seien keine **Stimmen für diese Prüfung** da. Ich darf ihm einmal eine bekanntgeben, um zu zeigen, daß die Auffassung des Herrn Kollegen Laverrenz nicht etwa durchgängig von der Beamtenschaft geteilt wird. Vor mir liegen die **„Bayerischen Verkehrsblätter"**, Zeitschrift für Eisenbahn- und Postwesen, Organ des Bayerischen Verkehrsbeamten-Vereins und seiner Einrichtungen, Nr. 21, München den 28. Mai 1921. Darin steht folgendes:

> Die Reichsregierung hatte mit ihrem zähen Festhalten an der Abhaltung der Ergänzungsprüfung ohne Zweifel das Richtige getroffen.

Sie sehen also, ein wunderbares Lob für die Regierung Fehrenbach, der ich anzugehören die Ehre hatte. Wir haben zäh festgehalten,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei)

— ich sage, wir haben zäh festgehalten an den Be- (B) schlüssen der Regierung, der Sie, verehrter Herr Kollege Morath, durch Ihre Vertrauensmänner auch angehört haben. Ich meine also nur, das zähe Festhalten wird belohnt; nur Sie sind undankbar, Herr Kollege Morath, denn Sie bringen die Interpellation ein.

(Zustimmung und Heiterkeit.)

Ich fahre aber fort und sage:

> Die ganze Reichsbesoldung ist so aufgebaut, daß dem tüchtigen unteren und mittleren Beamten die Möglichkeit gegeben ist, freie Bahn zu finden und bis in die oberen Stellen des mittleren und höheren Dienstes aufzusteigen. Es ist keine reine Beamtenangelegenheit, sondern es geht das ganze Volk an, daß die Verwaltung der wichtigeren Staatsdienststellen in die Hände von Beamten gelegt wird, die dieser Aufgabe auch wirklich gewachsen sind. Großen Beamtengruppen mit Zehntausenden von Mitgliedern auf die bloße Versicherung hin, daß jeder einzelne von ihnen ein Ausbund von Tüchtigkeit sei, die wichtigeren Stellen des mittleren Dienstes wahllos preiszugeben, dazu kann sich keine Regierung entschließen, die dem Lande und dem Volke gegenüber noch das Gefühl der Verantwortung in sich trägt.

(Abgeordneter Morath: Gratuliere zu diesen Sachkennern!)

Sie sehen, ein Lob für die Regierung Fehrenbach. Und derselben Einsicht hat sich, einmal mit Rücksicht auf die Kollegialität und dann mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Kontinuität, die jetzige Regierung angeschlossen.

Ich meine, wir wollen die Streitaxt nach dieser Richtung hin begraben, und ich kann es mir versagen, auf die staatsrechtlichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Laverrenz einzugehen. Die Frage der Ergänzungsprüfung hat mit der Verfassung nicht das geringste zu tun. Es han- (C) delt sich um eine Verwaltungsmaßnahme, die hier mit der Ergänzungsprüfung getroffen worden ist. Der Herr Abgeordnete Laverrenz war aber nicht richtig unterrichtet, als er von der **Differenzierung der entsprechenden Beamten in der Postverwaltung** gesprochen hat. Ich darf Ihnen darüber folgendes mitteilen, was mir soeben von der Reichspostverwaltung übergeben wurde.

> Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung läßt bei der Abnahme der Sonderprüfung eine Differenzierung nach Herkunftsklassen der Beamten (Zivil- oder Militäranwärter) grundsätzlich nicht eintreten. Die tatsächlichen Verschiedenheiten in dem Umfang der Prüfung ergeben sich lediglich aus dem im Einvernehmen mit dem Reichstag aufgestellten Grundsatz, daß auf die zu stellenden Anforderungen die in einer früheren Prüfung bereits nachgewiesenen Kenntnisse angerechnet werden können. Die Unterscheidung erfolgt also nach früher abgelegten Prüfungen, gleichgültig, ob die höherwertige Prüfung, die die Anrechnungsmöglichkeit bietet, von einem Zivil- oder Militäranwärter bestanden ist.
>
> Daß die Differenzierung nach Herkunftsklassen nicht stattfindet, ergibt sich auch daraus, daß:
>
> 1. die von einem Postverwalter und Telegraphenbauführer gefertigten Schriftsätze des laufenden Dienstes als Prüfungsarbeiten angerechnet werden können, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Zivil- oder Militäranwärter handelt;
> 2. eine frühere zum Teil bestandene zweite Prüfung angerechnet wird, ebenfalls ohne Rücksicht darauf, ob ein Zivil- oder Militäranwärter sie abgelegt hat;
> 3. erweiterte Anforderungen an solche Zivilanwärter gestellt werden, die seinerzeit nicht die (D) normale, sondern eine erleichterte erste Fachprüfung abgelegt haben.

Sie sehen also, daß von so weitgehenden Differenzierungen wie die, von denen vorhin hier gesprochen worden ist, unter keinen Umständen die Rede sein kann.

Ich benutze die Gelegenheit gern, um Ihnen zu erklären, wie froh gerade ich und der Herr Reichspostminister sind, wenn endlich die **Assistentenfrage** dem Abschluß nahegebracht wird.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten: Wir auch!)

Seit einem Jahr tobt jetzt auf der ganzen Linie ein ununterbrochenes Gefecht in dieser Frage. Die Meinungen sind weit auseinandergegangen, aber allmählich, glaube ich doch, hat sich eine mittlere Linie finden lassen, um noch gewisse Forderungen, wie sie heute gestellt worden sind, mit der Rückwirkung auszugleichen und so schließlich diese ganze Assistentenfrage als erledigt auf die Seite legen zu können.

Ich habe aber bei dieser Gelegenheit noch eine andere Beruhigung auszusprechen. In einer Reihe von Zeitungen wird der Gedanke vertreten, als ob in der Reichsregierung Beratungen darüber stattfänden, daß die Reichsregierung selbst oder der Chef irgendeines Ressorts eine Vorlage zur **Abschaffung des Berufsbeamtentums** ausarbeite. Es sind mir auch wiederholt in Zeitungen, Zeitschriften und Versammlungen Mitteilungen zugegangen, daß mir derartige Absichten zugeschoben werden. Ich stelle fest, daß mir solche Absichten gänzlich fernlagen und auch jetzt gänzlich fern sind, und daß durch eingehende Erkundigungen in allen Ressorts festgestellt ist, daß nirgends eine Vorlage zur Abschaffung des Berufsbeamtentums in Vorbereitung ist.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

(Dr. **Wirth**, Reichsfinanzminister.)

(A) Es heißt also Gespenster an die Wand malen, wenn man derartige Dinge draußen in der Öffentlichkeit propagiert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist notwendig, daß unsere Beamtenschaft endlich aus diesem Strudel der Beunruhigung herauskommt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Wenn dazu die Interpellationen beigetragen haben, dann haben sie etwas Gutes geschaffen.

Der Kollege Morath kommt also mit seiner Interpellation zu spät. Sie kommen aber rechtzeitig mit allen Beamtenfreunden dieses hohen Hauses, die rückwirkend den Beamten das zuführen wollen, was ihnen auch tatsächlich gehört.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ein Antrag auf Besprechung der Interpellationen ist bisher nicht gestellt.

(Zurufe rechts.)

— Er soll noch kommen.

Dann möchte ich zunächst mitteilen, daß der Herr Abgeordnete Burlage beantragt, die Interpellationen einschließlich der Anträge Petersen, Müller (Franken) und Aberhold dem 1. Ausschuß zur Beratung zu überweisen, ein Vorschlag, der ja auch in der Rede des Herrn Reichsfinanzministers enthalten war. Der Antrag auf Besprechung hat aber den Vortritt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Wir beantragen, die Besprechung der Interpellation unter Nr. 1 der Tagesordnung, betreffend die Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI.

(B) **Präsident:** Dieser Antrag bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen.

(Pause.)

Die Unterstützung reicht aus; es stehen, soweit ich sehe, 52.

Für diese Besprechung ist folgender Antrag eingegangen:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> Die Behandlung der Interpellation auf Drucksache Nr. 2075, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI, durch den Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.

(Lachen bei den Regierungsparteien.)

Der Antrag ist unterschrieben: Hergt und Fraktion; aber nach der Geschäftsordnung muß er von 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Rufe: 29! Kommunisten auf! — Heiterkeit.)

— Gewiß, 29, aber es stehen noch 2 Herren im Bureau.

(Heiterkeit.)

Die Unterstützung reicht also aus.

In der eröffneten Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat schon darauf hingewiesen, daß man es eigentlich nicht hätte erwarten können, daß gerade die Deutsche Volkspartei eine derartige Interpellation einbringen würde. Wenn man die Rede des Herrn Abgeordneten Morath, die er am 11. Mai hier gehalten hat, liest, und er da sagt: der Herr Reichsfinanzminister hat wiederholt einzelnen Beamtenabgeordneten dieses Hauses, Beamtendeputationen und auch in öffentlichen Wahlversammlungen ganzen Gruppen von (C) Beamten die **prüfungslose Überführung nach Gruppe VII** zugesagt, — wenigstens ist das in der Presse behauptet, es ist versprochen worden, aber alle diese Versprechungen sind nicht gehalten worden, — so möchte ich darauf hinweisen — —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Steinkopf, Abgeordneter: —, daß diese Versprechungen und diese Vorgänge, auf die der Herr Abgeordnete Morath Bezug nimmt, alles Vorgänge aus dem **Kabinett Fehrenbach** sind, und daß gerade der Herr Reichsfinanzminister und der Herr Reichspostminister es gewesen sind, die dem starken Druck der Minister der Deutschen Volkspartei nicht haben widerstehen können.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das hat er gar nicht gesagt!)

Daraus geht also klipp und klar hervor, daß diese ganze Interpellation der Deutschen Volkspartei nichts anderem entspringt, als einem agitatorischen Bedürfnis zu genügen.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Zur Sache selbst möchte ich folgendes sagen: Auch wir halten den Beschluß des Kabinetts Fehrenbach, diese Prüfung einzuführen, nicht für glücklich.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Na also!)

— Das Kabinett Fehrenbach, ganz recht! — Ebensowenig halten wir es für glücklich, daß sich das Kabinett Wirth auf den gleichen Standpunkt gestellt hat. Aber wir verstehen es doch, daß das Kabinett Wirth diese Kontinuierlichkeit der Politik fortgesetzt hat, daß also die Mitglieder, die dem früheren Kabinett angehört haben und die, wie der Herr Reichsfinanzminister es ausdrückte, 600 heilige Eide geschworen haben, diese Prüfung und diesen Modus beizubehalten, schließlich sagten: wir müssen, (D) um einmal zur Ruhe zu kommen, dasselbe auch weiter im neuen Kabinett durchdrücken.

Wie gesagt, es ist wenig glücklich gewesen, diesen Modus aufzustellen, und wir haben uns ja auch rechtzeitig dagegen gewandt. Aber man wird sich doch fragen: woran liegt es denn, daß überhaupt diese Prüfung eingeführt werden konnte. Leider Gottes sind ja auch heute noch die **Festsetzung der Arbeitsbedingungen für die Beamten** einseitige Maßnahmen der Regierung. Wir hätten gewünscht, daß zur Festsetzung dieser Maßnahmen die Beamtengewerkschaften in weitem Maße herangezogen worden wären, und daß es möglich gewesen wäre, im Benehmen mit diesen einen Modus zu finden, der auch die Beamten befriedigt.

Herr Kollege Morath hat gesagt, ich hätte da einen Vorschlag gemacht, die ganze Frage einem **Schiedsgericht** zu unterbreiten. Das stimmt! Aber er hat mich doch nicht recht verstanden, wenn er meint, ich wolle damit die Würde des Parlaments preisgeben. Ich habe nicht gesagt, der Reichstag, die Reichsregierung soll diesen Vorschlag dem Schiedsgericht unterbreiten; sondern ich habe gesagt: die Beamtenschaft, die ja selbst nicht in der Lage ist wie in anderen Fragen, eine einheitliche Lösung der Regierung und dem Parlament vorzuschlagen, soll diese Frage von sich aus einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreiten, sich bereit erklären, den Schiedsspruch bedingungslos anzunehmen und dann den ergangenen Schiedsspruch als einheitliche Forderung der Beamtenschaft dem Parlament und der Regierung zu unterbreiten. Ich kann mir vorstellen, daß dann, wenn dieser einheitliche Vorschlag vorliegt, ebenso wie bei anderen Angelegenheiten, Herr Kollege Morath, Parlament und Regierung diesen Vorschlag prüfen werden und auch annehmen werden.

(**Steinkopf**, Abgeordneter.)

(A) Ich glaube, die Beamtenschaft wird doch aus diesen Vorgängen eine Lehre ziehen und in Zukunft versuchen, derartige Konflikte gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie wird in Zukunft Wege zu finden wissen, um zunächst einmal innerhalb der Gewerkschaften, innerhalb des Deutschen Beamtenbundes eine Lösung zu finden und diese dann dem Parlament zu unterbreiten.

So, wie die Sache jetzt lag, mußte ja geradezu eine gewaltsame Lösung herbeigeführt werden, und die Regierung hat eben eine andere Lösung nicht gefunden. Leider Gottes bin ich genötigt, zu sagen, daß ich mit dem Herren Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister in der **Prüfungsfrage** nicht ganz einig gehe. Bei den Besprechungen in der Kommission wird sich wohl ein Weg finden, um auch in der Prüfungsfrage zu einer Einigung zu gelangen, ebenso wie der Reichsfinanzminister jetzt die **rückwirkende Anstellung** der betreffenden Beamten bis zum 1. April 1920 zugesagt hat. Es muß da Entgegenkommen gezeigt werden, es kann nicht ein Biegen oder Brechen zwischen Reichstag und Reichsregierung herbeigeführt werden; denn es wäre ja ein Unding, wenn man einer solchen Frage wegen einen Konflikt heraufbeschwören würde, der in der jetzigen politischen Zeit von ganz unabsehbarer Tragweite wäre. Das wollen selbstverständlich auch die Beamten selbst nicht haben, und ich verstehe, offen gestanden, die Deutschnationale Fraktion nicht oder vielmehr: ich verstehe sehr gut, daß sie aus reinem Oppositions- und Agitationsbedürfnis einen derartigen Mißtrauensantrag jetzt hier vorlegt, von dem sie ganz genau weiß, daß ein ernsthaft denkender Politiker ihn unter keinen Umstanden annehmen würde oder unterstützen könnte.

Aber ich möchte doch bei dieser Gelegenheit auch eine Frage an die Reichsregierung richten, die die Beamten der Gruppe VI und VII berührt. Bei der Prüfung (B) kommt es jetzt nämlich vor, daß **zweimal geprüfte Beamte,** und zwar vollwertig geprüfte Beamte, in der Gruppe VI verbleiben, während ergänzend geprüfte zu Gruppe VII hinübergehen. Ist nun die Reichsregierung der Auffassung, daß diese zweimal vollwertig geprüften Beamten automatisch, vielleicht am Schluß des Rechnungsjahres, in Gruppe VII hinübergehen, oder daß sie so lange in Gruppe VI bleiben, bis Stellen für sie in Gruppe VII frei werden. Ich muß offen gestehen: ich halte es für ein Ding der Unmöglichkeit, wenn diese Beamten in der Gruppe VI verbleiben sollten.

Das zweite bezieht sich auf Beamte der Gruppe VII, aber man kann es ganz gut hier vorbringen. Es betrifft **die Fünftelung.** Ursprünglich ist doch die Fünftelung beschlossen worden für die Beamtenschaft der Gruppe VII: Verteilung auf die Gruppen VII, VIII, IX und X. Wie ist es nun in Zukunft, wenn aus der Gruppe VI durch eine ebenfalls vollwertige Prüfung so und soviel Beamte nach VII übertreten? — Ich setze voraus, daß das selbstverständlich der Fall sein wird. Wird dann in jedem neuen Rechnungsjahr eine frische Fünftelung in der Weise vorgenommen, daß ein Teil der Beamtenschaft in Gruppe VII bleibt, der Rest auf die andere Gruppen verteilt wird, oder wie denkt sich die Regierung die Regelung dieser Verteilung überhaupt? Auf diese Fragen hätte ich gern eine aufklärende Antwort gehabt, denn sie sind mit diejenigen, die die Beamtenschaft beunruhigen.

Wegen den andern Fragen werden wir uns ja am besten im Ausschuß verständigen können. Dazu gehört natürlich auch die Frage über die **Beförderung derjenigen Beamten,** die seit dem 1. April 1920 **pensioniert** worden sind oder auch gestorben sind. Man kann sie natürlich — da stimme ich mit den Ausführungen der Herrn Interpellanten im großen und ganzen überein — unter keinen Umständen darunter leiden lassen, daß sie nicht mehr zur (C) Prüfung gelangen konnten.

Die Prüfungsfrage selbst muß natürlich eingehend erörtert werden; denn ich muß offen sagen, daß sie in der **Assistentenfrage** nicht Klarheit geschaffen hat, sondern daß sie eigentlich noch mehr Verwirrung in die Beamtenschaft getragen hat. Wenn jetzt z. B. die Prüfung ganz wegfallen würde, wohin ich durchaus strebe, so muß darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich diejenigen Beamten, die jetzt die Prüfung abgelegt haben, mit vollem Recht sagen können: ja, die ganze vollwertige Prüfung sollte für die Aufrückung bis X und XI sein, wir haben die halbe Prüfung gemacht, werden also mindestens den Aufstieg nach VIII und IX verlangen können. Das ist durchaus logisch.

Und weiter, wie denkt sich die Regierung die **Anwendung des Sperrgesetzes** gegenüber Preußen? Wir haben gesehen, daß man in Preußen ein paar Tausend Beamte ohne Prüfung nach VII genommen hat, befördert als vollwertige Obersekretäre alten Baus. Nach dem neuen Etat und dem preußischen Besoldungsgesetz sind ferner ein Drittel sämtlicher Assistenten nach Gruppe VII gekommen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß man nun diesen einmal beförderten Beamten sagt: ihr müßt nachträglich eine Prüfung ablegen. Wenn da ein Beamter durchfällt, so ist es doch ein Ding der Unmöglichkeit, ihn wieder nach Gruppe VI zu versetzen.

Das sind alles Gründe, die die Lage entschieden verwickelter gestaltet haben. Der ganze Wegfall der Prüfung würde durchaus geeignet sein, diese Lage im günstigen Sinne auch für die Regierung zu klären. Wenn wir in der Kommission diese Angelegenheiten eingehend besprechen können, so glaube ich bestimmt, daß wir auch hier zu einem befriedigendem Ergebnis kommen werden, und zwar nicht nur zum Wohl der Verwaltung, sondern in hauptsächlichster Beziehung auch zum Wohl der be- (D) treffenden Beamten der Gruppen VI und VII.

(Bravo! bei den Sozialdemokaten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Breunig.

Breunig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was hier durch die Interpellanten von der rechten Seite des Hauses ausgeführt worden ist, ist mehr eine Komödie. Als am 11. Mai die Frage hier zur Debatte stand, haben alle Fraktionen Anträge gestellt. Auch unsere Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt, der auch mit den Stimmen der Interpellanten abgelehnt worden ist. Wir haben, um den „beamtenfreundlichen" Rechtsparteien Gelegenheit zu geben, aus ihrer Forderung die praktischen Konsequenzen ziehen zu können, den Antrag vom 11. Mai wiederholt. Unsere Fraktion ist von Anfang an für die **Beseitigung der Ergänzungsprüfung** eingetreten. Wir haben bereits im März im 23. Ausschuß einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Auch dort blieben wir in der Minderheit. Auch dort wurde versucht, diese Frage zu begraben. Als die Frage am 11. Mai erneut zur Debatte stand, haben wir beantragt, die bereits am 1. April 1920 angestellten früheren Assistenten ohne Prüfung ab 1. April 1920 in die Besoldungsgruppe VII einzureihen. Der Antrag wurde damals, wie ich schon festgestellt habe, von der Mehrheit abgelehnt. Die heutigen Interpellanten haben ebenfalls dagegen gestimmt. Es wird hier der Versuch gemacht, den in Frage kommenden Beamten Sand in die Augen zu streuen. Denn dort, wo es darauf ankommt, für sie einzutreten, lehnen Sie (nach rechts) es ab oder versuchen, unter nichtigen Vorwänden sich Ihren Versprechungen, die Sie den Beamten gegenüber gemacht haben, zu entziehen.

(**Breunig**, Abgeordneter.)

(A) Aber die Sache wird noch interessanter, wenn wir feststellen, daß es Deutschnationale waren, die als Urheber der Ergänzungsprüfung in Betracht kommen. Wenn man in diese Dinge etwas hineinleuchtet, dann kommt eben die Demagogie, die von dieser Seite des Hauses betrieben wird, zum Vorschein.

Unsere Partei hat nicht nötig, das Wettrennen um die Gunst der Beamtenschaft mitzumachen, wie es von der rechten Seite des Hauses geschieht. Wir treten wie immer dafür ein, daß Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Wir stimmen insofern der Erklärung des Reichsfinanzministers zu, als wir fordern, daß diese Frage in dem Beamtenausschuß oder im Hauptausschuß noch eingehender beraten wird und daß dort eine Formulierung gefunden wird, für die alle Parteien eintreten können. Durch die Besprechung der Interpellationen wird meines Erachtens nur erzielt, daß den in Frage kommenden Beamten auch in Zukunft nichts Bestimmtes gegeben wird. Dieser Beamtengruppe kann nur geholfen werden, wenn Sie unserm Antrag zustimmen, der dahin geht:

> Diejenigen **früheren Assistenten**, die bei Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 1. April 1920 angestellt waren, sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ohne Ablegung einer Sonderprüfung in die Besoldungsgruppe VII einzureihen.

Diesem Antrag haben Sie am 11. Mai nicht zugestimmt, und ich glaube, annehmen zu dürfen, daß auch die Interpellanten diesem Antrag heute nicht zustimmen werden.

Das Resultat der Besprechung wird in diesem Falle sein, daß alle Anträge, die etwas Positives fordern, hier abgelehnt werden und dann sich erst wieder der 23. Ausschuß oder der Hauptausschuß erneut mit der Frage beschäftigen muß. Wir haben deshalb vorhin nicht für die Besprechung dieser Interpellationen gestimmt.

(B)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Delius.

Delius, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man kann bei der Besprechung dieser Interpellationen sehr wohl die Frage aufwerfen, ob überhaupt die Stellung nötig,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

ob es nicht praktischer gehandelt war, sich auf Anträge zurückzuziehen, wie das ja von uns, den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen geschehen ist. Ich glaube, der Sache wäre damit mehr gedient worden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben aber schon eine erfreuliche Klärung in mancher Beziehung gebracht. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade die Antragsteller der einen Interpellation es eigentlich nicht nötig gehabt hätten, diese Interpellation einzubringen, die nach seiner Meinung ein Jahr zu spät gekommen sei. Ich möchte aber auch dabei sagen, daß die beiden Parteien, die die Interpellation gestellt haben, dabei wahrscheinlich den Gedanken vertreten haben, jetzt etwas wieder gut zu machen.

Ich darf hierbei feststellen, daß der deutschnationale Abgeordnete **Schmidt (Stettin)**, den ich persönlich sehr schätze, erst vor wenigen Tagen in einer Versammlung in Leipzig ausdrücklich festgestellt hat, daß er der **Vater dieser Ergänzungsprüfung** sei.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Hört! Hört! links.)

Das findet auch seinen Ausdruck durch die Nichtunterzeichnung der Interpellation. Da ist es einigermaßen sonderbar, wenn jetzt die Deutschnationale Partei diese Interpellation stellt. Immerhin glaube ich, braucht Herr Abgeordneter Schmidt auf diese Vaterschaft nicht besonders (C) stolz zu sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Ergänzungsprüfung ist nach unserer Meinung unnötig. Man steht doch sonst auf dem Standpunkt, daß bei einem Beamten, wenn er eine Prüfung ablegt, der Grundsatz der Befähigung für eine höhere Stelle maßgebend sein soll. Aber hier ist doch ohne weiteres festzustellen, daß der Beamte nicht in eine höhere Stellung aufrückt, sondern in seiner Stellung verbleibt und dafür noch einmal durch eine Prüfung seine Befähigung nachweisen soll.

Wir sind der Ansicht, daß man im früheren Staate und leider auch im neuen Staate **zu viel Prüfungen von der Beamtenschaft** verlangt. Es muß deshalb so schnell als möglich, wenn eine Reform der Personalordnungen der einzelnen Verwaltungen durchgeführt wird, hier eine Besserung herbeigeführt werden. Denn wir alle sind wohl der Meinung, daß jede Prüfung keinen absolut sicheren Maßstab für die Befähigung eines Beamten bilden kann. Nicht immer sind die schwergeprüftesten Beamten die tüchtigsten gewesen. Sehr häufig sind dabei doch auch Zufälligkeiten sehr stark ins Gewicht gefallen. Gewiß kann auf **Dienstprüfungen** nicht verzichtet werden. Meines Erachtens würde es aber genügen, nur für die unteren, für die mittleren und für die höheren Beamtenstellungen je eine Prüfung einzuführen. Man könnte dann innerhalb dieser einzelnen Gruppen die Auswahl für das Aufrücken in die höheren Besoldungsgruppen treffen. Die Prüfung aber, die nun jetzt verlangt wird, fällt völlig aus dem Rahmen der bisherigen Prüfungen heraus. Es ist schlechterdings nicht zu verstehen, weshalb man hier für eine Beamtenklasse eine Prüfung einführt, wenn diese Beamtenklasse in eine höhere Besoldungsgruppe aufrücken soll, während man für alle anderen Beamtenklassen eine derartige Prüfung (D) bei ihrem Aufrücken nicht verlangt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das muß natürlich deprimierend auf alle die davon betroffenen Beamten wirken, und die Widerstände und die Mißstimmungen, die sich bemerkbar gemacht haben, sind deshalb durchaus verständlich. Wir begreifen es auch, wenn die **Militäranwärter** bei den einzelnen Verwaltungen es besonders drückend empfinden, daß sie, die sie jetzt dieselben Dienstverrichtungen auszuüben haben wie ihre Kollegen aus dem Zivilanwärterstand, eine schwerere Prüfung ablegen müssen. Wenn man auch zugeben muß, daß an die Ausbildung und die Prüfung der Zivilanwärter bei verschiedenen Verwaltungen größere Anforderungen gestellt worden sind, so kann doch nicht bestritten werden, daß die Militäranwärter durch Ablegung ihrer Prüfung den Nachweis gebracht haben, dieselben mittleren Beamtenstellen vollwertig wahrnehmen zu können. So lauten wenigstens auch die einschlägigen Bestimmungen.

Es ist durch die Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums über die Ergänzungsprüfung ausdrücklich gesagt worden, daß eine ernsthafte Prüfung stattzufinden habe. Das ist ein Standpunkt, den wir durchaus vertreten können. Denn wenn man überhaupt eine Prüfung einführt, muß es schon eine ernsthafte Prüfung sein,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sonst soll man überhaupt keine Prüfung einführen. Das möchte ich in diesem Zusammenhang auch gleich dem Herrn Abgeordneten Morath sagen, der verschiedene Anwürfe gegen mich gerichtet hat, auf die ich nachträglich im einzelnen noch zurückkommen werde.

Es ist selbstverständlich, daß wir uns auf den Standpunkt stellen müssen: entweder eine ernsthafte Prüfung oder gar keine Prüfung. Sonst wird die Prüfung zur

(Delius, Abgeordneter.)

(A) Farce. Und wenn ich das in der Öffentlichkeit vertreten habe, dann glaube ich, damit den Beamten einen größeren Dienst geleistet zu haben, als wenn ich gesagt hätte: das wird ja nur eine **Scheinprüfung** werden. Denn dann würde das Ansehen der betroffenen Beamten ganz erheblich gegenüber den anderen Beamten gelitten haben, wenn man ihnen bei jeder Gelegenheit vorwerfen könnte, daß es ja nur eine Scheinprüfung gewesen sei. Das sollte auch Abgeordneter Morath verstehen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben im Reichstag den Beschluß gefaßt, daß die Prüfung wegzufallen hat. Wir halten auch das jetzt noch für richtig. Ich gebe aber ohne weiteres zu, daß, wenn man die Prüfung nicht abhalten würde, bei einzelnen Verwaltungen gewisse Schwierigkeiten entstehen könnten. Aber es ist doch die Frage aufzuwerfen, ob diese Schwierigkeiten nicht anders zu beheben wären, und gerade deshalb begrüßen wir es, daß wir im Ausschuß des Reichstags Gelegenheit haben, uns über diese Dinge noch etwas eingehender unterhalten zu können.

Die **verfassungsrechtliche Seite der Frage** — das hat ja schon der Herr Reichskanzler erklärt — ist am besten bei dieser Gelegenheit auszuscheiden. Auch ich gehe nicht darauf ein. Im Ausschuß wird dazu Gelegenheit sein. Aber das eine wird man feststellen dürfen, daß, nachdem der Reichstag diese Prüfung abgelehnt hat und die Reichsregierung die Beibehaltung der Prüfung gefordert hat, ein wenig günstiger Eindruck draußen im Lande bei den vielen Tausenden von Beamten entstanden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschdemokraten.)

Und die Frage dieser Beamten ist nicht ganz unberechtigt, ob denn die Reichsregierung sich unbedingt über die Beschlüsse des Reichstags hinwegsetzen muß. Die Regierung hätte sich bemühen sollen, den Beschluß des Reichstags

(B) zu respektieren. Freilich sind es politische Kindsköpfe, die nun verlangen, daß wegen dieser Differenz der Reichstag die Reichsregierung stürzen soll. Das wird natürlich im gegenwärtigen Augenblick kein vernünftiger Politiker vertreten können. Die Anträge, die zahlreich an uns kommen, zeigen eine kleinliche Auffassung und lassen das richtige Verantwortlichkeitsgefühl vermissen.

Die Lage ist nun durch den Standpunkt der Reichsregierung eine sehr komplizierte geworden. In Preußen werden die Beamten von Gruppe VI nach Gruppe VII ohne Prüfung überführt.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Unterschied kann doch auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Gewiß wird man die Einwendung machen: wir haben ja das **Sperrgesetz**, auf Grund des Sperrgesetzes werden wir eingreifen. Es ist uns aber aus preußischen Kreisen bekannt geworden, daß die preußische Regierung der Wirkung des Sperrgesetzes in dieser Frage keine große Bedeutung beilegt. Es muß also abgewartet werden, was die Reichsregierung hier zu tun gedenkt. Unmöglich ist doch der Zustand, daß in Preußen der Aufstieg ohne Prüfung erfolgt, während man im Reiche die Prüfung verlangt. Die **Reichspostverwaltung** hat es mit der **Durchführung der Prüfung** etwas sehr eilig gehabt. Unmittelbar nach dem Reichstagsbeschluß sind bereits die Anweisungen an die unterstellten Behörden ergangen, und die Prüfungen haben sofort stattgefunden. Damit wollte man den Reichstag vor eine vollendete Tatsache stellen. Ich will ohne weiteres zugeben, daß der Ausfall der Prüfungen im allgemeinen ein sehr günstiger gewesen ist. Soweit mir bekannt, haben sämtliche Zivilanwärter, die sich der Prüfung unterzogen haben, dieselbe bestanden. Aber anderseits ist es doch bekannt, daß die **Steuerbeamten und die Eisenbahnbeamten** die Prüfung ablehnen; sie stehen auf dem Standpunkt, daß hier ein wohlerworbenes Recht ihnen gegenüber verletzt (C) worden ist, weil tatsächlich keine höhere Dienstleistung in Frage kommt. Nun möchte ich einmal fragen, was denn die Regierung zu tun gedenkt, wenn sich die Steuer- und Eisenbahnbeamten und vielleicht auch die Beamten anderer Verwaltungen weigern, die Prüfung abzulegen? Diese Frage wird im Ausschuß zu klären sein.

Es ist selbstverständlich, daß unser Antrag auch die **Nachzahlung** vom 1. April 1920 ab in sich schließt, wenn das auch nicht besonders ausgesprochen wurde. Die Nachzahlung muß um so mehr erfolgen, weil bereits alle anderen Beamten, die in eine höhere Besoldungsgruppe einrangiert worden sind, die Nachzahlung seit dem 1. April 1920 erhalten haben. Man kann doch unmöglich für die Beamten der Gruppe VI eine Ausnahme machen. Der Herr Reichskanzler hat die Berücksichtigung dieser Forderung zugesagt, damit wird ein Teil der Mißstimmung in Beamtenkreisen behoben sein.

Weiter ist die Frage aufzuwerfen: was geschieht mit den **Beamten**, die seit dem 1. April 1920 in den **Ruhestand** getreten sind? sollen diese ihr Ruhegehalt nach der Besoldungsgruppe VI oder VII beziehen?

Eine andere Frage: ist die Reichsregierung bereit, eine **Fristverlängerung** eintreten zu lassen, namentlich für die älteren Beamten, die, besonders wenn es sich um Militäranwärter handelt, in der kurzen Zeit von einem Vierteljahr nicht die nötige Vorbereitung finden können? Wir hoffen deshalb, im Hauptausschuß Gelegenheit zu haben, alle diese Fragen besprechen zu können.

Ich darf hier erklären, daß meine Freunde nach wie vor die glücklichste Lösung in der völligen Beseitigung der Prüfung sehen würden. Wir verkennen aber keineswegs die Schwierigkeiten, die jetzt dadurch entstehen, daß bereits einige Tausend die Prüfung bestanden haben.

Der Herr Abgeordnete **Morath** hat sich eingehend (D) mit mir und mit dem Verhalten meiner Freunde in dieser Frage beschäftigt. Er hat sich auf einen **Artikel** berufen, der **in einigen badischen Zeitungen** erschienen ist, und hat gemeint, daß in diesem Artikel unwahre Behauptungen aufgestellt worden seien. Ich verfalle nicht in den vornehmen Ton des Herrn Morath. Zunächst muß ich ihm aber sagen, daß uns von unseren Parteifreunden aus Baden eine ganze Reihe von Mitteilungen zugegangen sind, in denen es heißt, daß der Abgeordnete Morath in den letzten Wochen eine Reihe von Versammlungen in Baden abgehalten hat, wo er geradezu unerhörte Angriffe gegen die demokratische Fraktion und gegen den demokratischen Minister Schiffer gerichtet hat,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

und daß es deshalb dringend notwendig sei, die Sache einmal klarzustellen. Ich mache darauf aufmerksam, daß in einigen dieser Versammlungen Parteigenossen von mir dem Herrn Morath bereits entgegengetreten sind und ihn auf das hingewiesen haben, was er für die Ergänzungsprüfung getan oder nicht getan hat.

Ich möchte zunächst einmal sagen, daß bereits im 23. Ausschuß vor der erwähnten interfraktionellen Besprechung der Herr Abgeordnete Morath zusammen mit dem Herrn Abgeordneten Beuermann den Antrag eingebracht hatte, der dann allerdings nach einigen Tagen zurückgezogen und dann als berichtigter Antrag wieder eingebracht wurde. In diesem ursprünglichen **Antrag** war klipp und klar die **Ergänzungsprüfung** gefordert. Es war nur verlangt, daß gewisse Erleichterungen zugestanden werden sollten. Durch die Einbringung dieses Antrags wurde die einheitliche Front, die wohl in sämtlichen Parteien bestand und die für die Ablehnung der Prüfung war, durchbrochen, und es ist selbstverständlich, daß die Regierung, wenn sich eine Partei auf diesen Standpunkt

(Delius, Abgeordneter.)

(A) der Ablegung der Prüfung durch einen Antrag stellte, in ihrer Position unendlich gestärkt werden mußte.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch in dem berichtigten Antrag ist immer noch an der Prüfung festgehalten. Gewiß hat in der **interfraktionellen Besprechung**, die Herr Morath erwähnt hat, Herr Morath erst gegen die Prüfung gesprochen,

(Abgeordneter Morath: Also!)

aber er hat dann abschwächend erklärt: eine Übereinstimmung besteht nicht. Wir müssen uns also einigen, wir müssen an der Prüfung festhalten und können gewisse Erleichterungen zugestehen. Das wird Herr Morath nicht bestreiten können.

(Abgeordneter Morath: Allerdings!)

Die Herren, die an der interfraktionellen Besprechung beteiligt waren, werden meine Angaben bestätigen müssen.

Aber geradezu unerhört ist der Vorwurf, den Herr Morath gegen mich gerichtet hat, daß ich beim Postminister und im Postministerium für die **Differenzierung** eingetreten sei.

(Abgeordneter Morath: Sehr richtig!)

Ich habe vorhin den Herrn Postminister als Zeugen aufgerufen und rufe den Herrn Referenten als Zeugen auf. Da wird festzustellen sein, daß ich niemals eine Differenzierung gefordert habe, sondern stets gegen die Prüfung aufgetreten bin. Ich habe verschiedentlich Rücksprachen mit dem Herrn Reichsfinanzminister gehabt, der wird mir ebenfalls bestätigen, daß ich niemals eine Differenzierung der Prüfung verlangt habe. — Der Herr Minister bestätigt es durch Kopfnicken. Es ist also höchst bedauerlich, daß derartige Angriffe gegen einen Abgeordneten gerichtet werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, verbietet mir der gute Ton.

(B) Es ist geradezu traurig, daß in der Versammlung Herr Morath dann erklärt hat, der Herr **Minister Schiffer** habe erst den Antrag der Demokratischen Fraktion eingebracht und dann seine **Unterschrift** zurückgezogen. Das ist unwahr. Der Herr Minister Schiffer hat niemals seine Unterschrift unter diesem demokratischen Antrag zurückgezogen. Woher weiß denn der Abgeordnete Morath, daß sich der Herr Minister Schiffer in jener Kabinettssitzung für die Beibehaltung der Prüfung ausgesprochen hat? Ich habe mit Herrn Schiffer noch nicht darüber gesprochen. Aber jedenfalls wird es so sein, daß sich das Ministerium in seiner Gesamtheit für die Beibehaltung der Prüfung eingesetzt hat und daß sich schließlich auch Herr Schiffer gefügt hat. Wir sind nicht so unanständig gewesen, daß wir die Stellungnahme der volksparteilichen Minister in die Debatte hineingetragen haben. Aber es ist nun bereits geschehen, und wenn Herr Morath gerade unseren Minister Schiffer angegriffen hat, so möchte ich doch einmal unterstreichen, daß die volksparteilichen Minister für die Beibehaltung der Prüfung eingetreten sind.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Herr Abgeordneter Morath hat in einem Artikel und in jenen Versammlungen von der **kurzsichtigen Politik des Deutschen Reichstags** gesprochen. Er hat gesagt, der Reichstag hätte wenig Weitblick gezeigt, sonst hätte er sich für den volksparteilichen Antrag einsetzen müssen. Der volksparteiliche Antrag war aber nichts anderes als die Regierungserklärung und war geeignet, der Regierung von neuem den Rücken zu stärken,

(Abgeordneter Morath: Der zweite Teil!)

daß sie an der Prüfung festhielt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

— Der zweite Teil! Gewiß der zweite Teil lautet etwas anders als der erste. Aber man kann doch einen Antrag, den man in beiden Teilen in das Gesetz hineinbringen (C) will, nachher nicht nur nach dem zweiten Teil auslegen, der übrigens ebenfalls grundsätzlich die Prüfung nicht beseitigt.

(Abgeordneter Morath: Nach beiden!)

— Gewiß, wenn man ihn nach beiden auslegt, dann bedeutet das eben ein Festhalten an der Ergänzungsprüfung.

(Abgeordneter Morath: Ist das eine Logik!)

Der ganze Reichstag übrigens, mit Ausnahme der von Herrn Morath in dieser Frage geführten Volkspartei, hat sich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, sondern ist unserer Meinung gewesen, daß durch die Annahme des Antrages Schiffer und des Antrages Bruhn der Sache viel mehr gedient wird, als wenn der Antrag Morath von der Deutschen Volkspartei angenommen würde.

(Abgeordneter Morath: Die Prüfung ist geblieben; das ist Ihr Erfolg!)

— Ihr Erfolg! Ich will darüber nicht streiten. Jedenfalls wird Herr Morath selber ernsthaft nicht glauben, daß sein Antrag die Prüfung beseitigt hätte; aber er will nicht einsehen, wie außerordentlich kurzsichtig er damals gehandelt hat, wenn er seine Partei veranlaßte, als einzige Partei gegen diesen Antrag zu stimmen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Bei den Beamten findet er dafür kein Verständnis; das zeigt das Echo der Beamtenpresse. Hätte sich seine Partei mit uns auf den Boden dieser Anträge gestellt, wäre nach außen hin die Stellung des Reichstags viel stärker gewesen, als sie es tatsächlich war, und die Regierung würde dann vielleicht auch noch einmal mit sich haben reden lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Herr Morath hat dann zum Schluß gesagt, es sei bedauerlich, daß solche Auseinandersetzungen stattfänden. (D) Ganz unsere Meinung. Es ist aber bekannt, daß solche Auseinandersetzungen zwischen Herrn Morath und anderen Herren schon häufiger stattgefunden haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wahrscheinlich nicht durch Schuld der anderen. Von unserer Seite ist der Konflikt wahrhaftig nicht geschaffen worden. Aber wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder hinaus. Und wenn Sie uns angreifen, müssen Sie auch mit einer Entgegnung rechnen, die Ihnen gewiß unangenehm ist, aber vielleicht zu einer vernünftigen Beamtenpolitik auch ihrerseits führen wird.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es haben sich für diese furchtbare Aussprache

(heitere Zustimmung)

schon eine ganze Anzahl Redner, auch für die zweite und dritte Serie, gemeldet. Nachdem die Besprechung einmal beschlossen ist, können wir das ja nicht hindern.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Höfle. — Das ist aber noch die erste Serie.

(Heiterkeit.)

Dr. **Höfle**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir sind nicht daran schuld, daß diese Debatte das Haus längere Zeit in Anspruch nimmt. Ich darf ausdrücklich feststellen, daß die Zentrumsfraktion keine Interpellation zu dieser Frage eingebracht, aber auch keinen Antrag gestellt hat. Das ist nicht geschehen etwa aus mangelndem Interesse für die Beamten, sondern weil wir uns gesagt haben, daß für die Erörterung dieser Fragen allein der 23. Ausschuß zuständig sein kann, der nun einmal gebildet ist, um die Beamtenfragen zu behandeln.

Die ganze Debatte beweist uns, daß dabei auch herzlich wenig herauskommt. Es wird höchstens erreicht, daß

(Dr. **Hoefle**, Abgeordneter.)

(A) einzelne Herren, die in Beamtenfragen an führender Stelle tätig sind, sich gegenseitig Vorwürfe machen, was zweifellos nicht zur Hebung des Ansehens der Beamtenschaft beitragen kann.

Im 23. Ausschuß — das darf ich ausdrücklich feststellen — war ein offizieller Beschluß gefaßt worden, die **Assistentenfrage** dort zu klären. Ich kann dem Herrn Reichskanzler nur dankbar sein, daß er in so ausgezeichneter Form heute die Frage der ehemaligen Assistenten behandelt hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir sind der Meinung, daß gerade Beamtenbesoldungs- und Beamtenprüfungsfragen zur politischen Agitation sich sehr wenig eignen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wir bedauern, daß gerade von der rechten Seite des Hauses diese rein sachlichen Fragen so sehr stark parteipolitisch abgestempelt worden sind.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Die Entpolitisierung der Beamtenfragen scheint uns vom Standpunkt des Beamteninteresses das Zweckmäßigste und Wünschenswerteste zu sein.

(Sehr wahr!)

Wir stimmen dem Herrn Reichskanzler völlig bei, daß im gegenwärtigen Stadium rückläufige Betrachtungen gar keinen Zweck mehr haben. Ich könnte auch nach der Seite manches sagen. Ich stimme mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, daß jetzt der Schwerpunkt auf die praktische Tätigkeit zu legen ist, und wir begrüßen daher seine Erklärungen, daß er bereit sei, in der Frage der Rückwirkung zum 1. April 1920 entgegenzukommen.

Ich bin aber auch der Meinung, daß wir im Hauptausschuß noch über die Frage der **Differenzierung zwischen Militär- und Zivilanwärtern** ein Wort zu reden haben werden. Der Reichskanzler hat die Frage angeschnitten

(B) und auf Grund der Bestimmungen der Reichspostverwaltung ausgeführt, daß praktisch von Differenzierung nicht die Rede sein könne. Auf der anderen Seite behaupten die Interessenten das Gegenteil und suchen den Beweis zu erbringen, daß zwischen Militär- und Zivilanwärtern wohl differenziert werden würde. Es wird im Hauptausschuß noch Gelegenheit sein, die Frage zu klären.

Ganz besonders dankbar aber bin ich dem Herrn Reichskanzler für die Erklärung über die **Erhaltung des Berufsbeamtentums.**

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Eine andere Erklärung habe ich überhaupt nicht erwartet.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich bedaure nur, daß sogar Mitglieder des Hauses in Versammlungen sich dahingehend äußern, daß maßgebende Kreise der Zentrumsfraktion, darunter der Herr Reichskanzler, sich mit dem Gedanken der Abschaffung des Berufsbeamtentums tragen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Ich darf nun doch hoffen, daß diese andauernden Verdächtigungen endlich aufhören, und erkläre für meine Fraktion, daß wir voll auf dem Boden des Berufsbeamtentums stehen und alle Bestrebungen abwehren werden, die darauf hinauszielen, das Berufsbeamtentum zu beseitigen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will mich nicht in diesen häuslichen Streit einmischen, der zwischen den einzelnen Parteien in dem Wettlauf um die Gunst der Beamten hier entbrannt ist. Für mich handelt es sich bei dieser Frage um folgendes: der Reichstag hat am 11. Mai beschlossen — und in (C) dieser Beziehung würdige ich die Interpellation —, daß die **Ergänzungsprüfung** abgeschafft werden soll. Am 13. Mai hat laut eines Berichts vom Reichspostminister eine Kabinettsitzung stattgefunden, in der im Gegensatz zu dem Beschluß des Reichstags die Ergänzungsprüfung wieder eingeführt wurde. Ich sehe hierin einen ganz groben Verstoß gegen die Reichsverfassung. Wenn der Reichstag beschließt, daß die Ergänzungsprüfung nicht mehr stattzufinden hat, so ist nach meiner Meinung die Reichsregierung beauftragt, diesem Beschluß entsprechend den Behörden Angaben zu machen, wie der Beschluß des Reichstags durchgeführt werden soll. Der Herr Reichspostminister hat sich aber bemüßigt gefühlt, unter Berufung auf die Kabinettssitzung vom 13. Mai diesen Beschluß umzustoßen und die Ergänzungsprüfung einzuführen, die jetzt den großen Sturm der Entrüstung bei den Beamten hervorgerufen hat. In dieser Mitteilung des Reichspostministers an die Oberpostdirektionen heißt es, nach dem Nachtrag zum Haushalt des Reichspostministeriums für das Rechnungsjahr 1920 könnten von den Stellen der Besoldungsgruppe A VI für Post- und Telegraphensekretäre, Postverwalter, Telegraphenbauführer (Tit. 16, 17 und 22) bis zu 21 624 Stellen in solche der Gruppe A VII umgewandelt werden. Diese Umwandlung solle nach einem Beschluß der Reichsregierung vom 13. Mai 1921 so erfolgen, daß die Stelleninhaber die Befähigung durch Ablegung einer für alle Reichsverwaltungen nach einheitlichen Richtlinien vorzunehmenden Prüfung nachzuweisen haben. Hieraus ist ganz klar ersichtlich, daß die **Reichsregierung** am 13. Mai den **Beschluß des Reichstags umgestoßen** hat, und hiergegen müssen wir uns wenden, ohne uns in den Streit hierüber einzulassen, ob wir ein paar Beamte für uns gewinnen oder nicht. Es handelt sich um die grundsätzliche Frage, ob die Reichsregierung befugt ist, Beschlüsse des Reichstags ohne weiteres außer Kraft zu setzen. (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im übrigen müßte sich die Reichsregierung, die sich als Hüterin der Reichsverfassung aufspielt und überhaupt nur auf Grund der Reichsverfassung ihre Existenz hat, darüber klar sein, daß es im Artikel 15 der Reichsverfassung ausdrücklich heißt:

> Die Reichsregierung übt die Aufsicht in den Angelegenheiten aus, in denen dem Reiche das Recht der Gesetzgebung zusteht.

Hier hat also die Reichsregierung nicht nur diese Aufsicht nicht ausgeübt, sondern gewissermaßen dazu beigetragen, Reichstagsbeschlüsse zu sabotieren. Dagegen wenden wir uns. Wir lehnen es aber ab, uns in den Kleinkram einzumischen, der hier zwischen Herrn Morath und Herrn Delius ausgetragen wurde, ob die Deutsche Volkspartei oder die Demokratische Partei ein paar Anhänger mehr unter den Beamten hat oder nicht. Für uns ist die staatsrechtliche Frage ausschlaggebend, und ich habe bedauert, daß ausgerechnet Herr Delius gesagt hat, er möchte die verfassungsrechtliche Frage nicht aufwerfen. Es ist gerade in dieser Beziehung wichtig, die verfassungsrechtliche Frage aufzuwerfen und nicht nur die Frage, ob die Ergänzungsprüfung stattzufinden hat oder nicht. Der Antrag, den jetzt die Unabhängige Partei wieder gestellt hat, der eine Wiederholung des Antrags ist, der bereits einmal durch den Reichstag beschlossen worden ist, ist absolut überflüssig. Damit würde der Reichstag tatsächlich ein Theater darstellen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn der Reichstag am 11. Mai einen Beschluß gefaßt hat und die Reichsregierung ihn nicht ausführen will, so können wir annehmen, daß die Reichsregierung denselben Beschluß, wenn er am 11. oder 20. Juni noch einmal gefaßt wird, übermorgen wieder nicht ausführt.

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) Deswegen sagen wir, daß hier ein absoluter Verfassungsbruch von seiten der Reichsregierung vorliegt.

Nun wurde weiter am 31. Juli 1920 durch Reichstagsbeschluß die **Differenzierung zwischen Militär- und Zivilanwärtern** aufgehoben. Auch am 3. Februar 1921 faßte der 23. Ausschuß einen Beschluß, daß die Differenzierung in Zukunft nicht mehr statthaft sei, mit folgendem Wortlaut: „Die Überführung der Sekretäre aus Gruppe VI nach VII hat nach dem Vorgang Preußens ohne Unterscheidung zwischen Zivil- und Militäranwärtern und ohne Ergänzungsprüfung stattzufinden". Der Herr Reichspostminister hat sich bemüßigt gefühlt, auf Grund des Beschlusses des Reichskabinetts vom 13. Mai die Differenzierung durchzuführen, indem er anordnete; „Bis zum 29. Mai ist dem Personalbureau II mitzuteilen, wieviel bis zum 31. Dezember 1896 planmäßig als Assistenten angestellte Beamte, getrennt nach Zivil- und Militäranwärtern, jetzt zur Prüfung einberufen worden sind, weiter, welches Lebensalter von den zur Prüfung einberufenen Beamten der jüngste Zivilanwärter und der jüngste Militäranwärter am 1. April 1920 erreicht hat". Hieraus geht ganz klar hervor, daß der Reichspostminister eine Differenzierung der Militär- und Zivilanwärter wieder wünscht und auch die Prüfung durchgeführt haben möchte, trotzdem durch den 23. Ausschuß und durch den Reichstagsbeschluß vom 31. Juli 1920 diese Differenzierung ausgesetzt worden ist.

Aber weiter! Der Herr Reichspostminister, der sich in seiner Verfügung auf den Beschluß des Reichskabinetts vom 13. Mai beruft, hat nach meiner Überzeugung hier auch einen ganz groben Verfassungsbruch begangen. Es heißt in der Reichsverfassung, daß nur der Reichstag die Gesetze zu beschließen und die Reichsregierung dafür Sorge zu tragen habe, daß die Gesetze durchgeführt werden. Im Artikel 68 der Reichsverfassung heißt es ausdrücklich: Die Reichsgesetze werden vom Reichstag be-

(B) schlossen. Wenn wir nun einmal eine Abänderung des Haushaltsplans durch die Reichstagsbeschlüsse vom 11. Mai durchgeführt haben, so hat die Reichsregierung nach unserer Überzeugung auch dafür zu sorgen, daß die beschlossenen Gesetze durchgeführt werden. Aber wir wissen, daß die Sabotage von seiten einzelner Behörden und der Regierung nicht nur in diesem Falle zu verzeichnen ist, sondern daß die Reichsregierung und ganz besonders einzelne Behörden systematisch darauf hinarbeiten, daß die **Beschlüsse des Reichstages sabotiert** werden. Ich erinnere nur daran, daß zum Beispiel die Justizbehörde dauernd die Verfassung sabotiert, daß die Justizbehörde genau so wie andere Reichsbehörden dazu übergeht, eine offene Sabotage der Reichsverfassung durchzuführen. Nur aus diesem Grunde, weil wir hier sehen, daß die Regierung nicht den Beschlüssen des Reichstags Rechnung getragen hat, wenden wir uns dagegen und protestieren, daß die Regierung hier versucht, systematisch die Reichstagsbeschlüsse zu umgehen. Wenn heute die Beamtenorganisationen und die einzelnen Beamtenverbände und Gewerkschaften Sturm laufen, —

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe.

Plettner, Abgeordneter: Wenn heute die einzelnen Beamtenorganisationen zetermordio schreien, daß die Reichsregierung die Beschlüsse des Reichstags sabotiert — und ich sage: nicht Beamtenorganisationenen, die vielleicht kommunistisch sind, sondern Beamtenorganisationen, die absolut bürgerlich eingestellt sind —, so haben hier die Beamtenorganisationen durchaus recht.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn die bürgerlichen Parteien hier gesagt haben, es kommt nicht darauf an, die verfassungsrechtliche Frage hier aufzurollen, sondern nur die Frage, daß wir möglichst bald die Beamten der Gruppe VI überführen können (C) nach Gruppe VII, so kommt es uns nicht darauf an, sondern darauf, daß die Verfassung auch durch die Regierung und durch die untergeordneten Behörden geachtet wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß den Vogel in der Sabotage der Reichsregierung nach unserer Überzeugung die Justizbehörde abgeschossen hat. Auch die Justizbehörde hat, wie hier jetzt das Reichspostministerium, systematisch versucht, die Reichsverfassung zu sabotieren. Nur unter diesem Gesichtswinkel kann man diesen offenen Bruch der Verfassung beurteilen und sich nicht damit beruhigen, daß der Herr Reichskanzler eine Erklärung abgegeben hat, die zum Teil die Parteien befriedigt, zu der man aber im Grunde sagen kann: die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir haben die Überzeugung, daß die unteren Behörden immer auf administrativem Wege systematisch die Beschlüsse des Reichstags sabotieren werden, sobald es für sie unangenehm wird, einen Beschluß durchzuführen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen wundern wir uns, daß die Unabhängige Partei einen Antrag einbringt, der schon einmal durch den Reichstag angenommen ist. Wir haben gar keine Ursache, uns nur damit zu begnügen, daß wir jetzt die Beamtenfrage in der Form aufwerfen, ob diese oder jene Partei ein paar Anhänger unter den Beamten erwirbt. Es kommt für uns darauf an, daß der Reichstag sich durchsetzen muß, daß in Zukunft die Reichstagsbeschlüsse auch von den Reichsbehörden geachtet werden. Wenn der Reichstag nicht willens ist, in der Beziehung gegen die Reichsregierung Stellung zu nehmen, so schaltet er sich selbst aus und charakterisiert sich dadurch am besten, und wenn die einzelnen Redner, die heute hier gesprochen haben, diese Frage nicht anschneiden wollten, (D) so haben sie damit nur bewiesen, daß sie dieser Haupt- und Kernfrage, die ja eigentlich zur Tagesordnung steht, aus dem Wege gehen wollten, daß eben die Reichsregierung nicht gezwungen wird, in Zukunft die Verfassung, die Reichsgesetze und die Anträge, die durch den Reichstag beschlossen worden sind, auch durchzuführen. Die Beschlüsse des Reichstags dürfen nicht einfach, wie es in diesem Falle geschieht, sabotiert werden von derselben Regierung, die sich hernach hinstellt und sagt: Wir wollen auf dem Boden der Verfassung, auf dem Boden der Reichstagsbeschlüsse das durchführen, was der Reichstag gesagt hat.

Meine Damen und Herren! Gerade diese Entrüstung, die jetzt in den Beamtenorganisationen wieder Platz gegriffen hat, ist ein Beweis dafür, daß die Beamten absolut im Recht sind,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

wenn sie sagen, daß der Reichstag nicht die Courage hat, dafür einzutreten, daß seine Beschlüsse auch von dieser Regierung geachtet werden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen, gestellt von den Abgeordneten Dr. Meerfeld, Frau Juchacz, Weiß, Dr. Herschel, Zubeil. Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

(Zuruf rechts: Zur Geschäftsordnung!)

— Eine Debatte darüber gibt es nach der Geschäftsordnung nicht.

(Präsident.)

(A) Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nunmehr steht zur Abstimmung der Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Behandlung der Interpellation auf Drucksache 2075, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsklasse VI, durch den Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.

Dazu ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung von Hergt und Fraktion und Becker (Hessen) und Fraktion gestellt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich bitte, diese Abstimmung, wie es § 33a Abs. 2 der Geschäftsordnung vorsieht, auf die morgige Sitzung zu vertagen, und stelle einen dementsprechenden Antrag.

Präsident: Dem Antrage muß stattgegeben werden, wenn er von 30 Mitgliedern des Hauses gebilligt wird. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Vertagungsantrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das sind mehr als 30 Mitglieder, die Abstimmung wird morgen stattfinden.

Nun liegt noch der Antrag Burlage vor, die Gegenstände der Interpellationen und die damit verbundenen Anträge dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Burlage zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

(B)

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland (Nr. 2191 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung über Art. 1, — schließe dieselbe und nehme an, daß das Haus dem Art. 1 zustimmt.

Ich rufe auf Art. 2, — desgleichen; Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch die dritte Lesung erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Besprechung in der

dritten Beratung,

— schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetz seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag) (Nr. 1836, 2057 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung über Art. 1, — schließe dieselbe und erkläre den Art. 1 für angenommen, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Er ist angenommen. Art. 2, — ebenso; Art. 3, — angenommen; Einleitung und Überschrift, — ebenfalls angenommen. (C)

Wir können auch die dritte Beratung vornehmen wenn kein Widerspruch erhoben wird. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der

dritten Beratung,

— schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetz seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes (Nr. 2209 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung über Art. I, — schließe sie und erkläre Art. I für angenommen. Art. II — desgleichen. Einleitung und Überschrift — ebenso.

Auch hier können wir in die

dritte Beratung

eintreten, wenn ein Widerspruch nicht erhoben wird. — Ein solcher wird nicht laut.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie. Ich rufe auf Art. I, — Art. II — angenommen. Einleitung und Überschrift — gleichfalls angenommen.

Ich darf auch hier annehmen, daß das Haus in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum achten Gegenstand der Tagesordnung: (D)

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben (Nr. 1282 der Drucksachen).

Bericht des 9. Ausschusses: Nr. 2192 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter v. Kemnitz.

Wir treten in die zweite Beratung ein. Ich rufe auf Art. 1 — angenommen; — Art. 2 — angenommen. Einleitung und Überschrift — ebenfalls angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, schlage ich Ihnen vor, sofort in die

dritte Beratung

einzutreten.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf Art. 1 — angenommen; Art. 2 — angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zum neunten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets (Nr. 1613 der Drucksachen).

Bericht des 9. Ausschusses: Nr. 2193 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Zapf.

(Präsident.)

(A) Wir treten in die zweite Beratung ein. Ich rufe auf Art. 1 — angenommen; Art. 2 — angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wir können auch hier die

dritte Beratung

vornehmen, wenn Widerspruch nicht erhoben wird. — Widerspruch wird nicht laut.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie. Ich rufe auf in der besonderen Beratung Art. 1 — angenommen, Art. 2 — angenommen. Einleitung und Überschrift — angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will. — Es ist so beschlossen.

Wir gehen über zum zehnten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151, 2228 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

für den Bereich des Reichswehrministeriums

a) Heer:

Major Thon an Stelle des Oberstleutnants Thaler;

für den Bereich des Reichsjustizministeriums:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Zimmerle,

Präsident des Reichspatentamts v. Specht;

für den Bereich des Reichsschatzministeriums:

Regierungsrat Roeder.

Ich eröffne die erste Beratung. — Hier ist der Antrag gestellt, die Vorlage dem Haushaltungsausschuß zur Vorberatung zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage beitritt. — Die Überweisung ist beschlossen.

(B) Wir kommen weiter zum 11. Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) (Nr. 2052 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

für das Reichsarbeitsministerium:

Ministerialrat Dr. Glaß,

Regierungsrat Dr. Ebel;

für das Reichsjustizministerium:

Ministerialrat Dr. Brandis.

Ich eröffne die erste Beratung. Hier ist beantragt, den Gesetzentwurf dem Wohnungsausschuß zu überweisen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen zum 12. Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus (Nr. 1388 der Drucksachen).

Bericht des 13. Ausschusses (Nr. 1930 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Bahr (Frankfurt).

Anträge Nr. 1942, 1945, 1959, 1974, 1976, 1980.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Bahr (Frankfurt).

Bahr (Frankfurt), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! (Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß das Haus sich mit diesem Gegenstande bereits im Februar beschäftigt hat. Damals war es durchaus (C) geboten, zunächst durch ein Notgesetz die unverzügliche und möglichst umfassende Inangriffnahme des Wohnungsbaues für das Jahr 1921 sicherzustellen. Nachdem diese Aufgabe durch das Notgesetz gelöst war, wandte sich der Ausschuß der Aufgabe zu, durch ein Sondergesetz alle Einzelheiten für die Aufbringung und Deckung der erforderlichen Mittel zu regeln.

In der Sache selbst herrschte ja bei allen Parteien Übereinstimmung, daß der **Wohnungsbau** unbedingt so umfangreich wie möglich gestaltet werden müßte. Es herrschte auch Übereinstimmung darüber, nachdem in den vorhergegangenen Beratungen die Anträge zurückgewiesen waren, durch Ausgabe besonderen Papiergeldes, Heimstättendarlehnskassenscheine zum Beispiel, die Mittel zu beschaffen, daß in der üblichen Weise **Deckung** für die **Ausgaben** geschaffen werden müßte.

Es traten sich dabei ziemlich starke Gegensätze gegenüber. Von einigen Parteien wurde Stellung dahin genommen, daß die **Mietsteuer** an sich als unsozial abgelehnt werden müßte. Es wurde anerkannt, daß diese Steuer allerdings wenig geeignet war, auf die Notlage der Ärmeren ausreichend Rücksicht zu nehmen. Aber obwohl nach allen möglichen Richtungen hin die Frage erörtert wurde, ob sich ein besserer Weg finden ließe, war doch das Schlußergebnis, daß diese Frage verneint wurde und daß als notwendig anerkannt wurde, an der Mietsteuer festzuhalten.

Ein weiterer Punkt des Streites war die **Frage**, ob man die **Steuer auf die reinen Wohnräume beschränken** sollte. Es wurde von einer Seite namentlich bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebe gefordert, daß man dort die Betriebsräume, Scheunen, Stallungen usw., mit ihrem Mietwert nicht zur Steuer heranziehen sollte. Die Folge davon war selbstverständlich, daß man in derselben Weise auch in den Städten Geschäftsräume, Läden, Büros, Fabrik- (D) anlagen usw., frei ließ, und wenn man nun in dem Umfange, wie es gegenüber der großen Wohnungsnot erforderlich war, Geld schaffen wollte, dann stand man vor der Frage: wollen wir lieber nun die Steuer für die reinen Wohnräume verdoppeln, oder wollen wir die anderen Räume ebenfalls mit zur Steuer heranziehen? Es fallen zunächst hierbei die großen Warenhäuser in die Augen, die großen Läden, Bankgebäude, Fabrikanlagen und ähnliche Bauten, die einen sehr ansehnlichen Mietwert repräsentieren. Es war die Frage: wollen wir diese frei lassen, wollen wir unsere Bautätigkeit auf die Hälfte beschränken?

Das wäre gegenüber der großen Wohnungsnot unverantwortlich gewesen. Denn selbst wenn wir jetzt auf Grund der diesjährigen Mittel vielleicht 100 000 bis auf 120 000 Wohnungen schaffen können — die Meinungen gehen darüber auseinander, ob sich das in dem Umfange wird erreichen lassen —, dann blieben mindestens noch 800 000 bis 900 000 Wohnungen übrig, die gegenwärtig noch fehlen und nicht hergestellt werden können. Wir müssen uns auch klar sein: wir sind nicht am Ende. Die **Wohnungsnot** ergibt sich ja daraus, daß die heranwachsenden Geschlechter, die mannbar werdenden Jahrgänge ebenfalls wieder heiraten und als neue Ehepaare eine Wohnung haben wollen. Wir haben also mit der Andauer der Wohnungsnot zu rechnen. Der Gedanke, durch Niedrighaltung der Abgaben, indem man die Betriebsräume frei ließ, die Mittel zu halbieren, wurde deshalb durchaus zurückgewiesen, und man hielt daran fest — so unpopulär das klingt —, auch den Stall des Ochsen mit der Mietssteuer zu belegen.

(Heiterkeit.)

Das waren die wesentlichsten Meinungsverschiedenheiten. Die Aufgabe, soziale Rücksichten zu nehmen,

(**Bahr** [Frankfurt], Berichterstatter.)

(A) wurde verhältnismäßig ohne große Widersprüche gelöst. Die Meinungen über den Umfang der Rücksichtnahme gingen naturgemäß etwas auseinander; aber im großen und ganzen waren doch nicht große Meinungsverschiedenheiten festzustellen.

Ein dritter Punkt, über den allerdings wenig Meinungsverschiedenheit herrschte, war, daß es durchaus geboten sei, die **ländlichen Siedlungen** und die **Schaffung von Wohnungen auf dem Lande** besonders zu berücksichtigen. Es ließ sich ja nicht verkennen, wenn es auch nicht in dem Umfange, wie behauptet wurde zutraf: bisher war der größere Teil der aufgewendeten Mittel den Städten und den Industriebezirken zugute gekommen, während auf das Land immerhin nicht soviel geflossen war, wie es der Billigkeit entsprochen hätte. Man einigte sich durchweg im Ausschuß dahin und brachte das durch eine Entschließung, die am Schluß des Berichts beantragt wird, zum Ausdruck, daß jetzt die ländlichen Interessen ganz besonders berücksichtigt werden sollen und daß von den verfügbaren Mitteln mindestens etwa ein Drittel für das Land zur Verwendung kommen soll.

Die Landesregierung von Preußen hat ihrerseits bereits in dieser Weise über die Mittel verfügt, und die anderen Länder werden voraussichtlich, wenn nicht gerade sehr wenig ländliche Interessen im einzelnen in Betracht kommen, nach demselben Grundsatz verfahren. In einer Entschließung legt der Ausschuß den Landesregierungen dieses Verfahren dringend ans Herz.

Nun kam aber die größte Schwierigkeit. Von vornherein hatte bei der Beratung des Gesetzes der Reichsrat die Stellung eingenommen, daß eine **Mietssteuer,** wie sie geplant war, die ja eine vollständig **neue Veranlagung** der in Betracht kommenden Kreise, also einer großen Zahl von Millionen von Steuerträgern notwendig macht, mit den verfügbaren Finanzkräften sich überhaupt nicht (B) veranlagen ließe. Außerdem behaupteten die Vertreter der Länder im Reichsrat, daß für ihre Verhältnisse diese Steuer gar nicht paßte und daß sie viel besser wegkämen, wenn sie das Recht erhielten, auf Grund bestehender **Grundsteuern** oder etwa von ihnen neueinzuführender Grundsteuern das erforderliche Geld aufzubringen.

Um diesen Punkt ist lange und zäh gekämpft worden. Nach vielen Erörterungen kam der Ausschuß zu der Entscheidung, daß es nicht möglich sei, bei diesen Grundsteuern die sozialen Interessen in gebührender Weise zur Geltung zu bringen, und er entschloß sich also, wie das in dem Ihnen zugegangenen Bericht dargelegt war, an der Mietssteuer festzuhalten. Aber über diesem Gesetz schwebte ja ein ganz besonderer Unstern.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im letzten Augenblick kam die Erklärung von den Landesregierungen: wir sind aber unfähig, eine Mietssteuer zur Erhebung zu bringen, bitte, Reichsfinanzverwaltung, mache du das. Und der Herr Reichsfinanzminister erklärte: ja, uns stehen auch nicht die Arbeitskräfte zur Verfügung, um das zu ermöglichen. Wir standen damit, nachdem der Ausschuß seine Beratungen beendet und seine Entschließungen gefaßt hatte, vor einem vollständig toten Punkt. Wir mußten uns sagen, daß, wenn nicht bis zum 1. Juli alle Instanzen zustimmten, die ganze Arbeit verloren war, daß es ausgeschlossen war, noch zu einem Ergebnis zu kommen. Und so ist denn noch nachträglich unter den Parteien eine Verständigung darüber erfolgt, daß man die Mietssteuer wenigstens als zwingende Vorschrift fallen läßt — das Haus wird ja darüber zu entscheiden haben —, den Ländern die von ihnen ursprünglich verlangte Freiheit wiedergibt, auch auf andere Weise durch Zuschlag oder Einführung von Grundsteuern, die aber beschränkt bleiben auf die bebauten Grundstücke, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Das sind die Dinge, die im Bericht besonders zu (C) erwähnen sind. Bei den einzelnen Paragraphen würde ja dann noch auf Anträge einzugehen sein, die zu diesen Paragraphen gestellt sind.

(Allseitiges Bravo.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf über eine **Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus** ist in der ersten Lesung ohne Debatte dem Ausschuß überwiesen worden. Ich muß annehmen, daß eine allgemeine Aussprache jetzt bei der zweiten Lesung nunmehr gewünscht wird. Sie werden es mir deshalb auch gestatten, daß ich mit wenigen Worten diese Aussprache einleite, um den Standpunkt der Regierung zu diesem vielumstrittenen Gesetz wenigstens in Kürze darzulegen.

Umfangreicher Ausführungen dazu wird es keineswegs bedürfen; denn der Entwurf hat ja eine sehr lange Geschichte. In jahrelangen Erörterungen ist das Für und Wider dieses Entwurfs, seines Grundgedankens und aller zur Lösung der Wohnungsfrage in Betracht kommenden Möglichkeiten beraten worden. Schließlich war das Ergebnis, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit eines Gesetzes, wie wir es jetzt vorliegen haben, Gemeingut geworden ist, soweit überhaupt hier von Gemeingut der Überzeugung gegenüber irgendwelcher Art Steuer gesprochen werden kann. Selbstverständlich wird eine Maßgabe wie die zur Debatte stehende Wohnungsabgabe an sich immer und von jedem als ein schweres Übel empfunden werden. Auch die Reichsregierung beurteilt sie keineswegs anders. Wir haben hier aber nur die Wahl zwischen mehreren Übeln, und wir glauben, indem wir diesen Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreiten, das kleinere Übel gewählt (D) zu haben.

Wir glauben sogar, daß wir diesem Gesetz auch noch eine Reihe guter Seiten werden abgewinnen können. Ja, mehr als das. Ich glaube, wir folgen eigentlich nur dem Zwange der Verhältnisse, wenn wir die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude und Wohnungen mit einer Abgabe belegen. Das ergibt sich ganz klar meines Erachtens schon aus der Geschichte dieses Gesetzes.

Schon im Dezember 1919 traf die Reichsregierung mit dem Haushaltsausschuß der Nationalversammlung eine Vereinbarung, die dahin ging, daß 500 Millionen Mark für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden sollten, sofern durch eine Abgabe vom bebauten Grundbesitz Deckung geschaffen würde. Daraufhin machte die damalige Regierung den ersten Entwurf einer Wohnungsabgabe, und zwar mit wesentlich höheren Sätzen und mit dem Zweck der unmittelbaren Deckung der Baukostenzuschüsse durch die Abgabe. Auch der Reichsrat hat damals den Grundgedanken der Vorlage bereits anerkannt. Er war nur mit dem eingeschlagenen Wege nicht zufrieden, und so kamen damals zwei unterschiedliche Vorlagen, eine des Reichsrats und eine der Reichsregierung, an die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung hat dann diese beiden Vorlagen nicht mehr behandelt, wenigstens nicht im Plenum. Es ist, wenn ich mich recht erinnere, nur zu kurzen Debatten in dem Ausschuß über diese Vorlagen gekommen.

Dem Reichsrat wurde dann im Juli 1920 ein dritter Entwurf unterbreitet, der nach erneuten Beratungen mit den Ländern ausgearbeitet war. Dieser Entwurf ist dann auch im Reichswirtschaftsrat begutachtet worden.

Seitdem ist ein ganzes Jahr hingegangen. Unausgesetzt ist über diese Materie während dieses Jahres verhandelt worden; innerhalb der Regierung, innerhalb des

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Reichswirtschaftsrats, im Ausschuß sowohl wie im Plenum, dann wiederum innerhalb des Reichsrats, auch wiederum im Ausschuß und im Plenum, dann im Wohnungsausschuß des Reichstags, dann in einem Unterausschuß dieses Ausschusses, dann in Zusammenkünften mit Sachverständigen. Kurzum, es gibt sicherlich nur wenige Gesetzesvorlagen, die so eingehend nach allen Seiten durchgeprüft worden sind, wie gerade die vorliegende Gesetzesvorlage.

Und nun das Ergebnis aller dieser Beratungen? Als im Frühjahr 1921 die Wohnungsnot auf das höchste gestiegen war, als die wachsende Arbeitslosigkeit uns dazu zwang, die Bautätigkeit zu fördern, und als für diesen Zweck doch keine Mittel zur Verfügung standen, sahen sich damals Reichsrat und Reichstag genötigt, mit Zweidrittel-Majorität das bekannte Notgesetz vom 12. Februar 1921 zu erlassen.

Mit diesem **Notgesetz, betreffend vorläufige Förderung des Wohnungsbaues,** war die Wohnungsabgabe im Prinzip und tatsächlich gegeben. Es blieb uns nur noch eine gewisse Wahl hinsichtlich der Mittel und Wege ihrer Durchführung. Würden wir heute das vorliegende Gesetz nicht beschließen, dann würde eben dieses Notgesetz doch weiter bestehen. Der dem Reichstag jetzt vorliegende Entwurf ist lediglich die Folgerung aus dem Notgesetz vom 12. Februar, und — ich darf das wohl sagen — er erscheint uns als eine wesentliche Verbesserung dieses Notgesetzes, und gerade darum legen wir Wert auf seine Verabschiedung.

Meine Damen und Herren! Ich darf also aus dem Gesagten schließen, daß schon diese äußeren Gründe für die Berechtigung und Notwendigkeit der geplanten Wohnungsabgabe sprechen. Dazu kommen aber sehr wichtige innere Gründe. Sowohl zur Beseitigung der Wohnungsnot wie zur **Hebung der Bautätigkeit** bedürfen (B) wir wenigstens für die absehbaren nächsten Jahre noch sehr großer **Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.** Irgendwelche Steuererleichterungen genügen für sich allein keineswegs, um den rein privaten Wohnungsbau in Gang zu bringen. Noch weniger geht das auf dem Wege der völligen **Freigabe des Wohnungsmarktes.** Auf diesem Wege, der ja vielfach vorgeschlagen wird, würden die Mieten stark steigende Tendenz zeigen. Da die Baukosten heute auf das Zehn- bis Zwölffache des Friedensstandes gestiegen sind, würden die Mieten einem Betrage zustreben, der diese Summe angemessen berenten würde. Allerdings würden bei unserer wirtschaftlichen Gesamtlage wohl wenig Leute in der Lage sein, solch hohe Mieten, wie sie durch eine Steigerung auf das Zehn- bis Zwölffache entstehen würden, zu tragen. Infolgedessen würde auch das nicht eintreten, was die Befürworter der freien Wirtschaft wollen, nämlich, daß die private Bautätigkeit wieder rentabel würde.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir würden also Mietsteigerungen weit über die gestiegenen Selbstkosten des alten Hausbesitzes hinaus haben, damit steigende Grundstückpreise, wachsende Hypothekenverschuldungen, aber keine Neubautätigkeit größeren Stils.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Privatkapital würde, wie jetzt, nur ausnahmsweise bauen können, nämlich dann, wenn es nicht auf Rentabilität sehen müßte. Das Risiko des Bauens von Mietswohnungen würde dadurch nicht beseitigt sein. Mit Rücksicht auf das mögliche spätere Sinken der Rentabilität würden auch die nötigen Hypotheken gar nicht zu erhalten sein. Wir hätten also dann hohe Mieten, aber verhältnismäßig wenig Neubauten; die Neubautätigkeit würde sich vornehmlich dem Bau sogenannter vornehmerer Bauten, die zur Eigenbenutzung dienen würden, zuwenden, — eine Erscheinung, die sozial gewiß wenig wünschenswert wäre. Von den übrigen mißlichen Folgen der angedeuteten gewaltigen Mietserhöhung für Löhne und Gehälter sowie für unser gesamtes Wirtschaftsleben will ich gar nicht weiter reden. Derartige Folgen einer Freigabe des Wohnungsmarktes und des Baumarktes liegen ja allzusehr zutage. (C)

Demnach sind die **Überteuerungszuschüsse** aus öffentlichen Mitteln nicht zu umgehen. Daß diese aber auf die Dauer ohne jedwede **Deckung** geleistet werden könnten, ist ebenfalls völlig ausgeschlossen.

Nun hat man hin und her überlegt, wie diese Deckung auf einem anderen Wege als dem der vorgeschlagenen Wohnungsabgabe zu gewinnen sei. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß man trotz dieses jahrelangen Suchens nach anderen Wegen keinen gangbaren Weg entdeckt hat, Sie finden alle die Bemühungen, um einen solchen Weg zu finden, genau dargelegt im Bericht des 13. Ausschusses unter Nr. 1930 der Drucksachen. Ich kann mich in diesem Zusammenhang darauf beziehen. Ich will lediglich eins hinzufügen: daß nämlich jede Art der **Sozialisierung des Wohnungswesens,** sofern man dabei die Kosten der Neubauten aufbringen will — und das muß man doch dabei ins Auge fassen — selbstredend auch an einer Steigerung der Mieten für diesen Zweck nicht vorbeikommen würde. Kurzum, ohne Steigerung der alten Mieten erweist sich ein Wohnungsneubau als praktisch unmöglich.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Ich halte eine **Steigerung der Mieten** aber auch aus anderen Gründen für unvermeidlich. Das tägliche Brot und die Wohnung haben wir aus guten Gründen durch die Zwangswirtschaft künstlich im Preise niedrig gehalten. Wir sind uns auf Grund jahrelanger Erfahrungen darüber klar, daß diese Politik ihre natürlichen Grenzen hat. Mit einer Steigerung des Wertes der alten Wohnungen muß demnach auf die Dauer ohnehin gerechnet werden als einer infolge des gesunkenen Geldwerts unvermeidlichen Tatsache. (D)

Daß der durch die Geldentwertung entstehende höhere Mietspreis grundsätzlich nur den Hauseigentümern zuzuführen wäre, hat eigentlich niemand ernstlich zu vertreten gewagt. Im Gegenteil, uns zwingt der Art. 155 der Reichsverfassung, den unverdienten Mehrwert tunlichst der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Meine Damen und Herren! Niemand wird behaupten wollen und können, daß der Teil, den wir durch die vorgeschlagene Wohnungsabgabe den Interessen der Allgemeinheit dienstbar machen wollen, zum Schaden der Hauseigentümer und ihrer berechtigten Forderungen zu hoch gegriffen wäre.

Aber auch die Mieter haben angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage keinen Grund zu berechtigten Klagen. So wünschenswert es an sich auch wäre, ohne Stetgerung der Mieten fertig zu werden, darf man doch nicht übersehen, daß der für Wohnzwecke verwendete Prozentsatz des Einkommens heute meist viel geringer ist, als er vor dem Kriege war.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts).

Mancher, der früher vielleicht den 5. Teil seines Einkommens für Wohnzwecke verwandte, braucht heute den 12. oder 15. Teil seines Einkommens.

(Zurufe: Mehr!)

Wenn demnach die Vorlage eine **Gebäudenutzungsabgabe für Bauzwecke** vorsieht von 5 Prozent für die Länder, 5 Prozent für die Gemeinden, also im ganzen 10 Prozent des Nutzungswertes des Jahres 1914, so folgt sie damit nur in ganz bescheidenem Maße der Geldentwertung und dadurch unvermeidlich gewordenen Umwertung aller Werte. Soweit aus diesem Vorgehen Folgen für Löhne und Gehälter unvermeidlich werden, gehört auch dies zur notwendigen Sanierung unseres Wirtschaftslebens.

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Die Regierung hat sich nun während der Vorbereitung des Gesetzes unausgesetzt bemüht, die leistungsschwachen Schichten der Bevölkerung von der Abgabepflicht auszunehmen. Das wäre gesetzestechnisch einfach gewesen, solange die Abgabe beim Nutznießer des betreffenden Gebäudes erhoben worden wäre. So wollte es ja auch die erste Regierungsvorlage. Nachträglich ist auf Wunsch der Länder auch die Erhebung auf dem Wege über die Grundsteuer beim Grundbesitzer vorgesehen worden. Diese Lösung erschwerte die **Berücksichtigung der leistungsschwachen Wohnungsinhaber** natürlich beträchtlich. Da aber allen beteiligten Faktoren der ernste Wille der Verständigung eigen war, ist schließlich doch ein Weg gefunden worden, um den sozialen Belangen möglichst Rechnung zu tragen. Es soll nämlich für gewisse Fälle ein Erstattungsanspruch gegeben werden. Als Vorbild hat dabei der § 44 des Einkommensteuergesetzes gedient, welcher eine Berücksichtigung wirtschaftlich schwacher Kreise bei der Kapitalertragssteuer vorsieht. Außerdem soll die Erstattung erfolgen, wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabeschuldners eine besondere Härte bedeuten würde. Der entsprechende Antrag der Parteien, wie er dem hohen Hause vorliegt, findet die volle Zustimmung der Reichsregierung.

Ich darf mich dann aus diesem Anlaß auch noch zu einer Reihe anderer Anträge äußern, die vorliegen. Ich komme zunächst auf den Antrag unter 1945 Müller (Franken) und Genossen, der eine Abänderung des § 1 bezweckt. Dem Antrag kann sich die Regierung vollinhaltlich anschließen, weil er durchaus der Tendenz des Gesetzgebers entspricht. Auch wir wollen nicht, daß **öffentliche Mittel zur Befriedigung privater Gewinnsucht** gebraucht werden.

Hinsichtlich der Anträge Aberhold und Genossen auf 1959 glauben wir, die Fassung der Regierungsvorlage (B) vorziehen zu müssen. Insbesondere ist es uns wichtig, festzustellen, daß wir, sosehr wir auch den Grundsatz betonen müssen, daß die öffentlichen Mittel nicht zu privaten Gewinnzwecken gebraucht werden sollen, doch glauben, hervorheben zu müssen, daß unter allen Umständen das **private Eigentum an** solchen **Bauten** nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Selbstverständlich muß in diesen Ausnahmefällen dafür gesorgt werden, daß hierbei private Gewinnsucht kein Feld findet. Das habe ich ja eben ausgeführt. Und das tut ja auch unsere Vorlage. Wir können aber nicht soweit gehen in diesem Punkte, wie es der Antrag Aberhold in Ziffer 1 tut.

Die **Resolution Dr. Marezky, Dr. Most** auf Drucksache 1976 bittet die Regierung nicht anzunehmen. Was diese Entschließung wünscht, ist eigentlich bereits durch den Wortlaut der Gesetzesvorlage vorgesehen. Es heißt ja in der Gesetzesvorlage, daß die Abgabe erhoben werden soll zur Förderung der Wohnungsbeschaffung. Da ist also gar keine Grenze gesetzt. Wo es sich bei Umbauten, Erweiterungsbauten und Notbauten um Wohnungen handelt, die wirklich dauernd Wohnzwecken dienstbar gemacht werden können, geht das bereits auf dem Wege der Vorlage. Würden wir aber soweit, wie es der Wortlaut der Entschließung hier tut, gehen, bestände die Gefahr, daß das Bauprogramm, für das wir jetzt die Mittel aufbringen wollen, auf dem Wege dieser Gesetzgebung gefährdet werden könnte.

Meine Damen und Herren! Wir halten es ferner für bedenklich, die **Wirtschaftsgebäude**, sei es in der Landwirtschaft, sei es im Gewerbe oder im Handel, von der Abgabe vollständig auszuschließen, wie es die Anträge auf 1974 und 1980 bezwecken. Das Aufkommen aus den Steuern würde äußerst gering werden, oder wir würden, wenn wir nach der Annahme solcher Anträge dasselbe Aufkommen erhalten wollen, natürlich die eigentlichen Wohnräume um so mehr belasten müssen, (C) und das wäre eine bedenkliche Abänderung unseres Gesetzes, die das Gesetz selbst außerordentlich gefährden würde. Ich möchte bitten, auch auf diesen Anträgen nicht zu bestehen. Die Steuer ist ja verhältnismäßig so gering, daß diese Sätze auch für die Wirtschaftsgebäude immerhin noch erträglich sind.

Ich komme zum Schluß. Nachdem so in langwierigen Verhandlungen zwischen Reichsregierung, Reichswirtschaftsrat, Reichsrat und der großen Majorität des Reichstags schließlich eine Übereinstimmung hinsichtlich dieser Vorlage erzielt worden ist, bittet die Reichsregierung auch das Plenum des Reichstags, dem vorliegenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben. Wir richten diese Bitte recht eindringlich an Sie, damit die Finanzierung der Bautätigkeit endgültig gesichert ist und damit wir auch auf diesem Wege der Arbeitslosigkeit, soweit wie möglich, steuern.

(Beifall.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gutknecht.

Gutknecht, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Alle Bemühungen, die **Bautätigkeit** in größerem Umfange in Gang zu bringen, sind bisher erfolglos geblieben, und zwar einerseits durch das Verhalten der Regierung, andererseits durch das künstliche Niederhalten der Mieten und nicht zum mindesten durch die ungeheuren Baukosten. Man kann ganz bestimmt annehmen, daß, wenn nicht das heute vorgelegte Gesetz, betreffend Regelung der Mietzinsbildung, auch eine zweckmäßige Erhöhung der Mieten bringen wird, nicht das erreicht wird, was notwendig ist, nämlich der Bau neuer Wohnungen. Wer heute überhaupt baut, mag er dabei verdienen oder nicht, handelt im öffentlichen Interesse. Denn er schafft neue Wohnungen, deren (D) Fehlen die schwerste Folge für unser Volkswohl ist. Um der Wohnungsnot zu steuern, den Arbeitsmarkt zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, müssen alle wohnungspolitischen und sozialpolitischen Wünsche zurückgestellt werden. Alles hängt davon ab, daß möglichst viel und möglichst rasch gebaut wird, und dazu gehören Taten. Leider sind bis jetzt nur Experimente ausgeführt worden.

Der vorliegende Gesetzentwurf will vor allem das **Siedlungswesen** fördern, dem man auch voll und ganz in normalen Zeiten zustimmen kann; aber es verfehlt seinen Zweck, nämlich die drängende Wohnungsnot zu beseitigen. Auch das von der Allgemeinheit aufgebrachte Kapital wird nicht so verwendet, wie es zweckmäßig ist, weil ein großer Teil der Bevölkerung ausgeschaltet wird und das Kapital hauptsächlich für Ein- und Zweizimmerwohnungen und Siedlungswohnungen gebraucht wird. Dies ist aber volkswirtschaftlich zurzeit nicht angebracht, denn das Kapital, das aufgebracht wird, muß auch so verwendet werden, daß die Allgemeinheit wieder davon Nutzen hat. Wie ich bereits gesagt habe, sollen ja hauptsächlich Siedlungswohnungen gebaut werden. Hierzu ist aber unser Volk zurzeit zu arm, weil dem Staate nach einigen Jahren große Verluste entstehen. Die Erfahrungen, die mit gemeinnützigen Baugesellschaften und -genossenschaften gemacht worden sind, beweisen aber, daß diese jedenfalls nur langsam und damit teuer bauen und sich keinesfalls so schnell entwickeln, daß die Wohnungsnot schnell beseitigt werden kann.

Das vorliegende Gesetz bildet, wie schon der Herr Arbeitsminister gesagt hat, den Weiterausbau eines Rahmengesetzes vom Februar dieses Jahres, wonach die Länder verpflichtet sind, im Jahre 1921/22 min-

(Gutknecht, Abgeordneter.)

(A) destens 30 Mark pro Kopf der Bevölkerung für Bauten zu verwenden. Dies ist ein außerordentlich kleiner Betrag, und ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir in Hamburg bereits in diesem Jahre schon 200 Mark auf den Kopf der Bevölkerung bewilligt haben. Diese so aufgebrachte Summe soll nun kapitalisiert werden. Das ergibt zirka 3,2 Milliarden, welche in 20 Jahren von den betreffenden Nutzungsberechtigten wieder aufgebracht werden sollen, und zwar soll der Zuschlag auf alle Gebäude, die nach dem 1. Juli 1918 errichtet worden sind, erhoben werden. Im letzten Jahr ist noch ein Zuschlag auf Kohle erhoben werden, welcher zirka 700 Millionen eingebracht hat. Weiter hat die Regierung 1½ Milliarden für Siedlungsbauten für Bergmannswohnungen zur Verfügung gestellt, so daß von seiten der Regierung allein 5,4 Milliarden zur Verfügung stehen. Werden diese 5,4 Milliarden verwendet, so lassen sich zirka 80- bis 90 000 Siedlungswohnungen herstellen, vorausgesetzt, daß nicht noch eine große Zahl rückständiger Gelder aus dem Jahre vorher für Wohnungsbauten verbraucht wird. Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich zirka 200 000 Wohnungen für alle Stände der Bevölkerung gebaut. Durch den Ausfall der Bautätigkeit während des Krieges und durch den jetzt auf das Mindestmaß beschränkten Bau stellt sich der Fehlbetrag an Wohnungen auf nahezu eine Million, und zwar für alle Stände. Das heißt mit anderen Worten, daß Tausende von Familien aller Stände nicht ordnungsgemäß untergebracht sind.

Die Wohnungsnot beschränkt sich aber nicht allein auf Ein- und Zweizimmerwohnungen und Siedlungsbauten für Arbeiter, sondern es fehlt an Wohnungen für die gesamte Bevölkerung, für Beamte und Mittelstand. Dem trägt diese Vorlage im Wesentlichen keine Rechnung, weil die aufgebrachten Gelder größtenteils für Siedlungsbauten und für Ein- und Zweizimmer-
(B) wohnungen verwendet werden sollen. Diese Gelder aber müssen von der Landwirtschaft, der Industrie und dem Gewerbe mitaufgebracht werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Es handelt sich hier um eine Steuer, die durch Wohnungen für Wohnungsbau aufgebracht werden soll, und so bedeutet sie für alle anderen Gebäude, mag es sich um Landwirtschaft, Industrie oder Gewerbe handeln, eine ungerechte Doppelsteuer, die dazu führen wird, daß die Produkte der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes ganz bedeutend verteuert werden, ja sogar ihre Existenzmöglichkeit teilweise in Frage gestellt wird.

(Na! Na! im Zentrum.)

Auf eine Anfrage von mir im Wohnungsausschuß ist von Regierungsvertretern ausgeführt worden, daß, wenn Gebäude von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe von der Abgabe befreit würden, das ganze Gesetz illusorisch würde. Ich habe mich daraufhin weiter erkundigt und konnte feststellen, daß in den Jahren 1898 und 1910 statistische Aufnahmen über Gebäude stattgefunden haben. Diejenige aus dem Jahre 1898 befindet sich im Band 146 der Preußischen Statistik über Grundeigentum und Gebäude. Es sind aufgenommen an **Wohngebäuden** 3 393 863, an **gewerblichen Gebäuden** 538 915.

Die zweite statistische Erfassung vom Jahre 1910 befindet sich in der Denkschrift des Finanzministeriums über die dritte Revision der Gebäudesteuerveranlagung (Aktenzeichen Z. II 6259), Drucksachen des Abgeordnetenhauses Nr. 391. Danach waren in Preußen im Jahre 1910, was also maßgebend ist, Wohnhäuser 4 281 313, gewerbliche Gebäude 1 330 311. Dieselbe Denkschrift enthält auch eine statistische Erfassung des Jahresbeitrages der veranlagten Gebäudesteuer und zwar für Wohnungsgebäude 85 008 615, für Gewerbe- (C)
gebäude 9 646 493 Mark.

Um nun den **Mietswert** aus diesen Zahlen zu errechnen, ist der Betrag für Wohngebäude zunächst mit 25 zu multiplizieren, da die Besteuerung zu 4 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes erfolgt ist. Dieses Resultat ist noch einmal mit 1,13 zu multiplizieren, da der Gebäudesteuernutzungswert etwa 11 Prozent weniger als der bestehende Mietwert ist.

Eine ähnliche Rechnung ist aufzustellen, um die Beträge der veranlagten Gebäudesteuer für gewerbliche Häuser festzustellen. Da bei gewerblichen Gebäuden die Besteuerung zu 2 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes erfolgt, ist diese Summe zunächst mit 50 und diese Summe wiederum mit 1,13 zu multiplizieren, da auch hier der Gebäudesteuernutzungswert ungefähr 11 Prozent weniger als der Mietwert ist.

Die Endzahlen ergeben nun für Preußen für Wohnungszwecke 2 401 493 357,75 Mark, für gewerbliche Häuser 272 515 427,25 Mark. Der Mietwert für die gewerblichen Häuser macht also ungefähr 8,9 Prozent der Wohngebäude aus. Es steht also fest, daß, wenn Gebäude für gewerbliche Zwecke nicht mit einbezogen werden, das Gesetz nicht illusorisch wird.

Eine weitere Ungerechtigkeit, die aber durch den heutigen Antrag jetzt schon von der Regierung abgeholfen worden ist, ist die **Steuerbefreiung der öffentlichen Betriebe** in § 3 Ziffer 2; sie bedeutet eine ungeheuere Schädigung des gewerblichen Mittelstandes.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es liegt infolgedessen keine Ursache vor, daß die gewerblichen Gebäude herangezogen werden. Die Steuerbefreiung der öffentlichen Betriebe, wo es sich hier um Wohnungssteuer handelt, ist unrichtig, weil die öffentlich-rechtlichen Betriebe mindestens in gleichem Maße wie Privatbetriebe zur Wohnungsnot (D)
beitragen, infolgedessen, wenn letztere besteuert, auch besteuert werden müssen.

Der Einwand, daß die Besteuerung der öffentlichen Betriebe lediglich eine Zahlung von der einen Kasse in die andere wäre, ist nicht richtig, weil es sich um die verschiedensten Rechtssubjekte handelt.

Es werden durch diese Maßnahmen das Gewerbe und der Kleinhandel ganz außerordentlich geschädigt, besonders das Gewerbe, das nicht nur Gewerbe-, Umsatz- und Luxussteuer, also Sonderbesteuerung, sondern auch weitgehend die sozialen Lasten zu tragen hat, daß die Existenzmöglichkeit beinahe unmöglich ist. Art. 164 der Reichsverfassung sagt allerdings, daß der **gewerbliche Mittelstand vor Aussaugung** geschützt werden solle. Wo dieser Schutz bis jetzt bestanden hat, ist mir nicht klar, er besteht weder im Kommunalisieren, noch im Sozialisieren, noch zum wenigsten in diesem Gesetz.

Bei der Aufbringung dieser Mittel dürfen alle Stände mithelfen: Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe; aber bei Verwendung der Mittel haben sie natürlich nichts zu erwarten und werden auch bei Bauten nicht in Betracht gezogen. Das ist eine Ungerechtigkeit, wie ich bereits angeführt habe. Es ist eine Tatsache, daß einer Wohnungsnot mit solchen Mitteln nicht gesteuert werden kann. Es ist ferner eine Tatsache, daß die staatlichen Bauzuschüsse nur ein Notbehelf sind. Zu einer größeren Bautätigkeit wird es erst dann kommen, wenn der private Bau ohne Zuschüsse erst wieder wirtschaftlich möglich ist. Das ist mit den bis jetzt angewandten Mitteln unmöglich. Der Herr Arbeitsminister hat allerdings ausgeführt, daß die **private Bautätigkeit** eine Unmöglichkeit wäre. Wir stehen auf dem Standpunkt — und den Standpunkt vertrete ich auch selbst —, daß wir, solange der Baumarkt

(Gutknecht, Abgeordneter.)

(A) nicht frei ist, nicht in der Lage sein werden, der Wohnungsnot zu steuern.

Es fragt sich nun, ob man diesen zuschußlosen Bau, der einmal kommen wird und kommen muß, jetzt schon befürworten soll, weil ohne denselben die Herstellung von genügend Wohnungen eine reine und glatte Unmöglichkeit ist. Ich glaube, es ist sehr wohl jetzt schon an der Zeit, die Bauinteressenten wieder an das Bauen zu gewöhnen, um den Zeitpunkt zu erreichen, wo das Zuschußwesen im Interesse des Staates wieder aufgegeben werden kann. Das Bauen kostet unter heutigen Verhältnissen viel Geld, insbesondere aber das Bauen durch den Staat und durch die Siedelungsgenossenschaften. Ich möchte nur einige Beispiele anführen.

Mir ist ein Brief zugegangen — der Herr Präsident gestattet wohl, daß ich ihn verlese — folgenden Inhalts:

> Die Handwerker und Lieferanten in Flensburg haben zurzeit bei der **Kleinsiedlung Flensburg** G. m. b. H. eine ungedeckte Forderung insgesamt in Höhe von 2 042 000 Mark. Zur Deckung dieses Betrages sowie zur Fertigstellung werden insgesamt 6 Millionen benötigt. Der leitende Architekt ist ein Architekt in Flensburg. Um das Bauen nicht von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen, wurde durch den Architekten bei der Aufstellung der Masse für die Kostenanschläge ein beträchtlicher Teil vermessen. Die Auftragerteilung erfolgte auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung auf Mindestangebot. Als dann die Zahlungen allmählich beträchtlich hinter der vertragsmäßigen Höhe zurückblieben, wurden die Handwerker im Dezember 1920 beim Vorstand der Siedlung
(B) vorstellig, um Aufschluß über den Zufluß der Gelder und deren Sicherheit zu erlangen. Das wurde aber mit Entrüstung zurückgewiesen.
>
> Am 11. Februar d. J. stellte dann die Siedlungsgesellschaft durch Aufforderung mittels eingeschriebenen Briefes ihrerseits die Arbeiten ein. Der Geschäftsleitung, dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat schien jede Übersicht verloren gegangen zu sein; denn der Geschäftsführer erklärte in der ersten Gläubigerversammlung, daß nach seiner Ansicht mit $1^1/_2$ Millionen die Schulden bezahlt und die Bauten fertiggestellt werden könnten. Daraufhin wurde seitens der Handwerker die Aufstellung einer Bilanz veranlaßt. Die durch einen Bücherrevisor im Auftrage der Stadt vorgenommene Prüfung der Bücher und die Ermittlung der Kosten der Fertigstellung durch Sachverständige ergab das vorhin angegebene Resultat.

Dafür, daß man überall nur mit Wasser kocht, möchte ich aus den sogenannten sozialisierten Betrieben einige Beispiele anführen.

> Im **Baugewerbe** haben die **sozialistischen Produktivgenossenschaften** schon seit längerer Zeit den Wettbewerb mit dem freien Unternehmertum aufgenommen. Die dabei gemachten Erfahrungen können zu weiteren Experimenten keineswegs ermutigen, da sich in außerordentlich vielen Fällen gezeigt hat, daß die sozialisierten Betriebe bei den Preisangeboten unter den Meistfordernden zu finden waren. Dafür einige Beispiele: bei einer vor kurzem ausgeschriebenen Submission der Siedlung Pöppinghausen in Westfalen stand die Produktiv-Genossenschaft Gelsenkirchen bei 39 Submittenten an 37. Stelle. In Hattingen war bei (C)
> 15 Angeboten die sozialistische Baugesellschaft Dortmund an dritteuerster Stelle; sie forderte 25 Prozent mehr als der billigste Unternehmer. Bei drei Ausschreibungen der Stadt Guben war in allen drei Fällen der sozialisierte Betrieb bei den Meistfordernden.

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Blüten vorführen, will es aber nicht tun. Jedenfalls war nicht immer die nötige Vorsicht und Sachkenntnis vorhanden.

Will man nun wirklich billig und schnell bauen, so kann das nur durch die **freie private Bautätigkeit** geschehen. Heute ist das Bauen, von Einzelfällen abgesehen, mit Kosten verbunden, deshalb muß man dem Bauenden eine Gegenleistung bieten, die drei Anforderungen entsprechen muß. Sie muß erstens ausreichend sein, um einen Anreiz zum Bauen zu geben; sie muß zweitens wiederum so mäßig sein, daß der Bauende nicht gewisse Vorteile daraus ziehen kann, und sie muß drittens den Staat möglichst wenig kosten. Es wäre den Zuschußlosbauenden vor allen Dingen Freiheit von allen Zwangsbestimungen zu gewähren, so daß der Erbauer einer oder mehrerer Wohnungen in der Lage ist, die Wohnungen, vielleicht mit Garten, zu einem mäßigen Preise wieder abzugeben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die künstliche Niederhaltung der Mieten für die Zukunft nicht aufrechterhalten werden kann. Es muß also vor allem Rücksicht darauf genommen werden, daß beim Bauen nicht seitens der Baupolizei außerordentliche Schwierigkeiten gemacht werden. Dann läßt sich auch ein bedeutender Fortschritt erzielen. Wenn also die Kosten beim Bauen nach Möglichkeit herabgesetzt werden können, so muß jede Art von Mietssteuer, Wohnungssteuer, Grundsteuer in Wegfall kommen, solange die Gebäude Wohnungszwecken (D)
dienen. Durch solche Maßnahmen ist die Annäherung der alten Mieten an die neuen Mieten möglich. Wer ein Haus zuschußlos baut, müßte bei der Erbschaftssteuer nur den Betrag versteuern, den das Gebäude in Wirklichkeit nach dem Mietwert hat. Durch diese **Steuervergünstigung** werden manche Beträge zum Hausbau Verwendung finden, die sich vorher vor der Steuer versteckt haben würden. Allerdings entgehen dem Reiche dadurch Steuern, aber dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu den Milliarden, die jetzt aufgewandt werden und der Allgemeinheit für immer verloren gehen.

Wenn man also Wohnungen schaffen und die Erwerbslosen von der Straße bringen will, muß man unbedingt den Versuch machen, solche Steuererleichterungen zu gewähren. Ich nehme auch an, daß der Herr Reichsarbeitsminister mindestens versucht, die Sache in die Wirklichkeit umzusetzen.

Es ist auch volkswirtschaftlich ein schwerer Nachteil, wenn jahrelang **Ein- und Zweizimmerwohnungen** nur **in allereinfachster Ausführung** hergestellt werden, weil dadurch diese Bauführer und die Arbeiter aus der Übung kommen. Dadurch verschwindet die Qualitätsarbeit zum Schaden des Gewerbes. Andererseits besteht auch keine Möglichkeit für wohlhabende kinderreiche Familien, bessere Wohnungen zu schaffen.

Die **Steuervergünstigungen**, von denen ich vorhin sprach, müssen natürlich formell so gesichert sein, daß nicht etwa ein anderes Parlament sie wieder aufheben könnte. Je klarer diese Sicherung ist, um so mehr wird gebaut werden. Diese Steuererleichterung muß mindestens auf zwanzig Jahre festgelegt werden. Das kostet den Staat möglichst wenig und fördert den Wohnungsbau. Ich bin fest überzeugt, daß dann schnell und viel gebaut wird.

(**Gutknecht**, Abgeordneter.)

(A) Die Beschaffung von Wohnungen ist heute von der allergrößten Wichtigkeit. Man muß alles daran wenden, um das darniederliegende Wirtschaftsleben zu fördern. Leider bietet auch die **Wohnungsfrage** ein Kampffeld für den Streit, ob **Sozialisierung oder Privatwirtschaft.** Man sollte unter allen Umständen heute parteipolitische Gesichtspunkte fernhalten

(sehr richtig! im Zentrum und rechts)

und sich ausschließlich im Interesse unseres Wirtschaftslebens für die Allgemeinheit einsetzen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß weder sozialisierte Betriebe noch Baugenossenschaften in der Lage sind, ohne Konkurrenz der Privatbautätigkeit die Wohnungsnot zu beseitigen.

(Zustimmung rechts.)

Der Wohnungsnot zu steuern, ist eine Notwendigkeit. Bei der bis jetzt gehandhabten künstlichen Niederhaltung der Mieten ist es auch gar nicht möglich, die jetzt vorhandenen Wohnungen instandzuhalten. Eine **Mietssteigerung** muß also kommen, und auch der Herr Reichsarbeitsminister hat anerkannt, daß die künstliche Niederhaltung der Mieten unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Zwangswirtschaft wirkt auch hier zum Schaden der Allgemeinheit.

Der Herr **Reichsarbeitsminister** hat nun unter dem 12. Februar dieses Jahres Bedingungen und **Grundsätze** herausgegeben, die das **Bauen** schon ganz wesentlich erleichtern. Sie gehen aber lange nicht weit genug und beziehen sich meistens auf Flachbauten. Ich möchte den Herrn Reichsarbeitsminister bitten, nach Möglichkeit den Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung zu tragen
(B) und die Grundsätze ganz bedeutend zu erweitern.

Meine Damen und Herren! Sie finden auf Drucksache Nr. 1980 die Anträge, die unsere Fraktion zu dem Gesetzentwurf gestellt hat. Zunächst beantragen wir, in § 1 Abs. 1 hinter die Worte „solcher Gebäude" einzufügen: „die zu Wohnzwecken dienen und". Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es eine Ungerechtigkeit ist, wenn die **Gebäude der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes** mit zu dieser Steuer herangezogen werden.

Wir haben ferner zum § 3 einen Antrag gestellt, der aber dadurch hinfällig geworden ist, daß die Regierung dem zweiten Absatz zugestimmt hat.

Wir haben ferner beantragt,

im § 8 hinter Abs. 1 hinzuzufügen:

„außerdem steht es den Gemeinden frei, über die aus § 6 eingehenden Beträge auch für Zuschüsse bei **Um- und Erweiterungsbauten** zu verfügen".

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß insbesondere auf dem Lande sich durch Einbauten oder Umbauten schnell und billig Wohnungen schaffen ließen. Auch dies findet im Gesetz keine Berücksichtigung; deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht.

Wir haben dann beantragt, folgenden Abs. 9 a einzufügen:

„**Wohnungsbauten**, angebaute oder aufgebaute Gebäudeteile, die nach dem 1. Januar 1921 begonnen sind oder noch begonnen werden und für die ein Zuschuß aus Reichsmitteln nicht gezahlt worden ist, sind, solange sie für Wohnzwecke Verwendung finden, von jeder Art Wohn- oder **Grundsteuer befreit** und unterliegen nicht den auf Grund der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1143) erlassenen Verordnungen. Die Erleichterungen haben jedoch nur Gültigkeit bis zum 1. Januar 1940". (C)

Meine verehrten Damen und Herren! Wir versprechen uns von der Annahme unserer Anträge eine wesentliche Förderung des Wohnungsbaues; denn die Wohnungsnot ist so groß, daß alle Hebel zu ihrer Beseitigung in Bewegung gesetzt werden müssen. Ich möchte Sie also bitten, unseren Anträgen zu folgen, und richte auch an den Herrn Arbeitsminister die Bitte, uns in dieser Angelegenheit nach Möglichkeit entgegenzukommen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort der Herr Abgeordnete Silberschmidt.

Silberschmidt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues ist eine direkte Folge der beiden großen Volksnöte, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Die **Wohnungsnot** ist ja keine Erscheinung, die sich nur in Deutschland bemerkbar macht; sie ist eine **internationale Erscheinung** und ist eine direkte Folge des großen Krieges,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

in dem es nicht möglich war, die Bedürfnisse der Bewohner in bezug auf die Behausung zu befriedigen, weil andere Bedürfnisse, die unkulturellen Zwecken dienten, vorgezogen wurden. Heute steht aber die Frage so, daß der Wohnungsbau aus privaten Mitteln nicht gefördert werden kann. Die Führung und die Initiative ist auf die Öffentlichkeit übergegangen, auf Staat und Gemeinde, und von ihnen aus müssen die Wohnungsbauten finanziert werden. Wir fragen uns, woher der Umschwung kommt, und finden da ohne weiteres, daß überall und in allen Ländern die erzielbaren Mieten nicht die Verzinsung der Baukosten decken (D) und schließlich eine **privatkapitalistische Bautätigkeit** ausgeschlossen ist, da niemand das Risiko eingeht und somit die Öffentlichkeit eintreten muß. Damit ergibt sich aber ohne weiteres, daß, wenn die Öffentlichkeit das Bauen der Wohnungen finanziert, das Besitzrecht von keinem mehr als ein berechtigtes Privateigentum betrachtet werden kann.

Wenn ich vorhin sagte, daß die Wohnungsnot eine internationale Erscheinung ist, so ist doch der Preis für die Erbauung der Wohnungen im Verhältnis zum Friedenspreis in jedem Lande nach dem Stande der Geldentwertung. In Holland beträgt der Preis das Zweieinhalbfache bis Dreifache des Friedenspreises, in Frankreich und der Schweiz ungefähr das Vier- und Fünffache, während bei uns in Deutschland zehn-, zwölf- und fünfzehnfache Preise gegenüber dem Frieden für das Bauen bezahlt werden müssen. Man kann wohl sagen: wenn die **Baukosten** in dem Umfange gestiegen sind, dann würden sie durch höhere Mieten, wie der Herr Vorredner sagte, schließlich wieder ausgeglichen werden, und es würde dem Privatkapital möglich werden, das private Bauen selbst zu unternehmen. Diese Aussicht aber kann unser Land nicht befriedigen. Das mag in anderen Ländern, wo die Spannung zwischen den Neubaukosten und den Wohnungsmieten eine geringere ist, möglich sein; für unser Land ist es auf lange hinaus nicht mehr denkbar. In Deutschland ist deshalb auf lange Zeit hinaus der Wohnungsbau noch auf öffentliche Bezuschussung angewiesen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ist also die privatkapitalistische Basis des Wohnungsbaues unmöglich und muß die Öffentlichkeit,

(Silberschmidt, Abgeordneter.)

(A) Reich, Staat und Gemeinden, die Mittel aufbringen, so erwächst ihnen auch die Pflicht, den **Wohnungsbau gemeinwirtschaftlich** für die Volksgemeinschaft zu betreiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Auffassung ist nicht allein unsere grundsätzliche Ansicht, sondern sie ist geradezu eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Aus diesem Grundgedanken ergibt sich, daß in nächster Zukunft nicht nur der Wohnungsbau, sondern auch der Bestand der alten Wohnungen einer Neuregelung bedürfen. Von diesem Gedankengange aus haben wir auch im Ausschuß am 15. Dezember 1920 beantragt, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vorlegen möge, der eine **Neuregelung des Siedelungs- und Wohnungswesens** bringen sollte. Der Ausschuß ist unserem Vorschlage nicht gefolgt, und darum wird es notwendig werden, den Reichstag in allernächster Zeit zu veranlassen, neben und nach diesem Gesetz, das wir hier beraten, zu der Frage der Neuregelung des Wohnungswesens Stellung zu nehmen. Wir sprechen daher ausdrücklich aus, daß die Beratung des Ausschusses und das Ergebnis, das uns heute vorliegt, die eigentliche Wohnungsnot auch nicht im entferntesten, nur zu einem ganz geringen Bruchteil zu mildern in der Lage ist und daß eine Regelung der Wohnungsfrage nur möglich sein wird, wenn eine andere Gestaltung des Wohnungswesens und der Verwaltung der alten Baulichkeiten in die Wege geleitet und durchgeführt wird.

Unter Aufrechterhaltung dieser unserer grundsätzlichen Stellung werden wir die **Beschaffung der Mittel für das Baujahr 1921 bewilligen**, wenn auch die Ergebnisse der Ausschußberatung uns keineswegs genügen. Der Entwurf ist ein wahres Sorgenkind. Er hat Stadien durchlaufen, wie sie uns der Herr (B) Reichsminister vorgeführt hat, und es schien, als ob der unglückliche Stern, der über diesem Entwurf waltet, uns dahin führen sollte, das Sorgenkind nicht einmal durchbringen zu können.

In Mieterkreisen ist gegen diesen Entwurf das stärkste Mißtrauen vorhanden. Es ist auch im gegenwärtigen Augenblick noch nicht völlig verschwunden, wenn auch in diesen Kreisen bei ernstlichem Nachdenken immer mehr die Überzeugung Platz greift, daß die Besitzer alter Wohnungen zu Gunsten der Bewohner neuerbauter Wohnungen ein Opfer bringen müssen. Die Mehrheit der Mieter ist der Mieterhöhung abhold. Aus den Gründen unserer Finanzen ist der Ausschuß dem Gedanken nicht gefolgt. Andererseits liegt es im Interesse der Mieter selbst, Vorkehrungen zu treffen, die die Erhaltung der alten Wohnungen sichern und auch die Neubautätigkeit zu fördern. Würden wir die jetzige Zwangswirtschaft aufrechterhalten ohne genügende Kompensationen, ohne die Möglichkeit, ausreichende Neuwohnungen und Ersatz für die zugrunde gegangenen Wohnungen und für jene Unglücklichen zu schaffen, die überhaupt keine Wohnung haben, so würde die jetzige Zwangswirtschaft in kurzer Zeit zusammenbrechen, und die Folge würde sein, daß die Mieten für alte Wohnungen ganz schnell auf die Baukostenpreise der neuen Wohnungen steigen würden. Wir haben also alle Ursache, genau zu beobachten, ob dieser Zustand nicht einen sehr viel größeren Schaden für die Mieter mit sich brächte, als wenn wir den Zeitverhältnissen Rechnung tragen und auf die Mittel zu Erbauung neuer Wohnungen wie auf die ordentliche Bewirtschaftung alter Wohnungen die genügende Rücksicht nehmen.

Vom Reichsrat und von den Landesregierungen ist dieser Entwurf bekämpft worden. Insbesondere ist dabei in die Erscheinung getreten, daß es so manche Landesregierungen im Reiche gibt, die dieser **Bewirtschaftung des Wohnungswesens durch das Reich** (C) gern ein Ende bereiten möchten. Dieser Grundsatz, der in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch in einzelnen Landesregierungen Platz gegriffen hat, ist für die deutsche Mieterschaft außerordentlich gefährlich. Die Frage der Regelung des Wohnungswesens kann und darf nur vom Standpunkt der Gesamtinteressen behandelt werden, und dazu eignet sich am besten das Reich. Jedes Bestreben, das darauf hinausläuft, die Wohnungsfrage der Reichsinitiative zu entziehen und diese den Landesinteressen zu überlassen, ist auf das entschiedenste abzuweisen. Die Regelung des Wohnungswesens ist eine Frage der ganzen Nation

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und darf nicht unter dem Gesichtspunkte enger Landesinteressen behandelt werden. Sie muß behandelt werden vom Standpunkt der Solidarität des gesamten deutschen Volkes. Die Frage der physischen und geistigen Kräfte des Volkes und ihrer Erhaltung hängt nicht zum mindesten von der Art ab, wie die deutsche Bevölkerung und insbesondere die gegen Lohn und Gehalt tätige Bevölkerung wohnt. Ihre geistige Entwicklung lebt unter diesem Druck, unter diesem Einfluß. Stellen wir aber die Befriedigung dieses, eines der größten, der bedeutungsvollsten Probleme unserer Volksgesundung und Volkserhaltung nach dem Kriege lediglich unter den Gesichtspunkt der Landespolitik, so ist die große Gefahr vorhanden, daß sie von engbegrenzten und nicht von großen solidarischen Interessen, die das ganze Volk umfassen sollen, behandelt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb ist auch dieser Gesetzentwurf, der im Augenblick mit dieser Idee anscheinend nicht verknüpft ist, dieser Idee, die aber bei der Beratung stark in den Vordergrund getreten ist, von allergrößter Bedeutung. (D) Auch insoweit als das Notgesetz, das wir vor einigen Monaten angenommen haben, um der größten Not zu steuern und erst einmal Mittel flüssig machen zu können, nicht durch ein ordentliches Gesetz abgelöst wird, bietet die Bestimmung dieses Notgesetzes die Möglichkeit, dem Reiche die entscheidende Mitwirkung im Wohnungswesen zu entziehen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es besonders für alle Kreise der Bevölkerung, die Mieter sind, von außerordentlicher Bedeutung, daß an dieser Stelle klar und unzweideutig ausgedrückt wird, daß der Deutsche Reichstag nicht gewillt ist, dieses wichtige Problem der Ordnung im Wohnungswesen seiner Tätigkeit entziehen zu lassen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Von den Ländern, von der Industrie, dem Handel und Gewerbe ist dieser Gesetzentwurf stark befehdet und bekämpft, wovon uns der Vorredner ja ein Beispiel gegeben hat.

Des weiteren möchte ich noch kurz darauf hinweisen, daß auch wir ebenso wie der Vorredner und der Reichsminister durchaus der Meinung sind, daß die **Höhe**, die gegenwärtig aus diesem Gesetz als **Zuschuß zum Wohnungsbau** gezahlt werden kann, keineswegs eine befriedigende Lösung darstellt, ja daß sie geradezu eine Prämie ist, daß nur Kreise diese zu erbauenden Wohnungen beziehen können, die ein gesichertes und höheres Einkommen besitzen. Die Ärmsten und Bedürftigsten können die erforderlichen Mieten nicht zahlen. Der Zuschuß ist viel zu niedrig.

Wenn wir dennoch für den Entwurf eintreten, dann aus folgenden Gründen. Erstens konnten die Wohnungslosen und die Arbeitslosen nicht so lange warten, bis der Reichstag gewillt war, weitergehenden grundsätzlichen Ideen, wie sie von uns im Ausschuß vertreten

(Silberschmidt, Abgeordneter.)

(A) sind, seine Zustimmung zu geben. Wir mußten uns wohl oder übel mit dem jetzt Möglichen begnügen und das für die Erbauung neuer Wohnungen herausschlagen, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, ohne dabei auf unsere grundsätzlichen Forderungen zu verzichten.

Zweitens ist, wenn dieser Gesetzentwurf abgelehnt würde, keineswegs eine Erleichterung für die Mieter gegeben und keineswegs eine Besserung zu erwarten, sondern die Mittel, die hier auf den einigermaßen geordneten Wegen aufgebracht würden, würden auf weniger geordneten Wegen, im Wege des Notgesetzes, dennoch herbeigebracht werden müssen.

Drittens treibt der Wohnungsmangel zur Steigerung und zur **Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft**, und wenn wir nicht auf diesem und auf weiter folgenden Wegen eine Neuordnung einführen, dann würde, wie ich eingangs ausgeführt habe, nur eine stärkere Belastung der Mieter bei dem Zusammenbruch des Wohnungsmietszwangs die Folge sein.

Weiter erleichtern uns die Maßgaben im Gesetz diesen Schritt, indem in Wirklichkeit alle Gebäude und Gebäudeteile sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft, auch die Inhaber eigener Wohnungen und Villen hier zur Abgabe herangezogen werden, und somit durch diese Mittel, die aufgebracht werden, wenn auch in einer gewissen **Zwangssolidarität**, alle Kreise zur **Milderung der Kleinwohnungsnot** beitragen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Zwangssolidarität, die notwendig war, und die, wie wir hoffen, durch die Gesetzesmaßnahme strikt durchgeführt wird und die auch, wie ich hoffe, bis zum letzten Besitzer eines Hauses oder einer Baulichkeit, ob in der Industrie oder auf dem Lande, erfaßt, — diese Zwangssolidarität ist eine kleine Abtragung der Schuld (B) des gesamten Volkes an die notleidenden wohnungslosen Mitbürger, die ohne ihr persönliches Verschulden in diese Notlage gekommen sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Insoweit ist dieses Gesetz von einem gewissen sozialen Gedanken erfüllt, und diese Solidarität wird immerhin, wenn es auch gewissermaßen eine zwangsweise Erziehungsmethode ist, davon Zeugnis ablegen, daß auf dem Gebiet ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist.

Wenn ich mich vorhin bereits mit der Frage beschäftigt habe, daß entgegen dem Streben der Länder, die Wohnungsfrage auf die Landesgesetzgebung zu übertragen, der Reichsgedanke besonders in den Vordergrund treten soll, so tritt auch in diesem Gesetze noch ein anderer Gedanke hervor, der von Bedeutung ist und den wir festhalten wollen und weiter ausbauen müssen. Das ist der Gedanke, daß der **Wertzuwachs**, der ohne Kapital und Arbeit bestimmten Kreisen zufließt, der Allgemeinheit zugute kommen soll. Dieser Gedanke hat in diesem Gesetz seinen Niederschlag gefunden. Hoffen wir, daß er nicht nur in diesem Gesetz allein bleibt, sondern daß er später bei unserer weiteren ernsthaften großen Arbeit für den Bestand des Deutschen Reiches Geltung erhalten wird.

Unsere Bedingungen also, unter denen wir dem Gesetze zustimmen, sind, daß neben den hier besprochenen Aufgaben der Antrag 1945 Annahme findet, der keineswegs unseren Auffassungen in vollem Maße Rechnung trägt. Wir haben in der Kommission beantragt, daß in § 1 Absatz 3 Nr. 2 die Garantie gegeben werde, daß nur die **Häuser**, die aus den Mitteln dieses Gesetzes erbaut werden, **Gemeineigentum** bleiben sollen. In der Vorlage, die der Ausschuß angenommen hat, ist dieser Gedanke nicht ausgedrückt, sondern dort stehen beide Eigentumsformen als gleichberechtigt (C) nebeneinander, und zwar wenn die Bauten dauernd im Eigentum rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben oder aus besonderen Gründen auch ins Privateigentum übergehen. Der Gedanke, der die Mehrheit des Ausschusses leitete, ging dahin, daß das erste die Regel sein solle und das zweite die Ausnahme in besonderen Fällen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

so daß also diese Häuser im Regelfall in den Gemeinbesitz übergehen und nur unter ganz besonderen Verhältnissen, die wir durchaus nicht verkennen und die schließlich auf dem Lande in noch höherem Maße vorhanden sein mögen, in das Privateigentum übergehen können. Wenn aber der Antrag auf Nr. 1945 die Zustimmung des Hauses findet, dann ist zwar unserer Absicht nicht Rechnung getragen, aber wir stimmen dennoch dafür, weil er doch wenigstens das bringt, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen ist.

Der Herr Minister hat erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium diesem Antrage seine Billigung gibt, und ich bitte daher, diesem Antrage zustimmen zu wollen. Der Antrag Aderhold und Genossen, der eigentlich in reiner, unverfälschter Form unseren Willen zum Ausdruck bringt, wäre uns viel lieber. Wir werden deshalb für ihn stimmen, in zweiter Linie aber für unseren Antrag.

Nun, verehrte Anwesende, ist im Laufe der Debatte einiges zum Ausdruck gekommen, was nicht unwidersprochen bleiben darf. Der Herr Kollege Gutknecht hat der Befreiung von der Zwangswirtschaft das Wort geredet. Die große Mehrzahl der Mieter und, ich glaube auch, jener Kreise, die sich sonst zur Partei des Herr Gutknecht zählen, stehen aber keineswegs auf diesem Standpunkt; sie wissen ganz genau, daß die (D) **Aufhebung der Zwangswirtschaft** eine sprunghafte **Steigerung der Mieten** bis auf die Höhe der jetzigen Neubaukosten nach sich ziehen würde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In anderen Ländern, wo wir keine Zwangswirtschaft im Wohnungswesen haben, hat sich die Mietssteigerung genau nach der Geldentwertung und nach der Steigerung der Baukosten gerichtet. Wer Gelegenheit nimmt, sich in denjenigen Ländern zu überzeugen, die unter der gleichen Wohnungsnot leiden wie wir und die aus den gleichen Ursachen zu dieser Wohnungsnot gekommen sind wie wir, wird finden, daß in diesen Ländern die Mieten genau in demselben Maße gestiegen sind wie die Baukostenpreise. Das würde bei uns im gleichen Maße der Fall sein. Die Folge wäre eine ungeheure und ungerechte Vergrößerung des Goldwertbestandes derjenigen Hausbesitzer, die sich im Besitze eines Hauses befinden, das zu niedrigen Baukosten hergestellt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das würde eine ungeheure Benachteiligung der Mieter sein. Ein Herabgehen der Mieten, wenn sich in späteren Zeiten die Baukosten einmal senken sollten oder wenn unsere Valuta sich bessert, ist dann deswegen nicht möglich, weil ein Haus einen Dauerwert darstellt und nicht von heute auf morgen im Preise herabgesetzt werden kann und weil andererseits jedes Haus in aller Kürze mit einer Hypothekenlast belegt werden würde, die durch die Verzinsung der neuen Mieten zu tragen wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer Herabsetzung der Miete eines Hauses unter diesen beiden gewaltigen Faktoren wäre niemand im

(**Silberschmidt**, Abgeordneter.)

(A) Reiche imstande, es sei denn durch völlige Enteignung ohne Entschädigung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren, die diesen Gedanken anstreben, mögen sich also wohl überlegen, daß sie für den Gedanken der Sozialisierung und der Enteignung des Grundbesitzes nur die größte Propaganda selbst machen würden, wenn in dieser unerhörten Weise wie in anderen Ländern auch bei uns einer Mietsteigerung durch Aufhebung der Zwangswirtschaft der Weg geebnet würde. Ich wünsche natürlich auch die Enteignung ohne diese Kur, die hier eintreten würde.

Meine Damen und Herren! Die Herabsetzung der Baukostenpreise und die Heraufsetzung der heutigen Mieten auf ein erträgliches Maß, das an sich gerechtfertigt ist, ist ein Problem, das späteren Beratungen des Reichstags vorbehalten werden muß. Aber was im neuen Mietzinsgesetz als oberster Grundsatz ausgesprochen war, die Beibehaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mietpreisbildung, findet ganz unsere Billigung und ebenso der Grundsatz, daß die Mietsteigerung nur insoweit zugelassen werden kann, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden ist. Diese beiden Grundsätze werden ein Fundament abgeben, auf dem wir uns in späteren Beratungen bewegen können und auf dem es gerechterweise auch einen Ausgleich geben wird. Aber der Gedanke, daß sich etwa auf dem freien Markt und ohne jede Beschränkung diese gerechte Mietpreisbildung herausstellen könnte, ist bei dem heutigen Zustand unserer Wirtschaft ausgeschlossen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf diesen beiden Grundsätzen, der Zwangsmaßnahme bei der Mietpreisbildung und auf der anderen Seite dem berechtigten Entgegenkommen an die Hausbesitzer,

(B) daß die Mieten bis zu einer Höhe erhöht werden können, die die wirkliche Unterhaltung der alten Häuser ermöglicht, wird sich schon eine Basis finden lassen.

Die **Herabsetzung der Baukostenpreise** ist eine andere Frage, die uns hier nur kurz beschäftigen kann. Wer die letzten Baujahre aufmerksam durchlebt hat, hat gefunden, daß die Baukosten im wesentlichen und über Gebühr durch die Baustoffpreise verteuert worden sind und daß, wie auf manchen anderen Gebieten, auch in der Bauausführung große Ersparnisse hätten gemacht werden könen. Es wird im Augenblick bezweifelt, ob dafür ein gerechter Maßstab vorhanden ist, um die Baukostenpreise herabzusetzen.

Der Herr Vorredner hat versucht, insbesondere **soziale Baubetriebe und Baugenossenschaften** als das ungeeignete Mittel zur Verbilligung der Neubaukosten hinzustellen. Ich muß diesem Gedanken entschieden entgegentreten; denn wer im letzten Jahre nur die ersten Anfänge jener sozialen Baubetriebe beobachtet hat und ihre Ergebnisse kennt und wer sich Mühe geben will, mit jenen Stadtgemeinden oder sonstigen Wohnungsverbänden in Verbindung zu treten, die von sozialen Baubetrieben oder Genossenschaften ihre Arbeiten haben ausführen lassen, wird das Gegenteil von dem hören, was Herr Gutknecht ausgesprochen hat. Er wird hören, daß, obwohl es neue Betriebe sind, die sich erst einrichten müssen, das bloße Erscheinen dieser Betriebe als Konkurrenten unter den übrigen Baubetrieben die Preise in den Submissionen um 10, 15 und mehr Prozent herabgesetzt hat. Er wird finden, daß in den Orten, in denen Baubetriebe dieser Art tätig waren, diesen Gemeinden Summen von 15 bis 20 Millionen Mark erspart worden sind.

(Zuruf rechts: Neukölln!)

— Verehrte Anwesende, Ihren Zwischenrufen kann, (C) wenn es Ihnen beliebt, in genügender Weise entgegnet werden. Ich glaube, es in diesem Zusammenhange nicht tun zu sollen und nicht tun zu können. Ich will Ihnen aber die Versicherung geben, daß demnächst, wenn wir an dieser Stelle über eine andere Frage, vielleicht über die Neubewirtschaftung des Wohnungs- und Siedlungswesens sprechen und eine andere Geschäftslage dieses Hauses vorhanden ist, im einzelnen hier der Beweis geführt werden wird, daß Ihre Auffassung — ich nehme natürlich den guten Glauben an — irrig ist, daß Sie aber von denen, die Sie auf diesem Gebiete unterrichtet haben, falsch unterrichtet sind.

Die Herabsetzung der Baukosten wird sich unter anderem auch ermöglichen lassen, wenn von Reichs wegen eine andere, eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffverteilung und der Baustoffherstellung durchgeführt wird. Die heutige **Verteilung und Bewirtschaftung der Baustoffe** wird wohl von allen Teilen des Hauses als eine völlig ungenügende und lediglich der Bereicherung der Baustoffabrikanten dienende anerkannt werden müssen. Die **sozialen Baubetriebe** als solche werden naturgemäß die Konkurrenz mit den freien Baubetrieben aufzunehmen und zu bestehen haben. Sie werden in diesem freien Konkurrenzkampf zu beweisen haben, daß sie tatsächlich die bessere, fortgeschrittenere und der Volkswirtschaft mehr dienende Produktionsform darstellen. Sollten sie nach längerer Zeit ihres Bestehens diesen Beweis nicht erbringen, so würden ihre Widersacher erst mit Berechtigung deren Existenzberechtigung beweisen können. Die bloße Behauptung ist kein Beweis. Die Belege, die bis heute vorliegen, beweisen schon das Gegenteil.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen und wollte hiermit gesagt haben, daß die Partei, die zu vertreten ich die Ehre habe, diesem Gesetzentwurf unter (D) der Voraussetzung zustimmen wird, daß sowohl der Antrag seine Annahme findet, als wie auch daß der Reichsminister dazu noch eine Erklärung abgeben möge, daß der Unterausschuß, der alsbald zusammentreten soll, um die Mittel für die nächsten Baujahre sicherzustellen, umgehend arbeitsfähig gemacht wird. Dazu ist die möglichst baldige **Berufung der Sachverständigen** erforderlich, die wie der Arbeitsminister zugesagt hat, dem **Unterausschuß der Wohnungskommission** als gleichberechtigte Mitwirkende an den Beratungen des Unterausschusses beigeordnet werden. Es ist dringend erforderlich, daß noch während der Tagung des jetzigen Reichstags die konstituierende Sitzung und die ersten Schritte zur Beratung der Aufbringung der Mittel und der künftigen Bewirtschaftung der Baustoffe in Arbeit genommen werden.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky.

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es haben ja alle Herren Vorredner zum Ausdruck gebracht, daß das Gesetz an keiner Stelle eine besondere Genugtuung hervorgerufen hat. Ich möchte meinerseits sagen, daß das Maß des Mißbehagens, das man über das Gesetz empfunden hat, doch merklich durch die neuen Anträge gemildert worden ist, die von vier Parteien des Reichstags auf Anregung des Reichsrats und der Reichsregierung gestellt worden sind, durch die Abänderung, die diese Vorschläge bringen. Es ist gar kein Zweifel, daß das Gesetz neben der Tatsache, daß es seinen eigentlichen Zweck, die Wohnungsnot zu beheben, doch nur recht unvollkommen erreichen kann, in seiner

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) ursprünglichen Gestalt vor allem sehr erhebliche steuertechnische Schwierigkeiten aufwies, die durch die Änderung jetzt einigermaßen behoben worden sind. Wenn im ersten Entwurf durch die **Neuveranlagung der Mietswerte**, für die wir ja keine amtlichen Unterlagen haben, sondern für die erst ein großes Heer von neuen Beamten und neuen Amtsstellen hätte geschaffen werden müssen, nach der Berechnung der preußischen Staatsregierung im ersten Jahre von dem Aufkommen der Steuer allein 40 Prozent und in den folgenden Jahren 30 Prozent für diese Veranlagung und Erhebung gebraucht wurden, so war das zweifellos im höchsten Maße unwirtschaftlich, und wir könnten kaum unsere Zustimmung dazu geben. Daher begrüßen wir es, daß durch die Ermöglichung von **Zuschlägen zur Grundsteuer**, die auf die Nutzungsberechtigten abwälzbar sind, diese kostspielige, schwerfällige Veranlagung und Erhebung des ersten Entwurfs beseitigt worden ist. Wir begrüßen es auch, daß die neuen Anträge die Möglichkeit schaffen, eine geeignetere und zweckmäßigere **Berücksichtigung der sozialen Belange** einzuführen. Im ersten Entwurf war eine Berücksichtigung der verschiedenen Einkommensteuerstufen vorgesehen und diente als Grundlage für die Befreiung von der Abgabe. Die Neufassung bringt eine wesentliche Vereinfachung dadurch, daß auf Feststellungen Bezug genommen wird, die bereits beim Einkommensteuergesetz bei bestimmten von der Einkommensteuer zu befreienden Gruppen von Rentnern und Rentenempfängern gemacht werden. Diese Vereinfachung wird gleichfalls dazu beitragen, die Erhebung und Veranlagung der Steuern weniger schwerfällig zu machen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Bemerkung machen, die vielleicht eine gewisse allgemeine Bedeutung hat. Wir waren uns im Ausschuß bei verschiedenen Parteien darüber einig, daß die bisher üblich gewesene Methode, die sozialen Belange durch Sonderbestimmungen

(B) in jedem einzelnen Gesetz zu berücksichtigen, sehr erhebliche Gefahren mit sich bringt, die darin liegen, daß die Sonder- und Ausnahmebestimmungen, in jedem Gesetz wiedergebracht, den Lauf der Verwaltungsmaschine zu stark und unerträglich belasten und dahin führen, daß, wie es in diesem Gesetz auch der Fall gewesen wäre, die Veranlagung durch Vermehrung des Beamtenapparates zu großen Schwierigkeiten und Unkosten führt. Es wäre im vorliegenden Falle auch die zeitliche Fertigstellung der Veranlagung hinausgeschoben worden, so daß mit diesem Gesetz die zur Verfügungstellung der notwendigen Mittel nicht rechtzeitig gelungen wäre. Man muß überhaupt sagen: so berechtigt es ist, die sozialen Interessen zu berücksichtigen, so muß versucht werden, dieses Ziel auf andere Weise als dadurch zu erreichen, daß in jedem Gesetz Ausnahmebestimmungen gemacht werden. Dieses Verfahren soll zwar eine soziale Wohltat darstellen, ist aber letzten Endes doch nicht wahrhaft sozial, weil es durch unverhältnismäßig große Aufwendungen der Allgemeinheit erkauft werden muß.

Die Abgabe des vorliegenden Gesetzes soll die Möglichkeit geben, etwa hunderttausend Wohnungen unter Zuhilfenahme des Aufkommens der Kohlenabgabe bereitzustellen. Wir glauben aber, daß der Zweck des Gesetzes, die **Wohnungsnot** wirklich in erheblichem oder gar durchgreifendem Maße zu lindern nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, die **freie Bautätigkeit**, die von einer Unterstützung des Staates frei und selbständig ist, zu beleben und zu fördern.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es muß noch entschiedener, als das bisher der Fall war, das **zuschußlose Bauen** gefördert werden. Wir haben in dieser Beziehung sehr gute Erfahrungen mit der Bestimmung des Einkommensteuergesetzes gemacht, wonach der Teil des Einkommens, der für eine zuschußlose Bautätigkeit verwendet wird, soweit diese Beträge über den (C) gemeinen Wert des zu errichtenden Baus hinausgehen, von der Einkommensteuer frei sind. Es ist sehr erfreulich zu hören, daß in einigen Bezirken des Reichs von den gesamten Neubauten infolge dieser Bestimmung bereits ein Viertel der Neubauten zuschußlose Bauten sind.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es zeigt, wie wertvoll und richtig es ist, diesen Weg zu beschreiten. Wir hoffen, daß, wenn die Ausführungsbestimmungen zu dieser Regelung, die auf Anregung unserer Partei in das Einkommensteuergesetz aufgenommen worden ist, endlich erlassen sein werden, die Klarheit, die über diese Verhältnisse in weitere Kreise kommt, die Neigung zum zuschußlosen Bauen noch mehr fördern wird.

Herr Silberschmidt hat seinerseits geglaubt, der Auffassung Ausdruck geben zu sollen, daß die Behebung der Wohnungsnot in allererster Reihe durch eine **Sozialisierung**, durch die **Betätigung der sozialisierten Baugenossenschaften** erreicht werden könne. Ich bin weit davon entfernt, alles bestreiten zu wollen, was Herr Silberschmidt gesagt hat, aber das eine möchte ich doch betonen: Wenn das Loblied, daß Herr Silberschmidt den sozialisierten Betrieben des Bauwesens gesungen hat, richtig ist, wenn sie wirtschaftlich arbeiten, wenn sie so verhältnismäßig billig im Vergleich zu anderen Betrieben die Wohnhäuser herstellen können, dann muß ja der Erfolg ganz von selbst eintreten, dann werden sie ohne weiteres im Konkurrenzkampf mit den freien Betrieben die überlegenen sein. Es hat also wenig Wert, hier über diese Aussichten zu sprechen; der tatsächliche Erfolg, der Umstand, ob die sozialisierten Betriebe im Baugewerbe mehr leisten als die Privatbetriebe, wird zeigen, wo die Wahrheit liegt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich befürchte, daß die anfänglichen Erfolge nicht dauerhaft sein werden und daß das, was der Herr Kollege Silberschmidt erwartet, nicht eintreten wird. Ich glaube, daß (D) die private Unternehmertätigkeit auch hier diejenige sein wird, die, wie immer bei der freien Wirtschaft, am meisten geeignet ist, die Produktivität der Menschen zu fördern und anzuregen.

Wir glauben aber auch, daß es notwendig ist, die Bautätigkeit dadurch zu beleben, daß man jetzt **ohne Unterstützung des Staates errichtete Bauten befreit von** den einengenden **Zwangsvorschriften**, wie sie die Zwangseinquartierung, die Höchstmietenfestsetzung, die Kündigungsbeschränkung usw. darstellen. Derartige Bestimmungen sind teilweise bereits erlassen. Sie haben aber, vielleicht merkwürdigerweise, keine sonderlichen Erfolge gehabt. Wir führen das darauf zurück, daß gegen alle diese Zusicherungen von derartigen Befreiungen bei den beteiligten Kreisen ein festeingewurzeltes Mißtrauen besteht. Wir glauben, daß das richtige Mittel, dieses Mißtrauen zu beseitigen und die freie Bautätigkeit anzuregen, darin liegt, daß man die Möglichkeit schafft, daß diese Befreiungsvorschriften in das Grundbuch eingetragen werden können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man mag sagen, das Mißtrauen ist unberechtigt; darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, daß es vorhanden ist und die Wirkung hat, daß die beteiligten Kreise sich vom Bauen zurückhalten. Ich möchte hier hervorheben, daß es sehr beachtlich ist, daß die verdienstvolle Studiengesellschaft zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die von Professor Stein geleitet wird, gerade auf diesen Punkt ein ganz außerordentliches Gewicht legt und mein Antrag zu diesem Gesetz ihre lebhafte Zustimmung gefunden hat.

Meine Damen und Herren! Es wird als Einwand dagegen erhoben, daß man sagt: wenn nun wirklich dank solcher Befreiungsvorschriften gebaut wird, so können es

(Dr. **Marezky**, Abgeordneter.)

(A) doch nur **reiche Leute** sein, die unter den jetzigen Verhältnissen für sich **eigene Wohnhäuser** herstellen. Ich möchte diesem Einwand entgegentreten. Ganz abgesehen davon, daß auch durch das Bauen von solchen Wohnungen die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, daß ferner dadurch andere Wohnungen doch frei werden,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

haben wir auch ein ganz dringendes Interesse, für die verfeinerten Arbeitsleistungen unseres Handwerks und unseres Kunstgewerbes Betätigungsmöglichkeiten zu erhalten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese hochbedeutsamen Zweige unserer gewerblichen Berufe verdienen es, existenzfähig erhalten zu werden,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei)

und sie können nur existenzfähig bleiben, wenn die Grundlage für ihre Arbeit vorhanden ist, nämlich das Bedürfnis einer gehobenen Lebenshaltung. Das ist die Voraussetzung für die Arbeiten solcher Betriebe, und wir brauchen diese Betriebe zu Gunsten und zum Nutzen der Gesamtwirtschaft.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Man kann darum sagen, daß es auch in Zeiten der Not als volkswirtschaftlich falsch angesehen werden muß, jede Möglichkeit der Entfaltung eines gewissen Wohlstandes zu unterbinden, es ist doppelt falsch, das auf dem Gebiete des Wohnungs- und Bauwesens tun zu wollen.

Was nun die **Verwendung der durch dieses Gesetz aufzubringenden Mittel** anlangt, so haben wir übrigens auch hier, gestützt durch die Zustimmung der erwähnten Studiengesellschaft zur Bekämpfung der Wohnungsnot, eine Bestimmung beantragt, die es den Gemeinden ermöglichen soll, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in ganz besonderem Maße zu **Zuschüssen für Um- und Erweiterungsbauten** zu verwenden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(B) Der Herr Minister hat gemeint — und ich begrüße das —, daß an sich die Tendenz dieses Antrags richtig sei, er sich aber aus gewissen Gründen diesem Antrag verschließen muß. Ich möchte demgegenüber hervorheben, daß die Erfahrungen, die in vielen Großstädten, vor allen Dingen aber in München, das hier ganz planmäßig vorgegangen ist, gezeigt haben, daß sich insbesondere in den **Dachgeschossen** eine ungeheure Anzahl von hygienisch vollkommen einwandfreien **Mansardenwohnungen** herstellen läßt, und herstellen läßt mit erheblich geringeren Mitteln, als das bei den Wohnungen in den Neubauten der Fall ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir müssen diese Art der baulichen Betätigung unterstützen, und ich möchte die Reichsregierung bitten, daß sie hier kleinlichen baupolizeilichen Bedenken entgegentritt, insbesondere wenn die Baupolizei häufig nicht geneigt ist, zuzugestehen, daß diese Wohnungen als Dauerwohnungen angesehen werden können. Werden sie aber nicht als Dauerwohnnngen angesehen, dann bekommen sie keine Zuschüsse.

Meine Damen und Herren! Diese Wohnungen haben neben manchen Mängeln aber, gerade was die einwandfreie und vorzügliche Belichtung und Durchlüftung anlangt, solche Vorzüge, daß die Mängel zurücktreten und in Kauf genommen werden können. Überhaupt muß hier mit Rücksicht auf die Wohnungsnot gesagt werden, daß, wer eine so große Gefahr, wie sie die Wohnungsnot ist, bekämpfen will, auch die Entschlußkraft haben muß, dabei gelegentlich ein kleineres Übel zur Abhilfe des großen in Kauf zu nehmen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! So rationell es also im allgemeinen sein wird, Mansardenwohnungen auszubauen, so vorsichtig muß man unserer Meinung nach dabei vorgehen, wenn es sich um die **Zerschlagung und Aufteilung bestehender Wohnungen** handelt. Es ist gar keine Frage, (C) daß einem übertriebenen Wohnungsaufwand in dieser Zeit mit Energie entgegengetreten werden muß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber es ist falsch, sich grundsätzlich auf den Standpunkt zu stellen, daß überall dort, wo eine Familie ein, zwei oder vielleicht drei Zimmer mehr hat, als ihrer Kopfzahl entspricht, Abtrennungen und Aufteilungen vorgenommen werden müssen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das kann zu ungeheuren Härten führen und wird auch vor allem oft vollkommen unwirtschaftlich sein. Diese Abtrennung wird meistenteils unverhältnismäßig große Kosten verursachen, da kostspielige Umbauten, Umlegungen von Leitungen, Einbauten usw. vorzunehmen sind. Der Mietwert solcher Wohnungen, die dann beispielsweise in den westlichen Stadtgegenden Berlins in der Größe von Zwei- bis Dreizimmerwohnungen hergestellt werden, wird durch diese unverhältnismäßig hohen Kosten so hoch, daß, wenn wieder normale Zustände eingetreten sind, niemand daran denken wird, die Mieten für diese Wohnungen aufzubringen, und daß dann tatsächlich das Kapital, das für die Abtrennung und Abteilung dieser Wohnungen aufgewandt worden ist, vollkommen unwirtschaftlich ausgegeben, also verschwendet worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich sage dies insbesondere mit Rücksicht auf die Praxis der Wohnungsämter, die in zahllosen Fällen zu solchen Härten und wirtschaftlichen Torheiten geführt hat. Ich bitte, daß die Reichsregierung ihr Augenmerk auf diese Mißstände richtet. Die Klagen und die Erbitterung über die rücksichtslosen **Eingriffe der Wohnungsämter in das häusliche Leben** sind ungemein groß,

(sehr richtig! rechts)

und der neue Staat könnte sich viel Feindschaft ersparen, (D) wenn er dafür sorgte, daß die untergeordneten Stellen vernünftiger und maßvoller vorgehen.

Wir haben deswegen eine Entschließung eingebracht, die besagt, daß zu den Kosten nur Abtrennung von Wohnräumen aus bestehenden Wohnungen nur Zuschüsse gezahlt werden dürfen, wenn die Abtrennung nicht unverhältnismäßig große Kosten erfordert, oder wenn durch die Wohnungsteilung das Familienleben des bisherigen Wohnungsinhabers nicht wesentlich beeinträchtigt wird oder nicht erhebliche ideelle Werte gefährdet werden.

Meine Damen und Herren! Alles in allem werden wir das Gesetz annehmen, sind aber überzeugt, daß das Wesentlichste zur Bekämpfung der **Wohnungsnot** der planmäßige und allmähliche **Abbau** der auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens jetzt bestehenden **Zwangswirtschaft** ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir wollen das nicht so verstanden wissen, daß wir die sofortige Aufhebung der Höchstmieten befürworten. Wir stimmen darin den Ausführungen einiger Vorredner zu und wissen sehr wohl, daß das gerade zum Zusammenbruch zahlreicher uns selbst sehr nahestehender Kreise des Mittelstandes und insbesondere der Beamtenschaft führen würde. Aber wir wollen, daß der freien, vom Staate unabhängigen Bautätigkeit jede nur erdenkliche Förderung zuteil wird, und daß dadurch allmählich eine Vermehrung des Wohnungsangebots herbeigeführt wird. In Verbindung mit dieser Verbesserung des Angebots und mit der allmählichen Verbesserung der Wirtschaftsfrage, auf die wir doch hoffen müssen, wenn wir nicht überhaupt untergehen wollen, kann auch eine allmähliche Ausgleichung der Mieten angestrebt werden. Wir glauben, daß eine endgültige Abhilfe der Wohnungsnot nur durch eine Entwicklung, die in dieser Richtung liegt, geschaffen werden kann.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Werte Versammlung! Die Ausführungen des Herrn Arbeitsministers haben meine Parteifreunde nicht befriedigen können. Der Arbeitsminister hat sich wohl zu der Drucksache 1388 geäußert, aber die Millionen Obdachlosen hätten erwartet, daß der Herr **Arbeitsminister** zu dem **Wohnungsproblem** in seiner vollen Totalität Stellung genommen hätte. Das, was uns heute beschäftigt, ist Stückwerk, denn wir wissen, daß uns in einer ganz kurzen Spanne Zeit ein Reichsmietengesetz vorgelegt werden wird, und daß außerdem zur Zeit ein Grundsteuergesetz zur Beratung steht. Wir hätten erwartet, daß diese drei Entwürfe organisch bearbeitet und verhandelt worden wären. Erst so hätten wir einen Überblick darüber bekommen können, wie man aus dem Wohnungselend herauszukommen glaubt. All die Millionen, die sich in Höhlen und Spelunken bewegen müssen, hätten erwartet, daß heute von dieser Stelle aus der Kurs gezeigt würde, der uns aus dem Wohnungselend herausführen soll.

Die Obdachlosen konnten das um so eher erwarten, als auch das **Kabinett Wirth** in der **Programmrede** mit keinem Wort auf das Wohnungsproblem eingegangen ist. Der Herr Reichskanzler Dr. Wirth stellte in seiner Programmrede die Worte: Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung voraus. Wie soll es aber möglich sein, in Deutschland wiederaufzubauen und zu versöhnen, wenn das Wohnungsproblem nicht gelöst wird?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage: Wir hatten schon bei der Programmrede erwartet, daß zur Wohnungsfrage Stellung genommen wurde, und zwar um so eher, weil das Kabinett Fehrenbach in der Programmrede auf die Wohnungsfrage Bezug genommen hatte und darin zum Ausdruck kam, daß eine (B) geeignete, geschlossene Organisation im Wohnungs- und Siedlungswesen geschaffen werden sollte,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— eine einheitlich geschlossene Organisation! Was haben wir jetzt vor uns? Eine völlige **Desorganisation** und Planlosigkeit in der Organisation, Kopflosigkeit bei den Organisationen! Wir können hinschauen, wohin wir wollen; auf Regierung und Reichsrat. Auch im Wohnungsausschuß war es, wie es heute verschiedene Herren zum Ausdrnck gebracht haben, nicht möglich, rationell zu arbeiten; die Verhandlung kam ins Stocken, man war nahe daran, auseinanderzulaufen, und dann hat man künstlich dieses Monstrnm geschaffen, womit wir uns heute hier beschäftigen.

(Oh! bei den Deutschen Demokraten.)

Der **Reichswirtschaftsrat** hat mehrmals zur Wohnungsfrage Stellung genommen, er hat einen Unterausschuß eingesetzt. Niemals haben wir gehört, daß im Wohnungsausschuß auf die **Anregungen** des Wirtschaftsrats Bezug genommen worden ist. So haben die einzelnen Körperschaften aneinander vorbeigearbeitet. Dadurch finden wir den Schlüssel zu der Anklage des Herrn Reichsarbeitsministers, daß man monatelang, jahrelang gearbeitet hat, und daß man dann endlich mit diesem Entwurf herausgekommen ist.

Ein unglücklicher Stern stand über unserer Beratung. Der Herr Kollege Silberschmidt sprach von einem „Sorgenkind". Letzten Endes war es ja gar nicht möglich, hier etwas wirklich Positives zu schaffen; denn es fehlte, wie ich schon sagte, die Zentralisation, es fehlte ein Plan und die Organisation, und vor allen Dingen: es standen sich bei den Beratungen zwei Weltanschauungen gegenüber.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist der Schlüssel. Bei den Beratungen im Wohnungsausschuß ließen sich die Herren von den bürgerlichen Parteien nicht von dem Motiv leiten: wie erfüllen wir (C) unsere soziale Pflicht gegenüber den Obdachlosen?, sondern von der Frage: wie schützen wir das kapitalistische Wirtschaftssystem? Aus diesem Grunde heraus war es nicht möglich, das zu schaffen, was die Obdachlosen und was jeder sozial denkende Mensch fordern muß. Wir hören ja immer die platonischen Äußerungen: die Wohnungsnot ist groß, es fehlen über 1 Million Wohnungen, — was nichts anderes heißt, als daß viele Millionen Menschen zusammengepfercht werden müssen. Aber ich behaupte, daß ein großer Teil von denen, die von der Wohnungsnot sprechen, nicht im entferntesten wissen, welche furchtbaren Folgen die **Wohnungsnot** ausgelöst hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Lassen Sie mich hier einige Zahlen anführen, die ein Herr der Deutschen Volkspartei, Herr Bergwerksdirektor Leopold, im Wohnungsausschuß vorgetragen hat! Als Kenner des Braunkohlenreviers sagte er uns, daß sich im halleschen Revier die Belegschaft von 18 000 auf 36 000 Arbeiter erhöht hätte,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in der Niederlausitz von 19 000 auf 42 000 Arbeiter. Daß heißt also: **im Braunkohlenrevier** sind die Belegschaften um über 70 000 Arbeiter erhöht worden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Rechnen wir zu jedem Arbeiter zwei Angehörige, so kommen wir auf über 200 000 Menschen, die dort Wohnung finden müssen. Trotz alledem, sagt uns Herr Leopold, sind nur 2000 Wohnungen gebaut worden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

2000 Wohnungen für über 70 000 Menschen!

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Bergwerksdirektor Leopold fügt noch hinzu, daß im Waldenburger Revier von allen Wohnungen 90 Prozent Einstubenwohnungen seien, (D)

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und das zum Teil in diesen Einstubenwohnungen 2 und 3 Familien hausen müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das war die furchtbare Anklage, die ein Mitglied der Deutschen Volkspartei im Wohnungsausschuß erhob!

Aber nicht nur in den Bergrevieren treffen wir die Wohnungsnot an, sondern in allen Ihren Wahlkreisen werden Sie feststellen müssen, daß dort Menschen in feuchten Kellern, in zugigen Dachwohnungen vegetieren müssen, die dort an Körper, Geist und Seele elend verkümmern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gestatte mir, auf das Ergebnis einer **Wohnungsbesichtigung** einiger **Redaktionsmitglieder des „Berliner Tageblatts"** hinzuweisen. Diese haben eine Anzahl Berliner Wohnungen besichtigt und erstatten nun Bericht. So schildern sie unter anderem einen Keller, der nur ein Fenster ohne Scheiben hatte, wo eine Witwe mit 5 Kindern nur ein Bett besaß.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Mutter schlief auf dem Stuhl, Ratten und Mäuse sprangen über den Tisch, der zugleich als Bett diente.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So haben sie eine Anzahl Schilderungen gegeben und gezeigt, wie es mit dem Wohnungselend in Deutschland bestellt ist.

Und bei diesem furchtbaren Elend, wo Tausende und Zehntausende zu zwei und drei Familien in einer Stube hausen müssen, da wagt es Herr Gutknecht, zu fordern, daß endlich der Kleinwohnungsbau eingeschränkt werden müßte, daß man auch wieder Drei-, Vier-, Fünf- und Sechszimmerwohnungen bauen sollte. Hieran erkennt man, mit welchem sozialen Unverständnis man an dieses

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) Wohnungsproblem herantritt; sonst wäre es unmöglich, derartige Forderungen zu stellen.

Wir müssen erklären, daß dieser unzulängliche Gesetzentwurf keine nennenswerte Linderung schaffen kann, weil ja die **Verschärfung des Wohnungselends** sich von Stunde zu Stunde stärker einstellt. Eine ganze Anzahl **Ursachen** führen dazu. Ich will nur kurz auf folgendes hinweisen:

Einmal ist es der Zuwachs derjenigen, die aus den abgetretenen Landesteilen in Deutschland Aufnahme finden mußten. Aber auch Handel und Industrie gehen rücksichtslos vor. Vollgesaugt mit Geld kaufen sie Hotels und Wohnräume auf. In den letzten Wochen sind in Berlin über 1000 Betten von Handel und Industrie aufgekauft worden. Aber auch überall sonst in Deutschland geschieht das. Dadurch wird es zunächst einmal der ärmeren Bevölkerung unmöglich, Obdach in diesen Fremdenhäusern zu nehmen. Zum weiteren wird aber auch dadurch das Wohnungselend wesentlich verschärft; denn die Fremden müssen irgendwo Unterkunft finden. So stehen jetzt an den Bahnhöfen die Frauen und bieten ihre Wohnungen an. So werden, obwohl der Wohnraum beengt ist, noch mehr Menschen in die unzureichenden Wohnungen hineingepfercht. Wir kommen in Deutschland in den Großstädten zu Zuständen, wie wir sie zur Messezeit in Leipzig konstatieren, daß die Armen, um nur ihr Leben zu fristen, auf dem Korridor, auf der Erde schlafen und ihre Betten und Wohnräume an die Fremden abtreten. Dadurch wird natürlich auch der Unsittlichkeit Tür und Tor geöffnet. So treibt eins das andere. Und die Männer, die diesem Elend steuern wollen, finden nirgends bei der Regierung Gehör.

Die Hotelangestellten waren bei dem ehemaligen Wirtschaftsminister Scholz vorstellig. Er erklärte: diesem **Hotelaufkauf** gegenüber bin ich machtlos. Er ist machtlos, (B) weil er ein Anhänger des Spiels der freien Kräfte, weil er ein Anhänger der Profitwirtschaft ist. Er läßt die Armen weiter verkommen und verschärfte dadurch mit das Wohnungselend.

Aber nicht nur in den Städten finden wir diese unsozial handelnden Menschen, sondern auch bei den Besitzenden auf dem Lande. Es ist doch eine Tatsache, daß jetzt in der Provinz Brandenburg 31 000 **polnische Wanderarbeiter** beschäftigt werden, in der Provinz Sachsen 30 000 Wanderarbeiter. Ich bin der letzte, der irgend jemand die Freizügigkeit beschränken will. Aber geißeln will ich Ihre Heuchelei (nach rechts) als Nationalisten, die sich von den Polen fernhalten, denen aber die Polen angenehm sind, wenn sie sie als Lohndrücker

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und als Verschlechterer der deutschen Wohnungsverhältnisse holen können; denn für diese 100 000 Wanderarbeiter müssen Wohnräume geschaffen werden.

So führt Ihre Politik zu Zuständen, die sich auch politisch auswirken müssen, und gerade die Wohnungspolitik läßt ja Ihren Fluch zurzeit in Oberschlesien erkennen. Diese Zustände, wie wir sie heute in **Oberschlesien** haben, die wir alle beklagen, sind nicht zuletzt der Fluch Ihrer Wirtschaftsweise, Ihrer **Bodenpolitik.**

Werte Anwesende! Während der Abstimmungszeit haben die Polen agitiert mit dem Landbesitz der Pleß, der Donnersmark, der v. Richthofen, und haben auf der anderen Seite in Wort und Bild gezeigt, wie wenig Besitzer von Land und Häusern in Oberschlesien vorhanden sind, während die schwerarbeitenden Hütten- und Bergarbeiter wie das Vieh in ihren kleinen Wohnungen hausen müssen. So haben sie in Oberschlesien bis zur letzten Stunde gewirkt, so war es nur möglich, daß sich Arbeiter gegen Deutsche aufbäumten, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise Vorschub leisten und Anhänger dieser Wirtschaftsweise sind. (C)

(Zuruf rechts.)

— Ach, Herr Laverrenz, Sie haben am Sonntag vor acht Tagen bei der Demonstration den Leuten sicherlich etwas ganz anderes erzählt.

(Abgeordneter Laverrenz: Das hätten Sie lieber hören sollen!)

— Das hätte ich hören sollen? Jedenfalls hat das deutsche Volk von Ihrer Rede nichts profitiert. — Ich sage also, nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch rächt sich zur Stunde in Oberschlesien die grundverkehrte Boden- und Wohnungspolitik, die wir betrieben haben. Darüber kommen wir nicht hinweg.

Ich weiß wohl, Sie lieben es so hinzustellen, und es war sicherlich ein verkehrter Zungenschlag des Herrn Silberschmidt, der da sagte, die Wohnungsnot sei eine Folge des Krieges. Nein, das trifft nur sehr bedingt zu. Wohl hat der **Krieg** die **Wohnungsnot** verschärft, aber die Wohnungsnot ist eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Welt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Solange wir die kapitalistische Wirtschaftsweise bekämpfen, so lange kämpfen wir auch an gegen die Wohnungsnot. Ich erinnere nur an die Zeit des jungfräulichen Kapitalismus an die 20er, 30er, 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als unsere Klassenfreunde drüben in England den Kampf gegen das Wohnungselend geführt haben. Ich erinnere an Karl Marx, wie er in den 50er und 60er Jahren mit den Ärzten Dr. Hunter, Dr. Simons und wie sie heißen, gekämpft hat. Obwohl die **Wohnungsnot in England** außerordentlich stark war, haben die Männer doch in England Gehör gefunden, so daß als der Krieg ausbrach, kapitalistische Autoritäten erklären mußten, daß von allen Kulturstaaten in Deutschland die Wohnungsverhältnisse die traurigsten sind. (D)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Laverrenz: Da haben Sie England nicht gekannt! — Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Sozialisten wissen, daß das Wohnungselend eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Welt ist. Gekämpft haben die Sozialisten für die Wohnungspflege, für bessere Wohnverhältnisse, aber ich habe gleich hinzugefügt, daß sich in England eine höhere Einsicht zeigte. Denn als der Krieg ausbrach, zeigte es sich, daß in England 5,8 Menschen auf ein Haus entfielen, daß in London ein Haus im Durchschnitt von 7,8 Menschen bewohnt wurde, während in Berlin 77,4 Menschen auf ein Haus entfielen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Laverrenz, ich werde Ihnen mit einem kleinen Zitat dienen, ich werde Herrn **Dr. Rudolf Eberstadt,** Berlin, zitieren, der Ihnen sicherlich als eine Ihrer Autoritäten bekannt ist, der sich Verdienste auf dem Gebiete des Wohnungswesens erworben hat. Was schrieb Eberstadt **kurz vor dem Ausbruch des Krieges?**

> Anders wenn wir das Hauptgebiet des Wohnungswesens betrachten, die Wohnweise der normalen Volksschichten, von denen die Kraft und die Leistung der Nation abhängt. Hier wird dasjenige Land am besten dastehen, das es verstanden hat, das Wohnungswesen nach den Bedürfnissen der Hauptmasse des Volkes zu gestalten und die wirtschaftlich und sozial beste Form der Wohnungsproduktion zu erzielen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland hier hinter anderen Kulturvölkern zurücksteht. Unser System des Wohnungswesens ist von Grund auf verfehlt und nicht auf die Bedürfnisse der

(Kuhnt, Abgeordneter.)

(A) Gesamtheit, sondern auf den Gewinn einer Minderheit zugeschnitten. Gemeinschädliche Interessen wurden großgezogen, wie sie kein anderes Land kennt; gewaltsam und gekünstelt sind die Maßnahmen der Bodenparzellierung; die Einrichtungen des Realkredits saugen die Produktion auf, die sie fördern sollten; das Bodengeschäft, das Taxwesen, der Grundstückshandel sind in schlimmer Verfassung, und der durch die Bodenspekulation diktierte Typus der Normalwohnung ist schlecht, der Gesundheit und Volkskraft schädlich.

Hier stellt einer der Ihren (nach rechts) Ihnen ein absprechendes Urteil aus. Er richtet Ihre Wohnungspolitik, er bestätigt das, was ich ausgeführt habe, und er bestätigt auch das, was ich sagte im Hinblick auf Oberschlesien, wo die Korfantybanden die Kraft auf Grund Ihrer fluchwürdigen Politik finden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage deshalb, die **Wohnungsnot** ist keine Kriegserscheinung, sondern eine **Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.** Wir klagen ja nicht erst seit heute und gestern über Raummangel, sondern wir Sozialdemokraten haben seit 30, 40 Jahren den Kampf geführt für ein besseres Wohnen, für eine Wohnungspflege, für bessere Wohnungseinrichtungen usw. Wir wissen, daß in der Vorkriegszeit wesentlich mehr gebaut wurde, aber wir wissen auch, daß vor allen Dingen das Bauen den kapitalistischen Interessen diente. Auf der einen Seite die Mietskasernen in den Arbeitervierteln und auf der anderen Seite die Prachtbauten, die Industriepaläste, die großen Bankhäuser, die Freudenhäuser, wie wir sie im Potsdamer Viertel, wie wir sie in Hamburg am Bahnhof, wie wir sie in Frankfurt und überall feststellen können. Dieses rein kapitalistische Bauen: ein Überfluß an Wohnraum und Prachtbauten

(B) auf der einen Seite und Raummangel, Mietskasernen für die Hand- und Kopfarbeiter auf der andern Seite. Darf ich Sie erinnern an das Jahr 1892, wo die **Cholera in Hamburg** nur auf Grund Ihrer fluchwürdigen Wohnungspolitik eine solche Ausdehnung gewinnen konnte, daß Tausende von Menschen auch aus diesem Grunde wieder dahingerafft wurden. Und wir erleben es heute noch, daß auf der einen Seite Zustände, wie ich sie geschildert habe, bestehen, und auf der anderen Seite Personen 12-, 14-, 20-Stubenwohnungen bewohnen. Der Fall der Gräfin Wartensleben ist doch ein Zeichen der Korruption in Deutschland. Vor kurzer Zeit erhielten wir auch Kenntnis von den Wohnverhältnissen eines jungen Millionärpaars von den neuen Reichgewordenen, die dort in Schöneberg in einer 12-Zimmerwohnung ihre perversen Orgien feiern konnten, während arbeitende Menschen nicht das Notwendigste zum Wohnen besitzen.

Wir müssen mit Nachdruck feststellen, daß nicht der Krieg, sondern die kapitalistische Wirtschaftsweise die Ursache der Wohnungsnot ist. Damit erkennen wir, daß die Voraussetzung für gesundes Wohnen die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Von dieser Auffassung ausgehend, ist dieser Entwurf nach jeder Richtung hin unzulänglich. Über eine Million Wohnungen gebrauchen wir; im günstigsten Falle werden vermöge dieses Gesetzes 60 000 Wohnungen gebaut werden.

Der Herr Arbeitsminister sagt: ohne Deckung keine Ausgaben; wir haben anderthalb Milliarden ausgeworfen, jetzt muß die Summe gedeckt werden, und wenn auch nur auf dem Wege der Kapitalisierung. Meine Herren, auch wir haben Verständnis für den Grundsatz: ohne **Deckung keine Ausgaben.** Wir verlangen aber, daß dann auch der Maßstab der Gerechtigkeit angelegt wird. Da müssen wir aber feststellen, daß sobald es sich um soziale Aufgaben handelt, um Ausgaben für die Arbeiterinvaliden, Arbeitslosenunterstützung und Wohnungsbeschaffung für (C) Obdachlose, dieser Grundsatz vorangestellt wird, daß man aber bei den unproduktiven Ausgaben für den Militarismus nach der Deckung nicht fragt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Zehntausende von Militärpferden auf Kosten des Volkes und über 3000 Militärmusiker unterhalten werden sollen oder wenn irgendwelche Sinekuren geschaffen werden sollen, fragt man nicht nach der Deckung. Sie haben Milliarden übrig an Liebesgaben für die Reeder, Sie haben Milliarden übrig an Liebesgaben für die Agrarier und fragen nie nach der Deckung. Sobald aber die soziale Pflicht ruft, dann kommen Sie mit dem Grundsatz: keine Ausgabe ohne Deckung. Dagegen wehren wir uns.

Wir sagen: wenn man schon die Deckungsfrage anschneidet, dann sollen diejenigen die Mittel aufbringen, die dieses Unheil verursacht haben, dann sollen die Kriegshetzer, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler die Kosten aufbringen, dann müssen die Besitzenden die Lastenträger sein. Es ist ein Fluch unserer Zeit, daß diejenigen, die verurteilt sind, in diesen Spelunken zu wohnen, auch die Mittel für den Neubau aufbringen müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die sozialen Belange sind keineswegs ausreichend. Der § 44, der hier angezogen worden ist, lautet:

> Die von den Steuerpflichtigen in einem Kalenderjahr entrichtete, auf volle Mark nach unten abgerundete Kapitalertragsteuer wird, sofern sie mindestens 5 Mark beträgt, auf Antrag auf die von ihm für das entsprechende Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer angerechnet, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt zu erwerben.

Man will jetzt durch ein Amendement auch diejenigen be- (D) freien, die längere Zeit arbeitslos und krank sind. Aber was geschieht mit denjenigen, die ein ganz unauskömmliches Einkommen haben, obwohl sie arbeiten, die 6- bis 7000 Mark pro Jahr verdienen? Ich erinnere an irgendeine Witwe, die mit 3 oder 4 Kindern mühsam im Jahre 6- bis 7000 Mark aufbringt, die wird von der Wohnsteuer nicht befreit! Diese Steuer ist also unsozial, und darum können wir ihr niemals zustimmen.

Als man im Ausschuß soziale Belange aufnehmen wollte, die wirklich eine Wirkung auslösten, erklärten die Regierungsvertreter: Wenn das geschieht, daß die Ärmsten von der Steuer befreit werden sollten, dann verliert das ganze Gesetz seine Wirkung.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also das Gesetz ist darauf aufgebaut, daß die Ärmsten die Steuer tragen, und dagegen haben wir mit allen Mitteln anzukämpfen; denn wir können es nicht zulassen, daß heute die Hand- und Kopfarbeiter durch direkte oder indirekte Steuern noch weiter belastet werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vor zwei Tagen erst hat der Herr Reichskanzler in Essen erklärt, daß die Arbeiterschaft, die Hand- und Kopfarbeiter durch den zehnprozentigen Lohnabzug ein Riesenopfer gebracht hätten; aber tagtäglich werden neue Gesetze ausgearbeitet, durch die die Arbeiterschaft aufs neue belastet werden soll. Auf der einen Seite sehen wir also eine andauernde Belastung des Proletariats, und auf der anderen Seite setzen die Herren von der Reaktion alles daran, daß die Löhne nicht erhöht, sondern abgebaut werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In einer solchen Stunde darf auch nicht ein Jota mehr an Steuern bewilligt werden, es muß erst das eintreten, was der Reichskanzler treffend sagte, daß die Besitzer der

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) Goldwerte endlich tun, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, daß sie endlich einmal Steuern zahlen.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Gesetz ab. Wir verlangen vor allen Dingen nach wie vor eine **schärfere Rationierung.** Wir wissen, daß dadurch das Wohnungselend nicht beseitigt, daß es aber gelindert werden kann. Die Rationierung könnte heute schon durchgeführt werden, sie wird aber durch die bürgerliche Gesellschaft sabotiert. Wir fordern deshalb, daß die Wohnungsämter umgestellt werden, daß die Arbeitenden, die Wohnungsuchenden in den Wohnungsämtern mit beraten und mit kontrollieren können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weiter fordern wir die **Vollsozialisierung,** vom ersten Spatenstich bis zum Abbau der Häuser, die Sozialisierung der Baustoffindustrie, die Sozialisierung der Baubetriebe und die Sozialisierung der vorhandenen Wohnungen. Selbstverwaltung der Mieter, das ist das Gebot der Stunde. Nur so und nicht anders wird es möglich sein, aus dem Wohnungselend herauszukommen.

Das sind die grundsätzlichen Forderungen, die wir aufstellen, und wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Zahl derer, die sich zu unserer Auffassung durchgerungen haben, von Tag zu Tag größer wird. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Bundesvorstand der Mietervereine zu konferieren und war sehr angenehm enttäuscht, als ich jetzt hören mußte, daß auch die Mitglieder der **Mietervereine** sich darüber klar sind, daß nur auf dem Wege der **Gemeinwirtschaft** es möglich ist, das Wohnungselend zu beseitigen. Die gleiche Auffassung haben die **Bodenreformer,** die, nachdem sie sich erst gegen unsere Stellung stemmten, heute erklären, daß das sozial dringend Notwendige nur durch die Gemeinwirtschaft zu schaffen sei. So hoffen wir, daß die Einheitsfront aller, die das wollen, bald geschaffen sein und so auf dem Wege des

(B) Kampfes das erreicht wird, was unumstößliche Menschenpflicht ist. Ich weiß wohl, daß das den Hausagrariern, Boden- und Grundstücksspekulanten nicht behagt. Aber gerade und besonders deshalb, weil diese Herren sich aufbäumen, erkennen wir, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Wir haben Ihnen eine Anzahl Anträge unterbreitet. Ich will mich nur zu dem ersten Antrag äußern, zu § 1, Abs. 2. Wir haben hier beantragt, daß im § 1 Ziff. 2 die letzten 4 Zeilen zu streichen sind.

Abs. 2 lautet in seinem letzten Teil:

> . . . . wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß der Bauherr (Eigentümer) aus der Vermietung oder dem Verkauf einen übermäßigen Gewinn erzielt.

Also man spricht darin aus, daß auch **Privatpersonen Zuschüsse** gewährt werden können. Wir wehren uns dagegen. Wenn von den Steuergroschen Zuschüsse gewährt werden, dann müssen die erbauten Häuser Körperschaften zugeführt werden, die gemeinnützige Zwecke verfolgen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir können uns auch nicht einverstanden erklären mit der neuen Fassung der Rechtssozialisten. Auch durch diese Fassung spricht man der Privatwirtschaft das Wort, und wir haben gar keine Veranlassung, die kleinste Lockerung zuzulassen. Genau so wie die Herren von der Rechten für die Privatwirtschaft eintreten, müssen wir mit derselben Konsequenz für die Gemeinwirtschaft wirken. Ich bitte Sie deshalb, diesen unseren Antrag annehmen zu wollen.

Im übrigen wissen wir, daß in der Wohnungsfrage das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist. Der Kampf geht weiter. Es wird, wie schon gesagt wurde, gerungen um die sozialistische und kapitalistische Weltanschauung. Erst wenn der sozialistische Gedanke feste Formen angenommen hat, haben wir die felsenfeste Zuversicht, daß wir aus diesem furchtbaren Wohnungselend herauskommen, das ja der Fluch Ihrer göttlichen Gesellschaftsordnung ist. (C)

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Diedrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! „Der Kampf geht weiter!" So wurde vom Vertreter der U.S.P. hier erklärt. Ich begrüße diesen Ausspruch, möchte aber die Unabhängigen wirklich daran erinnern und fragen: Seid Ihr wirklich bereit, den Kampf auch in dieser Lebensfrage aufzunehmen, wozu die Kommunisten tagtäglich das gesamte Proletariat aufrufen?

(Gelächter und Zuruf: Lauter!)

Es ist außerordentlich bezeichnend für die Interessenlosigkeit der Bourgeoisie, daß sie in dieser geringen Zahl bei dieser Frage hier im Saale anwesend ist. Als es sich darum handelte, den Brotwucher durch die Getreideumlage zu erhöhen, da hatten Sie ein höheres Interesse daran, weil die Profite Ihnen näher winkten. Aber genau so, wie dieses damals verabschiedete Gesetz nur eine Kulisse für den tatsächlich freien, unbegrenzten Raubzug auf die Taschen des Proletariats war, so ist auch dieses Gesetz und vor allen Dingen das auf dem vorigen Punkt der Tagesordnung dem Ausschuß überwiesene Gesetz nichts anderes als eine Kulisse, um auch auf diesem Gebiet das Volk bis zum Weißbluten verelenden zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es handelt sich nicht um eine Wohnungsnot, von der ja der Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten annahm, daß sie nur eine Folge des Krieges sei, sondern hier steht zur Debatte die **Wohnungskatastrophe,** der offensichtliche Bankerott der bürgerlichen Gesellschaft, über die hier gerichtet werden muß. Denn für das Proletariat hat eine Wohnungsnot dauernd bestanden. Die Wohnungsnot ist nur jetzt durch Ihren verbrecherischen Krieg so ungeheuer verschärft worden, daß die Zahl der Opfer zum großen Teil gerade infolge dieses Wohnungselends die Zahl der Opfer des Kriegsmordens bereits übersteigt. Da möchte ich Sie an den gerissensten Vertreter, den die Bourgeoisie gehabt hat, an Herrn **v. Miquel** erinnern, der schon ganz deutlich kommen sah, was einmal die **Wohnungsfrage** bringen werde. Er erklärte in den neunziger Jahren: (D)

> Auf keinem Gebiete ist es gefährlicher für die Gesetzgebung, den richtigen Zeitpunkt zu verpassen als auf dem der Wohnungsfrage. Nirgendwo aber auch ist es schwieriger, eingewurzelte schlechte Gewohnheiten zu überwinden.

Sie haben aber diese eingewurzelten schlechten Gewohnheiten nicht überwinden können und haben den Zeitpunkt Jahr für Jahr verpaßt, weil für Ihre ganze Politik und Ihre gesamte Haltung in allen Fragen nur der reine Profit ausschlaggebend ist ohne Rücksicht darauf, ob ein Volk zugrunde gehen, in Kellern, in Dachstuben verschimmeln soll, der Tuberkulose, dem furchtbarsten Elend preisgegeben. Einst hat man das deutsche Volk gerufen, und auch jetzt versucht man es wieder zu rufen unter der Parole:

> Schützt den deutschen Herd!
> Schützt das deutsche Heim!

Was ist aus dem **deutschen Heim,** dem deutschen Herd geworden? — Für die große Mehrheit des Proletariats ein **Herd der Tuberkulose,** der ungeheuren Kindersterblichkeit, ein freudloses, furchtbares Grauen, es ist der Herd für das furchtbarste Leben, in das der größte Teil des Proletariats durch Ihre Schuld hineingepreßt wird.

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Reichsarbeitsminister meinte zwar, dieses Gesetz sei sozial, da heute doch die große Masse nicht mehr einen so großen Prozentsatz ihres Einkommens für die Wohnungen zu bezahlen hätte. Aber gerade aus diesen Worten kann man die Anklage gegen die Boden- und Hausbesitzer herauslesen, daß das Proletariat früher dazu verurteilt war, ein Fünftel bis zu ein Drittel seines kärglichen Einkommens hinzugeben für die Nutznießer, für die Privateigentümer von Wohnungen. Wenn das heute nicht mehr so der Fall ist, wenn heute auf diesem einen Gebiete das Proletariat, weil es einfach nicht in der Lage dazu ist und weil auch andere Kreise von diesem Elend betroffen sind, sich zusammengeschlossen hat, so will man heute auch dieses letzte Gebiet, wo noch ein gewisser Schutz ist, durchlöchern! Mögen Sie es nur versuchen, — die Antwort wird Ihnen nicht nur aus den Kreisen des Proletariats, sondern auch der gesamten Mieter entgegenschallen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Steuer, diese **Wohnungsabgabe,** die das **Muster einer ungerechten Steuer** ist,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

als eine soziale hinzustellen, das haben wir nicht für möglich gehalten. Ohne jede Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit wird hier vom Ärmsten der Armen genau so genommen wie von jedem anderen. Wie verträgt sich das mit der Parole, die die Mehrheitssozialdemokraten während des Krieges ausgaben, in der sie sagten: wir unterstützen diesen Krieg in der Hoffnung, daß einmal wenigstens nie wieder eine Regierung wird kommen können, die das Volk mit unsozialen Steuern belastet, die den Konsum der breiten Massen direkt und indirekt weiter so ausbeutet, wie es früher möglich gewesen ist. Jetzt sind die Väter dieses Gesetzes gerade zu suchen unter den Mehrheitssozialdemokraten, wenn auch die meisten sich (B) nicht offen und so recht freudig zu diesem etwas entarteten Kinde, das heute verabschiedet werden soll, bekennen wollen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wissen, daß die Lösung der Wohnungsfrage nur ein Teilproblem des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse überhaupt ist. Wir wissen, daß die Wohnungsnot als Folge des Privateigentums und der freien Bodenbewirtschaftung nur überwunden werden kann durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wissen, wie die ersten großen Ankläger der Wohnungsverhältnisse, wie Karl Marx und Friedrich Engels, daß nur durch die **Diktatur des Proletariats** auch dieses furchtbarste aller Verbrechen, das der Kapitalismus auf dem Gewissen hat, dieses furchtbare **Wohnungselend** einmal **beseitigt** werden kann. Daß dazu allerdings der organisierte Kampf des gesamten Proletariats nötig ist, das hat ja auch der Abgeordnete Kuhnt begriffen. Ich hoffe, daß endlich einmal wenigstens für diese Forderungen, die alle Proletarier geeint aufgestellt haben, die in der Wohnungsfrage der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften aufgestellt hat, die Proletarier sich bereit erklären, in den Kampf einzutreten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn diese Regierung, wenn auch die sogenannte große **soziale Kanone Rathenau** drin sitzt, denkt nicht daran, für die Arbeiter irgend etwas auch in der Wohnungsfrage zu tun. Wenn Vertreter des A.D.G.B. in der Regierung sitzen, dann sitzen sie nicht deswegen darin, um für die Arbeiter einzutreten,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

sondern nur im Interesse der Bourgeoisie, die in ihrer gerissenen Schlauheit weiß, daß durch diese Illusionen, die leider immer noch nicht ausgetrieben sind, sich Tausende von Arbeitern noch abhalten lassen werden, in (C) den Kampf einzutreten, weil sie glauben, es nicht nötig zu haben. Es sitzen ja doch Vertreter der Gewerkschaften, Sozialdemokraten, in der Regierung.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sehen aber, wie selbst ein Rathenau, dessen Kritik an der Mißwirtschaft des Kapitalismus selbst uns oft Waffen gegeben hat in unserem Kampf, hier zusammenklappte. Symbolisch wurde es ja dargestellt dadurch, daß sein eigentlicher Herr und Vorsitzender des Hansabundes über ihm als Präsident hier saß, wie er hier de- und wehmütig Erklärungen abgab. Dieser sozialistische Rathenau, der mit der scharfen Kritik hineingeleuchtet hat in diese verbrecherische, kapitalistische, unproduktive, Leichen auf Leichen häufende Wirtschaft, ist mit in die Regierung getreten als Umfallmensch, ein getreuer Genosse der Herren Schmidt, Gradnauer und der übrigen, von denen ein sozialistischer Einfluß ja auch in dieser Beziehung in der Wohnungsfrage überhaupt nicht zu spüren ist.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Darum, meine Damen und Herren, wollen wir nicht hier bei der Interesselosigkeit des Hauses

(Widerspruch)

uns lange darüber unterhalten, woher all dieses Elend kommt, und warum die Regierung die ganze Zeit hindurch diesem Elend gegenüber hat Bankerott machen müssen. Es handelt sich für uns darum, den Arbeitern, nicht Ihnen, meine Herren von der Regierung, nicht Ihnen von den bürgerlichen Parteien, immer wieder zu sagen: hier seht! Die Arbeitskräfte im deutschen Lande sind da, die Rohstoffe sind da, die Herrenhäuser der Gutsbesitzer stehen leer, wenn sie nicht mit Baltikumtruppen gefüllt sind,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten;

Lachen rechts)

die Schlösser sind da, und die Hunderte von Spielklubs (D) in Berlin bekommen so viel Räume, wie sie haben wollen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber das Wohnungselend bleibt, solange auch nur noch ein einziger Stein Ihrer kapitalistischen Diktatur in Deutschland aufrecht bleibt. 60 000 Bauarbeiter wohnungslos, Tausende von Technikern wohnungslos, und auf der anderen Seite müssen doch selbst die amtlichen Statistiken uns berichten, wie die Sterblichkeit ungeheuer zunimmt. Wenn in den Berichten der Krankenkasse von Berlin uns mitgeteilt wird, daß die **Sterblichkeit an Tuberkulose** bei denjenigen, die in **menschenunwürdigen Wohnungen** in den Proletarierbehausungen leben, das Zweifache und Dreifache der anderen ist, wenn die Kindersterblichkeit in den Arbeitervierteln das Vielfache der Kindersterblichkeit in dem Villenviertel des Westens ist, dann bedeutet dies, daß Mord das System der heutigen kapitalistischen Diktatur ist, daß auch diese Regierung gleichgültig hinweggeht über diese furchtbaren anklagenden Tatsachen, über diese Hunderttausende von Menschen, die zugrunde gegangen sind durch die Schuld des Privateigentums am Boden, am Hause, an der Rohstofferzeugung, an all den Dingen, die nötig sind zum Aufbau unserer ganzen Wirtschaft. Hunderttausende, die Monat für Monat zugrunde gehen, klagen diese Regierung an, die nichts anderes sein kann als der Büttel der profitgierigen kapitalistischen Welt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn Sie sich aufregen, meine Herren,

(heiterer Widerspruch)

über alle diejenigen, die jetzt in Deutschland zur Notwehr greifen, wenn Sie sich aufregen, daß das Verbrechertum zunimmt, dann sage ich Ihnen: jede Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(**Heydemann**, Abgeordneter.)

(A) Nichts wirkt aufpeitschender, als wenn diejenigen, durch deren Arbeit alle diese Wunderwerke entstanden sind, obdachlos zu Hunderttausenden auf der Straße liegen, während die Drohnen der Gesellschaft auch heute sich in ihren Luxuswohnungen breit machen können.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die $1^1/_2$ Millionen Wohnungen, die fehlen, werden durch diese Vorlage in keiner Weise gebaut werden können. Wenn Worte Häuser bauen könnten, dann allerdings wäre es leicht möglich; und wenn die sozialethischen Predigten des Reichskanzlers Wirth die obdachlose Bevölkerung betten und bergen könnten, dann ginge es. Aber wie verträgt es sich mit sozialethischen Gedanken, wenn gerade die am schwersten Arbeitenden nicht haben, wo sie ihr Haupt hinlegen können?

Dieses Baujahr ist ja bereits verloren, und 70 000 bis 80 000 Wohnungen kommen im Höchstfalle heraus, wenn diese Vorlage angenommen wird. Aber, meine Damen und Herren, es ist hier schon die Gefahr angedeutet worden, daß die **Luxusbauten** jetzt wieder **zunehmen** könnten. Bei uns in **Ostpreußen** ist bereits die Verfügung ergangen, daß die Einschränkung des Luxusbaues gefallen ist. Trotzdem Tausende von Häusern noch zerstört sind, ist es jedem, der in der Lage ist, es zu bezahlen, heute freigegeben, zu bauen, was er für sich haben will. In einer Verfügung des preußischen Wohlfahrtsministers ist direkt darauf hingewiesen, daß für alle diejenigen, die ohne Staatszuschüsse bauen wollen — und es gibt ja in Deutschland unter den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern genügend, denen es nicht darauf ankommt, die Zuschüsse zu bekommen, denen nur daran liegt, die ergaunerten Millionen irgendwo unterzubringen —, jede Rationierung und jede Zwangswirtschaft vollständig aufgehoben ist.

So sehen wir allmählich immer klarer, daß auch diese (B) Gesetze nichts anderes sind als die ersten Etappen dafür, daß das Volk ohne alle Bindung auch auf diesem Gebiete vollständig der schonungslosen Ausbeutung preisgegeben werden soll. Die Steuern, die jetzt der Arbeiterklasse aufgebürdet worden sind, und alle die übrigen Steuern, die noch kommen werden, zeigen uns, daß alle die schönen Worte, die man einst an die Soldaten gerichtet hat, daß sie Heim und Siedlung, Haus und Hof bekommen würden, nichts waren als eitle Täuschungsmanöver.

Selbst der Führer der Bodenreform, Professor **Damaschke**, muß zu der ganzen Wohnungspolitik sagen: Tinte, aber keine Taten! Auch das Programm der neuen Wirth-Rathenau-Regierung sind Worte und keine Taten. Auch das Wohnungsprogramm dieser sogenannten sozialen Regierung ist Tinnef, ist banale Stuckatur, ist eine eitle heuchlerische Fassade, genau so wie jene Fassaden der bürgerlichen Paläste, hinter denen zu 60 bis 70 Prozent die Arbeiterwohnungen in Hinterhäusern und in Hinterseitenflügeln angebracht waren.

Darum fordern wir, daß endlich einmal diese Frage nicht zunächst einmal dem komplizierten Apparate der Länder überwiesen wird, sondern daß ein **Reichswohnungsgesetz** und ein **Reichsenteignungsgesetz** vorgelegt wird. Wir verlangen die Sozialisierung der gesamten Baumaterialienindustrie. An den verschiedenen Beispielen, die uns der Herr Minister Rathenau in seinen Schriften über die Verschleuderung von Kohle, von Arbeitskräften und Material gegeben hat, können wir errechnen, welche ungeheure Verteuerung, ja, welche Unmöglichmachung des Wohnungsbauers gerade dadurch verschuldet wird, daß auch diese Industrien vollständig den Raubgierinstinkten der einzelnen Kapitalisten ausgeliefert sind.

Wir fordern die **Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens.** Unter diesen Gesichtspunkten muß die gesamte Wohnungsfrage erledigt werden. Wenn wir auch wissen, daß mit der Rationierung der vorhandenen Wohnungen, mit der Zwangswirtschaft für den bisher schon gebauten Raum dem Elend nicht abgeholfen werden kann, so sagen wir doch, daß diese furchtbar aufpeitschenden Tatsachen zunächst aus der Welt gebracht werden müssen, daß immer noch Tausende sich in großen Villen und Palästen breit machen, währenddem Tausende andere zugrunde gehen. (C)

Dabei möchte ich erwähnen, daß es ja nicht nur dieser Wucher ist, der darin liegt, daß die Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete bald aufgehoben werden soll, sondern es kommt noch hinzu der **Wucher mit möblierten Zimmern,** mit **Möbeln,** mit all dem, was unentbehrlich für das Proletariat ist. Wenn der Kapitalist verdienen kann, verkauft er ja auch das ins Ausland, was im Inlande notwendig gebraucht wird und was auch zum Bauen von Häusern notwendig ist.

Ich will hier nur an einen Artikel erinnern, den die **„Frankfurter Zeitung"** am 7. Mai dieses Jahres über die furchtbare **Raubwirtschaft** gebracht hat, die von den Inhabern unserer **Ziegeleien** betrieben wird. Dort heißt es:

> Von den in der Ziegelei-G. m. b. H. Frankfurt zusammengeschlossenen 25 Betrieben sind zur Zeit nur 5 im Betrieb. 7 Ringöfen sind in den letzten Jahren bereits auf Abbruch verkauft für den Preis von 70- bis 80 000 Mark pro Stück. Weitere Ringöfen werden folgen. Nicht nur die Einrichtung, sondern ganze Ziegeleien wandern ins Ausland, verramscht bei hohen Valutagewinnen.

Das schreibt diese Zeitung über die Methoden der bürgerlichen Geschäftswelt, eine Zeitung, die sich wohl in den Geheimnissen und in den Motiven der Kapitalisten auskennt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Darum, ehe nicht der gesamte Hausbesitz dem Privat- (D) monopol entzogen wird, wird es nicht möglich sein, diese Tatsachen aus der Welt zu schaffen.

Sie von der Rechten sagen, die Sie ja im Grunde genommen in erster Linie den Hausbesitz vertreten: ohne Mietsteigerungen ist der Vermieter verloren. Aber Sie müssen sich doch selber innerhalb dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung einmal die Unsinnigkeit klar machen, daß doch als selbstverständliche **Folge von Mietssteigerungen** die Angestellten und Lohnempfänger unbedingt um **Erhöhung** ihrer **Gehälter und Löhne** kämpfen müssen, und daß das dann wieder auch von denjenigen hineingerechnet wird, die neue Wohnungen bauen, die Reparaturen usw. vornehmen. Die Schraube ohne Ende wird immer weiter gedreht, und immer deutlicher und immer klarer zeigt sich der Bankerott Ihrer Privat- und Profitwirtschaft.

Selbst in der bürgerlichen Gesellschaft haben wir schon Ansätze für Sozialisierung im Wohnungswesen. Ich will an die Bestimmung erinnern, daß diejenigen Hausbesitzer, die sich weigern, die Zwangswirtschaft durchzuführen, enteignet werden können. Aber wir sehen, daß die Keime der Sozialisierung, die in den ersten Zeiten der Revolution und teilweise auch, weil man das Volk brauchte, im Kriege irgendwo aufgeschossen waren, diese letzten Keime von Kriegsanleihen am Sozialismus längst verkümmert sind, und daß heute in der Ernährungswirtschaft wie in der ganzen Wohnungsfrage nichts als der nackte Profit der herrschenden Klassen Trumpf ist.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ehe Sie Ihre heiligste Sache opfern, ehe Sie das Ihnen in der Verfassung feierlich garantierte Eigentum opfern, opfern Sie Menschenleben über Menschenleben!

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir aber sagen der Arbeiterschaft: wie lange wollt ihr noch mit ansehen, daß Menschen immer wieder zum

(**Heydemann**, Abgeordneter.)

(A) Weißbluten gezwungen werden, nur weil sich die Bourgeoisie nicht von ihrem Heiligtum, von ihrem Eigentum trennen kann, das nach der Auffassung aller Sozialdemokraten die einzige Quelle all des furchtbaren Elends ist, in dem wir uns heute befinden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn die Mehrheitssozialdemokraten kürzlich in einem Artikel „Väter und Söhne" glaubten, Marx und Engels für sich in Anspruch nehmen zu können, möchte ich die Arbeiter bitten, einmal die Schriften von Marx und Engels zu lesen, auch in bezug auf die Lösung der Wohnungsfrage.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Als soziale Quacksalberei hat schon im Jahre 1871 Friedrich Engels in drei Artikeln des „Leipziger Volksstaats" all diese kleinen Mittelchen bezeichnet, die heute wiederkehren, von einer Regierung vertreten werden, in der Sozialdemokraten sitzen, die da glauben, für sich in Anspruch nehmen zu können, die Söhne von Marx und Engels zu sein. Soziale Quacksalberei ist auch dieses Gesetz, das zum Vater einen Mehrheitssozialdemokraten, den Herrn Schlicke hat, der auch für sich glaubt in Anspruch nehmen zu können, ein Abkomme der großen Revolutionäre Marx und Engels zu sein, die immer wieder das Proletariat aufgerufen haben, das eine große Mittel nie aus dem Auge zu verlieren: den Kampf, den Kampf für die Diktatur des Proletariats! Einzig und allein der kann diese Fragen lösen, die nicht nur Finanzprobleme, nicht nur Materialbeschaffungsprobleme sind, sondern die letzten Endes nichts anderes sind als Machtprobleme. Haben wir die Macht nicht nur im Staate, sondern über die Dinge, über den Grund und Boden, über das Material, haben wir unter der Diktatur des Proletariats die Möglichkeit, alle vorhandenen Kräfte des Proletariats, der gesamten zur Arbeit fähigen Bevölke-

(B) rung zusammenzufassen und den Feind zu überwinden, der von allen bekämpft werden müßte, den Feind des Hungers und der Obdachlosigkeit, in die die Menschheit durch die furchtbarste Geisel der ganzen Menschheit, durch den Kapitalismus hineingestoßen ist, dann werden wir auch aufbauen können für die Proletarier, für das ganze schaffende Volk, Heim und Herd und Wohnung, damit nicht ein immer größerer Teil der Bevölkerung in Freudlosigkeit, in physisches, psychisches und moralisches Elend versinkt.

Wenn wir fordern, daß die Mittel aus den Summen aufgebracht werden, wo sie schmerzlos hergeholt werden können, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß bereits vor dem Kriege von bürgerlichen Nationalökonomen die Summe der Hypothekendarlehen der deutschen Banken auf 12 Milliarden Goldmark berechnet wurde. Hier sind die Quellen, aus denen heraus die Mittel genommen werden können, um endlich dem Volk eine Wohnung zu geben.

Das Recht auf Wohnung allerdings wird letzten Endes erst erkämpft. Sie stehen verständnislos dem Problem der Arbeitslosigkeit wie dem Problem der Obdachlosigkeit gegenüber, und heuchlerisch ist es, wenn Sie immer von dem Elend sprechen, das uns die Feinde aufgebürdet haben. Das System der Politik Rathenaus im Kriege, dieses Kriegswirtschaftssystem, das alle Kräfte zur Bekämpfung der äußeren Front einstellte, ließ eben die innere Front, die Lebensmöglichkeit des Volks, so elend zusammenbrechen.

Wenn Sie jetzt mit Gesetzen kommen, dann nehmen Sie die Mittel, um dem Volk eine Wohnung zu bauen, nicht von denen, die durch ihre Mieten und durch den Zins die ganzen Jahrzehnte hindurch den Grundbesitz und all die arbeitslosen Nutznießer der Grundrente hochgepäppelt haben, sondern nehmen Sie die Summen daher, woher sie genommen werden müssen, woher sie einmal (C) das nach Kampf siegreich gewordene Proletariat nehmen wird. Wie mein Parteifreund Höllein zur Erklärung der Regierung schon gesagt hat, ist die Beschlagnahme aller Vermögen, die über das Existenzminimum hinausgehen, eine unbedingte Notwendigkeit, und diese 12 Milliarden Hypothekengoldmark des Hausbesitzes vor dem Kriege sind zum größten Teil herausgeholt von den Mietern in die Hände derjenigen, die es nicht wert sind, daß sie ein arbeitsloses Schmarotzerdasein auch noch einen Tag länger führen. Aber wir wissen, daß die **Hausbesitzer** und die Nutznießer der Grundrente mit ihrem **Judaslohn** wohlgemut und skrupellos weiterschreiten möchten über Berge von Leichen. Sie werfen die Schuld an diesem Elend auf die Arbeitsunlust. In Wirklichkeit gibt es keine furchtbarere Verhöhnung der Vernunft als den Zustand, in dem wir heute leben, daß Sie Hunderttausende und aber Hunderttausende, die nichts anderes wollen als arbeiten, zur Untätigkeit verurteilen, auch zur Untätigkeit auf einem Gebiete, wo es so offensichtlich ist, daß gebaut, daß produziert werden muß, wie auf dem Gebiete der Wohnungs- und Häuserfrage.

Wenn wir und wenn auch die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie die Beschlagnahme der ganzen Rohstoffe, die zur Herstellung von Wohnungen nötig sind, gefordert haben, und wenn auch die Vertreter der Unabhängigen eine Zwangsrationierung der Wohnungen fordern und wenn sie mit uns fordern, daß nicht nur Familien in große Wohnungen einquartiert werden können, sondern auch kleine Familien aus großen Wohnungen herausquartiert werden sollen, so bleibt doch die Forderung, hier im Parlament gestellt, zweck- und hoffnungslos, wenn hinter diesen Forderungen, die wir erheben, nicht der Wille steht, das Proletariat für diese Forderungen aufzurufen, von deren Durchführung Sein oder Nichtsein der ganzen arbeitenden Klasse Deutschlands (D) abhängt, und für diese Forderungen auch in den Kampf zu treten.

Wenn auch verschiedene glaubten, bei diesen Ausführungen lächeln zu können, und wenn auch vielleicht verschiedene, die sich als Vertreter des Grundbesitzes hier fühlen, glauben, daß diesen Gesetzen weitere folgen werden, die ihnen den Raubzug auf die Taschen des Proletariats erleichtern werden, so rate ich Ihnen, bevor Sie Ihren Raub in den Taschen haben, gehen Sie einmal durch die **Straßen des Proletariats**, schauen Sie hinein in die **sonnenlosen Fenster**, aus denen ein bleiches, ausgemergeltes Geschlecht stumpf, aber ungeheuer eindrucksvoll eine Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft erhebt. Schauen Sie hinein in jene Wohnungen, in denen die hausen müssen, durch deren Arbeit Sie sich bereichern, in denen ein um alle Freuden belogenes und betrogenes Geschlecht wohnt. Schauen Sie hinein in diese Höhlen des Proletariats und dann denken Sie an das, was alles dem Proletariate versprochen wurde, auch in der Wohnungsfrage, und dann denken Sie an das, was bisher gehalten ist, an die ganze Kette der gebrochenen Worte, die die Regierungen, wie wir sie alle gehabt haben, auszeichnen. Un dann wundern Sie sich nicht, wenn eines Tages das Proletariat zu jener Erkenntnis kommt, daß kein Parlament und keine bürgerliche Partei, daß nichts anderes ihm helfen wird als die befreiende Tat des revolutionären Proletariats.

Ich möchte denen, die mit Versprechungen während des Krieges und nach dem Kriege auch in der Wohnungsfrage das Volk glaubten hinziehen zu können, ein Wort entgegenrufen, das vor 2000 Jahren **Tiberius Gracchus** den Plebejern von Rom entgegengerufen hat: „Von allen den Römern, die für Italien kämpften, hatte keiner einen Herd, hatte keiner, was er sein Eigen nannte, nur für

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) das Wohlleben anderer, für fremden Überfluß mußten sie sterben und streiten". So haben die Plebejer der heutigen Zeit Jahre hindurch streiten und kämpfen müssen, ohne einen eigenen Herd zu haben, ohne einen eigenen Besitz zu haben. Das Eigentum, das Sie schützen wollen gegen die Interessen des Proletariats, ist lange Fremdtum geworden, wie Ferdinand Lassalle sich schon ausgedrückt hatte. Über dieses Eigentum hinweg wird aber schreiten der Siegeszug des Proletariats, und bei dem Siegeszug des Proletariats wird zunächst das dem Proletariat gegeben werden können, was wirklich noch übrig geblieben ist in dem allgemeinen Bankerott Ihrer Politik: die Wohnungen, die Paläste, die Gesamtheit der bisher durch Arbeiten erbauten Häuser. In erster Linie das Beste dem, der am meisten arbeitet, das Schlechteste dem, der nicht arbeitet, so wie es in Rußland ist, wo trotz allen Elendes als Folge der verbrecherischen Politik der früheren kapitalistischen Herrschaft doch die Wohnungsfrage so gelöst ist, daß wenigstens das heranwachsende Geschlecht nicht ausgegliedert ist, in elenden Wohnungen dem Tode, dem Siechtum, frühzeitigem Welken und Verkommen zu verfallen, sondern wo wenigstens das heranwachsende Geschlecht in seinen Augen wieder leuchten lassen kann Freude und Hoffnung, weil draußen in den den Drohnen abgenommenen Palästen, Gärten und Villen die Kinder spüren, daß der Kommunismus auf dem Marsche ist. Der Kommunismus, der das Privateigentum ablösen wird, wird in anderer Weise diese Frage lösen als mit dieser sozialen Quacksalberei. Vorher aber ist nötig, daß das Proletariat einsieht, daß nur durch Kampf, durch unerbittlichen, kompromißlosen Kampf der Sieg errungen werden und auch die Lösung der Wohnungsfrage im Interesse der schaffenden Menschheit kommen kann.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(B) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lang-Brumann.

Lang-Brumann, Abgeordnete: Verehrte Frauen und Herren! Als wir vor einigen Monaten ein Notgesetz für Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus verabschiedeten, ging meine Meinung dahin, daß der **Wohnungsnot** mit am schnellsten und sichersten **abgeholfen** würde, wenn man der **freien Bautätigkeit** endlich die gebundenen Flügel lockern würde.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich bin heute in weitgehendem Maße noch der gleichen Meinung. Wir hätten sicher inzwischen Hunderte von Wohnungen bekommen, die wir heute nicht haben, wenn das schon damals geschehen wäre. Allerdings können heute schon viele nicht mehr bauen, die es damals noch gekonnt hätten, und wenn wir noch lange die Erleichterungen nicht gewähren, die zur freien Bautätigkeit unbedingt notwendig sind, werden auch denen noch Lust und Liebe und Mittel ausgehen, die heute noch bauen können.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich habe dem sich entwickelnden Gesetz damals den Wunsch mit auf den Weg gegeben, es möchte ein allerseits erträgliches Gesetz werden. Mein Wunsch hat sich leider nicht erfüllt.

Das Gesetz einer **Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues** ist in seiner Entwicklung schon von seltener Unerquicklichkeit gewesen. Es wird noch viel unerquicklicher in seiner Durchführung sein. Wenn schon die Abgabe erhoben werden muß, so hätte ein **Zuschlag zur Einkommensteuer** die sozialste Art der Erhebung dargestellt. Eine besondere Veranlagung wäre nicht nötig geworden, die sozialen Abstufungen wären von selbst gegeben gewesen, man hätte schnell und billig und einfach zu den erforderlichen Summen kommen können, ohne daß sich für den (C) einzelnen besondere Härten ergeben hätten. Das Reichsfinanzministerium erklärte, die Einkommensteuer sei bereits bis zum Höchstmaß angespannt.

Der Ausschuß schloß sich dem bayerischen Vorschlag, die Abgaben auf die Einkommensteuer zu schlagen, nicht an. Damit war für Bayern schon die Unmöglichkeit, zum mindesten die allergrößte Schwierigkeit für die Durchführung des Gesetzes gegeben. Zur **Veranlagung einer** eigenen **Mietssteuer** fehlen **in Bayern** schlechterdings alle Voraussetzungen. Die Finanzämter, die allein auch in den Gemeinden zur Erhebung in Betracht kommen könnten, sind nicht imstande, ihre eigenen Aufgaben zu lösen. Ihnen neue Aufgaben zuzuweisen, ist unmöglich. Das entspräche auch nicht dem Willen und Wunsch des Finanzministeriums, das das selbst ausdrücklich erklärt hat. Die Veranlagung und erste Erhebung einer eigenen Mietssteuer in Bayern würde nach vorsichtiger Schätzung etwa 25 Prozent des ganzen Steuerertrags in Anspruch nehmen.

Aus anderen Ländern kam der Vorschlag, die neue Mietssteuer in der Form von **Zuschlägen zur Haus- und Grundsteuer** zu erheben. Der Reichsrat machte sich diesen Vorschlag zu eigen. Bayern suchte diesem Gedanken näher zu treten. Wäre die Erhebung auch hier mit großen Schwierigkeiten verbunden, so schien sie doch leichter als die Veranlagung einer ganz neuen Steuer. Aber bald stellte sich heraus, daß die sozialen Belange nur sehr schwer einzufügen waren, daß ferner die unleugbare Gefahr einer recht einseitigen Belastung des Haus- und Grundbesitzes überhaupt und des ländlichen und kleinstädtischen Besitzes im besonderen in der Bevölkerung auf großen Widerstand stieß. Vielleicht wäre dieser Widerstand bei einer sicher gewährleisteten und gerechten Abwälzbarkeit zu überwinden gewesen, wenn die Reichsregierung nicht auf dem sogenannten **Ausgleichsfonds für das Reich** bestünde. Die Wohnungsabgabe ist eine Steuer, über (D) deren Verwendung nach Landesgesetz die Länder zu bestimmen haben. Ein Ausgleichsfonds für das Reich, der aus Landessteuern gespeist werden soll, wäre für die Länder unerträglich und würde **eine Art neuer Matrikularbeiträge** bedeuten, die mit der neuen Finanz- und Steuergesetzgebung nicht vereinbar wäre. Auch die Gemeinden verwahren sich aufs schärfste dagegen, daß Teile der von ihnen zu erhebenden Steuern zur Speisung eines Reichsausgleichsfonds benutzt werden, nachdem sie selbst schon Hunderttausende zur Unterstützung der Bautätigkeit bewilligt haben, wofür niemand ihnen Deckung zusichert, und nachdem der Fonds zum Ausgleich zwischen den Ländern, nicht aber zum Ausgleich zwischen den Gemeinden herangezogen werden soll.

Alles in allem, wenn die Wohnungsabgabe auf dem Boden des vorliegenden Gesetzentwurfs durchgeführt werden soll, so wird man leider wegen der technischen Undurchführbarkeit vielleicht ziemlich lange auf eine befriedigende Abgabe von Bayern warten müssen. Das wäre angesichts der großen Wohnungsnot, die auch wir nach Kräften zu beheben wünschen, höchst bedauerlich. Der Ausgleichsfonds ist für Länder und Gemeinden unannehmbar. Auf alle Fälle aber müßten die **Gemeinden**, denen ja beinahe jede Ersparungsmöglichkeit genommen ist, von der Verpflichtung zur Leistung von Beiträgen zum Ausgleichsfonds **freigelassen** werden. Die §§ 6 und 7 des Entwurfs müßten in diesem Sinne geändert werden. Dringend notwendig wäre es auch, daß die Gemeinden die Erträgnisse der von ihnen zu erhebenden Zuschläge auch zur Deckung der früher aufgewendeten Beträge verwenden dürften, wenigstens soweit es sich um Aufwendungen seit dem Januar 1920 handelt, und soweit die betreffende Gemeinde mehr als 5 Prozent Zuschlag erhebt.

(**Lang-Brumann**, Abgeordnete.)

(A) Zu dem Gesetz in der uns heute vorliegenden und augenblicklich noch unveränderten Form kann unsere Fraktion ihre Zustimmung kaum geben. Wir hätten die Lösung des Problems als am glücklichsten empfunden, wenn man es den Ländern überlassen hätte, auf welche Weise sie bei Belassung der sozialen Belange die vom Reiche benötigten und geforderten Mittel zur Hebung des Wohnungsbaues, zu denen sie sich durch die Annahme des Notgesetzes verpflichtet haben, aufbringen. Damit wäre gewährleistet, daß die so sehr erwarteten Summen bei uns sicher und ohne unnötige Härten beigebracht werden könnten.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bahr (Frankfurt).

Bahr (Frankfurt), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist ebenso wie wohl mehr oder weniger das ganze Haus über den Umfang des Wohnungselends in keinem Zweifel. Dieses Wohnungselend ist riesengroß und braucht nicht noch übertrieben zu werden,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

indem man nun noch gar davon spricht, daß etwa $1^1/_2$ Millionen Wohnungen fehlten, wovon denn doch Gott sei Dank keine Rede sein kann. Es ist auch nicht zu billigen, wenn das, was in diesem Gesetz immerhin erreicht werden kann trotz aller seiner Unzulänglichkeiten und Mängel, so gering angeschlagen wird, wenn **mit einem solchen Gesetze** immerhin in Deutschland nach meiner Überzeugung **100 000** bis **120 000 Wohnungen geschaffen** werden können.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Das Gesetz stellt etwa $3^1/_4$ Milliarden zur Verfügung, die
(B) als Zuschüsse verwendet werden sollen. Dazu kommen für die **Bergmannswohnungen** etwa $2^1/_4$ Milliarden, das sind $5^1/_2$ Milliarden, die zugeschossen werden sollen, und damit läßt sich doch schon etwas recht Respektables schaffen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Daß die Belastung der Mieten nicht erwünscht ist, darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Auf der andern Seite braucht man aber die Bedeutung dieser Belastung nicht zu übertreiben. Was wird denn verlangt? 10 Prozent der Friedensmiete, die für eine durchschnittliche Arbeiterwohnung 300 Mark in Deutschland wahrscheinlich nicht betragen hat.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

10 Prozent von 300 Mark wären 30 Mark,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß jede Kleinigkeit, der zehnte Teil der Zigaretten, die heute überflüssigerweise geraucht werden,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

viel mehr ausmacht als diese 10 Prozent, daß ein paar Schnäpse, die auch heute überflüssigerweise im Übermaß konsumiert werden, auch mehr ausmachen, dann wird man sich also mit dieser kleinen Belastung, weiß Gott, am Ende abfinden können.

(Abgeordneter Kuhnt: Die Witwe raucht keine Zigaretten!)

— Die Witwe raucht allerdings keine Zigarette, aber eine ganze Menge von Leuten, die hier dazu beizutragen haben, rauchen Zigaretten, denn die Riesenmengen der Zigaretten werden nicht bloß von den wohlhabenden Leuten geraucht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun sind wir uns darüber klar, daß hier nur ein Schritt in der Richtung getan wird, das Wohnungselend zu beseitigen. Wir müssen alle möglichen anderen Wege (C) suchen, wie wir dazu beitragen können, Hilfe zu schaffen. Wir werden sie nicht suchen auf dem Wege der Sozialisierung, wenigstens nicht wir, meine Partei, die wir der Anschauung sind, daß trotz aller Mängel, die das kapitalistische System, wie Sie (nach links) es nennen, gehabt hat, doch **recht Erfreuliches von** diesem **kapitalistischen System** in der Vergangenheit **geschaffen** worden ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Meine Damen und Herren! Ich möchte es vermeiden, auf alle möglichen sonstigen Dinge noch einzugehen, wir haben an dem Thema doch wirklich genug. Aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß es doch das kapitalistische System gewesen ist, das in der Vergangenheit Wohnungen geschaffen hat, zwar nicht von idealer Beschaffenheit, aber doch immerhin in erträglicher Weise zu billigen Mietpreisen, dann werden Sie sich doch fragen dürfen, ob Sie berechtigt sind, es so vollständig zu verdammen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe auf dem Gebiete eine ziemlich reiche Erfahrung. Ich habe die Verhältnisse in unserem Bezirke eingehend studiert, habe mich veranlaßt gefühlt, infolgedessen sehr umfangreiche Wohnungsbauten zu machen. Ich habe mehr als achthundert Wohnungen geschaffen und weiß, wie es da ungefähr zugeht. Ich weiß auch, wie das alte System von Jahr zu Jahr mehr darauf gedrückt hat, alle Übelstände bei den Wohnungsbauten zu beseitigen und Vorschriften zu erlassen, die teilweise über das berechtigte Maß hinausgegangen sind, um dafür zu sorgen, daß gesund und gut gebaut wird.

Meine Damen und Herren, einer der Herren hat davon gesprochen, es würden ja doch höchstens 40 000 (D) Wohnungen geschaffen werden. Das ist doch wirklich nach der entgegengesetzten Seite eine Übertreibung, die nicht zu vertreten ist. Mit $5^1/_2$ Milliarden Zuschüssen soll man nur etwa 40000 Wohnungen schaffen. Das würde heißen, daß man im Durchschnitt mehr als 100 000 Mark als Zuschuß geben würde. Etwas verzinst sich denn die Wohnung doch auch. Das sind Übertreibungen.

Wenn der letzte Herr Redner von der **Diktatur des Proletariats** allen Segen erwartet hat, so haben wir doch, weiß Gott, diese **Probe** aufs Exempel in **Rußland** zur Genüge gemacht. Sind denn diese Erfahrungen so verlockend, daß man allen Segen nur auf diesem Wege glaubt erreichen zu können? Ich will nicht weiter auf diese Geschichten eingehen. Daß das Gesetz nicht ideal und mit einer ganzen Menge von Mängeln behaftet ist, darüber brauchen wir keinen Ton zu reden. Aber, meine Damen und Herren, haben wir denn die Möglichkeit, jetzt ideale Gesetze zu schaffen? Man macht der rechten Seite den Vorwurf, sie vergesse, daß wir den Krieg verloren haben. Die Herren von links scheinen das auch vergessen zu haben und scheinen sich einzubilden, es sei bloß der gute Wille erforderlich, dann könnten wir heute Zustände schaffen, wie wir sie vielleicht einmal in Utopien verwirklichen können, aber nicht in den nächsten 10 Jahren in Deutschland. Wir werden immer nur schrittweise vorwärtsgehen können und müssen uns freuen, wenn es gelingt, schrittweise das Elend zu mildern.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dazu wird dieses Gesetz ebenfalls das Seine beitragen, wenn wir uns auch über diese oder jene Einzelheit noch zu verständigen haben und auch vielleicht nicht ganz einig werden. Aber es wird immerhin ein recht achtbarer Beitrag zur Beseitigung und Milderung des Wohnungs-

(**Bahr** [Frankfurt], Abgeordneter.)

(A) elends geschaffen. Ich kann nur empfehlen, dem Gesetze zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Erörterung über § 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Abs. 1 des § 1 liegt der Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 1980 unter a vor, hinter die Worte „solcher Gebäude" einzufügen:

„die zu Wohnzwecken dienen und".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Abs. 2. Hierzu liegt vor der Antrag Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Dr. Maretzky, Sollmann (Köln) auf Drucksache Nr. 2227, am Schlusse einzufügen: „(vergleiche § 1 des Gesetzes über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues vom 12. Februar 1921, R. G. Bl. Seite 175)".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Zu Nr. 2 des Abs. 3 liegen zwei Anträge vor, zunächst der Antrag Aberhold und Genossen auf Nr. 1959 Ziff. 1, die Worte von „oder wenn" bis zum Schluß zu streichen, und der Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1945, dieser Nr. 2 eine andere Fassung zu geben.

Ich lasse zunächst über diesen letzteren Antrag abstimmen und bitte diejenigen, die der Nr. 2 die Formulierung des Antrags Müller (Franken) geben wollen, sich

(B) von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß die Minderheit steht; der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Antrag Aberhold und Genossen auf Nr. 1959 Ziff. 1, in der Kommissionsfassung die letzten vier Zeilen zu streichen.

Diejenigen, die für diese Streichung sind, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist abgelehnt; es bleibt bei der Fassung des Ausschusses.

Ich bitte nun diejenigen, die den § 1 in der jetzt festgestellten Fassung annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 1 ist so angenommen.

Wir kommen zu § 2. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir haben nur abzustimmen über den Antrag Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Dr. Maretzky, Sollmann (Köln) auf Nr. 2227 unter Ziff. 2, in Abs. 2 die Worte: „unter Berücksichtigung von § 3" fortfallen zu lassen.

Diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen und mit dieser Änderung der § 2.

Wir kommen zu § 3.

Ich eröffne die Besprechung.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Matz.

Dr. **Matz**, Abgeordnete: Ich habe mit einigen Worten den Antrag meiner politischen Freunde zu begründen, der unter Nr. 1974 der Drucksachen vorliegt. (C) Er schlägt vor

im § 3:

a) unter I Nr. 1 folgende Worte hinzuzufügen: mit Ausnahme der Gebäude derjenigen öffentlichen Unternehmungen, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstande haben.

b) unter I Nr. 2 die Worte hinzuzufügen: sofern die Unternehmungen nicht einen Gewerbebetrieb zum Gegenstande haben.

c) unter I den Abs. 3, der die teilweise Steuerfreiheit der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen betrifft, zu streichen.

Wir haben diese **Anträge** eingebracht **zum Schutz des gewerblichen Mittelstandes.** Nach Art. 164 der Verfassung soll der selbständige Mittelstand in Gesetzgebung und Verwaltung gefördert und gegen Überlastung und Aussaugung geschützt werden. So müssen wir jede gesetzliche Bestimmung daraufhin prüfen, wie sie sich gegenüber dem Mittelstande auswirkt. Es ist allgemein anerkannt, daß der Mittelstand sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befindet. Daher haben wir auch schwere Bedenken gegen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs, die eine Besteuerung der Räume vorsehen, die gewerblichen Zwecken dienen. Wenn nun aber schon eine Besteuerung dieser Räume in Privatbetrieben eintritt, so muß nach unserer Ansicht unbedingt auch eine **Besteuerung** bei denjenigen **Räumen** stattfinden, **die von öffentlichen Körperschaften zu gewerblichen Zwecken in Anspruch genommen werden.** Denn wenn diese gewerblichen Betriebe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, meist städtische Betriebe, etwa Gasanstalten, Theater, Kinos oder Badeanstalten, von der Mietssteuer freiblieben, so würde das eine weitere Begünstigung gegenüber den Privatunternehmungen bedeuten, und die gewerblichen Privatunternehmungen, die sich ihnen gegenüber heute schon in einer sehr schwierigen Lage befinden, würden hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit außerordentlich geschädigt werden. (D)

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Schon durch ihre Organisationsform sind die öffentlichen Unternehmungen sehr im Vorteil. Da der gewerbliche Mittelstand heute bereits durch allzu zahlreiche Steuern außerordentlich stark belastet ist, müssen wir dafür eintreten, daß er durch eine neue Steuer, die öffentliche Unternehmungen freiläßt, nicht noch weiter in seinem Bestande gefährdet wird. Damit untergräbt man seine Existenz. Wir sind der Ansicht, daß ohne eine sachgemäße Förderung dieses gewerblichen Mittelstandes ein Aufbau unseres Wirtschaftslebens nicht möglich ist. Daher bitten wir, unserm Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu § 3 Nr. 1 liegt der Antrag Dr. Maretzky, Dr. Most, Dr. Quaatz auf Nr. 1974 vor, der unter I Nr. 1 folgende Worte hinzufügen will:

mit Ausnahme der Gebäude derjenigen öffentlichen Unternehmungen, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstande haben.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Zu Nr. 2 liegen zwei Anträge vor, zunächst der Antrag Dr. Maretzky, Dr. Most, Dr. Quaatz auf 1974, unter b die Worte hinzuzufügen:

sofern die Unternehmungen nicht einen Gewerbebetrieb zum Gegenstande haben

(Vizepräsident **Dietrich** [Prenzlau].)

(A) und ferner der Antrag Hergt und Genossen auf Nr. 1980b, der Ziff. 2 anzufügen:

hinsichtlich der Gemeinden und Gemeindeverbände sind abgabefrei jedoch nur Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsanlagen, Markt- und Kühlhallen und Schlachthäuser.

Diejenige Beschränkung der Freiheit von der Abgabe, welche in dem Antrage Dr. Maretzky gewollt wird, ist weitergehend als die in dem Antrage Hergt. Ich lasse deshalb zunächst abstimmen über den Antrag Dr. Maretzky auf Nr. 1974.

Wer diesem Antrage zustimmt, wolle sich vom Platz erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag Hergt und Genossen auf Nr. 1980.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu Nr. 6. Dazu liegt vor der Antrag Aderhold und Genossen auf Nr. 1959 unter 2, der Ziff. 6 folgende Fassung zu geben:

Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser, Jugendheime sowie andere Gebäude und Gebäudeteile, die dem Volkswohl sowie der geistigen und sittlichen Pflege dienen und die auf gemeinnütziger Grundlage betrieben und unterhalten werden.

Ich bitte diejenigen, die den Antrag Aderhold annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(B) (Abgeordneter Schiele: Es ist noch abzustimmen über den Antrag Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Dr. Maretzky, Sollmann (Köln) auf Nr. 2227 Ziff. 3!)

— Zu § 3 Abs. 1 liegt ein Antrag auf Nr. 2227 nicht vor, sondern erst zu einem folgenden Absatz.

(Rufe: Nein! Nein!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Becker (Arnsberg).

Becker (Arnsberg), Abgeordneter: Auf Nr. 1974 — Antrag Maretzky, Dr. Most, Dr. Quaatz — ist noch abzustimmen über den Teilantrag, Ziffer c, der in § 3 den Absatz 3 streichen will.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Meine Damen und Herren! Wir kommen ja zu dieser Abstimung später beim dritten Absatz; soweit sind wir noch nicht. Wir kommen jetzt erst zu der Nr. 8 von I des ersten Absatzes.

Wir stimmen jetzt ab über den Antrag, der bei der Nr. 8 zu I auf Drucksache 1959 gestellt ist; das ist der Antrag Aderhold und Genossen:

in § 3 ist die Ziffer 8 mit den nachfolgenden Worten zu streichen.

(Abgeordneter Kuhnt: Ich ziehe diesen Antrag zurück!)

Der Antrag ist zurückgezogen.

Es liegt dann ferner vor zu dem 3. Absatz des § 3 der Antrag, den die Herren Abgeordneten Schiele und Becker (Arnsberg) bei der Abstimmung vorhin vermißten, auf Nr. 1974c der Drucksachen, Dr. Maretzky, unter I den Abs. 3, der die teilweise Steuerfreiheit der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen betrifft, zu streichen.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu II des § 3. Dazu liegt vor der (C) Antrag Aderhold und Genossen auf Nr. 1959:

im § 3 II sind die Summen der Ortsklassen um je 3000 Mark zu erhöhen.

Es liegt dann ferner vor der Antrag Bahr (Frankfurt), Becker (Arnsberg) und Genossen auf Nr. 2227. Ich nehme an, daß der Antrag Bahr (Frankfurt) auf 1942, der dem Antrage auf 2227 widerspricht, zurückgezogen ist.

(Zustimmung.)

Ich stelle das fest.

Wir stimmen zunächst ab über den Antrag 1959.

(Zuruf des Abgeordneten Kuhnt: Wird zurückgezogen!)

— Der Antrag ist zurückgezogen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag 2227, die Ziffer II ganz zu streichen. Die Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die dem so gestalteten § 3 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

§ 3 ist so angenommen.

Wir kommen zu § 4. — Wortmeldungen liegen nicht vor; § 4 ist angenommen.

Ich rufe auf § 5. — Ebenfalls angenommen.

Zu § 6 liegt vor der Antrag Aderhold und Genossen auf 1959 Ziff. 5, im dritten Satz die Worte „von" bis „oder" einschließlich zu streichen.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Der Antrag ist abgelehnt.

Es liegt dann ferner vor der Antrag Becker (Arnsberg) auf Nr. 2227, die Worte „bis höchstens auf das Doppelte" zu streichen.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. — Ich stelle das auch von dem so gestalteten § 6 fest.

Wir kommen zu § 7.

Hierzu liegt auf Drucksache Nr. 2227 Ziff. 5 ein Antrag Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Dr. Maretzky, Sollmann (Köln) vor, im § 7 Abs. 1 statt „zwanzig vom Hundert" zu sagen: „zehn vom Hundert".

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu § 8. Hierzu liegt ein Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 1980 unter c vor, hinter Abs. 1 hinzuzufügen:

außerdem steht es den Gemeinden frei, über die aus § 6 eingehenden Beträge auch für Zuschüsse bei Um- und Erweiterungsbauten zu verfügen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

§ 8 erkläre ich für angenommen.

Nun liegt auf Nr. 2227 Ziff. 6 der Antrag vor, hinter § 8 neue §§ 8a, 8b und 8c einzufügen.

Zu § 8a hat das Wort der Herr Abgeordnete Beythien.

(A) **Beythien,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf der Drucksache 2227 finden Sie den Kompromißantrag, der die Bedenken zerstreuen soll, welche dagegen erhoben wurden, daß diese Steuer keine reine Wohnungssteuer sein würde. Die Bedenken bestanden darin, daß, wenn die Steuer durch Umlagen auf Grundsteuern erhoben würde, der Haus- und Grundbesitzer die Pflicht hätte, von seinen Mietern den auf sie entfallenden Teil einzuziehen. Er steht dann in der Gefahr, diesen Mietern gegenüber im Wege der Zivilklage vorgehen zu müssen, und steht zu all den Lasten und Beschränkungen, die ihn jetzt bedrücken, noch die Möglichkeit, diesen Anteil nicht zu bekommen.

In Erkenntnis dieser Schwierigkeiten ist in den zweiten Absatz des § 8a eingefügt worden:

> Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß die zu erstattenden **Beträge wie Gemeindeabgaben beigetrieben** werden.

In diesem „kann anordnen" liegt zwar eine gewisse Milderung der Gefahr; aber diese kann uns nicht genügen. Deshalb haben wir auf Drucksache 2250 Ziff. 1 den Antrag Maretzky-Beythien eingebracht,

> in dem nach dem Antrage Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Dr. Maretzky, Sollmann (Köln) (Nr. 2227 der Drucksachen) einzufügenden § 8a im Abs. 2 den letzten Satz wie folgt zu fassen:
>
> Die oberste Landesbehörde hat anzuordnen, daß die zu erstattenden Beträge auf Antrag wie Gemeindeabgaben beigetrieben werden.

Wir sind der Überzeugung, daß nur durch Annahme dieser Bestimmung der Gefahr entgegenzutreten ist, die der Besitzer des Grundstücks läuft, und wir erbitten dazu Ihre Zustimmung. Wenn zum Beispiel in einem sozialistisch regierten Lande, wie etwa im Freistaat Sachsen, die Landesregierung von dieser Möglichkeit, wie anzunehmen (B) ist, keinen Gebrauch macht, dann haben wir diese ganzen Lasten auf die Hausbesitzerschaft abgewälzt, ohne daß diese eine Möglichkeit hat, die Beitreibung wie Gemeindeabgaben zu verlangen. Deshalb ist die Annahme dieser Bestimmung von außerordentlicher Bedeutung.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei dem eben befürworteten Antrage mehr um eine juristische Frage. Zu Zwangsvollstreckungen ist immer ein Titel notwendig. Diesen Titel zu geben, um eine Gemeindesteuer zwangsmäßig einzuziehen, ist Sache der Landesgesetzgebung. Darum ist es bedenklich, daß wir hier von Reichs wegen einem solchen Antrage folgen. Ich bitte deshalb, daß Sie bei der Fassung bleiben, wie sie im Ausschuß gewählt worden ist.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beythien.

Beythien, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Reichsrecht geht vor Landesrecht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich kenne die Realsteuergesetzgebung der deutschen Einzelstaaten ziemlich genau, und ich weiß, daß sehr wohl die Möglichkeit besteht, durch diese Anweisung die Landesregierungen zu zwingen, so zu verfahren. Ich meine, wir sollten, da oft von diesem Grundsatz Gebrauch gemacht worden ist, auch in diesem Falle zum Schutz der Hausbesitzer hiervon Gebrauch machen.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Ich weiß nicht, (C) ob wir in einer solchen, immerhin etwas zweifelhaften Frage hier jetzt gewissermaßen aus dem Ärmel heraus unsere Entscheidung treffen sollen. Ich glaube, die vorliegende Fassung genügt für unsere Zwecke, und weil sie genügt, deshalb schlage ich vor, dabei zu bleiben.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Es ist mir eben noch ein handschriftlicher Antrag Becker (Arnsberg) überreicht, im § 8a Abs. 1 Satz 2 im Eingang zu sagen: „Diese Steuern oder Zuschläge". Es sollen also die Worte „Steuern oder" vor dem Worte „Zuschläge" eingefügt werden.

Ich möchte ferner bekanntgeben, daß zu § 8c noch ein handschriftlicher Antrag eingegangen ist, an Stelle der Jahreszahl „1922" zu setzen: „1923".

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Nr. 2227 Ziff. 6.

Wir stimmen zunächst über § 8a ab. Ich bitte diejenigen, die diesen § 8a annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist angenommen.

(Zurufe.)

— Ich nehme an, daß allseitige Zustimmung darüber vorhanden ist, daß gemäß dem handschriftlichen Antrage Becker (Arnsberg) im zweiten Satze von Abs. 1 die Worte „Steuern oder" vor dem Worte „Zuschläge" eingefügt werden.

(Zustimmung.)

Ich stelle das fest. Also § 8a ist mit diesem Zusatz angenommen.

Dann bitte ich diejenigen, die § 8b nach dem Antrag 2227 Ziff. 6 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.) (D)

§ 8b ist angenommen.

Wir kommen zu § 8c. Ich bitte diejenigen, die ihn annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

§ 8c ist angenommen.

Es wird mir eben der Antrag des Herrn Abgeordneten Beythien überreicht, — —

(Zurufe: In der Abstimmung?)

Ich muß es ablehnen, diesen Antrag entgegenzunehmen. Er ist im Bureau — ich habe mich danach erkundigt — auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Beythien eingegangen. Mir ist er nicht überreicht worden. Ich habe auch den Herrn Schriftführer zu meiner Linken gefragt, ob ihm der Antrag überreicht sei. Das ist ebenfalls verneint worden. Ich möchte anheimgeben, diesen Antrag bei der dritten Lesung wieder einzubringen.

(Zustimmung.)

Wir kommen zu § 9. § 9 ist in der Ausschußberatung fortgefallen. Es ist ein Antrag Hergt und Genossen auf 1980 unter b gestellt, der nach Berichtigung eines Druckfehlers dahin geht, einen neuen § 9 einzufügen.

Die Damen und Herren, die nach diesem Antrag einen neuen § 9 einfügen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf § 10. — § 10 ist angenommen.

Einleitung und Überschrift — sind angenommen.

Wir kommen zu den Entschließungen. Es liegen zwei Entschließungen vor, zunächst die Entschließung, die von dem Ausschuß beantragt ist und sich im Ausschußbericht, also in der Drucksache 1930 auf Seite 44 unter II, befindet.

(Vizepräsident **Dietrich** [Prenzlau]).

(A) Ich bitte diejenigen — —

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Können wir die nicht in der dritten Lesung erst erledigen?)

— Nein! — Ich bitte diejenigen, die diese Entschließung unter II annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Entschließung ist angenommen.

Ich eröffne die Diskussion über die Petitionen. — Die Beschlußfassung über den Ausschußantrag, betreffend die Petitionen, unter III wird in der dritten Lesung erfolgen.

Es liegen dann zwei Entschließungen Dr. Maretzky, Dr. Most auf Drucksache Nr. 1976 vor. Ich bitte diejenigen, die diesen Entschließungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließungen sind abgelehnt.

Damit wäre die zweite Lesung des Gesetzes beendigt und unsere Tagesordnung erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß die heute vorbehaltene namentliche Abstimmung morgen eine Stunde nach Beginn der Vollversammlung stattfindet, das heißt um 2 Uhr — ich werde nachher vorschlagen, das Plenum um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Es ist eine Interpellation der Herren Imbusch, Trimborn und Genossen eingegangen, die ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Diernreiter:**

Auf der Zeche Mont Cenis in Westfalen ereignete sich am 20. Juni ein folgenschweres Grubenunglück. Ähnliche Unglücke ereigneten sich in den letzten Jahren, wenn auch in geringerem Umfange, mehrfach. Es besteht auch die Gefahr weiterer ähnlicher Unglücke. Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft zu geben über die Ursachen des Unglücks? Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um solche Katastrophen in Zukunft zu verhüten?

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich schlage dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags 1 Uhr, mit folgender (B) Tagesordnung:

1. Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis,

die eben verlesen worden ist;

2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung der Reichsversicherungsordnung;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen;
4. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät, vom 22. Dezember 1920;
5. erste Beratung des Entwurfs eines Fernsprechgebührengesetzes;
6. namentliche Abstimmung über den Antrag Hergt und Genossen zu der Interpellation Bruhn, v. Gallwitz und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten;
7. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues;
8. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Volksentscheid;
9. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Beschränkung des Luftfahrzeugbaues;
10. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung;
11. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof;
12. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

(Abgeordneter Bartz [Hannover]: Bitte!)

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 37 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

120. Sitzung.

Mittwoch, den 22. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4056B

Interpellation Imbusch 2c.: **Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis** (Nr. 2249 der Anlagen):

Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4056D, 4057B

Ledebour (U.S.) — zur Geschäftsordnung 4057A

Hue (S.) — desgl. 4057A

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über **Änderung** der Reichsversicherungsordnung) (Nr. 2137 der Anlagen) 4057B

(B)

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über **Abwickelung von Kriegsgesellschaften** 2c. (Nr. 2138 der Anlagen) 4057C

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend **Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät** (Nr. 2210 der Anlagen) 4057C

Erste Beratung des Entwurfs eines **Fernsprechgebührengesetzes** (Nr. 2176 der Anlagen) 4057D

Namentliche Abstimmung über Antrag Hergt 2c. zur Interpellation Bruhn 2c.: **Ergänzungsprüfung von Beamten** (Nr. 2254 der Anlagen) 4057D, 4061C

Plettner (V.K.) — zur Geschäftsordnung 4061D

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur **Förderung des Wohnungsbaues** (Nr. 1388 der Anlagen):

Hünlich (S.) 4058C

Gesamtabstimmung 4061D

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den **Volksentscheid** (Nr. 1823, 2234 der Anlagen):

Seite (C)

§ 14:

Schmidt (Sachsen) (S.) 4058D

Dr. Curtius (D.Vp.), Berichterstatter 4058D

Dr. Frhr. v. Welser, Ministerialdirektor 4059A

§ 20:

Dr. Radbruch (S.) 4059B

Dr. Curtius (D.Vp.), Berichterstatter 4059C

§ 27:

Brodauf (D.D.) 4059D, 4061A

Dr. Frhr. v. Welser, Ministerialdirektor 4060C

Schmidt (Sachsen) (S.) 4061A

Gesamtabstimmung 4061D

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über **Beschränkung des Luftfahrzeugbaues** (Nr. 2158, 2246 der Anlagen) 4062B

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über **Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals** (Nr. 1401, 1906 der Anlagen):

Ristau (U.S.) 4062C

Radbruch (S.) 4063B

Dr. Rosenfeld (U.S.) — zur Geschäftsordnung 4064B

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den **Staatsgerichtshof** (Nr. 713, 1592 der Anlagen): (D)

§ 2:

Dr. Radbruch (S.) 4064D

§ 3:

Graef (Thüringen) (D.Nat.) . . 4065C

Dr. Rosenfeld (U.S.) 4066C

§ 16:

Bazille (D.Nat.) 4068B

§ 23a:

Graef (Thüringen) (D.Nat.) . . 4070A

Dr. Radbruch (S.) — zur Geschäftsordnung 4070B

§ 28:

Leutheußer (D.Vp.) 4070D

Dr. Rosenfeld (U.S.) 4071C

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über eine **erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit** (Nr. 1962 der Anlagen):

Kahmann (S.) 4072C

Neuer Gegenstand der Tagesordnung: Antrag Frau Agnes 2c. auf **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über das Unglück auf Zeche Mont Cenis** (Nr. 2268 der Anlagen):

Rosemann (U.S.) 4074D

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Seite

Hue (S.) 4074A, 4075A
— persönlich 4081D
Dr.-Ing. Gothein (D.D.) 4074C
— zur Geschäftsordnung: 4081B, 4083B
Dr. Breitscheid (U.S.) 4075D
— desgl. 4080B
Imbusch (Z.) 4076B
— persönlich 4081D
Bauer, Vizepräsident des Reichsministeriums 4077C
Braß (V.K.) 4078A
Winnefeld (D.Vp.) 4078C
Dittmann (U.S.) — zur Geschäftsordnung 4079D
Burlage (Z.) — desgl.: 4080A, 4082B
Geyer (Leipzig) (V.K.) — desgl.: 4080C
Müller (Franken) (S.) — desgl.: 4080D, 4083B
Dr. Bell (Z.) — desgl. 4081A
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4082A
Ledebour (U.S.) — zur Geschäftsordnung 4082D

Nächste Sitzung:

(B) Höllein (V.K.) 4083A

Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung 4084

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlage ist eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Hötzsch, Lambach, Schmidt (Stettin)
die Abgeordneten D. Mumm, Deglerk, Graf v. Westarp;
in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Warmuth
der Abgeordnete Thomsen;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Schumann, Dusche, Dr. Hugo, Dr. Reichert, Dietrich (Prenzlau), Thomsen
die Abgeordneten Janschek, Findeisen, Adams, Schiele, Lind, van den Kerkhoff;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Runkel, Erkelenz, Delius
die Abgeordneten Keubler-Böhm, Frau Dr. Bäumer, Kniest;
in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Stresemann, Stinnes, Schiffer
die Abgeordneten Freiherr v. Rheinhaben, Dauch, Graf Bernstoff (Schlesw.-Holst.);
in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Zapf, Michelsen (C)
die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Schumann;
in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Gradnauer
der Abgeordnete Dr. Köster;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Dransfeld
der Abgeordnete Rheinländer;
in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten Hofmann (Ludwigshafen)
der Abgeordnete Allekotte;
in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Poppe, Dr. Runkel
die Abgeordneten Joos, Dr. Luther;
in den 30. Ausschuß für die Abgeordneten Marx, Frau Lang-Brumann, Weiß
die Abgeordneten Feilmayr, Dr. Deermann, Dr. Külz;
in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Herold
der Abgeordnete Neyses.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Nacken, Neuhaus (Düsseldorf), Sidow für 4 Tage, Frau Ansorge für 2 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis (Nr. 2249 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! An der Beantwortung der Interpellation (D) wird das preußische Handelsministerium, dem die Bergwerksinspektion untersteht, naturgemäß beteiligt werden müssen. Die Untersuchungen des preußischen Ministeriums in der Angelegenheit sind in vollem Gange. Wir hoffen, daß sie noch in dieser Woche ihren Abschluß finden werden, und daß dann die Beantwortung der Interpellation in den ersten Tagen der nächsten Woche, also am Montag oder Dienstag, vorgenommen werden kann.

Die Regierung möchte aber schon diesen Anlaß benutzen, um von dieser Stelle aus den hartgeprüften Opfern dieser Katastrophe ihr herzlichstes Beileid auszudrücken, und ist der Überzeugung, daß das hohe Haus sich dieser Beileidskundgebung anschließen wird.

(Zustimmung.)

Präsident: Es ist mir inzwischen eine Interpellation der Abgeordneten Rosemann, Pieper (Westfalen) und Genossen über den gleichen Gegenstand übergeben worden:

> Auf der Zeche Mont Cenis bei Herne ereignete sich am 20. Juni 1921 eine schwere Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, durch die über 80 Bergleute getötet und ebensoviele verletzt wurden. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten soll auf der Unglückszeche eine Berieselungsanlage nicht vorhanden sein.
>
> Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft zu geben über die Ursachen des Unglücks?
>
> Ist die Reichsregierung ferner bereit, die Rechte der Betriebsräte in dem Sinne zu erweitern, daß dieselben mitbestimmen können, welche Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen auf den Zechen eingeführt oder aufgehoben werden sollen?

(Präsident.)

(A) Ich nehme an, daß die Beantwortung sich auch auf diese Interpellation mit beziehen kann. — Der Minister stimmt zu.

Dieser Interpellation ist auch ein Antrag Agnes und Genossen beigefügt, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission beantragt. Ich werde seinerzeit dann vorschlagen, die Beratung dieses Antrags mit der Besprechung der Interpellation zu verbinden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Wir haben den Wunsch, daß diese Untersuchungskommission sofort eingesetzt wird. Es wäre deshalb vielleicht zweckmäßiger, wenn der Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt und dann vielleicht ohne Diskussion der Beschluß gefaßt wird, die Kommission einzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Über die Materie selber kann ja dann bei der Besprechung der Interpellation verhandelt werden.

Präsident: Ja, meine Herren, in diesem Augenblick kann ich das natürlich nicht tun. Der Antrag ist mir eben überreicht worden; er ist niemandem bekannt, und ich kann ihn auch den Herren nicht bekannt geben, die augenblicklich nicht im Hause sind.

Wir müssen in einem späteren Zeitpunkt der heutigen Tagung, wenn der Antrag gedruckt und verteilt ist, auf die Sache zurückkommen.

(Abgeordneter Ledebour: Damit bin ich einverstanden!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hue.

Hue, Abgeordneter: Ich möchte mich dem Wunsch des Herrn Abgeordneten Ledebour anschließen, den Antrag, betreffend Untersuchungskommission, möglichst schnell

(B) zu erledigen.

Ich will aber die Gelegenheit wahrnehmen, an den Herrn Reichsarbeitsminister die dringende Bitte zu richten, bei der Untersuchung der Ursache dieses Unglücks auch Arbeitervertreter, in erster Linie die Betriebsratsmitglieder, heranziehen zu lassen, die Untersuchung nicht allein den Bergbehörden zu überlassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Ich werde den zuletzt ausgesprochenen Wunsch dem preußischen Handelsministerium sofort übermitteln. In erster Linie ist natürlich das preußische Handelsministerium für diese Untersuchung zuständig und hat sie auch schon eingeleitet.

Ich werde also Ihren Wunsch sofort übermitteln.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Drücken Sie ein bißchen darauf!)

Präsident: Ich lasse den Antrag drucken und verteilen und den Antragstellern gebe ich anheim, nach der Verteilung des Antrags das Haus noch einmal wegen der sofortigen Beratung zu befragen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung der Reichsversicherungsordnung (Nr. 2137 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. Meine Damen und Herren! Es ist eine Vereinbarung dahin getroffen, diese Vorlage dem 6. Ausschuß, dem Sozialen Ausschuß, zur Vorberatung zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus mit der Überweisung einverstanden ist, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung: (C)

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen (Nr. 2138 der Drucksachen).

Ich eröffne auch hier die erste Beratung.

Hier ist beantragt, den Gesetzentwurf dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß, dem 5. Ausschuß, zu überweisen. Ich nehme auch hier das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 4. Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät, vom 22. Dezember 1920 (Nr. 2210 der Drucksachen).

Wird hier eine Beratung im Ausschuß gewünscht? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann könnten wir vielleicht heute noch die zweite Lesung und an einem späteren Tage die dritte Lesung erledigen.

Ich rufe auf in der

zweiten Beratung

den § 1 — und erkläre denselben für angenommen.

§ 2 — desgleichen; § 3 — ebenso; § 4 — ebenso; Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Erhebt sich dagegen Widerspruch, daß auch die

dritte Beratung

dieses Entwurfs vorgenommen wird? — Das geschieht nicht.

Dann eröffne ich die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. — Ich schließe dieselbe, da das Wort nicht verlangt wird.

In der besonderen Aussprache rufe ich auf § 1, (D)
— 2, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Der Gesetzentwurf ist angenommen, da ein Widerspruch nicht erfolgt ist.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Fernsprechgebührengesetzes (Nr. 2176 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung und teile mit, daß beantragt ist, diesen Entwurf dem 27. Ausschuß, dem Ausschuß für die Beratung von Postgebühren, zu überweisen. Ich nehme auch hier das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir hätten eigentlich jetzt nach Ziff. 6 unsere Tagesordnung die namentliche Abstimmung, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten, vorzunehmen. Da aber den Herren Kollegen in Aussicht gestellt ist, daß sie erst um 2 Uhr erfolgen soll, möchte ich um das Einverständnis bitten, sie zunächst zurückzustellen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen nun vorläufig zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Nr. 1388 der Drucksachen).

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

(Präsident.)

(A) Wir treten in die besondere Beratung der einzelnen Paragraphen ein.

Ich rufe auf § 1 — und schließe die Debatte, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es liegt ein Antrag vor!)

— Ja, es liegen drei Anträge vor. Deswegen lasse ich eben für die Abstimmung läuten, Herr Kollege Silberschmidt.

Zum § 1 des Wohnungsgesetzes liegen drei Anträge vor: ein Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 2258, welcher in Abs. 1 hinter die Worte „solcher Gebäude" einfügen will: „die zu Wohnzwecken dienen und"; ferner ein Antrag Frau Agnes nnd Genossen auf Nr. 2262 Ziff. 1, welcher die letzten vier Zeilen der Ziff. 2 des § 1 streichen will; schließlich ein Antrag Becker (Arnsberg), Bahr (Frankfurt), Silberschmidt, Sollmann (Köln) auf Drucksache Nr. 2257, welcher der Ziff. 2 des Abs. 3 in § 1 eine andere Fassung geben will.

Ich bitte zunächst diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 2258 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2262 Ziff. 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Die Gegenprobe erfolgt. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit stehend geworden ist.

(B) (Heiterkeit.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Becker, Bahr, Silberschmidt, Sollmann auf Drucksache 2257. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nun bitte ich diejenigen, welche dem § 1 in der Fassung, die er durch diese Abstimmung erlangt hat, ihre Zustimmung geben, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 2. — Angenommen.

Zu § 3 liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2262 vor, welcher die Ziff. 6 erweitern und dafür Ziff. 8 streichen will. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

§ 3 ist angenommen.

Ich rufe auf § 4, — 5. — Angenommen.

Zu § 6 liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2262, Ziff. 3 vor:

im § 6 Abs. 1 Satz 3 die Worte „von . . . . bis . . . . oder" zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. § 6 ist in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 7, — § 8, — § 8a, — § 8b. — Angenommen.

Zu § 8c hat das Wort der Herr Abgeordnete Hünlich.

Hünlich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (C) Gestern bei der Abstimmung der zweiten Lesung ist ein Abänderungsantrag Sollmann, Becker und Genossen nicht zur Abstimmung gebracht worden. Es sollte nämlich statt „1. April 1922" heißen: „1. April 1923". Ich möchte diesen Antrag hiermit wiederholen, um ihn zur Abstimmung bringen zu können.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, den § 8c des Gesetzentwurfs vorzunehmen. Da steht in der drittletzten Zeile: „bis spätestens zum 1. April 1922". Dazu liegt ein Antrag vor, der angeblich gestern irrtümlicherweise nicht zur Abstimmung gekommen ist und deshalb heute wiederholt wird, statt „1. April 1922" zu sagen: „1. April 1923".

Ich muß zuerst die Unterstützungsfrage stellen. Wer den Antrag Hünlich unterstützen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte diejenigen, sich zu erheben, welche dem Antrag zustimmen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Datumsänderung ist vorgenommen.

Ich rufe auf § 9, — § 10, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte um die Genehmigung, die Gesamtabstimmung bis gegen 2 Uhr vertagen zu dürfen, da eine verfassungsmäßige Mehrheit dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben muß. —

Wir kommen zum achten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Volksentscheid (Nr. 1823 der Drucksachen.)

Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (D) Nr. 2234 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Curtius.

Als Kommissar ist angemeldet der Präsident des Statistischen Reichsamts Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Delbrück.

Ich eröffne die Beratung über § 1 — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Der Paragraph ist angenommen. 1a, — 1b, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 6b, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13. —

§ 14. Hierzu liegt auf Drucksache Nr. 2261 ein Abänderungsantrag Schmidt (Sachsen) vor:

im § 14 Abs. 2 statt des Wortes „in" (den Abstimmungsräumen) zu setzen „vor".

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Sachsen).

Schmidt (Sachsen), Abgeordneter: Der Antrag verlangt eine Bestimmung, wie wir sie im Reichstagswahlgesetz haben. Der § 14 Abs. 2 bedeutet eine Änderung gegenüber den Bestimmungen im Reichstagswahlgesetz, wo vorgeschrieben ist, daß **Stimmzettel im Lokal** nicht ausgelegt werden dürfen. Es würde zu ganz unhaltbaren Zuständen führen, wenn in Zukunft Stimmzettel wieder innerhalb des Lokals ausgelegt werden dürfen. Ich bitte deshalb unserem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Dr. Curtius.

Dr. **Curtius,** Abgeordneter, Berichterstatter: Der Ausschuß hat diese Erwägung schon geprüft und bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Wir halten es nicht für notwendig, eine Abänderung einzuführen. Die Stimmzettel sind ja, wenn ich mich so ausdrücken soll, in

(Dr. **Curtius**, Berichterstatter.)

(A) Zukunft völlig neutral, und sie werden erst wirksam dadurch, daß entweder ein Ja oder Nein eingetragen oder das Ja oder Nein, das vorgedruckt ist, durchgestrichen wird. Infolgedessen sind die Besorgnisse des Herrn Antragstellers nach Auffassung der Mehrheit des Ausschusses völlig unbegründet. Man kann ruhig die Zettel in dem Abstimmungslokal bereithalten, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch irgendwelche Schwierigkeiten entstehen. Der Ausschuß bittet deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident: Das Wort hat Herr Ministerialdirektor Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Namens der Reichsregierung möchte ich mich den Ausführungen des letzten Herrn Vorredners anschließen. Die Bedenken, die der Herr Abgeordnete Schmidt (Sachsen) geäußert hat, sind gewiß zutreffend für die Wahlen; er hat ja auch auf das Wahlgesetz verwiesen. Beim **Volksentscheid** aber haben wir eine wesentlich andere Lage. Hier werden nur **amtlich hergestellte Zettel** verteilt, die im ganzen Reich gleichlautend sind. Es kann daher bei der Verteilung keinerlei Unregelmäßigkeit vorkommen. Jedenfalls ist es zweckmäßig, die Zettel **im Abstimmungsraum** selbst gleichzeitig mit den Umschlägen verteilen zu lassen. Da die Stimmzettel von der Regierung geliefert werden, tragen auch die Regierung beziehungsweise die ausführenden Organe der Gemeinden die Verantwortung für die Bereitstellung der Zettel. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Stimmzettel im Abstimmungsraum selbst verteilt werden und der Abstimmungsvorstand die Abgabe der Stimmzettel überwachen kann. Werden die Stimmzettel dagegen vor dem Abstimmungsraum verteilt, so könnte es vorkommen, daß sämtliche Stimmzettel
(B) abhanden kommen und dadurch die Abstimmung unmöglich gemacht wird.

Ein weniger wichtiges praktisches Bedenken liegt auch noch darin, daß nach dem Antrag Schmidt (Sachsen) ein amtliches Organ vor dem Abstimmungsraum die Stimmzettel verteilen müßte, ein weiteres amtliches Organ im Abstimmungsraum die Umschläge. Da beide im Laufe des Tages zeitweise abgelöst werden müssen, so brauchte man für jeden Stimmbezirk vier Personen zur Verteilung der Zettel und Umschläge. Das würde immerhin auch eine wesentliche Vermehrung der Kosten bedingen, die sich wohl wird vermeiden lassen. Ich glaube, es wird bei einer Abstimmung, bei der alle Stimmzettel gleich lauten und der Abzustimmende nur die Worte Ja oder Nein einzutragen hat, kein Anlaß bestehen, die Verteilung außerhalb des Abstimmungsraums vornehmen zu lassen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu § 14 liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Schmidt (Sachsen) auf Drucksache 2261 zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. § 14 ist also in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 15, — 16, — 17, — 18, — 19. —

Zu § 20 liegt ebenfalls ein Antrag Schmidt (Sachsen) auf Drucksache 2261 vor, dem Absatz einen neuen Paragraphen hinzuzufügen.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das durch den Volksentscheid angenommen ist, kann nicht veröffentlicht werden, solange das **Prüfungsverfahren** nicht zu Ende geführt ist. Das kann zu einer unübersehbaren Verzögerung der Publikation des (C)
Gesetzes führen. Deshalb beantragen wir die Bestimmung: „Das Prüfungsverfahren soll spätestens drei Monate nach der Abstimmung abgeschlossen sein." Das ist eine bloße Sollvorschrift; das heißt, wenn die Frist überschritten wird, tritt dadurch kein Schaden ein. Wann das Verfahren enden kann, kann keine Vorschrift mit ausnahmsloser Sicherheit festlegen; die Sollvorschrift bewirkt aber wenigstens, daß das Prüfungsverfahren sofort beginnen muß. Wir bitten, dieser Bestimmung die Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Curtius**, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einfügung einer solchen Sollvorschrift nicht notwendig ist, weil er glaubt, daß das **Wahlprüfungsgericht** von sich aus schon die nötigen Schritte tun wird, um das Verfahren zu beschleunigen. Der Ausschuß glaubte aber auch vor allen Dingen mit der Ansicht des Vorsitzenden des Wahlprüfungsgerichts feststellen zu sollen, daß sich dieser Antrag an die falsche Adresse wendet; denn wenn eine Beschleunigung eintreten soll und ein Druck ausgeübt werden müßte, so müßte sich der auf den Wahlleiter und seine Unterorgane beziehen, aber nicht auf das Wahlprüfungsgericht, das ja vollständig abhängig ist von der Beibringung des Materials durch den Wahlleiter und seine Unterorgane. Deswegen bittet der Ausschuß, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Zusatzantrag Schmidt (Sachsen) auf Drucksache 2261 die Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. § 20 ist in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 21, — 22, — 23, — 26. —

Zu § 27 liegt ein Antrag vor, den ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Der Reichstag wolle beschließen:

den § 27 wie folgt zu fassen:

§ 27.

Der Zulassungsantrag ist schriftlich an den Reichsminister des Innern zu richten. Er bedarf der Unterschriften von 5000 Stimmberechtigten bei Anträgen und Begehren nach Art. 73 Abs. 2 der Reichsverfassung, von 100 000 Stimmberechtigten bei Anträgen und Begehren nach Art. 73 Abs. 3 der Reichsverfassung.

Bei Anträgen und Begehren nach Art. 73 Abs. 2 der Reichsverfassung kann von der Beibringung von Unterschriften abgesehen werden, wenn die Vorstandschaft einer Vereinigung den Antrag stellt und glaubhaft macht, daß ihn 100 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen.

Präsident: Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach der Regierungsvorlage ist ein **Volksbegehren** in zwei Fällen zuzulassen: zugunsten der Antrags auf Volksentscheid über ein Gesetz, dessen Verkündung von wenigstens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist — Art. 73 Abs. 2 der Verfassung —, weiter zugunsten

(**Brodauf**, Abgeordneter.)

(A) eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfs, den die Regierung dem Reichstag unterbreiten soll — Art. 73 Abs. 3 —. Dem Volksbegehren muß nach § 27 in beiden Fällen ein **Zulassungsantrag** vorausgehen. Wir halten es aber nicht für eine sachgemäße Regelung, wenn der Zulassungsantrag in beiden Fällen nur von 5000 Stimmenberechtigten unterschrieben zu werden braucht. Im ersten Fall kann man sich gewiß mit 5000 Unterschriften begnügen. Wenn ein Drittel des Reichstags die Aussetzung der Verkündung eines Gesetzes verlangt hat, da weiß man doch von vornherein, daß hinter den Zulassungsantrag ein zahlenmäßig beträchtlicher Faktor steht. Hier wollen wir es dabei lassen, daß 5000 Unterschriften genügen sollen und daß von der Beibringung der Unterschriften abgesehen werden kann, wenn die Vorstandschaft einer Vereinigung den Antrag stellt.

Aber anders liegen die Dinge in dem zweiten Falle, wo es sich um die eigentliche **Volksinitiative** handelt. Hier ist es doch viel zu leicht gemacht, wenn da auch schon 5000 **Stimmberechtigte** genügen sollen. 5000 Stimmberechtigte bringen Sie bei der Zersplitterung der Anschauungen bei uns in Deutschland in jeder großen Stadt allein schon zusammen für eine vielleicht ganz absurde Sache. Hier sind wir allerdings der Meinung, daß die Zahl der erforderlichen Unterschriften erheblich weiter hinaufgesetzt werden muß. Viele von uns sind der Ansicht, daß auch 100 000 nicht genügen. Jedenfalls bitten wir Sie, doch die 100 000 anzunehmen und sich nicht bei den Erklärungen zu begnügen, die nach Seite 15 des schriftlichen Berichts hierzu der Regierungsvertreter abgegeben hat. Er hat da gesagt,

> daß bei der weit vorgeschrittenen Organisierung des Volkes in Parteien und Berufsgruppen die Möglichkeit zur Einbringung von Initiativen bei hunderttausend Unterschriften ebenso leicht sei wie

(B) bei 5000.

Das ist denn doch wohl nicht richtig. 100 000 zusammenzubringen, ist wohl wesentlich schwerer. 5000 bringen Sie, wie gesagt, für jede Sache in Berlin allein zusammen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Nun heißt es weiter:

> Man werde natürlich auch in Deutschland zunächst mit zahlreichen Initiativen rechnen müssen, sehr bald aber würden die Parteien und Organisationen erkennen, daß nur große, das ganze Volk bewegende Fragen alle Schwierigkeiten des Zulassungs- und Eintragungsverfahrens überwinden könnten.

Nun, so optimistisch sind wir allerdings nicht, daß wir glauben, daß man von selbst davon abkommen werde, Volksentscheide für Dinge zu verlangen, die keine Aussicht haben. Da berücksichtigt man doch die Verhältnisse bei uns zu wenig.

Man soll auch nicht einwenden, daß ja die Antragsteller die **Eintragungslisten** den Gemeinden zuzustellen haben, daß sie also die Eintragungslisten auf ihre Kosten herzustellen haben. Das genügt auch nicht. Wir wollen überhaupt nicht, daß wegen 5000 Unterschriften der große Apparat in Bewegung gesetzt wird, daß wegen 5000 Unterschriften alle Gemeinden im ganzen Deutschen Reich wochenlang Listen auslegen lassen müssen. Es hat ja auch nicht bei der Auslegung sein Bewenden, sondern nach den Vorschriften des Gesetzes in den späteren Paragraphen muß jedesmal, wenn einer kommt und sich eintragen will, erst nachgesehen werden, ob er eintragungsberechtigt ist. Das verursacht sehr viel Arbeit für die Behörden. Wir halten es deshalb für unbedingt erforderlich, daß wir die Volksinitiative nicht so leicht machen. Ist es eine wirklich große Sache, dann werden die 100 000 Unterschriften auch zusammengebracht. Wir fürchten aber, daß 5000 (C) zusammengebracht würden auch für Dinge, die ganz absurd erscheinen, und so bitten wir Sie, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Die Sache liegt nicht ganz so, daß durch 5000 Unterschriften der große Apparat des Volksentscheids in Bewegung gesetzt werden könnte; denn es handelt sich hier nur um das **Volksbegehren**. Ich darf vielleicht kurz in Erinnerung bringen, wie sich die Sache abspielt. Für den **Zulassungsantrag** sind nach dem Regierungsentwurf und nach den Beschlüssen des Ausschusses 5000 Stimmen gefordert. Erst wenn diesem Zulassungsantrag stattgegeben ist, kommt das Volksbegehren, das aber in dem Falle, von dem der Herr Abgeordnete Brodauf sprach, ein Zehntel aller Stimmberechtigten, also über drei Millionen Stimmen, erfordert. Dann erst kommt die Frage des Volksentscheids. In Wirklichkeit handelt es sich um drei Abstimmungen, und damit ist, glaube ich, für einen Mißbrauch des Volksbegehrens ein ausreichender Riegel vorgeschoben. Wenn 5000 Stimmen — was gewiß leicht möglich ist — zum Zweck der Zulassung des Volksbegehrens zusammengebracht werden, so ist damit gar nichts erreicht, als daß nunmehr die Antragsteller an alle deutschen Gemeinden Listen versenden können, die sie selbst werden drucken und herstellen lassen und auf ihre eignen Kosten versenden müssen. Erst wenn sie das getan haben, kann das Volksbegehren überhaupt durchgeführt werden. Tatsächlich ist die Herstellung und Versendung der Listen für die vielen Tausende von Gemeinden doch keine solche Kleinigkeit, sondern bedeutet immerhin einen Aufwand, (D) der vielfach von dem Antrage auf Zulassung des Volksbegehrens abschrecken wird.

Wenn dann weiter gesagt wird, es sei leicht, für eine Sache 5000 **Unterschriften** zusammenzubringen, so ist das richtig. Nicht leicht aber wird es sein, die 3 Millionen zusammenzubringen, die für ein Volksbegehren erforderlich sind. Solange sich aber nicht über 3 Millionen in die Liste eingetragen haben, kann ein Volksentscheid überhaupt nicht stattfinden. Ich glaube daher, daß hier tatsächlich alle erforderlichen Vorkehrungen gegen Mißbrauch getroffen worden sind. Nehmen wir aber einmal an, es würden wirklich nur 5000 Antragsteller ein Volksbegehren durchzuführen suchen, sie würden die ganzen Kosten tragen, die Listen drucken lassen und alle Gemeinden versenden und dort auflegen lassen: wenn hinter den 5000 weiter nichts steht, ist das Volksbegehren sofort abgelehnt; es fällt durch und wird gar keine weiteren Folgen haben. Die Antragsteller werden sich, glaube ich, ein zweites Mal sehr wohl überlegen, ob sie diesen Riesenaufwand ohne jede Aussicht auf Erfolg noch einmal durchführen, und andere Antragsfreudige werden daraus die nötigen Folgerungen ziehen. Ich möchte also annehmen, daß nach dem Gesetzentwurf bereits genügend Sicherheiten gegen einen Mißbrauch des Volksbegehrens geschaffen sind.

Die Reichsregierung war sich ganz klar darüber, daß die Ziffer von 5000 als willkürlich bezeichnet werden kann. Man hätte ebensowohl 10 000 oder 20 000 sagen können; denn in Wirklichkeit wird sich ein Volksbegehren nur in der Weise abspielen, daß größere Parteien, größere Gemeinschaften oder Vereinigungen die Zulassung beantragen. Daß 5000 Menschen ein derartiges Volksbegehren anregen, wird in der Praxis kaum vorkommen, und darum legt die Reichsregierung den Hauptwert auf die weitere Bestimmung, daß, wenn Vereinigungen, die

(Freiherr **v. Welser**, Abgeordneter.)

(A) nachweisen, daß sie die Unterstützung von 100 000 Mitgliedern besitzen, den Antrag stellen, überhaupt nach der Zahl der Unterzeichneten nicht gefragt wird. Das wird der normale Weg zum Volksbegehren sein. Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Sachsen).

Schmidt (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir sind uns nicht im Unklaren darüber, daß das Gesetz anfänglich allerlei Narrheiten bringen wird. Das haben wir auch in der Schweiz, dem klassischen Lande des Referendums, erlebt. Aber wie dort, so hoffen wir, daß auch bei uns in Deutschland das Volk sich selbst erziehen wird. Der Antrag wird nicht so oft gestellt werden, schon weil die Kosten zu hoch sind. Die Parteien haben bekanntlich die Drucksachen an alle Gemeinden auf eigene Kosten zu versenden, und es ist ganz ausgeschlossen, daß eine Partei daran so leicht herangeht.

Aber davon abgesehen, hat der Antrag Brodauf sehr wenig mit Demokratie zu tun, wie ich ganz besonders betonen möchte. Er macht das **Volksbegehren** geradezu unmöglich, wenn er angenommen wird. Das wird die Folge dieses Antrages sein. Bedenken Sie immer, daß es sich lediglich um den **Zulassungsantrag** handelt, der gestellt werden soll, nicht zu verwechseln mit dem Volksentscheid, der herbeigeführt werden soll. Von dem Zulassungsantrag allein ist hier die Rede, und ich bitte deshalb, Herrn Brodauf ebenso wie im Ausschuß mit seinem Antrage allein zu lassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter: Was die letzte Bemerkung (B) des Herrn Schmidt angeht, so ist allerdings meine Partei im Ausschuß mit diesem Antrag allein geblieben; nicht richtig ist aber, daß ich damit allein geblieben sei. Hinter diesem Antrag steht meine Fraktion. Es waren im Ausschuß von meiner Seite noch weitergehende Abänderungen der Vorlage beantragt worden, die ihren guten Grund hatten. Auf diese kommen wir hierbei nicht zurück. Aber diesen Antrag müssen wir auch nach den Darlegungen des Herrn Regierungsvertreters aufrechterhalten.

Der Herr Regierungsvertreter sagt, durch die Unterschriften werde der Apparat des Volksentscheids noch gar nicht in Bewegung gesetzt. Das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe aber gesagt, schon das Volksbegehren soll man nicht in Bewegung setzen, weil es den Behörden ebenfalls außerordentlich viel Arbeit verursacht, indem nicht etwa bloß die Listen auszulegen sind, sondern die Behörden auch nachzusehen haben, ob jeder einzelne, der sich einzutragen wünscht, auch eintragungsberechtigt ist.

Nun noch kurz zu der Bemerkung des Herrn Schmidt, der Antrag habe wenig mit **Demokratie** zu tun! So fassen wir allerdings die Demokratie nicht auf, daß schon die — bei einer Gesamtzahl unserer Bevölkerung von 60 Millionen — verschwindend kleine Zahl von 5000 Personen den Antrag auf Volksentscheid müßte stellen können. Aber wir meinen, es schadet der Demokratie, wenn die **Volksinitiative** kommt. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß das Volksbegehren erst in Lauf gesetzt wird, wenn eine wirklich nennenswerte Zahl von Staatsbürgern die Initiative ergreift,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

und das ist bei 5000 noch nicht der Fall.

Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu § 27 liegen nicht vor.

Da der Antrag Brodauf erst in einiger Zeit zur (C) Verteilung gelangen kann, möchte ich jetzt die Beratung abbrechen und zur namentlichen Abstimmung übergehen. Ich mache aber im voraus darauf aufmerksam, daß wir nachher noch über drei weitere Gesetze mit der qualifizierten Mehrheit entscheiden müssen, die die Verfassung vorschreibt. Eine dieser Abstimmungen wird sofort nach der namentlichen Abstimmung vorgenommen werden.

Wir kommen zur

namentliche Abstimmung über den Antrag Hergt und Genossen zu der Interpellation Bruhn, v. Gallwitz und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten (Nr. 2254 der Drucksachen).

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Hergt zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abgeben zu wollen.

Für solche, welche keine Karten zur Hand haben, liegen Karten ohne Namen auf dem Tisch des Hauses aus.

Ich bitte die Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Diejenigen Damen und Herren, welche noch nicht abgestimmt haben, werden gebeten, ihre Karten hier heraufzubringen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Es sind im ganzen 322 Karten abgegeben, davon mit Ja 67, mit Nein 210; 45 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Im mache darauf aufmerksam, daß wir gleich wieder eine Abstimmung vorzunehmen haben.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Ab- (D) geordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter: Die Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Parteien hat zu der erfolgten Abstimmung zu erklären:

Die Kommunistische Fraktion stimmte deshalb für das Mißtrauensvotum, weil die Regierung den Reichstagsbeschluß vom 11. Mai 1921, betreffend Ergänzungsprüfung, mißachtet und dadurch gegen die Reichsverfassung verstoßen hat, nicht aber, um die demagogische Parteiagitation der Deutschnationalen bei den Beamten zu unterstützen.

(Lachen.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Gesamtabstimmung über das Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetz in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle fest, daß das Haus die Vorlage angenommen hat, und zwar mit der verfassungsmäßig vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit.

Wir haben noch abzustimmen über die Petition nach dem Antrage Nr. 1930 unter III. — Angenommen.

Wir setzen nunmehr die Beratung über das Gesetz betreffend den Volksentscheid fort.

Es ist zunächst abzustimmen über den Antrag Brodauf auf Drucksache Nr. 2270, der dem § 27 eine andere Fassung geben will. Ich bitte diejenigen Damen und

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 4086.

(Präsident.)

(A) Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich darf annehmen, daß der § 27 in der Fassung des Ausschusses angenommen ist.

Ich rufe auf §§ 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36a, — 36b, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43, — 44, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Meine Damen und Herren! Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch die

dritte Beratung

dieses Gesetzentwurfs vornehmen. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf §§ 1, — 1a, — 1b, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 6b, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36a, — 36b, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43, — 44, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle auch hier fest, daß der Gesetzentwurf bei mehr als Zweidrittelanwesenheit der Abgeordneten mit der vorgeschriebenen Mehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tages-

(B) ordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Beschränkung des Luftfahrzeugbaus (Nr. 2158 der Drucksachen).

Bericht des 9. Ausschusses (Nr. 2246 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Reichert.

Ich eröffne die Beratung über den § 1 — und erkläre denselben für angenommen. Ich rufe auf §§ 2, — 2a, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Nunmehr hat der Ausschuß noch eine Entschließung auf Drucksache Nr. 2246 beantragt:

> Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, die Entschädigung möglichst im Wege des Vertrages mit den Unternehmungen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten festzulegen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die Petition — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch hier in die

dritte Beratung

eintreten. —

Ich eröffne die allgemeine Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf §§ 1, — 2, — 2a, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem (C) Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Ich darf auch annehmen, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses, die Petition für erledigt zu erklären, zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zehnten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung (Nr. 1401 der Drucksachen).

Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (Nr. 1906 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Eggerstedt.

Als Kommissare sind angemeldet:

Ministerialdirektor v. Stockhammer,
Ministerialdirektor Denhard,
Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Rühe,
Ministerialrat Geheimer Finanzrat Wapenhensch,
Ober-Regierungsrat Kolbe,
Regierungsrat Woothke.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Ristau.

Ristau, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir sind gegen die Verschärfung der Bestimmungen durch das Gesetz, wie es uns hier vorliegt. Gewiß halten auch wir es für besser, wenn den Beamten zur Durchführung der Vorschriften und Instruktionen Gesetzesnormen zu Gebote stehen, als daß sie unkontrollierbare Instruktionen von vorgesetzten Dienstbehörden bekommen.

Wir halten aber den vorliegenden Gesetzentwurf mit (D) seinen verschärften Bestimmungen für sehr gefährlich. Er birgt vor allen Dingen für die **Grenzbevölkerung** große Gefahren in sich. Wir wissen, daß besonders der kleine **Schmuggel** sich in den Grenzgebieten wesentlich verstärkt hat, vor allem durch die vermehrte Not des Volkes, wie sie als Folge des Krieges eingetreten ist. Die Grenzbewohner, vor allen Dingen die an der sächsisch-böhmischen Grenze, sind, wie ich aus eigener Anschauung weiß, auf diesen kleinen Schmuggel mit Lebensmitteln angewiesen. Je größer nun die Steuerbelastung des Volkes und je stärker besonders die Belastung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung wird, desto mehr wird gerade dieser Teil der Bevölkerung an der Grenze in gewisser Weise darauf angewiesen sein, sich auf dem Wege des kleinen Schmuggels Lebensmittel jenseits der Grenze zu beschaffen. Der Schmuggel wird also, je größer die Not des Volkes wird, um so stärker in die Erscheinung treten. So ist es ohne weiteres klar, daß die Opfer der scharfen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs vor allen Dingen diejenigen Kreise des Volkes sein werden, die durch die Not zum Schmuggel getrieben werden. Auf den „kleinen Grenzverkehr", wie ich es nennen möchte, sind große Teile der Grenzbevölkerung angewiesen. Aber gerade jener Teil der Bevölkerung, der diesen kleinen Grenzschmuggel betreibt, ist sicherlich ungefährlich, da von einer Waffenbenutzung dieser Art Grenzschmuggel nicht die Rede sein kann.

Ich wende mich also namens meiner Fraktion gegen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, vor allen Dingen soweit sie den § 1 betreffen. Wir stimmen eventuell dem Antrage Radbruch zu, weil wir darin immerhin eine kleine Verbesserung sehen, wenngleich uns, wie ich schon sagte, der ganze Gesetzentwurf durchaus nicht zusagt. Ich möchte besonders auf die Gefährlichkeit dieser Bestimmungen in

(**Ristau**, Abgeordneter.)

(A) § 1 hinweisen. Bei der Psyche des Durchschnittsmenschen, der einen 4½jährigen Massenmord hinter sich hat, sind die Bestimmungen ganz besonders gefährlich, und wir sind der Meinung, daß der Roheiten schon allzu viele sind, die wir Tag für Tag im täglichen Leben konstatieren können. Die Flinte geht nur allzu leicht los, wie wir das ja als ständige Erscheinung sehen. Wenn es sich hier lediglich um die Wahrung der Staatsautorität handelt, dann sollte man doch mit der Fassung solcher Bestimmungen sehr vorsichtig sein und alles vermeiden, womit man leichtfertig Menschenleben aufs Spiel setzen könnte.

Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß der **kleine Schmuggel mit Lebensmitteln** vielfach auch durch **Kinder** geschieht, und es ist eine bekannte Erscheinung, daß Kinder beim Anruf der Grenzbeamten keineswegs still stehen, sondern daß sie flüchten. In einem solchen Falle laufen dann die Kinder Gefahr, von den Grenzbeamten erschossen zu werden. Das kann unmöglich gesetzlich etwa noch sanktioniert werden.

Es ist auch bekannt, daß die **Überwachungsbeamten in den Grenzbezirken,** namentlich wenn neue Beamte an die Grenze versetzt werden, im Anfang ganz besonders scharf vorgehen. Wenn nun scharfe Gesetzesbestimmungen vorliegen, so ist natürlich jeder Beamte auf Grund seines Diensteides verpflichtet, diese Bestimmungen zu beobachten. Es besteht also vor allen Dingen bei den Grenzbewohnern die große Gefahr, auch bei der geringfügigsten Sache über den Haufen geschossen zu werden. Gewiß muß auch den Beamten, die den schweren Dienst an der Grenze auszuüben haben, die die Überwachung des Schmuggels als ihre Pflicht übernommen haben, Schutz zugebilligt werden. Deshalb wollen wir ihnen ja auch durchaus gesetzlich das Recht der Notwehr zugestehen. Sie sollen schließlich, wie das im Antrag Radbruch zur Geltung
(B) kommt, durchaus nicht allgemein das Recht haben, bei einem Fluchtversuch von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, wenn sie vorher den Waffengebrauch angedroht haben.

Im Grunde genommen wenden wir uns also gegen den § 1 in seiner gesamten Fassung, würden aber eventuell dem Antrag Radbruch zustimmen. Das Gesetz selbst lehnen wir in vorliegender Fassung ab.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir wünschen, dem Grenzaufsichtspersonal bei seinem schweren Dienst allen nötigen Schutz zu teil werden zu lassen. Aber wir haben gegen die Fassung dieses Gesetzes doch die allerschwersten Bedenken, und zwar gerade in dem Punkt, auf den sich auch die Ausführungen des Herrn Vorredners bezogen haben: gegen den **Waffengebrauch bei Fluchtversuchen.** In dieser Beziehung bleibt der Entwurf sogar hinter dem bisherigen Rechtszustand zurück. Das heute geltende preußische Gesetz von 1834 knüpfte den Waffengebrauch bei Fluchtversuchen an außerordentlich erschwerende Bedingungen. Nur außerhalb bewohnter Orte oder eer Landstraße soll von der Waffe Gebrauch gemacht werden, nur gegen mindestens zwei Personen, nur bei Nachtzeit, oder wenn die Schmuggler Gepäck oder Ladung bei sich führen, nur nach zweimaligem Anruf und nur, wenn zwei Beamte beieinander sind. Dagegen läßt § 1 des Entwurfs zur Anhaltung von Personen, welche sich der Befolgung der in rechtmäßiger Dienstausübung getroffenen Anordnungen durch die Flucht zu entziehen versuchen, immer den Waffengebrauch zu, auch wenn es sich um eine noch so geringfügige Angelegenheit wie etwa den **Schmuggel von Lebensmitteln durch Frauen und Kinder** handelt. Unser erster Antrag geht deshalb dahin, bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen den Waffengebrauch auszuschließen. (C)

Ferner haben wir im Anschluß an die darin sogar mildere Vorschrift für den militärischen Waffengebrauch in § 2 vorgeschlagen, den Waffengebrauch gegen fliehende Festgenommene nur dann zuzulassen, wenn er ihnen angedroht war.

Unsere schwersten Bedenken richten sich aber gegen § 3 in seinem ersten Absatz. Da heißt es:

> Der **Waffengebrauch** darf nicht weiter ausgedehnt werden, als **zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes** erforderlich ist.

Diese Fassung ist fast wörtlich aus der Dienstvorschrift über den militärischen Waffengebrauch vom 19. März 1914 übernommen. Dort lautet sie:

> Das Militär hat von seinen Waffen nur insoweit Gebrauch zu machen, als zur Erreichung der vorstehend angegebenen Zwecke erforderlich ist.

Damit ist gesagt, daß nur das Maß des Waffengebrauches erforderlich zu sein braucht, der Waffengebrauch selbst aber nicht erforderlich zu sein braucht, vielmehr auch dann zulässig ist, wenn andere Mittel zu demselben Zweck führen würden. Ich führe den Beweis durch Hinweis auf den Kommentar zu dieser militärischen Dienstvorschrift von Romen nnd Rissom, in dem folgende Sätze stehen, die ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlese:

> Der Sinn obiger Vorschrift ist keineswegs der, daß der Gebrauch der Waffen erst zulässig sei, wenn andere Mittel, z. B. Gebrauch vereinter Körperkraft, Benutzung stumpfer Werkzeuge, nicht zum Ziele führen.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Gewiß ist die Anwendung solcher leichterer Mittel nicht verboten.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Sie kann auch, z. B. Kindern und Frauen, (D) leichteren Angriffen stark Betrunkener gegenüber gelegentlich angemessen sein.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Aber eine Verpflichtung des Militärs, sich auf Ringkämpfe usw. einzulassen, besteht nicht.

Das ist die verhängnisvolle Vorschrift und die verhängnisvolle Auffassung, durch die so viel Blut geflossen ist

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und die wir in dieses Gesetz nicht aufnehmen und in ihm nicht erweitern und verewigen wollen.

Wir wünschen im Gegenteil — und haben dem in der vom Ausschuß angenommenen Entschließung Ausdruck gegeben —, daß die gesamten militärischen wie zivilen Bestimmungen über den Waffengebrauch einer eingehenden Revision und einer zusammenfassenden reichsrechtlichen Regelung unterzogen werden. Es herrscht hier ein schier unglaublicher Rechtszustand, nicht nur eine **landesrechtliche Rechtszersplitterung,** sondern auch eine vollkommene **Veraltung des Rechtszustandes.** Ich mache darauf aufmerksam, daß in Preußen für den Waffengebrauch die folgenden Bestimmungen gelten: für die Gendarmerie die Instruktion von 1820, für die Grenzaufsichtsbeamten das Gesetz von 1834, das durch diesen Entwurf ersetzt werden soll, für das Militär das Gesetz von 1837, das in der Allerhöchsten Dienstvorschrift von 1914 erneut dargestellt ist, aber seine Geltung bewahrt hat, und für Jagdbeamte ein Gesetz von 1837.

Wir wünschen, daß wiederholten Wünschen auf Regelung des Waffengebrauchs, denen ja auch bei dem Etat des Reichswehrministers durch eine Entschließung Ausdruck gegeben worden ist, endlich Rechnung getragen wird und daß dadurch der Wiederholung von Fällen wie des Falls Sült endlich vorgebeugt wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Weitere Wortmeldungen zum § 1 liegen nicht vor.

Es liegen zwei Anträge vor, meine Damen und Herren, erstens ein Antrag Rosenfeld-Ristau, Ziff. 3 zu streichen, das heißt also, den Paragraphen, der den Waffengebrauch gegen Flüchtende zuläßt, zu streichen; dann liegt auf Drucksache Nr. 2260 der Antrag Radbruch vor, im Falle, daß der Absatz nicht gestrichen wird, den Zusatz zu machen:

> Bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden.

Ich bitte zunächst diejenigen Damen und Herren, welche mit den Abgeordneten Rosenfeld und Ristau die Ziff. 3 streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen, welche nach dem Antrag Radbruch den Zusatz machen wollen:

> Bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden — sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Die Gegenprobe erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche dem § 1 in der alten Fassung ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Ich rufe auf § 2. Hier liegt ein Antrag Radbruch vor, dem Paragraphen einen dritten Absatz hinzuzufügen. Wer mit dem Abgeordneten Radbruch entsprechend dem Antrag auf Drucksache Nr. 2260 dem § 2 einen neuen (B) Absatz hinzufügen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich darf annehmen, daß der § 2 in der alten Fassung angenommen ist, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Ich rufe auf § 3. Hier liegt ebenfalls auf Drucksache 2260 ein Antrag vor, welcher dem § 3 Abs. 1 eine andere Fassung geben will:

> Der Waffengebrauch ist nur zulässig, wenn und so weit es zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich ist.

Wer diesem Abänderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist auch die Minderheit; er ist abgelehnt. Der § 3 ist in der Fassung der Vorlage angenommen.

Ich rufe auf § 4, — § 5, — Einleitung und Überschrift, — ferner die Entschließung, die der Ausschuß dazu gefaßt hat. — Entschließung, Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Meine Damen und Herren! Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir auch die dritte Lesung vornehmen.

(Zuruf links: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Herren! Nachdem die Mehrheit dieses Hauses alle Anträge abgelehnt hat, die den Zweck hatten, dem Schießen auf Fliehende ein Ende zu machen, nachdem Beschlüsse gefaßt wurden, die nur damit zu erklären sind, daß man denjenigen Vorschub leisten will, die weiter morden wollen,

(große Unruhe und Zurufe rechts)

erheben wir Widerspruch gegen die Vornahme der dritten Lesung, weil wir den Versuch machen wollen, doch noch (C) bis zur dritten Lesung einige Abgeordnete der Mehrheit für den Gedanken zu gewinnen, daß es höchste Zeit ist, dem Ermorden derjenigen, die verhaftet sind, dem Erschießen Fliehender ein Ende zu machen.

(Andauernde große Unruhe, Lachen und Zurufe rechts.)

Präsident: Die dritte Lesung kann, da Widerspruch erhoben ist, heute nicht stattfinden. Sie wird auf eine der späteren Tagesordnungen gesetzt werden.

Wir kommen zum 11. Gegenstand der Tagesordnung zur

> **zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof**
> (Nr. 713 der Drucksachen).
> Bericht des 20. Ausschusses auf Nr. 1592 der Drucksachen.
> Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Gradnauer.

Als Kommissar ist weiter gemeldet der Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Zweigert.

Ich eröffne die Beratung über § 1. — Der Berichterstatter verzichtet. Wünscht jemand zu § 1 das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Hier liegt ein Antrag auf Drucksache 1912 Ziff. 1 Aberhold und Genossen vor:

> dem § 1 folgenden Zusatz zu geben: Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden vom Reichstag gewählt.

Wer diesem Antrag Aberhold zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. Der § 1 ist, wenn ich keinen Widerspruch höre, in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Ich rufe auf § 2. Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch. (D)

Dr. **Radbruch,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unser Antrag auf Nr. 1907 zu § 2 hat nicht etwa den Sinn, zu bewirken, daß auch bloße **Dienstpflichtverletzungen** dem Staatsgerichtshof unterstellt werden. Wir sind nämlich der Meinung, daß das schon nach der heutigen Fassung der Reichsverfassung ohne weiteres der Fall ist. Wenn die Reichsverfassung bestimmt, daß die Anklage vor dem Staatsgerichtshof zulässig ist bei allen Gesetzes- und Verfassungsverletzungen des Präsidenten, des Reichskanzlers, der Minister, so sind unter diesen Gesetzesverletzungen auch die Dienstpflichtverletzungen mit begriffen. Jede Pflichtverletzung ist zugleich auch eine Gesetzesverletzung, sei es auch nur eine Verletzung jener allgemeinsten Bestimmungen über die Rechtstellung des Reichskanzlers, der Minister und des Präsidenten, wie sie sich in Art. 42 und Art. 56 der Reichsverfassung finden.

Wir haben mit unserem Antrage zu § 2 eine andere Absicht im Auge. Wir wollen die **Gerichtsbarkeit des Staatsgerichtshofs** über die Minister und den Reichspräsidenten hinaus erstrecken auf alle Reichs- und Staatsbeamten und alle Militärs, die in Schicksalsstunden des Reiches dessen Geschicke tatsächlich, sei es auch ohne staatsrechtliche Verantwortung, zu bestimmen in der Lage sind oder in der Lage waren. Insbesondere wird sich diese Vorschrift erstrecken auf die sogenannten **Kriegsschuldigen,** auf diejenigen, die an dem Ausbruch, an der Verlängerung und an dem Verlust des Krieges die Schuld tragen. Der Entwurf, der uns vorliegt, ist ja ursprünglich gerade der Absicht entsprungen, die Kriegsschuldigen einem gerichtlichen Verfahren zu unterstellen, und wir sind nicht gewillt, diesen Gedanken sang- und klanglos zu begraben. Die Schuldfrage ist ein Giftstoff, der unsere politische Atmosphäre verpestet, und wir wollen, daß alles Menschen-

(Dr. **Radbruch**, Abgeordneter.)

(A) mögliche geschieht, um die Atmosphäre zu reinigen. Freilich: ein Strafgesetz darf keine Rückwirkung haben. Aber dieses Gesetz hat ja strafrechtlichen Inhalt auch nur insoweit, als es die Strafe des Amtsverlustes vorsieht, und insoweit wird ihm die **rückwirkende Kraft** durch die allgemeine Verfassungsbestimmung, die Strafgesetzen die rückwirkende Kraft abspricht, genommen, so daß auch dieses Bedenken damit ausgeräumt ist.

Unser zweiter Antrag, den ich vielleicht sofort bei dieser Gelegenheit mit begründen darf, bezieht sich auf die **Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs** bei Ministeranklagen. Der Entwurf sieht hier vor eine Mischung von Richtern kraft Amtes und von Richtern kraft Wahl. Der Antrag der Unabhängigen Partei sieht lediglich Richter kraft Wahl vor, ein deutschnationaler Antrag lediglich Richter kraft Amtes. Wir wollen wie die Unabhängigen lediglich Richter kraft Wahl, aber zum Unterschied von ihnen auch vom Reichsrat gewählte Mitglieder und auch solche, die Juristen sein müssen. Unser Standpunkt gründet sich auf folgende Erwägung. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß in allen politischen und sozialen Angelegenheiten das, was man etwa Gerechtigkeit nennen könnte, nicht über den Parteien liegt, sondern zwischen den Parteien, nichts ist als die mittlere Diagonale zwischen den kämpfenden Parteimeinungen, und alles, was man in solchen Fällen für die Gerechtigkeit tun kann, ist eine gerechte Mischung der Parteimeinungen.

Der Antrag, den wir auf Nr. 1907 unter Nr. 4 gestellt haben, zu bestimmen, daß der Staatsgerichtshof im **Namen des „Deutschen Volkes"** — nicht im Namen des „Deutschen Reiches" — Recht spricht, könnte als eine bloße Äußerlichkeit erscheinen, und wir sind darauf gefaßt, daß man, wie im Ausschuß, von rechts her uns erwidern wird, es sei ein Schönheitsfehler, den Staatsgerichtshof im Namen des Volkes Recht sprechen zu lassen, während

(B) doch sonst überall im Namen des Reichs kontrahiert und judiziert werde, und man wird ein sehr harmlos verständnisloses Gesicht dabei machen. Ich bin der Meinung, wir können von den Herren von der Rechten etwas lernen,

(sehr richtig! rechts)

etwas lernen über den politischen Formensinn. Die Herren auf der Rechten wissen ganz genau, daß hundert Fahnen ein viel besserer staatsbürgerlicher Unterricht über die politischen Machtverhältnisse sind als hundert Exemplare der Reichsverfassung. Wir wollen von ihnen lernen, die schwarz-rot-goldene Fahne der Volkssouveränität zu zeigen, wo es irgend möglich ist. Wir wünschen, sie auch in dieser Bestimmung zu zeigen. Wir hoffen, daß diejenigen Parteien, die dazu verholfen haben, daß in dem Wehrmachtgesetz von einer „Wehrmacht der deutschen Republik" die Rede ist, auch diesem Antrag zustimmen werden.

Der Antrag der Deutschnationalen über die **Beeidigung der Richter des Staatsgerichtshofs** hat in seinem Grundgedanken unseren Beifall. Wir haben uns dennoch genötigt gesehen, einen entsprechenden Antrag auch unsererseits zu stellen, weil wir von jenem Antrag in drei Richtungen abweichen. Erstens wünschen wir, daß auch die Berufsrichter, die ja zum großen Teil alle nicht Reichsrichter sind, in ihrer neuen Funktion beeidigt werden. Zweitens erscheint es uns nicht würdig, in diesem großen politischen Gesetze bei dem Eid der Richter des Staatsgerichtshofs auf den Eid der Schöffen zu verweisen. Wir haben die Eidesnorm deshalb in dieses Gesetz selbst aufnehmen wollen. Und schließlich wünschen wir auch die Fassung der Eidesformel in einer Gestalt, die diese Eidesformel ohne Gewissensbedenken allen Volksgenossen in gleicher Weise zugänglich macht.

Schließlich darf ich zum Berichte im Einverständnis mit dem Herrn Berichterstatter eine Bemerkung machen. Ich möchte dem Mißverständnis vorbeugen, als sei der (C) § 14 über die **Ablehnbarkeit der Richter** aus sachlichen Gründen gestrichen worden. Der § 14 ist lediglich aus redaktionellen Gründen gestrichen, lediglich weil er durch den jetzigen § 6 des Entwurfs erledigt ist. Sachlich wird an der Ablehnbarkeit der Richter dadurch nichts geändert.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zum § 2 liegen nicht vor. Wir kommen also zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche mit dem Abgeordneten Müller (Franken) dem § 2 einen neuen Absatz hinzufügen wollen, wie er auf Drucksache Nr. 1907 Ziff. 1 angeführt ist, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt und damit der § 2 in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 3. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

Graef (Thüringen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der von uns auf Nr. 1875 gestellte Antrag ist von meiner Partei bereits im Ausschuß gestellt, damals allerdings leider abgelehnt worden. Wir haben ihn heute wieder eingebracht, nicht etwa deshalb, weil wir uns der Hoffnung hingeben, als ob sich im Plenum ein wesentlicher Gesinnungsumschwung auf seiten derjenigen zeigen könnte, die den Antrag abelehnt haben, als vielmehr deshalb, weil der Grundgedanke der darin behandelnden Frage eine große grundsätzliche Bedeutung hat.

Es handelt bei § 3 der Vorlage um die Frage, wie der **Staatsgerichtshof**, der über die Verfassungs- und Gesetzesverletzungen nach Art. 59 der Reichsverfassung zu urteilen hat, **zusammengesetzt** sein soll. Das ist in der Tat für uns eine überaus wichtige grundsätzliche politische Frage. Wenn wir uns Rechenschaft ablegen sollen, ob wir einen Teil der Richter nach politischen Gesichtspunkten auswählen dürfen, so (D) müssen wir uns zunächst darüber klar sein, welches die Aufgaben dieses Teiles des Staatsgerichtshofes sind. Es handelt sich da zunächst, wie bereits bemerkt, um Verfassungsverletzungen, weiterhin aber auch um Gesetzesverletzungen schlechthin, um die Verletzungen irgendeines Reichsgesetzes. Die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und der Minister usw. kommt ja bekanntlich in diesem Gesetzentwurf nicht in Frage, weil sie anderweitig geregelt ist. Es handelt sich auch keineswegs etwa ausschließlich um eine kriminelle Verantwortlichkeit, die hier geregelt werden soll. Sie sehen aus dem Gesetzentwurf, daß die Tätigkeit der Strafgerichte, soweit es sich um strafbare Handlungen handelt, von diesem Entwurf völlig unberührt bleibt. Die Tätigkeit der Strafgerichte konkurriert vielmehr mit dem Staatsgerichtshof.

Darf ich in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß es ja auch nicht die **Aufgabe dieses Staatsgerichtshofes** ist, einem Angeklagten, der verurteilt wird, eine Strafe aufzuerlegen, sondern daß er seine Tätigkeit darauf zu beschränken hat, festzustellen, ob eine Gesetzesverletzung oder eine Verfassungsverletzung vorliegt.

(Sehr richtig! rechts.)

Dies vorausgeschickt, meine Damen und Herren, legen wir uns die Frage vor: wie muß die **Richtermischung** beschaffen sein, wenn sie eine möglichst sachgemäße und unparteiische Rechtsprechung für diese Aufgaben gewährleisten soll? Nach den Beschlüssen der Kommission soll ein Drittel der Richter dem Berufsrichterstande angehören, wobei jetzt allerdings die Einschränkung gemacht ist, daß auf fünf Berufsrichter ein Anwalt entfallen soll, und daß zwei Drittel, also die große Mehrheit der Richter, durch den Reichstag und den Reichsrat gewählt werden sollen. Diese zwei Drittel

(**Graef** [Thüringen], Abgeordneter.)

(A) sollen sich also lediglich nach politischen Gesichtspunkten zusammensetzen. Hier liegt der Angelpunkt des § 3. Es soll also hier ein **politisches Gericht** geschaffen werden, und ich muß namens meiner Freunde gegen diese Absicht Verwahrung einlegen. Wir haben gegen politische Gerichtshöfe einen unüberwindlichen Abscheu und können deshalb diesem Paragraphen nicht zustimmen. Wir wünschen nicht, daß ein Spruch eines höchsten Gerichtshofs auch nur den Schein erwecken könnte, als sei er bestimmt durch politische Motive.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb setzen wir uns auch heute wieder mit Nachdruck dafür ein, daß die Richter nicht durch politische Körperschaften gewählt werden dürfen.

Wenn wir uns nun fragen, wie die **Wahl** dieser politischen Richter wohl zustande kommen könnte, so müssen wir einen Blick in die Verhandluugen des Ausschusses werfen, weil diese Verhandlungen einigermaßen den Schleier über die Absichten gelüftet haben, die möglicherweise mit diesem Wahlrecht verfolgt werden können. Ich habe im Ausschuß das Bedenken geäußert, daß, wenn der Ausschuß nach einer Neuwahl, nach seinem Zusammentritt diese politischen Richter wählen würde, unter Umständen die Mehrheit, die den Sieg bei den Wahlen davongetragen hat, die Richter ausschließlich aus der neuen Mehrheit wählen könnte. Ein Mitglied des Ausschusses, das jetzt dem Reichstag nicht mehr angehört, hat auf meine Einwendungen hin den Schleier, wie gesagt, etwas gelüftet, indem er sagte: selbstverständlich wird die Mehrheit, die aus den Wahlen hervorgeht, die 10 Richter aus ihrer eigenen Mehrheit wählen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir müssen also damit rechnen, daß namentlich, wenn die Erregung eines Wahlkampfes, der mit großer Heftigkeit geführt worden ist, noch nachzittert, unter dem unmittel-
(B) baren Eindruck eines solchen Wahlkampfes eine Wahl zustande kommt, die einseitig ist, die lediglich den Interessen der neuen Mehrheit Rechnung trägt, nicht aber den Interessen der unterlegenen Minderheit.

Nun, meine Herren, denken Sie sich in die Lage eines Ministers, eines Reichskanzlers, der von der Mehrheit des neugewählten Reichstags unter Anklage gestellt wird. Welches Vertrauen soll ein solcher Beschuldigter zu einem solchen Gerichtshof haben, bei dem er in der Sitzung, in der seine Straftat abgeurteit werden soll, sich von vornherein einer Mehrheit von Richtern gegenübersieht, die seine politische Weltanschauung nicht teilen, sondern deren Weltanschauung der seinigen entgegengesetzt ist?

(Sehr richtig! rechts.)

Noch eins: Ich habe bereits in der ersten Lesung darauf hingewiesen, daß dem **Reichstag** auch das **Anklagemonopol** zusteht. Wo in aller Welt ist es schon dagewesen, daß eine Körperschaft wie der Reichstag, der die Anklage erhebt, zugleich zwei Drittel der Richter auswählt? Es handelt sich nach Auffassung meiner Freunde hier nicht um einen bloßen Schönheitsfehler, sondern um ein großes Prinzip. Dieses Zusammenfallen des Reichstags mit dem Anklagemonopol ist jedenfalls so undemokratisch wie möglich.

Unsere Anträge laufen demgegenüber auf eine **Entpolitisierung des Staatsgerichtshofs** hinaus. Wir wollen neben den Berufsrichtern in gleicher Weise die deutsche Anwaltschaft und die deutschen Universitäten mit je 5 Mitgliedern an der Rechtsprechung partizipieren lassen. Wir sind der Auffassung, daß, wenn sich der Staatsgerichtshof zusammensetzt zu gleichen Teilen aus Berufsrichtern der höchsten Gerichte, aus 5 Anwälten und 5 Universitätslehrern, in der Tat diese **Zusammensetzung** die denkbar glücklichste, jedenfalls die Zusammensetzung ist, die einen gerechten, unparteiischen und von keinerlei politischen (C) Nebenrücksichten beeinflußten Richterspruch garantiert. Deswegen, meine Damen und Herren, bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen und selbstverständlich dem Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten und Mehrheitssozialisten Ihre Zustimmung zu versagen, weil diese die Karre nach der ganz anderen, diametral entgegengesetzten Seite hin ziehen wollen.

Da ich nun einmal das Wort habe, darf ich der Einfachheit halber ebenso wie mein Herr Vorredner mich ganz kurz zu den übrigen Anträgen äußern. Es freut uns, daß unser Gedanke, die **Richter zu vereidigen** die grundsätzliche Zustimmung des Herrn Vorredners gefunden hat. Der Antrag, von dem er gesprochen hat, liegt mir leider noch nicht vor, weshalb ich noch nicht in der Lage bin, ihn auf seine Tragweite hin zu übersehen. Es wird sich aber unschwer eine Verständigung erzielen lassen, wenn Sie nur im Grundgedanken mit uns einig sind.

Was die letzte Frage betrifft, ob der **Staatsgerichtshof im Namen des Deutschen Reiches oder des deutschen Volkes entscheiden** soll, so darf ich auch von dieser Stelle aus darauf hinweisen, daß auch das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht, im Namen des Reiches Recht spricht, nicht im Namen des Volkes, und ich glaube, was dem Reichsgericht recht ist, sollte dem neuen Staatsgerichtshof billig sein. Ich bitte deshalb, den Antrag der Sozialdemokraten ablehnen zu wollen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Herren! Meine Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß die **Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes** durch den Reichstag vorgenommen werden muß. Wir sind der Meinung, daß nur eine solche Wahl die Garantie dafür (D) bietet, daß alle Kreise des deutschen Volkes wenigstens in ihren großen Strömungen, die für das öffentliche Leben von Bedeutung sind, im Staatsgerichtshof Vertretung finden. Infolgedessen haben meine Freunde bereits zu § 1 den inzwischen abgelehnten Antrag gestellt, daß die Wahl aller Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch den Reichstag zu erfolgen hat. Zu meinem Bedauern ist dieser Antrag aber abgelehnt worden, und ich habe es ganz besonders schmerzlich empfunden, daß auch die Herren Rechtssozialisten nicht in der Lage waren, für unsern Antrag zu stimmen.

Diese Fraktion hat zum § 3 den Antrag gestellt, wenigstens einen Teil der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, die eine Hälfte vom Reichstag, die andere Hälfte vom Reichsrat wählen zu lassen. Wir wünschen dagegen, daß auch in den Fällen des § 2 der Staatsgerichtshof aus Mitgliedern besteht, die sämtlich vom Reichstag gewählt werden, und darum stellen wir den Abänderungsantrag zu dem Antrag 1907, den letzten Teil dieses Antrags dahin zu fassen, daß alle Mitglieder des Staatsgerichtshofs vom Reichstag gewählt werden, so daß also nach Annahme unseres jetzigen Antrags, wenigstens in den Fällen des § 2, der Staatsgerichtshof aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden und 14 vom Reichsrat und Reichstag zu wählenden Mitgliedern bestehen würde. Damit würde nicht das Resultat erzielt sein, das wir mit unserem Antrag zu § 1 erreichen wollten, aber wenigstens eine unserer Auffassung nach kleine Verbesserung der Vorlage.

Der Herr Kollege Graef (Thüringen), der auf einem dem unserigen entgegengesetzten Standpunkt steht, hat seinem Abscheu vor politischen Gerichtshöfen Ausdruck gegeben und die **Entpolitisierung des Staatsgerichtshofs** gefordert. Meine Damen und Herren! Wenn diese Ent-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) politisierung so einfach durchzuführen wäre, nämlich dadurch, daß man bestimmt, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshofs in der vom Herrn Kollegen Graef vorgeschlagenen Weise gewählt werden, dann ließe sich darüber reden. Aber davon kann doch ernstlich gar keine Rede sein, vielmehr möchte ich behaupten: Es gibt heute in Deutschland überhaupt keinen unpolitischen Gerichtshof, und die Ernennung der Mitglieder von Gerichtshöfen durch Justizministerien oder durch Regierungen bildet nicht die geringste Garantie für das Zustandekommen eines wirklich unpolitischen Richterkollegiums. Es ist in Deutschland nirgends ein Richterkollegium, von dem man sagen kann, es sei unpolitisch, denn alle Mitglieder der Gerichtshöfe stehen doch nebenbei auch noch im politischen Leben und nehmen mehr oder weniger an den politischen Kämpfen teil, die im deutschen Volke ausgefochten werden. Wenn das aber richtig ist, dann muß man weiter in Betracht ziehen, daß die große Masse der Richter, der Staatsanwälte und der sonstigen Justizbeamten nicht auf der Seite der Demokratie und der Republik steht. Wir haben doch erst kürzlich gehört — ich glaube, es war auf einem Richtertage —, daß man triumphierend mitgeteilt hat, die große Mehrzahl der Staatsanwälte und Richter stehe sogar auf einem monarchistischen Standpunkt. Angesichts solcher Tatsachen ist es doch unmöglich zu sagen, die heutigen Gerichtshöfe seien unpolitisch. Wir kommen eben um die Politisierung der Gerichtshöfe nicht herum. Die Gerichtshöfe sind heute politisiert, nur daß das den Herren auf der Rechten ganz willkommen ist, weil die Reaktion in den Richterkollegien ihre Stützen findet. Sie auf der Rechten treten für die Entpolitisierung des Staatsgerichtshofs nicht etwa ein, weil sie wirklich unpolitische Gerichtshöfe für möglich halten, sondern weil Sie mit der reaktionären Justiz einverstanden sind und befürchten, daß ein Staatsgerichtshof, dessen Mitglieder vom Reichstag

(B) gewählt werden, nicht ganz so reaktionär sein wird wie Ihre heute bestehenden angeblich unpolitischen Gerichtshöfe.

Wir können also diesen Darlegungen des Kollegen Graef nicht folgen. Wir wollen den Tatbestand nicht verwischen lassen, wir wollen vor der Öffentlichkeit feststellen, daß es kein Mittel gibt, eine Entpolitisierung des Staatsgerichtshofs durchzuführen, und darum wollen wir klar erkennen lassen, nach welchen politischen Gesichtspunkten der Staatsgerichtshof gebildet ist. Ich unterschreibe deshalb auch durchaus, was ein Ausschußmitglied gesagt hat, von dem der Kollege Graef sprach: Selbstverständlich wird der Staatsgerichtshof der Zusammensetzung des Reichstags entsprechen. Dann wird man wissen, wie der Staatsgerichtshof in bezug auf die politischen Anschauungen seiner Mitglieder zusammengesetzt ist. Dann kann kein Zweifel entstehen über die Beurteilung der Richtersprüche, weil man die politische Gesamtauffassung des Staatsgerichtshofs kennt.

(Zuruf rechts.)

— Ich habe nicht verstanden, was Sie wollen! — Wenn Sie die Gesichtspunkte, die der Herr Kollege Graef anführt, nicht für durchschlagend erachten, dann dürfen Sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben, wie die Rechtssozialisten, die nur einen Teil der Mitglieder des Staatsgerichtshofs vom Reichstag wählen lassen wollen, sondern dann müssen Sie konsequent sein. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen und sämtliche Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch das Parlament wählen zu lassen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld, dieser Antrag ist bereits abgelehnt.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Ganz recht, Herr Präsident, der Antrag, den wir ursprünglich gestellt hatten, ist abgelehnt worden. Dieser Antrag bezog sich aber auf (C) § 1 und betraf alle Fälle, die der Staatsgerichtsof abzuurteilen hat. Wir sind aber jetzt bei § 3, der nur von den Fällen des § 2 spricht, und ich habe nunmehr einen Abänderungsantrag zu dem Antrag Müller eingebracht. Dieser Antrag ist also durchaus zulässig, und ich bitte, ihn nachher zur Abstimmung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Wir haben dann weiter zu § 24 den Antrag gestellt, daß die **Hauptverhandlung** öffentlich sein soll. Wir wünschen, daß der **Staatsgerichtshof** im vollen Lichte der **Öffentlichkeit** tagt. Wir befürchten nämlich, daß, wenn die Öffentlichkeit davon abhängig gemacht wird, ob etwa eine Gefährdung der Staatssicherheit in Frage kommt, der Gesichtspunkt der Öffentlichkeit nicht hinreichend zur Geltung kommt. Wir sehen schon jetzt, wo ähnliche Bestimmungen bei den Gerichten gelten, daß häufig genug die Gerichte die Öffentlichkeit ausschließen, wo man im Ernst gar nicht von einer Gefährdung der Staatssicherheit reden kann, und wir möchten nicht, daß eine ähnliche Rechtsprechung auch beim Statsgerichtshof Platz greift. Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrage auf Drucksache 1912 Ziff. 2 zuzustimmen.

Schließlich haben wir einen Antrag gestellt, der übereinstimmt mit einem Antrag der Rechtssozialisten, wonach der **Staatsgerichtshof „im Namen des Volks" Recht sprechen** soll. Ich möchte aber nicht unterlassen, hier festzustellen, daß der eigentliche Vater dieser Anträge nicht bei meinen Freunden und auch nicht bei den Rechtssozialisten sitzt, sondern bei den Demokraten. Der inzwischen aus dem Hause ausgeschiedene Kollege Waldstein hatte im Ausschuß die gute Idee, diesen Wunsch nach einer solchen Abänderung des Gesetzentwurfs zu äußern.

(Na! Na! rechts. — Zuruf: Sie treten für eine Anregung der Demokraten ein!)

— Ja, ich erkenne gute Anregungen an, auch wenn sie (D) vom Gegner kommen. Ich wünsche nur, daß seine hier im Reichstag zurückgebliebenen Freunde

(Heiterkeit)

sich in diesem Falle als ebensowenig zurückgeblieben erweisen wie der Kollege Waldstein. Ich wünsche, daß Sie nun wenigstens mit uns dafür eintreten, daß der Staatsgerichtshof im Namen des Volks zu entscheiden habe. Herr Kollege Dr. Radbruch hat ja schon darauf hingewiesen, daß diese Sache keine sehr große Bedeutung hat. Aber ich erinnere Sie daran, daß es auch eine Zeit gegeben hat, wo die Inschrift dieses Hauses eine gewisse politische Bedeutung hatte, und daß man sich im Volke gefreut hat, als schließlich doch die längstgewünschte Inschrift „Dem Deutschen Volke" angebracht wurde.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Sie sagen, das sei klar. Ich sehe, Sie haben hier wenigstens etwas von der Revolution gelernt, und das konstatiere ich immerhin mit einer gewissen Genugtuung. Ebenso, wie der Wunsch laut wurde, am Giebel dieses Hauses das Volk als Träger der Souveränität zum Ausdruck zu bringen, ist der Wunsch vorhanden, auch bei der Rechtsprechung das Volk in den Vordergrund zu stellen und nicht das Reich. Wir wünschen, obwohl wir nicht glauben, daß damit etwas an der Rechtsprechung geändert wird, den Richtern klar zu machen, daß sie im Namen des Volkes Recht sprechen und nicht im Namen des Reichs, das in den Augen vieler Richter gleichbedeutend ist mit dem Kaiserreich, das bis zur Revolution bestanden hat. Gerade der Widerstand, der sich in Richterkreisen gegen die Bestimmung des preußischen Justizministers zeigt, daß im Namen des preußischen Volkes Recht zu sprechen sei, hat uns bewiesen, daß diese Bestimmung doch eine gewisse Bedeutung hat. Nur zu oft hören wir von Richtern, die, bevor sie die Beratung der Schöffen beenden,

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) zu den Schöffen sagen: jetzt, meine Herren, soll ich hinausgehen und den Richterspruch verkünden im Namen des Volkes; das tue ich nicht. Herr Kollege Graef, Sie werden ja solche Anschauungen des Volkes kennen.

(Abgeordneter Graef: Woher wissen Sie das?)

Gerade dieses Sträuben der Richter, im Namen des Volkes Recht zu sprechen, zeigt uns, daß diesen Dingen eine gewisse Bedeutung innewohnt.

Nun kommt noch eins hinzu. Nachdem in Preußen auf Grund der preußischen Verfassung die Rechtsprechung im Namen des Volkes geschieht, würde es doch ganz unverständlich sein, wenn wir hier bei der Schaffung des Staatsgerichtshofes zurückgreifen auf das alte Kaiserreich und mißverständlich im Namen des Reiches Recht sprechen lassen. Ich bitte Sie deshalb, diesem unseren Antrag oder, wie ich korrekt sagen muß, diesem demokratischen Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu § 3 liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zum § 3 liegen zwei Abänderungsanträge vor, ein Abänderungsantrag Graef (Thüringen) auf Nr. 1875 und ein Abänderungsantrag Müller (Franken) auf Nr. 1907 Ziff. 2. Zum Abänderungsantrag Müller (Franken) liegt der handschriftliche Antrag Dr. Rosenfeld vor, welcher dort die Worte einfügen will: „Beisitzer, die vom Reichstag gewählt werden".

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag Graef (Thüringen) auf Nr. 1875. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Zusatzantrag Dr. Rosenfeld zum Antrag Müller (Franken).

(B) Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wer den ursprünglichen Antrag Müller (Franken) auf Nr. 1907 Ziff. 2 annehmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß § 3 in der ursprünglichen Fassung angenommen ist. —

Ich rufe auf § 4. Hierzu liegt ein Antrag Müller (Franken) auf Nr. 1907 Ziff. 3 vor, der diesem Paragraphen einen neuen Absatz hinzufügen will.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der Antrag ist erledigt!)

— Er ist erledigt; dann ist der § 4 in der Kommissionsfassung angenommen.

Ich rufe auf § 5, — 6. —

§ 7. Hierzu liegt auf 2068 ein Antrag Dr. Radbruch, Dr. Spahn, Leutheußer, Emminger vor:

in § 7 Abs. 1 Satz 1 die Worte „die Anstellung von" zu streichen.

Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrag zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Der § 7 ist mit der Streichung dieser Worte angenommen.

Ich rufe auf § 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. —

Zu § 16 hat das Wort der Herr Abgeordnete Bazille.

Bazille, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach § 16 Ziff. 3 der Beschlüsse des Ausschusses ist der Staatsgerichtshof zuständig zur Verhandlung und Entscheidung über Streitigkeiten in den Fällen des Art. 19 Abs. 1 der Reichsverfassung. Der Art. 19 Abs. 1 der Reichsverfassung bestimmt, daß über **Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes**, in dem kein Gericht zu ihrer Erledigung besteht, auf Antrag eines der streitenden Teile der **Staatsgerichtshof** für das Deutsche Reich entscheidet. Meine Fraktion im württembergischen Landtag ist genötigt gewesen, in einem solchen Falle den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen. Es handelte sich dabei um eine **Beugung der Geschäftsordnung des Württembergischen Landtages** durch die demokratische Mehrheit des Landtages. Ich würde diese Angelegenheit hier nicht zur Sprache bringen, wenn ich nicht dazu genötigt wäre durch Ausführungen des Abgeordneten Waldstein bei der ersten Lesung des Gesetzes. Er hat damals folgendes ausgeführt: (C)

> Es war ein Mitglied der Deutschnationalen Partei, das auch diesem Hause angehört, das es in Württemberg für richtig gehalten hat, die dortige Regierung oder das dortige Parlament bei dem zu errichtenden Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu verklagen, weil in einer Geschäftsordnungsfrage der betreffende Herr glaubte, durch die Entscheidung der dortigen Kammer ein Unrecht erlitten zu haben. Sein Antrag war nach seiner Meinung nicht in der richtigen Reihenfolge auf die Tagesordnung gekommen. Der Landtag in Stuttgart entschied anders. Dieser Herr, Mitglied der Deutschnationalen Partei, der Abgeordnete Bazille, hat dort mit Unterstützung seiner Partei den Antrag gestellt, die Sache vor den deutschen Staatsgerichtshof zu bringen. Das ist wohl würdig, hier der Öffentlichkeit überliefert zu werden. Daß das ein Mißbrauch der Verfassungsbestimmungen in jedem Sinne ist, darüber können wir natürlich unter uns keinen Zweifel haben.

Er führt dann aus, daß Geschäftsordnungsfragen selbstverständlich nur von dem Parlamente selbst entschieden werden müssen. (D)

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist die, ob unter Verfassungsstreitigkeiten im Sinne des Art. 19 der Reichsverfassung nur Streitigkeiten über die Verfassung im formellen Sinne oder auch solche über die Verfassung im materiellen Sinne zu verstehen sind. Nun könnte man ja vielleicht glauben, daß Streitigkeiten über die Geschäftsordnung nicht wert seien, vor den Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches gebracht zu werden, und bei den meisten Fragen der Geschäftsordnung mag dies auch zutreffen. Aber bei Geschäftsordnungsstreitigkeiten im parlamentarischen System handelt es sich doch häufig um sehr bedeutsame Sachen. Das weiß jeder, der die Geschichte des englischen Parlamentsrechts kennt; denn dort war die Entwicklung des Verfassungsrechts lange Zeit so ziemlich gleichbedeutend mit der Entwicklung der Geschäftsordnung des Unterhauses.

Die Fälle liegen auch durchaus nicht so harmlos, wie der Herr Abgeordnete Waldstein es hier dargestellt hat. Er hat behauptet, unser Antrag sei nicht in der richtigen Reihenfolge auf die Tagesordnung gestellt worden. Nein, die demokratische Mehrheit des Landtags hat sich überhaupt geweigert, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es war damals ein Generalstreik in Württemberg gewesen, der durch die Energie der Regierung niedergeschlagen wurde, und da hat meine Fraktion dem Antrag der Unabhängigen und Kommunisten, der Regierung das schärfste Mißtrauensvotum auszustellen, den Gegenantrag entgegengestellt, der Regierung die Anerkennung des Landtages auszusprechen. Nun ereignete sich etwas, was ganz sicherlich in den Annalen keines einzigen Parlaments bis heute aufgezeichnet ist. Die Regierung bekam Angst

(**Bazille**, Abgeordneter.)

(A) davor, daß diese Anerkennung wirklich beschlossen werden könne. Dann wäre nämlich die Sozialdemokratie in die Lage gekommen, diesen Antrag ablehnen zu müssen. Das wollte sie aber nicht riskieren, weil sie sich nicht als geheime Regierungspartei des Landtags entlarven lassen wollte.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der württembergische Landtag hat nur das Recht, die Reihenfolge festzustellen, in der über die Anträge abgestimmt wird. Er hat aber nicht das Recht, es abzulehnen, daß überhaupt über einen Antrag abgestimmt wird, ebenso wenig wie der Reichstag. Es lag hier also eine offensichtliche Beugung der Geschäftsordnung vor.

Es vergingen nicht viel mehr als 24 Stunden, so folgte dieser ersten Vergewaltigung der größten Fraktion eine zweite auf dem Fuße. Man verhandelte über das Ernährungswesen. Dazu lag von uns ein Antrag vor, der aus sechs selbständigen Teilen bestand. Für solche Fälle bestimmt die Geschäftsordnung des württembergischen Landtags,

(wiederholte Zurufe: Staatsgerichtshof!)

daß es Sache der Antragsteller sei, darüber zu entscheiden, ob eine Trennung der Anträge stattfinden soll. Obwohl wir nun verlangt haben, daß das geschehe, hat die demokratische Mehrheit des Landtags entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung beschlossen, daß über den Antrag im ganzen abgestimmt werden solle, hat also zum zweiten Male die Geschäftsordnung des Landtags gebeugt.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bazille, es ist nicht zu erkennen, in welchem Zusammenhang diese Ausführungen mit dem Staatsgerichtshof stehen. Zu § 16 ist übrigens auch gar kein Abänderungsantrag gestellt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

(B)

Bazille, Abgeordneter: Herr Präsident, es handelt sich um die Auslegung des im § 16 erwähnten Artikels 19 der Reichsverfassung, in dem es heißt, es werde über Verfassungsstreitigkeiten vom Staatsgerichtshof entschieden. Die Frage ist, ob der Bruch der Geschäftsordnung eine Verfassungsstreitigkeit ist oder nicht.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten: Nein! Nein! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das ist eine Frage der rechtlichen Entscheidung.

Bazille, Abgeordneter: Fragen Sie nur Herrn Radbruch! — Das gehört zum Staatsgerichtshof, denn der Streit ist dort bereits anhängig, und der Staatsgerichtshof wartet schon seit bald einem Jahre, wie der Reichstag sich zu der Frage stellen wird. Ich begreife es ja, daß Ihnen (zu den Sozialdemokraten) das außerordentlich peinlich ist, daß diese Vergewaltigungen hier festgestellt werden.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Nicht genug mit dem doppelten Geschäftsordnungsbruch, hat sich der Landtag am dritten Tage zu der dritten Beugung der Geschäftsordnung entschlossen. Wir haben nämlich nunmehr unsere Anträge einzeln eingebracht, und jeder war von verschiedenen Abgeordneten unterschrieben. Es waren also sechs verschiedene Anträge. Da hat sich die demokratische Mehrheit in ihrer Hilflosigkeit nicht anders zu helfen gewußt als mit dem Antrage, über diese sechs Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Dabei hat sie die Ungeschicklichkeit begangen, in diesen Antrag selbst eine sachliche Kritik der Regierung einfließen zu lassen. Übergang zur Tagesordnung bedeutet aber nach der Geschäftsordnung des württembergischen Landtags den Beschluß, daß überhaupt sachlich keine Stellung genommen wird. Das war der dritte Bruch der Geschäftsordnung. (C)

Die Sache war also durchaus nicht so harmlos, wie sie hier von dem Herrn Abgeordneten Waldstein dargestellt worden ist. Es wäre nun das Nächstliegende, daß ich selbst etwa den Antrag stellen würde, unter Verfassungsstreitigkeiten seien nicht bloß solche der formellen Verfassung, sondern überhaupt des materiellen Verfassungsrechts zu begreifen. Ich vermute aber, daß ein solcher Antrag bereits als der Beginn der Militärdiktatur bezeichnet würde.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte deshalb den Herrn Kollegen Radbruch bitten, sich einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen. Er hat ja in der Sitzung des Reichstags vom 19. November 1920 ergreifende Worte darüber gesprochen.

Wenn wir heute

— sagte er —

> die stenographischen Berichte der großen Sitzungen vom 2. und 3. Dezember 1908 lesen, dann kommt es uns manchmal so an, als sei in jenem Augenblicke der Geist der Geschichte unsichtbar durch diesen Saal gegangen, gewärtig, ob ihn nicht irgend jemand am Saum des Gewands ergreifen würde.

So ging auch damals in den Tagen der dreifachen Beugung der Geschäftsordnung der Geist der Geschichte

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

und der Geist des Rechts unsichtbar durch den württembergischen Halbmondsaal, darauf wartend, daß irgendeiner der Vertreter des demokratischen Rechts, aus der Partei der Demokratie oder der Sozialdemokratie, ihn am Saume des Gewands fassen würde. Aber wie nach den weiteren Worten des Herrn Abgeordneten Radbruch in jenem Augenblick der Geist der Geschichte diesen Saal wieder verlassen hat, weil niemand verstand, ihn am (D) Saum seines Mantels festzuhalten, so ist es auch damals im württembergischen Landtag gegangen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Geist der Geschichte und der Geist des Rechts hat auch den württembergischen Landtag wieder verlassen,

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

ohne daß irgend jemand von der Sozialdemokratie oder Demokratie verstanden hätte, ihn am Saum seines Mantels festzuhalten. Das, was damals versäumt worden ist, wird der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch ganz sicherlich nachholen. Zwar war der Geist der Geschichte, den er beschworen hat, des Herrn eigener Geist und nicht der Geist der Geschichte. Aber sein Urteil in Fragen des Rechts ist sicherlich erheblich höher zu bewerten als sein Urteil in Fragen der Geschichte.

(Sehr gut! rechts.)

Und so möchte ich ihm anheimgeben, für die dritte Lesung eine Entschließung vorzubereiten, die dafür sorgt, daß auch in den demokratischen Staaten künftighin, soweit die Demokratie und die Sozialdemokratie in Frage kommt, Recht vor Gewalt geht.

(Beifall rechts.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Abänderungsanträge sind nicht gestellt. Ich darf den § 16 für angenommen erklären. —

Ich rufe weiter auf § 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22. — Angenommen.

Zu § 23 liegt ein Antrag Hergt vor, einen neuen § 23 a einzuschalten, und zwar ist wohl der erste Antrag auf Nr. 2066 zugunsten des Antrages Nr. 2109 zurückgezogen. —

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

(A) **Graef** (Thüringen), Abgeordneter: Inzwischen ist mir der Antrag Nr. 2259, von dem der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch gesprochen hat, zu Gesicht gekommen. Ich muß, nachdem ich ihn durchgesehen habe, zwei kleine Einwendungen dagegen erheben.

Zunächst eine Einwendung gegen Abs. 1. Da sagen Sie, daß die **Mitglieder des Staatsgerichtshofs** bei ihrer ersten Dienstleistung vom Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung **vereidigt** werden sollen. Der Unterschied zwischen Ihrem und meinem Antrage besteht darin, daß wir bloß diejenigen Mitglieder vereidigt haben wollen, die nicht Berufsrichter sind, während Sie sämtliche Mitglieder beeidigt haben wollen. Ich halte das nicht für notwendig; denn diejenigen Mitglieder, die Berufsrichter sind, haben ja bereits einen Eid geleistet, und zwar nicht bloß auf das Amt, das sie hauptamtlich versehen, sondern auch auf alle Ämter, die ihnen etwa nebenamtlich übertragen werden sollen. Ich darf daran erinnern, daß der Eid der Staatsbeamten dahin lautet, daß er schwört, die Pflichten des Amtes erfüllen zu wollen, und zwar einschließlich der ihm etwa durch die Verfassung oder sonstwie durch Auftrag der Behörden übertragenen Nebenämter. Ich bin also der Auffassung, daß dieser Eid auch die Mitgliedschaft beim Staatsgerichtshof deckt.

Das zweite Bedenken richtet sich gegen den Abs. 3, in dem Sie sagen: „Die Mitglieder sprechen einzeln die Worte: Ich schwöre es." Unser Antrag basiert auf den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Vereidigung der Schöffen, und ich glaube, er ist richtiger und zutreffender, weil im Gerichtsverfassungsgesetz auch die Eidesleistung derjenigen, die einen religiösen Eid leisten wollen, mit umfaßt und geregelt ist. Nach dem Antrage Radbruch müssen sämtliche Beisitzer, sie mögen stehen, auf welchem konfessionellen
(B) Boden sie wollen, einen religionslosen Eid leisten. Ich glaube nicht, daß das die Auffassung der Mehrheit des Reichstags sein dürfte. Vielmehr muß es so sein, daß derjenige, der auf religiösem Boden steht, auch in die Lage kommt, den Eid mit dem religiösen Zusatz zu leisten, wie es im Gerichtsverfassungsgesetz fakultativ für solche Leute vorgesehen ist. Ich bitte deshalb, unserem Antrage den Vorzug zu geben.

Präsident: Ich nehme an, daß ich den Antrag Hergt und Genossen und den Zusatzantrag Dr. Radbruch gleich hintereinander zur Abstimmung bringen kann.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Ich bitte, meinen Antrag, obgleich er zu § 24 gestellt ist, vor dem Antrage Graef zur Abstimung zu bringen, da, wenn er abgelehnt würde, die Zustimmung zu dem anderen Antrage in Frage kommt.

Präsident: Diesem Antrag kann stattgegeben werden. — Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen also nunmehr zur Abstimmung über diese beiden Anträge: erst Radbruch, dann Hergt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Radbruch auf Drucksache 2259:

den folgenden § 23 a hinter III einzufügen:

§ 23 a.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs sind bei ihrer ersten Dienstleistung vom Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung zu beeidigen.

Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte:

Sie schwören, Ihre Pflicht als Mitglied des Staatsgerichtshofs getreulich zu erfüllen und Ihre Stimmen nach bestem (C) Wissen und Gewissen abzugeben.

Die Mitglieder sprechen einzeln die Worte: Ich schwöre es.

Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

Über die Beeidigung wird vom Gerichtsschreiber eine Niederschrift aufgenommen.

— ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen, welche dem Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache 2109:

folgenden § 23 a einzuschalten:

§ 23 a.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs sind, soweit sie nicht Berufsrichter sind, von dem Vorsitzenden bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung zu vereidigen.

Auf die Vereidigung finden die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Vereidigung der Schöffen entsprechende Anwendung.

— zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit: der Antrag ist angenommen.

Es ist angeregt worden, diesen neuen § 23 a als Absatz 2 dem § 24 anzufügen. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe auf § 24. Hierzu liegt ein Antrag Aberhold und Genossen auf Drucksache 1912 vor:

den § 24 folgendermaßen zu fassen: Die Hauptverhandlung ist öffentlich.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Danach ist § 24 in der Ausschußfassung angenommen mit dem neuen Abs. 2.

Ich rufe auf § 25, — 26, — 27. —

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß beabsichtigt ist, beim letzten Gegenstand der Tagesordnung noch einen Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen.

Zu § 28 hat das Wort der Herr Abgeordnete Leutheußer.

Leutheußer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir uns ebenfalls gegen die Anträge Aberhold und Müller (Franken) aussprechen. § 28 des Entwurfs sieht vor, daß die **Urteile des Staatsgerichtshofs im Namen des Reichs** erlassen werden sollen. Der Antrag Aberhold verlangt, diese Worte umzuändern und dafür zu setzen „Im Namen des deutschen Volkes".

Wir vermögen nicht anzuerkennen, daß dieser Antrag sachlich gerechtfertigt ist, stehen aber auch auf dem Standpunkt, daß die Fassung des Entwurfs keineswegs der Verfassung widerspricht, sondern im Gegenteil sich durchaus mit der Bestimmung und dem Geiste der Verfassung deckt. Es geht aus der Begründung des Antrags durch Herrn Dr. Rosenfeld hervor — und diese Begründung ist im Ausschuß noch deutlicher gegeben worden —, daß man in der Fassung „Im Namen des Reichs" einen gewissen Anklang an die monarchische Staatsform, an das Kaiserreich sehen zu müssen glaubt.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Sehr richtig!)

(**Leutheußer**, Abgeordneter.)

(A) — Herr Abgeordneter Rosenfeld hat das eben mit „Sehr richtig!" bestätigt. Das ist durchaus ein Irrtum; denn es sollte den Herren Antragstellern bekannt sein, daß die Fassung der monarchischen Form eben war: im Namen des betreffenden Landesherrn, „des Königs von Preußen", „des Königs von Sachsen" usw., weil man eben in dem betreffenden Landesherrn auch den obersten Gerichtsherrn des Landes sah, in dessen Namen die zuständigen Gerichte ihre Urteile verkündeten.

Die Form „Im Namen des Reichs" ist aber durchaus demokratischer Natur; denn hier wird im Namen des Reichs als der Verkörperung des gesamten Volks- und Staatswillens, als des Repräsentanten des Staatsganzen Recht gesprochen. Deshalb deckt sich die Fassung des Entwurfs nach unserer Meinung durchaus mit der Reichsverfassung; denn wenn auch in Art. 1 gesagt ist, daß die Staatsgewalt beim Volke ruht, so hindert dies trotzdem nicht, daß die Verfassung sich im übrigen auf den Standpunkt stellt, daß der Repräsentant des Volkes das Reich als solches ist. Wir haben einen Reichspräsidenten, einen Reichsrat, einen Reichskanzler usw., aber nicht einen Volkspräsidenten usw.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man etwa behaupten will, daß dieser Ausdruck vielleicht gewählt wäre, um gewissermaßen einen Territorialbegriff zu geben, so möchte ich darauf hinweisen, daß im übrigen, wenn auch die weiteren Artikel der Reichsverfassung verfolgt werden, gerade dem Reich als solchem in seiner Verkörperung des Staatsganzen sogar die Ausübung der Gesetzgebung auf den besonders vorgesehenen Gebieten übertragen ist. Wollte man hieraus nur einen gewissen Gegensatz zwischen dem Reich und den Ländern herleiten, so darf ich darauf hinweisen, daß in verschiedenen Artikeln der (B) Verfassung, z. B. Art. 156 und 157, ein derartiger Gegensatz wahrlich nicht konstruiert werden kann.

Ich kann weiter darauf hinweisen, daß, abgesehen von dem jetzigen Entwurf, auch das Reichsgericht, wie schon erwähnt worden ist, im Namen des Reichs entscheidet. Und wenn vielleicht behauptet werden sollte, daß es sich hier um eine Einrichtung der alten monarchischen Zeit handle, so würde diese Tatsache noch nicht beweisen, daß auch die Urteilsformel monarchischer Natur sei; denn damals hat gerade das Reichsgericht in seiner Geschäftsordnung mit Vorbedacht die Formel „Im Namen des Reichs" festgelegt und damit den demokratischen Grundsatz zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere auch daran, daß die gleiche Formel sich bei dem Reichswirtschaftsgericht findet, ebenso bei den Reichsbehörden des neuen Deutschland, soweit sie zum Erlaß von Entscheidungen befugt sind. Ich glaube, es wird auch von den Antragstellern niemand behaupten wollen, daß diejenigen Stellen, welche die Organisation des Reichswirtschaftsgerichts und der Reichsbehörden in dem jetzigen Stile veranlaßt haben, gerade allzusehr von monarchischen Ideen angehaucht gewesen seien.

Ich will endlich noch darauf hinweisen, daß der Art. 45 der Verfassung ausdrücklich erklärt, daß der Reichspräsident z. B. ebenfalls im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten abschließt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Also auch hier ist ausdrücklich das Reich als Repräsentant des Volkswillens bestimmt, ein Beweis, daß es nur folgerichtig ist, wenn man auch hier im Entwurf des Gesetzes über den Staatsgerichtshof die Formel gebraucht: im Namen des Reichs.

Ich möchte zum Schluß noch dem widersprechen, (C) was der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld gerade angedeutet hat, daß gewissermaßen in der Formel „Im Namen des Reichs" eine Art Entrechtung des deutschen Volkes läge. Das ist durchaus unrichtig. Uns liegt dieser Gedanke zweifellos vollständig fern. Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld sollte doch mit diesem alten Steckenpferd endlich einmal aufhören. Niemand im Lande draußen glaubt ihm mehr dieses Märchen, als wenn von rechtsstehenden Parteien die Entrechtung des deutschen Volks beabsichtigt wäre.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er sollte uns doch endlich nicht mehr diesen alten Schimmel vorreiten.

(Beifall und Heiterkeit rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Leutheußer hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß wir den Antrag gestellt haben, weil wir in einer **Rechtsprechung im Namen des Reichs** noch Anklänge an das alte kaiserliche Reich sehen. In der Tat ist es so. Wir wünschen, einen möglichst deutlichen und dicken Strich zu ziehen zwischen der Kaiserzeit und der republikanischen Zeit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Einen roten Strich!)

— Jawohl, einen roten Strich; das akzeptiere ich gern. Wir möchten meinen, daß dieser Strich von allen denen gemacht werden muß, die mit uns auf dem Boden der deutschen Republik stehen. Daß die Herren von der Deutschen Volkspartei bei ihrem Bekenntnis zum Monarchismus natürlich Bedenken haben, Anklänge an (D) die Kaiserzeit zu beseitigen, das verstehe ich durchaus. Bei ihnen erwarte ich auch für unsern Antrag keine Zustimmung. Aber ich möchte immer noch hoffen, daß bei den Demokraten und beim Zentrum

(aha! rechts)

Verständnis für die Notwendigkeit vorhanden ist,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Des roten Strichs!)

Recht zu sprechen im Namen des Volks. Ich gebe zu, mir wäre es noch lieber, wenn wir noch deutlicher aussprechen könnten, daß die Rechtsprechung im Namen der deutschen Republik geschieht. Das wäre noch klarer und noch deutlicher. Die Rechtsprechung „Im Namen des deutschen Volks" können wir fordern, weil die Reichsverfassung ausspricht: die Staatsgewalt liegt beim Volk. Dagegen steht nicht in der Verfassung, daß die Staatsgewalt beim Reich liegt. Gerade die Herren, die immer auf die Homogenität zwischen Preußen und dem Deutschen Reiche hinweisen, müssen doch mit uns der Meinung sein, daß wir, nachdem Preußen im Namen des Volks Recht sprechen läßt, auch im Reiche bei einem neuen Gesetz Bestimmungen treffen müssen, nach denen im Namen des Volks Recht gesprochen wird.

Ich bitte deshalb nochmals, meine Herren, ziehen Sie die Konsequenzen aus den Bestimmungen der Reichsverfassung. Wenn diese Konsequenzen nicht überall gezogen sind — Herr Kollege Leutheußer hat vollkommen recht: hier und da wird auch bei Organen des Reichs die Rechtsprechung im Namen des Reichs ausgeübt —, dann ist es eben höchste Zeit, daß diese veralteten Bestimmungen beseitigt werden.

(Sehr richtig!)

Es gibt doch wohl zu denken, daß man schon vor der Revolution im Namen des Reichs Recht gesprochen

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) hat. Der Herr Kollege Leutheußer hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß das Reichsgericht auch vor der Revolution schon im Namen des Reichs seine Urteile verkündet hat. Dann ist doch gerade dies ein Grund, wenn man der Veränderung unserer Staatsverfassung Ausdruck geben will, nunmehr andere Bestimmungen zu geben und festzusetzen, daß im Namen des Volks Recht gesprochen wird.

Zum Schluß hat sich Herr Kollege Leutheußer mit großer Emphase dagegen gewehrt, daß von den rechtsstehenden Parteien behauptet wird, sie beabsichtigen eine **Entrechtung des deutschen Volkes.** Herr Kollege Leutheußer, mit Ihrer Behauptung, daß diese Absicht Ihnen nicht innewohnt, werden Sie wenig Anklang im Volke finden. Das Volk weiß ganz genau, was es von der Deutschen Volkspartei und ihren Nachbarn zur äußersten Rechten zu erwarten hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Volk weiß ganz genau, daß Sie die Träger all der Entrechtung gewesen sind, die bis zur Revolution in Deutschland galt,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; Unruhe bei der Deutschen Volkspartei)

und daß die Revolution erst zum kleinen Teil dieser Entrechtung ein Ende gemacht hat. Es ist dem Volke ganz genau bekannt, daß, wenn es nach Ihnen geht, schon morgen die alte Entrechtung von neuem Platz greift.

Deshalb ist durchaus unzutreffend, was Herr Kollege Leutheußer gesagt hat. Sie sind keineswegs erhaben über den Verdacht, das deutsche Volk entrechten zu wollen, im Gegenteil, Sie sind im höchsten Maße

(B) dessen verdächtig. Und Ihre Taten beweisen, daß Sie jede Gelegenheit wahrnehmen, das deutsche Volk zu entrechten. Wir aber werden uns durch Sie nicht stören lassen. Wir werden auch Ihnen gegenüber die Rechte des Volkes zur Geltung bringen.

(Ironischer Beifall rechts. — Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Aussprache ist geschlossen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche mit den Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, Aberhold und Genossen die Formel „Im Namen des deutschen Volks" in den § 28 einsetzen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das letztere war die Mehrheit; die Formel ist abgelehnt, die alte Formel bleibt bestehen.

Ich rufe auf § 29, — § 30, — § 31. — Angenommen.

Zu § 32 liegt ein Antrag Dr. Radbruch, Dr. Spahn und Genossen auf Drucksache 2068 Ziff. 2 vor, den letzten Satz zu streichen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Streichung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Streichung ist angenommen und mit dieser Änderung der § 32.

Ich rufe auf § 33, — § 34, — § 35, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich rufe auf die Petitionen. — Abstimmung erfolgt in dritter Beratung.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, da der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung einige Änderungen erfahren hat, die dritte Lesung erst morgen (C) vorzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum 12. Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit (Nr. 210 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1962 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Höfle.

Die Beratung über § 1 war abgeschlossen, wir hatten nur noch die Abstimmung vorzunehmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren — der Antrag auf namentliche Abstimmung ist nicht eingelaufen —, die dem § 1 ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der § 1 ist angenommen.

Ich rufe auf § 2. — Ebenfalls angenommen. Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wird Widerspruch erhoben, diesen Gesetzentwurf auch in

dritter Lesung

zu erledigen? — Ein solcher Widerspruch wird nicht laut.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kahmann.

Kahmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Dienstjahre wie auch die Altersversicherungsgrenze wesentlich verkürzt werden. (D) Sie haben in der vorigen Lesung dem Beschluß des Ausschusses zugestimmt, wonach die zurückgelegten **Dienstjahre während der Kriegszeit** auch für **die Beamten**, die nicht an den Kriegshandlungen teilzunehmen brauchten, **anderthalbfach angerechnet** werden. Wir haben dabei leider feststellen müssen, daß eine Fraktion, die früher gemeinsam mit uns den Antrag abgelehnt hat, umgefallen ist. Sie ist jedenfalls umgefallen in Rücksicht auf die Stimmen, die bei den Wahlen für sie abgegeben werden können. Wir können, wie wir eben durch die Abstimmung dargelegt haben, jenen Weg nicht mit einschlagen, und wir stellen uns auf den Grundsatz der absoluten Gerechtigkeit. Denn mit dem, was Sie eben beschlossen haben, schaffen Sie ein Vorrecht, und ein Vorrecht insolviert immer ein neues, vielleicht sogar großes Unrecht.

Es wird in den verschiedenen Eingaben, die uns zugesandt worden sind, dargelegt, daß man das durch das Vorrecht geschaffene Unrecht zweifelsohne beseitigen kann. Aber auf das Können und auf die Zukunft wollen wir uns hier nicht einlassen. Wir haben auch in weitgehendem Maße Verständnis bei der Beamtenschaft für unsere Stellungnahme finden können. Wir haben in der Beziehung bereits günstige Erfahrungen gesammelt, indem in vielen Fällen mittlere und untere Beamte sich vollständig auf den von uns eingenommenen Standpunkt gestellt haben. Die Beamtenschaft weiß viel zu gut, daß sie von denen, die früher das Heft der Regierung in der Hand hatten, sehr schlecht behandelt worden ist, obwohl früher sehr viel mehr gegeben werden konnte, als es jetzt der Fall ist, weil Deutschland damals reich war. Heute aber, nachdem Deutschland arm geworden ist, werden gerade von der rechten Seite des Hauses weitgehende Anträge gestellt

(**Rahmann**, Abgeordneter.)

(A) in dem Augenblick, wo jene Kreise sich krampfhaft bemühen, ihre Taschen zuzuhalten. Die Politik, die Sie hier betreiben, ist zu durchsichtig, als daß sie nicht auch von den Beamten in ihrer größten Mehrheit durchaus treffend erkannt würde.

Es wird gesagt, es wäre ein Unrecht gegenüber denjenigen, die zum Kriegsdienst eingezogen waren. Gewiß trifft das in gewissem Grade zu. Aber es trifft vor allen Dingen nicht zu auf diejenigen, die in der Etappe oder in der Heimat zum Heeresdienst eingezogen gewesen sind. Diejenigen haben zweifellos ungemein viel denen voraus gehabt, die draußen an der Front in harten Kämpfen gestanden haben, und es darf auch gesagt werden, daß die Beamten in der Heimat trotz ihrer erheblichen Leistungen jedenfalls viel vor denen voraus hatten, die draußen im Felde zu kämpfen hatten. Fest steht ja auch, daß nicht nur die Beamten, die hier geblieben sind, schwer zu arbeiten und unter Ernährungsschwierigkeiten zu leiden hatten, sondern daß in noch viel weitgehenderem Maße Arbeiter, Angestellte und vor allen Dingen auch die Schichten des Mittelstandes damals außergewöhnlich stark zu leiden hatten. Sehr, sehr viele von denen haben auch ihre Existenz eingebüßt, ein nicht unerheblicher Teil ist heute arbeitslos und muß sich mit einem sehr geringfügigen Einkommen begnügen, während doch der Beamte in seinen finanziellen Bezügen durchaus gesichert ist.

Es muß auch dabei berücksichtigt werden, daß gerade die arbeitenden Schichten durch die Verhältnisse außerordentlich verschlechtert worden sind, denn der Arbeiter bekommt ja nach den gültigen Bestimmungen die Zeit des Krieges nur in der zweiten Lohnklasse angerechnet, ist also in seinen späteren Bezügen in der Invaliden- und Altersrente außerordentlich verschlechtert.

Wenn nun die Frage aufgeworfen wird: wer hat
(B) den Nutzen aus einer derartigen Bestimmung, so zweifellos nur diejenigen, die **höhere Beamte** sind, die nach einer Reihe von Dienstjahren, nach 35, 38 Jahren sich pensionieren lassen, die neben der Pension noch höhere Zinseinkommen genießen und nun einen beschaulichen Lebensabend verbringen können. Aber auch diejenigen höheren Beamten, die ihre Pension nehmen und noch in eine freie Stellung eintreten, um so ihr Einkommen ganz wesentlich zu erhöhen. Die unteren und mittleren Beamten sind zweifelsohne froh, wenn sie noch irgendwie bis zum 40. Dienstjahr ihrem Dienst nachgehen können. Sie brauchen ihr Gehalt, weil die Pensionen an und für sich zu niedrig sind, um damit die Anforderungen des Lebens überhaupt bestreiten zu können.

Aber meines Erachtens muß noch die Tatsache Berücksichtigung finden, daß gerade diejenige Schicht der Bevölkerung, die im Kriege am meisten gelitten hat, durch diese Vorlage absolut unberücksichtigt bleibt. Das ist die große Schicht der **jüngeren Jahrgänge**, die im Kriege draußen gewesen sind. Diese Leute, die mit 17, 18, 19 Jahren zur Fahne gerufen worden sind, sind erst nach Beendigung des Krieges Beamte und Arbeiter geworden. Für sie kommt also gar nicht in Frage eine Anrechnung der in der Kriegszeit geleisteten Dienstjahre oder die Zeit, die sie auf ihre Altersversicherung angerechnet bekommen könnten. Sie waren aber diejenigen, die die größten Blutopfer zu bringen hatten, und diejenigen, die zweifellos durch die ungeheuren Anforderungen der Kriegszeit am meisten an Lebenskraft und Gesundheit eingebüßt haben. Wenn sie beabsichtigen, den Wettlauf etwa mitzumachen, um etwa dahin zu kommen, daß es genau so wird wie bei den Offizieren, so werden sie dieses Ziel, glaube ich, nicht erreichen. Während die Beamten nach dem alten Gesetz mit 40 Dienstjahren ihre Höchstpension erreichen, war (C) es bei den Offizieren schon bei 35 und soll jetzt, wie geplant ist, schon bei 30 Dienstjahren der Fall sein.

Wenn die Regierung glaubt, die finanziellen Folgerungen, die sich aus einem derartigen und zwar allgemeinen Vorgehen ergeben, tragen zu können, dann vermag meine Partei mit Freuden einer derartigen Vorlage zuzustimmen. Aus dem Grunde darf ich erklären, daß meine Fraktion bereit ist, eine gerade Linie der Gerechtigkeit herzustellen. Wir laden die bürgerlichen Parteien dazu ein. Aber bis zu dem Zeitpunkt müssen wir das hier geplante Unrecht ablehnen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen in der allgemeinen Aussprache liegen nicht vor. Ich schließe dieselbe.

Wir kommen nunmehr zum § 1. Wird hier das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem § 1 in der dritten Beratung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, der § 1 ist angenommen.

Ich rufe auf § 2,— Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetz ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist angenommen.

Ich nehme auch an, daß Sie mit dem Vorschlage des Ausschusses, die Petitionen für erledigt zu erklären, einverstanden sind. —

Wir sind damit eigentlich am Ende unserer Tagesordnung. Nunmehr ist aber der Antrag auf Nr. 2268, (D) von dem zu Beginn der Sitzung die Rede war, gedruckt vorgelegt worden, der Antrag Frau Agnes und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Es ist sofort eine **Kommission** aus Mitgliedern des Reichstages mit der **Untersuchung des Unglücks auf Zeche Mont Cenis** zu beauftragen.

Die Antragsteller wünschen die Verhandlung des Antrages noch heute. Das kann natürlich nur geschehen, wenn kein Widerspruch dagegen erhoben wird. Wird ein solcher erhoben? — Das geschieht nicht.

Zur Begründung des Antrages hat das Wort der Herr Abgeordnete Rosemann.

Rosemann, Abgeordneter, Antragsteller: Meine Damen und Herren! Ich glaube, im ganzen Hause herrscht wohl Einstimmigkeit darüber, daß die Ursachen dieses Unglücks schnell und restlos aufgeklärt werden. Nun wird mir vielleicht von einer Seite entgegengehalten werden, daß diese Aufklärung die dazu berufenen Organe, die Bergbehörde usw., restlos besorgen werden. Ferner glaube ich, auch darüber herrscht Einmütigkeit, daß der Schuldige, oder sagen wir, der vielleicht Mitschuldige, die Untersuchung nicht leiten kann. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bergbehörde genau so wie bei dem Unglück auf Zeche Konstantin mitschuldig an diesem Unglück ist, indem sie auf Zeche Konstantin die Erlaubnis zum Abbau der Kohlen gegeben und gleichzeitig die Erlaubnis erteilt hatte, die Berieselungsanlagen nicht weiter zu führen, so daß die Zeche das, was zur Verhinderung von Kohlenstaubexplosionen unbedingt nötig ist, unterlassen konnte unter Verantwortung der Bergbehörde. Aus allen Nachrichten, die uns zugegangen sind, treffen diese Voraussetzungen auch auf die Zeche **Mont Cenis** zu, und

(**Rosemann**, Antragsteller.)

(A) deshalb bitte ich, daß den Wünschen der Bergarbeiter durch Einsetzung einer Kommission Rechnung getragen wird, die genau untersucht, auf welcher Seite Verfehlungen liegen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hue.

Hue, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners erübrigt es sich, daß ich in die Sache selbst eintrete. Es ist ja zurzeit ganz unmöglich, über die eigentlichen **Ursachen des Unglücks** Darlegungen zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer da die Schuld auf sich zu nehmen hat oder ob es sich um ein elementares Ereignis handelt, das weiß ich nicht, das weiß auch niemand hier im Hause; zurzeit liegt ja noch in der Grube alles drunter und drüber. Es ist sogar noch fraglich, ob sämtliche Leichen geborgen sind. Ich glaube sogar, die Interpellation, die wir wohl am Dienstag zu besprechen haben, wird auch kaum ein klares Bild über die ganze Sachlage geben.

Daher halte ich es für notwendig, daß eine **Kommission** eingesetzt wird, wie es der Antrag der Unabhängigen will. Es ist notwendig, daß sich dies Parlament einmal eingehend mit den Zuständen in den Grubenbetrieben befaßt. Es ist notwendig, daß zu den Untersuchungen nicht nur über dieses Unglück, sondern über die Zustände in den Bergwerken überhaupt, völlig Unbeteiligte herangezogen werden. Ich halte es auch für durchaus unzulässig, daß Vertreter der Bergbehörde, namentlich Vertreter des Bergamts, das für die Sicherheit der Grube verantwortlich ist, bei der Untersuchung der Ursachen des Unglücks zugezogen werden. Diese sind für die Sicherheitszustände ver-
(B) antwortlich, denn sie haben über die Sicherheit der Grube zu wachen, und sie sind darum einstweilen als Angeklagte zu betrachten. Sie haben die Verpflichtung, sich von der Anklage zu reinigen, und es muß darum meines Erachtens ausgeschlossen sein, daß, wie es bisher immer der Fall gewesen ist, die für die Sicherheit der Grube verantwortlichen Herren an der Untersuchung beteiligt werden, ja sogar diese Untersuchung führen.

Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, den Antrag Agnes und Genossen anzunehmen und ihn schleunigst durch sofortige Einsetzung der Kommission auszuführen. Ich habe vorhin schon den Herrn Arbeitsminister gebeten, an geeigneter Stelle darauf hinzuwirken, daß bei der jetzt einsetzenden **Untersuchung** auch die **Vertreter des Betriebsrats mit beigezogen** werden. Die Vertreter des Betriebsrats sind die eigentlich dazu Berufenen, über die Zustände in den Gruben Auskunft zu geben, sie sind jeden Tag im Betriebe. Nach bisherigen Erfahrungen haben wir alle Ursache, die sofortige Zuziehung der Arbeitervertreter zu verlangen. Ich bitte Sie also, nehmen Sie den Antrag an und schaffen Sie dadurch die Gewißheit bei den Bergarbeitern, daß vom Reichstag aus alles getan wird, um Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Antrag ist ja etwas sehr plötzlich ins Haus gekommen. Deswegen wird vielleicht noch von den Antragstellern selbst klarzustellen sein, ob sie damit einen der Untersuchungsausschüsse beabsichtigen, wie sie in Art. 34 der Verfassung vorgesehen sind. Dafür bestehen natürlich andere Bestimmungen. Auch braucht für die Annahme keine Mehrheit des Reichstags vorhanden zu sein, sondern ein Fünftel der Mitglieder des Reichstags — nach dem jetzigen Bestand also 94 Abgeordnete — (C) würde in der Lage sein, die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses durchzusetzen. Das muß noch geklärt werden.

Herr Abgeordneter Dr. Gothein hat das Wort.

Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir sind gewiß alle aufs äußerste über den furchtbaren **Unglücksfall auf der Zeche Mont Cenis** erschüttert, und wir alle haben das dringende Bedürfnis und den Wunsch, hier Klarheit und Vorsorge zu schaffen, daß derartige Unfälle in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden. Wer aber eine längere parlamentarische Vergangenheit hinter sich hat, weiß, daß derartige Unglücksfälle wiederholt in den Parlamenten zur Sprache gebracht worden sind, daß wir uns über solch schwere Unglücksfälle in den verschiedenen Parlamenten sehr häufig unterhalten haben und dabei alle den Wunsch vertreten haben, es möchte volle Aufklärung geschaffen werden. Ich möchte aber gleichzeitig betonen, daß nach meinen Erfahrungen dieser Wunsch leider nie hat erfüllt werden können, auch wenn die Parlamentarier sich dabei beteiligten. In den meisten Fällen hat sich herausgestellt, daß der Bergbau eben ein Gewerbe ist, das mit natürlichen Gefahren arbeitet, die nie ganz auszuschalten sind.

Wenn mein Herr Vorredner hier gesagt hat, daß bis zur Aufklärung aller dieser Verhältnisse alle diejenigen, welche für die Sicherheit des Bergbaues verantwortlich sind, gewissermaßen als Angeklagte dastehen, die sich vor einem derartigen Untersuchungsausschuß reinigen müßten, so möchte ich dem entschieden widersprechen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Die Betriebsräte sind ja jetzt an der Aufsicht über den (D) Bergbau mitbeteiligt, sie haben das Recht, ihre Vorschläge zu machen, sie haben überall ihre Vertrauensmänner, und wenn hier auch ausdrücklich ein Angriff auf die Bergbehörde mit ausgesprochen wurde, so kann man ein derartiges Wort nicht ohne weiteres mitunterschreiben, denn es ist sehr wohl möglich, daß diese Behörde einschließlich des Betriebsrates usw. ihre Pflicht getan hat und daß trotzdem sich das Unglück ereignet hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben in den nächsten Tagen eine Interpellation über diesen Gegenstand zu besprechen. Dann sind wir in der Lage, vielleicht etwas Näheres darüber zu wissen und zu erfahren, dann ist vor allen Dingen auch die Regierung, dann sind die beteiligten Bergbehörden, auch die der einzelnen Staaten in der Lage, uns hier Auskunft zu geben und größere Klarheit zu schaffen. Meines Erachtens hat es schwere Bedenken, daß ein derartiger Antrag vom Hause angenommen wird, der nicht auf der Tagesordnung gestanden hat, ohne daß ein Vertreter der Regierung davon Kenntnis hat und ohne daß die Regierung in der Lage ist, dazu Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte deshalb die Herren Antragsteller bitten, Ihren Antrag doch zurückzustellen bis zur Beratung der Interpellation. Wir können ja jetzt bei einer Interpellation derartige Anträge stellen. Dadurch wird meines Erachtens viel mehr Klarheit geschaffen, als wenn sie jetzt hier eine Kommission aus dem Reichstag wählen, die nun einmal nicht aus Sachverständigen bestehen kann, von der vielleicht die einzelnen Mitglieder gar nicht in der Lage sind, an Ort und Stelle zu reisen und dort die Vernehmungen vorzunehmen. So er-

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) schütternd das Unglück ist und so dringend der Wunsch ist, daß hier alles geschehen möge, um Aufklärung zu schaffen, habe ich doch aus geschäftlichen Gründen schwere Bedenken, ohne Anwesenheit der Regierung, ohne daß sie in der Lage ist, dazu Stellung zu nehmen, einen derartigen Antrag hier anzunehmen, und ich möchte aus diesem Grunde bitten, die Sache heute zu vertagen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hue.

Hue, Abgeordneter: Der Herr Kollege Gothein sprach von parlamentarischen Untersuchungen, die bereits bei früher erfolgten Grubenunglücksfällen stattgefunden hätten, aber ergebnislos verlaufen seien. Mir ist von der **Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission** zur Ergründung eines Grubenunfalls in Deutschland noch nichts bekannt geworden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das hat es bisher überhaupt nicht gegeben. Man begnügte sich hier mit der Einbringung einer Interpellation, die noch dazu manchmal, wie der Herr Abgeordnete Gothein mir bestätigen wird, hier vom Regierungstisch nicht beantwortet wurde. Man hat uns damit einfach nach Preußen, in das Dreiklassenparlament verwiesen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission von der Art, wie sie beispielsweise in England in Form einer Royal Commission eingesetzt worden ist, hat es bisher in Deutschland zur Untersuchung von Grubenunfällen noch nicht gegeben. Insofern wäre allerdings der jetzige Antrag etwas Neues, aber darum doch nichts Schlechtes. Gerade der Herr Kollege Gothein, dessen Bestreben, den Bergarbeitern hinsichtlich des Schutzes ihres Lebens soweit als möglich entgegenzukommen, (B) wir kennen, sollte sich daher nicht sträuben, den Bergarbeitern, die über die Häufung der großen Unfälle in den Gruben erregt sind, zu beweisen, daß hier im Hause der ernste und gute Wille besteht, Klarheit zu schaffen.

Was nun die Betriebsräte anlangt, so soll die Untersuchungskommission gerade auch feststellen, was für eine Rolle die **Betriebsräte** bei der Verhütung von Unfällen zu spielen haben. Ihre Befugnisse sind sehr beschränkt. Sie sind, allgemein gesagt, weiße Salbe.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie alle, die sich mit den fraglichen Dingen befaßt haben, wissen, daß das sogenannte **Sicherheitsmännergesetz** vom Jahre 1908 geradezu ein Verbrechen, weil eine Irreführung der öffentlichen Meinung, war. Ich habe das seinerzeit in diesem Hause deutlich und derb genug ausgesprochen. Diejenigen, die es damals im Landtag angenommen haben, obgleich die Enthüllungen aus der Palastkonferenz der Werksbesitzer rechtzeitig die eigentlichen Pläne enthüllten, sind mitschuldig daran, daß in Deutschland noch kein gründlicher Schutz der Bergarbeiter eingetreten ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man ist übrigens heute auf dem besten Wege, die Betriebsräte so zu behandeln, als befände man sich noch unter dem alten Regime.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben alle Veranlassung, dem Irrtum zu begegnen, als ob durch das Betriebsrätegesetz für die Sicherheit im Bergbau ausreichendes geschehen wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb wünschen wir durch eine eingehende Untersuchung und nicht nur durch eine Besprechung hier im Plenum vor der ganzen Öffentlichkeit den Nachweis zu führen, wie man seit Jahrzehnten die Öffentlichkeit **über die Zustände im Bergbau irreführt. Aus diesem** Grunde verlange ich auch — der Herr Kollege Gothein (C) wird mir nicht nachsagen können, daß ich gegen Angehörige einer anderen Klasse gehässig vorgehe —, daß man die verantwortlichen **Vertreter der Bergbaubehörde** in diesem Revier von ihrem Amt suspensiert. Sie haben kein Recht, sich an der Untersuchung zu beteiligen. Zunächst sind sie die Schuldigen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und wenn sie sich nicht von der Anklage gereinigt haben, sind sie die Schuldigen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe rechts und im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir vor einigen Tagen im preußischen Landtag über das **Unglück in Grube Constantin** eine Interpellationen hatten. Nachdem das Unglück dort geschehen war, haben wir einen Tag später einen amtlichen Bericht in der Zeitung lesen können, der von dem Bergrevierbeamten stammte, also von dem Vertreter der Bergbehörde, der für die Sicherheit der betreffenden Grube verantwortlich ist. In diesem amtlichen Bericht wurde die Öffentlichkeit irregeführt,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

indem gesagt wurde, eine Kohlenstaubexplosion habe nicht stattgefunden. Auch dadurch wurde die Öffentlichkeit irregeführt, daß man ihr verschwieg, daß die Bergbehörde die Aussetzung der Berieselungsvorschriften für diese gefährliche Grube zugelassen hatte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Öffentlichkeit wurde tatsächlich irregeführt, denn der Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe im Landtage hat zugeben müssen — ich habe hier das Stenogramm seiner Rede im amtlichen Bericht —, daß in der Tat Kohlenstaubexplosion in erheblichem Umfange mitgewirkt hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Genau das Gegenteil von dem, was amtlich nach dem (D) Unglück verkündet wurde, ist die Wahrheit gewesen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach all den Erfahrungen, die wir bei den Katastrophen auf Borussia, Radbod und all den anderen gemacht haben, werden Sie, meine Herren von der Rechten, nicht laut genug schreien können, um mich von meiner Forderung, die **verantwortlichen Vertreter der Bergbehörden zu suspendieren**, bis die Sache klargestellt ist, abzubringen. Hier handelt es sich um das Leben von vielen Tausenden von Arbeitern. Diejenigen Vertreter der Behörden, die für die Sicherheit des Betriebes verantwortlich sind, haben kein Recht, als quasi Untersuchungsrichter an der Untersuchung beteiligt zu sein. Wo haben Sie es denn sonst, daß, wenn in irgendeinem Ministerium, in irgendeiner Behörde, auf einem Beamten die Anklage ruht bezw. gegen ihn ein Verdacht besteht, daß er eine schwere Pflichtvergessenheit begangen habe, dieser Beamte ruhig in seinem Amte bleibt? Er wird suspendiert, bis er sich gerechtfertigt hat. Weiter verlangen wir auch nichts; wir verlangen zur Klarstellung dieser Angelegenheit die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren Ich möchte den Antrag meiner Fraktion dahin interpretieren, daß wir in der Tat unter der verlangten Kommission einen **parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemäß Art. 34 der Verfassung** verstehen. Dieser Artikel 34 beginnt mit dem Satz: „Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen." Ich glaube nicht, das es notwendig ist, daß, wie der Herr Kollege Gothein meinte, in dieser Sache zunächst die Regierung gehört wird. Es handelt sich hier einzig und allein um einen Willensausdruck des Parlaments respektive eines Teiles des Parlaments, dem das Gesamtparlament, wenn ein Fünftel der Mitglieder sich dem Antrage anschließt, beitreten muß. Wir sind auch nicht der Meinung, daß durch die Besprechung der Interpellation, die aller Wahrscheinlichkeit nach für die nächste Woche auf die Tagesordnung gesetzt wird, diese ungeheuer wichtige und schwerwiegende Frage in irgendwie ausreichendem Umfange geklärt werden kann. Es kann bei dieser Interpellation sowohl von seiten der Interpellanten wie von seiten der Regierungsvertreter das eine und das andere gesagt werden, aber das Unglück ist von einer Größe und einer Schwere, daß es unbedingt erforderlich ist, in alle Einzelheiten tief einzudringen, damit die wahrhaft Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat, wie Sie wissen, die Möglichkeit und die Pflicht, Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. Seine Arbeit wird sich wahrscheinlich auf eine längere Zeit hinaus erstrecken. Aber es ist dringend notwendig, daß das Parlament sofort einen solchen Entschluß faßt, damit der Öffentlichkeit und vor allen Dingen den Bergarbeitern gezeigt wird, daß die deutsche Volksvertretung bereit ist, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um Aufklärung zu schaffen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Antrag würde danach also lauten

Der Reichstag wolle beschließen:

(B) Es ist sofort ein Untersuchungsausschuß nach Art. 34 der Verfassung mit der Untersuchung des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis zu beauftragen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bin nicht gegen die Einsetzung einer Untersuchungskommission aus dem Reichstag. Im Gegenteil, ich halte eine solche Kommission für außerordentlich zweckmäßig. Ich möchte aber hier schon auf folgendes aufmerksam machen, daß verschiedene der Herren Vorredner etwas übersehen haben. Die **Untersuchung** über ein solches Unglück muß **in den ersten Stunden nach dem Unglück** erfolgen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wenn Sie jetzt eine Kommission einsetzen, dann kann diese Kommission nur noch Zeugen vernehmen, die unten bei den Aufräumungs- und Bergungsarbeiten zugegen waren. Etwas anderes können Sie jetzt schon nicht mehr. Deshalb wird es meines Erachtens zweckmäßig sein, daß wir für die Zukunft für derartige Zwecke **in den Bergbaurevieren eine ständige Kommission** haben, die sofort, wenn ein Unglück passiert ist, das Recht hat, dort zu untersuchen. Wir können hier gewiß jetzt eine Untersuchung veranstalten. Ich wünsche, daß eine gründliche Untersuchung erfolgt. Aber die Untersuchung wird nicht das bringen, was einige der Herren Vorredner erwarteten,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und was sie zur Begründung ihres Wunsches, die Kommission heute einzusetzen, anführten. Die Kommission wird, wenn sie heute eingesetzt wird, dasselbe Ergebnis haben, als wenn sie am Montag eingesetzt wird, weil sie ja nur Zeugen vernehmen und an Ort und Stelle nichts mehr feststellen kann. Ich glaube,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie wollen die Kommission nicht!)

nach meiner fachmännischen Tätigkeit kann ich darüber (C) ein Urteil abgeben. Ich rede als Bergarbeiter, der etwas vom Bergbau versteht, und ich glaube, meine Herren, Sie, die Sie nie körperliche Arbeit im Bergbau verrichtet und gesehen haben,

(sehr gut! im Zentrum und rechts)

Sie werden über die Bergbaufragen nicht besser urteilen können als ich.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ihre Freunde von rechts haben wohl im Bergbau gearbeitet!)

— Ob die Herren von rechts meine Freunde sind, weiß ich nicht, ist auch Nebensache.

Aber dann möchte ich zu einem Wort des Herrn Abgeordneten Hue einiges sagen. Er behauptet, die Betriebsräte hätten keine Rechte, die **Betriebsräte würden schlecht behandelt.** Es stimmt, daß sie zum Teil schlecht behandelt werden. Aber dann sind die Menschen meines Erachtens zum großen Teil selbst daran schuld.

(Hört! Hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im allgemeinen werden die Menschen so behandelt, wie sie es sich gefallen lassen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und, verehrte Anwesende, die Rechte, die unsere Betriebsräte haben, sind doch so groß,

(hört! hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß die Betriebsräte, wenn sie tüchtig sind, sich nicht schlecht behandeln zu lassen brauchen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Ich bin überzeugt, daß ein tüchtiger Fachmann, wenn er Betriebsrat ist, sich nicht schlecht behandeln läßt. Wenn er seine Organisation hinter sich hat, dann kann er durchsetzen, daß er als Betriebsrat nicht schlecht behandelt wird.

Dann glaubte der Herr Abgeordnete Hue sagen zu (D) dürfen, das **Sicherheitsmännergesetz** sei ein Verbrechen. Ich stelle fest, daß das Sicherheitsmännergesetz einen Fortschritt in der Sicherheit in der Grube gegenüber dem vorherigen Zustand brachte. Der Herr Abgeordnete Hue bestreitet das, hat das früher schon bestritten. Aber ich stelle fest, daß der Herr Abgeordnete Hue von den Verhältnissen in der Grube auch gar keine Ahnung hat.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Er hat nie als Bergmann gearbeitet, und ich glaube, ich kann die Verhältnisse in der Grube etwas besser beurteilen. Das Sicherheitsmännergesetz brachte tatsächlich einen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand, und mit dem Gesetz konnten tüchtige Menschen immerhin schon allerhand für die Arbeiter erreichen, — nicht so viel, wie wir wünschen, ebenso wie auch das Betriebsrätegesetz nicht in allen Punkten das bringt, was wir für wünschenswert halten. Es ist aber falsch, es so darzustellen, als wenn die Rechte, die man nun im Gesetz schon bekommen hat, gar nichts bedeuten. Man muß doch auch etwas an die Tüchtigkeit der Menschen appellieren.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts!)

Die Arbeiter müssen doch auch etwas Selbstgefühl haben. Die Arbeiter müssen doch von dem alten Standpunkt der Vorkriegszeit, immer alles von der Behörde, von der Regierung zu verlangen, etwas abkommen.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Sie müssen doch als selbstbewußte Menschen ihre Interessen auch selbst etwas vertreten und ihre Gesetze selbst etwas ausnützen können.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, meine verehrten Damen und Herren, früher, als man keine Arbeiterausschüsse, keine Sicherheitsmänner,

(**Imbusch**, Abgeordneter.)

(A) keine Betriebsräte hatte, zu der Zeit, als ich praktisch tätig war, da habe ich versucht, meine Interessen trotz allem noch zu vertreten. Und, meine Herren, das ist mir nicht immer gut bekommen. Das sage ich dabei. Hier und da bekam ich Differenzen mit den Zechenverwaltungen, aber ich habe doch festgestellt, daß man manches durchsetzen kann, wenn man seine Interessen wirklich energisch vertritt.

(Zuruf links: Und dabei aufs Pflaster fliegt!)

— Ja natürlich, ich habe manchmal die Arbeitsstelle wechseln müssen. Ich hatte das Vergnügen, in einem Jahre einmal auf vier Zechen zu arbeiten. Das ist aber nicht wichtig. Es gab unter der Arbeiterschaft immer tüchtige Menschen, die auch solche kleinen Nachteile, wie sie damals an der Tagesordnung waren, auf sich nahmen.

Heute ist aber doch die Sache wesentlich anders. Heute haben wir doch viel stärkere Organisationen im Bergbau, und der einzelne **Arbeiter** hat einen ganz anderen **Rückhalt** als früher, wo die **Organisationen** noch klein und schwach waren und erst anfingen, hochzukommen, wo der einzelne Vertrauensmann noch von der Zechenverwaltung bekämpft wurde.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie können doch den Antrag nicht tot reden!)

— Nein, das will ich auch gar nicht!

(Lachen links.)

Im Gegenteil, es steht ja fest, daß der Untersuchungsausschuß kommt. Dagegen habe ich ja nichts, aber ich möchte doch hier falschen Anschauungen entgegentreten.

(Unruhe und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Dann bitte ich, doch nicht ganz zu vergessen, daß es ein schweres Unglück ist, das hier zur Debatte steht.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

(B) **Imbusch**, Abgeordneter: Meine Herren, man soll wirklich eine derartige Sache nicht vom parteipolitischen Standpunkte aus betrachten.

(Sehr wahr!)

Gerade als Vertreter einer großen Zahl von Bergleuten habe ich den dringenden Wunsch, daß aus diesem Unglück letzten Endes für die Bergleute doch wieder eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustande herauskommt. Wenn das geschehen soll, dann ist doch die Hauptsache, daß wir uns hier in der Frage nicht herumstreiten, und daß wir nicht, wie es von einigen meiner Herren Vorredner geschehen ist, Wendungen gebrauchen, die geeignet sind, Differenzen heraufzubeschwören, wie zum Beispiel die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hue.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Ich meine die Äußerungen über Sicherheitsmänner usw. Herr Hue, Sie erinnern sich der Zeit, wo wir über diese Fragen gestritten haben! Sollen wir den Streit, den wir vor einem Jahrzehnt ausgefochten haben, heute von neuem beginnen? Das hat doch wirklich keinen Sinn. Es ist für die Bergleute sicher viel besser, wenn wir jetzt in dieser Frage einig zusammengehen und versuchen, für die Bergleute wieder etwas Gutes zu schaffen.

Gegenüber der falschen Anschauung, als wenn alles Heil von oben kommen müßte, möchte ich gerade unterstreichen, daß auch jeder einzelne Arbeiter im Berufe etwas tun muß. Die Leute sind viel zu wenig darin geschult, ihre Interessen selbst zu vertreten und die Gesetze zu ihrem Wohle auszunutzen.

Dann, Herr **Hue**, möchte ich Sie auch bitten, das **Urteil**, das Sie zum Beispiel **über die Vertreter der Bergbehörde** abgegeben haben, etwas vorsichtiger zu gestalten.

(Unruhe links.)

Ich bin der letzte, der die Bergbehörde unnötig in Schutz nimmt. Wer die Schriften von Imbusch kennt, wer meine Tätigkeit aus dem vergangenen Jahrzehnt kennt, der (C) weiß, wie oft ich mit der Bergbehörde zusammengeraten bin.

(Zurufe links.)

Nein, ich habe keine Veranlassung, die Bergbehörde in Schutz zu nehmen, wo sie es nicht verdient. Aber, meine Herren, wer von Ihnen würde es für richtig halten, daß man ihn, wenn irgend etwas passiert, verurteilt, ohne ihn gehört zu haben.

(Große Unruhe und Zurufe links.)

— Ja, bis jetzt ist nicht bewiesen, daß in dem Falle die Bergbehörde sich schwer vergangen hat. Ich mache hier darauf aufmerksam, daß **in dem** fraglichen **Unglücksrevier** nach mir zugegangenen Mitteilungen ein **Kommunist** als **Betriebsrat** tätig war.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wer sagt denn das?)

Und wenn die Bergbehörde wirklich gesündigt hat, dann hätte das Betriebsratsmitglied die Pflicht gehabt, seiner Organisation vorher Mitteilung zu machen. Ich bin nicht Vertreter der Bergbehörde, möchte aber doch bitten, keine voreiligen Urteile zu fällen.

(Bravo! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

Bauer, Vizepräsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne im Namen der Reichsregierung den **Hinterbliebenen der Opfer** der fürchterlichen Grubenkatastrophe auf Mont Cenis das herzlichste **Beileid** und das tiefste Mitgefühl auszusprechen.

(Bravo!)

Damit allein aber kann die Angelegenheit nicht erledigt sein, und die Regierung sieht es als ihre vornehmste Aufgabe an, festzustellen, ob die Sicherheitsverhältnisse im (D) Bergbau wirklich ausreichend gefestigt sind, oder ob **neue Maßregeln zur Sicherheit der Bergleute** notwendig sind. Dieserhalb wird sich die Reichsregierung mit der zuständigen Regierung des Landes Preußen in Verbindung setzen und auch dafür eintreten, daß Arbeitervertreter bei der Prüfung dieser Frage zugezogen werden. Über die Frage, wo Schuld und Fehle liegt, im jetzigen Augenblick zu sprechen, wäre verfrüht.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Wir müssen zunächst einmal Feststellungen darüber abwarten, und dann erst kann die Regierung zu dieser Frage Stellung nehmen.

Bei der Kürze der Zeit war es der **Reichsregierung** auch nicht möglich, zu dem Antrage der Frau Agnes und Genossen, einen **parlamentarischen Untersuchungsausschuß** einzusetzen, Stellung zu nehmen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist auch Sache des Reichstags!)

— Aber ich glaube, die Regierung hat ja auch daran ein Interesse und möchte bei der Erledigung dieser Frage nicht ganz ausgeschaltet sein.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Ich wollte also den Vorschlag machen, die Debatte über diesen Antrag heute abzubrechen

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

und sie erst morgen fortzusetzen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, — —

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Darüber bestimmt der Reichstag! — Zurufe und Unruhe links)

— Sie können mich doch in Ruhe aussprechen lassen!

(Zurufe in der Mitte: Das können sie [nach links] nicht!)

(**Bauer**, Vizepräsident des Reichsministeriums.)

(A) Können Sie nun gar keine andere Meinung mehr hören, Herr Abgeordneter Rosenfeld! — Ich sage also: ich würde es im Interesse der Sache für zweckmäßig halten, die Beratung über diesen Antrag morgen fortzusetzen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, damit dann morgen auch eine Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrage ausgesprochen werden kann.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Braß.

Braß, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Reichstag nicht seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Herrn Vizekanzlers geben wird. Es ist eine Angelegenheit, die der Reichstag zu erledigen hat und ohne die Regierung erledigen kann.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist hier verlangt worden, daß eine **Untersuchungskommission** eingesetzt werden soll, und die Antragsteller haben, soweit ich das habe hören können, nicht von einer Schuld oder Unschuld gesprochen, — das haben sie dem Vertreter der Bergbauunternehmer, dem sogenannten Arbeitervertreter Imbusch überlassen.

(Sehr gut! auf der äußersten Linken. — Unruhe im Zentrum.)

Der Abgeordnete Gothein hätte sich wirklich für die Interessen des bergbauenden Kapitals nicht einzusetzen brauchen; denn nach ihm kam ja Herr Imbusch, der das in glänzender Weise verstanden hat.

(Erneute Zustimmung auf der äußersten Linken. — Zurufe im Zentrum.)

(B) Er hat des langen und breiten sich bemüht, darzulegen, daß er für eine Untersuchungskommission sei; aber seine gesamte Rede, — —

(Wiederholte Zurufe im Zentrum.)

— Wenn es Ihnen (zur Mitte) nicht paßt, — draußen ist ja noch Platz für Sie!

(Große Unruhe im Zentrum.)

— Draußen ist ja noch Platz für Sie! Ich frage Sie doch nicht, ob ich reden soll.

(Andauernde große Unruhe.)

Herr Imbusch hat es also glänzend verstanden, die Kommission in ein Licht zu stellen, daß sie nicht imstande sein würde, irgendwelche Klarheit über das Unglück zu schaffen. Er versucht schon gleich, wo er auf der einen Seite dem Herrn Abgeordneten Hue vorwirft, er hätte die Bergbaubehörde bereits als schuldig bezeichnet,

(Zurufe im Zentrum: Hat er auch!)

auf der andern Seite hervorzuheben, daß ein **Betriebsrat Kommunist** ist, und daß der wahrscheinlich auch mitschuldig sei.

(Zurufe im Zentrum: Nein, das hat er nicht gesagt!)

Es ist bei ihnen doch selbstverständlich, wenn ein Kommunist im Betriebsrat ist, daß der schuld hat.

Aber warum sträuben Sie sich denn gegen diese Untersuchungskommission? Doch nur aus dem Gefühl heraus, weil Sie ganz genau wissen, daß, wenn die Untersuchung objektiv geführt, festgestellt werden wird, wie immer in diesen Fällen, daß eben die Bergbaubehörden und ganz besonders das Kapital

(große Heiterkeit)

die Schuldigen sind.

Außerdem wird es Ihnen auch unbequem werden, daß diese Kommission zweifellos aktenkundig das feststellen wird, was Herr Hue bereits gesagt hat: daß die Betriebsräte in Wirklichkeit nichts als weiße Salbe sind.

Wenn Herr Imbusch für die Einsetzung einer Kommission ist, dann sollte er nicht im voraus versuchen, das Ergebnis der Arbeit der Kommission als ein negatives hinzustellen. Meine Fraktion ist der Meinung, daß mit der Einsetzung der Kommission nicht gewartet werden darf, sondern daß sie heute sofort eingesetzt und mit der Untersuchung begonnen werden muß. (C)

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Winnefeld.

Winnefeld, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als mich gestern morgen die Nachricht traf, daß auf Zeche Mont Cenis in Solingen das furchtbare Unglück vor sich gegangen war, da hat das auf mich persönlich einen furchtbaren Eindruck gemacht. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, daß in diesem hohen Hause keiner anwesend ist, der nicht dasselbe von sich sagen kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei!)

Als ich gestern am Schluß der Tagung von dem Herrn Präsidenten vernahm, daß der Herr Abgeordnete Imbusch eine Interpellation über dieses Unglück gestellt hatte, war ich von dieser Tatsache angenehm berührt. Heute habe ich erfahren können, daß die Unabhängigen mit einer gleichlautenden Interpellation an den Reichstag herangetreten sind, und daß andererseits der Herr Abgeordnete Hue seinen Antrag eingebracht hat.

Meine Damen und Herren! Ich als Bergmann nehme alles Gute, von welcher Seite es auch kommen mag. Ich bin Ihnen allen dankbar, wenn Sie mithelfen wollen, das Los des Bergarbeiters, der einen der schwersten Berufe im gesamten Wirtschaftsleben ausübt, zu bessern.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat Ihnen heute gesagt, daß er bereit sei, die Interpellation in den ersten Tagen der nächsten Woche zu beantworten. (D)

Wenn nun der Herr Abgeordnete Hue die sofortige **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses** verlangt, so habe ich nichts dagegen einzuwenden; nur eins muß ich zur Bedingung machen, wenn es zur Einsetzung eines derartigen Ausschusses kommt, daß hierzu nur sach- und fachkundige Männer herangezogen werden.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf links: Helfferich!)

— Meine Herren, rufen Sie doch nicht so albern! Wo 83 Bergleute auf dem Totenbett liegen, da kommen Sie mit solchen Zwischenrufen!

(Sehr gut! und Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen. Noch sind die **Ursachen des Unglücks** in ihrer ganzen Tragweite nicht aufgeklärt. Wir wissen nicht, ob es sich um eine Schlagwetterexplosion in Verbindung mit Kohlenstaub handelt, oder ob es sich um eine reine Gasexplosion oder um eine reine Kohlenexplosion handelt.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das soll eben untersucht werden!)

— Herr Kollege, ich will Ihnen als alter Bergmann folgendes sagen. Wenn ich feststellen will, in welcher Form die Explosion sich entladen hat, dann kann ich das nur unmittelbar nach dem Unglück machen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Bei Kohlenstaubexplosionen bilden sich die sogenannten Koksbildungen, die auf den Stempeln der Grubenbauten oder auf den Wänden des Gesteins sich bilden. Das kann man nur unmittelbar nach der Explosion feststellen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das soll festgestellt werden! — Heiterkeit rechts.)

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) — Wie wollen Sie das feststellen, Frau Kollegin? Wie Sie in den Zeitungen wohl gelesen haben, ist die Bewetterung der Betriebe der betreffenden Reviere wieder intakt. Die Befahrung ist vor sich gegangen. Da wird ein großer Teil dessen verwischt, was Sie suchen, meine Damen und Herren!

(Aha! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Die Koksbildungen werden dadurch verwischt, daß die Bewetterung wieder intakt ist und daß durch den Wiederaufbau die Spuren einer reinen Kohlenstaubexplosion nicht in allen Fällen festzustellen sind. Wenn Sie mir dies bestreiten, dann habe ich weiter keine Worte darauf zu erwidern, als daß ich annehme, daß Sie die Materie in ihren Einzelheiten nicht kennen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Hue hat hier gesagt, daß die **Betriebsräte** zu einem großen Teil nicht ihre Rechte ausüben können. Ich will nicht darüber streiten, Herr Kollege Hue. Es mag in Wirklichkeit vorkommen, daß einzelne Betriebsräte oder Betriebsausschüsse, denen ja die Befahrung der Gruben ohne weiteres übertragen ist, in etwa gehindert werden. Aber daß die Zechenverwaltungen ganz allgemein die Leute hindern, bestreite ich. Aber, Herr Kollege Hue, wir haben heute noch einen ganz großen Teil von Leuten, die in den Posten von Betriebsausschüssen sitzen, die willkürlich darauf verzichten, ihre Rechte auszuüben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will nicht sagen, Herr Kollege Hue, daß es Ihre Anhänger sind. Aber Sie (zur äußersten Linken), meine Herren, die Sie sich bei jeder Gelegenheit hier so schwer entrüsten!

(Hört! Hört! rechts.)

(B) Die Herren der neugeschaffenen **Bergarbeiterunion** im Revier, soweit sie in den Betriebsausschüssen sitzen, haben, wie ich Ihnen nachweisen kann, zum großen Teil ihre **Pflicht den Arbeitern gegenüber** dadurch **vernachlässigt**, daß sie nicht in die Grube gefahren sind,

(hört! hört! und Bewegung)

um sich dort nach dem Rechten umzusehen, sondern sie haben sich am Tage hingesetzt und haben dort Handel getrieben mit allen möglichen Dingen

(hört! hört! und Unruhe)

und haben gemütlich die Pfeife oder die Mutze geraucht, wie der Bergmann sagt.

(Hört! Hört! rechts. — Zurufe auf der äußersten Linken.)

Das sind Ihre Leute (zur äußersten Linken). Wirken Sie erzieherisch auf Ihre Leute, damit sie ihre Pflicht tun.

(Zurufe links.)

— Meine Herren, gehen Sie ins Ruhrgebiet hinein und studieren Sie die Sachen an Ort und Stelle. Dann kommen Sie nach hier und reden mit mir über diese Dinge! Sonst schweigen Sie.

(Beifall rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich fasse mich dahin zusammen: Ich habe nichts dagegen einzuwenden, Herr Kollege Hue, Ihrem Antrag stattzugeben. Der Herr Vizekanzler hat eben gesagt, daß er beabsichtigt, morgen über diese Frage zu sprechen. Ich würde es für praktisch halten, wenn wir den Antrag Hue dann mit der Besprechung der Interpellation verbinden könnten. Ich behalte mir vor, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Stinnesknechte! — Abgeordneter Winnefeld: Sie sollten sich schämen, so etwas zu sagen.)

Präsident: Während der Rede des Herrn Abgeordneten Winnefeld hat Herr Plettner gerufen: Hausknecht von Stinnes! Ich rufe ihn für diesen Zwischenruf zur Ordnung. (C)

Meine Damen und Herren! Es ist folgender Antrag eingegangen:

> Wir beantragen Vertagung der Beratung und Beschlußfassung bis zur Abgabe einer Regierungserklärung.

Es sind noch sieben Redner eingezeichnet.

(Zurufe.)

— Meine Herren, der Vertagungsantrag geht allen anderen Anträgen vor. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß ich zunächst die Unterstützungsfrage zu stellen habe. Der Antrag auf Vertagung bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag Koch-Burlage unterstützen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Über den **Vertagungsantrag** muß ohne weitere Beratung entschieden werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dittmann.)

— Ich habe mich mit den Antragstellern darüber auseinandergesetzt. Es liegt offenbar eine **Kollision** vor, die wir bis morgen werden klären müssen. Auf der einen Seite sagt der **Art. 34 der Verfassung**, daß ein Fünftel des Reichstags das Recht hat, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu verlangen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das scheint mir aber das Recht der Geschäftsordnung, die Beschlußfassung darüber auf einen andern Tag zu vertagen, nicht auszuschalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.) (D)

Aber ich gebe zu, daß die Sache strittig sein kann.

Ich werde also, da es sich um eine Streitfrage handelt, die geschäftsordnungsmäßige Debatte darüber eröffnen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn die Reichsverfassung vorschreibt, daß ein Fünftel der Mitglieder des Hauses imstande ist, zu beschließen, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß einzusetzen ist, dann ist vom Präsidenten meines Erachtens lediglich zu fragen, ob ein Fünftel des Hauses dem gestellten Antrag beitreten will oder nicht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist dadurch festzustellen, daß sich eben diejenigen, die den Antrag unterstützen wollen, von den Plätzen erheben. Es geht aber nicht an, daß durch einen Mehrheitsbeschluß die Ausführung eines Antrags, der nach der Verfassung richtig gestellt ist, verhindert und vielleicht auf Wochen hinaus verzögert wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bitte also dringend, Herr Präsident, daß in der Weise verfahren wird, daß einfach festgestellt wird, ob ein Fünftel des Hauses hinter dem gestellten Antrage steht oder nicht.

Präsident: Ich habe diesen Einwand den Antragstellern auch entgegengehalten. Aber die Vertagung einer Debatte — und eine Debatte liegt hier leider noch vor — ist statthaft. Ich kann jetzt die Frage noch nicht entscheiden.

(Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

(Präsident.)

(A) Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Auffassung des Herrn Präsidenten, die er soeben kundgegeben hat, ist doch wohl ungefähr selbstverständlich.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Erlauben Sie, wenn Sie sagen: es kann nur gefragt werden, ob ein Fünftel gemäß Art. 34 der Verfassung für diesen Antrag ist, dann wollen Sie durchaus doch nicht die Folgerung ziehen, daß nun nicht um die Abstimmung, um die Antwort vorzubereiten, eine Besprechung stattfinden könnte. Die hat ja heute schon begonnen, und weil diese Beratung stattfinden kann, kommen alle diejenigen Paragraphen und Bestimmungen zur Anwendung, welche Beratungen überhaupt betreffen. Daraus folgt, daß man auch eine Beratung vertagen kann. Das ist so selbstverständlich, daß ich wirklich nicht weiß, was man dagegen anführen will. Es ist schon recht, daß, wenn es etwa auf der Hand läge, man wolle eine Obstruktion, man wolle die Abstimmung über die Frage, ob ein Fünftel dafür ist oder nicht, auf unbegrenzte Zeit hinausschieben, man dann sagen könnte: eine solche Handlungsweise widerspricht dem Geiste dieser Bestimmung.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das liegt vor!)

Davon ist gar keine Rede. Wir wollen nur auf morgen oder vielleicht übermorgen vertagen.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

— Jawohl, wenn die Regierung morgen antworten kann, was ich erwarte, dann soll morgen die Sache erledigt werden.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das geht die Regierung gar nichts an!)

(B) Also von irgendeiner obstruktionellen Handlungsweise kann man nicht sprechen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Niemand von Ihnen wird der Meinung sein, daß diejenigen, die heute den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellen, diesen Antrag morgen oder übermorgen nicht mehr aufrechterhalten werden. Es ist also absolut unverständlich, weshalb einige Parteien, weshalb die Mehrheit dieses Hauses überhaupt verlangt, daß die Beratung und die Beschlußfassung auf irgendeinen anderen Tag vertagt wird. Nachdem dieser Antrag überhaupt einmal zur Tagesordnung zugelassen worden ist, muß er auch an diesem Tage zum Abschluß kommen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn es genügt der Wille von einem Fünftel der Mitglieder des Hauses, um einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Ob die Regierung etwas erklärt oder ob sie nichts erklärt, ist vollständig gleichgültig.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben uns unsererseits, offen gestanden, darüber gewundert, daß überhaupt der Vizekanzler in diese Debatte eingegriffen hat. Wenn parlamentarische Untersuchungsausschüsse bisher eingesetzt worden sind — ich erinnere an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Kriegsschuldfrage —, so hat die Regierung sich an den Debatten nicht beteiligt, weil das ausschließlich eine Angelegenheit des Parlaments ist, in die die Regierung gar nicht hineinzureden die Absicht hatte.

Ich wiederhole also: Nachdem der Antrag einmal auf (C) die Tagesordnung gestellt und beraten worden ist, muß er auch heute zum Abschluß kommen. Denn sonst hätte diese Bestimmung der Verfassung ja absolut gar keinen Sinn. Sie könnten bei jeder Gelegenheit wieder, wenn ein Fünftel der Mitglieder des Hauses für einen solchen Untersuchungsausschuß wäre, diesen Beschluß dadurch unmöglich machen, daß Sie Vertagung beantragen. Ich will nicht untersuchen, ob bei Ihnen ein Obstruktionswille vorliegt oder nicht, aber die Möglichkeit einer solchen Obstruktion läge jeden Tag genau so wie heute vor, und der Verfassungsparagraph 34 sagt ausdrücklich, daß ein Fünftel der Mitglieder des Hauses ausreicht, um einen solchen Beschluß zu effektuieren. Er will also ausdrücklich jede Möglichkeit der Obstruktion verhindern, konsequenterweise muß heute diese Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

(Abgeordneter Ledebour: Ich verzichte zunächst!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Ich stimme dem Vorredner vollständig zu. Es geht nicht an, durch eine gewisse geschäftsordnungsmäßige Behandlung die Reichsverfassung zu sabotieren oder außer Kraft zu setzen. Wie jetzt die Sache liegt, soll tatsächlich das Recht eines Fünftels des Hauses verschleppt, obstruiert werden. Anders liegt die Sache nicht. Das kann nur verhindert werden, indem am heutigen Tage die Sache zum Abschluß gebracht wird, und ich wundere mich nur, daß der Herr Präsident nun in Verfolg dieser Angelegenheit und in Rücksicht auf die Reichsverfassung nicht sofort die Frage stellt, ob ein Fünftel des Hauses den Antrag unterstützt! Denn darum handelt es sich, daß durch die Abstimmung (D) die Sache nicht verschleppt wird.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es handelt sich doch um eine einfache Rechtsfrage. Es kann natürlich auch das andere stimmen. Aber nachdem zugegeben worden ist, daß die Geschäftsordnung gültig ist für die Aufsetzung des Gegenstandes auf die Tagesordnung, muß die Geschäftsordnung auch für die Behandlung der ganzen Angelegenheit maßgebend sein.

(Widerspruch und Zustimmung.)

Wenn ein einzelnes Mitglied heute den Widerspruch erhoben hätte, hätte die Sache heute nicht auf der Tagesordnung erscheinen können, sondern erst morgen. Anders wäre es natürlich, wenn der Antrag von vornherein von einer genügenden Anzahl unterschrieben wäre.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben alle Ursache, diese Frage ganz leidenschaftslos zu prüfen. Denn was heute als Antrag von der Linken gekommen ist, kann morgen als Antrag von der Rechten kommen, und deswegen sollen wir uns die Sache reiflich überlegen, ehe wir den Präzidenzfall schaffen.

Nun ist zuzugeben, daß hier eine gewisse Dissonanz zwischen der Verfassung und der Geschäftsordnung vorliegt. Was die Verfassung anlangt, so ist ganz klar, daß, wenn ein Antrag vorliegt, der von einem Fünftel der Mitglieder des Reichstags unterschrieben ist, damit die ganze Sache eigentlich erledigt ist. Und wenn dieser Antrag vorläge, wäre meiner Auffassung nach kein Wort mehr zu reden. Hier ist aber ein Antrag eingebracht worden und geschäftsordnungsmäßig, wie der Herr Präsident ganz mit Recht bemerkt hat, zur Debatte gestellt

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) worden, und dadurch sind die Dissonanzen eigentlich erst gekommen. Das hat uns auch in die Lage gebracht, jetzt nach der einen oder anderen Seite entscheiden zu müssen.

Ich gebe zu, daß der sachliche Inhalt dieses Antrags eine große Verzögerung nicht verträgt. Aber um die ganze Frage zu klären, würde ich doch vorschlagen, daß wir heute entweder dem Ältestenrat oder der Geschäftsordnungskommission die Behandlung dieses Antrags unterbreiten, damit eine dieser Kommissionen bis morgen uns einen Vorschlag machen kann. Ich würde vorschlagen, dann morgen die Angelegenheit an erster Stelle auf die Tagesordnung des Reichstags zu setzen. Ich glaube, so kommen wir am besten über die Sache hinweg und schaffen nicht ab irato einen Präzedenzfall, der uns später einmal unangenehm sein könnte.

Präsident: Wenn morgen der Antrag von 94 Unterschriften unterzeichnet ist, ist alles erledigt und jede weitere befürchtete Sabotierung unmöglich.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Bell.

Dr. **Bell,** Abgeordneter: Die Dissonanz zwischen Geschäftsordnung und Verfassung schwindet mit dem Augenblick, wo man sich darüber klar wird, daß weder die Geschäftsordnung noch die Verfassung irgendwelche Obstruktion verträgt. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann muß man konsequenterweise sagen: entweder wird eine Beratung dieses Antrags überhaupt nicht zugelassen, oder im vorliegenden Fall muß die Geschäftsordnung derart zur Anwendung kommen, daß die Beratung so lange fortgesetzt wird, bis — unter Ausschaltung jeder Obstruktion — sie zu Ende geführt wird. Denn diejenigen, die bei der Beratung sich zum Worte melden, haben doch ein Interesse daran, gehört zu werden über diejenigen Fragen, die den Gegenstand des Antrags und

(B) das Arbeitsgebiet des Untersuchungsausschusses bilden. Nur zu diesem Zwecke haben sich die Redner zum Worte gemeldet. Wäre die gegenteilige Auffassung richtig, dann müßte man folgerichtig zu dem Ergebnisse kommen, daß jede Beratung von vornherein ausgeschlossen ist, wenn schriftlich der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit Unterschrift von 50 Mitgliedern gestellt ist, und daß bei einem neulich gestellten Antrag durch sofortige Abstimmung ohne vorherige Beratung lediglich festzustellen ist, ob 50 anwesende Mitglieder ihm zustimmen. Diese Auffassung steht aber in unlösbarem Widerspruch zu den einschlägigen Vorschriften der Geschäftsordnung, die durch die betreffende Bestimmung der Verfassung keineswegs ausgeschaltet sind. Die Verfassungsvorschrift läßt sich also nur auf dem durch die Geschäftsordnung vorgesehenen Wege durchführen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Gothein.

Dr.-Ing. **Gothein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte doch Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt lenken, der meines Erachtens sehr wichtig ist und in der bisherigen Geschäftsordnungsdebatte noch nicht erwähnt wurde. Als der Antrag gestellt und vom Hause widerspruchslos angenommen wurde, hier einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, war ausdrücklich erklärt worden, daß das kein Untersuchungsausschuß auf Grund des Art. 34 der Verfassung sein sollte.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Das war ausdrücklich vom ersten Redner erklärt worden.

(Zuruf: Nein!)

Es ist ausdrücklich auf die Frage des Herrn Präsidenten erklärt worden, und erst der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid hat dann im Verlauf der Diskussion den anderen Antrag gestellt.

(Abgeordneter Ledebour: Wir bestreiten das!)

— Bestreiten ist bequem, aber tatsächlich hat der Herr (C) Abgeordnete Dr. Breitscheid hinterher den Antrag geändert und hat ausdrücklich erklärt, daß nunmehr ein solcher Antrag auf Grund des Art. 34 gestellt würde. Infolgedessen liegt jetzt eine neue Situation vor, und es ist möglich, noch Widerspruch gegen einen derartigen Antrag zu erheben.

Nun, meine Damen und Herren, ist es ja selbstverständlich, daß dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird und daß, wenn wir morgen nach dem Vorschlag des Herrn Kollegen Müller (Franken) diese Sache weiter behandeln, dann selbstverständlich der Antrag angenommen wird, und wir werden nicht die geringste Obstruktion machen. Wir werden dann selbstverständlich für diesen Antrag mitstimmen. Aber heute möchte ich Sie bitten, dem Vorschlage des Herrn Kollegen Müller Folge zu geben. Ich lege ausdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß von unserer Seite irgendwelche Obstruktion getrieben würde. Wir haben uns dabei lediglich auf den rein parlamentarischen Standpunkt gestellt, den der aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion hervorgegangene Herr Vizekanzler auch seinerseits eingenommen hat. Niemand von uns will irgendwelche Obstruktion treiben oder irgendwie Ihr (nach links) Recht verkümmern.

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Antrag ist inzwischen von drei Fraktionen des Hauses gestellt worden, die 193 Mitglieder haben. Damit erachte ich den Art. 34 der Verfassung für erfüllt. Ein Fünftel des Reichstags hat den Wunsch auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt, und ich glaube, es braucht eine weitere Debatte nun nicht mehr geführt zu werden.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Hue.

Hue, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (D) Mir wird von meinen politischen Freunden gesagt, daß ich durch eine Redewendung den Eindruck erweckt hätte, als ob ich die Bergbehörde ohne weiteres als schuldig bezeichnen wollte.

(Rufe rechts: Jawohl! — Widerspruch links.)

— Meine Herren, gestatten Sie, jedem kann ein falscher Zungenschlag passieren, und wenn ich gesagt habe, die Bergbehörde sei schuldig, so würde das ein falscher Zungenschlag sein. Ich nehme keinen Anstand, das zu erklären. Ich las eben meine ersten Ausführungen nach dem unkorrigierten Stenogramm und finde, daß ich ausdrücklich die Schuldfrage offen gelassen habe. Ich habe da ausgeführt, daß zurzeit die Zustände der Unglücksgrube so verworren liegen, daß wir heute gar nicht wissen können, was eigentlich die Ursachen sind. Ich sehe bis zur Reinigung von dieser Anklage auch die Bergbehörde als angeklagt an. Das habe ich sagen wollen, nichts anderes.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Braß hat mir vorgeworfen, ich habe hier in bester Weise die Bergbehörde vertreten. Meine Herren, nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hue kann ich mich sehr kurz fassen. Der Herr Abgeordnete Hue hatte durch seine Ausführungen bei mir den Eindruck erweckt, als wenn er die Bergbehörde als schuldig bezeichnen wollte, und ich war der Ansicht und bin es auch jetzt noch, daß nicht bewiesen ist, wer schuldig ist, sonst brauchten wir ja keinen Untersuchungsausschuß,

(sehr gut! im Zentrum; Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(Imbusch, Abgeordneter.)

(A) und ich halte es für meine Pflicht als Volksvertreter, daß ich Verdächtigten, deren Schuld nicht bewiesen ist, meinen Beistand angedeihen lasse.

Dann hat Herr Braß behauptet, ich habe den Betriebsrat beschuldigt. Das ist mir gar nicht eingefallen, ich habe lediglich festgestellt, daß mir berichtet wurde, in dem Revier sei zufällig ein von den Kommunisten aufgestellter Betriebsrat. Der Mann ist nicht mit verunglückt, ich freue mich dessen, man kann also den Mann vernehmen. Ich habe aber den Betriebsrat nicht beschuldigt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Herren! Nachdem der Reichstag eben den Beschluß gefaßt hatte, die Untersuchungskommission aus seiner Mitte einzusetzen, erscholl aus dem Hause der Zwischenruf: Gegen den Herrn Vizekanzler. Ich möchte demgegenüber doch feststellen, daß die Regierung gegen die Einsetzung einer Untersuchungskommission nichts einzuwenden hat, — ich sehe wenigstens gar keinen Anlaß für die Reichsregierung, gegen einen solchen Beschluß zu sein.

(Sehr richtig im Zentrum. — Zuruf rechts.)

Ich bin bei den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers selbst nicht dabei gewesen. Es ist vielleicht aufgefallen, daß ich bei der Beratung dieses Antrags nicht hier war; ich wußte aber nicht, daß er zur Debatte stand, und war oben im Hause in einer Konferenz mit Invalidenorganisationen beschäftigt, sonst wäre ich dabei gewesen. Nach dem, was mir der Herr Vizekanzler soeben mitgeteilt hat, hat er mit seinen Ausführungen lediglich beabsichtigt, der Regierung Gelegenheit zu geben, Stellung zu der Sache nehmen zu können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(B) Das heißt aber nicht, daß sie gegen einen derartigen Antrag ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ein großer Unterschied. Die Regierung hat auch gar keinen Anlaß und nicht den Willen, die Sache zu verschleppen. Die Dinge sind zu Eingang unserer heutigen Sitzung schon besprochen worden. Es ist dabei angeregt worden, daß sofort auch Arbeiter zur Untersuchung hinzugezogen werden möchten. Ich habe das zugesagt, indem ich bemerkte: Ich werde sofort die Anregung an das preußische Handelsministerium, das die Untersuchung in Händen hat, weitergeben. Das habe ich sofort getan; bereits 5 Minuten nach der Anregung aus dem Hause ist dies geschehen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur noch zwei Worte! Wir wollen der Auffassung des Herrn Präsidenten über den Sinn des Art. 34 der Verfassung und inwieweit damit die Geschäftsordnung in Vereinigung zu bringen ist, heute nicht widersprechen. Wir haben unseren Antrag überhaupt nur gestellt, weil von seiten des Herrn Vizekanzlers der Wunsch ausgesprochen wurde,

(hört! hört! links)

daß auch die Regierung ihrerseits zu dieser wichtigen Angelegenheit sich äußere. Ich wiederhole also: Wir wollen dem Herrn Präsidenten heute nicht widersprechen, aber Verwahrung müssen wir dagegen einlegen, daß etwa aus dem heutigen Beschlusse die Folgerung gezogen wird, daß er der Verfassung und der Geschäftsordnung entspreche. Dieser Ansicht sind wir nicht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Im Art. 34 der Verfassung heißt es: (C)

> Der Reichstag hat das Recht . . . . auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder . . . . Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

(Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und die Pflicht!)

— Jawohl, das will ich gar nicht unterdrücken.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es heißt wörtlich:

> Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Regen Sie sich doch nicht so auf! Es lag mir selbstverständlich völlig fern, von diesem Wortlaut irgend etwas wegzunehmen.

Der Reichstag hat also das Recht und die Pflicht etwas zu tun. Wie der Reichstag es dann tun will, in welcher Verhandlungsform, das kann doch nicht in der Verfassung stehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wo kann das stehen? — Allein in der Geschäftsordnung!

(Zuruf im Zentrum: Selbstverständlich!)

Deswegen kommen alle Vorschriften der Geschäftsordnung, die unsere Beratungen betreffen, auch zur Anwendung auf die Beratung, die einen solchen Antrag zum Gegenstand hat.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Folge davon ist, daß alle Bestimmungen über Vertagung der Beratungen auch in der heutigen Verhandlung ihre Anwendung hätten finden müssen.

Wir widersprechen heute nicht, verwahren uns aber dagegen, daß das heutige Verfahren der Geschäftsordnung und der Verfassung entspricht.

(Zustimmung im Zentrum. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Ich bestreite die Auslegung des Herrn Abgeordneten Burlage. Ob bei Anwendung des Art. 34 der Reichstag das Recht hätte, mit Majorität eine Vertagung der Entscheidung zu beschließen, das ist der Kernpunkt der Frage!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das wollen Sie, nachdem Sie gegenwärtig für den Augenblick Ihren Widerspruch zurückgezogen haben, prinzipiell bei einer anderen Angelegenheit zur Durchdrückung bringen. Wenn die Auslegung richtig wäre, die Sie jetzt vorbringen, dann hätte die Majorität des Reichstags es jederzeit in der Hand, durch unbegrenzte Vertagungsanträge die Durchführung der Einsetzung einer Untersuchungskommission auf Beschluß von einem Fünftel der Mitglieder unmöglich zu machen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Weil diese Auslegung dem Sinn des Art. 34 widerspricht, kann sie unmöglich akzeptiert werden.

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Die Rechtsfrage selber wird ja in einem anderen Gremium geklärt werden müssen.

Ich schlage vor, nunmehr unsere Verhandlungen abzubrechen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. mündliche Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne;

(Präsident.)

(A) 3. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Gerichtskostengesetzes;
4. zweite Beratung des Entwurfs eines neuen Gebührengesetzes für die Auslandsbehörden;
5. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921

und zwar:

a) Haushalt des Reichspräsidenten,
b) Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei,
c) Haushalt des Reichsfinanzministeriums,
d) Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds,
e) Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs,
f) Haushalt des Reichsjustizministeriums;

7. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung der Angestelltenversicherung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Die Berichte über die Verhandlungen des Hauptausschusses sind den Mitgliedern des Hauses noch nicht zugegangen. Nun höre ich aus den Darlegungen des Herrn Präsidenten, daß er bereits eine Anzahl von Haushaltsplänen auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich meine, es ist nicht angängig, in dieser überstürzten Weise zu den Etats Stellung zu nehmen, ohne daß den Mitgliedern des Hauses Gelegenheit gegeben wird, sich in die Materien einzuarbeiten. Ich widerspreche also.

Präsident: Die Aufsetzung ist erfolgt, weil diese Etats im Haushaltsausschuß ohne Widerspruch genehmigt worden sind, und alle Parteien damit einverstanden waren. Die Drucksachen werden heute abend verteilt. Der Widerspruch des Abgeordneten Höllein gegen die Aufsetzung auf die Tagesordnung muß aber gleichwohl vom Reichstag entschieden werden. Ich bitte, zur Abstimmung (B) Platz zu nehmen.

Ich bitte diejenigen, welche den sechsten Gegenstand von der Tagesordnung absetzen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Nun werde ich noch darauf aufmerksam gemacht, daß es vielleicht empfehlenswert ist, zur beschleunigten Erledigung des vorhin gefaßten Beschlusses uns noch über die Anzahl der Mitglieder zu einigen, die in den Untersuchungsausschuß hineingehen sollen. Es ist ein Vorschlag gemacht worden, diese Kommission aus 21 Mitgliedern zusammenzusetzen.

(Zurufe: Viel zu viel!)

Wird ein anderer Vorschlag gemacht?

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Gothein.

Dr.-Ing. **Gothein,** Abgeordneter: Eine derartige Untersuchungskommission halte ich für viel zu groß und möchte vorschlagen, sie aus sieben Mitgliedern zu bilden.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Sieben Mitglieder scheinen mir zu wenig. Ich beantrage, 14 einzusetzen.

Präsident: Wir werden der Reihe nach abstimmen. Ich bitte diejenigen, die eine Kommission von 21 Mitgliedern haben wollen — —

(Zurufe: Wird zurückgezogen!)

Wer für 14 Mitglieder ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist also beschlossen.

Die Tagesordnung stand auch fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 57 Minuten.)

Namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Abgeordneten Hergt und Genossen zu der Interpellation Bruhn, v. Gallwitz und Genossen, betreffend Ergänzungsprüfung der Beamten (Nr. 2254 der Drucksachen).

Name.	Abstimmung.
Adams	enthalten
Frau Agnes	Nein
Albrecht (Hannover)	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Nein
Allekotte	Nein
Alpers	fehlt
Andre	Nein
Frau Ansorge	beurl.
Arnstadt	fehlt
Aufhäuser	Nein
Bachmann	Ja
Bachmeier	Nein
Bahr (Frankfurt)	Nein
Dr. Barth (Chemnitz)	Ja
Bartz (Hannover)	Ja
Bauer	Nein
Baumann	beurl.
Frau Dr. Bäumer	Nein
Bazille	Ja
Becker (Arnsberg)	Nein
Dr. Becker (Hessen)	enthalten
Becker (Oppeln)	fehlt
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	fehlt
Beims	fehlt
Dr. Bell	Nein
Bender	Nein
Berndt	Ja
Bernstein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	Nein
Berthelé	Ja
Beuermann	enthalten
Dr. Beyerle	fehlt
Beythien	enthalten
Bias	fehlt
Biener	Ja
Bitta	fehlt
Blum	fehlt
Bock	fehlt
Böhm (München)	Nein
Dr. Böhme (Magdeburg)	Nein
Bolz	Nein
Bornefeld-Ettmann	beurl.
Brandes	Nein
Braß	Ja
Braun (Düsseldorf)	Nein
Dr. Braun (Franken)	Nein
Edler v. Braun (Oberb.)	fehlt
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Nein
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	beurl.
Breunig	Nein
Brey	Nein
Brodauf	enthalten
Bruchardt	fehlt
Brühl	fehlt
Bruhn	Ja
Brüninghaus	enthalten
Brunner	Nein
Buck	fehlt
Budjuhn	fehlt
Burlage	Nein
Busch	Nein
Colshorn	Nein
Dr. Cremer	fehlt
Crispien	Nein
Cuno	fehlt
Dr. Curtius	enthalten
Damm	fehlt
Dannemann	fehlt
Dauch	enthalten
Dauer	enthalten
Däumig	Ja
Dr. David	Nein
Dr. Deermann	Nein
Deglerk	Ja
Dr. v. Delbrück	Ja
Delius	Nein
Dr. Dernburg	Nein
Diernreiter	Nein
Dietrich (Baden)	Nein
Dietrich (Prenzlau)	Ja
Diez	fehlt
Dißmann	Nein
Dittmann	Nein
Döbrich	beurl.
Domsch (Dresden)	fehlt
Dorsch (Hessen)	Ja
Frau Dransfeld	Nein
Dr. Düringer	Ja
Dusche	beurl.
Düwell	Ja
Eckardt (Hannover)	Ja
Eggerstedt	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Nein
Emminger	Nein
Erkelenz	Nein
Ernst	Nein
Erfing	Nein
Erzberger	fehlt
D. Everling	enthalten
Fehr	fehlt
Fehrenbach	Nein
Feilmayer	Nein
Feldmann	Nein
Feuerstein	fehlt
Dr. Fick	Nein
Findeisen	enthalten
Fischer (Baden)	fehlt
Fischer (Berlin)	Nein
Fischer (Hannover)	Nein
Dr. Fischer (Köln)	fehlt
Dr. Fleischer	Nein
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Nein
Franz (Breslau)	Nein
Fries	Ja
Frohme	Nein
Frölich	fehlt
v. Gallwitz	Ja
Geck (Mannheim)	Nein
Geck (Offenburg)	fehlt
Geisler	beurl.
Gerauer	Nein
Gerstenberger	Nein
Dr. Geßler	fehlt
Geyer (Leipzig)	Ja
Dr. Geyer (Sachsen)	Ja
Giebel	Nein
Giesberts	Nein
Dr. Gildemeister	fehlt
Girbig	Nein
Dr. Goetz	fehlt
Dr.-Ing. Gothein	Nein
Dr. Gradnauer	Nein
Graef (Thüringen)	Ja
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja
Dr. Grotjahn	Nein
Gruber	Nein
v. Guérard	Nein
Gutknecht	Ja
Haag	beurl.
Dr. Haas (Baden)	Nein
Hamm	fehlt
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Hansmann	Nein
Harte	beurl.
Hartleib	Nein
Dr. Hartmann	beurl.
Hartwig	beurl.
Frau Hauke	fehlt
Haußmann	fehlt
Havemann	enthalten
Heile	Nein
Dr. Heim	fehlt
Heimann	Nein
Dr. Heinze	enthalten
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	Nein
Hemeter	Ja
Henke	fehlt
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja
Hepp	fehlt
Herbert (Franken)	fehlt
Herbert (Hessen)	Nein
Hergt	Ja
Herold	fehlt
Dr. Herschel	Nein
Dr. Hertz	Nein
Dr. Herzfeld	fehlt
Heydemann	Ja
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Nein
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Nein
Dr. Hoetzsch	fehlt
Hoffmann (Berlin)	fehlt
Hoffmann (Kaiserslautern)	Nein
Dr. Höfle	Nein
Hofmann (Ludwigshafen)	Nein
Hofmann (Thüringen)	Nein
Höllein	Ja
ten Hompel	fehlt
Höner	Nein
Horn	Nein
Hörsing	fehlt
Hue	Nein
Dr. Hugenberg	Ja
Dr. Hugo	fehlt
Hünlich	Nein
Hüttmann	Nein
Imbusch	Nein
Isenmann	beurl.
Jäckel	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	Nein
Jäker (Düsseldorf)	Nein
Jandrey	fehlt
Janeba	beurl.
Janschek	Nein
Janson	enthalten
Jaud	Nein
Joos	Nein
Frau Juchacz	Nein
Dr. Kaas (Trier)	fehlt
D. Dr. Kahl	enthalten
Kahmann	Nein
Kaiser	Nein
Graf v. Kanitz	fehlt
Käppler	Nein
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	enthalten
Karsten	Nein
Käselau	enthalten
Keil	Nein
Keinath	fehlt
v. Kemnitz	enthalten
Kempkes	enthalten
van den Kerkhoff	Ja
Kerschbaum	fehlt
Keubler-Böhm	enthalten
Klöckner	fehlt
Kniest	Nein
Koch (Düsseldorf)	Ja
Koch (Essen)	Nein
Koch (Weser)	fehlt
Koenen	fehlt
König	Nein
Kopsch	enthalten
Korell	Nein
Körner	Ja
Körsten	Nein
Dr. Köster	fehlt
Kotzke	Nein
Krätzig	Nein
Kröger (Rostock)	Nein
Krüger (Merseburg)	Nein
Krüger-Hoppenrade	Ja
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	Nein
Dr. Kulenkampff	fehlt
Dr. Külz	Nein
Kunert	Nein
Künstler	Nein
Kuntze	Nein
Lambach	Ja
Lang	fehlt
Frau Lang-Brumann	Nein
Lange-Hegermann	fehlt
Langwost	Ja
Dr. Lauscher	fehlt
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	Nein
Leopold	fehlt
Dr. Frhr. v. Lersner	enthalten
Lesche	fehlt
Leutheußer	enthalten
Dr. Levi	fehlt
Liese	Nein
Lind	Ja
Lipinski	fehlt
Löbe	Nein
Löffler	Nein
Dr. Löwenstein	fehlt
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	Nein
Ludwig	Nein
Lukas	Nein
Dr. Luther	enthalten
Malke	fehlt
Malkewitz	Ja
Malzahn	fehlt
Dr. Maretzky	enthalten
Marx	Nein
Frau Dr. Matz	enthalten
Dr. Maxen	fehlt
Maxin	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	Nein
Mehrhof	fehlt
Meier (Zwickau)	Nein
Frau Mende	fehlt
Merck	Nein
Merkel	fehlt
Dr. Mittelmann	krank
Mittwoch	Nein
Dr. Moldenhauer	enthalten
Molkenbuhr	Nein
Morath	enthalten
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	enthalten
Frau Mueller-Otfried	Ja
Müller (Franken)	Nein
D. Mumm	Ja
Nacken	beurl.
Frau Nemitz	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	beurl.
Frau Neuhaus (Westfalen)	Nein
Neyses	Nein
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	Nein
Oertel	enthalten
Frau v. Oheimb	enthalten
Okonsky	fehlt
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	Nein
Peine	Nein
Pennemann	Nein
Dr. Petersen	fehlt
Dr. Pfeiffer	Nein
Frau Pfülf	Nein
Dr. Philipp	Ja
Pieper (Westfalen)	Nein
Pinkau	Nein
Dr. Piper (Mecklenburg)	enthalten
Plettner	Ja
Pohlmann	fehlt
Ponschab	fehlt
Poppe	fehlt
Puchta	Nein
Dr. Quaatz	fehlt
Dr. Quessel	Nein
Dr. Radbruch	Nein
v. Raumer	fehlt
Rauschmayr	fehlt
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Nein
Reich	fehlt
Dr. Reichert	Ja
Reißhaus	Nein

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	Nein
Remmele	Ja
Freiherr v. Rheinbaben	enthalten
Rheinländer	Nein
Dr. Richter	enthalten
Riedmiller	Nein
Rieke	Nein
Rieseberg	beurl.
Dr. Rießer	krank
Rippler	enthalten
Ristau	Nein
Dr. Roesicke	krank
Rosemann	Nein
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	fehlt
Frau Ryneck	Nein
Ryssel	Nein
Sauerbrey	fehlt
Scheidemann	Nein
Schiele	Ja
Schiffer	Nein
Frau Schilling	Nein
Schimmelpfennig	Ja
Schirmer (Dresden)	fehlt
Schirmer (Franken)	Nein
Schlack	krank
Schlicke	Nein
Schmidt (Berlin)	Nein
Schmidt (Cöpenick)	Nein
Schmidt (Sachsen)	Nein
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	enthalten
Dr. Scholz	enthalten
Schöpflin	Nein
Schreck	Nein
D. Dr. Schreiber	Nein
Frau Schreiber-Krieger	fehlt
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Nein
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Nein
Dr. Schücking	Nein
Schuldt (Steglitz)	fehlt
Schulte (Breslau)	fehlt
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Nein
Frau Schulz (Westf.)	Nein
Schulze (Berlin)	Ja
Schulz-Gahmen	krank
Schumann	Nein
Schwarz (Baden)	Nein
Schwarz (Hessen)	Nein
Schwarzer (Oberbayern)	fehlt
Seemann	Nein
Seger	fehlt
Seibert	enthalten
Seidel	Nein
Dr. Semmler	Ja
Frau Sender	fehlt
Seppel	Nein
Severing	Nein
Sidow	beurl.
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt
Sievers	Nein
Silberschmidt	Nein
Simon (Franken)	Nein
Simon (Schwaben)	Nein
Sivkovich	Nein
Soldmann (Franken)	Nein
Sollmann (Köln)	Nein
Dr.-Ing. Sorge	enthalten
Dr. Spahn	Nein
Spetzler	fehlt
Staab	Nein
Stampfer	Nein
Stegerwald	Nein
Steinkopf	Nein
Stelling	fehlt
Stinnes	fehlt
Stöcker	krank
Stolten	Nein
D. Strathmann	krank
Streiter	enthalten
Dr. Stresemann	krank
Stücklen	Nein
Szczeponik	fehlt
Taubadel	Nein
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Nein
Teuber	Ja
Frau Teusch (Köln)	Nein
Thiel	enthalten
Thomas	fehlt
Thomsen	Ja
Thöne	fehlt
Tremmel	Nein
Trieschmann	Nein
Trimborn	Nein
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	Nein
Veltin	Nein
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	Nein
Dr.-Ing. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Ja
Waigand	Nein
Warmuth	Ja
Weilnböck	fehlt
Weiß	Nein
Wels	fehlt
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	fehlt
Wieber	Nein
Dr.-Ing. Wieland	Nein
Dr. Wienbeck	Ja
Winnefeld	enthalten
Dr. Wirth	Nein
Wissell	Nein
Frau Wulff	Nein
Wulle	fehlt
Dr. Wunderlich	enthalten
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	enthalten
Zawadzki	fehlt
Zeschke	fehlt
Frau Zetkin	krank
Ziegler (Westfalen)	Nein
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	fehlt
Zörgiebel	Nein
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	**66**
mit **Nein**	**213**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**44**
Zusammen	**323**

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

121. Sitzung.

Donnerstag den 23. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4087C

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung: Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Maretzky und Vogtherr (Nr. 2229 der Anlagen) 4088B

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die **Einkommensteuer vom Arbeitslohn** (Nr. 2253 der Anlagen) 4088B

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. **Änderung des Gerichtskostengesetzes** (Nr. 1884, 2236 der Anlagen):

(B)

Marx (Z.), Berichterstatter: 4088C, 4091A
Dr. Rosenfeld (U.S.) . . . . . 4090B, C
Dr. Radbruch (S.) 4090B
Dr. Herzfeld (V.K) 4090D

Zweite und dritte Beratung eines **Gebührengesetzentwurfs für die Auslandsbehörden** (Nr. 1941, 2237 der Anlagen):

§ 1:
Dr. Hoetzsch (D.Nat.), Berichterstatter 4091D

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals (Nr. 1401, 1906 der Anlage):
Dr. Radbruch (S.) 4092C
Ristau (U.S.) 4093A
Fries (V.K.) 4094C
Brodauf (D.D.) 4095B

Zweite Beratung des **Nachtragsentwurfs zum Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2228, 2271 der Anlagen):
Reichspräsident:
Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . 4095D
Reichsministerium, Reichskanzler, Reichskanzlei 4096B

Seite (C)

Reichsfinanzministerium:
Dr. Quaatz (D.Vp.), Berichterstatter 4096B
Allgemeiner Pensionsfonds . . . 4096C
Rechnungshof des Deutschen Reichs: 4096C
Reichsjustizministerium:
Dr. Rosenfeld (U.S.) 4096C, 4104D, 4105C
Schiffer, Reichsjustizminister . . . 4100B, 4105B, 4106B, 4106D, 4107A
Dr. Herzfeld (V.K.) 4102C
Dr. Radbruch (S.) 4106C
Müller (Franken) (S.) 4107A

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des **Versicherungsgesetzes für Angestellte** (Nr. 2153 der Anlagen):
Giebel (S.) 4107C
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4112C
Verhandlung abgebrochen 4113A

Nächste Sitzung 4113A

Die Sitzung wird um 2 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Von dem Herrn Minister des Auswärtigen ist folgendes Schreiben eingegangen: (D

> In Sachen, betreffend die Verschleppung des Reichstagsabgeordneten Bias aus Beuthen, beehre ich mich mitzuteilen, daß es den Bemühungen des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gelungen ist, die Freilassung des Herrn Bias bei der Interalliierten Kommission zu erwirken.
>
> Wie mir der deutsche Bevollmächtigte aus Oppeln soeben berichtet, befindet sich Herr Bias seit gestern wieder auf freiem Fuß.

Hoffentlich gelingt es auch, die Täter zu bestrafen.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Verfügung des württembergischen Ministeriums des Innern vom 14. Juni 1921 auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung, betreffend Verbot der Zeitung „Kommunist" und seiner Kopfblätter;
2. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol.

In den Ausschmückungsausschuß sind gewählt die Abgeordneten Berthelé, Crispien, Dr. v. Delbrück, Gerstenberger, Koch (Weser), Dr. Meerfeld, Frau v. Oheimb, Dr. Pfeiffer.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden: Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Kahmann, Schumann, Nacken, Henke, Deglerk, Graf v. Westarp, D. Mumm, Frau Teusch (Köln), Frau Wurm

die Abgeordneten Taubadel, Hansmann, Bolz, Dr. Rosenfeld, Hammer, Dr. Reichert, Dr. Helfferich, Klöckner, Ernst;

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Jaecker (Ostpreußen), Thomsen

die Abgeordneten Vogel (Franken), Warmuth;

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Diez, Diernreiter, Schiele, Lind, Adams
die Abgeordneten Neyses, Schirmer (Franken), Körner, Biener, Dr. Richter;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. v. Siemens, Maxin
die Abgeordneten Erkelenz, v. Graefe (Mecklenburg);
in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Graf Bernstorff (Schleswig-Holstein)
der Abgeordnete Dr. Schücking;
in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Liese
der Abgeordnete Trieschmann;
in den 19. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Nemitz
der Abgeordnete Dr. Moses;
in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Dittmann, Unterleitner
die Abgeordneten Breunig, Kotzke;
in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Biener
der Abgeordnete Wulle;
in den 29. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Mende
die Abgeordnete Frau Dr. Matz;
in den 30. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Pachnicke
der Abgeordnete Kopsch.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten
Berndt für 2 Tage,
Schwarz (Baden) und Liese für 3 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Abgeordnete Sivkovich für 14 Tage wegen dringender Geschäfte. — Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Ich möchte die Führer der einzelnen Fraktionen (B) bitten, die Mitglieder der Untersuchungskommission, die wir gestern beschlossen haben, dem Bureau bald namhaft zu machen.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

1. **Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung**
   a) über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Maretzky in einer Privatklagesache wegen Beleidigung (Nr. 2229 der Drucksachen).
   Berichterstatter: Abgeordneter Fischer (Berlin).

Das Wort wird nicht verlangt.

Der Ausschuß schlägt auf Nr. 2229 der Drucksachen vor, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu dem

mündlichen Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung

b) über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr in einer Privatklagesache wegen Beleidigung (Nr. 2229 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Leutheußer.

Auch hier schlägt der Ausschuß auf Nr. 2229 der Drucksachen vor, die Genehmigung nicht zu erteilen. Das Haus tritt diesem Vorschlage bei, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne (Nr. 2253 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. — Hier ist vorgeschlagen, (C) die Vorlage dem Steuerausschuß zur Vorberatung zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus dem Antrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Gerichtskostengesetzes (Nr. 1884 der Drucksachen).
Mündlicher Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß), Nr. 2236 der Drucksachen.
Berichterstatter: Abgeordneter Marx.

Als Kommissare sind angemeldet:
vom Reichsjustizministerium:
Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Volkmar,
Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Kiesow,
Landgerichtsrat Dr. Jonas;
vom preußischen Finanzministerium:
Ministerialrat Geheimer Finanzrat Grosser;
vom preußischen Justizministerium:
Vizepräsident Geheimer Ober-Justizrat Lindemann,
Justizrat Brathuhn.

Ich eröffne die Beratung über Art. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Marx, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Rechtsausschuß war mit den Zielen des Entwurfs grundsätzlich einverstanden. Die Gebühren des deutschen Gerichtskostengesetzes sollen heraufgesetzt werden, einmal entsprechend der veränderten Wertlage unseres Geldes, dann (D) aber auch, um den großen höchst bedauerlichen Unterschied zwischen den Einnahmen der Justizverwaltung und den Ausgaben wenigstens in etwa auszugleichen.

Bei der allgemeinen Besprechung wurde von einem Abgeordneten die Frage aufgeworfen, ob nicht in gleicher Weise wie eine Änderung der Gebühren des Gerichtskostengesetzes so auch angesichts der veränderten Wertlage eine Erhöhung der Entschädigung für Schöffen und Geschworene, der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige und der Rechtsanwaltsgebühren in die Wege geleitet werden sollte, da die gegenwärtig geltenden Sätze doch nicht für ausreichend erachtet würden.

Von demselben Abgeordneten wurde dann noch angeregt, eine Erklärung der Regierung herbeizuführen, wie es sich mit dem mehrfach verlangten Gesetzentwurf über das **Güteverfahren** verhalte. Seitens der Regierung wurde die Erklärung abgegeben, daß auch die Reichsregierung der Frage des Güteverfahrens die größte Bedeutung beimesse und sie als einen der Kernpunkte der gesamten Zivilprozeßordnung ansehe. Die Frage, ob es angängig sei, das Güteverfahren, losgelöst von der allgemeinen Prozeßreform, bereits vor ihr einzuführen, bilde gegenwärtig den Gegenstand erneuter eingehender Erwägungen.

Auf die Frage wegen der übrigen Gesetzentwürfe wurde die Erklärung abgegeben, daß ein Entwurf, der in Verbindung mit einer **Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren** die Beseitigung der zurzeit üblichen privaten Teuerungszuschläge beziele, dem Reichsrat bereits zugegangen sei. Die Frage einer weiteren **Erhöhung der Tagegelder für Schöffen und Geschworene** sowie der **Gebühren für Zeugen und Sachverständige** würde gegenwärtig von der Reichsregierung im Benehmen mit den Regierungen der Länder geprüft.

(**Marx**, Berichterstatter.)

(A) Es wurde, um das hier gleich vorwegzunehmen, dann auf Antrag die Ihnen vorgelegte Entschließung vom Ausschuß angenommen:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güteverfahren zu erwägen.

Ich bitte, in dieser Hinsicht dem Beschlusse des Ausschusses beizutreten.

In der dann stattfindenden besonderen Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß in Ziff. 1 der Vorschlag des Entwurfs eine gewisse Unstimmigkeit gegenüber dem § 59 des Gesetzes hervorrufe. § 59 Abs. 3 sagt, daß, wenn eine **Geldstrafe** verhängt ist, entweder allein oder neben einer statt ihrer eintretenden Freiheitsstrafe, dann die Gebühr den Betrag der Geldstrafe nicht übersteigen dürfe. Es wurde deshalb der Antrag gestellt, die Ziffer 1 des Vorschlages der Regierung so zu fassen:

> Der Mindestbetrag einer Gebühr ist, unbeschadet der Vorschrift des § 59 Abs. 3 Satz 2, drei Mark.

Dieser Vorschlag wurde angenommen und mit dieser Änderung die gesamte Ziff. 1 des Entwurfs.

Zu Ziff. 2 wurde bemerkt, daß die **Gerichtskosten bei den kleineren Streitgegenständen** jetzt schon in einzelnen Fällen höher als der Streitgegenstand seien. Er sähe keinen rechten Grund — so führte ein Abgeordneter aus —, die Gebühr bei geringen Beträgen noch zu erhöhen. Diese Anregung fand aber keinen Anklang bei den übrigen Parteien. Die Ziff. 2 wurde nach dem Vorschlage des Entwurfs angenommen.

Ziff. 3 des Entwurfs beschäftigt sich mit dem § 10 des Gerichtskostengesetzes, der die **Höhe des Streitgegenstands in nichtvermögensrechtlichen Ansprüchen** betrifft. Hier (B) findet sich die Bestimmung, daß in solchen Fällen der Streitgegenstand auf 2000 Mark angenommen werden soll, ausnahmsweise niedriger oder höher, jedoch nicht unter 200 Mark und nicht über 50 000 Mark hinaus. Nach dem Vorschlag des Entwurfs sollte die Zahl 2000 durch die Zahl 5000 und 50 000 durch 500 000 ersetzt werden und ferner der geringste Satz von 200 Mark durch einen Satz von 500 Mark. In der Kommission wurde die Meinung vertreten, daß es dem Ermessen des Gerichts überlassen werden könne und müsse, den Streitgegenstand bei solchen nicht vermögensrechtlichen Ansprüchen eventuell in der bisherigen Höhe zu bemessen trotz des nicht zu bestreitenden Wertverlustes des Geldes. Es wurde deshalb der Antrag gestellt in dem Entwurf die Zahlen 200 und 500 zu streichen, und diesem Antrag wurde stattgegeben.

Die Ziff. 4 des Entwurfs schlägt vor, einen neuen Paragraphen in das Gerichtskostengesetz einzufügen, und zwar sieht dieser Vorschlag für den **Fall eines Vergleichs die Ermäßigung der Gerichtsgebühren** um die Hälfte vor, und wenn der Streitgegenstand nicht einhundert Mark übersteigt, dann soll sogar Gerichtsgebührenfreiheit eintreten. Diese Bestimmung entspricht dem jetzt geltenden Recht, in erster Linie dem § 6 Abs. 1 der Verordnung des Bundesrats über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1915 und dem § 14 der Verordnung des Bundesrats über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden vom 8. Juni 1916. Der Entwurf will nun insofern eine Änderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand, als ein solcher Vergleich, der eine solche Ermäßigung der Gebührensätze zur Folge hat, nur angesehen werden soll als ein Vergleich, der **vor Erlaß des erstinstanzlichen Urteils** vor Gericht abgeschlossen ist oder dem Gericht vor diesem Zeitpunkt seinem vollen Inhalt nach mitgeteilt ist.

Es wurde von einem Abgeordneten der Antrag ge- (C) stellt, diesen Vorschlag des Entwurfs nicht anzunehmen, sondern es bei dem bisherigen Recht zu lassen. Von anderer Seite wurde aber darauf hingewiesen, daß die bisherige Regelung zu Mißständen geführt habe. Es sei geradezu Mißbrauch mit dieser Bestimmung getrieben worden. Es sei vorgekommen, daß man die Entscheidungen der Gerichte zunächst abgewartet habe, und wenn man dann eingesehen habe, daß weitere Instanzen nicht zu einer Besserung der Lage führen würden, dann erst habe man sich zu einem Vergleich verstanden. Es sei vorgekommen, daß der Vergleich erst in der Instanz des Reichsgerichts abgeschlossen worden sei. Auf diese Weise seien dann Gebühren, die doch rechtmäßig schon entstanden und verfallen seien, hinfällig geworden. Es sei deshalb der Vorschlag des Entwurfs doch der Sachlage entsprechend und geeignet, diesem Mißbrauch Einhalt zu tun.

Die Kommission schloß sich diesen Ausführungen an und nahm den Vorschlag des Entwurfs an.

Die Ziff. 5 wurde ohne weitere Debatte angenommen.

Bei Ziff. 6 wurde von einem Abgeordneten darauf hingewiesen, daß die Einlegung der Berufung durch die hier vorgeschlagene Bestimmung, wonach die Gebühr der ersten Instanz bei eingelegter Berufung um die Hälfte, nicht wie bisher um nur ein Viertel, erhöht werden soll, noch mehr erschwert werde als bisher. Er wolle also haben, daß die **Gebühren der Berufungsinstanz** wie bisher nur um ein Viertel der ersten Instanz erhöht würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und die Bestimmung des Entwurfs angenommen.

Die Ziff. 7 wurde auf Antrag in den einzelnen Sätzen gegen den Widerspruch einiger Abgeordneter angenommen. Zu Nr. 11 stellte ein Abgeordneter den Antrag, hier neben der festen Gebühr von 2000 Mark eine solche von 10 Prozent der erkannten Geldstrafe einzusetzen. Seitens der Regierung wurde die Berechti- (D) gung dieses Standpunktes an sich anerkannt. Es wurde in Aussicht gestellt, daß bei einer demnächst vorzuschlagenden Regelung und Änderung des gesamten **Systems der Geldstrafen** diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen werde; es seien schon entsprechende Vorschläge bei der Regierung in Bearbeitung; es würde demnächst ein entsprechender Entwurf dem Reichstag zugehen. Man fürchte, daß, wenn die Anregung im vorliegenden Gesetz und bei diesem einzelnen Fall zur Annahme komme, dann die Regelung im allgemeinen erschwert und gehemmt werde, und die Regierung ersuchte mit Rücksicht darauf, von einer Änderung bei der jetzigen Vorlage abzusehen. Es sei doch jedenfalls auch mißlich, so wurde ausgeführt, eine jetzt eingeführte Änderung dann eventuell späterhin wieder abzuändern, um sie in Einklang zu bringen mit der allgemein vorgesehenen Regelung und mit den dafür maßgebenden Gesichtspunkten, die jetzt noch nicht zu übersehen seien. Der gestellte Antrag wurde mit Rücksicht auf diese Erklärung der Regierung zurückgezogen.

Ziff. 8 und 9 wurden ohne Widerspruch angenommen.

Zu Ziff. 10 wurde folgendes ausgeführt: es sei zu bedauern, wenn die Gebühren erhöht würden, sofern es sich um Vergehen, insbesondere um Beleidigungen, handle. Hier müsse doch darauf hingewirkt werden, daß die **Zurücknahme des Strafantrags** auch nach Eröffnung des Hauptverfahrens möglichst erleichtert werde. Für diesen Fall sehe ja das Gerichtskostengesetz in seinem § 69 vor, daß nur die Hälfte der regelmäßigen Sätze zu erheben sei. So dankenswert diese Bestimmung sei, so werde doch, wenn jetzt eine so bedeutende Erhöhung der regelmäßigen Gebühren erfolge, der Abschluß von Vergleichen und damit die Zurücknahme des Strafantrags in solchen Fällen weit mehr noch erschwert wie bisher. Es wurde

(**Marx**, Berichterstatter.)

(A) deshalb der Antrag gestellt, hier noch einzufügen, daß in Zukunft trotz der Erhöhung der regelmäßigen Gebühren für diesen Fall der Zurücknahme des Strafantrags es doch bei den früheren Gebührensätzen, also den Sätzen des jetzigen Gerichtskostengesetzes, sein Bewenden haben solle.

Der Antrag wurde, wie er auf Seite 3 der Ihnen zugegangenen Drucksache Nr. 2236 enthalten ist, gestellt und von der Kommission angenommen, indem sie sich den Ausführungen des Antragstellers anschloß, daß es doch im höchsten Grade wünschenswert sei, durch eine möglichste Herabsetzung der Gebühren die Zurücknahme des Strafantrags und den Abschluß eines Vergleiches in solchen Beleidigungsprozessen und in ähnlichen Fällen zu ermöglichen.

Die übrigen Vorschläge des Entwurfs blieben unverändert. Es wurde im Art. III der Vorschlag des ursprünglichen Entwurfs, das Gesetz mit dem 1. Juni 1921 in Kraft treten zu lassen, dahin berichtigt, daß als **Tag des Inkrafttretens des Gesetzes** der 1. August festgesetzt wurde. In der Drucksache ist irrtümlicherweise der 1. Juli 1921 genannt. Ich darf aber als Berichterstatter feststellen, daß in dem Beschluß der Kommission nach meiner bestimmten Erinnerung, die übrigens auch die Vertreter der Regierung bestätigen, der 1. August genannt war, so daß es sich also lediglich um einen Irrtum handelt, der durch den Beschluß des Hauses zu berichtigen ist.

Es waren zwei Petitionen eingegangen, die in der Drucksache 2236 näher bezeichnet sind. Ich brauche sie wohl nicht, wenn es nicht gewünscht wird, näher darzulegen. Die Kommission beschloß, die Petition Tgb. II Nr. 8092 durch die Annahme der Vorlage für erledigt zu erklären und die Petition Tgb. II Nr. 7939 als Material der Reichsregierung zu überweisen.

Ich bitte namens der Kommission, dem Entwurf in (B) der Form, wie sie vom Ausschuß beschlossen worden ist, zuzustimmen, im übrigen den Beschlüssen beizutreten, die der Ausschuß, wie eben mitgeteilt, gefaßt hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind nicht in der Lage, dieser Vorlage ihre Zustimmung zu geben. Wenn es sich darum handelte, die Gebühren in den Wertstufen zu erhöhen, in denen die Prozesse von Leuten geführt werden, die zahlungsfähig sind, ließe sich noch über die Erhöhung der Gebühren sprechen. Aber eine **generelle Erhöhung aller Gebühren**, und zwar ziemlich gleichmäßig von der geringsten bis höchsten Wertstufe, würde die Wirkung ausüben, daß die Unbemittelten vor allen Dingen betroffen werden. In einer Zeit, in der die Rechtspflege Tag für Tag von neuem zu Klagen Anlaß gibt, in einer Zeit, in der wir so wenig von Reformen unserer Rechtspflege hören, erscheint es uns unmöglich, während jede durchgreifende Reform unterbleibt, eine sehr erhebliche und, ich möchte sagen, durchgreifende Erhöhung der Gerichtsgebühren eintreten zu lassen. Wir sehen in diesem Gesetzentwurf eine Vorlage, die vor allem eine schädigende Wirkung auf den minderbemittelten Teil der Bevölkerung ausüben wird. Darum lehnen wir die Vorlage ab.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Meine Herren! Auch wir stimmen dieser Vorlage nicht ohne Bedenken zu und nur in der Erwartung, daß sehr bald in Gestalt des **Güteverfahrens** dem Volke die Möglichkeit eines neuen unentgeltlichen Rechtsgangs geschaffen wird. Wir freuen uns, aus der Erklärung des Herrn Reichsjustizministers ersehen zu haben, daß das Reichsjustizministerium dem (C) Gedanken, durch ein der Zivilprozeßreform vorangehendes Sondergesetz das Güteverfahren zu regeln, näher getreten ist, als es ihm bisher stand. Wir wünschen gerade ein solches Sondergesetz über das Güteverfahren, wir wünschen, daß das Güteverfahren einerseits zeitlich nicht bis zur allgemeinen Zivilprozeßordnungsreform aufgeschoben bleibt und andererseits auch sachlich außerhalb des Rahmens des Zivilprozesses geordnet wird. Wir sehen Leben und Tod des Güteverfahrens in der Regelung, daß es nicht allein den Gerichten zugewiesen wird, sondern auch Organen der Rechtspflege, wie den Rechtsauskunftsstellen, den Arbeitersekretariaten und dergleichen Stellen. Nur in der Erwartung, daß wir bald ein solches Sondergesetz über das Güteverfahren hier vor uns sehen werden, können wir dieser Vorlage über die Erhöhung der Gerichtskosten zustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verstehen, daß der Herr Kollege Radbruch gerade von dem Standpunkt aus, den er hier vertreten hat, diesen Gesetzentwurf annimmt. Der Herr Kollege Radbruch hat Wert auf das **Güteverfahren** gelegt, und auch meine Freunde wünschen die Einführung dieses Güteverfahrens. Auch sie sehen in einem Güteverfahren eine Verbesserung der Rechtspflege, auch sie wünschen deshalb, daß dieses Güteverfahren schleunigst eingeführt wird. Wir bedauern sehr, daß einer der heute vorgelegten ähnlichen Entschließung, die der Reichstag bereits vor etwa einem halben Jahre gefaßt hat, bisher noch gar keine Folge von der Regierung gegeben worden ist. Wir haben bisher nicht die geringste Wirkung dieses Reichstagsbeschlusses verspürt. Deshalb unterstützen wir auch gerne den Antrag, der vom Kollegen Radbruch aus- (D) ging, und den der Ausschuß angenommen hat.

Der Herr Kollege Radbruch bringt nun aber dieses Güteverfahren, das vielleicht in fernster Aussicht steht, in Zusammenhang mit dem Gerichtskostengesetz, mit der Vorlage, die uns hier beschäftigt. Ein solcher Zusammenhang ist jedoch vorläufig noch nicht gegeben. Man kann doch unmöglich sagen: wir sind bereit, die Gerichtsgebühren zu erhöhen, denn später einmal gibt es ein Güteverfahren, und dann wird die Rechtspflege unentgeltlich sein. Ich darf Sie daran erinnern, Herr Kollege Radbruch, daß das **Erfurter Programm** ausdrücklich die Forderung der **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege** enthält, und ich verstehe nicht, wie jemand, der auf Grund dieses Programms gewählt ist, der also die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege fordern muß, hier nicht nur für eine Beibehaltung, sondern sogar für eine Erhöhung der jetzt bestehenden Gerichtsgebühren eintreten kann. Ich möchte Sie deshalb dringend warnen, meine Herren von der rechtssozialistischen Fraktion, durch diese Stellungnahme denen Vorschub zu leisten, die im Gegensatz zum Erfurter Programm nicht daran denken, die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege durchzuführen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Herzfeld.

Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist charakteristisch, daß diese Resolution über das **gebührenfreie Güteverfahren** in Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf gebracht wird, welcher die Gerichtskosten erhöht. Diese Resolution sagt übrigens auch nur, daß die Regierung dieses Güteverfahren in Erwägung ziehen möge. Diese Resolution ist natürlich von allen Parteien angenommen worden; denn wenn von der Regierung weiter nichts gefordert wird, als daß sie erwägt,

(Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter.)

(A) so wird keine Partei irgend etwas dagegen haben. Ich für meinen Teil halte es für ziemlich ausgeschlossen, daß aus dieser Erwägung etwas wird, aus einer Erwägung, welche gleichzeitig mit dem Gesetz verabschiedet wird, welche das Gegenteil einer billigen Rechtspflege schafft, die Erhöhung der Gerichtskosten.

Meine Herren! Wie der Herr Kollege Dr. Rosenfeld schon gesagt hat, ist dieses Güteverfahren ein Anfang des sozialdemokratischen Verlangens der **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege.** Daß dieser Reichstag und diese Regierung und diese Beamten im Reichsjustizministerium den Anfang einer unentgeltlichen Rechtspflege für das Proletariat machen würden — es handelt sich ja doch um das Proletariat —, das glaube ich nicht. Das Güteverfahren wird kommen, aber erst dann, wenn die Machtverhältnisse im Reichstag durch Vorgänge außerhalb des Reichstags zugunsten des Proletariats verschoben sein werden. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterschaft auch diese Forderung der unentgeltlichen Rechtspflege erkämpfen muß und erkämpfen wird. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wir dieser Resolution zustimmen, wenn wir auch nicht glauben, daß damit viel erreicht wird. Die Erhöhung der Gerichtskosten, wodurch die Rechtspflege der Arbeiterschaft verteuert wird, lehnen wir ab.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Marx, Abgeordneter, Berichterstatter: Ich möchte die Kommission doch in Schutz nehmen gegen den in den Worten des Herrn Vorredners liegenden Vorwurf, als habe sie eine Resolution angenommen, die schon ihrer ganzen Fassung nach eigentlich gar nichts besage. So klar ist der Ausschuß auch gewesen, daß er den Antrag angenommen hat, wie er gestellt wurde, selbstverständlich im vernünftigen Sinn. Wenn hier die Regierung aufgefordert wird, zu erwägen, einen solchen Gesetzentwurf (B) vorzulegen, dann ist darin ausgesprochen, daß es die Absicht der Kommission gewesen sei, die Regierung aufzufordern, dem Reichstag demnächst eine solche Vorlage zu machen. Es entspricht das auch durchaus einem früheren Beschluß des Reichstags, und ich meine, gerade aus der entgegenkommenden Erklärung der Regierung, daß in Erwägung gezogen würde, ob vor der Erledigung der allgemeinen Prozeßreform ein Entwurf wegen Regelung des Güteverfahrens eingebracht werden soll, ergibt sich, daß die Regierung auch in ernster Weise sich mit den Wünschen der Kommission beschäftigt. Ich bitte deshalb noch einmal, diesen Beschluß anzunehmen.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß dieser Beschluß den Wunsch zum Ausdruck bringen soll, möglichst bald, auch eventuell, wenn es für richtig gehalten wird, vor Erlaß der allgemeinen Prozeßreform, eine Vorlage wegen Regelung des Güteverfahrens dem Reichstag zukommen zu lassen.

Präsident: Ich rufe auf die einzelnen Ziffern des Artikels I: Ziffer 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Artikel I in allen diesen Ziffern ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Artikel II desgleichen.

Artikel III. — Hier darf ich wohl annehmen, daß die Berichtigung des Herrn Berichterstatters, nach der es in der ersten Zeile „1. August" und nicht „1. Juli" heißen muß, unumstritten ist. — Mit dieser Abänderung ist also auch Artikel III angenommen.

Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, (C) welche der Entschließung des Ausschusses:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güteverfahren zu erwägen —

zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen und — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Meine Damen und Herren! Wenn kein Einspruch erhoben wird, können wir auch die dritte Beratung heute erledigen. — Ein solcher wird nicht erhoben.

Ich eröffne in der

dritten Beratung

die allgemeine Aussprache und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf Art. I in seinen einzelnen Ziffern, — Art. II, — III, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung die Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch dem Antrage des Ausschusses bezüglich der Petitionen seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **zweiten Beratung des Entwurfs eines neuen Gebührengesetzes für die Auslandsbehörden nebst Tarif** (Nr. 1941 der Drucksachen). (D)
>
> Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt, Nr. 2237 der Drucksachen.
>
> Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Hoetzsch.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hoetzsch.

Dr. **Hoetzsch,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß empfiehlt die Vorlage mit bestimmten Abänderungen, auf die ich nachher noch komme, dem Hause zur Annahme. Der Ausschuß verschloß sich nicht der Erwägung, daß die Annahme dieser Vorlage eine beträchtliche Einbuße an Einnahmen, die im Etat auf 100,2 Millionen Mark angesetzt sind, mit sich bringen könne. Aber er erwog auch, daß der Fortschritt der Erleichterung des Verkehrs durch eine erhebliche **Herabsetzung der Paßgebühren** so groß ist, daß diese Einbuße mit in Kauf genommen werden könnte. Weitere Berechnungen haben ergeben, daß trotzdem noch auf eine erhöhte Einnahme aus Paßgebühren gerechnet werden kann. Es ist hier in jeder Weise eine erhebliche Herabsetzung durchgeführt. Deutschland macht damit den ersten Schritt in einer Erleichterung von Verkehrsbeschränkungen, ja Schikanen, die allgemein in der Welt als unerfreulich empfunden werden. Möglichkeiten sind der Regierung, das heißt dem Reichsminister des Auswärtigen, vorbehalten, im Wege der Repressalien gegen Staaten aufzutreten, die auf dem Wege nicht mitschreiten. Außerdem ist noch Fürsorge getroffen, um im Falle der Bedürftigkeit (§ 2) die Gebühren vollständig zu erlassen.

Eine weitere wesentliche Veränderung ist, daß die **Erhebung der Gebühren** künftig **in der Landeswährung** vorgenommen wird, sodaß das ganze System elastischer und weniger schematisch wird, als es bisher eingehalten wird.

(Dr. **Hoetzsch**, Berichterstatter.)

(A) Aus dem Ausschuß wurde zu der Vorlage im ganzen die Anregung gegeben, den **Paßverkehr zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich** auf das allergeringste Maß herabzusetzen, ja ihn am besten ganz zu beseitigen. Die Regierung stimmte dem auch zu und stellte diesbezügliche Verhandlungen in Aussicht.

Der Ausschuß hat einige Abänderungen an den Sätzen der Vorlage vorgenommen, über die ich gleich mitberichte, alle in der Richtung, das Verfahren noch mehr zu vereinfachen und namentlich im Falle der Bedürftigkeit und der geschäftlichen Beziehungen Herabsetzungen usw. eintreten zu lassen. So sind in Tarifposition 4 die Sätze für besonders einfache Auskünfte auf 2 Mark heruntergesetzt worden. Zu 5 sind die **Beglaubigungssätze** ermäßigt worden, und zwar bei der Beglaubigung von Unterschriften von Zeugnissen der kaufmännischen und technischen Angestellten, Gesellen, Gehilfen und Arbeiter auf die Hälfte, sodaß tatsächlich für eine solche Beglaubigung künftig fast nichts gezahlt zu werden braucht. Schließlich ist auch der kleine Grenzverkehr, für den die Bescheinigung in der Vorlage auf 3 Mark angesetzt worden war, auf 1 Mark heruntergesetzt worden.

Die Regierung hat sich diesen Anträgen angeschlossen, und der Ausschuß empfiehlt dem hohen Hause, die Vorlage unverändert mit den Abänderungen, die aus Drucksache 2237 ersichtlich sind, anzunehmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen.

§ 1 ist nicht angefochten, also angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14. — Die einzelnen Paragraphen sind angenommen.

Nunmehr folgt der Tarif: Ziffer 1, — 2, — 3, — 4 nach dem Beschluß des Ausschusses, — 5a, b, c nach (B) dem Beschluß des Ausschusses, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17a nach dem Beschluß des Ausschusses, — 17b, c, — 18, 19, 20, — 21, — 22, — 23, — Einleitung und Überschrift. — Auch die einzelnen Positionen des Tarifs sind angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir sofort in die dritte Beratung eintreten. — Es wird ein solcher nicht erhoben.

Ich eröffne in der

dritten Beratung

die allgemeine Aussprache, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein.

Ich rufe auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — ebenso den Tarif in seinen einzelnen Positionen, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher wird nicht erhoben; das Gesetz ist angenommen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung** (Nr. 1401 der Drucksachen) **auf Grund der in zweiter Beratung unverändert angenommenen Anträge des 22. Ausschusses** (Nr. 1906 der Drucksachen)
>
> Antrag Nr. 2273.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort in derselben hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Am 2. Februar 1921 hat anläßlich der Beratung über den Wehretat das Haus, und zwar unter Zustimmung auch der äußersten Rechten, einstimmig eine Entschließung angenommen, die Regierung zu ersuchen, schleunigst eine reichsgesetzliche Neuordnung der Bestimmungen über den **militärischen Waffengebrauch** in Angriff zu nehmen, und hat damit selbst die Bestimmungen über den militärischen Waffengebrauch als reformbedürftig anerkannt. Mit diesem Standpunkt scheint mir die gestrige Stellungnahme der bürgerlichen Mehrheit des Hauses zu unserm Antrag nicht in Einklang zu stehen. Gerade die schlechteste Bestimmung der Vorschrift über den militärischen Waffengebrauch soll ja in das neue Gesetz fast unverändert übergehen. Ich kann mir die Ablehnung der Anträge nur auf eine Weise erklären: Die gespannte und lautlose Aufmerksamkeit, die sonst in diesem Hause selbstverständliche Übung ist, scheint gestern auf einen kurzen Augenblick ausgesetzt zu haben, und ich bin deshalb genötigt, ihre Aufmerksamkeit heute in dritter Lesung noch einmal für dieselben Anträge zu erbitten.

Sie haben einen Antrag zu § 1 abgelehnt, daß bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden darf, einen Antrag, der hinter dem heutigen Rechtszustand, der in dem Gesetze von 1834 niedergelegt ist, mit seinen viel erheblicheren Garantien weit zurückbleibt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben diese Vorschrift auch in Ihrer rein instruktionellen Form deshalb für notwendig erachtet, weil das **Grenzaufsichtspersonal** vielfach aus **Militäranwärtern** besteht und weil in der Verordnung über den militärischen Waffengebrauch der Grundsatz gilt, daß das Recht zum Waffengebrauch auch eine Pflicht dazu bedeute. Steht doch in der militärischen Dienstvorschrift über den Waffengebrauch vom 19. März 1914 der Satz: (D)

> Niemals kann der Soldat eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht finden, wenn er nicht in den oben bezeichneten Fällen zur Erreichung der dort angegebenen Zwecke den gesetzlich bestimmten Gebrauch von seiner Waffe rechtzeitig und vollständig gemacht hat.

Mit anderen Worten: es wird ihm eher verziehen, wenn er in einem Falle, wo es nicht am Platz war, von der Waffe Gebrauch gemacht hat, als wenn er in einem Falle, wo er von der Waffe hätte Gebrauch machen können, sie nicht gebraucht hat. Das ist ein barbarischer Rechtszustand; und doch gilt er noch heute, aber ihm muß wenigstens bei dem vorliegenden Gesetz ein kleiner Riegel vorgeschoben werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben weiter unseren Vorschlag zu § 2 abgelehnt, daß gegen **Festgenommene**, welche **entfliehen**, der Waffengebrauch nur dann zulässig sein soll, wenn er ihnen vorher angedroht war. Durch die Ablehnung dieses Antrags schrauben Sie das vorliegende Gesetz sogar hinter die Militärdienstvorschrift von 1914 zurück, die ausdrücklich vorschreibt:

> Auch ist den Verhafteten sofort zu erklären, daß bei Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben schließlich unseren Antrag zu § 3 abgelehnt:

> Der **Waffengebrauch** ist nur dann zulässig, wenn und soweit er **zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes** erforderlich ist.

Im Ausschuß ist uns auf diesen Antrag erwidert worden, er sei ganz selbstverständlich. Er ist nicht selbstverständlich. Aus dem dem Entwurf fast gleichlautenden Wortlaut der

(Dr. **Radbruch**, Abgeordneter.)

(A) militärischen Dienstvorschrift von 1914 sind entgegengesetzte Schlüsse gezogen worden, ist der Schluß gezogen worden, daß der Waffengebrauch wohl das Maß des Erforderlichen nicht zu überschreiten dürfe, daß aber der Waffengebrauch selbst nicht erforderlich zu sein brauche, daß der Waffengebrauch auch dann zulässig ist, wenn er nicht nötig ist, wenn man also mit anderen Mitteln ohne Waffengebrauch des Flüchtigen habhaft werden kann. Ich will Ihnen heute nicht noch einmal die Auslegung vorlesen, die der Kommentar von Romen und Rissom der entsprechenden Bestimmung über den militärischen Waffengebrauch gegeben hat. Ich werde diesen Kommentar zur Einsicht der juristischen Kollegen auf dem Tisch des Hauses niederlegen.

Meine Damen und Herren! Wir werden in erster Linie die Bestimmung über den **Waffengebrauch bei Fluchtversuchen** überhaupt ablehnen. Wir können ihnen, auch wenn unseren Anträgen stattgegeben wird, nur mit den größten Bedenken unsere Zustimmung geben und nur in der Voraussetzung, daß die gestern zum zweiten Male angenommene Forderung einer Revision der Bestimmungen über den Waffengebrauch von der Regierung jetzt wirklich in Angriff genommen wird.

Präsident: Es ist der Antrag Rosenfeld wieder eingegangen, die Ziff. 3 zum § 1 zu streichen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ristau.

Ristau, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern der sofortigen dritten Lesung dieses Gesetzentwurfs widersprochen, um den einzelnen Parteien dieses Hauses noch einmal Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt, den sie gestern bei der zweiten Lesung eingenommen haben, zu revidieren. Meine Fraktion ist durchaus der Auffassung, daß der Waffengebrauch des Militärs und der Beamten wohl einer reichsgesetzlichen (B) Regelung bedarf. Wir lehnen es aber ab, die Materie so zu regeln, wie es im vorliegenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt.

Meine Damen und Herren! Der Inhalt besonders des § 1 zeigt uns, wie man die Materie auch gegenüber den weiteren Beamten und Militärpersonen zu regeln gedenkt. Wenn ich mich an einer anderen Stelle befinden würde, dann würde ich gegenüber gewissen Bestimmungen des Entwurfs von Skrupellosigkeit und Brutalität reden. Ich meine, wir haben doch in den letzten Jahren der Blutopfer genug gehabt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vor allen Dingen ist es die Ziff. 3 des § 1, die uns das Gesetz völlig unannehmbar macht. Hier soll das bekannte, leider allzu oft in die Erscheinung getretene **Auf-der-Flucht-Erschießen** gesetzlich sanktioniert werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dagegen haben wir uns mit aller Schärfe zu wenden. Das, was uns den Abscheu der gesamten gesitteten Welt gebracht hat, das sogenannte Auf-der-Flucht-Erschießen, soll nun hier in diesem Gesetzentwurf zur Rechtsnorm erhoben werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Haben wir denn noch nicht genug der Blutzeugen für dieses fluchwürdige System des hinterhältigen Menschenmordes?

(Lebhafte Zurufe rechts: Hölz!)

Die Liebknecht, Rosa Luxemburg, Dorenbach, Sült, Jogisches, Lojewski und viele andere, deren Namen gar nicht bekannt geworden sind, sollten uns wirklich davor bewahren, noch besonders das gesetzlich festzulegen, was jeder gesittete Mensch als einen verabscheuungswürdigen Mord ansehen muß. Denn es ist eine Tatsache: in keinem zivilisierten Lande der Welt wird so auf Menschen wie auf Wild geschossen, wie das gegenwärtig in Deutschland (C) der Fall ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: Rußland!)

Meine Damen und Herren! Es ist auch ein Trugschluß, wenn man glaubt, man könne durch Schießen Personen von der Flucht abhalten. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, wie gefährlich dieses Schießen auf der Flucht ganz besonders für die **Kinder der Grenzbewohner** ist. Gerade die Leute, die den **Schmuggel** berufsmäßig betreiben, werden weniger versucht sein, zu fliehen, weil sie die Berührung mit der Strafbehörde weniger fürchten als Leute, die sich gelegentlich einmal dazu hinreißen lassen, Gesetze zu übertreten. Was will es denn sagen, wenn im § 1 Ziff. 3 steht, daß die mit dem Grenzaufsichtsdienste betrauten Personen befugt sind, von der Waffe Gebrauch zu machen zur Anhaltung von Personen, welche sich der Befolgung der in rechtmäßiger Dienstausübung getroffenen Anordnungen durch die Flucht zu entziehen versuchen? Was sind denn das für Anordnungen? Es handelt sich doch höchstens um die Haltrufe. Nach § 2 dieses Gesetzentwurfs genügt ein Anruf, und der Beamte kann schießen, ja, er muß es sogar tun, weil es ihm als gesetzliche Pflicht auferlegt ist.

Meine Damen und Herren! Die Grenzaufsicht wird auch von **Beamten in Zivilkleidung** ausgeübt, also von Personen, die nicht ohne weiteres als Beamte kenntlich sind. Gerade bei diesen bildet die Bestimmung des § 1 Ziff. 3 des Gesetzentwurfs eine ganz besondere Gefahr für die Personen, die die Grenze passieren.

Wir haben auch gar keine Gewähr für den Inhalt und Geist der Ausführungsbestimmungen, der **Dienstanweisung**, die nach der Begründung der Vorlage zu diesem Gesetz herausgegeben werden soll. Diese besondere Dienstanweisung soll Bestimmungen enthalten über die Art der anzuwendenden Waffen, über die Form des Anrufs usw. (D) Die Regierung ist also über ganz wesentliche Fragen, die mit der Durchführung des Gesetzes zusammenhängen, völlig souverän.

Der Abänderungsantrag des Herrn Radbruch, der uns gestern vorlag, hat meines Erachtens nur rein akademischen Wert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann gar nicht begreifen, wie die Rechtssozialisten gestern gegen unseren Antrag auf Streichung der Ziff. 3 des § 1 stimmen konnten. Wenn es in dem Antrage Radbruch heißt, daß der Beamte bei einer **geringfügigen Verfehlung** nicht gleich schießen soll, so weiß ich nicht, wie man feststellen will, ob eine geringfügige Verfehlung vorliegt. Diese Frage kann der Beamte in dem Augenblick, wo er vor die Frage gestellt wird, ob er schießen soll oder nicht, in keiner Weise sicher beantworten. Diese Verpflichtung des Beamten bedeutet aber auch eine Gefahr für ihn selbst; denn wenn ihm nachgewiesen wird, daß eine Verfehlung von ihm als geringfügig hätte erkannt werden müssen, unterliegt er der strafrechtlichen Verurteilung. Auch aus diesem Grunde können wir uns für den Antrag Radbruch nicht erwärmen.

Wenn in der Begründung des Gesetzentwurfs von **Schmugglern** die Rede ist, die in **mit Maschinengewehren versehenen Autos** über die Grenze fahren, so ist das eben ein Zeichen der äußerst mangelhaften Durchführung der Entwaffnung, die vor allen Dingen durch die Haltung eines Teiles der besitzenden Bevölkerung hintangehalten wird. Wir können unmöglich zugeben, was durch Ziff. 3 des § 1 dieses scharfen Gesetzes bestimmt werden soll, daß in den Grenzgebieten eine Art von dauerndem Ausnahmezustand geschaffen wird. Wir können ferner nicht zugeben, daß irgendein übereifriger Beamter, irgendein

(Ristau, Abgeordneter.)

(A) nervöser Herr dort zum Herrn über Tod und Leben von Menschen gemacht wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das hieße ja, jeden einfachen Grenzer einfach zum Richter machen, und es hieße auch, gleichzeitig das Strafrecht und die Strafprozeßordnung außer Kraft setzen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird auch auf die **Einwirkungen des Krieges** Bezug genommen. Ich meine, von den schlechten Einwirkungen sind auch die Leute nicht verschont geblieben, die die Grenzaufsicht haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch sie sind verroht durch den Krieg, sie haben so manchen Massenmord mitgemacht und haben so manchen Mord mit angesehen und mit durchgeführt, daß man auch hier sehr vorsichtig sein sollte und jenen Leuten nicht so ohne weiteres das Recht zum Schießen einräumen sollte, die schon kraft ihres Dienstes mit einer Schußwaffe ausgerüstet sind. Wir verlangen deshalb, daß Ziff. 3 des § 1 abgelehnt wird, und wir glauben damit auch die Beamten selbst vor der Gefahr zu schützen, daß sie voreilig Menschenleben vernichten.

Wenn in der Begründung des Gesetzentwurfs weiter von der geschwundenen Achtung vor dem Gesetz und der Staatsautorität, von der allgemeinen **Verwilderung der Sitten und Gebräuche**, wie überhaupt der Rechtsbegriffe gesprochen wird, so liegt es sehr nahe, bei dieser Gelegenheit auch die Frage zu erörtern, wer denn an diesen Zuständen schuld ist. Da dürften doch die Kreise, die den Massenmord, den Diebstahl wie alle Verbrechen und Roheiten jahrelang als heilige Pflicht von allen Staatsbürgern gefordert haben,

(Zurufe rechts: Hölz!)

sich heute über die allgemeine Verwilderung der Sitten und Rechtsbegriffe nicht beklagen.

(B) (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir lehnen dafür jede Verantwortung ab.

Wir sind auch nicht schuld daran, daß noch viele Volksgenossen im Besitz von Feuerwaffen sind und daß sie mit der Handhabung dieser Mordwerkzeuge vertraut gemacht wurden, wie das ja auch in der Begründung des Gesetzentwurfs ausgeführt ist. Auch dazu haben nicht wir, sondern die Herrschaften beigetragen, die den Massenmord jahrelang unterstützt und seinen Ausbruch herbeigeführt haben.

Meine Damen und Herren! Ich wies schon gestern darauf hin, daß man ein Übel, das zum guten Teil auch in unsern ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen begründet ist, nicht mit dem Schießprügel beseitigen kann. Gewiß, auch wir wollen dahin streben, daß den Gesetzen Geltung verschafft wird. Aber um dem Gesetze Geltung zu verschaffen, darf man nicht leichtfertig mit Menschenleben spielen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ein solches **leichtfertiges Spielen mit Menschenleben** sehen wir in dem vorliegenden Gesetzentwurf, vor allen Dingen in Ziffer 3 des § 1.

Wenn schon ein kleiner Pascher bei einem Fluchtversuch mit dem Tode bestraft werden kann, was für eine Strafe muß dann erst ein **großer Steuerbetrüger**, der den Staat um Hunderttausende, vielleicht um Millionen bringt, bekommen?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man sollte konsequent sein und sollte diese Staatsverbrecher, die gleichfalls an einer Verwilderung der Sitten leiden, mit gleichem Maße messen. Diejenigen, die sich heute am meisten über die verschwundene Achtung vor dem Gesetze beklagen und nach der Staatsautorität schreien, sind nach unseren Erfahrungen der letzten Jahre, soweit es sich um Betrug gegenüber dem Staate handelt, (C) am meisten sittlich verwildert.

Deshalb fordern wir in unserm Antrag die Streichung dieser Ziffer 3 des § 1. Wir ersuchen Sie dringend — es lastet eine große Verantwortung auf Ihnen —, die Ziffer 3 des § 1 abzulehnen und unserm Antrag zuzustimmen; denn wir wollen nicht dem Mord, sondern der Kultur und dem Menschentum dienen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das, was hier grundsätzlich gesagt werden müßte, ist schon im wesentlichen von dem Herrn Vorredner gesagt worden. Ich kann nicht begreifen, wie von der rechtssozialistischen Seite aus ein Antrag gestellt wird, der die Wendung enthält: „bei erkennbar geringfügigen Anlässen". In wessen Ermessen ist es gestellt, zu entscheiden, ob „erkennbar geringfügige Anlässe" vorliegen?

Was der Herr Vorredner über die Streichung des dritten Punktes über § 1 gesagt hat, trifft nach der Auffassung meiner politischen Freunde voll und ganz zu. Wir Kommunisten werden deshalb dem Antrag auf Streichung des dritten Punktes zustimmen.

Seien wir uns klar darüber, daß dieser Gesetzentwurf wie alle Gesetze, die hier geschaffen werden, lediglich dazu dienen, um die kleinen Verbrecher zu strafen! Denn die **großen Schmuggler und Pascher** werden Sie ja doch nie erreichen, weil diese Herrschaften wiederum andere haben, die für sie diese gefährliche Arbeit besorgen. Ich glaube nie und nimmer, daß Prinz Eitel Friedrich oder sonstige hochgestellte Persönlichkeiten unter einen derartigen Gesetzentwurf fallen werden. Die werden niemals von der Schärfe dieser Maßnahmen getroffen werden. Wer (D) aus den früheren Zeiten des Militarismus weiß, wie die Paragraphen über den Waffengebrauch immer wieder von den in Frage kommenden Beamten ausgeführt werden, weiß genau, daß dieses Gesetz in Wirklichkeit ein Gesetz gegen die arme Bevölkerung sein wird, und wer den Schmuggel an der Grenze kennt, der weiß, wie gerade die großen Schmuggler und Pascher nicht unter die Schärfe dieses Gesetzes fallen werden, der muß deshalb zu der Auffassung kommen, daß der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung abzulehnen ist.

Was mich aber besonders veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen, sind die vielen **Zwischenrufe von der rechten Seite** des Hauses. Als der Herr Vorredner auf die verschiedensten Einwendungen hin seine Ausführungen machte, rief man von der rechten Seite immer und immer wieder den Namen **„Hölz"** dazwischen. Meine Damen und Herren! Wir Kommunisten wissen genau, daß die Methoden, die Hölz angewandt hat, nicht im Interesse des Kommunismus liegen und auch nicht die Methoden sind, die das revolutionäre Proletariat anwenden wird und anwenden muß.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber eine Heuchelei ist es von Ihrer Seite, Maßnahmen zu kritisieren, die ein Einzelmensch begeht, die, wenn er sie während des Weltkrieges in Ihrem Interesse begangen hätte, dazu geführt hätten, daß er die höchsten Stellen beim preußischen Militarismus hätte bekleiden können.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Gerade Sie sind die allerletzten, die sich über die Methoden des Hölz und anderer zu entrüsten haben. Es wirkt allgemach wie Heuchelei in diesem hohen Hause, wenn gerade die Seite, in deren Reihen die größten Massenmörder und Verbrecher des deutschen Volks zu suchen sind,

(Unruhe rechts)

(**Fries**, Abgeordneter.)

(A) sich heute über Auswüchse in der deutschen Revolution und in der revolutionären Arbeiterschaft empört.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sind die letzten, die irgendein Recht dazu haben, etwas darüber zu sagen. Wir haben die Auffassung, daß Sie, meine Herren, mit den Mitteln bedient werden müssen, die Ihnen zustehen, und wenn Sie glauben, bei jeder x-beliebigen Gelegenheit immer wieder mit derartigen Anwürfen kommen zu sollen, so sagen wir Ihnen, daß das revolutionäre Proletariat Deutschlands Ihnen einmal die Antwort auf Ihre Frechheit und Heuchelei geben wird.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Fries, ich nehme an, daß Sie mit diesen Worten nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

(Zurufe rechts.)

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir Kommunisten sagen: weil gerade dieser Paragraph nur wiederum auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung angewendet wird, müssen wir unter allen Umständen darauf hinarbeiten, daß der Punkt 3 des § 1 gestrichen wird.

Wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß diese **Erschießungen auf der Flucht**, die der deutschen Arbeiterschaft schon seit zwei Jahren zu denken gegeben haben, den **Rechtssozialisten** endlich den Gedanken einimpfen müßten, daß sie mit ihren Anträgen durchaus nicht das verhindern werden, sondern daß ihre Anträge es den Beamten jederzeit in die Hand geben, nach ihrem eigenen Ermessen weiterhin Verbrechen gegen die mittellose Bevölkerung auf sich zu häufen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

(B)

Brodauf, Abgeordneter; Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um sachlich zu den vorliegenden Anträgen zu sprechen. Ich will lediglich feststellen, daß diese Anträge entweder wörtlich oder doch ihrem Sinne nach alle schon im Ausschuß gestellt worden waren und daß bereits im Ausschuß eingehend darüber gesprochen worden ist. Auch meine politischen Freunde haben dazu Stellung genommen. Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß manches erwägenswert sein mag, was Herr Dr. Radbruch, Herr Dr. Rosenfeld usw. angeführt haben, daß aber schließlich die Gründe überwiegen, die im Gesetzentwurf angegeben sind. Wir halten es für geboten, diesem Entwurf unverändert die Zustimmung zu geben, und wir können auf keinen Fall zugeben, daß dieser Entwurf bedeutet, daß nunmehr ein leichtfertiges Spiel mit Menschenleben getrieben werden soll.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu § 1 ist auf Nr. 2286 der Drucksachen der Antrag Dr. Rosenfeld-Ristau gestellt, die Ziffer 3 zu streichen.

Wer diesem Streichungsantrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 2273 Ziff. 1, im § 1 Abs. 1 der Drucksachen Nr. 3 folgenden Zusatz hinzuzufügen:

> Bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Zusatz zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Zusatz ist abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen Abgeordneten, welche (C) dem § 1 zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 2. Hierzu ist auf Nr. 2273 der Drucksachen unter Ziff. 2 der Antrag Müller (Franken) und Genossen gestellt, dem § 2 folgenden Abs. 3 hinzuzufügen:

> Gegen Festgenommene, die sich der Festnahme durch die Flucht entziehen, ist der Waffengebrauch nur zulässig, wenn er dem Festgenommenen für den Fall eines Fluchtversuches angedroht worden ist.

Wer diesem Zusatzantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, die dem § 2 in der ursprünglichen Fassung zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu § 3. Hier liegt ein Abänderungsantrag auf Drucksache Nr. 2273 Ziff. 3 Müller (Franken) und Genossen vor, dem § 3 folgende Fassung zu geben:

> Der Waffengebrauch ist nur zulässig, wenn und soweit es zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich ist.

Wer diesem Abänderungsantrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt, der § 3 in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 4, — angenommen, § 5, — angenommen. Einleitung und Überschrift — angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetz — es ist ja unverändert geblieben — in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist angenommen.

Wir kommen zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151, 2228 der Drucksachen)

und zwar:

a) **Haushalt des Reichspräsidenten** (Anlage I).

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt den Etat des Reichspräsidenten ab. Nicht, weil wir nach dem Muster liberalistisch-demokratischer Politik in dieser Einrichtung eine unnötige Staatseinrichtung erblicken; wir legen an den Etat nicht den Maßstab einer kleinlichen Zahlenkritik, sondern wir beurteilen und besprechen diesen Etat wie den Etat insgesamt im Rahmen und unter dem Gesichtspunkte unseres allgemeinen politischen Kampfes. Von diesem Gesichtspunkt aus wissen wir nur zu gut, daß dieser Reichspräsident für Sie nicht eine unnötige, sondern eine höchst nötige und nützliche Einrichtung ist. Ebenso wie die Bestimmungen der demokratischen Verfassung Ihnen dienen müssen, Ihre Klassenherrschaft und Ihre Klassenpolitik gegenüber der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten, ebenso muß Ihnen die Institution eines Reichspräsidenten zu diesem Zwecke dienen.

Die **praktisch politische Wirksamkeit des deutschen Reichspräsidenten** in den Jahren seiner Amtierung ist der deutlichste Beweis dafür, daß diese Institution ein Mittel der Klassenpolitik und der Klassenherrschaft gegen

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) die Arbeiterschaft ist. Seine Verfügungen, angefangen von den Verfügungen, die das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft einschränken, über die Verfügungen hinweg, die in einzelnen deutschen Landesteilen den Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft verhängt haben, bis zu jener letzten Verfügung, die die Grundlage zu den Sondergerichten gegeben hat, die nach der Märzbewegung in Mitteldeutschland eingesetzt worden sind und die der Klassenjustiz gegen die Arbeiter als Grundlage gedient haben, — alle diese Verfügungen beweisen auf das deutlichste, welchen Zwecken diese Institution eines Reichspräsidenten dient. Auf der anderen Seite sind alle jene Anordnungen und Verfügungen, die sich nominell gegen die Organisation reaktionärer bewaffneter Formationen kehren sollten, nicht nur nicht zur Durchführung gelangt, sondern diese Verordnungen des Reichspräsidenten haben auch dazu dienen müssen, einen Ausnahmezustand, ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Auch diese Verfügungen haben der Klassenjustiz gegen die Arbeiterschaft als willkommene Basis gedient.

Angesichts dieser praktisch politischen Wirksamkeit des Reichspräsidenten in Deutschland ist uns kein Zweifel darüber, daß es sich hier um eine gegenrevolutionäre Institution zu gegenrevolutionären Zwecken handelt. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, lehnen wir den Etat des Reichspräsidenten ab.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Ich mache noch darauf aufmerksam, daß es sich nur um die Nachtragsetats handelt.

(Abgeordneter Dr. Geyer [Sachsen]: Es war nur eine Deklaration der Abstimmung!)

Ich rufe auf: Ordentlicher Haushalt. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 1 Tit. 3, — 4, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12. — Die Titel des Kapitels dieses Etats sind angenommen.

(B) Wir kommen zu

b) **Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei** (Anlage III).

Ich rufe auf: Ordentlicher Haushalt. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 7, — 7a, — 9, — 10, — 10a, — 10b, — 11. — Kap. 2 Tit. 2, — 3. — Die Kapitel und Titel des Haushalts sind angenommen.

Wir kommen zu

c) **Haushalt des Reichsfinanzministeriums** (Anlage XV).

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts. Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums würde an sich das Bedürfnis bestehen, ein Bild über die finanzielle Lage des Reichshaushalts, namentlich mit Rücksicht auf das zu lösende Reparationsproblem zu erhalten. Im Haushaltsausschuß hat dieses Bedürfnis Ausdruck gefunden, und man hat den Wunsch an die Reichsregierung gerichtet, uns einen klaren Überblick über die **finanzielle Lage des Reichs, namentlich mit Rücksicht auf das Reparationsproblem** zu geben. Die Reichsregierung hat den Wunsch ausgesprochen, daß diese Aufschlüsse gegeben werden könnten bei dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung. Wir nehmen also an, daß diese Erörterung Raum gewinnen wird im Haushaltsausschuß beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, und daß demgemäß auch die Erörterung hier im hohen Hause verlaufen wird.

Ich glaube, als Berichterstatter dem hohen Hause diese Aufklärung schuldig zu sein.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre Kap. 1 Tit 1 der fortdauernden Ausgaben für angenommen. (C)

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 7, — 8, — 8a, — 9, — 10, — 11, — 12, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 21. — Kap. 2 Tit. 2, — 3, — 4, — 6, — 7, — 8. — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 7, — 8, — 9, — 10, — 12, — 13, — 15, — 16, — 16a, — 16b, — 16c, — 16d, — 16f, — 17, — 21, — 21a, — 22, — 25, — 29, — 29a, — 30, — 31. — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. — Kap. 5 Tit. 1, — 2. — Kap. 6 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6. — Einmalige Ausgaben Kap. 2 Tit. 1, — 3, — 4. — Die einzelnen Kapitel und Titel auch dieses Haushaltsplans sind angenommen.

Wir kommen zu

d) **Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds** (Anlage XII).

Ich rufe auf: Ordentlicher Haushalt. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 2 Tit. 9a. — Angenommen.

Wir kommen zu

e) **Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs** (Anlage XIII).

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 14, — 15. — Auch dieses Kapitel und die einzelnen Titel sind angenommen.

Wir kommen zu

f) **Haushalt des Reichsjustizministeriums** (Anlage XIII).

Ich rufe auf: Ordentlicher Haushalt. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 1 Tit. 1.

Hierzu hat das Wort der Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde bedauern, daß die Reichsjustizverwaltung nach wie vor so wenig energisch die Reform unserer Justiz betreibt. Wir haben gestern bereits bei der Beratung im Etatsausschuß an die Regierung die Frage gerichtet, welche Justizreformen wir in allernächster Zeit zu erwarten haben. Wir haben hören müssen, daß außer einigen kleineren Vorlagen, die gewiß Verbesserungen bedeuten, aber doch nur geringfügiger Natur sind, Vorlagen, die auf eine schleunige Umgestaltung der deutschen Rechtspflege abzielen, in diesem Hause vorläufig nicht zu erwarten sind. Wir bedauern dies, weil die Klagen über unsere Rechtspflege nimmer aufhören und weil immer von neuem die Vorwürfe der **Klassenjustiz** gegen unsere Rechtspflege erhoben werden, Vorwürfe, von denen wir annehmen, daß sie in hohem Maße begründet sind. Wir fragen vor allen Dingen, wo die Reformen bleiben, die geeignet sind, aus unserer Rechtspflege eine wirkliche Rechtspflege zu machen, die geeignet sind, einen Richterstand zu schaffen, der in höherem Maße Anspruch auf Vertrauen beim Volke erheben kann, als das bei den Herren der Fall ist, die jetzt die Rechtsprechung ausüben. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß die **Wahl der Richter durch das Volk** eine alte Forderung des Erfurter Programms, in Erfüllung gehen muß, bevor auch nur in geringem Maße eine Verbesserung der Rechtspflege eintreten kann. Zugleich fordern wir eine immer zunehmende Heranziehung von Angehörigen aller Kreise, besonders von Angehörigen der Arbeiterschaft, zur Ausübung der Rechtspflege. In den letzten Jahren sind Versuche nach dieser Richtung unternommen worden, und man kann auch feststellen, daß hier und da einmal ein Schöffengericht und ein Schwurgericht sichtbar wird, in dem wenigstens ein Arbeiter so als Konzessionsschulze tätig ist. Aber gar zu oft stoßen wir auch heute noch auf (D)

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Geschworenengerichte, in denen nicht ein einziger Arbeiter oder Arbeitervertreter sich befindet. Erst in den letzten Tagen wurde die Liste einer Geschworenenbank veröffentlicht, die lediglich Kaufleute, Gutsbesitzer, Angehörige der besitzenden Klasse aufwies, ohne daß auch nur ein einziger Angehöriger der arbeitenden Klassen vertreten war. Mit Bedauern hören wir auch, daß die kleine Verbesserung, die das Haus wenigstens theoretisch akzeptiert hat, die Verbesserung der Rechtspflege durch **Zuziehung der Frauen**, immer noch nicht so weit vorbereitet ist, daß die Vorlage an das Haus gelangt.

(Hört! Hört! links.)

Auch diese Vorlage ruht noch beim Reichsrat, und der Reichsrat hat gar keine Eile mit der Erledigung solcher Gesetzentwürfe.

Ganz besonders ist es im Augenblick die Rechtsprechung der **Ausnahmegerichte**, die Tag für Tag immer von neuem zur Kritik Anlaß gibt. Gewiß haben wir gestern im Ausschuß gehört, daß diese Ausnahmegerichte in den nächsten Wochen verschwinden sollen. Ende Juni, Anfang Juli, Mitte Juli sollen die Ausnahmegerichte nach und nach aufhören. Nur in Halle glaubt man, auch über den 15. Juli hinaus noch das Ausnahmegericht haben zu müssen. Warum diese Sonderbehandlung für Halle und warum läßt man die Ausnahmegerichte noch über den 1. Juli hinaus in Torgau, Naumburg und Nordhausen arbeiten? Dieser langsame Abbau der Ausnahmegerichte ist nicht, wie es dem Laien erscheinen möchte, eine Abschlagszahlung auf die Forderung der Sozialisten aller Richtungen nach sofortiger Aufhebung aller Ausnahmegerichte, sondern dieser Abbau ergibt sich ganz einfach daraus, daß die Ausnahmegerichte da aufgehoben werden, wo keine Arbeit mehr für sie ist. Selbst diese kleine „Reform" erweist sich bei näherem Zusehen lediglich als die Folge der Arbeitslosigkeit, der nun auch die Ausnahme-
(B) gerichte anheimfallen.

Über die Ausnahmegerichte heute noch ausführlich zu sprechen, erscheint mir überflüssig. Das Urteil des Volkes und auch der Mehrheit dieses Hauses steht fest. Allein die Tatsache, daß diese Ausnahmegerichte in den wenigen Wochen ihres Bestehens auf über 2000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis erkannt haben und in einer Reihe von Fällen auf lebenslängliches Zuchthaus und Todesstrafe, reicht aus, um zu sagen, daß diese Ausnahmegerichte nichts anderes sind als **Klassengerichte**, gerichtet gegen die Arbeiterschaft.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ferdinand Lassalle hat einmal gesagt: Galeerensträflinge scheinen mir höchst ehrenwerte Menschen gegen diese Richter zu sein, die er in einem Prozesse kennen gelernt hat. Meine Damen und Herren! Wenn eine solche Rechtsprechung ausgeübt wird, ist es da nicht verständlich, wenn die Auffassung Lassalles in den weitesten Kreisen des Volkes Anklang findet?

Das Haus hat vor einigen Tagen beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglichster **Begnadigung** nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufruhrbewegung in weitem Umfang zur Begnadigung zu empfehlen. Wir haben diesen Beschluß nur als ein kleines Entgegenkommen auffassen können. Als wir damals die Forderung der **Amnestie** vertraten, waren ja nur die Kommunisten bereit, einem solchen Amnestiegesetz zuzustimmen, während sämtliche bürgerlichen Parteien und auch die Rechtssozialisten es damals ablehnten, unserem Verlangen nach **Amnestie** stattzugeben. Wie wird nun aber dieser in seiner Bedeutung gewiß nicht zu überschätzende Beschluß des Reichstags ausgeführt? Ich habe gestern im Ausschuß über die Art der Durchführung dieses Beschlusses Nachfrage gehalten und die Antwort bekommen, daß darüber noch keine Entscheidung getroffen ist. Darum möchte ich die Gelegenheit benutzen, um die Aufmerksamkeit des Herrn Justizministers auf diese Frage zu lenken. Es soll in Aussicht genommen sein, so hieß es, die Begnadigung vornehmen zu lassen durch die **Gnadenrichter**, die schon eingesetzt sind. Ja, meine Damen und Herren, wenn nur das geschehen soll, dann bedürfte es keines Reichstagsbeschlusses; (C)

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn diese Gnadenrichter — der Name „Gnadenrichter" ist mir übrigens sehr bedenklich angesichts der Praxis dieser sogenannten Gnadenrichter —, diese Gnadenrichter anzurufen, das steht auch jetzt schon und stand schon vor dem Reichstagsbeschluß jedem Verurteilten frei. Mit diesem Reichstagsbeschluß sollte doch aber etwas Neues verlangt werden. Ich appelliere an die Rechtssozialisten hier in diesem Hause, die die Antragsteller waren. Sie haben sicherlich nicht gemeint, daß mit ihrem Antrage nichts weiter herbeigeführt werden solle als eine Anwendung der schon bestehenden Bestimmungen; sie wollten — daran zweifle ich nicht — eine generelle Prüfung aller Urteile der Ausnahmegerichte durch eine neu zu schaffende Institution herbeiführen. Wenn die Prüfung der Urteile der Ausnahmegerichte aber so stattfindet, wie uns gestern in dem Ausschuß gesagt worden ist, dann entspricht das nicht dem Beschluß, den das Haus hier gefaßt hat.

Der Ausschuß hat dann auf unseren Antrag beschlossen, eine **Statistik** über das Ergebnis der Rechtsprechung der Ausnahmegerichte einzufordern, besonders darüber, wie viele Verfahren bei Ausnahmegerichten anhängig gemacht worden sind und welche Urteile gefällt worden sind. Wir wünschen, die von den Ausnahmegerichten Verurteilten im Auge zu behalten, und wir verlangen, daß dem Reichstag Gelegenheit gegeben wird, nachzuprüfen, ob in der Tat die Grundsätze der Milde angewendet werden, auf die ein großer Teil der von den (D) Ausnahmegerichten Verurteilten unserer Meinung nach Anspruch hat.

Über diese Ausnahmegerichte aber, meine Herren, die in nächster Zeit abgeschafft werden sollen, wollen wir aber nicht die **bayerischen Volksgerichte** vergessen, die in Bayern Recht sprechen. Die Regierung wird wahrscheinlich in diesem Monat nicht geneigt sein, sich mit Bayern auch noch wegen der Volksgerichte anzulegen, nachdem die Entwaffnungsschwierigkeiten noch immer nicht behoben sind. Das kann uns aber nicht der Pflicht entheben, auf die Justiz der bayerischen Volksgerichte aufmerksam zu machen. Alles das, was hier im Hause von allen Seiten über die Schädlichkeiten jener Bestimmungen vorgetragen ist, die ursprünglich für die Ausnahmegerichte gegeben waren, trifft zum weitaus größten Teil auch auf die bayerischen Volksgerichte zu. Auch vor den bayerischen Volksgerichten bedarf es keiner schriftlichen Anklage. Auch vor die bayerischen Volksgerichte können die Angeklagten ohne weiteres aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt werden. Auch gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte gibt es kein Rechtsmittel, und nicht einmal eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist gegen diese Urteile möglich.

Während sonst die Ausnahmegerichte als Ausnahmemaßnahmen nur für eine bestimmte Zeit gedacht sind, sind diese Volksgerichte durch die spätere gesetzliche Anerkennung, die sie in Bayern gefunden haben, zu einer Dauereinrichtung Bayerns als Instrument gegen die bayerische Arbeiterschaft geworden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als dauernde Einrichtungen sind diese Volksgerichte aber ganz besonders unerträglich, und daraus erwächst denn doch die Notwendigkeit für das Reichsjustizministerium, endlich einmal zu prüfen, ob diese bayerischen Volksgerichte mit der Reichsverfassung überhaupt vereinbar sind. Ich gebe

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) zu, daß ich mit diesem Verlangen an den Herrn Reichsjustizminister eine Forderung stelle, zu deren Erfüllung immerhin ein gewisser Mut erforderlich ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will daher bis zur Beantwortung meiner Frage unentschieden lassen, ob der jetzt amtierende Herr Justizminister den Mut besitzt, gegen die bayerischen Volksgerichte vorzugehen. Ergänzend möchte ich noch bemerken, daß, wie mir eben zugerufen wird — das wird für den Herrn Reichsjustizminister gewiß besonders wichtig sein —, sein Parteifreund Dr. Haas sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß diese bayerischen Volksgerichte gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung verstoßen und daher unzulässig sind.

(Sehr richtig! links.)

Ich will nicht hoffen, daß ein Demokrat, der Minister wird, deshalb aufhört, Demokrat zu sein und anfängt, sich mit den Auffassungen seiner Freunde in Widerspruch zu setzen.

Meine Damen und Herren! Die schweren Strafen insbesondere gegen sogenannte politische Verbrecher nötigen uns jetzt ganz besonders das Interesse am **Strafvollzug** auf, ein Interesse, das wir an sich schon jederzeit betätigt haben, das aber durch die Verurteilung der politischen Gefangenen bei uns noch ganz besonders lebhaft geworden ist. Der Strafvollzug ist heute noch wichtiger als früher, weil die gewaltige **Zunahme der Kriminalität** die Zahl der Insassen der Strafanstalten ungeheuer vermehrt hat, — auch eine Begleiterscheinung des Krieges. Das moralische Stahlbad des Krieges, von dem man gesprochen hat, erweist sich als nicht vorhanden, wenn man einen Blick auf die furchtbaren Zahlen wirft, die unsere Kriminalstatistik aufweist.

Ganz besonders möchte ich das Augenmerk der Justizverwaltung auf die unglücklichen **Jugendlichen** richten, die

(B) dem Strafvollzug unterliegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland die Forderung vertreten, daß der Strafvollzug auf das Reich übergehen soll. Jahre hindurch gilt bereits die Reichsverfassung, nach der eine reichsrechtliche Regelung der Strafvollstreckung möglich ist. Als wir aber die Frage nach einer Reichsstrafvollzugsordnung im Ausschuß stellten, erhielten wir die sehr bedauerliche Antwort, daß über den Strafvollzug erst noch mit den Vertretungen der einzelnen Länder verhandelt wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, wenn wir über den Strafvollzug, also über eine Materie, die so klar und so leicht von Reichs wegen zu regeln ist, erst umfangreiche Erörterungen mit den Ländern anstellen, wie soll denn da überhaupt eine Reform schnell zustande kommen?

Was es aber im Augenblick besonders dringlich macht, den Strafvollzug in den Vordergrund der Reformbestrebungen zu stellen, das ist die bedauerliche Tatsache, daß man in **Preußen** den Strafvollzug jetzt noch rückwärts revidiert. Nach der Revolution ging ein frischer Hauch durch unseren Strafvollzug in Preußen. Es wurde eine Reihe von humanen Anordnungen getroffen, die allerdings bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen immer von neuem Widerspruch hervorgerufen haben. Während aber der preußische Justizminister vor einigen Monaten immer noch erklärte, daß er zu allen Justizverordnungen der Revolutionsregierung und insbesondere zu den neuen Bestimmungen über den Strafvollzug stehe, haben wir jetzt erfahren, daß außerordentliche Verschlechterungen dieses Strafvollzugs von demselben preußischen Justizminister angeordnet worden sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach der Revolution war es eine Selbstverständlichkeit, (C) daß den Strafgefangenen gestattet wurde, **Zeitungen zu lesen**, welche immer sie lesen wollten. Heute ist dieses Recht wieder aufgehoben. Nach der Revolution war es eine Selbstverständlichkeit, daß man bei der Anwendung von **Disziplinarmitteln**, wie Schlägen, durchaus human zu verfahren habe. Jetzt hat sich ein Justizminister in Preußen gefunden, der auch diese Bestimmungen der Revolutionszeit aufgehoben hat. Es geht also im Strafvollzug nicht vorwärts, sondern rückwärts, und es ist dringend notwendig, daß von Reichs wegen endlich der Strafvollzug in die Hand genommen und human gestaltet wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich will bei dem Nachtragsetat davon absehen, die Justiz mit allen ihren Fragen aufzurollen; ich will mich an den Nachtragsetat halten, der insbesondere eine wesentliche Vermehrung der Stellen des Reichsgerichts fordert, eine Vermehrung, die mit der gewiß größer gewordenen Arbeitslast des Reichsgerichts begründet wird. Gerade das **Reichsgericht** ist es aber, das in letzter Zeit mehr noch als andere Gerichtshöfe unsere Kritik herausfordert. Früher klagten wir über das Reichsgericht, weil es in der Revisionsinstanz weltfremde, volksfeindliche Grundsätze zur Anwendung brachte. Die erstinstanzliche Urteilsfällung in Hoch- und Landesverratssachen war früher selten. Heut aber hat gerade die Rechtsprechung in Hoch- und Landesverratssachen eine größere Bedeutung erlangt, und vor allen Dingen müssen wir über die Auslegung des Amnestiegesetzes vom August 1920 durch das Reichsgericht klagen. Während ich gar nicht anstehe, hier vor der Öffentlichkeit anzuerkennen, daß zum Beispiel die Berliner Strafkammern in der Auslegung des Amnestiegesetzes in weitem Umfange den Wünschen, die bei der Beratung hier im Hause geäußert sind, Rechnung tragen, ist es (D) nicht nur das Kammergericht, sondern vor allen Dingen das Reichsgericht, das es darauf anlegt, diese **Amnestie** da nicht anzuwenden, wo Arbeiter angeklagt sind, dagegen da, wo es sich um Personen handelt, die aus Anlaß des Kapp-Putsches sich gegen die Republik und ihre Gesetze vergangen haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf: Aulock!)

Ich erinnere da besonders an den vor einigen Tagen bekannt gewordenen Fall, bei dem die Amnestie sogar vom Reichsgericht auf jene Mordbuben für anwendbar erklärt worden ist, die dem **Freikorps Aulock** angehörten und in Breslau die furchtbarsten Brutalitäten begangen haben. In Breslau hatte sich eine Strafkammer gefunden, die es weit von sich wies, diese Verbrecher des Aulock-Korps unter die Amnestie fallen zu lassen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Breslauer Strafkammer hatte festgestellt, daß von den Angeklagten Verhaftete mit Fäusten, Kolben und Peitschen geschlagen worden sind, bis sie bewußtlos zusammenbrachen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie hatte festgestellt, daß, als diese unglücklichen Menschen wieder zum Bewußtsein gelangt waren, die Schlägereien von neuem losgingen. Es ist festgestellt worden, daß in der Folterkammer, in die die Verhafteten geführt wurden, eine große Blutlache vorhanden war,

(Pfui-Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

die Zeugnis von den dort begangenen Bestialitäten ablegte.

(Erneute Pfui-Rufe auf der äußersten Linken.)

Ich sehe davon ab, den Fall im einzelnen vorzutragen. Diese Feststellung der Breslauer Strafkammer, die gewiß

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) nicht verdächtig ist, etwa den Arbeitern besonders günstig und den Anhängern des Aulock-Korps besonders ungünstig zu sein, hat nicht nur die Brutalitäten festgestellt, sie hat ausdrücklich festgestellt, daß hier die Amnestie auch deshalb keine Anwendung finden könne, weil offenbar ganz brutale Roheitsdelikte vorliegen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Obgleich die Amnestie auf Rohheitsdelikte nicht anwendbar ist, hat sich das Reichsgericht bereit gefunden, diesen Aulock-Anhängern die Amnestie zuteil werden zu lassen. Meine Damen und Herren! Ich war in jenen Tagen, als dieses Urteil des Reichsgerichts bekannt wurde, gerade in Breslau. Ich kann Ihnen versichern: weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus, weit in das Bürgertum hinein, war die Empörung darüber allgemein, daß das höchste deutsche Gericht die Amnestie auf die Aulock-Verbrecher angewandt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach dieser Anwendung der Amnestie durch das Reichsgericht kann es natürlich nur eine untergeordnete Bedeutung beanspruchen, daß dasselbe Reichsgericht auch den Regierungspräsidenten **Traugott v. Jagow** amnestiert hat. Sie erinnern sich, daß bei den Beratungen des Amnestiegesetzes von allen Seiten ausgesprochen wurde, daß die Führer der Putsche nicht unter die Amnestie fallen sollten. Kann denn jemand im Ernste daran zweifeln, daß Herr Traugott v. Jagow eine führende Rolle gespielt hat? Trotzdem hat das Reichsgericht jetzt von diesem Mann den Haftbefehl genommen und, wie verlautet, das Verfahren gegen ihn eingestellt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß aber noch eine andere Seite der Rechtsprechung des Reichsgerichts behandeln, nämlich die **Urteile**, die jetzt **gegen die sogenannten Kriegsverbrecher** (B) gefällt werden. Diese Urteile werden nicht nur in Deutschland mit Aufmerksamkeit verfolgt. Das gesamte Ausland beobachtet sehr genau die Vorgänge, die sich in diesen Prozessen vor dem Leipziger Reichsgericht abspielen. Nachdem jetzt einige dieser Prozesse stattgefunden haben, muß ich sagen, daß wieder einmal die Gelegenheit versäumt worden ist, moralische Eroberungen im Auslande zu machen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Empörung über die Urteile des Reichsgerichts und insbesondere über das eine Erkenntnis, auf das ich noch näher eingehen werde, ist nicht nur in der deutschen Arbeiterschaft allgemein, sie ist ebenso allgemein im Auslande. Ich bedaure, meine Herren, daß erst der Friedensvertrag und erst das Ultimatum die deutsche Regierung genötigt haben, die Verurteilung der Kriegsverbrecher durchzuführen.

(Zuruf rechts: Und die feindlichen Kriegsverbrecher?)

— Ja, die müßten nach meiner Auffassung ebenso angeklagt werden. Ich glaube sogar, sie würden eher scharf angefaßt werden als es hier mit unseren Kriegsverbrechern vor dem Reichsgericht geschieht. Aber lassen Sie mich nur aussprechen. Ich wollte ja gerade im Sinne Ihrer Einwendungen hervorheben, daß es mein Wunsch gewesen wäre, daß das deutsche Volk aus eigener Kraft diese Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen hätte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Ich bedaure sehr, daß man diejenigen, die jetzt auf der rechten Seite des Hauses Unterschlupf und Verteidigung gefunden haben, wegen ihrer Kriegsverbrechen nicht unmittelbar nach der Revolution angeklagt und der verdienten Strafe zugeführt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Nachdem dies damals an der Schwäche unserer sogenannten (C) Revolution gescheitert ist, begrüße ich es allerdings, daß jetzt wenigstens, wenn auch bedauerlicherweise erst durch die Entente getrieben, diese Prozesse durchgeführt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, wie werden diese Prozesse durchgeführt? Zunächst muß es doch wohl allgemein Erstaunen erwecken, daß als **Sachverständiger** vor dem Reichsgericht der Herr **v. Fransecki** aufgetreten ist, ein Mann, von dem man sagen muß, daß mit ihm der alte Militarismus leibhaftig wieder auferstanden ist. Dieser Sachverständige wird vor Gericht gefragt, ob es gestattet sei, ob es nach deutschem Recht und Gesetz gestattet sei, wehrlose Gefangene zu schlagen. Und was sagt dieser „Sachverständige"? Er erklärt: über dieses Mittel läßt sich streiten. Es ist ein Skandal, daß ein solcher Mann in der Öffentlichkeit als objektiver Sachverständiger auftreten kann. Meine Damen und Herren! Dieser Sachverständige hat ferner erklärt, daß, wenn mehrere Gefangene sich gleichzeitig krank melden, dann eine Meuterei vorliegt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schon die Ernennung eines solchrn Mannes zum Sachverständigen ist natürlich geeignet, überall Entrüstung hervorzurufen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Und nun, meine Damen und Herren, wende ich mich zu dem Hauptfall, der Anlaß zur Kritik gibt. Es ist der Fall, in dem sich ein Oberleutnant **Neumann** zu verantworten hatte, weil er während des Krieges das **Hospitalschiff „Dover Castle"** in den Grund gebohrt hat. Ich schicke voraus, daß schon die Berichterstattung in Deutschland zu schärfsten Anklagen gegen unsere Presse Anlaß (D) gibt. Der Abgeordnete Eduard Bernstein hat sich das Verdienst erworben, durch einen kürzlich erschienenen Artikel in der „Welt am Montag" darauf hin zugewiesen haben, daß man, wenn man über den Verlauf der Verhandlungen gegen Neumann Klarheit gewinnen will, diese Klarheit nicht aus der **deutschen Presse** schöpfen kann, die nur das Urteil und eine kurze Urteilsbegründung gegeben hat, sondern aus der ausländischen Presse. Das gesamte Ausland ist über diese Vorgänge viel besser orientiert als wir in Deutschland.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die deutsche Presse hat, ich muß sagen, fast allgemein, es für richtig gehalten, über die Vorgänge in diesem Prozeß zu schweigen. Es ist die alte Vertuschungspolitik! Da ich annehmen muß, daß die Regierung jetzt keine Machtmittel hat, auf die deutsche Presse einzuwirken, so ist diese wohl selbst schuld, soweit sie von dem bevorstehenden Termin unterrichtet war. Die Presse aber, die über den Verdacht erhaben ist, etwas zu verschweigen, hat offenbar von der Verhandlung nichts gewußt. Ich muß mich also bei der Besprechung des Falles auf die Darstellung der belgischen Zeitungen stützen, insbesondere auf die durch Bernstein vermittelte Darstellung, die der belgische Sozialist de Brouckère im Brüsseler „Peuple" vom 12. Juni gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Nach dieser Berichterstattung ist festgestellt, daß der Oberleutnant Karl Neumann ohne Warnung und ohne den Versuch einer Untersuchung das Hospitalschiff „Dover Castle" in den Grund gebohrt hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist weiter festgestellt, daß nach der Versenkung des Hospitalschiffes das Unterseebot noch an Ort und Stelle blieb, aber nicht, um mitzuhelfen, etwa überlebende In-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) sassen des Schiffes zu retten, sondern nur, um im Wasser treibende Gegenstände des Schiffes als Beute aufzufischen.

(Hört! Hört! und Pfui! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! In dem Prozeß, in dem dies festgestellt wird, ergibt sich dann das Resultat, daß dieser Oberleutnant Karl Neumann freigesprochen wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach der Begründung des Urteils — lediglich dieses ist in der deutschen Presse erschienen — ist er deshalb freigesprochen worden, weil er nachweisen konnte, daß er auf Befehl von Vorgesetzten gehandelt habe. Wer aber die Vorgesetzten sind, und was gegen die Vorgesetzten unternommen wird, darüber erfahren wir nicht das Geringste.

Meine Damen und Herren! Uns interessiert weit über diesen Einzelfall hinaus die Antwort auf die Frage, wie die Leute verurteilt werden, die die Befehle gegeben haben, nach denen solche Versenkungen stattfinden konnten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem von mir erwähnten Artikel sagt Eduard Bernstein, daß der Fall der Versenkung des Schiffes „Dover Castle" nicht der einzige sei, daß im Hauptausschuß des Reichstags während des Krieges, und zwar schon Ende 1914, eine ganze Anzahl ähnlicher Fälle festgestellt worden sind. Da ergibt sich doch die Frage, wer die **intellektuellen Urheber** sind, die für solche Brutalitäten verantwortlich sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was ist mit diesen Leuten geschehen?

Meine Damen und Herren! Wenn man die Urteile des Reichsgerichts gegen die Kriegsverbrecher sich ansieht, muß man sagen: die kleinen Kriegsverbrecher klagt man an und hängt sie, und die großen läßt man laufen. Die Werkzeuge der Befehlsgewalt anderer werden vor die Schranken des Reichsgerichts zitiert. Wo sind aber die

(B) Männer an höheren und höchsten Stellen, die verantwortlich gemacht werden?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Echt deutsch!)

Ich verurteile ganz gewiß diejenigen Soldaten, die Unteroffiziere, Leutnats und Hauptleute, die sich zu Brutalitäten haben hinreißen lassen. Aber schlimmer noch als diejenigen, die selbst Gefangene mißhandelt haben, die selbst Hospitalschiffe in Grund und Boden gesenkt haben, sind diejenigen zu beurteilen, die die Befehle dazu gegeben haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wo bleiben die Anklagen gegen diese Leute? Wo bleiben die Anklagen gegen die Männer, die die Befehle gegeben haben, ganze Landstriche zu verwüsten, Bergwerke zu vernichten, Kulturen zu zerstören?

Meine Damen und Herren! Solange diese Leute nicht angeklagt sind und ihre gerechte Strafe erhalten haben, so lange sind diese Verbrechen nicht gesühnt. Mag die Entente fordern, was sie will: das deutsche Volk wird nicht aufhören, die Bestrafung der Kriegsverbrecher zu fordern, bis sie wirklich so, wie sie es verdient haben, bestraft worden sind.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat die **Rechtsprechung des Reichsgerichts** nach mehrfacher Richtung hin bemängelt. Er hat ihm insbesondere vorgeworfen, daß es in der Anwendung der **Amnestie** mit verschiedenen Maße messe, wenn es sich um Arbeiter oder um Angehörige anderer Klassen handle.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für die Behauptung, daß die Amnestie gegen Arbeiter (C) nicht im weitesten Umfange durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt werde, hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld keinerlei Beweis, nicht einmal irgendeinen Anhalt gegeben.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Das ist gerichtsnotorisch!)

Mit diesen allgemeinen Wendungen kann ich allerdings nichts anfangen.

(Zustimmung rechts.)

Er hat es auch für notwendig gehalten, auf der andern Seite, wo es sich um die Anwendung der Amnestie gegenüber den andern Klassen handelt, allerdings einige Fälle beizubringen, und ich bin daher wohlberechtigt, anzunehmen, daß, wenn er hier Einzelfälle beigebracht hat, er für die andere Seite nur deshalb Einzelfälle nicht beigebracht hat, weil sie ihm nicht zur Verfügung standen, sonst würde ich darauf eingehen können.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich muß es nicht nur bezweifeln, sondern ich muß es in Abrede stellen, solange mir nicht irgendeine Unterlage dafür gegeben ist.

(Bravo! rechts.)

Was die Fälle betrifft, die hier angeführt sind, so handelt es sich einmal um die Angelegenheiten **Aulock.** Ich bin nicht in der Lage, im einzelnen hier nachzuprüfen, was behauptet worden ist, weil mir bisher nur Zeitungsberichte vorliegen. Das Urteil ist noch nicht abgesetzt, jedenfalls mir noch nicht zugegangen. Ich habe es eingefordert und werde mich über den Sachverhalt unterrichten.

Bezüglich des Falles **Jagow** ist der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld im Irrtum. Die Amnestie ist zugunsten des Herrrn v. Jagow nicht angenommen worden. Es ist im Gegenteil die Voruntersuchung abgeschlossen, und der Herr Ober-Reichsanwalt beschäftigt sich jetzt damit, — — (D)

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Beschäftigt sich!)

— Er kann doch nichts anderes tun, als sich damit beschäftigen!

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Seit dem 12. März 1920! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld, ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

Schiffer, Reichsjustizminister: Er beschäftigt sich damit, sich über die Erhebung der Anklage schlüssig zu machen. Nach Lage der Sache darf ich annehmen, daß die Anklageerhebung unmittelbar bevorsteht.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Haftbefehl!)

— Der Haftbefehl besteht; der Beschuldigte ist, soweit mir erinnerlich, auf Grund ärztlicher Gutachten, jedenfalls aber nach Leistung einer sehr namhaften Sicherheit, augenblicklich mit der Untersuchungshaft verschont.

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

— Warten Sie doch ab, meine Herren! — Er besteht, und es sind alle Kautelen dafür getroffen worden, daß er nicht etwa vereitelt werden kann.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Daß er nicht verhaftet wird!)

— Warten Sie ab, ob die Sicherungen nicht ausreichen, die Anklage durchzuführen. Erst wenn sie versagen,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Eulenburg!)

dann können wir uns weiter darüber unterhalten.

(Wiederholte Zurufe links.)

Die Rechtsprechung des zweiten Strafsenats des Reichsgerichts in den sogenannten **Kriegsverbrecherprozessen** hier einer Erörterung im einzelnen zu unterziehen, halte

(**Schiffer**, Reichsjustizminister.)

(A) ich nicht für angebracht. In diesem Augenblick ist der Zeitpunkt dafür nicht da.

(Aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man bedenkt, daß es Paris und London gegenüber dem Andrängen einzelner Kammermitglieder für richtig halten, abzuwarten, bis die Gesamtheit dieser Prozesse erledigt ist, bis die Urteile selbst vorliegen, so, muß ich sagen, ist der Deutsche Reichstag nicht berufen, vorzugreifen

(Zustimmung rechts)

und jetzt einzugreifen.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Beifall rechts!)

Wenn alles vorliegen wird, Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld, werden wir uns sehr eingehend über die Gesichtspunkte unterhalten, die Sie vorgebracht haben.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Rosenfeld.)

— Mir ist es ganz gleich, ob ich Beifall rechts oder links bekomme!

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Von links bekommen Sie keinen!)

Ich habe nichts weiter als sachliche Erwägungen angestellt, die hier maßgebend sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Herr Dr. Rosenfeld sich darüber beschwert hat, daß die Mitteilungen über die Leipziger Prozesse in der **ausländischen Presse** ausführlicher und zutreffender sind als in der inländischen, was ich nach meiner Kenntnis der ausländischen und inländischen Presse bezweifle — ich habe nicht gefunden, daß die ausländische Presse tatsächlich über den Inhalt der Verhandlungen erheblich mehr gebracht hat als die inländische —, aber wenn es der Fall ist, so, kann ich darauf nur sagen, ist die Justizverwaltung dabei unbeteiligt.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Ist auch nicht behauptet!)

— Gewiß! Dann möchte ich aber darauf hinweisen, daß der Vorwurf sich auch gegen Ihre eigene Presse richtet, die

(B) ja durchaus in der Lage war, den Verhandlungen beizuwohnen und so ausführlich zu berichten, wie es nur angängig war. Wenn Ihre eigene Presse davon keinen Gebrauch gemacht hat, so kann ich nichts dafür, — dann müssen Sie sich eben an Ihre Presse halten, die ja veranlaßt werden kann, diese Berichte nachzuholen.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Das wird sie besorgen!)

Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat den Gedanken, den ja seine Partei von jeher vertritt, wiederum hier betont, daß die **Wahl der Richter durch das Volk** erfolgen müsse. Diesem Gedanken stellt sich die Reichsjustizverwaltung nach wie vor ablehnend gegenüber. Wir sind der Meinung, daß im Interesse der Allgemeinheit die geschichtliche Entwicklung beibehalten werden muß, durch die die Justiz auf Berufsrichtern aufgebaut ist, auf Männern, die durch wissenschaftliche Vorbildung, durch Schulung und Erziehung zur Unparteilichkeit und Gerechtigkeit

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

gerade im politischen Kampfe und im Streite der Parteien berufen sind, das feste Fundament der Justiz aufrechtzuerhalten.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Klassenjustiz!)

Allerdings aber bin auch ich der Meinung, daß die **Mitwirkung des Volkes in Gestalt von Laien und Schöffen** in weitestem Umfange stattfinden muß, und zwar nicht nur äußerlich in der Gestalt, daß Laien als Schöffen und Geschworene mitwirken, sondern in dem Sinne, daß möglichst alle Teile des Volkes beteiligt werden sollen. Ich erkenne an, daß das gegenwärtig in wünschenswertem Umfange noch nicht der Fall ist, und Sie wissen, daß ich selbst Hand angelegt habe, um hier eine Besserung herbeizuführen. Der Entwurf der Strafprozeßordnung und die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, die jetzt dem Reichsrat vorliegen, bringen weitgehende Veränderungen und Verbesserungen, und ebenso dient die Verordnung, welche die Erhöhung der Tagegelder für Schöffen und Geschworene vorsieht, genau demselben Ziele, genau demselben Zwecke, nämlich insbesondere auch den minderbemittelten Klassen die aktive Mitwirkung an der Rechtsprechung zu gewährleisten und zu ermöglichen.

(C)

Auch wird eine Erweiterung des Kreises der Laienrichter dadurch erfolgen, daß die **Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen** in die Wege geleitet ist.

Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld hat nach dem Schicksal dieses Entwurfes gefragt. Ich antworte ihm: der Entwurf liegt bereits dem Reichsrat vor; ich darf also annehmen, wenn er dort unverändert und unbeanstandet durchgeht, daß er demnächst dem Reichstage zur Erledigung zugeht.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na endlich!)

Der **Strafvollzug** ist eine Frage, deren Bedeutung von der Reichsjustizverwaltung in keinem Augenblick verkannt worden ist. Sie kann nur erledigt werden gleichzeitig oder in unmittelbarem Anschluß an das Strafgesetzbuch. — Wenn Herr Dr. Rosenfeld mit der Hand abwinkt, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es einen Strafvollzug doch wohl nicht gut geben kann, ehe man weiß, was für Strafen verhängt werden sollen, und da die Art der Strafen vom Strafrecht und Strafgesetzbuch abhängt, müssen wir wohl oder übel so lange warten. In der Zwischenzeit informieren wir uns über die nicht einfache Frage, wie der Strafvollzug jetzt gehandhabt wird, eine Frage, die nicht nur juristischer Natur ist, sondern auch von erheblicher finanzieller Tragweite ist und bei der auch wirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Alles in allem wird der Strafvollzug so (D) schnell wie möglich in engster Verbindung mit der Neuregelung des materiellen Strafrechts seine Erledigung finden.

Über die **Ausnahmegerichte** haben wir uns wiederholt ausgesprochen. Die Frage hat eine materielle Bedeutung, soweit die Ausnahmegerichte selbst in Betracht kommen, jetzt kaum mehr; denn der größte Teil der Ausnahmegerichte ist aufgehoben oder wird demnächst aufgehoben. Wenn einzelne Gerichte noch einige Wochen lang erhalten bleiben, so liegt das eben daran, daß wir die Gerichte nicht deshalb aufgehoben haben, weil wir die Einrichtung für ungerechtfertigt gehalten haben, sondern weil wir sie nur so lange bestehen ließen, als die Zwecke, die wir mit ihnen verfolgten, ihre Aufrechterhaltung unbedingt notwendig machten. Das war, wie ich mit Genugtuung feststellen kann, bei einer großen Anzahl von Gerichten nicht mehr der Fall. Wir haben deshalb diese Gerichte aufheben und die Sachen, die bei ihnen waren, der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuführen können. Bei den Ausnahmegerichten, die noch erhalten bleiben sollen, liegt diese Voraussetzung nicht vor, und deshalb bin ich nicht in der Lage, sie aufzuheben. Es wird aber jedenfalls auch dieser Schritt sehr bald getan werden.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bayern!)

— Ich folge den Spuren des Herrn Abgeordneten Rosenfeld,

(Heiterkeit)

und der hat Bayern auch später gebracht und nicht in diesem Zusammenhang.

Bezüglich der **Begnadigung** hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld doch wohl den Beschluß des Reichstags nicht ganz richtig wiedergegeben.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Ich habe ihn wörtlich vorgelesen!)

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) — Ja; die Auslegung, die Sie gegeben haben, war aber nicht richtig: denn der Beschluß ging dahin — das war das Wesentliche an ihm —, daß es nicht darauf ankommen sollte, ob der Verurteilte ein Gnadengesuch einreicht, sondern daß durchweg von Amts wegen eine Nachprüfung aller Urteile eintreten sollte. Ich sage ganz offen, daß ich diesen Beschluß nicht ohne Bedenken angenommen habe; denn ich sagte mir: in unserer Zeit gibt es wohl kein Urteil, das zu hart ist oder als zu hart empfunden wird, ohne daß alsdann auch ein Gnadengesuch kommt. Wenn nicht einmal ein Gnadengesuch vom Verurteilten selbst oder von einem Angehörigen oder einem andern eingereicht wird, kann man annehmen, daß das Urteil von den Beteiligten selbst als durchaus gerecht empfunden wird, und dann ist eine Nachprüfung solcher Urteile in der Tat nichts anderes als eine Verschwendung von Zeit und Arbeit.

Trotzdem habe ich, um alle Kautelen zu gewährleisten, die im Interesse der Rechtspflege und des Vertrauens zu ihr notwendig sind, Schritte getan, um dem Beschluß des Reichstags zu genügen. Es findet also eine **Nachprüfung aller Urteile,** wie es in dieser Resolution heißt, statt, und zwar findet sie statt, das heißt, ich nehme an, sie wird stattfinden — denn ich bin in dieser Beziehung erst mit den in Betracht kommenden Ländern in Verbindung getreten, habe aber Anlaß, anzunehmen, daß meinem Ersuchen stattgegeben wird — durch die Instanzen, die dort dazu bestimmt sind und die bisher unangefochten und unbeanstandet ihre Aufgabe gelöst haben.

Die mit der **Erledigung von Gnadensachen** in Preußen **beauftragten Stellen** bestehen aus einem Richter, einem Staatsanwalt und einem Rechtsanwalt. Sie haben zusammenzuwirken. Wenn auch nur einer von ihnen sich für Begnadigung ausspricht und die anderen widersprechen, geht die Sache an den Minister, der dann die (B) endgültige Entscheidung trifft.

Diese Art und Weise der Bearbeitung hat sich durchaus bewährt, und da mir andere Kräfte überhaupt nicht zur Verfügung standen als diejenigen, die die Einzelstaaten mir zur Verfügung stellen konnten, so blieb mir gar nichts übrig, als diesen Weg zu beschreiten, von dem ich annehme, daß er auch allen Ansprüchen genügen wird. Um so mehr kann ich das annehmen, als der andere Weg, der des Gnadengesuchs, in vollem Umfange eröffnet bleibt. Es steht nach wie vor jedem Angeklagten, aber auch jedem Dritten, der glaubt, daß ein Urteil gegen materielles Recht verstößt, daß es einen Nichtschuldigen bestraft, einen Schuldigen zu hart bestraft, frei, eine Nachprüfung im Wege des Begnadigungsrechts herbeizuführen. Damit ist das Reichsjustizministerium betraut, und es unterzieht sich im weitesten Umfange der Aufgabe.

Eine dritte Gruppe aber — das möchte ich besonders betonen — besteht in denjenigen Fällen, in denen ein Gnadengesuch nicht vorliegt, wo man aber aus dem Studium der Zeitungen oder aus anderen Meldungen den Eindruck gewinnt, als ob dort vielleicht an sich Veranlassung sein könnte, eine Nachprüfung des Urteils herbeizuführen. Diese Urteile ziehe ich von Amts wegen heran, und unterziehe sie einer Nachprüfung in meinem Ministerium.

Endlich hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld die Frage der **Volksgerichte in Bayern** herangezogen und hat gewünscht, daß die Verfassungsmäßigkeit dieser Volksgerichte von mir nachgeprüft werden soll. Er hat allerdings bezweifelt, ob ich den nötigen Mut zu dieser Prüfung habe. Ich kann nur sagen: was für ein Mut zu dieser Prüfung gehört, das begreife ich nicht.

(Na! Na! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu dieser Prüfung gehört nichts als eine gewissenhafte Durchsicht aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und das Verständnis für Sinn und Geist der Verfassung. (C) Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich die Prüfung angestellt, und diese Prüfung ist dahin ausgefallen, daß die Verfassungsmäßigkeit dieser Gerichte nicht beanstandet werden kann.

(Hört! Hört! rechts. — Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten)

Wenn der Herr Abgeordnete Rosenfeld aber gemeint hat, ich muß bei dieser Prüfung nicht bloß als Justizminister, sondern als Angehöriger der Demokratischen Partei vorgehen, so, muß ich sagen, geht er von einem falschen Ausgangspunkt aus.

(Sehr richtig! rechts.)

Als Justizminister gehöre ich einer Partei nicht an.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich habe keiner Partei, sondern nur dem Recht zu dienen.

(Lebhafter Beifall.)

Dazu bin ich berufen, dazu bin ich verpflichtet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Dr. Herzfeld hat das Wort:

Dr. **Herzfeld,** Abgeordneter: Meine Herren und Damen! Unsere Justizzustände sind ein Spiegelbild der Klassengegensätze, die wir augenblicklich im Deutschen Reich haben. Die **Klassengegensätze** sind bis zum äußersten zugespitzt. Wir leben in einer Zeit des Bürgerkriegs oder des latenten Bürgerkriegs, und entsprechend ist unsere Justiz. Die bekannte Tatsache, die eben erst hier wieder vorgetragen worden ist, beleuchtet und beweist das, was ich eben gesagt habe. Über 2000 Jahre Zuchthaus für revolutinäre Proletarier, die Zuchthäuser gefüllt mit revolutionären Proletariern und, wie wir eben gehört haben, die Aulock-Rohlinge durch das Reichsgericht (D) amnestiert und in Freiheit gesetzt! Der Offizier, der Dover-Castle, das Hospitalschiff, versenkt hat, freigesprochen! Der Offizier, der sein Unterseeboot benutzt hat, nicht um die Kranken, die Sterbenden auf dem Schiff zu schützen, sondern wie ein Seeräuber das Gut des Schiffes als Beute mitzunehmen!

Auf der anderen Seite habe ich hier ein Urteil, welches ich bei dieser Gelegenheit dem Reichstage mitteilen will. Es ist das **Urteil** in der Strafsache gegen den **Redakteur Hugo Werner aus Essen.** Werner ist wegen Verbrechens gegen § 86 Strafgesetzbuch zu zwei Jahren Zuchthaus kostenpflichtig verurteilt. Nun hören Sie, weshalb! Werner ist Redakteur des „Ruhr-Echo" und als solcher hat er, wie das Urteil hier feststellt, am 11. März 1921 unter der Überschrift „Auf zum Kampf für das Bündnis mit Sowjet-Rußland" einen Aufruf der Zentrale der V. K. P. D. an Arbeiter, Beamte und Angestellte abgedruckt. Ich schicke voraus, was wahrscheinlich allgemein bekannt ist, daß es die selbstverständliche Pflicht der Parteiblätter ist, die Aufrufe der Zentrale abzudrucken, und daß selbstverständlich ein Redakteur nicht Redakteur sein kann, wenn er sich dieser Pflicht entzöge. Dieser Redakteur hat also den Aufruf der Zentrale der V. K. P. D. abgedruckt. In diesem Aufruf heißt es nach dem Gerichtsurteil, wie folgt:

> Ihr müßt zu Boden werfen, was euch im Wege steht, was euch in den Arm fällt, den ihr nach dem Osten ausstreckt. Ihr müßt in dieser Stunde äußerster Gefahr zu kämpfen wissen. Nieder mit den Kapitalisten diesseits und jenseits des Rheins! Nieder mit der Regierung, die euch dem Ententekapital ausliefern will! Bündnis mit Sowet-Rußland — — Das müssen eure Forderungen sein, Losung für einen schweren entscheidenden

(Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter.)

(A) Kampf. Rüstet euch für diesen Kampf! Schließt euch fest zusammen! Strengt alle eure Kräfte aufs äußerste an, reißt alle Verzagten und Schwachen mit, konzentriert all euer Denken und Streben auf dieses eine Ziel: Auf zum Kampf für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Meine Damen und Herren! Dafür und für den auszugsweisen Abdruck aus einem offenen Brief an das Proletariat Polens, der ähnlich lautete, aber noch viel zahmer ist als dieser Aufruf, einen offenen Brief der Bezirksorganisation dort, bekommt der Redakteur zwei Jahre Zuchthaus!

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

War so etwas jemals erhört in einem zivilisierten Land? Wird das Ausland es auch nur glauben, daß in diesem Deutschland, dem freiesten Lande der Welt, wie uns Regierungsvertreter sagen, ein Redakteur zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wird, weil er einen Aufruf seiner Parteizentrale abdruckt, in dem das gesagt ist, was ich Ihnen soeben vorgetragen habe?

Auf der andern Seite, meine Damen und Herren, wie Sie eben von dem Herrn Justizminister gehört haben, erwägt die Regierung schon seit dem 13. März 1920, ob gegen Herrn **v. Jagow** Anklage erhoben werden kann, und die Regierung hat auf ärztliches Gutachten hin Herrn v. Jagow aus der Untersuchungshaft entlassen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie sind diese Dinge möglich? Sie sind möglich, weil die **Klassengegensätze** sich so zugespitzt haben, wie sie sich jetzt zugespitzt haben. Aber sie sind auch möglich, weil die Revolution das nicht getan hat, was ihre erste Pflicht war, weil die Sozialdemokraten nicht das getan haben, was ihre Pflicht war, als sie es tun konnten, diesem Rechtssystem, welches wir in Deutschland haben, an die

(B) Gurgel zu springen und es zu beseitigen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Vereinigten Kommunisten.)

In dem **Reichsgericht**, von dem eben gesprochen wurde, sitzen noch genau dieselben Richter, die vor der Revolution dort gesessen haben; dieselben Richter, die selbstverständlich als Monarchisten und als Deutschnationale dort hineingekommen sind. Was kann man von diesen anders erwarten, als daß sie diese Rechtssprüche fällen, durch die sie die Aulock-Verbrecher für frei erklären und die Gefängnisse und Zuchthäuser mit revolutionären Arbeitern füllen.

Als Staatssekretäre und Geheimräte sitzen in der Regierung dieselben Herren, die vor der Revolution dort gesessen haben, die Herren, die von dem Exkaiser dorthin gesetzt worden sind, die ihm den Schwur geleistet haben, die gedrillt sind auf den Kampf gegen die Arbeiterklasse. Was soll man von denen verlangen? Kann man Feigen verlangen von Distelzweigen?

In den **Gerichten**, auch in den **unteren Instanzen**, sitzen ohne Ausnahme dieselben Herren, die in früheren Zeiten die Urteile gegen die Arbeiterklasse gefällt haben. Es ist eine bekannte Tatsache: wenn man die Geschichte der Arbeiterklasse in Deutschland schreiben will, muß man die Geschichte der Urteile gegen unsere Klasse schreiben. Sie gerade spiegeln den Klassenkampf in Deutschland wider. Und die Rechtssozialisten, die ja jetzt in der Regierung sitzen, von denen einer stellvertretender Reichskanzler ist, dieselben Sozialisten haben es doch einstmals selber gefühlt, welche Urteile gegen sie gesprochen worden sind.

Dieselben Richter sitzen ja nun noch dort, und sie tun dasselbe gegen die revolutionären Arbeiter, die sich heutzutage Kommunisten nennen, was sie damals gegen die Sozialisten getan haben. Es ist der Klassenkampf, den die Gerichte führen, zu dem sie gedrillt sind, der von ihnen verlangt wird. Deshalb muß man sich nicht wundern, (C) wenn diese Rechtszustände in Deutschland herrschen, die wir heute haben.

Meine Damen und Herren! Es sind ja auch noch dieselben Gesetze, es sind dieselben Prozeßordnungen, die wir noch haben, obgleich die Machtverhältnisse, obgleich die Wirtschaftsverhältnisse sich vollständig verschoben haben. Immer noch wird unter denselben Gesetzen, unter denselben Prozeßordnungen, von denselben Richtern Recht gesprochen; Recht gesprochen in dieser Zeit der schwersten Klassenkämpfe. Da ist es selbstverständlich, daß wir einen solchen Rechtszustand haben, wenn man dieses Wort noch in den Mund nehmen darf.

Aber man ist ja in Deutschland noch nicht zufrieden damit, man begnügt sich nicht damit. Der **Reichspräsident**, der Herr, der durch die Revolution an die Macht gekommen ist, den die Arbeiter dahingestellt und dahingebracht haben, um für sie die Justiz einzurichten und dieses Deutschland einzurichten, dieser Reichspräsident hebt selbst alle die Garantien auf, die das Bürgertum in jahrhundertelangen Kämpfen gegen den Feudalismus, gegen die feudale Rechtsprechung sich erkämpft hat. Auch diese Garantien existieren in Deutschland nicht mehr für die revolutionären Arbeiter. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung fegt der Reichspräsident Ebert alles hinweg, was einstmals der Stolz des Bürgertums war, als es darum ging, Rechte zu haben gegen die Klassenjustiz, die einstmals gegen das Bürgertum geführt wurde.

Meine Damen und Herren! Die **Ausnahmegerichte** sind ja die Gerichte, die auch nicht einmal diese Rechtsgarantien stehen lassen, die, wie ich sagte, in jahrhundertelangen Kämpfen erkämpft worden sind. Nicht einmal das Recht der Verteidigung gaben diese Ausnahmegerichte. Mir selbst ist es passiert, daß, als ich in Nordhausen zu einem außerordentlichen Gericht kam und ich dort einen Angeklagten, der gerade zwei Tage vorher (D) verhaftet worden war und an dem Morgen dem Gericht vorgeführt wurde, verteidigen wollte, der Vorsitzende mich mit der Sipo hinauswerfen wollte, wenn ich es wagen würde, den Angeklagten zu verteidigen.

(Hört! Hört! links.)

Das Recht des Angeklagten, das Recht, daß der Umfang der Beweiserhebung durch das Gericht nicht beschränkt werden soll, das Recht der Rechtsmittel, alles das ist hinweggefegt durch die Verordnungen des sozialdemokratischen oder einst sozialdemokratischen Reichspräsidenten. Das war selbst dem Reichstag zu viel. Der Reichstag hat selbst diese Rechte teilweise wieder hergestellt. Aber, meine Damen und Herren, die Ausnahmegerichte sind ja eben Ausnahmegerichte. Sie bestehen durch die Wegräumung des Rechts, welches die Grundlage aller Rechtsprechung ist, daß die Richter nicht für eine bestimmte Art von Vergehen ausgewählt werden. Hier haben wir wieder die alte Justiz, wo für bestimmte Vergehen und für bestimmte Klassen der Bevölkerung Richter ausgewählt werden. Können Sie sich da, meine Damen und Herren, wundern, daß diese Urteile gefällt werden, die eben gefällt werden? Können Sie sich da wundern, daß der Sinn für die Autorität des Rechts vollständig aus den Massen des Volks verschwindet?

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Der Herr Justizminister hat neulich einmal gesagt, durch die Amnestie würde der Sinn für die Autorität des Rechts untergraben. Ja, Herr Minister, wenn Sie nur wüßten, wie es in den Massen aussieht in dieser Beziehung! Gerade Ihre Ausnahmegerichte untergraben den Sinn für Recht und für die ganze Anwendung des Rechts. Und wenn irgend etwas den Klassenkampf schärft, so sind es die Ausnahmegerichte.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

(Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter.)

(A) Es wäre nichts angebrachter, als wenn Sie von Ihrem Standpunkt aus etwas für die Milderung der Gegensätze tun und einer Amnestie so schnell wie möglich zustimmen wollten. Wir fordern diese Amnestie.

Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat diesen Ausnahmegerichten immer zugestimmt. Die verschiedenen Anträge, sie aufzuheben, sind abgelehnt worden. Auch das ist nicht verwunderlich. Denn dieser Reichstag ist ja auch nur das Bild der Klassenkämpfe, die draußen vor sich gehen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber der Reichstag hat beschlossen, eine **Statistik der Urteile** aufzustellen.

(Ironisches Sehr gut! links.)

Das wird uns sehr helfen, um die Klassenkämpfe zu mildern. Das wird uns die Gefängnisse öffnen. Das ist alles, was der Deutsche Reichstag für die Proletarier tut, die jetzt die Zuchthäuser in Deutschland füllen. Tausende von Landesverrätern in Deutschland, mehr als vor der Revolution! Tausende von Frauen und Männern in den Zuchthäusern, und das Deutsche Reich lebt und meint, die Arbeiterklasse sei nun unten und die Revolution sei tot. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, daß die Revolution durch Sie lebt, gerade weil Sie die Arbeiter in die Zuchthäuser und Gefängnisse sperren und weil auf der anderen Seite die Leute frei sind, die alles getan haben, um Ihr deutsches Reich und dessen Verfassung zu beseitigen, weil man selbst einen Herrn v. Jagow nicht in das Gefängnis oder auch nur unter Anklage bringen kann und weil die Aulock-Verbrecher — vielleicht die einzigen, die gefaßt worden sind — durch das Reichsgericht wieder freigesprochen wurden.

Meine Damen und Herren! Unter diesen Umständen ist es wirklich nicht verwunderlich, daß die Mißstände, die der Herr Kollege Rosenfeld vorhin angeführt hat, noch vor-

(B) handen sind. Da ist es wirklich nicht verwunderlich, daß die Schöffen- und Schwurgerichte fast gänzlich frei von Arbeitern sind.

Ich kenne aus meiner eigenen Erfahrung aus den jüngsten Tagen einen Fall, den es lohnt hier vorzutragen. Es standen vor einigen Tagen einige **Arbeiter vor dem Schwurgericht in Landsberg an der Warthe.** Diese Arbeiter hatten 28 alte Sprengkörper, die sie in den Festungswerken in der Nähe genommen hatten, nach Hause gebracht zur Zeit der Unruhen in Mitteldeutschland, und am selben Morgen, wie sie in die Wohnung des Betreffenden kamen, wurden sie bereits auf die Bitte von dessen Frau wieder weggebracht. Die Leute bekamen einige Tage später — die Sache war nämlich durch einen Spitzel angezeigt worden — eine **Anklage wegen Dynamitkomplotts,**

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und sie wurden zu 5 und 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist die Rechtsprechung im Deutschen Reich.

Der Herr Justizminister sagt ja: unsere **Gnadenkommissionen,** Staatsanwälte und Richter, werden die Sache schon machen, widerspricht auch nur einer, so geht die Sache an die Reichsjustizverwaltung. Meine Herren! Durch diese Gnadenkommissionen wird bei den bestehenden Klassenkämpfen, bei den Auffassungen, die beim Herrn Justizminister und seinen Räten herrschen, unseren Parteigenossen, den Arbeitern, wahrlich sehr wenig genützt werden. Wir bedürfen der Zuziehung von Vertretern der Arbeiter zu den Gnadenkommissionen,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und diese Forderung möchte ich dem Herrn Justizminister aufs wärmste ans Herz legen. Teilen Sie diesen Kommissionen Arbeitervertreter zu, die die Verhältnisse und Stimmungen der Arbeiter verstehen, dann werden Sie möglicherweise heilbringend durch diese Gnadenkommissionen (C) wirken.

Daß unter diesen Umständen auch die **Zuziehung von Frauen zur Justiz** noch nicht erfolgt ist, ist ja auch selbstverständlich. Es ist selbstverständlich, daß der **Strafvollzug,** selbst der politische Strafvollzug in Deutschland, trotzdem jetzt $2^1/_2$ Jahre seit der Revolution verflossen sind, noch nicht im geringsten gebessert ist. Meine Damen und Herren! Sie erinnern sich, daß wir neulich den Fall des Herrn Kollegen Thomas hier hatten. Der Kollege Thomas schrieb damals, daß er in Sträflingskleidung Wolle zupfen muß, ein Mann wie Thomas, der weiter nichts getan hat, als daß er eine Rede gehalten hat,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten — Widerspruch rechts)

— nichts getan hat, als eine Rede gehalten. Er hat kein Hospitalschiff versenkt, er hat auch nicht ganze Länder verwüstet.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Der Fall ist erledigt! — Zuruf links.)

Aber der Mann wird im Gefängnis in Sträflingskleidung mit Wollezupfen beschäftigt. Das nennt man das freieste Land der Welt.

Meine Herren, die Gefängnisse, die Zuchthäuser sind voll von politischen Gefangenen, wie sie es niemals waren, und die Reichsregierung, der Reichsjustizminister bringt uns kein Strafvollzugsgesetz — $2^1/_2$ Jahre nach der Revolution und zu einer Zeit, wo die Sozialisten im Ministerium sitzen und ein Rechtssozialist stellvertretender Reichskanzler ist! Im allgemeinen kann man sagen, daß die Leute, die in den Gefängnissen als politische Gefangene sitzen, schlimmer als gemeine Verbrecher behandelt werden, und aus eigener Erfahrung weiß ich, daß gemeine Verbrecher jetzt begnadigt werden, um die Gefängnisse zu leeren,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten) (D)

damit Platz für politische Verbrecher, wie sie genannt werden, geschafft wird.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Daß sind die Zustände im Deutschen Reich und in der Justiz! Der Deutsche Reichstag und die deutsche Reichsregierung werden entsprechend den Klassengegensätzen und Machtverhältnissen vorgehen. Die Frage ist: Wie werden die Machtverhältnisse draußen verschoben? Wie erzwingen sich die Arbeiter eine Justiz, die ihre Interessen wahrnimmt? Wie zwingen die Arbeiter den Reichstag, Vollstrecker ihres Willens zu sein? Das ist die Frage, die der revolutionären Arbeiterschaft vorliegt, und, ich hoffe, die revolutionäre Arbeiterschaft wird diese Frage verstehen und entsprechend handeln.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Reichsjustizminister auf seine Entgegnung ausführlich zu antworten. Ich werde auf die Geschäftslage des Hauses Rücksicht nehmen und behalte mir für die dritte Lesung eine eingehende Erwiderung vor. Für jetzt nur zweierlei: das erste, weil ich Ihnen einen Grund zur Heiterkeit nicht vorenthalten will, und das zweite, weil es mir wichtig zu sein scheint, dies heute vorzubringen, da es noch auf die Lage derjenigen, die jetzt in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten und nach dem Beschluß des Reichstages auf eine Begnadigung Anspruch haben, einen günstigen Einfluß ausüben kann.

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsjustizminister hat auf meine Frage, wie es mit der **Zuziehung**

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) **von Arbeitern und von Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst** steht, die Antwort gegeben, er habe bereits eine Vorlage dem Reichsrat vorgelegt. Nun ergibt die Geschichte, daß am 2. März 1921 der damalige Reichsjustizminister Heinze die Erklärung abgegeben hat:

> Mein Vorgänger im Reichsjustizministerium, der Herr Abgeordnete Schiffer hat bereits die Vorlage über die Hinzuziehung der Frauen dem Reichsrat vorgelegt.
>
> (Heiterkeit und Zurufe links.)

Danach, meine Damen und Herren, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß wir vom Nachfolger des Herrn Schiffer vielleicht wieder zu hören bekommen, daß eine Vorlage dem Reichsrat vorgelegt ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! So kommen wir doch nicht weiter. Der eine Minister legt eine Vorlage dem Reichsrat vor, der zweite verweist wieder auf diese Vorlegung, dann kommt wieder der erste Justizminister ans Ruder und sagt: ich habe schon dem Reichsrat einen Entwurf vorgelegt. Damit kommen wir zu gar keinem Gesetz, und deswegen sage ich nochmals: Herr Justizminister! Mehr Dampf hinter diese Vorlage!

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Nun zum zweiten Punkt, zu der **Begnadigung** der unglücklichen Opfer der Blutjustiz der Ausnahmegerichte. Der Herr Reichsjustizminister meinte dem Beschluß des Hauses damit gerecht zu werden, daß er es den **Gnadenrichtern** bei den einzelnen Gerichten überläßt, Gnadengesuche zu prüfen oder auch alle Urteile zu prüfen, dadurch daß er anordnet, daß die Gnadenrichter sämtliche Urteile prüfen sollen. Der vom Haus angenommene Antrag ist von den Herren Rechtssozialisten gestellt, und der Herr (B) Abgeordnete Müller (Franken), der zu den Antragstellern gehört, begründete ihn in der Sitzung vom 4. Juni, indem er ausführte:

> Aus diesem Grunde heraus haben wir unseren Antrag Drucksache 2105 gestellt, der den Reichskanzler ersucht, eine **besondere Stelle** zu schaffen, die mit der Vorberatung der Begnadigung betraut werden soll, soweit die Mitläufer in Betracht kommen.

Wenn man den Antrag, der dieses Wort, wonach eine besondere Stelle geschaffen werden soll, nicht ausdrücklich enthält, so auslegt, wie man es muß, nämlich so, wie ihn die Antragsteller gemeint und sich nicht nur in ihrem Kämmerlein vorgestellt haben, und unter Berücksichtigung dessen, was sie hier im Hause zur Begründung ausgeführt haben, dann ergibt sich aus dem Beschluß des Hauses, wenn man ihn nur loyal ausführen will, daß eine besondere Stelle erst noch zu schaffen ist, die die Urteile prüft. Darum verlangen wir, daß man sich entsprechend dem Beschluß des Hauses nicht mit einer **Prüfung der Urteile** durch die Gnadenrichter begnügt, deren Praxis durchaus nicht unbedenklich ist — ich werde bei der dritten Lesung darauf zurückkommen —, sondern daß die Nachprüfung durch besondere Stellen geschieht, von denen ich nun noch wünschen möchte, daß sie vom Reich eingesetzt werden, daß die Arbeiterschaft zugezogen wird, daß sie also so ausgestaltet sind, daß das Volk Vertrauen zu ihnen haben kann.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Der Beschluß des Reichstags enthält gerade die Worte nicht, daß eine **besondere Stelle** geschaffen werden soll, und daraus folgt für mich, daß die Absicht vielleicht bestanden haben mag, (C) eine solche Stelle zu verlangen, daß aber diese Absicht aufgegeben worden ist; denn sonst wüßte ich nicht, warum diese Worte weggeblieben sind. Es kommt dabei aber schließlich auch darauf an, was die anderen Parteien, die für diesen Antrag gestimmt haben, sich darunter gedacht haben, so daß ein Wunsch, der in der Begründung zum Ausdruck gebracht worden ist, eine besondere Stelle zu schaffen, jedenfalls nicht ein integrierender Bestandteil des Beschlusses selbst geworden ist. Ich bemerke aber, daß ich mir naturgemäß die Frage vorgelegt habe, ob etwa eine besondere Stelle geschaffen werden könnte, und ich würde kein Bedenken getragen haben, wenn ich es für praktisch gehalten hätte, auch über den Wortlaut des Beschlusses hinauszugehen. Das hat sich aber als unausführbar erwiesen; denn dann hätten wir eine ganz neue Behörde schaffen müssen. Bei der Zahl der Prüfungen nnd vor allen Dingen bei meiner Auffassung von der Aufgabe, die Prüfungen sorgfältig und genau vorzunehmen, ist die Arbeitslast so außerordentlich groß, daß man nicht etwa einen jungen Assessor oder irgend einen Einzelrichter hätte hinstellen und damit betrauen können, sämtliche Urteile durchzusehen, sondern man hätte einen ganzen Stab neuschaffen müssen, und den hätte ich nirgendwo anders hernehmen können, als aus den Richtern und Staatsanwälten der Einzelstaaten. Es hätte sich also im Grunde gar nichts geändert. Deswegen bin ich den Weg gegangen, auf dem ich mich im vollen Einklang mit dem Beschlusse des Hauses und gleichzeitig auch mit den Bedürfnissen der Praxis befand.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist mir überaus peinlich, noch einmal sprechen zu müssen. Aber bei der Bedeutung, die die Sache für (D) zahllose Männer und Frauen hat, die in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, glaube ich Sie bitten zu sollen, noch einige Minuten auf diese Angelegenheit zu verwenden.

Zunächst möchte ich noch einmal hervorheben, daß der Herr Minister gar keinen Grund hat für die Annahme, daß die Antragsteller ihre Absicht, die in den Worten des Herrn Abgeordneten Müller (Franken) klar zum Ausdruck kommt, aufgegeben haben. Für die **Auslegung des Herrn Ministers** spricht nicht eine einzige Tatsache, und ich appelliere an die Herren Rechtssozialisten, von denen der Antrag ausgegangen ist, die aber bis dahin geschwiegen haben. Ich bitte Sie, Ihrerseits zu erklären: haben Sie mit dem Antrag gemeint, was der Herr Abgeordnete Müller (Franken) dazu gesagt hat, oder haben Sie etwa später diese Absicht aufgegeben? Wenn diese Absicht von den Antragstellern nicht aufgegeben ist, und wenn sie das hier noch ausdrücklich erklären, ich halte es eigentlich für überflüssig, weil ich die Beweislast beim Herrn Minister finde, der zu beweisen hätte, daß diese Absicht aufgegeben ist, — wenn also, wie ich hoffe, die Antragsteller die Erklärung abgeben, dann ist dieses Argument des Herrn Ministers beseitigt.

Der Herr Minister hat weiter erklärt, es komme auch darauf an, was sich die anderen Parteien gedacht haben. Ja, Herr Minister, wissen Sie denn, was die anderen Parteien gedacht haben? — Also das wissen Sie auch nicht! Dann kommt es eben auf das an, was die anderen Parteien gesagt haben. Keine von den anderen Parteien hat aber gesagt, daß sie etwas anderes meint als der Abgeordnete Müller (Franken). Also ist aus dem Schweigen der anderen Parteien nicht zu folgern, daß sie etwas anderes gewollt haben, als der Herr Abgeordnete Müller (Franken) gesagt hat.

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Dann hat der Herr Minister gemeint, mit der Durchführung im Sinne des Antrags Müller (Franken) würde eine große **Arbeitslast** verbunden sein. Das gebe ich zu: eine Arbeitslast ist mit einer loyalen **Ausführung** dieses **Beschlusses des Reichstags** verknüpft. Aber kann denn eine solche Arbeitslast irgendwie ins Gewicht fallen, wo es sich um Tausende von Unglücklichen handelt,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wo diese Tausende sehnsüchtig darauf warten, daß ihr hartes Schicksal gemildert wird, das ihnen durch die Ausnahmegerichte auferlegt wird? Ich kann es nicht verstehen, wie ein Minister, dem die Justiz anvertraut ist, in diesen Fragen sagen kann, ein solches Verlangen bringe eine große Arbeitslast. Ich bedaure, daß dieses Wort hier gefallen ist, ein Wort, das nicht geeignet ist, besonderes Vertrauen zur Ausübung der Rechtspflege hervorzurufen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Minister weiter gesagt hat, er hätte einen neuen ganzen Stab von Beamten schaffen müssen, so frage ich: ja, warum sollen Sie es nicht tun, Herr Minister? Kann es denn etwas Wichtigeres geben, als denen die Gnade scheinen zu lassen, die hinter Zuchthausmauern schmachten? Wie können da etwa Sparsamkeitsgesichtspunkte in Frage kommen, die auf derselben Höhe stehen wie die Gesichtspunkte, die der Angst vor einer Arbeitslast entnommen sind, die der Regierung erwächst?

Wenn der Herr Minister sagt, er könne ja doch nur **Richtern und Staatsanwälten** die **Nachprüfung der Urteile der Ausnahmegerichte** übertragen, so verweise ich auf das, was ich vorhin gesagt habe. Es liegt weder im Sinne der Antragsteller, noch entspricht es unseren Wünschen, wenn diese Stellen den Juristen überlassen bleiben. Indem gewünscht wurde, daß eine neue Stelle geschaffen würde, ist zum Ausdruck gekommen, daß man

(B) eine Stelle schaffen wollte, bei der Garantien für die Anwendung humaner Grundsätze gegeben seien. Solche Garantien liegen nicht darin, daß man Juristen die Entscheidung über die Begnadigung überläßt, sondern darin, daß man die weitesten Kreise des Volkes und insbesondere die Arbeiterschaft heranzieht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Justizminister vorhin nach dieser Richtung hin gesprochen hat, daß auch er eine größere **Zuziehung der Arbeiterschaft zur Rechtsprechung** wünsche, dann bedaure ich, den Widerspruch konstatieren zu müssen, in den er sich jetzt begeben hat. Was soll man von einem Minister sagen, der in einem Atemzug in Anerkennung der Bedeutung der Arbeiterschaft die Zuziehung ihrer Vertreter zum Schöffen- und Geschworenendienst in größerem Umfange fordert und kurz danach, ja fast in demselben Atemzug, meint, daß für die Stelle, welche die Urteile der Ausnahmegerichte mit Milde prüfen soll, nur Juristen in Frage kommen? Wir wünschen diese Stelle von Männern bekleidet zu sehen, die in den weitesten Kreisen des Volkes Vertrauen finden, und nicht, daß auch diese Tätigkeit den Juristen vorbehalten bleibt. Vor allem aber, Herr Minister, überlegen Sie sich noch einmal, ob es dem Beschluß des Hauses entspricht, so zu verfahren, wie Sie beabsichtigen. Nach meiner Überzeugung erfordert dieser Beschluß, daß für die Prüfung der Urteile der Ausnahmegerichte besondere und neue Stellen geschaffen werden, zu denen das Volk Vertrauen haben kann.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Die Ausführung des Beschlusses ist absolut loyal. Ich halte mich an das, was im Beschlusse steht, und kann die Äußerung des (C) Herrn Abgeordneten Müller (Franken), wenn sie nicht überhaupt eine Reminiszenz von früher war, nur dahin verstehen, daß er einen Vorschlag über die Ausführung des Beschlusses machen wollte. Diesen Vorschlag habe ich geprüft; dem Beschluß selbst bin ich in vollem Umfange nachgekommen. Verwahren muß ich mich gegen die Darstellung des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld, als hätte ich mit Rücksicht auf die Arbeitslast die Ausführung des Beschlusses verhindert und nicht in vollem Umfange stattfinden lassen. Das habe ich weder gesagt, noch habe ich entsprechend gehandelt,

(Widerspruch links)

sondern ich sagte, die Arbeitslast für diese eine Stelle wäre zu groß gewesen. Die Arbeitslast habe ich übernommen, ich habe sie nur auf verschiedene Stellen verteilt. Nur die Frage der **Verteilung der Arbeitslast**, nicht die der Übernahme der Arbeitslast, stand hier zur Diskussion. Die Stelle, die ich damit beauftragt habe, ist nach meiner Erfahrung durchaus geeignet. Deswegen habe ich diesen Weg für den einzig praktischen und möglichen gehalten, um dem Beschluß des Reichstags nachzukommen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe mich bereits vor dem Appell des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld zum Worte gemeldet, um zu erklären, daß die Auslegung, die der Herr Kollege Dr. Rosenfeld unserem Antrag gegeben hat, durchaus zutreffend ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mein Parteifreund Müller (Franken) hat in seiner Rede zum Ausdruck gebracht, daß der Sinn unseres Antrags die Schaffung einer besonderen Stelle sei, deren Aufgabe es (D) sein soll, alle **Urteile der Sondergerichte nachzuprüfen.** Die Annahme des Herrn Reichsjustizministers, daß diese Auffassung von uns später aufgegeben sei, ist unrichtig, und ich weiß nicht, welches die Unterlagen dieser Annahme sind. Ich halte auch die Annahme nicht für richtig, daß in unserem Antrage jener Ansicht nicht Ausdruck gegeben sei. Unser Antrag ersucht in Abweichung von der üblichen Form nicht die Reichsregierung, sondern in voller Absicht speziell den Reichskanzler, eine solche Begnadigung in die Wege zu leiten, um dadurch anzudeuten, daß sie außerhalb der üblichen Ressorteinteilung stattfinden solle. Die Erklärung meines Parteifreundes Müller ist auch dem Hause bekannt geworden. Wir müssen also annehmen, daß die Mehrheit, die diesem Antrag zugestimmt hat, ihm zugestimmt hat in der Auslegung, die mein Parteifreund Müller (Franken) ihm gegeben hat. Das ist das, was ich zu erklären habe.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Wenn die sozialdemokratische Partei ihren Antrag in diesem Sinne gefaßt und gemeint hat, so war er verfassungswidrig.

(Große Unruhe und erregte Zurufe links.)

Das gilt von dem alten Zustand, in dem der Reichskanzler die Regierung war. Nach der neuen **Verfassung** heißt es ausdrücklich, daß innerhalb der Richtlinien der Politik jeder **Reichsminister** den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener **Verantwortung** gegenüber dem Reichstag leitet. Folglich war für diese Maßnahme lediglich das Reichsjustizministerium zuständig im Rahmen der Gesamtpolitik der Reichsregierung. Es ist also ein vergeblicher Versuch, hier durch die

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) Hereinziehung des Wortes Reichskanzler eine andere Konstruktion herbeizuführen, als es der Verfassung allein entspricht.

In der Sache selbst kann ich nur betonen, daß, wenn die Absicht bestanden hat, außerhalb der Fassung des Antrags selbst den Vorschlag zu machen, eine besondere Stelle zu schaffen, ich diesem Vorschlag aus den von mir erwähnten triftigen und durchschlagenden Gründen nicht nachkommen konnte.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Herren, ich kann der Auslegung der Verfassung durch den Herrn Reichsjustizminister nicht zustimmen. Es handelt sich hier um den **Begnadigungsakt** der durch den Herrn Reichspräsidenten vorzunehmen ist,

(Zustimmung links)

und der Herr Reichspräsident kann mit dem Herrn Reichskanzler oder mit dem Herrn Reichsjustizminister sich in Verbindung setzen wegen der Ausführung dieses Aktes. Ich möchte also entschieden widersprechen, wenn behauptet wird, daß unser Antrag etwa der Verfassung widersprechen sollte.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Nicht der Antrag widerspricht der Verfassung, sondern die Auslegung des Wortes „Reichskanzler" widerspricht der Verfassung. Dabei muß ich nun stehen bleiben. Und ebenso liegt es so, daß die Ausführung dieses Antrages nicht von dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichskanzler selbst gemacht werden konnte, sondern sich im Rahmen
(B) der Reichsjustizverwaltnng allein bewegen konnte. Das ist die staatsrechtlich allein mögliche Auslegung.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben im ordentlichen Haushalt ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19. — Ich stelle überall, da keine Wortmeldungen vorliegen und Anträge nicht gestellt sind, die Annahme fest.

Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 5, — 6, — 7, — 8, — 11, — 13, — 14. — Auch hier stelle ich die Annahme fest.

Kap. 3 Tit. 1. Hier muß eine Änderung erfolgen.

Im Dispositiv Seite 30 muß es bei Gruppe A XII nach dem Ausschußbeschlusse heißen:

. . . . . .

1 Ober-Regierungsrat als Mitglied des Reichspatentamts, 50 Stellen . . . .

Beim Freiwerden der Stelle für einen Ober-Regierungsrat als Mitglied des Reichspatentamts ist sie in eine solche für einen Regierungsrat als Mitglied des Reichspatentamts — Gruppe A XI — umzuwandeln.

Ich stelle die Annahme des Titels mit dieser Maßgabe fest. —

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 15, — 16. — Angenommen.

Ich rufe weiter auf: b) Einmalige Ausgaben, Kap. 3 Tit. 1, — stelle auch hier die Annahme fest.

B. Außerordentlicher Haushalt, Kap. 1 Tit. 1 — angenommen.

Ich rufe weiter auf die Einnahmen im ordentlichen (C) Haushalt, Kap. 1 Tit. 1; — Kap. 2 Tit. 2; — Kap. 3 Tit. 1 und 3 — und stelle überall die Annahme fest.

Dann liegt eine Entschließung des Ausschusses zu Kap. 1 Tit. 1 des außerordentlichen Haushalts auf Seite 37 des Etats vor,

die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag eine Statistik über die Zahl der bei den außerordentlichen Gerichten anhängigen Prozesse, über die Art ihrer Erledigung und über die Höhe der verfügten Strafen vorzulegen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben zu wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir gehen über zum letzten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Nr. 2153 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

Staatssekretär Dr. Geib,
Ministerialdirektor Siefarth,
Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Aurin,
Ministerialrat Dr. Dersch.

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf soll den wirtschaftlichen Wirkungen Rechnung tragen, die der Krieg im Gefolge gehabt hat. Er soll in der Hauptsache die Beiträge regeln, er bringt eine neue Klassifizierung, verändert die Leistungen und schafft nicht zuletzt auch eine Ver- (D) änderung der verwaltungstechnischen Einrichtungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Wenn ich den Eindruck wiedergeben soll, den diese Vorlage in breitesten Schichten der deutschen Angestellten hervorgerufen hat, dann muß ich, ohne zu übertreiben, feststellen, daß sie geradezu Entsetzen und Entrüstung in den Angestelltenkreisen ausgelöst hat.

Es ist in der Tat begreiflich, daß angesichts der immerhin noch schmalen Leistungen **Beiträge** von einer Höhe verlangt werden, die weit über das hinausgehen, was mit Rücksicht auf den ungünstigen Stand der **Gehälter der Angestellten** von diesen geleistet werden kann. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie heute bereits im stärksten Maße das organisierte Arbeitgebertum planmäßig allen Widerstand gegen eine ausreichende Bemessung der Gehälter der Angestellten aufwendet, wenn man sich der Tatsache erinnert, daß dort ganz planmäßig auf den Abbau der Löhne und der Gehälter hingewirkt wird, dann versteht man auch die niederschmetternde Wirkung, die das Bekanntwerden solcher Beitragssätze, wie sie in der Vorlage vorgesehen werden, auf die Angestellten ausübte.

Es sind mir aus zahlreichen Kreisen und aus den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes Mitteilungen zugegangen, die in beredtesten Worten auf die Unmöglichkeit der Erfüllung solcher Beitragslasten hinweisen. In diesen Briefen wird dargestellt, wie, einschließlich aller sonstigen Abgaben, auch des Einkommensteuerabzugs, es sich um eine Aufwendung von fast 20 bis 25 Prozent des Gehalts handelt, die am Monatsschluß bei der Gehaltszahlung dem Angestellten gekürzt wird.

Deshalb ist mit Recht gefragt worden, welcher Angestellte bei den fortschreitenden Teuerungsverhältnissen,

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) mit denen bekanntlich die Gehälter der Angestellten keineswegs Schritt halten, diese Beiträge im Ernst dauernd leisten kann. Ich will Ihnen nur einen Brief verlesen, der mir aus Nürnberg zugegangen ist und der typisch ist für die Erregung, die in der Angestelltenschaft besteht. Das Schreiben lautet an der entscheidenden Stelle:

> Die neuen Beiträge sind derart hoch, daß wir sie einfach nicht zu leisten imstande sind. Ich stelle weiterhin die Anfrage, warum in der Zwischenzeit von seiten des Verbandes nicht Mittel und Wege geschaffen wurden, daß diese unsinnigen Forderungen zunichte wurden. In meinem Namen und im Namen einiger Kollegen, die später eventuell noch auf die Angelegenheit zurückkommen, stelle ich den Antrag, bei zuständiger Stelle doch einzuwirken, daß der ganze Gesetzentwurf wieder verworfen wird. Ich meine, nicht große und viele Worte hier machen zu müssen. Warum sorgt denn der Staat gerade für uns Angestellte so „väterlich"! Wir sind doch gewiß nicht dazu da, dem Staat auf die Füße zu helfen oder ein Heer Beamten zu ernähren. Auf eine Forderung wie hier gibt es nur eine Antwort: Generalstreik der Angestellten!

Meine Damen und Herren! Aus diesem einen Schreiben können Sie entnehmen, wie ungefähr die Stimmung in der Angestelltenschaft sein muß, wenn dieser Briefschreiber sogar die Forderung erhebt, eine derartige Gesetzesvorlage müsse mit dem Generalstreik beantwortet werden.

Solche Erregung besteht nicht etwa nur in den Kreisen der Angestellten, die mir politisch näherstehen, nein, auch aus Mitgliedskreisen der übrigen Organisationen liegen Zuschriften vor, die genau von dem gleichen Geiste und von derselben ablehnenden Stimmung getragen sind wie die soeben zitierte. Ich kann das namentlich entnehmen

(B) aus der Nr. 9 des Verbandsorgans des „Gewerkschaftsbundes der Angestellten", in dem ein polemischer Artikel gegen solche Stimmungen und Stimmen aus Mitgliederkreisen mit folgendem vielsagendem Satze beginnt:

> Unsere Ausführungen in Nr. 4 unserer Zeitschrift haben uns, wie nicht anders zu erwarten war, eine Reihe von Zuschriften eingebracht, in denen zwar die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Erweiterung der Versicherungspflicht durch Ausdehnung der Gehaltsgrenze anerkannt, die Durchführbarkeit einer Beitragserhöhung aber zumeist in Abrede gestellt wird.

Also auch hier die Grundstimmung, daß es mit der wirtschaftlichen Kraft der Angestellten unvereinbar erscheint, solche Beitragslasten auf sich zu nehmen.

Aus den Zeitungsnachrichten tritt uns dieselbe Stimmung entgegen. Vor mir liegt die „Neue Vogtländische Zeitung". Darin bemüht sich ein Herr Robert Schambach, die Notwendigkeit der Erhöhung der Versicherungsgrenze bis auf 28 000 Mark darzutun, und rechtfertigt dabei auch die vorgeschlagenen Beitragssätze. Die Schriftleitung macht von sich aus gegen diese Verteidigung der Regierungsvorlage starke Vorbehalte und veröffentlicht gleichzeitig auch noch andere Stimmen; auch in dieser gutbürgerlichen Zeitung äußert sich ein Angestellter, wie er schreibt, im Namen von zahlreichen seiner Kollegen folgenderweise:

> Jetzt sind die 10 Jahre abgelaufen, wo die Leistungen der Anstalt beginnen sollen, und da untersteht man sich, den Angestellten zuzumuten, daß sie sich so ungeheure Beiträge abknöpfen lassen sollen. Ich finde keine Worte für meine Empörung und mache lieber Schluß, damit ich nicht noch wegen Beleidigung verklagt werden kann.

Die Schriftleitung der Zeitung versieht das mit folgendem (C) Zusatz:

> Wir freuen uns, daß wir mit unserm Artikel vom letzten Sonnabend „Die Wohltat als Plage" den Empfindungen weiter Kreise der Angestelltenschaft Ausdruck gegeben haben: daß durch die beabsichtigte Erhöhung der Versicherungsbeiträge unter den Angestellten eine große Erregung herrscht, an der die in Frage kommenden Stellen nicht achtlos vorübergehen können, zumal sich auch in allen übrigen Städten des Reichs die Angestelltenschaft energisch gegen die hohen Beitragssätze wendet.

Ich verstehe diese Empörung vor allem um deswillen, weil doch die Vorlage in die Öffentlichkeit hineinbricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Ich stelle fest, daß von dieser **Vorlage der Angestelltenschaft nichts bekannt** gewesen ist. Ich stelle weiter fest, daß von dieser Vorlage nicht einmal den in Betracht kommenden Leitungen der großen Spitzenorganisationen, vor allen Dingen nicht dem Allgemeinen freien Angestelltenbunde vorher Einzelheiten bekannt geworden sind. Ich stelle weiter fest, daß nicht einmal rechtzeitig genug eine irgendwie eingehende Information der Angestellten durch Inanspruchnahme der Tageszeitungen erfolgte. Und was in unseren Kreisen nicht zuletzt auch Überraschung und Befremdung ausgelöst hat, ist die Tatsache, daß nicht einmal diese sehr wichtige Frage an den Reichswirtschaftsrat gelangt ist. Ich weiß: man kann über diese Notwendigkeit verschiedener Meinung sein. Es muß nicht jede Vorlage sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Inhalts an den Reichswirtschaftsrat gelangen, sondern in grundlegenden Fragen soll das **Gutachten des Reichswirtschaftsrats** eingeholt werden. Aber war es denn hier angesichts einer solchen starken Beitragsbelastung, angesichts auch der Umstellung des Gesetzes in der Be- (D) rechnung der Leistungen, nicht notwendig, hierüber zunächst auch die Angestellten selber anzuhören? War es nicht unbedingte Pflicht der Reichsregierung, aus diesem Grunde gerade auch den Reichswirtschaftsrat zu hören, weil er doch zu einem Teil aus den Vertretungen der Angestelltenorganisationen aller Richtungen zusammengesetzt ist? Das ist nicht geschehen, und so stehen nun die Angestellten plötzlich vor der Tatsache, ein Gesetz sich entwickeln zu sehen, daß ihnen enorme Beitragslasten auferlegen will.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sprach schon von der wirtschaftlichen Lage der Angestellten, wies darauf hin, wie sich die Arbeitgeberorganisationen gerade im gegenwärtigen Augenblik sehr stark für den Abbau der Gehälter einsetzen, obwohl alle Welt weiß — und wer das nicht weiß, kann sich aus den statistischen Materialien des Reichsarbeitsministeriums informieren —, daß wir keinen Rückgang in der wirtschaftlichen Teuerung erfahren haben. Die Angestelltengehälter stehen in der Mehrzahl auch heute keineswegs so, daß man im entferntesten von einem Ausgleich der wirtschaftlichen Teuerung sprechen könnte. Die Angestelltengehälter sind im Durchschnitt vielleicht um das Sechs- bis Achtfache gestiegen. Wir haben demgegenüber mit einer Teuerung um das Zwölf- bis Fünfzehnfache zu rechnen; das heißt, die Steigerung der Gehälter der Angestellten müßte eine wesentlich höhere sein, um auch nur den Lebensstandard aus dem Juli 1914 herbeizuführen.

Ich und meine politischen Freunde sind deshalb nicht in der Lage, ohne weiteres die Grundlage und die Klassifizierung zu akzeptieren, die in dem Regierungsentwurf vorgeschlagen ist. Die recht sorgfältige Prüfung der Vorlage im Sozialpolitischen Ausschuß ist schon deswegen notwendig, weil ein Betrag, der nach der Vorlage zur

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) Deckung der dem Reichstage ebenfalls vorliegenden Gesetzesvorlage über Beihilfen zu den derzeitigen Renten gefordert wird, gewissermaßen zu einem bleibenden Bestandteil der Beitragshöhe gemacht werden soll. Das muß um so sorgfältiger geprüft werden, als mit einer Beitragsbelastung von monatlich einer Mark gerechnet wird, die rund 18 Millionen jährlich bringt, während die Gesamtausgabe für die Beihilfen und Zulagen auf Grund der dem Reichstage noch vorliegenden Gesetzesvorlage nur mit insgesamt 10,5 Millionen berechnet ist. Da ist doch die Frage berechtigt, wenn 10,5 Millionen zu decken sind, weshalb sollen 18 Millionen als regelmäßige, laufende Beitragsleistung getragen werden? Wir haben um so mehr Anlaß, die Beiträge, die in der Höchstklasse, also für Gehälter von 15 000 Mark und darüber, fast 100 Mark monatlich betragen, scharf nachzuprüfen, als es leider eine feststehende Tatsache ist, daß die **Zahl der versicherten Angestellten** zunächst um 240 000 Personen gesunken ist gegen das Jahr 1913. Auf Seite 18 der Vorlage heißt es in der Begründung:

> Neben dem Neuzuzug haben die Zwangsversicherungen auch einen Verfall der aus der Versicherung herrührenden Rechte in Rechnung zu ziehen, der, wenn das Aufgeben der Versicherungsansprüche nach längerer Beitragsleistung eintritt, zu einem erheblichen Gewinne des Versicherungsträgers führt. Auch bei der Angestelltenversicherung scheint diese Gewinnquelle nicht unerheblich zu sein, waren doch im Jahre 1913 1 737 858 Versicherte gezählt worden, während im Januar 1920 nur noch 1 497 455 Beitragskonten liefen.

Das bedeutet einen Rückgang um 240000 Angestellte. Gewiß wird das in der Hauptsache darauf zurückzuführen (B) sein, daß die Gehaltsgrenze in der Versicherungspflicht allmählich immer unzureichender geworden war. Aber wenn diese Angestelltenversicherung so günstig, so geradezu als das Dorado für die Angestellten darzustellen versucht wird, dann muß es doch eigentlich auffallen, daß von der Möglichkeit, sich die Leistungen der Sonderversicherung durch Fortsetzung der Mitgliedschaft dauernd zu sichern, diese rund $^1/_4$ Million Angestellte keinen Gebrauch gemacht haben. Wir schlußfolgern daraus, daß einmal die derzeitigen Beitragssätze schon als drückend, als zu weitgehend empfunden werden, und nun sollen diese Beiträge, die schon von einem großen Teil der Angestellten, nämlich von fast $^1/_7$ der ganzen versicherten Angestellten als offenbar ungünstig und für sie zu schwer tragbar empfunden werden, auf noch fast das Vierfache gesteigert werden. Wir werden in dem Ausschuß von der Regierung Auskunft darüber erbitten müssen, wieviel Versicherte von dem Rechte der **freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte** Gebrauch gemacht haben. Ich fürchte, daß es sich dabei um einen recht geringen Prozentsatz handelt, daß auch gerade von den Angestellten, die gern für eine geeignete und einigermaßen günstige Versicherung Aufwendungen auch in beträchtlichem Maße zu machen bereit sind, leider offenbar nur recht wenige von dem Rechte der Fortsetzung der Versicherung Gebrauch gemacht haben. Das nötigt zu der an sich bedauerlichen Feststellung, daß die meisten anscheinend recht froh sind, dieser Sonderversicherung entfliehen zu können.

Damit möchte ich dann noch auf die Frage der Versicherungspflichtsgrenze eingehen. Die **Grenze der Versicherungspflicht** soll auf 28 000 Mark in die Höhe gesetzt werden. Ich vermag darin keine genügende Berücksichtigung der durch den Krieg herbeigeführten Entwertung des Geldes zu erblicken. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Senkung der Kaufkraft des Geldes um durch- (C) schnittlich mindestens das Zwölffache verursacht haben, dann müßte doch ohne Rücksicht darauf, ob ein entsprechender Gehaltsausgleich in der Zwischenzeit erreicht worden ist, die Konsequenz gezogen werden, und zwar in einer entsprechenden Multiplizierung der ursprünglichen Versicherungsgrenze, das aber waren 5000 Mark jährlich. Man würde also danach zu einem Grenzbetrage von jährlich zirka 60 000 Mark gelangen. Aber die Regierung will ja nur bis auf 28 000 Mark in die Höhe gehen und wird dadurch erreichen, daß ein sehr starker Prozentsatz der Angestellten nicht mehr dem Versicherungszwange unterliegt. Nun befremdet es mich, daß nicht auch gerade aus den Kreisen der Freunde der Sonderversicherung hiergegen weit kräftiger Sturm gelaufen wird. Ich erinnere mich nämlich aus dem Kampfe bei der Schaffung des Gesetzes, daß man in jener Zeit gerade das Gegenteil zu erreichen bestrebt gewesen ist. Dort sagte man, daß auf die Angestellten, die zu jener Zeit 2000 Mark und ein geringes Jahresgehalt hatten, nicht Rücksicht genommen werden könne; die Angestellten, die im Gehalt darüber seien, die so gestellt seien, daß sie sich nicht ihre Gehaltsbedingungen von dem Arbeitgeber einfach diktieren zu lassen brauchten, die wolle man erfassen. Aber diese Angestellten befinden sich nun heute in Gehaltsverhältnissen, die erheblich über 28 000 Mark liegen. Man wird also wohl mindestens dem Rechnung tragen müssen, was der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung in der Sitzung am 8. Juni cr. beschloß, nämlich die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze bis auf 40 000 Mark jährlich. Dann aber wird auch durch eine solche Veränderung, die meine Parteifreunde in der Kommissionsberatung unter allen Umständen beantragen werden, sofort die Frage aufgeworfen: kann es denn bei der **Klasseneinteilung** bleiben, wie sie die Regierungsvorlage vorsieht? Die (D) Regierungsvorlage macht es sich nämlich recht bequem. Sie zählt ohne weiteres alle Gehälter von 15 000 bis 28 000 Mark in einer Klasse, in der Klasse 9. Es kann doch nicht zweifelhaft sein, daß das Versicherungsbedürfnis für jemand, der 28 000 Mark Gehalt hat, ein größeres ist als für jemand mit 15 000 und einigen Hundert Mark. Hier müßten also weitere Klassen geschaffen werden und namentlich auch Klassen, die, wenn man dem angekündigten Antrag auf Erfüllung der Versicherungspflichtgrenze bis auf 40 000 Mark zustimmt, auch noch eine Berücksichtigung für die Gehälter zwischen 28 000 und 40 000 Mark nach sich ziehen müssen.

Aber selbst wenn es bei der Regierungsvorlage bliebe, könnte dem Zusammenfassen aller Gehälter über 15 000 Mark in einer einzigen Beitragsklasse nicht Folge gegeben werden. Denn angesichts der gewaltigen Geldentwertung steht es fest, daß die übergroße Mehrzahl der Angestellten zu den beiden der höchsten Gehaltsklassen steuern würden, nämlich in der Gehaltsklasse 8 zwischen 10 000 und 15 000 Mark und der Gehaltsklasse 9 zwischen 15 000 und 28 000 Mark pro anno. Wir haben bisher immer Wert darauf gelegt, daß in der Sozialversicherung eine gerechte Klassifizierung eingeführt werde, um den unerwünschten Zustand zu vermeiden, daß die Mehrzahl der Versicherten nur in der höchsten Beitragsklasse sich befindet. Bei dem jetzigen Entwurf würde das aber zur Tatsache werden. Es kann deshalb von einem bedenklichen Konstruktionsfehler gesprochen werden, der in dieser Klassifizierung steckt. Offenbar sieht das auch die Regierungsvorlage selber ein. Denn auf Seite 15 heißt es zu dem betreffenden § 16 wie folgt:

> Jedoch empfiehlt sich eine weitere Unterteilung nicht, da nach versicherungstechnischen Grundsätzen die Beitragsleistung in den oberen Stufen sich

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) andernfalls erheblich über einen Beitragssatz von monatlich 100 Mark steigern würde. Dadurch, daß von 15 000 bis 28 000 Mark Jahresarbeitsverdienst nur eine große Gehaltsklasse vorgesehen ist, ist diese Beitragssteigerung vermieden und als höchster einheitlicher Beitrag für diese Gehaltsklasse die Summe von monatlich 98,40 Mark nicht überschritten.

Also die Angst vor den noch höheren Beiträgen ist es im Grunde genommen, die die Regierung gehindert hat, eine entsprechende Aufteilung der großen Gehaltsklasse von 15- bis 28 000 Mark vorzunehmen. Da ist mir nun allerdings eines nicht recht erklärlich. Bisher hieß es immer, daß die Angestelltenversicherung geradezu glänzend stehe. Ja, man hat einen versicherungstechnischen Überschuß in Höhe von 1,8 Milliarden Mark errechnet. Die Regierungsvorlage sagt und weist darauf mit Recht hin, daß das kein faktischer Überschuß ist, sondern daß das die finanztechnische Bilanzierung der übernommenen Lasten darstelle. Angesichts dieses rein theoretischen Ergebnisses hat gerade die „Deutsche Handelswacht" am 3. November 1920 jubelnd folgendes ausgerufen:

> Die **Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung** hatte also ihre Feuerprobe zu bestehen. Sie hat sie glänzend bestanden. Die Veröffentlichung der mit Spannung erwarteten versicherungstechnischen Bilanz erfolgt demnächst.

Bis heute haben wir die Veröffentlichung allerdings nicht zu Gesicht bekommen.

(Zuruf rechts: Der Krieg ist dazwischen gewesen!)

— Der Krieg ist dazwischen gewesen? Ich spreche soeben davon, daß Sie das geschrieben haben am 3. 11. 20, Herr Kollege Lambach.

(Abgeordneter Lambach: Das habe ich nicht geschrieben!)

(B) Nach den im Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gegebenen vorläufigen Mitteilungen darf aber schon heute festgestellt werden, daß die Bilanz für die geltenden Beiträge und Leistungen einen versicherungstechnischen Überschuß von rund 1,8 Milliarden Mark ergibt und somit bedeutende Verbesserungen der Leistungen gestattet.

Vor Tische las man's also anders. Die gleiche Auffassung und den gleichen Jubel stimmt auch die „Verbandszeitung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten" unter dem 16. Februar 1921 an. Auch da spricht man von einer versicherungstechnischen Bilanz im Betrage von 1,8 Milliarden Mark und auch davon, daß also sehr wesentliche Erweiterungen der Leistungen möglich seien ohne Beitragserhöhungen. Prüft man den Geschäfts- und Verwaltungsstand der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte etwas näher, muß man allerdings feststellen, daß sich die Versicherungsanstalt als Sondereinrichtung in Wirklichkeit nicht bewährt hat, schon wegen ihrer gewaltigen Verwaltungskosten.

Die **Verwaltungskosten**, meine Damen und Herren, spielen natürlich in dem Augenblick eine gewaltige Rolle, wo sie über ein normales Maß hinausgehen, und das ist leider für die Reichsversicherungsanstalt der Angestelltenversicherung der Fall. Kalkuliert waren die Kosten der Verwaltung auf zwei Prozent der Verwaltungseinnahmen. Was daraus in der Praxis geworden ist, erzählt uns die Regierungsvorlage. Es heißt da auf Seite 17 der Begründung:

> Die Verwaltungsaufwendungen konnten mit dem vorgesehenen Fünftel der Nettobeiträge nur im ersten Geschäftsjahr 1913 bestritten werden; seitdem erforderten diese Ausgaben von Jahr zu Jahr steigende Mittel (1914: 3,1 v. H., 1915: 4,5 v. H., 1916: 4,8 v. H., 1917: 5,6 v. H., 1918: 6,9 v. H., 1919: 8,3 v. H.).

Man rechnet für das Jahr 1920 sogar mit einem Verwaltungskostenaufwand von über 13 Prozent, und die Regierungsvorlage kommt zu dem Schlusse: (C)

> Für die Bilanz ist mit einer Ausgabe von 20 vom Hundert der bisherigen Beiträge gerechnet worden.

Diese enormen Verwaltungskosten sind mit daran schuld, daß die Reichsversicherungsanstalt so ungünstig dasteht, daß heute derartige Beitragsvorschläge kommen müssen, wie sie in der Vorlage enthalten sind. Man wird vielleicht auf die prozentual höheren Verwaltungskosten der allgemeinen Invalidenversicherung hinweisen, aber man geniert sich dabei, die absoluten Zahlen zu nennen. Prozentual sind die Verwaltungskosten um deswillen höher, weil sie ja von Pfennigbeiträgen gerechnet werden. Aber daß sie gemessen an den tatsächlichen Leistungen verhältnißmäßig viel geringer sind, beweist schon der Umstand, daß sämtliche Landesversicherungsanstalten nach meiner Kenntnis mit insgesamt 3000 Beamten die Verwaltungsarbeiten für rund 15 Millionen versicherte Arbeitnehmer bewältigen, während für die Angestelltenversicherung mit ihren gegenwärtig noch nicht $1^1/_2$ Millionen, also $^1/_{10}$ des Versorgungskreises der allgemeinen Invalidenversicherung, wenn ich mich nicht irre, sogar mehr als 4000 Arbeitskräfte erforderlich sind.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierungsvorlage weist mit Recht darauf hin, daß das aus einer mangelhaften verwaltungstechnischen Einrichtung resultiert. Man hat allen Ermahnungen meiner Parteifreunde zum Trotz bei der Schaffung des Gesetzes im Jahre 1911/12 das sogenannte **Beitragskontensystem** eingeführt, ein System, das sich vielleicht in der Phantasie Ungeübter als recht vorteilhaft ausnahm, das aber in der Praxis sehr bald zu dem Durcheinander führte. Wie hat man damals gewettert gegen die Einführung von Beitragsmarken! Wie hat man das aus den (D) verschiedensten Gründen als höchst bedenklich hingestellt! Und heute stellt die Regierungsvorlage fest, daß das **Beitragsmarkensystem** notwendig geworden ist, um die enormen Verwaltungskosten einigermaßen auf einen gesunden Betrag zurückzudrängen.

Ich begrüße diese Neuerung als einen Fortschritt. Aber warum war es denn nötig, diese enormen Beträge erst durch ein falsches Verwaltungssystem zu vergeuden? Warum mußte das erst zu den wahrscheinlich in den späteren Jahren, wenn die Rentenanträge kommen werden, sich bald herausstellenden Schädigungen zahlreicher Angestellten führen? Das Beitragskontensystem gibt dem einzelnen beitragsleistenden Angestellten gar keine Möglichkeit der Nachprüfung, ob die erheblichen Beiträge durch den Arbeitgeber auch ordnungsgemäß abgeführt werden. Das wird erst jetzt durch die Einführung der Beitragsmarken möglich gemacht. Im Interesse einer einfacheren und vor allen Dingen einer der Kontrolle durch die Angestellten unterworfenen Beitragsabführung wäre es wünschenswert gewesen, daß diese Einrichtung schon gleich mit der Angestelltenversicherung geschaffen worden wäre.

Man hat in der Reichsversicherungsanstalt versucht, durch **Kontoauszüge** diesem Mangel ausreichender Kontrollmöglichkeit durch die versicherten Angestellten abzuhelfen. Das ist einmal für das Jahr 1913 versucht worden. Dann kam es wahrscheinlich dem Direktorium als eine recht günstige Gelegenheit, sagen zu können: die Kriegswirkungen sind daran schuld, diese wichtige Arbeit nicht fortsetzen zu können. Nein, meine Damen und Herren, ich glaube vielmehr, daß der ungeheuerliche Rückstand in der Verbuchung der zahllosen Beitragszahlungen im Kerne der Grund ist, weshalb jene Kontoauszüge nicht weiter geliefert werden konnten. Wer weiß, daß bis in aller-

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) jüngste Zeit hinein ganze Berge unverbuchter Postzahlkartenabschnitte in der Reichsversicherungsanstalt sich herumdrücken, der kann eine Vorstellung haben, wie notwendig es ist, daß von diesem veralteten kostspieligen System, das nach der Schätzung von durchaus einwandfreien Sachverständigen tagaus tagein eine nutzlose Vergeudung von rund 12- bis 1500 Arbeitskräften verlangt, abgegangen wird.

Im System liegt also der Fehler für die Kostspieligkeit der Verwaltung, für die unverantwortliche Verschwendung von Mitteln, die dem eigentlichen Zwecke weit nützlicher zugewendet worden wären. Wir begrüßen also, daß hier ein Systemwechsel eingeführt wird. Es werden die Angestellten nun für die **Angestelltenversicherung** ihre **Beitragsmarken** genau so zu kleben haben wie der Arbeiter oder Angestellte für die allgemeine Invalidenversicherung. Das mag vielleicht für solche Herren, die ein besonderes feines Standesbewußtsein haben, einen etwas proletarischen Beigeschmack haben. Aber aus Sparsamkeitsgründen und im Hinblick auf die Vereinfachung der Verwaltung ist die Einführung der Beitragsmarken ganz fraglos nur zu begrüßen.

Nun auch einiges über die **Leistungen!** Was die Angestellten so besonders entrüstet hat, nachdem sie von den neuen Beitragsleistungen Kenntnis erlangten, ist der Umstand, daß die Leistungen angesichts der heutigen wirtschaftlichen Erfordernisse bei weitem nicht ausreichend bemessen sind. Nehmen wir folgendes Beispiel: ein Angestellter der höchsten Klasse IX wird nach zwanzigjähriger Beitragszahlung berufsunfähig. Es ist dies ein außerordentlich günstiger Fall, denn für die gegenwärtigen Angestellten kommt in Betracht, daß sie neun Jahre lang zu geringeren Beitragsklassen gesteuert haben, und demzufolge — das steht Art. XV der Vorlage vor — kommen wesentlich geringere Steigerungssätze in An-

(B) rechnung. Ein solcher Angestellter, der 20 Jahre lang nach der Vorlage in der höchsten Klasse Beiträge gezahlt hat, würde auf seinen Anteil insgesamt 11 808 Mark eingezahlt haben. Unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 5 Prozent macht das mit Zins und Zinseszinsen in den 20 Jahren gegen 20 000 Mark an eigenen Beiträgen des Angestellten aus. Mit den Beiträgen des Unternehmers hat die Angestelltenversicherung also das Doppelte erhalten. Der arbeitsunfähige Angestellte erhält nun 360 Mark Grundbetrag, 3600 Mark Steigerungssätze und 600 Mark Teurungszuschlag, sofern er das — Glück darf man wohl nicht sagen — Unglück hat, vor dem 31. Dezember 1926 Invalide zu werden. Er bekommt also insgesamt 4560 Mark jährlich bei einer Gesamtbeitragsleistung von 40000 Mark. Solche Jahresbezüge gewährleisten einem Angestellten auch nicht die allerbescheidenste Existenz, und darum sind die Angestellten mit Recht darüber entrüstet, daß für so ungenügende Leistungen ein Beitrag von rund 100 Mark pro Monat in Aussicht genommen ist.

Daß die Vorlage von der bisher üblichen **Berechnungsart der Leistungen** abgeht und sich auch hierin der Berechnungsmethode der allgemeinen Invalidenversicherung anschließt, begrüße ich als einen äußerst erfreulichen Fortschritt. Genau so wie in der allgemeinen Versicherung soll die Rente nach einem Grundbetrage berechnet werden, der 360 Mark pro Jahr beträgt, und Steigerungssätzen, die bis auf 15 Mark für den einzelnen Monatsbeitrag hinaufwachsen.

Ebenso ist es eine Anwendung der ebenfalls in der allgemeinen Invalidenversicherung bereis durchgeführten Methode, nämlich das Ruhegehalt durch Kinderzuschläge — § 56 der Vorlage — aufzubessern. Ob diese Rentenleistungen als ausreichend angesehen werden können, wird Gegenstand eingehender Nachprüfung im Sozialpolitischen Ausschuß des hohen Hauses sein müssen. Aber um das (C) bewirken zu können, brauchen wir ein genaues mathematisches Gutachten. Sie geben sich falschen Vorstellungen hin, wenn Sie annehmen, es handle sich um eine Gesetzesvorlage, die im Geschwindschritt in wenigen Stunden im Ausschuß erledigt werden könne. Ich vermisse vor allen Dingen in der Vorlage jedes **versicherungsmathematische Material über die Berechnung der Leistungen und** Gegenleistungen, namentlich auch der **Beitragshöhe.** Es geht doch unmöglich so an, wie es auf der Seite 16 der Begründung heißt, die finanzielle Belastung nur so in Bausch und Bogen abzuschätzen. Nein, gerade mit Rücksicht auf die enormen Beitragslasten, die der Angestelltenschaft zugemutet werden, ist es unbedingt nötig, zuverlässiges Material über die Frage der zwingenden Notwendigkeit einer solchen Abmessung der Beiträge zu bekommen. Ich mache deshalb bereits im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen dieser Gesetzesvorlage darauf aufmerksam, daß von uns darüber ein eingehendes mathematisches Gutachten verlangt werden muß. Dieses Gutachten ist notwendig, auch um die Besorgnis und die erregte Stimmung innerhalb der Angestelltenschaft selbst beschwichtigen zu können. Oder meinen Sie, daß die Angestellten, ohne sich von der Notwendigkeit solcher Beitragssätze selbst überzeugen zu können, willens seien, das einfach hinzunehmen, was hier an Beitragssätzen vorgeschlagen wird? Sie kennen die Stimmung schlecht, wenn Sie das annehmen sollten.

Aber bei aller Anerkennung des Grundsatzes, daß es sich hier um eine notwendige Maßnahme handeln soll, den kriegszeitlichen Verhältnissen die ganze Versicherung anzupassen, muß man doch die eine Frage aufstellen: wo bleibt denn die große dritte Voraussetzung, die von den engagierten Vertretern dieser Sonderversicherungen seit Anfang vorigen Jahres mit als Gegenstand der jetzigen ersten Reform der Angestelltenversicherung angesehen wird, (D) nämlich die Frage der **Selbstverwaltung?** Davon war bis vor wenigen Monaten der ganze Blätterwald voll im Lager der Freunde der Sonderversicherung. Alle schrieben, nicht zuletzt auch die „Deutsche Handelswacht", noch im Jahre 1920, daß gerade eine Steigerung des Einflusses der Versicherten und ihrer Arbeitgeber auf die Reichsversicherungsanstalt notwendig sei, um eine Bureaukratisierung der Verwaltung zu verhüten und den Versicherten das volle Vertrauen zu den Organen der Versicherungsanstalt zu erhalten. Auch den aus den Vertrauensmännern gebildeten Ortsausschüssen soll die zurzeit fehlende gesetzliche Grundlage für ihre Mitarbeit bei der Durchführung der Angestelltenversicherung gegeben werden. Davon sieht man in dem ganzen Entwurf nichts. Soll diese Frage der Selbstverwaltung, des stärkeren Einflusses der Versicherten auf die Geschäfte und die Versicherung als solche nicht auch bei dieser Gelegenheit geregelt werden? Welche Gründe könnten denn dagegen sprechen? Spricht nicht vielmehr gerade die zurückliegende Zeit dafür, daß es im Interesse der Versicherungsanstalt selber gelegen ist, den Einfluß der Versicherten zu steigern, damit sie sich besser und mehr durchzusetzen in der Lage sind?

Ich glaube, es handelt sich dabei auch um die Hochhaltung eines verfassungsmäßigen Grundsatzes. Der Art. 161 der Reichsverfassung spricht ja ganz ausdrücklich davon, daß alle Versicherungsträger unter die maßgebende Mitbestimmung der Versicherten gebracht werden sollen. Heute steht es faktisch in der Angestelltenversicherung so, daß doch die Versicherungsnehmer in der Praxis der Angestelltenversicherung blutwenig zu sagen haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es steht deshalb nach wie vor für meine politischen

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) Freunde fest, daß auch die Ausgestaltung der Selbstverwaltung zum Gegenstand der gesetzgeberischen Erörterung aus Anlaß des vorliegenden Entwurfs gemacht werden muß. Ich befinde mich da ganz in Übereinstimmung mit den Herren vom G.D.A. und vom Gedak, vom G.D.A., der im Mai 1920 in seinem Verbandsorgan als dritte und am schärfsten betonte Forderung die „Ausgestaltung der bescheidenen Anfänge von Selbstverwaltung der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zum wirklichen Selbstbestimmungsrecht unter einer sich auf die Wahrung der allgemeinen Interessen beschränkenden, von bureaukratischen Machtansprüchen freien Staatsaufsicht" forderte.

Ich hoffe, daß gerade auch diese Frage mit in den Vordergrund der Erörterungen des sozialpolitischen Ausschusses gestellt werden wird.

Nun, meine Herren, wäre es ja naheliegend, in dem Zusammenhang auch noch auf die Frage einzugehen: wenn man sich schon in der ganzen Berechnung der Leistungen der Versicherung endlich der Methode anpassen will, die in der Invalidenversicherung besteht, wenn man auch übergehen will zu dem Beitragsmarkensystem, wenn man dazu übergeht, auch die Zusammensetzung der Leistungen mehr und mehr den Bestimmungen der Reichsversicherung anzupassen, ist es dann überhaupt noch zu vertreten, diese Sonderversicherung länger bestehen zu lassen? Ist es nicht verwaltungstechnisch klüger und entspricht es nicht dem beiderseitigen Interesse der Arbeitgeberschaft wie der Angestelltenschaft, mit einer so kostspieligen Sondereinrichtung, wie es nun einmal die Reichsversicherungsanstalt ist, Schluß zu machen und die **Überleitung der Sonderversicherung in die allgemeine Versicherung** wieder in die Wege zu leiten?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das könnte Ihnen passen!)

(B) — Ich hoffe, den Tag noch zu erleben, Herr Abgeordneter Thiel, an dem die übergroße Mehrzahl der Angestellten mit allem Nachdruck die Beseitigung der Sonderversicherung fordern wird. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sich der gesunde Menschenverstand auch auf diesem Gebiete durchsetzen wird. Daß die Arbeitgeber in früheren Jahren mehr aus politischen, denn aus in der Sache selbst liegenden Gründen sich für die Sonderversicherung ausgesprochen haben, dürfte Ihnen doch genau so gut bekannt sein wie mir.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Heute hat sich ja schon die Spekulation auf die parteipolitische Schichtung der Angestellten als trügerisch herausgestellt, denn trotz Sonderversicherung ist das Einschwenken der Angestellten in das freigewerkschaftliche Lager zur Tatsache geworden. Diese Dinge werden allmählich im Lager der Ihnen parteipolitisch sehr nahestehenden Unternehmer den Geschmack an der Aufrechterhaltung der Sonderversicherung sehr bald und recht gründlich verleiden, denn die Sonderversicherung ist und bleibt eine Verzettelung von Mitteln, die weit besser für den eigentlichen Zweck der Fürsorge für invalide Angestellte dienstbar gemacht werden könnten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb werden wir unsere Hauptaufgabe darin erblicken, der Annäherung der beiden Versicherungen in ihrem Aufbau und in ihren Leistungen das Wort zu reden, um dadurch der Verschmelzungsmöglichkeit beider Versicherungen den Weg bahnen zu helfen, wenn es überhaupt möglich sein sollte — was ich durchaus nicht in den Bereich des Unmöglichen verweisen möchte —, die Vereinheitlichung der Angestelltenversicherung mit der allgemeinen Invalidenversicherung schon jetzt durchzusetzen.

Es ist recht interessant, daß selbst das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in einem polemisch gehaltenen Artikel die in der Tagespresse (C) allgemein zutage getretene Ablehnung gegen diese außerordentlich hohen Beitragsforderungen zugibt:

> Richtig ist vielmehr, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte künftighin, um der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind.

Hier gesteht also das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte selbst zu, daß es bestrebt sein will, Leistungen zu erreichen, die die Reichsversicherungsanstalt künftighin der Invalidenversicherung als gleichwertig an die Seite stellen können. Deshalb sind im Zusammenhang mit dieser Vorlage sehr ernste und für die Versorgung der Angestelltenschaft auch sehr bedeutungsvolle Fragen zu erörtern, weshalb wir beantragen, diese Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen.

Wir hoffen, daß es uns in diesem Ausschuß gelingt, der Vorlage einen Inhalt zu geben, mit dem sich die Angestelltenschaft einigermaßen wird abfinden können. Von dem derzeitigen Entwurf wird man das leider nicht sagen können. Er kann nicht die berechtigten Wünsche der Angestellten befriedigen und bedarf deshalb einer Veränderung an Haupt und Gliedern.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob diese Vorlage wie ein Blitz aus heiterem Himmel — ich glaube sogar, er hat wörtlich diesen Ausdruck gebraucht — die Interessenten überrascht habe, und er hat es so dargestellt, als ob die Interessenten mit dieser Vor- (D) lage gleichsam überfallen worden seien. Diese Behauptung des Herrn Vorredners ist irrig, und ich bin deshalb genötigt, sie auch an dieser Stelle sofort richtigzustellen. Wie liegen die Tatsachen? Eine Erhöhung der Renten, insbesondere der Hinterbliebenenrenten der Angestellten, ist bekanntlich von den Interessenten seit langem gefordert worden, und auf dem Gebiete der Invalidenversicherung liegt eine parallele Vorlage dem Reichsrat vor, die voraussichtlich bald an den Reichstag gelangen wird. In der Invalidenversicherung hat bereits wiederholt nach dem Kriege, ich glaube, schon zweimal, eine Beitragserhöhung stattgefunden. Einer solchen bedarf es auch in der Angestelltenversicherung. Der vorliegende Gesetzentwurf beruht deshalb auch auf einer nachdrücklichen Forderung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Ich muß annehmen, daß das auch den Angestelltenverbänden bekannt sein wird. Es muß ihnen insbesondere doch bekannt sein, daß das Gleichgewicht zwischen **Beiträgen und Leistungen der Angestelltenversicherung** nicht mehr gegeben ist und daß dieses Gleichgewicht in irgendeiner Form wiederhergestellt werden muß.

Es ist dann aber auch mit den einzelnen großen Organisationen der Angestellten über diese Vorlage schon im Januar und Februar verhandelt worden, auch mit der Organisation derjenigen Richtung, zu der sich der Herr Vorredner bekennt. Die Mehrheit der Organisationen der Angestellten hat bei diesen Vorverhandlungen dem Inhalt dieser Vorlage zugestimmt.

Dann hat der Herr Vorredner geglaubt, daß diese **Vorlage** zuerst hätte den **Reichswirtschaftsrat** beschäftigen müssen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Aufgaben des Reichswirtschaftsrats hat er die Vorlagen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur, die von grundlegender Bedeutung sind, zu beraten. Das Reichsarbeits-

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) ministerium und die Regierung sind der Meinung gewesen, daß es sich hier trotz des verhältnismäßig weiten Umfanges der Vorlage immer noch um ein Notgesetz handelt, und die Grundfrage, die der Herr Vorredner angeschnitten hat, die Frage der Vereinigung insbesondere mit der Invalidenversicherung, die Frage der Umorganisation der Versicherung, ist mit Absicht in dieser Vorlage nicht behandelt worden. Weil wir glaubten, die in der Vorlage behandelten Punkte im Rahmen des Notgesetzes erledigen zu sollen, haben wir auch geglaubt, mit der Vorlage nicht an den Reichswirtschaftsrat gehen zu müssen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich fasse meine Darlegungen dahin zusammen: Die Regierung hat geglaubt, mit der gegenwärtigen Vorlage einer Pflicht zu genügen, und hat sie nur deshalb eingebracht.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte aber davon absehen, jetzt auf den materiellen Inhalt der Vorlage, insbesondere auf die Einzelheiten, die der Herr Vorredner vorgetragen hat, einzugehen. Ich glaube, wir tun das besser in der Kommissionsverhandlung, um so mehr, als der Herr Vorredner selber ja auch wünscht, daß dahin zunächst die Hauptverhandlungen verlegt werden, und als ich glauben kann, daß auch die Mehrheit der Parteien dieses Hauses für die baldige Überweisung an die Kommission eintritt.

(Bravo! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Es sind noch fünf Redner zu Worte gemeldet, so daß wir leider heute diesen Punkt der Tagesordnung nicht zur Erledigung bringen können.

Gestatten Sie mir im Anschluß daran eine Bemerkung! Der im Ältestenrat wiederholt zum Ausdruck gebrachte Wunsch des Reichstags, tunlichst Ende nächster Woche in die Ferien zu gehen, hat bei der noch zu bewältigenden Stoffülle zur Voraussetzung, daß die Fraktionen darauf hinwirken, daß die Zahl und die Dauer der Reden der Geschäftslage des Hauses angepaßt werden.

(Sehr gut!)

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung anzuberaumen auf Freitag den 24. Juni, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der (B) Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich;
3. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit;
4. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes;
5. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse;
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921,

   und zwar:

   a) Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats,
   b) Haushalt des Reichsschatzministeriums,
   c) Haushalt des Reichswehrministeriums;
8. Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte;
9. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über eine Entschließung, betreffend den Entwurf einer Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung und den Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft;
10. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Zwangswirtschaft der Kommunalverbände;
11. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Zwangsbewirtschaftung des Leims;
12. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Entschließungen über den Entwurf einer Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionseinrichtungen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung bemerke ich, daß die Anwesenheit von zwei Dritteln des Reichstags erforderlich ist.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. — Die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 13 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

122. und 123. Sitzung.

Freitag den 24. Juni 1921.

122. Sitzung.

Seite

Geschäftliches 4116C

Anfragen:

852, v. Schoch ꝛc. (Nr. 2168 der Anlagen):
v. Schoch (D.Vp.) 4117A
v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat 4117A

853, Hensel (Ostpreußen) ꝛc. (Nr. 2179 der Anlagen):
(B) Hensel (Ostpreußen) (D.Nat.) . . 4117B
Worbs, Ministerialrat 4117D

855, Dr. Semmler, Dr. Hoetzsch (Nr. 2181 der Anlagen):
Dr. Semmler (D.Nat.) 4118A
Förster, Geheimer Regierungsrat: 4118B

859, Henning ꝛc. (Nr. 2186 der Anlagen):
Graef (Thüringen) (D.Nat.) . . 4118B
v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat 4118C

861, Beuermann ꝛc. (Nr. 2188 der Anlagen):
Beuermann (D.Vp.) 4119B
v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat 4119B

863, Sivkovich ꝛc. (Nr. 2201 der Anlagen):
Weiß (D.D.) 4119A
Dr. Lewald, Staatssekretär . . . 4119A

864, Schwarz (Baden) (Nr. 2202 der Anlagen):
Frau Ziegler (Württemberg) (U.S.): 4120A
Müller, Staatssekretär 4120B

Seite (C)

866, Plettner ꝛc. (Nr. 2204 der Anlagen):
Bartz (Hannover) (V.K.): 4120C, 4121C
Dr. Schneider, Postrat . . . . 4121A, C

867, Plettner ꝛc. (Nr. 2205 der Anlagen):
Bartz (Hannover) (V.K) 4121C
Brutzer, Fregattenkapitän 4121D

869, Dr. Marezky ꝛc. (Nr. 2207 der Anlagen):
Dr. Marezky (D.Vp.) . . . . 4122B, D
Moraht, Generalkonsul . . . . 4122C, D

870, Lind (Nr. 2212 der Anlagen):
Lind (D.Nat.) . . . . . 4123A, C
Schracke, Ministerialrat . . . . 4123A, C

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über den **Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich** (Nr. 2235 der Anlagen) 4123D

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit** (Nr. 2053, 2272 der Anlagen) 4123D

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über (D)
Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 1157, 2274 der Anlagen):
Art. I:
Löffler (S.), Berichterstatter . . . 4124B
— als Abgeordneter . . 4126A
Ryssel (U.S.) 4124C

Beschlußunfähigkeit 4126D

Nächste Sitzung 4126D

123. Sitzung.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über **Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes** (Nr. 2274 der Anlagen):
Dr. Hertz (U.S.) 4127A

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den **Staatsgerichtshof** (Nr. 713, 1592, 2287 der Anlagen):
Dr. Herzfeld (V.K.) 4127C

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur beschleunigten **Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe**

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Seite

vom Vermögenszuwachs (Nr. 876, 2251 der Anlagen):

Dr. Helfferich (D.N.) 4128D, 4134A, 4140C
Ryssel (U.S.) 4130B, 4139C
Dr. Becker (Hessen) (D.V.) . . . 4130D
Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . 4132A, 4138D
Dr. Hertz (U.S.) 4132C
Dr. Wirth, Reichskanzler, Reichsfinanzminister 4135B
Keil (S.) 4136D
Dr. Zapf, Staatssekretär 4140C

Zweite Beratung eines **Nachtragsentwurfs zum Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2228, 2294 der Anlagen):

Vorläufiger Reichswirtschaftrat:
Dr. Scholz (D.V.) 4141B
Hoch (S.) 4141D
Reichsschatzministerium 4142C
Reichswehrministerium:
Künstler (U.S.) 4142D
Schöpflin (S.) 4144B
Dr. Geßler, Reichswehrminister . 4144B

Berichte des **Ausschusses für Volkswirtschaft** über

a) eine Entschießung betreffend eine Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Fleischversorgung (Nr. 1687 der Anlagen): 4144D
b) die Zwangswirtschaft der Kommunalverbände (Nr. 1786 der Anlagen): 4144D
c) die Zwangsbewirtschaftung des Leims (Nr. 1787 der Anlagen) 4145A
d) Entschließungen über eine Verordnung über Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionseinrichtungen (Nr. 1933 der Anlagen) . 4145A

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über **Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte** (Nr. 2153 der Anlagen):

Lambach (D.N.) 4145B
Andre (Z.) 4147A
Thiel (D.V.) 4147C
Aufhäuser (U.S.) 4148D
persönlich 4152A
Bartz (Hannover) (V.K.) 4150C
Siefart, Ministerialdirektor . . . 4151D

Nächste Sitzung 4152B

(B)

(C)

122. Sitzung.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:**

1. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland;
2. Entwurf eines Gesetzes über die Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof;
3. Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Ausführung des Zahlungsplans der Reparationskommission vom 5. Mai 1921 für die Sicherstellung und Erledigung der Reparationsverpflichtung Deutschlands nach Art. 231 bis 233 des Vertrags von Versailles vom 28. Juni 1919.

Präsident: Die Zusammensetzung des neugebildeten 31. Ausschusses bitte ich ebenfalls zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:**

In den 31. Ausschuß, den parlamentarischen Untersuchungsausschuß (Unglück auf Zeche Mont Cenis), sind gewählt die Abgeordneten:

Braß, Hansmann, Dr. Hugenberg, Imbusch, Janschek, Meier (Zwickau), D. Mumm, Pieper (Westfalen), v. Rehbinder, Rosemann, Frau Schulz (Westfalen), Dr.-Ing. Vögler, Winnefeld, Ziegler (Westfalen).

Der Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt:

zum Vorsitzenden den Abgeordneten Dr.-Ing. Vögler,
zu dessen Stellvertreter den Abgeordneten Imbusch,
zu Schriftführern die Abgeordneten Meier (Zwickau), Pieper (Westfalen).

(D)

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Ernst, Hammer, Hansmann
die Abgeordneten Künstler, Dr. Semmler, Schöpflin;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Janschek, Biener
die Abgeordneten Schumann, Lind;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten v. Graefe (Mecklenburg), Lambach, Erkelenz
die Abgeordneten v. Gallwitz, v. Graefe (Mecklenburg), Heile;
in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Reichert
der Abgeordnete Warmuth;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Semmler, Schiele
die Abgeordneten Thomsen, Behrens;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Teusch (Köln)
der Abgeordnete Veltin;
in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Gutknecht, Albrecht (Magdeburg)
die Abgeordneten Budjuhn, Frau Nemitz;

(Präsident.)

(A) in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Meerfeld

die Abgeordnete Frau Reitze:

in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Wulle der Abgeordnete Schmidt (Stettin).

Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 852, v. Schoch und Genossen (Nr. 2168 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter:

Nach Zeitungsberichten häufen sich die Fälle, in denen **Deutsche** von französischen Offizieren und Mannschaften **in Oberschlesien** aufs gröbste beschimpft und **mißhandelt** wurden. Faustschläge, Fußtritte und Mißhandlung mit Reitpeitschen sind an der Tagesordnung. Das Band des Eisernen Kreuzes hat man einem Deutschen aus dem Knopfloch gerissen und es mit Füßen getreten.

Wir fragen die Reichsregierung: Sind ihr diese empörenden Vorgänge bekannt? Was hat die Reichsregierung bisher getan oder was gedenkt sie zu tun, um deutsches Recht und deutsche Ehre in Oberschlesien zu schützen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat v. Maltzan.

v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist bekannt, daß in **Oberschlesien** nicht nur während des jetzigen Aufstandes, sondern überhaupt

(B) seit Beginn der Besetzung **durch interalliierte Truppen deutschgesinnte Einwohner** von französischen Soldaten und Offizieren **beschimpft und** vielfach **mißhandelt** worden sind. Die Reichsregierung hat nicht verfehlt, in jedem einzelnen Falle eindringlich hiergegen Verwahrung einzulegen, ohne daß jedoch eine Abstellung dieser Vorfälle zu verzeichnen gewesen wäre.

(Hört! Hört! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Noch am 17. dieses Monats ist der Deutsche Bevollmächtigte in Oppeln beauftragt worden, erneut gegen solche Vorkommnisse zu protestieren.

(Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Unglaublich!)

Einige besonders schwerwiegende Fälle, die sich in letzter Zeit ereignet haben, lege ich zur Kenntnis des hohen Hauses hier nieder.

Präsident: Das Wort zur Verlesung der

Anfrage Nr. 853, Hensel (Ostpreußen) und Genossen (Nr. 2179 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Hensel (Ostpreußen).

Hensel (Ostpreußen), Abgeordneter:

Im August 1920 überschritten infolge Druckes der polnischen Armee über 45 000 Mann der **Sowjettruppen** die ostpreußisch-masurische Grenze und wurden mit über 10 000 Pferden zunächst im **Truppenlager Arys** interniert. Da die deutschen Bewachungsmannschaften, auch diejenigen der dazu herangezogenen Reichswehr, nicht ausreichten, und Lebens- und Futtermittel von den Reichs- und Staatsbehörden für die große Masse der Internierten nicht gleich beschafft werden konnten, haben diese durch Ausgraben der bei Arys gelegenen Kartoffelfelder und Abweiden der Wiesen **Flur- und Sachschäden** angerichtet, die für Arys allein von einer städtischen Kommission unter Zugrundelegung der Preise vom Oktober 1920 auf insgesamt 909 801 Mark abgeschätzt sind. (C)

Erst im Verlauf von sechs Monaten haben die Geschädigten, zu denen gerade viele ärmere Leute gehören, vom Reich in zwei Raten im ganzen 674 818 Mark vorschußweise gezahlte Entschädigung, also nur etwa zwei Drittel des Schadens, erhalten. Der Rest ist bis heute nicht gezahlt.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat vielmehr in einem Erlaß vom 15. Februar 1921 eine gesetzliche Verpflichtung, für die durch die übergetretenen Russen in Ostpreußen angerichteten Schäden aufzukommen, für das Reich nicht anerkannt, sich aber mit dem gehandhabten Verfahren zur Feststellung der Forderungen der Geschädigten einverstanden erklärt, auch Vorschüsse zur Entschädigung angewiesen, im übrigen aber auf die Erstattung der angerichteten Schäden durch die Sowjet-Regierung verwiesen.

Dadurch, daß die Geschädigten nicht nur ein Drittel ihres Schadenersatzes nicht erhalten haben, sondern auch keine Zuschläge für die seit dem Oktober 1920 eingetretene Verteuerung, sind viele von ihnen in Not geraten.

Wir fragen daher die Reichsregierung, warum sie die Schadenersatzpflicht nicht anerkannt und was sie zu tun gedenkt, um den durch mangelhafte Bewachung der Internierten entstandenen Schaden wieder gutzumachen und vor allem den dadurch in Not geratenen ärmeren Leuten zu helfen?

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat Herr Geheimer Regierungsrat Worbs.

Worbs, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: (D) Die Reichsregierung kann eine Rechtspflicht zum **Ersatz der Schäden**, die von den im August 1920 über die **ostpreußische Grenze** getretenen Teilen der **russischen Sowjetarmee** angerichtet worden sind, nicht anerkennen.

Die durch den Friedensvertrag festgesetzte Stärke der deutschen Wehrmacht ist bekanntlich sehr gering und reicht zu einem wirksamen Schutz der Grenzen in ihrer ganzen Ausdehnung nicht aus. Insbesondere war es den in dem durch den Korridor abgetrennten Ostpreußen zur Verfügung stehenden Teilen der Reichswehr nicht möglich, die Russen, etwa 50 000 Köpfe, am Überschreiten der Grenzen zu verhindern oder sie nach dem Übertritt sofort in sicheren Gewahrsam zu nehmen und für ihre Unterkunft und Verpflegung zu sorgen.

Von seiten des Reichs ist aber alles geschehen, um die russischen Truppen sobald als möglich in zur Verfügung stehende ehemalige Gefangenenlager abzuschieben.

Die Reichsregierung bedauert, daß bei dieser Gelegenheit Reichsangehörige an ihrem Eigentum Schaden (durch Entwenden oder Vernichten von Feldfrüchten u. a.) erlitten haben. Sie wird den Anspruch der Geschädigten auf Ersatzleistung bei der Sowjetregierung, die zum Ersatz der durch die Internierung ihrer Truppen in Deutschland entstandenen Kosten verpflichtet ist, geltend machen. Sie hat aber noch ein weiteres getan und in Würdigung der bei den betroffenen Bevölkerungskreisen hervorgerufenen Notlage unter Wahrung ihres im vorstehenden dargelegten Rechtsstandpunktes erhebliche Geldmittel — 2 Millionen Mark — als Vorschüsse zur Gewährung von Beihilfen an die hauptsächlich Geschädigten zur Verfügung gestellt. Mit diesem Betrage können annähernd 75 Prozent des insgesamt entstandenen Schadens, soweit der Reichsregierung bekanntgeworden ist, ausgeglichen werden. Die Forderung auf Überweisung eines weiteren

(**Worbs**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Betrags von etwa 800 000 Mark ist neuerdings von der preußischen Regierung erhoben worden. Eine Entschließung darüber, ob und inwieweit der neuen Forderung stattgegeben werden kann, ist noch nicht getroffen worden. Die Verteilung der Geldmittel unter die geschädigten Besitzer ist dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, der auch die Feststellung der Schäden veranlaßt hat, überlassen worden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 855, Dr. Semmler, Dr. Hoetzsch
(Nr. 2181 der Drucksachen)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Semmler.

Dr. **Semmler**, Abgeordneter:

Es ist Tatsache, daß seit dem **polnischen Insurgentenaufstand in Oberschlesien**, der nur unter stillem Zugeständnis der Franzosen und unter Parteinahme der letzteren gegen die Deutschgesinnten stattfinden konnte, zügellose Brandschatzungen von Stadt und Land stattgefunden haben und noch stattfinden. Das umfangreichste Material an angerichtetem Schaden, der schon heute in die Hunderte von Millionen geht, liegt vor. Die Landwirte sind vielfach ohne jedes Inventar, und die Ernte steht vor der Tür.

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt und was gedenkt sie zu tun, um die eigenen Landeskinder auch gegen derartige materielle Verluste zu schützen? Sind rechtzeitige Einsprüche und Anmeldungen bei der Interalliierten Kommission erfolgt? Welche Schritte gedenkt sie zu tun, um den durch die Insurgenten verursachten **Schaden** den davon betroffenen **deutschen Staatsangehörigen** voll und ganz zu **ersetzen?** Welche amtliche Stelle nimmt die Anmeldung der Schäden
(B) entgegen, bzw. ist die Reichsregierung bereit, eine neue amtliche Stelle damit zu beauftragen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Förster.

Förster, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen muß sich die Reichsregierung eine Beantwortung der Anfrage vorbehalten.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 859, Henning und Genossen
(Nr. 2186 der Drucksachen)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

Graef (Thüringen), Abgeordneter:

In der letzten Zeit sind wiederholt in der deutschen Presse Nachrichten aufgetaucht, daß sich der **russische Volkskommissar Radek** sowie andere **namhafte bolschewistisch-russische Persönlichkeiten in Deutschland** aufhalten.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Anwesenheit Radeks in Deutschland wurde vor einigen Tagen von seiten der Regierung in der Presse bestritten. Demgegenüber steht fest, daß Radek sich tatsächlich hier in Deutschland aufgehalten hat.

(Zurufe rechts. — Gegenrufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Unter anderem wurde er von einer Persönlichkeit, welcher Radek aus Rußland gut bekannt ist, in Berlin gesehen und einwandfrei erkannt. Der augenblickliche Aufenthalts Radeks entzieht sich unserer Kenntnis, da er jedoch von Trotzki zum Oberbefehlshaber der deutschen roten Armee ernannt worden sein und als besondere Aufgabe (C) die Reorganisation dieser Armee erhalten haben soll, gewinnt die Frage seines Aufenthalts besondere Bedeutung.

Wir fragen daher erneut an, ob der Reichsregierung über den Aufenthalts Radeks und anderer führender russischer Persönlichkeiten in Deutschland auch jetzt noch nichts bekannt ist, und was sie für Schritte unternommen hat, um Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Es hat nur ein Anfrager das Wort! — Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat der Herr Geheime Regierungsrat v. Maltzan.

v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Auch der Deutschen Regierung haben in den letzten Monaten wiederholt Nachrichten über den angeblichen **Aufenthalt Radeks in Deutschland** vorgelegen. Eine eingehende Prüfung hat diese Nachrichten nicht bestätigt, vielmehr ergeben, daß gerade an den fraglichen Tagen, an welchen Radek angeblich in Mitteldeutschland gesehen worden ist, er in Moskau einige seiner bekannten kommunistischen Reden gehalten hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung erneut die deutsche Vertretung in Moskau ersucht, festzustellen, ob Radek in den letzten Monaten Moskau verlassen hat. Die Antwort aus Moskau steht bis zur Stunde noch aus.

Was den **Aufenthalt anderer führender russischer Persönlichkeiten in Deutschland** betrifft, so ist zu bemerken, daß mit Saison-Beginn ein Andrang von Ausländern, insbesondere auch Russen, nach deutschen Kurorten eingesetzt hat. Um den berechtigten Wünschen der auf Fremdenverkehr angewiesenen deutschen Kreise entgegenzukommen, ist in der Mehrzahl der Fälle, bei denen die Aufenthalts- (D) erlaubnis der lokalen Polizeibehörde vorlag, befristete Einreisebewilligung erteilt worden. Soweit hierbei Russen in Betracht kommen, ist diese ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit Bolschewiken wie Nichtbolschewiken erteilt worden. Namen und Aufenthalt sowie Aufenthaltsdauer der betreffenden Persönlichkeiten sind der Deutschen Regierung bekannt. Ich bin bereit, die betreffenden Namen sowie Aufenthaltsort auf Verlangen vorzulesen.

(Zurufe rechts: Das wäre sehr wünschenswert!)

Von prominenten bolschewistischen Persönlichkeiten, die zum Kuraufenthalt in Deutschland Einreiseerlaubnis erhalten haben, sind zu nennen:

Krestinsky, Volkskommissar für Finanzen, war in Kissingen, ist zurzeit in Gmund am Tegernsee,
Zurupa, Volkskommissar für Ernährungswesen, zurzeit Nauheim, später Nachkur in Totmoos (Baden);
Ossinski, stellvertretender Volkskommissar für Landwirtschaft, St. Blasien (Schwarzwald);
Sokolnikow, Heerführer in der Roten Armee (hat Brest-Litowsker Frieden mitunterzeichnet), St. Blasien (Schwarzwald).

(Zuruf rechts.)

Von Rechts-Russen haben in den letzten Tagen zum Kuraufenthalt Einreiseerlaubnis erhalten:

Konstantin General Zacharoff (Bad Reichenhall, 3 Wochen),
Dimitri Herzog von Leuchtenberg (Baden-Baden, 3 Monate),
Fürst Sergius Bjesoselsky-Bjeloserskv (Bad Reichenhall, 3 Wochen),
Fürst Anatol Lieven (Bayern, 3 Wochen),
Erzbischof Antonius (Bayern, 3 Wochen),

(hört! hört! rechts)

(v. Maltzan, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Graf Mussin-Pouschkin (Baden-Baden, 2 Monate),
Wladimir Suchomlinoff (Dresden, 2 Monate),
Baron Nikolas Korff (Wildungen, 3 Wochen),
Graf Nikolaus v. Fersen (Baden-Baden, 3 Monate).

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die Anfrage
Nr. 860, Schwarz (Baden), Frau Ziegler (Württemberg) (Nr. 2187 der Drucksachen)
soll in einer späteren Sitzung beantwortet werden und wird von den Fragestellern wieder aufgenommen werden.

Die Anfrage Nr. 861, Beuermann und Genossen wird vorläufig noch zurückgestellt.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 863, Sivkovich und Genossen (Nr. 2201 der Drucksachen)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Weiß.

Weiß, Abgeordneter:

Angesichts der sittlichen Gefährdung unserer Jugend fragen wir die Reichsregierung: Wie weit sind die **Vorbereitungen eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung von Schmutz und Schund** gediehen, und wann wird ein solcher Entwurf dem Reichstag voraussichtlich zugehen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Staatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Ein Gesetzentwurf über die Bekämpfung von Schund und Schmutz ist im Reichsministerium des Innern seit längerer Zeit ausgearbeitet. Gegen den Entwurf sind von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben und anderweite Vorschläge gemacht worden, die zurzeit der Prüfung (B) unterliegen. Es steht jedoch zu erwarten, daß dem Reichstag eine entsprechende Vorlage in der Herbsttagung gemacht werden wird.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 861, Beuermann und Genossen (Nr. 2188 der Drucksachen)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter:

Im Anfang dieses Monats sollen laut Pressemeldungen und nach zuverlässigen Privatmeldungen schwere **Ausschreitungen gegen die Deutschen in** der Stadt **Ostrowo** vorgekommen sein, die einen pogromartigen Charakter trugen. Man forderte unter Plünderungen und schweren Mißhandlungen deutscher Männer und Frauen die sofortige Auswanderung der gesamten deutschen Bevölkerung.

Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um unsere deutschen Brüder unter polnischer Gewalt an Leib und Eigentum zu schützen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat v. Maltzan.

v. Maltzan, Geheimer Regierungsrat im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die Vorgänge in Ostrowo sind der Reichsregierung durch eingehende Berichte ihrer Vertretung in Posen bekannt.

Aus diesen Berichten ergibt sich, daß bereits Ende Mai Anzeichen einer anscheinend planmäßigen Bewegung gegen die Deutschen an verschiedenen Punkten des Abtretungsgebiets erkennbar waren.

Diese Bewegung führte zu den bedauerlichen Vorkommnissen vom 2. Juni in Ostrowo. Einzelheiten sind aus der bereits veröffentlichten Note der Reichsregierung (C) an die Botschafterkonferenz bekannt.

Von dem Pogrom wurden hauptsächlich deutsche und jüdische Geschäftsleute betroffen. Insgesamt sind gegen 50 Familien geschädigt worden. Die Demonstranten gingen mit außerordentlicher Roheit vor und scheuten nicht vor Mißhandlungen von Greisen und von Personen weiblichen Geschlechts zurück. Einzelne Geschäfte wurden vollständig ausgeplündert. Der entstandene Sachschaden ist erheblich. Die betroffenen deutschen Familien haben ihre Ansprüche auf Schadenersatz sofort bei der Stadtverwaltung Ostrowo angemeldet.

Die Entschädigungsfrage regelt sich nach der im polnischen Gebiet noch geltenden preußischen Verordnung vom 11. März 1850. Außerdem ist eine private Hilfsaktion der Deutschen im abgetretenen Gebiet sofort eingeleitet worden.

Es muß festgestellt werden, daß die polnischen Zivil- und Militärbehörden, denen die Vorbereitung des Pogroms nicht verborgen geblieben sein konnte, nichts getan haben, um dem Ausbruch der Deutschenverfolgung vorzubeugen oder sie wenigstens im Entstehen zu unterdrücken.

(Hört! Hört! rechts und im Zentrum.)

Die Deutsche Regierung hat sofort in Warschau und Posen gegen die unerhörten Ausschreitungen nachdrücklich protestiert und gefordert, daß eine Wiederholung solcher Vorgänge verhindert und der durch den Friedensvertrag garantierte Schutz der Minderheiten unbedingt gesichert werde.

Die gleiche Forderung hat die Regierung unter eingehender Darlegung der Vorgänge in Ostrowo an die Botschafterkonferenz und an die Regierungen in Paris, London und Rom gerichtet.

Die Vertreter der Posener Regierung haben ihr Bedauern über die Vorkommnisse ausgesprochen und erklärt, bereit und in der Lage zu sein, Wiederholungen vorzu- (D) beugen und sich für den Schutz der Deutschen zu verbürgen. Leider aber ist demgegenüber festzustellen, daß **im Abtretungsgebiet** die **Hetze** gegen die Fremdstämmigen, besonders **gegen die Deutschen**, unvermindert fortdauert

(sehr wahr! rechts und im Zentrum)

und bereits in anderen Orten, wie Bromberg, Hohensalza, zu neuen Ausschreitungen, wenn auch nicht ganz so brutaler Art wie in Ostrowo, geführt hat.

(Hört! Hört!)

Polnischerseits wird behauptet, die Ausschreitungen seien auf die Erregung unter der polnischen Arbeiterschaft infolge der **Entlassung und Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland** zurückzuführen.

Hierzu ist zu bemerken, daß allerdings seitens einiger Betriebsräte in der Niederlausitz und in Westfalen Entlassungen polnischer Arbeiter veranlaßt wurden, die ihrerseits wieder durch die begreifliche Erregung der deutschen Arbeiterschaft über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien zu erklären sind. Es ist Vorsorge getroffen, um die Einstellung dieser Maßnahmen der Betriebsräte zu erreichen und beruhigend auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Ausweisungen polnischer Arbeiter in größerem Maße haben nicht stattgefunden.

(Hört! Hört!)

Diese Entlassungen polnischer Arbeiter waren von Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art nicht begleitet; sie können keinesfalls die brutalen Ausschreitungen in Ostrowo und an anderen Orten rechtfertigen oder auch nur entschuldigen.

Von der polnischen Regierung muß vor aller Welt nochmals mit Nachdruck gefordert werden, daß sie dieser in öffentlichen Versammlungen betriebenen Hetze, die sich auch gegen Evangelische und Juden polnischer Zunge, also gegen nationale wie religiöse Minderheiten richtet, mit größter Energie und Beschleunigung ein Ende be-

(v. Maltzan, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) reitet und daß sie unseren in polnischem Staate lebenden Volksgenossen den vollen Schutz der Gesetze und der staatlichen Macht gewährt, auf den die Minderheiten Anspruch haben und den 600 000 in Deutschland lebende Polen genießen, die hier in Ruhe und Sicherheit ihrer Arbeit nachgehen können.

(Sehr wahr!)

Präsident:

Der Anfrage Nr. 864, Schwarz (Baden) (Nr. 2202 der Drucksachen)

tritt als Fragesteller hinzu Frau Abgeordnete Ziegler (Württemberg), der ich das Wort zur Verlesung der Anfrage erteile.

Ziegler, Abgeordnete:

Bei der **Firma Benz** (Motorenbau), **Mannheim,** wurden 270 **Arbeiter** entlassen; weitere **Entlassungen** stehen bevor. Dabei sollen Aufträge von vielen Millionen aus Wiederaufbaumitteln an Konkurrenzfirmen vergeben sein. Alle Eingaben und Verhandlungen mit den zuständigen Landes- und Reichsstellen seitens der Arbeitnehmer waren erfolglos! Auch eine Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags konnte die Entlassungen nicht verhindern.

Der Arbeiterschaft des Mannheimer Industriebezirks hat sich große Aufregung bemächtigt, da die Auffassung vorherrschend ist, daß bei der Verteilung der Arbeiten (die über den Dieselmotorenkonzern erfolgte) die Frage der billigeren Arbeitslöhne im Vordergrund stand.

In Anbetracht der Entwicklungsfähigkeit des Ölmotorenbaues hat die Frage der zukünftigen **Vergebungsart von Ölmotoren** nicht nur für die Mannheimer Industriearbeiterschaft und -Angestellten eine große Bedeutung, sondern ist auch (B) volkswirtschaftlich für das ganze Industriegebiet von weitgehender Wirkung, umso mehr, da schon wieder neue Arbeiterentlassungen geplant sind und am 1. Juli auch 280 Angestellten der Firma Benz (Motorenbau) gekündigt werden soll. Dies zu einer Zeit, wo nach den gemachten Angaben gute Konjunktur im Ölmotorenbau sein soll.

Kann die Reichsregierung über Nachstehendes Auskunft geben:

Hat das Reich seine Aufträge (oder eine vom Reich beauftragte Stelle) nur oder hauptsächlich an den Dieselmotorenkonzern vergeben und keinen Einfluß auf die Verteilung der Arbeit an die einzelnen Betriebe?

Sind in nächster Zeit weitere Vergebungen in Ölmotoren durch das Reich selbst oder durch solche Stellen, auf die die Reichsregierung Einfluß hat, zu erwarten, und ist die Reichsregierung bereit, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Schließung von Betrieben und Arbeiter- und Angestelltenentlassungen zu verhüten, die durch willkürliche Arbeitsverteilung seitens des Dieselmotorenkonzerns erfolgt?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Entlassung von 280 Beamten und weiteren 280 Arbeitern (was einer Schließung des Betriebs gleichkäme) zu verhindern, da diese Betriebsschließung nur infolge der rein willkürlichen Nichtbegebung von Aufträgen an diese Firma erfolgt.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Staatssekretär Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Vom Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten sind bisher in Ausführung der auf Grund des Waffenstillstandsvertrages geforderten Poenallieferungen 160 kleine Ölmotore vergeben worden, die auf Grund der Angebote des Motorenverbandes von der Entente auf fünf bestimmte Lieferfirmen verteilt worden sind. Von dieser Lieferung hat die Firma Benz, Mannheim, 25 Stück erhalten. (C)

Unter den Anforderungen auf Reparationskonto befindet sich noch ein Posten von rund 1000 Ölmotoren, die gleichfalls durch den Motorenverband bearbeitet werden. Auch hieran ist die Firma Benz beteiligt. Eine Entscheidung der Reparationskommission über die Annahme dieses Angebots liegt noch nicht vor.

Die **Verteilung der Reparationslieferungen in Erzeugnissen der Großindustrie** erfolgt grundsätzlich durch die Verbände. Der mit der Durchführung des Lieferungswesens beauftragte Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten ist angewiesen, sich jeder Einwirkung auf die Verteilung an die einzelnen Firmen zu enthalten. Diese Anweisung war notwendig, um die Behörde von jedem Verdacht der Beeinflussung durch einzelne Werke freizuhalten. Der Reichskommissar ist deshalb auch nicht in der Lage, bei der Vergebung der Lieferungen einen Einfluß zugunsten einzelner notleidender Werke auszuüben.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 866, Plettner und Genossen (Nr. 2204 der Drucksachen)

hat das Wort der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter:

Der Abgeordnete Koenen hat im Auftrage der **Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei** folgendes **Telegramm** versandt: (D)

> Sofort überall Massenkundgebungen gegen Gareis-Mord, Orgeschpolitik, Belagerungszustand, weiße Justiz, für Sturz Kahr-Regierung, Entwaffnung Bourgeoisie, proletarischen Selbstschutz, Freilassung politischer Gefangener.

Obiges Telegramm wurde **widerrechtlich von einigen Telegraphenämtern aufgehalten.** Diese gesetzwidrige Handlung wird durch das Haupttelegraphenamt wie folgt begründet:

> Haupttelegraphenamt.
> Nr. III/L 8014.
> Berlin, den 13. Juni 1921.
>
> Auf Grund der Vorschriften im § 1 der durch das Reichsgesetzblatt vom Jahre 1904, Nr. 28 S. 229 veröffentlichten Telegraphenverordnung vom 16. Juni 1904 sind folgende am 11. Juni von Ihnen beim Haupttelegraphenamt aufgelieferten Telegramme unterwegs bei der Beförderung aufgehalten worden:
>
> 1. Nr. 3775 an V.K.P.D. Lerchenfeldstr. 14, Halle/S.,
> 2. Nr. 3778 an Franke, Rähnitzgasse 15, Dresden,
> 3. Nr. 3780 an Klein, Borchertstr. 3/4, Königsberg,
> 4. Nr. 3781 an Marks, Linsingenstr. 31, Stettin.
>
> Die für diese Telegramme entrichteten Gebühren von zusammen 99,90 Mark werden Ihnen demnächst durch das Haupttelegraphenamt zurückgezahlt werden.
>
> gez. Kehr.
>
> Herrn Koenen, Berlin C.

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Die Beschlagnahme der Telegramme ist eine grobe **Verletzung des Art. 118 der Reichsverfassung**, der besagt:

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

Wir fragen an: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, daß die Reichsverfassung auch von den untergeordneten Reichsbehörden geachtet wird?

Ist die Reichsregierung bereit, dahin zu wirken, daß in Zukunft derartige grobe Verstöße gegen die Verfassung durch untergeordnete Behörden unter Berufung auf die Telegraphenverordnung vom Jahre 1904 verhindert werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Postrat Dr. Schneider.

Dr. **Schneider**, Postrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Nach der Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904 § 1 II sind **Privattelegramme, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt** oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles für unzulässig erachtet (B) wird, zurückzuweisen. Auf Grund dieser Bestimmung sind vier im Auftrage der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei am 11. Juni beim Haupttelegraphenamt in Berlin aufgegebene Telegramme von der Beförderung und Bestellung ausgeschlossen worden, weil nach den gemachten Erfahrungen anzunehmen war,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß durch die darin enthaltenen Aufforderungen zu Massenkundgebungen, insbesondere gegen die „weiße Justiz" und für die „Freilassung politischer Gefangener" bei der großen Erregung, die in gewissen Kreisen der Bevölkerung über die angeblich harten Strafen der außerordentlichen Gerichte herrscht, eine irregeleitete Menge zur Stürmung der Gefängnisse und zur gewaltsamen Befreiung der Gefangenen veranlaßt werden konnte. Der Inhalt der Telegramme würde daher, wenn sie die Empfänger erreicht hätten, gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstoßen haben. Die Telegramme können auch aus Rücksichten des öffentlichen Wohles nicht für zulässig erachtet werden.

Eine **Verletzung des Art. 118 der Reichsverfassung** liegt nicht vor. Die freie Meinungsäußerung, die auch nach Art. 118 nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze verfassungsmäßig geschützt ist, befreit den Benutzer der Telegrapheneinrichtungen nicht von der Pflicht, die durch die Telegraphenordnung erlassenen Bestimmungen zu beachten. Das Telegraphengesetz vom 6. April 1892 gibt im § 5 jedermann das Recht nur auf Beförderung von ordnungsmäßigen Telegrammen, das heißt solchen, die den Vorschriften der Telegraphenordnung entsprechen. Das Telegraphengesetz und die Telegraphenordnung haben nach Art. 178 Abs. 2 der Reichsverfassung ihre Gültigkeit behalten.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: (C)

Ich frage zunächst an, ob die Regierung oder die Stelle, die die Beantwortung eben erteilte, der Ansicht ist, daß der Inhalt des Telegramms gegen die Gesetze verstößt.

Ich möchte weiter wissen, ob es Regierungspraxis sein soll, daß lediglich auf Vermutungen, es könnte irgend etwas geschehen, Rechtsgrundsätze außer Kraft gesetzt werden können.

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung hat das Wort Herr Postrat Dr. Schneider.

Dr. **Schneider**, Postrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung hat mich zu weiteren Erklärungen nicht ermächtigt.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage 867, Plettner und Genossen (Nr. 2205 der Drucksachen)

hat das Wort der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter:

Auf Sylt befindet sich ein Ferienheim, das zurzeit mit Kindern der Landesversicherungsanstalt der Hansastädte belegt ist, die Sommermonate hindurch jedoch für erholungsbedürftige Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands offen steht. Dieses Jugendheim ist dadurch gefährdet, daß in unmittelbarer Nähe, an der Nordostküste der Insel Sylt, auf der Batteriestellung S. II, das ehemalige Militärbarackenlager wieder aufgebaut werden soll. Die Vorbereitungen hierzu sollen bis zur Ausschreibung der Bauarbeiten bereits getroffen und damit der Plan in das erste Stadium der Ausführung getreten sein.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß durch die geplante **Errichtung des Militärbarackenlagers** (D) der landschaftlich schönste Punkt der **Insel Sylt**, einer der besten Erholungsaufenthalte der Inselbevölkerung, zerstört würde?

Ist sich die Reichsregierung bewußt, daß durch die erfahrungsgemäß aus Militärlagern sich ergebenden Störungen der Wert des Ferienjugendheims vollkommen vernichtet würde?

Ist die Reichsregierung bereit, die eingeleiteten Maßnahmen zu inhibieren und den Bau des Militärbarackenlagers aufzuheben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Fregattenkapitän Brutzer.

Brutzer, Fregattenkapitän, Abteilungschef im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Marine hat auf dem nördlichen Teil der Insel Sylt eine Reihe von Küstenbatterien, die von der Entente als Verteidigungswerke dieser wichtigen Insel bewilligt sind. Die Marineleitung muß die Möglichkeit haben, an diesen Batterien Mannschaften auszubilden, um die Verteidigungsfähigkeit der Insel aufrecht zu erhalten. Es ist jedoch nicht geplant, Sylt dauernd mit Truppen zu belegen, sondern eine Belegung kommt nur vorübergehend für die notwendigste Ausbildungsdauer in Frage, und zwar nur für rund 200 Mann.

Von der großen Zahl der im Kriege entstandenen **Militärbarackenlager** sind die meisten abgebaut und die Baracken an anderen Stellen im Interesse der Gesamtheit zur Linderung der Wohnungsnot verwertet. Die drei noch vorhandenen Barackenlager und zwar die Lager Klapholtal, Vogelkoje und Pontsklint sind von der Militärverwaltung für Zwecke der Volksgesundheit als Kinder- und Erholungsheime abgegeben. Dafür stehen jetzt der Marine-

(**Brutzer**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) leitung zur Unterbringung von Batteriebesatzungen nur Baracken der ehemaligen Marineflugstation in List zur Verfügung.

Für die wichtigste Batterie S II — eine Batterie schwerer Geschütze — kommt jedoch wegen der großen Entfernung von dieser Station — über sechs Kilometer bei schlechtem, ermüdendem Weg — die Unterbringung der Besatzung nicht in List selbst in Frage, sondern es müssen dazu einige Baracken der ehemaligen Flugstation zur Batterie selbst verlegt werden, da sich sonst eine Ausbildung nicht durchführen läßt.

Diese recht kleinen Baracken zur Unterbringung von im ganzen 140 Köpfen werden auf den unmittelbar bei der Batterie von abgebauten Baracken her noch vorhandenen Betonfundamenten errichtet werden und werden dort zwischen den Dünen so versteckt liegen, daß eine Störung des Landschaftsbildes nicht in Frage kommt. Auch jede Störung des Publikums, das natürlich das engste Batteriegelände aus militärischen Gründen ohnehin nicht als Erholungsstätte benutzen kann, soll vermieden werden. Vor allem ist in keiner Weise daran gedacht, das Wäldchen südlich der Batterie oder die sonstige Umgebung irgendwie den Erholungsuchenden zu verschließen.

Eine Belegung dieser wenigen Batteriebaracken — von einem Militärbarackenlager kann keine Rede sein — wird in jedem Jahre für ein bis zwei Monate in Frage kommen, und zwar außerhalb der eigentlichen Badesaison. Eine **Störung der** auf diesem Teil der Insel liegenden **Erholungsheime** — der erwähnten ehemaligen Militärbarackenlager Klapholtal und Vogelkoje — ist nicht zu befürchten, da die Batteriebaracken, durch hohe Dünen getrennt, von ersterem 600, von letzterem 1200 Meter entfernt liegen. Wenn im übrigen von verschiedenen Seiten Bedenken geäußert sind, daß durch die Truppe an sich Belästigungen des Publikums zu erwarten seien, so

(B) müssen diese Angriffe auf die Disziplin der in Frage kommenden Marinetruppen durchaus zurückgewiesen werden. Die Erfahrungen auf anderen Inseln, wo ursprünglich ähnliche Befürchtungen bestanden, haben ergeben, daß sich zwischen Truppe und Bevölkerung bald das allerbeste Einvernehmen eingestellt hat.

Die erwähnte Verlegung der Baracken nach der Batterie S II soll nach Möglichkeit in diesem Jahre durchgeführt werden, so daß die Benutzung mit dem nächsten Jahre beginnen kann.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 869, Dr. Maretzky und Genossen
(Nr. 2207 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky.

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter:

Nach Zeitungsmeldungen hat das **Auswärtige Amt** auf Veranlassung der französischen Regierung die Filmprüfungsstelle ersucht, die **Filme „Die schwarze Schmach"** und **„Abenteuer eines Fremdenlegionärs"** zu verbieten.

Dieses Vorgehen des Auswärtigen Amts muß außerordentlich befremden. Einmal besteht ein dringender und im höchsten Maß berechtigter Anlaß, eine planmäßige Aufklärung gegen die Belassung farbiger Besatzungstruppen und gegen die Anwerbung zur Fremdenlegion in Deutschland zu betreiben. Andererseits aber werden **in Frankreich** so schamlos **gegen Deutschland hetzende Bilder** gezeigt, daß es unbedingt notwendig ist, die französische Regierung darauf hinzuweisen, daß sie vor allem Sorge dafür tragen müsse, derartige Vorführungen in Frankreich zu verbieten. Es ist zum Beispiel erst neuerdings wieder festgestellt worden, daß in Pariser Lichtbildtheatern bunt ausgeführte, zu diesem Zweck abgeänderte, (C) vergrößerte, angebliche Photographien gezeigt werden, durch die dargestellt wird, wie anscheinend deutsche Landwehrleute wehrlose Zivilpersonen in einer unbeschreiblich grausamen Weise martern und mißhandeln, und wie bei solchen entsetzlichen Vorgängen der ehemalige deutsche Kaiser anscheinend belustigt zusieht.

Wir fragen an, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um Frankreich zur Unterdrückung derartiger volksverhetzender und erbärmlicher Lügendarstellungen zu veranlassen, und um auf der anderen Seite sich das Recht einer Propaganda gegen die entwürdigende und rassenverderbliche Besatzung durch farbige Truppen und gegen das gemeingefährliche Treiben der Fremdenlegionswerber zu wahren?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Generalkonsul Moraht.

Moraht, Generalkonsul, Dirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Es ist richtig, daß sich der hiesige **französische Botschafter beim Auswärtigen Amt** über die **Aufführung der beiden Filme** „Die Schwarze Schmach" und „Die Flucht aus dem Heere der Heimatlosen" beschwert hat,

(hört! hört! rechts)

und daß das Auswärtige Amt in Verfolg dieser Beschwerden Schritte getan hat, um eine Nachprüfung der Bildstreifen auf Grund des § 4 des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 durch die Oberprüfstelle zu erwirken. Die Entscheidung der Oberprüfstelle steht noch aus.

Die Reichsregierung konnte die Beschwerden des französischen Botschafters um so weniger unberücksichtigt lassen, als das Auswärtige Amt sich ständig dafür ein- (D) setzt, daß die auswärtigen Regierungen gegen die Aufführung Deutschland herabsetzender Filme Maßnahmen ergreifen. Was die in der Anfrage näher bezeichneten **Vorführungen in Pariser Lichtspieltheatern** angeht, so wird selbstverständlich das Auswärtige Amt, falls die bereits eingeleiteten Ermittlungen die Nachricht über die Aufführung bestätigen sollten, die Deutsche Botschaft in Paris mit entsprechender Weisung versehen.

Die Reichsregierung wird sich im übrigen niemals des Rechtes begeben, die Öffentlichkeit im In- und Ausland über Maßnahmen anderer Regierungen, die wir als unberechtigt oder entwürdigend ansehen, in angemessener Weise aufzuklären.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky.

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um zu veranlassen, daß die französische Regierung derartige Wünsche der deutschen Regierung ebenso schnell befolgt, wie das die deutsche Regierung der französischen Regierung gegenüber getan hat?

Präsident: Wird das Wort zur Beantwortung noch gewünscht? — Das Wort hat der Herr Generalkonsul Moraht.

Moraht, Generalkonsul, Dirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Wir können darauf natürlich nichts weiter tun, als daß wir den Botschafter in Paris anweisen, auf gleich prompte Maßnahmen zu dringen. Dies wird selbstverständlich geschehen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Nur ein bißchen langsam! — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort zur Verlesung der Anfrage Nr. 870, Lind (Nr. 2212 der Drucksachen) hat der Herr Abgeordnete Lind.

Lind, Abgeordneter:

Durch neuerliche Maßnahmen des Herrn Reichspostministers sind dem **platten Lande** die **Sonntagsbestellungen** entzogen worden. Auch die **öffentlichen Fernsprechstellen** sind im Sonntagsverkehr eingeschränkt worden.

Durch diese Maßnahmen werden die Landorte schwer geschädigt. Postsachen, die Samstag nachmittags eingehen, bleiben 48 Stunden liegen.

Ist die Reichsregierung bereit, diese Mißstände abzustellen und die Sonntagsbestellung sowie den Fernsprechverkehr sonntags in bestimmten Stunden wieder einzuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Schracke.

Schracke, Ministerialrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Daß dem platten Lande durch neuerliche Maßnahmen des Reichspostministers die Sonntagsbestellungen entzogen seien, trifft nicht zu.

(Oho! rechts)

Sonntagsbestellung findet vielmehr nach wie vor statt. Es sind aber seit Beginn des Jahres 1920 **Einschränkungen** in diesem Dienstzweige vorgenommen worden. In der Vorkriegszeit spielte die Kostenfrage nicht eine so bedeutende Rolle wie jetzt und die Sonntagsbestellung war ziemlich ausgebreitet. Nur in Landorten von ganz geringfügiger Bedeutung ruhte sie. Unter dem Druck der schlechten Finanzlage des Reichs, die die Beseitigung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben dringend erfordert, (B) hat auch der Sonntagsbestelldienst nach dem Lande einer Prüfung daraufhin unterzogen werden müssen, ob er nicht teilweise über das Bedürfnis hinausgeht. Gemäß einer nach dieser Richtung hin im Februar 1920 erlassenen Anordnung des Ministeriums haben die Ober-Postdirektionen in einer Anzahl weniger bedeutender Landorte die Bestellung ausfallen lassen, wobei indessen in jedem Einzelfalle eingehend geprüft worden ist, ob die Aufhebung nach Lage der örtlichen Verhältnisse ohne Verletzung wesentlicher Interessen der Bevölkerung angängig war. Die Ober-Postdirektionen werden aber nochmals darauf hingewiesen werden, bei ihren einschlägigen Maßnahmen nicht lediglich die Kostenfrage entscheidend sein zu lassen, sondern überall da, wo das wirtschaftliche Interesse der Landbevölkerung es erfordert, mit Einschränkungen zurückzuhalten, nötigenfalls auch da, wo die Verhältnisse sich wesentlich ändern, Sonntagsbestellung wieder einzurichten. Wegen **Festsetzung der Dienststunden im Fernsprechbetriebe an Sonn- und allgemeinen Feiertagen** sind Ende 1919 folgende Grundsätze aufgestellt worden, die es ermöglichen, einerseits die Sonntagsruhe des Personals zu verbessern, ohne den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung zu nahe zu treten, andererseits vermeidbare Ausgaben für entbehrliche Dienstleistungen zu ersparen:

Der Fernsprechdienst wird vormittags und mittags in dem früheren Umfang aufrechterhalten; dagegen ist es den Ober-Postdirektionen überlassen, die Nachmittagsdienststunden (5 bis 7 oder 5 bis 6) nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu beschränken oder aufzuheben. Bei der Festsetzung haben sich die Ober-Postdirektionen auch nach den Verhältnissen in den Nachbarbezirken zu richten. Namentlich soll nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß die in denselben Leitungen liegenden oder in engen Verkehrsbeziehungen zueinanderstehenden Anstalten tunlichst die gleichen Dienststunden innehalten. Nach diesen Grundsätzen sind die Verkehrsverhältnisse unter Mitwirkung der (C) örtlichen Dienststellen bei allen Verkehrsanstalten geprüft und die Sonntagsdienststunden neu festgesetzt worden. Soweit Beschwerden dagegen erhoben worden sind, was nur in geringem Maße der Fall war, ist eine Nachprüfung und im Bedarfsfalle eine Änderung veranlaßt worden. Neuerdings haben sich durch unterschiedliche Festsetzung der Mittagsdienststunden auch im Fernsprechverkehr zwischen entfernteren Ober-Postdirektions-Bezirken gelegentliche Schwierigkeiten ergeben. Es wird daher zurzeit erwogen, diese Dienststunden für alle Anstalten im Deutschen Reich möglichst gleichmäßig festzusetzen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Lind.

Lind, Abgeordneter:

Wie kommt es, daß die **Oberpostdirektion Cassel** ganz allgemein am 1. Mai 1921 **in sämtlichen Landorten die Sonntagsbestellung eingestellt** hat? Und wie kommt es, daß die Oberpostdirektion und auch die in Frage kommenden Postdirektionen sich in ihren Bescheiden auf Beschwerden darauf berufen, daß sie durch ministerielle Anordnung zu diesen Handlungen veranlaßt seien?

Ich frage die Regierung von neuem: was gedenkt sie zu tun, um diese Oberpostdirektion anzuweisen, daß die Sonntagsbestellungen, die bisher in jeder Beziehung bestanden haben, wieder eingeführt werden?

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialrat Schracke.

Schracke, Ministerialrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Frage läßt sich ohne Einholung von Berichten der beteiligten Oberpostdirektion (D) nicht beantworten.

Präsident: Damit ist auch die letzte Anfrage erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich (Nr. 2235 der Drucksachen).

In der Vorlage befindet sich ein Druckfehler. Auf Seite 16 Zeile 7 von unten muß es statt „Altenburg" heißen „Allenburg".

Meine Damen und Herren! Es ist mir gesagt worden, daß eine Vorberatung dieses Staatsvertrags im Volkswirtschaftlichen Ausschuß angebracht sei. Ich würde das vorschlagen, wenn kein anderer Vorschlag gemacht wird. — Das Haus scheint damit einverstanden zu sein; die Überweisung an den 5. Ausschuß ist beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit (Nr. 2053 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) Nr. 2272 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Herzfeld.

Ich eröffne die Beratung über § 1. — Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht. — Ich kann § 1 für angenommen erklären. § 2 — desgleichen, ebenso § 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, wo ich den Ausschußvorschlag wohl ohne Ab-

(Präsident.)

(A) stimmung als angenommen betrachten kann, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — Einleitung und Überschrift. —

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir den Gesetzentwurf auch gleich in der

dritten Lesung

erledigen. — Ich höre keinen solchen und eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung der einzelnen Paragraphen ein.

Ich rufe auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11 nach dem Beschluß zweiter Lesung, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Er ist angenommen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 2157 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses Nr. 2274 der Drucksachen.

Berichterstatter Abgeordneter Löffler.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsfinanzministerium:
Ministerialdirektor Denhard,
Ministerialrat Ludowieg;

vom Reichswirtschaftsministerium:
Ministerialrat Kralik,
Ministerialrat Susat;

(B) vom Reichskommissar für Kohlenverteilung:
Geheimer Regierungsrat Stutz,
Geheimer Regierungsrat Brecht.

Ich eröffne die Beratung über Art. I. Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Löffler.

Löffler, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Das Kohlensteuergesetz vom 8. April 1917 einschließlich der später erfolgten Verlängerung tritt am Ende dieses Monats, falls keine Verlängerung eintritt, außer Wirksamkeit. Die Regierung hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes unterbreitet, und der Reichstag hat diesen Entwurf dem Steuerausschuß überwiesen.

Der Steuerausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 21. Juni mit dieser Angelegenheit befaßt. Er hat dem Art. I der Regierungsvorlage, die Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1922 zu verlängern, zugestimmt.

Art. II der Regierungsvorlage enthält eine neue Bestimmung. Sie lautet folgendermaßen:

> Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats **für einzelne Bergbaubezirke und einzelne Brennstoffsorten** die **Kohlensteuer** zu ermäßigen. Die **Ermäßigung** muß durch eine Erhöhung des allgemeinen Steuersatzes ausgeglichen werden. Die danach festzusetzende Höhe des Steuersatzes bestimmt gleichfalls der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats.

Der Steuerausschuß hat einstimmig beschlossen, die beiden letzten Sätze des Art. II zu streichen, den Art. II also nur insoweit anzunehmen, als er die Möglichkeit der Ermäßigung der Kohlensteuer für einzelne Bergwerksbezirke (C) und Kohlensorten ausspricht. Diese Neuerung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Einzelne Bergwerksbezirke haben jetzt schon über Absatzschwierigkeiten zu klagen, und auch bei einzelnen Kohlensorten machen sich Absatzschwierigkeiten bemerkbar, sodaß, um den Absatz fernerhin zu fördern, eine Herabsetzung der Steuern geboten erscheint.

Es kommt hier besonders in Betracht, daß es sich um Bergwerksbezirke handelt, in denen die Gestehungskosten infolge ungünstiger Gewinnung enorm hoch sind. Weil die Kohlensteuer prozentual erhoben wird, haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß dort, wo die Gestehungskosten am höchsten sind, auch die allerhöchste Kohlensteuer gezahlt werden muß. Auf die Dauer ist das ein unhaltbarer Zustand. Es wird ja überhaupt für die Zukunft notwendig sein, hierin Änderungen zu schaffen. Die kohlenwirtschaftlichen Organisationen haben sich mit dieser Angelegenheit schon eingehend befaßt und werden zu gegebener Zeit dementsprechende Vorschläge machen.

Art. III besagt:

> Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1921 in Kraft.

Ich habe Sie namens des Steuerausschusses zu bitten, dieser von mir erläuterten Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ryssel.

Ryssel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe Sie im Auftrage meiner Fraktion zu bitten, dem Antrag auf Nr. 2298 zuzustimmen, der besagt, den Art. I abzulehnen. Die Begründung ist sehr leicht, da gerade das **Kohlensteuergesetz das unsozialste Gesetz,** eine **indirekte Steuer** ist, die nicht nach dem Besitzstand des einzelnen fragt und die Ärmsten der Armen am meisten belastet. Meine Fraktion hat bei allen Beratungen des (D) Kohlensteuergesetzes dagegen gestimmt, und wir können einer Verlängerung auch bis zum März nächsten Jahres nicht zustimmen.

Ganz besonders müssen wir darauf hinweisen, daß bereits am 30. Juli 1920 eine Resolution angenommen worden ist, die die Regierung auffordert, eine Vorlage zu machen über die **Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.** Ein Jahr ist vergangen, und die Regierung hat dieser Resolution bisher keine Folge gegeben. Wir fragen die Regierung, aus welchen Gründen dieser Willensmeinung des Reichstags nicht Folge gegeben worden ist. Wir haben die Angelegenheit auch im Ausschuß berührt. Da war es der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich, der erklärte, die Frage sei indiskutabel. Von anderer Seite wurde betont, daß in den zehn Tagen, die uns bis zum Ablauf der Frist noch zur Verfügung ständen, die Sozialisierung nicht durchzuführen sei. Die Regierung trifft die Verantwortung dafür, daß weitere Vorarbeiten bisher nicht geleistet worden sind.

Daß durch die Verlängerung des Gesetzes, wie sie die Mehrheit des Ausschusses plant, die Lebenshaltung der ärmeren Schichten noch weiter herabgedrückt wird, steht in sicherer Aussicht, da eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises bevorsteht. Bei den früheren Beratungen ist von unserer Fraktion aus beantragt worden, die Kohlensteuer nach einem Preis per Tonne festzusetzen. Unsere Anträge sind abgelehnt worden. Durch die ständige Steigerung des Kohlenpreises wird auch die Steuer ständig erhöht und die Belastung der ärmeren Volksschichten vergrößert.

Was ist denn die Folge der ununterbrochenen Belastung der Lebensmöglichkeiten des Volkes, ganz besonders bei der Kohle? Unsere Anträge, die **Hausbrandkohle steuerfrei** zu lassen, sind abgelehnt worden. Dazu

(**Ryssel**, Abgeordneter.)

(A) kommen noch Manipulationen von verschiedenen Stellen aus, die die zugesicherte Hausbrandkohle nicht einmal liefern. Die Folge war im letzten Winter, daß große Kreise der Bevölkerung überhaupt keine Kohle zu kaufen bekamen, anderenteils auch nicht die Mittel hatten, sie zu kaufen. Dadurch ist die Kriminalität sehr erhöht worden. Große Teile der Waldbestände sind abgeschlagen worden; eine Folge der ungeheuren Überteuerung der Kohle.

Mit dem Weiterbestehen des Gesetzes und einer weiteren Verteuerung der Kohle würden diese Begleitumstände sicher wieder zu erwarten sein. Der Finanzminister Wirth hat bereits voriges Jahr darauf hingewiesen, daß die Beibehaltung der jetzigen Kohlenwirtschaft uns unmöglich in die Lage versetzen kann, die Bedingungen von Spa zu erfüllen. Die Ausschaltung der Zwischenhandelsgewinne müsse herbeigeführt werden. Aber augenblicklich, erklärte der Finanzminister Wirth, sei das nicht möglich, man solle nur noch ein Jahr warten. Das Jahr ist vorüber, trotzdem ist keine Vorarbeit durch die Regierung geleistet worden, um die jetzige Kohlenwirtschaft umzuwandeln. Die Regierung ist der ausübende Faktor der herrschenden Klasse. Die herrschende Klasse stemmt sich gegen jede Sozialisierung. Bezeichnend war es auch, daß es ein demokratischer Vertreter war, der im Ausschuß erklärte, daß an die Sozialisierung jetzt nicht zu denken sei. Vor der Wahl zur Nationalversammlung vertraten auch die Demokraten den Standpunkt, daß die dazu reifen Betriebe sozialisiert werden müßten. Heute wollen sie nichts mehr davon wissen, weil die Interessenten sich gegen jede Sozialisierung ausgesprochen haben.

Am 3. Dezember 1920 hat die Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Der **Deutsche Industrie- und Handelstag** erklärt sich entschieden **gegen die Vorschläge der Sozialisierungskommission** und ähnliche Vor-
(B) schläge, die für den **Kohlenbergbau** zu einer bürokratischen Zentralisation der Verwaltung, einer Abwälzung der Verantwortung auf eine korporative Zentralstelle und einem Absterben der Initiative und der Verantwortungsfreudigkeit bei den Werksleitungen führt."

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich weiß nicht, ob dieser Beschluß mit dazu beigetragen hat, daß die frühere Regierung dem Willensausdruck des Reichstags nicht stattgegeben hat, und aus dem Grunde fragen wir die heutige Regierung, ob und wann sie gewillt ist, diesem bereits im Juli 1920 gefaßten Beschlusse nachzukommen.

Es ist nicht nur unsere Fraktion, es ist die große Masse der werktätigen Bevölkerung, die die Notwendigkeit der Umwandlung der heutigen Kohlenwirtschaft anerkannt hat. Die Gewerkschaften haben sich einmütig auf diesem Standpunkt gestellt, währenddem von anderer Seite in dem Gutachten der Siebener-Kommission von einer Sozialisierung abgeraten wird und als Aushilfsmittel, um vielleicht die Arbeitsfreudigkeit zu fördern, die Kleinaktie empfohlen wird. Die Arbeiterschaft will von diesem Palliativmittel nichts wissen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und nicht nur die Arbeiterschaft. Es ist ganz interessant, daß auch in jenen Kreisen, die uns politisch nicht nahe stehen, die der Arbeiterschaft mit einem gewissen Mißtrauen begegnen, die Notwendigkeit der Umwandlung der Kohlenwirtschaft ganz besonders betont wird.

In dem uns hier im Reichstag übermittelten Heft der **„Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung"** Nr. 29 vom Dezember 1920 schreibt der Universitätsprofessor Dr. **Brieß-Freiburg zur Sozialisierungsfrage:**

> Die Überzeugung ist heute allgemein, daß es bei dem bisherigen Zustand der Dinge nicht verbleiben kann.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Preis- und Dividendenpolitik der großen (C)
> Interessenverbände, die Lohn- und Leistungspolitik der Arbeiter und daneben die einfache Erwägung, daß die Bestimmung über den wichtigsten Grundstoff unseres Lebens nicht rein privatwirtschaftlicher Entscheidung überlassen bleiben kann, sind durchschlagende Gesichtspunkte, die Beachtung verlangen.
>
> Hier wurzelt das Verbraucherinteresse und der gesamte Umkreis sozialpolitischer Erwägung, hier wurzelt das fiskalische Interesse.
>
> Es gehört die ganze altliberale Verranntheit dazu, anzunehmen, daß die private Auswertung des Kapitals auch immer die volkswirtschaftlich beste sei, daß die zufällige Form der kapitalistischen Arbeitsverfassung das Lohnsystem mit seinen spezifischen Erscheinungen, die schlechthin einzig mögliche sei.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und gegenüber dem Vorschlage des Siebener-Ausschusses, der sich gegen die Sozialisierung und für die Kleinaktie ausspricht, steht in demselben Aufsatz zu lesen:

> Aber die in Aussicht genommene Kleinaktie liegt auf einem völlig falschen Gleise, sie bedeutet die Verewigung der Monopolstellung der Kohle

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> und einer Allianz zwischen Kohlenkapital und Belegschaft auf dem Rücken des Konsumenten, wenigstens liegt die Möglichkeit dazu vor. Deshalb begrüße ich, daß große Teile der Arbeiterschaft den Vorschlag abgelehnt haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sehen hier, daß nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern auch in Kreisen, die der Arbeiterschaft nicht nahestehen, die Notwendigkeit der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft zugestanden wird. (D)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun ist im Juli 1920 der Antrag gestellt worden, die Regierung solle das Gutachten der Sozialisierungskommission einfordern und daraufhin dem Reichstag eine Vorlage machen. Ich habe bereits erwähnt, daß von der alten Regierung nichts unternommen worden ist. Aber die neue Regierung, in der der Finanzminister Dr. Wirth nun Reichskanzler ist, kann unmöglich an dem Standpunkt vorbeigehen, den der jetzige Reichskanzler als Finanzminister eingenommen hat.

Außerdem liegt auch ein Antrag Aderhold und Genossen auf Nr. 700 dem Reichstag vor, und zwar seit dem 20. Oktober 1920, ein Antrag, der einen detaillierten Gesetzentwurf über die Kohlenwirtschaft enthält. Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, die Frage restlos so geklärt zu haben, wie sie einstmals geklärt werden muß. Wir wissen, daß wir den sozialistischen Grundsatz nicht vollständig durchgeführt haben. Wir kennen die Schwierigkeiten, die ihm jetzt entgegenstehen. Aber dieser Antrag bietet die Möglichkeit, den Anfang zu machen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir bedauern, daß der Reichstag seit dem 20. Oktober 1920 noch keine Zeit gefunden hat, die Besprechung dieses Antrags auf die Tagesordnung zu setzen. Im Interesse der großen Masse der Bevölkerung ist es notwendig, die Frage sobald als möglich zu klären, und wenn wir heute beantragen, den § 1 des Gesetzes abzulehnen, so wollen wir dadurch die Regierung veranlassen, die Frage der Sozialisierung zu beschleunigen, die Vorarbeiten zu erledigen und zu unserem Antrag Stellung zu nehmen. Wir werden dann unsere Stellung zu den Vorschlägen, die die Regierung bringt, zu präzisieren haben. Ich bitte Sie also nochmals, unseren Antrag anzunehmen.

(Rysel, Abgeordneter.)

(A) Im Falle, daß der Antrag nicht angenommen wird, werden wir dem Ausschußantrag zustimmen, weil er entgegen der Regierungsvorlage eine Abschwächung der Steuer bedeutet. Die Regierung plante ja, den Steuernachlaß einzelner Bezirke durch eine Steuererhöhung bei anderen Bezirken wieder wettzumachen. Die beiden Sätze sind gestrichen worden, und deshalb werden meine Freunde dem Ausschußantrag zustimmen, sobald unser Antrag abgelehnt worden ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löffler.

Löffler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Daß das **Kohlensteuergesetz** kein ideales Steuergesetz ist, darüber sind wir uns klar, nicht nur weil es ein indirektes Steuergesetz ist, sondern weil es auch **in der Art der Erhebung** ungemeine **Härten** enthält. Diese Härten entstehen dadurch, daß die Steuer gleichmäßig vom Verkaufswert der Kohle erhoben wird. Die westfälische Steinkohle ist je Absatztonne mit zwei Lohnschichten belastet, die niederschlesische mit drei Lohnschichten. In Niederschlesien ist also die Belastung um ein Drittel höher, die Verkaufspreise sind in gleicher Weise höher, und dafür muß dann auch eine erhöhte Steuer gezahlt werden. Daß das eine Ungerechtigkeit ist, die beseitigt werden muß, darüber sind wir uns klar. Die Steuerkommission der kohlenwirtschaftlichen Organisationen hat auch in diesem Sinne schon gewirkt. Sie hat in einer Sitzung vom 21. April 1921 beschlossen zu prüfen, ob nach der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine dauernde Abänderung des Kohlensteuergesetzes und welche geboten erscheint. Die Prüfung soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Es wird also angestrebt, die Art der Erhebung der Kohlensteuer anders zu gestalten, die Ungerechtigkeiten, die darin enthalten sind, zu beseitigen. Die Herren Antragsteller werden sich auch
(B) klar darüber sein, daß es jetzt nicht möglich ist, ein Steuergesetz zu beseitigen, das dem Reiche jährlich $5^3/_4$ Milliarden Mark Einnahmen gewährleistet. Angesichts der ungeheueren Lasten, die das Reich mit der Unterzeichnung des Ultimatums übernommen hat, ist es nicht angängig, jetzt dieses Steuergesetz zu beseitigen. Die Herren Antragsteller haben selbst mit für die Annahme des Ultimatums gestimmt und haben damit gewissermaßen die Pflicht mit übernommen, für seine Erfüllung zu sorgen. Wenn das Kohlensteuergesetz dem Antrag entsprechend jetzt fallen würde, würde es unmöglich sein, die Lasten, die da gefordert werden, aufzubringen. Wir beantragen, daß über den Antrag der Antragsteller getrennt abgestimmt wird. Wir werden den ersten Teil des Antrags ablehnen, dem zweiten Teil zustimmen. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß es längst Pflicht der **Reichsregierung** gewesen wäre, in der Frage der **Sozialisierung des Bergbaues** Schritte zu unternehmen. Dreimal hat die Reichsregierung von dieser Stelle aus bindende Erklärungen abgegeben, nicht einmal hat sie einen entscheidenden Schritt gewagt. Es muß entschieden verurteilt werden, daß die Frage der Sozialisierung im Reichswirtschaftsrat anscheinend vergraben worden ist. Man hat einen nicht verfassungsmäßigen Weg eingeschlagen. Die Regierung ist verpflichtet, ein Gesetz vorzulegen und dann den Reichswirtschaftsrat darüber zu hören. Anstatt dessen hört man den Reichswirtschaftsrat zuvor, ehe ein Gesetz vorliegt. Also wir werden dem zweiten Teil des Antrags zustimmen in der Erwartung, daß die Regierung bereit ist, ihre früher gegebene Zusage bald zu erfüllen und einen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu Art. I liegen nicht vor, wir kommen zur Abstimmung, und zwar, da die Streichung des Art. I beantragt ist, bitte ich die- (C)
jenigen, welche dem Art. I des Gesetzes zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Art. II in der Ausschußfassung erkläre ich ebenfalls für angenommen, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Bei Art. III liegt ein Antrag Pohlmann, Keil, Dr. Becker (Hessen), Herold vor, den Wortlaut etwas zu zu verändern. Er lautet: „Dieses Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft". Es wird beantragt zu sagen: „mit Wirkung vom 1. Juli in Kraft".

Wer mit dieser Abänderung dem Art. III zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Artikel ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Wenn sich kein Widerspruch erhebt, können wir auch die dritte Lesung des Gesetzes vornehmen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Es liegt noch eine Entschließung Frau Agnes und Genossen vor auf Drucksache 2298, die Reichsregierung zu ersuchen:

dem Reichstag Vorschläge über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels zu unterbreiten.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Die Gegenprobe erfolgt.)

Das Bureau ist zweifelhaft, wir müssen auszählen.

Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, den Saal durch die Tür rechts von mir, die ihn ablehnen wollen, durch die Tür links von mir wieder betreten. (D)

Den Herrn Abgeordneten Hildenbrand bitte ich, als stellvertretender Schriftführer zu fungieren.

(Die Abgeordneten verlassen den Saal.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht. — Glocke.)

Die Abstimmung beginnt; ich bitte den Eintritt zu bewirken.

(Der Wiedereintritt der Mitglieder und die Zählung erfolgt.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Graef** (Thüringen): Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Hildenbrand:** Ja!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:** Ja!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Es sind abgegeben 99 Stimmen Ja, 122 Nein. Das Haus ist nicht beschlußfähig, wir müssen abbrechen.

Ich berufe die nächste Sitzung ein auf $2^3/_4$ Uhr mit der Tagesordnung:

Dritte Lesung des Kohlensteuergesetzes

und

Rest der heutigen Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 35 Minuten.)

(A)

123. Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 48 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht aus.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 2157 der Drucksachen).

Die strittige Abstimmung über die Entschließung wird ausgesetzt.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

In der allgemeinen Aussprache hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Entschließung, über die vorhin abgestimmt ist, möchte ich im Namen meiner Fraktion zurückziehen,

(aha! bei der Deutschen Volkspartei)

und zwar aus folgenden Gründen. In der Sitzung vom **30. Juli 1920** ist nämlich bereits über folgende **Entschließung** abgestimmt worden:

a) die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung Gutachten der Sozialisierungskommission, des Reichskohlenrats und des Reichswirtschaftsrats über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues herbeizuführen,

b) nach Eingang der Gutachten unverzüglich dem Reichstage eine Vorlage über die Neuregelung der Kohlenwirtschaft zu unterbreiten.

(B)

Das Stenogramm über diese Sitzung weist dann aus, daß der Präsident über diese Entschließung hat abstimmen lassen und festgestellt hat: „Das ist die Mehrheit; die Entschließung des Ausschusses ist einstimmig angenommen."

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei dieser Sachlage und in Anbetracht der Tatsache, daß wir die Zeit des Hauses nicht mit einer langen Sozialisierungsdebatte in Anspruch nehmen wollen,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sehr nett!)

ist es zweckmäßiger, Sie (nach rechts), meine Herren, an diese Entschließung zu erinnern, die Sie vor einem Jahre angenommen haben, und die jetzt noch rechtsgültig ist.

(Lachen und Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir treten in die besondere Beratung ein.

Ich eröffne die Beratung über Art. I, — schließe sie und bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Art. I des Gesetzentwurfs ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf Art. II, — Art. III in der in zweiter Lesung abgeänderten Fassung, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Die Entschließung auf 2298 ist zurückgezogen.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: (C)

Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof (Nr. 713, 1592 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung Nr. 2287 der Drucksachen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Herzfeld.

Dr. **Herzfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dieses **Gesetz über den Staatsgerichtshof** ist ein abermaliger **Sieg der Reaktion** in Deutschland. Der Kampf in der Kommission und hier im Reichstag ging darum, wie dieser Staatsgerichtshof zusammengesetzt sein soll in den Fällen des § 2, wo er politisch auftritt, wo es sich also darum handelt, zu verhandeln und zu entscheiden über Anklagen des Reichstags gegen Reichspräsidenten, Reichskanzler und Reichsminister wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes.

Meine Herren und Damen! Die Rechte und das Zentrum wünschen die Richter der obersten Gerichtshöfe als Mitglieder und den Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs. Sie wünschen den Reichstag möglichst auszuschalten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Rechte hat auch hier gesiegt.

(Zuruf rechts: Die siegt immer! — Heiterkeit.)

— Hier hat sie gesiegt, wie sie sehen!

Der § 3 des Entwurfs lautet:

> In den Fällen des § 2 besteht der Staatsgerichtshof aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden und je einem Mitgliede des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, des Bayerischen obersten Landesgerichts und des Hanseatischen Oberlandesgerichts, einem deutschen Rechtsanwalt und zehn weiteren Beisitzern. Die Mitglieder der drei genannten Gerichte werden nebst den Stellvertretern vom Präsidium ihres Gerichts für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu diesem Gericht, der Rechtsanwalt für die Dauer seiner Zugehörigkeit zur deutschen Anwaltschaft vom Vorstande der Anwaltskammer beim Reichsgericht gewählt.

(D)

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Lebenslänglich!)

> Die weiteren zehn Beisitzer werden nebst den Stellvertretern je zur Hälfte vom Reichstag und vom Reichsrat gewählt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, der Reichstag hat nur ein Drittel der 15 Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu wählen, und es steht nicht einmal in diesem Gesetz, daß er sie aus der Zahl seiner Mitglieder zu wählen hat, sondern er kann wählen, wen er will, er kann sie nehmen, woher er will. Er kann also wiederum auch Richter oder sonstige Personen, die ihm genehm sind, zu Richtern im Staatsgerichtshof wählen.

Was ist nun aber der **Gedanke des Staatsgerichtshofs?** Der Gedanke des Staatsgerichtshofs stammt aus jener Zeit her, als die Regierung ein Instrument des Monarchen, und als der Monarch dem Parlament gegenüber unverantwortlich war. Der Staatsgerichtshof sollte sein und war ein Machtinstrument des Parlaments gegenüber der Macht des Monarchen, gegenüber der Macht der Regierung. Zu jener Zeit war es das Selbstverständlichste, daß dieses Instrument auch aus den Mitgliedern des Parlaments gebildet wurde, in dessen Hand der Staatsgerichtshof ein Machtinstrument sein sollte. In England, wo der Staatsgerichtshof zuerst fungierte, war es selbstverständlich —

(Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter.)

(A) ist es übrigens bis auf den heutigen Tag selbstverständlich —, daß die Mitglieder des Parlaments die Richter des Staatsgerichtshofs stellen.

Wie liegen die Dinge jetzt? Wie liegen sie in Deutschland? Die Minister sind nicht mehr Instrumente des Monarchen, den wir nicht mehr haben, sondern sind Instrumente des Parlaments. Der Reichspräsident ist tatsächlich ein Instrument der Regierung, welche wiederum vom Parlament abhängt.

Nun sagt die Reichsverfassung und ebenso dieses Gesetz, daß dieser **Staatsgerichtshof** wegen schuldhafter **Verletzungen der Reichsverfassung durch den Reichspräsidenten und die Reichsminister,** übrigens auch durch die Landespräsidenten und Landesminister, wenn es durch die Landesgesetzgebung so bestimmt ist, nach Anklage durch den Reichstag entscheiden soll, ob der Präsident oder die Minister dieser schuldhaften Verletzung schuldig sind oder nicht. Ein solche Anklage kann selbstverständlich nur erfolgen, nachdem das Mißtrauensvotum gegenüber den Ministern im Reichstage oder in den Landtagen ausgesprochen worden ist; denn dieses schwere Geschütz der Anklage ist nur möglich, wenn die allergrößte Diskrepanz zwischen den Ministern, dem Präsidenten und dem Parlament vorhanden ist. Die Verfassung selbst sagt ja, daß für die Erhebung der Anklage zwei Drittel des Reichstags anwesend sein und von diesen zwei Dritteln wiederum zwei Drittel für die Anklage stimmen muß. Wann kann dieser Beschluß überhaupt zustandekommen? Nur dann, wenn diese Verletzung der Verfassung oder der Gesetze von allergrößter politischer Bedeutung ist, nur bei den allerschwersten Fällen, d. h. also, wenn der offene Konflikt zwischen dem Parlament, den Ministern und dem Reichspräsidenten ausgebrochen ist.

In diesen Fällen soll also nachträglich dieser Staatsgerichtshof entscheiden. Das Parlament hat mit Zwei-

(B) drittelmehrheit entschieden, daß die Minister zurücktreten müssen, hat mit Zweidrittelmehrheit entschieden, daß eine schwere Verletzung der Verfassung oder der Reichsgesetze vorliegt. Nun stellen Sie sich vor, daß dieser Staatsgerichtshof, in dem das Parlament die Minderheit hat, anders entscheidet! Was bedeutet das? Was würde das politisch bedeuten? Das würde bedeuten, daß der Reichstag in diesem Staatsgerichtshof nicht ein Instrument seiner Macht hat, ein Instrument, um seinen Willen in der Form eines Gerichtsspruchs durchzusetzen; sondern im Gegenteil, daß dieser **Staatsgerichtshof** ein **Machtinstrument gegen das Parlament** wird, daß dieser sich in den schwersten politischen Kämpfen als ausschlaggebende Instanz etabliert und die Macht und das Ansehen des Reichstags schwächt und herabsetzt. Und so ist die Zusammensetzung dieses Staatsgerichtshofs selbstverständlich von größter Bedeutung, und deshalb war der Kampf über dieses Gesetz tatsächlich ein Kampf über die Zusammensetzung dieses Staatsgerichtshofs.

Bei diesem reaktionären Reichstag, in dem die Demokraten wie meistens in rein politischen Fragen reaktionärer sind als die Deutschnationalen, haben die Rechtsparteien in der Frage der **Zusammensetzung dieses Staatsgerichtshofs** gesiegt. Denn das ist zweifellos, wenn der Reichstag ein Drittel der Mitglieder stellt, ein Drittel die Oberlandesgerichtshöfe, der Präsident des Reichsgerichts und ein Rechtsanwalt, der von der Anwaltskammer beim Reichsgericht, der reaktionärsten Anwaltskammer in ganz Deutschland, gewählt wird, und das letzte Drittel der Reichsrat, dann hat in diesem Staatsgerichtshof die Rechte das Übergewicht, das sie im Parlament nicht erlangen kann. Durch diesen Staatsgerichtshof kann die Rechte, kann die Reaktion die tiefste Wirkung ausüben, wenn es zum schärfsten offenen Konflikt zwischen Reichstag und einem Minister oder dem Reichspräsidenten gekommen ist.

Darum sage ich, was ich im Anfang gesagt habe: (C) dieses Gesetz ist ein reaktionäres Gesetz, ein Gesetz, welches nicht, wie es der Gedanke des Staatsgerichtshofs beabsichtigte, ein Instrument, eine Machtposition des Reichstags schafft, sondern eine Machtposition einer Körperschaft außerhalb des Reichstags, in der der Reichstag einflußlos und die reaktionäre Bürokratie ausschlaggebend ist. Deshalb, meine Damen und Herren, stimmen wir gegen dieses Gesetz.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor. Dieselbe ist geschlossen.

Ich rufe auf § 1, — erkläre denselben für angenommen. § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35. — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Schlußabstimmung über dieses Gesetz auszusetzen, da es heute wohl zweifelhaft ist, daß die Zweidrittelmehrheit des Hauses versammelt ist.

Es liegt noch der Antrag vor, die **Petitionen** für erledigt zu erklären, auch die nachträglich eingegangene Petition der Vereinigung deutscher Anwaltskammervorstände in Berlin, betreffend die Wahl eines Rechtsanwalts zum Mitglied des Staatsgerichtshofs. Ich nehme an, daß das Haus zustimmt, daß die Petitionen nach dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 1592 unter II für erledigt erklärt werden. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur beschleunigten Erhebung (D) **des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse** (Nr. 876 der Drucksachen).

(Bericht des 11. Ausschusses Nr. 2251 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Helfferich.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsfinanzministerium:
Staatssekretär Moesle,
Staatssekretär Zapf,
Ministerialdirektor von Laer,
Geheimer Regierungsrat Kuhn,
Geheimer Regierungsrat Dürr,
Ministerialrat Dr. Dorn,
Ministerialrat Dr. Zarden,
Oberregierungsrat Meusel,
Oberregierungsrat Dr. Thümen;

vom Auswärtigen Amt:
Ministerialrat Geheimer Legationsrat Siedler,
Legationsrat Lautz.

Ich eröffne die Beratung über Art. II.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will das Haus in seiner Abstimmungsfreudigkeit möglichst wenig stören. Ich will infolgedessen als Berichterstatter auf das Wort verzichten und mich als Abgeordneter auf einige ganz wenige Ausführungen beschränken. Zu diesen Ausführungen glauben meine Freunde allerdings einigen Grund zu haben.

Wir haben vor Weihnachten den ersten Teil der Novelle, deren Rest wir jetzt erledigen sollen, hier ja sehr eingehend und teilweise etwas stürmisch debattiert. Das, was jetzt übrig geblieben ist, nachdem die Einziehung

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) eines Drittels der Abgabe oder von mindestens 10 Prozent der Vermögen vor Weihnachten beschlossen worden ist, ist ja an sich von nicht allzu großer Bedeutung. Es sind zum großen Teil Einzelheiten, in denen das bestehende Gesetz angepaßt werden mußte an das, was vor Weihnachten beschlossen wurde. Es sind auch einige technische Bestimmungen darin, die in anderer Beziehung eine Erleichterung bedeuten, zum Beispiel der ganze Abschnitt über die Reichsnotopferhypothek.

Meine Freunde und ich haben sich im Ausschuß bemüht, über die **Verbesserungen des bestehenden Gesetzes** hinaus, die in dieser Novelle vorliegen, noch weitere Verbesserungen zu erzielen. Wir sind im Ausschuß mit unseren Wünschen nicht vollkommen durchgedrungen. Es handelt sich bei unseren Anträgen, die wir ja zum Teil, wie Sie sehen, auf der Drucksache Nr. 2297 wieder aufnehmen, im wesentlichen um drei verschiedene Kreise.

Einmal um die Frage der **Kleinrentner.** Seitdem das Reichsnotopfergesetz beschlossen worden ist, hat die Geldentwertung weitere erhebliche Fortschritte gemacht. Infolgedessen erschien es uns angezeigt, auch diejenigen Bestimmungen des Notopfergesetzes, die auf Erleichterungen für die Ärmsten unter den Armen hinausgehen, wenigstens einigermaßen dieser Geldentwertung anzupassen. Das ist nicht im vollen Umfange gelungen. Wir glauben, nicht darauf verzichten zu können, heute in der Plenarsitzung einen neuen Versuch zu machen, um unsere Anträge in vollem Umfange durchzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der zweite Kreis von Anträgen bezog sich auf die sogenannten **Auslandsdeutschen.** Was die Auslandsdeutschen anlangt, so ist ja in einem wesentlichen Punkt eine Verbesserung des ursprünglichen Gesetzes herbeigeführt worden, nämlich darin, daß die Frist, innerhalb derer ein Auslandsdeutscher wieder nach dem Ausland ausreisen

(B) muß, wenn er nicht unter das Notopfer mit seinem gesamten Vermögen fallen will, die ursprünglich nur ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrags laufen sollte, bis zum 31. März des nächsten Jahres verlängert worden ist. Wir hatten in der Kommission weitergehende Anträge gestellt, die sich über den Kreis des Reichsnotopfers hinaus auf die **Besteuerung der Auslandsdeutschen** erstreckten, teilweise in Form von Anträgen, teilweise in Form einer Entschließung. Wir verzichten darauf, diese Anträge und diese Entschließung hier wieder aufzunehmen. Von seiten des Herrn Vertreters des Reichfinanzministeriums ist auf unsere Ausführungen hin anerkannt worden, daß das Hauptgesetz, das über die Besteuerung der Auslandsdeutschen handelt, das sogenannte **Ausgleichssteuergesetz,** bisher nicht durchgeführt worden ist, ja, daß es wahrscheinlich überhaupt undurchführbar sei und daß in den Kreisen der Regierung erwogen werde, in dieser Materie mit einem neuen gesetzgeberischen Vorschlag an den Reichstag heranzutreten. Wir haben unsere Wünsche nach dieser Richtung hin wenigstens in einigen Punkten im Ausschuß formuliert. Wir glauben, daß das genügt. Wir glauben nicht, daß es notwendig ist, diese Wünsche, die sich namentlich auf die Einkommensteuer beziehen, hier in Form einer Entschließung wieder aufzunehmen. Wir sind der sicheren Erwartung, daß die Vorlage, die in diesem Punkt kommen wird, unsere Wünsche in bezug auf die Auslandsdeutschen erfüllen wird, denn diese Wünsche müssen erfüllt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Regierung muß etwas tun, um diese Existenzen zu erhalten, ihnen die Möglichkeit zu schaffen, daß sie draußen nicht nur ihre Privatgeschäfte wieder aufbauen, sondern für das gesamte Deutschtum wieder wirken können,

(sehr wahr! rechts)

daß sie helfen, die Fäden wieder herzustellen, die uns mit dem Auslande verknüpfen und ohne die Deutschland auf (C) seinem Boden eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen überhaupt nicht erhalten kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Der dritte Kreis von Anträgen bezog sich auf den eigentlichen Kernpunkt des gesamten Notopfergesetzes. Wir haben Anträge gestellt, deren Zweck war, die **Tilgungsrente** und den **Reichsnotzins,** also die Abtragung des Notopfers auf 30 und beim Grundbesitz sogar auf 50 Jahre hinaus, den Änderungen anzupassen, die sowohl in der Einkommenshöhe als auch in der Vermögenshöhe der Abgabepflichtigen eintreten können. Wir betrachten es und haben es von Anfang an betrachtet als den schwersten Fehler des Notopfergesetzes, daß hier eine **starre Belastung der Steuerpflichtigen** auf 30 und 50 Jahre hinaus auf Grund des zufälligen Vermögensstandes vom 31. Dezember 1919 dekretiert wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind der festen Überzeugung, daß diese starre Belastung, wenn sie aufrecht erhalten wird, im Laufe verhältnismäßig kurzer Zeit zum schweren Unheil für eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Existenzen ausschlagen wird. Sobald bei diesen Existenzen sich die Einkommens- und die Vermögensverhältnisse auch nur um ein weniges verschlechtern, entsteht die Gefahr, daß sie diese starre Belastung, für die die Grundlage verschwunden ist, überhaupt nicht mehr tragen können. Diese starre Belastung wirkt für schwache und schwächer werdende Existenzen geradezu wie eine Guillotine: sie schlägt ihnen einfach automatisch von einem bestimmten Punkte an den Kopf ab.

Nach dieser Richtung hin wollten wir Abhilfe schaffen. Deshalb haben wir beantragt, den Reichsnotzins und die Tilgungsrente an die Veränderungen des Vermögens und des Einkommens nach unten anzupassen, ein Ventil nach dieser Richtung aufzumachen. Das halten wir nach wie (D) vor für eine Notwendigkeit. Aber nicht nur wir halten das für eine Notwendigkeit, ich bin überzeugt, daß der große Teil des Hauses und daß die Reichsregierung und vor allen Dingen die Reichsfinanzverwaltung selbst es auch für eine Notwendigkeit hält, mit dem starren System zu brechen.

Auch von sozialdemokratischer Seite ist im Hauptausschuß anerkannt worden, daß die Kritik, die wir ausgesprochen haben, den Kern der Sache trifft, daß sie in der Tat den Grundfehler des Notopfergesetzes berührt. Wir haben gehört, daß auch die **Sozialdemokratie** der Ansicht ist, daß das **Notopfergesetz,** wie es heute geht und steht, überhaupt nicht durchgeführt werden kann.

(Abgeordneter Keil: Diese Kritik haben wir vor $1\frac{1}{2}$ Jahren schon geführt!)

— Ich habe Ihnen schon im Ausschuß gesagt, Herr Abgeordneter Keil, ich freue mich jedesmal, wenn ich mit Ihnen übereinstimme, und verstehe nicht, weshalb Sie dann immer gleich so grob werden.

(Große Heiterkeit.)

Außerdem sind wir ja gar nicht so einig. Sie können sich also beruhigen! Sie suchen die Abhilfe auf ganz andern Wegen. Sie haben mit der Beschleunigung des Reichsnotopfers in der Weise, daß ein Drittel eingezogen wird, gar nicht genug, Sie wollen das zweite und das dritte Drittel auch sofort einziehen, einerlei, was dadurch kaputt geschlagen wird. Das ist Ihnen ganz egal. Wir suchen den Ausweg nach einer vernünftigen Richtung, und ich hoffe, daß es zu einem solchen Ausweg früher oder später kommen wird.

Nach Mitteilungen, die durch die Presse gingen, hat auch der **Reichsfinanzminister** selber im Reichswirtschaftsrat Andeutungen gemacht, daß eine **Änderung des Notopfergesetzes** in Erwägung gezogen ist, und er hat in

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Essen gerade den Punkt, allerdings wieder von andern Gesichtspunkten aus, daß das ganze Reichsnotopfer basiert ist auf der zufälligen Vermögenshöhe vom 31. Dezember 1919, als einen ganz schweren Fehler bezeichnet. Also über diese Grundlage sind wir uns ja — der Herr Reichsfinanzminister bestätigt das — im allerweitesten Umfange einig. Wir nehmen die Anträge nur deshalb hier nicht wieder auf, weil wir glauben, daß bei der augenblicklichen Stimmung — es mag sich mancher noch an frühere Beschlüsse gebunden fühlen und sich noch nicht desavouieren wollen — im Augenblick noch keine Aussicht, nach dem Resultat der Abstimmung im Ausschuß gar keine Aussicht besteht, daß wir hier in diesem Punkt unsere Ansicht durchsetzen werden.

In bezug auf die Kleinrentner bin ich anderer Meinung. Ich glaube, daß, wenn die Herren sich das überlegen, was hier zu sagen ist, vielleicht doch ein besserer Beschluß zustande kommt. Aber in dem Kernpunkt des Gesetzes, von dem ich eben sprach, müssen wir allerdings befürchten nach allem, was wir bisher gesehen haben, daß wir hier nicht durchkommen. Deshalb verzichten wir im Augenblick darauf, die Anträge wieder vorzubringen.

Aber die weitere Novelle wird kommen. Es wird sich auch hier das Wort bewahrheiten, das früher einmal in bezug auf das Einkommensteuergesetz ausgesprochen worden ist, daß der Gesetzgeber zum Novellenschreiber wird.

(Heiterkeit.)

Die nächste Novelle zum Reichsnotopfergesetz steht gleichfalls vor der Tür. Wenn wir also heute darauf verzichten, diese Anträge zu erneuern, Herr Reichsfinanzminister, so ist das nicht ein endgültiger Verzicht, sondern das heißt: aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ryssel.

Ryssel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat erklärt, daß im Ausschuß versucht worden sei, die Vorlage zu verbessern — zu verbösern wäre richtiger, wenn auch nicht alle Versuche geglückt sind. Die Richtschnur des Herrn Dr. Helfferich steht im direkten Gegensatz zu einem Ausspruch, den ich hier heute der Vergessenheit wieder entreißen möchte:

> An der erschütternden Größe dieser Belastung der Allgemeinheit mag der einzelne ermessen, welche Opfer er jetzt und späterhin auf sich zu nehmen hat, um seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen, um durch die Hergabe von Geld und Gut und, soweit es sein muß, durch Einschränkungen und Entbehrungen für seinen Teil dem Vaterlande in dieser schweren, für unsere Zukunft entscheidenden Zeit zu dienen.

Das schrieb Herr Dr. Karl **Helfferich 1915.**

(Hört! Hört! links. — Abgeordneter Dr. Helfferich: Auch noch heute!)

Das ist die Rede des Herrn Dr. Helfferich als Staatssekretär des Reichsschatzamts, gehalten am 14. Dezember 1915 und uns als Material überwiesen. Seit dieser Zeit freilich ist eine andere **Richtschnur** ausgegeben worden, die den Herren mehr zusagt. Die **„Deutsche Tageszeitung"** schrieb:

> Die wenigsten Deutschen, die von diesem Gesetz — dem Notopfergesetz —
>
> betroffen werden, scheinen sich darüber klar zu sein, daß bereits die Bezeichnung dieses eine ungeheuerliche Kraftanspannung aller Leistungspflichtigen darstellenden Gesetzes eine Unaufrichtigkeit sondergleichen ist; denn weder ist das Reich, das jeden Geldbedarf durch Noten deckt, in Not, (C)
>
> (hört! hört! links)
>
> noch handelt es sich bei dieser den Besitzenden, also dem besten Teile der Bevölkerung
>
> (hört! hört! links)
>
> abverlangten Leistung um ein Opfer. Ein Opfer ist eine Leistung, die freiwillig aus der heiligen inneren Überzeugung der Notwendigkeit für einen sittlich ernsten Zweck dargebracht wird.

Weil es nicht freiwillig geliefert wird, ist es kein Opfer. Und jetzt wird es so darzustellen versucht, als wenn das Reich überhaupt eine Not nicht kennt. Aus dem Grunde sind auch Herr Dr. Helfferich und seine Freunde bemüht, das Gesetz zu verbessern, nach ihrer Ansicht. Wir bedauern, daß einige Abschwächungen der ehemaligen Vorlage im Ausschuß eine Mehrheit bekommen haben, werden aber dem Gesetz trotzdem zustimmen.

Der Antrag, der uns unter Nr. 2297 von Herrn Dr. Helfferich unterbreitet worden ist, ist auch im Ausschuß besprochen und abgelehnt worden. Wir erwarten, daß er auch heute wieder abgelehnt wird. Denn er widerspricht direkt den Worten, die ich eingangs als die Auffassung des Herrn Staatssekretärs Helfferich zitierte.

Im übrigen bietet der **§ 27** genügend Gelegenheit, dort, wo **Härten** vorhanden sind, Abhilfe zu schaffen. Aber auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Gesetz nicht mehr zeitgemäß ist, weil nur das Vermögen von 1919 berücksichtigt wird. Wir erwarten, daß die Regierung sobald wie möglich eine Vorlage für die **beschleunigte Einziehung der** weiteren **letzten zwei Drittel** vornehmen wird. Wir erwarten, daß die angekündigte Regelung nach den Worten des Herrn Reichskanzlers durchgeführt wird, daß der Besitz zu den Folgen seiner Politik herangezogen wird. Bis jetzt ist lediglich der Versuch unternommen worden, die besitzlosen Massen auf (D) Heller und Pfennig zu den Kosten heranzuziehen.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Unerhörte Unwahrheit!) — Wenn Sie sagen, das ist eine Unwahrheit, dann hätten Sie heute früh im Haushaltsausschuß das Gegenteil beachten können.

(Zurufe rechts.)

— Nein, vom gesamten Steuerausschuß; denn er hat seine Verhandlungen vertagt, um sich erst noch einmal darüber zu verständigen. Dadurch ist der Nachweis erbracht worden für den Versuch, die Lohn- und Gehaltsempfänger mit jedem Pfennig ihres Einkommens heranzuziehen, die besitzenden Kreise aber zu schonen, wo es nur möglich ist. Diesem Versuch entgegenzutreten ist die Pflicht des Reichstags.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hätte mich überhaupt nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Kollege Ryssel eben eine Behauptung aufgestellt hätte, die nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen darf. Er hat die Andeutung ausgesprochen, die **Vertagung des Steuerausschusses** heute morgen sei erfolgt zugunsten der stärksten Belastung der kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger. Wer den Verhandlungen des Steuerausschusses heute morgen beigewohnt hat, wird wirklich nicht wissen, was er zu einer derartigen — ich hätte beinahe gesagt — Verdächtigung sagen soll. Der Steuerausschuß hat sich heute morgen lang und breit, und zwar unter Teilnahme der Vertreter aller Fraktionen, auch des Kollegen Ryssel, sehr ernstlich den Kopf darüber zerbrochen, wie man dieses sogenannte Lohnsteuergesetz so ausgestalten könne, daß eine Streitfrage, die dort aufgeworfen wurde, nämlich die Frage

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) der Behandlung der Dienstaufwands- und ähnlichen Entschädigungen, zum Beispiel der Entschädigungen, die der auswärts arbeitende Monteur, der Reisende usw. für Reise und Aufenthaltskosten bekommt, einwandfrei gesetzlich geregelt wird, über deren materielle Regelung die sämtlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einer Meinung waren.

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist der einzige Grund, weswegen heute morgen die Verhandlung abgebrochen wurde, wenn man nicht vielleicht auch noch das andere Motiv gelten lassen will, daß einige der Herren das Bedürfnis hatten, sich in den Hauptausschuß zu begeben und dort den Ausführungen des Herrn Wiederaufbauministers Rathenau zuzuhören. Kein anderes Motiv für den Abbruch der Verhandlungen war gegeben, und ich begreife wahrhaftig nicht, wie der Herr Abgeordnete Ryssel, der den Verhandlungen heute morgen beigewohnt hat, sich zu der Behauptung versteigen konnte, die er vorhin ausgesprochen hat.

Weiter hat der Herr Kollege Ryssel wiederholt die zwar recht alte, aber darum nicht wahrer gewordene Behauptung aufs neue aufgestellt, der Besitz habe noch nicht einen Heller beigetragen zu den Lasten, die das Reich auf seinen Schultern habe, es seien immer wieder die Besitzlosen, die zu zahlen hätten. Ich hätte das jemand, der im Steuerausschuß mitarbeitet und von dem man annehmen muß, daß er sich über die Steuereingänge im letzten Jahre einigermaßen vergewissert hat, nicht zugetraut. Wenn er das nicht weiß, mag er sich die bekannte Drucksache vom April dieses Jahres geben lassen und sich daraus überzeugen, daß die Einkommensteuer nicht etwa nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern gezahlt wird, sondern daß ein großer Posten Einkommensteuer auch von den anderen Personen, die ebenfalls Einkommen haben, eingegangen ist. Er könnte auch wissen,

(B) daß gesetzlich ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß seit dem 1. April 1920 jeder, der Einkommen hat, alle Vierteljahr seine Einkommensteuer zahlen muß, ebenso wie der Lohn- und Gehaltsempfänger, der die Steuer abgezogen bekommt. Er hätte sich aber auch davon überzeugen können aus der erwähnten Drucksache und sonstwie — denn er liest ja doch auch Zeitungen —, daß allein das Notopfer bis jetzt fast zehn Milliarden gebracht hat.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sind denn das die Besitzlosen, die die 10 Milliarden Notopfer gezahlt haben? Ich habe mir unter den Besitzlosen immer etwas anderes vorgestellt.

(Sehr gut! rechts.)

Die Begriffe, die der Herr Abgeordnete Ryssel mit dem Ausdruck Besitzlose verbindet, sind allerdings anscheinend sehr verschieden von den Begriffen, die andere Leute damit verbinden.

Ich meine, man sollte, wenn man von dieser Stelle aus spricht, etwas mehr Verantwortungsgefühl besitzen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Derartige Behauptungen, wie sie Herr Ryssel aufgestellt hat, sind ebensowohl unwahr, wie sie — ich will nicht sagen: nichts weiter bezwecken, aber — keinen anderen Erfolg haben, als volksverhetzend zu wirken, und ein Reichstagsabgeordneter sollte sich, einerlei ob er rechts oder links steht, zu gut sein, um Volksverhetzung zu treiben von dieser verantwortungsvollen Stelle aus.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Sie wollen sich ja nur drücken!)

— Derartige Beschimpfungen sollte man im deutschen Reichstag auch nicht aussprechen, wir sind ja freilich an allerlei gewöhnt.

Der **Herr** Kollege **Helfferich** hat erklärt, er wolle (C) nicht als Berichterstatter sprechen, sondern nur mit einigen Worten auf die Bemühungen seiner Freunde im Ausschuß eingehen, das Gesetz noch nach anderen Richtungen abzuändern als nach den Richtungen, in denen sich die Anträge des Ausschusses bewegen. Wer ihm aufmerksam zugehört und die Verhandlungen im Ausschuß verfolgt hat, wird jedoch den Eindruck gehabt haben, daß er das, was er für seine Fraktion gesagt hat, ebensogut als Berichterstatter für den Ausschuß hätte sagen können; denn die Bemühungen, für die kleinen Rentner etwas mehr Schonung zu erzielen, die Bemühungen, für Auslandsdeutsche noch die oder jene Milderung oder Klarstellung im Gesetze zu erreichen, und endlich die Darlegungen darüber, daß das Notopfergesetz an sich verfehlt sei, sind ja nicht etwa von den Herren der Deutschnationalen Partei allein im Ausschuß gemacht worden, sondern es sind Bemühungen, die wir und auch die anderen bürgerlichen Parteien genau so gemacht haben. Was nämlich an **Milderungen** vom Ausschuß vorgeschlagen wird, geht ja auf **Verständigungen** zurück, die **zwischen den alten Koalitionsparteien** abgeschlossen worden sind, denen sich nachher auch die Mehrheitssozialdemokraten, als sie in die neue Regierung eingetreten und damit Koalitionspartei geworden waren, angeschlossen haben, und das, was wir nicht erreicht haben, haben wir wenigstens genau so erstrebt wie die Herren von der Deutschnationalen Fraktion. Ich habe nicht etwa das Bedürfnis, aus Konkurrenzabsichten das hier ausdrücklich festzustellen;

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

aber ich glaube, es dient der objektiven Wahrheit, daß wir das feststellen, was sich im Ausschuß abgespielt hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und wenn wir nicht alles erreicht haben und im Ausschuß sogar gegen die eine oder andere Anregung des Kollegen Helfferich und seiner Freunde gestimmt haben und das- (D) selbe vielleicht heute wieder tun werden, so haben wir es getan, weil wir es für zwecklos hielten, immer wieder Anträge zu bringen, deren Aussichtslosigkeit man von vornherein einsehen muß. Es hat keinen Zweck, mit dem Kopf durch die Wand zu wollen und demonstrationsweise Anträge zu stellen, demonstrationsweise in dem Sinne, daß man sie bringt, obgleich man weiß, daß man sie nicht durchsetzen kann und durchzusetzen nicht hoffen darf, solche Anträge zu stellen, von denen man von vornherein überzeugt ist, daß sie keine Mehrheit finden werden. Wir werden zu praktischerer Arbeit kommen, wenn wir den einen oder anderen Wunsch, den man auch gern verwirklicht sehen möchte, nicht lediglich zu Papier bringen, um über ihn abgestimmt zu sehen, sondern wenn wir derartige Wünsche zurückstellen. Ich vermute ja, wir werden sehr bald von neuem zu der Frage Stellung nehmen müssen, wie sich das **Notopfergesetz** demnächst in den **Rahmen der ganzen Reparationssteuergesetzgebung** einzureihen hat, und wir werden dabei Gelegenheit finden, manche einzeln Wünsche vielleicht besser durchzusetzen, als wenn wir sie heute in besonderen Anträgen niederlegen. Deshalb haben wir davon abgesehen, heute weitere Anträge zu stellen.

Im übrigen dürfen wir, glaube ich, auf das, was an Verbesserungen nach den Ausschußanträgen vorgeschlagen wird, stolz sein. Wir haben alle dabei redlich mitgewirkt, und wenn die Herren von der äußersten Linken das für Verböserungen des Notopfergesetzes halten, so sind auch über die Begriffe „Verbesserung“ oder „Verböserung“ die Meinungen zwischen rechts und links Gott sei Dank sehr verschieden.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

(A) Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat ganz recht: was man unter Verböserung und Verbesserung eines Steuergesetzes versteht, darüber sind die Anschauungen zwischen rechts und links in diesem Hause allerdings sehr stark verschieden. Sie (nach rechts) verstehen unter Verbesserung eines Steuergesetzes, wenn es ihnen gelingt, den Besitz gegen ausgedehnte Zugriffe des Steuerfiskus zu schützen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir verstehen unter Verbesserung eines Steuergesetzes, wenn wir die Lasten, die die Besitzenden in Deutschland durch ihre gesamte Politik während des Krieges dem gesamten Volke auferlegt haben, auf ihre Schulten legen und die Schultern der Arbeiterklasse entlasten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat sich beschwert, daß das Reichsnotopfer eine starre Belastung bis auf 30 Jahre hinaus darstellt. Ja, meine Herren, war es nicht gerade die rechte Seite des Hauses, die seinerzeit bei der Beratung des Reichsnotopfers darauf gedrängt hat, daß aus diesem sogenannten Notopfergesetz ein Einkommensteuergesetz wurde. War es nicht gerade die rechte Seite des Hauses, die dafür gesorgt hat, daß dieses Gesetz auf eine so lange Reihe von Jahren verteilt worden ist.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Keine Ahnung! Regierungsvorlage!)

— Herr Dr. Helfferich hat bei seiner Klage über die starre Belastung durch dieses Reichsnotopfer vornehmlich die Kleinrentner herangezogen. Aber, meine Herren, die Kleinrentner sind noch in den Kreisen aller derer, die vom Reichsnotopfergesetz erfaßt werden, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil. Herr Dr. Helfferich hätte sein Augenmerk nicht nur auf diese Kreise richten sollen, sondern hätte auch die Kehrseite der Medaille einmal betrachten sollen, nämlich wie diese **starre Belastung** des Besitzes (B) durch das Reichsnotopfer **für die großen Besitzer** in Deutschland nicht zum Nachteil, sondern **zum Vorteil ausgeschlagen** ist. Der Stichtag des Reichsnotopfers ist der 31. Dezember 1919. Es ist unnötig, sich darüber zu verbreiten, daß seit diesem Tage der Geldwert eine solche Entwicklung genommen hat, daß die Gesetzgebung vom 31. Dezember 1919 bei weitem nicht mehr dem Werte entspricht, der heute in Betracht kommt. Während auf der einen Seite die Entwickelung des Geldwertes automatisch eine steigende Belastung der Massen der Verbraucher nach sich zieht, wird auf der anderen Seite die Belastung des Besitzes durch die in Papiermark zu leistende Abgabe des Reichsnotopfers immer geringer.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Unter diesen Verhältnissen mag es Herr Dr. Becker allerdings verstehen, wenn wir der Meinung sind, daß der Besitz heute in Deutschland verhältnismäßig geschont wird gegenüber der ungeheuren Belastung der arbeitenden Massen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und wenn er dabei verweist auf die Steuereingänge, so können wir die Frage stellen, wie es denn um die Eingänge und um die Durchführung der Kriegsgewinnsteuer gestellt ist. Wenn er weiter angeführt hat, daß bereits 10 Milliarden Mark auf das Reichsnotopfer eingezahlt worden seien — nun, was sind diese 10 Milliarden Papiermark angesichts des großen Papiermarkvermögens, das heute das deutsche Volksvermögen darstellt? 10 Milliarden Papiermark sind heute bereits auf das Reichsnotopfer eingezahlt worden. Aber allein der Kurswert der Aktien der deutschen Aktiengesellschaften wird heute auf 2 bis 300 Milliarden Mark geschätzt.

(Zuruf und Lachen rechts.)

Nun, meine Herren, ein Wort zu den **Vorgängen im Steuerausschuß**, die der Herr Abgeordnete Ryssel hier berührt hat und die den Herrn Abgeordneten Dr. Becker so (C) in Harnisch gebracht haben. Das Gesetz, das heute morgen dem Steuerausschuß vorlag, das **Lohnsteuergesetz**, zeigte die ausgesprochene Absicht der Regierung, das bisherige Einkommensteuergesetz in seiner Durchführung mittels des Lohnabzuges zu verschärfen gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern. In der Debatte, die heute morgen im Steuerausschuß stattgefunden hat, ist von der Regierung diese Absicht offen zugestanden worden.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Angesichts dieser Absicht sind wir wohl berechtigt, davon zu sprechen, daß heute vornehmlich die Lohn- und Gehaltsempfänger steuerlich angefaßt werden, während der Besitz bisher immer noch geschont wird. Es ist nun charakteristisch für die bisherige Finanzpolitik, daß der Reichsminister bisher noch kein Steuerprogramm auch nur in großen Umrissen vorgelegt hat, sondern daß die bisherige Finanzpolitik sich darauf beschränkt, die Steuerentwürfe, die bereits vorgearbeitet waren, jetzt der Reihe nach zur Durchführung zu bringen, Steuerentwürfe, die sich vornehmlich mit indirekten Steuern befassen. Angesichts dieser Sachlage haben wir kein Verständnis dafür, daß der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich und seine Freunde sich jetzt bei der Beratung des Gesetzes über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers um die Schonung des Besitzes bemühen, während auf der anderen Seite bei ihm und seinen Freunden kein Verständnis für die arbeitenden Massen vorhanden ist.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Meine Herren! Ich habe nur einige kurze Bemerkungen zu machen, zu denen ich durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Becker gezwungen bin. Herr Abgeordneter Dr. Becker hat die (D) Ausführungen meines Kollegen Ryssel doch nicht ganz richtig aufgefaßt oder zum mindesten nicht ganz einwandfrei gegen sie polemisiert. Wenn der Herr Kollege Ryssel davon sprach, daß die **Verhandlungen des Steuerausschusses heute vormittag** einen Beweis für seine große Skepsis gegenüber einer ausgleichenden Belastung zwischen den beiden großen Klassen der Bevölkerung bieten würden, so hat er damit durchaus nicht zum Ausdruck gebracht oder zum Ausdruck bringen wollen, daß bereits heute morgen —

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei)

— ja, das geht ganz deutlich aus seinen Ausführungen hervor —, daß heute morgen noch nicht endgültige Klarheit über die Absichten und über die Wirkungen geschaffen worden ist.

Dann, Herr Kollege Dr. Becker, vor allen Dingen noch eins! Ich gebe dem Herrn Kollegen Ryssel in der Beziehung vollkommen recht. Die Diskussion heute morgen über den § 45 hat auch mir gezeigt, daß mit der Verwirklichung der Absicht, den **Lohnabzug** der Lohn- und Gehaltsempfänger so zu gestalten, daß er die endgültige Steuerleistung darstellt, untrennbar die Wirkung verbunden ist, eine ganze Reihe von Härten gegenüber diesen Schichten der Bevölkerung geschaffen werden. Ich habe deshalb bereits im Ausschuß die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß das Gefährliche der Formulierung des § 45 durch die Regierung darin besteht, daß sie den umfangreichen Schiebungen durch die sogenannten **Aufwandsentschädigungen** bei Direktoren und Personen in höheren Stellungen in Handel, Industrie und Gewerbe zu Leibe gehen will, in Wirklichkeit aber damit erreicht, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in den unteren Stufen noch viel stärker zur Steuerleistung herangezogen werden, als das bisher der Fall war. Ich will durchaus zugeben, —

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) und das hat ja auch die Regierung heute morgen zu erkennen gegeben —, daß ihr die Absicht, bei dieser Gelegenheit eine über das Einkommensteuergesetz hinausgehende Belastung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen unter 24 000 Mark herbeizuführen, durchaus nicht innewohnt. Ich fürchte aber, daß das die Wirkung dieser Maßnahme sein wird. Deshalb haben wir heute morgen so großen Wert darauf gelegt, daß dagegen eine Sicherung geschaffen wird.

Wir sind jedoch damit einverstanden, haben auch heute morgen daran gar keinen Zweifel gelassen, daß die **Teilung des Gehalts**, wenn es eine bestimmte Höhe erreicht hat, und zwar die ausdrückliche Teilung **in eigentliches Gehalt und Aufwandsentschädigung**, nur um es der Steuerleistung zu entziehen, auch unseren schärfsten Widerstand finden wird, und daß wir die Regierung bei der Verhinderung dieser Absichten mit allen unseren Kräften unterstützen werden. Das darf aber nicht dazu führen, daß diejenigen Personen, bei denen eben ganz andere Verhältnisse vorliegen wie bei den Arbeitern mit geringerem Lohn, die als Monteure oder als Maurer oder in irgendeiner sonstigen Arbeit noch Bezüge haben, die ihnen für tatsächliche Aufwendungen erstattet werden, schlechter gestellt werden.

Es bleibt also durchaus richtig, was der Herr Kollege Ryssel behauptet hat, daß unter Umständen dieses Lohnsteuergesetz zu einer neuen Verschärfung der Steuerleistung der Lohn- und Gehaltsempfänger führen wird. Meine Damen und Herren! Sie haben es ja in der Hand, die Bedenken des Kollegen Ryssel aus der Welt zu schaffen. Wir stehen ja erst am Anfang dieser Beratungen über das Lohnsteuergesetz. Wir werden Sie morgen und in der nächsten Woche fortsetzen. Von Ihrem Verhalten wird es ja in erster Linie abhängen, ob das, was der Kollege Ryssel heute über diesen einzigen Punkt gesagt
(B) hat, für das ganze Gesetz gilt oder nicht.

Aber nun zu dem zweiten Gedankengang des Herrn Abgeordneten Dr. Becker! Er wandte sich auch gegen die Behauptung des Kollegen Ryssel, daß die gegenwärtige **Steuergesetzgebung** die **Minderbemittelten** viel **stärker belaste als die Besitzenden**, daß alle Besitzsteuern, die wir bisher beschlossen haben, in sehr erheblichem Umfange nicht von den Besitzenden selbst getragen, sondern von ihnen abgewälzt werden, während das bei der Lohnsteuer und den indirekten Steuern wie bei allen übrigen Steuern, die die Lohn- und Gehaltsempfänger zu tragen haben, nicht der Fall ist. Diese Behauptung des Kollegen Ryssel ist durchaus einwandfrei. Sie wird auch dadurch gar nicht entkräftet, daß der Herr Abgeordnete Dr. Becker auf den Eingang aus dem Notopfer verweist. Sie können ebensogut auf den Eingang aus der Vermögensabgabe verweisen. Dort sind auch einige Milliarden Mark. Also Sie würden eine ganz erkleckliche Summe zusammenbringen, wenn Sie alle diese Zahlen zusammenziehen würden. Aber das ist nicht das Entscheidende, Herr Kollege Becker. Ich habe bereits früher bei den Diskussionen über die Steuerfrage hier darauf hingewiesen, daß es durchaus nicht das Entscheidende ist, wer diese Steuerleistungen wirklich an den Staat abgeführt hat, sondern wer sie in letzter Linie getragen hat.

Dafür möchte ich mich nur auf einen Zeugen berufen, den ich bereits früher einmal zitiert habe und dessen einwandfreie, klare wissenschaftliche Untersuchung der Frage noch von niemand von Ihnen zu bestreiten versucht worden ist. Wenn Sie der Meinung sind, daß diese **Darlegungen des Professors Bühler**, die, wie mir jetzt mitgeteilt wurde, in einer Broschüre von ihm erweitert worden sind, nicht richtig sind, so frage ich: ja, weshalb hat keiner der vielen Herren, die Ihnen für solche Zwecke zur Verfügung stehen, auch nur den Versuch gemacht, (C)
diese Darlegungen zu entkräften? Bisher sind diese Darlegungen aber noch nicht widerlegt. Da sagt Professor Bühler beispielsweise **über die Vermögenszuwachssteuer**:

> So ergibt sich denn: Ein großer Teil der Kriegsgewinnler braucht sich in der Tat über die Höhe der Vermögensabgabe nicht mehr aufzuregen, denn das Publikum hat sie im voraus in Gestalt von Preisaufschlägen auf viele Gebrauchsartikel bezahlt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Für die Durchführung der Steuer folgt daraus aber nur, daß sie entschiedener betrieben werden muß. Sonst wäre der Vorteil der Kriegsgewinnler ein doppelter.

Am Schluß seiner Darlegungen — ich will das Haus damit nicht aufhalten — folgt eine viel stärkere Betonung dieses Gesichtspunkts, daß infolge der Geldentwertung, der viel zu späten Erhebung der Steuern, infolge eines unglücklich gegriffenen Termins die Wirkung der Steuern nicht die war, daß die Besitzenden belastet wurden, sondern daß die allgemeine Preisentwicklung nach oben durch die Besitzsteuern außerordentlich verschärft worden ist.

Ein allgemeiner Gesichtspunkt führt zu einer Bestätigung dieser Tatsache, daß nämlich, wenn die Besitzsteuern irgendeine wesentliche Wirkung in Deutschland ausgeübt hätten, man das in einer **Einschränkung der Lebenshaltung der Besitzenden** hätte sehen müssen, insbesondere dann, wenn die Steuersätze, wie das von Ihnen behauptet wird, so ruinös hoch sind, daß diese Steuer überhaupt nicht ertragen werden könne. Was sehen wir aber statt dessen in all den Jahren, seitdem die Besitzsteuern bestehen? Von einer Einschränkung der Lebenshaltung der Besitzenden ist nicht das geringste zu merken gewesen, während die Steuern auf den Verbrauch und die Lohnsteuer, alle die Steuern, die die minderbemittelten (D)
Kreise treffen, unheimliche Verheerungen angerichtet haben, weil das kleine Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger aller Art einfach nicht ausreichte, wenn nicht wesentliche Einschränkungen des Lebensbedarfs vorgenommen wurden.

Meine Damen und Herren! Ich empfehlen Ihnen, einmal einen Blick in diese Broschüre zu werfen, die die Herren Sozialdemokraten vor einigen Tagen herausgebracht haben. Es ist das die **Broschüre** von **Kurt Steinig „Stinnes und seine 600 000 Arbeiter"**. Gerade Sie, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, werden wahrscheinlich sehr interessante Mitteilungen darin finden. Insbesondere empfehle ich Ihnen, das Kapitel über die **Steuerleistungen des Herrn Stinnes** sehr eingehend zu beachten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Übernehmen Sie jede Garantie für die Wahrheit?)

— Hätten Sie mich ausreden lassen, so würden Sie von mir gehört haben, daß ich nicht die Absicht habe, heute auf den Inhalt dieser Broschüre einzugehen.

(Aha! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich wollte nur die Liebenswürdigkeit haben, Sie darauf aufmerksam zu machen, da ich annehme, daß Sie mir für meinen Hinweis sehr dankbar sein werden.

(Heitere Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Eine allgemeine Bemerkung möchte ich mir aber doch gestatten. Wenn richtig wäre, was Sie behaupten, daß die Besitzsteuern unerträglich hoch sind, und wenn richtig wäre, was Sie behaupten, daß sie die Produktionsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft lähmen, dadurch also die ganze Volkswirtschaft und die Arbeiter schädigen, dann könnte nie das Ergebnis eingetreten sein, das wir bei dem mächtigsten Kapitalisten in Deutschland heute

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) haben, daß er gerade unter der Herrschaft der Vermögens- und Besitzsteuer

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: trotz!)

seine Herrschaft so außerordentlich ausgedehnt hat, nicht trotz, sondern gerade wegen der Steuer

(Lachen bei der Deutschen Volkspartei)

so ausgedehnt hat, daß er eben der mächtigste Mann in Deutschland und, wie Ihre Darlegungen sehr oft den Eindruck hervorrufen, auch der mächtigste Mann in Ihrer Partei ist.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat das Wort.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Ich möchte mich zunächst an den Herrn Kollegen Becker (Hessen) wenden. Ich glaube, daß zwischen dem Herrn Abgeordneten Becker und mir ein kleines Mißverständnis besteht. Ich habe vorhin in der Tat nicht als Berichterstatter gesprochen, sondern als Abgeordneter. Ich habe trotzdem ganz kurz gestreift, welche Verbesserungen nach meiner Ansicht durch die Beschlüsse des Gesamtausschusses in die Novelle hineingebracht worden sind. Im Anschluß daran habe ich diejenigen Wünsche vertreten, die meine Freunde über das in der Kommission Erreichte ihrerseits noch hegen, Wünsche, die teilweise hier in Form von Anträgen wieder vorliegen, und die wir zum andern Teil aus Gründen, die ich entwickelt habe, nicht wieder vorbringen. Ich habe daran die Bemerkung geschlossen, daß wir lediglich diejenigen Anträge wieder vorgebracht haben, von denen wir annehmen, daß sie, wenn die anderen Parteien im Hause noch einmal in die Materie hineinsteigen, zur Annahme gelangen können. Es scheint mir der Mühe wert zu sein, daß Sie die Sache noch einmal überlegen; denn es handelt (B) sich hier in der Tat um die Ärmsten der Armen, von irgendwelchen Erleichterungen für die Wohlhabenden und Reichen ist gar keine Rede.

(Zurufe links.)

Es handelt sich in der Tat um die Ärmsten der Armen, und diese verdienen es, daß das gesamte Haus noch einmal in die Erwägung dieser Anträge hineinsteigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist nicht ein **demonstrativer Zweck**, wie der Herr Kollege Becker angedeutet hat, der uns leitet. Es ist nicht so, daß wir hier versuchen, Anträge wieder einzubringen, obwohl wir mit Sicherheit damit rechnen müßten, daß sie abgelehnt werden; sondern es ist die Hoffnung, daß der sachliche Gesichtspunkt durchschlägt, und daß die Herren, die im Ausschuß gegen unsere Anträge gestimmt haben, sich vielleicht doch noch entschließen können, wenn sie die Sache noch einmal überlegen, hier im Plenum für diese Anträge mit uns einzutreten. Es handelt sich hier nur um Leute bis zu einem Vermögen von 200 000 Mark

(Rufe links: nur!)

und mit einem Einkommen nur bis zu 10 000 Mark und alles, was darunter ist.

(Zurufe links.)

— Vermögen bis zu 200 000 Mark und mit einem Einkommen bis zu 10 000 Mark! Das Existenzminimum ist ja nach Ihrer eigenen Angabe höher als 10 000 Mark. Das sind also alles Leute, die nach Ihrer eigenen Ansicht heute unter dem Existenzminimum stehen. Aber da heißt es natürlich: „Ja Bauer, das ist was anderes."

Lediglich aus dem Grunde, weil wir die Hoffnung hegen, den Anträgen noch Annahme zu verschaffen, haben wir sie wieder aufgenommen; — das bitte ich den Herrn Abgeordneten Becker uns doch zu glauben und nicht anzudeuten, als ob irgendwelche demonstrativen Gründe maßgebend seien. Das ist nicht der Fall. Es kommt uns nur auf die Sache an, nicht auf eine leere Demonstration. Von einer leeren Demonstration wird niemand satt, und mit einer leeren Demonstration helfen wir auch den Kleinrentnern, um die es sich hier handelt, nicht wieder auf die Beine. (C)

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ich kann es mir versagen, ausführlicher auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten Hertz, Ryssel, Dr. Geyer (Sachsen) — ich weiß nicht, wer sonst noch gesprochen hat — hier einzugehen. Es ist das alte Thema. Es ist die alte lügnerische Behauptung, daß der **Besitz** bisher überhaupt zu den Lasten des Reichs gar nichts beigetragen habe, sondern daß es einzig und allein die **Besitzlosen** seien, die das enorme Aufkommen aus Steuern bisher aufgebracht hätten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist nicht behauptet worden! Es ist etwas ganz anderes gesagt worden.)

— Es ist behauptet worden, namentlich von Herrn Ryssel mit aller Bestimmtheit, daß bisher die Besitzenden überhaupt nichts beigetragen hätten, um die Not des Reichs zu lindern, das habe ich als eine Unwahrheit bezeichnet. Dieser Unwahrheit halte ich die tatsächlichen Zahlen entgegen, die auch der Herr Abgeordnete Dr. Hertz so nebenbei genannt hat.

Nehmen Sie doch einmal diese tatsächlichen Zahlen! Für das Rechnungsjahr 1920 sind aufgekommen aus dem **Notopfer** über 9300 Millionen, aus der **Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs** über 3 Milliarden, aus der **Reichsstempelabgabe**, die bekanntlich auch nicht von den Besitzlosen getragen wird, 1726 Millionen.

(Hört! Hört! rechts.)

Allein aus diesen drei Titeln, bei denen es nicht etwa, wie bei der Einkommensteuer, fraglich sein kann, wieviel der besitzlose Arbeiter dazu beigetragen hat, sind im (D) Jahre 1920 etwa **15 Milliarden Mark** aufgekommen.

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist nahezu die Hälfte alles dessen, was aus direkten und Verkehrssteuern überhaupt aufgekommen ist.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das gesamte **Aufkommen aus Zöllen und Verbrauchssteuern** hat 10,7 Milliarden betragen, also nur etwa zwei Drittel dessen, was aus den drei direkten Steuern, von denen ich eben sprach, aufgekommen ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Hertz sagt, daß der Besitzende das Notopfer doch nicht trägt, daß die Vermögensabgabe abgewälzt wird, ja, meine Damen und Herren, dann können Sie überhaupt einpacken!

(Zustimmung rechts. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn auch diese direkten Steuern abgewälzt werden, dann weiß ich nicht, warum wir uns mit Ihnen über direkte und indirekte Steuern streiten.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Abwälzung ist ja — ich will mich nicht allzu unhöflich ausdrücken — eine bare und blanke Verkennung der wirklichen Verhältnisse.

Sehen Sie nur ein bißchen hinein! Für die meisten derjenigen, die das **Notopfer** bezahlen müssen, ist ja gar keine **Möglichkeit einer Abwälzung** vorhanden. Wie sollen sie es denn machen? Gerade diejenigen, gegen die Sie sich am meisten wenden, die reinen Kapitalisten, die auf ihren Wertpapieren sitzen, wie sollen denn die abwälzen?

(Zurufe links.)

Dann möchte ich Ihnen noch eins vor Augen halten. Sehen Sie, wie die Kapitalisten, auch die kleinen und mittleren Rentner — die gehören auch dazu — sich heute stellen! Der Arbeitslohn hat sich einigermaßen — noch

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) nicht vollständig! — der Entwertung unseres Geldes angepaßt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nicht im entferntesten!)

— Ach, bitte, nehmen Sie doch die Statistik zur Hand!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was sagt die?)

— Daß der Arbeitslohn sich mehr als irgendein Vermögenswert, mehr als der landwirtschaftliche Grundbesitz und erst recht mehr als die in der Industrie investierten Kapitalien der Geldentwertung angepaßt hat.

(Sehr richtig! rechts. — Oho! links.)

Nehmen Sie doch die stärksten Kurssteigerungen, die überhaupt vorhanden sind. Sie werden wenige Papiere nennen können, deren Wert um mehr als das Doppelte oder Dreifache gestiegen ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Dividenden!)

— Dasselbe gilt für die Dividenden! Die Renten, die die Aktionäre beziehen, — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— ja, Sie brauchen ja nur einigermaßen in die Statistik hineinzusteigen. Für den **Kohlenbergbau** ist z. B. festgestellt, daß **Ausbeute und Dividenden,** das, was an den Kapitalisten fiel, im Jahre 1913 nahezu 15 Prozent des Gesamtaufkommens an Arbeitslöhnen plus Kapitalertrag ausgemacht hat; im Jahre 1920 waren es noch 3,4 Prozent.

(Hört! Hört! rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Anteil des Kapitals ist hier auf ein Fünftel dessen heruntergegangen, was er früher im Verhältnis zum Arbeitslohn betrug.

(Abgeordneter Dr. Hertz: Sehen Sie sich doch die Indexziffern an! — Glocke des Präsidenten.)

(B) Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Herren, ich bitte doch, dem Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich nicht neuen Redestoff zu geben. Er wird doch selbst wissen, was er zu sagen hat.

(Lachen links.)

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Ich darf dem Herrn Präsidenten sagen, daß ich mir den Redestoff nicht von anderen präsentieren lasse. Ich führe hier genau das aus, was ich mir vorgenommen habe und für gut halte, und ich benutze die Zwischenrufe nur, soweit ich das für zweckmäßig halte.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen).

Ich übrigen darf ich noch eines hier sagen — und damit möchte ich schließen —: Ich hätte gewünscht, daß der Herr Reichskanzler, der ja gleichzeitig Finanzminister ist, und den wir die Freude haben, hier zu sehen, — daß der Herr Reichskanzler, der neulich hier in so hohen Tönen von der Notwendigkeit der Versöhnung gesprochen hat, den Aufreizungen und Aufhetzungen, wie wir sie heute wieder erlebt haben, einiges entgegengehalten hätte. Ich hätte gewünscht, daß die Zahlen der Ausführungen, die ich gemacht habe, nicht aus meinem Munde, sondern aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gekommen wären. Dann hätte ich nicht nur mir und dem Hause, sondern auch dem Herrn Präsidenten meine Ausführungen ersparen können.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichskanzler und Reichsfinanzminister: Meine Damen und Herren! Vor diesem letzten Satze des Herrn Vorredners hatte ich mich bereits zum Worte gemeldet gehabt. Es hat also des Appells des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich nicht bedurft, um mich zum (C) Sprechen zu veranlassen. — Aber ich habe heute nicht die Absicht, etwa in eine große Steuerdebatte einzutreten, und ich glaube, das würde auch durchaus nicht der jetzigen Lage entsprechen, wo wir mitten in der Arbeit für neue große steuerliche Gesetzentwürfe stehen. Ich habe ferner nicht geglaubt, daß gerade die Verabschiedung des Notopfers zu einer so großen Debatte Anlaß geben könnte.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Bitte nach links, Herr Reichskanzler!)

Ich habe das mit Freuden festgestellt, daß bezüglich des Gesetzes, das vorliegt, eine weitgehende Verständigung unter den Parteien des Hauses stattgefunden hat, und ich habe deshalb mit Recht annehmen können, daß der Gesetzentwurf geräuschlos über die Bühne des Reichstags gehen würde. Nun ist aber auch dieser Anlaß dazu benutzt worden, insbesondere von dem Herrn Abgeordneten Ryssel und hernach vom Herrn Abgeordneten Dr. Geyer, um hier weitgehende Vorwürfe zu erheben. Ich habe manche der Behauptungen wirklich nicht verstehen können. Wie man meinen kann, daß das **Lohnsteuergesetz** eine **Verschärfung des Einkommensteuergesetzes** bedeuten könnte, das ist mir schlechthin nicht verständlich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

Ja, Herr Dr. Geyer, wenn ich Ihnen mal persönlich antworten darf: — waren Sie denn überhaupt bei den Arbeiten in der Steuerkommission schon irgendeinmal beteiligt?

(Zurufe rechts.)

Man kann sich doch nicht einfach hierher stellen und sich eine Behauptung einfach aus den Fingern saugen, wenn man nicht selber mithandelnd in den Kommissionen tätig war. Schauen Sie doch im Einkommensteuertarif nach, in wie weitgehendem Maße der Reichstag vor kurzem gerade für die Gehalts- und Lohnempfänger in den unteren (D) Stufen unter 24 000 Mark entgegengekommen ist!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das, was wir damals getan haben, ist in den Kreisen der Beamten und Arbeiter als ein großes und weitgehendes Entgegenkommen aufgefaßt worden.

(Zustimmung im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Sich heute hierher zu stellen und eine derart törichte Behauptung aufzustellen, das sollte man wirklich nicht für menschenmöglich halten.

Wenn man nun, wie der Herr Abgeordnete Ryssel es getan hat, den **§ 45** beizieht, so könnte ja da und dort die Meinung vertreten werden, ob nicht eine gewisse Verschärfungsmöglichkeit durch die Frage, was alles bei der Einkommensteuerberechnung beigezogen wird, entsteht. Aber der Ausschuß hat heute morgen den richtigen Weg gewählt: man hat einen Unterausschuß berufen, um diese Fragen durchzudenken, und niemandem soll es lieber sein als mir, wenn hier in das Gesetz die **Sicherungen** eingebaut werden, daß nicht **für die Lohn- und Gehaltsempfänger** eine Verschärfung, die gewiß nicht in unserer Absicht liegt, herbeigeführt wird.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Nach Auffassung aller Parteien!)

— Diese Auffassung ist, soweit ich unterrichtet bin, auch in den Parteien der Linken gang und gäbe. Ich glaube, es hat also wirklich keinen Wert, hier eine große Attacke gegen die Regierung zu reiten und uns Absichten unterzuschieben, die uns vollständig fern liegen. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Ryssel und die andern Herren, uns zu helfen, daß dieser § 45 so ausgestaltet wird, daß alle Befürchtungen hinfällig werden.

Aber dagegen muß sich die Finanzverwaltung auch sichern, daß der Einkommensteuerbegriff nun nicht in der

(Dr. **Wirth**, Reichsfinanzminister.)

(A) Form von Aufwandsgeldern und ähnlichen Dingen ausgehöhlt und verschoben wird. Das liegt in niemandes Interesse, am allerwenigsten im Interesse der Arbeiterschaft selbst. —

(Zustimmung links.)

Ich kann also an alle Herren, die objektiv in diesen Fragen mitarbeiten wollen, nur die Bitte richten: unterstützen Sie uns bei der Ausgestaltung des Gesetzes, und ich werde jederzeit die Hand, zu einem verständigen Kompromiß zu kommen, bieten.

Meine Damen und Herren! Es ist dann über die **Frage** des Besitzes und **der Besitzerfassung** in den Kriegs- und Nachkriegssteuern eingehend debattiert worden. Sie werden in kurzem Gelegenheit haben, diese Debatten fortzusetzen, und zwar in einem Maße, das, glaube ich, niemandem in diesem hohen Hause sehr willkommen sein wird. Die Frage der Erfassung des Besitzes und der steuerlichen Belastung des Besitzes wird eine der größten politischen Fragen sein, die dieses Haus beschäftigen wird,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und ich glaube, wir wollen an die Fragen mit der strengen Sachlichkeit herangehen, mit der, wie ich glaube, das Finanzministerium die Geschäfte überhaupt führt. Ich kenne die **Fehler des Notopfers**, und ich stehe nicht an, zu erklären, daß jener Stichtag vom 31. Dezember 1919 ein Unglück gewesen ist. Das sage ich frei und offen, und möge das Gesetz gemacht sein, von wem es will und von welcher Partei es will, wir haben das Recht und nach meiner Meinung die Pflicht, die verabschiedeten Steuergesetze auch kritisch zu würdigen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wer hat denn eigentlich, wenn wir das Notopfergesetz betrachten, wirklich den ursprünglichen Gedanken verwirklicht, der darin lag, daß in der äußersten Not des Reichs der Besitz opfert? Im wesentlichen diejenigen

(B) haben das große ursprünglich ihnen zugedachte Opfer gebracht, die Werte haben, die nicht im Fluß der Zeit in der Aufblähung gestanden haben.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Die haben ein ungeheuerliches Opfer gebracht, und zwar nach meiner Meinung ein doppeltes Opfer, indem ihre Geldwerte auf der einen Seite durch die allgemeine Geldentwertung um 85 Prozent heruntergedrückt worden sind, und andererseits von ihnen hernach noch das Notopfer erhoben wird. Es laufen doch manche herum, auch unter unseren Kollegen, die früher zu sehr wohlhabenden Leuten sich rechnen konnten, und die heute — Sie können das da und dort erfahren — ein recht bescheidenes Dasein führen.

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Es gibt **arme Millionäre** auch in diesem Hause, deren Einkommen durch die Geldentwertung so reduziert ist, daß vom alten schönen Wohlstand und vom alten Leben, das sie gewohnt waren nach einem Leben von Arbeit, wahrhaftig nicht mehr viel übrig geblieben ist. Ich meine, daß die Kreise, die ich hier im Auge habe, der bessere, der gute Mittelstand, dessen Wohlstand allerdings in Papierwerten festgelegt war — und dazu sind diese Rentner alle zu zählen —, die eigentlichen Opfer der großen politischen Katastrophe gewesen sind.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Kreise sind nicht verschont worden, und nun stehen wir vor der neuen großen politischen Aufgabe, nachzuprüfen, inwieweit die Träger von Besitz in Realwerten heranzuziehen sind. Man hat das Wort **„Goldwerte"** geprägt. Es steckt wahrhaftig nichts hinter dem Wort „Goldwert". Ich will deshalb das Wort in Zukunft gar nicht mehr verwenden. Ich will diese Werte (C) mal umschreiben als Produktionsmittel, und es gilt jetzt, die Frage zu prüfen, inwieweit wir verpflichtet sind, gegenüber den anderen, die schon Opfer gebracht haben, gerade diese Kreise bei den neuerlichen steuerlichen Gesetzentwürfen gebührend zu berücksichtigen.

Allein glaubt jemand, daß man die Frage lösen kann, wenn man, wie das heute geschehen ist, von links nach rechts nun einen großen politischen Kampf entfesselt und geradezu die Brandfackel in das Haus hineinwirft: hier Besitz und hier nicht Besitz?

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Von diesem Standpunkt aus werden wir das große Problem, vor dem wir stehen, nicht meistern können. Es wird guter Nerven bedürfen, um die großen Aufgaben, die auf steuerlichem Gebiet unserer warten, meistern zu können, und nur eine ruhige Objektivität und, wenn hernach der Weg erkannt ist, dann auch der feste Wille, durchzugreifen, wird unser Volk zur **Erfüllung des Ultimatums** überhaupt befähigen

Ich bitte Sie, begraben Sie die Streitaxt nach der Richtung hin! Es wird an unserer Energie nicht fehlen, und alle, die etwas wissen auf steuerlichem Gebiete — es gibt auch solche, die da nicht viel wissen —,

(Heiterkeit)

ob sie rechts oder links sitzen, die auch positiv mitarbeiten, alle sind willkommen! Nur jene sind gefährlich, die nicht mitgearbeitet haben und sich nachher hier hinstellen und solche Reden halten, wie sie heute teilweise gehalten worden sind.

(Sehr gut! und Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat vorhin mehreren Rednern (D) vorgehalten, daß sie törichte Reden gehalten hätten. Ich darf demgegenüber betonen, daß es zu den ältesten Traditionen des Reichstags gehört, daß hier niemals törichte Reden gehalten werden.

(Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Der Herr Abgeordnete Keil hat das Wort.

Keil, Abgeordneter: Die Debatte veranlaßt mich zu einigen kurzen Bemerkungen, zu denen ich bei ihrem Beginn kein Bedürfnis hatte.

Zunächst eine allgemeine Bemerkung! Ich werde mich nicht auf die Vorlage, betreffend die Besteuerung des Arbeitseinkommens, die zurzeit den Ausschuß beschäftigt, einlassen. Dazu wird vielleicht im Verlauf der nächsten Woche Gelegenheit gegeben sein. Ich werde mich vielmehr auf die Novelle zum Gesetz über das Reichsnotopfer beschränken. Gegen diese Novelle als Ganzes habe ich die allerlebhaftesten Bedenken; gegen ihre einzelnen Bestimmungen vermag ich nichts Ernstliches zu sagen. Diese Erklärung mag merkwürdig klingen. Ich will sie begründen.

Die einzelnen Abänderungen, die beantragt werden, entsprechen sozialen Erwägungen und sachlichen Notwendigkeiten. Die **Novelle** als Ganzes aber **greift** bedauerlicherweise aufs neue **in das** bereits im Gange befindliche **Veranlagungsgeschäft ein** und wird, wie ich fürchte, den Veranlagungsbehörden doch ganz erhebliche Schwierigkeiten bereiten, die wir alle gern vermieden hätten.

Was die Änderungen im einzelnen betrifft, so sind sie, wie hier schon mitgeteilt wurde, von einem Unterausschuß vorberaten worden, an dem Vertreter der

(Keil, Abgeordneter.)

(A) früheren Regierungsparteien beteiligt waren. Diese Mitglieder des Ausschusses haben natürlich aufs gewissenhafteste und gründlichste geprüft, was an Änderungen absolut geboten ist. Jedenfalls darf ich das von Herrn Abgeordneten Becker (Hessen) sagen, der diesem Unterausschuß angehört hat. Sie haben aufs gründlichste geprüft, was notwendig ist. Darüber hinaus noch weitere Änderungen und Milderungen, wie sie der Herr Abgeordnete Helfferich heute beantragt hat, zu beschließen, erkennen wir eine Notwendigkeit nicht an. Wir möchten nicht weitergehen, als es der Herr Abgeordnete Becker für notwendig erachtet hat.

Gegen einzelne Bestimmungen dieser Novelle bestehen im Kreise meiner Freunde Bedenken. Wir haben sie im Ausschuß nicht weiter verfolgt, weil sie nicht von so großer Tragweite sind und weil eine Aussicht auf eine Änderung in unserem Sinne nicht bestand. Ich erwähne einige dieser Punkte.

Der eine ist der, daß im **Einspruchsverfahren gegen den einstweiligen Steuerbescheid Gebühren** nicht erhoben werden sollen. An sich liegt dieser Änderung eine beachtliche sachliche Erwägung zugrunde. Wenn in dem vorläufigen Veranlagungsverfahren, das ja ein flüchtiges und kein gründliches ist, Fehlgriffe vorkommen und das auf Grund eines Einspruchs festgestellt wird, oder wenn ein Einspruch erhoben wird, der vielleicht nicht in seinem ganzen Umfange als begründet erachtet wird, so mag es richtig sein, von einer Gebührenerhebung abzusehen. Wenn wir aber wissen, daß die **Einlegung des Einspruchs planmäßig agitatorisch** durch große Organisationen betrieben wird und von dem Steuerpflichtigen ganz allgemein ohne Unterschied und ohne nähere Prüfung des vorläufigen Steuerbescheids der Einspruch erhoben wird und wenn daraus den Steuerbehörden gewaltige Geschäftsbelastungen erwachsen, dann spricht gegen die Gebührenfreiheit doch sehr viel, zumal (B) eine Ermäßigung der Gebühren in den Fällen, in denen sie sachlich begründet ist, nach dem § 289 der Abgabenordnung ohne diese Änderungen schon möglich ist. Aber man hat in den Besprechungen im Ausschuß unseren Bedenken nicht Rechnung getragen, und hier im Plenum haben wir aussichtslose Anträge nicht stellen wollen.

Eine weitere nicht unwesentliche Einzelheit betrifft die Bestimmung, die in der Regierungsvorlage enthalten war, wonach der **§ 139 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung auf Wertpapiere und Grundstücke, die dauernd dem Betrieb gewidmet sind, keine Anwendung** findet. Meine Freunde und ich wollten dieser lediglich deklaratorischen Zweck verfolgenden Bestimmung unsere Zustimmung geben, weil wir sie für begründet erachten. Wir sind der Meinung, daß es eine ungerechtfertigt einseitige Begünstigung gewisser Kreise der Notopferpflichtigen wäre, wenn man für die dauernd dem Betrieb dienenden Wertpapiere statt des Kurswertes den Gestehungswert und für die dauernd dem Betrieb dienenden Gebäude statt des gemeinen Wertes den Ertragswert zu Grunde legen würde. Allein die Regierung sowohl wie wir, die wir sie unterstützen wollten, haben uns mit dieser Auffassung im Ausschuß nicht durchsetzen können. Unserer Auffassung stand die andere gegenüber, die namentlich von dem Herrn Abgeordneten Helfferich vertreten worden ist und die auch in einem Antrag Ausdruck gefunden hat, der die Anwendung des Abs. 2 des § 139 der Abgabenordnung auf Wertpapiere, die dem Betrieb dienen, ausdrücklich aussprechen wollte. Auch diese Auffassung hat eine Mehrheit nicht gefunden. Der Antrag ist vielmehr zurückgezogen worden.

Den Ausschlag gegeben hat die dritte Gruppe im Ausschuß, die eine sachliche Entscheidung in dieser Frage überhaupt nicht treffen, sondern sie der Judikatur überlassen wollte. Es ist notwendig, das klarzustellen, damit nicht etwa von den Gerichten falsche Schlüsse aus dem (C) Ergebnis der Ausschußberatungen gezogen werden. Es ist also eine Entscheidung im Sinne der Regierungsvorlage — das darf ich wohl sagen — deshalb nicht zustande gekommen, weil ein Teil der Ausschußmitglieder eine **sachliche Entscheidung** überhaupt nicht treffen, sondern **sie den Gerichten überlassen** wollte, während ein anderer Teil diese sachliche Entscheidung im Sinne der Regierungsvorlage, ein dritter Teil die gegenteilige Entscheidung treffen wollte.

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß die Anträge des Ausschusses, wie sie jetzt vorliegen, im wesentlichen durch einen Unterausschuß, gebildet aus Vertretern der früheren Regierungsparteien, zustande gekommen sind. Der Abgeordnete Becker (Hessen) hat nun vorhin eine Bemerkung gemacht, die dahin gedeutet werden konnte — es ist das sicherlich nicht seine Absicht gewesen —, als ob wir von der Sozialdemokratischen Partei deshalb, weil unsere Partei wieder in die Regierung eingetreten ist — ich sage: es ist nicht Ihre Absicht gewesen, es konnte aber so herausgelesen werden —

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Nachträglich!)

— deshalb nachträglich den Anträgen des Unterausschusses beigetreten seien, weil wir Regierungspartei geworden seien. Das ist natürlich nicht der Fall — der Abgeordnete Dr. Becker bestätigt das ausdrücklich —, sondern wir wurden rein zufällig in dem Augenblick zur Stellungnahme zu diesen Anträgen genötigt, sie kamen uns zufällig in dem Augenblick zu Gesicht, als die Umwandlung in der Regierung vor sich gegangen war. Da haben wir die Anträge ebenso sachlich geprüft, wie wir sie auch im andern Falle sachlich geprüft haben würden, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Herren im Unterausschuß sich allerdings eine sehr viel größere Bescheidenheit bei diesen Anträgen auferlegt haben, als es nach den ursprünglichen Anträgen der beiden Rechtsparteien schien und als es ins- (D) besondere nach der Kritik schien, die von dem Herrn Abgeordneten Helfferich vor Monaten hier im Hause am Reichsnotopfer und an der gesamten Besitzsteuergesetzgebung geübt worden war, unter anderen mit den Worten, die Besitzsteuergesetzgebung zermalme den gesamten Großbesitz. Eine ungeheuerliche Übertreibung, eine Auffassung aber, die in diesen Anträgen, die der Ausschuß jetzt vorlegt, erfreulicherweise kein Echo findet.

Der Herr Abgeordnete Helfferich hat weiter in seiner Berichterstattung über die Beratungen im Ausschuß den Antrag erwähnt, den er gestellt hatte, wonach bei Vermögensverminderungen eine **periodische Neuveranlagung des Reichsnotopfers** von drei zu drei Jahren stattfinden sollte. Er hat mitgeteilt, daß der Antrag abgelehnt worden sei, daß aber von den verschiedensten Seiten, auch von den Vertretern meiner Partei im Ausschuß eingeräumt worden sei, daß seine und seiner Partei Auffassung die richtige sei. Ich habe bereits durch einen Zwischenruf zum Ausdruck gebracht, daß wir der Belehrung durch Herrn Abgeordneten Helfferich in dieser Frage nicht bedürfen, daß vielmehr meine Partei der Auffassung, daß auf eine einmalige starre Veranlagung eine auf 30 oder gar 50 Jahre verteilte Abgabe nicht aufgebaut werden könne, schon zu der Zeit gewesen sei, als das Notgesetz hier im Hause verabschiedet worden ist. Dieser Auffassung bin ich auch heute noch. Wir haben freilich damals insofern eine wesentlich andere Auffassung vertreten als der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich und seine Freunde, als wir der Meinung waren, daß diese einmalige Vermögensabgabe auch wirklich eine solche sein solle, als einmalige Vermögensabgabe erhoben werden solle und da, wo wirtschaftliche Schwierigkeiten und Hemmnisse im Wege ständen, sie auf einige wenige, in kurzen Zwischenräumen zu erhebende Raten verteilt werden solle.

(Keil, Abgeordneter.)

(A) Ich bin überzeugt — und einige meiner Herren Vorredner haben das auch bereits zum Ausdruck gebracht —, daß bei der nunmehr bevorstehenden **Reparationssteuergesetzgebung** auf diese Frage zurückgegriffen werden wird. Dabei wird aber selbstverständlich nicht bloß in den Fällen, in denen eine Minderung des notopferpflichtigen Vermögens eingetreten ist, eine Rücksichtnahme, eine Neuveranlagung zu erfolgen haben, wie es der Herr Abgeordnete Helfferich wollte, sondern es wird dann auch in den Fällen, in denen inzwischen — es ist nicht ganz selten, daß das vorkommt — eine erhebliche Vermögenssteigerung vorgekommen ist, entsprechend kräftig zugegriffen werden müssen. Das erfordert schon die Finanznot des Reiches.

Der Herr Abgeordnete Helfferich hat wieder auf die **Schutzbedürftigkeit der Kleinrentner** hingewiesen, denen durch die vorliegenden Anträge des Ausschusses in ziemlich weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Weiter zu gehen als die Anträge des Ausschusses sehen wir keinen Grund ein. Wir lehnen daher den gestellten Antrag ab. Allein ich möchte bei dieser Gelegenheit doch noch eine allgemeine Bemerkung machen. Wenn der Herr Abgeordnete Helfferich die schutzbedürftigen, wirklich notleidenden Kleinrentner gegen Überlastung schützen will, dann lade ich ihn ein, mit uns gemeinsam bei der kommenden Steuergesetzgebung dafür zu sorgen, daß nicht ein ungebührlich großer Teil der künftigen Lasten auf den Verbrauch gelegt wird. Denn die **Verbrauchsbelastung** trifft die schutzbedürftigen Kleinrentner mindestens in demselben Maße, mit derselben starken Wirkung wie die Arbeiterschaft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich lade ihn also ein, mit uns dafür einzutreten, daß ein möglichst großer Teil der gewaltigen Summen, die beschafft werden müssen, denjenigen Volkskreisen auferlegt (B) wird, die von der Besitzsteuergesetzgebung noch herzlich wenig verspürt haben. Das sind die Kreise, von denen der Herr Reichskanzler vorhin gesprochen hat, die im Besitz von großen Sachwerten sind, die nicht an Wert verloren, sondern an Wert gewonnen haben im Laufe der letzten Jahre. Je größer die Last ist, die dieser wirklich leistungsfähigen und tragfähigen Schicht aufgebürdet wird, um so größer wird die Schonung sein, die wir den Kleinrentnern neben der Arbeiterschaft gewähren können.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Viel wichtiger als die Bestimmungen, die jetzt in Gesetzesform hier verabschiedet werden sollen, sind einige Eingriffe in das Notopfergesetz, die auf anderen Wegen durch die Mehrheit des Ausschusses durchgesetzt worden sind, die nicht in den Anträgen jetzt in Erscheinung treten. Im Laufe des Winters, im Dezember und Januar, hat die Mehrheit des Ausschusses bereits durchgesetzt, daß die **Frist für die Inzahlungnahme von Kriegsanleihe zum Nominalwert** bei der Abtragung des Notopfers erheblich verlängert worden ist. Damit wird einem erheblichen Teil der Notopferpflichtigen die Steuerlast um etwa ein Viertel ermäßigt, und zwar vielfach in erster Linie solchen, die nicht zu den Schutzbedürftigen zählen, sondern die das volle Notopfer sehr leicht hätten tragen können.

Sodann ist auf dem Wege der mündlichen Einwirkung auf den Herrn Finanzminister eine noch mildere Praxis bei der **Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke** durchgesetzt worden, als es sich ohnedies schon aus dem Notopfergesetz ergibt. Es ist durchgesetzt worden, daß bei der Berechnung der Ertragswerte, die ja für die Veranlagung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zulässig ist, zurückgegriffen wird auf eine Reihe von Friedensjahren bis zum Jahre 1912. Die Reichsfinanzverwaltung hat sich leider dem Drucke dieser Einwirkungen gebeugt, und daraus entsteht in der Tat eine sehr beträchtliche (C) Minderung des Aufkommens an Notopfern bei Volksschichten, bei denen eine Schonung wahrlich nicht notwendig gewesen wäre.

Ich glaube darum, es wird bei der demnächstigen Fortsetzung unserer Steuergesetzgebung, bei der sogenannten Reparationssteuergesetzgebung nachzuholen sein, was hier versäumt worden ist, und richtigzustellen sein, was hier falsch gemacht worden ist. Ich freue mich, daß der Herr Finanzminister durch seine eben gehaltene Rede die Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat; es wird das eine sehr große und wichtige Aufgabe sein.

Wahr ist es — ich bestätige das den Herren, die vor mir gesprochen und diesen Punkt berührt haben, ausdrücklich —, daß ein bestimmter Teil der ehemals wohlhabenden Schichten Deutschlands, von den Besitzsteuern geradezu erdrückt, zermalmt worden sind. Das ist derjenige Teil der Besitzenden, deren Vermögen mäßig groß war und lediglich in Papierwerten bestand, die der Geldentwertung ebenso unterworfen waren wie unsere Währung. Aber ein anderer Teil der Besitzsteuerpflichtigen, ein sehr großer Teil, deren Vermögen ausschließlich oder zum größten Teil in Sachwerten besteht, hat von der Steuergesetzgebung so gut wie nichts verspürt, hat vielmehr — und in diesem Punkte trifft das zu, was Redner von der Linken gesagt haben — im voraus bereits die Lasten, die auf sie entfielen, durch Steigerung der Preise abzuwälzen verstanden. Das gilt für weite Kreise der Landwirtschaft und auch für andere Volksschichten, und hier wird die künftige Steuergesetzgebung einzugreifen haben. Ohne recht große und scharfe **Eingriffe in den Realbesitz** ist nicht durchzukommen und werden wir die furchtbaren Gefahren, die wir durch die Annahme des Ultimatums vom deutschen Volke abzuwenden entschlossen waren, nicht abwenden können. Deshalb ist ein solcher Eingriff in die bisher fast unan- (D) getastet gebliebenen Sachwerte eine dringende Notwendigkeit.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Zunächst ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Er hat, wie schon so oft, den Appell an das Haus gerichtet, in Steuerfragen die Streitaxt zu begraben. Ach, meine Herren, die Klasseninteressen, und namentlich die **Klasseninteressen des Besitzes,** sind viel stärker als jeder schöne Appell zur Versöhnung und zur Begrabung der Streitaxt, und wir können dem Herrn Reichskanzler sagen, daß bei der Beratung der kommenden Steuergesetze hier im Hause nicht etwa die Harmonie der Sphären herrschen wird, sondern heftige politische Kämpfe, vielleicht die heftigsten, die wir in den vergangenen Monaten überhaupt gehabt haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Klasseninteressen des Besitzes sind viel stärker als jede Illusion der Versöhnung und der Harmonie. Diese Klasseninteressen namentlich sind es, die sich mit der größten Kraft gegen alle Notwendigkeiten politischer und wirtschaftlicher Natur gesträubt haben, die sich aus der Lage ergeben, in die Deutschland durch den Krieg gekommen ist, und der Herr Reichskanzler wird die Stärke dieser Besitzinteressen bei der Durchführung seiner Steuerprobleme erfahren. Wir glauben zu wissen, daß er sie jetzt schon erfährt, und es kann sein, daß diese Besitzinteressen stärker sein werden wie der Herr Reichskanzler, daß er sie nicht wird brechen können, sondern daß er und seine Reichskanzlerschaft an ihnen zerbrechen wird.

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Nun ein Wort gegen Herrn Dr. Helfferich, der uns vorgeworfen hat, daß wir hier **Klassenverhetzung** und Klassenaufhetzung betreiben. Das mußte ausgerechnet Herr Dr. Helfferich sagen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben wahrhaftig nicht nötig, mit Worten und Reden Klassenaufhetzung zu betreiben. Die schärfste Klassenaufhetzung, die überhaupt denkbar ist, ist die gegenwärtige innere Lage Deutschlands, ist die gewaltige Kluft, die zwischen dem Leben der Besitzenden auf der einen Seite und dem dürftigen Dasein der Arbeitenden und erst recht der Arbeitslosen auf der anderen Seite klafft.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Zustände wirken so ungeheuer verbitternd, so ungeheuer aufreizend, daß keine — in Ihrem Jargon — noch so „hetzerische" Rede, die Wirkung ausüben könnte, die diese Zustände ausüben.

Da aber gerade Herr Dr. Helfferich uns diesen Vorwurf der Klassenverhetzung macht, ist es nötig festzustellen, daß diese Zustände, die heute herrschen und in dieser Richtung wirken, nicht zuletzt auf sein politisches Wirken, auf seine Politik während der Kriegszeit zurückzuführen sind.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Dinge kann er auch nicht mit starken Worten verdecken wie mit den Worten, daß wir lügnerische Behauptungen über die Leistungen des Besitzes und die **Leistungen der Lohn- und Gehaltsempfänger** in steuerlicher Hinsicht aufgestellt hätten. Die Tatsache, daß er sich über unsere Feststellungen so erregt, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß sie richtig sind und daß sie nicht bestritten werden können. Es ist eine Tatsache, daß das Reichsnotopfer in seiner bisherigen Gestalt und seiner bisherigen Anwendung die äußerste Schonung des Besitzes darstellt, während auf der andern Seite als Beispiel das Gesetz über den Lohnabzug an sich schon durch die

(B) Methode des Lohnabzugs eine Ungerechtigkeit gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger darstellt.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn Herr Dr. Helfferich bestreiten will, daß heute vor allem die Lohn- und Gehaltsempfänger stärker zu den Lasten des Staats und der Reparation herangezogen werden und von Ihrem Standpunkt aus herangezogen werden müssen, so will ich einen Ausspruch eines gewiß unverdächtigen bürgerlichen Zeugen darüber anführen. In einem der vielen Steuer- und Reparationsprogramme, die jetzt wie Pilze aus dem Boden schießen, findet sich aus dem Munde eines Steuerpolitikers, der gewiß ein radikaler bürgerlicher Steuerpolitiker ist, ein viel radikalerer, als Herr Dr. Helfferich, nämlich aus dem Munde des Abgeordneten Erzberger, folgender Satz:

> Auch bei allerstärkster Heranziehung des Besitzes wird das Opfer der Arbeitenden immer ein höheres sein.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Herren! Sie werden nicht bestreiten wollen, daß Ihre politische Tätigkeit in Fragen der Steuerpolitik darauf hinausläuft, dieses höhere Opfer der Arbeit den Lohn- und Gehaltsempfängern auflegen zu wollen.

Nun noch ein persönliches Wort gegenüber dem Herrn Reichskanzler. Er hat an mich die Frage gerichtet, ob ich überhaupt schon einmal einer Sitzung der Steuerkommission beigewohnt hätte. Der Herr Reichskanzler mag sich über meine und meiner Freunde Beteiligung an den Kommissionen keine Sorge machen. Wir werden in diesen Kommissionen alles tun und tun alles, um die Aufwälzung der Reparationslasten auf die Schultern der Arbeiter nach Möglichkeit zu verhindern. Im übrigen muß ich mich darüber wundern, daß der Herr Reichskanzler die Behauptung ausgesprochen hat, daß ich an den Sitzungen der Steuerkommission nicht teilgenommen habe. Ich habe allerdings an diesen Sitzungen teilgenommen. Ich weiß (C) aus diesen Sitzungen, daß der Herr Reichskanzler ein Urteil über meine Beteiligung nicht abgeben kann. Denn er hat diesen Sitzungen nicht beigewohnt.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ryssel.

Ryssel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Becker ist in Harnisch gekommen und hat versucht, seinen Unmut gegen mich abzuladen, ohne daß er irgendwelchen Grund hätte. Er hat mir eine Behauptung unterschoben, die ich garnicht getan habe. Mir ist jetzt gerade das Stenogramm übermittelt worden, und Sie erlauben mir, meine Erklärungen aus dem unkorrigierten Stenogramm wörtlich vorzutragen. Auf den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich, — nur seinetwegen habe ich überhaupt gesprochen —, habe ich erklärt:

> Im übrigen bietet der § 27 genügend Gelegenheit, dort, wo Härten vorhanden sind, Abhilfe zu schaffen. Aber auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Gesetz nicht mehr zeitgemäß ist, weil nur das Vermögen von 1919 berücksichtigt wird. Wir erwarten, daß die Regierung sobald als möglich eine Vorlage für die beschleunigte Einziehung der weiteren letzten zwei Drittel vornehmen wird. Wir erwarten, daß die angekündigte Regelung nach den Worten des Herrn Reichskanzlers durchgeführt wird, daß der Besitz zu den Folgen seiner Politik herangezogen wird. Bis jetzt ist lediglich der Versuch unternommen worden, die besitzlosen Massen auf Heller und Pfennig zu den Kosten heranzuziehen.

Darauf machte Herr Dr. Helfferich den Zwischenruf: Unerhörte Unwahrheit! Will mir Herr Dr. Helfferich oder (D) Herr Dr. Becker, der sich ja zu seinem Fürsprecher emporgeschwungen hat, den Nachweis erbringen, welcher Versuch von der Regierung unternommen worden ist, den Worten des Herrn Reichskanzlers in seiner Programmrede nachzukommen und den Besitz heranzuziehen?

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: 10 Milliarden!)

— Bis jetzt ist noch gar nichts unternommen worden. Das ist ein altes Gesetz, was längst bestand, ehe der Herr Reichskanzler seine Programmrede hielt, und auf diese Prygrammrede habe ich mich bezogen. Ich hätte dem Herrn Dr. Becker etwas mehr Logik zugetraut, so daß er nicht falsch folgert oder gar eine gar nicht ausgesprochene Behauptung aufnimmt, nur um irgendwie polemisieren zu können. Ich stelle noch einmal die Behauptung auf, daß von dem Programm, das uns der Herr Reichskanzler hier zum besten gegeben hat, bis jetzt noch nichts in Angriff genommen ist. Es liegt lediglich der Versuch vor, die nichtbesitzenden Klassen bis auf den letzten Heller und Pfennig heranzuziehen. Ich hatte nicht die Absicht, bei dieser Debatte heute über das Lohnsteuergesetz zu sprechen. Aber auf einen derartigen Einwurf: Unerhörte Unwahrheit, der ja auch nicht gerade parlamentarisch ist, aber der dem Wesen des Herrn Dr. Helfferich sehr entspricht, war ich selbstverständlich gezwungen, wenigstens die Begründung ganz kurz dafür zu geben, was ich damit gemeint habe. Nun hatten Sie ja die Gelegenheit benutzt, von dem Thema Reichsnotopfer abzugehen und sich über andere Fragen zu unterhalten, bis der Herr Abgeordnete Keil die Debatte wieder auf den Punkt der Tagesordnung zurückgeführt hat. Wenn der Herr Reichskanzler sich gegen den Vorwurf wendet, so glaube ich, im **Interesse der Nichtbesitzenden** ein Recht zu haben, darauf zu bringen, daß die Worte des Herrn Reichskanzlers durchgeführt werden. Den Vorwurf deswegen

(**Ryssel**, Abgeordneter.)

(A) lasse ich mir gerne gefallen. Aber die weiteren Ausführungen, die der Herr Reichskanzler machte, indem er auf die großen Erleichterungen des Steuertarifs hinwies, treffen ja das gar nicht, was wir heute früh erörtert haben. Ich werde aber auch jetzt darauf nicht weiter eingehen. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, wenn die Frage behandelt wird.

Nun ist es ganz interessant, daß der Herr Dr. Becker mir gegenüber von mangelndem Verantwortungsgefühl sprechen zu müssen glaubte, derselbe Herr Dr. Becker, der heute früh mit uns — ich freue mich darüber — derselben Meinung war, daß wegen der Wirkungen das uns vorgelegte Lohnsteuergesetz unmöglich in der Form angenommen werden könne,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ein Vertreter der Demokraten, Herr Kollege Pohlmann, machte den Vorschlag, heute die Verhandlungen abzubrechen, weil er ebenfalls diese Wirkungen nicht haben wollte, die das Gesetz haben würde, wenn es mit der Begründung Gesetz werden würde. Nachdem also heute früh Herr Dr. Becker derselben Ansicht wie wir war, glaubt er eine Kanonade gegen mich aufführen zu können, für die jeder berechtigte Grund fehlt. Überlassen Sie es ruhig mir, ob ich Verantwortungsgefühl habe. Ich habe das Interesse der Nichtbesitzenden zu vertreten, Sie vertreten die entgegengesetzten Interessen.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Aus diesem Grunde werden sich unsere Stellungnahmen niemals miteinander verbinden lassen.

(Wiederholte Zurufe.)

Das haben Sie ja auch längst eingesehen.

Wenn Herr Dr. Helfferich heute wieder seinen Antrag dem Hause unterbreitet und von den **Ärmsten der Armen** spricht, so haben wir eine andere Auffassung davon. Die Ärmsten der Armen sind nicht die, die bis zu 200 000 oder

(B) bis zu 300 000 Mark Vermögen haben, sondern die Ärmsten der Armen sind die, denen Sie durch neue Steuern ihre Lebenshaltung herunterdrücken, und die nicht die Möglichkeit haben, ohne Arbeit ein Einkommen von 10 000 Mark zu besitzen, wie es in dem Antrag des Herrn Dr. Helfferich selbst heißt. Dort ist für viele die Möglichkeit gegeben, durch Arbeit noch etwas zu verdienen. Für Steuererleichterungen auf müheloses Einkommen war der Ausschuß nicht zu haben und sind auch wir nicht zu haben. Den Ärmsten der Armen, die ein Vermögen von 200 000 Mark oder mehr haben, bleibt noch die Möglichkeit, von ihrem Kapital zu zehren, während die Kreise, die uns näher liegen, auf das Armenamt verwiesen werden, wenn man ihnen die Arbeitslosenunterstützung entzieht oder ihre Lebenshaltung durch indirekte Steuern so weit heruntergedrückt wird, daß sie hungern müssen. Es nimmt sich ja interessant aus, wenn uns derselbe Herr Dr. Helfferich, dessen Politik genügend gekennzeichnet worden ist, lügnerischer Behauptungen zeiht. Für Herrn Dr. Helfferich lasse ich mildernde Umstände walten, denn es ist lediglich der Ausfluß der Angst, daß Herr Dr. Helfferich aus der Kriegszeit immer wieder hier festgenagelt wird.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Ryssel hat vorhin geäußert, der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich habe eine unparlamentarische Bemerkung fallen lassen. Darüber, ob eine Bemerkung parlamentarisch ist oder nicht, hat nur der Präsident zu entscheiden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; wir kommen zur Abstimmung über Art. II. Wir werden hier nach den einzelnen Ziffern abstimmen müssen, und ich werde überall die Annahme feststellen, soweit keine Wortmeldungen vorliegen und kein Einspruch erhoben wird.

Ich rufe also auf Ziffer 1, — 1a. — Angenommen. (C)

Es liegt dann der Antrag Dr. Helfferich und Genossen auf Nr. 2297 unter 1 vor, nach Ziffer 1a eine neue Ziffer 1b einzufügen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die, diesem Antrage Dr. Helfferich entsprechend, eine Ziff. 1b einfügen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf Ziff. 1b, — angenommen, 1c, — angenommen.

Ziff. 2 ist in den Beschlüssen des Ausschusses abgelehnt worden. Dazu liegt der Antrag Dr. Helfferich auf 2297 Ziff. 2 vor: im Art. II als Ziff. 2 folgende Vorschrift einzufügen:

> Dem § 26 wird als Abs. 5 folgende Vorschrift angefügt:
>
> Als Kinder im Sinne dieses Paragraphen gelten auch an Kindesstatt angenommene Kinder.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Ich darf zur Begründung dieses Antrags auf Drucksache 2297 nur sagen, daß hier eine zweifelhafte Rechtsfrage klargestellt werden soll, die bei den Finanzämtern aufgetaucht ist, nämlich die Frage, ob **Adoptivkinder** ebenso behandelt werden sollen wie die wirklichen Kinder. Ich nehme an, daß die Regierung mit unserem Antrag, die Adoptivkinder den Kindern gleichzustellen, einverstanden ist.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Zapf.

Zapf, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium: Die Reichsregierung kann sich mit diesem Antrag einverstanden erklären. (D)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Dr. Helfferich auf 2297 Ziff. 2 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Zu Ziff. 2a liegt ein Antrag Dr. Helfferich auf Drucksache 2297 Ziff. 3 vor, die Ziff. 2a des Art. II durch eine Fassung zu ersetzen, die ja den Damen und und Herren gedruckt vorliegt. — Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag Dr. Helfferich auf 2297 Ziff. 3 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Ziff. 2a ist in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Ich rufe auf Ziff. 2b, — angenommen, 3, — 3a, — 4, — 5, — 6, — 7, — 7a, — 7b, — 7c, — 8, — 9, — 10. — Angenommen.

Ich rufe auf Art. IIa, — Art. III Ziff. 1, — angenommen, Ziff. 2 ist vom Ausschuß abgelehnt, — 3, — 4, — angenommen. Es sind also die Ziffern 1, 3, 4 angenommen, die Ziff. 2 ist abgelehnt.

Ich rufe weiter auf Art. IV, — Art. V. — Ich stelle auch hier die Annahme fest.

Einleitung und Überschrift — angenommen.

Die dritte Beratung kann heute auch stattfinden, wenn kein Widerspruch erfolgt. — Ein solcher wird nicht erhoben; ich stelle das fest. Wir treten also in die

dritte Beratung

ein. Ich eröffne die allgemeine Besprechung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die Einzelbesprechung ein. Ich glaube, ich brauche nur noch nach Artikeln einzeln aufzurufen.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Ich rufe auf Art. II nach den Beschlüssen zweiter Lesung, — Art. II a, — Art. III, — IV, — V. — Ich stelle die Annahme fest. Einleitung und Überschrift — angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der Vorlage bei der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig. Die Vorlage ist angenommen.

Es ist der Ausschußantrag auf Nr. 2251 S. 16 gestellt, durch die gefaßten Beschlüsse die Petitionen als erledigt zu erklären. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir gehen über zum folgenden Punkt der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151, 2228 der Drucksachen,

und zwar zunächst:

Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats (Anlage VI a).

Ich rufe auf im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Ich rufe auf die Einnahme — Kap. 1 Tit. 1 — und stelle auch hier die Annahme fest.

Es liegt ein Ausschußantrag auf Nr. 2294 der Drucksachen unter II vor, folgende Entschließungen anzunehmen:

a) die Reichsregierung zu ersuchen, beschleunigt Verhandlungen zwischen Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat einzuleiten, mit dem Ziele (B) der zweckmäßigen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen und der Vermeidung überflüssiger Doppelarbeit;

b) die Reichsregierung zu ersuchen, mit dem Vorstand des vorläufigen Reichswirtschaftsrats darüber zu verhandeln, daß die Freifahrt der Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats auf die Fahrt zwischen dem Wohnort und Berlin während der Zeit der Tagung beschränkt wird.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Scholz.

Dr. **Scholz,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bitte, Ihre Aufmerksamkeit auf die Entschließung des Haushaltsausschusses richten zu dürfen, die vorsieht, daß dem **Reichswirtschaftsrat** die **Freifahrtkarten** in dem bisherigen Umfange entzogen werden sollen. Meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, die Resolution ablehnen zu wollen. Ich halte es für einen starken politischen Fehler, im gegenwärtigen Augenblick dieser Entschließung zuzustimmen. Wenn auch die Antragsteller vielleicht damit nicht eine gewisse Verärgerungspolitik gegenüber dem Reichswirtschaftsrat beabsichtigt haben, von ihm wird sie als solche empfunden werden! Das ist mir kein Zweifel. Sie müssen bedenken, meine Damen und Herren, der Reichswirtschaftsrat hat nunmehr seit einem Jahre, seit seinem Bestehen, die Freifahrtkarten in vollem Umfange genau so, wie sie die Mitglieder des Reichstags haben. Und nun, meine Damen und Herren, darf ich Sie daran erinnern, daß vor wenig Tagen der Herr Reichskanzler hier im Reichstage die pathetischen Worte ausgesprochen hat: „Die Stunde des Reichswirtschaftsrats hat geschlagen." Wenn Sie in einem solchen Augenblicke eine gewisse auch vielleicht nicht gerade beabsichtigte Verärgerungspolitik gegenüber diesem Gremium treiben, in dessen Hände nach Auffassung des Reichskanzlers augenblicklich die Geschicke Deutschlands gelegt sind, (C) so muß ich ganz offen sagen, kann ich eine solche Politik nicht verstehen.

Meine Damen und Herren! Ich darf aber noch etwas anderes erwähnen: In dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde an dem gleichen Tage, an dem der Herr Reichskanzler dort eine programmatische Rede hielt, vorher von dem Herrn Vorsitzenden festgestellt, daß im Verlaufe einer Unterredung, die er — der Vorsitzende — über diese Frage der Freifahrtkarten mit dem Herrn Reichskanzler gehabt hätte, der Herr Reichskanzler ihm die freudige Mitteilung gemacht habe — ich zitiere aus dem amtlichen Stenogramm —, daß man von der Absicht, den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats die Eisenbahnfreikarten zu entziehen, Abstand nehmen werde. Meine Damen und Herren! Bei diesen Worten ertönte im Reichswirtschaftsrat ein so lebhafter Beifall, wie er in dieser ruhigen Korporation sonst selten gehört wird, woraus Sie entnehmen wollen, daß diese Erklärung nur so aufgefaßt werden konnte, daß dem Reichswirtschaftsrat die Fahrkarten in vollem Umfange genau so wie den Reichstagsmitgliedern belassen bleiben sollten.

Meine Damen und Herren! Diesen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers gegenüber würde es sich, glaube ich, kaum rechtfertigen lassen, gerade im gegenwärtigen Augenblick die teilweise Entziehung der Fahrkarten für den Reichswirtschaftsrat auszusprechen.

Wenn aber alle diese Gründe auf Sie keinen Eindruck machen sollten, dann schlagen Sie einmal an Ihre eigene Brust und fragen sich, ob es Ihnen sehr angenehm wäre, wenn plötzlich eine ganze oder teilweise Entziehung der Freifahrtkarten für die Mitglieder des Reichstags stattfindet.

(Zurufe links.)

— Meine Herren, Sie sagen, das sei etwas anderes. Gewiß, aber der Reichswirtschaftsrat — das habe ich (D) schon festgestellt — hat ebenso wie der Reichstag bereits seit einem Jahr die Freifahrtkarten in vollem Umfange. Es ist stets betont worden, daß die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats dadurch ebenso wie die Mitglieder des Reichstags in die Lage versetzt werden sollen, sich in ganz Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse anzusehen. Ich glaube, meine verehrten Damen und Herren, dieses Recht wird man den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats ebenso zubilligen können und müssen wie den Mitgliedern des Reichstags.

Ich habe nur an Ihr menschliches Gefühl appellieren und bitten wollen, daß Sie das, was Sie selbst nicht gerne erdulden möchten, auch einem andern nicht zufügen sollten. Ich erinnere Sie in dieser Beziehung an das schöne alte und berechtigte Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu!"

Überlegen Sie sich das und stimmen Sie mit uns gegen die Ziffer b der Entschließung des Haushaltsausschusses!

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Vorredner gegenüber feststellen, daß die Anregung, der Reichstag soll sich mit den **Freikarten** der Herren vom **Reichswirtschaftsrat** beschäftigen, nicht aus Verärgerung oder aus dem Bestreben hervorgegangen ist, den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats etwas Unangenehmes zuzufügen, sondern daß nur sachliche Gründe uns zu diesem Vorgehen veranlaßt haben. Es ist falsch, in bezug auf die Freikarten den Reichswirtschaftsrat dem Reichstage gleichzustellen.

Im Reichstage hat der einzelne Abgeordnete zu allen Fragen unseres staatlichen Lebens Stellung zu nehmen.

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) In allen diesen Fragen kann er nicht sachverständig sein. Deshalb ist es seine Pflicht, sich von den Sachverständigen unterrichten zu lassen, und zu diesem Zweck braucht er die unbeschränkte Freifahrt im ganzen Reiche.

Im Reichswirtschaftsrat dagegen sind die Herren, die einen Berufszweig oder einen Berufsverband vertreten. Sie sollen — das ist der eigentliche Wert des Reichswirtschaftsrats — auf Grund ihrer Erfahrungen in ihrer ständigen Berufstätigkeit urteilen. Wenn sie herumreisen, um sich hier und da einmal mehr oder weniger gründlich zu unterrichten, dann brauchen wir die Herren nicht. Das können die Reichstagsabgeordneten selbst tun.

Selbstverständlich reisen gerade manche Herren des Reichswirtschaftsrats viel im Lande herum. Aber das tun sie in ihrer Tätigkeit als Geschäftsleute oder als Vertreter ihres Verbandes.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb hat nicht das Reich diese Reisen zu bezahlen. Nur wenn die Herren sich im Reichswirtschaftsrat als Berater dem Reiche zur Verfügung stellen und zu diesem Zwecke nach Berlin fahren, sind die Kosten vom Reich zu tragen.

Ich glaube also, die Verhältnisse in der Tat sind anders, als es der Herr Vorredner dargestellt hat. Es wäre auch verfehlt, wenn man die Verbindung zwischen dem Reichswirtschaftsrat und der ständigen Berufstätigkeit seiner Mitglieder lösen würde. Dann würde man im Reichswirtschaftsrat ein Konkurrenzunternehmen gegenüber dem Reichstage bekommen; und das soll der Reichswirtschaftsrat nicht sein und nicht werden.

Sehr gewundert hat mich die Art und Weise, wie der Herr Vorredner weiter seine Auffassung vertreten hat.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Er hat es als möglich hingestellt, daß die Herren des Reichswirtschaftsrats, wenn ihnen ein Anspruch, den wir nicht als berechtigt anerkennen können, entzogen würde, ihr Vaterland, ihr Volk in der Stunde der Gefahr im Stiche lassen würden.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Das hat er nicht gesagt!)

Hat der Herr Vorredner vorhin nicht gesagt: Der Reichskanzler habe den Reichswirtschaftsrat aufgerufen, zu helfen in der Stunde der großen Not; deshalb wäre es ein großer politischer Fehler, wenn man gerade jetzt den Herren vom Reichswirtschaftsrat ein Recht entziehen und sie verärgern würde, das heißt doch: sie veranlassen würde, ihre Pflicht nicht zu erfüllen?

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, davon kann keine Rede sein. So viel Vertrauen habe ich zu den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats, daß sie ihre Pflicht, mit ihrem Rate der Reichsregierung zur Seite zu stehen, auch dann erfüllen werden, wenn wir ihnen ein ihnen nicht zustehendes Recht aberkennen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Herren Redner haben nur zu der Entschließung unter b gesprochen, und ich darf wohl annehmen, daß auch nur diese beanstandet worden ist.

(Zustimmung.)

Dann kann ich wohl ohne Abstimmung feststellen, falls kein Widerspruch erfolgt, daß die Entschließung unter a, gegen die sich kein Redner gewendet hat, angenommen ist. — Ich stelle das fest.

Dagegen wird eine Abstimmung über die Entschließung b zu erfolgen haben, über die die Aussprache ja stattgefunden hat.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der (C) Entschließung des Ausschusses unter b zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir gehen dann über zum

Haushalt des Reichsschatzministeriums

(Anlage X)

und beginnen mit dem ordentlichen Haushalt: fortdauernde Ausgaben.

Ich darf wohl, da bisher keine Wortmeldungen vorliegen, überall nur die Kapitel aufrufen und die einzelnen Titel zusammenfassen.

(Zustimmung.)

Ich rufe also auf Kap. 1 mit sämtlichen Titeln — angenommen. Ebenso mit sämtlichen Titeln Kap. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 mit dem Zusatz nach dem Ausschußantrag auf Nr. 2294 Ib, — 7a, — 8, — 9. — Angenommen.

Ich rufe weiter auf b, einmalige Ausgaben, Kap. 1 — angenommen; B, außerordentlicher Haushalt, Kap. 1 — angenommen.

Wir kommen zu den Einnahmen im ordentlichen Haushalt, Kap. 1 — angenommen; im außerordentlichen Haushalt Kap. 1 — angenommen.

Dann liegt noch ein Ausschußantrag auf Nr. 2294 unter IIIa vor:

> Die Petition des Bundes der Beamten der Reichsschatzverwaltung, betreffend Beförderungsstellen (Tgb. II Nr. 7393) der Reichsregierung als Material zu überweisen.

Ich darf auch hier, wenn kein Widerspruch erfolgt, die Annahme durch das Haus feststellen. — Widerspruch erfolgt nicht.

Wir gehen dann über zum

Haushalt des Reichswehrministeriums (D)

(Anlage VIII).

Als Kommissare sind angemeldet:

Oberstleutnant Giese,
Major Petter,
Stabsveterinär Dr. Schulze.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Künstler.

Künstler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren erscholl immer wieder der Ruf nach **Sparsamkeit.** Nur Arbeit und Sparsamkeit, so hieß es, kann Deutschland vor dem völligen Untergang retten. Das ist der Schlachtruf der Vertreter aller bürgerlichen Parteien, das ist die Parole der Unternehmerschaft, wenn es gilt, gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Front zu machen.

Bei den Beratungen über die Beamtenbesoldungsreform, bei den Anträgen der sozialistischen Parteien zur Erwerbslosenfürsorge, zur Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Beschaffung von Wohnungen für Obdachlose, Erhöhung der Renten für die Arbeitsinvaliden usw. wurde immer wieder auf die traurige finanzielle Lage des Reichs hingewiesen.

Handelt es sich aber darum, „den armen, schwerleidenden deutschen Reedern" Milliardengeschenke zu machen oder aber den so „kümmerlich dahinlebenden Großagrariern", wie zuletzt beim Getreideumlageverfahren, eine kleine Unterstützung, wenn auch nur von ein paar Milliarden Mark, zu geben, finden sich die Abgeordneten der bürgerlichen Mehrheit dieses Hauses, und im Handumdrehen, ohne die Finanznot des Reiches überhaupt zu beachten, sind solche „kleinen Beihilfen" bewilligt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Künstler**, Abgeordneter.)

(A) Kommt aber erst der **Etat** unserer herrlichen **Reichswehr** zur Verhandlung, dieser treuesten und festesten Stütze unseres Klassenstaates, dann glänzen die Augen der militärfrommen M. d. R. von einem Bewilligungseifer für dieses so herrliche Instrument der kapitalistischen Ordnung, Zucht und Sitte, daß die Herren Generäle so recht ihre Freude haben. Dann treten in den Kommissionssitzungen sowie auch im Plenum die Herren Sachverständigen auf und versuchen nachzuweisen, daß hier und da eigentlich viel zu wenig eingestellt sei, und verständnisvoll gibt man zu: ja, wenn die Sache so ist, dann müssen selbstverständlich die Mittel aufgebracht werden!

Nachdem erst im Frühjahr dieses Jahres dem neudeutschen „republikanischen Militarismus" an 5 Milliarden in den Rachen geworfen worden sind, erfordert in einem Nachtrag zum Haushalt des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1921 dieser Militarismus an fortlaufenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts rund 3 Milliarden Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Somit werden Milliarden unserem Volke und seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen entzogen. Durch derartige nicht zu rechtfertigende Ausgaben wird die ohnehin schon so starke Schuldenlast vermehrt, werden dem elenden und verarmten Volk neue Lasten auferlegt.

Nur ein Beispiel soll zeigen, wie die „alte preußische Sparsamkeit" aussieht. Beim Kapitel Pferdehaltung waren bereits im Frühjahr weit über 15 Millionen Mark bewilligt worden. Neuerdings fordert man in dem Nachtrag abermals 29 117 530 Mark. Das Elend der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und Unfallrentner wächst von Tag zu Tag und ist gestern im Volkswirtschaftlichen Ausschuß von meinem Freunde Ditzmann enthüllt worden. Die Schiffswerften kündigen eine Entlassung von 30 000 (B) bis 40 000 Arbeitern an.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hunderttausende Männer werden gezwungen zu feiern, haben nicht die Mittel, sich die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen, sich zu kleiden, und hier gibt man in einer Zeit des immer größer werdenden Elends ohne Rücksicht auf die finanzielle Not Millionen, Milliarden aus für ein Spielzeug unserer Herren Militärs.

Man braucht nur zu berechnen und dem Volke klarzumachen, was die zwölf Pfarrer und die zwei Feldpröpste bekommen sollen: in diesem Nachtrag zum Etat weitere 392 670 Mark; im ganzen kosten diese vierzehn Herren in einem Beruf, der für den Wiederaufbau Deutschlands sehr ungeeignet und damit überflüssig ist, weit über eine Million Mark. So sieht es bei all den einzelnen Kapiteln und Positionen aus.

Ich will natürlich den Herren im Reichswehrministerium nicht Unrecht tun. Ich will auch hervorheben, daß sie „zu sparen" verstehen. So geht zum Beispiel aus dem Kap. 19 Position 5 hervor, daß man die bisher eingestellten 10 000 Mark für die **Betriebsräte** bis auf 7500 Mark streichen will. Diese verschwindend kleine Summe soll gekürzt werden. Den Herren vom Reichswehrministerium wäre es aus „Sparsamkeitsgründen" sehr angenehm, daß auch diese kleine Summe ganz verschwindet. Denn Betriebsräte gehören nach den Auffassungen jener Herren nicht in den Bereich des Wehrministeriums.

Für die Vertreter des Volks und für die Angehörigen der einzelnen Parteien heißt es endlich einmal, daß sie hier Farbe bekennen, wie sie sich zu diesen Milliardenforderungen in einer Zeit stellen, wo die notwendigsten Mittel für die soziale Fürsorge, zur Unterstützung der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten usw. nicht aufgebracht werden können. Männer und Frauen sind in ihrem Erwerb, in ihrer wirtschaftlichen Stellung ruiniert. Krankheiten und Seuchen suchen unser (C) Volk heim. Und hier stellt man Milliarden ein für ein Instrument des Klassenstaates, das vollständig überflüssig ist und stets gegen eine freiheitliche Bewegung und gegen die Arbeiterschaft zu Felde zog.

Wir haben bei dieser Gelegenheit Auskunft zu verlangen, was die Herren von der Regierung überhaupt unternehmen wollen in bezug auf das Treiben sogenannter Privatpersonen in Uniform. Durch die Presse ist vor einiger Zeit die Notiz gegangen, daß **Paraden** vor ehemaligen Prinzen, Angehörigen der Hohenzollerndynastie abgehalten werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So wurde in Spandau auf dem Kasernengrundstück am Askanierring aus Anlaß der Feier des hundertjährigen Bestehens irgendeines Regiments eine Parade abgehalten. Wir fragen an: was gedenkt das Reichswehrministerium zu tun, um diese militärischen und monarchistischen Spielereien zu unterbinden?

Weiter interessiert uns bei der Angelegenheit zu wissen: Wer trägt die Kosten dieser Spielereien? Sind weiter die Kasernenhöfe nicht anderen Zwecken dienstbar zu machen?

Ferner wollen wir auch auf die Gewaltherrschaft hinweisen, die der Oberkommandierende in **Ostpreußen**, der kappistische **General Dassel**, ausübt. Er führt ein Regiment, das sich nicht nur gegen die Kommunisten und gegen die Unabhängigen richtet, sondern überhaupt gegen die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied ihrer Parteistellung. Für die Rechtszustände im „demokratischen" Deutschland ist es charakteristisch, daß ein Mann wie Dassel, der offen für Kapp in den Märztagen 1920 Partei ergriffen hat, nicht hinter Schloß und Riegel sitzt, sondern das Recht mit Füßen treten und in Ostpreußen eine Gewaltherrschaft schimmster Art ausüben darf.

Mildtätige Organisationen bringen Mittel auf, um (D) kranke Kinder aufs Land bringen zu können zur Erholung. Vom Reich geschieht nichts, dafür sind keine Mittel eingestellt. Aber die einzelnen Formationen und Truppenteile der **Reichswehr**, die werden von einem Ort zum andern transportiert, um dort ihre sogenannten **militärischen Übungen** abzuhalten. All das ist eine Verschwendung, die geradezu ein Verbrechen am notleidenden Volke ist. Kein Volksvertreter, der im Interesse des Volkes wirken will, kann angesichts dieser großen Not, angesichts dessen, daß für die Erhaltung und Gesundung unseres Volkes nicht die nötigen Mittel aufgebracht werden können, Millionen- und Milliardenforderungen für ein Hunderttausendmann-Heer bewilligen, welches in seiner ganzen Art und Organisation, in seinem ganzen Aufbau, geleitet und geführt von monarchistischen Offizieren, nicht eine Stütze der Republik, sondern eine Zuflucht für jene Kreise ist, die anstreben, durch irgendeinen Gewaltstreich die Republik niederzuringen und an ihrer Stelle die Monarchie wieder zu proklamieren.

Das haben wir stets zu beachten in unserer Politik, wenn wir diesen Militarismus überhaupt mit Erfolg bekämpfen wollen. Für die Reichswehr darf kein Pfennig nach unserer grundsätzlichen Auffassung bewilligt werden, noch dazu in einer Zeit, wo Hunderttausende von **Arbeitslosen** unfreiwillig das Straßenpflaster zieren. Unfreiwillig sage ich gegenüber den falschen Anwürfen der Satten auf die Arbeitslosen. Die herrschende Gesellschaftsordnung, der heutige moderne Klassenstaat hat hier die Pflicht, seine Opfer zu unterstützen. Wir wissen aber, daß Sie das nicht tun werden. Da die bürgerlichen Parteien die Vertreter und die Befürworter der kapitalistischen Ordnung sind, haben sie natürlich auch kein Herz für die Nöte unseres Volkes, für die Not der Arbeiterschaft, sondern bewilligen Gelder für Institutionen, die lediglich darauf eingestellt sind, den

(Künstler, Abgeordneter.)

(A) Klassenstaat gegenüber der Arbeiterschaft zu erhalten und zu verteidigen.

Zum Schluß möchte ich einmal anfragen, wie hoch sich die **Kosten des Baltikum-Abenteuers** belaufen, und wann gedenkt die Regierung darüber Aufschluß zu geben. Als im Frühjahr der Haushaltsausschuß den Etat des Reichswehrministeriums beraten hat, stellte ich schon einmal die Anfrage. Da wurde uns von dem sattsam bekannten Obersten Kreß v. Kressenstein mitgeteilt: diese Abrechnungen gestalten sich so schwierig, daß wir gar nicht sagen können, wann wir überhaupt dem Haushaltsausschuß und dem Reichstag eine Abrechnung vorlegen können. Seit Februar sind 4 Monate ins Land gegangen. Vielleicht ist in den 4 Monaten etwas geschehen, oder aber hat man vielleicht im Reichswehrministerium vor, die Abrechnung über das verbrecherische Treiben der Baltikum-Abenteurer erst dann vorzulegen, wenn einmal die Schäden feststehen, die die nationalistischen Banden in Oberschlesien angerichtet haben, um dann dem Reichstag eine gemeinsame Abrechnung zu präsentieren? Wir bitten endlich einmal um Auskunft. Das deutsche Volk kann verlangen, daß über diese Dinge restlos Aufschluß gegeben wird. Die Führer des Baltikumabenteuers waren die Herren v. d. Goltz und andere Offiziere, die heute noch direkt und indirekt mit der „republikanischen Reichswehr" in Verbindung stehen. Wir fordern daher, daß endlich diese Herren, diese militärischen Abenteurer, für ihre Streiche zur Rechenschaft gezogen werden; nicht daß man aus wütendem Klassenhaß heraus die Justiz in erster Linie gegen links mobilisiert, sondern daß die Verbrecher von rechts in derselben Weise zur Verantwortung gezogen und bestraft werden, damit ihnen ein für allemal ihr unsauberes Handwerk gelegt wird.

Meine Parteifreunde lehnen den Nachtrag des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1921 aus finan-

(B) ziellen und vor allen Dingen aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schöpflin.

Schöpflin, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich gestatte mir nur eine kurze Anfrage an den Herrn Minister. Es werden fortgesetzt noch **Offiziere des alten Heeres befördert.** Hauptleute bekommen den Charakter als Major, Obersten als Generalmajor usw. Das scheint mir aber doch in Widerspruch zu stehen mit Art. 109 der Reichsverfassung. Der Art. 109 der Reichsverfassung bestimmt, daß Titel nicht mehr verliehen werden dürfen, außer sie bezeichnen ein Amt oder einen Beruf. Wenn jemand als Major abgegangen ist, ist der Soldatenberuf für ihn erledigt. Er wird aber noch charakterisiert als Oberstleutnant oder als Oberst als Generalmajor. Das ist doch kein Beruf mehr. Es ist ja ein ziemlich starkes Drängeln danach, noch eine Etage weiter in den militärischen Himmel hinauf zu kommen. Mir scheint aber diese Praxis durchaus nicht mehr angebracht. Ich bitte den Herrn Reichswehrminister um eine Auskunft, aus welchen Gründen das geschieht.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Dr. **Geßler,** Reichswehrminister: Es ist in der Tat so, daß **ausgeschiedenen Offizieren** noch nachträglich ein **höherer Charakter verliehen** wird. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Aufarbeitungen aus der Abwicklungszeit. Die Herren hätten bei normalem Ausscheiden oder bei normaler Erledigung ihrer Dienste den Rang bekommen. Da aber bekanntlich die Ausscheidungen seinerzeit bei diesen großen Massenentlassungen nicht namentlich erfolgt sind, sondern generell, mußten diese (C) Dinge aufgearbeitet werden.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Uniformen?)

— Nein, die Personalien. Das geht aber jetzt in der allernächsten Zeit zu Ende.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe nunmehr vom Haushalt des Reichswehrministeriums sämtliche Kapitel einzeln auf: fortdauernde Ausgaben, A, Reichswehrminister. Kap. 1 Tit. 2, — 3 bis 6 — angenommen. B, Heerwesen, Kap. 1 Tit. 1 bis 9 — angenommen. Kap. 2 Tit. 1 bis 10, — 16, — 17, — 18 — angenommen. Kap. 3 — ich rufe hier die einzelnen Kapitel mit sämtlichen Titeln auf, — Kap. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20. —

Es liegen hier überall keine Wortmeldungen vor, ich stelle also die Annahme von sämtlichen Kapiteln und Titeln fest.

Ich rufe weiter auf: C, nicht zu den Streitkräften gehörende Heereseinrichtungen, Kap. 1, — 2 — angenommen.

Wir gehen über zu den einmaligen Ausgaben, B, Heerwesen. Kap. 1 — angenommen.

Ich rufe auf den außerordentlichen Haushalt, C, nicht zu den Streitkräften gehörende Heereseinrichtungen, Kap. 1 — angenommen.

Wir gehen weiter über zu den Einnahmen. Ich rufe auf: ordentlicher Haushalt Kap. 1 — angenommen.

Dann liegen noch zu den Petitionen auf Nr. 2294 der Drucksachen unter III b Ziff. 1 und 2, Ausschußanträge vor. Auch hierzu erfolgen keine Wortmeldungen. Ich darf daher, falls kein Widerspruch erhoben wird, annehmen, daß das Haus den Anträgen des Ausschusses beitritt. — Ich stelle das fest. (D)

Damit ist der Etat des Reichswehrministeriums und dieser ganze Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kämen dann in der Reihenfolge zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Ich möchte aber die Anregung geben, daß wir zunächst die Punkte 6, 7, 8 und 9 — Ausschußberichte — insoweit erledigen, als keine Wortmeldungen vorliegen. Bisher liegen von keiner Seite Wortmeldungen vor; wir könnten diese Punkte also hier rasch erledigen. Erfolgt eine Wortmeldung, dann wird der betreffende Punkt wiederum zurückgestellt. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe also zunächst auf

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über eine Entschließung, betreffend den Entwurf einer Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung und den Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft (Nr. 1687 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Schiele.

Ich brauche den Antrag des Ausschusses wohl nicht zu verlesen. Falls kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Annahme fest. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich rufe dann auf den nächsten Gegenstand:

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Zwangswirtschaft der Kommunalverbände (Nr. 1786 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Jaud.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Ich eröffne die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Auch sonst liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß der Reichstag dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 1786 der Drucksachen zustimmt. — Ich stelle das fest.

Wir gehen über zum 8. Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Zwangsbewirtschaftung des Leims (Nr. 1787 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Blum.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Berichterstatter. — Er verzichtet. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf, wenn kein Widerspruch erfolgt, annehmen, daß das Haus dem Antrage und der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1787 zustimmt. — Ich stelle das fest.

Wir gehen über zum 9. Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Entschließungen über den Entwurf einer Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionseinrichtungen (Nr. 1933 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Aufhäuser.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Berichterstatter. — Er verzichtet. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle auch hier fest, daß der Reichstag dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 1933 der Drucksachen unter Ziff. 1 und 2 zustimmt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle das fest.

Damit sind diese Punkte der Tagesordnung erledigt, und wir greifen zurück zu Punkt 5:

(B) **Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte** (Nr. 2153 der Drucksachen).

In der Fortsetzung der Beratung hat das Wort der Herr Abgeordnete Lambach.

Lambach, Abgeordeter: Meine Damen und Herren, das **Angestelltenversicherungsgesetz** ist das einzige sozialpolitische Versicherungsgesetz, das im Reichstag einstimmig angenommen worden ist. Es ist seit 1913 in Kraft. Aber seit dieser ganzen Zeit wird es dauernd bekämpft, und zwar insbesondere von zwei Seiten. Von einer Seite, die damals zwar im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl dem Gesetze selbst ihre Zustimmung gegeben hatte, von der Seite der Sozialdemokratie — die ganze gestrige Rede des Herrn Abgeordneten Giebel war ja ein Beweis für diese Art der Bekämpfung sowohl in ihrem Inhalt, als in ihrer Länge — und anderseits durch die privaten Versicherungsanstalten.

Das Motiv der privaten Versicherungsanstalten ist die Sorge um den eigenen Gewinn. Die privaten Versicherungsanstalten haben sowohl bei Schaffung des Gesetzes wie auch jetzt bei Bekanntwerden der Novelle mit allen Mitteln versucht, die Angestelltenversicherung herunterzusetzen. So schreibt auch jetzt wieder in der „B. Z. am Mittag" ein offenbarer Freund dieser Interessentenkreise am 18. Juni:

> Wirtschaftlich ist die Festlegung der Milliarden, die sich aus den Beiträgen bei der Angestelltenversicherung bilden werden, geradezu ein Verhängnis. Die Ersparnisse der Angestellten sollen wieder in die Wirtschaft gehen und dort ein Wertbilder des Kapitals sein, aber nicht als totes Kapital der Bürokratie anvertraut werden.

Der Artikelschreiber hat nur insoweit recht, als tatsächlich weit darüber hinaus, als es in der Öffentlichkeit bekannt ist, die kapitalbildende Bedeutung der **Angestelltenversicherung** eine ganz erhebliche ist. Sie geht hervor aus den **Beitragseinnahmen.** Allein im Jahre 1919 hat die Angestelltenversicherung 285 559 000 Mark Einnahmen gehabt und im Jahre 1920 419 Millionen Mark Einnahmen. Sie wird von den Gegnern immer als ein kleines Anhängsel, eine kleine, eigentlich überflüssige Versicherungsanstalt neben der großen Invalidenversicherungsanstalt hingestellt. Aber die sämtlichen 30 Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung haben zusammen im Jahre 1919 auch nur 410 Millionen Mark Einnahmen gehabt.

Bei der Angestelltenversicherung stehen diesen Einnahmen einstweilen, da die Zeit der Vollrente noch nicht gekommen ist, die erst 10 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes einsetzen wird, verhältnismäßig kleine Ausgaben gegenüber. An **Renten** wurden ausgezahlt 1919 nur 930 000 Mark und 1920 1 348 000 Mark. Viel bedeutsamer sind die Ausgaben für das **Heilverfahren:** 1919 17 Millionen Mark, 1920 44,9 Millionen Mark, wogegen wiederum die sämtlichen Invalidenversicherungsanstalten, die immer als weit bedeutender in ihrer Gesamtheit von der Sozialdemokratie hingestellt werden als die Angestelltenversicherung, zusammen im Jahre 1919 auch nur 58 Millionen Mark für das Heilverfahren ausgegeben haben.

Die Frage, die der Artikelschreiber in der „B.Z." angeschnitten hat, ob die gewaltigen Kapitalien, die der Angestelltenversicherung zufließen, auch produktiv angelegt werden, beantwortet sich ohne weiteres aus einer Untersuchung der **Anlageart** dieser **Kapitalien.** Da sind seit Bestehen der Versicherungsanstalt von den 900 Millionen Kommunaldarlehen, die die Angestelltenversicherung gegeben hat, doch 400 Millionen Mark den Kommunen für unmittelbare wirtschaftliche Zwecke, zur Unterstützung von (D) Handel, Gewerbe und Industrie gegeben worden, und zwar im besonderen zum Bau von Elektrizitätswerken, von Gaswerken, zur Beteiligung an Überlandzentralen, Kanalisationsbauten, Straßenbauten und zur Übernahme von Industriebahnen.

Außerdem sind noch weitere 200 Millionen Mark für Kleinwohnungsbauten ausgeworfen. Das ist ein ganz besonderes Kapitel, das die Herren von der Sozialdemokratie im allgemeinen gerne totschweigen, weil die große Gesellschaft, die **Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten** ja eigentlich ganz ohne ihre Mitwirkung geschaffen worden ist. Die Verbände, die seinerzeit durch ihre Agitation und ihre Vorarbeiten die Schaffung des Gesetzes über die Angestelltenversicherung befördert haben, haben darnach auch, während sich die Kapitalien ansammelten, im Kriege unter Führung des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten geschaffen, und diese ist eine der ganz wenigen Heimstättengesellschaften in Deutschland, die nicht nur auf Papier, sondern wirklich draußen in der Landschaft gebaut haben. Diese Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten hat 1920 in Altona 530 Heimstätten gebaut, in Groß-Berlin 40, in Breslau 108, in Düsseldorf 47, in Freiburg im Breisgau 20, in Frankfurt am Main 42, in Gelsenkirchen 25, in Hörde in Westfalen 36, in München 20, in Münster 90, in Rinteln 25 und in Stettin 160 Heimstätten. Die Anlage der Gelder der Versicherungsanstalt beim Neubau von Wohnungen bedeutet doch eine Anlage an der Stelle, von der aus das gesamte Wirtschaftsleben am ehesten und nachdrücklichsten befruchtet wird.

Daß angesichts solcher sprechenden Zahlen die interessierten Kreise der privaten Versicherungen es für richtig

(**Lambach**, Abgeordneter.)

(A) halten, zu behaupten, daß hierdurch die Ersparnisse der Angestellten der wirtschaftlichen Wertbildung entzogen würden, ist nur ein Beweis für die ganze Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, aber auch für die Böswilligkeit, mit der man versucht, in der Öffentlichkeit Stimmung gegen die Versicherungsanstalt für Angestellte zu machen.

(Hört! Hört! rechts.)

Das auf einem anderen Gebiet liegende Bemühen, die Spargelder der Angestellten noch unmittelbarer in den Wirtschaftsprozeß wieder hineinzuführen, indem den Angestellten auf erleichterte Weise ermöglicht wird, durch Erwerb von Anteilen und **Kleinaktien** in der Wirtschaft Mitbesitzer ihrer Arbeitsstätten zu werden, ist ja einstweilen entgegen den Anträgen meiner Fraktion hier im Reichstag abgelehnt worden. Die Ermöglichung der Besitzbeteiligung wird ganz besonders von den Bekämpfern der Angestelltenversicherung auf der linken Seite dieses Hauses immer als eine abwegige und von ihnen zu bekämpfende Maßnahme hingestellt.

Nun ist es sehr bemerkenswert, daß den Bemühungen der interessierten Versicherungs-Kapitalistenkreise, um mich dieses Wortes zu bedienen, die sich da als Gegner der Angestelltenversicherung auftun, in der Öffentlichkeit Stimmung gegen die Angestelltenversicherung zu machen, sich der Abgeordnete Giebel von der Mehrheitssozialdemokratie ohne weiteres anschließt. Er hat gestern in seiner Rede alles das vorzubringen sich bemüht, was, wenn man es kritiklos hinnimmt, als eine Herabsetzung der Angestelltenversicherung betrachtet werden muß. Er hat da ganz besonders gesprochen von den, wie er sich ausdrückte, abnorm hohen **Verwaltungskosten der Angestelltenversicherung**, Verwaltungskosten, die tatsächlich im Jahre 1919 8,28 Prozent der Einnahmen und 1920 13,40 Prozent der Einnahmen betrugen. Das sind hohe Zahlen, die aber gerade durch die vorliegende Novelle herabgedrückt

(B) werden sollen. Aber, wenn der Herr Abgeordnete Giebel meint, daß diese Zahl 13,40 Prozent herabgedrückt werden könnte dadurch, daß die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung verschmolzen wird, so irrt er gewaltig, denn die Invalidenversicherungsanstalten haben im Durchschnitt 18,6 Prozent Verwaltungskosten, einige Landesversicherungsanstalten, z. B. Berlin, sogar 27,5 und die Hansestädte 26,2 Prozent im Jahre 1919 gehabt. Wenn man 8,28 und 18,6 zusammenwirft, dann kommt ein noch höherer Durchschnitt heraus als 8,28. Dann würden in Wirklichkeit die Unkosten der Angestelltenversicherung herauf- und nicht herabgesetzt, wie der Kollege Giebel gestern glauben zu machen versuchte.

Der Herr Abgeordnete Giebel hat als auf ein Mittel zur Herabsetzung dieser Verwaltungsunkosten gestern auf die Forderung der Angestellten hingewiesen, eine erweiterte **Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung** durchzuführen. Er hat höhnisch gemeint, daß diejenigen Kreise, die sich im besonderen für diese Selbstverwaltung eingesetzt haben, in letzter Zeit in Sonderheit bei Behandlung dieser Novelle davon geschwiegen hätten. Herr Giebel weiß ganz genau, daß diese Frage nur deshalb herausgenommen worden ist, weil ihre Hineinbringung in die Novelle angesichts der Bedenken, die von seiten der Regierung geäußert waren, die Erledigung der Novelle erheblich verzögert haben würde. Die Bedenken des Arbeitsministeriums stammen aber nicht aus der Zeit des jetzigen Arbeitsministers, sondern gerade aus der Zeit, als ein Fraktionskollege des Abgeordneten Giebel, nämlich Herr Schlicke, Arbeitsminister war. Auf eine Anfrage des damaligen Angestelltenvertreters in der demokratischen Partei, des Abgeordneten Schneider, hat er in der Nationalversammlung vom 20. Oktober 1919 ausdrücklich gesagt:

> Weiter wurde in dem Entwurf vorgesehen die Wahl der Beamten durch den Verwaltungsrat auf 12 Jahre. Diese Bestimmungen schienen mir (C) nicht geeignet, um die Unabhängigkeit den Beamten zu sichern. Sie werden dadurch, daß sie sich von Zeit zu Zeit einer Wahl unterziehen müssen, in ihrer Unabhängigkeit zweifellos beinträchtigt werden.

Es ist also ein Fraktionsgenosse von Ihnen gewesen, Herr Kollege Giebel, der sich schon damals nachdrücklich dagegen gewandt und den ganzen Apparat der Regierungsgewalt dagegen gestellt hat, die Selbstverwaltung durchzuführen.

Was Herr Schlicke damals begonnen hat, nämlich es unmöglich zu machen, daß sich die Angestelltenversicherung von innen heraus gedeihlich entwickele, daß sie auch in dieser Zeit der Geldentwertung, die allen sozialen Versicherungseinrichtungen so schwere Wunden geschlagen hat, wieder gesunde, das wird jetzt fortgesetzt. Es ist ein durchaus bemerkenswerter Erfolg des Herrn Abgeordneten Giebel, daß er, indem er in dieser Zeit, in der es auf jede Stunde ankommt, bei der Behandlung der Angestelltenversicherung gestern entgegen den allgemeinen Abmachungen hier eine lange Rede vom Stapel gelassen hat, es erreicht hat, daß wir ganz genau 24 Stunden für die Durchberatung der Angestelltenversicherung im Sozialen Ausschuß verloren haben. Hält man daneben die ganze Art und Weise, wie das Beihilfengesetz im Sozialen Ausschuß durch den Fraktionsgenossen des Kollegen Giebel, den Abgeordneten Hoch, behandelt worden ist, wie er sich da bemüht hat, ganz abseitsliegende Parallelgesetze heranzuholen, um ausgerechnet das Angestelltenversicherungsgesetz und das Gesetz über die Beihilfe für die Angestelltenversicherung zu benutzen, um eine große Aussprache mit dem Arbeitsminister herbeizuführen, dann wissen auch, die die vielen Jahre hindurch schon mit Ihnen in bezug auf die Angestelltenversicherung im Gegensatz stehen, welchem Zweck das dienen soll, wohin das führen muß. Das soll (D) dahin führen, daß es unmöglich werde, noch vor den Ferien dieses Gesetz zu verabschieden, das nötig ist, damit die Angestelltenversicherung sich in derselben Stärke erhalten kann, mit der sie seinerzeit neben die Invalidenversicherung gestellt worden ist. Genau das Gegenteil von dem Bestreben, das der Herr Abgeordnete Giebel uns zum Vorwurf gemacht hat, als ob wir irgend etwas zu tun gedächten, um in späterer Zeit eine Verschmelzung zwischen der Angestellten- und Invalidenversicherung schon heute zu verhindern, wird durch diese Taktik versucht, nämlich die Angestelltenversicherung innerlich so zu schwächen, daß sie allerdings schließlich, weil sie gegenüber den anderen Versicherungseinrichtungen unterschiedlich und schlechter behandelt wird, eines Tages zum Auffangen durch die Landesversicherungsanstalt reif wird. Dazu ist allerdings, von Ihrem Stundpunkt aus gesehen, heute der richtige Zeitpunkt; denn noch sind dort Gelder angesammelt, noch sind dort ja gewaltige Kapitalien angehäuft, die nicht durch Auszahlungen von Renten vermindert sind, also der richtige Zeitpunkt, um ein fettes Annektionsobjekt zu jenen Versicherungsanstalten hinüberzuleiten, in denen Sie selbst bei Einführung der allgemeinen Selbstverwaltung, da dort die gesamte Arbeitnehmerschaft zu wählen hätte, selbstverständlich politisch viel besser auf Ihre Rechnung kommen könnten, als Sie damals in der Angestelltenversicherung gekommen sind. Die Tatsache, daß die deutsche Angestelltenschaft nun einmal in ihrer überwiegenden Mehrzahl politisch auf einem anderen Boden steht entgegen den Behauptungen des Herrn Abgeordneten Giebel, daß fast der größte Teil der Angestelltenschaft diesem Gesetz und dieser Novelle feindlich gegenüberstehen, daß entgegen dieser Behauptung über 800 000 Angestellte hinter den Verbänden stehen, die die Novelle und die Selbständigkeit der Versicherung wollen,

(**Lambach**, Abgeordneter.)

(A) beweist zur Genüge, läßt Sie erkennen, daß diese Trauben für Sie zu sauer sind, weil sie zu hoch für Sie hängen.

Wir von der Deutschnationalen Partei machen diese Verschleppungstaktik und diese Bemühungen, die Angestelltenversicherung annexionsreif zu machen, nicht mit. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Angestelltenversicherung für alle Zeiten selbständig zu erhalten, weil wir auch auf dem Boden des Versicherungswesens Anhänger des organisch Gewordenen sind und meinen, daß die historische Entwicklung sie von Stand zu Stand verschieden selbständig weiter zu bilden hat. Wir werden unsererseits alles tun, um auch die Durchberatung der Novelle zu fördern und, soweit es in unseren Kräften steht, die Bemühungen, diese schnelle Beratung zu verhindern, mit den Mitteln, die uns zu Gebote stehen, bekämpfen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Versicherungsgesetz vom Jahre 1911 hat zahlreiche Mängel, das erkennen wir ohne weiteres an. Es ist verbesserungsbedürftig. Wir glauben aber, das die allgemeine Umarbeitung dieses Versicherungsgesetzes jetzt nicht möglich ist, ebenso sind wir der Auffassung, daß die Frage, ob die **Angestelltenversicherungs-** mit der **Reichsversicherungsordnung** zu einem einheitlichen Gesetz vereinigt werden soll, erst dann besprochen werden kann, wenn die große **Reform der sozialen Gesetzgebung** durchzuführen ist. Wir behalten uns in dieser Frage unsere sachliche Stellungnahme vor. Wann diese Reform gemacht werden kann, das ist unseres Erachtens nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern vor allem eine Frage der Volkswirtschaft. Es wird zu

(B) prüfen sein, ob und inwieweit die Volkswirtschaft tragfähig genug ist, um weitere große soziale Lasten, die mit der Reform der Sozialgesetzgebung verbunden sein werden, tragen zu können. Wir würden es im Interesse der Angestellten außerordentlich bedauern, wenn die Frage der Zusammenfassung der beiden Gesetze bei den kommenden Ausschußberatungen in den Vordergrund der Erörterung gerückt würde. Wir sind der festen Überzeugung, daß, wenn das geschieht, dann dieses so notwendige Gesetz während der jetzigen Tagung nicht zustande kommen wird. Die Verhältnisse haben sich aber so entwickelt, daß vom Standpunkt der Angestelltenschaft wie des Versicherungsträgers aus eine rasche Erledigung und Verabschiedung des Gesetzes noch in der gegenwärtigen Tagung angezeigt und notwendig ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich möchte doch aussprechen: es handelt sich hier um ein Notgesetz, das in der Entwickelung der Geldverhältnisse und in der Entwertung der deutschen Mark seinen hauptsächlichen Grund hat. Wenn die Regierung gleichzeitig dazu übergegangen ist, einige andere Fragen neben der Frage der Erhöhung der Versicherungsgrenze mitzuregeln, wie die Frage der Erhöhung der Leistungen und der Beiträge, und gleichzeitig zur Einführung des in der Invalidenversicherung bewährten Markenklebeverfahrens schreitet, so begrüßen wir diese Neuerungen. Dann ist im Gesetz das Notwendigste, was für den Augenblick gemacht werden muß, erreicht. Wir werden also von unserem Standpunkt aus — und ich darf das auch namens der Demokratischen Partei sagen — uns im Ausschuß dafür einsetzen, daß dieses Gesetz rasch verabschiedet wird. Wenn das nicht gelingen sollte, werden die Verantwortung dafür diejenigen Kreise zu tragen haben, die durch die Hereinwerfung oder Verkoppelung der Frage, ob die Angestelltenversicherung mit der Reichsversicherungsordnung vereinigt werden soll, das so wichtige Notgesetz (C) unmöglich gemacht haben.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Es sind noch vier Redner zum Wort gemeldet. Wenn die folgenden Redner sich recht kurz fassen würden, dann wäre das sehr erwünscht, damit morgen die Vorlage im sozialen Ausschusse beraten werden könnte.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich kann natürlich nur eine Anregung geben.

Das Wort hat zunächst der Herr Abgeordnete Thiel.

Wir werden einmal abwarten, wie lange der nächste Redner spricht.

Thiel, Abgeordneter: Ich würde es begrüßt haben, wenn in diesem hohen Hause eine Aussprache bei der ersten Lesung nicht notwendig gewesen wäre. Sie ist aber notwendig geworden, weil der Herr Abgeordnete Giebel sich gestern veranlaßt gesehen hat, eine Darstellung zu geben von der Stimmung in der Angestelltenschaft gegenüber der **Angestelltenversicherung** im allgemeinen und gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf im besonderen, die nach meinen Beobachtungen mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist.

Wir haben seit anderthalb Jahren in kurzen Zwischenräumen immer wieder die Forderungen des Hauptausschusses für soziale Versicherung der Angestellten, der, wie vorhin schon erwähnt wurde, 8- bis 900 000 organisierte Angestellte zu vertreten hat, zugestellt erhalten. Er hat immer nachdrücklicher verlangt, daß eine grundlegende Reform der Angestelltenversicherung durchgeführt werden soll unter Beibehaltung der Sonderversicherung, wie sie im Jahre 1911 geschaffen worden ist. Auch von seiten meiner Fraktion ist diese Auffassung geteilt worden. Bereits in der Nationalversammlung hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Forderung (D) nach einem Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes gestellt, und unverzüglich nach dem Zusammentritt des Reichstags, am 25. Juni, forderte ihr erster Antrag, der in diesem hohen Hause eingereicht wurde, daß eine Änderung derjenigen Bestimmungen erfolgen müsse, die von den Beteiligten berechtigterweise als Härten, als unzweckmäßig oder als unbillig empfunden oder inzwischen überholt worden sind, daß eine Erhöhung der Versicherungsleistungen, namentlich auch für Witwen und Waisen, daß drittens der Ausbau der Reichsversicherungsanstalt im Sinne der Selbstverwaltung vorzusehen sei.

Damit ist die Stellung meiner Fraktion gegeben. Da wir im Interesse der Angestellten auf eine schnelle Verabschiedung Wert legen, darf ich hier aussprechen, daß wir nicht mit dem Herrn Abgeordneten Giebel übereinstimmen, wenn er dem Arbeitsministerium Vorwürfe daraus macht, daß es sich veranlaßt gesehen hat, in diesem Entwurf manche an sich wichtigen Punkte nicht zu berücksichtigen. Es sind auch solche Forderungen unberücksichtigt geblieben, die wir unsererseits erhoben haben. Man hat im Interesse einer schnellen Erledigung dieses Notgesetzes alle Fragen zurückgestellt, die Anlaß geben könnten zu großen Erörterungen über die **Verschmelzungsfrage**, die ja von einem Teil der Angestellten immer wieder aufgeworfen ist durch die linksstehenden Organisationen.

Trotzdem ist die Frage gestern vom Herrn Abgeordneten Giebel angeschnitten und betont worden, daß es notwendig sei, darauf hinzuarbeiten, daß die Angestelltenversicherung nicht als selbständige Anstalt bestehen bleibt. Ich muß demgegenüber doch darauf hinweisen, daß das nicht der Wille der Angestellten ist. Wenn man den Angestellten das sagen würde, was ihnen gesagt werden muß bei einem Vergleich der ziffernmäßigen Leistungen der beiderseitigen Versicherungen, nämlich unter welcher Vor-

(Thiel, Abgeordneter.)

(A) aussetzung die ziffernmäßigen Leistungen in beiden Versicherungen zu erlangen sind, dann würde zweifellos die Stimmung auch in den weitesten Kreisen der linksstehenden Angestellten eine absolut andere werden. Es verdient doch Beachtung, daß man ernstlich mit versicherungsmathematischer Beweisführung folgende Tatsache feststellen kann: Für die Einführung des Berufsinvaliditätsbegriffs bei der Arbeiterversicherung, für die Einführung des besseren Heilverfahrens, wie es in der Angestelltenversicherung vorgesehen ist,

(Abgeordneter Giebel: Nanu!)

für die Beseitigung der Beschränkungen hinsichtlich der Gewähr von Witwenrenten auf nur erwerbsunfähige Witwen, wie sie in der Invalidenversicherung vorgesehen ist, mit anderen Worten: für die Einführung der gleichen Voraussetzungen für die Auszahlung von Renten und die Gewährung sonstiger Leistungen, wie sie die Angestelltenversicherung eingeführt hat, auch bei der Invalidenversicherung würde man eine Erhöhung der Beiträge um das 2,57fache vornehmen müssen. Die Renten selbst blieben dabei so niedrig wie seither.

Wenn weiter die Landesversicherungsanstalten in ihrer Denkschrift für die Neugestaltung von Beiträgen und Leistungen nachgewiesen haben, daß bereits bei den heutigen Leistungen, um deren Deckung sicherzustellen, in der Zukunft das 1,5fache des Beitrages erhoben werden müßte, dann besagt das unzweideutig folgendes: Um eine Gleichstellung in den Auszahlungsmöglichkeiten mit der Angestelltenversicherung bei hinreichender versicherungstechnischer Gewährleistung der versprochenen Leistungen zu erreichen, käme man dazu, künftig das 3,855fache der heutigen Beiträge bei gleichbleibenden ziffernmäßigen Leistungen für die Invalidenversicherung zu erheben.

Wenn man darauf hinweisen würde, dann würde ohne Zweifel der geringe Teil der Angestellten, der heute
(B) dem sozialdemokratischen Gedanken einer Verschmelzung nicht fernsteht, diesen Gedanken ganz anders beurteilen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es sind gestern Beispiele genannt worden, wie sich die **Berechnung der Renten** und gewisser **Beitragsleistungen** in der Zukunft bei Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs gestalten würde. Ich muß aber darauf hinweisen, daß man dabei immer so abnorme Beispiele nimmt, die natürlich bei jeder Versicherung schließlich zu eigentümlichen Bildern führen. Wenn man aber daran geht, eine Versicherung nach ihrem allgemeinen Wert zu beurteilen, dann ist man verpflichtet, solche Beispiele zu wählen, wie sie die Norm darstellen. Ich stelle mir dann einmal einen Mann vor, der bei Inkrafttreten der Angestelltenversicherung sich versichert hat. Er war damals 25 Jahre alt. Er bleibt bis zum 57. Lebensjahre erwerbsfähig und wird dann Berufsinvalide. Dieser Angestellte bezog bis zum Ausbruch des Krieges ein Gehalt von 1800 Mark und war demnach versichert in der Klasse E. Bis Ende 1918 ist er Soldat gewesen. Ab 1. Januar 1919 ist er wieder versicherungspflichtig in der Beitragsklasse I, 4000 bis 5000 Mark. Vom 1. Oktober dieses Jahres ab, wo hoffentlich diese Novelle in Kraft tritt, soll er sich nach diesem Gesetz weiter versichern bis zum 57. Lebensjahre und zwar in Klasse 9, über 15 000 Mark. Aus eigenen Mitteln würde dieser Angestellte 14723,70 Mark Beiträge bezahlt haben. Den gleichen Betrag hätte sein Arbeitgeber bezahlt. Dem würden aber dann gegenüberstehen bei 3 Kindern an Jahresrente 6088,20 Mark. Diese Rente ist natürlich noch nicht die Höchstrente, die z. B. jemand erreichen würde, wenn er von Jugend auf bis meinetwegen zum 60. oder 65. Lebensjahre sich versichern konnte. Es sind aber immerhin solche Renten, die entschieden respektabler sind als die ganz ausgefallenen Beispiele, die in der Regel in der Agitation gegen die (C) Angestelltenversicherung herangezogen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will mich mit dem Hinweis darauf beschränken.

Um die Angriffe, die abgeleitet werden aus den Vergleichen zwischen Leistungen der Angestelltenversicherung und der Arbeiterversicherung, zurückzuweisen, möchte ich nur noch bemerken, daß es sehr zweckmäßig wäre, in solchen Auseinandersetzungen auch darauf hinzuweisen, daß von den heutigen **Leistungen der Invalidenversicherung** tatsächlich bei der Invalidenrente nur noch 15 Prozent, bei Altersrente 12,3 Prozent, bei Witwenrente 4,6 Prozent, bei der Waisenrente gar nur 4,2 Prozent eigentliche Renten darstellen, daß 80 bis 90 Prozent und mehr aus allgemeinen Mitteln als außerordentliche, nicht durch laufende Beiträge gedeckte Zuschläge zu betrachten sind, für die zukünftig durch Beitragserhöhung Deckung zu schaffen ist.

Wir stellen uns also auf den Standpunkt, daß wir die Überweisung an den 6. Ausschuß wünschen. Wir werden dort zusehen, was ohne allzu große Schwierigkeiten hinsichtlich des Ausbaues dieser Vorlage möglich ist. Wir freuen uns, daß sie endlich da ist, und sind der Auffassung, daß bei gutem Willen die Verabschiedung vor den Ferien möglich ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Giebel es gewissermaßen als Stimmungsbild aus der Angestelltenschaft herausgehoben hat, daß ihm eine Zuschrift zugegangen sei, an deren Schluß es hieß: die einzige Antwort der Angestellten auf ein solches Gesetz sei der Generalstreik, dann darf ich annehmen, daß das hohe Haus wohl keine Veranlassung hat, derartige unsinnige Stimmen als die Ansicht der Angestelltenschaft aufzufassen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

daß wir sie vielmehr so bewerten, wie die ganze Agitation gegen die Angestelltenversicherung nach diesen Proben zu bewerten ist.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die beiden folgenden Redner haben zugesagt, sich recht kurz fassen zu wollen.

(Bravo!)

Ich darf also das Haus bitten, sie noch anzuhören, damit unsere ganze Tagesordnung erledigt wird.

Herr Abgeordneter Aufhäuser hat das Wort.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in der ersten Lesung nicht auf den materiellen Inhalt des Gesetzes im einzelnen einlassen, sondern mir ebenfalls vorbehalten, das innerhalb der Ausschußberatung zu tun. Ich kann mich darauf beschränken, in einigen Bemerkungen das hier mitzuteilen, was nach unserer Meinung über die Tendenz dieser Gelegenheitsgesetzesmacherei, wie sie jetzt auf dem Gebiete der Sozialversicherung Platz greift, zu sagen ist.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lambach kann ich sagen, daß die Unzufriedenheit mit der **Angestelltenversicherung** besteht, solange dieses Gesetz überhaupt in Kraft ist, daß auch die Regierung wiederholt genötigt war, uns eine Änderung in Aussicht zu stellen. Zuletzt hat die Reichsregierung am 5. November 1920 diese grundsätzliche Änderung der Angestelltenversicherung in Aussicht gestellt. Das, was uns aber jetzt hier in dieser Novelle als Änderung vorgelegt wird, ist in Wirklichkeit keine Vorlage, die man als Novelle bezeichnen kann, sondern lediglich ein Entwurf, in dem automatisch die Zahlen der Beiträge erhöht werden, die Renten eine Erhöhung erfahren, während im übrigen in der Angestelltenversicherung trotz und nach dieser Novelle alles beim alten bleibt, — und das ist die Tendenz, gegen die wir uns allerdings wenden.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

(A) Ohne hier auf die Einzelheiten des Gesetzes in diesem Augenblick einzugehen, möchte ich das eine sagen: die Empörung, die in den Reihen der Angestellten Platz gegriffen hat, und die Tatsache, daß jetzt die privaten Lebensversicherungen jene Geschäfte machen können, die der Herr Abgeordnete Lambach mit Recht beklagt hat, ist darauf zurückzuführen, daß es die Angestellten einfach nicht verstehen, jetzt Beiträge bis zu 100 Mark monatlich zahlen zu müssen, ohne daß sich in der Verfassung der Angestelltenversicherung auch nur das geringste ändert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Angestellten können es nicht verstehen — und daraus kommt diese Empörung —, daß man an dem Gesetz lediglich flickt, aber keine Reformen vornimmt, daß man es bei ungenügenden Leistungen beläßt, daß man die überspannte Zentralisation, die diese **Angestelltenversicherung** im Gegensatz zu der sozialen Arbeiterversicherung hat, ebenfalls unverändert beläßt, daß man die bureaukratische **Verwaltung** weiter verankert, — eine Verwaltung, die so unfähig ist, um nur einen Fall hervorzuheben, daß sie noch nicht einmal in der Lage war, den Versicherten Kontenauszüge über die bezahlten Beiträge zu geben, sondern daß sie umgekehrt die Versicherten auffordern mußte, sie möchten ihr doch mitteilen, wie viel Beiträge für sie tatsächlich hätten geleistet werden müssen, damit die Versicherung feststellen könne, ob die Arbeitgeber überhaupt ihren Anteil geleistet haben. Eine solch unfähige Verwaltung — diese Unfähigkeit liegt im ganzen System dieser Angestelltenversicherung begründet — muß reformiert werden, wenn diese Vorlage überhaupt den Anspruch darauf erheben will, daß wirklich eine Änderung dieser Mißstände herbeigeführt wird.

Auch alles, was der Herr Abgeordnete Lambach als die Vorzüge der Angestelltenversicherung erwähnt hat, wäre scharf zu kritisieren, wenn wir jetzt auf Einzelheiten eingehen wollten. Ich könnte Ihnen an einzelnen Fällen (P) einen ganzen Berg vorlegen, wie das gerühmte **Heilverfahren** in Wirklichkeit bei der Angestelltenversicherung gehandhabt wird. Ich könnte Ihnen an der Hand von Einzelfällen nachweisen, daß alle Beschwerden über die Behandlung in privaten Sanatorien immer zugunsten der ärztlichen Unternehmer dieser Sanatorien und nicht zugunsten der Versicherten entschieden werden konnten auf Grund des ganzen Systems, nach dem hier gearbeitet wird.

Wenn weiter gesagt wurde, daß z. B. die **Selbstverwaltung**, die wir in dieser Novelle vermissen, selbst von dem früheren sozialdemokratischen Arbeitsminister Schlicke nicht eingeführt worden ist, so habe ich keinen Anlaß, mich hier als Verteidiger des Herrn Schlicke aufzuspielen; aber das eine möchte ich doch sagen: wenn Herr Schlicke damals die Forderungen der Angestellten nicht erfüllt hat, so lag meines Erachtens eine Hauptursache an den Widerständen, die gerade aus den Parteien kamen, denen Herr Lambach selbst angehört, die es Herrn Schlicke wie allen Arbeitsministern schwer gemacht haben, jemals eine den Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechende Vorlage zu machen.

Ich glaube, alle Lobreden des Herrn Lambach und des Herrn Thiel täuschen nicht darüber hinweg, daß es für diese Angestelltenversicherung bezeichnend ist, wenn sie 13 Prozent **Verwaltungskosten** notwendig gemacht hat. Der Vergleich, den Sie anführen, daß die Invalidenversicherung noch einen höheren Prozentsatz notwendig gemacht hat, stimmt nicht. Sie hätten doch sagen müssen, von welchen Beiträgen die 26 Prozent bei der Invalidenversicherung stammen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten)

von welchen Pfennigbeiträgen, und nicht einfach sagen: hier ist der Prozentsatz höher.

So gering sollten Sie den Reichstag nicht einschätzen (C) bei aller Ihrer versicherungstechnischen Kunst, um hier derartige Mätzchen zu machen.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat gestern erklärt, die Novelle sei deshalb so einfach gehalten und es sei auf jede grundsätzliche Änderung der Versicherung verzichtet, weil es nur ein Notgesetz sei. Ja, was heißt Notgesetz? Hier wird ein Notgesetz gemacht, durch das die Not der Angestelltenversicherung behoben werden soll, durch das man der Sonderversicherung, die nicht leben und sterben kann, zunächst einmal Gelder zuführt. Die Not der Versicherung soll beseitigt werden; das nennt man ein Notgesetz. Aber die Not der Versicherten kann ungestört weiter bestehen bleiben. Da bringt die Novelle nicht die geringste Änderung.

Das, was wir vor allem vermissen — und daraus ist der Streit im Ausschuß entsprungen, den Herr Lambach gestreift hat —, ist, daß man versucht, endlich die **Beziehung zwischen der Angestellten- und Arbeiterversicherung** herzustellen, und es ist weiter nichts als Flickwerk, wenn man dem Reichstag zu gleicher Zeit eine Invalidenversicherungsnovelle, eine Angestelltenversicherungsnovelle und eine Unfallversicherungsnovelle usw. vorlegt, die innerlich jeden geistigen Zusammenhang vermissen lassen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung und die Beiträge zur Angestelltenversicherung gleichzeitig nach ganz verschiedenen Grundsätzen gestaltet werden, daß Angestellte und Arbeiter mit gleichem Einkommen ganz verschieden besteuert werden, nur um auf alle Fälle die Sonderversicherung aufrechtzuerhalten. Das ist das, wogegen wir uns wenden: gegen dieses System, das mit der Novelle erneut verankert werden soll.

Weitere Einzelheiten möchte ich heute unerwähnt lassen. Wir werden in der Kommission auf Grund der Proteste, die von den Angestellten gekommen sind, und (D) auf Grund unserer eigenen programmatischen Auffassung nicht davon abgehen können, diese Novelle, die lediglich Beiträge erhöht, zu einer wirklichen Novelle der Sozialversicherung zu machen und uns nicht auf eine Durchpeitschung einzulassen, wie das Herr Lambach so dringend gewünscht hat. Wenn das Angestelltenversicherungsgesetz reformiert werden soll, dann wird es weder Herrn Lambach noch anderen möglich sein, das in 14 Tagen durchzuführen. Dagegen haben wir uns gewandt. Wenn Sie das als eine Durchkreuzung der Reform bezeichnen, so ist genau das Gegenteil zutreffend.

Wir bedauern es aber auch vor allem — das ist durch die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichsarbeitsministers nicht widerlegt worden —, daß sich das Reichsarbeitsministerium dazu bewogen gefühlt hat, hier eine Vorlage zu bringen, die ganz einseitig nur einem Teil der Angestelltenbewegung Rechnung trägt und den breiten Schichten der Angestelltenbewegung keine Rücksicht gewährt.

Herr Reichsarbeitsminister Brauns hat gestern ausgeführt, die **Organisationen** wären **vorher gehört** worden. Das trifft nicht zu. Ich stelle hier ausdrücklich fest: zu dieser Novelle, die jetzt dem Reichstag vorgelegt ist, sind lediglich eine oder zwei Richtungen der bürgerlichen Angestelltenbewegung gehört worden, während die freien Angestelltengewerkschaften in diesem Fall im Gegensatz zu der früheren Handhabung völlig ausgeschaltet gewesen sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Arbeitsminister Brauns muß falsch informiert gewesen sein, wenn er gestern erklärt hat, daß auch der **Allgemeine Freie Angestelltenbund** gehört worden wäre. Am 24. Januar dieses Jahres hat eine Besprechung stattgefunden, bei der wir lediglich informatorisch gehört

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

(A) wurden, wie wir über Vorschläge der Reichsversicherungsanstalt denken. Das Reichsarbeitsministerium hat aber keinen Schritt getan, um uns über seine eigenen Pläne aufzuklären,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

während hier festgestellt wurde, daß der sogenannte Hauptausschuß der Angestellten in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung diese Pläne vorbereiten konnte. Gegen diese Art der Vorbereitung wenden wir uns.

Es ist weiter auffallend, daß der Herr Reichsarbeitsminister ausgerechnet diese **Vorlage** auch dem **Reichswirtschaftsrat nicht vorgelegt** hat. Man sagt, es ist nur ein Notgesetz. Auch das Invalidenversicherungsgesetz, die Erhöhung der dortigen Beträge, ist ein Notgesetz. Das ist aber dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Hier, wo es galt, frühzeitig die Angestellten vorzubereiten, hat das Reichsarbeitsministerium es unterlassen, dieses Gesetz dem Reichswirtschaftsrat zu unterbreiten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man sieht also, der Reichswirtschaftsrat wird vom Reichsarbeitsminister benutzt, wie's trefft. Wenn es darauf ankommt, die Schaffung eines Gesetzes in die Länge zu ziehen, kann man es unterbreiten, und wenn es darauf ankommt, es durchzupeitschen, wird der Reichswirtschaftsrat ausgeschaltet.

Wenn dann der Herr Arbeitsminister gestern erklärt hat, dieses Gesetz wäre nicht aus heiterem Himmel gekommen, so möchte ich sagen: leider trifft es doch zu, daß tatsächlich dieses Gesetz ganz plötzlich den Angestellten unterbreitet worden ist und man im Gegensatz zu jeder früheren Handhabung keinen Referentenentwurf oder etwas anderes vorher bekannt gegeben hat. Und ebenso plötzlich, wie es gekommen ist, wollen Sie (nach rechts) es jetzt in 14 Tagen verabschieden. Das Durchpeitschen machen wir

(B) im wohlverstandenen Interesse der Angestellten allerdings nicht mit.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn der Herr Reichsarbeitsminister erklärt hat, er kann es deshalb so schnell verabschieden lassen, weil ja die eigentliche Streitfrage ausgeschaltet wird, so sagen wir: die Streitfrage, ob **Sonderversicherung oder einheitliche Sozialversicherung**, wird nicht ausgeschaltet, sondern durch diese Novelle wird ganz einseitig das Prinzip der Sonderversicherung bis in alle Ewigkeit verankert. Es trifft also nicht zu, daß das Reichsarbeitsministerium hier auf eine Stellungnahme verzichtet hat. Es hat ganz einheitlich Stellung genommen; und um so notwendiger ist eine gründliche Beratung im Ausschuß, die von der anderen Seite aufs äußerste erschwert worden ist.

Ich darf zum Schluß das eine sagen: Wir werden auch heute genau so wie damals, als dieses Gesetz geschaffen wurde, den Eindruck nicht los, daß man alle sachlichen versicherungstechnischen Momente in den Hintergrund rückt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß man die Verbilligung der Verwaltung, die Leistung der Versicherung usw. außer acht läßt, nur um auf alle Fälle die Angestellten- von der Arbeiterinvalidenversicherung zu trennen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das rein politische Moment, daß Kopf- und Handarbeiter auf keinen Fall, weder bei den Arbeitsgerichten, noch bei der Versicherung, innerhalb einer Organisation sein dürfen, ist allein immer wieder entscheidend. Und all die schönen Erklärungen, die sonst hier gemacht werden, wonach man an allen Ecken und Enden zu sparen nötig hat, werden über den Haufen geworfen. Bei der Sozialversicherung steht immer wieder nur das eine auf dem Spiele, das die Angestellten und Arbeiter in eine einheitliche Versicherung kommen könnten. Aber ich kann Ihnen eine Beruhigung geben: Ganz abgesehen davon, daß die Angestelltenversicherung rein versicherungstechnisch auf die Dauer nicht haltbar sein wird, möchte ich Ihnen den guten Rat geben, es einzustellen, immer wieder auf diese Weise die natürliche Solidarität der Kopf und Handarbeiter zu durchkreuzen. Es sorgen auf der anderen Seite die Unternehmer ganz von selbst, daß diese Solidarität nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. (C)

Das sind die Erwägungen, mit denen wir in die Kommission hineingehen. Wir befinden uns ja diesmal im umgekehrten Verhältnis zu Herrn Lambach. Diesmal ist er gegen Annexionen, während er sonst deren warmer Fürsprecher war. Ich kann Ihnen sagen: diese Angestelltenversicherung ist für die Annexion reif, schon so lange sie bestanden hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir werden uns in der Kommission nicht mit diesem Flickwerk begnügen, sondern uns bemühen, im Zusammenhang mit der Prüfung der übrigen Arbeiterversicherung an die Stelle dieser kostspieligen Sonderversicherung eine einheitliche und leistungsfähige Sozialversicherung zu setzen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Novelle zur Angestelltenversicherung** hat nicht nur Kopfschütteln, sondern Empörung aller der Kreise oder des größten Teiles der Kreise, die von ihr betroffen werden, hervorgerufen. Es ist wirklich nicht so, wie Herr Lambach, wie Herr Thiel und wie die Befürworter der bürgerlichen Parteien dieser Novelle es hier darstellen möchten, daß die Angestellten selbst einverstanden (D) wären mit dem, was die Regierung hier als Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz unterbreitet hat. Das Gegenteil ist der Fall. Ich möchte nur daran erinnern, daß schon zu der Zeit, als die Angestelltenversicherung eingeführt wurde, gerade die Kämpfe nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der Angestelltenschaft sehr stark waren, die darum gingen, daß die Angestelltenversicherung nicht nur angegliedert, sondern in die bestehenden sozialen Versicherungsgesetze eingebaut werden sollte.

Wir stehen sicher nicht in dem Verdacht, für die **privaten Versicherungsgesellschaften** Propaganda machen zu wollen. Herr Lambach glaubt ja dieses Argument ganz besonders zur Verteidigung des Entwurfs anführen zu müssen, und er weist darauf hin, in welcher Weise jetzt die privaten Versicherungen ihre Zeit für gekommen halten, erneut gegen die Angestelltenversicherung Sturm zu laufen. Ja, wenn die Angestelltenversicherung nicht in sich selbst so morsch und so abbaubedürftig wäre, wie sie es in der Tat leider ist, dann würde den privaten Versicherungsgesellschaften schon seit langer Zeit die Luft ausgegangen sein, um aus den gegenwärtigen Zuständen Kapital zu schlagen. Aber der Umstand, daß eben die Angestellten ihre sozialen Nöte durch die Angestelltenversicherung nicht befriedigt sehen, ist es doch, der den privaten Versicherungsanstalten die Möglichkeit und die Mittel in die Hand gibt, gegen eine Einrichtung Sturm zu laufen, die von Anfang an als verfehltes Objekt in die Welt getreten ist.

Ich sage, wir halten uns davon fern, daß wir, indem wir uns für die **Verschmelzung des gesamten Versicherungswesens** auf sozialem Gebiete einsetzen, irgendwie dafür verantwortlich gemacht werden könnten, daß die privaten Versicherungsgesellschaften Kapital daraus

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) schlagen. Das beste Mittel — und das möchte ich besonders den Herren Lambach und Thiel sagen —, den privaten Versicherungsgesellschaften die Möglichkeit der Gegenagitation aus der Hand zu nehmen, ist zweifellos das, die Versicherung so zu gestalten, daß sie den Wünschen der Angestellten voll entspricht. Aber das, was hier in der Novelle den Angestellten gegeben oder, besser gesagt, genommen werden soll, entspricht doch nicht den Wünschen, ist doch nicht aus dem Gedanken heraus geboren, wirklich soziale Nöte, wo sie vorhanden sind, zu lindern. Keiner der Angestellten, gleichviel welcher Gehaltsklasse er angehört, wird sich dafür einsetzen, daß in dieser schematischen, ja, man kann sagen, in dieser bureaukratischen Weise verfahren wird, um angeblich den Angestellten irgendwelche Vorteile zu bringen. Die Vorteile, die hierin enthalten sind, sind doch wirklich so minimaler Art, daß es kaum der Rede wert ist, darüber auch nur zu sprechen. Aber die Beiträge, die gefordert werden, die im Gegensatz zu den Leistungen so unerhört sind wie selten, geben der Angestelltenschaft Veranlassung, sich mit aller Entschiedenheit gegen ein derartiges Gesetzesmachwerk zur Wehr zu setzen. Unser Bestreben wird und muß sein, wenn wir über die sozialen Nöte, die nicht nur die Arbeiter und Angestellten in dieser Zeit zu durchleben haben, hinwegkommen wollen, die soziale Gesetzgebung nicht nach Berufsarten zu trennen, nicht nach Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern ein großes Gebäude aufzuführen, das, von wirklichem sozialen Geiste getragen, dort Not lindert, wo solche vorhanden ist, unbekümmert darum, ob sie in der Arbeiterschaft, im Mittelstande oder im Beamtenstande anzutreffen ist. Unser Leitmotiv, das wir bei der Sozialgesetzgebung, nicht nur mit Bezug auf die uns vorliegende Novelle, anwenden, ist das, daß überall dort, wo Not vorhanden ist, die Gesellschaft verpflichtet ist, diese Not zu beheben. Uns

(B) geht das Menschenleben, die menschliche Existenz über alles, vor allem über die schematische, bureaukratische Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten.

Erst dann, sage ich, wird es möglich sein, aus diesem Dilemma und auch aus der gelegentlichen Gesetzesmacherei, wie sie jetzt an der Tagesordnung zu sein scheint, herauszukommen, wenn das große Gebäude einer wahren Sozialversicherung zur Tat geworden ist, einer Sozialversicherung, die sich darauf gründet, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, die Existenz ihrer notleidenden Mitglieder unter allen Umständen sicherzustellen. Das erstreben wir, und wer uns bei diesem Bestreben helfen will, der mag sich an unsere Seite stellen. Aber in dem Augenblick, wo Sie von christlicher Nächstenliebe sprechen, in dem Augenblick, wo Sie von Sitte, von Moral und derartigen Dingen sprechen, in dem Augenblick glauben Sie, die sozialen Nöte, ich will nicht sagen mit einer Handbewegung abtun oder über sie hinweggehen zu können, aber in dem Augenblick glauben Sie, mit Palliativmittelchen diese gewaltige Notlage, in der sich das Volk befindet, beheben oder meistern zu können. Sie irren sich, Sie werden der Schäden, die sich auf sozialem Gebiet gezeigt haben, niemals Herr werden auf der Grundlage, auf der die Sozialpolitik gegenwärtig betrieben wird. Sie werden erst dann die Möglichkeit der Erfüllung dieses Zieles vor sich sehen, wenn Sie gewillt sind, die Existenz jedes einzelnen sicherzustellen.

Wir verlangen deshalb zunächst einmal, daß die ganze Sozialgesetzgebung zusammengelegt wird, daß ein einheitliches Gebäude aufgeführt wird, daß aber vor allen Dingen, wenn Sie Wert darauf legen, die vorliegende Novelle zu verabschieden, nicht nur die Beitragsleistung geregelt wird, sondern auch das **Selbstbestimmungsrecht** dieser Körperschaften in vollem Maße gewährleistet wird.

Arbeiten Sie in dieser Weise mit uns Hand in Hand! (C) Ich weiß, daß wir in dieser Frage uns in allen drei sozialistischen Parteien einig sind. Denn auch in der mehrheitssozialistischen Partei ist von jeher der Grundsatz vertreten worden, daß die Gesellschaft die Pflicht hat, die Existenz jedes einzelnen ihrer Mitglieder sicherzustellen und jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft vor den Nöten des Lebens zu bewahren. Helfen Sie mit, sage ich, von bürgerlicher Seite, versuchen Sie, die schönklingenden Worte, die Sie hier von der Tribüne des Reichstags verkünden, von der christlichen Nächstenliebe, von sozialem Verständnis und Empfinden für die Nöte des Volkes, der Arbeiterschaft und des Mittelstandes, in die Tat umzusetzen. Dann wird es ein Leichtes sein, eine Sozialgesetzgebung zu schaffen, die wirklich das ist, was wir unter einer derartigen Gesetzgebung verstehen, die wirklich in der Lage ist, alle Nöte der Mitglieder der Gesellschaft zu beheben.

Wir wollen ebenso, wie es der Herr Vorredner eben gesagt hat, im Ausschuß uns selbstverständlich nicht schmollend beiseite stellen, wir werden versuchen mitzuarbeiten. Aber ich kann Ihnen sagen, daß diese Mitarbeit nicht lediglich dem Text dieser Novelle gewidmet sein wird, sondern unsere Mitarbeit wird dahin gehen, eine Anpassung der Angestelltenversicherung an die übrigen Sozialgesetze herbeizuführen. Einigen wir uns auf dieser Grundlage, dann bestehen durchaus keine Bedenken, unter Berücksichtigung der Forderungen, die nicht nur von uns erhoben werden, sondern auch, Herr Lambach, von Ihren Kreisen oder von Kreisen, die Ihnen nahestehen, diese Novelle zu verabschieden, vielleicht auch noch vor den Ferien. Aber solange Sie sich einseitig auf den Boden stellen, daß unter allen Umständen die Selbständigkeit der Angestelltenversicherung gewahrt werden muß, so lange werden Sie uns als Gegner finden; denn das ist nicht den Interessen der Angestelltenschaft gedient, sondern das (D) heißt den Interessen der Angestellten entgegenarbeiten.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Siefart vom Reichsarbeitsministerium.

Siefart, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Trotz der vorgerückten Stunde möchte ich bitten, mir noch einige Augenblicke Gehör zu schenken. Ich sehe mich veranlaßt, einigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Aufhäuser entgegenzutreten. Zunächst möchte ich auf Grund eines mir vorliegenden Aktenvermerks feststellen, daß am 24. Januar dieses Jahres im Reichsarbeitsministerium eine unverbindliche **Besprechung mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände** über die Grundlagen des Entwurfs, aus dem die Vorlage entstanden ist, stattgefunden hat.

(Hört! Hört! rechts.)

An dieser Besprechung haben als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände teilgenommen die Herren Lange und Schröder. Der Besprechung lag ein Referentenentwurf zugrunde, der allerdings den Mitgliedern der Verbände nicht ausgehändigt worden ist. Bei dieser Aussprache ist, wie mir von dem Referenten des Reichsarbeitsministeriums gesagt worden ist, auch über die Beitragserhöhung gesprochen worden.

Ferner möchte ich der Äußerung des Herrn Abgeordneten Aufhäuser entgegentreten, daß die Vorlage von politischen Motiven beeinflußt sei. Wenn ein **Entwurf frei von politischen Beweggründen** und Gesichtspunkten ist, so ist es dieser. Alle Fragen der Angestelltenversicherung, die irgendwie eine politische Bedeutung haben können, sind absichtlich hier ausgeschaltet worden. Es handelt sich um

(Siefart, Ministerialdirektor.)

(A) einen rein sachlichen, durch die Not der Verhältnisse gebotenen Entwurf, der in keiner Weise durch politische Motive angeregt oder beeinflußt worden ist. Ebenso ist es nicht richtig, daß der Herr Reichsarbeitsminister sich dabei einseitig durch eine einzelne Richtung der Angestelltenbewegung hat beeinflussen lassen.

Schließlich muß ich die hier von dem Herrn Abgeordneten Aufhäuser vertretene Auffassung als unzutreffend bezeichnen, daß der Herr Reichsarbeitsminister willkürlich und ohne sachliche Beweggründe dem Reichswirtschaftsrat die im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwürfe vorlege oder nicht vorlege. Im vorliegenden Falle glaubte allerdings der Herr Reichsarbeitsminister von der **Begutachtung des Entwurfs durch den Reichswirtschaftsrat** absehen zu können. Eine solche soll nach der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 nur erfolgen, wenn es sich um sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung handelt. Wir sind der Meinung, daß in dieser Vorlage keine Veränderungen von grundlegender Bedeutung im Sinne der angeführten Verordnung vorgeschlagen wurden, auch nicht dadurch, daß nach dem Entwurf für die Beitragserhebung das Markenverfahren an Stelle des Kontenverfahrens eingeführt werden soll, da hierin nur eine Verwaltungsmaßnahme, keine organisatorische Veränderung grundlegender Natur liegt. Besonders bestimmend war aber für den Herrn Reichsarbeitsminister, daß er sich sagte, daß alle wichtigen Verbände und damit die Vertreter der beteiligten Kreise gehört worden seien und darum in diesem Falle, wo die Zeit drängte, wohl davon abgesehen werden könne, noch den Reichswirtschaftsrat zu hören.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die Besprechung ist geschlossen. Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Ich habe gegenüber den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters festzustellen, daß, genau wie ich vorhin schon erklärt habe, allerdings am 24. Januar eine **informatorische Sitzung** stattgefunden hat, zu der wir eingeladen wurden. In dieser Sitzung wurden wir gefragt, wie wir — zu den Plänen des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt stehen. Diese Vorschläge haben wir abgelehnt. Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums, die Grundlagen, die für diese Novelle maßgebend sind, sind mit den freien Angestelltengewerkschaften in keinem Stadium der Vorbereitung besprochen worden, sondern ausschließlich in Fühlung mit der anderen Richtung, dem sogenannten Hauptausschuß. Dagegen haben wir uns gewandt, und diese Tatsache ist auch durch die Erklärungen des Regierungsvertreters nicht widerlegt worden. (B)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Es ist der Antrag gestellt worden, den Entwurf dem 6., dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, darf ich annehmen, daß der Reichstag damit einverstanden ist. — Ich stelle das fest.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend den 25. Juni, mittags 12 Uhr, und ich bitte den Herrn Schriftführer, die Tagesordnung zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

1. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland;
2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zuziehung von Hilfsarbeitern beim Reichsfinanzhof;
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Ausführung des Zahlungsplans der Reparationskommission vom 5. Mai 1921 für die Sicherstellung und Erledigung der Reparationsverpflichtung Deutschlands nach Art. 231 bis 233 des Vertrags von Versailles;
4. mündlicher Bericht des 13. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel;
5. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, und zwar Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ein Widerspruch gegen die Tagesordnung liegt nicht vor; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 25 Minuten).

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

124. Sitzung.

Sonnabend den 25. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4153C

Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur **Sicherung von gewerblichen Schutzrechten im Ausland** (Nr. 2289 der Anlagen):

Marx (Z.) — zur Geschäftsordnung 4153D

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die **Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof** (Nr. 2290 der Anlagen) 4154A

(B) Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe von **Schuldverschreibungen für die Sicherstellung der Reparationsverpflichtungen** (Nr. 2295 der Anlagen) 4154A

Mündlicher Bericht des 13. Ausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend **Verlängerung der Geltungsdauer** des Gesetzes über **Maßnahmen gegen Wohnungsmangel** (Nr. 2296 der Anlagen) 4154B

Zweite Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2228, 2310 der Anlagen):

Reichswirtschaftsministerium:

Einmalige Ausgaben,

Kap. 1:

Dr. Helfferich (D.Nat.) 4155A

v. Rheinbaben (D.Vp.) 4156B

v. Schlieben, Ministerialdirektor: 4156C

Dr. Schücking (D.D.) 4156D

Kap. 1, Tit. 19:

Rohmer, Ministerialrat 4157B

Kap. 7, Tit. 2:

Quaatz (D.Vp.): 4157C, 4158C, 4159D

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: 4158A, 4159A

Seite (C)

Dietrich (Baden) (D.D.) 4158B

Dr. Schroeder, Staatssekretär . . 4159C, 4160B

Nächste Sitzung 4160D

Die Sitzung wird um 12 Uhr 26 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

In den nach § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes zu bildenden Ausschuß sind gewählt die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Böhm (München), Dr. Geyer (Sachsen), Dr. Hertz, ten Hompel, Keil, Pohlmann, Dr. Reichert.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Semmler
der Abgeordnete Dr. Hoetzsch;
in den 3. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Teusch (Köln)
der Abgeordnete Lange-Hegermann;
in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Liese
der Abgeordnete Erkelenz;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten v. Gallwitz, v. Graefe (Mecklenburg), Dr. Maretzky, Heile
die Abgeordneten van den Kerkhoff, Lambach, v. Schoch, Erkelenz;
in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Warmuth
der Abgeordnete Dr. Reichert;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Thomsen, Behrens, Gerauer
die Abgeordneten Krüger-Hoppenrade, Hartwig, Lukas; (D)
in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Henning
der Abgeordnete Hensel (Ostpreußen);
in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten Aderhold
der Abgeordnete Mehrhof;
in den 31. Ausschuß für die Abgeordneten Meier (Zwickau), D. Mumm
die Abgeordneten Jäger (Düsseldorf), Koch (Düsseldorf).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten
Spetzler für 3 Tage,
Dr. Wienbeck für 4 Tage,
Behrens für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland (Nr. 2289 der Drucksachen).

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Marx.

Marx, Abgeordneter: Ich möchte beantragen, die Sache dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Präsident: Es ist beantragt, den Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß zu überweisen. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre —, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß der Rechtsausschuß sich bald mit der Angelegenheit beschäftigen muß, damit wir sie vor Schluß der Tagung erledigen können.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zuziehung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof (Nr. 2290 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt.

Wir treten in die

zweite Beratung

ein. Ich rufe in derselben auf den einzigen Paragraphen des Gesetzes — und erkläre ihn für angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wenn ein Widerspruch nicht erhoben wird, können wir das gleiche Gesetz auch in der

dritten Lesung

erledigen. Ich höre einen solchen nicht. Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf den einzigen Paragraphen des Gesetzes. — Er ist angenommen. — Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Ausführung des Zahlungsplans der Reparationskommission vom 5. Mai 1921 für die Sicherstellung und Erledigung der Reparationsverpflichtung Deutschlands nach Art. 231 bis 233 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 (Nr. 2295 der Drucksachen).

(B)

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt.

Wir können also sofort in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe in derselben auf § 1. Das Wort wird nicht verlangt, Einwendungen sind nicht erhoben, — er ist angenommen.

§ 2 — desgleichen, Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wird ein Bedenken laut, den Gesetzentwurf auch in der dritten Lesung zu erledigen? — Das geschieht nicht; dann eröffne ich die allgemeine Aussprache in der

dritten Beratung,

— schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1; — er ist angenommen. § 2 — ebenso, Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des 13. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 (Nr. 2296 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. — Das Wort wird nicht verlangt; ich schließe sie.

Wir treten in die (C)

zweite Beratung

ein.

Ich eröffne die Beratung über den Art. I — und erkläre ihn für angenommen; Art. II — desgleichen; Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir auch hier die

dritte Beratung

vornehmen. —

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. I, — Art. II, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß auch hier das Haus in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151, 2228 der Drucksachen), und zwar:

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt, Nr. 2310 der Drucksachen.

Wir treten in die zweite Beratung ein. — Der Herr Berichterstatter ist nicht anwesend.

Die Beratung beginnt bei Kap. 1 Tit. 4 der Einnahmen des ordentlichen Haushalts. — Das Wort wird nicht verlangt; der Titel ist angenommen.

Ich rufe weiter auf Kap. 2 Tit. 4; Kap. 5 Tit. 1, — 2; — Kap. 6; — Kap. 7; — Kap. 8 Tit. 1, — 3. —

Außerordentlicher Haushalt, Einnahmen, Kap. 1 (D) Tit. 1, — 2, — 4, — 6, — 8, — 9; — Kap. 2 Tit. 1. — Die einzelnen Kapitel und Titel sind angenommen.

Wir kommen zu den Ausgaben im ordentlichen Haushalt.

Fortdauernde Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1. — Hierzu liegt eine Entschließung des Ausschusses vor:

die Reichsregierung zu ersuchen:

a) eine Nachweisung der finanziellen Beteiligungen des Reiches an Kriegsgesellschaften und ähnlichen Organisationen sowie die Jahresabschlüsse dieser Gesellschaften vorzulegen und zwar unter Zusammenfassung der in den verschiedenen Ressorts verwalteten Fonds und Gesellschaften;

b) eine Denkschrift über die finanziellen Ergebnisse der zu a genannten Beteiligungen und Gesellschaften vorzulegen.

Wird das Wort zu der Entschließung verlangt? — Das geschieht nicht; dann nehme ich an, daß das Haus dem Ausschußantrag auf Annahme dieser Entschließung beitritt.

Ich rufe weiter auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7B, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 14A, — 14B, — 14C, — 15, — 16, — 17; — Kap. 2 Tit. 2, — 7, — 8; — Kap. 4 Tit. 1, — 3, — 4; — Kap. 5 Tit. 2, — 3; — Kap. 6 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6A, — 6B, — 6C, — 7; — Kap. 7 Tit. 2, — 5, — 5A, — 5B; — Kap. 8 Tit. 2, — 4, — 5, — 6; — Kap. 9 Tit. 2, — 5, — 7, — 8, — 10; — Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 5, — 5A, — 5B, — 6, — 6A, — 8; — Kap. 11 Tit. 2; — Kap. 13 Tit. 1; — Kap. 14. —

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben.

Ich rufe auf Kap. 1. —

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

(A) Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Zu den Titeln 2, 12, 13 und 16 des Kapitels 1 der einmaligen Ausgaben liegt auf Nr. 2228 der Drucksachen des Reichstags ein Beschluß des Reichsrats vor, dem aber die Reichsregierung nicht beigetreten ist, von dem sie aber entsprechend den Verfassungsbestimmungen dem Reichstage Mitteilung gemacht hat. Dieser Beschluß bezieht sich auf die **Zuschüsse zu den Messen in Leipzig, Frankfurt, Breslau und Stuttgart.** Sie finden in diesen Titeln für die Messen in dem Etat, wie er Ihnen vorliegt, Erhöhungen, denen auch die Regierung zugestimmt hat. Der Reichsrat hat weitergehende Erhöhungen vorgeschlagen. Er hat vorgeschlagen, den Beitrag des Reichs für das Meßamt für Mustermessen in **Leipzig** auf 12 Millionen Mark festzusetzen. Für 1921 sind bereits bewilligt 5 Millionen Mark; es treten also neu hinzu 7 Millionen Mark. Ferner hat der Reichsrat beschlossen, die Ansätze bei Tit. 12 — das ist die Messe von Breslau — auf 1 Million, bei Tit. 13 — das ist Frankfurt a. M. — auf 2 Millionen, bei Tit. 16 — das ist Stuttgart — auf 500 000 Mark zu erhöhen. Diese Anträge des Reichsrats sind im Hauptausschuß abgelehnt worden. Wir nehmen die Anträge hier wieder auf und beantragen, diese Ansätze nach der Beschlußfassung des Reichsrats zu bewilligen.

Die Gründe, die wir dafür ins Feld zu führen haben, sind folgende. In der **Art der Propaganda** der deutschen Wirtschaft für den Absatz nach dem Auslande ist infolge des Krieges und des Friedenschlusses ein vollständiger Umschwung eingetreten. Der deutsche Geschäftsreisende war früher draußen in der ganzen Welt zu finden. Heute aber ist ihm eine solche Tätigkeit infolge der Entwertung der deutschen Mark in denjenigen Ländern, die sich einer höherwertigen Valuta erfreuen, zum großen Teil einfach nicht mehr möglich.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(B) Wir müssen infolgedessen zu anderen Formen geschäftlicher Propaganda kommen, zu Formen, die sich auf dem Gebiete des deutschen Inlandes abspielen. Man zwingt uns geradezu, die Messen, wie sie ja schon früher bei uns in Deutschland üblich waren, in einer ganz neuen Weise auszugestalten, sie zu einem wirksamen Werkzeug für die Auslandspropaganda zu gestalten. Infolgedessen erscheinen uns diese Ausgaben an sich gerechtfertigt. Für Leipzig wird das auch bedingungslos anerkannt, weniger dagegen für Frankfurt, Breslau und Stuttgart.

Für **Frankfurt** ist hier ja die stärkste Erhöhung gefordert und gerade für Frankfurt fallen nach unserer Auffassung sehr schwerwiegende Gründe ins Gewicht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Gründe liegen vor allen Dingen darin, daß, wie Ihnen ja allen bekannt ist, Frankreich im besetzten Gebiete ja nicht nur eine militärische Okkupation aufrecht erhält, sondern unter dem Deckmantel dieser militärischen Okkupation eine sogenannte „pénétration pacifique" mit allen Mitteln durchzuführen sucht,

(sehr richtig! rechts)

namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Frankreich scheut keine Anstrengungen und Ausgaben, um diese „friedliche Durchdringung" namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete durchzuführen. Wir sind gezwungen, von deutscher Seite etwas dagegen zu stellen. Im besetzten Gebiete stoßen wir dabei auf Schwierigkeiten, die ich hier nicht näher zu erläutern brauche. Frankfurt liegt nun unmittelbar beim besetzten Gebiete; das besetzte Gebiet reicht unmittelbar an seine Tore heran. Frankfurt ist außerdem nach seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung der Stapelplatz, der Hauptumschlagsplatz für das ganze südwestliche Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn wir also etwas gegen die Bemühungen tun wollen, uns das heute besetzte Gebiet, das nach dem Friedensvertrag vorübergehend militärisch besetzte Gebiet, dauernd (C) wirtschaftlich zu entfremden, so ist gerade Frankfurt der Punkt, wo wir einsetzen müssen.

Die Gründe, die die Reichsregierung entgegengestellt hat, und die auch die Kommission veranlaßt haben, schließlich den Antrag des Reichsrats abzulehnen, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Erstens einmal hat man sachlich eingewendet, es komme darauf an, das ganze **Messewesen** zu zentralisieren. Meine Damen und Herren! Dieser Grundsatz ist in gewisser Beziehung richtig. Auch ich bin Gegner einer sinnlosen Zersplitterung; aber auf der anderen Seite muß ich mit meinen Freunden vor einer übertriebenen Zentralisation warnen. Unsere ganze deutsche Entwicklung beruht auf einer gesunden Dezentralisation, verbunden mit einer gesunden Zentralisation, und diese vernünftige **Verbindung von Dezentralisation und Zentralisation** muß sich auch auf einem so wichtigen Gebiet naturgemäß äußern. Wir können nicht zugunsten eines einzigen Platzes alles andere über den Haufen werfen. Wir können nicht nur Leipzig subventionieren und andere Plätze, die ebenso wichtig sind — ähnliches wie für Frankfurt gilt für Breslau —, einfach draußen lassen. Das geht nicht an aus den Gründen, von denen ich vorhin sprach, und aus den Gründen unserer wirtschaftlichen Dezentralisation, die nun einmal vorhanden ist.

Das Prinzip der Zentralisation soll nicht zu kurz kommen. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß unsere Regierung, das Reichswirtschaftsministerium alles tun möchte, um die Veranstalter der einzelnen großen Messen an einen Tisch zusammenzubringen, um dort zu erreichen, daß gewisse Dinge, die einheitlich behandelt werden können, tatsächlich auch einheitlich behandelt werden. Das bezieht sich namentlich auf die Auslandspropaganda für die Messen; es bezieht sich darauf, daß nicht jeder einzelne dieser Messenveranstalter draußen im (D) Auslande, ohne sich um die anderen zu kümmern, teils mit eigenen, teils mit Reichsgeldern seine Propaganda treibt. Hier ist eine Zusammenfassung notwendig,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

wie dies in England unter ähnlichen Umständen tatsächlich geschieht. Ich habe schon im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß in England für die drei großen Messen, die im vorigen Jahre in London, Manchester und Glasgow veranstaltet worden sind, die Propaganda einheitlich gehandhabt worden ist.

Wir können noch einen Schritt weitergehen und müssen nach Ansicht meiner politischen Freunde noch einen Schritt weitergehen: nicht nur die Propaganda in den Zeitungen und anderwärts muß vereinheitlicht werden, sondern ich halte es für dringend geboten, daß zwischen den Veranstaltern der einzelnen Messen auch eine **Teilung des Arbeitsgebietes** stattfindet. In Frankfurt sind andere Aufgaben zu erfüllen als in Leipzig, in Beslau andere als in Leipzig und Frankfurt. Ich würde es für richtig halten, daß die Veranstalter der einzelnen Messen nicht nur den Gesichtspunkt des gegenseitigen Wettbewerbes, sondern auch den Gesichtspunkt der einheitlichen großen Sache vor Augen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aus diesem Gesichtspunkt heraus wünschen auch wir eine Zentralisation. Aber diese Zentralisation steht nicht damit in Widerspruch, daß wir den Gegner dort schlagen, wo wir ihn gerade treffen, und den Gegner treffen wir nicht nur in Leipzig, sondern auch auf den anderen Plätzen.

Der andere Gesichtspunkt, der gegen die Anregung des Reichsrats geführt worden ist, ist der **finanzielle.** Man hat gesagt: wir müssen sparen, sparen auch in diesem Punkt. Daß wir sparen müssen, meine Herren, wer erkennt das nicht an! Wir sind immer für die Sparsam-

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) keit eingetreten. Aber die Sparsamkeit muß sich zuerst betätigen bei inproduktiven Ausgaben. Hier handelt es sich um **produktive Ausgaben** allerersten Ranges. Hier handelt es sich um Ausgaben, die dem durch den Krieg verkümmerten deutschen Außenhandel wieder auf die Beine helfen sollen, die den Außenhandel wieder zu einem lohnenden Geschäft nicht nur für den einzelnen Industriellen und Kaufmann, sondern zu einem lohnenden Geschäft auch für das ganze Reich machen sollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin fest überzeugt, daß die Ausgaben, die hier vom Reich gemacht werden, ihre Früchte tragen, daß sie sich in nicht allzu langer Zeit als produktiv erweisen werden. In welchem Maße das der Fall sein wird, dafür spricht die eigene Betätigung der hier interessierten Kreise. In der Begründung des Antrags des Reichsrats ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Interessenten in Leipzig ihre Beiträge von 150 000 Mark in den letzten Friedensjahren bis auf rund 20 Millionen Mark erhöht haben.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Dieser Leistung der Interessenten muß etwas Gleichwertiges von seiten des Reichs gegenüberstehen, bis die Messen so weit gefördert sind, daß sie auch finanziell auf eigenen Füßen stehen können.

An **inproduktiven Ausgaben** muß natürlich gespart werden, und ich glaube, gerade der Etat des Reichswirtschaftsministeriums bietet dazu die Gelegenheit. In diesem Etat findet sich noch sehr viel inproduktives Gestrüpp,

(sehr richtig!)

und ich glaube, daß es keine allzu große Mühe machen würde, die Summen, die hier nach dem von uns wiederaufgenommenen Antrage des Reichsrats für produktive Zwecke ausgegeben werden sollen, locker zu machen, in-

(B) dem man einen Teil des inproduktiven Gestrüpps endlich beseitigt, mit etwas mehr Gründlichkeit, als es bisher geschehen ist.

(Zustimmung und Zuruf rechts: Sozialisierungskommission!)

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren, aus Gründen nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer und nationaler Natur, möchte ich Sie bitten, dem Antrage des Reichsrats, den wir wieder aufnehmen, zuzustimmen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr v. Rheinbaben.

Freiherr **v. Rheinbaben,** Abgeordneter: Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir gleichfalls den Antrag stellen, dem Beschluß des Reichsrats bezüglich der **Beihilfen für die Messen** zuzustimmen. Ich kann mich zur Begründung ganz kurz fassen.

Besonders liegen uns selbstverständlich die beiden Messen in **Frankfurt a. M.** und in **Breslau** in diesem Augenblick am Herzen. Frankfurt hat durch die Sanktionen gelitten und erfordert eine ganz besondere Hilfe und unsere besondere Aufmerksamkeit. Was in Breslau und in Schlesien vor sich geht, wissen wir ja alle. Das schlesische Wirtschaftsleben ist außerordentlich geschädigt durch die Abschneidung von Oberschlesien, und es wäre in diesem Augenblick nach unserer Ansicht keine richtige Maßnahme, die Breslauer Messe, die sich so erfreulich weiter entwickelt hat, durch Beschneidung der Mittel verkümmern und schädigen zu lassen. Die Verhältnisse in Oberschlesien erfordern es geradezu, daß wir alles tun, um auch die Breslauer Messe zu unterstützen. Wir bitten Sie also, da es uns nicht richtig erscheint, in eine Abänderung dessen einzutreten, was der Reichsrat (C) beschlossen hat, sich auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen und die Unterstützung von 12 Millionen für Leipzig, von 1 Million für Breslau, 2 Millionen für Frankfurt a. M. und 500 000 Mark für Stuttgart zu bewilligen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor v. Schlieben.

v. Schlieben, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung verkennt durchaus nicht den großen Wert der **einheimischen Messen** für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens. Sie verschließt sich dem auch nicht, daß die Kosten der Messen ganz außerordentlich, insbesondere durch die kolossalen Unkosten, die jetzt die Auslandspropaganda verursacht, gestiegen sind. Sie steht aber grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Messewesen konzentriert und im wesentlichen durch Reichsmittel nur die Leipziger Messe unterstützt werden sollte. Sie hat es daher außerordentlich bedauert, daß der Reichstag seinerzeit dem Antrage des Reichsrats gefolgt ist und die für die Stadt Köln bereits bewilligte, aber zunächst nicht in Anspruch genommene Beihilfe von 1 Million Mark auf die Städte Breslau, Frankfurt und Stuttgart verteilt hat.

Nunmehr hat der Reichsrat beschlossen, nicht nur den Beitrag für die Leipziger Messe von 5 auf 12 Millionen, also um volle 7 Millionen, sondern auch die Beiträge für Breslau von 400000 Mark auf 1 Million, also um 600000 Mark, für Frankfurt von 300000 Mark auf 2 Millionen, also um 1700000 Mark, für Stuttgart von 300000 Mark auf 500000 Mark, zusammen also um 9,5 Millionen Mark zu erhöhen.

Die Reichsregierung bedauert dies und bittet Sie, diesem Beschluß nicht zu folgen, weil sie glaubt, daß eine (D) derartig hohe Belastung des Reichs durch Beihilfeleistung an die Messen sich nicht mit der Finanzlage des Reichs verträgt. Ich bitte daher namens der Reichsregierung den Etatsvorschlag der Reichsregierung anzunehmen und weitergehende Anträge des Reichsrats abzulehnen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schücking.

Dr. **Schücking,** Abgeordneter: Ich möchte das hohe Haus dringend bitten, die vom Reichsrat vorgeschlagene Position in bezug auf Zuschuß an die Messen wieder herzustellen.

(Hört! Hört! rechts.)

Eins der seltsamsten und interessantesten Gesetze des historischen Geschehens ist scheinbar das Gesetz von der Wiederkehr des Gleichen. Die Messen, die anscheinend vor dem Weltkrieg, mit Ausnahme der konzentrierten Leipziger Messe, an Bedeutung verloren haben, sind durch die Rückschläge, die unser ganzes Kulturleben durch den Krieg erfahren hat, wieder in ihre frühere Bedeutung eingetreten. Wir leben in einem Zeitalter, wo wegen erschwerter Kulturverhältnisse nicht mehr die Ware den Menschen aufsuchen kann, indem der Reisende mit seinem Musterkoffer zu den einzelnen Konsumenten der Waren kommt, sondern wo umgekehrt der Mensch die Ware aufsuchen muß, indem die auf den Messen ausgestellten Waren von den Interessenten aufgesucht werden.

Die **Frankfurter Messe** hat eine große wirtschaftliche Bedeutung dadurch gewonnen, daß es gelungen ist, der Messe, die die Franzosen in Lyon eingerichtet hatten, dadurch den Rang abzulaufen. Ich habe mich persönlich von den Leistungen der Frankfurter Messe überzeugt. Es waren nicht weniger als 4000 Aussteller dort. Namentlich in bezug auf die Umschläge des Textilhandels hat

(Dr. **Schücking**, Abgeordneter.)

(A) die Frankfurter Messe eine höchst bedeutsame Position erlangt. Eine derartige Überschau dessen, was auf dem wirtschaftlichen Gebiet jetzt schon wieder in Deutschland geleistet wird, hat ganz abgesehen von der wirtschaftlichen auch eine politische Bedeutung.

Die betreffenden Städte wie **Breslau** und **Frankfurt** bringen selber für ihre Messe die allergrößten Opfer, aber das Maß ihrer Leistungsfähigkeit ist durch die wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich beschränkt. Selbst Frankfurt zum Beispiel, das vor dem Kriege als die reichste Stadt in Deutschland galt, ist in eine furchtbare Schuldenlast versunken. Es dürfte hier wirklich im wirtschaftlichen Interesse des gesamten Vaterlandes liegen, daß diese Unternehmungen, die für unser Wirtschaftsleben so außerordentlich viel bedeuten, unterstützt werden. Selbstverständlich muß einer weiteren Zersplitterung des Meßwesens vorgebeugt werden. Neue Orte können nicht subventioniert werden. Aber die Erfahrung lehrt, daß die Frankfurter und Breslauer Messe neben der zentralen Messe von Leipzig eine große wirtschaftliche Bedeutung gewonnen haben. Meines Erachtens sollte unter diesen Umständen das Reich alles tun, um diesen Messen ihre Bedeutung zu erhalten und ja sogar zu helfen, daß sie eine noch größere Bedeutung für unser nationales Wirtschaftsleben gewinnen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich glaube, wir können über die Titel 2, 12, 13 und 16 gemeinsam abstimmen lassen, und zwar über den Antrag, die Vorlage in der Fassung der Reichsratsvorlage wieder herzustellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

(B) Das erstere war die Mehrheit.

(Lebhafter Widerspruch.)

Es steht ja frei, einen irrtümlichen Beschluß bei besser besetztem Hause in der dritten Lesung zu korrigieren. Zunächst ist er so gültig.

Ich rufe auf Tit. 5, — 9, — 10, — 17, — 18. — Angenommen.

Zu Tit. 19 hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Rohmer.

Rohmer, Bayerischer Ministerialdirektor: Meine Damen und Herren! Im Namen der bayerischen Regierung möchte ich Sie bitten, der Position unter Tit. 19, **Beitrag für die Gewerbeschau 1922 in München**, zuzustimmen. Das Ausstellungsunternehmen in München — es handelt sich hier nicht um eine Messe, sondern um eine Ausstellung von Qualitätswaren, von Erzeugnissen des Kunstgewerbes — hat das Reich um einen Beitrag von 5 Millionen gebeten. Die Reichsregierung hat dankenswerterweise als erste Rate einen Beitrag von $1^1/_2$ Millionen in den Nachtragshaushalt eingesetzt. Die bayerische Regierung hat darauf verzichtet, sich zu bemühen, etwa jetzt noch durch Vermittlung des Reichstags eine Erhöhung dieses Beitrags herbeizuführen. Ich möchte aber der bayerischen Regierung vorbehalten, für den Haushalt für 1922 eine Erhöhung der zweiten Rate zu erwirken.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; der Tit. 19 ist erledigt. Ich rufe auf im Außerordentlichen Haushalt Ausgabe Kap. 1 Tit. 1 bis 5, — Kap. 2 Tit. 2, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. — Kap. 3 Tit. 3, — 4, — 5, — 6. — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3, — 5. — Kap. 5 Tit. 2, — 4, — 5. —

Kap. 7 Tit. 2. Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine sehr verehrten (C) Damen und Herren! Im Hauptausschuß hat die Erörterung der **Finanzwirtschaft der Kriegsgesellschaften** einen breiten Raum eingenommmen. Die Kriegsgesellschaften und die ihnen gleichstehenden Organisationen unterliegen zurzeit nicht der etatsrechtlichen Prüfung. Weder der Reichstag noch der Hauptausschuß noch der Rechnungshof, die oberste Rechnungsbehörde, sind in der Lage, die Finanzgebarung der Kriegsgesellschaften zu prüfen.

Aus den Verhandlungen ergab sichetwa folgendes Bild: diejenigen Kriegsgesellschaften, deren Wirtschaftszweck als erfüllt angesehen wird, gehen über an das Reichsschatzministerium, und dort ist eine Abwicklungsstelle in der Rechtsform einer G. m. b. H. gegründet. Diese G. m. b. H. nimmt die Abwicklung vor, und es ist uns in Aussicht gestellt worden, daß nach Abwicklung die Unterlagen für eine Prüfung der Finanzgebarung der Kriegsgesellschaften vorgelegt werden. Die Vermögensteile des Reichs, die im unmittelbaren Eigentum des Reichs stehen, werden in der Form der Reichstreuhandgesellschaft verwaltet.

Was nun die Kriegsgesellschaften, die ich im Anfang nannte, die Kriegsgesellschaften im engeren Sinne, betrifft, so haben wir, solange sie im Ressort des Reichswirtschaftsministeriums stehen, eine Prüfung zurzeit überhaupt nicht. Eine **Prüfungsmöglichkeit** ist erst dann gegeben, wenn die Liquidation beendet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein derartiges Verfahren ist weder vom verwaltungsrechtlichen noch vom volkswirtschaftlichen noch letzten Endes auch vom moralischen Standpunkt aus zu dulden. Der Verfassung entspricht es, wenn alle Vermögenswerte, die aus Reichsmitteln geschaffen sind, alljährlich der Prüfung des Reichstags und seiner Organe unterliegen. Es entspricht auch dem Sinne der Verfassung, daß die oberste Rechnungsbehörde in der Lage ist, die Verwendung dieser Geldmittel fortlaufend zu prüfen. Auch kaufmännischen Gesichtspunkten, den Gesichtspunkten kaufmännischer Ehrlichkeit (D) entspricht es, mindestens einmal im Jahre Abschlüsse vorzulegen. Die Vorschriften hierüber sind zum Teil auch reichsrechtlich im Handelsgesetzbuch geordnet. Es wäre im Wirtschaftsleben unmöglich, daß wirtschaftliche Unternehmungen, die mit ganz erheblichen fremden Mitteln arbeiten, der Notwendigkeit einer **Rechnungslegung** überhaupt enthoben sind. Nur bei denjenigen Unternehmungen, die mit Reichsmitteln arbeiten, ist dies der Fall, und ich stehe nicht an, diesen Zustand als außerordentlich beschämend zu bezeichnen.

Die Frage, in welcher **Form die Abwicklung** erfolgt und in welchen Formen nach der Abwicklung Rechnung gelegt wird, gehört zum Etat des Reichsschatzministeriums und ist leider an dieser Stelle und zu dieser Zeit nicht mehr zu erörtern.

Ebenso ist es leider nicht möglich, eine Frage weiter zu verfolgen, die ich im Hauptausschuß an den Herrn Minister gerichtet habe, nämlich ob es richtig ist, daß die namhaften **Mittel der Reichstreuhandgesellschaft**, die auf 800 Millionen Mark beziffert werden, in die Form einer privaten Unternehmung überführt werden sollen. Auf diese Weise würden diese Mittel schließlich spurlos im Orkus verschwinden.

Ich fasse mich zusammen. Man muß vor der Öffentlichkeit feststellen, daß dem Reichstag nach dem jetzigen Rechtszustand kein Mittel gegeben ist, das Geschäftsgebaren der Kriegsgesellschaften zu prüfen. Unterlagen über die finanziellen Abschlüsse der Kriegsgesellschaften, die von der Reichsregierung wiederholt gefordert sind, sind nicht gegeben worden, weder auf die Verhandlungen des Ausschusses hin, noch auf meine persönlichen wiederholten Bemühungen hin. Ein gleicher Rechtszustand und ein gleicher praktischer Zustand scheint leider auch zu be-

(Dr. **Quaatz**, Abgeordneter.)

(A) stehen bezüglich der Vermögensbestandteile des Reichs, die in privatrechtlichen Formeln außerhalb des Etats verwaltet werden und auf diese Weise der Prüfung des Reichstags und der obersten Rechnungsbehörde entzogen sind.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich freue mich außerordentlich, daß das hohe Haus diesem sehr beschämenden Rechtszustand seine Aufmerksamkeit mit so großer Intensität zuwendet,

(Heiterkeit)

und werde meinerseits nicht verfehlen, auch beim nächstjährigen Etat die Geduld dieses hohen Hauses wieder in Anspruch zu nehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz hat behauptet, es bestünde keine Möglichkeit, eine ordnungsmäßige **Prüfung der Kriegsgesellschaften** vorzunehmen, und der Reichstag wäre etatsrechtlich ausgeschaltet. Ich stelle fest, daß die Kriegsgesellschaften dauernd von der Reichskredit- und Kontrollstelle, die dem Reichsschatzministerium unterstellt ist, kontrolliert werden, welche bei ihrer Kontrolle und bei der Nachprüfung der Bilanzen den Rechnungshof des Deutschen Reichs zuzieht, also diejenige Instanz, die dem Parlament und auch uns gegenüber für ordnungsgemäße Abschlüsse auf dem Finanzgebiet verantwortlich ist.

Es ist ferner festzustellen, daß die **Überschüsse** soweit die Kriegsgesellschaften solche zu verzeichnen haben, in die Fondsverwaltung der Reichskredit- und Kontrollstelle übergehen. Dorthin sind bereits namhafte Summen übermittelt, die an die Reichsfinanzverwaltung abgeliefert werden. Ich brauche zum Beispiel nur auf einen Bericht, der heute in der Presse steht, hin-

(B) zuweisen, in welchem von dem Ausschuß für die Prüfung der Kriegsorganisationen (Unterausschuß für Rohstoffgesellschaften) mitgeteilt wird, welche erheblichen Überschüsse einige der in letzter Zeit nachgeprüften Kriegsgesellschaften abgeführt haben.

Wenn ferner der Herr Abgeordnete Quaatz behauptet, daß der Reichstag gar keinen Einblick in die Kriegsgesellschaften habe, so scheint ihm nicht bekannt zu sein, daß der ebengenannte schon seit geraumer Zeit bestehende **Prüfungsausschuß** neben 14 Reichsratsmitgliedern und 7 Regierungsvertretern auch 21 Reichstagsmitglieder umfaßt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der sämtliche Kriegsgesellschaften eingehend kontrolliert und später dem Reichstag Bericht über das Ergebnis seiner Ermittlungen erstatten wird. Ich dürfte annehmen, daß dies eine genügende Kontrolle ist, habe aber meinerseits als Minister nichts dagegen einzuwenden, auch jede weitere Kontrolle, die Sie für notwendig erachten, den Kriegsgesellschaften gegenüber in Wirksamkeit treten zu lassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dietrich (Baden).

Dietrich (Baden), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich wollte dasselbe sagen, was eben der Herr Minister gesagt hat.

(Heiterkeit.)

Wir sitzen schon den ganzen Winter in diesem **Ausschuß** zusammen und haben in vielen Sitzungen eine mühselige Arbeit geleistet. Und nun kommt der Herr Kollege Quaatz, und es ist ihm gar nicht bekannt, daß wir diese Arbeit diesen Winter hindurch vollzogen haben. Ich möchte den unrichtigen Eindruck nicht aufkommen lassen, als ob dieser Ausschuß nicht seine Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. (C)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Er ist allerdings nicht immer glänzend besetzt gewesen; aber er hat mit Energie auf die Ausräumung der Kriegsgesellschaften hingedrängt, und die Erfolge, die festzustellen sind, und die der Haushaltsausschuß festgestellt hat, sind in erster Linie diesem Ausschuß zu verdanken.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz,** Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Vorredner, namentlich dem Herrn Minister außerordentlich dankbar für die erteilte Auskunft, und ich möchte vorweg bemerken, daß mir selbstverständlich ein persönlicher Angriff gegen den Herrn Minister und gegen das von ihm vertretene Ressort durchaus ferngelegen hat; denn so hoch Sie meine Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse auch einschätzen: soviel ist mir bekannt, daß der augenblicklich amtierende Herr Minister dieses Amt erst seit kurzem wieder übernommen hat. Es ist mir ferner auch bekannt, daß das Reichswirtschaftsministerium keineswegs das einzige Ressort ist, das sich mit den Kriegsgesellschaften zu befassen hat. Ich habe das Reichsschatzministerium ausdrücklich erwähnt.

Auch dem sehr verehrten Herrn Kollegen Dietrich bin ich für die Belehrung, die er mir in der ihm eigenen liebenswürdigen Form hat zuteil werden lassen, gewiß dankbar. Auch das **Bestehen des Ausschusses,** in dem er eine sehr verdienstvolle Tätigkeit entfaltet, ist mir sehr wohlbekannt. Ich kann nur annehmen, daß Herr Kollege Dietrich meinen Ausführungen mit der geringen Aufmerksamkeit gefolgt ist, die sie vielleicht nur verdienen; sonst hätte er sie vielleicht auch etwas anders gewürdigt, nämlich von dem etatrechtlichen Gesichtspunkte aus, und diesem Gesichts- (D) punkt ist der Herr Kollege Dietrich leider gar nicht gerecht geworden.

Meine Damen und Herren! Das **Etatsrecht des Reichstags** besteht darin, daß er jede Einnahme und Ausgabe selbst prüfen kann. Dadurch erledigen sich auch die Einwendungen des hochverehrten Herrn Ministers, daß eine **Reichskontrollstelle** — ich kenne sie nur unter den Buchstaben „R. K." — besteht, die diese Kriegsgesellschaften prüft. Diese **Prüfungstätigkeit** mag eine sehr verdienstvolle sein, sie ist im Reichstag bisher noch nicht zur Kenntnis gekommen. Wenn meine Unkenntnis auch in diesem Punkte wieder eine so große sein sollte, wie der Herr Minister meint, so wäre ich für eine Belehrung außerordentlich dankbar. Neu war mir an den Ausführungen des Herrn Ministers nur, daß bei der Prüfungstätigkeit dieser R.K., die eine rein privatrechtliche ist, auch der Rechnungshof des Deutschen Reichs zugezogen wird. Das widerspricht allerdings den Informationen, die ich an anderen amtlichen Stellen erhalten habe. Wenn das der Fall ist, dann ist allerdings erstaunlich, daß über das Resultat dieser Prüfungstätigkeit dem Reichstag bisher Rechenschaft gar nicht abgelegt worden ist.

Vor allen Dingen aber, meine Damen und Herren, wollen wir uns weder über den Ausschuß noch die R.K. streiten, sondern ich bitte Sie, sich folgendes gegenwärtig zu halten. Es entspricht kaufmännischen Grundsätzen, daß jedes kaufmännische Unternehmen für sich abrechnet, daß man Gewinn und Verlust per Saldo wenigstens, mit dem das Unternehmern abschließt, nachweist. Wenn nun die hohe Reichsregierung unter Zustimmung des Reichstags Betriebe in privatrechtlicher Form betreibt, so müssen wir von ihr erwarten, daß sie auch grundsätzlich **kaufmännische Buchführung** und kaufmännische Moral an-

(Dr. **Quaatz**, Abgeordneter.)

(A) wendet. Das heißt, daß Buchführung und Rechnungslegung in kaufmännischen Formen erfolgt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Will man das nicht, so muß man Buchführung und **Rechnungslegung in kameralistischer Weise** in der Form der recht unübersichtlichen Etats, die die hohe Reichsregierung uns alljährlich vorlegt, bewirken; aber es geht nicht gut an, daß man sagt: ja, kameralistisch können wir die Sache nicht regeln, auch euch sonst nicht Prüfungsunterlagen geben, denn das sind privatrechtliche Unternehmungen, und daß man uns auf der anderen Seite sagt: kaufmännische Abschlüsse, Gewinn- und Verlustrechnung, Jahresbilanz, Halbjahresbilanz und Vierteljahresbilanz können wir unsererseits auch nicht legen, denn wir arbeiten ja aus öffentlichen Mitteln. Auf diese Weise, meine Damen und Herren, fällt tatsächlich jeder Einblick fort.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Mittel, die das Reich gibt, fallen ins Bodenlose. Wir haben noch niemals — meine politische Tätigkeit ist ja nicht sehr lange, aber die Aufmerksamkeit, die ich diesen Dingen widme, reicht erheblich weiter zurück — eine **Gesamtübersicht** darüber bekommen: Wie rentieren denn die Mittel des Reichs, die in den Kriegsgesellschaften stecken? Wie rentieren denn die Mittel des Reichs, die in den Reichsunternehmungen stecken?

Ich habe, glaube ich, die Debatte nicht deswegen heraufbeschworen, um hier einen großen Redekampf zu entfesseln, sondern ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um die Reichsregierung aufs dringendste zu bitten, schon im nächstjährigen Etat die Unterlagen für eine Prüfungstätigkeit des Reichstags zu geben.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

(B) **Schmidt**, Reichswirtschaftsminister: Ich bin leider genötigt, in der Sache noch einmal das Wort zu nehmen, und bemerke zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Quaatz folgendes. Eine **Übersicht über das Geschäftsgebaren der Reichswerke**, das heißt einen Gesamtabschluß ihres finanziellen Ergebnisses, finden Sie im Hauptetat des Reichsschatzministeriums. Die Kriegsgesellschaften sind zu einem Teil Aktiengesellschaften und infolgedessen schon genötigt, ihre Bilanz selbstverständlich kaufmännisch zu ziehen und zu veröffentlichen. Es besteht allerdings auch eine größere Anzahl Gesellschaften m. b. H., bei denen die Veröffentlichung der Bilanz fortfällt.

Nun bitte ich aber zu berücksichtigen, daß dem bereits erwähnten **Prüfungsausschuß** auch diese und somit sämtliche **Bilanzen** vorgelegt werden. Auch früher sind solche Abschlüsse der Gesellschaften einem parlamentarischen Ausschuß, der während des Krieges bestanden hat, übermittelt worden. Diese sind allerdings später nicht mehr vorgelegt worden, weil kein besonderer Antrag hierzu gestellt worden war. Der jetzige Prüfungsausschuß bespricht nicht nur in seinen Sitzungen die Abrechnungen der Kriegsgesellschaften und überwacht sie in dieser Form, sondern er hat auch eine Anzahl von kaufmännischen Sachverständigen niedergesetzt, die sich damit beschäftigen, an Ort und Stelle bis in alle Einzelheiten die Bilanzen nachzuprüfen. Ich glaube, mehr kann man wahrlich nicht verlangen, und es ist auch damit meiner Ansicht nach, Herr Dr. Quaatz, das Etatsrecht des Reichstags gesichert.

Ich bitte, doch nicht ohne materiellen Anlaß und mehr als nötig ist Mißtrauen den Gesellschaften gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Schließlich kommt es doch darauf hinaus, daß sich dann allgemein die Auffassung bildet, es sei dem Geschäftsgebaren und der kaufmännischen Führung dieser Geschäfte überhaupt kein Vertrauen entgegenzubringen. Das ist meiner Ansicht nach nicht berechtigt; denn die Gesellschaften haben der Öffentlichkeit nichts vorzuenthalten. Sie sind dauernd kontrolliert — ich habe es selbst als Aufsichtsratsmitglied mehrerer solcher Gesellschaften feststellen können —, so daß ich glaube, daß Unzulässigkeiten in ungewöhnlichem Umfange nicht vorgekommen sind und das Etatsrecht des Reichstags gesichert ist. (C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Schroeder.

Dr. **Schroeder**, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium: Meine Herren! Ich möchte zu den etatrechtlichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Quaatz nur kurz noch Folgendes bemerken. Nach der Verfassung sind in den Etat die Einnahmen und Ausgaben des Reichs einzustellen. Bei den **Kriegsgesellschaften** handelt es sich nicht um **Einnahmen und Ausgaben** des Reichs, sondern als Ausgaben des Reichs sind nur die Ausgaben nachzuweisen, die der Kriegsgesellschaft aus der Reichskasse überwiesen sind. Die Kriegsgesellschaften erscheinen im übrigen als besondere Rechtssubjekte und werden als solche betrieben, und ihre einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind nicht Einnahmen und Ausgaben des Reichs, sondern als Einnahmen des Reichs erscheinen später nur die Einnahmen aus den Überschüssen, die die Kriegsgesellschaften etwa am Abschluß ihrer Liquidation erzielt haben, und die dann nach den Etatsvorschriften in den betreffenden Rechnungen als Rückeinnahme bei dem Kriegsfonds nachgewiesen werden. Es erscheinen also die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Kriegsgesellschaften nicht im Etat, und ich kann bei dieser Rechtslage auch nicht in Aussicht stellen, daß sie etwa künftig im Etat erscheinen werden.

Gleichwohl hat sich das sehr begreifliche Interesse des Reichstags herausgestellt, fortlaufend auch über das **Finanzgebaren** der Kriegsgesellschaften informiert zu werden, und gerade deswegen ist ja der **Ausschuß** eingesetzt worden, von dem der Herr Abgeordnete Dietrich gesprochen hat. Diesem Ausschuß wird die gesamte Finanzgebarung der Kriegsgesellschaften in kaufmännischer Form regelmäßig vorgelegt, und ich glaube auch, daß noch nie in irgend einem Falle, wenn in diesem Ausschuß irgend ein Wunsch laut geworden ist, Einsicht in die Verhältnisse der Kriegsgesellschaften zu gewinnen, dem nicht nachgekommen worden ist. Somit glaube ich, daß in jeder Beziehung den Wünschen und den praktischen Bedürfnissen des Reichstags Rechnung getragen ist. (D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Etatssachen sind langweilige Sachen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das stimmt.)

Aber das oberste Recht des Reichstags und seine oberste Pflicht ist die Wahrung seines Etatsrechts, und, verehrter Herr Kollege, vielleicht rufen Sie jetzt auch: Das stimmt! Meines Erachtens ist hier ein Punkt von besonderer Wichtigkeit angefaßt.

Was Herr Staatssekretär Schröder sagt, ist durchaus zutreffend: der Etat ist ein Einnahme- und Ausgabeetat, und darin liegt seine Schwäche, sobald das Reich sich auf wirtschaftliches Gebiet begibt. Wenn das Reich sich an Gesellschaften oder sonstigen Unternehmungen beteiligt, so entsteht eine Ausgabe bei der Beteiligung, und es entsteht eine Einnahme, wenn bei Liquidationen ein Gewinn erzielt ist, beziehungsweise eine Ausgabe, wenn ein Verlust entstanden ist. Während des ganzen Zwischenraumes, das heißt während des Lebens dieser Gesellschaften, ist durch die Abschiebung von Reichsmitteln in die Gesellschafts-

(Dr. **Quaatz**, Abgeordneter.)

(A) form das **Prüfungsrecht des Reichstags** ausgeschaltet, und das ist gerade das, wogegen ich mich wende. Herr Staatssekretär Schröder beruft sich auf den formalen Buchstaben, der in diesem Fall eben gerade das ist, was man angreifen muß.

Nun möchte ich auch meinerseits dem Herrn Staatssekretär eine kleine Belehrung geben, wenn er mir das gütigst gestatten will. Der Etat zerfällt in ein **Dispositiv** und einen **nachrichtlichen Teil**, und es ist seit langen Jahren in den Etats aller Kulturstaaten üblich, daß man diejenigen Unterlagen und Mitteilungen, die man bei der Konstruktion des Etats als Einnahme- und Ausgabeetat nicht in das Dispositiv hineinbringen kann, in den Nachrichtenteil überführt. Dem Herrn Staatssekretär wird besser als mir ein praktisches Beispiel aus dem preußischen Etat bekannt sein, der den gesamten Etat seiner größten Betriebsverwaltung, der Eisenbahnverwaltung, in kaufmännischer Form alljährlich noch einmal wiederholte, und es wäre meines Erachtens hier durchaus angebracht und nötig, daß das Schicksal der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten, die das Reich durch Beteiligung an Gesellschaften ausgeworfen hat, alljährlich von uns weiter verfolgt werden kann.

Es ist vollständig zutreffend, was der Herr Reichswirtschaftsminister sagt, daß jetzt derartige Bilanzen vorgelegt werden. Aber ich glaube nicht — ich bin darüber nicht unterrichtet und will meine Unkenntnis insofern gerne eingestehen —, daß dieser Untersuchungsausschuß sich mit den laufenden Jahresbilanzen befaßt. Aber das trifft auch nicht das, was ich wünsche, sondern ich spreche hier nur zum Etat, nicht zu dem Kapitel der Kriegsgesellschaften. Ich habe mich eines Urteils über irgendeine Kriegsgesellschaft hier absolut enthalten. Ich spreche von der **Konstruktion des Etats** und habe die Bitte vorgetragen, die ich noch einmal wiederholen möchte, daß all-

(B) jährlich im Etat da, wo, wie zum Beispiel bei diesem Kapitel, die Gelegenheit gegeben ist, nachrichtlich die einzelnen Gesellschaften aufgeführt werden unter Kennzeichnung desjenigen Anteils, den das Reich an den Gesellschaften genommen hat.

Der Herr Minister sagte: es sind ja zum Teil Aktiengesellschaften, und Sie können die Bilanzen einsehen. Auch dies ist vollständig richtig. Ich kann aber daraus, Herr Minister, nicht ersehen, wie groß die **Beteiligung des Reichs** ist, und uns interessiert nur der Vermögensanteil des Reichs, der in dem einzelnen Unternehmen steckt. Vor allem aber ist es für uns erforderlich, daß diese Materialien in dem nachrichtlichen Teil des Etats erscheinen

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß wir hier alljährlich die Möglichkeit haben, das Schicksal dieser Vermögensbestandteile, der Aktiv- oder Passivposten des Reichs weiter zu verfolgen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Schroeder.

Dr. **Schroeder**, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium: Meine Damen und Herren! Nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz seinen ersten Wunsch, daß wir diese Einnahmen und Ausgaben der Kriegsgesellschaften durch den Etat selbst kundgeben sollen, dahin modifiziert hat, daß er jetzt anerkennt, daß das nicht in den Etat gehöre,

(Abgeordneter Dr. Quaatz: In das Dispositiv!)

— jawohl, in das Dispositiv, das nenne ich den Etat, — sondern eine **nachrichtliche Zusammenstellung** wünscht, so werden wir zu prüfen haben, ob wir dem Reichstag diese nachrichtliche Zusammenstellung geben können. Bisher ist der Reichstag informiert durch das Material, (C) das im Unterausschuß gegeben wird. Wird gewünscht, daß wir weitere Tabellen und Nachweisungen dem Etat beigeben, so läßt sich dem wohl Rechnung tragen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Wir haben eine Zusammenstellung der sämtlichen Kriegsgesellschaften, ihrer Beteiligung, ihrer Zusammensetzung hier in einem Verzeichnis, das jedermann zur Verfügung steht, auch den Reichstagsmitgliedern und der Kommission. Aber wir sind sehr gern bereit, Herr Dr. Quaatz, diese **Aufstellung** noch einmal zu machen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

(Unruhe links.)

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Die oberste Tugend jedes Reichstagsabgeordneten ist die Hartnäckigkeit.

(Ironische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich will mich mit dem Herrn Staatssekretär über Worte nicht streiten. Ich bin jetzt mit ihm in der Sache einig dahin, daß die Aufstellung über die Kriegsgesellschaften in den zweiten Teil, den Nachrichtenteil, gehört und habe darüber kein Wort mehr zu verlieren.

Dem Herrn Reichswirtschaftsminister möchte ich aber erwidern, daß er meine allerdings geringe Kenntnis dieser Dinge etwas unterschätzt hat. Das von ihm genannte Büchlein war mir bekannt; ich bitte ihn aber, es prüfen zu wollen, es ist nicht vollständig.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Tit. 2 des Kap. 7 ist genehmigt. — Ich rufe auf Tit. 3, — Kap. 8a, — 8b, — Kap. 10 Tit. 1, — 2. — Angenommen. (D)

Damit sind die einzelnen Titel des Nachtragsetats in zweiter Lesung genehmigt, und die heutige Tagesordnung ist erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Heydemann;
2. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, und zwar:
   a) Reichsministerium für Wiederaufbau,
   b) Reichsarbeitsministerium,
   c) Reichsverkehrsministerium, aber nur Abteilung Wasserstraßen;
3. zweite Beratung des schleunigen Antrags Dr. Becker (Hessen), Trimborn, Hergt, Leicht, Dr. Petersen und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der Verordnung über die deutschen Flaggen;
4. erste Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken), Ledebour, Frau Wackwitz und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, Einwendungen werden nicht erhoben; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

125. Sitzung.

Montag den 27. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4161C

Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses: Strafverfolgung Heydemann (Nr. 2311 der Anlagen) 4161D

Zweite Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan** für 1921 (Nr. 2151, 2323 der Anlagen):

Reichsministerium für Wiederaufbau 4162A

Reichsarbeitsministerium:

Hoch (S.) 4162B

Reichsverkehrsministerium 4162C

(B) Beratung des schleunigen Antrags Dr. Becker (Hessen) 2c.: **Außerkraftsetzung der Verordnung über die deutschen Flaggen** (Nr. 2304 der Anlagen):

Dr. Gildemeister (D.V.), Antragsteller 4163A, 4185A

Dr. David (S.) 4164B

— persönlich 4185D

Dr. Braun (Franken) (S.) — zur Geschäftsordnung 4172A

Dr. Oberfohren (D.Nat.) 4172C

Dr. Breitscheid (U.S.) . 4174D, 4183B

Bartz (Hannover) (V.K.) 4178D

Dauch (D.Vp.) 4180C

Heile (D.D.) 4181D

— persönlich) 4185C

Koch (Weser) (D.D.) 4184A

— persönlich 4185D

Ledebour (U.S.) — zur Geschäftsordnung 4186A

Namentliche Abstimmung 4186B

Erste Beratung des schleunigen Antrags **Müller (Franken)** 2c. **über den Gesetzentwurf, betreffend Gleichstellung der Frauen in der Justiz** (Nr. 2313 der Anlagen):

Frau Pfülf (S.) 4186C

Seite (C)

Nächste Sitzung 4186D

Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung 4187

Die Sitzung wird um 3 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der Herr Reichsminister des Innern sucht mit Schreiben vom 23. Juni des Jahres die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitglieds des Reichstags Höllein wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, hier, wie in den übrigen Fällen, die Geschäftsordnungskommission mit der Berichterstattung zu betrauen. — Das Haus schließt sich dem Vorschlage an.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Burlage, Dr. Helfferich, Bolz, Dr. Reichert, Dr. Hoetzsch, Simon (Schwaben)

die Abgeordneten D. Dr. Schreiber, Schiele, Dr. Pfeiffer, Schmidt (Stettin), Dr. v. Delbrück;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Hüttmann der Abgeordnete Brandes;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Pieper (Westfalen), Lukas, Simon (Schwaben)

die Abgeordneten Dr. Hertz, Herbert (Franken), Frau Reitze;

in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Vogel (Berlin), Stücklen, Bender, Stehkopf, Kotzke, Selbert, Frau Reitze

die Abgeordneten Schultz (Bromberg), Kaiser, Brey, Keil, Sauerbrey, Beythien, Frau Pfülf; (D)

in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Lang-Brumann, Frau Schuch

die Abgeordneten Lukas, Schreck.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten

Dr. Haas (Baden) für 2 Tage,

Dr. Fick für 3 Tage,

Dr. Heinze und Wissel für 8 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Herren Abgeordneten

Burlage für 10 Tage wegen Krankheit,

Geck (Mannheim) und Kotzke für 14 Tage wegen dringender Geschäfte,

Dr. Kaas (Trier), Graef (Thüringen) für 14 Tage wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; — die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Heydemann wegen Vergehens gegen §§ 110, 111, 130 Str. G. B. und § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 23. Juli 1920. (Nr. 2311 der Drucksachen.)

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht verlangt; ich schließe sie.

Der Geschäftsordnungsausschuß beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß das Haus sich diesem Antrag anschließt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 68, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau (Anlage XVI).

Wir beginnen mit den Fortdauernden Ausgaben.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 5; — Kap. 3 Tit. 1 bis 9; — Kap. 5 Tit. 2 bis 16; — Kap. 6 Tit. 1 bis 13; — Kap. 7 Tit. 2 bis 13; — Kap. 8 Tit. 1 bis 11; — Kap. 9 Tit. 2 bis 14; — Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 4; — Kap. 11 Tit. 2 bis 15; — Kap. 12 Tit. 1; — Kap. 13 Tit. 1 bis 8. —

Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 2, — 4. —

Außerordentlicher Haushalt Kap. 2 Tit. 7. —

Einnahmen des ordentlichen Haushalts Kap. 1 Tit. 1; — Kap. 3 Tit. 1; — Kap. 4 Tit. 1, — 2; — Kap. 6 Tit. 1. —

Die einzelnen Kapitel und Titel des Reichsministeriums für Wiederaufbau sind angenommen.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage VII).

Ich rufe auf: Ordentlicher Haushalt, Fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 nach dem Ausschußantrage, — 2 bis 11, 13 bis 20; Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 4, — 5, — 6, — 29; — Kap. 3 Tit. 1 bis 10; — Kap. 4 Tit. 1 bis 5, — 7, — 8, — 10 bis 15; — Kap. 5 Tit. 1 und 2 sind nach dem Ausschußantrag zu streichen. Tit. 3 und 4, jetzt 1 und 2 nach dem Ausschußantrag, —
(B) ebenso 3 und 4; — Kap. 6 Tit. 1 bis 16, — 18; — Kap. 7 Tit. 1 bis 4, — 7 bis 12, — 14, — 15; — Kap. 8 Tit. 1 bis 5, — 7 bis 20; — Kap. 9, Tit. 1, — 2, — 4 bis 10, — 12 nach dem Ausschußgutachten, — 13, — 14; — Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 4 bis 16; — Kap. 11 Tit. 1. —

Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 17, — 18, — 19, — 20. —

Zu einem neuen Tit. 21 hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In dem Haushaltsplan für das vorige Jahr war eine Million Mark als **Beihilfe für Zwecke der Schulung von Betriebsratsmitgliedern** eingesetzt. Bei der Beratung des Haushaltsplans wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für dieses Jahr wiederum, wie es im vorigen Jahr geschehen ist, der Betrag nur im Einverständnis mit den verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen eingestellt werden soll. Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Haushaltsplans war eine Willensäußerung der Gewerkschaften darüber — es kamen in Betracht die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften — noch nicht eingegangen. Deshalb war in dem Entwurf der Betrag noch nicht enthalten. Inzwischen aber ist die Willensäußerung der Gewerkschaften an das Reichsministerium ergangen, und wir haben auch eine Eingabe der Gesellschaft für soziale Fürsorge, die unter Leitung von Professor Francke steht, erhalten, worin dringend die Einsetzung jenes Betrags auch für dieses Jahr gefordert wird. Infolgedessen ist die Angelegenheit im Haushaltsausschuß besprochen worden. Dabei haben alle Parteien anerkannt, daß dieser Betrag notwendig ist. Auf Grund dieser Besprechung habe ich den Antrag eingebracht und bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Präsident: Das Wort wird weiter nicht verlangt. (C)

Es ist beantragt, beim Kap. 1 der einmaligen Ausgaben einen neuen Tit. 21: „Beihilfe für Zwecke der Schulung von Betriebsratsmitgliedern 1 000 000 Mark" einzufügen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Titel ist eingefügt.

Wir kommen zum Außerordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1, Tit. 3, — 8, — 9, — 10. —

Zu Tit. 10 liegt eine Entschließung des Ausschusses vor auf Nr. 2323 unter IIa:

Die Reichsregierung zu ersuchen, zur Förderung der Errichtung von Heimstätten und zur Unterstützung von Baugenossenschaftsverbänden in den nächstjährigen Haushalt den Betrag von 500 000 Mark einzusetzen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den Einnahmen, zunächst im ordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 5 und 6; — Kap. 2, Tit. 1, — 5, — 6; — Kap. 4 Tit. 1, — 3, — 5, — 6; Kap. 5 Tit. 4 und 5; — Kap. 7 Tit. 1 und 2; — Einnahme im außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 6.

Damit ist auch der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums in zweiter Lesung genehmigt.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Abteilungen für Wasserstraßen und für Luft- und Kraftfahrwesen, Anlage XI).

Ich rufe auf im ordentlichen Haushalt fortdauernde (D)
Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 6, — 7; — Kap. 1a Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 7, — 8, — 9; — Kap. 1b Tit. 2; — Kap. 1c Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 7, — 8, — 9; — Kap. 1d Tit. 1, — 2, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11a, — 12, — 12a, — 12b, — 12c, — 13, — 14, — 14a, — 15, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22; — Kap. 1e Tit. 1, — 2; — Kap. 1g Tit. 1, — 10, — 11, — 12, — 13. —

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 3a, — 3b, — 3c, — 4a, — 4b, — 12a, — 12b, — 15, — 16, — 21a, — 21b, — 22a, — 24. —

Auch hier liegt eine Entschließung des Ausschusses zu Tit. 15 vor auf Nr. 2323 unter IIb 1:

die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Verkehrs zwischen dem Reich und Ostpreußen die Seeverbindung durch Gewährung ausreichender Subventionen im Wege langfristiger Verträge mit den beteiligten Schiffahrtsgesellschaften sicher zu stellen.

Ich nehme an, daß das Haus der Entschließung des Ausschusses beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Das Haus hat so beschlossen.

Ich rufe auf die Titel des Kap. 1: 24a, — 26a, — 28a, — 29a, — 29b, — 29c, — 30a, — 30b, — 31, — 31a, — 31b, — 33a, — 34a, — 37, — 38a, — 39a, — 40a, — 44, — 46a, — 51a, — 54a, — 55, — 58, — 59, — 60, — 64, — 68, — 70a, — 70b, — 73a, — 73b, — 77a, — 77b, — 78a, — 78b, — 78c, — 78d bis 94a. —

Außerordentlicher Haushalt: Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 3a, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a — 9, — 9a, — 11. —

(Präsident.)

(A) Hier liegt eine Entschließung des Ausschusses vor auf Nr. 2323 unter IIb 2:

die Reichsregierung um Beschleunigung der Vorarbeiten, betreffend einen Großschiffahrtsweg vom Ruhrgebiet nach den Nordseehäfen Bremen und Hamburg, und um Vorlegung einer Denkschrift hierüber zu ersuchen.

Ich nehme an, daß auch hier das Haus der Ausschußentschließung zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen: ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 7a, — 8, — 8a, — 9, — Kap. 2a Tit. 2, — 3, — einmalige Ausgaben: Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 3a, — 5. —

Wir kommen zur Einnahme, ordentlicher Haushalt Kap. 1 Tit. 6; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1 Tit. 1. —

Damit ist auch der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen, in seinen einzelnen Titeln genehmigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Dr. **Becker (Hessen), Trimborn, Hergt, Leicht,** Dr. **Petersen und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921** (Nr. 2304 der Drucksachen).

Wünscht einer der Herren Antragsteller das Wort? — Zur Begründung hat das Wort namens der Antragsteller der Herr Abgeordnete Dr. Gildemeister.

Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter, Antragsteller:

(B) Meine Damen und Herren! Der Art. 3 der Reichsverfassung bestimmt im ersten Absatz, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind, während für die **Handelsflagge** des deutschen Reichs eine andere Farbe vorgesehen ist, und zwar lautet der Satz 2 des Art. 3 der Reichsverfassung dahin, daß die Handelsflagge schwarz-weiß-rot ist, daß jedoch die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold in der oberen linken Ecke dieser Handelsflagge erscheinen. Für Deutschland ist also nunmehr das Zweiflaggensystem eingeführt: wir besitzen eine Staatsflagge und daneben eine Handelsflagge.

Das eigenartige an der Regelung, wie sie hier getroffen worden ist, ist nicht die Tatsache, daß zwei Flaggen nebeneinander bestehen; denn wir haben ähnliche Systeme auch bei anderen Staaten gehabt. Ich darf nur an Rußland und an Österreich erinnern, um von zwei großen Ländern zu sprechen. Es ist aber beklagt worden, daß man in die schwarz-weiß-rote Flagge ein Eck mit den Reichsfarben oben hineingesetzt hat. Die **schwarz-rot-goldene Flagge** hat auf See niemals auf einem **Handelsschiff** geweht. Zwar ist die Flotte von 1848, die nachher in Elsfleth wieder versteigert wurde, mal unter Schwarz-Rot-Gold in das Meer gefahren, aber diese Flagge wurde auch vom Deutschen Bund nicht anerkannt und ist wieder verschwunden. Die schwarz-weiß-rote Handelsflagge aber ist diejenige Flagge, unter der Deutschland überhaupt mit seiner Handelsflotte als einer einheitlichen Handelsflotte seine Seegeltung und Bedeutung erst gewonnen hat.

Man betrachtet es deshalb in den Kreisen der Reederei und aller seemännischen Interessenten zunächst einmal vom flaggentechnischen Standpunkt aus als verfehlt, daß die Reichsfarben in einem Eck in diese Handelsflagge hineingefügt worden sind. Derartige Einfügungen in die Flagge haben wohl einen gewissen Sinn bei der Flagge, die Bedeutung eines Unterscheidungsmerkmals. Da hier aber (C) von einer **einheitlichen Handelsflagge** die Rede ist, fehlt diesem Eck im schwarzen Streifen jede vernünftige Bedeutung.

Aber ganz abgesehen von der flaggentechnischen Bedeutung ist zu erwägen, daß die **schwarz-weiß-rote Flagge** ein Element ist, das die Seemannschaft, das unsere deutsche Handelsflotte, daß unsere Kaufleute und insbesondere auch die Auslandsdeutschen als die reine deutsche Handelsflagge ungestört erhalten wissen wollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei.)

Es wäre nun nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April vom 1. Juli dieses Jahres an zunächst neben der schwarz-weiß-roten Flagge die neue Flagge einzuführen. Davon wird Verwirrung besorgt, und es besteht in allen beteiligten Kreisen der starke Wunsch, daß die Handelsflagge rein, wie sie war, schwarz-weiß-rot erhalten bleiben möge. Diesem Wunsche Rechnung tragend, ist, wie dem hohen Hause bekannt ist, von seiten der Seemannschaft, von seiten der Reederei, von seiten des Überseehandels und nicht zuletzt auch von seiten der **Auslandsdeutschen** der einmütige Wunsch ausgesprochen worden, daß auf diesem Gebiet, auf dem sie sachverständig und interessiert sind, die schwarz-weiß-rote Handelsflagge erhalten bleiben möge.

Der Reichstag befindet sich also zunächst vor dem Wunsch und dem Willensausdruck derjenigen Kreise, die diese Sache in erster Linie angeht. Meines Erachtens ist dies schon Grund genug, daß dieser Wunsch der beteiligten Kreise hier durchaus Berücksichtigung erfährt. Darüber hinaus aber kann die große ideelle Bedeutung der schwarz-weiß-roten Flagge nicht gering geschätzt werden. Es ist die Flagge, unter der der deutsche Handel über See Fuß gefaßt hatte,

(sehr richtig! rechts)

und wenn er heute noch zerstört ist, die Verbindungen (D) abgebrochen sind und es dort an den Wiederaufbau geht, dann ist es Pflicht für Deutschland, dies unter seiner alten guten schwarz-weiß-roten Handelsflagge zu tun.

(Sehr wahr! rechts. — Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das wird allgemein in all den Kreisen, die auf diese Dinge ihr Augenmerk gerichtet haben, empfunden. Um diesem allgemeinen Wunsche und der großen Einstellung des Wiederaufbaugedankens unserer Beziehungen über See Ausdruck zu geben, haben sich die Parteien zu dem Ihnen vorliegenden Antrag geeinigt, der von der Tatsache ausgeht, daß die genannten **Berufsverbände** an den Reichstag herangetreten sind, und feststellt, daß zweifellos — und das wird, glaube ich, von niemandem bestritten werden können — eine Gefährdung des Wiederaufbaus unserer überseeischen Beziehungen

(Unruhe und Zuruf links: Das Gegenteil ist der Fall!)

zu den Auslandsdeutschen besteht, falls die Flagge geändert werden würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer demgegenüber rufen kann, daß das Gegenteil der Fall ist, der ist über die Stimmung der Auslandsdeutschen, über ihre Kundgebungen völlig unorientiert.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Widerspruch links.)

Ich darf nur mitteilen, daß beispielsweise in **Chile** von den **Deutschen** eine Abstimmung veranstaltet worden ist, die sich mit 95 Prozent für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge ausgesprochen hat.

(Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut! — Lachen und Zurufe links.)

Wenn Ihnen das nicht genügt, so weise ich, um noch ein anderes Land hervorzuheben, auf **Argentinien** hin, wo die Auslandsdeutschen beschlossen haben, daß, wenn die Handelsflagge geändert werde, sie auf ihren Häusern die

(Dr. **Gildemeister**, Antragsteller.)

(A) Flagge nicht mehr hissen würden. Es besteht also die große Gefahr, daß die deutsche Handelsflagge über See überhaupt verschwindet.

Meine Damen und Herren! Ich bedauere außerordentlich, daß über diese Dinge überhaupt noch Zweifel bestehen können.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Ich habe den starken Eindruck, daß diese überseeischen Verhältnisse nicht überall und nicht in vollem Umfange bekannt sind. Ich mache zum Beispiel darauf aufmerksam, daß, wenn wir von Deutschland nach der Schweiz kommen und über den **Bodensee** die **deutschen Schiffe** fahren sehen, dort die deutsche Handelsflagge bisher noch gar nicht geführt wird. Dort kann man die württembergischen, die badischen und die Schweizer Farben sehen, aber die schwarz-weiß-rote Flagge war dort noch nicht so eingebürgert. Das ist für mich der Beweis, daß die hohe Bedeutung, welche die schwarz-weiß-rote Flagge für die Beziehungen über See hat, dort nicht in vollem Umfang erfaßt worden ist. Aber soweit Sie den Blick nach der Küste richten, soweit die Seeschiffahrt in Frage kommt, ist die Stimmung vollständig einmütig, und ich habe auch nicht, aus welchem Lager es sei, jemals eine andere Meinung gehört.

Wir haben also mit diesem Antrag das hohe Haus zu bitten, daß diesem Wunsche der beteiligten Kreise Rechnung getragen wird, daß die große nationale Aufgabe des Wiederaufbaus unserer Überseebeziehungen von dem Reichstag erfaßt wird und daß das Symbol dieser großen deutschen Aufgabe erkannt wird, und daß nicht ohne die schwarz-weiß-rote Flagge, die als Handelsflagge gewiß nicht verdient heruntergeholt zu werden, diese Wiederaufbauarbeit geleistet werde.

(Lebhafter Beifall rechts.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. **David**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch ich bedauere wie der Herr Vorredner, daß um diese Sache heute noch gekämpft werden muß. Sie ist nämlich schon beinahe seit zwei Jahren durch die Verfassung entschieden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und es ist nur zu bedauern, daß die Sache nicht längst in die Wirklichkeit überführt ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Hinauszögerung hat es mit sich gebracht, daß man nunmehr von der rechten Seite den ersten Vorstoß gegen die Verfassung in dieser Sache wagt.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Darum handelt es sich gar nicht!)

Der Antrag an sich ist anscheinend ziemlich harmlos. Man verlangt nur, daß **die Verordnung** über die Flaggen vom April dieses Jahres **betreffs der Handelsflagge** bis auf weiteres ausgesetzt werden soll. Bis auf weiteres, das heißt im Sinne und nach der Absicht der Herren: für alle Zeiten! Darüber kann kein Zweifel sein.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ein Zweifel darüber obwalten könnte, so würde er durch die Eingabe, die uns die **Schiffahrtsverbände** hier vorgelegt haben, zerstreut. Denn die Herren fordern auch vom Reichstag, daß er einen Antrag dahingehend annehme, daß der Art. 3 Satz 2 der Reichsverfassung einfach dahin geändert wird: „die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot". Sie wollen also die Gösch mit diesem Antrag gleich für immer beseitigen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist ja was anderes!)

In zweiter Linie wollen Sie zunächst die **Hinausschiebung der Durchführung.** Sie treiben eben den Keil mit der (C) feinsten Spitze an der empfindlichsten Stelle hinein,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

um danach zuzuschlagen und die ganze Position auseinanderzusprengen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist Ihre Absicht.

Meine Damen und Herren! Der Art. 3 der Reichsverfassung lautet:

> Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold". Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Das ist die sogenannte Gösch. — Der Vorstoß geht also darauf hinaus, erst den zweiten Satz zu beseitigen; dann, denken die Herren, ist der erste Satz auch reif, daß er fällt. Denn wenn sie erst die reine schwarz-weiß-rote Flagge ohne ein Zeichen der Republik als anerkannte Auslandsflagge haben, so haben sie damit auch auf ihrem Vormarsch gegen die schwarz-rot-goldene Flagge im Inland eine gute Position erobert. Daß es darauf hinausgeht, dafür finden sich ja die Beweise in der Eingabe. Ich werde mir gestatten, einige davon noch beizubringen.

Zunächst ein Wort zum **Ursprung der Handelsflagge,** wie sie nun in der Reichsverfassung vorgesehen ist. Sie war natürlich anfangs schwarz-rot-gold wie die Inlandsflagge vorgesehen. Dagegen hat man nun damals in Weimar aus Schiffahrtskreisen Sturm gelaufen.

(Zuruf rechts: Schon damals!)

— Jawohl, aber mit einem Argument, das sich hören ließ und das auch einen gewissen Eindruck machte, mit einem schiffahrtstechnischen Argument. Man sagte: die schwarz-rot-goldene Flagge ist auf die Ferne nicht mit der genügenden Klarheit sichtbar, also im Interesse einer besseren Sicht müssen wir die Farbenzusammenstellung schwarz-weiß-rot als Ganzes in der Flagge haben. Es waren natürlich auch noch andere Gründe dabei im Unter- (D) grund. Darüber haben wir uns nicht getäuscht. Aber wir sind entgegengekommen, haben dem erwähnten Bedenken Rechnung getragen und uns damit begnügt, daß die republikanischen Farben in einer Ecke als Gösch angebracht werden.

Das war eine Verständigung, und ich bedaure außerordentlich, daß auch die Parteien des **Zentrums** und der **Deutschen Demokratie,** die damals zu dieser Verständigung mit uns gelangt sind, heute von diesem Standpunkt zurückgehen. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Parteien etwa einmütig die Beseitigung der schwarz-rot-goldnen Reichsfahne erstreben. Aber ich glaube, die Herren täuschen sich, wenn sie diesen ersten Schritt mitmachen, über die Konsequenzen. Daß auch Herren in der Partei sind, die am liebsten die schwarz-rot-goldne Flagge ganz beseitigt sehen möchten, mag ja auch Tatsache sein. Jedenfalls ist dieser Artikel der Verfassung, wie er da steht, das Ergebnis eines Entgegenkommens unsererseits, und zum Dank dafür, anstatt dieses Entgegenkommen anzuerkennen, nun dieser Vorstoß gegen das Ganze!

Der Herr Vorredner hat gesagt, die Handelsflagge sei in erster Linie eine Angelegenheit der schiffahrttreibenden Kreise und der Auslandsdeutschen. Selbst wenn das zugegeben wäre, so wäre dem ja schon Rechnung getragen, indem man der Handelsflagge in ihrer großen Fläche Schwarz-Weiß-Rot gelassen hat. An der **Flaggenfrage** aber auch die **Gesamtheit des deutschen Volkes** ein großes Interesse.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie hat ein Interesse daran, daß das Zeichen der Republik draußen in aller Welt von unseren Schiffen gezeigt wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wer dieses Gefühl nicht mit empfindet, der soll für sich nicht in Anspruch nehmen, daß er allein die berechtigten

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) Interessen vertrete, wenn er hier die Wünsche gewisser Kreise der Schiffahrttreibenden ins Feld führt.

Welche neuen Gründe werden denn nun vorgebracht, um das Zeichen der Republik zu beseitigen? Man sagt: die reine **schwarz-weiß-rote Flagge**, das ist die **alte „Handelsmarke"**; wer die Marke sieht, der weiß, die Ware ist gut. Das hieße ungefähr: wenn deutsche Waren unter einer anderen, fremdländischen Flagge hinausgehen, dann sind sie von vornherein verdächtig, nicht gut zu sein. In der Eingabe ist gesagt worden, das Vertrauen in die kaufmännische Solidität, in die Güte der Ware sei an diese schwarz-weiß-rote Flagge geknüpft. Verzeihen Sie, meine Herren, ich finde dieses Argument lächerlich; ich habe keinen anderen Ausdruck dafür.

(Zurufe rechts: Die Eingabe ist nicht maßgebend!)

— Die Eingabe ist an das Haus gerichtet als Begründung für den Antrag, den Sie aus der Eingabe aufgenommen haben, und deshalb stehen die Gründe der Eingabe hier mit zur Diskussion. Oder meinen Sie, nur das stünde zur Diskussion, was Sie, Herr Abgeordneter Gildemeister, eben bei Ihrer Begründung vorsichtigerweise vorgebracht haben? Das wäre eine seltsame Einengung der parlamentarischen Debatte. — Also, meine Herren, ich sage, dieses Argument mit der Handelsflagge als dem einzigen Merkmal der Solidität unserer Ware ist lächerlich. Die Ware wird von Leuten, die sie abnehmen, nach sich selbst beurteilt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter der schwarz-weiß-roten Flagge hat es auch eine Zeit gegeben, in der man sagte: Waren, die daher kommen, trifft das Verdikt „billig und schlecht". Entsinnen Sie sich der Zeit! Später ist das besser geworden. Die Flagge aber irgendwie mit dem Vertrauen auf unsere Waren in Zusammenhang zu bringen, ist eine Beweisführung, die nicht erst genommen werden kann.

(B) Zweitens sagt man: die schwarz-weiß-rote Flagge muß unbedingt rein sein, es darf gar nichts darin sein. Da ist es nun sehr seltsam, daß in der **schwarz-weiß-roten Flagge** schon vielfach etwas darin ist, nämlich ein **Eisernes Kreuz**. Das dürfen diejenigen Kapitäne der Handelsschiffe führen, die Reserveoffiziere waren.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will mich dabei nicht lange aufhalten, ich will nur sagen, daß es mir sehr zweifelhaft erscheint, ob eine Flagge mit dem Eisernen Kreuz besonders dazu beiträgt, draußen in den Ländern des früheren Feindbundes, die doch wohl den größten Teil des Absatzgebietes für deutsche Waren darstellen, wieder eine versöhnlichere Stimmung gegen uns zu erzeugen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damals, als die schwarz-weiß-rote Flagge des **Norddeutschen Bundes** eingeführt wurde, ist in den **Hansastädten** übrigens schon genau dasselbe Geschrei erhoben worden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es wurde eine wilde Agitation gegen die neue schwarz-weiß-rote Flagge getrieben. Man sagte: die alte **Hansaflagge** ist gut eingeführt; die neue Flagge wird unsere Waren diskreditieren und unser Geschäft ruinieren. Heute werden die meisten, die damals mitgeschrien haben — soweit sie noch leben —, wohl selber finden, wie lächerlich ein solches Argument war.

Nun behauptet man weiter, die **„Mentalität des Auslandes"** verstehe gar nicht, wie auf einmal die deutschen Handelsschiffe dazu kämen, eine veränderte Flagge zu führen; man begreife das draußen nicht und sehe gar keinen Grund dafür ein. Auch dieses Argument tötet sich selbst durch seine Lächerlichkeit. Die ganze Welt weiß, was in Deutschland geschehen ist, die ganze Welt weiß, daß Deutschland aus einem militaristisch-monarchistischen Obrigkeitsstaat (C) eine demokratische Republik geworden ist und sie weiß auch, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind. Wer im Ausland sollte sich also wundern, wenn nun in der Handelsflagge auch das Wappen der deutschen Republik erscheint? Ja, meinen Sie, die Mentalität der Welt habe es nicht verstanden, als die **Franzosen** ihre **Trikolore** auf ihren Schiffen nach außen trugen?

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Die haben sie niemals geändert!)

— Niemals geändert, verehrter Herr Kollege Kahl?

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In der Eingabe findet man ja dieses Argument auch, die Franzosen hätten bei allen ihren Revolutionen ihre alte Flagge aufrecht erhalten. Die Herren wissen nicht einmal, daß die Flagge des alten Frankreich das weiße Banner mit den goldenen Lilien war,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß die Nationalversammlung diese Flagge herunterholte und an Stelle ihrer die revolutionäre Trikolore hißte

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß sie im Jahre 1792 sogar soweit ging, anzuordnen, daß die alten Wappen und Fahnen vernichtet würden.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Und das Kaiserreich!)

— Das Kaiserreich, Herr Kollege, wissen Sie nicht, daß das Kaiserreich diese Trikolore beibehielt?

(Zuruf rechts: Also!)

Wenn Sie eine Analogie dazu haben wollten, hätten Sie doch fordern müssen, daß das Deutsche Reich, wie es 1870 errichtet wurde, die alte schwarz-rot-goldene Flagge wieder aufnehmen müsse.

(Zurufe rechts: Sie existierte ja nicht!)

Das Kaiserreich in Frankreich hat sich als die Fortsetzung der Revolution betrachtet; als aber der Bourbone wiederkam, hat er das Lilienbanner sofort wieder gehißt. Das (D) hat dann die französische Revolution von 1830 sofort wieder heruntergeholt, um die revolutionäre Trikolore von neuem aufzupflanzen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

So ist der Sachverhalt, und nun führt man uns Frankreich als Beispiel vor. Jawohl, Frankreich kann uns als Beispiel dienen, nämlich als Beispiel dafür, daß, wenn ein Staat von der Monarchie zur Republik übergeht, er auch ein neues Zeichen dafür wählen soll

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß er dieses Symbol aller Welt zeigen soll, nicht verschämt, sondern mit Stolz.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, man sagt die schwarz-weiß-rote Handelsflagge sei, als sie draußen wieder erschien, überall mit größter Freude begrüßt worden, die Neger, die Marokkaner, die Araber, alle hätten diese Flagge wieder bejubelt und hätten sich gefreut, als das erste deutsche Schiff wiederkam. Ja, meinen Sie, sie hätten die Flagge weniger herzlich begrüßt, wenn sie die schwarz-rot-goldene Gösch geführt hätte. Sie haben sich natürlich gefreut über das deutsche Schiff, das wieder erschien,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

soweit sie draußen überhaupt deutschfreundlich sind — leider ist es ja der kleinere Teil, — das verstehen wir durchaus und freuen uns selber mit. Aber das auf die schwarz-weiß-rote Flagge zu beziehen, ist wirklich geradezu eine Lächerlichkeit.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Alles soll lächerlich sein!)

— Ja, meine Herren, es tut mir leid, die Argumente, die ich bis jetzt behandelt habe, sind nicht ernst zu nehmen. Ich komme aber auch noch auf Argumente, die auch wir ernst nehmen.

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, man spricht weiter von der **Mentalität der Auslandsdeutschen!** Das Verhalten gewisser Auslandsdeutschen ist allerdings derart, daß es ein Wort der Kritik herausfordert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das betrifft natürlich nicht alle Auslandsdeutschen. Die große Mehrheit der Auslandsdeutschen würde sich sicherlich dagegen verwahren, mit Äußerungen indentifiziert zu werden, wie sie die Eingabe der Verbände bringt. Ich will Sie nicht mit zuviel Zitaten behelligen, aber zur Charakteristik will ich eins herausgreifen, das sofort enthüllt, wohin die Reise gehen soll. Das ist eine **Zuschrift** eines Herrn **aus Montevideo,** die die Verbände in ihrer Eingabe abgedruckt haben, offenbar weil sie diese Äußerung für sehr bemerkenswert und beweiskräftig für ihre Sache angesehen haben. Der Herr schreibt:

> Diejenigen Deutschen, die den Farbenwechsel beschlossen haben, taten es, weil unsere alte stolze Flagge von ihnen beschmutzt worden war,
> (hört! hört! bei den Sozialdemokraten)
> und weil sie dadurch den Schandfleck zu verdecken hofften.

(Hört! Hört! links.)

Das ist der Geist, auf den sich die Urheber der Eingabe beziehen. Wir sind aber der Meinung, daß Deutsche, die draußen so über die Fahne der Republik sprechen und sich erdreisten, sie in dieser Art zu besudeln, den deutschen Namen schänden, nicht aber die schwarz-rot-goldene Gösch.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es gibt auch andere Auslandsdeutsche. Sonst sind ja in der Eingabe die Zeugnisse andersdenkender Auslandsdeutscher ferngehalten, aber eins ist doch mit durchgeschlüpft. Derselbe Herr aus Montevideo nämlich beklagt sich in seiner Zuschrift darüber, daß große deutsche Firmen und Banken dort, ohne offiziell (B) dazu gezwungen worden zu sein, freiwillig die schwarz-rot-goldene Fahne gezogen hätten.

(Hört! Hört! links.)

Es heißt da wörtlich:

> Traurig ist es, wenn Geschäftsleute und Banken, das heißt, Deutsche im Ausland, diesen Unfug mitmachen, zum Beispiel die . . . . und mehrere große deutsche Firmen. Hatten diese vielleicht Angst, daß sie keine Geschäfte mehr machen, wenn sie unser Schwarz-Weiß-Rot führen?

Sehen Sie, meine Herren, hier schneidet der Mann die andere Seite der Sache an. Es gibt also große deutsche Firmen, und es gibt zahllose Deutsche im Auslande, die wünschen, daß das **Zeichen der Republik** draußen in der Welt erscheint. Denn die, an die sie ihre Waren verkaufen und mit denen sie wieder in freundschaftlichen Verkehr kommen wollen, sind zum allergrößten Teil Republikaner. Die meisten Länder der Welt sind heute Republiken, zum mindesten haben sie eine parlamentarisch-demokratische Verfassung wie England und seine Dominien, die nicht weit von der Republik entfernt ist. Also, meine Herren, wer uns heut sagt, die schwarz-rot-goldene Gösch schädige die Stellung unseres Handels im Aulande, dem erwidern wir: im Gegenteil, dieses Zeichen dafür, daß ein neues Deutschland auf den Plan tritt, kann unseren Handel und dem deutschen Einfluß draußen nur nützlich sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die eigentlichen Gründe der Urheber des Antrags liegen aber nicht auf wirtschaftlichem Gebiet — das wissen die Herren auf der rechten Seite selber am besten —, die eigentlichen Gründe sind politischer Natur. Das Ganze ist einfach ein **monarchistischer Vorstoß gegen die Farben der Republik.**

(Zuruf rechts: Der Seeleute!)

Ich bedauere, daß auch Leute, die sich sonst zur Demokratie zählen, diesen ersten Vorstoß mitgemacht haben, und noch mehr bedauere ich, daß Sie (nach rechts) sich dabei auch auf vereinzelte Vertreter der Arbeiterdemokratie, insbesondere auch auf Paul Müller, den Leiter der freigewerkschaftlichen Seeleute, berufen können. Zunächst möchte ich feststellen, daß diese Stellungnahme ohne Auftrag und Willen des zuständigen Verbandsvorstandes geschah. (C)

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

— Das werde ich Ihnen gleich auseinandersetzen! — Ich will aber eins gleich vorwegnehmen, was Herren, die in diesem Vorstand sitzen, genau wissen. **Paul Müller** hat Postkarten herumgeschickt, in denen stand, wenn keine Antwort käme, halte er sich für berechtigt, die Namen unter die **Eingabe** zu setzen. Auf diese Weise hat er eine Reihe Namen von Sektionen bekommen, die der Sache keine Beachtung beimaßen und eine Beantwortung unterließen. Wenn der Herr Abgeordnete Gildemeister eben behauptete, auch die seemännische Arbeitsbevölkerung und alles, was an der Wasserkante sei, sei einmütig dafür, daß die reine schwarz-weiß-rote Flagge bleiben solle,

(sehr richtig! rechts)

so ist das sehr unrichtig.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch hat eine Bezirksversammlung der sozialdemokratischen Parteien des Gebietes Hamburg, Bremen und Nordwest getagt, die hunderttausend politisch organisierte Arbeiter vertreten,

(Zurufe rechts: Bloß keine Seeleute!)

darunter eine sehr große Zahl von Seeleuten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meinen Sie, daß die **gewerkschaftlich organisierten Seeleute** nicht auch in der Partei organisiert seien? — Zum (D) allergrößten Teil, und unter den hunderttausend Arbeitern ist natürlich die große Mehrzahl unmittelbar an der Seeschiffahrt interessiert.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diese haben einmütig einen Beschluß gefaßt, der aufs schärfste den Vorstoß verurteilt, der gegen das Zeichen der Republik in der Handelsflagge unternommen wird. Sie haben es zurückgewiesen, auch nur einen Schritt auf diesem Wege mitzugehen. Hier werden Sie also den Kampf aufzunehmen haben, meine Herren, machen Sie sich darüber keine Illusionen!

Wenn man sieht, wie diese Eingabe und wie man auch sonst gegen die schwarz-rot-goldne Fahne vorgeht, so wird einem manches klar hinsichtlich der **Auslandsdeutschen.** Die Eingabe bringt eine zahlreiche Kette von gehässigen **Äußerungen gegen die Farben der Republik.** Eine davon will ich noch mitteilen, denn sie ist auch in anderer Beziehung bedeutsam. Die in der Eingabe zitierte „Lüderitzbuchter Zeitung" schreibt:

> Wir wollen vom schwarz-rot-gelben Lappen
> (Pfuirufe bei den Sozialdemokraten)
> in unserer schwarz-weiß-roten Flagge keine Spur sehen.

Auf diesem Standpunkt — behauptet das Blatt — stehe dort, was deutsch denkt, und dann heißt es weiter, man höre, daß zu Hause ein **Volksentscheid** geplant sei, der darauf hinausgehe, „die schwarz-rot-gelbe Reichsflagge überhaupt niederzuholen",

(aha! bei den Sozialdemokraten)

und da nun Aussicht auf Wiederabschaffung der schwarz-rot-gelben Reichsflagge bestände, so wäre es ja ganz verfehlt, auch nur noch irgendwie eine Konzession in bezug auf die Handelsflagge zu machen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) Zum Schluß heißt es dann wörtlich:

> Jetzt aber, wo nicht die Aussicht, sondern die Gewißheit der Beseitigung der Revolutionstrikolore winkt,
>
> (hört! hört! bei den Sozialdemokraten)
>
> stellen wir uns selbstverständlich freudigen Herzens in die Reihen der völkischen Bewegung, die gleich ganze Arbeit machen und das teure Schwarz-Weiß-Rot wieder zu Deutschlands alleiniger Flagge auferstehen lassen will.

(Hört! Hört!)

Das druckt die Eingabe an den Reichstag der deutschen Republik ab als Begründung des vorliegenden Antrags.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist gewiß bezeichnend genug.

Der Mann aus der Lüderitzbucht läßt aber auch die Katze ganz aus dem Sack. Er ist offenherzig; aus der Luft kann er mit dem Volksentscheid das ja wohl nicht gegriffen haben, sondern er muß damit wohl etwas verraten haben, was man in Rechtskreisen plant, nämlich den Volksentscheid, der aufs Ganze geht.

(Zuruf rechts.)

— Ja, sagt Herr Gildemeister. Vorhin hat er noch gemeint, die Geschichte hier habe gar nichts mit politischen Dingen zu tun. Jetzt sagt er: jawohl, das planen wir. Also die Herren, die so etwas planen, stellen sich da her und erklären beim ersten Vorstoß: Haben Sie bitte nur keine Angst, es handelt sich nur um eine kurze Hinausschiebung der Verfassungsdurchführung; wir wollen doch nur schiffahrtstechnischen Gründen Rechnung tragen. Nein, meine Herren, worauf es hinausgeht, das wissen wir ganz gut. Wenn Sie auf dem Wege fortfahren und diese Sache in unser Volk als Kampfsignal hineintragen, — wir werden unseren Mann stehen und werden den Kampf kämpfen. Es wird dann gelten: **die Fahne der Republik oder**

(B) **die Fahne der Monarchie.** So wird die **Parole** lauten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Ja, Herr Kollege Kahl, so und nicht anders! Wir werden kämpfen für die Republik, gegen die Monarchie

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ihre Abzeichen. Wir werden dann ja sehen, wer den Sieg davonträgt. Ich bedaure aber tief, daß man in unser Volk in einer Zeit, wo innenpolitische Gegensätze und außenpolitische Schwierigkeiten sich so gewaltig türmen, daß sich wirklich jeder besinnen sollte, die Gegensätze noch zu verschärfen,

(Zuruf rechts: Das sind Unterstellungen!)

daß man in einer solchen Zeit solche Pläne hegt. Das ist eine Unterstellung, sagen Sie? Wenn Sie eine Eingabe hier

(Zuruf rechts: Wir?)

an die Volksvertretung der deutschen Republik einreichen, die derartige Pläne und Absichten propagiert, können Sie sich nicht wundern, daß wir das zurückweisen. Wir lassen uns nicht in einen Nebel von Redensarten einhüllen.

Warum ist denn bei vielen Auslandsdeutschen eine Stimmung vorhanden, wie sie hier aus der „Lüderitzbuchter Zeitung" spricht? Die **deutschnationalistische Auslandspresse**, die ist eben auch ein Kapitel für sich!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Freilich, wenn die Auslandsdeutschen draußen in dem Sinne über die Republik und die Regierung unterrichtet werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Saat, die da gesät wird, so aufgeht. Meine Damen und Herren! Da liegt die Gefährdung der Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat, die der Antrag in seiner Begründung anführt, und da sorgen Sie mit, daß diese Verhetzung draußen ein Ende nimmt! Gegenmaßnahmen sind unbedingt am Platze, und ich möchte da auch die Regierung fragen, ob das Auswärtige Amt die deutschen **Auslandsbehörden** draußen anweist, daß sie derartigen **Verunglimpfungen und Beschimpfungen der Republik** entgegentreten. (C)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was soll das Ausland davon denken, daß dort deutsche Blätter berechtigt sind, auf diese Weise die Wahrzeichen des neuen Deutschlands in den Schmutz zu ziehen? Hier liegen deutsche Interessen vor. Das Ansehen unseres neuen Staatswesens ist gefährdet; die Auslandsbehörden sind doch die Beamten dieses neuen Staatswesens, nicht des monarchistischen Deutschland!

In dieser Beziehung wird man auch einmal ein Auge auf die **deutschen Auslandsschulen** werfen müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir kennen ja die diesbezüglichen Verhältnisse in den Inlandsschulen. Es wird nötig sein, daß das Auswärtige Amt sich einmal versichert, ob nicht in den Auslandsschulen gegen die Wahrzeichen der deutschen Republik, gegen die Ehrenzeichen des neuen Deutschland gesündigt wird. Es ist dringend notwendig, draußen Aufklärung zu schaffen, damit solche Verhetzungen nicht Boden gewinnen können.

Die Unwissenheit auf diesem Gebiete ist ja in der Tat geradezu erstaunlich. Es ist amüsant, kann man geradezu sagen, diese Eingaben und die darin abgedruckten Briefe durchzusehen — es sei eine besonders gute Auslese, sagt die Eingabe; sie habe noch mehr —. Man kann wirklich nur den Kopf schütteln über die Unwissenheit, die sich da spreizt und auf den öffentlichen Markt geht. Da wird das **Schwarz-Rot-Gold** nach allen Richtungen hin diskreditiert, es wird hingestellt als eine ganz neue **Erfindung von Sozialisten und** natürlich von **Juden**; die müssen selbstverständlich bei allen Schandtaten mit dabei sein. Es heißt da unter anderem: die schwarz-rotgoldene Fahne sei „entsprungen den Köpfen einiger Phantasten", ein anderer nennt sie „traditionslos", ein anderer sagt, es sei „eine Flagge, die an nichts erinnere". (D) Besonders aber tritt das Argument hervor, diese Flagge sei undeutsch,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

das Schwarz-Weiß-Rot sei die eigentlich deutsche Flagge.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Herr auf der Börsenversammlung in Hamburg, von der ja die Eingabe ausgeht, der Vorsitzende des Zentralvereins deutscher Reeder, Direktor Böger, erklärte, jeder, in dem noch der deutsche Geist wach geblieben sei, werde auf immer die Flagge schwarz-weiß-rot hochachten.

(Sehr richtig! rechts.)

— Sehr richtig, sagen Sie. — Sehr unrichtig! In der Geschichte hat **Schwarz-Rot-Gold** einen viel gewichtigeren Anspruch, das **Symbol und Zeichen der deutschen Nation** zu sein als das Schwarz-Weiß-Rot. Es ist dem Geschichtsunterricht des Obrigkeitsstaates zu danken mit seinen Geschichtsfälschungen, mit seiner Fürstenverherrlichung, mit seinem Verschweigen der wirklichen Tatsachen, daß solche Auffassungen überhaupt in der Öffentlichkeit vertreten werden können, ohne durch den Fluch der Lächerlichkeit getötet zu werden.

Also die Männer, die das Schwarz-Rot-Gold verehren, haben keinen deutschen Geist, sagt der Direktor des Reedervereins. Die Ernst Moritz Arndt, Turnvater Jahn, die alten Burschenschafter, Fritz Reuter, Uhland und viele, viele andere Vorkämpfer der großdeutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die 1815 einsetzte, hatten keinen deutschen Geist.

(Zuruf rechts: Heute wären die aber nicht bei Ihnen! — Lachen und Gegenrufe links.)

— Ach, jene Männer können Ihnen nicht mehr antworten. Ich bin aber überzeugt, sie säßen nicht auf den Bänken der Herren, deren politische Vorfahren sie damals mit den

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) brutalen Gewaltmitteln des Metternichschen Systems verfolgt haben,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die die alten Burschenschaften auseinandergesprengt haben, die diese Männer, die Vorkämpfer der großdeutschen Einheits- und Freiheitsbewegung an den Universitäten gemaßregelt, die Hunderte, die Blüte unseres Volkes, die für das Ideal der schwarz-rot-goldenen Flagge kämpfte, jahrelang eingekerkert haben.

(Zurufe rechts.)

— Warten Sie doch ruhig ab, ich komme auch darauf noch. Ich glaube, Sie hätten allen Grund, sich diese Beweisführung aus der deutschen Geschichte etwas näher anzusehen.

Meine Herren! Zu diesen Männern, die die Vorfahren der Herren auf der Rechten damals gemaßregelt und verfolgt haben, zu diesen Männern, die **unter dem schwarz-rot-goldenen Bande gelitten** und gestritten haben, gehört auch unter anderem **Hoffmann v. Fallersleben**, der Dichter des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles".

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn er davon spricht,

(Zuruf rechts: Das singen Sie doch nicht!)

daß alle Deutschen sich einigen von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, dann war das Band, das sie vereinen sollte, das schwarz-rot-goldene Band. Sie, meine Herren, die Sie dieses Lied glauben als Kampflied singen zu können gegen die schwarz-rot-goldene Sache, Sie sollten sich vor allen Dingen an diese Tatsachen erinnern, wenn Sie sich herausnehmen, die schwarz-rot-goldene Flagge als „republikanische Schmutzlappen" und wie all' die schönen Bezeichnungen in Ihrer Presse heißen, herunterzuziehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jene Männer, erfüllt von deutschem Geist, haben die

(B) schwarz-rot-goldene Fahne aufgenommen, sie haben unter ihr gekämpft, haben sie hochgehalten in der schlimmsten Zeit der Metternichschen Reaktion. Und, meine Herren, es ist wirklich eine Satire, ja, man kann es nur als einen Hohn auf die geschichtliche Wahrheit ansehen, wenn die politischen Nachfahren der Vertreter der altständischen Interessen, die damals unter der Führung Metternichs die Vorkämpfer der großen deutschnationalen Einheitsbewegung verfolgt, niedergetreten und eingekerkert haben, sich heute das Schild „deutschnational" als Parteischild vorhängen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist in der Tat eine Satire auf die geschichtliche Wahrheit.

(Zurufe rechts.)

— Ach, Sie wollen nicht die Nachfahren der Altkonservativen sein?

(Rufe rechts: Nein! Singen Sie denn überhaupt das Lied?)

— Ja, das singen wir auch!

(Lachen und Zurufe rechts: Nanu!)

Wir singen „Einigkeit und Recht und Freiheit"! Das ist unser Panier. Wenn wir das Lied mitsingen, dann singen wir es im Sinne des Dichters Hoffmann v. Fallersleben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Art, wie Sie es mißbrauchen, ist leider geeignet, auch dieses schöne deutsche Lied dem deutschen Volke zu verekeln.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die Nutznießer des altständischen Staates, die Bundesfürsten und ihr Anhang, die feudalen, privilegierten Herren, die hohe Bureaukratie, haben im Jahre 1806 das alte Deutsche Reich begraben und gleichzeitig damit auch seine Hoheitszeichen, sein Wappen und das Reichspanier verscharrt. Es waren die deutschen Burschen- (C) schaften und die damalige wirkliche deutschnationale Bewegung, die diese Wahrzeichen der deutschen Einheit wieder aufnahmen und unter ihnen fochten. Es sind die ältesten Wahrzeichen des deutschen Einheitsgedankens, darum wurden sie aufgenommen zugleich mit der Forderung nach dem neuzeitlichen Verfassungsstaat, mit dem Verlangen nach Demokratie. Denn **die deutsche Einheitsbewegung** ist wie die jedes anderen Landes **von der Demokratie geboren,** von der Demokratie emporgetragen worden. Die Demokratie war ihre stärkste Vorkämpferin gegen die Elemente von rechts, gegen die Vertreter des altständischen Staates.

In der tiefsten Finsternis leuchteten jenen Männern die Farben der deutschen Einheit voran. Als dann das **Jahr 1848** hereinbrach, als die politischen Vorfahren der Herren von rechts sahen, daß sie trotz aller ihrer Polizeimaßnahmen den Geist nicht ertöten konnten, wie es im Liede heißt, den Geist, der sich um das schwarz-rot-goldene Banner scharte, bekamen sie es mit der Angst. Als die Februarereignisse 1848 in Paris einsetzten, als sich in Deutschland die Stürme ankündigten, trat schleunigst die alte Bundesversammlung zusammen und — das ist hoch interessant — faßte am 9. März 1848, also bevor der Sturm in Berlin losging und bevor es eine Nationalversammlung gab, auf Antrag des preußischen Gesandten folgenden Beschluß:

> Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Inschrift „Deutscher Bund" und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers, Schwarz-Rot-Gold, zum Wappen des Deutschen Bundes.

Dann ordnete die Bundesversammlung an, daß diese Abzeichen sofort in allen Bundesfestungen angebracht, von den Bundestruppen als Abzeichen getragen und in den Siegeln der Bundesbehörden geführt werden sollten. (D)

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Da besannen sich die hohen Herrschaften mit einem Male auf die alten guten Zeichen der deutschen Einheit und wollten damit den Sturm noch bannen. Nun, das gelang ja nicht. Am 13. März wurde von den Burschenschaftern das schwarz-rot-goldene Banner auf dem Stephansturm in Wien gehißt, am 19. auf dem Kölner Dom von den rheinländischen Demokraten. Am 18. ging es in Berlin los, und vom 20. März 1848 ab wehten die schwarz-rot-goldenen Banner auf allen Staatsgebäuden in Berlin.

Es ist also nichts Neues, wenn jetzt die Reichsbehörden **Schwarz-Rot-Gold** flaggen. Das geschah auch damals, und zwar **mit Zustimmung des preußischen Königs;** denn dieser ließ eine schwarz-rot-goldene Fahne vor sich hertragen, als er am 21. März durch Berlin ritt in der Uniform des 1. Garderegiments, um den Arm eine breite schwarz-rot-goldene Binde!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch sein Gefolge, die Generalität und die übrigen, trugen Uniformen mit schwarz-rot-goldenen Binden. In der **Proklamation des Königs von Preußen** am **21. März 1848** hieß es — und diese Worte sollte man jetzt, wo die sogenannten Deutschnationalen es wagen, diese Fahne in den Schmutz zu ziehen, wirklich in Erz eingraben —:

> Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten)
>
> und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reichs gestellt.
>
> (Abgeordneter Dr. Schücking: Hört! Hört!)
>
> Preußen geht fortan im Reich auf.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) So hieß es in der Proklamation des Preußenkönigs an sein Volk! Heute aber spricht man von der „Erfindung einiger Phantasten"; oder: diese Farbenverbindung haben die Sozialisten und Juden zusammengebraut! Man sollte wirklich nicht glauben, daß solche Behauptungen in einem Volke, das doch Anspruch darauf erhebt, zu den Gebildetsten des Erdteils zu gehören, möglich sind.

(Zustimmung links.)

Es ist beschämend, daß ein deutscher Geschichtsunterricht an den Schulen des alten Obrigkeitsstaates gegeben worden ist, der all diese großen Vorgänge verschwiegen hat und an Stelle dessen fürstendienerische Legenden und Lügen gesetzt hat.

(Bravo! links.)

Aber nun ist es doch endlich Zeit, daß dieser Nebel zerrissen wird und daß der schwarz-rot-goldenen Flagge das Recht zugesprochen wird, das ihr zukommt. Es ist ein älteres Recht als das der schwarz-weiß-roten Flagge.

(Zurufe rechts.)

— Über die rote Flagge spreche ich auch gleich noch!

(Erneute Zurufe rechts.)

— Ja, das kommt noch! Ich will das Thema so behandeln, daß Sie in jedem Fall unsere Gründe vollständig kennen; dann werden Sie doch wohl nicht mehr wagen, solchen Argumenten gegenüber die schwarz-rot-goldene Flagge in den Schmutz zu ziehen!

(Zurufe rechts.)

Leider ist ja die schwarz-rot-goldene Flagge damals wieder heruntergeholt worden, obgleich sie der Preußenkönig zu hissen befohlen hatte. —

Wir kennen ja diese Geschichte. Es ist schade, daß sie nicht auch jedem deutschen Kinde bekannt ist; sie wäre wirklich eine gute geschichtliche Aufklärung. Der deutsche Freiheitskampf wurde damals erstickt. Man hat die Fahne mit den Bajonetten der Reaktion zerfetzt. So ist (B) die ganze deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung damals zerschellt. Ich glaube nicht, daß das dem deutschen Volke zum Nutzen gereicht hat. Ich glaube, es wäre besser gewesen, das deutsche Volk hätte sich damals seine Einheit schaffen können und hätte durch ein modernes Verfassungsleben den Anschluß an die westlichen Völker gefunden.

(Sehr wahr! links.)

Statt dessen wurde der mit so ungeheurer Begeisterung unternommene Versuch, der ja doch gewiß das Beste und Höchste im Auge hatte, was das deutsche Volk erstreben konnte, in jener Weise niedergeknüppelt.

Bismarck half damals dabei mit, die schwarz-rot-goldene Fahne wieder herunterzuholen. Er hat dann später die sogenannte **kleindeutsche Lösung** zum Ziele seiner Politik gemacht, die Lösung, die von dynastischen Interessen ausging. Er hatte bei der ganzen Frage in erster Linie die Hausmachtpolitik der Hohenzollern im Auge, und er hat dann diese kleindeutsche Lösung durch blutige Kriege innerhalb Deutschlands selbst und durch Vernichtung einiger Stammstaaten zum Siege geführt,

(Zuruf rechts: Vernichtung?)

— Sie wurden als Staaten vernichtet! — und er hat dabei die deutschen Stämme Österreichs aus dem deutschen Reiche hinausgedrängt. Meine Herren, das war keine Lösung, die dem Ideal der großen deutschnationalen Vorkämpfer entsprach, die kleindeutsche, preußische Lösung. Sie war verhängnisvoll für die Deutschen in Österreich, verhängnisvoll für die ganze Entwicklung in Österreich. Das wird heute niemand bestreiten. Sie ist dann auch verhängnisvoll geworden für den weiteren Verlauf der Geschichte. Das **Wahrzeichen der kleindeutschen Einigung mit Ausschluß Österreichs war die schwarz-weiß-rote Fahne.** Aber niemals war sie das Zeichen der großdeutschen nationalen Einheit. Das Zeichen dieser Einheit, die schwarz-rot-goldene Fahne, ist in Österreich weitergeführt (C) worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Deutschen in Österreich galt die schwarz-rot-goldene Flagge unentwegt weiter als nationales Zeichen bis auf den heutigen Tag.

(Widerspruch rechts und Zuruf: Heute schwarz-weiß-rot!)

— Die Österreicher haben die ganze Zeit seit 1866 hindurch, sagte ich, das schwarz-rot-goldene Banner als deutschnationales Einheitszeichen hochgehalten.

(Zuruf rechts: In Innsbruck flaggen sie schwarz-weiß-rot!)

— Was heute die Österreicher in ihrer Mehrheit tun werden, darüber können Sie doch nicht entscheiden. Ich bin überzeugt, daß die **Einheitsbewegung in Österreich,** der Gedanke des Anschlusses an Deutschland die stärkste Position in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hat,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die überhaupt die stärkste Position der deutschen Einheit ist. Wo wäre wohl die deutsche Einheit hingekommen, wenn dem nicht so wäre? Die Beweise sind in dem besetzten Gebiet durch die Tat erbracht worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und meinen Sie, daß die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten das schwarz-weiß-rote Banner der monarchistischen Reaktion als Zeichen der Einheitsbewegung akzeptieren würden?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das glaube ich nie und nimmermehr!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie stand es nun in Weimar? In Weimar hatten wir die Frage über die Farben der deutschen Republik zu entscheiden, und da stießen die Gegensätze natürlich aufs schärfste aufeinander. Die einzige Möglichkeit, überhaupt ein Einheitsbanner zu schaffen, war die schwarz-rot-goldne (D) Lösung. Es gab keine andere, auf die die Hoffnung gesetzt werden konnte, daß sie eine Einigung des deutschen Volkes erziele.

Einmal mußte der großdeutsche nationale Gedanke aufs neue sein Zeichen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damals — denken Sie an Weimar — waren Vertreter unserer österreichischen Brüder in Weimar selbst. Sie wollten anfangs ja Sitz und Stimme in der deutschen Nationalversammlung haben. So eng fühlte man sich verbunden, und wir glaubten und hofften auch, daß die Nationalversammlung nicht zu Ende gehen werde, bevor wir sie in den Rahmen der deutschen Einheit wieder aufgenommen hätten. Das war der eine gegebene Sinn des Schwarz-Rot-Gold: jawohl, alle Deutschen von der Etsch bis an den Belt sollen es sein! Das ist auch fortan noch das Zeichen, in dem allein dieser Anschluß herbeigeführt werden kann. Nur im Sinn der deutschen Demokratie wird sich dieser Anschluß vollziehen, nicht im Sinn einer monarchistischen Reaktion. Das ist ganz unmöglich! Der Versuch, eine solche monarchistische Reaktion wieder zum Siege zu führen, würde nicht nur den Anschluß Deutsch-Österreichs unmöglich machen; nein, meine Herren, — darüber täuschen Sie sich nicht — er würde das Deutsche Reich auseinandersprengen,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ja, das würde das starke Band des Deutschen Reichs am ehesten auseinanderreißen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Warten Sie nur 10 Jahre!)

Warum konnte die **Sozialdemokratie** nicht das **schwarz-weiß-rote Banner** annehmen, warum kann sie es heute nicht? Wir haben im alten Obrigkeitsstaat eine

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) Ausnahmestellung eingenommen. Die schwarz-weiß-rote Fahne war die Fahne eines Staatssystems, das keinen ehrlich demokratischen Mann in einem öffentlichen Amte duldete.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es war die Fahne eines Staatssystems, das die Sozialdemokraten unter Ausnahmerecht stellte, das die Sozialdemokraten als Menschen „nicht wert, den Namen Deutsche zu führen", bezeichnete und behandelte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wollen Sie sich wundern, daß die Arbeiterdemokratie darum dieses Zeichen eines Obrigkeitsstaates, der mit dem Hammer seiner Polizeigewalt die Arbeiterbewegung zu vernichten suchte, nicht liebte, nicht dafür begeistert ist?

(Zuruf von den Deutschnationalen: Soziale Gesetzgebung! — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die Arbeiter sind unter der schwarz-weiß-roten Fahne begeistert in den Krieg gezogen!)

— Herr Kollege Everling, wenn Sie die Dinge miterlebt hätten,

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Sie sind begeistert in den Krieg gezogen und haben unter der Fahne geblutet! — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten)

— wenn Sie die Dinge so miterlebt hätten,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Denken Sie an den August 1914!)

— wenn Sie die Dinge miterlebt hätten vor dem 4. August, und nach dem 4. August und den Krieg hindurch wie wir in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, in der deutschen Arbeiterdemokratie daringestanden hätten, dann würden Sie das nicht sagen. Es war eine der größten Schwächen Deutschlands

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

im Kampf gegen die westlichen Demokratien, daß das

(B) deutsche Volk einen Riß in sich trug, daß es kein großes, starkes, gemeinsames Nationalbewußtsein hatte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

Das war eine Schwäche. Sie war erzeugt unter dem Bismarckschen System,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

das die Arbeiterdemokratie niederschlagen wollte, das uns außerhalb der staatsbürgerlichen Ehrenrechte gestellt hatte. Glauben Sie, daß diese Jahrzehnte an der Seele der deutschen Arbeiterschaft unberührt vorübergegangen seien?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Im August 1914 haben Sie solche Reden nicht gehalten, Herr Dr. David! Das hätten Sie wagen sollen! — Zustimmung rechts. — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Demokratie hat trotzdem ihre Pflicht getan, und das ist ihr hohes Verdienst.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie hat allen Groll damals heruntergewürgt und hat in der Gefahr in einer Front gestanden. Aber vergessen? — vergessen war das nicht,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

was unter dem schwarz-weiß-roten Banner gegen die Arbeiterschaft gesündigt worden ist!

(Zurufe rechts: Machen Sie die Arbeiter nicht schlechter, als wie sie waren! Soziale Gesetzgebung!)

— Meine Herren, die schwarz-rot-goldene Fahne ist ja nicht an die Stelle der schwarz-weiß-roten getreten. Auch das ist nicht richtig. An die Stelle der schwarz weiß-roten Fahne hat die siegreiche **Revolution im November** die **rote Fahne** gesetzt.

(Zurufe rechts.)

Sie war gehißt auf allen Staatsgebäuden in ganz Deutschland, auch auf dem Hotel Adlon und auf anderen großen Privatgebäuden war sie wochenlang gehißt. Die rote Fahne (C) hat die schwarz-weiß-rote Fahne verdrängt. Glauben Sie, daß es nun in Weimar möglich gewesen wäre, die rote Fahne wieder herunterzuholen und die schwarz-weiß-rote Fahne wieder an ihre Stelle zu setzen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe bei der Deutschen Volkspartei: Ja, es war nahe daran! — Heiterkeit links.)

— Halten Sie das psychologisch für möglich?

(Zuruf rechts: Ja!)

— Sie mögen in der Sache denken und tun, was Sie wollen, aber überlegen Sie sich einmal den einen Gedanken: hätten Sie es für möglich gehalten, daß die siegreiche Arbeiterdemokratie ihre rote Fahne heruntergeholt hätte, die sie an die Stelle der schwarz-weiß-roten gesetzt hatte, auch auf allen Kriegsschiffen, daß sie sie heruntergeholt und die schwarz-weiß-rote Fahne wieder hinaufgezogen hätte?

(Zuruf rechts: Ja! Es gibt viele, die es heute möchten!)

Es genügt, sich diese Situation vorzustellen, um zu sehen, welche Bedeutung die schwarz-rot-goldene Flagge hatte.

Wollen Sie weiter bedenken, meine Herren, daß diese Flagge sich durchsetzen mußte auch gegen links. Die Fahne der Arbeiterdemokratie, die Parteifahne der Sozialdemokratie ist die rote Fahne. Sie gilt zugleich als internationales Zeichen der Klassensolidarität in der Idee des Sozialismus. Wir sagten uns in unserer Partei, daß sie darum nicht gut Nationalzeichen sein könne und daß es auch nicht denkbar sei, daß wir das gesamte deutsche Volk auf das gemeinsame nationale Zeichen der roten Fahne einigen könnten.

(Heiterkeit rechts.)

Weil wir das einsahen, deshalb waren wir so verständig und kämpften den Gedanken der roten Fahne als Nationalfahne nieder und wählten dafür die schwarz-rot-goldenen (D) neutralen allgemeinen deutschen Farben. Konnten Sie von rechts da nicht der gleichen Einsicht fähig sein? Das wäre für das deutsche Volk gut gewesen. Es würde manche Erbitterung erspart haben.

Warum haben wir denn so großen Wert darauf gelegt, daß die **schwarz-rot-goldene Fahne** bliebe und daß sie verteidigt werden müsse? Weil sie neben der großdeutschen **nationalen Einheit** auch die **Demokratie** verkörpert, und weil wir die Demokratie damals leider auch gegen links verteidigen mußten, gegen den Gedanken der Diktatur, der unter der roten Fahne focht. So wurde die schwarz-rot-goldene Fahne zum Bannerzeichen der Demokratie. Wir mußten den Gedanken der Wahl einer deutschen Nationalversammlung erst durchkämpfen. Alles das stand doch damals in Frage. Wollen Sie sich gefälligst alle diese historischen Tatsachen vergegenwärtigen, dann werden Sie begreifen, daß für die Einigung unseres Volkes in dieser schweren Zeit kein anderes Zeichen gegeben war als das der schwarz-rot-goldenen Fahne.

In diesem Zeichen allein kann auch in Zukunft nur eine innere nationale Einigung unseres Volkes erzielt werden, unter keinem anderen! Das liegt für jeden, der klar sieht, auf der Hand. So war es vor Weimar und in Weimar. Wie ist es nun aber nach Weimar geworden? War schon vor Weimar **Schwarz-Weiß-Rot** die Fahne des Obrigkeitsstaats, der die Sozialdemokratie mit Ausnahmerechten und Ausnahmebehandlung niederhalten wollte, so ist sie **nach Weimar** erst recht zur ausgesprochenen **Kampffahne der monarchistischen Reaktion** geworden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter D. Mumm: Das haben Sie schon in Weimar gesagt!)

— Die Bewegung hat bereits in Weimar eingesetzt, und danach hat sich das, was ich damals andeutete, voll be-

(Dr. **David**, Abgeordneter.)

(A) wahrheitet, Herr Kollege. Überall, wo gegen die Republik angegangen wird, erscheinen die schwarz-weiß-roten Fahnen, Fähnchen und Schleifchen. **Kapp**, der den ersten Vorstoß gegen die Republik unternahm, ist mit der **schwarz-weiß-roten Fahne** in Berlin eingezogen. Er hat sie aus allen Staatsgebäuden heraushängen lassen. Und da glauben Sie, nachdem Sie dieses Schwarz-Weiß-Rot zur ausgesprochenen Kampffahne gegen die deutsche Republik gemacht haben, Sie könnten für dies Zeichen bei der Arbeiterschaft die Anerkennung als allgemeines Zeichen der deutschen Volkseinheit durchsetzen! Das ist gänzlich ausgeschlossen.

(Zuruf rechts: Sehr viel Arbeiter wollen das!)

— Das wird sich ja finden. Wenn Sie die Arbeiter in die Rechnung einsetzen, wird wohl auf unserer Seite der weitaus größere Posten sein. Ich glaube, das wissen Sie selber.

Die Wirkung nach innen, die jeder Angriff auf die schwarz-rot-goldne Fahne hervorrufen muß, ist ein wachsendes Mißtrauen der Arbeiterdemokratie, ist steigender Groll, wachsende Erbitterung. Das heißt, eine Entwicklung einleiten und fördern, an deren Ausgang wir unser Volk wieder in zwei Lager zerrissen sehen, die sich mit Wut im Herzen gegenüberstehen, bereit, von neuem über einander herzufallen. Wer das will, der mag diesen Weg gehen. Wer das nicht will, muß auf dem Boden der Verständigung von Weimar bleiben.

(Zuruf rechts: Sie haben ja den Anfang dazu gemacht!)

— Wir haben den Anfang gemacht?

(Zuruf rechts: Die Fahne war ja vorher Schwarz-Weiß-Rot!)

— Die Fahne Schwarz-Weiß-Rot ist zusammengebrochen mit dem alten System, und den Zusammenbruch haben Sie selbst verschuldet.

(B) (Sehr richtig! links. — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Sie haben diesen Zusammenbruch verschuldet.

(Erneute lebhafte Zustimmung links. — Rufe rechts: Die Revolution! — Fortgesetzte erregte Zwischenrufe links und rechts.)

Sie haben diesen Zusammenbruch verschuldet.

(Abgeordneter Graf Westarp: Sie haben ihn verschuldet! — Lachen und Gegenrufe links.)

— Herr Graf Westarp, Sie können ja gar nicht wissen, was damals in Berlin vorgegangen ist, Sie sind ja schleunigst mit einem Wegzeichen der revolutionären Behörden auf Ihre Güter geeilt.

(Abgeordneter Graf Westarp: Verleumdung! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordueter Graf Westarp, der Zuruf „Verleumdung!" verstößt gegen die parlamentarische Ordnung.

(Lebhafte Zurufe links und rechts.)

— Ich bitte um Ruhe.

Dr. **David**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Zusammenbruch der schwarz-weiß-roten Fahne und des Systems, das sie repräsentierte, ist die Folge einer Politik gewesen, die nicht verstand, die Liebe des gesamten Volkes zu gewinnen und die noch während des Krieges alles tat, um die Gegensätze in unserem Volke wieder aufzureißen,

(sehr richtig! links; Zuruf rechts: Ist Ihre Hetze etwas anderes?)

und die bis zuletzt diese verblendete Politik fortgesetzt hat, bis das Ganze wie ein Kartenhaus in sich selbst zusammenbrach.

(Sehr wahr! links.)

Und als es zusammenbrach, da war es innerlich so schwach und so verfault gewesen, daß von allen diesen Herren, die heute wieder solch große Worte haben, keiner es wagte, (C) die schwarz-weiß-rote Fahne in den Novembertagen zu erheben und zu versuchen, das alte System zu retten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Sie haben mich genötigt durch Ihre Zwischenrufe, auch auf diese Vergangenheit einzugehen. Ich wollte es eigentlich nicht. Ich wollte Ihnen nur sagen: Jeder Freund unseres Volkes und unseres Vaterlandes muß wünschen, daß nicht eine Entwicklung gefördert wird, die zu einem zweiten inneren Zusammenstoß dieser Art führt.

(Zuruf rechts: Die fördern Sie!)

Unsere ganze Politik war von den Novembertagen ab darauf gerichtet, eine solche Entwicklung zu verhüten.

(Lachen rechts.)

Das haben wir in den kritischen Tagen dieser Geschichte durch die Tat gezeigt. Wir haben uns gegen links geworfen, wo die Diktatur gegen die Demokratie, gegen das System der legalen Verständigung vertreten wurde, und wir, nicht Sie, haben die Nationalversammlung durchgesetzt. Wir haben verhütet, daß die Dinge sich in das Schlimmste hinein entwickelten und eine Kette von blutigsten, revolutionären Kämpfen über unser Volk dahingegangen wäre. Die aber, die diese Politik der Verständigung und diese historische Leistung nicht anerkennen, die verblendet genug sind, sie nicht zu sehen, die alles das vergessen haben und auf eine Entwicklung hindrängen, die wiederum zu einer solchen Zuspitzung der Gegensätze führen muß, die trifft die ganze Verantwortung, wenn das deutsche Volk wie Frankreich fast hundert Jahre hindurch immer wieder durch Revolutionen hindurchgehen muß. Jeder Freund unseres Landes muß das zu verhindern suchen.

Meine Damen und Herren! Aber das, was in der letzten Zeit von Ihrer Seite geschieht, das erweckt allerdings den Eindruck, als ob Sie mit Absicht Ihre Politik (D) darauf einstellten, eine derartige Verschärfung der Lage herbeizuführen.

(Zuruf rechts: Sie schüren das ja!)

Wir haben diesen Antrag nicht eingebracht, wir haben auf der Vereinbarung von Weimar beharrt. Sie machen den Vorstoß, nicht wir. Ich verteidige hier die Verfassung gegen Sie.

Meine Herren, das ist die Wirkung nach innen. Nun zum Schluß ein kurzes Wort über die **Wirkung nach außen.** Kann sich irgend jemand darüber täuschen, daß jede Preisgabe des Zeichens der deutschen Republik von dem Ausland als ein Sieg monarchistisch-militärischer Reaktion angesehen, daß sie als ein Schritt zurück zum wilhelminischen Reiche angesehen würde, namentlich wenn man dieses Zeichen draußen vor aller Welt in der Handelsflagge streicht? Sollten die Antragsteller wirklich an diese Wirkung nicht gedacht haben? Meine Herren, wir haben alle Gründe, zu vermeiden, den Kreisen in der Entente, die, von imperialistisch-militaristischen Zielen geleitet, darauf ausgehen, das Deutsche Reich vollends zu zerstückeln, noch Wasser auf die Mühlen zu leiten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der Situation, in der wir uns befinden, müßte das jeder Deutsche empfinden.

Sodann aber — jetzt und für alle Zukunft gilt das — es ist keine starke nationale Volkseinheit in Deutschland zu erzielen und zu erziehen und darum auch keine geschlossene Politik nach außen möglich auf dem Boden des alten Staats, auf dem Boden der wiederhergestellten Monarchie. Eine nationale Volkseinheit, ein einheitlicher Wille auch nach außen ist nur möglich auf dem Boden der deutschen Republik.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Dr. David, Abgeordneter.)

(A) Ich glaubte nicht, daß man das Menschen, die offene Augen haben für die Verhältnisse in unserem Volk, noch besonders sagen müßte. Glaubt denn jemand, man könne gegen den Willen der deutschen Arbeiterdemokratie die Zukunft Deutschlands auf wirtschaftlichem und auf außenpolitischem Gebiet wieder aufrichten? Das kann doch niemand annehmen; und wenn man das nicht glaubt, dann soll man alles vermeiden, was im Volke das Mißtrauen, daß man es doch wolle, wecken muß.

Die Arbeiterdemokratie, **die Sozialdemokratie läßt sich die Republik nicht mehr rauben.** Dessen können Sie gewiß sein. Sie wird sie verteidigen mit aller Kraft und mit allen Machtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wünschen nicht, daß es in Deutschland noch einmal zu inneren Erschütterungen kommt. Wir möchten unser Volk vor neuen Schrecknissen, vor neuem Blutvergießen, vor neuen Zerstörungen und Vernichtungen behüten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf allein geht unsere ganze Politik aus, und deshalb stemmen wir uns Versuchen, wie sie mit diesem Antrag gemacht werden, mit aller Macht entgegen. Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, es aber doch dahin treiben, einen Angriff auf die Republik zu unternehmen, dann versichere ich Sie, daß der endgültige Sieg nicht auf Ihrer Seite sein wird.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Braun (Franken).

Dr. **Braun** (Franken), Abgeordneter: Um einen Präzedenzfall zum Schaden der Verfassung zu verhüten, möchte ich den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß auf Grund des § 76 der Reichsverfassung die Feststellung von zwei Dritteln der Mitglieder des (B) Reichstags und bei der Abstimmung die Feststellung von zwei Dritteln der Mitglieder des Reichstags für diesen Antrag notwendig ist. Die Reichsverfassung endigt mit den Worten: „Sie tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft". Durch Verordnungen kann das nicht aufgehoben werden. Es ist ausgeschlossen, daß die schwarz-weiß-rote Flagge auf unseren Schiffen weiterweht, daß die Verfassung auf allen Ozeanen übertreten wird, indem man mit einer einfachen Abstimmung diesen Antrag annimmt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Frage wird nach der Abstimmung geklärt werden müssen. Ich lade inzwischen die Herren Staatsrechtslehrer ein, diese schwierige juristische Frage zu untersuchen.

(Heiterkeit.)

Art. 3 der Verfassung sagt:

> Die Handelsflagge ist Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

In den Übergangsbestimmungen findet sich keine Bezugnahme auf diesen Art. 3 der Verfassung, sondern es befindet sich darin nur der vom Herrn Abgeordneten Dr. Braun zitierte Satz des Art. 181, daß die Verfassung mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft tritt. Die Verordnung vom 11. April 1921 hat offenbar den Zweck, diesen Artikel der Verfassung in Kraft zu setzen. Der Antrag Dr. Gildemeister will dieses Inkraftsetzen für einzelne Bestimmungen hinausschieben. Es wird sich nun die Frage aufwerfen, ob in dieser Hinausschiebung nicht eine Aufhebung des letzten Paragraphen der Verfassung liegt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, wie gesagt, die Sache wird nicht leicht sein, sie wird vielleicht sogar erst vor dem Staatsgerichtshof zu entscheiden sein, und ich möchte bitten, daß (C) wir inzwischen in der sachlichen Debatte fortfahren.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, meinem Herrn Vorredner auf das hochpolitische Gebiet zu folgen,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

auf das er diese wirtschaftlich-technische Angelegenheit geschoben hat. Er hat allerdings Virtuosität entwickelt, bei Besprechung dieses Antrages, der eine wirtschaftlich-technische Angelegenheit regelt, Dinge vorzubringen, die mit dem Gegenstand selbst nicht das Geringste zu tun haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen, glaube ich, braucht man auf die Ausführungen des Herrn Dr. David auch deshalb nicht einzugehen, weil er diese Rede schon am 2. Juli 1919 fast wörtlich genau so gehalten hat.

(Große Heiterkeit rechts.)

Er hat damit ausschließlich dokumentiert, daß er in den zwei Jahren, die nunmehr verflossen sind, nichts gelernt und nichts vergessen hat.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wenn er uns das ausdrücklich dokumentieren wollte, so war das nicht nötig; denn das wußten wir längst.

Im übrigen will ich auch darauf verzichten, auf die historischen Reminiszenzen, die er hier zum besten gegeben hat, einzugehen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Nein, sie standen fast durchschnittlich auf derselben Höhe wie seine flaggentechnischen Kenntnisse; Herr Dr. David hat schon in in der Nationalversammlung —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie Schulmeister!)

— ja, von dem Schulmeister können Sie noch viel lernen, (D)

(große Heiterkeit links)

gehen Sie nur bei ihm in die Schule! — er hat auch am vorigen Freitag

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

— er hat noch am vorigen Freitag in einem Aufsatz im „Vorwärts" ebenso wie heute gesprochen von der „Gösch". Herr Dr. David, ich muß Ihnen allerdings belehrenderweise mitteilen, daß das, was Sie unter **Gösch** verstehen, in seemännischen Kreisen überhaupt gar keine Gösch ist,

(hört! hört! rechts; Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern die Gösch weht am Vordersteven eines Schiffes, wie zum Beispiel die Flagge von Hamburg und Bremen am Bug eines Schiffes gefahren wird.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Meine verehrten Damen und Herren! Das ist selbstverständlich in meinen Augen auch eine äußerliche Angelegenheit; aber wer hier als Sachverständiger in Flaggenfragen auftritt,

(Heiterkeit links)

der muß doch die allereinfachsten Vorkenntnisse haben,

(erneute Heiterkeit und Zurufe links)

wenn er sich in sachverständigen Kreisen nicht geradezu lächerlich machen will.

(Sehr wahr! rechts.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. David auch gemeint, dieser Antrag sei ein Vorstoß der Reaktionäre gegen die Verfassung. Ich erinnere mich noch mit einer gewissen Genugtuung, möchte ich sagen, daran, wie Herr Dr. David in Weimar auftrat und nach rechts die Worte hinschleuderte: Wir haben jetzt eine Verfassung, auf Grund deren auch Sie auf verfassungsmäßigem Wege Ihre Wünsche staatspolitischer Art durchsetzen können, nämlich

(Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter.)

(A) mit der erforderlichen Mehrheit. Herr Dr. David, wir haben nicht die Absicht, die Verfassung mit Gewaltmitteln zu ändern; aber Sie werden uns doch gestatten, daß wir von den Möglichkeiten, die in dieser Verfassung gewährt sind, auch einmal Gebrauch machen, wenn wir es für richtig halten.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: es handelt sich also um eine Verfassungsänderung!)

— Ich habe ja ganz allgemein gesprochen.

(Aha! und Lachen links.)

— Im übrigen ist es noch gar nicht entschieden, ob es sich um eine **Verfassungsänderung** handelt oder nicht. Nach meiner Ansicht kann davon gar keine Rede sein.

Meine Damen und Herren! Was vom **Volksentscheid und Volksbegehren** gesagt worden ist, hat an sich mit diesem technischen Antrag gar nichts zu tun. Aber ich finde, die Möglichkeiten, die aus dem von Ihnen früher doch so stark geförderten Gesetz über den Volksentscheid erwachsen, müssen Sie uns auch zugestehen. Ich will da nur eine allgemeine Bemerkung machen. Kommt es dazu, dann sind wir unserer Sache gewiß, darauf können Sie sich verlassen. Und auf die harten Worte, um mich milde auszudrücken, die Sie über die schwarz-weiß-rote Fahne gesagt haben, erwidere ich Ihnen nur das eine: Die Farben **Schwarz-Weiß-Rot** sind die **Farben der besten Zeit des Deutschen Reiches** auch für die Arbeiterschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Das lassen Sie sich gesagt sein, und damit ist diese Angelegenheit im Augenblick für mich erledigt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat geglaubt, behaupten zu können, diese ganze Aktion käme **ausschließlich von rechts** her. Ja, da muß ich Sie denn doch eines anderen belehren. Der hier wiederholt genannte **Aktionsausschuß der seemännischen Berufs-**

(B) **verbände**, in dem anerkanntermaßen die seemännischen Kreise aller politischen Parteien vertreten sind und der unter Führung des **Sozialdemokraten Paul Müller** steht —

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Daß er ausgeschlossen ist, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls ist er Arbeitnehmermitglied des Reichswirtschaftsrats, wenn Ihnen das nicht bekannt sein sollte. — Dieser Aktionsausschuß hat sich nicht nur beteiligt an der großen Flaggenaktion in Hamburg, auf Grund deren das von Herrn David erwähnte Büchlein erschienen ist, sondern, nachdem in der Presse sämtlicher sozialdemokratischer Parteien die allerschwersten Angriffe gegen die Stellungnahme dieses Aktionsausschusses vorgebracht worden sind, hat sein Vorstand sich geschlossen und eindeutig hinter Herrn Paul Müller gestellt. Was Sie eben hier vorgetragen haben, Herr Dr. David, steht in direktem Widerspruch mit der Tatsache, daß in dem Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses der seemännischen Berufsverbände vom 15. Juni nicht unter der Firma Paul Müller, sondern unter der Firma des Vorstandes ein Aufsatz steht mit der Überschrift: „Brunnenvergiftung", der Ihre Behauptungen in deutlichster Form desavouiert.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich kann es mir nicht versagen, wenigstens ein paar Sätze aus dieser Auslassung des Aktionsausschusses seemännischer Berufsverbände Ihnen vorzuführen. Ich lese nur einige Sätze vor. Die ganze **Erklärung** ist überaus saftig und von seemännischer Deutlichkeit. Ich werde sie nachher zu Ihrer Kenntnisnahme auf den Tisch des Hauses niederlegen. Also ich serviere Ihnen folgende Sätze:

> Von irgendwelcher Sachkenntnis, von irgendwelchem Interesse und Verständnis für die Sorgen des deutschen Reeders, der deutschen Seeschiffahrt und Fischerei, für das Schicksal der deutschen See- und Fischermannschaften sind selbstverständlich die Sal-

(C) badereien und Jeremiaden der sozialdemokratisch-unabhängig-kommunistischen Zeilenreißer an der Spree, Elbe, Weser, Oder usw. nicht getrübt.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit rechts.)

— Nein, nein, das sagt der Vorstand, das habe ich nicht geschrieben!

(Wiederholte Zurufe links.)

— Nein, das hat der Vorstand geschrieben; aber ich gebe zu, es trifft ungefähr meine Meinung!

Die unumstößliche Tatsache — —

(Andauernde Unterbrechungen von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

— Das bringen Sie nicht aus der Welt, und ich werde es schon deshalb hier zur Geltung bringen, weil es kolossal wichtig für Sie ist. In seemännischen Kreisen sagt man übrigens: Dor rük an!

(Große Heiterkeit rechts. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich fahre also fort:

> Die unumstößliche Tatsache, daß wir uns im Interesse der deutschen Seeschiffahrt und deutschen Seemannschaft einer rein wirtschaftlichen Aktion zur einstweiligen Erhaltung der reinen schwarz-weiß-roten Handelsflagge angeschlossen und in diesem Sinne unseren Vorsitzenden Kollegen Paul Müller mit uns und für uns haben wirken und sprechen lassen, fälscht die sozialistische Presse in eine „kapitalistische, reaktionäre und nationalistische Liebedienerei" um
>
> (hört! hört! rechts)
>
> und lügt daneben dreist und kühn in die Welt hinein, daß die organisierte seemännische Arbeitnehmerschaft nicht hinter der Rede unseres Kollegen Paul Müller stehe.

Dagegen erklärt der Vorstand folgendes: (D)

> Als Vorstand des Aktionsausschusses der seemännischen Berufsverbände

— in dem, nebenbei gesagt, auch die Kommunisten vertreten sind —,

(hört! hört! rechts; Lachen auf der äußersten Linken)

> stellen wir dagegen fest, daß Kollege Paul Müller sowohl in unserem Auftrage die Hamburger Flaggenkundgebung mit vorbereitet, als auch seine Rede in unserem Auftrage gehalten hat. Wir billigen die Rede und erklären uns mit unserem Vorsitzenden in jeder Hinsicht solidarisch.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Der Hamburger Flaggenkundgebung haben organisierte Seeleute aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen beigewohnt
>
> (hört! hört! rechts)
>
> und der Rede des Kollegen Paul Müller und den Anträgen zugestimmt, genau so, wie die **sozialdemokratischen Senatoren in Hamburg und Lübeck**
>
> (hört! hört! und sehr gut! rechts)
>
> sich gleich wie wir aus wirtschaftlichen Gründen **für die** reine **schwarz-weiß-rote Handelsflagge** ausgesprochen haben, ohne daß „Vorwärts" und „Hamburger Echo" den traurigen Mut gefunden hätten, deshalb von schwarz-weiß-roten Radaubrüdern zu schreien.

(Sehr gut! und Zurufe rechts. — Große Heiterkeit.)

Es werden noch einige Fragen gestellt. Vielleicht erfolgt darauf von seiten der Herren eine Antwort.

> Was bezweckt also die sozialistische Presse mit ihren bewußten Fälschungen und wüsten Schimpfereien? Nicht mehr und nicht weniger als alle Brunnenvergifter ihres Schlages. Ver-

(Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter.)

(A) unglimpfung unserer aufrichtigen deutschen Ziele und Bestrebungen, Irreführung der ihr zugänglichen öffentlichen Meinung und scham- und gewissenlose Verhetzung der Massen! Und warum? Weil diese Zeilenreißer, bar alles deutschen völkischen Empfindens und nationalen Selbstbewußtseins einem phantastischen Dogma und einem ebenso berauschenden wie verschwommenen Internationalismus zuliebe den letzten Rest ihrer deutschen Weltaktion preisgeben und nun jeden verketzern, der nicht ihren morastigen Spuren folgt.

Und nun, meine verehrten Herren, achten Sie auf den Schlußsatz:

An die deutsche Seemannschaft reichen solche „gesinnungstüchtige" Gallenspritzer nicht heran!

(Große Heiterkeit rechts.)

Dor rük an!

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Deutschnationaler Stil!)

— Das ist nicht von mir;

(andauernde Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

ich habe es nur vorgetragen, weil ich es selbst vielleicht gar nicht so ausgezeichnet formulieren könnte.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zur Sache, denn diese Angelegenheit hat auch eine sachliche Seite. Herr Kollege David, ich will Ihnen die **Gründe** ganz kurz sagen, die uns veranlassen, diesen **Antrag zu stellen** oder mitzumachen. Der erste Grund ist dieser, daß wir uns im gegenwärtigen Augenblick mit einer Veränderung unserer Flagge im internationalen Seeverkehr vor der ganzen Welt lächerlich machen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dem Herrn Kollegen Dr. Braun, der hier den Eindruck zu erwecken suchte, als solle jetzt seine Ecke, um mich
(B) milde auszudrücken, gestrichen werden, möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen: Es gibt auf dem ganzen Weltmeer gegenwärtig überhaupt noch kein Schiff, daß diese Ecke führt. Das sollten Sie wenigstens wissen, wenn Sie sich zu derartigen Dingen äußern wollen. Und dann will ich Ihnen den zweiten Grund anführen. Der besteht darin, daß, wenn wir jetzt **mehrere Flaggen im internationalen Seeschiffahrtsverkehr** zulassen, unsere Schiffe auf Schwierigkeiten über Schwierigkeiten stoßen werden. Ich kann Ihnen die eine Versicherung geben: andere Völker, die für Wesen und Geist der Seeschiffahrt etwas mehr Verständnis haben als leider Gottes das deutsche Volk,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Als Sie!)

— nein, ich wiederhole es, als leider Gottes das deutsche Volk, können gar kein Empfinden für derartige sonderbare Manöver in diesem Augenblick aufbringen. Ich will Ihnen einen Tatbestand mitteilen, der überaus bezeichnend wird. Ein Aufsatz sagt darüber:

Diese Befürchtung

— nämlich daß Schwierigkeiten entstehen —

mag bei Leuten, die das Ausland und die Schiffahrt nicht aus eigener Erfahrung kennen, als übertrieben erscheinen; aber solche Leute tun gut, sich die Tatsache zu merken, daß bereits am 6. Juni dieses Jahres, also noch vor der wahlweisen Einführung der neuen deutschen Handelsflagge der unter der schwarz-weiß-roten Handelsflagge fahrende Dampfer „Wigbert" der Hamburg-Bremen-Afrika-Linie im Hafen von Duala am Löschen und Laden von der französischen Behörde mit der Begründung verhindert wurde, daß er eine falsche Flagge führe.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Derartige Hinderungen und Schwierigkeiten werden sich ins Grenzenlose häufen, wenn zwei Handelsflaggen zugelassen werden. Und was meinen Sie denn, weshalb (C) in den Arbeiterkreisen, gerade auch in den sozialdemokratisch organisierten Arbeiterkreisen, die Stimmung herrscht, die ich vorhin so deutlich zur Geltung bringen konnte?

(Zuruf links.)

Diese Seeleute wollen unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot fahren, weil sie wissen, daß unter dieser Flagge der deutsche Seehandel den kolossalen Aufschwung genommen hat, den wir in den letzten 30 bis 40 Jahren erlebt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Seeleute wissen, daß erst unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot dieser Seehandel Weltgeltung erlangt hat und sie haben auch ein wirtschaftliches Empfinden dafür, was für kolossale Nachteile aus einer Änderung der Flagge in diesem Augenblick entstehen würden. Ich will Ihnen ganz gern zugeben, es gibt Gott sei Dank auch unter der seefahrenden Bevölkerung eine ganze Reihe von Seeleuten, die deshalb die reine schwarz-weiß-rote Flagge wollen, weil ihre blauen Kameraden unter dieser Flagge gefochten haben und vielfach gestorben sind.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Das spielt auch eine Rolle, gewiß. Wir stellen das ruhig fest und freuen uns dieser Gesinnung, die immer mehr unter der früher vielfach radikalen seemännischen Bevölkerung sich ausbreitet.

(Sehr richtig! rechts.)

Schließlich aber, meine Damen und Herren, darf ich es doch als ein überaus großes Kuriosum bezeichnen, in welch geringem Maße Sie geneigt sind, demokratischen Grundsätzen zu folgen. Ich stelle fest — und daß kann von keiner Seite bestritten werden —, die gesamte seemännische Bevölkerung aller politischen Schattierungen — in den Hafenstädten wohnen auch alle möglichen verhetzten Leute, die mit der seemännischen Bevölkerung nichts zu tun haben — (D)

(Zurufe bei den Sozialdemokraten)

die **seemännische Bevölkerung** also, **soweit sie in den Berufsverbänden organisiert ist**, will mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit, daß die reine **schwarz-weiß-rote Flagge** erhalten wird. Ist es da Demokratie,

(sehr gut! rechts)

wenn Sie mit dieser geradezu auffälligen Obstinatheit auf Ihrem Willen bestehen?

(Sehr richtig! rechts.)

Ist es denn Demokratie, wenn man doktrinäre Verbohrtheit bis zum Gipfel treibt, bloß um seinen Standpunkt durchzusetzen gegen alle an der Angelegenheit Beteiligten?

(Sehr gut! rechts.)

Ich bitte Sie, die Dinge doch sachlich zu betrachten und diesen Antrag zu nehmen als das, was er ist, nämlich als den Versuch, schwere Gefahren von der Handelsschiffahrt zur See abzuwenden. Man kann nach meiner Ansicht sehr wohl den Irrtum einer Stunde wieder gutmachen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion teilt den Standpunkt, den der Herr Kollege Dr. Braun (Franken) vorhin hier bezüglich des Antrages der Rechts- und Mittelparteien eingenommen hat. Der **Antrag** läuft hinaus auf eine **Verfassungsänderung.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Um diesen Antrag zu verwirklichen, bedarf es der in der Verfassung vorgesehenen qualifizierten Mehrheit. In der Verfassung steht ausdrücklich: Die Reichsfarben sind

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Die Herren Antragsteller berufen sich nun darauf, daß es ihnen nur darum gehe, eine Verordnung des Reichspräsidenten einstweilen aufzuheben. Vom staatsrechtlichen Standpunkt aus muß ich sagen, daß diese **Verordnung des Reichspräsidenten nicht mit der Verfassung in Einklang** zu bringen ist. Die Verfassung als solche trat mit dem Datum ihres Bekanntwerdens in Kraft,

(sehr richtig! links)

und infolgedessen trat an diesem selben Tage auch der Artikel in Kraft, der sich auf die Flagge bezog. Es geht nicht an, nachträglich durch derartige Verordnungen den Termin des Inkrafttretens der Verfassung zu beeinflussen.

(Sehr wahr! links.)

Wir könnten, wenn wir diesem Beispiel folgten, bezüglich aller Bestimmungen der Reichsverfassung in eine außerordentlich schwierige, ja ganz unhaltbare Situation gelangen. Wir bleiben dabei: die von den Antragstellern angegriffene Regelung der Flaggenfrage ist ein integrierender Bestandteil der Verfassung. Eine Änderung dieser Sache kann nur geschehen auf dem Wege, der für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu unserer besonderen Genugtuung hat mein Herr Vorredner, der Abgeordnete Oberfohren, dieser unserer Auffassung — wenn auch wider Willen — Rechnung getragen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

indem er an uns den Apell richtete, wir müßten es seiner Partei doch auch zugestehen, Wünsche nach einer Verfassungsänderung mit den gesetzlich gegebenen Mitteln durchzusetzen. Jawohl, meine Herren, wir haben nichts dagegen, daß Sie die gesetzlichen Mittel anwenden, aber wir verlangen

(B) von Ihnen, daß Sie sich dann auch an die Verfassung und ihre Bestimmungen selbst halten.

Meine Damen und Herren! Für uns ist grundsätzlich die Frage, ob das Deutsche Reich und das deutsche Volk unter der schwarz-weiß-roten oder der schwarz-rot-goldenen Fahne leben, von untergeordneter Bedeutung gegenüber der anderen Frage, was für eine Politik unter dieser Flagge getrieben wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hilft uns nichts, die schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen, wenn unter dieser Trikolore die alte schwarz-weiß-rote reaktionär-monarchistische Politik weiter getrieben wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben also grundsätzlich an diesen Symbolen und an diesen Farbenzusammenstellungen vielleicht ein geringeres Interesse, als er hier und auf anderen Seiten des Hauses betont wird. Freilich, darin sind wir mit dem Herrn Abgeordneten Dr. David einig — und wir betonen es sogar mit noch größerem Nachdruck —, daß die **Arbeiterschaft** am allerwenigsten Anlaß hat, sich nach der alten **schwarz-weiß-roten Fahne** zurückzusehnen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die schwarz-weiß-rote Fahne war das Symbol jenes Reichs, das in der Tat die Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu unterdrücken und unter ein Ausnahmerecht zu stellen bestrebt war.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Kollege Oberfohren meint, daß das schwarz-weiß-rote Banner das Symbol der besten Zeit des Deutschen Reichs gewesen sei, so geben wir zu, daß er und seine Freunde zu dieser Auffassung berechtigt sind.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für die Arbeiterschaft aber war es wahrhaftig nicht die (C) beste Zeit. Mit dieser schwarz-weiß-roten Fahne sind für uns Erinnerungen verknüpft, die nicht gerade als erhebend angesprochen werden können,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn Sie darauf hinweisen, daß unter der schwarz-weiß-roten Fahne Tausende und Millionen begeistert in den Krieg gezogen sein sollen, so erinnern wir uns daran, daß diese Flagge gehißt wurde von jenen Kapitalisten, Annexionisten und Militaristen,

(hu! hu! rechts)

die diese Millionen ausnutzten, die sie haben verbluten lassen für ihren kapitalistischen Profit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben also, sage ich, wahrhaftig keine Sehnsucht, das alte Symbol aufs neue in Deutschland zu errichten, wenn wir auch auf der anderen Seite nicht in Abrede stellen können, daß uns das Hissen des schwarz-rot-goldenen Banners auch noch nicht die herrliche und glückliche Zeit für das Proletariat gebracht hat.

Ich kann auch nicht umhin, den Herrn Abgeordneten Dr. David daran zu mahnen, daß auch, nachdem das **schwarz-rot-goldene Banner** aufgezogen war, **Ausnahme- und Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterschaft** unternommen worden sind, die wir ebenfalls nie und nimmer vergessen können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Farbe und die Fahne ist nicht das Ausschlaggebende, ausschlaggebend ist der Geist, der in der Regierung und der Politik eines Landes lebt, ganz gleichgültig, mit welcher Flagge man die öffentlichen und privaten Gebäude schmückt.

Nun, meine Damen und Herren, meinte der Herr **Abgeordnete Oberfohren**, es sei aber doch ein notwendiges **Zugeständnis an die Demokratie**, daß, wenn so und so viele Verbände von Unternehmern und Arbeitern aus den (D) Schiffahrtsgewerben eine solche Forderung stellten, die schwarz-weiß-rote Fahne wiederherzustellen, wir ihr nicht, wie er sich ausdrückte, obstinat widerstreben dürften. Ich frage den Herrn Abgeordneten Oberfohren, ob er, wenn auf der anderen Seite Millionen von Arbeitern in Deutschland wünschten, daß die rote Fahne zur Reichsflagge erhoben würde, auch eine solche Verbeugung vor der Demokratie machen

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und erklären würde: wo so viele es verlangen, darf ich doch nicht als Hüter der Demokratie — wie der Herr Abgeordnete Oberfohren einer ist — mich dem widersetzen. Ach nein! Mit solchen Ausflüchten kommen wir nicht weiter, ganz abgesehen davon, daß es zum mindesten sehr zweifelhaft ist, inwieweit die seemännisch arbeitende Bevölkerung tatsächlich hinter dieser Forderung des Reedereikapitals und der deutschnationalen Schiffahrtsunternehmer steht.

(Sehr richtig! links.)

Nun erklären ja die Herren Antragsteller, ihr Antrag habe gar keine politische und vor allen Dingen keine parteipolitische Bedeutung. Sie geben ihm die Bezeichnung eines rein technischen Antrags. Sehen wir uns doch einmal die **Begründung des Antrags** an, um festzustellen, wie weit eine solche Auslegung zulässig ist. Es steht da, die Verordnung müsse zurückgenommen werden, weil durch eine Veränderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschiffahrt, die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würden. Ich für meine Person kann eine solche Begründung schlechterdings nicht ernst nehmen. Sie ist so fadenscheinig, daß nicht der Verdacht, sondern die absolute Sicherheit vorliegt: hinter diesen Scheingründen stehen

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) andere wahre Gründe, die vorzutragen und offen auszusprechen Sie, meine Herren, vorläufig die Zeit noch nicht für gekommen erachten.

(Sehr wahr! links.)

Die **Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer Heimat** soll dadurch gestört werden, wenn in der nach wie vor schwarz-weiß-roten Handelsflagge ein Vierundzwanzigstel des gesamten Flaggenumfanges schwarz-rot-gold — nach Ihrer Meinung — „verunziert" ist! Ja, wenn die Auslandsdeutschen in ihren Sympathien für ihr Vaterland nur an dieser Flagge kleben, dann, muß ich sagen, ist es mit ihren Sympathien außerordentlich schlecht bestellt.

(Sehr richtig! links.)

Wenn die Auslandsdeutschen nicht so viel Vaterlandsliebe besitzen, daß es ihnen, ganz gleich, welches die Staatsform dieses Vaterlandes auch sein mag, darum zu tun ist, ihre Kräfte in den Dienst des Wiederaufbaues Deutschlands zu stellen, dann können mir diese Auslandsdeutschen schlechterdings nicht imponieren. Was bedeutet es denn: die Auslandsdeutschen werden in ihren Beziehungen zur Heimat durch das schwarz-rot-goldene Vierundzwanzigstel der Flagge beeinträchtigt? Bedeutet das, daß die Auslandsdeutschen unbedingt eine schwarz-weiß-rote Fahne haben wollen, und bedeutet das weiter, daß sie die schwarz-weiß-rote Fahne deswegen haben wollen, weil es für sie die Symbolisierung des alten Deutschlands ist? Ja, dann können Sie (nach rechts) eines Tages kommen und sagen: mit Rücksicht auf die Auslandsdeutschen muß die Monarchie in Deutschland wiederhergestellt werden; denn die Auslandsdeutschen wollen von der Republik selbst so wenig wie von ihren Symbolen das allergeringste wissen!

Es ist hier schon von dem Herrn Kollegen Dr. David darauf hingewiesen worden, wie diese Stimmung bei den (B) Auslandsdeutschen zustande kommt. Wir wissen es doch sehr genau, daß **die deutschen Blätter in Brasilien, Argentinien und Chile** geistig genährt werden — soweit von Geist dabei die Rede sein kann —

(sehr gut! links)

in erster Linie von Journalisten und Parlamentariern, die den **reaktionären Parteien** des Deutschen Reichs angehören.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein kleines Beispiel könnte ich Ihnen nennen. Es gibt in **Brasilien** eine deutsche Zeitung **„Der Urwaldbote"** — der Name könnte vermuten lassen, daß er etwas mit dem seligen „Arizona-Kieker" zu tun hätte, das ist aber nicht der Fall —. Dieser „Urwaldbote" hetzt in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise fortgesetzt gegen die deutsche Republik.

(Hört! Hört! links.)

Aber die Artikel wachsen zum guten Teil nicht auf brasilianischem Boden, sondern sie werden der Zeitung aus deutschnationalen, „deutschvölkischen" Kreisen in Deutschland, geschickt. Ich kann nur feststellen, daß vor kurzem — ganz vor kurzem! — ein der Rechten nahestehender Journalist hier in Deutschland von diesem „Urwaldboten" die Aufforderung bekam, ihn doch regelmäßig mit Artikeln zu versehen; er solle und könne in diesen Artikeln so viel gegen die deutsche Republik schreiben, wie er nur immer möchte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser einzelne Journalist war zu anständig dazu, das Angebot zu akzeptieren. Aber dieser Fall ist doch eine Illustration dafür, wie die Stimmung der Auslandsdeutschen, die uns hier als brasilianischen, chilenischen und argentinischen Ursprungs frisiert wird, tatsächlich hier in Deutschland von den Gegnern der deutschen Republik gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus diesem Grunde kann uns der Grund, daß die Ge- (C) meinschaft der Auslandsdeutschen mit der alten Heimat durch das schwarz-rot-goldene Rechteck in der Flagge gestört würde, schlechterdings nicht als stichhaltig erscheinen.

Aber Sie reden von der **„Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen"** und von dem **„Wiederaufbau der deutschen Seeschiffahrt"**. Ja, kann denn ein Mensch, der mit vernünftigen Erwägungen an diese Frage herangeht, im Ernst glauben, daß unsere Handelsverbindungen geschädigt würden, wenn in der alten Fahne ein schwarz-rot-goldenes Rechteck enthalten ist? Unsere Handelsverbindungen werden gut sein, wenn die Waren gut sind und die Bedingungen günstig sind, unter denen wir diese Waren liefern, und die Handelsverbindungen werden schlecht sein, wenn diese Lieferungen minderwertig sind. Unsere Handelsverbindungen werden schlecht werden, wenn man, wie es beispielsweise im **Handel mit Sowjet-Rußland** neuerdings festgestellt wurde, den Russen die schäbigsten und minderwertigsten Waren verkauft hat oder hat verkaufen wollen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Durch ein solches Verfahren schädigen Sie die internationalen Handelsbeziehungen, nicht aber dadurch, wenn die schwarz-weiß-rote Flagge mit einer kleinen schwarz-rot-goldenen Ecke versehen wird.

Dann, meine Damen und Herren, begeistern Sie sich für die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen und glauben, durch die Aufrechterhaltung der alten Flagge für diese Handelsverbindungen tätig zu sein, die Stimmung dort im Auslande — es sind ja nicht nur Auslandsdeutsche, die von uns kaufen, sondern Engländer, Franzosen, Amerikaner usw. — für uns zu gewinnen. Das sagen dieselben Leute, die es mit Beifall begrüßt haben, daß eine Reederei Schiffe versehen mit dem Namen Ludendorff, Hindenburg und Tirpitz in die Welt sendet. (D)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, glauben Sie wohl, daß die Benennung der Schiffe, mit denen man drüben in Amerika und anderswo den Handel aufrechterhalten will, mit Namen, die für jene Ausländer, ehemals feindlichen Ausländer, tatsächlich mit den übelsten Erinnerungen verknüpft sein müssen,

(Unruhe und Zurufe rechts)

dazu beitragen kann, den Handel zu heben, während die kleine schwarz-rot-goldene Ecke den internationalen Handel ruinieren müßte. Ach nein, wenn wir in händlerische und politische günstige Beziehungen zum Auslande kommen wollen, so wäre das allernotwendigste das, daß dieses Ausland einsieht: das Land, das uns jetzt Waren schickt und mit uns Handel treiben will, ist ein anderes als dasjenige, das uns mit Krieg überziehen wollte,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß das Ausland einsieht: es ist in der Tat etwas anders und in der Tat etwas neu geworden in diesem Deutschen Reich. Wir können die Sympathien des Auslands nicht dadurch erwecken, daß wir jetzt daran gehen, die alten kaiserlichen Symbole wieder zu hissen, sondern wir können sie nur dadurch erwecken, daß wir ihnen den Beweis erbringen: das Deutschland von 1921 ist nicht mehr das Deutschland von 1914.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Das Deutschland von 1921 wird aber durch die Güte seiner Waren beweisen, daß seine Leistungsfähigkeit quantitativ und qualitativ nicht davon abhängt, daß an seiner Spitze ein gekrönter Monarch steht, und daß auch eine Republik in wirtschaftlichen Dingen vollständig die Konkurrenz mit anderen Staaten auszuhalten imstande ist.

Damit wäre das wesentliche gesagt, was sich gegen die Begründung des Antrags der Rechts- und Mittelparteien vorbringen ließe. Ich kann mich aber nicht ent-

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) halten, noch einmal auf eine Angelegenheit einzugehen, die hier bereits mehrfach gestreift worden ist, nämlich auf das **Auftreten des Herrn Paul Müller**, des **Vorsitzenden des Seemannsverbandes**. Dieser Herr Paul Müller gehört, wenn ich recht unterrichtet bin, zurzeit noch der sozialdemokratischen Partei an. Ich überlasse es natürlich der sozialdemokratischen Partei, den Grad von Stolz zu bemessen, den sie auf dieses ihr Mitglied besitzt. Jedenfalls hat dieser Herr Paul Müller nicht nur in einem Artikel, den Herr Dr. Oberfohren zum Vortrag brachte, sondern in einer Rede zu Hamburg bewiesen, daß er in jeder Beziehung verdiente, der reaktionärsten deutschvölkischen Hakenkreuzgruppe zugezählt zu werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Paul Müller hat unter anderem gesagt:

> Eine Flagge, die uns alles war und ist, kann man nicht mit einer fremden unbekannten Flagge auswechseln wie einen Schundroman in einer Leihbibliothek.

Die „Zeilenreißer" — so drückte er sich an anderer Stelle aus — der Deutschnationalen Partei müssen schamrot werden, daß sie nicht eine ähnlich treffende Bemerkung über den Flaggenwechsel bisher gefunden haben.

Dann gibt Herr Paul Müller weiter Auskünfte **über die Bedeutung der schwarz-rot-goldenen Flagge:**

> Diese Flagge soll man nicht verunzieren durch eine fremdfarbige Gösch.

Herr Oberfohren, der Herr Müller, den Sie als Eideshelfer angeführt haben, beweist selbst, daß er durchaus nicht so viel seemännische Kenntnisse besitzt wie der Oberlehrer Oberfohren, und daß auch er, genau wie der Herr Abgeordnete Dr. **David**, dieses Rechteck in der Flagge für eine Gösch erklärt.

Aber Herr Paul Müller fährt fort:

> Hier ist Schwarz Selbstaufgabe, Rot Wirrwarr und
> (B) Chaos, Gelb Falscheid und Neid.

Du lieber Himmel! Auch in der schwarz-weiß-roten Fahne ist ja Schwarz und Rot enthalten. Also die Selbstaufgabe und das Chaos wäre auch in der von Ihnen geforderten Farbenzusammenstellung ohne weiteres vertreten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gehe natürlich nicht auf die heraldischen Ausführungen dieses so überaus sachverständigen Herrn Paul Müller ein; ich stelle nur fest, daß, wenn das alte königlich preußische Heroldsamt noch existieren sollte, was ich nicht weiß, dort für Herrn Paul Müller wahrscheinlich ein sehr viel besserer und richtigerer Platz wäre als an der Spitze einer Arbeitergewerkschaft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das werden ja schließlich die Arbeiter selbst in erster Linie mit ihm auszumachen haben. Wir jedenfalls erklären mit vollem Nachdruck: derartige Ausführungen, die ohne weiteres aus einer deutschnationalen Hetzschrift abgeschrieben sein könnten, können uns nicht bestimmen, unsern Standpunkt in dieser Frage irgendwie zu verändern,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn es sich tausendmal um den Vorsitzenden des Seemannsverbandes handelt.

Meine Damen und Herren! Man könnte auch sonst noch über Herrn **Paul Müller** einiges reden, um ihn richtig zu charakterisieren.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man könnte mitteilen, daß seine deutschnationale Politik nicht frischen Datums ist, daß er **während des Krieges** mit den Herren von der Rechten — ich weiß nicht, aus welchem ideellen oder materiellen Grund — in dasselbe Horn gestoßen hat,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß er einer der wildesten Annexionisten gewesen ist, daß er sich den Dank der Reeder dadurch verdient hat, daß (C) er sich mit Eifer für die Liebesgaben in die Kassen der Reederei eingesetzt hat. Kurz und gut, Sie werden uns wohl nicht beweisen wollen und nachweisen können, daß dieser Herr Paul Müller irgendwie als Vertreter von Arbeiterinteressen oder Arbeiteransichten angesprochen werden kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten.)

Damit glaube ich, diese Seite der Sache erledigt zu haben. Es bliebe nur noch übrig, mit einigen Sätzen auf das Grundsätzliche der ganzen Angelegenheit einzugehen. Wir haben gesehen: die Gründe, die Sie anführen, meine Herren von der Rechten, sind in Wirklichkeit Vorwände, sind Behauptungen, mit denen man wirklich keinen Hund hinter dem Ofen weglocken kann. Deshalb müssen Sie uns schon zugestehen, daß wir tiefer zu bohren versuchen und feststellen: was Sie in Wirklichkeit wollen, ist der **Kampf gegen das Symbol der Republik,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

ist der Kampf gegen das schwarz-rot-goldene Banner

(Abgeordneter Dr. Schücking: sehr richtig!)

und der Wunsch, das schwarz-weiß-rote Banner als Symbol Ihrer alten glorreichen Vergangenheit aufs neue wieder zu errichten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Dr. Schücking: Sehr richtig!)

Heute fangen Sie mit dem kleinen Rechteck in der Handelsflagge an. Morgen werden Sie den Kampf gegen die schwarz-rot-goldene Reichsfahne überhaupt in Angriff nehmen und durchführen. Da werden Sie ja solche Gründe nun nicht mehr anbringen können, daß die schwarz-rot-goldene Fahne zu wenig sichtbar sei, daß man mit ihr keine Handelsverbindungen anknüpfen könne usw. Da müssen Sie schon die Katze aus dem Sack lassen und erklären: wir wollen das Symbol beseitigen als ersten (D) Schritt auf dem Wege, die Republik zu beseitigen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es würde für Sie viel richtiger sein und würde Sie viel mehr ehren, wenn Sie anstatt durchsichtiger Vorwände von vornherein den richtigen Grund genannt hätten. Kommen Sie uns doch nicht damit, daß Sie sagen: es handelt sich nur um eine rein technische Angelegenheit. Sie können das mit um so weniger Erfolg, als wir doch wissen, daß Sie im Lande draußen alles tun, um die schwarz-rot-goldene Fahne als Symbol der Republik zu diskreditieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie reden von der Judenfahne, Sie reden von dem revolutionären Lappen, Sie haben eine ganze Reihe von ähnlichen Bezeichnungen jederzeit auf Lager.

Nun, meine Herren, wenn Sie auf der Rechten das tun, so habe ich dafür volles Verständnis. Die Republik ist Ihnen verhaßt, das Symbol der Republik ist Ihnen nicht minder verhaßt, und Sie sagen, daß Sie auch im Lande draußen in der Beziehung über einen großen Anhang, über eine große Zahl von Gesinnungsverwandten verfügen. Ich gebe das ohne weiteres zu. Gehen Sie auf unsere **Universitäten**, gehen Sie dorthin, wo die Söhne der Bourgeoisie sich studienhalber aufhalten, so gebe ich Ihnen ohne weiteres zu, daß dort die **Abneigung gegen Schwarz-Rot-Gold** als Symbol der Republik ebenso stark ist wie in den Reihen der deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Fraktion. Es geht so weit, daß in den letzten Tagen die Studentenschaft in Tübingen erklärt hat, sie könne ein Restaurant nicht mehr besuchen, weil der Besitzer des Restaurants eines Tages die schwarz-rot-goldene Fahne herausgesteckt hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten, auf der äußersten Linken und bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Es geht so weit, daß die alte deutsche Burschenschaft, die unter der schwarz-rot-goldenen Fahne gekämpft und gelitten hat, damals, als die deutsche Burschenschaft dasselbe war, was später die Arbeiterjugend gewesen ist, damals, als sie wegen ihrer republikanisch-revolutionären Gesinnung ebenso verfolgt und drangsaliert wurde, wie später die revolutionäre Arbeiterjugend drangsaliert wurde, — ich sage: es geht so weit, daß diese Vertreter des jugendlichen Bürgertums sich jetzt ihrer alten Farben schämen, nachdem die Republik diese Farben adoptiert und zu den ihrigen erklärt hat. Sie werden also dort einen gewissen Anhang finden.

Wenn ich meinem Erstaunen — oder nicht meinem Erstaunen, aber meinem, sagen wir einmal, Mitleid — Ausdruck geben darf, so darüber, daß sich unter diesem Antrag auch der Name der **Demokratischen Fraktion** befindet. Die **schwarz-rot-goldenen Farben** sind die Farben der alten deutschen Demokratie, übernommen aus dem alten Reichsbanner, übernommen aus dem Lützowschen Freikorps, für das ja auch immerhin Sie (nach rechts) gewisse Sympathien haben müßten, übernommen von der alten Burschenschaft, getragen von den Vorkämpfern der bürgerlichen Demokratie im Jahre 1848.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es waren viele Häuser noch lange nach 1848 besonders in dem Bezirk der süddeutschen Demokraten mit diesen schwarz-rot-goldenen Farben geziert. Ich erinnere dann nur daran, daß in der Sitzung des Norddeutschen Reichstags, in der über die Flaggenfrage verhandelt wurde, es ein Liberaler demokratischer Schattierung, der damalige Abgeordnete Duncker, gewesen ist, der verlangte, daß die Reichsfahne schwarz-rot-gold sein sollte.

Aber, meine Herren von der Demokratischen Partei, Sie haben einmal wieder Angst vor Ihren eigenen Idealen bekommen. Es ist auch die Unterschrift unter

(B) diesen Antrag nur ein Beweis für die **politische Jämmerlichkeit des deutschen liberalen Bürgertums.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weil Sie (zu den Deutschen Demokraten) fürchten, den deutschnationalen Nationalismus zu verlieren,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

deshalb drängen Sie dahin, um nur ja nicht als weniger national zu gelten als die Herren Helfferich und Graf Westarp. Wenn Herr Dr. David Ihnen mildernde Umstände zubilligte und sagte, bei Ihnen möchten es wirklich technische Gründe sein, — ich glaube nicht an die technischen Gründe. Die Tatsache, daß Sie diesen Antrag unterschreiben und einbringen, ist ein Symbol, wie die ganze Flaggenfrage ein Symbol ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie ist ein Beweis dafür, daß es Sie nach rechts zieht, genau wie es Ihre Führer nach rechts zieht, wenn Sie jetzt jeden Tag daran arbeiten, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintreten möge. Es ist ein Symbol, sage ich, für die Verzagtheit an den eigenen Idealen und an der eigenen Politik. Ein Beweis dafür, daß Sie Furcht haben vor der urteilslosen Masse, möglicherweise mit den Sozialdemokraten, was den Mangel an sogenannter nationaler Gesinnung anlangt, in einen Topf geworfen zu werden.

Ich weiß ja nicht, ob nicht doch noch bei dem einen oder anderen Mitglied der Demokratischen Fraktion das Gewissen schlagen wird, daß er den Anschein erwecken möchte, als beteilige er sich an einem nationalistisch-reaktionären, monarchistischen Vorstoß gegen die Republik und ihre Farben. Es kann sein, daß neben so vielen Sündern ein Gerechter vorhanden ist. Aber eine Schwalbe macht leider keinen Sommer, und die Tatsache bleibt bestehen, (C) die Demokraten vergessen einmal wieder die Ziele, für die sie einstmals in den Kampf gezogen sind, und sind glücklich, sich hinter die Wälle der Reaktion retten zu können, um mit ihr gemeinsam den Kampf gegen jeden Fortschritt, auch das bißchen, was die Republik gebracht hat, zu unternehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Damit kann ich schließen. Ich sage noch einmal: Grundsätzlich ist die Frage Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold für uns nicht von so weittragender Bedeutung. Aber jetzt, nachdem die schwarz-rot-goldene Fahne angenommen worden ist, den Versuch zu machen, sie wieder zu beseitigen, das beweist klipp und klar, wie stark sich die **Reaktion in Deutschland** zu fühlen beginnt,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

zu welcher Energie sie sich aufraffen zu können glaubt. Wir haben vorhin wieder einmal unseren verehrten Herrn Kollegen, den Grafen Westarp, recht lebhaft und eifrig gegen **Revolution** und Republik in Zwischenrufen zu Felde ziehen hören. Ja, bei Herrn Grafen Westarp und seinen Freunden wächst der antirepublikanische Mut im Quadrat der Entfernung von dem Tag der Revolution.

(Sehr gut! links.)

Wo waren die mutigen Herren damals?

(Zuruf rechts: Wo waren Sie denn?)

— Wo ich war? Ich war hier im Deutschen Reichstag von der ersten Stunde an, Herr Dorsch, und wenn Sie hingekommen wären, wäre ich wohl der erste gewesen, der dafür plädiert hätte, Sie aufzuhängen. —

(Heiterkeit.)

Aber damals war der Mut nicht vorhanden, damals haben Sie sich in alle vorhandenen Mauselöcher verkrochen.

(Sehr gut! und bravo links.)

Damals war Ihre Begeisterung für die schwarz-weiß- (D) roten Farben außerordentlich latent. Damals kamen Sie zu uns bittflehend um Ausweise,

(sehr wahr! links)

um sie gegen die Träger der roten Fahnen, von denen Sie mit Recht oder mit Unrecht Gefahren befürchteten, zu schützen. Also wenn diese Herren jetzt den Mut aufbringen, den sie damals in der entscheidenden Stunde vermissen ließen, so beweist das, daß sie glauben, Schaum vor dem Bug zu haben; so beweist das, daß sie glauben, die Republik stehe auf so morschen Füßen, daß die Jericho-Trompeten des Grafen Westarp sie bereits erschüttern könnten.

Meine Damen und Herren! Wir wissen leider, daß Sie bis zu einem gewissen Grade recht haben. Aber wir lassen Ihnen keinen Zweifel darüber, daß wir jedem Versuch, auch diesem scheinbar so harmlosen, mit aller Energie auch unsererseits entgegentreten werden. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt: die **Republik** ist nicht das letzte Ziel, das wir anstreben, die Republik ist nur das Gefäß, der Inhalt soll der Sozialismus sein. Der Inhalt, der im gegenwärtigen Gefäß ist, entspricht nicht unseren Wünschen. Aber wir verteidigen auch dieses Gefäß gegen Ihre Angriffe. Wir sind der Ansicht, daß das, was heute besteht, im Interesse des deutschen Volkes hundertmal höher einzuschätzen ist als die Zustände, die Kapitalisten, Militaristen, Oberlehrer und sonstige deutschnationale Vertreter als groß und herrlich bezeichnen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist einfach köstlich, wie hier im Hause über

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Dinge die Zeit totgeschlagen wird, die für die Allgemeinheit des Volkes, jedenfalls für die breiten Massen des werktätigen Volkes, auch nicht das geringste Interesse haben.

(Zuruf rechts: Dann reden Sie doch nicht!)

Da plagt man sich in den Ausschüssen herum, leistet Schnellarbeit über Schnellarbeit, da zerbricht sich der Ältestenausschuß den Kopf darüber, wie es möglich ist, das große gewaltige Arbeitspensum des Reichstags möglichst in dieser Woche noch zu verabschieden, und dann kommen Sie mit einer Debatte oder mit einem Gegenstand hier hereingeschneit, der doch mehr als an den Haaren herbeigezogen ist.

(Zuruf rechts: Dr. David sitzt da!)

— Nein, dort sitzen Sie, dort sitzen Sie, die das Interesse daran haben, die Zeit mit Dingen im Hause totzuschlagen, über die wirklich nicht gesprochen zu werden braucht.

Meine Damen und Herren! Ich kenne ja das Interesse, ich kenne die Herzenswünsche, die Sie hegen, und es ist zweifellos richtig, daß jetzt lediglich der Versuch gemacht werden soll, zunächst erst einmal eine Etappe zu schaffen auf dem Wege der gänzlichen **Beseitigung der schwarz-rot-goldnen Fahne.** Aber was ist denn Schwarz-Weiß-Rot, was ist Schwarz-Rot-Gold? Hat das arbeitende Volk irgendwelche Vorteile davon gehabt? Hat das arbeitende Volk Vorteile gehabt unter dem Banner, das Sie verherrlichen, unter dem Banner der schwarz-weiß-roten Reichsfahne? Oder hat das arbeitende Volk irgendwelche Vorteile sich erkämpft und errungen unter dem Banner der schwarz-rot-goldnen Fahne? Das eine wie das andere, beides sind die Zeichen der Reaktion.

Was ist denn das schwarz-weiß-rote Ideal, das Ihnen vorschwebt? Schwarz ist die Reaktion. Das wissen Sie, und alle Dunkelmänner scheuen das Licht der Öffentlichkeit, verkriechen sich vor der Öffentlichkeit und arbeiten und wühlen wie die Maulwürfe. Und das Weiß? —

(B) Ja, wollen Sie vielleicht den weißen Schrecken durch das Weiß in der schwarz-weiß-roten Fahne versinnbildlichen? Sie haben nur nicht den Mut dazu, zu sagen: jawohl, der weiße Schrecken, der gegenwärtig in Deutschland herrscht, muß symbolisch zum Ausdruck gebracht werden in dem weißen Fetzen der schwarz-weiß-roten Fahne. Und das Rot? — Es ist das Blut nicht nur der Millionenopfer, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, es ist das Blut der Proletarierleichen, die Sie und ein Teil von Ihnen (nach links) auf dem Gewissen haben. Es hat einmal eine Zeit gegeben, und sie liegt nicht allzufern hinter uns, da sprach jemand mit aller Verächtlichkeit von dem sogenannten „schmutzigen roten Lappen". Wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, wir wollen nicht von dem schmutzigen Lappen der schwarz-weiß-roten Fahne sprechen. Aber wenn jemals eine Fahne beschmutzt und besudelt worden ist, dann ist es die schwarz-weiß-rote Fahne, besudelt durch Sie und durch die Taten, die in Ihrem Auftrag unter der sogenannten siegreichen schwarz-weiß-roten Fahne verübt worden sind. Für uns liegt also nicht der geringste Grund vor, uns nach Ihrem Symbol der schwarz-weiß-roten Fahne zurückzusehnen.

Wir haben aber auch gar keinen Grund, irgendwie eine Lanze zu brechen für die schwarz-rot-goldene Fahne, der Sie ja noch nicht einmal das bescheidene Winkelchen von einem Vierundzwanzigstel in der Handelsflagge einräumen wollen. Sie stellen reichlich große Anforderungen an Ihre Freundschaft nach links, wenn Sie selbst dieses kleine Vierundzwanzigstel Republik aus der Fahne entfernt wissen wollen. Nehmen Sie doch etwas mehr Rücksicht auf die Leute, mit denen Sie Schulter an Schulter stehen, mit denen die Geschäfte der Reaktion besorgt werden.

Die Vorredner von den sozialdemokratischen Parteien haben gesagt, es käme nicht darauf an, ob die Schiffe unter der schwarz-weiß-roten oder der schwarz-rot-goldenen Flagge die Weltmeere befuhren, sondern es käme darauf (C) an, daß die Waren gut seien und daß die Bedingungen, unter denen sie hergestellt würden, einwandfrei und so seien, daß die Arbeiter mit ihnen zufrieden sein können. Allerdings sind auch wir der Meinung, daß das das ausschlaggebende Moment nicht nur im Innern Deutschlands, sondern auch bei den **Verkehrsanknüpfungen über See** sein muß. Lediglich die gute Ware, die unter guten Arbeitsverhältnissen hergestellt ist, wird die Möglichkeit des Wiederaufbaues im Innern und nach außen gewährleisten, und da ist es ganz gleichgültig ob die Ware unter der schwarz-weiß-roten oder unter der schwarz-rot-goldenen Flagge ausgeführt wird.

Wir sehen, daß heute selbst die **Demokraten** bereit sind, ihre alten demokratischen Farben aufzugeben, die Farben, die ihre Väter in der Revolution von 1848 vorangetragen und auf die Barrikaden gepflanzt haben, diese Farben, die doch Ihre Ideale versinnbildlichen sollten. Auch Sie sind bereit, der Reaktion heute dieses Opfer zu bringen, und wollen sich damit einverstanden erklären, daß die schwarz-weiß-rote Fahne wieder über das offene Meer streicht und die Schiffe mit dieser alten deutschen Fahne wieder nach den fremden Ländern ziehen. Ja, meine Damen und Herren, das beweist doch, daß die Interessenharmonie zwischen Ihnen doch größer ist als es bei manchen Dingen in die Erscheinung tritt. Es ist auch so: Kapital gesellt sich zum Kapital, und die **Kapitalisten** können nicht aus ihrer Haut heraus. Wenn es sich darum handelt, die Interessen der Kapitalisten zu schützen und zu sichern, dann sind sie sich alle einig, ob Demokraten, ob Deutschnationale oder Deutsche Volksparteiler,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und die aus dieser Einigkeit entstehende Macht mißbrauchen Sie dazu, um das Volk nach allen Regeln der Kunst auszubeuten,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten) (D)

und da ist es gleichgültig, ob Sie diese Ausbeutung, diese Unterdrückung und Entrechtung breitester Volkskreise unter schwarz-weiß-roter oder schwarz-rot-goldener Flagge betreiben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts.)

Was Herr Gildemeister zur Begründung vorgebracht hat, war nur Versteckspiel. Decken Sie doch die Karten vollends auf, Herr Gildemeister, und sagen Sie, was dahintersteckt. Sie wollen nicht nur das kleine Eckchen aus der Handelsflagge beseitigen, Sie wollen alles, was mit der **Revolution** noch irgend in Zusammenhang zu bringen ist, restlos beseitigen, und es ist allerdings herzlich wenig, was uns die Revolution gebracht hat. Wenn wir es zusammenfassen wollten in dem rechnerischen Begriff des 24tels, das in der Handelsflagge enthalten ist, so wäre damit schon reichlich viel gesagt;

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

denn $^{23}/_{24}$ sind trotz der schwarz-rot-goldenen Flagge in Deutschland noch so reaktionär, ja ich darf sagen noch reaktionärer als vorher.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das deutsche arbeitende Volk hat durch die Revolution so gut wie nichts gewonnen, und es ist bezeichnend, daß trotz des Bannerwechsels, trotz des Farbenwechsels in der Fahne die alten Methoden, die man angewandt hat, um die Arbeiterschaft niederzuhalten, entsprechend den Fortschritten der Technik auch fortgeschritten sind. Hat man früher unter der alten schwarz-weiß-roten Fahne, unter dem Symbol der Monarchie, Arbeiterdemonstranten nur mit der flachen Schutzmannsklinge nach Hause gejagt, so bekommt man es unter dem Zeichen der schwarz-rot-goldenen sogenannten republikanisch-demokratischen Fahne

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) fertig und schießt mit Maschinengewehren in die Arbeiter hinein.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie wollen Sie von uns verlangen, meine Herren, daß wir uns für diese Flagge einsetzen? Für uns ist es gleich, wiederhole ich, ob Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot, der Inhalt der Staatsform ist ausschlaggebend. Deshalb wirkt das, was Sie heute hier spielen, nur als Komödie.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es wird und muß lächerlich wirken, wenn man sieht, wie der Inhalt der **Staatsform** so reaktionär wie möglich ist. Und Sie wollen nun die Äußerlichkeit mit dem Inhalt in Einklang bringen. Andere aber versuchen, die Äußerlichkeit als Aushängeschild auch fürderhin zu behandeln und der Arbeiterschaft vorzureden, daß hinter dieser schwarz-rot-goldnen Fahne nun doch etwas anderes, Demokratisches, im Interesse der Arbeiterschaft Liegendes stecke. Aber, meine Damen und Herren, nichts von dem können wir im neuen Deutschland finden, es ist das alte Deutschland, das sich ein neues Gewand zugelegt hat, und unsere Aufgabe wird es sein, —

(Zuruf rechts: auszuwandern!)

— das überlassen wir Ihnen! —

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten)

— unsere Aufgabe wird es sein, dieses neue Gewand auszufüllen mit neuen Ideen, neuen Gedanken. Neu schaffen wollen wir und neu aufbauen; aber was Sie wollen, die Sie das Wort von dem Wiederaufbau bei jeder Gelegenheit benutzen, ist nichts anderes, als das Volk in den Abgrund zu führen, ist nichts anderes, als die Zustände, die wir gehabt haben, verewigen, als die Zustände noch steigern, unter denen das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft heute leidet und zusammenbrechen wird, wenn nicht endlich die

(B) befreiende Tat erfolgt, wenn nicht endlich nicht nur der Fahnenwechsel, sondern auch ein Systemwechsel platzgreift. Wir werden nicht ruhen und rasten, bevor wir nicht das neue Staatsgebilde geschaffen haben, bevor wir nicht den neuen Geist, die neue Zeit wachgerufen haben, bevor wir nicht die Reaktion mit Stumpf und Stiel beseitigt und ausgerottet und meinetwegen eingesargt haben mit diesem — verzeihen Sie den Ausdruck — mit diesem schwarz-weiß-roten Lappen, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir streben zum Sozialismus. Wir wollen die Staatsform ändern. Wir wollen, daß das deutsche Volk unter Gesetzen lebt, die die Menschenwürde und die Existenz des Einzelnen gewährleisten. Und da können wir die schwarz-weiß-rote Fahne nicht gebrauchen, die ein Ausdruck der Reaktion ist. Wir verzichten auch auf die schwarz-rot-goldene Fahne, die einstmals als Freiheitsideal der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Demokratie in den Tagen ihrer besseren Vergangenheit voranleuchtete. Wir können weder diese noch jene Fahne gebrauchen, sondern wir wollen aufpflanzen das leuchtende Rot der Freiheitssonne, das rote Banner für alle, die mit uns eines Sinnes und eines Geistes sind, die an der Niederhaltung und **Niederringung der Reaktion** ein Interesse haben. Allen Kämpfern wollen wir dieses rote Banner vorantragen. Dann wird das, was heute im Reichstag hier zur Tat geworden ist, nur als eine lächerliche Episode betrachtet und bewertet werden.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dann ists aus mit diesen Wünschen und Hoffnungen. Dann brauchen Sie nicht mehr darauf zu sinnen, wie Sie das Vierundzwanzigstel Republik beiseite bringen. Nein, dann ist es so weit, daß die Reaktion sich wieder dorthin verkriecht, wo sie in den Tagen des November 1918 gewesen ist, als die Reaktion und ihre tapferen Mannen, (C) die auch hier teilweise im Plenum sitzen, mit roten Bändern in den Knopflöchern spazieren gingen, um ja nicht als Bourgeois oder als Aristokrat angesehen zu werden. Dann kommt bei Ihnen immer die Sympathie mit dem Proletariat. Wenn die Proletarier Ihnen die Faust aufs Auge und das Knie auf die Brust setzen, werden Sie Gelegenheit haben, über die Sünden und das große Sündenregister nachzudenken, das Sie am deutschen Volke gutzumachen haben. Dann wird ausgegolten und abgeglichen werden das, was hinter uns liegt durch Ihre Schuld und durch die Schuld Ihrer Leute, die sich unter dem schwarz-weiß-roten Banner gesammelt haben.

(Beifall auf der äußersten Linken.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dauch.

Dauch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß die Diskussion auf das innerparteipolitische Gebiet hinübergeglitten ist.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Ich bedaure es, weil ich den herzlichsten Wunsch habe, daß man, wenn man von hier aus spricht, sich zusammen- und nicht auseinanderredet. Es liegt mir ganz fern, irgendjemandes Gefühle zu verletzen. Deshalb werde ich auch nicht darauf eingehen, was der Herr Kollege Dr. David gesagt hat. Denn wenn ich ihm auf demselben Wege folgen wollte, nämlich auch das als lächerlich zu bezeichnen, was andere als ihre Überzeugung und als heilige Gefühle ansehen, dann würden wir uns allerdings nie verstehen. Aber, meine Damen und Herren, wir beurteilen diese Frage leider fast nur vom innerpolitischen Standpunkt aus, und es ist doch schließlich eine Frage, die man auch, ich möchte sagen, von draußen ansehen muß. (D)

(Zuruf links: Das tun wir!)

— Herr Kollege Müller, ich werde gleich darauf zurückkommen und Ihnen darauf antworten. Das Ausland versteht es nicht, weshalb wir die **Flagge geändert** haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Weder Engländer, noch Amerikaner, noch Franzosen würden sich herbeilassen, ihre Flagge als solche zu ändern.

(Zuruf links: Die haben sie auch geändert!)

— Schwarz-Weiß-Rot ist tatsächlich etwas anderes als das Schwarz-Rot-Gold. Das Schwarz-Rot-Gold ist doch nur ein Ausdruck innerpolitischer Überzeugung. Aber ich darf Sie daran erinnern: Die schwarz-weiß-rote Flagge, von der man hier gesagt hat, sie verkörpere die Monarchie und die Reaktion, entstand zuerst für ein Wirtschaftsgebilde, nämlich für den Norddeutschen Bund. Dieses Wirtschaftsgebilde ist es gewesen, welches uns draußen im Welthandel angesehen und groß gemacht hat. Darum handelt es sich jetzt.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich bin vielleicht der einzige Auslandsdeutsche hier im Reichstage — meine Eltern sind schon Auslandsdeutsche gewesen —, und deshalb darf vielleicht gerade ich über die Mentalität der Auslandsdeutschen sprechen, zumal ich bis zum Kriegsausbruch im Auslande als Auslandsdeutscher gelebt habe. Die **Auslandsdeutschen** verstehen es einfach nicht, wie man sich hier der schwarz-weiß-roten Flagge schämen konnte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von der äußersten Linken.)

Man hat es getan, sogar heute! Aber gerade die Auslandsdeutschen und alle Neutralen haben das deutsche Volk in seiner Größe bewundert, und zwar in allen seinen Klassen, nicht etwa nur unsere Heere draußen, sondern auch unser Volk in der Heimat, das eine geradezu un-

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) erhörte Gewaltleistung in allen seinen Schichten während des Krieges vollbracht hat.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Gerade von meinen Freunden im Auslande habe ich nach dem Krieg Briefe bekommen, in denen sie sämtlich anerkennen: es ist geradezu bewunderungswürdig, was ihr geleistet habt!

Die schwarz-weiß-rote Flagge war für uns Auslandsdeutsche das Symbol des großen fernen Vaterlandes, eines Vaterlandes, in dem wir nicht etwa ein Gebilde aus Konservativen oder Sozialdemokraten gesehen haben, sondern das uns eine große Einheit war, auf die wir tatsächlich stolz sein konnten wegen seiner wirtschaftlichen Großzügigkeit, seines wirtschaftlichen Emporkommens, seiner Genauigkeit, seiner Gründlichkeit und Zuverlässigkeit, wegen seines Ansehens in der Welt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das haben wir unter dem Schwarz-Weiß-Rot draußen verstanden; es war das große allgemeine Vaterland, auf das wir stolz waren.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Da Sie wollen, daß ich von der rein technischen Seite der Frage spreche, so möchte ich Ihnen sagen, daß die Flaggenfrage auch handelstechnisch — das sollten auch Sie, Herr Kollege Dr. Breitscheid, der Sie als Syndikus des Handelsvertragsvereins lange Zeit in der Wirtschaft gestanden haben, doch wissen — eine Rolle spielt, und somit auch wirtschaftspolitisch, wie Sie mir innerlich ganz sicher zugeben werden, von großer Bedeutung ist.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Absolut nicht!)

— Dann muß ich Ihnen entgegenhalten, die Auslandsdeutschen sind die einzigen, die uns heute wieder in die Weltwirtschaft einschalten können. Ohne unsere Auslandsdeutschen werden wir nicht eingeschaltet, und ohne diese Einschaltung verhungern wir. Namentlich jetzt nach

(B) Annahme des Ultimatums hängt alles davon ab, daß wir unsere Industrieprodukte draußen absetzen können, und daher sind wir auf den guten Willen der Auslandsdeutschen, welche dafür die gegebenen Vermittler sind, angewiesen. Durch diesen Flaggenwechsel wird aber ein Keil zwischen das Auslandsdeutschtum und die alte Heimat hineingetrieben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus allen Teilen der Welt habe ich Briefe, und ich möchte Ihnen zum Beispiel nur aus der deutschen Kolonie in Honduras, wo mir zahlreiche Leute bekannt sind, darunter auch Sozialisten, erzählen, daß dort alle bis auf zwei, die sich der Abstimmung enthielten, gebeten haben: Tut in Deutschland, was Ihr könnt, um wieder die schwarz-weiß-rote Flagge einzuführen.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Es gibt Imponderabilien, auch Imponderabilien für die Auslandsdeutschen, und ich möchte Sie bitten, unterschätzen Sie diese Imponderabilien nicht, denn andernfalls laufen wir die größte Gefahr, uns noch mehr zu vereinsamen, als es heute schon der Fall ist.

Aber nun ein anderes, was auf wirtschaftlichem Gebiete liegt, und da wird mir wohl kein einziger im Hause widersprechen können, auch Sie nicht, Herr Abgeordneter Hoffmann (Berlin). Wirtschaftlich waren diese 43 Jahre die größte Zeit, die Deutschland überhaupt je gesehen hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

— Hier handelt es sich gar nicht um die politische Seite; dieser großen Zeit ist hier aber weder von Herrn Dr. David noch von Herrn Dr. Breitscheid Erwähnung geschehen.

(Andauernde erregte Zwischenrufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Entschuldigen Sie, ich muß wiederholen, was ich vorhin (C) gesagt habe: Wir Auslandsdeutsche haben drüben die Deutschen in erster Linie als unsere Landsleute angesehen und nicht, wie Sie es immer tun, einen solchen Unterschied gemacht zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, sondern wir haben sowohl den deutschen Ingenieur, den deutschen Geist bewundert als auch den deutschen Arbeiter. Die Differenzierung ist nur von Ihnen hineingetragen worden; das war bloß parteipolitisch.

Es ist gefragt worden: wie wird die Wirkung nach außen sein? Herr Dr. David, vorläufig besteht diese neue Flagge noch gar nicht, vorläufig ist schwarz-weiß-rot draußen noch die Handelsflagge. Jetzt erst soll der Unterschied zwischen dem Früher gemacht, jetzt die neue Flagge gehißt werden. Da möchte ich wohl sagen, das ist es ja gerade, was augenblicklich die Auslandsdeutschen und auch die Schiffahrtsinteressenten erregt.

Und zum Schluß noch eins!

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Solche Idioten sind es ja nicht!)

— Wie können Sie hier solche Ausdrücke gebrauchen? Sind Sie je zur See gefahren? Sprechen Sie etwa auf Grund Ihrer Auslandserfahrungen? Ich glaube, Sie waren nie draußen. Aber fast alle Auslandsdeutschen und Seeleute werden mir, wenn sie mich hören, zustimmen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Sie haben draußen gelebt, aber nichts gelernt!)

— Ich kann mich nicht nach Ihnen orientieren, aber ich glaube, von Ihnen werden ebenfalls die Auslandsdeutschen nichts lernen können.

Ich möchte also noch sagen: wenn irgend jemand im Hause einen Wunsch haben sollte, so ist es der: möge das neue Deutschland, von dem so viel geredet worden ist, wirtschaftlich auf derselben Höhe sein, wie das von Ihnen so sehr heruntergezogene Deutschland von 1914, (D)

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

jenes Deutschland, welches besonders auch handelspolitisch gut eingeführt, geachtet und erfolgreich war unter seiner schwarz-weiß-roten Flagge, für die wir uns wärmstens einsetzen.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heile.

Heile, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hatte mich bereits von der Rednerliste streichen lassen, weil ich geglaubt hatte, daß bei den Darlegungen, die wir von rechts und links gehört hatten, beide Gründe, die man hier überhaupt anführen kann, völlig ausreichend zur Sprache gebracht waren, und weil ich nicht der Überzeugung bin, daß es notwendig ist, daß wir hier die Arbeit, die unser Haus zu leisten hat, noch weiter durch Reden in die Länge ziehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nachdem aber Herr Dr. Breitscheid unsere Partei, meine politische Fraktion, in außerordentlich scharfer Weise angegriffen hat, ist es nicht anders möglich, als daß ich nun doch noch einige Worte zu dem sage, was hier verhandelt wird.

(Zuruf links: Warum lassen Sie nicht Schücking reden?)

— Es mag sein, daß das Ihnen angenehmer ist. Wir bestimmen unsere Redner nach unseren eigenen Wünschen und Bedürfnissen, nicht nach den Wünschen anderer Fraktionen. — Ich bin bisher der Meinung gewesen, daß die Frage, über die wir heute streiten und die vor zwei Jahren schon einmal umstritten wurde, eine Frage der rein sachlichen Zweckmäßigkeit sein sollte. Leider Gottes

(Heile, Abgeordneter.)

(A) ist ein großer politischer Streit daraus geworden, der an sich in dieser Frage grundsätzlich nicht liegt.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ach wo!)

Es ist von Herrn Dr. David behauptet und nachher von Herrn Dr. Breitscheid in schärferer Form dargelegt worden, wir **Demokraten** hätten in der **Nationalversammlung** mit Zentrum und Sozialdemokratie eine Vereinbarung abgeschlossen, aus der die schwarz-rot-goldene Farbe damals als Kompromiß entstanden wäre.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Das habe ich gar nicht gesagt!)

— Ich habe Sie so verstanden. — Das ist ein sachlicher Irrtum, der nicht bloß von links immer begangen wird, sondern den auch die Herren von rechts draußen im Volke geflissentlich immer verbreiten. Es ist nicht richtig, daß wir Deutschen Demokraten damals in Weimar uns auf irgendeine Vereinbarung eingelassen hätten, sondern der größte Teil unserer Fraktion, fast die gesamte Fraktion, auch ich und auch der eben erwähnte Kollege Dr. Schücking, haben damals für **Schwarz-Weiß-Rot** gestimmt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben in Weimar für Schwarz-Weiß-Rot gestimmt, weil wir glaubten, daß die Zeit der Not unseres Vaterlandes, der Augenblick der Niederlage, nicht die Veranlassung dazu geben sollte, daß wir die Farben wechselten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Aber das war in keiner Form irgendein Bekenntnis dazu, daß wir etwa auch nur in dem dunkelsten Winkel unseres Herzens irgendwelche Sympathien hätten für das, was von den Parteien der Rechten, von der Reaktion, politisch jetzt mit dem schwarz-weiß-roten Symbol vertreten wird.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Haben Sie solche dunkle Winkel im Herzen?)

(B) Wir waren damals in Weimar trotz unserer Abstimmung für Schwarz-Weiß-Rot in der großen Mehrzahl davon durchdrungen und sind es auch jetzt — wir haben es allerdings jetzt gar nicht festgestellt, weil diese Frage ja gar nicht zur Tagesordnung steht —, daß die Farben Schwarz-Rot-Gold nicht Farben sind, die verächtlich gemacht werden dürfen, wie es die Herren von der Rechten immer tun, sondern daß die **Farben Schwarz-Rot-Gold** das heilige **Symbol der deutschen Einheitsbewegung** im Verlaufe des letzten Jahrhunderts gewesen sind, in denen das deutsche Volk um seine Einheit kämpfen mußte.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: In welchem Winkel des Herzens?)

— Gehen Sie doch mit Ihren Späßen in einen Zirkus, in den Sie gehören.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Dieses Bekenntnis zur deutschen Einheit, das die Demokratie auch vertreten hat, als es noch Opfer kostete, es zu vertreten,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

als es noch nicht so einfach und geradezu selbstverständlich war, wie es nach der Reichsgründung von 1871 gewesen ist, dieses Bekenntnis zur deutschen Einheit lassen wir uns nicht verschandeln durch die Angriffe, die gegen das schwarz-rot-goldene Symbol der deutschen Republik jetzt in Volksversammlungen immer und immer wieder von rechts erhoben werden,

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

sondern wir glauben, daß es notwendig ist, dieses Symbol der deutschen Einheit auch dem deutschen Volke in allen seinen Schichten volkstümlich zu machen und damit dem deutschen Volke fest ins Bewußtsein zu hämmern, daß es selber es ist, das sich unter Opfern und Mühen seine deutsche Einheit erst errungen hat, daß ihm die deutsche Einheit nicht von oben her geschenkt worden ist, sondern daß das Volk selbst im Kampfe gegen Fürsten und (C) Fürstendiener sich seine Einheit im Laufe eines Jahrhunderts schwer erkämpfen mußte.

Wenn wir gleichwohl damals in Weimar für Schwarz-Weiß-Rot gestimmt haben, so haben wir das getan mit derselben nationalen Begründung, mit der unsere Vorfahren **1870/71** sich mit der **Einführung der schwarz-weiß-roten Flagge** zufrieden gegeben haben. Das war damals kein kleines Opfer von den **demokratischen Nationalen**, daß sie, die solange um die deutsche Einheit gekämpft hatten, auf dieses Symbol verzichteten. Sie verzichteten auf dieses Symbol um der Einheit selber willen, weil es sonst nicht möglich gewesen wäre, auch die damaligen Träger der Macht im Staate mit der deutschen Einheit so zu versöhnen, wie es dann — nicht zuletzt infolge dieses Verzichtes — geschehen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wünschten nur, daß diejenigen, die jetzt so oft den nationalen Namen für sich in Anspruch nehmen, als ob sie besonders die Nationalen seien, das gleiche Maß von nationalem Sinn, das gleiche nationale Taktgefühl heute bestätigt hätten, indem sie, nachdem die schwarz-rot-goldene nationale Fahne einmal durch die Verfassung eingesetzt worden ist, sich auf den Boden dieser Tatsache stellten und die Bedenken, die sie im Herzen gehabt haben mögen, mit dem gleichen staatsbürgerlichen Pflichtgefühl und genau so national zurückstellten, wie die alten demokratischen Einheitskämpfer bei der Reichsgründung von 1871 es getan haben.

Wenn wir uns für den Antrag erklären, der hier gestellt worden ist, so tun wir das, weil wir als Demokraten gewohnt sind, zu berücksichtigen, was der Volkswille beansprucht. Es handelt sich hier nicht darum, die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Republik herunterzuholen

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es handelt sich sehr wohl darum!) (D)

— nein, darum handelt es sich nicht —, sondern es handelt sich lediglich um ein Ersuchen, das an die Regierung gerichtet wird ausschließlich wegen der **Handelsflagge** und keineswegs wegen der Reichsfarben. Die sind und bleiben — unberührt von dem Schicksal dieses Antrags — Schwarz-Rot-Gold. In dem aber, was uns heute beschäftigt bei der Handelsflagge, der Seeflagge, handelt es sich um die Meinungen, die Überzeugungen, die fast die gesamte, beinahe restlos die gesamte Schiffahrt treibende und mit der Schiffahrt verwachsene Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat. Auf solche Stimmungen und Meinungen Rücksicht zu nehmen und nachzuprüfen, was daran ist,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das kann Ihnen teuer zu stehen kommen!)

— nein, das kann uns nicht teuer zu stehen kommen! das lassen Sie nur unsere Sorge sein! — ist nicht bloß unser gutes Recht, sondern das ist eine demokratische Pflicht.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das nennt man Demokratie!)

— Jawohl, das nennt man **Demokratie**, den Willen des Volkes zu berücksichtigen.

(Große Unruhe und Zurufe links. — Gegenrufe von den Deutschen Demokraten.)

— Daß Sie (zur äußersten Linken) keine Ahnung von dem haben, was Demokratie ist, ist bekannt. Sie wollen nichts anders, als anderen Leuten mit Gewalt Ihren Willen aufzwingen, wenn Sie die Macht dazu hätten. Bei uns aber ist die Demokratie nie etwas anderes gewesen und wird nie etwas anderes sein, als das heilige Bekenntnis zu dem Willen, ein einiges Volk zu sein, als das heilige Bekenntnis dazu, daß im deutschen Vaterlande freies und gleiches Recht für alle besteht, kein

(Heile, Abgeordneter.)

(A) Vorrecht und keine Vorherrschaft und keine Diktatur, weder von Ihnen, noch von sonst irgend jemand.

(Zurufe links.)

Wir lassen uns in dieser Frage wie in jeder anderen nur von der Stimme unseres Gewissens leiten, und unser Gewissen spricht dafür, wenn die gesamten Schiffahrtskreise bekunden, daß die im Antrage behandelte Verordnung für die deutsche Schiffahrt und ihren Wiederaufbau eine ernste Gefahr wäre, diese Einwendungen ernst anzuhören und die Sache ernstlich zu prüfen.

Wir halten aber mit unserem Bekenntnis zur Reichsverfassung fest an dem **Bekenntnis zu den Reichsfarben.** Das hat mit dieser Angelegenheit gar nichts zu tun. Genau so, wie vor zwei Jahren in Weimar eine Flagge für die deutsche Republik und eine Schiffahrtsflagge gewählt worden ist, so kann man auch heute noch durchaus diese beiden Dinge nebeneinander bestehen lassen. Das eine ist eine Frage der kaufmännischen Technik, das andere eine Frage der politischen Überzeugung. Diese beiden Dinge durcheinanderzumischen, ist die Sache politischer Demagogen, und solche gibt es leider auf beiden Seiten, rechts so wie links, bei den Anhängern von Schwarz-Rot-Gold genau so wie bei denen von Schwarz-Weiß-Rot.

(Große Unruhe und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

(Andauernde erregte Zurufe links.)

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Heile, an die Rednertribüne zu treten.

Heile, Abgeordneter: Es ist Sache reiner politischer Demagogie, wenn man gegen den Willen der Antragsteller in diesen **Antrag politische Tendenzen** hineinlegt, die bei uns nicht damit verbunden sind. Es ist politische Demagogie, wenn Sie (nach links) diese Flaggenfrage (B) dazu zu benutzen suchen, um in Ihren Reihen politischen Stimmenfang zu treiben, und wenn Sie (nach rechts) sie dazu benutzen, politische Geschäfte zu machen. Das machen **wir nicht** mit.

Was uns geleitet hat, diesem Beschluß unsere Zustimmung zu geben, war der Wille, die rein sachlichen Interessen der deutschen Nation entscheiden zu lassen, und nichts anderes.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich muß mich in wenigen Worten doch gegen den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Heile wenden, als ob unser Widerspruch gegen den Antrag seiner und der anderen bürgerlichen Fraktionen aus demagogischen Rücksichten entstanden sei. Wir lassen uns hier am allerwenigsten von **demagogischen Beweggründen** leiten. Demagogie ist es aber, meine Herren, wenn man einen Antrag als rein technisch bezeichnet, in Wirklichkeit aber politische Ziele damit verfolgt.

(Sehr wahr! links.)

Wie wenig der Herr Abgeordnete Heile berechtigt war, einen solchen Vorwurf gegen uns zu richten, ergibt sich aus zwei Tatsachen; einmal daraus, daß verschiedene Herren aus dem Lager der antragstellenden Parteien mit aller wünschenswerten Deutlichkeit den Charakter ihrer Absichten betont haben.

(Sehr wahr! links.)

Zum andern muß dann wohl auch der Herr Abgeordnete Heile diejenigen seiner eigenen Fraktionsgenossen Demagogen nennen, die mit uns gemeinsam der Ansicht sind, daß wir diesem ersten **Vorstoß gegen die Symbole der Republik** entgegentreten müssen. Das mag der Herr Abgeordnete Heile mit seinem Kollegen Dr. Schücking und (C) anderen ausmachen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß aber sagen: es ist ein außerordentlich gefährlicher Weg, auf den er sich begibt, wenn er gegen diejenigen, die glauben, dem ersten Vorstoß gegen die Republik auch in einer rein formellen Frage entgegentreten zu müssen, den Vorwurf demagogischer Absichten erhebt. Gerade ein Demokrat, also der Anhänger einer Partei, die doch für sich in Anspruch nimmt, daß sie mit beiden Füßen auf dem Boden dieser Republik steht,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

gerade ein solcher Demokrat durfte sich zu derartigen Anwürfen schlechterdings nicht hinreißen lassen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun aber glaube ich, daß das, was ich in meiner ersten Rede über die **Demokratische Fraktion** gesagt habe, durch die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Heile in hohem Maße bestätigt worden ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat sich geradezu begeistert für die alten Träger der schwarz-rot-goldenen Fahne eingesetzt, und er hat erklärt, daß er im Grunde für diese Leute Bewunderung hätte und daß die Demokraten dieses Symbol auch ihrerseits achteten und ehrten. Aber, meine Damen und Herren (zu den Deutschen Demokraten), Sie stimmen bei dem Versuch, das bißchen Schwarz-Rot-Gold aus der Flagge herauszubringen, für diejenigen, die Gegner des Schwarz-Rot-Gold sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist die alte demokratische Politik.

(Erneute Zustimmung links.)

Wollen das Gute, habe ich wohl — steht schon in der Bibel —, aber vollbringen das Gute, finde ich nicht! Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (D)

(Heiterkeit links.)

Im Prinzip sind Sie Demokraten, in der Sache sind Sie keine, sondern rücken nach rechts, — dorthin, wo Sie den Schutz des gesamten Bürgertums finden.

(Zurufe links.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Heile des längeren und breiteren auseinanderzusetzen versucht, daß die **Demokraten in der Nationalversammlung** ja auch nicht für die **schwarz-rot-goldenen Farben** eingetreten seien. Er hat also diejenigen verleugnet, die sich damals für das Schwarz-Rot-Gold in den Reichsfarben eingesetzt haben. Es war in erster Linie der Staatsminister des Innern Preuß, ein Mitglied der demokratischen Fraktion, der mit Eifer für die Einführuug der schwarz-rot-goldenen Fahne eingetreten ist. Des weiteren möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Verfassungssatz, der heute von Herrn Heile und den Herren von der Rechten bekämpft wird und der nach ihrem Antrage beseitigt werden soll, in die Verfassung hineingelangt ist als Erfüllung eines Antrages des Abgeordneten Haußmann,

(hört! hört! links)

der ebenfalls der Demokratischen Fraktion angehört.

(Erneute Hört!-Hört!-Rufe links.)

Die Demokratische Fraktion vom Jahre 1919 — oder sagen wir: einige führende Mitglieder der Demokratischen Fraktion, denn, meine Herren, auch Ihre kleine Gruppe ist ja in wesentlichen Fragen verschiedener Meinung und kann das demokratische Prinzip stets verschieden auslegen —

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

hielt es für zweckmäßig, einen solchen Satz in die Verfassung zu bringen. Die Demokratische Fraktion von 1921 hält es für zweckmäßig, den Ansturm der Reaktion gegen diesen Verfassungsparagraphen

(brrr! rechts)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) zu unterstützen. Ich glaube, das genügt allein zur Rechtfertigung meiner Behauptung, daß Ihre erste demokratische Frühlingsbegeisterung von 1919 sehr bald wieder den sogenannten realpolitischen Erwägungen Platz gemacht hat, an denen der Liberalismus der Vergangenheit in Deutschland zugrunde gegangen und machtlos geworden ist und die sich in Ihrer Zukunft noch bitter rächen werden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch (Weser).

Koch (Weser), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es liegt mir nur daran, mit Nachdruck nochmals der Behauptung entgegenzutreten, als wenn die heutige **Haltung unserer Fraktion** abweiche von unserer Haltung in der **Nationalversammlung.**

(Lachen links.)

Bereits in der Nationalversammlnng hat — und das muß der Abgeordnete Breitscheid wissen — der weitaus größte Teil unserer Fraktion sich für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne eingesetzt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nur ein geringer Bruchteil von sieben Mitgliedern der Fraktion hat sich für Schwarz-Rot-Gold erklärt. Kompromisse, wie das hier von dem Herrn Abgeordneten Dr. David behauptet worden ist, mit der Sozialdemokratie über die **Frage der Reichsfahne** haben überhaupt niemals stattgefunden.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Gegenteil: diese Frage ist in der Nationalversammlung zur Entscheidung gekommen, als die Demokratische Partei aus der Regierung ausgeschieden war, und es lag für sie keine Veranlassung vor, zu versuchen, über diese Frage

(B) zu einem Kompromiß zu kommen.

Aber wenn bei dieser Gelegenheit die grundsätzliche Frage nochmals erörtert werden soll, so muß ich allerdings sagen, daß ich von denen weit abrücke, die etwa in der **schwarz-rot-goldnen Fahne** und in dem Bekenntnis zur schwarz-rot-goldnen Fahne irgend etwas von antinationaler Gesinnung oder auch nur irgendetwas von nationaler Gleichgültigkeit sehen wollen.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Die Zeit von 1848 hat diese Fahne geheiligt.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Deshalb verläßt man sie!)

Unter der schwarz-rot-goldenen Fahne ist für die Einheit des deutschen Volkes gekämpft und für die Freiheit der Nation gekämpft worden.

(Unruhe links und Zurufe des Abgeordneten Hoffmann [Berlin]: Deshalb verläßt man sie!)

Aber auf der anderen Seite ist genau so wertvoll wie die Tradition, die sich an die schwarz-rot-goldene Fahne knüpft, auch die Tradition, die sich an die Erfüllung der **Reichseinheit** im Jahre 1870 und im Jahre 1871 unter der **schwarz-weiß-roten Fahne** knüpft.

(Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ja, meine Damen und Herren, das ist so. Wir sind nicht in dem Hasse befangen, wie es die Linke ist und wie es die Rechte ist; wir erkennen an, was im Jahre 1848 gut gewesen ist, und wir erkennen an, was im Jahre 1870 gut gewesen ist.

(Erneute Unruhe und Zuruf des Abgeordneten Hoffmann [Berlin]: Also nehmen wir beide Fahnen!)

Wenn wir deswegen sowohl für die eine wie für die andere Fahne unsere Liebe bewahren,

(anbauernde Zwischenrufe auf der äußersten Linken)

so ist das ein Beweis dafür, daß wir sowohl den Freiheitsgedanken des Jahres 1848 wie den Einheitsgedanken des Jahres 1871 als geschichtlich bedeutsame Ereignisse in unserer Partei verewigen und bewerten wollen. (C

(Zurufe auf der äußersten Linken: Und die Verfassung?)

Wir sind die Partei — wir glauben das mit Stolz sagen zu dürfen —, die ihre geschichtliche und zukünftige Aufgabe darin sieht, die Idee, die im Jahre 1848 verfochten worden ist, mit der Idee, wie sie in den Jahren 1870 und 1871 verfochten worden ist, zu verschmelzen, damit wir in Zukunft in Freiheit und Einheit eine festzusammengeschlossene Nation werden.

(Erneute Zurufe auf der äußersten Linken.)

Das ist der Grund gewesen, weswegen einer Partei wie der unserigen die Entscheidung schwer werden mußte, es ist aber auch der Grund gewesen, weswegen wir uns in letzter Linie für die schwarz-weiß-rote Fahne entschieden haben: weil wir der Meinung waren, daß die einmal übernommene Fahne, an die sich so viel Traditionen knüpfen, unter der der Aufstieg unseres Volks erfolgt und unter der so unendlich viel Opfermut bewiesen ist, nicht in der Stunde der Not aufgegeben werden konnte, ohne daß sich das Volk selbst aufgibt.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Fraktion Drehscheibe!)

— Herr Hoffmann, es gibt Köpfe, in die nur ein einziger Gedanke hineingeht, und die es nicht verstehen können, wenn man eine Sache von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet. Es will mir überhaupt leider manchmal als ein Nationalfehler erscheinen, daß wir immer nur die Streitpunkte und nicht die Berührungspunkte sehen.

(Andauernde Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch um etwas Ruhe! (D

(Abgeordneter Ledebour [zum Redner]: Sie werden ja von beiden Seiten ausgelacht! — Andauernde Unruhe auf der äußersten Linken.)

Koch (Weser), Abgeordneter: Herr Abgeordneter Ledebour, es ist schon manchmal so gegangen, daß blinder Fanatismus denjenigen, der Vernunft und Versöhnung predigt, nicht versteht und versucht, ihn auszulachen. Das kann uns nicht in dem Weg beirren, auch hier zu versuchen, die **versöhnliche Haltung** einzunehmen, die allein dazu führen kann, daß wir in Deutschland wieder emporkommen.

(Erneute lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist der Grund gewesen, weshalb sich meine Fraktion in der Nationalversammlung in ihrer übergroßen Mehrheit entschlossen hat, für die schwarz-weiß-rote Fahne zu stimmen.

Heute handelt es sich, wie das vielfach bereits ausgeführt worden ist, um die Frage, ob die **Einführung der Fahne mit der schwarz-rot-goldenen Ecke auf dem Meere** mit Rücksicht auf die ungeheuren Bedenken, die sich nach Ansicht aller Sachverständigen auf diesem Gebiet entgegenstellen, durchgeführt werden kann. Heute ist diese Frage zu entscheiden. Die Entscheidung, wobei alle anderen Rücksichten vor der Notwendigkeit zurückzustehen haben, alles zu vermeiden, was dem Wiederaufbau unserer Flotte schädlich werden kann, — diese Entscheidung wird meiner Fraktion in keiner Weise schwer. Wir werden uns deshalb hier für den Antrag einsetzen, den wir hier unterschrieben haben, und wir wissen, daß wir damit unserem Vaterlande und dem Wiederaufbau unserer Schiffahrt dienen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

(A) **Präsident:** Das Schlußwort hat der Herr Antragsteller Abgeordnete Dr. Gildemeister.

Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter, Antragsteller: Meine Damen und Herren! Ich glaube, ein großer Teil der heutigen politischen Auseinandersetzungen würde sich erübrigt haben, wenn man durchweg seine Blicke lediglich auf die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April und nicht darüber hinaus in das Buch der deutschen Geschichte gerichtet hätte.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir haben es hier mit einer Ordnung des Flaggenrechts für Deutschland über See zu tun. Für das innere Deutschland gilt nach dieser selben Flaggenverordnung nach wie vor der Satz der Nr. 1 der Verordnung:

> Die Nationalflagge besteht aus drei gleich breiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte rot, unten goldgelb.

Unser Antrag bezweckt lediglich die **Abänderung** des Punktes Nr. 2 der Verordnung, wo von **der Handelsflagge** die Rede ist. Wir sind der Ansicht, daß die Zusammenstellung von Farben — ich möchte die Bestimmung auch noch vorlesen — durchaus nicht zweckentsprechend ist. Es heißt da:

> Die Handelsflagge besteht aus drei gleich breiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte weiß, unten rot; in dem schwarzen Querstreifen an der Stange ein Obereck mit den Reichsfarben wie in der Nationalflagge, an der äußeren Kante von dem schwarzen Querstreifen durch einen zwei Zentimeter breiten, senkrechten, weißen Streifen abgeteilt. Länge des Oberecks einschließlich dieses weißen Streifens gleich der Höhe des schwarzen Querstreifens. Verhältnis der Höhe zur Gesamtlänge des Oberecks wie 2 zu 3. Verhältnis
(B) > der Höhe zur Länge des ganzen Flaggentuchs gleichfalls wie 2 zu 3.

Wir stehen nicht unter dem Eindruck, daß dies eine sehr klar und eindeutig gebildete Handelsflagge ist.

Was nun die Frage betrifft, woher diese **schwarz-weiß-rote Handelsflagge** stammt, so beruht sie auf der Verordnung über die Bundesflagge vom 25. Oktober 1867! Die schwarz-weiß-rote Flagge ist deshalb älter als die Reichsverfassung von 1871, die dann diese Handelsflagge auch für die damalige Reichsgründung übernahm.

Ferner geht daraus das Folgende hervor. Durch diese Verordnung, die vom Reichspräsidenten am 11. April 1921 erlassen worden ist, sollen mit Wirkung vom 1. Juli außer Kraft gesetzt werden im ganzen sieben Verordnungen über die Führung der Flaggen, darunter auch diese alte Verordnung vom 25. Oktober 1867. Der Reichspräsident hat mit der Verabschiedung dieser Verordnung den allein richtigen Standpunkt selber anerkannt, daß das Flaggenrecht und die Flaggenpflicht auf der deutschen Handelsflotte lediglich von dieser Verordnung abhängt, also nicht von der Veränderung der Reichsverfassung. Für uns ist das geltende Seerecht für die Handelsflagge in diesen Verordnungen niedergeschrieben, und deshalb handelt es sich heute nur darum, ob man diese Handelsflagge so aufrechterhalten will, wie sie durch diese Verordnungen festgelegt ist. Das ist der rechtliche Standpunkt, und deshalb kann von einer Verfassungsänderung in dieser Frage durchaus nicht die Rede sein.

Was endlich die weiteren Bedenken betrifft, die auch der Herr Präsident geäußert hat, so mache ich darauf aufmerksam, daß unser Antrag lediglich dahin geht: Der Reichstag möge beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die nötigen Schritte bei der Reichsregierung zu tun. Ein Ersuchen des Reichstags kann niemals eine Verfassungsänderung sein. Es ist, glaube ich, doch wohl außer Zweifel, daß hierzu die einfache Mehrheit genügen muß. (C)

(Bravo! rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Heile.

Heile, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mein alter Freund Dr. Breitscheid hat eben behauptet, ich hätte unsere Parteifreunde, namentlich Herrn Preuß, verleugnet, als ich die Erklärung abgab oder daran erinnerte, daß wir in Weimar in der großen Mehrheit für die Farben Schwarz-Weiß-Rot gestimmt haben. Es ist mir gar nicht eingefallen, die politische Meinung sowohl wie die Abstimmung derjenigen anzutasten, die damals für Schwarz-Rot-Gold gewesen sind. Im Gegenteil ist aus meinen Ausführungen von vorhin für jeden, der hören wollte, deutlich hervorgegangen, daß auch ich nur mit schwerem Herzen für Schwarz-Weiß-Rot gestimmt habe,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

und zwar aus den Gründen, die ich hier vorhin dargelegt habe. Wenn gleichwohl behauptet wird, daß ich damit die **Andersdenkenden unserer Parteigenossen** verleugnet hätte, so ist das eben das, was ich vorhin mit dem Ausdruck „Demagogie" bezeichnet habe. Denn man will damit doch den Eindruck erwecken, als ob die Überlegung, die uns damals dazu geführt hatte, für Schwarz-Weiß-Rot zu stimmen, wie die Abstimmung, die wir heute vornehmen, den Sinn hätte, den Sie hineinlegen, den Sinn eines Bekenntnisses gegen die Republik, während Sie ganz genau wissen, daß das Gegenteil richtig ist, und von mir persönlich ganz besonders wissen, daß ich schon lange, bevor der Krieg war, Anhänger und Bekenner des republikanischen Staatsgedankens gewesen bin.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. David.

(Andauernde Unruhe. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Zur Geschäftsordnung!)

Der Herr Abgeordnete Dr. David hat das Wort!

Dr. **David,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Koch hat gemeint, meine Ausführungen, daß das Zustandekommen der jetzt in der Verfassung vorgesehenen Flagge das Ergebnis eines Kompromisses in Weimar gewesen sei, entspreche nicht den Tatsachen. Demgegenüber betone ich, daß das **Zustandekommen dieser Handelsflagge** — das hatte ich im Auge — **auf dem Wege einer Verständigung** erfolgt ist. Der Antrag des Abgeordneten Haußmann von der Demokratischen Partei ist es ja, der diesem Beschluß zugrunde liegt. Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Koch festgestellt, daß der größte Teil seiner Fraktion war für Schwarz-Weiß-Rot und nur ein kleinerer Teil für Schwarz-Rot-Gold. Nun entspricht die vorgesehene Handelsflagge ja auch vollkommen diesem Sachverhalt: der größte Teil ist Schwarz-Weiß-Rot, der kleinere Teil ist Schwarz-Rot-Gold. Also die ausgesprochene Flagge der Demokratischen Partei.

(Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Koch (Weser).

Koch (Weser), Abgeordneter: Der Abgeordnete David hat seine Behauptung dahin eingeschränkt oder jedenfalls erläutert, daß lediglich das **Zustandekommen der Handelsflagge** einem Kompromisse mit uns zu verdanken sei. Auch das ist unrichtig, Herr Kollege David. Meine Fraktion hat in ihrer übergroßen Mehrheit für die schwarz-

(**Koch** [Weser], Abgeordneter.)

(A) weiß-rote Handelsflagge gestimmt und erst, als dieser Antrag abgelehnt worden ist, sich, wie übrigens auch die Parteien der Rechten, auf das Kompromiß eingelassen, dann wenigstens die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Ecke zu retten. Ein Kompromiß ist auch nach dieser Richtung zwischen meiner Partei und der des Herrn Abgeordneten Dr. David niemals geschlossen.

Präsident: Es ist ein Antrag auf Vertagung und ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag 2304 angekündigt. Ich frage zunächst: wird der Antrag auf Vertagung aufrechterhalten?

(Wird verneint.)

Dann liegt nur der Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Er bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder des Hauses. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, sich zu erheben, welche den Antrag unterstützen wollen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; die Abstimmung wird eine namentliche sein.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Antrag, über den jetzt abgestimmt werden soll, ist ein Antrag auf Verfassungsänderung.

(Lebhafte Rufe rechts: Nein, ein Ersuchen an die Reichsregierung!)

— Jawohl, er ersucht die Reichsregierung, eine Verordnung bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, die zur Ausführung der Verfassung erlassen ist. Nach unserer Auffassung bedurfte es überhaupt nicht einer solchen Verordnung; die war ganz überflüssig. Aber sie hat doch nur den Sinn, daß noch ausdrücklich durch diese Verordnung gewissermaßen automatisch die Verfassung zur Durchführung
(B) gebracht werden soll. Der Präsident hätte doch gar nicht das Recht gehabt, durch eine solche Verordnung die Nichtausführung der Verfassung zu erklären. Deshalb kann denn auch gar nicht ein solcher Antrag auf Außerkraftsetzung der Verordnung gestellt werden, ohne daß er eine Verfassungsänderung bedingt. Da aber nach Art. 76 der Verfassung der Beschluß über einen Antrag auf Verfassungsänderung der Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses bedarf, und da, um den Antrag anzunehmen, dann wiederum von den Anwesenden zwei Drittel für den Antrag stimmen müssen, erwarte ich, daß der Herr Präsident diese Verfassungsbestimmung zur Anwendung bringen wird, indem er die Abstimmung leitet.

Präsident: Meine Damen und Herren! Da die Abstimmung namentlich erfolgt, ist es ja ganz klar, daß das Ergebnis ausweisen wird, erstens, ob zwei Drittel der Mitglieder des Hauses anwesend sind, und zweitens, ein wie großer Bruchteil davon für die Änderung gestimmt hat. Wir selber werden die Frage nicht entscheiden, aber es wird klargestellt werden, mit welchem Stimmenverhältnis der Beschluß erfolgt. Andere Instanzen werden dann zu entscheiden haben, ob in diesem Falle ein verfassungsändernder Beschluß vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag Dr. Becker (Hessen), Trimborn, Hergt, Leicht, Dr. Petersen und Genossen auf Nr. 2304 zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, — die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln. Für die Damen und Herren, welche Karten mit ihren Namen nicht zur Verfügung haben, liegen solche ohne Namen hier aus. (C)

(Fortdauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte einen Augenblick um Ruhe. Bei allen früheren namentlichen Abstimmungen sind eine Anzahl Kollegen dem Irrtum unterlegen, daß sie diese Karten ohne Namen so in die Urne stecken könnten.

(Heiterkeit.)

Sie waren immer ungültig. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Namen dazugeschrieben werden müssen.

(Die Einsammlung der Karten erfolgt. — Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Resultat der Abstimmung ist folgendes. Es sind 246 Karten abgegeben, davon 5 „enthalte mich", mit Nein 121, mit Ja 120.

(Große Heiterkeit links.)

Der Antrag ist somit mit einfacher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung:

erste Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken), **Ledebour, Frau Wackwitz und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz** (Nr. 2312 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort zur Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Ich beantrage die Überweisung dieses Antrags an den Rechtsausschuß.

Präsident: Es ist Überweisung des Antrags (D) an den Rechtsausschuß beantragt. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß das Haus diesem Antrag beitritt. — Es ist so beschlossen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 28. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht;
3. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921,

und zwar:

a) Haushalt des Reichsministeriums des Innern,
b) Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,
c) Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung.

Ein Widerspruch gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 58 Minuten.)

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 4189.

Namentliche Abstimmung

über den schleunigen Antrag der Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Trimborn, Hergt, Leicht, Dr. Petersen und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 (Nr. 2304 der Drucksachen).

Name.	Abstimmung.
Adams	Ja
Frau Agnes	fehlt
Albrecht (Hannover)	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	fehlt
Allekotte	Ja
Alpers	enthalten
Andre	fehlt
Frau Anforge	Nein
Arnstadt	Ja
Aufhäuser	Nein
Bachmann	fehlt
Bachmeier	Ja
Bahr (Frankfurt)	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	fehlt
Bartz (Hannover)	Nein
Bauer	Nein
Baumann	Ja
Frau Dr. Bäumer	fehlt
Bazille	Ja
Becker (Arnsberg)	fehlt
Dr. Becker (Hessen)	Ja
Becker (Oppeln)	fehlt
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	beurl.
Beims	Nein
Dr. Bell	Ja
Bender	Nein
Berndt	fehlt
Bernstein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	fehlt
Berthelé	Nein
Beuermann	fehlt
Dr. Beyerle	fehlt
Beythien	Ja
Bias	fehlt
Biener	Ja
Bitta	fehlt
Blum	Ja
Bock	fehlt
Böhm (München)	fehlt
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja
Bolz	fehlt
Bornefeld-Ettmann	Ja
Brandes	Nein
Braß	fehlt
Braun (Düsseldorf)	fehlt
Dr. Braun (Franken)	Nein
Edler v. Braun (Oberb.)	fehlt
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Nein
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	krank
Breunig	Nein
Brey	fehlt
Brodauf	Ja
Bruchardt	fehlt
Brühl	Nein
Bruhn	fehlt
Brüninghaus	Ja
Brunner	Nein
Buck	fehlt
Budjuhn	fehlt
Burlage	krank
Busch	fehlt
Colshorn	Nein
Dr. Cremer	fehlt
Crispien	fehlt
Cuno	fehlt
Dr. Curtius	fehlt
Damm	Ja
Dannemann	Ja
Dauch	Ja
Dauer	fehlt
Däumig	Nein
Dr. David	Nein
Dr. Deermann	Ja
Deglerk	Ja
Dr. v. Delbrück	Ja
Delius	Ja
Dr. Dernburg	fehlt
Diernreiter	fehlt
Dietrich (Baden)	Ja
Dietrich (Prenzlau)	fehlt
Diez	fehlt
Dißmann	Nein
Dittmann	Nein
Döbrich	Ja
Domsch (Dresden)	fehlt
Dorsch (Hessen)	Ja
Frau Dransfeld	fehlt
Dr. Düringer	Ja
Dusche	Ja
Düwell	Nein
Eckardt (Hannover)	Nein
Eggerstedt	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Ja
Emminger	fehlt
Erkelenz	Nein
Ernst	fehlt
Erfing	Ja
Erzberger	fehlt
D. Everling	Ja
Fehr	fehlt
Fehrenbach	Nein
Feilmayer	fehlt
Feldmann	Nein
Feuerstein	fehlt
Dr. Fick	beurl.
Findeisen	Ja
Fischer (Baden)	fehlt
Fischer (Berlin)	fehlt
Fischer (Hannover)	fehlt
Dr. Fischer (Köln)	fehlt
Dr. Fleischer	Ja
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Ja
Franz (Breslau)	Nein
Fries	Nein
Frohme	Nein
Frölich	fehlt
v. Gallwitz	Ja
Geck (Mannheim)	beurl.
Geck (Offenburg)	fehlt
Geisler	beurl.
Gerauer	Ja
Gerstenberger	fehlt
Dr. Geßler	fehlt
Geyer (Leipzig)	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	Nein
Giebel	Nein
Giesberts	Nein
Dr. Gildemeister	Ja
Girbig	fehlt
Dr. Goetz	fehlt
Dr.-Ing. Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	Nein
Graef (Thüringen)	fehlt
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja
Dr. Grotjahn	fehlt
Gruber	fehlt
v. Guérard	Ja
Gutknecht	fehlt
Haag	beurl.
Dr. Haas (Baden)	beurl.
Hamm	fehlt
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Hansmann	fehlt
Harte	Ja
Hartleib	Nein
Dr. Hartmann	beurl.
Hartwig	Ja
Frau Hauke	fehlt
Haußmann	fehlt
Havemann	Ja
Heile	Ja
Dr. Heim	fehlt
Heimann	fehlt
Dr. Heinze	beurl.
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	Nein
Hemeter	fehlt
Henke	fehlt
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja
Hepp	fehlt
Herbert (Franken)	Ja
Herbert (Hessen)	fehlt
Hergt	Ja
Herold	Ja
Dr. Herschel	fehlt
Dr. Hertz	Nein
Dr. Herzfeld	Nein
Heydemann	fehlt
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Nein
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Nein
Dr. Hoetzsch	fehlt
Hoffmann (Berlin)	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	Nein
Dr. Höfle	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	fehlt
Hofmann (Thüringen)	fehlt
Höllein	Nein
ten Hompel	Ja
Höner	Ja
Horn	Nein
Hörsing	Nein
Hue	fehlt
Dr. Hugenberg	fehlt
Dr. Hugo	fehlt
Hünlich	Nein
Hüttmann	fehlt
Imbusch	fehlt
Isenmann	fehlt
Jäckel	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	fehlt
Jäker (Düsseldorf)	fehlt
Jandrey	fehlt
Janeba	beurl.
Janschek	fehlt
Janson	Ja
Jaud	fehlt
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Nein
Dr. Kaas (Trier)	fehlt
D. Dr. Kahl	Ja
Kahmann	Nein
Kaiser	Nein
Graf v. Kanitz	fehlt
Käppler	Nein
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	fehlt
Karsten	Nein
Käselau	Ja
Keil	fehlt
Keinath	fehlt
v. Kemnitz	Ja
Kempkes	fehlt
van den Kerkhoff	Ja
Kerschbaum	Ja
Keubler-Böhm	Ja
Klöckner	Ja
Kniest	fehlt
Koch (Düsseldorf)	fehlt
Koch (Essen)	Nein
Koch (Weser)	Ja
Koenen	fehlt
König	fehlt
Kopsch	Ja
Korell	fehlt
Körner	Ja
Körsten	Nein
Dr. Köster	fehlt
Kotzke	beurl.
Krätzig	Nein
Kröger (Rostock)	Nein
Krüger (Merseburg)	fehlt
Krüger-Hoppenrade	Ja
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	Nein
Dr. Kulenkampff	Ja
Dr. Külz	fehlt
Kunert	Nein
Künstler	Nein
Kuntze	Nein
Lambach	fehlt
Lang	fehlt
Frau Lang-Brumann	fehlt
Lange-Hegermann	Ja
Langwost	enthalten
Dr. Lauscher	fehlt
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	fehlt
Leopold	fehlt
Dr. Frhr. v. Lersner	Ja
Lesche	fehlt
Leutheußer	Ja
Dr. Levi	fehlt
Liese	Ja
Lind	fehlt
Lipinski	fehlt
Löbe	Nein
Löffler	fehlt
Dr. Löwenstein	Nein
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	fehlt
Ludwig	Nein
Lukas	fehlt
Dr. Luther	Ja
Malke	Ja
Malkewitz	Ja
Malzahn	fehlt
Dr. Maretzky	fehlt
Marx	Ja
Frau Dr. Matz	Ja
Dr. Maxen	fehlt
Maxin	fehlt
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	fehlt
Mehrhof	Nein
Meier (Zwickau)	Nein
Frau Mende	fehlt
Merck	fehlt
Merkel	Nein
Dr. Mittelmann	krank
Mittwoch	Nein
Dr. Moldenhauer	fehlt
Molkenbuhr	Nein
Morath	Ja
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	Ja
Frau Mueller-Otfried	fehlt
Müller (Franken)	Nein
D. Mumm	Ja
Nacken	fehlt
Frau Nemitz	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	fehlt
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja
Neyses	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	fehlt
Oertel	fehlt
Frau v. Oheimb	fehlt
Okonsky	fehlt
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja
Peine	Nein
Pennemann	Ja
Dr. Petersen	fehlt
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Nein
Dr. Philipp	fehlt
Pieper (Westfalen)	fehlt
Pinkau	fehlt
Dr. Piper (Mecklenburg)	Ja
Plettner	Nein
Pohlmann	Ja
Ponschab	fehlt
Poppe	enthalten
Puchta	Nein
Dr. Quaatz	fehlt
Dr. Quessel	Nein
Dr. Radbruch	fehlt
v. Raumer	krank
Rauschmayr	fehlt
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Ja
Reich	fehlt
Dr. Reichert	Ja
Reißhaus	Nein

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	fehlt
Remmele	Nein
Freiherr v. Rheinbaben	Ja
Rheinländer	Nein
Dr. Richter	fehlt
Riedmiller	Nein
Rieke	Nein
Rieseberg	Ja
Dr. Rießer	krank
Rippler	Ja
Ristau	fehlt
Dr. Roesicke	krank
Rosemann	fehlt
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	fehlt
Frau Rynеck	Nein
Ryssel	Nein
Sauerbrey	fehlt
Scheidemann	fehlt
Schiele	Ja
Schiffer	fehlt
Frau Schilling	Nein
Schimmelpfennig	fehlt
Schirmer (Dresden)	Nein
Schirmer (Franken)	enthalten
Schlack	krank
Schlicke	Nein
Schmidt (Berlin)	fehlt
Schmidt (Cöpenick)	Nein
Schmidt (Sachsen)	Nein
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	Ja
Dr. Scholz	Ja
Schöpflin	Nein
Schreck	fehlt
D. Dr. Schreiber	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Nein
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Nein
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Nein
Dr. Schücking	fehlt
Schuldt (Steglitz)	Nein
Schulte (Breslau)	Ja
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Nein
Frau Schulz (Westf.)	fehlt
Schulze (Berlin)	fehlt
Schulz-Gahmen	krank
Schumann	Nein
Schwarz (Baden)	fehlt
Schwarz (Hessen)	Nein
Schwarzer (Oberbayern)	fehlt
Seemann	Nein
Seger	fehlt
Seibert	Ja
Seidel	fehlt
Dr. Semmler	Ja
Frau Sender	fehlt
Seppel	Nein
Severing	Nein
Sidow	fehlt
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt
Sievers	enthalten
Silberschmidt	Nein
Simon (Franken)	Nein
Simon (Schwaben)	Nein
Sivkovich	beurl.
Soldmann (Franken)	fehlt
Sollmann (Köln)	fehlt
Dr.-Ing. Sorge	fehlt
Dr. Spahn	Nein
Spetzler	Ja
Staab	Nein
Stampfer	Nein
Stegerwald	Ja
Steinkopf	Nein
Stelling	fehlt
Stinnes	fehlt
Stoecker	krank
Stolten	fehlt
D. Strathmann	fehlt
Streiter	Ja
Dr. Stresemann	krank
Stücklen	Nein
Szczeponik	fehlt
Taubadel	Nein
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Nein
Teuber	Nein
Frau Teusch (Köln)	fehlt
Thiel	Ja
Thomas	fehlt
Thomsen	Ja
Thöne	fehlt
Tremmel	Nein
Trieschmann	fehlt
Trimborn	Ja
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	fehlt
Veltin	fehlt
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	Nein
Dr.-Ing. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Nein
Waigand	Nein
Warmuth	Ja
Weilnböck	fehlt
Weiß	fehlt
Wels	fehlt
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	Ja
Wieber	Ja
Dr.-Ing. Wieland	Ja
Dr. Wienbeck	beurl.
Winnefeld	fehlt
Dr. Wirth	Nein
Wissell	beurl.
Frau Wulff	fehlt
Wulle	fehlt
Dr. Wunderlich	Ja
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	Ja
Zawadzki	fehlt
Zeschke	fehlt
Frau Zetkin	beurl.
Ziegler (Westfalen)	fehlt
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	fehlt
Zörgiebel	fehlt
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	**119**
mit **Nein**	**120**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**5**
Zusammen	**244**

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

126. Sitzung.

Dienstag den 28. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4192A

Anfragen:

860, Schwarz (Baden), Frau Ziegler (Württemberg) (Nr 2187 der Anlagen):

Schwarz (Baden) (U.S.) 4192C

Dr. Reuß, Ministerialdirektor . . 4192D

874, Seppel (Nr. 2221 der Anlagen):

Seppel (S.) 4193B

Dr. Kiesow, Geheimer Regierungsrat 4193C

(B)

875, Dr. Wienbeck ꝛc. (Nr. 2222 der Anlagen):

D. Mumm (D.Nat.) 4194A

Dr. Schmidt, Ministerialrat . . 4194B

879, Dr. Levi ꝛc. (Nr. 2230 der Anlagen):

Hoffmann (Berlin) (V.K.) . . . 4194D

Dr. Kiesow, Geheimer Regierungsrat 4194D

882, Korell ꝛc. (Nr. 2239 der Anlagen):

Korell (D.D.) 4195A

Lessing, Ministerialrat 4195B

884, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2242 der Anlagen):

Hensel, (Ostpreußen) (D.Nat.) . . 4195C

Foerster, Ministerialrat 4195C

885, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2243 der Anlagen):

Hensel (Ostpreußen) (D.Nat.) . . 4195C

Dr. Thümen, Ober-Regierungsrat 4195D

886, Schultz (Bromberg) ꝛc. (Nr. 2244 der Anlagen):

Schultz (Bromberg) (D.Nat.) . . 4196B, 4197A

Behrendt, Ministerialdirektor . . 4196C, 4197A

Seite (C)

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die **Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht** (Nr. 2103, 2318 [berichtigt] der Anlagen):

Dr. Pfeiffer (Z.) 4197A

Zweite Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan** für 1921 (Nr. 2151, 2328 der Anlagen):

Reichsministerium des Innern:

D. Dr. Schreiber (Z.) Berichterstatter 4197B

Dr. Rosenfeld (U.S.) 4197D, 4209C, 4213B

Dr. Gradnauer, Reichsminister des Innern 4202B

Müller (Franken) (S.) 4204C

Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . 4205C

Schiffer, Reichsjustizminister . . . 4207C, 4212B, 4214C

Mittwoch (U.S.) 4208B

Kunert (U.S.) 4214D, 4215A

Hoffmann (Berlin) (V.K.) . . . 4215B

Freifahrtkarten der Reichsratsmitglieder:

Erfing (Z.) 4215D

Dr. v. Delbrück (D.Nat.) 4216A

(D)

Reichsgesetzblatt:

D. Dr. Schreiber (Z.) Berichterstatter 4216C

Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke:

D. Dr. Schreiber (Z.) Berichterstatter 4217A

Schulz, Staatssekretär 4217C

Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste:

Dr. Moses (U.S.) 4217D

Hellwig, Major a. D. 4218C

Reichsfilmstelle:

D. Dr. Schreiber (Z.) 4218C

Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung:

Körner (D.Nat.) 4219B

Weiterberatung vertagt 4219D

Nächste Sitzung:

Kunert (U.S.) . . . . . 4220A, D

Löbe (S.) 4220C

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A) **Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen):

1. Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. Juni 1921 auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend Aufhebung des Ausnahmezustandes für die Provinz Sachsen mit Ausnahme einiger Kreise im Bezirk Merseburg;
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung der im § 68 Abs. 1, im § 74a Abs. 2 Satz 1 und im § 75b Satz 2 des Handelsgesetzbuchs sowie im § 133a, b Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen;
3. Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung);
4. Entwurf eines Gesetzes über Anmeldung des zur Durchführung des Art. 202 des Friedensvertrags beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Schiele, Dr. v. Delbrück, Dr. Pfeiffer
die Abgeordneten v. Gallwitz, Vogel (Berlin), Neyses;
in den 2. Ausschuß für die Abgeordneten Domsch (Dresden), Hartwig
die Abgeordneten Dorsch (Hessen), Budjuhn;
in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Graef (Thüringen)
(B) der Abgeordnete Bazille;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten van den Kerkhoff, Krüger-Hoppenrade
die Abgeordneten Dr. Reichert, Hammer;
in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten van den Kerkhoff
der Abgeordnete v. Gallwitz;
in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Dernburg
der Abgeordnete Koch (Weser);
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Helfferich, Neyses
die Abgeordneten Thomsen, Herold;
in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Hensel (Ostpreußen), Schmidt (Stettin)
die Abgeordneten Schröter (Liegnitz), Henning;
in den 27. Ausschuß für die Abgeordneten Rippler, Dr. Cremer, Lange-Wegermann
die Abgeordneten v. Schoch, Dr. Most, Koch (Essen);
in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Beuermann, Frau Mueller-Otfried
die Abgeordneten D. Everling, Malke.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten
Dr.-Ing. Sorge für 2 Tage,
Hamm und Malkewitz für 3 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand derselben bilden

Anfragen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 860, Schwarz (Baden). Frau Ziegler (Württemberg),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Schwarz (Baden).

Schwarz (Baden), Abgeordneter: (C)

Am 31. Mai trat das gesamte Maschinen- und **Kesselpersonal der Schleppämter der westdeutschen Kanäle** in den **Ausstand.** Der alte Lohn- und Arbeitsvertrag war abgelaufen. Verhandlungen, die am 11. Mai in Duisburg, am 26. Mai in Berlin stattfanden, waren erfolglos, weil die selbstverständlichen Forderungen des Kesselpersonals abgelehnt wurden. Das Personal verlangte u. a.:

Die täglich durch **Auf- und Abstochen der Feuer** entstehende Mehrarbeit von zwei Stunden solle in die Arbeitszeit der anderen Berufsgruppen gelegt werden. Sei diese Forderung nicht durchführbar, so müsse die dafür verwendete Zeit als Überstundenarbeit vergütet werden. Die Arbeitszeit beträgt mit dem Auf- und Abstochen des Feuers bis zu 12 Stunden täglich.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diese selbstverständlichen Forderungen des in den Schleppämtern beschäftigten Personals zur Anerkennung zu bringen?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um zu verhindern, daß in staatlichen Betrieben um gesetzlich gewährleistete Rechte gestreikt werden muß?

Ist die Reichsregierung bereit, mit allem Nachdruck die in Betracht kommenden Amtsstellen darauf hinzuweisen, daß solche volkswirtschaftlichen Schädigungen (durch Stillegung des Kanalverkehrs) in Zukunft verhindert werden, wenn solche Schädigungen deshalb eintreten, weil die Einhaltung gesetzlich geregelter Arbeitsbedingungen verlangt wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Dr. Reuß. (D)

Dr. **Reuß,** Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der bisherige Tarifvertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals der staatlichen Schleppämter Duisburg-Ruhrort und Hannover ist für das Fahrpersonal auf Wochenlöhnen unter Gewährleistung einer ununterbrochenen Nachtruhe von mindestens 12 Stunden aufgebaut. Die gleiche Regelung ist in den **Tarifverträgen für die Rheinschiffahrt** und für die **Gruppe „Westdeutsche Kanäle"** des Arbeitgeberverbandes für Binnenschiffahrt getroffen. Mit dem Betrieb auf diesen Binnenwasserstraßen steht die staatliche Schleppschiffahrt auf dem Rhein-Weser-Kanal im engsten Zusammenhang. Hiernach ist in der westdeutschen Binnenschiffahrt eine Dienstbereitschaft des Fahrpersonals von täglich 12 Stunden vorhanden. Eine Verkürzung dieser Dienstbereitschaft ist nicht möglich, da während der Fahrt schon an und für sich Betriebspausen und Wartezeiten eintreten, die Binnenschiffahrt von den Witterungs- und Wasserverhältnissen abhängig und nach der Art ihres Betriebes darauf angewiesen ist, daß die Schiffe eine möglichst große Strecke täglich zurücklegen.

In den **Tarifverhandlungen,** die im Mai dieses Jahres begonnen haben, wurde von den Vertretern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer die Forderung auf Bezahlung der außerhalb der Fahrzeit zu verrichtenden **Auf- und Abstocharbeiten** neben dem Wochenlohn erhoben. Da diese Forderung nicht bewilligt wurde, traten die Maschinisten und Heizer der Schleppämter in den Streik, brachen ihn aber nach achttägiger Dauer wieder ab, da weitere Verhandlungen über die strittige Frage nach Abschluß eines beim Reichsarbeitsministerium anhängigen Schlichtungsverfahrens, das die Rheinschiffahrt betraf, in Aussicht gestellt wurden.

(Dr. **Reuß**, Ministerialdirektor.)

(A) Während bei der Gruppe „Westdeutsche Kanäle" und bei der Rheinschiffahrt die **zwölfstündige Dienstbereitschaft** im allgemeinen voll zur Fahrt ausgenützt wird, so daß die außerhalb der Fahrzeit zu erledigenden Arbeiten, wie das Auf- und Abstochen der Feuer durch die Heizer und das „Mehren" durch das Deckpersonal in die zwölfstündige Nachtruhe fallen, wobei eine besondere Vergütung nur dann gezahlt wird, wenn die Mehrarbeit eine halbe Stunde übersteigt, wird bei den staatlichen Schleppämtern auf dem Rhein-Weser-Kanal durchschnittlich nicht ganz zehn Stunden täglich gefahren, so daß dem Personal die zwölfstündige Nachtruhe in vollem Ausmaße gewährleistet ist. Obwohl also im Betriebe der staatlichen Schleppämter die Fahrt- und Arbeitszeit um etwa zwei Stunden täglich kürzer ist als bei der Rheinschiffahrt und bei der Gruppe „Westdeutsche Kanäle", sind doch die Löhne bei den staatlichen Schleppämtern bisher nicht nur dieselben gewesen wie auf dem Rhein und den „Westdeutschen Kanälen", es ist sogar gleich bei Beginn der letzten Tarifverhandlungen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 10 Mark ab 1. April dieses Jahres in Aussicht gestellt worden, so daß bei den staatlichen Schleppämtern der Wochenlohn um 10 Mark höher sein wird als in der Rheinschiffahrt und auf den „Westdeutschen Kanälen".

Bei der **Bemessung der Lohnhöhe** ist man im Einvernehmen mit den beteiligten Arbeitnehmervereinigungen schon bei den früheren Lohntarifverhandlungen davon ausgegangen, daß die Mehrarbeit der Maschinisten und Heizer gegenüber dem Deckpersonal, sowohl der Schwere als auch der Zeit nach, bereits dadurch abgegolten sei, daß dem Heizer ein höherer Lohn zugebilligt worden ist als dem Bootsmann und dem Maschinisten derselbe Grundlohn wie dem Schiffsführer. Weiterhin hat bereits bei den früheren Lohntarifverhandlungen Einverständnis darüber geherrscht, daß diejenigen Arbeiten, die außerhalb der (B) Fahrzeit regelmäßig zu verrichten sind, durch den Wochenlohn mitvergütet sein sollten. Ein anderes Lohnsystem ist in der Binnenschiffahrt weder zweckmäßig noch im Interesse der Arbeitnehmer gelegen, da die Arbeitnehmer sich bei Bezahlung ihrer Arbeit nach Stundenlöhnen schlechter stehen würden als nach dem im Tarif vereinbarten System der gewährleisteten zwölfstündigen Nachtruhe.

In den letzten Verhandlungen hat das Reichsverkehrsministerium den beteiligten Arbeitnehmervereinigungen vorgeschlagen, die bisherigen Verhandlungsergebnisse bis zum 1. Oktober dieses Jahres gelten zu lassen, und sich bereit erklärt, bei Gelegenheit der dann stattfindenden neuen Verhandlungen auch die grundsätzliche Frage der Stellung des Maschinisten- und Heizerpersonals gegenüber dem Deckpersonal und die damit zusammenhängende Frage der anderweitigen Vergütung der Auf- und Abstocharbeiten nochmals zu erörtern. Es steht zu erwarten, daß die beteiligten Arbeitnehmervereinigungen sich hiermit einverstanden erklären werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 874, Seppel (Nr. 2221 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Seppel.

Seppel, Abgeordneter:

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" ist des öfteren, zuletzt am 1. Mai durch den Staatsanwalt beschlagnahmt worden.

Am 2. Mai teilte im Einverständnis des Staatsanwalts der Kriminalkommissar Lyß dem Druckereibesitzer mit, daß bei einer neuerlichen **Beschlagnahme der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"** nicht nur der Druckereibesitzer, sondern auch das **technische Personal** unter Bezugnahme auf § 49 des R.Str.G. zur Verantwortung wegen **Beihilfe zum Hochverrat** herangezogen und (C) eventuell verhaftet werden könnte.

Daraufhin weigerte sich der Druckereibesitzer, die Zeitung zu drucken und kündigte zum 14. Mai 8 Setzern, einem Korrektor (schwer kriegsbeschädigt), einem Drucker und einem Mädchen.

Billigt die Reichsregierung diese Androhung strafrechtlichen Einschreitens durch den Staatsanwalt, die einem Eingriff in die Preßfreiheit gleichkommt?

Ist die Reichsregierung ferner bereit, den entstandenen Schaden wieder gutzumachen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Kiesow.

Dr. **Kiesow**, Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Der in der Anfrage mitgeteilte Tatbestand ist dem Reichsjustizministerium durch eine Eingabe des Breslauer Buchdruckergehilfenvereins bekannt geworden. Nach Einholung einer Äußerung des Anklagevertreters bei dem außerordentlichen Gericht in Breslau ist dem Verein folgendes mitgeteilt worden:

Die **Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen**, die durch den **Inhalt einer Druckschrift** begangen werden, richtet sich nach den allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften (zu vergleichen § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874). Durch die Bestimmung, daß bei periodischen Druckschriften der verantwortliche Redakteur als vermutlicher Täter zu bestrafen ist (zu vergleichen § 20 Abs. 2 des Gesetzes), wird die strafrechtliche Haftung der bei der Herstellung der Druckschrift beteiligten Personen nicht ausgeschlossen, sofern die Haftung dieser Personen nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gegeben ist. (D)

Als allgemeiner strafrechtlicher Grundsatz, der eine solche Haftung begründen kann, kommt die Vorschrift über die Bestrafung des Gehilfen in Betracht. Gehilfe ist nach § 49 des Strafgesetzbuchs, wer dem Täter zur Begehung des Verbrechens oder Vergehens durch Rat oder Tat vorsätzlich Hilfe geleistet hat. Daß in dem Setzen oder Drucken eines Presseerzeugnisses, das den Tatbestand einer strafbaren Handlung, zum Beispiel einer Aufforderung zum Hochverrat, enthält, objektiv eine Hilfeleistung zu der durch das Presseerzeugnis begangenen Straftat liegt, wird für die Regel angenommen werden müssen. Ob der Setzer oder der Drucker wegen dieser Hilfeleistung zu bestrafen ist, hängt davon ab, ob er vorsätzlich gehandelt hat. Dabei kommt es darauf an, ob der Setzer oder der Drucker den Inhalt des gesetzten oder gedruckten Artikels gekannt hat. Der Umstand, daß der Setzer oder der Drucker auf Grund des Arbeitsvertrags verpflichtet ist, jede aufgetragene Druckarbeit zu verrichten, schließt seine strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht aus.

Die vorstehend geschilderte Rechtslage entspricht der Auslegung, die das Gesetz über die Presse in dem Schrifttum und der Rechtsprechung (zu vergleichen die Entscheidungen des Reichsgerichts vom 7. Januar 1908, Entscheidungen in Strafsachen Bd. 41 S. 49 ff. und vom 29. April 1904, Juristische Wochenschrift Bd. 33 S. 479) gefunden hat. Ich vermag daher die Auffassung des Vertreters der Anklagebehörde bei dem außerordentlichen Gericht in Breslau nicht zu beanstanden.

An der Rechtsauffassung, die in diesem Schreiben dargelegt ist, muß die Reichsregierung festhalten. Nach

(Dr. **Kiesow**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) der Erklärung des Staatsanwalts, die zum Beispiel auch in der Nr. 110 der „Volkswacht für Schlesien" vom Freitag, den 13. Mai dieses Jahres, unter der Überschrift „Staatsanwalt und Buchdrucker" abgedruckt ist, sollte der Hinweis auf die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht die Drohung mit einer Strafverfolgung, sondern lediglich eine Warnung davor enthalten, eine strafbare Handlung zu begehen und ihre Folgen herbeizuführen. Gegen eine solche Warnung läßt sich rechtlich nichts einwenden. Wenn der Druckereibesitzer auf die Warnung, nichts Strafbares zu drucken, dazu geschritten ist, Druckereipersonal zu entlassen, so vermag die Reichsregierung in diesem eigenwilligen Vorgehen des Druckereibesitzers keinen Anlaß zu erblicken, ihrerseits den dem Druckereipersonal entstandenen Schaden zu ersetzen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 875, Dr. Wienbeck und Genossen (Nr. 2222 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter:

Art. 119 der Reichsverfassung sagt:

> Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. **Kinderreiche Familien** haben **Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.**

Diese „ausgleichende Fürsorge" ist zwar durch Steuererleichterung und Kinderbeihilfen in Besoldungsordnungen und Tarifen begonnen, aber wie zahlreiche Kundgebungen der Bevölkerung beweisen, noch lange nicht ausreichend ausgebaut worden. Namentlich in den breiten Massen der kinderreichen Familien des Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und gewerblichen Mittelstandes
(B) mangelt es jetzt schon an ausreichender Ernährung, Bekleidung, Gesundheitspflege und Unterbringung für Kinder und Mütter. In Berlin allein sind weit über 100 000 Familien auf einen **einzigen Wohnraum** in luft- und lichtlosen Stadtvierteln angewiesen.

Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um der unmittelbar drohenden Gefahr der Verelendung kinderreicher Familien in großem Maßstabe entgegenzutreten?

Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, in der Nähe der großen Städte Wohnsiedelungen für vermögenslose kinderreiche Familien aller Stände mit ausreichendem Land für Selbstversorgung zu schaffen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialrat Dr. Schmidt.

Dr. **Schmidt**, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Wenn in der Anfrage ausgeführt ist, daß **hunderttausend Familien** in Berlin allein auf einen **einzelnen Wohnraum** angewiesen sind, so entbehrt diese Behauptung nach den bisherigen Ermittlungen tatsächlicher Unterlagen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Eine genaue Statistik aus der letzten Zeit liegt nicht vor. Bei der Wohnungszählung im Mai 1918 wurden in Berlin 47 698 Wohnungen ermittelt, die nur aus einem Raum bestanden. Davon wurden jedoch 36 823 nur von einer Person bewohnt; als Familienwohnungen können also nur die übrigen 10 870 gelten,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Nur?)

von denen übrigens weitere 7687 nur von 2 Personen bewohnt waren.

Infolge der Rückkehr der Kriegsteilnehmer und der (C) Zuwanderung von Rückwanderern und Flüchtlingen hat allerdings die Bevölkerung gegen 1918 zugenommen, und wohnt infolgedessen enger zusammen. Aber trotzdem erscheint es ausgeschlossen, daß heute weit über hunderttausend Familien in Berlin auf einen einzelnen Wohnraum angewiesen sein sollen.

Diese mangelhafte Unterbringung zahlreicher Familien ist aber keineswegs nur eine Folge des Krieges. Sie geht bekanntlich bis in die Zeit vor dem Kriege zurück, als die deutsche Volkswirtschaft sich noch in sehr günstiger Lage befand. Die Reichsregierung bedauert es, daß bei der jetzigen, durch den Krieg hervorgerufenen Zerrüttung des Wirtschaftslebens und der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden diese Verhältnisse, die auf Unterlassungssünden früherer Zeiten zurückgehen, bisher nicht in dem wünschenswerten Maße gebessert werden konnten. Sie ist selbst bestrebt gewesen, eine Auflockerung der Städte herbeizuführen, und in bezug auf **Wohnsiedlungen** den in der Anfrage erwähnten Grundgedanken Rechnung zu tragen. So ist in den Vorschriften über die Verwendung der zu Baukostenbeihilfen bereitgestellten Mittel sowohl die besondere Berücksichtigung kinderreicher Familien, wie die Förderung von Wohnungen in Flachbauten mit ausreichendem Gartenland ausdrücklich vorgesehen. Die Regierung hat sich ferner durch die Hergabe der Baukostenbeihilfen zur Abbürdung der Baukostenüberteuerung sowie durch den Erlaß des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues bemüht, ihrerseits im Rahmen der Zuständigkeit des Reichs zur Abhilfe der auch von ihr beklagten Mißstände beizutragen.

Die Reichsregierung ist jedoch nicht in der Lage, in der Nähe der großen Städte selbst Wohnsiedlungen zu schaffen, da die Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im einzelnen nach der Reichsverfassung Sache der (D) Länder ist.

Im übrigen ist in Aussicht genommen, die durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 geschaffene wesentliche Entlastung der **kinderreichen Familien** mit geringen Einkommen auch bei dem neuen Lohnsteuergesetz beizubehalten. Soweit die Regierung auf die Gestaltung von Tarifen Einfluß hat, begünstigt sie die Einführung möglichst hoher Kinderbeihilfen, wie auch die neue Beamtenbesoldungsordnung in erster Reihe die Kinderbeihilfen erhöht hat.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 879, Dr. Levi und Genossen (Nr. 2230 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter:

Nach dem Beschluß des Reichstags vom 4. Juni 1921 hat die **Nachprüfung der von den Sondergerichten gefällten Urteile** im Hinblick auf eine mögliche Begnadigung zu erfolgen.

Nach welchen Grundsätzen erfolgt die Nachprüfung?

Ist die Reichsregierung bereit, die Nachprüfung diese Urteile unter Zuziehung von Vertrauensleuten der Arbeiterorganisationen erfolgen zu lassen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Dr. Kiesow.

Dr. **Kiesow**, Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Entschließung des Reichstags vom 4. Juni dieses Jahres über die Nachprüfung der Urteile der außerordentlichen Gerichte hat der Reichsjustizverwaltung

(Dr. **Kiesow**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Veranlassung gegeben, mit den Justizverwaltungen der Länder in Verbindung zu treten, in deren Gebiet außerordentliche Gerichte errichtet worden sind. Die Justizverwaltungen sind gebeten worden, ihre, mit der vorbereitenden **Bearbeitung der Gnadensachen** allgemein betrauten Dienststellen anzuweisen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

sämtliche Urteile der in ihrem Bezirk gelegenen außerordentlichen Gerichte einzufordern und einer Prüfung nach der Richtung zu unterziehen, ob Anlaß zur Befürwortung eines Gnadenerweises gegeben ist. Dabei ist hervorgehoben worden, daß in erster Linie die bloßen **Mitläufer** zu berücksichtigen sind, daß aber darüber hinaus auch über alle Fälle berichtet werden möge, in denen die aus den Urteilen ersichtlichen oder durch anzustellende Ermittelungen festgestellten Umstände eine gnadenweise Änderung der richterlichen Entscheidung angezeigt erscheinen ließen.

Im übrigen verbleibt es dabei, daß alle Gnadengesuche im Reichsjustizministerium geprüft werden. Darüber hinaus unterzieht das Reichsjustizministerium alle Urteile der außerordentlichen Gerichte, deren Inhalt ihm auf andere Weise bekannt wird, einer Prüfung daraufhin, ob eine gnadenweise Änderung der getroffenen Entscheidung befürwortet werden kann.

Eine **Zuziehung von Vertrauensleuten der Arbeiterorganisationen** ist nicht in Aussicht genommen.

(Lebhafte Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 882, Korell und Genossen (Nr. 2239 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Korell.

Korell, Abgeordneter:

(B) Der **Deutsche Schillerbund** beabsichtigt, die deutsche Jugend, insbesondere des besetzten Gebietes, nach **Weimar** einzuladen, um diese Stätte höchsten deutschen Kultur- und Geisteslebens kennen zu lernen. Es handelt sich um die Pflege des Deutschtums beim heranwachsenden Geschlecht.

Besonders im besetzten Gebiet wird dieser Plan begrüßt. Wir fragen an, ob das Reichsverkehrsministerium durch Gewährung besonders billiger Fahrpreise an die Schulen diese vaterländische Bildungsgelegenheit zu fördern in der Lage ist.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Lessing.

Lessing, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Nach dem Tarif werden Schüler öffentlicher Schulen oder staatlich genehmigter und beaufsichtigter Privatschulen, auch der Fortbildungsschulen, Seminare, Präparandenanstalten, und die begleitenden Lehrer und Schulinspektoren zu gemeinschaftlichen, unter Aufsicht der Lehrer unternommenen Ausflügen in der 3. und 4. Klasse der Eil- und Personenzüge zum halben Fahrpreise befördert. Gemeinschaftliche Fahrten zum Besuche von Theatervorstellungen gelten nicht als gemeinschaftliche Schulausflüge im Sinne dieser Bestimmung. Für Schnellzüge wird die Fahrpreisermäßigung nicht gewährt.

Von dieser **Fahrpreisermäßigung** kann die **nach Weimar eingeladene Schuljugend** Gebrauch machen, wenn die tarifmäßigen Voraussetzungen erfüllt werden, wenn also die Schüler in Gruppen unter Leitung von Lehrern nach Weimar fahren.

Eine weitere Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises oder sonstige Erleichterungen für diese Schulfahrten bedaure ich wegen der zu erwartenden Berufungen nicht in (C) Aussicht stellen zu können.

(Abgeordneter Korell: Schade!)

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 884, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2242 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Hensel (Ostpreußen).

Hensel (Ostpreußen), Abgeordneter:

Wann ist die Vorlegung eines **Personenschädengesetzes** an den Reichstag zu erwarten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Foerster.

Foerster, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Wie bereits in der Presse mitgeteilt ist, liegt der Entwurf eines Personenschädengesetzes zurzeit dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor, so daß mit der baldigen Einbringung an den Reichstag gerechnet werden darf.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 885, Maxin, Hensel (Ostpreußen) (Nr. 2243 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Hensel (Ostpreußen).

Hensel (Ostpreußen), Abgeordneter:

Nachdem die Reichsregierung auf unsere Anfrage vom 9. Mai 1921 (Anfrage Nr. 788) am Anfange dieses Monats erklärt hat, daß sie noch keine Auskunft geben könne, fragen wir nunmehr erneut an, ob die **Finanzämter in Ostpreußen** bei der **Veranlagung zur Einkommensteuer und zum Reichsnotopfer** nach Richtlinien der Reichsregierung oder nach eigenem Ermessen handeln.

Was gedenkt die Reichsregiernng ferner zu (D) tun, um eine gleichmäßigere und den ostpreußischen Verhältnissen angemessene Veranlagung herbeizuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ober-Regierungsrat Dr. Thümen.

Dr. **Thümen**, Ober-Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Bei der gebotenen Beschleunigung der vorläufigen Veranlagung zum Reichsnotopfer war eine **individuelle Schätzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes** nicht in allen Fällen möglich. Obwohl die Landesfinanzämter auf tunlichste Gleichmäßigkeit in ihren Bezirken und Angleichung mit den Nachbarbezirken hinzuwirken hatten, haben sich gewisse Ungleichmäßigkeiten nicht vermeiden lassen.

In **Ostpreußen** sind vor der Durchführung der vorläufigen Veranlagung zum Reichsnotopfer **Sachverständige** gehört worden, die in 17 Kreisen des Bezirks etwa 200 Grundstücke auf ihren im Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1919 erzielten Ertrag geprüft haben. Die von diesen Sachverständigen aufgestellten Durchschnittssätze sind von den Finanzämtern nicht überschritten worden, die in Ansatz gebrachten Werte halten sich sogar im allgemeinen an der unteren Grenze der Durschnittssätze.

Die in der Anfrage angeführten Einzelfälle haben nicht nachgeprüft werden können, weil die Grundstücke und Kreise ohne nähere Bezeichnung nicht festzustellen waren. Unterschiede in der Höhe des Steueraufkommens erklären sich aus der verschiedenartigen Besitz- und Vermögensverteilung in den einzelnen Kreisen.

Die vorläufigen Veranlagungen werden durchweg von Amts wegen nachgeprüft, auch wenn Einspruch nicht eingelegt ist. Der endgültigen Veranlagung werden die Durchschnittserträge der Wirtschaftsjahre 1912/13 bis

(Dr. **Thümen**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) 1919/20 zu Grunde gelegt. Wenn ordnungsmäßige Buchführung vorliegt, kann der Durchschnittsertrag durch Errechnung ermittelt werden; anderenfalls hat Schätzung einzutreten. Bei der Schätzung ist von Normalsätzen auszugehen, die von den Veranlagungsbehörden unter Zuziehung von Sachverständigen festzusetzen sind. Vor der Ernennung der Sachverständigen sind möglichst Berufsvertretungen zu hören.

Die **Landesfinanzämter** sind angewiesen, auf tunlichste Gleichmäßigkeit in ihren Bezirken hinzuwirken und mit den Nachbargebieten engste Fühlung zu nehmen. Es darf erwartet werden, daß auf diese Weise ungerechtfertigte Ungleichmäßigkeiten im Reich vermieden werden.

Aus dem summarischen Verfahren der vorläufigen Veranlagung können den Abgabepflichtigen einstweilen Nachteile nicht erwachsen, weil nach § 4 B. N. O. G. die Einziehung des durch einen eingelegten Einspruch bestrittenen Teiles der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchsbescheides auszusetzen ist. Ferner ist in der inzwischen vom Reichstag verabschiedeten Novelle zum N. O. G. bestimmt, daß im Einspruchsverfahren gegen den einstweiligen Steuerbescheid Gebühren nicht zu erheben sind.

Hinsichtlich der bei der **Veranlagung zur Einkommensteuer** gerügten Mängel darf darauf hingewiesen werden, daß die Veranlagung der Einkommensteuer nach dem Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920 erst vor kurzer Zeit in Angriff genommen worden ist und daß daher **Ungleichmäßigkeiten** in der Veranlagung des kleineren und der des größeren Grundbesitzes noch nicht in Erscheinung getreten sein können.

Zur Vermeidung von Ungleichmäßigkeiten ist den Finanzämtern empfohlen worden, als Hilfsmittel für die Einkommensteuerveranlagung solcher Steuerpflichtiger, die ihr Einkommen nicht auf Grund geordneter Buchführung (B) angeben können, **Durchschnittssätze** zu benutzen. Dabei sind die Finanzämter aber mit Rücksicht auf den Zweck der Einkommensteuer, die das von dem Steuerpflichtigen tatsächlich erzielte Einkommen treffen will, angewiesen worden, bei Anwendung dieser Durchschnittssätze stets im einzelnen Fall zu prüfen, inwieweit sie nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Pflichtigen als zutreffend anzunehmen sind. Die Aufstellung derartiger Durchschnittssätze soll grundsätzlich durch den Steuerausschuß unter Zuziehung von Sachverständigen erfolgen, deren Auswahl möglichst nach Anhörung der in Betracht kommenden Berufsverbände stattfinden soll.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 886, Schultz (Bromberg) und Genossen (Nr. 2244 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Angeordneter:

Die **polnische Regierung** hat den **deutschen Domänenpächtern** in den abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen das Pachtverhältnis zum 1. Juli d. J. gekündigt und vertreibt sie auf Grund der vertragswidrigen Kündigung vor Ablauf der Pachtzeit aus ihren Domänen.

(Hört! Hört! rechts.)

Gleichzeitig nimmt sie das den Pächtern gehörige **Inventar** für die polnischen Nachfolger zu einem Preise in Beschlag, der noch nicht dem achten Teil seines wahren Wertes entspricht.

Diese Handlungsweise der polnischen Regierung bedeutet eine schwere Verletzung des Friedensvertrags von Versailles, sowie des Minderheitsschutzvertrags. Sie ist ein schreiender Rechtsbruch gegenüber rechtsgültigen Verträgen und ein Raub an Privateigentum.

Was hat die Reichsregierung getan, um diese (C) unerhörte Vergewaltigung der Deutschen in den früher preußischen Landesteilen zu verhindern? Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, falls die polnische Regierung trotz aller Warnung zu diesem flagranten Rechtsbruch schreitet? Wird sie nicht insbesondere unverzüglich gegenüber den in Deutschland lebenden Polen die erforderlichen Vergeltungsmaßregeln treffen, und zwar von derselben einschneidenden Wirkung, wie sie von der polnischen Regierung gegen unsere Landsleute in Posen-Westpreußen getroffen werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Behrendt.

Behrendt, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die **polnische Regierung** hat Mitte Mai allen **Pächtern ehemals preußischer Domänen** in den Landesteilen, die an Polen abgetreten sind, eine Aufforderung zugehen lassen, die Domänen zum 1. Juli zu räumen.

Auf diese Weise sollen gegen 170 Domänenpächter in dem ehemals preußischen Gebiet von ihren Gütern vertrieben werden, obwohl deren Pachtverträge zum Teil noch zehn Jahre und länger laufen.

Das **Inventar,** das den Pächtern selbst eigentümlich gehört, darf von ihnen nicht veräußert werden. Es unterliegt einer Taxe, doch soll höchstens ein fünfundzwanzigfacher Friedenswert des Inventars in polnischer Währung, also nur ein verschwindender Bruchteil des tatsächlichen Gegenwartswertes, gezahlt werden.

Die **deutsche Regierung** hat gegen diese Maßnahmen sofort in Warschau und Posen **Einspruch** erhoben. Sie hat auch die Botschafterkonferenz zum Einschreiten gegen die erneute polnische Willkür aufgefordert, da die Frage, inwieweit die polnische Regierung in die Domänenpacht- (D) verträge einzutreten habe, zu einem Komplex von Fragen gehört, die unter Mitwirkung eines Vertreters der Botschafterkonferenz zwischen Deutschland und Polen verhandelt werden sollen. Durch die erwähnten Maßnahmen greift die polnische Regierung dem Ergebnis dieser Verhandlungen in einem wichtigen Punkte vor. Deutscherseits können diese Verhandlungen daher erst dann fortgesetzt werden, wenn die Maßnahmen gegen die Domänenpächter zurückgenommen oder zum mindesten ihre Durchführung aufgeschoben ist.

Auch der polnischen Regierung ist dies eröffnet worden.

Nach den letzten Mitteilungen des Geschäftsträgers in Warschau scheinen die Schritte der deutschen Regierung bei den Warschauer Stellen nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Das Außenministerium hat gebeten, daß deutscherseits die Aufnahme der Verhandlungen zugesichert werde, falls die Maßregeln gegen die Domänenpächter nicht durchgeführt werden würden. Die Rechtskommission des Sejm hat am 24. Juni beschlossen, zwar die Gesetzmäßigkeit der Austreibung der Domänenpächter nicht zu prüfen, aber von der Regierung Aufklärung zu fordern, ob die Maßnahmen nicht gemildert werden könnten.

Demgegenüber scheint die **Posener Teilregierung** nach wie vor fest entschlossen zu sein, die Domänenpächter am 1. Juli mit Gewalt auszutreiben. Die Abschätzung des Inventars habe bereits in vielen Fällen zu sehr ungünstigen Bedingungen stattgefunden.

Gegen diese dem Friedensvertrag schroff widersprechende Haltung der Posener Teilregierung ist bei der Botschafterkonferenz sofort erneut Einspruch erhoben.

Die Anwendung von Repressalien gegen in Deutschland lebende polnische Grundbesitzer ist durch die Verfassung ausgeschlossen. Hierzu wären besondere gesetzliche Bestimmungen erforderlich.

(A) **Präsident:** Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter:

Gedenkt die deutsche Regierung auch in Zukunft alle Gewaltakte der Polen hinzunehmen, ohne jemals Gleiches mit Gleichem zu vergelten?

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat Herr Ministerialdirektor Behrendt.

Behrendt, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die deutsche Regierung wird, soweit es in ihrer Macht liegt, Repressalien ergreifen. Wie ich eben schon ausgeführt habe, ist das nach der Verfassung zurzeit nicht möglich.

Präsident: Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht (Nr. 2103 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 10. Ausschusses (Nr. 2318 [berichtigt] der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Kulenkampff.

Antrag Nr. 2108.

Der Antrag 2108 der Drucksachen ist in den Beschlüssen des Ausschusses bereits berücksichtigt und daher erledigt.

Ich eröffne die Beratung über Art. I. Das Wort hat der Herr Abgeordgete Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter: Meine Herren, ich be-
(B) antrage in Art. I Ziff. 3 statt des Wortes „Juli" zu setzen das Wort „Januar", so daß die Geltungsdauer des Gesetzes abschließt mit dem 1. Januar 1922.

Präsident: Das Wort wird sonst nicht gewünscht. Ich nehme an, wenn ich Widerspruch nicht höre, daß das Haus dem Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pfeiffer beitritt und mit dieser Änderung den Art. I des Gesetzes genehmigt. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Art. II — angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann sofort auch die

dritte Lesung

des Gesetzes erledigt werden. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in derselben. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf den Art. I. — Er ist angenommen. Art. II — ist angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetze seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Nachtragsetat zum Reichsministerium des Innern ist außerordentlich umfänglich ge- (C)
halten; er enthält eine Menge völlig neuer Posten, es hat gleichzeitig eine Reihe von Etatisierungen stattgefunden.

An Einzelheiten möchte ich mitteilen, daß eine lebhaftere Aussprache statthatte über das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und über den Ausnahmezustand. Die Kritik setzte von der einen Seite ein, von der anderen Seite wurden der Etatsposten und die mit ihm verbundenen Notwendigkeiten für zutreffend erachtet.

In Sachen des Reichsbeirats für das deutsche Schulwesen, der neueingeführt ist, wurde von einer Seite auf die **Missionsgesellschaften** hingewiesen, und damit auch diejenigen Kreise, die sich für die Frage der deutschen Hochschulen im Auslande und damit eigentlich für ein deutsches Gesamtschulwesen sich eingesetzt haben.

Weiterhin nahm der Ausschuß eine Entschließung an, auf eine Verringernng der Zahl der Zweigstellen des Reichsarchivs hinzuwirken.

Eine lebhafte Aussprache entspann sich über die Frage der **Entschädigung der Reichseisenbahn für die Freifahrtkarten von Reichsratsmitgliedern.** Von der einen Seite wurden verfassungsrechtliche Bedenken und andere Bedenken geltend gemacht, den Reichsratsmitgliedern uneingeschränkte Freifahrtkarten für das gesamte Reich zuzubilligen. Von der anderen Seite wurde die gegenteilige Ansicht laut. Es fand schließlich ein Antrag Annahme, von der Summe von 1 500 000 Mark Entschädigung der Reichseisenbahn für die Freifahrtkarten von Reichsratsmitgliedern 500000 Mark zu streichen und nur 1 Million zu bewilligen.

Weiterhin wurde in eine Erörterung über die Etatisierung der **Reichsfilmstelle** eingetreten. In dieser Hinsicht wurden einige Wünsche zum Ausdruck gebracht, und es wurde auch der zwischen dem Reich und der Ufa geschlossene Vertrag in Einzelheiten kritisiert. Soviel zum Bericht über den Nachtragsetat des Innern, der uns hier (D)
vorgelegt ist.

Präsident: Nunmehr hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Minister wechseln, aber der **Ausnahmezustand** bleibt bestehen. Weil dem so ist, sind wir gezwungen, immer wieder bei jeder Gelegenheit, die die Beratungen dieses Hauses bieten, die Aufmerksamkeit auf die immer noch bestehenden Ausnahmezustände zu richten.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken!)

Auch in den Beratungen des Etatausschusses spielte infolgedessen der Ausnahmezustand eine recht erhebliche Rolle. Es ergab sich bei der rechnerischen Prüfung des Etats, daß die Verlängerung des Ausnahmezustandes, die bisher immer nur unter politischen Gesichtspunkten behandelt wurde, dem Reich recht erhebliche Kosten verursacht. Aus dem Etat ergibt sich, daß nicht weniger als zwei Millionen zur Deckung der Kosten des Ausnahmezustandes erforderlich sind. Eine weitere Million kommt noch für das **Reichskommissariat für öffentliche Ordnung** hinzu, das bis dahin allerdings nicht bewiesen hat, daß es wirklich eine notwendige Staatseinrichtung ist. Besonders möchte ich zu dem Reichskommissariat bemerken, daß es geradezu unverständlich erscheint, daß in Berlin an zwei verschiedenen Stellen, einmal von Reichs wegen und einmal von Preußens wegen, die Fragen der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Staatseinrichtungen besonders behandelt werden. Mindestens ist die Zusammenfassung beider Stellen notwendig. Diese drei Millionen ließen sich sehr gut sparen, und es muß besonders Anlaß geben, Sparsamkeit in diesen Ausgaben eintreten zu lassen, als im Etatausschuß unser Antrag, drei Millionen für Kulturzwecke einzusetzen,

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) daran gescheitert ist, daß angeblich kein Geld in Deutschland vorhanden ist. Auf der einen Seite spart man also durchaus nicht und auf der anderen Seite sagt man, es sei kein Geld für die wichtigsten Kulturaufgaben vorhanden. Diese eigentümliche Sparsamkeit ist von uns um so mehr zu verurteilen, als derselbe Ausschuß, der die drei Millionen abgelehnt hat, beim Ministerium für Landwirtschaft ein Milliardengeschenk an die Agrarier beschlossen hat, ein Milliardengeschenk, das noch dazu eine verschleierte Preiserhöhung für Getreide darstellt.

Meine Damen und Herren! Der Ausnahmezustand besteht heute noch in Ostpreußen, in beiden Teilen der Provinz Sachsen und in Bayern. Gerade über diese drei Landesteile und die Notwendigkeit ihrer Regierung mit dem Ausnahmezustand hat im Etatausschuß eine eingehende Debatte stattgefunden.

Was wird nun angeführt, um den **Ausnahmezustand für Ostpreußen** zu rechtfertigen? Wir haben vor einigen Tagen gehört, daß der preußische Minister Dominicus den Ausnahmezustand damit rechtfertigt, daß die **polnische Armee** an der ostpreußischen Grenze stände. Diese Erklärung ist um so merkwürdiger, als andere Regierungsstellen seit Monaten erklären, die polnische Armee stehe an der schlesischen Grenze, eine Erklärung, die angesichts der Vorgänge in Oberschlesien viel wahrscheinlicher klingt. Wir waren gespannt darauf, welche authentische Auskunft uns der Reichsminister Dr. Gradnauer geben würde. Was erklärte Herr Gradnauer?

Herr Minister Gradnauer beschränkte sich darauf, auf eine **Auskunft des Reichswehrministeriums** zu verweisen, das ebenso wie Minister Dominicus die Auffassung vertritt, daß die polnische Armee an der ostpreußischen Grenze stehe, und infolgedessen der Ausnahmezustand in Ostpreußen nicht aufgehoben werden könnte. Meine Damen und Herren! Wenn wir zugeben, daß die Existenz der

(B) polnischen Armee, die ja doch gewisse Formationen immer an den verschiedenen deutschen Grenzen haben wird, ausreicht, um unser Nachbarland auf die Dauer unter dem Ausnahmezustand zu halten, dann können wir überhaupt darauf verzichten, jemals zu erleben, daß Ostpreußen vom Ausnahmezustand befreit wird.

Es war der Rechtssozialist Müller, der im Gegensatz zu seinem Parteifreund Gradnauer im Ausschuß erklärte, er sei nicht in der Lage, die Begründung des Reichswehrministeriums ernst zu nehmen, aus welcher Bemerkung man wohl schließen kann, daß auch Herr Müller im Ausschuß der Meinung war, Herr Gradnauer nehme die Erklärung des Reichswehrministers denn doch etwas zu ernst. Herr Müller hat vollkommen mit Recht — und ich freue mich, seinem Verdienst diese Anerkennung gewähren zu können — ausgeführt, daß mit derselben Begründung, mit der Ostpreußen unter dem Belagerungszustand gehalten werde, auch über Schneidemühl und Schlesien der Ausnahmezustand verhängt werden könne.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann Herrn Müller nur weiter zustimmen, wenn er erklärte: in Ostpreußen will nur Herr v. Dassel regieren und alles verrungenieren. Ich habe mich über diese erfrischende Offenheit des Herrn Müller gefreut,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und hätte nur gewünscht, daß sie Herrn Gradnauer etwas angesteckt hätte. Auch die Rechtssozialisten Ostpreußens sind durchweg für die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Um so merkwürdiger ist es also, daß ein rechtssozialistischer Minister sich den Ausnahmezustand aufrecht erhält.

Meine Damen und Herren! Ich verweise auch noch darauf, daß die Frage nach den Gründen des Ausnahmezustandes in Ostpreußen bereits das Haus beschäftigt hat, als die Anfrage eines Rechtssozialisten, des Abgeordneten Wolff, vorlag. Herr Wolff erklärte in einer (C) kleinen Anfrage, daß die Ernennung des Herrn v. Dassel zum Träger der vollziehenden Gewalt von dem größten Teil der Bevölkerung Ostpreußens als ein Schlag ins Gesicht empfunden werde. Man sollte meinen, daß ein Parteifreund des Herrn Wolff, der doch diese kleine Anfrage sicherlich gebilligt hat, als Minister dafür sorgen würde, daß der Mann, dessen Ernennung nach der Auffassung der Rechtssozialisten eine Backpfeife für die großen Massen der ostpreußischen Bevölkerung ist, sofort entfernt würde. Davon hören wir aber noch nichts. Damals, als die kleine Anfrage des Abgeordneten Wolff behandelt wurde, wurde von der Regierung die Auskunft gegeben, der Ausnahmezustand sei nicht aus innerpolitischen Gründen verhängt worden, sondern um die **Aufrechterhaltung der Neutralität** im polnisch-russischen Kampf zu gewährleisten. Das ist eine ganz andere Begründung als die, die jetzt für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes angeführt wird.

Also, meine Damen und Herren, erst verhängt man den Ausnahmezustand wegen des damals akuten Kampfes zwischen Polen und Rußland, und jetzt hält man ihn aufrecht wegen einer ganz anderen Erscheinung, weil angeblich die polnische Armee an der ostpreußischen Grenze stehen soll. Ich möchte aber den Herrn Minister Gradnauer auch auf die **außenpolitische Wirkung** der Erklärung aufmerksam machen, die er abgegeben hat. In einem Augenblick, wo wir mit Polen in einigermaßen erträgliche Beziehungen zu kommen suchen, ist solch eine Erklärung ganz gewiß nicht geeignet, die Differenzen der beiden Länder aus der Welt zu schaffen. Ich verweise besonders darauf, daß der **polnische Außenminister Skirmunt** nach einer Meldung des „Kurjer Polski" gegenüber Pressevertretern am 23. dieses Monats Ausführungen gemacht hat, die ganz gewiß ergeben, daß es falsch war, mit diesen Gesichtspunkten den Ausnahmezustand in Ostpreußen zu (D) rechtfertigen. Der polnische Außenminister Skirmunt erklärte:

> Die Grundlage meiner Politik ist, daß Polen unter allen Umständen mit seinen Nachbarn in Frieden leben muß, und mein Ziel wird es stets sein, Frieden zu halten.

Derselbe polnische Außenminister sagte weiter:

> Es ist mein höchstes Bestreben, daß wir mit unseren deutschen Nachbarn endlich einmal zu normalen Beziehungen kommen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und das glauben Sie?)

— Das ist eine ganz andere Frage, Herr Kollege Giebel; ich glaube, so klug müßten Sie schon sein, daß Sie solche Erklärungen hinreichend zu würdigen verstehen. Wenn ein polnischer Minister es für richtig hält, sich in solch einer Weise zu äußern, dann ist es falsch, wenn nun von unserer Seite, die wir insoweit durch die Regierung vertreten werden, wenn also von Deutschland aus ganz andere Töne laut werden. Das sollte auch Herr Kollege Giebel einzusehen beginnen.

Also, meine Damen und Herren, nach all dem bleiben wir dabei, die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen zu fordern.

Ich wende mich nun zum **Ausnahmezustand in der Provinz Sachsen.** Man hat dort in einigen kleineren Landesteilen den Ausnahmezustand aufgehoben und ist dabei so kleinlich wie nur möglich verfahren. Man hätte wirklich schon die ganze Provinz Sachsen erlösen können. Warum hat man es nicht getan? Herr Dominicus erklärte im Landtag die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Provinz Sachsen nicht einmal für erwägenswert. Das sagt ein Demokrat; aber man hat wirklich gar keinen Grund, sich über diesen Demokraten besonders zu ent-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) rüsten, wenn man gestern im Hauptausschuß erlebt hat, wie ein Sozialdemokrat

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sich zu dem Ausnahmezustand in der Provinz Sachsen äußerte. Herr Gradnauer erklärte im Ausschuß, der Oberpräsident, unser Kollege von der rechtssozialistischen Fraktion, Herr Hörsing, verlange den Ausnahmezustand. Da haben wir entsprechend dem rechtssozialistischen Minister des Ausnahmezustandes den rechtssozialistischen Oberpräsidenten des Ausnahmezustandes. Man muß wirklich sagen, ein Oberpräsident, der nicht endlich begreifen lernt, wie man eine Provinz ohne Ausnahmezustand verwaltet, sollte schleunigst von seinem Posten entfernt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine ausreichende Begründung für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Sachsen ist von keiner Seite gegeben worden und kann nicht gegeben werden, weil kurz nach dem Märzputsch völlige Ruhe in Sachsen eingetreten ist. Auch da verlangen wir also sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie steht es mit dem **Ausnahmezustand in Bayern?** In Bayern ist der Ausnahmezustand nicht durch die Reichsregierung, sondern durch die Landesregierung verhängt worden. Kein Grund für uns, hier still zu sein, im Gegenteil, die Reichsverfassung ermöglicht der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten und auch dem Reichstage, den Ausnahmezustand auch in Bayern aufzuheben, und darum haben wir alle Veranlassung, uns an den Minister des Innern zu halten und ihn zu fragen: wie stehst du zum Ausnahmezustand in Bayern?

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der steht überhaupt nicht!)

— Ja, er fällt allerdings leicht um, das ist richtig.

Was hat Herr Gradnauer über den Ausnahmezustand

(B) in Bayern gesagt? Er erklärt:

> Die Reichsregierung wird die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern anstreben,

— und nun hören Sie, meine Damen und Herren, wann das geschehen wird! —

> sobald die **Entwaffnungsfrage** in Bayern endgültig geregelt ist.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Da kann er lange warten!)

— Ganz gewiß, da wird er lange warten können. Ich glaube, die Entwaffnung Bayerns wird noch nicht beendet sein, wenn Herr Gradnauer längst wieder hier im Hause Platz genommen hat. Es ist also eine ganz unzureichende Antwort, die uns da gegeben worden ist. Wir können doch wohl erwarten, daß, wenn der Ausnahmezustand aufrecht erhalten wird, und wenn Herr Gradnauer zum Ausdruck bringt, jetzt sei noch nicht der Moment der Aufhebung gekommen, vielmehr erst dann, wenn die Entwaffnung durchgeführt sei, daß der verantwortliche Minister die Gründe anführt, aus denen heute noch in Bayern der Ausnahmezustand notwendig ist. Daran aber hat es völlig gefehlt. Wir wollen sehen, ob der Herr Minister in der Lage ist, heute nachzuholen, was er im Ausschuß versäumt hat.

Meine Damen und Herren! Beim bayerischen Ausnahmezustand möchte ich ganz besonders auf den Ausnahmezustand hinweisen, den man über **Coburg** erst vor einigen Monaten verhängt hat. Niemand wird behaupten können, daß im ruhigen Coburg jemals irgendetwas passiert ist, was auch nur den Anschein einer Rechtfertigung des Ausnahmezustands geben könnte. Die Coburger sind nicht in dem Verdacht, mit Handgranaten und Dynamit zu arbeiten. Sie haben auch während der Märzaktion und in früheren Zeiten sich niemals besonders lebhaft gezeigt. Coburg ist der Ausnahmezustand nur deshalb beschert worden, weil die Coburger Bevölkerung den Leichtsinn begangen hat, den sie jetzt bereits bereut, sich mit Bayern vereinigt zu haben. Die Coburger haben sich damals durch das Fleisch, das von Bayern winkte, und durch andere schöne leckere Dinge bestimmen lassen, und jetzt sind sie für ihren Anschluß an Bayern dadurch bestraft worden, daß man plötzlich vor einigen Wochen auch über Coburg den Ausnahmezustand verhängt hat. Eine lächerlichere, eine unbegründetere Maßnahme ist überhaupt noch nicht vorgekommen als die Verhängung des Ausnahmezustandes in Coburg. (C)

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich will noch eins sagen. Gerade aus der Wirkung der Verhängung des Ausnahmezustandes in Coburg hat man sehen können, wie die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht beruhigend, sondern erregend auf die Bevölkerung wirkt. Man hat in der bürgerlichen Presse die Behauptung lesen können, daß der Demonstrationsstreik, den die Arbeiterschaft aus Anlaß der Ermordung unseres Parteiführers Gareis beschlossen hat, nicht überall in Bayern mit Energie durchgeführt sei. Aber es hat niemand behaupten können, daß in Coburg die Arbeiterschaft versagt habe, — eine ganz klare Antwort der Arbeiterschaft von Coburg auf die sinnlose Verhängung des Ausnahmezustandes über Coburg. Auch da sagen wir: weg mit dem Ausnahmezustand!

Ich wende mich dann schließlich zu der letzten Ausnahmebestimmung, die zur Erörterung im Ausschuß geführt hat, zu der ganz eigentümlichen Ausnahmebestimmung, die man in **Württemberg** für angezeigt gehalten hat. In Württemberg hat man auf Grund des Art. 48 der Verfassung eine Maßnahme getroffen, die man bis dahin noch nirgends in Deutschland versucht hat. Während bis dahin sämtliche Ausnahmeverordnungen **generelle, allgemeine Anordnungen** waren, ist in Württemberg, in Stuttgart, auf Grund des Art. 48 eine Verfügung ergangen, (D) die sich lediglich gegen das Stuttgarter kommunistische Blatt richtete. Daß eine solche Verordnung gegen die Verfassung verstößt, unterliegt meines Erachtens nicht dem geringsten Zweifel.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was sagte Herr Gradnauer im Ausschuß darüber? Er vertrat im Außschuß die eigentümliche Auffassung, daß auf Grund des Art. 48 auch solche **speziellen** Anordnungen getroffen werden können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Was waren das für spezielle Anordnungen? Die erste Anordnung ging dahin: alle im Verlag der Buchdruckerei „Sozialdemokrat" erscheinenden Druckschriften werden auf einen Monat unter **Vorzensur** gestellt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Eine derartige Maßnahme ist noch niemals getroffen worden, solange die Reichsverfassung besteht. Selbst in Württemberg sah man die Unhaltbarkeit dieser von Herrn Gradnauer für zulässig erachteten Anordnungen ein, und es erging eine neue Verordnung, in der „der Kommunist" auf acht Tage verboten und weiter, meine Damen und Herren — auch das ist ein völliges Novum — ausgesprochen wurde, daß die **Maschinen der Druckerei** auf eine Woche **unbrauchbar** gemacht werden sollten.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Angesichts solcher Verordnungen sagt der Rechtssozialist Gradnauer, diese Verordnungen seien verfassungsmäßig. Ich möchte ihn dringend bitten, sich doch einmal in seinem eigenen Ministerium da-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) nach zu erkundigen, ob die Herren, die unter ihm arbeiten, diese Verordnung für verfassungsmäßig halten. Ich glaube, er wird keinen von den Herren hier auf den Tisch des Hauses legen können,

(Heiterkeit)

der auf dem Standpunkte steht, daß diese Verfügung verfassungsmäßig sei. Also auch da erweist sich der Herr Minister Gradnauer als päpstlicher als der Papst, als reaktionärer als seine reaktionären Mitarbeiter. Das, meine Damen und Herren, ist ein Sozialdemokrat in der Regierung!

Ich möchte übrigens ergänzend bemerken, daß auch sein Freund Müller im Ausschuß weit von ihm abgerückt ist. Herr Müller hatte gestern offenbar einen guten Tag.

(Abgeordneter Müller [Franken]: Den wird er auch heute haben!)

— Das soll mich nur freuen. Er hat im Ausschuß ausdrücklich hervorgehoben, daß die Rechtssozialisten die Aufhebung der württembergischen Maßnahmen gefordert haben.

Nebenbei kam dann im Ausschuß heraus, daß die württembergischen Maßnahmen schon längst nicht mehr bestehen. Ich bringe sie hier auch nur deshalb zur Sprache, weil ich wünsche, daß für die Zukunft solche Verordnungen nicht wieder ergehen, und ich will hoffen, daß die Herren im Ministerium des Innern bis dahin sich gegen ihren eigenen Minister durchgesetzt haben werden.

Der Herr Minister Gradnauer hat im Ausschuß auch Ausführungen gemacht über das **Verhältnis des Reichs zu den Landesregierungen.** Es wird ja bei uns allmählich — ich möchte beinahe sagen — modern, wenn man etwas braucht, wohinter man sich verstecken kann, die Landesregierungen ins Feld zu führen. So erlebten wir auch hier die Erklärung, daß die Reichsregierung den Ausnahmezustand aufheben wolle, aber sie müsse sich erst mit den Landesregierungen verständigen. Meine Damen

(B) und Herren! Diese Notwendigkeit der Verständigung mit den Landesregierungen ist auch nicht immer in gleichem Grade vorhanden, sie ist vielmehr verschieden je nach der Zusammensetzung der Landesregierung, um die es sich handelt. Ich erinnere zum Beispiel an das **Verhalten der Reichsregierung zu der sächsischen,** allerdings sozialistischen Regierung. Auf eine solche Regierung brauchte man nach Auffassung der damaligen Reichsregierung offenbar keine Rücksicht zu nehmen. Als die Reichsregierung die Ausnahmegerichte verordnete, erhob die sächsische sozialistische Regierung, gestützt auf die gesamte Arbeiterschaft Sachsens, Einspruch dagegen, daß auch Sachsen diese Ausnahmegerichte beschert würden. Aber die Reichsregierung hat sich den Teufel um die sächsische Regierung geschert und ihr einfach die Ausnahmegerichte auf die Nase gesetzt. Damals sahen wir nicht die Notwendigkeit der Verständigung mit den Landesregierungen. Und soll ich Sie erst noch an **Gotha** erinnern, an die Rücksichtslosigkeit, mit der man im Jahre 1919 seitens des Reichs, seitens einer Regierung, die ganz ähnlich zusammengesetzt war wie die heutige, das Land Gotha und seine Regierung behandelt hat? Man hat einfach die Regierung in Gotha mattgesetzt und erklärt: die vollziehende und auch die gesetzgebende Gewalt geht auf einen Reichskommissar über. Man hat die ganze gothaische Verfassung einfach über den Haufen geworfen

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und nicht nach einer Verständigung mit der Landesregierung gesucht. Aber, meine Damen und Herren, mit **Bayern** ist es natürlich ganz anders. Bayern gegenüber versagt der Mut der Reichsregierung. Wenn der Herr Minister Schiffer noch vor einigen Tagen erklären konnte, er habe den Mut auch gegen Bayern, nun, so wollen wir sehen, welchen Mut Herr Gradnauer besitzt, um sich gegen die bayerische Landesregierung durchzusetzen.

Meine Damen und Herren! Nach alledem haben uns (C) die Erklärungen des Ministers Gradnauer im Hauptausschuß sehr wenig befriedigt — dabei drücke ich mich noch ganz vorsichtig aus! Wir haben in den letzten Wochen manche der neuen Herren kennen gelernt. Wir haben den Zentrumsmann, den Herrn Reichskanzler Wirth, gehört, wir haben den Demokraten Schiffer gehört, und wir haben gestern den Rechtssozialisten Gradnauer gehört. Wenn man diese drei Herren miteinander vergleicht, so muß man sagen: Herr Wirth ist gegen Herrn Schiffer noch ein Revolutionär,

(Heiterkeit — hört! hört! rechts. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Das will viel sagen! — Heiterkeit)

und Herr Schiffer wiederum ist gegen Herrn Gradnauer noch ein Vorkämpfer der Rechte der Arbeiterschaft. Ich muß wirklich sagen: je näher die Partei des Ministers uns sitzt, um so ungenießbarer der Minister!

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Bei der Erwähnung des Herrn **Schiffer** kann ich nicht umhin, auf die Erklärung einzugehen, die Herr Schiffer über das Verfahren gegen Herrn **Traugott v. Jagow** abgegeben hat. Sie erinnern sich, daß der Minister gesagt hat, der Haftbefehl gegen Herrn Traugott v. Jagow sei auf Grund eines **ärztlichen Attestes** aufgehoben worden. Diese Erklärung hat Herrn Traugott v. Jagow nicht schlafen lassen, und in dem ihm eigenen charakteristischen Stile hat er gestern in der „Kreuzzeitung" die Erklärung abgegeben: „Tatbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank".

(Hört! Hört! links.)

Was ist nun wahr, die Erklärung des Ministers oder die des Herrn v. Jagow? Meine Damen und Herren, kann es eine größere Verhöhnung der Gerichte geben, als die Äußerung des Herrn v. Jagow? Und Sie (nach rechts) freuen sich, meine Herren; Ihr Lachen zeigt mir, wie Sie sich mit Herrn Jagow freuen, daß er der gegen- (D) wärtigen Regierung und den Gerichten so auf der Nase herumtanzen kann. Gibt es denn eine größere Verhöhnung der Gerichte und der Staatsanwälte als diese provozierende Erklärung des Herrn v. Jagow? Für diesen Herren haben Sie Verständnis; Sie freuen sich sogar über seine Erklärung. Aus Ihren Reihen ist jetzt die kleine Anfrage des Herrn Graef gekommen, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um dafür zu sorgen, daß in Zukunft nicht wieder Leute in ähnlicher Weise das Ansehen der Gerichte herabsetzen, wie es Herr Hölz vor dem Ausnahmegerichte getan hat.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Sie entrüsten sich über diese schwere Schädigung des Ansehens der Gerichte, und Ihr Traugott v. Jagow macht es in viel schlimmerer Weise. Ihm gegenüber schweigen Sie, da freuen Sie sich sogar. Was sind das aber für Zustände, wenn ein Kappist sich in dieser Weise bewegen kann! Was sind das für Verhältnisse, die es gestatten, daß gegen rechts das Schwert des Staatsanwalts völlig stumpf ist und die ganze Schwere der Bekämpfung sich nur gegen die Arbeiterschaft geltend macht!

(Widerspruch rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich bin in der Lage, mich auch noch auf den Führer der rechtssozialistischen Fraktion Herrn **Wels** zu berufen, der am 2. Juni hier im Hause die Erklärung abgab, die Regierung müsse die Forderungen des gesamten arbeitenden Volkes schleunigst zu erfüllen suchen. — Schleunigst zu erfüllen suchen! Hören Sie, Herr Gradnauer, was der Führer Ihrer Partei sagt! Dieser Führer der Partei fährt fort: Dazu gehört in erster Linie die Aufhebung des Belagerungs- und Ausnahmezustandes, der keinerlei Existenzberechtigung mehr hat. Dies sagte der Parteiführer, ganz anders

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) aber verhält sich der Minister. Ja, darf ein rechtssozialistischer Minister auf eigene Faust Politik machen? Darf er eine Politik treiben, die zur Politik seiner Partei im strikten Gegensatz steht? Ich freue mich, daß Herr Müller sich zum Worte gemeldet hat; wir werden hören, was seine Partei zu diesen Extratouren des Herrn Gradnauer zu sagen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Müller [Franken].)

Weiteren Anlaß zur Kritik gibt mir aber dann noch die neueste **Verordnung der Reichsregierung**, die der Herr Minister Gradnauer verantwortlich zeichnet, ich meine die Erklärung, die sich gegen die **Orgesch**, gegen die **bayerischen und ostpreußischen Einwohnerwehren** richtet. Man hat in der Regierung lange gewartet, bis man diesen Schritt getan hat. Am 30. Juni läuft die Frist ab, und erst gestern oder vorgestern hat man sich zu diesem Schritt aufgerafft. Immerhin, die Reichsregierung hat jetzt endlich die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren ausgesprochen. Aber wie? Ich nehme an, daß der Wortlaut der Begründung bekannt ist. Die ganze Schwäche des Vorgehens der Regierung wird durch die Motivierung klar, und ich bin jetzt nach den Herren Müller und Wels in der Lage, mich auf den **„Vorwärts"** zu berufen, der gewiß nicht in dem Verdacht einer besonders starken Opposition gegen die Reichsregierung steht. Selbst dieser so blaß gewordene „Vorwärts" schreibt vor einigen Tagen:

> Der Erlaß ist eine Notwendigkeit gewesen; aber eben deswegen hätten wir ihn in der Sprache etwas energischer, weniger entschuldigend und weniger beschwörend gewünscht.

Der „Vorwärts" sagt dann weiter:

> Die Ankündigung rücksichtslosen Durchgreifens ist das einzige Mittel, und dieser Ankündigung muß die Tat auf dem Fuße folgen.

Der „Vorwärts" scheint aber zu seinen eigenen Ministern
(B) nicht übermäßiges Vertrauen zu haben; denn er hält es für notwendig, der Reichsregierung schon jetzt zuzurufen: Festbleiben! Es fragt sich, ob diese Mahnung hinreichend Beachtung findet. Es sieht so aus, als ob man mit der eigentümlichen Begründung der Verordnung gewissermaßen sagen will: Entschuldigen Sie, Herr Kahr, daß ich überhaupt geboren bin!

(Zustimmung und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sonst wäre diese Sprechweise überhaupt nicht zu verstehen.

Die Verordnung fordert aber auch selbst, ganz abgesehen von ihrer Begründung, zur schärfsten Kritik heraus. Sehen wir uns diese Verordnung einmal an! Sie stellt die Nichtauflösung unter Strafe und droht demjenigen, der sich nach der Auflösung noch an einer aufgelösten Organisation beteiligt, Strafen an. Aber sehen Sie sich einmal die Strafen an! Man droht **Geldstrafen** bis 50 000 Mark an oder **Gefängnis** bis zu 3 Monaten oder **Festung** bis zu gleicher Dauer.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die praktische Wirkung dieser Verordnung! Stellen wir uns vor: nachdem die bayerische Einwohnerwehr aufgelöst ist, findet sich ein Staatsanwalt, der gegen einen Mann vorgeht, der gegen diese Bestimmungen verstößt, und stellen wir uns weiter vor, daß sich in Bayern ein Gericht findet, das verurteilt.

(Zurufe auf der äußersten Linken: Nanu!)

— Gewiß, es wird sehr schwer, sich das vorzustellen. Ich unterstelle es nur einen Augenblick und bitte noch ausdrücklich um Entschuldigung dafür, daß ich das unterstelle. Ich tue das nur einmal einen Moment. Was ergibt sich? Das bayerische Gericht ist dann in der Lage, auf eine Geldstrafe von, sage und schreibe, drei Mark zu erkennen. Mit solchen Mitteln gehen die rechtssozialistischen Minister mit der gepanzerten Faust gegen Bayern vor! (C) Meine Damen und Herren! Das ist keine Methode, die zum Ziele führen kann!

(Abgeordnete Pfülf: Schlagen Sie uns etwas vor!)

— Verehrte Frau Kollegin! Wir haben doch Vorschläge gemacht, Sie aber haben die Vorschläge abgelehnt. Ich erinnere Sie an die Schaffung des Gesetzes vom März 1921. Ich glaube, Sie waren sogar im Ausschuß dabei; ich bewundere Ihre Vergeßlichkeit. Wir hatten im Ausschuß beantragt, an Stelle der Festungsstrafe eine scharfe Strafe einzusetzen. Woran ist das gescheitert? Wir haben nicht für das Gesetz gestimmt, weil wir seine ganze Unzulänglichkeit sofort erkannt haben; Sie aber haben das Vergehen begangen, daß Sie für das Gesetz gestimmt haben, und nun fragen Sie uns jetzt, wo es zu spät ist, was wir vorschlagen. Wären Sie uns nur beizeiten gefolgt, dann wäre diese Verordnung wahrscheinlich nicht gekommen. Denn die Regierung wird anführen, daß sie keine schwerere Strafe festsetzen konnte, weil das Gesetz vom März 1921 nur solche Strafen bestimmt. Aber das ist eine ganz unzureichende Begründung; denn — darauf will ich besonders hinweisen — wir haben auch sonst Verordnungen erlebt, Verordnungen des Reichspräsidenten Ebert, wo wir nicht die geringste Berücksichtigung geringer Strafmaße gefunden haben. Ich erinnere an jene Verordnungen gegen die Arbeiterschaft. Wenn man sagt, sie seien nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet, dann verweise ich darauf, daß die Verordnung vom 10. November 1920 über die Stillegung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sich doch nur gegen die Arbeiter richtet,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und da hat man eine Strafe von fünf Jahren als Höchststrafe vorgesehen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich beziehe mich auf die Verordnung vom 19. März 1920 über den Ausnahmezustand in **Ostpreußen**, in der (D) man sogar die **Todesstrafe** für möglich erklärt hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich verweise auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. April 1920 über den Ausnahmezustand in **Düsseldorf**; damals hat man Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren, **lebenslängliches Zuchthaus und Todesstrafe** angedroht. Und für welches Vergehen? Diese Strafen sind angedroht — und nun hören Sie: wenn Sie noch staunen können, dann müssen Sie jetzt in Verwunderung geraten —, diese schwersten Strafen, die es gibt, sind angedroht für den, der nach Ablauf der Ablieferungsfrist noch Waffen oder Munition im Besitz hat. Nur der „Besitz" wird in der Verordnung vom 10. April 1920 mit dieser Strafe bedroht! Und da will man uns glauben machen, daß man mit dieser Verordnung, die lediglich Geldstrafe und Festungs- oder Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten androht, einen solchen Eindruck erwecken will, daß eine Auflösung der Einwohnerwehr wirklich durchgeführt werden kann?

Zur Vollständigkeit weise ich darauf hin, daß eine andere **Verordnung** vom 30. Mai 1920 **über die Bildung militärischer Formationen** auch wieder **Zuchthausstrafen** bis zu fünf Jahren androht. Da komme man uns nicht mit der Behauptung, daß man gleichmäßig verfährt, wie es der Herr Minister Gradnauer im Ausschuß behauptet hat. Nein, meine Damen und Herren, schon dieses Strafensystem läßt ganz klar erkennen, daß es diese schweren Strafen nur gegen die Arbeiterschaft gibt.

Aber noch eins. Die Verordnung ist auch unzureichend in bezug auf die Organisationen, die von der Auflösung getroffen werden sollen. Auch wenn diese Verordnung durchgeführt wird, bleiben immer noch Organisationen bestehen, wie zum Beispiel die **Arbeitsgemeinschaft Roßbach**, deren Zirkular in der „Roten Fahne"

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) veröffentlicht worden ist, ein Zirkular, auf das ich des näheren nicht eingehen will, das aber ganz klar ergibt, daß auch diese Arbeitsgemeinschaft Roßbach nichts als eine militärische Formation der Gegenrevolution ist. Gegen solche Organisationen geschieht nichts.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieses Versagens der Reichsregierung kann es doch wahrlich nicht wundernehmen, wenn der Führer der reaktionären Organisationen, der Forstrat Escherich, kürzlich erklärt hat: man kann uns die Form zerschlagen, aber den Geist kann man uns nicht nehmen. — Wenn da von Geist überhaupt die Rede sein kann! Herr Escherich ist entschlossen, seine Organisationen legal oder illegal aufrechtzuerhalten, und die Regierung ergreift nicht die Mittel, die sie hat, um solche Formationen zu beseitigen.

Da appelliere ich an den Herrn Reichskanzler, der am 1. Juni dieses Jahres Erklärungen abgegeben hat, von denen ich wünschte, daß Herr Gradnauer sie ausführt. Der Reichskanzler erklärte: die Reichsregierung beabsichtigt, den Ausnahmezustand möglichst schnell da, wo er besteht, abzubauen. Diese Erklärung des Herrn Reichskanzlers wünschten wir schleunigst der Ausführung entgegengeführt zu sehen. Aber freilich, zu Herrn Gradnauer können wir nicht die Zuversicht haben, daß er mit dem neuen Besen, über den er doch verfügen müßte, Auskehr halten wird. Wir sehen, daß gerade er einer von denen in seiner Partei ist, die nicht schnell genug das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei herbeiführen können, daß er zu denen rechnet, denen erst kürzlich seine Berliner Parteifreunde ganz energisch ihre Meinung gesagt haben. Denn auf der Versammlung der Berliner Parteiorganisationen der S. P. D. führte der Rechtssozialist Breuer unter allgemeinem Beifall aus, es sei eine unerhörte Mache eines französischen Korrespondenten, die Behauptung aufzustellen, daß Herr Gradnauer mit der Deutschen Volks-

(B) partei zusammen die Regierung bilden wolle. Breuer fügte hinzu: Sonst hätte die Partei alle Veranlassung, einmütig diesem Minister ihr Mißtrauen auszusprechen. Wir werden abwarten, was die Parteifreunde des Herrn Gradnauer tun werden. Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir diesem Minister, der bisher zur Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegerichte praktisch nichts getan und der gestern Erklärungen abgegeben hat, die ihn durchaus verdächtig machen, auch weiter nichts zu tun, unser schärfstes Mißtrauen aussprechen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte die folgenden Redner, nicht ganz außer acht zu lassen, daß wir keine allgemeine Etatsberatung, sondern nur einen Nachtragsetat haben. Jetzt sind wir zum Beispiel bei dem Titel „Ministerialkanzleisekretäre".

(Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Dr. **Gradnauer**, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Über den Ausnahmezustand ist erst vor kurzer Zeit in diesem Hause sehr ausführlich gesprochen worden. Ich glaube, deshalb keinen Anlaß zu haben, heute von neuem ausführlich auf dieses Thema einzugehen. Ich will jedoch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rosenfeld nicht völlig unerwidert lassen.

Meine Damen und Herren! Wenn man mit lauten, schallenden Reden in der Politik etwas erreichen könnte, dann würde, glaube ich, der Herr Abgeordnete Rosenfeld viel erreicht haben und in Zukunft noch viel erreichen.

(Lachen und Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten: Handeln Sie doch!)

Ich glaube, daß mit der Methode, wie sie auch heute der (C) Herr Abgeordnete Rosenfeld einzuführen beliebte, nichts zu erreichen ist und das Ziel, das man erstrebt, sich eher entfernt, als daß man ihm näher kommt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Rosenfeld hat über meine Äußerungen gesprochen, die ich gestern im Reichshaushaltsausschuß gemacht haben soll. Ich sage ausdrücklich: gemacht haben soll. Es scheint mir, als wenn Herr Rosenfeld sich durch den **Bericht**, der heute früh **in der Zeitung „Freiheit"** über diese Sache erschienen ist, hat verlocken lassen. Ich weiß nicht, wer der Urheber dieses Berichts in der „Freiheit" ist.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Jedenfalls ist er wahrheitsgemäß!)

Aber ich muß erklären, daß dieser Bericht in der „Freiheit" ein Musterbeispiel von unwahrhaftiger Berichterstattung ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß auch erklären, daß das, was der Herr Abgeordnete Rosenfeld soeben über meine Äußerungen im Reichshaushaltsausschuß gesagt hat, völlig auf Irrtum beruht; denn ich will nicht annehmen, daß er mit Absicht, aus Vorurteil gegen meine Tätigkeit alles entstellt hat.

Im Bericht der „Freiheit" ist gesagt, ich solle erklärt haben, daß die ostpreußische Grenze immer noch bedroht sei, ich solle erklärt haben, eine Aufhebung des Ausnahmezustandes könne nicht überall erfolgen.

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Haben Sie auch erklärt! Leugnen Sie das?)

Ich soll mit Bezug auf Bayern erklärt haben, vorläufig müsse der Ausnahmezustand bestehen bleiben.

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Jawohl!)

Ähnliche Wendungen hat auch der Herr Abgeordnete (D) Rosenfeld heute hier gemacht. — Wenn der Herr Abgeordnete Rosenfeld diesen Zwischenruf macht, dann muß ich ihm allerdings sagen, daß er meinen Ausführungen entweder nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gefolgt ist — —

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Wörtlich stenographiert habe ich sie!)

— Nun, ich berufe mich auf alle Mitglieder des Ausschusses. Der Herr Abgeordnete Müller (Franken), der sich ja auch zum Wort gemeldet hat, wird vielleicht Gelegenheit nehmen, das zu bezeugen.

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe gestern im Reichshaushaltsausschuß lediglich im Namen der Reichsregierung zu sprechen gehabt. Ich kann als **Mitglied eines Koalitionskabinetts** nicht ausschließlich meine eigene Ansicht zur Darstellung bringen. Meine persönliche Meinung über diese Dinge brauche ich nicht zu verhehlen; aber meine wesentliche Aufgabe muß die sein, das mitzuteilen, was die Reichsregierung korporativ in diesen Sachen denkt und will Ich habe mich ausdrücklich auf den Boden der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers gestellt, daß der **Ausnahmezustand** mit möglichster Schnelligkeit abgebaut werden muß. Ich habe mein Bestes dazu beigetragen, damit die Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen, soweit sie bisher erfolgt ist, geschehe, und ich will nicht verhehlen, daß ich in dieser Frage des Ausnahmezustandes tatsächlich eine ganz andere Haltung einnehme als die ist, die mir der Herr Abgeordnete Rosenfeld zu unterstellen beliebt.

Aber wie gesagt, meine Herren, es kommt nicht auf mich allein an. Was hat denn der Herr Abgeordnete Rosenfeld davon, meine Meinung zu wissen. Ich muß

(Dr. **Gradnauer**, Reichsminister des Innern.)

(A) versuchen, als Mitglied einer Koalitionsregierung meine Ansichten in der Regierung zu vertreten, die Regierung für mich zu gewinnen und darüber hinaus die Verhandlungen mit den Landesregierungen zu führen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie müssen doch eine Meinung haben!)

— Ja freilich, der Herr Abgeordnete Rosenfeld und seine Parteifreunde haben ja eine sehr leichte Position, sie treten in eine Koalition nicht ein, sie glauben, sie brauchen nur donnernde Reden zu halten. Wenn die Herren positive Politik treiben wollten und mitwirken wollten,

(lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten: Lipinski!)

dann würden sie auch mit diesen Reden nicht auskommen können, dann würden sie auch in den Rahmen einer Koalitionsregierung sich einigermaßen einfügen müssen. Gewiß, man muß innerhalb einer Koalitionsregierung das, was man selbst für richtig hält, nach Möglichkeit durchzusetzen suchen, und, Herr Abgeordneter Rosenfeld, das habe ich gerade auf diesem Gebiet nach besten Kräften und im weitesten Umfang getan. Ich werde auch weiter in dieser Richtung wirken und hoffe auch weitere Erfolge zu erreichen.

Allerdings, meine Damen und Herren, bei allen solchen Bemühungen kommt man doch um die Tatsachen nicht herum: wir haben einmal die Tatsache, daß eine Mehrheit dieses Reichstags die Anträge, die von der Linken hinsichtlich des Ausnahmezustandes gekommen sind, erst vor kurzer Frist abgelehnt hat. Wir haben ferner die Tatsache, daß **Regierungen großer Länder** Auffassungen in bezug auf die **Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes** haben, die es schwer machen, die von mir vertretene Auffassung so schnell zu verwirklichen, wie ich es wünschte. Man kann seine eigene Auffassung für durchaus richtig halten — und ich halte meine Auffassung in bezug auf diese Frage für richtig —, aber man muß doch

(B) auch Achtung haben für die Auffassung anderer Menschen. Das braucht vielleicht Herr Rosenfeld nicht zu haben. Aber ich glaube, daß, wenn die preußische Regierung der Meinung ist, und wenn der Oberpräsident Hörsing der Meinung ist, daß infolge der ungeheuerlichen Vorkommnisse in einigen Teilen von Sachsen — ich erinnere an die Märzputsche — noch eine gewisse Vorsicht einige Zeit lang notwendig ist, man solchen Erwägungen nicht jede Berechtigung absprechen kann.

(Zuruf von der äußersten Linken: Und Ostpreußen?)

Daher bin ich darauf angewiesen, mit den Landesregierungen über diese Dinge zu sprechen, um möglichst auch die Landesregierungen zu überzeugen, daß der Abbau des Ausnahmezustandes mehr und mehr verwirklicht werden kann.

(Zuruf von der äußersten Linken: Hoffentlich erleben Sie es noch!)

Ich will einige Worte sagen über den besonderen Fall in **Württemberg**.

(Zurufe von der äußersten Linken: Und Ostpreußen? Da ist kein Putsch gewesen!)

— Auf Ostpreußen trifft alles das zu, was ich Ihnen eben auseinandergesetzt habe.

(Erneute Zurufe von der äußersten Linken: Da ist kein Putsch gewesen!)

— Jawohl; die Ansichten sind darüber verschieden.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Ich weiß, daß verschiedene Parteien, ich weiß, daß der Polizeipräsident Lübbring in Königsberg die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands nicht für nötig hält, aber andere Kreise halten es für nötig.

(Zurufe von der äußersten Linken: Oberpräsident Siehr hält es für nötig! Der Kapp-General Dassel! — Fortgesetzte Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren! Bitte, lassen (C) Sie doch den Herrn Redner aussprechen, Sie können ihm ja nachher antworten.

Dr. **Gradnauer**, Reichsminister des Innern: Ich möchte einige Worte über den besonderen Vorgang in **Württemberg** sagen. Ich meine, daß man in dieser Frage unterscheiden muß zwischen der Verfassungsmäßigkeit der dort getroffenen Maßnahmen gegen ein kommunistisches Blatt und zwischen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit. Ich habe im Reichshaushaltsausschuß mich gestern lediglich über die Verfassungsmäßigkeit ausgesprochen. Es wurde behauptet, daß es nicht verfassungsmäßig sei,

(Zuruf von der äußersten Linken: Ist es auch nicht!)

wenn gegen ein einzelnes Blatt eine besondere Maßnahme unternommen werde. Es wurde behauptet, daß auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung ausschließlich allgemeine Maßnahmen getroffen werden könnten. Das habe ich zurückgewiesen. Meine Herren, der Herr Reichspräsident hat erst jüngst eine solche **spezielle Ausnahmeverfügung hinsichtlich der Werbestellen** erlassen. Es ist als Ausnahmemaßnahme unter Strafe gestellt worden, Werbungen zu machen. Darüber hat sich Herr Rosenfeld nicht beklagt. Ebenso ist es auch berechtigt, daß eine Landesregierung, wenn sie den Ausnahmezustand im allgemeinen erklären kann, auch einzelne Maßnahmen gegen Blätter oder in bezug auf das Versammlungs- und Vereinswesen treffen kann.

Eine andere Frage ist es, ob solche Maßnahmen im gegebenen Fall zweckmäßig, erforderlich und notwendig sind. Und da möchte ich mich ganz offen aussprechen. Ich habe diese Maßnahmen, die in Stuttgart gegen das kommunistische Blatt getroffen worden sind und die von der Mehrheit dieses Hauses gebilligt worden sind, persönlich nicht für zweckmäßig gehalten. Ich halte es über- (D) haupt für außerordentlich wenig erfreulich, daß mit **Vorzensur** und ähnlichen Maßnahmen gearbeitet wird. Das habe ich auch der württembergischen Regierung ausgesprochen, und ich bin der württembergischen Regierung besonders dankbar dafür, daß sie auf diese Anregung eingegangen ist und diese Vorzensurmaßnahmen aufgehoben hat.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Komödie! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte doch, dem Herrn Reichsminister nicht den Vorwurf „Komödie" zu machen. Der Ausdruck ist unparlamentarisch.

Dr. **Gradnauer**, Reichsminister des Innern: Ich möchte nochmals ausdrücklich erklären, daß ich es für untragbar halten würde, wenn von Reichs wegen gegen den Widerspruch großer Länder und ihrer Regierungen der Ausnahmezustand eingeführt würde oder ein Ausnahmezustand aufgehoben würde. Wenn die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie selbst in der Regierung wären, würden sie auch nicht über den Widerspruch der Länderregierungen so leicht hinweggehen können, wie sich Herr Rosenfeld das hier vorgestellt hat. Wenn eine Regierung, die links gerichtet ist, Ausnahmemaßnahmen, ich will einmal annehmen, gegen rechtsradikale Bestrebungen verhängen würde, dann würde sich diese Landesregierung auch sehr beklagen, falls die Reichsregierung gegen Wunsch und Willen des Landes die Ausnahmemaßnahmen gegen die Rechtsgefahr beseitigen wollte. Was dem einen aber recht ist, muß auch dem anderen billig sein. Die Reichsregierung ist darauf angewiesen, in Verständigung mit den Ländern zu arbeiten. Einen anderen Weg gibt es nicht, und mit Reden, wie sie Herr Rosenfeld hier hält, werden wir den Ausnahmezustand nicht beseitigen.

(Dr. **Gradnauer**, Reichsminister des Innern.)

(A) Zum Schluß dieses Kapitels möchte ich sagen: die Herren auf der äußersten Linken können sehr viel dazu beitragen, daß wir mit diesen Ausnahmezuständen endlich fertig werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn diese Herren aufhören wollen, mit gewalttätigen Bestrebungen gegen die bestehende Verfassung, gegen die heutige demokratische Staatsordnung zu arbeiten, dann würden solche Maßnahmen unnötig werden, und ich würde den Tag begrüßen, wo wir solche Maßnahmen vollständig beseitigt haben werden.

Ich habe noch ein Wort hinzuzufügen über das, was der Herr Abgeordnete Rosenfeld zum Schluß seiner Ausführungen hinsichtlich der **Auflösung der Organisation Escherich** gesagt hat. Ich kann eine leise Verwunderung nicht unterdrücken, daß der Herr Abgeordnete Rosenfeld plötzlich so begeistert ist für recht hohe **Strafmaße**. Er beklagt sich darüber, daß ich in dieser Verordnung zu milde Strafen gewählt habe.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Abgeordneter Rosenfeld, wenn in früheren Verordnungen höhere Strafmaße gewählt sind, so trage ich dafür keine Verantwortung. — Meine Damen und Herren! Die Verfügung, die hier hinausgegangen ist, richtet sich nicht nur gegen irgend welche anderen Volksangehörigen, etwa die besitzenden Klassen oder gegen die Rechtsparteien, sondern richtet sich gegen alle Kreise der Bevölkerung, auch gegen Arbeiter; denn in den ostpreußischen Einwohnerwehren zum Beispiele sind auch Arbeiter in großer Zahl, und wenn sie der Verfügung nicht nachkämen, machten sie sich selber strafbar, und wenn dann so hohe Strafmaße wären, und sie würden auf Grund dieser hohen Strafmaße verurteilt, so wäre Herr Dr. Rosenfeld wieder der erste, der dagegen ankämpfen würde.

(B) (Zurufe und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Also, meine Herren, ich vertrete durchaus, daß hier zunächst der **Versuch** gemacht wird, **mit milden Strafen** zu arbeiten, und ich hoffe, daß wir überhaupt zu einer Milderung der Sitten und Strafen kommen werden. Ich werde auch in anderen Fällen nicht für harte und schwere Strafen eintreten. Der Fall, den wir hier vor uns haben, beruht bekanntlich auf dem Gesetz vom 22. März, so daß ich ein höheres Strafmaß überhaupt nicht wählen konnte, und ich hoffe, daß das auch in anderen Fällen Nachahmung finden und daß es gelingen wird, auf dem eingeschlagenen Wege das durchzuführen, was uns durch das gegnerische Ultimatum auferlegt worden ist.

Meine Herren, ich erwarte gar nicht so viel von diesen Strafbestimmungen, ich erwarte viel mehr von der Einsicht unserer Bevölkerung in allen Kreisen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Bei Ihnen, Herr Höllein, mag diese Einsicht noch nicht vorhanden sein.

(Heiterkeit und Zurufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin ganz davon durchdrungen, meine Herren, daß wir weder mit milden noch mit drakonischen Strafen bei uns bessere Verhältnisse schaffen und alle die vielbeklagten Mißstände beseitigen können. Wir können aus allen diesen Schwierigkeiten nur herauskommen, wenn die Vernunft und die Einsicht in unserer Bevölkerung wächst, wenn sie erkennt, daß wir nicht mit Kämpfen von rechts gegen links, von links gegen rechts, von Kämpfen, die sich unter Umständen zu blutigen Auseinandersetzungen auswirken können, daß wir damit nichts für unser Volk erreichen können, sondern immer nur größeres Unheil über uns heraufbeschwören. Ich habe die Hoffnung, daß die Entspannung durch die jetzt getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Auflösung der Organisationen eintreten wird. Diese Maßnahmen werden in manchen Kreisen der Bevölkerung zunächst Groll und Verbitterung hervorrufen; aber ich hoffe, daß auch diese Kreise erkennen, daß wir unter einem ehernen Zwang der Verhältnisse stehen, daß sie sich einfügen in die Notwendigkeiten, und daß wir uns nach Möglichkeit in gemeinsamer Arbeit aus den Schwierigkeiten, unter denen wir alle leiden, herausarbeiten können. (C)

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld nötigen mich auch bei diesem Titel zu einigen Erwiderungen. Er hat einen großen Gegensatz zu konstruieren versucht zwischen den Ausführungen, die ich gestern im Reichshaushaltsausschuß gemacht habe, und zwischen den Ausführungen, die der Herr Minister Dr. Gradnauer gestern dort gemacht hat. Aus den Ausführungen des Herrn Ministers Gradnauer, die er soeben gemacht hat, werden Sie ersehen, daß dieser Gegensatz nicht vorhanden ist, daß er vielmehr grundsätzlich meine Auffassung teilt. Aber ich würde gar nichts allzu Schlimmes dabei finden, wenn in einer bestimmten Frage ein solcher Gegensatz vorhanden wäre.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat immer wieder betont, daß der Herr Abgeordnete Dr. **Gradnauer** ein **rechtssozialistischer Minister** sei. Herr Dr. Rosenfeld sollte sich daran erinnern, daß es auch rechtsunabhängige Minister gibt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und wenn er die letzte Nummer der „Leipziger Volkszeitung" ansieht, wird er einen Bericht über die Generalversammlung der U. S. P. in Leipzig finden, die sehr unzufrieden mit dem **rechtsunabhängigen Minister Lipinski** (D) wegen des Polizeigesetzes war,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

das er im sächsischen Landtag eingebracht hat, in dem die Unabhängigen erklärten, daß die Fraktion gezwungen sei, dieses Gesetz ihres rechtsunabhängigen Ministers abzulehnen.

(Hört Hört! bei den Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Solche Dinge kommen also vor. Deshalb war meiner Auffassung nach gar kein Anlaß gegeben, in der Art und Weise, wie es der Abgeordnete Dr. Rosenfeld getan hat, diesen Gegensatz herauszuarbeiten. Ich weiß, daß der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld ein außerordentlich mißtrauischer Mensch ist und begreife aus dieser seiner Stimmung heraus, daß er ein so großes Mißtrauen gegen meinen Freund Gradnauer hat. Ich möchte einmal wissen, Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld, wenn Sie heute objektiv diejenige Periode untersuchen, in der Sie im preußischen Justizministerium gewesen sind, ob Sie dann noch Vertrauen zu der Tätigkeit haben, die Sie damals dort auszuüben hatten.

(Heiterkeit.)

Nun ein paar Bemerkungen zum **Ausnahmezustand**. Ich kann mich da dem Herrn Minister anschließen. Das hohe Haus hat in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, zur Frage des Ausnahmezustands Stellung zu nehmen. Meine Fraktion hat im Plenum bei dieser Gelegenheit immer dasselbe gesagt, was ich gestern in Konsequenz unserer Haltung im Reichshaushaltsausschuß auszuführen die Ehre gehabt habe. Wir halten die Zustände in Deutschland für so befriedet, daß wir glauben, heute ohne den Ausnahmezustand in Deutschland, insbesondere auch in Bayern, auskommen zu können.

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Ich brauche das nicht zu wiederholen, was meine Freunde, zuletzt mein Freund Gruber noch hier in diesem Hause, ausgeführt haben. Ich kann auch in bezug auf Ostpreußen nur das wiederholen, was ich gestern gesagt habe. Mir scheint in **Ostpreußen** gar kein Anlaß gegeben zu sein, den **Ausnahmezustand** aufrechtzuerhalten. Denn wenn eine militärische Gefahr vorhanden wäre, die den militärischen Ausnahmezustand verlangte, dürfte er meiner Auffassung nach nicht auf die Provinz Ostpreußen beschränkt bleiben. Nun ist allerdings demgegenüber bereits gestern im Reichshaushaltsausschuß, und zwar aus den Reihen der Abgeordneten, ausgeführt worden, daß für Ostpreußen insofern besondere Verhältnisse vorhanden sein sollen, als Ostpreußen, seitdem wir den Korridor haben, von dem übrigen Deutschland abgeschlossen ist. Wenn das aber, meine Herren, ein zureichender Grund sein soll, dann müßte in alle Ewigkeit der militärische Ausnahmezustand in Ostpreußen aufrechterhalten werden. Denn es werden doch wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus noch Truppen der polnischen Armee in der Nähe bereit stehen. So kann meiner Auffassung nach die Verfassung nicht interpretiert werden. Wir sagen also, daß aus den Verhältnissen der Provinz selbst heraus der Ausnahmezustand dort aufgehoben werden muß.

In bezug auf die **Verordnung,** die die **württembergische Regierung** über die **Vorzensur gegenüber den Kommunisten** herausgegeben hat, will ich daran erinnern, daß nach den gestern gemachten Mitteilungen diese Verordnung bereits seit dem 14. Juni aufgehoben ist. Der Staatspräsident Hieber, der Mitglied dieses hohen Hauses ist, hat, als der Antrag damals hier eingebracht wurde, bereits erklärt, daß die württembergische Regierung bereit sei, diese Verfügung aufzuheben. Ich kann nur bestätigen, daß das richtig ist, was der Herr Reichsminister des Innern hierzu ausgeführt hat, daß nämlich gerade unter Mitwirkung (B) des Reichsministeriums des Innern, das heißt ins persönliche übersetzt: unter Mitwirkung des Herrn Reichsministers Dr. Gradnauer, diese Ausnahmeverfügung in Württemberg aufgehoben worden ist.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Ist sie verfassungsmäßig oder nicht?)

— Ich halte sie nicht für verfassungsmäßig. Ich bin aber bereit, darüber zu streiten. Andere mögen aus staatsrechtlichen Gründen anderer Auffassung sein. Ich habe das gestern im Reichshaushaltsausschuß als meine persönliche Auffassung deutlich genug erklärt.

Nun hat der Herr Reichsminister des Innern gestern nicht lediglich seine persönliche Auffassung vorgetragen, sondern er hat referiert darüber, wie das preußische Staatsministerium und wie das Reichswehrministerium zur Frage der **Aufhebung des Ausnahmezustands in Ostpreußen** stehen. Er hat sich damit keineswegs die Gründe, die er objektiv anführen mußte, für seine Person oder gar für seine Fraktion zu eigen gemacht. Meine Fraktion hat bei jeder Gelegenheit dahin zu arbeiten versucht, daß, wenn eine Übereinstimmung mit den einzelstaatlichen Regierungen nicht erzielt werden kann, dann das Reich das Recht hat und haben muß, eventuell auch gegen den Willen einer einzelstaatlichen Regierung den Ausnahmezustand aufzuheben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber bei dem **föderativen Charakter** unserer **Verfassung** liegt es so, daß natürlich alle solchen Dinge pfleglich mit einer gewissen **Rücksicht auf die einzelnen Gliedstaaten** behandelt werden müssen, die wir einmal haben. Dem Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld möchte ich da erwidern, daß es meiner Auffassung nach für uns sehr unangenehm ist, daß wir so oft auf einzelstaatlichen Gegenwillen stoßen, wenn wir vom Reich aus durchdringen wollen. Aber auch daran sind ja seine Freunde nicht ganz unschuldig, denn einer derer, der am meisten auf diese einzelstaatlichen (C) Rechte gehalten hat, war bekanntlich der ermordete Ministerpräsident Eisner in Bayern, der vom ersten Tage seiner Regierung ab diesen einzelstaatlichen Willen entschieden bei den verschiedensten Gelegenheiten geltend gemacht hat.

Der große Gegensatz, den hier zu konstruieren versucht worden ist, ist also nicht da. Und ich kann für meine Fraktion erklären, daß wir von unserer immer vertretenen Auffassung nicht das geringste zurückzunehmen Gelegenheit nehmen werden, sondern daß wir bei jeder Gelegenheit die Reichsregierung dahin drängen werden, daß der Ausnahmezustand so bald als möglich in Deutschland restlos aufgehoben wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister des Innern Herr Gradnauer hat sich hinter die Reichsregierung verschanzt, um seine Haltung zu rechtfertigen. Entweder ist die **Politik,** die Herr **Gradnauer** verfolgt, im Widerspruch mit der Programmerklärung des Reichskanzlers, oder aber seine Politik erfolgt im Einverständnis mit der gesamten Regierung. Dann ist durch die praktische Politik der Reichsregierung bisher die Programmerklärung des Herrn Reichskanzlers Lügen gestraft worden, denn der Ausnahmezustand, der nach der Programmerklärung des Herrn Reichskanzlers längst beseitigt werden sollte, ist heute noch nicht in allen Teilen Deutschlands beseitigt worden.

Es scheint eine Regierungsmaxime des Herrn Ministers Gradnauer zu sein, daß man über die Taten und Absichten der Regierung möglichst wenig reden soll. Denn wie wäre sonst seine Erklärung anders auszudeuten, daß, je lauter man von den Zielen redet, die man zu ver- (D) treten suche, man sich um so weiter von ihnen entferne. Wenn Worte einen Sinn haben, so hat das nichts anderes bedeutet, als daß man die Regierung heimlich für sich arbeiten lasse, ohne ihre Taten zu besprechen und zu kritisieren. Das ist allerdings eine Regierungsmaxime, die einer Regierung, die mit dem Ausnahmezustand arbeitet, wohl ansteht, ein Regierungsgrundsatz, der im Grunde genommen auf das allbekannte reaktionäre „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" hinausläuft.

Meine Fraktion hat diese Gelegenheit benutzt, um den Antrag an das Haus zu richten, daß der Ausnahmezustand in allen Teilen Deutschlands unverzüglich aufgehoben werden soll. Der **Ausnahmezustand,** der heute noch in verschiedenen Teilen Deutschlands in Kraft ist, ist nichts anderes als eine Ausnahmemaßregel, die sich speziell gegen meine Partei, **gegen die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands,** richtet.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist der Sinn dieses Ausnahmezustandes, daß man die politische Tätigkeit, die Agitation und die Propaganda der kommunistischen Partei einschränken und in verschiedenen Teilen Deutschlands überhaupt unmöglich machen will.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Bisher hat sich gezeigt, daß dieser Ausnahmezustand nichts anderes ist als ein Ausnahmerecht, ein Sonderrecht, das sich gegen unsere Partei richtet. Aber indem man mit dem Ausnahmezustand die kommunistische Partei zu treffen sucht, will man nicht nur eine einzelne Partei aus dem politischen Leben ausschalten, sondern hinter dieser Absicht steht die andere weitergehendere, daß man mit der kommunistischen Partei zugleich die deutsche Arbeiterbewegung schädigen will.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Das ist der Sinn des **Ausnahmezustandes**, der heute namentlich noch in **Ostpreußen** aufrecht erhalten wird. Unbegründeter und mit fadenscheinigeren Entschuldigungen verteidigt hat wohl selten ein Ausnahmezustand bestanden wie der, der heute noch über Ostpreußen verhängt ist.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Durch diesen Ausnahmezustand wird es in Ostpreußen meiner Partei fast vollständig unmöglich gemacht, in Verbindung mit ihren Mitgliedern zu treten, in öffentlichen Versammlungen zu ihren Mitgliedern und der Bevölkerung zu sprechen. Die Propaganda und Agitation meiner Partei wird durch diesen Ausnahmezustand in Ostpreußen fast völlig unterbunden.

Aber noch schlimmer sind die Auswirkungen des Ausnahmezustandes, der heute noch in Süddeutschland besteht. Ich komme hier zur Begründung unseres Antrags im einzelnen auf die Auswirkung des **Belagerungszustands in Württemberg**, der nichts anderes bedeutet, als daß man zu den Zuständen zurückgekehrt ist, die während des Kriegs unter der Herrschaft der Militärdiktatur und Militärzensur geherrscht haben. Dieser Ausnahmezustand in Württemberg ist benutzt worden, um systematisch die Preßpropaganda der kommunistischen Partei zu unterbinden. Die Art und Weise, wie dies geschehen ist, ist so skandalös, erinnert so sehr an die schlimmsten Methoden der Militärzensur aus der Zeit des Krieges, daß es notwendig ist, ganz kurz die Wirkung dieser **Zensur gegen die kommunistische Presse** in Württemberg aufzuzeigen. Sie wurde so gehandhabt, daß jeder Zeitungsartikel des kommunistischen Parteiblattes in Stuttgart, der eine spezifisch kommunistische Note hatte und nicht den Absichten und dem Willen der Zensur entsprach, entweder sinnlos verstümmelt oder völlig gestrichen aus der Vorzensur wieder herauskam. Und wie hat diese Zensur gewütet? Ich will, ohne Ihnen im einzelnen die Zensur-
(B) fahnen vorzuführen, die gestrichene Artikel enthalten, die einen ganzen starken Band füllen, nur eine Stichprobe herausgreifen. Da wurde der Vorzensur ein Artikel über die Gründung kommunistischer Kindergruppen eingereicht. In diesem Artikel hieß es:

> Das proletarische Kind ist heute mehr denn je der Verwahrlosung preisgegeben. Der Kapitalismus zwingt nicht nur die erwachsenen Proletarier in die Arme des Unternehmers, er sieht im proletarischen Kind ein billiges, wehrloses und gefügiges Ausbeutungsobjekt. Legal ist die Ausbeutung der Kinder bis zu einem bestimmten Grade verboten, illegal besteht sie weiter. Der Kapitalismus zwingt die proletarischen Eltern, ihre Kinder fremder Ausbeutung zu überlassen.

Dieses Eintreten gegen die kapitalistische Ausbeutung der Kinder, verbunden mit der Absicht, die Kinder dieser Ausbeutung im frühen Lebensalter zu entziehen, wurde von der Stuttgarter Zensur gestrichen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da muß man allerdings sagen, daß selbst die borniertesten, niederträchtigste Militärdiktatur in der Zeit des Krieges nicht so borniert und niederträchtig war wie jene Vorzensur, die heute in der sogenannten demokratischen Republik in Stuttgart gegen unser Parteiorgan ausgeübt wurde.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Auf politischem Gebiet schließen sich diesem Wirken der Vorzensur andere Beispiele an. Eine Preßpolemik gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wurde von der Vorzensur völlig gestrichen, eine Polemik gegen das Regierungsprogramm des Kabinetts Wirth ebenso.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Eine tatsächliche Mitteilung, daß sich in Breslau ein Werbebureau der Orgesch aufgetan habe, wurde ebenfalls von der Vorzensur gestrichen. Das ist nun allerdings begreiflich; denn der Belagerungszustand in Württemberg (C) diente ebenso wie der Belagerungszustand in Bayern dazu, die Treibereien und die Rüstungen der Orgesch zu decken und sie zu fördern. Weiter wurde gestrichen ein Aufruf an die arbeitslosen und obdachlosen Proletarier Deutschlands, sich nicht zu Werbungen für Orgeschformationen, die nach Oberschlesien gesandt wurden, herzugeben.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen endlos Beispiele dieses Wirkens der Stuttgarter Vorzensur vorführen. Ich beschränke mich, um mit dieser Angelegenheit zum Schlusse zu kommen, darauf, Sie noch auf einen Punkt hinzuweisen. Ebenso wie die Militärzensur zur Zeit des Krieges Wert darauf legte, daß ihr bornieries und niederträchtiges Treiben nicht nach außen dringen sollte, hat auch diese Stuttgarter Pressezensur Wert darauf gelegt, daß ihr dunkles, vollständig undemokratisches und, nebenbei gesagt, im höchsten Grade verfassungswidriges Treiben nicht in die Öffentlichkeit bekannt werden soll. In einer Verfügung, die unserem Stuttgarter Parteiblatt zuging, hieß es:

> Die Aufmachung der heutigen Nummer des „Kommunist" mit ihrer beabsichtigten aufreizenden Wirkung gibt uns Veranlassung, Ziff. 3 unserer Verfügung vom 26. Mai 1921 dahin zu ergänzen, daß Zensurlücken jeglicher Art, namentlich auch schwarze sogenannte Spieße sowie schwarzer Überdruck von Artikeln mit sofortiger Wirkung verboten werden.

Es sollte also verhindert werden, daß die Öffentlichkeit sah, daß über diese Stuttgarter Zeitung die Vorzensur verhängt war.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, wie im alten Reichstage unter dem Wirken der Militärdiktatur von der alten Sozialdemokratischen Partei und von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei diese Hand- (D) habung der **Militärzensur** gebrandmarkt worden ist. Ich erinnere daran, daß es damals als eine der besonders großen Gemeinheiten der Militärzensur empfunden wurde, daß sie sogar ihre Existenz und ihr Wirken nach außen hin zu vertuschen suchte. Genau in dieser Art, wie die alte Militärzensur unter dem kaiserlichen Regime gearbeitet hat, genau so hat unter dem Ausnahmezustand in Württemberg die Orgeschzensur gegen die kommunistischen Parteizeitungen gearbeitet. Es ist uns vollständig klar, daß eine innere geistige Verwandtschaft besteht zwischen jenen Leuten, die jetzt unter der Herrschaft des Ausnahmezustands in Deutschland die Zensur ausüben, und jenen Leuten, die unter der Militärdiktatur in der Zeit des Krieges dieses unsaubere Handwerk geübt haben. Alle beide sind getragen von jenem reaktionären, von jenem militaristischen Geiste, der unter der Herrschaft des kaiserlichen Regimes Orgien feierte und der heute wieder überall dort emporblüht, wo der Ausnahmezustand freie politische Bewegungen und politische Kämpfe auszuschalten droht.

Meine Damen und Herren! Wir wundern uns eigentlich nicht, daß Herr **Minister Gradnauer**, der Reichsminister des Innern, Verständnis hat für diesen Ausnahmezustand und daß er im Namen der Reichsregierung die **Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes** in verschiedenen Teilen Deutschlands noch verteidigt. Denn Herr Gradnauer hat ja Erfahrungen mit dem Ausnahmezustand. Er hat in den Zeiten, als er in Sachsen Ministerpräsident war, gezeigt, daß er in Wahrheit nur mit dem Ausnahmezustand regieren konnte und daß der Ausnahmezustand sein vornehmstes Regierungsmittel gewesen ist.

(Abgeordneter Weigand: Die Kommunisten haben das in Bremen auch gut verstanden.)

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Bei dieser Vorbildung des Herrn Ministers Gradnauer ist er allerdings ein würdiger Kollege des Herrn Justizministers Schiffer, der sich neulich in seiner ganzen reaktionären Gesinnung hier vorgestellt hat.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber die Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion sollten sich hüten, ihren Kollegen Gradnauer in seinem politischen Wirken als Minister des Ausnahmezustandes in Schutz zu nehmen. Seine Genossen in Sachsen haben es längst für zeitgemäß befunden, von Herrn Gradnauer als Regierungsvertreter abzurücken,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und sie haben es längst für gut befunden, Herrn Gradnauer, dessen vornehmstes Regierungsmittel der Ausnahmezustand ist, nicht mehr einen Regierungsposten anzuvertrauen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Und diesen Politiker, der sich durch sein Arbeiten mit dem Ausnahmezustand bei seinen eigenen Genossen in Sachsen unmöglich gemacht hat, haben Sie zum Reichsminister des Innern gemacht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wenn man boshaft sein wollte, könnte man ja sagen: Sie haben Herrn Gradnauer zum Minister des Innern gemacht, weil Sie Ihren Anhängern vordemonstrieren wollten, daß alle Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien verderblich ist, weil Sie mit der Ernennung des Herrn Gradnauer zum Reichsminister des Innern die Koalitionspolitik überhaupt diskreditieren wollen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Nun aber, meine Damen und Herren, noch ein Wort zum Belagerungszustand in Bayern. Unter der Herrschaft des **Ausnahmezustandes ist Bayern** heute noch der Sitz (B) der Orgesch, der Sitz der bewaffneten Formationen der Reaktion, ist Bayern heute noch der Sitz der konzentrierten deutschen Reaktion. Und nun, meine Damen und Herren, sagt die Reichsregierung, der Belagerungszustand in Bayern könne so lange nicht aufgehoben werden, bis die **Entwaffnung in Bayern** vollzogen worden ist. Eine solche Anschauung charakterisiert allerdings den Geist der jetzigen Regierung; denn es ist klar: Ausnahmezustand und Bewaffnung der Reaktion in Bayern sind Dinge, die man politisch überhaupt nicht voneinander trennen kann. Eine wahrhaft demokratische Regierung, eine demokratische Regierung revolutionären Ursprungs würde an die Entwaffnung in Bayern nicht unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes herangehen, sondern ihre erste Maßnahme zur Durchführung der Entwaffnung in Bayern würde die Aufhebung des Belagerungszustandes sein.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Wollen Sie mit dem Zwischenruf sagen, daß Sie den Ausnahmezustand in Bayern für gut halten?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein!)

— Wozu machen Sie denn so törichte Zwischenrufe?!

Der Herr Reichskanzler hat in seiner Programmrede — und er wiederholt das bei jeder Gelegenheit, bei der er hier im Hause spricht — an die Mitarbeit aller Parteien zur Durchführung des Ultimatums appelliert. Wenn er Ernst machen will mit der Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen des Ultimatums, mit der Entwaffnung der Reaktion in Bayern, so hätte er zunächst einmal den Boden für eine solche praktische Mitarbeit schaffen müssen, indem er den Ausnahmezustand in Bayern beseitigt hätte. Denn, meine Damen und Herren, diese Entwaffnung wird nicht vollzogen, weil und wenn die Reichsregierung ein Dekret erläßt, sondern nur im scharfen politischen Kampfe gegen die Reaktion, und die Kräfte, auf die sich eine wahrhaft demokratische Regierung bei der Durchführung der Entwaffnung stützen müßte, die demokratisch-revolutionären Kräfte müßten durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes erst einmal entfesselt werden. Indem aber die Reichsregierung und der Herr Minister Gradnauer die Ansicht vertreten, daß man das eine vom andern trennen kann, daß man entwaffnen kann, ohne vorher den Ausnahmezustand aufzuheben, zeigt sie, daß sie nicht eine wahrhaft demokratische Regierung ist, sondern nichts anderes als eine Obrigkeitsregierung, die da glaubt, daß sie der bewaffneten Reaktion in Deutschland mit papiernen Dekreten entgegentreten könne. Wenn aber die Regierung so auf der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands in Bayern beharrt, wenn sie nicht alle Schritte tut, um ihn unverzüglich aufzuheben, dann ist es die Pflicht der Parteien, denen es mit der Entwaffnung der Reaktion in Bayern ernst ist, das zu tun, was diese angeblich demokratische Regierung verabsäumt, auf der ganzen Linie und mit aller Kraft den Kampf aufzunehmen gegen den Ausnahmezustand und damit gegen die bewaffnete Reaktion in Deutschland. (C)

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Inzwischen ist auf Drucksache Nr. 2343 eine Entschließung Bartz (Hannover) und Genossen zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben eingegangen, der Reichstag wolle beschließen:

> der auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Einzelstaaten bestehende Ausnahmezustand wird aufgehoben.

Nach meinem Dafürhalten ist diese Form einer Entschließung wohl nicht die richtige.

Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat die (D) Darstellung bemängelt, die ich vor einigen Tagen über das **Verfahren gegen** den früheren Regierungspräsidenten **v. Jagow** gegeben habe. Ich habe damals erklärt, daß die Annahme, als ob Herr v. Jagow unter die Amnestie gebracht worden wäre, irrig ist, daß das Verfahren gegen Herrn v. Jagow schwebt, daß es unmittelbar vor der Erhebung der Anklage steht, und ich habe hinzugefügt, daß gegen Herrn v. Jagow ein Haftbefehl erlassen worden ist, der aber mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Herrn v. Jagow und ein ärztliches Attest, das sich über diesen Gesundheitszustand verbreitet, nicht vollstreckt worden ist. Herr v. Jagow hat demgegenüber in einer Tageszeitung eine Erklärung veröffentlicht, die darauf hinauskommt, daß er sagt, der Tatbestand sei: „Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank".

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Ein gesunder Junge! — Heiterkeit.)

Daraus hat Herr Dr. Rosenfeld geglaubt entnehmen zu dürfen, daß meine Darstellung unrichtig ist.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Also er ist doch krank!)

Diese Annahme ist unzutreffend. Der Beschluß, durch welchen Herr v. Jagow von der Vollstreckung des Haftbefehls befreit worden ist, ist im März dieses Jahres vom Reichsgericht erlassen. Die Entscheidung des Reichsgerichts lautet, daß Herr v. Jagow gegen Leistung einer Sicherheit in Höhe von 500000 Mark von der Untersuchungshaft verschont werden solle. Dieser Beschluß geht auf Anträge zurück, die der Verteidiger des Herrn v. Jagow, Geheimer Justizrat v. Gordon, gestellt hat. Der erste dieser Anträge vom 9. September 1920 wird damit begründet, daß v. Jagow in seiner Jugend an schwerer Tuberkulose gelitten

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

(**Schiffer**, Reichsjustizminister.)

(A) und nur durch eine besondere Lebensweise, häufiges Reiten, viel Bewegung in frischer Luft und kalte Abwaschungen

(stürmische Heiterkeit auf der äußersten Linken)

sich am Leben erhalten habe.

(Andauernde Heiterkeit und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

— Meine Herren, ich weiß nicht, weshalb Sie mich unterbrechen. Es ist doch für Sie sehr interessant, zu hören, was Herr v. Jagow sagt.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Aber für Sie ist es doch blamabel!)

— Ich weiß auch nicht, wieso die Krankheit des Herrn v. Jagow für mich blamabel sein soll. Sie ist doch wohl ein Gegenstand unserer allgemeinen menschlichen Teilnahme, wie ich annehme.

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Der Antrag führte also aus, durch Vollstreckung der Untersuchungshaft sei bei dieser Sachlage eine Gefährdung der Gesundheit des Herrn v. Jagow zu befürchten. Am 9. November 1920 reichte der Verteidiger, Geheimrat v. Gordon, erneut einen Antrag auf Verschonung v. Jagows mit der Untersuchungshaft ein. Auch dieser Antrag war begleitet von dem Hinweis auf die Gefahren für die Gesundheit des Beschuldigten, und es war dem Antrag ein ärztliches Gutachten eines Herrn Dr. Neumann aus Charlottenburg beigefügt, in dem unter anderen Krankheiten auf die in der Jugend durchgemachte Erkrankung an Tuberkulose sowie auf eine zurzeit noch bestehende Leberanschoppung hingewiesen war.

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Unter diesen Umständen kann ich wohl feststellen, daß meine Darstellung von Anfang bis Ende zutreffend und die Anzweiflung dieser Darstellung unter Berufung auf (B) Herrn v. Jagow unbegründet ist.

(Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Mittwoch.

Mittwoch, Abgeordneter: Herr Minister Gradnauer ist mit einiger Geschwindigkeit über den **Belagerungszustand in Ostpreußen** hinweggeglitten. Das Thema war wohl peinlich für ihn, weil er an Argumenten für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Ostpreußen aber auch nicht das mindeste anführen konnte. Ja, er mußte selbst zugeben, daß der Polizeipräsident von Königsberg, der Rechtssozialist Lübbring, selbst für die Aufhebung dieses Belagerungszustandes eingetreten ist, und ich weiß, daß Herr Lübbring — und nicht nur Herr Lübbring, sondern auch der Rechtssozialist Seemann von Königsberg — sich dem Oberpräsidenten Siehr gegenüber erst vor wenigen Wochen sehr scharf für die Aufhebung dieses Belagerungszustandes ausgesprochen hat.

Aber Herr Minister Gradnauer hat vollkommen recht: es sind andere Leute da, die den Belagerungszustand in Ostpreußen brauchen. Er hat diese anderen Leute nicht genannt; ich will sie nennen: es ist der Oberpräsident Siehr und vor allen Dingen der General Dassel, der seinen Namen mit Recht trägt. Der Oberpräsident Siehr behauptet bekanntlich, daß die ostpreußische Grenze immer noch durch Polen bedroht sei. Wenn man darauf warten wollte, bis die angebliche Bedrohung der ostpreußischen Grenze durch Polen wegfällt, dann kann man allerdings noch sehr lange auf die Aufhebung des Belagerungszustandes warten.

In erster Linie ist es aber wohl ein anderer, der des Belagerungszustandes zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Herrschaft in Ostpreußen bedarf, und das ist der berüchtigte Kappgeneral v. Dassel, der seinerzeit nichts zur (C) Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getan hat, als die Kappistischen Studentenbanden mit Hakenkreuzen und schwarz-weiß-roten Fähnchen durch Königsberg tobten, der **General Dassel**, der zur Aufrechterhaltung der republikanischen Staatsautorität nichts getan hat, als das schwarz-weiß-rote Läppchen auf dem Palast der Justitia in Königsberg aufgezogen wurde, der ruhig zusah, daß dieses Ding so lange wehte, bis von Berlin der frische Wind kam, der Kapp und seine Freunde wegfegte. Damals ist er nicht mit der Waffe des Belagerungszustandes, die ihm doch eine so ungeheure Macht in die Hand gibt, eingeschritten, um diese Rebellen in ihre Schranken zu weisen, sondern da hat er wahrscheinlich sehr lustig von seinem fröhlichen Sitz auf dem Roßgarten aus zugeschaut, wie die neue Gewalt aufgerichtet werden sollte.

Der Herr Minister Gradnauer sagte dann: es sind aber doch in **Ostpreußen** auch viele **Arbeiter in der Einwohnerwehr.** Herr Minister Gradnauer möge sich unterrichten lassen, was das für Arbeiter sind. Wenn er es nicht weiß, will ich es ihm sagen. Meine Herren, man braucht meiner Auffassung nach den Belagerungszustand in Ostpreußen, um die Entwaffnung zu hintertreiben, die die Reichsregierung angeblich auch dort durchführen will. Wer sind die Arbeiter, die in den ostpreußischen Einwohnerwehren ihr Wesen treiben? Meine Herren, gehen Sie nur hin nach Heiligenbeil, nach der Grenze bei Marggrabowa usw.; da werden Sie sehen, wie die Förster und Gutsbesitzer ihre Orgeschbanden dressieren, wie sie Geländeübungen abhalten, wie sie die armen Instleute, Knechte usw. in diese Einwohnerwehren hineinzwingen, wie sie gepreßt werden, wie man sie veranlaßt, Geländeübungen, Appells usw. mitzumachen, all den Kram, den sie im Weltkrieg wahrhaftig lange genug am eigenen Leibe gespürt haben, den sie heute endlich einmal los sein (D) wollen. Aber die Herren befehlen; sie müssen hinein, und sie unterschreiben auch die Listen, die ihnen vorgelegt werden. Mit diesen Listen geht man dann paradieren und sagt: seht einmal, wieviel Arbeiter in den Einwohnerwehren Ostpreußens sind! Aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, wenn unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter, die nur einigermaßen bekannt sind, sich diesen Organisationen nähern würden, dann würden sie aufs schleunigste hinausbefördert, wie man das ja schon bei den Sicherheitskompagnien, die man früher eingerichtet hatte, gehabt hat. Die hat man sehr schnell „gesäubert". Da hat man die Leute, die in politischer Beziehung einigermaßen anrüchig waren, schleunigst hinausgefegt, so daß die Geschichte „stubenrein" geworden ist.

Meine Herren, Herr v. Dassel braucht den Belagerungszustand, und Herr v. Dassel ist wahrscheinlich der einzige, der wirklich noch den Belagerungszustand ernsthaft braucht. Ich will Ihnen noch weiter sagen, wozu er ihn braucht. Auch in Ostpreußen haben, wie überall in Deutschland und überall in der Welt, die Arbeiter beabsichtigt, den 1. Mai festlich zu begehen, ihren Weltfeiertag, den sie seither überall und immer gefeiert haben. Nur in **Ostpreußen** sollte kraft des Belagerungszustandes und kraft einer Verfügung des Herrn v. Dassel die **Feier des 1. Mai** den Arbeitern unterbunden werden. Da erdreistete sich dieser kappistische General, den Ersten-Mai-Umzug der Arbeiter zu verbieten mit der geradezu lächerlichen, fadenscheinigen Begründung, daß die Kommunisten irgendwelche Unruhen beabsichtigten. Meine Herren, die Kommunisten haben gar nicht daran gedacht, dort irgendwelche Geschichten zu machen. Die Kommunisten waren ganz ruhig und waren damit ganz einverstanden, daß der 1. Mai gefeiert wurde, aber Herr v. Dassel wollte wieder einmal seine Macht

(**Mittwoch**, Abgeordneter.)

(A) fühlen lassen. Da mußte er diesen Ersten-Mai-Umzug den Arbeitern verbieten, und zwar nicht nur in Königsberg, sondern in ganz Ostpreußen. Er hat allerdings die Quittung erhalten. Die Arbeiter pfiffen auf das Verbot des Herrn v. Dassel, und als die Arbeiterschaft am selben Tage diesem kappistischen Herrn v. Dassel klarmachte, daß sie den 1. Mai trotzdem feiern würde, daß sie sich trotz Belagerungszustand, trotz Orgesch und Reichswehr und Dassel ihren Maifeiertag nicht nehmen lassen würde, da kippte dieser mutige General um und nahm das Verbot zurück. Und als das Unabhängige Parteiblatt, die „Freiheit" in Königsberg, nun die Arbeiter aufforderte, am 1. Mai erst recht trotz dieses Verbots den Tag zu feiern, war es wieder Herr v. Dassel, der gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitung den Strafantrag stellte, weil er die staatliche Autorität verletzt habe, derselbe Herr, der beim Kapp-Putsch wahrscheinlich fröhlich den Hakenkreuzbanden vorangegangen wäre, wenn es mit seiner Stellung vereinbar gewesen wäre. Derselbe Herr stellte Strafantrag, und Sie haben neulich Gelegenheit gehabt, diesen Strafantrag in den Papierkorb wandern zu lassen.

Meine Herren und Damen! In Ostpreußen ist kein Putsch gewesen. In Ostpreußen ist alles ruhig gewesen. Ostpreußen ist auch von den Polen nicht bedroht. Es ist eine dreiste Lüge, wenn man behauptet, daß **Ostpreußen von den Polen** heute **bedroht** werde. Ich erinnere Sie daran, als seinerzeit die Bolschewiki in den polnischen Korridor eingedrungen waren, da hat man auch den Belagerungszustand gebraucht, weil man sagte: jetzt müssen wir die ostpreußische Grenze schützen. Und wir haben doch alle gesehen, wie fadenscheinig und lächerlich die Behauptung war, daß die Bolschewiki die ostpreußische Grenze angreifen würden. Genau so steht es mit den Polen. Die Polen denken gar nicht daran.

(B) Wir haben in diesen Tagen den Staatsvertrag über den Verkehr durch den polnischen Korridor beraten. Da werden Sie doch nicht glauben, meine Herren, daß die Polen in diesem selben Augenblick daran denken, die ostpreußische Grenze zu verletzen. Daran glauben die Herren Dassel und Siehr auch nicht, aber sie klammern sich mit allen Fasern an den Belagerungszustand, mit dem, wie Cavour einmal gesagt hat, bekanntlich jeder Esel regieren kann.

Ich sagte schon, es ist in Ostpreußen kein Putsch gewesen. Beim mitteldeutschen Putsch war es in Ostpreußen vollkommen ruhig. Auch nachher ist es in Ostpreußen vollkommen ruhig gewesen. Dafür sprechen auch die Ausführungen des Königsberger Polizeipräsidenten Lübbring. Es ist also vollkommen ruhig gewesen, und es wird auch weiter ruhig sein. Es wird aber vielleicht nicht ruhig bleiben, wenn dieser schandbare Zustand nicht endlich von Ostpreußen genommen wird,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn **Ostpreußen** nicht endlich von diesem schändlichen **Belagerungszustand** befreit werden wird, wenn die Arbeiter unter diesem schändlichen Belagerungszustand weiter geknebelt werden, wenn ihre Versammlungen verboten werden, wie es mit den kommunistischen Versammlungen geschieht, wenn ihre Zeitungen unterdrückt werden, wenn ihre Redakteure eingesperrt werden und wenn auf der anderen Seite die Hakenkreuzer in den Städten herumziehen und die Orgeschbanden in den ostpreußischen Wäldern ihre Übungen veranstalten können, nachdem Sie hier beschlossen haben, daß entwaffnet wird.

Das bedenken Sie, meine Herren; und wenn Sie das bedenken, dann werden Sie, glaube ich, sehr rasch zu dem Schluß kommen, daß Sie mit dem Belagerungszustand in Ostpreußen aufräumen müssen. Wir verlangen aber nicht nur Beseitigung des Belagerungszustandes in Ostpreußen, wir verlangen Beseitigung des Ausnahme- und Belagerungszustandes in ganz Deutschland, weil er (C) eine Schmach ist für die Republik.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Inzwischen ist die von dem Abgeordneten Bartz und Genossen vorgeschlagene Entschließung, die ich vorhin verlesen habe, zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben wie folgt geändert worden:

> Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, den auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Einzelstaaten bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben.

Da diese Formulierung meines Erachtens formell korrekt ist, so werde ich am Schlusse der Beratung über Tit. 1 des Kap. 1 hierüber abstimmen lassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Herrn Minister und dem Herrn Abgeordneten Müller antworte, gestatten Sie mir ein Wort zu den Mitteilungen des Herrn Justizministers über den **Fall des Herrn v. Jagow**. Der Herr Justizminister hat die Behauptung aufrechterhalten, daß der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow wegen dessen Erkrankung aufgehoben sei. Demgegenüber steht die Tatsache, daß Herr v. Jagow sagt: ich war seit März 1920 nicht krank. Wir haben es also hier mit einem Kranken zu tun, der von seiner eigenen Krankheit nichts weiß! Wie mir Mediziner gesagt haben, ein Novum in der Medizin, aber bei Herrn v. Jagow natürlich möglich.

Nach den Mitteilungen des Herrn Justizministers ist der Haftbefehl auf Grund einer Kaution von 500 000 Mark aufgehoben worden. Auch das ist ein Beitrag zur Beurteilung unserer Rechtspflege.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte wohl wissen, wo sonst ein Haftbefehl aufgehoben wurde, wenn es sich um ein Verfahren wegen (D) Hochverrats handelte. Aber gegen einen Mann, der in der Lage ist, eine halbe Million Sicherheit zu stellen, kann, wie man sieht, auch in Hochverratssachen ein Haftbefehl aufgehoben werden. Klarer kann doch der Klassencharakter unserer heutigen Justiz gar nicht zum Ausdruck kommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Aufhebung eines Haftbefehls, die einem Arbeiter unmöglich ist — ein Arbeiter kann eine halbe Million Kaution nicht stellen —, erfolgt bei den besitzenden Klassen ohne weiteres; wer genau dasselbe getan hat wie ein Arbeiter, braucht nicht in Untersuchungshaft zu sitzen, wenn er eine halbe Million Sicherheit leisten kann.

Aber der Fall Jagow gibt noch weitere Veranlassung zur Besprechung unserer heutigen Zustände. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß für die Aufhebung des Haftbefehls auch die Tatsache bedeutungsvoll war, daß Herr v. Jagow leidend sei. Ich war gespannt darauf, welche Art von Leiden Herrn v. Jagow angedichtet würden, denn er sagt doch selbst, er sei gesund. Nach dieser Richtung haben wir gehört, daß der schwerleidende Mann deshalb als krank angesehen wird, weil er in der Jugend Tuberkulose gehabt hat

(Lachen und Zurufe von der äußersten Linken)

und weil er außerdem jetzt an Leberanschoppung leide. Mir hat ein Arzt gesagt, daß diese Leberkrankheit eine minimale ist, daß man sie leicht bei sehr vielen Menschen feststellen kann.

(Abgeordneter Dr. Moses: Was man nicht deklinieren kann, das sieht man als Leberanschoppung an! — Heiterkeit.)

— Nun, da haben wir ja die medizinische Erläuterung und Verdeutlichmachung der schweren Krankheit, an der der arme Herr v. Jagow leidet.

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Die Sache hat aber auch eine sehr ernste Seite, und ich möchte doch einmal die Frage aufwerfen: wo kann der Herr Justizminister einen Fall nennen, in dem ein Arbeiter wegen Lungentuberkulose mit der Haft verschont wird?

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Ich möchte fragen, ob wohl sonst gerade auf Lungentuberkulose so große Rücksicht genommen wird? Unter den Massen von Fällen, in denen **Anträge auf Aufhebung des Haftbefehls wegen Tuberkulose** abgelehnt sind, will ich hier nur einen Fall vortragen, der mir gerade von einem Kollegen in die Hand gedrückt worden ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie ist jetzt noch vorhanden!)

— Gewiß, Sie haben vollkommen recht, es ist ein Fall, wo die Tuberkulose jetzt noch vorhanden ist, während bei Herrn v. Jagow ja nur gesagt ist, sie sei einmal in seiner Jugend vorhanden gewesen. — Es handelt sich hier um den **Fall eines Arbeiters Wehr,** der sich in Westfalen in Haft befindet und der die Haftentlassung mit Rücksicht auf seine Krankheit, die Lungentuberkulose, beantragt hat. Dieser Fall ist gar nicht zu vergleichen mit dem Fall des Herrn v. Jagow, der wegen Hochverrat eine schwere Strafe zu gewärtigen hat. Wehr ist nur mit 7 Monaten Gefängnis bestraft worden und hat davon schon einen Teil verbüßt.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ihm wird vom Arzt, vom Kreisarzt, bescheinigt:

> Wehr ist seit Jahren lungenleidend und vom Militär wegen Lungentuberkulose entlassen,
>
> (hört! hört! auf der äußersten Linken)
>
> wurde auch wegen Lungentuberkulose invalidisiert. Der Lungenbefund ist ungefähr der gleiche wie am 5. September 1918. Es handelt sich um eine vorgeschrittene Lungentuberkulose im zweiten
>
> (B) Stadium.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Jeder Mediziner kann uns sagen, daß, wenn ein mit solcher Krankheit im zweiten Stadium Behafteter ins Gefängnis kommt, das natürlich verhängnisvoll für ihn wirken muß, es ist so gut wie das Todesurteil.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Und dieses Todesurteil wird vollstreckt. Der Mann sitzt heute noch im Gefängnis, und keine Hand rührt sich, um diesen Mann zu befreien.

(Zuruf von der äußersten Linken: Skandal!)

Und da erfahren wir, daß Herr v. Jagow wegen einer in seiner Jugend erlittenen Lungentuberkulose nicht in Haft sitzt.

(Zuruf von der äußersten Linken: Inzwischen ist er Soldat gewesen, Major, also dazu war er gesund!)

Meine Damen und Herren! Wenn dies Verfahren allgemein werden soll — und darüber läßt sich ja streiten, ob es richtig wäre, alle, die in ihrer Jugend Lungentuberkulose gehabt haben, niemals ins Gefängnis zu stecken —, dann möchte ich den Hunderten von Kindern, die jetzt zum Beispiel in Buch wegen Lungentuberkulose in Behandlung sind, den Rat geben, sich ein ärztliches Attest zu sichern. Das würde ihnen nach dem Jagowschen Prinzip für alle Ewigkeit die Sicherheit geben, vor dem Gefängnis bewahrt zu werden. Und ich kann nur wünschen, daß der Herr Minister Schiffer noch recht lange am Ruder ist, damit er alle Leute, die einmal wegen jugendlicher Tuberkulose behandelt worden sind, Zeit ihres Lebens vor der Abbüßung einer Freiheitsstrafe bewahrt.

Aber ich möchte Sie noch auf einen anderen Fall hinweisen, der, wie ich hoffe, allgemeines Interesse hier im Hause findet, nämlich auf den **Fall** meines Parteifreundes, **des Dichters Toller.** Dieser Mann, der wegen rein politischer Delikte in Bayern festgehalten und, obgleich er inzwischen Abgeordneter zum Bayerischen Landtag geworden ist, nicht aus der Haft entlassen wird, hat nicht nur in der Jugend Lungentuberkulose gehabt, er ist auch jetzt hochgradig tuberkuloseleidend, und es gibt Atteste von Autoritäten ersten Ranges, in denen Toller bescheinigt wird, daß er tuberkulosekrank ist. Auch der Gefängnisarzt hat es bestätigt. Trotzdem wird dieser Mann in Haft behalten! Ich nehme an, der Herr Justizminister hat das bis heute nicht gewußt; nachdem er aber jetzt Kenntnis davon bekommen hat, wird er seinerseits mit seiner bekannten starken Hand in Bayern durchsetzen, daß unser Freund Toller endlich aus der Haft entlassen wird. Allerdings, eine halbe Million, Herr Minister, wird unser Freund Toller nicht zur Verfügung stellen; dazu wird er nicht in der Lage sein. Wir sehen jetzt, wie die Justiz ausgeübt wird in einem Falle, wo jemand in der Jugend tuberkuloseleidend war und dann eine halbe Million Kaution stellt, und wir werden sehen, wie jemand behandelt wird, der noch jetzt hochgradig leidend ist, aber keine halbe Million hat. Das wird ein weiterer Beitrag sein zur Beurteilung des Klassencharakters unserer Justiz.

Ich wende mich nun zu der **Frage des Ausnahmezustandes.** Der Herr Minister Gradnauer glaubte, sich seine Sache sehr leicht machen zu können. Er meinte, über die Anklagen, die gegen ihn erhoben wurden, mit der Erklärung hinweggehen zu können: mit schallenden Reden sei nichts zu erreichen. Herr Minister, haben Sie Ihre Jugendzeit schon ganz vergessen?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere mich noch mit Freuden der Zeiten, wo ich das Vergnügen hatte, von Ihnen solche schallenden Reden zu hören.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damals haben Sie mir viel besser gefallen als heute, und ich glaube auch, daß die Bevölkerung und auch Ihre (D) Parteifreunde damals viel mehr Verständnis für Sie hatten, als es morgen der Fall sein wird, wenn Ihre Freunde in Ihren Zeitungen, falls sie wahr berichten, Ihre Reden lesen werden. Es ist nun einmal so, daß Parteien, die in der Opposition stehen, nichts anderes können, als Reden zu halten, und je schallender die Reden sind, um so eher kann man hoffen, daß sie auch in das Ohr eines solchen Ministers wie des Ministers Gradnauer eindringen.

Der Herr Minister meinte weiter, das Ziel, das man erstrebe, habe sich durch meine Reden — ich bin gar nicht so unbescheiden, überhaupt eine so große Wirkung zu erwarten — eher entfernt, als daß es sich genähert habe. Ich hätte erwartet, der Herr Minister würde eine solche Erklärung etwas begründen, und ich habe mir, da er hierüber schwieg, den Kopf zerbrochen, was der Herr Minister wohl damit gemeint haben kann. Ich habe aber nur die eine Erklärung gefunden, daß er nun gerade, weil wir mit aller Energie die Aufhebung des Ausnahmezustandes fordern, wie ein bockiges Kind ihn erst recht nicht aufheben will. Sonst finde ich für seine Ausführungen nicht die geringste Erklärung.

Eine Anklage hat der Herr Minister gegen mich erhoben. Er hat behauptet, ich hätte mit meiner Rede ein Beispiel unwahrhaftiger Berichterstattung gegeben.

(Zuruf rechts.)

— Sie auf der Rechten stimmen zu, gewiß, der Herr Minister Gradnauer findet den Beifall am ehesten bei Ihnen (nach rechts), ich beneide ihn nicht um den Beifall der Deutschnationalen.

(Zuruf rechts: Es war kein Beifall!)

— Haben Sie nicht gehört, was Ihr Hintermann gesagt hat? — Ich habe bedauert, meine Damen und Herren, daß der Herr Minister einen so schwerwiegenden Vorwurf er-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) hoben hat, einen Vorwurf, der gar nicht leicht zu nehmen ist, den **Vorwurf unwahrhaftiger Berichterstattung**, und ich bin der letzte, der einen solchen Vorwurf leicht hinzunehmen bereit ist. Ich verstehe aber nicht, wie der Herr Minister einen solchen Vorwurf erheben konnte, und ich muß einen solchen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich wende mich an alle Mitglieder des Hauptausschusses, die den Herrn Minister gestern selbst gehört haben, und ich warte ab, ob einer hierhertreten und behaupten wird, daß ich nicht richtig wiedergegeben hätte, was der Herr Minister gestern gesagt hat. Ich bin in der Lage, mich auf mein wörtlich aufgenommenes Stenogramm zu berufen, und wenn Sie sonst kein Zutrauen zu mir haben, zu meiner stenographischen Kunst können Sie schon soviel Vertrauen haben, daß ich Wort für Wort Ihre Erklärungen aufgenommen habe, und genau so wortwörtlich habe ich sie hier wiedergegeben. Es ist auffallend, Herr Minister, daß Ihr Parteifreund Müller, der nach mir und nach Ihnen gesprochen und den Versuch gemacht hat, in einzelnen Punkten Sie zu schützen, kein Wort der Unterstützung für Ihre Behauptung über meine Berichterstattung gesagt hat. Ich glaube deshalb, daß der Vorwurf unwahrhaftiger Berichterstattung mit aller Schwere auf Sie zurückfällt,

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zuruf des Reichsministers des Innern Dr. Gradnauer.)

— Ach, Sie ziehen sich jetzt auf die „Freiheit" zurück, vorhin haben Sie beides durcheinandergeworfen und haben sich gegen die „Freiheit"-Berichterstattung und meine Erklärung hier gewandt und haben dann den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit erhoben. Ich konstatiere also, daß Sie den Vorwurf gegen mich nicht erheben.

(Zuruf des Reichsministers des Innern Dr. Gradnauer.)

(B) — Ach, jetzt wieder eine neue Wendung: in erster Linie gegen die „Freiheit". Herr Minister, kneifen Sie nicht, sagen Sie, was Sie wollen, und stehen Sie zu dem, was Sie gesagt haben.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Erst erklärte der Herr Minister, mir den Vorwurf der unwahrhaftigen Berichterstattung machen zu wollen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Gegen die „Freiheit" hat er ihn gemacht!)

— Hören Sie zu Ende! — Dann gibt er durch einen Zwischenruf zu erkennen, daß er nur die „Freiheit" meinte, und jetzt sagt er: in erster Linie die „Freiheit". Also es bleibt der Vorwurf gegen mich bestehen: in zweiter Linie. Herr Minister, das erweckt nicht gerade Vertrauen zu der Art, wie Sie die Dinge behandeln. Aber dieses Schwanken bei Ihnen läßt ja schon erkennen, wie wenig begründet Ihr Vorwurf ist. Im übrigen bin ich in der Lage, mich ausdrücklich auf meine Freunde, die im Hauptausschuß anwesend waren, zu berufen, und ich kann dem Herrn Minister versichern, daß alle meine Freunde, die dabei waren, und auch das kommunistische Mitglied des Ausschusses mir erklärt haben, und andere haben nicht widersprochen, daß meine Berichterstattung hier durchaus zutreffend gewesen ist.

Soviel über den Vorwurf der unwahrhaftigen Berichterstattung. Der Herr Minister ist dann sachlich auf meine Rede eingegangen und hat sich hinter die Behauptung zurückgezogen, daß er als Mitglied einer Koalitionsregierung nicht ausschließlich seine persönliche Meinung zur Darstellung bringen könne. Selbstverständlich, Herr Minister, nur hat diese Erklärung gestern gefehlt,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

so daß wir gestern alle den Eindruck hatten, das sei Ihre persönliche Meinung.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen beweist aber diese Erklärung, die Sie heute (C) abgegeben haben, nur, welcher Unsinn es ist, eine **sozialistisch-kapitalistische Koalitionsregierung** bilden zu wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ja gerade ein Grund für uns, keine solche korrumpierende Verbindung einzugehen, weil es in einer solchen Koalitionsregierung unmöglich ist, sozialistische Auffassungen durchzusetzen. Diese Erklärung ist also der beste Beweis für die Richtigkeit der Haltung, die wir einnahmen, als wir es ablehnten, uns mit dem Bürgertum zu koalieren.

Der Herr Minister hat dann weiter gemeint, er müsse sich mit den Landesregierungen in Verbindung setzen und müsse die Landesregierungen überzeugen. Ja, Herr Minister, so lange Sie glauben, die Regierung Kahr überzeugen zu sollen, so lange allerdings wird es unmöglich sein, in **Bayern** den **Ausnahmezustand** aufzuheben. Mit Überzeugungsgründen, mit noch so guten Gründen der Vernunft werden Sie Herrn v. Kahr nicht dazu bringen, auf den Ausnahmezustand in Bayern zu verzichten. Darum bedeutet es den Bankerott dieser Regierung, wenn Sie mit der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes abwarten will, bis Herr v. Kahr überzeugt ist.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die **württembergische Ausnahmeverfügung** hat der Herr Minister auch heute gerechtfertigt. Er hat damit, wie ich doch wohl richtig verstanden habe, seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Er hat persönlich erklärt, daß er diese Verfügung, die in Württemberg nur gegen das kommunistische Blatt ergangen ist, für verfassungsmäßig zulässig hält. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren, daß man eine Spezialverfügung gegen ein bestimmtes Blatt mit dem Art. 48 der Reichsverfassung rechtfertigt. Der Herr Minister berief sich auf die Verordnung, die Werbemaßnahmen unter Strafe stellt. Ja, das ist eine Spezialvorschrift insofern, als sie einen kleinen Ausschnitt von möglichen Handlungen unter Strafe stellt. Aber hier handelt es sich doch um Handlungen, die jeder Mensch im Volke begehen kann, und darum liegt eine generelle Anordnung vor. Bei der Verordnung in Württemberg aber, die nur gegen das kommunistische Blatt gerichtet ist, handelt es sich um eine Spezialverfügung gegen ein bestimmtes Blatt. (D)

(Sehr richtig! bei der äußersten Linken.)

Das ist eine Verfügung, die gegen die Verfassung verstößt. Ich freue mich, daß auch der Herr Abgeordnete Müller zu dem gestanden ist, was er gestern gesagt hat, und auch die Fraktion der Rechtssozialisten diese Verordnung für verfassungswidrig ansieht. Es bleibt also dabei, daß der Minister eine Verordnung deckt, deren Verfassungswidrigkeit von seiner eignen Fraktion anerkannt wird.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Und da sagt Herr Müller, so schlimm sei es nicht mit diesem Gegensatz, es bestünde kein so großer Gegensatz, Herr Gradnauer teile grundsätzlich seine Auffassung. Ja, meine Damen und Herren, kann es etwas Grundsätzlicheres geben als die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Verordnung? Und hier ist dieser klaffende Widerspruch zwischen Herrn Müller und Herrn Gradnauer, ein Widerspruch, für den ich keine Lösung finde.

Wenn der Herr Abgeordnete Müller auf das Verhalten meiner Freunde in **Sachsen** hinwies, auf die Vorgänge in der letzten **Generalversammlung in Leipzig** — —

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da geht's sehr böse her!)

— Ich weiß nicht, ob es böse herging. Ich weiß nicht,

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) ob Sie dabei waren oder ob Sie Spitzelberichte gelesen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Kahmann: Das habe ich aus der „Leipziger Volkszeitung"!)

— Die habe ich hier und stelle sie gerne zur Verfügung. Diese Zeitung ergibt nichts für Ihre Behauptung. Aber, Herr Abgeordneter Kahmann, ich will mit Ihnen nicht darüber rechten, was hier zu lesen steht. Ich glaube, wenn Sie die „Leipziger Volkszeitung" zu Gesicht bekommen, verlieren Sie die nötige Ruhe, um das zu verstehen, was in der „Leipziger Volkszeitung" steht. In der „Leipziger Volkszeitung" wird mitgeteilt, daß unsere Fraktion, die an die Bedingungen der Regierungsbildung nicht gebunden sei, öfters Vorlagen abgelehnt hat, denen unsere Freunde in der Regierung zugestimmt haben. Ich weiß nicht, was Herr Müller daraus gegen uns herleiten will; solange eine Partei ihren Standpunkt vertritt und sich nicht durch den Minister hinreißen läßt, etwas zu decken, was sie nicht decken kann, ist ein Vorwurf nicht begründet. Ich werde aufhören, in dem Augenblick gegen Sie meine Kritik zu richten, wo Sie erklären, diesen Minister nicht mehr decken zu wollen. Solange aber diese Deckung durch Herrn Müller versucht wird, so lange bin ich verpflichtet, Ihre Fraktion für die Erklärungen ihrer Minister verantwortlich zu machen.

Der Herr Minister hat seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß ich plötzlich so scharf geworden und bereit sei, milde Strafbestimmungen zu bekämpfen. Ich muß darauf dem Herrn Minister antworten: ich habe vorhin nicht erklärt: scharfe Bestimmungen, harte Strafen sind an sich notwendig, ich habe vielmehr gegenübergestellt die **milde Bestrafung der Kappisten**, der Reaktionäre, und die **schwere Bestrafung**, die den **Arbeitern** angedroht wird. Ich habe nur gesagt: wenn man den Arbeitern so schwere Strafen, nämlich Zuchthaus und Todesstrafe androht,

(B) dann darf man gegen Kappisten und Mitglieder aufgelöster Einwohnerwehren nicht mit Geldstrafen von drei Mark und mit Gefängnisstrafen bis zur Höchstgrenze von drei Monaten vorgehen. Nach alledem kann ich nur sagen: die Erklärungen des Herrn Ministers waren durchaus nicht geeignet, den Eindruck, den er gestern im Ausschuß gemacht hat, zu verwischen, und ich kann auch nicht finden, daß er in weitem Maße von Herrn Müller gedeckt worden ist. Auch er hat ja seinen Freund wenigstens teilweise fallen lassen. Ich habe schon vorhin erkennen lassen, daß wir der Art des Herrn Ministers, zu regieren, mit großem Mißtrauen gegenüberstehen.

Für uns ist auch das Zeugnis der „Kölnischen Zeitung" wichtig, die dem Herrn Minister bestätigt hat, daß er auch in den schwierigsten Zeiten nicht Worte und Taten fand, die Andersdenkende bis in die Reihen der Deutschnationalen hinein verprellen konnten. Der Eindruck seiner Rede heute bei den Deutschnationalen hat auch wieder erkennen lassen, daß seine Worte um so mehr Anklang finden, je mehr er sich an die Parteien der Rechten des Hauses wendet; für uns ein Grund mehr, dem Herrn Minister mit Mißtrauen gegenüberzustehen.

Wir verlangen nach wie vor die **Aufhebung des Ausnahmezustandes**, und wir appellieren an die Arbeiter, und zwar an die Arbeiterschaft aller Richtungen, auch an die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen Partei, mit uns den Kampf zu führen gegen den Ausnahmezustand und gegen die Ausnahmegerichte.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat von dem Vertrauen gesprochen, das er in mich setze in der Richtung, die Grundsätze der Menschlichkeit und der **Gleichberechtigung** auf dem gesamten Ge- (C) biet der **Justizpflege** zur Geltung zu bringen. Ich weiß nicht, ob das Vertrauen vollständig ehrlich und rückhaltlos gemeint war. Jedenfalls werde ich bestrebt sein, in der Tat diese von ihm hervorgehobenen und von mir geteilten Grundsätze überall, wo ich es vermag, wo ich Einfluß habe, wohin meine Zuständigkeit reicht, auch in die Tat umzusetzen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Auch Herrn v. Jagow verhaften lassen?)

— Wollen Sie einen Augenblick warten, ich komme sofort auch darauf. Ich muß nur betonen, daß ich nicht gewohnt bin, bloß „schallende Reden" zu halten, sondern mich im Rahmen dessen zu halten, was ich vermag, daß aber meine Zuständigkeit, meine Macht keine unbegrenzte ist. Sie findet im besonderen ihre Schranken in der **Zuständigkeit der Länder.** Da die Fälle, die im Anschluß an den Fall des Herrn v. Jagow der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld vorgebracht hat, durchweg solche gewesen sind, die zur Zuständigkeit der Länder gehörten, so ist darin allerdings die Schranke für mein Eingreifen errichtet.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Deutschland ist nun einmal nicht ein Einheitsstaat, und der frühere preußische Justizminister Herr Dr. Rosenfeld wird am besten wissen, wie sorgfältig man in Preußen, insbesondere auch in seinem Ressort, darauf hält, daß die Zuständigkeit der Länder gegenüber dem Reich nicht verwischt wird. Ich glaube, der Herr Dr. Rosenfeld würde als preußischer Justizminister sehr darauf bedacht gewesen sein, diese seine Zuständigkeit aufrechtzuerhalten, und so macht es auch sein Nachfolger, machen es auch seine Parteifreunde, die in einzelstaatlichen Regierungen sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Die zweite Schranke, die mir gezogen ist, besteht in der **Unabhängigkeit der Gerichte**; und auch hier werde ich (D) mich hüten, diese Grundlage, die ich unter allen Umständen aufrechterhalten will, irgendwie dadurch anzutasten, daß ich als Chef der Reichsjustizverwaltung eingreife. Ich muß es mir deshalb auch versagen, in eine Kritik der **Entscheidung des Reichsgerichts über die Verschonung des Herrn v. Jagow mit der Untersuchungshaft** hier einzutreten. Es handelt sich um einen gerichtlichen Beschluß, der ordnungsmäßig ergangen ist, der also in keiner Weise irgendwie meiner Zuständigkeit unterliegt. Aber — und das sage ich gegenüber einem Zuruf des Herrn Abgeordneten Dr. Herzfeld — Sie wollen doch berücksichtigen, wenn Sie fragen, warum Herr v. Jagow nicht verhaftet worden ist, daß das, was für die Nürnberger gilt, schließlich auch für die Preußen und allgemein für die Deutschen gilt, nämlich, daß man niemand hängt, den man nicht hat. Ich selbst weiß sogar heute noch nicht, wo Herr v. Jagow ist.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

— Darüber läßt sich doch wirklich nicht mit bloßem Lachen quittieren!

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Geben Sie mir, bitte, an, woher Sie es wissen! Mit solchen allgemeinen Hinweisen wird man die Vollstreckung eines Haftbefehls nicht erlangen. Ich will aber nicht bloß Reden halten, sondern tun, was tatsächlich getan werden kann. Nach den Mitteilungen, die mir vom Reichsgericht zugegangen sind, wußte der Oberreichsanwalt nicht, wo Herr v. Jagow war. Sie werden mir nun zugeben, daß es richtig war, auf jede Weise das Erscheinen des Mannes vor den Schranken des Gerichts zu erzwingen, und dazu dient doch wohl auch eine **Kaution** von einer halben Million. Wenn hier von Ihnen die Höhe der Summe, die verlangt worden ist, beanstandet worden ist, so verstehe ich das

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) nicht; Sie müßten doch, wenn man ein Mittel wählt, um einen Mann vor Gericht zu bringen, gerade zufrieden sein, daß die Vermögensleistung, die man als Zwangsmittel gegen ihn anwendet, so hoch wie irgend möglich bemessen wird.

(Zuruf auf der äußersten Linken.)

Wenn er ohne eine solch hohe Vermögenseinbuße mit der Haft verschont worden wäre, dann hätten Sie Grund zu klagen. Jetzt, wo wir kein anderes Mittel gegen ihn hatten, mußte die Kautionsleistung so hoch wie irgend möglich herbeigeführt werden.

(Zuruf auf der äußersten Linken: Bei Arbeitern ginge man anders vor!)

— Nein, da wird keine halbe Million verlangt, vom **Arbeiter** wird natürlich nur dasjenige verlangt, was er leisten kann, und wenn er das nicht leisten kann, so wird, wenn ein ausreichendes Attest da ist, jedenfalls nach dem Sinn und dem Geist meiner Verwaltung der Mann auch ohne Kaution mit der Untersuchungshaft verschont werden.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Das geschieht unendlich oft. Ich muß es durchaus zurückweisen, daß ein Interesse daran bestehe, todkranke Menschen, wie Sie es unterstellen, ins Gefängnis hineinzubringen. Ich wüßte nicht, wem zuliebe so gehandelt werden sollte.

Im übrigen will ich darauf hinweisen, daß die **Grundsätze der Menschlichkeit** nach meiner Überzeugung in weitestem Umfange in unserer **Justiz** zur Geltung gebracht werden müssen,

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

unbeschadet allerdings der Autorität und der Strenge des Gesetzes, wo es notwendig ist, das Gesetz wirksam zur Geltung zu bringen. Das ist die große Aufgabe einer Justizpflege und einer neuen Gesetzgebung, diese beiden Gesichtspunkte, die der Majestät des Rechtes und der (B) Rücksicht auf die Menschlichkeit, miteinander in Zusammenhang und zum Ausgleich zu bringen. Das von mir vorbereitete Gesetz über die Vollstreckung wird sich bemühen, beiden Gesichtspunkten in vollem Umfange Rechnung zu tragen.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Justizminister hat versucht, die Angriffe, die ich gegen ihn gerichtet habe, zu entkräften. Aber mir will scheinen, daß ihm das sehr schlecht gelungen ist. Er hat sich zunächst darauf zurückgezogen, daß er als Reichsjustizminister durch zwei Schranken gebunden sei, durch die Schranken der Länder und durch das Prinzip der Unabhängigkeit der Gerichte. Dieses Prinzip, daß die **Länder** selbständig die **Justizpflege** ausüben, ist allerdings durch die Gesetze gegeben. Aber ich möchte den Herrn Justizminister fragen, ob er nicht als Justizminister —

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: In den Kapp-Tagen!)

— ich weiß nicht, ob ihm dies jetzt schon in seiner kurzen Praxis passiert ist, aber vielleicht beim letztenmal, als er Minister war in den Kapp-Tagen seligen Angedenkens — ob er nicht schon als Justizminister wiederholt Veranlassung genommen hat, mit den Justizverwaltungen der Länder über Mißstände zu verhandeln, die er entdeckt hat. Ich glaube, daß es die Aufgabe des Reichsjustizministers ist, aufmerksam die Landesjustiz zu verfolgen und einzugreifen, nicht in der Weise, daß er Befehle gibt — dazu hat er nicht das Recht, — aber dadurch, daß er Anregungen gibt und einen gewissen Einfluß ausübt. Herr Justizminister, darum handelt es sich, daß wir verlangen (C) müssen, daß Sie Ihren Einfluß, den Sie trotz der Selbständigkeit der Länder haben, benutzen, um solche Dinge unmöglich zu machen wie die Aufhebung des Haftbefehls gegen Herrn Traugott v. Jagow.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Wenn der Herr Justizminister davon gesprochen hat, daß die zweite Grenze seiner Macht durch die **Unabhängigkeit der Gerichte** gezogen sei, und wenn er gemeint hat, diese Unabhängkeit bestände, und er als Chef der Reichsjustizverwaltung habe sie zu respektieren, so möchte ich dem Herrn Justizminister sagen, daß diese Unabhängigkeit der Gerichte doch tatsächlich nur **auf dem Papier** steht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Sie steht einmal auf dem Papier, weil die Richter wissen, was von der herrschenden Klasse gewünscht wird,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

und weil die Richter schon seit dem Sozialistengesetz gewohnt sind, die Wünsche der herrschenden Kreise zu erraten und zu beachten. Noch niemals hat eine Regierung sich darüber zu beklagen gehabt, daß die Richter nicht wüßten, was an leitender Stelle gewünscht wird. Es ist aber auch nicht wahr, wenn der Herr Minister meint, daß die Justizminister die Unabhängigkeit der Gerichte immer geachtet haben. Herr Minister, darf ich Sie daran erinnern, daß Versetzungen von Richtern immer schon stattgefunden haben?

Ich möchte Sie noch an etwas anderes erinnern. Sie haben vorhin auf **meine Tätigkeit als preußischer Justizminister** hingewiesen. Ich möchte Ihnen aus dieser Tätigkeit eins mitteilen. Als ich ins Justizministerium kam, war mein Wunsch, Blutrichter, die in Strafkammern sitzen, aus den Strafkammern zu entfernen und sie bei den Zivilkammern unschädlich zu machen. Da sagte ich (D) zu den Herren in meinem Ministerium: Wie machen Sie das? Wie haben Sie früher solche Dinge gemacht, und wie machen Sie bei dem geltenden Prinzip der Unabhängigkeit der Gerichte Strafrichter zu Zivilrichtern? Da wurde mir geantwortet: Ach, Herr Minister, das ist sehr einfach. Wir brauchen nur an den Präsidenten des betreffenden Landgerichts zu telephonieren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

dann sind wir ganz sicher, daß schleunigst aus dem Strafrichter ein Zivilrichter wird.

(Erneute lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Ja, meine Damen und Herren, das ist natürlich nicht aktenkundig, und jeder Justizminister kann bei solchem Verfahren erklären: ich wahre die Unabhängigkeit der Gerichte. Und doch wissen wir — und es war gut, daß wir einmal einen solchen Einblick gewonnen haben —,

(Abgeordneter D. Mumm: Wer hat Ihnen das gesagt?)

daß diese Dinge immer schon so gehandhabt worden sind, nur daß wir jetzt die Tatsachen kennen, während wir früher — ich erinnere zum Beispiel an den Harden-Prozeß — nur die Vermutungen hatten, daß **Versetzungen von Richtern aus politischen Gründen** stattgefunden haben.

(Wiederholte Zurufe: Wer hat das gesagt?)

— Herr Kollege Kahl, ich bin bereit, Ihnen den Beweis persönlich zu geben.

(Abgeordneter Koch [Weser]: Da hätten doch Absetzungen vorgenommen werden müssen!)

— Ach, Herr Kollege Koch, Sie haben wohl die Reaktionären abgesetzt? Sie sollten sich zurückziehen, damit es nur ja nicht jemand einfällt, an Ihre Regierungs-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) tätigkeit zu denken; Sie sollten sich zurückziehen in das dunkelste Kellerloch.

(Lachen bei den bürgerlichen Parteien. — Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Orgesch-Minister!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat dann schließlich gesagt: Was wollen Sie von mir? Wir wissen ja nicht, wo der Herr v. Jagow ist, und auch jetzt noch gilt der Satz, daß man niemand hängen kann, den man nicht hat. Ja, meine Damen und Herren, wir wissen, daß man viele in Deutschland nicht hat, die man haben sollte. Wir wissen, daß alle die Mörder der Vorkämpfer der Arbeiterschaft bis auf den heutigen Tag nicht gefaßt sind, und wir wissen, daß wenig oder gar nichts geschehen ist, um dieser Mörder habhaft zu werden. Aber, Herr Minister, wenn Sie sagen: Was soll ich tun? dann kann ich Ihnen darauf antworten: Tun Sie das, was man gegen Hölz getan hat. Um Hölz überführen zu können, hat man Belohnungen von 50 000 Mark ausgesetzt. Welche Belohnung werden Sie aussetzen, um Herrn v. Jagow zu bekommen?

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Hölz und Jagow sind immer noch zwei verschiedene Figuren! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Jetzt kommt der Reichsanwalt! — Unruhe.)

Wenn Sie aber, Herr Minister Schiffer, angeregt durch meine Bemerkungen, eine **Belohnung auf die Herbeischaffung des Herrn v. Jagow** aussetzen, dann bitte ich auch bei der Höhe der Belohnung zu berücksichtigen, daß eine halbe Million natürlich viel zu wenig ist. Ich glaube sicher, wenn Sie eine entsprechende Belohnung aussetzen, wird Herr v. Jagow schneller zur Stelle geschafft, als manchem Herrn lieb ist.

Meine Damen und Herren! Nun noch ein Wort im allgemeinen. Der Herr Minister sprach davon, daß man es doch wohl billigen müsse, daß der Haftbefehl gegen

(B) eine so hohe Kaution außer Kraft gesetzt sei. Gewiß, an sich billigen wir das. Wir wünschen nur, daß man mit einem den Verhältnissen der Arbeiter entsprechenden Maßstab mißt, wenn es sich darum handelt, die **Kautionen für verhaftete Arbeiter** festzusetzen. Wenn Sie bei Herrn v. Jagow eine halbe Million für angemessen halten, dann würden Sie bei einem Arbeiter eine Summe von 50 oder 100 Mark, bei Arbeitslosen sogar nur 5 Mark als angemessen bezeichnen müssen. Ja, Herr Minister Schiffer, wo finden Sie Ansätze für eine solche Justiz? Ich komme gar zu oft in die Lage, mit den Gerichten darüber zu verhandeln, gegen welche Kaution ein Arbeiter aus der Haft gelassen werden soll. Wenn ich einem Gericht eine Summe von 50 oder 100 Mark anbieten würde, so würde man mich auslachen, nicht aber den Angeklagten aus der Haft lassen, am allerwenigsten, wenn es sich um Hochverrat handelte.

Also, Herr Minister, ich akzeptiere Ihren Vorschlag; dann führen Sie ihn aber bitte gegen alle Angeklagten durch. Das können Sie aber auch wieder nicht, wie Sie sagen! Erlassen Sie eine Zirkularverfügung, in der Sie Ihre Auffassung dahin aussprechen, daß entsprechend der halben Million bei Herrn v. Jagow bei Arbeitern ein Geldbetrag von 50 Mark, bei Arbeitslosen von 5 Mark ausreicht, um sie mit der Haft zu verschonen. Wenn Sie diesen Weg gehen, Herr Minister, dann besteht vielleicht die Möglichkeit, daß wir uns miteinander verständigen. Vorläufig aber bezweifle ich nach allem, was wir von Ihnen bisher gesehen haben, daß wir eine solche Hoffnung in Sie setzen können. Mag sein, daß Sie mancherlei schöne Projekte, wenn auch leider immer noch nur in Ihrem Kopf tragen. Wir hoffen, daß diese Projekte bald realisiert werden. Wir werden nicht locker lassen und alles tun, um einen Abbau der Klassenjustiz herbeizuführen. Dabei sind wir uns aber dessen bewußt, daß der Abbau der Klassenjustiz erst dann möglich ist, wenn der Klassen- (C) kampf zur Aufhebung der Klassengesellschaft geführt hat. Erst dann wird die Klassenjustiz verschwinden.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Daß der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld die Klassenjustiz beim Etat des Reichsministeriums des Innern abbauen will, ist jedenfalls eine merkwürdige Vermischung der Zuständigkeit. Mit Rücksicht darauf, daß mein Etat gar nicht zur Debatte steht, kann ich mich wohl auf die Feststellung beschränken, daß die Annahme des Herrn Dr. Rosenfeld, als ob auf Ergreifung der **aus den Kapp-Unruhen verfolgten Personen** keine **Belohnungen** ausgesetzt seien, irrtümlich ist. Auf die Ergreifung der größten Anzahl dieser Personen sind Belohnungen in außerordentlicher Höhe ausgesetzt worden.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Herr Abgeordneter Hoffmann, wenn Sie die alten Witze, die nur noch Witze sind — daß sie nicht wahr sind, wissen Sie ja ganz genau — —

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Hoffmann [Berlin].)

— Sie werden damit noch weniger Effekt machen, — —

(Andauernde Zurufe des Abgeordneten Hoffmann [Berlin].)

— Sind Sie dabei gewesen, Herr Hoffmann? Sie müßten Straffreiheit für die Wiederholung solcher törichten Behauptungen erbitten.

(Heiterkeit rechts. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Also ich betone: es sind Belohnungen ausgesetzt worden. Es ist doch nichts als ein dialektisches Kunststück, wenn man sagt, es müßten auf den Kopf des Herrn v. Jagow 500 000 Mark Belohnung gesetzt werden. Denn nicht (D) auf den Vermögensstand des Verfolgten kommt es an, sondern auf die Vermögenslage derer, die sich eventuell die Belohnung verdienen wollen.

Im übrigen genügt es, die vollkommen beweislosen Vorwürfe gegen die **Unabhängigkeit unserer Richter** hier kurz zurückzuweisen. Es ist auch nicht der Schatten eines Beweises dafür beigebracht worden, daß die Richter abhängig sind von den Wünschen ihrer Vorgesetzten. Wer unsere Justiz nach ihrer ganzen Geschichte wie in ihren einzelnen Persönlichkeiten kennt, weiß, daß dieser Vorwurf in der Tat objektiv durchaus unrichtig ist.

(Bravo! in der Mitte und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Die wahrhaft skandalösen juristischen, polizeilichen und politischen Ausnahmezustände, die zum Beispiel in den Bezirken Merseburg-Halle, Thüringen usw. existieren, bestätigen es hinlänglich, daß das, was hier von den Herren Abgeordneten Mittwoch und Rosenfeld als Anklage ausgesprochen ist, vollständig richtig ist, daß es daher absolut unzutreffend ist, was besonders in seinen letzten unhaltbaren Ausführungen der Herr Justizminister als Wahrheit hinzustellen versucht hat. Ich könnte das an einer großen Menge von Beispielen illustrieren, wenn ich auf die **Klassen- und Bluturteile** Bezug nehmen würde, die von Halle, Nordhausen, Wittenberg und Naumburg aus usw. usw. durch Sondergerichte gefällt worden sind.

Allein es liegt nicht in meiner Absicht, nach dieser Richtung hin die Debatte weiter fortzusetzen; sondern ich möchte nur das Ministerium des Innern auf eine ihm nicht schmeichelhafte Tatsache aufmerksam machen. Es ist die folgende:

(Kunert, Abgeordneter.)

(A) Der **Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung** hat in den weitesten Volks- und Fachkreisen tiefgehende Verstimmung, Beunruhigung, ja Entrüstung verursacht, welche durch die außerordentliche schulpolitische Unzulänglichkeit und Gemeinschädlichkeit dieses Gesetzentwurfs hervorgerufen ist. Ich frage das Ministerium: legt die Reichsregierung unter den Umständen, wie sie jetzt leider einmal sind, überhaupt noch Wert darauf, den Entwurf vor der Sommervertagung des Reichtags in erster Beratung im Plenum erledigt zu sehen?

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

(Dr. Rosenfeld: Verzichte!)

— Der Herr Abgeordnete verzichtet. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Ich möchte die Regierung nochmals fragen, ob sie die ziemlich deutliche Frage, die ich soeben an sie gerichtet habe, vernommen hat, oder ob sie — was zu ihren Gunsten spräche — auf ihren Ohren gesessen hat.

(Große Heiterkeit. — Zurufe rechts und links. — Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter, Sie haben das Recht, eine Frage an die Regierung zu richten; ich kann aber die Regierung nicht zwingen, Ihnen zu antworten.

(Abgeordneter Kunert: Ich auch nicht; ich würde sonst andere Mittel anwenden! — Zurufe.)

Damit ist die Aussprache über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben geschlossen. — Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete (B) Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr **Minister Schiffer,** der leider augenblicklich ausgeschifft ist,

(Heiterkeit)

hat gesagt, es stimme nicht, was ich ihm zurief, daß er nämlich während der Kapp-Tage mit den **Kappisten** im Abgeordnetenhause verhandelt hat, und daß er den Kappisten **Straffreiheit** versprochen hat, bevor sie angeklagt waren, wenn sie von der Regierung zurücktreten. Als wir, das heißt der Herr Kollege Rosenfeld und ich, das Abgeordnetenhaus betraten — wir waren zu einer sogenannten Ältestensitzung, die auf Kapp-Befehl, dem sich auch Herr Schiffer fügte, verboten wurde, geladen, bei der Besprechung die stattfand, führte Herr Trimborn den Vorsitz —, wurde uns davon Mitteilung gemacht — und diese Mitteilung ist später durch die Presse bestätigt worden —, daß Herr Schiffer Straffreiheit versprochen hätte, wenn die Kappisten von der Regierung zurücktreten würden. Es ist also Tatsache, daß der Justizminister von damals, der ja vorsichtigerweise nicht mit seinen Kollegen mitgegangen war, sondern zur Verhandlung mit den Kappisten hier geblieben war, Straffreiheit versprochen hatte, wo noch gar keine Anklage erhoben war. Man sieht also: er kann auch anders, wie es jetzt der Fall ist, wenn es sich nicht um Kappisten handelt.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die von mir verlesene Entschließung Bartz (Hannover) und Genossen, die ich noch einmal verlese:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, den auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Einzelstaaten bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben. (C)

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht; die Entschließung ist abgelehnt.

Ich rufe also auf Kap. 1 Tit. 1 bis 7, — 9 bis mit 16. — Es liegen hier nirgendwo Wortmeldungen vor. Ich stelle, falls kein Widerspruch erfolgt, die Annahme dieser sämtlichen Titel fest. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Zu Kap. 1 Tit. 16a liegen vor erstens der Antrag des Ausschusses, zweitens ein Abänderungsantrag D. Dr. Schreiber und Genossen auf 2339 der Drucksachen, der inzwischen wie folgt geändert worden ist:

Der Reichstag wolle beschließen, die Titelbeschreibung des Kap. 1 Tit. 16a der fortdauernden Ausgaben wie folgt zu fassen: Entschädigung der Reichseisenbahn für die Freifahrtkarten der ordentlichen Mitglieder des Reichsrats von Berlin zu ihrem Dienstsitz und zurück und ferner für die stellvertretenden hauptamtlichen Bevollmächtigten von Berlin zu dem Sitze der Landesregierung und zurück.

Dann ist ein Abänderungsantrag Nr. 2344 Müller (Franken), Emminger, Hergt, D. Everling, D. Dr. Kahl, Dr. Pachnicke und Genossen folgenden Inhalts eingegangen, der Reichstag wolle beschließen:

im Kap. 1 Tit. 16a die von der Reichsregierung geforderte Summe von 1 500 000 Mark für Entschädigung der Reichseisenbahn für die Freifahrtkarten von Reichsratsmitgliedern wiederherzustellen, und zwar sollen Freifahrtkarten gewährt werden (D)

a) den ordentlichen Mitgliedern des Reichsrats im Rahmen der dem Lande zustehenden Stimmenzahl,

b) den stellvertretenden Bevollmächtigten im Hauptamt mit dem Sitz in Berlin.

Ich werde, nachdem die Aussprache beendet sein wird, die Abstimmung über Tit. 16a und die vorliegenden Anträge wie folgt vornehmen lassen. Der weitestgehende Antrag ist der Antrag Nr. 2344 Müller (Franken) und Genossen, dann kommt der Antrag Nr. 2339 und endlich der Ausschußantrag. — Ein Widerspruch erfolgt nicht, damit ist das Haus einverstanden.

Das Wort zu Tit. 16a und den Anträgen hat zunächst der Herr Abgeordnete Erfing.

Erfing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind nicht in der Lage, dem Antrag auf 2344 zuzustimmen, und zwar erstens, weil es nach unserer Auffassung fraglich ist, ob es klug und zweckmäßig ist, daß das Reich einen Teil der Kosten trägt, die den Ländern durch ihre Vertreter hier in Berlin entstehen. Sonst wachen die Landesregierungen ganz ängstlich darüber, daß ihre staatlichen Hoheitsrechte nach keiner Seite hin eingeschränkt werden. Wir geben aber zu: man kann auch der Auffassung sein, daß die Arbeiten, die die **Reichsratsmitglieder** leisten, zu einem Teil Reichssache sind, und daß das **Reich** infolgedessen einen Teil der **Vertretungskosten** trägt. Meine Freunde hätten gewünscht, daß die grundsätzliche Seite dieser Sache zuerst im Rechtsausschuß gründlich geprüft worden wäre. Nach der Entwicklung der Dinge ist das jetzt nicht mehr möglich.

(Erfing, Abgeordneter.)

(A) Wir befürchten aber auch zweitens, daß, wenn wir den **Reichsratsmitgliedern Freifahrtkarten** durch das ganze Reich gewähren, Konsequenzen entstehen könnten, die sowohl für das Reich wie für die Länder erhebliche Kosten verursachen. In dem Antrag heißt es, daß den ordentlichen Mitgliedern des Reichsrats im Rahmen der dem Lande zustehenden Stimmenzahl Freifahrtkarten gewährt werden sollen. Wir fragen uns beispielsweise, ob es praktisch zweckmäßig ist, daß man den 21 preußischen Reichsratsmitgliedern, die hier in Berlin wohnen, Freifahrtkarten durch das ganze Reich gibt.

Aus diesen Gründen sind wir der Auffassung, daß es zweckmäßiger ist, den Antrag 2339 anzunehmen mit der Abänderung, wie sie bereits bekanntgegeben ist. Aus den dargelegten Gründen sind wir nicht in der Lage, dem Antrag 2344 unsere Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück.

Dr. **v. Delbrück,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde und ich haben im Ausschuß Bedenken erhoben gegen die Bewilligung der hier verlangten Summe. Diese Bedenken richteten sich einmal dagegen, daß hier im Wege einer Etatsbestimmung Berechtigungen festgelegt werden sollen für die Mitglieder des Reichsrats, die für die Mitglieder des Reichstags selbst in einer Verfassungsbestimmung ihre Grundlage finden. Wir sind aber mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung der Dinge bereit, diese Bedenken zurücktreten zu lassen. Wir haben aber ferner auch im Ausschuß Bedenken erhoben, ob die Bewilligung der Freifahrkarten in dem Umfang, der sich aus dem Dispositiv des Etats und den dazu gemachten neuerlichen Erläuterungen ergibt, gerechtfertigt sein werden. Das gilt insbesondere auch von den Blankofreikarten, die für einzelne Reisezwecke
(B) ausgegeben sind. Wir haben Zweifel, ob es zweckmäßig ist, so weit zu gehen. Wir haben uns aber mit den anderen Parteien, die den Antrag 2344 unterzeichnet haben, dahin schlüssig gemacht, daß wir bereit sind, der Bewilligung dieser Summe unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die **Bewilligung der Freifahrtkarten beschränkt** wird **auf die ordentlichen Mitglieder des Reichsrats** im Rahmen der dem Lande zustehenden Stimmenzahl und auf die stellvertretenden Bevollmächtigten im Hauptamt mit dem Sitz in Berlin. Wir glauben, daß sich die Bewilligung der Freikarten in diesem Umfange aus praktischen Erwägungen nicht nur rechtfertigen läßt, sondern in gewissen Grenzen sogar empfiehlt. Wir sind vor allen Dingen der Meinung, daß es bei den jetzigen Funktionen des Reichsrats wünschenswert ist, durch die Gewährung der vollen Freikarten den Mitgliedern des Reichsrats Gelegenheit zu geben, sich in den ihnen unbekannten Ländern über die dortigen Verhältnisse zu informieren. Wir werden daher für den Antrag 2344 stimmen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Müller (Franken), Emminger, Hergt, D. Everling, D. Dr. Kahl, Dr. Pachnicke und Genossen auf Drucksache Nr. 2344 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Damit ist der Antrag Nr. 2339, D. Dr. Schreiber und Genossen, und der Ausschußantrag erledigt.

Ich rufe weiter auf Kap. 1 Tit. 17 bis 21 — und stelle auch hier, da keine Wortmeldungen vorliegen und kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest.

Kap. 1 Tit. 22. (C)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Tit. 22 behandelt die Kosten des „Reichsgesetzblatts", des „Zentralblatts des Deutschen Reichs", der Herausgabe fremdsprachiger internationaler Übereinkommen und hat sieben Millionen eingesetzt. Die **Kosten des „Reichsgesetzblatts"** sind also nicht mehr beim Etat der Postverwaltung, sondern beim Etat des Reichsministeriums des Innern eingesetzt. Ich nehme deshalb Gelegenheit, ein Wort über die Preisgestaltung des „Reichsgesetzblatts" hier auszusprechen, weil diese Dinge uns im Hauptausschuß bereits im vergangenen Winter einläßlich beschäftigt haben.

Am 1. Juli 1920 wurde der bis dahin bestehende **Bezugspreis für das „Reichsgesetzblatt"** von einer Mark auf 1,70 Mark und am 25. November 1920 auf 45 Mark erhöht. Eine weitere Steigerung auf 90 Mark wurde anfangs 1921 angekündigt und zunächst durchgeführt. Durch Vergrößerung des Satzspiegels, durch Wahl kleinerer Typen und billigeren Papiers konnte der Bezugspreis auf 45 Mark ermäßigt werden. Gleichzeitig mit dieser Verbilligung wurde beschlossen, einen Teil der Erlasse, der Ausführungsbestimmungen und dergleichen nicht mehr wie bisher im „Reichsgesetzblatt, sondern im **„Zentralblatt für das Deutsche Reich"** zu veröffentlichen und so den Umfang des „Reichsgesetzblatts" einzuschränken.

Diese **Minderung des Umfanges** ist eine verhängnisvolle Bestimmung. Das muß einmal ausgesprochen und festgestellt werden. Wie wurde diese Maßnahme begründet? Diese Maßnahme wurde hauptsächlich mit dem wesentlich billigeren Bezugspreis des „Zentralblatts" begründet. Dieser Bezugspreis betrug Anfang 1920 24 Mark, aber schon (D) Ende 1920 stieg er auf 40 Mark, mit dem 1. Januar 1921 auf 70 Mark. Ich stelle fest: das umfangreichere und Zug um Zug erscheinende, auf holzfreiem Papier gedruckte „Reichsgesetzblatt" ist heute bereits 25 Mark billiger als das „Zentralblatt".

Durch den erwähnten Fortfall eines großen Teils von für alle ausführenden Organe unentbehrlichen Veröffentlichungen im „Reichsgesetzblatt" werden die Dienststellen häufig genötigt, beide Blätter zu halten, sowohl das „Reichsgesetzblatt" wie auch das „Zentralblatt". Das ist sehr bedauerlich. Das ist eine Doppelaufwendung von 45 und von 70 Mark. Die Druckkosten für den ursprünglichen Umfang des „Reichsgesetzblattes" hätten nach der Berechnung der Reichsdruckerei rund 50 Mark betragen, so daß also ein Verkaufspreis von etwa 70 Mark einschließlich aller Nebengebühren als wahrscheinlich anzunehmen gewesen wäre.

Angesichts der Tatsachen, die ich hier berührt habe, kann von einer Ersparnis durch die Teilung des Inhalts des „Reichsgesetzblattes" nicht gesprochen werden. Wir stehen hier vor einer ganz bedauerlichen Erscheinung. Diese Teilung hat sich als sehr unzweckmäßig erwiesen. Das „Reichsgesetzblatt" hat einen dauernden Schaden davon. Es wäre zu beklagen, wenn die juristische Kenntnis und Bildung und das Nachrichtenwesen durch diese Erscheinung sinken würden. Es dürfte sich empfehlen, sich ernst die Frage vorzulegen, ob man weiterhin gestatten soll, das „Reichsgesetzblatt" in dieser Art in seiner Bedeutung auszuhöhlen. Vielmehr sollte man den anderen Gesichtspunkt ernstlich ins Auge fassen, das „Zentralblatt" am Ende im „Reichsgesetzblatt" aufgehen lassen. Ich möchte die Regierung bitten, dieser Angelegenheit, die uns im Hauptausschuß schon im vergangenen Winter beschäftigte, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

(A) Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Kap. 1 Tit. 22 ist angenommen.

Ich rufe weiter auf Kap. 1a Tit. 1 bis 9; — Kap. 2 Tit. 2, — 4, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Beide Kapitel mit sämtlichen Titeln angenommen.

Kap. 3 Tit. 1, — 8, — 9, — 10, — 12, — 14; — angenommen.

Zu Kap. 3 Tit. 16 hat das Wort der Berichterstatter, Herr Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Kap. 3 Tit. 16 setzt für die **Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke** einen Betrag von einer Million aus. Dieser Betrag war ursprünglich vom Hauptausschuß weit höher angefordert. Wir hatten uns im Hauptausschuß auf 5 Millionen Mark für die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke festgelegt. Dieser Beschluß des Hauptausschusses ist später im Plenum des Reichstags einstimmig genehmigt worden.

Dieser Betrag wird nun heute in der Höhe von einer Million Mark aufgeführt. Man kann es ja verstehen, daß die finanzielle Lage in diese Richtung hineingezwungen und die Entscheidung des Reichsrats beeinflußt hat. Aber inzwischen ist in den letzten Monaten die Lage der deutschen Wissenschaft schwerer und ernster geworden. Wir haben vom Reich aus 20 Millionen Mark für die **Notlage der deutschen Wissenschaft** ausgeworfen. Wir haben gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Privatkapital, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft und andere Kreise reichliche Spenden geben würden. Wir haben vielen Spendern zu danken daß vieles von unseren Hoffnungen erfüllt ist. Aber ein anderes an Hoffnungen ist noch offen geblieben, vor allen Dingen, wenn wir glaubten, daß das **Ausland** mithelfen (B) würde, der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft große Beiträge zuzuführen. Gewiß haben wir zahlreichen Schenkgebern für ihr munifizentes Empfinden zu danken. Aber der große und umfassende Widerhall im Ausland — auch das muß einmal festgestellt werden — ist doch ausgeblieben. So hat sich die Lage der deutschen Wissenschaft, was die Summe der finanziellen Hilfsmittel, die vorhanden sind, um die Not zu lindern, betrifft, zweifelsohne verschlimmert. Das ist im Etat bereits zum Ausdruck gekommen, indem für die Kaiser-Wilhelm-Institute, für die bekannten Forschungsanstalten auf naturwissenschaftlichem Gebiete, zum Teil jetzt auch auf geisteswissenschaftlichem Gebiete, ein besonderer Fonds eingestellt ist. Aber es genügt noch nicht.

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor der traurigen Erscheinung, daß die deutsche Wissenschaft heute nach den Ländern mit Goldwährung abwandert,

(sehr richtig! in der Deutschen Volkspartei)

und daß ein Stück deutschen Prestiges damit dahinsinkt zu einer Zeit, wo es notwendiger denn je wäre, moralisch und kulturell das Ausland wieder stärker zu durchdringen.

(Zustimmung.)

Mit Rücksicht auf diese Momente müssen wir hier unsererseits — ich glaube wohl im Namen des gesamten Reichstags — die Bitte aussprechen, in dem nächsten Etat die alte Forderung von **5 Millionen,** die wir im Hauptausschuß und auch im Plenum angenommen hatten, **wieder einzustellen,** weil es sich um außerordentlich wichtige Dinge handelt, um ein großes Stück unserer deutschen Gesamtkultur.

Ein Zweites möchte ich gleichzeitig noch zum Ausdruck bringen. Wir haben im Hauptausschuß eine Summe von 200 000 Mark eingestellt für die Beschaffung einer **pädagogischen Auskunftsstelle.** Wir haben von dem Schicksal dieses Antrags, der damals im Hauptausschuß angenommen wurde, und der, wie ich mich entsinne, auch (C) einstimmig hier im Plenum angenommen wurde, nichts weiter gehört. Ich wäre der Regierung dankbar für eine Erklärung, wie es mit dieser Forderung steht. Wir sind der Auffassung, daß die schulpolitische Gesetzgebung der Gegenwart nur auf der Grundlage einer breiteren statistischen Erfassung möglich ist. Diese ist unbedingt notwendig. Sie ist die unerläßliche Voraussetzung. Auch hier geben wir unserer Auffassung Ausdruck, daß im Herbst bei dem neuen Etat für 1922 diese Summe von 200 000 Mark oder mehr wiederum erscheinen möge.

(Bravo! im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Schulz.

Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Die Regierung kann dem Herrn Vorredner für seine Ausführungen nur herzlich dankbar sein. Wir können es an sich nur begrüßen, wenn die wichtigen Fonds, von denen jetzt die Rede ist, durch die tatkräftige Hilfe des Reichstags möglichst stark und leistungsfähig gestaltet werden. Aber wir haben uns in den eingehenden **Beratungen mit dem Reichsfinanzministerium** davon überzeugen müssen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Aufrechterhaltung der seinerzeit vom Reichstag angeforderten Summe nicht möglich war. Wir sind dem Reichsfinanzministerium dankbar, daß es uns wenigstens durch die Erhöhung des Fonds auf eine Million in die Lage gesetzt hat, mehr zu tun, als bisher auf diesem Gebiet möglich war.

Wir haben uns zu unserem Bedauern auch davon überzeugen müssen, daß es in diesem Jahre nicht möglich war, die vom Reichstag gewünschte Summe von 200 000 Mark für eine **pädagogische Auskunftsstelle** in den Haushalt einzusetzen. Wir haben aber die Hoffnung, (D) besonders nach der soeben durch den Herrn Abgeordneten Schreiber gegebenen erneuten Begründung, daß es uns gelingen wird, die Summe im nächsten Jahre in den Etat einzustellen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Kap. 3 Tit. 16 ist angenommen. Tit. 19 bis mit 24 — desgleichen.

Ich rufe weiter auf Kap. 4 bis mit Kap. 12a, und zwar mit sämtlichen Titeln. — Ich stelle auch hier, falls kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Zu Kap. 12a Tit. 1 beantragt der Ausschuß auf Nr. 2328 unter IIa eine Entschließung. Ich darf sie wohl ohne besondere Abstimmung für angenommen erklären. — Ich stelle das fest.

Ich rufe auf Kap. 13 mit sämtlichen Titeln. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Moses.

Dr. **Moses,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur ein paar kurze Worte. Mit einer gewissen Absicht wiederhole ich hier im Plenum eine Anfrage, die ich bereits im Hauptausschuß gestellt habe. Es handelt sich um die **Veröffentlichung der Verlustlisten.**

Bereits $2^3/_4$ Jahre sind verflossen seit dem Ende des Kriegs, und noch immer nicht ist das deutsche Volk amtlicherseits unterrichtet worden über den Umfang unserer Verluste.

(Hört! Hört! links.)

In fast allen im Krieg beteiligt gewesenen Ländern sind Verlustlisten bereits seit längerer Zeit erschienen, nur bei uns tappt man immer noch im Dunkeln. Bald liest man, daß die Zahl unserer Toten im Felde 1 600 000 beträgt, andere wiederum sprechen — sogar in wissenschaftlichen Abhandlungen — von 2 Millionen Toten im Felde. Ich

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) meine: es ist doch wirklich hoch an der Zeit, endlich einmal dem deutschen Volke die Größe des Unglücks durch den Krieg an den nackten Zahlen vor Augen zu führen. Ich habe bereits im März dieses Jahres, bei der damaligen Beratung des Etats, den Herrn Minister dieserhalb interpelliert. Er erklärte damals, daß im Zentralnachweisamt für Kriegsverluste jederzeit eine Auskunft über die wirklichen und unmittelbaren Kriegsverluste zu haben sei. Ja, meine Damen und Herren, es handelt sich nicht um eine private Auskunft, um meine Neugierde zu befriedigen, sondern um die Veröffentlichung der amtlichen Verlustliste, um die Frage: wieweit ist die statistische Bearbeitung des einschlägigen Materials gediehen? Ist überhaupt auf eine Bearbeitung des amtlichen Materials in Kürze zu rechnen? Wie weit sind diese Arbeiten fortgeschritten; wann werden sie veröffentlicht? Ist diese Bearbeitung auch eine solche, daß damit wissenschaftlich und bevölkerungspolitisch etwas anzufangen ist? Unser armes gequältes Volk hat doch wohl ein Recht darauf, endlich zu erfahren, wieviel Tote uns der Krieg gebracht hat, wieviel Verwundete, wieviel Blinde, wieviel Kranke und Krüppel usw.

Meine Damen und Herren, **Deutschland** kostet dieser **Krieg einen Menschenverlust von 11½ Millionen.** Vier Millionen haben wir durch die abgetretenen Provinzen im Osten und die Abgabe von Elsaß-Lothringen verloren, zirka 2 Millionen sind im Felde getötet worden, zirka 2 Millionen sind infolge der Hungerblokade vorzeitig an Unterernährung und Erschöpfung gestorben. Unser Geburtenverlust während des Krieges beträgt zirka 3½ Millionen macht insgesamt 11½ Millionen Menschenverluste! Das muß einmal ausführlich in einer amtlichen Denkschrift dem deutschen Volke vor Augen geführt werden. Das ist auch wichtig für unsere parlamentarischen Verhandlungen, für die bevölkerungspolitischen Maßnahmen,

(B) die wir zu ergreifen haben. Und darum bitte ich dringend das Zentralnachweiseamt, endlich mit einer solchen Veröffentlichung herauszukommen, damit nicht draußen im Volke der Glaube entsteht, man wolle mit einer gewissen Absicht die Veröffentlichung eines solchen amtlichen Materials hintanhalten.

(Sehr richtig! links.)

Man hat mir erklärt, man könne noch immer keinen Abschluß machen, weil sich noch Gefangene in Frankreich und im übrigen Ausland befänden. Soweit ich unterrichtet bin, kann es sich doch nur um die hundert Gefangenen in Avignon und vielleicht um einzelne in Sibirien handeln, obwohl ich glaube, daß eine nennenswerte Zahl von Gefangenen sich dort nicht mehr befindet. Aber auch das wäre kein Grund, der gegen die sofortige Veröffentlichung amtlicher Verlustlisten spräche. Ich gebe mich also der Erwartung hin, daß es nur dieses meines kurzen Hinweises bedarf, um die Regierung zu einer beschleunigten Veröffentlichung der amtlichen Verlustlisten zu veranlassen.

Aber noch eines. Eine solche **Statistik** muß auch schon **aus wissenschaftlichen Gründen** eine genaue Übersicht bieten können über die Zahl der während des Krieges in den Lazaretten an irgendeiner Krankheit, nicht an einer Verwundung, Gestorbenen. Von allen früheren Kriegen der letzten Zeit sind solche Arbeiten auf Grund eines amtlichen Materials vorhanden. Sie sind wissenschaftlich eine Notwendigkeit. Aber auch dazu bedarf es einer gründlichen Bearbeitung des amtlichen Materials. Es liegt also im Interesse des Volkes selbst, es liegt aber auch im Interesse der Bevölkerung, und nicht zuletzt auch im Interesse der Wissenschaft, daß man endlich einmal mit der Veröffentlichung dieses ganzen Materials herauskommt.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr (C) Major a. D. Hellwig.

Hellwig, Major a. D., Hilfsreferent im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Nach dem Kriege sind Verlustlisten nicht mehr veröffentlicht worden, weil der Druck dieser Verlustlisten sich als außerordentlich teuer herausstellte. Außerdem kam hinzu, daß die Gesamtverluste sich zunächst noch nicht übersehen ließen, da noch eine große Zahl von Gefangenen nicht in die Heimat zurückgekehrt und außerdem von zahlreichen Vermißten nicht bekannt war, was aus ihnen geworden war. Die Ermittlungen sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß man **in kurzer Zeit** zur **Veröffentlichung** wird schreiten können. Irgendwelche Geheimhaltung ist auf diesem Gebiete nicht beabsichtigt. Ich habe daher den Auftrag, seitens des Reichsministeriums des Innern zu erklären, daß die Zusammenstellung, die Herr Dr. Moses eben angeregt hat, in kurzer Zeit erfolgen wird.

(Abgeordneter Dr. Hoffmann [Berlin]: Was heißt „kurze Zeit"?)

— Im einzelnen kann ich nicht sagen, wie lange das dauert, ich glaube aber, daß es in kurzer Zeit, vielleicht in vier bis sechs Wochen wird erfolgen können.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Kap. 13 ist angenommen. Ich rufe weiter auf Kap. 13a bis mit 16a mit allen Titeln. — Ich stelle auch hier die Annahme fest.

Kap. 17, Reichsfilmstelle. Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben hier erstmalig etatisiert die **Reichsfilmstelle** vor uns, die uns im Hauptausschuß einläßlich beschäftigt hat. Bei diesem Anlaß muß einmal (D) gesagt werden, daß diese Reichsfilmstelle demnächst dazu übergehen muß, ihren Wortinhalt eigentlich noch zu erfüllen; denn es ist eigentlich mehr eine **Filmstelle des Reichsministeriums des Innern** als eine Reichsfilmstelle. Anders ausgedrückt: Wir sind in der unangenehmen Lage, daß wir noch eine ganze Reihe von Reichsministerien haben, die sich mit Filmfragen beschäftigen. Wünschenswert wäre es dagegen, daß diese Dinge planmäßig im Reichsministerium des Innern zusammengelegt würden. So haben wir, um die einzelnen Ministerien einmal durchzusprechen, einen **Filmreferenten im Auswärtigen Amt.** Gewiß ist es richtig bei der auslandspolitischen Bedeutung des Films, daß auch das Auswärtige Amt dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken hat. Aber es ist doch gleichzeitig denkbar, daß der Schwerpunkt dieser Arbeiten im Reichsministerium des Innern selbst liegt, und daß für wertvolle Auseinandersetzungen und Besprechungen das Auswärtige Amt lediglich hinzugezogen wird. Es könnte das mit einem Referenten geschehen, der gleichzeitig eine Reihe von anderen Fragen bearbeitet und Filmfragen lediglich im Nebenamt behandelt. Überdies ist es sehr wünschenswert, daß die Reichsfilmstelle des Reichsministeriums des Innern auch von sich aus selbst auslandspolitisch den Film sieht.

Weiterhin hat sich das Reichsschatzministerium ausgiebig mit Filmfragen beschäftigt. Das muß in Zukunft aufhören. Auch hier muß eine Überleitung der Funktionen an die Reichsfilmstelle des Reichsministeriums des Innern stattfinden.

Das Reichswirtschaftsministerium hat keinen eigenen Filmreferenten, es schenkt dem Film nur durch ein Teilreferat seine Aufmerksamkeit. Aber in diesem Ministerium wie auch in den anderen Ministerien muß der Gedanke zum Durchbruch kommen, daß das Reichsministerium des

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Innern nun doch das federführende, das organisatorische und das zielsetzende Ministerium ist. Gleichzeitig stehen wir vor der anderen Tatsache, daß eine weitere amtliche Aufklärungsstelle, die Zentrale für Heimatdienst, sich auch wiederum mit Filmfragen beschäftigt. Von weiteren Einzelheiten will ich absehen. Jedenfalls erwächst aus allem die dringende Notwendigkeit, daß das Reichsministerium des Innern in dieser Hinsicht die Filmfragen wirklich organisatorisch, einheitlich und planmäßig erfaßt. Es würde auch eine bedeutende Kostenersparnis sein. Wir würden uns freuen, beim nächstjährigen Etat zu hören, daß diese **Vereinheitlichung und Konzentration der Filmfragen** wirklich stattgefunden hat.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Kap. 17 ist mit allen Titeln angenommen.

Ich rufe weiter auf Kap. 18, — 19, — 21 bis 22b mit sämtlichen Titeln. — Ich stelle auch hier überall die Annahme fest.

Wir gehen über zu b, einmalige Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 12, — 29, — 34, — 35 bis 41. — Ich stelle auch hier die Annahme fest, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir gehen über zu B, außerordentlicher Haushalt Kap. 1 Tit. 5. — Angenommen.

Es folgen dann die Einnahmen. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 und 2, — Kap. 2 Tit. 3, — Kap. 4 Tit. 1, — Kap. 5 Tit. 1, — Kap. 6 Tit. 1 und 2, Kap. 10 Tit. 1, — Kap. 11 Tit. 1 und 2. — Ich stelle auch hier die Annahme fest.

Wir gehen über zu den Petitionen. Es ist vorgeschlagen, die Abstimmung über den Ausschußantrag 2328, betreffend die Petitionen, auf die dritte Lesung zu verschieben. — Damit ist das Haus einverstanden.

Damit ist der Etat des Reichsministeriums des
(B) Innern erledigt. Wir würden übergehen zum

Etat des Reichsernährungsministeriums;

aber es liegen hier schon eine Reihe von Wortmeldungen vor, so daß ich Bedenken habe, ob wir mit dem Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft heute noch beginnen sollen.

(Zustimmung.)

— Gut, wir können ja einmal anfangen.

Wir beginnen dann mit den fortdauernden Ausgaben.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 bis 13, — 15 — und stelle hier überall die Annahme fest, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe weiter auf Kap. 2 Tit. 1 und stelle auch hier die Annahme fest.

Zu Kap. 2 Tit. 2 hat das Wort der Herr Abgeordnete Körner.

Körner, Abgeordneter: Meine Frauen und Herren! In dem Etat des Ministeriums für Ernährungswesen ist für die Unterhaltung von milchwirtschaftlichen Forschungsanstalten in Nord- und Süddeutschland und für die Prüfungsanstalt von milchwirtschaftlichen Maschinen eine Ausgabe von 500 000 Mark vorgesehen.

Im Hauptausschuß wurde eine Entschließung angenommen, welche wünscht, daß die Reichsregierung in Erwägungen darüber eintrete, ob bei der **Unterstützung von milchwirtschaftlichen Forschungsanstalten** in Nord- und Süddeutschland auch für Süddeutschland ein gleicher Betrag aufgewandt werden kann wie für Norddeutschland. Für die Forschungsanstalten in Norddeutschland ist eine Aufwendung von 300 000 Mark vorgesehen, und zwar soll hierfür das bereits bestehende Institut in Kiel bedacht werden. Es ist nur zu begrüßen, daß für das milchwirtschaftliche Institut der Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Holstein ein solcher Betrag ausgesetzt ist. Spielt doch die **Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein** (C) eine recht bedeutende Rolle. Man wird es aber auch uns in Süddeutschland nachfühlen, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß für Süddeutschland der gleiche Betrag von 300 000 Mark ausgesetzt und verwandt werden soll. Schon die **Parität** verlangt es, daß die in **Süddeutschland** vorhandenen Wünsche in gleicher Weise berücksichtigt werden, wie die von Norddeutschland. Für eine milchwirtschaftliche Maschinenprüfungsanstalt in Halle a. S. sollen ja auch noch weitere 100 000 Mark verwandt werden, so daß also Norddeutschland mit 400 000 Mark bedacht würde, während nach Süddeutschland nur 200 000 Mark kämen.

Nun ist die Milchwirtschaft in Bayern und in Württemberg von sehr großer Bedeutung. In beiden Ländern bestehen Versuchs- und Lehranstalten für die Milchwirtschaft. Wenn wir nun auch nichts dagegen einwenden würden, wenn die bis jetzt für Süddeutschland ausgeworfenen 200 000 Mark Bayern zugute kämen, so haben wir doch den dringenden Wunsch daß auch die in **Württemberg** befindliche Käsereiversuchs- und Lehranstalt in Wangen im Allgäu berücksichtigt wird. Die Entschließung geht deshalb davon aus, daß, sobald die Summen endgültig in den Etat eingestellt werden, für Süddeutschland eine Summe ausgeworfen wird, die so groß ist wie die für Kiel, also auch 300 000 Mark, und daß der Mehrbetrag von 100 000 Mark dazu verwendet werden soll, neben einer im bayerischen Allgäu gelegenen Anstalt auch die im württembergischen Allgäu bestehende Anstalt zu unterstützen. Es würde nur der Gerechtigkeit entsprechen, wenn Süddeutschland und Norddeutschland gleich behandelt würde. Es liegen aber auch die Bedürfnisse so, daß es zur Hebung der Milchwirtschaft im Süden Deutschlands dringend geboten ist, Aufwendungen zu machen, um die Bemühungen zu unterstützen, die auf eine Hebung dieses wichtigen Zweiges unserer Landwirtschaft (D) abzielen. Ich bitte das Ministerium um eine recht wohlwollende Behandlung der vorliegenden Entschließung und den Reichstag um deren Annahme.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Tit. 2 ist angenommen.

Zu diesem Titel liegt noch eine Entschließung auf Nr. 2328 der Drucksachen unter IIb vor, die Sie wohl im Wortlaut vor sich haben. Falls kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Annahme dieses Ausschußantrages fest. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Weiter rufe ich auf sämtliche übrigen Titel des Kap. 2, Tit. 3 bis 6, — 8, — 9, — ferner Kap. 3. Tit. 1 bis 6, — 10 — und stelle überall die Annahme fest.

Meine Damen und Herren! Wir würden nunmehr zu den einmaligen Ausgaben übergehen. Hierzu liegen aber bereits mehrere Wortmeldungen vor, und die Redner haben angekündigt, daß sie längere Ausführungen zu machen beabsichtigen. Mit Rücksicht hierauf schlage ich Ihnen vor, die Beratung nunmehr abzubrechen

(Zustimmung)

und die neue Sitzung anzuberaumen auf Donnerstag, den 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben der Rechtsanwälte Thiemann und Peters in Braunschweig, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr in einer Privatklagesache wegen Beleidigung;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung der im § 68 Abs. 1, im § 74a Abs. 2 Satz 1 und im § 75b Satz 2

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) des Handelsgesetzbuchs sowie im § 133a, b Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen;

3. Bericht des 30. Ausschusses (Bildungswesen) über die Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten;

4. Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend Beseitigung der „Sanktionen";

5. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz);

6. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 — und zwar:
   a) Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,
   b) Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung,
   c) Haushalt des Reichswehrministeriums (Marine),
   d) Haushalt des Reichspostministeriums,
   e) Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags,
   f) Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung,
   g) Haushalt der Reichsschuld.

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Im Auftrage meiner Fraktion möchte ich anregen, daß noch ein anderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Es ist daran zu erinnern, daß wir bereits in der 108. Sitzung am 31. Mai auf der Tagesordnung als Thema hatten: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung. Es handelte sich damals also um die **Reichsschulnovelle.** (B) Dieser Punkt ist dann auf geheimnisreiche Art von der Tagesordnung verschwunden, und wir haben ihn bis jetzt nicht wieder gesehen.

Ich beantrage deshalb, auf die nächste Tagesordnung setzen zu wollen: Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die Reichsschulnovelle.

Meine Damen und Herren! Die Begründung liegt darin, daß weiteste Volks- und Fachkreise durch die Veröffentlichung dieser Novelle tatsächlich beunruhigt sind. Es hat sich dabei nicht bloß um eine ernste Beunruhigung, sondern geradezu um helle Entrüstung gehandelt über das, was der Öffentlichkeit in diesem schulpolitischen Machwerk zugemutet worden ist. Deshalb meine ich, daß das Parlament und die Reichsregierung unter diesen Umständen Wert darauf zu legen hätten, daß der Entwurf vor der Sommervertagung zur Beratung und Erledigung, und zwar zu einer Erledigung in dem Sinne kommt, daß dieses unbrauchbare, gemeingefährliche Opus bereits nach der ersten Beratung — ohne Ausschußüberweisung — gänzlich von der Bildfläche auf Nimmerwiedersehen verschwindet.

Wie dem auch sei, jedenfalls ist es erforderlich, daß im Plenum eine Klarstellung der Sache durch alle Parteien, ich wollte damit sagen, durch alle Fraktionen, sowie auch durch die Regierung erfolgt. Das muß geschehen zur Verhinderung der schweren moralischen Schädigung, die von dieser Novelle für das Volksleben allgemein ausgeht, zur Verhinderung ferner der besonderen Schädigung, ja der völligen Zertrümmerung des Volksschulwesens, für das es jetzt gilt, kraftvoll einzustehen.

Ich ersuche Sie deshalb, aus allen diesen Gründen (C) einzutreten für den Antrag, den meine politischen Freunde und ich gestellt haben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Wenn kein anderer Vorschlag erfolgt, so nehme ich an, daß der Herr Abgeordnete Kunert diesen Punkt als letzten auf die Tagesordnung gesetzt haben will.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löbe.

Löbe, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst bitten, davon Abstand zu nehmen, die Tagesordnung so zu erweitern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich nehme doch immerhin an, daß die Herren Kollegen, wenn sie bis Freitag nächster Woche zusammenbleiben, doch lange genug ausgehalten haben. Bereichern wir aber unsere Tagesordnung um einen solchen Punkt, dann müssen wir ins Auge fassen, noch 14 Tage zusammen zu sein. Ich will nicht dagegen sprechen, daß das überdies auf die Tagesordnung gesetzt wird; aber uns jetzt schon für die Beratung festzulegen, das halte ich für sehr bedenklich; denn wir haben noch sehr viele Gegenstände zu erledigen. Ich darf erinnern an die drei Entschädigungsgesetze, über denen die Kommission $3^1/_2$ Monate gearbeitet hat. Wenn wir die jetzt fallen lassen, wird diese Arbeit möglicherweise hinfällig. In den Flüchtlingslagern liegen seit zwei Jahren die Flüchtlinge und warten endlich auf die Entscheidung des Reichstags über ihre Ansprüche. Das alles sind doch Dinge, die viel mehr drängen, und solange wir die nicht erledigt haben, sollten wir unsere Tagesordnung mit diesen Dingen nicht belasten.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert. (D)

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich verschließe mich nicht der Kraft der Gründe, die hier vom Herrn Präsidenten angeführt worden sind.

Allein ich muß doch darauf sofort aufmerksam machen, daß es sich bei der vorliegenden Schulnovelle um einen Gegenstand von ganz außerordentlich schicksalschwerer Bedeutung handelt. Und da, meine ich, geht die Pflicht, die das Parlament hat, allen Gründen konventioneller und technischer Art vor, die hier durch den Herrn Abgeordneten Löbe angeführt sind.

Ich bitte das Haus also, mit Rücksicht darauf, daß wir diese unabweisbare Pflicht erfüllen können, meinem Antrag zuzustimmen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Da der Herr Abgeordnete Kunert seinen Antrag aufrecht erhalten hat, wird das Haus darüber abstimmen müssen, ob außer den von mir vorgeschlagenen Punkten der Tagesordnung auch noch das Reichsschulgesetz als letzter Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen ist.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die als letzten Gegenstand das Reichsschulgesetz auf die Tagesordnung setzen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung liegen nicht vor; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 5 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

127. Sitzung.

Donnerstag den 30. Juni 1921.

Seite

Geschäftliches 4221C, 4247B

Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses: Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr (Nr. 2276 der Anlagen): 4222A

Erste Beratung des Gesetzentwurfs von: **Neuregelung von im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen** (Nr. 2331 der Anlagen): 4222A

Bericht des 30. Ausschusses über **Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten** (Nr. 2309 der Anlagen):

Frau Pfülf (S.) . . . 4222C, 4225C

(B)

D. Mumm (D.Nat.) 4222D

Schulz, Staatssekretär 4223A

D. Dr. Schreiber (Z.) 4223A, 4225D, 4228D

Dr. Pachnicke (D.D.) 4224A

Fries (V.K.) 4224B, 4227A

D. Everling (D.Vp.) 4224C

Frau Wurm (U.S.) 4224D

Frau Lang-Brumann (Bay.Vp.): 4225A

Dr. Löwenstein (U.S.) 4227D

Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann ꝛc.: **Beseitigung der „Sanktionen"** (Nr. 2094 der Anlagen):

Dr. Zapf (D.Vp.), Interpellant: 4235B

Dr. Rosen, Reichsminister des Auswärtigen 4241A

Sollmann (Köln) (S.) 4243A

Weiterberatung vertagt 4247A

Zweite Beratung des **Wehrmachtversorgungsgesetzes** (Nr. 1648, 2351 der Anlagen):

Hoch (S.) — zur Geschäftsordnung 4229D

Zweite Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2328, 2347 der Anlagen):

Seite (C)

Reichsverkehrsministerium:

Breunig (U.S.) 4230A

Gröner, Reichsverkehrsminister . . 4232C, 4233C, 4234B

Schmidt (Stettin) (D.Nat.) . . . 4232C

Brunner (S.) 4233C

Dr. Külz (D.D.) 4234C

Beratung unterbrochen 4235A

Nächste Sitzung 4247A

Die Sitzung wird um 2 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:**

1. Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung;
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge;
3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrates über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt vom 18. August 1917 und die Errichtung von Kleinschifferverbänden;
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1907;
5. Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen; (D)
6. Entwurf eines Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen;
7. Übersicht der Entschließungen des Reichstags nebst Beantwortungen der Reichsregierung.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Neyses, Schultz (Bromberg), v. Gallwitz, Schmidt (Stettin)
die Abgeordneten Allekotte, Graf v. Westarp, Dr. Hoetzsch, Bruhn;

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Kuhnt, Ledebour
die Abgeordneten Horn, Dr. Moses;

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Eckardt, Findeisen, Beythien, Körner, Lind, Ziegler (Westfalen), Dr. Quaatz, Neyses
die Abgeordneten Berthelé, Westermann, Dr. Quaatz, Schröter (Liegnitz), Thomsen, Keinath, Adams, ten Hompel;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), Dr. Fortmann, Stücklen
die Abgeordneten v. Gallwitz, Dr. Höfle, Bender;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Reitze, Herbert (Franken), Hartwig
die Abgeordneten Simon (Schwaben), Gerauer, Frau Behm;

in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Lind
der Abgeordnete Rieseberg;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Lauscher, Dr. Rheinländer, D. Everling
die Abgeordneten Borneseld-Ettmann, Frau Dransfeld, Dr. Wunderlich;

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzelnd durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Wienbeck, Henning

die Abgeordneten Hänse (Thüringen), Rieseberg;

in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Schreck, Bolz

die Abgeordneten Frau Schuch, Frau Dransfeld;

in den 30. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. v. Delbrück

der Abgeordnete Dorsch (Hessen).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Graf Kanitz und Korell für 8 Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Hemeter.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben der Rechtsanwälte Thiemann und Peters in Braunschweig, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr in einer Privatklagesache wegen Beleidigung (Nr. 2276 der Drucksachen).

Berichterstatter Abgeordneter Gerstenberger.

Ich eröffne die Beratung — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Der Ausschuß beantragt, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß Sie diesem Antrage beitreten, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Wir kommen zum 2. Gegenstand der Tagesordnung:

(B) **erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung der im § 68 Abs. 1, im § 74a Abs. 2 Satz 1 und im § 75b Satz 2 des Handelsgesetzbuchs sowie im § 133ab Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen** (Nr. 2331 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsjustizministerium:

Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Schlegelberger,

Ober-Regierungsrat Quassowski,

vom Reichsarbeitsministerium:

Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Feig,

Regierungsrat Dr. Melsbach.

Ich eröffne die erste Beratung. Es ist der Antrag gestellt worden, den Gesetzentwurf dem 6. (sozialen) Ausschuß zur Vorberatung zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrag beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Meine Damen und Herren! Eine gleiche Bitte ist an mich gerichtet worden wegen des Gesetzentwurfs, betreffend die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, und wegen des Gesetzentwurfs über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Es ist ein Wunsch aller Parteien des sozialen Ausschusses, daß die Überweisung in den Ausschuß schon heute stattfindet. Das kann nur geschehen, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Ich nehme an, daß niemand widerspricht — und erkläre die Überweisung für beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des 30. Ausschusses (Bildungswesen) über die Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten (Nr. 2309 der Drucksachen).

Berichterstatter Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

Ich eröffne die Beratung. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? — Das ist nicht der Fall. (C)

Zu dem Antrage des Ausschusses liegt auf Drucksache Nr. 2365 folgender Antrag Müller (Franken), Dr. Pachnicke, Weiß, Dr. Goetz vor, im Abs. 5 nach dem Worte „Wünschen" die Worte einzufügen:

„im Rahmen des Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung".

Hierzu hat das Wort die Frau Abgeordneter Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Im Ausschuß ist von einigen Herren der Antrag eingebracht worden, den ursprünglichen Antrag dahin zu ergänzen, daß, wenn Eltern den Wunsch äußern, ihre Kinder einer bestimmten Anstalt zuzuweisen, diesem Wunsche Rechnung getragen werden soll. Wir haben uns dieser Forderung angeschlossen, insoweit es sich bei diesen **Wünschen um Wohnungsverhältnisse** oder um die Zuweisung der Kinder an eine bestimmte Schulart handeln sollte, also etwa an ein Realgymnasium, an ein humanistisches Gymnasium oder an eine Aufbauschule usw. Wir möchten aber der Gefahr entgehen, daß es sich dabei um eine Konfessionalisierung unserer staatlichen höheren Unterrichtsanstalten handeln könnte. Wir wünschen deshalb, daß den Wünschen der Eltern nur insofern Rechnung getragen wird, als es sich eben um Wohnungsverhältnisse handelt, als es sich handelt um Zustimmung zu einer bestimmten Schulart. Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung bestimmt, daß die auf der Grundschule aufgebauten höheren Schulen **Simultananstalten** zu sein haben. Wir wünschen, daß das auch für die von dem Reich zu errichtenden Erziehungsanstalten maßgebend bleibe, und bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mumm. (D)

Dr. **Mumm,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hätte es am liebsten gesehen, wenn es über diese Angelegenheit, ohne uns hier im einzelnen auseinanderzusetzen, zum Beschluß gekommen wäre. Es kommt ja alles auf die praktische Durchführung an, und wir haben im Bildungsausschuß die Zusage des Herrn Staatssekretärs und damit der Reichsregierung erhalten, daß wir fortlaufend über die Ausführung dieses Beschlusses unterrichtet werden würden, sodaß die Möglichkeit der Einflußnahme unsererseits dadurch gegeben sein wird.

Nun aber ist soeben von der Frau Vorrednerin ein Satz ausgesprochen worden den ich nicht unwidersprochen lassen kann, ein Satz, der sich leider auch in dem Bericht auf Seite 3 als eine Aussage des Herrn Staatssekretärs findet, daß nämlich die **höheren Schulen** grundsätzlich als **interkonfessionell** anzusehen seien. Ich habe in keiner Weise das Bedürfnis, jetzt hier in eine Erörterung dieser Frage einzutreten, und es ist durchaus nicht mein Wunsch, nun irgendwie zu sagen, daß die an die Stelle der höheren Kadettenanstalten tretenden künftigen Lehranstalten als konfessionelle anzusehen seien. Die Frage steht nicht zur Debatte. Aber wenn hier in einer falschen Auslegung der Reichsverfassung gesagt wird, daß die höheren Lehranstalten grundsätzlich interkonfessionell sein müßten, dann ist doch darauf hinzuweisen, daß es im Deutschen Reich eine ganze Reihe von höheren Lehranstalten gibt, die bereits gegenwärtig als konfessionell anzusehen sind. Ich weiß zum Beispiel, daß es in Glogau ein evangelisches und ein katholisches Gymnasium gibt, ich kenne das evangelische Gymnasium in Gütersloh, ich kenne verschiedene katholische Gymnasien. Ich habe auch sofort im Unterausschuß Widerspruch gegen diese Auffassung, wie sie der Herr Staatssekretär aus-

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) gesprochen hat, erhoben. Es handelt sich mir nicht darum, irgendwie diesen weittragenden Kampf gegenwärtig zu beginnen, es handelt sich mir lediglich darum festzustellen, daß die Auffassung, wie sie an jener einen Stelle als Auffassung des Staatssekretärs im Berichte niedergelegt worden ist und wie sie soeben Frau Pfülf unterstrichen hat, hier im Reichstag nicht unwidersprochen bleibt. Es wird ja andere Gelegenheiten geben, wo wir diese Frage einmal zum Austrag bringen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Schulz.

Schulz, Staatssekretär: Meine Damen und Herren! In den Ausschußberatungen habe ich zum Ausdruck gebracht, die **höheren Schulen** seien grundsätzlich **simultan;** soweit indes eine gewisse Einheitlichkeit in der Weltanschauung zutage trete, könne man durch die Wahl der Leiter darauf Rücksicht nehmen. Wenn ich annehmen darf, daß sich der Antrag Müller (Franken) nicht gegen diese Ausführungen richtet, wäre vom Standpunkt der Regierung aus gegen den Antrag nichts einzuwenden, zumal es selbstverständlich ist, daß die Regierung nicht gegen die Reichsverfassung handeln darf.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben im Bildungsausschuß eingehend über diese Dinge gesprochen, im allgemeinen auch eine Übereinstimmung in den Ansichten über die Bildungsanstalten erzielt, obwohl es uns in mancher Hinsicht schwer fiel aus finanzpolitischen Bedenken heraus, auch aus verfassungsrechtlichen Bedenken. Wir haben doch eine ganze Reihe von Erwägungen zurückgestellt und haben uns gesagt, daß der soziale Gesichtspunkt außerordentlich

(B) wichtig ist, daß daneben auch mit wohlverständlichem Ernst der pädagogische sich anmeldet. Der soziale Gesichtspunkt ist für uns in den letzten Tagen noch dringlicher geworden wegen der starken Ausweisungen, die in Polen in den letzten Tagen gerade erfolgt sind. Und gerade da wird es sich darum handeln, in dieser Hinsicht Notstellen und Zufluchtsstätten für die Kinder der Ausgewiesenen zu schaffen.

Nun hat sich hier aber doch ein Differenzpunkt ergeben. Es ist der eben von Frau Pfülf besprochene Antrag eingebracht worden, in dem Ausschußantrag nach dem Worte „Wünschen" die Worte einzufügen: „im Rahmen des Art. 146 Abs. 1". An sich ist es uns etwas Selbstverständliches, daß sich unsere **Bildungsanstalten** auf dem **Boden der Reichsverfassung** bewegen. Meine Fraktion hat bereits im Ausschuß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß gerade diese Bildungsanstalten auf Verfassungsboden stehen sollen und nicht irgendwelchen Experimenten verfallen, die mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar sind, auch nicht in Zuständen haften bleiben, die mit dem Geist der Verfassung nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Nach meiner Auffassung — ich muß das offen bekennen auch der Frau Vorrednerin gegenüber — gewinnt aber der Antrag Müller (Franken)-Pachnicke auf Grund der Erörterungen im Bildungsausschuß eine ganz andere Bedeutung. Ich muß auf diesen Punkt hinweisen und komme nicht daran vorbei. Für uns war die Formulierung, wie sie im Bildungsausschuß besprochen ist, die allein annehmbare: wenn die Eltern den Wunsch aussprechen, ihre Kinder bestimmten einzelnen Anstalten zuzuführen, so ist diesem Wunsche nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Meine Fraktion hat in dieser Hinsicht die Erklärung abgegeben, daß sie grundsätzlich an dem **Bestimmungsrecht der Eltern** festhält, und zwar nicht bloß beim Volksschulwesen, sondern daß sie den Elternwillen grundsätzlich auch (C) für das gesamte Unterrichtswesen als einen wertvollen Faktor betrachtet, und daß sich in dieser Hinsicht Gewissensfragen mit allem Nachdruck anmelden. Wir haben darauf hingewiesen, daß in dem Elternwillen auch ein großes staatsrechtliches Prinzip liegt, daß die Eltern mehr für die öffentlichen Aufgaben des Landes interessiert werden. Es muß uns daran liegen, nicht bloß immer von staatsbürgerlicher Fortbildung zu reden, sondern die Familie muß als eine der Urzellen des öffentlichen Lebens auch wieder stärker im öffentlichen Leben sich geltend machen. Wir wollen es begrüßen, wenn auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und anderer sozialer Einrichtungen die Familie als eine der großen sozialen Träger und Keimzellen wieder mehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens tritt. Wir sehen in dem Elternwillen, der in die Verfassung hineingebaut ist, eine starke Bejahung auch des Selbstverwaltungsgedankens, ein stärkeres Heranziehen und Heranführen der Familie an die öffentlichen Aufgaben. Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus müssen wir daran festhalten, daß der schulpolitische Gestaltungswille der Familie nicht auf die Volksschule beschränkt wird.

Das ist unsere grundsätzliche Auffassung. Ich habe dann mit allem Nachdruck zum Ausdruck gebracht, daß wir nach der praktischen Seite hin, was die Aufmachung der Bildungsanstalten betrifft, einer Reihe praktischer Gesichtspunkte Rechnung tragen. Hier und da tritt an uns die soziale Notlage ganz außerordentlich stark heran. Außerdem kommen wir nicht daran vorbei, daß wir auch bei diesen Bildungsanstalten die **Eltern** nicht in einem **Gewissenskonflikt** hineintreiben dürfen. Wir stehen doch vor der Tatsache, daß viele Familien aus dem Osten, aus Polen vertrieben werden, daß die Familien Heim und Hof verlassen müssen, und daß sie ihre Kinder nun hier in den öffentlichen Anstalten unterbringen müssen. (D) Ich kann mir nun denken, daß die eine oder andere Bildungsanstalt in einem Geiste gehandhabt werden könnte, der solchen Familien neben ihrer bedrängten sozialen Lage auch noch einen seelischen Gewissenskonflikt zumutet, indem ihnen zugemutet wird, ihre Kinder in eine Anstalt hineinzuschicken, die nicht ihren Auffassungen und ihren Grundsätzen entspricht. Das können wir unsererseits nicht mitmachen. Deshalb, meine Damen und Herren, weil wir mit allem Nachdruck nach der grundsätzlichen Seite unsere Forderungen unterstreichen müssen, haben wir uns doch auf den Boden der praktischen Politik gestellt und haben deshalb eine Erläuterung für unseren Antrag im Hauptausschuß gegeben, daß wir bei allen grundsätzlichen Vorbehalten, die wir machen, praktisch keinen Antrag auf Konfessionalisierung der Anstalten gestellt haben.

Gleichzeitig ist von uns mit Nachdruck erklärt worden, daß unser Antrag nicht bezwecke, der Exekutive oder dem Generalkuratorium in den Arm zu fallen. Es soll also dem **schulpolitischen Gestaltungswillen des Reichsministeriums des Innern** nicht eine derartige Schranke gesetzt werden, daß dieser schulpolitische Gestaltungswille eine Utopie wird. Natürlich wollen wir den schulpolitischen Gestaltungswillen auch nicht als einen grenzenlosen, als einen absoluten betrachten. Davon kann gar keine Rede sein. Dieser schulpolitische Gestaltungswille hat sich — um von anderen Momenten abzusehen — zuerst zu orientieren an der sozialen Notlage. Wir haben das soziale Element der Vertriebenen, der Kriegsbeschädigtenkinder, der Kriegsgefangenen, Kriegswaisen mit allem Nachdruck in den Vordergrund gestellt. Zweitens soll der schulpolitische Gestaltungswille seine Grenzen finden an dem **Willen des Bildungsausschusses.** Wir denken den Bildungsausschuß als ein gemeinsames Organ, das zusammen

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) mit der Reichsregierung arbeitet, wo wir uns auch gegenseitig von den verschiedenen Parteien her kontrollieren und uns gegenseitig ausgleichen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß es uns auch im Zeichen gegenseitigen Vertrauens möglich sein, für den Antrag zu stimmen, der der gemeinsame Antrag des Bildungsausschusses ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. **Pachnicke**, Abgeordneter: Es hat sich im Bildungsausschuß eine erfreuliche Übereinstimmung der Anschauungen und Forderungen nach längerer Debatte herausgestellt. Fast in allen Punkten kam man zu derselben Linie, nur in einem nicht, und das war die **Frage der Konfessionalisierung.** Allerdings hat der Herr Vertreter des Zentrums, der soeben sprach, auch im Ausschuß eine Erklärung abgegeben, die nicht ausdrücklich auf die Konfessionalisierung hinwies; aber die Erklärung war uns schon damals nicht so klar gefaßt, daß wir hier jede solche Tendenz als ausgeschlossen betrachten durften. Auch das, was wir eben hörten, konnte uns nicht völlig beruhigen. Wir sind dafür, daß die Wünsche der Eltern in bezug auf die Einschulung berücksichtigt werden; aber wir wollen den konfessionellen Streit in diesen Schulen ausgeschaltet wissen, und um nach dieser Richtung eine Sicherung zu schaffen, haben wir den Antrag zusammen mit der Mehrheitssozialdemokratie gestellt, daß Wünsche der Eltern im Rahmen des Artikels der Verfassung, der hier in Frage kommt, berücksichtigt werden, aber auch nur in diesem Rahmen. Damit, glaube ich, schließen wir Gefahren aus, die sich hier etwa einstellen könnten, und ich empfehle dem hohen Hause, diesem Antrag seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

(B) **Fries**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was der Herr Vorredner in bezug auf die Ausschußsitzung gesagt hat, kann ich nur bestätigen. Der Vertreter des Zentrums hat ja wohl recht, wenn er sagt: Praktisch haben wir keinen Antrag gestellt, der die **Konfessionalisierung der Schule** wollte! Auf die verschiedensten Anregungen und Anzapfungen der einzelnen Vertreter hin hat allerdings der Vertreter des Zentrums eine Erklärung abgegeben, die uns, die wir die Praktiken gerade der Seite in der Schul- und Bildungsfrage kennen, die Gewähr bietet, daß man trotz allem darauf hinausging, eine Konfessionalisierung gewisser höherer Lehranstalten herbeizuführen. Wenn der Herr Abgeordnete D. Mumm sagt, wir hätten heute im Deutschen Reiche schon einen Teil Anstalten, die konfessionell gestaltet sind, so ist das meiner Meinung nach durchaus unrichtig, und es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als dem gestellten Abänderungsantrag zuzustimmen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn der Herr Abgeordnete Schreiber fordert, daß die **Familie** mehr als bisher in den **Vordergrund** gestellt wird, so mutet das uns sonderbar an bei den Vertretern jener Berufe, die heute noch immer unter dem Zwange des Zölibates leben.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn man den Gedanken der Familie so sehr in den Vordergrund schiebt und wenn man darauf hinweist, daß die sozialen Rücksichten gerade in bezug auf die Familie eine Hauptrolle bei diesen Fragen spielten, so gibt es genügend und genug Gelegenheiten, wo das mehr als bisher auch seitens der Partei des Herrn Abgeordneten Schreiber geschehen könnte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist durchaus richtig, wenn zur Begründung dieses Antrags auf die Gefahr der Konfessionalisierung der höheren Lehranstalten hingewiesen wird. Wir werden ja (C) bald, wie Herr Abgeordneter Mumm sagte, Gelegenheit bekommen, über diese wichtige Frage ausreichend zu sprechen. Es muß aber meines Erachtens jetzt schon von allen freiheitlich denkenden Mitgliedern des Reichstags mit aller Entschiedenheit den Versuchen der Rechten und des Zentrums, die jede Gelegenheit benutzen möchten, um einzelne Machtpositionen in der Kulturfrage, zu denen, die sie schon innehaben, neu hinzuerobern zu können, entgegengetreten werden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Everling.

D. **Everling**, Abgeordneter: Wer meint, wir wollten Machtpositionen durch diesen Antrag gewinnen, verkennt vollständig die Lage. Die Einmütigkeit im Ausschuß war, wie Herr Dr. Pachnicke hervorgehoben hat, recht groß. Er hat auch richtig betont, daß die hauptsächliche Veranlassung zu verschiedenen Auffassungen die **Frage der konfessionellen Gestaltung der Anstalten** waren. Das hat aber doch keine Partei verlangt, und es geht doch nicht unbedingt aus dem Antrag hervor, daß konfessionelle Schulen errichtet werden sollen. Man könnte deshalb dem Antrag der Herren Müller (Franken) und Pachnicke an sich zustimmen und die Worte „im Rahmen des Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung" hinzufügen. Nach der Auslegung aber, die der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke diesem Antrag gegeben hat, nach der ausdrücklichen Erklärung, daß damit das konfessionelle Moment völlig ausgeschaltet werden soll,

(hört! hört! rechts)

ist es uns unmöglich, diesem Antrage zuzustimmen.

(Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Wir wollen das konfessionelle Moment nicht ausgeschaltet (D) wissen. Das kann man auch gar nicht ausschalten. Es ist ein zu großer Machtfaktor im öffentlichen Leben und im Schulleben, als daß es ausgeschaltet werden könnte. Wir wollen, daß den **Wünschen der Eltern** Rechnung getragen wird in bestimmten Fällen, wie es hier im Ausschußantrage heißt. Es könnten solche Schulen sich so gestalten, daß sie tatsächlich einen evangelischen oder anderen Charakter haben. Der Herr Staatssekretär hat gesagt, in einem solchen Fall würde man auch bei der Wahl der Leitung und sonst Rücksicht nehmen. Wenigstens fasse ich diese Äußerung so auf.

Ich glaube auch nicht, daß die Verfassung Art. 146 grundsätzlich der Schule einen simultanen Charakter gibt. Es wird sich ja bei diesen Schulen praktisch so gestalten, daß sie in der Regel keine konfessionellen Anstalten sind.

Wie gesagt, die Bemerkung, daß das konfessionelle Moment völlig ausgeschaltet werden soll, macht es uns unmöglich, dem Abänderungsantrag Müller (Franken) zuzustimmen. Wir bitten daher, dem Antrag so, wie ihn der Ausschuß einmütig angenommen hat, auch hier im Plenum zustimmen zu wollen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete: Verehrte Anwesende! Auch wir werden für den Antrag: „nach Art. 146 der Reichsverfassung" stimmen; denn das, was der Herr Vertreter des Zentrums will, steht im Gegensatz zu Art. 146 der Reichsverfassung, in dem es ausdrücklich heißt:

> Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) Ich bitte Sie deshalb, unbedingt dem Zusatzantrag zuzustimmen, der von den Sozialdemokraten eingereicht worden ist, daß den Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ist, soweit sie mit Art. 146 in Einklang stehen. Wir werden künftig gerade genug an Konfessionsschulen haben, so daß wir dort, wo wir Freistellen für eine Anzahl von Kindern einrichten, nicht auch noch von vornherein Bestimmungen hinnehmen wollen, die wiederum konfessionellen Wünschen Rechnung tragen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Lang-Brumann.

Lang-Brumann, Abgeordnete: Verehrte Frauen und Herren! Es ist der Fraktion der Bayerischen Volkspartei nicht möglich, sich mit dem Antrag, der heute dem hohen Hause zum Zwecke der Verreichlichung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten unterbreitet wird, einverstanden zu erklären.

Wir müssen uns grundsätzlich gegen jede **Verreichlichung irgendwelcher Schule und Schulgattung** aussprechen und können uns der Befürchtung nicht verschließen, daß hier ein Anfang gemacht werden soll, mit dessen konsequenter Weiterentwicklung wir durchaus nicht zufrieden sein können. Durch die Ausschußverhandlungen und die Regierungserklärungen ist überdies viel zu wenig geklärt, wie diese Anstalten in Zukunft nach unterrichtlicher — —

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe!

Lang-Brumann, Abgeordnete: — nach unterrichtlicher und erziehlicher Richtung hin aussehen werden.

Man spricht von Oberschulen, Aufbauschulen usw. Ja sogar Schulfarmen wurden genannt.

(Zurufe links.)

(B) Es liegt die Gefahr nahe, daß hier **Experimentierschulen** geschaffen werden. Wir wollen heute eine grundsätzlich ablehnende Stellung gegenüber Einführung genannter Neutypen durchaus nicht einnehmen. Aber Anstalten, zu deren Besuch gewisse Gattungen von Schülern prädestiniert erscheinen — hier Kinder von Kriegsgefallenen und Kriegsbeschädigten, von Auslandsdeutschen und Vertriebenen und so fort — bieten sicher nicht die Berechtigung, sie zu Experimentierschulen zu machen. Das nach unterrichtlicher Seite.

Aber auch, wieweit der **Elternwille** in bezug auf Erziehung, Weltanschauungserziehung in genannten **Internaten** Berücksichtigung finden soll, ist keineswegs zu unserer Befriedigung geklärt. Daß sie als Schulen gleich anderen Mittel- und höheren Schulen keinen ausgesprochenen Weltanschauungscharakter tragen können, weil solche nicht unter Art. 146 fallen, muß zugegeben werden. Aber diese Anstalten sind nicht nur Schulen. Es sind Internate, Erziehungsanstalten im engeren und ausgesprochenen Sinn des Wortes. Es steht beinahe fest, daß ein Internat mit einheitlich positivweltanschaulichem Charakter des Lehrkörpers unter den zu übernehmenden und umzubildenden Anstalten nicht sein wird, während wir andererseits uns der Befürchtung nicht verschließen können, daß mit der Verreichlichung der Anstalten einer möglichen Politisierung eventuell Tür und Tor geöffnet sind.

Das Versprechen, die Eltern der Schüler könnten mitentscheiden, in welche Anstalt die Schüler geschickt werden sollen, ist illusorisch, wenn sich unter den Anstalten keine befindet, die ihrer Weltanschauung, ihrem Erziehungswunsch und -willen entspricht.

Ferner muß man sich auch fragen: Wo bringt das **Reich** die ganz beträchtlichen **Mittel** her, die dazu notwendig werden? Soll das Reich Aufgaben übernehmen, wozu ihm selbst die Mittel fehlen und für deren finanzielle Lösung es doch wieder die Länder belasten muß, (C) die gleichen Länder, die man durch Übernahme von Schulen an das Reich in ihren herkömmlichen Rechten schmälert?

Kann man das überhaupt und kann man das den Ländern gegenüber verantworten? Die Verreichlichung der Schulen ist einmal ein vollständiges Novum. Wird es nicht der Faden sein, an dem das Reich allmählich das ganze Schulwesen aufrollt? Eine Maßnahme, welche vom Standpunkt der Länder aus so unberechtigt ist, die finanziell, pädagogisch und methodisch so ungeklärt, erzieherisch und politisch so verfänglich, in ihrer ganzen Auswirkungsmöglichkeit so bedenklich ist, wird eine allgemeine Zustimmung im Hause kaum erwarten können.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Wir können natürlich heute nicht auf die **pädagogischen Probleme** eingehen, die mit diesen Schulen verknüpft sind. Das würde zu weit führen, Frau Kollegin Lang-Brumann. Der Ausschuß hat ja beschlossen, daß bei allen weittragenden pädagogischen Lehrplanentschließungen zunächst der Bildungsausschuß gehört werden muß. Es wird also das eine Sache sein, die sich im Laufe der Zeiten ganz von selbst noch regeln wird. Man kann nicht am ersten Tage bei der Geburt schon wissen, wie diese Anstalten aussehen werden. Etwas anderes ist es allerdings, und deswegen haben wir unseren Antrag gestellt, und ich wiederhole es: wir wünschen eben gerade nicht, daß der **schulpolitische Gestaltungswille des Ministeriums** keine Schranke habe, wie heute ausgeführt wird. Wir wollen, ganz gleich, wer in diesem Ministerium sitzt, daß für das Ministerium die schulpolitische Schranke der Verfassung ihre Geltung behalte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Nur nach dieser Richtung hin ist dieser Antrag gestellt, und das ganze Haus wird diesem Grundsatz nicht widersprechen können und sich infolgedessen unserem Antrag anschließen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe ein Doppeltes vor Ihnen auszuführen, etwas Grundsätzliches und dann einige Einzelfragen in Sachen des vorliegenden Antrags. Etwas Grundsätzliches zunächst zu den Ausführungen des Herrn Vertreters der Kommunistischen Partei, Herrn Fries. Ich freue mich, festzustellen, daß Herr Fries versucht hat, eine bestimmte Frage ganz ruhig und sachlich zu behandeln. Ich werde auch in dieser Hinsicht die berührte Frage ruhig und sachlich weiter führen, weil grundsätzliche Erwägungen ganz leidenschaftslos ausgesprochen werden sollen und auch beantwortet werden können. Der Herr Abgeordnete hat nämlich bemerkt, wie es denn möglich sein könne, daß ein Vertreter einer Partei sich für die **Familie** und die **Familienkultur** einsetzen könne, obwohl er selbst nicht im Familienleben stehe. Nun, auf diese Frage gebe ich die folgende Antwort: Wir alle wissen doch, daß ein jedes Menschenleben unter das Zeichen einer großen Idee sich stellen kann, mag es innerhalb oder außerhalb eines Familienkreises geführt werden. Auch die Damen und Herren von der Kommunistischen Partei werden sich darüber klar sein, daß sich ihr Leben nicht eben im Familienleben erschöpft, sondern sie hängen an einer für sie großen politischen und sozialen Idee, die ihr ganzes Sein erfüllt, an dem kommunistischen Gedanken. Man mag diesem Gedanken als

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Gegner gegenübertreten, — und Sie wissen, daß wir es tun —, aber die andere Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß es in dieser und noch mehr in anderen Weltanschauungen außerordentlich viel Menschen gibt, die ihr ganzes persönliches Leben großen Gedankenkreisen unterordnen. Gedankenkreise, die für sie ein so Überragendes bedeuten und ihr Leben derart erfüllen, daß sie unter Umständen gewillt sind, diese Ideale noch höher einzustellen als die Familienkultur, die an sich sittlich hochwertig ist. Zu allen Zeiten gibt es demnach große leuchtende Ideen in der Menschheit, Ideen überragender absoluter Natur, die nicht bloß neben der Familienkultur ihre Ansprüche anmelden, sondern auch noch über der Familie zu stehen vermögen. Auch die Familie steht in einem größeren Zusammenhange sittlicher Begriffe.

Ein weiteres will ich in diesem Zusammenhang sagen. Sie selbst haben ja in den Jahrzehnten, seit denen der Deutsche Reichstag arbeitet, eine **großzügige soziale Gesetzgebung** mitgemacht, die die Familienkultur erfaßt hat. Ich glaube nun, es gibt eine ganze Reihe Parteien dieses Hauses, die bei dieser sozialen Gesetzgebung die Mitarbeit des katholischen Priesters Franz **Hitze** nicht missen mochten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Weiterhin will ich Sie daran erinnern, daß am Anfang der Ära nicht bloß der katholischen Sozialpolitik, nein, daß auch am Anfang der Ära eines guten Stückes der deutschen Sozialpolitik der Name eines katholischen Bischofs steht, der Name des Bischofs **v. Ketteler**, dessen Schriften mit denkbar größter Achtung auch von den Parteien der Linken genannt sind.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Und in den letzten Wochen hat ein Mann seine Augen geschlossen, wiederum ein katholischer Geistlicher, dessen Name in der Geschichte nicht bloß der katholischen,
(B) sondern auch der deutschen Charitasbewegung unauslöschlich sein wird. Wer die bevölkerungspolitischen Kongresse, wer die Wohlfahrtskongresse und Wohlfahrtsbestrebungen der letzten Monate nicht bloß, nein auch der letzten Jahrzehnte durchblättert, begegnet dem Namen des verstorbenen Prälaten **Werthmann** als einer geschlossenen, starken sozialen Persönlichkeit, die es eben als große Lebensaufgabe betrachtet hat, einen großen Teil der deutschen Wohlfahrtspflege und zugleich der Auswandererfürsorge erstmalig mitentwickeln zu helfen. Und immer, wo von der Wohlfahrtspflege die Rede ist, wird ein Stück deutscher Familienkultur, die leider, leider vielfach Stück um Stück schon dahingesunken ist, gerettet und wiederum aufgebaut.

Ich will noch einen Schritt weiter gehen. Wenn Sie in die **Krankenhäuser der katholischen Schwestern** hineingehen, werden Sie auch dort der **Ehelosigkeit** begegnen. Aber Sie werden mir doch zugeben müssen, daß diese Ehelosigkeit der Schwestern und der Krankenpflegerinnen im besten Sinne des Wortes sich sozialisiert,

(Zustimmung im Zentrum)

und daß sie in große kulturelle und soziale Energie sich umsetzt.

(Erneute Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie nach Wien hinausgehen und dort in das Hospital der Unheilbaren eintreten, dann wird jeder Menschenfreund an der Schwelle dieses Hauses mit der größten Achtung stehen, mit einem großen heiligen Erstaunen über jene Schwestern dort, die ihr ganzes Lebensziel daran setzen, diesen armen unglücklichen Menschen, diesen Unheilbaren, im Sinne einer kulturellen Wohlfahrts-, im Sinne auch einer großen Familienpflege zu helfen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Dinge stehen doch so, daß von der kirchlichen Kultur unendlich viel Köstliches und Schönes auch auf das Gebiet der deutschen Familien- (C) kultur herausgeflossen ist. Ich könnte Sie durch die Weihnachtszeit und durch unser deutsches Festesleben und durch viele andere Zeugnisse der deutschen Familienkultur hindurchführen. Doch das ist unnötig, weil grundsätzlich in diesen Dingen bei vielen Mitgliedern des Hauses von vornherein eine Übereinstimmung besteht und das ohne Unterschied der Partei. Meine Damen und Herren, dies zum Grundsätzlichen!

Zum Antrag selbst lassen Sie mich das eine noch einmal feststellen. Sie werden stets im Bildungsausschuß unsere Fraktion an der Stelle finden, wo es sich darum handelt, die Bahnen und die Linien der Verfassung zu gehen. Wir haben es von vornherein als selbstverständlich betrachtet, daß auch diese neuen Bildungsanstalten im Zeichen der Verfassung stehen. Aber wie die Dinge sich praktisch entwickelt haben — ich rufe das doch einem jeden ins Gedächtnis zurück, der im Bildungsausschuß tätig ist —, wird hier dem Antrag, der von Frau Pfülf und den anderen Antragstellern eingebracht ist, eine Interpretation mitgegeben, die wir nicht mitmachen können. Ich wundere mich eigentlich über eins: daß die Herren Redner hier nicht jenen entscheidenden Gedanken herausgearbeitet haben, der hier doch als etwas Neues und als das eigentlich Entscheidende betrachtet werden muß. Es handelt sich hier doch um **Internate**, es handelt sich also nicht um jedwedes Gymnasium, um Unterrichtsanstalten, es handelt sich vielmehr um ausgeprägte Erziehungsanstalten. Gerade bei diesen Internaten meldet sich der **Elternwille** eben an.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man kann den Eltern, die in einer sozialen Notlage sind, nicht zumuten, daß sie die Kinder in Internate hineinschicken, zu deren Internatsleitern sie nicht das entsprechende Vertrauen haben. Und, meine Damen und (D) Herren, sprechen wir doch nicht bloß immer das Wort von der Konfessionalisierung. Die Dinge liegen im Grunde genommen doch tiefer. Wir haben doch auf dem Gebiete der Volksbildung den allgemeinen Wunsch, daß wir **Volksbildungsheime** schaffen. Und diese Heime stehen am besten im Zeichen der Weltanschauung. Was sind denn die Volkshochschulheime anders als Internate? Und nun frage ich weiter: Warum ist denn so vieles in den letzten Monaten an den Volksbildungsbestrebungen zusammengebrochen? Gehen Sie hinaus in das deutsche Land! Wie finden Sie denn die Dinge? Gewiß, in einer Reihe von Städten ist es uns gelungen, die **Arbeiterschaft** tiefer in den Volksbildungsgedanken hineinzuführen. Aber in einer anderen Reihe von Städten — ich kenne das rheinisch-westfälische Industriegebiet gut — stehen die Dinge leider so, daß die Arbeiter vielfach versagt haben. Ich weiß, daß der Herr Kollege Löwenstein im Ausschuß seine Auffassung anders entwickelt hat. Aber, Herr Kollege Dr. Löwenstein, gehen Sie einmal in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, gehen Sie einmal in die Bergwerkskreise und sehen Sie die innere Anteilnahme an, die die Bergarbeiter an den neuen Volksbildungseinrichtungen bekunden.

(Abgeordneter D. Mumm: Sehr richtig!)

Dann werden Sie mir sagen, daß in den letzten Monaten in Volksbildungsfragen oft recht wenig glücklich operiert worden ist.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Dinge stehen heute so, daß die Krone der Volksbildungsbestrebungen, das Volkshochschulheim, stärker im Zeichen der Weltanschauung steht, oder daß die Volksbildung etwas kümmerlich sein wird.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Sie wird jedenfalls nicht so tief gehen, wie es jeder wahre, echte Freund der Volksbildung eigentlich wünschen möchte. Ich erkenne auch Ihnen (nach links) die Weltanschauung zu. Ich kann mir denken, daß auch aus Ihren Kreisen ein Weltanschauungsheim volkshochschulmäßig entwickelt wird, wo Sie dahin wirken wollen, daß Ihre Ideen sich fortpflanzen und weiter entwickeln auf die junge Generation. Das kann ich verstehen. Aber ich fordere auch in dieser Hinsicht völlige Parität.

Weil es sich hier um die Frage des Internats handelt, die die Parallele zu den Volkshochschulheimen nahelegt, so wollen Sie es verstehen, daß wir in der Frage des Internats unsererseits in diesem Punkte mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgehen.

Ich darf noch einmal feststellen, daß unsere Fraktion keinen Antrag auf Konfessionalisierung gestellt hat, sondern dem Reichsministerium des Innern die Initiative in der Organisation dieser Anstalten zubilligen will — mit allem Nachdruck stelle ich das fest —, aber — das Aber spreche ich jetzt ebenso offen aus — im Rahmen der Kontrolle, die der Bildungsausschuß übt und an der jede Partei, jede Fraktion beteiligt ist.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnetete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Vorredners nötigen mich, noch einige Worte zu sagen. Er hat sich darüber beschwert, daß ich einzelnen oder einer Gesamtpartei einen Vorwurf wegen der **Ehelosigkeit** hätte machen wollen. Ich habe ausdrücklich — das möchte ich feststellen — der Berufsklasse oder Korporation als solcher den Vorwurf gemacht. Ich kann es ganz gut verstehen — das brauchte der Vorredner nicht besonders zu betonen —, daß es auch

(B) unter denjenigen, die durch Zwang ehelos bleiben müssen, Einzelwesen und Einzelmenschen gibt, die für die Allgemeinheit, auch für die Familie eintreten.

(Zurufe im Zentrum: Das gehört nicht hierher!)

— Meine Damen und Herren! Wenn Sie behaupten, daß dies nicht zur Sache gesprochen ist, dann wundere ich mich über die Objektivität, die Sie an den Tag gelegt haben, als Sie die Rede Ihres Fraktionskollegen hier angehört haben.

Ich erkenne durchaus an, daß es katholische Sozialpolitiker gegeben hat in der früheren Zeit, die für die Arbeiterschaft gemäß ihrem Können eingetreten sind. Ich erkenne durchaus an, daß auch manche Krankenschwestern voll und ganz ihre Pflicht in bezug auf Menschentum tun. Aber das hat damit nichts zu tun, daß wir es verurteilen müssen, daß es Berufsklassen gibt, die die Ehelosigkeit, das Zölibat predigen und ausüben. Was würden Sie sagen, wenn die Kommunistische Partei als solche sagen würde: wir beantragen die Ehelosigkeit und wollen durchgeführt sehen, daß keine Kinder in die Welt gesetzt werden. Dann würde ich gerade von Ihrer Seite viel zu hören bekommen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich sage ferner: wenn der Herr Abgeordnete Schreiber erklärt, daß die Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf dem Gebiete der Bildung und der Bildungsbestrebungen versagt hätten, so soll man sich doch auf allen Seiten des Hauses einmal darüber klar werden, wie es denn kommt, daß gerade manche **Arbeiterkreise** für **Bildungsbestrebungen** gar nicht mehr aufnahmefähig sind. Es gibt Hunderttausende von Arbeitern aus allen möglichen Parteikreisen und Berufsschichten, die heute nach ihrer schweren körperlichen Arbeit und bei der schlechten Ernährung für Bildungsfragen einfach nicht mehr aufnahmefähig sind, so gern sie es möchten. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß gerade diejenigen, die mit (C) uns auf kulturellem Gebiete ein und denselben Standpunkt vertreten, von jeher dafür eingetreten sind, daß den Arbeitern mehr Bildungsmöglichkeiten gegeben würden, und letzten Endes ist es eine Hauptschuld der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die gemäß dem Ausspruch Wilhelm Raabes im „Hungerpastor" auch heute noch von dem Grundsatz ausgeht, den Arbeitern dürfe nicht mehr Bildung beigebracht werden als die, die dem Staate nicht gefährlich werden könne.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich meine, die Anwürfe gegen die Arbeiterschaft, die der Herr Vorredner gemacht hat, mit Entschiedenheit zurückweisen zu müssen.

(Unruhe im Zentrum.)

Es gibt heute noch einen viel größeren Prozentsatz von Arbeitern, der sich dank der Bestrebungen der linksstehenden Parteien in Deutschland von Tag zu Tag vergrößert, der bestrebt ist, sich alle Bildungsmöglichkeiten zu eigen zu machen, und an Ihnen wird es liegen, wenn in den kommenden Wochen und Monaten Anträge gestellt werden, die der Arbeiterschaft neue Wege eröffnen sollen, um ihr Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, dann zu beweisen, daß es Ihnen auch ernst mit dieser Kritik gewesen ist, und daß Sie nicht nur kritisieren wollen über die Arbeiterschaft, sondern daß sie auch das Bestreben haben, den Arbeitern das zu geben, was ihnen not tut.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich möchte ferner unterstreichen, was ich schon erklärt habe: gewiß, **direkte Konfessionalisierungsanträge** sind nicht vorgelegt worden; aber jeder, der den Ausschußberatungen beigewohnt hat, mußte aus den Ausführungen der einzelnen Ausschußmitglieder erkennen, welchen Wert man darauf legt, daß nur ja nicht in den Bericht hineinkäme, daß nach der Verfassung die höheren **Lehranstalten** grundsätzlich als **simultan** zu betrachten seien. Ich habe (D) mir öfters die Frage vorgelegt, wenn von der einen Seite behauptet wurde: wir haben grundsätzlich die höheren Lehranstalten als simultan zu betrachten und auf der anderen Seite bestritten wurde, daß die Verfassung dies vorsehe: ja, auf was beruft man sich denn bei diesem „grundsätzlich"?

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn bei Ihnen die Auffassung allgemein vorherrscht, daß es grundsätzlich richtig ist, die höheren Lehranstalten simultan zu gestalten, dann liegt meiner Auffassung nach doch gar kein Bedenken vor, diesem Antrage, der gestellt worden ist, zuzustimmen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein hat das Wort.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schreiber hat im Zusammenhang mit den Kadettenanstalten die Frage der Weltanschauung in den Erziehungsanstalten und Volkshochschulen gestreift. Er hat geglaubt, gerade den **Volkshochschul- und Volkserziehungsbestrebungen,** die von unseren Kreisen ausgehen, nachsagen zu müssen, daß dabei allerhand nicht Billigenswertes geschehen sei, und zwar mit besonderer Rücksicht auf Westfalen und das Rheinland. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß in einer Zeit, in der man nicht nur Bildung übermittelt, sondern auch Bildung sucht, in der man nicht mehr Weltanschauung als etwas Bestimmtes geben kann, sondern Weltanschauung mit den heranwachsenden Menschen bilden soll, auch allerhand Unzulängliches mit unterlaufen kann. Daran ist gar kein Zweifel. Aber ich möchte dem Herrn Kollegen Schreiber doch auch zu bedenken geben, daß neben einigen Tüchtigen und einigen Großen an Aufopferung

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) gerade mit der **konfessionell gebundenen Bildungsbestrebung** eine unendliche Menge von Unebenheiten, von Unfug und Bestrebungen, die mit eigentlichen Bildungsinteressen nichts zu tun haben, verbunden gewesen ist. Ich kenne eine ganze Reihe von Bildungsbestrebungen, die gerade von konfessionellen Kreisen ausgehen, die nichts anderes sind als Instrumente zur Unterdrückung der aufstrebenden Kreise der Arbeiterschaft, zur Eindämmung von Bestrebungen der Arbeiterschaft zu ihrer eigenen Befreiung und zur Befreiung ihrer Klasse.

(Sehr gut! bei den Unaahängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Das haben wir überall und sehen wir wiederum überall, und sobald konfessionelle Bestrebungen dieses Ziel verfolgen, werden wir ihnen mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben gar kein Interesse daran, daß dort, wo aus innerstem, tiefstem Herzen heraus eine konfessionelle Anschauungsform und Lebensform sich bilden will, wir irgendein Hemmnis in den Weg legen.

(Zuruf rechts: Darum handelt es sich nur!)

Aber mit aller Entschiedenheit werden wir uns dagegen wehren, daß man mit staatlichen Mitteln, mit staatlicher Unterstützung konfessionelle Bestrebungen denjenigen aufzwingen will, die von Haus aus und aus innerem Bedürfnis weder Wunsch danach haben, noch sich irgendwie einen Nutzen davon versprechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Darum erkennen wir klar den Pferdefuß, der aus dem Antrag Dr. Schreiber hervorschaut, der darin liegt, daß man das **Interesse der Erziehungsberechtigten** so sehr in den Vordergrund stellen will. Es ist noch gar nicht so

(B) lange her, da war in all diesen Kreisen, die jetzt so viel vom Recht der Erziehungsberechtigten sprechen, der Erziehungsberechtigte der Gleichgültigste von der Welt, den man überhaupt nicht gefragt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Jetzt glaubt man, die verlorene Position der Konfessionalisierung und sonstiger reaktionärer Bestrebungen auf dem Umweg durch die Eltern, durch die Erziehungsberechtigten wiederzugewinnen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wollen, daß die Erziehungsberechtigten einen Einfluß haben, aber daß er frei sei, daß er aus der eigenen freien Entschlußkraft der Erziehungsberechtigten sich abhebt.

Herr Kollege Dr. Schreiber hat ganz recht darin gehabt, daß diese von uns gewünschten **Erziehungsanstalten** wirklich Erziehungsanstalten sein sollen, und daß aus ihnen Menschen mit Weltanschauung hervorgehen sollen. Wir wünschen nicht, daß ihnen Weltanschauungen aufgeprägt, ihnen eingedrillt werden; sondern wir wünschen, daß sie dort zu der Eigenbildung von Weltanschauungen heranwachsen.

Aber ich muß mich doch sehr wundern, wenn der Herr Kollege Dr. Schreiber den Wunsch hatte, hier eigenartig neue Erziehungsanstalten, Erziehungsanstalten im eigentlichen Sinne des Wortes zu schaffen, daß er es dann zugelassen hat, daß man die alten **Kadetten** in solch hervorragendem Maße in diesen Erziehungsanstalten beläßt. Wir hatten einen Antrag gestellt, daß man die Kadetten zunächst aus diesen Anstalten herausbringen sollte, und zwar auch, wie ich ausdrücklich im Ausschuß betont habe, gerade aus ideellen Gründen. Denn wenn es ehrlich gemeint ist, daß hier Anstalten entstehen sollten, in denen Menschen zu einer Weltanschauung heranwachsen sollen, dann ist es unmöglich, einen so hohen Prozentsatz — (C) in Lichterfelde sind es 386 —

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

Kadetten zu belassen, die in einem ganz seltsamen, eigenartigen mit der Verfassung in Widerspruch stehenden Geiste aufgewachsen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

und erzogen worden sind und auch noch nach der Revolution weiter erzogen worden sind. Darin liegt eine ungeheure Gefahr dafür, daß in Lichterfelde niemals eine eigentliche Erziehungsanstalt, wie wir sie neutralerweise erstreben müßten, entstehen kann; denn gerade das Schwergewicht dieser Schülerschaft wird immer auf den Geist der Anstalten drücken.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Sie werden nach wie vor Propagandaanstalten, Agitationsanstalten des reaktionärsten Monarchismus sein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Darum sehen wir mit den größten Bedenken der Schaffung dieser Anstalten entgegen und werden im Ausschuß es uns nicht nehmen lassen, schärfste Kritik zu üben und aufs allerenergischste jedem Schritt zur Erhaltung des alten Geistes in der Kadettenanstalt entgegenzuarbeiten. Ich hoffe, daß Herr Kollege Dr. Schreiber, der von Parität und lebendiger, inniger Weltanschauung hier so schöne Worte gesprochen hat, uns darin unterstützen wird, diesen Geist zu bekämpfen, diesen Geist, der nicht organisch aus der Volksbildung herausgewachsen ist, sondern durch den militärischen Drill und durch die militärischen Absichten, die mit diesen Anstalten verbunden waren, hineingezwungen ist.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialnemokraten (D und den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der Herr Abgeordnete Dr. Schreiber hat das Wort.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter; Meine Damen und Herren! Ich habe zu einer Äußerung des Herrn Kollegen Fries noch etwas zu erwähnen. Der Herr Kollege Fries hat mich an einer Stelle mißverstanden. Ich muß das ausdrücklich feststellen. Er war der Auffassung, ich hätte ausgesprochen, daß ich den **Arbeiter** für **Volksbildung** nicht für aufnahmefähig hielte. Das hat mir nicht bloß völlig ferngelegen, sondern ich darf hier feststellen, daß manches an besonderen Bemühungen mich vor dieser Auffassung schützt, daß es auch meine politischen Freunde schützt. Ich will nur erwähnen, daß in der **Arbeit**, die von **Gladbach** aus geleistet ist, doch ein großes Stück Volksbildung steckt.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie werden doch zugeben müssen, daß ein bedeutender Führer in den Fragen der Sozialpolitik wie in diesen Fragen der bekannte Münchner Volkswirtschaftler **Lujo Brentano** ist. Man mag grundsätzlich zu seiner Weltanschauung stehen, wie man will. Man mag ihn einschätzen als Schrittmacher des Kapitalismus, man mag ihn einschätzen als Schrittmacher des Kathedersozialismus, ganz gleichgültig für den, der die Dinge volkshochschulmäßig in der Entwicklung des Volkshochschulwesens sieht. Es war doch hochinteressant, daß dieser Mann, der zu uns doch in einem bemerkenswerten politischen Gegensatz der Weltauffassung gestanden ist, in Gladbach erklärt hat: was Sie hier im Unterrichtskursus haben, das ist bereits die Volkshochschule. — Sie sagen mir: das ist Auffassungssache, das ist ein Werturteil. Ich nehme diesen Zuruf an und

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) erkläre: Für uns ist das Werturteil eines angenehmen politischen Gegners doch in dieser Hinsicht stets bedeutsam. Meine Damen und Herren! Auch wissenschaftliche Korporationen bei uns sind mit Ernst und Eifer in die Volksbildungsbewegung eingetreten. Die **Görres-Gesellschaft** hat im vergangenen Herbst in Fulda eine Entschließung auf Grund einer entsprechenden Aussprache angenommen, es sei Aufgabe und Pflicht dieser wissenschaftlichen Gesellschaft diese Erscheinungen der Volksbildung nicht bloß theoretisch zu verfolgen, sondern aktiv auch die Akademiker an die Mitarbeit heranzubringen. Stärker als früher sind wir ja auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen der Arbeiterschaft und der geistigen Arbeiter angewiesen. Sie mögen diesem Interesse für Volksbildung dieses oder jenes Motiv zubilligen, ganz gleich: die Tatsachen eines großen und gesteigerten Interesses für diese Fragen sind in unseren Kreisen vorhanden.

Lassen Sie mich noch ein anderes aussprechen. Die erste Vorlesung, die in Deutschland für Hörer aller Fakultäten über Volksbildung und Volkshochschulwesen, in Geschichte, Sozialethik und Sozialpsychologie gehalten worden ist, ist gehalten worden von einem katholischen Theologieprofessor an einer westdeutschen Universität.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das hat mit der Sache viel zu tun, Herr Kollege Ledebour. Es ist doch eigens bemerkt worden, daß wir den Arbeiter für die Fragen der Volksbildung für nicht aufnahmefähig hielten.

Herr Kollege Löwenstein hat dann auf eins noch hingewiesen, auf den **Geist**, der in den **früheren Kadettenanstalten** gewesen sei, und hat gemeint, daß er uns im Ausschuß in der Beurteilung dieses Geistes an seiner Seite finden würde. Nun, die Auffassungen über die Vergangenheit werden verschieden sein. Aber ich kann dem Herrn Kollegen Löwenstein in dieser Hinsicht eines

(B) sagen: wir stellen uns in Sachen der Bildungsanstalten durchaus auf den Boden der Verfassung, und wenn in den Bildungsanstalten, den ehemaligen Kadettenanstalten, je an der Verfassung gerüttelt werden sollte, in Bahnen, die in der Verfassung nicht zugelassen sind, so werden wir unsererseits gegen diese verfassungswidrigen Bestrebungen uns nachdrücklich und mit aller Energie einsetzen.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, ihre Plätze einzunehmen. —

Zu dem Ausschußantrag, der den Mitgliedern auf Nr. 2309 vorliegt, ist ein Zusatzantrag Müller (Franken), Dr. Pachnicke, Weiß, Dr. Goetz und Genossen auf Nr. 2365 der Drucksachen gestellt worden, im Abs. 5 nach dem Worte „Wünschen" die Worte einzufügen:

„im Rahmen des Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung".

Wir werden zunächst über diesen Zusatzantrag und dann über den Ausschußantrag abstimmen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Zusatzantrag Nr. 2365, den ich eben verlesen habe, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist zweifelhaft. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. — Pause.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen auszählen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, durch die Ja-Tür und diejenigen, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür wieder einzutreten.

(Die Abgeordneten verlassen den Saal.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden (C) Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz**: Nein!

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer**: Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann**: Nein!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes**: Ja!

Vizepräsident **Bell**: Nein!

(Pause.)

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes. Es haben abgestimmt mit Ja 148 Abgeordnete, mit Nein 151 Abgeordnete; der Antrag ist abgelehnt.

(Bravo! rechts.)

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Ausschußantrag auf Nr. 2309 zustimmen wollen — ich bitte um etwas Ruhe! —, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren! Es ist im Ältestenausschuß vorgeschlagen worden, den folgenden Punkt der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend Beseitigung der „Sanktionen" (Nr. 2094 der Drucksachen) (D)

bis heute Nachmittag 4 Uhr zu verschieben. — Damit ist das Haus einverstanden.

Wir gehen dann über zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz) (Nr. 1648 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2351 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Fortmann.

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich möchte mir erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem Ergebnis der Besprechungen des Ältestenausschusses dieser Gegenstand heute von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Ich möchte das beantragen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Es ist der Vorschlag gemacht worden, entsprechend dem Beschlusse des Ältestenausschusses diesen Gegenstand heute von der Tagesordnung abzusetzen. — Damit ist das Haus einverstanden.

Wir gehen über zum folgenden Punkt der Tagesordnung.

zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar wird vorgeschlagen, daß wir beginnen mit dem

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Auch damit ist das Haus einverstanden.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Breunig.

Breunig, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Leider gestattet die Geschäftslage des Hauses nicht, daß wir diese Angelegenheit mit der notwendigen Gründlichkeit behandeln. Bezeichnenderweise steht immer für diese wichtigen Fragen die notwendige Zeit nicht zur Verfügung.

Vor allen Dingen möchte ich aber die Gelegenheit benutzen, um an den Herrn Reichsverkehrsminister die Anfrage zu richten, wie es sich mit der Meldung der „Kölnischen Zeitung" verhält, die vor längerer Zeit über Pläne berichtete, daß Bestrebungen im Gange seien, die Verwaltung und den Betrieb der Reichseisenbahnen sieben Verkehrsgesellschaften zu übertragen. Es handelt sich da anscheinend um geheime Pläne, von denen die Stellen, die dazu berufen sind, sich zunächst damit zu befassen, noch nichts erfahren haben. Es soll also beabsichtigt sein, die **Reichseisenbahnen** als einen sogenannten **„gemischtwirtschaftlichen Betrieb"** dem Privatkapital auszuliefern. Die finanzielle Beteiligung soll nach diesen Plänen je zur Hälfte durch das Privatkapital und durch das Reich erfolgen. Der Plan wurde zwar von einem hervorragenden Sachverständigen, Herrn Geheimrat Kirchhoff bekämpft, aber die Reichsverkehrsverwaltung hat sich merkwürdigerweise bis heute noch nicht offiziell dazu geäußert. Es wird nach den mir gewordenen Informationen fieberhaft hinter den Kulissen gearbeitet; die Öffentlichkeit soll anscheinend vorläufig nichts davon erfahren. Das Reichsverkehrsministerium hat bis heute diese Angelegenheit im zuständigen Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums noch nicht zur Diskussion gestellt. Ich bitte den Herrn Minister um Auskunft, ob ihm diese Dinge
(B) bekannt sind.

Bereits am 17. März habe ich im Auftrage meiner Fraktion bei der Beratung des Hauptetats ausgeführt, daß wir die **Neugestaltung des gesamten Verkehrswesens**, die Modernisierung und **Verbesserung der technischen Einrichtungen** und Anlagen fordern, daß wir weiterhin den Ausbau der technischen Betriebsorganisation, die Einführung des elektrischen Betriebs und vor allen Dingen die Sozialisierung der Eisenbahnen fordern, nicht aber die Fiskalisierung, und daß wir die Auslieferung an das Privatkapital mit aller Entschiedenheit bekämpfen werden. Wir forderten damals grundlegende **Reformen** auf dem Gebiete der gesamten **Verwaltung** nach modernen kaufmännischen, technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen. Wir forderten außerdem Neugliederung und Neuorganisation der Verwaltung, besonders den Ausbau der Eisenbahnwerkstätten, der Betriebswerkstätten und der Lokomotivschuppen, sowie Verbesserung und Vermehrung der technischen Einrichtungen, der Werkzeugmaschinen und der Werkzeuge. Darüber hinaus forderten wir, daß die **Arbeiter- und Beamtenschaft** durch ihre Vertreter mehr als bisher an der Betriebsführung und der **Leitung und Verwaltung beteiligt** würden. Wir forderten auch, daß sie an der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen dadurch beteiligt würden, daß sie gleichberechtigt mitwirken in allen diesen Angelegenheiten. Ich habe damals namens meiner Fraktion hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Gestaltung der Leistungen des Eisenbahnverkehrs im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegt. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß die **Tarifpolitik** der Verwaltung keineswegs eine Hebung des Verkehrs bringen wird, im Gegenteil verkehrsfeindlich wirkt. Ich möchte heute erneut darauf hinweisen, daß immernoch und in steigendem Maße eine Überfüllung der Vorort- und Ringbahnzüge zu verzeichnen ist, ganz besonders auf den Strecken des Berliner Verkehrs.

Wir fordern ferner eine weitgehende Verbilligung der (C) **Wochenkarten** für Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie für die kleinen Geschäftsleute. Wir haben damals in einer ganzen Anzahl von Anträgen unsere grundsätzliche Stellungnahme dem Hause vorgelegt; die Mehrheit hat diese Anträge abgelehnt.

Nun habe ich am 28. Juni im „8 Uhr Abendblatt" die Fortsetzung eines Artikels des ehemaligen Ministers der öffentlichen Arbeiten in Preußen Herrn Oeser gelesen, der sich bei seinen Forderungen wesentlich mit unseren Anträgen vom 17. März d. J. in Übereinstimmung befindet. Er fordert fast wörtlich dasselbe, was wir damals beantragt haben. Bezeichnenderweise übernimmt Herr Oeser jene Forderung, die dahin ging, einen erheblichen Teil der **Fehlbeträge** als **Kriegsfolgen** zu bezeichnen und auf die **allgemeine Reichsschuld** zu übernehmen. Wir haben damals den Betrag von mindestens 15 Milliarden genannt.

Herr Oeser verweist hauptsächlich darauf, daß der große Fehlbetrag der Reichseisenbahnverwaltung in erster Linie durch den Krieg und die Nachwirkungen des Krieges verursacht sei und daß den Fehlbeträgen ganz andere Ursachen zugrundeliegen, als es bisher in der Öffentlichkeit immer behauptet worden ist. Insoweit kann ich mich mit Herrn Oeser durchaus einverstanden erklären. Wenn wir aber die wirtschaftliche Hebung des Verkehrswesens und damit in Zusammenhang auch die Hebung der Volkswirtschaft wollen, müssen wir auch die Mittel wollen, die dazu erforderlich sind. Ich bin der Meinung, daß das nur dadurch geschehen kann, daß das Personal, die **Arbeiter und Beamten,** die Betriebsräte und die demnächst bei der Reichseisenbahnverwaltung zu wählenden Beamtenräte mehr als bisher zur **verantwortlichen** und gleichberechtigten **Mitarbeit** herangezogen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Angelegenheit eingehen, wozu mir ein Antrag Hergt und (D) Genossen Veranlassung gibt, der von der Reichsregierung fordert: für das Rechnungsjahr 1921 Maßnahmen zur Herbeiführung erheblicher Ersparnisse bei den persönlichen und sachlichen **Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen** zu treffen.

Meine Damen und Herren, wie verhält es sich damit? Es sind im Nachtragsetat für 1921 für persönliche und sachliche Ausgaben der Beamten- und Arbeitervertretungen 20 Millionen Mark eingesetzt. Eine lächerlich geringe Summe, wenn man bedenkt, daß für zirka eine Million Beamte und Arbeiter ungefähr 40 000 Vertreter zu wählen sind. Davon sind schätzungsweise von ihren bisherigen Dienstverrichtungen zirka 700 bis 800 Personen freigestellt.

(Zuruf rechts.)

— Das ist keine so hohe Summe, Herr Deglerk, es kommt ganz darauf an, mit welchen Augen man die Sache ansieht, und vor allem wie die Wirkung dieser Einrichtung ist. Wenn es gewünscht wird, bin ich in der Lage und bereit, den Nachweis dafür zu erbringen, wie die Tätigkeit der Betriebsräte und der Beamtenvertreter in bezug auf die Hebung der Betriebsleistungen wirkt. Für diese eine Million Arbeiter und Beamte sind 20 Millionen Mark im Etat eingestellt, eine Summe, die, wenn man die Geldentwertung in Betracht zieht, sehr gering ist. Es sind pro Kopf und Jahr zirka 20 Mark. Ich behalte mir vor, nächstes Jahr beim Etat genaue Unterlagen beizubringen und den Nachweis zu führen, daß durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Beamtenvertreter Riesensummen erspart und Millionenwerte gerettet wurden. Die Vertretung der Arbeiter und Beamten wird von den Deutschnationalen nicht gewünscht. Sie gehen anscheinend von der falschen Voraussetzung aus, daß die Arbeit der Betriebsräte unproduktive Arbeit sei, und fordern deshalb,

(**Breunig**, Abgeordneter.)

(A) daß die Mittel bedeutend verkürzt und letzten Endes vielleicht ganz gestrichen werden. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Mehrheit des Hauses den Antrag der Deutschnationalen ablehnt. Ich möchte aber trotzdem betonen, daß die Summe, die für die Betriebsräte und die Beamtenvertretungen ausgegeben wird, den Etat nur scheinbar, das heißt nur nominell, nicht tatsächlich belastet. Die Tätigkeit der Arbeiter und Beamtenvertreter ist in Wirklichkeit eine eminent produktionsfördernde, und es handelt sich demgemäß um eine Ausgabe für produktive Zwecke. Im einzelnen ist es allerdings zurzeit noch nicht möglich, den Nachweis zu erbringen, wie die Wirkung ist; aber in nicht so ferner Zeit wird es möglich sein, den Nachweis zu erbringen, daß nicht nur Millionen, sondern Hunderte von Millionen gespart werden können, wenn die Vertreter der Arbeiter und Beamten richtig herangezogen werden.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Die Fraktion Hergt hat natürlich kein Interesse daran, die Vertreter der Arbeiter und Beamten heranzuziehen. Ich möchte Sie fragen, ob dieser Antrag der Dank dafür sein soll, daß die Eisenbahner, die Beamten wie die Arbeiter, bei Kriegsbeginn und während des Krieges genau wie alle übrigen schwerarbeitenden Volksgenossen im Feld und in der Heimat fast Unmenschliches geleistet haben? Soll es etwa der Dank der Krautjunker und Kriegshetzer dafür sein, daß die Eisenbahner vor und während des Krieges stets am schlechtesten bezahlt waren und deshalb mehr als andere Arbeitnehmergruppen Hunger und Mangel jeder Art leiden mußten? Oder ist es vielleicht der Dank dafür, daß der größte Teil der Eisenbahnbeamten und Arbeiter durch die Schuld der bürgerlichen Parteien, vor allem der Rechtsparteien, auch heute noch von Wäsche und Kleidung entblößt ist, genau wie alle anderen stets ungenügend bezahlten Arbeiter und unteren

(B) Beamten?

Wenn der Antrag Hergt nicht der Dank dafür ist, dann soll er vielleicht die Anerkennung dafür sein, daß es trotz der ungeheuren Beleidigung der bürgerlichen Presse im vorigen Jahre, die nicht genug über die Faulheit der Eisenbahner zusammenschmieren konnte, in erster Linie den Eisenbahnarbeitern und Beamten zu danken ist, daß die **Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten** und dadurch die Betriebsleistungen sich sehr schnell gebessert haben, was auch die Regierung merken mußte. Wenn die Einrichtungen, die Werkzeugmaschinen und Werkzeuge, damals auf der Höhe gewesen wären, wäre jedenfalls die Arbeiter- und Beamtenschaft noch viel schneller in der Lage gewesen, den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Das Material, von dem die Kriegsgewinnler und Prozentpatrioten während des Krieges ungeheure Mengen ins neutrale Ausland verschoben haben, hat der Eisenbahnverwaltung gefehlt. Ich habe bereits bei der Beratung des ordentlichen Etats am 17. März dieses Jahres nähere Einzelheiten darüber hier vorgebracht.

Die Deutschnationalen haben bei ihrer rührenden Sorge um die Finanzlage des Reiches ganz vergessen, daß sie erst vor knapp acht Tagen zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien dieses Hauses durch das **Brotwuchergesetz** den breiten Volksmassen und damit letzten Endes dem Reiche neue ungeheure Lasten aufgeladen haben. Wenn Sie auch den Kommissionsantrag, der vom 5. Ausschuß hier vorgelegt wurde, abgelehnt haben, wonach der Reichstag die Regierung auffordern sollte, gesetzliche Vorkehrungen für den **Schutz des Reallohnes** zu treffen, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen, können Sie es doch nicht verhüten, daß die gesamte Arbeiterschaft wie ein Mann dafür eintritt, daß diese Forderungen erfüllt werden. Sie haben damals den Antrag Dr. Hertz und Genossen abgelehnt, aber ich kann Ihnen (C) heute schon soviel verraten, daß vor allen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft — zu ihnen gehört auch die Eisenbahnerschaft — mit übergroßer Mehrheit Sie schon zwingen wird, den Raub herauszurücken. Auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten anderer gewerkschaftlicher Richtungen werden sich dieser Forderung anschließen müssen. Vielleicht darf ich Sie an die Teuerungsaktion der Eisenbahner im Januar erinnern! Ich sage Ihnen von dieser Stelle aus: die klassenbewußte Arbeiterschaft, zu der sich auch die Eisenbahner mit Stolz zählen, wird die Brotwucherer und den Bürgerblock, der für den Brotwucher verantwortlich ist, entweder zum Nachgeben zwingen oder — und das wäre schließlich das beste — alle Ausbeuter, Wucherer und Schieber zum Teufel jagen.

Der Antrag Hergt entspringt anscheinend der Wut und dem Mißbehagen darüber, Herr Kollege Deglerk, daß die Eisenbahner nicht mehr wie früher vor den „großen" Herren Respekt haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern sich allmählich immer mehr Rückgrat gegenüber den feudalen und „hochgestellten" Herrschaften angeeignet haben. Der Krieg und seine Folgen sowie Ihre hochtönenden Worte, meine Herren von der Rechten, „vom Dank des Vaterlandes", aber noch mehr Ihre Taten, die mit allen Ihren Lobeshymnen und Versprechungen in schreiendem Widerspruch stehen, haben dem **Eisenbahnpersonal** die Augen geöffnet. Ich darf Sie daran erinnern, daß auch heute noch die Mehrzahl der Eisenbahnbeamten und -arbeiter sehr schlecht bezahlt ist. Ich darf Sie weiter vor allen Dingen an die **schlechte Bezahlung** der Bahnunterhaltungsarbeiter, der Betriebsarbeiter und verschiedener anderer Gruppen zum Beispiel der Aushelfer, Schreibhilfen usw. erinnern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht näher auf das **Gedingeverfahren** eingehen, aber es ist notwendig, (D) hier zu betonen, daß das Gedingeverfahren nach wie vor irrationell ist, daß diese Einrichtung auch ferner unrentabel und ein großer Schwindel bleiben wird. Die Arbeiterschaft lehnt es trotz aller Bemühungen der Geheimräte ab.

Das Personal der Reichseisenbahnen ist wie alle übrigen Arbeitnehmergruppen bereit, an dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Die Eisenbahner wollen keine Vorrechte und keine Sonderstellung gegenüber ihren Klassengenossen. Sie sind jedoch der Meinung, daß Reichstag und Regierung, wenn sie auf der einen Seite die Mitarbeit an dem Aufbau der Wirtschaft fordern, auf der anderen Seite auch für bessere Lebensbedingungen für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sorgen müssen. Neben ausreichenden Löhnen und Gehältern fordern aber die Eisenbahner wieder in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten der anderen Verwaltungen die restlose Durchführung der Betriebsdemokratie und die vollkommene **Demokratisierung der Verwaltung**, das heißt gleichberechtigte Mitbestimmung des Personals in der Betriebsführung und Verwaltung der Reichseisenbahnen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden die Eisenbahner bei ihren Kämpfen um die Durchsetzung ihrer Forderungen jederzeit unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **Eisenbahner** halten mit aller Energie an den wenigen Errungenschaften fest, die ihnen der Zusammenbruch des alten Systems auf wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet gebracht hat. Sie halten vor allen Dingen auch mit zäher Energie an dem uneingeschränkten Koalitionsrecht fest und werden unter keinen Umständen auf das **Streikrecht** verzichten. Sie werden auch dieses Recht nach keiner Richtung einschränken lassen. Diese Ent-

(**Breunig**, Abgeordneter.)

(A) schlossenheit bedeutet keinesfalls, daß die Eisenbahner etwa gewillt sind, unter allen Umständen das „letzte Mittel" rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. Nur im äußersten Falle, wenn Regierung und Parlament etwa zum Vorteil der Großagrarier, der Schieber und Wucherer den Eisenbahnern die notwendigen Existenzmittel verweigern sollten, oder wenn es die Reaktionäre gelüsten sollte, den Versuch zu unternehmen, die Republik zu stürzen, in diesen beiden Fällen der Abwehr und der Notwehr werden die Eisenbahner in kühner Entschlossenheit im Verein mit der übrigen Arbeiterschaft unbedenklich von dem verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitsverweigerung rücksichtslos Gebrauch machen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner werden aber auch in diesen Fällen bestrebt sein, auf die Klassengenossen sowie auf die Versorgung der Städte und Industriereviere, der Kinder und Kranken entsprechend Rücksicht zu nehmen. Die Kampfbereitschaft der Eisenbahner erstreckt sich nicht nur auf die Sicherung der Lebensexistenz oder die Verteidigung und Erweiterung ihrer Rechte und auf die entschlossene Abwehr reaktionärer Umsturzversuche. Sie fordern auch die restlose Durchführung des Achtstundentages sowie eine entsprechende Herabsetzung der täglichen **Arbeitszeit** für schwer arbeitende Gruppen und bei besonders anstrengendem Dienst.

Auch der Versuch, die Reichseisenbahnen ganz oder teilweise dem Privatkapital auszuliefern, wird die Eisenbahner zu entschlossener Abwehr auf dem Plan finden. Mögen diese Versuche unter den verschiedensten Formen und Bezeichnungen auftreten, wie **gemischt-wirtschaftliche Betriebe** und **Bildung von Verkehrsgesellschaften**, die Eisenbahner sind wachsam. Mögen die Interessenten noch so verlockende Angebote machen — das sage ich Ihnen, meine Herren von der Rechten —, sei es durch die Lock-
(B) mittel „höhere Bezahlung" oder „Gewinnbeteiligung", die Eisenbahner gehen nicht auf diesen Leim ein, sie verlangen die **Sozialisierung des Verkehrswesens**; sie werden nur Reformen unterstützen, die in dieser Richtung liegen. Sie verlangen deshalb Lockerung des bureaukratischen Apparats, grundlegende Neugestaltung und Neuorganisation der Verwaltung nach den Erfordernissen der Zeit. Ich habe bereits einleitend dargelegt, daß wir uns in dieser Beziehung in Übereinstimmung befinden mit vielen, die auf dem Gebiet der Wirtschaft etwas verstehen, mit dem ehemaligen preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser und auch mit manchem der Herren dieses Hauses. Aber das möchte ich nochmals mit aller Deutlichkeit betonen: wir fordern gleichberechtigte **Mitwirkung des Personals** mit dem Ziele der Selbstverwaltung unter Zusicherung eines entscheidenden Mitbestimmungsrechts der Vertrauensleute der Arbeiter und Beamten in der Verwaltung. Die Eisenbahnerschaft wird dann gern und freiwillig mitarbeiten. Die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner werden planmäßig um den Ausbau und die Erweiterung ihrer Rechte kämpfen.

Ich möchte Ihnen aber auch, meine Herren von der Rechten, sagen, daß Ihr papierner Versuch, vor allem der Versuch der Deutschnationalen, den Eisenbahnern das allerdings noch sehr geringe Mitbestimmungsrecht streitig zu machen, die schärfste Abwehr der Eisenbahner wachrufen wird. Dann wird das Wort, das einmal gefallen ist, „die Eisenbahner haben die Hand an der Gurgel des Wirtschaftslebens", lauten müssen: „die Eisenbahner haben die Hand an der Gurgel der Reaktion". Sie (nach rechts) haben alle Ursache, den Druck dieser Hand zu fürchten.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Meine Damen (C) und Herren! Ich möchte nur ganz kurz zwei Punkte der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Breunig richtigstellen beziehungsweise ergänzen.

(Rufe: Lauter!)

Von einer Absicht, sieben **Verkehrsgesellschaften** zu gründen, und von einer **Auslieferung der Reichseisenbahnen an das Privatkapital** ist mir nichts bekannt. Es haben auch keinerlei Erwägungen im Reichsverkehrsministerium darüber in irgendeiner Form stattgefunden.

(Hört! Hört! rechts.)

Der zweite Punkt ist der, daß wir natürlich durchaus damit einverstanden wären, wenn die unmittelbaren **Kriegsfolgen** nicht mehr unserem **Etat** zu Lasten geschrieben würden. Ich darf aber bemerken, daß, abgesehen davon, daß dadurch der Schuldendienst erheblich verringert würde, der ordentliche Etat natürlich kein wesentlich anderes Bild ergeben würde.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Stettin).

Schmidt (Stettin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses nur einige wenige Worte zum Etat! Der **Eisenbahnetat** weist erneut ein **Defizit** von 2,8 Milliarden Mark auf. Wir wissen ja zu genau, daß bei dem Niedergehen unserer ganzen Industrie und unseren ganzen Sanktionsausführungen das Eisenbahndefizit noch ganz gewaltig ansteigen wird. Deswegen müßte es Pflicht des Reichsverkehrsministeriums sein, äußerste Sparsamkeit in allen Sachen zur Anwendung zu bringen. Da fällt es auf, daß trotz der damaligen Zusage des Herrn Reichsverkehrsministers das **Reichsverkehrsministerium** sich ebenso wie das Reichspostministerium langsam zu einem Wasserkopf auswächst. Wir müssen dringend bitten, daß die **Dezentralisation** unbedingt durchgeführt wird, die der (D) Herr Reichsverkehrsminister damals beim Eisenbahnetat versprochen hat, damit nicht die Übersicht im Reichsverkehrsministerium verloren geht.

Ich möchte nicht auf die Worte des Herrn Breunig zu sprechen kommen wegen der schlechten Bezahlung; das hat keinen Zweck. Aber ich möchte hier gleich den Antrag begründen, den meine politischen Freunde eingebracht haben, daß bei der Personalvertretung die Kosten auf ein möglichst geringes Maß gebracht werden. Wir Deutschnationalen stehen ebenso wie der Herr Kollege Breunig auf dem Standpunkt, daß die **Beamten- und Arbeitervertretungen** kommen sollen und da sein müssen. Aber was Sie dort sagen, daß diese **Kosten** mindestens 100 Millionen Mark betragen müssen, dem können wir bei unserer Lage in finanzieller Beziehung absolut nicht zustimmen, sondern wir wollen, daß die Zahl der Beamtenvertreter und der Arbeitervertreter möglichst gering ist, damit möglichst wenig Kosten entstehen. Es fällt auf — wir haben das ja beim Postetat besprochen im Haushaltsausschuß —, daß bei der Postverwaltung dafür überhaupt keine Kosten ausgebracht worden sind, und wir wollen, daß hier einheitliche Richtlinien für alle Ressorts geschaffen werden. Deshalb müssen wir unbedingt verlangen, daß auch auf möglichste Sparsamkeit in diesem Punkte Rücksicht genommen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich komme dann auf die **Verreichlichung der preußischen Eisenbahnen** zu sprechen. Da möchte ich wiederholt die dringende Bitte an den Herrn Minister richten, daß die Zurücksetzung der preußischen Eisenbahnbeamten auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die durch die Staatsverträge in Süddeutschland geschaffen sind, ausgeglichen wird. Wir müssen mit Befriedigung feststellen, daß der Herr Minister beim Nachtragsetat 1920 einen

(**Schmidt** [Stettin], Abgeordneter.)

(A) Ausgleich versucht hat, aber dieser Ausgleich und diese Angleichung an die Verhältnisse der andern Länder ist noch nicht vollständig erfolgt, und wir möchten deswegen die Bitte aussprechen, daß man auf diesem Wege fortschreite.

Bei der **Eisenbahnverwaltung** sind nach dem jetzigen Etat rund 387 000 Beamte beschäftigt, bei der Post 231 000 Beamte. Da fällt es auf, daß die **Zahl der Beamten in Klasse X und höher** bei der Eisenbahn geringer ist als bei der Post, trotzdem die Postverwaltung gegen 150 000 Beamte weniger hat als die Eisenbahnverwaltung. Es fällt uns noch mehr auf, daß die Stellen der Regierungsräte nur um 20 vermehrt worden sind, obgleich dem Ministerium doch bekannt sein muß, daß viele **Assessoren** noch auf ihre Anstellung warten. Wir möchten dringend bitten, daß beim Etat 1922 dem Wunsche auf Anstellung der Assessoren weiter Rechnung getragen wird. Aber es berührt uns auch in dieser Beziehung etwas wunderbar, daß das Ministerium erklärt, es könnte keine **Dezernenten** mehr bei den einzelnen **Direktionen** schaffen. Wir haben ja doch bei den einzelnen Direktionen die sogenannten Hilfsdezernenten geschaffen, von denen ja der fünfte Teil nach Klasse X als Amtmänner kommt. Da berührt es uns etwas sonderbar, wenn nun das Eisenbahnministerium erklärt: für diese 100 Amtmänner, die dort hineinkommen sollen, haben wir keine Stellen als Dezernenten. Ich glaube, dadurch, daß man die Hilfsdezernenten geschaffen hat, ist der Beweis geliefert, daß diese Amtmänner als Dezernenten notwendig sind und es an Dezernenten fehlt. Wir müssen die dringende Bitte aussprechen, daß man diese Amtmänner zu Regierungsräten macht, zumal dies keine Kosten mehr erfordert, denn auch diese Regierungsräte sind ja in der Anfangsstellung in Klasse X eingestuft.

Wir möchten dann den Herrn Minister bitten, mit Rücksicht auf die noch im Danziger Freistaate befindlichen (B) Beamten dafür zu sorgen, daß den **Beamten,** die in **Danzig** verblieben sind, bis zur Abwickelung der Geschäfte, die dort also für uns gewissermassen auf der Wartburg stehen, keine Nachteile erwachsen durch ihr dortiges Verbleiben, daß sie ebenso befördert werden, als wenn sie in den preußischen Dienst zurückgenommen wären.

Ich möchte dann noch kurz darauf zu sprechen kommen, daß merkwürdigerweise die **Nachtdienstzulage** den **Telephonistinnen,** die bei den Telephonzentralen bei den Eisenbahndirektionen beschäftigt werden, nicht gegeben wird. Diese Telephonistinnen haben den Streckendienst für die gesamten Direktionsbezirke mit zu versehen, und da ist es wohl selbstverständlich, daß auch sie mit zu den Betriebsbeamten gerechnet werden müssen.

Wir begrüßen es, daß für die **Lokomotivführer** Spitzenstellungen geschaffen werden, besonders freuen wir uns, daß für die **Zugführer** diese Spitzenstellungen geschaffen sind. Wir bitten das Ministerium, auf diesem Wege fortzufahren, denn wir müssen es bedauernd sagen, daß gerade das Fahrpersonal in diesem Punkte bei der Besoldungsordnung etwas schlecht abgeschnitten ist.

Klagen kommen von allen Seiten darüber, daß die **Auszahlung** der **Pensionen** an die Pensionäre, Witwen und Waisen seitens der Eisenbahndirektionen so langsam erfolgt. Die Betreffenden leiden bitterste Not. Wir bitten doch, darauf hinzuwirken, daß die Auszahlung dieser Pensionen möglichst beschleunigt wird, daß die Zahlungsanweisungen möglichst bald fertiggestellt werden.

Ich übrigen bitten wir das hohe Haus, unserem Antrage zuzustimmen, der lediglich bezweckt, ein gleichmäßiges Verfahren in allen Ressorts herbeizuführen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Die Ausführungen (C) des Herrn Abgeordneten Schmidt geben mir Veranlassung, auf einige Punkte zu erwidern. Wir sind zurzeit im Begriff, eine Abteilung abzubauen, haben also das ehrliche Bestreben, das **Reichsverkehrsministerium** nicht zu einem Wasserkopf auswachsen zu lassen.

Was die **Kosten für die Personalvertretungen** anlangt, so sind sie diesmal bei uns zum ersten Mal etatisiert. Soviel ich weiß, sind im Postetat diese Kosten auf verschiedene Titel verteilt.

Wir haben versucht, die preußischen Eisenbahnbeamten bei der Einstufung in entgegenkommendster Weise zu behandeln, und ich glaube, daß uns dabei auch vieles gelungen ist. Wir sind ehrlich bemüht, auch in der Zukunft eine **gleichmäßige Behandlung der früheren Ländereisenbahnbeamten** im Rahmen der Möglichkeit zu erreichen.

Was die **Danziger Beamten** anlangt, so ist es ganz selbstverständlich unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihnen keinerlei Schaden aus ihrem Aufenthalt in Danzig erwächst.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brunner.

Brunner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt hat vorhin gesagt, daß ihm oder vielmehr seiner Partei die 20 Millionen, die jetzt für die **Arbeitervertretungen** in den Etat eingestellt sind, zuviel sind. Das ist uns ja nichts Neues. Den ersten Vorstoß gegen die Arbeitervertretungen hat Herr Deglerk schon bei der Beratung des Hauptetats im Ausschuß gemacht. Seine Fraktion ist damit hereingefallen; das Haus hat späterhin einen dahingehenden Antrag abgelehnt, wie er schon im Ausschuß abgelehnt worden war.

Heute macht man nun den neuen Vorstoß, der sich ja nicht nur gegen die Arbeitervertretung, die sogenannte (D) Personalvertretung, richtet, sondern hier liegt System darin.

(Sehr richtig! links.)

Man wendet sich tatsächlich damit gegen die Arbeitervertretung an sich. Die Durchführung des Betriebsrätegesetzes will man damit erschweren.

(Sehr wahr! links.)

Um etwas anderes handelt es sich doch nicht. Ich hoffe aber, daß sich in diesem hohen Hause keine Mehrheit für die Ablehnung dieser angeforderten 20 Millionen findet, die zu einem erheblichen Teile bereits ausgegeben sind.

Die Summe ist an und für sich geringfügig im Verhältnis zu dem, was die Arbeitervertretung, insbesondere diese Personalvertretung, schon geleistet hat,

(sehr wahr! links)

und ich habe die feste Überzeugung, daß durch die Tätigkeit dieser Arbeitervertretungen schon mehr Millionen erspart worden sind, als hier an Entschädigungen für Zeitversäumnis usw. für diese Arbeitervertretungen ausgegeben werden.

(Sehr wahr! links.)

Nun wundere ich mich, daß gerade Herr Hergt — er ist ja gerade nicht im Saale — es fertig bekommen hat, diesen Antrag als erster zu unterschreiben. Das heißt: man braucht sich ja bei Herrn Hergt nicht zu wundern; aber ich muß dies doch erwähnen. Derselbe Herr Abgeordnete Hergt, der sich am 15. Dezember 1919 in der preußischen Landesversammlung hinstellte und in einer längeren Rede sein Arbeiterprogramm, das sogenannte Ordnungsprogramm, entwickelte, der von der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, von der Bildung von Arbeitsgemeinschaften usw. sprach, sagte auch in seiner Rede damals: die Arbeiter sind Staatsbürger wie alle andern Staatsbürger; sie sind nicht grundsätzliche Gegner der Arbeitgeber. Die Arbeiterschaft soll den andern Ständen und Berufen das gönnen,

(**Brunner**, Abgeordneter.)

(A) was ihnen zukommt, allerdings — so meinte der Herr Herr Abgeordnete Hergt — mit der Maßgabe, daß ihnen, den Arbeitern, von den anderen Berufen und Ständen auch das gegeben wird, was ihnen zukommt. Wenn nun der Abgeordnete Hergt nicht nur mit Worten spielen wollte oder nur hinter seiner Rede seine wirklichen Gedanken verbergen wollte, so dürfte er unmöglich, nachdem er solche Aussprüche getan hat, jetzt solche Anträge stellen. Wenn man den Arbeitern geben will, was ihnen zukommt, wenn man Arbeitsgemeinschaften mit Arbeitgebern, Werkgenossenschaften, Gewinnbeteiligung der Arbeiter usw. befürwortet, dann muß man doch auch die Arbeiter in den Betrieben mitreden lassen und muß ihnen auch eine Entschädigung für ihre Tätigkeit zahlen, dann darf man nicht verlangen, daß diese Entschädigung aus dem Etat gestrichen werden soll.

Meine Damen und Herren! Wenige Worte noch zu einem anderen Kapitel! Es sind im außerordentlichen Etat **300 Millionen** neu für **Beschaffung von Wohnungen** vorgesehen. Die Einstellung dieser Summe entspricht ja einer Entschließung des Reichstags. Im Haushaltsausschuß stellte man sich einmütig auf den Standpunkt der Reichseisenbahnverwaltung, daß die gegenwärtig in Berlin notdürftig provisorisch untergebrachte Eisenbahndirektion Ost unbedingt verlegt werden muß. Dazu ist aber Voraussetzung, daß in dem Orte, wohin die Direktion verlegt wird, Wohnungen für die Beamten geschaffen werden. Soweit uns bekannt geworden ist, beabsichtigt der Minister, aus diesen 300 Millionen einen entsprechenden Betrag für den Bau von Wohnungen im künftigen **Sitz der Direktion Ost, in Frankfurt an der Oder**, zu verwenden. Es ist uns aber auch gesagt worden, daß zurzeit noch Schwierigkeiten bestehen, die sich aus Differenzen mit dem Finanzministerium ergäben. Hoffentlich werden diese Differenzen recht schnell ausgeglichen, so daß die Mittel recht bald

(B) flüssig gemacht werden, um mit dem Bau der Wohnungen für die Beamten und Arbeiter noch in diesem Jahre beginnen zu können, wie überhaupt die 300 Millionen so schnell wie möglich verwandt werden sollten. Es liegt nicht nur im Interesse der Eisenbahnverwaltung, sondern auch im Interesse der Beamten und Arbeiter und auch im allgemeinen Interesse, daß das Baugewerbe möglichst wieder in Bewegung gesetzt wird. Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das Finanzministerium in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten weiter macht.

Auch einem andern Wunsche möchte ich hier noch Ausdruck geben. Bei der Beratung des Hauptetats hatte der Haushaltsausschuß den Wunsch ausgesprochen — und das Plenum ist ihm hierin beigetreten —, daß im Nachtragsetat ein größerer Betrag für die **Bekämpfung der Lungentuberkulose** eingestellt werden möchte. Wir haben uns damals mit diesem Verlangen auf Einstellung eines größeren Betrages beschieden. Es sind nun 10 Millionen für **bahnärztlichen Dienst** sowie für wirksame Bekämpfung der Tuberkulose neu in den Etat eingestellt. Ob damit den Anregungen und Wünschen des Reichstags vollkommen Rechnung getragen ist, vermag ich im Augenblick nicht zu übersehen. Mir scheint aber, daß es notwendig sei, hier immer wieder erneut einen kleinen Druck auszuüben, so daß wenigstens im nächstjährigen Etat der Betrag entsprechend vermehrt wird.

Das wären die Wünsche, die ich hier kurz zum Ausdruck gebracht haben möchte.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Die **Verlegung der Eisenbahndirektion Osten nach Frankfurt a. O.** hat zu einer eingehenden Aussprache im Ausschuß geführt. Ich begrüße das sehr und kann konstatieren, daß offenbar auch (C) im Reichstag Einstimmigkeit über die Zweckmäßigkeit dieser Verlegung nach Frankfurt a. O. besteht. Ich kann auch den Ausführungen des Herrn Vorredners zustimmen, daß wir bemüht sein müssen, so schnell wie möglich an den **Häuserbau in Frankfurt a. O.** heranzutreten.

In den Kreisen der davon betroffenen Beamten der Eisenbahndirektion Osten ist eine gewisse Unruhe bezüglich dieser Verlegung eingetreten. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir anläßlich dieser Verlegung, die unter solch besonderen Verhältnissen erfolgt — die Direktion ist eben erst von Bromberg unter der Not der Zeit hierhergekommen — bei der **Versetzung der Beamten** nach Frankfurt a. O. alle Rücksicht nehmen und daß wir etwaigen Wünschen der Beamten, hierzubleiben, im Rahmen der Möglichkeit auch durchaus entsprechen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Külz.

Dr. **Külz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir verzichten bei der gegenwärtigen Geschäftslage absichtlich auf irgendwelche längeren Ausführungen, obwohl an sich auch wir das Bedürfnis hätten, Wünsche zu äußern und Anträge zu stellen. Aber bei der gegenwärtigen Geschäftslage muß man ohne weiteres erkennen, daß wirklich positive Änderungen im gegenwärtigen Augenblick gar nicht mehr erreicht werden können und daß alle diese Reden und Anträge je nach dem Temperament der betreffenden Partei nur agitatorischen Rücksichten dienen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir machen derartige Sachen nicht mit; wir beschränken uns auf kurze Erklärungen zu den wesentlichsten Punkten.

Den deutschnationalen Antrag über Beschränkung der **Kosten für die Vertretung der Arbeiter und Beamten** lehnen wir selbstverständlich ab. Die Beamten und Angestellten haben ein verfassungsmäßiges Recht auf ihre (D) Vertretung, und wenn man auf indirekte Weise durch Beschneiden der Kosten dagegen vorgehen will, so macht man dieses Recht illusorisch. Das machen wir nicht mit.

Den **Antrag Seibert** und Genossen nehmen wir an. Er ist von irgendwelcher grundsätzlichen oder weitergehenden praktischen Bedeutung nicht.

Der **Verlegung der Direktion Berlin-Ost nach Frankfurt an der Oder** stimmen wir zu.

Im übrigen haben wir uns hauptsächlich zum Wort gemeldet, um hier einen Spezialvorgang zur Sprache zu bringen, der, obwohl er ein Einzelvorgang ist, doch von ganz symptomatischer Bedeutung ist. Der Reichstag hat am 11. Mai eine Entschließung gefaßt, und wenn ich nicht irre, hat er sie einstimmig gefaßt, dahingehend, daß das **Zeitungsdruckpapier** unter Fortfall eines besonderen Zuschlags für Gestellung von gedeckten Wagen in **Tarifklasse B** kommen soll. Das war der Abschluß einer ziemlich umfangreichen Aktion, die der Beilegung eines Konflikts zwischen Zeitungsverlegern und Papierindustrie dienen sollte.

Wir haben dann von dem Schicksal dieses Reichstagsbeschlusses nichts gehört und haben darauf erneut eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, wie es mit der Ausführung dieses Beschlusses stünde. Daraufhin haben wir die Antwort bekommen, daß das Reichsverkehrsministerium eine Versetzung des Zeitungsdruckpapiers in Tarifklasse B ablehnen müsse, und zwar unter Bezugnahme auf die Autorität von zwei Kommissionen

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums.

Wir haben also die sehr wenig sympathische Erscheinung, daß ein mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß des Reichstags in seiner Ausführung vom Reichsverkehrsministerium abgelehnt wird, weil zwei Kommissionen, die

(Dr. Külz, Abgeordneter.)

(A) außerhalb des Reichstags stehen, dem nicht zustimmen können.

Dieser Reichstagsbeschluß ist nach einer sehr sorgfältigen Abwägung aller in Betracht kommenden Momente gefaßt worden und nach einer sehr eingehenden Beratung in einem Ausschuß, in dem nicht bloß beide Interessententeile, sondern auch sämtliche Parteien dieses Hauses vertreten waren. Man ist natürlich an sich geneigt, aus dieser Haltung der Regierung ziemlich energische Konsequenzen zu ziehen. Wenn wir es im Augenblick nicht tun, so tun wir es mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses. Aber wir müssen uns doch stark dagegen verwahren, das man einen derartigen Reichstagsbeschluß ohne weiteres auf Grund der Autorität irgendeiner Kommission beiseite stellt, und wir bitten schon heute den Herrn Minister, daß er, wenn wir, wie das in den nächsten Tagen geschehen wird, erneut und auch mit erneutem Material in dieser Angelegenheit an ihn herantreten, diesem Antrag dann eine wohlwollendere Behandlung zuteil werden lassen wird, als das bisher geschehen ist.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Nach den getroffenen Vereinbarungen müssen wir diesen Gegenstand der Tagesordnung nunmehr abbrechen.

Wir greifen zurück auf den vierten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Stresemann und Genossen, betreffend Beseitigung der „Sanktionen"** (Nr. 2094 der Drucksachen).

Zur Begründung der Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Dr. Zapf.

(B) Dr. **Zapf,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Es war der Herr Kollege Dr. Haas, der in der Debatte vom 10. Mai vor Annahme des Ultimatums hier wohl der einmütigen Meinung aller derer, die sich nach hartem Ringen zu einem Ja entschlossen hatten, Ausdruck gab, indem er ausführte: wir erwarten, daß nach der Annahme des Ultimatums die in London beschlossenen **Sanktionen** fallen. Wir, die wir Nein gesagt haben, aus voller Überzeugung Nein gesagt haben, glauben die Gründe derer, die sich zu einem Ja durchgerungen haben, wohl würdigen zu können. Deutschland, das deutsche Volk, braucht Ruhe, Ruhe nach vier sturmvollen Kriegsjahren, nach zwei Jahren voller schwerer innerer Krisen. Allein die Ruhe, die wir alle ersehnt haben, ist nicht eingetreten, weder im Westen noch im Osten. Im Osten sieht die Reichsregierung bis zur Stunde der Entwicklung der Dinge außerordentlich besorgt entgegen. Im Westen dauern die Sanktionen weiter, sie sind bis zur Stunde nicht aufgehoben worden.

Die Sanktionen sind nach den entscheidenden Worten Lloyd Georges in London auf Grund des Friedensvertrags verhängt worden. Wo sind aber diese **Grundlagen im Friedensvertrag?** Gewiß nicht in Art. 270 des Vertrags, der eine Zollgrenze nur dann vorsieht, wenn sie im Interesse der Bewohner des besetzten Gebiets liegt. Gewiß nicht in dem Teil des Friedensvertrags, der genau die Grenzen der okkupierten Länder umschreibt und eine räumliche Ausdehnung dieser Besetzung absolut nicht vorsieht.

(Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Aber auch nicht in dem vielbesprochenen **§ 18 der Anlage II des Friedensvertrags,** dieser Bestimmung, die von der Entente eine so weitgehende Auslegung gefunden hat und die ja in der Tat beim ersten Durchlesen sonderbar anmutet. Würde in diesem § 18 enthalten sein, was (C) man hineingelegt hat, nämlich die Befugnis der Entente, jede beliebige Maßnahme zu treffen, wenn sie eine angebliche Verfehlung Deutschlands konstatiert, dann wäre es ganz gewiß nicht nötig gewesen, den größten Teil des übrigen Vertrags überhaupt unterschreiben zu lassen, man hätte sich damit begnügen können, § 18 von uns unterschreiben zu lassen und den ganzen Rest als Diktat zu geben.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nachdem aber die Sanktionen im Teil 7, die Bürgschaften des Friedensvertrags im Teil 14 abschließend und ausschließlich geregelt sind, gibt es nur eine Auslegung des § 18, und die geht dahin, daß die Entente innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsrechte Maßregeln gegen Deutschland treffen kann, ohne daß wir das Recht haben, dagegen irgendwelche Vergeltung auszuüben, daß aber die Grenzen der Hoheitsrechte Deutschlands durch den § 18 nicht weiter eingeschränkt werden sollten, als es schon ohnehin in zahlreichen Artikeln des Friedensvertrags geschehen ist, in zahlreichen Artikeln, die auch den weitgehenden Ansprüchen in dieser Richtung Genüge leisten können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wäre aber die Auslegung, die besonders die offiziösen französischen Zeitungen diesem § 18 gegeben haben, richtig, so wäre sie von einer tiefernsten Bedeutung für die Erfüllung des Ultimatums und für die „kommenden Dinge".

Wenn wir die Lage unserer Finanzen betrachten, so wird wohl auch dem größten Optimisten in diesem Saale klar geworden sein, daß sich der **Erfüllung des Ultimatums** heute schon ungeheure **Schwierigkeiten** entgegenstellen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ein Blick auf den Valutamarkt genügt, um zu erkennen, wohin die Reise geht. Es ist kein Zweifel, daß mit (D) dem Bestehen der Zollgrenze am Rhein die Möglichkeiten, das Ultimatum zu erfüllen, weiter eingeengt worden sind. Oder, um in der Sprache des Herrn Dr. Rathenau zu sprechen, es ist nötig, die Not des Volkes noch weiter zu steigern, um aus ihm die Erfüllung des Ultimatums herauszupressen.

(Sehr wahr!)

Es gibt aber hier Grenzen. Man kann das nicht ins Ungemessene tun. Zunächst muß sich eine Regierung finden, die gewillt ist, dem deutschen Volke auch eine unerträgliche Last aufzuerlegen. Und dann kommt doch schließlich auch für das gutmütigste, für das arbeitsamste und geduldigste Volk einmal der Moment, wo es ihm zuviel wird, wo es die Last, die ihm auferlegt wird, als unerträglich empfindet und tot oder lebend versucht, der Hölle zu entrinnen, unter Umständen auch die eigene Regierung mit Gewalt zu stürzen.

(Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Ledebour: Wie am 9. November 1918!)

— Genau so, Herr Ledebour!

(Abgeordneter Ledebour: So wollen Sie diese Regierung stürzen!)

— Wir nicht.

(Abgeordneter Ledebour: Sie sagen doch, es kommt einmal der Moment, wo das Volk das tun wird! — Große Unruhe und Zurufe rechts: Hat Ledebour das Wort?)

— Herr Ledebour, Sie wissen genau, wer dann die Regierung stürzen würde. Die Leute, die sie stürzen würden, stehen schon bereit, und niemand kennt sie besser als Sie.

(Lachen links. — Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Ledebour: Wenn es notwendig ist, machen wir es, aber was hat das hiermit zu tun!)

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) Meine Herren! Es kann schon sehr bald der Moment kommen, viel schneller, als wir angenommen haben, an dem wir sagen müssen: die Erfüllung ist unmöglich. Und wenn es auch mit der Erfüllung zunächst glatt ginge — ich will das annehmen —, so bietet doch der Friedensvertrag in hunderten von Paragraphen, in denen dem deutschen Volke Pflichten über Pflichten aufgelegt werden, Punkte genug, an denen eine ausgezeichnete Jurisprudenz und eine gewandte Diplomatie einhaken kann. Wenn man die Gründe nicht in Bayern, nicht am Rhein findet, so geht man eben nach China. Man hat ja den Weg bereits dahin eingeschlagen.

Hierzu kommt aber ein Weiteres. Nach der nunmehrigen Anschauung der Entente soll es nicht mehr nötig sein, daß die **Feststellung einer Verfehlung Deutschlands** erst durch einen Beschluß des Hohen Rates geschieht Schon Lloyd George hat in London bei der **Verhängung der Sanktionen** zwar von den alliierten Mächten gesprochen, aber die assoziierte Macht, die doch im Friedensvertrag als Kontrahent in erster Linie erscheint, bereits weggelassen. Und in Paris hat am 24. Mai Herr Briand in der entscheidenden Sitzung der französischen Kammer glatt herausgesagt, daß die Sanktionen — er dachte dabei an die Besetzung des Ruhrreviers — in Zukunft automatisch bei einer Verfehlung Deutschlands eintreten würden. Hierauf war auch die entscheidende Tagesordnung Arago, die der französischen Regierung das Vertrauen ausgesprochen hat, gegründet.

Nun liegt also nach der Anschauung der Entente die Sache so, daß jede einzelne der gegnerischen Mächte in der Lage ist, nach Belieben eine Verfehlung Deutschlands zu konstatieren und ohne weiteres eine weitere Sanktion gegen uns zu verhängen.

Der Herr Reichskanzler hat ein schönes Wort geprägt, das in Deutschland viel Anklang gefunden hat, das (B) Wort, daß wir durch Arbeit zur Freiheit gelangen müssen. Aber wenn dieser so zurechtgelegte § 18, wie ja die Praxis der Entente es schon angenommen hat, allezeit über die staatsrechtliche Sicherheit, über der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands schwebt, wenn er allezeit auch auf die privatrechtlichen Ansprüche jedes einzelnen in Deutschland zu drücken geeignet ist, dann muß doch das Wort des Herrn Reichskanzlers nichts weiter als ein leerer Traum bleiben, aus dem uns jeden Augenblick ein jähes Erwachen beschieden sein kann.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man wird mir einwerfen — und ich gebe zu, daß das ein beachtenswerter Einwand ist —, daß es vielleicht noch nicht Zeit ist, in diesem Augenblick diese und andere schwere Fragen, die wir heute noch berühren müssen, zu erörtern.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kann aber dieser Meinung nicht beitreten. Denn einer Verantwortung entgeht man nicht dadurch, daß man sie verschiebt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Vogel Strauß seinen Kopf wieder aus dem Sand herausstreckt, wird er die Situation in den seltensten Fällen zum Bessern gewendet finden.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Vorzüglich! — Heiterkeit links.)

Wir haben keine Zeit, auf die Einsicht der Entente zu warten. Denn darauf warten wir schon viele Jahre vergeblich. Wir haben auch keine Zeit, auf eine Besserung der Weltlage zu warten. Denn auf diese warten auch andere Leute. Ich kann mir sehr wohl die Möglichkeit denken, daß eine Krise im nahen oder fernen Osten es Frankreich rätlich, angezeigt und erlaubt erscheinen ließe, am Rhein fest und energisch zuzugreifen. Deshalb kein Herumgehen um die entscheidenden Fragen! Deshalb muß die deutsche Reichsregierung bei jeder Betrachtung, (C) bei jeder Handlung, die auf die Sanktionen bezug hat, von der Grundlage ausgehen, daß die Dinge, die am Rhein geschehen sind, weder im Völkerrecht, noch im Friedensvertrag die geringste Stütze finden, daß sie auf nichts begründet sind als auf die brutale Gewalt, die man dem Waffenlosen gegenüber anzuwenden für gut findet.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Wie in Belgien!)

— Meine Herren! Sie rufen mir Belgien zu, ich hätte gewünscht, daß Sie heute wenigstens diese Zurufe unterließen, ich hätte es gewünscht im Interesse des Rheinlandes, dessen Not auch Sie kennen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dann müssen Sie erst anders reden!)

— Herr Kuhnt, von Ihnen will ich das Reden nicht lernen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Die Besprechung der Interpellation ist noch nicht beantragt. Es hat nur das Wort der Herr Interpellant.

(Heiterkeit.)

Dr. **Zapf**, Abgeordneter, Interpellant: Die Regierung wird hierbei zwei gute Helfer haben. Denn auch der **englische Generalanwalt Howart** hat in der Sitzung des Unterhauses vom 18. März, in der **über die Sanktionen** gesprochen wurde, klipp und klar erklärt, daß die Maßnahmen, die im Rheinland getroffen worden sind, weder von den besonderen, noch von den allgemeinen Artikeln des Friedensvertrags „abhängen".

(Hört! Hört! rechts.)

Und **Briand** hat selbst in der Kammerdebatte vom Februar dieses Jahres erklärt, daß der Artikel 270 des Friedensvertrags mit der **Zollgrenze am Rhein** auch nicht das geringste zu tun hat. Er hat ausgeführt, daß es sich (D) dort um etwas ganz anderes handelt, um die Organisation eines abgetrennten Wirtschaftslebens des Rheinlandes, und fuhr weiter fort: „Das sei eine besonders wirksame Sanktion, mehr könne er jetzt momentan nicht sagen, aber die Kammer werde ihn schon verstehen".

Suchen auch wir Herrn Briand zu verstehen! Ein finanzieller Zweck kommt nicht in Frage. Der politische Zweck ist erst vor einigen Tagen im Ausschuß der französischen Kammer, auch im Senat, ohne weiteres zugegeben worden. Daß man allerdings in diesen Verhandlungen erklärt hat, der **Grund zur Aufrechterhaltung der Sanktionen** liege darin, daß man das Kabinett Wirth unterstützen und die Demokratie in Deutschland hochhalten müsse, meine Herren, darauf dürfte wohl niemand in Europa gefaßt gewesen sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine der Grundlagen, einer der Eckpfeiler, auf denen das Kabinett Wirth überhaupt aufgebaut worden ist, war doch der Gedanke, daß mit der Annahme des Ultimatums auch die Sanktionen wegfallen müssen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Wie kann das Kabinett Wirth oder irgendein anderes, irgendeine andere politische Kombination, mag sie soweit links stehen, wie sie will, das deutsche Volk den dunkeln Weg der Erfüllung des Versailler Vertrags führen, wenn dieser selbe Vertrag auf der Gegenseite jeden Tag und jede Stunde mißachtet und verletzt wird?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wie kann irgendein Kabinett das deutsche Volk dem schon wieder anhebenden Valutaelend ausliefern, wie kann es das deutsche Volk in die unausbleibliche Verbitterung der künftigen Steuerkämpfe hineinjagen, wenn der Rhein durch eine Zollgrenze abgetrennt wird, wenn Deutschland in zwei Teile zerfällt, von denen der eine

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) Teil in steigenden Maße der wirtschaftlichen Beeinflussung des Reichs entzogen wird? Wer das unternehmen würde, der würde die Grenze überschreiten, wo der berechtigte Optimismus aufhört und ein unverzeihlicher Leichtsinn anfängt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Grund der Aufrechterhaltung der Sanktionen — denn ich kann mir nicht wohl denken, daß Herr Briand unsere Verhältnisse so schlecht kennt — liegt natürlich wo anders. Die **französische Politik am Rhein** hat drei Epochen gehabt. Die erste Epoche war die gewalttätige, rücksichtslose Epoche, wo man die Presse und die Versammlungen scharf anfaßte, wo man mit Ausweisungen sehr schnell zur Hand war. Diese Epoche gipfelte schließlich in dem gewaltsamen Versuch der Errichtung einer **pfälzischen und rheinischen Republik**, ein Versuch, der gescheitert ist. Die zweite Epoche war die der **friedlichen kulturellen Durchdringung.** Ohne auf eines der genannten Mittel zu verzichten, war man doch sparsam mit der Anwendung derselben. Man legte sich auf Theater, Konzerte, Vorträge, in denen man den kulturellen Einfluß Frankreichs und die angebliche Verwandtschaft der französischen Kultur mit der rheinischen zu beweisen versuchte.

Die dritte Epoche ist die der **wirtschaftlichen Durchdringung.** Sie hat angefangen mit der Verhängung der Sanktionen. Heute sitzen in Ems 30 Referenten und 500 Beamte, die täglich ungefähr 20000 Gesuche um **Aus- und Einfuhrbewilligungen** zu bearbeiten haben. Sie können aber täglich nur 12 000 erledigen. Daraus resultieren natürlich Stockungen und Stauungen und resultiert eine immer mehr einsetzende Hemmung des ganzen Verkehrs über den Rhein hinüber und herüber. Die weitere Folge ist, daß Geschäfte, die sofort abgeschlossen werden müssen — und das ist in der Zeit der Valutaschwankungen die Mehrzahl der Geschäfte —, heute zu

(B) den Ausnahmen gehören und nur in einem ganz geringen Maße abgeschlossen werden können. Alles fühlt sich abgeschreckt durch die umständlichen Schreibereien und Scherereien und zieht sich von dem Risiko neuer Geschäfte zurück. Es ist heute soweit, daß nicht nur große Fabriken, sondern auch der Detailhandel und schließlich jeder Handwerker die zerstörenden Wirkungen der Sanktionen verspüren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Anders steht es mit dem **Verkehr nach Westen;** da geht die Sache bedeutend leichter. Hier gibt es Gesuche, die mit besonderen Vermerken versehen sind; diese werden sofort genehmigt; hier gibt es Blankobewilligungen, hier werden Kontingente erteilt, und so strömen jetzt über die **Westgrenze** Weine in ungeheuren Mengen herein, Alkohol in jeder Form, Schokolade, Zucker, Textilwaren, alle **Luxusartikel,** ebenso Seife — na, Seife ist ja kein Luxusartikel.

(Heiterkeit.)

Alles das strömt über die Grenze herein, und unsere Devisen strömen in Millionen hinaus.

Die **finanzielle Belastung durch die Zollerhebung** ist nicht gering zu schätzen. Neuerdings geht man so weit, daß auch die **Fünfkilopakete** zollamtlich behandelt werden, eine Erschwerung, die auf die Dauer gar nicht zu ertragen ist. Aber auch davon abgesehen: wo der deutsche Zolltarif nach fiskalischen Gesichtspunkten festgesetzt ist, ist die Sache für die beteiligte Industrie überhaupt nicht zu tragen. Die Brauereien, die Zündholzfabriken können überhaupt nichts mehr über den Rhein schicken. Aber auch die schwere Eisenindustrie, wo der Zoll nach Gewicht festgestellt wird, ist ungeheuer geschädigt. Am härtesten wirkt die Sache zweifellos bei dem **Weinbau.** Unsere billigen Weine, meine Herren, die von Hunderttausenden von fleißigen Winzern gebaut werden, Leuten, die sich während der Kriegsjahre endlich von der Last der (C) Hypotheken freigemacht haben, unsere Konsumweine können mit den billigen Weinen des Südens nicht konkurrieren, so billig können wir sie nicht produzieren. Dort erleichtert das Klima und vieles anderes die Sache. Meine Herren, Hunderttausende von diesen Existenzen der fleißigsten Menschen, die es gibt, gehen zugrunde, wenn diese Einfuhr ausländischen Weins anhält.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man hat aber auch dafür gesorgt, daß die Flaschenweine in Zukunft etwas höher mit Zoll bedacht werden, greift damit an die Existenz des linksreinischen Weinhandels, auch er steht heute vor dem Ruin. Es sind das keine Redefloskeln, die wir heute vorbringen zu bestimmten Zwecken, sondern es ist gesagt auf Grund bitterer Erfahrungen. Es ist heute in der Tat so, daß ein Teil der Industrie, des Handwerks und ein gewaltiger Teil der Landwirtschaft, insbesondere der Weinbau, vor dem Ruin stehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und just in dieser Zeit hat eine neue **Auskundschaftung der rheinischen Industrie** eingesetzt, ausgehend nicht von der interalliierten Kommission, sondern von dem Kommando der Besatzungsarmee. Es sind an sämtliche Fabriken des linksrheinischen Gebiets Fragebogen ausgegeben worden, die in detaillierter Weise 40 verschiedene Fragen stellen, in denen über jeden Betriebsvorgang erschöpfende Auskunft gegeben werden muß. Zur selben Zeit hat in Metz eine Konferenz von Bankiers stattgefunden, in denen der Wunsch der französischen Regierung bekanntgegeben wurde, es möchte sich doch das **französische Kapital** noch stärker als bisher **an den Fabriken der Industrie des besetzten Gebiets beteiligen.** Es wurde eine Liste von Fabriken herumgereicht, auf die besonders aufmerksam gemacht worden ist. Man hat besonders auf die chemische Industrie die Augen geworfen und glaubt, daß (D) hier das französische Kapital sich in den Besitz der entscheidenden Macht setzen muß. Meine Herren, wir kennen das Rezept. Es ist dasselbe, das an der Saar angewandt worden ist. Schon am 6. Februar 1921 hat ein Dr. Pierre Bucher — er heißt wahrscheinlich Peter Bucher — ausgeführt: das Pfand am Rhein muß morgen so aussehen, wie heute das Pfand an der **Saar** aussieht. Es lohnt sich also, einen Blick auf das Pfand an der Saar zu werfen.

Dort hat schon im Jahre 1919 der Bericht der französischen Handelskammer ausführen können, daß 14 der bedeutendsten deutschen Unternehmungen in die Hände der Franzosen übergegangen sind. Heute sind dreiviertel dieser Unternehmungen bereits in einer schweren Krisis. Wo man konnte, hat man die deutsche Leitung entfernt. Allein man kann nicht gerade sagen, daß diese Maßregeln zum Vorteil ausgeschlagen seien; denn die Hüttenwerke mußten dazu übergehen, ihre Löhne stark zu reduzieren. Die weiterverarbeitende Industrie hat große Arbeiterentlassungen vorgenommen. Ich nenne nur ein einziges Werk, das Eisenwerk St. Ingbert, das vor dem Kriege unter deutscher Leitung 2000 Arbeiter beschäftigt hat und das heute nur noch 300 Arbeiter beschäftigt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist das eine ganz natürliche Entwicklung. Man hat im Saargebiet allmählich die Frankenlöhnung eingeführt. Der Frank dringt von Tag zu Tag mehr vor, und die damit verbundene Preissteigerung hindert natürlich jeden Absatz nach Deutschland. Aber Frankreich selbst hat sich seit dem 1. April durch eine hohe unübersteigliche Zollmauer von aller Auslandseinfuhr abgeschlossen, so daß der Saarindustrie auch die Einfuhr nach Frankreich unmöglich geworden ist. Es ist also eine natürliche Entwicklung, die daraus resultiert, daß das Saargebiet in

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) enge Zollmauern eingeschlossen ist, eine Entwicklung, die unweigerlich auch die rheinische Industrie treffen wird.

Diese Wege also soll die **rheinische Industrie** gehen. Ich weiß sehr wohl, meine Herren, daß Erleichterungen möglich sind. Sie sind auch bereits in verschiedenen Punkten getroffen worden. Man hat Sammelbewilligungen gegeben, eine Freiliste aufgestellt, alles Dinge, die ja momentan eine gewisse Hilfe geben, allein es kommt natürlich nicht auf die momentane Anwendung der Sache an, sondern darauf, daß eben die französische Regierung sich das Recht erobern will und erobert hat, die ganze Industrie und die ganze Produktion links des Rheins vom rechten Ufer abzuschneiden.

(Sehr richtig!)

Im übrigen denken ja die Franzosen nicht an Abbau dieses Systems. Ganz im Gegenteil! Man ist in den letzten paar Wochen ganz entschieden zu einer Durchbrechung auch der Grundsätze übergegangen, die eigentlich in den Sanktionen festgelegt waren. Man hat den **Zolltarif** absolut nicht auf den deutschen Sätzen stehen gelassen, sondern hat ohne weiteres bei einer speziellen Position den Zoll verdoppelt.

(Hört! Hört! rechts.)

Man hat endlich eine Verordnung erlassen, in der man gewisse Delikte, darunter auch das des Hochverrats, in Zukunft der deutschen Justiz entzieht. Schließlich hat man in der Verordnung über den Depotzwang der Banken, in der Errichtung des besonderen Branntweinmonopols für das besetzte Gebiet einen Eingriff in die **Steuerhoheit** vorgenommen, an den man vor drei Monaten noch nicht gedacht haben wird.

Diese systematischen Eingriffe in die Hoheitsrechte, die dem deutschen Volke auf dem linken Rheinufer noch verblieben sind, bedeuten nur den Anfang auf einer langen Etappe. Man hat, um mich eines in der neueren fran-

(B) zösischen Sprache sehr beliebten Ausdruckes zu bedienen, die Hand an der Kehle der gesamten Produktion, an der Kehle des gesamten Rheinlandes.

(Sehr richtig!)

Wie lange soll das dauern? Es existiert eine Zeitungsnachricht, nach der zwischen den Mächten der Entente ein Vertrag bestünde, der eine frühere Räumung des besetzten Gebietes in Aussicht nehme. Allein diese Nachricht ist nicht bestätigt worden. Herr Tardieu, der ja an dem Friedensvertrag in entscheidender Weise mitgewirkt hat, weiß nichts von dieser Vereinbarung, hat sich im Gegenteil auf den Standpunkt gestellt: Der englisch-amerikanische Garantievertrag ist uns nicht geworden; dieses Bündnis, auf das wir sicher gerechnet haben, haben wir nicht erhalten können. Also gibt es überhaupt keine **zeitliche Begrenzung der Besetzung des Rheins.**

(Hört! Hört!)

Und der General de Castelnau, ein Abgeordneter, der wohl einen gewissen Einfluß hat — denn er ist Vorsitzender der Armeekommission —, hat am 9. Februar die Forderung aufgestellt, die Sicherheit Frankreichs müsse ergänzt werden durch die Verlängerung des Aufenthalts am Rhein, und schon am nächsten Tag hat Herr Briand in der französischen Kammer dieser ganzen Sache eine sehr elegante Lösung dadurch gegeben, daß er gesagt hat, die Besetzungsfristen haben überhaupt noch nicht zu laufen begonnen.

(Hört! Hört! rechts.)

Im Zusammenhange mit dieser unbegrenzten Dauer der Besetzung gewinnt die **Zollgrenze** ein höchst eigenartiges Aussehen. Den zahllosen Äußerungen der nationalistischen Presse möchte ich nicht mehr Bedeutung zumessen, als es unbedingt nötig ist. Aber ich kann doch wohl eins anführen: eine Bemerkung des „Eclair", der in dem Rufe steht, in nahen Beziehungen zu dem französischen Ministerium zu stehen. Er hat schon zu einer (C) sehr frühen Zeit, am 29. November 1920, geschrieben:

> Solange Preußen nicht auf das rechte Rheinufer zurückgeworfen ist, solange nicht das linke Rheinufer von dem Zollverein abgetrennt ist, hat Frankreich keine Ruhe und keine Sicherheit.

(Hört! Hört! rechts.)

Dieser Faden ist weiter gesponnen worden von einem Herrn Pierre Nothomb, der Vorsitzender des Comitée de politique nationale in Brüssel ist. Er hat gesagt: die Zollmaßnahmen sind das wirkungsvollste Mittel, um das Gesicht des Rheinlands vom Osten weg nach dem Westen zu drehen. Dies ist dann in höchst bezeichnender Weise von den **französischen Kaufleuten des besetzten Gebiets** wiederholt worden, denselben Kaufleuten, die erst jüngst durch die Veröffentlichung der „Frankfurter Zeitung" bekannt geworden sind, in der ja auch die Absichten ziemlich deutlich zum Vorschein gekommen sind. Aber so deutlich, wie dieses **Programm** spricht, spricht doch die neuere Veröffentlichung nicht. Sie verlangen Anfangs April 21 Beschlagnahme aller Einnahmen im Rheinland, also der Einnahmen der Eisenbahnen, der Post, die Ausbeutung der Bergwerke und der Wälder, des gesamten Staatsbesitzes, die Errichtung einer Verwaltung im Rheinland durch die Rheinlandkommission, die Aufrichtung einer Zollgrenze östlich der Ruhr, die Besetzung von Hamburg, Bremen, Darmstadt, Mannheim und Frankfurt, Entlassung aller preußischen Beamten im Rheinland und deren Ersetzung durch Rheinländer sowie den Erlaß neuer Steuern und Kontributionen. Das sind die Gäste, die wir im Rheinland beherbergen!

Der glänzend informierte Journalist **Pertinax** im „Echo de Paris" und Jules **Herbette** im „Temps" haben übereinstimmend das **Wesen der Sanktionen** dahin charakterisiert: es handelt sich nicht um Sanktionen, die an dem Tage in Wegfall kommen, an dem Deutschland (D) seine Unterschrift gibt; nein, es handelt sich um Garantien, die endgültig in unserer Hand bleiben müssen.

(Hört! Hört! rechts.)

Das sind Äußerungen, die bereits am 9. März dieses Jahres gefallen sind, also zu einer Zeit, wo man die heutige Entwicklung noch gar nicht voraussehen konnte.

Und schließlich, um ein Letztes in dieser Richtung zu geben: mit einer, ich möchte sagen, fast teutonischen Offenherzigkeit hat ein Engländer, Herr Archibald Calbeck, die Absichten und die Methode der Franzosen im Rheinland in einer der Aprilnummern der „Fortnightly Review" charakterisiert. Er stellt zunächst die Frage, ob die **Abtrennung der Rheinlande** durch eine Zollgrenze in dem Sinne wirken wird, daß die Rheinlande Deutschland entfremdet werden müssen. Er hat diese Frage glatt bejaht und führt dann weiter aus: Man sieht an den Methoden, welche die Franzosen anwenden, daß sie den Keil nur allmählich zwischen Deutschland und das Rheinland treiben, auf dem Wege der Überredung, der Werbetätigkeit, der wirtschaftlichen Durchdringung. Ihr Enderfolg wird gar nicht den Charakter einer militärischen Annexion haben, sondern er wird einfach das Schlußglied einer Kette sein, die sich durch viele Jahre hinwegzieht.

So kann man, wenn man diese Tendenz kennt, den Versicherungen, die Herr Briand und auch der Kriegsminister Herr Barthou abgegeben haben, wonach sie garnicht an eine Annexion der Rheinlande denken, ohne weiteres glauben und kann sie doch recht verstehen. Man kann ihnen glauben, denn auch der Geheimvertrag des Herrn Poincaré mit Rußland vom Februar 1917 hatte keineswegs die Annexion der Rheinlande im Sinne, sondern nur die Bildung eines Pufferstaates unter der Gewalt Frankreichs, und Herr Briand selbst hat im Jahre 1917 in einem vertraulichen Briefe an Jules Cambon

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) seine Ansicht dahin kundgegeben, daß er sagte: „Eine Annexion wird zu Schwierigkeiten mit unseren Alliierten führen. Das, was wir brauchen, ist die Bildung eines **Pufferstaates am Rhein**, das ist unser Ziel". Deswegen kann man den Herren glauben.

Aber man kann sie auch verstehen, denn diese französischen Staatsmänner kennen die Geschichte ihres Landes. Sie wissen genau, daß **Richelieu** am Rhein ein „sanftes und verstecktes Verfahren" empfohlen hat, daß er, der genaue Kenner der deutschen Verhältnisse, für die deutsche Politik vorgeschrieben hat, „man müsse es so machen wie die Ruderer, die dem Platz, auf den sie ihr Boot hinbringen wollen, den Rücken zudrehen". Ja, meine Herren, alte, im Strom der Zeiten längst versunkene Fäden tauchen wieder auf. Wir hören wieder Richelieu im Jahre 1629 den Wunsch aussprechen, die natürlichen Grenzen Frankreichs, die Grenzen des alten Gallien wiederherzustellen; wir hören den Tagesbefehl Carnots vom Jahre 1793, „die ehemaligen und natürlichen Grenzen Frankreichs sind die Alpen, die Pyrenäen und der Rhein". Der **Rheinbund** Mazarins und Napoleons I. taucht wieder auf. Alles kehrt wieder. Wie man damals nach Osten die Türkei als Bundesgenossen hatte, so schafft man sich jetzt in Polen den Helfer. Wieder wird Köln und die Niederlande wie von einer Zange gepackt. Hatte man damals in den Réunions im Elsaß und den Dévolutions in den Niederlanden Rechtstitel in beliebiger Menge, auch in beliebiger Qualität für Ansprüche jeder Art auf Lager, so hat man jetzt den Anspruch auf **„Sicherheiten"**. Zur Sicherheit gegen das unbewaffnete Deutschland muß das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich an der Rheinlinie stehen, zur Sicherheit der Rheinlinie verlangt man das Ruhrgebiet, zur Sicherung des Ruhrgebietes Hamburg und Bremen. Auf dem Gebiete der kolonialen Politik glaubt man wohl Konzessionen machen zu können,

(B) heute wie damals — es ist genau derselbe Vorgang — mit vollem Recht. Denn wenn die vom französischen Volke unter drei Staatsformen gegen jede deutsche Regierung mit eiserner Konsequenz verfolgte Politik am Rhein zum Ziele führt, wird Frankreich ein ungeheurer Machtzuwachs in allen Teilen der Welt ohne weiteres zufallen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man sollte denken, daß diese Vorgänge, diese Dinge, die sich ja doch vor den Augen der ganzen **Welt** abspielen, einen gewissen **Widerstand** gefunden haben. Allein, ich möchte die Frage so formulieren: wer kann heute Widerstand leisten? Rußland, das ja seine Selbständigkeit bewahrt hat, ist für europäische Entscheidungen nicht mehr imstande einzugreifen. Die italienische Politik des Grafen Sforza hat nach dem Ausscheiden Deutschlands, das als ganz ohnmächtig gar nicht mehr in Betracht kommt, eine merkwürdige Ähnlichkeit mit der Victor Emanuels vor dem Jahre 1866 angenommen. Frankreich beherrscht das ganze Mittelmeer, dessen Eingang es sich bereits genähert hat. Es beherrscht den Kontinent und die Küste des Kanals. Der **General Hirschauer** hat erst vor wenigen Monaten darauf hingewiesen, daß Flugzeuge von Aachen her mit Leichtigkeit nach London hinübergehen können und diese Stadt bombardieren, daß man mit weittragenden Geschützen den ganzen Kanal beschießen kann. Er hat allerdings damals von deutschen Geschützen, von deutschen Flugzeugen gesprochen. Allein der General Hirschauer weiß so gut wie irgend jemand auf der Welt, daß Deutschland diese Dinge nicht mehr hat, daß aber Frankreich im Besitz der ersten Luftflotte ist, daß Frankreich sich im Besitze weittragender Geschütze befindet, daß es seine U-Boote an allen Küsten des Atlantischen Ozeans und der Küste des ganzen Kanals stationiert hat. Noch deutlicher hat der **General Cordonnier**, der einstmalige Chef der französischen Orient- (C) armee, gesprochen; er hat gar kein Blatt vor den Mund genommen und die Stellung Frankreichs aufs deutlichste gekennzeichnet. Er sagt am 25. Februar, die Zeiten seien vorüber, wo Lloyd George in Paris mit Abbruch der Verhandlungen drohen und Frankreich von oben herab behandeln und die französische Eigenliebe verletzen dürfe. Die englisch-französische Ehe könne eines Tages sehr leicht geschieden werden; wenn die englische Freundschaft nicht 42 Jahre dauern könne, sei es für Frankreich eine Last und ein Betrug. . . . . Sollte es sich jemand einfallen lassen, sich Frankreich in den Weg zu stellen wie Lloyd George, so werde man ihm einfach ins Gesicht lachen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nicht mit Unrecht hat Frankreich den hundertjährigen Todestag Napoleons I. gefeiert, nicht mit Unrecht die alte „Gloire", für die ja im Kriege weniger Veranlassung gegeben war,

(Heiterkeit rechts)

wieder heraufbeschworen. Die strategische Lage Frankreichs ist heute stärker, als es jemals in seiner Geschichte der Fall war.

(Sehr richtig! rechts.)

Vorsichtige Rechner werden mich darauf aufmerksam machen, daß die **finanzielle Lage Frankreichs** doch recht bedrohlich ist. Es ist richtig, Frankreich trägt schwer unter seiner großen auswärtigen Schuld. Die französische Anleihe in New York hat jüngst nur einen sehr mangelhaften Erfolg gehabt. Allein, meine Herren, wenn wir uns erinnern, wie schnell Napoleon I. Frankreich wieder auf eine gewaltige finanzielle Leistung emporgehoben hat, wenige Jahre nach dem Assignatenbankerott, wie leicht Frankreich über die Krisen der Jahre 1815 und 1871 hinweggekommen ist, so können wir wohl annehmen, daß es auch heute, wo es sich im Besitz der politischen Macht befindet, wo es durch den deutschen Tribut bereichert wird, in der (D) Lage ist, alle Schwierigkeiten finanzieller Natur im Laufe der Zeiten zu überwinden. Es ist deshalb kein Wunder, wenn sich gerade in Deutschland Stimmen erhoben haben, die es für unbedingt notwendig erklärt haben, die Kluft des Hasses zwischen Deutschland und Frankreich zu überbrücken. Man kann den Kalkulationen dieser Politiker wohl sehr viele psychologische und materielle Rechenfehler nachweisen. Aber wenn man auch ganz anderer Ansicht ist — das ist bei mir der Fall —, so muß man doch das eine zugeben: begreiflich sind nach der Lage der Dinge wohl derartige Deduktionen.

Nun haben sich ja auch in Frankreich in letzter Zeit parallele Stimmen erhoben. Ob diese Stimmen mehr bedeuten als ein Druckmittel, um England den Wünschen Frankreichs gefügig zu machen, das muß sich zeigen,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

es wird sich zeigen am Rhein.

Die Welt kennt die **Lage des Rheinlandes** nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Überfüllt mit fremden Garnisonen, eingeengt in wirtschaftliche Zollmauern, die uns Luft und Licht zum Leben nicht lassen, besitzen wir keine Versammlungs-, keine Preßfreiheit. Unsere Beamten sind entrechtet, unsere Briefe werden erbrochen.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Wie in Bayern!)

— Ich glaube nicht, daß Sie Bayern mit den Verhältnissen des Rheinlandes in Vergleich bringen können, und ich möchte Sie dringend bitten, heute im Interesse des Rheinlands derartige Bemerkungen zu unterlassen.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Abgeordneter Dr. Breitscheid: Haben Sie die letzten Maßregeln Pöhners nicht gelesen?)

— Ich habe sie nicht gelesen, ich bin sehr begierig. — Nun, meine Herren, ich kann nur sagen, daß wir alle den

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) Umstand, daß wir noch nicht einmal mit unseren Frauen korrespondieren können, ohne daß die französischen Behörden hineinschauen, wenn sie wollen, daß jeder intime politische Brief geöffnet werden kann — —

(Große Unruhe und Zurufe links. — Erregte Gegenrufe rechts.)

— Meine Herren, ich bemühe mich hier — —

(Andauernde große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Herren, ich bemühe mich nur, hier die Tatsachen genau und objektiv so vorzutragen, wie sie sind. Es ist aber das Unglück dieser Leute (zur äußersten Linken), daß sie die Wahrheit nicht hören können.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe links.)

Im besetzten Gebiet ist kein Haus vor Durchsuchung sicher, auch nicht das eines Abgeordneten, keine Wohnung vor der Beschlagnahme, kein Mensch vor der Ausweisung.

(Abgeordneter Crispien: Kahr verkehrt freundschaftlich mit Frankreich!)

Meine Herren! Wenn Sie einen einzigen Punkt nur bedenken, der, glaube ich, auch auf Sie Eindruck machen müßte, so bitte ich Sie, sich daran zu erinnern, daß vor wenigen Wochen **Hunderte von Rheinländern Gestellungsbefehle** mitten im Frieden erhalten haben mit dem Zwange, **einer fremden Armee Gefolgschaft** zu leisten **zum Zuge ins Ruhrgebiet** gegen das eigene Vaterland. Das, denke ich, sollte doch Eindruck auf Sie machen.

(Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Crispien: Stinnes wollte doch französische Truppen im Ruhrgebiet haben. — Erregte Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten. Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Gehen Sie doch ins französische Parlament! — Gegenrufe links.)

Meine Herren, wenn man es unternehmen kann, auf Generationen hinaus, auf unabsehbare Zeit 7 Millionen weißer Menschen alles dessen zu berauben, was das Leben

(B) eines Menschen frei und menschenwürdig macht, wenn ein solcher **Rückfall in die Barbarei** vergangener Jahrhunderte möglich ist, dann hat die Menschheit durch all die Zeit vergeblich um eine höhere Auffassung ihres staatlichen Lebens gekämpft.

(Sehr richtig! rechts.)

Es war doch wohl das französische Parlament, das in seinen Anfängen einmal einen heroischen Kampf geführt hat, das Ströme von Blut vergossen hat um der Menschenrechte willen, die heute am Rhein tagtäglich mit Füßen getreten werden. Es war doch der alte Ruhm des englischen Parlaments, den Kampf gegen Tyrannei in jeder Form zu führen. Und ich richte die Frage an das amerikanische Volk, ob es deshalb die Sklaverei im neuen Erdteil in einem blutigen Kriege abgeschafft hat, um diese Zustände in der alten Welt gerade in den Landstrichen wieder herbeizuführen, die ihm so viele Hunderttausende treuer und tüchtiger Bürger über das Meer geschickt haben.

(Bravo! rechts.)

Um sich zu rechtfertigen, hat man auf den **Frankfurter Frieden** verwiesen. Meine Herren, den **Vergleich** können wir aushalten.

(Sehr richtig! rechts.)

Es sind Annexionen vorgekommen hier und dort, aber während die Franzosen niemals eine Position, die sie eingenommen hatten, freiwillig wieder geräumt haben, immer die Politik des j'y suis, j'y reste verfolgt haben, sind wir wie 1815 so 1871 freiwillig vertragsgemäß aus den okkupierten Gegenden wieder zurückgegangen.

(Sehr wahr! rechts.)

Frankreich hat seine volle Selbständigkeit gewahrt. Es hat sich durch ein starkes Heer, durch ein Festungs- und Bündnissystem schützen können, es hat ein großes Kolonialreich erwerben und seine wirtschaftliche Blüte in vier Weltausstellungen der ganzen Erde zeigen können. Der Frankfurter Friede hat Europa eine niemals vorher ge- (C) sehene wirtschaftliche Entwicklung gegeben und eine politische Sicherheit und Ruhe, die von dem heutigen Zustande, wo in jeder Ecke ein Brandherd glimmt, recht angenehm absticht.

(Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Crispien: Frankfurt war die Grundlage von Versailles! — Entrüstete Gegenrufe rechts.)

— Herr Crispien, Sie vergessen Ludwig XIV!

(Zuruf links: Sie vergessen die Hohenzollernfürsten!)

— Ludwig XIV. liegt vor den Hohenzollernfürsten! Ich kann aber doch sagen, meine Damen und Herren: die **Geburtsstätte des deutschen Militarismus ist der französische!**

(Sehr richtig! rechts. — Unruhe und Zurufe links.)

Man rede uns nicht, meine Herren, von dem guten Willen Deutschlands, auf den angeblich gewartet werden muß, bis die Sanktionen wieder aufgehoben werden. Wir haben diesen **Appell an unseren guten Willen** sehr oft gehört und ihm jedesmal entsprochen, ohne einen anderen Erfolg zu sehen, als daß man sich auf der Gegenseite beeilte, die geräumte Position zu besetzen und die nächste sofort zu beschießen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir können von der gelangweilten Welt nicht verlangen, daß sie das dicke Heft durchliest, welches das Auswärtige Amt zusammengestellt hat, in dem Paragraph für Paragraph die ungeheuren Opfer und Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag aufgezählt werden. Aber wir können doch sagen — und ich glaube, daß die gewissenloseste Lügenpropaganda der Welt nichts daran ändern kann —: wer heute noch, nachdem Deutschland sein Heer, seine Marine, seine Handelsflotte, seine Kolonien, sein Auslandsvermögen verloren hat, nachdem es Millionen von Volksgenossen an fremde Staatsgebilde hergegeben, (D) das Beste, seine Souveränität, an fremde Kommissionen abgetreten hat, nachdem es monatelang mitten im Frieden geduldig zugesehen hat, wie auf deutscher Erde, in Oberschlesien, Deutsche mißhandelt, geplündert, gemartert und gemordet worden sind, wer heute nach all dem auf den guten Willen Deutschlands warten will, dem sage ich: er hat selbst den guten Willen nicht, und wenn sein Mund auch hundertmal vom Frieden überfließt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Herr **Millerand** hat am 15. Juni erklärt, Frankreich werde das Werk des Fortschritts und der Freiheit, dem es leidenschaftlich ergeben sei,

(lautes Lachen bei der Deutschen Volkspartei)

auch in Zukunft fortsetzen. Zur selben Zeit hat auch der Herr **Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat** einem allerdings etwas schlichteren Ton gesprochen und hat gemeint, man müsse den Dingen nicht „mit hängenden Köpfen und hängenden Ohren" gegenübertreten. Wie wäre es, wenn beide Staatsmäner ihr Wort zur Tat werden ließen, wenn Frankreich am Rhein zeigen würde, daß es die Freiheit und die Gerechtigkeit ehrt, und wenn die deutschen Staatsmänner an die Lösung der rheinischen Frage mit steifen Ohren, mit hoch emporgehobenen Köpfen und mit festem Rückgrat herantreten würden

(lebhaftes Bravo rechts; Zurufe links)

und in dieser Körperhaltung dauernd verharren würden!

(Erneuter Beifall rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben noch eine Waffe, meine Damen und Herren, das ist **der feste Wille, unser Recht und unseren Staat zu bewahren.** Es ist die **letzte Waffe**, aber sie ist unbesieglich, wenn sie von festen Händen geführt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

(Dr. **Zapf**, Interpellant.)

(A) Die Rheinlande haben diesen Willen zwei Jahre hindurch bekundet; sie sind allen Lockungen und Drohungen gegenüber fest geblieben, sie haben die Sanktionen und ihre Folgen auf sich genommen um Deutschlands willen; sie haben ihre Pflicht getan, sie haben die Treue gehalten, und sie erwarten von uns das Gleiche.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts und auf den Zuhörertribünen. — Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Äußern.

Dr. **Rosen**, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Herren Interpellanten haben die Frage gestellt, ob die Reichsregierung der Auffassung sei, daß die sogenannten in London gegen uns verhängten **Sanktionen** mit dem Vertrage von Versailles und mit dem Völkerrecht in Einklang stehen. Die Antwort hierauf ist bereits von der Reichsregierung klar und deutlich in zwei Dokumenten gegeben worden, die der breiten Öffentlichkeit bekannt sind. Unmittelbar nach dem Einrücken der alliierten Streitkräfte in die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir in einer an den Völkerbundsrat gerichteten Note die Unvereinbarkeit dieser Maßnahme mit dem Vertrage von Versailles dargelegt. Sobald die interalliierte Rheinlandkommission in Form einer Ordonnanz ein besonderes Zollregime in den Rheinlanden eingerichtet hat, haben wir durch unsere Vertreter in Paris, London und Brüssel Verwahrung gegen diese Maßnahmen eingelegt, die nach unserer Überzeugung eine **Verletzung des Vertrages von Versailles und des Rheinlandabkommens** enthalten. Beide Proteste sind ungehört verhallt.

(Hört! Hört!-Rufe.)

Ich will die auch nach meiner Meinung unanfechtbaren Rechtsgründe, auf die sich diese noch von meinem Herrn (B) Amtsvorgänger angeordneten Maßnahmen der deutschen Regierung stützten, nicht wiederholen. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, diesem hohen Hause im einzelnen die außerordentlich **schweren Folgen und wirtschaftlichen Schädigungen** darzulegen, welche durch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und durch die Einrichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden entstanden sind. Sie liegen für jeden, der ohne Voreingenommenheit den Tatsachen gegenübersteht, zu Tage.

Von dem Herrn Interpellanten und in zahlreichen durch die Presse gegangenen Eingaben der Interessenten sind die außerordentlichen Erschwerungen des Wirtschaftslebens und des Verkehrs, welche die unmittelbare Folge der Sanktionsmaßnahmen gewesen sind und sein mußten, ausführlich geschildert worden. Die neu eingerichtete Zollinie richtet sich nicht nach örtlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen. Sie sollte auch ihrem Zwecke nach keine wirtschaftliche Maßnahme sein, sondern sie war als eine Maßnahme gedacht, welche die deutsche Regierung zur Annahme der in bezug auf die Reparation gestellten Forderungen veranlassen sollte. Umsomehr war die Erwartung berechtigt, daß sie in Fortfall kommen würde, nachdem die deutsche Regierung das Ultimatum angenommen hat. **Nach** der **Annahme des Ultimatums**, und nachdem in einer für alle Welt unzweifelhaft klaren Weise Deutschland ehrlich bemüht ist, den im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen zu entsprechen, nachdem Deutschland in Ausführung dieser Verpflichtungen Leistungen von ungeheurer Größe an unsere früheren Gegner bewirkt hat, haben die **Sanktionen** im Rheinland **jeden Grund verloren.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Es ist unserer Auffassung nach, auch wenn darüber keine ausdrücklichen Vereinbarungen bestehen, ein einfaches und klares Gebot der Loyalität, daß die Sanktionen sofort (C) und restlos aufgehoben werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Die deutsche Regierung hat diesen Standpunkt mit allen Mitteln, die ihr hierfür zu Gebote standen, bei den alliierten Hauptmächten zum Ausdruck gebracht.

Zu meinem tiefen Bedauern nimmt die **französische Regierung** in dieser Angelegenheit einen **Standpunkt** ein, der mit Recht und Billigkeit schlechthin unvereinbar ist.

(Lebhafte Zustimmung. — Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Nachdem in den heutigen Morgenzeitungen eine Reihe von Mitteilungen aus der Pariser Presse wiedergegeben sind, die teils amtliche Nachrichten enthalten, teils offenbar von den zuständigen Stellen veranlaßt worden sind, sehe ich mich genötigt, der deutschen Öffentlichkeit rückhaltlos mitzuteilen, was uns über die Stellungnahme der französischen Regierung bekanntgeworden ist.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Der Ausschuß der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hatte sich in den letzten Tagen auch mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen befaßt, wobei der Ministerpräsident **Briand** sich gegen **Aufhebung der Gewaltmaßregeln** ausgesprochen hat.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Ich habe daher unseren Botschafter in Paris sofort angewiesen, Herrn Briand in nachdrücklichster Weise zu sagen, daß die Aufrechterhaltung dieser Gewaltmaßnahmen nach der Annahme des Ultimatums und nach den gewaltigen Leistungen zur Erfüllung des Ultimatums großes Unrecht sei.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

In Deutschland werde, falls nicht in allernächster Zeit die (D) Absicht der französischen Regierung, einer baldigen Aufhebung zuzustimmen, in irgendeiner Weise erklärt werde, der Zweifel an Boden gewinnen, ob es Frankreich ernst damit sei, die für das Fortbestehen der deutschen Regierung und damit für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen erforderlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Lachen rechts. — Zuruf auf der äußersten Linken: Da lachen Sie!)

Der **Botschafter** hat vorgestern daraufhin eine **Unterredung mit** Herrn **Briand** gehabt. Herr Briand hat ihm mitgeteilt, er habe im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten sich ebenso geäußert wie im Senatausschuß am 22. Juni, er habe bemerkt, die Aufhebung dieser Sanktionen könne erst in Frage kommen, wenn das Objekt, auf das sie sich beziehen, verwirklicht sei.

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Der Botschafter Dr. Mayer hat demgegenüber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der deutschen Regierung nach keiner Richtung irgendwie ein Vorwurf wegen der Nichterfüllung der im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen gemacht werden könne. Herr Briand hat jedoch auch dem Botschafter gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß nach seiner Meinung die Sanktionen zurzeit noch nicht aufgehoben werden können.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten. — Zurufe bei der Deutschen Volkspartei: Unerhört!)

In Übereinstimmung hiermit steht die **Resolution**, die der **französische Kammerausschuß über auswärtige Angelegenheiten** gestern gefaßt hat und den folgenden Wortlaut hat:

> Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten nimmt die Erklärung der Regierung zur Kennt-

(Dr. **Rosen**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) nis und vertraut darauf, daß keine der militärischen oder wirtschaftlichen Sanktionen, die im März und April gegenüber Deutschland ergriffen worden sind, aufgehoben wird, bevor die Verpflichtungen, mit Rücksicht auf welche die Sanktionen angewandt wurden, voll ausgeführt sind.

(Hört! Hört! und Rufe: Unerhört!)

Ich habe vorhin schon gesagt, daß dieser **Standpunkt der französischen Regierung mit Recht und Billigkeit nicht zu vereinbaren** ist,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, den Deutschen Demokraten und links)

und ich muß das wiederholen.

Die deutsche Regierung wird sich damit nicht zufrieden geben. Sie werden es mir erlassen, daß ich Ihnen im einzelnen alle diplomatische Schritte, die wir unternommen haben und noch vorzunehmen beabsichtigen, schildere.

Ich kann Ihnen nur die Versicherung geben, daß nichts unterlassen worden ist und nichts unterlassen werden wird, um die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, auch sagen zu dürfen, daß unser Standpunkt bei einem Teil der Alliierten Verständnis finden wird.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Graf Sforza hat einem amerikanischen Interviewer gegenüber erklärt, daß er die Aufrechterhaltung der Sanktionen für ungerechtfertigt halte und daß er für ihre Aufhebung eintreten werde. Er hat mich noch kurz vor seinem Rücktritt ermächtigt, auf diese Erklärung hinzuweisen. Ich habe keinen Grund für die Annahme, daß die italienische Regierung ihren Standpunkt in dieser Frage zu ändern beabsichtigt.

Was **England** angeht, so habe ich bereits kurz nach Antritt meines Amts unseren Botschafter in London ersucht, bei der englischen Regierung mit allem Nachdruck

(B) dahin vorstellig zu werden, daß die Gewaltmaßregeln alsbald aufgehoben werden. Der **englische Minister des Äußern Lord Curzon** erinnerte in seiner **Antwort an Herrn Sthamer, den deutschen Botschafter,** daran, daß ebenso wie die alliierten Mächte in gemeinsamer Konferenz die Sanktionen verhängt hätten, sie auch nur durch dieselbe Autorität aufgehoben werden könnten.

(Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Wie die deutsche Regierung wüßte, sei die britische Regierung zu der Aufhebung dieser Sanktionen durchaus bereit, immer vorausgesetzt, daß Deutschland in bezug auf Reparation und Entwaffnung die Bedingungen des Ultimatums pflichtgemäß ausführe. Aus diesen wie aus anderen Gründen hätte die britische Regierung einer viel früheren Zusammenkunft des Obersten Rats in Frankreich entgegengesehen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unglücklicherweise hätte die französische Regierung aus Gründen, die dem Botschafter wohl bekannt wären, nicht beigestimmt, und selbst jetzt wäre ihre Stellungnahme in bezug auf die Sanktionen, wie Lord Curzon kürzlich in seiner Unterredung mit Herrn Briand festgesetzt hätte, durchaus ablehnend. Die französische Regierung verträte die Ansicht, daß, bis es hinreichend festgestellt wäre, daß jegliche **Gefahr,** von seiten **irregulärer deutscher Truppen** beseitigt wäre,

(Gelächter rechts und bei den Deutschen Demokraten; hört! hört! auf der äußersten Linken)

und daß die Bedingungen des Ultimatums loyal erfüllt würden, es für Frankreich unmöglich wäre, die Garantien aufzuheben, die es nun einmal in Händen hätte. Die britische Regierung teile diese Ansicht nicht

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

und sei gern bereit, die Angelegenheit zur Erörterung zu bringen. Bei seiner Anwesenheit in Paris hätte Lord Curzon auf eine baldige Zusammenkunft des Obersten (C) Rats gedrängt und den französischen Premierminister davon in Kenntnis gesetzt, daß diese Frage auf dieser Konferenz erörtert werden würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde der Rat im Laufe des Monats Juli zusammentreten.

Lord Curzon riet dem Botschafter, den dazwischenliegenden Zeitraum, das heißt den Zeitraum zwischen dem Gespräch und der Konferenz, durch prompte und sorgfältige Erfüllung der Bedingungen des Ultimatums, in erster Linie derjenigen der Entwaffnung der Einwohnerwehr und ähnlicher Verbände, auszufüllen, um, wenn möglich, bevor der Oberste Rat zusammenkäme, zu erreichen, daß die übrigen Alliierten der Sache, die er vorgebracht hätte, günstig gegenüberträten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir unsererseits mit gutem Gewissen sagen können: wir sind der Mahnung Lord Curzons, das Ultimatum getreu zu erfüllen, in vollem Maße nachgekommen.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Allerdings! Das weiß der liebe Gott!)

Ich will Sie nicht mit Einzelheiten behelligen, die Ihnen ebensogut bekannt sind wie mir. Aber ich halte es doch für notwendig, nochmals vor aller Welt festzustellen, daß Deutschland alle **Fristen und Bedingungen,** die im **Ultimatum** gestellt sind, mögen sie sich nun auf die Entwaffnungs- oder auf die Reparationsleistungen beziehen, **genau erfüllt** hat.

(Hört! Hört! und Sehr wahr!)

Insbesondere sind auch die heute ablaufenden Fristen für die Auflösung der Selbstschutzorganisationen und die Ablieferung der Waffen trotz größter, Ihnen allen bekannter Schwierigkeiten innegehalten worden. Es kann uns in dieser Beziehung nicht der mindeste Vorwurf gemacht werden.

Ich darf daran erinnern, daß die von uns bewirkte Zahlung von einer Milliarde Goldmark eine ungeheure (D) finanzielle Leistung darstellt, wie sie die Geschichte überhaupt niemals gesehen hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere Bereitwilligkeit, nach Methoden zu suchen, die im beiderseitigen Interesse eine rasche Erfüllung unserer wirtschaftlichen Verpflichtungen ermöglichen, konnte wohl nicht deutlicher bekundet werden als durch die Verhandlungen, die mein Kollege Dr. Rathenau in Wiesbaden geführt hat. Aber ich möchte gleich hinzufügen: wir werden uns auch in Zukunft die genaue Erfüllung unserer Verpflichtungen angelegen sein lassen. Wir müssen aber, wenn nicht auf das **Gerechtigkeitsgefühl, an dem man allerdings manchmal verzweifeln möchte,**

(lebhafte Zustimmung)

so doch zum mindesten auf den praktischen Sinn der Gegenseite vertrauen können. Dort muß man es doch schließlich einsehen, daß es ein Widersinn ist, von Deutschland übermenschliche Kraftanstrengungen zur Tilgung der Reparationsschulden zu verlangen und im gleichen Augenblick Maßnahmen aufrecht zu erhalten, die unseren Gläubigern nichts nutzen und die auf der anderen Seite täglich und stündlich die wirtschaftliche Lage Deutschlands schwächen und dessen Leistungsfähigkeit vermindern. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich auch in Frankreich allmählich die Einsicht durchringen wird, daß die Aufhebung der Sanktionen nicht allein eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern eine Forderung des gesunden Menschenverstandes im Interesse derjenigen ist, denen die deutschen Reparationsleistungen zugute kommen sollen.

(Zustimmung.)

Die Frage der Aufhebung der Sanktionen wird, wie Sie aus den Mitteilungen von Lord Curzon entnommen haben, von dem Obersten Rat der Alliierten bei seinem

(Dr. **Rosen**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Zusammentritt erörtert werden. Wir werden bis dahin nichts unterlassen, was zur Geltendmachung unseres guten Rechts dienen kann. Die Reichsregierung wird es auch weiterhin als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, die Beseitigung des für das Rheinland wie für unser ganzes Vaterland gleich unerträglichen gegenwärtigen Zustandes sobald wie möglich zu erreichen.

Auf das tiefste bedauern wir, daß der ohnehin schwer geprüften Bevölkerung der Rheinlande auch diese neue Last aufgebürdet worden ist, und wir stellen mit **Bewunderung und Dankbarkeit** die würdige und einmütige Haltung fest, welche die **Bevölkerung des Rheinlands** in dieser neuen Prüfung eingenommen hat.

(Bravo!)

Das Band, das die Rheinlande mit dem sonstigen Deutschland verbindet, wird — das ist meine feste Überzeugung — durch derartige Prüfungen nicht gelockert, sondern nur noch fester geknüpft werden.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Wird die Besprechung der Interpellation beantragt?

(Abgeordneter Erkelenz: Ich beantrage die Besprechung!)

Es gehört dazu die Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses.

(Das Haus erhebt sich.)

Das Haus hat die Besprechung einstimmig beschlossen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Der Vortrag des Herrn Reichsaußenministers wird die letzten Zweifel darüber beseitigt haben, wie kritisch und wie schwierig die Frage der Sanktionen ist, nachdem das offizielle Frankreich einen derartigen Wider-

(B) stand gegen die Aufhebung der Sanktionen leistet.

Um so mehr bedaure ich, daß der Interpellant bei der Begründung seiner Interpellation zum Teil Ausführungen gemacht hat, die auf starken Widerspruch auf manchen Seiten des Hauses stoßen mußten. Die Frage, die wir hier erörtern, betrifft unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben und das Schicksal einer bedeutenden deutschen Provinz derart, daß wir versuchen sollten, uns auf einer Linie zu bewegen, die nicht scharfe Gegensätze in diesem Hause hervorruft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deswegen bedaure ich zum Beispiel, daß Herr Kollege Zapf nicht umhin konnte, zu Beginn seiner Ausführungen einen, wenn auch nur versteckten und zagen Hieb gegen diejenigen zu führen, die das Ultimatum angenommen haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf wohl, ohne polemisieren zu wollen, das eine sagen: hätten wir das Ultimatum nicht angenommen, würden wir außer den Sanktionen noch ganz andere Bedrückungen zu erdulden haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kollege Zapf hat gar nicht bemerkt, in wie enger Geisterverwandschaft er sich mit denen befindet, die auf der anderen Seite für die Aufrechterhaltung der Sanktionen eintreten.

(Unruhe und Lachen bei der Deutschen Volkspartei.)

Damit will ich diesen Teil meiner Ausführungen verlassen.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Ist auch besser!)

— Ich möchte doch auf Ihren Zwischenruf noch das eine sagen, Herr Kollege Most: In der französischen Presse wird vielfach immer wieder darauf hingewiesen, der Kampf gegen die Sanktionen sei nichts anderes als eine unsachliche patriotische Agitation. Meine Herren, solche Reden, wie wir heute gehört haben, scheinen denen Recht (C) zu geben, die drüben so etwas behaupten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Herr Kollege Becker, warten Sie ab, was ich im weiteren Verlauf meiner Rede sagen werde. Sie dürfen doch auch uns nicht das Recht nehmen, eine höfliche Antwort auf das zu geben, was Sie in das Haus hineinrufen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie sind doch nicht angegriffen worden!)

— Das ist eine Sache des Empfindens, eine Sache des Gefühls.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Eine Sache deutschen Empfindens!)

— Ich lasse mich von Ihnen an deutscher Gesinnung nicht übertreffen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsaußenminister hat darauf hingewiesen, daß die französische Regierung die Aufhebung der Sanktionen abhängig machen will von der Ausführung der Verpflichtungen des Ultimatums. Dieser **Standpunkt der französischen Regierung widerspricht** tatsächlich **Treu und Glauben.** Denn die Sanktionen sind verhängt worden, nicht um uns zur Ausführung der Verpflichtungen zu zwingen, sie sind verhängt worden, um die Unterschrift Deutschlands zu erzwingen. Nachdem diese Unterschrift geleistet war, mußten, wenn man sich auf den Rechtsstandpunkt stellt, die Sanktionen aufgehoben werden.

(Sehr richtig!)

Wenn man die Aufhebung der Sanktionen abhängig machen will beispielsweise von der wirtschaftlichen und finanziellen Durchführung des Ultimatums, so würde das die Aufrechterhaltung der Sanktionen auf Jahrzehnte hinaus bedeuten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Auch der Standpunkt der französischen Regierung, daß die Aufhebung der Sanktionen nicht möglich sei, bis man die absolute Gewißheit habe, daß die **illegalen militärischen Organisationen in Deutschland** aufgelöst seien, ist falsch, kleinlich und unwahrhaftig. Unsere Partei ist wahrlich für die Auflösung der illegalen militärischen Organisationen. Aber das glaube ich gerade als rheinischer Sozialdemokrat sagen zu müssen: selbst wenn — was ich nicht wünsche — die illegalen militärischen Organisationen in Deutschland fortbestehen würden, so würde das keine Bedrohung der großen Besatzungsarmee der Entente am Rhein bedeuten. Wenn am Rhein dauernd 140- bis 150 000 Mann Truppen der Alliierten unter Waffen stehen, so ist auch vom militärischen Standpunkt aus nicht abzusehen, wie diese Truppenmassen, hinter denen doch neue Truppenmassen jeden Tag aufmarschieren können, wie diese Truppenkontingente sich von illegalen deutschen Organisationen bedroht fühlen können.

(Abgeordneter v. Schoch: Sehr vernünftig!)

— Ich freue mich, jetzt sogar die Zustimmung eines bayerischen Generals zu finden. Sie sehen, meine Herren, daß Ihre Aufregung vorhin durchaus nicht am Platze gewesen ist.

Ich will nun das nachholen, was nach meiner Auffassung sowohl von dem Herrn Interpellanten wie auch von der Reichsregierung bisher nicht genügend geschehen ist, nämlich die Schilderung der ungeheuren **wirtschaftlichen Verwüstung,** die die **Sanktionen** anrichten. Wir Rheinländer dürfen hinweisen auf den Art. 270 des Friedensvertrags, der uns die **Zollgrenze** nur dann ankündigt, wenn diese Zollgrenze im wirtschaftlichen Interesse der Rheinlande liegt. Die Zollgrenze, die man errichtet hat, fördert aber nicht die wirtschaftliche Wohlfahrt, sondern diese Zollgrenze fördert die wirtschaftliche Verwüstung, sie

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

(A) ruft Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Störung des Handels und der Industrie hervor. Insbesondere **die rheinischen Arbeiter** empfinden den Hinweis auf den Art. 270 des Friedensvertrags als einen blutigen Hohn auf das Massenelend, das die Sanktionen im Rheinland hervorgerufen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Schon daraus mag der „Temps" ersehen, daß von einer patriotischen Agitation von unserem Standpunkt aus durchaus nicht gesprochen werden kann. Ich darf aber daran erinnern, daß nicht alle Franzosen und auch bei weitem nicht alle Engländer, noch nicht einmal die englische Regierung, wie wir eben hörten, den Standpunkt der französischen Regierung teilen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Ja, Herr Kollege Becker, ich werde hier einige Zitate verlesen **von großen internationalen Arbeiterorganisationen;** vielleicht bemühen Sie sich, daß die internationalen Kapitalisten einen ähnlichen vernünftigen Standpunkt einnehmen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat schon Mitte März in voller Voraussicht der wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen leidenschaftlich **gegen die Sanktionen** protestiert. Ich darf weiter an dieselbe Entschließung der zweiten sozialistischen Internationale erinnern und darf an die Entschließungen, die von anderen gewerkschaftlichen Organisationen und von parlamentarischen Ausschüssen im Ausland angenommen sind, und ich darf wohl den Maiaufruf der Pariser Gewerkschaftskommission unterstreichen, der mit prägnanter Klarheit ausspricht, daß die auf der Londoner Konferenz beschlossenen Sanktionen zu geißeln seien, daß zu geißeln sei der brutale Wille der französischen Imperialisten, die besiegten Völker zu knechten und den Knoten mit Gewalt zu durchhauen, der

(B) einzig und allein durch freie Aussprache und loyales Übereinkommen zu lösen sei. Das ist auch der Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten.

Leider hören wir aus dem **bürgerlichen Frankreich** sehr wenige Stimmen für die Aufhebung der Sanktionen. Wir müssen feststellen, daß das Bürgertum Frankreichs hier denselben Standpunkt einnimmt, der in solchen Fällen von kapitalistischen Kreisen im allgemeinen eingenommen wird. Für gewisse kapitalistische Kreise Frankreichs sind die Sanktionen das, was der Weltkrieg für die Kapitalisten aller Länder gewesen ist: ein Ansporn und ein Hilfsmittel der Bereicherung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin kein Freund von hallenden Protestreden. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, einige, wie ich glaube, sachliche Bemerkungen wirtschaftlicher Natur zu den Sanktionen zu machen. Ich weiß bisher nicht, wieviel Hunderte von Millionen oder vielleicht Milliarden die Besatzung der neuokkupierten Gebiete den deutschen Finanzen kosten wird. Das eine wissen wir aber und dürfen wir aussprechen: daß es ein Hohn auf die Wiedergutmachung und ein Hohn auf das verwüstete Nordfrankreich ist, daß man in dieser Zeit im Rheinland Zehntausende junger kräftiger Franzosen in militärischen Spielereien, in Müßiggang und schlimmeren Dingen sich ergehen läßt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das **einzige Aktivum der Sanktionspolitik,** das ich im Rheinland beobachten konnte, ist, daß **im Rheinland** täglich die **Abneigung gegen den französischen Imperialismus und Militarismus wächst.**

Ich darf auf einige Tatsachen hinweisen, die den unerhörten Druck der Sanktionen insbesondere auch auf die Arbeiterklasse im Rheinland dartun. Es ist doch mit keinem Wort zu scharf bezeichnet, wenn allein **in Düsseldorf 410 Schulräume von den französischen Truppen** (C) **besetzt** sind.

(Hört! Hört!)

Es muß ja eine unerhörte geistige und erzieherische Verwüstung der Großstadtjugend eintreten, wenn die Erziehung dieser Kinder des Volkes, besonders auch des Proletariats, so behindert wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und wie die französischen Militärs mit deutschen Kommunalbehörden umgingen, mag man aus folgendem ersehen. Als der **Düsseldorfer Oberbürgermeister** mit vollem Rechte anfragte, ob denn die Stadt auch für die Lasten der Angehörigen der Besatzungstruppen aufzukommen habe — denn das widerspricht dem Recht, da das Rheinlandabkommen, das uns dazu zwingt, für die neubesetzten Gebiete keine Gültigkeit hat —, also als der Düsseldorfer Oberbürgermeister diese sachliche **Anfrage an die Besatzungsbehörde** richtete, teilte ihm der General mit, er habe diese Anfrage nicht zur Kenntnis genommen, denn hätte der General diese Anfrage zur Kenntnis genommen, so hätte er den Oberbürgermeister von Düsseldorf mit sechs Monaten Gefängnis und mit Ausweisung bestrafen müssen.

(Hört! Hört!)

Ich darf weiter für den Willen des offiziellen Frankreichs, die Sanktionen zu einer dauernden Einrichtung zu machen, darauf hinweisen, daß allein für **Düsseldorf** 26 Millionen Mark zum **Bau einer französischen Kavalleriekaserne** angefordert worden sind.

(Hört! Hört!)

Da wir in Friedenszeiten unter dem wahrhaftig nicht geringen preußischen Militarismus in Düsseldorf mit 2 Kavalleriekasernen ausgekommen sind, erhebt sich die Frage, welche Notwendigkeit besteht, um eine dritte Kavalleriekaserne für Frankreich in Düsseldorf zu schaffen.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Und wie schlimm (D) ist der französische Militarismus!)

— Ich würde mich freuen, Herr Kollege Becker, wenn die jenigen Franzosen, die Ihnen geistesverwandt sind, gegen den französischen Militarismus genau so ankämpfen würden, wie wir gegen den deutschen und den internationalen Militarismus angekämpft haben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich könnte Ihnen diese Zahlenangaben vervollständigen aus all den kleineren und größeren **Industrieorten** des besetzten Gebiets, in denen die **Schulen massenhaft vom Militär in Anspruch genommen** worden sind: in Ohligs und Wald, zwei reinindustriellen Gemeinden, sind zusammen 13 Schulen beschlagnahmt, in Solingen 6 Volksschulen und ein Gymnasium, in Duisburg 15 Schulen,

(hört! hört!)

in Neuß Stadt 11 Schulen, darunter sogar eine Hilfsschule, also für Schwachbegabte. Im Landkreis Mörs sind 38 Prozent aller Schulen beschlagnahmt.

(Hört! Hört!)

In Wermelskirchen, einem ganz kleinen Orte, sind die katholische und die Rektoratsschule ganz, die Stadtschule zur Hälfte belegt worden. Dadurch sind die Möglichkeiten zum Schulunterricht außerordentlich stark eingeschränkt.

Dazu kommt die ungeheuerliche weitere **Verschärfung der Wohnungsnot** im besetzten Gebiete. In einer Eingabe an dieses Haus verlangt die Organisation, die sich insbesondere mit dem Kleinwohnungsbau im Rheinland beschäftigt, von der Reichsregierung nicht weniger als 700 Millionen Mark, um nur die unmittelbarsten Notstände der Wohnungsnot, die durch die Besatzung hervorgerufen worden sind, zu beseitigen. Ich will mich nicht, um meinen Vortrag nicht zu weit auszudehnen, in Elendsmalereien ergehen; aber ich kann doch nicht umhin, einen

(**Sollmann** [Köln], Abgeordneter.)

(A) von vielen anderen erschütternden Fällen hier anzuführen, die ihnen dartun, wie gewaltig die Wohnungsnot in den Gebieten ist, die jetzt die starke neue Besatzung haben. In einer Industriegemeinde, die buchstäblich vom Keller bis zum Speicher mit Besatzungstruppen vollgepfropft ist, sind **in einer einzigen Wohnung von 4 Zimmern 3 Familien mit 10 Kindern,** zusammen also 16 Personen zusammengepfercht.

(Hört! Hört!)

Eine dieser Frauen sieht ihrer Niederkunft entgegen, und es ist erschütternd, welchen Notruf sie an uns hier, an dieses Haus, gerichtet hat, ihr eine vernünftige Wohnung anzuweisen. Das aber ist nicht möglich, solange in dem Maße die für die Rationierung geeigneten Wohnungen von Besatzungstruppen in Anspruch genommen sind.

Ich muß den französischen Kreisen, die der Auffassung sind, die Proteste gegen die Sanktionen seien mehr oder weniger ein abgekartetes Spiel, eine Mache, aber weiter eins sagen. Wenn etwa geglaubt werden sollte, daß die Berichte der Handelskammern, die Klagerufe der Fachpresse, die Mitteilungen in den Handelsteilen der bürgerlichen Zeitungen, daß auch die wirtschaftspolitischen Partien der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Zapf von den sozialistischen Arbeitern nicht unterschrieben würden, irrt man sich. Ich habe hier neben den Protesten der Handelskammern mindestens ebenso viele **Proteste von Gewerkschaften,** die durchaus genau dasselbe über die verheerenden Wirkungen der Sanktionen sagen.

(Zuruf rechts: Das ist doch selbstverständlich!)

— Ich freue mich, daß Sie das für selbstverständlich halten, aber es wird hier im Hause so viel Selbstverständliches gesagt, daß ich mich auch einmal dessen schuldig machen darf. Die **Sanktionen** sind, wirtschaftlich gesprochen, eine **Hölle für alle ehrliche Arbeit** und ein **Paradies für das internationale Schiebertum.** Durch
(B) das Loch im Westen hat das internationale Schiebertum mit all seinen Korruptionen und Bestechungen wieder einen Triumphzug im Rheinland angetreten. Es ist von ausländischen Politikern, die uns nahestehen, bestritten worden, daß die Warenflut durch die deutsche Reichsgrenze im Westen so groß sei, wie es dargestellt ist. Ich kann den ernsthaften und objektiven ausländischen Wirtschaftspolitikern, die das bestreiten, nur dringend anraten, eine Reise durch das besetzte Gebiet zu unternehmen. Sie werden dann finden, daß hier von Übertreibungen überhaupt nicht gesprochen werden kann.

(Sehr gut! rechts.)

Sachkenner, auf deren Urteil ich sehr viel gebe, haben mir versichert, daß **im Rheinland** von gewissen Waren, vor allen Dingen **Luxuswaren,** zurzeit soviel **aufgespeichert** ist, daß man ganz Deutschland für einige Jahre damit versorgen kann.

(Hört! Hört! links.)

Und damit man mir nicht etwa sagen kann, ich erginge mich in Allgemeinheiten, auch eine konkrete Mitteilung! Einer meiner Gewährsmänner hat eine einzige Einfuhrgenehmigung ausländischer Stoffe gesehen, die größer war, als die gesamte Menge, die wir von dem betreffenden Artikel im Jahre 1913 für ganz Deutschland eingeführt hatten.

(Hört! Hört! links und Zuruf: Was war denn das?)

— Das sind Textilwaren gewesen. — Ich weiß, daß in sehr kurzer Frist über 1000 Tonnen Datteln, fast 2000 Tonnen Mandeln, ungeheure Mengen, mehrere Millionen Liter, französischer Spiritus in ganz kurzer Zeit,

(hört! hört! links)

Schokolade und, was uns besonders nottut, konservierte Ananas ins besetzte Gebiet eingeführt worden sind. Diese Dinge bleiben nicht im besetzten Gebiet, sondern es wird versucht, sie mit allen möglichen und unmöglichen Verkehrsmitteln in unbesetzte Gebiet hinüberzuschmuggeln. (C)

Daran, daß die deutsche Bevölkerung, die für diesen Konsum ihrem Geldbeutel nach in Frage kommt,

(Zuruf rechts: Na! Na!)

— ich spreche ja nur vom Geldbeutel, nicht von Klassen —, daß die Bevölkerung, die ihrem Geldbeutel nach in Frage kommt, auf Grund patriotischer Aufrufe diese französischen Delikatessen nicht genießt, habe ich nicht den geringsten Glauben.

(Hört! Hört! links und Zuruf rechts: Das ist aber sehr unrecht!)

— Ich würde mich freuen, wenn insbesondere Ihre (nach rechts) Klassengenossen mich eines Besseren belehren.

(Zuruf rechts: Nicht nur bei uns!)

Die **Handelsabteilung der Interalliierten Rheinlandkommission** trägt an der Einfuhr überflüssiger Waren in das besetzte Gebiet große Schuld. Die Beziehungen zu den interessierten Handels- und Industriekreisen der Entente sind entscheidender als die Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsleben.

Auf der anderen Seite aber wollen wir uns doch gestehen, und auch Sie, meine Herren (nach rechts), sollten dies tun, daß nicht nur ausländische und deutsche Schieber, sondern daß auch sogenannte angesehene **deutsche Kaufleute** sich an diesen unser ganzes deutsches Wirtschaftsleben ruinös berührenden Geschäften beteiligen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das wurde zugestanden von der „Kölnischen Zeitung" und von der „Frankfurter Zeitung".

(Zuruf rechts.)

— Von der „Kölnischen Zeitung" in bezug auf das Spiritusmonopol.

(Erneuter Zuruf rechts.)

— Aber, Herr Kollege Dr. Quaatz, ich will Ihnen mit einem besonders einleuchtenden Beispiel dienen. In Ems (D) hatten sich eine Anzahl Privatbureaus aufgetan, die Handel und Industrie des besetzten und unbesetzten Gebiets bei der Erlangung von Ein- und Ausfuhrgenehmigungen unterstützen wollten. Diese Bureaus sind allmählich verschwunden. Das letzte noch existierende deutsche Privatbureau wird von einem Fabrikanten Simons aus München-Gladbach geführt. Bezüglich dieses Herrn ist mir von sehr zuverlässiger Seite mitgeteilt worden, daß er, der für sich doch sicher in Anspruch nimmt, ein reeller, angesehener Kaufmann und Fabrikant zu sein, von dem man erwarten sollte, daß er auch die deutschen allgemeinwirtschaftlichen Interessen kennt, sich selbst kürzlich eine Einfuhrgenehmigung für mehrere Millionen Mark in englischen Geweben für die eigene Firma in Ems erwirkt hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Er hat das beim Ausfuhramt durchgesetzt. Wenn ein solcher Fabrikant, der dieses Bureau wahrscheinlich doch nicht führt, ohne dafür entschädigt zu werden, ein Herr, der nebenbei der Vertrauensmann zum Beispiel der Handelskammer von Aachen ist und von der Handelskammer amtlich bestellt ist,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

für mehrere Millionen Mark für seine eigene Firma die Einfuhrgenehmigung erwirkt, welches Zutrauen können wir dann zu diesen Kreisen haben?

Ich ersuche die Reichsregierung dringend, und zwar mehr als es aus der Antwort des Herrn Reichsministers herausgeklungen ist, sich um diese rein wirtschaftlichen Fragen im Rheinland zu kümmern. Der **Kampf um die Rheinlande** ist viel weniger ein politischer, viel weniger ein Kampf der Protestreden und Protestresolutionen, als ein Kampf, der **auf wirtschaftlichem Boden ausgefochten** wird.

(Na! Na! rechts.)

(**Sollmann** [Köln], Abgeordneter.)

(A) — Die Wirtschaft ist überhaupt die Grundlage aller politischen Kämpfe! — Ich fürchte, wenn die Reichsregierung nicht in geschickterer Form, als es beispielsweise in der Frage des Spiritusmonopols geschehen ist, und nicht rechtzeitiger, als es dort geschehen ist, und — um mich noch deutlicher auszudrücken — nicht gerissener auf diese Dinge aufpaßt, dann wird uns gerade auch durch deutsche Kaufleute noch wesentlicher Schaden entstehen.

Meine Herren, das eine kann ich in diesem Zusammenhang nicht verschweigen. Gerade manche von den Leuten, die vor dem Mai 1921 am lautesten gegen die Annahme des Ultimatums gearbeitet haben, haben am raschesten den Weg zur Ententekommission gefunden.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Eine ganz unbewiesene Behauptung!)

— Das soll eine unbewiesene Behauptung sein? Wollen Sie etwa bestreiten, daß eine ganz erhebliche Anzahl von **Wirtschaftsorganisationen** ständig **mit der Rheinlandkommission verhandelt** hat?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das müssen sie!)

— Lassen Sie mich ruhig aussprechen, meine Herren! Ich komme auch darauf! Jedenfalls halte ich es für einen höchst bedenklichen Zustand, daß ständig private wirtschaftliche Organisationen im Rheinland mit der Rheinlandkommission **ohne Hinzuziehung des zuständigen Reichskommissars** verhandeln.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Es ist notwendig, daß über alle diese Verhandlungen engste Fühlung mit dem Reichskommissariat besteht. Geschieht das nicht, so tragen Sie zu einer Unterhöhlung des Reichskommissariats und der Regierungsautorität im
(B) Rheinland wesentlich mit bei.

(Zuruf rechts.)

— Wenn die Gewerkschaften das tun, auch soweit ich es getan habe, so haben wir es stets im engsten Einvernehmen mit den Instanzen getan, die für Deutschland die Verantwortung zu tragen haben.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Weil Sie widersprechen, Herr Dr. Quaatz, so darf ich Sie daran erinnern, welche Entrüstung in Ihren Reihen losgebrochen ist, als früher einmal ein kommunistisches Mitglied dieses Hauses ein einziges Mal mit der Rheinlandkommission im Interesse von Rotgardisten verhandelte.

(Zuruf rechts: Na! Na!)

Ich will darüber nicht reden: es ließen sich da interessante Parallelen ziehen. — Ich wünsche also, daß die Reichsregierung sich gerade auf die wirtschaftliche Entwicklung im Rheinland stark und gut einstellt. Ich wünsche ferner auch, daß die Reichsregierung dem **Bemühen der französischen Regierung**, das **Reichskommissariat in Koblenz** zu **beseitigen**, einen starken diplomatischen Widerstand entgegensetzt. Die französischen Journalisten, die ja im Rheinlande sehr stark vertreten sind, verbreiten über gewisse Vorgänge im Rheinlande die unglaublichsten und unsinnigsten Dinge in der französischen Presse.

(Sehr richtig!)

Eine der ständig wiederkehrenden Behauptungen ist die, daß das Reichskommissariat in Koblenz, insbesondere der jetzt leider abgegangene Reichskommissar v. Starck eine Institution sei, die keine andere Bedeutung habe, als eine Hetze gegen Frankreich zu betreiben. Jeder — Herr Kollege Trimborn nickt mir zustimmend zu — der das Reichskommissariat und die Männer dort, insbesondere auch den Stellvertreter des Reichskommissars, Herrn Ministerialdirektor v. Brandt kennt, weiß, daß diese Behauptung der französischen Presse vollkommen den Tatsachen widerspricht. (C)

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Das Reichskommissariat in Koblenz hat niemals eine irgendwie chauvinistische Haltung gegen Frankreich eingenommen.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Das Reichskommissariat ist eine absolute Notwendigkeit, und nur derjenige Politiker in Frankreich kann gegen dieses Reichskommissariat wühlen, der mit dem Reichskommissar zugleich die preußisch-deutsche Autorität im Rheinlande untergraben will.

(Sehr richtig!)

Aus den wirtschaftlichen Tatsachen, die ich Ihnen vorgetragen habe, komme ich zu demselben Urteil, das der Herr Reichsminister Ihnen vorhin vorgetragen hat. Frankreich steht, wirtschaftlich betrachtet, vor folgenden Tatsachen. Entweder es fördert seine Luxusindustrie und seine Luxusausfuhr; dann mag es die Sanktionen aufrecht erhalten. Oder es hebt die Sanktionen auf und gibt dadurch Deutschland die Möglichkeit, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist gar kein Zweifel, daß vorübergehend die französische Luxusindustrie und der Luxushandel von den Zuständen im Rheinland Vorteile hat, aber diese **vorübergehenden Vorteile** wird **Frankreich** und die Entente büßen und bezahlen müssen mit der Unmöglichkeit für Deutschland, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hier gibt es keine Ausflucht: die noch länger dauernde **Aufrechterhaltung der Sanktionen** ist nichts anderes als eine **Sabotage der Möglichkeit zur Reparation.** Wer die Erfüllung des Ultimatums will, muß laut seine Stimme gegen diese Sanktionen erheben.

(Sehr richtig!)

Nun wissen wir freilich aus dem „Temps", der ein (D) Rheinzollparlament fordert, und wir wissen aus den Veröffentlichungen der französischen Handelskammer des Rheinlands, daß die Sanktionen die Absicht verfolgen, das deutsche Rheinland dauernd mit seinem wirtschaftlichen Gesicht nach dem Westen zu kehren. Wir werden uns gegen diese Absicht der heute in Frankreich regierenden Männer mit allen zweckdienlichen Mitteln, zu denen ja Gewalt nicht gehören kann, zu wehren haben. Ich habe als rheinischer Sozialdemokrat den französischen Politikern, die dieses Ziel verfolgen, zu sagen: sie können ja nicht nur das Land und nicht nur die Wirtschaft des Landes sich angliedern oder sich sichern, sondern sie stoßen bei dieser Absicht auch auf die Menschen, die im Rheinland wohnen. Und da muß ich doppelt und dreifach unterstreichen, daß die **Politik**, die das offizielle **Frankreich** in den letzten zwei Jahren getrieben hat, wahrlich **nicht geeignet** ist, **im Rheinlande für Frankreich moralische Eroberungen zu machen.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Wer da weiß, daß im Rheinland bis zum Friedensvertrag von einer antifranzösischen Stimmung überhaupt nicht gesprochen werden konnte, wer da weiß, daß auch im heißesten Kriege kaum jemals im Rheinland ein Wort des Hasses gegen Frankreich gefallen ist, der steht erstaunt und je nach seinem Standpunkt erschüttert vor dem gewaltigen Umschwung der Stimmung, der sich im Rheinland vollzogen hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Niemals ist die geistige Mauer zwischen der rheinischen Bevölkerung in der Masse und der französischen Bevölkerung größer gewesen, als nach zwei Jahren der Durchdringungspolitik, wie sie Frankreich getrieben hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(**Sollmann** [Köln], Abgeordneter.)

(A) Ich stehe nicht an, das auch als rheinischer Sozialdemokrat zu bedauern.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß im **Rheinland** jüngst in einer Zusammenkunft **alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen** sich zusammengefunden haben, um gegen die Erpresserpolitik des offiziellen Frankreichs dem Rheinlande gegenüber zu **protestieren.**

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Es mag das sicher den Unabhängigen im Rheinlande nicht leicht gefallen sein. Aber der Druck, unter dem auch sie stehen, und gegen den gestern sogar das Kölner kommunistische Organ protestiert hat, wird auch von diesen Schichten der Arbeiterklasse empfunden.

Wir rheinischen Sozialdemokraten haben keine Abneigung gegen die französische Kultur, die in wechselseitigem Austausch den Rheinländern viel gegeben hat, wie wir den Franzosen manches gegeben haben. Wir hassen aber die Politik räuberischer Erpressung, die von den Führern der französischen Politik zurzeit getrieben wird. Die Massen im Rheinland — mögen das diejenigen in Frankreich sich gesagt sein lassen, die immer wieder auf das Rheinland starren — werden ebensowenig jemals französisch empfinden, wie die Proletarier der nordfranzösischen Distrikte deutsch empfunden haben würden, wenn die Politik der deutschen Clemenceaus und der deutschen Fochs erfolgreich gewesen wäre.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Das mußte auch noch kommen!)

— Ja, das gehört auch dazu. — Wir verlangen aus diesem Geist heraus die Aufhebung der Sanktionen, die weder eine Rechtsgrundlage haben, noch eine Sühne sind, noch als Druckmittel nötig sind. Wir verlangen die Aufhebung der Sanktionen, weil sie ein Verbrechen sind an der deutschen Volkswirtschaft, vor allem auch an der deutschen Arbeiterklasse.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, unsere Beratungen jetzt abzubrechen

(Zustimmung)

und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag den 1. Juli, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung: (B)

1. Anfragen;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung);
4. erste Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Hergt, Brüninghaus, Koch (Weser), Rheinländer, Kuhnt und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen;
5. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt von 18. August 1917 und die Errichtung von Kleinschifferverbänden.

— Dabei wird vorausgesetzt, daß diese ersten Beratungen ohne Debatte erledigt oder die Vorlagen an Kommissionen verwiesen werden. —

6. Gesamtabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Staatsgerichtshof;
7. Fortsetzung der soeben abgebrochenen Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend Beseitigung der „Sanktionen";
8. Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis;
9. Interpellation der Abgeordneten Rosemann, Pieper (Westfalen), Ledebour und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Ein Widerspruch gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Ich habe noch mitzuteilen, daß in den Reichstag neu eingetreten ist der Geschäftsführer Wilhelm Voß in Braunschweig für den 18. Wahlkreis.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 2 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32

(A)

128. Sitzung.

Freitag den 1. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4250A, 4293B

Anfragen:

887, D. Dr. Schreiber (Nr. 2255 der Anlagen):
D. Dr. Schreiber (Z.) . 4250C, 4251A
Moraht, Generalkonsul . 4250D, 4251A

888, Plettner ꝛc. (Nr. 2263 der Anlagen):
Plettner (V.K.) 4251A
Dr. Kiesow, Geheimer Regierungsrat 4251D

(B)

889, Meier (Zwickau) (Nr. 2264 der Anlagen):
Meier (Zwickau) (S.) 4252B
Dr. Jonas, Landgerichtsrat . . . 4252C

891, Plettner ꝛc. (Nr. 2266 der Anlagen:
Plettner (V.K.) 4252D
Mangold, Regierungsrat 4253A

892, Dr. Semmler ꝛc. (Nr. 2282 der Anlagen):
Dr. Semmler (D.Nat.) 4253B
Kummerow, Regierungsrat . . . 4253C

896, Dr. Reichert ꝛc. (Nr. 2291 der Anlagen):
Dr. Reichert (D.Nat.) 4253D
v. Friedberg, Legationsrat 4253D

899, Trieschmann (Nr. 2300 der Anlagen):
Trieschmann (D.D.) 4253D
Schracke, Ministerialrat 4254A

900, Trieschmann (Nr. 2301 der Anlagen):
Trieschmann (D.D.) 4254C
Dr. Kahler, Ober-Regierungsrat: 4254C

(C)

Seite

901, Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), Dr. Radbruch (Nr. 2302 der lagen):
Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) (S.) 4254D, 4255C
Dr. Brandis, Ministerialrat . 4255A, C

902, Kunert (Nr. 2305 der Anlagen):
Kunert (U.S.) . . . . . 4255C, D
Dr. v. Zahn, Ministerialrat . . . 4255D

904, Frau Pfülf, Vogel (Franken) (Nr. 2307 der Anlagen):
Frau Pfülf (S.) . . . . . 4256A, B
v. Jacobi, Ministerialrat . . . 4256A, B

Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur **Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen** (Nr. 2360 der Anlagen):
Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . 4256C

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die **Entschädigungsordnung für Schäden aus Anlaß des Krieges** ꝛc. (Nr. 2332 der Anlagen) 4257B

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Müller (Franken) ꝛc., betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über **Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen** (Nr. 2329 der Anlagen) 4257B

(D)

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Aufhebung der Bundesratsbekanntmachung über **Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt** ꝛc. (Nr. 2349 der Anlagen):
Kuhnt (U.S.) 4257D

Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend den **Staatsgerichtshof** (Nr. 713, 2376 der Anlagen) 4270D

Interpellation Dr. Stresemann ꝛc.: **Beseitigung der „Sanktionen"** (Nr. 2094 der Anlagen) (Schluß):
Dr. Bell (Z.) 4258A
Dr. Reichert (D.Nat.) 4265A
Dr. Breitscheid (U.S.) 4271A
Koch (Weser) (D.D.) 4275C
Höllein (V.K.) 4278D
Dr. Deermann (Bayer.Vp.Hosp.): 4287B
Dr. Most (D.Vp.), Interpellant: 4291A

Nächste Sitzung 4293C

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A) Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer, Abgeordneter **Graef** (Thüringen):

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsaß-lothringischen Beamten und Entwurf einer Besoldungsordnung für die elsaß-lothringischen Landesbeamten;
2. Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz);
3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher;
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die patentamtlichen Gebühren.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Künstler, Breunig, Simon (Franken), Dr. Hoetzsch, Graf v. Westarp, Klöckner

die Abgeordneten Frau Wurm, Dr. Breitscheid, Henke, Deglerk, Schmidt (Stettin), Dr. Höfle;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Moses

der Abgeordnete Ledebour;

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Schröter (Liegnitz), Thomsen, ten Hompel, Dr. Reichert, Adams

die Abgeordneten Krüger-Hoppenrade, Dr. Semmler, Diez, Lind, Dusche;

(B) in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Keubler-Böhm, v. Gallwitz

die Abgeordneten Frau Mende, Marin;

in den 14. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Mueller-Otfried

der Abgeordnete Hensel (Ostpr.);

in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten D. Mumm

der Abgeordnete Graef (Thüringen);

in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Kaiser, Frau Pfülf, Keil, Brey, Schultz (Bromberg)

die Abgeordneten Stücklen, Frau Reitze, Steinkopf, Dender, Vogel (Berlin);

in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Hänse (Thüringen)

der Abgeordnete Biener;

in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten von Schoch

der Abgeordnete Dr. Cremer;

in den 29. Ausschuß für den Abgeordneten Joos

der Abgeordnete Poppe;

in den 30. Ausschuß für die Abgeordneten Biener, D. Everling

die Abgeordneten Lind, Dr. Luther.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Rheinbaben für 8 Tage.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 887, D. Dr. Schreiber (Nr. 2255 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: (C)

In den letzten Verhandlungen des Haushaltsausschusses beim Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen ist angeregt worden

1. nach Muster des Beirates der Außenhandelsstelle einen **kulturellen Beirat** zu schaffen, der eine verstärkte kulturelle Einwirkung auf das Ausland ins Auge fassen soll;
2. außerdem einen **kleineren Ausschuß** zu schaffen, der den **Auslandsschulen** seine Aufmerksamkeit zuwendet und aus auslandspädagogisch geschulten, aber auch aus sonst an diesen Fragen interessierten Persönlichkeiten sich zusammensetzt.

Bislang ist nichts geschehen, daß diese Anregungen in die Wirklichkeit überführt sind, obwohl damals der Reichsminister des Auswärtigen diese Anregungen dankbar begrüßte, obwohl ein anderer Regierungsvertreter bei Erörterung von Kapitel 1 Titel 12 der laufenden Ausgaben ausdrücklich zusagte, ein kultureller Beirat solle eingesetzt werden, und obwohl es schließlich immer dringlicher wird, unsere kulturellen Beziehungen zum Ausland nachzuprüfen und neu zu beleben. Daß gerade in dieser Hinsicht ernste Aufgaben zu erfüllen sind, hat das Reichsministerium des Innern anerkannt, indem es von sich aus kürzlich für einen Spezialfall einen Gutachterausschuß für Auslandsschulen einberief, dessen Zusammensetzung allerdings als nicht in allem entsprechend bezeichnet werden kann.

Somit ergeht an die Reichsregierung die Anfrage, was sie zu tun gedenkt, um die im Haushaltsausschuß gegebenen Anregungen organisatorisch zu verwirklichen. (D)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Generalkonsul Moraht.

Moraht, Generalkonsul, Dirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung:

1. Das Auswärtige Amt beabsichtigt nach wie vor, einen **kulturellen Beirat** ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe darin bestehen würde, der Leitung der zuständigen Arbeitseinheiten bei ihren Maßnahmen in bezug auf die kulturpolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande mit seinem Rat zur Seite zu stehen. Obwohl es natürlich nicht erforderlich ist, daß dieser Beirat in jedem einzelnen Falle und in seiner Gesamtheit zu Rate gezogen wird, dürfte es sich doch empfehlen, die Zahl seiner Mitglieder von vornhein nach Möglichkeit zu beschränken. Aus diesen und aus anderen Gründen, die in der Natur der Pflege der kulturpolitschen Beziehungen zum Auslande beruhen, kann es nach Ansicht des Auswärtigen Amts nicht in Frage kommen, den Beirat ganz oder zu einem Teil aus Delegierten der auf dem Gebiete der Kulturpolitik arbeitenden Verbände und Organisationen zusammenzusetzen. Das Auswärtige Amt beabsichtigt vielmehr, in den Beirat bestimmte Einzelpersonen zu berufen, die vermöge ihrer Berufsstellung oder ihrer Lebenserfahrung in hervorragendem Maße berufen erscheinen, in Fragen der Kulturpolitik mitzusprechen. Das Auswärtige Amt wird dem Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber und anderen Parlamentariern demnächst eine Notiz zugehen lassen, aus der sich ergibt, wie sich das Auswärtige Amt die Zusammensetzung ungefähr denkt. Daß dies bisher noch nicht geschehen ist, beruht hauptsächlich darauf, daß die Auswahl der in Betracht kommenden Personen große Schwierigkeiten macht; wenn man die Klippe der Vielköpfigkeit vermeiden will, besteht die andere Gefahr,

(**Moraht**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) daß man in die beteiligten Kreise ein starkes Moment der Eifersucht hineinträgt.

2. Der **kleinere Ausschuß**, der den **Auslandsschulen** seine Aufmerksamkeit zuwenden und aus auslandspädagogisch geschulten und anderen an diesen Fragen interessierten Persönlichkeiten sich zusammensetzen soll, ist bereits in der Bildung begriffen. Verhandlungen darüber sind zwischen dem Auswärtigen Amt und dem insoweit gleichfalls beteiligten Reichsministerium des Innern im Gange; wegen der näheren Einzelheiten darf auf die dem Herrn Abgeordneten Schreiber inzwischen anderweitig gemachten Mitteilungen Bezug genommen werden.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Kann das Auswärtige Amt bereits mitteilen, zu welchem Termin ungefähr zum ersten Male der kulturelle Beirat zusammentreten dürfte, weil die Dinge ja inzwischen eine gewisse Dringlichkeit angenommen haben?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Generalkonsul Moraht.

Moraht, Generalkonsul, Dirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Einen Termin für die erste Zusammenberufung möchte ich heute noch nicht angeben. Ich verspreche aber dem Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber, daß ich ihm die Notiz, von der ich vorhin sprach, noch vor Beendigung dieser Sitzungsperiode zugehen lassen werde.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 888, Plettner und Genossen (Nr. 2263 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter:

(B) Die **„Schlesische Arbeiter-Zeitung"**, Breslau, wurde bisher im Lohndruck bei der Firma Püffel und Danigel hergestellt. In letzter Zeit unterlag sie des öfteren der **Beschlagnahme** durch den Staatsanwalt. Am 2. Mai erschien der Herr Kriminalkommissar Lyß bei dem Druckereibesitzer und machte ihn darauf aufmerksam, daß bei einer neuerlichen Beschlagnahme der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" sowohl der **Druckereibesitzer** als auch das **mit der technischen Herstellung der Zeitung beschäftigte Personal** unter Bezugnahme auf § 49 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Verantwortung wegen Beihilfe zum Hochverrat herangezogen und eventuell verhaftet werden könnten. Eine am Dienstag (3. Mai) früh bei der Kriminalpolizei vorstellig gewordene Kommission des Verbandes und Betriebsrates wurde an den Vertreter der Anklagebehörde des außerordentlichen Gerichts zu Breslau verwiesen.

Der Vertreter der Anklagebehörde erklärte, daß derjenige, der an der technischen Herstellung eines Artikels beschäftigt wäre, in welchem der Staatsanwalt Aufreizung, Hochverrat oder ähnliches erblicke, eventuell bestraft und bei Fluchtverdacht sofort verhaftet würde.

In einer Eingabe, in der unter anderm auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hingewiesen wurde, die den betroffenen Buchdruckern aus dieser Maßnahme erwachsen, erging folgender schriftlicher Bescheid:

„Auf die Eingabe vom 3. d. Mts. und die von den Herren Wiesner und Schmidt mit mir am 4. d. Mts. gehabte Rücksprache:

Der dort vertretene Standpunkt geht insofern von irrigen Voraussetzungen aus, als allgemein von mir eine Verhaftung (C) weder „in Aussicht gestellt" noch „angedroht" worden ist.

Ich habe vielmehr die an der Herstellung der betreffenden Zeitung beteiligten Personen lediglich darauf hinweisen lassen, daß ihre Mitwirkung bei der Herstellung für den Fall eines nach §§ 85, 130 Reichsstrafgesetzbuchs strafbaren Inhalts dieser Zeitung unter Umständen die Voraussetzungen des § 49 Reichsstrafgesetzbuchs erfüllen und damit auch eine vorläufige Festnahme und Verhaftung zur Folge haben könnten. (Vergl. §§ 112, 114, 127 Reichsstrafgesetzbuchs.)

Zu einer Änderung meines bereits mündlich mitgeteilten Standpunktes habe ich daher keinen Anlaß.

Dr. Rogivue."

Da sich der Druckereibesitzer auf Grund dieses Bescheides selbstverständlich weigerte, die Zeitung fernerhin zu drucken und auch nicht in der Lage ist, das ganze Personal zu beschäftigen, war die Folge, daß 8 Setzer, 1 Korrektor (schwer kriegsbeschädigt), 1 Drucker, 1 Hilfsarbeiter und 1 Mädchen gekündigt und entlassen wurden.

Wir fragen an:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, daß die Reichsverfassung, in diesem Falle Artikel 118, auch von der Anklagebehörde des außerordentlichen Gerichts Breslau beachtet wird?

Ist die Reichsregierung bereit, Schritte zu unternehmen, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" wieder in Breslau hergestellt werden kann, ohne Gefahr zu laufen, vom Staatsanwalt fernerhin schikaniert zu werden? (D)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Dr. Kiesow.

Dr. **Kiesow**, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Angelegenheit ist bereits Gegenstand der Anfrage Nr. 874 (Nr. 2221 der Drucksachen) gewesen. Die Antwort darauf ist in der Sitzung des Reichstags vom 28. v. M. erteilt worden. Die Antwort hat folgenden Wortlaut:

Der in der Anfrage mitgeteilte Tatbestand ist dem Reichsjustizministerium durch Eingabe des Breslauer Buchdruckergehilfenvereins bekannt geworden. Nach Einholung einer Äußerung des Anklagevertreters bei dem außerordentlichen Gericht in Breslau ist dem Verein folgendes mitgeteilt worden:

Die **Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen**, die durch den **Inhalt einer Druckschrift** begangen werden, richtet sich nach den allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften (zu vergl. § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874). Durch die Bestimmung, daß bei periodischen Druckschriften der verantwortliche Redakteur als vermutlicher Täter zu bestrafen ist (zu vergl. § 20 Abs. 2 des Gesetzes), wird die strafrechtliche Haftung der bei der Herstellung der Druckschrift beteiligten Personen nicht ausgeschlossen, sofern die Haftung dieser Personen nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gegeben ist.

Als allgemeiner strafrechtlicher Grundsatz, der eine solche Haftung begründen kann, kommt die Vorschrift über die **Bestrafung des Gehilfen** in Betracht. Gehilfe ist nach § 49 des Strafgesetzbuchs, wer dem Täter zur Begehung des Verbrechens oder Vergehens durch Rat oder Tat

(Dr. **Kiesow**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) vorsätzlich Hilfe geleistet hat. Daß in dem Setzen oder Drucken eines Presseerzeugnisses, das den Tatbestand einer strafbaren Handlung, z. B. einer Aufforderung zum Hochverrat, enthält, objektiv eine Hilfeleistung zu der durch das Presseerzeugnis begangenen Straftat liegt, wird für die Regel angenommen werden müssen. Ob der Setzer oder der Drucker wegen dieser Hilfeleistung zu bestrafen ist, hängt davon ab, ob er vorsätzlich gehandelt hat. Dabei kommt es darauf an, ob der Setzer oder der Drucker den Inhalt des gesetzten oder gedruckten Artikels gekannt hat. Der Umstand, daß der Setzer oder der Drucker auf Grund des Arbeitsvertrags verpflichtet ist, jede aufgetragene Druckarbeit zu verrichten, schließt seine strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht aus.

Die vorstehend geschilderte Rechtslage entspricht der Auslegung, die das Gesetz über die Presse in dem Schrifttum und der Rechtsprechung (zu vergl. die Entscheidungen des Reichsgerichts vom 7. Januar 1908, Entscheidungen in Strafsachen Bd. 41 S. 49 ff. und vom 29. April 1904, Juristische Wochenschrift Bd. 33 S. 479) gefunden hat. Ich vermag daher die Auffassung des Vertreters der Anklagebehörde bei dem außerordentlichen Gericht in Breslau nicht zu beanstanden.

An der Rechtsauffassung, die in diesem Schreiben dargelegt ist, muß die Reichsregierung festhalten. Nach der Erklärung des Staatsanwalts, die zum Beispiel auch in der Nr. 110 der „Volkswacht für Schlesien" vom Freitag den 13. Mai dieses Jahres unter der Überschrift „Staatsanwalt und Buchdrucker" abgedruckt ist, sollte der Hinweis auf die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht die Drohung mit einer Strafverfolgung, sondern lediglich eine **Warnung** davor enthalten, eine (B) strafbare Handlung zu begehen und ihre Folgen herbeizuführen. Gegen eine solche Warnung läßt sich rechtlich nichts einwenden. Wenn der Druckereibesitzer auf die Warnung, nichts Strafbares zu drucken, dazu geschritten ist, Druckereipersonal zu entlassen, so vermag die Reichsregierung in diesem eigenwilligen Vorgehen des Druckereibesitzers keinen Anlaß zu erblicken, ihrerseits den dem Druckereipersonal entstandenen Schaden zu ersetzen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 889, Meier (Zwickau) (Nr. 2264 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter:

Der Reichstag hat am 3. August 1920 die **Verordnung über Lohnpfändung** vom 25. Juni 1919 dahin abgeändert, daß

1. im § 1 Ziff. 1 das Wort „zweitausendfünfhundert" durch das Wort „fünftausend",
2. im § 1 Abs. 1 Ziff. 2 das Wort „zweitausend" durch das Wort „viertausend",
3. im § 1 Abs. 3 die Worte „viertausendfünfhundert" und „dreitausend" durch „neuntausend" und „sechstausend" ersetzt worden sind.

Seit Inkrafttreten dieser Änderungen ist die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in so erheblichem Maße gestiegen, daß eine wesentliche Erweiterung der für den Arbeits- und Dienstlohn bestehenden Pfändungsbeschränkungen nicht länger zu umgehen ist.

Ist die Reichsregierung bereit, den völlig veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und der vorhandenen Notlage abzuhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat (C) das Wort der Herr Landgerichtsrat Dr. Jonas.

Dr. **Jonas**, Landgerichtsrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsjustizverwaltung hat ihr besonderes Augenmerk darauf gerichtet, das **Lohnpfändungsrecht** in sozialem Geiste fortzubilden und die Pfändungsbeschränkungen mit den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen im Einklang zu halten. Sie ist zurzeit damit befaßt, im Rahmen der allgemeinen Reform des Zwangsvollstreckungsrechts eine tiefgreifende organische Neuordnung des Lohnpfändungsrechts vorzubereiten. Nur im Wege einer solchen allgemeinen Reform werden die Härten, die das geltende Zwangsvollstreckungsrecht gerade auf dem Gebiete der Lohnpfändung nach verschiedenen Richtungen zeitigt, in vollem Umfange beseitigt werden können. Hierbei hat die Reichsjustizverwaltung indessen angesichts der fortschreitenden Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen die Gesetzgebung bereits zu wiederholten Malen, in den Jahren 1915, 1917, 1919 und 1920, durch Änderung der jeweils geltenden Pfändungsvorschriften zu folgen nicht unterlassen hat, von vornherein die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß sich die bestehenden Pfändungsgrenzen bis zu der grundlegenden Neuordnung des Zwangsvollstreckungsrechts nicht unverändert werden aufrecht erhalten lassen. Sie ist daher auch jetzt erneut in eine Prüfung eingetreten, ob und in welchem Umfang die geltenden Sätze, die erst durch das Gesetz vom 10. August 1920 gegenüber den durch die Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 eingeführten Wertgrenzen eine Verdoppelung erfahren haben, abermals einer alsbaldigen Änderung bedürfen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 891, Plettner und Genossen (Nr. 2266 der Drucksachen), (D)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter:

Das württembergische Staatsministerium hat unter Berufung auf den Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung die Tageszeitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Württembergs, den **„Kommunist"**, mehrmals beschlagnahmt sowie verboten und am 25. Mai 1921 über denselben die **Vorzensur** verhängt. Die Ausübung der Vorzensur ist der Stadtdirektion in Stuttgart übertragen worden. Begründet wird diese gesetzwidrige Maßnahme mit dem Hinweis, daß der „Kommunist" angeblich zum Hochverrat und Landesverrat aufgefordert habe, daß er sich gegen das Preßgesetz vergangen und weiter der Beamtennötigung schuldig gemacht habe. Die angeblichen Vergehen rechtfertigen in keiner Weise die Anwendung des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung, in dem es heißt:

> „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen."

Die württembergische Staatsregierung begeht mit ihrem ausnahmegesetzlichen Vorgehen einen glatten Verfassungsbruch. Des weiteren läßt die schikanöse Handhabung der Vorzensur durch die Stuttgarter Stadtdirektion erkennen, daß es derselben nur auf die absolute Knebelung der kommunistischen Presse ankommt. Diese verfassungswidrige Maßnahme der Aufhebung des

(Plettner, Abgeordneter.)

(A) Art. 48 der Reichsverfassung durch die württembergische Staatsregierung, die sich ausschließlich gegen die kommunistische Presse richtet, ist gleichbedeutend mit der Schaffung eines Ausnahmezustandes gegen die Kommunisten und bedeutet eine grobe Verletzung des Art. 109 der Reichsverfassung, der im Abs. 1 besagt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich."

Wir fragen an:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um das verfassungswidrige Vorgehen der württembergischen Staatsregierung gegen die kommunistische Presse zu verhindern?

Ist die Reichsregierung bereit, Schritte zu veranlassen, daß die Vorzensur über den „Kommunist" aufgehoben wird?

Ist ferner die Reichsregierung bereit zu veranlassen, daß das **Verbot des Erscheinens** der „Neuen Zeitung" München, des „Volkswille" Augsburg, des „Weckruf" Oberbayern, der „Roten Fahne des Ostens" Königsberg i. Pr. zurückgezogen wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Mangold.

Mangold, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die von der württembergischen Staatsregierung gegen den **„Kommunist"** auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung verhängte **Vorzensur** ist unter dem 14. Juni 1921 aufgehoben worden. An Stelle der Vorzensur hat das württembergische Staatsministerium am gleichen Tage ein befristetes Verbot des „Kommunist" und seiner Kopfblätter erlassen, welches inzwischen ebenfalls abgelaufen ist. Der Erlaß der Verfügung des württembergischen Staats-
(B) ministeriums vom 25. Mai 1921 verstieß nicht gegen die Verfassung; ihr Fortbestehen wurde durch die Abstimmung des Reichstags in der 112. Sitzung am 4. Juni 1921 gebilligt.

Wegen des **Verbots des Erscheinens** der „Neuen Zeitung" in München, des „Volkswillen" in Augsburg, des „Weckruf" in Oberbayern und der „Roten Fahne des Ostens" in Königsberg in Preußen hat sich die Reichsregierung mit der zuständigen bayerischen Landesregierung und dem Regierungskommissar in Königsberg in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen sind zurzeit noch nicht abgeschlossen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 892, Dr. Semmler und Genossen (Nr. 2282 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Semmler.

Dr. **Semmler,** Abgeordneter:

In der ganzen Provinz Pommern, besonders aber in der intensiv betriebenen **Landwirtschaft,** herrscht großer **Arbeitermangel.** Die Zulassung von Arbeitern aus dem Russenlager ist zurückgezogen. Sie werden an anderer Stelle, wo ihre Leistungen erst später zur Geltung kommen, beschäftigt. Inzwischen drohen durch den Arbeitermangel die Äcker zu verunkrauten und die Heuernte in Gefahr zu geraten.

Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um diesen Übelständen abzuhelfen und besonders die der Landwirtschaft entzogenen Kräfte ihr wieder zuzuführen und geeignete ausländische Arbeiter in dieser Not zuzulassen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Kummerow.

Kummerow, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: (C) Die **Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft** ist bei der im Inlande herrschenden Arbeitslosigkeit nur in dem Maße erwünscht, als geeignete einheimische Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Es trifft zu, daß die pommersche Landwirtschaft erheblichen Bedarf an Arbeitskräften hat. Soweit es den zum Teil erfolgreichen Bemühungen des Landesarbeitsamts in Stettin nicht gelingt, zur Deckung des Bedarfs geeignete städtische Arbeitslose in die Landwirtschaft zu vermitteln, kann das Landesarbeitsamt auch ausländische Wanderarbeiter zulassen. Das Bedürfnis wird von Fall zu Fall geprüft. Eine Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Prüfung ist vorgesehen.

Russische Kriegsgefangene und russische Internierte aus den russisch-polnischen Kämpfen stehen für die Landarbeit in größerem Umfange nicht mehr zur Verfügung. Sie sind zum allergrößten Teil in die Heimat zurückbefördert worden. Ein Teil der zurückgebliebenen Internierten soll bei Kultivierungsarbeiten Verwendung finden. Die übrigen russischen Internierten und Kriegsgefangenen können unter der Voraussetzung, die für die Ausländerbeschäftigung überhaupt gilt, mit Genehmigung der Landesarbeitsämter zur Landarbeit zugelassen werden, soweit sie aus den Lagern beurlaubt werden dürfen.

Präsident: Zur
Anfrage Nr. 893, Biener und Genossen (Nr. 2283 der Drucksachen),
haben die Fragesteller erklärt, daß sie sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 896, Dr. Reichert und Genossen (Nr. 2291 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Reichert. (D)

Dr. **Reichert,** Abgeordneter:

Wann gedenkt die Reichsregierung das vom Reichstag bereits in seiner 107. Sitzung am 12. Mai 1921 geforderte **Weißbuch** über die politische und wirtschaftliche Lage im Saargebiet herauszugeben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Legationsrat v. Friedberg.

v. Friedberg, Legationsrat im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Das **Weißbuch** betreffend den Notenwechsel über das **Saargebiet,** um dessen Herausgabe die Reichsregierung vom Reichstag in der 107. Sitzung vom 12. Mai 1921 auf Grund einer Entschließung des 9. Ausschusses ersucht worden ist, befindet sich in Bearbeitung und wird dem Reichstag sobald als möglich, spätestens bei seinem nächsten Zusammentritt, vorgelegt werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 899, Trieschmann (Nr. 2300 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Trieschmann.

Trieschmann, Abgeordneter:

Wie bekannt geworden, beabsichtigt die Reichspostverwaltung, verschiedene **Postagenturen** beziehungsweise **Posthilfsstellen in ländlichen Bezirken** eingehen zu lassen. Die bisher schon nicht ausreichenden Postbestellungen werden durch diese Maßnahmen noch mehr erschwert. In vielen Landbezirken kennt man nur eine einmalige Postbestellung täglich. Am Sonntag ist dieselbe ganz eingestellt.

(**Trieschmann**, Abgeordneter.)

(A) Ist die Reichsregierung bereit, dahin zu wirken, daß Einschränkungen, die eine Schädigung der Landbewohner herbeiführen, nicht vorgenommen werden?

Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, die **Sonntagsbestellungen** wieder einzuführen und auch Gelegenheit für Telephongespräche am Sonntag zu geben? Um so mehr, als dadurch bei Unglücksfällen Ärzte usw. schneller zu erreichen sind.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Schracke.

Schracke, Ministerialrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Infolge des Krieges und des wirtschaftlichen Niedergangs ist bei einer Reihe von **Postagenturen** der Verkehr so zurückgegangen, daß er den Durchschnittsverkehr einer Posthilfsstelle nicht oder nicht wesentlich überschreitet. Anderseits sind die Kosten für die Unterhaltung der Postagenturen so erheblich gewachsen, daß sie vielfach die Einnahmen übersteigen oder zu ihnen in einem starken Mißverhältnis stehen. Da die Beibehaltung solcher Postagenturen bei der schwierigen Finanzlage des Reichs sich nicht rechtfertigen läßt, sind die Ober-Postdirektionen im Oktober 1920 angewiesen worden, zu prüfen, welche Postagenturen ohne wesentliche Schädigung berechtigter Belange der Bevölkerung aufgehoben oder in Posthilfsstellen mit Telegraphenbetrieb umgewandelt werden können. Diese Prüfung ist noch im Gange. Bis jetzt ist bei einem Gesamtbestand von 9350 Postagenturen die Aufhebung von 170 Postagenturen angeordnet worden.

Die **Posthilfsstellen** sind Hilfsanlagen für den Landbestelldienst. Während die Einrichtung und Aufhebung der Postagenturen zur Zuständigkeit des Reichspostmini- (B) steriums gehört, erfolgt die Einrichtung und Aufhebung der Posthilfsstellen durch die Ober-Postdirektionen. Die Verwaltung der Posthilfsstellen geschieht ehrenamtlich. Das bringt es mit sich, daß öfters ein Wechsel in der Person des Inhabers eintritt oder daß Hilfsstellen vorübergehend aufgehoben werden müssen, weil sich zu ihrer Übernahme niemand bereit findet. Sie werden aber wieder eingerichtet, sobald eine geeignete Person zur Übernahme bereit ist. Eine allgemeine Anordnung zur Aufhebung von Posthilfsstellen ist nicht ergangen.

Auf die **Sonntagsbestellung nach den Landorten** ist bei Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Lind in der Sitzung des Reichstags am 24. Juni bereits ausführlich eingegangen und dabei erwähnt worden, daß die Sonntagsbestellungen nicht allgemein, sondern nur in solchen Orten aufgehoben worden sind, wo es nach Lage der örtlichen Verhältnisse ohne Verletzung wesentlicher Belange der Bevölkerung angängig war. Inzwischen sind die Ober-Postdirektionen gemäß der in der Beantwortung der Anfrage Lind erteilten Zusage angewiesen worden, bei ihren einschlägigen Maßnahmen nicht lediglich die Kostenfrage entscheidend sein zu lassen, sondern überall da, wo die wirtschaftlichen Belange der Landbevölkerung es erfordern, mit Einschränkungen zurückzuhalten, nötigenfalls auch da, wo die Verhältnisse sich wesentlich ändern, Sonntagsbestellungen wieder einzurichten. Allgemein die Sonntagsbestellungen schon jetzt wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen, ist bei der mißlichen Finanzlage des Reichs nicht angängig.

Der **Sonntagsvormittags-** und **Mittagsdienst im Fernsprechbetriebe** ist gegenüber dem früheren Umfang nicht vermindert worden. Es haben nur an einzelnen Orten Verschiebungen der Dienstzeiten stattgefunden, um sie den Bedürfnissen besser anzupassen. An den Sonntagnachmittagen ist allerdings im Interesse der Sonntagsruhe des Personals eine Dienstbeschränkung vorgenommen (C) worden, indem, soweit es der Verkehr zuließ, die Dienstzeit verkürzt oder ganz aufgehoben wurde. Die Einschränkung ist allenthalben nur nach eingehender Prüfung im Benehmen mit den örtlichen Dienststellen erfolgt. Wo sich nachträglich Härten herausstellen, werden sie nach Möglichkeit beseitigt. Für dringliche Fälle, wie die Herbeirufung ärztlicher Hilfe usw., wird, soweit möglich, durch den Unfallmeldedienst Vorsorge getroffen.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 900, Trieschmann (Nr. 2301 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Trieschmann.

Trieschmann, Abgeordneter:

Nach dem Reichsviehseuchengesetz unterliegt die **Hausschlachtung** neben der Fleischbeschau noch einer behördlichen **Besichtigung des lebenden Viehes.**

Ist die Reichsregierung bereit, diese Maßnahme, die nur erschwerend und umständlich wirkt, alsbald zu beseitigen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ober-Regierungsrat Dr. Kahler.

Dr. **Kahler**, Ober-Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Bestimmungen über die behördliche **Besichtigung des für Hausschlachtungen bestimmten lebenden Viehes** sind im Reichsviehseuchengesetzes nicht enthalten, dagegen in den §§ 2, 3 und 24 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 547) sowie in § 2 Nr. 2 der zu diesem Gesetz ergangenen Ausführungsbestimmungen A (Beilage zu Nr. 52 des Zentralblatts für das Deutsche Reich (D) 1908).

Hiernach kann bei Schlachttieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben, sofern die Tiere keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit ausschließenden Erkrankung zeigen. Die Landesregierungen sind aber nach § 24 Nr. 1 des Gesetzes befugt, weitergehende Vorschriften darüber, welche Tiere der Untersuchung zu unterwerfen sind, zu erlassen mit der Maßgabe, daß ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Schlachtviehs abhängig gemacht werden darf. Ferner können sie nach § 3 des Gesetzes für Gegenden und Zeiten, in denen eine übertragbare Tierkrankheit herrscht, die Untersuchung aller der Seuche ausgesetzten Tiere anordnen. Von dieser Befugnis ist während der letztjährigen Maul- und Klauenseuche von einzelnen Landesregierungen verschiedentlich Gebrauch gemacht worden.

Soweit die Landesregierungen innerhalb der durch die vorgenannten Bestimmungen gezogenen Grenzen eine Besichtigung des zu Hausschlachtungen bestimmten lebenden Viehes angeordnet haben, ist die Reichsregierung nicht in der Lage, eine Aufhebung dieser Maßnahmen zu veranlassen.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 901, Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), Dr. Radbruch (Nr. 2302 der Drucksachen),

hat das Wort Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete:

I. Im Artikel 119 der Verfassung befindet sich der Satz: „Sie (die Ehe) beruht auf der **Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.**"

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) Art. 121 der Verfassung lautet:

„Den **unehelichen Kindern** sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern."

Was hat die Reichsregierung bisher getan, um diesen Verfassungsbestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch Geltung zu verschaffen?

II. Was ist geschehen zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Brandis.

Dr. **Brandis,** Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Bereits der zurzeit im 29. Ausschusse des Reichstags zur Beratung stehende Entwurf eines Jugendwohlfahrtsgesetzes enthält in den Abschnitten über Amtsvormundschaft, Pflegekinder, Unterstützung hilfsbedürftiger Minderjähriger und anderen zahlreiche Vorschriften zugunsten der unehelichen Kinder. Wie gelegentlich der Verhandlungen über diesen Entwurf von einem Vertreter der Reichsregierung mitgeteilt worden ist, haben vor einiger Zeit im Reichsjustizministerium mit Vertretern der namhaftesten Jugendpflege- und Jugendfürsorgeorganisationen der verschiedenen Richtungen sowie mit sonstigen in Jugendfragen besonders erfahrenen Persönlichkeiten Verhandlungen über die **rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder** im Sinne des Artikels 121 der Reichsverfassung stattgefunden. Hierbei ist sowohl die Frage einer Erweiterung der den Unehelichen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche zustehenden Rechte wie auch die Möglichkeit einer leichteren Verwirklichung dieser Rechte einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Das Reichsjustizministerium hat ferner den Regierungen der (B) Länder, die in den Ausschüssen des Reichsrats für innere Verwaltung, Volkswirtschaft und Rechtspflege vertreten sind, Grundzüge einer gesetzlichen Neuregelung dieses Rechtsgebiets mit der Bitte um Stellungnahme zugehen lassen. Nachdem inzwischen die Länder, die auch ihrerseits zunächst mit den Beteiligten, insbesondere mit den Vormundschaftsbehörden, in Verbindung getreten sind, eingehend zu der Angelegenheit Stellung genommen haben, wird der Gesetzentwurf zurzeit im Reichsjustizministerium einer umfassenden Durchsicht und Überarbeitung unterzogen; hierbei sollen die mannigfachen Anregungen, die zum Teil von großer Tragweite sind, ihre Berücksichtigung finden.

Auf dem Gebiete des Eherechts, das nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch von dem Grundsatz tunlichster Aufrechterhaltung der Ehe beherrscht ist, liegen seit einiger Zeit mehrfache Wünsche und Anregungen vor, die sich mit der Frage einer **Erleichterung der Ehescheidung** befassen. In den meisten dieser Eingaben wird unter Hinweis auf die neuere Gesetzgebung einiger außerdeutscher Staaten namentlich gewünscht, daß die Scheidung einer innerlich zerrütteten, den Eheleuten unerträglich gewordenen Ehe in Abweichung von § 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch dann zugelassen werden möge, wenn die Zerrüttung nicht durch ein schuldhaftes Verhalten eines Ehegatten veranlaßt sei. Das Reichsjustizministerium ist schon vor längerer Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, nach welcher Richtung die bestehenden gesetzlichen Vorschriften einer Abänderung bedürfen, um die hervorgetretenen Mißstände zu beseitigen; endgültige Entschließungen in der Angelegenheit sind bisher noch nicht getroffen.

Gegenstand von Erwägungen ist schließlich auch die Frage, ob und in welcher Richtung der im Art. 119 Abs. 1 Satz 2 der Reichsverfassung ausgesprochene Grundsatz zu einer Änderung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die **rechtliche Stellung der Ehegatten** Anlaß geben könnte. In Betracht kommen namentlich (C) die Fragen des ehelichen Güterrechts, der Schlüsselgewalt der Frau sowie der Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten der Ehegatten. Nach dem, was bisher in der Öffentlichkeit an Äußerungen und Zielsetzungen über diese Fragen hervorgetreten ist, wird jedoch vor Aufstellung bestimmter gesetzgeberischer Vorschläge zunächst eine weitere Klärung der Meinungen als wünschenswert bezeichnet werden müssen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort Frau Abgeordnete Schroeder.

Schroeder, Abgeordnete:

Bis wann glaubt die Reichsregierung mit den Vorberatungen und den Vorarbeiten so weit zu sein, daß entsprechende Gesetzentwürfe, ganz besonders zu Punkt 1, dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen werden?

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Ergänzungsfrage hat Herr Ministerialrat Dr. Brandis.

Dr. **Brandis,** Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Ich kann die Erklärung abgeben, daß bezüglich des ersten Punktes die Arbeiten so gefördert werden können, daß die Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs an den Reichsrat in nächster Zeit zu erwarten ist.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 902, Kunert (Nr. 2305 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter:

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146, 2 der Reichsverfassung** hat in den (D) weitesten Volks- und Fachkreisen tiefgehende Beunruhigung verursacht.

Legt die Reichsregierung unter den Umständen nicht Wert darauf, den Entwurf noch vor der Sommervertagung des Reichstags in erster Beratung im Plenum erledigt zu sehen?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialrat Dr. v. Zahn.

Dr. **v. Zahn,** Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung legt Wert darauf, daß das Gesetz zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung baldigst zur Verabschiedung gelangt.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter:

Wäre es der Reichsregierung trotzdem erwünscht, wenn parlamentarische und nichtparlamentarische Bestrebungen ganz bestimmter Kreise, die Beratung der Schulnovelle im Reichstag dauernd durch Verschleppung zu verhindern, vollen Erfolg hätten?

Präsident: Herr Abgeordneter Kunert, das ist eigentlich eine Frage an den Reichstag, nicht an die Regierung.

Wird das Wort zur Beantwortung noch gewünscht? — Die Anfrage ist erledigt.

Das Wort zur Verlesung der

Anfrage Nr. 904, Frau Pfülf, Vogel (Franken) (Nr. 2307 der Drucksachen),

hat die Frau Abgeordnete Pfülf.

(A) **Pfülf,** Abgeordnete:

Die **Gesellschaft für Kulturforschung** E. V. versendet eine Anzeige der in ihrer Filmabteilung hergestellten **Lehrfilme.** Aus dem Inhalt seien hervorgehoben:

Die bewaffnete Entente und das deutsche „Heer",
Ententeparadies im Rheinland,
Die Besatzungskosten und die deutsche Wohnungsnot,
Besatzungskosten und Kinderelend in Deutschland,
Deutschland auf Abbruch.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diese planmäßige chauvinistische Hetze zu unterbinden, welche eine schwere Gefahr für die Besserung unserer auswärtigen Beziehungen und für eine Volkserziehung im Geiste der Völkerversöhnung bedeutet?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialrat v. Jacobi.

v. Jacobi, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Nach den Bestimmungen des Lichtspielgesetzes haben die **Filmprüfstellen** und die **Filmoberprüfstelle** über die Zulassung von Bildstreifen selbstständig zu entscheiden. Der Reichsregierung steht ein Einfluß auf diese Entscheidungen nicht zu. Soweit durch Aufführung von Bildstreifen die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten gefährdet werden können, werden Vertreter des Auswärtigen Amts von den Filmprüfstellen oder der Filmoberprüfstelle als Sachverständige zugezogen. Geben von den Prüfstellen zugelassene Bildstreifen zu Bedenken Anlaß, so kann nur auf dem im § 4 des Lichtspielgesetzes vorgesehenen Wege (B) vorgegangen werden, nach dem die Zulassung eines Bildstreifens auf Antrag einer Landeszentralbehörde für das Reich oder ein bestimmtes Gebiet widerrufen werden kann, soweit das Zutreffen der Voraussetzungen der Versagung eines Bildstreifens erst in der Zulassung hervorgetreten ist.

Die Reichsregierung ist daher nicht in der Lage, in der Angelegenheit etwas weiteres zu veranlassen.

Übrigens handelt es sich bei den genannten **Filmen** lediglich um solche, die bezwecken, die Allgemeinheit über gewisse Zustände aufzuklären,

(hört! hört! rechts)

die als unangebracht und entwürdigend empfunden werden. Daß diese rein **sachlichen Aufklärungen**

(hört! hört! rechts)

die Beziehungen zum Ausland gefährden, dafür liegen, soweit die Bildstreifen der Reichsregierung bekannt, keine Anhaltspunkte vor. Zwei der genannten Bildstreifen sind auch noch gar nicht festgestellt und geprüft.

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort Frau Abgeordnete Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete:

Kann die Reichsregierung Auskunft darüber geben, ob ein Zwang besteht, die vom Reichsministerium des Innern eingesetzen Beisitzer bei den Filmprüfstellen auch wirklich zuzuziehen?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat v. Jacobi.

v. Jacobi, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Das ist meines Erachtens eine ganz neue Anfrage, auf die ich eine Antwort jetzt nicht erteilen kann.

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt. (C)

Wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Ich bemerke, daß die Abstimmung über den Staatsgerichtshof etwa um 4 Uhr nachmittags in Aussicht genommen ist.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen (Nr. 2360 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach der Begründung der Vorlage sind für die Einbringung dieses Gesetzentwurfes in erster Linie wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen, Gründe, die durch den Zwang zur Ausführung der Sanktionen in Rheinland-Westfalen gegeben sind. Aber wir sehen in diesem Gesetzentwurf die Möglichkeit, daß in der Praxis bei der Ausführung dieses Gesetzentwurfes eine sehr beträchtliche und gefährliche **Postschnüffelei** einsetzen könnte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wenden uns gegen eine solche Postschnüffelei nicht etwa, weil sie in die Bequemlichkeit der Postkunden eingriffe, sondern weil wir darin die Gefahr sehen, daß auch dieses Gesetz wie so manches andere wirtschaftliche Gesetz zu politischen Zwecken, zum Zwecke einer politischen Postschnüffelei benutzt wird,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

wie wir sie nun nachgerade schon gewohnt sind. Ich erinnere nur daran, wie die Postüberwachung zum Zwecke der Durchführung des Kapitalfluchtgesetzes sehr häufig benutzt worden ist, um eine politische Postschnüffelei durchzuführen (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Partei — und ich glaube, nicht nur meine Partei — weiß aus eigener Erfahrung, daß ihre Korrespondenz mit dem Auslande fast regelmäßig polizeilich überwacht wird, und wir wissen nur zu gut, daß in vielen Stellen, die mit der Durchführung dieser Gesetze betraut sind, ganz gewöhnliche polizeiliche Spitzelelemente sitzen, die dieses Gesetz zu ihren Postschnüffeleien benutzen. Auch dieses Gesetz, das ein Rahmengesetz ist und das den ausführenden Stellen in der Praxis so freie Hand lassen muß, wird wie kein anderes geeignet sein, die Praxis der polizeilichen Postüberwachung auch im Paketverkehr anzuwenden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die **Versendung der Flugblätter unserer Partei** in das besetzte Gebiet jetzt schon fast regelmäßig polizeilich überwacht wird,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und wir sind sicher, daß unser Flugblattversand mit Hilfe dieses Gesetzes ganz regelmäßig überwacht werden wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Auf Grund von Postschnüffelei sind erst in diesen Tagen wieder vier Zentner Flugblätter unserer Partei in Rheinland-Westfalen beschlagnahmt worden. In diesem Gesetz wird nun der Regierung freie Hand zur Ausführung gelassen. In der Begründung heißt es ausdrücklich:

Ob und inwieweit es erforderlich sein wird, andere Stellen zur Kontrolle heranzuziehen, muß sich im Laufe der Zeit ergeben.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dieses Gesetz wird also ohne Kontrolle der Öffentlichkeit und ohne Kontrolle des Parlaments ausgeführt werden,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) und wir befürchten, daß dadurch der Postschnüffelei weiter Spielraum gelassen wird.

Außerdem liegt die Gefahr vor, daß dieses Gesetz dazu benutzt wird, um den Belagerungszustand, der jetzt wenigstens in verschiedenen Gegenden Deutschlands aufgehoben wird, für das besetzte Gebiet und an das besetzte Gebiet grenzende Landstriche permanent durchzuführen, soweit die Überwachung der Post und die politische Überwachung meiner Partei in Betracht kommt. Dieses Gesetz, das den Ausführungsbehörden so freien Spielraum läßt, kann in der Praxis sehr wohl dazu benutzt werden, um den Belagerungszustand in dieser Hinsicht für diese Gegenden zu verewigen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es wird also notwendig sein, daß dieses Gesetz auf das genaueste überprüft wird. Meine Fraktion beantragt daher Überweisung dieses Gesetzentwurfs an einen Ausschuß.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Antrag auf Überweisung an einen Ausschuß ist nicht gestellt.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei und den Vereinigten Kommunisten.)

— An welchen Ausschuß?

(Abgeordneter Dr. Geyer (Sachsen): Ich habe eben den Antrag auf Überweisung an einen Ausschuß gestellt!)

— An welchen Ausschuß?

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Das müssen Sie bestimmen. — Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

— Das muß ich doch von Ihnen hören.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten).

(B) — Wenn ein Abgeordneter Überweisung an einen Ausschuß beantragt, muß er doch wissen, an welchen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vielleicht an den 27. Ausschuß, den Ausschuß für Postgebühren! — Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Das hat zwar mit Postgebühren nichts zu tun, aber . . .

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: An den 27. Ausschuß!)

— Gut! Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der Überweisung an einem Ausschuß zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Büro ist der Meinung, daß zuerst die Mehrheit stand. Die Vorlage ist also an den Ausschuß für die Postgebühren überwiesen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung) (Nr. 2332 der Drucksachen).

Es ist hier der Antrag gestellt, die Vorlage dem 24. Ausschuß, der die Entschädigungsfrage bereits berät, zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), **Hergt, Brüninghaus, Koch** (Weser), **Rheinländer, Kuhnt und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen** (Nr. 2329 der Drucksachen). (C)

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir können auch gleich eintreten in die

zweite Beratung,

wenn Widerspruch nicht erhoben wird. — Er wird nicht erhoben. Ich rufe also in der zweiten Beratung auf den einzigen Artikel des Gesetzes.

Ich mache darauf aufmerksam, daß in der vierten Zeile ein Druckfehler zu berichtigen ist. Es muß dort heißen: „vom 29. Oktober 1920" statt „vom 28. Oktober 1920".

Das Wort wird nicht verlangt. — Der einzige Artikel ist mit dieser Berichtigung angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls angenommen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir sofort auch die

dritte Beratung

des Gesetzentwurfs vornehmen. —

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe auf den einzigen Artikel, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Entwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt vom 18. August 1917 und die Errichtung von Kleinschifferverbänden (Nr. 2349 der Drucksachen). (D)

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Meine Herren! Ich beantrage, den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt vom 18. August 1917 — Reichsgesetzblatt Seite 720 — und die Errichtung von Kleinschifferverbänden, Drucksache Nr. 2349, dem fünften Ausschuß überweisen zu wollen.

Präsident: Es ist beantragt, diesen Gesetzentwurf dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zu überweisen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Die als Punkt 6 unserer Tagesordnung vorgesehene Gesamtabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Staatsgerichtshof, ist bis um 4 Uhr ausgesetzt.

Wir kommen somit zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Dr. **Stresemann und Genossen, betreffend Beseitigung der „Sanktionen"** (Nr. 2094 der Drucksachen).

In der fortgesetzten Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Bell.

(A) Dr. **Bell**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit dem Gefühle tiefer Verbitterung und mit dem Ausdrucke herben Schmerzes betritt die Parlamentstribüne ein Rheinländer, den seiner Landsleute Not und Leid schon zu wiederholten Malen zwangen, von dieser Stelle aus vor der ganzen zivilisierten Welt gegen die **Verbandsmächte** Klage zu erheben wegen schwerer **Rechtsbrüche und** unerhörter **Vergewaltigung.** Diese Gefühle werden wahrlich nicht erleichtert durch die Erinnerung daran, daß sich vor wenigen Tagen zum zweiten Male jener Tag jährte, an dem uns grausamer Gewissenszwang die Feder in die Hand preßte zur Unterschrift jenes unseligen Versailler Gewaltfriedens. Was sich in den beiden verflossenen Jahren abgespielt hat, was wir erlebten an Opfern und an Enttäuschungen, das gehört der Geschichte an. Ich erinnere an die gewaltsame Wegnahme unseres gesamten Kolonialbesitzes, bei der der unleugbare Bruch der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen und der berühmten 14 Wilsonschen Punkte vergeblich mit dem fadenscheinigen Mantel des Rechts zu verdecken versucht worden ist. Ich erinnere ferner an die Wunde im Westen und an die schweren Lasten der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Ich erinnere weiter an die Vergewaltigung von Eupen-Malmedy und an die bis in die jüngsten Tage mit immer neuen Fesselungen und Rechtsbrüchen, insbesondere mit unzulässiger und jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Militärbesatzungen und Kriegsgerichten gequälte treudeutsche Saarbevölkerung. Ich erinnere endlich an das traurige Schicksal der von polnischen Insurgenten räuberisch überfallenen, aber von den Treuhändern keineswegs vertragsmäßig geschützten Oberschlesier,

(sehr wahr! im Zentrum)

die mit dem gesamten Deutschland endlich eine Respektierung des die ungeteilte Zugehörigkeit zum Mutterlande festlegenden Plebiszits mit unwiderlegbaren Rechtsgründen
(B) verlangen.

Aber alle diese Bitternisse machten das Maß des Leidens noch nicht voll. Wir müssen den Kelch des Leidens bis zur Neige leeren. Seit langem richtete sich Frankreichs Sehnsucht nach Besetzung des für die Fortführung der deutschen Wirtschaft und Finanzen ausschlaggebenden rheinisch-westfälischen Industriebezirks und auf Abschnürung der Rheinlande vom deutschen Mutterlande. Diese von langer Hand vorbereiteten Maßnahmen, verbunden mit schwerwiegenden wirtschaftlichen **Sanktionen,** wurden sofort in Kraft gesetzt, nachdem die Londoner Verhandlungen scheiterten, ohne daß man es für nötig hielt, inzwischen ein Ultimatum an Deutschland zu richten. Die Feder sträubt sich und der Mund verschließt sich, wollte man die Gefühle wiedergeben, die diese urplötzlich in Kraft gesetzten Sanktionen in den besetzten Gebieten und weit darüber hinaus in ganz Deutschland hervorriefen.

Gestern hat der Herr Reichsaußenminister das Wort ausgesprochen: mit Recht und Billigkeit sind diese Sanktionen unvereinbar.

(Sehr richtig im Zentrum.)

Lassen Sie mich den nämlichen Gedanken in eine etwas positivere und schärfere Form kleiden. Der brutale Satz „Macht geht vor Recht" wurde hier in eine Form der Diktatur gekleidet, die schlechterdings sich nicht mehr überbieten läßt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die **Rechtsfrage** ist von dem Herrn Interpellanten und im Anschluß daran auch von dem Herrn Außenminister und dem Vorredner von der Sozialdemokratischen Partei ausgiebig erörtert worden. Nur wenige Worte will ich zur Ergänzung hinzufügen. Man könnte sich berufen auf § 18 der Anlage II, Teil VI des Friedensvertrages, auf den Schlußabsatz des Art. 429 und auf Art. 430, ferner auf § 3 des Rheinland-Abkommens. Wenn man sich aber den Inhalt der Sanktionen vergegenwärtigt, die vor allem in der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf bestanden, weiter in den wirtschaftlichen Maßnahmen, die ihre Krönung in den Abgaben für Kaufpreiszahlungen fanden, und endlich in der Einführung von Zollgrenzen, so wird man mir zugeben müssen, daß selbst der weitherzigste Ausleger des Friedensvertrages, der kühnste Interpret des Rheinland-Abkommens und der tüfteligste Ausklügler des Völkerrechts keine Bestimmung finden kann, die auf diese Maßnahmen anwendbar ist. Insbesondere setzen die von mir dargelegten Paragraphen des Rheinland-Abkommens und des Friedensvertrages einen wesentlich anderen Tatbestand voraus, und die entscheidenden Kriterien lassen sich auf die von der Entente verhängten Sanktionen keineswegs zur Anwendung bringen. (C)

Daher ist es auch erklärlich, daß unverzüglich nach Verhängung dieser Sanktionen nicht nur die Reichsregierung, wie wir gestern aus dem Munde des Herrn Reichsaußenministers gehört haben, in ausgiebigen rechtlichen Erörterungen scharfen **Protest gegen** das Rechtswidrige dieser **Sanktionen** eingelegt hat, sondern daß aus dem Rheinlande heraus und aus allen wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands ein gleicher geharnischter Widerspruch herausgekommen ist, der sich an die Reichsregierung richtete, um keinen Schritt unversucht zu lassen, diese unerhörten und jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Sanktionen zur Aufhebung zu bringen. Ich erinnere an die Kundgebung des Provinziallandtags in Düsseldorf, die den Rechtsstandpunkt unzweideutig festlegte und zugleich die verheerenden Folgen dieser Sanktionen klar zeigte. Ich verweise ferner auf die Kundgebung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf, der neben diesen entscheidenden Fragen vor allem auch darlegte, welch schwere Nachteile daraus für die heranwachsende Jugend sich unvermeidlich herausstellen würden. Zahlreiche Eingaben (D) wirtschaftlicher Verbände, der Kreise des Handels und der Industrie, nicht nur der Rheinlande, sondern darüber hinaus aus ganz Deutschland, zielten auf den nämlichen Zweck hin. Gestern hat der Herr Kollege Sollmann (Köln) bereits von derartigen Kundgebungen gesprochen, die auch aus Arbeiterkreisen herausgekommen sind. Ich darf seine Angaben in einem Punkte ergänzen, indem ich im übrigen das, was der Herr Interpellant und der Herr Abgeordnete Sollmann darüber ausgesprochen haben, in vollem Umfang unterstütze und unterstreiche. Auch der **Deutsche Gewerkschaftsbund** hat an die Reichsregierung eine ausführliche **Eingabe betreffs der Sanktionen** gerichtet, worin er neben diesen von mir skizzierten unheilvollen Wirkungen vor allem darauf hinwies, daß die unvermeidliche Folge dieser Maßnahmen sein werde eine Unzahl von Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen sowie von Arbeiterentlassungen. „Die ohnehin große wirtschaftlich große Not" — so heißt es in der Eingabe — „der arbeitnehmenden Bevölkerung des besetzten Gebiets werde durch die nach der Annahme des Ultimatums von jedermann als widerrechtlich empfundenen Sanktionsfesseln zusammen mit den seelischen Bedrängnissen des deutschen Volkes nahezu unerträglich." Und in der Eingabe heißt es dann am Schluß:

> Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird mit allen seinen Kräften hinter allen Maßnahmen stehen, die von der Reichsregierung zur Beseitigung der dem Gedanken friedlicher Annäherung der Völker Hohn sprechenden Sanktionsmaßnahmen getroffen werden. Wir erwarten, daß jeder nur mögliche Schritt sofort und mit größtem Nachdruck geschieht.

Ich darf annehmen, daß diese Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Seele des ganzen deutschen Volkes gesprochen und geschrieben worden ist.

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) Nun, meine Damen und Herren, selbst wenn man aber mit tausend Scheingründen die Berechtigung der Sanktionen aus der Zeit vor Annahme des Ultimatums konstruieren wollte, so war doch mit dem Zeitpunkt, wo in Deutschland die **Annahme des Ultimatums** erfolgte und wir nach dem Zugeständnis auch unserer Gegner die uns zur Erfüllung der uns auferlegten Reparationskosten gesetzten Zahlungstermine getreulich eingehalten hatten, eine vollständig neue Situation, eine grundlegend veränderte Rechtslage gegeben.

(Sehr richtig!)

Mit diesem Augenblick verschwand auch jeder Schein von Recht, auf den sich die Verbandsmächte zur Aufrechterhaltung der Sanktionen hätten berufen können.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Ich will in diesem Augenblick nicht auf Dinge zurückgreifen, die in Ihrer aller Gedächtnis sind. Wir alle wissen, daß ein lebhafter Meinungsstreit sich hier darüber abgespielt hat, ob die Annahme des Ultimatums gerechtfertigt war oder nicht, und wir wissen auch, daß in Presse und Versammlungen und auch hier im Reichstag die Auffassungen darüber weit auseinandergegangen sind, ob es nicht etwa besser gewesen wäre, die **Londoner Verhandlungen** nicht zum Abbruch zu bringen, schon aus der Erwägung heraus, um damit Frankreich jeden Vorwand für die von ihm in Aussicht genommenen Sanktionen zu nehmen. Aber, meine Damen und Herren, in dieser kritischen Situation sind solche rückschauenden Erwägungen um so zweckloser, als sie zu einem neuen unfruchtbaren Streit der Meinungen Anlaß geben könnten. Denn heute stehen wir vor einer Frage, die das ganze deutsche Volk gleichmäßig interessiert und bei der aller Streit der Parteien ruhen muß.

(Sehr richtig!)

Über die Rechtsfrage und über die Tatsache, daß die
(B) Sanktionen selbst jeder rechtlichen Scheingrundlage entbehren, kann es keine Meinungsverschiedenheit geben; darüber müssen alle Deutschen einig sein.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht an einen bedeutsamen Vorgang aus jüngster Vergangenheit erinnern. Vor wenigen Wochen hat im Lustgarten eine große Protestversammlung zu Gunsten der Oberschlesier stattgefunden. Mehrere Hunderttausend Deutsche haben sich versammelt zu einer gewaltigen Kundgebung, die ihren nachhaltigen Eindruck auf Inland und Ausland nicht verfehlte. Das Ergebnis dieser Kundgebung war der einmütige **Protest** aller Gruppen und Richtungen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken **gegen die Vergewaltigung von Oberschlesien** durch die polnischen Insurgenten. Das war in trübster Zeit noch einmal ein Lichtblick und erinnerte uns daran, daß das deutsche Nationalgefühl doch noch nicht zum leeren Wahn herabgesunken ist.

(Bravo!)

Ich meine, auch die heutige Tagung sollte uns Anlaß geben, dieses **Nationalgefühl** aufflammen zu lassen und der Welt zu zeigen, daß man im Deutschen Reichstag doch noch versteht, in vaterländischen Schicksalsfragen dem Trennenden das voranzustellen, was uns alle eint. Darauf möchte auch ich meine Ausführungen einstellen, keiner Partei zu Liebe, keiner Partei zu Leide, nur der großen gemeinsamen Sache dienend. Dabei will ich mich nicht von Gefühlsmomenten leiten lassen, sondern in ruhiger Abwägung der feststehenden Tatsachen die daraus nach den Grundsätzen der Vernunft und Logik abzuleitenden Schlußfolgerungen gewissenhaft vortragen.

Daß die Aufrechterhaltung der Sanktionen seit Annahme des Ultimatums jeder Rechtsgrundlage, jedes Scheines von Berechtigung und Moral entbehrt, das ist nicht etwa nur in Deutschland Gemeingut geworden, (C) sondern weit darüber hinaus haben sich auch im Ausland und vornehmlich bei unseren ehemaligen Gegnern gewichtige Stimmen erhoben, die den nämlichen Standpunkt nachdrücklich vertreten. Der Herr Ministerpräsident **Briand**, auf den ich gleich noch ausführlicher zurückzukommen mich genötigt sehen werde, hat vor einiger Zeit in der Pariser Deputiertenkammer eine sehr versöhnliche und vernünftige Rede gehalten, worin er ausdrücklich anerkannt hat, daß die gegenwärtige Regierung den ehrlichen Willen zeige, ihre Reparationsverpflichtungen pünktlich zu erfüllen, und er hat im Anschlusse daran an seine Landsleute und an das Parlament die anerkennenswerte **Mahnung zur Mäßigung** gerichtet. In ähnlichem Sinne sind noch manche andere Stimmen laut geworden aus Italien, aus England und einer Reihe anderer Länder, die ich heute nicht ausgiebig vortragen möchte. Aber ich darf aus Frankreich selbst noch eine beachtliche Äußerung mitteilen. Der vom Auswärtigen Amt Frankreichs öfter bediente „Petit Parisien" schrieb am 17. Juni, wenn die Entwaffnung in Bayern sowie auch die Ordnung der oberschlesischen Angelegenheit vollendete Tatsachen bringe, dann könne man ehrlicherweise die Sanktionen nicht mehr aufrechterhalten;

(hört! hört! im Zentrum)

das sei eine Frage der Loyalität und des politischen Interesses, und die Parteien, die augenblicklich in Deutschland am Ruder seien, hätten es nötig, daß sie in ihrer Politik der Mäßigung und des Entgegenkommens gegen Frankreich unterstützt würden. Vielleicht, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, gerade diesen Satz im Gedächtnis behalten zu wollen und ihn gegenüberzustellen einer Auslassung des Herrn Ministerpräsidenten Briand, auf die ich später zurückkommen werde. Es sind noch andere gewichtige **Stimmen in Frankreich** laut geworden — und es waren wahrlich nicht die schlechtesten —, die (D) sich in gleichem Sinne aussprachen und die **Beseitigung der Sanktionen** forderten. In einer großen Versammlung hat der Führer der christlichen Demokraten, Marc Sagnier, dem gleichen Gedanken Ausdruck gegeben und in gehaltvollen Ausführungen der wahren Versöhnung der früher verfeindeten Völker das Wort geredet. Ich will alles das gern anerkennen; denn überall, wo die Stimme des Rechts und der Vernunft auch in Frankreich durchbricht, müssen wir es freudig begrüßen. Darum will ich auch nicht verschweigen, vielmehr mit besonderem Nachdruck betonen, daß auch in Frankreich einflußreiche Wirtschaftskreise, namentlich Organisationen des Handels und der Industrie, sich mit Entschiedenheit gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen gerade zur Sicherung der nach ihrer Auffassung bedrohten französischen Wirtschaftsinteressen gewandt haben. Das gleiche gilt von französischen Arbeiterorganisationen.

Aber, meine Damen und Herren, die Objektivität verlangt es, daß auch die andere Seite der Sache, soweit Frankreich in Betracht kommt, kritisch beleuchtet wird, und da muß ich auf einen nicht uninteressanten Vorfall zurückgreifen. Vor einigen Wochen war ich ersucht worden, einen Artikel über die **Frage** zu verfassen, **ob die Sanktionen aufrechterhalten werden dürften** oder nicht. Ich habe in diesem Artikel ausdrücklich den nämlichen **Rechtsstandpunkt** vertreten, den ich vorhin vor Ihnen zu entwickeln die Ehre hatte, nämlich dahin:

> daß der von der Entente bei Auflegung der Zollgrenze eingenommene Standpunkt inzwischen jede auch nur scheinbare Grundlage verlor, nachdem Deutschland das Ultimatum rückhaltlos angenommen und nachdem es mit der energischen Erfüllung der auferlegten Bedingungen bereits begonnen hat, was von dem französischen Minister-

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) präsidenten in der französischen Kammer rückhaltlos anerkannt worden sei. Auf dieser Tatsache fußend, richte ich an die Siegerstaaten die Frage, deren Beantwortung vor aller Öffentlichkeit, mit aller Klarheit und Deutlichkeit, von dem gesamten besetzten Gebiet und von dem ganzen Deutschland verlangt wird: „Warum bleiben trotzdem immer noch die Sanktionen und die Zollgrenze in Geltung?"

Nun, meine Damen und Herren, ich habe seit Februar 1919 schon mehrmals vergeblich offene Fragen an die Entente, insbesondere an Frankreich, gerichtet, und ich war darauf gefaßt, daß auch diesmal keine Antwort erfolgen würde. Aber ich habe mich geirrt; es ist diesmal eine Antwort gekommen und zwar in einem im **„Echo du Rhin"**, dem offiziösen Organ der französischen Besatzungsbehörde, Nr. 480 vom 28. Mai veröffentlichten **Artikel**, worin der französische Abgeordnete **Pierre Taittinger** die Antwort auf die gestellte Frage gibt unter der charakteristischen Überschrift: **„Entpreußung, das Rheinland als Vervollständigung unseres Sieges"**. Der Verfasser legt in seinem Artikel ausführlich dar, daß Deutschland trotz seiner Niederlage sich wirtschaftlich außerordentlich wieder erholt habe und daß die Kreise des Handels und der Industrie eine überaus emsige Tätigkeit entfalteten, die zu einem bewundernswürdigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft geführt habe. In Verbindung mit diesen Gedankengängen stellt er die Frage: Werden wir es verstehen, aus der Besetzung der Rheinlande alle die Vorteile zu ziehen, die uns zustatten kommen sollen?

(Hört! Hört!)

Das Ergebnis der kritischen Untersuchungen des Verfassers ist niedergelegt in dem Satze:

(B) „Leisten wir also nützliche Arbeit, das ist die Aufgabe, die uns unser Sieg vorschreibt."

Zu diesen Methoden, die der Verfasser vorschlägt, gehören vor allem auch die Sanktionen, „die wirtschaftliche Abschnürung des linken Rheinufers vom rechtsrheinischen Deutschland und die Zerreißung des einheitlichen deutschen Wirtschaftskörpers".

(Hört! Hört! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Zunächst eine Antwort zu der Überschrift: „Entpreußung Deutschlands". Die Tendenz dieses Artikels ist durchsichtig genug. Man merkt die Absicht, ohne verstimmt zu werden.

(Heiterkeit.)

„Entpreußung" lautet die Überschrift, aber „Verfranzösierung" wird sie ausgesprochen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Die Versuchung ist nicht stark genug, als daß wir Rheinländer ihr jemals erliegen könnten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Unsere **rheinische Treue** und unsere kerndeutsche Gesinnung sind über solche Anfechtungen erhaben.

(Bravo!)

Den Ehrennamen eines Rheinländers und das Ehrenschild eines Deutschen verwirkt, wer innerdeutsche Angelegenheiten, wozu auch das **Rheinlandproblem** gehört, jemals mit Hilfe des Auslands zu lösen versucht.

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden diese nationalen Lebensfragen zu gegebener Zeit in glücklicher Vereinigung rheinischer und deutscher Interessen auf verfassungsmäßiger Grundlage selbst zu lösen wissen und lehnen jede ausländische „Entpreußung" entschieden ab.

In das nämliche Horn wie der französische Abgeordnete Taittinger blies der in Deutschland weilende Mitarbeiter des „Echo de Paris", indem er in einem (C) Artikel schrieb:

Wenn der Verband die Zollinie nach Verlauf von zwei Monaten, wo sie ihre Früchte zu tragen beginne, indem sie die **Kosten der Lebenshaltung im Rheinlande** beträchtlich herabdrücke,

(hört! hört! im Zentrum)

abschaffte, würde sie nur eine frivole Maßnahme gewesen sein.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Sie müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden, um Deutschland zum Innehalten seiner Verpflichtungen zu zwingen.

(Hört! Hört! und Zurufe rechts.)

Die Sanktionen haben also zur Verbilligung der Lebenshaltung im Rheinlande geführt!? Der Entdecker dieses Schatzes hat nach Rechtsgrundsätzen einen Anspruch auf dessen Hälfte.

Mit besonderem Nachdruck verteidigt die **Aufrechterhaltung der Sanktionen** auch der **Straßburger Professor** der Nationalökonomie Dr. **Branilhet**, der in einem Leitaufsatz über die Zollordnung in den rheinischen besetzten Gebieten die für Frankreich günstigen volkswirtschaftlichen Wirkungen ausführlich darlegt und zu dem sehr bezeichnenden Schlußergebnis kommt: „Es liegt jedenfalls die Wahrscheinlichkeit nahe, daß auf die Dauer das wirtschaftliche Werk der Hohen Rheinland-Kommission immer weiter um sich greifen wird."

Dann, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu derjenigen Äußerung übergehen, die uns im Augenblicke am meisten interessieren muß, nämlich zu den Mitteilungen des Herrn Ministerpräsidenten Briand. Der Herr Reichsaußenminister hat uns darüber gestern ja Ausführliches berichtet. Hieran anknüpfend darf ich bemerken, daß zwei **Kundgebungen des Herrn Ministerpräsidenten Briand** von wesentlicher Bedeutung sind; zu- (D) nächst eine Ausführung, die am 24. Juni vor dem französischen Kammerausschusse für auswärtige Angelegenheiten gemacht wurde und die in der Hauptsache die von ihm einige Tage vorher vor dem Staatsausschusse gegebenen Erörterungen wiederholte, weiter seine jüngst bei einer Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer präzisierte Stellungnahme. Über die erstere Kundgebung des Ministerpräsidenten lauteten die Zeitungsberichte wie folgt:

Was die Frage der Sanktionen anlangt, so sei die Aufrechterhaltung um so nötiger, als dadurch das Kabinett Wirth, das sich auf die wahrhaft demokratischen Elemente im Reiche stütze, konsolidiert werden müsse. Wenn die Sanktionen bereits jetzt aufgehoben würden, würde dies nur den pangermanischen Elementen zugute kommen.

(Zuruf rechts.)

Die Aufrechterhaltung der Sanktionen dient also dem Schutze des Kabinetts Wirth!? Als ich diese Mitteilungen zum ersten Male las, da glaubte ich, das Opfer eines Druckfehlers geworden zu sein, indem es heißen müßte: die Aufrechterhaltung der Sanktionen sei zum Schutze des Kabinetts Briand notwendig. Das würde für denjenigen einen rechten Sinn haben, der die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich einigermaßen kennt.

Bei seiner jüngsten Auseinandersetzung mit dem deutschen Botschafter Mayer hat nach den uns darüber gegebenen Mitteilungen der Herr Ministerpräsident Briand diese seine Ausführungen in wesentlichen Teilen ergänzt. Der „Temps" berichtet über diese Darlegungen etwa folgendes:

Wenn der Kanzler Wirth kürzlich gesagt habe, Deutschland brauche zur Einhaltung seiner Ver-

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) pflichtungen nicht gezwungen zu werden, dann müsse man fragen, von welchem Deutschland denn die Rede sei. Das Deutschland, das durch die jetzige Regierung vertreten werde, könnte vielleicht auf Vertrauen Anspruch erheben; das Deutschland aber, das die jetzige Regierung stürzen wolle, verdiene dieses Vertrauen nicht. Die deutschen Republikaner müßten erst beweisen, daß sie Herren im eignen Hause seien, bevor sie Frankreich verhindern wollten, die Parteien der Reaktion und der Revanche in Schach zu halten. Eine **demokratische Regierung in Deutschland** sei entweder eine bloße Fassade oder sie sei echt. Wenn die Demokratie ein Scheinbild sei, dann sollten die Parteien der Rechten so rasch wie möglich die Verantwortung übernehmen und zusehen, wieweit sie kommen würden. Wenn die Demokratie aber echt sei, dann müsse sie das in dem Reichstagsvotum aussprechen, das auf die Diskussion über die Sanktionen folgen werde. Dann müsse die Regierung auch jene wütende Agitation unterdrücken, die von den Leuten, die sich am Kriege bereichert haben und nun nicht die Kosten des Krieges zahlen wollen, gegen das Kabinett geführt wird.

Der Herr Ministerpräsident Briand hat also durch diese seine Ausführungen unzweideutig auf die Verhandlungen hingewiesen, die sich hier im Reichstage über die Sanktionen abspielen sollten, und er hat von uns eine bündige Erklärung darüber verlangt, wie sich unsere innerpolitischen Verhältnisse in Zukunft gestalten würden und ob die jetzige demokratische Regierung Herr der Situation bleiben und sich gegenüber den Angriffen der Oppositionsparteien durchsetzen werde. Soweit es an mir und an meiner Partei liegt, die frei von jedem Verdachte irgendwelcher

(B) „pangermanischer" Tendenzen ist und die im vaterländischen Interesse sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung an allen bisherigen Kabinettsbildungen beteiligte, will ich ihm diese Frage mit aller Offenheit und Deutlichkeit beantworten.

Wer dem Herrn Ministerpräsidenten Briand — und das darf er mir nicht übelnehmen — gesagt hat, daß die Aufhebung der Sanktionen nur von „pangermanischen" Elementen verlangt werde, der hat ihm einen ungeheuren Bären aufgebunden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Gewiß, es ist bedauerlich, daß in Zeiten äußerster Not und in den schwersten Schicksalsstunden unseres Vaterlandes die Parteimeinungen noch so weit auseinandergehen und so heftig aufeinanderplatzen, wie es heute vielfach der Fall ist. Aber das muß doch zweifelsfrei vor aller Welt festgestellt werden, daß in dieser Frage der **Sanktionen** und der **Notwendigkeit** ihrer **Aufhebung alle Parteien** von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken **einig** gehen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die erste Antwort, die ich dem Herrn Ministerpräsidenten Briand wahrheitsgemäß zu geben habe.

Der Ministerpräsident Briand verlangt weiter eine Auskunft über **unsere innerpolitischen Verhältnisse.** Im allgemeinen pflegen wir uns nicht in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Länder einzumischen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wenn aber der Herr Ministerpräsident Briand von uns eine Erklärung über unsere innerpolitischen Verhältnisse verlangt und ich ihm die gewünschte Antwort rückhaltlos geben werde, dann muß er es sich auch gefallen lassen, daß ich in notwendiger Verbindung mit dieser Antwort und in unlösbarem Zusammenhang mit dem zur Erörterung stehenden Gesamtproblem der Sanktionen auch (C) meine Meinung über die **innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs** hier offen zum Ausdruck bringe. Voranstellen möchte ich einen auf alle Verfassungsstaaten gleichmäßig anwendbaren staatsrechtlichen Grundgedanken. Eine starke und zielbewußte Regierung, deren Charakterbild nicht schwanken soll in der Geschichte, darf sich nicht verwirren lassen von der Parteien Haß und Gunst. Sie muß fest die Zügel in der Hand halten und mit starker Entschlossenheit die Führung übernehmen. Dann wird sie auch Volk und Parteien hinter sich haben. Das gilt von uns, — das gilt aber auch von anderen Ländern und nicht zuletzt auch von Frankreich.

Vor allem darf eine Regierung, gleichviel wie sie sich zusammensetzt, in Fragen des Rechts und der Moral sich nicht von populären Volksströmungen treiben lassen, sondern sie muß sich bewußt bleiben, daß auch in der Politik die gerade Linie der kürzeste und der sicherste Weg ist. Eine Regierung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Sicherung und Wohlfahrt des Landes. Will Herr Briand diesem Staatsgrundsatze Rechnung tragen, dann darf er sich auch in der Frage der Sanktionen, in Konsequenz seiner früheren Versöhnungsrede und seiner der deutschen Regierung rückhaltlos gezollten Anerkennung, nicht treiben lassen von gewissen nationalistischen, imperialistischen und militaristischen Kreisen, sondern er muß den Stimmen derer Gehör schenken, die, von Recht und Vernunft geleitet, für Versöhnung und für Aufhebung der Sanktionen sich einsetzen, und das sind in Frankreich vor allem weite Kreise der Industrie, des Handels und der Arbeiterschaft.

Ist es weiter Herrn **Briand** ernstlich darum zu tun, die gegenwärtige Regierung zu stützen und die **demokratische Republik in Deutschland** zu sichern, dann ist er auf dem besten Wege, das Gegenteil von dem zu erreichen, was er will. Eine deutsche Regierung, gleichviel in welcher (D) politischen Zusammensetzung, die sich auf die Sanktionen stützen müßte, würde keine Stunde Lebensdauer mehr haben; sie würde von der Entrüstung des ganzen deutschen Volkes weggeschwemmt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Umgekehrt aber hat gerade die Briandsche Gewaltpolitik der deutschen Republik niemals den Rücken gestärkt, sondern ist ihr überall in den Rücken gefallen. Sie hat namentlich auch der Demokratie Steine in den Weg gelegt, wo und wie sie nur immer konnte.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Liegt in Zukunft Herrn Briand ernstlich an einer stabilen Regierung in Deutschland und an dauernd geordneten Verhältnissen, dann darf er der nach seinem eigenen Zugeständnis zur Erfüllung der auferlegten Reparationspflichten ernstlich bereiten und um Wiederaufbau ehrlich bemühten deutschen Reichsregierung nicht durch solche unerträglichen Maßnahmen, wie sie auch die Sanktionen sind, die Aktionsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit entziehen und ihr den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Boden unter den Füßen wegreißen.

Herr Briand hat endlich, wie uns gestern der Herr Reichsminister des Äußeren mitgeteilt hat, sich darauf berufen, die Sanktionen könnten nicht eher zur Aufhebung gebracht werden, bis man sicher sei, daß aus Deutschland keine **irregulären Truppen** mehr gegen Frankreich ins Feld ziehen könnten. Ja, meine Damen und Herren, wo sollen denn diese irregulären Truppen sein? Herr Briand hat uns doch selbst zugegeben, daß wir pünktlich unsere Verpflichtungen erfüllt hätten in allen Teilen, auch bezüglich der Entwaffnung. Woher sollen jene irregulären Truppen kommen? Solche Erwägungen können nur die Folge bedauerlicher Autosuggestionen sein, ebenso wie die uns fälschlich immer wieder vorgeworfenen Revancheideen,

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) woran in Deutschland kein vernünftiger Mensch denkt, zumal solch wahnwitzige Rachegedanken unter den obwaltenden Verhältnissen ganz aussichtslos sein würden.

Eine weitere Bemerkung kann ich nicht unterdrücken. Wenn Herr Briand mit Recht gegen irreguläre Truppen vorgehen will, wo blieb denn diese scharfe Stellungnahme, als es für die Treuhänder galt, in Erfüllung der ihnen im Versailler Friedensvertrage auferlegten Pflichten die **Oberschlesier** zu schützen gegen **irreguläre Truppen**, die in polnischen Räuberbanden bestanden haben?

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Da versagten die französischen Truppen, und sie ließen im Einvernehmen mit den Insurgenten das den fürchterlichsten Plünderungen und Vergewaltigungen ausgesetzte Oberschlesien im Stich.

Noch ein Wort in diesem Zusammenhang! Man hat in französischen Kreisen, auch in solchen, die allmählich der Vernunft und der Gerechtigkeit Gehör schenken, sich darüber gewundert, daß in Deutschland eine für England immer günstigere und für Frankreich immer ungünstigere Stimmung Platz greife. Diese unleugbare Tatsache muß allerdings triftige Erklärungsgründe haben. Eine **Stimmung des Hasses gegen Frankreich** war bei uns vor dem Kriege ebensowenig vorhanden wie während des Krieges. Bis Kriegsausbruch zeigte sich bei uns vielmehr eine immer freundlichere Haltung zu Frankreich. Wenn eine Abneigung gegen irgendein anderes Land vorhanden war — ob mit Recht oder Unrecht, will ich hier nicht nachprüfen —, so ist es gegen England der Fall gewesen. Die Tatsache aber, daß Frankreich trotz des Friedensschlusses und trotz unserer zugestandenen Reparationsbereitschaft zu ständig verschärften und immer feindseligeren Maßnahmen gegen uns übergeht, muß weite Kreise des deutschen Volks zu der Überzeugung bringen, daß Frankreich alles daransetzen will, um uns zu ver-

(B) nichten. Daß diese Auffassung zu einer vielfach mit dumpfer Verzweiflung verbundenen Stimmung gegen Frankreich führen muß, ist nur allzu erklärlich. Will Herr Briand einen Versöhnungsworten Taten folgen lassen, dann muß er an erster Stelle die geradezu katastrophalen und ungerechten Sanktionen schleunigst aufheben. Ist er mit dem Herzen und mit der Seele dabei, dann wird in einträchtlichem Zusammenwirken der gemeinsame Wiederaufbau sich in einem ganz anderen Ausmaß vollziehen, als dies jemals durch Gewaltmaßnahmen erreicht werden kann.

Noch eine Frage muß ich in diesem Zusammenhang aufwerfen. Die **Sanktionen** sind von den **Verbandsmächten** durch **Mehrheitsbeschluß** angeordnet worden. Danach muß doch als selbstverständlich angenommen werden, daß auch zu ihrer Aufhebung Mehrheitsbeschluß genügt. Nicht nur England und Italien, sondern wahrscheinlich auch fast alle übrigen Staaten werden wahrscheinlich für Aufhebung der Sanktionen sein. Soll denn Frankreichs Wille allein entscheiden?

Meine Damen und Herren! Bevor ich noch zu Einzelheiten der Sanktionen übergehe, darf ich im Anschluß an die Ausführungen der Herren Vorredner ein Wort des Dankes aussprechen an unsere **treue rheinische Bevölkerung** und an die nicht minder treue Bevölkerung der **Rheinpfalz**, die diese Sanktionen haben über sich ergehen lassen und unerschütterlich und fest zum Deutschtum gestanden haben.

(Bravo!)

Ich will diesen Dank aber auch besonders ausdehnen auf den von der französischen Regierung ungerechterweise ausgewiesenen bisherigen Reichskommissar **v. Stark** der sich um die Rheinlande große Verdienste erworben hat.

Nun, meine Damen und Herren, haben die Herren Vorredner, der Herr Interpellant, der Herr Reichsaußenminister und der Herr Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, sich sehr ausgiebig mit den Einzelheiten der Sanktionen befaßt. Ich weiß, meine Damen und Herren, für einen rhetorischen Effekt ist die Aufzählung trockener Einzelheiten der Sanktionen nicht dienlich. Aber ich verzichte gern auf rednerischen Erfolg, wenn es sich um das Schicksal meiner rheinischen Landsleute und um die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes handelt. Ich erwähne vor allem einen Fall, der sich auf das neu errichtete Amt in **Ems** bezieht. Dort ist ein **Ausfuhramt** eingerichtet worden, dem die Regelung der Ein- und Ausfuhr obliegt. Es werden eins vom Tausend für die Einfuhr und fünf vom Tausend für die Ausfuhr an Gebühren berechnet. Diese **Gebühren** sollen angeblich dazu dienen, um die Auslagen zu decken. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß die Einnahme des Amts inzwischen erheblich mehr als 20 Millionen Mark monatlich betragen hat,

(hört! hört! im Zentrum)

dann rechtfertigt sich doch die Frage, ob wirklich die Kosten des Ein- und Ausfuhramts in Ems solch enorme Auslagen erfordert.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ist das aber nicht der Fall, dann ist die zweite Frage gerechtfertigt: was geschieht mit den Überschüssen, und werden sie uns auf die Reparationskosten angerechnet? Auf diese Fragen werden wir durch Vermittlung des Auswärtigen Amts eine klare und bündige Antwort verlangen müssen. Im Anschluß daran ist auch die Frage zu stellen, ob es nicht angezeigt ist, endlich einmal diese ganz enormen Kosten, die unseren Handel, unsere Industrie und unsere gesamte Wirtschaft empfindlich schädigen, herabzusetzen.

Eine **Freiliste** ist uns angekündigt worden. Sie ist von vielen Kreisen des Handels und der Industrie freudig begrüßt worden. Gewiß, etliche Erleichterungen sind dadurch geschaffen worden. Aber wenn man die Veröffent- (D) lichung der Freiliste bei Lichte besah, dann brachte sie uns wiederum eine schwere Enttäuschung, indem nämlich die **Westgrenze von Frankreich geöffnet** worden ist und dadurch zum schweren Schaden unserer heimischen Industrie und unseres Handels eine Fülle von **Luxusartikeln** in das besetzte und unbesetzte Gebiet hinübergeführt werden.

Im einzelnen lassen Sie mich nur kurz folgendes vortragen. Ich werde Ihnen diejenigen Sanktionen, die sich besonders schädlich bemerkbar gemacht haben und deren nachteilige Folgen für unsere ganze Volkswirtschaft mit besonderer Schärfe hervorgetreten sind, in lapidarer Kürze vortragen.

Eine **Verkehrsstockung** in schärfster Form hat sich **als Folge der Sanktionen** ergeben. Die Bahnhöfe sind verstopft. Oft stehen auf den Stationen 300 bis 400 Waggons.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Im Speditionsgewerbe herrscht Geschäftsstille. Der Verkehr zwischen dem linksrheinischen und rechtsrheinischen Gebiet weist täglich 300 Waggons von rechts nach links — weniger 900 Waggons — allein im Bezirk Crefeld auf. Die Reisedauer der Güter betrug früher 8 Tage, jetzt 4 Wochen. Das bedeutet einen Verkehrsausfall von 70 Prozent. Die Metallwerke haben keine Rohmaterialien mehr. Die Stockung des Versandes ist die unvermeidliche Folge. In den Maschinenfabriken macht sich ein starker **Rückgang der Aufträge** bemerkbar. In den Kiesgruben sind Stillegungen erfolgt. Die chemische und Ölindustrie weist Stockungen und Arbeiterentlassungen auf. Die Edelstahlwerke beklagen die Minderung der Erzeugung von 50 Prozent und müssen wöchentlich drei Feierschichten einlegen. Die Gießereien weisen Rückgang in der Bestellung auf. Die Waggonfabrikation ist ohne Aufträge.

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) Stillegung und Arbeiterentlassung drohen. Die Kesselschmiede haben keine Aufträge mehr.

In der **Samt- und Seidenindustrie**, im Seidenwarengroßhandel, in der Krawattenfabrikation ist der Versand erschwert. Die Aufträge gehen auf Berlin und Hamburg über. Die Fabriken müssen in das rechtsrheinische Gebiet verlegt werden. Heimarbeiterinnen der Krawattenindustrie sind ohne Arbeit. Die **Tabakindustrie** ist schwer geschädigt. In Goch allein sind 120 Arbeiter entlassen worden. Die **Beschlagnahme der Branntweinbestände** durch die Entente hat zur Folge, daß der Handel den benötigten Spiritus entbehrt. Die Ausstellung der Ein- und Ausfuhrscheine bringt wochenlange Verzögerungen.

Dazu treten die verheerenden **Wirkungen in der Landwirtschaft.** Gemüse- und Obstzölle betragen für die Packung 1 Mark statt eines Tonnenzolles. So kostet eine Waggonladung 800 bis 1000 Mark Zoll. Auf den Baumschulartikeln lastet gleichfalls ein viel zu hoher Zoll. Die Saatgut und Zolleinfuhr wird bedeutend verzögert; infolgedessen verspätet sich die Einsaat. Der Handel mit Großvieh und Ferkeln vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist sehr erschwert. Ausfuhrscheine haben 14 Tage Beschaffungsfrist. Maschinenteile für Erntemaschinen sind nur so verzögert zu beschaffen, daß inzwischen die Ernte vorbei ist. Die Molkereien haben Betriebsstörungen, weil Ersatzteile fehlen.

Das **Loch im Westen** öffnet sich wieder. Daß französischer Rotwein, Zigaretten, Kakao, Ananas, Parfüms usw. in Massen aus Frankreich eingeführt werden, haben schon die Herren Vorredner betont.

Der **Absatz von Kali** über die Grenze mit Gewinn von 20 000 Mark pro Waggon ist ebenfalls bezeichnend. Das Kalisyndikat will kein Kali mehr in das besetzte Gebiet liefern, weil die Schiebungen die Preispolitik gefährden. Dasselbe gilt vom Stickstoff.

(B) Außerordentlich groß ist ferner die **Gefahr der Getreideausfuhr.** Der Weizen kostet in Frankreich 80 Franks gleich 550 Mark pro Doppelzenter, während hier der Höchstpreis 230 Mark beträgt.

Die Verschärfung der **Wohnungsnot** durch die verstärkte Besatzung seit Inkrafttreten der Sanktionen hat sich in allen betroffenen Gegenden des **besetzten Gebietes** sehr schädlich bemerkbar gemacht. Aus der Fülle von Beispielen sei nur ein einziges hier herausgehoben. Der Stadtteil Krefeld-Bockum mit 10 000 Einwohnern hat, sage und schreibe, 2400 Franzosen Besatzung. Die beiden einzigen katholischen Volksschulen mit je zwölf Klassen sind vollständig belegt. Tausend Volksschüler sind ohne Unterricht. In Krefeld selbst sind 3300 Mann Truppen. Hierfür sind 75 Offiziers- und 210 Unteroffizierswohnungen und 40 Bureaus belegt.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Meine Damen und Herren! Diese meine Darlegungen machen leider keineswegs den Anspruch darauf, irgendwie vollständig zu sein. Es sind nur einige wenige Beispiele

(sehr wahr! im Zentrum)

aus den geradezu traurigen und verheerenden Wirkungen, die die Sanktionen im besetzten Rheingebiet gehabt haben.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Was von der Rheinprovinz gilt, gilt nicht minder auch von der **Rheinpfalz.** Die Pfalz ist durch die Gewaltmaßnahmen in besondere **wirtschaftliche Bedrängnis** geraten. Ihre alten Absatz- und Bezugsgebiete des Saarlandes und Elsaß-Lothringens sind durch die Zollschranken abgesperrt. Jetzt wird die einzige noch freie Entwicklungsbahn des pfälzischen Wirtschaftslebens nach dem rechtsrheinischen Gebiete, dem deutschen Mutterlande, durch die Rheinzollinie abgeriegelt. Durch die Sanktionen ist bewirkt worden, daß die Pfalz heute noch vom Transitverkehr umgangen wird. Dabei ist die deutsche Zollgrenze im Westen gelockert, so daß heute das linksrheinische Gebiet mit französischen Weinen überschwemmt und der pfälzische Weinbau, ein Hauptfaktor im pfälzischen Wirtschaftsleben, auf schwerste in seiner Existenz bedroht wird. (C)

Die süddeutsche Mühlenvereinigung hat am 6. Juni dieses Jahres bei der Reichsgetreidestelle Beschwerde gegen die gesetzwidrige Einfuhr von Auslandsmehl zu Wucherpreisen ins besetzte Gebiet erhoben, weil solche Schiebereien geeignet sind, das System unserer Getreidewirtschaft und Brotversorgung illusorisch zu machen. Das internationale Schiebertum feiert in der Rheinpfalz wie auch in der ganzen Rheingegend die tollsten Orgien.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie im Anschluß hieran noch einige Bemerkungen! In das ganze Rheinland wird jetzt hineingepumpt, was nur irgend geht, leider aber hauptsächlich überflüssige **Luxusgegenstände,** die man in den Ursprungsländern nicht verwerten kann. Für Bordeauxweine, französische Liköre, Champagner, Parfüms, Schokolade, Vanille sind bereits durch das Emser Ein- und Ausfuhramt **Einfuhrbewilligungen** im Betrage von vielen Millionen Mark erteilt worden,

(hört! hört!)

während man im übrigen mit der Ein- und Ausfuhrbewilligung sehr zurückhaltend ist. Zum Teil würden nach den uns zuverlässig gemachten Mitteilungen die bewilligten Einfuhrmengen genügen, nicht nur um das besetzte Gebiet, sondern um ganz Deutschland auf Jahre hinaus zu versorgen.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Die unvermeidliche Folge dieser Maßnahmen für das besetzte Rheinland wird gesteigertes Sinken des Absatzes, Einschränken und Einstellung des Arbeitsbetriebes und zunehmende Arbeitslosigkeit sein.

(Sehr richtig!) (D)

Die inländischen und ausländischen Schieber wissen unter dem Schutze der Verbandsmächte für bestimmte Waren die beschleunigte Ein- und Ausfuhr in Ems zu erlangen und besonders die Einfuhr von Luxusgegenständen zu ganz enormen Preisen zu erzielen. Dadurch wird die deutsche Geschäftswelt und das Deutsche Reich in beispielloser Weise geschädigt.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Es kommt noch eins hinzu: diese internationalen Schieber zittern schon vor Furcht, daß schließlich doch noch mal die Sanktionen aufgehoben werden könnten, und sie versuchen jetzt schon, bei den Verbandsmächten darauf zu drücken, daß Deutschland für diesen Fall verpflichtet werden müßte, alle bisher erteilten Einfuhrbewilligungen nicht nur für das Rheinland, sondern für ganz Deutschland anzuerkennen.

(Zurufe: Schiebung!)

Man kann beim besten Willen sich nicht vorstellen, daß die verbündeten Regierungen diesen Einflüsterungen Gehör schenken könnten; die Wirkung würde für die ganze deutsche Wirtschaft geradezu vernichtend sein.

Man vergesse hierbei auch nicht, daß diese ganz überflüssigen Einfuhrartikel doch bezahlt werden müssen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wo sollen wir aber die Devisen zur Bezahlung unserer Reparationsschuld hernehmen, wenn die Gegenwerte für unsere durch den 26prozentigen Ausfuhrzoll bereits eingeschränkte Ausfuhr auf die Bezahlung dieser Luxuseinfuhren geradezu draufgeht?

(Sehr richtig!)

Diese Frage dürfen wir doch auch einmal an die verbündeten Regierungen der Gegenseite richten.

Nun ist trotz aller dieser von uns ausgiebig geschilderten zerschmetternden Wirkungen der Sanktionen die

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) **Rheinlandkommission** in Koblenz geradezu fieberhaft tätig, immer wieder **neue Sanktionen** zu erfinden. In den letzten Tagen ist geradezu ein Trommelfeuer von Ordonnanzen auf das besetzte Rheinland losgegangen. Zu erinnern ist in dieser Beziehung an die Verordnung, die die Lostrennung der rheinischen Gebiete von der Reichsmonopolverwaltung vorbereitet. Es ist ferner eine sehr beachtliche Ordonnanz ergangen, durch die die Meldefrist für die **Zulassung zum Depot- und Depositengeschäft für alliierte Banken im besetzten Gebiet** bis zum 17. September 1921 verlängert ist. Neuerrichtete deutsche Banken können nach der deutschen Gesetzgebung unter keinen Umständen das Depot- und Depositengeschäft erlangen, wenn sie später als im September 1919 errichtet worden sind.

(Zuruf im Zentrum: Leider!)

Nun bedenke man, daß für die alliierten Banken schon die Begünstigung bestand, daß sie die Meldefrist bis zum März 1920 verlängert hat. Jetzt führt man eine Verlängerung herbei, deren Grund und Zweck, aber auch deren Erfolg leider allzu durchsichtig ist.

Inzwischen liest man sogar in französischen Zeitungen, Deutschland müsse die gesamten Kosten der französischen Mobilisation der Jahresklasse 19 tragen. An irgendeinem Rechtsmittel fehlt es natürlich auch in dieser Beziehung. Es ist im Gegenteil nach unserer festen Überzeugung die höchste Zeit, daß die geradezu entsetzlichen **Besetzungslasten** auf das erträgliche Maß herabgesetzt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Man hat im Rheinland, aber auch in ganz Deutschland, und ich glaube, weit über Deutschland hinaus kein Verständnis dafür, welche Zwecke denn eigentlich diese großen Besatzungen verfolgen sollen. Man hat uns bei den Sanktionen eröffnet, es seien lediglich Strafmaßnahmen
(B) und keinerlei militärische Zwecke hiermit verbunden. Auf dem Rechtswege müsse man sich im Wege der Zwangsvollstreckung die Sicherung der säumigen Vertragserfüllung verschaffen. Ist denn wirklich zur Zwangsvollstreckung gegen ein wehrloses Land und entwaffnetes Volk dieser ungeheure militärische Apparat erforderlich? Damals, als der Ablauf der Frist des Ultimatums bevorstand, wurde uns mitgeteilt, daß 120 000 Mann zum Einmarsch in das niederrheinisch-westfälische Gebiet bereit seien. Alles das sollte nur ernstlich dazu dienen, um das gekränkte Recht durchzusetzen? Ich meine, meine Damen und Herren, wenn man Gerichtsvollzieher schicken will, dann sind dazu doch nicht 120 000 bewaffnete Soldaten erforderlich!

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber in diesem Zusammenhange richte ich doch an die Reparations- und zugleich an die Garantiekommission, die von uns bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt neue schwere finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen verlangen, die Frage, wie sie diese für unsere Reparationsmöglichkeit geradezu unheilvollen Folgen der Sanktionen verantworten können.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ein Schlußgedanke! Wir stehen vor einem Wendepunkt der Weltgeschichte. Soll durch ungerechte und unvernünftige Fesselung die Drachensaat des **Völkerhasses** zu neuen blutigen Kämpfen ausreifen? Dann müssen alle, die jenen entsetzlichen **Völkerkrieg** als ein grauenvolles Schicksal erlebten, an der Menschheit verzweifeln.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann werden jene 10 Millionen Gefallener, die diesem Weltmorden geopfert wurden, aus ihren Gräbern die furchtbare Anklage erheben: wenn wir Toten erwachen! Wir wollen die Atmosphäre des Hasses verdrängen durch fruchtbringende Temperatur eines dauernden versöhnlichen (C) Friedens. An den Verbandsmächten ist es, die von uns ausgestreckte Friedenshand zu ergreifen und an die Stelle einer die Vormachtstellung zu Machterfolgen ausnutzenden populären Augenblickspolitik mit weitausschauendem staatsmännischen Blick eine großzügige und **dauerhafte Friedenspolitik** einzuschlagen. Die zwölfte Stunde hierzu naht. Noch ist es nicht zu spät. Eine furchtbare Verantwortung vor der Weltgeschichte muß diejenigen treffen, die die Zeichen der Zeit nicht erfassen und die Stunde versäumen.

Was man von der Minute ausgeschlagen,
gibt keine Ewigkeit zurück.

Die **Sanktionen** aber, meine Damen und Herren, tragen deutlich an der Stirn den **Charakter der Strafmaßnahme.** Sie sollen unverkennbar alles das zur Mitabgeltung bringen, was wir verbrochen haben sollen vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege. Gewiß, wir leugnen es nicht, manche Fehler sind von uns begangen worden. Wir sind keineswegs frei von Schuld. Wird aber bei den Sanktionen wieder und immer wieder uns die alleinige Schuld aufgebürdet, dann verstößt es gegen die obersten Rechtsgrundsätze, daß Ankläger und Richter in einer Person erscheinen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Darum rechtfertigt sich das von uns wiederholt gestellte Verlangen nach der **Einsetzung eines neutralen und unparteiischen Gerichtshofs,**

(sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei)

dem das gesamte Aktenmaterial mit Einschluß aller Geheimverhandlungen zu unterbreiten ist, wie es von uns bereits veröffentlicht worden ist. Eine unparteiische Geschichtsschreibung hat dereinst das Endurteil zu fällen. Ihr aber möchte ich ein Geleitwort auf den Weg geben: Das Recht des mit allen Machtmitteln ausgestatteten (D) Siegers ist viel leichter zu konstruieren und viel bequemer zu handhaben als das Recht des ohnmächtig Besiegten.

Und dann, meine Damen und Herren, darf ich noch eine historische Rückerinnerung aufgreifen. Just ein halbes Jahrhundert ist verflossen, da hat in der französischen Deputiertenkammer einer der hervorragendsten Schriftsteller seiner Zeit den Gedanken an die vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen. Damals wurde dieser Gedanke als eine leere Ideologie beiseite geworfen. Aber der Gedanke der **Solidarität der Völker Europas** unter Wahrung der nationalen Selbständigkeit und Eigenart wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Er muß in irgendeiner Form und irgendeiner Gestalt Fleisch und Blut gewinnen, wenn anders Europa wieder gesunden soll.

Die Stimme des einzelnen verhallt ungehört. Aber des bin ich gewiß, daß ich der Dolmetsch der Gefühle weitester Kreise unseres Volks und wohl aller Richtungen bin, wenn ich vor dem Inlande und Auslande folgendes feierlich versichere. Wir sind bereit, zur **Erfüllung** der uns auferlegten **Reparationspflichten** bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit zu wirken. Wir sind bereit, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau des aus tausend Wunden blutenden Europas, das der Verarmung ausgesetzt ist, zur Verhütung des katastrophalen Untergangs abendländischer Kultur. Wir sind bereit, mitzuwirken zur Herbeiführung einer wahren Völkerversöhnung und eines dauernden Friedens. Aber die oberste und unerläßlichste Voraussetzung ist unsere Gleichstellung und unsere **Gleichberechtigung mit allen anderen Völkern** und Nationen, vor allem die ungeteilte Zugehörigkeit Oberschlesiens zum deutschen Mutterlande und die Befreiung der besetzten Rheinlande.

(Lebhafter Beifall.)

(Dr. **Bell**, Abgeordneter.)

(A) Aus dieser weltfriedlichen Grundstimmung heraus und in Erfüllung des europäischen Solidaritätsgedankens rufe ich den Verbandsmächten zu: Laßt uns Licht und Luft und gebt uns unsere Freiheit wieder!

(Lebhafter Beifall im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Reichert.

Dr. **Reichert**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ein Pfälzer hat die Interpellation begründet, und nach dem Herrn Außenminister Dr. Rosen haben zwei Rheinländer gesprochen. Gerade dem letzten Redner, Herrn Dr. Bell, glauben wir gern, daß wegen der Willkür der Feinde tiefe Wehmut sein Herz beschleicht, ihn, der eine schwere, vielleicht die schwerste Stunde seines Lebens bei der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles verbringen mußte. Ich selbst bin gebürtiger Badener. Mich verbinden mit dem Rheinlande viele verwandtschaftlichen Beziehungen und mein Beruf. Daher bin ich von meiner Fraktion bestimmt worden, hier zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Die **rheinischen Gebiete** mit ihrer Sieben-Millionen-Bevölkerung gehören zu den gesegnetsten deutschen Landstrichen. Industrie und Bergbau, Landwirtschaft und Weinbau standen bis vor kurzem in Blüte. Der Handel und Wandel suchte seinesgleichen. Kunst und Wissenschaft und Kultur standen mit an der Spitze. Der Rhein selbst ist in Tausenden von deutschen Liedern besungen. Die Rheinlande haben auch eine glückliche geographische Lage. In der Nachbarschaft liegen Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, die Nordsee, auch Frankreich. Zahlreiche internationale Handelsbeziehungen gehen von den Rheinlanden und von der Pfalz in alle Welt. Gewaltig sind die Industrien aller Art, und eine intelligente Bevölkerung widmet sich dem Gewerbe.

(B) Es ist kein Wunder, daß Frankreich schon lange nach einem solchen Lande Gelüste zeigte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Jahrhundertelang wird schon in den französischen Schulen gelehrt, der Rhein sei „die natürliche Grenze Frankreichs". Dagegen hat ein Deutscher, Ernst Moritz Arndt, schon vor 100 Jahren ein Buch geschrieben: „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze". Es ist eine echt französische Auffassung, die sich aus dem Satz verkündet, und echt französisch ist der Geist, der zu den jahrhundertelangen Kämpfen geführt hat. Wir wissen, es war einmal **Frankreich** vergönnt, am **Rhein** festen Fuß zu fassen, durch einen Friedensschluß, den vom Jahre 1801 zu Lunéville. Damals wurde in die Abtretung des linken Rheinufers gewilligt.

Allein die **Annexionsgier Frankreichs**, die in den späteren Jahrzehnten durch Deutschlands Erstarkung erheblich gedämpft worden ist, hat sich im Jahre 1918 von neuem gezeigt. Im Versailler Vertrag wurde ihm der Raub Elsaß-Lothringens bescheinigt, und außerdem konnte es das Recht in Anspruch nehmen, für 5, 10 und teils für 15 Jahre bestimmte Gebiete des Rheinlands und der Pfalz zu besetzen. Allein die Zoll-Linie ist nur für ganz bestimmte Voraussetzungen vorgesehen. Trotzdem hat Frankreich nicht geruht und gerastet, immer von neuem seiner Annexionslust zu fröhnen. Ich führe dafür folgende Beispiele an.

Frankreich hat den Dortenschen Bestrebungen, eine rheinische Republik unter französischer Protektion zu gründen, allen Vorschub geleistet. Frankreich blieb es vorbehalten, das Loch im Westen aufzureißen, und die Franzosen waren es, welche nach dem Friedensschluß widerrechtlich in Frankfurt einrückten. Wir kennen auch die Mittel der „pénétration pacifique", nämlich die Kulturpropaganda, die Kunstausstellungen, die Paraden, die Feiern des napoleonischen Geburtstages und der Jungfrau von Orléans. Wir kennen aber auch den Kauf der Presse, überall, mag es sich ums Rheinland oder um das Saargebiet handeln. (C)

Es ist nicht eine Politik angenehmen französischen Geistes, wie uns Ästheten sagen würden, sondern es ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Verbindung von Zuckerbrot und Peitsche.

(Sehr richtig! rechts.)

Die **Leidenszeit**, welche die **Rheinlande** während der **Besetzung** durchzumachen haben, ebenso die Pfalz und nicht minder das Saargebiet, wird in der Geschichte dastehen als eine Zeit denkbar heroischen Leidens einer unschuldig geknechteten Bevölkerung. Mein Herr Vorredner hat mit Recht die Frage gestellt: Wozu Hunderttausende von Soldaten, um das wehrlose rheinische Volk zu bewachen? Wozu, will ich hinzufügen, die Überschwemmung mit Tausenden von Spitzeln und Provokateuren? Wir wissen, es ist eine gefährliche Politik, die Frankreich treibt. Es ist eine Nadelstichpolitik. Kein einziger, weder Bürger, noch Arbeiter, ist weit und breit verschont. Ich erwähne die Haussuchungen, die Wegnahme der Wohnungen, die Belegung der Schulen und die Verhinderung des Unterrichts, die Knebelung der Presse, die Bevormundung der Versammlungen und der Parteitätigkeit. Ich nenne die Knechtung der Wirtschaft und die Beengung der Politik in jeder Beziehung. Und zu alledem kommt noch etwas, was für den Europäer ganz unerträglich ist, der weiß, was Kolonialpolitik bedeutet. Das ist die **schwarze Schmach**,

(lebhafte Rufe: sehr wahr!)

die schwarze Schmach, an der jedes weiße Volk Anstoß nehmen muß. So sind wir in Deutschland nicht verwundert, daß selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich diesen deutschen und den neutralen Protesten laut angeschlossen haben. (D)

Frankreichs Ziel, meine Damen und Herren, steht unverrückbar fest. Es läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um uns zu knechten, um uns zu unterdrücken. Die Pariser Forderungen vom 29. Januar dieses Jahres waren es, welche die Androhung der **„Sanktionen"** brachten. Wenn ich von „Sanktionen" spreche, so möchte ich im Gegensatz zu meinen Vorrednern darauf aufmerksam machen, daß es bedauerlich ist, wenn die deutsche Propaganda, wenn die deutsche Politik, wenn die deutsche Presse das Wort „Sanktion" verwendet.

(Sehr richtig! rechts.)

Es war vor mir, ich glaube, Abgeordneter Dr. Kahl, der von dieser Stelle aus mit Recht darauf aufmerksam gemacht hat, daß „Sanktion" mit dem heiligen Recht der Menschheit nicht das Geringste zu tun hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Hier handelt es sich um nichts anderes als um ein gemeines Foltermittel.

(Sehr richtig!)

Hier handelt es sich um Gewalttaten, um Erpressungen.

(Sehr richtig!)

Daher wird jeder deutsche Protest, ob er vom Reichstag, von der Presse, ob er von der Regierung kommt, immer auf einen wesentlichen Teil des Auslands den Eindruck verfehlen, wenn dieses französische, meinetwegen auch englische Wort „Sanktion" genommen wird statt des richtigen deutschen Ausdrucks: Gewalttat und Erpressung.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß zu den militärischen Machtmitteln durch die Gewalttaten **wirtschaftliche Zwangsmittel** hinzugekommen sind. Es ist die **Zollinie**, und es ist die Zollregelung des Außenhandels und des Binnenverkehrs. Trotz bekanntlich weitgehender Angebote Deutschlands ist die Konferenz in London ab-

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) gebrochen worden. Dann kam die Besetzung der drei Rheinstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Es kam die Zollmauer, die 50prozentige Exportwertbeschlagnahme und dazu noch die Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets. Das Ultimatum ist angenommen worden. Trotzdem sind die Gewalttaten geblieben.

Wie ist nun die Lage? Mitten durch Deutschland hindurch läuft die Zollmauer der Entente. In Römerzeiten hatte man einen limes germanicus, einen Schutzwall vom Mittelrhein nach der Donau gezogen, damit die Römer, die ja weit in deutsches Land eingefallen waren, einen Schutz gegenüber der Abwehr der Germanen fänden. So stellt sich heute wie ein limes die Zollmauer dar, die von Holland durch ganz Rheinland und durch Hessen hindurchgeht, die Pfalz umfaßt und erst an der elsässischen Rheinecke endet. Zwischen die Rheinlande und die anderen deutschen Gebiete schieben sich also die Feinde hinein. Was sind die ungeheuren Folgen? Der Verkehr ist gestört, der Handel gehemmt, die Produktion verringert, denn Werke stehen still, und andere Betriebe arbeiten eingeschränkt. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Preise werden verteuert. Kurz, die Not der Bevölkerung wächst, während an Luxuswaren ein Überfluß herrscht, da die Schieber dafür sorgen.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren Vorredner haben mit Recht auf das Unwesen des **internationalen Schiebertums** aufmerksam gemacht. Einer der Herren Vorredner hat auch behauptet, es gäbe leider auch Deutsche, die sich daran beteiligten. Ich stehe nicht an, dem zuzustimmen, muß aber betonen, daß offenbar gewisse internationale Kreise erheblich stärker beteiligt sind und daß naturgemäß bei den zahllosen ausländischen Niederlassungen in Handelsbetrieben und Industriebetrieben diesem Unwesen Vorschub geleistet wird. Ein echter Deutscher hat mit diesen rheinischen Schiebern,

(B) diesen Sanktionsgewinnlern — so möchte ich sie nennen — nicht das mindeste zu tun.

(Sehr gut! rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, nicht das Rheinland allein leidet, sondern der Druck pflanzt sich auf ganz Deutschland fort. Da ist denn doch wirklich die Frage erlaubt, warum man die Interpellation Gareis dieser wichtigsten **Interpellation**, die es in dieser Session geben kann, vorgezogen hat.

(Sehr wahr! rechts. — Zwischenrufe.)

Es ist zweifellos richtig, daß es besser wäre, wenn die **Besetzung des Hauses** so stark wäre, wie sie gestern gewesen ist. Es wäre auch besser, wenn die Bank der Herren Minister so gut besetzt wäre wie gestern. Es kommt bei einer solchen Interpellation nicht darauf an, was wir uns gegenseitig zu sagen haben, sondern wir verlangen auch einen Widerhall auf den Bänken der Regierung und ein Echo in der Presse, um unseren Protest recht laut in die Lande und in alle Welt hinaus erschallen zu lassen.

(Sehr gut! rechts.)

Die **Ententezollinie** verwehrt den freien, ungehinderten und unbeschränkten deutschen Verkehr, auf den jeder von uns ein Anrecht hat. Der Verkehr ist von der Ententeerlaubnis abhängig. Das Rheinland gilt als Ausland, es wird von den Ententebehörden als Ausland behandelt, gleichgültig, ob es sich um den Verkehr mit dem tatsächlichen Ausland oder mit Deutschland handelt. Statt der drei alten Verkehrsbeziehungen, die man üblicherweise kennt, Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, haben die Franzosen mit ihren Ententefreunden nicht weniger als zwölf verschiedene Verkehrsbeziehungen erfunden, je nach Herkunft und Bestimmungsort, je nach Durchgang und Verkehrsweg, und haben nicht nur statistische Gebühren und Papierzölle, sondern auch Goldzölle eingeführt. Die Rheinlande stecken geradezu in einer Zwangsjacke. Wie soll die Bevölkerung arbeiten in dieser Zwangslage? (C)

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn gegen **Verhandlungen, die gewisse Wirtschaftsvereine mit der Interalliierten Rheinlandskommission** geführt haben, der Herr Abgeordnete Sollmann den Vorwurf erhob, daß solche Organisationen möglicherweise ohne Verständigung mit dem Reichskommissar Verhandlungen geführt haben, so möchte ich doch zu bedenken geben, ob den Organisationen denn etwas anderes übrig bleibt, wenn die feindlichen Kommissionen direkt an die deutschen Organisationen, mögen sie nun Unternehmerverbände oder Arbeitnehmerorganisationen sein, herantreten?

(Sehr richtig!)

Das Rheinland braucht Lebensmittel und Rohstoffe aus dem deutschen Gebiet ebensogut wie aus dem Ausland. Das Rheinland braucht aber auch die Absatzgebiete für seinen großen Überschuß an industriellen Produkten wie auch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, namentlich für seinen Wein. Daher kann sich das Rheinland dem Zoll nicht entziehen, und so stellt sich dieser Zoll dar als eine Extrakontribution neben der Reparation.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Folge dieser Zollmaßregel ist: die Rheinlande verlieren ihre Aufträge, den Kredit, Kapital und Zahlungsfähigkeit. Das ist die natürliche notwendige Folge der Absperrung. Selbstverständlich versäumen die Franzosen es nicht, künstlich nachzuhelfen, daß auch ganz Deutschland darunter leidet. Hierfür dient ihnen das Instrument der Erteilung und der Versagung von **Aus- und Einfuhrbewilligungen.** Hier wird zweifellos nach allem, was wir wissen, mit zweierlei Maß gemessen.

(Hört! Hört!)

Die Lieferungen aus den östlichen Provinzen Deutschlands werden nach dem Rheinland, nach der Pfalz und nach dem Saargebiet erschwert. Daraus ergibt sich ein großer (D) Mangel notwendiger deutscher Erzeugnisse für die rheinische Industrie und Landwirtschaft. Auf der anderen Seite wird jedoch der Verkehr aus den Fremdländern, namentlich aus Frankreich, erleichtert. So ergießt sich über das Rheinland und die Pfalz ein Strom von unnötigen Industrieerzeugnissen, aber auch von Luxuswaren, wie es bereits geschildert worden ist. Ich möchte zur Kennzeichnung dieser **Luxuseinfuhr** nur auf einen Fall aufmerksam machen.

Die **Gummiindustrie** hat es zu beklagen, daß in wenigen Wochen allein für 50 Millionen Mark Autoreifen und dergleichen eingeführt worden sind. Ein Kinderspielzeug, nämlich Luftballons, sind in einem Monat allein für 500 000 Mark importiert worden.

(Hört! Hört! rechts und links.)

Es ist sicher, daß sich die Ententeeinfuhr, selbst die nutzlose Einfuhr bereits auf Milliardenbeträge beläuft.

Man hat für diese Art der Regulierung des **Einfuhrhandels** das Wort **„Orientierung nach dem Westen"** geprägt. Es ist wohl richtig, daß eine westliche Orientierung vorhanden ist, nämlich für den Bezug an Waren, für den Import, genau so wie man im Saargebiet eine solche Orientierung nach dem Westen feststellen kann. Soweit das Rheinland Absatzgebiet für die Franzosen und die anderen feindlichen Länder ist, so weit hat es Interesse. Aber als Lieferungsgebiet für den Export nach den ebengenannten feindlichen Ländern besteht für die Rheinländer nicht das mindeste Interesse. Für die Einfuhr aus den westlichen Ländern ist das Loch aufgerissen, aber die deutsche Einfuhr östlich des Rheins ist verstopft. Da der Schutzzoll, beispielsweise in Frankreich, auf das Dreifache erhöht ist und da eine 26prozentige Ausfuhrabgabe zu bezahlen ist, kann eine Orientierung auch aus diesem Grunde nach dem Westen nicht stattfinden. Überall

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) Fesseln und Hindernisse für die Bewegung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft.

Diese Maßregelung und diese Gewalttaten sind unerträglich; denn die **Zollinie** durchschneidet ja nicht nur Provinzen, Regierungsbezirke, Land- und Stadtkreise, sie **trennt** die verschiedensten **Betriebe derselben Firmen**, sie trennt die Besitzer von ihren Fabriken, die Arbeiter von ihren Arbeitsstätten.

(Sehr richtig! rechts.)

Hunterttausende täglicher Sendungen werden kontrolliert und gehemmt. Fast alles wird überwacht, und die aufgestellte Freiliste hat nur eine untergeordnete Bedeutung. Meine Damen und Herren! Bedenken Sie, was es für die Wirtschaft heißt, wenn die Kohlengrube, die in engster Verbindung mit der Eisenindustrie steht, von dem Hochofenwerk getrennt wird, wenn sich die Zollmauer legt zwischen die Kokerei und die chemische Industrie, wenn das Elektrizitätswerk mit den Verbrauchern keinen direkten Verkehr aufrechterhalten kann, wenn Spinnerei und Weberei auseinandergerissen werden, wenn das Walzwerk nicht unmittelbar zur Maschinenfabrik herankann, wenn die Edelstahlwerke der Werkzeugindustrie nicht liefern können, wenn die Gerberei nicht mit der Lederfabrik zusammen arbeiten kann, wenn Weberei und Färberei in ihrer Arbeit gehemmt werden. Das sind einige wenige Beispiele dafür, wie tiefeingreifend die Zollmauer wirken muß.

Allein nicht nur die Privatindustrie und die Privatinitiative, sondern ebenso die Reichsverwaltung der Eisenbahnen verliert Hunderte und aber Hunderte von Millionen. Hier haben wir also nicht nur privat-, sondern auch volkswirtschaftliche, ja, ich möchte sagen, finanzwirtschaftliche, **fiskalische Nachteile**, die, je länger die **Sanktionen** dauern, desto schlimmer werden müssen.

Dazu kommt, daß die **Verzögerung**, welche die **Eisenbahnen** erleiden, auf jeden Betrieb und Wirtschaftszweig

(B) wirkt. Wie fürchterlich im einzelnen diese Dinge ausarten, geht daraus hervor, daß vor kurzem eine Sendung von Barmen nach München-Gladbach auf einer Strecke von noch nicht einmal hundert Kilometern eine Reisedauer von fünf Wochen hatte.

(Hört! Hört! rechts.)

Das stärkste Zwangsmittel, das sich die Entente, namentlich aber die Franzosen, geschaffen haben, liegt neben der Zollmauer in der **Überwachung** des ganzen **Verkehrs** mit Hilfe der **Ämter in Ems und Koblenz.** Da hat man die Entscheidung in die französischen Hände hineingespielt. Man hat absichtlich diese ehemalige Ausfuhrstelle von Köln aus dem Bereich der englischen Armee und Verwaltung herübergenommen nach Ems und Koblenz, wo die Franzosen etwas ungestörter unter sich sind. Da kann dann Frankreich seine Interessen fördern. Die englische Industrie und der englische Handel mögen darunter leiden. Das ist Frankreich einerlei, ebenso wie etwa die Lage der rheinischen Industrie und der rheinischen Bevölkerung. Es ist zwar in Ems ein Delegierter des deutschen Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung; allein es ist festzustellen, daß trotz der Anwesenheit dieser deutschen Amtsperson Mißbrauch seitens der Franzosen mit dem Amtsstempel des deutschen Delegierten getrieben wird.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Berliner Ausfuhrverfügungen bleiben unbeachtet, die frühere einheitliche Ausfuhrpolitik ist durchbrochen, namentlich die Preisfront ist zerschlagen, und es bildet sich von neuem eine Preisschleuderei heraus, so daß das ganze System der **Ausfuhrregelung** illusorisch geworden ist. Denn das Rheinland ist in manchen Erzeugnissen bis 40, ja 50 Prozent an der Ausfuhr Gesamtdeutschlands beteiligt. Leider hat auch unsere Regierung eine gewisse Schuld, daß die Ausfuhrregelung sich nicht mehr so vollzieht, wie es erforderlich ist. Namentlich die **Freiliste**, die auf Verlangen von Handel und Industrie vor dem Eintritt dieser „Sanktionen" veröffentlicht worden ist, leidet unter erheblichen (C) Mängeln und Irrtümern, so daß die Zollbehörden in Hamburg anders verfahren als Bremen und andere Grenzübergangsstellen. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß Widersprüche, die in dieser Liste gegen andere Verordnungen und Gesetze enthalten sind, ausgemerzt werden. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die unnötigen Kosten, die entstehen, Handel und Industrie erspart werden. Hier handelt es sich nicht etwa um eine Verringerung der Einnahmen von Ausfuhrabgaben, wie sie an die Zustimmung der Garantiekommission gebunden wäre, sondern einfach um die Ausräumung von Versehen, die weitgehende Nachteile für Exporteure zur Folge haben.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Das ganze System der Überwachung des Handelsverkehrs und der Bedrückung der Bevölkerung ist verbunden mit einer großzügigen **Handelsspionage.** Hier arbeitet man nicht nur mit allgemeinen Statistiken, sondern das Einzelgeschäft steht unter eingehender Kontrolle. Der Franzose weiß heute mit Hilfe seiner Emser und Koblenzer Stellen ganz genau, was für Abnehmer Deutschland im Auslande hat. Er kennt die Qualitäten, die Herstellungsverfahren, er kennt die deutschen Preis- und Lieferbedingungen. Das aber ist keine leere Neugier für die französischen Verwaltungsbeamten, sondern sie arbeiten praktisch, senden diese Unterlagen an ihre Handelskammern und Fachverbände nach Frankreich, und die Folge ist, daß kurze Zeit hinterher die rheinischen Firmen feststellen können, daß sie von französischer Seite bei ihren Auslandskunden Unterangebote vorfinden.

(Hört! Hört!)

Ja, die Industriespionage geht weiter. Man versendet von französischer Seite neuerdings viele Fragebogen an (D) die Industrie, um sich über alle möglichen Geschäftsgeheimnisse aufklären zu lassen.

Der Rheinzoll — wenn man seine Wirkung in kurzen Worten schildern will — zerreißt die Einheit unseres Wirtschaftsgebietes; er schwächt die Wirtschaftskraft und damit die Reichsfinanzen, er knechtet den Handel und macht den Arbeiter brotlos.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Zollinie ist ein Attentat auf die deutsche Arbeit und auf die deutsche Wirtschaft.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Obwohl nun für Rheinland viele Wirtschaftskreise eintreten und die rheinischen Waren bevorzugen, so ist doch der **Boykott ausländischer Waren** noch nicht weit genug gegangen. Ich bin der Auffassung, der Boykott gegen die unnötigen Auslandswaren, insbesondere die Ententewaren, ist die beste Antwort des deutschen Volkes gegen die feindlichen Vergewaltigungen und Erpressungen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Nebenwirkung, die aus einem solchen Boykott herausspringt, ist die Hebung der inländischen Beschäftigung, ist die Erhaltung des Beschäftigungsgrades. Deswegen sollten sich alle Kräfte gegen diese feindliche Quelle der Arbeitslosigkeit wenden und sollten in dieser Hinsicht volle Solidarität mit den rheinischen Brüdern zeigen.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es ist klar, daß sich die Gewalttaten letzten Endes gegen die **Arbeiter** richten. Die Einschränkung und Stilllegung der Werke und der Betriebe können nicht spurlos vorübergehen. Die **Verteuerung des Lebensunterhalts** ist überall sichtbar, und von einem Preisabbau kann gar nicht die Rede sein, namentlich dann, wenn die Valuta durch diese Überschwemmung mit ausländischen Waren noch weiter erschüttert wird. Keinen Stand, keine Be-

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) völkerungsschicht gibt es in Deutschland, welche von den Leiden unberührt geblieben wäre.

Aber einer Schicht muß ich besonders gedenken, und zwar sind das die **Staats- und Reichsbeamten.**

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Beamten sind in einen schweren Gewissenskonflikt gekommen, weil es die Regierung an einer klaren Parole über ihr Verhalten angesichts der Verhängung der Gewalttaten hat fehlen lassen.

(Hört! Hört! und Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir wissen, daß so gut wie aus Elsaß-Lothringen und aus dem Saargebiet, so auch aus den Rheinlanden zahlreiche aufrechte deutsche Männer und Frauen ausgewiesen worden sind, ja, daß selbst korrekte Beamte ihren Posten verlassen mußten, weil es die Entente verlangte. Ich gedenke des Rücktritts des verdienten Mannes, des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Herrn v. Stark; ich erwähne hier in diesem Zusammenhang auch die drakonischen Strafmaßnahmen, welche über eine ganze Reihe von Zollbeamten, die sich der Diktatur Frankreichs nicht fügen wollten, verhängt worden sind.

(Hört! Hört! rechts.)

Zolldirektor Mann erhielt drei Monate Gefängnis und 16 000 Mark Geldstrafe,

(lebhafte Rufe rechts: hört! hört!)

weil er das rheinische Zollgebiet verließ, da er sich nicht der französischen Zolldiktatur unterordnen wollte. Der Oberzollrat Weißmüller in Ludwigshafen bekam gleichfalls drei Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, die Zollinspektoren Heß und Mühlbdorfer 5 und 6 Monate Gefängnis sowie 12- und 8000 Mark Geldstrafe.

(Hört! Hört! rechts.)

Ja, wir haben gehört, daß vor kurzem in Düsseldorf auf einem Sportfest ein Redner, der ein Hoch auf die deutsche

(B) Jugend und den Sport ausbrachte, mit einer schweren Geld- und Freiheitsstrafe belegt wurde.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Unerhört!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in der Beziehung einig, daß wir diese Männer und Frauen, die solches zu leiden haben, nur ehren können,

(bravo! bei den Deutschnationalen)

denn die feindliche Strafe befleckt deren Ansehen nicht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Aber wir tadeln die Regierung, die keine klare Parole für das Verhalten der Beamten zur rechten Zeit herausgebracht hat.

(Zustimmung rechts.)

Unschlüssigkeit und Zaghaftigkeit ist noch nie eine Mannestugend gewesen, und gerade bei einer Regierung und bei Staatsmännern sucht man nach rechten, wahren Mannestugenden, die meines Erachtens durch den Begründer der Interpellation nur etwas schwach angedeutet worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich glaube, die rheinischen Männer, die rheinischen Führer, ob auf Arbeiterseite oder Unternehmerseite, sowie die Beamtenschaft haben mehr Rückgrat, mehr Mut und mehr Weitblick bewiesen.

(Sehr wahr! rechts.)

Sie haben es getan, obwohl Sie mit Leib und Gut ständiger Bedrohung ausgesetzt sind. Ich stelle fest: Kein Beruf, keine Volksschicht im Rheinland hat es daran fehlen lassen, immer wieder erneut zu protestieren, während wir von der Regierung gestern gehört haben, daß sie zwei kleine Proteste, nämlich bei der Verhängung der beiden sogenannten Strafmaßnahmen, eingebracht hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir wissen es der **rheinischen Bevölkerung** zu danken, daß sie immer wieder erneut auf die wirtschaftlichen Folgen der Diktatur der Feinde aufmerksam gemacht hat, die unbedingt den Zusammenbruch zur Folge haben muß. Sie (C) haben gezeigt, daß die Erfüllung der Reparationen, solange die Gewalttaten andauern, noch mehr erschwert, ja unmöglich gemacht wird. Wir wissen es zu schätzen, daß die rheinische Bevölkerung immer wieder erklärt hat: die Gewalttaten widersprechen dem Versailler Vertrag, sie widersprechen dem Rheinlandabkommen und dem Londoner Ultimatum.

(Sehr richtig!)

Keine Partei, mit Ausnahme vielleicht der Kommunisten, hat geschwiegen. Wir wissen, alles hat sich im Rheinlande gerührt, kein Beruf, keine Organisation hat gezögert.

Aber ich frage Sie: wo blieb der starke, der große Mann der **Regierung,** der der rheinischen Bevölkerung in ihren Nöten beigesprungen wäre? Wir haben zwei **Protestnoten.** Da sind ferner noch bescheidene **Erklärungen** im Regierungsprogramm, die nur besagen, man wolle die „Verfügung über die Zollgrenze". Ja, ist das alles, was man im Regierungsprogramm darüber sagen konnte?

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Hätte die Regierung nicht besser getan, von vornherein etwas strammer aufzutreten? In den Wandelhallen hörte man am 10. Mai, man habe alle Aussicht auf Beseitigung der Sanktionen, man habe Aussicht auf die Befreiung Oberschlesiens. Unser Kanzler redete seitdem viel von Freiheit, er sprach viel von der Einheit des Reiches, die man habe bewahren können. Das klingt mir ähnlich wie das französische: liberté, égalité, fraternité.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es sind nichts als hohle Schlagworte, es ist ein Beruhigungspulver für den biederen deutschen Bürger Michel. Wo ist die Einheit des Reichsgebiets? Am Rhein stehen heute mehr feindliche Truppen als je zuvor. Wo ist die Einheit des Wirtschaftsgebiets, der Zollverwaltung, der Monopolverwaltung, der Regelung des Außenhandels? Wo ist die Freiheit der Meinungsäußerung der Presse, (D) wo ist die Freiheit der Schulbildung und der Rechtsprechung? Wo ist die Freiheit der Verwaltung, die uns doch im Londoner Ultimatum bestätigt worden ist? — Papier ist offenbar geduldig. — Dort steht: „keine Einmischung in die deutsche Verwaltung". Die Entente schrieb es, die Entente vergaß es.

(Hört! Hört! rechts.)

Wann wird endlich unsere Regierung die Entente daran erinnern?

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es ist hohe Zeit, daß die deutsche Volksvertretung und die deutsche Regierung spricht, daß diese nicht nur spricht, sondern auch handelt. Denn die französische Politik, in gewissem Sinne auch die Politik der gesamten Entente denkt nicht an Nachgeben, sondern nur ans Festhalten. Ja noch mehr, wenn die Meldung der„ Vossischen Zeitung" vom 25. des vergangenen Monats richtig ist, dann steht im **Programm der französischen Politiker** sogar mehr als Aufrechterhaltung, es steht darin Ausdehnung und **Verschärfung des rheinischen Zollregimes.** Es heißt klar und deutlich und vollkommen offen: Loslösung von der deutschen Wirtschaft, Loslösung vom deutschen Boden, Loslösung von der deutschen Bevölkerung. Zuerst hat man, nachdem man in den Gewaltmaßnahmen schon sehr weit gegangen war, das Alkoholmonopol übernommen und damit diese Einheit durchbrochen, selbstverständlich zugunsten der französischen Schnäpse und Spirituosen. Und nun denkt man daran, die ganze Finanzverwaltung im Rheinland an sich zu reißen. Es ist interessant, daß diese Feststellung der französischen Politik selbst für die französisch frisierte und französisch fühlende „Tante Voß" etwas zu viel ist. Ferner ist mit Recht von einigen Vorrednern hervorgehoben worden, daß die französische Presse die Einrichtung eines rheinischen Zollparlaments unter

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) französischer Spitze propagiert. Man will ferner die französischen Kapitalisten veranlassen, genau wie an der Saar sich der großen Werke, der großen Handels- und Industrieunternehmungen zu bemächtigen. Gestern hat ferner mit allem Ernst der Herr Außenminister Dr. Rosen den Beschluß des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer vorgetragen, der zu denken gibt. Danach ist der französische Kammerausschuß gegen Aufhebung der Sanktionen vor völliger Erfüllung. Meine Damen und Herren! Das ist das Niederschmetterndste, was hier erklärt werden konnte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Denn das bedeutet nichts anderes, als daß erstrebt wird, die Erpressung und die Gewalttaten zu einem Dauerzustand zu machen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wenn man sich alle diese französischen politischen Maßnahmen vor Augen hält und sie, wie es der Herr Interpellationsbegründer Dr. Zapf getan hat, mit der **Bismarckschen Politik** vergleicht, so kommt man zu recht interessanten Dingen. Wir wissen, daß Bismarck im Frankfurter Frieden, der am 10. Mai 1871 geschlossen worden ist — genau 50 Jahre vor dem Tage, als der Reichstag hier an der Annahme des Ultimatums leider nicht vorübergegangen ist —, eine Politik der Versöhnung Frankreich gegenüber getrieben hat. Bismarck hat die Entschädigungspflicht so eingerichtet, daß Frankreich innerhalb von zwei bis drei Jahren von jeder Besatzung, von jeder Entschädigung frei war. Bei uns sind jetzt zwei, ja fast drei Jahre seit Kriegsende vergangen, und bei uns fängt die Auspressung der Wirtschaft, bei uns fängt die Schadensersatzleistung eigentlich erst recht an; denn daß wir inzwischen 20 Milliarden in Gold und Goldeswerten gegeben haben, davon spricht man kaum in der Welt. Bismarck hat — auch das muß erklärt werden — der

(B) französischen Politik die Wege geebnet. Ich erwähne nur die Erleichterung der Ausdehnung des französischen Kolonialgebiets. Wo wäre heute entsprechend diesem Deutschland der Bismarckschen Zeit gegenüber Frankreich ritterlich aufgetreten? Wo ist die Ritterlichkeit, die angeblich sprichwörtlich sein soll in Frankreich? Sie wird vergebens gesucht. Auch da gilt offenbar das lateinische Wort: lucus a non lucendo.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß es auch vereinzelte **warnende Stimmen** auf französischer Seite **in der französischen Presse** gibt. Wir können da lesen, ehrenhafterweise seien die Gewaltmaßnahmen nicht mehr aufrechtzuerhalten,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

nachdem der Anlaß weggefallen sei. So der „Petit Parisien". Und Gustave Hervé in „La Victoire" schreibt, wenn nicht uneingestehbare Hintergedanken, wie etwa der, heuchlerisch die Annexion vorzubereiten, beständen, dann gäbe es kein gültiges Recht, den Zollgürtel in Deutschland aufrechtzuerhalten,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

dann bestände kein Recht, Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf weiter zu besetzen. Allein wir wissen, daß solche Stimmen auf **Briand** und offenbar auf die ganze französische Kammer und damit auf die **französische Politik** bisher ohne jeden Einfluß geblieben sind. Vorige Woche brachte es Briand fertig, Lord Curzon noch zu erklären, er sei „entschlossen, die Strafmaßnahmen erst dann aufzuheben, wenn Deutschland weitere Beweise für die gerechte Durchführung der Verpflichtungen gebe und wenn der nationalistische und militaristische Geist in Deutschland, der das Kabinett Wirth zu stürzen drohe, eine Änderung erfahre". Er, Briand, sei der Ansicht, daß die „Stellung des Kabinetts Wirth nicht gefestigt werde, wenn man diesem Kabinett den Anschein geben wolle, als sei es berufen, die Kastanien für andere aus dem Feuer zu holen". Briand hat also keinen einzigen starken, wahrhaftigen und gerechten Grund für die Aufrechterhaltung der Erpressungen gefunden. (C)

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Daher sucht er nach Gründen. Es besteht kein einziger Hinweis auf Rechtsdokumente, kein Hinweis auf den Versailler Vertrag, auf das Rheinlandabkommen, auf das Londoner Ultimatum. Nein, die reine brutale Willkür tritt hier klar zutage.

(Sehr wahr! rechts.)

Briand bringt es fertig, „weitere Beweise" für den deutschen guten Erfüllungswillen zu verlangen. Das, meine Damen und Herren, ist die einfachste Formel, für alle Zeiten die Sanktionen aufrechtzuerhalten. Das ist die Verschiebung der Aufhebung der Gewaltaten auf Sankt Nimmerleinstag.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist die schwerste Enttäuschung der Ja-Sager,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

die leider in diesem Hause in der Mehrheit waren. Die Schmeicheleien Briands für das Kabinett Wirth bieten wahrhaftig keinen Ersatz dafür. Sie sind nichts als Redensarten, etwa so: dem Kanzler zuliebe könnte man es ja eigentlich, aber die Schwächung des Kabinetts wäre dann zu befürchten. Ein blutiger Hohn für Kanzler und Kabinett, nichts anderes!

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wenn aber Briand glaubt, den nationalen Geist in Deutschland schwächen zu können durch Aufrechterhaltung der Gewaltmaßnahmen, so irrt er.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Rechtsparteien werden erstarken, je länger die Sanktionen dauern, und um so schwächer wird das Kabinett Wirth werden. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Da das Kabinett erfüllen und alles tun will, was verlangt worden ist, müßte eigentlich Briand als folgerichtiger Politiker zu ganz anderen Resultaten in seiner Politik kommen. Die Gewaltmaßnahmen schwächen im Rheinland und in ganz Deutschland die Möglichkeit, überhaupt eine Reparation in bemerkenswertem Umfange zu leisten, je länger sie dauern Daher ist eigentlich letzten Endes die Haltung der Entente vollkommen widersinnig. Der Kanzler verspricht beinahe alle Tage Erfüllung und erweckt den Anschein günstiger Finanzen, wie in seiner Essener Rede,

(Zuruf von den Deutschnationalen: Leider!)

er liebäugelt mit der Demokratie und der Republik.

(Ruf links: Schrecklich!)

Trotzdem halten die Franzosen natürlich fest, denn, meine Damen und Herren, die sehr junge deutsche Demokratie wird doch von französischer Seite noch lange nicht als voll, noch lange nicht als ebenbürtig angesehen. Es kommt mir beinahe so vor, als ob der alte Besitzer dieser demokratischen politischen Künste auf den Deutschen wie auf einen Parvenüdemokraten herabsieht.

(Heiterkeit rechts.)

Die französische Revanchelust setzt sich darüber hinweg. Die Franzosen nutzen die Lage aus. Für sie gilt der Spruch: Divide et impera! Das ist nicht mehr eine pénétration pacifique, das ist vollkommen die pénétration violente. Es ist ein Knechten, ein Aussaugen, getrieben von dem Haß gegen alles Deutsche und veranlaßt von einer unglaublichen feigen Angst. Haß und Angst machen den Franzosen blind.

Da hilft kein Schöntun des Kanzlers, wie etwa in seiner Regierungsprogrammrede, da hilft keine sanfte An-

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) frage an Briand, wie der Kanzler es damals beliebt hat, sondern wir müssen andere Mittel anwenden.

(Hört! Hört! links.)

Denn Frankreich, meine Damen und Herren, stand allein, sowohl in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets wie auch in der Erhaltung der Gewalttaten gegenüber Deutschland. Hier muß man diplomatisch handeln.

(Rufe bei den Sozialdemokraten: Aha!)

Hier muß man entschieden auftreten.

(Lachen links. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das sind die anderen Mittel!)

— Ja, Sie (nach links) sind natürlich in der Beziehung mehr französischen Geistes.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Ich hätte von einem ehemaligen Minister, wie von Ihnen, Herr Koch, erwartet, daß es Ihnen, Ihrem Scharfsinn und Ihrer Belesenheit nicht entgangen wäre, daß Lord Curzon wie Lloyd George schon vor langer Zeit gesagt haben, daß Deutschland berechtigt ist, die Aufhebung zu verlangen. Wenn also tatsächlich eine große **Uneinigkeit** im Lager der **Entente hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Gewalttaten** besteht, dann glaube ich, daß angesichts dieses Zwiespalts die Situation wahrhaftig nicht allzu ungünstig für die Regierung und Diplomatie ist. Es fehlte eben in der Beziehung das zielbewußte Auftreten der Regierung, und zwar von vornherein.

Die **Sanktionsfrage** ist bereits bei der ersten Regierungserklärung falsch behandelt worden.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Das **Londoner Ultimatum** sprach zwar davon, es dürften keine Vorbehalte und keine Bedingungen gestellt werden; allein diese Vorbehalte und Bedingungen bezogen sich nur auf vier ganz bestimmte Punkte, die besonders genannt waren, wie die Entwaffnung, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher und dergleichen, aber es war

(B) nicht verlangt, daß überhaupt keinerlei Bedingungen und keinerlei Vorbehalte von der deutschen Regierung gemacht werden dürften. So hätte sich die Regierung nicht mit einem ganz bescheidenen Säuseln begnügen dürfen: wir „setzen voraus", daß die Sanktionen fallen, sondern der Kanzler mußte verlangen, daß Zug um Zug mit der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums auch die Gewaltmaßregeln aufgehoben würden.

(Sehr richtig! rechts.)

Zugleich mußte er verlangen, daß Oberschlesien geräumt würde. Wir beklagen sowohl in der oberschlesischen wie in der rheinischen Frage die übergroße **Passivität der Regierung.**

(Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Sehr wahr!)

Die formellen Proteste sind ungenügend; hier mußte für wiederholte Begründung und Vorstellung gesorgt werden. Denn die Milliarden an Volksvermögen, die verloren gegangen sind, die Knechtung der rheinischen Bevölkerung darf ein Staatsmann nicht ruhig mit ansehen.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Herr Dr. Rosen, der neue Herr Außenminister, hat uns gestern eine Erklärung der Regierung abgegeben. Darin hat uns eigentlich nur eine einzige Stelle gefallen, nämlich die, wo er den Dank für treues Aushalten an die rheinische Bevölkerung ausspricht und wo er sagt, daß der französische Standpunkt mit Recht und Billigkeit unvereinbar sei. Aber im übrigen war die Erklärung schwach; sie war fade wie abgestandene Limonade.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Die Regierung hat zwar Noten, zwei Noten geschickt, einmal wegen der Besetzung der drei rheinischen Städte, dann wegen der Verhängung des Zollregimes. Warum hat denn die Regierung nicht mehr die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten, um das ganze Volk noch mehr hinter sich zu scharen? Die Regierung erklärt, mit der Annahme des Ultimatums hätten die Sanktionen jeden (C) Rechtsgrund „verloren". Ja freilich, — aber mehr als das: ein Rechtsgrund hat nie bestanden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Die Regierungserklärung sagt ferner: „Die Sanktionen sind ein großes Unrecht!" — Nein, eine schreiende, eine brutale Willkür!

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

„Es bestehen bei der Regierung Zweifel, daß Deutschland das Londoner Ultimatum erfüllen kann, solange die Sanktionen aufrechterhalten bleiben." — Nein, es besteht eine Gewißheit dafür. Das haben sämtliche Redner bisher hier behauptet.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ferner wurde von der Regierung Lord Curzons Erklärung hier ja angeführt: „nur dieselbe Autorität könne die Sanktionen aufheben, die sie beschlossen habe". — Nein, wir sind anderer Auffassung. Im Gegenteil, für die Aufrechterhaltung der Sanktionen müßte bei den Alliierten schon eine Einstimmigkeit und ein neuer Beschluß herbeigeführt sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und dann diese unglaubliche, merkwürdige Erklärung, die wir aus der französischen Presse, aus den Kreisen der französischen Politiker, ich glaube, selbst aus dem Munde von Briand direkt oder indirekt gehört haben, nämlich: „die französische Regierung wolle erst vollständige Sicherung vor jeder **Gefahr durch irreguläre deutsche Truppen**".

(Lachen rechts.)

Mein Herr Vorredner, Herr Dr. Bell, hat das bereits als einen ganz lächerlichen Vorwand gebrandmarkt. Denn Deutschland ist entwaffnet, und Frankreich starrt in Waffen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Frankreich steht mitten im entwaffneten Deutschland! Wo gibt es denn noch Truppen, die Frankreich einen Grund zur Furcht geben könnten? Die bestehen nur in der fran- (D) zösischen Phantasie und in der französischen Angst.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Wenn die deutsche Regierung täglich verspricht, das Londoner Abkommen getreulich zu erfüllen, und wenn sie keine starken Worte gegen die Gewaltmaßnahmen findet, die zum Himmel schreien, dann bedeutet das ja eigentlich nichts anderes als ein ständiges Vergeben und Verzeihen, eigentlich einen Freibrief für weitere Gewalt.

(Wiederholt lebhafte Zustimmung rechts.)

Nach Lage der Dinge muß man feststellen, daß diese Regierung, die doch Erfolge brauchte und benötigte, um sich zu halten, ein völliges Fiasko erlitten hat.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir wissen: sonst ist das deutsche Volk gleichgültig und abgestumpft geworden; aber hier in dieser Frage, in der oberschlesischen und in der rheinischen Frage herrscht noch Empfindlichkeit.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Da zuckt der geschundene deutsche Körper. Hier erhebt sich ein Schrei der Empörung aus allen Kreisen gegen diese Gewalttaten. Hier heißt es: Kanzler, handle! Denn das Volk erwartet es, und die Rheinländer brennen darauf!

(Lebhafter Beifall rechts. — Zurufe links.)

Vizepräsident **Dittmann:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir wollen zunächst den 6. Gegenstand der Tagesordnung erledigen, also die ausgesetzte

Gesamtabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Staatsgerichtshof (Nr. 713, 2376 der Drucksachen), vornehmen.

(Vizepräsident **Dittmann.**)

(A) Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, müssen nach Artikel 76 der Reichsverfassung zwei Drittel der gesamten Mitglieder des Hauses anwesend sein, und es müssen auch zwei Drittel der anwesenden Mitglieder für das Gesetz gestimmt haben. Das Büro ist einig, daß zwei Drittel der gesamten Mitglieder des Hauses anwesend sind.

Ich werde nun die Abstimmung vornehmen lassen und bitte diejenigen Damen und Herren, die für die Annahme des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sind, wie ihn das Plenum des Hauses in dritter Beratung gestaltet hat, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke! Das Büro ist einig, daß zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Hauses für die Annahme des Gesetzentwurfs gestimmt haben. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir fahren nun in der eben abgebrochenen Beratung fort.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Breitscheid.

(Unruhe.)

— Ich bitte um Ruhe für den Redner!

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn es den Interpellanten darum zu tun gewesen ist, die Unerträglichkeit und die rechtliche Unhaltbarkeit und **Unzulässigkeit der Sanktionspolitik der Entente** darzutun, so befinden wir uns mit ihnen in sachlicher Übereinstimmung. Auch meine Freunde von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kennen und beklagen aufs tiefste die schweren wirtschaftlichen und politischen Schäden, die unserem Lande und unserem Volke aus der Besetzung der Städte in der Rheinprovinz und noch mehr aus der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein erwachsen (B) sind und fortdauernd erwachsen. Wir verurteilen diese Politik der Ranküne und Schikane, die geeignet ist, die Beziehungen zwischen den Nationen statt zu verbessern, immer mehr und immer aufs neue zu vergiften.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir bedauern aufs tiefste, daß die Sieger im Weltkrieg sich als gelehrige Schüler derjenigen erwiesen haben, die vor einigen Jahren auch einmal glaubten, daß militärisch niedergeworfenen Völkern gegenüber jede Gewaltmaßregel politisch geboten und moralisch gerechtfertigt sei.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stehen deshalb nicht beiseite, wenn die alsbaldige Aufhebung der Sanktionen mit aller Dringlichkeit gefordert wird.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Laufe der Debatte sind genügend Einzeltatsachen angeführt worden, die die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustands beweisen. Ich will mich nicht in Wiederholungen ergehen und will auch die Zahl dieser Tatsachen meinerseits nicht vermehren. Ich will nur noch einmal auf die gewaltigen, ans Lächerliche grenzenden **militärischen Ansprüche in den besetzten Orten** hinweisen. Schulen werden ihrer Bestimmung entzogen, man fordert Kasernen, man fordert Luftschiffhäfen, als ob für ewige Zeiten die riesigen Ententeheere auf einem Gebiet untergebracht werden sollten, dessen deutscher Charakter von keinem Vernünftigen in Zweifel gestellt werden kann.

Besonders auf die **zollpolitischen Vorkehrungen** und Maßnahmen möchte ich noch mit einigen Worten eingehen. Durch die Verordnung Nr. 82 der Rheinlandskommission ist nicht nur festgesetzt, daß der Warenverkehr den Beschränkungen unterliegt, die auf Grund der deutschen Bestimmungen in Kraft sind, sondern dieser Art. 82 gibt der Rheinlandskommission auch das Recht, durch einfache Anordnung die bestehende Regelung in der ihr angebracht (C) erscheinenden Art und Weise zu ändern. Das Wirtschaftskomitee der Interalliierten Rheinlandskommission übernimmt die Oberleitung der Dienststelle für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen.

Die **Zollinie,** die errichtet worden ist, zerreißt einen lebendigen Wirtschaftskörper. Ihre Einrichtung fügt einem großen Teil der Industrie und des Wirtschaftslebens gewaltige Schläge zu. Ich möchte nur des Beispiels halber auf die **Solinger Kleineisenindustrie** hinweisen, die ungeheuer unter den zollpolitischen Maßnahmen leidet, die unter dem Deckmantel der Sanktionen errichtet worden sind. In der Solinger Kleineisenindustrie fehlt es an Arbeit. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Die Verelendung der Bevölkerung ist die Folge einer solchen Politik. Und was von diesem Zweig der Industrie gilt, gilt von anderen Zweigen an anderen Orten.

Der Art. 82 der Interalliierten Rheinlandskommission, der die Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligungen einer Unterkommission der Rheinlandskommission übergibt, öffnet aber aller Willkür Tür und Tor. In den letzten Tagen ist ja davon gesprochen worden, daß gewisse Erleichterungen Platz greifen würden. Man will die **Freiliste** vergrößern, man will eine Anzahl von Artikeln, die bisher der Behinderung beim Eingang in das besetzte Gebiet und bei dem Ausgang aus dem besetzten Gebiet unterlagen, der Freiliste zufügen. Das bietet allerdings gewisse Vorteile für bestimmte Industriezweige, andererseits bedeutet aber diese sogenannte Erleichterung auch eine Erhöhung der Einfuhr aus Frankreich und aus Belgien, und zwar insbesondere der **Einfuhr von Luxusartikeln,** der Einfuhr von Seiden und Parfümeriewaren, von Sekt, Kognak und sonstigen recht überflüssigen Dingen, deren Hineinbringen nach Deutschland geeignet ist, unsere Valuta noch weiter zu verschlechtern. (D)

Freilich, man würde alle diese Waren nicht durch das Loch im Westen nach Deutschland schieben, wenn man nicht auch auf Absatz dieser Luxusartikel rechnen könnte. Aber wir müssen nun einmal die Tatsache als feststehend ansehen, daß der Patriotismus und die laut betonte Ethik aller ehemaligen Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei nicht ausreichen, um die Invasion fremder Luxusartikel fernzuhalten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb sind stärkere Abwehrmaßnahmen gegen eine solche Überflutung mit ausländischen Waren am Platze, stärkere Maßnahmen, deren Anwendung aber durch die Art der Durchführung der Sanktionen unmöglich gemacht wird.

Alle diese Maßnahmen, die die Entente ergreift und ergriffen hat, waren nun zur Not — ich sage: zur Not — verständlich, solange es sich darum handelte, Deutschland zur **Annahme des Ultimatums** geneigt zu machen. Wir waren berechtigt, diese Sanktionen zwar für höchst bedenklich, aber doch für vorübergehende Pressionsmittel zu halten. Aber warum werden diese Pressionsmittel auch heute noch aufrechterhalten? Warum denkt man nicht daran, mit dieser **Sanktionspolitik** ein Ende zu machen, nachdem nicht nur das Ultimatum unterschrieben ist, sondern die deutsche Regierung auch nach unserer Überzeugung vollgültige Beweise für ihren guten Willen erbracht hat? In Paris erklärt man in der Presse und in den Parlamentskommissionen, die Drangsalierungen müßten aufrechterhalten werden und andauern, bis endgültige Beweise des guten Willens der deutschen Regierung vorlägen oder gar, was noch viel weiter geht, bis alles das erfüllt sei, was zu erfüllen wir durch die Annahme des Ultimatums uns verpflichtet hätten, das heißt die Sanktionen müßten auf Jahrzehnte hinaus oder bis zum Sankt Nimmerleinstag in Kraft bleiben.

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Wir haben die Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß, wenn es sich bei einer Regierung darum handelt, daß sie sich ihren Verpflichtungen entzieht, es nicht die deutsche, sondern die französische Regierung ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir verweisen auf die Worte, mit denen der englische Ministerpräsident **Lloyd George** auf der **Londoner Konferenz** am 3. März d. J. das **Inkrafttreten der Sanktionen** angekündigt hat. Ich verlese seine Auslassungen im Wortlaut. Lloyd George sagte:

> Wir haben beschlossen, im Hinblick auf die schon begangenen Verletzungen und auf die in den deutschen Vorschlägen dargelegte Entschlossenheit Deutschlands, weiterhin dem Vertrag zu trotzen und ihn wegzuerklären, im Hinblick auf die Herausforderung, die sich nicht nur in diesen Vorschlägen, sondern auch in den Erklärungen äußert, die in offiziellen Darlegungen der deutschen Regierung in Deutschland gemacht worden sind.

— Er spielte auf die Reden des Ministers Simons innerhalb und außerhalb des Parlaments an. —

> Wir haben beschlossen, daß wir handeln müssen auf Grund der Annahme, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nur nicht nachkommt, sondern mit Bedacht nicht nachkommt.

Er fuhr fort:

> Wenn wir nicht bis Montag hören,

— seine Rede war an einem Donnerstag gehalten —

> daß Deutschland bereit ist, entweder die Pariser Beschlüsse anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem, in gleichem Maße befriedigendem Wege seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles unter Berücksichtigung der in den Pariser Vorschlägen gemachten Zugeständnisse erfüllen, so werden wir von diesem
(B) > Zeitpunkt an auf Grund des Friedensvertrages folgendermaßen vorgehen . . .

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben schon damals die Meinung ausgesprochen, daß die Berufung auf den Friedensvertrag unangebracht war. Wir halten an dieser Auffassung auch heute fest.

Aber lassen wir diese Streitfrage einmal beiseite. Tatsache ist jedenfalls, daß die Voraussetzungen, die für den englischen Ministerpräsidenten am 3. März maßgebend waren, heute nicht mehr zutreffen, heute nicht mehr gegeben sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kann nicht mehr davon die Rede sein, daß Deutschland entschlossen sei, dem Vertrag zu trotzen und ihn wegzuerklären. Die deutsche Regierung hat das Ultimatum unterschrieben, hat sich bereit erklärt, die Forderungen der Entente, so schwer und drückend sie erschienen, zu erfüllen; ja mehr als das, sie hat durch praktische Leistungen bewiesen, daß ihre Zustimmung nicht nur papiernen Charakter trägt.

Wo also, so fragen wir, ist heute, wenn jemals ein Rechtsboden vorhanden war für die Sanktionen, der Rechtsboden für die Weiterführung und die Durchführung der Sanktionen, nachdem alle die Bedingungen erfüllt sind, deren Nichterfüllung damals Herr Lloyd George als Sprecher der Entente als maßgebend für die Androhungen der Gewaltmaßregeln angegeben hat?

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole also: wir sind in der Beurteilung des rechtlichen und tatsächlichen Zustandes mit den Interpellanten sachlich vollkommen einig.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir trotzdem gegen die Art der Begründung, wie sie sowohl von seiten des volksparteilichen wie des deutschnationalen Redners gegeben worden ist, lebhafte Bedenken erheben, so hat das andere Ursachen. Als, um von anderem zu schweigen, der Herr Abgeordnete Dr. Zapf gestern darüber Klage führte, daß in der besetzten **Rheinprovinz** beispielsweise die **Preß- und Versammlungsfreiheit** aufgehoben sei, da rief ich ihm, was seinen Unwillen erregte, das Wort „Bayern" dazwischen. Ich wollte ihm damit Ausdruck bringen, daß ganz derselbe Mangel an Preß- und Versammlungsfreiheit, den wir in der Rheinprovinz beklagen, auch in **Bayern** vorhanden ist. (C)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben das erlebt bei den Versammlungen, die als Trauerkundgebungen nach der Ermordung unseres Genossen Gareis abgehalten werden sollten. Wir erleben eben wieder, wie der Münchener Polizeipräsident seinen ganzen Eifer daran setzt, den Druck und die Verbreitung von Flugblättern zu hindern, die, ohne in irgendwelcher Weise mit den Gesetzen in Konflikt zu stehen, seiner Meinung nach nicht im Interesse der bestehenden bayerischen Regierung sind. Und man schwächt die Wirkungen seiner Kritik ab, wenn man bei anderen Handlungen verurteilt, die durchzuführen man selbst bereit ist dort, wo man die Macht hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute ist erklärt worden: Das Rheinland sei für das übrige Deutschland Ausland. Oh, wir brauchen, um derartige Grenzen zu finden, ebenfalls nicht in das Rheinland und in die besetzten Gebiete zu gehen.

Gehen Sie nach **Bayern** hinüber, so werden Sie sehen, daß Bayern den Rest von Deutschland als Ausland, womöglich gar als feindliches Ausland betrachtet. Hören Sie zu, wie es **Ausländern** geht, die, ohne das **bayerische Visum** zu besitzen, über die bayerische Grenze fahren! Erst kürzlich passierte es einem amerikanischen Journalisten, der sich auf seinen vom Auswärtigen Amt ausgestellten Paß berief und der seine Reichstagskarte vorwies, daß ihm der Offizier an der Grenze sagte: (D)

> Reichstag und Auswärtiges Amt, — das sind preußische Angelegenheiten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und als der amerikanische Journalist schüchtern fragte: ja, gehört denn Bayern nicht auch noch sozusagen zum Deutschen Reich? — da erwiderte ihm der Vertreter der bayerischen Heeresmacht: leider!

(Heiterkeit.)

Also, meine Damen und Herren, es ist nicht angängig, sich über den ausländischen Charakter der Rheinprovinz zu beklagen, wenn so eminente deutsche Patrioten, wie es die Bayern sind, die Reichsgrenze schon an ganz anderen Linien ziehen als dort, wo die französische Trikolore gehißt worden ist.

Wie denn, glaube ich, wir, die wir solche Handlungen hüben und drüben verurteilen, die wir mit der gleichen Energie gegen den Nationalismus in Deutschland wie in Frankreich oder sonstwo kämpfen, überhaupt weit mehr berechtigt sind, Klagen zu führen, als diejenigen, die sie hier am lautesten angestimmt haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eins hinweisen. Der Herr Abgeordnete Dr. Zapf und auch der Herr Abgeordnete Dr. Reichert haben in mehr oder weniger beredten Worten dargetan, wie ungeheuer schwer die besetzten Bezirke wirtschaftlich, politisch und moralisch leiden und wie wir bereit sein müssen, alles zu tun, um sie von diesem Druck zu befreien. Sehr schön und sehr gut! Ich hatte aber den Eindruck, als ob es für die Politik derjenigen Parteien, die die **Verantwortung für die Unterzeichnung des Ultimatums** auf sich genommen haben, gar keine bessere Rechtfertigung geben könne, als sie in den beiden Reden enthalten gewesen ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Meine Herren (nach rechts), Sie wollten der Regierung und den Jasagern höchst unangenehme Dinge sagen, und Sie haben doch durch Ihre Reden dazu beigetragen, daß der Nachweis geliefert wurde, die Regierung konnte nicht anders handeln.

(Zurufe rechts.)

— Sie haben es noch nicht verstanden, meine verehrten Herren Kollegen, nun so will ich Ihnen das näher auseinandersetzen. **Wenn die Regierung das Ultimatum nicht unterzeichnet hätte,** dann wäre ein noch viel größerer Teil des deutschen Volks als bisher unter den Druck solcher Sanktionsmaßregeln gekommen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann wäre die Zollgrenze nicht am Rhein gezogen worden, sondern an der Ostseite des Ruhrreviers, dann wären die wirtschaftlichen Nackenschläge für Deutschland, für das unbesetzte Deutschland und insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft noch viel unerträglicher, als sie es heute sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann hätte die Arbeitslosigkeit einen ungeheuren Grad erreicht, dann wäre alles das in vielfacher Potenz eingetreten, was Sie heute schon als absolut unerträglich für das deutsche Interesse und für die deutsche Ehre bezeichnen. Dieses war einer der Gründe, aus denen auch wir für die Unterzeichnung des Ultimatums gestimmt haben und weswegen wir bei der ersten Abstimmung im Deutschen Reichstag die Regierung, die nicht unsere Regierung ist, gegen den Ansturm von rechts her haben verteidigen helfen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Oder, meine verehrten Herren von der Rechten, glauben Sie etwa, daß eine Regierung, die aus den Freunden des Herrn Zapf und des Herrn Dr. Reichert gebildet wäre, der Entente gegenüber im Westen bessere Erfolge erzielen könnte als die Regierung, die wir heute haben?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Ja, was würden denn die Folgen der Bildung einer solchen Regierung sein? In demselben Augenblick, wo eine solche Regierung an dieser Stelle stände, wären nicht nur die heute bestehenden Sanktionen für alle Zeiten verewigt,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in demselben Augenblick würde auch das eintreten, was wir durch Unterzeichnung des Ultimatums abgewehrt haben, würden die Sanktionen auf das Ruhrgebiet übergreifen.

Also, meine Damen und Herren (nach rechts), ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen, wenn Sie an der Politik, die die Regierung der Entente gegenüber getrieben hat, nun ihrerseits eine Kritik üben. Ich weiß auch nicht, welche Maßregeln Sie denn eigentlich vorschlagen. Sie sprechen immer wieder von großen Mitteln, die die Regierung anwenden müsse, Sie beklagen es, daß die Regierung nur, wie sich Herr Reichert, ausdrückt, zwei Proteste gesandt habe. Sie rufen, wie ebenfalls Herr Dr. Reichert nach dem großen starken Mann, der den französischen Chauvinisten sein Paroli bieten soll. Zwei kleine Proteste, so klagen Sie; ja, ich bin überzeugt, wenn die Regierung mehr Proteste losgelassen hätte, so würden Sie hier auftreten und sagen: Was soll uns all das Papier, was soll das Gejammer, wir wollen keine Worte, sondern wir wollen Taten. Aber es ging heute, wie es immer bei solchen Gelegenheiten geht: Sie kommen in Ihren Reden immer bloß bis zu dem Doppelpunkt, und wenn wir dann gespannt aufhorchen, um zu erfahren, wie Ihre Taten aussehen, hört man nichts als leere Redensarten,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann erfährt man nichts von diesen Taten und von ihrem Charakter. Man hat bei Ihnen immer den Eindruck: Kühn ist das Wort, weil es die Tat nicht ist. Man hat bei Ihnen immer den Eindruck, daß Sie aus parteipolitischen Gründen hier Komödie spielen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß Sie die Tatenlosigkeit kritisieren und Ihrerseits kein (C) Rezept für Taten irgendwelcher Art anzugeben wissen. Oder sollen wir das als Rezept auffassen, daß Herr Dr. Zapf gestern sagte, die Regierung solle die Ohren steif halten, und ich weiß nicht welche Gliedmaßen sonst noch steif halten?

(Heiterkeit)

wenn er erklärte, die Regierung solle handeln, wenn Herr Dr. Reichert meinte, Bismarcksche Politik täte Not, nationales Bewußtsein täte Not? — Worte, nichts als Worte!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sagen Sie uns, worin die Handlung bestehen soll, die wir unternehmen sollen, sagen Sie uns, was Sie tun würden, wenn wir das zweifelhafte Vergnügen hätten, Sie auf den Bänken der Regierung zu sehen, sagen Sie, ob Sie Krieg führen wollen, sagen Sie, ob Sie glauben, daß Ihre Überredungs- und Überzeugungsgabe stärker sein würde als die Überredungs- und Überzeugungsgabe irgendeiner von den Ihnen nicht genehmen Regierungen.

Aber der **Redner der Deutschen Volkspartei** ist ja noch auf eine besondere Idee verfallen. Er drohte der Regierung, daß, wenn das bedrückte Volk nirgends Recht finden könnte, es dann eine schlappe und minderwertige Regierung, von der das Blatt des Herrn Wulle heute sagt, daß sie an Arterienverkalkung und dergleichen leide, mit Gewalt stürzen werde. Wir waren einigermaßen überrascht über das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur **Berechtigung der Revolution,**

(Heiterkeit links; Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei)

zur Berechtigung des gewaltsamen Sturzes der Regierung. Ja, es ist Ihnen unangenehm, Herr Kollege, und es war Herrn Dr. Zapf auch unangenehm, als wir ihn darauf (D) aufmerksam machten,

(Zurufe rechts: Nein!)

und er versuchte die Ausflucht und meinte, wir wüßten ja am besten, von wem in einem solchen Falle die Regierung gestürzt werde. Er meinte wohl, daß die Arbeiterschaft die Regierung gewaltsam stürzen werde, wenn sie nicht energische Mittel zur Beseitigung der Sanktionspolitik anwende. Ich möchte Ihnen dabei aber doch sagen, daß Sie, meine Herren von der Rechten, sich da ein wenig auf dem Holzwege befinden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir denken nicht daran, und die gesamte Arbeiterschaft denkt nicht daran, sich vor den Wagen Ihrer nationalistischen Interessen spannen zu lassen.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Wir sind nicht bereit, die Kastanien für Sie aus dem Feuer zu holen. Wenn Sie mit dem gewaltsamen Sturz der Regierung drohen,

(Zuruf rechts: Ist ja nicht richtig!)

nun, meine Herren, dann versuchen Sie es bitte doch selbst; dann haben Sie auch den Mut dazu, die Revolution zu machen, die Sie im Munde führen, solange die Sache ungefährlich ist. Die Arbeiterschaft wird nicht zur Verteidigung der gegenwärtigen Regierung, wohl aber zur Abwehr von Gelüsten, die auf eine weitere Stärkung und Befestigung des Nationalismus hinauslaufen, in Deutschland alles tun, was irgend in ihren Kräften steht.

Ich sagte vorhin, es gäbe **keinen Rechtsboden für den Standpunkt der Entente.** Sie kann sich auf keinen Paragraphen des geschriebenen und meinetwegen des göttlichen Rechts berufen, mit dem sich ihre Sanktionen rechtfertigen lassen. Was ihr bleibt, sind

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) **Vorwände**, und so erklärt man in Paris, wir müssen diese Sanktionen aufrechterhalten, weil die gegenwärtige Regierung, weil das gegenwärtige Kabinett nicht stark genug ist, um lange zu leben, und weil die Füße derer, die dieses Kabinett zu Grabe tragen wollen, schon vor den Türen stehen. Wir müssen, so sagt man in Paris, diese Sanktionen aufrechterhalten, weil es in Deutschland eine große Zahl von Politikern gibt, die entschlossen sind, lieber heute als morgen die jetzige Regierung zu beseitigen, um an ihre Stelle die Regierung der starken Hand und der eisernen Faust zu setzen. Ja, meine Damen und Herren, indem Sie auf diese Weise diese Politik treiben, liefern Sie den Franzosen die Vorwände für ihr Vorgehen.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken; Widerspruch und Zuruf rechts: Sie unterstellen das! — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Herr Kollege Kahl, Sie sind Jurist und werden wohl abwarten, bis ich meine Beweisführung zu Ende gebracht habe.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Das ist ein bißchen hart!)

— Es steht Ihnen frei, den Saal zu verlassen. Es wird mir schmerzlich sein, einen so wertvollen Zuhörer zu verlieren; aber ich werde schließlich darüber hinwegkommen. —

(Zuruf rechts.)

Meine Damen und Herren! Die Dinge liegen doch so, daß die Parteien der Rechten erklären, die Regierung habe, als sie das Ultimatum unterzeichnete, dadurch gewissermaßen die Garantie übernommen, daß die Sanktionen aufgehoben würden. Und Sie laufen nun gegen eine solche Regierung Sturm.

(Widerspruch rechts.)

Sie erklären bei jeder Gelegenheit im Lande draußen, daß diese Regierung durch die **Unterzeichnung des Ulti-**
(B) **matums** sozusagen **Landesverrat** geübt habe. Kein Wunder, daß dann die Franzosen antworten: Solange eine solche Stimmung im deutschen Volke noch vorhanden ist, so lange müssen wir auch, wenn zu fürchten steht, daß solche Leute einmal an die Stelle des gegenwärtigen Kabinetts treten können, die Sanktionen aufrechterhalten.

(Zurufe und Lachen rechts.)

Wir sind weit entfernt, dieser Argumentation der Franzosen zu folgen.

(Zuruf rechts: Es scheint aber so!)

Die französische Regierung hat es nur zu tun mit der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung ausgesprochen. Sie hat diese Bereitwilligkeit praktisch bewiesen. Das einzige, was wir hervorheben, ist eben das, daß die Politik derjenigen, die der Regierung mit mehr oder weniger ungeschminkten Worten Landesverrat vorwirft, tatsächlich darauf hinausläuft, den Chauvinisten der Entente immer neue Vorwände zu liefern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Wir kennen ja die Absicht, die dahinter steht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie stürmen gegen die Regierung an wegen ihres Bekenntnisses zur Demokratie und zum Republikanismus. Ihnen wäre nichts lieber, als durch eine sogenannte nationale Parole Erregung in die minderbegabten Kreise der Bevölkerung hineintragen zu können!

(Zustimmung links.)

Sie wollen hinter der Kulisse Oberschlesien und hinter der Kulisse der Sanktionen ihre Angst davor verbergen, daß sie Ihren Patriotismus endlich auch einmal in Mark und Pfennig auf den Tisch des Hauses legen müßten.

(Lebhafte Zustimmung links. — Gegenrufe rechts.)

Die ganze nationale Frage ist nur der Vorwand dafür, (C)
den Sie haben müssen, um eine aus parteipolitischen Gründen unbequeme Regierung bekämpfen zu können.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die Unabhängigen unterstützen doch die Regierung! — Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

Es steht der Regierung frei, ob sie Ihre Unterstützung vorzieht oder unsere Unterstützung. Wir unsererseits sind weit davon entfernt, der Regierung irgendwelchen Blankokredit zu geben. Wir warten darauf, was die Regierung leistet. Sobald sie freilich auch nur den Anschein erweckt, als suchte sie Ihre Unterstützung, meine Herren, dann würden wir es im Interesse des gesamten deutschen Volkes für dringend geboten halten, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere weiter an die Kyffhäuserreden, die in jüngster Zeit gehalten worden sind. Ich erinnere, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an den unerhörten Skandal mit dem Kapputschisten Jagow, ich erinnere an zahlreiche Einzelfälle, die alle in Frankreich den Glauben aufkommen lassen können, als sei die Reaktion stark und bereit, die Regierung zu übernehmen und dann ihrem Programm entsprechend die Erfüllung des Ultimatums nicht durchzuführen.

(Lebhafte Zustimmung links)

Was wir hier sehen, meine Damen und Herren, das ist die Wiederholung des alten Spiels, daß sich die **Nationalisten von hüben und drüben gegenseitig in die Hände arbeiten.**

(Sehr wahr! links. — Zuruf rechts.)

Die deutschen Nationalisten befruchten den Eifer der französischen, die französischen befruchten den Eifer der deutschen sogenannten Patrioten.

Die Franzosen — ich glaube, das sollten und müssen wir ihnen hier mit aller Offenheit sagen — treiben eine (D)
Politik, auf die wir am besten ein französisches Wort anwenden, das da sagt: sie ist schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit! Ich sehe von den Rechtsfragen ab. Aber wie kann man einer solchen Politik überhaupt noch einen Schein von Konsequenz beimessen wollen, die auf der einen Seite große finanzielle und wirtschaftliche Leistungen von Deutschland erwartet und auf der anderen Seite durch die Sanktionen die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands verringert?

(Lebhafte Zustimmung.)

Die **Franzosen** treiben eine **Politik**, die nach unserer festen Überzeugung nicht diktiert ist durch das wohlverstandene Interesse des Landes, sondern die diktiert ist auf der einen Seite durch die **Rücksichten auf das militärische Prestige einiger Generale** und auf der anderen Seite durch **Rücksichten auf die Interessen einiger kapitalistischer Unternehmer** in Frankreich.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese kapitalistischen Unternehmer haben den dringenden Wunsch, möglichst viel von ihren Waren durch das Loch im Westen nach Deutschland zu schieben, und sehen nicht — oder die Regierung sieht nicht —, daß durch eine solche Prozedur die tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands immer mehr herabgedrückt wird und daß der Wiederaufbau eines wirklich lebendigen und lebenskräftigen Europas dadurch verhindert wird. Deutsche und französische Nationalisten, die sich gegenseitig aufpeitschen und immer weiter treiben auf ihrer gefährlichen Bahn, bilden die Gefahr für die Ruhe Europas,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

bilden die Gefahr für die Zukunft aller Kulturnationen.

Wenn es bei den Franzosen eine Torheit ist, derartige Politik zu treiben, so können sie sich noch immer darauf berufen, daß sie letzten Endes die Macht haben,

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) um vorübergehend die Gewalt auszuüben. Die **deutsche nationalistische Politik** aber ist **der vollendetste Wahnsinn.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn führt sie zum Erfolg, dann treibt Deutschland unheilbar in den Untergang hinein.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb wiederholen wir immer wieder: eine Politik, die mit großen Phrasen vom starken Manne operiert, die die Annahme des Ultimatums als Landesverrat bezeichnet und ein Kabinett der nationalen Parole errichten will, ist das Verhängnisvollste, was für Deutschland überhaupt geschehen kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir müssen ja allerdings zugeben, daß solche Stimmungen nicht nur lebendig sind in den Reihen der Oppositionsparteien auf der Rechten, sie finden ihr Echo auch in den Regierungsparteien selbst.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vor allem in der **Demokratischen Fraktion.** Wenn der Herr Abgeordnete Gothein sagt, in dem Fall, daß Oberschlesien verloren geht, verläßt die demokratische Fraktion die Regierung, so bedeutet das nichts anderes, als daß man **den nationalistischen Ansturm gegen die Regierung** im demokratischen Lager mit **unterstützt.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben in dieser Beziehung ja in den letzten Monaten verschiedene Beweise erhalten. Wenn wir uns — ich glaube, die Regierung selber zweifelt nicht an der Richtigkeit meiner Behauptung — in dem Dauerzustand einer latenten Regierungskrisis befinden, so mag sich die Regierung nicht zuletzt bei den Parteien, die sie angeblich stützen, dafür bedanken.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Petersen: Und die Unabhängigen?)

— Herr Petersen, Sie scheinen vergessen zu haben, daß

(B) wir nicht zu den Regierungsparteien gehören.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am beachtenswertesten aber ist und bleibt die Gefahr, die in dem **internationalen Nationalismus** besteht. Dieses Wort ist nicht so paradox, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die Fäden, die vom französischen Chauvinismus zum deutschen und vom deutschen zum französischen führen, sind geeignet, der Strick zu werden, an dem nicht nur diese Regierung baumelt, sondern der auch das ganze deutsche Volk erwürgt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was sollen wir nun tun? Bei jeder derartigen Interpellation kommt es doch nicht darauf an, die Luft mit Reden zu erschüttern, sondern irgendwelche praktische Vorschläge zu machen. Wir lehnen die Gewaltpolitik ab. Was uns übrig bleibt, ist gar nichts anderes, als erstens einmal den durch nichts unterbrochenen Beweis zu liefern, daß Deutschland bereit ist, die Forderungen des Ultimatums zu erfüllen; zweitens, alles zu tun, um zu beweisen, daß das Volk in seiner großen Masse und daß die Regierung, wie sie dasteht, nichts gemein haben will mit nationalistisch-demagogischer Hetze, von welcher Seite sie auch kommen möge.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen bleibt nichts als der Appell an das Gerechtigkeitsgefühl und an die Vernunft derjenigen Elemente in Frankreich und England, die heute zwar noch nicht die herrschenden sein mögen, deren Einfluß und deren Kraft sich aber von Tag zu Tag mehr bemerkbar macht.

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Das hat uns sicher schon viel geholfen!)

— Herr Kollege Schultz, ich appelliere nicht allein an die Arbeiter, ich appelliere auch an diejenigen Ihrer Klassen- und Standesgenossen in Frankreich und England, die ein Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihres Landes haben. Ich appelliere an diejenigen, die einsehen (C) müssen, daß eine Politik der Gewalt vorübergehend scheinbaren Nutzen bringen mag, daß sie aber auf die Dauer dem Lande selbst zum schwersten Nachteil gereichen muß.

Wir wissen, daß die Stimmung in England und Italien nicht dieselbe ist wie in Frankreich. Wir sollen uns aber hüten, nun zu versuchen, England gegen Frankreich oder gegen Italien auszuspielen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sollen eine positive Politik treiben, die alle die vernünftig und rechtlich Empfindenden, mögen sie sich in Frankreich, in Italien oder in England befinden, stärkt und in ihren Absichten unterstützt. Damit kommen wir sehr viel weiter als durch das Rasseln mit dem Säbel, das draußen nicht drohend wirkt, sondern nur lächerlich wirkt, da man letzten Endes doch weiß, daß Ihre Säbel rostig sind und daß Ihre Flinten nicht ausreichen, um einen auswärtigen Feind zu bekämpfen oder zu besiegen. Sie sind höchstens stark genug, deutsche Arbeiter niederzuschlagen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch (Weser).

Koch (Weser), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man möge es mir verzeihen — —

(Abgeordneter Höllein: Oh weh! — Heiterkeit links.)

Meine Damen und Herren! Ich beginne nochmals. Man möge mir verzeihen,

(erneute Heiterkeit links)

wenn ich darauf verzichte,

(Unruhe und Zurufe links; — Glocke des Präsidenten)

auf die polemischen Erörterungen einzugehen, die bei dieser Beratung gemacht worden sind. Man wird es mir erst (D) recht verzeihen, daß ich auf diese kindischen Zwischenrufe, wie sie hier eben laut geworden sind, mit keinem Wort eingehe.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Ich glaube, daß wir in unserem deutschen Volke und im Parlament leider Gottes genug Gelegenheit haben und Gelegenheit suchen, uns untereinander unsere angeblichen oder wirklichen Fehler und Sünden vorzuhalten, daß es aber bei dieser Interpellation lediglich darauf ankommt, sich auch einmal mit der Schuld zu befassen, die fremde Völker dem deutschen Volke gegenüber auf sich geladen haben.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, daß unser deutsches Parlament es lernen muß, dasjenige, was unser deutsches Volk in seiner Gesamtheit oder fast in seiner Gesamtheit einheitlich denkt und fühlt, auch seinerseits einheitlich zum Ausdruck zu bringen, und ich glaube, daß die Debatte über diesen Gegenstand an Wert nur gewinnen würde, wenn die Parteien sich auf dasjenige beschränken würden, was wir einheitlich gegenüber den Anmaßungen eines Gegners heute zu sagen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der **Friedensvertrag,** der dem deutschen Volke auferlegt worden ist wider die Versprechungen, die ihm gegeben waren, der hart ist und uns wirtschaftlich und politisch bis aufs äußerste drückt, hat neben den vielen Pflichten, die er **dem deutschen Volke** auferlegt, uns immerhin doch noch **einige Rechte** gelassen. Auch das Ultimatum läßt uns Rechte, die zu verfolgen und zu vertreten wir allen Anlaß haben. Unseren Rechten stehen **Pflichten und Bindungen bei den Gegnern** gegenüber, deren Erfüllung durch den Gegner wir bei den harten Bedingungen,

(**Koch** [Weser], Abgeordneter.)

(A) wie sie uns auferlegt sind, unter allen Umständen verlangen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen immer erneut betonen, daß es unseren Gegnern um die Erfüllung derjenigen Pflichten und Bindungen, die sie auf sich genommen haben, bisher nicht ernst gewesen ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich erinnere an **Oberschlesien,** das wir der Entente als ein blühendes und geordnetes Land hinterlassen haben, und das wir jetzt von der schwersten Verwüstung heimgesucht sehen.

Ich denke aber namentlich auch an das **Rheinland,** an die ununterbrochene Kette von Überschreitungen des Rheinlandabkommens, die seit der Besatzung des Rheinlandes durch die Entente die Ententepolitik kennzeichnet. Aus der Besetzung der Brückenköpfe im Rheinlande, wie sie ursprünglich vorgesehen war, ist im Friedensvertrag die Hergabe des Rheinlands als Faustpfand für die Entente geworden. Die Entente hat dieses Land nicht behandelt als ein ihm zu treuen Händen und unter bestimmten Bedingungen übertragenes Faustpfand, sondern wie eine ihm auf Gnade und Ungnade unterworfene Kolonie.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Die Entente hat die **Besatzung,** wie sie in den ursprünglichen Verhandlungen für die besetzten Gebiete vorgesehen war, auf die doppelte Zahl gebracht und dadurch die Wohnungsnot und die Schulnot im Rheinlande aufs äußerste gesteigert.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Entente hat das **Verordnungsrecht,** das sie hatte, um, wie es ausdrücklich heißt, die Sicherheit und die Verpflegung der Besatzung zu gewährleisten, dazu benutzt, um eine unerhörte Masse von Verordnungen über das Rheinland auszuschütten, die alle Gebiete des politischen, wirt-

(B) schaftlichen und kulturellen Lebens umfassen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Sie hat die oberste Aufsicht, die sie im Interresse der Erhaltung der Sicherheit und Verpflegung der Besatzung im Rheinlande ausüben kann, in ein dichtmaschiges Netz von Verwaltungsbehörden umgewandelt, deren Delegierte überall im Rheinlande sitzen und überall ihre Anordnungen gegenüber den deutschen Behörden durchzusetzen bestrebt sind.

Aber, meine Damen und Herren, das Schlimmste ist, daß die Haltung der Entente ihrem innersten Sinne nach nicht allein darauf hinzielt, dieses Land als Faustpfand in ihrer Hand zu behalten, sondern daß es ausgesprochen und unausgesprochen die **Absicht der französischen Besatzung** ist, das **Rheinland mit französischer Kultur zu durchdringen, dem französischen Wirtschaftsleben anzugliedern** und **politisch zu erobern.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Das ist das Vergiftende, das sich durch alle Beziehungen der rheinischen Bevölkerung zur Entente hindurchzieht, das dazu führt, daß der Rheinländer, seiner ganzen Natur nach sonst offen und wahrhaftig, genötigt ist, sich selbst im kleinsten Kreise in seinen Äußerungen und Kundgebungen vorzusehen und zu beschränken.

Diese Absicht wird durch eine mit ungeheuren Kosten betriebene **französische Pressepropaganda** gefördert. „La Revue Rhénane", eine in glänzender Ausstattung herauskommende Wochenschrift, die zu einem lächerlich geringen Preise verkauft wird, „L'Echo du Rhin", sie mögen beide wenig gelesen werden, — ihre Existenz, der Versuch, zu propagieren, bedeutet eine fortwährende Beunruhigung für die rheinische Bevölkerung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das Pressebureau in Mainz mit seiner Unzahl von (C) Provokateuren und Agenten, das die gesamte deutsche Journalistik aufs eingehendste verfolgt und versucht, seinerseits die Journalistik im Rheinlande maßgebend zu beeinflussen, dies Bureau, das ungeheure Kosten erfordert, wird als ein Teil der Besatzungskosten vom deutschen Volke bezahlt.

(Entrüstete Rufe: Hört! Hört! und Unerhört!)

Neben dieser Pressepropaganda geht eine **Kulturpropaganda** einher mit Vorträgen, Broschüren, Zeitungen, Theatervorstellungen, Konzerten, Kunstausstellungen und Sprachkursen, die auch ihrerseits keinen anderen Zweck verfolgt als den, die Rheinländer der deutschen Kultur zu entziehen.

Und nun ist diese seit Jahren systematisch betriebene Propaganda- und Annexionspolitik im Rheinland dadurch verstärkt, daß man aus Anlaß der Erörterungen über die Erfüllung des Friedensvertrags sogenannte **Sanktionen** über das Rheinland verhängt hat. Die militärische Bedeutung dieser Sanktionen ist hier von einer Reihe von Rednern hinreichend gekennzeichnet worden. Daß diese militärische Ausübung der Gewalt dazu führt, daß zum Beispiel der **rheinische Provinziallandtag** seine Beratungen nur abhalten darf unter der Bedingung, daß über die Tatsache der Besetzung in den Sitzungen dieser Körperschaft kein Wort gesprochen wird,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

ist eine Tatsache, die über die schlimmsten Knechtungen hinausgeht, die man selbst einem feindlichen Volke aufzuerlegen sonst gewohnt war.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Unzahl der **Ausweisungen,** die bereits jetzt **aus den drei neu besetzten Rheinstädten** erfolgt sind, die schweren **Bestrafungen** reden eine deutliche Sprache. Wenn wir in den amtlich uns übermittelten Berichten lesen, daß (D) dort wegen Verkaufs beleidigender Zeitungen ein Herr Peters und ein Herr Levi mit je 1000 Mark bestraft worden sind, wegen Abhaltung unerlaubter Versammlungen ein Herr Dumbert und ein Herr Bölhot mit 5000 Mark, wenn wir lesen, daß wegen unpassender Haltung einem Offizier gegenüber — also nicht einmal eine Beleidigung wird behauptet — über einen Herrn Weidenhammer 10 000 Mark Geldstrafe verhängt sind, wenn wegen unpassender Haltung — wieder dieselbe allgemeine Wendung! — einem Sicherheitsbeamten gegenüber gegen einen Heite 2000 Mark Geldstrafe verhängt sind, so sind das alles Dinge, die im drakonischen Kriegsrecht bereits als verdammbar erscheinen,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

die aber hier, wo es sich lediglich um die widerstandslos erfolgte Besetzung friedlicher Landesteile handelt, als unerhört erscheinen müssen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Wenn wir dann weiter lesen — um noch eine Komödie zu dem andern zu setzen —, daß wegen **Nichtanmeldung von Brieftauben** eine große Zahl von **Bestrafungen** erfolgt sind, darunter gegen einen Herrn Strauß eine Geldstrafe in der Höhe von 1000 Mark, so müssen wir die hysterische Angst bemitleiden, die Frankreich veranlaßt, heute noch in der Haltung harmloser Brieftauben irgendwie Kriegsgefahren für seine große Armee zu sehen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber noch schlimmer, meine Damen und Herren, sind die **wirtschaftlichen Dinge.** Es handelt sich hier um eine durchaus bewußte Durchdringung der besetzten Gebiete mit französischem Wirtschaftsleben. Es ist uns ein Dokument in die Hand gefallen, das in dieser Richtung geradezu ein Schlaglicht auf dasjenige

(**Koch** [Weser], Abgeordneter.)

(A) wirft, was Frankreich im letzten Ende mit seinen Maßnahmen beabsichtigt. Ich verweise auf die **Monatshefte der französischen Handelskammer im besetzten Gebiet** — denn Sie wissen, daß Frankreich eine Handelskammer im besetzten Gebiet unterhält —, die die „Frankfurter Zeitung" abgedruckt hat, die „Frankfurter Zeitung", deren jahrelangen opfermutigen Kampf gegen die französische Rheinlandpolitik auch derjenige anerkennen sollte, der etwa mit ihrer Haltung sonst nicht einverstanden ist. Wir ersehen daraus, daß diese in Frage kommenden französischen Handelskreise die ursprüngliche Handelspolitik, wie sie in der Zeit des Waffenstillstandes von Frankreich getrieben wurde, die Politik, die die Verbindung zwischen dem besetzten Gebiet und Frankreich völlig geöffnet hatte, als die allein mögliche ansehen. Wir sehen, daß sie dem von uns als den normalen Zustand angesehenen, durch den Friedensvertrag sich ergebenden Zustand, wonach eine Zollgrenze zwischen Frankreich und dem besetzten Gebiet bestand, als unerträglich bezeichnen

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

und sagen, daß diese Periode sehr schwer zu überstehen gewesen sei, daß man die größte Beharrlichkeit an den Tag habe legen müsse, um sie zu überstehen, daß man aber auch zu dieser Zeit die Vorbereitung der **wirtschaftlichen Losreißung der Rheinlande von Deutschland** niemals außer Acht gelassen habe.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Man hat also in diesen Kreisen die Rückkehr zu der Sanktionspolitik und damit die Rückkehr zu der unmittelbaren Verbindung Frankreichs mit dem besetzten Gebiet als eine Notwendigkeit betrachtet, die man auch in Zukunft aufrechterhalten will, ganz unbekümmert darum, ob solche Sanktionen noch am Platze sind oder nicht. Es heißt hier über diese wirtschaftlichen Ver-

(B) hältnisse, wie sie zurzeit bestehen:

> Wir stehen nun einer ganz neuen Sachordnung der Dinge gegenüber. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine einfache Besatzungszone, sondern um ein besetztes Deutschland, d. h. ein Land, welches, was seine materiellen Interessen, Zoll-, Verkehrswesen und demnächst vielleicht auch Finanzverwaltung angeht, ein autonomes Land ist. Die Rheinlandkommission ist jetzt in den Besitz eines bedeutenden Teiles der Hoheitsrechte über das besetzte Gebiet gelangt.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Also mit aller Deutlichkeit wird ausgesprochen: die Sanktionspolitik als solche ist nur ein Vorwand; in Wirklichkeit kommt es darauf an, die ursprünglich von Frankreich beabsichtigte Politik durchzusetzen, die Rheinlande sich wirtschaftlich und dann vielleicht auch später politisch anzugliedern. Es heißt infolgedessen auch in diesem amtlichen Bericht der französischen Handelskammer:

> Darf man nun schließen, wie manche deutsche Handelsorganisationen es wünschen, daß das ganze Zollsystem unter dem Vorwand, es sei weiter nichts als eine Sanktion, zu bestehen aufhören soll? Wir sind nicht dieser Meinung, und die Alliierten haben der deutschen Regierung keine diesbezügliche Verpflichtung abgegeben.

Also hier wird in zynischer Verdrehung der wirklichen Verhältnisse davon gesprochen, daß Deutschland das bestehende Zollsystem unter dem Vorwand, es sei nichts als eine Sanktion, beseitigen wolle.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen demgegenüber mit aller Bestimmtheit daran festhalten, daß alles, was Frankreich tut, um diese Sanktionen aufrechtzuerhalten, ein Vorwand ist, um (C) die dem Friedensvertrag widersprechende, völlig ungerechtfertigte, für Deutschlands Wirtschaftsleben unerträgliche Loslösung des Rheinlands vom deutschen Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß dieser Zustand ein unerträglicher ist, daß wir verpflichtet sind, mit allen Kräften auf seine Beseitigung hinzudrängen, daran ist kein Zweifel.

Bequem ist es allerdings, wenn man auf Grund dieser Sachlage einfach die Forderung an die Regierung richtet, daß sie für die Beseitigung dieser Zustände zu sorgen habe.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Bequem ist es auch, mit einem Sturz der Regierung zu drohen, wenn ihr das nicht gelingen sollte. Nein, meine Damen und Herren! Es handelt sich um etwas viel Größeres

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

als um die Frage, ob diese Regierung stürzt oder bestehen bleibt.

(Sehr richtig bei den Deutschen Demokraten.)

Es handelt sich einfach darum, daß keine Regierung in der Welt eine Politik der Annäherung, auch nur eine **Politik der Wiedergutmachung** treiben kann, daß es überhaupt **nicht einmal möglich** ist, eine Regierung auf demokratischer Grundlage oder überhaupt eine Regierung der Ordnung in Deutschland aufzurichten, **wenn Deutschland** tagtäglich und immer wieder **von dem feindlichen Unrecht** derartig **belastet** und bedrängt ist, wie es heute der Fall ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir lehnen es also weithin ab, uns aus diesem Anlaß, der uns dazu viel zu ernst ist, an irgendwelcher Erörterung der Ministerstürzerei, wie sie uns vorhin in (D) den Mund gelegt wurde, zu beteiligen. Aber für uns kommt es darauf an, bei dieser Situation mit aller Klarheit festzustellen, daß es überhaupt unmöglich ist, von Deutschland eine Wiedergutmachung und eine Beibehaltung geordneter Verhältnisse zu erwarten, wenn man mit derartigen Maßnahmen in das deutsche wirtschaftliche und politische Leben eingreift.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Zunächst was das Wirtschaftliche angeht: daß diese **Zollgrenze** wie ein Schlagbaum sich zwischen das besetzte und das unbesetzte Gebiet legt, daß dadurch die handelspolitischen und wirtschaftlichen Verbindungen völlig gestört werden, ist hinreichend ausgeführt. Es wäre noch zu erwähnen, daß diese Zollgrenze geradezu zu einem unerhörten **Verbrauch von Luxusartikeln** im besetzten Gebiet führen muß. Ich weise darauf hin, daß allein an Branntwein im Monat Mai für 172 Millionen aus Frankreich in das besetzte Gebiet eingeführt sind,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

an Likören für 58 Millionen, an Champagner für neun Millionen. Wenn Sie diese Summen für ein Jahr multiplizieren, so gelangen Sie in der Tat dazu, daß allein für geistige Getränke fast drei Milliarden jährlich aus Frankreich nach Deutschland kommen würden. Ob irgend jemand in Frankreich glauben kann, daß wir die unerhörten Reparationsleistungen auch nur annähernd erfüllen können, wenn uns für derartige Luxusartikel derartige Beträge abgenommen werden, scheint mir zweifelhaft.

(Sehr richtig bei den Deutschen Demokraten.)

Auch der vernünftige französische Wirtschaftspolitiker sollte einsehen, daß durch diese wirtschaftlichen Maßnahmen das **besetzte Gebiet** vielleicht zu einem **Dorado für Schieber und Schlemmer** beider Nationen gemacht

(Koch [Weser], Abgeordneter.)

(A) wird, niemals aber dazu beitragen kann, die Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu erfüllen. Wir halten eine Erfüllung der Reparationsverpflichtung Deutschlands für schlechterdings unmöglich, wenn die Zollgrenze bestehen bleibt.

Noch mehr aber gilt, was hier über die wirtschaftliche Unmöglichkeit gesagt ist, für die politische Unmöglichkeit. Meine Damen und Herren, der **Herr Abgeordnete Hergt**, gegen den ich in keiner Weise mit dieser Äußerung polemisieren will, dessen Äußerung ich vielmehr als richtig akzeptiere, hat vor einiger Zeit auf einem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei gesagt, der Weg, den die deutsche Regierung — es war damals noch die frühere — zu gehen gehabt habe, sei kein Ruhmesweg, sondern ein Leidensweg gewesen. Das ist ganz gewiß richtig. Ich mache dazu nur die Anmerkung, daß die Zeiten, wo man das deutsche Volk einen Ruhmesweg im besten Sinne hätte führen können, leider für lange Zeit nicht durch die Schuld meiner Freunde verpaßt sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber es ist richtig: **jede Regierung geht heutzutage einen Leidensweg.** Wenn ich an die Zeit zurückdenke, in der ich der Regierung angehört habe, so bleibt als die große Linie doch übrig, daß immer wieder, wenn innerpolitisch die Hoffnung schien, daß es gelingen könnte, das Volk zur Gesundung zurückzuführen, das Volk zur Einigung zurückzuführen, den politischen Hader zu überwinden, der unser deutsches Volk immer wieder zu spalten und leistungsunfähig zu machen droht, am Wiederaufbau der Nation zu arbeiten, daß dann immer wieder durch außenpolitische Eingriffe, durch Noten und Proteste der Entente, durch Übergriffe jeder Art so furchtbare Rückschläge erfolgten, daß der Weg, den die Regierung zurückzulegen hatte — es konnte sein, welche (B) Regierung es war —, doch immer wieder ein Leidensweg geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Als seinerzeit nach dem Kapp-Putsch mich ein Würdenträger aus dem Lager der Entente fragte, welches denn die **inneren Gründe zum Kapp-Putsch** seien, da habe ich ihm gesagt, daß dasjenige, was die Verführer bei diesem Kapp-Putsch getan haben, gewiß nicht zu billigen sei, daß aber die letzte Schuld an solchen verdammenswerten Auswüchsen der Volksseele die **Entente** selbst trage.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Na ja, ich will Ihnen das Wort als nicht glücklich gewählt zugeben. Sprechen wir aber von den Ausbrüchen der Seelenstimmung einzelner Kreise des Volks!

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Wir wollen nicht streiten; es kommt mir in diesem Augenblick auf wichtigeres an, als mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Ich will also sagen, daß die letzte Schuld an solchen Ausbrüchen die Entente trägt, die einer Regierung fortwährend Faustschläge versetzt und dadurch in unreifen und unerfahrenen Gemütern die Meinung hervorruft, als ob die Regierung schuld sei, wenn Deutschland solche Demütigungen erdulden müsse und immer noch nicht wieder hochkommen könne.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn deshalb Herr **Briand** in einer Rede, deren Berichtigung nicht gelungen ist, erklärt hat, daß man die gegenwärtige Regierung nicht besser stützen könne, als wenn man die Sanktionen aufrechterhalte, so deutet das, wenn es nicht Hohn ist, auf eine unerhörte Verkennung der Verhältnisse in unserem deutschen Vaterlande. (C)

(Lebafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Es wäre das Schlimmste, was der Regierung passieren könnte, wenn man in Frankreich glauben würde, daß, weil sie genehm ist, sie auch bequem werden könnte. Ich bin der Überzeugung, daß unsere Regierung durch die Maßnahmen, die sie ergriffen hat, alles tut und getan hat, um diesen Eindruck abzuwehren.

Soviel steht fest, Frankreich hat heute zu entscheiden, ob es bei uns und in Europa zu geordneten Verhältnissen kommen soll oder nicht. Frankreich muß entscheiden zwischen einer Politik, die uns die Wiedergutmachung ermöglicht, oder einer Politik der Unterdrückung, die nicht anders möglich ist, als wenn man, wie weiland Rußland es beim Balkan getan hat, ganz Europa balkanisiert und das Wirtschaftsleben Europas zertrümmert.

(Sehr richtig!)

Wir haben die Verantwortung dafür abzulehnen, was geschieht, und wenn es nicht gelingt, Frankreich von diesem Wege, der zum Verderben führt, abzulenken, wenn sich nicht einsichtigere Stimmen bei unserm Gegner finden, dann wird es unmöglich sein, in Deutschland eine Regierung der Ordnung, eine Regierung der Demokratie, überhaupt eine Regierung aufrecht zu erhalten, die Parteien der Mitte, die eine geordnete Entwicklung wollen, werden zu schwach werden, und Deutschland wird von rechts und links, durch diejenigen, die den Kampf gegen den internationalen Kapitalismus oder gegen den westmächtlichen Imperialismus führen wollen, in neue Wirrsale gestürzt und vernichtet werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In dieser ernsten Stunde, in der es um die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes geht, ist uns ein Trost allein die **Haltung, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete** selbst einnimmt. (D)

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

In der Tätigkeit, die ich als Minister für die besetzten Gebiete auszuüben gehabt habe, ist mir die an sich sachlich so unerfreuliche Beschäftigung mit den rheinischen Angelegenheiten deswegen in letzter Linie doch eine Erquickung gewesen, weil bei jeder Maßnahme, die ergriffen wurde, um die rheinische Bevölkerung dem deutschen Vaterlande zu entfremden, klar und deutlich wurde, daß jede Maßnahme des Terrorismus lediglich dazu beitrug, diese feste und entschlossene Bevölkerung unserem deutschen Vaterlande noch enger zu verbinden, als es vorher der Fall war.

(Bravo!)

Deswegen, mag auch viel Unheil über unser Vaterland durch die Rachsucht kurzsichtiger Feinde verhängt werden, mag sein, daß es nicht gelingt, unter dem Druck feindlicher Willkür unser Vaterland wieder aufzurichten, so ist doch eins sicher: man mag unser deutsches Vaterland ruinieren können, zerreißen kann man es nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Interpellation, die hier behandelt worden ist, hat nach allem, was wir zu hören bekommen haben, dargetan, daß es den Interpellanten gar nicht darauf ankam, die Interessen der bedrückten arbeitenden Bevölkerung irgendwie zu fördern und ihnen ihr Los zu erleichtern, sondern daß es ihnen nur darum zu tun war, von dieser Stelle aus wieder einmal einen nationa-

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) listischen Rummel zu entfachen. Denn die Fragen, die an die Regierung gestellt worden sind, ob die Sanktionen in Einklang zu bringen seien mit dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht, und ob die Ultimatumsverpflichtungen erfüllt werden könnten bei Fortbestehen der Sanktionen, — diese Fragen, sage ich, sind wiederholt von dieser Stelle aus und auch sonst amtlich beantwortet worden. Ich erinnere daran, daß der Ministerpräsident Dr. Wirth in seiner sogenannten Programmrede die Auffassung der Regiernug über diese Fragen ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Ich erinnere daran, daß auch die Vorgänger des Herrn Dr. Wirth diese Fragen hier wiederholt beantwortet haben.

Aber ich meine, das Objekt, das hier von den Interpellanten ausgesucht worden ist, um erneut einen nationalistischen Rummel zu inszenieren, erscheint nicht besonders tauglich für Kreise, die gar kein Recht und keinen Anlaß haben, von Recht und Gerechtigkeit, von Friedensvertrag und Völkerrecht zu sprechen. Denn gerade diese Kreise sind die notorischen Vertreter der Gewaltpolitik nach innen und nach außen. Diese Kreise sind es, die der Welt stets das Beispiel der brutalsten Gewaltanwendung gegeben haben; diese Kreise sind es, die in den ersten Augusttagen 1914 den feierlichen Vertrag, der die Neutralität Belgiens garantieren sollte, fribol zerrissen und ihn hier von dieser Stelle aus höhnisch als einen Fetzen Papier bezeichnet haben. Ihre Vertragstreue wie überhaupt die ganze kapitalistische Vertragstreue, und zwar nicht nur die deutsche kapitalistische Vertragstreue, sondern die Vertragstreue aller Kapitalisten und aller kapitalistischen Staaten währt immer nur so lange, als diese Treue Ihren Portemonnaieinteressen günstig ist. Sobald sich aber diese Vertragstreue nicht mehr in klingende Münze umsetzen läßt,

(B) geht sie sofort zum Teufel. Und was für die Staaten gilt, gilt auch für die Einzelkapitalisten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Vertragstreue der deutschen Industrie und des deutschen Handels. Als nach der abgeschlossenen Verträgen nicht mehr die gewohnten großen Profite eingeheimst werden konnten, da hat man auch in jenen Kreisen gepfiffen auf Recht und Gerechtigkeit, da hat man gepfiffen auf alle eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen. Man hat den Käufern einfach ganz brutal das Messer an die Kehle gesetzt. Und was der einzelne tat, taten alle kapitalistischen Gruppen.

Aber noch viel lächerlicher erscheint es mir, wenn die Kreise, die diese Interpellation eingebracht haben, sich auf das Völkerrecht berufen. Und besonders nach einem Kriege wie dem, den wir hinter uns haben. Wo ist denn in dem Kriege, der hinter uns liegt, überhaupt noch vom Völkerrecht die Rede gewesen? Wo ist in diesem Kriege das Völkerrecht nicht frech mit Füßen getreten worden? Die giftigen Gase, die Bombenwürfe auf offene Städte, die Deportationen der Einwohner des besetzten Gebiets, die Zwangsarbeit von Zivilisten aus dem besetzten Gebiet, die man sogar zwang, gegen ihr eigenes Land Waffen zu schmieden, die Bevölkerung der Etappen-Bordelle mit Mädchen aus dem besetzten Gebiet, der Raub des Privateigentums der Bürger durch deutsche Militär- und Zivilbehörden, der Mißbrauch der Kriegsgefangenen, ihre skandalöse Behandlung, Mißhandlung und Ermordung sind so viel Zeugen und Belege für Ihre offene Mißachtung der elementarsten Rechtsgrundsätze nach innen und nach außen. Sie brauchen ja nur Ihren Blick auf die sogenannte Komödie vor dem Reichsgericht in Leipzig zu lenken.

(Oho! rechts.)

— Ich sage ausdrücklich sogenannte „Komödie", weil es Ihr Parteifreund Wulle ist, der das Wort Komödie in einer Schlagzeile seinem Artikel vorangesetzt hat zur Charakterisierung seiner Auffassung über die feige Ermordung wehrloser Gefangener, die zudem (C) noch verwundet waren.

(Unruhe und Zurufe rechts.)

— Natürlich, Sie morden im Innern und decken natürlich auch den Mord nach außen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Ach, lassen Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) doch diese Leute ruhig ihre Kuhstallmanieren an den Mann bringen! — Jetzt natürlich, nachdem dieselben Kreise nicht mehr die Möglichkeit besitzen, ihre Blut- und Gewaltpolitik auch nach außenhin fortzusetzen, werden sie wie der Fuchs in der Fabel sehr zahm und berufen sich nur noch auf das Recht, hoffen auf den Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit.

Demgegenüber stellen wir Kommunisten ausdrücklich fest: **In der kapitalistischen Welt gibt es kein Recht**, da gilt nur die Gewalt des Stärkeren, das Faustrecht des Stärkeren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und wenn Ihre Politik im Innern der Maßstab dafür sein soll, was Sie tun würden, wenn Sie dieselbe Gewalt, die Sie vorläufig noch nach innen anzuwenden vermögen, nach außen dirigieren könnten, so hätten wir den striktesten Beweis dafür, daß auch für Sie nach wie vor die alte These gilt: „La raison du plus fort est toujours la meilleure." Ihr Recht oder das, was Sie heuchlerisch und scheinheilig Recht nennen, ist nur die gesetzlich sanktionierte Gewalt zur Unterdrückung des Proletariats. Und wir haben nicht nur einmal, sondern hundertmal erlebt, daß, wenn Ihr so beschaffenes Recht und Ihre Gesetze zur Unterdrückung der Schwachen nicht mehr ausreichend erscheinen, Sie vor keinem Mittel zurückgeschreckt sind, um sich die sogenannten Rechtsgrundlagen für Ihre Schandtaten zu sichern.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Ich erinnere da an die Zeit vor dem Kriege, wo noch nicht die schrankenlose Mordjustiz wie heute vorhanden war, wo die Klassenjustiz noch mehr bestrebt war als heute, ihre grinsende Fratze zu verhüllen. Rosa Luxemburg, die man in Frankfurt vor die Strafkammer geschleift hatte, weil sie die Arbeiter aufgerufen hatte gegen den Krieg, konnte damals auf Grund des bestehenden Rechts nicht verurteilt werden. Und was hat man da gemacht? Man hat einfach den betreffenden Strafgesetzbuchparagraphen so lange gezerrt, gedehnt und gebogen, bis man eine Konstruktion, die zur Verurteilung hinreichte, geschaffen hatte. So wurde Rosa Luxemburg das erste Kriegsopfer.

Aber wir brauchen gar nicht soweit in die Ferne zu schweifen. Wir können auf Dinge zurückblicken, die erst vor wenigen Tagen hier im Hause ihre Sanktion erhalten haben. Wir können hinweisen auf den schamlosen Verfassungsbruch, den Sie begingen, als Sie entgegen den klaren Bestimmungen Ihrer eigenen Verfassung Arm in Arm mit dem Sozialdemokraten Fritz Ebert nicht nur die Strafprozeßordnung widerrechtlich außer Kraft setzten, sondern eine Schmachinstitution schufen, mit deren Hilfe Sie Tausende und aber Tausende ehrlicher Proletarier, die um ihre nackten Lebensinteressen gekämpft haben, ins Zuchthaus gebracht haben. Hier haben wir einen typischen Beweis dafür, wie Sie das Recht achten, um das Sie jetzt die Entente anwinseln. Wer im Innern das Recht vergewaltigt, wer im Innern die Willkür zum obersten Gesetz erhebt, der hat keinerlei Recht, nach außen an das Recht und die Gerechtigkeit zu appellieren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben ja dieser Tage wieder sehr schöne Proben von Ihrem Recht oder vielmehr Ihrer Rechts-

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) willkür erlebt. Wir haben aus dem Munde des Rechtshüter der deutschen kapitalistischen Republik, Herrn Schiffer, vernehmen können, wie er seinen Posten auffaßt. Wir haben von ihm gehört, daß er einen hochverräterischen Verbrecher, Ihren Jagow (nach rechts), für krank erklärte, während dieser selbst in der Öffentlichkeit den Reichsjustizminister mit einer klatschenden Ohrfeige Lügen strafte.

Wir sind ja in Deutschland längst soweit, daß der Mord an Arbeitern planmäßig und systematisch betrieben wird. Und so lehnt es zum Beispiel der Berliner Oberstaatsanwalt auch jetzt wiederum ab, den Verteidigern von Max Hölz zu gestatten, ihn von Berlin nach Dresden, wo er noch einmal abgeurteilt werden soll, zu begleiten. Das läuft offen darauf hinaus, daß man **Hölz** auf dem **Transport** ermorden will, genau wie man Sylt und andere meuchlings ermordert hat. Das zeigt, daß man die Entführungs- und Befreiungsmärchen, die der Staatsanwalt Jäger bereits in die Welt gesetzt hat, dazu benutzen will, um einen weiteren revolutionären Arbeiter auf der Flucht zu beseitigen.

(Zuruf rechts: Sanktionen!)

— Ich komme darauf, ich muß aber zuvor den Nachweis erbringen, daß Ihr Schrei nach Gerechtigkeit ein Widerspruch in sich selbst ist.

Meine Damen und Herren! Die Kreise von rechts, die sich nicht genug tun können im Hervorsprudeln von nationalistischen Schlagworten und Redensarten, sollten sich doch endlich daran gewöhnen zu begreifen, daß ihr Deutschland, ihr imperialistisches Deutschland den Weltkrieg verloren hat, und daß sie demnach auch die Konsequenzen dieser ihrer Niederlage tragen müssen. Die Leute, die heute protestieren, haben kein (B) Recht, ja nicht einmal einen Schimmer von Recht für diese ihre Proteste und Klagereien. Denn sie haben es genau so gemacht, wie es die Entente, wie es vor allen Dingen Frankreich heute uns gegenüber macht. Als der Krieg 1914 entfesselt wurde, sprach der Deserteur von Amerongen:

(Rufe rechts: Pfui!)

Uns treibt nicht Eroberungslust, es gilt nur die Abwehr eines heimtückischen feindlichen Angriffs. Und was haben wir dann erleben müssen trotz dieser feierlichen Worte? Den Frieden von Brest-Litowsk, den Versuch, weite Strecken Rußlands unter die deutschen Kommißstiefel zu zwingen, den Versuch, arbeitslose Hohenzollernprinzen als Fürsten in fremden Ländern unterzubringen. Nicht anders hat es die **französische Bourgeoisie** getrieben. Auch sie hat ihr Volk schmählich belogen, auch sie ist angeblich in den Krieg gezogen, um der Gerechtigkeit und dem Rechte eine Gasse zu bahnen. Wie aber dieses Recht und diese Gerechtigkeit aussieht, zeigt uns der Frieden von Versailles, zeigen uns die Sanktionen in unverhüllter Klarheit. Aber auch die **englische Bourgeoisie**, die angeblich in den Krieg gezogen ist, um das Recht der schwachen Nationen zu beschützen, hat sich beteiligt an dem elenden Vergewaltigungsfrieden für Deutschland. Sie hat mitgewirkt bei den Konferenzen von Spa, von London, sie hat vollen Anteil an den **Sanktionen** und an dem **Raubultimatum**. Die Politik aller bürgerlichen Regierungen läßt sich eben ganz einfach auf die Formel bringen: Ôte-toi de là que je m'y mette. Und wer eine solche Politik betreibt, hat kein Recht zum Protest und zur Klage, wenn er im eisernen Würfelspiel nach unten zu liegen kommt und die Faust des Siegers spüren muß. Denken Sie doch zurück an den Krieg 1870/71, wo der deutsche Sieger trotz allen Bittens und (C) Flehens der französischen Machthaber Elsaß-Lothringen annektierte und fünf Milliarden Goldfranken Kriegsentschädigung verlangte. Denken Sie weiter zurück an den **Frieden von Brest-Litowsk**, der geschlossen werden sollte auf Grund der feierlichsten deutschen Versicherungen, daß keine Annexionen und keine Entschädigungen stattfinden sollten. Denken Sie doch darüber nach, was man aus diesem Frieden gemacht hat: Den blödesten Gewaltfrieden, den die Weltgeschichte bis dahin gesehen hat. Erinnern Sie sich doch, wie verzweifelt Lenin und Trotzky mit den Machthabern des deutschen Imperialismus in Brest-Litowsk gerungen haben, wie sie vergeblich versucht haben, die deutschen Machthaber abzubringen von der schamlosen Vergewaltigung des russischen Volkes. Und Sie, die Sie hier sitzen, haben sich gefreut wie die Schneekönige, als Sie in der Zeitung lesen konnten, wie der berüchtigte General Hoffmann dem Streit und den Diskussionen mit einem gewaltigen Faustschlag auf den Tisch ein Ende setzte und brutal das Recht des Siegers, das Recht des Stärkeren, das Faustrecht proklamierte. Jawohl, damals haben Sie frenetisch Beifall geklascht. Wenn Sie selbst die Subjekte der Vergewaltigung sind, dann sind Sie immer dabei, Beifall zu klatschen. Wenn Sie aber Objekte der Vergewaltigung werden, dann schreien Sie zetermordio und erfüllen die Welt unausgesetzt mit heuchlerischen Phrasen. Die Friedensbedingungen von Versailles unterscheiden sich von denen von Brest-Litowsk nur durch das Raffinement und die Systematik, das in ihnen verkörpert liegt. Die Bedingungen von Brest-Litowsk waren ebenso brutal wie die von Versailles, sie waren aber bei weitem plumper. Die **Bedingungen von Versailles** gleichen denen **von Brest-Litowsk** durchaus in der Hemmungslosigkeit und Blindheit der imperialistischen Raub- (D) instinkte. Sie sind ein methodischer Wahnsinn, während Brest-Litowsk ein unmethodischer war. Daß aber die imperialistischen Ententeräuber den imperialistischen deutschen Räubern geistig überlegen waren, spricht absolut nicht zu Ihren Gunsten und ändert auch nichts an dem offenkundigen Raub- und Unterdrückungscharakter des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, den erfreulicherweise die deutsche Revolution in Fetzen zerrissen hat.

Die **Sanktionen**, die die Entente über die deutsche kapitalistische Republik verhängt hat, entspringen zwei **Hauptursachen**. Erstens den dringenden ökonomischen, finanziellen und politischen Interessen der Ententebourgeoisie und zweitens dem bösen Willen und der Weigerung der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierungslakaien, aus ihrem verlorenen Würfelspiel die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Sanktionen sind gekommen, weil die deutsche Bourgeoisie und ihre sogenannten republikanischen Regierungen monatelang ein trauriges Versteck- und Betrugspiel getrieben haben. Jede Regierung suchte die andere übers Ohr zu hauen. Bei allen möglichen Gelegenheiten und Ungelegenheiten wurden Ausflüchte gemacht. Jeder versuchte, durch rabulistische Interpretationen des Friedensvertrages den andern um die Beute zu betrügen. Man feilschte schamlos hin und her, aber nicht um Dinge, die Lebensinteressen der deutschen Nation betrafen, um allerlei nationalistische Gaukeleien, wie zum Beispiel um den Schutz der Elemente, die jetzt wegen ihrer tierischen und viehischen Brutalität in Leipzig von dem Reichsgericht abgeurteilt werden sollen.

Diesem Spiel der gegenseitigen Täuschung und Irreführung ist in London ein jähes Ende bereitet

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) worden, und wir verspüren jetzt wieder in erster Linie dessen verhängnisvolle Folgen und Auswirkungen, wie das Proletariat überhaupt alle Folgen ihrer verbrecherischen Maßnahmen zu tragen hat. In London hat sich die Hoffmännerei von Brest-Litowsk im entgegengesetzten Sinne gezeigt. Dort konnten die Deutschen nicht mehr auf den Tisch schlagen. Das besorgten dort Lloyd George und Briand, die kraft der Macht des Siegers, dank den Kanonen, die sie noch hinter sich hatten, die deutsche Regierung zur Unterwerfung zwangen. Die dort von der Entente gegen Deutschland verhängten **Strafmaßnahmen** sollen angeblich zur Erzwingung der Erfüllung der Stipulationen des Friedensvertrages dienen. Die Besetzung der Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe bis zur Höhe von 50 Prozent des Wertes der ausgeführten deutschen Waren und die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein sollten nach den Versicherungen der Ententestaatsmänner nur Mittel sein, um die renitenten deutschen Kapitalisten zur Anerkennung des Friedensvertrages und zur Erfüllung seiner Bedingungen zu zwingen. Dieser **Vorwand** ist jedoch **lügenhaft.** Der vorgeschobene Grund, die Sicherung der Reparation, trifft absolut nicht zu. In Wirklichkeit sind die Sanktionen durch zwei wichtige Beweggründe veranlaßt, einmal durch den Willen und das Bestreben, die Konkurrenz des deutschen Kapitalismus auf dem Weltmarkte auszuschalten, und zweitens durch das Bemühen, die wirtschaftliche und politische Angliederung des besetzten Gebietes an Frankreich herbeizuführen.

Es muß aber hervorgehoben werden, daß die **politische Linie, der beiden Hauptstaaten der Entente, England und Frankreich, nicht ganz parallel** läuft. Dieses teilweise Auseinanderlaufen wird durch die Ver-

(B) schiedenartigkeit der Interessen bedingt, die die beiden Länder bewegen. **England** verfolgt in erster Linie ökonomische Ziele. Der Krieg hat auch die englischen Finanzen zerrüttet, hat auch den Engländern Verarmung und allgemeine hohe Steuern gebracht, hat auch in England jenen charakteristischen hippokratischen Zug der kapitalistischen Gesellschaft gezeugt, nämlich den Mangel an Kaufkraft, die eigentliche Ursache der Weltkrise, an der der Kapitalismus zugrunde gehen muß. England sucht diesem Übel zu steuern durch einen planmäßigen Lohnabbau. Es macht zurzeit Kämpfe durch, die sein Wirtschaftsgefüge vollkommen erschüttern.

Deutschland soll auch für England die Summen aufbringen, die im Ultimatum des näheren festgesetzt sind. Deutschland kann aber nur dann zahlen, wenn es große Warenmengen zu exportieren in der Lage ist. Deutschland muß also exportieren, wenn es die Ententebedingungen erfüllen will. Frankreich und England fürchten aber die deutsche Konkurrenz und müssen sie aus Selbsterhaltungstrieb mit allen Mitteln bekämpfen. So wird der deutsche Kapitalismus gezwungen sein, die Weltmarktpreise zu unterbieten und eine elende Schmutz- und Schleuderkonkurrenz zu treiben. Das ist übrigens bereits geschehen und hat auch schon auf der anderen Seite Gegenmaßnahmen ausgelöst. Wir hören überall von Abwehrzöllen, von Antidumpingvorschriften. Die verschiedenen Ziele, die die Ententebourgeoisien verfechten, schließen, wie ich bereits dargelegt habe, einander aus. Sie untergraben von sich aus die Erfüllungsmöglichkeit des Ultimatums, das sie Deutschland aufgezwungen haben.

Frankreich hat, ökonomisch gesehen, zunächst genau dieselben Absichten und Motive für sein Vorgehen wie England. Aber daneben — das muß festgestellt werden, und das mußte sogar der deutschvolksparteiliche Redner (C) Dr. Zapf betonen — hat Frankreich starke **finanzielle Leibschmerzen.** Die französischen Schulden nach innen und außen sind ins Gigantische angewachsen. Die öffentliche Schuld Frankreichs, die am 1. März 1914 kaum 25 Milliarden Franken betrug, war am 1. März 1921 auf 302 Milliarden Franken angewachsen, so daß in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung eine Schuldenlast von 8000 Franken, also nach dem jetzigen Kursstand umgerechnet von 48 000 Papiermark kommt. Neben der Verzinsung dieser Riesenschuld hat Frankreich riesige Summen für die Unterstützung seiner Kriegsopfer aufzubringen und mit einem gewaltigen Budgetdefizit zu kämpfen. Die brennenden Finanzsorgen zwingen die französische Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß aus Deutschland möglichst bald und möglichst reichlich Geldquellen zu ihr hinüberfließen.

Aber neben diesen finanziellen Gründen hat Frankreich auch stark ausgeprägte **imperialistische Gelüste,** und es hat den Anschein, als ob diese imperialistischen Gelüste alle übrigen Sorgen Frankreichs bei weitem übertreffen. Die **französische Bourgeoisie** kämpft nämlich um die **Hegemonie in Europa.** Sie kann sich dabei mehr oder weniger auf eine aktive und passive Unterstützung von England stützen. England läßt Frankreich in gewissem Sinne freien Spielraum in der europäischen Politik, damit es selbst die Hände frei bekommt für seine Pläne im Osten und eine Rückendeckung findet für die Zufälle, die sich auf Grund der Zuspitzung der Gegensätze mit den Vereinigten Staaten von Amerika in absehbarer Zeit ereignen können.

Dem finanziellen Unvermögen der französischen Republik und ihrem stark ausgeprägten imperialistischen Willen entspricht aber absolut nicht die derzeitige tatsächliche Macht der französischen Bourgoisie, die bei allen Rodomontaden, die sie zur Schau trägt, auch heute (D) noch vor dem besiegten deutschen Imperialismus Furcht hat. Deshalb geht die französische Politik ganz konsequent darauf hinaus, mit allen Mitteln eine politische Schwächung und Zerrüttung Deutschlands herbeizuführen.

Der französische Imperialismus weiß, daß die Basis, auf der er sich entwickelt hat, zu schmal ist für seine großen, weitausgreifenden Hegemoniepläne. Deshalb strebt er mit allen Mitteln dahin, seine Basis zu verbreitern. Er will sich die Grundlagen seiner Hegemonie und seines Imperialismus vor allen Dingen dadurch schaffen, daß er sich deutsche Kohlen- und Erzgebiete anzugliedern sucht. Das sind die wahren Beweggründe der französischen Politik sowohl in der Sanktionenfrage wie auch in dem Vorgehen Frankreichs in Oberschlesien und Polen. Das sind auch die Leitgedanken der Politik, die Frankreich mit mehr oder minder großem Erfolg im Innern Deutschlands getrieben hat. Denken Sie an Bayern, wo der Gesandte Herr Dard sehr oft bei den Kahr-Leuten antichambriert und jedenfalls nicht ganz umsonst gewirkt hat.

Diesem zielklaren Streben der französischen kapitalistischen Republik entspricht auch die Politik, die sie jetzt im Rheinland betreibt mit der Schaffung einer **Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.** Diese Maßnahme ist, rein finanziell betrachtet, an und für sich ein Unsinn, weil im Ultimatum den Ententestaaten bereits alle Erträgnisse aus sämtlichen deutschen See- und Landzöllen vorbehalten sind. Frankreich brauchte sich also absolut nicht den Apparat zur Einhebung seiner Zölle zu schaffen, den es jetzt aufgezogen hat. Es könnte seine finanziellen Vorteile weit billiger wahrnehmen.

Meine Damen und Herren! Aber auch innerhalb

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Deutschlands gibt es Kreise, die die französische Politik offen oder versteckt unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die „Frankfurter Zeitung" brachte dieser Tage — am 28. dieses Monats — einen Artikel aus dem besetzten Gebiet mit der Unterzeile: **„Artikel 18 der Reichsverfassung"**, wo von der Volksabstimmung gesprochen wird, die die Voraussetzung bildet für die Umbildung oder Neubildung von Ländern innerhalb des Deutschen Reichs. In dieser Notiz wird davon geredet, daß im Ministerium des Innern Besprechungen stattgefunden haben, an denen alle Parteien teilgenommen hätten. Bei dem Beschluß, diese **Abstimmungsfristen** weiter hinauszuschieben, hatten sich aber drei Parteien, die Deutsch-Hannoveraner, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten abseits gestellt. Meine Damen und Herren! Ich stelle hier vor aller Öffentlichkeit fest: Soweit die Kommunisten in Frage kommen, ist diese Behauptung der „Frankfurter Zeitung" ein ausgemachter Schwindel. Kommunisten geben sich niemals dazu her, den Büttel irgendeines Kapitalismus zu spielen, weder des französischen noch des deutschen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Kommunisten werden zwar stets dafür kämpfen, in ihrem Lande die Bourgeoisie zu stürzen, in ihrem Lande den breiten Massen Lebensmöglichkeiten zu erschließen, sie werden sich aber dazu niemals der Hilfe fremder kapitalistischer Cliquen bedienen und deren Bestrebungen irgendwie unterstützen. Wir haben ein **Interesse** daran, daß die **Rheinlande bei Deutschland verbleiben**, weil wir das deutsche Proletariat nicht in sich spalten lassen wollen, weil wir nicht geneigt sind, die deutschen Proletarier der Ausbeutung des französischen Kapitalismus und der Wollust des französischen Imperialismus auszuliefern. Ich mußte diese Feststellung hier (B) machen, weil die „Frankfurter Zeitung" eine derartige widersinnige Behauptung aufgestellt und daran hämische Glossen gegenüber den Kommunisten geknüpft hat.

Wenn nun trotzdem die französische Presse feststellen muß, daß das Ententeultimatum angenommen und bis zu einem gewissen Grade auch bereits erfüllt worden ist, wenn in den Spalten der französischen Presse der neuen Regierung Wirth allerlei Lob gespendet wird, so können wir gleichwohl noch nichts davon erkennen, daß sich dieses Wohlwollen für die Regierung Wirth in politischen Taten zu seinen Gunsten umgesetzt hat. Trotz allen Lobes für die neue Regierung hat sich die französische Regierung bisher nicht veranlaßt gesehen, die Sanktionen aufzuheben, obwohl diese doch nur dazu bestimmt waren, die deutsche Regierung zur Annahme des Ultimatums zu zwingen. Die französischen Machthaber machen dabei genau dieselben Ausflüchte, die Sie hier bei allen möglichen innerpolitischen Anlässen uns gegenüber machen. Man pfeift eben da drüben genau so auf Recht und Gesetz, wie Herr Ebert hier bei uns in Deutschland auf die Verfassung pfiff, als er die Sondergerichtsschmach etablierte, und wie Herr Kahr in Bayern auf die Reichsregierung pfiff, als er die Einwohnerwehren entwaffnen sollte. Es zeigt sich auch hier wiederum mit aller Deutlichkeit, daß für die Gestaltung der Rechtsverhältnisse nur brutale Besitz- und Machtinteressen entscheidend sind.

Es trifft aber absolut nicht zu, wie es hier in der Debatte immer wieder betont wurde, daß die deutschen Kapitalisten alle diese Dinge von der Entente ruhig hingenommen und dagegen nur mündlich opponiert hätten. Es steht fest, daß das **deutsche Unternehmertum** und die deutsche Regierung gemeinsam mit allen Mitteln gegen die Sanktionen intrigiert und gewühlt haben, und zwar genau so skrupellos, wie es der Ententekapitalismus im entgegengesetzten Sinne getan (C) hat. Man hat von dieser Seite **Gegenmaßnahmen** getroffen, die zunächst in einem ganz systematischen Presselügenfeldzug zum Ausdruck kamen, in einem Presselügenfeldzug, der genau so gut funktionierte wie im Weltkriege und ununterbrochen eine Flut von Schwindelnachrichten, die natürlich alle stark nationalistisch und kapitalistisch gefärbt waren, in die Welt hinaussandte. So wurde zum Beispiel zunächst behauptet, daß die Sanktionen die deutsche Wirtschaft gar nicht berührten, sodaß daß hauptsächlich und besonders die Entente dann betroffen würde. Es wurde weiter behauptet — und man sagt dies auch heute noch —, daß durch die Schaffung der Rheinzollinie eine vollkommene Verstopfung der Bahnhöfe im Rheinlande eingetreten sei. Ich stelle fest, daß auf Grund mir gewordener zuverlässiger Informationen von wirklichen **Bahnhofsverstopfungen im besetzten Rheinlande** absolut nicht geredet werden kann.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Es ist schade, daß der Herr Abgeordnete Dr. Becker nicht im Saale ist, der sich durch Augenschein davon überzeugen mußte, daß die Pressemeldungen über Bahnhofsverstopfungen ganz abgefeimte Schwindelmeldungen waren.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Ja, Dr. Becker ist dort gewesen und hat darüber mit der Abgeordneten Agnes gesprochen. Er hat sich persönlich davon überzeugt, daß die Pressemeldungen erstunken und erlogen waren.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Warum reisen denn Frachtsendungen heute drei Wochen länger?)

— Da müssen Sie Ihren Eisenbahnminister fragen. Der hilft nämlich mit sabotieren. — (D)

Als weitere Gegenmaßnahme wurde vom deutschen Unternehmertum und von der deutschen Regierung der planmäßige **Boykott der Einfuhr aus den alliierten Ländern** betrieben. Hier suchte man sich als Deckmantel den Geschäftspatriotismus heraus, jene üble Form des Patriotismus, die immer besonders üppig ins Kraut schießt, sobald der Profit bedroht ist. Das wahre Ziel dieses Boykottfeldzuges war die künstliche Hochhaltung der Warenpreise bis zu der Zeit, wo die teuer eingekauften Rohstoffe mit Profit verwertet waren, obwohl gleichzeitig die Rohstoffpreise gewaltig sanken. Die Baumwollerzeugnisse zum Beispiel sind auf diese Weise in Deutschland lange Zeit auf einem Preisniveau gehalten worden, das den Konsum kolossal erschwert hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Weiter sollte mit diesen Maßnahmen die moralische Rechtfertigung für die planmäßige Sabotage des Unternehmertums geliefert werden. Der vorgeschobene Rohstoffmangel mußte dazu herhalten, die Arbeiter auf die Straße zu werfen und sie durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit für den geplanten Lohnabbau und für die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mürbe zu machen. Das sind Tatsachen, die sich in Hülle und Fülle dokumentarisch belegen lassen.

Eine weitere Abwehrmaßnahme des Unternehmertums war sein Bestreben, die **Ausfuhr ins neutrale Ausland** mit allen Mitteln zu steigern, und zwar mit dem ausgesprochenen Ziele, den Absatz der Ententeindustrien in den neutralen Ländern durch die schlimmste Schmutz- und Schleuderkonkurrenz zu verdrängen. Und diese Schleuderkonkurrenz war in der Tat derart, daß bereits eine ganze Anzahl neutraler Staaten energische Abwehrmaßnahmen dagegen treffen

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) mußten. Ich erinnere hier nur an die diesbezüglichen Abwehrmaßnahmen, die Schweden, und an die Antidumpingmaßnahmen, die Dänemark getroffen hat. Ich erinnere weiter daran, daß in den letzten Wochen auch die Schweiz gegen Deutschland und nur gegen dieses, nicht aber gegen seine übrigen Grenznachbarn Schutzmaßnahmen beschlossen hat.

(Zurufe rechts.)

Alle diese Maßnahmen des deutschen kapitalistischen Unternehmertums sind von der Reichsregierung offen und mit allen Mitteln unterstützt worden. Vor allen Dingen dadurch, daß die Regierung sich weigerte, die Staatsbons, die die alliierten Länder den Exporteuren von deutschen Waren ausstellte, einzulösen. Seit dem 12. Mai ist die Reichsregierung zur Einlösung dieser Staatsbons gezwungen, aber trotzdem — und das muß hier festgestellt werden, weil es den Wirtschaftskriegscharakter der deutschen Regierung klar feststellt — ist bis heute noch keine Verordnung ergangen, die die Einlösung dieser Staatsbons sicherstellt.

Die Gegenmaßnahmen des deutschen Unternehmertums und der deutschen Regierung offenbaren ganz deutlich das Bestehen eines Wirtschaftskrieges zwischen dem Ententeimperialismus und dem deutschen Imperialismus. Dieser Wirtschaftkrieg aber ist nur die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln, genau wie 1914 der Übergang vom Frieden zum Krieg nur eine Fortsetzung der bis dahin getriebenen Politik mit anderen Mitteln bedeutete.

An diesem Wirtschaftskriegscharakter ändert auch die Tatsache nichts, daß die französische Regierung in den letzten Tagen in der Freiliste und im Zollregime gewisse Änderungen und Milderungen hat eintreten lassen. Diese Milderungen oder Verschärfungen, die je nach der politischen Situation und nach der politischen (B) Notwendigkeit erfolgen, sind nur Pendelschläge einer bestimmten Politik, die diktiert wird von bestimmten politischen Rücksichten und das Ziel verfolgen, bestimmte politische Wirkungen auszulösen. Aus dem Wirtschaftskrieg und den Ursachen, die ihm zugrunde liegen, ergibt sich die Tatsache, daß der Weltmarkt trotz aller Verheerungen, die der Weltkrieg über Europa gebracht hat, für die vorhandenen Produktionskräfte viel zu eng geworden ist. Sein Ziel ist die Umgestaltung der internationalen Wirtschaft in dem Sinne, daß nicht mehr wie bisher bloß einzelne Unternehmer aus dem Produktionsprozeß herausgedrängt, sondern ganze kapitalistische Länder vom Weltmarkt gewaltsam ferngehalten werden. Das ist der wirkliche Sinn der Sanktionen, genau so, wie es der Sinn der Blockade und des Wirtschaftskrieges im Weltkrieg gewesen ist.

Auf Grund dieser Tatsachen müssen wir mit weiteren Verschärfungen der politischen Maßnahmen der Entente, mit weiteren Sanktionen rechnen, und zwar deshalb, weil der englische und der französische Imperialismus damit ganz verschiedene, ja zum Teil sogar entgegengesetzte Interessen und Zwecke verfolgen. England will vor allem die Knebelung der deutschen Konkurrenz und ihre Verdrängung vom Weltmarkt, Frankreich will dagegen in erster Linie die Inanspruchnahme der deutschen Ausfuhr zur Behebung seiner dringlichen Finanznot, es betreibt aber damit gleichzeitig auch die Verdrängung der deutschen Industrie und die Eroberung des deutschen Absatzmarktes. Der eine Zweck schließt aber den anderen vollkommen aus, so daß der finanzielle Mißerfolg der Ultimatumssanktionen von vornherein gegeben ist. Und was wird dann geschehen, wenn die Bedingungen des Ultimatums, wenn die vorgeschriebenen finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllt werden? Dann werden wir eine Neuauflage des Konfliktes erleben, der hinter uns liegt, mit einer (C) weiteren Zuspitzung aller vorhandenen Gegensätze und der Stipulierung neuer Sanktionen.

Es sind hier bereits eine ganze Anzahl von Belegen über die Wirkungen der Sanktionen im besetzten Gebiet vorgebracht worden. Ich wäre in der Lage, eine weitere Fülle von Material zur Erhärtung der vorgebrachten Klagen beizubringen. Ich will mich aber mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit hier nicht weiter auf Einzelheiten einlassen, sondern nur hervorheben, daß die Wirkungen der Sanktionen absolut nicht einheitlich sind, daß zwar einzelne Industrien und Industriezweige durch sie eine Hemmung erfahren haben, daß es aber auch weite Kreise von kapitalistischen Interessenten gibt, die auf Grund der Sanktionen hohe Sonderprofite herausgeschlagen haben. Daß das Unternehmertum in der Tat mit allem Raffinement, mit allen Kniffen und Tücken arbeitet, möge aus einem Artikel im „Weltmarkt" vom 3. Mai dieses Jahres erhellen, in dem allerlei praktische Anleitungen zur Umgehung der Sanktionen gegeben worden sind. Darin wurden u. a. folgende Vorschläge gemacht: Ältere oder schon laufende Lieferungsverträge der deutschen Industrie ins Ausland könnten natürlich nicht unter die 50 prozentige Ausfuhrabgabe, deren Erhebung noch gar nicht feststeht, fallen. Man könnte neue Verträge vordatieren — also mit einer glatten Urkundenfälschung um die Sanktionen herumkommen —, man könnte die Sanktionen durch Einkassierung des Betrages im voraus umgehen. Man könnte einen besonders niedrigen Kaufpreis vereinbaren, so daß dieser Kaufpreis einschließlich der 50 prozentigen Ausfuhrabgabe noch so tief liege, daß eine Unterbietung am Weltmarkt möglich sei. Falls ein Ausländer in Deutschland ein Bankguthaben besitze, so könnte die Zahlung aus diesem in Deutschland befindlichen Guthaben erfolgen, ohne daß die ausländischen Regierungen eingreifen könnten. (D) Es könnte endlich das Verfahren der Kontraktion zur Anwendung gelangen, und zwar in der Weise, daß Deutschland seine Waren an ein neutrales Land liefere, dieses neutrale Land aber seine Erzeugnisse an diejenigen Ententeländer weiter liefere, die eine 50 prozentige Ausfuhrabgabe auf diese Waren erheben. Die Abrechnung bestehe dann für den deutschen Exporteur lediglich mit dem neutralen Auslande.

Aus den vorgelesenen Verhaltungsmaßregeln können Sie erkennen, daß das Kapital rasch reichlich Mittel und Wege gefunden hat, um den Wirtschaftskrieg gegen die Entente zu führen. Und da gestern hier von dieser Stelle aus gar bewegliche Beschwerden über die Politik Frankreichs im Saargebiet geführt wurden, möchte ich nicht unterlassen, hier festzustellen, daß die großen Patrioten Deutschlands, die gewaltige industrielle Werke im Saargebiet haben, sich nicht gescheut haben, sich offen mit dem sogenannten Erbfeind zu liieren und die Arbeiterausbeutung gemeinsam zu betreiben. Da ist z. B. der altbekannte gute deutsche Name Stumm, eine Firma, die aus schmutzigen Profitrücksichten 60 Prozent ihres Kapitals in französische Hände hinübergespielt hat, ohne daß hierfür eine zwingende Notwendigkeit vorgelegen hätte. Das Kapital geht also immer dahin, wo die größten Profite zu holen sind, es pfeift auf alle nationale Ideen und auf jede nationale Gesinnung, sobald höhere Profite erreichbar sind.

Weiter steht die Tatsache fest, daß die Maßnahmen vom Unternehmertum in der Darstellung ihrer Wirkungen weit übertrieben worden sind, daß diese Wirkungen wenigstens für bestimmte Industriezweige lange nicht so schwer gewesen sind, wie man hier und draußen behauptet hat. Als Beweis dafür kann ich

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Ihnen ein Geheimschreiben einer deutschen Firma zur Verlesung bringen, nämlich der Firma Felix Mindus u. Co. aus Hamburg, Katharinenstraße 47/48. Diese Firma schrieb am 23. April 1921:

Betrifft: Rheinzoll.

Die Abgaben, welche wir auf unsere Artikel zu leisten haben, sind derart gering, daß wir dieselben ohne weiteres auf uns selbst nehmen, so daß hierdurch die Preise für unsere Fabrikate nicht erhöht werden. Es tritt also der Fall, daß wir gegenüber den Fabriken des unbesetzten Deutschlands ganz wesentlich benachteiligt werden, nicht ein. Jedenfalls bitten wir Sie höflichst, sobald bei Ihnen wieder größere Aufträge vorliegen, uns zur Offertabgabe auffordern zu wollen. Wir werden nicht versäumen, Ihnen möglichst günstige Angebote zu unterbreiten, und dürfen Sie unsererseits stets bester Bedienung gewiß sein.

Hochachtungsvoll

. . . . .

Wenn auch die Kapitalisten bei den Sanktionen lange nicht so sehr gelitten haben, wie sie in der Öffentlichkeit gern glauben machen wollen, so steht aber andererseits einwandfrei fest, daß durch ihr ganzes Verhalten wie durch ihre Politik die **Wirkungen der Sanktionen für das Proletariat verheerend** gewesen sind. Sie haben der Arbeiterschaft vermehrte Arbeitslosigkeit, steigende Zahlen von Kurzarbeitern und verschärfte Ausbeutung gebracht. In den Sanktionen hatte und hat das Unternehmertum billige Vorwände, um seine Betriebe stillzulegen und mit Hilfe dieser Stillegungen und dem daraus resultierenden Hunger die Arbeiter zu veranlassen, für billigeren Lohn zu arbeiten. Die Sanktionen waren für das Unternehmertum weiter

(B) ein Vorwand für die Inszenierung einer maßlosen Schleuderkonkurrenz, die ebenfalls nur auf Kosten der Arbeiter ging: ständig wachsender Lohndruck, Versuche, die Arbeitszeit auszudehnen, während gleichzeitig immer breitere Massen von Arbeitern arbeitslos wurden und keine Gelegenheit mehr fanden, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

So sehen wir auch an diesem Beispiel wiederum, daß im kapitalistischen Staat alle Folgen der Politik der herrschenden Klassen restlos auf die Arbeiter abgewälzt werden.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Arbeiter sind es immer, die allein alle Folgen der Verbrechen der herrschenden Klassen zu tragen haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und wie reagiert nun das Kapital auf alle diese Maßnahmen der Entente? Sie sucht zunächst durch Entfachung von nationalistischen Rummeln die Massen von dem wirklichen Kern der Dinge abzulenken, deren Blick von ihrer eigenen verderblichen Politik, von dem Bankerott ihres Systems abzuziehen und ihn auf den sogenannten äußeren Feind hinzulenken. Das Kapital betreibt mit allen Mitteln und mit allen Finessen die **Spaltung der Arbeiterklasse**. Es sucht eine Schicht der Arbeiter gegen die andere auszuspielen, die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden, die Arbeitenden gegen die Arbeitslosen, eine proletarische Partei gegen die andere, weil sie nur bei erfolgreicher Betätigung dieser Politik ihr ruchloses Ausbeutungssystem aufrechterhalten kann. Aus diesem Grunde lobt Stinnes und seine Korona ab und zu einmal die deutschen Sozialdemokraten, aus diesem Grunde stattet der Reichskanzler Wirth und statteten vor ihm der Melodramatiker Fehrenbach und Herr Dr. Simons den deutschen Sozialdemokraten und den deutschen Gewerkschaftsbureaukraten höchst persönlich den Dank des Vaterlandes ab, das heißt den Dank (C) des Kapitals für ihre Dienste bei der Niederhaltung ihrer eigenen Klasse.

Das Kapital versucht weiterhin auch die Arbeiter durcheinander zu hetzen, und zwar besonders an den Produktionsstätten, in den Betrieben selbst. Das, was der Mansfelder kupferschieferbauenden Gewerkschaft im Februar dieses Jahres nicht gelungen war, was auch Hörsing trotz seiner Polizeitruppen nicht fertiggebracht hatte, ist heute Ereignis geworden: die Werkspolizei ist dort eingeführt und hat die Aufgabe, durch Spitzelei, durch Denunziation und Niedertracht die Arbeiter gegeneinander aufzubringen und zu entzweien, damit auf Grund der so geschaffenen Uneinigkeit der Arbeiter das Kapital weitere Maßregelungen, weitere Knebelungen der Belegschaften, weitere Lohnherabsetzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ohne großen Widerstand durchführen kann.

In den Kämpfen, die sich zwischen dem deutschen Bürgertum und der Ententebourgeoisie abspielen, in dem Wirtschaftskrieg, in dem wir bereits mitten drin stehen, kann es für die deutsche Arbeiterklasse ebensowenig eine Neutralität, ebensowenig einen Burgfrieden geben, wie es ihn im Weltkrieg geben konnte. Die **nationale Einheitsfront**, die man immer im Munde führt, ist weiter nichts als ein grobes **Täuschungsmittel der Kapitalisten** und ihrer Agenten, weiter nichts als ein Mittel, um die materiellen Folgen des verlorenen Weltkriegs, wie auch die Folgen des Wirtschaftskriegs, der zurzeit geführt wird, restlos auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Als Mittel zur Schaffung dieser sogenannten nationalen Einheitsfront sind anzusehen die Versuche des Unternehmertums, auch die Arbeiter zu gewinnen für die Teilnahme an der Boykottierung ausländischer Waren. Dahin gehören ferner die Versprechungen, die die Bureaukraten des Allgemeinen (D) Deutschen Gewerkschaftsbundes am Pfingstsonnabend den Ententebotschaftern gemacht haben, wonach das deutsche Kapital nicht in der Lage sei, die finanziellen Lasten des Ultimatums zu tragen, wonach die Erfüllung der Ententeforderungen nicht aus der Substanz des Kapitals geschehen könne, sondern durch vermehrte Arbeitsleistungen der Arbeiter in den Betrieben aufgebracht werden müsse. In dieser Linie der nationalen Einheitsfront liegen auch die Bemühungen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, deren Politik auf vermehrte Fesselung, Knebelung und Ausplünderung der Arbeiterklasse durch das Kapital hinausgeht, während doch ihre ureigenste Aufgabe wäre, im Interesse der rasch verkommenden Arbeiter den Kampf gegen das internationale Kapital mit allen Mitteln aufzunehmen und durchzuführen.

Es ist eine Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse, daß sie den rücksichtslosesten Kampf führt gegen den kapitalistischen Schwindel der nationalen Einheitsfront, gegen das Trugbild des nationalen Burgfriedens, gegen jene Schichten der Gewerkschaftsangestellten, die ihre Aufgabe darin erblicken, gemeinsam mit dem Kapital ihre eigenen Klassengenossen an das Hungerkreuz zu schlagen, und als getreue Pudel den nationalistischen Rummel der kapitalistischen Parteien gegen die Ententestaaten mitzumachen.

Die Arbeiterklasse muß auch den schärfsten Kampf führen gegen die Sanktionen und die sich daraus ergebende Verelendung der breiten Massen. Aber diesen Kampf werden wir Kommunisten nicht führen wie Sie durch eine blöde nationale Verhetzung und durch ständige Angriffe auf die sogenannten Feinde. Denn wir wissen, daß der Hauptfeind der deutschen Arbeiter nicht jenseits der Grenzen steht, sondern daß wir ihn im eigenen

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Lande haben, in unserer nationalen Kapitalistengesellschaft. Und dieser gilt in erster Linie der Kampf der deutschen Arbeiter, wie es auch die historische Aufgabe der französischen und der englischen Arbeiter ist, ihrem Kapitalismus mit allen Mitteln zu Leibe zu gehen. Der einzig mögliche Ausweg, der sich aus der verfahrenen Situation für die deutsche Arbeiterklasse wie für das Weltproletariat überhaupt noch ergibt, ist der Sturz der kapitalistischen Regierungen, ist der Sturz der Bourgeoisieherrschaft überhaupt, ist die Errichtung der proletarischen Diktatur in Gestalt der Sowjet-Verfassung, ist die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft und damit zugleich auch der engste Anschluß an Sowjet-Rußland, das Zentrum der Weltrevolution.

(Lachen.)

— Jawohl, das Zentrum der Weltrevolution, von dem aus die Gesundung Europas ausgehen wird. Sie bewegen sich mit Ihrer Politik längst in einem fehlerhaften Kreislauf, Sie können weiter nichts, als die bestehenden Gegensätze ständig verschärfen und immer neue Gegensätze dazu gebären, die schließlich einen Grad der Spannung erreichen werden, der auch die indifferentesten Arbeitermassen zu Ihrem Sturz in Bewegung setzen muß.

Nur ein solcher aktiver Kampf der deutschen Arbeiter gegen die kapitalistische Unterdrückungsfront im eigenen Lande vermag eine aktive Unterstützung des ausländischen Proletariats zu unsern Gunsten zu erzeugen. Nicht durch hohle Appelle an den Gerechtigkeitssinn oder an die Vernunft, wie sie der Abgeordnete Breitscheid hier produziert hat, sondern einzig und allein durch das lebendige Beispiel der Tat werden wir den Massen jenseits der Grenzen die Überzeugung beibringen, daß wir die Wiedergutmachung, aber nicht im

(B) kapitalistischen Sinne, sondern im sozialen Weltsinne wirklich wollen und wirklich durchführen werden. Und es hat sich in diesen Wochen deutlich gezeigt, daß auch die Macht der Ententebourgeoisie, so stark sie sich auch fühlen mag auf Grund der proletarischen Bajonette, die sie vorläufig noch zu ihrem Vorteil zwingen kann, absolut nicht mehr unbegrenzt ist. Es hat sich gezeigt, daß die französische Bourgeoisie in ständig wachsendem Maße Rücksicht nehmen muß auf ihr eigenes Proletariat, das revolutionär gewaltig erstarkt ist und heute eine Macht darstellt, mit der sie ernstlich rechnen muß. Zur Erhärtung dieser Behauptung erinnere ich daran, daß die Reservisten, die der französische Kriegsminister Barthou zur Durchführung der Sanktionspolitik im Rheinlande eingezogen hatte, in einem fort gemeutert haben. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß sie am 1. Mai in ihren Standorten mit der deutschen Arbeiterschaft gemeinsam dem Maigedanken gehuldigt haben, daß sie offen der Roten Internationale ihre Reverenz bewiesen und den Kampf gegen ihre eigenen Unterdrücker mit solchem Nachdruck geführt haben, daß Barthou sich gezwungen sah, die eingezogene Jahresklasse 1919 dieser Tage wieder aus dem Heeresdienst zu entlassen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

— Jawohl, es ist das ausschließliche Verdienst der Kommunisten in Frankreich, es ist das Verdienst der tapferen Reservisten, daß sie inzwischen wieder aus den deutschen Kasernen entlassen worden sind. Und diese Meutereien der französischen Reservisten, die auf dem Transport überall demonstrativ die Internationale gesungen und ihren Vorgesetzten allen möglichen Widerstand entgegengesetzt haben, haben auch in England eine gewisse Nachahmung gefunden. Auch dort haben wir erlebt, daß die Proletarier, die man kommandiert hatte, um die verzweifelt gegen ihren Lohnabbau kämpfenden Bergarbeiter mit Waffengewalt zur Raison zu bringen, sich weigerten, die Waffen gegen ihre Klassenbrüder zu führen. Diese Tatsachen geben uns die Gewähr, daß ein wirkliches aktives revolutionäres Vorangehen der deutschen Arbeiterschaft bei dem Proletariat in den Westländern den Widerhall finden wird, der schließlich zum Sturz des nationalen, des europäischen, des internationalen Kapitalismus führen wird. (C)

Wenn man das Ergebnis der Interpellationsdebatte überblickt, so muß man sagen, daß wir dabei von den Sozialdemokraten absolut keine neuen Töne gehört haben. Ihr Gerede war nur die Fortsetzung ihrer alten Burgfriedenspolitik, die weitere Besiegelung ihres unwürdigen Bündnisses mit den kapitalistischen Parteien und mit dem Kapitalismus selbst. Die Sozialdemokraten setzen damit nur die Verräterrolle fort, die sie seit dem 4. August 1914 ununterbrochen getrieben haben. Damals schmiedeten sie die deutsche Arbeiterklasse an den Kriegswagen des raub- und beutelüsternen deutschen Imperialismus. Im November 1918 verrieten sie die proletarische Revolution und spielten dem zusammenbrechenden System wieder die Macht in die Hand. Und jetzt im Jahre 1921 sinken sie sogar herab auf die Stufe des offenen Sklavenhalters, des Totengräbers an ihrer eigenen Klasse im Interesse des deutschen und des internationalen Geldsacks. Dabei werden sie getreulich unterstützt von den Stützen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Man kann das Dokument der vollkommenen Hilf- und Ratlosigkeit, das jene famosen Amsterdamer von sich gegeben haben angesichts einer Weltsituation, die das aktive Eingreifen der Arbeitermassen fordert, nicht lesen, ohne sich zu schämen, ein Deutscher zu sein.

Allein die Wirkungen der Politik, zu deren ausdrücklichen Garanten Sie sich machen, werden in wenig Wochen und Monaten derartig sein, daß durch die breiten Massen des Proletariats ein Erwachen gehen wird, ein Erwachen, daß Sie und Ihre Brut restlos von der politischen Bildfläche hinwegfegen wird. (D)

Auch die Unabhängigen haben längst keinerlei revolutionäre politische Linie mehr. Zwischen ihnen und den Rechtssozialisten besteht heute nur noch ein geringer gradueller Unterschied. Beide haben sich für die Annahme des Ultimatums erklärt, beide haben die Regierung Wirth aufgefordert, die Verpflichtungen des Ultimatums mit allen Mitteln zu erfüllen. Beide sind deshalb auch voll verantwortlich für alles das, was die Wirth-Regierung in Erfüllung der Ultimatumsforderungen der Entente noch tun wird und bereits getan hat. Beide tragen mit die Verantwortung für die Regierung, die hier von Versöhnung redete, die hier zwar allerlei Versprechungen machte über den Abbau der Gewaltpolitik im Innern, aber nach wie vor die Sondergerichte wüten, nach wie vor die politischen Gefangenen in den Zuchthäusern verkommen läßt und nach wie vor den Beschluß des Reichstags, wonach wenigstens die sogenannten Mitläufer durch eine besondere Kommission begnadigt werden sollen, brutal offen sabotiert. Sie haben ja dieser Tage aus dem Munde des Herrn Justizministers Schiffer selber gehört, wie er den Beschluß des Reichstags, mit dem Sie ja doch nur Ihr Gewissen nach außen salvieren wollten, mit Füßen getreten hat. Wo aber haben die beiden sozialdemokratischen Parteien den Kampf, den wirklichen Kampf gegen den Minister oder die Regierung aufgenommen, die ihren demokratischen Willen so verächtlich mit Füßen tritt?

Ich sage darum noch einmal, die Sozialdemokraten beider Richtungen sind voll verantwortlich für alles das,

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) was die Regierung Wirth bisher getan und unterlassen hat. Es erscheint mir in diesem Zusammenhang notwendig, einige Sätze zu besprechen, die der Herr Abgeordnete Breitscheid vorhin vorgebracht hat. In seiner Rede, die man gewissermaßen schon als die Anmeldung seiner künftigen Ministerschaft betrachten kann, suchte er es so hinzustellen, als ob er — Breitscheid — der Kluge und alle anderen Esel und Trottel seien. Besonders charakteristisch ist aber, daß Breitscheid von der Wirth-Regierung gefordert hat: 1. den durch nichts unterbrochenen Beweis, daß Deutschland zur Erfüllung der Ententeforderungen bereit ist, 2. alles zu tun, um zu zeigen, daß die Regierung nichts gemein hat mit den nationalistisch-demagogischen Bestrebungen, von welcher Seite sie immer kommen, 3. daß Deutschland nichts weiter übrig bleibt als der Appell an das Gerechtigkeitsgefühl und die Vernunft der Elemente in England und Frankreich, deren Einfluß immer mehr anwachse. Und auf einen Zwischenruf der Rechten hin hat dann Herr Breitscheid ausdrücklich attestiert, daß er nicht nur an die Arbeiter in den Ententeländern apellierte, sondern auch an die vernünftigen Angehörigen der Kapitalistenklasse, die ein Verständnis für ihr eigenes Interesse haben. Und das ganze nennt man dann noch unabhängig-revolutionären Klassenkampf! Der Sinn dieser Aufforderungen, die das Rückgrat der ganzen Breitscheidschen Rede bildete, ist durchaus eindeutig und klar: Breitscheid verfolgt weiter den Gedanken der Klassenversöhnung, er fordert, daß die kapitalistische Regierung Wirth alles tun soll, um aus den Knochen der Arbeiterschaft die Erfüllung der Forderungen des Ententeimperialismus herauszupressen. Damit geben sich Breitscheid und seine Partei offen her zu der Rolle von Fronvögten an der deutschen Arbeiterschaft, erklären sie sich zu Garanten aller Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen, die sich notwendigerweise aus (B) dem Ultimatum ergeben.

Die Regierung Wirth traut dem Burgfrieden nicht recht; denn sie hat noch nicht gewagt, dem Reichstag die **Steuerprojekte** vorzulegen, mit denen wir beglückt werden sollen. Wenn man weiß, daß mindestens für 50 Milliarden Mark neue Steuern geschaffen werden müssen und daß die bestehende Steuerlast zusammen mit der kommenden, auf die deutsche Familie umgerechnet, mindestens 9000 Mark im Jahr betragen wird, so erkennt man schon jetzt die gewaltige revolutionäre Wirkung dieser Zahlen auf die breiten Massen. Dessenungeachtet oder vielleicht gerade dieserhalb empfiehlt Breitscheid im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei den ohnehin schon vollkommen ausgemergelten Arbeitermassen diese gewaltige, alles zerrüttende neue Steuerausbeutung des Proletariats, den sichern, langsamen Hungertod der Arbeiterklasse als einzig möglichen Weg zur Rettung.

Diese Haltung der Unabhängigen ist diktiert von ihrer längst bekannten absoluten Hilf- und Ratlosigkeit. Immer nur große Worte und dröhnende revolutionäre Redensarten, hinter denen sie ihre grenzenlose Passivität und Feigheit zu verbergen suchen. Der Abgeordnete Breitscheid sagte vorhin, nachdem er vorher die Regierung Wirth als die Verkörperung des republikanischen und demokratischen Gedankens gefeiert hatte, daß sie zwar dieser Regierung keine Blankovollmacht geben, aber immerhin warten wollten, was sie leisten werde. Nun ich meine, seit dem 12. Mai regiert die Regierung Wirth und sie hat bereits Leistungen vollbracht, die durchaus eindeutig sind und verdienen, hier festgehalten zu werden. Ich will dabei nicht davon reden, daß die Regierung Wirth genau so wie ihre Vorgängerin nur mittels der Fuchtel des Ausnahmezustandes zu regieren vermag, daß sie die infame (C) Sondergerichtsschmach munter fortsetzt, daß sie bisher noch nichts, gar nichts getan hat, um die Massen von ehrlichen, revolutionären Proletariern, die eine rachgierige Blutjustiz ins Zuchthaus geschickt hat, aus den Zuchthäusern zu befreien. Aber dafür hat uns die Regierung Wirth bereits einen Vorgeschmack von ihren sozialen Leistungen gegeben. Sie hat nämlich den armen **notleidenden Agrariern ein Liebesgabengeschenk** von zweiundeinhab Milliarden Mark in den Schoß geworfen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. Zuruf rechts: Unsinn!)

Sie hat den Preis des Getreides derart heraufgesetzt, daß dadurch nach Berechnungen des „Vorwärts" nicht nur, wie Herr Ernährungsminister Dr. Hermes uns vorzureden beliebte, eine fünfzigprozentige Erhöhung des bisherigen Brotpreises eintreten, sondern eine Heraufsetzung von 4,50 Mark auf mindestens 7,50 Mark für den Vierpfünder, also eine Steigerung von 66 Prozent stattfinden muß. Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß zu diesem „billigen" Preise pro Kopf nur 42 Kilo im Jahre oder 800 Gramm pro Woche zu haben sind. Die übrige Menge des Bedarfs, die mindestens das Doppelte der Umlageration betragen wird, muß auch von den Aermsten im freien Handel erworben werden. Und im freien Handel werden wir das Brot gemäß dem Weltmarktpreis des Getreides bezahlen müssen, so daß wir mit einem Preis von mindestens 15 Mark für das 4 Pfundbrot, das wir außerhalb der lächerlich geringen Umlageration kaufen müssen, zu rechnen haben werden.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

So sieht das Handgeld aus, das die deutsche Arbeiterklasse von einer Regierung erhält, die immerfort zu loben die Hauptaufgabe des Redners der Unabhängigen So- (D) zialdemokratischen Partei hier im Hause gewesen ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Die objektive Lage der internationalen Wirtschaft fordert eine **aktive revolutionäre Politik der Arbeiterklasse.** Sie fordert von ihr gebieterisch den Kampf um die Macht. Denn nur das Proletariat ist imstande, den Weltkrieg vollkommen zu liquidieren. Alle Regierungskünste des Kapitals werden auch in Zukunft an dieser Aufgabe zerschellen, wie sie in der Vergangenheit daran zerschellt sind. Der Sieg des Proletariats ist aber nicht erreichbar ohne rücksichtslosen aktiven Kampf. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hofft zwar auch auf die Weltrevolution, aber sie rührt keinen Finger, um die Vorbedingungen für die Weltrevolution im eigenen Lande zu schaffen. Sie täuscht die Arbeiter genau so, ja noch weit schlimmer als die Rechtssozialdemokraten und die mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Gewerkschaftsleute. Die Politik der Unabhängigen ist seit dem 11. Mai die der offenen Unterstützung des bankerotten deutschen Imperialismus, mit dem sie sich auf Gedeih und Verderb verbunden hat. Sie bedeutet die Auslieferung der deutschen Arbeiter an den nationalen und internationalen Kapitalismus. Wir Kommunisten aber wissen, was bereits in der Erklärung meiner Fraktion zu dem Ultimatum gesagt worden ist:

> Nur ein proletarisches Deutschland, nur die proletarische Diktatur wird jene Kraft entfalten, die notwendig und allein imstande ist, das zertrümmerte Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und die Wunden zu heilen, die die wahnwitzige imperialistische Kriegspolitik den Völkern geschlagen hat. Nur ein proletarisches Deutschland, nur die proletarische Diktatur kann im Bunde mit dem revolutionären Proletariat der

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) Ententestaaten in Nordfrankreich und Belgien vollkommener wieder aufbauen, was der Imperialismus dort verbrecherisch zerstört hat.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten. — Ironischer Beifall rechts.)

Nur ein proletarisches Deutschland wird jenen Bund mit Sowjet-Rußland herstellen, der dem deutschen Volke Brot und Lebensmöglichkeit sichert und allen imperialistischen Gewalten der fremden Bourgeoisien trotzen kann. Nur dieser Bund Sowjet-Rußlands mit dem proletarischen Deutschland wird allen imperialistischen Gewalten, wird den fremden Bourgeoisien Trotz bieten. Nur eine auf die proletarischen Massen gestützte Räteregierung Deutschlands kann auch in den Ländern der Entente jene proletarischen Kräfte entfesseln, die der internationalen imperialistischen Politik überhaupt ein Ende machen werden.

Solange der Kapitalismus lebt, wird es keinen Frieden geben!

Die proletarische Weltrevolution ist die einzige Rettung der unterdrückten Klassen aller Länder!

Auf Grund dieser Erkenntnis, auf Grund der Einsicht, daß das Proletariat vor der Alternative steht: Langsamer Hungertod, mehr oder minder rasches Absterben als Klasse oder Aufnahme und Durchfechtung des Kampfes mit allen seinen Konsequenzen, rufen wir die Massen des deutschen Proletariats zum Kampfe auf, fordern wir von ihnen Tatbereitschaft und im geeigneten Augenblick die revolutionäre Tat.

(Beifall auf der äußersten Linken. Ironisches Bravo rechts. Vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen.)

(B)

Präsident: Kundgebungen auf der Tribüne sind in diesem Hause nicht zulässig.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit mehr oder minder erregter Leidenschaftlichkeit ist heute wieder einmal — ich sehe dabei von meinem Herrn Vorredner ab, von dessen internationaler Gesinnung man trotz der vielen Worte keinen Ausdruck deutscher Selbstbehauptung und deutschen Empfindens erwarten kann — die unerträgliche Lage des besetzten deutschen Gebietes im Westen geschildert worden. Mögen diese Reden doch allen unseren Volksgenossen ein rechtes Bild und ein tiefes Verständnis der im deutschen Westen herrschenden feindlichen Ungerechtigkeiten und Gewaltmaßnahmen geben, vor allem aber auch dem ganzen zivilisierten Ausland! Denn durch die listenreiche **französische Propaganda** wird systematisch ein falsches Bild über die Besetzungsfolgen und über die Sanktionen verbreitet. Täglich senden die französischen Zeitungen gefärbte und gefälschte Berichte über die Lage im Westen hinaus. So heißt es z. B. in einer Nummer der „Revue Mondiale“:

> Die Oberkommissare beraten in Ruhe und mit Maß den Wortlaut ihrer Ordonnanzen, und letztere haben seit einem Jahre durch ihren tiefen Wert, unter dessen Eindruck ein jeder steht, bei allen Verbündeten wie Deutschen, die im Rheinland leben, ihren Eindruck gemacht. Und so herrscht denn an den Ufern des Rheines ein Regime der Eintracht, so bemerkenswert, wie es noch niemals von fremden Heeren in besetzten Provinzen errichtet worden ist. Das ist ohne Zweifel eine weise und wohlüberlegte Politik, aber vor allem eine loyale, ausdauernde Politik, (C) eine solche der Rechtschaffenheit, der Gerechtigkeit und der Beruhigung.

Meine Damen und Herren! Das ist eine glatte Unwahrheit! Im Westen herrscht kein Regime der Eintracht, im Gegenteil, die Gegensätze verschärfen sich durch die Maßnahmen der Entente, durch eine gewisse Brutalität von Tag zu Tag. Weise und überlegt mag man die Politik vielleicht vom französischen Standpunkt, aber niemals von dem Standpunkt deutscher Interessen nennen. Eine Rechtschaffenheit, Gerechtigkeit und Beruhigung durch die Sanktionen im Westen feststellen zu wollen, das geht doch tatsächlich über alle menschliche Vernunft hinaus.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei).

Nun fühlen zwar die Franzosen selbst die **Unwahrhaftigkeit ihrer Zeitungsmeldungen**, und um diese Unwahrhaftigkeit in etwa zu begleichen, suchen sie einen Prügelknaben, der die Ruhe im Westen stören soll, und das sind angeblich die bösen preußischen Beamten, die die natürlichen Störenfriede der wahrhaft großzügigen Beruhigungspolitik sein sollen. Es heißt von ihnen in derselben Nummer der „Revue Mondiale“:

> Fast sämtliche Beamte des linken Rheinufers betrachten sich als die Beauftragten der Berliner Regierung. Sie gehorchen einem bestimmten Befehl, und nichts kann sie von der Notwendigkeit überzeugen, den Versailler Vertrag anzuerkennen und zur Wiederherstellung des Friedens das ihrige beizutragen.

Auf dieses **Lob der preußischen Beamten** aus französischem Munde können und müssen wir alle stolz sein, und wir sind verpflichtet, den Beamten für diese ihre wackere deutsche Haltung zu danken.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die **Sanktionen** werden in den französischen Berichten (D) so dargestellt, als ob sie im Interesse der Bevölkerung des besetzten Gebietes lägen und also auch dem Artikel 270 des Versailler Friedensvertrages entsprächen, als ob sie zur Durchsetzung des Ultimatums notwendig seien. Das mag für die allzu vielen eingewanderten französischen Geschäftsleute in Ludwigshafen, Mainz, Koblenz usw. zwar stimmen, aber nicht für uns Deutsche. In Wirklichkeit liegen den Sanktionen ganz andere Motive zugrunde. Mit erfrischender Offenherzigkeit hat dies auch Charles Bonnefond in der „Petite Gironde“ neulich enthüllt. Er schreibt da:

> Die nicht durch den Friedensvertrag, sondern durch spätere geheime Abkommen aller wirklichen Macht beraubte Hohe Interalliierte Kommission war Zuschauerin des Zusammenbruches unseres Einflusses am Rhein, dieses systematischen Ruines unseres Sieges. In der Tat dienten Herr Tirard, seine Kollegen und Mitarbeiter den Deutschen, den über ihren Ruin aufs äußerste erregten französischen Kaufleuten sowie den über diese scheinbare Säumigkeit entrüsteten französischen Journalisten als Zielscheibe ihrer Angriffe. Seit dem 20. April — dem Beginn der Sanktionen — hat sich jedoch alles verändert. Die Interalliierte Hohe Kommission ist nicht mehr ohnmächtig; sie hat sich der Zölle bemächtigt, hat die Eisenbahnen in ihre Gewalt bekommen, und insbesondere durch die Ein- und Ausfuhrgenehmigungen hat sie die Macht des Deutschen Reiches auf kommerziellem Gebiet durch ihre eigene ersetzt und besitzt einen Einfluß, der sich nur noch steigern kann. Es bleibt ihr nur noch übrig, sich der preußischen Beamten zu entledigen, die das Land tyrannisiert haben und sie durch Rhein-

(Dr. **Deermann**, Abgeordneter.)

(A) länder zu ersetzen. Sie wird nicht versäumen, sich dieser Pflicht zu unterziehen, falls sich Deutschland auf seinen Widerstand versteifen sollte.

Meine Damen und Herren! Wenn das letztere unternommen werden sollte, so würde es einen Sturm der Entrüstung und einen Wirrwar sondergleichen im Westen geben. Ich bin überzeugt, daß nicht bloß alle unsere Volksgenossen, sondern vor allem auch die Regierung alles tun würde, um diesen Beamten, die trotz des französischen Druckes und der französischen Gewalttaten treu ausharren, für ihre Pflichterfüllung gegen alle finanziellen und materiellen Nachteile sicherzustellen!

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Sanktionen sind nicht aus Rücksichten auf die Interessen der Bewohner des besetzten Gebietes von den Franzosen eingerichtet worden. Schon die Zollinie allein entbehrt jeder örtlichen und wirtschaftlichen natürlichen Unterlage. Die **Ausfuhrabgaben** und **Einfuhrabgaben** drücken auf einzelne Warenzweige ganz unerhört stark, während andere vielleicht diese Abgaben eher ertragen können. Am schlimmsten aber, — und das ist trotz der Ausführungen meines Vorredners Tatsache — wirken die Sanktionen dadurch, daß sie den **Verkehr ins Stocken** bringen. Selbst wenn nicht alle Bahnhöfe von Gütern vollgestopft sind, die wegen der Zollschikanen nicht abgeschoben werden können, so ist allein die Tatsache ein schweres Hemmnis für den Handel, daß niemand sagen kann, ob die Ware, die im besetzten Gebiet bestellt wird, auch pünktlich abgeliefert werden kann. Aus diesen Gründen sind viele Bestellungen von Waren, die man schnell und pünktlich haben muß, im Rheinlande glatt unmöglich geworden. Die Arbeitslosigkeit steigt infolgedessen von Tag zu Tag. Was nützt es uns im Westen, wenn wir Parfüms, Weine, Liköre oder gar Sekt zu einem Preise bekommen, der etwas unter dem deutschen (B) liegt, wenn wir keine Arbeit, keinen Verdienst haben? Es ist ein Hohn zu sagen, durch die **Eröffnung der französischen Grenze** nach dem Rheinlande hin sei die Lage der rheinischen Bevölkerung erleichtert, sei sie mit Bedarfsartikeln besser versorgt!

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Bedarfsartikel ist das, was die Franzosen uns zu liefern wünschen, wahrhaftig nicht.

Von der Handelsspionage, die mit Hilfe der Sanktionen getrieben wird, ist hier hinreichend gesprochen worden, von der Behandlung der Gesuche in Bad Ems ebenso. Zwar ist der Erlaß hinausgegangen, daß deutsche **Einfuhr- und Ausfuhrgesuche** ebenso wie die französischen und belgischen usw. behandelt werden sollen. Aber es ist Tatsache, daß Ein- und Ausfuhrgesuche, die die westliche Reichsgrenze betreffen, viel eher erledigt werden als Ein- und Ausfuhrgesuche für den Warenverkehr über die Grenze nach dem unbesetzten Deutschland hin. Und selbst die Neutralen müssen sich Tag für Tag über Zurücksetzung bezüglich ihrer Gesuche in Bad Ems aufs schärfste beklagen.

Unsere **Wohnungen,** die so wie so schon mit den Familien der Ententestaaten besetzt waren, sind noch weiter rationiert worden. Man hat deutsche Familien auf engste Räume zusammengedrängt, wie es vorgestern schon von dem Vertreter der Mehrheitssozialisten mit warmen eindringlichen Worten geschildert wurde. Familien sind auseinandergerissen, Beamtenfamilien sind seit Jahr und Tag voneinander getrennt, obwohl Wohnungen an sich freiständen in den kleineren Orten des Rheinlandes. Aber die Franzosen gestatten nicht, daß diese freistehenden Wohnungen von den Beamtenfamilien bezogen werden, weil sie sagen: vielleicht könnte eines Tages noch ein großer französischer Nachschub kommen, daß wir diese Wohnungen benötigen.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Und wie ist es mit unseren **Schulen?** Seit Monaten (C) sind deutsche Kinder zu Tausenden ohne Unterricht. Die französische Überwachung erstreckt sich nicht bloß auf die Äußerungen deutschen Nationalgefühls in der Öffentlichkeit, in den öffentlichen Lokalen: man überwacht jetzt neuerdings sogar den Unterricht in den Schulen. Man versucht eine Art Inspektion einzurichten, und Lehrer aus Düsseldorf und anderen Orten sind verwiesen worden, weil sie deutsche Volkslieder in den Schulen haben singen lassen. Das ist eine unerträgliche Unterdrückung des eigenen völkischen Gedankens, der völkischen Empfindung.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Dann möchte ich auch fragen, ob es im Interesse der wirtschaftlichen Förderung des besetzten Gebietes liegt, wenn man **Fabriken** an der Grenze der Zollinie besetzt, wenn man deutsche Maschinen, die dort untergebracht sind, systematisch zerstört, wie es in einem Falle bei Düsseldorf geschehen ist. Dort sind an die 40 Kisten mit elektrischen wertvollen Maschinen aufgebrochen worden. Man hat einzelne wichtige Teile herausgenommen, um den Wiederaufbau einer neuen Fabrik dort gänzlich unmöglich zu machen. Das nennt man Vertretung der Interessen des besetzten Gebietes, das nennt man Sanktionen — auf Grund des Artikels 270 des Versailler Vertrages!

Ferner ist es infolge der Sanktionen gerade auch in den Städten Düsseldorf, Duisburg usw. gänzlich unmöglich geworden, noch Kongresse oder ähnliches abzuhalten. Die große **landwirtschaftliche Ausstellung in Düsseldorf,** die für diesen Sommer schon vorbereitet war, muß ausfallen, weil die großen Maschinenhallen dauernd beschlagnahmt sind von den Franzosen, obwohl sie dieselben tatsächlich gar nicht einmal ausnützen. Und anläßlich der **Tagung des Verbandes der katholischen Jugendvereine** und Jungmännervereine Deutschlands in Düsseldorf in der Pfingstwoche hat man es für notwendig gehalten, den Aufzug von mehreren Tausend deutschen (D) Jungen dadurch in Schranken zu halten, die notwendige Achtung vor der französischen Fahne zu erwecken, daß man durch den Zug dieser fröhlichen Jungen 30 Tanks hin- und herfahren ließ.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Das ist der Mut der Franzosen vor frischen, fröhlichen deutschen Jungen, die höchstens einen Stecken in der Hand führen, aber kein Gewehr oder eine Pistole. Franzosen haben es, als diese Tausende von deutschen Jungen aus Nord und Süd, aus Ost und West vor dem Erzbischof vorbeidefilierten, fertiggebracht, dauernd vor seiner Eminenz hin- und herzulaufen, um den Zug zu stören, bis schließlich einer dabei auf die Nase fiel und sich die Herren dann ob des Gelächters verzogen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Die **Vergewaltigungen,** von denen die deutschen Frauen wiederholt in ihren Versammlungen laut Zeugnis abgelegt haben, gegen die sie protestiert haben, haben natürlich unter der Menge der neuen Truppen, die nichts zu tun und viel zu verzehren haben, zugenommen. Es bleibt dabei leider nicht einmal bei den Vergewaltigungen von Frauen, sondern farbige Soldaten haben sich neuerdings auch noch das andere, modernere Laster zu eigen gemacht.

Angesichts all dieser Tatsachen ist die Forderung nach **Aufhebung der Sanktionen** selbst von einem **Hervé** in der „Victoire" als gerecht anerkannt worden. Er schreibt darin:

> Diese Forderung nach Aufhebung der Sanktionen ist gerecht, von einer so offenkundigen Gerechtigkeit, daß kein Mensch mit gutem Glauben sie bestreiten kann. Wenn wir bei der Verlängerung dieser Maßnahmen nicht uneingestehbare Hintergedanken gehabt haben, wie etwa den, heuchlerisch die Annexion des Rheinlandes vorzubereiten, indem

(Dr. **Deermann**, Abgeordneter.)

(A) wir es unter Verletzung des Versailler Vertrages vom übrigen Deutschland durch einen Zollgürtel abtrennten, dann haben wir heute kein gültiges Recht, in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu bleiben und unseren Zollgürtel beizubehalten.

Diesen Worten des französischen Chauvinisten Hervé habe ich wahrhaftig kaum noch etwas hinzuzufügen.

Die **wahren Hintergedanken der Sanktionen** sind ja ganz andere, als die Franzosen öffentlich einzugestehen wagen. Gewisse französische Kreise haben ein Interesse daran, daß das einträgliche und bequeme Leben des Krieges und des Waffenstillstands fortgesetzt wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Hohe Gehälter reizen diese Herren, und sie verstehen es, in den deutschen Restaurants und in ihren Messen sehr wohl, die besten Waren auszusuchen, die sie zum Diner und Souper vertilgen möchten. Sie verstehen es aber ebenso gut, hierfür die allerbilligsten Preise festzusetzen. Es ist nämlich bei ihnen Mode, daß sie bestimmen, was aufgetischt wird, und gleichzeitig auch, was es kosten darf. Der Franzose zahlt wahrhaftig nicht gern zu viel dabei. Sie haben die billigen Reisen, die ihnen nichts kosten. Sie können auf Grund unserer schlechten Valuta an dem Ausverkauf Deutschlands teilnehmen. Da ist es zu verstehen, daß so viele Familien ins besetzte Gebiet hineinkommen und das Wohnungselend bei uns noch verschärfen.

Auch gewisse **Geschäftsmethoden des Krieges** sind uns heute im Westen durchaus nicht unbekannt. Im Kriege mußte man manchen Weg gehen und manches Mittel anwenden, um Kaufaufträge, Aus- und Einfuhrbewilligungen zu erhalten. Heute sind sie im Westen wieder aufgelebt, unter dem Zwange, überhaupt zur Aus- und Einfuhr zu kommen. Auch dieses ist mit ein Grund, warum gewisse Kreise der Entente an den Sanktionen ein so großes materielles und — ich möchte sagen — finanzielles

(B) Interesse haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es sind durchaus persönliche Interessen von Klebern, die den Krieg ewig verlängern möchten, und daneben die Ausdehnungsabsichten des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus Frankreichs, die uns die Sanktionen gebracht und bis heute erhalten haben und weiß Gott auf wie lange noch erhalten werden.

Die **wahren Ziele Frankreichs** werden aufs deutlichste im **„Echo du Rhin"** vom 28. Mai geschildert in einem Aufsatze: **„Entpreußung des Rheinlandes als Vervollständigung unseres Sieges"**. Es heißt dort:

> Wir halten das Rheinland besetzt . . . Frankreich muß bei der rheinischen Bevölkerung einen gediegenen Eindruck von Kraft und Vertrauen in die Zukunft erwecken. Sein ganzer Organisationsgeist, seine Arbeitsmethoden, seine ganze Intelligenz und Betätigung müssen sich strahlenförmig über diese Gebiete ergießen, die eine großartige Fortsetzung unseres Vaterlandes bilden. Wir sind dazu berufen, das Rheinland zu „entpreußen", und können uns dieser Aufgabe ohne Schwierigkeiten unterziehen. Zögern wir daher nicht, zur Erreichung dieses Ziels die mannigfachen Formen nachzuahmen und selbst noch zu übertrumpfen, deren sich die deutsche Progaganda bedient. In wirksamster Weise ließe sich dieses Resultat erreichen durch Anwendung der Mittel, die geeignet sind, uns so schnell wie möglich auf die Höhe der wirtschaftlichen Betätigung zu bringen, die zurzeit in Deutschland herrscht.
>
> In seinen bemerkenswerten Aufsätzen hat Maurice Barrès uns den Seelenzustand dieser rheinischen Völker geschildert. In Wort und Schrift hat dieses hervorragende Mitglied der französischen Akademie es verstanden, die intellektuelle Betätigung des ganzen linken Rheinufers zu beleben. Aufgabe der Regierung ist es, unter Mitwirkung der französischen Handelskammer in Mainz durch häufige Ausstellungen, durch ausgedehnte kaufmännische Ausflüge, durch eine intensive Propaganda für alle unsere Erzeugnisse sowie durch klare und genaue Richtlinien zur Entfaltung der wirtschaftlichen Betätigung beizutragen. (C)
>
> Vor allem ist es notwendig, daß sich bei der rheinischen Bevölkerung das Gefühl dauernden Einflusses Frankreichs einstellt, und daß sie sich gegen alle etwaigen Bestrebungen des rachsüchtigen Preußens geschützt fühlt.
>
> Obgleich besiegt, hat Deutschland sich wieder ans Werk gemacht. Lust und Liebe zur Arbeit sind wieder eingekehrt, und im Glauben an das Vaterland hat dieses Volk genug Tatkraft gefunden, um die durch vier Kriegsjahre unterbrochene Arbeit mit Hingabe und Ausdauer wieder aufzunehmen. Von 1 115 000 Arbeitern sind 1 020 800 wieder zur Werkstätte zurückgekehrt; von 15 000 Fabriken arbeiten 12 000 ohne Unterbrechung. In vielen Industriebezirken besteht Überproduktion, und in Erwartung der allgemeinen Wiederbelebung der Handelsbeziehungen häufen sich die Vorräte. Die Metallindustrie steht wieder auf der gleichen Höhe wie im Jahre 1914. Die Essener Werkstätten haben sich auf eine Produktion von 500 Lokomotiven und 5000 Eisenbahnwaggons eingerichtet. Überall herrscht dieselbe Emsigkeit. Der Sturm der Niederlage scheint diese Leute nur ganz energisch zu neuer Arbeit angefacht zu haben. Unter der Wirkung der Katastrophe entwickeln sie (D) einen doppelten Eifer. Daraus ergibt sich für uns, die wir durch die Besetzung des Rheinlands in so enge Nachbarschaft mit ihnen gekommen sind, die Notwendigkeit, in diesen Gebieten solche Methoden zur Anwendung zu bringen, die sich zur Erzielung aller möglichen Resultate als fruchtbar erweisen.

Daraus, meine Damen und Herren, geht klar hervor, daß Neid, Habsucht und Angst die Triebfedern französischer Tätigkeit sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.)

Das Rheinland und damit deutsche wirtschaftliche Tüchtigkeit wollen sie uns mitten im Frieden wie einst das deutsche Straßburg rauben. Entpreußung ist im Westen unmöglich. Aber das ist ja auch nicht das Ziel. Alle Welt sieht deutlich, daß nicht die „Entpreußung", sondern die „Entdeutschung" das Ziel der Franzosen ist, um das reiche Rheinland einstecken zu können, wie Maurice Barrès sagt: „die großartige Fortsetzung unseres Vaterlandes".

(Hört! Hört!)

Es ist eine Schande, daß Franzosen es wagen, das Rheinland als eine „großartige Fortsetzung" ihres Vaterlandes zu bezeichnen. Gegen eine solche Bezeichnung erhebe ich Protest. Unser Land ist keine Fortsetzung Frankreichs,

(lebhafte Zustimmung)

sondern es ist ein Kernstück des deutschen Landes.

(Lebhaftes Bravo.)

Den Wirkungen der französischen Gewaltmaßnahmen, die so schön „Sanktionen" genannt werden, müssen wir den einmütigen, leidenschaftlichen **Willen zur Abwehr** entgegenstellen. Die deutsche Bevölkerung des Rheinlandes hat eine erfreulich feste Haltung bewiesen, und ich möchte

(Dr. **Deermann**, Abgeordneter.)

(A) fast sagen, wir müßten den Herren Clemenceau, Poincaré, Loucheur, Briand usw. zu Danke verpflichtet sein für die Maßnahmen, die sie dort getroffen haben, weil wir ihnen nicht in letzter Linie die Wiederbelebung unseres deutschen Nationalempfindens und unseres deutschen Reichsgedankens zu verdanken haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei.)

Auch diese Wirkung sollten die Herren sich einmal überlegen.

Leider muß ich zugestehen, daß es solche materiell gesinnte Elemente auch im Westen gegeben hat — nicht allein waren es die französischen Kaufleute —, die die Gelegenheit zur **unerlaubten Einfuhr** von Waren aus dem Auslande benutzt haben. Schon der Herr Vorredner der Deutschen demokratischen Partei hat den Umfang dieser unerlaubten Einfuhr hier geschildert. Ich meine: diesen materiellen Interessen gegenüber gäbe es nur eine Aufgabe, nämlich alle unsere Volksgenossen zum **Boykott** gegen diese feindlichen Waren, diese unerlaubt eingeführten Waren aufzufordern.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Regierung aber muß alles tun, damit eine weitere Ausführung in das unbesetzte Gebiet nicht stattfindet. Wenn diese Herrschaften einmal auf ihren Waren festsitzen, dann haben sie die beste Belehrung, die man ihnen zuteil werden lassen kann, bekommen. Heute ist es ja zum Teil schon der Fall. Manche Firmen haben sich eingedeckt — ich nenne nur den Zucker —, in der Erwartung, ihn möglichst bald weiterschieben zu können. Es ist ihnen nicht gelungen, und so sinkt der Zucker von Tag zu Tag im Preise, so sind Tausende und Zehntausende verloren worden. Wohl denen, die sie verloren haben! Sie werden hoffentlich eine Lehre daraus für die Zukunft ziehen und nicht mehr diese Geschäfte mit den Franzosen

(B) oder Belgiern machen.

Andererseits aber muß man im unbesetzten Gebiet sich doch wohl bewußt sein, daß man die Pflicht hat, die alten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die Geschäftsverbindungen zum besetzten westlichen Gebiet unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es wäre bedauerlich, wenn die Sanktionen einen Grund dafür abgeben würden, daß Bestellungen in großem Umfange zurückgezogen werden, und daß so um eines materiellen Gewinnes willen deutsche Volksgenossen zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Westen beitragen.

Unsere **Regierung** aber hat die Aufgabe, nicht bloß durch Worte, sondern durch **tätige Hilfe** einzugreifen, und vor allem muß sie der Arbeitslosigkeit, soweit es in ihrer Macht steht, steuern helfen, besonders dadurch, daß sie bei dem kommenden Wiederaufbau in Frankreich und Belgien gerade dem Rheinland Aufträge zuweist, daß sie bei den Bestellungen für ihre Staatsunternehmungen, wie Eisenbahn und Post, sich gerade an die Fabriken des Westens wendet. Besonders sind dabei, meine ich, die Einzelunternehmer und die Handwerker zu bevorzugen, während bei den Aktiengesellschaften es doch nicht ohne Einfluß sein dürfte, ob diese inzwischen schon zu einem großen Teil in ausländischen Besitz übergegangen sind.

Außerdem sollte die Regierung keine **Verhandlungs- und Aufklärungsgelegenheit** vorbeigehen lassen. Es ist bedauerlich, daß unsere Regierung gelegentlich der Frage eines Branntweinmonopols im besetzten Gebiet nicht jede, wenn auch noch so kleine Gelegenheit zur Aussprache mit der Entente benutzt hat. Man hätte doch vielleicht dieses oder jenes erreichen können, und vor allem muß doch die Bevölkerung im besetzten Gebiet immer wieder sehen, daß die deutsche Regierung dauernd auf dem Posten ist, um ihr und dem Deutschtum zu helfen, und um unser Recht zu wahren. Es kommt auf die Imponderabilien an, es kommt auch auf den Schein an, damit das Gefühl der (C) Verlassenheit im Westen in keiner Weise aufkommen kann.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Regierung sollte bei diesen Maßnahmen der Aussprache, der Propaganda, der Beeinflussung sich auch nicht bloß auf ihren bureaukratischen Apparat stützen und sich auf ihn verlassen, sondern in geschickter Form geeignete **Mittelspersonen** zur inoffiziellen und offiziösen Aussprache suchen. Gerade auf diesem unverantwortlichen Wege ist oft vieles an Aufklärung und Beeinflussung zu erreichen, viel mehr als auf dem amtlichen bureaukratischen Wege.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Den Franzosen aber rufen wir aus dem besetzten Gebiet zu: Euer Glaube, durch materielle Vorteile oder Nachteile das besetzte Gebiet gewinnen zu können, ist eine ungeheuerliche Beleidigung für uns!

(Lebhafter Beifall bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Und England und Amerika sollten es nicht vergessen, daß sie mitschuldig an dieser Versklavung von Weißen durch Farbige sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Es ist doch unerhört, wenn an einem Sonntagabend um 11 Uhr in Groß-Gerau bei Mainz der Zug von Marokkanern angehalten wird, wenn marokkanische Soldaten, nur geführt von farbigen Vorgesetzten, den Zug mit Bajonetten leeren, mit Bajonetten die deutsche Bevölkerung durch die Zollrevision treiben und dabei lächelnd sagen: Schikane, Schikane, Schikane! — und sie dann nach einer nutzlosen Zollrevision wieder auf diese Weise in den Zug begleiten.

(Große Unruhe und Zurufe: Unverschämtheit!)

Meine Herren, ich will niemandem etwas Böses wünschen; aber das eine möchte ich doch einmal sehen: daß ein Zug voller englischer Lords auf diese Weise in einem Vorort (D) von London von Zulunegern behandelt wird.

(Sehr richtig!)

England möge auch das andere bedenken, daß die allmähliche **Annexion des Rheinlandes** niemals ohne schwere Erschütterungen des Friedens möglich ist. Wenn es sagt, eine friedliche Annexion des Rheinlandes kann uns in unserem wirtschaftlichen Interesse und daher auch politisch nicht stören, so ist das eine große Täuschung. Und selbst wenn diese Annexion den Franzosen gelänge, wessen wirtschaftlicher und politischer Nachteil würde sie sein? Ich meine, nach der friedlichen Annexion des Rheinlandes wäre es sicher auch mit dem Erfolg des englischen Handels im Westen vorbei, und ebenso wäre dann niemals mehr von England das sogenannte europäische Gleichgewicht zu erreichen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch eins. Die Sanktionen müssen alle unsere deutschen Stämme und alle unsere deutschen Parteien veranlassen, daß, solange sie in Kraft sind, von der Neubildung der Länder im Westen unter keinen Umständen die Rede sein kann.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Durchführung des Artikels 18 der Reichsverfassung unter der Gewalt der Sanktionen müßte eine ganz verderbliche Folge haben. Die Franzosen dürfen unter keinen Umständen auch nur den Anschein von unserer Seite bekommen, als ob wir ihnen irgendwie in ihren politischen Aspirationen entgegenkommen wollten.

(Bravo! und Sehr wahr!)

So erheben wir nochmals den schärfsten Protest gegen die Sanktionen. Wir verurteilen sie als Ungerechtigkeit und als Gewaltmaßnahmen, die sie ja in Wirklichkeit sind,

(Zustimmung)

als Gewaltmaßnahmen zur Durchführung des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus Frankreichs. Die

(Dr. **Deermann,** Abgeordneter.)

(A) Bewohner des besetzten Gebiets weichen den brutalen Gewaltmaßnahmen des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus Frankreichs nicht, — niemals, nicht heute, nicht morgen und nicht in zehn oder hundert Jahren!

(Bravo!)

Wir bleiben treu verbunden unserm deutschen Vaterland und dem heiligen Deutschen Reiche. Wir erwarten dabei aber die treue Hilfe der Tat von unseren Volksgenossen und unserer Regierung und den energischen Boykott der ungesetzlich eingeführten ausländischen Waren!

(Lebhafter Beifall bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Präsident: Das Schlußwort der Interpellanten hat Herr Abgeordneter Dr. Most.

Dr. **Most,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Aus allen Teilen der besetzten Lande sind hier Redner aufgetreten und haben die Not am Rhein geschildert. Lassen Sie mich als einen, der aus dem neubesetzten Gebiet stammt, all dem beitreten, was hier von so manchem Redner dargetan ist, und bestätigen, daß die Drangsal so groß ist, daß ich nur wünschen kann, es ginge aus diesen Verhandlungen hinaus in die Welt die Überzeugung, daß hier ein schreiendes Unrecht geschieht, dessen Beseitigung wir unter allen Umständen verlangen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Als mit klingendem Spiel, das einem das Herz zerriß, die feindlichen Truppen über die Homburger Brücke nach Ruhrort und Duisburg herübergezogen waren, da konnte man Bekanntmachungen lesen, in denen wirtschaftliches Gedeihen und Freiheit verheißen wurde. Was daraus geworden ist, haben wir gehört, und auch derjenige, dem die rheinischen Verhältnisse durchaus fremd sind, muß erschüttert sein von dem Bilde, das hier entrollt wurde.

(B) (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wo ist das **wirtschaftliche Gedeihen?** Teuerung an Stelle des begonnenen Abbaues der Preise. Blühende Industrien auf die wir stolz waren, gehen dem Untergange zu. Gerade die besten Werke unseres Gebietes sahen sich gezwungen, Betriebseinschränkungen eintreten zu lassen. Arbeitslosigkeit wird bald die Folge sein. Der Handel ist von seinen Beziehungen einerseits über den Rhein, andererseits nach dem unbesetzten Deutschland getrennt, damit in seiner letzten Grundlage gefährdet.

Das rheinische Wirtschaftsleben, auf Gedeih und Verderb mit dem Wirtschaftsleben des übrigen Deutschlands verbunden, hat man in brutaler Weise von dem Gebiet geschieden, das ihm auf der einen Seite Rohmaterialien und Hilfsmittel für die Produkte liefert und in das auf der andern Seite seine Produkte zu gehen pflegten. Rohstoffe fehlen in den Industrien. Das Handwerk ist durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der Einwohner in Mitleidenschaft gezogen.

Wo ist die **Freiheit,** von der man oft gesprochen hat? Statt Freiheit Vergewaltigung! Die freie Rede ist untersagt, Zeitungen aller Parteirichtungen werden verboten, Gefängnisstrafen werden verhängt. Und wenn es schon für die Gesamtheit der Rheinlande gilt: im neubesetzten Gebiet stehen wir unter besonderem Drucke der Rechtlosigkeit; in dem Gebiet, für das kein Rheinlandabkommen gilt. Vogelfrei stehen wir da ohne irgendwelche Möglichkeit, uns gegen die Gewaltmaßnahmen der Besatzung zu wehren.

Nach der Annahme des Ultimatums sind alle diese Dinge nicht milder geworden, sondern haben im Gegenteil eine Verschärfung erfahren. Es ist von mehreren Rednern davon gesprochen worden, wie ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Jugenderziehung Schulen besetzt und von der Besatzung reklamiert worden sind. Es ist davon gesprochen worden, wie selbst (C) religiöse Veranstaltungen von der Besatzung erschwert und gehindert werden. Von dem, was man empfindet, wenn auch die deutsche Frauenehre und die Ehre des Hauses keine Achtung mehr findet, will ich gar nicht sprechen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Dr. Zapf hat bei Begründung der Interpellation gesagt, man könnte wohl drei Epochen in der Behandlung der Rheinlande unterscheiden. Er bezeichnete als erste Epoche die **brutale Gewaltherrschaft** und als dritte die wirtschaftliche Durchdringung. Ich habe den Eindruck und muß ihn bekennen, daß wir in der Gegend am Niederrhein, deren Verhältnisse ich am besten beurteilen kann, in der ersten Epoche stehen, in der der brutalen Gewaltherrschaft.

(Hört! Hört!)

Es ist von **moderner Sklaverei** gesprochen worden. Bedeutet es etwas anderes, wenn deutsche Beamte gezwungen wurden, an Handlungen teilzunehmen, die sich gegen das eigene Vaterland richten.

(Hört! Hört!)

Und als vor einigen Wocher Kraftfahrzeuge beschlagnahmt wurden, da wurden auch die Chauffeure beschlagnahmt und gezwungen, Dienst zu tun zum Schaden ihres Vaterlandes.

(Hört! Hört!)

Erinnern Sie sich daran, wie im Jahre 1916 eine große Entrüstungsaktion inszeniert wurde, als die deutsche Kriegsverwaltung belgische Arbeiter, die dort beschäftigungslos waren, nach Deutschland zog, um hier Arbeit zu leisten? Damals war Krieg, jetzt ist Frieden, wenigstens soll Frieden sein. War denn das alles nur Heuchelei, was man damals in Welt hinausschrie oder ist es so, daß es nur ein Recht gibt für die Entente, daß aber die verhaßten „Boches" keinen Anspruch haben auf das auch nur bescheidenste Maß von Recht? (D)

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Wenn man all das sich vergegenwärtigt, was die verschiedenen Redner hier dargetan haben, in Einzelheiten und im großen und ganzen, dann muß man wirklich fragen: ist, was wir erleben, Torheit oder ist es Haß oder ist es nicht doch vielleicht das, was ein Redner hervorhob, ist es nicht vielleicht die blasse Furcht vor uns, die die Entente noch heute beseelt?

(Sehr richtig!)

Eine blasse Furcht, die lächerlich wäre, wenn nicht ihre Auswirkungen uns ans Leben gingen. Ich erinnere an das törichte Wort, das ja hier mehrfach schon erwähnt worden ist, von den irregulären Truppen. Vielleicht hat man uniformierte Feuerwehrleute als solche angesehen.

Heißt es nicht der Gewalt den Hohn hinzugefügt, wenn man so spricht wie der französische Ministerpräsident Briand? Bedeutet es etwas anderes als eine Verhöhnung, wenn er auf das Kabinett Wirth und dessen notwendige Unterstützung hinwies, um die Beibehaltung der Sanktionen zu begründen. Ist es nicht ein Hohn, wenn gesagt wird: „Die Sanktionen werden aufgehoben, wenn Deutschland weiter Beweise seines guten Willens gibt," aber es völlig in die Hand desselben Mannes geben will, die Grenze zu bestimmen, bei deren Erreichung dieser gute Wille als erwiesen angenommen wird? Und ist es nicht auch eine unsagbare Grausamkeit, ein ganzes Volk in dieser Frage, wo es um Tod und Leben geht, hin und wieder hinzuhalten, ohne ein festes Ziel zu geben, das erreicht werden kann?

Meine Damen und Herren! Man liest und hört, daß die Entente geneigt sei, gewisse **Erleichterungen** eintreten zu lassen, adoucements, wie man es bezeichnet hat, Erleichterungen der Zölle und dergleichen. Sicherlich lasten die Zölle auf dem Wirtschaftsleben schwer. Aber noch

(Dr. **Most**, Interpellant.)

(A) viel schwerer lastet auf dem Wirtschaftsleben der Rheinlande und auf dem Wirtschaftsleben Deutschlands das System der Trennung zusammengehöriger Teile durch die Zollinie. Darum kann es sich nicht darum handeln, daß wir Erleichterungen haben wollen, sondern es kann nur in Frage kommen: Beseitigung der Zollinie, **Beseitigung der Sanktionen in ihrer Gesamtheit.**

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Rosen, hat gestern gesagt, er hoffte, allmählich kehre auch bei der Entente und kehre auch in Frankreich die Einsicht ein, daß es nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern eine Forderung des gesunden Menschenverstandes im Interesse derer, denen die Reparationen zugute kommen sollten, wäre, die Sanktionen aufzuheben. Ich glaube: Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Besatzungstruppen und die Besatzungsbehörden doch nicht blind sind, daß sie das alles mit eigenen Augen sehen, was hier berichtet worden ist, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß man im Westen die Einsicht, die der Herr Minister Rosen Frankreich wünscht, nicht will. Man will diese Einsicht nicht, weil man die Absicht hat, unsere Leistungsfähigkeit möglichst zu vermindern, die Erfüllung der eingegangenen Bedingungen unmöglich zu machen, uns immer wieder in Verzug zu setzen und dann zu neuen weiteren „Strafmaßnahmen" zu greifen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Herr Reichsminister Rosen hat gesagt, man könnte fast am Gerechtigkeitsgefühl der anderen Seite verzweifeln. Meine Damen und Herren! Wir im Rheinland verzweifeln schon längst am Gerechtigkeitsgefühl. Aber an einem wollen wir nicht verzweifeln: nicht an unserer Zukunft und nicht an Deutschland, solange uns Deutschland selber die Treue hält und solange die Reichsregierung uns am Rhein nicht im Stich läßt.

(B) Freilich, um diese Voraussetzung zu erfüllen, bedarf es vieler Sorgfalt, bedarf es des Eingehens auf die besonderen Verhältnisse in unserem Gebiet, und dazu ist es nötig, daß zunächst die krasse **Unkenntnis über unsere Verhältnisse** und über die Not, in der wir uns befinden, — die krasse Unkenntnis, die sich vielfach hier in Berlin auch an regierenden Stellen noch findet, beseitigt wird.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir freuen uns, daß vor kurzem ein Staatssekretär für das besetzte Gebiet ernannt worden ist und seine Tätigkeit aufgenommen hat. Ich bedaure, daß der Herr Staatssekretär Brugger in diesem Augenblick nicht im Hause ist; sonst würde ich ihm gern zum Ausdruck bringen, daß wir seiner Tätigkeit Vertrauen entgegenbringen und hoffen, daß er dieses Vertrauen durch seine Amtsführung erhalten und stärken werde.

Es ist während der Erörterung mehrfach **Stellung** genommen worden **zur gegenwärtigen Regierung.** Auch wir von der Deutschen Volkspartei haben manche Beschwerden über die Haltung der Regierung und haben mancherlei Beschwernisse geltend zu machen über verfehlte Maßnahmen und über Unterlassungen in Ansehung des besetzten Gebietes. Aber mir scheint, diese Beschwerden und Beschwernisse zum Ausdruck zu bringen, ist hier heute nicht am Platze.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Alles das, was wir gegen die eigene Regierung auf dem Herzen haben, tritt zurück und muß zurücktreten, wird zur Geringfügigkeit gegenüber der einen großen Sache, um die es hier heute geht: gegenüber der Gewalttat der Entente und gegenüber der rheinischen Not, um deren Beseitigung es sich handelt.

(Bravo.)

Der Herr Abgeordnete Sollmann hat als Redner der Mehrheitssozialdemokratie auf einen Zwischenruf, der von unserer Seite kam, gesagt: an deutscher Gesinnung lasse (C) ich mich von Ihnen nicht übertreffen. Das war ein Wort, für das ich dem Herrn Kollegen Sollmann dankbar bin. Und ich glaube es ihm. Aber ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, daß es zu einem der besten Stücke des deutschen Wesens und der deutschen Gesinnung gehört, auch dem politischen Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihm keine Motive unterzulegen, die nicht vorhanden und nicht einer Rede Dinge zu unterschieben, die gar nicht gesagt worden sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich müßte, wenn Herr Sollmann hier wäre, ihn fragen: Wo hat nur ein Wort in der Rede Dr. Zapfs gestanden, mit dem er etwa die „Ja-Sager", die Annehmer des Ultimatums angegriffen hätte? Ich habe mich auch bei anderen Parteien erkundigt, Parteien, die zur Regierung gehören, und es ist mir die Richtigkeit meiner Auffassung bestätigt worden, daß davon gar keine Rede sein kann.

Aber weit darüber hinaus ist das gegangen, was der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid geglaubt hat in diesem Augenblick und in einer geradezu wüsten Parteipolitik gegen die deutsche Volkspartei vorbringen zu sollen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wo hat irgend gestanden, und wo ist von uns gesagt worden, daß die gegenwärtige Reichsregierung mit der Annahme des Ultimatums Landesverrat begangen habe? Wo ist im Zusammenhang mit dieser Interpellation von unserer Seite her ein Angriff auf die Regierung unternommen worden? Wo ist von unserer Seite der Versuch gemacht worden, sie aus diesem Anlaß zu stürzen? Meine Damen und Herren! Uns ist die rheinische Angelegenheit viel zu heilig, als daß wir sie mit derartigen Plänen und Nebenabsichten verquicken würden.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.) (D)

Der Herr Abgeordnete Sollmann hat weiter gesagt, diese Dinge dürften nicht den Anschein einer **„patriotischen Agitation"** haben. Was ist denn „patriotisch?" Patriotisch ist der, der sein Vaterland liebt. Und gerade wenn der Herr Abgeordnete Sollmann Vaterlandsliebe für sich in Anspruch nimmt, soll er sie auch den anderen glauben und davon überzeugt sein, daß Vaterlandsliebe allein es ist, die uns zu dieser Interpellation, zu dieser Agitation, — mögen Sie es so nennen — bringen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ist denn Vaterlandsliebe heute ein Verbrechen? Freilich, wenn man das Gesamtgefüge der Reden ansieht, die zum Teil hier gehalten worden sind, müßte man vielleicht fürchten, das Ausland bekäme den Eindruck einer Zerrissenheit des deutschen Volkes auch in dieser Frage. Ich hoffe aber und bin im Grunde gewiß, daß das Ausland die relative Bedeutungslosigkeit derjenigen Gruppen des deutschen Volkes allmählich erkennt, als deren Vertreter der Herr Abgeordnete Höllein sich hier hingestellt hat.

(Heiterkeit rechts.)

Im übrigen wird sich das Ausland allmählich auch davon überzeugen, daß es nun einmal zur Eigenart des deutschen Volkes gehört, sich bei jeder Gelegenheit — auch da, wo es sehr unpassend ist — gegenseitig anzugreifen und zu befehden. Diese Eigenart aber wollen auch wir selbst nicht allzu tragisch nehmen; denn in einem sind wir doch mit geringen Ausnahmen eins.

Gambetta hat nach dem Kriege 1870/71 gesagt: Nicht davon sprechen, aber immer daran denken! Meine Damen und Herren! Wir wollen immer daran denken, immer davon sprechen und mannhaft danach handeln dem einen Ziele zu: **Fort mit diesen unerträglichen Gewaltmaßnahmen,** die man **Sanktionen** nennt, die aber tatsächlich in die Reihe jener Taten der Brutalität gehören, deren

(Dr. **Most**, Interpellant.)

(A) sich — des bin ich gewiß — dermaleinst die Menschheit und die Weltgeschichte schämen wird!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn ich zum Schluß zusammenfassen darf, was doch im Grunde aus all den hier gehörten Reden herausklang, so darf ich wohl feststellen:

Der Reichstag hat mit schmerzlichstem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß alle **Bemühungen der Reichsregierung** um Beseitigung dieser Sanktionen, die den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts wie den besonderen Vorschriften des Friedensvertrags widersprechen, bislang vergeblich gewesen sind. Ein Ende der unerträglichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Schädigungen der besetzten Gebiete ist nicht abzusehen. Der von der französischen Regierung in dieser Frage eingenommene Standpunkt, den wir aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. Rosen vernahmen, setzt an die Stelle des Rechts das Unrecht, an die Stelle der Versöhnung dauernde Verfeindung.

(Sehr wahr! rechts.)

Er macht gleichzeitig Deutschland immer unfähiger zur Erfüllung der ihm aufgezwungenen Bedingungen.

Im Namen des deutschen Volkes verwahren wir uns vor der ganzen Welt gegen diese Vergewaltigung.

(Sehr gut! rechts.)

Wir verlangen, daß sich die alliierten Mächte ebenso an die Bedingungen des Friedensvertrags halten, wie es Deutschland in geradezu beispielloser Opferwilligkeit bislang getan hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir danken der so schwerheimgesuchten Bevölkerung für die fortgesetzten Beweise der dauernden, durch keinerlei Gewalt erschütterten Anhänglichkeit an das gemeinsame deutsche Vaterland.

(B)

(Bravo! rechts.)

Und wir bitten die Reichsregierung, nein, wir fordern von ihr, sie möge kein Mittel unversucht lassen, um die Aufhebung dieser vertragswidrigen und gewaltsamen, dem besetzten Gebiet und mit ihm Deutschland auferlegten Sanktionen durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Besprechung ist geschlossen und damit die Interpellation erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, nunmehr unsere Verhandlungen abzubrechen.

(Zustimmung.)

Es ist eine Interpellation Hoffmann (Berlin), Ledebour und Genossen eingegangen, die ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Diernreiter:**

Das Reichsarbeitsministerium hat veranlaßt, das Schwerkriegsbeschädigten-Lazarett Schloß Charlottenburg aufzuheben und die Insassen in andere Lazarette unterzubringen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß das Lazarett Schloß Charlottenburg nicht den modernen Anforderungen eines Lazaretts entspräche und daß die Kranken sich ungebührlich benommen hätten. Die Lazarettinsassen, darunter viele Schwerkriegsbeschädigte (Amputierte, Rückenmarkleidende usw.) wehren sich gegen die Schließung des Lazaretts und empfinden diese ungeheuerliche Maßnahme als eine herzlose barbarische Behandlung. Das Hauptversorgungsamt Berlin hat, um die Schließung des Lazaretts durchzusetzen, folgende Zwangsmaßnahmen angeordnet:

1. Entziehung jeder ärztlichen und pflegerischen Behandlung, (C)
2. Entziehung der Nahrungsmittel und des Taschengeldes,
3. Entziehung der baren Unterstützung der Familien der schwerkriegsbeschädigten Lazarettinsassen.

Die Lazarettinsassen sowie deren Organisationen erblicken in der Schließung gerade dieses für die dort befindlichen Kriegsopfer günstig gelegenen Lazaretts eine ungerechtfertigte Maßnahme.

Ist die Regierung bereit, die angeordnete Schließung des Schloßlazaretts Charlottenburg durch das Reichsarbeitsministerium rückgängig zu machen oder beabsichtigt die Regierung, noch weitere Lazarette zu schließen?

Ist die Regierung bereit, den entstandenen Schaden der Lazarettinsassen an entzogenen Gebührnissen den Kranken- und Familienangehörigen auszahlen zu lassen?

Präsident: Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 2. Juli, vormittags 11 Uhr, und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. die soeben verlesene Interpellation, und zwar zur Anfrage an die Regierung;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Anmeldung des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrags beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts;
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz); (D)
4. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher;
5. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die patentamtlichen Gebühren;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland;
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung;
8. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne.
9. mündlicher Bericht des 11. Ausschusses (Steuerfragen) über Entschließungen, betreffend Einkommensteuerfragen.

Bis hierher wird angenommen, daß die Gegenstände der Tagesordnung ohne Debatte erledigt werden können. Sollte das nicht der Fall sein, dann ist eine Umstellung hinter die nächsten Punkte geplant.

10. Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis;
11. Interpellation der Abgeordneten Rosemann, Pieper (Westfalen), Ledebour und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis;
12. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, und zwar:
    a) Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,
       (die Beratung beginnt mit den einmaligen Ausgaben)

(Präsident.)

(A)

b) Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung,
c) Haushalt des Reichswehrministeriums D. (Marine),
d) Haushalt des Reichspostministeriums,
e) Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags,
f) Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung,
g) Haushalt der Reichsschuld.

Das ist die für morgen in Aussicht genommene Tagesordnung. (B)

(Heiterkeit.)

Weitere Anträge dazu werden nicht gestellt; sie ist angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 36 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

129. Sitzung.

Sonnabend den 2. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4295D

Interpellation Hoffmann (Berlin) 2c.: **Aufhebung des Schwerkriegsbeschädigten-Lazaretts Charlottenburg** (Nr. 2393 der Anlagen) . . . . . Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4296B

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über **Anmeldung** des zur Durchführung des Art. 202 des Friedensvertrags **beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts** (Nr. 2337 der Anlagen) 4296B

(B) Erste Beratung des **Altrentnergesetzes** (Nr. 2373 der Anlagen) 4296C

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Gebühren der Rechtsanwälte** 2c. (Nr. 2374 der Anlagen):
Dr. Spahn (Z) 4296C

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die **patentamtlichen Gebühren** (Nr. 2375 der Anlagen) . . . 4296D

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur **Sicherung von gewerblichen Schutzrechten** deutscher Reichsangehöriger im Ausland (Nr. 2289, 2350 der Anlagen)
Marx (Z.), Berichterstatter . . . 4297A

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über **Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung** (Nr. 2050, 2345 der Anlagen) 4297D

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die **Einkommensteuer vom Arbeitslohn** (Nr. 2253, 2377 der Anlagen)
Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . . 4298A

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses über **Entschließungen, betreffend Einkommensteuerfragen** (Nr. 2267 der Anlagen) . 4298D

Seite (C)

Interpellationen Imbusch 2c. sowie Rosemann 2c.: **Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis** (Nr. 2249 beziehungsweise 2269 der Anlagen)
Imbusch (Z.), Interpellant . . . 4298D
Pieper (U.S.), Interpellant . . 4304A
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4307D
Hatzfeld, Bergrat 4309B
Dr. Pfeiffer (Z.) — zur Geschäftsordnung 4313A
Koch (Düsseldorf) (D.Nat.) . . . 4313B
Winnefeld (D.Vp.) 4315B
Janschek (S.) 4321A
Fischbeck, preußischer Handelsminister 4326D
Ziegler (Westfalen) (D.D.) . . . 4327C
Braß (V.K.) 4331C
Althans, preußischer Ober-Berghauptmann 4336A
Schwarzer (Oberbayern) (Bay.Vp.): 4337A
Jäker (Düsseldorf (S.) 4337C
Rosemann (U.S.), Interpellant): 4338C

Zweite Beratung des **Nachtragsetats** für 1921 (Nr. 2151 der Anlagen):
Reichsschuld 4343C
Ausführung des Friedensvertrags: 4343D (D)
Allgemeine Finanzverwaltung . . 4343D
Reichspost 4344A
Ministerium für Ernährung 2c. (Schluß):
Verbilligung von Auslandsmais:
Dr. Hertz (U.S.): 4344B, 4350D, 4353B
Döbrich (D.Vp.) 4345D
Dr. Hermes, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: 4346B, 4350B, 4352C, 4353C
Schmidt (Cöpenick) (S.) 4348B
Reichsverkehrsministerium:
Jaud (Bay.Vp.) 4354A
Seibert (D.Vp.) 4354B
Stieler, Staatssekretär . 4355D, 4356D
Schuldt (Steglitz) (D.D.) 4356A

Nächste Sitzung 4357B

Die Sitzung wird um 11 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über das am 6. Mai dieses Jahres unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen;

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) 2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend das deutsch-belgische Abkommen zu Art. 312 des Friedensvertrags.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Schirmer (Franken), Lind

die Abgeordneten Diernreiter, Schiele;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Stresemann, Stinnes

die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Dr. Zapf;

in den 9. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Philipp

der Abgeordnete Dr. Helfferich;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Schücking, Korell

die Abgeordneten Frau Dr. Lüders, Dr. Haas (Baden).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Feuerstein für 4 Tage,
Dr. Dernburg für 5 Tage,
Hue für 8 Tage.

Entschuldigt ist für die heutige Sitzung der Herr Abgeordnete Seppel.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Punkt ist die

Interpellation der Abgeordneten Hoffmann (Berlin), **Ledebour und Genossen, betreffend Aufhebung des Schwerkriegsbeschädigtenlazaretts Charlottenburg** (Nr. 2393 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

(B)

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Die Regierung ist bereit, innerhalb der gesetzlichen Frist die Interpellation zu beantworten.

Präsident: Ich erwarte dann eine weitere Mitteilung und werde den Gegenstand neu auf die Tagesordnung setzen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Anmeldung des zur Durchführung des Artikels 202 des Friedensvertrags beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts (Nr. 2337 der Drucksachen).

Ich eröffne die Aussprache — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt; wir können also alsbald in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe in derselben auf den § 1 — und erkläre ihn für angenommen.

§ 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Die einzelnen Paragraphen sind angenommen.

Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Wenn kein Einwand erhoben wird, kann sofort auch in die dritte Beratung eingetreten werden. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne also in der

dritten Beratung

die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen nebst Einleitung und Überschrift sind angenommen. (C)

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz) (Nr. 2373 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

Für das Reichsarbeitsministerium:
Ministerialrat Kerschensteiner, Ministerialrat Jacobs;

für das Reichsfinanzministerium:
Regierungsrat Sbrzesny.

Ich eröffne die erste Beratung. — Das Wort wird nicht verlangt.

Ich eröffne die

zweite Beratung

und rufe auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — Einleitung und Überschrift. —

Es wird soeben vorgeschlagen, die Vorlage an den 6. Ausschuß, der sich bereits damit beschäftigt hat, zur Vorberatung zu überweisen. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher (Nr. 2374 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. (D)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Spahn.

Dr. **Spahn**, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage, diesen Gesetzentwurf an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Präsident: Es ist beantragt, den Entwurf an den 22. Ausschuß, Rechtsausschuß, zu überweisen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; das Haus hat die Überweisung beschlossen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die patentamtlichen Gebühren (Nr. 2375 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. Wird hier ein Antrag auf Ausschußberatung gestellt? — Das geschieht nicht. Dann schließe ich die erste Beratung.

Wir treten dann gleich in die

zweite Beratung

ein.

Ich rufe in derselben auf Art. I, — II, — III, — IV, — V, — den Gebührentarif: I, — II, — III, — IV, — Einleitung und Überschrift. —

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, — können wir auch die

dritte Beratung

erledigen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. I, — II, — III, — IV, — V, — den Gebührentarif: I, — II, — III, — IV, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

(**Präsident.**)

(A) Wir kommen zum sechsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland (Nr. 2289 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (Nr. 2350 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Marx.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Marx, Abgeordneter, Berichterstatter: Das Gesetz bezweckt, gewerbliche Schutzrechte, in erster Linie **Patentrechte,** die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind, zu erhalten. Es will den Zustand zwischen ausländischen Staaten, die zurzeit mit dem Deutschen Reich noch nicht zum Friedensschluß gekommen sind, insbesondere also Amerika auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite, so herstellen, wie er bezüglich der anderen Staaten durch den Friedensvertrag zu Versailles und das Berner Abkommen vom 30. Juni 1920 schon geschaffen ist.

Amerika hat ein großes Interesse daran, die infolge des Kriegsausbruchs für seine Staatsangehörigen im Ausland vielfach erloschenen Patente wieder aufleben zu lassen. Deshalb ist am 3. März 1921 ein **amerikanisches Gesetz,** betreffend die **Verlängerung von Fristen für Patentanmeldungen** erlassen worden, das einmal die ganz oder teilweise in die Zeit nach dem 1. August 1914 entfallenden Fristen für die Anmeldung von Patenten verlängert, ferner auch die Fristen für die Leistung von Zahlungen und die Vornahme von sonstigen Handlungen zur Erhaltung und Bewahrung von Patentrechten weiter erstreckt.

(B) Das Gesetz will für die Angehörigen ausländischer Staaten einen Schutz herbeiführen, aber nur unter der Voraussetzung, daß in diesen Staaten den Angehörigen der Vereinigten Staaten im wesentlichen die gleichen Vergünstigungen zugestanden werden. Das Reichsjustizamt hat sich infolgedessen mit den in Betracht kommenden Interessentenkreisen Deutschlands, namentlich den Vertretern der chemischen Industrie, insbesondere der Farbenfabrikation, in Verbindung gesetzt. Im Reichsjustizamt hat eine Besprechung mit einer größeren Zahl von Vertretern der interessierten Verbände stattgefunden, die sich einhellig und übereinstimmend dahin äußerten, daß es unbedingt und im höchsten Grade wünschenswert wäre, die von Amerika verlangte **Gegenseitigkeit** gesetzgeberisch zum Ausdruck zu bringen.

Dem Ausschuß sind auf seinen Wunsch die einzelnen Verbände und Interessentengruppen angegeben worden, die an der Besprechung teilgenommen haben. Nach den Darlegungen der Regierungsvertreter erklärte sich der Ausschuß einstimmig als von der Notwendigkeit des geplanten gesetzgeberischen Vorgehens überzeugt.

Es kann ja auch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß es sehr wünschenswert ist, einen regen patentrechtlichen Verkehr, insbesondere mit Amerika, der durch den Krieg gestört worden ist, wieder anzubahnen. Auf diese Weise gelingt es, zahlreiche wertvolle Patentrechte deutscher Erfinder und Industrieller zu retten.

Was den Inhalt des Gesetzes im einzelnen angeht, so ist in dem § 1 bestimmt, daß die näheren **Anordnungen** der **Reichsregierung** überlassen werden sollen. Das könnte auf den ersten Blick etwas auffallend erscheinen, aber der Grund ist der, daß es sich ja um ganz eigentümliche und sonst wohl kaum vorkommende Rechtsanordnungen handelt. Es muß nämlich dafür gesorgt werden, daß unsere Maßnahmen stets in Übereinstimmung bleiben mit der jeweiligen Lage der Gesetzgebung und Rechtsprechung des (C) Auslandes, um jederzeit die verlangte Gegenseitigkeit herbeizuführen. Es muß also jeden Augenblick möglich sein, die erlassenen Bestimmungen abzuändern, wenn es die Rechtslage des auswärtigen Staates verlangt. Deshalb ist es unmöglich, den gewöhnlichen Weg der Gesetzgebung zu beschreiten; es ist notwendig, die erforderlichen Anordnungen der Regierung zu überlassen, um eine größere Beweglichkeit der Gesetzgebung zu ermöglichen. Der Ausschuß sah diesen Vorschlag als durchaus gerechtfertigt an und billigte einstimmig das, was im Entwurf enthalten ist.

Der § 2 des Gesetzes erstreckt die **Wohltaten des Gesetzes** auf die **deutschen Reichsangehörigen,** die zur Zeit des Kriegsausbruchs im Gebiete des fremden Staates ihren Wohnsitz oder ihre gewerbliche Niederlassung hatten, und endlich Abs. 2 auch auf solche, die als Rechtsnachfolger einer Person in Betracht kommen, in der die Voraussetzungen für den Anspruch auf die im Gesetz vorgesehenen Vergünstigungen vorgelegen haben.

Der Ausschuß hat dem Gesetzentwurf einstimmig seine Zustimmung erteilt, und ich darf im Namen des Ausschusses bitten, dem vorliegenden Gesetzentwurf auch die Zustimmung des Plenums zu erteilen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. § 1 des Gesetzes ist angenommen. Ich rufe auf § 2, — angenommen, § 3, — desgleichen, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

(Berichterstatter Abgeordneter Dr. Marx: Ich beantrage, gleich die dritte Lesung vorzunehmen!)

Es wird beantragt, auch die

dritte Lesung

vorzunehmen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe (D) sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. In der besonderen Beratung rufe ich auf § 1, — § 2, — § 3, — Einleitung und Überschrift. Die einzelnen Paragraphen sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2345 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Erkelenz.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Gegenstand zurückzusetzen, da der Ausschuß über einen neuen Antrag verhandeln will. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum 8. Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Nr. 2253 der Drucksachen).

Bericht des 11. Ausschusses (Nr. 2377 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Höner.

Als Kommissare sind angemeldet:

Ministerialdirektor von Laer,

Ministerialrat Geh. Regierungsrat Kuhn,

Ministerialrat Dr. Zarden,

(Präsident.)

(A) Ministerialrat Dr. Dorn,
Ober-Regierungsrat Seweloh,
Regierungsrat Dr. Pünder und
Regierungsrat Dr. Pissel.

Ich rufe auf Art. I Ziff. 1, — § 45, — 46, — 47, — 48, — 48a, — 49. —

§ 50. Hierzu liegt ein Antrag Keil auf Drucksache 2398 vor, in dem zunächst in der vorletzten Zeile eine Berichtigung anzubringen ist. Es muß heißen: Zweites Kalendervierteljahr statt zweites Kalenderjahr. — Das Wort zu diesem Antrag wird nicht verlangt.

Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen. Im Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn, und zwar zu § 50, liegt auf Drucksache 2398 ein Antrag Keil vor. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist Einstimmigkeit. Ich darf annehmen, daß mit dieser Abänderung auch der § 50 angenommen ist. —

Ich rufe auf § 51, — 52, — 52a, — 52b, — 52c, — 52d, Ziff. 2, — 3, — 4, — 5, — Art. II, Art. III, Art. IV; — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel sowie Einleitung und Überschrift sind in der zweiten Beratung angenommen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch hier die

dritte Beratung

vornehmen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben seinerzeit die Paragraphen des (B) Einkommensteuergesetzes, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn vorsehen, auf das heftigste bekämpft, weil wir in ihnen das Musterbeispiel einer unsozialen Gesetzgebung gesehen haben. Aus dem vorliegenden Lohnsteuergesetz ist dieses Grundprinzip des Lohnabzugs zur Steuerleistung nicht verschwunden. Es wird also nach wie vor der Arbeiter und der Lohn- und Gehaltsempfänger überhaupt sofort bei der Lohnzahlung von der Steuerbehörde angefaßt. Er hat sofort vom Arbeitslohn nach wie vor die Steuer zu leisten. Diese **Lohnsteuer** ist der festeste Kern, auf den sich der Reichsetat überhaupt aufbaut. Die gewaltigen Summen, die durch diese Steuer einkommen, ferner die Tatsache, daß diese Steuer schon um Jahresfrist vor den übrigen Steuerpflichtigen voraus geleistet wird, machen diese Steuer zu einer außerordentlich **unsozialen Steuer.**

Wenn wir ferner in Betracht ziehen, daß diese Steuer gewissermaßen ein zinsloses Darlehen der Lohn- und Gehaltsempfänger an das Reich darstellt, ein zinsloses Darlehen, bei dem nach einem Überschlage das Reich pro Jahr mindestens eine halbe Milliarde Mark an Zinsen auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger erspart, so ist es klar, daß dieses Prinzip außerordentlich unsozial ist und deshalb von uns aufs schärfste bekämpft wird.

In diesem Gesetz handelt es sich aber um einen Ausbau und eine Verbesserung der bisherigen Lohnsteuer. Die **Verbesserungsanträge,** die in der Kommission zu diesem Gesetz gemacht worden sind, sind fast restlos angenommen worden, so daß gegenüber dem bisherigen Zustand das jetzige Gesetz eine tatsächliche Verbesserung bedeutet. Aus diesem Grunde wird meine Fraktion dieses Lohnsteuergesetz annehmen. Wir verkennen aber keineswegs, daß es nicht der Wunsch nach Gerechtigkeit war, der im allgemeinen dazu geführt hat, daß die Verbesserungsanträge in der Kommission angenommen worden sind, sondern daß es die Furcht vor dem Unwillen und (C) der Empörung der Arbeiterschaft war, die dazu führten, daß diese Verbesserungen durchgesetzt worden sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wissen nur zu gut, daß dieses Verbesserungsgesetz gerade jetzt erledigt wird, um mit seiner Hilfe den Boden zu schaffen für die künftige Gesetzgebung des Reichs, eine Gesetzgebung, die abermals die Hauptlast der Staatslasten auf die Schultern der Arbeiter legen wird.

(Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): Woher wissen Sie das?)

— Nun, Herr Abgeordneter Becker, soweit die Steuerpläne der Regierung bisher bekannt sind, läßt sich daraus ersehen, daß eine Anzahl indirekter Steuern, die die Arbeiterklasse auf das stärkste belasten werden, in diesem Steuerbukett vorgesehen worden sind, und wir werden gegen die fernere Belastung der Arbeiterschaft bei der künftigen Steuerarbeit auf das schärfste und mit aller Kraft ankämpfen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor. Ich schließe sie und rufe in der besonderen Beratung auf Art. I Ziff. 1 § 45, — 46, — 47, — 48, — 48a, — 49, — 50 in derdurch die zweite Beratung abgeänderten Fassung, — 51, — 52, — 52a, — 52b, — 52c, — 52d; — Ziff. 2, — 3, — 4, — 5; — Art. II; — Art. III; — Art. IV; — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen und Artikel sowie Einleitung und Überschrift des Gesetzes sind angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetz ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

(D) Ich nehme an, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses beitritt, die Petitionen, die dazu vorliegen, für erledigt zu erklären. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 9. Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses (Steuerfragen) über Entschließungen, betreffend Einkommensteuerfragen (Nr. 2267 der Drucksachen).

Es handelt sich um die Entschließungen auf Drucksache Nr. 2267. Das Wort dazu wird nicht verlangt. Ich nehme an, daß das Haus den Ausschußanträgen seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 10. Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Imbusch, Trimborn und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis (Nr. 2249 der Drucksachen),

und in Verbindung damit zum 11. Gegenstand:

Interpellation der Abgeordneten Rosemann, Pieper (Westfalen), Ledebour und Genossen, betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis (Nr. 2269 der Drucksachen).

Zur Begründung der ersten Interpellation erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter, Interpellant: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder hat der deutsche Bergbau ein gewaltiges Massenunglück zu verzeichnen. Auf der Zeche Mont Cenis wurden durch eine Explosion über 80 Menschen getötet, über 70 verletzt. Ich spreche im Namen meiner Fraktion den Betroffenen unsere herzliche Teilnahme aus. Sodann danken wir allen, die sich um die Rettung und Bergung der Verunglückten bemüht

(**Imbusch**, Interpellant.)

(A) haben, den Rettungsmannschaften der Bergbeamten und Bergarbeiter, die ihr eignes Leben einsetzten, um andere zu retten.

(Bravo!)

Ich komme jetzt zu der Frage: **weshalb war das Unglück möglich?** Die Frage muß um so mehr gestellt und beantwortet werden, als in den letzten Jahren sich mehrfach ähnliche Unfälle ereignet haben. Sie hatten zwar nicht die gleiche Ausdehnung, aber zum Teil die gleichen Ursachen. Noch wenige Wochen vorher war ja auf der Zeche Konstantin eine gewaltige Explosion, die 19 Tote und 2 Verletzte hinwegraffte. Im Gebiete des Zechenverbandes für das rheinisch-westfälische Revier ereigneten sich in den letzten Jahren, von 1913 bis 20, an größeren Explosionen folgende: 1913: 9, im folgenden Jahre 10, dann 20, dann 21, dann 38, dann 33, dann 23 und 15. Schon diese Tatsache zeigt, daß die Gefahr weiterer ähnlicher Unfälle nicht zu bestreiten ist.

Nun zum Unglück auf **Mont Cenis!** Die genannte Zeche baut Gaskohle und im Süden die obere Fettkohlenpartie. Die **Explosion** ereignete sich auf der fünften Bausohle in dem durch den ersten östlichen Querschlag erschlossenen Revier des Steigers Bottermann. Es werden dort die Flöze Gustav, Gretchen und Mathias abgebaut. Sie sind erschlossen durch einen 50 Meter hohen Stempel, der zur Abführung der Wetter oben durch einen Querschlag mit dem Flöz Gustav verbunden ist, in dem dann die Wetter zur oberen Sohle abgeleitet werden. Da die drei genannten Flöze nahe zusammenliegen, werden sie für den Abbau durch Ortsquerschläge verbunden. Von der Explosion wurde das Flöz Mathias am schlimmsten, Gustav am wenigsten betroffen. Die Explosion war so fürchterlich, daß sie nicht nur die Flöze heimsuchte. Sie schlug auch durch den Stapel nach unten. Die am Stapel zur Regelung der Wetterführung angebrachte Mauer wurde zum größten Teil weg-

(B) gefegt. Dann schlug die Flamme durch den Querschlag weiter zurück und dann noch in das in einiger Entfernung von dem Stapel liegende Flöz Gustav, in die Sohlstrecke hinein, und verletzte dort noch einen Mann. Durch die Explosion wurden dann Brüche in der zur Abführung der Wetter dienenden Wetterstrecke erzeugt, Wettertüren weggerissen usw. Dadurch wurde die **Wetterführung** erheblich gestört. Wer nicht von der Explosion hinweggerafft war, wurde durch die Nachschwaden gefährdet. Gefährdet wurden insbesondere auch die auf der vierten Sohle, auf einer höheren Bausohle, in der dritten westlichen Abteilung liegenden Reviere Backhaus und Kuhlmann. Zur Verbesserung der Wetterführung in den genannten Revieren hatte man eine Verbindung geschaffen zwischen den unteren und oberen Revieren. Durch diesen Verbindungsweg, durch Flöz Kretschen, zogen dann die Nachschwaden in die oberen Reviere. Das wurde dort mehreren Leuten zum Verhängnis. Zwei blieben tot; sehr viele wurden stark gefährdet.

Im Bergbau lassen sich alle Unfälle nicht verhüten. Solche Massenunglücke aber dürfen nicht vorkommen. Explosionen derartigen Umfangs beweisen, daß etwas nicht so war, wie es sein sollte. Die Wetterführung in den Gruben muß so sein, daß sie die **Ansammlung von Schlagwettern** verhütet. Schlagwetter sind Grubengase, die sich mit Luft vermischt haben. Wenn die Grubenluft 5 bis 14 Prozent dieser Gase enthält, dann ist das Gemisch explosibel.

Die Wetterführung muß dafür sorgen, daß solche Ansammlungen von Grubengas, von Metan, nicht vorkommen können. Dann muß durch die **Berieselung**, die vorgeschrieben ist, der Kohlenstaub unschädlich gemacht werden, damit auch dieser nicht explodieren kann. Insbesondere muß vor dem Schießen der Kohlenstaub um die Schußstellen befeuchtet werden, damit nicht durch die Schüsse der Kohlenstaub zur Explosion gebracht wird. (C) Außerdem besteht die Vorschrift, daß in der Kohle nur sogenannter **Sicherheitssprengstoff** verwendet wird, also ein Sprengstoff, der nicht wie etwa Dynamit eine Flamme von außerordentlicher großer Hitze erzeugt und der nicht den Kohlenstaub entzündet. Wenn diese Vorschriften, die da gegeben sind, gut durchgeführt werden, und keine besonderen unglücklichen Zufälle eintreten, dann können große Explosionen kaum vorkommen. Es sind allerdings unglückliche Zufälle in der Grube immer wieder möglich. Es können plötzlich große Gasmengen austreten. Dann darf auch nicht der **Einfluß des Luftdrucks** auf die Grubenbaue übersehen werden. Der Luftdruck wirkt auf die Grubenbaue ähnlich wie auf ein Barometer. Bei plötzlichem Wechsel des Luftdrucks können plötzlich größere Mengen an Gas austreten. Die Schlagwettermengen können dann, wenn sie entzündet werden, natürlich auch für eine größere Zahl von Menschen gefährlich werden.

Nun soll nach der Statistik die **Grubenlampe** die gefährlichste Entzündungsursache sein. Es wird deshalb die **Einführung der elektrischen Grubenlampe** gefordert. Die elektrischen Lampen sollen in der Beziehung weniger gefährlich sein. Sie bringen aber andere Gefahren. Die Benzinsicherheitslampe ermöglicht die Feststellung, ob Schlagwetter vorhanden sind, man kann das mit der Lampe ausprobieren; die elektrische Lampe ermöglicht eine derartige Feststellung nicht. Sie ermöglicht auch nicht die Feststellung, ob etwa die Luft zu viel Kohlensäure enthält und aus diesem Grunde gefährlich wird. Trotzdem drängt die Bergbehörde auf Einführung der elektrischen Grubenlampe, und meines Erachtens sind manche Vertreter der Bergbehörden in der Beurteilung der elektrischen Lampe etwas unvorsichtig; sie gehen in dieser Beziehung zu weit. Die elektrische Grubenlampe hat unbestreitbar manche Vorzüge, sie hat aber gegenüber der Benzinsicherheitslampe auch manche Nachteile. (D)

Ich möchte insbesondere bei dieser Gelegenheit davor warnen, daß man die Statistik über die Entstehungsursachen der Unfälle zu ernst nimmt. Ich persönlich bin überzeugt, daß sie kein zutreffendes Bild darüber gibt, ob die Explosionen wirklich in dem angegebenen Maße durch Lampen verursacht sind. Ich selbst weiß aus meiner Praxis, daß man bei Unfalluntersuchungen dann, wenn man die Ursache nicht zweifelsfrei ermitteln konnte, bei Explosionen immer wieder versucht war, der Lampe die Schuld beizumessen. Ich erinnere mich noch sehr genau eines Falles — ich war damals eben erst in der Grube —, wo auch eine Explosion erfolgt war, und wo der Vertreter der Bergbehörde zu anderen in meiner Gegenwart sagte: „Ja, wir können keine anderen Ursachen feststellen; es muß wieder eine Lampe gewesen sein". Das sind natürlich keine Beweise, das sind Annahmen, und auf solche Annahmen stützt sich dann vielfach die Statistik.

Es läßt sich nach einer Explosion gar nicht immer nachträglich feststellen, wodurch sie entstanden ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und selbst wenn dann zertrümmerte Lampen vorhanden sind, kann man doch nicht feststellen, ob sie vor der Explosion nicht in Ordnung waren oder erst durch die Explosion zertrümmert wurden.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann läßt sich auch gar nicht feststellen, wie oft die Lampen nicht richtig in Ordnung waren, und es kommt doch für die Beurteilung der Lampen darauf an, daß man fehlerfreie Exemplare beurteilt und deren Wert für die Sicherheit. Es besteht auch keine Statistik über die Unfälle, die durch die Lampen verhütet wurden. Auch das muß beachtet werden.

Also in der Frage der Grubenlampe möchte ich wirklich vor jeder Einseitigkeit warnen. Heute besteht

(Imbusch, Interpellant.)

(A) unter den Fachleuten über die Frage ein großer Streit. Es gibt fanatische Anhänger der einen und anderen Lampengattung, und es ist nicht so, als wenn etwa bei der Bergbehörde nur die eine Ansicht vertreten wäre oder bei den Unternehmern und bei Arbeitern und Angestellten die andere. Nein, es gibt sowohl bei Beamten der Bergbehörden wie bei den Unternehmern und bei den Angestellten und Arbeitern Anhänger der einen und der anderen Richtung. Ich will ein Beispiel dafür anführen. Unser Kollege Osterroth vom „alten Bergarbeiterverband" ist ein warmer Freund der elektrischen Lampe. Andere aus dem genannten Verband vertreten die Anschauung, daß die andere Lampe besser ist. Also man soll in dieser Beziehung vorsichtig sein. Die elektrische Lampe hat eben den großen Nachteil, daß sie keine Schlagwetter anzeigt und nicht die Möglichkeit gibt, sich vor den Schlagwettern zu hüten.

Auch die Statistik, die über die Ursachen der Unfälle geführt wird, ist nicht ganz zutreffend. Wenn zum Beispiel gesagt wird: soundso viele Unfälle sind durch die **Schuld der Arbeiter** entstanden, so beweist das in vielen Fällen nichts. In den letzten Jahren sind zum Beispiel über 200 000 berufsfremde Menschen dem Bergbau zugeführt worden; sie werden nicht ausgebildet, sondern einfach hineingeschickt, weil man viel Kohle haben muß. Solche Menschen verursachen durch Dummheit und infolge der mangelnden Aufklärung Unfälle. Da kann man doch nicht sagen: es ist die Schuld der Arbeiter, sondern da liegt die Schuld viel mehr bei denen, die diese Arbeiter hineingeschickt haben, ohne sie entsprechend aufzuklären.

Auf der Zeche Mont Cenis haben wir es mit einer gewaltigen **Kohlenstaubexplosion** zu tun. Daran ist gar kein Zweifel. Die bergtechnisch vorgebildeten Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind auf der Grube im Unglücksrevier angefahren. Herr Braß hat uns dabei

(B) begleitet. Wir haben festgestellt, daß wirklich eine starke Kohlenstaubexplosion erfolgt ist. Überall sind starke Koksknisten, die beweisen, daß Kohlenstaub explodiert ist. Die Untersuchung ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Ich werde nachher einige Punkte, die der Ansicht aller Untersuchungsteilnehmer entsprechen, vorlesen. Ich möchte aber vorher meinen Eindruck noch kurz schildern.

Der allgemeine Eindruck des Unglücksreviers ist ein guter. Die Bewetterung ist in dem Revier gut. Sie ist sehr einfach, so daß möglichst wenig Ecken entstehen, in denen sich Schlagwetter ansammeln können. Die Berieselung hatte einige kleine Mängel, die wir nachher noch feststellen, war aber im allgemeinen in Ordnung. Die Zeugen, die vernommen wurden, auch die Herren vom Betriebsausschuß sagten aus, daß die Berieselung den Vorschriften entsprechend gebraucht wurde. Der **Ausbau des Reviers** ist, soweit wir gekommen sind, gut. Ich habe in meiner Praxis selten ein Revier angetroffen, in dem der Grubenausbau so vollständig war.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsausschuß scheint auch gut zu sein; wenigstens wurde das von beiden Seiten ausgeführt.

Dann aber zeigten mir die **Zeugen- und Sachverständigenaussagen** doch, daß auf der Grube auch einige Gefahren und Mängel vorhanden sind, daß die Grube auch ihre Tücke hat. Der Einfahrer, also der Vertreter der Bergbehörde, hatte einigemal verdächtige Mengen von Schlagwettern gefunden. Insbesondere ist mir aufgefallen, daß einmal, wo ein Bruch entstanden war, in ganz kurzer Zeit sich eine ganz gefährliche Menge von Schlagwettern angesammelt hatte. Weiter hatte der Betriebsausschuß schon einmal einige Betriebspunkte stillgelegt. Sodann wurde von einem Zeugen ausgesagt, daß in einem stillgelegten Überbau Schlagwetter standen. Er war zwar abgeschlossen, aber die Schlagwetter standen (C) im Hohlraum. Ich halte das — ich werde darauf noch zu sprechen kommen — für eine Gefahr.

Dann hatte meines Erachtens der **Wetterkontrolleur**, also der, der vor der Anfahrt der Belegschaft das Revier zu befahren hat, um festzustellen, ob überall alles schlagwetterfrei sei, doch einen Weg zurückzulegen, den er in der vorgeschriebenen Zeit kaum zurücklegen konnte und der ihm meines Erachtens kaum eine ganz gute Prüfung der Verhältnisse ermöglichte.

Außerdem ist mir persönlich unangenehm aufgefallen, daß laut Wetterbuch seit März keine Schlagwetter mehr gefunden waren. Ich halte es kaum für möglich, daß auf einer Grube mit Schlagwettervorkommen bei guter Prüfung in Monaten nirgendwo Schlagwetter gefunden werden. Dann bietet auch Anlaß zu Bedenken die Tatsache, daß im letzten halben Jahre drei Schlagwetterexplosionen geringeren Umfangs stattgefunden haben. Das zeigt auch, daß man da vorsichtig sein muß.

Demgegenüber muß man allerdings auch erwähnen, daß die Zechenverwaltung sich stark um eine Verbesserung der Wetterführung bemüht hat. Sie hat die Wettermenge, die eingeführt wurde, von 2800 auf 6000 cbm gesteigert. Sie hat also in dieser Beziehung wirklich sehr viel getan.

Von den Sachverständigen und den Mitgliedern des Ausschusses wurde natürlich mit großem Eifer zu ermitteln versucht, ebenso wie von der Bergbehörde, an welcher Stelle in der Grube die Explosion entstanden ist. Es kamen da mehrere Arbeitsstellen in Frage. Aber die nähere Prüfung der Verhältnisse ergab, daß doch wohl nur eine Strebe in Mathias-Osten 4 und 5 in Frage kommen konnte und daß ein Schuß die **Ursache der Entzündung** sei. In der genannten Strebe war vorher geschossen worden. Das konnte man feststellen. Nach dem Schuß ist nicht mehr gearbeitet. Das konnte man auch feststellen. Außerdem war auch dort die Koksbildung (D) außerordentlich stark.

Der **31. Ausschuß**, der zur Untersuchung der Sache eingesetzt wurde, hat folgenden **vorläufigen Bericht** festgestellt, den ich wohl mit Erlaubnis der Herrn Präsidenten vorlesen kann:

> Das Ergebnis der Untersuchung kann nur als ein vorläufiges bezeichnet werden. Die Aufnahme des Reviers, in dem die Explosion erfolgte, ist noch nicht vollendet. Die Bergpolizei konnte daher die Erlaubnis für die Inangriffnahme der Aufräumungsarbeiten noch nicht geben. Es besteht die Möglichkeit, daß nach erfolgter Aufräumung weiteres Material zutage tritt. Dieses vorausgeschickt, hält der Untersuchungsausschuß folgendes fest:
>
> 1. Die Bewetterung des Reviers, in dem das Unglück stattfand, war nach Aussage der Zeugen und Sachverständigen gut.
> 2. Die Belegschaft des Unglücksreviers war ausschließlich mit elektrischen Grubenlampen versehen. Lediglich fünf Personen hatten an dem Tage des Unglücks zur Vornahme der vorgeschriebenen Wetteruntersuchungen Benzinsicherheitslampen empfangen.
> 3. Die Aussagen der Zeugen, der bisherige Stand der verschiedenen im Gange befindlichen Untersuchungen und die Befahrung des Reviers durch die bergtechnisch vorgebildeten Mitglieder des Untersuchungsausschusses haben ergeben, daß höchstwahrscheinlich keine Schlagwetterexplosion, sondern eine Kohlenstaubexplosion stattgefunden hat.
>
> Das Urteil der Sachverständigen lautet auf Kohlenstaubexplosion.

(**Imbusch**, Interpellant.)

(A)

4. Die Aussagen vieler Zeugen stimmen darin überein, daß unmittelbar vor der Explosion ein Schuß gefallen ist.

   Die Sachverständigen sprechen sich ganz bestimmt dahin aus, daß die Explosion durch einen Schuß eingeleitet worden ist.

5. Die Möglichkeit der Berieselung des Reviers war nach Aussage der Zeugen und Sachverständigen vorhanden.

   Die bergtechnisch vorgebildeten Mitglieder des Ausschusses stellten fest, daß zurzeit ihrer Besichtigung in Flötz Gretchen Ort II etwa 50 Meter Berieselungsrohr fehlte und an einem höher belegenen Ort das Endventiel fehlte.

6. Die bergtechnischen Sachverständigen neigen zu der Annahme, daß der Explosionsherd in Flötz Matthias-Osten 4/5 zu suchen ist.

7. Der Ausschuß wird nach Beendigung der im Gange befindlichen Untersuchung seine Arbeit fortsetzen, um dann möglichst zu einem endgültigen Urteil zu kommen. Er behält sich vor, das im Laufe der Untersuchung gesammelte Material eingehend zu bearbeiten und festzulegen, welche Möglichkeiten nach seiner Meinung bestehen, um in Zukunft Katastrophen, wie die zur Besprechung stehende, so weit wie denkbar vorzubeugen.

Ich will noch hinzufügen, daß der Betriebspunkt, der hier genannt worden ist, an dem die 50 Meter Berieselungsrohr fehlten, als Ort der Entstehung der Explosion wohl nicht in Frage kommen kann.

Warum aber der große Umfang des Unglücks? Das rührt daher, weil erstens eine gewaltige Menge von **Kohlenstaub** explodiert ist. Wie das möglich war, ist (B) mir nicht ganz erklärlich. Die Zeugen, insbesondere auch vom Betriebsausschuß, sagen aus, es sei stets gut berieselt worden. Tatsache ist, daß sich dort während der Schicht in den Betriebspunkten viel Kohlenstaub bildete. Meines Erachtens hätte mehr, als wirklich geschehen ist, zur Unschädlichmachung des Kohlenstaubes geschehen können. Dann muß berücksichtigt werden, daß hier in dem Revier auf verhältnismäßig kleinem Raum eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt war auf 26 Betriebspunkten. Es ist das natürlich darauf zurückzuführen, daß wir eben den großen Kohlenmangel hatten, daß die Belegschaften vermehrt werden mußten und daß man die einzelnen Betriebspunkte stärker belegen mußte.

Der Unfall muß Anlaß zu einer allgemeinen Gewissenserforschung sein, zur Aufwerfung der Frage: was kann im Bergbau in dieser Beziehung gebessert werden und was muß geschehen?

Ich möchte hier darauf hinweisen, daß die **Massenunfälle** nur der kleinste Teil aller Unfälle im Bergbau sind. Die Massenunfälle, die immer das Aufsehen erregen, fordern nur verhältnismäßig wenige Opfer. Die meisten Opfer werden von den **Einzelfällen** gefordert. Ich möchte die Zahlen aus den letzten Jahren dafür anführen. Seit dem Jahre 1913 bis einschließlich 1919 waren zu verzeichnen an entschädigungspflichtigen Unfällen, also an schwereren Unfällen pro Jahr: 1913: 13 763, im folgenden Jahre 12 612, dann 10 374, dann 11 637, 13 734, 14 198, 14 089. Massenunfälle fordern aber in den genannten Jahren nur folgende Opfer: 87, 101, 87, 64, 317, 212, 168. Sie sehen also, die Zahl der durch Massenunfälle Hingerafften ist verhältnismäßig klein im Vergleich zur Gesamtzahl. Besonders viele Opfer verlangen Stein- und Kohlenfälle, in den letzten Jahren auch Seilbrüche und Unfälle bei der Förderung.

Die Gesamtlage im Bergbau ist den Unfallverhütungs- (C) bestrebungen nicht förderlich, im Gegenteil außerordentlich ungünstig. Die Gruben werden tiefer und gefährlicher. Dann brachte der Krieg eine laxere Handhabung der **Unfallverhütungsvorschriften**, und das läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen wieder einrenken. Der Krieg mit seinen Massenopfern hatte auch eine geringere Einschätzung der Menschenleben überall zur Folge. Der gewaltige Kohlenmangel im Kriege und nach dem Kriege reizte zur Einschränkung nicht produktiver, kohlenbringender Arbeit. Dazu kam dann die Einstellung großer Massen berufsfremder Arbeiter. Bei langsamer, normaler Entwicklung kann man solche Leute anlernen, so daß sie erst dann an gefährliche Arbeiten kommen, wenn sie eine gewisse Vorbildung erlangt haben. Das war aber in den letzten Jahren nicht in dem notwendigen Maße möglich. Die schlechtere Schulbildung und Schulzucht während des Krieges konnte natürlich auch nur ungünstig wirken. Die hohen Preise für Materialien und Holz reizten sodann zur falschen Sparsamkeit. Vielfach konnte man trotz besten Willens die notwendigen Materialien, zum Beispiel Förderseile, nicht bekommen. Die jahrelange Überanstrengung und Unterernährung der Bergleute wirkte auch ungünstig.

Aber mit am ungünstigsten wirkte doch wohl der **starke Zwang, viel Kohlen auszuführen,** der von der Entente auf Deutschland ausgeübt wurde.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Da mußte in den Gruben alles geschehen, um nur Kohlen zu fördern, und daß das natürlich nicht günstig wirken konnte, ist klar. Ich habe ja schon auf die starke Belegung des Unglücksreviers hingewiesen. Günstig wirkt natürlich die Einführung der Tarifverträge, die den Arbeiter in etwa schützten gegen eine willkürlich niedrige (D) Gedingesetzung.

Alle gewissenhaften Menschen sind nun darüber einig, daß die Unfälle nach Möglichkeit verhütet werden müssen, um Menschenleben und Menschenglück zu erhalten. Sie müssen aber auch aus wirtschaftlichen Gründen verhütet werden. Ich komme damit zu der Frage, was zur **Verhütung von Unfällen im Bergbau** geschehen kann. Da stelle ich an die Spitze die Forderung: **gute Ausbildung der Bergleute,** und zwar eine gute praktische und theoretische Ausbildung. Die praktische Ausbildung in der Grube muß so sein, daß der Mann erst dann an gefährliche Arbeiten kommt, wenn er genügend vorgebildet ist.

Aber auch die Verhältnisse selbst zwingen immer mehr zu einer guten **theoretischen Durchbildung.** Zu diesem Zweck bedürfen wir guter Fortbildungsschulen. Im Ruhrgebiet sind sie jetzt eingeführt. Sodann sollte man die Bergleute durch Vorträge weiterbilden. Insbesondere halte ich Experimentalvorträge für ein gutes Mittel, in denen den Leuten vorgeführt wird, wie gefährlich gerade Schlagwetter und auch Kohlenstaub ist. Wir haben von der Organisation des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter seit vielen Jahren das verlangt. Wir haben aber auf diesem Gebiet nicht die Erfolge, die wir eigentlich bei der Wichtigkeit der Frage hätten haben müssen, erzielt. So hatten wir, um ein Beispiel anzuführen, die Absicht, auf unserer Generalversammlung im Jahre 1913 in Aachen einen solchen Experimentalvortrag halten zu lassen. Der Vorsitzende des Gewerkvereins wandte sich deshalb mit einem Schreiben an den Leiter der Aachener Technischen Hochschule, damit einer der dortigen Professoren oder Dozenten einen Experimentalvortrag über die Schlagwetter- und Kohlenstaubgefahren sowie die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung halte. Es wurde uns aber erwidert, daß sich keiner der in Frage

(**Imbusch**, Interpellant.)

(A) kommenden Professoren und Dozenten bereit erklärt habe, den gewünschten Experimentalvortrag zu halten.

(Hört! Hört!)

Das ist ein sehr bezeichnendes Beispiel aus der Zeit vor dem Kriege. Mit solchen Anschauungen muß restlos aufgeräumt werden. Wenn es sich um Menschenleben handelt, sollten sich auch solche Leute gern zur Verfügung stellen.

Dann habe ich den dringenden Wunsch, daß man den Bergleuten, insbesondere den Wettermännern, die prüfen müssen, ob Schlagwetter vorhanden sind, Schießmeistern usw. Vorführungen in den bestehenden Versuchsstrecken macht, ich meine, **Versuche mit Schlagwettern und Kohlenstaub**, damit die Leute sehen, welche Gefahren sie heraufbeschwören, wenn sie nicht vorsichtig sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Notwendig ist sodann die **Erziehung der Beamten und Arbeiter zur Gewissenhaftigkeit und zur Selbstverantwortlichkeit.** Jeder ist im Bergbau von der gewissenhaften Pflichterfüllung auch der anderen abhängig. Er kann selbst noch so gewissenhaft und vorsichtig sein, wenn die anderen nicht gewissenhaft und vorsichtig sind, dann nützt ihm das alles nicht. Das muß jedem zum Bewußtsein gebracht werden.

Wir müssen auch allen beibringen, daß sie nicht alles von Vorschriften und nicht alles von der Aufsicht der Behörden erwarten sollen,

(sehr richtig! im Zentrum)

sondern daß selbst jeder an seiner Stelle mitwirken muß. Jeder soll sich bemühen, andere aufzuklären, andere gewissenhaft zu machen. Man soll nicht immer nach oben schielen, nicht alles von oben erwarten.

(Sehr richtig!)

Wenn jeder an seinem Platze in dieser Beziehung seine Pflicht erfüllt, dann werden sich die Verhältnisse sicher bessern. Dann aber muß auch der rechte Geist in unserer (B) Wirtschaft herrschen. Der Mensch ist höher zu achten als Sachgüter, und keiner sollte durch seine Haltung den Anschein erwecken, als wenn er auf einem anderen Standpunkt stände.

Weiter ist notwendig die Beobachtung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln. Da stelle ich obenan eine **gute Bewetterung der Grube.** Die gesamte Wettermenge, die in die Grube geführt wird, muß ausreichend sein. Aber auch die Verteilung auf die einzelnen Betriebspunkte muß gut sein, so daß an jedem einzelnen Betriebspunkt die notwendige Menge ist, daß sich nirgendwo Schlagwetteransammlungen bilden können. In der Beziehung könnte hier und da doch noch einiges gebessert werden. Vielleicht wären auch Wettermessungen an einzelnen Betriebspunkten zu empfehlen.

Dann ist die Einstellung besonderer **Wettersteiger** notwendig. Auf vielen Gruben hat man sie als Beamte, die sich nur mit der Wetterführung zu befassen haben — und mit nichts anderem. Auf der Unglückszeche hatte man ein anderes System. Da war der Wettersteiger für einige Reviere angestellt und war nebenbei Fahrsteiger. In diesem Falle wird das keinen Einfluß auf das Unglück ausgeübt haben, weil die Bewetterung in dem Revier wirklich gut war. Aber ich halte trotzdem dieses System für außerordentlich bedenklich. Wenn nämlich der Mann auf der einen Seite für die Bewetterung zu sorgen hat und auf der anderen Seite darauf sehen soll, daß viel Kohlen gefördert werden, dann ist das außerordentlich gefährlich und kann leicht dazu führen, daß der Mann die Kohlenförderung für wichtiger ansieht als die Wetterführung in den einzelnen Schichten. In dieser Beziehung sollte man also eine klare Scheidung treffen.

Dann zeigt dieses Unglück auch, daß man eine gefährliche **Verbindung der Wetterwege** verhüten muß. Durch eine solche Verbindung wurden die Reviere auf der vierten Sohle Backhaus und Kuhlmann gefährdet. Sie war geschaffen, um dort die Wetterführung zu ver- (C) bessern. In diesem Falle des Unglücks hätte sie aber bald dazu geführt, daß in den Revieren ebenfalls eine große Zahl von Arbeitern dahingerafft worden wäre. Dieser Unfall ist also nach jeder Richtung hin eine Warnung.

Dann muß dafür gesorgt werden, daß **Schlagwetteransammlungen** auch an stillgelegten Betriebspunkten verhütet werden. Darauf möchte ich ganz besonders Wert legen. Ich habe früher in meiner Praxis jahrelang auf Schlagwettergruben gearbeitet und weiß, wie gefährlich gerade solche Schlagwetteransammlungen werden können. Auch wenn die Löcher noch so schön abgeschlagen sind, daß keiner hineinläuft, halte ich solche Schlagwetteransammlungen doch für gefährlich, weil aus diesen Räumen bei wechselndem Luftdruck plötzlich einmal größere Mengen austreten können. Ich habe das in der Praxis schon erlebt, und auf den Gruben ist in dieser Beziehung noch manches zu bessern.

Ich möchte auch einmal darauf hinweisen, daß die Wetterkontrolleure keine zu großen Reviere haben dürfen, daß die Reviere, die sie befahren, nur so groß sein dürfen, daß sie in der vorgeschriebenen Zeit auch wirklich gut und gewissenhaft befahren werden können.

Dann hat man einige Wünsche bezüglich der **Grubenlampen.** Man soll für gute Grubenlampen sorgen, und dabei muß ich betonen, daß eine Grubenlampe ohne Schlagwetteranzeiger, ohne Wetteranzeiger keine gute Lampe ist. Trotz der Vorzüge der elektrischen Grubenlampe halte ich deren allgemeine Einführung in der bisherigen Form für außerordentlich bedenklich. Früher haben auch die Herren von der Bergbehörde und die Unternehmer ihre Einführung allgemein für bedenklich gehalten. Vor dem Kriege hat man ein Preisausschreiben erlassen, um auch für diese Lampen einen Wetteranzeiger zu bekommen. Die Frage wurde damals nicht gelöst, (D) obwohl der Bergbauverein damals 25 000 Mark als Preis aussetzte. Ich habe den dringenden Wunsch, daß diese Versuche erneut aufgenommen werden, und, ich meine, es muß unserer Wissenschaft und Technik gelingen, diese Frage zu lösen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Während des Krieges hat man so viele Fragen gelöst, man hat so viele Erfindungen machen können, um Menschenleben zu vernichten. Ich meine, hier, wo es gilt, Menschenleben zu erhalten, sollte man sich auch einmal großzügig an die Arbeit machen.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Dann muß diese Frage gelöst werden können.

Wenn die **elektrische Grubenlampe** stellenweise eingeführt wird — und sie kann und muß stellenweise eingeführt und neben den anderen benutzt werden —, dann muß aber vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß überall von den anderen Lampen so viele vorhanden sind, daß die Wetterkontrolle so möglich ist, wie es sein muß. Es genügt nicht, wenn vor der Schicht, vor der Anfahrt der Wetterkontrolleur feststellt, daß Schlagwetter nicht vorhanden sind. In einer, in zwei Stunden, können sich wieder Schlagwetteransammlungen gebildet haben; auch während der Schicht können sich Schlagwetteransammlungen schnell bilden, wie jeder Bergmann weiß, und deshalb darf man sich nicht allein auf die Kontrolle in gewissen Zeitabständen verlassen.

Ganz interessant ist bei der Beurteilung der elektrischen Grubenlampe die Tatsache, daß auch bei den Unternehmern und gerade bei den tüchtigsten der Betriebsleiter die Ansichten so auseinandergehen. Schon dieser Umstand sollte der Bergbehörde, die etwas zu verliebt in die elektrische Lampe ist, zu denken geben. Ich warne noch einmal vor jeder Einseitigkeit in der Frage.

(**Imbusch**, Interpellant.)

(A) Zur Frage der **Berieselung** möchte ich darauf hinweisen, daß alle Beteiligten von der Zechenverwaltung bis zum letzten Arbeiter die gegebenen Vorschriften gewissenhaft durchführen müssen. Jeder sollte daran denken, daß von ihm, von seinem Verhalten nicht nur sein Leben, sondern auch das Leben der Mitarbeiter abhängt, und die Bergbehörde sollte nicht leichtfertig Ausnahmen zulassen. Bei dem vor einigen Wochen erfolgten Unglück auf Zeche Konstatin wurde festgestellt, daß dort eine starke Kohlenstaubexplosion gewesen ist und daß die Berieselung eingestellt war, weil die Bergbehörde die Einstellung genehmigte. Also Vorsicht in dieser Beziehung!

Wünschenswert erscheint mir, daß die Berieselung soweit wie möglich durch besondere Kräfte, die dafür, und nur dafür, freigestellt werden, besorgt wird. Man hat jetzt zur Ablösung des Berieselungsverfahrens stellenweise zu anderen Verfahren gegriffen, zum sogenannten **Gesteinstaubverfahren.** Da wird Steinstaub in der Grube verbreitet, der sich dann mit Kohlenstaub mischt und so ein Gemenge gibt, das nicht explosibel ist. Dieses Verfahren muß weiter geprüft werden, insbesondere auch daraufhin, ob es nicht in anderer Beziehung wieder große Gefahren für die Bergleute heraufbeschwört. Gesteinstaub ist im allgemeinen außerordentlich schädlich für die Lunge und die Atmungsorgane überhaupt.

Dann ist im Bergbau eine gute Beachtung der Vorsicht beim Schießen notwendig. Nur besonders tüchtige, gewissenhafte Menschen sollen mit dem Schießen beauftragt werden. Freilich wird es auch ohne eine genügende Kontrolle des Schießens nicht gehen.

Weiter ist dem **Grubenausbau** eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Stein- und Kohlenfall sind eine große Gefahrenquelle, der man am besten dadurch begegnet, daß man dafür sorgt, daß an jedem Betriebspunkt das erforderliche Holz in den notwendigen Längen und
(B) Stärken vorhanden ist, und daß die Arbeiter so bezahlt werden, daß sie auch gut verbauen können.

Sodann möchte ich einmal bei dieser Gelegenheit an eine alte Forderung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter erinnern. Wir haben schon vor vielen Jahren gefordert, daß in der Grube **Rettungskammern** in den einzelnen Abschnitten der Gruben errichtet werden, damit im Falle von Explosionen die Menschen wissen, wohin, damit sie sich retten können. Diese Forderung ist nicht so beachtet, wie es wünschenswert gewesen wäre. Auch im vorliegenden Falle sind Menschen in Gefahr gebracht worden, die nicht wußten, wohin. Ich möchte bitten, diese Forderung noch einmal gründlich zu prüfen und dann in die Tat umzusetzen.

Selbstverständlich ist überhaupt dem weiteren Ausbau des Grubenrettungswesens die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wir brauchen auch trotz aller Betonung der Notwendigkeit des Selbstschutzes für jeden einzelnen eine ausreichende Grubenkontrolle, und da möchte ich darauf hinweisen, daß die Bergaufsichtsbeamten die Gruben ja ausreichend nicht kontrollieren können. Sie sind mit so vielen anderen Arbeiten belastet, daß ihnen das einfach unmöglich ist, daß auch der gewissenhafteste Beamte nicht das tun kann, was eigentlich wünschenswert ist. Um hier ein Beispiel aus dem Unglücksrevier anzuführen: Der Einfahrer, der auf Mont Cenis zu fahren hatte, hat 8 Gruben zu befahren, und auf der Unglückszeche sind allein 12 Reviere, und wenn er eine Schicht fährt, kann er ein Revier befahren. Ja, wie lange dauert es da, bis er herum ist?

Ich möchte allerdings nicht, daß man nun blind die Beamten der Bergbehörden vermehrt, nein, ich möchte darauf hinweisen, daß man die Grubenkontrolle erheblich verbessern kann, wenn eine gute **Zusammenarbeit zwischen Bergbehörde und Betriebsrat** erfolgt und wenn besonders auf den gefährlichen Gruben die Betriebsausschüsse mehr (C) fahren als bisher. Sodann ist auch eine bessere technische Schulung der Betriebsräte notwendig. Bei den Betriebsräten sind viele, die außerordentlich tüchtig sind; aber es gibt auch hier und da noch manche, denen eine weitere Durchbildung gut zustatten käme, und allen könnte eine etwas bessere theoretische Durchbildung nur nützlich sein. Wünschenswert ist sodann die Besprechung des Betriebsplanes mit dem Betriebsrat; die praktischen Erfahrungen der Betriebsratsmitglieder müssen ausgenutzt werden.

Sodann möchte ich auch den Wunsch aussprechen, daß die gesamte Stellung der Bergaufsichtsbeamten eine etwas bessere würde. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil der Beamten der Bergaufsichtsbehörden die Stelle wechselt und in die Privatindustrie übertritt, weil da viel bessere Aufstiegsmöglichkeiten geboten sind. Ich halte das nicht für wünschenswert. Ich halte die Stellung dieser Beamten nicht für so, wie man es auch im Interesse der Gesamtindustrie und auch der Arbeiter wünschen muß. Ferner erscheint es mir wünschenswert, daß eine Instanz geschaffen wird, die eine Nachprüfung ermöglicht, wenn die Bergbehörden für gewisse Gruben oder gewisse Reviere in den Gruben Ausnahmen von den Bergpolizeivorschriften gestatten. Dann möchte ich wünschen — ich halte das für ganz notwendig —, daß eine gründliche **Durchprüfung der gesamten Bergpolizeivorschriften** erfolgt. Dazu sollte man tüchtige Arbeiter, Angestellte, Betriebsführer heranziehen, um einmal die ganzen Bergpolizeivorschriften, die heute ein Büchlein füllen, durchzuprüfen. Man muß dabei meines Erachtens folgendes beachten: die ganzen Vorschriften atmen den Geist des alten Obrigkeitsstaates, der für alles zu sorgen hat. Ich möchte wünschen, daß etwas der Geist der größeren **Selbstverantwortung** und der Mitarbeit aller Beteiligten da einzieht. Ich glaube, wenn das geschieht, dann läßt sich manches bessern. (D)

Wünschenswert und notwendig ist auch eine gute Zusammenarbeit der Zechenverwaltungen und der Betriebsräte. Auf der Unglückszeche war das Zusammenarbeiten nach Angabe aller Beteiligten gut. Aber auf vielen Gruben ist es nicht so, wie es sein sollte, und eine gute Zusammenarbeit kann allen nur nützen.

Dann ist zur Verhütung von Unfällen anzustreben, daß mehr als bisher die **Bergmannsjugend** dem **Bergbau** zugeführt wird. In den letzten Jahren war das in viel zu geringem Maße der Fall. In diesem Punkte sind die Betriebsverwaltungen meines Erachtens etwas kurzsichtig. Die Schwierigkeiten, die bei der Beschäftigung der Jugendlichen entstehen, führen dazu, daß man möglichst wenig Jugendliche beschäftigt. Wenn die jungen Leute aus der Schule entlassen sind, brauchen sie natürlich einen Erwerb, und wenn sie ihn im Bergbau nicht finden, dann gehen sie meist zu anderen Industrien über und sind für den Bergbau verloren. Es wäre wünschenswert, wenn wirklich die Erfahrungen, die der Bergmannsstand gesammelt hat, sich forterben und wenn auch die Söhne der Bergleute wieder dem Bergbau zugeführt werden. Was so ein Junge von 14 Jahren lernt, daß kann man einem Älteren nie beibringen. Einer, der von der Jugend auf im Bergbau war, hat vielfach mehr in den Fingerspitzen, als andere, die erst in späten Jahren dem Bergmannsberuf zugeführt wurden, je im Kopf haben.

Dann erscheint mir dringend erforderlich die **Einführung einer kleinen Untersuchungskommission für jeden großen Bergbaubezirk.** Wir haben ja jetzt einen Untersuchungsausschuß hier aus dem Parlament gewählt. Aber es läßt sich gar nicht übersehen, daß ein solcher Ausschuß etwas zu spät kommt. Ich hoffe ja, daß wir das Unglück restlos aufklären. Aber im allgemeinen ist es doch richtig, daß man bei solchen Untersuchungen sofort dabei sein muß,

(**Imbusch**, Interpellant.)

(A) und wenn man eine solche Kommission bildet, dann wird in Zukunft die Ursache der Unfälle möglichst restlos aufgeklärt. Dann kann man auch die notwendigen Abhilfemaßregeln treffen.

Schließlich vergesse man nicht, daß man den ganzen Bergarbeiterstand wirtschaftlich, geistig, kulturell heben muß. Je höher er steht, um so mehr wird man auch Unfälle im Bergbau vermeiden können. Wenn man ihn heben will, dann ist es notwendig, den Bergleuten eine würdige Stellung in der Wirtschaft zu schaffen, sie ihrer Bedeutung entsprechend zu achten, sie ausreichend zu bezahlen, dann die so gefährlichen, so verheerenden Berufskrankheiten der Unfallversicherung zu unterstellen, damit sie auch in solchen Fällen gesichert sind, eine anständige, ausreichende Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, die wir ja heute nicht haben, einzuführen usw. Ich möchte besonders bitten, daß das Reichsknappschaftsgesetz, das in Vorbereitung ist, möglichst bald dem hohen Hause vorgelegt und verabschiedet wird.

Wenn so an der Hebung des Bergarbeiterstandes gearbeitet wird, wenn auch sonst alles das geschieht, was ich hier angeführt habe, dann lassen sich meines Erachtens die Unfälle im Bergbau auf ein Mindestmaß, das wegen der Verhältnisse eben nicht zu vermeiden ist, reduzieren.

Ich richte an die Reichsregierung die Frage, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um solche Katastrophen für die Zukunft zu verhüten.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Zur Begründung der zweiten Interpellation hat das Wort der Herr Abgeordnete Pieper (Westfalen).

Pieper (Westfalen), Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Nach der furchtbaren Radbod-

(B) Katastrophe erscholl der Ruf der Bergarbeiter nach Schutz für Leben und Gesundheit so laut und vernehmlich, daß diesem berechtigten Verlangen irgendwie Rechnung getragen werden mußte. Das Ergebnis war schließlich die Änderung des allgemeinen Berggesetzes bezüglich Einführung der **Sicherheitsmänner**. Nach Ansicht der Bergwerksbesitzer sollten die Sicherheitsmänner allerdings nur weiße Salbe sein. Ihnen schien diese kleine Reform schon ein Eingriff, eine Einschränkung ihres Herr-im-Hause-Standpunktes zu sein. Die Sicherheitsmänner, soweit sie aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft stammten, haben alles getan, um wirksame Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit einzuführen. Sie wurden aber hierin behindert durch die Maßnahmen der Bergwerksbesitzer. Diese wollten keine Schutzmaßnahmen. Ihnen kam es in erster Linie darauf an, daß sie möglichst hohe Profite machten. Da waren ihnen die Sicherheitsmänner denn doch in gewisser Hinsicht hinderlich. Man versuchte es auf zweierlei Art, die Sicherheitsmänner gefügig zu machen, zunächst einmal, indem man ihnen persönliche Vorteile zukommen ließ, sie also gewissermaßen mit Zuckerbrot fütterte, und wo das nicht glückte, griff man zu schärferen Maßnahmen, zur Hungerpeitsche; Maßregelungen erfolgten in großer Anzahl.

Das fortgesetzte Steigen der **Unfallziffer** beweist, daß das, was die Organisationen von den Sicherheitsmännern schon vorausgesagt haben, eingetroffen ist, daß das System der Sicherheitsmänner nicht imstande war, die Unfallziffer herabzudrücken. Es ist aber doch ein trauriges Kapitel in der Entwicklung der deutschen Industrie, daß die soziale Gesetzgebung trotz der Fortschritte der Wissenschaft und Technik es nicht fertiggebracht hat, die Unfälle zu vermindern.

Nun hat schon der Herr Abgeordnete Imbusch vorhin einige Zahlen angeführt, die dartun sollten, daß die Massenunfälle nicht den größten Teil der Unfallziffer ausmachen. Ich teile diese Auffassung, möchte aber, um Ihnen ein wirksames Bild der Gefahren des Bergbaues vor Augen zu führen, diese Statistik etwas ergänzen. Der Herr Abgeordnete Imbusch sagte, die **Zahl der verletzten Personen**, für die **erstmalige Entschädigungen** gezahlt wurden, betrug so und so viel. Viel größer wird aber die Zahl, wenn wir uns die angemeldeten Unfälle ansehen.

Nach dem **Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft** betrug:

Zahl der angemeldeten Unfälle (ganz Deutschland)

Jahr	Zahl der versicherten Personen überhaupt	Zahl der versicherten Personen im Ruhrgebiet	Zahl der angemeldeten Unfälle überhaupt	Auf je 1000 Versicherte	Auf je 1000 im Ruhrgebiet
11	838 274	352 004	114 669	136,79	158,17
12	866 462	366 641	121 517	140,25	162,46
13	918 805	401 042	133 710	145,53	165,52
14	841 118	376 887	122 982	146,21	169,87
15	664 812	288 308			
16	703 614	309 552			
17	777 510	339 289			
18	800 349	341 918			
19	967 962	390 537			

Verletzte Personen, für welche im Laufe des Rechnungsjahres erstmalig Entschädigung gezahlt wurde (ganz Deutschland)

Jahr	Zahl der Verletzten überhaupt	Auf je 1000 versicherte Personen	Tote überhaupt	Auf 10000 Versicherte entfallen Tote	Auf 10000 Versicherte im Ruhrgebiet
11	12 213	14,57	1 688	20,14	23,27
12	13 397	15,46	2 028	23,41	29,54
13	13 763	14,98	2 121	23,08	25,88
14	12 672	15,07	1 952	23,21	26,35
15	10 374	15,60	1 852	27,86	33,44
16	11 639	16,54	2 156	30,64	36,34
17	13 734	17,66	2 874	36,96	43,44
18	14 198	17,74	2 618	32,71	39,12
19	14 117	14,58	2 472	25,54	31,24

Die Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft weist seit 1914 eine Lücke auf, indem sie die angemeldeten Unfälle nicht mehr aufführt.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß die Zahlen ganz außerordentlich hoch sind, besonders im Ruhrgebiet. Ich werde mir aber auch des weiteren noch gestatten, Ihnen vor Augen zu führen, inwieweit die Unglücksfälle zutreffen, die allein durch Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion auf den Steinkohlenbergwerken in Preußen entfallen. Im Jahresdurchschnitt von 1891 bis 1900 hatten wir Explosionsfälle 70,5, verunglückte Personen zusammen 182,8, davon tot 72,7, von 1901 bis 1905 im Durchschnitt Explosionsfälle 30,8, verunglückte Personen zusammen 72,0, davon tot 21,2, vom Jahre 1906 bis 1919 einschließlich hatten wir in Preußen in den Steinkohlenbergwerken 429 Explosionsfälle zu verzeichnen, verunglückte Personen 1964, davon Tote 1152.

Das sind außerordentliche Zahlen, die Ihnen das ganze Elend des Bergmannsberufes recht drastisch vor Augen führen. Ich möchte mir aber noch weiter gestatten, Ihnen vergleichsweise das **Ausland** vor Augen zu führen, und zwar möchte ich hier **Belgien** anziehen. Im Vergleich zu Belgien hatten wir nach den Berichten der Knappschaftsberufsgenossenschaft im Jahre 1908 auf 10 000 Mann der

(**Pieper** [Westfalen], Interpellant.)

(A) Gesamtbelegschaft 26,2 tödlich Verunglückte, davon in Sektion II Bochum allein 31,1, in Belgien 10,67, im Jahre 1909 in Belgien 9,51, in Deutschland 21,6, in Sektion II Bochum 26,3, im Jahre 1910 in Belgien 9,46, in Deutschland 19,0, in Bochum 22,5, im Jahre 1911 in Belgien 11,45, in Deutschland 20,1, in Sektion Bochum 23,3, im Jahre 1912 in Belgien 9,95, in Deutschland 23,4, in Bochum 29,54, im Jahre 1913 in Belgien 10,46, in Deutschland 23,08, in Sektion II Bochum 25,88.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind Zahlen, die man besonders beachten muß, wenn man den Beruf des Bergmanns voll und ganz verstehen und würdigen will.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jetzt stehen wir wiederum an einem Massengrabe. Das amtliche Ergebnis der Bergbehörde stellt vorläufig fest, daß allem Anschein nach eine Kohlenstaubexplosion vorliegt. Schlagwetteransammlungen sind weder vor noch nach dem Unglück festgestellt. Die Explosion ist vermutlich durch einen Schuß in der Kohle eingeleitet. Benzinsicherheitslampen kommen als Explosionsursache nicht in Frage. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Der Untersuchungsausschuß hat ja nun bekanntlich schon etwas mehr festgestellt. Der Herr Abgeordnete Imbusch hat bereits vorgetragen, was als vorläufiges Ergebnis niedergelegt ist. Ich möchte nur auf einige Punkte eingehen.

Zunächst die **Kohlenstaubexplosion.** Der Kohlenstaub an und für sich ist ein doppelter Feind des Bergmanns, einmal weil er das Arbeiten erschwert, weil er lästig auf die Atmungsorgane wirkt; dann aber, was weit schlimmer ist: er ist explosibel. Zur Bekämpfung des Kohlenstaubs diente bisher nur die Wasserberieselung. Neuere Versuche mit der Gesteinstaubberieselung sind noch nicht endgültig abgeschlossen; wir können darüber eigentlich Kritisches noch nicht sagen.

(B) Im Unglücksrevier auf Zeche Mont Cenis war nach den Zeugenaussagen und wie wir auch selbst festgestellt haben, eine **Berieselungsanlage** vorhanden. Der Rieselmeister sagt aus, daß er gerieselt hat. Der Schießmeister bekundet ebenfalls, daß er vor Abgabe eines Schusses stets gerieselt hat. Zeugen sagen ebenfalls, daß gerieselt wurde. Die Aussagen der Zechenverwaltung gehen natürlich dahin, daß alles in bester Ordnung sei. Und trotzdem diese gewaltige Katastrophe!

Wenn wir uns dies vergegenwärtigen, müssen wir uns einmal den allgemeinen Betriebszustand vor Augen führen. Da hat der Ausschuß erhebliche Mängel festgestellt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Betriebsrat betont ausdrücklich am Schluß der Verhandlungen, die wir dort gepflogen haben, daß Mißstände auf Mont Cenis in erheblichem Umfange bestanden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sagen, der Umfang der Katastrophe konnte nicht so groß sein, wenn alles korrekt in Ordnung war, wie es hätte sein müssen. Jetzt aber versucht man möglicherweise wiederum, die **Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen.**

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe dafür einige Beweise, die ich Ihnen ebenfalls unterbreiten möchte.

Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung" schreibt in der **„Deutschen Bergwerks-Zeitung"** Nr. 147 einen Aufsatz: „Grubenunglücke und ihre Ursachen". Er führt hier die Radbod-Katastrophe an, wo 44 Angestellte angeschuldigt waren und gegen die ein Untersuchungsverfahren eröffnet wurde. Das Landgericht Münster habe jedoch konstatiert, daß eine Schuld weder die Zechenverwaltung noch die Angestellten treffe.

Weiter schreibt der Berichterstatter in der „Bergwerkszeitung", daß auf der Zeche Osterfeld im Juli 1912 eine Massenkatastrophe entstanden sei durch Nachlässigkeit in Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften. Es sei in einem Querschlag mit Dynamit geschossen worden, als schon die Kohle angefahren sei. Auf Zeche Lothringen habe grobe Fahrlässigkeit in Befolgung der Vorschriften und Weisungen die Katastrophe herbeigeführt. Es hätten sich Schlagwetter gezeigt; der Betriebsführer habe verboten, mit Dynamit zu schießen, der Steiger aber und die Leute vor Ort setzten trotzdem die Schießarbeit fort. Dadurch mußten 114 Mann ihr Leben lassen. Auf „Minister Achenbach" hat im Jahre 1912 zweimal ein Unglück stattgefunden. Nach den amtlichen Untersuchungen sei es einmal die Folge einer Verwechslung in der Ausgabe von Dynamit und Sicherheitssprengstoff gewesen, und das andere mal sei es ein vollkommenes Rätsel geblieben, wie die Katastrophe entstand. Alle Einrichtungen seien vollständig in Ordnung gewesen. Trotzdem aber die Katastrophe, bei welcher 24 Mann ihr Leben lassen mußten! Dann schreibt die „Bergwerks-Zeitung" in der Nr. 149 in einer Polemik gegen den Abgeordneten Hue unter anderem folgendes: (C)

> Für die Durchführung der wichtigsten Verordnungen zur Sicherheit der Baue, nämlich Berieselung, Ableuchtung nach Schlagwettern und Entfernung derselben, Verbauen usw. kommen in erster Linie die Arbeiter in Frage.

Also hier macht man direkt die Arbeiter dafür verantwortlich, daß eine Katastrophe entstehen kann. Ich muß schon sagen, gegen derartige Unterstellungen erheben wir als Bergarbeiter den allerschärfsten Protest. Wir sind nicht in der Lage, diese Vorschriften zu befolgen, wenn die Betriebsverwaltungen uns nicht die nötigen Möglichkeiten geben.

Die **Bergpolizeivorschriften** waren während des Krieges sehr gelockert. Der Materialmangel, der auch (D) heute noch besteht, hatte zum Teil Bergpolizeivorschriften illusorisch gemacht. Es waren keine Rohre vorhanden, und somit konnte keine Berieselung eingebaut werden. Infolgedessen wurde nicht berieselt und wurde ohne Berieselung abgeschossen. Die Kriegsgefangenen, die wir in erheblichem Umfange im Bergbau gehabt haben, haben ebenfalls dazu beigetragen, daß die Unfälle im Bergbau gerade während des Krieges eine sehr hohe Ziffer erreicht haben. Die lockere Auffassung der Vorschriften wirkte natürlich auch auf die übrigen Belegschaftsmitglieder, die nicht so bergmännisch vorgeschult und erfahren waren.

Wenn wir während des Krieges eine solche Lockerung der Vorschriften bezüglich Berieselung usw. gesehen haben, dann muß das auch jetzt noch nachwirken und ist auch heute zu spüren. Die starke Vermehrung der Belegschaft durch **bergfremde Arbeiter,** die wir jetzt ebenfalls besonders im Ruhrgebiet haben, trägt dazu bei, daß die Unfallziffer nicht zum Sinken gebracht wird, daß sie im Gegenteil noch steigt. Die Beeinträchtigung der Wetterführung wird durch diese bergfremden Arbeiter gefördert, die Unkenntnis der Gefahren, das Nichtwissen, wie sie sich zu verhalten haben usw. Manche Vorschriften werden als lästig empfunden. Alles das trägt in erheblichem Umfange dazu bei, Katastrophen herbeizuführen. Und das trifft auch auf Mont Cenis zu.

In der bergwerksfreundlichen Presse ist bezüglich der **Wetterführung** lobend anerkannt worden, daß sie auf Mont Cenis mehr als das vorgeschriebene Quantum, ja sogar das Doppelte betragen habe. Schon der Herr Abgeordnete Imbusch hat darauf hingewiesen, daß die Verteilung der Luft nicht derartig ist, daß auf jeden einzelnen Mann die vorgeschriebene Menge von drei Kubikmetern entfällt. Viele Mengen von frischen Wettern gehen durch die alten Baue und kommen nicht so an die

(**Vieper** [Westfalen], Interpellant.)

(A) Betriebspunkte, an die sie kommen müßten. Auf Mont Cenis haben Schlagwetter gestanden. Sie stehen noch heute da. Grubengas strömt in erheblichen Mengen aus. Beweis ist die ungeheuer schnelle Ansammlung von großen Mengen von Schlagwettern am 4. Februar anläßlich eines Bruches, der eine Förderstrecke zuwarf, so daß die Wetterführung unterbunden wurde, wo dann in kurzer Zeit nicht nur der betreffende Bruch, sondern auch 30 Meter des in der Nähe liegenden Querschlages ebenfalls voller Schlagwetter standen. Der Einfahrer, der zufälligerweise an diesem Tage gerade an der Stelle war, sagte: wenn hier eine Explosion stattgefunden hätte, dann wäre ein zweites Radbod entstanden. Es ist auch schon von dem Abgeordneten Imbusch darauf hingewiesen, daß auf Mont Cenis im letzten Halbjahr drei örtliche Schlagwetterexplosionen vorgekommen sind; des weiteren, daß ein Überhauen voller Schlagwetter stand, jetzt nach der Katastrophe, am Donnerstag, den 23. vergangenen Monats.

Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände können wir mit Recht sagen: wäre auf Mont Cenis alles in Ordnung gewesen, die Verordnungen der Bergpolizei restlos befolgt, dann durfte diese Katastrophe einen solchen Umfang nicht annehmen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich einmal die Frage aufwerfen: warum entstehen Mißstände und weshalb werden sie nicht beseitigt? Das ist wohl der Kernpunkt der ganzen Sache. Das **Grundübel** ist das System der **kapitalistischen Wirtschaftsordnung.** Die Losung heißt im Bergbau: Kohlen! Kohlen! Der Steiger muß und will sein Soll heraus haben. Der Fahrsteiger, der Betriebsführer verlangt Rechenschaft vom Steiger, wieviel Kohlen er gefördert hat, warum er nicht mehr gefördert hat. Der Grubendirektor verlangt von seinem Betriebsführer einen Rapport über die Förderung; er will natürlich seinem Grubenvorstand beziehungsweise seinen
(B) Aktionären einen möglichst hohen Profit sichern. Und der Köder für die Bergleute ist das Gedinge. Es ist schon in früheren Jahren von seiten der Organisation immer wieder betont worden: Akkordarbeit ist Mordarbeit. Das trifft im Bergbau mehr als irgendwo anders zu. Der **Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft** wird heute noch genau so betrieben, wie es früher geschah. Das niedrige Gedinge treibt den Hauer dazu, daß er unter allen Umständen Kohlen schaffen muß, wenn er einen einigermaßen auskömmlichen Lohn haben will. Bei einer Betriebsstörung, die etwa geeignet wäre, einen Unfall herbeizuführen, hat er nicht lange Zeit zu warten, sondern er muß auch in einem solchen Fall ohne die Sicherheitsvorschriften auskommen. Ist die Wasserleitung unterbrochen, dann geht das Schießen auch letzten Endes ohne die Berieselung. Bei Materialmangel, Lutten, Holz usw. wird auch gearbeitet, ohne daß vorher verbaut ist, ohne daß vorher die Lutten nachgezogen sind. Und weshalb handelt der Bergmann so? Er besitzt nichts anderes als seine Arbeitskraft, die er zu verkaufen hat. Der Lohnausfall bedeutet für ihn Hungern.

Des weiteren hat man aber auch noch ganz raffinierte Systeme ausgeklügelt in den Gedingen, und das bestand auch auf Mont Cenis, nämlich ein sogenanntes **Leistungsgedinge.** Das Leistungsgedinge bedeutet die Antreiberei schlimmster Art. Hier bekommt der Bergmann für eine bestimmte Leistung einen bestimmten Lohn. Leistet er mehr, dann erhöht sich auch sein Lohn. Dabei ist es selbstverständlich, daß er das Bestreben hat, möglichst viel zu leisten, weil er dadurch seinen Lohn verbessert, allerdings sehr oft auf Kosten der eigenen Sicherheit und Gesundheit.

Wie die **Löhne auf Mont Cenis** aussehen, möchte ich Ihnen hier vor Augen führen. Im Oktober 1920 betrug der Hauerdurchschnittslohn auf Mont Cenis I und III (C) 56,30 Mark, im November 56,79, im Dezember 56,49 Mark. Nach der amtlichen Statistik der Bergarbeiterlöhne war der Durchschnitt im vierten Quartal 1920 für das ganze Ruhrgebiet 63,35. Also war auf Mont Cenis der Durchschnittslohn noch bedeutend unter dem Durchschnittslohn des ganzen Ruhrgebiets.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Jahre 1921 betrug der Durchschnittslohn auf Mont Cenis im Januar 57,03, im Februar 56,92, im März 58,97, im April 61,19 und erst im Mai 63,94 Mark. Also erst im Mai ist der Durchschnittslohn höher als der Durchschnittslohn des ganzen Ruhrgebiets im vierten Quartal 1920. Bei diesen Löhnen ist ein auskömmliches Leben nicht gewährleistet. Nicht nur die Lebensmittel sind im Ruhrgebiet sehr hoch im Preise, sondern auch die Kosten für den sonstigen Lebensunterhalt sind bedeutend höher als an vielen anderen Stellen des Deutschen Reichs.

Ein weiteres Besorgnismoment bei den Bergarbeitern bildet die Zeit, wo sie bergfertig sind, das heißt, wo sie nicht mehr arbeiten können, wo sie invalide sind. Nach dem Bericht des allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum betrug das durchschnittliche Lebensalter bei der **Invalidisierung der Bergarbeiter** im Jahre 1919 42,9 Jahre. Also in einem Lebensalter, wo in den meisten Berufen und Ständen die Männer noch in vollster Kraft stehen, sind die Bergarbeiter bergfertig, invalide.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das kapitalistische System wirkt schädlich auf die Unfallziffer wegen der Antreiberei durch das Gedingesystem. Es wirkt aber auch schädlich auf die Unfallgefahr wegen des Sparens an Material und sonstigen Betriebsmitteln.

Der Herr Abgeordnete Imbusch hat schon eine Reihe von Maßnahmen angeführt, die geeignet sind, (D) die Mißstände in den Bergwerken zu beseitigen. Zunächst führte er an, daß eine genauere **Kontrolle der Wetterführung** stattfinden müsse. Wir können das unterstreichen, möchten aber noch hinzufügen, daß die Kontrolle während der Schichtzeit stattfinden und darauf geachtet werden muß, daß in den einzelnen Betriebspunkten während der Schichtzeit sich keine Schlagwetter ansammeln. Was Herr Imbusch des weiteren bezüglich der Wetterführung und Berieselung ausführte, trifft ebenfalls in den meisten Fällen zu. Ich sagte schon, daß das neuere Verfahren bezüglich der **Steinstaubberieselung** noch nicht erprobt ist. Für die Bergarbeiter bedeutet schon der Kohlenstaub eine große Gefahr. Wenn nun noch der Steinstaub hinzukommt und eine Verbindung von Steinstaub und Kohlenstaub stattfindet, dann erhöht sich die Gefahr in gesundheitlicher Hinsicht ganz erheblich für die Bergarbeiter.

Herr Abgeordneter Hue hat nun anläßlich des Antrags, den wir bezüglich des Untersuchungsausschusses stellten, gesagt, daß die **Betriebsräte** weiße Salbe seien. Wir freuen uns über diese bessere Einsicht und hoffen, daß er und seine Partei darauf hinwirken, daß in kürzester Zeit eine Änderung des Betriebsrätegesetzes stattfindet

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß aus den Betriebsräten etwas anderes gemacht wird als weiße Salbe. Die Betriebsräte müssen Rechte haben, nicht bloß Pflichten.

Von den **Zechenverwaltungen** werden die Betriebsräte mißbraucht.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Von Ihnen auch!)

Das möchte ich stark bezweifeln. Nach § 1 und § 66 sollen die Betriebsräte vornehmlich für die Erfüllung der Betriebszwecke tätig sein. Das heißt also, sie sollen mit

(**Pieper** [Westfalen], Interpellant.)

(A) dafür sorgen, daß möglichst hohe Profite herausgewirtschaftet werden. Das liegt aber nicht im Interesse der Arbeiter. Auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, ist zwar dem Betriebsrat ebenfalls in § 66 Abs. 8 des Betriebsrätegesetzes anheimgegeben. Aber das genügt bei weitem nicht, sondern es muß weit darüber hinaus für die Betriebsräte ein Recht geschaffen werden, selbständig Anordnungen zu treffen.

Charakteristisch für die Bekämpfung der Unfallgefahr ist ein Beispiel, über das der „Vorwärts" in seiner Nummer vom 29. Juni berichtet, wie ein Betriebsratsmitglied von der Zeche Schürbank und Charlottenburg behandelt wurde. Dieses Betriebsratsmitglied hat außer der Befahrung seines Reviers eine Befahrung auf anderen Sohlen vorgenommen, ferner den Hauptschacht mitrevidiert sowie die Eingänge zum Hauptschacht, Geschoßkammer und Richtstrecken. Die Zechenverwaltung hat aber die Bezahlung der Schichten, welche auf die Befahrung dieser Strecken verwandt wurden, abgelehnt und die Beschwerde des Betriebsratsmitglieds wurde dann vom Bergrevierbeamten einfach abgelehnt, ohne daß dem Betriebsratsmitglied Gelegenheit gegeben wurde, sich mündlich dazu zu äußern. Dem Revierbeamten genügte allein schon die Auskunft der Zechenverwaltung. Das sind so kleine Blitzlichter auf das System der Betriebsräte, wie sie auf die Unfallgefahren achten sollen und daran seitens der Zechenverwaltung gehindert werden.

Die Zechenverwaltungen haben die Betriebsräte aber auch weiter **zu Einkaufszwecken mißbraucht.** Betriebsräte wurden aufgefordert, für die Belegschaft Einkäufe zu machen, statt daß sie ihre Zeit auf ihre eigentliche Aufgabe verwenden konnten, nämlich darauf zu achten, daß die Unfallgefahr vermindert wird.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) So sehen wir, daß die Betriebsräte nicht das sind, was sie eigentlich sein sollen, und es ist deshalb die Frage zu erörtern: Haben die Betriebsräte schuld an den Mißständen? Es hat mich sehr interessiert, wie der Abgeordnete **Jäger** in der **„Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung"** hierüber urteilt. In einen Artikel über das Unglück auf Mont Cenis schreibt er unter andern:

> Wenn auf den Zechen Mißstände existierten, war der Betriebsrat mit schuld an diesen Mißständen, er mußte für Abhilfe sorgen und konnte nicht bestreiten, daß die Zechenverwaltung Entgegenkommen zeigte.

Ja, wenn der Betriebsrat mitschuldig sein soll an Mißständen, dann muß ihnen auch eine **Exekutivgewalt** eingeräumt werden, daß sie die Abstellung der Mißstände anordnen können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kann nicht angehen, daß man ihnen die Schuld beimißt und ihnen andererseits keine Handhabe bietet, daß sie sich für Abstellung der Mißstände betätigen können. Eine Reformierung der Bergpolizeiverordnung ist unbedingt notwendig, dabei müssen auch den Betriebsräten bergpolizeiliche Befugnisse eingeräumt werden. Wo es sich um das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter handelt, da müssen die Betriebsräte selbständige Eingriffe machen können.

Noch ein Wort zu der Frage der Lampen. Auf Mont Cenis waren die **elektrischen Lampen** eingeführt, und es wirft sich nunmehr die Frage auf: sind die alten Benzinsicherheitslampen besser, oder ist die elektrische Lampe besser? Zunächst möchte ich sagen, daß die elektrische Lampe keine absolute Sicherung gegen Gefahren bei Schlagwetterentzündungen bildet. Wenn die Birnen kaputt gehen, und die Fäden dabei nicht beschädigt werden, dann glühen sie weiter und können auch auf solche Weise Schlagwetter entzünden. Weiter (C) haben die elektrischen Lampen aber auch wieder den großen Mangel, daß sie Schlagwetter überhaupt nicht anzeigen. Wenn nun die alten **Benzinsicherheitslampen** abgeschafft werden sollen — und ich möchte sagen, daß ich einer Neuerung bezüglich der besseren Beleuchtung in der Grube sehr wohl das Wort rede —, dann dürfen sie aber nicht eher ausgeschaltet werden, bis an der elektrischen Lampe eine absolut sichere Einrichtung zum Erkennen von Schlagwettern angebracht ist. Es genügt nicht, wie es auf Mont Cenis der Fall war, daß nur der Steiger und die Schießhauer Benzinsicherheitslampen haben. Mindestens muß jeder Ortsälteste im Besitz einer Benzinsicherheitslampe sein.

Angesichts der Katastrophe von Mont Cenis müssen wir Bergarbeiter fordern, daß die **Unfallverhütungsvorschriften** besser ausgebaut werden. Es muß eine Gewähr dafür geboten werden, daß die Möglichkeit der Verhütung der Katastrophe so groß ist, wie es dem Stand der Wissenschaft und Technik entspricht. Die Bergarbeiter erheben aufs neue ihre Stimme und fordern Schutz für ihr Leben und für ihre Gesundheit. Die Toten von Mont Cenis, von Achenbach, von Lothringen und von Radbod klagen diese Gesellschaftsordnung an, die über Berge von Leichen hinwegschreitet und in erster Linie nur den Profit will.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Angesichts der Massengräber im Ruhrrevier haben wir aber die Pflicht, alles daran zu setzen und nicht eher zu ruhen, bis wir eine Gesellschaftsordnung bekommen, in der die Ausbeutung des Menschen ausgeschlossen ist, wo der Mensch höher steht als der Profit, wo das Menschenleben, besonders im Bergbau, an erster Stelle steht!

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zur Beant- (D) wortung der Interpellation hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Die traurige Kunde von dem Unglück auf Zeche Mont Cenis hat unser gesamtes deutsches Volk aufs tiefste erschüttert. Wir sind in den letzten Jahren zwar an Leid und Tod gewöhnt, und der Bergbau hat auch sonst zahlreiche Opfer gefordert, aber so unerwartet mitten in friedlicher Arbeit über 80 blühende Menschenleben auf dem Felde der Arbeit fallen zu sehen, das ist doch eine furchtbare, eine erschütternde Katastrophe.

(Sehr wahr!)

Wir trauern über die Toten, die ihrem Beruf zum Opfer gefallen sind, wir bedauern aufs innigste die Hinterbliebenen und sprechen allen diesen Hartgeprüften unser herzlichstes Beileid aus.

Die Reichs- und Landesregierung glaubt im Sinne der Hinterbliebenen zu handeln, wenn sie von dieser Stelle aus öffentlich vor dem ganzen Volk auch allen denen aufrichtigsten **Dank** ausspricht, die sich um die unglücklichen Opfer dieser Katastrophe bemüht haben.

(Beifall.)

Sie tut das in erster Linie gegenüber den Kameraden der Verunglückten, die sich mit eigener Lebensgefahr am **Rettungswerk** beteiligt haben. Das war in der Tat echte Bergmannstreue.

(Sehr gut!)

Auch allen anderen, die an den Leichen der Unglücklichen sowohl wie an den schwerbetroffenen Leidtragenden in aller Stille ihr Liebeswerk vollbrachten, gilt unser Dank. Ich bin überzeugt, diese und soviele andere Beweise bergmännischer Kameradschaft und opferwilliger Fürsorge werden nicht wenig dazu beitragen, den ersten und herbsten Schmerz der Betroffenen zu lindern.

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Nun ist die Reichsregierung über dieses Unglück interpelliert worden. Die beiden Interpellationen wünschen zunächst Auskunft über die **Ursachen** des Unglücks. Die technische und bergpolizeiliche Prüfung des Unglücks ist nicht Sache des Reichs, sondern der preußischen Bergverwaltung. Ihr Vertreter wird nach mir die bisherigen genaueren Ergebnisse der Untersuchung Ihnen darlegen. Ich nehme an, daß außer den Interpellanten auch vielleicht noch andere Vertreter der vom Reichstag eingesetzten parlamentarischen Untersuchungskommission sich zu der Sache äußern werden; und diesen Darlegungen möchte ich meinerseits nicht vorgreifen.

Allerdings ist auch das **Reichsarbeitsministerium** mit **Bergarbeiterfragen** befaßt, die in einem gewissen Zusammenhang mit der Unfallverhütung im Bergbau stehen. Wir haben aus volkswirtschaftlichen Gründen mit der Steigerung der Belegschaften, insbesondere mit der Steigerung der Hauerzahl uns befassen müssen. Während des Krieges war die Zahl der ausgebildeten eigentlichen Bergleute so erheblich gesunken, daß nach Weggang der Gefangenen und der Ausländer die noch übrigbleibenden Hauer bei weitem nicht hinreichten, um die erforderliche Kohlenmenge zu fördern. Dazu kam dann noch der Druck der Entente auf die bekannten großen Lieferungen. Wir mußten deshalb fast wahllos neue Leute in die Gruben bringen, auch solche, denen es noch an der nötigen Vorbildung mangelte. Es ist zwar jetzt in dieser Beziehung eine gewisse Besserung eingetreten. Die absolut ungeeigneten Arbeitskräfte sind mittlerweile ausgeschieden worden, und an der fachlichen Ausbildung der noch übrigen wird mit allem Nachdruck gearbeitet. Der bergtechnische Ausschuß, den der Reichswirtschaftsrat eingesetzt hat, prüft alle Möglichkeiten, den Betrieb wieder auf die alte Höhe zu bringen. Die Einrichtung der **Lehrkameradschaften**, die dazu berufen ist, dem Mangel an ausgebildeten (B) Bergleuten abzuhelfen, beginnt bereits ihre Früchte zu tragen, und der im Kriege gesunkene Prozentsatz der Hauer dürfte sich infolgedessen bald wieder heben. Auf Mont Cenis soll nach den Angaben des Betriebsrats die Belegschaft weder einem starken Wechsel noch einem ungewöhnlichen Zuzug ungelernter Kräfte unterworfen gewesen sein. Immerhin sind noch nicht alle nachteiligen Wirkungen des Krieges auf den technischen Stand der Grube sowohl wie auf die Zusammensetzung und die **Selbstdisziplinierung der Belegschaft** überwunden. Der Anteil der ausgebildeten Hauer an der Gesamtbelegschaft hat die erforderliche Höhe immer noch nicht erreicht. Den neuen Hauern fehlt naturgemäß noch die wünschenswerte Erfahrung, die eben nur eine langjährige Arbeit unter Tage vermitteln kann. Die freiwillige Selbstdisziplinierung, auf die ich eben hinwies, kann im Bergbau naturgemäß weniger als anderwärts entbehrt werden. Sie hat aus naheliegenden Gründen in der Kriegs- und Revolutionszeit sehr gelitten, und sie läßt auch heute noch zu wünschen übrig.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Viel zu wünschen übrig!)

Insbesondere tritt hier und da ein gewisser Leichtsinn auch den wichtigsten Sicherheitsvorschriften gegenüber immer noch in die Erscheinung.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Warum? — Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Angesichts dieser Zusammenhänge ist zurzeit eine gewisse **Erhöhung der Unfallgefahren** leider nicht zu verkennen. Wie wäre ihr zu begegnen? Das ist die Frage. Man könnte sich vielleicht fragen, ob Vorschriften über die anteilige Zahl der Hauer an der Belegschaft oder auch der neuausgebildeten Hauer an der Gesamtzahl der Hauer und über deren Verteilung unter die Belegschaft erforderlich sind. Das zu entscheiden wäre aber auch nicht Sache (C) der Reichsregierung, sondern Angelegenheit der Bergpolizei. Jedenfalls ist erfolgversprechender die rechte Ausbildung und Schulung der Bergleute, auf die der erste Interpellant mit Recht so großen Nachdruck gelegt hat. Dabei müßten vor allem die einzelnen Gefahren des Bergbaus, ihre Gegenmaßregeln und die einschlägigen bergpolizeilichen Vorschriften eindringlich behandelt werden. Man ist nun eben jetzt daran, wie eben auch bemerkt wurde, die **Pflichtfortbildungsschule für junge Bergleute** vom 15. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre einzurichten. Wenn aber diese Fortbildungsschulen dem jungen Manne eine genügende Kenntnis vom Grubenbetrieb und seinen Gefahren vermitteln wollen, dann wäre nach Meinung der Regierung unbedingt auch eine gleichzeitige praktische Arbeit unter Tage erforderlich. Die aber setzt bekanntlich erst nach dem vollendeten 16. Lebensjahre ein. Man würde deshalb einen weiteren Ausbau dieser Schulen ins Auge fassen müssen, soweit man mit ihrer Hilfe die hier erwogene Bildungs- und Erziehungsarbeit leisten will. Übrigens hat der Saarbergbau schon vor dem Kriege ein verhältnismäßig weit ausgedehntes Fortbildungssystem besessen. Für die späteren Jahrgänge, die nicht mehr diese Fortbildungsschulen besuchen, müssen die Lehrkameradschaften die hier geforderte Ausbildung leisten. Die Fortbildungsschulfrage liegt wiederum der Initiative der Länder ob.

Die Reichsregierung ist weiterhin interessiert an Feststellungen über das Grubenunglück unter dem Gesichtspunkte der **Betriebsräte** und ihrer **Aufgaben.** Diese Seite der Sache ist eben auch ausgiebig von den Interpellanten zur Sprache gebracht worden. Ob die Betriebsratsmitglieder ihren einschlägigen Pflichten nachgekommen sind, das ist die eine Frage, und die andere ist die, ob die gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiete hinreichende Befugnisse geben.

Seitdem an die Stelle der Sicherheitsmänner durch (D) durch das Betriebsrätegesetz die Betriebsräte getreten sind, sollen die **Grubenbaue** von ihnen regelmäßig **befahren** und auf ihre Sicherheit geprüft werden. Das geschieht heute. Auch die vom Unglück betroffene Abteilung ist noch zwei Tage vor der Katastrophe von dem zuständigen Betriebsratsmitglied befahren worden. Dabei ist nichts Gefahrdrohendes von dieser Seite festgestellt. Die Bekämpfung der Unfallgefahren im Bergbau hat in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Fortschritte gemacht. Das wird man anerkennen müssen. Es kommt ungeheuer viel auf die gewissenhafte Befolgung der bewährten Vorschriften sowohl durch Beamte wie durch Bergleute an. Gefährdet doch die leichtfertige Übertretung solcher wichtigen Vorschriften nicht nur das eigene Leben, sondern auch das zahlreicher Kameraden. Es ist deshalb auch eine überaus wichtige Aufgabe der Betriebsräte, auf die Belegschaft in diesem Sinne erziehlich einzuwirken und das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Bergmannes zu wecken und zu stärken. Im übrigen wünscht die Reichsregierung — darin geht sie grundsätzlich durchaus eins mit den Interpellanten — eine tatkräftige und wirkungsvolle Mitwirkung der Betriebsräte bei der Unfallverhütung.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben aber nichts zu sagen!)

Sie glaubt allerdings nicht, daß das, was jetzt im Betriebsrätegesetz steht, lediglich weiße Salbe wäre. Sie ist vielmehr der Überzeugung, daß die Betriebsräte bei richtiger Anwendung des Gesetzes sehr wohl auf dem Boden des geltenden Rechtes sich entsprechend geltend machen können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Betriebsräte besitzen nach dem Betriebsrätegesetz sowohl gegenüber der Betriebsleitung wie auch gegenüber

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) den Bergrevierbeamten wichtige Befugnisse hinsichtlich der Sicherheit des Betriebes. Sie können von der Betriebsleitung gemäß § 71 des Gesetzes nicht nur in bestimmten Einzelfällen, sondern auch hinsichtlich des alljährlich aufzustellenden **Betriebsplanes** Auskunft verlangen, soweit dadurch die Sicherheit der Belegschaft gegen Unfallgefahren betroffen wird. Scheinen die beabsichtigten Sicherheitsmaßnahmen dem Betriebsrat nicht ausreichend, so kann er auf Grund des § 66 Ziff. 1 und 8 des Gesetzes Änderungen und Ergänzungen seinerseits in Vorschlag bringen.

(Zuruf links: In Vorschlag bringen!)

— Ja. — Geht die Betriebsleitung hierauf nicht ein, so kann er nach Ziff. 8 bei dem Bergrevierbeamten die entsprechende Änderung beantragen.

(Abgeordneter Winnefeld: Was sagen Sie nun, meine Herren?)

Es ist durchaus wünschenswert und zu hoffen, daß sich zwischen den **Betriebsvertretungen** auf der einen Seite und den **Bergrevierbeamten** auf der anderen mehr und mehr ein ersprießliches **Zusammenarbeiten** entwickelt. Was die Reichsregierung tun kann, um dies zu fördern, das ist sie gern zu tun bereit. Der preußische Herr Minister für Handel und Gewerbe hat bereits zu Anfang dieses Jahres allgemein angeordnet, daß die Bergrevierbeamten sich vierteljährlich mit den Betriebsräten aller größeren Gruben über Maßnahmen zur Unfallverhütung in Verbindung setzen. Die Reichsregierung wird ihrerseits bei den Regierungen der Länder dafür eintreten, daß die Bergrevierbeamten angewiesen werden, vor Erlaß wichtiger Anordnungen hinsichtlich der Sicherheit der einzelnen Betriebe auch die Betriebsräte zur Erteilung von Ratschlägen und Auskünften heranzuziehen. Die Reichsregierung wird ferner allgemein darauf hinwirken, daß auch die Betriebsleitungen bei Aufstellung des Betriebsplanes den Betriebs-
(B) räten Gelegenheit zur Äußerung in der angegebenen Richtung geben. Eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes scheint uns hiernach nicht erforderlich zu sein.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Die beschriebene Mitwirkung, die die Interpellanten gewünscht haben, ist auf dem Boden des geltenden Rechts nach dem, was ich eben dargelegt habe, sehr wohl möglich.

Meine Damen und Herren! Wenn wir durch das Unglück von Mont Cenis erneut vor Massengräber braver Bergleute gestellt sind, so soll uns das zur Mahnung dienen, welch dornenvolle, gefahrvolle Arbeit dort unten im Schoße der Erde für das Gesamtwohl geleistet wird. Ich hoffe, daß unser Volk deshalb auch stets bereit sein wird, den Bergarbeitern gegenüber soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Bergleute — des bin ich ebenso gewiß — werden trotz härtester Arbeit und Lebensgefahr, die nun einmal ganz nie zu beseitigen sein wird, ihrerseits nicht verfehlen, in der Stunde der Not auch der Volksgemeinschaft das ihr schuldige Opfer zu bringen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zur weiteren Beantwortung der Interpellation hat das Wort der Herr Bergrat Hatzfeld als preußischer Kommissar.

Hatzfeld, Bergrat, Kommissar der preußischen Regierung: Meine Damen und Herren! Die ausführlichen Darlegungen des Herrn Abgeordneten Imbusch entheben mich der Verpflichtung, noch eingehend die örtlichen Verhältnisse zu schildern. Ich muß aber diese Ausführungen mit einigen kurzen Strichen ergänzen. Die **Schachtanlage 1 bis 3 der Zeche Mont Cenis** baut in der Hauptsache auf der Gaskohlenpartie und seit einer Reihe von Jahren auch auf den oberen Flözen der Fettkohlenpartie. Es waren zwei Schächte, 1 und 3, vorhanden, von denen der eine in der Hauptsache zur Förderung und zur Seil- (C) fahrt diente, der zweite zur Abführung der Wetter. Vorhanden waren im ganzen fünf Bausohlen, von denen die fünfte Sohle, auf der sich der Unfall ereignete, bei rund 600 Meter Tiefe lag. Auf dieser fünften Sohle hatte man die drei hangenden Flötze der Fettkohlenpartie, nämlich die Flöze Gustav, Gretchen und Mathias, durch einen Querschlag erschlossen. Auf den betreffenden Flözen waren an dem Unfalltage im ganzen 22 Kohlenarbeiten belegt. Dazu kamen noch drei Querschlagsbetriebe.

Die **Wetterführung** war, wie der Herr Abgeordnete Imbusch schon ausführte, sehr gut geregelt. Jedes dieser Flöze erhielt seinen Wetterstrom unmittelbar durch den Querschlag. Der Grubengasgehalt war nach Ausweis der Wetterbücher gering zu nennen. Eine amtlich vorgenommene Wetterprobe ergab, daß die Angaben in den Wetterbüchern mit dem Befund der amtlich genommenen Wetterproben übereinstimmten.

Was die **Kohlenstaubentwicklung** anlangt, die hier ja im besonderen in Betracht kommt, so war eine solche, da es sich um Fettkohlenflöze handelte, natürlich vorhanden. Zu ihrer Unschädlichmachung war Berieselung vorgeschrieben. Die erforderlichen Anlagen hierzu sind im großen und ganzen auch vorhanden gewesen. Wie schon der Herr Abgeordnete Imbusch anführte, ist allerdings an einer Stelle die **Berieselungsleitung** nicht ganz nachgeführt gewesen. Aber es ist dies nicht die Stelle, an der der Entstehungsherd der Explosion vermutet wird. Was die Art und Weise und das Maß der Berieselung anbelangt, so ist man natürlich nach diesem Unfall in dieser Hinsicht hauptsächlich auf Zeugenaussagen angewiesen. Denn nach dem Unfall sind eben die ganzen Strecken und Gewinnungspunkte trocken.

Die Zeugenaussagen und namentlich auch die Aussagen der Mitglieder des Betriebsausschusses gehen dahin, daß die Berieselung der Baue den Vorschriften entsprechend (D) ausgeführt worden sei. Speziell das Betriebsratsmitglied, welches diese Abteilung in jeder Woche einmal befuhr, hat sich dahin ausgesprochen, daß ihm Klagen seitens der Belegschaft bezüglich der Berieselung nicht bekannt geworden seien.

Zur **Beleuchtung** in der betreffenden Abteilung dienten, wie auch hier schon ausgeführt worden ist, die **elektrischen Lampen.** Nur der Abteilungssteiger, ferner die Schießmeister und die mit der Schießarbeit beauftragten Hauer waren mit Sicherheitslampen ausgerüstet. Die **Schießarbeit** wurde in den eigentlichen Kohlengewinnungspunkten von besonders bestellten Schießmeistern vorgenommen, und zwar durften hier nur sogenannte Sicherheitssprengstoffe, das heißt Sprengstoffe, die gegen die Entzündung von Schlagwettern, von Kohlenstaub eine verhältnismäßig große Sicherheit bieten, benutzt werden. Daneben wurden in dieser Abteilung auch, wie ich schon sagte, einige Querschläge betrieben. In diesen wurde nicht mit Sicherheitssprengstoff, sondern mit Dynamit geschossen. Dynamit gilt nicht als Sicherheitssprengstoff gegen Schlagwetter und Kohlenstaub. Die Schießarbeit wurde in diesen Querschlägen auch nicht durch besondere Schießmeister, sondern durch die ältesten Hauer der betreffenden Schicht an dieser Stelle ausgeführt.

Meine Damen und Herren! Das ist in kurzen Umrissen das Bild der Unfallstelle. Ich darf nunmehr auf den **Unfall** selbst etwas näher übergehen. Betroffen worden sind von der **Explosion** in der Hauptsache die beiden Flöze Mathias und Gretchen. Außerdem sind Ausläufer der Explosion zunächst nach Flöz Gustav, welches über diesen Flözen liegt, gelangt und ferner durch einen Stapel, mit dem die ganzen Flöze erschlossen waren, bis in den Abteilungsquerschlag. Man darf danach die Flammenausdehnung der Explosion auf rund 150 Meter berechnen.

(**Hatzfeld**, Kommissar der preußischen Regierung.)

(A) Außerdem sind die Nachschwaden, die sich infolge der Explosion gebildet haben, durch eine Verbindungsstrecke nach einer Nachbarabteilung gelangt und haben hier noch den Tod von zwei Bergleuten zur Folge gehabt. Im ganzen sind in den betroffenen Abteilungen bis jetzt 83 Leute zu Tode gekommen und 79 verletzt worden. Die mechanischen Wirkungen der Explosion sind außerordentlich stark gewesen. Die Förderwagen in den Strecken sind zu einem erheblichen Teil zusammengestaucht oder zur Seite geworfen worden. Die Berieselungs- und Luftleitungsrohre in den Abbaustrecken sind teilweise auseinandergerissen und zusammengerollt. Außerdem sind zahlreiche Brüche in den Abbaustrecken, in einem Teil der Abbaustöße und in den Querschlägen gefallen. Am meisten hat der bereits mehrfach erwähnte Stapel gelitten. Es sind hier zum Teil Schachtgeviere zusammengedrückt worden. In diesem Stapel hat man bei der Bergung der Leichen fünf Tote gefunden.

Was nun die **Ursachen und die Art der Explosion** anbelangt, so muß ich in dieser Hinsicht zunächst feststellen, daß ein zweifelsfreier Schluß noch nicht möglich ist. Ob er überhaupt im Verlauf der weiteren Untersuchung möglich sein wird, muß dahingestellt bleiben.

Die meisten Anhaltspunkte haben wir bezüglich der Art der Explosion. Es ist schon mehrfach erwähnt, daß sich bei dieser Explosion außerordentlich viel Koksansätze gebildet haben. Das deutet ohne weiteres darauf hin, daß in der Hauptsache bei der ganzen Explosion **Kohlenstaub** mitgewirkt haben muß.

Es fragt sich nun, ob die Entzündung dieses Kohlenstaubs etwa durch Schlagwetter eingeleitet sein könnte. Diese Annahme — und es kann vorläufig nur eine Annahme sein — ist allerdings sehr unwahrscheinlich. Zunächst sagte ich schon: die Grubengasentwicklung in der Abteilung war gering. Es kommt ferner hinzu, daß die (B) Entzündung durch eine Lampe ziemlich unwahrscheinlich ist, denn es waren in den eigentlichen Gewinnungsorten nur verschlossene elektrische Grubenlampen in Gebrauch, und von diesen ist der größte Teil im verschlossenen Zustande, zum Teil noch in brennendem Zustande nach der Explosion abgeliefert worden.

Daß die **Entzündung von Schlagwettern**, falls solche da gewesen wären, durch eine **Sicherheitslampe** möglich war, erscheint ebenfalls unwahrscheinlich. Die fünf Lampen sind ebenfalls vorhanden; sie konnten zwar nicht alle in dem Zustand, wie sie aus der Grube kamen, besichtigt werden, aber doch zum Teil: an diesen Lampen konnten bisher besondere Fehler nicht festgestellt werden. Es scheidet also die Entzündung durch Schlagwetter im großen und ganzen aus, und man wird mit einer gewissen Berechtigung ohne Zweifel den Schluß ziehen dürfen, daß es sich hier, wie das ja auch von Herrn Abgeordneten Imbusch zum Ausdruck gebracht worden ist, um eine Kohlenstaubexplosion handelt.

Es tritt da nun die Frage auf: wodurch konnte die **Entzündung des Kohlenstaubs** herbeigeführt werden? Nun, die Antwort darauf kann nur sein, daß es **durch einen Schuß** möglich ist; denn andere Entzündungsmöglichkeiten für eine Kohlenstaubexplosion gibt es nicht.

Wenn man dieser Frage nachgeht, so gibt es wieder mehrere Möglichkeiten. Zunächst fragt es sich, ob die Entzündung von Kohlenstaub beim Schießen in den eigentlichen Kohlenbetrieben entstanden sei. Soweit es sich dabei um die Verwendung von Sicherheitssprengstoff handelt, muß das abgelehnt werden, und zwar aus folgenden Gründen. Ich sagte schon: die **Schießarbeit** in den Kohlenbetrieben darf nur durch **Schießmeister** ausgeführt werden. Es ist aber nachgewiesen, daß die beiden Schießmeister, die mit diesen Arbeiten beauftragt waren, sich an anderer Stelle befanden. Der eine Schießmeister ist tot. Er ist mit seinem gesamten Schießmaterial und (C) seinem Schießbuch in einem höheren Querschlag nach der Explosion aufgefunden worden. Der zweite Schießmeister ist am Leben geblieben. Er hat bekundet, daß er zurzeit der Explosion an einer bestimmten Stelle, die er genau bezeichnete, gewesen sei und noch Schüsse zurechtgemacht habe. Diese Stelle ist vom Bergrevierbeamten, einem Mitgliede des Betriebsrats und dem Betriebsführer der Zeche befahren worden. Der Befund stimmt mit den Angaben des Schießmeisters. Auch sein sonstiges Schießmaterial ist ordnungsmäßig abgeliefert. Es kann also die Abgabe eines Schusses mit Sicherheitssprengstoff vor der Explosion kaum angenommen werden. Man kann sogar sagen: die Annahme kann ruhig abgelehnt werden.

Es bleibt infolgedessen die Frage: könnte denn von einem der Querschläge aus durch einen **Dynamitschuß** die Kohlenstaubexplosion eingeleitet sein? Auch das kann man wohl als sehr unwahrscheinlich bezeichnen; denn in den Querschlägen ist normalerweise Kohlenstaub nicht vorhanden, nur dann, wenn Flöze durchörtert werden, was hier nicht der Fall war. Auch der Befund deutet nicht darauf hin.

Es fragt sich, ob denn nach anderer Richtung Anzeichen vorliegen, die einen Schluß zulassen, wo der Schuß gefallen sein könnte und welcher Art dieser Schuß gewesen ist. Nach dieser Richtung kann ich ausführen, daß wir allerdings einige Anhaltspunkte haben. Wenn ich dies hier kurz erwähne, so geschieht es nur zur Vervollständigung des Bildes, welches ich gegeben habe, keineswegs, um daraus irgendeine Schuldfrage konstruieren zu wollen.

Meine Damen und Herren, in einem der Querschläge, der in der Abteilung im Betrieb war, wurden nach der Explosion noch zwei Schüsse, die besetzt waren, vorgefunden. Ebenso war die Geschoßkiste der betreffenden Kameradschaft vorhanden. Es fehlte aber immer noch (D) bis dahin ein genauer Nachweis, was die betreffende Kameradschaft an Patronen verbraucht hatte. Neuere Nachforschungen nach dieser Richtung haben nun ergeben, daß sich nicht mit zweifelloser Sicherheit feststellen läßt, daß diese Kameradschaft ihre Dynamitpatronen nur in dem Querschlag verwendet hat. Es fehlt bezüglich eines Schusses jedenfalls diese Sicherheit; die Möglichkeit, daß diese Patronen vielleicht an anderer Stelle verwandt sein können, darf man daher nicht ganz ablehnen.

Es kommt hinzu, daß man auch die Örtlichkeit, an der dieser Schuß mit Dynamit vielleicht abgegeben sein könnte, inzwischen einigermaßen festgestellt hat. Der Herr Abgeordnete Imbusch ist ja darauf des näheren eingegangen; ich kann mir das deshalb versagen.

Im großen und ganzen müssen wir nach dem bisher vorliegenden Befund der Untersuchung sagen: zweifelsfrei steht nicht fest, welches die Ursache war; es sind aber Indizien vorhanden, die darauf hinweisen, daß es sich um einen mit Dynamit in der Kohle abgegebenen Schuß handelt. Das weitere muß die Untersuchung ergeben, falls überhaupt eine vollkommen restlose Klärung möglich sein sollte.

Meine Damen und Herren! Sie werden natürlich die Frage aufwerfen — und sie ist auch heute schon berührt worden —: wenn die **Berieselung** tatsächlich ordnungsgemäß ausgeführt worden ist, selbst in der Annahme, daß ein Dynamitschuß in der Kohle gefallen sei, wie konnte dann diese Explosion eine derartige Ausdehnung annehmen? Zu diesem Zweck muß ich kurz etwas auf die Unschädlichmachung des Kohlenstaubs mit Wasser eingehen, um Ihnen zu schildern, daß dieses Mittel allerdings nur ein sehr unvollkommenes ist. Die Art und Weise der Berieselung, um den Kohlenstaub unschädlich zu machen, besteht darin, daß man vor den Gewinnungs-

(**Hatzfeld**, Kommissar der preußischen Regierung.)

(A) punkten und an sämtlichen Abbaustrecken berieselt. In den Strecken soll es in jeder Schicht regelmäßig geschehen, in den Abbaustößen vor Abgabe eines Schusses und auch während der Schicht selbst mehreremals. Für diese Arbeit sind, soweit es die Abbaustrecken anbelangt, besondere Arbeiter angestellt: das sind die Berieselungsmeister. So sind in diesem Falle in der Frühschicht in dieser Abteilung ein Berieselungsmeister und ein Gehilfe vorhanden gewesen.

Wenn nun diese Berieselung ausgeführt wird, so darf man es sich nicht so vorstellen, daß der Kohlenstaub, der etwa in den Abbaustrecken vorhanden ist oder in den Abbaustößen liegt, so mit Wasser durchtränkt würde, daß er für längere Zeit vollkommen unschädlich oder unentzündlich ist. Das ist nicht der Fall, sondern der Kohlenstaub nimmt die Feuchtigkeit nur oberflächlich an. Dazu kommt ein weiteres. Unter dem Einfluß der Bewetterung trocknet der feuchtgemachte Kohlenstaub allmählich wieder ab. Wenn also ein Berieselungsmeister zu Anfang einer Schicht in einer Strecke berieselt hat und er kommt gegen Schluß der Schicht in den letzten Teil seiner Abteilung, so darf man annehmen, daß in den ersten Strecken bereits die Abtrocknung wieder erfolgt ist.

Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Bei der Gewinnung der Kohle an Ort und Stelle bildet sich fortwährend **neuer Kohlenstaub**, den man auch nicht ohne weiteres unschädlich machen kann. Wenn man das wollte, dann müßte man tatsächlich hinter jedem Kohlenhauer in der Arbeit einen besonderen Berieselungsmeister stehen haben, oder es müßte, wie ein Mitglied des Betriebsrats der Zeche Mont Cenis es nach meinem Dafürhalten sehr richtig ausgedrückt hat, der Bergmann in der einen Hand die Hacke und in der anderen Hand den Spritzschlauch haben. Das ist ausgeschlossen.

Dieser feine Staub, der nun während der Arbeit —
(B) und bedenken Sie, wir haben hier 22 Kohlengewinnungsarbeiten gehabt — ständig entsteht, wird nun auch wieder von dem Wetterzug mitgenommen. Er kommt an Stellen, an denen vielleicht vorher in der Strecke berieselt worden ist. Wenn Sie nun ferner bedenken, daß bei einem Dynamitschuß in der Kohle durch den Schuß selbst wieder neuer Staub entsteht, weil eben ein Dynamitschuß außerordentlich kräftig und gefährlich ist, wenn Sie ferner berücksichtigen, daß unter der Einwirkung der heißen Explosionsflamme, wenn die Explosion einmal da ist, auch das etwa vorhandene Wasser sehr schnell verdunstet wird, dann muß man sagen: es ist durchaus denkbar, daß die Berieselung nach den Vorschriften der bergpolizeilichen Verordnungen an sich im großen und ganzen erfolgt ist, daß aber trotzdem eine Kohlenstaubexplosion sich weiter ausdehnen kann. Das im großen und ganzen über den Verlauf und die Ursachen der Explosion!

Ich darf mich nun noch kurz zu den Maßnahmen wenden. Die erste Maßnahme, die sich aus Anlaß dieses Falles ergibt und die wir schon seit langer Zeit im preußischen Steinkohlenbergbau verfolgen, ist die Einführung von Mitteln, die sich für die Unschädlichmachung des Kohlenstaubes als wirksamer erweisen als die Berieselung. Es ist heute schon mehrfach hier erwähnt worden, daß nach dieser Richtung hin das sogenannte **Gesteinstaubverfahren** etwas Eingang gefunden hat. Es besteht das, in wenigen Worten ausgedrückt, darin, daß man feinen Staub, der von Tonschiefer herrührt, der entweder besonders hergestellt oder irgendwie gesammelt wird, mittels besonderer Apparate in die Abbaustrecken usw. hineinbläst. Dieser feine Gesteinstaub wird dann ebenso wie der feine Kohlenstaub von dem Wetterzug mitgenommen, er gelangt also gerade dahin, wo wir jetzt mit der Berieselung sehr wenig hinkönnen, in Hohlräume im Versatz, auf die Zimmerung usw. Und vor allen Dingen, wenn der Gesteinstaub einmal in der Grube ist, dann (C) ist er da, er bleibt da und bleibt immer ein sicherndes Mittel, während Wasser, wie ich schon ausgeführt habe, im Laufe der Zeit eben nicht mehr wirkt. Dieses Verfahren ist im englischen Bergbau zuerst bekannt geworden. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, es vor einer Reihe von Jahren dort zu sehen. Bei uns in Deutschland beschäftigt sich seit zwei Jahren ein besonderer Ausschuß im westfälischen Bergbau, zu dem auch auf Vorschlag der Arbeiterorganisationen auch Vertreter der Belegschaften und der Angestellten hinzugezogen sind. Auf einer ganzen Reihe von Zechen ist dieses Verfahren auch bereits versuchsweise durchgeführt. Zu einer unmittelbaren behördlichen Anordnung können wir aber augenblicklich noch nicht schreiten, weil noch eine ganze Reihe von Fragen zu klären sind, namentlich die auch hier mehrfach berührte Frage der **hygienischen Einwirkungen des Staubes auf den Organismus des Arbeiters.** Die Bedenken, die hier geäußert wurden, sind allerdings nach den bisherigen Untersuchungen wohl nicht in dem Maße, wenn überhaupt, vorhanden. Jedenfalls haben die Untersuchungen der Hygieniker, was Tonschieferstaub anbelangt, bisher eine Schädigung nicht ergeben, und wir werden daher wenigstens mit der versuchsweisen Einführung wohl ein etwas beschleunigteres Tempo einschlagen können.

Eine zweite Maßnahme, die ich eigentlich nicht berühren wollte, auf die ich aber eingehen muß, weil sie von dem Herrn Abgeordneten Imbusch sehr eingehend berührt wurde, ist die Frage der **Einführung der elektrischen Grubenlampe.** Ich darf dazu folgendes ausführen. Es ist richtig, daß die preußische Bergverwaltung im westfälischen Steinkohlenbergbau auf die grundsätzliche Einführung der elektrischen Grubenlampe drängt. Die Gründe dafür sind folgende: Die Explosionen, die sich im preußischen Steinkohlenbergbau ereignen, sind zu 90 Prozent Schlagwetterexplosionen. Von diesen 90 Prozent Schlag- (D) wetterexplosionen ereignen sich, zu Hundert gerechnet, 75 Prozent nachweislich durch die **Sicherheitslampe;** und nicht etwa nur durch eine fehlerhafte oder schadhafte Sicherheitslampe. Die Lampe heißt zwar Sicherheitslampe, aber sie ist in der Tat keine vollkommene Sicherheitslampe. Das hat besondere Gründe, auf die ich hier nicht weiter eingehen will; es würde wohl zu weit führen. Sie können aber die Tatsache hinnehmen, daß auch eine an sich äußerlich durchaus keine Fehler zeigende Sicherheitslampe unter besonderen Umständen im Betrieb zu Explosionen Veranlassung geben kann.

Sodann ist es außerordentlich schwierig, die Sicherheitslampe so instandzuhalten, wie es sein müßte. Wenn Sie sich vorstellen, daß bei einer großen Zeche von 3000 Mann Belegschaft, wie hier bei Mont Cenis, 2600 Mann, die unter Tage arbeiten, mit Sicherheitslampen ausgerüstet sind, da ist es ausgeschlossen, daß die Aufsichtsbeamten, die Aufseher in den Stuben, in denen diese Lampen instandgesetzt werden, in der Lage sind, jede einzelne Lampe nachprüfen zu können, ob sie tatsächlich den Anforderungen entspricht oder nicht.

Dazu kommt noch folgendes. Wenn wir den Schlagwetterexplosionen tatsächlich energisch zuleibe gehen wollen, so kommt es doch in erster Linie darauf an, eine Lampe in die Gruben zu bringen, die sicher ist gegen Schlagwetter, und nicht in erster Linie eine Lampe, die Schlagwetter anzeigt. Bezüglich des Sicherheitsgrades der elektrischen Lampe bestehen unter sämtlichen Fachleuten kaum irgendwelche Zweifel. Die Möglichkeit, daß durch eine elektrische Lampe eine Schlagwetterentzündung herbeigeführt werden kann, ist so gering, daß man sie glatt ausscheiden kann.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß ja auf diesem Gebiet die Sache doch nicht ganz neu ist. Wir haben im

(**Hatzfeld**, Kommissar der preußischen Regierung.)

(A) westfälischen Bergbau bereits eine ganze Reihe von Zechen vollkommen, bis zu 100 Prozent, mit der elektrischen Lampe ausgerüstet. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in dem Bergrevier Hamm, in dem die bekannte Zeche Radbod liegt, auf sämtlichen Zechen die elektrische Lampe grundsätzlich eingeführt haben bereits seit neun bis zehn Jahren, weil diese Gruben eine sehr starke Gasentwicklung haben. Und den Erfolg dieser Maßnahme können Sie darin sehen, daß wir in diesem Revier seit dem Jahre 1909 nur ganz verschwindende Explosionen mit wenigen Toten und Verletzten gehabt haben.

Nun wird der elektrischen Lampe vielfach nachgesagt, wenn man die Sicherheitslampe nicht hätte, könnten **Erstickungen in Schlagwettern** usw. vorkommen. Nun, möglich ist das allerdings; das ist ohne weiteres zuzugeben. Aber wenn man nun einmal der Sache nachgeht und fragt, wie oft denn derartige Fälle vorgekommen sind, so wird man erleben, daß im großen und ganzen in jedem Jahr im westfälischen Revier drei bis vier Erstickungen vorkommen, daß aber darunter sich kein einziger Fall befindet, in dem ein Arbeiter unmittelbar vor der Arbeitsstätte in Schlagwettern erstickt wäre, sondern es sind alles Fälle, in denen die betreffenden Leute in abgelegenen Bauen, also unter besonderen Umständen, zu Tode gekommen sind. Allerdings mit der elektrischen Lampe, das gebe ich zu. Man darf aber sofort den Schluß ziehen: wenn die Betreffenden nun mit einer Sicherheitslampe in diese Schlagwetteransammlung hineingegangen wären, so lag die Möglichkeit vor, daß wir hier wieder eine größere Katastrophe bekamen. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß das Fehlen eines **Schlagwetterindikators an der elektrischen Lampe** ein Mangel ist. Wenn sie ihn hätte, so wäre es eben die vollkommenste Lampe, die wir überhaupt auf diesem Gebiete haben könnten, und es wird auch anzustreben sein und die Technik anzuspornen sein, nach dieser (B) Richtung zu arbeiten. Aber wenn man etwa die Einführung der elektrischen Lampe so lange zurückstellen will, bis ein Schlagwetterindikator an dieser Lampe gefunden wäre, dann würde das heißen, diese Einführung auf unabsehbare Zeit überhaupt zu vertagen. Und dazu kann sich allerdings das preußische Handelsministerium nicht verstehen. Denn es wird doch von uns gefordert, den Schlagwetterentzündungen zuleibe zu gehen. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: die Sprengstoffe zu verbessern oder die Lampe zu verbessern. Die Sprengstoffe sind eine Sache für sich. Es bleibt also nur übrig, für die Sicherheitslampe eine solche Lampe in den Bergbau zu bringen, die tatsächlich schlagwettersicher ist. Das, meine Damen und Herren, zur Frage der elektrischen Lampen.

Es ist hier nun weiter darauf hingewiesen worden daß namentlich auch eine Verbesserung der technischen Einrichtungen in mancher Hinsicht erzielt werden müsse. Ich darf dazu ausführen, daß wir auf diesem Wege in der preußischen Bergverwaltung durchaus vorangehen. Wir haben fast **für jedes Unfallgebiet besondere Ausschüsse**, zu denen Vertreter der Angestellten und der Belegschaften gehören, die sich mit diesen Spezialfragen beschäftigen, und die Maßnahmen, die dort Zustimmung finden, werden dann auf dem Wege der Bergpolizeiverordnung in die Praxis umgesetzt. Wir haben zum Beispiel eine Schlagwetter- und Kohlenstaubkommission, wir haben ferner eine besondere Kommission zur Verhinderung von Unfällen bei Seilfahrten; wir haben in Westfalen einen Ausschuß, der sich mit der Unschädlichmachung des Kohlenstaubs durch Gesteinstaub beschäftigt; wir haben einen besonderen Ausschuß für alle Fragen der Sprengstoffe im Bergbau, und wir stehen jetzt vor der Einsetzung eines besonderen Ausschusses für das Grubenrettungswesen. Sie können daraus entnehmen, daß wir keineswegs etwa stehen bleiben wollen, sondern daß wir das Bestreben haben, auf allen diesen Gebieten energisch weiter (C) zu arbeiten. Wir werden dafür sorgen, daß die Maßnahmen, die von diesen Stellen als zweckmäßig bezeichnet werden, auch in der Praxis durchgeführt werden. Daß im praktischen Grubenbetrieb nicht alles so ist, wie es sein sollte oder auch wie es sein könnte, das wollen wir gar nicht bestreiten, und ich weiß aus meiner eigenen Tätigkeit — ich komme sehr viel auf den Gruben herum —, daß ohne Zweifel manches zu monieren ist in der einen oder anderen Hinsicht. Aber wir halten mit unserer Ansicht nicht zurück, und ich möchte feststellen, daß unseren Anregungen und Anordnungen auch durchaus entsprochen wird.

Als weiteres Moment, um den Unfällen in der Grube besser vorzubeugen, ist hier die **Ausbildung der Bergleute** angeführt worden. Das stimmt durchaus mit unserer Ansicht überein. Auch nach dieser Richtung hin haben wir bereits verschiedenes in die Wege geleitet. Ich darf da erwähnen, daß die **Schießmeister** des westfälischen Bezirks zurzeit eine besondere theoretische und praktische Ausbildung auf der **Versuchsstrecke** in Derne bei Dortmund bekommen. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß jetzt im westfälischen Revier ein besonderer **Film** vorgeführt wird, der auf unsere Anregung hin von der Berggewerkschaftskasse ins Leben gerufen ist und der die verschiedenen Möglichkeiten der Unfälle und der Unfallverhütung zum Gegenstand hat. Die Möglichkeit, die der Herr Abgeordnete Imbusch erwähnte, der Belegschaft überhaupt in größerem Maße die Schlagwetter- und Kohlenstaubgefahr vorzuführen, haben wir zwar auch erwogen; aber das läßt sich nur außerordentlich schwer in die Praxis umsetzen. Die jetzt für diese Frage vorhandenen Stellen, die sogenannten Versuchsstrecken, das heißt über Tage vorhandene Bergwerke — wenn ich mich so ausdrücken darf —, können das nicht machen; denn diese haben ein viel zu großes anderes Arbeitsgebiet. Wollte man diesem (D) Wunsche entsprechen, so bliebe nichts anderes übrig, als eine besondere Versuchsstrecke für diesen Zweck einzurichten. Das ist aber nicht so einfach, wie es vielleicht ausgesprochen wird; dazu gehört auch wieder eine Grubengasquelle, denn sonst kann man natürlich keine Schlagwetterexplosion vorführen. Die Frage wird aber selbstverständlich weiter geklärt werden. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß es ganz außerordentlich schwer ist, auf diesem Wege etwas Durchgreifendes zu tun.

Die beiden Herren Interpellanten haben dann die Frage der **Heranziehung der Betriebsräte zur Unfallverhütung** berührt. Ich darf nochmals darauf hinweisen, — und der Herr Reichsarbeitsminister hat ja das schon hervorgehoben —, daß der preußische Herr Handelsminister die Oberbergämter und die Bergrevierbeamten durch Erlaß vom Januar dieses Jahres angewiesen hat, daß die Bergrevierbeamten regelmäßig mit den Betriebsräten Besprechungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung vornehmen. Nachdem die Betriebsräte durch das Gesetz eingeführt sind, entspricht es durchaus unserer Ansicht, daß alles geschehen muß, um diese Institution in der richtigen Weise auf dem Gebiete der Unfallverhültung auch tatsächlich nutzbar zu machen. Leicht ist dies aus verschiedenen Momenten, die Ihnen auch bekannt sind, nicht. Aber man darf doch sagen, daß sich auch nach dieser Richtung allmählich ein erträgliches Verhältnis anbahnen wird, und ich kann nur bestätigen, was hier mehrfach ausgesprochen worden ist, daß auf einer ganzen Reihe von Zechen die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten und der Zechenverwaltung durchaus gut ist. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß auch eine ganze Reihe der Revierbeamten diese von uns angeordnete Besprechung bereits in die Wege geleitet haben.

Zum Schlusse darf ich noch auf die hier angerührte

(Hatzfeld, Kommissar der preußischen Regierung.)

(A) **Untersuchungskommission** eingehen. Es ist ja verständlich, daß aus Anlaß eines derartigen Unfalls, der weite Kreise des deutschen Volkes bewegt, der Wunsch hervortritt, eine Kommission zu besitzen, die in solchen Fällen an der Untersuchung beteiligt ist. Ich kann nach dieser Richtung die Erklärung abgeben, daß sich der Herr Minister für Handel und Gewerbe bei Beratung des Bergetats im Hauptausschuß des preußischen Landtags bereits dahin ausgesprochen hat, daß das Handelsministerium der Einsetzung einer Kommission, die man vielleicht als Grubensicherheitskommission bezeichnen könnte, durchaus zustimmt. Wie diese Kommission zu bilden sein würde, muß im einzelnen noch geklärt werden. Aber worauf es ankommt ist das: es dürfen nicht mehrere derartige Institutionen nebeneinander vorhanden sein. Wenn wir in Preußen zu einer derartigen Kommission, die auch das Recht haben soll, bei Unfällen künftig der Untersuchung beizuwohnen, einrichten, so verträgt es sich natürlich schlecht, wenn daneben das Reich auch noch eine derartige Kommission einsetzen will. Wir haben durchaus das Interesse, daß alle Unfälle restlos aufgeklärt werden und daß die Maßnahmen, die sich als zweckmäßig erweisen, auch in die Tat umgesetzt werden. Aber notwendig ist es, daß zu diesem Zwecke einheitlich gearbeitet wird.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Antrag bedarf der Unterstützung durch 50 anwesende Mitglieder. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Die Unterstützung reicht aus.

Das Wort in der Aussprache hat der Herr Abgeordnete Koch (Düsseldorf).

Koch (Düsseldorf), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Unglück, das der Interpellation zugrunde liegt, ist, wie aus den Ausführungen der Regierungsvertreter und auch aus denen des Berichterstatters des Ausschusses hervorgeht, bisher noch völlig ungeklärt, sowohl bezüglich der Entstehung als auch bezüglich seiner gesamten Folgen. Wenn sich die Interpellation also lediglich darauf beschränkte, zu fragen, wodurch das Unglück entstanden ist, so müßte mit der Beantwortung, die durch die Regierung jetzt erfolgt ist, diese Frage als erledigt angesehen werden. Die Interpellation der Unabhängigen geht aber weiter. Sie fragt auch daneben und weist auf bestimmte Punkte hin, was aus Anlaß des Unfalls nach ihrer Auffassung geschehen muß.

Der **Untersuchungsausschuß,** dem ich selbst angehört habe, hat sich nun naturgemäß zunächst bemüht, einmal festzustellen, wodurch das **Unglück** entstanden sei. Dabei mußten wir feststellen, daß das Ergebnis so ist, daß der Untersuchungsausschuß ebensogut hätte zu Hause bleiben können; denn irgendetwas anderes, als was die zuständige Behörde bereits festgestellt hatte und die bergbaulichen Sachverständigen ausgesagt hatten, konnte der Ausschuß als solcher naturnotwendig nicht feststellen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Stimmt nicht ganz!)

— Herr Kollege Rosemann, das stimmt insofern, als ich den gesamten Ausschuß nehme. Inwieweit einzelne Mitglieder, die selbst praktische Bergleute sind, nun insgesamt Einzelheiten feststellten, kommt hierbei nicht in Frage. In Frage kommt, ob die **Institution der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse** eine solche ist, daß man mit Recht (C) sagen könnte: es werden für die Gesamtheit des Volkes Vorteile dabei herauskommen. Das muß, wenn wir ehrlich sein wollen, jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses verneinen. Für einen Politiker, der auf diesem Gebiet ein Laie ist, war es nicht erhebend, dort als objektives untersuchendes Mitglied beizuwohnen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dort waren die Bergsachverständigen am Platze, die bergmännisch Vorgebildeten, nicht aber die Politiker, um objektive Feststellungen zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

— Herr Kollege Rosemann, Ihre Sachverständigkeit in allen Ehren! Hier handelt es sich aber nicht um Personen, sondern darum, ob ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eine solche sachverständige Körperschaft ist, die objektiv irgendein Unglück, irgendeine Ursache feststellen kann. Das ist nicht der Fall. Zwar gehen darüber die Meinungen auseinander, aber ich spreche das aus, was ich nach den Vorgängen dort für richtig halte.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie dürfen nicht immer vom ganzen Ausschuß sprechen!)

— Herr Kollege Rosemann, ich erkenne ja Ihre Sachverständigkeit, weil ich Laie bin und mir kein Urteil darüber erlauben kann, an. Für mich handelt es sich zunächst einmal lediglich um den Untersuchungsausschuß. Zweitens muß das eine festgestellt werden durch das, was der Regierungsvertreter des preußischen Handelsministeriums hier gesagt hat, daß wir entweder in dieser Frage die Zuständigkeit des Reichs festlegen, oder aber, daß sich das Reich dann davon fernhält und die Zuständigkeit derjenigen Stelle überläßt, die jetzt nach den bestehenden Gesetzen eigentlich zuständig wäre. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich gebe zu, daß da bezüglich der allgemeinen Arbeiterschutzbestimmungen gewisse Grenzen nicht vorhanden sind, ich glaube aber, es wird gut sein, wenn hier möglichste Klarheit geschaffen wird und die Kompetenzen nicht teils von den Ländern, teils vom Reiche für sich in Anspruch genommen werden.

Bei der Frage: wodurch können Unglücke entstehen? — haben wir teilweise sehr interessante Feststellungen allgemeiner Art machen müssen. Ich möchte die einzelnen Fragen noch einmal kurz zusammenstellen und zunächst die Frage aufwerfen: wodurch können kleinere und größere Unglücke innerhalb des Bergbaus entstehen? — Zunächst durch die Gefährlichkeit des Berufs an sich, dann durch Mängel der technischen Anlagen innerhalb des Betriebs und drittens durch die Schuld der Beteiligten bei der Arbeit. Wir haben die Frage sowohl durch die Herren Begründer, die Interpellanten, als auch durch die Herren Regierungsvertreter beantwortet gehört, welche Ursachen hier eventuell in Frage kämen. Wir haben gesehen, daß die **Gefährlichkeit der Zeche,** um die es sich hier handelt, nicht größer ist, im Gegenteil mindestens unter dem Durchschnitt der sonstigen Gefährlichkeitsgrenze der anderen Zechen stehen dürfte.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Jedenfalls geht sie nicht über das Maß desjenigen hinaus, was sonst im allgemeinen zutrifft! Die Gefährlichkeit der Zeche kann also für die Entstehung des Unglücks nicht ohne weiteres in Anspruch genommen werden, und auch von Ihrer Seite ist das bis jetzt kaum behauptet worden!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Die drei Schlagwetterexplosionen in einem halben Jahre, die uns geschildert worden sind, haben sich an

(**Koch** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) ganz anderen Betriebspunkten abgespielt und kommen somit für die Entstehung des Unglücks zunächst auch nicht in Frage!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Jetzt merken wir, daß Sie nicht Fachmann sind!)

— Herr Abgeordneter Crispien, Sie sind ja auf allen Gebieten Fachmann! Das mute ich mir nicht zu, sondern ich gestehe ohne weiteres, daß ich hier nicht als Bergsachverständiger auftrete. Ob aber derjenige, der immer über alle möglichen Dinge redet und andere fortgesetzt kontrollieren und korrigieren zu können glaubt, auf allen Gebieten nun auch wirklich der Sachverständige ist, als der er sich hier hinstellt, das muß ich der Beurteilung des einzelnen überlassen. Das ist eine Frage der Gemüts- und Charakterbildung, von der ich nicht reden will.

(Sehr gut! rechts.)

Weiter haben wir die Frage aufzuwerfen: sind die **technischen Einrichtungen** derart, daß der Unglücksfall irgendwie dadurch bedingt ist, daß darin die Ursache liegt? Nach den Zeugenaussagen, insbesondere nach den Aussagen des Betriebsratsausschusses, der ja der ganz äußersten Linken sehr nahesteht,

(hört! hört! rechts)

waren die technischen Einrichtungen namentlich auch auf der Unglücksstelle durchaus in Ordnung.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist uns sogar wiederholt aufgefallen, mit welchem Eifer sich die **Betriebsratsmitglieder** auf dieses Gebiet gestürzt und mit welcher Energie sie immer wieder betont haben, sie hätten gar keine Ursache, die Zechenverwaltung irgendwie in Schutz zu nehmen, müßten aber, um der Wahrheit die Ehre zu geben, betonen, daß die technischen Einrichtungen hinsichtlich der Bewetterung und Berieselung durchaus intakt gewesen seien.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

Diese Tatsache kann nicht bestritten werden. Das haben sowohl der Obmann wie die anderen Betriebsratsmitglieder mehrfach zum Ausdruck gebracht.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Gewiß, sie haben auch behauptet, daß ein Mangel an Rohren vorhanden war, aber doch stets hinzugefügt —, und das ist uns eben zum Teil sehr aufgefallen —, daß von einem solchen Mangel nicht in dem Teil der Grube, in dem der Unfall sich abgespielt hat, sondern nur an anderen Betriebsstellen die Rede sein könne. Was hier die Obleute erklärt haben, wurde auch von den Sachverständigen festgestellt und ergibt sich überdies aus dem Urteil, das der Herr Bergsachverständige hier soeben vorgetragen hat, daß im allgemeinen die Betriebsverhältnisse dort jedenfalls nicht so gewesen seien, daß sie ohne weiteres als Ursache für das Unglück in Betracht kämen. Auch der Kollege Imbusch hat ausdrücklich diese Feststellung gemacht und dabei erwähnt, daß er selten eine Grube befahren habe, die im allgemeinen so in Ordnung gewesen sei, wie die Unglückszeche. All das spricht doch nicht dafür, daß die technischen Verhältnisse innerhalb des Betriebes unmittelbar als Anlaß für das Unglück in Frage kommen. Ob sie mittelbar mitgewirkt haben, das ist eine Frage, über die man sich hier nicht zu äußern braucht.

Nun wurde vorhin durch einen Zuruf auf einen gewissen **Rohrmangel** hingewiesen. In der Beziehung haben verschiedene der Vorredner betont, und auch in dem Bericht des Ausschusses wird festgestellt, daß die Herren im Ausschuß, die Sachverständige waren, bei ihrer Erfahrung das Fehlen von etwa 50 bis 60 Meter Rohr bemerkt hätten. Das wird auch von den Sachverständigen zugegeben. Betont werden aber muß, daß, wenn auch diese Tatsache hier festgestellt wird, auch diese Strecke, wo diese Rohre gefehlt haben, nicht als Ausgangspunkt des Unglückes von irgendeinem Sachverständigen in Betracht gezogen wird. Es muß weiter betont werden, daß es sich hier um eine Strecke handelt, die nur noch ganz kurz für die Kohlenförderung herangezogen werden kann, die bereits zum Teil im Abbau ist. (C)

Wenn man nun die Aussagen der Sachverständigen und Betriebsratsmitglieder an seinem Auge vorüberziehen läßt, dann kommt man immer wieder zu der einen Frage: Warum werden Angriffe unmittelbar nach dem Unglück in der Presse erhoben, die unzweifelhaft aus den Kreisen der Belegschaft oder von den Beteiligten hervorgegangen sein müssen? Warum läßt sich so wenig bei der Vernehmung von Zeugen feststellen? Die Aussagen sind teilweise sehr widerspruchsvoll, sind teilweise sehr wenig miteinander abzuwägen und im allgemeinen sehr zurückhaltend, so daß ich auch hier wie der schon zu Anfang erwähnte Untersuchungsausschuß darauf zurückkommen muß, daß ein solcher Ausschuß sehr wenig geeignet ist, das **Verfahren in der Zeugenvernehmung** usw. so durchzuführen, wie es sonst im allgemeinen bei unseren Gerichten der Fall ist. Wir haben bezüglich der Staubentwicklung festgestellt gesehen, von den Zeugen sowohl als von den Betriebsratsmitgliedern und den Bergsachverständigen, daß zweifellos Staubentwicklung vorhanden ist, daß sie aber über das sonst allgemein übliche Maß in Zechen gleicher Art nicht hinausgegangen zu sein scheint.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat kein Mensch behauptet!)

Aus dieser Tatsache muß man schlußfolgern, daß auch hier die technischen Mängel in dem Betriebe nicht ohne weiteres als Ursache für das Entstehen des Unglücks angesprochen werden können.

Es käme dann die dritte Frage, inwieweit die **Beteiligten** selbst bei der Arbeit durch irgendwelche **Unvorsichtigkeit** dazu beigetragen haben, daß dieses Unglück in (D) seiner Furchtbarkeit entstehen konnte. Auch diese Möglichkeit ist ebensogut gegeben wie die Möglichkeit der beiden anderen Arten. Es ist festgestellt — das ist auch heute geschehen —, daß es sich zweifellos um eine Kohlenstaubexplosion gehandelt hat. Es ist weiter festgestellt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit die **Entzündung** nur **durch einen Schuß** erfolgt sei. Diese Angaben werden durch die Zeugen und durch die Sachverständigen erhärtet, die angeben, vor der Explosion selbst zunächst einen Knall wahrgenommen zu haben. Es wird weiter durch die Sachverständigen mitgeteilt, daß einige Stellen in Frage kommen, wo besonders starke Sprengungen vorgenommen sein müßten.

Es ist daneben auch die Frage erörtert, ob neben den Schießmeistern andere in der Lage wären, sich Sprengstoffe zu beschaffen und eventuell zu verwenden. Auch diese Möglichkeiten sind zugegeben. Bis jetzt konnte man in der Kommission noch nicht einmal den Ausgangspunkt des Unglücks selbst genau feststellen,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

sondern nur die Wahrscheinlichkeit. Bei einer solchen Sachlage halten wir es nicht für angebracht, in große Erwägungen einzutreten und zu einem Urteil zu kommen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß es richtiger ist, in einem solchen Stadium nicht einzugreifen und keine vorzeitigen Schlußfolgerungen zu ziehen, sondern den zuständigen Bergbehörden und den sonstigen Behörden die Untersuchung zu überlassen, bis sie zum Abschluß gebracht ist,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

ihnen aber daneben ohne weiteres zur Pflicht zu machen — das ergibt sich schon aus ihrer amtlichen Pflicht —, daß sie alles untersuchen möchten, wodurch die Sicherheit im Bergbau erhöht werden könnte, und wodurch größere

(**Koch** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) und auch insbesondere die vielen kleinen Unfälle vermieden werden könnten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind überzeugt, daß hier noch manche Verbesserungen möglich sind. Wir sind auch der Überzeugung, daß es nie gelingen wird, nun solche Katastrophen vielleicht ganz auszuschalten. Dabei wirken eine Reihe von Naturkräften mit, die wir zum Teil gar nicht kennen, zum Teil noch gar nicht ahnen. Es soll nicht darauf abgestellt werden, als wenn die Naturkräfte nun ausschließlich schuld seien und nicht menschliche Hilfe, menschliche Vorsicht doch manches verhüten könne. Im Gegenteil, wir sind der Auffassung: hier ist es Aufgabe der Sachverständigen und der Behörden, zunächst einmal zu prüfen, wo gebessert werden kann. Worauf es uns ankommt, ist, daß daneben Vorsorge getroffen wird, daß die bestehenden Vorschriften von allen Beteiligten eingehalten werden.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Uns scheint es viel wichtiger zu sein, daß man freiwillig dazu kommt, daß alle Beteiligten die Rücksichten auf ihr eigenes Leben und ihre eigene Gesundheit und die ihrer Kameraden obwalten lassen und daneben die gegebenen Vorschriften genau einhalten. Wir glauben, daß das zunächst einmal durch die Erziehung der im Bergbau Beschäftigten selbst geschehen muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dafür kommen die Organisationen in Frage. Daneben können aber auch eine ganze Reihe anderer Organe an der Erziehung zu dieser sittlichen Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen mithelfen. Auch die Betriebsräte können auf dem Gebiet manches leisten.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wenn das gegenwärtig die Schlußfolgerung aus diesem Unglück ist, dann kann man mit der Besprechung und mit dem Vorgehen der Interpellation einverstanden

(B) sein. Wenn aber darüber hinaus politisches Kapital nach irgendeiner Seite aus diesem Unglück geschlagen werden sollte, dann muß jetzt schon gesagt werden: die Finger weg. Ein solches Massenunglück mit diesen furchtbaren Folgen steht über der Parteipolitik,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

ist keine politische Frage, ist eine menschliche, eine Volksfrage.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Da sollte derjenige, der mit rauher Hand aus politischen Interessen hineingreift, bevor wir klar sehen, es sich zweimal überlegen, bevor er es tut; denn ich glaube, er erweist damit den Bergleuten, die des Schutzes des gesamten Volkes und Staates bedürfen wegen der schweren Gefahren, in denen sie stehen, und der Bedeutung, die der Bergbau für unser Volk und Vaterland hat, einen schlechten Dienst. Wir glauben, den Bergleuten den besten Dienst zu erweisen, wenn wir sagen: wir schweigen über das Unglück, solange nicht klar feststeht, wodurch es entstanden ist. Aber wir bitten die Regierung: tut durch menschliche Kraft alles, was geschehen kann, um die Vorschriften so auszubauen, daß solches Unglück sich möglichst nicht wiederholen mag.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Winnefeld.

Winnefeld, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Noch ist die Untersuchung über das Unglück auf der Zeche Mont Cenis nicht abgeschlossen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Besprechung so lange zurückgestellt worden wäre, bis die in Frage kommenden Behörden sowie der Untersuchungsausschuß ihre Untersuchungen abgeschlossen hätten. Nachdem aber die Besprechung beantragt ist, sehe ich keinen Anlaß, mich (C) dieser Aufgabe zu entziehen.

Der Herr Abgeordnete Imbusch hat nach meiner Überzeugung einen objektiven Bericht über das Unglück als solches und vor allem über das Ergebnis der Untersuchungen gegeben. Ich darf mich daher auf diejenigen Angaben und Ausführungen beschränken, die ich als Bergmann hier vor allen Dingen zur Sprache bringen möchte. Bevor ich aber in die eigentliche Erörterung eintrete, möchte ich einige Worte vorausschicken, die ich für unerläßlich halte. Der Herr Abgeordnete Koch (Düsseldorf) hat eben mit Recht darauf hingewiesen, daß man die **politischen Momente bei dieser Besprechung ausschalten** sollte. Meine Damen und Herren! Der Bergmann in seinem Beruf kennt in der Stunde der höchsten Not und Gefahr keine politischen Unterschiede. Im Gegenteil! Trotz der großen Zerrissenheit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete stellt er alle diese Gefühle in der Stunde der Gefahr zurück. Aber der Deutsche Reichstag vermag, wie ich finde, diesem Beispiel nicht zu folgen. Die politischen und Weltanschauungsfragen müssen auch bei dieser Gelegenheit aufgerollt werden, wie es der Herr Abgeordnete Pieper getan hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das bedaure ich außerordentlich, und zwar aus folgendem Grunde. Der Reichstag hat einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der Herr Abgeordnete Pieper sowohl wie ich sind Mitglieder dieses Ausschusses. Ich persönlich fühle mich in diesem Falle als Untersuchungsrichter und werde mich schwer hüten, hier das sachliche Gebiet zu verlassen. Ich fahre fort, keine politischen Ideen oder Anschauungen in dieser Frage zu vertreten.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich werde mein Gewissen in dieser Form nie beschweren. (D) Wer es für notwendig hält, bei dieser Frage die Weltanschauung in diesem hohen Hause zu erörtern, mag es tun. Für mich scheidet dies aus.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wieder einmal ist die Kunde durch deutsche Gaue gegangen, daß durch ein Massenunglück auf der Zeche Mont Cenis 83 Bergarbeiter den Tod gefunden haben. Ich möchte sagen, daß solche Massenunglücke massenpsychologisch auf die öffentliche Meinung des Landes wirken. Nicht nur die Bergarbeiterschaft im engeren Sinne, sondern das gesamte deutsche Volk wird durch diese Unglücke daran erinnert, daß der Bergmann einen der schwersten und gefährlichsten Berufe ausübt, die unser deutsches Wirtschaftsleben kennt.

(Sehr richtig!)

Leider muß ich sagen, meine Damen und Herren, daß die öffentliche Meinung Deutschlands sehr leicht die großen Strapazen und Gefahren, denen der Bergarbeiter ausgesetzt ist, vergißt. Ich habe es in den letzten zweieinhalb Jahren oft sehr schmerzlich empfunden, wie man in der **öffentlichen Meinung über den Bergarbeiter** urteilt. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß diese Beurteilungen daraus entstehen, daß unser Wirtschaftsleben im allgemeinen unter dem Kohlenmangel gelitten hat. Aber, meine Damen und Herren, ich füge hinzu, daß es mich sehr freuen würde, wenn in der Folge die öffentliche Meinung bei der Beurteilung der Gesamtlage im Bergbau den physischen Kräften des Bergmanns Rechnung tragen würde.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In den letzten Jahren ist der Bergmann in seinen Kräften sehr stark dadurch zurückgegangen, daß er in den Kriegsjahren an mangelhafter Ernährung litt und seine Kräfte übermäßig anspannen mußte.

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Abgeordnete Pieper hat hier ein sehr umfangreiches Material über die Unglücke im Bergbau vorgetragen. Ich sehe davon ab, dieses Zahlenmaterial zu wiederholen, möchte aber auf einzelne Umstände, die mir wichtig erscheinen, hinweisen. Sie betreffen hauptsächlich das Gebiet der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen im Bergbau. Am 12. November 1908 verunglückten auf der **Zeche Radbod bei Hamm** 341 Mann. Von diesen konnten nur 41 Tote und 33 Verletzte sowie 6 Unverletzte aus der Grube gerettet werden. Am 14. November mußte die Grube unter Wasser gesetzt werden, so daß 300 Leichen 2 Jahre lang in der Grube verbleiben mußten, bevor sie geborgen werden konnten. Über dieses furchtbare Unglück auf der Zeche Radbod hat es seinerzeit sehr starke Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gegeben. Auch die ordentlichen Gerichte haben sich bemüht, die Ursachen des Unglücks festzustellen. Sie haben seinerzeit gegen 44 Angestellte der Zeche, gegen Betriebsführer, Steiger, Fahrer, Hauer, Schießmeister und Rieselmeister öffentliche Anklage erhoben und in fast drei Jahren versucht, das Unglück aufzuklären. Leider ist dies nicht gelungen, und das zuständige Gericht hat im Mai 1911 das Verfahren in diesem Punkte eingestellt.

Dasselbe finden wir auf der **Zeche Lothringen** am 8. August 1912, wo 114 Tote vorhanden waren. Auch hier hat man die eigentlichen Ursachen nie aufklären können.

Meine Damen und Herren! Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen der gefährlichste Feind des Bergarbeiters seien. Dies trifft aber nicht zu. Ich gebe allerdings auf der andern Seite gern zu, daß diese Massenunglücke immer wieder die **Gefährlichkeit des Bergbaues** im allgemeinen illustrieren. Die **Gesamtverluste** (B) im Bereich der Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft zu Bochum in den Jahren 1919 und 1920 sind kurz folgende. Im Jahre 1919 waren täglich 4 Tote, 17 Schwerverletzte und 170 Verletzte vorhanden, im Jahre 1920 3,97 Tote, 13 Schwerverletzte und 160 Leichtverletzte. Die meisten Opfer forderte der Stein- und Kohlenfall. Mit 2355 Verletzten und 458 Todesfällen stellte er 52,35 % der Gesamtunfälle dar. Der Anteil der Schlagwetterexplosionen ist zurückgegangen. Er beträgt 9,68, gegen 1890 eine Verringerung von 66 % der Schlagwetterunfälle im allgemeinen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Zahlen anführe und betone, daß die Hauptunfälle auf Stein- und Kohlenfall, durch Unglück in der Förderung, durch Seilbrüche, Abstürze usw. hervorgerufen werden, so liegt es absolut nicht in meiner Absicht, die **Schlagwetterexplosionen** als solche als ungefährlich hinzustellen. Im Gegenteil: ich bin der Meinung, daß alles versucht werden muß, um eine Herabminderung der Schlagwetterexplosionen herbeizuführen, und zwar deshalb, weil gerade durch diese Unglücke auf einen Schlag Hunderte von Menschen getötet werden können.

Das **Unglück auf Mont Cenis**, das uns hier beschäftigt, ist ebenfalls ein trauriges Kapitel für den Bergmann. Leider muß ich hier feststellen, was ich eingangs gesagt habe, daß bei jeder Gelegenheit eines solchen Massenunglücks die **politischen Auseinandersetzungen** in den Vordergrund treten. Die **Presse der Linken** im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich mit besonderem Nachdruck auf diese Sache geworfen. Es sind mir in letzter Zeit mehrere Briefe zugegangen, unter anderem auch Zeitungsausschnitte, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Hauptsächlich bringt die „Rote Fahne" am Freitag, den 24. Juni, einen Artikel mit der Überschrift: „Das kapitalistische System als (C) Massenmörder". Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht recht, weshalb man immer diese Überschriften über Zeitungsartikel setzt angesichts der Tatsache, daß es doch an und für sich schlimm genug ist, daß diese Menschen auf einen Schlag ihr Leben lassen mußten. Man braucht es doch nicht noch schlimmer zu machen, als es in Wirklichkeit schon ist.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es sind hier einzelne Fälle aufgeführt. Ich will der Kürze der Zeit halber nicht von den einzelnen angestrichenen Punkten Notiz nehmen. Aber eins möchte ich sagen — der Artikel ist aus Dortmund geschrieben —: im allgemeinen ist gerade das Gegenteil von dem wahr, was hier geschrieben steht.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nach Ihrer Auffassung!)

— Herr Rosemann, wenn Sie glauben „nach meiner Auffassung", so will ich Ihnen folgendes sagen. Hier im Artikel ist geschrieben, daß der Unglücksherd im Revier Kuhlmann gewesen ist, und Sie wissen doch, daß es das Revier Lottermann war.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Lachen und Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das ist für mich keine einfache Namensverwechselung. Wenn ich ein derartiges Urteil abgebe, dann muß ich mich doch zuvor über die tatsächlichen Verhältnisse genau unterrichten.

Ich weise auf einen anderen Punkt hin. Es wird hier behauptet, daß der Betriebsrat dem Betriebsführer Nagel wiederholt Schlagwetter gemeldet hätte und daß der zuständige Betriebsführer auf diese Frage nicht eingegangen sei. Das ist für mich wesentlich. Wir werden im Laufe meiner Ausführungen sehen, was der Betriebsrat ausgesagt hat. (D)

Am Schluß des Artikels heißt es: restlose Aufklärung des Unglücks unter Kontrolle von Arbeitern! Damit bin ich völlig einverstanden. Ich werde aber im Laufe meiner Ausführungen noch zeigen, daß auf Ihrer Seite vielleicht der gute Wille, die Arbeiter restlos an der Aufklärung teilnehmen zu lassen, doch nicht vorhanden gewesen ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir werden uns darüber unterhalten; warten Sie nur die Zeit ab.

Wie verheerend diese Ausführungen in der Öffentlichkeit wirken, sehen wir an dem Artikel selbst. Aber auch der Herr Abgeordnete Hue hat hier am 22. Juni erklärt — —

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Daß die Betriebsräte weiße Salbe seien!)

— Lassen Sie mich doch ausreden! Ich erkenne Ihre Autorität sehr gern an, Herr Rosemann. Herr Abgeordneter **Hue** hat die furchtbarsten **Anklagen gegen die Bergbehörden** erhoben.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Mit Recht!)

— Darüber streite ich nicht, ob mit Recht oder Unrecht. Auch darüber werden wir uns auseinandersetzen. Herr Hue hat die ungeheuerlichsten Anklagen gegen die Bergbehörden erhoben; er hat die sofortige Suspendierung der Bergbehörden verlangt.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Mit Recht!)

Nach dem preußischen Berggesetz — das sollte doch Herr Hue wissen — ist die Bergbehörde verpflichtet, die Untersuchung vorzunehmen, und kann gar nicht aus-

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) geschaltet werden. Sie ist andererseits auch auf Grund des Gewerbeunfallgesetzes dazu verpflichtet.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir werden uns am Schlusse meiner Ausführungen noch einig werden. Ich bin nicht berufen, die Bergbehörde als Anwalt zu verteidigen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Dazu ist Winnefeld in diesem Falle nicht berufen. Winnefeld ist als Volksvertreter berufen, jeden Staatsbürger zu verteidigen, dessen Recht in diesem hohen Hause angegriffen ist.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Zu etwas anderem ist Winnefeld in diesem Falle nicht berufen.

Ich will Ihnen aber einmal zeigen, wie verheerend diese Sache wirkt. Mir sind mehrere Briefe zugegangen. Ich habe hier einen **Brief aus Herne.** Ich würde diesen Brief nicht verlesen, wenn mich nicht der Briefschreiber selbst dazu aufforderte. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten diesen Brief verlesen, weil ich mich dazu gezwungen fühle. Er lautet:

Herne, den 28. Juni 1921.

Herrn Abgeordneten Winnefeld.

Daß die Bergbehörde in Anklagezustand versetzt ist, kann man nur billigen. Aber diese kapitalistischen Hausknechte dienen doch nur dem Geldsack. Auch müßte die Bewirtung der Revierbeamten mit Frühstück und Schnäpsen seitens des Geldsacks untersagt werden. Dies ist alles nur Bestechung. Auf der Unglückszeche Mont Cenis ist auf Antrag der notleidenden Zechenherren von der Bergbehörde die Nachprüfung der Berieselungsanlage aufgehoben. Als Gründe

(B) wurden angegeben:

I. die erforderlichen Rohre und Armaturen seien während des Weltkrieges nicht zu haben. (Wer lacht da?)

II. die Ungefährlichkeit der Grubenbetriebe in bezug auf Feuchtigkeit, Schlagwetter und Kohlenstaub.

Und jetzt haben die armen Witwen und Waisen die Bescherung. Was sagen die Verbrecher dieses Antrags nun dazu? Niemand ist der Schuldige, das heißt: der große Unbekannte, elementare Ereignisse, plötzliche Gasausbrüche, sogenannte Bläser. Die Hetzjagd hinter dem goldenen Kalb ist es. Trotz allen Leugnens erzielen die Zechen märchenhafte Gewinne. Nur lassen die Profitgierigen dieselben nicht in Erscheinung treten, sondern ziehen für neue Anlagen aufgewendete Ausgaben von dem Überschuß ab, und solche bescheidene Abrechnungen

— hier fehlt ein Wort, das darf ich einschalten; es muß heißen:

legen sie den Betriebsräten vor, lediglich um die nächste Kohlenverteuerung mit der künstlich erzeugten Unterbilanz begründen zu können. Als Beispiel von vielen: der Kurs der Unglückszeche Lothringen bei Bochum hat die zehnfache Höhe des Friedenskurses erreicht, wohl doch nur deshalb, weil zehnmal so viel Ausbeute wie im Frieden gezahlt wird. In Erscheinung tritt nur ein Bruchteil, weil eben alle Ausgaben für Neubauten und Verbesserungen, auch die Kosten des schloßartigen Palastes des Generaldirektors und Menschenpeinigers Gerres von den Riesengewinnen abgezogen werden. Außerdem werden noch unerhörte Abschreibungen gemacht. Um diesen Brüdern das unsaubere Handwerk zu (C) legen, ist es unbedingt erforderlich, daß mit der Sozialisierung nun einmal Ernst gemacht wird. Hoffentlich wird dadurch das Los der armen Bergarbeiter, seien es nun Hand- oder Kopfarbeiter, auch wesentlich menschenwürdiger. Also auf zum Kampf und stechen Sie die Eiterbeule auf!

Glück auf!

Heinrich Reiermann,

Herne, Wilhelmstraße 36.

Als Nachsatz wird folgender Satz geschrieben:

Sollten Sie nichts hiervon im Reichstag verwenden, so bin ich gezwungen, mich an einen Abgeordneten der Linksparteien zu wenden.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe diesem Brief folgendes hinzuzusetzen. Der Brief erhebt zum Teil Anklagen, die bei der Untersuchung nicht festgestellt sind.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Gerade das Gegenteil!)

Aber der Artikelschreiber irrt sich auch, wenn ich irgendeine Veranlassung hätte, diesen Brief zu verschweigen oder zu unterschlagen. Ich habe ihn hier zur öffentlichen Kenntnis gebracht, und ich überlasse es dem Briefschreiber selbst, den Beweis für die Behauptung anzutreten, die er aufgestellt hat.

Wenn vorhin Herr Rosemann besonderen Wert darauf gelegt hat, daß das stimmt, was in der „Roten Fahne" steht, dann sage ich Ihnen folgendes. Der **Betriebsrat der Zeche** hat in allen Fällen betont, daß das zuständige Revier in bester Ordnung gewesen sei.

(Hört! Hört! rechts. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe mich persönlich darüber gewundert, mit (D) welcher Präzision der Betriebsrat sich hier verteidigt und einesteils alle die Angriffe zurückgewiesen hat, die von den Zeugen behauptet wurden, andererseits die Fragen so geschickt wie nur möglich pariert hat, die aus den Reihen des Untersuchungsausschusses direkt gestellt werden. Es handelt sich hier um einen Betriebsrat, der in seinen politischen Ansichten sehr radikal ist. Es sind ausschließlich Kommunisten dort.

(Lebhafte Rufe bei der Deutschen Volkspartei: Hört! Hört!)

Wenn diese Leute ein derartiges Urteil abgeben, dann sollten auch Sie von der Linken es glauben.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich gestehe gern, daß ich mich davon überzeugt habe, daß die Kollegen, die dort gesessen haben, selbst diese Kommunisten, an sich anständige Arbeiter sind, wenigstens so weit, daß sie ihre Pflichten nicht vernachlässigt haben. Die Beamten haben selbst erklärt, daß es tüchtige Hauer seien. Ich habe also keine Veranlassung, in die Richtigkeit der Angaben des Betriebsrats Zweifel zu setzen. Was würden Sie sagen, meine Herren, wenn dort Arbeiter säßen, die anderen Organisationen angehörten, die von der politischen Linken abrücken? Dann würden Sie sagen: diesen Zechenknechten ist nicht zu glauben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In diesem Falle fällt dieses Argument weg.

(Abgeordneter Rosemann: Sie müssen auch das sagen, was die Betriebsräte zuungunsten der Zeche ausgeführt haben!)

— Was die Betriebsräte zuungunsten der Zeche ausgeführt haben, das wird das hohe Haus später in den

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) zuständigen Protokollen finden. Die Zeit reicht hier nicht aus, um das alles hier vorzutragen.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Das kann nachher Herr Rosemann sagen!)

Über das Unglück selbst wäre folgendes zu sagen. Wir haben uns die Frage vorzulegen: handelt es sich hier um eine Schlagwetter- oder um eine Kohlenstaubexplosion oder um eine von beiden? Eine **Schlagwetterexplosion** ist nach meiner Überzeugung völlig ausgeschlossen, und zwar aus folgenden Gründen. Ich habe selbst Gelegenheit genommen, mit dem Untersuchungsausschuß die Grube zu befahren. Ich kann nur sagen, daß der **Abbau** als solcher absolut **nach den bergpolizeilichen Vorschriften ausgeführt** ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die verunglückten Arbeiter in diesem Revier haben nach meiner Überzeugung im Abbau vorzüglich gearbeitet. Sämtliche Stöße vor den Örtern waren sachgemäß verhauen, so daß Wetteransammlungen ausgeschlossen waren. Aber nicht nur vor den Ortsstößen, sondern auch vor den Strebestößen hat man so gearbeitet, daß Wetteransammlungen nicht stattfinden konnten. Das beweist das Zeugnis des zuständigen Reviersteigers, der, wie die Untersuchung ergeben hat, nicht in hohem Ansehen bei den Leuten steht, wegen seiner Strenge auf diesem Gebiete. Aber es ist doch ein gutes Zeichen dafür, daß der zuständige Beamte die großen Gefahren, die den Arbeitern und ihm selbst drohen, weil er doch selbst mit verletzt ist, abzuwenden versucht hat.

Die **Bewetterung der Grube** ist ebenfalls gut. Durch das Unglücksrevier sind vor der Explosion 650 Kubikmeter Luft abgezogen. Auf den Kopf der Gesamtbelegschaft kommt eine Wettermenge von 5,7 Kubikmeter, sie übersteigt also den vorgeschriebenen Satz von 3 Kubik-
(B) meter pro Mann und Minute um 2,7. Nach dem Unglück sind durch das betroffene Revier 290 Kubikmeter abgeführt. Trotz dieser geringen Wettermenge sind im Revier keine Feuermengen festgestellt, nicht der geringste Prozentsatz. Auch nicht die geringste Aureole hat sich auf der Wetterlampe gezeigt. Wenn andererseits gesagt wird, daß **Mont Cenis eine schlagwetterreiche Grube** sei, so kann ich im allgemeinen hierüber kein Urteil abgeben. Wenn der zuständige Einfahrer Junghans, wie er erklärte, 34 mal bei seinen Befahrungen Schlagwetter festgestellt hat, dann kommt es nicht darauf an, wie oft dieser Mann Schlagwetter festgestellt hat, sondern es kommt darauf an, wievielmal er explosible Wetter festgestellt hat. Auf meine diesbezügliche Anfrage an den Herrn Bergrat Bowinkel hat dieser erklärt, daß der zuständige Einfahrer nur einige Male explosible Schlagwetter über fünf Prozent festgestellt habe.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: 36 mal in einem Jahre!)

— Hier sind 34 mal Schlagwetter von Junghans angegeben, und das ist mir maßgebend.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Explosible!)

— Nein, keine explosiblen. Bergrat Bowinkel hat betont, daß nur einige explosible Schlagwetter über fünf Prozent festgestellt worden sind, und das genügt mir, ich weiche nicht davon ab.

Aber abgesehen davon, wenn Schlagwetter festgestellt wären, dann kommt es darauf an, wie man sie feststellt, und weiter, ob sie gefährlich sind. Wenn ich heute in eine Grube fahre und ich will nach dem Muster des Herrn Einfahrers Junghans Feuer feststellen, dann bin ich in stehender Lagerung zu jeder Tageszeit dazu in der Lage, wenn ich die Firste öffne. Es weiß jeder praktische Bergmann, daß bei dem Vortreiben, beim Abbau der Streben, dann beim Nachführen der Strecke (C) die Firste je nach der Beschaffenheit der Kohle mehr oder weniger zu Ausschlägen neigt. Es ist Bergpolizeivorschrift, daß sämtliche Ausschläge in der First von den betreffenden Arbeitern ausgefüllt werden sollen, um **Wetteransammlungen zu vermeiden.** Im allgemeinen beachtet der Bergmann diese **Vorschriften**, aber in allen Fällen ist er selbst beim besten Willen nicht in der Lage, sämtliche Hohlräume so auszufüllen, wie es die Vorschrift besagt. Das werden auch Sie zugeben müssen. Es treten Verhältnisse ein, daß man nicht das nötige Material hat, andererseits kommt es vor, daß beim Abtun von Steinschüssen vielleicht das dritte oder vierte Holz in der Strecke zurück weggeschossen wird und die vorhandenen Materialmengen, die zum Auspacken gebraucht worden sind, gehen verloren.

Wenn ich da Wetter feststellen will, meine Damen und Herren, so kann ich das auf jeder Grube und zu jeder Tageszeit. Darauf kommt es hier absolut nicht an, sondern es kommt darauf an, ob Wettermengen festgestellt werden oder worden sind auf dieser Grube, die dem Arbeiter zu einer Gefahr werden. Darauf kommt es mir an.

Ich habe das Gefühl nicht unterdrücken können, daß das Verhältnis zwischen dem Einfahrer Junghans und der Zechenverwaltung kein ungetrübtes war. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß der Einfahrer die absolute Absicht hatte, Wetter auf Mont Cenis festzustellen. Beurteilen Sie die Frage, wie Sie wollen, das ist durchaus eine Frage der Beurteilung.

Eine Schlagwetterexplosion scheidet für mich nach Würdigung dieser Gesichtspunkte völlig aus, und es bleibt für mich nur noch eine **Kohlenstaubexplosion** übrig. Hier haben wir die Gründe zu untersuchen, die geeignet erscheinen, eine Kohlenstaubexplosion herbeizuführen, und insbesondere haben wir zu untersuchen, (D) ob der Zechenverwaltung, der Bergbehörde oder den beteiligten Arbeitern eine Schuld zugemessen werden kann. Wie der Betriebsrat mit aller Bestimmtheit ausgesagt hat, war die **Berieselung** in Ordnung bis auf zwei Stellen; einer, wo 15 Meter Rohr fehlten, und einer anderen Stelle, wo etwa 50 Meter Rohr ausgebaut lagen. Aber die Rohre lagen an der Mündung des zuständigen Ortes. Ich stelle andererseits die Gewissenhaftigkeit des Steigers in den Vordergrund, von dem selbst der Betriebsrat angab, daß er die Leute absolut zur Innehaltung der Bergpolizeivorschriften angehalten hat. Die Leute haben ihm geantwortet: dann bekommen wir keine Kohle. Dann hat er gesagt: macht mir das, was zur Sicherheit notwendig ist, und ich blase auf eure Kohle, solange bis ihr eure Pflicht erfüllt habt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält, dann kann man nicht annehmen, daß der zuständige Steiger seine Pflicht vernachlässigt oder gar gröblich und fahrlässig gehandelt habe.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren! Sie haben sich reichlich Mühe gegeben, die Ursachen des Unglücks aufzudecken. Sie haben zwei Zeugen geladen, darunter einen Bergmann, der aussagte, daß er drei Wochen lang auf einen Schlauch gewartet hätte. Ich bedaure das vom Standpunkt des Arbeiters. Aber ich weiß auch, daß Zustände eintreten können, wo die sofortige Beschaffung eines Schlauchs nicht möglich ist.

Es besteht die Überzeugung, daß der Unglücksherd in Mathias 4/5 zu suchen ist. Die Betriebsführer, die das Revier sofort nach dem Unglück befahren haben, haben sich dahin ausgesprochen, daß die **Explosion durch einen Dynamitschuß herbeigeführt** worden sei. Ich kenne

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) diese Betriebsführer Münning und Brügge seit über 20 Jahren. Ich bin als Arbeiter beiden Beamten unterstellt gewesen auf den Zechen Rhein-Elbe und Alma. Ich kenne beide Beamte als gewissenhafte und tüchtige Beamte. Ich vermag mich aber aus bestimmten Gründen nicht restlos diesem Urteil anzuschließen, ich weiche in gewisser Beziehung davon ab. Es bliebe die Frage zu untersuchen: wie kommen die Arbeiter zu Dynamit? Ein Bergmann, der einzelne Angaben über die Bewetterung der Grube und das Vorhandensein von Schlagwettern machte, hat im Untersuchungsausschuß gesagt, daß der Bergmann für einen halben Schoppen Schnaps zu jeder Zeit Dynamit bekommen kann. Wenn aber der Zeuge **Preuker** einen so hohen Wert auf die Berieselung gelegt hätte, so hätte er vielleicht bei seinen Kameraden immer noch Gelegenheit gefunden, sich einen Schlauch zu besorgen. Eines ist mir bei diesem Zeugen aufgefallen. Der zuständige Generaldirektor sagte im Untersuchungsausschuß zu diesem Zeugen: Sie haben als Mitglied der Gemeindevertretung öfters Gelegenheit genommen, persönliche Wünsche bei mir vorzubringen; Sie hätten Gelegenheit gehabt, mich auch auf diesen Umstand hinzuweisen. Meine Damen und Herren! Ich habe mich nach der Person dieses Zeugen näher erkundigt. Er war Anhänger des Kapp-Putsches, ist dann aber nach links geschwenkt, und wenn dieser Mann einem Generaldirektor wiederholt persönliche Wünsche äußert, die dann vielleicht nicht erfüllt worden sind, dann setze ich gewisse Zweifel in die Objektivität dieses Zeugen und überlasse es dem Ermessen des Hauses, sich über den Zeugen selbst ein Urteil zu bilden.

(Hört! Hört rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen offen sagen, ich habe ein großes Interesse an der Aufklärung des Unglücks, trotzdem ich von vornherein überzeugt bin, (B) daß uns die volle Aufklärung nie gelingen wird. Aber ich hätte lieber gesehen, daß der Zeuge **Keuzer** nicht anwesend gewesen wäre und diese Aussagen nicht gemacht hätte.

(Zurufe links.)

— Ja, ja gewiß, meine Herren, ich hebe es hervor. Aber was würden Sie tun, wenn es von meiner Seite aus geschehe?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich will hier folgendes feststellen. Alle linksgerichteten Blätter haben verlangt, daß Arbeiter zugezogen werden. Wie hat sich nun die Sache abgespielt? Der **Betriebsrat der Zeche** war kommunistisch vom ersten bis zum letzten Mann. Die Leute waren anwesend; aber die Zeugen Keuzer und Preuker haben beantragt, daß während ihrer Vernehmung der kommunistische Betriebsrat von der Untersuchung ausgeschlossen würde.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Janschek hat dies im Untersuchungsausschuß betont. Ich stelle fest, daß man die Arbeiter selbst willkürlich ausgeschaltet hat.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Für mich persönlich war es gleich, ob der X oder Y dort saß, ob ein Kommunist oder ein Deutschnationaler. Wenn Arbeiter hinzugezogen werden, sehe ich über die Zugehörigkeit zu irgendeiner gewerkschaftlichen Organisation wie über die parteipolitische Stellung hinweg, weil ich neutral handeln soll.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das haben Sie von links nicht getan, Sie haben sich von Fall zu Fall selbst ausgeschaltet.

Meine Damen und Herren! Ich vermag mich also dem Urteil, daß die Arbeiter die Schuld an diesem Unglück tragen, nicht anzuschließen. Der Herr Abgeordnete Pieper hat vorhin einen Satz der „Kölnischen Zeitung" zitiert, die den Versuch gemacht hätte, die Arbeiter für (C) das Unglück verantwortlich zu machen. Ich verurteile das; aber der Abgeordnete Pieper sieht nur das, was in rechtsgerichteten Blättern geschrieben wird. Der Herr **Abgeordnete Jäker** hat sich dieser Tage über die Untersuchung geäußert. Ich will ihm keine Vorwürfe aus seiner Anschauung machen. Er hat einen Artikel in der Presse veröffentlicht, aus dem ich nur einen Satz vortragen möchte. Herr Jäker schreibt unter anderem:

> Wenn eine Kohlenstaubexplosion stattgefunden hat, was beide Sachverständige bejaht haben und was auch vom Betriebsausschuß angenommen wird, dann liegt die Schuld an dem Entstehen des Unglücks fast sicher bei den beteiligten und getöteten Arbeitern.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn mir einwandfrei nachgewiesen wird, daß die Arbeiter die Schuld an diesem Unglück tragen, dann finde ich keine Möglichkeit, die Arbeiter zu verteidigen. Solange mir dies aber nicht nachgewiesen ist, protestiere ich dagegen, daß man, ohne daß die Untersuchung abgeschlossen ist, den Arbeitern die Schuld zum großen Teil beimißt.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber genau so wie ich die Arbeiter in Schutz nehme, sage ich auf der anderen Seite: Niemand hat das Recht, die Bergbehörde oder die zuständige Zechenverwaltung oder die preußische Regierung anzuklagen, wenn die Untersuchung nicht abgeschlossen ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es kommt nun darauf an, Maßnahmen zu treffen, damit für die Folge solche Unglücksfälle vermieden werden. Ich stimme hier mit meinem Kollegen Imbusch darin überein, daß, wenn die Betriebsräte heute ihre (D) Rechte zu wahren wissen, das Gesetz ihnen eine genügende Handhabe bietet.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Herr Minister hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und ich habe seine Ansichten unterstrichen, allerdings gegen den Widerspruch der Linken. Meine Damen und Herren! Es ist bei jedem Unglück so gewesen: Wir haben mit Recht nach **erhöhtem Bergarbeiterschutz** gerufen. Die preußische Regierung hat sich redliche Mühe gegeben, die Unglücksfälle herabzumindern; aber ich sehe in bergpolizeilichen Vorschriften nicht die alleinige Hilfe. Ich bin gern bereit, wenn ich dazu berufen werde, eine Verbesserung der Bergpolizeivorschriften herbeizuführen, das heißt eine Reformierung der bestehenden Vorschriften. Wir wollen aber einmal sehen, wie die Sache in Wirklichkeit ist. Nach der Revolution ist die Disziplin auf der ganzen Linie gelockert worden,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

auch im Bergbau.

(Zuruf links: Auch bei der Bergpolizei!)

Auch im Bergbau können wir uns nur dann gegen die Gefahren eindeutig schützen, wenn alle Teile, die Bergbehörde, die Zechenverwaltung und die Belegschaft sich über diejenigen Maßnahmen im Einverständnis befinden, die zur Verhütung von Unglücksfällen notwendig sind, wenn sie zueinander Vertrauen haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Ihre (nach links) Bekämpfung in den Betrieben in parteipolitischer und gewerkschaftlicher Beziehung ist eines der größten Übel und eines der größten Unglücke, die die Bergarbeiter treffen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) — Wer das heute nicht einsieht, wer alles nur durch die Parteibrille, durch die Gewerkschaftsbrille ansieht, meine Damen und Herren, der kann uns nicht weiterbringen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Mein verehrter Herr Kollege Janschek, gehen Sie doch mit diesen ollen Kamellen fort! Ich werde Ihnen gleich noch einiges Material geben; Sie werden schon befriedigt. Nur Geduld!

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Abgeordnete Pieper hat auf die **Steigerung der Unfälle** hingewiesen. Ja, die Steigerung der Unfälle hat ihre Ursache einerseits in der maßlosen Befehdung der Arbeiter selbst, weil dadurch die Autorität der Betriebe geschädigt wird, weil ihren Verordnungen nicht in allen Fällen Folge geleistet wird, andererseits in der übermäßigen Überfüllung der Bergbetriebe. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß im letzten Jahre 120 000 Mann im Bergbau angelegt worden sind — bergfremde Leute, die in den engen Grubengebäuden untergebracht werden müssen —, dann können Sie die großen Gefahren ermessen, die allein schon durch diese Tatsache herbeigeführt werden. Damit müssen wir uns unter allen Umständen abfinden und auf der Bahn weiter arbeiten, die vom Herrn Minister vorgezeichnet ist, daß wir in der **Bildung der Arbeiter** vorwärtskommen.

Der Herr Abgeordnete Pieper hat hier weiter behauptet, die Zechen hätten die **Betriebsräte zu Einkaufszwecken mißbraucht.**

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Pieper in der Lage ist, Fälle anzugeben, wo die Zechenverwaltungen in dieser Weise vorgegangen sind, wäre ich ihm dankbar, und ich müßte es auf das

(B) schärfste mißbilligen. Auf der anderen Seite habe ich aus meiner eigenen Erfahrung heraus und aus einigen Zuschriften, die ich im Laufe der letzten Woche und im Anschluß an meine Ausführungen vom 22. Juni bekommen habe, feststellen können und stelle es heute wieder fest, daß die Zechenverwaltungen im allgemeinen durchaus kein Interesse an Einkäufen hatten, sondern daß ihnen, weil sie auf der anderen Seite noch Zuschüsse machen müssen, auch noch die Zinsen für das geliehene Kapital verloren gingen. Gerade das Gegenteil von dem trifft also zu, was der Herr Abgeordnete Pieper gesagt hat. Man bleibe doch mit solchen Sachen fort, wofür man keinen Beweis beibringen kann!

Zum Schluß möchte ich ein paar Worte auf Wunsch des Herrn Abgeordneten Janschek sagen. Als hier am 22. Juni über diese Frage debattiert wurde, hat das „**Bochumer Volksblatt**" folgenden Satz geschrieben:

> Der Abgeordnete Hue hat sich mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit für die Bergarbeiter eingesetzt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es bedurfte in diesem hohen Hause keiner Wucht des Herrn Abgeordneten Hue, um dieses Unglück zu untersuchen.

(Zuruf links: Es wurde doch widersprochen!)

— Wie Sie, meine Herren, arbeiten, will ich Ihnen an folgendem Beispiel beweisen. Dem **Abgeordneten Imbusch und mir wurde Agitation vorgeworfen.** Das „Volksblatt" schreibt:

> Dem christlichen Bergarbeiterführer Imbusch und dem sogenannten nationalen Bergmann Winnefeld blieb es vorbehalten, agitatorische Ausfälle vorzutragen.

(Lachen rechts.)

> Es war widerwärtig, zu hören, wie diese beiden (C) Männer an der Bahre von ungefähr 100 Opfern des Bergbaus die Absichten des Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verzögern wollten. Da nach der Reichsverfassung ein solcher Ausschuß auf Verlangen von einem Fünftel der Mitglieder des Reichstags eingesetzt werden muß, waren alle Bemühungen dieser Männer vergebens.

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

— Dazu rufen Sie noch: Sehr richtig!? Ich habe nur beantragt, man solle den Antrag in Verbindung mit der Interpellation verhandeln,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei — wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und was wäre denn verloren gewesen, wenn wir vier Tage später nach Solingen gekommen wären?

Wer eigentlich agitiert, das möchte ich Ihnen, meine Herren, an folgendem Beispiel zeigen. Hier wirft man mir Agitation vor. Aber in der dritten Spalte desselben Blattes wird geschrieben:

> Anläßlich des Umstandes, daß auch der Betriebsausschuß bislang kein annähernd klares Bild von den Vorgängen zu geben vermag, und weil gerade dies in der Bevölkerung nicht verstanden werden kann, da doch der **Betriebsausschuß** als die autorisierte Vertretung der Arbeiter anzusehen ist, muß, damit kein ungerechter Verdacht entsteht, gesagt werden, daß der Betriebsausschuß sich ganz einseitig aus Kommunisten zusammensetzt.

Das heißt also mit anderen Worten, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) an Stelle der Kommunisten gesessen hätten, daß Sie dann eine restlose Aufklärung des (D) Unglücks herbeigeführt hätten. Das nenne ich Agitation im wahrsten Sinne des Wortes!

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind doch selbst als Mitglieder des Untersuchungsausschusses dort hingegangen und sind genau so gut ohne eine völlige Aufklärung der Ursachen des Unglücks nach Berlin zurückgekehrt, wie sie auch der Betriebsausschuß auf der Zeche Mont Cenis nicht erbringen konnte. Sie haben also keine Ursache, darüber zu schelten, daß Sie nicht dort sind.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Überhaupt ist es eine traurige Erscheinung, daß man als Arbeiter, wenn man nicht Sozialdemokrat ist, bei jeder Gelegenheit namentlich auch von den Mehrheitssozialdemokraten heruntergemacht wird.

(Sehr wahr! rechts.)

Wohl trennen mich meine Anschauungen von den Ihrigen. Aber bin ich deshalb ein weniger guter, tüchtiger oder brauchbarer Mensch? Bin ich deshalb weniger zu gebrauchen, weil ich auf der rechten Seite des Hauses sitze?

(Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Leidet meine Qualifikation in wirtschaftlicher und politischer Beziehung darunter, daß ich mich zur rechten Seite zähle? Geben Sie doch endlich diese Agitation mir gegenüber auf, meine Herren! Ich bin der Überzeugung, es gibt auf der **rechten Seite des Hauses** Männer und Frauen, die genau so gut ein **Empfinden für die Nöte des Volkes** haben, wie Sie es für sich in Anspruch nehmen.

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

(Winnefeld, Abgeordneter.)

(A) Auch in diesen Leuten wohnt ein ebenso gesunder Menschenverstand und ein ebensolches Empfinden für das Volk, wie in Ihren Reihen. Über unsere Ideen können wir miteinander streiten; aber wir müssen es auf einer Grundlage tun, die die gegenseitige persönliche Achtung nicht ausschließt. Sonst ist das keine Politik des Anstandes mehr, sondern eine Politik, die ich aufs nachdrücklichste verurteilen muß.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht langweilen und komme zum Schluß, indem ich meine Ausführungen in folgenden Sätzen zusammenfasse. Wir haben uns redlich bemüht, Klarheit über die Ursachen dieses furchtbaren Unglücks zu schaffen. Wenn es uns gelingt, aufklärend zu wirken, so soll es mich freuen. Vor allem würde ich mich freuen, wenn wir bei so furchtbaren Katastrophen wie dieser, die über uns hereingebrochen ist, ernstlich versuchen würden, uns im Deutschen Reichstage über alle politischen Gegensätze hinweg persönliche Achtung entgegenzubringen und auf der Grundlage persönlicher Achtung dahin zu wirken, daß in der Folge unsere Bergarbeiter vor den ihnen drohenden Gefahren bewahrt werden, daß vor allen Dingen der Bergmann die Freude behalten kann, die notwendig ist, um diesen schweren und gefahrvollen Beruf auszuüben.

(Sehr gut! rechts. — Andauernde Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hoffe, daß uns das gelingen wird, wenn Sie dabei mithelfen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Janschek.

(B) **Janschek**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als wir die Kunde von dem großen Unglück bekamen, waren wir jedenfalls alle erschüttert, und Sie werden verstehen, daß ich als Bergarbeiter ganz besonders hart davon betroffen wurde, deswegen, weil eine Menge Kollegen, die mir werte Kameraden waren, bei so manchem Unglück bereits zugrunde gegangen sind. Aber was nutzt denn eigentlich all das Gejammere, das man bei derartigen Anlässen erhebt? Die Leute, die es angeht, empfinden das wenig. Wir wissen, daß gerade die herzzerreißenden Szenen, die sich bei solchen Massenunglücken abspielen, den Leuten, die es angeht, gar nicht zum Bewußtsein kommen. Ich wünschte nur, daß man bei derartigen Gelegenheiten alle diejenigen, die es so gut verstehen, dem Arbeiter immer die Begehrlichkeit unter die Nase zu reiben, ganz besonders den Bergarbeitern, einmal mit heranzerren würde, damit sie inne werden, welches Verbrechen hier eigentlich zum guten Teil begangen wird.

Ich will nicht sagen, daß in dem vorliegenden Falle ein Verbrechen begangen ist. Das würde meines Erachtens über das Maß dessen hinausgehen, was ich verantworten kann. Aber vergegenwärtigen wir uns doch, wie die Unglücksfälle sich alle häufen! Ich will nicht weit zurückgreifen, ich will nicht an die fürchterlichen Katastrophen auf Radbod, Lothringen usw. zurückdenken, ich will Sie nur an das erinnern, was sich im letzten halben Jahre ereignet hat. Da finden wir, daß ein Massenunglück das andere jagt, daß der Tod große Ernte unter den Bergarbeitern hält; sie fallen nicht als einzelne Opfer, sondern zahlreich in großem Maßstabe. Hausham im Januar 7 Tote, in Ölsnitz eine Schlagwetterexplosion im Januar mit 54 Toten, auf Zeche Westende im Januar durch Gesteinsbruch 7 Tote, im Februar in dem Kaliwerk Ilberstedt durch Schlagwetter 13 Tote, im April auf Konstantin Schlagwetterexplosion mit 19 Toten, im Mai in Meuselwitzer Braunkohlengruben Wassereinbruch 17 Tote, Florentine-Kästner-Schacht Förderkorbeinsturz 12 Tote, Zeche Westfalen durch Seilbruch 14 Tote. So geht es in einem fort. Hier lesen wir in der einen Ecke: hier gibt es eine Menge Tote, da gibt es eine Menge Tote. Wir haben ja gesehen, wie oft eigentlich solche Unglücksfälle nur im letzten Moment noch verhindert werden. Auf Zeche Radbod, dieser Unglückszeche, ist vor einigen Tagen der Korb bei dem ersten Male, wo er Kohle herausbringen sollte, nachdem die Menschen hineinbefördert waren, abgerissen. Das Seil war wieder entzwei. Einen Augenblick eher, wenige Momente vorher — und 60 Menschen wären wieder in die Grube hineingebraust.

(C)

Geehrte Anwesende! Ich habe heute ein Telegramm bekommen; dies will ich Ihnen zur Kenntnis bringen, damit die Angaben, wie sie hier zum Teil von einigen sogenannten Arbeitervertretern, wie Herrn Winnefeld, gemacht werden, in das richtige Licht gestellt werden.

(Zurufe rechts.)

— Wenn Sie sich überzeugen wollen, ob ich gearbeitet habe, so fordere ich Sie auf, mit mir in eine Badezelle zu gehen. Da werden Sie an meinem Körper den Kohlenstaub noch finden, der von vielen Jahren durch die Arbeit hineingeritzt worden ist. Bei Ihnen werde ich das vergeblich suchen. Merken Sie sich das!

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Da brauchen wir doch in keine Badezelle zu gehen!)

— Wenn Sie daran Vergnügen haben, können Sie das auch hier machen.

Meine Damen und Herren! Ich habe ein Telegramm bekommen. — Es ist doch eigentümlich, daß gerade diejenigen Leute, die es noch nie verstanden haben, sich den Finger schmutzig zu machen, darüber anderen Leuten Vorwürfe machen, daß sie keine Arbeiter sind, sie sind diejenigen, die von dem Ertrag dessen leben, (D) was andere schaffen, die sich tagtäglich für sie zum Opfer bringen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe ein **Telegramm** erhalten, das etwa folgendes besagt:

> **Zeche Auguste-Viktoria-Hüls.** 28 Drahtbrüche im Förderseil. Die Belegschaft weigert sich, mit dieser Förderung einzufahren.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Die Verwaltung hat daraufhin den Betrieb stillgelegt. Betriebsrat und Belegschaft fordern eine sofortige Untersuchung dringend.
>
> Betriebsrat Alsmann.

Sie sehen, es gibt auch andere Betriebsräte als die auf Mont Cenis. Es gibt auch Leute, die anderer Meinung sind als Herr Koch (Düsseldorf), der glaubt, daß eigentlich die Untersuchungskommission überflüssig gewesen sei. Im Gegenteil, es kommen Telegramme, die da sagen: bitte, wir wollen die Untersuchung haben, weil schon wiederum die Gefahr bestand, daß wir in die Tiefe hineingesaust wären. Dann hätte man sich natürlich wieder hingestellt und hätte gesagt: ja, wie ist das nur wieder möglich, daß der Korb in die Tiefe gesaust ist, daß es so viel Tote gegeben hat? Ich will nicht sagen, daß nur die Arbeitgeber oder Werksbesitzer die Schuld trifft, aber auch nicht die Arbeiter sind die Schuldigen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das hat doch niemand behauptet! Gerade das Gegenteil ist gesagt worden!)

— Es ist vorhin ausdrücklich von dem Abgeordneten Imbusch angeführt worden: man solle die Unfallstatistiken sehr vorsichtig aufnehmen, weil in der Regel die Unfallstatistiken so aufgestellt werden, daß sie nie

(**Janschek**, Abgeordneter.)

(A) genau das Bild wiedergeben, wie es ist, und wir haben leider, wenn wir einmal nachsahen, immer die Erfahrung gemacht, daß die Schlagwetterexplosionen durch eine Grubenlampe verursacht wurden, die geöffnet wurde usw. Herr Gothein als Sachverständiger hat mit Recht „sehr richtig" gerufen und gesagt, das könnte auch nach der Explosion geschehen sein, weil man stets gewissermaßen die Arbeiter als die Schuldigen hingestellt hat.

Wo liegt denn eigentlich die Schuld? Der Ruf nach der Kohle, das Antreiben und im Hintergrund die Lohnhöhe, das sind die wirklichen **Ursachen der Unglücksfälle**. Wir wissen ja, wie sich das unter die einzelnen verteilt. Der Steiger, der Beamte, hat die Pflicht, ein gewisses Soll herauszubringen. Wir kennen das aus früherer Zeit. Ich will mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit die einzelnen Fälle nicht etwa so ausführlich vorbringen, wie mir das sehr nahe liegt. Aber das eine kann ich Ihnen sagen, daß so mancher Steiger schon in Verzweiflung war, wenn ihm die Arbeiter aus der Wetterstrecke von der Verbauerarbeit weggenommen wurden, vor Ort gelegt wurden, weil er eben Kohle fördern mußte. Es ist dies zum Teil beigelegt, aber doch nicht so ganz. Denn wir machen noch heute die Erfahrung, daß man in dieser Art und Weise fortfährt. Glauben Sie nur nicht, daß etwa die Sache unwahr ist. Ich habe wieder so ein Schreiben vor mir liegen, wo der Beamte ausdrücklich sagt, daß das alte **Treibersystem im Bergbau**, das berüchtigte Wort „Sollförderung" wieder von neuem auftaucht, weil man auch hier wieder auf die Beamten drückt. Sie haben zwar nicht mehr die Prämien für die Mehrförderung, wie das früher war, aber man weiß dennoch die Beamten zu drücken. Aus dem Grunde setzt man die Fahrsteiger ein in zwei, drei Revieren, damit diese (B) Leute die Antreiber spielen. Denn wenn sie sich als Reviersteiger bewähren, dann werden sie natürlich Fahrsteiger, und das ist auch ein Antrieb für jeden Reviersteiger, möglichst viel zu leisten, um zwar nicht in der Form einer Prämie, aber in der Form eines Fahrsteigers einen Dank für diese Antreiberei zu ernten.

(Rufe von der Deutschen Volkspartei: Zur Sache!)

— Ich spreche zur Sache, verlassen Sie sich darauf, übrigens maßen Sie sich nicht die Rechte des Herrn Präsidenten an!

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen. Darüber, ob zur Sache gesprochen wird, hat nur der Präsident zu entscheiden.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Janschek, Abgeordneter: Haben Sie Ihr Fett weg?

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Ich muß gestehen, daß gerade in diesem Antreibersystem ein Hauptanlaß zu den Unglücksfällen liegt. Sie werden vielleicht sagen, die Sache sei nicht so schlimm, die Leute seien ziemlich unabhängig und könnten machen, was sie wollten. Ja, wenn das wahr wäre! Ich nenne Ihnen einen Zeugen von Ihrer Seite, Herrn Dietrich, den jetzt allerdings nicht amtierenden Vizepräsidenten. Er hat in einer Sitzung des Hauptausschusses die Sachlage vortrefflich zum Ausdruck gebracht. Es handelte sich um die Kaligeschichte. Da haben die Angestellten dagegen gestimmt, daß die Kalipreise erhöht würden. Da sagte Herr Dietrich, daß es den Beamten schlecht bekommen sei, indem sie gegen die Kalipreiserhöhung, (C) die im Interesse der Arbeitgeber lag, gestimmt haben. Sehen Sie, das ist das System, das sich breit macht. Herr Dietrich hat vielleicht nicht geglaubt, daß ich mir die Sache merken würde. Ich habe aber in solchen Fällen ein ganz gutes Gedächtnis.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Mont Cenis!)

— Meine Herren, ich komme zu Mont Cenis und bin schon dabei, verlassen Sie sich darauf! Wenn Sie mich nur halb so viel unterbrochen hätten, wären wir schon viel weiter. Ich stelle hier fest, worum es sich eigentlich handelt.

Herr Winnefeld versucht, die Gewerkschaften vollständig rein zu waschen, als wenn da nichts passiert wäre. Er beruft sich darauf, daß dort ein kommunistischer **Betriebsrat** ist. Das trifft noch nicht einmal zu. Es sind **Unionisten**. Aber das braucht ja Herr Winnefeld nicht zu wissen, was das für Unterschiede sind.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Meine Herren, ob das schwer zu unterscheiden ist oder nicht, lasse ich dahingestellt, aber Tatsache ist, daß es Unionisten sind und keine Kommunisten.

Es ist ferner sehr bezeichnend — und ich rufe hier gerade die Untersuchungszeugen auf —, daß Herr Winnefeld nicht an allzu großer Gedächtnisstärke zu leiden hat. Er behauptet nämlich, ich wäre derjenige gewesen, der die Beseitigung dieser Leute bei der Untersuchung wollte. Er glaubte, auf einen Zwischenruf von mir, mir dieses entgegenwerfen zu können. Ich rufe den Kollegen Braß als Zeugen auf, ob er es nicht war, der sich am allerentschiedensten gegen das Verbleiben des Betriebsrats gewandt hat, weil wir wollten, daß die Vernehmungszeugen unbeeinflußt ihre (D) Aussagen machten. Wir wollten die Bergbehörden dabei ausschalten, auch den Betriebsrat, der in dem Revier fährt, weil auch ihn unter Umständen eine Schuld treffen konnte. Wir wollten restlos aufklären, und deshalb haben wir das verlangt, nicht deshalb, weil wir die Betriebsräte rechtlos machen wollten.

Nun sagte Herr Winnefeld, die ganze Sache sei nicht schlimm gewesen, solche Unglücksfälle lassen sich eben nicht vermeiden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Sie sagen „Sehr richtig!" Gewiß, davon bin ich auch überzeugt, daß wir im Bergwerk an den Unglücksfällen natürlich nicht vorbeikommen werden, weil die Gefährlichkeit viel zu groß ist. Sie werden mir aber doch als einem, der 17 Jahre in der Grube tätig war, zugeben, daß derartige **Massenunglücksfälle** nicht stattzufinden brauchen, wenn nur die **Vorschriften**, die vorhanden sind, auch **ausgeführt** werden. Was nutzt aber die schönste Vorschrift, wenn sie nur auf dem Papier steht? Sie werden wieder sagen: warum wird sie denn nicht ausgeführt? Seht ihr, das liegt doch wieder nur an den bösen Arbeitern. Ich will Ihnen das auseinandersetzen, wie sich so etwas zuträgt, ohne daß eigentlich der Arbeiter der allein Schuldige ist — wenn ich mich einmal ganz vorsichtig ausdrücke.

Man sagt, es sei alles in Ordnung gewesen. Zunächst hält es eigentlich schwer, wenn bereits fünf, sechs Tage nach einer solchen Katastrophe verstrichen sind, alles so genau zu prüfen, wie es sich zugetragen hat. Ich wünschte nur, es wäre mir möglich gewesen, gleich am ersten Tag hineinzufahren. Vielleicht hätte ich noch manches mehr entdeckt, als was ich nachträglich entdeckt habe.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

(**Jauschek**, Abgeordneter.)

(A) Weiter, meine Herren, haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß der Betriebsrat nicht immer nur alles in Ordnung gefunden hat, wie der Herr Abgeordnete Winnefeld ausgeführt hat. Das Betriebsratsmitglied Doschenski hat ausdrücklich gesagt, daß drei Betriebspunkte stillgelegt werden mußten, weil **Mangel an Wasserröhren** war.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wären immer Wasserröhren vorhanden gewesen, brauchten Betriebe nicht stillgelegt zu werden. Er sagte allerdings, in dem Unglücksrevier sei kein Mangel an Röhren gewesen. Ich bin anderer Auffassung. Man wollte auch den Nachweis führen, wie vorsichtig man vorgeht, indem man sagt, ein Schießmeister hat sich einmal geweigert, den Schuß abzutun, weil kein Wasser vorhanden war.

Wir haben festgestellt, wie die Dinge liegen. Herr Koch hat ja auch gesagt, es sei alles in Ordnung gewesen und der Untersuchungsausschuß wäre überflüssig. Herr Koch konnte das aber nicht feststellen, weil er nicht in der Grube war. Ich war zweimal zufällig drin und habe festgestellt, daß in dem Flöz Gretchen, wo die Staubentwicklung am allergrößten ist, im Ort 2 50 Meter Röhren fehlten, so daß die Berieselung nicht möglich war. Es war kein Endventil an diesen Röhren. Wenn man Wasser hineingelassen hatte, mußte es herauslaufen.

(Zuruf rechts: Ganz wo anders war das!)

— Sie sagen, das wäre ganz wo anders gewesen. Immer die Sucht, irgend etwas zu verdrehen, ohne sich dessen bewußt zu sein, was man sagt!

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Kapitalsknechte!)

— Ich kann wahrhaftig beinahe das unterschreiben, was Herr Kollege Höllein sagt, obwohl ich meistens sonst (B) mit ihm nicht einer Meinung bin.

Ich möchte weiter folgendes sagen. Im Ort 5, einer höher gelegenen Stelle, war es, wo das Ventil an den Röhren wiederum fehlte. Wir haben gefunden, daß in einer Strecke, die ungefähr 100 Meter lang war nach meiner Schätzung, keine Zwischenventile waren, und diese Strecke sollte doch berieselt werden. Wer bürgt uns dafür, wenn dies in einem Revier so ist, daß es auch nicht an einer anderen Stelle der Fall ist? Der Zeuge Peuker, der mit anderen Zeugen von Herrn Winnefeld angeführt wurde, sagte, daß nach dem Unglück in dem Revier Schotte der Rohrleger am 23. Juni eine Doppelschicht verfahren und die Zwischenventile einbauen mußte.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Auf diese Weise sollte eben die Stube rein gefunden werden. Denken Sie einmal nach, was das heißt: Am 20. war das Unglück und am 25. Juni hat der Mann vergeblich versucht, Wasser aus den Röhren zu bekommen!

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Sein Sohn hat vor drei Wochen im Revier Schotte den Schlauch verlangt. Zwei Wochen hat er gewartet und hat den Schlauch nicht bekommen; er hat ihn vielleicht heute noch nicht, sein Vater hat dann weiter gar nicht mehr danach gefragt. Als ich die Frage an den Herrn Direktor stellte, ob denn genügend Schläuche vorhanden wären, hat er mit einer nichtssagenden Redensart geantwortet und gesagt: Ja, meine Herren, das kann ich nicht wissen, da müssen Sie den Materialverwalter fragen. Ich kann das dem Herrn Direktor nicht verdenken, er kann nicht alles wissen, zumal in einer solchen Zeit, wo auch er aufgeregt ist. Aber ich muß doch sagen, daß der Herr Direktor bei jeder Gelegenheit, wo er den Nachweis zu führen glaubte, daß man falsche Beschuldigungen oder nur falsche Behauptungen aufkommen ließ, stets versuchte, den Nachweis zu führen, daß die Sache (C) sich so verhält. In dem Falle hat er, obwohl zweimal ersucht, nicht den Nachweis erbracht, daß Schläuche vorhanden waren. So wird, meine Herren, zum Teil die ganze Sache den Leuten erschwert, so daß sie ihre Pflichten nicht erfüllen können.

Ich werde Ihnen einen untrüglichen Zeugen nennen **aus dem Flöz Gustav**, der bei der Explosion verschont blieb. Sein Kamerad verunglückte und ist mit verbrannt, wenn auch nicht tödlich, er ist lebendig herausgekommen. Und was sagt uns der Mann? Er sagt: vom 1. Februar bis 1. Juli habe ich im Flöz Gretchen — das ist das darüber gelegene Flöz — gearbeitet, und in dieser Zeit habe ich dreimal wegen Wasser den Weg nach der Bühne machen müssen. Er hat dreimal Wasser verlangt

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und eine halbe Stunde lang warten müssen, bevor er das Wasser erhielt. Und nun passen Sie auch schön auf, was ich zu sagen habe! Er sagte: ich bin selbst gegangen, ich habe selbst die Bestellung gemacht; denn wenn ich es meinem Kameraden gesagt hätte, er soll es besorgen, dann hätte das gar keinen Zweck gehabt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was müssen das für Zustände sein, wenn der Hauer selbst laufen muß, wenn er selbst die Bestellung machen muß, wenn die Mitteilung durch seine Schlepper, durch seine Lehrhauer nicht genügt, um das notwendige Wasser zu besorgen!

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Er selbst muß sich der Mühe unterziehen! Merken Sie nicht, wie schlimm die Zustände hier gewesen sein müssen? Glauben Sie, daß es für den Hauer bequem ist, immer hin und her zu laufen, begreifen Sie nicht, wie nahe dadurch die Gefahr liegt, daß er das Wasser zu verlangen unter solchen Umständen einfach unterläßt, (D) daß er sagt: es wird auch so gehen? Wäre er vielleicht weniger gewissenhaft gewesen, wäre dann nicht das **Berieseln** schließlich vollständig unterblieben! Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß das Berieseln für die Bergarbeiter unbequem und lästig ist, denn sie werden naß dabei. Darum sage ich: um so schwerer ist das Verbrechen, wenn man den Leuten nicht das Wasser besorgt, wenn man ihnen nicht das Berieseln erleichtert. Wenn die Bergleute immer erst um Wasser betteln müssen, wenn sie immer erst darum ersuchen müssen, dann fördert man die Gefahr, daß die Berieselung unterbleibt. Man soll sie zur Berieselung anhalten, man soll ihnen die Berieselung so bequem wie möglich machen und sie nicht erschweren.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann es verstehen, wenn man heute das Berieseln als nicht so äußerst wichtig hinstellt. Herr Bergassessor Balling sagt: eine Berieselung reicht auch nicht aus zur Verhütung von Explosionen; das Oberbergamt berät deshalb, ob der Steinstaub nicht zweckmäßiger sei. Weiter sagt er: die **Streckenberieselung** ist Selbsttäuschung; dagegen wenn man vor dem Schuß den Punkt gut bewässert, 20 Meter weit, dann hilft das. Meine Herren, warum denn gerade diese Hervorhebung, daß die Streckenberieselung nichts nützt? Weil vor dem Ort die Hauer rieseln müssen, in der Strecke müssen es aber Berieselungsmeister sein, die die Berieselung vornehmen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daher wird die Behauptung aufgestellt, ob die Strecken berieselt werden oder nicht, sei gleichgültig. Sehen Sie, meine Herren: immer die Sucht, den Nachweis zu führen: die Zechenverwaltung selbst trifft keine Schuld!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(**Janschek**, Abgeordneter.)

(A) Ich will Ihnen sagen: meines Erachtens ist das Urteil des Herrn Bergassessors Balling, der im übrigen ein sehr ehrenwerter Herr sein mag, doch nicht so ganz korrekt; denn wenn das wahr wäre, dann wären die Flammen bei dem jetzigen Unglück viel weiter gegangen, als es in der Tat geschehen ist. Der Kamerad von dem Jünemann, den Zeugen, den ich Ihnen vorhin nannte, ist mit angebrannt. Die Flammen sind in die Sohlstrecke von Gustav hineingegangen. Warum ist aber die Flamme nicht weiter gegangen? Weil sie keine Nahrung gefunden hat, weil diese Strecke — es war die einzige Strecke, die ich befeuchtet vorgefunden habe — feucht gewesen ist. Sehen Sie, meine Herren: wäre die Strecke nicht feucht gewesen, dann wäre die Flamme ohne weiteres auf Grund der Nahrung die sie wieder gefunden hätte, weitergegangen und hätte weiteres Unheil angerichtet. Aus diesem Grunde sage ich: auch die Befeuchtung der Strecken hat selbstverständlich einen Wert.

Wenn man aber positiv der Meinung ist, daß die Berieselung gar nichts nützt, wenn man behauptet, daß die **Anwendung von Steinstaub** zweckmäßiger sei, dann möge man nicht mit langen Beratungen die Zeit hinbringen, bis die Opfer fallen,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

sondern man möge rechtzeitig eingreifen und nicht erst das Kind in den Brunnen stürzen lassen, ehe man den Brunnen zudeckt. Ich denke: vorgebeugt ist besser als nachbedacht und nichts getan.

Man sieht, daß die Berieselungsvorschriften nicht streng eingehalten worden sind. Aber man findet auch, daß viel **Staub vorhanden** war, und bezeichnend ist es gewesen, daß Herr Winnefeld, als wir eingefahren waren und eine Strebe hinaufgingen, wo vielleicht 50 oder 100 Menschen hinaufgerutscht waren und durch
(B) das Rutschen der Staub als solcher beseitigt sein muß, — daß da Herr Winnefeld sagte: aber sehen Sie, wie schön, da ist kein Stäubchen zu sehen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sehen Sie, das war die Auffassung! Und als ich in der Strecke den Herrn Kollegen Braß aufmerksam machte und sagte: hier liegt der Staub, der der Feuerentzünder sein könnte, da hat Herr Winnefeld gesagt: ja, aber das weißt du doch wohl, daß sich Staub sehr leicht bildet, das bißchen Staub!

(Hört! Hört! und Unruhe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Der Herr Kollege Braß wird vielleicht sagen können, daß es nicht bloß ein bißchen Staub war.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ein Glück, daß Sie dabei waren! Sonst wäre bei der Sache nichts herausgekommen!)

— Herr Winnefeld, ich bin nicht allein dagewesen, sondern Sie auch.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ich habe aber nicht gesehen, bloß Sie! Ich habe keine Brille bei mir gehabt!)

— Ja, Sie tragen eine Brille, aber trotz der Brille haben Sie weniger gesehen als ich. Vielleicht liegt das an Ihren Augen.

(Rufe rechts und Gegenrufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren, die Zwiegespräche führen zu nichts. Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Janschek, Abgeordneter: Ob das nun an Ihrem Gesichtsfeld lag oder am Unvermögen oder an sonst irgend etwas, jedenfalls steht die Tatsache fest. Was (C)
ich hier gesagt habe, werden mir die Zeugen, die dabei waren, bestätigen müssen. Und wenn Sie das wurmt, mein Herr, mußten Sie vorher den Mund halten und durften nicht derartige Redensarten führen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Erst die Kommission mußte das feststellen. Der Betriebsrat hat es vorher nicht feststellen können!)

— Wenn Sie gekommen wären, würden Sie überhaupt Ihr Lebtag nichts feststellen. Ich habe nämlich einmal einer schönen Unterhaltung mit einem Menschen zugehört, der Mausefallenarbeiter war und einen ihn hänselnden Mitmenschen auf seine Frage: wielange muß ein Mensch lernen, ehe er das kann? — antwortete: Ein schlauer lernt es in zwei Jahren, aber ein Esel wie du lernt das nie.

(Heiterkeit links. — Zuruf von den Deutschnationalen: Entspricht das dem Ernst der Sache?)

— Auf Grund der Zwischenrufe muß man unter Umständen auch derartige der Sache nicht gemäße Witze gebrauchen, um die Leute abzufertigen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mir ist die Sache viel mehr ernst als den anderen, vielleicht mehr als Ihnen, Herr Mumm.

Ich habe Ihnen nun noch etwas anzuführen, was die **Wetter** betrifft. Ich bin objektiv genug, zu sagen, daß ich bei der zweiten Befahrung, die ich noch gemacht habe, bei der Kontrolle festgestellt habe, daß im Revier keine Wetter waren. Ich bin ehrlich genug, es zu sagen. Aber ich muß auch sagen, welchen Eindruck ich hatte, als der Einfahrer Junghans uns vorerzählte: seit Oktober 1919 bis Ende März dieses Jahres habe ich gefahren, und vierunddreißigmal habe ich Wetter angetroffen. Vierunddreißigmal waren Wetter vorhanden,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten) (D)

und zwar, wie er sagt, auch explosive. Ich will nicht sagen, alle waren explosiv, aber es waren auch explosive Wetter vorhanden. Da dachte ich bei mir: ist das nicht ein Grausen? Ich hatte vorher das Wetterbuch gesehen und habe festgestellt, daß das Wetterbuch seit dieser Zeit, wo dieser Einfahrer nicht mehr fährt, keine Eintragung über Wetter hat.

(Große Unruhe links.)

Glauben Sie, die Wetter wären in dieser Zeit vollständig verschwunden gewesen? Nein, meine Herren, da waren Wetter nach wie vor.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Dafür muß der Betriebsrat sorgen! Wozu ist der Betriebsrat da? Im Betriebsrat sind auch Kommunisten!)

— Meine Herren, ich werde Ihnen etwas sagen: der Einfahrer sagt ausdrücklich, er sei noch nicht so weit gekommen, er müßte erst eigentlich im Grubenbau bekannt werden, ehe er auch diese Sachen untersucht. Ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob das die richtige Redensart ist. Wenn sich die Sache so verhält, soll man wirklich zu dem System übergehen, das wir so oft empfohlen haben. Sie sprechen von den Betriebsräten. Jawohl, ich bin ein Anhänger der Betriebsräte und will, daß den Leuten Rechte gegeben werden. Ich will aber auch, daß den **Betriebsräten Polizeirechte** gegeben werden, daß sie nicht nur anzumelden und im großen und ganzen weiter nichts zu sagen haben. Das will ich haben, und dann wird auch möglich sein, daß man derartige Sachen nicht vorfindet.

Man sage nicht, auf der Grube sind keine **Schlagwetter**. Man hat ja mit Gewalt festzustellen versucht, daß die Grube keine schlagwetterreiche sei. Aber heute haben Sie gehört, daß uns erklärt wurde, der Überhau

(Janschek, Abgeordneter.)

(A) in einem andern Revier stand voll Wetter, abgekleidet unten mit Spitzen, und oben hat man eine Strecke gefahren, wo man wieder in einen andern Überhau kommen wollte und abgesetzt hat, um in diesen Überhau zu gelangen, der positiv voll Wetter stand. In diesem Überhau konnte sehr leicht, wenn man zu nahe kam, der Schuß durchschlagen, und dann brannte der Überhau, dann kam die Flamme, und Sie stellten sich wieder hin und sagten: wen trifft die Schuld? Niemand anders als den Arbeiter, der geschossen hat.

So geht die Geschichte nicht. Man muß auch dafür sorgen, daß solche Herde, wo sich Gase vorfinden, beseitigt werden. Wie schlimm die Wetterbildung ist, das muß man sich daran vergegenwärtigen, daß der Betriebsführer der Zeche sagt: es ist vielleicht möglich, daß die Düsen oder der Krümmer aus dem Überhau entfernt waren, und dann, — ja dann steht der Überhau im Handumdrehen voll Wetter. Aber keine schlagwetterreiche Zeche!

Der Einfahrer hat festgestellt, daß am 4. Februar dieses Jahres ein Bruch gefallen war, wobei fünf Menschen verunglückt waren, und die Betriebe standen dann voll Wetter, auch der Querschlag stand im Nu auf 30 Meter voll Grubengas. Er selbst sagte zu den Arbeitern: es kann ein zweites Radbod geben. Ja, wenn wir solche Ausdrücke von der Behörde, von einem Einfahrer hören, dann können Sie uns nicht zumuten, zu sagen: es ist alles so unschuldsvoll auf der Zeche, wie es den Anschein hat. Ich will nicht sagen, daß die Zechenverwaltung die Schuld trägt. Nein, das ist leider in den Gefahren des Bergbaus vorhanden, aber da soll man zum mindesten nicht versuchen, diese Dinge etwa zu beschönigen. Ich will nicht sagen, daß es eine Explosion von Schlagwettern war, denn ich kann darüber, obwohl ich lange Bergmann war, mir wirklich

(B) nicht ein positives Urteil bilden.

(Hört Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Das wundert Sie? Ja, ich bin nicht so vermessen, so schlau zu sein wie vielleicht andere Leute, die die Grube kaum kennen, die kaum Kohle von Stein unterscheiden können, aber sehr viel „Bergbaukenntnisse" haben.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Herr Hue!)

— Wenn Sie mir „Herr Hue" zurufen, will ich Ihnen sagen: Herr Hue hat zur Sicherheit der Grubenbergarbeiter viel mehr beigetragen, als Sie Zeit Ihres Lebens es zustande bringen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man braucht kein Bergmann zu sein, aber Herr Hue ist derjenige gewesen, der erst die Bergarbeiter aufgerüttelt und ihnen gezeigt hat, wo die Gefahren liegen, weil die Gefahren, die den Bergmann bedrohen, so groß sind, daß er gewissermaßen die Gefahren, die ihn umgeben, gar nicht mehr sieht. Das ist das unvergängliche Verdienst eines Hue, der sich von niemandem, und wenn er noch so hoch steht, beschmutzen lassen kann.

Das Revier Bottermann ist in dem letzten Vierteljahr seit April d. Js. gar nicht von einem Revierbeamten befahren worden, sondern nur von den Betriebsräten. Ich kann es verstehen, ich mache der Bergbehörde keinen Vorwurf daraus, das liegt eigentlich in dem System, das sich eingebürgert hat. Die Herren bekommen Tagegelder von 8, 10 und 12 Mark. Glauben Sie denn, daß ein Beamter, der solche Tagegelder bekommt, gern nach außerhalb geht, wo die täglichen Unkosten das Drei- bis Vierfache davon ausmachen? Da wird er versuchen, soviel wie möglich beiseite zu bleiben, um keine unnützen Kosten zu haben. Ich will nicht sagen, daß der Beamte absichtlich seine Pflicht versäumt, das glaube ich nicht, aber es steht doch fest, daß man mehr oder weniger mit dem rechnet, was man zu verzehren hat, und daß man darum manchmal etwas (C) unterläßt, was man sonst nicht unterlassen würde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch hier müssen wir eine Änderung schaffen, auch hier müssen wir dafür eintreten, daß die Verhältnisse für die Grubenbeamten gebessert werden.

Nun hat der Herr Abgeordnete Koch gesagt, der Untersuchungsausschuß hätte eigentlich zu Hause bleiben können, denn er habe eigentlich keine erhebenden Eindrücke bei der Untersuchung gehabt, hier hätten mehr die Politiker als die Sachverständigen gesprochen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Er schloß von sich auf andere!)

— Ja, Herr Abgeordneter, Sie machen ja sonst ganz gute Bemerkungen, und diese scheint auch eine von den guten gewesen zu sein. Ich meine, die Sache ist so, daß wir, wenigstens ich für meinen Teil, nicht sagen können, daß der Untersuchungsausschuß überflüssig war. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, es hätte viel eher ein Untersuchungsausschuß da sein müssen. Aus dem Grunde wünsche ich auch, daß sich der Reichstag, obwohl es eigentlich zu der Kompetenz des Preußischen Landtags gehört, dahin ausspricht, daß die Grubensicherheit gefördert wird, wenn man in den Oberbergamtsbezirken ständige paritätische Untersuchungsausschüsse einsetzt, die auf Vorschlag der Bezirksarbeitergemeinschaft vom Minister berufen werden und jederzeit zugegen sein können. In diese ständigen Untersuchungsausschüsse müßten die Bergbausachverständigen der im Bezirk wohnenden Parlamentarier hinzugezogen werden, und es müßten nicht zuletzt auch die Organisationsvertreter hinzugezogen werden. Denn denen werden eine ganze Reihe von Klagen zugetragen.

Und wie haben wir das hier gehabt? Die Bergbehörde in Dortmund war willens, den vom Berg- (D) arbeiterverband beauftragten zwei Leuten die Grubenfahrt zu gestatten, aber man hat es verstanden, so lange darum herumzureden — einmal war es die Verwaltung, die es nicht haben wollte, einmal war es die Bergbehörde, die sagte: ohne die Verwaltung können wir es nicht genehmigen —, bis die Leute sich sagten: na, wir können hier doch nichts ausrichten, wir wollen lieber nach Hause gehen. Und dann sagte man natürlich nachher: ja, als man die Leute haben wollte, waren sie weg, das heißt, nachdem schon der Abend gewesen war.

Das sind eben die Gründe, die uns dazu bringen, zu verlangen, daß man diese Leute gleich dabei haben kann. Und wenn man nichts zu vertuschen hat, wird man auch gern solchen Leuten die Einfahrt genehmigen und wird froh sein, wenn man von ihnen das attestiert bekommt. Vielleicht wären es auch diejenigen gewesen, die dann gesagt hätten: wir müssen feststellen, daß die Zechenverwaltung keine Schuld trifft. Das wäre ein Vorteil für die Zechen gewesen. Aus dem Grunde hätten sie das auch ohne weiteres machen sollen. Sie haben es leider, leider verhindert. Aber ich sagte schon, daß die Bergrevierbeamten gewissermaßen nicht aus sich heraus können, einmal wegen der finanziellen Bedingungen, wegen der Tagegelder, und dann auch aus anderen Gründen.

Man wollte bei der Untersuchung die Bergbehörde nicht zulassen, und das ist uns im Hauptausschuß des Preußischen Landtags sehr übel genommen worden, man hat sich sehr darüber empört. Wir haben das aber mit gutem Grunde nicht haben wollen, weil die Bergbehörde in diesem Falle eigentlich mit auf die Anklagebank gehört, und es ist doch bekannt, daß jeder Richter, der sich mit einer Sache befassen soll, bei der er nicht unbeteiligt ist, sich selbst als befangen ablehnt. Nur die Bergbehörde ist anderer Auffassung. Sie glaubt, unbe-

(**Janschek**, Abgeordneter.)

(A) dingt dabei sein zu müssen. Übrigens sollte ja die Bergbehörde nicht vollkommen ausgeschaltet werden in dem Sinne, daß sie nicht mitwirken konnte, sondern nur bei der Untersuchung selbst wollten wir sie nicht haben. Das war unser gutes Recht.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns eben aus berechtigten Gründen gegen die Zulassung der Bergbehörde gewandt, und das war auch der Wunsch des Kollegen Hue, weil er nur zu genau weiß, wie die Sachen sich zutragen, und weil wir nur zu genau wissen, daß auch die **Bergbehörde** zum guten Teil durch Familienverhältnisse mehr oder weniger **mit den Grubenbesitzern verwandt und verschwägert** ist.

(Sehr richtig! links.)

Sehen Sie sich doch einmal die Liste der Aktionäre und der Aufsichtsräte an, da finden Sie eine ganze Reihe gleichklingender Namen mit den Herren der Bergbehörde. Da ist es wohl zu verstehen, wenn man einen gewissen Verdacht hat. Ob er begründet ist oder nicht, möge dahingestellt sein. Aber wir haben das Recht, zu verlangen, daß man auch diese Verdachtsgründe nicht aufkommen läßt, und deswegen wünschen wir, daß in Zukunft ein ständiger Untersuchungsausschuß in jedem Oberbergamtsbezirk vorhanden ist, der das Recht haben soll, die Kontrolle sofort vorzunehmen, und der unter anderem auch die Behörde als solche ausschalten kann, wenn er sich sagt: sie ist in dem Fall die Person, die untersucht und kontrolliert werden soll. Sodann wollen wir, daß den **Betriebsräten** größere Rechte eingeräumt werden, daß sie die **Polizeigewalt** bekommen, um das, was sie für notwendig halten, auch anordnen zu können und dafür sorgen zu können, daß das durchgeführt wird. Die Betriebsratsmitglieder müssen natürlich mit ausreichenden Kentnissen ausgestattet sein. Es muß deshalb versucht werden, die Lehranstalten und die

(B) Kurse so einzurichten, daß die Leute über alles Notwendige aufgeklärt werden.

Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die vorhandenen Erfindungen mehr angewendet und ausgenutzt werden. Man spricht davon, daß der **Unglücksfall auf Mont Cenis durch einen Schuß herbeigeführt** worden ist. Ich will aufrichtig gestehen, daß es auch nach meiner Überzeugung ein Schuß gewesen ist, der diese Kohlenstaubexplosion verursacht hat.

(Hört! Hört! rechts.)

— Ja, Sie sehen daraus, daß ich so objektiv bin, wie nur einer sein kann. — Wenn nun meiner Auffassung nach ein Schuß die Ursache gewesen ist, so kann man deswegen doch noch nicht sagen, daß nun die Schuld unbedingt auf Seiten des Arbeiters sein muß. Es kann auch daran liegen, daß man **zu wenig Schießmeister** hat.

(Sehr richtig! links.)

Oder glauben Sie vielleicht, daß die Arbeiter stundenlang auf den Schießmeister warten können? Wir haben ja gehört, daß der eine Schießmeister sehr viel zu tun hatte. Das mag richtig sein; der eine hat mehr, der andere weniger zu tun.

Wir haben nun eine **Erfindung für ein anderes Besetzen**. Die Erfindung geht dahin, daß man mit Wasser besetzt; dadurch wird die Flamme erstickt, wenn sie sich bildet, und es wird sogar eine größere Wirkungskraft erzeugt. Dieses Verfahren ist bereits im Jahre 1912 patentiert worden. Aber noch heute ist es nicht eingeführt. Warum, weiß ich nicht. Jedenfalls muß geprüft werden, ob man nicht diese Erfindung zum Nutzen der Bergarbeiter einführen soll.

Dann möchte ich wiederum die Frage aufwerfen: wie war es möglich, wenn der Kohlenstaub da war, daß man noch 120 Menschen in einem Revier beschäftigte? Die Vorschriften lauten dahin, daß 60 Personen in der (C) Wetterführung abgetrennt sein sollen. Es müßte auch möglich sein, noch andere Einrichtungen zu treffen. Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, durch Steinstaub und andere Einrichtungen solchen Unglücksfällen immer vorzubeugen, so müßte man doch mindestens dahin wirken, daß, wenn schon einmal ein Unglücksfall eintritt, dann nicht mehr als diese eine Abteilung das Leben lassen muß und nicht eine so große Zahl zu Tode kommt, wie es hier geschehen ist. Man muß versuchen, alles zu tun, um den Arbeitern zu helfen. Es hat keinen Zweck, sich hier über dieses und jenes zu entrüsten, sondern unsere Aufgabe ist es, danach zu streben, einen **besseren Schutz** herbeizuführen. Die natürlichen Gefahren werden wir nie beseitigen können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß solche vermeidbaren Unglücksfälle, wie sie sich leider schon so oft zugetragen haben, nicht vorkommen. Der Bergmann hat schon ohnehin ein schweres Dasein, das kaum wert ist, gelebt zu werden. Und dazu noch ewig diese Gefahr vor Augen! Darum, meine Herren, arbeiten Sie mit uns und treten Sie mit uns dafür ein, daß man die **bergpolizeilichen Vorschriften** baldigst einer **Revidierung** unterwirft, daß man das, was notwendig und brauchbar ist, behält, das übrige wegwirft und neues einführt, damit die Leiber der Bergarbeiter besser geschützt werden. Sorgen Sie mit uns dafür, daß die Reform eintritt, damit nicht die Zeit kommt, wo man sagt: auch Ihr habt nichts getan für den Schutz der Bergarbeiter, auch Ihr seid mitschuldig, wenn nicht das Notwendige zum Schutze der Bergarbeiter unternommen wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der preußische Herr Minister für Handel und Gewerbe.

Fischbeck, Preußischer Minister für Handel und (D) Gewerbe: Meine Damen und Herren! Der Herr Kommissar der preußischen Regierung hat sich vorhin bemüht, in unparteiischer Weise das Ergebnis der **amtlichen Untersuchung** hier darzulegen, und wer ihn gehört hat, wird die Überzeugung gewonnen haben, daß sich die Bergbehörde wirklich bemüht hat, in dieser Untersuchung ohne Voreingenommenheit zu wirken.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe, als am vorletzten Montag das Unglück passiert war und am Dienstag morgen uns einigermaßen über die Größe dieses Unglücks Bericht gegeben war, die Herren, die diese Fragen im preußischen Handelsministerium bearbeiten, ersucht, sofort an Ort und Stelle zu fahren. Und als Sie, meine Damen und Herren, hier am Mittwoch vor acht Tagen Ihre Beratung hielten und dabei gesagt wurde, bei solchen Untersuchungen müsse der Betriebsrat mitwirken, das seien die geeigneten Leute, die würden objektiv die Wahrheit feststellen, da waren meine Herren mit dem Betriebsrat längst unten in der Grube und untersuchten diese Sache.

(Hört! Hört! rechts.)

Uns ist es niemals eingefallen, die **Betriebsräte** auszuschalten. Im Gegenteil, solange das Betriebsrätegesetz besteht, habe ich mich bemüht, den Betriebsräten die ihnen gebührende Stellung zukommen zu lassen, und immer wieder die Herren meiner Verwaltung angewiesen, daß sie sich mit den Betriebsräten in Verbindung zu setzen, sie bei den Befahrungen der Grube heranzuziehen und zu hören haben, welche Wünsche sie haben, um von ihnen die Anschauungen der Arbeiter kennen zu lernen. Und wenn ich selbst eine Zeche besuche oder in eine Grube einfahre — Sie können sich erkundigen, in welchem Bergrevier Sie wollen —, noch

(**Fischbeck**, preußischer Minister für Handel und Gewerbe.)

(A) niemals ist es anders geschehen, als daß von dem Augenblicke an, wo ich auf die Zeche komme, der Vorsitzende des Betriebsrats zur Stelle ist, und er verläßt mich erst, wenn ich von der Grube weggehe.

Meine Herren, so sind wir auch bei dieser Gelegenheit verfahren. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, selbst die Zeche aufzusuchen, um mich an Ort und Stelle über die Untersuchung zu unterrichten und zu sehen, ob nach meinen Anweisungen verfahren wird. Ich habe selber den Betriebsrat gehört, ich habe mir auch die Rettungsmannschaft vorstellen lassen, die in überaus lobenswerter Weise unter Einsetzung ihres eigenen Lebens für die Kameraden eingetreten ist.

(Bravo!)

Ich habe dieser Rettungsmannschaft meine Anerkennung und meinen Dank ausgesprochen und möchte diesen Dank der Regierung auch hier vor dem ganzen Lande wiederholen. Ich habe auch vor dieser Rettungsmannschaft meine Fragen gestellt und den Beteiligten Gelegenheit gegeben, sich über die Zustände in der Grube zu äußern. Es ist also nicht so, als ob wir die Arbeiter ausgeschaltet und irgend etwas vertuscht hätten.

Da die Dinge so sind, werden Sie es mir nicht verdenken können, wenn ich mich dagegen verwahre, daß bei einer solchen Gelegenheit behauptet wird, die Bergbehörde sei diejenige, die auf die Anklagebank gehöre.

(Sehr richtig! rechts.)

Manches von dem, was Herr Hue am Mittwoch vor acht Tagen hier gesagt hat, würde vielleicht ganz anders von ihm gesagt werden, wenn er an den Ausschußberatungen teilgenommen und jetzt das objektive Erkenntnis der Untersuchung vor sich hätte.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie ist noch nicht abgeschlossen!)

(B) — Um so mehr war es falsch, vor der Untersuchung schon die Bergbehörde anzuklagen,

(sehr richtig! rechts)

und die Bergbehörde für die Schuldige zu erklären. Da wartet man eben die Untersuchung ab, ehe man so schwere Beschuldigungen erhebt.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Es ist ja in der Presse und anderwärts gesagt worden: Ja, wenn ein Lokomotivführer oder Bahnhofsvorsteher ein Unglück angerichtet hat, dann untersucht doch der Betreffende das Unglück nicht selbst. Ja, das ist eine logisch ganz falsche Vorstellung. Jenen Lokomotivführer oder Bahnhofsvorsteher kann man vielleicht mit einem Direktor, Betriebsführer oder einem Steiger der betreffenden Zeche vergleichen; aber ich habe noch nie gehört, daß man, wenn ein Eisenbahnunglück passiert ist, die Bahnpolizei von der Untersuchung ausgeschlossen hätte.

(Sehr wahr! rechts.)

Im Gegenteil, sie ist dazu da, die Untersuchung zu führen. Meine Herren, wir können nicht darein willigen, daß die geordnete Instanz — und die Bergbehörde ist eben Polizeibehörde, der Revierbeamte ist der Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft, — daß dieses behördliche Organ bei der Untersuchung ausgeschlossen ist. Was ist denn der Bergrevierbeamte im Grunde genommen? Er ist der Gewerbeaufsichtsbeamte des Bergbaus. Ich habe aber noch nie gehört, daß, wenn in einem Fabrikbetriebe ein Unglück passiert, man deswegen ohne weiteres den Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Anklagebank gesetzt hätte.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß deswegen dagegen protestieren, daß man (C) unbewiesener Weise gegen die Bergbehörde derartige Beschuldigungen erhebt.

(Bravo! rechts.)

Herr Janschek hat gesagt, ja der Verdacht liege vor, es seien **Familienbeziehungen der Bergbeamten mit den Werksbesitzern** vorhanden. Ob der Verdacht begründet sei oder nicht, wisse er allerdings nicht, aber er sei da. Meine Herren, daß man vor dem Lande ohne Beweise einen solchen Verdacht, eine solche Beschuldigung ausspricht, daß man Beamte, die ihre Schuldigkeit zu tun bemüht sind — und dessen bin ich Zeuge, und ich lege Ihnen ja gerade dar, daß sie das zu tun bemüht sind —, in dieser Weise ohne Unterlage öffentlich anklagt, dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ziegler (Westfalen).

Ziegler (Westfalen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn hier die Debatte in diesen Stunden in einer solch leidenschaftlichen Weise geführt worden ist, so ist das letzten Endes nicht unverständlich. Die Erregung, die sich in unserem ganzen Volke angesichts der Katastrophe auf Mont Cenis gezeigt hat, wirkt naturgemäß auch in diesem hohen Hause nach. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Debatten dann auch einen gewissen erregten Ton aufweisen. Wir sollten uns aber bemühen, wenn wir die bisherigen Feststellungen auf uns wirken lassen wollen, dies möglichst ruhig und leidenschaftslos zu machen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn nur dann, wenn wir leidenschaftslos die Dinge gegen einander abwägen, nur dann, wenn wir leidenschaftslos versuchen, diejenigen Wege zu finden, die uns eine Rettung aus diesen furchtbaren Gefahren zeigen, nur dann, möchte ich sagen, werden wir imstande sein, diese Wege zu finden. (D)

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Von einem meiner Vorredner ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob die **Einsetzung des Untersuchungsausschusses** richtig und zweckmäßig gewesen wäre. Es stimmt schon: die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Reichstags für solche Fragen ist etwas Neues, und ich gebe ohne weiteres zu, daß die Frage strittig sein kann. Als Mitglied des Untersuchungsausschusses und als Teilnehmer an den Verhandlungen in Solingen möchte ich aber sagen, daß ich die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses doch nicht für so ganz ergebnislos halte, wie sie hier mein Vorredner von der Deutschnationalen Volkspartei darstellen möchte.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Die Verhandlungen haben doch mancherlei Schlaglichter auf die ganzen Verhältnisse geworfen, und wir können meines Erachtens, ohne daß wir jetzt endgültig zu den Ergebnissen Stellung nehmen — denn das können wir nicht; die Untersuchung ist ja noch gar nicht abgeschlossen, wir wissen noch gar nicht, was bei den Aufräumungsarbeiten noch alles gefördert wird; wir wissen noch gar nicht, was alles festgestellt wird —, wohl an Hand der bisherigen Ergebnisse zu mancherlei Schlüssen gelangen, die uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen, wenn wir auf eine Verminderung der Unfallgefahr im Bergbau hinarbeiten wollen.

Mit Einzelheiten der Untersuchung will ich mich nicht beschäftigen. Das haben meine Vorredner ja sehr eingehend getan. Ich will hier nur, soweit es absolut notwendig ist, auf Feststellungen, die gemacht wurden, eingehen. Eines aber

(**Ziegler** [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) möchte ich sagen: Unser Volk hat von jeher für den Beruf des Bergmanns eine hohe Achtung gehabt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unser Volk betrachtet den Bergmann — diejenigen, die das Bergrevier nicht kennen, erinnere ich an ihre Schulzeit, wenn während der Schule der alte Bergmann als Invalide mit dem Modell des Bergwerks kam, um es den Schulkindern zu zeigen — gewissermaßen als eine höher gestellte Person. Ich sage, unser Volk hat ein Recht, die volle Wahrheit zu verlangen über die Dinge, die sich abspielen, wenn solche Unfälle sich ereignen. Es muß deshalb meines Erachtens dafür gesorgt werden, daß über den Gang der Untersuchung und die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen nach beiden Seiten absolute Klarheit und Offenheit geschaffen wird. Liegt ein Verschulden der Unternehmer vor, dann wird dieses Verschulden rücksichtslos festzustellen sein. Liegt eine fahrlässige Handlung auf der anderen Seite vor, dann müssen wir aber auch eine etwaige fahrlässige oder leichtfertige Handlung ebenso klar und unzweideutig feststellen. Denn nur dadurch, daß wir immer wieder den Finger in diese Wunden legen, nur dadurch, daß wir auch denjenigen, die unten in der Grube mitarbeiten, klar vor Augen führen, welche Gefahren aus fahrlässigen Handlungen entstehen können, können wir zur Abstellung der Mißstände mitwirken.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist also zu fragen: Liegt ein schuldhaftes oder fahrlässiges Verhalten einzelner vor, das solche Folgen zeitigt? Und, meine Damen und Herren, die Folgen sind doch geradezu grauenhaft: 82 Tote, 75 Verletzte! So ungeheuerliche Folgen zwingen uns, auf der eingehendsten Darstellung zu bestehen. Bei dem jetzigen Stande der Untersuchung, deren vorläufiges Ergebnis uns der Kollege Imbusch mitgeteilt hat, müssen wir uns bezüglich der (B) Beantwortung dieser Frage noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Warten wir also den Abschluß der Untersuchung ab. Dann wird sich schon herausstellen — das ist wenigstens die Überzeugung, die ich auf Grund meiner Teilnahme an den bisherigen Untersuchungen gewonnen habe —, auf welche Ursachen dieses katastrophale Unglück zurückzuführen ist. Dagegen möchte ich glauben, daß wir mit der Besprechung der Maßnahmen, die geeignet sind, eine Wiederkehr solcher Unfälle, soweit das überhaupt im Bereich des Möglichen liegt, zu vermeiden, nicht bis zum Abschluß der Untersuchung warten dürfen, sondern nach meiner Meinung gibt schon der jetzige Stand der Dinge uns die Möglichkeit zu einer Prüfung und Erörterung.

Wenn wir nun versuchen, uns aus den bisherigen Feststellungen ein allgemeines Bild von der Ursache zu machen, so müssen wir wohl zwei Arten möglicher Ursachen unterscheiden. Einmal kommen die allgemeinen Ursachen in Frage. Es ist richtig, die **Sicherheit im Bergbetriebe** hat gewaltig abgenommen. Letzten Endes ist es auch eine Kriegsfolge, daß dieser Zustand eingetreten ist. Die Art, wie während des Krieges der Bergbau betrieben wurde, das Hintansetzen der Gefahren, das Suchen nach Steigerung der Förderziffer um jeden Preis, brachten naturgemäß einen gewissen Leichtsinn auch in den Bergbau hinein, und der Umstand, daß wir durch den Friedensvertrag und durch die Verhandlungen in Spa zu der ungeheuren Kohlenlieferung verpflichtet worden sind, hat selbstredend nicht zur Milderung dieser Gefahren beigetragen. Vielmehr sind wir gezwungen gewesen, über 200 000 Bergarbeiter neu einzustellen und auf den Gruben Leute anzulegen, die von den Gefahren des Bergbaubetriebes keine Ahnung hatten, da sie ganz neu hinzukamen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Hier müssen wir also einsetzen, und es ist wohl die (C) Frage berechtigt: Ist auf die **Aufklärung** dieser **neuangelegten Arbeiter** die nötige Sorgfalt verwendet worden? Hat man in dem absolut erforderlichen Umfange dahin gewirkt, daß die neu in den Bergbetrieb hineinkommenden Arbeiter sich mit den Gefahren des Bergbaus bekanntmachten? Auf Grund meiner Kenntnisse möchte ich behaupten: Diese Sorgfalt ist nicht angewendet worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Wir haben im Bergbau eine ganze Reihe von Arbeitern, die den Gefahren des Bergbaus vollständig verständnislos gegenüberstehen,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts)

die gar nicht wissen, in welch ungeheuren Gefahren sie sich tagtäglich befinden, in die sie ihre Mitarbeiter tagtäglich hineinbringen. Ich glaube, wenn wir nach den Mitteln suchen, diese Gefahren zu vermeiden, müßten wir — einige meiner Herren Vorredner haben ja auch schon darauf hingewiesen — da anfangen, daß **Ausbildung und Vorbildung der Bergarbeiter** in einer ganz anderen Form betrieben werden, als dies heute geschieht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich erkenne gern an, daß es durch die Einrichtung der Fortbildungsschulen möglich wird, den jugendlichen Bergarbeiter allmählich mit den Gefahren bekannt zu machen. Aber bis daß wir soweit sind, daß aus diesen so vorgebildeten jugendlichen Bergarbeitern ein Bergarbeiterstand entsteht, vergehen noch Jahre. Deswegen muß außer der Fortbildungsschule auch noch in anderer Weise dahin gewirkt werden, Aufklärung zu schaffen. Ich stelle die Frage, ob es denn nicht möglich ist, für die in den Kohlengruben beschäftigten Arbeiter, besonders in den Kohlengruben, in denen wir mit Schlagwettergefahren zu rechnen haben, für die Arbeiter besondere **Instruktionsstunden** einzuführen, in denen sie mit den Ge- (D) fahren ihres Betriebes bekannt gemacht werden, in denen auch die Schutzmaßnahmen gezeigt werden, die zur Durchführung und Anwendung kommen können, wenn einmal derartige Gefahren etwas in den Vordergrund treten.

Nur dann, wenn dies geschieht, wenn wir eine Bergarbeiterschaft haben, die mit den Gefahren des Betriebes vertraut ist, können auch die **Kontrollmaßnahmen,** die von den **Betriebsräten** durchgeführt werden, richtig angewandt werden. Denn nur derjenige Arbeiter kann doch einen Betrieb auf seine Gefahr hin kontrollieren, der die Gefahren selber kennt und mit der Möglichkeit der Abstellung vertraut ist. Ich will ohne weiteres zugeben, — das haben meine Vorredner ebenfalls schon festgestellt —, daß auf der hier zur Erörterung stehenden Grube die Möglichkeit der Kontrolle durch die Arbeiter vorhanden und gegeben war. Dem Betriebsrat sind keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. Wir müssen die Dinge hier erörtern und die Wahrheit rücksichtslos durchklingen lassen. Ich habe noch am letzten Tage unserer Anwesenheit in Solingen mit dem Obmann des Betriebsrats, Herrn Luschinski, auf der Steigerstube eine Unterredung gehabt und dort wiederum an der Hand des Buches, in dem die Befahrungen des Betriebsrats festgestellt werden, festlegen können, daß dem Betriebsrat das Befahren der Grube jederzeit, in jedem Augenblicke vollständig freistand.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Die Aussagen des Betriebsratsmitgliedes für das Unglücksrevier, des Herrn Scherer, haben ja auch während der Untersuchung selbst ergeben, daß nach der Richtung hin der Verwaltung kein Vorwurf zu machen sei.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Ich könnte an Hand meiner Notizen, die ich gerade über diese **Zeugenvernehmung** dort gemacht habe, nachweisen, daß die **Betriebsratsmitglieder** in **der Grube Mont Cenis**

(**Ziegler** [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) in der einwandfreiesten Weise auch gerade bezüglich des Unglücksreviers klargestellt haben, daß sie zu jeder Zeit in der Lage gewesen seien, die Grube zu befahren. Sie haben festgestellt, daß die Bewetterung gut war, daß der Betrieb kalt war, sie haben die Grube jede Woche befahren; sie haben weiter festgestellt, daß die Berieselung immer gut war. Ich erinnere die Mitglieder des Ausschusses daran, daß das Betriebsratsmitglied Scherer ausdrücklich sagte: Klagen waren nicht vorhanden, Rohre waren im Revier immer vorhanden.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Also die Dinge liegen so — und das hat auch einer der Herren Vorredner ausgesprochen —, daß Samstagabend, als wir den Betriebsrat gehört hatten, ohne die anderen Zeugen, ohne die Verwaltung, war der Eindruck für uns doch so, daß ein Mitglied des Ausschusses selbst sagte: Nach den Aussagen, die wir heute gehört haben, müssen wir uns eigentlich fragen, ob wir auf der richtigen Zeche sind,

(hört! hört! links)

ob wir nicht auf eine falsche Zeche geraten sind.

Wenn dies alles zutrifft — ich setze voraus und nehme ohne weiteres an, daß die Betriebsratsmitglieder ihre Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben —, wenn die Kontrolle richtig durchgeführt ist, wenn das alles in Ordnung war, was die Betriebsratsmitglieder hier als in Ordnung hingestellt haben, dann muß ich denn doch dieser Tatsache gegenüber sagen: wie kann denn dieses Unglück einen solchen ungeheuren Umfang annehmen? Um so unerklärlicher ist dann der Umfang dieses Unglücks. Da drängt sich mir die Frage auf: war die Kontrolle denn scharf genug, die durchgeführt worden ist? Sind diejenigen, die zur Durchführung der Kontrolle bestimmt sind, mit den notwendigen Kenntnissen der Grubengefahren ausgerüstet?

Meine Damen und Herren! Ich möchte vermeiden,

(B) bei dieser Debatte politische Gegensätze auszuspielen. Aber ich will doch auf eins hinweisen, was vorhin mehrfach in den Kreis der Erörterung gezogen wurde. Das ist die Art und Weise, wie der Betriebsrat dort auf Mont Cenis sich politisch zusammensetzt. Es ist hier gesagt worden, er wäre kommunistisch. Das ist bestritten worden und gesagt worden, er wäre unionistisch. Soweit ich im Bilde bin, liegen die Dinge wohl so, daß sowohl Anhänger des alten Bergarbeiterverbandes, Mitglieder des christlichen Gewerkvereins und Unionisten in ihrer Gesamtheit die Betriebsvertretung bilden. Aber ich möchte doch sagen, meine Damen und Herren: dieser Umstand, den wir ja heute im Industrierevier sehr vielfach haben, daß die **Wahlen zu den Betriebsräten** sehr oft **nach politischen Hinsichten** stattfinden, dient meines Erachtens wahrhaftig nicht dazu, immer dahin zu wirken, daß an die Spitze der Betriebe diejenigen Leute kommen, die auf Grund ihrer Tätigkeit, auf Grund ihrer langjährigen Tätigkeit auch die Erfahrung haben, um bei solchen Dingen mitzuwirken.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Da, glaube ich, liegt die Gefahr vor, daß auf Kosten der Erkenntnis und Erfahrung manchmal Leute lediglich aus politischen Gründen gewählt werden. Das ist ein Zustand — und das werden mir die Freunde, die dem Bergbau angehören, auch unsere Freunde in den Bergarbeiterkreisen, offen zugeben müssen —, das ist eine Gefahr, eine Vermehrung der im Bergbau vorhandenen Gefahren, die wir uns doch abzustellen bemühen sollten. Nur erfahrene Bergleute, vertraut mit den Gefahren selbst, sollten in diese verantwortlichen Stellen hineinkommen. Dann würde auch die Durchführung der Schutzmaßnahmen ganz anders möglich sein als bisher.

Ich habe vorhin gesagt, es fehlt in den Reihen der Bergarbeiter die Kenntnis der Gefahren des Betriebs. Mein Vorredner hat hier vorhin auf den Einfahrer Junghans hingewiesen. Mitglieder der Kommission werden sich erinnern, welch einen ungeheuren Eindruck die **Schilderungen des Einfahrers Junghans** bei der Kommission hervorrief, als er jenen Vorgang vom 4. Februar schilderte, wo es am seidenen Faden hing, eine noch größere Katastrophe als die von Radbod durch die Unvorsichtigkeit der Arbeiter herbeizuführen. Ich meine, dieser Vorgang war doch nur deshalb möglich, weil die Leute, die dort in dem Betrieb arbeiteten, von den Gefahren keine Ahnung hatten. Ich meine also: wir müßten dahin wirken, daß diese Dinge sich nicht mehr abspielen könnten. Ich muß im Gegensatz zu dem Kollegen Winnefeld sagen, daß Junghans an dem Tage, wo er zur Vernehmung gelangte, ausgesagt hat, daß er bei der Befahrung der Grube Mont Cenis in 34 Fällen Schlagwetter festgestellt hat.

(C)

(Hört! Hört! links.)

Es ist ausdrücklich gefragt worden: waren das Schlagwetter, die man als Wetter bezeichnet, oder waren es Schlagwetter, die als Gefahren zu bezeichnen waren? Er antwortete meines Wissens und meiner Erinnerung nach, daß er nur solche Schlagwetter feststelle, die eine Gefahr böten.

(Hört! Hört!)

Es ist also schon so, daß wir von einer schlagwetterarmen Grube bei Mont Cenis jedenfalls nicht reden dürfen, wenn ich auch nicht behaupten will, daß sie gerade schlagwetterreich ist.

Die Schlagwetterexplosion scheidet ja nach den bisherigen Feststellungen aus. Neben den Schlagwettergefahren im Bergbau haben wir aber die Gefahr des Kohlenstaubes. Die Meinung der Sachverständigen geht dahin, daß wir es hier mit einer Kohlenstaubexplosion zu tun haben. Nun sind die Meinungen über die Art der **Bekämpfung der Kohlenstaubgefahr** geteilt. Es ist vorhin (D) schon hier zum Ausdruck gekommen. Die einen sagen: **Berieselung,** die anderen sagen: Steinstaub. Stellen wir zunächst einmal die Tatsachen fest. Kohlenstaub war vorhanden, darüber besteht doch gar kein Zweifel. Ebenso war aber auch die Möglichkeit der Berieselung im Revier Bottermann vorhanden. In dem über dem Flöz Mathias liegenden Flöz Gretchen ist der Mangel an Berieselungsröhren festgestellt worden. Ich möchte mich aber weniger damit beschäftigen, ob die Möglichkeiten der Berieselung vorhanden waren, sondern vielmehr die Frage aufwerfen: Ist bei dem Schuß, der hier als Explosionsursache in Frage kommt, wirklich das durchgeführt worden, was der Schießmeister als seine Regel hinstellte? Ist vor dem betreffenden Schuß wirklich berieselt worden? Das ist die ernste Frage, die wir uns vorlegen müssen.

Wenn berieselt worden ist, dann kann meines Erachtens das Unglück nicht einen solchen Umfang angenommen haben. Wir werden also gut tun, das endgültige Untersuchungsergebnis nach der Richtung hin abzuwarten. Aber auch ohne daß wir dieses Ergebnis der Untersuchung haben, müssen wir doch, glaube ich, aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge die nötigen Konsequenzen ziehen. Solange sich kein anderes Verfahren als besser erwiesen hat, müssen wir schon bei dem System der Berieselung bleiben. Wenn dieses System der Berieselung heute noch als das zweckmäßigste Mittel zur Bekämpfung der Kohlenstaubgefahr anerkannt wird, dann müssen wir — und hier möchte ich die entsprechende Bitte an die Bergbehörde richten — auch dafür sorgen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um diese Berieselung unter allen Umständen sicherzustellen. Es ist in den Kreisen der Kohlenbergarbeiter die Anschauung vorhanden, daß die Berieselung viel sicherer sein würde, wenn der **Berieselungsmeister** eben **nur berieselte,** also von anderen Arbeiten be-

(**Ziegler** [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) freit würde. Ich bin nicht Fachmann genug, um darüber urteilen zu können, ob das ohne weiteres geht, will aber diesen Gedanken, der gerade in Bergarbeiterkreisen sehr eingehend erörtert wird, hier aussprechen, um die Behörden darauf hinzuweisen, daß auf dem Wege vielleicht die Gefahr des Kohlenstaubes so bekämpft werden kann, daß sie in ihrer furchtbaren Wirkung abgeschwächt wird.

Ist der Kohlenstaub die größte Gefahr des Bergbaues — und das scheint mir in den Gruben, die nicht schlagwetterreich sind, der Fall zu sein —, dann muß alles zu ihrer Bekämpfung geschehen. Wir sind meines Erachtens verpflichtet, für den Schutz der Bergarbeiter so viel zu tun, wie nur möglich ist.

Diese Gefahr des Kohlenstaubes, meine Damen und Herren, zwingt mich noch zu einer anderen Erwägung. Vorhin hat der Herr Kollege Janschek auf die Schießmeister und Schießhauer hingewiesen. Mir scheint es — das ist wohl das Ergebnis der Überlegung, die ich auf Grund der Unterredung dort unten im Unglücksbezirk gehabt habe — notwendig zu sein, daß man auf die **Ausbildung der Schießmeister und Schießhauer** einen größeren Wert legt, als es bisher geschehen ist. Es ist doch festgestellt, daß Schießhauer da sind, die noch nicht allzulange im Bergbaubezirk tätig waren und die nach verhältnismäßig kurzer Zeit schon den Charakter als Schießhauer bekommen haben, als Menschen, die also mit den Gefahren dauernd umgehen müssen, von denen ihre Kameraden bedroht sind. Hier muß, glaube ich, die Bergbehörde einsetzen. Eine schärfere Kontrolle der Berechtigung der Ausübung des Berufs als Schießmeister oder Hauer scheint mir absolut notwendig zu sein. Schon die jetzt auftauchende — ich sage ausdrücklich —, noch nicht feststehende Annahme des verbotswidrigen Schusses als Anlaß der Explosion zwingt zu dieser Erwägung. Auf diesen Schießhauern und Schießmeistern lastet die schwerste

(B) Verantwortung. Was nutzen alle Schutzmaßnahmen, was nutzt die Bewetterung, was die Berieselung, wenn im entscheidenden Augenblick derjenige, der den Schuß löst, diese Maßnahme nicht beachtet. Die Schießmeister auf Mont Cenis, soweit sie vernommen werden konnten, haben erklärt, daß sie diese Vorschriften beachtet haben. Von ihnen ist nicht geschossen worden, bevor berieselt wurde.

Die Frage ist nun, wer hat, wenn der Schuß die Ursache ist, den Schuß ausgelöst? Und wenn dieser Schuß die Ursache ist, ist dann auch die Berieselung erfolgt? Wir sollen kein Urteil abgeben und keine Toten verdächtigen und von ihnen nichts Schlechtes reden. Bevor das Ergebnis feststeht, möchte ich jeder Schlußfolgerung mich enthalten. Aber das möchte ich sagen: Auf die Ausbildung und insbesondere auf die Vermehrung der Schießhauer muß denn doch eine viel größere Sorgfalt gelegt werden, als das bisher geschehen ist. Kommt nicht dieses ab und zu vorkommende **verbotswidrige Schießen** daher, daß nicht genug Schießmeister und Schießhauer vorhanden waren? Ist es nicht so, daß die Schießmeister und Schießhauer unten in der Grube sind und oben ein Stück höher nach ihnen verlangt wird? Er kann nicht heraufkommen, weil er unten zu tun hat. Da oben aber wollen sie Kohle haben. Und Kohle müssen sie liefern, um ihr Geld zu verdienen. Auf diese Weise werden die Bergleute dazu verleitet, verbotswidrige Schüsse abzugeben und alle die Vorschriften und Maßnahmen nicht zu beachten, die hierbei beachtet werden müssen. Wenn nach der Richtung hin einmal unsere **bergpolizeilichen Vorschriften** einer näheren Untersuchung und **Ergänzung** unterzogen würden, würden wir auch zur Bekämpfung der Unfallgefahren im Bergbau beitragen.

Aber, meine Damen und Herren, alle Vorschriften — auch das ist schon einmal von einem Redner gestreift worden — nützen letzten Endes gar nichts, wenn sie nicht befolgt werden oder wenn sie nicht befolgt werden können. (C)
Denn eine ganze Reihe Vorschriften nehmen sich auf dem Papier ganz wunderbar aus, aber sind in der Praxis nur in wenigen Fällen durchführbar. Das zwingt mich zu einer anderen Frage: ist die **Zahl der Einfahrer**, die heute in den Grubenbezirken vorhanden sind, groß genug? Wir haben vorhin gehört, daß das Revier Bottermann auf Mont Cenis in den letzten drei Monaten von staatlichen Einfahrern nicht befahren worden ist. Im April war die letzte Befahrung.

(Zuruf links: Ein Einfahrer für 17 Gruben!)

— Ganz recht! Bei den Verhandlungen ist festgestellt worden, daß die Überlastung der Einfahrer eine ungeheure ist. Das ist ein altes Lied. Ich erinnere nur an die Durchführung der Maßnahmen der Gewerbeaufsichtsbeamten, die ja auch die Gewerbebetriebe nicht alle besichtigen können. Aber hier handelt es sich doch um Bergarbeiter, die eine Arbeit verrichten, die den Lebensnerv unseres Volkes darstellt. Hier, meine ich, muß dafür gesorgt werden, daß auch die staatlichen Aufsichtsbeamten in genügender Zahl vorhanden sind und — auch das will ich Ihnen bestätigen — so entschädigt werden, daß sie auch bestehen können. Das gehört dazu!

Die Frage ist ferner: gehen die **Rechte und Befugnisse der Einfahrer** weit genug? Können sie das anordnen, was anzuordnen absolut notwendig ist? Sind sie in der Lage, eventuell selbständig Anordnungen zu treffen, wenn einmal die Notwendigkeit dazu vorliegt? Mir scheint da manches im argen zu liegen. Wenn diese staatliche Befahrerei der Gruben auf der Höhe wäre, wie es der Fall sein müßte, dann hätte es nicht vorkommen können, daß seit März im **Wetterbuch auf der Zeche Mont Cenis** keine Eintragungen gemacht worden sind. Da mußten Eintragungen stattfinden, da mußte aus dem Wetterbuch nachgewiesen werden, daß die regelmäßigen Befahrungen so erfolgt sind, wie es notwendig war. Diese (D)
Fragen sind es, die wir momentan, soweit es das noch nicht abgeschlossene Verfahren zuläßt, in den Vordergrund stellen müssen.

Dann aber noch eins! Wir müssen endlich einmal von der Methode abkommen, wie wir sie auch hier im deutschen Reichstage jetzt schon seit Jahr und Tag üben. Wir müssen einmal vom Reden weg!

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sobald draußen im Lande etwas los ist, dann wird hier tagelang geredet, die wunderbarsten Reden werden hier gehalten; aber es fehlt nachher das Handeln, und ich meine: wir sollten uns wirklich einmal darein finden, daß wir bei solchen Dingen etwas weniger reden

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und etwas mehr handeln.

Ich habe mich gefreut, als der Vertreter der Bergbehörde sagte: wir wollen hier einen Ausschuß einsetzen, wir haben die und die Ausschüsse, und es wird für diese Frage wieder ein neuer Ausschuß eingesetzt. Aber mit dem bloßen Einsetzen von Ausschüssen läßt sich diese Frage nicht aus der Welt schaffen, sondern nur dann, wenn daraus alle Beteiligten die notwendigen Konsequenzen ziehen. Es gilt, dafür zu sorgen, daß unsere Bergarbeiter unsere Wirtschaft aufrechterhalten; denn auf der Tätigkeit der Bergarbeiter, insbesondere unserer Kohlenarbeiter, ruht doch letzten Endes die deutsche Wirtschaft. Sie schaffen den Untergrund, um uns das Leben als Volk und Nation zu ermöglichen. Deshalb haben wir die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu wirken, daß sie ihre Arbeit unter Bedingungen ausführen können, die es ihnen ermöglichen, mit größerer Hoffnung auf ihr Wiederhochkommen zum Licht zu blicken als bisher.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

(**Ziegler** [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) Das muß das Ziel sein, das wir erreichen müssen. Wenn der Weg, den Herr Kollege Janschek vorgeschlagen hat, die Einsetzung von ständigen Ausschüssen in den einzelnen Bergbezirken, dazu führt, diese Sicherheit etwas zu vermehren, dann rate ich dringend, ihn zu gehen.

Mir scheint überhaupt, daß bei solchen **Unglücksfällen** das **Eingreifen der Behörden** etwas **schneller** erfolgen müßte,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

als es auch bei Mont Cenis geschehen ist. Vielleicht können wir demnächst beim Gang der Untersuchung feststellen, wie lange es gedauert hat, bis die Kunde von dem Grubenunglück in Mont Cenis bei der Bergverwaltung in Dortmund eingetroffen ist. Es kommen dabei noch andere Reichseinrichtungen in Frage. Ich sehe keinen Vertreter der betreffenden Abteilung hier sitzen; sonst würde ich etwas deutlicher werden. Es muß jedenfalls Vorsorge dafür getroffen werden, daß bei solchen Unglücken ein sofortiges Eingreifen der Behörden erfolgt, schon um einwandfreie Feststellungen über die Ursachen des Unglücks zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden im Verlauf der Untersuchung noch mehrere derartige Feststellungen machen; aber das, was heute möglich ist, ist von einigen meiner Herren Vorredner und in einzelnen Fragen auch von mir hier angedeutet worden.

Das Bild, das der **Reichstag** in dem Augenblick bietet, wo wir über Fragen sprechen, die einen großen Teil unseres Volkes angehen, ist auch wahrhaftig kein erhebendes.

(Sehr richtig!)

Die **Zahl der leeren Sitze** — ich nehme keine Partei davon aus — ist eine solche, daß wir eigentlich hätten darauf verzichten müssen, vor einem so besetzten Hause diese Frage aufzurollen.

(B) (Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es mag sein, daß der Tag unglücklich gewählt ist. Aber das Interesse der deutschen Volksvertretung an dem Wohlergehen der Bergarbeiterschaft hätte ein solches sein müssen, daß nicht so viel Plätze leer wären.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir müssen verlangen, daß bei solchen Fragen, wo es sich um den Lebensnerv unseres Volkes handelt, der deutsche Reichstag zur Stelle ist. Selbstverständliche Voraussetzung — und das gilt auch für manchen, der an dieser Stelle schon vor mir, nicht in der gegenwärtigen Debatte, sondern bei früheren Debatten gestanden hat — selbstverständliche Voraussetzung ist, daß nicht dauernd Reden gehalten werden, deren Ertragen man niemandem zumuten kann.

(Sehr richtig! und Hört! Hört!)

Voraussetzung zu einem besser besetzten Hause ist, daß wir als Reichstag endlich dem deutschen Volke einmal ein Bild geben, das des Reichstags würdig ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

So wie es jetzt ist, darf es nicht bleiben, wenn der Reichstag sein Ansehen nicht endgültig verlieren will.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Er hat ja keins!)

— Wenn er es verloren hat, sind manche Leute schuld, die sich jetzt melden. Wenn der Reichstag sein Ansehen wahren will,

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

werden wir alle miteinander dafür sorgen müssen, daß bei solchen Fragen das Haus besser besetzt ist. Es geht um die Zukunft unseres Volkes, und da muß der Reichstag mitarbeiten.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Braß. (C)

Braß, Abgeordneter: Werte Versammlung! Der Herr Abgeordnete Ziegler hat vor mir die traurige Tatsache schon festgestellt, daß diesem Tagesordnungspunkt gegenüber die Besetzung des Hauses wirklich nicht den Beweis liefere, daß der Reichstag ein lebhaftes Interesse an dem traurigen Ergebnis des Grubenunglücks nimmt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wiederum haben sich die Gräber über 83 Bergleuten geschlossen, weitere 70 liegen noch in den Krankenhäusern,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und nur wenn die Zahl der Opfer eine so eminent große ist, beschäftigt sich die Öffentlichkeit damit und nimmt Kenntnis von den tödlichen Gefahren, die den Bergmann tagtäglich umlauern. Dann verlangt man außerordentliche Kommissionen, außerordentliche Untersuchungen, dann versucht man den Schuldigen an dieser Katastrophe festzustellen. Und doch haben alle bisherigen Fälle ergeben, daß fast ausschließlich der harte Zwang, der den Bergmann treibt, Kohlen in immer größerer Menge zu fördern, ihn veranlaßt, die Sicherheitsmaßregeln nicht so genau zu nehmen, wie sie vorgeschrieben sind, der harte Zwang, zu fördern, weil er sonst nicht dasjenige herausholt, was zur Fristung seiner Lebensnotdurft notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die ungeheure Zahl der Unfälle, die wir außer den großen Massenunglücken zu verzeichnen haben, sollte doch eigentlich der Öffentlichkeit und besonders dem Proletariat den Beweis liefern, daß es nicht allein darauf ankommt, über diese Zustände zu reden, wenn Massenunglücke vorliegen, sondern wir sollten uns darüber klar werden, daß tagtäglich im Bergbau tödliche Unglücksfälle vorkommen und daß es notwendig ist, die Axt an die Wurzel des Systems zu legen, wenn wir zu anderen Verhältnissen (D) kommen wollen. Schon verschiedene Abgeordnete, die vor mir gesprochen haben, haben einzelne **statistische Angaben über Unglücksfälle** gemacht. Es ist aber nicht unwichtig, zu erwähnen, daß gerade im Bezirk des Oberbergamtsgebiets Dortmund im letzten Jahre noch 4884 entschädigungspflichtige Unglücksfälle vorgekommen sind, und daß in den letzten Jahren im Dortmunder Bezirk die Zahl der tödlich Verunglückten an den einzelnen Arbeitstagen, wenn wir 300 im Jahresdurchschnitt annehmen, im Jahre 1913 3,46, 1917 4,91 und 1919 4,6 betragen und erst 1920 auf 3,66 gefallen ist. Das ist eine Zahl, die beweist, daß tagtäglich vier tödliche Unglücksfälle passieren, wovon die Öffentlichkeit sozusagen gar nichts erfährt.

Nach den hohen Unfallziffern während des Krieges, die sich etwas gesenkt haben, ist die Öffentlichkeit erst in den letzten Monaten durch verschiedene Massenunglücksfälle aufgerüttelt worden. Es muß darauf hingewiesen werden — Herr Kollege Janschek hat schon einzelne Fälle angeführt —, daß die **Massenunglücke** sich nicht auf einer absteigenden, sondern auf einer **aufsteigenden Linie** befinden. Ich will Sie nicht mit Zahlen belästigen, will aber darauf hinweisen, daß 17 bis 18 Prozent Bergleute verunglücken. Diese Zahlen sprechen doch eine ganz bedeutsame Sprache. Wenn solche Ziffern in einem Berufe festgestellt werden, dann muß die Axt an die Wurzel des Systems gelegt werden.

Wo liegt nun die **Schuld dieser Unfälle?** Es ist nicht die Schuld des einzelnen Kumpels, nicht die Schuld eines einzelnen Aufsichtsbeamten, nein, es ist die Schuld des Systems. Es liegt daran, daß die dort bestehenden Lohnverhältnisse, die Sorge um das Brot den Bergmann dazu treiben, die Sicherheitsvorschriften aus dem Auge zu lassen.

(**Braß**, Abgeordneter.)

(A) Der **Untersuchungsausschuß des Reichstags** hat sich drei Tage lang mit dem Unglück auf Mont Cenis beschäftigt, und es ist nicht so, wie von verschiedenen Seiten, auch von der Behörde, nach außen hin festgestellt wird, daß auf der Zeche alles in Ordnung war. Der Bergassessor Battig, Grubendirektor von Mont Cenis, hat auch die Pressevertreter vergangenen Sonntag zusammengerufen und hat geglaubt, ihnen nachweisen zu müssen, daß die Grube tadellos in Ordnung sei. Die **Feststellungen** der Kommission haben etwas anderes ergeben, wofür schon der Abgeordnete Janschek verschiedene Beispiele angeführt hat. Ich will nur einzelne, die nicht so in den Vordergrund gerückt worden sind, hervorheben, um Ihnen zu beweisen, daß es in der Tat auf der Grube Mont Cenis an den notwendigen Vorkehrungen gefehlt hat, um derartige Unglücksfälle zu verhüten.

Der Herr Abgeordnete Koch hat gesagt, daß der Untersuchungsausschuß eigentlich nichts erreicht hat und daß er besser zu Hause geblieben wäre. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Untersuchungsausschuß nicht die verschiedensten Bergleute und die Mitglieder des Betriebsrats vernommen hätte, manches nicht aufgeklärt worden wäre, was nunmehr klargestellt worden ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß auf der Zeche Mont Cenis Mängel bestanden, die sicherlich zu dem Umfang des Unglücks beigetragen, es zum Teil sogar mit veranlaßt haben können. So behaupten unter anderem die Mitglieder des Betriebsrats — ich werde nachher noch auf die Zusammensetzung des Betriebsrats eingehen —, daß in dem fraglichen Unglücksrevier Bottermann die Bewetterung gut gewesen sei und die **Berieselungsmöglichkeit** bestanden habe. Die Mitglieder der Kommission, welche eingefahren sind — das ist schon durch Kollegen Janschek festgestellt worden —, haben aber gefunden, daß in diesem Revier an einer Stelle 50 Meter Rohr fehlten und an einer anderen Stelle (B) die Berieselungsmöglichkeit nicht vorhanden war, weil die Abschlußventile fehlten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da braucht man doch nicht zu sagen, daß die Grube in Ordnung gewesen sei. Es muß bei dieser Gelegenheit aber auch festgestellt werden, daß die Betriebsratsmitglieder sich ganz energisch am letzten Tage der Untersuchung dagegen verwahrt haben, daß ihre Aussagen über das Revier Bottermann dazu benutzt würden, daß sie erklärt hätten, auf der Grube Mont Cenis sei alles in Ordnung. Der Vorsitzende des Betriebsrats hat ganz energisch dagegen Protest eingelegt und erklärt, daß in dem fraglichen Revier die Bewetterung gut war, daß auch die Berieselungsmöglichkeit nach seiner Ansicht vorhanden sei, daß aber im allgemeinen in der Grube ein sehr starker **Mangel an Rohren**, ein sehr starker Mangel **an Bauholz** vorhanden wäre.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das wiesen auch die Protokolle des Betriebsrats nach, wo er sich in seinen Sitzungen mit diesem Mangel beschäftigt hatte, und das wiesen auch die Aussagen des Direktors selbst nach, wo er erklärte: wenn Mitteilungen über diesen Mangel an mich gelangt sind — er nannte einzelne Fälle —, haben wir versucht, Abhilfe zu schaffen. Es ist aber auch von den anderen Zeugen nachgewiesen worden, daß die vorschriftsmäßige Berieselung in den einzelnen Revieren nicht möglich war.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da soll man doch nicht behaupten, daß es in dieser Grube in Bezug auf die technischen Schutzvorkehrungen glänzend bestellt gewesen sei. Aus dem Revier 12 sind die Klagen sehr häufig gekommen, daß die Berieselung gestockt hat, daß sie nicht durchgeführt werden konnte.

Und nun ein paar Worte zu der **Bewetterung**. Auch da ist gesagt worden, daß in dem Revier Bottermann die Bewetterung sehr günstig gewesen sei, und es ist auch (C) durch die Mitglieder der Kommission festgestellt worden, daß nach dem Unglück, wo die Kommission die Grube befahren hat, keine Schlagwetter vorhanden gewesen sind oder nicht festgestellt werden konnten. Aber auf die Bewetterung müssen wir doch noch einige Worte verwenden. Es haben auch hier die Feststellungen, die von der Kommission gemacht worden sind, ergeben, daß eine genaue Untersuchung der Arbeitsstätten, die vorgeschrieben ist, vor dem Schichtenbeginn nicht hat vorgenommen werden können aus den folgenden Gründen: **Der Wettermann**, der drei Stunden vorher die einzelnen Betriebspunkte zu befahren hat, war nicht imstande, im Revier Bottermann alle diese Betriebspunkte zu befahren.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Betriebsrat, der jede Woche einmal gefahren hat, sagt selbst aus — es ist ja vorhin auf die Aussagen des Betriebsrats so großes Gewicht gelegt worden —, daß zu dieser Befahrung ohne Kontrolle wenigstens vier Stunden notwendig sind, und wenn in diesen vier Stunden eine Untersuchung von 26 Betriebspunkten vorgenommen werden soll, dann die vier Stunden noch lange nicht ausreichen. Dem Wettermann stehen aber nur drei Stunden für dieses Revier zur Verfügung,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und der Wettermann Vogt hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er die Betriebspunkte gar nicht sämtlich hat besuchen können, sondern er hat eine große Zahl der einzelnen Streben, die als Betriebspunkte gelten, überhaupt nicht befahren.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie kann man da sagen, daß dort die Verhältnisse in Ordnung gewesen seien. Den Wettermann trifft sicherlich kein Vorwurf. Es kann ihn höchstens der Vorwurf treffen, daß er nicht energisch genug auf die weitere Einstellung eines zweiten Wettermannes gedrängt hat. Er (D) hat pflichtgemäß seinen Weg durch das Revier gemacht, hat aber nicht die Untersuchung an den einzelnen Betriebspunkten vornehmen können. Er ist an der einen Seite der Sohle hinauf und an der anderen Seite der Sohle wieder hinunter, was dazwischen liegt, hat er überhaupt nicht kontrolliert.

Es ist schon auf den Einfahrer Junghans hingewiesen worden, und wenn Sie die Protokolle über die **Aussagen des Einfahrers Junghaus** bekommen, dann werden Sie sehen, daß es nicht wahr ist, daß diese Grube eine wetterarme war, sondern Sie werden sehen, daß sie eine überaus gefahrenreiche war.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Davon haben wir uns selbst überzeugen können. Wenn der Einfahrer im Laufe des letzten Jahres bei seinen Befahrungen 34 mal sogenannte explosible Schlagwetter festgestellt hat, und wenn man dann weiter sieht, daß seit seiner letzten Befahrung Ende März dieses Jahres, Eintragungen in das **Wetterbuch** überhaupt nicht mehr vorgenommen worden sind,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und wenn man ferner weiß, daß, wie festgestellt ist, der Nachfolger von diesem Einfahrer seit März in diesem Revier überhaupt nicht gefahren hat,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

dann kann man doch nicht kommen und sagen: auf der Grube ist alles in Ordnung gewesen, sondern dann muß man sagen: das Gesamtbild der Grube ist, wie auf den Zechen im allgemeinen, so, daß eben auf Grund solchen Systems jeden Augenblick ein Unglück eintreten konnte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Werte Versammlung! Es ist ferner bekannt und durch Zeugen erhärtet, sogar die Betriebsleitung hat selbst zwei Fälle zugegeben, daß noch in diesem Jahre auf der Grube

(**Braß**, Abgeordneter.)

(A) drei Explosionen stattgefunden haben. Dabei wird behauptet, es seien keine Schlagwetter da. Aber diese Explosionen sind doch ein Beweis für das Vorhandensein von Schlagwettern; die müssen doch jedem objektiven Betrachter genügen. Andererseits ist aber auch festgestellt worden, daß wiederholt Schlagwetter gefunden worden sind. Ein Bergmann hat seine Kameraden darauf hingewiesen, daß, wenn hier keine Änderung erfolge, ein zweites Radbod auf der Zeche eintreten würde.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da kann man doch nicht sagen, daß alles in Ordnung gewesen sei. Ich wies schon darauf hin, daß seit Ende März keine Eintragungen in das Wetterbuch gemacht worden sind. Wir sind der Meinung, daß, wenn ein so großes Unglück stattfinden konnte, auch Schlagwetter vorhanden gewesen sind, und wenn bis zum 30. März Schlagwetter wiederholt festgestellt worden sind, so können sie doch nicht plötzlich mit dem 1. April ganz aufgehört haben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Weiter ist es notwendig, daß der **Steiger**, der das Revier hat, sein Arbeitsgebiet überschauen kann. Die Vorschrift will, daß die einzelnen Arbeitsgebiete nicht mehr als 60 Bergleute umfassen sollen. Das Revier Bottermann hat aber bei 26 Betriebspunkten 124 Bergleute umfaßt. Wer will da behaupten, daß der Steiger imstande gewesen sei, seinen Verpflichtungen, die er hatte, nachzukommen? Warum hat die Behörde das nicht früher entdeckt? Bei der Untersuchung gab der Vertreter der Bergbehörde zu, daß hier ein Hilfssteiger hätte vorhanden sein müssen. Das hat erst der Untersuchungsausschuß festgestellt. Man kann deshalb nicht sagen, daß die Dinge in dem Unglücksrevier Bottermann in Ordnung gewesen seien. Es ist unmöglich, daß ein einzelner Steiger so viel Betriebspunkte beobachten kann, ganz besonders, wo so

(B) viele Vorschriften der Bergpolizei in Frage kommen. Aber die Grubenherren wollen sparen, ein zweiter Steiger kostet Geld und ist eine unproduktive Ausgabe; deshalb versucht man es mit einem Steiger, wenn es auch auf Kosten der Sicherheit der einzelnen Arbeitsstätte geht.

Bezüglich der **Wetterführung** ist festgestellt worden, daß die Wetter, die die Reviere Kuhlmann und Backhaus erhalten, die Wetter sind, die aus dem Revier Bottermann kommen, und es ist weiter festgestellt worden, daß in den beiden erstgenannten Revieren ebenfalls Tote und Schwerverletzte vorhanden waren. Von einem Zeugen, einem Mitglied des Betriebsrats, wurde ausgesagt, daß es notwendig gewesen wäre, hier einen sogenannten Wetterdamm aufzurichten, damit der Nachschwaden nicht in diese Reviere hätte eindringen können. Von anderen Technikern — ich bin nicht Fachmann genug, um das nachprüfen zu können — ist mir gesagt worden, daß die Wetterführung hier anders hätte gemacht werden müssen, daß sie nicht von diesem Revier in die Reviere Kuhlmann und Backhaus hätte geleitet werden dürfen.

Ein paar Worte zu den **Sicherheitslampen.** Es wurde darüber gestritten, ob genügend Sicherheitslampen vorhanden gewesen seien. Ein großer Teil der Bergarbeiter, aber auch ein großer Teil der Mitglieder der Kommission, die bergtechnisch vorgebildet sind, stellen sich auf den Standpunkt, daß fünf Benzinsicherheitslampen viel zu wenig sind für 26 Betriebspunkte. Die Bergleute sind, weil sie keine Sicherheitslampen hatten, nicht imstande gewesen, Schlagwetter, die vielleicht plötzlich auftreten, festzustellen. So liegen die Dinge in dem Revier Bottermann, und man muß deswegen sagen, daß die Verhältnisse nicht so waren, wie es hier dargestellt worden ist.

Viele Zeugen bestätigen den **Materialmangel**, der vorliegt. Der Zeuge Käuper bestätigt aus dem Revier 12, daß Rohre und Hähne fortgesetzt gefehlt haben, also in (C) diesem Revier die Berieselungsmöglichkeit jedenfalls sehr eingeschränkt gewesen ist. Wenn das im Revier 12 der Fall war, will uns da die Bergbehörde oder die Zechenverwaltung glauben machen, daß gerade das Revier Bottermann von allen Revieren, die sie zu verwalten hat, I a war und nur die anderen Reviere nicht in Ordnung gewesen wären? Das wird doch wohl niemand annehmen können. Der Zeuge Käuper sagte ähnliches aus, er erklärte ebenfalls, daß in dem Revier 1 Flötz 12 Gase wiederholt festgestellt worden sind, daß die Sache nicht abgestellt worden ist, und er bestätigt ferner, daß ein starker Holzmangel dort vorhanden ist. Es ist also nicht alles in Ordnung, wie behauptet wird, auch wenn man stets das Unglücksrevier als in Ordnung befindlich annehmen will.

Nun sagen die Sachverständigen und einige Zeugen mit Bestimmtheit, daß es eine Kohlenstaubexplosion gewesen sei, die ein Schuß veranlaßt hätte. Man bezeichnet einen bestimmten Ort, das Flöz Mathias-Osten, Ort 4/5, wo mit größter Wahrscheinlichkeit die Explosion entstanden ist. Der betreffende Schießmeister, der hierfür in Frage kommt, ist nicht an dem Platze gefunden worden, er ist an der Stelle gefunden worden, wo seine Schießkiste steht, wo er seine Eintragungen gemacht hat. Da erhebt sich die Frage: Wenn der Schießmeister, der nur Schüsse abgeben soll, nicht an dem Platze, wo die Explosion mit großer Wahrscheinlichkeit stattgefunden hat, gefunden worden ist, wer hat diesen Schuß abgegeben? Und wenn die Frage dahin beantwortet wird, daß das verbotswidrig die Bergarbeiter selbst getan haben, so ist die weitere Frage aufzuwerfen: Was veranlaßt sie dazu, in dieser Grube in 700 m Tiefe ihr Leben jeden Augenblick aufs Spiel zu setzen? Das tun sie sicherlich nicht aus Ranküne, sie spielen doch nicht mit ihrem Leben, wenn sie nicht ein harter Zwang dazu treibt, so zu handeln, wie sie möglicherweise gehandelt haben. (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wer zwingt sie dazu, sich in diese Gefahren zu begeben und diese Gefahren unter Umständen selbst heraufzubeschwören? Sicherlich nicht der Übermut, sondern lediglich der Selbsterhaltungstrieb, der Trieb, mehr Lohn zu erhalten. Beim Bergarbeiter heißt aber mehr Lohn: mehr Förderung, und mehr Förderung heißt, die Sicherheitsvorschriften aus dem Auge lassen, damit mehr gefördert werden kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da muß vor Schluß noch schnell irgend etwas geschaffen werden, da muß vielleicht im Revier noch ein Schuß abgegeben werden, der Schießmeister ist nicht da, weil er kurz vor der Schicht nicht abschießen will, dann wird schnell noch selbst ein Schuß abgegeben, und dann entstehen die Unglücksfälle.

Geschätzte Versammlung! Warum kommen die Bergarbeiter dazu? Haben Sie das notwendig, sich so in Gefahr zu begeben? Da muß gefragt werden: Wie sind die **Löhne?** Da liegen nun die Dinge auf der Grube Mont Cenis — ich habe mich bei der Verwaltung und dem Betriebsrat nach den Löhnen erkundigt — so, daß ein Verheirateter mit zwei Kindern ein Durchschnittslohn von 70 bis 72 Mark pro Tag hat, das ist ein Monatseinkommen für eine vierköpfige Familie von 1886 Mark. Das ist nicht das Existenzminimum. Ich glaube nicht, daß das ein Lohn ist, der für des Lebens Notdurft ausreicht. Das sind die Gründe: um ihre kargen Löhne zu erhöhen, wird so gearbeitet, und die Dinge nehmen dann ihren Ausgang, wie wir es jetzt bei dem Grubenunglück sehen. Was liegt näher, als daß der Bergarbeiter versucht, für sich und seine Angehörigen, um das Leben fristen zu können, alles zu tun, um ein Mehr zu verdienen? Die Zeche spart auf der anderen Seite an Beamten. Ich

(**Braß**, Abgeordneter.)

(A) habe schon darauf hingewiesen, daß nur ein Steiger da war, und daß die Bergbehörde selbst zugab, daß ein Hilfssteiger notwendig war. Ich habe darauf hingewiesen, daß nur ein Wettermann vorhanden war, — der gar nicht imstande war, das Revier ordnungsgemäß zu befahren, um die Wetter feststellen zu können. Ich habe darauf aufmersam gemacht, daß ein starker Materialmangel in den einzelnen Revieren vorhanden war, und zwar an Rohren, an Holz usw.

Geschätzte Versammlung! Das sind die **Folgen des** sogenannten **kapitalistischen Systems!** Unter diesem System ereignen sich naturnotwendig alle diese Dinge. Im kapitalistischen System heißt es eben: produzieren um des Profites willen. Deswegen werden die Dinge auch nicht eher abgestellt werden. Mögen noch so viele Vorschriften erfunden und aufgestellt werden, letzten Endes wird es wieder und immer wieder zu diesen Katastrophen kommen, wenn dieses System nicht beseitigt, die Lebenshaltung der Bergarbeiter bedeutend heraufgesetzt und ihre Arbeitszeit bedeutend herabgesetzt wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dieses System hat also die Schuld und nicht die Kumpels. Es ist nicht die Schuld der einzelnen Beamten, sondern die Schuld hat die Gesellschaft selbst. Und diese Gesellschaft, die emsig bemüht ist, den Schuldigen zu entdecken, braucht nicht weit zu gehen, um ihn festzustellen. Sie soll doch zugeben, daß sie selbst schuld ist, daß solche Zustände möglich sind, daß ein großer Teil unseres Volkes, der gezwungen ist, im Bergbau zu arbeiten, tagtäglich diesen gewaltigen Gefahren ohne Schutz ausgesetzt ist. Nicht der Kumpel, der vielleicht fahrlässig handelt aus den Motiven heraus, welche ich Ihnen geschildert habe, und nicht der einzelne Beamte, der nicht genügend Zeit hat, alles nachzuprüfen, was notwendig wäre, ist schuld. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß vielleicht zu

(B) wenig Einfahrer da sind. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß sie, weil sie so schlecht gestellt sind, aus pekuniären Gründen nicht so häufig reisen und die Gruben befahren können. Das alles müßte beseitigt werden. Aber, wie ich schon sagte, sind das nicht die Schuldgründe, sondern die liegen im System im allgemeinen.

Nun will ich noch ein paar Worte zur **Frage des Betriebsrates** sagen. In der vorigen Woche, als der Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, wurde schon von einem Mitglied des Hauses darauf hingewiesen, daß es ein Kommunist sei, der das Revier befahren habe. Ich will von vornherein betonen, daß das betreffende Betriebsratsmitglied, daß das Unglücksrevier befahren hat, Kommunist ist. Das hinderte uns aber garnicht daran, wenn er seinen Verpflichtungen, die er gegenüber dem Betriebsrate und der Belegschaft hat, nicht nachgekommen wäre, dies festzustellen und zu rügen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ob er nun Kommunist ist oder irgend etwas anderes, wir verlangen von ihm als Betriebsratsmitglied, daß er seinen Verpflichtungen nachkommt. Sollte er ihnen nicht in dem Maße nachgekommen sein, so werden wir die ersten sein, die das kritisieren. Aber was soll damit gesagt sein, daß er Kommunist ist? Er hat ja nachgewiesen, daß er dutzendemale — und nicht nur der letzte Betriebsrat, der erst seit dem 1. April in Tätigkeit ist, sondern gerade die früheren Ausschußmitglieder des Betriebsrats, wie wir vernommen haben, haben das selbst zugegeben — wegen Materialmangels vorstellig geworden ist,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und daß dieser Mangel auch in anderen Revieren vorhanden gewesen ist. Es handelt sich eben nicht darum, welcher Partei der eine oder andere angehört, sondern es handelt sich darum, ob das zutrifft, was Hue letzten Endes bei Begründung der Einsetzung des Ausschusses gesagt hat, (C) daß die **Betriebsräte** in Wirklichkeit **weiße Salbe** sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was wir im vorigen Jahre beim Kampf um die Gestaltung des Betriebsrätegesetzes gesagt haben, das gilt auch hier. Wenn wir im Bergbau die Tätigkeit der Betriebsräte zu beobachten Gelegenheit haben, stellen wir im Bergbau, wie auch in der Gesamtindustrie fest: Den Betriebsräten werden von der Unternehmerschaft diese winzigen Rechte, die sie während der Produktion haben, noch beschnitten, ja man versucht, ihnen diese Reche streitig zu machen. Aber diese Rechte reichen nicht einmal aus, irgendwelche Anderungen an dem System vorzunehmen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Geschätzte Versammlung! Ein Beispiel dafür, wie die Zeche einen solchen Betriebsrat behandelt, will ich Ihnen doch geben. Durch die Presse ist eine Notiz gegangen, und man hat hier während der Debatte auch darauf Bezug genommen, daß ein **Betriebsratsmitglied** Palland **entlassen** worden ist, **weil es gegen die Betriebsführung und die Zechenverwaltung Stellung genommen** und in seiner Arbeitermundart der Zechenverwaltung ganz energisch die Wahrheit gegeigt hat. Es war ein Schauspiel für die Kommission, als wir verlangten, daß dieses Betriebsratsmitglied gehört werden sollte. Der Betreffende, der im Kriege gewesen ist und dort einen Nervenchock erlitten hat, hat am Tage des Unglücks in der Erregung über dasselbe eine Belegschaftsversammlung auf einem anderen Schacht, der zu Mont Cenis gehört, einberufen und sehr scharfe Worte gegen die Zechenverwaltung gebraucht. Er wies darauf hin, daß er wiederholt als Betriebsratsmitglied und Befahrer auf seinem Schachte festgestellt hat, daß Schlagwetter vorhanden sind, daß ihn der Betriebsführer hinausgewiesen habe und er nicht imstande gewesen sei, Anderungen herbeizuführen. Dann wurde noch der Betriebsführer Lehmkuhl vernommen, und ich kann es (D) nicht verschweigen, daß diese Feldwebelnatur es leider fertiggebracht hat, die anderen Betriebsratsmitglieder einzuseifen, so daß sie letzten Endes, wie festgestellt worden ist, am Samstag voriger Woche selbst für die Entlassung dieses Betriebsratsmitgliedes gestimmt haben. Aber unter welcher Begründung geschah das? Hochfahrend, wie die Herrschaften sind, setzte der Betriebsführer sich hin und erklärte: Das Betriebsratsmitglied ist seinen eigenen Aussagen zufolge nicht zurechnungsfähig. Wie werden aber nun die Arbeiter zu solchen Äußerungen gepreßt von diesen Herren, die etwas gewandter mit der Zunge sind als ein im Kriege verunglückter Arbeiter? Es wurde ihm nahegelegt, doch seine schweren Anwürfe gegen die Zechenverwaltung zurückzunehmen. Damit er wenigstens auf einer anderen Zeche wieder Arbeit bekäme — die Beamten hatten sich geweigert, länger mit ihm zusammenzuarbeiten —, mußte man einen Modus zu finden suchen, damit die Zechenverwaltung ihm sogenannte reine Papiere gab. Diesen Modus hat man darin gefunden, daß das Betriebsratsmitglied in seiner Angst zugab, unzurechnungsfähig zu sein. Ich habe nachher mit dem Manne gesprochen, und er hat mir erklärt: jawohl, der Fall hat sich so zugetragen, daß ich gesagt habe, ich sei unzurechnungsfähig; aber ich habe damit nur sagen wollen, man solle mir als einem Schwerkriegsverletzten es nicht übelnehmen, wenn ich in der Erregung gegen die Zechenverwaltung solche schweren Vorwürfe erhoben habe. Natürlich ist der Mann nicht Dialektiker genug, um einzusehen, daß er dann nicht sagen darf, er wäre unzurechnungsfähig. Das also hat der Mann vor der Kommission bestätigt, und damit war die Sache sang- und klanglos erledigt. Nun liegt der Betreffende auf der Straße, und der Betriebsführer Lehmkuhl sagte in seiner großen Jovialität, daß er dafür gesorgt hätte, daß er erst in die

(**Braß**, Abgeordneter.)

(A) Ferien ginge. Dafür kann sich aber der Arbeiter wenig kaufen. Er liegt eben auf der Straße, weil er wahrheitsgemäß festgestellt hat, daß auf Zeche Mont Cenis sehr viel Schlagwetter vorhanden sind.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

So liegen die Dinge auf der Zeche!

Nun will ich daraus durchaus nicht schlußfolgern, daß das unter dem kapitalistischen System, unter dem wir heute leben, irgendwie geändert werden kann. Deshalb werden auch die Bergarbeiter wie die Gesamtarbeiterschaft ihren Kampf auf die Beseitigung dieses Systems einzustellen haben. Was soll aber sofort geschehen?

Meine Parteifreunde und ich verlangen, daß unverzüglich, um wenigstens unter dem heutigen System die Gefahren etwas herabzumindern, die **Arbeitszeit** auf die **Höchstdauer von sechs Stunden** herabgesetzt wird. Wir meinen, daß jeder, auch der Nichtfachmann, der einmal in eine Grube einfährt und sieht, unter welchen unsäglichen Qualen die Bergarbeiter arbeiten müssen, zugeben muß, daß sechs Stunden das Höchstmaß dessen sind, was man Menschen in solcher Verfassung zumuten kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir verlangen weiter die **Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.** Wir stehen nicht auf dem Standpunkt wie der Herr Arbeitsminister Brauns, der meint, das gegenwärtige Gesetz biete den Betriebsräten genügend Handhabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Nein, wir verlangen eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes, dahingehend, daß die Betriebsräte nicht nur beratende, sondern exekutive Rechte innerhalb der Betriebe und Unternehmungen bekommen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir verlangen weiter die **Anstellung einer ausreichenden Zahl von Sicherheitsleuten,** die das Vertrauen (B) der Grubenleute haben, aus der Mitte der beruflich vorgebildeten Bergleute heraus. Wir verlangen, daß die Bezahlung dieser Sicherheitsleute durch die Unternehmer durch ein Umlageverfahren zu geschehen hat. Wir verlangen, daß die Einsetzung dieser Sicherheitsleute entweder durch die vereinigten Betriebsräte eines Bezirks oder in Gemeinschaft mit den dazu in Frage kommenden Organisationen vorgenommen wird, und daß sie durchaus selbständige exekutive Gewalt besonders in der Ausführung der Sicherheitsvorschriften haben. Wir behalten uns vor, spezialisierte Anträge in dieser Hinsicht in den nächsten Tagen dem Hause einzureichen.

Wir verlangen aber ferner, um auch unter den heutigen Verhältnissen es dem Bergmann möglich zu machen, diese Sicherheitsvorschriften mehr zu erfüllen, daß er nicht gezwungen wird, alle Vorsicht außer Acht zu lassen, eine sofortige wesentliche **Erhöhung der Löhne** der Bergarbeiter, um ihn in den Stand zu setzen, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen. Gerade mein Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Ziegler (Westfalen), hat so warm für die Bergarbeiter gesprochen. Er hat stark hervorgehoben, daß das deutsche Volk den Bergarbeitern zu so großem Danke verpflichtet sei und daß es notwendig sei, alles zu tun, um gerade diese Gruppe unseres Volkes etwas besser zu stellen. Wir sind uns wohl alle — und besonders diejenigen Abgeordneten, die in der Lage waren, die Gruben zu befahren —, darin einig, daß es dringend erforderlich ist, das Los der Bergarbeiter auch in dieser Hinsicht zu bessern. Da möchte ich einige Worte an diejenigen Parteien richten, die als Arbeiterparteien draußen im Proletariat noch gelten, die es in der Hand haben, daß die Verhältnisse geändert werden. Es ist möglich, eine Abstellung zu erreichen, und wenn hier von seiten der Regierung darauf hingewiesen worden ist, daß eine Änderung des Betriebsrätegesetzes nicht notwendig sei, so sagen die Arbeiter, daß eine Änderung sehr wohl not- (C) wendig sei und durchgeführt werden müsse.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Über die Frage: ist sie notwendig? — haben wir als Arbeiterparteien zu entscheiden und von der Regierung zu verlangen, daß sie durchgeführt wird. Wird sich die Regierung weigern, dann werden wir die Bergarbeiter aufrufen, für die Durchführung zu kämpfen; sie werden es tun. Sie werden nicht auseinandergehen, sondern geschlossen dafür kämpfen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe schon gesagt, daß Herr Hue die **Betriebsräte** als „weiße Salbe" bezeichnet hat. Wir haben schon im vorigen Jahre bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes auf die Folgen hingewiesen, wir haben erklärt, daß das eintreten werde, was heute von allen Seiten, ganz besonders auch von den Rechtssozialisten und Unabhängigen, als bestätigt anerkannt wird. Deswegen bin ich der Meinung, daß wir nicht allein fordern dürfen, sondern daß wir der Arbeiterschaft sagen: wir fordern nicht allein, sondern, wenn es nicht bewilligt wird, daß hier das Leben des Proletariats geschützt wird, dann werden wir die Arbeiterschaft aufrufen, für diese Forderung zu kämpfen. Meine Herren Kollegen von der rechtssozialistischen und unabhängigen Partei, das sind keine Forderungen, die Sie ablehnen können mit den Worten: das geht augenblicklich zu weit, wir können dafür nicht eintreten, — sondern das sind Forderungen, die sofort erfüllt werden können, wenn wir nur den Willen dazu haben. Wir werden Ihnen Gelegenheit geben, für diese Forderungen einzutreten, nicht allein hier im Parlament; denn darüber sind Sie sich doch auch wohl klar, daß wir von dieser Seite eine Unterstützung unserer Forderungen nicht zu erwarten haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Sie müssen sich klar darüber sein, daß, wenn wir geschlossen an die Arbeiterschaft appellieren, sie geschlossen diese Forderungen in vierzehn Tagen oder drei Wochen durchdrücken wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man wird kommen und sagen: dann wird unsere Wirtschaft geschädigt. Nein, geschätzte Versammlung, fragen die Herren von der Rechten uns, ob ihr Profit nicht durch derartige Dinge geschädigt wird? Nein, sondern sie sagen einfach: unser Profit wird geschädigt. Deswegen lehnen auch wir es ab, dies länger zuzulassen. Wir können das nicht verantworten. Wir haben darauf hinzuweisen, daß nicht allein bei solchen Unglücksfällen, die eine so große Zahl von Opfern fordern wie Mont Cenis, geredet, sondern unter Berücksichtigung dessen, was ich eingangs betont habe, daß jeden Tag drei bis 4 Bergleute allein in dem Oberbergamtsbezirk Dortmund tödlich verunglücken, für solche Forderungen, wie wir sie aufgestellt haben, eingetreten und, wenn nötig, gekämpft wird. Wir erheben nicht allein diese Forderung, sondern ich sage nochmals ganz besonders Ihnen von den Rechtssozialisten und von den Unabhängigen: treten Sie gemeinsam mit uns für diese Forderungen ein, kämpfen Sie mit dafür. Verlangen wir sofort für die Bergarbeiter eine Regelung in dem Sinne, wie ich es Ihnen vorgetragen habe! Das sind keine illusionären Forderungen, das sind praktische Forderungen, die wir durchdrücken können, und wir können sie auch durchdrücken gegen den Willen derjenigen, die die Sache lediglich vom Standpunkt ihres Profits aus betrachten.

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Oberberghauptmann Althans.

(A) **Althans,** Oberberghauptmann, Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Bemerkungen der Herren Vorredner ganz kurz eingehen. Es ist zunächst von dem Herrn Abgeordneten Ziegler bemerkt worden, daß die **Zahl der Unfälle** ständig im Steigen begriffen sei. Ich glaube, das beruht auf einen Irrtum. Ich möchte zur Erläuterung einige wenige Zahlen anführen. Wir hatten beim preußischen Bergbau im Jahre 1913 auf 1000 beschäftigte Bergarbeiter 2,31 tödliche Unfälle. Die Zahl der Toten ist dann leider im Kriege ganz erheblich gestiegen. Die Gründe dafür liegen ja ziemlich klar auf der Hand. Das Maximum wurde im Jahr 1917 erreicht mit 3,84 Toten. Von da ab ist die Zahl aber ständig zurückgegangen. Im nächsten Jahre, 1918, auf 3,38, dann 1919 auf 2,34, und im Jahre 1920 ist sie nach vorläufiger Schätzung auf 2,15 gesunken gegen 2,31 vor dem Kriege. Sie ist also noch geringer als vor dem Krieg. Dabei muß man bedenken, daß die Bergarbeiter sehr stark vermehrt worden sind, und zwar hauptsächlich durch ungelernte Arbeiter, und gerade die ungelernten Arbeiter vermehren die Unfallgefahren außerordentlich.

Der Herr Abgeordnete Ziegler hat dann besonders bemängelt, daß die Bergarbeiter nicht genügend über die Gefahren des Bergbaues unterrichtet würden. Auch die preußische Bergverwaltung ist sich vollkommen bewußt, daß es außerordentlich wichtig ist, die Bergarbeiter über die Unfallgefahren eingehend zu belehren, und sie hat sich in dieser Beziehung auch sehr stark bemüht, Fortschritte zu erzielen. Aber man darf nicht übersehen, daß sich dieser Belehrung sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Man muß an die große Zahl der Bergarbeiter denken, um die es sich hier handelt. Aber wir haben versucht, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Auf Ver-
(B) anlassung der Bergbehörde sind vor einiger Zeit im Ruhrrevier besondere **bergmännische Fortbildungsschulen** ins Leben gerufen worden. Es wird hauptsächlich Aufgabe dieser Schulen sein, die jungen Bergarbeiter, die in ihnen unterrichtet werden, auch über die Gefahren des Bergbaus aufzuklären, und ich hoffe, daß in dieser Beziehung recht Erhebliches erreicht werden wird.

Wir haben ferner besonders **Filmvorträge für Bergarbeiter** ins Leben gerufen. Diese Filmvorträge haben vor einiger Zeit begonnen und sehr großen Anklang bei der Bergarbeiterschaft gefunden, und wir werden sie weiter ausbauen. In diesen Filmvorträgen werden den Bergleuten gerade die Gefahren des Bergbaues ganz besonders vor Augen geführt.

Der Herr Abgeordnete Ziegler hat dann darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die **Schießmeister** besser auszubilden. Auch in dieser Beziehung haben wir uns bemüht, Fortschritte zu machen. Wir haben deshalb die Einrichtung der **Lehrschießmeister** veranlaßt. Sie besteht darin, daß befähigte Bergleute bei der Versuchsstrecke in Derne bei Dortmund in besonderen Kursen als Schießmeister ausgebildet werden. In diesen Kursen wird ihnen nicht nur das Besetzen der Schüsse und die Behandlung der Sprengstoffe gezeigt, sondern auch die Wirkung der Sprengstoffe, insbesondere auf Schlagwetter und Kohlenstaub vorgeführt. Sind diese Schießmeister ausgebildet, dann haben sie die Aufgabe, auf den Gruben die dort vorhandenen Schießmeister weiter auszubilden. Alle Schießmeister kann man unmöglich an der Versuchsstrecke in Derne ausbilden. Die Zahl ist dafür viel zu groß. Aber die Lehrschießmeister werden so eingehend ausgebildet, daß sie nun ihrerseits in der Lage sind, die übrigen Schießmeister weiter zu instruieren. Wir hoffen auch, dadurch eine Besserung in der Ausbildung der Schießmeister zu erzielen.

Der Herr Abgeordnete Ziegler hat dann ferner gefragt, ob die **Berieselungsmeister** auf den Gruben mit **Nebenarbeiten** beschäftigt würden. Das ist nicht der Fall. Sie haben ausschließlich die Aufgabe, die Strecken zu berieseln. Vor den Kohlenarbeiten haben sie allerdings die Berieselung nicht auszuführen. Das ist dort Aufgabe der Kameradschaftsführer. Es würde zu weit führen, wenn man auch dort noch besondere Berieselungsmeister anstellen würde, weil dort die Berieselung je nach Bedarf ausgeführt werden muß. (C)

Weiter hat der Herr Abgeordnete Ziegler es bemängelt, daß **zu wenig Schießmeister** in der Unglücksabteilung gewesen sind. Dort waren zwei Schießmeister beschäftigt, während zwanzig Arbeiten vorhanden waren. Also hatte jeder Schießmeister zehn Arbeiten zu bedienen. Das ist wohl nicht zu viel. Das kann er ganz gut durchführen, ohne daß die Leute allzulange auf ihn zu warten brauchen.

(Zuruf links: Einer wurde aber in der Förderung beschäftigt!)

— Das ist wohl nicht der Fall gewesen.

(Zurufe links: Das ist sehr oft der Fall!)

— Das widerspräche aber der Vorschrift.

(Erneute Zurufe links.)

— Ich werde diesen Punkt noch weiter prüfen.

Dann ist gefragt worden, ob das vorhandene Personal bei den Revierbeamten ausreichend sei, um die Gruben genügend zu beaufsichtigen. Die **Zahlen der angestellten Aufsichtspersonen** stellen sich folgendermaßen: Revierbeamte waren vor dem Kriege 19 vorhanden, jetzt sind es 20; die Einfahrer sind von 41 auf 44 vermehrt worden. Diese Vermehrung ist allerdings nicht sehr stark, dafür aber sind die Hilfsarbeiter der Revierbeamten, die zu den höheren Beamten gehören, ganz erheblich vermehrt worden, nämlich von 22 vor dem Kriege auf 39 jetzt, also fast auf das Doppelte. Die Aufgabe dieser Hilfsarbeiter (D) ist es gerade, auch die Gruben eingehend zu befahren und auf ihren Sicherheitszustand zu untersuchen. Wir werden aber eingehend prüfen, ob es nicht notwendig ist, auch die Zahl der Einfahrer weiter zu vermehren. Wir werden ferner prüfen, inwieweit man den Einfahrern eine größere Selbständigkeit bei ihren Anordnungen geben kann.

Der Herr Abgeordnete Braß hat gefragt, warum denn denn die Bergbehörde die Mängel, die doch hin und wieder vorkommen, nicht entdecke. Ja, ich glaube, diese Frage entspringt doch einer nicht ganz richtigen Auffassung von der **Aufgabe der Bergbehörde**. Die Bergpolizeibehörde hat sich in erster Linie von dem Gesamtsicherheitszustand der Gruben zu überzeugen. Im einzelnen ist sie nicht in der Lage, alles nachzuprüfen und sie muß sich daher auf Stichproben beschränken. Man kann unmöglich das bergpolizeiliche Aufsichtspersonal für jeden einzelnen Mangel verantwortlich machen, etwa für jede kleine Schlagwetteransammlung, für jedes fehlende Rohr und jeden fehlenden Schlauch oder für jeden Fall, wo einmal nicht ordentlich berieselt worden ist. Wollte man das tun, so müßte man ungefähr hinter jeden Steiger noch einen besonderen Bergpolizeibeamten stellen. Das ist nicht durchführbar. Sie müssen bedenken, daß wir im Ruhrgebiet mehrere tausend Steigerabteilungen haben. Sie können sich vorstellen, eine wie große Zahl von Aufsichtsbeamten vorhanden sein müßte, wenn man das durchführen wollte.

Sie müssen auch eins berücksichtigen. Die **Steiger** und die anderen **Grubenbetriebsbeamten** haben nicht nur die Aufgabe, auf die Wirtschaftlichkeit der Grube zu achten, sondern auch auf die Sicherheit. Ihre Befähigung wird deshalb vom Bergrevierbeamten besonders anerkannt Es darf keiner angestellt werden, bei dem dies nicht geschehen ist. Der Revierbeamte hat auch das Recht, die Betriebs-

(**Althaus**, Ministerialdirektor.)

(A) beamten zu prüfen und, wenn sie ihren Aufgaben nicht nachkommen oder sich ihnen nicht gewachsen zeigen, das Recht, ihnen die Befähigung abzuerkennen, so daß sie keinen Grubendienst mehr tun dürfen. Es ist in erster Linie Aufgabe der Betriebsbeamten, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Sicherheitsvorrichtungen stets in Ordnung sind. Findet der Revierbeamte oder sein Hilfspersonal irgendeine Unordnung, dann hat er die Pflicht, den Beamten entweder darauf hinzuweisen, oder, wenn es schwerere Fälle oder Wiederholungsfälle sind, ihn zur gerichtlichen Bestrafung anzuzeigen oder auch ihm die Befähigung zu entziehen. Würde man tatsächlich so viel Beamte anstellen, daß sie jeden einzelnen Mangel finden müßten, dann würde man bei den Steigern und Betriebsführern das **Verantwortlichkeitsgefühl** ganz erheblich schwächen. Sie würden schließlich zu der Meinung kommen, daß ihre Aufgabe überhaupt nicht mehr darin bestehe, auf die Sicherheit zu achten. Und das muß man unter allen Umständen vermeiden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern).

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde und ich betrachten die **Katastrophe auf der Grube Mont Cenis** als ein **nationales Unglück.** Dasselbe Empfinden haben alle Bevölkerungskreise, ganz gleich, ob sie nah oder weit von den Bergwerken wohnen. Ich habe unmittelbar nach dem Unglück Zuschriften bekommen, die beweisen, welche Teilnahme und welche Sympathie man in allen Bevölkerungsschichten für die Bergarbeiter besitzt. Es ist verlangt worden, daß eine allgemeine Sammlung im ganzen deutschen Reich für die Bergarbeiter veranstaltet wird. Es ist weiter verlangt worden, daß ein Trauertag über den Unglücksfall eingeführt wird. Das sind Zeichen einer

(B) allgemeinen Sympathie, die allerdings stark von dem absticht, wie das Haus heute angesichts dieser allgemeinen wichtigen Interpellation besetzt ist. Ich glaube aber trotzdem, daß das, was hier fachmännisch und sachkundig von den Bergarbeiterführern, also von den Bergarbeitern selbst ausgeführt worden ist, unter allen Umständen seitens der Behörde und der verantwortlichen Instanzen beachtet werden soll, und daß alle notwendigen Schutzmaßnahmen für die Bergarbeiter durchgeführt werden müssen.

Ich kann mich angesichts der sachkundigen Ausführungen lediglich auf eine Erklärung beschränken: wir halten die Bergwerke, ganz gleich, ob sie Erz oder Kohle fördern, für die wertvollsten nationalen Güter überhaupt. Sie müssen deshalb vom nationalen Standpunkt aus sowohl, soweit es die Sachgüter, besonders aber, soweit es das Leben der Arbeiter in den Gruben angeht, unter allen Umständen und mit allen Mitteln geschützt werden. Wir sind deshalb der Meinung, daß jede Grubenkatastrophe als ein nationales Unglück betrachtet werden muß.

Wir fordern deshalb von der Regierung und von den Behörden, daß sie mit Unterstützung der in Betracht kommenden Interessenten zunächst eine erschöpfende Untersuchung und volle Aufklärung über den letzten traurigen Fall der Grubenkatastrophe schaffen. Ferner erwarten wir, daß auf gesetzlichem Wege praktische Maßnahmen und Vorkehrungen getroffen werden, die — wenigstens nach menschlichem Ermessen — solche Katastrophen wie auf Mont Cenis zu verhindern versuchen. Es ist tatsächlich festgestellt worden, wenigstens für den Laien, daß manches unterlassen worden ist, was man hätte besser machen können, daß manche **Vorkehrungen und Schutzbestimmungen in den Bergwerken unzureichend** sind und deshalb dazu führen können — ob sie dazu geführt haben, steht ja noch nicht fest —, daß solche Unglücke auch in Zukunft noch vorkommen können.

Wir sind bereit, alle diese Maßnahmen und erforder- (C)
lichen Vorkehrungen, soweit sie auf gesetzlichem Wege erreichbar sind, zu unterstützen, und wir hoffen, daß mit einer solchen Unterstützung und mit der Schaffung weitgehender Schutzmaßnahmen den Bergarbeitern sowie dem ganzen Volke der allerbeste Dienst erwiesen wird.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Präsident: Der nächste Redner, der Herr Abgeordnete Teuber, hat auch auf das Wort verzichtet, weil er der Meinung ist, daß das schon gesagt ist, was er hatte sagen wollen.

(Bravo!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jäker (Düsseldorf).

Jäker (Düsseldorf), Abgeordneter: Es ist in der Diskussion wiederholt auf einen **Artikel** Bezug genommen worden, den ich **über das Grubenunglück in der Presse** veröffentlicht habe. Unter anderem hat Herr Kollege Winnefeld geglaubt, es für gut zu befinden, wenn er mich deswegen angreift und bemängelt, daß ich den Bergarbeitern bis zu einem gewissen Grade die Schuld zugemessen haben soll.

Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß die Untersuchung des Grubenunglücks den Zweck haben muß, in Zukunft derartige Unglücksfälle, derartige Katastrophen zu verhindern.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das aber der Fall sein soll, muß man rücksichtslos die Ursachen prüfen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kollege Ziegler hat schon mit Recht gesagt, es führe zu gar nichts, wenn die Grubenverwaltung die **Schuld** den **Arbeitern** zuschiebt **und** die Arbeiter jedesmal der **Grubenverwaltung.** Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß beide Teile in einzelnen Fällen die Schuld (D)
haben können.

Der Ausschuß hat sich auf ein vorläufiges Urteil geeinigt, worin es heißt, daß die Ursache der Katastrophe aller Wahrscheinlichkeit nach eine **Kohlenstaubexplosion** ist, daß eine Schlagwetterexplosion so gut wie ausgeschlossen erscheint. Die Sachverständigen haben uns weiter gesagt, daß eine Kohlenstaubexplosion nur bei einem verbotswidrigen Schuß entstehen kann. Die Zeugenaussagen haben bekundet, daß sie einen scharfen Schuß gehört haben,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es ist aber widersprochen worden!)

und man nimmt allgemein an, daß mit Dynamit geschossen worden ist. Ein Beweis dafür ist natürlich nicht erbracht, wird wahrscheinlich auch nicht erbracht werden können. Wenn aber schon große Wahrscheinlichkeitsgründe dafür sprechen, daß verbotswidrig mit Dynamit geschossen worden ist, dann muß man von dieser Tatsache ausgehen, dann muß man fragen: Wie ist es möglich, daß die **Bergarbeiter** sich in den **Besitz von Dynamit** setzen können? Man muß weiter fragen: was veranlaßt sie, mit Dynamit zu schießen, obgleich es verboten ist?

Der Herr Kollege Braß hat ja nun versucht, eine Erklärung dafür zu finden, warum die Bergarbeiter gegebenenfalls auch einmal von den Vorschriften abweichen. Ich gebe zu, daß man versuchen muß, eine Erklärung dafür zu finden. Ich halte es aber für einen verhängnisvollen Fehler, es zu entschuldigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Bergmann, der, um seinen Verdienst zu erhöhen, um seine Familie durchzubringen, verbotswidrig mit Dynamit schießt, der tut das nicht nur auf eigene Gefahr, sondern er setzt auch das Leben seiner Mitkameraden aufs Spiel.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

(**Jäker** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) Deshalb kann ich das unter keinen Umständen billigen. Ich kann mich auf den Standpunkt stellen, der Lohn ist zu gering; dann habe ich lediglich den Bergleuten zu empfehlen, den Versuch zu machen, auf Grund ihrer Organisation einen höheren Lohn zu erzielen, aber nicht etwa den Lohn aufzubessern durch die verbotswidrige Anwendung von Dynamit.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Haben Sie aber eine Ahnung!)

— Ich spreche hier meine Ansicht aus, genau so gut, wie das andere Leute auch tun.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich verlange nicht, daß alle Anwesenden meine Ansicht teilen.

Nach der vorläufigen Feststellung der Sachverständigen, die vom Ausschuß anerkannt worden ist, liegt mit Sicherheit eine **Kohlenstaubexplosion** vor, und eine Kohlenstaubexplosion, sagen die Sachverständigen — ich kann das nicht beurteilen — entsteht nur infolge der **Abgabe eines verbotswidrigen Schusses.** In diesem Zusammenhang habe ich bedingt erklärt: wenn die Sachverständigen recht haben, müßten also die Arbeiter an dem direkten Ursprung der Katastrophe schuld sein. Es mag sein, daß man sich auch diplomatischer ausdrücken kann. Ich halte es aber für zweckmäßig, in diesen Dingen deutsch zu reden,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

damit es auch die Bergleute verstehen können. Ich lege keinen Wert darauf, mich in jedem einzelnen Fall so auszudrücken, wie man das draußen gern hört, sondern ich bin der Meinung, daß man die Pflicht hat, das auszusprechen, was in Wirklichkeit ist, weil das auch am letzten Ende im Interesse der Arbeiter liegt.

Nun hat der Herr Kollege Pieper Bezug genommen auf meinen Hinweis auf die **Verantwortlichkeit des Betriebsrats.** Er hat erklärt, diese Verantwortlichkeit sei nicht (B) vorhanden, weil das Betriebsrätegesetz dementsprechende Rechte für die Betriebsräte nicht vorsieht. Ich muß erklären, daß der Betriebsrat — das ist hier wiederholt erklärt worden — uns mitgeteilt hat, daß ihm die Betriebsleitung keine Schwierigkeiten in den Weg legt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

wenn er die Strecken befahren will. Nur darauf kommt es an, nicht darauf, was im Betriebsrätegesetz steht.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Es kommt überhaupt nicht so sehr auf die papiernen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes an als auf die lebendige Praxis im Betrieb und auf die Schulung der Betriebsratsmitglieder.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Der Herr Kollege Braß hat sich einen merkwürdigen Widerspruch zuschulden kommen lassen. Er hat erklärt: ein Arbeiter ist schuldlos entlassen worden, weil er in einer Betriebsversammlung gegen die Betriebsleitung gesprochen hat. Nachher hat aber der Betriebsrat seine Zustimmung zu dieser Entlassung gegeben;

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

und nun sagt der Herr Kollege Braß: ja, der Betriebsrat hat sich von den vorgesetzten Beamten beschwätzen lassen.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Und dann führt der Herr Kollege Braß aus, daß er für die Betriebsräte die Exekutive verlangt. Meine Damen und Herren, solange sich die Betriebsräte beschwätzen lassen, kann man ihnen nicht die Exekutive geben.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

Das Recht der Betriebsratsmitglieder und der Grad ihrer Wirksamkeit hängt lediglich ab von ihrer Bildung und Schulung.

(Sehr gut!)

Daß sie nur Volksschulbildung besitzen und daß diese (C) mangelhafte Volksschulbildung die Ursache ihrer mangelhaften Auffassung und Bildung ist, weiß ich. Aber diese offenkundigen Mängel können wir erst im Laufe der Zeit ausgleichen durch die öffentlichen und gewerkschaftlichen Hilfsmittel. Vorläufig wäre es ein verhängnisvoller Fehler, den Betriebsräten mehr Rechte zu geben, als sie in der Praxis in Anwendung bringen können.

(Sehr gut! und Beifall bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Schlußwort der zweiten Interpellation hat der Herr Abgeordnete Rosemann.

Rosemann, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Ich will auf die Ausführungen des Kollegen Jäker nur kurz bemerken, daß ich Mitleid mit ihm hatte in dem Moment, als er von Kollegen der rechten Seite bestätigt erhielt, daß er derjenige sei, der am stärksten bei diesem Unglücksfall die Schuld der Bergarbeiter betont habe. Weiter will ich dazu gar nichts ausführen.

Ich möchte dann einiges zu demjenigen sagen, was eben der Herr Oberbergrat Althans ausgeführt hat. Zuerst ging er auf die **Statistik** ein und sagte, daß wir vor dem Kriege 2,31, jetzt 2,15 Tote auf je 1000 Bergarbeiter gehabt bezw. jetzt hätten. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß wir früher 50 Prozent Hauer hatten oder 50 Prozent produktiv beschäftigte Arbeiter, also 50 Prozent, die an den gefährlichsten Stellen arbeiten. Heute sind es noch 40 bis 41 Prozent, sodaß rund $^1/_5$ oder 20 Prozent der Bergarbeiter heute an weniger gefährlichen Stellen arbeiten, als es früher der Fall war. Denn die unproduktiven, diejenigen, die nicht zu den Hauern, Lehrhauern und Gedingeschleppern zählen, arbeiten auf keinen Fall an den gefährlichsten Stellen. Daraus erklärt es sich vielleicht, daß die Statistik etwas weniger Unfälle (D) anzeigt, als vor dem Kriege.

Die Ausführungen des Herrn Oberberghauptmanns über die **Rieselmeister** und die **Schießmeister** haben mich zu dem Zwischenruf veranlaßt, daß es mir leid tue, von einem Oberberghauptmann derartige Ausführungen zu hören, und ich wiederhole dies. Es gibt im ganzen Ruhrrevier kaum einen oder zwei Schießmeister, die nicht während der Schicht andere Arbeit leisten müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt im ganzen Ruhrrevier nur wenige Schießmeister, die nicht außer ihrer Schießarbeit noch in der Förderung beschäftigt sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich weise daraufhin, daß in dem Unglücksrevier der überlebende Schießmeister uns ausdrücklich bestätigt hat, daß er während der Zeit, wo er nicht direkt etwas zu schießen hat, **in der Förderung beschäftigt** ist. So etwas braucht der Oberberghauptmann nicht zu wissen oder will es nicht wissen. Wenn das am grünen Holz geschieht, wie mag es dann beim dürren, bei den unteren oder vielleicht auch bei den höheren Beamten aussehen!

Nun noch einige Worte zu dem, was der Herr **Arbeitsminister Brauns** ausgeführt hat. Die Bergarbeiter haben, glaube ich, etwas anderes erwartet als das, was der Herr Arbeitsminister zur Interpellation gesagt hat. Er hat den Bergarbeitern sein herzlichstes Beileid ausgedrückt. Er hat sie bedauert, aber davon hat der Bergarbeiter garnichts. Er hat zum Schlusse gesagt, daß die **Rechte der Betriebsräte** ausreichten, um Unglücke mit vermeiden zu helfen. Ich bin selbst Betriebsratsmitglied über ein Jahr lang auf der Grube gewesen und kann Ihnen aus meiner Praxis bestätigen, was der Herr Kollege Hue schon vor ein paar Tagen gesagt hat, nämlich, daß man die Betriebsräte mit allen Mitteln zur

(**Rosemann**, Abgeordneter.)

(A) weißen Salbe herabzudrücken sucht, und daß es nur wenig Betriebsräte gibt, die die Fähigkeit besitzen, diesem Drucke zu widerstehen. Es ist nicht so einfach, dem Drucke unserer Grubengewaltigen zu widerstehen, doch komme ich gleich noch näher darauf zurück.

Der Herr Reichsarbeitsminister sagte, daß an der **Schulung der ungelernten Bergarbeiter** mit allen Mitteln gearbeitet würde, und er führte dann als Beispiel die **Lehrkameradschaft** an. Die Lehrkameradschaften sind von der Technischen Kommission vorgeschlagen worden, der Kommission, der auch ich angehöre, und ich kann sagen, daß die Anregung dazu nicht von Unternehmerseite, auch nicht von bergbehördlicher Seite, sondern von Seiten der Arbeiter gekommen ist. Aber ich kann auch weiter dazu sagen, daß, trotzdem schon eine ziemliche Zeit seit der Anregung zur Errichtung von Lehrkameradschaften verstrichen ist, es nur sehr wenige gibt und daß der bergtechnische Ausschuß sehr viele Klagen darüber bekommt, daß Zechen diese Lehrkameradschaften zu ganz anderen Zwecken benutzen, sagen wir ruhig mißbrauchen, als zu dem Zweck, zu dem sie eigentlich eingeführt worden sind. Die Zechen im allgemeinen stehen diesen Lehrkameradschaften gar nicht sympathisch gegenüber.

Ich möchte aber die Frage dabei aufwerfen: warum ist man denn nicht schon früher, als die bürgerlichen Parteien noch eine viel größere Macht in diesem Parlament besaßen als heute, dazu übergegangen, die Bergarbeiter zu schulen? Hat man früher vielleicht keine derartigen Unglücke gehabt, wie in diesem Jahre eines auf Mont Cenis stattgefunden hat? Wir haben auch vor dem Kriege Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen gehabt, aber niemals sind die bürgerlichen Parteien dafür zu haben gewesen, eine Pflichtfortbildungsschule einzurichten. Alle diese Unterlassungssünden, infolge deren heute derartige Unglücke immer wieder entstehen können, fallen auf (B) die Parteien zurück, die es vor dem Kriege verabsäumt haben, den Bergarbeitern das zu geben, was ihnen zukam.

Der Herr Reichsarbeitsminister streifte auch den **Leichtsinn der Bergarbeiter**, aber er ging nicht darauf ein, wodurch ein derartiger Leichtsinn, wie er sagte — ich möchte dieses Wort nicht gebrauchen — eigentlich entstehen kann. Er wies darauf hin, daß, wenn die bergpolizeilichen Vorschriften gewissenhaft befolgt würden, derartige Unglücke nicht passieren könnten. Aber sind denn diese Vorschriften wirklich zu befolgen unter dem heutigen System? Und darauf kommt es an. Der praktische Bergarbeiter weiß, daß das gar nicht möglich ist. Wenn er sie befolgt, dann geht er eben am Lohntage mit dem halben Lohn nach Hause, und das bedeutet nichts anderes, als daß er und seine Familie noch mehr hungern müssen, als sie es heute schon tun. Aus diesem einfachen Grunde kann der Bergarbeiter heute gar nicht die Vorschriften so befolgen, wie es eigentlich nötig wäre. Unter dem heutigen System ist das vollständig ausgeschlossen.

Von den Rednern der Rechtsparteien ist es hier so dargestellt worden, als wenn von der Bergbehörde und von den Bergherren alles getan würde, um jedes Unglück zu verhüten. Ich will Ihnen einige Beispiele anführen, aus denen hervorgeht, daß nicht alles getan worden ist. Am 13. Dezember 1919 hatten wir eine **Kohlenstaubexplosion auf der Zeche Peißenberg**, bei der es zwei Tote und 17 Verletzte gab. Als Ursache wurde schlechte Munition festgestellt. Ein Steiger dieser Schachtanlagen verbot in seinem Revier das weitere Schießen mit dieser Munition. Meiner Ansicht nach hätte nun die Bergbehörde dieses Verbot auf die ganze Zeche ausdehnen müssen.

(Sehr richtig! links.)

Aber die Bergbehörde hat kein Verbot erlassen, und die Folge davon war, daß zwei Tage später wieder eine Kohlenstaubexplosion auf derselben Zeche stattfand, die (C) sieben Tote und 20 Verletzte zur Folge hatte.

(Hört! Hört! links.)

Wer ist nun schuld an diesem Unglück? Waren es die Bergarbeiter, die gezwungen waren, mit dieser schädlichen Munition weiter zu schießen, oder war es nicht vielmehr die Bergbehörde, die in diesem Falle ohne weiteres ein Verbot hätte ergehen lassen müssen? In solchen Fällen haben wir eben ein Recht, zu verlangen, daß die Bergbehörde bei der Untersuchung ausgeschaltet wird.

Ein anderer Fall ereignete sich auf dem **Kaliwerk Wilhelm von Recklinghausen.** Dort wurden am 19. Januar 1920 durch brennende Gase zehn Mann schwer verletzt, von denen vier in kurzer Zeit starben. Ein paar Tage vorher hatte an derselben Stelle der Bergarbeiter Rudolf erhebliche Brandwunden erlitten. Trotzdem wurde dort ruhig weitergearbeitet, und es ereignete sich dann dieses schwere Unglück.

Ein anderer Fall ereignete sich auf **Zeche Constantin.** Dort handelte es sich auch wieder um eine Kohlenstaubexplosion. Der amtliche Bericht in der Presse lautete dagegen, daß es keine Kohlenstaubexplosion sei. Das war eine direkte Irreführung der Öffentlichkeit und eine falsche Meldung des betreffenden Beamten. In diesem amtlichen Bericht ist nichts darüber zu lesen, daß dieselbe Bergbehörde der Zeche die Erlaubnis zum Abbau des Flözes gegeben hatte, ohne daß die Berieselung nachgeführt zu werden brauchte.

Aber auch noch andere Unglücksfälle im Bergbau lassen Zweifel berechtigt erscheinen, ob die Bergbehörde wirklich immer so unschuldig ist, wie es hier heute von verschiedenen Seiten hingestellt wurde. Im Jahre 1920 entstand auf der Zeche **Kaiserstuhl** 2 durch Zuhochziehen des Förderkorbes ein **Seilbruch**, und wir hatten dort 30 Tote und 7 Schwerverletzte zu beklagen. Vor 1911 bestand eine Vorschrift, daß der Dienst der Maschinisten (D) mit der Seilfahrt beginnen müsse, das heißt, daß die Maschinisten zu Beginn der Seilfahrt frisch waren und noch nicht übermüdet und abgespannt. Nach 1911 hat die Bergbehörde diese Bestimmung aufgehoben und an dem Unglückstag auf Kaiserstuhl 2 hatte der Maschinist schon seine Schicht, und zwar die Nachmittagsschicht, verfahren. Wir sehen, daß die Aufhebung dieser vor 1911 bestehenden Verordnung mit dazu beigetragen hat, daß der Maschinist an dem betreffenden Tage abgespannt war, daß nicht ein frischer Maschinist bei der Seilfahrt zugegen war.

Durch einen **Seilbruch auf der Zeche Westfalen** am 16. November 1920 hatten wir 14 Tote zu verzeichnen gehabt. Das Seil wurde am 24. November 1918 neuaufgelegt. Am 2. Dezember desselben Jahres, also nur eine Woche darauf, schrieb der Betriebsleiter über Tag im Kontrollbuch ein: Das Seil ist sehr lose gesponnen, jede siebente Litze hat einen Spielraum von 5 Millimeter, das Seil wird kaum zwei Jahre halten. In der Woche vor dem Unglück hatte dieses Seil bei einer Untersuchung 41 Drahtbrüche.

(Hört! Hört! links.)

Trotzdem wurden mit diesem Seil weiter Menschen befördert.

(Hört! Hört!)

Eine Woche später riß das Seil, es waren 14 Tote zu verzeichnen. Es gibt eine sogenannte Seilprüfungskommission. Ich möchte die Herren von der Bergbehörde fragen, wie sich diese Kommission zusammensetzt und wo die Berichte über ihre Tätigkeit einzusehen sind. Während des Krieges ist, glaube ich, die Tätigkeit ganz aufgehoben worden, und gerade während des Krieges war sie am notwendigsten;

(sehr wahr! links)

(**Rosemann**, Abgeordneter.)

(A) Die Herren von der Bergbehörde müssen wissen, daß gerade während des Krieges die Drahtseile am allermeisten zu wünschen übrig ließen, die Kontrolle setzte da völlig aus. Ich möchte einmal fragen, ob bei diesen Unglücksfällen, die ich hier geschildert habe und wo sicherlich von einer Unschuld der betreffenden Instanzen nicht die Rede sein kann, irgendwo einmal einer zur Untersuchung herangezogen worden ist.

Ich komme nun zu dem **Unglück auf Mont Cenis** selbst. Der Herr Arbeitsminister erklärte hier vor einigen Tagen, als wir die Debatte wegen der Einsetzung des Ausschusses hatten, folgendes. Er sagte, daß auch **Organisationsvertreter zur Untersuchung hinzugezogen** worden seien oder daß er wenigstens die Anregung gegeben hätte, sie hinzuzuziehen. Es sind Vertreter vom Bergarbeiterverband dort gewesen, die gebeten haben, an der Untersuchung teilzunehmen. Aber die Zeche ließ dieses nicht zu. Ich weiß nicht, ob es ein besonders gutes Licht auf die Zeche wirft, wenn sie die Organisationsvertreter fernhält. Es muß verlangt werden, daß Vertreter der Organisation hinzugezogen werden, wenn es sich darum handelt, einen Unfall von derartiger Größe zu untersuchen. Man sträubt sich doch sonst nicht, Organisationsvertreter hinzuzuziehen, wenn es sich darum handelt, über Lohnfragen zu reden oder Streitigkeiten zu schlichten. Dann sind Organisationsvertreter immer gut genug.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

Ich habe das Stenogramm nachgesehen, da stand drin „Arbeitervertreter".

(Erneuter Zuruf.)

— Herr Minister, ich habe genau zugehört und für meine Person wenigstens ausdrücklich „Organisationsvertreter" verstanden. Sollte es nicht der Fall gewesen sein, to tut das gar nichts zur Sache und ändert daran nichts, wie die Bergbehörde und die Zeche selbst zu dieser Sache

(B) stehen. Die Organisationsvertreter wurden eben nicht hinzugezogen; die Zeche sträubte sich dagegen, und der Vertreter der Bergbehörde hat ein Auge zugedrückt. Des Abends wollte man dann schließlich die Organisationsvertreter sprechen, aber da seien sie nicht mehr anwesend gewesen. Glauben denn die Herren von der Bergbehörde, daß sich die Organisationsvertreter dort wie die dummen Jungens behandeln ließen, indem man sie dort von morgens bis abends stehen läßt, ohne ihnen irgendeine Nachricht zu geben? Ich glaube, die Regierungsvertreter selbst würden mit einer derartigen Behandlung sicherlich nicht zufrieden sein, und wir sind genau so Menschen wie sie auch.

Außerdem mußte die Zeche ja doch ihren Grund dazu haben, warum sie die Organisationsvertreter nicht zuzog. Zu Anfang der Untersuchung habe ich gesagt, es schiene mir so, als ob sich Behörde und Zechenverwaltung gegenseitig erst etwas mehr kennen lernen wollten, ehe man diese Vertreter der Arbeiter hinzuzog. Von dem habe ich heute absolut nichts zurückzunehmen. Wenn nichts zu verheimlichen ist, dann braucht man die Vertreter der Organisationen nicht so zu behandeln, wie es dort geschehen ist. Damit stärkt man auf keinen Fall das Vertrauen der Arbeiter zur Bergbehörde.

Weiter ist ausgeführt worden, daß auf der Zeche Mont Cenis alles in Ordnung und bester Verfassung gewesen wäre. Wenigstens ist das von den Vertretern der Rechtsparteien glattweg behauptet worden. Wenn alles in Ordnung gewesen ist, wie konnte dann ein derartiges Unglück in einem solchen Umfange entstehen? — Alle diejenigen, die vom Bergbau etwas Ahnung haben, werden zugeben müssen, daß ein Unglück in derartigem Umfange nicht hätte eintreten können, wenn alles in Ordnung gewesen wäre. Die jetzige Verwaltung auf Mont Cenis bemüht sich jetzt, aus dieser alten Schachtanlage eine etwas modernere zu machen. Der jetzige Leiter der Grube ist noch (C) nicht lange da. Wie er mir mitteilte, setzt er alles daran, um die Grube in eine moderne umzuwandeln. Er hat schon einen neuen Wetterventilator in Tätigkeit gesetzt und einen zweiten neuen bestellt. Die **Bewetterung** der Grube selbst war den bergpolizeilichen Vorschriften entsprechend gut. Man ging sogar weiter und sagte heute, man hätte der Grube sogar 50 Prozent mehr Wetter zugeführt, als sie eigentlich nötig hätte. Das besagt aber gar nichts, denn im ganzen Ruhrgebiet wird es kaum noch eine Schachtanlage geben, die nur der Grube so wenig zuführt, wie die bergpolizeiliche Vorschrift vorschreibt. Im Gegenteil, das beweist, daß die **bergpolizeiliche Vorschrift** in dieser Hinsicht nicht weit genug geht, sodaß die Zechen von selber darüber hinausgehen, weil sie genau wissen, daß, wenn sie nur den Vorschriften gemäß Luft zuführen würden, die Bergarbeiter nicht in der Lage wären, in der schlechten Luft zu arbeiten. Wenn nämlich die Wetterverhältnisse noch schlechter werden, als sie augenblicklich sind, würden die Bergarbeiter viel rascher ermatten. Aus diesem Grunde werden die Gruben von den Unternehmern selbst besser bewettert, als die Bergpolizei es will.

Aber es kommt nicht immer darauf an, wieviel Wetterstrom in die Gruben selbst hineinkommt, sondern darauf, wie der Wetterstrom unten verteilt und geleitet wird. Auf allen größeren Schachtanlagen besorgt die Leitung des Wetterstromes der Wettersteiger. Zu diesem Zweck wird auf den größeren Schachtanlagen ein Beamter angestellt, der sich um nichts anderes als um die **Wetterführung in den Gruben** zu bekümmern hat. Auf Mont Cenis, einer Zeche, die eine sehr große Belegschaft hat, war das nicht der Fall, da gab es keinen Wettersteiger, der sich nur um die Wetterführung zu kümmern hatte, sondern die Sache lag dort so, daß der betreffende Herr ein Fahrsteiger ist und als solcher noch drei Reviere zu (D) befahren hat und nur so nebenbei sich um die Wetterführung der Grube zu bekümmern hatte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch der Vertreter der Bergbehörde gab im Untersuchungsausschuß zu, daß diese Methode nicht richtig sei. Es war auch hier nicht alles so in Ordnung, wie es sein sollte. Aber darauf sind die Herren von der Rechten gar nicht eingegangen, auch Herr Winnefeld nicht, der alles sonst versucht hat, um zu beweisen, das alles in Ordnung war. Von dem, was nicht in Ordnung war, habe ich von Herrn Winnefeld nichts gehört.

Auch die Frage der **Wetterkontrolleure** ist gestreift worden. Was darüber ausgeführt wurde, kann ich nur bestätigen. In dem betreffenden Revier gibt es 26 Betriebspunkte, die nur ein Wetterkontrolleur revidieren mußte. Nun lautet die Bergpolizeivorschrift dahin, daß diese Punkte innerhalb drei Stunden vor Beginn der Seilfahrt kontrolliert werden müssen. Es ist aber völlig unmöglich für einen Wetterkontrolleur, 26 Betriebspunkte in drei Stunden zu kontrollieren. Als ich den betreffenden Wetterkontrolleur fragte, wie er die Kontrolle vornahm, wurde festgestellt, was der Kollege Braß vorhin schon ausgeführt hat. Er ging oben in die Örter, ging eine Strebe hinunter, so daß er von ungefähr 20 Streben tatsächlich nur 6 sah. Das ist alles andere, nur keine genügende Wetterkontrolle. Auch das Betriebsratsmitglied Scher wies ausdrücklich darauf hin, daß dieses Revier in drei Stunden gar nicht zu befahren war. Trotzdem wird es so hingestellt, als habe der Betriebsrat sich nur in dem Sinne ausgesprochen, daß auf der Grube alles in Ordnung gewesen sei. Herr Winnefeld hat vergessen, das anzuführen, was der Betriebsrat zuungunsten der Zeche ausgesagt hat.

(**Rosemann,** Abgeordneter.)

(A) Nur einiges zu der **Berieselungsanlage der Zeche** selbst. Es wird wohl von keinem Mitgliede der Kommission abgestritten werden, daß der Betriebsrat sehr oft Klage darüber geführt hat, daß Mangel an Berieselungsrohren wäre. Nur fiel es mir auf, daß in dem betreffenden Unglücksrevier kein Mangel gewesen sein soll. Die Behauptung, die Berieselungsanlage und Wasser sei vorhanden gewesen, ist also nicht richtig. Auf der Zeche Mont Cenis waren die Rohre, die das Wasser im Stapel hinaufbrachten, 2 Zoll, diejenigen, die das Wasser in die Strecke hineinbrachten, nur $^1/_2$ Zoll stark. Auch die Bergbehörde wird zugeben müssen, daß die dünnen Rohre von $^1/_2$ Zoll nur noch auf ganz wenigen Gruben zu finden sind, weil dann nicht genug Wasser in die betreffenden Örter zur Berieselung kommt. Genau so, wie man immer geklagt hat, daß zu wenig Preßluft vorhanden sei, und man diesem Mangel durch dickere Rohre abhelfen konnte, verhält es sich auch mit den Berieselungsrohren. Bei $^1/_2$zölligen Rohren wird man nicht den nötigen Druck erzielen können. Ich habe schon gesagt, daß es im Ruhrrevier nur wenige Zechen mit $^1/_2$zölligen Berieselungsrohren gibt.

Ich habe mich weiter darüber gewundert, daß die Bergbehörde nicht die Stelle im Unglücksrevier gefunden hat, wo die 50 Meter Berieselungsrohr überhaupt fehlten. Uns, die wir nur eine ganz kurze Grubenfahrt vornehmen konnten, fiel dieser Mangel direkt auf. Die Bergpolizei hat ihn gar nicht entdeckt, obwohl man doch bei einer Kohlenstaubexplosion auf die Berieselung das erste Augenmerk haben muß. Die Bergpolizei und auch die Grubenverwaltung war erstaunt, daß die Kommission so etwas gefunden hat.

Es wurde gesagt, der betreffende Reviersteiger habe auf genaue Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften geachtet. Ich will das nicht in Abrede stellen. Wenn (B) das der Fall ist, so muß es auffallen, daß dieser so vorsichtige Beamte trotz alledem in seinem Revier 50 Meter Rohr ausbauen ließ, trotzdem dort noch wenigstens für fünf bis acht Tage Arbeit war, daß er, wo immer und immer wieder Tag für Tag Kohlenstaub sich entwickelte, die Rohre ausbauen ließ. Wenn er so vorsichtig gewesen ist — ich streite das nicht ab —, dann hat er seinen Grund dazu gehabt. Es ist behauptet worden, in dem Revier sei kein Mangel gewesen, der Beamte habe die Rohre nur ausgebaut, weil er sie notwendig hatte und keine anderen ihm zur Verfügung standen; sonst hätte ein vorsichtiger Beamter das niemals getan.

Die Meinungen über das **Berieselungs- und Gesteinstaubverfahren** sind ja sehr verschieden. Ein Teil unserer technischen Grubenbeamten neigt zu der Ansicht, der Wasserberieselung sei gar keine so große Bedeutung beizumessen; das Gesteinstaubverfahren sei besser. Darüber streiten sich die führenden Männer noch, ich möchte dazu sagen: man soll von der Bergbehörde nicht dazu übergehen, das Gesteinstaubverfahren einzuführen, und zu gleicher Zeit den Zechen die Erlaubnis geben, die Berieselungsanlage abzubauen. Wenn man nicht vorher ganz genau weiß, daß dieses Gesteinstaubverfahren ein besseres Mittel zur Bekämpfung der Explosionsgefahr ist als das Wasser, dann soll man beide nebeneinander bestehen lassen, bis festgestellt worden ist, daß man durch das Gesteinstaubverfahren den Gefahren entgegentreten kann.

Meine Damen und Herren! In dem betreffenden Unglücksrevier ist nur ein **Rieselmeister** gewesen, der die Berieselung zu bedienen hatte, — so wurde ausgeführt. Ich möchte aber hinzusetzen, daß derselbe auch noch sämtliche Reparaturen an der Berieselung des ganzen Reviers vorzunehmen hatte, daß also dieser Rieselmeister nicht nur mit dem Berieseln, sondern auch mit Reparaturen seine (C) Schicht hindurch beschäftigt wurde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß von den Zeugen mit aller Deutlichkeit und Energie ausgesagt wurde, daß in den anderen Revieren die Rieselmeister während der Schicht nebenbei mit Verbauen beschäftigt würden, also mit einer Arbeit, die sicher keine vorübergehende ist, sondern von der man sagen muß, daß sie die Hauptarbeit war, und daß das Berieseln eben nur im Nebenamt ausgeführt wurde.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf eins hinweisen. Die Bergpolizei sieht zwar keine direkten Vorschriften darüber vor, wie groß die Belegschaft der einzelnen Reviere sein darf. In diesem Revier wurde mir nach Anfrage mitgeteilt, daß allein auf der Morgenschicht 126 Mann beschäftigt wurden. In diesem Revier war nur ein **Steiger** vorhanden, kein Hilfssteiger. Meine Herren, auf der Mehrzahl der Gruben werden wir selten Reviere mit einer derartig **großen Belegschaft** finden, und wenn man hier und da ein derartiges Revier findet, so ist von der Mehrzahl der Verwaltungen schon ein Hilfssteiger beigegeben worden. Ich habe mich in meiner Tätigkeit in der technischen Kommission viel mit dieser Frage beschäftigt, und ich meine, die Bergbehörde müßte auch einmal dazu kommen, vorzuschreiben, daß ein Beamter nicht mehr als höchstens 80 Personen in seinem Revier auf einer Schicht haben darf. Denn es ist vollständig unmöglich, daß ein einziger Beamter unter den Verhältnissen, wie sie unter Tage sind, 126 Mann genügend beaufsichtigen kann. Wer den Betrieb unten kennt, der weiß, daß diese Beamten sich noch die halbe Zeit mit der Förderung beschäftigen müssen, und wird zugeben, daß der betreffende Steiger in dem Unglücksrevier gar nicht in der Lage war, sein Revier so zu beaufsichtigen, wie es die Bergarbeiter eigentlich verlangen müssen, da- (D) mit die Gefahren im Bergbau nicht noch größer werden, als sie heute schon sind.

Meine Herren! Wenn ich gesagt habe, daß es für einen Steiger zuviel ist, 126 Mann zu beaufsichtigen, so muß ich auch weiter sagen, daß es zu viel ist für zwei **Schießmeister,** ein derartiges Revier so zu bedienen, wie es eigentlich nötig ist. Der eine Schießmeister hat am Unglückstage 22 Schüsse abgetan. Meine Herren, die tatsächliche, produktive Arbeitszeit im Bergbau wird von seiten der Unternehmer immer nur auf fünf Stunden geschätzt. Wenn wir weiter berücksichtigen, daß der Schießmeister vorher noch andere Arbeiten zu besorgen hat, nämlich die Munition zu empfangen usw., wenn wir weiter als praktische Bergarbeiter in Betracht ziehen, daß das Schießen nicht gleich zu Anfang begonnen, weil die Bergarbeiter die Schüsse erst bohren müssen, so müssen wir feststellen, daß für das Abtun der Schüsse nur wenig Zeit, höchstens fünf Stunden, zur Verfügnng stehen. Da möchte ich einmal an die Bergbehörde die Frage richten, ob sie glaubt, daß es möglich ist, innerhalb vier Stunden 22 Schuß ordnungsmäßig abzutun. Vielleicht ist die Bergbehörde und der Herr Oberberghauptmann der Meinung, daß das möglich ist, auch wenn man des morgens zu Anfang der Schicht auf Ort 6 gerufen wird, dann auf Ort 2, dann wieder auf Ort 6 usw., Herr Ober-Berghauptmann! Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß von dem Betriebsratsmitglied Scheer ausdrücklich festgestellt wurde, daß es gar nicht möglich sei, das Revier in vier Stunden zu befahren. Dann soll der Schießmeister 22 Schuß vorschriftsmäßig abgeben können? Das kann nur ein Oberberghauptmann behaupten, der ja auch eben die Behauptung aufstellte, daß die Schießmeister und die Berieselungsmeister keine anderen Arbeiten hätten. Diese Behauptung, daß der Schießmeister innerhalb vier Stunden

(Rosemann, Abgeordneter.)

(A) in einem derartig ausgedehnten Revier 22 Schuß abgeben kann, Herr Ober-Berghauptmann, wird Ihnen kein praktischer Bergmann glauben.

Meine Damen und Herren! Der Zeuge Keuper wies auch darauf hin, daß auf der Zeche Mont Cenis **Schießhauer** beschäftigt worden seien, die **erst vier Monate Grubenarbeit** verrichtet haben.

(Hört! Hört! links.)

Es ist noch nicht festgestellt, ob das den Tatsachen entspricht, aber auch nicht, daß es den Tatsachen nicht entspricht. Wie werden denn diese Schießhauer bestätigt? Das allererste ist, daß man die Polizei draußen über Tage fragt, wie sich der Mann geführt hat. Wenn dann vielleicht ein Bergarbeiter einmal wegen eines politischen Vergehens, weil er etwa in einer Versammlung etwas gesagt hat, was er eigentlich nach dem bestehenden Begriff des Bürgertums nicht sagen durfte, was aber schon manchem Reichstagsabgeordneten geschehen ist, bestraft wird, so ist er nicht mehr fähig, Schießhauer zu sein, auch wenn er 20 Jahre und noch länger Bergmann ist. Wenn aber einer eben in die Grube hineingeschneit kommt und nicht vorbestraft ist, dann ist er dazu fähig.

Nun wurde schon vorhin gesagt, daß die Zeche Mont Cenis nicht zu den gefährlichsten Gruben gehört, daß sie sogar noch unter dem Durchschnitt stehe. Ich weiß nicht, ob der Herr Kollege, der diese Ausführungen machte, sich wirklich im Untersuchungsausschuß dieses Bild gemacht hat. Außer ihm wird, glaube ich, keiner der Herren, die im Untersuchungsausschuß gewesen sind, dieser Meinung beitreten können. Die **Zeche Mont Cenis** gehört meines Erachtens wenn nicht in Gefahrenklasse A, so bestimmt in **Gefahrenklasse B.** Es ist festgestellt worden durch den Einfahrer Junghans, daß auf Zeche Mont Cenis die Schlagwetter sehr häufig auftraten. Es ist festgestellt worden, daß er in einem Jahre bei seinen Befahrungen

(B) 34 mal explosive Schlagwetter vorgefunden hat. Ich will auf den besonderen Fall hinweisen, ohne näher darauf einzugehen, wo in dem Querschlag der Bruch gefallen ist. Ich will aber darauf hinweisen, daß der betreffende Beamte die Äußerung tat, es konnte ein zweites Radbod geben. Wenn staatlich angestellte Beamte derartige Äußerungen tun, dann sieht es auf der Zeche nicht gut aus. Eigentümlich berührt es mich, daß seit März überhaupt gar keine Eintragungen mehr darüber vorgefunden wurden, daß noch Schlagwetter gefunden worden seien. Das ist wohl so zu verstehen, daß jetzt die Zeche sich mit diesem Einfahrer besser versteht. Denn der eine Herr Vorredner sagte ja, daß die Zeche mit dem vorhergehenden Einfahrer, der so oft Schlagwetter feststellte, nicht auf gutem Fuße gestanden hätte. Das ist wohl möglich. Denn alle diejenigen, die etwas auf der Grube finden, stehen selbstverständlich nicht mehr auf gutem Fuße mit der Zeche.

Doch nun zur Kernfrage selbst: Was muß geschehen, um derartigen Massenunglücksfällen vorzubeugen, um überhaupt die Unglücksfälle soweit als möglich zu beschränken? Es wird behauptet, daß Deutschland im Punkte sozialer Gesetzgebung an erster Stelle stehe. Wenn wir uns aber die Unfallstatistik von Deutschland und Belgien im Bergbau ansehen, so finden wir, daß wir in Deutschland 100 Prozent mehr Unglücksfälle zu verzeichnen haben als in Belgien.

Meine Herren! Es ist festgestellt worden, daß das **Sicherheitsmännergesetz** nicht dasjenige gewesen ist, als was es früher hingestellt wurde. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Unternehmer in der berühmten Palastkonferenz ja gleich gesagt haben, daß diese Sicherheitsmänner nichts anderes als weiße Salbe werden sollten. Meine Herren von der Rechten! Das bezeichnet so recht ihre Arbeiterfreundlichkeit. Diese Sicherheitsmänner sollten ja gar nichts anderes, als daraufhin wirken, daß derartige (C) Unglücksfälle nicht mehr geschehen sollten. Und trotzdem erklärten Ihre Vertreter, Herr Hilger usw., diese Sicherheitsmänner würden nichts anderes als weiße Salbe werden. Sie sind es auch geworden dank der Unternehmer, die das fertiggebracht haben, was die Palastkonferenz anstrebte. Wir sind auch auf dem besten Wege dazu, daß die Sicherheitsmänner genau so zur weißen Salbe herabgedrückt werden, wie es damals geschehen ist.

Ich stimme dem Herrn Kollegen Hue vollständig zu, wenn er sagte, daß die **Betriebsräte** heute schon bald nichts anderes mehr als wie weiße Salbe wären. Daß Herr Imbusch das bestreitet, kann ich ihm selbstverständlich nicht übelnehmen, denn auch Herr Imbusch und seine Freunde treten ja auch heute noch dafür ein, daß die Rechte der Sicherheitsmänner nicht erhöht werden sollen. Wenn man sich früher mal gegen die Zechenverwaltung wehrte, mußte man nicht nur in einem Jahre viermal die Zeche wechseln, nein, diejenigen Kameraden, die es mal wagten, gegen die Zeche nur beim Berggewerbegericht ihr Recht zu suchen, wurden dazumal nicht nur gekündigt, sondern sechs Monate lang auf die schwarze Liste gesetzt. Sechs Monate lang konnten sie von einem Schacht zum anderen irren, sie und ihre Familien mußten am Hungertuche nagen, nur weil sie ihr Recht dort gesucht hatten, wo es ihnen sogar das Gesetz erlaubte. Diejenigen, die dazumal gegen das Betriebsrätegesetz demonstrierten, wußten, warum sie demonstrierten, und ich freue mich wirklich, daß heute der Herr Kollege Hue von der Mehrheitssozialdemokratie eingesehen hat, daß das Betriebsrätegesetz nichts anderes als weiße Salbe ist.

Was muß also geschehen, um wirklich durchgreifende **Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter** einführen zu können? Alles das, was heute hier geschehen ist, ist nichts als Flickwerk gewesen, und solange wir die kapitalistische (D) Gesellschaftsordnung haben, wird auch nichts als Flickwerk weiter gewurstelt.

An den Vertreter der Regierung möchte ich die Frage richten: wie sieht es eigentlich mit der **Sozialisierung des Bergbaues** aus? Die verschiedenen Regierungen haben immer wieder den Bergarbeitern die Sozialisierung des Bergbaues versprochen, namentlich dann, wenn sie von den Bergarbeitern Opfer und Überschichten verlangten. Aber bis heute haben wir von der Regierung nichts gesehen, was darauf hinweist, daß endlich mal dieser Forderung der Bergarbeiter nähergetreten wird, daß endlich die Regierung ihr Versprechen, das sie den Bergarbeitern gegeben hat, auch einlöst. Es scheint, als ob die Regierung glaubt, ein den Arbeitern gegebenes Wort brauche nicht gehalten zu werden. Die Regierung braucht sich jedenfalls nicht zu wundern, daß die Arbeiter einer derartigen Regierung, die ihr Wort jedesmal wieder bricht, kein Vertrauen weiter entgegenbringen werden.

Ich möchte auch die Herren Rechtssozialisten darauf aufmerksam machen, daß es Herr Kollege Müller (Franken) war, der dem damaligen Wirtschaftsminister Scholz am 20. November 1919 zurief: die Bergarbeiter werden Ihnen Beine machen, wenn Sie nicht bald mit der Sozialisierung den Anfang machen! Aber wenn ich irgendeiner Partei Schuld gebe, daß im Punkte der Sozialisierung des Bergbaus nichts getan worden ist, daß wir in dieser Frage nicht weiter gekommen sind, so ist es die rechtssozialistische Partei. Die Partei der **Rechtssozialisten** hatte es in der Hand, sie brauchte nur zu wollen, dann war die Sozialisierung des Bergbaus da. Die Bergarbeiter warteten ja nur darauf, daß sie einmal für die **Parole der Sozialisierung des Bergbaues** in den Kampf treten konnten. Aber Ihre Parteigenossen sind doch auch diejenigen, die den Bergarbeiterverband in den Händen

(**Rosemann**, Abgeordneter.)

(A) haben. Nicht ein einziger Aufruf ist in diesem Sinne an die Bergarbeiter ergangen! Die Macht hatten Sie! Die Bergarbeiter allein hatten die Macht dazu, die Regierung zu zwingen, die Sozialisierung durchzuführen, wenn, — ja, wenn eben die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie wirklich die Sozialisierung gewollt hätten.

Wie gesagt, ich verspreche mir von all diesem Flickwerk nichts. Wir als Bergarbeiter sind immer belogen und betrogen worden, und solange wir die heutige Gesellschaftsordnung haben, werden wir auch nichts anderes erreichen, als daß dann und wann, wenn wieder mal ein großes Unglück geschieht, hier und dort etwas an der Geschichte herumgedoktert wird.

Nun noch ein paar Worte über die **Entstehungsursachen** selbst. Die Presse war sehr schnell bei der Hand, die Bergarbeiter als die allein Schuldigen hinzustellen. Es heißt, sie haben gegen die Vorschriften verstoßen. Es heißt also, daß der Kumpel wieder einmal der Schuldige sei. Der Kumpel spielt nach den Ausführungen dieser Herren leichtsinnig mit seinem Leben und mit dem Leben seiner Kameraden. Ja, warum kann denn der Bergarbeiter die bergpolizeilichen Vorschriften nicht so befolgen, wie es nötig ist? Das liegt eben im System. Wer das **Gedingesystem** in der Grube kennt, wird zugeben müssen, daß der Bergarbeiter gar nicht imstande ist, die bergpolizeilichen Vorschriften zu befolgen. Das Einbauen der Rohre wird nicht extra bezahlt. Alle Arbeiten, die nötig sind, um das Leben zu schützen, werden nicht extra bezahlt. Wir haben auf der Mehrzahl der Gruben ein reines Kohlengedinge, so daß der Bergarbeiter, wenn er leben will, vor allen Dingen sein Augenmerk darauf richten muß, soviel wie möglich Kohle herauszubringen, aber auf die Gefahren selbst gar nicht viel achten kann. Solange wir ein derartiges System haben, werden derartige Unfälle nicht ausbleiben.

(B) Nachdem nun soviel ungelernte Bergleute in die Gruben gekommen sind, mußten, anstatt daß die Vorschriften gelockert, diese viel strenger gehandhabt werden. Die Bergpolizei mußte strenger auf die Durchführung der Vorschriften achten und dasjenige, was sie gelockert hatte, mindestens sofort wieder einführen. Bevor ungelernte Bergarbeiter zur Grubenarbeit zugelassen werden, müssen sie wenigstens über die größten Gefahren unterrichtet werden. Das geschieht absolut nicht.

Meine Herren, auch die **Benzinsicherheitslampen** müssen dort, wo elektrische Lampen schon eingeführt sind, noch in größerem Maßstab in der Grube vorhanden sein. Jeder Ortälteste muß mindestens mit einer derartigen Sicherheitslampe ausgerüstet sein.

Ich hätte gehofft, daß bei dieser Besprechung auch von seiten der Regierung die Zustimmung dazu gegeben würde, daß das Betriebsrätegesetz wenigstens in dem Sinne erweitert würde, daß die Betriebsräte mehr Recht in dem Sinne hätte, mitzuwirken, nicht bloß mitzuberaten, wenn es sich darum handelt, das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen.

Meine Herren, ich möchte noch kurz, ehe ich zum Schluß komme, auf ein System hinweisen, das auch mit dazu beiträgt, daß die Unglücke nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Das ist das **System der Fahrsteiger und der Inspektoren.** Es werden ja Leute zwischen die verantwortlichen Beamten eingeschaltet, die viel zu sagen, aber keine Verantwortung zu tragen haben; die werden nur dazu gebraucht, um die Arbeiterschaft und die Beamten anzutreiben, aber um die Sicherheit der Grube kümmern sie sich nicht.

Meine Herren, zum Schluß muß ich sagen, — —

(Vielfache Bravorufe.)

— Ich glaube, daß Sie jetzt gern Bravo rufen; denn Sie hören ja nicht gern, wenn Ihr System, das kapitalistische System, auf der Anklagebank steht, und das (C) steht bei diesem heutigen Unglück auf der Anklagebank.

Ich habe gesagt, das kapitalistische System ist nicht in der Lage, durchgreifende Änderungen vorzunehmen. Erst dann, wenn die heutige kapitalistische Gesellschaft gestürzt ist und eine sozialistische an ihre Stelle getreten ist, werden wir als Arbeiter als gleichberechtigt behandelt werden, erst dann wird auch das Leben eines Arbeiters beachtet werden. Da dieser Glaube bei den Arbeitern und auch besonders bei den Bergarbeitern tiefe Wurzeln geschlagen hat, werden Sie, meine Herren, wenn Sie sich auch mit Händen und Füßen gegen den Sozialismus wehren, denselben nicht aufhalten können. Der Sozialismus wird sich durchsetzen, gegen Ihren Willen, zum Segen der gesamten Menschheit und zum Segen der Arbeiter.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Besprechung der Interpellationen erledigt. Es hatten noch zwei Herren von der Regierung ums Wort gebeten, sie haben aber nachträglich verzichtet.

Ich bitte um die Erlaubnis, von dem folgenden Gegenstande der Tagesordnung nur noch diejenigen Etats kurz erledigen zu dürfen, von denen mir gesagt ist, daß gar keine Debatte oder nur eine ganz unwesentliche Aussprache stattfinden wird. — Wir kommen also zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt der Reichsschuld (Anlage XIV).

Ich rufe auf den ordentlichen Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 2, Tit. 1 —, Tit. 7. — Einnahme, ordentlicher Haushalt, Kap. 1, Tit. 2, — 4, — 10. — Außerordentlicher Haushalt Kap. 3. — Die einzelnen Kapitel (D) und Titel sind genehmigt.

Ich komme zum

Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags (Anlage XVIIa).

Ich rufe auf den außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 7, — 7a, — Kap. 3 Tit. 2 und 3. —

Im allgemeinen will ich die Abstimmungen natürlich zurückstellen. Hier liegt aber eine Entschließung Schultz (Bromberg) vor, die nicht strittig sein wird, die nämlich auf Drucksache 2352 die Regierung ersucht, die Seßhaftmachung von Flüchtlingen aus Elsaß-Lothringen durch Beihilfen zu fördern. Ich nehme an, daß das Haus dieser Entschließung beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum

Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung (Anlage XVII).

Ich rufe auf im ordentlichen Haushalt fortdauernde Ausgabe Kap. 1 Tit. 2.

Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Steinkopf. — Er ist nicht anwesend. — Dann rufe ich auf Kap. 6 Tit. 1, — Kap. 8 Tit. 4 und 5. —

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 5.

Hierzu liegt eine Entschließung des Ausschusses auf 2347 IIb vor, welcher einen Ausgleich der hohen Transportkosten für Kohle und Kali in Ostpreußen von der Reichsregierung fordert. Wenn kein Einwand erhoben wird, nehme ich auch hier an, daß das Haus der Entschließung des Ausschusses beitritt. —

Ich rufe auf im außerordentlichen Haushalt Kap. 3 Tit. 1 und 2, — Kap. 4. — Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 4 Tit. 2, — Kap. 8 Tit. 4. — Damit ist auch dieser Haushalt in der zweiten Beratung erledigt.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum

Haushalt des Reichspostministeriums (Anlage XVIII).

Ich rufe auf ordentlichen Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 6, — 7c, — 8, — 11, — 22, — 23, — 25, — 27, — 38, — 38b, — 40, — 41, — 41a, — 43, — 44a, — 45, — 47, — 48, — 49a, — 51, — 55, — 56, — 59, — 60, — 61, — 63, — 65. —

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1, — 1a, — 4, — 5, — 22, — 24, — 32, — 39, — 61, — 66, — 67, — 68, — 69 bis 76, — 77, — 78, — 79. —

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt, Ausgabe. Kap. 1 Tit. 1 und 2. —

Es folgt die Einnahme im ordentlichen Haushalt, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 8, — 9b, — 10, — 11. — Außerordentlicher Haushalt, Kap. 1 Tit. 2. —

Es folgt der Sonderhaushalt für Bayern, und zwar zunächst der ordentliche Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 1, § 1, — § 2, — Kap. 2, — 3, § 1, — § 2, — Kap. 4, § 2, — Kap. 5, — 6, § 4 Tit. 2, — Kap. 7 § 1 Tit. 1, — § 2 Tit. 1, — Kap. 8, § 2 Tit. 1, — Kap. 9, § 2, — Kap. 11, § 1, — § 2, — § 3, — Kap. 14, § 3. — Einmalige Ausgaben, Kap. 1 Tit. 28, — 29, — 30. — Außerordentlicher Haushalt Tit. 1 und 2. —

Wir kommen zu den Einnahmen, Kap. 1, Tit. 1, — 3, — 9, — 10, — 11. — Außerordentlicher Haushalt, Kap. 1, Tit. 1. —

Wir kommen zu dem Sonderhaushalt für Württemberg, zunächst ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 1 Tit. 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 31a, — 34, — 38h, — 39, — 40, — 41, — 41a, — 42a, — 43, — 44, — 47, — 49, — 54, —

(B) 54a, — 55, — 59, — 60, — 61. — Einmalige Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1a, — 25, — 26. — Außerordentlicher Haushalt, Kap. 1 Tit. 1. —

Es folgen die Einnahmen zum Württembergischen Sonderhaushalt, ordentlicher Haushalt. Kap. 1 Tit. 1, — 9, — 10, — 11. — Außerordentlicher Haushalt. Kap. 1 Tit. 1. —

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei. Ordentlicher Haushalt. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 2 Tit. 1.

Hierzu liegt auf Drucksache Nr. 2347 IIa eine Entschließung vor:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die Frage nachzuprüfen, inwieweit Reichsaufträge für Drucksachen künftighin noch Privatfirmen zugeführt werden können.

Ich nehme an, daß das Haus dieser Entschließung des Ausschusses beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher ist nicht laut geworden.

Wir kommen zu Kap. 2, Tit. 2, — 2a, — 9, — 12, — 13, — 16. —

Damit ist auch der Etat des Reichspostministeriums erledigt.

Der Etat der Reichsmarine wird heute zurückgestellt, da hierzu größere Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XIa).

Ich rufe auf die einmaligen Ausgaben, Kap. 1, Tit. 1, — 3. —

Zu Tit. 6a hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich würde Sie in dieser Stunde nicht mehr behelligt haben, wenn nicht die Angelegenheit und der (C) Betrag, der hier zur Bewilligung steht, wenigstens eine kurze Stellungnahme unerläßlich machen würde. Es handelt sich zwar nicht um eine völlig neue Position in dem Etat, sondern nur um eine Nachforderung, aber doch um eine Nachforderung im Betrage von 1044 Millionen Mark, also um einen Betrag, bei dem man sich doch wohl überlegen muß, ob er eine sachliche Berechtigung in sich trägt oder nicht. Es ist ja überaus bezeichnend — und das hätte vielleicht dazu beitragen können, die Debatte hier im Plenum zu vermeiden —, daß die Herren von den bürgerlichen Fraktionen im Haushaltsausschuß sich in völliges Schweigen über diese Frage gehüllt haben. Ich kann das natürlich vollkommen verstehen. Denn wenn jemand oder eine Gruppe der Bevölkerung ein glattes Geschenk von 2,4 Milliarden Mark bekommt, so begnügt man sich ganz gern damit, Danke schön! zu sagen, und hat es nicht nötig, auch noch eine Erörterung darüber herbeizuführen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei der ersten Forderung auf diesem Gebiet in Höhe von 1,3 Milliarden sind eine ganze Reihe von Gründen angeführt worden, die diese Maßnahme als eine produktionsfördernde Maßnahme hinstellten. Damals mag deshalb noch eine gewisse Berechtigung vorgelegen haben, daß die eine oder andere Fraktion dieser Forderung zugestimmt hat, obwohl in ihren Kreisen bereits sehr lebhafte Zweifel über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme herrschten. Aber heute ist doch die Situation ganz anders, und weil sie anders ist und wir klar sehen, daß alle die Gründe, die damals angeführt worden sind, sich als völlig hinfällig erwiesen haben, müssen wir doch die Frage erörtern, ob wir angesichts der trostlosen Finanzlage des Reichs und angesichts der Tatsache, daß wir für die wichtigsten sozialen Zwecke, (D) für kulturelle Zwecke und für alle möglichen anderen Notwendigkeiten nicht einmal soviel Millionen haben, wie jetzt für diesen Zweck Milliarden angefordert werden, eine solche Bewilligung noch verantwortet werden kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will aber, um mein Versprechen einzulösen und mich möglichster Kürze zu befleißigen, von all den zahlreichen Gründen gegen diese Milliardenforderung nur einen hervorheben, der zeigt, wie unbegründet die angeblichen Hoffnungen waren, die im Januar und Februar als Gründe vorgebracht worden sind. Damals war das stärkste Motiv für das Verlangen der Bewilligung von fast 1½ Milliarden Mark die Angabe, eine Vergrößerung der Ablieferung an Brotgetreide zu erzielen und dadurch die Getreidemenge, die wir vom Ausland zu hohen Preisen einführen müssen, so erheblich herabzumindern, daß trotz der Mehrausgabe von 1,3 Milliarden eine tatsächliche Ersparnis für das Reich eintritt.

Wie liegen aber die Dinge? In der Begründung zu der heutigen Vorlage sagt die Regierung selber auf Seite 41, daß sie gegenwärtig die Menge nicht nachprüfen und feststellen könne, die an Mehrablieferung eingegangen sei. Auf meine Anfrage im Volkswirtschaftlichen Ausschuß vor einigen Wochen habe ich aber von der Regierung eine Antwort erhalten, die wesentlich anders lautet, die zwar nur eine prozentuale Berechnung enthält, aber darauf hinausläuft, nachzuweisen, daß eine Erhöhung der Ablieferung von 85 Prozent auf 87,5 Prozent eingetreten ist. Wenn Sie sich nun die Mühe nehmen, meine Herren, und nicht nur die Erklärung lesen, die die Regierung in der Denkschrift zu den Kosten der **Maisverbilligung für Futterzwecke** dem

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

(A) Etat beigefügt hat, sondern auch die folgende Denkschrift zu den Kosten der Brotgetreideversorgung, so sehen Sie, daß weder die erste Angabe der Regierung, daß sich heute nicht feststellen läßt, ob eine Erhöhung der Ablieferung eingetreten ist, richtig ist, noch die zweite Feststellung, daß tatsächlich keine Erhöhung eingetreten ist, sondern gerade das Gegenteil. Es heißt nämlich in dieser Denkschrift der Regierung:

> Es war jedoch bereits darauf hingewiesen, daß nicht zu übersehen sei, ob die Inlandseingänge hinter dem Voranschlag zurückbleiben würden. Tatsächlich sind sie geringer gewesen, als veranschlagt.

Es ist also gerade in dem entscheidenden Punkte, dem einzigen Punkte, von dem aus sich vom Standpunkt der Reichsverwaltung und der Allgemeinheit eine solche Milliardenbewilligung rechtfertigen ließe, das Gegenteil von dem eingetreten, was damals als Hauptgrund für die Bewilligung angegeben wurde.

Gestatten Sie mir nun einige Berechnungen, die ich selber angestellt habe. Nach den Angaben des Herrn Ernährungsministers bei der Vertretung der ersten Forderung von 1,3 Milliarden Mark sind bis zur damaligen Zeit etwa rund eine Million Tonnen Brotgetreide abgeliefert worden. Ich habe die genauen Zahlen bis zu dem Tage festgestellt, der dem Rundschreiben folgte, durch das das Inkrafttreten der Maisverbilligungsaktion angeordnet wurde, das ist der 15. Februar gewesen. An diesem Tage war die Gesamtablieferung 1 050 000 Tonnen. Am 15. Juni, meine Herren, war die Gesamtablieferung 1 150 000 Tonnen, also nur 100 000 Tonnen mehr, in einem Zeitraum von vier Monaten!

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Wenn Sie nun selbst rechnen, was zweifellos nicht den Tatsachen entspricht — denn wir hätten auch ohne die Maisverbilligungsaktion in diesen vier Monaten doch eine Ablieferung haben müssen, der Zustand wäre doch undenkbar gewesen, daß trotz des Widerwillens der Landwirte gegen die Ablieferung in vier Monaten überhaupt nichts abgeliefert worden wäre —, aber selbst wenn Sie rechnen, daß diese 100 000 Tonnen vollständig auf das Konto dieses verbilligten Maises kommen, so kommen Sie zu folgendem Ergebnis: Wenn diese 100 000 Tonnen im Ausland gekauft worden wären zu den Preisen, die zu dieser Zeit auf dem Weltmarkt herrschten, so hätten sie uns etwa pro Tonne 4000 Mark, also 100 000 mal 4000 gleich 400 Millionen Mark gekostet. Die Maisverbilligungsaktion aber, die allerhöchstens 100 000 Tonnen Getreide eingebracht hat, kostet das Reich 2,4 Milliarden, also das Sechsfache,

(hört! hört! links)

so daß eine Tonne Getreide, wenn wir sie auf dem Weltmarkt gekauft hätten, 4000 Mark gekostet hätte, während wir für dieselbe Menge durch die Maisverbilligungsaktion 24 000 Mark zahlen müssen.

(Hört! Hört! links.)

Gegenüber dieser Tatsache gibt es für mich nur das eine, wir haben es hier mit einem **Panamaskandal** allerschlimmster Art zu tun.

(Lebhaftes Sehr richtig! links. — Heiterkeit rechts.)

Hier herrscht eine Vergeudung von Reichsmitteln, wie sie in der bisherigen Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik noch nicht dagewesen ist.

Nur noch wenige Worte, um zu zeigen, wie diese Bewilligung im Gegensatz steht zu denen, die Sie auf anderen Gebieten betätigen. Bei der Frage der Erwerbslosenfürsorge, die uns in den nächsten Tagen noch beschäftigen wird, wird Gelegenheit genug gegeben sein, (C) auf den ungeheuren Kontrast hinzuweisen, der durch Sie bei der Behandlung dieser beiden Fragen zutage getreten ist. Ich will mich heute darauf beschränken, Ihnen einfach an einer anderen Vorlage der Regierung nachzuweisen, wie Sie mit zweierlei Maß messen, wenn es sich um Ihre eigenen oder um Ihnen fremde Interessen handelt. Bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern in der gleichen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Kleinkinderfürsorge der Betrag von — man höre — zwei Millionen Mark angefordert,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

obwohl die Regierung in ihren Bemerkungen zu dieser Vorlage ausdrücklich sagte: gegenüber diesem bedenklichen Umstand erscheint eine weitgehende Fürsorge für die Säuglinge und Kleinkinder ein zwingendes Gebot. Zwei Millionen für Hunderttausende in höchster Not befindliche Kinder, zweieinhalb Milliarden für wenige Agrarier!

Ich will mich für heute mit diesen Bemerkungen begnügen, muß aber doch einmal feststellen, daß aus einer Tatsache, die Sie selber damals beschlossen haben, der Sinn dieser ganzen Maßnahme ohne weiteres deutlich ersichtlich war. Dieser **Maisverbilligungsaktion** haben Sie damals nämlich **rückwirkende Kraft** gegeben und haben bestimmt, daß nicht nur diejenigen Mengen, die nach dem Inkrafttreten dieser Verbilligung abgeliefert werden, mit einer Entschädigung durch Zuteilung von verbilligtem Mais belohnt werden, sondern alles, was damals bereits abgeliefert war. Damit ist der Charakter dieser Maßnahme als einer Preiserhöhung von hintenherum ganz klar gegeben, denn an die Stelle des Preises von 1500 und 1600 Mark, der damals offiziell festgelegt wurde, ist durch diese verbilligte (D) Maiszuführung in Wirklichkeit der Preis von 3500 bis 3600 Mark getreten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die 2,4 Milliarden Mark sind deshalb nichts anderes als eine aus den Taschen des Reiches wenigen großen Agrariern zufließende Liebesgabe ohne jeden volkswirtschaftlichen Nutzen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Döbrich.

Döbrich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, zu dieser Frage zu sprechen. Nachdem aber der Herr Abgeordnete Dr. Hertz uns den Vorwurf gemacht hat, wir hätten uns im Ausschusse auf seine Ausführungen hin in Schweigen gehüllt und damit zugestanden, daß wir ein glattes Geschenk bekommen hätten, halte ich mich doch für verpflichtet, ganz kurz auf die Frage einzugehen.

Herr Dr. Hertz bezeichnet es als einen Panamaskandal, der hier vor sich gegangen sei, und berechnet zahlenmäßig, daß wir, wenn die noch nachträglich eingegangenen 100 000 Tonnen im Auslande gekauft worden wären, so und soviel gespart hätten. Ich schätze die Auffassungsgabe von Herrn Dr. Hertz viel zu hoch ein, um mir nicht zu sagen, daß er sehr wohl weiß, wie der innere wirtschaftliche Zusammenhang in dieser Frage ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bin freilich überzeugt, daß es doch keinen Zweck haben würde, wenn ich ausführlich auf diese Fragen eingehen würde. Die Worte, die Herr Dr. Hertz gestern

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) im Ausschuß uns gesagt hat, gebe ich ihm selbst zurück. Wer sich nicht überzeugen lassen will, den kann man nicht überzeugen, und wir legen keinen Wert darauf, vielleicht ganz besonders Herrn Dr. Hertz zu überzeugen.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Reden Sie einmal zur Sache!)

— Zur Sache kann ich nur das eine sagen: Es dürfte wohl eigentlich niemand mehr im Hause sein,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

der nicht so und so oft gehört hätte, daß eben ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen Futter, Dünger und Produktionssteigerung besteht. Wenn Herr Dr. Hertz sich einfach auf den Standpunkt stellt, daß wir mit der Einführung von 100 000 Tonnen Mais allein schon so und soviel hätten sparen können, so ist er eben nicht auf den inneren wirtschaftlichen Zusammenhang, der da besteht, eingegangen. Ich halte es wirklich nicht für angebracht, dies nun noch einmal in langen Worten auseinanderzusetzen,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und zwar aus dem einfachen Grunde heraus: wir wissen es, und Sie wollen es nicht wissen.

(Sehr gut! rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Aber ich entnehme daraus, daß das Ganze für Sie nichts weiter ist als eine Gelegenheit, um sich wieder Agitationsmaterial zu beschaffen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Das beste, was Sie uns geben können!)

In alledem liegt System. Wir in der Landwirtschaft sind es überhaupt in letzter Zeit gewohnt, systematisch in dieser Weise angegriffen zu werden. Sie versuchen immer wieder von neuem, sich heute schon gewissermaßen einen Prügelknaben für all die Ereignisse zu (B) schaffen, von denen Sie ganz genau wissen, daß sie naturgemäß kommen müssen. Ich sage Ihnen aber hiermit klipp und klar: Wir Bauern sind nicht länger gewillt uns als Prügelknaben gebrauchen zu lassen!

(Lebhafter Beifall rechts. Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hertz veranlassen mich, kurz die Gründe darzulegen, die seinerzeit zu der Maisaktion geführt haben. — In der Ergänzung zum Haushalt des Rechnungsjahres 1920 wurden zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke von dem hohen Hause 1,325 Milliarden Mark erbeten. Dieser Betrag sollte in zweifacher Weise verwendet werden. Erstens sollte den Landwirten und landwirtschaftlichen Organisationen, die sich verpflichten, Schweine ab Stall zum Preise von 675 Mark für den Zentner Lebendgewicht an Gemeinden zu liefern, für jeden Zentner Lebendgewicht eine Menge von 3½ Zentner Mais zum verbilligten Preise von 60 Mark für den Zentner zur Verfügung gestellt werden, und zweitens sollte den Landwirten für jeden über 70 Prozent ihres Liefersolls abgelieferten Zentner Brotgetreide gleichfalls 1 Zentner verbilligter Mais zur Verfügung gestellt werden.

Nach der Denkschrift, die der Anforderung des Betrages als Begründung beigegeben war und bereits am 8. Dezember vom Reichskabinett beschlußmäßig gebilligt worden ist, sollte durch die Hingabe von Mais zur vertraglichen Schweinemast die Schweineproduktion gehoben und der werktätigen Bevölkerung in den Großstädten und den Industriebezirken verbilligtes Schweinefleisch in größeren Mengen zur Verfügung gestellt (C) werden.

Die Hingabe von Mais gegen Ablieferung von Brotgetreide bezweckte nach der Denkschrift in erster Linie gleichfalls den Wiederaufbau des deutschen Schweinebestandes; gleichzeitig wurde hiervon eine Steigerung der Inlandsgetreideablieferung und damit eine Ersparnis von Geld für das Reich infolge entsprechender Verminderung des Einfuhrbedarfs an ausländischem Getreide erwartet.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Gewiß, erwartet! Ich komme nachher auf die Einzelheiten. —

Bei der Beratung des Ergänzungsetats wurde von dem Reichstag beschlossen, auch den Landwirten, die ihre Haferumlage über 50 Prozent erfüllen, für jeden weiteren Zentner abgelieferten Hafer einen Zentner Mais oder eineinhalb Zentner Maismehl zum Preise von je 60 Mark abzugeben, um die Haferablieferungen zu fördern und die Nachteile auszugleichen, die für landwirtschaftliche Betriebe infolge der verspäteten Ausschlagung der Haferumlage entstehen konnten.

In den Verhandlungen des Reichsrats und des Haushaltsausschusses des Reichstags ist unzweideutig zum Ausdruck gekommen, daß sich die Kosten der ganzen Maßnahme nicht im voraus übersehen lassen, und daß daher mit der Möglichkeit weiterer Anforderung von Mitteln für die genannten Zwecke zu rechnen ist. In der Tat würde es eine außerordentliche, das Vertrauen der Landwirtschaft in die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften schwer erschütternde Unbilligkeit bedeuten, wenn die Maisabgabe plötzlich gestoppt würde und diejenigen Landwirte, deren Bezugscheine noch nicht eingelöst sind, infolge Erschöpfung der Mittel leer ausgehen und von weiterem Maisbezuge ausgeschlossen (D) würden.

In den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften kam weiter zum Ausdruck, daß auch für bereits getätigte, die festgesetzten Prozentsätze übersteigenden Getreideablieferungen verbilligter Mais abzugeben sei, da sonst gerade die ablieferungswilligen Landwirte eine Zurücksetzung erfahren würden.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Während nun die Inanspruchnahme von Mais für die vertragliche Schweinemästung erheblich unter dem geschätzten Bedarf zurückgeblieben ist — im ganzen sind Verträge für ungefähr 180 000 Schweine abgeschlossen worden —, ist der Bedarf für das Maisaustauschgeschäft — zum Teil infolge der vom Reichstag nachträglich beschlossenen Ausdehnung dieser Aktion auf die Haferumlage — über die ursprünglichen Erwartungen weit hinaus gestiegen. Bis Mitte Mai sind über 70 beziehungsweise 50 Prozent des Liefersolls an Brotgetreide und Hafer hinaus, im ganzen über 886 000 Tonnen abgeliefert worden,

(hört! hört! im Zentrum und rechts)

für die nun, wie für die weiteren Überschußlieferungen, eine entsprechende Menge von Mais und Maismehl zur Verfügung zu stellen ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Hertz bemängelt hat, daß der eine Zweck des Maisaustauschgeschäfts, die Einfuhr von Auslandsgetreide, zu verringern und dadurch eine entsprechende Ersparnis für die Reichskasse zu erzielen, nicht erreicht worden sei, so kann dieser Behauptung allerdings nicht mit ziffernmäßigen Belegen entgegengetreten werden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) ebensowenig wie der Herr Abgeordnete Dr. Hertz einen solchen Beleg für seine Behauptung erbringen kann.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ich will Ihnen gleich im einzelnen antworten. — Denn es läßt sich nicht feststellen, welcher Ausfall bei der Ablieferung von Inlandsgetreide eingetreten wäre, wenn die verbilligte Abgabe von Mais nicht zugesagt worden wäre.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Alle Versuche, die durch den Maisaustausch bewirkte Mehrlieferung an Inlandsgetreide auch nur annähernd zu bestimmen, laufen deshalb nur in Schätzungen aus, die jeder sicheren Grundlage entbehren. Immerhin steht nach den gemachten Beobachtungen — wie auch landwirtschaftliche Organisationen bestätigen — fest, daß ohne den in der Maisverbilligung liegenden Anreiz zur Mehrablieferung von Getreide erheblich geringere Mengen für die öffentliche Hand aufgebracht worden wären. Dabei ist richtig, daß ein Teil der über 70 und und 50 % des Liefersolls abgelieferten Getreidemengen von den Landwirten bereits vor dem Beschluß des Reichstages über die Bereitstellung von Mitteln zur Verbilligung des Auslandmaises abgeliefert worden ist; aber hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Absicht der Reichsregierung, verbilligten Mais zur Verfügung zu stellen, und zwar im Austausch gegen Brotgetreide, schon lange vorher in den Kreisen der Landwirtschaft bekannt war und sicherlich auf die Ablieferung günstig eingewirkt hat.

Nun komme ich auf die Ziffern des Herrn Abgeordneten Dr. Hertz. Ich darf zunächst wiederholen, daß die **Denkschrift am 8. Dezember** vorigen Jahres festgestellt worden ist. Von diesem Zeitpunkt an sind noch an die Reichsgetreidestelle allein rund 227 000 Tonnen Brotgetreide einschließlich Gerste und Hafer

(B) und an die Reichsgetreidestelle und die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände zusammen rund 1 345 000 Tonnen geliefert worden. Zieht man nur die Zeit von Mitte Februar, d. h. dem eigentlichen Beginn der Maisaktion, in Betracht, so lauten die entsprechenden Erfassungszahlen 131 000 Tonnen bezw. 670 000 Tonnen Brotgetreide einschließlich Gerste und Hafer. Sie haben nämlich einen großen Fehler gemacht, Herr Abgeordneter Dr. Hertz. Sie scheinen mit Ihren Kalkulationen auf landwirtschaftlichem Gebiete zuweilen etwas Unglück zu haben.

(Heitere Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Das einemal liegt es am Komma, und das anderemal fehlt ein anderer wesenlicher Faktor. Sie haben heute Ihre Kalkulationen nur aufgebaut auf den Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle und dabei das Versehen begangen, die großen Ablieferungen an die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände außer Rechnung zu lassen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geht man nun von der sehr wahrscheinlichen Annahme aus, daß die genannten Mengen in der Hauptsache über 70 bezw. 50 % des Liefersolls hinaus abgeliefert worden sind, so würde sich unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Auslandsgetreidepreises von 5500 Mark je Tonne **im laufenden Wirtschaftsjahre** schon eine **Ersparnis von 2,4 Milliarden Mark** bei der Einfuhr von Brotgetreide ergeben, wenn man nur eine Mehrablieferung von rund 600 000 Tonnen zugrunde legt. Damit würde die Belastung der Reichskasse infolge der Maisverbilligung im Gesamtbetrage von nicht ganz 2,4 Milliarden gedeckt. Wie man angesichts dieser klaren sachlichen Lage von einem Panamaskandal sprechen kann, ist mir unerfindlich. Ich muß (C) diesen Ausdruck mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Weit wichtiger — und damit komme ich auf die zweite Seite des Problems — ist es, ob das weitere in der Denkschrift besonders betonte Ziel, die **Hebung der einheimischen Schweinezucht**, erreicht worden ist. Diese Frage kann schon jetzt mit Sicherheit bejaht werden, und die weitere Entwicklung bis zum Ende dieses Jahres, bis zu welchem Zeitpunkt die volle Wirkung der Maisaktion sich erst wird übersehen lassen, wird meine Annahme nach der Hinsicht als richtig bestätigen. Man kann annehmen, daß die Landwirtschaft ungefähr neun Zehntel des verbilligten Maises der unmittelbaren Fütterung zuführen wird. Mit der hiernach sich berechnenden Futtermenge könnten an sich $3^1/_4$ Millionen Schlachtschweine im Gewicht von ungefähr 2 Zentner gemästet werden, wenn die Schweine ausschließlich mit Mais gefüttert werden. Tatsächlich ist die Mastmöglichkeit noch erheblich größer, da, wie jedem Landwirt bekannt ist, die Zuweisung des eiweißreichen Maises die bessere Ausnutzung einer Reihe von anderen Futtermitteln, besonders der Abfälle, ermöglicht und das Nährstoffverhältnis dieser Futtermittel wesentlich verbessert.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Die Verbreiterung der Futtermöglichkeit hat bereits ihre günstige Wirkung auf dem Schweinemarkt ausgeübt. Ich will im einzelnen auf diese Dinge nicht eingehen, sondern nur einige Zahlen anführen.

Die **Zahl der Schweine**, die den 36 bedeutendsten **Schlachtviehmärkten** Deutschlands in den einzelnen Monaten des laufenden Jahres zugeführt worden ist, hat sich von rund 93 000 Stück im Januar dieses Jahres langsam ansteigend auf 155 000 Stück im Mai dieses (D) Jahres gehoben.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Zugleich ist **der durchschnittliche Preis** in 14 beobachteten Großstädten von 40,88 Mark für das Kilogramm im Januar dieses Jahres auf 33,48 Mark im April zurückgegangen.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Nach amtlichen Feststellungen und Unterlagen des Branntweinmonopolamts können wir annehmen, daß von dem verbilligten Mais höchstens zehn Prozent in Brennereien gewandert sind. Auch diese Menge hat übrigens die Ernährung der Tiere günstig beeinflußt, da die in der Brennerei gewonnene Schlempe ein ausgezeichnetes Milchproduktionsfutter darstellt. Ich habe bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß nach Erhebungen in den Provinzen Schlesien und Pommern Brennereiwirtschaften in der Lage waren, durch die Verfütterung von **Maisschlempe** ihre **Milchproduktion** um das Dreifache zu erhöhen und damit eine wesentlich bessere Belieferung der großen Städte mit Milch herbeizuführen.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Die Maisschlempe ist aber auch ein ausgezeichnetes Mastfuttermittel für Rinder, und so war es in Brennereiwirtschaften möglich, die **Rindermast** in erheblichem Umfange auszudehnen. Darauf ist es mit zurückzuführen, daß nach den Mitteilungen von zahlreichen Schlachthöfen bereits eine wesentliche Erhöhung des Durchschnittsschlachtgewichts der Rinder eingetreten ist.

Zusammenfassend darf ich also feststellen, daß die Produktion von Fleisch und Milch bereits wesentlich gesteigert worden ist, daß die Steigerung ein erhöhtes

(Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) Angebot auf dem Inlandsmarkt bewirkt und damit die Preisgestaltung günstig beeinflußt hat.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Nach oben!)

— Lesen Sie doch nur die Ziffern! — Die Abgabe des verbilligten Maises kommt hiernach mittelbar der Verbraucherschaft zugute. Wie Sie das angesichts der Tatsachen noch leugnen können, ist mir unbegreiflich. Versuchen Sie doch, die Dinge wenigstens ruhig und nüchtern zu sehen.

Die Annahme des Herrn Abgeordneten Dr. Hertz, daß die Zwecke der verbilligten Abgabe von Mais, wie sie seinerzeit in der Denkschrift als Ziel der Maßnahme bezeichnet worden sind, nicht erreicht worden seien, geht hiernach völlig fehl. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Hertz die Behauptung aufstellt, daß diese Zwecke nur vorgetäuscht worden seien — er hat von einer Preiserhöhung von hintenherum gesprochen —, so muß ich diese Unterstellung mit allem Nachdruck zurückweisen. Nur wer die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht übersieht und vor der fortschreitenden Besserung der Versorgung mit Vieh und Fleisch die Augen verschließt, kann eine derartige Behauptung aufstellen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Nur der kann auch verkennen, daß diese Aktion sich in den ganzen organisatorischen Aufbauplan, den wir seit Monaten konsequent verfolgen, bewußt und klar eingefügt hat, und daß bereits ein bestimmtes positives Ergebnis im Sinne der Verbesserung der Versorgungslage eingetreten ist.

(Beifall im Zentrum und rechts.)

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abstimmung über diesen strittigen Gegenstand erst am Dienstag stattfinden wird. — Zunächst hat das Wort

(B) der Herr Abgeordnete Schmidt (Cöpenick).

Schmidt (Cöpenick), Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion lehnt die 1 044 000 000 Mark zur Maisverbilligung ab, und zwar aus dem Grunde, weil wir die Mißstände, die sich dabei herausgestellt haben, beseitigen wollen. Wir erkennen an, daß in den Verordnungen der Reichsgetreidestelle wohl alles ganz gut festgelegt wurde, daß aber in Wirklichkeit die Sache im Lande anders gehandhabt wird. Das Lieferungs-Soll an Brotgetreide, das schon sehr niedrig festgesetzt war, ist von einem Teil der Landwirte erheblich überschritten worden, weil sie bei dem Bezug des verbilligten Maises dann ein glänzendes Geschäft gemacht haben.

Ich werde den Nachweis führen, daß das, was der Herr Minister wollte, dafür zu sorgen, daß durch die Maisbelieferung die Schweinezucht gehoben wird, nicht in dem Maße eingetreten ist, weil auch hierbei wieder die Großgrundbesitzer es verstanden haben, sich einen erheblichen Teil des Maises zu verschaffen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade **der kleine Mann** auf dem Lande, der doch hauptsächlich die Schweine züchtet, hat **den wenigsten** Mais bekommen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb ist es ganz falsch, wenn der Herr Abgeordnete Döbrich — er hat es zwar gegen die Unabhängige Fraktion gerichtet, hat uns aber auch damit gemeint — die Behauptung aufstellt, daß wir auf den Bauern herumschlagen und agitatorische Mätzchen vorbringen. Meine Ausführungen werden zeigen, daß gerade der kleine Mann nichts bekommen hat. Ich bedauere, daß ich bei der vorgerückten Zeit nicht alles Material vortragen kann, das ich darüber besitze. Die Reichsgetreidestelle hat am 16. März 1921 eine Verordnung herausgegeben, in der es heißt, es sei von verschiedenen Seiten angefragt worden, wie man sich verhalten solle, wenn eine erhebliche Überlieferung des Liefer-Solls an Brotgetreide stattfinde. Dazu ist gesagt worden: „Wenn sich jedoch im einzelnen Falle infolge erheblicher Überlieferung zeigt, daß das Liefer-Soll offenbar unrichtig, das heißt zu niedrig festgesetzt worden ist, so wird seitens des Kommunalverbandes nachträglich eine Berichtigung und Erhöhung des Ablieferungs-Solls vorzunehmen sein." Dies, Herr Minister, ist leider im Lande nicht erfolgt. Die Mahnungen von oben sind nicht beachtet worden, und zwar ganz besonders nicht in den Bezirken der Großagrarier. (C)

Ich möchte hier eine Provinz herausgreifen, nämlich **Pommern**. Im Kreise Saatzig sollten nach dem Lieferungs-Soll von 21 Gutshöfen abgeliefert werden 356 122 Kilogramm Brotgetreide (Weizen, Roggen und Gerste). Es sind aber abgeliefert worden 1 429 955 Kilogramm.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!

Dafür haben die Gutshöfe 895 974 Kilogramm Mais bekommen.

(Hört! Hört! links.)

Ich habe zwei Arten der Berechnung angewandt, Herr Minister. Einmal habe ich das festgesetzte Liefer-Soll als Grundlage genommen, wobei ich vom 71. bis zum 100. Zentner gerechnet habe, ebenso dann die Menge Getreide, die tatsächlich abgeliefert wurde. Da haben diese 21 Landwirte im ersten Falle 789 136 Kilogramm mehr erhalten, im zweiten Falle 466 989 Kilogramm mehr, als sie überhaupt an Mais erhalten sollten.

(Hört! Hört! links.)

Nun will ich auch einmal den Gewinn berechnen (D) unter Zugrundelegung des Preises von 2940 Mark für die Tonne Mais, der durchschnittliche Preis in den Monaten April und Mai. Wenn man den Tauschwert des Getreides mit 1500 Mark die Tonne in Rechnung stellt, so ergibt es eine Summe von 1440 Mark pro Tonne, die die Landwirte verdient haben. Das macht bei diesen 21 Gutshöfen 1 290 000 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Landwirte das bequeme Geschäft machten — leider sind die Bezugsscheine ein Börsenpapier und wurden pro Zentner mit einem Aufgelde in Höhe von etwa 40 Mark, also 800 Mark pro Tonne, gehandelt — so stellt sich der Gewinn auf 717 000 Mark für die 21 Gutshöfe.

Ich will die einzelnen Gutshöfe nennen: Sasenburg, Schönbeck, auch der Freiherr v. Wangenheim-Klein Spiegel ist darunter. Letzterer hat 11 383 Kilogramm Mais mehr bezogen.

Herr Minister, ich setze lebhafte Zweifel darin, daß so wenig Mais als Spiritus verbrannt ist. Die Dinge liegen doch so, daß der Großgrundbesitz nicht die erhebliche Anzahl von Vieh, ganz besonders nicht an Schweinen hat, als dies in Bauernwirtschaften der Fall ist. Deshalb ist es nicht berechtigt, daß die Großgrundbesitzer so erhebliche Mengen Mais bezogen haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben dabei gute Geschäfte gemacht.

Ich habe nur zwei hannoversche Kreise herausgenommen; noch mehrere Kreise könnte ich anführen. Aus dem Kreise Neustettin will ich nur folgende Zahlen bekannt geben. Es war ein Liefer-Soll bei 29 Gutshöfen von 825 378 Kilogramm. Tatsächlich wurden aber abgeliefert 1 214 965 Kilogramm Brotgetreide.

(Schmidt [Göpenick], Abgeordneter.)

(A) Dafür wurden 683 400 Kilogramm Mais beziehungsweise Bezugsscheine für diese Menge geliefert. Tatsächlich hätten sie nur erhalten sollen: 435 789 Kilogramm. Die Landwirte hatten dabei einen Gewinn von einer Million beim tatsächlichen Bezug von Mais. Darunter ist natürlich auch der „königliche Landrat" v. Hertzberg-Lottin.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Der Mann zählt im Kreise Neustettin zu denen, die dabei die besten Geschäfte gemacht haben.

(Hört! Hört! links.)

Diese Leute sind wahrlich berufen dazu, von der jüdisch-sozialistischen Wirtschaft und von dem Schiebertum zu sprechen, das sich überall in Deutschland breit mache. Anscheinend sind sie ärgerlich, weil sie bei den Schiebergeschäften nicht noch mehr verdient haben. Herr v. Hertzberg-Lottin hat nach meiner Berechnung, wenn er bloß die Bezugscheine verkauft hat mit dem Aufgeld von 800 Mark pro Tonne, ungefähr 378 000 Mark verdient.

(Hört! Hört! links.)

Er hate in seinem Liefer-Soll 32 000 Kilo Gerste stehen. Diese Gerste hat er nicht abgeliefert, weil er sie verfüttert und dabei noch mit dem Maisbezug ein glänzendes Geschäft gemacht hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Aus diesem Grunde bewilligen wir diesen Posten nicht. Wenn Sie (nach rechts) immer davon sprechen, es müßte Gesundung in das Wirtschaftsleben kommen, dann mögen doch diese Herren, die bei jeder Gelegenheit über die Arbeiter herziehen, erst einmal in ihrer Wirtschaft die Gesundung herbeiführen. Wenn diese Herren — es ist immer nur ein gewisser Kreis unter den Landwirten; ich (B) verallgemeinere nie — vom Schiebertum reden, das sie bekämpfen wollen, dann soll Herr v. Hertzberg-Lottin bei sich selber anfangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im Kreise Kolberg hat die Gutsverwaltung Kruckenbeck ein Mehr an Mais erhalten von 45 180 Kilogramm. Im Kommunalverband Kamin hat ein Besitzer v. Flemming auf Benz, Claushagen und Pemplow es auch verstanden, einen Bezugsschein über 15 000 Kilogramm Mais zu erhalten, der ihm dann allerdings wieder entzogen wurde. Im Kreise Demmin, wo man nur 89 Prozent des Brotgetreides — immer das Soll berechnet — abgeliefert hat, verlangt man vorläufig 70 000 Zentner Mais. Im Kreise Greifswald verlangt man 92 000 Zentner Mais bei einem Ablieferungssoll von nur 51 Prozent Brotgetreide, und im Kreise Grimmen, der nur 55 Prozent Brotgetreideablieferung und 33 Prozent Gerstenablieferung hat, sind gar 110 000 Zentner Mais angefordert worden. Greifswald und Grimmen waren gar nicht berechtigt, Forderungen zu stellen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die Kreise, wo der Großgrundbesitz überwiegt! Übrigens ist ja Pommern diejenige Provinz in Deutschland, die 52 Prozent Großgrundbesitz hat.

Ich bin erfreut, daß wir das Material darüber bekommen haben, um den Landwirten, die uns gegenüber immer von Demagogie reden — wenn es sich darum handelt, die Landarbeitertarife zur Einführung zu bringen — zu zeigen, daß einzelne Landwirte bei einer einzigen Maisschiebung mehr verdient haben, als sie im ganzen Jahre an Landarbeiterlohn bezahlen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das nennen Sie nicht Demagogie?)

— Das sind Tatsachen, die ich hier anführe!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In Mecklenburg geht es ähnlich zu. (C)

(Erneute Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Ich möchte Ihnen nur sagen, Herr Abgeordneter Schiele: die pommersche agrarische Presse hat uns durch den Schmutz gezogen. Ein konservativer Parteisekretär hatte in der „Pommerschen Tagespost" meinen Parteifreund Otto Braun beleidigt. Vorgestern hat er vor dem Gericht in Stettin de- und wehmütig Abbitte geleistet. Auch ich bin wiederholt von derselben Presse beleidigt worden. Wenn solche Dinge geschehen, dann hat man schon ein Recht, an den Pranger zu stellen, wie diese Herren das deutsche Volk aussaugen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist mir weiter bekannt, daß die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft in Hannover die kleinen Landwirte, die Getreide abgeliefert haben, nicht mit Mais beliefert. Den in diesem Bezirk tätigen Kommissionären werden aber aus Hamburg ganze Schiffsladungen angeboten. Das sind alles die Bezugsscheine für Mais, die verschoben wurden. Die Deputaten, die Landarbeiter, die nicht viel von ihrem Deputat abliefern können, bekommen in vielen Fällen keinen Mais geliefert. Wollen Sie sich dann wundern, wenn diese kleinen Leute auf dem Lande kein Getreide mehr abliefern, das sie notwendig für ihre Viehzucht gebrauchen, wenn ihnen der Mais nicht geliefert wird, weil der Mais bei den Großgrundbesitzern untergebracht wird?

Im Kreise Lauenburg in Pommern hatte ein Gutsbesitzer v. der Osten in Groß Jannendorf ein Liefersoll von 73 631 Kilogramm Brotgetreide. Er hat aber abgeliefert 216 254 Kilogramm und 49 769 Kilogramm Mais erhalten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist dreimal soviel, als ihm an Liefersoll zugeschrieben war! So könnte ich noch weitere Beispiele anführen. (D)

Herr Minister, das waren auch die Gründe, die meine Fraktion veranlaßten, dahin zu wirken, um ein **höheres Umlagesoll für die neue Ernte** zu erzielen. Ich führe diese Zahlen an, um zu zeigen, daß aus der Landwirtschaft mehr herausgeholt werden kann, als es tatsächlich der Fall ist. Nicht die statistischen Zahlen, wie sie in den grünen Heften stehen, soll man allein nehmen; sondern hier wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, einmal zu prüfen, was tatsächlich von den Landwirten geliefert werden kann. Viele haben also mehr Getreide abgeliefert, als sie Aussicht hatten, dafür Mais zu bekommen. Nicht weniger als 88 Kommunalverbände haben mehr Getreide abgeliefert, als an Liefersoll festgesetzt war, um dann Mais zu erhalten.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das liegt an der falschen Veranlagung!)

— Wer macht denn die Veranlagung auf dem Lande? Herr v. Hertzberg-Lottin hat sich z. B. selbst veranlagt!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Die Gutsbesitzer sind doch zugleich Kommunalbehörde. Wir wissen doch, wie es auf dem Lande zugeht. Wer auf dem Lande bekannt ist, weiß, daß gerade in den Gebieten des Großgrundbesitzes der Gutsbesitzer sich selbst kontrolliert, während in Dorfgemeinden, in Bauernschaften schon durch die Geschlossenheit der Gemeinden eine viel stärkere Erfassung sich vollzieht, als es auf Gutshöfen der Fall ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Da nun in vielen Fällen eine derartig hohe Überlieferung erfolgte, hätte die Reichsgetreidestelle, besonders die Zweigstellen im Lande, dafür sorgen müssen, daß wenigstens das überlieferte Getreide auf das Liefersoll durch Erhöhung desselben angerechnet wird.

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) Dabei möchte ich noch eins sagen. Die **Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes** ist zusammengerufen worden — die sogenannte Arbeitnehmergruppe — und sie hat Stellung genommen gegen die Belastung der **Landwirtschaft** durch die kommenden **Steuervorlagen**, wonach die Goldhypotheken gefaßt werden sollen. In den Berichten über diese Tagung heißt es:

> Wir rufen der Regierung zu: Spart ihr da oben zuerst!
>
> (Heiterkeit links.)
>
> Im Reiche gibt es viele Stellen, an denen gespart werden kann. Heute ist das mobile internationale Kapital daran, die letzten Reste des deutschen Besitzes aufzusaugen. Deutsch sind wir und wollen wir bleiben bis zum letzten Atemzuge.

(Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die pommerschen Landwirte, die diese Arbeitnehmergruppe finanzieren und unterstützen, sind es, die da sagen: deutsch sind wir und wollen wir bleiben bis zum letzten Atemzuge, — und dabei derartige Schiebergeschäfte machen.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Dann heißt es:

> Wenn die Steuerbelastung kommt, dann werden wir den Herren in Berlin sagen, daß wir ihnen die Lebensmittel vorenthalten, bis sie sich besinnen. Wir hoffen, daß dann ganz Norddeutschland einig ist, um Berlin zur Besinnung zu bringen.

Herr Minister, vielleicht kommen Sie auch noch dran, daß Sie ausgehungert werden, wenn Sie uns etwas entgegenkommen. Dem Herrn Arbeitsminister ist es (B) schon angekündigt worden, daß er zu den ersten gehört, die ausgehungert werden sollen, weil er eine vernünftige Haltung bezüglich der Durchführung der Tarifverträge in Pommern einnimmt.

Die Regierung soll einmal hier nachforschen. Das Material ist vorhanden. Dann kann sie feststellen, was diese Großgrundbesitzer vor allen Dingen an der Verschiebung mit dem Mais verdient haben, und sie soll dafür sorgen, daß diese Gewinne in die Kasse des Reichs fließen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Ich muß mir versagen, auf die vom Herrn Abgeordneten Schmidt erwähnten Beziehungen zwischen ihm und der pommerschen Landwirtschaft hier einzugehen.

(Sehr gut! rechts.)

Das ist ein Kapitel, das hier nicht zur Erörterung steht.

(Hört! Hört! und Unruhe links.)

Zur Sache selbst möchte ich folgendes ausführen. Es ist zweifellos, daß eine solche große Aktion wie die Maisaktion, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt, **Mißstände** zeitigt, und ich stehe gar nicht an zu erklären, daß Mißstände auch nach unseren Informationen vorgekommen sind. Überall, wo wir von derartigen Mißständen gehört haben, sind wir ihnen nachgegangen und haben auch, soweit es in unserer Möglichkeit lag, Remedur geschaffen. Ich wäre dem Herrn Abgeordneten Schmidt dankbar, wenn er mir im Interesse der Sache die ziffernmäßigen Belege möglichst bald zugehen lassen wollte. Hätte ich sie eher gehabt, wären wir vielleicht schon in der Lage gewesen, einzugreifen. (C)

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Aber ich meine, Herr Abgeordneter Schmidt: man darf nicht derartige Mißstände, die zweifellos vorgekommen sind, als Grundlage für eine völlig ablehnende Stellungnahme gegenüber der großen Maisaktion benutzen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Verkennen Sie doch nicht die große produktionsfördernde Wirkung, die in der Sache liegt. Und wenn hier einzelne Ausschnitte vorgetragen werden, meine Herren, so sind das lokale Erscheinungen, die überall vorkommen können, nicht bloß im Gebiet des Großgrundbesitzes — das muß doch hier im Interesse der Gerechtigkeit auch gesagt werden —, sondern auch in anderen Gegenden.

Wenn Sie das **Liefersoll** angeführt haben, Herr Abgeordneter Schmidt, so wollen wir doch nicht übersehen, daß das Liefersoll schon lange vor der Maisaktion zum Teil in langwierigen Verhandlungen zwischen der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden festgesetzt worden ist. Wenn es der Reichsgetreidestelle nicht gelungen ist, in allen Fällen ihre Auffassung durchzusetzen, und wenn sie vielfach hat nachgeben müssen, so ist das geschehen auf einen sehr energischen Druck von Seiten der **Verwaltungsbehörden**, also derjenigen Stellen, die die beste Einsicht in die einzelnen Möglichkeiten und die beste Kenntnis von den lokalen Notwendigkeiten und Bedürfnissen haben.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Ja, meine Herren, das eine möchte ich doch noch hinzufügen, daß unter den Vorständen dieser Verwaltungsbehörden zum Teil auch Mitglieder der Partei sind, die Sie selbst vertreten, und daß sich diese aus der genauen Kenntnis der Dinge davon überzeugt haben, (D) daß es eben nicht immer so geht, wie es an der Zentrale angestrebt wird.

Wir können hier also nicht, wenn wir ganz objektiv vorgehen wollen, ohne weiteres die Frage des Liefersolls mit der Maisaktion verquicken. Diese Frage war schon vorher liquidiert. Aber ich wiederhole, wo Mißstände vorgekommen sind, gehen wir ihnen nach, und ich will auch in diesem Falle, wenn Herr Abgeordneter Schmidt mir das Material zugänglich macht, nicht verfehlen, mit allem Nachdruck vorzugehen. Wenn der große Besitz mehr bekommen hat als der kleine — wir haben für jeden Zentner Brotgetreide, der abgeliefert worden ist, einen Zentner Mais zur Verfügung gestellt —, so ist es ganz natürlich, daß der große Besitz, der mehr produziert, auch mehr Mais bekommt als der kleine Besitz.

(Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Zahlen, die der Herr Abgeordnete Schmidt vorgetragen hat und die die Nebenwirkungen der verbilligten Maisabgabe außerordentlich deutlich zeigen, liefern uns nach meiner Überzeugung die Erklärung, weshalb der Herr Minister Hermes bei der Landwirtschaft so außerordentlich großes Wohlwollen genießt und weshalb der preußische Landwirtschaftsminister Braun von ihr die allerheftigste Anfeindung erfahren hat. Es war ja bei der Frage der Neuordnung der Getreidewirtschaft die „Deutsche Tageszeitung", die ihr Verhalten bei der Abstimmung in letzter Linie damit rechtfertigte, daß man sonst vielleicht einen Landwirtschaftsminister à la Braun bekommen hätte.

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) Aber, meine Damen und Herren, ist es denn richtig, was der Herr Ernährungsminister eben auf diese zahlreichen Angaben des Herrn Abgeordneten Schmidt gesagt hat, daß es sich nur um eine Reihe von Einzelfällen handelt? Ich glaube durchaus nicht, daß es nicht möglich wäre, die Zahl der Fälle, die der Herr Abgeordnete Schmidt vorgetragen hat, ins Ungemessene zu vergrößern, wenn wir einmal die Möglichkeit hätten, überall dort, wo diese Aktion durchgeführt wurde, die Unterlagen zu bekommen. Denn daß solche Vorgänge keine Einzelfälle darstellen können, das lehrt vor allen Dingen der ganze organisatorische Aufbau für diese Aktion. Die Verteilung von Mais liegt ja nicht in den Händen von behördlichen Stellen, die durch das Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit getrieben werden, nach dem Rechten zu sehen, sondern sie liegt in den Händen der großagrarischen Organisationen. Daher der Zustand, daß solche gewaltigen Überlieferungen, wie sie die Zahlen des Herrn Abgeordneten Schmidt zeigen, nicht Einzelfälle, sondern zahllose Erscheinungen darstellen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der Denkschrift des Herrn Ministers, die mir in seinem Auftrage zugegangen ist, wird ja ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die **Verteilung des Maises** und die Prüfung für die Voraussetzungen in die Hände der **Bezugsvereinigung für Landwirte** gegeben sind.

Aber, meine Damen und Herren, von dem Herrn Minister habe ich heute dieselbe Rede gehört wie schon oft zuvor.

(Zuruf aus dem Zentrum: Auch wir von Ihnen!)

— Herr Kollege, warten Sie einen Augenblick, so werden Sie vielleicht doch nicht ganz mit dieser Feststellung einverstanden sein. Ich will durchaus nicht (B) darauf hinweisen, daß die Rede des Herrn Ministers denselben Inhalt gehabt hat wie frühere Reden, sondern für mich ist die Tatsache entscheidend, daß der Herr Minister heute genau dieselbe Methode befolgt hat wie früher, nämlich die Methode, die darauf hinausläuft, früher von ihm verkündete und vertretene Anschauungen jetzt vollkommen preiszugeben.

Bei der **Erörterung des Umlageverfahrens** ist der Herr Minister mir die Antwort darauf schuldig geblieben, weshalb er früher die Anschauung vertreten hat, daß zugleich mit der Form der Bewirtschaftung auch über die Preise entschieden werden muß. Und heute haben wir genau dasselbe Bild. Heute hat der Herr Minister die gesamte Maßnahme mit all ihren Einzelheiten und all ihren Wirkungen gerechtfertigt. Was aber hat der Herr Minister zu Anfang dieses Jahres getan, als diese Vorlage zum erstenmal zur Beratung stand? Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen wohl in die Erinnerung zurückrufen, daß die Regierung durchaus nicht so weit ging, wie nachher die bürgerliche Mehrheit dieses Hauses beschlossen hat, daß die Regierung weder auf einen Zentner abgelieferten Getreides anderthalb Zentner Mais geben wollte, noch daß sie ursprünglich die Einbeziehung des Hafers in das Austauschgeschäft und, wenn ich mich recht erinnere, die rückwirkende Kraft zusichern wollte. Heute hat der Herr Minister all diese Dinge, die die Ursache dieser ungeheuerlichen Erscheinungen sind, vollkommen zu rechtfertigen gesucht. Was aber hat der Herr Minister am 29. Januar gesagt? Das Stenogramm weist nach, daß er damals erklärte:

> Aber ich habe die größten Bedenken hinsichtlich der Festsetzung der Menge von 1½ Zentner. Ich glaube, es wird uns nicht möglich sein, diese Austauschform durchzuführen. Wir werden uns damit begnügen müssen, einen Zentner gegen (C) einen Zentner abzugeben, und zwar wegen der Schwierigkeit der Devisenbeschaffung und weil sich daraus natürlich auch eine weitere starke Belastung der Reichskasse ergeben würde.

Heute haben wir von dem Herrn Minister kein Wort von diesen Gedankengängen gehört. Heute hat er die Hergabe von 1½ Zentner, die er damals bekämpft hat, vollkommen gerechtfertigt. Heute hat er auch keinerlei Bedenken darüber geäußert, daß durch diese Vergrößerung der abzugebenden Maismenge eine weit größere Belastung der Reichskasse eingetreten ist, als im Januar irgendein Mensch geahnt hat.

Die **Anschauungen des Herrn Ministers** wandeln sich eben außerordentlich schnell. Nicht nur in dieser Frage, sondern in all den Fragen, die er bisher zu vertreten die Aufgabe hatte. Und, meine Damen und Herren, die Ursache dafür liegt ja ganz offen zutage. Seinen ursprünglichen Anschauungen zuwider haben damals die Landwirte weitergehende Forderungen gestellt. Sie sind damals gegen seinen Willen beschlossen worden. Und anstatt, wie es von ihm zu verlangen gewesen wäre, entsprechend seiner Auffassung seine Meinung bis zum Letzten zu vertreten, hat er damals so kapituliert, wie er in der Frage der Höhe des Umlagesolls, der Getreidepreisfestsetzung und einer ganzen Reihe von anderen Fragen immer und immer wieder letzten Endes vor den Wünschen der Agrarier kapituliert hat.

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister erklärte weiter, das **Vertrauen der Landwirtschaft** müßte erschüttert werden, wenn es nicht zur Bewilligung der jetzt angeforderten mehr als einer Milliarde Mark kommen würde. Ja, bei den Finanzverhältnissen, die das Reich gegenwärtig hat, bin ich mir jedenfalls nicht im Zweifel, was unter den jetzigen Umständen höher (D) zu bewerten wäre, die Rettung einer Milliarde Mark für die Reichskasse oder das Mißvergnügen eines Teiles der Bevölkerung, nämlich des agrarischen Teiles, der schon aus der bisherigen Art der Regelung die ungeheuerlichen Gewinne davongetragen hat, wie sie der Kollege Schmidt zeigte. In einem Augenblick, in dem der agrarische Teil der Bevölkerung, insbesondere die getreideerzeugenden Großgrundbesitzer, so ungeheure Gewinnmöglichkeiten eröffnet bekommen, könnte die Regierung doch einmal das tun, was die anderen Herren Reichsminister von den übrigen Teilen der Bevölkerung stets gefordert haben. Der Herr Minister Hermes sollte doch auch einmal einen solchen Appell an die Opferwilligkeit der Landwirtschaft richten, wie ihn die übrigen Herrn Minister an die Arbeiterschaft gerichtet haben. Daß aber der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das nicht tut, kann ich vollständig verstehen. Denn während die übrigen Minister Erfolg mit solchem Appell gehabt haben, weil die Arbeitnehmer in Deutschland Verantwortlichkeitsgefühl für die Allgemeinheit haben, kennt der Herr Reichsminister für Ernährung die Erfolglosigkeit eines solchen Appells im Voraus.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat weiter die von mir berechneten Zahlen beanstandet und seinen **Berechnungen den 18. Dezember**, den Tag der Abfassung der ersten Denkschrift zugrunde gelegt. Da muß ich doch die Frage aufwerfen, weshalb er nicht noch weiter zurückgegangen ist, weshalb er nicht den 15. Juli oder vielleicht gar das vorhergehende Erntejahr seinen Berechnungen zugrunde gelegt hat. Seine Zahlen wären

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) ja dann noch viel schöner geworden. Der 8. Dezember ist ein ganz willkürlich gegriffeneer Termin. Für uns kann nur der Termin in Frage kommen, von dem an die Wirkung des hier gefaßten Beschlusses eintreten konnte, und da bleiben die Berechnungen, die ich angestellt habe, durchaus richtig und bleibt die Tatsache bestehen, daß an die Reichsgetreidestelle nur ein Betrag von 100 000 Tonnen abgeliefert worden ist. Es ist mir natürlich durchaus nicht unbekannt, daß auch an die selbstverwaltenden Kommunalverbände Mengen abgeliefert worden sind. Aber wollen denn die Herren die Behauptung aufstellen, daß, wenn diese Maisverbilligung nicht eingetreten wäre, seit dem 15. Februar überhaupt kein Korn mehr abgeliefert worden wäre? Wenn Sie diese Frage bejahen, so würden Sie ja damit Zeugnis ablegen für die ungeheure Verantwortungslosigkeit der Landwirtschaft, und da Sie freiwillig einen solchen Beweis zu liefern nicht bereit sind, so verstehe ich vollkommen, daß Sie bei dieser Frage schweigen.

Der Herr Minister hat einige Zahlen vorgebracht, die seine Darlegungen beweisen sollen. Aber zunächst leiden die Zahlen unter einem. In der ersten Denkschrift vom Januar wird nicht die Viehzucht an sich, sondern die Förderung der **Schweinemastverträge** und der Abschluß von Schweinemastverträgen als zu erreichendes Ziel dargestellt, und in der Denkschrift, die wir jetzt bekommen haben, heißt es: „Es bestätigt sich also die bereits in der Denkschrift zum Ergänzungsetat 1920 ausgesprochene Vermutung, daß eine allgemeine Verbreitung der Schweinemastverträge nicht erwartet werden dürfte." Aber, meine Herren, selbst wenn das eingetreten wäre, so bleibt immer noch falsch, was der Herr Minister aus dem **Anwachsen unserer Schweinebestände** überhaupt für Folgerungen gezogen hat. Denn erstens ist es eine allgemein feststehende und wohl von

(B) niemand bestrittene Tatsache, daß der Schweinebestand seit Ende des Krieges oder jedenfalls seit dem Jahre 1919 die Tendenz zum Steigen hat und daß diese Tendenz gefördert werden mußte durch die im August oder September vergangenen Jahres eingetretene Freigabe der Fleisch- und der Viehwirtschaft; das war ja gerade das Argument, mit dem Sie dieses Ziel zu erreichen dachten. Wenn aber der Herr Reichsminister diese Hauptursache der steigenden Viehzahl fortläßt, so können Sie wirklich nicht behaupten, daß seine Argumentation Anspruch auf Wichtigkeit machen kann.

(Abgeordneter Dr. Semmler: Die Schlachtungen im Mai haben zugenommen!)

— Der Herr Minister hat sich darauf berufen, daß die Viehzahl überhaupt gestiegen ist, er hat unter anderem auch die Ziffern vom Auftrieb im Monat Mai und von den Schlachtungen angeführt; aber die Gesamttendenz seiner Ausführungen war die, daß die Maisverbilligung die Erhöhung unserer Viehproduktion herbeigeführt habe, während in Wirklichkeit die viel stärkere Ursache die Freigabe der Fleischwirtschaft ist, wie das die Herren von der Landwirtschaft monatelang unwidersprochen behauptet haben.

(Zurufe rechts.)

Der Herr Minister hat es dann als einen großen Vorteil hingestellt, daß der Mais zum großen Teil in die **Brennereien** gewandert ist. Das ist die Argumentation, die sich stets in landwirtschaftlichen Kreisen gefunden hat. Ich darf deshalb auf die Wirkungen dieses Wanderns des Maises in die Brennereien hinweisen wegen der ungeheuerlichen wirtschaftlichen und gesundheitsschädlichen Wirkungen dieser Maßnahmen. Vor einigen Tagen hat der Beirat des Branntweinmonopols getagt, und da ist festgestellt worden, daß wir in Deutschland gegenwärtig geradezu in Branntwein (C) zu ersaufen drohen;

(große Heiterkeit)

da ist festgestellt worden, daß die Bestände gegenwärtig mehr als 1 500 000 Hektoliter Branntwein betragen,

(hört! hört! links)

und es ist dort eine ganze Sitzung lang über alle möglichen Maßnahmen beraten worden, wie diese Flut von Branntwein eingedämmt werden kann. Meine Herren (nach rechts), daß Ihnen aber die Erzeugung von Branntwein auf diesen Umwegen wichtiger erscheint als die Förderung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide und Mehl, wird die Bevölkerung kaum verstehen.

Ich muß doch noch meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß die Reichsregierung als Gesamtheit und auch das Reichsfinanzministerium zu dieser Frage nicht Stellung genommen hat. Bei jeder Frage, bei der es sich um die Bewilligung von wenigen Millionen für soziale Zwecke handelt, erscheinen die Vertreter des Finanzministeriums und erklären die Unmöglichkeit zur Bereitstellung dieser Mittel. Hier ist gerade das Gegenteil der Fall. Das ist ein so großer Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, daß sich die Öffentlichkeit auch darüber das entsprechende Urteil bilden wird.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Hertz gemeint hat, daß die **Verteilung des verbilligten Maises** in den Händen agrarischer Organisationen läge, so darf ich hier wiederholen, was (D) ich bereits berichtigend im volkswirtschaftlichen Ausschuß ihm geantwortet habe. Ich habe doch ausdrücklich erklärt, daß die Feststellung, ob der Landwirt über 70 oder 50 Prozent seines Liefersolls erfüllt hat und damit Anspruch auf die Verbilligung von Mais erhält, in der Hand der **Kommunalverbände**, also der öffentlichen Körperschaften liegt, die, wie auch der Herr Abgeordnete Dr. Hertz weiß, in weitem Maße mit der Durchführung der Getreidebewirtschaftung befaßt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hertz.)

Es stimmt also nicht, Herr Abgeordneter Dr. Hertz! Ich bitte Sie doch, die tatsächliche Feststellung gelten zu lassen. Es stimmt nicht, daß die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zu bestimmen hat, wer von den Landwirten und in welchem Umfange er Mais zu bekommen hat, sondern die Feststellung hierüber liegt ausschließlich in der Hand der Kommunalverbände. Die Bezugsvereinigung ist nur der Verteiler.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hertz hat gefragt, warum ich statt auf den 18. **Dezember**, nicht auf den 15. Juni vorigen Jahres zurückgegangen sei, denn dann wären noch größere Ziffern herausgekommen. Ich habe den 18. Dezember angeführt als den Tag, an dem das Reichskabinett den Beschluß gefaßt hat. Es ist ganz klar, daß ein solcher Beschluß in der Öffentlichkeit sehr schnell bekannt wird. Es war deshalb von mir vollkommen berechtigt, diesen Termin zu wählen. Aber, Herr Abgeordneter Dr. Hertz, ich bin ja gar nicht so weit gegangen, daß ich meine Berechnung, die ich der Ihrigen gegenübergehalten habe, auf den Termin des 18. Dezember aufgebaut habe, sondern auf dem Termin des 15. Februar, den ja auch Sie gewählt haben. Ich bitte doch, die Dinge so festzustellen, wie ich sie tatsächlich dargestellt habe.

(Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) Wenn Sie sich als Antwort auf meine ziffernmäßige Nachweisung einfach wieder auf das Gebiet der Vermutungen begeben, so verlieren wir den Boden unter den Füßen. Meiner ziffernmäßigen Nachweisung über die Unrichtigkeit Ihrer Darstellung haben Sie nichts ziffernmäßig entgegenstellen können.

Ich möchte verzichten, auf die Ausführungen hinsichtlich der Schweinemast, der Branntweinbetriebe usw. näher einzugehen. Eines aber möchte ich noch erwähnen. Der Herr Abgeordnete Dr. Hertz hat gemeint, bei mir wäre ein Wandel der Anschauungen erfolgt in dem Sinne, daß ich seinerzeit selber erklärt hätte: wir sind nicht in der Lage, von Reichs wegen mehr als einen Zentner verbilligten Maises für einen Zentner Brotgetreide zu geben. Das hätte ich ausdrücklich erklärt gegenüber der weitergehenden Forderung aus landwirtschaftlichen Kreisen, 1½ Zentner Mais zu bekommen. Er glaubt dann, feststellen zu können, daß ich umgefallen bin und nachher trotzdem den Landwirten 1½ Zentner Mais zur Verfügung gestellt hätte. Herr Abgeordneter Dr. Hertz, das ist ein Irrtum! Ich bin der erste gewesen, der damals, als dieser Beschluß gefaßt wurde, im Ministerium erklärte: wir sind nicht in der Lage, 1½ Zentner Mais den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Ich habe das nicht einmal vor das Reichskabinett gebracht, sondern die Sache innerhalb des Ministeriums sofort entschieden, daß wir nicht in der Lage wären, so weit zu gehen. Wenn Sie heute von 1½ Zentnern gesprochen haben und glauben, dies aus meinen Ausführungen herauslesen zu können, so haben Sie Maisfuttermehl mit Mais verwechselt. Zwischen beiden besteht ein großer Unterschied; es würde aber zu weit führen, diese technischen Unterschiede im einzelnen zu erklären. Diese 1½ Zentner Maisfuttermehl, die in ihrer Nährwirkung soviel wie 1 Zentner Mais dar-
(B) stellen, gelten übrigens nur bei der Ablieferung von Hafer, nicht aber von Brotgetreide. In diesem Punkte ist Ihnen also ein Irrtum unterlaufen, und wenn Sie gemeint haben, meine Anschauungen hätten sich öfter gewandelt, so glaube ich, wenigstens in diesem Punkte nachgewiesen zu haben, daß es nicht der Fall ist. Allerdings wage ich nicht zu hoffen, daß Ihr Urteil bei der Behandlung dieser Frage sich dadurch irgendwie wandeln wird.

(Heiterkeit und Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Ich will mich mit der Feststellung begnügen, die ich durch einen Zwischenruf zu erkennen gegeben habe, damit endlich einmal wenigstens in diesem Punkte zwischen dem Herrn Minister und mir eine völlige Klarheit besteht. Ich erwähnte verschiedentlich, daß die Regierung auf meine Bemerkungen im volkswirtschaftlichen Ausschuß mir eine Antwort hat zugehen lassen, die vom 6. Juni 1921 datiert ist. Darin heißt es über diese Meinungsverschiedenheit zwischen dem Herrn Minister und mir:

> Die Durchführung der ganzen Maisaktion einschließlich der Beschaffung, der Bezahlung und der Zuteilung des Mais erfolgt bekanntlich nicht durch die Reichsgetreidestelle, sondern lediglich durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte,
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> bei der die Kommunalverbände
>
> (lebhafte Zurufe im Zentrum und rechts)
>
> — bitte, hören Sie nur genau zu! —
>
> ihren Bedarf auf Grund der Getreideablie- (C)
> ferungen anfordern.
>
> (Na also! rechts.)
>
> Um aber zu verhüten, daß etwa Kommunalverbände irrtümlich und unberechtigterweise zu viele und zu hohe Maisanforderungsscheine ausstellen und bei der Bezugsvereinigung einreichen, übernimmt die Reichsgetreidestelle eine Überprüfung der Kommunalverbände in bezug auf die angeforderten Maismengen.

Danach steht also einwandfrei fest: die ganze Aktion liegt in den Händen der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte,

(Rufe rechts: Keine Ahnung!)

und eine Kontrolle erfolgt nur insofern, als sie die Feststellungen der Kommunalverbände betrifft. Daß diese Aktion von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte durchgeführt wird, das, meine Herren, hat ja innere Ursachen, über die wir vielleicht bei der dritten Lesung sprechen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. **Hermes**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Es ist mir völlig unbegreiflich, wie der Herr Abgeordnete Hertz noch irgendwie einen Gegensatz konstruieren kann zwischen dem, was ich vorhin gesagt habe, und dem, was er eben vorgelesen hat. Das ist ja gerade die vollkommene Bestätigung dessen, was ich ausgeführt habe.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Die Beschaffung, Bezahlung und Verteilung des Maises, also die kaufmännische Durchführung liegt bei der Bezugsvereinigung; der Bedarf aber wird von den Kommunalverbänden festgestellt, und das ist das Ent- (D)
scheidende, worauf auch der Herr Abgeordnete Schmidt hingewiesen hat. Wenn noch ein übriges von uns getan werden konnte, so ist es geschehen, indem wir die Reichsgetreidestelle als weitere kontrollierende Instanz zwischen die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte und die Kommunalverbände eingespannt haben. Ich glaube, in dieser Beziehung wäre aller Anlaß gegeben, dem Vorgehen des Reichsernährungsministeriums auch von Ihrem Standpunkte aus zuzustimmen.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Präsident: Die Debatte über Tit. 6 a des Kap. 1 der einmaligen Ausgaben ist erschöpft. Die Abstimmung erfolgt in der Sitzung am Dienstag, ebenso über Tit. 6 c, weil dazu auch ein Streichungsantrag gestellt ist.

Ich rufe auf Tit. 6 b, — 6 d, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — ebenso vom außerordentlichen Haushalt Ausgabe Kap. 7, Tit. 4. —

Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 2 Tit. 2, — im außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 1. —

Damit ist auch der Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bis auf die Abstimmungen erledigt, und wir kommen zum letzten Haushalt.

(Unruhe.)

— Meine Herren, die Herren von der Verkehrsverwaltung haben so lange gewartet, daß wir jetzt die Beratung nicht wohl abbrechen können.

Wir kommen also zum

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums — Verwaltung der Reichseisenbahnen — (Anlage XIX).

(Präsident.)

(A) Ich rufe auf von den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jaud.

Jaud, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe habe schon einmal in einer Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Verkehrsverwaltung ihr Hauptaugenmerk endlich einmal darauf richtet, daß die **Verkaufsstellen bei den Eisenbahnverwaltungen** abgebaut werden. Es ist zwar nach der Richtung schon manches, aber noch nicht alles geschehen. Ganz besonders weise ich auf den Fall hin, daß in **Schwandorf in der Oberpfalz** die Dinge so liegen, daß heute noch Beamte in diesen Stellen sitzen, die Gehälter beziehen, den Geschäftsleuten eine außerordentliche starke Konkurrenz bereiten und auch den Staat schädigen. Der schon an und für sich sehr kleine Bahnhof dieses Ortes ist ganz mit diesen Verkaufsstellen belegt, sodaß die Reisenden fast zu Hunderten nicht in den für diesen Zweck bereitgestellten Räumen in der Nacht Unterkommen finden, sondern auf den Gängen sich aufhalten oder übernachten müssen, wenn sie auf die Anschlußzüge warten. Diese Übelstände müssen endlich einmal von der Verkehrsverwaltung abgeschafft werden, und wenn heute die Verkehrsverwaltung wieder nicht hören will, dann werden wir selbstverständlich bei der Beratung des Etats im Herbst durch Anträge die Sache zu ändern suchen müssen. Ich möchte deshalb die Verkehrsverwaltung nochmals darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um eine so weitgehende Schädigung des selbständigen Gewerbestandes handelt, daß wir sie uns in Zukunft nicht länger gefallen lassen können.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(B) **Präsident**: Zu demselben Titel liegt auch eine Entschließung Bruhn und Genossen auf Nr. 2388, betreffend die Papierpreise, vor. Ich schlage Ihnen vor, auch diese Entschließung in einer späteren Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Ich rufe weiter auf von Kap. 1 Tit. 2, — 4, — 5, — 6, — 8, — 11, — 12, — 13, — 14, —

Zu Kap. 2 Tit. 1 liegt eine Entschließung Seibert und Genossen auf Drucksache 2363 vor.

Zu ihr hat das Wort der Herr Abgeordnete Seibert.

Seibert, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bedauere außerordentlich, daß ich bei der vorgeschrittenen Zeit Ihre Aufmerksamkeit in etwas in Anspruch nehmen muß. Ich werde mich jedoch ganz kurz fassen.

(Bravo!)

Aber wie unangenehm es ist, wenn man Verspätungen macht, das sehen und merken wir jetzt an unserem eigenen Körper. Wie unangenehm war es, wenn die Beamten, über die ich sprechen will, stundenlange Verspätungen in ihrem Dienst erlitten haben und auch aushalten mußten!

Bekanntlich wurde wegen der Geschäftslage des Hauses bei der Beratung des Etats im Haushaltsausschuß die Behandlung der dabei in Frage kommenden **Beamtenfragen** bis zum Herbst zurückgestellt. Man hoffte nämlich damals, den neuen Etat für 1922 so frühzeitig zugestellt zu erhalten, daß man dann zum Herbst eingehend die Beamtenfragen behandeln könne. Die in der vorliegenden Entschließung Nummer 2363 behandelte Angelegenheit aber betrifft eine Frage, die mit der Verabschiedung des Nachtragsetats 1921 für die Beamtenklasse unbedingt geklärt sein muß. Es liegt dies nicht nur im Belange dieser schon (C) vorgestern vom Herrn Kollegen Schmidt (Stettin) so nebenbei genannten **Lokomotiv- und Zugführer**, sondern ganz besonders auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Reichseisenbahnverwaltung selbst. Dem Herrn Reichsverkehrsminister soll durch diese Entschließung die jetzt nicht vorhandene Möglichkeit gegeben werden, diese schon vom Haushaltsausschuß bereits bewilligten Stellen nach sachlichen Bedürfnissen und der Eigenart des Lokomotiv- und Zugführerdienstes entsprechend verteilen zu können. Die derzeitig vorgesehene Regelung der Besetzung dieser Stellen würde diese Beamten allgemein und für immer aus dem praktischen Fahrdienst ausschließen. Nun ist aber doch in dem wichtigen Eisenbahnbetriebsdienst die Zugbeförderung die Seele des Eisenbahnverkehrs und auch in gewissem Sinne der Gradmesser unseres gesamten Wirtschaftslebens. Ich könnte und würde mich dem Reichsverkehrsministerium gegenüber, was die technische Seite anbetrifft, einer Begründung enthalten, da ich ohne weiteres annehmen muß, daß der jetzige Herr Reichsverkehrsminister aus der Kriegszeit heraus gerade die Tätigkeit des Fahrpersonals, des Lokomotiv- und Zugpersonals wohl richtig einzuschätzen weiß. Jedoch die formalen Bedenken, die von der juristischen Seite und wahrscheinlich vom Reichsfinanzministerium gegen diese Entschließung erhoben werden, zwingen mich, noch ganz kurz dieser Angelegenheit weiter einige Worte zu widmen.

Der **Eisenbahnfahrdienst** mit seinen dauernden Wechselfällen, seinen Kämpfen gegen Naturgewalten, seinen ungeheuren Schwierigkeiten und seinen besonders großen Verschiedenartigkeiten innerhalb des Fahrdienstes verlangt nicht nur ein Dienstpflichtgefühl im allgemeinen, sondern sehr häufig eine darüber hinausgehende Dienstfreudigkeit und -unverdrossenheit. (D) Ich verweise hierbei nur ganz kurz auf den Aufmarsch unserer Truppen im Jahre 1914, wo gerade dieses Fahrpersonal dreißig und mehr Dienststunden hintereinander ohne wesentliche Ruhe dazwischen geleistet hat. Ich verweise weiter auf die lange Kriegszeit, wo unser rollendes Material vollständig abgewirtschaftet war, wo man Leute von der Straße ohne weiteres auf die Lokomotive gestellt hat. Sie mußten angebunden werden, damit sie nicht herunterfielen, und der Lokomotivführer hatte die Arbeit für den Heizer mitzuleisten. Ich verweise weiter auf die Zeit, wo die **Frauen** im Fahrdienst Verwendung finden mußten — ich schätze diese Opferfreudigkeit unserer Frauen sehr hoch ein —, wo der Zugführer aber die Arbeit dieser Frauen mitverrichten mußte und die ungeheure Verantwortung hatte. Die Frauen haben sich — wenn auch in der Zeitung geschrieben wurde, sie hätten sich bewährt — absolut nicht bewährt, und manche schwere Stunde hat der Zugführer da durchmachen müssen.

Meine Damen und Herren! Ungeheure Werte an Material und Menschenleben werden diesen einfachen Beamten in den Lokomotiven mit dem Zuge anvertraut. Allein über vier Milliarden müssen für den **Kohlenbedarf der Lokomotiven** im Jahre aufgewendet werden. In einer dem Reichstag zugegangenen Eingabe der Lokomotivführergewerkschaft ist summarisch nachgewiesen, wie große Summen allein an Kohlen gespart werden können, wenn die Dienstfreudigkeit über das allgemeine Pflichtgefühl dieser Beamten hinausgeht. Ich darf nur zwei Sätze mir erlauben daraus vorzulesen:

> Wird durch die infolge der besonderen Dienstfreudigkeit des Lokomotivführerstandes mögliche Steigerung der Wirtschaftlichkeit auch nur eine

(Seibert, Abgeordneter.)

(A) Tonne auf tausend Lokomotivkilometer erspart, dann macht dies über 200 Millionen Mark im Jahre aus.

— Wenn die Kohlenpreise noch höher sind, ist dementsprechend diese Ersparnis noch größer. Ferner:

Die erstrebte Herabminderung des Kohlenverbrauchs sowie der hohen Reparaturkosten für Lokomotiven kann vorzugsweise nur durch opferfreudige, über das Pflichtgefühl hinausgehende Mitarbeit der Lokomotivführerschaft erreicht werden.

Ganz bezeichnend ist aber der weitere Satz:

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn zahlt als Privatbahn ihren Lokomotivführern nach einem Besoldungsdienstalter von zehn Jahren das Gehalt der Gruppe VII der Reichsbesoldung restlos.

Meine Herren, die einzige Privatbahn, die nach meinem Wissen sich eigentlich noch rentiert!

Ich werde mich so kurz wie möglich fassen,

(Heiterkeit)

aber es geht bei der Schwierigkeit dieser Materie und bei der Wichtigkeit dieser Beamtengruppe nicht ganz so glatt ab. **Die fachmännische und individuelle Behandlung der Lokomotiven**, die wir bei diesen Schnell- und Personenzügen haben und haben müssen bei den furchtbar schweren und langen Zügen, verlangt eine ausgezeichnete, gute Wartung. Die gute Instandhaltung dieser Hunderte von verschiedenen Maschinenteilen, die in der einen Maschine vereinigt sind, und deren Zusammenarbeiten während der Fahrzeit nötig ist, verlangt es, daß während der Ruhezeit der Lokomotivführer seine Dienstfreudigkeit zeigt. Er muß die Ruhezeit dazu opfern, damit tatsächlich mit der Maschine eine gute Fahrt ermöglicht wird und der Zug rechtzeitig am Stationsort ankommen kann. Diese Arbeiten, die in der (B) Zwischenzeit gemacht werden müssen, werden von den älteren Lokomotivführern, die mit Leib und Seele mit dem Dienst verwachsen sind, die sagen: es ist meine Lokomotive, — vorwiegend gemacht, und dadurch entsteht eine außerordentlich große Materialersparnis. Und gerade diesen Beamten will man die Möglichkeit nehmen, in ihren späteren Pensionsjahren aus der Gruppe VII Pensionen beziehen zu können.

Darüber hinaus aber ist die **Betriebssicherheit** der wesentlichste Faktor im Eisenbahnwesen. Die Öffentlichkeit wird nur dann auf die Betriebssicherheit aufmerksam gemacht, wenn einmal ein Unfall passiert ist. Wieviele solcher Fälle aber im letzten Augenblick durch die langjährige Erfahrung gerade dieser Beamten verhütet werden, weiß natürlich die Öffentlichkeit nicht; das weiß auch meistenteils die Eisenbahnverwaltung selbst nicht.

Dieser ungeheuer schwere Dienst rechtfertigt es nach meinem Dafürhalten, eine geeignete Form zu finden, so daß man den alten verdienten Beamten, die sich im letzten Augenblick nicht mehr dazu entschließen können, in den Bureaudienst überzutreten, nachdem sie 30 bis 35 Jahre auf dem Lokomotiv- oder im Zugdienst verbracht haben, die Möglichkeit gibt, in **Gruppe VII** übergeführt zu werden.

Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, wie unangenehm und lähmend die stundenlangen Verspätungen im Eisenbahnverkehr seinerzeit auf jeden einzelnen und auf unser ganzes Wirtschaftsleben eingewirkt haben. Heute sind wir alle wieder gewöhnt, daß die alte deutsche Pünktlichkeit im Eisenbahnverkehr eingesetzt hat. Das ist heute schon wieder eine Selbstverständlichkeit. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch gleich dem Märchen entgegentreten, das immer wieder erzählt wird, die Pünktlichkeit komme nur daher, daß die Lokomotivführer **Pünktlichkeitsgelder** erhielten. Nein, meine Damen und Herren, die Lokomotivführer haben noch niemals Pünktlichkeitsgelder erhalten, wohl aber sehr oft Bestrafungen, die nicht selten zwei oder mehr Mark für einige Minuten Verspätung betrugen. So liegen die Dinge, und nicht umgekehrt. (C)

Zweifellos trägt nicht das Zugpersonal allein dazu bei, daß die Betriebssicherheit gewahrt wird. Eine ganze Menge von Betriebspersonal muß auch in jeder Hinsicht seine Pflicht tun. Daher sollte man nicht immer die Besten herausziehen und in den Bureaudienst stecken, sondern man sollte diesem Personal Gelegenheit geben, ebenso an der **Aufstiegsmöglichkeit** teilzunehmen, wie alle anderen Beamten.

Der Herr Reichsverkehrsminister wird die von mir vorgetragenen Tatsachen nicht bestreiten können. Nur das Reichsfinanzministerium wird auch hier wieder mit dem schon hinlänglich bekannten Einwurf kommen, daß durch die Annahme dieser Entschließung die Reichsbesoldungsordnung gefährdet sei.

(Ministerialdirektor Dr. Kühnemann: Sehr richtig!)

Ja, meine Damen und Herren, nach den Erfahrungen, die alle Abgeordneten in dieser Hinsicht schon gemacht haben, glaubt doch wohl niemand mehr in diesem Hause, glaubt auch die gesamte Beamtenschaft nicht daran, daß die Besoldungsordnung wirklich ein „Rührmichnichtan" darstelle. Offensichtliche Ungerechtigkeiten müssen nach meinem Dafürhalten ausgeglichen werden, besonders dann, wenn die Regierung diesen Beamten immer wieder versprochen hat, daß sie in dieser Weise gleichartig behandelt würden wie jede andere Gruppe, der man die Aufstiegsmöglichkeit ebenfalls zugesteht, ohne daß sie eine andersartige Tätigkeit ausübt.

Geben Sie dem Satze: „Freie Bahn dem Tüchtigen!" den wahren Inhalt, an dem nicht nur der Eisenbahnbetrieb, sondern unser ganzes krankes Wirtschafts- und Volksleben allein wieder gesunden kann, nämlich: (D) Leistung und Gegenleistung!

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Stieler.

Stieler, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat betont, daß der Herr Reichsverkehrsminister schon in seiner Eigenschaft als Feldeisenbahnchef die **Tätigkeit der Lokomotivführer** und die vorzüglichen Eigenschaften unseres Lokomotivpersonals habe kennen lernen. Er hätte hinzufügen können, daß er die Vorzüge und Leistungen der Lokomotivbeamten hoch einschätzt und daß er demgemäß bei jeder sich bietenden Gelegenheit gern dafür eingetreten ist, daß die Wünsche dieses Personals, soweit er sie als gerechtfertigt anerkennen konnte, sich erfüllten. Aber auch dem Herrn Reichsverkehrsminister sind mit Rücksicht auf die Allgemeinheit der Beamtenschaft Grenzen gesetzt.

Was nun die Resolution anlangt, so habe ich folgendes zu sagen. Durch den vorliegenden Nachtragshaushalt 1921 ist auf Seite 15 eine Erläuterung zu den auf die **Aufrückungsmöglichkeiten der Lokomotivführer und Zugführer** sich beziehenden Haushaltsvermerke gegeben. Danach können die im Haushalt angeführten 1006 Stellen der Lokomotivführer und 820 Stellen der Zugführer unter der Voraussetzung in Stellen der höheren Gruppen umgewandelt werden, daß die Beamten eine Tätigkeit ausüben, die der nächst höheren Besoldungsgruppe entspricht, und daß sie weiter den Nachweis der Befähigung durch Ablegung einer besonderen Prüfung erbringen.

Danach erscheint es ausgeschlossen, daß Lokomotivführer oder Zugführer ohne Änderung ihrer Tätigkeit

(Stieler, Staatssekretär.)

(A) als Führer in eine höhere Gruppe aufsteigen. Es wäre auch ein Verstoß gegen das Besoldungsgesetz, das den Lokomotivführer in Gruppe VI und den Zugführer in V einreiht. Würde von diesen Grundsätzen abgewichen, so ergäben sich hieraus außerordentliche Konsequenzen nicht nur für sonstige wichtige Gruppen des Eisenbahnpersonals, sondern auch, wie ich zugleich namens des Finanzministeriums sagen muß, für zahlreiche Beamtengruppen anderer Ressorts.

Es könnte daher von der durch die Entschließung 2363 beabsichtigten Ermächtigung nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn durch sie nicht eine andere Regelung erstrebt werden sollte, als sie sich aus den vorhin gemachten Ausführungen ergibt. Über die Frage ist schon mit den beteiligten Beamtengruppen in Verhandlungen eingetreten worden. Hierbei ist in Aussicht gestellt worden, die Regelung im Rahmen der ausgeführten Grundsätze im Einvernehmen mit den beteiligten Beamtengruppen durchzuführen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schuldt (Steglitz).

Schuldt (Steglitz), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Den anerkennenden Worten des Herrn Abgeordneten Seibert für die Gruppen der Lokomotivführer und Zugführer kann ich mich durchaus anschließen. Ich bedaure nur, daß wir keine Zeit und Gelegenheit haben, dieses Lob auszudehnen auf alle übrigen Beamtengruppen des Eisenbahndienstes, die es vollauf verdient haben, daß für sie ein Wort gesagt worden wäre. Ich bedaure, daß dazu keine Zeit vorhanden ist. Um so mehr aber muß ich hier noch einen Fall vorbringen, der infolge der Vertagung des Reichstages akut werden könnte.

(B) Nach § 26 Ziff. 1 des Staatsvertrags, betreffend die Übernahme der Ländereisenbahnen durch das Reich, ist den Eisenbahnbeamten das Recht zugestanden worden, binnen drei Monaten nach der Übernahme der Eisenbahn durch das Reich ihren Rücktritt in den Landesdienst zu erklären. Dieses Rücktrittsrecht wurde den Beamten insbesondere im Hinblick darauf eingeräumt, daß die Besoldungsordnung des Reiches und der Länder in dem Zeitpunkt des Abschlusses des Staatsvertrags noch nicht klar erkennen ließ, ob sich ein Landesbeamter nach Einstufung in diese Reichsbesoldungsordnung unter Umständen nicht schlechter stellen würde als nach der Einstufung in die Besoldungsordnung des Landes, in dessen Dienst er verbliebe. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes haben die süddeutschen Eisenbahnbeamten von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht und haben sich, wie seitens des Reichsverkehrsministeriums eingestanden worden ist, hier eine wesentlich günstigere Position geschaffen als die ehemals preußischen Eisenbahnbeamten. Es ist den Beamten in dem Staatsvertrag zugesichert worden, es soll ein billiger Ausgleich stattfinden zwischen den sich hierbei ergebenden Ungerechtigkeiten. Dieser billige Ausgleich hat nach den Behauptungen der ehemals preußischen Eisenbahnbeamten nicht stattgefunden. Dieser billige Ausgleich fehlt meines Erachtens durchaus, und wenn ich Zeit dazu hätte, könnte ich das an Zahlen eingehend nachweisen. Das muß ich mir aber versagen.

Meine Damen und Herren! Wir hätten nun erwartet, daß in dieser Hinsicht etwas mehr geschehen wäre. Ich begrüße in dieser Lage die Erklärung des Herrn Reichsverkehrsministers, daß er auch fernerhin darauf bedacht sein will, diese Ungerechtigkeiten auszugleichen. Es ist nun aber bedauerlicherweise die Rücktrittsfrist auf den 15. Juli nachts 12 Uhr festgesetzt (C) worden, eine Frist, nach deren Ablauf die Beamten nicht mehr zurücktreten können. Nun sagen besonders die preußischen Beamten mit Recht: unsere Belange sind inzwischen nicht geregelt worden, und gleichwohl setzt man die Rücktrittsfrist fest. Wenn ihre Angelegenheiten nicht geregelt sind, so meinen sie, daß doch eigentlich die Frist weiter hinausgeschoben werden müßte, bis sie wissen, wie diese Rechte geregelt werden sollen. Aber nach den bei dem Reichsverkehrsministerium von uns eingezogenen Erkundigungen verbleiben die in den Länderdienst zurückgetretenen Reichseisenbahnbeamten in derjenigen Besoldungsklasse, in die sie beim Reiche eingestuft sind, da in Preußen Eisenbahnbeamte in der Besoldungsordnung nicht aufgeführt worden sind.

Eine Ausnahme hiervon würden jedoch diejenigen Beamten machen, die in die durch den Nachtragsetat für 1920 neu geschaffenen Aufrückungsstellen befördert werden, da diese Stellen nach den Ausführungsbestimmungen zum Nachtragshaushalt für 1920 nur an Reichsbeamte verliehen werden dürfen mit der weiteren Einschränkung, daß entweder zuvor die betreffenden Beamten ausdrücklich eine schriftliche Verzichtserklärung über das Rücktrittsrecht abgeben oder, falls dies nicht geschieht, daß die Überführungsverfügungen in die höhere Besoldungsstelle erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist — 15. Juli dieses Jahres nachts 12 Uhr — ausgehändigt werden dürfen.

Darin erblicken die Beamten eine ganz unbillige Härte, indem hier einfach gesagt wird: wenn du deinen Verzicht auf Rücktrittserklärung nicht abgibst, wirst du nicht höher eingestuft, und wenn die Frist abgelaufen ist, hast du auf den Rücktritt zu verzichten; oder du trittst zuerst zurück, und du wirst nicht befördert.

Ich will an die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums die Bitte richten, ob es nicht möglich ist, (D) diese unbillige Härte auszugleichen. Es erscheint durchaus notwendig, hier etwas zu tun, um die vollkommene Unsicherheit auf diesem Gebiet zu beseitigen. Ich darf feststellen, daß die Einstufungsverhandlungen erst bis Besoldungsgruppe VI und VII gekommen sind, daß die Gruppen VIII, IX, X, XI, XII, XIII, ohne richtig eingestuft zu sein, noch vollkommen im Ungewissen schweben. Angesichts dieser Tatsache aber zu sagen: obgleich ihr nicht wißt, wie ihr eingestuft werdet, setzen wir die Frist fest, bis wann ihr euren Rücktritt zu erklären habt, und habt ihr euren Rücktritt nicht erklärt, müßt ihrs nehmen, wie es kommt, — das halte ich für sehr bedenklich und ungerecht. Es liegt also eine unbillige Härte vor, und ich bitte im Namen der davon betroffenen Beamten — nicht nur der aktiven Beamten, sondern auch derjenigen, die in Pension gegangen sind —, die nach der sonderbaren unterschiedlichen Behandlung in Preußen und im Reich nicht wissen, ob sie ihren Rücktritt erklären sollen oder nicht, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, hier einzugreifen und durch Herausschiebung der Rücktrittsfrist den Beamten das Gefühl zu nehmen, von der Regierung ungerecht behandelt zu sein.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Stieler.

Stieler, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium: Es tut mir leid, daß ich dem Herrn Abgeordneten Schuldt nicht weiter entgegenkommen kann. Nur bezüglich des Rücktritts der pensionierten Beamten kann ich ihm erklären, daß Verhandlungen im Schoße der Reichsregierung schweben. Bezüglich der übrigen Beamten steht das Reichsverkehrsministerium auf dem Standpunkt, daß durch die Hinausrückung des Termins auf

(Stieler, Staatssekretär.)

(A) den 15. Juli dieses Jahres schon das Alleräußerste geschehen ist, was im Interesse des Reichs möglich war.

Die Interessen der Beamtenschaft sind in keiner Weise verletzt oder gefährdet worden. Schon seit dem vorigen Jahre stehen die **Grundsätze über die Einstufung** fest. Die Einstufungsübersicht vom 1. Dezember 1920 sagte jedem Beamten, was er zu erwarten hat. Gelegentlich der Verhandlungen über Personalfragen beim Nachtragshaushalt 1920 sind alle die Grundsätze nochmals deutlich gemacht worden, und schließlich sind sie auch noch durch die Amtsblätter in den einzelnen Bezirken bekanntgegeben worden. Weiter kann man nicht gehen. Daß nicht jeder einzelne Beamte über sein zukünftiges Schicksal, namentlich über die Frage seines Avancements, aufgeklärt werden konnte, war selbstverständlich. So lautet auch der Staatsvertrag nicht, der von dem Rücktrittsrecht der Beamten spricht. Er sieht nur vor, daß die generelle Regelung der Einstufung rechtzeitig vorgenommen worden sein muß.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Bravo!)

Die Abstimmung über die Entschließung wird auch am Dienstag erfolgen.

Ich rufe nunmehr auf vom Kap. 2 Tit. 1, — 2, —3 a, — 4, — 5, — 7, — 8, — 11. —

Zu Tit. 11 liegt eine Entschließung des Herrn Abgeordneten Hergt auf Nr. 2338 vor über die Ersparnisse bei den persönlichen und sächlichen Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen, die ebenfalls am Dienstag zur Abstimmung gelangt.

Tit. 12; — Kap. 3 Tit. 2 — und 5; — Kap. 4 Tit. 2. —

Außerordentlicher Haushalt, Ausgabe, Kap. 1 Tit. 3, — 5, — 6 a, — 9, — 10; — Kap. 2 Tit. 1/1447. —

Wir kommen zu den Einnahmen im ordentlichen Haushalt, Kap. 4; — außerordentlicher Haushalt Kap. 2. — Bewilligt.

Damit ist auch der Etat des Reichsverkehrsministeriums bis auf die zurückgestellten Abstimmungen erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, unsere Sitzung heute zu schließen und die nächste Sitzung abzuhalten am Montag, den 4. Juli, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung, die der Herr Schriftführer verlesen wird. (B)

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer**:

1. Interpellation der Mitglieder des Reichstags Hergt, Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemals elsaß-lothringischen Beamten und den Entwurf einer Besoldungsordnung für die elsaß-lothringischen Landesbeamten;
3. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Abwickelung von Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen;
4. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich;
5. dritte Lesung des Altrentnergesetzes;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, und zwar:
   a) Haushalt des Reichswehrministeriums, D. (Marine),
   b) Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen,
   c) Haushalt des Reichstags,
   d) Gesetz nebst Anlagen;
7. zweite Lesung des Fernsprechgebührengesetzes;
8. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz);
9. zweite Beratung des von den Abgeordneten Marx und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend religiöse Kindererziehung.

Präsident: Ein Einwand gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 56 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

130. Sitzung.

Montag den 4. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4360A, 4394B

Interpellation Hergt ꝛc. **Regelung des Lehrlingswesens** im Handwerk (Nr. 2405 der Anlagen):

Dr. Willecke, Ober-Regierungsrat: 4360C

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Rechtsverhältnisse** der ehemaligen **elsaß-lothringischen Beamten** ꝛc. (Nr. 2367 der Anlagen) 4360C

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die **Abwicklung von Kriegsgesellschaften** ꝛc. (Nr. 2138, 2368 der Anlagen) 4360C

(B) Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsvertrag, betreffend **Übergang der Wasserstraßen auf das Reich** (Nr. 2235, 2369 der Anlagen) 4360D

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über **Versorgung** der vor 1. August 1914 aus der **Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen (Altrentner)** (Nr. 2373 der Anlagen):

Andre (Z.), Berichterstatter . . . 4361B

Zweite Beratung des **Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2347, 2371 der Anlagen):

Reichswehrministerium (Marine):

Kuhnt (U.S.) 4362B

Dr. Moses (U.S.) 4366B

Dr. Geßler, Reichswehrminister . 4366D

Auswärtiges Amt:

Zentrale für Heimatdienst:

Frau Wurm (U.S.) 4367B

Dr. Cremer (D.Vp.) 4368C

— persönlich 4373A

D. Mumm (D.Nat.) 4369C

Sollmann (Köln) (S.) 4370B

— persönlich . 4372D, 4373A

Seite (C)

Dr. Rosenfeld (U.S.) 4371C

— persönlich . . . . 4373A, B

Reichstag 4373C

Etatsgesetz 4373C

Zweite und dritte Beratung des **Fernsprechgebühren-Gesetzentwurfs** (Nr. 2176, 2378 der Anlagen):

Allekotte (Z.) Berichterstatter . 4374A

Steinkopf (S.) — zur Geschäftsordnung 4375B

Zweite Beratung des **Wehrmachtversorgungs-Gesetzentwurfs** (Nr. 1648, 2351 der Anlagen):

§ 1:

Karsten (U.S.) 4376A

Plettner (V.K) 4377C, 4379B

Dr. Geßler, Reichswehrminister . 4378D

§ 2:

Kaiser (S.) 4379C

v. Gallwitz (D Nat.) 4380B

Andre (Z.) 4380D

Hoch (S.). 4380D

§ 7 bis 15:

Meier (Zwickau) (S.) 4381A

v. Schoch (D.Vp.) 4382B

§ 28: (D)

v. Gallwitz (D.Nat.) 4383A

§ 31:

v. Schoch (D.Vp.) 4383C

Kaiser (S.) 4384C

Dr. Geßler, Reichswehrminister . 4385C

§ 49:

Andre (Z.) 4387A

§ 54a:

Meier (Zwickau) (S.) 4387B

v. Gallwitz (D.Nat.) 4387C

§ 71:

Andre (Z.) 4388A

§ 76:

v. Schoch (D.Vp.) 4388B

v. Gallwitz (D.Nat.) 4388D

Frau Teusch (Köln) (Z.) 4388D

Petitionen 4389C

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Marx über **religiöse Kindererziehung** (Nr. 1459, 2317 der Anlagen):

§ 1:

Dr. Barth (Chemnitz) (D.Nat.), Berichterstatter 4389D

Leicht (Bay.Vp.) 4392A

— zur Geschäftsordnung: 4393D

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzelnd durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Seite
§ 6:
Marx (Z.) — zur Geschäftsordnung 4393C
Petitionen 4394B
Nächste Sitzung:
Hoch (S.) . . . . . 4395A, C
Schultz (Bromberg (D.Nat.) 4395A, B
Erkelenz (D.D.) 4395D

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der Herr Reichsminister des Innern sucht mit Schreiben vom 1. Juli dieses Jahres die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitgliedes des Reichstages Körner wegen Beleidigung. — Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; die Überweisung ist beschlossen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Haas (Baden)
der Abgeordnete Kopsch;
in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Dißmann
der Abgeordnete Brühl;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten (B) Pleitner, Biener
die Abgeordneten Bartz (Hannover), Budjuhn;
in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Poppe, Dr. Becker (Hessen), Feilmayer, Beckmann
die Abgeordneten ten Hompel, v. Raumer, Klöckner, Henke;
in den 14. Ausschuß für die Abgeordneten Beuermann, Wulle
die Abgeordneten Frau Dr. Matz, D. Strathmann;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordnete Mueller-Otfried
der Abgeordnete D. Mumm;
in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Ernst, Frau Nemitz, Frau Krach
die Abgeordneten Puchta, Unterleitner, Staab;
in den 26. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Rießer
der Abgeordnete Leutheußer;
in den 29. Ausschuß für den Abgeordneten Malke
die Abgeordnete Mueller-Otfried.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Dr. Philipp, Käselau, Dr. Scholz für 2 Tage, Hamm für 3 Tage, Stücklen für 4 Tage, Janson für 5 Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Dr. Kulenkampff.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

Interpellation der Mitglieder des Reichstags Hergt, Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk (Nr. 2405 der Drucksachen)

Als weitere Interpellanten sind noch hinzugetreten (C) der Herr Abgeordnete Trimborn und Fraktion.

Ich richte zunächst an den Herrn Vertreter der Reichsregierung die Frage, ob und wann sie die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Ober-Regierungsrat Dr. Willecke.

Dr. **Willecke,** Ober-Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten, und wird sich wegen des Tages mit dem Herrn Präsidenten des Reichstages in Verbindung setzen.

Präsident: Der Gegenstand wird dann erneut auf der Tagesordnung erscheinen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsaß-lothringischen Beamten, und des Entwurfs einer Besoldungsordnung für die elsaß-lothringischen Landesbeamten (Nr. 2367 der Drucksachen).

Hier ist beantragt, die Vorlage dem Hauptausschuß zu überweisen. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn kein anderer Vorschlag gemacht wird. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen (Nr. 2138 der Drucksachen). (D)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft (Nr. 2368 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Hertz.

Ich rufe in der zweiten Beratung auf § 1 — und erkläre denselben für angenommen, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Da keine Veränderung in dem Gesetz vorgenommen ist, können wir auch gleich in die

dritte Beratung

eintreten. — Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe auf in der besonderen Beratung § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich (Nr. 2235 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft (Nr. 2369 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Schumann.

Ich eröffne die Beratung über den Gesetzentwurf — und erkläre denselben für angenommen.

(**Präsident.**)

(A) Einleitung und Überschrift — angenommen.

Hierzu liegt auf Drucksache 2369 eine Entschließung des Ausschusses vor:

> Nach Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich ist die baldige Bildung des im Art. 98 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichswasserstraßenbeirats erforderlich geworden.
>
> Zugleich ist mit möglichster Beschleunigung für die Bildung von Bezirkswasserstraßenbeiräten zu sorgen.

Ich nehme an, daß das Haus auch dieser Entschließung beitritt, wenn ein Widerspruch dagegen nicht erhoben wird. — Ein solcher ist nicht laut geworden; die Entschließung ist angenommen.

Auch hier hat keine Veränderung des Gesetzestextes in der zweiten Lesung stattgefunden. Wir können deshalb sofort in die

dritte Lesung

eintreten. — Ich eröffne zunächst in der dritten Lesung die allgemeine Beratung, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

In der besonderen Beratung rufe ich den Gesetzestext auf — Einleitung und Überschrift. — Beides in der dritten Lesung angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher ist nicht laut geworden; das Gesetz ist angenommen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz)** (Nr. 2373 der Drucksachen).

(B) Derselbe ist nach der zweiten Beratung noch einmal im Sozialen Ausschuß beraten worden. Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Wird bejaht.)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Zusammenstellung der Beschlüsse liegt noch nicht vor. Ich glaube aber doch darauf hinweisen zu sollen, daß auf der Seite 2 im § 7 ein Druckfehler enthalten ist, den ich hier gleich berichtigen möchte. Im genannten § 7 ist der Termin dahin abzuändern, daß statt der Worte „1. April 1921" die Worte „1. Januar 1921" zu setzen sind.

Zum Gesetz selbst einige kurze Ausführungen. Die Versorgung der Teilnehmer am Weltkrieg ist durch das neue Reichsversorgungsgesetz vom Mai 1920 auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die **Kriegsteilnehmer von 1871** wie auch die **sonstigen Altrentner** sind zum Teil nach dem Versorgungsgesetz von 1871 oder nach den Gesetzen von 1906 und 1907 seither entschädigt worden. Diese sind nach der alten Versorgung größtenteils schlechter gestellt als die Kriegsteilnehmer vom Weltkrieg. Regierung und Reichstag haben seither versucht, durch Zuschläge zu den Renten eine gewisse Besserung zu bringen. Die Gleichstellung der Altrentner mit den Rentnern des Weltkrieges nach dem Versorgungsgesetz ist notwendig. Nachdem durch das Pensionsergänzungsgesetz die Gleichstellung der alten und neuen Pensionäre erfolgt ist, ist es nicht mehr als recht und billig, diese Gleichstellung nun auch bei den Altrentnern herbeizuführen. Der vorliegende Gesetzentwurf will diesem Zweck dienen. Bei den Beratungen im Ausschuß sind seitens des Herrn Kollegen Hoch Anträge gestellt worden, die dann von allen Parteien übernommen worden sind. (C)

Zu § 1 hat der Ausschuß eine Ergänzung beschlossen, welche die **wohlerworbenen Rechte der Altrentner** sicherzustellen hat. Die vorgeschlagene Änderung überläßt die Entscheidung dem einzelnen Bezugsberechtigten; dieser kann innerhalb einer bestimmten Frist Entscheidung treffen, ob er die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz oder nach den seitherigen Versorgungsgesetzen haben will. Die Regierung hat dabei ausgesprochen, daß sie dafür Sorge tragen wird, daß bei der Zustellung der Bescheide eine entsprechende **Rechtsbelehrung** des einzelnen Bezugsberechtigten erfolgt.

Bei § 2 ist seitens der Regierung erklärt worden, daß im allgemeinen bei dauernd anerkannten Geschädigten eine **Nachprüfung** nicht erfolgen würde, besonders nicht bei Leuten, die über 50 Jahre sind. In begründeten Einzelfällen müßte aber den Verwaltungsbehörden immerhin das Recht der Nachprüfung vorbehalten werden.

Der § 3 handelt von der Heilfürsorge. Er ist im Sozialen Ausschuß insoweit verbessert worden, als aus der „Kann"-Vorschrift eine „Soll"-Vorschrift gemacht worden ist.

Im § 4 sind die Worte „21 und 23" gestrichen worden. Es ist also durch die Streichung dieser Worte ausgesprochen worden, daß die soziale Fürsorge im Sinne der §§ 21 bis 23 des Reichsversorgungsgesetzes auch den Altrentnern zuteil werden soll. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die **Berufsberatung** und dann weiterhin um die sogenannte soziale Kriegsfürsorge. Hinsichtlich der Berufsberatung wird damit zu rechnen sein, daß diese nur eine recht untergeordnete Bedeutung haben wird, da die meisten Altrentner in mehr oder weniger sicheren Berufsstellungen sich befinden und einen andern Beruf wohl kaum mehr ergreifen dürften.

Anders liegt die Sache mit der sogenannten **sozialen Kriegsfürsorge.** Es ist ein Altrentnerfonds vorhanden. Dieser ist nach den Erklärungen der Regierung schon den Hauptfürsorgestellen überwiesen worden, und die Altrentner sollen aus diesem Fonds im Falle der Bedürftigkeit neben den gesetzlichen Renten gewisse Zuschüsse erhalten. (D)

Weitere Änderungen beziehen sich auf das **Inkrafttreten des Gesetzes.** Der Ausschuß hat sich dahin geeinigt, daß das Gesetz nicht, wie es der Entwurf vorsieht, auf den 1. April 1921, sondern auf den 1. Januar 1921 zurückzudatieren ist, so daß also dem Altrentner die zu erhöhenden Bezüge für ein weiteres Vierteljahr nachgezahlt werden müssen.

Sodann habe ich nur noch über zwei Anfragen zu berichten, die im Ausschuß an die Regierung gestellt worden sind. Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei stellte an die Regierung die Frage, ob das neue Altrentnergesetz, insbesondere der § 1, auch für die **Hinterbliebenen von bayerischen aktiven Offizieren** gilt, die nicht nach einem Pensionsgesetz Pensionen erhalten, sondern nur auf Grund einer bayerischen Verordnung von 1812 aus einem Witwen- und Waisenfonds versorgt werden. Der Regierungsvertreter sagte zu, daß diese Fälle durch die Ziff. 21 der Ausführungsbestimmungen zum Pensionsergänzungsgesetz geregelt werden. Hiermit erklärte sich der betreffende Abgeordnete zufrieden.

Auf eine weitere Anfrage eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, wie sich die Regierung zu einer **Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes** stelle, erklärte ein Regierungsvertreter:

> Die Reichsregierung hat bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht, daß sie zu gegebener Zeit in eine eingehende Nachprüfung darüber eintreten werde, ob und in welcher Hinsicht Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes einer Änderung be-

(**Andre**, Berichterstatter.)

(A) dürfen. Diese Prüfung kann aber erst stattfinden, wenn das Reichsversorgungsgesetz vollständig durchgeführt und eine klare Übersicht über die tatsächlichen Wirkungen des Gesetzes möglich ist. Gegenwärtig ist eine Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes völlig unmöglich. Die Versorgungsbehörden sind eben erst in das Reichsversorgungsgesetz eingearbeitet und stehen mitten in der Umanerkennung der Renten, die in letzter Zeit erfreulicherweise von Woche zu Woche raschere Fortschritte machte. Die Abänderung grundsätzlicher Vorschriften des Reichsverordnungsgesetzes würde zu einem unvermeidbaren Zusammenbruch der Umanerkennung führen und damit eine Schädigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Folge haben, die die Regierung unter keinen Umständen verantworten könnte.

Der Ausschuß kam nach Aussprache zu einer einmütigen Billigung dieser Erklärung.

Ebenso bestand Einmütigkeit im Ausschuß darüber, daß zu diesem Gesetzentwurf nur der Berichterstatter sprechen und keine weitere Aussprache stattfinden solle. Ich habe Ihnen das Gesetz zur Annahme zu empfehlen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat eben darauf hingewiesen, daß hierzu noch eine Reihe von weiteren Anträgen gestellt sind, die augenblicklich noch nicht im Druck vorliegen. Ich möchte deshalb das Haus bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir die weitere Beratung bis nach der Etatsberatung vertagen, damit dann die Drucksachen vorliegen. — Die Damen und Herren sind damit einverstanden.

Wir kommen also vorläufig zum 6. Gegenstande der Tagesordnung, zur

(B) **zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921** (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichswehrministeriums

(Anlage VIII) D. (Marine).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt zu a (Nr. 2347 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet: Chef eines Amts, Kapitän zur See Hildebrand, Abteilungschef Fregattenkapitän Hausen, die Referenten Korvettenkapitäne Heusinger v. Waldegg, Spieß, Witzell.

Wir beginnen bei den fortdauernden Ausgaben mit Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Nachtragsetat für die Marine für das Rechnungsjahr 1921 werden Mittel angefordert in Höhe von 29 054 944 Mark. Bei oberflächlicher Betrachtung mag das leidlich erscheinen. Wenn wir aber den Nachtragsetat eingehend prüfen, so erkennen wir scharf den Prätorianergeist, der in der Reichsmarine immer stärker auflebt. Das fordert zur schärfsten Kritik heraus, insbesondere dann, wenn wir berücksichtigen, daß unsere **Kriegsmarine** absolut **keine Existenzberechtigung** mehr hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Behauptung wird nicht nur von Männern der sozialistischen Weltanschauung aufgestellt, sondern selbst der deutschnationale Abgeordnete Oberfohren mußte in diesem Jahre von dieser Stelle aus erklären, daß weite Kreise der Auffassung sind, daß man die Marine abzubauen habe, ja, in den Hochofen werfen müßte. Der Herr Abgeordnete Oberfohren fügte hinzu, diese Auffassung werde (C) auch in nationalgesinnten Kreisen vertreten. Hiermit wird von Leuten aus nationalgesinnten Kreisen, die die Marineverhältnisse kennen, bestätigt, daß man der Marine eine Existenzberechtigung nicht zusprechen kann.

Wir kennen den Bestand der Marine, wie er uns durch den Versailler Friedensvertrag zugestanden worden ist. Wiederum war es der Herr Abgeordnete Oberfohren, der am 28. 1. von dieser Stelle aus erklärte, daß die Überreste unserer Seemacht nur einen kärglichen Eindruck hervorrufen. Trotz dieser kärglichen Eindrücke müssen wir feststellen, daß die Ansprüche, die die Marinemilitaristen stellen, andauernd größer werden. Dagegen haben wir uns mit aller Macht zu wehren. Da die Flotte irgendwelche Aufgaben nicht mehr erfüllen kann, versucht man es nun, so darzustellen, als ob die Marine in der **Küstenabwehr** noch eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen hätte. Aber auch hierüber ist von Sachverständigen seit Jahren eingehend negativ gesprochen worden.

Ich erinnere nur an eine Marinedenkschrift aus dem Jahre 1873, in der ausgesprochen wird, daß unsere Küsten sich selbst verteidigen infolge der Tiefenverhältnisse und der Strömungen. Derselben Auffassung war im Jahre 1886 der Chef der Admiralität v. Stosch, der sich im gleichen Sinne äußerte. In der Budgetkommission im März 1897 erklärte der Staatssekretär Hollmann:

> Man sagt wohl, man wolle nur eine Marine zum Küstenschutz; aber zum Küstenschutz brauchen wir keine Marine. Die Küsten schützen sich von selbst.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also die Marineautoritäten haben andauernd erklärt, daß wir einen Küstenschutz nicht brauchen, und der Neumarinismus legt sein Schwergewicht darauf, uns klarzumachen, daß wir vor allen Dingen den Küstenschutz jetzt auszubauen hätten. Der Zweck dieser Übungen ist leicht zu erkennen. Alle diese Kniffe sollen dem Ausbau der mili- (D) tärischen Organisation dienen.

Im Januar dieses Jahres habe ich darauf hingewiesen, daß unsere Marine wohl **Polizeischutzaufgaben** erfüllen könnte. Ich sage: erfüllen könnte! Bei dem Geist, der in unserer Marine herrscht, ist auch das gänzlich ausgeschlossen. Wir haben uns vor wenigen Tagen erst zu allem Überfluß wieder einmal mit der **Flaggenfrage** beschäftigen müssen und verlangt, daß die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold zu setzen sind. Die Kriegsmarine geht rücksichtslos über die Bestimmungen der Reichsverfassung hinweg. Sie kennt die Reichsflagge nicht, sondern setzt nach wie vor auf ihren Kriegsschiffen die Kriegsflagge. Können wir eine Marine zu Polizeizwecken heranziehen, die selbst täglich gegen die Verfassung verstößt? Nein. Deshalb müssen wir immer und immer wieder ausrufen: unsere Marine hat keine Existenzberechtigung mehr!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Trotz dieser Tatsache diese Forderungen, trotzdem dieser Geist, trotzdem diese Anmaßung!

In welcher Weise die Leitung der Marine zu fordern beliebt, erkennen wir recht klar aus Kap. 10 Tit. 1 und 2 und Kap. 11 Tit. 1 des vorliegenden Nachtragsetats. Es sind in diesem Frühjahr in diesen Kapiteln 116 360 000 Mark angefordert worden; nach den Ermittlungen des Reichsschatzamts beträgt der tatsächliche **Bedarf an sächlichen Ausgaben** jedoch nur 13 000 445 Mark.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Kapitel ist ein Skandal für sich, es zeigt, daß den Herren der Wille abgeht, ernstlich zu kalkulieren und Unterlagen zu beschaffen. Man versucht plump herauszuholen, was irgendwie herauszuholen ist, und von Zentrum, Demokraten, leider auch von den Rechtssozialisten wird

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) dieser Arroganz Vorschub geleistet, indem man kritiklos derartige anmaßende Forderungen bewilligt.

Der Herr Abgeordnete Giebel fragte in diesem Jahre die Marineleitung, warum **Kiel** vollständig von **Marinetruppen entblößt** werde. Er fügte hinzu, daß seiner Auffassung nach bei dieser Maßnahme politische Gründe mitsprächen. Hierauf antwortete der Herr Reichswehrminister **Geßler** nach dem stenographischen Bericht der 60. Sitzung auf Seite 2254:

> Der Herr Kollege ist dann auf das Verhältnis Kiels zu den anderen Ostseegarnisonen eingegangen. Kiel und Wilhelmshaven sind durch den Zusammenbruch unserer Flotte außerordentlich hart betroffen. Ich persönlich habe seit vielen Jahren gerade für Kiel immer eine besondere Vorliebe gehabt und stehe auf dem Standpunkt, daß Kiel und Wilhelmshaven aus den augenblicklichen Bestimmungen heraus keinen dauernden Nachteil erleiden dürfen. Was in dem kleinen Rahmen der Flotte irgendwie möglich ist, muß für Kiel erhalten bleiben.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Kiel hat ja einen Teil seiner Garnison behalten. Außerdem ist ja die Marineschule in Mürwick in nächster Nähe. Aber durch die starke Verminderung der Flotte ist Kiel natürlich sehr hart betroffen. Andererseits hat die Stadtverwaltung angestrebt, wichtige Teile der bisher der Flotte gehörigen Landungsplätze zu bekommen. Wir haben geglaubt, der Stadt entgegenkommen zu müssen, und haben keine Schwierigkeiten gemacht. Daß Swinemünde und Pillau von uns stärker besetzt werdem mußten als bisher, ergibt sich aus einem einfachen Blick auf die Karte.

(B) Also der Herr Reichswehrminister erklärte, daß politische Gründe keineswegs dazu beigetragen haben, Kiel von Marinetruppen zu entblößen.

Nun habe ich hier eine **geheime Denkschrift**, die aus Marinekreisen stammt. Da wird das Gegenteil von dem behauptet, was der Herr Reichswehrminister von dieser Stelle aus erklärt hat. Ich werde mir erlauben, aus dieser Denkschrift einige Stellen zu verlesen. Es heißt an einer Stelle:

> Eine weitere Küstenwehrabteilung ist organisatorisch für Kiel vorgesehen, da Kiel wegen seiner Bedeutung als Hafen sowie als Eingang des Kaiser-Wilhelm-Kanals und wegen der vielen unentbehrlichen Marineanlagen grundsätzlich mit einer Marinegarnison belegt sein muß. Ob die Truppen innerhalb der nächsten Jahre dort garnisonieren sollen, bleibt zu erklären.

Man spricht hier zunächst von der Bedeutung Kiels als Marinestadt, von den unentbehrlichen Marineanlagen, fügt dann aber hinzu, daß man jedenfalls in den nächsten Jahren Kiel von Marinetruppen freihalten will.

An einer anderen Stelle:

> Ostseestation. Hier liegen die Verhältnisse sehr viel weniger einfach. Aus militärischen und zum Teil aus innerpolitischen Gründen bestehen Zweifel, wann Kiel wieder als Garnison in Betracht kommt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine andere Stelle aus dieser geheimen Denkschrift:

> die Belegung Kiels jedoch vorläufig nicht möglich ist.

Auch der folgende Satz ist beachtlich:

> Die taktische Lage bei Unruhen macht Verteilung auch im Ostseebereich erwünscht.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man will die Truppen aus dem konzentrierten Kiel herausziehen und auf die einzelnen Orte an der Ostsee zerstreuen: Pillau, Swinemünde, Greifswald und so fort. (C)

Eine weitere Stelle aus der Denkschrift:

> Die Erfahrung seit der Revolution weist auf die Notwendigkeit hin, Truppen von Zeit zu Zeit aus den Garnisonen herausnehmen zu müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Es heißt weiter:

> In engem Zusammenhang mit der Schaffung kleiner Garnisonplätze steht die Verlegung völlig klarer und einheitlicher Befehlsverhältnisse zwischen Marine und Armee. Es ist zu klären, in welcher Weise die Ausnutzung der Marinelandtruppenteile bei der Verwendung zur Unterdrückung innerer Unruhen sicherzustellen ist, ohne daß die Hauptaufgaben dieser Truppen leiden.

Ich habe schon eine ganze Anzahl derartiger Schriften in meinen Händen gehabt. Aus allen diesen Schriftstücken, die dem Herrn Reichswehrminister nicht unbekannt sein dürften, geht klar hervor, daß man aus politischen Gründen die Truppen aus Kiel herausgezogen hat. Trotzdem die Ausführungen des Herrn Reichswehrministers auf die Anfrage des mehrheitssozialistischen Abgeordneten! Wir wissen jetzt, wie wir Aussprüche der Minister zu werten haben.

Wenn man schon aus dem Grunde, weil die Revolution seinerzeit in Kiel ihren Ausgang genommen hat, glaubt, Kiel die Truppen entziehen zu müssen, so frage ich, warum man bei andern Orten, in denen zum Beispiel Meutereien zu verzeichnen waren, nicht mit der gleichen Schärfe vorgeht. Ich erinnere nur an **Cuxhaven.** In Cuxhaven ist die **Militärkommission der Entente** von den Angehörigen der Marine in bubenhafter Weise belästigt worden. Durch diese Vorgänge wurde das Reich stark geschädigt, indem, wie bekannt, eine Entschädigungssumme für die ramponierten Uniformen usw. an die Entente bezahlt werden mußte. Trotz dieser Vorgänge hat die Marineleitung in Cuxhaven nicht eingegriffen. Im Gegenteil, bekannt ist, daß der für diese Vorgänge verantwortliche Fregattenkapitän Reinecke nachträglich noch befördert worden ist. Eine solche Beförderung muß gegenüber dem Auslande provokatorisch wirken. Alle Beschwichtigungsversuche im Hauptausschuß durch den Herrn Reichswehrminister, daß der Festungskommandant, der ehemalige Fregattenkapitän Reinecke, nicht die volle Verantwortung zu tragen hätte, sind keineswegs stichhaltig. Wenn der ernste Wille vorgelegen hätte, die Ententeoffiziere zu schützen, so wäre das leicht möglich gewesen. Ich spreche hier auf Grund persönlicher Erfahrung, da ich in einer viel heikleren Situation es ermöglicht habe, daß die Ententemilitärkommission ihre Aufgaben erfüllen konnte, ohne von irgendeiner Seite belästigt zu werden. Damals forderte die englische Admiralität von dem Stationschef der Nordseestation v. Krosigk, daß er Leben und Gesundheit dieser Militärkommission schütze. v. Krosigk teilte der englischen Admiralität mit, daß er dazu nicht imstande sei, weil die gesamte Macht von ihm auf den Präsidenten des Freistaates Oldenburg-Ostfriesland übergegangen sei. Als dann nachts um 2 Uhr einige höhere Marineoffiziere an mich herantraten und mir den Fernspruch der englischen Admiralität vorlegten, habe ich im Interesse des deutschen Volkes die Garantien übernommen, und ohne irgendwelche Zwischenfälle konnte dann auch die Kommission ihre Mission erfüllen. Um das zu ermöglichen, durften natürlich keine nationalistisch verseuchten Elemente mit der Durchführung der Schutzmaßnahmen betraut werden. Auch der Vorgang in Cuxhaven veranlaßt uns, eine scharfe Stellung der Marine gegenüber einzunehmen. (D)

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) Ein paar Worte noch zu **Kap. 1, dem Wasserkopf der Marine,** der mit jedem anderen Ministerium die Konkurrenz als solcher aufnehmen kann. In der Marineleitung zählen wir mit Hilfskräften annähernd 1300 Personen. Diesen Apparat hat man geschaffen für eine Marine, die sechs Linienschiffe, sechs kleine Kreuzer, einige Torpedoboote und Torpedobootszerstörer zählen darf.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dazu kommen noch die Marinestationen mit weiteren reichlichen Stäben sowie die Festungskommandanturen, die ebenfalls über reichliches Verwaltungspersonal verfügen. Die Marineleitung zählt allein 37 Referenten im Range der Fregatten- und Korvettenkapitäne, dazu acht weitere Referenten im Range eines Kapitänleutnants. Hierbei müssen Sie sich immer die schäbigen Überreste der einst so „stolzen" deutschen Flotte vor Augen halten. Für das Verwaltungsgebäude der Marineleitung wird allein für Heizungsmaterial eine Million angefordert. Allein die Gesamtmehrforderung der Marineleitung beträgt 4 082 085 Mark.

Fast in allen Kapiteln finden wir im Nachtragsetat auch neue Mittel angefordert für **nichtbeamtete Hilfskräfte.** Ein Beweis dafür, daß die Marine sich nicht selbst verwaltet, sondern daß die erforderliche Arbeit von Hilfskräften geleistet wird. Das ist nichts Überraschendes. Wir kennen das System, wir kennen die „Arbeitsfreude" bei der Reichswehr und auch bei der Marine. Nirgends habe ich eine so ausgeprägte **Sinekurenwirtschaft** kennengelernt wie bei der deutschen Reichsmarine.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere mich noch der Vorkriegszeit und der Kriegszeit sehr genau. Tausende von Menschen habe ich bedauert, die es fertiggebracht haben, im Laufe der ganzen Kriegsjahre keine gesellschaftliche Arbeit zu leisten und keinen Dienst zu verrichten, die die Sinekuren innehatten
(B) und mit Orden und Säbeln „geschmückt" im Bereich der Marine einherstolzierten. Daß dieses System erhalten und ausgebaut wird, ist ein Hohn auf die deutsche Kultur. Zum Beweis meiner Ausführungen verweise ich nur auf Kap. 3 Tit. 5. Hier waren für das Jahr 1921 für Hilfskräfte angefordert 87 060 Mark. Im Dispositivvermerk hieß es, es sollten zukünftig 53 380 Mark in Fortfall kommen. Und jetzt, nach einigen Monaten, müssen wir feststellen, daß anstatt der nun zu erwartenden Summe von 35 000 Mark zirka 300 000 Mark eingesetzt sind. Ähnliche Feststellungen muß man fast bei allen Kapiteln machen. Wir erwarten von der Marineleitung, daß sie bei den einzelnen Verwaltungen ernstlich nach dem Rechten sieht, damit der Arbeitsbetrieb bei der Marine nicht ganz erdrückt wird. Ich führe die Mehranforderungen für nichtbeamtete Hilfskräfte auch mit zurück auf die **Einstellung von Musikern.** Nach dem Etat kennen wir keine Musiker, nur einige Musikmeister. Auf unsere Anfrage, warum der Etat keine Musiker kennt, hat man uns gesagt, die Musiker würden als Soldaten eingestellt und hätten dann Schreiber- und Ordonnanzdienste zu verrichten. Heute haben wir bei der Reichswehr und Marine über 3000 Musiker, die als Reichswehrsoldaten eingestellt werden, die angeblich Schreiberdienste verrichten, die aber nur musizieren und dadurch auch noch den Berufsmusikern eine außerordentliche Konkurrenz bereiten. Aus allen Städten Deutschlands dringen Klagen von Berufsmusikern zu uns, weil die Schmutzkonkurrenz der Militärmusiker jetzt Formen angenommen hat, die selbst in der Vorkriegszeit unbekannt waren.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Kollege Kuhnt, Sie müssen sich auf die Marinemusik beschränken.

Kuhnt, Abgeordneter: Ja, ich sprach soeben von (C)
den Marinemusikern

(Heiterkeit)

und sprach besonders von einer Beschwerde, die mir aus Wilhelmshaven zugegangen ist. Man beschwert sich in Wilhelmshaven über die Kapelle der 4. Marineküstenabwehr. Wegen der **Schmutzkonkurrenz durch die Marinemusiker** hat sich der Zentralverband der Berufsmusiker mit dem Reichswehrministerium in Verbindung gesetzt. Ich will gern von dieser Stelle aus erklären, daß der Herr Reichswehrminister in der konziliantesten Form Abhilfe versprochen hat.

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Ist auch geschehen!) — Nein, Herr Reichswehrminister!

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Doch, ich habe die Verfügung heute unterschrieben!)

— Soeben erklärt mir der Herr Reichswehrminister, daß es schon geschehen sei, er habe soeben eine Verfügung unterschrieben. Ich quittiere dankend und hoffe, daß wir nunmehr keine Beschwerden mehr aus dem Kreise der Berufsmusiker hören werden.

Ich verweise auch auf die **Militärjustiz,** die wir leider **bei der Marine** noch haben. 13 Juristen werden wiederum angefordert für 13 000 Mann, das heißt auf je 1000 Mann kommt ein Jurist. Wie groß müßte die Zahl der Juristen sein, wenn auch im Zivilleben auf je 1000 Mann ein Jurist kommen würde?

Genau so überreichlich ist das **Personal für das Sanitätswesen.** 91 Sanitätsoffiziere! Das Personal beträgt insgesamt 309 Personen. Auf je sechs Kranke kommt bei der Marine ein Arzt. Wir sind die letzten, die die Sanitätshilfe einschränken wollen; aber hier hat man sicherlich des Guten etwas zu viel getan. Man behauptet zwar, die große Zahl sei notwendig in Anbetracht der kleinen Standorte, und deswegen sei es auch notwendig, daß ältere Ärzte, „Oberstabsärzte und Stabs- (D)
ärzte", dort stationiert werden. Dem widerspreche ich. Wenn in einzelnen Standorten nur kleine Formationen untergebracht sind, soll man die Kranken an die Zivilärzte verweisen.

Ein besonders „interessantes" Kapitel ist das Kapitel für **Kraftwagen** und **Reitpferde.** Einige 100 000 Mark fordert die Marine wieder neu an für die Instandsetzung und Neuanschaffung von Autos. Weiter hat sie die Pferdezahl um 76 reduziert. Ich wäre leicht geneigt gewesen, der Marineverwaltung meinen Dank auszusprechen, daß sie endlich wahrzumachen versucht, was sie so oft versprochen hat, daß sie abbauen und dort sparen will, wo es angebracht ist. Aber bei näherer Prüfung habe ich feststellen müssen, daß man wohl 104 Zugpferde weniger im Etat eingestellt hat, dafür aber für die Herren Marineoffiziere 34 Reitpferde mehr anfordert.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Marine zu Pferde!)

Meine Herren, wir haben früher sehr oft von der reitenden Gebirgsmarine gehört. Das war ein harmloser Witz, den man sich erlaubte. Heute aber muß man in dem neuen Deutschland erleben, daß die Offiziere der Marine tatsächlich nicht davor zurückschrecken, das wahrzumachen, was wir niemals für möglich gehalten hätten. Für das Anfordern der Reitpferde liegt nach meiner Auffassung absolut keine Berechtigung vor. Den Küstenabwehrabteilungen stehen Autos zur Verfügung, so daß auch sie sich ohne Reitpferde behelfen können. Wenn wir der Marine Reitpferde zusprechen, dann müßten wir auch den Scheuerfrauen des Reichstags Reitpferde bewilligen, wenn sie eine solche Forderung stellen sollten.

(Heiterkeit)

Die Herren von der Marine sollen uns den Beweis dafür antreten, aus welchen Gründen diese Reitpferde notwendig

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) sind. Wie muß es wirken, wenn Offiziere der Marine stolz zu Roß durch die Straßen reiten, während die Kriegsbeschädigten sich kümmerlich durch die Straßen schleppen müssen? Wir erwarten, daß hier unter allen Umständen Remedur geschaffen wird. Unter keinen Umständen werden wir es zugeben, daß sich die Marine weiterhin in dieser anmaßenden Weise erdreistet, Forderungen zu stellen.

Das Kap. 14 Tit. 1 fordert gleichfalls zur Kritik heraus. Die Mehrforderungen für **Reisen und Umzüge** betragen wieder einige Millionen Mark. Näher will ich heute auf dieses Kapitel nicht eingehen, wehre mich aber ganz entschieden gegen den Tit. 1, Abs. b II. Dort heißt es: eine Million Sonderbewilligung nach Ermessen des Reichswehrministeriums, Chef der Marineleitung. Nachdem man bestimmte Normen und Richtlinien für Reise und Umzugskosten festgelegt hat, soll der Marineleitung außerdem noch ein Fonds in Höhe von einer Million Mark zur Verfügung gestellt werden, und der Herr Reichswehrminister soll nach eignem Gutdünken, nach eignem Ermessen darüber verfügen können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich wende mich nicht gegen die Person des Herrn Reichswehrministers, nicht gegen den Chef der Marine, sondern gegen das System,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das immer zur Korruption führen muß.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe schon im Frühjahr scharf gegen den Geheimfonds der Marine protestiert, der dem Leiter der Marine in Höhe von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden ist. Wir sprechen die Erwartung aus, daß diese Fonds beseitigt werden.

An **Werbungskosten** sollen zukünftig 60 000 Mark (B) gespart werden. Trotzdem verbleiben immer noch 140 000 Mark, die jährlich für Werbungen der Marineangehörigen aufgebracht werden sollen. Wir müssen fragen: Ist die Fluktuation in den Kreisen der Marine denn wirklich so stark? Wir wissen doch, daß nur ein kleiner Prozentsatz jährlich von der Marine abgeht, und es fallen hier auf den einzelnen Angeworbenen Summen, die einfach unverantwortlich sind. Ich gebe ja zu, daß eine ganze Anzahl derjenigen anrüchigen Elemente, die man für die Marine angeworben hat, sich für den Seedienst nicht eignet. Aber wir haben doch Tausende und aber Tausende von arbeitslosen Seeleuten, die ihren Dienst verrichten möchten. Warum zieht man diese Seeleute nicht heran? Männer, die seetüchtig und mit nautischen Kenntnissen ausgestattet sind, müssen an vielen Orten oben an der Wasserkante arbeitslos verkommen, während man ungeeignete Personen — ich erinnere nur an die Truppen v. Löwenfelds und Ehrhardts — bei der Marine eingestellt hat.

Auffällig im Nachtragsetat ist auch die **Entlassung von 20 Deckoffizieren** und die Neueinstellung von 20 Offizieren. Die Deckoffizierstellen spielten ja in diesem Jahre eine Rolle. Man hat uns erklärt, daß nur technische Gründe zur Streichung der Gruppe der Deckoffiziere geführt hätten. Hier erkennen wir, daß der Kampf um die Deckoffiziere nichts weiter war als eine Futterkrippenfrage für die Marineoffiziere.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Zwanzig Deckoffiziere beseitigt, zwanzig Offiziere neueingestellt, und blitzartig wird die Deckoffizierfrage durch den Nachtragsetat beleuchtet.

Am Schlusse meiner Ausführungen möchte ich eine Anfrage wiederholen, die mein Parteifreund Künstler schon zu wiederholten Malen an den Herrn Reichswehrminister gerichtet hat. Es betrifft die **Abrechnung für das Baltikumabenteuer.** Ich wiederhole die Anfrage an dieser (C) Stelle, weil auch eine große Anzahl Mariner sich an diesem Abenteuer beteiligt hatte. Wir verlangen Aufklärung darüber, ob uns bald die Abrechnung für dieses Abenteuer vorgelegt werden kann, und wir erwarten endlich von dem Herrn Reichswehrminister, daß er dem Ersuchen nachkommt. Das Schweigen der Regierung läßt tief blicken.

Vor etwa acht Monaten habe ich in einer anderen Sache die Regierung um Aufklärung gebeten. Antwort wurde mir auch zugesagt, doch warte ich heute noch vergebens und trete deshalb an die Öffentlichkeit. Es handelt sich um den **Admiral a. D. Scheer,** der einst Flottenchef der Marine war. Bekanntlich wurden wegen einer sogenannten Meuterei und wegen Kriegsverrat eine **Anzahl Mariner** in Wilhelmshaven 1917 **zum Tode verurteilt.** Es war auf Grund der Verhältnisse nicht möglich, an die Akten heranzukommen, erst in den Novembertagen 1918 konnte ich einen bürgerlichen Rechtsanwalt beauftragen, diese Akten zu beschlagnahmen. Damit dieser Akt reibungslos von statten ging, gab ich ihm einige bewaffnete Mariner zu Hilfe. Dieser Rechtsanwalt trat eines Morgens in mein Zimmer mit den Worten, daß er in den Besitz der Akten gekommen sei. Er fügte hinzu: bisher habe ich geglaubt, es handelt sich um ein Justizverbrechen, aus den Akten habe ich entnommen, daß man es hier mit einem **Justizmord** zu tun habe.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als der Rechtsanwalt mir in vollster Aufregung diese Mitteilungen machte, war der Abgeordnete Wissell in meinem Zimmer und hat diesen Verhandlungen von A bis Z beigewohnt. Ich werde den Eindruck nie vergessen, den diese Worte auf Wissell und mich machten, und die Wirkung wurde gesteigert, als mein Beauftragter sagte, daß nach den Akten ein Oberkriegsgerichtsrat dem Flottenchef als Kriegsgerichtsherrn die Todesurteile zur Unterzeichnung vorgelegt habe mit dem Vermerk, daß die Todesstrafen juristisch unhaltbar seien. Der Admiral Scheer habe die Akten zurückgegeben mit dem schriftlichen Vermerk: ich verkenne nicht, daß das Urteil juristisch unhaltbar ist; trotzdem ist es zu vollstrecken. (D)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe einen Herrn von der Regierung gebeten, mir über diesen Aktenvermerk Aufschluß zu geben. Es ist mir zugesagt worden. Bis heute habe ich jedoch, wie schon gesagt, nichts davon gemerkt. Ich werde mich nicht weiter darum bemühen; denn dieses Aktenstück wird sich heute nicht mehr bei den Akten befinden. Ich berufe mich aber auf den Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Reichswirtschaftsminister Wissell, der bestätigen muß, daß diese meine Angaben voll den Tatsachen entsprechen und daß es der Rechtsanwalt Heyne aus Wilhelmshaven war, der uns diese Mitteilungen gemacht hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie glauben, uns gewünschte Antworten nicht geben zu müssen, dann werden wir uns stets an die Öffentlichkeit wenden und das Interesse wecken, das zur Klärung derartiger Fragen notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ganz wenige Worte noch zu Kap. 15, das das **Bildungswesen** betrifft. Auch hier werden $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark mehr angefordert. Gut, wir unterstützen alle Bildungsbestrebungen, soweit sie nicht zu nationalistischen Verhetzungen mißbraucht werden. Wir sprechen jedoch an dieser Stelle das dringende Verlangen aus, daß in den Marineanstalten alle **nationalistischen Tendenzen** unterbunden werden und daß nicht Männer in den Anstalten dozieren, die die historische Wahrheit verschandeln. Welche Gefahr, wenn in diesen Anstalten Männer Aufnahme finden wie zum Beispiel der ehemalige Kapitän zur See,

(Kuhnt, Abgeordneter.)

(A) der jetzige Abgeordnete Brüninghaus, der uns im Reichstag in einseitiger Weise über **Kiautschou** unterrichtet hat. Meine Herren von der Admiralität, Sie hielten es damals für angebracht, als ich der Wahrheit zu ihrem Recht verhalf, diesen Raum zu verlassen und sich vor die Tür zu stellen. Das sollte eine Demonstration gegen meine Ausführungen sein. Ich habe mir heute weiteres Material verschafft und als Zeugen kann ich den ehemaligen Abgeordneten August Bebel und den Abgeordneten Kunert aufmarschieren lassen, die bestätigen werden, daß meine Ausführungen über die Schändung der Chinesenfrauen den Tatsachen entsprechen. Wenn Sie einen näheren Beweis wünschen: gut, schießen Sie! Ich bin dabei.

Meine Herren! Nach den von mir dargelegten Gründen werden Sie es verstehen, daß wir gegen den Nachtragsetat der Marine stimmen.

(Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): Das haben wir schon vorher verstanden!)

Einmal, da wir grundsätzlich gegen die Reichswehr sind, und auch die Reichsmarine ist ein Instrument der Reaktion, mit dem die berechtigten Forderungen der Arbeiter niedergehalten werden sollen. Wir wehren uns im besonderen noch gegen diesen Nachtragsetat, weil er in der leichtfertigsten Weise aufgestellt worden ist.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu Kap. 1 Tit. 1 liegen nicht vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Titel bewilligen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

(Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist zweifelhaft!)

— Es besteht kein Zweifel. —

(B) Tit. 2, — 3, — 4, — 6, — 7, — 7a, — 8, — 8a, — 8b, — 8c, — 8d, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 5, — 6; — Kap. 3a Tit. 1, — 2; — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 2a, — 3, — 4, — 5; — Kap. 5 Tit. 1, — 2, — 2a, — 3, — 4; — Kap. 6 Tit. 1, — 1a, — 2, — 3, — 3a, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 17; — Kap. 7 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3, — 4; — Kap. 9 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 10 Tit. 1, — 2; — Kap. 11 Tit. 1; — Kap. 12 Tit. 1, — 2. —

Zu Kap. 13 hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur ein paar kurze Worte zu einer Tatsache, auf die ja bereits der Herr Kollege Kuhnt zu sprechen gekommen ist, nämlich daß für die 15 000 Mann **Marine** im Etat 91 **Ärzte** angestellt sind. In den Erläuterungen des Marinenachtragetats heißt es:

> Die Zahl der Sanitätsoffiziere ist für die inzwischen auf zahlreiche kleine Standorte verteilten Marineteile so knapp bemessen, daß ein Wegfall von Sanitätsoffizieren nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht in Frage kommen kann.

Meine Damen und Herren! Auch wenn ich die ganz besonderen Verhältnisse in der Marine gegenüber der Armee berücksichtige, muß ich doch sagen: 91 Ärzte für 15 000 Mann in der Marine erscheinen mir geradezu ungeheuerlich. Ich habe vor mir einen Brief der Militärsanitätsverwaltung aus dem Kriege. Darin heißt es am Schluß, daß für das Lazarett Deutsch Eylau, 985 Verwundete, also beinahe 1000 Verwundete, 7 Ärzte als durchaus ausreichend bezeichnet wurden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Kriege wurde also für 150 Verwundete 1 Arzt als (C) durchaus ausreichend bezeichnet, und hier in der Marine will man uns weismachen, daß auf je 150 kerngesunde Mann 1 Arzt noch zu knapp bemessen ist. In den Erläuterungen des Etats wird festgestellt, daß erfahrungsgemäß mit etwa 4 vom Hundert an Kranken zu rechnen ist, also mit 600 Kranken pro Jahr. Für diese 600 Kranken stehen beinahe 100 Ärzte zur Verfügung, das heißt also auf etwas mehr als 6 Kranke pro Jahr 1 Arzt.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht recht, wie man eine solche Ungeheuerlichkeit im Ausschuß hat durchgehen lassen. Der Etat von 1886/87 weist etwa die gleiche Stärke der Marine auf, über die wir heute verfügen, und damals, wo wir finanziell doch ganz anders dastanden als heute, hat man sich in der Marine mit der Hälfte der Sanitätsoffiziere begnügt. Damals hatten wir einen Generalarzt, heute haben wir: einen Generalstabsarzt, 2 Generalärzte und 4 Generaloberärzte. Damals hatten wir nur 8 Oberstabsärzte, heute haben wir 17. Damals hatten wir 25 Stabsärzte, heute 38.

Meine Damen und Herren! Das geschieht natürlich nur deshalb, weil man uns fortgesetzt Sparsamkeit auf allen Gebieten predigt

(sehr richtig! links)

und hier mit leuchtendem Beispiel vorangehen will. Auch heute haben sich die Dinge noch gar nicht geändert. Wo Armee und Marine, wo Soldaten in Frage kommen, wird auch heute noch mit vollen Händen gegeben, und wo es sich um die Frage der Gesundung und Gesunderhaltung der durch den Krieg so schwer heimgesuchten Proletarier, wo es sich um Tuberkulosebekämpfung handelt, um die Wochenhilfe, um die Bekämpfung des Kinderelends und der Kindersterblichkeit in Deutschland, ist niemals Geld vorhanden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf den 6 Linienschiffen je 3 Ärzte, also 18 Ärzte haben, auf den (D) 6 Kreuzern je 2, also 12, in den Torpedobootflottillen, als Einheit gerechnet, 3 Ärzte, also in 3 Flottillen 9 Ärzte, wenn wir dazu noch einen reichlichen Stab haben, dann macht das immer noch nicht 91 Ärzte. Nicht die Notwendigkeit, auch nicht die Sparsamkeit sind hier die treibenden Kräfte gewesen, sondern lediglich der Wunsch, diese große Zahl von Ärzten irgendwo gut unterzubringen.

Es wird also gut sein, wenn bei der nächsten Aufstellung des Etats der Herr Reichsfinanzminister hier einmal gehörig zupackt. Jedenfalls protestieren wir aufs energischste dagegen, daß man überall da, wo Militärs, insbesondere Offiziere in Frage kommen, von einer Freigebigkeit ohnegleichen ist, und dort, wo wirklich Not vorhanden ist, wo es gilt, einem allseitig anerkannten Notstand wirksam entgegenzutreten, nicht.

(Sehr wahr! links.)

Man speist uns immer mit dem Hinweis auf das Finanzelend ab. Im alten Deutschland herrschte zwischen den für Heer und Flotte votierten Ausgaben und den erbärmlichen Staatsalmosen zur Verbesserung der sozialen und hygienischen Lage des Volkes ein schreiendes Mißverhältnis. Diesen Zustand auch auf das neu aufzubauende und auszubauende Deutschland übertragen zu wollen, wäre unter den heutigen Verhältnissen geradezu ein Verbrechen. Solche Dinge werden wir jederzeit aufs schärfste bekämpfen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Dr. **Geßler**, Reichswehrminister: Die Bedürfnisfrage ist von dem Herrn Reichsfinanzminister genauestens nachgeprüft worden. Die Stellen selbst sind bei den

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) letzten Beratungen für den Haushaltsplan bewilligt worden. Bei dieser Gelegenheit ist auch von der Marineverwaltung ebenfalls in eingehender Weise die Bedürfnisfrage nachgeprüft und gerechtfertigt worden. Ich habe nichts dagegen, wenn bei den nächsten Etatsverhandlungen diese Frage neuerdings geprüft wird. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß eine ganz bedeutende Belastung für das Heer wie für die **Marine** sich aus dem Umstande ergibt, daß auch die **Familienangehörigen ärztliche Behandlung** bekommen müssen und daß diese Vergünstigung unter den heutigen Verhältnissen natürlich in weitem Umfange in Anspruch genommen wird.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Anträge sind nicht gestellt. — Kap. 13 Tit. 1 ist bewilligt.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 5, — 5a, — 7, — 8; — Kap. 14 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7; — Kap. 15 Tit. 1, — 2, — 2a, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12; — Kap. 16 Tit. 1, — 2, — 3, — 4a, — 5, — 6, — 7, — 8; — Kap. 17 Tit. 1, — 2, — 3, — 4a, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 13a, — 14, — 15, — 16, — 17, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 28; — Kap. 18 Tit. 1, — 2, — 3, — 4; — Kap. 19 Tit. 1, — 2, — 2a, — 3, — 4, — 7, — 8, — 9; — Kap. 20 Tit. 1, — 2, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 20, — 21, — 22. — Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 8, — 9, — 10, — 10a, — 12a, — 13a, — 19, — 24, — 25, — 26. —

Wir kommen zu den Einnahmen des ordentlichen Haushalts. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 2, — 3 — und erkläre sie für genehmigt.

(B) Ich eröffne die Beratung über die dazu vorliegenden **Petitionen** — schließe sie, da Wortmeldungen dazu nicht vorliegen.

Die einzelnen Kapitel und Titel des Marineetats sind genehmigt.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen (Anlage IV).

Ich eröffne die Beratung zu Kap. 1 Tit. 1. Hierzu liegt eine Entschließung auf Drucksache Nr. 2371 vor:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, in den Haushalt für 1922 bei den sächlichen Ausgaben einen Posten für die Repräsentation des Auswärtigen Amts durch die leitenden Beamten zur Verfügung des Reichsministers aufzunehmen.

Ich nehme an, daß das Haus diesem Ausschußantrag zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Das Haus hat zugestimmt.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1a, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 6b, — 6c, — 6d, — 7, — 7a, — 8. —

Zu Tit. 9 liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, die sich mit der Umgestaltung der Reichszentrale für Heimatdienst beschäftigt. Außerdem ist soeben ein handschriftlicher Antrag Crispien eingegangen, die Reichszentrale für Heimatdienst zum 1. Oktober 1921 zu schließen.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete: Verehrte Anwesende! Meine Parteifreunde können sich mit dem Antrag auf Umgestaltung der Reichszentrale für Heimatdienst, so wie er Ihnen hier vorliegt, nicht einverstanden erklären. Wir nehmen im Gegenteil den im Hauptausschuß abgelehnten Antrag wieder auf, die **Reichszentrale für Heimatdienst** zum 1. Oktober 1921 zu schließen. Wir haben das bereits im Ausschuß verlangt, aber dort keine Mehrheit gefunden. (C) Darum sind wir genötigt, den Antrag hier wiederum zu stellen, der, so wie er jetzt vorliegt, die Heimatdienstzentrale umzugestalten, hinter sich hat die Parteien des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten. Danach soll die Zentrale für Heimatdienst so umgestaltet werden, daß sie „nicht im Geiste einzelner Parteien", sondern „vom Standpunkte des Staatsganzen" geleitet wird. Dieser Standpunkt ist doch auch nichts anderes als der heute schon von der Zentrale für Heimatdienst vertretene; d. h. sie arbeitet nur für die jeweiligen Regierungsparteien.

Der Herr Kollege Mumm hat im Ausschuß das schöne Wort geprägt, auf die Dauer hält das kein Beamter aus, seine Meinung der wechselnden Regierung anzupassen. Dieser Meinung sind auch wir: auf die Dauer hält das wirklich kein Beamter aus, mit den wechselnden Regierungen auch jedesmal eine andere Politik in der Zentrale für Heimatdienst zu vertreten. Und da man doch den Beamten nicht absolute Charakterlosigkeit zumuten kann, wäre es schon aus diesem Grunde allein notwendig, die Zentrale für Heimatdienst aufzulösen. Auf der andern Seite wollen wir keine öffentliche Pressedienststelle, die stets und nur im Auftrag der herrschenden Klasse arbeitet, denn das wird unausweichlich die Folge sein, wenn Sie den Antrag der Sozialdemokraten annehmen. Niemals wird die Mehrheit der Bevölkerung gefragt, ob sie mit dieser Pressebeeinflussung einverstanden ist, sondern tatsächlicher Leiter der Zentrale für Heimatdienst ist der Pressechef, der wiederum unter direkter Einwirkung der Regierung steht. So wird von dieser Zentrale eben Politik gemacht für bestimmte Parteien, und das lehnen wir ab.

Wir haben schon einmal diese Debatte im Juli 1920 gehabt. Damals hat der Haushaltsausschuß beschlossen, und der Reichstag hat sich ihm angeschlossen, einen **Ausschuß** von 7 Mitgliedern einzusetzen, der die **Tätigkeit der Zentrale nachzuprüfen** hat. (D) Leider ist uns ein schriftlicher Bericht über diese Tätigkeit nicht zugegangen, und als wir in der letzten Hauptausschußsitzung verlangten, daß dieser Bericht uns schriftlich vorgelegt werden solle, ist der Antrag der Unabhängigen abgelehnt worden.

(Hört! Hört! links.)

Ich habe mich inzwischen überzeugt durch Studium der Akten, daß in diesem Bericht nicht das geringste drinsteht, und wenn uns dieser Bericht schriftlich vorgelegt worden wäre, dann wüßten wir auch nicht mehr, als wir so schon wissen; denn alles, was dieser Bericht an positiven Tatsachen enthält, ist, daß der Herr Abgeordnete Sollmann besondere Korruptionsschäden nicht habe feststellen können. Sonst enthält der ganze Bericht nichts als Redensarten, gefärbt je nach der Parteistellung des Betreffenden. Nichts ist da herausgekommen, und deshalb glauben wir, daß aus dem parlamentarischen Beirat, der hier beantragt ist, auch nichts anderes herauskommen wird als ein schönes Dekorationsstück, das die ohnehin knappe Zeit der Abgeordneten noch etwas mehr in Anspruch nehmen wird, als es jetzt schon der Fall ist.

Der Herr Abgeordnete Sollmann hat im Ausschuß die Notwendigkeit der Zentrale für Heimatdienst beweisen wollen. Er hat auch beweisen wollen, daß darin zahlreiche **Unabhängige** mitarbeiten. Das hat er wohl gesagt, um uns für das Fortbestehen der Zentrale für Heimatdienst zu gewinnen. Er mußte aber nachher selber zugestehen, daß von den 35000 **Beamten und Vertrauensleuten** ungefähr 3000 bis 4000 vermutlich unabhängig seien. In welchen Stellungen sich diese aber befinden, hat er nicht verraten. Ich habe mich bemüht, es festzustellen, und ich glaube, daß mir diese Feststellung auch gelungen ist, wonach in leitender Stellung, also in Stellungen, die irgendwie die

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) Politik dieser Zentrale für Heimatdienst beeinflussen, auch nicht ein einziger Unabhängiger sich befindet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: 35 000 Beamte?)

— 35 000 Vertrauensleute und alles mögliche, nicht nur Beamte, sondern 35 000 Leute, die für die Zentrale arbeiten, und unter diesen 35 000 Leuten 3000 bis 4000 Unabhängige, und von denen, soweit ich habe feststellen können, nicht ein einziger in einflußreicher Stellung!

Aber etwas anderes habe ich in Erfahrung gebracht: daß nämlich gerade in den Tagen, in denen die Zentrale für Heimatdienst hätte ihre Existenzberechtigung nachweisen können, nämlich in den Tagen des **Kapp-Putsches**, sie versagt hat. Da wäre es an der Zeit gewesen, sich wirklich für die republikanische Verfassung einzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da hat aber der damalige stellvertretende „parteilose" Leiter der Zentrale, Herr **v. Graberg**, erklärt, daß er sich neutral verhalten müsse,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß ein Eingreifen hier nicht geboten sei. Herr v. Graberg erklärte sich selbst für parteilos; aber diese Parteilosigkeit ist doch in diesem Falle eine Parteinahme für die Verfassungsbrecher gewesen und gegen die republikanische Verfassung. Vermutlich hat ihm diese Stellungnahme auch etwas geschadet; denn er verschwand sehr bald von der stellvertretenden Leitung der Zentrale, und an seine Stelle trat ein anderer. Inwieweit der sich ebenfalls für neutral hält, weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist Herr Graberg von der Zentrale für Heimatdienst abgegangen. Der Herr, der ihn ersetzte, hat ähnlich wie Herr v. Graberg beim Kapp-Putsch jetzt in Oberschlesien den Beweis erbracht, daß er ebensowenig für seinen Posten geeignet ist. Er hat nämlich gefunden, daß der Landrat Lukaschek von

(B) Oberschlesien noch nicht nationalistisch genug ist, und es für nötig befunden, für Oberschlesien noch einen besonderen **„Oberschlesischen Heimatsdienst"** einzurichten,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

welcher die oberschlesische Bevölkerung mit ganz besonders nationalistischen Broschüren und Flugblättern überschwemmt. Wieweit das zu der Zuspitzung der Verhältnisse beigetragen hat, vermag ich von hier aus allerdings nicht zu beurteilen.

Aber anderseits wissen wir, daß die **Propaganda** von der Zentrale für Heimatdienst geradezu **verschwenderisch** und nutzlos getrieben wird, daß Haufen von Broschüren an den Grenzen des besetzten Gebietes aufgestapelt liegen und nicht verbreitet werden können, daß ein ganzer Beamtenstab, der bezahlt wird — nicht nur unbezahlte Vertrauensleute, sondern ein ganzer Beamtenstab, der bezahlt wird —, eigentlich nichts tut, daß in jedem Nest ein solcher Beamter sitzt, der im günstigsten Falle alle paar Monate einen Bericht an die Zentrale schickt und im übrigen Gehalt bezieht, ohne etwas dafür zu leisten.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir ab, daß das Geld der Steuerzahler verwandt wird, einmal um Sinekuren zu schaffen, und zum andern Mal um die Politik bestimmter Parteien zu stützen, die ganz gewiß nicht im Interesse der Arbeiterklasse arbeiten, sondern einzig und allein im Interesse der herrschenden Klasse.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir bitten Sie daher, unsern Antrag auf Auflösung der Zentrale für Heimatdienst zum 1. Oktober anzunehmen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cremer.

Dr. **Cremer**, Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Die **Zentrale für Heimatdienst** hat eine gewisse **Vorgeschichte.** Sie ist entstanden zu der Zeit, als das Kabinett Hertling gebildet wurde, und hat alle Stürme der Zeit und allen Wechsel der Verhältnisse vom Sommer 1917 bis in die Gegenwart überdauert. Auch zu der Zeit, als die sozialistischen Volksbeauftragten bei Beginn der Revolution das Zepter in der Hand hatten, hat die Zentrale für Heimatdienst ihres Amtes gewaltet, und sie hat auch ihres Amtes gewaltet zur Zeit der Koalition der Nationalversammlung bis in die Gegenwart hinein. Unter den verschiedensten Ministerien, unter den verschiedenen politischen Richtungen ist sie von einer jeden Regierung dazu benutzt worden, um in der Art, wie diese es auffaßte, die „Interessen des Staatsganzen" öffentlich propagandistisch zu vertreten. Ich glaube daher, daß die verehrte Frau Kollegin Wurm vielleicht keinen Fehler begangen hätte, wenn sie auch dieses ältere Kapitel der Zentrale für Heimatdienst einmal durchgeblättert hätte und wenn sie darauf zu sprechen gekommen wäre, in welchem Maße die Zentrale zu der Zeit, als die Linksparteien in Deutschland regierten, ihrerseits dazu beigetragen hat, deren Politik vor dem Lande mit Staatsmitteln zu vertreten, und zwar mit vielen Millionen.

Aus dieser Zeit ist die Zentrale in dem Charakter erhalten geblieben, in allererster Linie ein Sammelbecken für die **mehrheitssozialistischen Vertrauensleute** zu bleiben. Von den 35 000 Vertrauensmännern, die die Zentrale im Lande unterhält, zählen etwa 27 000 der mehrheitssozialistischen Partei zu.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So ist die schützende Hand, die der Kollege Sollmann im Ausschuß über sie gehalten hat, aus gewissen Gründen wohl verständlich. Es ist übrigens im Ausschuß nicht von 3000 bis 4000 **Unabhängigen als Vertrauensmännern** (D) der Zentrale die Rede gewesen, sondern man hat uns nur einen zu nennen vermocht, einen Parteifunktionär in Thüringen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sollmann hat die andere Zahl auch angegeben!)

— Aber die andere Zahl ist nur schätzungsweise genannt. Um einen hat es sich in Wirklichkeit gehandelt in einer angeblich maßgebenden Stellung; in der Landesgeschäftsstelle der Zentrale für Thüringen soll angeblich ein solcher sitzen. Ich habe im Ausschuß schon bemerkt, daß mir das immerhin nur ein weißer Rabe zu sein scheine

(Zuruf im Zentrum: Ein roter!)

— ja, ein roter Rabe —

(Heiterkeit)

und daß ich mir nicht vorstellen könnte, daß in größerer Zahl Vertreter der Unabhängigen Partei in der Reichszentrale und ihren Vertrauensmännerstellungen funktionieren.

Ebensowenig wie die äußerste Linke in diesen Einrichtungen zugelassen worden ist, ist es der Rechten möglich gewesen, einen entsprechenden Boden darin zu fassen. Bis auf den heutigen Tag ist die große Mehrzahl der Leiter der Landesgeschäftsstellen aus der mehrheitssozialistischen Partei hervorgegangen und in ihr tätig. Wir haben während des Jahres, in welchem die Deutsche Volkspartei mit für die Regierungsverhältnisse verantwortlich war, uns bemüht, in dem Sinne zu wirken, daß aus dieser wesentlich zu einem Agitationsapparat der augenblicklichen regierenden Mehrheit bestimmten Einrichtung eine solche würde, der die Allgemeinheit des deutschen Volkes interessierende Fragen von einem **überparteilichen Standpunkt** aus behandelt und das Interesse ganz unpolemisch auf bestimmte wichtige Grundfragen unserer völkischen Entwicklung lenken soll. Im Ausschuß ist die

(Dr. **Cremer**, Abgeordneter.)

(A) Frage aufgeworfen worden, ob es solche Fragen überhaupt gäbe.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich glaube aber doch, Herr Kollege Rosenfeld, Sie haben sich davon überzeugt, daß es immerhin die eine oder die andere gibt, auch die eine oder andere bedeutsame, und wenn es nur die Erhaltung der deutschen Muttersprache und die Erhaltung der deutschen Kultur unter jenen Deutschen wäre.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wenn sie von der Zentralstelle abhinge!)

— Dann ist sie schlecht aufgehoben, meinen Sie? — Nun, immerhin, wenn eine Zentralstelle der Aufgabe gewachsen wäre, bestünde die Möglichkeit, die deutsche Sprache und die **deutsche Kultur in den Grenzgebieten,** in den besetzten und in den abgetrennten Gebieten aufrechtzuerhalten und zu fördern. Wenn diese Möglichkeit vorhanden wäre, so würde man vom allgemeinen Standpunkt aus das doch wohl mit Freude begrüßen dürfen.

Ebenso würde es ohne Zweifel erwünscht sein, eine Stelle zu haben, die in einwandfreier, objektiver Weise Tatsachenmaterial, zum Beispiel über die Beurteilung der Folgen des Friedensvertrags und ähnliche Dinge der Gesamtheit des Volkes übermitteln könnte.

Es ist nun der Wunsch geltend gemacht worden, daß man die jetzige **Zentrale für Heimatdienst** in irgendeiner Weise **umbauen** möchte, um solche als allgemeingültig anerkannte Ziele in ihrem Rahmen zu verfolgen. Aus der Zeit, in der ich im Auftrage meiner Partei mich um diese Dinge habe bekümmern müssen, habe ich die eine Überzeugung gewonnen, daß man jungen Most nicht in diese alten Schläuche füllen kann und daß diese Organisation, wie sie nun einmal ist, nicht umgebaut werden kann zu dem, was wir uns unter einer wertvollen Organisation der eben angedeuteten Art vorstellen würden.

(B) Der ganze Apparat hat sich so bestimmt in einer Richtung eingelaufen, und das ganze System ist so starr geworden, daß es uns schlechterdings unmöglich erscheint, mit diesem Apparat sich diesen ganz anders gearteten Arbeiten und Aufgaben zu widmen.

Ich will nicht auf die jüngste Gegenwart eingehen, wie es von meiner Vorrednerin teilweise geschehen ist, will aber das eine betonen, daß es mir immerhin aufgefallen ist, mit welcher Gewandtheit sich die Zentrale für Heimatdienst auf die veränderte inner- und außenpolitische Situation der letzten acht Wochen einzustellen vermocht hat. Man sieht, wie wandelbar auch heute noch politische Auffassungen über grundlegende Fragen sein müssen, wenn sie von einer solchen Stelle vertreten werden. Wir ziehen daraus die Folgerung, uns im Grundsatze mit dem Antrag einverstanden zu erklären, den früher schon der Abgeordnete Schultz und Genossen gestellt haben und der auf eine Auflösung der Zentrale für Heimatdienst, damals zum 1. April 1921, abzielte und der in der Ausschußberatung vom Kollegen Mumm dahin geändert ist, daß diese Auflösung nunmehr bis zum 1. Oktober herbeigeführt werden soll. Ich weiß nicht, ob der Antrag in gedruckter Form dem Hause vorliegt. Vielleicht wird er noch gestellt werden. Er deckt sich aber im wesentlichen mit dem Antrag, der heute von der Unabhängigen Partei gestellt worden ist. Eventuell ist von seiten der Deutschnationalen damals beantragt worden eine innere Umgestaltung der Zentrale für Heimatdienst in dem eben erläuterten Sinne. Diesem Antrag kann man beipflichten, wenn man überhaupt die Hoffnung hat, daß durch einen Umbau hier das erreicht werden kann, was wir wollen. Wir in der Deutschen Volkspartei haben diese Hoffnung nicht. Wir sind jedoch dafür zu haben, eine ganz neue Einrichtung auf einem anderen Gebiet zu schaffen als bisher, und zwar dann nicht in Anlehnung an das Auswärtige Amt, sondern in Anlehnung an das Reichsministerium des Innern, und nicht in der Zuspitzung auf eine politische Agitation im allgemeinen, sondern auf die Erörterung gewisser Grundtatsachen, die als allgemein gültig und allgemein verständlich aufgefaßt werden dürfen, zum Beispiel Deutschtumfragen, Körperkultur, Jugenderziehung in bezug auf die körperliche Ausbildung, (C)

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— nicht Militarismus!

(Lachen und erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— nicht Vegetarismus, Herr Abgeordneter Breitscheid, aber gewisse Grundfragen der Körperkultur und körperlichen Ertüchtigung, die in diesem Organ vielleicht mit Erfolg gefördert werden können. Dann vor allen Dingen die objektive Darstellung der wirtschaftlichen Konsequenzen, wie sie sich aus dem Friedensvertrage ergeben, und dergleichen mehr.

Wir werden also gegen die Entschließung des Ausschusses stimmen, welche dem Standpunkt der Mehrheitssozialisten und derjenigen übrigen Mitglieder Rechnung trägt, die sich ihnen angeschlossen haben, dagegen für den Antrag Schultz beziehungsweise, wie er jetzt heißt, Ledebour und Genossen, welcher die Zentrale grundsätzlich abbauen will.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Nicht zum erstenmal, meine Damen und Herren, erscheine ich hier an dieser Stelle in Sachen der **Reichszentrale für Heimatdienst.** Wir haben bereits in der Nationalversammlung einen harten Kampf gegen dieses und jenes, was von dort aus ausging, zu führen gehabt. Wenn ich auch gern zugestehe, daß es nicht nur diese eine Stelle, sondern daß es auch andere, zum Beispiel die berüchtigte Werbestelle der (D) Deutschen Republik, gegeben hat, so war doch auch gegen dasjenige, was von seiten der Reichszentrale für Heimatdienst in den letzten Jahren geschah, gar manches erheblich einzuwenden, und mein unveröffentlichter Bericht, den ich an den 1. Ausschuß dieserhalb erstattet habe, ergibt reiches Material darüber.

Wenn zum Beispiel Frau Wurm bemerkt, daß die Reichszentrale für Heimatdienst nach dem **Kapp-Putsch** nicht ihrerseits wirksam gewesen sei, so tut sie da wirklich der Reichszentrale unrecht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil hat die Reichszentrale für Heimatdienst damals eine **Broschüre von Herrn Theodor Heuß** veröffentlicht, die in einer Weise parteiisch war, daß wir von unserer Seite aus den schärfsten Einspruch dagegen erheben mußten. Nicht dagegen, daß sie gegen den Kapp-Putsch gewesen sei — auch wir haben uns wie vor so nach dem Kapp-Putsch auf das schärfste gegen jede gewaltsame Änderung der Reichsverfassung ausgesprochen —, sondern um deswillen, weil diese Broschüre den Versuch machte, einzelne Parteien, darunter die meine, als mitschuldig an jenem Kapp-Putsch zu erklären. Wir haben alle Veranlassung,

(sehr richtig! rechts)

uns auf das schärfste gegen solche Einseitigkeiten zu wenden.

Unsere Fraktion ist daher nicht in der Lage, ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Wir werden uns auch jetzt für die **Aufhebung der Reichszentrale** erklären, haben allerdings damit zu rechnen, daß wir genau so wie im Hauptausschuß dabei in der Minderheit bleiben. Wenn wir nun in der Minderheit bleiben, dann müssen wir allerdings sagen, daß wir uns willig erklären werden, jetzt Waffenstillstand zu schließen und redlich den Versuch zu machen, ob es möglich sein wird,

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) mit einer neugestalteten Organisation, die jetzt ihren parlamentarischen Beirat auf breiter Grundlage erhält, zu arbeiten. Das wird sich aus der Praxis heraus zeigen müssen. Es erscheint mir grundsätzlich nicht unmöglich zu sein, eine Organisation zu gestalten lediglich zur Erfüllung der durch die Reichsverfassung dem Deutschen Reich gestellten Aufgaben, also eine Organisation, die zwar gegen gewaltsame Änderungen der Reichsverfassung mit aller gebotener Entschiedenheit sich ausspricht und dagegen wirkt, nicht aber gegen Änderungen auf den durch die Verfassung gegebenen Wegen sich zu wenden in der Lage ist, die also auf breiter Grundlage steht, die überparteilich ist, die nicht den jeweiligen Parteiinteressen der gerade zufällig in der Regierung vertretenen Parteien dient, sondern die das **Staatsinteresse** allein in den Vordergrund stellt und allein diesen Staatsinteressen zu dienen gewillt ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Kann es denn so etwas geben?)

— Ja, sehen Sie, das ist eine der grundsätzlichen Unterschiede zwischen unserer und Ihrer Politik, Herr Crispien.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Sie kennen überhaupt kein Staatsinteresse, das über Ihre Parteiinteressen hinausgeht,

(sehr richtig! rechts)

und wir kennen ein solches Staatsinteresse.

(Lachen und Zurufe von der äußersten Linken.)

Darum halten wir es auch für eine wesentliche Verbesserung des von seiten des Herrn Dr. Pachnicke und des Zentrums im Hauptausschuß gestellten Antrags, daß in diesen aus unserem Eventualantrag die Bestimmung aufgenommen worden ist, daß aus den im **parlamentarischen Beirat** vertretenen Gruppen entsprechend ihrer Bedeutung im Volksleben **Berufsarbeiter** angestellt und **Vertrauensmänner** gewählt werden sollen. Nur wenn in

(B) ehrlicher Weise auch hier eine Mitarbeit aller Kreise stattfindet — und ich darf, wenn wir jetzt die Aufrechterhaltung der Reichszentrale beschließen, auch bitten, daß meine Parteifreunde im Lande sich zu solcher Mitarbeit bereitfinden —, dann ist es möglich, daß hier wirklich ein überparteiliches Wirken geschieht, bei dem nur das dauernde Interesse des Vaterlandes in Frage kommt.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wird eine der ersten Aufgaben dieses jetzt berufenen parlamentarischen Beirats sein, zu prüfen, welche Änderungen des bisherigen Wirkens sich daraus ergeben. Ich halte auch dafür, daß eine gewisse **Veränderung des Namens** eintritt,

(sehr richtig! rechts)

um von vornherein anzudeuten, daß jetzt ein Neues werden soll. Ob man nun die Worte „Hauptstelle für Heimatdienst" oder „Reichsamt für Heimatdienst" oder welchen Namen sonst wählt, das wird dort zu prüfen sein. Es wird auch zu prüfen sein, wieweit zum Beispiel in Kulturfragen die Einrichtung lediglich als Abrechnungsstelle zu wirken hat. Es scheint mir, wenn wir jetzt zu einer Neugestaltung dieser Organisation kommen, notwendig zu sein, daß jetzt aber aber auch jeder Fehlgriff, der den zu dauernder Mitarbeit berufenen Elementen die Mitarbeit verleidet, vermieden werden möchte, und dann, wenn wir in der Minderheit bleiben, wollen wir den Versuch eines Waffenstillstands machen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Wenn ich hier einige Worte zur Verteidigung der **Zentrale für Heimatdienst** sage, so will ich mich von vornherein dagegen verwahren, daß man daraus schließen könnte, ich sei mit allem, was diese Zentrale gemacht (C) hat, einverstanden. Ich glaube, keine der Parteien des Hauses wird, wenn sie kritisch an die Veröffentlichungen dieser Einrichtung herantritt, mit allem, was dort geschehen ist, einverstanden sein können. Wie auch in Zukunft eine Aufklärungsstelle arbeiten wird, so wird sie immer von der einen oder anderen Partei wegen ihrer Tätigkeit in einer bestimmten Sache angefeindet werden.

Herrn Dr. Cremer von der Deutschen Volkspartei möchte ich auf seine Ausführungen in wenigen Sätzen antworten. Es scheint mir ganz abwegig zu sein, wenn Sie aus Sparsamkeitsgründen diese Zentrale für Heimatdienst beseitigen wollen. Gerade von Ihnen hätte ich ein solches Argument nicht erwartet. Soviel ich weiß, sind Sie **während des Krieges** im **Pressedienst der Armee** tätig gewesen, und ich glaube, ehe wir uns über die Kosten für die friedliche Arbeit des Heimatdienstes unterhalten, sollten wir einmal fragen, was während des Krieges für militaristische „Aufklärungs"-Arbeit ausgegeben worden ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin überzeugt, daß die Ausgaben dort zehnmal oder hundertmal so hoch gewesen sind wie die für die **Zentralstelle des Heimatdienstes.**

Frau Kollegin Wurm hat über den **Bericht**, den ich ja leider der Öffentlichkeit nicht erstatten konnte, ein Urteil gefällt, das vermutlich nur aus irgendeiner lückenhaften Zeitungsnotiz stammt.

(Widerspruch des Abgeordneten Crispien.)

— Der Herr Kollege Crispien, der allwissend ist, weiß es natürlich besser.

(Heiterkeit.)

Frau Kollegin Wurm sagt, es hätte im Bericht nicht viel mehr gestanden, als daß ich keine besondere Korruption festgestellt hätte. Nein, verehrte Damen und Herren, im Bericht sowohl von mir wie von dem Kollegen Mumm steht doch wesentlich mehr. Gerade weil die Berichte so (D) ausführlich und eingehend sind, hat man ja bisher von einer Drucklegung Abstand genommen; man hätte einen hübschen Band aus diesen Berichten machen können. Es steht darin neben der kritischen Wertung des Heimatdienstes doch auch mancherlei über positiv wertvolle Dienste, die der Heimatdienst geleistet hat. Wie leicht man zu einem verkehrten Urteil kommen kann, hat die Frau Kollegin Wurm dadurch gezeigt, daß sie der Zentralstelle für Heimatdienst nachsagte, sie hätte sich beim **Kapp-Putsch** auf die Seite der Kappisten gestellt oder sich neutral verhalten. Das stimmt durchaus nicht. Gerade während des Kapp-Putsches hat die Zentrale für Heimatdienst eine erhebliche Aufklärungsarbeit im Dienst der verfassungsmäßigen Regierung geleistet; sie hat in ständiger Verbindung mit der Regierung gestanden, und ich halte es für meine Pflicht, hier auszusprechen, daß, wenn auch nicht alle, so doch ein Teil der Angestellten des Heimatdienstes damals ihre Haut für die Regierung zu Markte getragen haben.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Daher auch der Kampf von rechts gegen die R. f. H. Es sind während des Kapp-Putsches für nahezu 1 Million Mark Drucksachen für die verfassungsmäßige Regierung verbreitet worden. Frau Kollegin Wurm, Sie werden zugeben müssen, daß Sie angesichts dieser Tatsache Ihren Vorwurf hinsichtlich der Haltung beim Kapp-Putsch unter keinen Umständen aufrechterhalten können.

Ich wiederhole auch, was ich im Ausschuß gesagt habe, daß Anhänger aller Parteien, von den Deutschnationalen bis herüber zu den Unabhängigen — von den Kommunisten weiß ich es nicht — für den Heimatdienst tätig gewesen sind und tätig sind. Allerdings ist zu unterscheiden zwischen bezahlten Angestellten und der großen Legion der ehrenamtlich tätigen Frauen und

(**Sollmann** [Köln], Abgeordneter.)

(A) Männer im Lande. Unter den **Angestellten**, und zwar in leitender Stellung, ist allerdings nur ein Mitglied der **unabhängigen Partei**, nämlich der Landesleiter in Erfurt, ein Mann, der meines Wissens Stadtverordneter Ihrer Partei ist. Ja, wenn es nicht mehr sind, — ich glaube, die Schuld liegt an Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß Sie so wenig Interesse für den Heimatdienst gezeigt haben. Es sind aber unter den 35000 **Vertrauensleuten**, die ehrenamtlich im ganzen Lande zerstreut sind, eine sehr erhebliche Zahl von erklärten Anhängern der unabhängigen Partei. Von meinem Standpunkte aus gegenüber der R. f. H. würde ich es begrüßen, wenn die Zahl der Unabhängigen wachsen würde. Es ist auch nicht richtig, daß in allen möglichen kleinen Orten Angestellte der R. f. H. sich in Sinekuren befinden. Das trifft durchaus nicht zu. Gerade nach dieser Richtung haben wir recht scharf kritisch geprüft, und von Sinekuren kann in der Reichszentrale wohl nicht die Rede sein. In kleineren Orten sind nicht angestellte Beamte, dort sitzen nur Vertrauensleute: Arbeiter, Lehrer, auch Geistliche, Privatangestellte, Leute verschiedenster Berufe und Parteien.

Ich darf die Kollegin Wurm und den Kollegen Rosenfeld auch daran erinnern, aber auch Herrn Dr. Cremer, daß **Parteien**, die heute Sturm gegen die R. f. H. laufen, in der Zeit, in der sie in der **Regierung** waren, merkwürdigerweise die **R. f. H.** sehr gut zu benutzen verstanden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Deutsche Volkspartei hat während der Regierungszeit im Reiche ruhig mit angesehen, daß die Reden ihrer Minister verbreitet wurden und daß nie mehr ein Wörtlein von sozialistischen Reden ins Land hinausging.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und der Revolutionsminister Rosenfeld hat meines Wissens während seiner Tätigkeit auch nicht dagegen protestiert,

(B) daß damals in einem solchen Maße wie nie vorher und nie nachher Aufklärungsarbeit von der R. f. H. und der Werbestelle für die deutsche Republik getrieben worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, daraus schließen zu dürfen, daß man wohl kritisch an die R. f. H. herangehen kann, daß man aber in den Zeitläuften, in denen wir nun einmal sind, ein Instrument, das sich mit geistigen Waffen gegen den gewaltsamen Umsturz der rechtmäßig vom Parlament beschlossenen Verfassung wehrt, schlecht entbehren kann.

Wir sind aber durchaus der Auffassung, die in dem Antrag des Ausschusses zum Ausdruck kommt, daß ein solches Instrument, das Nutzen bringen kann, das sich aber auch zu einer großen Gefahr entwickeln kann, unter ständiger, scharfer Kontrolle des Parlaments stehen muß. Deshalb haben wir beantragt, daß ein **parlamentarischer Beirat** berufen wird, der die Kontrolle der Tätigkeit dieser Einrichtung ausübt. Wenn Sie aufmerksam den Ausführungen des Kollegen Dr. Cremer gefolgt sind, werden Sie daraus haben entnehmen können, daß auch er ein solches Aufklärungsinstitut unter allen Umständen wünscht. Er will freilich ein anderes als das, was wir jetzt haben, er will alten Wein in neue Schläuche gießen; aber wir befürchten, daß, wenn ein solches Institut nach den Wünschen des Herrn Dr. Cremer und der großen Kapitalistengruppen, die ihm geisteswerwandt sind, aufgebaut wird, es wesentlich schlechter aussehen wird als die R. f. H. Wer eine solche Entwicklung verhindern will — und es sind solche Bestrebungen vorhanden, Herr Dr. Cremer, das sage ich besonders den Damen und Herren auf den Bänken der Unabhängigen —, gerade wer das verhindern will, was Herr Dr. Cremer und ganz bestimmte Gruppen, die ich nicht nennen will, die dasselbe beabsichtigen, wer das verhindern will, der muß dafür sorgen, daß dieses Institut, die R. f. H., in gesunder, praktischer und zweckmäßiger Weise ausgebaut wird. Deshalb bitte ich den Reichstag, (C) in kühler Beurteilung der Lage die Reichszentrale für Heimatdienst heute nicht zu Tode zu reiten, sondern dafür zu sorgen, daß sie eine Tätigkeit ausübt, die wirklich den großen Massen der Bevölkerung dient.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zu diesem Thema ist ein weiterer handschriftlicher Antrag Mumm, Dr. Cremer eingegangen:

1. Die Reichszentrale für Heimatdienst vom 1. Oktober 1921 zu schließen;

insoweit deckt er sich mit dem Antrag Crispien: aber dann;

2. nur diejenigen Arbeiten fortzuführen, deren Fortführung im Reichsinteresse geboten erscheint.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir, wenn die Aussprache über die einzelnen Positionen des Etats so weitergeht, dann die Hoffnung darauf, am Donnerstag Schluß machen zu können, aufgeben müssen.

(Sehr richtig!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Debatte, die wir heute hier im Hause über die **Zentrale für Heimatdienst** haben, entspricht ungefähr der Erörterung des Hauptausschusses über diese Zentralstelle. Ich habe aber heute beobachtet, daß die Herren Deutschnationalen doch anfangen, sich mit der Zentralstelle für Heimatdienst abzufinden. Ich muß sagen, daß die Worte des Herrn Kollegen Mumm gegen die Zentralstelle heute nicht mehr so energisch klangen wie noch vor einigen Tagen im Ausschuß. Ich weiß nicht, ob Herr Kollege Mumm inzwischen größere Aussichten erhalten hat, in die Regierung hineinzukommen,

(Heiterkeit und Zurufe rechts)

oder woran es sonst gelegen haben mag. Jedenfalls (D) muß ich doch konstatieren, Herr Kollege Mumm, daß Ihre heutige Erklärung mit dem Waffenstillstandsangebot, noch dazu mit dem bedingungslosen Waffenstillstandsangebot — ich habe Bedingungen nicht gehört —, doch wohl eine kleine Schwenkung in Ihrer Stellung erkennen läßt.

Herr Kollege Mumm hat sich gegenüber einem Zwischenruf meines Freundes Crispien darüber entrüstet, daß meine Freunde ein Staatsinteresse, das über das Parteiinteresse hinausgeht, als Regulativ für die Zentralstelle nicht anerkennen. Herr Kollege Mumm, eine ähnliche Erörterung haben wir schon im Ausschuß gehabt, und ich bin Ihrer Auffassung, daß es so etwas wie dieses **allgemeine Staatsinteresse**, das **über die Partei** hinausgeht, gäbe, schon entgegengetreten. Wenn Sie sich heute darüber entrüsten, daß mein Parteifreund Crispien, als Sie solche Behauptungen aufstellten, einen Zwischenruf machte, so muß ich sagen: gerade die deutschnationale Partei hat am allerwenigsten Grund, zu behaupten, daß sie jemals das allgemeine Interesse über ihr Parteiinteresse gestellt habe. Ich brauche doch nur auf die Geschichte der **konservativen und deutschnationalen Partei** zu verweisen, die doch hinlänglich bekannt ist und die klar ergibt, daß gerade die konservative Partei bei allen Konflikten zwischen Partei und Vaterland, wie Sie gesagt haben, das Parteiinteresse immer hat ausschlaggebend sein lassen. Ja, Sie haben das Vaterland doch immer als die vergrößerte konservative Partei aufgefaßt. Darum kann ich die Entrüstung, die Sie gegenüber meinem Freunde Crispien hier zur Schau getragen haben, wirklich nicht ernst nehmen.

Herr Kollege Mumm appellierte an die Mitarbeit aller Kreise, an die Mitarbeit zu einer „überparteilichen" Arbeit. Ja, was soll es heißen, wenn Sie von einer solchen **überparteilichen Arbeit** sprechen? Wo hat die

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Zentralstelle überparteiliche Arbeit geleistet, und wo kann jemand überparteiliche Arbeit leisten? Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß das möglich ist. Ich weiß aber, Herr Kollege Mumm, daß Ihnen solche Illusionen auch vollkommen fehlen. Sie sind sich hinreichend klar darüber, was die Zentralstelle leisten kann, und wenn Sie sich mit der Zentralstelle abzufinden beginnen, so nur deshalb, weil Sie wissen, daß dieselbe Zentralstelle, wenn Sie an der Regierung sind, unter dem Namen des Überparteilichen Ihre Interessen wahrnehmen wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch ein anderer Name, Herr Kollege Mumm, wie Sie ihn für die Zentralstelle vorschlagen, wird daran nicht das geringste ändern. Immerhin wundert mich Ihre Stellung nicht.

Dagegen bin ich auch heute wiederum überrascht, daß Herr Kollege Sollmann aufrecht erhalten hat, was man im Ausschuß für einen Irrtum seiner Fraktion halten konnte. Herr Kollege Sollmann ist auch heute für einen Antrag eingetreten, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Zentralstelle unter dem Gesichtspunkt des „Staatsganzen" arbeiten soll, und es findet sich auch heute im Plenum ein Sozialdemokrat, der von einem solchen Staatsganzen spricht und ein solches **Staatsganze als Orientierungsgesichtspunkt** für möglich hält. Ich frage, wie das vereinbar ist mit dem Klassenkampf, den doch wohl alle Sozialdemokraten führen sollen, wie solche Erklärung vereinbar ist mit der Auffassung, daß der heutige Staat ein Klassenstaat ist. Ich frage, wie ein Sozialdemokrat meinen kann, daß eine Regierungsstelle für ein solches Staatsganze arbeiten wird. Ganz gewiß ist die Zentralstelle nichts anderes als das, was die Deutschnationalen im Ausschuß gesagt haben: ein Instrument der jeweiligen Regierungspolitik. Wenn der Herr Kollege Sollmann noch offen gesagt hätte, daß er ein solches In-

(B) strument für die Regierung haben wolle, dann wäre wenigstens zutreffend, was er sagte. Aber indem er sich hinter der Bezeichnung „Staatsganzes" verbirgt, will er das deutsche Volk glauben machen, daß es ein solches Staatsganze gibt, für das die Zentralstelle eintreten kann, ohne Parteiinteressen wahrzunehmen. Das ist keine Volksaufklärung, sondern das ist eine Volksverdummung, und eine solche lassen wir nicht zu. Wir wollen nicht dulden, daß man unter dem Namen „Zentralstelle zur Geltendmachung der Interessen des Staatsganzen" in Wahrheit Regierungspolitik betreibt. Wenn man das will, dann soll man offen sagen: wir brauchen eine Stelle, die Propaganda für die Regierungsgedanken macht, aber nicht unter dem Namen des Heimatdienstes eine Stelle schaffen, die nur ein Korruptionsfonds sein kann.

Wir stehen also dieser Zentralstelle ablehnend gegenüber. Wir können es nicht verantworten, Gelder, die alle Steuerzahler aufbringen, im Interesse bestimmter Parteien, die gerade in der Regierung sind, zu verwenden.

Wenn der Herr Kollege Sollmann gemeint hat, auch Unabhängige sitzen in der Zentralstelle, so will ich doch einmal die Frage aufwerfen: welche Tätigkeit üben diese **Unabhängigen in der Zentralstelle** aus? Herr Kollege Dr. Cremer hat schon gemeint, daß dieser eine Mann, der angeblich in Thüringen in einer leitenden Stelle sitzen soll und zu unserer Partei gehört, doch nur den weißen Raben bilden würde, der keinen besonderen Eindruck hervorrufen kann. Wir müssen zunächst wissen: welche Tätigkeit übt dieser Mann aus? Er mag vielleicht eine geschäftlich-organisatorische Tätigkeit ausüben und sich einer politischen Tätigkeit vollständig enthalten. Wie dem aber auch sein mag, ich stehe jedenfalls auf dem Standpunkt — und ich zweifle nicht, daß auch meine Partei diesen Standpunkt einnimmt —, daß ein unabhängiger Sozialdemokrat in der Zentralstelle gar nichts zu suchen hat, und (C) ich bin der Meinung, daß er eine solche Stellung schleunigst aufgeben sollte.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Kollege Sollmann exemplifizierte auf mich und behauptete, als Revolutionsminister hätte ich irgend etwas mit der Zentralstelle zu tun gehabt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie hätten sie sich gefallen lassen!)

— Das ist nicht im geringsten der Fall gewesen, Herr Kollege Sollmann, und ich bewundere wirklich, wie Sie hier auftreten und solche Behauptungen aufstellen können, ohne auch nur im geringsten den Beweis führen zu können, daß ich mit jener Zentralstelle auch nur die entfernteste Berührung gehabt hätte. Eine solche habe ich nicht gehabt, ich habe die Zentralstelle damals überhaupt noch nicht einmal gekannt, und ich würde es abgelehnt haben, mit dieser Zentralstelle in Verbindung zu treten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Ihr Amt!)

— Das gehörte nicht zu meinem Amt, und ich hätte es abgelehnt, ein Amt anzunehmen, durch das ich verpflichtet gewesen wäre, mit einem solchen Korruptionsfonds in Verbindung zu treten!

Nun hat der Ausschuß den Vorschlag gemacht, einen **parlamentarischen Beirat** einzusetzen, und es ist von mehreren Seiten behauptet worden, daß ein solcher parlamentarischer Beirat einen Einfluß ausüben kann. Ich sollte meinen, daß wir hinreichende Erfahrungen mit solchen parlamentarischen Beiräten gemacht hätten und daß wir wissen, daß ein parlamentarischer Beirat praktisch gar keinen Einfluß ausüben kann. Sie müssen doch vor allen Dingen in Betracht ziehen, daß die Zentralstelle von den reaktionären Beamten der alten Zeit bedient wird. Ich verweise auf Scheidemann, der immer von neuem mit Recht darauf hinweist, daß die reaktionären Beamten den Herren in der Regierung, die etwa moderne Bahnen beschreiten (D) wollen, es doch vollkommen unmöglich machen, solche Bahnen auch wirklich zu betreten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser reaktionäre Unterbau ist in der Zentralstelle wie überall, und gegen diesen Unterbau kann sich kein Minister und auch kein Leiter einer Zentralstelle durchsetzen. Auch der parlamentarische Beirat wird völlig versagen. Ich verweise auf das Beispiel, das der parlamentarische Beirat des Entwaffnungskommissars gibt. Ja, meine Damen und Herren, hat dieser Beirat praktisch irgend etwas erreicht, hat er jemals der Tätigkeit des Entwaffnungskommissars irgendeine bestimmte Richtung aufzwingen können? Ich möchte also meinen, daß der parlamentarische Beirat nichts anderes ist als das Feigenblatt, hinter dem die Zentralstelle sich in ihrer einseitigen Regierungspolitik birgt. Einer solchen Stelle können wir unsere Zustimmung nie und nimmer geben; ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Die Debatte über Tit. 9 und die dazu gehörige Entschließung ist geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Rosenfeld hat sich soeben darüber entrüstet, daß ich hier behauptet hätte, er hätte als Minister mit der R. f. H. zu tun gehabt. Für diese Behauptung hätte ich keine Beweise. Ich pflege niemals Behauptungen aufzustellen, die ich nicht beweisen kann. Ich habe hier nicht gesagt, daß der Herr Abgeordnete Rosenfeld mit R. f. H. zu tun gehabt habe. Ich habe nur ausgeführt, daß der Herr Kollege **Rosenfeld** sich **als Revolutionsminister** die **Tätigkeit der R. f. H.** sehr wohl hätte gefallen lassen. Das steht fest.

(A) **Präsident:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Cremer.

Dr. **Cremer,** Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln) hat vorhin gesagt, er stelle niemals eine Behauptung auf, die er nicht beweisen könne. Der Herr Abgeordnete Sollmann hat vorhin während seiner Rede gesagt, ich hätte Sparsamkeitsgründe gegen die Zentralstelle für Heimatdienst angeführt. Ich habe nicht ein Wort in dieser Richtung gesagt.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Der Herr Kollege Sollmann hat die Behauptung aufgestellt, ich hätte mir die **Tätigkeit der Zentralstelle** gefallen lassen. Ja, Herr Kollege Sollmann, das hat doch nur einen Sinn, wenn damit gemeint ist, daß ich einen Einfluß auf die Zentralstelle habe ausüben können. Ich kann mir nur dann etwas gefallen lassen, wenn ich das Recht habe, mir es nicht gefallen zu lassen. Die Zentralstelle hat aber nichts mit dem preußischen Justizministerium zu tun. Infolgedessen ist es auch nicht wahr, daß ich mir die Zentralstelle habe gefallen lassen.

(Lachen.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Ich habe vorhin mit keinem Worte etwas anderes zum Ausdruck gebracht, als daß in einer Zeit, in der der Herr Kollege **Rosenfeld** dem **Ministerium** angehört hat, die **R. f. H.** lebhafter als jemals für die Regierung gearbeitet hat, mithin auch für den Revolutionsminister Dr. Rosenfeld.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und rechts.)

(B) **Präsident:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich konstatiere zunächst, daß der Herr Kollege Sollmann einen bedeutenden Rückzug

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

oder vielmehr einen unbedeutenden Rückzug angetreten hat. Er hat vorhin behauptet, ich hätte mir die Tätigkeit der Zentralstelle für Heimatdienst gefallen lassen. Jetzt behauptet er nur, ich sei in einer Zeit in der Regierung gewesen, in der die Zentralstelle gearbeitet hat. Das ist doch zunächst schon etwas ganz anderes. Ich hebe aber weiter hervor, daß ich niemals **Beziehungen zur Zentralstelle** gehabt habe und daß auch die Stelle, um die es sich hier handelt, eine Reichsstelle ist, während ich in der preußischen Regierung saß. Damit ist es widerlegt, daß ich mit der Zentralstelle etwas zu tun gehabt hätte.

Präsident: Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über diese drei schriftlichen Anträge mit den übrigen ausstehenden Abstimmungen morgen vorzunehmen. Erstens liegen sie noch nicht gedruckt vor, und zweitens rechne ich morgen auf ein besser besetztes Haus.

Ich rufe auf Tit. 10 und 11 des Kap. 1 — und erkläre sie für angenommen.

Kap. 2 Tit. 1. Hierzu liegt eine Entschließung auf Drucksache 2371 II c vor:

> die Reichsregierung um Vorlegung einer genauen Aufstellung der in den Auslandsvertretungen im gegebenen Augenblicke tatsächlich tätigen oberen und mittleren Beamten für die nächste Etatsberatung zu ersuchen.

Ich nehme an, daß das Haus diesem Ausschußantrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen. (C)

Ich rufe auf Tit. 1a des Kap. 2, — Tit. 2, — 3, — 5, — 5a, — 6, — 7, — 8, — 10; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4 bis 10, — 12 bis 16, — 20, — 21, — 23, — 24, — 25; — Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 7, — 8, — 10, — 13. — Angenommen.

Zu Tit. 14 liegt ein Ausschußantrag auf Drucksache 2371 vor:

> die Reichsregierung zu ersuchen, zur Förderung von wissenschaftlichen Bestrebungen in Sachen des Minderheitsrechts den Betrag von 75 000 Mark unter Titel 9a der einmaligen Ausgaben einzusetzen.

Ich werde auch hier annehmen, daß das Haus dem Ausschußantrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tit. 15 und 16 des Kap. 1 der einmaligen Ausgaben. — Angenommen.

Wir kommen zu den Einnahmen. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3. — Die einzelnen Kapitel und Titel auch dieses Etats sind genehmigt.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichstags.

Fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 in der Ausschußfassung, — 4, — 5, — 6, — 8, — 9, — 9a, — 9b, — 9c, — 10, — 11, — 12, — 13, — 13a, — 14, — 15, — 17, — 19 in der Fassung des Ausschusses, — 20. — Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 3 und 4. — Angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die dazu vorliegenden Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zum

Nachtragsetatsgesetz nebst Anlagen.

Ich rufe auf § 1 — erkläre ihn für angenommen, (D) § 2 — desgleichen, 3 — ebenfalls, Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wir kommen nunmehr zum zurückgestellten fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz)** (Nr. 2373 der Drucksachen).
>
> Mündlicher Bericht des 6. Ausschusses: Nr. 2406 der Drucksachen.
>
> Berichterstatter: Abgeordneter Andre.

Ich rufe auf § 1 in der Fassung des Ausschusses, — § 2, — § 3 nach dem Ausschußantrag, — § 4 ebenso, — § 5, — § 6. —

In § 7 ist berichtigt die Datumsangabe in der zweiten Zeile hinter dem Absatz. Es muß heißen statt „1. April 1921“ „1. Januar 1921“. — Mit dieser Änderung ist der § 7 in der Ausschußfassung angenommen.

§ 8, — § 9, — § 10 in der Ausschußfassung, — § 11 ebenso, — § 12, — § 13, — § 14 — desgleichen; Einleitung und Überschrift — ebenso. Wenn sich Widerspruch nicht erhebt, stelle ich fest, daß der Gesetzentwurf auch in der Gesamtabstimmung angenommen ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Fernsprechgebührengesetzes** (Nr. 2176 der Drucksachen).
>
> Mündlicher Bericht des 27. Ausschusses (Nr. 2378 [berichtigt] der Drucksachen).
>
> Berichterstatter: Abgeordneter Allekotte.

(**Präsident.**)

(A) Ich eröffne die zweite Beratung über § 1.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Allekotte.

Allekotte, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Ich werde die Berichterstattung so gestalten, daß Sie mir mit Berechtigung den Vorwurf, an einer eventuell über Donnerstag hinausgehenden Tagung des Reichstags schuldig zu sein, nicht machen können. Die **Notwendigkeit einer Neuregelung der Fernsprechgebühren** wird im allgemeinen in der Öffentlichkeit nicht bestritten. Denn es ist ja leicht nachzuprüfen, daß die Gebührenerhöhungen auf diesem Gebiete keineswegs mit der Entwertung der Mark Schritt gehalten haben, während die Unkosten der Verwaltung in weit stärkerem Maße gestiegen sind.

Der Widerstand der Fernsprechteilnehmer gegen die Vorlage ist daher weniger durch die Erhöhung der Gebühren hervorgerufen als durch die Tatsache, daß der Betrieb noch immer viel zu wünschen übrig läßt, sich teilweise sogar verschlechtert hat. Der Teilnehmer aber verlangt für volle Leistung mit Berechtigung auch volle Gegenleistung. Dieser Anschauung tritt die Verwaltung durchaus bei. Sie hat erklärt, daß sie sich völlig bewußt sei, daß die Erhöhung der Fernsprechgebühren der Öffentlichkeit gegenüber nur dann zu verantworten sei, wenn in absehbarer Zeit wieder eine **ordnungsmäßige Abwicklung des Betriebes** erfolgen könne. Seit zwei Jahren werde daher mit aller Kraft daran gearbeitet, die ungeheuren Schäden zu beseitigen, die fünf Jahre lang dem Fernsprechwesen zugefügt worden sind. Jeder Fachmann werde anerkennen — und die Zustände im Fernsprechwesen der übrigen kriegführenden Länder brächten dafür den Beweis —, daß es unmöglich sei, einen so schwierigen und umfangreichen Betrieb, der sich allein im innerdeutschen
(B) Verkehr auf fast 50 000 Ortschaften erstreckt, in zwei Jahren wieder aufzubauen, nachdem er fünf Jahre lang bis zum völligen Zusammenbruch heruntergewirtschaftet worden sei. Die überall eingeleiteten Wiederherstellungs- und Erweiterungsarbeiten in den Fernsprechämtern und Leitungsnetzen, die Einführung neuer technischer Mittel und Arbeitsmethoden, die Neuordnung des Beamtenkörpers, vor allen Dingen aber die nach dem Kriege einsetzende sprunghafte Steigerung des Verkehrs mußten notwendigerweise zu einer vorübergehenden Verwirrung und Verstopfung des Verkehrs führen, unter der Verwaltung und Publikum gleichermaßen zu leiden hatten.

Nun sind die Wiederaufbauarbeiten so weit vorgeschritten, daß das scheinbare Durcheinander sich wieder zu entwirren beginnt und von Monat zu Monat eine weitere Besserung zu spüren ist. Der in anderen Ländern bereits erprobte Tarifaufbau, verbunden mit einer großen Zahl neuer verkehrsfördernder Bestimmungen, die demnächst durch Verordnung erlassen werden sollen, geben der Verwaltung die Möglichkeit, aus dem Fernsprechwesen einen wirtschaftlich lebensfähigen Betrieb zu machen. Dies liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, zumal seitens der Verwaltung eifrig daran gearbeitet wird, durch eine bessere Ausnutzung von Personal und Material die Wirtschaftlichkeit nach und nach zu heben. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine völlige Gesundung des Betriebes, die von einer durchgreifenden **technischen Reform** erwartet werden kann, deren Einzelheiten in der dem Nachtragshaushalt 1921 beigefügten Denkschrift niedergelegt worden und dadurch zu Ihrer Kenntnis gelangt sind.

Die **Finanzierung** dieses Programms ist bei der derzeitigen Finanzlage des Reichs nur möglich, wenn die Verzinsung und Amortisation der erforderlichen Baukapitalien gewährleistet und ein Fehlbetrag aus dem Fernsprechwesen vermieden wird. — Dieser Fehlbetrag betrug bislang noch 800 Millionen Mark. — Dieser Forderung (C) sollen die neuen Gebührensätze Rechnung tragen. Jedoch ist ausdrücklich darauf verzichtet, auf Kosten der Fernsprechteilnehmer Überschüsse zu erzielen, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Der Herr Staatssekretär v. Bredow hat bei den Ausschußberatungen ausdrücklich erklärt, es solle mit Beschleunigung alles getan werden, um einen vernünftigen Betrieb wiederherzustellen.

Zwei Aufgaben standen dem Ausschuß bei der Beratung vor Augen, einmal die Wiederherstellung eines geordneten Betriebes und zweitens die **Erzielung** einer **Rentabilität** der Einrichtungen. Geht die Reichspostverwaltung im Fernsprechbetriebe mit dem Bestreben auf Erzielung einer Rentabilität vor, so hat der Ausschuß dieser Auffassung nicht nur seine Mitarbeit geleistet, sondern ist ihr vollgültig beigetreten. Die Paragraphen sind Ihnen ja im einzelnen bekannt, und aus der Zusammenstellung geht hervor, daß nur in § 8 und § 9 Abänderungen von dem Ausschuß vorgenommen worden sind.

Bei dem § 3 aber lagen Anträge vor, insbesondere von Fernsprechteilnehmern aus **Landorten**, in denen Ortsnetze mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen vorhanden sind. Diese Anträge erheben Bedenken gegen die Festsetzung des **Grundgebührensatzes** von 380 Mark. Sie sagen, daß die Fernsprechteilnehmer an Landorten mit kleinen Ortsnetzen bis zu 50 Fernsprechanschlüssen nicht die Gelegenheit des Verkehrs haben wie die Fernsprechteilnehmer an größeren Fernsprechämtern, infolgedessen ihnen auch eine geringere Grundgebühr aufgebürdet werden müsse. Auch Ausschußmitglieder sind dieser Auffassung beigetreten. Wir haben aber von der Verwaltung die Aufklärung bekommen, daß man neben der radialen Verbindung der Landorte mit größeren Orten — wie das in Bayern bereits seit längerer Zeit bis zu einem gewissen Grade der Entwicklung durchgeführt ist — die Querverbindung zugunsten der Herstellung von Verbindungen auf (D) dem platten Lande mit Nachdruck verfolgen werde.

Es ist dann zum § 7 vielleicht noch zu sagen, daß **Hauptanschlüsse**, die außergewöhnlich stark in Anspruch genommen werden, und zwar mehr in abgehenden Gesprächen, **kontrolliert** werden. Wenn bei dieser besonderen Prüfung der Anschluß als unverhältnismäßig oft besetzt gefunden wird, wird dem Teilnehmer aufgegeben, sich einen zweiten Hauptanschluß herstellen zu lassen.

Zu § 8 ist zu sagen, daß ein Antrag vorgelegen hat, die Gebühren für Gespräche in einer Entfernung von mehr als 500 Kilometer einheitlich zu gestalten, ohne eine weitere Steigerung vorzunehmen. Der Ausschuß hat einen diesbezüglichen Antrag aber abgelehnt, und zwar auch mit Rücksicht darauf, daß die **Gespräche auf große Entfernungen** sachlich die Selbstkosten der Verwaltung übersteigen. Beispielsweise betragen die Kosten für ein Dreiminutengespräch von Berlin nach Königsberg 26 Mark. Wenn dann dafür ein Betrag sagen wir einmal von 15 oder 18 Mark erhoben werden würde, würden dadurch natürlich die Kosten der Verwaltung bei weitem nicht gedeckt werden. Es mag das daran liegen, daß die Art des Kabels eben besonders konstruiert werden muß und daher diese Kosten entstehen.

Bei dem § 8 ist dann für die Presse die bisher schon gültige Form der besonderen Berücksichtigung wieder verteidigt worden, und ein diesbezüglicher Antrag hat dann zu der in der Zusammenstellung ersichtlichen Fassung geführt. In den Bedingungen, die demnächst für die Behandlung und Ausführung der **Pressegespräche** aufgestellt werden, ist Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse des übrigen Verkehrs, das heißt auf Gewerbe, Handel und Industrie.

Eine längere Debatte hat der § 9 verursacht. Dadurch, daß ein Antrag angenommen worden ist, die Worte „erhöht oder" zu streichen, hat er in Konsequenz

(**Allekotte,** Berichterstatter.)

(A) der umgestalteten Fassung die Notwendigkeit ergeben, daß bei allen aus diesem **Gesetz** sich ergebenden und später ergehenden **Änderungen** der gesamte **Reichstag** in Anspruch genommen wird.

Es lag ein Antrag vor, hinter dem Worte „Reichsrats" einzuschalten: „und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags". Dieser Antrag ist aber durch die Streichung der Worte „erhöht oder" für erledigt erklärt und der § 9 so, wie er in der Zusammenstellung steht, gegenüber der Regierungsvorlage abgeändert worden.

Ich darf vielleicht mitteilen, daß der Präsident wahrscheinlich bekanntgeben wird, daß ein Antrag vorliegt, diesen § 9 in der nach einem dem Ausschuß vorgelegten Antrag beabsichtigten Form wiederherzustellen, das heißt in der Regierungsform mit der Hinzufügung der Worte hinter „Reichsrats" „und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags", so daß der Reichstag dann demnächst bei der Notwendigkeit der Abänderung des Gesetzes insgesamt nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Es ist eben bei der Gestaltung des § 9 auf die Bestimmungen in den Art. 88, 91 und 77 der Verfassung Rücksicht zu nehmen, und da wird dem Reichspostminister wie dem Reichsverkehrsminister und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts die Vollmacht gegeben, in Verbindung mit dem Reichsrat gewisse Bestimmungen im Wege von Verordnungen oder auch, wie in diesem Falle, von Gesetzen abzuändern. Hier geben wir noch eine Kontrolleinrichtung dazu, indem ein Ausschuß in Anspruch zu nehmen ist.

Ich glaube, damit das Wertvollste von den Beratungen des 27. Ausschusses vorgetragen zu haben, und beantrage nunmehr im Namen des Ausschusses:

I. den vorbezeichneten Gesetzentwurf mit den aus der umstehenden Zusammenstellung ersichtlichen (B) Änderungen, im übrigen unverändert nach der Vorlage anzunehmen;

II. folgende Entschließung anzunehmen:

> Die auf Gütern untergebrachten öffentlichen Fernsprechstellen, die entweder ausschließlich oder überwiegend den Interessen der Gutsbesitzer dienen, welche hierdurch Fernsprechanschlüsse auf eigene Kosten ersparen, sind aufzuheben, sofern ein wirkliches öffentliches Verkehrsbedürfnis ihre Beibehaltung nicht rechtfertigt;

III. die zu dem Gesetzentwurfe vorliegenden Petitionen durch die Beschlußfassung über denselben für erledigt zu erklären.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Antrag auf Abänderung ist nicht gestellt. Ich nehme also an, daß § 1 die Zustimmung des Hauses findet. — Ich rufe auf §§ 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. —

Bei § 9 liegt der Antrag des Berichterstatters und anderer Unterzeichner vor, die Fassung der Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Zur Fragestellung hat das Wort der Herr Abgeordnete Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Lautet der Antrag allgemein, die Regierungsfassung wiederherzustellen?

Präsident: Der Antrag Nr. 2426 Allekotte und Genossen lautet, im § 9 die Regierungsvorlage wiederherzustellen und hinter dem Wort „Reichsrats" einzuschalten:

> und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags,

wie es der Herr Berichterstatter zitiert hat.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche (C) diesem Antrage zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 9 ist in der eben vorgelesenen Fassung angenommen.

Ich rufe auf §§ 10, — 11, — 12, — 13, — Einleitung und Überschrift. —

Es liegt noch eine Entschließung des Ausschusses vor:

> Die auf Gütern untergebrachten öffentlichen Fernsprechstellen, die entweder ausschließlich oder überwiegend den Interessen der Gutsbesitzer dienen, welche hierdurch Fernsprechanschlüsse auf eigene Kosten ersparen, sind aufzuheben, sofern ein wirkliches öffentliches Verkehrsbedürfnis ihre Beibehaltung nicht rechtfertigt.

Ich nehme an, daß das Haus diesem Ausschußantrag seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Es wird vorgeschlagen, sofort in die

dritte Beratung

einzutreten. —

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

In der besonderen Beratung rufe ich auf §§ 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9 in der Fassung, die soeben angenommen worden ist und die auf Drucksache Nr. 2426 steht, — 10, — 11, — 12, — 13. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen. (D)

Wir kommen zum achten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz) (Nr. 1648 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2351 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Fortmann.

Als Kommissare sind angemeldet:

für das Reichswehrministerium:
Generalmajor v. Braun,
Oberst Tillmanns,
Oberstleutnant v. Werder,
die Majore Dobberke, v. Wietersheim, Bitthorn,
Ministerialamtmann Rechnungsrat Adam,
Oberstleutnant Bornemann,
Hauptmann v. Marées,
Geheimer Kriegsrat Semler,
Generalstabsarzt Dr. Schultzen,
Oberstabsarzt Dr. Jungblut,
Korvettenkapitän Kehrhahn,
Marineoberstabsarzt Dr. Schepers,
Regierungsrat Kammrich;

für das Reichsarbeitsministerium:
Ministerialrat Kerschensteiner,
Ministerialrat Dr. v. Olshausen,
Ministerialrat Jacobs;

für das Reichsfinanzministerium:
Ministerialrat Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Siller,
Regierungsrat Sbrzesny.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Beratung über § 1. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort. Dann erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Verehrte Anwesende! Das vorliegende Gesetz soll dazu dienen, dem jetzt bestehenden militärischen System Festigung und Ausbau zu geben. Der vorliegende Gesetzentwurf führt in seiner Konsequenz dazu, daß die Neigung und der Drang zum Soldatenspielen in Deutschland vergrößert wird. Wir sind Gegner des alten **Militarismus** gewesen und sind noch viel schärfere Gegner dieses neuen Militarismus. Wir sind Gegner des Militarismus aus kulturellen Gründen, weil wir der Meinung sind, daß der Militarismus die Menschheit verroht, unsittlich macht, eine Atmosphäre des Hasses schafft. Wir sind weiter Gegner des Militarismus auch aus republikanischen Gründen. Der Militarismus ist in Deutschland eine der Quellen der Gegenrevolution. Er ist weiter die Quelle des ärgsten Chauvinismus. Er ist die Versorgungsstelle reaktionärer Elemente. Er ist weiter dazu da, Antreiberdienste für die Kapitalisten gegen die Arbeiter zu leisten.

Dann kommt ein sehr wichtiges Moment hinzu, das gerade bei diesem Gesetz nicht außer acht gelassen werden darf: daß der Militarismus den Ertrag fleißiger volkswirtschaftlicher Werte und Arbeit verschlingt und aufsaugt. Gerade in einem Lande wie Deutschland ist es meiner Überzeugung nach unmöglich, daß man sich einen solchen Luxus erlaubt, wie er durch unseren Militarismus und durch das vorliegende Gesetz wiederum festgestellt werden soll. Wir sind weiter der Meinung, daß dieses ganze System und das Gesetz, das jetzt zur Beratung steht, in den wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft förderlich ist. Der Militarismus entzieht der Produktion die Arbeits-
(B) kräfte, die dringend notwendig sind für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens.

Aber auch wenn wir die **Auslandspolitik** in Betracht ziehen, müssen wir sagen, daß der Militarismus dem Ansehen Deutschlands im Ausland schon unendlich geschadet hat und daß eine gesunde Außenpolitik heute am allerwenigsten Interesse am deutschen Militarismus hat.

Alle diese Bedenken gegen den Militarismus häufen sich bei diesem Gesetz. Eine der Konsequenzen des Wehrmachtgesetzes lag ja darin, daß die Bestimmung des Friedensvertrags, wonach jeder Soldat wenigstens 12 Jahre und jeder Offizier wenigstens 25 Jahre in Deutschland dem Heere angehören müsse, so ausgelegt wird, daß diese Leute nach 12 respektive 25 Jahren aus der Wehrmacht herausgesetzt werden sollen. Man will durch dieses Gesetz einen Wechsel im Militarismus erreichen. Man will möglichst immer neues, junges Blut in die **Reichswehr** hineintragen und damit eine größere **Auswechselbarkeit**, eine größere Zahl von langjährig gedienten Leuten in Deutschland schaffen. Diese Auswechselungspolitik kostet Riesensummen. Die Summen kommen in diesem Gesetze zum Ausdruck.

Ich will nur zunächst auf die eine Tatsache hinweisen, daß dieses Gesetz im dritten Jahre bereits 300 Millionen Mark aus den deutschen Finanzen erforderlich macht. Völlig gesunde Leute, die entlassen werden, bekommen sehr große Summen auf Jahre hinaus ausgezahlt, Offiziere lebenslänglich, während auf der anderen Seite immer gesagt wird, daß kein Geld für soziale und kulturelle Aufgaben da ist.

Um Ihnen die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Gesetzes klarzumachen, will ich nur darauf hinweisen, daß ein lediger Unteroffizier nach zwölfjähriger Dienstzeit im ersten Jahr nach der **Entlassung** 13 400 Mark bekommt, im zweiten Jahr 7 250 Mark und im dritten Jahr 6 300 Mark, also ein lediger Mann, der kerngesund entlassen wird! (C) Bei einem Unteroffizier mit zwei Kindern stellt sich die Summe, die er nach 12 Jahren zu verlangen hat, folgendermaßen: er bekommt im ersten Jahr über 15 000 Mark, im zweiten Jahr über 9000 Mark und im dritten Jahr über 8000 Mark ausgezahlt. Insgesamt werden im ersten Jahr 128 Millionen Mark, im zweiten Jahr 214 Millionen Mark, und im dritten Jahr bereits 290 Millionen Mark ausgegeben. Die Zahl der dem Militärstand angehörigen Personen beträgt in Deutschland bekanntlich gut 100 000 Mann. Wir müssen im dritten Jahr rund 300 Millionen Mark lediglich für die Entlassung dieser Leute ausgeben. Das macht auf den Kopf des dienenden Reichswehrsoldaten über 3000 Mark schon im dritten Jahre aus. Diese Summen steigern sich noch, sie sind im dritten Jahr noch längst nicht auf dem Höhepunkt angelangt.

Offiziere, vollständig gesunde Leute, bekommen nach zehnjähriger Dienstzeit bereits eine **Pension**. Weiter ist vorgesehen, daß **Kapitalabfindungen** gewährt werden, Abfindungen, die über 20 000 Mark hinausgehen. Weiter ist vorgesehen, den Leuten **Bürgschaftsdarlehen** zu geben, für die das Reich Bürgschaft in achtfachem Betrage der Jahresbezüge leistet, also etwa 120 000 Mark und noch mehr.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind Summen, die meiner Überzeugung nach eigentlich niemand verantworten kann.

Weiter soll dafür gesorgt werden, daß die **entlassenen Militärangehörigen**, soweit es geht, als **Beamte** untergebracht werden. Sie bekommen den **Anstellungsschein**. Wir müssen energisch dagegen Einspruch erheben, daß es so wie vor dem Kriege im alten militaristischen Staate weitergehen soll, daß die Verwaltung wiederum dadurch militarisiert werden soll, daß Unteroffiziere, Offiziere usw. nachher als Beamte in den Dienst der Kommune, des (D) Staats und des Reiches übergehen. Das Reichswehrministerium schlug sogar vor, daß die Stellen für Privatangestellte bei den Kommunen, im Staate usw. ebenfalls für die entlassenen Wehrmachtsangehörigen reserviert werden sollen. Das ging selbst den bürgerlichen Parteien zu weit; darum ist diese Bestimmung glücklicherweise ausgemerzt worden.

Als Grund für die Auszahlung so hoher Summen ist im Ausschuß von den Regierungsvertretern angeführt worden, daß diese Leute 12 Jahre lang sich keinerlei Fortkommensmöglichkeiten für ihr späteres Alter schaffen können, daß sie **12 Jahre lang im Heereswesen** gebunden sind, während andere, die eine solche Bindung nicht durchmachen, ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten vor sich haben. Ich bin der Meinung, in der heutigen Zeit wäre die übergroße Mehrzahl der Arbeiterschaft herzlich froh, wenn sie wüßten, daß sie 12 Jahre lang keine Nahrungssorgen, keine Wohnungssorgen und keine Kleidungssorgen zu haben brauchte. Die 12 Jahre, die die Leute dienen, sind eine durchaus sorgenlose Zeit, eine sehr schöne Zeit unserer Überzeugung nach mit wenig Dienst. Sie brauchen sich nicht zu sorgen, woher sie morgen Essen und Trinken hernehmen. Sie sollen auch eine Ausbildung in diesen 12 Jahren erhalten. Wir sind der Meinung — wir haben das in einem Antrage niedergelegt —, daß, wenn schon einmal Leute aus dem Heeresdienst entlassen werden und sie keine Arbeit und keinen Verdienst haben, man ihnen dann die Erwerbslosenunterstützung geben soll.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eines hinweisen. Die Rechte des Hauses hat jetzt im Volkswirtschaftsausschuß gegen den Antrag gestimmt, die Erhöhung der **Erwerbslosenunterstützung** vorzunehmen, ihr sind die Sätze noch zu hoch, die die Erwerbslosen bekommen. Ich bin der Meinung, wenn Sie schon einmal der Auffassung sind,

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) daß die Erwerbslosenunterstützungen ausreichend sind und nicht mehr erhöht zu werden brauchen, dann ist auch kein Grund vorhanden, diesen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften diese sehr ausreichende Erwerbslosenunterstützung zu sichern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die Erwerbslosenunterstützung so gut und schön ist, dann reicht sie auch für jene Kreise. Ist sie es nicht, dann muß man sie erhöhen, damit auch die Arbeiter ihr Auskommen dabei finden, ebenso wie die militaristischen Kreise nachher damit auskommen sollen.

Es wird mit diesem Gesetz in ungeheurem Maße soziales Unrecht geschaffen. Wenn andere Gesetze in der Kommission und hier im Plenum auf der Tagesordnung stehen, dann wird ständig gesagt, es sei kein Geld da, dann redet man ständig von den ungeheuer großen Ausgaben, die das deutsche Reich hat, und von den ungeheuer vielen Schulden, die nicht noch weiter gesteigert werden dürften. Erst heute morgen im Sozialen Ausschuß hatten wir bei der **Invalidenversicherung** beantragt, den **Reichszuschuß** von 50 auf 500 Mark zu erhöhen. Das hätte eine Mehrausgabe von etwa 900 Millionen Mark erfordert. Damit hätte man eine Million Rentenempfänger mit ihren Familien unterstützen können, hätte ihnen etwa 500 Mark mehr geben können. Das hat man abgelehnt, weil kein Geld da ist. Dieser kleine Kreis des Militarismus, im ganzen hunderttausend Leute, von denen jedes Jahr etwa der achte Teil ausscheidet, diese geringe Zahl soll allein 300 Millionen Mark alle Jahre in den Hals geworfen bekommen. Das können wir nicht verantworten, das ist ein Unrecht, das himmelschreiend ist. Wir machen etwas derartiges nicht mit. Wenn Sie der Meinung sind, jene Kreise des Hunderttausendmannheeres müssen 300 Mil-
(B) lionen Mark haben, dann haben wir das Recht, ganz andere Summen zu verlangen für diejenigen, die im Arbeitsprozeß zugrunde gegangen sind. Ich bin schon der Meinung, daß Arbeiter doch viel nützlicher sind im Staat als Militaristen, Angehörige einer Militärmacht, die keinerlei produktive Arbeit leisten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn jemand zugrunde geht, weil er dem Volke Werte geschaffen hat, dann müssen diejenigen, die die Werte verzehren, dafür sorgen, daß Lebensmöglichkeiten für diese Leute da sind. Wenn jemand aber zwölf Jahre lang ein gutes, kommodes Leben beim Militarismus führt, dann hat das Reich keine Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß noch drei Jahre hinterher den Leuten riesige Summen gegeben werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird geradezu den Ausländern, den Gegnern die Frage in den Mund gelegt: wenn Deutschland für den Militarismus diese Riesensummen zur Verfügung stellen kann, dann ist Deutschland zahlungsfähig. Sie legen jenen Kreisen geradezu die Forderungen vor, die sie gegen Deutschland stellen.

Ich bin also der Meinung, dieses Gesetz darf nie und nimmer Gesetz werden, und ich bitte auch Sie, diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu versagen. Nehmen Sie dieses Gesetz an, dann werden wir Sie bei jeder Gelegenheit daran erinnern, daß auf anderem Gebiete viel, viel größere Aufgaben zu erfüllen sind, die Sie dann niemals wieder abtun können mit den Redereien, es sei kein Geld da. Wenn Geld für diese Zwecke da ist, dann muß es auch da sein für Zwecke der sozialen Wohlfahrt und für diejenigen, die im Interesse der Allgemeinheit zugrunde gegangen sind.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr (C) Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dieses **Wehrmachtversorgungsgesetz** scheint uns bei dem dauernden, chronischen Geldmangel, den die Regierung vorschützt, nicht nur ein Hohn zu sein auf die Erklärungen der Regierung, sondern eine Provokation der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man schafft hier ein Gesetz für die Reichswehrsoldaten und in noch weiterem Sinne für die Offiziere, die nach meiner Überzeugung jetzt schon nach dem Besoldungsgesetz ein Gehalt erhalten, das nicht gerade als sehr klein bezeichnet werden kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Mannschaften und in noch weiterem Sinne die Offiziere erhalten heute ein Gehalt wie jeder Kaufmann, wie jeder Angestellte, und wenn die Reichsregierung zur Begründung dieses Gesetzes sagt, daß man den Offizieren und den Soldaten die Möglichkeit eines Überganges in einen anderen Beruf schaffen solle, und wenn weiter behauptet wird, daß die **Offiziere und Mannschaften** aus ihren Gehältern keine nennenswerten Ersparnisse machen können, so möchte ich einmal fragen: wer gibt denn den Arbeitern und Angestellten, die heute auch sehr oft ihren Beruf wechseln müssen, **Übergangsgebührnisse** von einem Beruf zum andern? Wir sehen hier, daß die Regierung sehr freigebig ist, indem sie den Mannschaften und besonders den Offizieren Übergangsgebührnisse gewährt, die nach unserer Überzeugung absolut nicht angebracht wären.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß den Soldaten und auch den Offizieren schon während der langjährigen Dienstzeit die Möglichkeit gegeben ist, sich für einen bestimmten Beruf auszubilden. Es trifft also nicht (D) zu, daß diese Leute nun wie neugeborene Kinder in einen neuen Beruf eintreten, sondern sie können in ihrem neuen Beruf sofort als Vollbezahlte gelten, da sie schon während ihrer militärischen Dienstzeit die Möglichkeit haben, sich darauf vorzubereiten.

Während nun für die Mannschaften Übergangsgebührnisse von einem Jahre bis zu drei Jahren vorgesehen werden, sollen **Offiziere**, wenn sie nach zehn Jahren ausscheiden, eine **lebenslängliche Pension** erhalten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Bestimmung zeigt, daß hier ein starker Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften gemacht wird. Die Offiziere sind, wenn sie nach zehn Jahren aus dem Heere ausscheiden, keineswegs alte Leute, sondern können in jedem anderen Beruf, als Kaufmann oder sonstwie, eine Stellung bekleiden, so daß man ihnen nicht eine lebenslängliche Erwerbslosenfürsorge oder Pension zu gewähren braucht. Mein Herr Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß man für die Erwerbslosen, für die Altersrentner, bei der sozialen Fürsorge und bei vielen anderen Dingen nichts übrig hat, daß die Regierung meistens erklärt, sie habe dazu kein Geld. Hier aber gibt die Regierung ohne weiteres fast 300 Millionen Mark aus, um den Offizieren und den Mannschaften eine Pension zu gewähren. Das ist außerordentlich charakteristisch. Die Regierung will eben durch diese besondere Fürsorge für die Reichswehrmannschaften und besonders für die Offiziere sich willige Werkzeuge zur Stütze des kapitalistischen Systems erziehen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Schon aus diesem Grunde lehnen wir es ab, einem derartigen Gesetz unsere Zustimmung zu geben.

Die Reichswehrsoldaten sollten aber, wenn sie sich dieses Gesetz gründlich ansehen, auch begreifen, daß man

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) auch hier wieder in zwei Klassen scheidet: auf der einen Seite die Offiziere, denen man außerordentliche Vergünstigungen verspricht in Gestalt von Pensionen, und auf der anderen Seite die Mannschaften, denen man, da man sie ja auch notwendig für diesen Klassenstaat gebraucht, aber doch nur Übergangsgebührnisse bis zu drei Jahren gewährt. Aus diesen und vielen anderen Gründen können wir diesem Gesetze nicht zustimmen.

Charakteristisch ist auch, daß fast alle Parteien und auch die Sozialdemokraten zu diesem Gesetze nichts zu sagen haben. Sie sagen: wir erachten dieses Gesetz als eine Notwendigkeit, weil nun einmal die Reichswehr da ist, folglich müssen wir eine derartig lebenslängliche Erwerbslosenunterstützung für die Offiziere schaffen. Wir sagen: wenn man für die ausscheidenden Offiziere und Mannschaften etwas tun will, soll man ihnen die Erwerbslosenunterstützung geben, wie man sie auch den Arbeitern gibt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man gibt den Arbeitern keine besondere Pension, man gibt denen keine Pension, die sich während des ganzen Lebens bis in das hohe Alter hinein für die heutige Volkswirtschaft abgewirtschaftet haben, man gibt ihnen dann ein Gnadenbrot in Gestalt einer ganz geringen Rente, und dann ist der Betreffende für den heutigen Staat und die Gesellschaft erledigt.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Für die Offiziere dagegen und zum Teil die Mannschaften schafft man ein solches Gesetz, das den Klassencharakter an der Stirn trägt.

Charakteristisch ist auch, daß man den Mannschaften, die 12 Jahre gedient hat, nur drei Jahre die Übergangsgebührnis gewähren will, daß man dagegen den Offizieren bei einer zehnjährigen Dienstzeit eine lebenslängliche Unterstützung gewähren will.

(B) (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Wenn hier zugerufen wird, es liege ein Abänderungsantrag vor, so wird dieser Abänderungsantrag natürlich von dem hohen Hause abgelehnt, und dann wird natürlich auch die Sozialdemokratie sagen: wir können aber nunmehr, weil unser Antrag abgelehnt ist, das Gesetz nicht ablehnen, sondern wir werden dafür stimmen, weil wir nun eben einmal die Reichswehr haben. Hier kann die Arbeiterschaft erkennen, daß man durch die Schaffung dieses Gesetzes eine außerordentliche **Vergünstigung** besonders für die **Offizierskreise**, für die besitzenden Klassen schafft, denn man wird uns nicht einreden wollen, daß selbst bei der jetzigen Reichswehr im großen Rahmen die Möglichkeit besteht, daß einfache Arbeiter Offiziere werden können. Die Offiziere, die hier die besonderen Vorrechte genießen, stammen vorwiegend aus den besitzenden Kreisen, aus Kreisen, die nicht zum Proletariat gehören. Man schafft hier ein Pensionsgesetz für die Offiziere, und man schafft dadurch, daß viele Offiziere ausscheiden, wenn sie zehn Jahre gedient haben, ein sehr starkes Reserveoffizierkorps für einen eventuellen großen Krieg in der Zukunft.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das sind die Gründe, warum gesagt wird, daß nach mehr als zehnjähriger Dienstzeit die Offiziere ausscheiden können.

Deswegen können wir diesem Gesetze nicht zustimmen. Die 289 Millionen, die ausgeworfen sind, und die 4 Millionen, die jährlich aufgebracht werden müssen für die Ruhepension der Offiziere, werden nur der großen Menge der Bevölkerung entzogen. Für die Reeder haben Sie soundsoviel Milliarden ausgegeben, für die Agrarier sind $1^1/_2$ Milliarden bewilligt worden, für die Arbeitslosen dagegen ist kein Geld vorhanden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da wird gesagt: Für die **Arbeitslosen** können wir nicht (C) diese ungeheueren Mittel aufbringen, um diesen Arbeitslosen eine Unterstützung angedeihen zu lassen, daß sie wenigstens existieren können, denn die Mittel, die für die Arbeitslosen ausgeworfen werden, — das werden Sie zugeben — reichen bei weitem nicht aus. Wenn sich aber auf der anderen Seite der Reichstag bereitfindet, soundsoviele Millionen als Pension für die Offiziere und Mannschaften, die noch irgendwo in einem anderen Berufe arbeiten können, auszugeben, so spricht hieraus eine schreiende Ungerechtigkeit. Deswegen können wir uns nicht damit abfinden.

Aber auch alle diese Geldmittel, die bewilligt werden, sei es für die Reeder, sei es für die Agrarier, sei es wie hier in diesem Gesetz als Pension für die Offiziere, müssen dem deutschen Volke zeigen, daß es weder der Regierung noch dem Reichstage ernst ist, wirklich Gesetze zu schaffen, die dem allgemeinen Volkswohle dienen. Oft genug ist ja bewiesen worden, daß der Reichstag keine großen Mittel für die Sozialfürsorge, für die Schulen und für sonstige soziale Dinge zur Verfügung stellt. Dreht es sich dagegen darum, für eine bestimmte Klasse, für eine bestimmte Gruppe irgendwie höhere und größere Mittel zu bewilligen, dann findet sich der Reichstag stets dazu bereit, hat eine offene Hand und gibt, was er nur geben kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir behaupten, daß dieses **Reichswehrversorgungsgesetz**, wie es sich nennt, nach unserer Überzeugung nichts weiter ist als eine lebenslängliche Erwerbslosenfürsorge für die Offiziere und Mannschaften und damit ein Gesetz, um dieses Instrument, den neuen Militarismus, das heißt die heutige Reichswehr, zu einem willigen Werkzeug der besitzenden Klassen zu machen, indem man den Mannschaften sagt: wenn ihr 12 Jahre aushaltet, habt ihr die und die Vorteile, seien es Übergangsgebührnisse für kurze (D) Zeit, sei es der Anspruch darauf, euch eventuell leichter ansiedeln zu können, oder sei es sonst irgendein Vorzug. In Wirklichkeit aber ist dieses Gesetz nur für die Offiziere geschaffen und nicht für die Mannschaften und des weiteren dazu, um die Mannschaften zu ködern, sie willig zu machen, um sie bei erster bester Gelegenheit wieder auf die Arbeiterschaft loszulassen, wenn sie gegen den Reichstag murren oder gegen die Regierung, die nicht genügend soziale Gesetze schafft, daß die Arbeiter einigermaßen als Menschen existieren können. Mögen Sie es bemänteln, wie sie wollen, dieses Gesetz ist für uns weiter nichts als eine besondere Fürsorge für die Offiziere und eine Köderung für die Mannschaften, um sie als williges Instrument gegen die Arbeiterschaft zu gebrauchen und um das kapitalistische System zu festigen.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister Dr. Geßler.

Dr. **Geßler**, Reichswehrminister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den grundsätzlichen Standpunkt der beiden Herren Vorredner kann ich verstehen. Daß ich ihn nicht billige,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wissen wir!)

brauche ich nicht auseinanderzusetzen, und ich glaube, ich kann es mir auch ersparen, das hier in längeren Ausführungen klarzulegen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, daß wir ein Heer aus den Gründen wollen, aus denen es die Herren und Damen (nach links) nicht wollen.

(Sehr richtig!)

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) Daraus ergeben sich eben die Gegensätze, mit denen wir uns abfinden müssen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Herren, Sie haben aus meinen Worten mehr herausgelesen als man herauslesen muß.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Gewiß, wir beide sind ahnungslos, Herr Kollege Höllein, Sie und ich. Es handelt sich aber jetzt nicht um den Klassenstaat, sondern darum, daß wir ein **Heer** wollen **zum Schutze der Verfassung**

(erregte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

— einer Verfassung, die Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie dazu die Möglichkeit haben, jederzeit mit Gewalt zu bekämpfen bereit sind. Das haben Sie in den drei Jahren unserer Entwicklung seit der Revolution hinreichend bewiesen.

(Erneute Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

Dr. **Geßler**, Reichswehrmtnister: Ich glaube, es hat keinen Wert, wenn wir uns auf diesem Gebiete weiter unterhalten! — Wogegen ich mich aber wehre, das ist, das der letzte Herr Vorredner, um seinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen, darauf hingewiesen hat, man habe auch in diesem Gesetz wieder besondere Bestimmungen zugunsten der **Offiziere** aufgenommen, dagegen die Vorschriften zugunsten der Unteroffiziere und Mannschaften nur notgedrungen als eine Art von Köder aufgenommen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Wer eine derartige Behauptung aufstellt, beweist damit nur, daß er entweder das Gesetz nicht gelesen hat oder es nicht lesen will. Es ist doch klar, der grundsätzliche Unterschied (B) besteht darin, daß der Offizier sich 29 Jahre verpflichtet, also weitaus den größten Teil seiner Lebenszeit im Heeresdienste verbringen muß, während der Unteroffizier und der Mann sich nur auf 12 Jahre verpflichtet, also einen zwar erheblichen, aber keineswegs entscheidenden Teil seines Lebens im Heere verbringt. Der Leutnant, der mit 10 Jahren ausscheidet, wird eine Ausnahme sein. Er kann ja nur ausscheiden, wenn er krank wird oder sich als zum Dienst ungeeignet erweist. Außerdem kann es sich nur um einen ganz geringen Prozentsatz handeln, da wir ja in unserem Ersatz durch die Bestimmungen des Friedensvertrags beschränkt sind und nicht mehr als 5 Prozent neu einstellen dürfen. Schon der Hinweis auf diese einfache Tatsache genügt wohl, um zu zeigen, daß der von dem Herrn Vorredner behauptete Unterschied in der Tat nicht besteht.

Ich glaube, auf die übrigen Einzelheiten darf ich erst eingehen, wenn die entsprechenden Abschnitte des Gesetzes zur Beratung stehen.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter: Der Herr Reichswehrminister hat eben die Behauptung aufgestellt, eine **unterschiedliche Behandlung zwischen Offizieren und Mannschaften** bestehe nicht, und bestritten, daß man dieses Gesetz benutzt habe, um die Mannschaften zu ködern. Ich habe mir die Mühe gemacht, das Gesetz durchzusehen, und werde die Behauptung an Hand des Gesetzes widerlegen.

Der Herr Reichswehrminister weiß so gut wie ich, daß es in § 7 des Gesetzes für die Mannschaften ausdrücklich heißt, daß von mindestens vier bis weniger als acht Jahren die Übergangsunterstützung von einem Jahr gezahlt wird, von mindestens acht bis zwölf Jahren auf zwei Jahre und bei mindestens zwölf Jahren für die (C) Dauer von drei Jahren. § 31 bestimmt aber für die Offiziere, daß diese bei einer zehnjährigen Dienstzeit Anspruch auf lebenslängliche Pension haben. Natürlich weiß ich, daß die Offiziere länger bleiben können und müssen. Aber sie können doch schon bei zehn Jahren, zum Beispiel bei einem Vergehen, aus dem Heere ausscheiden, und wenn sie dann Anspruch auf lebenslängliche Pension haben, so ist das eine krasse Bevorzugung gegenüber den Mannschaften und Unteroffizieren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion über § 1 ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2370, dem § 1 folgende Fassung zu geben:

> Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften haben nach dem Ausscheiden aus dem Heeresdienst Anspruch auf die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Minderheit; der Paragraph 1 ist demnach in der Fassung des Ausschusses angenommen.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich rufe auf § 2.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes regelt die Versorgung derjenigen Wehrmachtsangehörigen, die infolge einer Dienstbeschädigung frühzeitig den Dienst verlassen müssen oder erwerbsbehindert sind. Die **Versorgung der dienstbeschädigten Mannschaften** wird in der Hauptsache geregelt durch die Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes, d. h. sie haben genau die gleichen Ansprüche wie (D) die Teilnehmer am Kriege.

Meine Fraktion hat zu dem § 2 im Ausschuß einen Antrag gestellt, der den **Begriff der Dienstbeschädigung** möglichst weit ziehen wollte. Dieser Antrag wurde im Ausschuß zunächst abgelehnt. Späterhin fand ein Antrag Moldenhauer-Schoch Annahme, der besagte:

> Sind Gesundheitsstörungen während der Dienstzeit entstanden, so wird vermutet, daß sie auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen sind.

Der Ausschuß hat mit übergroßer Mehrheit diesem Antrage zugestimmt. Erst in zweiter Lesung ist dann seitens der bürgerlichen Parteien beantragt worden, diese Bestimmung wieder zu streichen. Die Praxis zeigt, daß der Nachweis, ob Dienstbeschädigung vorliegt oder nicht, in einem Teil der Fälle nur sehr schwer geführt werden kann. Dort, wo es sich um körperliche Verletzungen, um äußerliche Gewalteinwirkungen handelt, wird im einzelnen Falle leicht festzustellen sein, ob Dienstbeschädigung vorliegt oder nicht. Dort aber, wo innere Erkrankungen in Frage kommen, ist das oft sehr schwer. Nun sagt der Gesetzentwurf, daß den Mannschaften, die an Gesundheitsstörungen leiden, die während der Dienstzeit entstanden, aber nicht auf eine Dienstbeschädigung zurückgeführt werden können, beschränkter Anspruch auf Versorgung zusteht. Die Praxis zeigt — und zwar aus dem alten Mannschaftsversorgungsgesetz heraus —, daß nur in ganz wenigen Fällen die Ansprüche auf Versorgung abgewiesen werden konnten. Dort, wo es möglich war, waren immer lange Streitverfahren erforderlich. Es mußte dann in jedem einzelnen Falle festgestellt werden, ob ein Lungenleiden infolge des Dienstes oder vielleicht auf dem Tanzboden entstanden sei, ob sich der Betreffende einen Rheumatismus beim Sonntagsausflug oder auf dem Exerzierplatz geholt habe. Kurzum, es war immer sehr schwer festzustellen,

(Kaiser, Abgeordneter.)

(A) wo sich der einzelne die Gesundheitsschädigung zugezogen hat. Die paar Streitfälle, die dann offen blieben und für die Rente nicht gezahlt zu werden brauchte, haben so viel Arbeit und so hohe Kosten verursacht, daß die dafür aufgewandten Summen in einem schreienden Mißverhältnis zu den erhobenen Rentenansprüchen standen. Wenn man noch berücksichtigt, daß in der Reichswehr nur gesunde Leute eingestellt werden, daß jeder erst ärztlich untersucht wird, wird man auch zugeben müssen, daß den Leuten, die infolge Krankheit abgehen oder nach zwölfjähriger Dienstzeit krank sind, auch eine Versorgung unter allen Umständen gewährt werden muß.

Nun sagt der Antrag, den wir für die zweite Lesung im Plenum gestellt haben, in seinem zweiten Teile:

> vorausgesetzt, daß sie
> — die Gesundheitsstörungen —
> während der Dienstzeit und innerhalb vier Wochen nach Ausbruch der Krankheit gemeldet werden.

Derjenige, der krank ist und **Anspruch wegen Dienstbeschädigung** erhebt, soll also seinen Anspruch innerhalb vier Wochen geltend machen. Diese **Frist** weicht ab von den Fristen, die wir sonst in der sozialen Fürsorge und in der sozialen Versicherung haben. Aber sie muß auch abweichen, weil in dem hier gedachten Falle den Fiskus die Beweislast trifft. Er hat ja zu beweisen, daß die Sache mit dem Dienst nicht zusammenhängt. Er muß sich ja zu reinigen versuchen. Deshalb ist erforderlich, daß der Kranke oder der Verletzte innerhalb vier Wochen seinen Anspruch geltend macht.

Man hat im Ausschuß sehr viel von den Konsequenzen geredet, die diese Bestimmungen auf das Wehrmachtversorgungsgesetz und schließlich auf die Arbeiterversicherungsgesetze überhaupt auslösen würden. Vor den Konsequenzen braucht uns meines Ermessens bei einer so engen Fassung, wie sie hier gewählt worden ist, nicht (B) bange zu sein. Aber die Gerechtigkeit gebietet, daß jedem, der, wenn er längere Zeit bei der Reichswehr gestanden hat, infolge Krankheit seinen Dienst nicht mehr versehen kann oder im bürgerlichen Leben erwerbsbeschränkt ist, eine Rente zuteil wird, die ihn vor Not und Elend schützt.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag klingt sehr menschenfreundlich, und von diesem Gesichtspunkte aus könnte man ihm zustimmen. Bei der praktischen Prüfung hält er aber nicht in dem Maße stand. Es ist, wie der Herr Abgeordnete Kaiser ja selbst zugestanden hat, anerkannte Praxis der Militärbehörden, in Zweifelsfällen immer auf das liberalste zu verfahren und da, wo der Beschädigte es irgendwie nachweisen kann, daß die Sache mit dem Dienst zusammenhängt, oder wo nur eine solche Vermutung vorliegt, ihm auch die entsprechenden Gebührnisse zuzubilligen. Demgegenüber muß man doch die Frage erheben, ob es gerade vom Standpunkt der Herren aus gerecht ist, welche meinen, daß man der Reichswehr schon etwas viel zugebilligt hätte, etwas weit entgegengekommen wäre, um sie zu fesseln, — ob es gerecht ist, auch tatsächlich für solche Leiden, welche mit dem Dienst nicht das geringste zutun haben, Versorgungsbedürfnisse zuzubilligen. Sie können doch entstanden sein durch rein private Vorgänge, auf dem Tanzboden, wie erwähnt worden ist, durch private Kollisionen, ja durch Verkehr irgendwelcher Art usw. Da wird sich schließlich immer ein Weg finden, um das zu verschleiern und unter das Gebiet der Dienstbeschädigungen zu bringen.

Vor allem ist uns aber auch die Fassung, in der das hier von der sozialdemokratischen Fraktion geboten wird, nicht annehmbar. Der Herr Abgeordnete Kaiser (C) sagte, die Bedingung wäre, daß die **Dienstbeschädigung** binnen 4 Wochen angemeldet wäre. Das entspricht nicht dem Wortlaut. Es genügt vielmehr, daß die Gesundheitsstörung angemeldet wird. Der Antrag lautet:

> Sind Gesundheitsstörungen während der Dienstzeit entstanden, so wird vermutet, daß sie auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen sind, vorausgesetzt, daß sie während der Dienstzeit und innerhalb 4 Wochen nach Ausbruch der Krankheit gemeldet werden.

— Plural! — Bezieht sich also auf Gesundheitsstörungen. Der Betreffende braucht also gar nicht anzugeben: ich habe eine Dienstbeschädigung erlitten oder glaube, daß es auf eine solche zurückzuführen ist; sondern die Anmeldung einer jeden Gesundheitsstörung und Krankmeldung soll sofort unter die Versorgungsgebührnisse fallen. fallen. Das können wir nicht mit der Gerechtigkeit für vereinbar erklären.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Kaiser schon darauf hingewiesen, daß ein Punkt hier in Betracht kommt, der sonst bei der Beratung des Militärversorgungsgesetzes immer sehr in den Vordergrund geschoben worden ist, daß wir uns nämlich an die zivilen Gesetze halten müssen und hier nicht weiter gehen sollen als in den zivilen Gesetzen. Ich glaube, daß, wenn wir ein derartig generelles Zugeständnis machen, das nicht ohne Rückwirkung auf die Ansprüche bleiben kann, die an das Reichsversorgungsgesetz gestellt werden. So schön daher dieser Antrag klingt und so gern man ihm vom menschlichen Standpunkte aus beistimmen möchte, muß ich doch sagen, daß man gerade im Interesse der Gerechtigkeit nicht zu weit gehen darf. Vor allem im Hinblick auf die Konsequenzen, die ich soeben erwähnt habe, sind wir leider nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen. (D)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Kollegen v. Gallwitz nur noch darauf hinweisen, daß der Antrag auch eine Verschlechterung gegenüber dem § 52 des Reichsversorgungsgesetzes bedeutet. Dieser besagt:

> Der Beschädigte muß den **Versorgungsanspruch** zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb zweier Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst anmelden.

Aus diesen zwei Jahren soll hier eine **Frist** von vier Wochen gemacht werden. Darin liegt eine Verschlechterung des durch das Reichsversorgungsgesetz gegebenen Zustandes. Auch aus diesem Grunde ist der Antrag nicht annehmbar.

Nun noch ein Wort zu dem ersten Teil des Antrages, der von der **„Vermutung"** spricht. Wir haben eine diesbezügliche Bestimmung in das Reichsversorgungsgesetz nicht aufgenommen, und es verursacht doch Bedenken, nun in dieses Wehrmachtversorgungsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, die noch weiter geht als die Bestimmungen hinsichtlich der Versorgung der Teilnehmer am Weltkriege. Auch von diesem Gesichtspunkte aus halte ich den Antrag für bedenklich und werde deshalb gegen ihn stimmen.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Durch unseren Antrag wird die Bestimmung über die vom Vorredner erwähnte **Anmeldung der Dienstbeschädigung** gar nicht berührt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Hier handelt es sich nicht um den Rechtsanspruch auf eine Entschädigung, sondern einzig und allein, wie mein Freund Kaiser ganz ausdrücklich festgestellt hat, um die Beweislast.

Vizepräsident **Dittmann:** Die Diskussion über § 2 ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache Nr. 2366 Ziff. 1, im Abs. 2 unter 3 einen zweiten Absatz einzufügen:

> Sind Gesundheitsstörungen während der Dienstzeit entstanden, so wird vermutet, daß sie auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen sind, vorausgesetzt, daß sie während der Dienstzeit und innerhalb vier Wochen nach Ausbruch der Krankheit gemeldet werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

§ 2 ist in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Ich rufe weiter auf §§ 3 bis 6, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, und stelle fest, daß sie angenommen sind.

Ich rufe weiter auf §§ 7 bis 15 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf Drucksache Nr. 2366 hat meine Fraktion den Antrag gestellt, im § 7 Abs. 1 dem Satz 2 — es muß übrigens heißen: und Satz 3 — folgenden Wortlaut zu geben:

> Sie werden für ein Jahr gezahlt und betragen $^3/_4$ des Jahresdiensteinkommens.

Der § 7 des Gesetzentwurfs behandelt die **Übergangsgebührnisse.** Es heißt dort:

(B)

> Sie betragen $^6/_8$ im ersten, $^5/_8$ im zweiten und $^4/_8$ im dritten Jahre und werden bei einer Dienstzeit
> von mindestens vier und weniger als acht Jahren für die Dauer eines Jahres,
> von mindestens acht und weniger als zwölf Jahren für die Dauer von zwei Jahren,
> von mindestens zwölf Jahren für die Dauer von drei Jahren
> vom Beginne der Zahlung ab gewährt.

Ich habe bereits bemerkt, daß wir den Antrag gestellt haben, diese in der Vorlage gegebene Fassung durch den von uns gestellten Antrag zu ändern.

Zur Begründung unseres Antrages darf ich kurz folgendes bemerken. Nachdem das Wehrgesetz, für das wir gestimmt haben, angenommen ist, halten wir es für selbstverständlich, daß für die Reichswehrsoldaten eine Versorgung geschaffen werden muß, die ausreichend sein soll und es unseres Erachtens nach der Vorlage auch ist.

Die in § 7, § 8 und § 15 vorgesehenen Sonderbegünstigungen lehnen wir ab. In § 7 sind also hier die Übergangsgebührnisse vorgesehen, je nach der Dauer der Zeit, von 1 bis 3 Jahren. Wir wenden uns deshalb gegen die Fassung der §§ 7, 8 und 15, deren Streichung wir beantragt haben, weil wir einmal die in § 7 vorgesehenen Übergangsgebührnisse für eine Ungerechtigkeit halten. Der Soldat bekommt nach dem Wehrmachtsversorgungsgesetz ein auskömmliches Gehalt. Deshalb sind die Übergangsgebührnisse unseres Erachtens nicht berechtigt. Es ist uns schon im Ausschuß außerordentlich schwer gefallen, überhaupt Übergangsgebührnissen zuzustimmen. Nachdem der Ausschuß in seiner Mehrheit grundsätzlich für die Übergangsgebührnisse eingetreten ist, hatten wir beantragt, sie generell auf ein Jahr festzusetzen. Wir waren weiterhin bereit, sofern etwa die berufliche Ausbildung des einzelnen aus der Reichswehr zur Entlassung kommenden Mannes eine weitere Zeit erfordert, noch ein halbes Jahr lang die (C) Übergangsgebührnisse zu bewilligen. Wir sind im Ausschuß der Meinung gewesen und vertreten es mit Nachdruck, daß das heute hier zur Beratung vorliegende Gesetz nicht völlig losgelöst werden soll von den anderen Versorgungsgesetzen, die der Reichstag verabschiedet hat. Ich darf daran erinnern, daß das **Reichsversorgungsgesetz** vom 12. Mai vorigen Jahres eine ähnliche Bestimmung kennt. Der § 32 dieses Gesetzes redet auch von **Übergangsgeld,** aber nicht in der Form, wie es im vorliegenden Gesetzentwurf geschieht. Ich darf vielleicht mit Zustimmung des Präsidenten den § 32 kurz vortragen:

> Zur Erleichterung des Übergangs in das Erwerbsleben kann einem nichtversorgungsberechtigten Angehörigen der Wehrmacht, dessen Erwerbsfähigkeit beim Ausscheiden aus dem Militärdienst infolge einer Gesundheitsstörung gemindert ist, im Falle der Bedürftigkeit, längstens bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Ausscheiden, ein Übergangsgeld gewährt werden. Es darf zwei Drittel der vollen Rente (§ 29), der Ortszulage (§ 51) und der Teuerungszulage (§ 87) nicht übersteigen.

Es heißt im § 32 des Reichsversorgungsgesetzes, daß mit dem Übergangsgeld nur geholfen werden soll in Fällen, in denen die Gesundheitsstörung nicht auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. Es ist dort ausgeführt, daß ein Anspruch auf das Übergangsgeld nicht besteht. Die Bewilligungen sind in das pflichtgemäße Ermessen der Versorgungsbehörde gestellt. Außerdem wird in dem Kommentar zum Versorgungsgesetz gesagt, daß neben einer Rente das Übergangsgeld nicht gewährt werden kann.

Wir sind deshalb der Meinung, daß man folgerichtig eine ähnliche Bestimmung wie in diesem Versorgungsgesetz auch in das Wehrmachtsversorgungsgesetz hätte aufnehmen müssen. Daß man darüber hinausgegangen ist, macht uns die Zustimmung zu diesem (D) Paragraphen unmöglich. Wenn schon hier in diesem Wehrmachtsversorgungsgesetz eine so weitgehende Bestimmung aufgenommen worden ist, um den Übergang ins Erwerbsleben zu ermöglichen, hätte dieses mit viel größerem Recht im Versorgungsgesetz Aufnahme finden müssen, wo es doch den Verletzten viel schwerer wird, eine Erwerbsmöglichkeit zu finden, als den aus der Reichswehr, also wohl zu 95 Prozent gesund ausscheidenden Mannschaften. Ich glaube auch, daß die **Kriegsbeschädigten,** von denen heute noch eine Anzahl sich in den Lazaretten befindet, nicht weniger für das Vaterland getan haben, als die Reichswehr zu tun in der Lage ist. Wenn wir daran denken, daß wir noch Tausende von **Lazarettkranken** haben, die in den nächsten Jahren noch kaum zur Entlassung kommen werden, muß man darauf hinweisen, daß der **Übergang ins Erwerbsleben** nicht so erleichtert wird, als es in diesem Gesetz der Fall ist. In den Bestimmungen wird gesagt, daß der Übergang ins Wirtschaftsleben für die Lazarettkranken dahin erleichtert wird, daß ihnen vom Tage der Entlassung aus dem Lazarett auf die Dauer von zwei Monaten ein Übergangsgeld in Höhe von 24 Mark täglich bewilligt wird. Die Lazarettkranken erhalten also ein Übergangsgeld von zwei Monaten, während in dem Gesetzentwurf das Übergangsgeld auf drei Jahre vorgesehen worden ist.

Dazu kommt, daß doch zweifellos die **Reichswehrangehörigen,** die, nach den Erklärungen des Herrn Ministers im Ausschuß, noch vor ihrer Entlassung eine geeignete Vorbildung erhalten und die doch nicht plötzlich auf die Straße gesetzt werden, die doch schon vor Monaten wissen, daß sie zur Entlassung kommen, den **Übergang ins Erwerbsleben,** in einen bürgerlichen Beruf viel leichter haben, als das anderen Kriegsbeschädigten möglich ist. Sie werden ganz gewiß sowohl bei den Behörden als auch in

(**Meier** [Zwickau], Abgeordneter.)

(A) der Privatindustrie gegenüber den Schwerbeschädigten aus dem Weltkriege bevorzugt werden. Darüber kann gar kein Zweifel sein. Man wird in erster Linie die Reichswehrsoldaten einstellen, ehe man dazu kommt, etwa einen von den Schwerbeschädigten, die aus dem Weltkrieg noch übrig geblieben sind, zur Einstellung zu bringen.

Es wird wohl auch selten der Fall eintreten, daß Reichswehrsoldaten drei Jahre arbeitslos sein werden, und nur unter dieser Voraussetzung könnte man doch die Berechtigung der Übergangsgebührnisse begründen. Für die nächsten Jahre kommen im Durchschnitt 3000 Mann aus der Reichswehr zur Entlassung, während selbst in Friedenszeiten die Zahl 6000 bis 7000 Mann betrug. Diese 3000 Mann, die jährlich aus der Reichswehr zur Entlassung kommen, werden in Handel, Industrie und bei Behörden aufgenommen werden. Es erscheint deshalb nicht gerechtfertigt, diesen Leuten, unbekümmert darum, ob sie Anstellung finden oder nicht, die Übergangsgebühren auf 1 bis 3 Jahre zu gewähren.

Es sind zwar — der Herr Minister hat im Ausschuß darauf hingewiesen — Bestimmungen enthalten, die ein **Ruhen** dieser **Übergangsgebührnisse** vorsehen. Aber diese Ruhebestimmung kommt nur für diejenigen in Betracht, die in Beamtenstellen hineinkommen. Es ist aber gar keine Garantie gegeben, daß auch diejenigen, die in Handel und Industrie, in Privatunternehmungen Anstellung finden, von dieser Bestimmung betroffen werden. Es kann jemand, der eine Dienstzeit von zwölf Jahren hinter sich hat, in vier Wochen eine außerordentlich gut bezahlte Anstellung finden. Warum soll dieser Mann nun noch drei Jahre lang die Übergangsgebühren erhalten, wie das Gesetz es vorschreibt? Das ist doch zweifellos nicht gerechtfertigt.

Ich warne auch davor, mit diesem Gesetzentwurf einen Präzedenzfall zu schaffen. Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß nunmehr die **Kriegsbeschädigten** (B) — und mit vollem Recht — unter Berufung auf dieses Gesetz auch für sich Ansprüche erheben werden. Auf diese Konsequenzen mache ich heute schon aufmerksam. Allerdings sehe ich schon voraus, daß die Regierung, sobald die Kriegsbeschädigten auch erneute Forderungen anmelden, auf die trostlosen Finanzen des Reiches hinweisen wird. Jetzt bei der Beratung des Wehrmachtversorgungsgesetzes hat man allerdings nicht darauf hingewiesen; die finanzielle Frage hat bei diesem Gesetz keine Rolle gespielt.

Ich möchte deshalb der Konsequenzen wegen bitten, daß Sie den § 7 in der vorgesehenen Form ablehnen und unseren Antrag, der eine andere, meines Erachtens gerechtfertigtere Form vorsieht, annehmen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bei den vielwöchigen Ausschußberatungen waren sich alle Parteien mit Ausnahme selbstverständlich der äußersten Linken darüber einig, daß wir in diesem Gesetz das denkbar Beste für unser kleines Miniaturheer schaffen müssen, wenn es das werden soll, was wir wünschen, daß es sein soll: ein Eliteheer!

Aus diesem Grunde haben speziell wir von der Deutschen Volkspartei auch alle Bedenken dagegen zurückgestellt, daß wir in § 10, der von der **Einführung des Zivildienstscheines** handelt, die sogenannte Kannvorschrift in eine Istvorschrift umgewandelt haben. Wir haben uns gefreut, daß sämtliche Parteien ihren anfänglichen Widerspruch gegen diese Umwandlung zurückgestellt haben und daß dieser Antrag mit großer Mehrheit durchgegangen ist. Die Bedenken bestehen heute noch gegen diesen § 10. — Ich erwähne ihn jetzt, weil er mit den §§ 7 und 8 in innerstem Zusammenhang steht. — Die Bedenken sind die, daß durch die Istvorschrift der Andrang zum Beamtentum von (C) seiten der Kapitulanten noch ein größerer werden könnte, als er schon im alten Heere war. Jeder, der im Heere gedient hat, weiß ja, wie schwer es war, den alten Unteroffizieren nach langer Dienstzeit eine einigermaßen entsprechende Stelle für ihr Zivilunterkommen zu schaffen, und wir alten Offiziere haben uns immer sehr gefreut, wenn es uns nach vielen Gängen gelungen war, einem braven Kapitulanten einen entsprechenden Posten zu verschaffen. Wir fürchten, daß bei den neuen Verhältnissen das Unterkommen für diese zahlreichen Kapitulanten teilweise noch schwieriger werden wird als bisher. Wir haben aber, obgleich wir dieses Bedenken ausgesprochen haben, dafür gestimmt, daß die Istvorschrift angenommen wird.

Gleichwohl glaubten wir, im § 11 wieder einen kleinen Riegel vorschieben zu müssen. Dieser § 11 sagt ausdrücklich:

> Durch den Zivildienstschein wird ein Anspruch auf Anstellung als Beamter nicht erworben.

Es ist also nur das Recht auf den Zivildienstschein gegeben, nicht das Recht, tatsächlich angestellt zu werden. Damit wollten wir eben den Überandrang zur Beamtenlaufbahn etwas hintanhalten, denn wir haben gar kein Interesse daran, daß das Heer der aussichtslosen Beamtenanwärter gegenüber früher noch vergrößert werde. Im Gegenteil, auch wir haben ein reges Interesse daran, daß Angehörige der Wehrmacht nach ihrem Ausscheiden in andere Erwerbskreise, als Arbeiter, Handwerker und besonders auch in die ländliche Wirtschaft zurückkehren.

Aus allen den Gründen dürfen wir den § 7 nicht verschlechtern, dürfen wir den § 8 unter keinen Umständen streichen, wie es die Mehrheitssozialisten beantragt haben. Denn gerade diese §§ 7 und 8 zielen ja darauf ab, den Überandrang zum Beamtentum zu vermindern, indem man denjenigen, die auf den Zivildienstschein verzichtet haben, noch besondere Vergünstigungen geboten hat, nämlich indem man ihnen die **Übergangsgebührnisse** für drei Jahre, (D) wenn es notwendig ist, gibt, und vor allem, indem man ihnen für die Nichtbenutzung dieses Zivildienstscheins eine Prämie von 2000 Mark gibt. Diejenigen Parteien, die das Überandrängen zum Beamtentum vermeiden wollen, dürfen dem Antrag der Mehrheitssozialisten daher unter keinen Umständen beistimmen, sondern müssen ihn wie wir bekämpfen. Denn gerade dadurch, wenn wir jetzt den Antrag annehmen, erreichen wir, daß niemand mehr aufs Land hinausgeht, daß keiner mehr Handwerker werden will, sondern daß alle sich daran anklammern, unter allen Umständen Beamte zu werden; und das möchten wir vermieden wissen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann**: Weitere Wortmeldungen zu den §§ 7 bis 15 liegen nicht vor. Wir kommen also zur Abstimmung.

Zu § 7 liegt ein Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 2366 unter Ziffer 2 vor, im Abs. 1 dem Satz 2 folgenden Wortlaut zu geben:

> Sie werden für ein Jahr gezahlt und betragen $^3/_4$ des Jahresdiensteinkommens.

Wer für diesen Antrag Müller (Franken) und Genossen stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke; das ist die Minderheit. § 7 ist in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu § 8 liegt der Antrag Müller (Franken) Nr. 2366 Ziffer 3 vor, den § 8 zu streichen.

Ich bitte diejenigen, die für die Streichung sind, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. § 8 bleibt also in der Fassung des Ausschusses bestehen.

(Vizepräsident **Dittmann.**)

(A) § 9 ist ebenfalls angenommen.

§ 10, — 11, — 12, — 13, — 14. — Angenommen.

Bei § 15 liegt ebenfalls ein Antrag Müller (Franken) u. Gen. auf Nr. 2366 Ziffer 4 vor, den § 15 zu streichen. Ich bitte diejenigen, die für Streichung des § 15 sind, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der § 15 bleibt in der Fassung des Ausschusses bestehen.

Wir würden dann eintreten in die Beratung der §§ 16 bis 27, zu denen keine Wortmeldungen und auch keine Anträge vorliegen. — Ich stelle fest, daß die Paragraphen in der Fassung des Ausschußes angenommen sind.

Wir kommen zu § 28. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es sind uns in der letzten Zeit mancherlei Klagen zugegangen, daß den ausscheidenden Soldaten dadurch Schwierigkeiten entstehen, daß ihnen **infolge Überhebens von Beträgen beim Ausscheiden** weitgehende **Abzüge** gemacht werden. Daß solche Überhebungen vorkommen, ist bei der fortgesetzten Umwälzung unserer Verhältnisse, den mancherlei Neuerungen und den vielen Stockungen, die in unserem Geschäftsbetrieb auf den Bureaus vorkommen, erklärlich. Der einzelne Mann nimmt die Gelder entgegen, lebt danach, verausgabt sie, und wenn es sich dann herausstellt, daß er herauszahlen muß, tritt diese Notwendigkeit gewöhnlich in einem unglücklichen Moment an ihn heran, am schlimmsten dann, wenn er den Beruf wechseln soll.

Diesen Umständen trägt der Wortlaut des Entwurfs bereits insofern Rechnung, als er in §§ 28 und 71 vorsieht, daß die **Ruhegebührnisse** an sich nicht oder nur eingeschränkt **pfändungsfähig** sind. Das hindert (B) aber nicht, daß in demselben Augenblick bei solchen Leuten, welche auf anderem Wege in den Besitz von Geld gekommen sind, durch Gebührnisse, die ihnen sonst zustehen, wie Übergangsgebührnisse, Umzugsentschädigung oder dergleichen, auf dieses bare Geld oder das in Wertpapiere umgesetzte Geld nun von der Pfändungsbehörde Beschlag gelegt wird. Das ist natürlich im Effekt für die unglücklichen davon Betroffenen dasselbe.

Dem wollen wir vorbeugen durch die Anträge, welche wir auf Einfügung eines neuen Satzes in den § 28 und entsprechend auch später in den § 71 gestellt haben. Es handelt sich also darum, das, was im Gesetz bereits steht und anerkannt ist, wirksam zu machen gegen einen büreaukratischen Eingriff, welcher um den Zweck der Sache herumreichen würde. Ich bitte Sie daher, diese Fassung im Interesse der armen Leute, welche Pfändungen ausgesetzt sind, bezw. der Hinterbliebenen, die dem gleichen Lose unterliegen könnten, zuzustimmen.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Dittmann:** Die Diskussion ist geschlossen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß in dem Antrage v. Gallwitz u. Gen. auf Nr. 2364 ein Druckfehler enthalten ist. Es muß in der dritten Zeile nicht heißen „gleichkommenden Betrag", sondern „gleichwertigen Betrag". Ich stelle nunmehr diesen Antrag zur Abstimmung. Er lautet also, im Absatz 1 als Satz 2 einzufügen:

> Das gleiche gilt für einen der einmaligen Übergangsbeihilfe und der einmaligen Umzugsentschädigung gleichwertigen Betrag an Geld, Wertpapieren und Forderungen bis zum Ablaufe von drei Monaten nach der Auszahlung der Beträge.

Wer diesen Satz einfügen will, den bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Satz ist angenommen. (C) Ich stelle also fest, daß § 28 mit diesem Zusatz angenommen ist.

Ich stelle zur Debatte § 29 — und § 30. — Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Die beiden Paragraphen sind angenommen.

Ich stelle zur Aussprache den § 31.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Über den Antrag der Mehrheitssozialisten zu § 31 haben wir uns schon im Ausschuß eingehend unterhalten. Er bezweckt folgendes: Es soll zunächst der Buchstabe b von § 26 Abs. 1 des Wehrgesetzes ausgeschaltet werden, der sich damit beschäftigt, daß **Offiziere, die von ihrem Vorgesetzten nicht mehr als geeignet** für ihre Stelle **geachtet werden,** aus der Armee **ausscheiden** müssen, im Gegensatz zu dem Buchstaben a, der von den Offizieren spricht, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses ausscheiden können. Die Sozialdemokraten hatten zunächst im Ausschuß beantragt, lediglich hier in diesem Wehrmachtversorgungsgesetz den Hinweis auf den Buchstaben b zu streichen, also den Offizieren, die von ihren Vorgesetzten, sagen wir mal, abqualifiziert werden, auch die Pension zu streichen. Und als man sie auf das Unlogische dieses Verfahrens aufmerksam machte, sind sie einen Schritt weiter gegangen und haben nun auch beantragt, daß der gleiche Absatz im Wehrgesetz selbst gestrichen werden soll.

Im Ausschuß wurde insbesondere vom Abgeordneten v. Gallwitz nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß es doch ein großer Fortschritt im Wehrgesetz sei, daß nicht jeder Offizier, der aus irgendwelchem Grunde zum Ausscheiden veranlaßt wird, nunmehr gezwungen wird, zum Arzt zu gehen, um sich von dem nach einer sehr langwierigen Untersuchung ein Zeugnis ausstellen zu lassen, daß er nicht mehr dienstfähig sei. Es wurde auch darauf hingewiesen, (D) daß die neue Fassung, wonach Offiziere ohne ärztliches Zeugnis ausscheiden können, ein moralischer Fortschritt sei, in dem sie nicht mehr gezwungen sind, unter allen Umständen zu diesem Zeugnis ihre Zuflucht zu nehmen.

Nun will man diesen Absatz aus dem Wehrgesetz und aus diesem Gesetz wieder streichen und das wieder einführen, was man früher als Heuchelei ansah. Dagegen wehren wir uns mit allen Kräften. Man hat uns im Ausschuß vorgehalten, für die Offiziere, die auf diese Weise ausscheiden würden, würde sich damit wieder eine **neue Majorsecke** ergeben. Man hat geglaubt, es sollten bei dem Übergang vom Hauptmann zum Stabsoffizier eine Masse von Offizieren beseitigt werden. Ich möchte demgegenüber einmal darauf aufmerksam machen, daß schon beim alten Heer die sogenannte Majorsecke längst nicht mehr in dem Sinne bestand, wie es landläufig war. Die Majorsecke bestand nicht bei der Beförderung zum Major, wie in weiter zurückliegender Zeit, sondern sie ist im Laufe der letzten Jahrzehnte hinaufgerückt worden an das obere Ende der Majorsdienstzeit. Es wurde erst — und mit Recht — gründlich gesiebt bei denjenigen Stabsoffizieren, die zum Regimentskommandeur heranstanden, und zwar weil der Posten des Regimentskommandeurs ein so ausnehmend wichtiger ist. Es war dazu auch schon deshalb Veranlassung, weil im Laufe der Jahre der Offiziersersatz immer besser geworden war, und weil man sich mit Recht sagen konnte, daß Offiziere mit einer besseren Vorbildung auch Anspruch hätten, nicht schon frühzeitig, also am Ende ihrer Hauptmannszeit, den Dienst verlassen zu müssen. Wollte man jetzt in dem neuen kleinen Heere tatsächlich die Majorsecke wieder neu einführen, dann würde das sofort sich selbst ad absurdum führen; denn heutzutage beim jetzigen Heer und bei den schlechten Aussichten, die die jetzigen Verhältnisse bieten, würde der

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) ganze Zugang geradezu in Frage gestellt werden, wenn man wirklich eine Majorsecke in dem alten Sinn aufbauen wollte, in dem Sinn, daß man der Mehrzahl der Offiziere das Aufrücken zum Major und zu den höheren Dienstgraden verschließen wollte. Das ist ganz unmöglich; man würde dann einfach nicht mehr die genügende Zahl von Offiziersanwärtern finden.

Es ist weiter praktisch unmöglich, weil ja nach dem Friedensvertrag und nach dem Wehrgesetz jährlich überhaupt nur 5 Prozent aller Offiziere ausscheiden. 5 Prozent von 4000 macht 200. Diese 200 müssen selbstverständlich auf sämtliche Dienstgrade verteilt werden, und gerade die Heeresverwaltung hat nach meiner Anschauung das allergrößte Interesse, daß nicht unten beim Hauptmann Luft gemacht wird, sondern daß man die Überalterung oben beseitigt, und sie wird danach trachten, daß in den obersten Stellen bei den höheren Stabsoffizieren und den Generalen die Dienstzeit nicht allzu lang ist.

Hierzu kommt aber endlich — und das ist das Ausschlaggebende —, daß die große Mehrzahl der 200 Offiziere, die überhaupt ausscheiden dürfen, nach wie vor auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses abgehen und daß das Ausscheiden auf Grund des Buchstaben b eine ganz seltene Ausnahme bleiben muß. Aber ganz entbehrlich ist diese Ausnahme eben nicht. Es gibt Fälle, wo sich plötzlich klar zeigt, daß ein Offizier für seine Stellung nicht mehr geeignet ist. Trotz allen Durchsiebens und trotz aller Prüfungen, die eintreten, bevor der Offizier in die Stabsoffiziersstellung gelangt, können sich doch Fälle ereignen, wo er eines Tages Schiffbruch leidet, entweder praktisch oder im Charakter, oder aber es zeigt sich ein eklatanter Fall, wo der Offizier beweist, daß er nicht in der Lage ist, entweder ein größeres Offizierscorps zu erziehen oder zu behandeln, oder aber es liegen plötzlich **Verstöße in der Behandlung der Mannschaften** vor. Ein Beispiel

(B) für viele. Es tritt ein sogenannter **Todesmarsch** ein, wie wir ihn ja in früheren Jahren einzelne Male erlebt haben. Ein Regimentskommandeur läßt einen großen Marsch bei großer Hitze antreten, er trifft nicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln, und es treten eine Masse Hitzschläge, vielleicht sogar Todesfälle ein usw. In solchen Fällen hat sich der Reichstag immer sehr entschlossen gegen diese Offiziere gewandt und hat darauf gedrungen, daß solche Offiziere beseitigt werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Daß sie Pension kriegen!)

— Den Einwurf habe ich erwartet. Wollen Sie einem Offizier, der 35 Jahre makellos gedient hat und nur einmal die nötige Fürsorge hat vermissen lassen, die ganze Dienstzeit von 35 Jahren ungeschehen machen, wollen Sie ihn auf die Straße setzen? Das ist doch auch ungerecht. —

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wie gesagt, es gibt eben Fälle, in denen der Offizier für seine Stelle nicht mehr geeignet ist, wo man aber nicht so weit gehen kann, daß man nach dem Wunsche des Abgeordneten Kaiser ihn überhaupt brotlos macht.

Es ist auch bedenklich — und nun komme ich auf den weiteren Einwurf —, immer zu sagen: wer nicht für die höhere Stelle geeignet ist, aber für die jetzige, der muß bleiben. Das ist ja ein alter Wunsch unserer sämtlichen Parlamente. Aber das läßt sich auf die Dauer nicht halten. Ich gehe durchaus nicht soweit, daß ich sage, jeder Offizier, der übergangen wird, müßte sofort verschwinden. Aber lange Jahre hindurch einen **Offizier, der durch** andere **jüngere übersprungen ist,** bei der Truppe zu erhalten, ist eben ein Ding der Unmöglichkeit gerade deswegen, weil der Offizier mehr wie jeder andere Beamte dem Urteil seiner Untergebenen ausgesetzt ist und dieses Urteil der Untergebenen eben so außerordentlich scharf und oft auch zutreffend ist, daß dadurch allein schon dem Manne auf die Dauer das Bleiben nicht möglich ist, und (C) zwar mit Recht; denn nirgends ist ein so absolutes Vertrauen auf den Führer notwendig, wie gerade beim Heere im Ernstfall. Wenn dieses Vertrauen im Ernstfall nicht vorhanden ist, dann sind große Leistungen eben ausgeschlossen, das hat uns der letzte Feldzug täglich gezeigt, und gerade diejenigen, die den demokratischen und richtigen Grundsatz aufgestellt haben: freie Bahn dem Tüchtigen, dürfen doch nicht immer die freie Bahn dem Tüchtigen dadurch verschließen, daß sie jeden Untüchtigen auch noch jahrelang an seiner Stelle belassen und so dem Tüchtigen die freie Bahn versperren.

Es wurde im Ausschuß auch noch gesagt, diese Offiziere, die auf Grund dieses Buchstabens b ausscheiden sollten, wären eine geheime Reserve für die Oberste Heeresverwaltung, um ein **Reserveoffizierkorps** heranzubilden. Dieser Einwand ist nun am wenigsten stichhaltig. Ich kann mir absolut nicht vorstellen, daß die Heeresverwaltung daran denken würde, gerade aus den Offizieren, die sie ohne ärztliches Zeugnis, also so ganz gegen ihren Willen zum Ausscheiden zwingt, und von denen sie doch erklärt hat, daß sie ungeeignet sind, und zwar nicht wegen körperlicher Gebrechen, sondern nach ihrer Fähigkeit, ein Reserveoffizierkorps für den Krieg zu bilden. Ich glaube, die Oberste Heeresleitung wird sich für ein solches Reserveoffizierkorps schönstens bedanken.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion beantragt, in dem § 31 den Buchstaben b und außerdem den Abs. 1 b im § 26 des Wehrgesetzes zu streichen. Der § 31 der Vorlage lautet:

> Offiziere haben Anspruch auf ein lebenslängliches Ruhegehalt, wenn sie nach einer Gesamtdienstzeit von mindestens zehn Jahren wegen Dienstunfähigkeit oder unzureichender Befähigung nach § 26 Abs. 1 a, b des Wehrgesetzes entlassen werden. (D)

Ohne Zweifel sind wir dafür, daß Offiziere, die infolge Dienstunfähigkeit nicht mehr imstande sind, ihren Posten auszufüllen, Versorgung, das heißt Ruhegehalt, beziehen, dagegen wenden wir uns mit keinem Worte. Wohl aber wenden wir uns dagegen, daß das lebenslängliche Ruhegehalt auch zu zahlen ist, wenn einer der Fälle des § 26 Abs. b des Wehrgesetzes vorliegt. Es heißt dort:

> Der Offizier kann aus dem Dienstverhältnis unbeschadet der Dauer der Dienstverpflichtung entlassen werden, wenn er nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine dienstliche Verwendung nötige Befähigung nicht mehr besitzt.

In Abs. 1 sind die Fälle der Dienstbeschädigung vorgesehen; in Abs. 2 aber ist bestimmt, daß der Offizier entlassen werden kann, wenn er die nach dem Urteil seiner Vorgesetzten nötige dienstliche Befähigung nicht mehr besitzt. Welche Fälle sich dabei in der Praxis ergeben, haben wir eben aus der Rede meines verehrten Herrn Vorredners ersehen können. Der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß im alten Heer der Offizier, wenn er abgehen wollte oder abgehen mußte, notwendig hatte, sich in den Besitz eines ärztlichen Zeugnisses zu bringen. Im Ausschuß ist auch zugegeben worden, daß diese Zeugnisse immer sehr leicht zu haben waren,

(Zuruf rechts: „Immer" dürfen Sie nicht sagen!)

— na, also in den allermeisten Fällen sehr leicht zu haben waren. Die Schlußfolgerung ist, daß alle diese

(Kaiser, Abgeordneter.)

(A) Atteste das Deutsche Reich nicht nur früher sehr viel Geld gekostet haben, sondern uns heute noch alljährlich viele Millionen Mark kosten.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Nun sagen Sie, wir wollen es besser machen, wir wollen keine Zeugnisse mehr erschleichen, sondern offen und frei soll der Vorgesetzte dem Untergebenen sagen: du besitzt die nötige Fähigkeit nicht mehr, deinen Dienst zu verrichten, infolgedessen geh'! Die alte Heuchelei — Herr v. Schoch, Sie haben von Heuchelei im alten Heer gesprochen — soll beseitigt werden und das offne Wort jetzt gelten.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß die Bestimmung in § 1 in Verbindung mit § 26 des Wehrmachtgesetzes der **Günstlingswirtschaft** Tür und Tor öffnet. Ich bin ferner der Meinung, daß es auf diese Weise sehr leicht möglich ist, politisch mißliebige Elemente aus der Reichswehr herauszubringen. Man wird nachher sagen können: die Sache ist halb so schlimm, der Betreffende bekommt ja Ruhegehalt. Wer unsere Reichswehr kennt, der weiß, daß in ihr der republikanische Geist nur in Atomen anzutreffen ist, und wir sind nicht leichtgläubig genug anzunehmen, daß in kurzer Zeit aus dieser reaktionären Gesellschaft ein fortschrittliches Element werde.

Ich denke dabei an den Fall: Ein Offizier fordert jemand zum **Duell**. Duelle sind verboten, und der Reichstag in seiner übergroßen Mehrheit dürfte zweifellos auf dem Standpunkt stehen, daß das eine strafbare Handlung ist.

(Sehr richtig!)

Der Offizier müßte selbstverständlich entlassen werden, bekäme dann aber Ruhegehalt. Auch der umgekehrte Fall ist denkbar: Ein Offizier wird gefordert und stellt (B) sich nicht, sondern lehnt das Duell ab. Es ist dann sehr leicht möglich, daß er nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die dienstlichen Fähigkeiten und Eigenschaften nicht mehr besitzt und den blauen Brief bekommt, und wir dürfen dann den Mann, weil er sich auf den Boden der Verfassung gestellt hat, nicht mehr im Heeresdienst behalten, sondern müssen ihm Ruhegehalt zahlen. Ein Bekenntnis zur Republik oder gar zum Sozialismus kann ja jeden Offizier um diese Paragrapheinunddreißigecke bringen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sagt aber Herr v. Gallwitz — —

(Zuruf rechts.)

— ach, entschuldigen Sie, Herr Kollege, aber Sie werden sich wohl nicht gekränkt fühlen —

(Heiterkeit)

nun sagt aber Herr v. Schoch, er sei Gegner der **Soldatenschinderei** und habe sie niemals gebilligt. Er meinte damit vor allem die sogenannten Todesmärsche. Die Folge ist aber, daß nicht nur den Offizieren, die mit ihren Soldaten Todesmärsche veranstalten, sondern auch Leuten, die es eben sonst nicht verstehen, die Mannschaften zu behandeln,

(sehr richtig, bei den Sozialdemokraten)

es dafür aber um so besser verstehen, die Mannschaften zu mißhandeln,

(Zuruf rechts: Das habe ich nicht gesagt!)

— das sage ich —

(erneute Zurufe rechts)

dann Anspruch auf Versorgung zusteht, und zwar auf lebenslängliches Ruhegehalt. Wir sind der Meinung, daß die Offiziere in der Hauptsache aus den Mannschaften hervorgehen sollten, daß man dort die Tüchtigsten und Fähigsten ausliest. Dann hat man auch einigermaßen die Gewähr, daß Dinge, wie sie im alten Heer üblich waren und auch heute noch nicht verschwunden (C) sind, nicht so leicht vorkommen und Soldat und Offizier sich besser verstehen als in der Vergangenheit.

Wenn ein **Offizier zur Beförderung nicht geeignet** ist — es mögen solche Fälle vorkommen —, ohne daß der Mann irgendwie erwerbsbeschränkt ist, dann soll er eben in der Dienststelle beschäftigt werden, für die er sich eignet. Ist er nur imstande, eine Kompagnie zu führen und nicht ein Bataillon, dann mag er eben Kompagnieführer bleiben; ist er nicht imstande, ein Regiment zu führen, sondern nur ein Bataillon, dann mag er Bataillonsführer bleiben. Ist aber ein Offizier als Führer überhaupt nicht mehr zu verwenden, dann gibt es in der Reichswehr doch auch eine ganze Reihe von **Verwaltungsposten** — das Hunderttausendmannheer schließt doch alles mögliche in sich —, und man kann diesen Herrn dann ebensogut anderswo verwenden.

Wir sind uns klar darüber, daß die Annahme unseres Antrages zugleich eine Änderung des Wehrgesetzes bedeutet, aber eine Änderung, die zweifellos zugunsten unserer ganzen militärischen Gesetzgebung ausfallen würde. Ich möchte deshalb namens meiner Freunde bitten, unserem Antrage zuzustimmen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister Dr. Geßler.

Dr. **Geßler**, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Schon im Ausschuß ist erkannt worden, daß mit einer einfachen Abänderung des § 31 des Wehrmachtversorgungsgesetzes das Problem nicht gelöst ist, das den Herren vorgeschwebt hat, die den Antrag eingebracht haben, sondern daß dazu notwendig ist, § 26 des Wehrgesetzes zu ändern, weil mit einer einfachen Änderung lediglich des § 31 in der Tat große und (D) schwere Ungerechtigkeiten entstehen würden. Es fragt sich nur, ob diese Ungerechtigkeit beseitigt würde, wenn § 26 Ziff. b gestrichen wird. Das bestreite ich.

Ich darf darauf hinweisen, daß sich durch das Wehrgesetz und durch die Bestimmungen des Friedensvertrages die **rechtliche Stellung des Offiziers** grundsätzlich geändert hat. Wenn irgendwo im Deutschen Reich etwas passiert und einem Offizier Vorwürfe gemacht werden, dann lese ich regelmäßig: Und was tut Herr Geßler? Herr Geßler muß sich an die Gesetze halten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und aus dem Gesetz ergibt sich, daß der Offizier mit dem Reiche einen Dienstvertrag auf 25 Jahre, der auf Gegenseitigkeit beruht, abgeschlossen hat, daß wir also den Offizier nicht beliebig entlassen können, und daß der Offizier nicht beliebig seine Dienste kündigen kann. Es sind nur ganz bestimmte Gründe möglich, aus denen das Dienstverhältnis vorzeitig gelöst werden kann. Ich unterscheide dabei zwischen Gründen, die von dem Offizier verschuldet sind, und Gründen, die unverschuldet sind. Die Umstände, die ein Verschulden des Offiziers begründen, veranlassen, gegen ihn ein **Disziplinarverfahren** durchzuführen. In diesem Disziplinarverfahren wird wie bei den Beamten seinerzeit entschieden werden, ob der betreffende Offizier mit bestimmten Strafen zu bestrafen oder zu verabschieden ist, und es wird wie bei den Beamten weiterhin bestimmt werden, ob er mit oder ohne Pension zu verabschieden ist. Ich will einen groben Fall nennen: es würde z. B. ein Offizier wegen Unterschlagung zur Dienstentlassung verurteilt. In diesem Falle wird regelmäßig bestimmt werden, daß er auch des Anspruchs auf seine Pension verlustig geht. Oder ich nehme an, daß künftighin nach dem Disziplinargesetz ein Offizier, der sich Mißhandlungen zuschulden kommen läßt, verab-

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) schiedet wird, und zwar in einem Disziplinarverfahren, welches ihm die Pension streicht oder nur einen geringeren Bruchteil der Pension beläßt, wenn er etwa in höheren Dienstjahren wäre.

Dieses Gesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, harrt noch der Entscheidung durch Sie. Ich glaube, wenn dieses Gesetz mit vorgelegt worden wäre, oder mit hätte vorgelegt werden können, würde eine ganze Reihe der Fragen, die heute hier behandelt worden sind, ausgeschieden sein. Es wäre klar geworden, daß ein ganzer Teil der Fragen, die hier den Herren Beschwerden machen, Beschwerden, die wir Ihnen nachfühlen können und die auch der Herr Kollege v. Schoch als berechtigt anerkannt hat, wegfielen, daß z. B. ein Offizier, der zwar noch seine körperlichen und geistigen Kräfte hat, sich aber irgendein schweres Vergehen zuschulden kommen ließe, pensioniert werden könnte. Das ist das, was der Herr Kollege Kaiser nicht wünscht. Diese Frage wird durch das Wehrmachtsdisziplinargesetz geregelt. Hier handelt es sich, meine Damen und Herren, um die Fälle, wo jemand **ohne Verschulden** durch den natürlichen Verlauf der Dinge die **für seine dienstliche Verwendung nötige Befähigung verloren** hat. Ich darf z. B. einen Fall nennen, der als Grenzfall vielleicht gedacht werden könnte: ohne daß dem betreffenden Offizier ein strafbares Verschulden zur Last liegt, versteht er es absolut nicht, seine Leute zu behandeln. Meine Herren! Wir alle, die wir gedient haben, wissen, es hat Vorgesetzte gegeben, die einmal heftig und rauh gewesen sind und sich auch mal zu einem kräftigen, derben Wort hinreißen ließen; die Mannschaft hat sie gern gehabt und ist mit Ihnen gut ausgekommen. Wir haben aber daneben Vorgesetzte gehabt, die absolut korrekt gewesen sind, bei denen aber niemand warm geworden ist. Ich habe einmal von eiskalten

(B) Schikaneuren gesprochen, die immer korrekt sind, mit der Mannschaft aber absolut nicht auskommen. Ein solcher Herr ist kaum in der Reichswehr zu behalten, wobei etwas zu beachten ist, was vielfach noch nicht beachtet wird: Die Ansprüche an die moralischen und geistigen Qualitäten des Vorgesetzten werden ja künftig viel größer sein als bisher, und zwar aus ganz natürlichen Gründen. Früher war der militärische Ausbildungsdienst abgestellt auf Leute von 18 bis 20, von 20 bis 22 Jahren auf kurze Dienstzeit, heute auf Leute, die 12 Jahre im Heere dienen und die die Altersstufen und Altersklassen von 18 bis 30 bzw. 32 Jahren umfassen, Leute, die in derselben Kompagnie dienen, die dieselben Räume teilen müssen. Ich glaube, man braucht sich das nur einmal vor Augen zu stellen, um sich klarzumachen, daß dadurch wesentlich erhöhte Ansprüche an die Offiziere und Vorgesetzten gestellt werden müssen. Es muß nun die Möglichkeit sein, daß, wenn sich die Offiziere hierfür nicht eignen, auch wenn ihnen nichts Strafbares zur Last liegt, wenn sie auch noch im Besitz der körperlichen und geistigen Kräfte an sich sind, wenn sie sie nur nicht richtig anwenden können — wenn ich einmal diesen Gegensatz gebrauchen darf —, dann muß die Möglichkeit sein, im Interesse des Geistes der Truppe derartige Herren zum Ausscheiden bringen zu können. Dabei wird es sich regelmäßig nicht um Herren handeln, die zehn, elf und zwölf Jahre gedient haben, sondern es wird sich um Herren handeln, die 20, 25, 30 Jahre gedient haben, obwohl ja die Schwierigkeiten mit den Offizieren über 29 Dienstjahren in dem Maße nicht mehr bestehen, weil ja nach Ablauf der 25jährigen Dienstverpflichtung das Dienstverhältnis anders wird. Man kann da das Dienstverhältnis eben normal zur Kündigung bringen. Dann besteht aber der Anspruch auf Pension. Diese Schwierigkeiten bestehen vielmehr dort, wo eben durch die 25jährige Dauer des Dienst- (C) vertrags große Unzuträglichkeiten entstehen, ohne daß dem Betreffenden der Vorwurf einer strafbaren Handlung oder eines strafbaren Verhaltens gemacht werden kann. Ich meine, aus diesem Grunde müßten gerade diejenigen, die auf eine gewisse Unabhängigkeit des Untergebenen, die auf eine gewisse Unabhängigkeit des Offiziers und seiner Gesinnung Gewicht legen — und das geschieht nach den Ausführungen, die der Herr Kollege Kaiser gemacht hat —, verlangen, daß wenigstens dem Offizier das Maß von Unabhängigkeit gegeben wird, daß er, wenn ihm von seinen Vorgesetzten die dienstliche Befähigung abgesprochen wird, dann nicht ohne weiteres auf die Straße gesetzt werden kann, sondern daß er eben dann noch das bescheidene Existenzminimum hat, das die heutige Militärpension in diesen unteren Chargen darstellt. Das ist ja nicht so groß, meine Damen und Herren, wie Sie sich das immer vorstellen.

(Abg. Kaiser: Dann fällt der § 26 weg!)

— Ja, auf den § 26, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir nicht verzichten. Der § 26 ist seinerzeit bei der Beratung des Wehrgesetzes durchgesprochen worden, und wenn Sie uns nicht völlig ausschalten wollen, dann brauchen wir den § 26, weil wir früher diese 25jährige Dienstverpflichtung ja nicht gehabt haben. Können Sie es verantworten, meine Damen und Herren, daß der Wehrminister, der Ihnen doch verantwortlich ist, Offiziere im Dienst behält, die körperlich und geistig rüstig sind, denen keine strafbare Handlung irgendwelcher Art zur Last gelegt werden kann, denen er aber nach ihrem ganzen Verhalten — das korrekt sein kann im Rahmen der Verfassung — die dienstliche Befähigung absprechen muß? Der Minister ist Ihnen ja dafür verantwortlich. Er muß Ihnen doch nötigenfalls für die Entlassungen Rede und Antwort stehen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das entscheidet doch nicht der Minister!) (D)

— Doch; er ist dafür verantwortlich und muß selbstverständlich dafür verantwortlich sein, und die Personalien werden auch von ihm behandelt und müssen von ihm mitbehandelt werden. Ich glaube, da kann sich der Herr Kollege Hildebrand durchaus beruhigen. Da wird der Minister nicht ausgeschaltet und kann er nicht ausgeschaltet werden. Im Gegenteil! Auf § 26 des Wehrgesetzes müssen wir infolgedessen bestehen bleiben. Wenn er aber in Kraft und in Geltung bleibt, ist die notwendige Folge, daß Sie, wenn Sie kein großes Unrecht begehen wollen, auch den § 31 in der Fassung, wie er vom Ausschuß nach langer Beratung beschlossen worden ist, annehmen.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

(Abgeordneter Andre: Ich verzichte!)

— Der Herr Abgeordnete Andre verzichtet. Die Diskussion über § 31 ist demnach geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Müller (Franken) und Genossen, Nr. 2366, Ziff. 5, in Zeile 4 den Buchstaben „b" zu streichen und als Abs. 3 hinzuzufügen:

§ 26 Abs. 1 b des Wehrgesetzes fällt weg.

Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. § 31 ist in der Fassung des Ausschusses angenommen

Wir kommen zur Beratung über die §§ 32 bis 48. Wortmeldungen und Anträge liegen dazu nicht vor. Ich stelle fest, daß diese Paragraphen in der Fassung des Ausschusses angenommen sind.

(Vizepräsident **Dittmann**.)

(A) Ich stelle zur Debatte § 49.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Andre auf Drucksache Nr. 2402 Ziff. 1 vor, diesen § 49 zu streichen.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Die Streichung kann deshalb vorgenommen werden, weil die **Kapitalabfindung** selbst auf einer Kann-Vorschrift ruht. Es ist also ins Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt, ob sie die Kapitalabfindung gewähren will oder nicht. Wird die Kapitalabfindung gewährt, dann ist es ganz selbstverständlich, daß daran anschließend auch die Auszahlung erfolgt. Wird sie nicht gewährt, so hat der Anspruch auf ein Klagerecht keinen Wert, denn mit der Ablehnung der Kapitalabfindung selbst entfällt auch der Anspruch auf das Klagerecht. Ich glaube deshalb, daß die ganze Bestimmung überflüssig ist, und bitte Sie, dem Antrag auf Streichung zuzustimmen.

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion über § 49 ist geschlossen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die mit dem Herrn Abgeordneten Andre den § 49 streichen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Streichung des § 49 ist beschlossen.

Ich stelle zur Diskussion die §§ 50 bis 54 einschließlich, zu denen keine Wortmeldungen und Anträge vorliegen. — Ich stelle fest, daß diese Paragraphen angenommen sind.

Ich stelle dann zur Diskussion den § 54 a und erteile dazu das Wort dem Herrn Abgeordneten Meier (Zwickau).

(B) **Meier** (Zwickau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben auf Drucksache Nr. 2366 den Antrag gestellt, den § 54 a zu streichen. Wir sind zu diesem Antrage gekommen, weil der neu eingefügte § 54 a weder im Entwurf vorgesehen war, noch in der ersten Lesung im Ausschuß irgendeine Rolle gespielt hat. Er ist erst in der zweiten Lesung eingefügt worden, wahrscheinlich auf Veranlassung des Reichswehrministeriums.

(Zuruf vom Ministertisch: Nein!)

— Wir hatten allerdings den Eindruck, daß bei der zweiten Lesung im Ausschuß eine ganze Reihe von Anträgen auf Veranlassung des Herrn Ministers den Parteien zugegangen seien.

(Zuruf vom Ministertisch: Das ist ein Irrtum! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Ich bitte den Redner, zum Hause zu sprechen .

Meier (Zwickau), Abgeordneter: — Wenn der Herr Minister der Meinung ist, daß das nicht vom Reichswehrministerium ausgegangen ist, so habe ich keinen Anlaß, das zu bestreiten.

Jedenfalls war der § 54 a weder im Entwurf vorgesehen, noch hat er in der ersten Lesung im Ausschuß zur Beratung gestanden. Er ist in der zweiten Lesung von irgendeiner Partei beantragt und in die Vorlage aufgenommen worden. Er besagt:

> Die Vorschriften des § 15
>
> — der also von den **einmaligen Übergangsgebührnissen** für die Mannschaften spricht —
>
> finden auf Offiziere bis zu Dienstgraden mit dem Diensteinkommen eines Hauptmanns einschließlich Anwendung.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns bereits (C) grundsätzlich gegen den § 15 und in Verbindung damit gegen die §§ 7 und 8 gewandt. Es ist selbstverständlich, daß wir den neuen Paragraphen um so mehr bekämpfen, weil wir keine Notwendigkeit einsehen, ihn bestehen zu lassen. Die Offiziere sind schon ohne weiteres besser gestellt. Sie werden durch das Gesetz, wie heute schon ausgeführt worden ist, weit günstiger gestellt. Wenn die Damen und Herren die darin enthaltenen Unbilligkeiten beseitigen wollen, müssen sie unserem Antrage zustimmen und die Regierungsvorlage wiederherstellen.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag auf Streichung des § 54a ist die Konsequenz des Antrags auf Streichung des § 15, ein Antrag, der aber bereits von der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt worden ist. Es ist zutreffend, daß der § 54a während der Beratung erst eingefügt wurde. Es handelt sich hier ausnahmsweise nicht um die übliche Forderung, daß Vorzüge, die den Offizieren zuteil würden, auch für die Mannschaften verlangt werden, sondern umgekehrt.

Diese **einmalige Übergangsbeihilfe**, um die es sich hier handelt, soll neben den laufenden zum Unterhalt bestimmten Übergangsgebührnissen, die auf längere Zeit gewährt werden, diejenigen Kosten decken, welche beim **Wechsel des Berufes** unmittelbar eintreten. In erster Linie hat man an die Beschaffung bezw. Ergänzung der Zivilkleidung gedacht. Es mögen einzelne aus Anlaß des Berufes notwendige Reisen oder sonstige Nebenausgaben hinzukommen. Die Beträge, welche gewährt werden und in § 15 verzeichnet sind, sind nicht sonderlich hoch. Wir gingen nun von der Annahme aus, daß die (D) Notwendigkeit dieser Ausgaben bei den Offizieren ebenso wie bei den Mannschaften vorliegt. Wenn dagegen eingewandt wurde, daß der Offizier der Reichswehr doch im allgemeinen schon Zivilanzüge neben den Uniformen gehabt haben wird, weil er zum Tragen derselben im Gegensatz zu früher berechtigt ist, so mag das zutreffen; aber keinesfalls wird er sich Zivilanzüge in einem erheblichen Umfange halten. Es wurde dann weiter eingewandt, der Offizier wüßte ja, daß er nach längerer Zeit seinen Beruf wechseln müßte; er könne sich dann genügend sparen. Auch diesem Gedanken, der etwas Berechtigtes an sich hat, sind wir dadurch entgegengekommen, daß wir die Übergangsbeihilfe nicht mehr für Offiziere mit höheren Gehältern, mit längerer Dienstzeit verlangen, sondern, wie sich aus dem Wortlaut des § 54a ergibt, nur den jungen Offizieren, den Leutnants und Hauptleuten, die frühzeitig ausscheiden und keine Ersparnisse machen können, zuwenden wollen. Wir sehen also in der Gewährung dieser einmaligen Übergangsbeihilfe einen Akt der Gerechtigkeit, wie er nach der Eigenart, unter der diese Offiziere leben und ausscheiden, ihnen wohl gebührt. Ich bitte Sie daher, den Paragraphen aufrechtzuerhalten und den hierzu gestellten Antrag abzulehnen.

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist von den Herren Müller (Franken) und Genossen beantragt, den § 54a zu streichen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die für die Streichung sind, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Der § 54a bleibt also in der Fassung des Ausschusses bestehen.

(Vizepräsident **Dittmann.**)

(A) Ich stelle zur Diskussion die §§ 55 bis 70. Anträge und Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. — Ich stelle fest, daß diese Paragraphen angenommen sind.

Ich stelle zur Debatte § 71; dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Der Antrag, den ich eben gestellt habe, ist die naturgemäße Folge aus dem Ergänzungsantrag zu § 28. Es handelt sich darum, den Offizieren dasselbe Recht wie den Mannschaften einzuräumen, so daß die Übergangsbeihilfe und die Umzugsentschädigung nicht vom Gerichtsvollzieher hinweggeholt werden kann.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir sind ja einverstanden!)

— Ich glaube, es genügt, hierauf hingewiesen zu haben.

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag auf Drucksache Nr. 2402, Ziff. 2, dem § 71 Abs. 2 folgenden neuen Satz anzufügen:

> Das gleiche gilt für einen der einmaligen Übergangsbeihilfe und der einmaligen Umzugsentschädigung gleichwertigen Betrag an Geld, Wertpapieren und Forderungen bis zum Ablaufe von drei Monaten nach der Auszahlung der Beträge.

Wer diesen Satz einschalten will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke! Das ist die Mehrheit. Ich stelle fest, daß § 71 mit diesem Zusatz angenommen ist.

Ich stelle zur Diskussion die §§ 72 bis 75 einschließlich. — Ich stelle fest, daß sie angenommen sind.

Ich stelle zur Diskussion § 76.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch.

(B) **v. Schoch,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vierte Teil des Wehrmachtgesetzes über Hinterbliebene ist derjenige, der meine Fraktion am wenigsten befriedigt. Alle unsere Wünsche, dabei Verbesserungen hineinzubringen, sind im Ausschuß abgelehnt worden, und ich verzichte darauf, diese weitgehenden Anträge hier noch einmal einzubringen.

Ich muß aber doch mein Bedauern darüber aussprechen, daß es nicht gelungen ist, eine besondere Kriegszulage, eine besondere **Kriegsfürsorge für Hinterbliebene** in dieses Gesetz hineinzubringen. In diesem Punkte weichen wir ganz entschieden von der Mehrheit des Hauses ab.

Es wurden uns da ganz eigenartige Begründungen entgegengehalten, nämlich die, daß die Reichswehr überhaupt nicht für einen Krieg bestimmt sei, nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen, und daß ein Krieg überhaupt in Zukunft mehr oder minder ausgeschlossen sei. Man hat also geradezu schon die Hoffnung, daß der ewige Friede auf dem Marsch ist, ja, daß dieser ewige Friede durch den hohen Völkerbund gewährleistet wird. Wie dieser hohe Völkerbund seine Aufgabe, dem Frieden zu dienen, auffaßt, das hat uns Herr Le Rond in Oberschlesien zu Genüge bewiesen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Voraussetzung zu dem ewigen Frieden wäre doch die **allgemeine Abrüstung** auch der anderen, die ja im Vertrag von Versailles ausdrücklich vorgesehen war. Es heißt da in der Einleitung zum Teil V:

> Um die Vorbereitung einer allgemeinen Beschränkung der Rüstung aller Nationen möglich zu machen, verpflichtet sich Deutschland, die in folgendem niedergelegten Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte genau innezuhalten.

Und dann folgen die Bestimmungen über unser Hundert- (C) tausendmannheer. Deutschland hat seine Bedingung, die ihm aufgezwungen ist, erfüllt; aber als neulich der Herr Reichskanzler in seiner Rede so beweglich zu den anderen Nationen hinübergerufen hat: legt doch auch die Flinten weg! — da kam ein ganz eigentümliches Echo aus den französischen Zeitungen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es hat nicht gerade nach Götz von Berlichingen geklungen; aber es war doch himmelweit entfernt von dem Schillerschen Wort:

> Seid umschlungen, Millionen!
> Diesen Kuß der ganzen Welt!

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte nur noch sagen: solange der Völkerfriede nicht von den anderen gewährleistet wird, ist auch der ewige Friede noch sehr weit von der Wirklichkeit entfernt,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was hat das mit diesem Gesetz zu tun!)

— und deshalb ist es ein Versäumnis, daß sich die Kommission nicht dazu entschließen konnte, für den Fall eines Krieges den Kriegshinterbliebenen eine besonders erhöhte Pension auszusetzen, wie wir es beantragt haben. Das hängt sehr eng zusammen, nicht wahr? (Zu den Sozialdemokraten.) Ich kann nur hoffen, das Sie recht behalten, daß der ewige Friede gewährleistet wird; dann brauchen wir dieses Hinterbliebenengesetz überhaupt nicht für den Krieg. Wenn aber der traurige Fall eintreten sollte, daß die Reichswehr in den Krieg rückt, dann kann ich nur hoffen, daß dann auch ein Reichstag vorhanden ist, der sich an die Verpflichtung erinnert, für die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger so zu sorgen, wie es einer großen Nation würdig ist.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr (D) Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann mich sehr kurz fassen. Ich möchte lediglich auch für meine Fraktion dem Bedauern Ausdruck geben, daß für die Hinterbliebenen der Reichswehrsoldaten nicht mehr zu erwirken gewesen ist. Wir haben uns bemüht, nach Kräften entgegenzukommen. Wir bedauern insbesondere, daß die Rücksicht auf das Reichsversorgungsgesetz und sonstige Vorgänge es nicht zugelassen hat, den Hinterbliebenen derjenigen Reichswehrsoldaten, welche im unmittelbaren Dienst des Vaterlandes ihr Leben einbüßen werden, besondere Zuwendungen als Schmerzensgelder und zum Übergang in eine neue Lebensweise zu gewährleisten.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben darauf verzichten müssen nach mancherlei Erörterung auch in dem Ausschuß. Ich möchte hier nur feststellen, daß wir bedauern, nicht mehr haben tun zu können, glaube aber immerhin, daß eine Anzahl Vorteile doch für die Hinterbliebenen erreicht worden sind, wie Sie aus den schwarz gedruckten Stellen des Entwurfs in den §§ 77 bis 78 b und den Einfügungen ersehen wollen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Teusch (Köln), Abgeordnete: Ich glaube auch im Namen unserer Fraktion und im Namen der zwei andern Regierungsparteien zu sprechen, wenn ich sage, daß wir für die Hinterbliebenen in den drei Paragraphen das herausgeschlagen haben, was auf Grund dieses Wehrmachtsversorgungsgesetzes nach objektiver

(**Teusch** [Köln], Abgeordnete.)

(A) Würdigung aller Tatsachen bei der finanziellen Notlage des Reiches gegeben werden konnte. Ich bedaure nur, daß von seiten der beiden Rechtsparteien jetzt das Bedauern darüber so besonders zum Ausdruck gebracht wurde, wo der Ausschuß doch einmütig der Meinung war,

(hört! hört! links)

daß für die Hinterbliebenen das in dem Gesetz zugrunde gelegt worden ist, was nach der Sachlage und unter Berücksichtigung aller Verhältnisse erreicht werden konnte.

(Bravo! im Zentrum und links.)

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion über § 76 ist geschlossen. Abänderungen sind nicht beantragt. — Ich stelle die Annahme des § 76 fest.

Ich stelle zur Aussprache die §§ 77 und 78. — Es liegen keine Wortmeldungen und keine Anträge vor. Ich stelle fest, daß die beiden Paragraphen angenommen sind.

Wir kommen zu den §§ 78 a und b. Dazu liegen einige Anträge vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Ich schließe deshalb die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst liegt der Antrag Dr. Fortmann auf Nr. 2387 Ziffer 1 vor:

> in § 78 a Zeile 6 das Wort „Bestimmungen" durch das Wort „Vorschriften" zu ersetzen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Mehrheit; die Änderung ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den weiteren Antrag Dr. Fortmann auf Nr. 2387 Ziffer 2: in § 78 b im (B) letzten Satz die Gesetzesstelle „§ 28 Abs. 2" zu ändern in: „§ 28 Abs. 1, Satz 1". Das ist eine rein formale Änderung. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den weiteren Antrag Fortmann auf Nr. 2387 Ziffer 3, in § 78 b den letzten Satz in Abs. 2:

> „Die Vorschriften des § 16 Abs. 3, 4, § 28 Abs. 2 gelten entsprechend" —

als „Abs. 3" einzusetzen.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Angenommen.

Wir kommen zum Antrag Dr. Fortmann Nr. 2387 Ziffer 4:

> im Falle der Annahme des Abänderungsantrags Nr. 2364 zu § 28 Abs. 1 in § 78 b letzter Satz hinter „§ 28 Abs. 1 Satz 1" hinzuzufügen: „, 2".

Das ist die logische Konsequenz eines vorher angenommenen Antrags, also eine rein formale Änderung.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist angenommen.

Ich bitte dann diejenigen, die für die §§ 78a und b in der durch die vorhergegangenen Abstimmungen gestalteten Fassung sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Die Paragraphen sind so angenommen.

Ich stelle zur Aussprache die §§ 79 bis 104. — Es liegen keine Wortmeldungen, auch keine Anträge dazu vor. — Ich stelle fest, daß diese Paragraphen angenommen sind.

Wir kommen zur Abstimmung über Einleitung und (C) Überschrift. — Ich stelle fest, daß sie ebenfalls angenommen sind.

Ich lasse nunmehr über die Petitionen, die vorliegen, abstimmen und stelle den Antrag des Ausschusses auf Drucksache Nr. 2351 — Seite 44, Ziffer II — zur Abstimmung,

> die Petition Tagebuch II Nr. 7456 der Reichsregierung als Material zu überweisen, die übrigen zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Wer diesem Antrage des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Es ist angeregt worden, auch die dritte Lesung vorzunehmen. Ich hatte zunächst die Absicht, selbst diesen Vorschlag zu machen. Es sind aber in der zweiten Lesung einige Änderungen vorgenommen worden, und zudem ist bereits ein Abänderungsantrag zur dritten Lesung gestellt worden, sodaß es doch wohl besser ist, wir lassen zunächst die Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung vornehmen und setzen diesen Gegenstand morgen wieder auf die Tagesordnung. Er wird dann sehr schnell zu erledigen sein.

(Zustimmung.)

Wir verlassen also diesen Gegenstand und kommen zum letzten Gegenstand der Tagesordnung:

> **zweite Beratung des von den Abgeordneten Marx und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend religiöse Kindererziehung** (Nr. 1459 der Drucksachen).
>
> Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (Nr. 2317 der Drucksachen) (D)
>
> Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Barth (Chemnitz).

Als Kommissare sind angemeldet zu diesem Punkte vom Reichsjustizministerium Ministerialdirektor Degg und Ministerialrat Dr. Conze, vom Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Varrentrapp.

Ich eröffne die Diskussion über § 1.

Das Wort hat zunächst der Herr Berichterstatter.

Dr. **Barth** (Chemnitz), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Wenn ich über den vorliegenden Gesetzentwurf über die religiöse Kindererziehung Bericht zu erstatten habe, so möchte ich zunächst auf den ausführlichen Bericht hingewiesen haben, der Ihnen in der letzten Woche zugegangen ist, und in dem Sie alle die Gesichtspunkte vorgetragen finden, von denen aus die Rechtsfragen der religiösen Kindererziehung im Rechtsausschusse des Reichstages behandelt worden sind.

Es handelt sich hier um einen Initiativgesetzentwurf des Reichstages, der seine Entstehung einem Antrage der Herren Kollegen Marx und Genossen verdankt, der Ihnen seiner Zeit auf Nr. 1459 der Drucksachen zugegangen war. Es war eine Rechtsmaterie, die ziemlich schwierig zu bewältigen war, schwierig sowohl vom rechtlichen Gesichtspunkte aus wegen der vielen Kollisionsmöglichkeiten dieses Teiles des Privatrechts mit dem öffentlichen Recht und dem Kirchenrecht, schwierig aber auch von politischem Gesichtspunkte aus angesehen.

Wenn es gelungen ist, aller dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, dann ist dies an allererster Stelle dem zu verdanken, daß die Arbeiten in diesem Ausschuß von

(Dr. **Barth** [Chemnitz], Berichterstatter.)

(A) allen Vertretern von vornherein darauf abgestellt waren, etwas Positives hier zustande zu bringen, um den unhaltbaren Rechtszuständen auf diesem Gebiete ein Ende zu machen, daß bei dieser Gelegenheit ruhige und sachliche Arbeit geleistet wurde.

(Sehr richtig! rechts.)

Das, was hier zustande gebracht ist, ist umso beachtenswerter, als die Regelung dieser bedeutsamen Frage von Reichs wegen doch zugleich ein Bekenntnis zum Reichsgedanken bedeutet. Alle Parteien stimmten an sich der **reichsrechtlichen Regelung** dieser Rechtsmaterie zu. Auch der Vertreter der bayerischen Regierung, der bayerische Gesandte, wandte sich nicht gegen eine reichsgesetzliche Regelung als solche, als vielmehr nur dagegen, daß diese Rechtsmaterie im Wege eines Initiativgesetzentwurfs des Reichstages erledigt werden sollte, statt auf dem Umweg über die Länder durch eine Regierungsvorlage, weil man, wie von dort aus befürchtet wurde, der Ansicht war, daß auf dem ersteren Wege die mannigfachen großen Erfahrungen der Länder mit dieser ihnen bisher überlassenen Rechtsmaterie nicht genügend verwertet werden könnten.

Wir im Rechtsausschuß glauben, daß alle diese Bedenken durch die Art zerstreut worden sind, wie im Rechtsausschuß tatsächlich Arbeit geleistet worden ist, wo uns zudem Männer von großer Erfahrung ebenso wie hervorragende Kenner des Rechts zur Verfügung standen.

Wenn ich von den **politischen Schwierigkeiten** sprach, die der reichsrechtlichen Regelung dieser Rechtsmaterie entgegenstanden, so erinnere ich daran, daß diese Schwierigkeiten, die in den konfessionellen Gegensätzen und in dem schwierigen Verhältnis zwischen Staat und Kirche lagen, zurzeit der Beratung des
(B) Bürgerlichen Gesetzbuchs so groß waren, daß man lieber diese Rechtsmaterie der religiösen Kindererziehung bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches beiseite stellte, als daß man etwa, wie man fürchtete, an dieser Frage der religiösen Kindererziehung das Zustandekommen des ganzen Bürgerlichen Gesetzesbuches scheitern ließ.

Es waren damals, zurzeit der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere die Bundesregierungen, die von den angedeuteten politischen Erwägungen ausgingen und damit durchdrangen, daß die Rechtsmaterie der religiösen Kindererziehung beiseite gestellt wurde; nur Sachsen, Baden und Anhalt setzten sich schon damals für eine reichsrechtliche Regelung dieser Materie ein.

Daß man heute eine reichsrechtliche Regelung dieser Rechtsmaterie allgemein als so notwendig anerkennt, dazu mag wesentlich beigetragen haben, worauf ich glaube schon hingewiesen zu haben, daß die Rechtszustände auf dem hier in Frage kommenden Rechtsgebiet nachgerade unhaltbar geworden sind. Wir besitzen in Deutschland auf diesem Rechtsgebiete mehr als 30 verschiedene Rechte. Wenn man sich ein Bild machen will von der **Zersplitterung dieses Rechtes** in Deutschland, so weise ich nur darauf hin, daß in der Stadt Frankfurt am Main nicht weniger als fünf Rechte nebeneinander bestehen.

(Hört! Hört!)

Dazu kommt nun noch, daß diese Rechtsbestimmungen zum Teil sehr antiquiert sind, sofern sie zum Teil aus früheren Jahrhunderten stammen, ja zum Teil sogar ihren Ursprung aus der Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege haben. Die Folge dieser Rechtszersplitterung und der Antiquiertheit der Bestimmungen mußte eine große **Rechtsunsicherheit** sein, die auf dem in Frage kommenden Rechtsgebiete eingetreten ist. Wenn die (C) Zersplitterung dieses Rechtes bisher noch einigermaßen erträglich gewesen ist, so ist sie unerträglich geworden insbesondere im Hinblick auf die starke Bevölkerungsbewegung in Deutschland in neuerer Zeit, insbesondere was die fluktuierende Arbeiterschaft, aber auch die Reichsbeamtenschaft anlangt, deren Zahl ja durch die neue Reichsverfassung und den neuen Behördenaufbau außerordentlich gewachsen ist und deren Versetzung von einem Lande in das andere, also von einem Rechtsgebiet in das andere, heute sehr viel häufiger vorkommt als früher. Es erheben sich da außerordentlich schwierige Rechtsfragen, welches Recht nun von den vielen Rechten im einzelnen Falle anzuwenden ist: ob das Recht des Wohnsitzes der Eltern oder das Recht der Heimat der Eltern oder das Recht des Geburtsortes des Kindes in Frage kommt; Rechtsfragen, die zum Teil schon schwierig sind, vom Juristen beantwortet zu werden, geschweige denn, daß der Laie ein und aus weiß, unter welchem Recht er steht.

Meine Damen und Herren! Die Hemmnisse, die einer reichsrechtlichen Regelung entgegenstanden, lagen mit in der Befürchtung, die von kirchlicher Seite geäußert wurde, daß bei einer Neuregelung dieser Rechtsmaterie möglicherweise in das Kirchenrecht übergegriffen werden könnte. Angesichts der Regelung dieser Rechtsmaterie in dem vorliegenden Gesetzentwurfe müssen aber alle derartigen Befürchtungen entfallen. Denn das vorliegende Gesetz ist ein privatrechtliches Gesetz und will in keiner Weise übergreifen in das öffentliche Recht oder in das Kirchenrecht. Mit Recht hat man bezüglich der **Kollisionsmöglichkeiten**, die hier bestehen könnten **mit dem Kirchenrecht und dem öffentlichen Recht**, darauf hingewiesen, daß auch ein ähnliches anderes Rechtsgebiet, nämlich das Eherecht, privatrechtlich geordnet worden ist, und zwar im (D) bürgerlichen Gesetzbuch, ungeachtet der diesem bürgerlichen Eherecht entgegenstehenden kirchenrechtlichen Bestimmungen.

Ich will weiter noch kurz berichten über die Grundsätze, auf denen das Recht in unserem vorliegenden Gesetzentwurf aufgebaut ist. Da weise ich darauf hin, daß für das Recht der religiösen Kindererziehung maßgebend sein soll die freie, unverbindliche, jederzeit auch einseitig widerrufliche **Einigung der Eltern**. Der Rechtsausschuß des Reichstags hat dieses Prinzip angenommen, weil ihm nur bei Geltung dieses Rechtsprinzips das Prinzip der Gewissensfreiheit gewährleistet erschien, und weil in dem Prinzip der freien Einigung der Eltern zugleich mit enthalten ist der **Grundsatz der Gleichberechtigung von Vater und Mutter**. Meine Damen und Herren! Das gleiche Recht der Mutter neben dem Rechte des Vaters in diesem Gesetzentwurf zur Geltung zu bringen, war mit einer der Hauptgesichtspunkte, von denen die Beratung im Rechtsausschuß getragen war.

(Sehr richtig! rechts.)

Von seiten der Bayerischen Volkspartei war beantragt worden, neben dem Prinzip der freien Einigung als gleichberechtigt das sogenannte **Vertragsprinzip** zuzulassen, also daß auch künftighin religiöse Kindererziehungsverträge mit rechtlicher Wirksamkeit abgeschlossen werden können, wie das noch heute im größten Teile von Süddeutschland und auch in Sachsen und anderen Ländern Rechtens ist. Von dem Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß man nur bei Geltung dieses Prinzips in der Lage sei, das gleiche Recht der Mutter zur Geltung zu bringen. Der Ausschuß hat jedoch das Vertragsprinzip mit der Begründung abgelehnt, daß jede

(Dr. **Barth** [Chemnitz], Berichterstatter.)

(A) Bindung durch Vertrag in solchen Fällen als Gewissenszwang wirke.

(Sehr richtig! links.)

Man hat aber im Wege von Übergangsbestimmungen eine Konzession nach der Richtung gemacht, daß man die Bestimmung getroffen hat, daß alle bis zur Verkündung dieses Gesetzes abgeschlossenen religiösen Kindererziehungsverträge gültig bleiben sollen. Allerdings ist die weitere Vorschrift hinzugefügt, daß ein solcher Vertrag künftighin auf Antrag beider Elternteile oder auf Antrag eines überlebenden Elternteils durch formalen Beschluß des Vormundschaftsgerichts aufgehoben werden kann. Gegen den einen Teil dieser Vorschrift ist besonders angekämpft worden, nämlich daß auch auf Antrag eines überlebenden Elternteils ein solcher Vertrag aufgehoben werden kann. Man hat eingewendet, daß man doch gerade, aus einfachsten Gründen der Pietät, den Willen des verstorbenen Elternteils achten müsse.

Ein weiterer wichtiger Punkt war, welcher Grundsatz zur Geltung zu kommen habe, wenn eine **Einigung der Eltern nicht zustande kommt** oder wenn eine Einigung wieder auseinandergeht. Soll dann einfach die objektive Norm des bürgerlichen Gesetzbuches gelten, wonach dann der Wille des Vaters den Ausschlag zu geben hat, oder wie ist dieses Prinzip so zu regeln, daß die Gleichberechtigung der Mutter zur Geltung kommt? Sie finden die Regelung dieser wichtigen Frage in dem sehr bedeutsamen § 1 a des Gesetzentwurfs, wo zunächst bestimmt ist, daß in solchem Falle die **Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches** Geltung haben, dem ist aber ein Abs. 2 und 3 beigefügt, um das Recht der Mutter zur Geltung zu bringen. Es heißt in Abs. 2:

> Es kann jedoch während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem
(B) anderen als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll.

Und im Abs. 3 lautet es:

> Wird die Zustimmung nicht erteilt, so kann die **Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts** beantragt werden. Für die Entscheidung sind —

— und hier möchte ich eine redaktionelle Abänderung beantragen, die rein sprachlich ist, die den Inhalt in keiner Weise ändert, es muß heißen —:

> Für die Entscheidung sind, auch soweit ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend.

Meine Damen und Herren! Diese Bestimmung ist im Rechtsausschuß ausgiebig erörtert worden. Man hat insbesondere im Hinblick auf das ziemlich weitgehende vormundschaftsgerichtliche Entscheidungsrecht, das hier geschaffen worden ist, darauf hingewiesen, daß doch hier die Grenzen des vormundschaftsgerichtlichen Entscheidungsrechts, wie sie das Bürgerliche Gesetzbuch festgesetzt hat, durchbrochen seien, insofern künftighin der Vormundschaftsrichter nicht nur, wie es nach § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Fall ist, entscheiden kann im Falle des Mißbrauchs bei einem subjektiven Verschulden, sondern in Fragen der religiösen Kindererziehung auf Antrag eines Elternteiles, auch dann, wenn schon objektiv den Erziehungszwecken zuwider gehandelt wird. Man hat im Zusammenhang mit dieser Bestimmung von der Gefahr eines **Hineinregierens in die Familie seitens des Vormundschaftsrichters** gesprochen. Man hat im Hinblick — wie man sagte —, auf den ziemlich weiten Begriff **„Erziehungszweck"** darauf hingewiesen, daß die Gefahr bestände, daß hier die Entscheidung des Vormundschaftsrichters von seinem persönlichen Glaubensstandpunkt aus gefällt werden könnte, vom Standpunkte der gerade ihm persönlich richtig erscheinenden Religion, und man ist deshalb dafür eingetreten, doch wieder zu den festen und sicheren Grundlagen zurückzukehren, wie sie das Bürgerliche Gesetzbuch in § 166 und die Rechtsprechung hierfür bietet. Demgegenüber hat man aber erwidert, daß der Unterschied der Regelung hier im religiösen Kindererziehungsgesetz gegenüber der Regelung des vormundschaftsgerichtlichen Entscheidungsrechts im Falle des § 1666 nicht so groß sei; denn wenn der Vormundschaftsrichter auf Grund des § 1666 schon heute darüber zu entscheiden hat, ob ein Elternteil das geistige oder leibliche Wohl seines Kindes durch einen schuldhaften Mißbrauch der Sorge für die Person gefährdet habe, so müsse er sich doch im Grunde genommen auch schon bei einer solchen Entscheidung darüber klar sein, ob den Erziehungszwecken zuwider gehandelt worden sei. Das Problem des Erziehungszweckes läge also, wenn auch nicht so offen zu Tage, so doch verschleiert mit in dieser Entscheidung, wie sie bisher bereits der Vormundschaftsrichter zu treffen gehabt habe. (C)

Dann, meine Damen und Herren, hat man erklärt, daß es selbstverständlich sei, daß der Vormundschaftsrichter eine solche Entscheidung nicht treffen dürfe von seinem persönlichen Glaubensstandpunkt aus oder, wie ich vorhin sagte, von dem Standpunkt, der gerade ihm persönlich richtig erscheinenden Religion, und wenn gar in dieser Richtung einmal eine subjektive Entscheidung getroffen würde, nun, so sei ja der **Rechtsmittelweg der Beschwerde** und eventuell auch der weiteren Beschwerde gegeben, die an das Oberlandesgericht, in Preußen für Beschwerden der freiwilligen Gerichtsbarkeit an das Kammergericht, geht.

Ein weiterer Punkt, auf den ich noch kurz zu sprechen kommen will, weil er immerhin sehr wesentlich ist und auch Erörterungen ausgelöst hat, war, von welchem Alter man dem Kinde das **Recht der religiösen Selbstbestimmung** einzuräumen hat. Die eine Meinung ging dahin, daß man dieses Recht dem Kinde erst vom 16. Lebensjahre ab einzuräumen habe. Die Mehrheit des Reichsausschusses setzte sich jedoch für das 14. Lebensjahr als Diskretionsalter, wie man das so nennt, ein. (D)

Meine Damen und Herren! Mögen nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen sein, die sich an diesen Gesetzentwurf geknüpft haben, so stellte sich doch der Rechtsausschuß in seiner übergroßen Majorität auf den Standpunkt, daß die Regelung der Rechtsmaterie von Reichs wegen durch den vorliegenden Gesetzentwurf einen immensen Fortschritt gegenüber den bisherigen Rechtszuständen bedeuten würde,

(sehr richtig! rechts)

insbesondere mit Rücksicht auf die Vereinheitlichung des Rechtes der religiösen Kindererziehung von Reichs wegen und das Aufhören der Rechtsunsicherheit, wie sie auf diesem Gebiete infolge der bisherigen Zersplitterung des Rechtes und der teilweisen Antiquiertheit seiner Bestimmung eingetreten ist; einen immensen Fortschritt aber auch im Hinblick auf den **Geist der Toleranz**, der aus diesem Gesetz spricht, der von jeder Einseitigkeit, irgendeiner Konfession oder Weltanschauung gegenüber frei ist, gegenüber dem Geiste der Intoleranz, der doch manchen Rechtsbestimmungen des partikularen Rechtes noch anhaftete, die uns aus früheren Jahrhunderten bis auf den heutigen Tag überkommen sind.

Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuß des Reichstags beantragt deshalb,

> der Reichstag wolle beschließen, den Entwurf eines Gesetzes über die religiöse Kindererziehung in

(Dr. **Barth** [Chemnitz], Berichterstatter.)

(A) der aus der Anlage 1 C ersichtlichen Fassung zu genehmigen und weiterhin die hierzu eingegangenen Petitionen, die nichts Neues enthalten, durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

Ich möchte meinerseits hierzu als Berichterstatter einen Antrag stellen, der nur eine redaktionelle Änderung bedeutet:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Satz 2 des Absatzes 3 von § 1a die Fassung zu geben:

Für die Entscheidung sind, auch soweit ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend.

Ich möchte hervorheben, daß ich diesen Antrag stelle in Uebereinstimmung mit den Vertretern des größten Teiles dieses Hauses.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Bayerische Volkspartei erkennt gern das Bestreben an, anstelle der großen Verschiedenheit der landesgesetzlichen Bestimmungen in unserm deutschen Vaterlande nun eine größere **Rechtseinheit** zu schaffen. Ich brauche nur hinzuweisen auf die Ausführungen, die in dieser Beziehung der Herr Kollege Marx insbesondere im Ausschuß gemacht hat, wie sie auf Seite 1 bis 5 des Berichtes zu finden sind. Ein zweiter Vorteil, der mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erreicht werden soll, den wir durchaus anerkennen, ist die **Beseitigung des Gewissenszwanges,** wie er sich aus der einseitigen Bevorzugung des Vaters infolge der Deklaration zum Preußischen Allgemeinen Landrecht ergeben hat. Darnach war in Mischehen der Vater der allein bestimmende Teil, so zwar, daß die Kinder in der Religion des Vaters mit wenigen Ausnahmen erzogen werden mußten.

(B)

Ich darf demgegenüber, nachdem von seiten des Herrn Berichterstatters von antiquierten Vorstellungen und Anschauungen gesprochen worden ist, darauf hinweisen, daß in Bayern ungefähr seit derselben Zeit, also schon ein Jahrhundert lang, ein fortschrittlicherer Standpunkt vertreten worden ist, der insbesondere auch der Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung der Frau und Mutter mehr Rechnung getragen hat,

(sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei)

indem er den **Vertrag als Voraussetzung für die Regelung der Kindererziehung** statuiert hat. Man ging sogar so weit, in der Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung der Frau und Mutter mit dem Manne, daß man bestimmte, es müßten, wenn kein Vertrag vorliegt, die Kinder männlichen Geschlechts der Religion des Vaters, die Kinder weiblichen Geschlechts der Religion der Mutter folgen. Nun mag allerdings in letzterer Bestimmung im Hinblick auf die Einheitlichkeit der Erziehung und der Familie eine übertriebene Ausführung dieses Prinzips erblickt werden. Aber immerhin glaube ich auch hier im Plenum konstatieren zu dürfen, daß im Ausschusse von den verschiedensten Seiten betont worden ist, eine volle Gleichstellung der Frau mit dem Manne sei eigentlich doch nur auf der Grundlage des Vertrags möglich.

Diese bis vor zwei Jahren in Bayern geltenden Bestimmungen hatten den Vorteil einer festen, klaren und stetigen Grundlage für die Erziehung der Kinder. Gleichzeitig haben sie der Gewissensfreiheit und der religiösen Überzeugung der Mutter Rechnung getragen. Es war deshalb ganz folgerichtig, daß in der neuen Verfassung vom 14. August 1919 an den § 17, an die Ziff. 1:

jedermann soll volle Glaubens- und Gewissens- (C)
freiheit gewährleistet sein —

sich eine Ziff. 2 anschloß, nach welcher eine Ergänzung in dieser Beziehung vorgenommen worden ist:

Die Entscheidung über die Zugehörigkeit der Kinder zu einer Religionsgesellschaft steht bis zu deren vollendetem 16. Lebensjahr den Erziehungsberechtigten zu. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Eltern die Zugehörigkeit ihrer Kinder zu einer Religionsgesellschaft auch durch Vertrag regeln. Ein solcher Vertrag bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Er wird durch den Tod der Eltern nicht berührt. Ist ein Kind mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten vor Vollendung des 16. Lebensjahres durch einen Kultusakt einer Religionsgesellschaft endgültig in diese aufgenommen worden, so kann hieran von den Erziehungsberechtigten nichts mehr geändert werden. Von diesem Alter an hat das Kind die Freiheit der Entschließung über sein Verbleiben in der Religionsgesellschaft.

Es hat sich durch die Erfahrung bestätigt, daß diese Regelung die Wahrung des konfessionellen Friedens gefördert und auch das Erziehungsrecht der Mutter und ihre Gleichberechtigung gewahrt hat, daß aber auch das Erziehungsinteresse des Kindes dabei tunlichste Berücksichtigung gefunden hat.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Eins kann jedenfalls von niemand geleugnet werden: daß die bayerische Regelung vor der preußischen sehr viel voraus gehabt hat.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Sie meinen, das besagt nicht viel? Ich glaube, das wird eine Ermessensfrage sein!

Man möge nicht etwa meinen, daß ich bei meinen Darlegungen mich von **partikularistischen Grundsätzen** beeinflussen lasse. Daß wir bei unserer Stellungnahme nicht von solchen Erwägungen ausgegangen sind, das zeigt doch, daß wir den Antrag Marx mit unterschrieben haben. (D)

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei.)

— Nicht alle; ich spreche nur von mir und den Freunden, die das getan haben, weil wir eben mit einer einheitlichen Regelung der großen Rechtsunsicherheit, die mit der Rechtsverschiedenheit verknüpft war, ein Ende machen und möglichst das Unrecht, das man der Mutter angetan hatte, beseitigten wollten.

Wenn wir nun trotzdem dem Gesetzentwurf nicht zustimmen können, so möchte ich dafür in aller Kürze, wie die Geschäftslage des Hauses es erfordert, ein paar Gründe angeben. Bei aller Anerkennung der durchaus berechtigten Bestrebungen des Gesetzentwurfes und — das muß ich auch im Plenum sagen — bei aller Anerkennung auch der sachlichen und ruhigen Behandlung, die im Ausschuß Platz gegriffen hat, möchte ich doch nochmals auf die drei Güter hinweisen, die mir in der bayerischen Regelung besser gewahrt erscheinen als in dem neuen Gesetzentwurf: die Gleichberechtigung der Mutter, die Stetigkeit der Erziehung des Kindes und auch die Wahrung des konfessionellen Friedens. Es ist allerdings prinzipiell die **Gleichberechtigung der Mutter** im § 1 ausgesprochen, indem von der Einigung der Eltern als dem maßgebenden Prinzip für die Erziehung eines Kindes gesprochen ist. Nach § 1a soll aber bei dem Fehlen einer Einigung, sei es, daß sie nicht zustande kam, sei es, daß sie nicht mehr besteht, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Vater ein Vorzugsrecht vor der Mutter haben. Wenn auch im folgenden Absatz des § 1a die wichtigsten Fälle herausgenommen sind, wo die Zustimmnng beider Eltern notwendig ist, so sind eben, wie das schon in dem Begriffe „wichtigsten" liegt, nicht

(**Leicht**, Abgeordneter.)

(A) alle Bedenken in dieser Beziehung aufgehoben, so daß wir auch aus diesem Grunde uns nicht entschließen können, zuzustimmen. Jedenfalls liegt in der Fassung, „wenn die Einigung nicht mehr besteht", eine gewisse Gefahr, daß nun in vielen Fällen der Mann von dem Rechte, das ihm durch das neue Gesetz eingeräumt wird, versucht ist Gebrauch zu machen und die Einigung aufzuheben. Manche Kreise, die in diese Materie besonders eingeweiht sind, haben mir erklärt, es könnte ein besonderer Anreiz in dieser Beziehung darin gefunden werden, hier nun die Verhältnisse, die zur Ruhe gekommen sind, von neuem wieder aufzurühren und Unruhe in die Familien hineinzutragen.

Ich darf besonders noch darauf hinweisen, daß zum mindesten auch für den Verstorbenen das Recht, das er sich vertragsmäßig erworben hatte, gewahrt bleiben sollte. Wir beanstanden deshalb im § 6 die Worte, die von dem Herrn Berichterstatter schon hervorgehoben worden sind, und über die ich den Herrn Präsidenten bitten möchte eine getrennte Abstimmung vornehmen zu lassen, die Worte: „oder des überlebenden Elternteils." Ich habe im Ausschuß besonders darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht manche unserer draußen im Kriege gefallenen Soldaten in ihren letzten Lebensstunden mit einer gewissen Befriedigung und Beruhigung daran gedacht haben, daß sie durch einen Vertrag die Erziehung ihrer Kinder in ihrer Konfession sichergestellt haben. Es wäre nach meinem Dafürhalten ein Eingriff in wohlerworbene Rechte, wenn ich diesen Ausdruck in diesem Zusammenhang gebrauchen darf, wenn man nun hier einfach die Berechtigung der Geltung des Vertrages vom überlebenden Teile abhängig sein lassen wollte.

Ich darf dann darauf hinweisen, daß die **Stetigkeit der Erziehung** besser gewahrt ist nach der bayerischen Regelung, als sie nach dem jetzigen Gesetz gewahrt sein

(B) wird. Es liegt eben die Gefahr nahe, daß eine freie, jederzeit mögliche Einigung oder Aufhebung der Einigung die Veränderung bringen kann, während sie in Bayern durch das etwas schwerfälligere Instrument des Vertrags vor dem Notar und seiner Änderung, wiederum vor dem Notar, gebunden ist. Es liegt darin ein gewisses unstetes Moment in der Erziehung des Kindes.

Endlich fürchten wir, daß aus diesem Gesetz ganz im Gegensatz zu dem Willen derjenigen, die es angeregt haben, im Gegensatz zu dem Willen derer, die es im Ausschuß beschlossen haben, manche **Gefährdung des konfessionellen Friedens** sich ergeben könnte. Es sind ja, verehrte Anwesende, nicht alle Menschen im Deutschen Reich so ruhig und friedliebend wie die Mitglieder des Ausschusses, die das Gesetz beraten haben.

(Zurufe und Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ja, das ist ein Kompliment, das ich auch auf Sie beziehe. Allerdings waren einige Äußerungen fast bedrohlich.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ja, Sie sehen, ich bin sehr vorsichtig, um nicht weitere Reden zu diesem Gesetzentwurf zu provozieren.

(Sehr gut! rechts. — Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Dann hören Sie doch auf!)

— Ich bin auch gleich fertig, so daß jedenfalls die Beratungen sehr rasch vorwärtsschreiten können.

Ich darf zusammenfassen: die Gründe, die ich angegeben habe, werden es uns nicht möglich machen, dem Gesetzentwurf in dieser Gestalt die Zustimmung zu geben, weil wir in ihm eine minder gute Regelung der Angelegenheit sehen, als sie nach unseren bayerischen Gesetzen vorhanden ist, die ein Bestandteil der bayerischen Verfassung geworden sind.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann**: Die Diskussion über den (C) § 1 ist geschlossen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem § 1 in der Fassung des Ausschusses zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Mehrheit.

Ich stelle zur Diskussion den § 1a. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag des Berichterstatters, der von fast allen Parteien unterstützt wird, in Satz 2 des Abs. 3 von § 1a die Fassung zu wählen:

> Für die Entscheidung sind, auch soweit ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Fassung zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Einstimmig angenommen. Ich stelle fest, daß § 1a mit dieser Änderung angenommen ist.

Ich stelle zur Diskussion § 2. — Angenommen. § 2a — angenommen, § 3. — Angenommen. — Herr Abgeordneter Mumm, wir sind jetzt in der Abstimmung, ich kann keine Anträge zu § 3 mehr entgegennehmen.

§ 3, — § 4, — § 4a, — § 5. — Angenommen.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Ich bitte, über § 6 besonders abzustimmen!)

— Es ist beantragt, über § 6 besonders abzustimmen.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Marx.

Marx, Abgeordneter: Es ist vom Herrn Abgeordneten Leicht beantragt worden, über die Worte „oder des überlebenden Elternteils" besonders abzustimmen.

Vizepräsident **Dittmann**: Es muß also eine be- (D) sondere Abstimmung vorgenommen werden. Es ist das vorhin bereits von dem Herrn Abgeordneten Leicht in seiner Rede beantragt worden.

Ich bitte also diejenigen, die der Wendung im § 6 „oder des überlebenden Elternteils" zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Pause. — Zuruf des Abgeordneten Leicht: Das war falsch verstanden!)

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordrete Leicht.

Ich bemerke, daß ich den Herrn Abgeordneten Leicht so verstanden habe, daß über die Wendung „oder des überlebenden Elternteils" gesondert abgestimmt wird. Das ist geschehen. Es ist also beschlossen worden, daß diese Wendung gestrichen wird.

(Rufe: Nein! Nein!)

Leicht, Abgeordneter: Der Herr Präsident hat gesagt: „Wer für diese Worte ist" — —. Darauf ist alles sitzen geblieben, also fallen diese Worte weg. — So ist es aber nicht im Hause verstanden worden.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Vizepräsident **Dittmann**: Nein. Ich habe um die Gegenprobe gebeten. Dann ist die Mehrheit aufgestanden und hat gegen diese Worte gestimmt. Demnach sind diese Worte gestrichen.

(Zurufe.)

— Meine Herren, ich schlage vor, daß wir noch einmal abstimmen.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Vizepräsident Dittmann.)

(A) Wenn es auch erledigt ist, so will doch niemand durch Überrumpelung einen sogenannten Sieg erzielen.

(Zustimmung.)

Es kann sich nur darum handeln, daß alle Abgeordneten die Möglichkeit haben, sachgemäß ihrer Überzeugung nach abzustimmen.

(Sehr richtig!)

Deshalb bitte ich noch einmal diejenigen, die für das Stehenbleiben der Worte „oder des überlebenden Elternteils" stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Mehrheit. Demnach ist angenommen, daß diese Worte in § 6 stehen bleiben.

Ich lasse über den § 6 abstimmen, wie er nunmehr gestaltet ist. Ich bitte diejenigen, die für den unverändert gebliebenen § 6 sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Mehrheit steht; § 6 ist angenommen.

Ich stelle zur Diskussion § 7, — 8, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich stelle anheim, auch gleich die dritte Lesung vorzunehmen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, ist das möglich. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; wir treten also in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die allgemeine Beratung — und schließe sie.

Wir treten in die Spezialberatung ein. Ich eröffne die Aussprache über § 1. — Er ist angenommen.

§ 1a in der Fassung zweiter Lesung, — 2, — 2a, — 3, — 4, — 4a, — 5, — 6, — 7, — 8, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich lasse die Gesamtabstimmung über den nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf vornehmen. Wer in der (B) Gesamtabstimmung für den Gesetzentwurf stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist einstimmig angenommen.

(Widerspruch bei der Bayerischen Volkspartei.)

— Er ist mit großer Mehrheit angenommen. Entschuldigen Sie, ich hatte übersehen, daß die Herren von der Bayerischen Volkspartei sitzen geblieben waren.

Wir haben noch die Petitionen zu erledigen, die zu diesem Gegenstand eingegangen sind. Der Ausschuß schlägt vor, sie durch die Annahme des Gesetzentwurfs für erledigt zu erklären. — Das Haus beschließt in diesem Sinne.

Meine Damen und Herren! Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich bitte zunächst den Herrn Schriftführer, die Interpellationen zu verlesen, die eingegangen sind.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

1. Müller (Franken), Becker (Arnsberg), Erkelenz und Fraktionen:

   Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, über den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. v. Jagow wegen Hochverrats unverzüglich Auskunft zu geben?

2. Ledebour und Fraktion:

   Der Justizminister Schiffer hat bei Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern zum Fall Jagow Erklärungen abgegeben, welche zu den Erklärungen des Herrn v. Jagow im Widerspruch stehen.

   Die Gerichtsbehörden versagen gegenüber dem Herrn v. Jagow wie gegenüber all den anderen Männern, die sich beim Kapp-Putsch des Hochverrats schuldig gemacht haben.

   Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, (C) um die Hochverratsprozesse und die Haftbefehle gegen Traugott v. Jagow und die übrigen Kappisten rücksichtslos zur Durchführung zu bringen.

3. Dr. Lauscher und Genossen.

   In offenkundigem Widerspruch mit den Bestimmungen der Art. 25 und 35 des Versailler Friedensvertrags ist die Bahnstrecke Raeren—Kalterherberg dem Königreich Belgien zugesprochen und im Zusammenhang hiermit die belgische Grenze um mehrere Kilometer nach Osten vorgeschoben worden. Damit hat der Kreis Monschau seine einzige Bahnverbindung und dazu ein Drittel seines Gebietsbestandes eingebüßt.

   Für diesen Verlust sind Staat und Reich durch die Rückgabe einzelner Teile der vormaligen Kreise Eupen und Malmedy einigermaßen entschädigt worden. Dagegen verlautet bisher nichts von Maßnahmen, die geeignet wären, die wirtschaftliche Bedrängnis und namentlich die Verkehrsnot, in die der Rest des Kreises Monschau geraten ist, zu lindern.

   1. Ist die Reichsregierung bereit, hinsichtlich der Versorgung der zahlreichen Beamten und Arbeiter, die bei der Übernahme der Bahnstrecke Raeren—Kalterherberg durch Belgien stellenlos werden, beruhigende Zusicherungen zu geben?

   2. Ist sie ferner bereit, für die verlorengegangene Bahnverbindung mit möglichster Beschleunigung, zunächst durch Einrichtung eines ausreichenden Kraftwagenverkehrs, Ersatz zu schaffen?

   3. Ist sie endlich bereit, die durch den Krieg hintangehaltene Versorgung des Kreises (D) Monschau mit Elektrizität, deren Kosten der durch die neue Grenzfestsetzung wirtschaftlich schwer geschädigte Kreis allein nicht aufbringen kann, durch eine angemessene finanzielle Beihilfe zu ermöglichen?

Vizepräsident **Dittmann:** Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Dienstag den 5. Juli 1921, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. Interpellation der Abgeordneten Müller (Franken), Becker (Arnsberg), Erkelenz und Genossen, betreffend den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. von Jagow

in Verbindung mit der

Interpellation der Abgeordneten Ledebour und Genossen über den gleichen Gegenstand;

3. die vorhin verlesene Interpellation Dr. Lauscher und Genossen;
4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 6. Mai dieses Jahres unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten;
5. mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über den an ihn verwiesenen Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) in Nr. 1663 der Drucksachen;
6. mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über den an ihn verwiesenen Antrag des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) in Nr. 1651 der Drucksachen, Ziff. 1, 2 und 4.

(Vizepräsident **Dittmann**.)

(A)

7. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung;
8. erste Beratung des von den Abgeordneten Thiel, Dr. Moldenhauer, Dr. Becker (Hessen), Hergt und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte;
9. zweite Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, und zwar ausstehende Abstimmungen;
10. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen.

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Auf der Tagesordnung steht der Initiativantrag der Herren von der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei auf Änderung der Angestelltenversicherung. Ich kenne den Antrag nicht. Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, zu sehen, um was es sich hier handelt. Ich halte es für zweckmäßiger, erst dann einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wenn er uns bekannt geworden ist.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Abgeordneter Hoch irrt sich wohl. Der Antrag liegt seit etwa acht Tagen gedruckt vor.

(B)

(Widerspruch links.)

— Sie haben ihn seit etwa acht Tagen schon in Ihrer Mappe.

(Erneuter Widerspruch und Zurufe.)

Vizepräsident **Dittmann**: Ich will bemerken, daß der Antrag die Drucksachennummer 2407 trägt. — Es läßt sich momentan nicht aufklären, ob der Antrag gedruckt vorgelegen hat oder nicht.

(Zurufe links: Er hat nicht vorgelegen!)

— Wenn das nicht der Fall ist, halte ich es für besser, den Antrag zunächst zurückzusetzen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich möchte doch bitten, das nicht zu tun. Der Antrag enthält ungefähr dasselbe wie der Antrag, der Ihnen vor einigen Tagen zugegangen ist. Nur in einer Zahl weicht er von diesem Antrag ab. Statt auf 40 000 Mark ist die Versicherungsgrenze auf 35 000 Mark gesetzt. Das ist die einzige Änderung. Der Antrag ist den Herren seit längerer Zeit bekannt und bezieht sich auf denselben Gegenstand, den wir im vorhergehenden Punkt der Tagesordnung behandeln wollen.

(Abgeordneter Müller (Franken): Dann können Sie ja einen Abänderungsantrag stellen!)

Der Antrag kann doch damit verbunden werden. Dann ist die Verhandlung damit sofort erledigt, während Sie sonst dafür einen neuen Tag brauchen. (C)

Vizepräsident **Dittmann**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Herren! Es steht fest, daß wir den Antrag noch nicht haben. Wenn der Inhalt des Antrages so ist, wie der Herr Abgeordnete Schultz uns mitteilt, woran zu zweifeln, ich gar keine Veranlassung habe, dann ist es erst recht unberechtigt, daß hier ein Initiativantrag gestellt ist. Denn die Herren Antragsteller können ja in der zweiten Beratung des Gesetzes über die Beihilfen zu den Renten aus der Angestelltenversicherung ihre Änderungsanträge einbringen, wie es stets in solchen Fällen geschieht. Ich beantrage daher, daß der Punkt abgesetzt wird.

Vizepräsident **Dittmann**: Es ist der Antrag gestellt, die erste Beratung des von den Herren Abgeordneten Thiel, Dr. Moldenhauer und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Abänderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Wer für diesen Antrag Hoch ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke! Das ist die Mehrheit; der Gegenstand wird also nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Erkelenz. (D)

Erkelenz, Abgeordneter: Herr Präsident, ich wollte anregen, daß die Abstimmungen früher verlegt werden, daß sie etwa um 2 Uhr stattfinden.

Vizepräsident **Dittmann**: Herr Kollege, das ist etwas, worüber man sich morgen verständigen kann.

(Widerspruch und Zurufe.)

— Dann machen Sie, bitte, einen bestimmten Vorschlag!

Erkelenz, Abgeordneter: Ich schlage vor, die Abstimmungen um 3 Uhr vorzunehmen.

Vizepräsident **Dittmann**: Es ist vorgeschlagen, die für morgen vorgesehenen Abstimmungen Punkt 3 Uhr vorzunehmen. Wer dafür ist, daß diesem Antrag zugestimmt wird, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke! Das ist die Mehrheit. Es ist also beschlossen, daß die Abstimmungen, die für morgen zurückgestellt sind, um 3 Uhr vorgenommen werden.

Im übrigen steht die Tagesordnung fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 43 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

131. Sitzung.

Dienstag den 5. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4398A

Anfragen:

906, Dr. Deermann (Nr. 2313 der Anlagen):

Dr. Deermann (Bay.Vp.Hosp.): 4398C, 4399A

Dr. Willecke, Ober-Regierungsrat: 4398D

907, Dr. Deermann (Nr 2314 der Anlagen):

Dr. Deermann (Bay.Vp. Hosp.): 4399B

Dr. Kahler, Ober-Regierungsrat: 4399C

(B) 910, v. Gallwitz (Nr. 2321 der Anlagen):

v. Gallwitz (D.Nat.) 4399D

Dr. Worbs, Ministerialrat . . . 4400A

911, Graef (Thüringen) (Nr. 2324 der Anlagen):

Graef (Thüringen) (D.Nat.) . . 4400C

Dr. Mettgenberg, Staatsanwaltschaftsrat 4400C

913, Künstler (Nr. 2334 der Anlagen):

Künstler (U.S.) 4400D

v. Schleicher, Major 4401A

914, v. Graefe (Mecklenburg) ꝛc. (Nr. 2335 der Anlagen):

v. Graefe (Mecklenburg) (D.Nat.): 4401B, C

Dr. Schäfer, Geheimer Regierungsrat 4401C

915, D. Mumm ꝛc. (Nr. 2336 der Anlagen):

Hartwig (D.Nat.) 4401D

Dr. Kahler, Ober-Regierungsrat: 4401D

Interpellation Dr. Lauscher ꝛc.: **Verkehrsnot im Kreise Monschau** (Nr. 2440 der Anlagen):

Dr. Joël, Staatssekretär 4402B

Seite (C)

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das **deutsch-russische** Ergänzungsabkommen, betr. Heimschaffung der beiderseitigen **Kriegsgefangenen** ꝛc. (Nr. 2386 der Anlagen):

Schultz (Bromberg) (D.Nat.) . . 4402B

Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über **Besatzungszulagen** (Nr. 1663, 2403 der Anlagen) 4402C

Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über **Beamtenbesoldungsangelegenheiten** (Nr. 1651, 2421 der Anlagen) 4402C

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Gewährung von **Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung** (Nr. 2050, 2345 der Anlagen):

§ 1:

Erkelenz (D.D.), Berichterstatter: 4402D

— als Abgeordneter . . 4413C

Lambach (D.N.) 4404B

Thiel (D.V.) 4405D

Bartz (Hannover) (V.K.) 4407B

Hoch (S.) 4408D

Andre (Z.) . . . . . 4410C (D)

Schwarzer (Oberbayern) (Bay.Vp.) 4412A

Karsten (U.S.) 4412D

§ 4a:

Fischbeck, preußischer Minister für Handel und Gewerbe 4414D

Zweite Beratung des **Nachtrags** zum **Reichshaushaltsplan** für 1921 (Nr. 2151 der Anlagen), **Abstimmungen** 4416A

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur **Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen** (Nr. 2360, 2408 der Anlagen).

§ 1:

Zubeil (U.S.) 4417A

Dritte Beratung des **Wehrmachtversorgungsgesetzentwurfs** (Nr. 1648, 2351 der Anlagen) 4417B

Interpellationen Müller (Franken) ꝛc. sowie Frau Agnes ꝛc.: **Verfahren gegen Herrn v. Jagow** (Nr. 2428 beziehungsweise 2439 der Anlagen) 4402A, 4417C

Dr. Joël, Staatssekretär 4402A

Dr. Spahn (Z.), Interpellant . 4417D

Dr. Rosenfeld (U.S.), Interpellant: 4418A

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Seite
Dr. Schiffer, Reichsjustizminister: 4425A, 4436D
Müller (Franken) (S.) — zur Geschäftsordnung 4431B
Dr. Radbruch (S.) 4431B
Warmuth (D.Nat.) 4434A
Dr. Herzfeld (V.K.) 4435A
Dr. Moses (U.S.), Interpellant: 4437C
Nächste Sitzung:
Simon (Franken) (U.S.) 4440C
Andre (Z.) 4440C

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Schreiben des Herrn Reichsministers der Finanzen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:**

Nach § 452 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1993) bedürfen die neuen Fassungen der nach § 452 Abs. 1 a. a. O. der Reichsabgabenordnung anzupassenden Gesetze der Zustimmung eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 10 Mitgliedern. Ich beehre mich, zu ersuchen, diesen Ausschuß baldgefälligst zu wählen und mich von der erfolgten Wahl in Kenntnis zu setzen.

(B) Dr. Wirth.

Präsident: Ich bitte die Fraktionen, die erforderlichen Wahlen vorzunehmen und dem Bureau davon Mitteilung zu machen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Bazille der Abgeordnete Graef (Thüringen);
in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Marx der Abgeordnete Haag;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Dr. Matz der Abgeordnete Winnefeld;
in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Hartleib, Schumann die Abgeordneten Kahmann, Girbig;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Fischer (Hannover), Taubadel, Brey die Abgeordneten Frau Tesch (Hessen-Nassau), Frau Schulz (Westfalen), Dr. Meerfeld, Feldmann;
in den 29. Ausschuß für die Abgeordneten Hensel (Ostpreußen), Schulze (Berlin) die Abgeordneten Frau Behm, Biener.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten D. Strathmann für 2 Tage,
Schiele für 5 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach die Frau Abgeordnete Sender auf 3 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben sind:

Anfragen.

Zur Verlesung der (C)
Anfrage Nr. 906, Dr. Deermann (Nr. 2313 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann,** Abgeordneter:

Die **Teuerungsstatistik** des Statistischen Reichsamts stützt sich auf eine **„Normalration"**, die den jetzigen Verhältnissen angepaßt ist, und die gleiche Ration wird auch für den Vergleich mit der Friedenszeit herangezogen. Diese „Normalration" ist sehr von der Grundlage der englischen Teuerungsstatistik verschieden, welche die Steigerung der Lebenshaltungskosten unter unveränderter Aufrechterhaltung des Vorkriegslebensstandards verfolgt und irgendwelche Veränderungen desselben in der Berechnung nicht zuläßt. Die deutsche „Normalration" umfaßt eine für normale Friedensverhältnisse ungewöhnlich kleine Wohnung, ferner nach Güte und Menge viel geringere Lebensmittel, als sie Juli 1914 durchschnittlich verbraucht wurden, und läßt Ausgaben für Kleidung, Erziehung, Fahrten, Gesundheit, Kultur- und Erholungsbedürfnisse usw. außer Betracht. Daher ergibt die Reichsteuerungsstatistik ein ganz falsches Bild von der Teuerung der Lebenshaltung, ihrem Verhältnis zu der Steigerung der Löhne und Gehälter und dem Umfang der tatsächlichen Verschlechterung der Lebenshaltung.

Gegenüber dem Feindbund bleibt die beste soziale Abwehr- und Propagandawaffe stumpf, da ein genauer, wirksamer Vergleich der deutschen Teuerungsziffern und ihres Verhältnisses zur Lohn- und Gehaltssteigerung mit den englischen Zahlen unmöglich ist.

Ist die Reichsregierung deswegen bereit, (D) schleunigst Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit die Reichsteuerungsstatistik baldigst auf dem vollen normalen Friedensstandard der Lebenshaltung aufgebaut wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ober-Regierungsrat Dr. Willecke.

Dr. **Willecke,** Ober-Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die vom Statistischen Reichsamt bearbeitete **Teuerungsstatistik** bezweckt in erster Linie zweierlei: Erstens sucht sie die Entwicklung der Kosten der Lebenshaltung festzustellen und zweitens die Unterschiede in der Teuerung der verschiedenen Orte und Gegenden des Reiches. Diese Feststellungen, die eine wichtige Grundlage für die Gehalts- und Lohnpolitik der Reichsregierung bilden, lassen sich am zuverlässigsten, raschesten und mit geringstem Kostenaufwande treffen, wenn einerseits eine eng begrenzte Auswahl der zu erfassenden Preise stattfindet und andererseits die gegenwärtigen Verbrauchsmengen zugrunde gelegt werden. Würde man von den Verbrauchsziffern des Friedens ausgehen, die für die Gegenwart eine fiktive Größe darstellen, so würde vor allem der örtliche Teuerungsvergleich erschwert sein. Aber auch das Bild der Teuerungsbewegung von Monat zu Monat würde hierdurch getrübt werden. Beispielsweise würde eine Veränderung der Fleischpreise bei Zugrundelegung des Friedensverbrauchs sehr viel stärker ins Gewicht fallen, als sich bei den jetzigen Verbrauchsgewohnheiten die Teuerung tatsächlich bemerkbar macht.

Zu einem **Vergleich der relativen Entwicklung der Teuerungsverhältnisse in Deutschland und im Auslande** bieten die Ergebnisse der Teuerungsstatistik in ihrer heutigen Gestalt bereits wertvollen Anhalt. Bei Zu-

(Dr. **Willecke**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) grundelegung des Friedensverbrauchs würde jedoch schwerlich ein zuverlässigeres Ergebnis erzielt werden, da auch im Frieden die Verbrauchsgewohnheiten der verschiedenen Völker außerordentlich verschieden waren. Bei Einführung einer auf den Friedensverbrauch zurückgehenden Methode des Preisvergleichs wäre aber daneben für die praktischen Zwecke der Tarifverhandlungen, die vom Statistischen Reichsamt im Einvernehmen mit den statistischen Landesämtern befolgte **Methode der Teuerungserhebung** nicht zu entbehren.

Diese Methode bedarf freilich des weiteren Ausbaues. Das Statistische Reichsamt ist dauernd bemüht, sie den wirtschaftlichen Verhältnissen besser anzupassen; insbesondere bedingt der fortschreitende Abbau der Zwangswirtschaft Änderungen in den für die einzelnen Waren vorgesehenen Rationen. Die Erweiterung der Teuerungsstatistik durch die Erfassung der Ausgaben für Bekleidung wird trotz der Schwierigkeiten, die sich bisher, insbesondere soweit die Preisfrage eine Rolle spielt, entgegengestellt haben, demnächst erfolgen. Die Ausdehnung der Teuerungsstatistik auch auf die Ausgaben für Erziehung, Fahrten, Gesundheit, Kultur- und Erholungsbedürfnisse usw. hängen so sehr von Alter, Geschlecht, besonderen Lebensumständen, sozialer Stellung und dergleichen ab, daß ihre allgemein gültige Abgrenzung ebenso schwierig sein würde wie ein Vergleich der dabei gewonnenen Ziffern. Da die absolute Höhe der Lebenshaltungskosten etwa als Existenzminium nicht festgestellt werden soll, hat die Frage auch nicht so erhebliche Bedeutung.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann**, Abgeordneter:

1. Hält die Regierung die deutsche Teuerungsstatistik für sozialer als die englische?

(B) 2. Ist die Regierung aus innerpolitischen Gründen zu dieser ihrer Teuerungsstatistik geschritten, um etwa Löhne und Gehälter nicht so sehr steigern zu müssen?

Präsident: Wird das Wort noch verlangt? — Das ist nicht der Fall; dann ist die Anfrage erledigt.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 907, Dr. Deermann (Nr. 2314 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann**, Abgeordneter:

Unter Hinweis auf Art. 109 der Reichsverfassung und die ihm vom Reichskabinett gegebene Auslegung sieht sich das preußische Wohlfahrtsministerium außerstande, den **Titel Professor** noch weiter **an Ärzte**, die sich durch wissenschaftliche und praktische Leistungen ausgezeichnet haben, **zu verleihen.** Dieser Titel wird jetzt ausschließlich von den Universitäten und fast nur an akademische Lehrer verliehen, demnach auch an Privatdozenten, die eine längere akademische Lehrtätigkeit hinter sich haben, deren Leistungen aber vielleicht weit hinter denen von Krankenhausärzten zurückbleiben.

Unter den Krankenhausärzten, die medizinisch Hervorragendes geleistet und durch die Veröffentlichung ihrer Arbeiten in Wort und Schrift die Medizin reich befruchtet und die Kenntnisse der Ärzte bedeutend gefördert haben, herrscht über diesen ungerechten Zustand erhebliche Mißstimmung. Im in- und ausländischen Publikum wird der Arzt mit dem Professortitel besonders hoch bewertet. Daher erhalten auch die mit dem Professortitel begabten akademischen Lehrer leichter leitende Krankenhausarztstellen; auf den internationalen Ärztekongressen wird das Ansehen der deutschen Ärzteschaft sinken; dem Bildungsstreben der Ärzteschaft fehlt ein wichtiges Anreizmittel, zum Schaden der medizinischen Wissenschaft. (C)

Ist daher die Reichsregierung bereit, durch den Erlaß einer Verordnung oder durch eine entsprechende Gesetzesvorlage die Verleihung des Titels Professor durch die Landesregierungen in geeigneten Fällen zu ermöglichen?

Ist sie überhaupt willens, der gesetzlichen **Aufhebung des Verbots der Verleihung von Titeln und Ehrenzeichen** näherzutreten, um durch Verleihung einiger geeigneter Titel und Ehrenzeichen für die notleidende deutsche Wissenschaft, Kunst und Volkswohlfahrt größere Mittel zu erhalten und besonders auch dadurch eine über Gebühr ausgedehnte Ernennung zum Ehrendoktor seitens der Hochschulen einzudämmen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ober-Regierungsrat Dr. Kahler.

Dr. **Kahler**, Ober-Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Frage, inwieweit Personen der freien Berufe, darunter auch Ärzten, die sich durch wissenschaftliche und praktische Leistungen ausgezeichnet haben, der **Titel „Professor"** verliehen werden kann, bildet noch Gegenstand der Erörterung zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der einzelnen Länder. Die Verhandlungen werden in aller Kürze zum Abschluß gebracht werden.

Mit der Frage der **Aufhebung des verfassungsmäßigen Verbots der Verleihung von Titeln** und Ehrenzeichen hat sich die Reichsregierung bisher nicht befaßt.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 910, v. Gallwitz (Nr. 2321 der Drucksachen), (D)
hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter:

Nachdem mir auf die Anfrage 664 unterm 8. März 1921 eine befriedigende Antwort erteilt worden ist, habe ich angenommen, daß die in Frage kommenden **Intendanturregistratoren** und **Intendantursekretäre** des ehemaligen Kriegsministeriums nunmehr auf Grund der Anmerkung zu Gruppe VII der Besoldungsordnung III in Grenzen dieser Bestimmung höher eingruppiert werden. Wie mir mitgeteilt wird, ist dies aber nicht der Fall, sondern diese Beamten werden hierbei wieder übergangen, da das Reichsfinanzministerium eine höhere Eingruppierung in Ministerialstellen, deren Dienst sie aber schon seit Jahren versahen, durch Erlaß als nicht in Frage kommend bezeichnet. Wenn dies zutreffen sollte, hätten zum Beispiel die betroffenen Intendanturregistratoren durch die Anmerkung keine Vergünstigung für ihre lange Tätigkeit und für ihr treues Aushalten beim ehemaligen Kriegsministerium gegenüber ihren um viele Jahre jüngeren Kollegen bei anderen Reichsministerien, da Aufrückungsmöglichkeiten in Provinzialstellen für sie nur nach Dienstjahren bestehen.

Ich kann in der Anmerkung eine solche Einschränkung nicht finden und glaube, daß für diese Beamten dieselben Voraussetzungen gegeben sind wie für diejenigen Intendanturbeamten, die bei anderen Reichsministerien kommandiert waren und dann durch Beförderung höher eingruppiert sind.

(v. Gallwitz, Abgeordneter.)

(A) Die Härte, die darin besteht, daß beim Heeresabwickelungsamt Preußen Etatsstellen, wie bei den Reichsministerien, nicht vorhanden waren, soll doch durch die genannnte Anmerkung ausgeglichen werden.

Es kann sich meines Erachtens nur um eine einmalige Übergangsmaßnahme handeln, deren finanzielle Tragweite minimal ist, deshalb frage ich an:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen unverdient zurückgesetzten alten Beamten der ehemaligen Heeresverwaltung ihr, wenn auch nicht formales, so doch moralisches Recht zu sichern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Worbs.

Worbs, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 910 des Abgeordneten v. Gallwitz wird wie folgt beantwortet:

Das Besoldungsgesetz erteilt durch die Fußnote zur Gruppe VII der Besoldungsordnung III die Ermächtigung, die in Frage kommenden **Intendantursekretäre** und **Intendanturregistratoren,** die bei dem ehemaligen Kriegsministerium beschäftigt waren, in die Gruppe VIII oder IX zu überführen, soweit die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen diese Beamtenkategorien bei der lebenden Verwaltung in eine höhere Gruppe überführt werden.

Das ist geschehen. Die Intendantursekretäre der Abwicklungsdienststellen sind nach günstigen Dienstaltersgrenzen aus Gruppe VII in die Gruppen VIII oder IX überführt, die Intendanturregistratoren wie bei der lebenden Verwaltung nach Maßgabe der Fußnote 2 zur Gruppe VI der Besoldungsordnung I in die Gruppe VII
(B) oder VIII eingewiesen worden.

Eine weitergehende Ermächtigung, insbesondere für die Eingruppierung in Ministerialstellen, bietet das Besoldungsgesetz nach dem klaren Wortlaut der Fußnote zur Gruppe VII der Besoldungsordnung III nicht. Die Reichsregierung beabsichtigt aus folgenden Gründen auch nicht, weitergehende Ermächtigungen der gesetzgebenden Körperschaften nachzusuchen.

Während des Krieges wurden infolge der bedeutenden Erweiterung des Kriegsministeriums unter Wegfall der strengen Vorbedingungen für die Befähigung weit mehr Intendanturbeamte zur Beschäftigung im Ministerium einberufen als unter normalen Verhältnissen. Der größte Teil dieser Beamten konnte auch bei günstigem Ausgang des Krieges auf Beförderung nicht rechnen, sondern hätte nach beendeter Demobilmachung zu den Intendanturen zurücktreten müssen. Durch den Wegfall des Kriegsministeriums und die Bildung eines Reichswehrministeriums mit einer geringeren Anzahl von Ministerialbeamten wurden die Beförderungsmöglichkeiten naturgemäß noch weiter vermindert, obschon es einem Teil der Beamten gelang, bei neu gebildeten Reichsbehörden unterzukommen. Die Auswahl dieser Beamten mußte seinerzeit den betreffenden Ministerien freigestellt werden.

Bei der Eingruppierung der Intendanturräte in die Gruppen XI und XII gemäß der Fußnote zu Gruppe X der Besoldungsordnung III ist entsprechend verfahren worden.

Unter diesen Umständen und im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage ist die Reichsregierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, Ministerialstellen durch den Etat anzufordern, für die kein Bedarf mehr besteht, und bittet, zu bedenken, daß durch die Heeresverminderung einem weit größeren Personenkreise als nur den Intendanturbeamten die Laufbahn abgeschnitten wurde. Die Zulassung der in der Anfrage angeregten Beförderung würde zahllose Berufungen anderer Beamten und von Offizieren und Unteroffizieren zeitigen, die zu erfüllen die Reichsregierung nicht in der Lage wäre. (C)

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 911, Graef (Thüringen) (Nr. 2324 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

Graef (Thüringen), Abgeordneter:

Der **Prozeß gegen den Kommunisten Max Hölz** hat von neuem gezeigt, daß die Gerichte gegenüber widersetzlichen Angeklagten in der Hauptverhandlung machtlos sind, dadurch wird das Ansehen der Gerichte beim Volke aufs schwerste geschädigt.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Jagow!)

Ist die Reichsregierung bereit, gegen diesen Mißstand, der viel böses Blut macht, auf gesetzgeberischem Wege einzuschreiten?

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Jagow, wo bist Du? — Heiterkeit.)

Präsident: Der Fall Jagow steht später auf der Tagesordnung.

(Heiterkeit.)

Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mettgenberg.

Dr. **Mettgenberg,** Staatsanwaltschaftsrat, Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Frage, ob die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung und **Verhinderung von Ungebühr** dem Vorsitzenden und dem Gericht gegenwärtig zustehenden gesetzlichen Befugnisse gegen den Beschuldigten erweiterungsbedürftig sind, wird bei der allgemeinen Reform des Strafverfahrens zu prüfen sein. (D)

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 913, Künstler (Nr. 2334 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Künstler.

Künstler, Abgeordneter:

In der 32. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 19. November 1920 stellte ich an den Vertreter des Reichswehrministeriums die Frage, wann dem Reichstag eine **Abrechnung über die Kosten des Baltikumabenteuers** vorgelegt werden soll.

Darauf erklärte als Vertreter des Reichswehrministeriums der Oberst Kreß v. Kressenstein:

„Die Vorlage einer Abrechnung über das Baltikumunternehmen kann dem Reichstag nicht vorgelegt werden, da sich auf absehbare Zeit nicht bestimmen läßt, wann eine Abrechnung erfolgen kann."

In der Reichstagssitzung vom 24. Juni 1221 wiederholte ich bei der Beratung über den Nachtrag zum Haushalt des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1921 meine Anfrage an den der Sitzung beiwohnenden Reichswehrminister Geßler.

Weder der Reichswehrminister, noch einer der anwesenden Offiziere äußerte sich zu meiner Forderung, dem Reichstag und dem deutschen Volke Aufschluß zu geben über die von dem Urheber und Führer des verbrecherischen Baltikumabenteuers, General Graf v. d. Goltz, dem Volke auferlegten Kosten.

(**Künstler**, Abgeordneter.)

(A) Seit meiner ersten Anfrage sind über sechs Monate vergangen, ohne daß bisher vernommen wurde, was in dieser Sache geschehen ist.

Das Schweigen des Reichswehrministers läßt die berechtigten Schlußfolgerungen zu, daß man in leitenden Kreisen des Wehrministeriums nicht daran denkt, jemals in dieser Angelegenheit Aufklärung zu geben.

Ich frage daher an:

1. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um endlich dem Reichstag eine Abrechnung über die Kosten des Baltikumabenteuers vorlegen zu wollen?
2. Beabsichtigt die Reichsregierung, gegen die Urheber und Führer des verbrecherischen Baltikumabenteuers, wie Graf v. d. Goltz, Leutnant Roßbach und andere strafrechtlich vorzugehen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Major v. Schleicher.

v. Schleicher, Major im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung:

1. Die **Kosten des Baltikumunternehmens** stehen zur Zeit noch nicht ziffernmäßig fest, da einige größere Forderungen noch nicht anerkannt werden konnten. Sie werden in der Abrechnung des Haushalts 1920, die für Herbst dieses Jahres vorgesehen ist, erscheinen.

2. Die deutschen Truppen im Baltikum mußten zunächst auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen auf Verlangen der Entente jenseits der deutschen Grenze bleiben, später auf Anordnung der Reichsregierung zum Schutz Ostpreußens. Der General Graf v. d. Goltz handelte im Auftrage der damaligen Reichsregierung

(hört! hört! rechts — hört! hört bei den Vereinigten Kommunisten)

(B) und hat sich niemals deren Befehlen widersetzt.

(Hört! Hört! rechts und bei den Vereinigten Kommunisten.)

An der Meuterei einzelner Truppenteile trifft ihn kein Verschulden. Inwieweit gegen andere Teilnehmer des Baltikumunternehmens Strafverfolgung eintreten muß, hängt von dem Gange der Abwicklung und Abrechnung, die noch nicht beendet ist, ab.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 914, v. Graefe (Mecklenburg) und Genossen (Nr. 2335 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe (Mecklenburg).

v. Graefe (Mecklenburg), Abgeordneter:

Eine durch die Presse bekanntgegebene und auch anderwärts bestätigte Mitteilung besagt, daß der **ehemalige Wachoffizier des U-Bootes 86, Oberleutnant zur See Boldt,** unlängst in Hamburg verhaftet worden und auf Veranlassung deutscher Behörden in Ketten gefesselt nach Leipzig transportiert worden ist.

Ist der Reichsregierung dieser Vorfall bekannt und billigt sie diese behördliche Maßnahme?

Wenn ja: Welche Gründe liegen für diese Aufsehen erregende, außerordentliche Maßnahme vor?

Wenn nein: Was gedenkt sie zu tun, um das deutsche Volk vor tiefer Kränkung seiner Ehre zu schützen, wie solche in der Fesselung seiner tapferen Vaterlandsverteidiger und U-Boothelden mit Empörung empfunden werden müßte?

Sollte mündliche Beantwortung vor Vertagung des Reichstags nicht mehr möglich sein, so erbitten wir schriftliche Beantwortung.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das (C) Wort Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Schäfer.

Dr. **Schäfer,** Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Der in der Anfrage behandelte Vorfall hat der Reichsregierung Veranlassung gegeben, alsbald Ermittelungen über den Sachverhalt anzustellen. Nach dem Bericht des Oberreichsanwalts steht noch eine Äußerung aus, die er von der Polizeibehörde in Hamburg erfordert hat. Die in der Anfrage gewünschte Auskunft kann daher zurzeit noch nicht erteilt werden. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe (Mecklenburg).

v. Graefe (Mecklenburg), Abgeordneter: Wenn die Regierung trotz der dazwischenliegenden Frist die amtlichen Unterlagen für eine vollständige Beantwortung der einzelnen in der Anfrage präzisierten Fragen noch nicht zu geben in der Lage ist, so frage ich, ob sie nicht wenigstens schon heute dem Bedauern allgemein Ausdruck zu geben vermag, daß der das deutsche Ehrgefühl

(Zurufe und Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten)

tief verletzende Vorgang sich überhaupt ereignet hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Wird das Wort noch gewünscht? — Das Wort hat der Herr Geheime Regierungsrat Dr. Schäfer.

Dr. **Schäfer,** Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Vor vollständiger Feststellung des Sachverhalts ist die Reichsregierung nicht in der Lage, ein Urteil über den Vorfall abzugeben.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sehr bedauerlich! — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 915, D. Mumm und Genossen (Nr. 2336 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete Hartwig.

Hartwig, Abgeordneter:

Die **Gesellschaft für Kulturforschung E. V.** versendet eine Anzeige der in ihrer Filmabteilung hergestellten **Lehrfilme.** Aus dem Inhalt seien hervorgehoben:

Die bewaffnete Entente und das deutsche „Heer",
Ententeparadies im Rheinland,
Die Besatzungskosten und die deutsche Wohnungsnot,
Besatzungskosten und Kinderelend in Deutschland,
Deutschland auf Abbruch.

Ist die Reichsregierung bereit, die Verbreitung derartiger Lehrfilme nach Kräften zu fördern und allen Versuchen, im unbesetzten Gebiet eine wirksame Verbreitung der Kritik des Versailler Mordfriedens hintanzuhalten, kräftig entgegenzutreten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ober-Regierungsrat Dr. Kahler.

Dr. **Kahler,** Ober-Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Wie bereits in Beantwortung der Anfrage Nr. 904 erklärt worden ist, handelt es sich bei den in der Anfrage genannten **Bildstreifen** um solche, die bezwecken, die Allgemeinheit über gewisse Zustände aufzuklären, die als unangebracht oder entwürdigend empfunden werden. Die

(Dr. **Kahler**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Reichsregierung wird sich das Recht zur **Aufklärung der Öffentlichkeit** auf dem fraglichen Gebiete nicht nehmen lassen,

(sehr richtig! rechts)

zieht es aber vor, sie möglichst der privaten Initiative zu überlassen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Interpellation der Abgeordneten Müller (Franken), **Becker** (Arnsberg), **Erkelenz und Genossen, betreffend den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. von Jagow** (Nr. 2428 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Interpellation beantworten wird.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Joël.

Dr. **Joël**, Staatssekretär im Reichsjustizministerium: Der Herr Reichsminister der Justiz ist bereit, die Interpellation noch in der heutigen Sitzung zu beantworten.

Präsident: Ich nehme an, daß diese Bereitwilligkeitserklärung sich auch auf den folgenden Punkt der Tagesordnung bezieht:

Interpellation der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen, betreffend das Verfahren gegen Herrn v. Jagow (Nr. 2439 der Drucksachen).

(Zustimmung.)

Es wird also in einem weiter vorgerückten Stadium unserer Beratung, wenn wir die übrigen Gegenstände er-
(B) ledigt haben, in die Erörterung dieser Interpellation eingetreten werden.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Lauscher und Genossen, betreffend Verkehrsnot im Kreise Monschau** (Nr. 2440 der Drucksachen).

Auch hier richte ich die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Interpellation beantworten wird.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Joël.

Dr. **Joël**, Staatssekretär im Reichsjustizministerium: Die Interpellation wird innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Präsident: Sie wird dann erneut auf der Tagesordnung erscheinen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 6. Mai d. J. unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten (Nr. 2386 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident! Die Vorlage ist uns heute in der Mappe zugegangen. Nach einer Durchsicht dieser Vorlage sind wir leider nicht in der Lage, sie hier im Plenum ohne weiteres passieren zu lassen. Wir möchten bitten, daß sie einer Kommission (C) überwiesen wird, die wohl in einer Sitzung mit der Angelegenheit fertig wird, am besten wohl dem Auswärtigen Ausschuß.

Präsident: Es wird beantragt, die Vorlage im Auswärtigen Ausschuß zu beraten. Ich nehme allerdings an, daß dann der Auswärtige Ausschuß im Interesse der zu befreienden Kriegsgefangenen die Vorlage noch vor unserem Auseinandergehen erledigt. Das Haus tritt wohl dem Antrage auf Ausschußberatung bei. — Widerspruch wird nicht erhoben; die Vorlage ist dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Wir kommen zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über den an ihn verwiesenen Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) in Nr. 1663 der Drucksachen, betreffend Besatzungszulagen (Nr. 2403 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Most.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Haushaltausschuß beantragt, den Antrag des 23. Ausschusses auf Nr. 1663 über die Besatzungszulagen durch die seitens der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen für erledigt zu erklären. Ich nehme an, daß das Haus diesem Ausschußgutachten auf Nr. 2403 beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist also beschlossen.

Wir kommen zum 7. Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über den an ihn verwiesenen Antrag des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) in Nr. 1651 der Drucksachen, Ziff. 1, 2 und 4 (Nr. 2421 (D) der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Hösle,
Abgeordneter Beuermann.

Bei Ziffer 1 handelt es sich um die Regierungsapotheker, bei Ziffer 2 um die Gruppen für die Kanzleisekretäre der Reichsmittelbehörden und bei Ziffer 4 um die Beförderungsstellen, für die eine Angleichung an die Verhältnisse der preußischen Beamten erzielt werden soll.

Wird das Wort verlangt? — Das scheint nicht der Fall zu sein; dann nehme ich auch hier an, daß das Haus dem Ausschußgutachten auf Nr. 2421, die Ziffern 1 und 3 für erledigt zu erklären und Ziffer 2 anzunehmen, beitritt. — Ein Widerspruch ist nicht erhoben; es ist so beschlossen:

Wir kommen zum 8. Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2345 der Drucksachen).

Berichterstatter Abgeordneter Erkelenz.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter, Berichterstatter: Als Berichterstatter habe ich eigentlich nur wenige Worte zu sagen. Ich habe mich hauptsächlich gemeldet, um die **Ergänzungsanträge** zu begründen, die von vier Parteien dieses Hauses zu dem Gesetz noch gestellt worden sind. Nachdem das Invalidengesetz noch im Mai 1920 und zuletzt im Dezember 1920 die Beihilfen und die Zulagen zu den gezahlten Renten eingeführt hat, war es erforderlich, ähn-

(Erkelenz, Berichterstatter.)

(A) liche **Beihilfen auch für die Angestelltenversicherung** einzuführen. In der Angestelltenversicherung stehen zwar nicht im entferntesten so viel Renten in Frage, wie in der Invalidenversicherung, weil in der Angestelltenversicherung erst die Zahlungen der Renten beginnen, und zwar hauptsächlich erst im Jahre 1923 beginnen. Die Zahl der jetzt in Frage kommenden Renten ist also äußerst gering. Aber sie trifft gerade die Witwen und Waisen, und gerade diese brauchen die Beihilfen natürlich in erster Linie.

Im übrigen ist der Inhalt des Gesetzes so selbstverständlich und klar, daß er an dieser Stelle einer weiteren Begründung nicht mehr bedarf. Ich möchte nur ein paar Worte sagen zu dem Antrag auf Nr. 2430, der den § 4a, der in diesem Entwurf enthalten ist, wieder streichen will. Der § 4a ist durch den Ausschuß eingefügt worden, und zwar bezieht er sich auf die **Ersatzkassen.** Die Ersatzkassen sollen dadurch verpflichtet werden, dieselben Leistungen einzuführen, wie sie in dem Beihilfengesetz hier enthalten sind. Es sind inzwischen dagegen Bedenken geäußert worden, und zwar von Seiten der verschiedenen Länder aus, insbesondere auch von der preußischen Regierung aus, die an dem Zustandekommen des Reichsknappschaftsgesetzes interessiert ist und die die Furcht hat, daß, wenn dieser § 4a in dem Gesetz bleibt, das Zustandekommen des Reichsknappschaftsgesetzes auf längere Zeit hinaus verzögert werden könnte. Weil also aus diesem Grunde die Gefahr besteht, daß der Reichsrat sich unseren Beschlüssen nicht anschließen würde, so beantragen wir, den § 4a der jetzigen Vorlage zu streichen, zumal er an sich auch nicht unbedingt nötig ist. Denn das, was eigentlich damit erreicht werden soll, kann auch im Rahmen der bestehenden Gesetze schon erreicht werden. Die Gleichwertigkeit der Leistung ist und bleibt Voraussetzung der Zulassung als Ersatzkasse.

Mit diesen wenigen Worten als Berichterstatter
(B) möchte ich mich begnügen und möchte nunmehr dazu übergehen, die Anträge zu begründen, die auf Nr. 2427 Ihnen vorliegen. In diesen Anträgen haben sich einige Druckfehler eingeschlichen, deren Beseitigung wir noch beantragen werden.

Was die Abänderungsanträge in der Hauptsache anbetrifft, so möchte ich dazu folgendes sagen. Dem 6. Ausschuß liegen Regierungsentwürfe vor für die **Änderung der Beiträge und Leistungen in der Angestelltenversicherung und in der Invalidenversicherung.** Die Invalidenversicherung ist zweifellos am meisten notleidend; denn sie hat die größten Leistungen zu vollbringen; sie ist auch infolge des Krieges, infolge der großen Zahl von Kranken, Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Notlage gekommen sind, ganz außerordentlich stark belastet. Die finanzielle Unterstützung ist also bei der Invalidenversicherung ganz besonders notwendig.

Es bestanden im Kreise des Ausschusses keinerlei Zweifel darüber, daß der Gesetzentwurf über die Änderung der Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung entweder ganz verabschiedet werden sollte oder doch insoweit noch verabschiedet werden sollte, als es im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Zeit möglich ist.

Ähnlich aber wie in der Invalidenversicherung ist die Lage auch in der Angestelltenversicherung. Zwar sind die finanziellen Lasten dieser Angestelltenversicherung nicht so hoch und die augenblickliche finanzielle Notlage ist nicht so dringend. Aber es liegt auf der Hand, daß die Angestellten auch ihrerseits darauf drängen, eine **Reform der Angestelltenversicherung,** eine **Anpassung an die heutigen Wertverhältnisse** herbeizuführen, und daß sie den dringenden Wunsch haben, diese Änderung des Gesetzes möglichst schnell vorzunehmen. Der Regierungsentwurf enthält ja darüber nähere Bestimmungen, die nun allerdings wieder in den Kreisen der Angestellten, wie es scheint, mancherlei Anfechtungen erfahren. Denn wenn die Renten, wenn (C) die Leistungen überhaupt den heutigen Wertverhältnissen einigermaßen angepaßt werden sollen, dann erfordern sie eine ganz erhebliche Beitragserhöhung. Der höchste Beitrag in der höchsten Gehaltsstufe würde sich dann auf 96,40 Mark im Monat beziffern. Angesichts dieser hohen Beiträge scheinen in den Kreisen der Angestellten doch einige Bedenken aufgetaucht zu sein, ob man so weit schon gehen könne. Es ist an sich ja berechtigt, daß zu diesen Änderungen in der Angestelltenversicherung zunächst der Reichswirtschaftsrat Stellung nehmen soll. Es ist auch wünschenswert, daß den Interessenten selber draußen im Lande Gelegenheit gegeben werden soll zu dem ganzen Neuaufbau der Versicherung Stellung zu nehmen.

Eine völlige Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs war also nicht möglich. Wir haben uns deshalb darauf beschränkt, die dringendsten Bestimmungen jetzt im Rahmen dieses Beihilfengesetzes zu erledigen, um den Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen. Das betrifft einmal die **Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze.** Die Versicherungspflicht erlischt heute bei einem Jahreseinkommen von 15 000 Mark. Da ein sehr großer Teil der Angestellten, und zwar, wie man sagt, etwa die Hälfte, mehr als 15 000 Mark Jahreseinkommen hat, so hat die jetzige Versicherungsgrenze die Wirkung, daß die Hälfte der Angestellten aus der Versicherung ausgeschieden sind oder jederzeit ausscheiden können. Damit werden natürlich die finanziellen Grundlagen der Versicherung verschoben, und um die daraus entstehenden Gefahren zu beseitigen, glauben wir, daß auch jetzt noch, in diesem späten Stadium der Dinge, eine Erhöhung der Versicherungsgrenze eintreten sollte. Ob man die Grenze auf 30 000 Mark oder 40 000 Mark setzen soll, darüber waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Wir haben uns mit der unteren Grenze begnügt, weil wir eben das wichtigste und dringendste erreichen wollten. (D)

Hand in Hand mit dieser Erhöhung der Versicherungsgrenze muß auch ein **Aufbau der Gehaltsklassen** erfolgen. Denn wenn wir die Versicherungsgrenze auf 30 000 Mark erhöhen und im übrigen alles beim alten lassen, dann bedeutet das, daß jemand, der ein Einkommen von 30 000 Mark hat, heute in Papiermark nur dieselben Beiträge zahlt, die jemand vor dem Kriege bei 4000 bis 5000 Mark Einkommen in Goldmark zu bezahlen hatte. Der Mann aber, der heute ein solches Einkommen hat, kann auch entsprechend höhere Beiträge in Papiermark leisten. Es wird also der Stärkung der Versicherung dienen, wenn wir durch den Aufbau von neuen Gehaltsklassen den höher entlohnten versicherten Mitgliedern Gelegenheit geben, höhere Beiträge zu zahlen und damit auch entsprechend höhere Leistungen zu erwerben. Die Erhöhung der Leistungen wollen wir allerdings jetzt noch nicht vornehmen, sondern erst im Herbst nach Wiederzusammentritt des Reichstags, um eine genaue Prüfung und Berücksichtigung der Wünsche zu sichern.

Aus diesen Erwägungen ist der Antrag Nr. 2427 entstanden, der in den Ziffern 3 und 4 des Art. 2 noch versucht, in den Organen der Versicherung die **weiblichen Versicherten gleichzustellen mit den männlichen,** und der weiter in Ziffer 5 die **Beiträge** entsprechend den neuen Gehaltsklassen festsetzt, und zwar sind diese Beiträge einheitlich in gleicher Linie und Höhe vorgesehen wie die Beiträge in dem Invalidenversicherungsgesetz, das uns vielleicht morgen oder übermorgen beschäftigen wird. Wir wollen also in diesen beiden Versicherungszweigen die Beiträge gleichstellen und uns für die Zukunft alles weitere vorbehalten.

Das sind einige der wesentlichen Gesichtspunkte, die in den Beratungen für den Antrag Nr. 2427 angeführt worden sind. Wir bitten um Annahme des Antrags.

(Erkelenz, Berichterstatter.)

(A) Ich lege besonderen Wert auf die Feststellung, daß wir absichtlich alle großen Streitpunkte, die es bei der Angestelltenversicherung gibt, ausgeschaltet haben. Wir haben zum Beispiel die Frage der Selbstverwaltung ausgeschaltet. Wir haben die Fragen ausgeschaltet, ob die Angestelltenversicherung als selbständiges Versicherungsunternehmen bestehen bleiben oder, wie es von einem beträchtlichen Teil des Hauses gewünscht wird, mit der Invalidenversicherung verschmolzen werden soll. Allen diesen Fragen wird durch den jetzigen Antrag nicht vorgegriffen.

Und nun möchte ich noch bitten, den Antrag 2427 zur Hand zu nehmen, in den sich einige Irrtümer eingeschlichen haben, die zweckmäßigerweise schon von hier aus berichtigt werden. Zunächst heißt es in Art. II „Reichsversicherungsgesetz für Angestellte". Das ist falsch, es muß heißen: „Versicherungsgesetz für Angestellte". In Nr. 3 heißt es: „§ 131 Ziff. 1 Abs. 3 wird gestrichen". Diese „Ziff. 1" ist irrtümlich hineingekommen, es muß heißen: „§ 131 Abs. 3 wird gestrichen". Ferner sind in Nr. V bei den Gehaltsklassen L und M hinter dem Komma noch je zwei Nullen hinzuzusetzen. Im Art. III in der letzten Zeile tritt an die Stelle des Wortes „Gesetzes" das Wort „Artikels", um klarzumachen, daß die Bestimmungen des Art. III sich auf dieses Gesetz und diesen Art. III hier beziehen. Im übrigen bitte ich, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

Es wäre bei allen Parteien der Wunsch gewesen, weiterzugehen, und von dem, was der Antrag 2407 enthält, ist auch von unserem Standpunkte aus fast alles annehmbar, nützlich und notwendig. Wir glauben aber, in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit auf manche Dinge verzichten zu müssen, weil wir die Überzeugung haben, daß wir im Herbst mit größerer Ruhe und Klarheit an die Regelung dieser Dinge herangehen können.

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lambach.

Lambach, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Durch den Abänderungsantrag 2427, den der Herr Abgeordnete Erkelenz eben begründet hat, soll in dieses Beihilfengesetz zur Angestelltenversicherung das Kernstück der **Novelle zur Angestelltenversicherung,** die uns vorgelegen hat, eingefügt werden. Der Antrag 2427 hebt aus dieser Novelle zwei Punkte hervor: die Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze und einige Änderungen der Beitragsklassen. Die Novelle zur Angestelltenversicherung ist schon vor ihrem Erscheinen im Ausschuß Gegenstand heftigster Meinungsverschiedenheiten gewesen, sie gehört zu der Gruppe sozialer Versicherungsgesetze, die das Reichsarbeitsministerium in letzter Stunde eingebracht hat und die, obgleich dieses Reichsarbeitsministerium im parlamentarisch regierten Staate doch Gesetze einbringen sollte, die von dem Willen derjenigen Parteien getragen sind, die die Regierung stützen, trotzdem von einer der Koalitionsparteien heftig bekämpft worden sind.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese Bekämpfung hat soweit geführt, daß schließlich diese Koalitionspartei, die Sozialdemokratie, ihren eigenen Koalitionsarbeitsminister in den Ausschuß zitierte und dort seine Gesetzentwürfe derart zerpflückte und die ganze Arbeit des Arbeitsministeriums derart kritisierte, daß nur noch gefehlt hätte, daß der Abgeordnete Hoch, der diese Kritik ausübte, die Gesetzentwürfe in die Hand genommen hätte, um sie zu zerreißen und dem Arbeitsminister vor die Füße zu werfen.

(Hört! Hört! rechts.)

Dann hätte er praktisch das ausgeführt, was mit Worten im 6. Ausschuß erfolgt ist. Es ist selbstverständlich, daß bei einem derartigen Auseinanderfallen der Regierungskoalition in dieser Frage im Ausschuß schließlich keine Einigung erzielt werden konnte. Dort behielten bei den (C) Auseinandersetzungen der Herr Arbeitsminister und sein Vertreter sachlich Oberwasser gegenüber den Sozialdemokraten. Aber trotzdem hat dieser Versuch der Sozialdemokraten schließlich zu einem vollen Sieg ihrer Partei innerhalb der Koalition geführt. Denn es ist ihr gelungen, die wirkliche Durchberatung der Novelle, die auch von den anderen Koalitionsparteien durchaus verlangt wurde und unter dem starken Druck des Drängens der Angestellten aus dem Lande verlangt werden mußte, endgültig zu verhindern und sie bis nach den Ferien hinauszuschieben.

Es ist ihr weiter praktisch das gelungen, was sie schon bei der ersten Beratung des Beihilfengesetzes erreichen wollte, nämlich aus der ganzen Novelle nur den einen Paragraphen, der die Versicherungsgrenze heraufsetzt, ins Beihilfengesetz hineinzunehmen. Denn was sonst gekommen ist an Veränderungen der **Beitragsklassen,** ist in Wirklichkeit — man braucht sich nur die Zahlen anzusehen — angesichts des gesunkenen Geldwerts überhaupt keine wirkungsvolle Heraufsetzung. Sie ist in Wirklichkeit auch keine Verbesserung der Versicherung selbst, die irgendwie zu günstigen Ergebnissen führen könnte.

Es ist ja ziemlich viel Zeit über den Verhandlungen ins Land gegangen, und die Wunde, die in der Koalition klafft, scheint sich schließlich geschlossen zu haben. Denn der Antrag auf Nr. 2427 ist ja offenbar das Ergebnis der neuen Einigkeit, die in dieser neuen Koalitionsehe zustande gebracht worden ist. Aber es ist so ein rechter Wechselbalg, wie er eben zum Vorschein kommen mußte, wenn die eine Partei in der Koalition, die die Selbständigkeit der Angestelltenversicherung unbedingt beseitigen will, sich mit anderen Parteien, die diese Selbständigkeit erhalten wollen, zusammenfindet und obendrein bei den ganzen Verhandlungen für sich die praktischen Erfolge herausholt, für die anderen nur den Schein. (D)

(Hört! Hört! rechts.)

Da muß das, was dabei herauskommt, naturnotwendig ein Doppelgesicht tragen, hinter dem sich scheu eine andere Wesensart versteckt, als sein äußeres Gesicht es darstellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer die deutsche Sozialversicherung und den Werdegang der Angestelltenversicherung als solchen kennt, weiß sofort, daß die ganzen Bestimmungen, die hier über Beitragsleistungen getroffen sind, nichts anderes darstellen als blutigen Hohn auf die Forderungen der Angestellten. Sie sind so aufgebaut, daß sie draußen in der Agitation, die in diesen Wochen vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags kommen soll, so verwandt werden können, daß dabei unter allen Umständen die **Invalidenversicherung** als die viel bessere Schwester der **Angestelltenversicherung** dastehen muß. Denn man tut so, als ob man hier in den neuen Gehaltsklassen eigentlich die gleichen **Beiträge** wie in der Invalidenversicherung erheben wollte. Dort 12 Mark Wochenbeitrag in der obersten Klasse, hier 48 Mark Monatsbeitrag. Nun umfaßt aber der Monat nicht vier, sondern fast $4^1/_2$ Wochen. Praktisch zahlen also die Angestellten mit diesen 48 Mark in diesen Klassen im Monat viel weniger ein, als die Arbeiter einzahlen. Draußen aber wird der Anschein erweckt, als zahlten sie dasselbe ein. Ein **Vergleich der Leistungen** demgegenüber muß infolgedessen für die Angestellten schlecht ausfallen, weil er auf ungerechter Grundlage gemacht wird. Denn erstens sind die Beiträge niedriger. Zweitens haben wir bei der Angestelltenversicherung die Berufsinvalidität gegenüber der Vollinvalidität in der Arbeiterversicherung. Drittens ist die Tatsache festzustellen, daß der Angestelltenversicherung die Reichszuschüsse fehlen, die die Arbeiterversicherung zu ihren Rentenzahlungen erhält. Das Ergebnis kann nur sein: scheinbar gleiche Beiträge,

(**Lambach**, Abgeordneter.)

(A) demgegenüber aber Leistungen bei der Angestelltenversicherung, die schlechter aussehen als die Leistungen der Invalidenversicherung. Das soll natürlich eine wunderbare Grundlage für eine verhetzende Agitation gegen die Angestelltenversicherung draußen im Lande geben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir bedauern es, daß sich die nicht sozialdemokratischen Koalitionsparteien haben dazu herbeifinden lassen, ausgerechnet diesen Antrag, so wie er ist, mit zu stellen. Wir entnehmen zugleich dem ablehnenden Verhalten der ganzen Koalition von gestern, als es sich bei der Beratung der Tagesordnung darum handelte, gleichzeitig den **Antrag Thiel-Moldenhauer-Hergt** mit zur Beratung zu stellen, daß sich die sämtlichen Koalitionsparteien vor einem Vergleich ihres Antrages mit dem Antrage, der der Angestelltenversicherung das wirklich Notwendige bringt, scheuen, denn sonst hätten sie sich nicht gegen diese Beratung gewehrt und unsern Antrag von der Tagesordnung ferngehalten. Dabei hätten sie allerdings nicht die Möglichkeit gehabt, mit ihrem Antrag allein dazustehen, sondern Zeile für Zeile wäre Gelegenheit gewesen, nachzuweisen, inwieweit der Koalitionsantrag hinter dem wirklich Notwendigen zurückbleibt.

Ein weiteres bemerkenswertes Kennzeichen ist dann die Mitunterschrift der **Unabhängigen Sozialdemokratie** unter dem **Koalitionsantrag.** Wir sehen die Regierungskoalition von der Linken her gestützt, die Regierungskoalition, die sich auch in dieser Frage nach links hin erweitert im Gegensatz zu der Entwickelung, die draußen im Lande vor sich geht, wo die Abwanderung der Angestelltenmassen aus den Verbänden, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, von deren eigenen Leitungen ja nicht mehr bestritten wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Lachen links.)

(B) Denn die Tatsache, daß der Verband, dem der sozialdemokratische Abgeordnete Giebel angehört, der **Zentralverband der Angestellten,** in seinen eigenen Veröffentlichungen zugibt, daß er im vergangenen Jahre 69000 Mitglieder verloren hat,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

beweist doch deutlich genug, wie die Entwicklung draußen im Lande geht. So wird denn auch die Antwort der Angestellten auf diesen Antrag und die ganze Behandlung ihrer Versicherung, die sie sich seinerzeit in eigenen zehnjährigen Mühen erkämpft haben, kritisch ausfallen, einer Versicherungsform, die damals — die Wahlen standen ja gerade vor der Tür — auch die Zustimmung der Sozialdemokraten gefunden hat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Gewiß, die anderen Verbände, die auf nationalem Boden stehen, nehmen zu,

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

und die Verbände, die auf sozialdemokratischem Boden stehen, verlieren 69000 Mitglieder, wie Sie selbst zugeben.

(Erneute Zurufe.)

Das ist eindeutig und klar, und demgegenüber kann man auch mit irgendwelchen Zwischenrufen keine andere Darstellung zuwege bringen.

(Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir von der deutschnationalen Volkspartei wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung der Interessen der Angestellten, gegen die ganze Methode der Verhandlung, wie sie von seiten der sozialdemokratischen Abgeordneten geübt worden ist.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir werden nicht verfehlen, dafür zu sorgen, daß es auch draußen im Lande weithin bekannt wird, daß die Angestellten erfahren, wie man hier mit ihrer Versicherung umzugehen gedenkt, deren Vermögen man braucht, um einmal die Kassen der eigenen Landesversicherungsanstalten wieder zu füllen und schließlich Wahlkörper zu schaffen, in denen die Angestellten nicht mehr allein für sich zu wählen haben, sondern in denen man die Angestellten in den allgemeinen großen Arbeitnehmerbrei hineinpressen will, in dem dann natürlich die Angestelltenstimmen stets in der Minderheit bleiben müssen. (C)

Wir sehen in der ganzen Entwicklung, wie sie sich bis zu diesem Antrage der Koalitionsparteien mit liebevoller Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokraten vollzogen hat, einen ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn, auf der es keinen Halt mehr geben wird, wenn nicht die bürgerlichen Parteien, die auch hier heute erklärt haben — und denen wir es durchaus glauben —, daß sie die **Angestelltenversicherung als besondere Anstalt** erhalten wollen, auf dieser Bahn entschieden und schnell ein Halt machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Denn auf dem Wege, wie er hier durch die Beitragssätze begonnen worden ist, auf dem Wege, auf dem die ganzen Verhandlungen geführt sind, gibt es schließlich kein klares zielbewußtes Eintreten derer, die sich gegen den Marxismus erklären, für die Angestelltenversicherung gegenüber den Annexionswünschen der Linken, zu denen sich der Abgeordnete Aufhäuser bei der ersten Beratung der Novelle hier im Plenum klipp und klar bekannt hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir werden deshalb dem Beihilfengesetz als solchem unsere Zustimmung geben, aber gegen die Beitragssätze des Koalitionsantrags stimmen und dafür sorgen, daß diese ganze Art der Mißhandlung der Angestelteninteressen durch die Sozialdemokratie draußen im Lande ihren richtigen Widerhall findet.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiel. (D)

Thiel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Behandlung des Gesetzes, betreffend die Gewährung von Beihilfen zu den Renten aus der Angestelltenversicherung, würde, wenn nicht der Antrag auf Drucksache 2427 vorgelegen hätte, wahrscheinlich einer Aussprache nicht bedurft haben. Wir geben der Vorlage, so wie sie uns vorliegt, ohne weiteres unsere Zustimmung. Aber der Antrag auf Drucksache 2427 mußte uns außerordentlich überraschen, um deswillen, weil darin zum Ausdruck kommt, daß diejenigen bürgerlichen Parteien, die ihn mitunterzeichnet haben, durch den Widerstand der Sozialdemokratie gegen eine gesunde Fortentwicklung der Angestelltenversicherung schließlich mürbe gemacht und auf den Weg gebracht sind, auf den die Sozialdemokratie im Interesse ihres Zieles, das nicht das Ziel der breiten Massen der Angestellten ist, sie schließlich drängen wollte, das Ziel, das die sozialdemokratischen Parteien während der Beratung im Ausschuß ganz unverhüllt zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben in der Presse in diesen Tagen aufs neue ihr Ziel verkündet, das darauf hinausläuft, daß die Versicherung, die seinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Reichstags und, wie es das Verhandlungsprotokoll vom 5. Dezember 1911 bekundet, unter „lebhaftem allseitigen Bravo" hier einstimmig angenommen wurde, daß dieses Gesetz beseitigt, die auf ihm beruhende besondere **Angestelltenversicherung** zerschlagen und die Angestelltenschaft in die **allgemeine Invalidenversicherung** zurückgerissen wird.

Es ist in einer früheren Auseinandersetzung über diese Frage von einem Redner der Linken der Ausdruck gebraucht worden, daß es Standesdünkel sei, der sich gegen eine solche Entwicklung stemme. Wenn der Vorwurf des Standesdünkels einer Masse von 753 000 An-

(Thiel, Abgeordneter.)

(A) gestellten gemacht wird, die bei der Schaffung dieses Gesetzes auf dem Boden des Gesetzes gestanden haben, gegenüber einer Gegnerschaft von 69 000, die damals in der freien Vereinigung vereinigt waren und an Zahl ungefähr das darstellen, was nach dem Bericht des Zentralverbandes der Angestellten, der vorhin hier angeführt wurde, allein aus einer sozialdemokratischen Angestelltenorganisation im vorigen Jahre davongelaufen ist,

(hört! hört! rechts)

dann, sage ich, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß für die bürgerlichen Parteien, deren Angehörige aus dem Angestelltenstande wohl ausnahmslos auf dem Boden, den wir hier glauben betreten und festhalten zu müssen, stehen, auf diesem Boden eine gesunde Entwicklung der Angestelltenversicherung möglich ist.

Welche Gründe waren es denn, die zu dem **Angestelltenversicherungsgesetz** geführt haben? In der **Begründung** zu diesem Entwurf ist folgendes ausgesprochen:

> Der vorliegende Entwurf will den Angestellten, insbesondere den Werkmeistern und Technikern, Betriebsbeamten und anderen in einer gehobenen Tätigkeit berufsmäßig Beschäftigten sowie den Handlungsgehilfen einen Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge sichern, als es ihnen durch die Arbeiterversicherung geboten werden kann.

Dieser Zielpunkt der ganzen Entwickelung, die zur Schaffung des Angestelltenversicherungsgesetzes geführt hat, wird auf das deutlichste geleugnet von den bürgerlichen Parteien, die den Antrag 2427 unterzeichnet haben. Es ist bedauerlich, daß sie sich dazu hergeben, hier offen zu bekunden, daß sie in der Beitragsleistung eine schematische Gleichstellung mit der Invalidenversicherung zubilligen. Es ist klar, daß bei gleich hohen **Beiträgen** beider Versicherungen angesichts der ganz anders gearteten, erleichterten Bezugsbedingungen für die **Leistungen der Angestelltenversicherung**

(B) **gegenüber der Invalidenversicherung** ganz selbstverständlich nominell schließlich kleinere Leistungen sich ergeben würden, als sie der Invalidenversicherung mit ihren ungünstigeren Auszahlungsbedingungen und mit ihrem Reichszuschuß bei den gleichen Beiträgen möglich wären.

Während also damals bei Schaffung der Angestelltenversicherung das Haus einstimmig auf dem Standpunkt gestanden und mit lebhaftem Bravo die Konsequenz aus der Stellung begrüßt hat, daß den Angestellten ein höheres Maß sozialer Fürsorge gewährt werden soll, wird dies heute in das Gegenteil umgekehrt; denn die Folge von gleich hohen Beiträgen bei ungleichen Auszahlungsbedingungen bringt natürlich ganz ungleiche ziffernmäßige Leistungen.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß wir zunächst einmal vor aller Öffentlichkeit die bürgerlichen Parteien vor die Frage stellen müssen, ob sie von dem Standpunkt, den sie damals am 5. Dezember 1911 vertreten haben, als das Angestelltenversicherungsgesetz geschaffen wurde auf der Grundlage, Beiträge bis zu acht Prozent des Einkommens zu erheben und dafür erheblich weitergehende Fürsorge für die Zukunft der Angestellten zu sichern, als sie für die breiten Massen der Arbeiterschaft möglich war, abweichen wollen. Denn sonst wäre es nicht zu verstehen, was der Antrag der Regierungsparteien verlangt, die Angestelltenversicherung mit den gleichen Beitragssätzen abspeisen zu wollen, wie sie für die Invalidenversicherung unter ganz anderen Voraussetzungen festgelegt sind.

Wenn der Antrag auf Drucksache 2427 Gesetz werden würde, dann würden sich aber auch daraus solche Schwierigkeiten ergeben, meine Damen und Herren, daß wir in den nächsten Wochen die allergrößten Klagen erhalten würden. Ich vermisse in diesem Antrag eine Bestimmung, die bei einer Erhöhung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze unentbehrlich ist, die davon handelt, wie es gehalten werden soll bei der **Befreiung von bisher nicht versicherungspflichtig gewesenen Angestellten,** die sich durch den Einkauf in eine **Lebensversicherung** bereits hohe Beitragsleistungen auferlegt haben, weil sie nicht auf den Reichstag warten wollten mit der Sicherstellung ihrer Zukunft. Es bleibt die Frage, was mit diesen Angestellten werden soll, wenn sie daneben nun jetzt wieder versicherungspflichtig werden, ohne die Möglichkeit zu haben, auf Grund dieser abgeschlossenen Lebensversicherungen sich von der Beitragsleistung für ihre Person aus der Angestelltenversicherung zu befreien. Das ist früher sowohl bei der Schaffung des Gesetzes als auch später bei der Heraufsetzung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze hier im hohen Hause als selbstverständlich angesehen worden. Sie finden eine solche Vorschrift auch in meinem Antrage, der Ihnen auf Drucksache 2407 vorliegt und der aus allzu leicht verständlichen Gründen gestern mit Zustimmung auch der bürgerlichen Parteien, die den Antrag auf 2427 unterzeichnet haben, von der Tagesordnung abgesetzt worden ist, damit nur ja nicht unter Heranziehung dieses Antrages eine wirklich sachliche Erledigung der schwebenden Fragen möglich wäre. (C)

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Weil er zu spät eingebracht worden ist!)

Unentbehrlich ist auch eine solche Bestimmung, wie sie in meinem Antrage unter Art. III wiedergegeben ist; denn es kann doch kein Zweifel herrschen, daß es ein Unding ist, die versicherungspflichtige Gehaltsgrenze emporzuschrauben, ohne daß man Rücksicht auf diejenigen Angestellten nimmt, die seinerzeit versichert waren, dann aus der Versicherungspflicht herausgekommen sind und sich nicht freiwillig weiterversichern konnten, weil ihnen die Mittel dafür fehlten, aus eigener Kraft die Beiträge aufzubringen. Es ist unmöglich, die **Heraufsetzung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze** festzulegen, ohne gleichzeitig im Gesetz die Bewertung der Zeitabschnitte zu regeln, die zwischen der (D) Zeit des Verfalls ihrer Versicherungspflicht und der des Wiedereintritts der Versicherungspflicht liegt. Auch diese Regelung ist bei allen früheren Gelegenheiten ähnlicher Art durchgeführt worden. Ohne jede Aussprache hier im Hause würde sich diese Frage durch das Einsetzen entsprechender Bestimmungen, so wie sie mein Antrag vorsah, glattweg haben erledigen lassen. Es wäre also keine Erschwerung der Verhandlungen gewesen.

Mit welchem Dilettantismus man aber an diese Geschichte herangegangen ist, möchte ich nur an einem einzigen **Rechenbeispiel** zeigen, aus dem ersichtlich ist, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn dieser Antrag 2427 Gesetz werden würde. Meine Damen und Herren! Nehmen wir an, daß ein Angestellter 10 Jahre lang in der hier vorgeschlagenen Gehaltsklasse M versichert gewesen wäre. Dieser würde an **Beiträgen** bezahlt haben 5760 Mark. Er würde im Falle der Berufsinvalidität eine **Rente** in Höhe von 1440 Mark jährlich zu beanspruchen haben. Ich behaupte, daß eine so hohe Rente angesichts solcher Beitragsleistungen von der Versicherung einfach nicht getragen werden kann, weil die Rente nicht im Verhältnis steht zu den Beiträgen und den Grundlagen, nach denen der ganze Rechnungsaufbau der Angestelltenversicherung gestaltet worden ist. Nehmen wir an, daß ein Angestellter, der ebenfalls 10 Jahre in der Klasse M versichert gewesen ist, außerdem aber noch 7 Jahre lang in der Vergangenheit in der Klasse H versichert gewesen wäre, dann hätte er weitere 1680 Mark gezahlt. Seine gesamten Beitragsaufwendungen wären gegenüber dem erstgenannten Beispiel auf 7440 Mark gestiegen. Wenn man aber nun die Grundlage für die Berechnung der Rente nicht ändert, wie es der Antrag 2427 tut, dann würde derjenige Angestellte, der 17 Jahre versichert war und 7440 Mark gezahlt hat, 1356 Mark Rente beziehen,

(Thiel, Abgeordneter.)

(A) während derjenige, der nur 10 Jahre versichert war und nur 5760 Mark Beitrag gezahlt hat, 1440 Mark, also 84 Mark Rente mehr beziehen würde, obgleich er an Beiträgen etwa 1700 Mark weniger bezahlt hat als der andere.

(Hört! Hört! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß wir dem hohen Hause zumuten können, auf den Boden einer derartigen Gesetzgebung zu treten. Ich glaube nicht, daß auch einer der Vertreter derjenigen Parteien, die diesen Antrag unterzeichnet haben, die Verantwortung dafür übernehmen will, daß diese bisher versicherten Angestellten in dieser Weise aufs empfindlichste geschädigt werden können. Aus diesen Gründen heraus möchte ich gerade denjenigen, die die Nährväter dieses Gedankens und die Triumphatoren in dieser Politik gewesen sind, das zurückgeben, was sie in den Ausschußberatungen dem Arbeitsministerium, das sorgfältigere Arbeit geleistet hat, entgegengeschleudert haben, daß man nämlich solche Arbeit nicht machen darf, ohne sich in die versicherungstechnischen Grundlagen zu vertiefen,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei)

ohne daß man sich mit den Grundlagen eines Versicherungsgesetzes eingehender vertraut macht. Nur wenn man das tut, kann man dazu beitragen, eine Entwicklung zu fördern, die aufwärts und vorwärts geht, während hier das zerschlagen wird, was mit großer Mühe seit 20 Jahren von den Angestellten gepflegt und aufgebaut und schließlich als ein Kernpunkt unserer ganzen bürgerlichen Angestelltenpolitik zu betrachten ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich möchte hier von dieser Stelle aus an die deutsche Angestelltenschaft die Frage richten, ob sie sich eine derartige geradezu unwürdige Behandlung ihrer vitalsten Interessen länger gefallen lassen wollen, oder ob sie

(B) schließlich nicht mit denen abrechnen wollen, die glauben, wenn es sich um Angestellteninteressen handelt, einfach zur Tagesordnung übergehen zu können oder aber mit ihnen dumme Männekens spielen zu können.

(Bravo! rechts. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Ist die Agitationsrede nun zu Ende? — Gegenrufe von der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man könnte mit Bezug auf diese kleine Gesetzesvorlage sagen: kleine Ursachen, große Wirkungen! Der Herr Kollege Lambach glaubte sogar, das Gesetz mit dem Marxismus in Verbindung bringen zu müssen. Er redete so etwas daher, als wenn die Öffentlichkeit glauben sollte, daß dieses Gesetz etwas mit marxistischen Gedanken oder Grundsätzen zu tun habe. Anders Herr Kollege Thiel! Herr Kollege Thiel glaubt, als alleiniger Vertreter der Angestelltenschaft mit allem Nachdruck dafür sorgen zu müssen, daß seine Person bei den Erörterungen über diesen Gegenstand in den Vordergrund gerückt und daß die Aufmerksamkeit der Angestelltenschaft auf seine Ausführungen gelenkt und damit zugleich von dem abgelenkt würde, was er an Nachteiligem für die Angestelltenversicherung selbst im Schilde führt.

Ich bin der Meinung, daß das Gesetz, das uns gegenwärtig vorliegt, wirklich nicht so aufsehenerregend ist, daß stundenlang darüber gesprochen werden müßte.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Grundsatz ist zweifellos gut, daß Beihilfen gewährt werden sollen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, bei der Gelegenheit der **Bewilligung der Zulagen** daran zu denken, daß das dicke Ende nachkommen wird in der Gestalt der **Deckungsfrage.** Da allerdings, glaube ich, scheiden sich die Wege, die wir gehen und die die Mehr- (C)
heit dieses Hauses bisher gegangen ist. Wir sagen, daß die ganze Sozialversicherung anders gestaltet werden muß. Wir wollen vor allen Dingen mit dem durchaus ungerechtfertigten Zustande aufräumen, als dessen Verteidiger sich Herr Thiel soeben hier geriert hat, daß eine **Grenze zwischen Arbeitern und Angestellten** gezogen wird.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

— Ja, „hört, hört", Herr Abgeordneter Mumm! Wenn Sie sich zu den Arbeitern nicht rechnen und glauben, daß Sie ein Angestellter sind, so ist das Ihre Sache, und Sie mögen sich damit abfinden. Aber im allgemeinen sagen wir, daß die soziale Gesetzgebung nicht vor den Schranken der Berufsständigkeit Halt machen soll, sondern, daß jedes Glied der Gesellschaft, sofern es der Gesellschaft nützliche Arbeit geleistet hat und sofern es im Dienste der Allgemeinheit zu Schaden gekommen ist, im Dienste des Kapitalismus seine gesunden Glieder hat opfern müssen, Anspruch darauf hat, von der Gesellschaft versorgt zu werden, unbekümmert darum, ob es ein Arbeiter oder Angestellter, ob es ein Mittelständler oder sonstwer sein mag. Die Gesellschaft hat die Pflicht, diese Opfer des kapitalistischen Systems gleichmäßig zu behandeln und sie vor der Not zu schützen. Sie allerdings wollen ja, daß die Klassengegensätze, daß die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, Angestellten und Beamten möglichst aufgerichtet und für alle Zeiten konserviert werden. Das könnte Ihnen so passen!

Die Väter des Gesetzes mögen von dem Gedanken ausgegangen sein, daß man mit der Angestelltenversicherung den Angestellten, den Beamten, den Werkmeistern und dergleichen eine bessere soziale Fürsorge zuteil werden lassen wolle, als die Sozialgesetzgebung sie bisher den Arbeitern gewährte. Aber ist denn das ein sozialer Gesichtspunkt? Ist dieser Gesichtspunkt denn in einer Zeit aufrechtzuerhalten, wo alles bei uns darniederliegt, wo (D)
nicht nur der Arbeiter und der Angestellte, wo weite Kreise des Bürgertums, ja wo neun Zehntel der Bevölkerung unter den Schäden einer Politik leiden, die das deutsche Volk in den Abgrund getrieben hat? In der gegenwärtigen Zeit ist für die Klassenunterschiede und die Aufrechterhaltung der Sonderversicherungen weniger Platz, als es früher vielleicht der Fall gewesen sein mag, der Fall gewesen sein mag nach der Ansicht der Freunde des Herrn Thiel und des Herrn Thiel selbst. Erkennt man an, daß das Reich die Pflicht hat, in Fällen sozialer Nöte einer bestimmten Schicht mehr zu geben als das, was bisher einer anderen Schicht gegeben worden ist, so gibt man damit die Ungerechtigkeit des bisherigen Systems zu, das wir allerdings vollkommen umgestalten wollen. Deshalb werden in dem Augenblick, wo sich der Reichstag mit der Deckungsfrage für diese Beihilfen zu beschäftigen haben wird, jedenfalls härtere Kämpfe ausgefochten werden, als das heute der Fall ist, wo die Deckungsfrage ausgeschieden worden ist.

Wir sind aber der Meinung, daß selbst der Antrag auf 2427, der die **Versicherungsgrenze** bis auf 30 000 Mark erhöhen will, nicht weitgehend genug ist und weit hinter dem zurückbleibt, was die Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bei einer früheren Gelegenheit, wo die gleiche Frage zur Besprechung stand, selbst verlangt haben. Damals wurde uns gesagt — und das trifft auch jetzt noch zu —, daß aus den Angestelltenkreisen selbst der Wunsch noch laut geworden ist, nicht nur die Grenze zu erhöhen, sondern jede Grenze fallen zu lassen. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen man jetzt, nachdem man die Möglichkeit gefunden hat, eine Neuregelung vorzunehmen, von diesem Standpunkt der Ausschaltung jeder Begrenzung nach oben abgekommen ist. Wenn schon an den Bestimmungen des Gesetzes geändert wird, dann sollte man doch

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) gleich das nehmen, was man bei einer anderen Gelegenheit zu vertreten für richtig gehalten hat, dann sollte man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, wie das gegenwärtig leider wieder geschehen ist.

Die Gewährung von Zuschüssen wird also unsere Zustimmung finden, aber darüber hinaus glauben wir kaum, daß wir uns diesem Gesetzentwurf anschließen können. Wir wünschen — das war auch der Leitgedanke des Herrn Kollegen Hoch im sozialen Ausschuß —, daß das **Angestelltenversicherungsgesetz** dem Gesetz für die **Arbeiterversicherung** möglichst **angegliedert** wird. Trotz der redlichen Bemühungen im Ausschuß vermisse ich, daß irgend etwas in dieser Richtung geschehen ist. Es ist nichts geschehen, um den einseitigen Klassencharakter dieser Angestelltenversicherung zu beseitigen und eine Annäherung an das Arbeiterversicherungsgesetz zu finden. Das aber muß das Streben jeder Reform sein. Oder aber wir begnügen uns jetzt damit, den Angestellten, die Renten beziehen, die Beihilfen zu gewähren und alles andere auszuschalten und das dann bei der kommenden Reform zu erledigen. Steigt man mit der Festsetzung der neuen Beitragsklassen und mit der Erhöhung der Berechtigungsgrenze in die Materie der Angestelltenversicherung hinein, dann verhindert man dadurch in Zukunft das Zusammenlegen beider sozialen Versicherungsgesetze.

Also wir glauben, daß es notwendig und zweckmäßig ist, den Angestellten jetzt mindestens das zu gewähren, was die Arbeiterversicherung allgemein an Beihilfen zu den Renten gewährt hat, daß aber darüber hinaus all die anderen Fragen nicht jetzt zur Erledigung kommen sollen, sondern erst dann erledigt werden müssen, wenn die Reform des Angestelltenversicherungsgesetzes akut geworden ist, wenn wir dazu kommen, den Versuch zu machen, die Angestelltenversicherung an die soziale Arbeiterversicherung im allgemeinen anzugliedern.

(B) (Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das wird zweckmäßiger sein, als wenn wir jetzt wieder bei den Angestellten den Glauben erwecken, es geschähe etwas für sie, während wir aber in Wirklichkeit an den gegenwärtigen Zuständen nichts ändern.

Wenn wir nun zu dieser Überzeugung gekommen sind, so möchte ich sagen, daß die Schuld dafür, daß nicht mehr auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung erreicht werden konnte, durchaus nicht bei jenen Parteien gesucht werden muß, die sich weigern, über die Gewährung der Beihilfen hinaus in die Materie der Angestelltenversicherung hineinzugreifen, sondern daß die Schuld lediglich bei der **Regierung** liegt, die glaubt, mit der **Sozialgesetzgebung**, gleichviel welches Gebiet sie betrifft, nach Belieben schalten und walten zu können. Die Schuld liegt bei der Regierung, weil sie die Sozialgesetze zu einer Zeit an das Plenum oder an den Ausschuß bringt, die es einfach nicht ermöglicht, grundlegende Änderungen vorzunehmen oder doch die Materie in einer Form zu behandeln, daß etwas Nennenswertes geschaffen werden kann.

Ich erinnere daran, daß die ersten Beihilfen für die Unfall- und Invalidenversicherung unmittelbar vor den Weihnachtsferien an uns gelangten, daß man auch da zwischen Tür und Angel — die Hälfte der Abgeordneten hatte den Reisekoffer schon gepackt, stand schon gewissermaßen vor der Tür — uns zumutete, die Beihilfen Hals über Kopf zu verabschieden. Vor den Osterferien war es dasselbe mit einer anderen sozialen Gesetzesmaterie. Und genau so liegt es heute wieder. Sie sehen ja auch heute die wunderbare Interesselosigkeit des sogenannten hohen Hauses, wo es sich darum handelt, die Schäden, die Ihre Gesellschaftsordnung am Volkskörper angerichtet hat, zu beheben. Wir sehen, daß kein Mensch in dieser vorgeschrittenen Zeit mehr glaubt, hier im Hause bleiben zu können, um dieser Materie das Interesse zu widmen, das notwendig wäre, um endlich Abhilfe auf diesem Gebiete zu schaffen. Wir sehen, daß genau in derselben Zeit das Plenum in die Zwangslage versetzt wird, kurz vor Toresschluß Gesetze zu verabschieden, die eine gründliche Durchberatung der ganzen Materie verlangen. Das ist einfach nicht möglich. Es wird Galopparbeit geleistet und, meine Damen und Herren, diese Galopparbeit ist dann allerdings auch danach. (C)

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Kollege Hoch hat verschiedentlich im Ausschuß gesagt — und andere Mitglieder von Ihnen haben das bestätigt, Herr Kollege Erkelenz —, daß manch eine Gesetzesvorlage, die die Regierung zwischen Tür und Angel an den Ausschuß oder an den Reichstag gebracht hat, Bestimmungen enthält, die sich nachher als einfach unmöglich erwiesen, die nur hineinkommen konnten, weil die zuständige Stelle nicht die Zeit gehabt oder nicht den Weg gefunden hat, um rechtzeitig diese Gesetzesmaterie ans Plenum zu bringen. Ich fürchte allerdings, daß bei diesem Tempo, das jetzt eingeschlagen worden ist — Sie wissen, daß nicht nur das Angestelltenversicherungsgesetz, sondern daß auch die Invalidenbeiträge und andere Gesetze noch im sozialen Ausschuß liegen —, ich fürchte, daß bei dieser Methode auch jetzt in den Anträgen, die Sie von den Mehrheitssozialisten, den Bürgerlichen und den Unabhängigen glauben stellen zu müssen, wieder Dinge enthalten sind, daß man nicht ohne weiteres sagen kann, wie sie sich in ihrer Wirkung auf die gesamte Gesetzgebung gestalten werden. Wir sind der Meinung, wir bescheiden uns zunächst bei dem, was das Gesetz vorschlägt. Die Erhöhung der Beihilfen ist im Ausschuß durchgesetzt worden — wobei ich bemerken will, daß auch diese Erhöhung den Verhältnissen bei weitem nicht entspricht.

Wenn Herr Kollege Lambach auf die angefügten **neuen Beitragsklassen** hingewiesen und gesagt hat, daß diese Erhöhung überhaupt keine Erhöhung sei, gemessen (D) an dem Tiefstand unserer Valuta, dann möchte ich ihm nur sagen, daß die Beihilfen, die Sie im Gesetz den Angestellten gewähren, durchaus kein Ausgleich sind, gemessen an der Entwertung unseres Geldes. Was also auf der einen Seite für Sie ausschlaggebend dagegen sein soll, ist für mich maßgebend dafür, daß wir weit über das Gesetz hinausgehen müßten, daß wir die Beihilfen wirklich als nennenswerte Zuschüsse zu den Unterhaltskosten der Rentner gestalten müssen. Aber ich sage, wir wollen den Beihilfen zustimmen, darüber hinaus aber müssen wir alle anderen Anträge ablehnen, bis das Gesetz selbst gründlich bearbeitet werden kann.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Aussprache hat sich in der Hauptsache nicht auf die Vorlage, die uns beschäftigt, erstreckt, sondern auf die **Änderung der Arbeiterversicherung** im allgemeinen. Dies ist eine Aufgabe, die überaus schwer ist und bei der es darauf ankommen wird, alle Kräfte anzuspannen, um aus den schwierigen Verhältnissen möglichst gut herauszukommen, in die die Arbeiterversicherung durch den Krieg herabgedrückt worden ist.

Um so bezeichnender ist es, daß bei dieser Gelegenheit die Redner der beiden Rechtsparteien in einer Weise vorgegangen sind, die so tief steht, daß etwas Tieferes und Niedrigeres gar nicht gedacht werden kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

— Jawohl, der Herr Kollege Lambach wußte hier nichts Besseres zu tun, als eine Zänkerei darüber zu beginnen, welche Verbände an Mitgliedern zugenommen oder abgenommen haben. Ich glaube, daß es nur seiner „hohen"

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) und „weitblickenden" Auffassung möglich ist, den Zusammenhang der Zänkerei mit dieser Angelegenheit zu erfassen.

Auch die übrigen Ausführungen der beiden Redner der Rechtsparteien beruhten auf einer Verdrehung der Tatsachen.

(Lachen rechts.)

Die Herren haben nicht über das gesprochen, um was es sich hier in Wahrheit handelt; sondern sie haben uns nach der Art, wie die allertraurigsten Klopffechter vorgehen, etwas anderes untergeschoben und dagegen gesprochen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren haben es so hingestellt, als wenn mit dem Antrage, der von den beiden sozialdemokratischen Parteien, der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei vorgelegt worden ist, die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz erledigt wäre; als ob damit die ganze **Reform der Angestelltenversicherung** abgetan wäre; als ob jetzt die Festsetzung der Beiträge endgültig sei und nur den Zweck habe, die Beiträge in der Angestelltenversicherung möglichst niedrig zu halten, damit gesagt werden kann: seht, wie ungenügend die Angestelltenversicherung ist.

Herr Lambach sowohl wie Herr Thiel haben den Verhandlungen im Ausschuß beigewohnt, ein Mißverständnis kann gar nicht vorliegen. Aber selbst wenn die Herren in all den Sitzungen geschlafen hätten, hätten sie aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters entnehmen müssen, daß von dem, was sie hier vorgetragen haben, kein Wort zutrifft. Was jetzt nach dem Antrag in bezug auf die **Festsetzung der Beiträge** geschehen soll, ist ein Notbehelf, der mit der endgültigen Regelung der Angestelltenversicherung nichts zu tun hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sachlage war eben so, daß es gar nicht möglich (B) war, das Angestelltenversicherungsgesetz jetzt mit der unbedingt notwendigen Gründlichkeit zu erörtern und noch vor der Sommerpause zu verabschieden. Das wissen die Herren Thiel und Lambach. Herr Thiel selbst hat ja dafür einen bezeichnenden Beweis geliefert. Herr Thiel hat einige der Fragen herausgegriffen, die bei der Regelung der Beiträge in Betracht kommen, und hat sich gewaltig darüber entrüstet, daß nicht diese Fragen erörtert worden sind. Herr Thiel hat sich im 6. Ausschuß bei jeder Gelegenheit als Sachverständiger aufgespielt, sich dabei aber als ein Mann gezeigt, dem ein tieferes Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Angestelltenversicherung fehlt.

(Zuruf rechts: Von Ihrem Standpunkt!)

— Jawohl! — Aber auch er muß wissen, daß mit der Frage der Beiträge und der Leistungen der ganze Plan der Arbeiterversicherung verknüpft ist, einschließlich der Angestelltenversicherung. Und wie hätten wir alle die wichtigen und schwierigen Fragen der Angestelltenversicherung in den wenigen Tagen erledigen können, die wir, seitdem uns die Vorlage über die Angestelltenversicherung zugegangen war, noch zur Verfügung hatten?

Herr Thiel hat, wie in fast allen seinen Worten, das Gegenteil der Richtigkeit gesagt, als er anführte, seinerzeit sei die **Angestelltenversicherung** mit Jubel angenommen worden und von allen Seiten sei gesagt worden, das sei ein herrlicher Fortschritt.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Lesen Sie doch den Verhandlungsbericht vom Dezember 1911!)

— Ach, seien Sie nur ruhig, ich kenne ihn so gut wie Sie. Sie werden schon hören, warten Sie nur ab! — In der ganzen Verhandlung über das Angestelltenversicherungsgesetz haben meine Parteigenossen von Anfang an auf die schweren Mängel dieses Gesetzes hingewiesen; und an demselben Tage, den Herr Thiel hier angeführt hat, an dem das Gesetz dann einstimmig angenommen (C) worden ist, habe ich im Namen meiner Fraktion hier von dieser Stelle gesprochen und habe die großen Bedenken dargelegt, die wir gegen das Gesetz hatten, und habe dann geschlossen, —

(Zuruf rechts: Trotzdem waren die Vorzüge größer!)

— Seien Sie doch nicht so aufgeregt; ich war ja gerade im Begriff das zu sagen. Sie halten mich ganz unnötig auf; und aus der Fassung bringen Sie mich doch nicht; darauf können Sie sich verlassen. — Ich sage, ich habe im Namen meiner Fraktion auf die großen Mängel des Gesetzes hingewiesen und habe geschlossen, indem ich den Gedanken aussprach: So schlecht das Gesetz ist, es zieht endlich die Angestellten in die Sozialversicherung hinein, etwas, wogegen Sie sich immer und immer wieder gesträubt hatten; nur durch den Druck unserer Agitation haben wir Sie dazu gezwungen. Und deshalb stimmten wir für dieses Gesetz, damit wir Sie auf diesem Boden halten könnten, um dann weiter auf dieser Grundlage zu arbeiten und die Angestelltenversicherung weiter auszubauen.

(Zuruf rechts: Das glaubt Ihnen ja kein Angestellter!)

Das beweist der stenographische Bericht über jene Sitzung!

Auch die weitere Behauptung der Herren Thiel und Lambach ist durchaus unrichtig, als ob wir mit dem „herrlichen" Gebäude der Angestelltenversicherung eine Musterleistung bekommen hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Kein einziger Zweig der Arbeiterversicherung hat so versagt wie die Angestelltenversicherung. In der Angestelltenversicherung ist das **Kontoverfahren**, worauf die ganze Buchung aufgebaut ist, kläglich zusammengebrochen, wie wir es vorausgesagt haben. Und trotzdem die Herren gesehen haben, daß sie gescheitert sind, haben sie sich mit allen Kräften dagegen gewehrt, ein anderes Verfahren einzuführen; nur damit sie etwas voraus haben vor der Arbeiterversicherung und zeigen können, daß sie „höhere" (D) Menschen sind.

(Lachen rechts.)

Sie haben immer und immer wieder ungeheure Summen für die **Verwaltung** ausgegeben, die in keinem Verhältnis stehen zu den **Ausgaben**, die bei irgendeinem anderen Zweige der Versicherung in Betracht kommen.

(Zuruf rechts: Invalidenversicherung!)

Auch in der Invalidenversicherung sind die Verwaltungskosten verhältnismäßig bei weitem nicht so groß.

Heute vertritt ein beträchtlicher Teil der Fachleute mit allem Nachdruck den Gedanken, daß die **Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung** notwendig ist; daß es geradezu unerhört wäre, wenn die Verschmelzung nicht vorgenommen würde und hier weiter Gelder der Angestellten in ganz unverantwortlicher Weise hinausgeworfen würden.

Ja, meine Damen und Herren, daß die Angestelltenversicherung noch nicht den Bankerott angesagt hat, hat seinen guten Grund. Die Angestelltenversicherung zahlt bisher so gut wie gar keine Renten, denn die zehnjährige Karenzzeit ist erst in zwei Jahren abgelaufen. Erst dann beginnt die Auszahlung der Renten. Kein Mensch weiß heute, wie es in Wahrheit mit der Angestelltenversicherung steht, ob sie nicht versicherungstechnisch bankerott ist. Deshalb mußte auch diese Frage geklärt werden. Kein ehrlicher Mensch aber kann bestreiten, daß es unmöglich war, diese Angelegenheit jetzt sachlich zu erledigen.

Wir kämpfen offen und ehrlich für die Verschmelzung der Versicherungen. Ich weiß, daß hier wohl eine Mehrheit gegen die Verschmelzung sein wird. Wenn im Herbst ein dementsprechender Beschluß gefaßt werden sollte, dann werden wir uns dem fügen müssen, und wir werden dann auf diesem Boden weiter zu arbeiten versuchen. Wir können nicht verlangen, daß, wenn die Mehrheit anderer

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Ansicht ist, unsere Meinung durchgehen soll. Aber wir können verlangen, daß bei einer so wichtigen Meinungsverschiedenheit überhaupt eine sachliche Prüfung stattfindet.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Davon haben die Herren Thiel und Lambach kein Wort gesagt. Und doch ist die Unmöglichkeit, das Angestelltenversicherungsgesetz noch vor der Sommerpause zu erledigen, der Grund, weshalb wir den jetzigen Antrag als einen Notbehelf stellen mußten.

Es ist bezeichnend, daß sowohl die Herren Lambach und Thiel auf der einen Seite als auch der Herr Abgeordnete Bartz von der anderen Seite den jetzt vorliegenden Antrag für ungenügend erklären. Beide Gruppen haben nicht begriffen, um was es sich hier handelt. Jetzt ist die **Versicherungsgrenze** so niedrig, daß ein großer Teil der Angestellten überhaupt nicht unter die Versicherung fällt. Bis die im Herbst zu beschließenden Verbesserungen durchgeführt werden, vergehen mehrere Monate, und in dieser Zeit wird für die besser bezahlten Angestellten kein Pfennig Beitrag entrichtet. Aus diesem Grunde muß jetzt schon die Versicherungsgrenze weitergezogen werden. Sodann sind die **Beiträge**, die bisher auf den Höchstsatz von 5000 Mark berechnet sind, so gering, daß man sich bei den Angestellten mit einem Einkommen von 30 000 Mark nicht auf diese geringen Sätze beschränken kann. Daher haben wir als Notbehelf weiter nichts getan, als die bisherigen Beiträge in demselben Maße für die drei neuen Gehaltsklassen gesteigert. Die beste, vorletzte Klasse zahlte einen Beitrag von 20 Mark und die letzte Klasse von 26,60 Mark. 6,60 war der Unterschied. Diese Steigerung von 6,60 Mark haben wir den drei oberen Klassen auferlegt. Das ist eine grobe Verteilung, die nur den Zweck hat, das Geld zu bekommen. Und das soll ein Verbrechen sein an den Angestellten?

(Zuruf des Abgeordneten Thiel.)

(B) — Ja, Sie verstehen das nicht; aber für jeden anderen Menschen muß es doch begreiflich sein, daß dies ein Notbehelf nur für einige Monate ist und daß im Herbst, wie es der Ausschuß bereits ausdrücklich beschlossen hat, mit einer gründlichen Prüfung dieser Frage und einer neuen, den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Beiträge begonnen werden muß. Es handelt sich jetzt nicht um eine Änderung der Versicherungsgrundlagen, sondern nur um die Einziehung der sonst entgehenden Beiträge. Deshalb haben wir uns, trotzdem es uns nicht leicht geworden ist, auf den Boden des jetzt vorliegenden Antrags gestellt; aber das nicht etwa in dem Sinne, als wenn wir damit irgend etwas preisgeben. Wir sind der Meinung, daß jede **Lohngrenze** fallen sollte. Aber, Herr Bartz, das konnten wir jetzt nicht durchsetzen. Der Herr Minister erklärte uns: alle Vorkehrungen sind so getroffen, daß über 30 000 Mark nicht hinausgegangen wird. Sollten wir deshalb, weil wir nicht alles erreichen können, auch die Beiträge, die jetzt erfaßt werden, verlieren? Das konnten wir nicht, und deshalb haben wir uns mit diesem Ergebnis für jetzt zufriedengegeben.

Das sind die Gründe, die uns zu unserer Stellung veranlaßt haben. Ich bin nicht befugt, im Namen der anderen Parteien zu reden. Ich glaube, die Herren werden Manns genug sein, ihre Ansicht selbst zu vertreten.

Nun, meine Damen und Herren, ein Wort über die sittliche Entrüstung, mit der der Herr Abgeordnete Lambach darüber sprach, daß ich mir erlaubt hatte, dem Herrn Minister zu sagen, in welchen Punkten wir nicht mit den Vorlagen zufrieden sind, die uns zugegangen sind. In meinen Ausführungen war nicht der geringste Vorwurf gegen den Herrn Minister selbst enthalten. Soviel verstehe ich doch auch von den Verhältnissen, um zu wissen, daß der **Minister** nicht für alles, was das Ministerium betrifft, **verantwortlich** sein kann. Gewiß, man kann die Fiktion aufstellen, daß er rechtlich eigentlich immer (C) verantwortlich ist; aber wie die Verhältnisse liegen, kann er, wenn seine Geheimräte die Erledigung der wichtigsten Vorlagen, so, wie bisher, hinziehen, nicht viel dagegen tun. Mein Angriff ging gegen die Geheimräte.

In diesem Sinne habe ich es allerdings scharf gerügt, daß wir solche wichtige Vorlagen erst im letzten Augenblick bekommen, wenn wir auseinandergehen müssen. Würde uns diese Vorlage 6 oder 8 Wochen früher zugegangen sein, dann wäre es möglich gewesen, sie sachlich zu beraten, und dann hätten wir diese Zänkereien nicht gebraucht. Damit will ich dem Herrn Minister durchaus nicht zu nahe treten. Ihm mein Mißtrauen auszusprechen, habe ich keine Veranlassung. Was ich aber unter allen Umständen, auch wenn mein bester Freund, zu dem ich das größte Vertrauen habe, auf dem Platze steht, tun werde, ist: wenn ich der Meinung bin, daß etwas geschieht, was nicht so ist, wie es sein soll, dann werde ich mich nicht zurückhalten lassen, darüber das Notwendige zu sagen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Für 3 Uhr waren die Abstimmungen angesetzt, die auf der Tagesordnung angekündigt sind, aber ich nehme Ihr Einverständnis an, daß wir erst diesen Gegenstand zu Ende führen; sonst bricht die ganze Angestelltendebatte nachher noch einmal los.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hoch hat gemeint, wir wüßten nicht, ob sich die **Angestelltenversicherung** halten könne und ob sie im Stande sei, die Leistungen zu gewähren, die satzungsgemäß zu leisten sind. Ferner hat er scharfe Kritik daran geübt, daß die Angestelltenversicherung viel zu teuer verwaltet werde. Ich möchte demgegenüber doch darauf hinweisen, daß die Angestelltenversicherung erst (D) zwei Jahre vor Kriegsausbruch in Kraft getreten ist, daß wir keine geschulten Angestellten oder Beamten in der neuen Reichsversicherungsanstalt hatten. Als aber die Beamten richtig eingeführt und eingearbeitet waren, da kam der Krieg, der immer wieder einen großen Angestelltenwechsel brachte. So ist es erklärlich, daß die Verwaltung der Angestelltenversicherung verteuert wurde und daß sonstige Mängel in die Erscheinung getreten sind. Diese sind aber jetzt behoben.

Was die Frage anlangt, ob die Regierung die Schuld daran trägt, daß die Vorlage zur Angestelltenversicherung so spät an den Reichstag gelangt ist, so möchte ich doch einmal ein offenes Wort hierüber aussprechen. Ich habe den Eindruck, daß die Art, wie bei uns die Gesetzesvorlagen vorbereitet und ausgearbeitet werden müssen, sehr zu bemängeln ist. Die Verhältnisse liegen so, daß bald jedes Grüppchen, jede Organisation, vor **Einbringung einer Gesetzesvorlage** gehört werden will oder gehört werden muß. Darin liegt der Hauptverzögerungsgrund, warum Vorlagen sozialer Belange erst nach **wochenlangen Vorbereitungen** an den Reichstag gelangen. Es liegt im Interesse aller Parteien, daran mitzuwirken, daß dieser Zustand abgebaut wird.

(Sehr richtig!)

Ein kurzes Wort zu einer anderen Angelegenheit. Meine Fraktionsfreunde und ich haben in den letzten Tagen eine große Zahl Telegramme von Angestellten aus allen Teilen des Reichs bekommen. In diesen Telegrammen drückten die Angestellten ihre Entrüstung darüber aus, daß das **Zentrum** seinen Standpunkt hinsichtlich der Erledigung der **Angestelltennovelle** geändert habe. Die Angestellten sind aber von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Ich stelle fest, daß gerade die Abgeordneten der Zentrumspartei im sozialen Ausschuß sowohl wie

(Andre, Abgeordneter.)

(A) auch außerhalb des Ausschusses, in zahlreichen Privatgesprächen und Konferenzen mit allem Nachdruck dafür eingetreten sind, daß die Angestelltennovelle noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags erledigt werden müsse.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich glaube, daß die Herren von links und rechts zugestehen müssen, daß von uns wiederholt der ernsthafteste Versuch nach der Seite hin gemacht worden ist. Ich verkenne aber auch nicht die Gründe sachlicher Art, die von seiten des Herrn Kollegen Hoch hier für die Nichterledigung geltend gemacht worden sind. Es ist ein gewisses Risiko, einen derartig umfangreichen Gesetzentwurf, wie es die Angestelltennovelle ist, einfach ohne nähere Prüfung im Reichstage anzunehmen oder Beschlüsse zu fassen, die bei näherer Prüfung des Gesetzentwurfs nicht gefaßt worden wären. Wir haben in den letzten 14 Tagen vom Reichsarbeitsministerium eine ganze Reihe sozialer Gesetzentwürfe überwiesen bekommen: das Beihilfengesetz zur Angestelltenversicherung, die Novelle zur Angestelltenversicherung, das Beitragsleistungsgesetz zur Invalidenversicherung, eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung, das Wochenhilfsgesetz und das Altrentnergesetz. Der Ausschuß ist dahin übereingekommen, daß das Altrentnergesetz, das Wochenhilfsgesetz und das Beihilfengesetz zur Angestelltenversicherung unter allen Umständen erledigt werden müssen. Dasselbe gilt vom Beitragsleistungsgesetz zur Invalidenversicherung.

Darüber bestand Einmütigkeit, und ich bin verwundert darüber, daß die Redner der beiden Rechtsparteien sich heute vor allem an den bürgerlichen Koalitionsparteien gerieben haben. Ich verstehe eine derartige Taktik oder Politik nicht. Sie ist weder schön, noch den Verhältnissen angepaßt, wird auch unserer Haltung nach keiner Richtung hin gerecht. So liegt die Sache nicht, daß die Vertreter der Rechtsparteien in erster Linie die

(B) Angestellteninteressen vertreten, und die anderen beiden bürgerlichen Parteien die Angestellten in Stich gelassen hätten.

Die Herren Abgeordneten Thiel und Lambach, die eben gesprochen haben, werden zugeben müssen, daß von seiten der Zentrumsvertretung aus im Ausschuß mindestens ebensoviel, ich glaube noch mehr, darum gekämpft worden ist, daß die Angestelltennovelle noch erledigt werden soll.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Weil die genannten Herren Kollegen die Beratungen mitgemacht haben, ist es ein Unrecht, so zu sprechen, wie Sie es heute hier getan haben.

Als ich heute morgen in den Reichstag ging — und da muß ich auch noch ein Wort nach links sagen —, habe ich an den Berliner Anschlagsäulen unter anderem gelesen:

> Große Protestversammlung des Angestellten! Es gilt Protest zu erheben gegen einen Raubzug auf die Taschen der Angestellten. Redner sind zwei Reichstagsabgeordnete: die Herren Giebel und Aufhäuser.

(Hört! Hört! rechts und im Zentrum.)

Was in den Entwurf zum Beihilfengesetz an Neuerungen von uns hineingearbeitet worden ist, wird ja auch durch den Herrn Abgeordneten Hoch, der ein Fraktionskollege des Herrn Giebel ist, als Antragsteller gedeckt. Wenn man selbst einen Antrag auf Beitragserhöhung stellt, kann man, meine ich, nicht zugleich von einem Raubzug auf die Taschen der Angestellten reden oder Versammlungen zu diesem Zwecke einberufen, wie es hier geschehen ist.

Wir in der Zentrumspartei richten uns in der Angestelltenpolitik nicht nur darnach, ob die oder jene Organisation diese oder jene Forderung stellt, sondern wir stehen auf dem Standpunkt: Je mehr es gelingt, diese Fragen von der Organisationszugehörigkeit oder Organisationsrichtung loszulösen und die rein sachlichen Gesichts- (C)
punkte in den Vordergrund zu rücken, destomehr werden die wirklichen und tatsächlichen Interessen der Angestellten vertreten und wahrgenommen. Von diesem Gesichtspunkte aus werden wir uns bei unserer Arbeit im Sinne der Angestellten leiten lassen.

(Beifall im Zentrum.)

Die Frage, ob die **Angestelltenversicherung mit der Reichsversicherungsordnung zusammengeschmolzen** werden soll, bedarf einer eingehenden Prüfung. Ich möchte mich heute nicht endgültig festlegen. Ich glaube aber, daß sowohl gesetzestechnische wie auch Gründe sachlicher Art dafür sprechen, daß diese Zusammenlegung nicht zu erfolgen hat.

(Hört! Hört! links.)

Die Zusammenfassung immer weiterer Gesetze zu einem einheitlichen Gesetz bringt immer größere und umfangreichere Gesetzbücher mit sich. Diese Gesetzesbücher sollen doch von den Kreisen, für die sie geschaffen sind, auch gelesen und verstanden werden. Wenn wir heute schon eine Reichsversicherungsordnung mit gegen 1900 Paragraphen haben und wollen da noch die Angestelltenversicherung hineinarbeiten, dann wird dieses soziale Gesetzbuch immer umfangreicher, es wird zu einem Buch mit sieben Siegeln für alle Angestellten und Arbeiter. Die Leute im Arbeitsverhältnis haben weder Zeit noch Lust, vielfach auch nicht die nötige Ruhe, um derartige Gesetzesbücher zu lesen und durchzudenken. Bei der Regelung der ganzen Frage wird es ein Hauptgesichtspunkt sein, danach zu sehen, daß **die sozialen Versicherungsgesetze** nicht einen immer noch größeren Umfang annehmen, sondern vielmehr **an Umfang verringert** werden, damit sich auch der kleine Mann wieder einigermaßen hineinarbeiten kann.

Nach der sachlichen Seite hin möchte ich nur noch darauf hinweisen, daß die **Verhältnisse der Kopfarbeiter** sich nicht mit denen **der Handarbeiter** auf ein und dieselbe Stufe stellen lassen. Die Verschiedenartigkeit der Be- (D)
handlung liegt in den praktischen Verhältnissen des Lebens begründet. Je mehr man glaubt, durch eine sogenannte formale Angleichung gleiches Recht zu schaffen, desto mehr wird dieses gleiche Recht, in die Praxis des Lebens übertragen, zu einem ungleichen Recht, unter dem der eine oder der andere Teil zu leiden hat; vielleicht aber auch beide Teile. Wir sind also mehr für einen zweckmäßigen Ausbau der Angestelltenversicherung und werden uns bei jeder Gelegenheit dagegen wehren, daß die Angestelltenversicherung von innen heraus ausgehöhlt wird, derart, daß die Leistungen der Angestelltenversicherung niedriger als die der Reichsversicherungsordnung werden. Dieses System, das da und dort gewisse Vertreter gefunden hat, lehnen wir ab. Wir sind der festen Überzeugung, daß mit dem jetzigen **Gesetzentwurf** nur **ein Notbehelf** geschaffen wird, um der Angestelltenversicherung die nötigen Mittel zu geben, damit die Heilverfahren im bisherigen Umfang durchgeführt werden können. Wenn der jetzige Entwurf nicht zustande käme, dann müßte die Angestelltenversicherung nach den uns gewordenen Mitteilungen die Heilverfahren schon von August 1921 ab wesentlich einschränken, weil sie mit den jetzigen Mitteln auf die Dauer die kolossal gestiegenen Kosten der Heilverfahren nicht tragen kann.

Der uns vorgelegte Antrag gibt der Angestelltenversicherung zunächst Mittel in die Hand zur Lösung und Erfüllung der jetzigen Aufgaben. Wie dann im Herbst der Ausbau der Angestelltenversicherung im einzelnen zu erfolgen hat, wird Sache der Sonderberatung sein. Wir von der Zentrumspartei werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß das Angestelltenversicherungsgesetz in der Tat ein Gesetz wird, daß dem einzelnen Angestellten und seiner Familie einen guten Rückhalt bietet.

(Bravo! im Zentrum.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern).

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich und meine Fraktion werden dem Gesetze über die Gewährung von Beihilfen an die Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung gern unsere Zustimmung geben. Allerdings ist das Gesetz kein Streitobjekt, und wir verstehen es nicht, wie man aus dem Angestelltengesetz, einem an sich absolut neutralen Gebiet, den Grund zu einer politischen Auseinandersetzung herleiten kann, wie man im gegenwärtigen Stadium sich über die Frage der Angestelltenversicherung überhaupt politisch auseinandersetzen kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei.)

Dem sozialpolitischen Ausschuß sind eine ganze Reihe von Gesetzeswerken zugegangen, an deren Erledigung in dieser Session absolut nicht zu denken ist.

(Sehr richtig!)

Neben der Angestelltenversicherung gibt es noch zahlreiche Gesetzgebungswerke, deren Erledigung von den Arbeitnehmern draußen dringend vorgeschlagen und empfohlen worden ist. Dies ist nicht möglich gewesen, weil die gegenwärtige Zeit in dieser Session zu einer sachgemäßen und vollständigen Erledigung nicht ausreicht.

In derselben Lage befindet sich nun die Novelle zur Angestelltenversicherung. Ich begreife es sehr wohl, daß die Vertreter der Angestellten, die hier gesprochen haben, unter allen Umständen dem ihnen oder ihren Interessen naheliegenden Gesetz den größten Wert beilegen und daß sie wünschen und fordern, daß dieses Gesetz in erster Linie verabschiedet wird. Es ist — objektiverweise muß das festgestellt werden — im Ausschuß nach der Richtung von
(B) allen Möglichkeiten, die sich ergeben hätten, um das Gesetz zu erledigen, gesprochen worden. Zuletzt aber mußte doch allgemein zugegeben werden, daß die Erledigung der Novelle zur Angestelltenversicherung in vollem Umfange und in erschöpfender Beratung gar nicht möglich ist. Deshalb hat man den Ausweg in der Form eines Antrages gesucht, um das Wesentlichste, das Kernstück des fraglichen Gesetzesentwurfs, in das vorliegende Beihilfengesetz hineinzuflicken. Zu dem Zwecke liegt hier nun ein einziger Antrag vor, das ist der Antrag Erkelenz, Hoch, Andre, der eine vorläufige Regelung der Angestelltenversicherung hinsichtlich der Klasseneinteilung bis zu 30 000 Mark und einer Beitragsleistung bis 48 Mark im Monat verlangt. Außer diesem Antrag liegt ein Antrag nicht vor.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Ob es nun an einem taktischen oder geschäftlichen Fehler liegt, daß von der Seite, die es besonders gewünscht hätte, ein weitergehender Antrag nicht eingebracht wurde, weiß ich nicht.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Drucksache Nr. 2407!)

— Ich habe diese Drucksache bis heute noch nicht gesehen. Ich stelle deshalb nur fest; tatsächlich liegt zur Beratung nur ein Antrag vor, irgendwelche Verbesserungsanträge wurden nicht vorgelegt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum.)

Weil nur ein Antrag vorliegt, stehen wir vor der Frage, entweder diesem Antrag unsere Zustimmung zu erteilen, um die Verbesserungen, die im Angestelltenversicherungsgesetz notwendig sind, wenigstens einigermaßen zu erledigen, oder überhaupt nichts zu tun; mit letzterer Regelung sind selbst die Angestellten nicht zufrieden. Ich meine deshalb, so wie die Dinge augenblicklich liegen, (C) muß der Antrag 2427 als Notbehelf angesehen werden.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Alle weiteren daran geknüpften Betrachtungen zum Beispiel, als ob der Antrag schließlich die **Verschmelzung der Angestellten- mit der Arbeiterversicherung** vorbereiten würde, oder als ob er für die künftige Regelung der Angestelltenversicherung einen Abtrag in sich enthalten würde, vermögen wir nicht anzuerkennen. Ich selbst und meine Fraktionsfreunde fühlen sich nach der Richtung durch nichts gebunden, auch nicht durch diesen Antrag. Die Frage über Verschmelzung der Arbeiter- mit der Angestelltenversicherung wird zwar lange Auseinandersetzungen auslösen, aber praktisch, wenigstens nach meinen Dafürhalten, wird sich hierfür eine Majorität nicht finden. Ich vertrete denselben Standpunkt wie der Kollege Andre: wir sind keine Freunde der Verschmelzung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, weil wir darin einen Nachteil für den einen sowohl wie für den anderen Teil erblicken. Nach Lage der Sache, das heißt, wenn den Angestellten überhaupt gedient werden soll, können wir nicht darüber hinaus diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben. Ein anderer Antrag liegt nicht vor. Zuletzt möchte ich deshalb noch feststellen, daß es die Reichsregierung abgelehnt hat, über eine Versicherungssumme von 30000 Mark hinaus zu gehen. Selbst wenn der unbekannte Antrag von rechts gekommen wäre, wäre die Differenz nur 5000 Mark. Ich betrachte diese Differenz zwischen dem Antrag, der vorliegt, und dem Antrag, der gestellt sein soll, aber nicht auf der Tagesordnung steht, —

(Abgeordneter Thiel: Drucksache 2407!)

ich betrachte den Unterschied als nicht so wesentlich, daß man nun diesen Antrag, der als ein Notbehelf zu betrachten ist, ablehnen solle. Deshalb stellen sich meine Freunde und ich auf den Standpunkt: solange ein weitergehender Antrag nicht vorliegt, sind wir nicht in der Lage, die (D) Verantwortung für die Ablehnung dieses Antrages zu übernehmen. Wir sehen in diesem Antrag und dieser Regelung der Frage der Angestelltenversicherung doch einen Vorzug gegenüber der Tatsache, daß nichts geschehen soll.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf all das eingehen, was bereits vor einigen Tagen zu diesem Punkt gesagt worden ist. Er ist meiner Überzeugung nach schon sehr ausgiebig behandelt worden, und es hätte sich auch eine solche lange Debatte darüber erübrigt, wie sie durch das Auftreten der Rechtsparteien hervorgerufen ist. Es handelt sich für uns lediglich darum, daß die Abänderungsanträge, die vorliegen, noch in das Gesetz hineinkommen. Daß die Versicherungsgrenze erhöht wird, war nicht nur ein Wunsch der Linksparteien, sondern dafür waren auch bis zu einem gewissen Grade die Vertreter der rechtsstehenden Angestellten. Sie wollten es nur nicht in dieses Leistungsgesetz hinein haben, sondern in die große Novelle. Und darum ging ja eigentlich der Streit, ob die Angestelltennovelle noch in dieser Session erledigt werden sollte oder nicht. Wir hatten im sozialen Ausschuß die Frage zu entscheiden, ob wir die Invalidenversicherung auf die Beine bringen wollten, oder ob wir die Angestelltenversicherung, die nicht so dringend war, erst zu behandeln hatten. Wenn es sich darum drehte, das größere Übel erst zu beseitigen, dann mußten wir das tun. Das war unserer Überzeugung nach das Übel, das in der Invalidenversicherung steckte. Die Invalidenversicherung ist nicht einmal in der Lage, das Heilverfahren weiter durchzuführen. Folglich mußte erst versucht werden, Änderungen vorzunehmen, daß das Heilverfahren in der Invalidenversicherung nicht unterbrochen

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) wurde. Die anderen Dinge, die außer den jetzt beschlossenen für die Angestelltenversicherung verlangt wurden, sind notwendig, drängen aber nicht in dem Maße, wie es bei der Invalidenversicherung der Fall ist.

Dann möchte ich noch eins zu dem sagen, worauf der Herr Kollege Thiel hinwies, daß gestern die Initiativanträge von Ihrer Seite abgelehnt worden seien. Ich bin der Meinung: wenn diese Initiativanträge mehr sein sollten als lediglich Agitationsanträge, dann hätten sie heute als Abänderungsanträge hier wieder erscheinen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dadurch, daß das nicht geschehen ist, kennzeichnen Sie Ihre Anträge als reine nackte Agitationsanträge. Das ging ja auch noch viel klarer und deutlicher aus dem hervor, was Sie hier geredet haben. Der Herr Kollege Hoch hat das schon recht treffend bemerkt.

Wenn allerdings vom Kollegen Thiel gesagt wird, die Angestellten sollen in die Invalidenversicherung zurückgeworfen werden, so ist das nach meiner Meinung eine Behauptung, die nach keiner Richtung hin den Tatsachen standhält. Wenn er **Vereinheitlichung der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung** in einen Topf wirft mit dem Zurückversetzen der Angestellten in die Invalidenversicherung, so entspricht das nach meiner Ansicht nicht den Tatsachen. Kein Mensch ist auf unserer Seite damit einverstanden, daß die Angestellten durch die Vereinheitlichung schlechter gestellt werden sollen, sondern wir sind der Meinung, daß durch große einheitliche Organisationen die Leistungsfähigkeit erhöht werden kann, und daß diejenigen, die jetzt schlechter gestellt sind, dadurch verbessert werden können.

Wenn der Herr Kollege Bartz gesagt hat, daß er nicht verstehen könne, daß wir die vorliegenden Anträge mitunterschrieben hätten, so glaube ich, das er damit

(B) etwas gesagt hat, was er nicht besser versteht.

(Abgeordneter Bartz [Hannover]: Sehr richtig!)

Wenn es schon nicht möglich war, die Versicherungsgrenze überhaupt aufzuheben, dann mußten wir wenigstens für die 30 000 Mark-Grenze eintreten, um so mehr, als sonst viele Tausende von Angestellten zu den Lebensversicherungsanstalten übergegangen wären. Das war ja die Absicht der Rechtsparteien, und das haben wir durch die Unterzeichnung des Antrages verhindern wollen.

Wenn der Herr Kollege Bartz gesagt hat, man könne in diesem Gesetzentwurf nichts von einer Vereinheitlichung der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung sehen, die wir doch immer verlangt hätten, so verkennt er auch hier wieder den wahren Sinn und Geist, den wir in dieses Gesetz hineinlegen wollten.

(Abgeordneter Bartz [Hannover]: Wollten!)

— Wenn der Herr Kollege Bartz das Gesetz nachliest, wird er finden, daß die Beiträge denen in der Invalidenversicherung gleich sind, ebenso auch die Zuschläge. Es ist also darauf hingearbeitet worden, die Vereinheitlichung schon jetzt praktisch in die Wege zu leiten. Daß das endgültige Resultat unseres Wollens heute noch nicht in die Erscheinung treten kann, könnte auch der Herr Kollege Bartz begreifen. Er hat doch im sozialen Ausschuß mitgearbeitet und muß daher wissen, daß unsere Wünsche nicht ganz erfüllt werden konnten. Wir mußten uns damit begnügen, gute Vorarbeit zu leisten. Wir haben uns auch bei der Einfügung neuer Bestimmungen an die Gesetze über die Invalidenversicherung angelehnt und damit der Vereinheitlichung der beiden Versicherungen einen guten Dienst erwiesen. Das sollte auch der Herr Kollege Bartz einsehen. Das ist ja auch der Grund, weshalb die Rechtsparteien unsere Anträge ablehnen. Ich bin also der Meinung, daß die vorliegenden Anträge dazu dienen, den Weg zu ebnen, der uns zu einer Vereinheitlichung der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung führt. (C)

Wir sind nicht voll befriedigt von dem, was hier vorgeschlagen ist. Wir hätten es recht gern gesehen, wenn mit der Beitragserhöhung auch eine Änderung der Zuschläge zu den Beihilfen für die Invaliden gegeben worden wäre. Es ist in diesem Gesetz vorgesehen, daß die Invaliden und die Angestellten gleichgestellt werden sollen. Wenn, was ich immer noch erhoffe, in den nächsten Tagen das Gesetz über die Invalidenversicherung hier zur Beratung steht, wenn darin die Leistungen erhöht werden sollen — bisher sind allerdings keine großen Aussichten dafür vorhanden —, dann werden wir auch darüber beschließen müssen, in welcher Form das auf die Angestelltenversicherung zu übertragen ist.

Von dem Herrn Kollegen Bartz hätte ich aber am allerwenigsten angenommen, daß er so darauf hält, daß kein Komma und kein i-Punkt falsch ist. Er hätte alle Ursache, darüber großzügig und großmütig hinwegzugehen. Ein Politiker, der sich Kommunist nennt, sollte über solche Kleinigkeiten nicht stolpern.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die entrüsteten Reden der Herren Lambach und Thiel gehören ja mit zu dem Erstaunlichsten, was wir in diesem Hause auf diesem Gebiete erlebt haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Die beiden Herren Redner scheinen aber in den falschen Zettelkasten gegriffen zu haben,

(Heiterkeit)

und sie haben die falsche Rede erwischt. Beide Herren (D) Redner und ihre Verbände sind z. B. an dem Siebeneraussschuß für die Privatangestelltenversicherung beteiligt, der allerlei interessante Beschlüsse gefaßt hat, die sich keinesfalls mit dem berühmten „verspäteten" Antrage 2407 des Kollegen Thiel decken.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Da wird z. B. vom Hauptausschuß festgestellt — ich kann nicht genau sagen, ob die Kollegen Thiel und Lambach persönlich dabei gewesen sind; das wäre noch nicht mal ganz ausgeschlossen —, daß der Hauptausschuß darauf verzichtet hat, Gehaltsklassen über 20 000 Mark zu schaffen, weil dadurch die Beiträge zu hoch würden. Das hat den Herrn Kollegen Thiel allerdings nicht abgehalten, in dem großen Idealantrage, den er aufgestellt hat, bis zu 35 000 Mark zu gehen.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und links. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Dann wird in demselben Hauptausschuß beschlossen, daß man das Inkrafttreten der Bestimmungen möglichst beschleunigen solle, damit die Einziehung der neuen Beiträge schleunigst stattfinden könne. Die Herren Kollegen Thiel und Lambach erklären heute, sie lehnen unsere Anträge ab. Wenn es also nach ihnen geht, wird die Sache ins Unendliche vertagt, und es gibt überhaupt keine Versicherung.

Dafür, daß die beiden Herren Redner in den falschen Zettelkasten gegriffen haben, gibt es noch eine Reihe anderer Beweise. Ich habe hier gerade zufällig eine Zuschrift des **Gesamtverbandes der Angestelltengewerkschaften Ortsgruppe Bückeburg** auf den Tisch gelegt bekommen. Darin werden wir, die Deutschdemokratische Fraktion, ersucht:

> Die Angestelltenschaft appelliert an das soziale Verständnis der bürgerlichen Parteien und fordert dringend, daß dieselben sich unbedingt dafür ein-

(**Erkelenz**, Berichterstatter.)

(A) setzen, daß unter allen Umständen noch vor den Ferien eine **Erhöhung der Gehaltsgrenze auf 40 000 Mark** unter gleichzeitiger **Schaffung neuer Beitragsklassen** durchberaten und verabschiedet wird.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Und damit der Kollege Thiel und Lambach nicht sagen kann: das ist ein Verband, der mir zwar nahesteht, der dieselbe Farbe hat wie ich, es ist aber nicht mein Verband! möchte ich ihm gleichzeitig eine **Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Landsberg an der Warthe** vorlegen, wo es ebenfalls heißt, daß die Angestellten ein Verschieben des Gesetzes unter keinen Umständen dulden können und dringend darauf bestehen, daß Gehaltsgrenzen bis 40 000 Mark und neue Beitragsklassen geschaffen werden. Also, meine Damen und Herren, der Beweis dafür, daß die Herren in den falschen Zettelkasten gegriffen haben, ist klar und kann überhaupt nicht widerlegt werden.

Der Herr Kollege Thiel hat starke Register damit gezogen, daß er versucht hat, hier einen Keil zwischen die Mehrheitssozialdemokratie und die anderen beiden Parteien, die den Antrag unterschrieben haben, zu treiben. Er hat das schreckliche Gespenst an die Wand gemalt, daß die beiden sogenannten „bürgerlichen" Parteien, die dabei beteiligt wären, sich von der Sozialdemokratie ins Schlepptau hätten nehmen lassen und damit die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt hätten. Nun, meine Herren, es ist genau umgekehrt der Fall. Der Herr Kollege Hoch hat es bereits mit anerkennenswerter Offenheit ausgesprochen, daß seine Freunde diese Regelung überhaupt nicht gewollt haben, und daß sie nur im Interesse der Sache, um überhaupt etwas zustandezubringen und um eine gemeinsame Aktion zu ermöglichen, hier zugestimmt haben. Die Dinge liegen also in diesem Falle genau um-

(B) gekehrt, wie es Herr Thiel dargestellt hat. Nicht wir haben uns zurückdrängen lassen, sondern wir haben hier vorwärts gedrängt und haben auf diese Weise einen nicht unbeträchtlichen Erfolg erzielt,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten; Zuruf von der Deutschen Volkspartei)

der dem entspricht, was in den Eingaben der Verbände der Herren Kollegen Thiel und Lambach uns vorgeschlagen wurde. Die Behauptung, wir zerschlügen dadurch die Angestelltenversicherung, ist eine Behauptung, die man nicht mehr ganz ernst nehmen kann; denn sie steht in striktem Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Mit der Beitragserhöhung führen wir der Angestelltenversicherung eine Mehreinnahme von Hunderten von Millionen Mark zu. Wenn man das ein „Zerschlagen" der Angestelltenversicherung nennt, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Augen des Betreffenden, der so etwas ausspricht, nicht mehr normal sind.

(Heiterkeit.)

Auf die andern Punkte will ich jetzt gar nicht eingehen. Die Behauptung des Herrn Kollegen Thiel, daß wir seinen Antrag gestern von der Tagesordnung gewissermaßen aus Angst vor diesem Antrage abgesetzt haben, beruht auf einer Selbstüberschätzung der Väter dieses Antrages. Tatsächlich liegen die Dinge doch so, daß die Herren Kollegen, die den Antrag gestellt haben, sich über die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Unkenntnis befunden haben. Sie konnten ja ihren Antrag, an dem sie schon seit Tagen arbeiten, schon vor vier Tagen, noch vorgestern eingebracht haben, wenn er heute mit zur Verhandlung kommen sollte. Sie hätten noch gestern abend im Anschluß an unsere Anträge weitere Abänderungsanträge ausarbeiten können. Das haben sie auch nicht getan; — ich nehme an aus Mangel an (C) Kenntnis der Geschäftsordnung.

(Heiterkeit.)

Damit schließe ich. Es sind früher in diesem Hause und auch draußen viele Kämpfe darüber ausgefochten worden, die sich damals gegen die Sozialdemokratie richteten, ob man, wenn man mehr fordere, aber nicht alles erhalten könne, dann zustimmen dürfe. Damals wurde gerade von dieser Seite (nach rechts) immer wieder gesagt, es sei ein verderblicher Standpunkt alles oder nichts zu verlangen. Auf den Standpunkt „Alles oder nichts" stellen sich heute die beiden Redner Thiel und Lambach.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Zum Überfluß erkläre ich nochmals, das unsere Fraktion für die **Aufrechterhaltung einer selbständigen Angestelltenversicherung** eintritt. Und für die Stärkung dieser selbständigen Versicherung leistet unser Antrag sehr viel. Ich bin der Überzeugung, daß die Angestellten draußen im Lande unendlich viel mehr Verständnis für die Lage haben werden und unendlich viel mehr Verständnis für das haben werden, was wir heute tun, als diejenigen, die sich hier auf den Standpunkt stellen: alles oder nichts!

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Aussprache über § 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich nehme an, daß das Haus ohne besondere Abstimmung dem Antrag auf Drucksache 2427 insoweit zustimmen wird, als das Gesetz in vier Artikel geteilt wird und vor dem § 1 die Worte „Art. I" eingeschoben werden. — Dagegen erhebt sich kein Einwand.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem § 1 des Gesetzes zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 1 ist einstimmig angenommen. (D)

§ 2 ist vom Ausschuß gestrichen.

§ 3 ist nicht angefochten; ich darf ihn als angenommen erklären. Ebenso § 4.

Bei § 4a liegt der Antrag Erkelenz, Hoch, Andre, Frau Teusch (Köln) und Genossen Nr. 2430 vor, diesen Paragraphen zu streichen.

Hierzu hat das Wort der preußische Herr Minister für Handel und Gewerbe Fischbeck.

Fischbeck, preußischer Minister für Handel und Gewerbe: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie einige wenige Worte, durch die ich Sie bitten möchte, dem Antrag der Herren Erkelenz, Hoch und Andre zuzustimmen! Ich will nicht auf die Gründe eingehen, welche schon vom allgemeinen Gesichtspunkte aus im Ausschusse gegen diesen Art. 4a von seiten der Regierung vorgebracht worden sind: die Gründe, die sich aus der rechtlichen Stellung der Ersatzkassen herleiten, die weiteren Gründe, die sich daraus herleiten, daß die jetzigen und künftigen Mitglieder der Ersatzkassen gezwungen werden sollen, Beiträge für Renten aus früheren Zeiten zu leisten.

Ich möchte Ihnen vielmehr an einem praktischen Beispiel, das ganz besonders hier in Betracht kommt, zeigen, wie einmal dieser Paragraph nicht nötig ist, wie er überflüssig erscheint, und welche bedenklichen Folgen er auf der anderen Seite hat.

Es handelt sich hier um die **Knappschaftskassen**, welche zum wesentlichen Teile ja als Ersatzkassen zugelassen sind. In Preußen sind es allein 16 Knappschaftskassen. Nun sind die Leistungen der Knappschaftskassen heute schon zum allergrößten Teile weit hinausgehend über das, was das Gesetz als Vorschrift enthält. Während nach den gesetzlichen Bestimmungen nach zehnjähriger Dienstzeit in der höchsten Klasse ein Ruhegeld

(**Fischbeck**, preußischer Minister für Handel und Gewerbe.)

(A) von 798 Mark bezahlt wird, haben nur zwei ganz kleine Knappschaftskassen ein geringeres Ruhegeld, zwei weitere haben ein gleiches Ruhegeld, alle anderen Knappschaftskassen gehen heute schon, zum Teil in sehr erheblichem Maße, über dasjenige hinaus, was gesetzliche Vorschrift ist; insbesondere haben alle großen Knappschaftskassen in den größeren Bergbaubezirken sehr erhebliche Mehrleistungen. Die zugelassene niederschlesische Knappschaft zahlt heute schon statt 798 Mark 1296 Mark, im Oberbergamtsbezirk Dortmund der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum 1320 Mark, der Minden-Ravensbergische 1080 Mark, der Verein der Georgsmarienhütte 1600 Mark, und im Oberbergamtsbezirk Bonn sind es 1320 Mark, 1392 Mark und bei einer Knappschaft sogar 1800 Mark, also ein Betrag, der jetzt schon über das hinausgeht, was in diesem Gesetz mit den Beihilfen überhaupt erst erreicht wird.

Aber Sie wollen weiter in Betracht ziehen, daß bei diesen in Knappschaftsvereinen versicherten Angestellten zum überwiegenden Teil der Vorteil besteht, daß auch diejenige Zeit mit zur Anrechnung kommt, in der sie früher Arbeiter gewesen sind, und das ist gerade bei diesen Angestellten ein nicht unerheblicher Teil, so daß bei ihnen zu den Steigerungssätzen aus ihrer Angestelltendienstzeit auch noch die Steigerungssätze aus ihrer Arbeiterdienstzeit hinzutreten.

Endlich wollen Sie ermessen, daß, während hier nach dem Angestelltenversicherungsgesetz die Wartezeit 10 Jahre beträgt, sie bei den Knappschaftsvereinen auf 3 Jahre normiert ist.

Aus diesem Vergleiche geht wohl schon hervor, daß es falsch ist, mechanisch die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Knappschaftskassen übertragen zu wollen.

Nun kommt aber ein anderer Grund hinzu, der gegen den § 4a spricht. Im Reichstag und in den Parlamenten der Einzelstaaten ist seit Jahren eine **Reform der Knapp-**
(B) **schaftsgesetze** gewünscht worden. Es ist gewünscht worden, daß die Leistungen erhöht werden, und vor allen Dingen, daß wir endlich zu einem **einheitlichen Reichs-Knappschaftsgesetz** kommen. Die Vorarbeiten dafür sind getroffen in einer etwas anderen Weise, als es sonst der Fall ist. Nicht die Regierung hat direkt den neuen Entwurf aufgestellt, sondern in dem Knappschaftsvereinsverband hat man sich dazu an die Arbeit gemacht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich zusammengesetzt, allerdings mit inoffizieller Unterstützung der sachverständigen Referenten der Länder und der Reichsregierung, und haben einen solchen Entwurf auszuarbeiten übernommen. Diese Arbeiten sind kurz vor dem Abschluß. Wir haben das erfreuliche Resultat, daß eine Einstimmigkeit bei beiden Teilen sich ergeben hat. Ich glaube, es wird auch zur Beruhigung des Reichstags bei seiner demnächstigen Beratung des Entwurfs beitragen, wenn er weiß, daß dasjenige, was die Regierungen hier vorlegen, von beiden Seiten vorher akzeptiert worden ist.

Meine Herren, wer den Dingen nahesteht, weiß auf der andern Seite, daß, wenn derartige Dinge, wie sie hier nach 34a der Kommissionsbeschlüsse vorgeschlagen sind, gemacht werden sollen, dazu eine Statutenänderung notwendig ist, daß dazu die Einberufung der Generalversammlungen erforderlich ist und daß dazu ein Aufwand von Hunderttausenden gehört, und der weiß auch, daß mit diesen Generalversammlungen allerlei aufregende Agitationen verknüpft sind und daß bei derartigen Beratungen sonstige Anträge kommen können, die eventuell das ganze Werk, das hier in Aussicht genommen ist, über den Haufen werfen können. Das würde eine außerordentliche Schädigung des erwünschten Werkes bedeuten. Wir würden fürchten müssen, daß die Arbeit, vor deren Abschluß wir stehen, zum Scheitern gebracht oder wenigstens auf Jahre hinausgeschoben wird. Um das zu vermeiden, möchte ich Sie dringend bitten, dem vorliegenden Antrag, den § 4a (C) zu streichen, zuzustimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; wir kommen zur Abstimmung.

Wer mit den Abgeordneten Erkelenz, Hoch, Andre, Frau Teusch (Köln) — entsprechend dem Antrag Nr. 2430 — den § 4a streichen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist gestrichen.

§ 5 ist nicht angefochten, also angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den auf Nr. 2427 unter Ziffer 3 von den Abgeordneten Erkelenz, Hoch, Giebel, Andre, Frau Teusch (Köln), Aufhäuser, Karsten und Genossen beantragten Art. II, der nach § 5 eingeschaltet werden soll.

Da ist zunächst im ersten Absatz das zweite Wort zu berichtigen. Statt „Reichsversicherungsgesetz" muß es heißen „Versicherungsgesetz". —

Ferner ist ersucht worden, nach den einzelnen Ziffern abzustimmen.

Ich bitte also zunächst diejenigen Damen und Herren, welche in dem Art. II der Ziffer 1 zustimmen wollen, wonach im § 1 Abs. 3 das Wort „fünfzehntausend" durch „dreißigtausend" ersetzt werden soll, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; angenommen.

Ich bitte nun diejenigen, welche der Ziffer 2 des Art. II zustimmen wollen, die drei neue Klassen schafft, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist auch die Mehrheit; ebenfalls angenommen.

In Ziffer 3 des Art. II sind die Worte „Ziffer 1" zu streichen, sodaß es nur heißt:

§ 131 Abs. 3 wird gestrichen. (D)

Wer dieser Ziffer 3 des Art. II zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Nach Ziffer 4 des Art. II sollen in § 161 Abs. 1 Satz 1 die Worte „jedoch sind nur Männer wählbar" gestrichen werden. Wer dieser Ziffer 4 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

In der Ziffer 5 des Art. II müssen hinter 40 und 48 die Nullen nach dem Komma hinzugefügt werden. Wer der Ziffer 5 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen, stehen zu bleiben oder sich zu erheben, welche dem ganzen Art. II in der Fassung, die er jetzt gewonnen hat, zustimmen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Art. II ist so angenommen.

Wir kommen zu Art. III. Hier ist in der vorletzten Zeile des Art. III auf Drucksache Nr. 2427 das Wort „entsprechende" zu streichen, und in der letzten Zeile muß es heißen „dieses Artikels" statt „dieses Gesetzes".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Art. III zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nunmehr kommen wir zum § 6. Auch hier liegt auf Drucksache 2427 Ziff. 4 ein Antrag vor, diesen § 6 durch einen Art. IV des Inhalts zu ersetzen:

> Der Artikel I tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab, der übrige Teil dieses Gesetzes vom 1. August 1921 ab in Kraft.

(Präsident.)

(A) Wer diesem Artikel IV zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Artikel IV ist angenommen.

Wir kommen nun zur Einleitung und Überschrift. Es ist auch eine Abänderung der Überschrift des Gesetzes auf Drucksache 2437 Ziff. 1 beantragt. Aber zu dieser Drucksache ist ein Abänderungsantrag eingegangen, der die Worte „über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung und" wieder streichen will. Ich bitte also diejenigen, welche zustimmen wollen, daß die Überschrift des Gesetzes lautet:

Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Beihilfengesetz in der Angestelltenversicherung),

also nach dem Abänderungsantrage zum Antrage 2427, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die abgeänderte Überschrift ist angenommen.

Der Einleitung des Gesetzes in der bisherigen Fassung ist nicht widersprochen.

Wir werden wegen der getroffenen Abänderungen die dritte Lesung dieses Gesetzes erst morgen vornehmen können.

Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen),

und zwar

Abstimmungen:

a) beim Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XIa) über die Anträge Nr. 2379 und Nr. 2404 der Drucksachen zu den Einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 6a und 6c.

(B)

Tit. 6a ist die Position zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke. Hierzu liegen die Anträge Bartz (Hannover) und Genossen auf Drucksache 2379 und Agnes und Genossen auf Drucksache 2404 vor, diese Position zu streichen. Wer diesen Anträgen Bartz und Agnes zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zu 6c. Da liegt nur der Antrag Bartz (Hannover) auf Drucksache 2379 vor, nämlich die Mehrkosten infolge der Herabsetzung der Ausmahlung zu streichen. Wer diesem Antrage Bartz zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist in beiden Fällen abgelehnt; also sind die Positionen genehmigt.

Wir kommen zur Abstimmung

b) beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Eisenbahnverwaltung) (Anlage XIX)

1. über den Antrag Bruhn und Genossen (Nr. 2388 der Drucksachen) zu den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1,

nämlich:

die Reichsregierung zu ersuchen, Zeitungsdruckpapier aus der Tarifklasse A in die Klasse B unter Fortfall einer besonderen Gebühr für Gestellung bedeckter Wagen mit Wirkung ab 1. April 1921 zu versetzen.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung (C)

2. über den Antrag Seibert und Genossen (Nr. 2363 der Drucksachen) zu den fortdauernden Ausgaben Kap. 2,

welcher die Lokomotivführer unter gewissen Bedingungen in eine andere Gruppe übersetzen will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung

3. über den Antrag Hergt und Genossen (Nr. 2338 der Drucksachen) zu den fortdauernden Ausgaben Kap. 2 Tit. 11,

nämlich:

die Reichsregierung zu ersuchen, für das Rechnungsjahr 1921 Maßnahmen zur Herbeiführung erheblicher Ersparnisse bei den persönlichen und sächlichen Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen zu treffen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu den ausgesetzten Abstimmungen über die Anträge

c) beim Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen (Anlage IV) Kap. 1 Tit. 9 der fortdauernden Ausgaben

über die Reichszentrale für Heimatdienst. Hier liegen drei verschiedene Anträge vor. Erstens der Antrag Agnes und Genossen auf Nr. 2432, die Reichszentrale für Heimatsdienst zum

1. Oktober 1921 zu schließen.

Dann ein Antrag D. Mumm, Schultz (Bromberg), Dr. Cremer, Dr. Becker (Hessen) und Genossen Nr. 2431, die Reichsregierung zu ersuchen: (D)

1. Die Reichszentrale für Heimatsdienst zum 1. Oktober 1921 zu schließen,
2. nur diejenigen Arbeiten fortzuführen, deren Fortführung im Reichsinteresse geboten erscheint.

Die Antragsteller haben erklärt, daß sie diesen Antrag nur als ein einheitliches Ganzes betrachten und nur im ganzen zur Abstimmung gestellt haben wollen.

Der dritte Antrag ist der des Ausschusses auf Nr. 2371 IIb, der eine Umgestaltung der Reichszentrale beabsichtigt.

Ich werde in der Reihenfolge abstimmen lassen, wie ich die Anträge hier mitgeteilt habe. Ich bitte zunächst diejenigen, welche dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag D. Mumm zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche dem Ausschußantrag auf Nr. 2371 unter IIb zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Ausschußantrag ist angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen. (Nr. 2360 der Drucksachen.)

Mündlicher Bericht des 27. Ausschusses. Nr. 2408 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Allekotte.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Beratung über den § 1 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Zubeil. — Ich bitte um Ruhe.

Zubeil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz ist für meine politischen Freunde unannehmbar. Das Gesetz bietet große Gefahren für alle politischen Parteien, die einmal in Opposition gegenüber der Regierung stehen. Außerdem wird hier ein weiteres **Spitzelsystem** eingeführt, das sich bei unserer **Postverwaltung** schon eingebürgert hat. Diesem System wird durch dieses Gesetz noch zu einem großen Teil weiter Vorschub geleistet. Es scheint, als wenn die Zeit endgültig vorüber ist, wo der Grundsatz galt, daß das, was man der Post übergibt, so sicher ist, als wenn es auf den Altar niedergelegt ist.

Dann wünsche ich die Frage beantwortet zu haben: Sollen bei diesem neuen Ueberwachungsgesetz dieselben Ausnahmen Eingang finden, die bei der Briefüberwachungsstelle heute noch in Geltung sind. Da heißt es:

> Nicht zu prüfen sind **Briefe von und an regierende und ehemalige regierende Häuser** und deren Angehörige. Briefe an das Personal solcher Stellen unterliegen ebenfalls nicht der Prüfung, soweit kein Verdacht des Mißbrauchs besteht. Briefe **an hervorragende Persönlichkeiten des Inlandes** zu öffnen, ist unstatthaft.

Sollen diese Bestimmungen auch in dieses neue Gesetz mit aufgenommen werden? Das würde dann bedeuten einen Freibrief für diejenigen, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben. Und was besagt weiter: „an hervorragende Persönlichkeiten des Inlandes?" Da muß man unbedingt daran denken, daß in erster Linie Kapp, Ludendorff und Konsorten damit gemeint sind. Deswegen sind meine politischen Freunde nicht in der Lage, ein solches Spitzelgesetz neu zu schaffen.

(B) Im Gesetz ist weiter nichts darüber enthalten, wann dieses Gesetz einmal wieder abgeschafft werden soll. Es steht also vollkommen im Belieben der Regierung, damit zu wirtschaften, solange sie Lust hat, einerlei, ob die Vorbedingungen noch vorhanden sind oder nicht. Einem solchen Gesetz können wir unsere Zustimmung nicht geben. Wir lehnen das Gesetz ab, in allen seinen Teilen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich kann den § 1 für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 2. — Desgleichen. § 3. — Ebenso. Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir auch die

dritte Beratung

sofort vornehmen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — angenommen, Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, da ich Widerspruch nicht höre. —

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

> **dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz)** (Nr. 1648, 2351 der Drucksachen).

Ich rufe auf § 1, — angenommen, 2, — angenommen.

Zu § 3 liegt ein Antrag Kaiser, Meier (Zwickau), Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) und Genossen auf Nr. 2445 vor, auf Streichung der Worte im Abs. 3:

> „aber ausschließlich der Zulage zu den Übergangsgebührnissen (§ 1 Abs. 1b) und des Zivildienstscheins (§ 1 Abs. 1c)". (C)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. § 3 ist in unveränderter Fassung angenommen.

§ 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43, — 44, — 45, — 46, — 47, — 48, — § 49 gestrichen, — 50, — 51, — 52, — 53, — 54, — 54a, — 55, — 56, — 57, — 58, — 59, — 60, — 61, — 62, — 63, — 64, — 65, — 66, — 67, — 68, — 69, — 70, — 71, — 72, — 73, — 74, — 75, — 76, — 77, — 78, — 78a, — 78b, — 79, — 80, — 81, — 82, — 83, — 84, — 85, — 86, — 87, — 88, — 89, — 90, — 91, — 92, — 93, — 94, — 95, — 96, — 97, — 98, — 99, — 100, — 101, — 102, — 103, — 104, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Wehrmachtversorgungsgesetz ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch dem Antrag des Ausschusses über die Erledigung der Petitionen zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Wir kehren nunmehr zurück zum 2. und 3. Punkte unserer Tagesordnung:

> **Interpellation der Abgeordneten Müller** (Franken), **Becker** (Arnsberg), **Erkelenz und Genossen, betreffend den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. v. Jagow** (Nr. 2428 der Drucksachen), (D)

und

> **Interpellation der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen, betreffend das Verfahren gegen Herrn v. Jagow** (Nr. 2439 der Drucksachen).

Zur Begründung der ersten Interpellation hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Spahn.

Dr. **Spahn,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Der Anlaß zu dieser Interpellation ist in folgendem gegeben: Der frühere Polizeipräsident in Berlin, Herr v. Jagow, ist wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen worden. Wir wissen aus diesem Untersuchungsverfahren, daß Herr **v. Jagow** auf Grund von ärztlichen Bescheinigungen nicht in **Untersuchungshaft** genommen ist. Wir wissen außerdem aus den Mitteilungen, die der Herr Reichsjustizminister hier gemacht hat, daß das Verfahren zurzeit nicht fortgesetzt ist, sondern daß es gewissermaßen ruht, nicht infolge eines Beschlusses, ruht deshalb, weil der **Aufenthaltsort** des Herrn v. Jagow nicht bekannt sein soll; denn der Herr Reichsjustizminister hat die Bemerkung gemacht, man könne niemand verhaften, den man nicht habe. Diese Mitteilungen haben das Auffallende an sich, daß Herr v. Jagow, nachdem die Sitzung hier stattgefunden hat, in der sie gemacht waren, in der Presse erklären konnte: Ich bin seit März 1920 nicht krank gewesen, bin also gesund. Das ärztliche Zeugnis ist jedenfalls nicht dahingehend, daß v. Jagow nicht in der Lage wäre, die Untersuchung über sich ergehen zu lassen, eventuell auch eine Strafe zu verbüßen, — was ja nicht in Frage steht, da sie erst später kommt. Herr

(Dr. **Spahn**, Interpellant.)

(A) v. Jagow sagt außerdem: Meine Wohnung befindet sich in Potsdam, er gibt die Hausnummer und die Straße an. Es ist also auffallend, wie es nicht möglich war, die Voruntersuchung und das ganze Untersuchungsverfahren in der Sache des Herrn v. Jagow durchzuführen. Jeder Mensch fragt sich: wie es komme, daß dieser Mann nicht weiter strafrechtlich verfolgt wird, obgleich ihm der schwere Vorwurf des Hochverrats gemacht wird. Das gibt Anlaß, an die Reichsregierung die Frage zu richten:

> Ist sie in der Lage und bereit, über den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. v. Jagow wegen Hochverrats unverzüglich Auskunft zu geben?

Ich will auf die Sache nicht eingehen, bevor uns Auskunft gegeben ist. Ich habe nur den Herrn Reichsjustizminister zu bitten, uns Auskunft in dieser Sache zu geben und sie schon heute zu geben.

Präsident: Zur Begründung der zweiten Interpellation hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Der oberflächliche Beobachter der Vorgänge, die mit dem Falle Jagow in Verbindung stehen, wird sich gewiß darüber wundern, daß die Linke dieses Hauses, die sonst immer für milde Behandlung politischer Verbrecher eintritt, in diesem Falle so sehr nach dem Staatsanwalt, nach der Verhaftung und nach Bestrafung des Beschuldigten ruft. Es ist deshalb nötig, wie mir scheinen will, klar und deutlich hervorzuheben, daß wir nach wie vor für die humane Behandlung aller derjenigen eintreten, die mit dem Gesetze in Konflikt geraten sind, und daß wir ganz besonders für eine vorsichtige Handhabung der Bestimmungen über die Untersuchungshaft sind. Ich bin in der angenehmen Lage,

(B) mich auf eine **Verfügung vom 18. Dezember 1918** berufen zu können, in welcher der damalige **preußische Justizminister** ausdrücklich die **Staatsanwaltschaften** gewarnt hat, gar zu rigoros mit der **Verhängung der Untersuchungshaft** vorzugehen. In jener Verfügung heißt es:

> Die Untersuchungshaft ist ein schwerer Eingriff in die Freiheit einer Person, deren Schuld oder Unschuld in einem Strafverfahren erst noch festgestellt werden soll. Diese schärfste aller Untersuchungsmaßnahmen erfordert daher eine ganz besonders gewissenhafte Prüfung nicht nur dahin, ob ihre gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, sondern auch ob selbst bei Vorliegen dieser Voraussetzungen nach der Bedeutung und den besonderen Umständen des einzelnen Falles eine solche Maßnahme tatsächlich geboten erscheint.

Weiter heißt es dann in der Verfügung:

> Gerade die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über die Untersuchungshaft bedürfen einer Verbesserung; doch kann auch jetzt schon durch eine **vorsichtige Handhabung der Untersuchungshaft** manches erreicht werden.

Meine Damen und Herren! Ich stehe gar nicht an, zu erklären, daß ich auch heute auf demselben Standpunkt stehe. Nun sehen wir aber, daß unsere Bemühungen, die Justiz zu mildern, vergeblich sind. Wir sehen, daß der heutige Staat mit größter Schnelligkeit und mit brutalster Gewalt diejenigen trifft, die als Revolutionäre mit den Gesetzen in Konflikt geraten. Ich verweise nur auf die Schnell- und Blutjustiz der **Ausnahmegerichte** und auf die nicht mehr zu überbietende Rücksichtslosigkeit, mit der die Klassenjustiz **gegen die Arbeiterschaft** verfährt. Wenn nun schon solche Justiz das Kennzeichen des heutigen Staates ist, dann verlangen wir allerdings die gleiche Praxis auch gegen die Kappisten und ihren Rädelsführer, den (C) Herrn v. Jagow.

Die sonst so erbarmungslosen Vertreter unserer Justiz lassen jede Milde walten, wenn Sie gegen Herrn v. Jagow vorgehen sollen, und gegen eine solche Bevorzugung des Herrn v. Jagow erheben wir schärfsten Protest.

Meine Damen und Herren! Der Herr **Justizminister** hat in diesem Hause auffallende **Erklärungen zum Falle Jagow** abgegeben. Er erklärte am 28. Juni 1921, der Beschluß, durch welchen Herr v. Jagow von der Vollstreckung des Haftbefehles befreit worden ist, sei im März dieses Jahres vom Reichsgericht erlassen worden; also ein Jahr nachdem der Haftbefehl ergangen ist.

Da frage ich den Herrn Justizminister: was ist vom März 1920 bis 1921 geschehen, um den Haftbefehl durchzuführen? Wo ist der Steckbrief gegen Herrn v. Jagow? Wo die wiederkehrenden Publikationen, in denen auf die Notwendigkeit der Verhaftung hingewiesen wird? Wo sind die Fälle wiederkehrender Aufforderung, den Behörden bei der Verfolgung und Ergreifung des Herrn v. Jagow Hilfe zu leisten? Welche Belohnung für den Fall der Ergreifung ist ausgesetzt worden? Was hat die Regierung getan, um die Öffentlichkeit immer wieder zu alarmieren, ihr immer wieder von neuem zu sagen: wo ist Herr v. Jagow? Weiß denn niemand in der weiten Welt, wo Herr v. Jagow ist? Was ist während dieses ganzen Jahres geschehen, um Herrn v. Jagow durch solche Maßnahmen der Untersuchungshaft zuzuführen.

Der Herr Justizminister hat weiter am 23. Juni hier erklärt, die Voruntersuchung sei abgeschlossen, und der Herr Oberreichsanwalt beschäftige sich damit, sich über die Erhebung der Anklage schlüssig zu machen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Er hat hinzugefügt, nach Lage der Sache dürfe er annehmen, daß die Anklageerhebung unmittelbar bevorstehe. Also, meine Damen und Herren, die **Untersuchung schwebt** (D) seit dem 30. März 1920 — **1¼ Jahr lang.**

(Hört! Hört! links.)

Und jetzt, wo die Öffentlichkeit auf den Fall Jagow aufmerksam ist, erklärt der Justizminister, der Reichsanwalt beschäftige sich bereits damit, — nicht: die Anklage zu erheben, sondern sich darüber schlüssig zu machen, ob er die Anklage erheben soll. Soll denn jemand glauben, daß es bei einem solchen Verfahren mit rechten Dingen zugeht, wenn man sich andererseits vergegenwärtigt, daß man glaubte, gegen die Männer, die im März 1921 an den Kommunistenputschen teilgenommen haben, nicht mit den ordentlichen Gerichten vorgehen zu können, weil es zu lange dauere, daß man meinte, man müsse Ausnahmegerichte einsetzen, weil die mit einem Putsch zusammenhängenden Straftaten schleunigst abgeurteilt werden müßten. Der Putsch vom März 1920 dagegen ist so behandelt worden, daß es eineinviertel Jahr gedauert hat, bis der Reichsanwalt angefangen hat, zu prüfen, ob er sich schlüssig machen könne, die Anklage gegen Herrn v. Jagow anzustrengen.

(Hört! Hört!)

Noch heute ist keine Anklage erhoben, noch heute ist kein Termin gegen Herrn v. Jagow angesetzt. Da muß man doch wohl die Frage aufwerfen: Wo ist in diesem Falle gefehlt worden, wer sind die Schuldigen, und was wird die Regierung tun, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Justizminister Schiffer hat dann weiter am 23. Juni erklärt:

> Der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow besteht. Der Beschuldigte ist, soweit mir erinnerlich, auf Grund **ärztlicher Gutachten** jedenfalls aber nach Leistung einer sehr namhaften Sicherheit, augenblicklich mit der Untersuchungshaft verschont.

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) Wenige Tage darauf erklärte der Herr v. Jagow: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank.

(Hört! Hört! und Zurufe links.)

Eine Ohrfeige ist wohl schallender noch niemals einem Justizminister verabreicht worden. Das ist der Dank vom Hause Jagow, Herr Justizminister!

(Heiterkeit und Zurufe.)

Weiter erklärte der Herr Justizminister dann am 28. Juni, nachdem diese Erklärung des Herrn v. Jagow durch die Presse gegangen war:

> Die Entscheidung des Reichsgerichts lautet, daß Herr v. Jagow gegen **Leistung einer Sicherheit** in Höhe **von 500 000 Mark** von der Untersuchungshaft verschont sein soll.

Danach hat also Herr v. Jagow durchaus recht, wenn er jetzt feststellt, daß der die Aufhebung des Haftbefehls aussprechende Beschluß mit Krankheit nicht begründet ist. Der reiche Mann kauft sich eben einfach von der Untersuchungshaft los,

(sehr richtig! links)

und es zeigt sich wiederum der Klassencharakter unserer Justiz, wenn man sich mit einer halben Million von der Untersuchungshaft befreien kann.

Der Herr Justizminister erklärte weiter:

> Der Beschluß geht auf Anträge zurück, die der Verteidiger des Herrn v. Jagow gestellt hat. Der erste Antrag vom 9. September 1920 wird damit begründet, daß Herr v. Jagow in seiner Jugend an schwerer Tuberkulose gelitten und nun durch eine besondere Lebensweise, durch häufiges Reiten, viel Bewegung in frischer Luft und kalte Abreibungen — —

(Lachen auf der äußersten Linken)

wobei ich aber in Parantheſe bemerke: der Herr Justizminister hat aus dem Worte „Abreibungen" dann das Wort „Abwaschungen" gemacht, so daß das stenographische

(B) Protokoll nicht mehr Abreibungen für Herrn v. Jagow erfordert, sondern bloß noch Abwaschungen. Nur solche sollen also nach dem Attest den Herrn v. Jagow am Leben erhalten. Bei dieser Sachlage — sagt dann der Herr Justizminister weiter — sei durch die **Vollstreckung der Untersuchungshaft** eine **Gefährdung der Gesundheit des Herrn v. Jagow** zu befürchten.

Der Herr Minister hat ferner mitgeteilt, daß ein neuer Antrag vom 9. November 1920 auf die Gefahren einer Untersuchungshaft für die Gesundheit des Beschuldigten hingewiesen habe. Dem Antrag war ein ärztliches Gutachten eines Herrn Dr. Neumann beigefügt, in dem unter anderen Krankheiten auf die in der Jugend durchgemachte Erkrankung an Tuberkulose und auf eine zur Zeit noch bestehende Leberanschoppung hingewiesen wurde.

(Zuruf links.)

Danach ist zwar der Haftbefehl nicht wegen der Krankheit des Herrn v. Jagow aufgehoben, aber die Krankheiten sind im Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls geltend gemacht worden, und es kann wohl nicht daran gezweifelt werden, daß der Hinweis auf die Krankheiten auf das Gericht den größten Eindruck gemacht hat.

Ich will es mir versagen, heute nochmals über die Bedeutung dieser Krankheit ein Wort zu verlieren. Ich habe hierüber schon unter dem unmittelbaren Eindruck der Erklärung des Herrn Justizministers am 28. Juni gesprochen, und ich will Wiederholungen vermeiden. Aber das eine möchte ich heute doch dazu sagen — und diese Frage möchte ich an den Herrn Justizminister richten: wo gibt es und wo gab es in Deutschland schon jemals einen Hochverräter, gegen den ein Haftbefehl deshalb nicht vollzogen wurde, weil er krank war?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten. — Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Eulenburg!)

Einen solchen Fall weist unsere Justiz nicht auf. Herr (C) v. Jagow beruft sich in der öffentlichen Erklärung auf das absolut einwandfreie Zeugnis seines Hausarztes. Meine Damen und Herren! Bedenken Sie einmal, was es heißt, wenn ein so schwer Beschuldigter sich auf das **Zeugnis seines Hausarztes** beruft. Ich kann Ihnen versichern, daß ich jeden Verteidiger für einen Stümper halten würde, der bei der Verteidigung eines Angeklagten das Attest seines Hausarztes beibringen würde, weil ich weiß, daß die ständige Judikatur der Gerichte davon ausgeht, daß Atteste eines dem Beschuldigten so nahestehenden Arztes keine hinreichende Glaubhaftmachung bedeuten. Seit wann genügt denn aber ein Privatattest? Selbst der ärmste Arbeiter, dessen Freilassung vom Verteidiger oder von ihm selbst betrieben wird, muß mühsam die Groschen aufbringen, um ein kreisärztliches Attest zu beschaffen. Ich kann Ihnen versichern, daß ich schon eine Reihe von Fällen erlebt habe, in denen der Antrag auf Haftentlassung und Beurlaubung deshalb nicht gestellt werden konnte, weil dem Angeklagten die Mittel fehlten, ein kreisärztliches Attest zu beschaffen. Meine Damen und Herren! Bei Herrn v. Jagow genügt das Zeugnis seines Hausarztes.

(Zurufe auf der Linken.)

Welche Charakterisierung dieser Hausarzt verdient, ergibt sich doch wohl daraus, daß der angeblich durch den Hausarzt als krank bescheinigte Herr v. Jagow selber erklärt, gesund zu sein.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Justiz redet Herrn v. Jagow ein, daß er krank ist.

Wenn wir immer und mit Recht von einer Klassenjustiz sprechen, so möchte ich doch sagen, daß in vielen Fällen die **Klassenjustiz** nicht möglich wäre, wenn sie sich nicht auf eine **Klassenmedizin** stützen könnte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

Dieses von meinem Freunde Moses geprägte Wort trifft ganz besonders auf diesen Arzt zu, der mit einem solchen Attest einem gesunde Manne seine „Krankheiten" bescheinigt.

Man hat den **Fall Jagow** mit dem **Fall Eulenburg** verglichen: Aber, meine Damen und Herren, der **Vergleich** trifft nicht zu. Wenn Sie sich an die Verhandlungen des Prozesses Eulenburg erinnern, werden Sie wissen, daß im Termin gegen Eulenburg Ohnmachten und Herzkrämpfe im Gerichtssaal stattfanden und diese im Gerichtssaal auftretenden Erkrankungen zeigen sollten, daß Herr Eulenburg ein Todeskandidat sei, was allerdings nicht verhindert hat, daß Herr Eulenburg sich noch heute seines Lebens erfreut.

(Hört! Hört! links.)

Aber Herr Eulenburg tat doch wenigstens so, als ob er krank war.

(Heiterkeit.)

Herr v. Jagow, meine Damen und Herren, erreicht genau dasselbe, obwohl er behauptet, gesund zu sein.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb übertrifft Herr v. Jagow noch den Herrn v. Eulenburg.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß deshalb sagen, daß der „Vorwärts" durchaus recht hat, wenn er geschrieben hat: Will Herr Schiffer etwa behaupten, daß Herr v. Jagow Gesundheit simuliere?

(Heiterkeit.)

Diese Frage ist durchaus berechtigt, und ich bin begierig, welche Antwort der Herr Justizminister auf sie zu geben hat.

Ich schließe die Behandlung der ärztlichen Seite des Falles damit ab, daß ich sage: auf solch ein Attest hin fällt das Reichsgericht herein oder — ich muß mich richtigstellen — es fällt ja gar nicht herein, sondern es benutzt

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) ein solches Attest, dessen Unrichtigkeit es sicherlich durchschaut, um mit einigem Anstand die Aufhebung des Haftbefehls begründen zu können.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Leider!)

— Gewiß, ich freue mich, Herr Kollege Schücking, daß auch Sie „leider" sagen. Ich hoffe also, daß Sie mit uns gegen diese Justiz mit aller Schärfe Stellung nehmen werden, und daß wenigstens in diesem Falle die Demokraten einmal ihrem Namen Ehre machen werden.

(Rufe auf der äußersten Linken: Einer!)

Meine Damen und Herren! Der Herr **Justizminister** hat nach dieser Darstellung des medizinischen Teils des Falles Jagow eine Erklärung abgegeben, die ich nicht unter den Tisch fallen lassen kann. Der Herr Minister Schiffer hat nämlich erklärt — ich zitiere wörtlich nach dem von ihm korrigierten Stenogramm —:

> die **Krankheit des Herrn v. Jagow** ist doch wohl ein **Gegenstand unserer** allgemeinen **menschlichen Teilnahme.**

(Heiterkeit. — Abgeordneter Höllein: Ausgerechnet Schiffer!)

Meine Damen und Herren! Wir sind zu jeder menschlichen Teilnahme bereit, aber nur für solche, die sie wirklich verdienen. Im übrigen kann Herr v. Jagow sicher sein, daß die Berliner Bevölkerung sich an den Herrn v. Jagow sehr genau erinnert und den größten Anteil an seinem Geschick nimmt, nachdem er sich in das Herz der Berliner unauslöschlich eingeschrieben hat mit dem Worte: „Ich warne Neugierige".

(Sehr gut! links.)

Herr v. Jagow, den wir doch aus jener Zeit kennen, war immer ein Bild strotzender Gesundheit. Seine Jugendkrankheiten hatte er doch auch als Berliner Polizeipräsident schon hinter sich. Damals merkte man von der

(B) erschütterten Gesundheit ganz und gar nichts. Damals zeigte er sich kerngesund. Und was hatte der Mann für gute Nerven! In seinem Namen wurde ja jene blutige Attacke gegen friedliche Wahlrechtsdemonstranten geritten.

(Sehr wahr! links.)

Und der Mann will krank gewesen sein? Und Herr Schiffer versichert ihn seiner allgemeinen menschlichen Teilnahme! Herr Minister Schiffer, sind Sie immer so teilnahmsvoll?

(Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Ich muß Ihnen gestehen, soviel Zärtlichkeit hatte ich Ihnen gar nicht zugetraut.

Aber Ihr Amt gibt Ihnen die beste Gelegenheit, Ihre Sympathie für Erkrankte, Ihr Bedürfnis nach milderer Behandlung Verurteilter zu beweisen. Bisher, muß ich sagen, haben wir in der Behandlung der Verurteilten und Angeklagten Ihre sanfte Hand noch nicht verspüren können. Damit Sie Gelegenheit haben, Ihre Sanftmut und Ihre Milde, Ihre Humanität zur Geltung zu bringen, und damit Sie nicht sagen, daß Sie nur nicht wissen, wo Sie mit Ihrer Hand streicheln könnten, will ich Ihnen außer dem Fall, den ich hier schon neulich vorgetragen habe, und von dem ich nicht weiß, ob es schon zu einer Beurlaubung des schwer tuberkulösen Mannes gekommen ist, einen **Fall** vortragen, der, wie mir scheinen will, noch erschütternder ist als der damals von mir zur Darstellung gebrachte.

Aus Frankfurt a. M. berichtet die „Rothe Fahne":

> Der **Arbeiter Wilhelm Lehmann** der Bezirksgruppe **Frankfurt a. M.**-West wurde im Februar 1921 wegen politischer Verbrechen als Mitglied der K. A. P. D.-Frankfurt a. M. verhaftet. Lehmann ist wegen Nervenleiden mit 50 Prozent Rente aus dem Heeresdienst entlassen.

(Hört! Hört! links.)

> Damals war er mit Nervenanfällen behaftet, die (C)
> sich im Laufe der Jahre aber bedeutend besserten und zuletzt nur bei außergewöhnlicher Erregung wiederholten. Kurz nach seiner Verhaftung erlitt er zwei Nervenanfälle im Frankfurter Untersuchungsgefängnis.

(Hört! Hört! links.)

— Also in einem Raume, für den Sie, Herr Minister, die Verantwortung tragen, auch wenn es ein preußisches Justizgefängnis ist. Ich brauche Sie auf die Verfassung nicht besonders hinzuweisen.

Ich fahre in der Vorlesung fort:

> Nach einer Überführung in das Untersuchungsgefängnis Wehlheiden bei Cassel wiederholten sich dieselben mehrmals. Überhaupt kam das Leiden immer mehr zum Durchbruch, und heute ist Lehmann durch sein Leiden auf dem rechten Auge erblindet.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

— Der Mann verdient Ihre volle Teilnahme! —

Es heißt weiter:

> Die Beine versagen vollständig den Dienst. Der Urin läuft weg, ohne daß jemand etwas dagegen tun kann. Ein Vertreter der Gauleitung hat sich bei einem Besuch von dieser Tatsache überzeugt. Es wurde daraufhin sofortige fachärztliche Untersuchung und Überführung in Krankenhausbehandlnng oder in eine Irrenanstalt beantragt. Da nach den Angaben Lehmanns auch der Gefängnisarzt die Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit beantragt hat,

— also nicht der Hausarzt oder ein Kreisarzt, sondern der zuständige Gefängnisarzt hat die Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit beantragt! —

> wurde diese Tatsache dem außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando II in (D)
> Cassel mitgeteilt und der Antrag auf Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit gestellt. Trotz mehrfacher Verhandlungen geschah jedoch nichts. Lehmann wurde lediglich ins Gefängnislazarett überführt.

(Hört! Hört! links.)

— Auch dort ist nicht der Platz für einen Schwerkranken, der ohne die Pflege ist, deren er dringend bedarf.

Und nun kommen wir in die Zeit Ihrer Ministerherrlichkeit, Herr Schiffer:

> Anfang Juni wurde dem Antragsteller mitgeteilt, daß die Angelegenheit Lehmann dem außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I in Berlin überwiesen worden ist. Dort liegt die Sache seitdem begraben.

(Hört! Hört! links.)

> Der schwerkranke Lehmann sitzt noch immer in Haft. Schon ist er auf Jahre hinaus erwerbsunfähig. Die Behörden rühren sich nicht.

(Hört! Hört! links.)

Meine Damen und Herren! Das ist doch ein Fall, der viel schlimmer liegt, als der Fall Jagow liegen würde, wenn alle Behauptungen über die schwere Erkrankung dieses Mannes wahr wären. Herr Minister, was wollen Sie tun, um diesen unglücklichen Mann aus der Haft zu befreien?

Ich komme dann noch auf den **Fall** meines Freundes **Toller** zurück, den ich schon in der letzten Sitzung, als über den Fall Jagow gesprochen wurde, erörtert habe. Ich will auf die Einzelheiten des Falles Toller nicht mehr eingehen, will über die schwere Lungenerkrankung Tollers nicht mehr sprechen. Das habe ich bereits neulich getan. Bei unserem Parteifreund Toller kommt noch hinzu, daß er infolge eines anderen Leidens dringend

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) einer Untersuchung durch einen Facharzt bedarf. Diesen Facharzt kann er in seiner sogenannten Festungsanstalt, die ja in Wirklichkeit gar keine Festungsanstalt ist, nicht um Rat fragen. Er hat deshalb beantragt nicht seine Haftentlassung, nicht seine Befreiung von der Haft, er hat nur ganz bescheiden den Antrag gestellt, für einen oder zwei Tage nach München überführt zu werden, damit er einen Spezialarzt konsultieren kann. Selbst dieser Antrag ist abgelehnt worden.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört! und Pfui!)

Man läßt einen Mann wie Toller, über dessen Persönlichkeit ich kein Wort zu verlieren brauche, einen Mann, der als Dichter weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus die Sympathien des deutschen Volkes genießt, von dem das deutsche Volk noch manches zu erwarten hat, einen solchen Mann läßt man in der Strafanstalt elend zugrunde gehen, und Herr v. Jagow läuft frei herum.

(Pfui-Rufe und Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Was wird der Herr Justizminister tun?

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Nichts!)

Ich bin begierig, ob er darauf schweigen oder ob er wie jener Reichsanwalt im Falle Jagow erklären wird, er überlege, ob er einschreiten werde.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Ich muß mich berichtigen: er beschäftigte sich damit, zu prüfen, ob er einschreiten solle.

Meine Damen und Herren! Ein Mann, der als Berliner Polizeipräsident jahrein jahraus Tausende und aber Tausende von Menschen ins Gefängnis gesperrt hat, darunter Hunderte Tuberkulosekranke und Hunderte Leberkranke, läßt ärztliche Atteste vorlegen, um sein kostbares Ich vor der Verhaftung zu retten. Ein Mann, der vielen Tausenden die frische Luft entzogen hat, hat nicht den Mut, für seine Tat einzustehen und sich der Gefängnis-

(B) luft anzuvertrauen. Nebenbei, Herr Minister, wie muß es wohl in unseren Gefängnissen aussehen, wenn ein so kerngesunder Mann wie Herr v. Jagow für seine Gesundheit fürchtet, wenn er mit dem Gefängnis Bekanntschaft macht!

Dabei muß sich Herr v. Jagow doch sagen, daß er alle Trümpfe in seiner Hand hat, und daß seine Untersuchungshaft nur von kurzer Dauer sein wird. Denn es gibt doch wohl niemanden im Hause, der daran zweifelt, daß der Prozeß gegen Herrn v. Jagow bei der bekannten Zusammensetzung des Reichsgerichts mit einer glänzenden Freisprechung enden wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommnnisten.)

Ich nehme auch an, daß der Verteidiger, der dieses ärztliche Attest eingereicht hat, auch die Verteidigungskosten noch aus der Staatskasse erhalten wird. Wo so der Ausgang des Prozesses vorauszusehen ist, wo es sich nur um eine kurze Untersuchungshaft handeln kann, da ist es für unsere Anklagen gegen die Zustände in den Gefängnissen besonders beweiskräftig, daß Herr v. Jagow zögert, auch nur für kurze Zeit das Gefängnis aufzusuchen.

Wenn wir den gegen Jagow erlassenen **Haftbefehl** etwas näher ansehen, so muß doch auffallen, daß er lediglich wegen Fluchtverdachts und nicht auch **wegen Kollusionsverdachts** ergangen ist, nicht auch deshalb, weil Gefahr besteht, daß der Angeklagte sich mit seinen Mitangeklagten über die beste Art, sich herauszureden, verständigen kann. Alle Kappisten sind frei; nicht ein einziger ist in Haft. Sie können sich miteinander über ihre Aussagen verständigen, können ihre Aussage zurechtlegen, sie in Übereinstimmung miteinander bringen. Einer kann den andern herausreden. Es ist der typische Fall für die Anwendung der Kollusionshaft, und in diesem Falle — ja, Herr v. Jagow ist ja der Angeklagte! — greifen die Richter nicht zur Kollusionshaft, zu der sie doch sonst gar (C) zu gern ihre Zuflucht nehmen. Aus allen diesen Gründen also ist der **Haftbefehl** und seine **Aufhebung** ein **unerhörter Skandal**,

(lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

und es ist unverständlich, wie sich ein Minister finden konnte, der die Aufhebung des Haftbefehls so rechtfertigte, wie das Herr Schiffer getan hat.

Aber nun die **Vollstreckung des Haftbefehls!** Herr Schiffer hat am 28. Juni hier erklärt: Was für die Nürnberger gilt, gilt auch für die Preußen und allgemein für die Deutschen, nämlich, sagt Herr Schiffer, daß man niemand hängt, den man nicht hat, und er hat hinzugefügt: ich selbst weiß sogar noch nicht, wo Herr v. Jagow ist.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Vielleicht ist er auf der Tribüne! Einmal hat er schon oben gesessen!)

— Ja, Herr Kollege Hoffmann hat vollkommen recht: als wir uns im **Landtag** einmal mit Herrn **v. Jagow** beschäftigten, saß er in der Tat oben **auf der Tribüne.** Vielleicht erwirbt sich einer unserer Zuhörer auf der Tribüne das Verdienst, Herrn v. Jagow festzunehmen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Diesen Hinweis auf die Nürnberger gab der Herr Minister zu einer Zeit, wo Herr v. Jagow polizeilich angemeldet war: in Potsdam, nahe bei Berlin, man möchte sagen, fast unter den Händen des Herrn Ministers Schiffer! Herr v. Jagow konnte denn auch bald nach der Erklärung des Herrn Ministers in der Presse entgegnen:

> Auf die Behauptung, mein Aufenthaltsort sei nicht bekannt, stelle ich fest, daß ich am 3. Mai 1921 zu Protokoll gegeben habe: ich wohne in Potsdam, Bayerstraße 7.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten (D) und den Vereinigten Kommunisten.)

Eine neue Ohrfeige für den Herrn Justizminister! Ich bin begierig, wie er diese Ohrfeige beantworten wird. Zum mindesten hat sich der Herr Minister so schlecht informiert gezeigt, daß man sich wundern muß, wie derartiges möglich ist.

Nach Herrn Schiffer muß doch die Behörde ihn für unauffindbar gehalten haben. Wenn es richtig ist, daß Herr v. Jagow eine Kaution gestellt hat, und wenn der Herr Minister glaubte, daß Herr v. Jagow trotz der Kaution unauffindbar sei, dann hatte er die Verpflichtung, nach dem Strafgesetzbuch zu verfahren und die Verhaftung anzuordnen. Auch Herr Kollege Kahl scheint ja sogar zu nicken; ich freue mich darüber.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Sie wußten gar nicht, zu welchem Zweck ich nicke; ich kann ja auch zum Schlafen nicken! — Heiterkeit.)

— Also ich konstatiere, daß Herr Kollege Kahl nur eingenickt ist.

(Zurufe.)

— Das ist noch nicht das Schlimmste, Herr Kollege Kahl, wenn Sie einschlafen; das ist noch viel besser, als wenn Sie aufpassen.

Also wenn Herr Minister Schiffer annahm, daß trotz der Kaution Herr v. Jagow unauffindbar sei, dann mußte er sich doch an die Strafprozeßordnung erinnern, die in ihrem § 120 bestimmt, daß, der Sicherheitsleistung ungeachtet, der Beschuldigte zur Haft zu bringen ist: erstens wenn er Anstalten zur Flucht trifft, zweitens wenn er auf ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, oder wenn neu hervortretende Umstände seine Verhaftung erforderlich machen. Ja, Herr Minister, die letztere Voraussetzung ist doch gegeben. Jagows Erklärung, die doch eine Verhöhnung der Justizbehörden und ihres

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) obersten Chefs darstellt, sind doch schon solche Umstände, die neu hervorgetreten sind, die es rechtfertigen, Jagow zur Haft zu bringen. Ich verweise auch auf § 22 der Strafprozeßordnung, der sagt:

> Eine noch nicht freigewordene Sicherheit verfällt der Staatskasse, wenn der Angeschuldigte sich der Untersuchung entzieht.

Herr Minister, haben Sie etwas veranlaßt, um den **Verfall der Kaution** auszusprechen? Von dem Standpunkt aus, den Sie eingenommen haben, wäre das doch eine Selbstverständlichkeit, wenn Sie das Gesetz korrekt zur Anwendung bringen wollten. Die gestrigen Zeitungen haben behauptet, daß der Herr Minister dem Oberreichsanwalt den Auftrag gegeben habe, die Verhaftung auszuführen. Ich weiß nicht, ob das wahr ist, Herr Minister. Es heißt heute, daß Ihre Untergebenen natürlich das Nachsehen gehabt haben, daß Herr v. Jagow längst davon ist. — Sie staunen, Herr Minister?

(Heiterkeit.)

Ja, wie können Sie denn noch staunen, Herr Minister Schiffer? Ich muß mich wirklich über das Gesicht wundern, das Sie zu diesen Ausführungen machen.

(Heiterkeit.)

Sie sehen aus wie jemand, dem die Felle davongeschwommen sind. — Aber es war doch klar, daß das nicht anders sein würde.

Wir möchten also wissen, wie es mit der Verhaftung steht.

Sehr interessant war es, daß die gestrigen Abendzeitungen berichten, daß Herr v. Jagow als Vorsitzender der Rostocker Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei — —

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das ist ein ganz anderer! Das ist ein Vetter von ihm! — Heiterkeit.)

(B) — So, das ist ein Vetter von ihm? Dieser ist auch aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Dann nehme ich an, daß die Jagows alle krank geworden sind.

(Heiterkeit.)

Gut, wenn das nur ein Verwandter ist — ich kann mich unter den Jagows nicht auskennen —, dann will ich darauf verzichten, auf den Rostocker Jagow näher einzugehen.

Ich komme dann zu den **Erklärungen** des Herrn **v. Jagow über seine Stellung zu dem Prozeß**, der gegen ihn geführt ist. Herr v. Jagow erklärt feierlich:

> So wenig ich gewillt bin, mich der meines Erachtens durch nichts gerechtfertigten Untersuchungshaft zu stellen, ebensowenig bin ich allerdings aus praktischen und politischen Gründen gewillt, mich etwa dem Verfahren zu entziehen.

Meine Damen und Herren, da spielt doch Herr v. Jagow mit der Staatsanwaltschaft.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er macht sich über sie lustig und sagt sich: die deutsche Republik kann mir sonst etwas. Die Justiz läßt sich von Herrn v. Jagow alles dies gefallen. Herr v. Jagow erklärt weiter:

> Die Verrücktheit der Zeit bedroht mich freundlichst mit lebenslänglichem Zuchthaus.

Meine Damen und Herren, dieselbe Verrücktheit liegt doch vor, wenn Kommunisten wegen Hochverrats angeklagt werden.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ein Kommunist würde allein schon wegen solcher Erklärungen die allerschärfsten Maßnahmen der Justiz zu erwarten haben. Bei Herrn v. Jagow wirkt das aber alles nur verzögernd auf die Justiz. Je frecher er ist, um so rücksichtsvoller ist die Rechtspflege gegen ihn.

Mir will scheinen, daß er den Gipfel erreicht mit (C) der Frage an den Herrn Minister:

> Wie wird der Herr Justizminister sich an die stolze Männerbrust schlagen und sprechen: erravi?

Ich bin begierig, was der Herr Minister tun wird. Aber so spricht ein Beschuldigter, meine Damen und Herren, wenn er v. Jagow heißt. Ein solcher Beschuldigter denkt nicht daran, seinerseits zu Kreuze zu kriechen, er tritt vielmehr als Ankläger gegen den Justizminister auf.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dahin führt die Behandlung, die die Regierung dem Herrn v. Jagow zuteil werden läßt: Dahin kommen Sie, Herr Minister, wenn Sie Herrn v. Jagow und die Rechtspflege im Falle Jagow, wie Sie es leider getan haben, noch in Schutz nehmen.

Und mit Herrn Schiffer Hand in Hand arbeitet die Presse. Jagow erfreut sich in manchen Teilen der **deutschnationalen Presse** der eifrigsten Zustimmung.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Der deutschnationale „Tag" schrieb einen Satz, den ich nicht unterdrücken will.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Der ist nicht deutschnational! — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Vielleicht sagen Sie mir dann, welcher Partei er nahesteht.

(Zurufe rechts: Neutral! Parteilos!)

— Parteilos? Das ist also ein **parteiloses Blatt**, meine Damen und Herren!

(Große Heiterkeit links.)

Wir haben uns gestern beim Etat der Zentralstelle für Heimatsdienst bereits darüber unterhalten, daß solche Behauptung von parteiloser Beurteilung der Dinge nur der Bevölkerung Sand in die Augen streuen soll.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

Sie wollen doch mit dem parteilosen „Tag" nur die Dummen fangen. Ich muß deshalb dabei bleiben, daß der deutschnationale „Tag" geschrieben hat:

> Jagow wäre, was er trotz der Kapp-Periode nie gewesen ist, ein Narr,

— ein Narr, meine Damen und Herren! —

> wenn er sich der heutigen Regierung stellte.

Das schreibt dieselbe Presse, die sich über den Kommunisten Scholem nicht genug entrüsten konnte, weil Scholem sich der Verhaftung entzogen hat.

Der „Tag" schreibt dann weiter:

> In dieser sonderlichen Zeit wechseln häufig genug Regierungen und auch Rechtsgrundsätze. Alles fließt. Da läßt ein kluger Mann sich treiben, bis er eines Tages die richtige Regierung und die richtige Amnestie gefaßt hat.

(Hört! Hört! links.)

— Herr Helfferich lächelt verständnisinnig.

(Heiterkeit.)

Er weiß, wie man es machen muß. Auch er hat ja seine Zeit abgewartet.

Aber Herr **v. Jagow** meint, Besseres zu tun zu haben, als ins Gefängnis zu gehen. Er reist im Lande umher und **sammelt die Streitkräfte gegen die Republik.**

(Zuruf rechts: Was heißt das?)

— Was das heißt, das will ich Ihnen deutlicher sagen; denn erst kürzlich haben wir erfahren, daß er in Schlesien mit dem Baltikum-General v. d. Goltz und Ihrem Grafen Westarp zusammen war.

(Hört! Hört! links.)

Und wenn dieses Dreiblatt zusammen kommt, dann geschieht das nicht zum Schutze der deutschen Republik.

(Sehr wahr! links. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben Skat gespielt!)

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) Vielleicht äußert sich der Graf Westarp etwas näher über den Skat, den die drei mit einander gespielt haben. Dieses Zusammentreffen ist um so aufsehenerregender, als es zu einer Zeit geschah, als in Schlesien Tausende von Orgesch-Soldaten, tausende Angehörige von Freikorps und anderen reaktionären Truppenteilen versammelt waren.

So kann ein wegen Hochverrats Beschuldigter sich in Deutschland bewegen. Und dann sagt derselbe Herr v. Jagow in seiner öffentlichen Erklärung:

> An die Adresse des Abgeordneten Dr. Rosenfeld sei schließlich gesagt, die dreizehnmonatige Verhängung eines Haftbefehls gegen mich habe ich wie Klassenjustiz empfunden.

(Hört! Hört! und Lachen links.)

Herr v. Jagow empfindet seine Behandlung durch die Justiz als Klassenjustiz. Ich muß sagen, in etwas anderem Sinne hat er vollkommen recht; denn es ist in der Tat Klassenjustiz, daß man ihn als Vorkämpfer der Reaktion anders behandelt als die Arbeiterschaft.

(Sehr wahr! links.)

In diesem umgedrehten Sinne hat Herr v. Jagow durchaus recht.

Ich sprach vorhin von der Zustimmung, die Herr v. Jagow in der deutsch-nationalen Presse fand, und von der Zustimmung, die Herr Schiffer dort gefunden hat. Ich will aber ganz korrekt berichten, daß es auch ein **deutsch-nationales Blatt** gibt — Herrn Kollegen Wulle wird das ja auch ganz besonders interessieren —, **das** von Herrn **v. Jagow** und von Herrn Schiffer **abrückt.** Es heißt im **„Deutschen"**:

> Es ist wirklich nicht unbegreiflich, daß der unabhängige Interpellant in dieser Verbindung von einer Verhöhnung der Justiz sprach.

Das sagt Herr Wulle!

(Abgeordneter Wulle: Wo? — Lachen links.)

(B) — Im „Deutschen" vom 30. Juni.

(Abgeordneter Wulle: Was geht mich der „Deutsche" an! — Lachen links.)

— Ach, Herr Wulle, ich muß tausendmal um Entschuldigung bitten.

(Lachen rechts. — Abgeordneter Wulle: Na also!)

Ich habe wirklich geglaubt, daß Sie einmal einen lichten Augenblick hatten, jetzt muß ich auch das wieder zurücknehmen.

(Heiterkeit.)

Also der „Deutsche", mit dem Herr Wulle nichts zu tun hat, schreibt dann weiter:

> Und leider war das, was Herr Schiffer gestern zu erwidern wußte, auch durchaus nicht geeignet, den schlimmen Schein ganz zu beseitigen. Denn der Hinweis, daß Herr v. Jagow in seiner Jugend einst an Tuberkulose gelitten und viel Bewegung in frischer Luft wie kalte Abreibungen nicht entbehren könne, wird als hinreichender Grund für die Haftaussetzung von vielen eben doch nicht angesehen werden.

(Hört! Hört! links.)

So schreibt sogar der „Deutsche".

Ich muß nach alledem sagen, daß eine schlimmere **Verhöhnung unserer Rechtspflege** noch nicht dagewesen ist. Diese Art der Verlangsamung der Durchführung des Prozesses, diese Art der Aufhebung des Haftbefehls erschüttert die Justiz mehr, als alle noch so guten Reden gegen Klassenjustiz das zuwege bringen. Die Justiz zeigt sich nicht als Verfolgerin, sie zeigt sich als bester Schutz des Herrn v. Jagow und der Kappisten. Herr v. Jagow verhöhnt noch dazu unsere Rechtspflege, er schlägt ihr ein Schnippchen, und der Justizminister deckt alles dies mit seinem Namen.

Meine Damen und Herren! In unserer Interpellation (C) beschränken wir uns nicht auf den Fall Jagow, unsere Interpellation geht darüber hinaus. Wir fragen: wie steht es mit den **anderen Kappisten?** Wir wollen doch vermeiden, unter dem noch so wichtigen Fall v. Jagow all die anderen Fälle zu vergessen, bei denen Kappisten beteiligt sind. Wie weit ist denn das Verfahren gegen die Kappisten gediehen? Es gibt doch immerhin einige Führer der damaligen Bewegung, gegen die das Verfahren noch nicht eingestellt ist. Es sollen, wie verlautet, etwa zehn Prozesse schweben, und ich möchte einmal fragen: wie weit sind die Prozesse durchgeführt? Hat der Oberreichsanwalt bereits angefangen zu erwägen, ob er eine Anklage erheben soll, oder sind die Prozesse so weit noch nicht gediehen? Nicht ein einziger Kappist ist angeklagt, geschweige denn verurteilt worden, und ich möchte mit der Teilnahme, die Herr Schiffer uns empfohlen hat, teilnahmsvoll fragen: sind die Kappisten alle so leidend wie Herr v. Jagow?

(Heiterkeit links.)

Wir haben oft gesagt, es sind gute Zeiten für Mörder, und wir müssen jetzt sagen, es sind auch **gute Zeiten für Kappisten.**

Wir möchten fragen: verdienen denn jene Kappisten diese rücksichtsvolle Behandlung? Erinnern wir uns doch der Tage, in denen Herr **Kapp** die Herrschaft ausübte. Herr Kapp war es, der damals eine ganze Reihe von **Blutbefehlen** erlassen hat. Ich will nur an den einen erinnern.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Ja, gegen Sie war er nicht gerichtet, Sie brauchen darüber sich nicht zu entsetzen, Sie waren ja wahrscheinlich dabei, als man beriet, ob ein solcher Befehl hinausgehen solle. Andere waren aber von diesem Befehl bedroht. — Ich erinnere besonders an die Verordnung, in der es hieß:

> Die Haupträdelsführer, die sich der in der Ver- (D) ordnung zur Sicherung volkswirtschaftlicher Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitswesens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, desgleichen die Streikposten werden mit dem Tode bestraft.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Schon die Streikposten sollten zum Tode verurteilt werden, und es ist nicht das Verdienst des Herrn Kapp, es ist das Verdienst der Arbeiterschaft, daß Herr Kapp nicht dazu gekommen ist, Todesstrafen zu vollstrecken.

(Sehr richtig! links.)

Was geschieht gegen Herrn Kapp? Man hat dem Herrn Kapp nicht einmal sein Vermögen so beschlagnahmt, daß er die Früchte seines Vermögens nicht genießen kann.

Meine Damen und Herren! So werden also die Kapp-Rebellen behandelt. Und die Arbeiter, jene Arbeiter, die im März 1920 sich vergangen haben und nur zum Teil unter die Amnestie gefallen sind, ebenso die Arbeiter, die im März 1921 mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, sitzen zu Tausenden in Gefängnissen und Zuchthäusern, die müssen zu Tausenden erleben, wie ihre Gesundheit nach und nach untergraben wird, und derselbe Justizminister, der schützend seine Hand über Herrn Kapp und die anderen Kappisten hält, läßt die Ausnahmegerichte weiter urteilen. Auch heute noch gibt es Ausnahmegerichte in Deutschland, und der Minister verweigert diesen verurteilten Arbeitern die Amnestie.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Wir werden nicht ruhen, bis diese Amnestie durchgeführt ist. Wir rufen ihm auch heute zu: heraus endlich mit der **Amnestie für die politischen Gefangenen,** die in den Strafanstalten sitzen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) Zweierlei Recht gilt bei uns in Deutschland: eins für die besitzenden Klassen und ihre Vorkämpfer von der Konterrevolution, und eins für die Arbeiter. Die Amnestie wird den Arbeitern verweigert, und die Kappisten werden so behandelt, als wenn sie amnestiert wären.

Da sage uns der Herr **Minister** nicht: ich kann nichts machen, die **Unabhängigkeit der Gerichte** hindert mich, einzugreifen. Herr Minister, Sie haben das Recht, dem Oberreichsanwalt Anweisungen zu geben, Sie können ihn anweisen, mit aller Schärfe die Gesetze anzuwenden und den Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow durchzuführen. Das können Sie, das müssen Sie, wenn Sie wirklich die Rechtspflege vertreten wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, wir sehen, von Minister zu Minister setzt sich das Prinzip durch, die Kapp-Rebellen zu schützen. Kein Minister der Justiz ist bisher energisch gegen die Kappisten vorgegangen. Da entsteht doch die Frage, wenn man selbst dem Herrn Justizminister, der gegenwärtig noch amtiert, zutrauen wollte — ich setze nur den Fall —, daß er energisch gegen die Kappisten vorgehen möchte: wird er sich auch durchsetzen können gegen die reaktionären Beamten in seiner Verwaltung?

Gerade in der **Justizverwaltung des Reichs** scheint immer noch die **Reaktion** vorzuherrschen.

(Sehr richtig! links.)

Wir haben erst gestern in einem Ausschuß, der sich mit der Zulassung der Frauen zum Richteramt beschäftigte, erlebt, wie die Herren aus dem Justizministerium passive Resistenz üben, wenn aus dem Hause heraus eine Reform durchzuführen versucht wird. Gegen den Initiativantrag auf **Zulassung der Frauen zum Richteramt** wurde eingewendet, daß der Antrag nicht vollständig sei, und wir verlangten, daß die Regierung, die doch, wie im Ausschuß von anderer Seite sehr richtig hervorgehoben wurde,

(B) alle Weisheit verkörpert, sage, welchen Mangel der Antrag habe. Da erklärte der Herr **Staatssekretär Joël**, daß er dazu nicht in der Lage sei.

(Hört! Hört! links.)

Er weigerte sich also, die Parteien in der Verbesserung des Antrags zu unterstützen, der von drei Fraktionen eingebracht war und für den alle anderen Fraktionen ihre Sympathie aussprachen. Bei aller Anerkennung der juristischen Fähigkeiten des Herrn Joël muß ich doch sagen, er sieht manchmal so aus, als ob er aus der Zeit der Savigny-Gesetzgebung stammte, und diese liegt doch schon etwas lange zurück. Wir müssen verlangen, daß auch in unserer Justiz etwas modernere Anschauungen Platz greifen. Wir sehen aber nicht, daß Herr Schiffer solche in seinem Amt durchzusetzen versteht.

Wir fordern im Falle des Herrn v. Jagow die Anwendung des Gesetzes auf Kapp und seine Helfershelfer, auch Herrn v. Jagow, ohne Rücksicht auf die gar nicht vorhandenen Krankheiten und ohne Rücksicht auf die halbe Million, über die Herr v. Jagow verfügt. Wegen Begünstigung ist nach unserem Strafgesetz jeder zu bestrafen, der Herrn v. Jagow durch Ausstellung falscher Atteste oder auf andere Weise wissentlich Beistand leistet, um ihn der Bestrafung zu entziehen. Das Strafgesetzbuch droht für dieses Delikt Geldstrafe bis zu 600 Mark an oder Gefängnis bis zu einem Jahre. Ich verweise weiter darauf, daß nach unserem Strafgesetzbuch wegen Beamtenverbrechen jeder zu bestrafen ist, der vermöge seines Amtes bei der Ausübung der Strafgewalt — Herr Justizminister! — mitzuwirken hat, wenn er in der Absicht, Herrn v. Jagow der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, und, Herr Minister, nach dem Strafgesetzbuch steht auf dieses Verbrechen Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren.

(Zuruf links: Ist fällig!)

— Ich will die Frage, ob die Strafe schon fällig ist, (C) Herr Kollege,

(Heiterkeit)

erst beantworten, wenn der Herr Minister gesprochen hat.

(Heiterkeit rechts.)

Ich bin als Verteidiger zu sehr gewöhnt, Herr Kollege, daß der Angeklagte das letzte Wort hat, und möchte deshalb erst den Herrn Minister sprechen lassen. Vorläufig möchte ich ihm nur sagen: Herr Minister, hüten Sie sich, daß Sie nicht mit dem Zuchthaus Bekanntschaft machen.

(Große Heiterkeit.)

Unser Standpunkt ist also der: Die ganze Strenge des Gesetzes muß gegen alle Kappisten angewandt werden. Der Fall Jagow ist zu einem unerhörten Skandal geworden. Das öffentliche Rechtsbewußtsein ist aufs schwerste erschüttert. Weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus — täuschen Sie sich darüber nicht, meine Herren! — hat der Fall Jagow Empörung hervorgerufen. Wehe dem Staate, möchte ich sagen, in dem solche Dinge ungeahndet vorkommen. Ein solcher Staat ist innerlich faul. Die ganze Blöße dieses kapitalistischen Klassenstaates liegt im Falle Jagow klar zutage.

(Sehr richtig! links.)

Die herrschenden Klassen, die herrschende Regierung schützt den Herrn v. Jagow. Der Fall Jagow ist aber kein Einzelfall, der Fall Jagow ist System geworden. Der Fall Jagow ist auch kein Rechtsfall mehr, als solchen bitte ich ihn nicht anzusehen. Im Falle Jagow handelt es sich um eine Machtfrage; denn Herr v. Jagow verkörpert doch die **Reaktion** in sich, und die Reaktion, die immer kecker ihr Haupt erhebt, zeigt auch hier ihre **Macht gegenüber der Justiz**, indem sie Herrn v. Jagow zu schützen weiß. Diese Machtfrage aber, die im Falle Jagow klar in die Erscheinung tritt, wird nicht von dieser Regierung und auch nicht von diesem Justizminister gelöst werden, (D) diese Machtfrage wird außerhalb der Regierung und außerhalb der Parlamente entschieden werden.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! und weitere Zurufe rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

— Haben die Herren auf der Rechten denn wirklich keine Kenntnis von der Auffassung, die wir vertreten? Wissen Sie gar nicht, daß für uns das Parlament nur ein Mittel im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft ist?

(Fortgesetzte Zurufe rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Wissen die Herren nicht, daß wir von dem Standpunkte ausgehen, daß wir im Parlamente nur das durchsetzen können, wozu die Macht der Arbeiterschaft, die hinter uns steht, uns die Kraft gibt?

(Sehr wahr! links)

Meine Damen und Herren! Ich verrate ihnen nichts Neues.

(Andauernde Zurufe rechts.)

Nehmen Sie unser Leipziger Aktionsprogramm, lesen Sie unsere Presse, überall vertreten wir diesen Standpunkt, und darum wiederhole ich: Diese **Machtfrage** wird nicht im Parlament, diese Frage wird draußen außerhalb der Parlamente **durch die Massenaktionen der Arbeiterschaft gelöst** werden.

(Erneute lebhafte Zurufe rechts und bei den Deutschen Demokraten. — Rufe rechts: Es lebe das Recht! Ein ehemaliger Justizminister!)

— Wenn Sie ironisch rufen: Es lebe das Recht! dann ist das wieder nur ein Beweis für die völlige Verständnislosigkeit, mit der sie uns gegenüberstehen. Erst dann wird das Recht wirklich „leben", wenn die Massenaktionen siegreich durchgeführt sind.

(Lebhafte Zurufe rechts. — Gegenrufe auf der äußersten Linken.)

(Dr. **Rosenfeld**, Interpellant.)

(A) — Meine Damen und Herren! Daß Sie das Niveau des Reichstages so herabdrücken würden,

(schallendes Gelächter rechts.)

daß Sie die Schwindelnachrichten Ihrer Presse nun auch hier im Hause unter dem Schutz der Immunität verbreiten, hätte ich nicht gedacht.

(Erneutes Gelächter rechts.)

Ich verweise auf den Fall Jagow, der ergibt, wie wenig Sie bereit sind, zu dem zu stehen, was Sie tun.

(Wortwechsel zwischen Abgeordneten der äußersten Linken und der Rechten.)

Diese Machtfrage wird erst entschieden werden, wenn der Klassenkampf mit dem Siege der Arbeiterschaft geendet hat und die Justiz aufhört, ein Werkzeug der Konterrevolution zu sein. Möge daher, meine Damen und Herren, die Arbeiterschaft an diesem Fall lernen! Möge dieser Fall die deutsche Arbeiterschaft mit revolutionärer Entschlossenheit erfüllen! Wir appellieren an das gesamte klassenbewußte deutsche Proletariat. Erst nach Beseitigung des Klassenstaates wird in Deutschland das Recht triumphieren.

(Beifall auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Meine Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Interpellanten durchaus dafür dankbar, daß mir Gelegenheit gegeben wird, die Angelegenheit v. Jagow so schnell als möglich hier vor voller Öffentlichkeit zu behandeln und zu klären. Ich erkenne ohne weiteres an, daß die Öffentlichkeit auf diese Klärung ein Recht hat und daß zahlreiche der sachlichen Anfragen des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld berechtigt gewesen sind.

(B) Meine Antwort auf diese Anfragen wird allerdings vielfach anders ausfallen, als es der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld zu erwarten scheint. Ich werde sie geben, ohne daß es der freundlichen Warnung bedurfte, die Herr Dr. Rosenfeld an mich richtete, mich vor dem Zuchthaus in Acht zu nehmen. Ich könnte in demselben wohlmeinenden Sinne vielleicht die gleiche Warnung an ihn richten, angesichts einer Bemerkung, die mindestens als ein strafbarer Appell an die Gewalt betrachtet werden kann.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Deutschen Demokraten. — Abgeordneter Ledebour: Das war nur eine sehr schwächliche Retourkutsche! — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Herr Abgeordneter Ledebour! Eine Liebe ist der anderen wert!

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Abgeordnete Rosenfeld so zärtlich besorgt ist für meine Sicherheit, kann ich dasselbe auch ihm gegenüber tun. Vielleicht ist meine Warnung begründeter als seine.

Ich habe in der Angelegenheit des Falles Jagow bisher eine gewisse **Zurückhaltung üben** müssen, einmal, weil die Erörterung dieses Falles für mich vollkommen überraschend kam. Sie setzte bei der Beratung meines Etats ein und wurde fortgesetzt bei der Beratung eines anderen Etats, sodaß ich nicht in der Lage war, mich über die Einzelheiten zu informieren und die notwendige Information mir nachträglich zu beschaffen. Diese Zurückhaltung gründet sich außerdem allerdings auf die Empfindung, daß es für einen Justizminister mißlich ist, **während eines schwebenden Verfahrens** allzusehr auf die einzelnen Phasen einzugehen und dadurch den Schein einer Einmischung hervorzurufen; daß es für einen Justizminister insbesondere mißlich ist, sich mit dem Angeschuldigten in eine öffentliche Polemik einzulassen. (C)

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Diese Zurückhaltung ist mir vielfach mißdeutet worden. Sie ist als Schwäche ausgelegt worden und unbegreiflicherweise sogar als Parteinahme für den Angeschuldigten. Herr v. Jagow hat sich bemüßigt gefühlt, auf meine Ausführungen in einer zweiten öffentlichen Erklärung zu antworten. Unter diesen Umständen bin ich allerdings genötigt, aus der bisher von mir beobachteten Reserve herauszutreten und nunmehr über die ganze Angelegenheit vollkommen rückhaltlose, offene Auskunft, allerdings unter Wahrung vollster Objektivität zu geben.

Die Angelegenheit Jagow hat eine persönliche und eine sachliche Seite. Die persönliche Seite beginnt mit einer von Herrn v. Jagow veröffentlichten Erklärung —

(Große Unruhe links. — Wortwechsel zwischen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren (nach links), ich möchte Sie bitten, Ihre fortgesetzten Zwischenrufe zu unterlassen.

(Andauernder erregter Wortwechsel zwischen den Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Es ist die Aufgabe des Präsidenten, die Ordnung in der Sitzung aufrecht zu erhalten. Der Ältestenausschuß hat sich in einer Sitzung mit dieser Frage gleichfalls beschäftigt, und entsprechend dem Beschluß des Ältestenausschusses richte ich an die Herren die Bitte, ihre Plätze einzunehmen. Es ist eine Interpellation an die Reichsregierung gerichtet, und Sie müssen doch nunmehr auch die Ausführungen des Herrn Reichsjustizministers anhören.

(D) (Wiederholte Zurufe von der äußersten Linken.)

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Die **persönliche Seite der Angelegenheit** beginnt mit der **Erklärung**, die Herr **v. Jagow in der „Kreuzzeitung"** veröffentlicht hat. Sie lautet:

> Laut „Berliner Tageblatt" vom 24. Juni 1921, Nr. 292, hat der Reichsjustizminister Schiffer in der Reichstagssitzung vom 23. Juni ausgeführt:
>
> „Zum Falle Jagow könne noch kein Verfahren stattfinden, weil Jagow erkrankt sei."
>
> Tatbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank. — Jagow.

Der erste Teil dieser Erklärung ist insofern unrichtig, als ich tatsächlich nicht davon gesprochen habe, daß das Verfahren gegen Jagow nicht stattfinden könne. Ich habe in Wahrheit davon gesprochen, daß der gegen ihn erlassene Haftbefehl besteht, aber nicht vollstreckt werden könne. Herr v. Jagow hätte sich über den richtigen Tatbestand ohne weiteres informieren können, wenn er außer dem „Berliner Tageblatt" noch irgendeine andere Tageszeitung in die Hand genommen hätte, denn, wie ich sehe, hat die übrige Presse ziemlich einhellig das Richtige wiedergegeben, und er hätte sich davon überzeugen können, auch wenn er wirklich lediglich das „Berliner Tageblatt" liest, weil nämlich das „Berliner Tageblatt" wenige Tage darauf ebenfalls den richtigen Tatbestand gebracht hat. Trotzdem hat Herr v. Jagow in seiner zweiten Erklärung auf den angeblichen Widerspruch in meinen Aeußerungen hingewiesen, der nicht besteht. Ich hebe das lediglich hervor, um auch in Nebenpunkten vollständige Klarheit zu schaffen und die Möglichkeit zu verhüten, durch Betonung und

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) Heraushebung solcher Nebenpunkte die wichtigste, grundsätzliche Seite der Sache zu verschleiern.

Diese grundsätzliche und eigentlich wichtige Seite der Sache liegt allerdings in dem zweiten Satz, in dem Satz:

Tatbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank. — Jagow.

Wenn man diesen Satz, der in der Jagowschen lapidaren Schreibart geschrieben ist, in unser geliebtes Deutsch überträgt, so ist darin nach meiner Meinung und, wie ich gleich sagen will, auch nach allgemeiner Auffassung zu finden, daß Herr v. Jagow sagen will: Wieso kommt der Reichsjustizminister dazu, mich als krank zu bezeichnen? Ich bin ein vollständig gesunder Mann, und wenn er trotzdem meinen angeblich leidenden Zustand hervorhebt, so geschieht das offenbar nur deshalb, weil er durch diese Bezugnahme auf eine nicht vorhandene Krankheit die Untätigkeit und die Unfähigkeit der Justiz verdecken will. Dagegen protestiere ich. Das ist die Auffassung, die aus diesem Satz die Öffentlichkeit ganz allgemein hergeleitet hat, das ist die Auffassung, die in diesem Satz in dem ganzen Zusammenhang notwendig liegt. Ich muß zugeben, daß, wenn man diese Auffassung hegt, der Satz gar nichts anderes als eine **grobe Verhöhnung und Verspottung der Justiz** darstellt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe auf der Linken.)

Ich bemerke daneben, wiederum, um irgendwelchen dialektischen Umstellungen entgegenzutreten, daß Herr v. Jagow nicht etwa sagt, bei der Hemmung des Verfahrens spiele seine Gesundheit gar keine Rolle, er sagt direkt: ich bin ein gesunder Mann, deshalb kann keine Rede davon sein, daß die Krankheit hier irgendwie eine (B) Rolle gespielt hat bei demjenigen, was in meinem Verfahren geschehen ist. Dieser Behauptung gegenüber habe ich bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, daß der **Krankheitszustand des Herrn v. Jagow** eine ganz außerordentliche Rolle in dem Verfahren gespielt hat, und zwar eine Rolle, die er herbeigeführt hat, die von seiner Seite in das Verfahren hineingebracht wurde,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

daß er — das ist das Wesentliche —, der sich jetzt als einen frischen, kerngesunden Mann darstellt, durch seine Verteidiger, zu deren Handlungen und Äußerungen er wohl stehen wird, sich als einen schwerleidenden, der Schonung durchaus bedürftigen Mann dargestellt hat.

(Hört! Hört!)

Ich habe darauf hingewiesen und konnte dies ja auch auf Grund der Akten tun, daß seine Verteidiger wiederholt erklärt haben, er sei gar nicht haftfähig, weil er infolge der in seiner Jugend überstandenen Tuberkulose dringend der Schonung bedürfe, weil er aber auch akut krank sei an jener Leberanschoppung, über deren medizinische Einzelheiten ich nicht unterrichtet bin.

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ich bin in der Lage, dieses Auftreten des Herrn v. Jagow und seiner Verteidiger in der Richtung der Betonung seines leidenden Zustandes jetzt, nachdem ich in die Akten Einblick gewonnen habe, zu ergänzen. Zu der Leberanschoppung, an der er gelitten, gesellt sich in einer anderen Eingabe eine akute Gallenblasenentzündung und ein ganz abnorm langsam gehender, gesundheitsstörender Puls.

(Große Heiterkeit.)

Es liegt also nicht nur eine überwundene jugendliche Tuberkulose, sondern auch eine von Jagow behauptete (C) ganz akute Krankheit vor.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ein vielleicht besonders interessantes Dokument ist eine Eingabe, die der Verteidiger des Herrn v. Jagow gemacht hat, in der er — der Verteidiger selbst — ausführt, daß für die Frage der Verhaftung der Gesundheitszustand des Herrn v. Jagow eine maßgebende Rolle spiele. Herr **v. Jagow hat seinem Verteidiger wörtlich geschrieben: Längere Untersuchungshaft ist für mich mit Ermordung gleichbedeutend;**

(hört! hört! links)

denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulos und lungenkrank. Nur dadurch, daß ich täglich ritt und seit Pferdeabschaffung täglich eine Stunde lang Trab lief, — —

(Große Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Herr v. Jagow zwingt mich dazu, dem **gesunden Herrn v. Jagow den kranken Herrn v. Jagow** mit voller Deutlichkeit gegenüberzustellen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber den unverwischbaren und unzerstörbaren Gegensatz in seiner Darstellung können wir gegenüber den jetzigen Darlegungen feststellen, die wir jetzt hören, die nicht bloß sein Verteidiger, sondern er selbst gegenüber seinem Verteidiger gemacht hat. Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß auf der einen Seite Herr v. Jagow sich als kerngesunden, in seiner Gesundheit keineswegs zu Bedenken Veranlassung gebenden Mann darstellt, der gewissermaßen von Gesundheit strotzt, und daß auf der anderen Seite, wenn es sich darum handelt, ihn mit der Untersuchungshaft zu verschonen, er wehleidig auf eine überstandene Tuberkulose, Leberanschoppung, akute Gallenblasenentzündung und ab- (D) normen Pulsgang hinweist.

(Zurufe aus der Linken.)

Diesen Gegensatz muß ich feststellen, und deshalb muß ich leider feststellen, daß meine Erklärung von dem leidenden Zustand des Herrn v. Jagow nicht in Widerspruch steht zu den Erklärungen des Herrn v. Jagow, sondern nur zu den letzten Erklärungen des Herrn v. Jagow

(sehr richtig!)

und in voller Übereinstimmung steht mit den Erklärungen, auf die allein es im Verfahren ankam; oder mit anderen Worten: nicht meine Erklärung steht mit den Erklärungen des Herrn v. Jagow in Widerspruch, sondern die Erklärung des Herrn v. Jagow von damals steht in Widerspruch zu der des Herrn v. Jagow von heute.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Und wann wird er verhaftet? —Heiterkeit.)

Diese Zwiespältigkeit in der Natur des Herrn v. Jagow wird vielleicht einigermaßen das Bild trüben, das romantisch angelegte Naturen von ihm als dem eines starken Mannes haben. Aber damit erschöpft sich doch die Bedeutung des Auftretens des Herrn v. Jagow in dieser Richtung leider nicht. Es ist bereits von dem Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld Bezug genommen worden auf Artikel im „Tag", die ziemlich gleichlautend sich auch in der „Post" gefunden haben, Artikel, die im letzten Ende darauf hinauslaufen, daß sie Herrn v. Jagow dazu beglückwünschen, daß er der Justiz ein Schnippchen schlägt, daß er aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen werde, ob und wann er sich der Justiz unterwerfe. Ich möchte beinahe annehmen, daß diese Äußerungen dieser Presse, obgleich sie sicherlich den politischen Anschauungen des Herrn

(**Schiffer**, Reichsjustizminister.)

(A) v. Jagow nahesteht, über seine eigenen Auffassungen und seine eigenen Absichten hinausgehen. Aber es ist immerhin kennzeichnend, daß das Auftreten des Herrn v. Jagow in der ihm nahestehenden Presse selbst diese Vorstellungen erweckt, daß er ein Mann ist, der mit der Justiz spielt.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Und wann wird er verhaftet?)

— Herr Abgeordneter Hoffmann, seien Sie doch nicht so blutdürstig; das kommt noch.

(Lachen und Zurufe links. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ich möchte nur, daß Sie es als Minister noch erleben! — Heiterkeit und wiederholte Zurufe von der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch, die Zwischenrufe zu unterlassen. Vielleicht will der Herr Minister auf alle diese Fragen noch zu sprechen kommen.

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß die zur Heiterkeit neigende Art der Behandlung dieser Angelegenheit meinen Anschauungen nicht entspricht.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, Sie hätten gerade von Ihrem Standpunkte aus alle Veranlassung, den vollen Ernst der Angelegenheit ganz auf sich wirken zu lassen. Ich sage: den vollen Ernst; denn ich sehe in der Tat in dieser Angelegenheit eine Sache von furchtbarem Ernst.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Blätter, von denen ich sprach, glauben allerdings, daß Herr v. Jagow durch sein Auftreten nur der gegenwärtigen Regierung ein Schnippchen schlägt,

(B) nur ihr sich entzieht, daß sich sein Vorgehen nur gegen diese Regierung richtet. Diese Blätter sind durchaus im Irrtum. Das **Vorgehen des Herrn v. Jagow** verstößt nicht bloß gegen diese Regierung, sondern **verstößt gegen den Gedanken des Staates** und den Staat überhaupt, dessen festeste, notwendigste Grundlage Gerechtigkeit und die Rechtspflege ist. Herr v. Jagow rennt genau so gegen den Staat an, indem er auf seine Macht pocht, wie die Herren von der äußersten Linken es tun,

(Lachen auf der äußersten Linken)

und bewegt sich dadurch von anderer Seite in genau denselben Bahnen. Das ist eine furchtbare Sache, der wir ins Gesicht sehen müssen, und deren Erkenntnis auch diejenigen sich nicht entziehen werden, die im übrigen durchaus den politischen Anschauungen des Herrn v. Jagow nahestehen. Aus Herrn v. Jagow spricht der Geist seiner Vorfahren, die den brandenburgischen Kurfürsten und den preußischen Königen das Leben schwer gemacht haben, als diese den Gedanken des Staates in die Geschichte einführten und aus ihren Ländersetzen einen Staat schufen. Das ist derselbe Geist, dem gegenüber der preußische König seine Souveränität, die nicht eine persönliche, sondern eine Souveränität des Staates war, als einen rocher de bronze aufrichtete.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Dagegen verstößt Herr v. Jagow, und das ist das Furchtbare, dessen er sich schuldig macht, indem er als ein Mann in hervorstechender Stellung diese Grundlagen unseres Staates selbst untergräbt, erschüttert und ins Wanken zu bringen sucht. Daß ein solches Vorgehen in weitesten Kreisen unseres Volkes als im höchsten Maße aufreizend empfunden wird, liegt auf der Hand. Es liegt aber um so mehr auf der Hand, daß dieses Vorgehen aufreizend und verheerend wirken muß, wenn man die Tatsache feststellen und anerkennen (C) muß, die einmal ausgesprochen werden muß, daß die **Staatsverbrecher der Linken** in großer Anzahl ihrer wohlverdienten, aber furchtbar harten Strafe entgegengeführt worden sind, während die **Staatsverbrecher auf der Rechten** noch nicht dem Richter zugeführt worden sind.

(Große Unruhe und erregte Zurufe links: Daran sind Sie schuld! — Gegenrufe von den Deutschen Demokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren, ich bitte um Ruhe! Das können Sie doch alles bei der Besprechung der Interpellation sagen.

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Ich will und kann die Frage der Schuld an dieser Stelle nicht beantworten, bin aber begierig, wie Sie die Möglichkeit schaffen, mir eine Schuld an diesen Dingen zuzumessen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber kraft der Objektivität, die für mich die Richtschnur meiner Auffassung und meiner — wie Sie anerkennen müssen — offenen und rückhaltlosen Darlegung ist, muß ich weiter darauf hinweisen, daß der Vorstoß des Herrn v. Jagow doch noch andere sehr bedauerliche Folgen zu haben geeignet ist. Diejenigen, die Herrn v. Jagow politisch nahe stehen, betonen mit Recht die Unantastbarkeit unserer Gerichte, die Autorität insbesondere des Reichsgerichts. Ich glaube, sie werden es schmerzlich mit mir empfinden, daß Herr v. Jagow gegen diese Autorität Sturm läuft, und daß er die gesetzliche und rechtliche Stellung des Reichsgerichts durch seine Haltung negiert. Ich aber frage: Wie wirkt eine solche Haltung denn gegenüber dem **Auslande**? Wie wird denn eine solche **Anzweiflung der rechtlichen Autorität** der Stellung **des Reichsgerichts** den Gegnern (D) gegenüber wirken, denen gegenüber wir doch alle Veranlassung haben, eine möglichste Konsolidierung unserer Verhältnisse im staatlichen Sinne überhaupt zu behaupten? Vor allen Dingen ist es nötig, in diesem Moment die Autorität des Reichsgerichts hoch zu halten, wo vor dem Reichsgericht Prozesse schweben, deren Bedeutung wahrlich nicht bloß eine nationale, sondern eine internationale ist. Deshalb ist es ein unerhörtes Beginnen, während wir verzweifelt ringen, damit die Autorität des Reichsgerichts eine unantastbare, keiner Macht als der der Gerechtigkeit unterworfene bleibt,

(na! na! links),

mit dieser Autorität zu spielen und sich ihr gegenüber auf seine Selbstherrlichkeit zu berufen. Dieser spöttische Trotz, den Herr v. Jagow angewandt hat, ist in der Tat eine schwere Bedrohung unserer inneren Zustände und unserer auswärtigen Interessen.

Ich komme damit zu dem zweiten Teil der Angelegenheit Jagow, den ich als den **sachlichen** zu bezeichnen versucht habe, zu demjenigen **Teil**, in dem ich die **Maßnahmen** darlege, die zur Brechung dieses Trotzes von den **Behörden** angewandt worden sind. Ich stelle folgendes fest. Am 22. März 1920, sobald überhaupt eine amtliche Tätigkeit in Leipzig wegen der dort herrschenden Straßenkämpfe möglich war, in die das Reichsgericht selbst hineingezogen war, erfolgte die Eröffnung der Voruntersuchung, der Erlaß des Haftbefehls und Steckbriefs, Veröffentlichung des Steckbriefs in den Tageszeitungen und den Fahndungsblättern, Anschlag des Steckbriefs an den Anschlagsäulen. Am 25. März 1920 erfolgte die Beschlagnahme des Vermögens des Herrn v. Jagow, am 25. oder 26. März 1920 die Auslobung einer Belohnung von 10 000 Mark auf die Ergreifung des Herrn v. Jagow. Am 28. August 1920

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) wurde der Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Reichsgerichts, auf Grund der Amnestie das Verfahren einzustellen, weil die **Amnestie** auf Herrn v. Jagow Anwendung finde, abgelehnt. Der Oberreichsanwalt hatte diesem Antrag der Verteidigung widersprochen. Das **Reichsgericht** gab dem Antrage des Oberreichsanwalts statt. Es lehnte die Anwendung der Amnestie ab. Der **Beschluß** lautet:

> Die vom Angeschuldigten, Regierungspräsidenten z. D. v. Jagow, zurzeit unbekannten Aufenthalts, beantragte Einstellung des Verfahrens wird abgelehnt, da nach dem gegenwärtigen Stande der Voruntersuchung dieser Angeschuldigte als Miturheber, jedenfalls aber als Führer des hochverräterischen, gegen das Reich gerichteten Gesamtunternehmens verdächtig erscheint. Aus diesem Grunde kann auch den Hilfsanträgen des Angeschuldigten auf Aufhebung des Haftbefehls oder Erteilung sicheren Geleits oder Verschonung mit der Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung nicht stattgegeben werden.

Am 24. November 1920, nachdem inzwischen die auf den Gesundheitszustand des Herrn v. Jagow gegründeten Anträge der Verteidigung eingegangen waren, richtete der **Verteidiger** eine **Eingabe an das Justizministerium.** In dieser Eingabe wird dargelegt, daß v. Jagow sich eine Untersuchungshaft von möglicherweise unabsehbarer Dauer nicht aussetzen wolle, daß er sich aber innerhalb weniger Tage stellen werde, wenn der gegen ihn verhängte Haftbefehl aufgehoben wird. Der Verteidiger v. Gordon bittet zu erwägen, ob es nicht im allseitigen Interesse angezeigt erscheine, den Oberreichsanwalt anzuweisen, keinen Widerspruch gegen die Aufhebung des Haftbefehls zu erheben, wenn (B) die Verteidigung des Herrn v. Jagow wiederholt einen diesbezüglichen Antrag stellt. Ferner wird um eine Unterredung mit dem Reichsjustizminister selbst gebeten. — Dieser Antrag des Geheimrats v. Gordon wurde abgelehnt:

> Auf das Schreiben vom 24., betreffend das Strafverfahren gegen v. Jagow, wird erwidert, daß der Minister sich nicht in der Lage sehe, die erbetene Anweisung an den Oberreichsanwalt ergehen zu lassen. Das Reichsgericht hat durch Beschluß vom 28. August die Amnestie vom 4. August mit Rücksicht auf die Stellung des Beschuldigten im Kapp-Unternehmen für nicht anwendbar erklärt. Der Beschuldigte ist flüchtig und hält sich verborgen. Die Umstände, die zum Erlaß des Haftbefehls geführt haben, bestehen somit fort. Bei dieser Sachlage glaubt der Minister auch eine mündliche Besprechung als nicht zweckentsprechend bezeichnen zu sollen.

Am 21. Dezember 1920 ergehen erneut Eingaben des Verteidigers. Und nun kommt der **Beschluß des Reichsgerichts vom 26. März 1921.** Das ist derjenige Beschluß, der die Aussetzung der Vollstreckung des Haftbefehls gegen **Leistung einer Sicherheit** anordnet. Dieser Beschluß lautet:

> Auf die Anträge des Verteidigers des Angeschuldigten v. Jagow vom 9. und 12. November 1920 und 24. und 25. Februar 1921 wird nach schriftlicher Äußerung des Oberreichsanwalts beschlossen:
>
> Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Angeschuldigten v. Jagow und Aufhebung des Haftbefehls wird abgelehnt. Jedoch ist v. Jagow gegen Sicherheitsleistung von 500 000 Mark, zu erlegen in barem Gelde oder mündelmäßigen Wertpapieren zum Kurswerte, (C) mit der Untersuchungshaft zu verschonen.
>
> Gründe: Der Angeschuldigte v. Jagow ist nach dem Stande der Voruntersuchung als Urheber und Führer des hochverräterischen, gegen das Reich gerichteten Unternehmens verdächtig. Durch Sicherheitsleistung im angebotenen Betrage ist jedoch Fluchtgefahr als ausgeschlossen anzusehen, und es war, da Verdunkelungsgefahr nicht besteht, der § 117 der Strafprozeßordnung anzuwenden.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wo kommt die halbe Million her?)

— Es gibt noch andere Leute als Herrn v. Jagow, die das Geld hergegeben haben können. Mit dieser Möglichkeit müssen wir doch wohl rechnen. Jedenfalls hatte das Reichsgericht keine Veranlassung, nach dieser Richtung hin Nachforschungen anzustellen.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Bei anderen lehnen Sie das ab!)

Dieser Beschluß erging gegen den lebhaften Widerspruch des Oberreichsanwalts. Der Oberreichsanwalt sprach sich dahin aus, daß er die Aufhebung des Haftbefehls gegen Sicherheitsleistung auch nach wie vor für nicht angebracht halte. Trotzdem hat das Reichsgericht diesen Beschluß erlassen. Es hat sich dabei über die Frage der Bedeutung, die es dem Gesundheitszustand des Herrn v. Jagow beimißt, nicht geäußert. Der Schluß, daß deshalb dieser Gesundheitszustand gar keine Rolle für das Reichsgericht gespielt habe, ist indes voreilig, und wenn Herr v. Jagow in seiner zweiten Erklärung hierauf den Ton legt, um mir einen Irrtum nachzuweisen, so ist das auf seiner Seite irrig. Die Gesichtspunkte, unter denen das Reichsgericht einen Fluchtverdacht nach hinterlegter Kaution für ausgeschlossen gehalten hat, sind in dem Beschluß einfach nicht wiedergegeben, sondern (D) es ist im wesentlichen nur der Wortlaut des Gesetzes wiederholt worden.

Der Herr Abgeordnete Rosenfeld hat nun weiter gefragt, warum nicht **Kollusionsgefahr** angenommen worden ist. Ich bemerke, daß diejenigen Gründe, die er ins Feld geführt hat, daß sich nämlich die Angeklagten untereinander verständigen können und aus diesem Grunde die Nachprüfung des Richters über ihr Tun erschweren können, in dieser Allgemeinheit nicht ausreichen, um die Haft zu ermöglichen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen und den Vereinigten Kommunisten.)

Das Gesetz sagt ausdrücklich:

> Es müssen Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß der Angeschuldigte Spuren der Tat vernichten oder Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnispflicht zu entziehen. Diese Tatsachen sind aktenkundig zu machen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Die Akten ergeben irgendwelche Tatsachen dieser Art nicht.

Nachdem der Beschluß ergangen war, wurde er dem Oberreichsanwalt am 31. März 1921 zugestellt. Anfang April 1921 erfolgte die Zustellung des Beschlusses an den Verteidiger v. Gordon, Mitte April 1921 die Leistung der Sicherheit. Daraufhin wurde der Angeschuldigte v. Jagow zu Händen seines Verteidigers **vor den Untersuchungsrichter zum 3. Mai 1921** geladen. Die Ladung wurde weiterübermittelt. Der Angeschuldigte v. Jagow erschien, ließ sich vernehmen und gab bei der Vernehmung seine Wohnung als in Potsdam, Bayerstraße 7, gelegen an.

(**Schiffer**, Reichsjustizminister.)

(A) Meine Damen und Herren; an dieser Stelle glaube ich, daß ein Mangel im Verfahren vorliegt, und ich sehe diesen Mangel darin, daß von diesem Beschluß und von der Vernehmung des Herrn v. Jagow der Öffentlichkeit keine Kenntnis gegeben worden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wäre das nämlich geschehen, so hätte man vielleicht den Beschluß kritisch betrachten, angreifen können, aber es wäre diese Verwirrung in der öffentlichen Meinung vermieden worden, die dadurch entstand und entstehen mußte, daß man nunmehr Herrn v. Jagow offen herumgehen sah und fragte, warum er nicht verhaftet werde, wenn ein Verhaftungsbefehl erlassen sei. Denn in der Tat liegt es so, daß, nachdem Sicherheit gestellt war, nachdem sich Herr v. Jagow zur Vernehmung gestellt hatte, nachdem er die Wohnung angegeben hatte, der Haftbefehl nicht vollstreckt werden konnte, daß er also durchaus unter dem Schutze des Gesetzes stand, wenn er sich frei bewegte. Da aber die Öffentlichkeit das nicht wußte, mußte sie an der freien Bewegung des Herrn v. Jagow Anstoß nehmen, und ich selbst stand unter dem falschen Eindrucke, der durch diese Unterlassung hervorgerufen war. Ich selbst habe damals in der Tat nicht gewußt, daß Herr v. Jagow zu seiner Vernehmung erschienen war, und habe deshalb selbst angenommen, daß sein Aufenthalt unbekannt sei. Meine Ausführungen von den Nürnbergern, die keinen hängen, den sie nicht haben, bezog sich nicht auf diesen Augenblick, sondern auf die Zeit, in der der Beschluß des Reichsgerichts erlassen worden ist.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

— Natürlich! Denn daraus folgt allerdings, wie Sie sehen werden, daß das Reichsgericht, um den Angeschuldigten überhaupt vor die Schranken zu bekommen,

(B) diesen Beschluß erlassen hat.

Die Hauptsache aber ist folgende. Objektiv stand fest — und darauf allein kommt es an —, daß der Angeschuldigte v. Jagow sich frei bewegen konnte, nachdem das Gericht die Ausführung des Haftbefehls unter gewissen Bedingungen aufgehoben und der Angeschuldigte v. Jagow diese Bedingungen erfüllt hatte. Wäre das in der Öffentlichkeit bekannt gewesen, so wären eine Menge an sich durchaus verständlicher Rekriminationen, Vorstellungen, Irrtümer und Angriffe unterblieben.

Nun aber ist damit natürlicherweise, wie ich ohne weiteres anerkenne, die Angelegenheit nicht erledigt. Es war, wenn dieser Beschluß ergangen ist, immerhin zu prüfen, ob die Voraussetzungen, unter denen der Beschluß aufgehoben werden konnte, nicht jetzt gegeben seien; und hierauf hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld durchaus mit Recht verwiesen.

Das Gesetz sagt in § 120 der **Strafprozeßordnung**:

> Der Sicherheitsleistung ungeachtet ist der **Angeschuldigte zur Haft zu bringen**, wenn er Anstalten zur Flucht trifft, wenn er auf ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, oder wenn neu hervorgetretene Umstände seine Verhaftung erforderlich machen.

Die ersten beiden Voraussetzungen liegen unstreitig nicht vor. Der Angeschuldigte v. Jagow hat sich zur Vernehmung gestellt. Er hat nicht nachweisbar Anstalten zur Flucht getroffen, sondern im Gegenteil sich vollkommen frei bewegt.

Dagegen ist allerdings zu prüfen, ob seine **Erklärung, daß er jetzt völlig gesund sei** — eine Erklärung, die in einem krassen Widerspruch zu seinen früheren Angaben stand —,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

nicht eine **neue Tatsache** darstellt, aus der die **Verhaftung** ausgesprochen werden konnte. (C)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Na, Sie werden doch nicht?!. — Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe diese Frage geprüft und bin zu der Überzeugung gekommen, daß in der Tat diese Frage zu bejahen sein wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe deshalb an den Oberreichsanwalt die Weisung gerichtet, eine Entscheidung dieser Frage beim Reichsgericht herbeizuführen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Jetzt? — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Ich habe diese Weisung, unmittelbar nachdem ich diese Tatsachen erfahren habe, an den Oberreichsanwalt ergehen lassen, kann aber feststellen, daß in der Zwischenzeit der Oberreichsanwalt selbst in demselben Sinne dieser Frage nähergetreten ist.

Der **Oberreichsanwalt** hat an den ersten Strafsenat des Reichsgerichts folgenden **Antrag** gestellt:

> Nach Blatt 1691 hat der Senat entgegen meinem Antrage beschlossen, den Angeschuldigten v. Jagow gegen eine Sicherheit von 500 000 Mark mit der Untersuchungshaft zu verschonen. In dem Beschlusse ist ausgeführt, daß durch die angebotene Sicherheit Fluchtgefahr als ausgeschlossen anzusehen sei.
>
> Ich glaube jedoch annehmen zu dürfen, daß für diesen Beschluß des Senats die Erwägung jedenfalls mitbestimmend gewesen ist, daß der Angeschuldigte v. Jagow nach seinen wiederholten, auch belegten Ausführungen krank und die Untersuchungshaft für ihn mit Lebensgefahr (D) verbunden sei.

Hierauf folgen die Hinweise, die ich vorhin bereits zitiert habe, auf die Eingaben der Verteidigung über den **Gesundheitszustand des Herrn v. Jagow.**

Der Antrag fährt fort:

> Im Widerspruch und im krassen Gegensatz zu diesen Ausführungen veröffentlicht der Angeschuldigte v. Jagow in der „Kreuzzeitung", daß er seit März 1920 nicht einen Tag krank gewesen sei.
>
> Hiernach halte ich die früheren Anführungen für unwahr und beantrage nunmehr, den Beschluß aufzuheben, damit ich seine Inhaftnahme veranlassen kann, dem sein Gesundheitszustand nach seiner eigenen Einlassung nicht entgegensteht.

Auf diesen Antrag hat das **Reichsgericht** am gestrigen Tage folgendermaßen **beschlossen:**

> In der Strafsache gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp in Königsberg und Genossen wegen gemeinschaftlichen Hochverrats, hier gegen den Mitangeklagten v. Jagow, Regierungspräsident z. D. in Potsdam, hat das Reichsgericht, erster Strafsenat, in nichtöffentlicher Sitzung vom 4. Juli 1921 auf den Antrag des Oberreichsanwalts vom 1. Juli dieses Jahres — den Beschluß vom 26. März 1921, daß der Angeschuldigte v. Jagow gegen Sicherheitsleistung von 500 000 Mark mit der Untersuchungshaft zu verschonen sei, aufzuheben — beschlossen: der Antrag wird abgelehnt.

(Lachen und lebhafte Rufe auf der äußersten Linken: Hört! Hört!)

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) Die Gründe des Reichsgerichts gehen dahin:

Die Annahme des Beschlusses vom 26. März 1921, daß nach Hinterlegung der angebotenen Sicherheit Fluchtgefahr als ausgeschlossen zu erachten sei, hat sich bisher als richtig erwiesen. Nachdem die beschlußmäßige Sicherheit geleistet und vom Untersuchungsrichter darüber eine entsprechende Bescheinigung vom 22. April 1921 ausgestellt, sodann diese Bescheinigung und eine Ladung zur Vernehmung auf den 3. Mai 1921 dem Angeschuldigten durch den Verteidiger übermittelt worden war, hat der Verteidiger dem Untersuchungsrichter unter dem 30. April/1. Mai 1921 die Anschrift des Angeschuldigten bekanntgegeben, und ist dieser zum Vernehmungstermin in Leipzig vor dem Untersuchungsrichter erschienen. Zurzeit besteht kein greifbarer Anhalt dafür, daß die Voraussetzungen des § 120 der Strafprozeßordnung in irgendeiner Richtung als gegeben anzusehen wären. Der Umstand, daß der Angeschuldigte nach einer Erklärung in der „Kreuzzeitung" seit März 1920 nicht krank gewesen ist, bildet keinen neu hervortretenden Umstand im Sinne dieser Gesetzesstelle,

(lautes Lachen und Rufe von den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Arbeiter hört! Unabhängige Justiz!)

da die Gesundheitsverhältnisse des Angeschuldigten für die Erlassung des Beschlusses vom 26. März 1921 nicht entscheidend waren.

(Hört! Hört! rechts.)

Vielmehr beruht dieser Beschluß auf der Erwägung, daß dadurch die Gestellung des Angeschuldigten und damit die Untersuchung gefördert werde.

(B)

Dieser Beschluß bestätigt meine Annahme, daß der Einstellungsbeschluß des Reichsgerichts in der Tat von dem Verlangen diktiert war, auf irgendeine Weise eine der aus dem Kapp-Delikt angeklagten Persönlichkeiten vor die Schranken des Gerichts zu bringen. Nachdem die Versuche, sich auf andere Weise ihrer zu bemächtigen, fehlgeschlagen waren, glaubte das Reichsgericht, den letzten Weg, sie zur Aburteilung zu bringen, nicht verschließen zu sollen, gerade um es zu ermöglichen, daß vor dem Reichsgericht dieser ganze Fall zur Aburteilung gelangt.

(Rufe von der äußersten Linken: Wer lacht da?!)

Das Reichsgericht hat damit jedenfalls zunächst den Erfolg erzielt, daß Herr v. Jagow sich zur Vernehmung gestellt hat. Das Reichsgericht ist der Ansicht, daß Herr v. Jagow in Konsequenz dieser seiner Haltung sich auch zur Hauptverhandlung stellen werde.

(Lachen und Zurufe links.)

Das Reichsgericht nimmt an, daß es im andern Fall zur Hauptverhandlung nicht kommen kann, und man mag über den Beschluß im übrigen denken, wie man will, daß er sachlich durchaus erwägenswert ist, daß er durchaus sachliche Gesichtspunkte enthält und daß er vom Standpunkte derjenigen, die den entscheidenden Wert wie ich darauf lege, daß diese Angelegenheit vor dem Reichsgericht zur Aburteilung gelangt —, ich glaube vom Standpunkte derjenigen wird man für diesen Beschluß des Reichsgerichts jedenfalls Verständnis und vor allen Dingen Achtung haben können.

(Große Unruhe und Lachen links.)

Es fragt sich nun, wie das Verfahren weitergeht. Ich will nach dieser Richtung folgendes sagen. Nachdem der Angeschuldigte v. Jagow am 3. Mai, wie ich bereits mitgeteilt habe, vernommen worden war, wurde (C) zunächst auf Grund seiner eigenen Angaben noch eine Anzahl weiterer Zeugen vernommen. Aber schon am 9. Mai wurde die Voruntersuchung abgeschlossen, das Aktenmaterial der Staatsanwaltschaft übergeben. In den nächsten Wochen kam noch eine große Anzahl von Nachstücken ein, von Antworten auf Erkundigungen und Anfragen, die der Untersuchungsrichter hatte ergehen lassen, die in das große und weitschichtige Material verarbeitet werden mußten. Das geschah bis zum 18. Juni.

An diesem Tage begann die Aufstellung der Anklageschrift. Da es sich bei dieser Anklageschrift um Verarbeitung eines Aktenmaterials von 30 Aktenbänden handelt,

(hört! hört! und Lachen links)

so werden Sie begreifen, daß es die Bedeutung der Angelegenheit mit sich brachte,

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten: Sondergerichte!)

daß es in der Tat notwendig war, für die Herstellung dieser Anklageschrift auch bei Einsetzung aller Kräfte die seitdem verflossene, nicht erhebliche Zeit zu benutzen. Die Anklageschrift ist im Entwurf fertig. Ich nehme an, daß sie in 8 bis 10 Tagen dem Reichsgericht zugehen wird,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: 8 bis 10 Jahren!)

worauf dann die entscheidende Entschließung des Reichsgerichts kommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie aus meiner Darlegung das eine wohl ersehen haben werden, daß jedenfalls die Justizverwaltung alles getan hat, was in ihren Kräften stand, um dem Verfahren gegen Jagow Fortgang zu geben. (D)

(Widerspruch und lautes Lachen auf der äußersten Linken.)

— Wenn Sie glauben, daß das nicht der Fall ist, so wäre ich begierig, diejenigen Punkte bezeichnet zu sehen, in denen dies nicht geschehen ist. Daß insbesondere ich in der Zeit meiner Amtsführung das, was der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld selbst verlangt und was er offenbar nicht erwartet hatte, immer getan habe, habe ich Ihnen ja eben nachgewiesen, und ich wüßte wirklich nicht, was ich in der Zeit anders und mehr hätte tun können.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Der Prozeß wird im Jahre 2000 beendet!)

Nunmehr liegt die Angelegenheit in den Händen des Reichsgerichts.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Da liegt sie in guten Händen!)

— Ja, da liegt sie in guten Händen, das ist allerdings meine Überzeugung. Und wenn Sie genau so wie Herr v. Jagow gegen das Reichsgericht, gegen die Autorität, gegen das Ansehen und gegen die Pflichttreue des Reichsgerichts Sturm laufen, so machen Sie sich desselben Vergehens schuldig, dessen sich Herr v. Jagow schuldig gemacht hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört!)

Das ist in der Tat doch der Fall. Sie betonen ja stets, daß Sie zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts kein Vertrauen haben.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Aber ich bitte Sie, doch auch in diesem Augenblick sich an folgendes zu erinnern. Sie mögen an die von Ihrem Standpunkt aus vielleicht berechtigten Beschwer-

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) den denken, die Sie gegen die Rechtsprechung, wie sie gehandhabt wird, haben mögen. In einer Hinsicht aber, glaube ich, sollten Sie Ihren Beschwerden gewisse Schranken ziehen, daß Sie nämlich den Willen nach Gerechtigkeit und Unparteilichkeit

(Zuruf von der äußersten Linken: Gerade das ist es!)

bei den Richtern und den Gerichten nicht in Zweifel ziehen. Ich kann in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Abgeordnete Liebknecht, vor wenigen Tagen im Preußischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich erklärt hat, er behaupte nicht, daß die Richter etwa wissentlich parteiisch seien, daß sie wissentlich parteiisch Recht sprechen.

(Zuruf von der äußersten Linken: Ich will Ihnen Beweise geben!)

Ich finde immerhin in dieser Äußerung einen Weg, auf dem wir doch ein Stück Wegs zusammengehen können. Es ist etwas sehr Ernstes und Trauriges, wenn weite Kreise unseres Volkes der Meinung sind, daß objektiv unsere Rechtsprechung sich mit ihren Rechtsanschauungen nicht deckt. Aber es ist unerträglich, wenn weite Kreise unseres Volkes dahin kommen sollten, auch die subjektive **Ehrlichkeit und Unparteilichkeit der Richter** in Zweifel zu ziehen.

(Erregte Zurufe von der äußersten Linken.)

— Ich habe Ihren eigenen Genossen zitiert und kann Sie nur bitten, Ihrem eigenen Genossen zu folgen, seine Anschauungen zu betätigen. Ich glaube, damit vergeben Sie sich nichts und damit nützen Sie doch der Allgemeinheit. Ich kann nur sagen, daß ich unter voller Anerkennung der Autorität des Reichsgerichts im vollen Vertrauen zur bewußt gewollten Unparteilichkeit unserer Richter von mir aus, vom Standpunkt der Justizverwal-

(B) tung aus, alles tun werde, um dem Recht nicht nur theoretisch zur Anerkennung zu verhelfen, sondern ihm den wirklichen Erfolg unter Einsetzung aller Machtmittel des Staates zu gewährleisten.

(Lärm und Pfuirufe auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beantrage die Besprechung der beiden unter Punkt 2 und 3 der Tagesordnung vorliegenden Interpellationen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Dieser Antrag bedarf der Unterstützung durch 50 anwesende Mitglieder. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; die Besprechung der Interpellationen ist beschlossen.

Das Wort in der eröffneten Besprechung hat der Herr Abgeordnete Dr. Radbruch.

Dr. **Radbruch**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Seit Stunden sprechen wir über **einen** Angeklagten. Wer spricht über die über 4000 Verurteilten des Hallenser Sondergerichts?

(Sehr wahr! links.)

Aber trotz seines junkerlichen Übermuts ist es ja nicht die für uns belanglose Person des Angeklagten **v. Jagow**,

(Sehr wahr! links.)

dem hier die Ehre zweier Interpellationen zu Teil wird. Es handelt sich um mehr als um eine belanglose Person. Es handelt sich erstens um eine Frage der öffentlichen Moral und zweitens um eine Frage der staatlichen (C) Rechtspflege.

Um eine **Frage der öffentlichen Moral.** Wir haben eine merkwürdige Parallelerscheinung erlebt. Ich meine die **Parallelerscheinung v. Jagow und Hölz.** Zwischen v. Jagow und Hölz bestehen ungeheure Unterschiede, dieselben Unterschiede, die bestehen zwischen der rechten und der linken Hand. Aber das haben sie miteinander gemein: die göttliche Frechheit, die Katze und Maus mit der Justiz spielt, wobei die Justiz die Rolle der kleinen lächerlichen Maus zu spielen gezwungen ist. Nur hat Max Hölz noch um etwas anderes gespielt, nämlich um seinen Kopf, während Herrn v. Jagows Kopf glücklicherweise fest zwischen seinen Schultern sitzt.

(Sehr wahr! links.)

Die beiden Fälle liegen ähnlich. Und doch, wie verschieden verhalten sich diejenigen zu ihnen, die sich immer ausgeben als die Hüter der unparteiischen Gerechtigkeit! Es ist schon angeführt, was die Rechtspresse, was der „Tag", was die „Post" über den Fall Jagow gesagt haben. Wir haben es hier erlebt, wie der Fall Hölz zum Gegenstand einer entrüsteten kleinen Anfrage gemacht wurde. Für den Fall v. Jagow ist aber auf der rechten Seite dieses Hauses von Entrüstung offenbar nichts mehr übrig geblieben.

(Sehr richtig! links.)

Wir geben den Vertretern der Rechten anheim, wenn sie sich künftig wieder als Hüter der Gesetzlichkeit ausgeben, sich dieses Widerspruchs zu erinnern.

Nun komme ich zu der zweiten Frage, der **Frage der Rechtspflege.** Das Bild, das — durch die Schuld des Herrn Reichsjustizministers, wie ich leider sagen muß — von der Lage dieses Falles entstanden war, hat sich wesentlich geändert. Wie war das Bild, bevor wir in die heutige Verhandlung eintraten? Der Herr (D) Reichsjustizminister hatte ausgeführt, das Reichsgericht habe von der Vollstreckung der Haft abgesehen wegen des Krankheitszustandes des Herrn v. Jagow, eines Krankheitszustandes, den er selbst leugnete, eines Krankheitszustandes, über den das Reichsgericht andere Ermittlungen nicht vorgenommen hatte, über den lediglich die Äußerungen des Verteidigers vorlagen. Der Herr Reichsjustizminister hat weiter gesagt, oder man mußte das aus seinen Aussagen entnehmen: man wisse nicht, wo Herr v. Jagow sich aufhält, Herr v. Jagow sei flüchtig; und es wäre also, wenn das richtig gewesen wäre, die Kaution verfallen gewesen. Wir standen vor dem Bild eines ungeheuerlichen Justizskandals, und auf Grund der **Äußerungen des Herrn Reichsjustizministers** ist dieses Bild durch die ganze Presse gegangen und tagelang ist so davon gesprochen worden.

Das Bild, das der Herr Reichsjustizminister entworfen hat, hat er heute zu einem guten Teil selbst zerstört. Er hat es aber doch nicht ganz zerstört. Er hat uns zunächst einmal gesagt, die **Befreiung** Herrn v. Jagows von der **Untersuchungshaft** sei nicht wesentlich geschehen wegen der Krankheit v. Jagows, sondern wesentlich wegen der gestellten Kaution. Aber er hat doch gesagt: **auch mit wegen der Krankheit v. Jagows.** Woher er die Kenntnis dieses im Beschluß des Reichsgerichts nicht zum Ausdruck gekommenen Motivs entnimmt, weiß ich nicht. Jedenfalls hat er aber mit der Annahme dieses Motivs dem Reichsgericht keinen guten Dienst geleistet. Denn wie konnte das Reichsgericht auf Grund einer Krankheit, über die es Ermittlungen nicht angestellt hat, diesen Grund auch nur mitentscheidend sein lassen, die Vollstreckung des Haftbefehls auszusetzen? Der Herr Justizminister wird sich gegenüber dem Beschluß des Reichsgerichts, den er uns verlesen

(Dr. **Radbruch**, Abgeordneter.)

(A) hat, vielleicht noch darüber aussprechen, woher er die Annahme nimmt, daß das Reichsgericht auf die Krankheit des Herrn v. Jagow und nicht allein auf die gestellte Kaution die Aufhebung der Vollstreckung des Haftbefehls gegründet hat.

Weiter ist ein zweites Bedenken beseitigt: Wir wissen, wo v. Jagow ist. v. Jagow hat sich gestellt, es lag deshalb kein Grund vor, die Kaution für verfallen zu erklären. Der Reichsjustizminister hat jetzt die Vollstreckung der Haft verlangt, nachdem v. Jagow seine, wie gesagt werden muß, freche Erklärung in den Zeitungen abgegeben hat.

Und nun kommt der zweite Punkt, an dem ich das Reichsgericht nicht verstehe und in der die ganze Masse des Volkes das Reichsgericht nicht verstehen wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was hätte wohl ein englisches Gericht gegenüber einer solchen Tatsache getan, die sich als contempt of court darstellt? Das **Reichsgericht** hat diese **Verhöhnung** über sich ergehen lassen, nicht einmal mit der Aufhebung der Vollstreckung der Haft beantwortet, zu der, wenn die Annahme des Herrn Reichsjustizministers richtig ist, daß die Krankheit auch nur mitentscheidend für die Beschlußfassung gewesen ist, die Grundlage gegeben wäre.

Ich komme zu einem dritten Punkte: Der Herr Reichsjustizminister hat sich nicht mit der Frage befaßt, wie es gekommen sei, daß man solange Monate, mehr als ein Jahr hindurch, des **Angeklagten** nicht habhaft geworden ist,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

seinen **Aufenthalt** nicht kannte. Der Herr Reichsjustizminister wird darauf antworten: das geht mich nichts an, das ist eine Sache der Polizei, und für die Polizei
(B) bin ich nicht verantwortlich. Aber in diesen Sachen ist der Herr Reichsjustizminister auch für die Polizei verantwortlich.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach Ausweis des Gerichtsverfassungsgesetzes unterstehen in erstinstanzlichen Reichsgerichtssachen alle Staatsanwälte der Länder dem Oberreichsanwalt, den Staatsanwälten ist aber die Kriminalpolizei unterstellt. Eine wenn auch noch so verdünnte Verantwortung für das **Verhalten der Polizei** kommt hier auch dem Reichsjustizminister zu. Es ist nun gänzlich unbegreiflich, wie die Polizei mit ihrer bewundernswerten Findigkeit gegenüber jedem gewöhnlichen Raubmörder gerade hier versagt hat. Es scheint Worte zu geben, die eine wundersam nachhaltige Wirkung haben, und zu diesen Worten scheint das Wort des Herrn v. Jagow zu gehören: Ich warne Neugierige.

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Neugier der Polizei scheint vor dem Aufenthalt des Herrn v. Jagow auf irgendeine zauberhafte Weise Halt gemacht zu haben.

(Sehr wahr! links.)

Also im großen und ganzen — das ist das Bild, das uns der Herr Justizminister entwickelt hat — ist alles korrekt hergegangen. Es ist alles korrekt hergegangen, wozu hätte man denn auch Jurisprudenz gelernt,

(sehr gut! links)

wenn man eine Sache nicht einmal korrekt machen könnte? Wir hoffen, daß auch weiter alles korrekt verläuft, wir hoffen, daß sich nicht aus der Haftunfähigkeit des Herrn v. Jagow seine Verhandlungsunfähigkeit und aus der Verhandlungsunfähigkeit schließlich seine Strafunfähigkeit entwickelt, wie es ja der Prognose der (C) Krankheitsform genannt Eulenburgie entspricht.

(Heiterkeit links.)

Es ist im wesentlichen alles korrekt zugegangen; aber wie kommt es, daß sich aus lauter im ganzen so korrekt verlaufenden Fällen wie diesem schließlich folgendes statistische Bild über die **Aburteilung der Kapp-Verbrecher** ergibt? Ich entnehme einer amtlichen Statistik, die am 21. Mai 1921 auf Grund einer Entschließung des Reichstags dem Reichstag zugegangen ist und auf dem Bureau zur Einsicht ausgelegen hat, daß im ganzen 705 Kapp-Verbrechensfälle ursprünglich vorhanden waren. Von diesen sind 353 amnestiert worden, 108 weitere sind durch Tod und andere Gründe in Wegfall gekommen, in 174 Fällen hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt. Es blieben also 70 unerledigte Fälle übrig mit 81 Schuldigen. Und nun kommt die letzte Rubrik: wieviel sind von ihnen in mehr als einem Jahre zur Aburteilung gelangt? Null!

(Heiterkeit und Hört! Hört! links.)

Inzwischen ist der Schneeball noch weiter zusammengeschmolzen. Mir wurde heute mitgeteilt, daß 59 weitere Fälle durch die Amnestie gedeckt seien

(hört! hört! links)

und nur 11 Fälle übrig geblieben sind mit 19 Angeklagten. Ich richte an den Herrn Justizminister die Frage: Wie vieler von diesen 11 Angeklagten ist man denn habhaft?

Es läßt sich nur noch feststellen, auf welcher Rechtsanschauung diese, wie ich sagen möchte, lawinenartige Abnahme der Kapp-Verbrecher beruht. Sie beruht auf der **Auslegung**, die das Reichsgericht der ausgesprochenen Ansicht der Parteien zuwider dem **Amnestiegesetz** gibt.

(Sehr richtig! links.)

Ich habe schon einmal an dieser Stelle ausgeführt, daß (D) unter den **„Urhebern und Führern"** des Amnestiegesetzes nicht lediglich die höchsten, sondern auch die höheren Urheber und Führer des Kapp-Unternehmens zu verstehen seien. Diejenigen Herren, die an den Verhandlungen über diesen Initiativantrag des Reichstages teilgenommen haben, wissen, wie sehr wir uns bemüht haben, eine Formel dafür zu finden. Zuerst wählte man „Rädelsführer", und später wurden die Worte „Urheber und Führer" eingesetzt, um nicht lediglich die höchsten Führer zu strafen, andererseits auch nicht jeden kleinen Kapp-Leutnant unter Strafe zu lassen, sondern die höheren und mittleren Führer in einem einheitlichen Begriff zu erfassen. Auf meinen ausdrücklichen Wunsch hat der Herr Abgeordnete Burlage an dieser Stelle als den Sinn des Initiativantrages folgendes festgestellt:

> Von der Amnestie sollen nicht bloß diejenigen Leiter und Führer ausgeschlossen werden, die hier in Berlin gesessen haben, sondern diese von der Amnestie ausgeschlossenen Führer können auch im Lande gesessen haben. Aber sie müssen immerhin eine Stelle bekleidet haben, die eine gewisse Höhe der Leitung und Führung bezeichnet.

Also nicht nur die höchsten, sondern auch die höheren Führer sollten von der Amnestie ausgeschlossen sein. Der Wortlaut des Amnestieerlasses stand dem nicht entgegen. Amnestiegesetze wie alle Privilegien sind streng auszulegen. Dennoch hat das Reichsgericht einen Führer um den anderen amnestiert.

(Hört! Hört! links.)

So ist schließlich nur diese kleine Elite höchster Führerschaft übriggeblieben.

Und nun stelle ich diesem statistischen Bilde ein anderes gegenüber: die 4000 und mehr als 4000 unge-

(Dr. **Radbruch**, Abgeordneter.)

(A) heuerlich strengen **Sondergerichtsurteile** allein des Sondergerichtes Halle!

Ich stelle dem noch ein anderes und noch erschütternderes statistisches Bild gegenüber. Ich habe hier in meiner Hand ein Buch, betitelt „Zwei Jahre Mord", verfaßt von E. J. Gumbel, mit einem Vorwort von Professor Nikolai. Aus diesem Buche, das ich zum Teil nachprüfen kann, ergibt sich folgende Statistik. Es liegen Morde, von rechtsher begangen gegen linksstehende Personen, oder sagen wir vorsichtiger: **vorsätzliche Tötungen linksstehender Personen** aus den letzten Jahren im ganzen 314 vor.

(Hört! hört! links.)

Von diesen sind gesühnt 22.

(Hört! hört! links.)

Und zwar sind darin diejenigen einberechnet, die so gesühnt worden sind wie etwa der Fall Rosa Luxemburg und der Fall Karl Liebknecht, also durch eine ganz ungenügende Sühne. 282 überhaupt ungesühnte Tötungsfälle stehen demgegenüber!

Ich überreiche dem Herrn Reichsjustizminister dieses Buch mit der formellen und öffentlichen Aufforderung, den einzelnen Fällen nachzugehen und uns über das Ergebnis seiner Untersuchungen Auskunft zu geben. Sollte sich das **Reichsjustizministerium** entschließen, so eine Art **Nachrichtenstelle** einzurichten, die sehr notwendig wäre, um solchen Gerüchten, wie sie zuweilen über Urteile entstehen, sofort entgegenzutreten, eine Nachrichtenstelle, die aber nicht eine bloße Streusandbüchse wäre wie sovviele andere Nachrichtenstellen, dann wäre die erste Aufgabe einer solchen Organisation, uns eine ausführliche **Denkschrift** vorzulegen

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und links)

über alle diese **ungesühnten Mordfälle**. Auf dem Rechts-
(B) bewußtsein des Volkes lasten diese ungeklärten Fälle fürchterlich.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Auch über den Fall der **Aulockverbrecher** wäre bei dieser Gelegenheit Auskunft zu geben.

(Sehr richtig!)

Sie erinnern sich, daß das Reichsgericht von den sogenannten Abreibungen dieser Aulockleute — es ist hier nicht von den Abreibungen des Herrn v. Jagow, sondern von ganz anderen, furchtbar ernsten Abreibungen die Rede — annahm, sie seien nicht aus bloßer Roheit entstanden.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Bis jetzt ist das Urteil noch nicht veröffentlicht. Ich enthalte mich deshalb jeder Kritik. Ich wünschte aber, daß der Herr Reichsjustizminister uns auch über dieses Urteil hier Auskunft gäbe.

Was ich vom Reichsjustizminister verlange, ist auf der einen Seite sühnendes Eingreifen da, wo bisher Polizei und Justiz versagt haben, auf der anderen Seite Gnade da, wo die Justiz der Sondergerichte überstreng eingegriffen hat. Ich habe es neulich festgestellt und stelle es jetzt noch einmal fest, daß das Verfahren, das der Herr Reichsjustizminister für die **Nachprüfung der Sondergerichtsurteile** in Aussicht genommen oder bereits eingeleitet hat, nicht der Auslegung entspricht,

(sehr wahr!)

die wir und mit uns die Mehrheit des Hauses, die ja unsere Auslegung gehört hatte, unserem Antrage auf gnadenweise Nachprüfung aller Sondergerichtsurteile geben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links.)

Wir warten das Ergebnis des Verfahrens ab, das der (C) Herr Reichsjustizminister gewählt hat. Ich mache aber den Herrn Reichsjustizminister darauf aufmerksam: wenn dieses Begnadigungsverfahren nicht zu durchgreifenden Ergebnissen führt, dann wird der Gedanke einer allgemeinen politischen Amnestie nicht mehr aufzuhalten sein.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wir haben auf diesen Gedanken damals nur in der Aussicht auf ein durchgreifendes Gnadenverfahren verzichtet.

Aber es bedarf neben dem nachträglichen sühnenden Eingreifen, neben der Begnadigung noch eines Dritten von seiten des Herrn Reichsjustizministers. Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit einmal einige überkommene Schlagworte einer Kritik zu unterziehen. Es ist zwar unbestreitbar: ein Eingreifen in ein **schwebendes Verfahren** ist für den Reichsjustizminister ausgeschlossen. Dagegen ist der Satz, daß jede **Kritik** an der Justiz dem Herrn Reichsjustizminister versagt sei, nicht in demselben Sinne unbestreitbar.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Reichsjustizminister steht zwischen zwei Sätzen, zwischen denen er in taktvoller Entscheidung den mittleren Weg zu wählen hat: auf der einen Seite steht die Unabhängigkeit der Gerichte auf der anderen Seite aber die **Verantwortung des Ministers für den Geist der Justiz.**

(Sehr gut! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und links.)

Soweit die Verantwortung des Ministers für den Geist der Justiz es fordert, muß er — denn wie sollte er diese anders geltend machen? — auch Kritik üben an dem Geiste der Justiz,

(sehr wahr!)

Kritik üben in einer Weise, daß darin keinerlei Beein- (D) flussung der Justiz für den einzelnen Fall erblickt werden kann. Wir haben ja auch schwache und bescheidene Ansätze einer solchen Kritik

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber sehr bescheidene!)

heute zu bemerken Gelegenheit gehabt. Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen an den Herrn Reichsjustizminister die ausdrückliche Frage richten: Glaubt der Herr Reichsjustizminister, daß das Mißtrauen, das zu unser aller tiefem Schmerz auf unserer Justiz ruht, soweit sie mit politischen und sozialen Fragen befaßt ist, lediglich auf der Unwissenheit oder der Verhetzung der Masse beruht, oder glaubt der Herr Justizminister, daß auch auf seiten der Justiz ein Teil der Gründe dafür gelegen ist? Der Herr Justizminister hat uns ein hohes Lied für die subjektive Ehrlichkeit unserer Gerichte gesungen. Es war unnötig; die subjektive Gutgläubigkeit ist, soweit ich gehört habe, von keiner Seite dieses Hauses bestritten worden.

(Abgeordneter Höllein: Doch! Doch! Wir haben Fälle dafür, wir haben Beweise dafür!)

über den objektiven Wertgehalt unserer Justiz da, wo sie sich auf politische Fälle bezieht, wäre uns ein deutlicheres Wort des Reichsjustizministers erwünscht gewesen. Mit diesem Wunsche und dieser Frage schließe ich meine Ausführungen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Es ist ein Antrag Hoffmann (Berlin) und Fraktion eingegangen:

Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung des Falles Jagow durch den Reichs-

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) justizminister entspricht nicht der Auffassung des Reichstages.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Warmuth.

Warmuth, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat, wie es ja nicht anders zu erwarten war, diese Interpellation zu einem Sturmlauf gegen die Justiz, insbesondere gegen die Justiz des Reichsgerichts, benutzt. Wenn ich zu den beiden Interpellationen im Namen meiner Fraktion Stellung nehme, so will ich es von vornherein lediglich unter dem Gesichtspunkte tun, daß wir es hier mit einem **schwebenden Verfahren** zu tun haben, indem wir dabei dem Grundsatz treu bleiben, daß es nicht die Aufgabe des Parlamentes sein kann, in die Entschließung eines schwebenden Verfahrens hineinzugreifen. Wir halten es für unbedingt abwegig, daß etwa das Parlament, daß überhaupt politische Strömungen auf die richterliche Entscheidung irgendwelche Einwirkungen gewinnen. Das Gericht muß objektiv und von derartigen Strömungen völlig unbeirrt sein. Es entspricht das ja auch durchaus dem Artikel 102 der Verfassung, der die Unabhängigkeit des Richters stabiliert und ihn lediglich anhält, im Rahmen des Gesetzes pflichtmäßig zu handeln. Es kann also die Frage lediglich die sein, ob das Gesetz in dem **Falle Jagow** nach irgendeiner Richtung verletzt worden ist, und zwar vornehmlich in zwei Richtungen: einmal in der Art, wie der Haftbefehl behandelt worden ist, und zweitens, wie das Verfahren selbst behandelt worden ist. Ich vermag nach keiner Richtung hin hier zu sehen, daß eine Rechtsbeugung objektiv oder subjektiv dem Reichsgericht zur Last gelegt werden kann.

Einmal der **Haftbefehl** selbst! Es ist von seiten des Herrn Dr. Rosenfeld gerügt worden, daß in dem (B) Haftbefehl als Grund Kollusionsgefahr nicht erscheine. Wahrscheinlich hat er das deshalb ganz besonders vermißt, weil ja, wenn eine solche **Kollusionsgefahr** vorgelegen hätte, die Außerwirkungsetzung des Haftbefehls durch eine Sicherheitsleistung unmöglich gewesen wäre. Er hat uns aber in keiner Weise irgendwelche Tatsachen anführen können, die das Gericht vernünftigerweise dazu hätten bestimmen müssen, Kollusionsgefahr anzunehmen. Ich halte es für durchaus verfehlt — es liegt das durchaus im Rahmen dessen, was ich bereits gesagt habe —, daß wir auf das Gericht eine Einwirkung etwa nach der Richtung ausüben, daß es nunmehr eine Kollusionsgefahr annehme und infolgedessen die Vorteile der Sicherheitsleistung für illusorisch erklärt.

Es ist nun dieser Haftbefehl in seiner Wirkung durch eine **Sicherheitsleistung** insofern außer Kraft gesetzt worden, als v. Jagow durch die Sicherheitsleistung von der Untersuchungshaft verschont bleiben sollte. Ich halte es für ein durchaus mißliches Beginnen, hier den Gründen nachzuspüren, die etwa das Reichsgericht bei dieser Entscheidung bewogen hätten, insoweit diese Gründe nicht in dem Haftbefehl selbst zum Ausdruck gekommen sind. Die Gründe, die in dem Sicherheitshaftbefehl zum Ausdruck gekommen sind, sind aber lediglich diejenigen, die das Gesetz selbst als ausreichend hinstellt, nämlich die Hingabe einer Sicherheit. In der Hingabe einer Sicherheit liegt ja — das scheint man vielfach zu verkennen — an sich ein so bedeutsames Moment, daß es eben für den Richter die Gefahr des Fluchtverdachtes zu beseitigen geeignet erscheint. Andere Gründe, die dabei noch in Frage kommen können, sind im Grunde genommen völlig nebensächlicher Natur. Es ist infolgedessen auch völlig nebensächlich, wenn man etwa nachspürt, ob etwa die Richter dabei von der Erwägung ausgegangen sind: (C) v. Jagow ist ein kranker Mann; eine Reihe von Krankheitsatteſten bezeugen dies; der Fluchtverdacht ist aus diesem Grunde also ein außerordentlich abgeschwächter. Der Herr Justizminister hat ja selbst allerdings dieser Auffassung gehuldigt, indem er angenommen hat, daß die vermutete Krankheit bei Jagow eine bedeutsame Rolle bei der Entscheidung gespielt hat. Es handelt sich dabei offenbar nur um eine Vermutung; denn in der Anweisung des Herrn Oberreichsanwalts hat er, wie uns der Herr Justizminister soeben mitgeteilt hat, ausdrücklich gesagt, „er glaube", daß das mitbestimmend gewesen ist. Wie wenig es tatsächlich mitbestimmend gewesen ist, beweist ja der neue Beschluß des Reichsgerichts, der lediglich die Sicherheit für ein ausreichendes Moment, den Fluchtverdacht abzuwenden, erklärt. In der Tat scheint ja nach allem, was bisher tatsächlich vorliegt, dieser Grund auch ein durchaus gerechtfertigter zu sein; denn auf die Vorladung, soweit sie bisher an den Herrn v. Jagow geschehen ist, ist ja Jagow selbst stets erschienen. Man kann also auch nicht sagen, daß etwa irgendeine Tatsache eingetreten wäre, die wiederum gesetzlich aus § 120 der Strafprozeßordnung die Sicherheitsleistung für verfallen erklärte und die Anordnung der Haft wieder in Kraft treten ließe. Es ist nichts dergleichen geschehen. Weder liegt irgendein neuer Grund vor, der den Fluchtverdacht rechtfertigt, noch liegt irgendeine Tatsache vor, daß er sich auf Vorladung oder sonstwie nicht gestellt hätte.

Was nun das Zweite anlangt, daß etwa eine Gesetzwidrigkeit, eine Rechtsbeugung darin zu erkennen wäre, daß das **Verfahren** absichtlich **verzögert** worden wäre, so bekenne ich ganz offen, daß zu dieser Annahme in der Tat eine gewisse Begründung vorhanden war, wenn man sich vorstellt, daß das Verfahren schon so lange Zeit schwebte, ehe es zu einem Abschluß geführt (D) wurde. Das hat in weitesten Kreisen des Volkes eine Befremdung erregt, die nicht ohne Rechtfertigung besteht. Ich freue mich, aus den Worten des Herrn Justizministers gehört zu haben, daß doch sehr wesentliche Gründe vorhanden sind, die ein scheinbar so langsames Verfahren in dem Falle Jagow durchaus begründet erscheinen lassen. Das Material, das sich zusammengehäuft hat, liegt in etwa 30 Bänden, wenn ich nicht irre, vor. Das ist ein Beweis, mit wie ungeheuren tatsächlichen Schwierigkeiten man zu kämpfen gehabt hat, um eben das gesamte Material zusammenzubringen. Ich freue mich, aus der Mitteilung des Herrn Justizministers zu hören, daß wir jetzt unmittelbar vor dem Endabschluß stehen und damit alles üble Gerede erstickt werden muß, das etwa an die Behauptung einer absichtlichen Verzögerung fälschlicherweise anknüpfen könnte.

Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat dann seine Ausführungen, in denen er sich so angelegentlich damit beschäftigte, dem Recht nach seiner Auffassung zum Siege zu verhelfen, damit geschlossen, daß er, im Grunde genommen, einen Hymnus auf den Satz geprägt hat, es müsse die **Gewalt vor Recht** gehen. Da, wo es sich um politische Ideenverwirklichung handelt, gelte allein der Grundsatz: Macht und noch einmal Macht und Gewalt! Das scheint mir in einem starken Gegensatz zu dem zu stehen, was er im ersten Teil seiner Ausführungen gesagt hat, es scheint mir aber vor allen Dingen — darin liegt eine gewisse Ironie — sich in den Gedankengängen zu bewegen, in denen gerade Herr v. Jagow gehandelt hat. Wenn auch die Ziele ganz verschieden gewesen sind, im Prinzip ist das, was Sie Herrn v. Jagow vorwerfen, weswegen Sie mit möglichster Beschleunigung seine Verurteilung

(**Warmuth**, Abgeordneter.)

(A) haben wollen, genau das gleiche, was Sie in Ihren Schlußworten gepredigt haben.

Ich stehe da vielmehr auf dem Standpunkte, dem der Herr Justizminister in seinen Schlußworten Ausdruck gegeben hat, indem er es als seinen obersten Grundsatz bezeichnete, dafür sorgen zu wollen, daß allemal der Geist, der bereits in unserer Justiz herrscht, auch der herrschende bleibt, das Bewußtsein der stärksten subjektiven Verantwortung für das, was am Richtertische seine Entscheidung finden soll.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Herzfeld.

Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich in der Tat nicht um den Fall Jagow. Herr Jagow ist nur ein Fanal für die Justizzustände, die wir haben. Es handelt sich um die **deutsche Justiz** und den deutschen Justizminister.

Es ist nicht irgendein Amtsanwalt gewesen, der Herrn **v. Jagow** aus der Haft entlassen hat. Es war das Reichsgericht, das diesen Beschluß gefaßt hat. Es war auch nicht irgendein untergeordnetes Gericht, das jetzt, nachdem Herr v. Jagow die Justiz verhöhnt hat, den Antrag, v. Jagow in Haft zu nehmen, zurückgewiesen hat.

Es ist der Reichsjustizminister, der auch dieses Verfahren zu verteidigen wußte, der uns sagte, daß die Justiz alles, was in ihrer Kraft stand, getan hat und daß die Gründe des Reichsgerichts für seinen Beschluß durchaus erwägenswert seien.

Meine Damen und Herren! Wenn angesichts solcher Zustände der Reichsjustizminister diese Justiz noch beschönigt und verteidigt, so kann man sich in der Tat nicht wundern, daß die deutschen Justizzustände so sind,

(B) wie sie sind.

Es ist von Herrn Radbruch angeführt worden, wie es um die **Kapp-Verbrecher** steht. Ich zitiere aus demselben Buche, das der Herr Kollege Radbruch erwähnt hat, aus dem Buche von Gumbel, zur Ergänzung seiner Ausführungen.

Da ist zuerst Herr Kapp, der Reichskanzler Kapp, — er ist in Sicherheit im Auslande. Herr Bang, der Finanzminister, ist in Freiheit. Herr Traub, der Kultusminister, ist amnestiert. Gottlieb v. Jagow, der Minister des Innern, ist in Freiheit. Zumbroich, der Justizminister, ist die Freiheit.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Trebitsch-Lincoln, der Oberzensor, ist im Auslande. Dr. Schiele, der Wirtschaftsminister, ist in Freiheit. v. Falkenhausen, der Chef der Reichskanzlei, ist in Freiheit. Der Reichspostminister, Geheimer Oberpostrat Dr. Sönksen, in Freiheit. Freiherr v. Wangenheim, der preußische Landwirtschaftsminister, in Freiheit. Eduard Meyer, der Universitätsrektor, blieb im Amt. Müller-Lobbitz, tätig in der Reichskanzlei, in Freiheit. Stubbendorf, tätig in der Reichskanzlei, in Freiheit. Dr. Bredereck, Pressechef, in Freiheit. Harnisch, Pressechef, in Freiheit. Dr. Grabowski, Propagandist, in Freiheit. Lentsch, Kapitänleutnant a. D., beschäftigt im Presseamt, in Freiheit. v. Knobelsdorf, Oberleutnant, beschäftigt im Pressedienst, in Freiheit. Alexander de la Croix, beschäftigt im Presseamt, in Freiheit. v. Heimburg, Oberleutnant, beschäftigt im Presseamt, in Freiheit. Meine Herren! Die ganze Kapp-Regierung — in Freiheit!

Vielleicht ist nicht nur das Reichsgericht das allein Schuldige in dieser Frage. Vielleicht kann uns auch der jetzige Reichsjustizminister Auskunft darüber geben, ob er vielleicht den Herren, während sie noch an der Kapp-Regierung waren, Amnestie zugesichert hat, eine An- (C) gelegenheit, die ja hier schon mehrfach behandelt worden ist.

Auf der andern Seite, meine Damen und Herren, eine Illustration zu dem Satz von dem „guten Willen" der Gerichte, von dem der Herr Reichsjustizminister gesprochen hat. Wie ist es dagegen den Mitgliedern der Arbeiterregierung, der **bayerischen Räteregierung**, ergangen? Sind sie auch sämtlich in Freiheit? Eugen Levine, der Vorsitzende, ist erschossen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dr. Axelrod, Mitglied des Vollzugsrats, 15 Jahre Zuchthaus!

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und so geht die ganze Reihe der Mitglieder der damaligen Räteregierung in Bayern weiter, nicht ein einziger, der nicht im Gefängnis oder im Zuchthaus säße. Im ganzen sind dort 146 Jahre und 4 Monate Freiheitsstrafen verhängt worden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die militärischen Stellen der Kapp-Regierung, beginnend mit dem Reichswehrminister v. Lüttwitz, sie sind sämtlich in Freiheit, die militärischen Stellen der Räteregierung sämtlich in den Gefängnissen oder Zuchthäusern.

Meine Damen und Herren! Das ist der Geist der Justiz, den der Herr Reichsjustizminister beschönigt hat! Der Geist der Justiz spricht sich ebenso aus in den zweieinhalb Jahrtausenden Zuchthaus, die gegen die wegen der letzten **Märzaktion** Verurteilten verhängt sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da hat man nicht zwei Jahre gebraucht, um die Leute zu verhaften, da wurde gleich am folgenden Tage die Verhaftung vorgenommen, und sofort wurden die Leute ins Gefängnis gebracht.

Und ich frage weiter: wo war denn gegenüber Herrn (D) v. Jagow Herr **Weißmann**, der preußische Kommissar für die öffentliche Ordnung, der Mann, der für die Arbeiter immer einen Spitzel findet,

(sehr wahr bei den Vereinigten Kommunisten)

um sie zu verhaften?

Der Herr Reichsjustizminister trägt uns vor, daß schon am 9. Mai das Aktenmaterial dem Oberreichsanwalt zugegangen ist und daß heute noch das **Reichsgericht** erwägt, ob die **Anklage** erhoben wird.

Meine Herren, Herr **v. Jagow** ist der Mann, der die damalige Regierungserklärung der Kapp-Regierung unterzeichnet hat, und ich frage: braucht man noch irgendeine Erwägung, wenn man diese Erklärung vor sich hat, worin Herr v. Jagow unterzeichnet, daß die bisherige Reichsregierung aufgehört hat zu existieren und diese Kapp-Regierung die Gewalt übernommen hat? Aber das Reichsgericht erwägt heute noch, heute noch, eineinhalb Jahre fast nach dieser Erklärung, ob sich Herr v. Jagow des Hochverrats schuldig gemacht hat.

Der Herr Reichsjustizminister spricht davon, daß das **Reichsgericht** durch unsere Erörterungen in seiner **Autorität** im Auslande herabgesetzt wird. Ach, meine Herren, das Reichsgericht hat sich selbst in seiner Achtung vor dem Auslande herabgesetzt, und nicht zum wenigsten durch diesen Fall des Herrn v. Jagow. Das Reichsgericht, das die Aulock-Verbrecher freigesprochen hat, braucht wahrhaftig nicht durch unsere Erörterungen herabgesetzt zu werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Reichsjustizminister sprach davon, daß man doch nicht die **subjektive Ehrlichkeit der Richter** anzweifeln möge. Meine Herren, es mag Richter geben, die nur infolge ihrer Klassenvorurteile diese Justiz

(Dr. **Herzfeld**, Abgeordneter.)

(A) machen; aber es gibt im Deutschen Reiche Richter, welche bewußt

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

als Instrument der Konterrevolution die Rechtsprechung ausüben, die in ihre Hand gelegt ist. Es sind ja die Urteile hier besprochen worden. Ich möchte noch auf das **außerordentliche Gericht in Naumburg** hinweisen, wo der kappistische Richter, Herr Landgerichtsrat Hagen, den Vorsitz führt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

In diesem Gericht werden Bluturteile sonder Zahl ausgesprochen,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und in diesem Gericht ist der Vorsitzende bemüht, die Entlastungszeugen nicht einmal zu Worte kommen zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er fährt diese Leute an. Es ist vorgekommen, daß er sie geduzt hat.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er droht ihnen ein Verfahren wegen Meineid an. Ein Mann, der notorisch mit der Kapp-Regierung in Sympathie und Verbindung gestanden hat, spricht jetzt die Bluturteile über die Arbeiter der Märzaktion!

Der Herr Reichsjustizminister sagt uns, er wolle durch die sogenannten Gnadenrichter diese Urteile prüfen lassen. Ja, Herr Justizminister, das kann ich Ihnen sagen: formell werden diese Urteile geradeso in Ordnung sein, wie diese Beschlüsse des Reichsgerichts bezüglich des Herrn v. Jagow formell in Ordnung sind. Da werden Sie wenig finden, und deshalb werden Sie mit Ihren Gnadenrichtern wahrscheinlich nicht weit kommen. Ich habe hier beispielsweise ein **Urteil**, das vor einigen Tagen in **Halle** gefällt worden ist. Es handelt sich um einen Mann, der zwei Plakate, die mit

(B) Namen unterzeichnet waren, an eine Scheune seines Heimatsortes anklebte. Dafür verurteilt das Ausnahmegericht den Genossen Thomas zu einem Jahr Zuchthaus.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Soll man da noch an die Gutgläubigkeit der Richter denken?

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: An Objektivität und an Unabhängigkeit?)

Aber der Oberst Zedlitz, der am 20. März ganz Halle mit **Kapp-Treue** fordernden Plakaten bekleistert hat, ist in Freiheit, Herr Reichsjustizminister! Wo ist da die **Objektivität der Behörden?**

Meine Herren, ich sage das, was ich früher gesagt habe. Die Justiz weiß, daß sie ihren Rückhalt an dem Parlament und am Reichsjustizamt hat.

(Sehr wahr! bei der äußersten Linken.)

Solange dieses **Reichsjustizamt** in Haupt und Gliedern so besteht, wie es jetzt besteht, werden wir diese blutige Klassenjustiz haben.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Da sitzen die Herren vom Staatssekretär an bis zum letzten Rat, die dort unter Wilhelm gesessen haben. Es ist derselbe Geist im Reichsjustizministerium, der damals dort herrschte. Solange dieses Reichsjustizministerium nicht gesäubert wird und ein neuer Geist dort einzieht, so lange wird von dem Aufhören oder der Milderung der **Klassenjustiz** keine Rede sein.

Meine Herren, Milderung der Klassenjustiz! Der Herr Reichsjustizminister wandte sich dagegen, daß der Kollege Rosenfeld vorhin sagte, daß nicht innerhalb dieses Reichstags, sondern außerhalb dieses Reichstags dieser Justiz ein Ende gemacht werde. Ich frage den Herrn Justizminister: glaubt er selbst, wenn er sich die Dinge objektiv ansieht, daß von diesem Reichstag aus diese Klassenjustiz ausgerottet wird? Sind es (C) nicht die Richter der bürgerlichen Parteien, die zu dieser Klassenjustiz stehen?

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Ist es nicht die Partei des Herrn Justizministers, sind es nicht die Parteien seiner Räte selbst, deren Richter diese Klassenjustiz aussprechen? Es ist keine Möglichkeit, mit der sogenannten Demokratie diese Klassenjustiz auszurotten. Sie kann nur ausgerottet werden durch die Arbeiterschaft selbst außerhalb dieses Reichstags.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

In einer Zeit, die wir jetzt erleben, in einer Zeit des latenten Bürgerkriegs, von dem ja diese Zuchthausurteile mit 2½ Jahrtausend Zuchthaus nur ein äußeres Zeichen sind, wird wahrhaftig nicht vom Reichstage, dem parlamentarischen Ausdruck dieser Klassengegensätze, diese Klassenjustiz ausgerottet, wird an dieser Klassenjustiz wenig gemildert werden.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Die Arbeiter selbst müssen die Amnestieaktion einleiten und millionenstimmig die Amnestie fordern. Diese Klassenjustiz wird verschwinden, wenn draußen die Arbeiter einig sind, wenn draußen die Arbeiter sehen, daß es in ihrer Hand liegt, diese Justiz, diese Richter, diese Gesetzgebung und dieses Reichsjustizministerium zu beseitigen.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Das wird der Tag sein, wo diese Klassenjustiz beseitigt wird, und ich hoffe, daß dieser Tag bald in Deutschland in die Erscheinung tritt und bewillkommt werden kann.

(Bravo! auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Ich will auf die (D) Einzelheiten, die von den Herren Vorrednern vorgebracht sind, jetzt nicht eingehen. Aber vieles von dem, was sie gesagt haben, erschöpft sich in Anregungen allgemeiner Art, die insbesondere der Herr Abgeordnete Radbruch vorgetragen hat.

Es sind im wesentlichen drei große Gesichtspunkte, die er hier betont hat und über die er von mir Auskunft verlangt. Er hat einmal bemängelt, daß die **Justiz** viel zu wenig **Fühlung mit der Öffentlichkeit** hat, daß es notwendig ist, die Öffentlichkeit fortdauernd auf dem laufenden zu halten und rechtzeitig Mißverständnissen entgegenzutreten, die sich bilden, oder die Auskunft zu erteilen, die sie verlangt hat.

Ich bin derselben Meinung. Ich habe gerade bei der Behandlung des Falles Jagow ganz offen bekundet, daß die Nichtveröffentlichung jenes Reichsgerichtsbeschlusses über die Sicherheitsleistung nach meiner Meinung einen wesentlichen Teil der Schuld daran trägt, daß Irrtümer und Angriffe in der Öffentlichkeit vorgekommen sind, die sonst wohl unterblieben wären. Ich werde deshalb dieser Anregung Folge leisten, kann aber auch mitteilen, daß ich nach dieser Richtung bereits selbst mit den Bundesstaaten, insbesondere Preußen, in Verbindung getreten bin, weil naturgemäß die Öffentlichkeit nicht bloß an der Rechtsprechung der wenig zahlreichen Gerichte, die mir unterstellt sind, ein Interesse hat, sondern an der Rechtsprechung der Gerichte, die im wesentlichen Landgerichte sind.

Zu zweit hat der Herr Abgeordnete Radbruch darauf hingewiesen, daß zweierlei notwendig sei; ein durchaus scharfes Eingreifen da, wo Unrecht vorliegt, aber ein sorgfältiges **Nachprüfen**, ob nicht dabei auch **Übergriffe** vorkämen, die **im Wege der Gnade** gesühnt würden, insbesondere bei den Ausnahmegerichten, bei denen ja ordent-

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) liche Rechtsmittel nicht gegeben sind, allerdings durch die Ausdehnung der Wiederaufnahme des Verfahrens ein gewisser Ersatz geschaffen worden ist.

(Abgeordneter Höllein: Haben Sie schon ein einziges Wiederaufnahmeverfahren?)

— Doch, ja, es sind welche da. — Auch hier teile ich den vorgetragenen Standpunkt durchaus. Ich bin der Meinung, daß es hier eine gesteigerte Pflicht ist, all dem nachzugehen, was uns auffällt, und ich habe das vorige Mal betont und möchte es hier noch einmal hervorheben: es ist nicht bloß der Weg zu den sogenannten Gnadenbeauftragten, der zu dieser Nachprüfung führt — wobei ich bemerke, daß diese Gnadenbeauftragten aus drei Schichten genommen werden: es ist bei ihnen ein Richter, ein Staatsanwalt und ein Rechtsanwalt tätig, also ein Mann, der den freien Berufen angehört und von dem die Herren annehmen werden, daß er jedenfalls durchaus unbeeinflußt vom Standpunkt der Verteidigung aus handeln wird.

(Abgeordneter Höllein: Das haben wir in Halle gesehen, wozu die Rechtsanwälte fähig sind!)

— Herr Höllein, ich kann nicht für jeden Rechtsanwalt einstehen, aber Sie werden mir zugeben, daß bei dieser Zusammensetzung eine gewisse Gewähr dafür vorhanden ist, daß auch der Gesichtspunkt der Verteidigung zum Recht kommt. Dabei gibt es keine Abstimmung, sondern wenn auch nur einer von den dreien der Meinung ist, daß eine Begnadigung eintreten muß, geht die Sache an den Minister. Neben diesem Wege aber steht — und ich bitte ausdrücklich alle, die an diesen Dingen Interesse haben, aufzuachten — der Weg unmittelbar an mich offen. Ich gehe jeder an mich gelangenden Anzeige nach und prüfe dann im Ministerium den Fall, der mir vorgetragen wird. Zu dritt endlich gehe ich den Dingen auch da nach, wo mir durch die Öffentlichkeit, insbesondere durch die Zeitung,

(B) Urteile zu Gesicht kommen, von denen ich die Empfindung habe, daß sie über das Maß des Zulässigen htnausgehen. Es geschieht also, wenn man nun einmal nicht — und der Reichstag hat das ja selbst nicht gewollt — den Weg der allgemeinen Amnestie beschreitet, wirklich alles, was geschehen kann, um im Wege der individuellen Nachprüfung diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Ich glaube, daß insofern auch dem Abgeordneten Radbruch durchaus nachgekommen wird.

(Abgeordneter Höllein: Worte, nichts als Worte!)

— Wenn Sie wüßten, Herr Abgeordneter Höllein, in welcher Weise mein Ministerium mit der Prüfung von Gnadensachen befaßt ist, in wie viel Fällen wir die Begnadigung haben eintreten lassen, würden Sie nicht bloß von Worten sprechen, sondern würden sehen, daß wir ernsthaft bemüht sind, auch Taten hervorzubringen in der Milderung von Gerichtsurteilen, die in Wahrheit zu hart sind.

(Abgeordneter Höllein: Heraus mit dem Flederwisch!)

Endlich und drittens die, ich möchte sagen, große Gewissensfrage: die **Kritik der Urteile durch den Minister.** Auch der Abgeordnete Radbruch hat anerkannt, daß es sich hier um eine Frage handelt, die formell gar nicht zu lösen ist, um eine Taktfrage, den Mittelweg zu finden zwischen der Gefahr, von seiten der Verwaltung in die Rechtsprechung der Gerichte einzugreifen, was unzulässig ist, und andererseits mit verschränkten Armen dazustehen gegenüber einer Rechtsprechung, deren Geist nicht den Anforderungen der Zeit genügt. Ich bin mir durchaus dieser doppelseitigen Aufgabe bewußt, und ich kann nur sagen, daß ich, so sorgfältig ich die Unabhängigkeit der Gerichte zu wahren entschlossen bin, allerdings des Glaubens bin, daß auch der Justizminister sich einer Kritik im allgemeinen nicht zu enthalten braucht und nicht enthalten darf. Ich erkenne auch ohne weiteres an, daß, wenn eine Diskrepanz zwischen der allgemeinen Volksüberzeugung und der (C) Rechtsprechung unserer Gerichte besteht, die Schuld sicherlich zum Teil auch an dieser Rechtsprechung und ihren Organen liegt, an der Rechtsprechung, die übrigens keineswegs, und zwar gerade bei den markantesten Fällen, nur in den Händen der Berufsrichter liegt, sondern auch in der Hand der Geschworenen. Aber Sie wollen dabei berücksichtigen, daß unsere Zeit mit ihrer ungeheuren Umwälzung den Begriff dessen, was Recht ist, zu einem außerordentlich zweifelhaften macht, daß im Volke selbst über den **Begriff des Rechts** und der Gerechtigkeit überaus verschiedene Meinungen sind und daß es deshalb nicht wunderbar ist, wenn auch im Richtertum die Gedanken des Rechts noch im Flusse sind und manchmal noch nicht das Ziel erreichen, das erreicht werden muß.

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ja, Sie würden das auch finden, wenn Sie, was ja auch mein Streben ist, Arbeiter in größerer Anzahl bei den Laiengerichten haben; auch dann werden Sie finden, daß auch in der Arbeiterschaft sehr verschiedene Anschauungen über das, was Recht ist, bestehen.

(Sehr richtig!)

Deshalb, glaube ich, soll man nicht ungerecht urteilen, wenn Rechtssprüche, wenn Urteile der Gerichte nicht der allgemeinen Anschauung entsprechen. Ich werde, was an mir liegt, dazu tun, daß der Geist unserer Gerichte sich dahin ausbildet, in enger Fühlung mit dem Rechtsempfinden des Volkes zu bleiben.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Schlußwort namens der Interpellanten hat der Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Ich kann mich nach den ausführlichen Darlegungen der Interpellanten und auch des Herrn (D) Kollegen Dr. Radbruch außerordentlich kurz fassen. Ich habe auch nicht die Absicht, auf alle die juristischen Spitzfindigkeiten einzugehen. Das Volk urteilt ausschließlich nach dem gesunden Menschenempfinden und läßt sich durch solche spitzfindige Auslegungen, wie sie uns hier der Herr Justizminister gegeben hat, nicht in seinem Urteil beirren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach den Ausführungen des Herrn Justizministers können wir dieser Tragikomödie, den Titel geben: Jagow contra Jagow. Ich nenne es eine Tragikomödie; denn wenn die Geschichte wirklich nicht so traurig wäre, man müßte lachen über manche Dinge.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte über die **„Jagowsche Krankheit"** vom Standpunkt des Arztes aus sagen. Die medizinische Wissenschaft spricht seit langem von der Basedowschen Krankheit, von der Weilschen Krankheit, von der Barlowschen Krankheit, von der Brightschen Nierenkrankheit und so fort, und jede dieser Krankheiten bildet ein scharf umrissenes Bild. Auch die Jagowsche Krankheit ist nicht etwa eine Erfindung des Herrn Justizministers; diese Krankheit, die nur in Deutschland vorkommt, nur auf deutschem Boden gedeiht, nur bestimmte Klassen und Schichten der Bevölkerung ergreift, insbesondere die Adligen und monarchistisch Gesinnte, und von der wiederum andere Schichten nicht befallen werden können, insbesondere die Anhänger der sozialistischen Parteien, von ganz gemeinen Kommunisten und ähnlichem Gelichter ganz abgesehen, — diese Krankheit, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland endemisch ist und ein umfangreiches, vollständig in sich abgeschlossenes Kapitel unserer forensischen Medizin bildet; es ist eine Art von politischer Schutzimpfung, der sich bestimmte Kreise unterziehen, von willfährigen Ärzten vorgenommen, und die sie immun macht auch bei schwersten Verbrechen gegen

(Dr. **Moses**, Interpellant.)

(A) jede Art von Schutzhaft, Untersuchungshaft und andere Unannehmlichkeiten,

(sehr gut! links)

denen nur der Pöbel von Rechts und Gottes wegen ausgesetzt ist. Dabei haben immer schon „in der Jugend durchgemachte Krankheiten" eine gewisse Rolle gespielt, falls sich der derzeitige Gesundheitszustand nicht zweckentsprechend bewerten ließ. Ungeahnte Perspektiven erwachsen hier für Angeklagte aus jenen Schichten. Wer in seiner Jugend einmal an Masern gelitten oder als Kind einmal einen Durchfall gehabt hat, der ist auf lange, vielleicht auf alle Zeit hinaus gefeit gegen gerichtliche oder sonstige Unannehmlichkeiten.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Wie muß Herr v. Jagow gelacht haben, als er hörte, wie besorgt sich der Herr Minister um seine Gesundheit zeigte. Wie Herr v. Jagow in seinem Herzen über seine Affäre denkt, das entspricht wohl ungefähr dem, was Goethe im Götz von Berlichingen den Titelhelden des Stückes dem Abgesandten der Staatsgewalt sagen läßt und was in den Goetheausgaben für die höheren Töchterschulen schamhaft mit drei Punkten umschrieben wird.

(Sehr gut! links.)

Freilich — und das sei nochmals mit aller Schärfe betont — hilft solche segensreiche Vergangenheit nicht bei jedem gewöhnlichen Sterblichen, und vor allen Dingen Angehörige sozialistischer Parteien sollen sich hüten vor dem Glauben, daß selbst die ausgebildetste Tuberkulose in der Jugend oder ein Leberanschoppung in späteren Jahren vor dem Gefängnis oder der Verurteilung schützt. Die Jagowsche Krankheit hilft nur, wenn man von Jagow, von Eulenburg heißt oder wenigstens so ähnlich, wenn man von monarchischer Gesinnung ist, wenn man eine Stütze

(B) unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist

(sehr wahr! links)

oder wenn man Hochverrat gegen die Republik begangen hat.

(Sehr richtig! links.)

Aber, meine Damen und Herren, die Sache hat doch ihre sehr ernste Seite, und das hat ja der Herr Reichsjustizminister hervorgehoben. Wir leben in einer Zeit, wo in breiten Schichten der Bevölkerung die **Achtung vor unserer Rechtsprechung** auf dem Nullpunkt, auf dem Gefrierpunkt angekommen ist,

(sehr richtig! links)

nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland, und wir sehen namentlich in der letzten Zeit in steigendem Maße, daß sich diese **Klassenjustiz** im gegebenen Falle stützt auf eine **Klassenmedizin.** Wo eine Sache für einen Angeklagten aus jenen Kreisen brenzlich wird, da springt ein Arzt als Helfershelfer in die Bresche mit einem Attest, mit einem Gutachten, das sich aus lauter medizinischen Plattheiten zusammensetzt, über das die ärztlichen Auguren lächeln, während auf der anderen Seite, wenn es sich tatsächlich um Schwerkranke handelt, wo bei einer länger andauernden Haft Leben und Gesundheit wirklich auf dem Spiele stehen, wo für manche Leute eine längere Gefängnishaft geradezu das Todesurteil bildet, gar keine Rücksicht obwaltet, auch nicht bei politischen Vergehen.

(Sehr wahr! links.)

Da nutzen keine ärztlichen Atteste, auch wenn sie vom ärztlichen Standpunkt aus betrachtet noch so stark begründet sind. Dutzende von Fällen könnte ich Ihnen da aus meiner eigenen Praxis anführen. Diese Schandwirtschaft mit dem ärztlichen Gutachten vor Gericht

(Lachen rechts)

hat einen solchen Umfang angenommen, daß vor wenigen Tagen in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" ein Artikel erschienen ist unter der charakteristischen Überschrift: „Über Gefälligkeitszeugnisse." (C)

(Hört! Hört! links.)

In diesem Artikel wird gesagt, daß das **ärztliche Zeugniswesen** sehr im argen liegt, und wörtlich heißt es weiter:

> Muß es da nicht den ganzen Stand immer mehr schädigen, wenn öffentlich bewiesen wird, daß ein ärztliches Zeugnis, möge vorliegen, was wolle, in jedem Falle mit Leichtigkeit zu erhalten ist?

(Hört! Hört! links. — Zuruf rechts.)

— Nicht ich sage das, Herr Kollege (nach rechts), sondern die „Münchener Medizinische Wochenschrift". Daraus wollen Sie erkennen, wieweit die Dinge schon gediehen sind. — In diesem Artikel ist weiter die Rede davon, wie durch solche Gutachten das allgemeine Ansehen der Ärzte geschädigt und die Grundsätze von Treu und Glauben, die gerade im ärztlichen Stand vor allen Dingen hochgehalten werden müßten, vernichtet würden; und wörtlich heißt es weiter:

> Bevor es zu spät ist und bevor das Ansehen von ärztlichen Zeugnissen immer mehr und mehr abnimmt, ist es Aufgabe der ärztlichen Standesvertretung, hier nach dem Rechten zu sehen und Abwehrmaßregeln zu ergreifen. Wie oft hört man jetzt schon geringschätzig sagen: ach, ein ärztliches Zeugnis ist mit Leichtigkeit zu erhalten. Diese Meinung muß ausgerottet werden.

Ich meine, meine Damen und Herren, es muß schon schlimm gekommen sein, wenn die Ärzte es so weit getrieben haben, daß ihre eigenen Fachzeitungen dagegen Front zu machen es hoch an der Zeit gehalten haben.

Es handelt sich dabei nicht nur um die Atteste, sondern auch um die **Gutachten,** die **vor Gericht** erstattet werden. Auch da sehen wir, wie man sich bei Prozessen gewisser Leute emsiglich bemüht, alles zusammenzutragen, Steinchen an Steinchen aneinanderzureihen, was zur Ent- (D) lastung des Angeklagten dient. Meine Damen und Herren! Wir haben gewiß nichts dagegen, wir würden es im Gegenteil begrüßen, wenn bei jedem Angeklagten, der vor Gericht steht, ein solches ärztliches Gutachten eingeholt würde.

(Sehr wahr! links.)

Aber das ist ja gerade das charakteristische der Klassenjustiz und der Klassenmedizin und drückt ihnen den Stempel auf, daß derartige Gutachten und Atteste immer nur bei Leuten eingeholt werden, die die Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung sind,

(sehr richtig! links)

während bei anderen Leuten auf diese Atteste und Gutachten gar kein Gewicht gelegt wird. Diese Leute sind auch vielfach gar nicht in der Lage, die Kosten für solche Gutachten und auch für solche Gutachter vor Gericht auszugeben. Ich erinnere an die ärztlichen Gutachten — und ich freue mich, daß der Kollege Radbruch auf diesen Punkt hingewiesen hat —, die im Marburger Studentenprozeß abgegeben worden sind.

(Sehr gut! links.)

Ich erinnere an die Aussagen der Ärzte im Aulock-Prozeß, an die Gutachten der Sachverständigen vor dem Reichsgericht in Leipzig in den Kriegsverbrecherprozessen.

(Sehr gut! links.)

Dort wird emsig Steinchen an Steinchen gereiht, um die Schwerbeschuldigten zu entlasten, sie als krankhafte Leute hinzustellen. Da wird auf die **Affektregungen** Rücksicht genommen, auf die **suggestiven Beeinflussungen,** so daß der Angeklagte nicht in der Lage war, das, was er hörte, richtig aufzufassen.

(Hört! hört! links.)

Meine Damen und Herren! Hat man denn auch in den Sondergerichten Rücksicht genommen auf die Affekt-

(Dr. **Moses**, Interpellant.)

(A) regungen und die suggestiven Beeinflussungen, denen zweifellos eine große Anzahl von Schwerverurteilten ausgesetzt gewesen waren,

(sehr gut! links)

Leuten, „die durch besondere Ereignisse aus dem seelischen Gleichgewicht gekommen und sich dann vorwiegend von Affektregungen leiten und verstandesgemäßen Erwägungen keinen Raum ließen." Ich zitiere hier wörtlich aus einem Gutachten, daß gestern in Leipzig vor dem Reichsgericht erstattet worden ist.

(Hört! Hört! links.)

An diesem Beispiel und anderen können Sie das Wesen der Klassenjustiz gestützt auf eine Klassenmedizin sehen, eine treffliche Erläuterung des Grundsatzes: Gleiches Recht für Alle!

(Sehr gut! links.)

An dieser Gegenüberstellung können Sie vielleicht auch das Wesen der Jagowschen Krankheit erkennen und vielleicht wird diese Bezeichnung noch einmal populär in unserem politischen Leben, ein terminus technicus im schönsten Sinne des Wortes.

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat gemeint, das Verbrechen des Herrn v. Jagow sei dasselbe, was die Herren von links täten, sie rennten gegen den Staat an. Nehmen wir einmal an, es wäre dem so, wir wollen in diesem Augenblick nicht darüber streiten. Tatsache ist doch der merkwürdige Unterschied: denen, die von rechts gegen den Staat anrennen, geschieht gar nichts,

(sehr wahr! links)

die von links dagegen anrennen: Todesurteile, 2000 Jahre Zuchthaus, 2000 Jahre Gefängnis in der allerletzten Zeit! Das ist etwas, was die breite Masse des Volkes nicht begreift und warum sie auf dem Standpunkt steht: wir leben in einem Zeitalter der schlimmsten **Klassenjustiz.**

(B) (Sehr wahr! und Zurufe links.)

Ich freue mich, daß der Herr Kollege Radbruch auch auf die Schrift von Gumpel hingewiesen hat. Ich möchte, daß diese Schrift von allen Mitgliedern des Hauses und von allen denen gelesen wird, die sich mit dieser Frage beschäftigen.

Der Herr Minister hat ferner erklärt, wir sollten uns hüten, gegen die **Autorität des Reichsgerichts** Sturm zu laufen. Ach, Herr Minister, in diesem Falle hat das Reichsgericht selbst gegen das Reichsgericht Sturm gelaufen.

(Sehr richtig! links.)

Glauben Sie, daß durch dieses Verfahren die Autorität des Reichsgerichts nicht schwer gelitten hat und, was das Traurige ist, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland?

(Sehr wahr! links.)

Der Herr Minister hat ferner auf eine Äußerung Bezug genommen, die unser Fraktionskollege Theodor Liebknecht vorgestern im preußischen Landtag über die **Klassenjustiz** gemacht hat. Meine Damen und Herren! Klassenjustiz schließt nicht in sich, daß der einzelne Richter bewußt das Recht beugt, das verstehen auch wir nicht unter Klassenjustiz, wir sagen vielmehr: aus seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse heraus ist er nicht in der Lage, sich in die Psyche, in den Seelenzustand der arbeitenden Massen hineinzuversetzen, und daraus erklären sich die **Bluturteile,** die manche Richter fällen, ohne daß sie in der Lage gewesen sind, diese als Rechtsbeugung empfinden zu können.

Es hat übrigens einmal einen nationalliberalen Abgeordneten gegeben — ich werde den Namen nachher nennen —, der im Reichstag bei den Klagen über Klassenjustiz sagte:

> Die Klagen über Klassenjustiz sind bei objektiver Prüfung nicht als unberechtigt zu erklären . . . . Es ist juristisch außerordentlich schwer, die Fülle (C) von neuen Begriffen und Anregungen, die eine aufsteigende Arbeiterbewegung den Gerichten gestellt hat, ohne weiteres zu lösen. . . . Und schließlich kann auch ohne weiteres anerkannt werden, daß unsere deutsche Juristenwelt sich aus gewissen sozialen Schichten zusammensetzt, denen es schwer fällt, sich in andere soziale Schichten mit ihrer Denk- und Anschauungsweise zu versetzen und daraus den einzelnen Fall richtig zu beurteilen. . . . Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Rechtsprechung nicht immer Licht und Schatten in gleicher Weise verteilt. . . . Weiter ist zuzugeben, daß bezüglich des Strafmaßes vielfach bei politischen Prozessen hart geurteilt wird, während, wenn die sogenannten gebildeten Stände in Betracht kommen, außerordentlich milde Strafen verhängt werden. . . .

Wer dieses Urteil über die Klassenjustiz seinerzeit abgegeben, ist der ehemalige nationalliberale Abgeordnete Dr. **Heinze,** der vor Ihnen auf dem Ministersessel der Justiz gesessen hat und der in der letzten Verhandlung, die wir im Reichstag hatten, mit aller Schärfe sich dagegen wandte, daß wir hier in Deutschland eine Klassenjustiz hätten. Heinze contra Heinze!

Wenn der Herr Minister schließlich erklärt, die Justizverwaltung habe in diesem Falle Jagow alles getan, was in ihren Kräften steht, dann muß ich doch sagen, die breite Masse der Bevölkerung wird für solche Aussprüche lediglich das Gefühl tiefsten Mitleides haben. Verständnis kann sie ihnen nicht entgegenbringen. Lassen Sie mich am Schluß noch den einen Satz prägen: reichliche körperliche Bewegung und tägliche kalte Abreibungen wären noch manchen anderen zu empfehlen, vielleicht auch dem Minister selbst.

(Sehr gut! links. — Lachen rechts.) (D)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Abstimmung über den Antrag Hoffmann und Genossen auf morgen zu vertagen. Diesem Antrage ist stattzugeben, wenn 30 anwesende Mitglieder sich ihm anschließen. Falls kein Widerspruch erfolgt, darf ich wohl ohne besondere Abstimmung annehmen, daß das Haus damit einverstanden ist, daß die Abstimmung morgen erfolgt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Meine Damen und Herren! Nun war vorgesehen, die morgige Sitzung um 10 Uhr vormittags stattfinden zu lassen. Sie soll aber auf 11 Uhr verlegt werden, weil morgen vormittag vor der Plenarsitzung noch der Volkswirtschaftliche Ausschuß und der Auswärtige Ausschuß tagen müssen. — Das Haus ist also damit einverstanden, daß die nächste Sitzung stattfindet morgen, Mittwoch den 6. Juli, vormittags 11 Uhr.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das deutsch-belgische Abkommen zu Art. 312 des Friedensvertrags;
2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1907;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Beamtenvertretungen;
4. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung der im § 68 Abs. 1, im § 74a Abs. 2 Satz 1 und im § 75b Satz 2 des Handelsgesetzbuchs sowie im § 133a b Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen;

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) 5. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung;
6. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher;
7. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Nach diesem Punkte wird vorgeschlagen, die Abstimmung über den Antrag Hoffmann und Genossen bezüglich der Interpellationen vorzunehmen.

(Zuruf: Um wieviel Uhr?)

— Hoffentlich recht frühzeitig, wofern es gelingt, die vorhergehenden Punkte der Tagesordnung rasch zu erledigen.

8. Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung;
9. mündlicher Bericht des 14. Ausschusses (Bevölkerungspolitik), betreffend Alkoholmißbrauch;
10. dritte Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921;
11. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland (Auslandsschädengesetz);
12. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz);
13. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz);

(B) 14. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen von Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedenschlusses (Entschädigungsordnung);
15. erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über das Reichswirtschaftsgericht;
16. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Anträge, betreffend Erwerbslosenfürsorge;
17. zweite und dritte Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken), Ledebour, Frau Wackwitz und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz;
18. erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Trimborn, Hergt, Dr. Becker (Hessen), Ledebour, Koch, Bartz (Hannover), Lang und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags vom 10. Juli 1920;
19. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Branntweinmonopol;
20. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung.

(Heiterkeit und Zurufe: Reicht das aus?!)

— Ein Antrag auf Ergänzung ist bisher noch nicht gestellt worden. (C)

(Große Heiterkeit.)

Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wie Sie aus der Verlesung des Speisezettels für morgen ersehen haben, ist die Erwerbslosenfürsorge an 16. Stelle genannt. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten und stelle hiermit den Antrag, daß dieser Punkt der Tagesordnung an die sechste Stelle gesetzt wird. Ich halte die Erledigung dieser Frage für außerordentlich wichtig und bitte, daß das Haus so beschließen möge.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Ich möchte doch bitten, die sozialen Gesetze zuerst zu erledigen. Es handelt sich um sehr wichtige Gesetze, wie das Beitragsleistungsgesetz, das Gesetz über die Wochenhilfe und die übrigen, die vorher aufgezählt worden sind. Ich möchte glauben, daß nach der Seite hin keine Änderung der Tagesordnung vorgenommen werden sollte.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken) Abgeordneter: Auch ich messe selbstverständlich diesen sozialen Gesetzen sehr große Bedeutung bei, glaube aber, daß Sie meinem Wunsche, den Gegenstand an die sechste Stelle zu setzen, um so eher entsprechen können, als nach der weitgehenden Übereinstimmung, die im Ausschuß herrschte, sich eine große Debatte an die Erledigung der Erwerbslosenfürsorge wohl nicht knüpfen wird. (D)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Kollege Simon (Franken), ich darf Sie vielleicht darauf aufmerksam machen: es ist nach mir gemachten Mitteilungen der sechzehnte Punkt der Tagesordnung auf einen so späten Punkt gesetzt worden, weil die Drucksachen vorher noch nicht zur Verteilung gelangen können.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Die Drucksachen werden morgen verteilt! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Es wird ja doch alles morgen und übermorgen erledigt!)

Herr Abgeordneter Simon, ich glaube, Sie geben sich damit zufrieden!

(Abgeordneter Simon [Franken]: Nein, ich beantrage, die Erwerbslosenfürsorge als sechsten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen!)

— Der Herr Abgeordnete Simon (Franken) hält seinen Antrag aufrecht. Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die die Erwerbslosenfürsorge als sechsten Punkt einschalten wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ein weiterer Widerspruch gegen die Tagesordnung und Anträge auf Ergänzung liegen nicht vor; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 11 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

132. Sitzung.

Mittwoch den 6. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4442C

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das **deutsch-belgische Abkommen** zu Art. 312 des Friedensvertrags (Nr. 2397 der Anlagen) 4442C

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Abänderung des Reichsbeamtengesetzes** (Nr. 2358 der Anlagen) 4442D

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über **Beamtenvertretungen** (Nr. 2359 der Anlagen):

Steinkopf (S.) — zur Geschäftsordnung 4443A

(B) Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Neuregelung von** im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen **Gehaltsgrenzen** (Nr. 2321, 2433 der Anlagen):

Thiel (D.Vp.), Berichterstatter . 4443B

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über anderweite Festsetzung der **Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung** (Nr. 2340, 2429 der Anlagen):

Giebel (S.), Berichterstatter . . . 4445A
Veltin (Z.) 4446D
Frau Behm (D.Nat.) 4447A
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4447B
Karsten (U.S.) 4447B
Erkelenz (D.D.) 4447C
Bartz (Hannover) (V.K.) 4448B
Andre (Z.) 4450B
§ 1255:
Karsten (U.S.) 4451C
§ 1258:
Aufhäuser (U.S.) 4452A
Kaiser (S.) 4452C
Karsten (U.S.) 4452D
Bartz (Hannover) (V.K.) 4453A
§ 1285:
Aufhäuser (U.S.) 4453B
§ 1287:
Karsten (U.S.) 4454B
§ 1291:
Karsten (U.S.) 4455B
§ 1393:
Karsten (U.S.) 4456A
Andre (Z.) 4456A
Art. III Abschnitt A:
Karsten (US.) 4456B
Abschnitt C:
Karsten (U.S.) 4456C, 4457A
— zur Geschäftsordnung: 4457C
Hoch (S.) 4456D, 4457B

(C)

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Gebühren der Rechtsanwälte usw.** (Nr. 2374, 2434 der Anlagen):

Dr. Wunderlich (D.Vp.), Berichterstatter 4457D
Petition 4458C

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Wochenhilfe usw.** (Nr. 2342, 2447 der Anlagen):

Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) (S.), Berichterstatterin . 4458D
— als Abgeordnete . . . 4463D
Frau Agnes (U.S.) 4460C

(D)

Frau Wackwitz (V.K.) 4462B
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4463B

Abstimmung über den Antrag Hoffmann (Berlin) zur Interpellation Agnes: **Verfahren gegen v. Jagow** (Nr. 2471 der Anlagen) 4465B

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Gewährung von **Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung** (Nr. 2050, 2345, 2460 der Anlagen):

Thiel (D.Vp.) 4465C
Lambach (D.Nat.) 4465D

Mündlicher Bericht des Bevölkerungsausschusses, betreffend **Alkoholmißbrauch** (Nr. 2438 der Anlagen):

Brodauf (D.D.) 4466A

Dritte Beratung des Nachtrags zum **Reichshaushaltsplan für 1921** (Nr. 2151, 2456 der Anlagen):

Allgemeine Aussprache:
Dr. Wirth, Reichskanzler 4467B
Trimborn (Z.) 4473B
Dr. Helfferich (D.Nat.) 4473C

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 18, zu beziehen.

(A)

Seite

Keil (S.) 4481A
— persönlich 4503D
Dr. Becker (Hessen) (D.Vp) . . 4485A
— persönlich 4504C
Crispien (U.S.) 4492B
Keinath (D.D.) 4498B
Dr. Geyer (Sachsen) (V.K.) . . 4500A
Leicht (Bay.Vp.) 4503C
Dr. Quaatz (D.Vp.) 4504B

Reichstag, verbunden mit der ersten, zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs Müller (Franken) 2c.
Änderung des Besoldungsgesetzes 2c. (Nr. 2478 der Anlagen):
Dr. Pfeiffer (Z.) 4504D, 4505C
Dr. Schroeder, Staatssekretär . . 4505D

Reichswirtschaftsministerium:
Dr. Schroeder, Staatssekretär . . 4506A
Hoch (S.) 4506B

Reichsarbeitsministerium:
Karsten (U.S.) 4506C, 4507C
Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister . . . . . 4507B, C

Reichsjustizministerium:
Dr. Rosenfeld (U.S.) . 4507D, 4508D, 4510A
Schiffer, Reichsjustizminister . . . 4508B, 4509C
Dr. Bumke, Ministerialdirektor . 4509D, 4510C

Reichsschatzministerium:
Dr. Quaatz (D.Vp.) . 4510D, 4511B
Erfing (Z.) 4511A

Reichsernährungsministerium:
Bender (S.) 4511B, 4512C
Dr. Hoffmann, Ministerialdirektor: 4512B
Dusche (D.Vp.) 4512D

Allgemeine Finanzverwaltung:
Steinkopf (S.) 4513A

Reichsverkehrsministerium:
Bruhn (D.Nat.) 4513C

Nächste Sitzung:
Ledebour (U.S.) 4514D
Albrecht (Magdeburg) (U.S.) . . 4515A
Bartz (Hannover) (V.K.) . . . 4515B, C
Grieser, Ministerialdirektor . . . 4515B

Die Sitzung wird um 11 Uhr 34 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. (C)

Als Vorlagen sind eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Forderungen im Ausgleichsverfahren;

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Westermann, Dr. Scholz
die Abgeordneten Spetzler, Keubler-Böhm;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Grotjahn
der Abgeordnete Molkenbuhr;

in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Gradnauer, Dr. v. Delbrück, Berndt
die Abgeordneten Hildenbrand, Bruhn, Laverrenz;

in den 23. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Teusch (Köln)
der Abgeordnete Andre.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das deutsch-belgische Abkommen zu Art. 312 des Friedensvertrags (Nr. 2397 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt, — wir können also gleich in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe in derselben auf Art. 1, — erkläre ihn für angenommen, Art. 2 — desgleichen, Art. 3 — ebenso, Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls angenommen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir (D) auch sofort die

dritte Beratung

erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1 — angenommen, Art. 2 — angenommen, Art. 3 — angenommen, Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1907 (Nr. 2358 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ausschußberatung ist nicht beantragt, — wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein. Ich rufe in derselben auf § 1 — und erkläre ihn für angenommen, § 2 — angenommen, Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch hier die

dritte Beratung

sofort erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache zur dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

(**Präsident.**)

(A) Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift. — Die beiden Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch hier in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Beamtenvertretungen
(Nr. 2359 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
Ministerialdirektor Dr. Schmitt,
Ober-Regierungsrat Gärtner.

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage, den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags zur Vorberatung zu überweisen.

Präsident: Es ist die Überweisung an den 6. Ausschuß beantragt. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung der im § 68 Abs. 1, im § 74a Abs. 2 Satz 1 und im § 75b Satz 2 des Handelsgesetzbuchs sowie im § 133ab Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen
(B) (Nr. 2331 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2433 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Thiel.

Ich eröffne die Beratung über Art. I.

Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Frage, mit der wir uns hier zu beschäftigen haben, betrifft ein Gesetz von der Art, wie wir schon mehrere andere verabschieden mußten, die zum Gegenstand haben die Abänderung derjenigen Gehaltssätze in sozialpolitischen Gesetzen, die die Wirksamkeit sozialpolitischer Schutzbestimmungen auf bestimmte Kreise von Angestellten einschränken. Die Gesetze sollen entsprechend der eingetretenen Geldentwertung die Gehaltsgrenzen heraufsetzen.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um diejenigen sozialen Schutzgesetze, in denen bestimmte Voraussetzungen festgelegt sind für die Berechtigung des Abschlusses solcher Anstellungsvertragsbestimmungen, durch welche die Angestellten in der Verwendung ihrer Arbeitskraft und ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten nach Beendigung des Dienstverhältnisses beschränkt werden, derjenigen Bestimmungen, die im Volksmunde als **Wettbewerbsabreden** oder **Konkurrenzklauseln** bezeichnet werden oder die gesetzlichen Kündigungsfristen zuungunsten der Angestellten vertraglich abändern.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat diese Vorlage beraten und in formeller Hinsicht einstimmig beschlossen, auf einen schriftlichen Bericht angesichts der technischen Belastung des Reichstags zu verzichten und auf Grund des mündlichen Berichts Ihnen die Annahme vorzuschlagen.

In materieller Hinsicht wäre man versucht gewesen, in eine Erörterung über die **Höhe derjenigen Beträge** einzutreten, die an die Stelle der alten Bestimmungen treten (C) sollen, weil man über die Höhe, die neu festzusetzen ist, verschiedener Meinung sein könnte. Wollte aber der Ausschuß angesichts der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit zu einem positiven Ergebnis kommen, so war für eine ausgiebige Erörterung keine Zeit mehr gegeben. Er hat infolgedessen darauf verzichtet. Er konnte um so leichter darauf verzichten, als der vorläufige Reichswirtschaftsrat durch seinen Sozialpolitischen Ausschuß am 17. März 1921 zu dieser Angelegenheit bereits Stellung genommen und die Regierungsvorlage gutgeheißen hatte. Er hat dabei eine Erörterung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen gepflogen und ist zu diesem Ergebnis gekommen. Der Ausschuß des Reichsrats hat deshalb auf eine Erörterung dieser Seite der Frage verzichtet.

Eine Aussprache von grundsätzlicher Bedeutung mußte sich aber über eine andere Frage entspinnen. Von einem Abgeordneten wurde der Antrag gestellt, die **Überschrift** und den **Inhalt des Gesetzes** dahin zu ändern, daß mit diesem Gesetz eine grundsätzliche Änderung des § 133f der Reichsgewerbeordnung herbeigeführt werden solle, daß die Bestimmungen des Gesetzes zur Änderung der §§ 74, 75, 76 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs einschließlich der im vorliegenden Gesetz vorgesehenen Änderungen künftighin auch Geltung haben sollen für die im § 133a der Gewerbeordnung bezeichneten Angestellten und deren Arbeitgeber. Dieser **Ausdehnung der Schutzvorschriften,** die für die kaufmännischen Angestellten in einem besonderen Gesetz geschaffen worden sind, **auf die technischen Angestellten** konnte der Ausschuß nicht entsprechen. Ein Regierungsvertreter bat, den Antrag abzulehnen; es sei zwar die Notwendigkeit einer Änderung für die technischen und sonstigen Angestellten des § 133a der Gewerbeordnung an sich zuzugeben; diese dürfe aber nicht herbeigeführt werden durch schematische Übernahme der Bestimmungen, die das (D) Handelsgesetzbuch für die Handlungsgehilfen vorsieht. Ein Abgeordneter betonte demgegenüber, daß er zwar das Bedenken zu würdigen wisse, das der schematischen Übertragung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die Verhältnisse der technischen Angestellten im Wege stehe, daß er sich aber nur dann entschließen könne, gegen den Antrag zu stimmen, wenn die Regierung hinsichtlich des Standes der Vorarbeiten der in Aussicht genommenen **Neuregelung der Vorschriften für die Konkurrenzklausel** der technischen Angestellten befriedigende Erklärungen abgeben könne.

Der Regierungsvertreter erklärte darauf, daß die Vorarbeiten bereits weit fortgeschritten seien, daß nicht beabsichtigt sei, die Frage bis zur allgemeinen Regelung des Arbeitsgesetzbuchs hinauszuziehen, daß vielmehr mit größter Beschleunigung an dieser vorläufigen Regelung gearbeitet werden solle und daß, wenn der Reichswirtschaftsrat demnächst die Vorlage schnell begutachten würde, Aussichten beständen, diesen Entwurf noch in der kommenden Herbsttagung dem Reichstag vorzulegen.

Nachdem noch ein Abgeordneter hervorgehoben hatte, daß in der Praxis wahrscheinlich Schwierigkeiten bei der Durchführung des Antrags, der gestellt worden war, entstehen würden, falls die beantragte Erweiterung des Gesetzes tatsächlich beschlossen werden sollte, einigte man sich im Ausschuß wie folgt:

1. der Antragsteller zieht seinen Antrag auf Ausdehnung der für die Handlungsgehilfen geltenden Bestimmungen hinsichtlich des Wettbewerbsverbots auf die technischen und sonstigen Privatangestellten, die in § 133a der Reichsgewerbeordnung bezeichnet sind, zurück.

2. der Ausschuß schlägt dem Reichstag vor, bei Beratung des Gesetzentwurfs auf Nr. 2433 II eine

(Thiel, Berichterstatter.)

(A) Entschließung anzunehmen, die Ihnen im Wortlaut vorliegt, und die ich wohl nicht zu verlesen brauche.

Ich darf Sie namens des sozialpolitischen Ausschusses bitten, bei der Beratung der Vorlage der unter Drucksache 2433 Ziff. II vorgelegten Entschließung Ihre Zustimmung zu geben.

Ein anderer Antrag eines Abgeordneten ging dahin, dem Art. III des vorliegenden Gesetzentwurfs einen Abs. 5 anzufügen, und zwar zu sagen:

> Soweit der **Abschluß von Konkurrenzklauseln durch Tarifvertrag** nach den Bestimmungen des Konkurrenzklauselgesetzes vom 10. Juni 1914 geregelt ist, gelten die neuen gesetzlichen Bestimmungen ohne die in Abs. 4 vorgeschriebene schriftliche Erklärung des Arbeitgebers für den Einzelfall.

Dieser Antrag wurde vom Antragsteller aber zurückgezogen auf Grund eines Einspruchs des Regierungsvertreters, der hierzu folgende Erklärung abgegeben hatte:

> Gegenüber dem Antrag Nr. 138 Ziff. 2 der Ausschußdrucksachen sei darauf hinzuweisen, daß die in § 74 ff. des Handelsgesetzbuchs vorgesehene Regelung des Wettbewerbsverbots im Recht der Handlungsgehilfen zwingender Natur und einer Abänderung zuungunsten der Handlungsgehilfen durch Parteivereinbarung nicht zugänglich sei. Die neuen Vorschriften gelten daher für Handlungsgehilfen ungeachtet anderweitiger in Tarifverträgen getroffenen Bestimmungen ohne weiteres nach näherer Maßgabe des Entwurfs. Soweit in Tarifverträgen die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über das Wettbewerbsverbot auch für technische Angestellte als anwendbar erklärt sind, werde anzunehmen sein, daß dabei die Absicht dahin ging, die Gleichbehandlung der technischen
(B) Angestellten mit den Handlungsgehilfen nach den für diese jeweils geltenden Normen herbeizuführen, und daß demzufolge für die technischen Angestellten in gleicher Weise wie für die Handlungsgehilfen die neuen Vorschriften maßgebend sein sollen. Die Aufnahme einer Vorschrift hierüber in den vorliegenden Entwurf würde der gesetzlichen Regelung des Rechts des Wettbewerbsverbots für technische Angestellte vorgreifen; ein solches Verfahren wäre um deswillen bedenklich, weil die gedachte Regelung nicht ohne eingehende Prüfung der besonderen, die Rechtsverhältnisse dieser Angestellten betreffenden Fragen erfolgen könne, die gesetzgeberischen Vorarbeiten in dieser Richtung aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Nach dieser Erklärung des Herrn Vertreters der Reichsregierung hat der Ausschuß sich damit einverstanden erklärt, daß der inhaltlich an sich sonst gebilligte Antrag zurückgezogen wurde.

Schließlich gab dem Ausschuß noch der letzte Satz der Begründung in der Ihnen vorliegenden Drucksache 2331 Anlaß zu einer Erörterung. Der Satz lautet:

> Nimmt der Angestellte das **Erbieten des Prinzipals** nicht an, so bewendet es bei den bisherigen Vorschriften.

Ein Abgeordneter befürchtete, daß dieser Satz eine Auslegung erfahren könne, der den Absichten des Entwurfs zuwider sei. Daraufhin gab ein Regierungsvertreter die folgende Erklärung ab:

> Gegenüber Zweifeln über die Auslegung des letzten Satzes der Begründung erläutert die Regierung die Bedeutung des Satzes dahin, daß es für die Anwendbarkeit der Vorschriften in Art. III Abs. 4 keinen Unterschied macht, ob der (C) Handlungsgehilfe das Erbieten des Prinzipals annimmt oder nicht, daß also ein nach den bisherigen Vorschriften wirksames Wettbewerbsverbot im Falle des Erbietens des Prinzipals auch dann wirksam bleibe, wenn der Handlungsgehilfe auf das Angebot nicht eingeht.

Der Ausschuß teilte die Auffassung des Herrn Regierungsvertreters, daß das der Sinn des Gesetzes sei; damit wurden die Beanstandungen hinfällig.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen ist deshalb dahin zusammenzufassen, daß unter Berücksichtigung der abgegebenen Regierungserklärung ich Ihnen vorzuschlagen habe, die Vorlage auf Drucksache 2331 anzunehmen und ebenso der Entschließung zuzustimmen, die Ihnen auf Drucksache 2433 unter II unterbreitet worden ist.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zum Art. I liegen nicht vor. Der Artikel selbst ist nicht angefochten; ich erkläre ihn für angenommen.

Ich rufe auf Art. II — angenommen; Art. III — ebenfalls angenommen; Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Nun liegt die Entschließung des Ausschusses auf Drucksache Nr. 2433 vor, die der Herr Berichterstatter eben erwähnt hat. Ich nehme an, daß das Haus auch dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Das Haus hat die Entschließung sich zu eigen gemacht.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch sofort die

dritte Beratung

des Gesetzes erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. (D)

Ich rufe auf in der besonderen Beratung Art. I — angenommen; Art. II — angenommen; — Art. III — angenommen; Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ich höre einen solchen nicht; die Annahme ist beschlossen.

Wir kommen zum 5. Gegenstande der Tagesordnung:

> **zweite und dritte Beratung des Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung** (Nr. 2340 der Drucksachen).
>
> Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2429 der Drucksachen).
>
> Berichterstatter: Abgeordneter Giebel.
>
> Anträge Nr. 2437, 2446, 2448.

Ein Verzeichnis der angemeldnetrn Kommissare bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:** Es sind angemeldet:

> für das Reichsarbeitsministerium:
>
> Staatssekretär Dr. Geib,
>
> Ministerialdirektor Siefart,
>
> Ministerialrat Dr. Aurin,
>
> Senatspräsident Dr. Lippmann;
>
> für das Reichsfinanzministerium:
>
> Ober-Regierungsrat Dr. Greiner.

Präsident: Ich eröffne die Beratung über Art. I. Das Wort hat der Berichterstatter Herr Abgeordnete Giebel.

(A) **Giebel,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Ähnlich wie in der Angestelltenversicherung handelt es sich auch bei der allgemeinen Invalidenversicherung in dem vorliegenden Gesetze um eine **Notmaßnahme,** die den Zweck haben soll, Deckung zu schaffen für die Mehrleistungen, die den Landesversicherungsanstalten aus Zuschlägen und Beihilfen bisher auferlegt worden sind. Es ist bekannt, daß auf die laufenden Renten Zuschläge in Höhe von monatlich 70 Mark zur Invalidenrente, in Höhe von 55 Mark zur Witwenrente und in Höhe von 30 Mark zur Waisenrente zu leisten sind. Daß aus den nach Friedensverhältnissen festgesetzten bisherigen Beiträgen diese Leistungen nicht getragen werden können, ist ohne weiteres zuzugeben. Darüber hinaus handelt es sich aber um die **Deckung der Mehraufwendungen** in der allgemeinen Invalidenversicherung. Auch die Finanzlage der weitaus größten Zahl aller Landesversicherungsanstalten hat durch die Kriegsverhältnisse eine Gestaltung angenommen, die mit Recht zu den größten Besorgnissen Anlaß geben muß. Beispielsweise steht fest, daß eine auf dem **Gebiet des Heilverfahrens** wohl an der Spitze stehende Landesversicherungsanstalt durch die Entwicklung der Verhältnisse genötigt wurde, das Heilverfahren so gut wie völlig einzustellen. Aber gerade das Heilverfahren ist eine im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit außerordentlich hochwertige Leistung unserer Landesversicherungsanstalten. Mit einem Abbauen dieser vorbeugenden, den Arbeitnehmer gegen Invalidität schützenden Maßnahme der einzelnen Landesversicherungsanstalten würde eine bedenkliche Senkung der Volksgesundheit zweifellos in die Erscheinung treten. Um die Landesversicherungsanstalten instandzusetzen, mindestens in dem Maße wie bisher die Aufwendungen für das Heilverfahren weiter tragen zu können, ist diese Gesetzesvorlage eingebracht worden.

Im Ausschuß ging man davon aus, daß es das Ziel (B) sein müßte, gerade angesichts der allgemeinen wesentlich verschlechterten volksgesundheitlichen Zustände die Landesversicherungsanstalten so zu stellen, daß sie auf dem Gebiete des Heilverfahrens noch Besseres zu leisten vermöchten. Aber selbst wenn die Häufigkeit des angewandten Heilverfahrens nicht vermehrt würde, zeigt ein Blick auf die der Begründung des Gesetzentwurfs beigegebenen Angaben, wie dringend notwendig es gewesen ist, die Beiträge entsprechend den veränderten Verhältnissen neu zu regeln.

Inzwischen sind die einschlägigen Zustände noch schlimmer geworden. Von einer der größten Landesversicherungsanstalten lagen dem Ausschuß Zahlen vor, die doch mit erschreckender Deutlichkeit das geradezu sprunghafte Anwachsen der Ausgaben für das Heilverfahren wie auch für die Verwaltungskosten darlegten. In dieser Landesversicherungsanstalt betrugen die Verwaltungskosten im Jahre 1919 $3^1/_2$ Millionen Mark, im Jahre 1921 werden sie rund $13^1/_2$ Millionen Mark ausmachen. Sie haben sich also glatt vervierfacht. In gleichem Maße sind aber auch die Kosten des Heilverfahrens gestiegen, nämlich von $8^1/_2$ Millionen Mark im Jahre 1919 auf $23^1/_2$ Millionen Mark im Jahre 1921, und das hierbei besonders Bedauerliche ist, daß dieser erheblich größere Mehraufwand entstanden ist, obwohl das Heilverfahren bereits stark eingeschränkt wurde. Bei verminderten Fällen des Heilverfahrens ist die Ausgabe fast auf das Dreifache gegen 1919 angeschwollen.

Von diesen Tatsachen mußte sich der 6. Ausschuß dieses hohen Hauses natürlich leiten lassen. Es wurde der Antrag gestellt, die Lohnklassen so zu ändern, daß drei weitere **Lohnklassen** aufgebaut wurden. Während die Regierungsvorlage die Lohnklassen nur bis auf 8000 Mark und mehr beschränken wollte, wurde im Ausschuß beantragt, darauf noch Lohnklassen von 9- bis 12 000 Mark, 12- bis 15 000 Mark und 15 000 Mark und darüber aufzubauen. Gegen diese Lohnklassengrenzen wurden zu- (C) nächst von mehreren Seiten erhebliche Bedenken geäußert. Es wurde angenommen, daß dieser Antrag um deswillen zu weit ginge, weil für diese höheren Lohnklassen Beitragssätze zu fordern wären, die über das Maß dessen hinausgehen, was für manche der davon erfaßten Kreise der Versicherten noch erträglich sei. Hingegen bestand darüber vollständige Einigkeit, daß eine Lohnklassengrenze von 8000 Mark zu gering sei, und es wurde deshalb vorgeschlagen, die Lohngrenze zunächst auf 12 000 Mark als höchste Klasse festzusetzen.

An Gegengründen wurde eingewendet, daß es durchaus im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit liege, die **tragkräftigen Schultern der Arbeitnehmer** entsprechend stärker heranzuziehen, um dadurch neue und mehr Mittel für das Heilverfahren zur Verfügung zu bekommen. Man betonte dabei, daß es der Arbeiterwelt, namentlich aber der Arbeiterschaft, durchaus begreiflich und richtig erscheinen würde, daß es darauf ankommt, die in den Landesversicherungsanstalten getroffenen Einrichtungen in vollstem Maße und uneingeschränkt der Volksgesundheit nach wie vor dienstbar werden zu lassen. Es wurde ferner jenem Einwande entgegengehalten, daß die Lohnempfänger mit 15 000 Mark und darüber auch ein entsprechend höheres Versorgungsbedürfnis hätten und daß es aus diesem Grunde auch in ihrem Interesse selber liege, lieber in der Zeit der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit höhere Rücklagen in Gestalt höherer Beiträge zu machen, um im Falle der Invalidität, beziehungsweise des Ablebens für sich beziehungsweise ihre Hinterbliebenen eine bessere Fürsorge zu schaffen. Vor allem aber wurde geltend gemacht, daß nach wie vor mit einer weiter wachsenden Entwertung unseres Geldes gerechnet werden müsse, und daß mit dieser wachsenden Geldentwertung der Lohnaufstieg weiter anhalten würde, so daß wir unter Umständen schon im Herbst genötigt sein könnten, bei der Fortsetzung der (D) Arbeiten des 6. Ausschusses an der Reichsversicherungsordnung höhere Beitragsklassen vorzuschlagen.

Aus allen diesen Gründen entschloß sich letzten Endes der Sozialpolitische Ausschuß, doch dem Antrage, der diese in der Vorlage vorgesehene Klassifizierung enthält, zuzustimmen, obwohl die Stellung der Regierung nach wie vor getragen war von erheblichen Bedenken mit Rücksicht auf die Gesamtlasten, die durch die soziale Versicherung allmählich unserer Volkswirtschaft auferlegt werden würden. Aber die Reichsregierung stellte ihre Bedenken doch zurück, beziehungsweise erklärte, daß, nachdem auch der Reichswirtschaftsrat, diese von den eigentlichen Unternehmern und auch von den Arbeitnehmern gebildete sachverständige Körperschaft sich auf den Boden des Antrags begeben habe, auch die Reichsregierung ihm nicht weiter opponieren wolle.

Es ergab sich dann ganz von selbst, aus dieser umgeänderten Klassifizierung die Konsequenz in der Beitragsfrage zu ziehen. Die **Beitragssätze** sind unter Zugrundelegung derselben Grundsätze, die im allgemeinen in der Regierungsvorlage innegehalten werden, so bemessen, wie sie jetzt im § 1392 des Kommissionsberichts Ihnen vorgelegt worden sind. Gewiß, es kann zugegeben werden, daß in der höchsten Lohnklasse von über 15 000 Mark jährlich ein Wochenbeitrag von zwölf Mark als recht hoch angesprochen werden kann. Aber, meine Damen und Herren, angesichts der zwingenden Notwendigkeiten, die sich aus dem finanziellen Notstande der Landesversicherungsanstalten ergibt, war es im Augenblick nicht anders möglich, als diese Beitragssätze nach den bisher dafür geltenden Grundsätzen zu beschließen. Dabei ist allerdings die Frage aufgeworfen worden, ob es denn nicht angängig sei, von der **Methode des Kapitaldeckungsverfahrens** abzukommen und mehr Rücksicht zu nehmen

(Giebel, Berichterstatter.)

(A) auf die Tatsache, daß es sich hier doch um eine nach menschlicher Voraussicht dauernde staatliche Einrichtung handelt, die so bald nicht in die Notwendigkeit geraten wird, einmal zu liquidieren, und die demzufolge mehr dem Umlageverfahren folgen könne. Nicht um ein reines Umlageverfahren, so wurde von dem betreffenden Abgeordneten erklärt, solle es sich dabei handeln, sondern um ein Abweichen vom Kapitaldeckungsverfahren in der Weise, daß eben die Beitragsfrage unter dem Gesichtswinkel des dauernden Bestehens dieser staatlichen Einrichtung zu regeln sei. Es ist aber auch diese Frage wegen Mangel an Zeit nicht weiter erörtert worden, sondern es mußte angesichts der kurzen Zeit, die für die Verhandlung im Ausschuß zur Verfügung stand, zunächst dabei bleiben. Der Ausschuß behält sich vor, auch auf diese Frage in der kommenden Herbstsession zurückzukommen.

Der hohen Beitragsleistung gegenüber wurde ferner im Ausschusse der Standpunkt eingenommen, daß ohne höhere Leistungen diese höheren Beiträge nicht bewilligt werden können. Ich darf wohl feststellen, daß auf verschiedenen Seiten im Ausschusse eine ähnliche Auffassung vertreten worden ist. Indessen sind alle diese Anträge, die dort von zwei Parteien gestellt worden waren, abgelehnt beziehungsweise für den Herbst zurückgestellt worden, weil es an der Zeit fehlte, um diese wichtige Materie jetzt fünf Minuten vor dem Beginn der Sommerpause noch irgendwie regeln und lösen zu können. Dazu erschien der Mehrheit des 6. Ausschusses die Frage der Neuregelung der Leistungen für zu wichtig. Wenn also der Sozialpolitische Ausschuß dem Reichstage keine Vorschläge hinsichtlich der Neugestaltung der Leistungen der Invalidenversicherung gegenwärtig unterbreitet, so liegt das lediglich an der Tatsache, daß nicht die erforderliche Zeit vorhanden gewesen ist, vor Beginn der Sommerpause des Reichstages diese Arbeit noch leisten zu können.

(B) Meine Damen und Herren! Inzwischen ist auch noch ein Antrag auf Nr. 2437 vorgelegt worden, der bezweckt, eine Anpassung der **Übergangsbestimmungen,** Abschnitt C, an den geänderten § 1393 herbeizuführen. Im § 1393 ist entgegen der Vorlage der Reichsregierung beschlossen worden, daß so, wie es bisher im alten Gesetz stand, die Lohnklasse 2 für die Berechnung der Steigerungssätze der Invalidenrente im Falle der Krankheit zugrunde zu legen sei. Die Regierungsvorlage wollte dafür die Klasse 1 setzen. Dieser Beschluß, der die Beibehaltung des heutigen Rechtszustandes bezweckt, hat dann zu einer Änderung in Abschnitt C der Übergangsbestimmungen geführt, indem dort gemäß dem Antrage auf Nr. 2437 ausgesprochen werden soll, daß die Wochen ebenfalls nach Lohnklasse 2 angerechnet werden sollen, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- oder Kriegszeit zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen gewesen ist oder freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat. Wir sind der Auffassung, daß dieses Entgegenkommen an die Kriegsteilnehmer unbedingt erforderlich ist.

Es ist aber noch ein anderer Antrag eingebracht worden, der den § 1393 selbst trifft. Im Abs. 1 dieses § 1393 ist die Rede davon, daß als **Beitragswochen** der Lohnklasse 2 die vollen Wochen angerechnet werden sollen, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten **militärische Dienstleistungen** verrichtet hat. Diese Ziffer 1 des § 1393 soll nach dem Antrage, wie er Ihnen zugestellt worden ist, gestrichen werden, und es soll nur die Ziff. 2 bestehen bleiben, aber nicht als selbständige Ziffer 2, sondern als fortlaufender Satz im Abs. 1 dieses Paragraphen. Dann muß auch in dem § 1393 in dem als Abs. 2 einzufügenden Abschnitt ein **Satzfehler** richtiggestellt werden. Dort heißt es „Lohnklasse 1", während es natürlich „Lohnklasse 2" heißen soll.

Zum Schluß möchte ich mir gestatten, einen Wunsch (C) beim Herrn Reichsarbeitsminister anzubringen. Die Lohnklassen werden heute in arabischen Zahlen gezählt, zum Unterschiede der Anwendung der römischen Zahlen im alten Gesetz. Das scheint mir ein höchst unglückliches Verfahren zu sein. Man kann natürlich im Satz wohl den Unterschied zwischen den römischen und arabischen Zahlen ausdrücken, aber in der Sprache ist das doch schlecht möglich. Es wird schließlich im allgemeinen Sprachverkehr und auch im Schriftverkehr schwer sein, diese sehr zarte Unterscheidung der römischen Zahlen im alten und der arabischen Zahlen im neuen Gesetz auseinanderzuhalten. Ich fürchte, es werden daraus zahlreiche rechtsirrtümliche Handlungen oder doch Mißverständnisse entstehen können. Um dem zu begegnen, scheint es mir zweckmäßig, in dem neuen Gesetz **statt der Zahlen die großen Buchstaben** anzuwenden, ähnlich wie in der Angestelltenversicherung auch. Ich erbitte darüber eine Erklärung des Herrn Reichsarbeitsministers. Für den Fall, daß dieser Anregung, für die es, glaube ich, nicht eines Antrages des Reichstages bedarf, ohne weiteres stattgegeben wird, können wir es uns ersparen, einen Antrag zu stellen. Ich bitte also, wie gesagt, statt der arabischen Zahlen in der Klassifizierung der Lohnklassen die großen Buchstaben anzuwenden.

Meine Damen und Herren! Im Namen des 6. Ausschusses habe ich Sie zu bitten, den Beschlüssen, wie sie Ihnen auf der Drucksache Nr. 2429 vorgelegt worden sind, zuzustimmen. Ich übrigen kann ich Sie gleichzeitig im Namen der Antragsteller bitten, den sonst noch gestellten Abänderungsanträgen Nr. 2437 und 2446 ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Es sind zu diesem Punkte bereits 13 Wortmeldungen eingegangen.

(Rufe: Oh! oh!)

(D) Ich nehme an, daß die Herren Redner sich an dem Berichterstatter in bezug auf die Länge der Reden kein Beispiel nehmen werden.

Das Wort hat zunächst der Herr Abgeordnete Veltin.

Veltin, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wie im vorigen Dezember gerade vor Beginn der Vertagung, so soll auch jetzt wieder in letzter Stunde der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Invalidenbeiträge durchberaten werden. Der Entwurf ist uns in seiner veränderten Gestalt erst vor einigen Stunden zugegangen. Wir haben jetzt zwar den mündlichen Bericht des Referenten gehört, es ist aber kaum einem Mitgliede des Reichstags möglich, sich in dieser Materie in so kurzer Zeit zurechtzufinden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die Ausschußberatung?)

Die **Belastung durch die soziale Gesetzgebung** wird allmählich eine ganz enorme; man kann ruhig sagen, daß heute ein **Dienstbote** die Hausfrau ungefähr 400 Mark allein an sozialen Beiträgen kostet. Beim Dienstantritt wird ohne weiteres ausbedungen, daß die gesamte Invalidenversicherung ebenso die Krankenkassenbeiträge, bezahlt werden, und neuerdings wird auch noch die Bezahlung der Lohnsteuer verlangt.

(Zurufe links.)

Das führt zu einer derartigen Belastung, daß unsere kleinen und mittleren Haushalte kaum mehr imstande sind, sich Dienstboten zu halten,

(sehr richtig! rechts — Zurufe links)

weil die Mittel dazu nicht ausreichen. Die Hausfrau soll künftig allein die Küche und das Haus besorgen, sie soll die Einkäufe machen und gleichzeitig auch die kleinen Kinder hüten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Zurufe links: Was sollen da die proletarischen Hausfrauen sagen!)

(**Veltin**, Abgeordneter.)

(A) Die Frage wird künftig einfach lauten: entweder keine Kinder oder keine Dienstboten! Durch diese Entwicklung wird also in letzter Linie die kinderlose Ehe gefördert, zum Untergang der Frauenwürde und Frauenehre.

(Wiederholte Zurufe links.)

Der ursprüngliche Regierungsentwurf geht schon sehr weit und trägt der finanziellen Lage der Landesversicherungsanstalten hinreichend Rechnung. Es liegt für uns kein Grund vor, über die Regierungsvorlage hinauszugehen, und die Unterzeichner des Antrages werden deshalb die anderen weitergehenden Anträge ablehnen.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Behm.

Behm, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! — oder vielmehr, meine Herren und Damen!

(Heiterkeit.)

Haben Sie keine Sorge, daß ich dem, was wir in der Ausschußsitzung mühsam zustande gebracht haben, hier Knüppel in den Weg werfen werde. Das tue ich nicht. Ich möchte nur im Interesse der **deutschen Heimarbeiterinnen** dem großen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß es die Geschäftslage des Reichstags nicht mehr zuließ, die Reform der Reichsversicherungsordnung, die die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Invalidenversicherung und die Regelung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden vorsah, schon jetzt zu verabschieden.

Die Heimarbeiterinnen erwarten bestimmt, daß der bereits vorliegende Gesetzentwurf sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstags verabschiedet werden wird. Dem füge ich persönlich die Hoffnung hinzu, daß der Ausschuß für soziale Angelegenheiten, der beschlossen hat, bereits vor der Herbsttagung des Reichstags zusammenzutreten, es sich angelegen sein lassen wird, die Novelle zur Reichsversicherungsordnung in dieser Zeit so weit
(B) vorzubereiten, daß sie dem Wunsche der Heimarbeiterinnen gemäß sofort in der Vollsitzung des Reichstags verabschiedet werden kann.

Ich hoffe fest, hierfür die Zustimmung nicht nur des 6. Ausschusses, sondern des ganzen Hauses zu finden.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Die Regierung ist bereit, überall dort, wo die neuen Lohnklassen aufgeführt werden, anstatt der **arabischen Ziffern Buchstaben** einzuführen. Es scheint das lediglich als redaktionelle Änderung behandelt werden zu können.

(Zustimmung.)

Präsident: Ich nehme als selbstverständlich an, daß bei Ausfertigung des Gesetzes diese Änderung vorgenommen wird.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf die Ausführung des Herrn Abgeordneten Veltin braucht man nicht weiter einzugehen. Es ist offenbar, daß er diese Gesetzesmaterie nicht beherrscht und nicht versteht. Er hätte sich besser nicht zum Wort melden sollen.

Ich freue mich, daß gleich bei der ersten Gelegenheit, die sich dem Herrn Reichsarbeitsminister bot, einem Wunsche des Hauses Rechnung zu tragen, er dies bereitwilligst getan hat. Ich hoffe, daß im Laufe der Beratungen dieses Gesetzes die Bereitwilligkeit des Herrn Reichsarbeitsministers auch dann in die Erscheinung tritt, wenn es sich nicht nur um römische oder arabische Ziffern handelt.

(Heiterkeit.)

Der uns vorliegende Gesetzentwurf sieht eine sehr (C) erhebliche **Steigerung der Beiträge** vor. Die Klassen sollen namentlich nach den Beschlüssen des Ausschusses in sehr erheblichem Maße hinaufgesetzt werden. An Stelle von fünf Klassen sollen acht Klassen treten, an Stelle der höchsten Klasse über 1150 eine Klasse über 15 000. Wir begrüßen diese Änderungen und stimmen ihnen zu, müssen dabei aber einen Vorbehalt machen. Wir können diesen Belastungen nur dann unsere Zustimmung geben, wenn auf der anderen Seite auch damit eine Steigerung der Leistungen Hand in Hand geht. Wir können es nicht verantworten, daß hier etwa 3 bis 4 Milliarden Mark an Beiträgen jährlich eingenommen werden, ohne daß eine Erhöhung der Leistungen vorgesehen wäre. Wir sind bereit, an dem Gesetz mitzuarbeiten. Wir stimmen zunächst dem § 1245 zu, müssen uns aber unsere Stellung in der dritten Lesung vorbehalten, je nachdem wie unsere Anträge hier vom Reichstag behandelt werden.

Das nur zur allgemeinen Aussprache! Im übrigen werden wir das, was noch zu sagen ist, bei Beratung unserer Anträge sagen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Ich glaube nicht, daß es ein außergewöhnlicher Schritt ist, den wir heute tun; denn der Schritt, der heute getan werden muß, liegt als dringende Notwendigkeit seit zwei Jahren vor uns, und ist in unendlich vielen Versammlungen und Artikeln gründlich durchgesprochen worden. Es kommt höchstens noch auf das Maß dessen an, was in bezug auf die Aufbesserung der finanziellen Kraft der Versicherungsanstalten heute geschehen kann.

In dieser Richtung haben wir uns auf den Boden der Beschlüsse des Ausschusses gestellt und glauben, daß diese Beschlüsse auch unter den heutigen Verhältnissen ver- (D) antwortet werden können.

Wenn der Herr Kollege Veltin dagegen erhebliche Bedenken geltend gemacht hat, so darf man doch eins nicht vergessen. Ganz besonders die **Invalidenversicherungsanstalten** sind aufs allerschwerste finanziell durch die **Folgen des Krieges** betroffen, und zwar denke ich da nicht nur an die Kriegsanleihe, die die Versicherungsanstalten aus ihren Vermögen gekauft haben, an die daraus erwachsenen Verluste, sondern ich denke ganz besonders an die übrigen Lasten, die sich für die Versicherungsanstalten aus den Folgen des Krieges ergeben haben. Wir haben zum Beispiel 800 000 Waisen aus den Mitteln der Invalidenversicherungsanstalten zu unterstützen, die Kriegerwaisen sind und nicht vorhanden wären, wenn der Krieg nicht gewesen wäre. Wir haben Zehntausende und Hunderttausende Invalidenrentenempfänger, die ebenfall als Kriegsbeschädigte heute die Bezüge der Invalidenversicherung zu beanspruchen berechtigt sind, die sie erhalten und die die Versicherungsanstalt aus ihren eigenen Mitteln decken muß.

Angesichts dieser Lage würde es an sich durchaus begreiflich sein, wenn man an das Reich die Forderung stellte, daß wenigstens ein erheblicher Teil der Mehrbelastung, die für die Invalidenversicherung aus dem Kriege entstanden ist, aus der Reichskasse gedeckt wird. Wenn man davon absieht, so tut man es in Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse des Reichs. Irgendwoher aber müssen die dadurch entstandenen Lasten gedeckt werden, und so bleibt kein anderer Weg übrig, als sie zu decken auf dem Wege einer wesentlichen **Beitragserhöhung.** Dieser Beitragserhöhung kann man sich, glaube ich, nicht verschließen.

Es muß doch auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschafts-

(Erkelenz, Abgeordneter.)

(A) rats in seiner Sitzung in den letzten Tagen sich mit derselben Vorlage beschäftigt hat und zu denselben Beschlüssen gekommen ist wie der 6. Ausschuß des Reichstags. Er bemißt ebenfalls die Lohnklassen und Beiträge so, wie es hier in der Vorlage geschieht. Dieser Beschluß ist im Reichswirtschaftsra einstimmig gefaßt worden; nur ganz wenige der Anwesenden haben sich bei diesem Beschluß der Stimme enthalten. Also auch die Arbeitgeber haben für diesen Beschluß gestimmt. So können wir auch vom Standpunkt des Reichswirtschaftsrats aus sagen, daß der 6. Ausschuß mit seinen Beschlüssen das richtige getroffen hat.

Auf einen Punkt muß ich allerdings noch hinweisen. In diesem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die §§ 1389 bis 1391 der Reichsversicherungsordnung gestrichen werden, also die Bestimmungen, die festlegen, nach welchen Grundsätzen die Beiträge in der Invalidenversicherung bemessen werden sollen. Ich habe schon im Ausschuß gegen die Streichung dieser Bestimmungen erhebliche Bedenken gehabt. Diese Bedenken sind dadurch überwunden worden, daß der Herr Regierungsvertreter die Erklärung abgegeben hat, daß mit der Streichung dieser Paragraphen zunächst, das heißt, bis in den Herbst hinein, bis wir die Frage erneut behandeln, nichts geändert wird an den Grundsätzen, nach denen auch in Zukunft die Beiträge bemessen werden sollen. Ich lege auf diese Feststellung hier ganz besonderen Wert, weil auch im Reichswirtschaftsrat von einem der Herren gesagt worden ist, daß durch die Streichung dieses Paragraphen das bisherige **Deckungsverfahren** in der Invalidenversicherung zeitweise verlassen wird. Ob es zeitweise verlassen werden muß oder nicht, darüber werden wir uns im Herbst unterhalten. Jetzt lege ich entscheidenden Wert darauf festzustellen, daß, bis diese Entscheidung im Herbst erfolgt ist, eine Änderung der Grundsätze nicht vorgenommen werden darf.

(B) Den Antrag Lang lehnen wir nach Lage der Verhältnisse ab. Aber wir lehnen ebenso ab die Anträge Agnes und Genossen, die viel weiter gehen, weil wir glauben, daß das, was jetzt hier durchgeführt wird, im Augenblick das Bestmögliche und Erreichbare ist.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn je ein Gesetz auf sozialpolitischem Gebiet zur Kritik herausgefordert hat, so ist es zweifellos das vorliegende. Die Verabschiedung der Gewährung von Beihilfen zu den Invalidenrenten, die am Schluß des vorigen Jahres erfolgte, trug den Gedanken in sich, daß nun bei einer der nächsten Gelegenheiten grundlegende Änderungen hinsichtlich der Leistungen der Invalidenversicherung Platz greifen würden. Alle die Hoffnungen, die damals hier im Hause erweckt und die in den Invalidenrentnerkreisen gehegt wurden, sind durch die Vorlage des gegenwärtigen Gesetzes zuschanden geworden. Auch nicht das geringste ist an den Leistungen der Invalidenversicherung geändert. Demgegenüber aber sind die Beiträge in einer Weise gesteigert worden, die niemand, der die Lage der invalidenversicherten Arbeiter kennt, zu verantworten in der Lage ist.

Bei jeder Gelegenheit, wo im Sozialpolitischen Ausschuß davon die Rede war, daß nun auch entsprechend der ungeheuerlichen **Erhöhung der Beiträge** diese oder jene Verbesserung der Leistungen eintreten sollte, sagte die Regierung: wir bedauern, für derartige Zwecke ist kein Geld vorhanden. Es ist das alte Lied, das wir stets dann aus dem Munde der Regierungsvertreter hören müssen, wenn es sich darum handelt, die Nöte der Ärmsten zu lindern, den Rentnern oder den aus der Sozialversicherungsgesetzgebung bezugsberechtigten Arbeitern und (C) Angestellten irgendwelche Vorteile zu gewähren.

Auf der anderen Seite allerdings sehen wir, daß die Regierung Gelder in Hülle und Fülle zur Verfügung hat, daß sie Milliarden über Milliarden zu unproduktiven Zwecken hinauswirft, ohne daran zu denken, daß diese Gelder nützlicher angewendet würden, um den sozialen Nöten des größten Teiles unseres Volks abzuhelfen. Ich darf daran erinnern, daß nicht nur den **Reedern** die 12 Milliarden gegeben sind, angeblich um den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu ermöglichen. In Wirklichkeit sehen wir aber, daß trotz des Milliardengeschenkes an die Reeder nicht ein einziges Schiff mehr gebaut werden wird, daß im Gegenteil die Arbeiter der Werften aufs Pflaster geworfen werden, daß 30 000 und mehr Werftarbeiter trotz der Liebesgaben an die Reeder heute vor der Frage der völligen Brotlosigkeit stehen.

Ich darf weiter daran erinnern, daß die Regierung wiederum Milliardengelder zur Verfügung gestellt hat, um den **Agrariern** eine **Liebesgabe** zu bescheren. Sie wissen, daß wir vor einigen Tagen erst uns bei dem Etat des Ernährungsministeriums darum gestritten haben, ob es notwendig war, ja, man kann sagen, ob es gegenüber den sozialen Nöten des Volkes zu verantworten ist, daß den Agrariern über eine Milliarde Mark zur Verbilligung für Futtermittel zur Verfügung gestellt werden. Sie allerdings von der Rechten und Sie, auch hier auf diesen Plätzen des Hauses (zur Mitte), sind der Meinung gewesen, daß den Agrariern die eine Milliarde und 440 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden müßten. Sie haben jetzt natürlich mit der Regierung wiederum das Bedenken, daß keine Gelder vorhanden sind, um hier, wo wirklich Not vorhanden ist, durchgreifen zu können.

Erst gestern, bei der Beratung des Marineetats haben verschiedene Kollegen darauf hingewiesen, daß Hunderte von Millionen im Marineetat enthalten sind, die (D) durchaus nicht erforderlich sind, die gestrichen werden müßten, um Gelder für soziale Zwecke flüssig machen zu können. Wenn das Regierungsmaxime werden sollte — und es ist leider so —, daß auf der einen Seite das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird, und daß auf der andern Seite nicht einmal die winzigsten Verbesserungen durchgeführt werden können, um das Elend der breiten Massen der Bevölkerung zu lindern, dann müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß all Ihr Gerede, all Ihr Getue von sozialem Verständnis nichts als leere Rederei, nichts als Phrase ist, die Sie durchaus nicht willens sind zu realisieren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir können die Verantwortung nicht auf uns nehmen, daß wir den Arbeitern zumuten, die Beiträge nicht nur zu verdoppeln, sondern zu verdrei- und zu vervierfachen. Als damals die Beihilfen zu den Invalidenrenten verabschiedet wurden, da wollte man nicht einmal daran herangehen, die damaligen Beiträge von 1,40 Mark zu verdoppeln. Sie sind auf 2,80 Mark erhöht worden. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß angesichts der finanziellen Verhältnisse der Landesversicherungsanstalten in allernächster Zeit mit einer abermaligen starken Erhöhung der Beiträge gerechnet werden müßte. Daß die Erhöhung aber in einer derartigen Weise ausfiel, wie die gegenwärtige Vorlage es vorsieht, das hatten weder Sie, die hinter der Vorlage stehen, noch wir noch die Versicherten selbst erwartet.

Aber wenn schon sich eine Mehrheit findet, die die Beiträge so erhöht, dann sollte diese Mehrheit sich doch auch sagen, daß sie ohne eine **Gegenleistung an die Versicherten** es unmöglich verantworten kann, daß lediglich die Beiträge erhöht werden, daß aber an den Leistungen nicht gerüttelt werden soll. Dieser

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Ansicht war man ja auch zunächst im Ausschuß ganz allgemein. Diese Ansicht bestand auch bei den Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten, die sehr vernünftige Anträge auf Erweiterungen der Leistungen der Invalidenversicherung gestellt hatten, und diese Ansicht bestand auch bei den Herren Demokraten und bei den Zentrumsvertretern. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangten, und zwar mit Recht, daß unter allen Umständen die **Witwenrenten** anders gestaltet werden sollten. Nach der bisherigen Fassung des Gesetzes erhält eine Witwenrente nur die völlig invalide Witwe eines verstorbenen Versicherten. Das ist ein Zustand, der unerträglich ist und der vom ersten Tag des Bestehens dieser Bestimmung den schärfsten Widerstand aller beteiligten Kreise hervorgerufen hat. Und jetzt, wo die Beiträge erhöht werden sollten, sagten die Mehrheitssozialdemokraten — ich sagte schon, das war ganz vernünftig —: dieser Zustand muß unter allen Umständen beseitigt werden, wir müssen verlangen, daß die Witwenrente nicht nur der invaliden Witwe eines verstorbenen Versicherten gewährt wird, sondern daß die Witwenrente jeder Witwe eines verstorbenen Versicherten gewährt wird. Und als darauf die Regierung sagte, daß dann die Beiträge versechsfacht werden müßten, daß dann noch ganz andere Beitragssätze bezahlt und verlangt werden müßten, als die Vorlage es vorsieht, da sagten die Mehrheitssozialdemokraten: dann ist es allerdings schon besser, wir stellen die Geschichte zurück; und andere Anträge und Wünsche, die im Ausschuß gekommen sind, wurden gleichfalls zurückgestellt, weil die Regierung sagte, daß zur Erfüllung dieser Wünsche kein Geld vorhanden sei.

(Zuruf aus dem Zentrum: Weil wir keine Zeit zur sachlichen Beratung hatten!)

— Nein, Herr Kollege Andre, die Regierung nahm nicht Rücksicht auf die Zeit, sondern der Hauptgrund der Re-
(B) gierung war jedenfalls: „Meine Herren, Sie können unmöglich dem zustimmen, weil das den Ruin der Landesversicherungsanstalten bedeuten würde, wenn Sie nicht wollen, daß die Beiträge, die jetzt auf 12 Mark festgesetzt sind, noch verfünffacht oder versechsfacht werden."

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Kollege Giebel, wenn Sie es anders gehört haben im Ausschuß —, bitte schön, erzählen Sie es hier. Es ist so, wie ich es Ihnen sagte, daß in jedem Falle, wo Verbesserungen angeregt wurden, die Regierung aufstand und sagte: es ist nicht möglich. Und Sie sind dann beigekommen und haben gesagt: nun gut, dann stellen wir es zurück.

Aber selbst wenn es an der Zeit fehlen würde, wie Herr Andre sage, um die Materie gründlich durchzuberaten, selbst dann muß doch die Frage auftauchen: wie wollen Sie, da das System der Beitragserhebung nicht geändert werden soll, dann, wenn Sie Zeit gewinnen, nun diese Verbesserungen realisieren? Glauben Sie denn vielleicht, daß die Witwenrente, daß die anderen Verbesserungen, die Sie befürwortet haben, eingeführt werden können trotz der Zeit, die Ihnen dann zur Verfügung steht, auf Grund der Beiträge und des **Beitragsystems**, das Sie jetzt festgelegt haben? Das glauben Sie doch selber nicht. Und Sie werden dann wieder kommen und sagen: wenn wir Verbesserungen durchführen wollen, dann müssen wir unter allen Umständen auf der anderen Seite auch wieder an eine Erhöhung der Beiträge herantreten. So sehen wir, daß das System der ganzen Sozialversicherung auf einer durchaus falschen Grundlage aufgebaut ist. Ich kann nur das, was ich bei anderen Gesetzen bereits gesagt habe, wiederholen: wir verlangen, daß das Reich es als seine höchste Pflicht anerkennt, jedem Mitgliede der Gesellschaft, sofern es in Not geraten ist, die **Existenzmöglichkeit** zu sichern. Erst wenn sich dieser Grundsatz allgemein durchgerungen hat, wird die (C) Frage, ob eine Beitragserhöhung vorgenommen werden soll oder nicht, sich von selbst erledigen, und erst dann auch wird die Sozialversicherung das werden, was sie sein soll, nämlich eine wirkliche Hilfe für alle Notleidenden, für alle Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Es ist interessant, daß die Herren vom Zentrum, die im Ausschuß sehr tapfer mitgearbeitet und versucht haben, Verbesserungen nach dieser oder jener Richtung durchzusetzen, heute Herrn Veltin als Redner vorgeschickt haben, der ein so bewegtes Klage- und Jammerlied darüber gesungen hat, daß die Herrschaften schließlich keine **Dienstboten** mehr bekommen könnten, wenn der Beitrag in dieser Form festgehalten würde.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Herr Veltin sprach davon, was die Hausfrau nicht alles tun müsse; sie könnte sich dann keine Dienstboten mehr halten, sie müsse das Essen besorgen, sie müßte die Kinder pflegen, sie müßte dies und jenes. Ja, soll das eine Begründung gegen jede sozialpolitische Maßnahme in bezug auf die Dienstboten sein? Wollen Sie wirklich die zweifellos vernünftigen sozialpolitischen Ansichten, die Ihre Vertreter im Ausschuß an den Tag gelegt haben, damit abtun, daß Sie nun ein Klagelied über die Hausfrauen singen, die angesichts der Beitragshöhe nicht mehr in der Lage sein sollen, sich Dienstboten zu halten? Hat Herr Veltin einmal in einen Arbeiterhaushalt hineingesehen? Hat er einmal gesehen, wie die Mutter von vier oder fünf Kindern vom frühen Morgen bis zum späten Abend in die Fabrik gehen und arbeiten muß, um den Kindern das Notwendigste zum Leben zu geben?

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Herr Veltin, haben Sie einmal gesehen, wie eine solche (D) Mutter außerdem noch den Haushalt bestreiten muß, wie sie für die Kleidung der Kinder selbst sorgen muß? Unter diesen Umständen wollen Sie in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Not ein Klagelied darüber singen, daß die vornehmen Herrschaften dann vielleicht nicht mehr in der Lage seien, sich einen dienstbaren Geist zu halten? Wenn irgend etwas deplaciert war, ja, ich glaube, wenn irgend etwas auch den Ansichten der Ausschußmitglieder des Zentrums widersprochen hat, dann waren es die Ausführungen des Herrn Veltin. Er verrät ein so geringes sozialpolitisches Empfinden, daß es eigentlich nicht der Mühe lohnt, sich mit seinen Ausführungen näher zu beschäftigen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten, den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Ich freue mich, daß auch Herr Andre und Frau Teusch von Herrn Veltin abgerückt sind. Aber es wäre wirklich besser gewesen, wenn sie ihn vorher daran gehindert hätten, hier diese durchaus unsozialen Äußerungen vorzutragen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß wir uns unter keinen Umständen für die Annahme der Vorlage, die lediglich eine Beitragserhöhung vorsieht, entschließen können. Wir werden darauf bestehen, daß eine völlige Umgestaltung der sozialen Gesetzgebung Platz greift. Selbst wenn die Beitragserhöhung vorgenommen werden sollte, werden wir an der Forderung festhalten müssen, daß gleichzeitig Verbesserungen hinsichtlich der Leistungen vorgenommen werden, und daß vor allen Dingen, um auch die Regierung an dieser Materie mit zu interessieren, die Zuschüsse, die die Regierung gegenwärtig zu den Renten gewährt, erhöht werden müssen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Die Regierung ist jetzt auf Grund des § 1285 der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, einen **Reichszuschuß** von jährlich 50 Mark bei der Invaliden-, Alters- und Witwenrente und von jährlich 25 Mark bei der Waisenrente zu zahlen.

(Abgeordneter Höllein: Der ist nicht erhöht worden?)

— Nein, er ist nicht erhöht worden. —

(Abgeordneter Höllein: Unerhört!)

Dieser Satz ist vor etwa 12 bis 15 Jahren in das Gesetz hineingekommen. Seit dieser Zeit hat die Regierung nicht daran gedacht und nicht den Willen aufgebracht, einen höheren Zuschuß zu bewilligen.

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: (Hört! Hört!)

Selbst die Anregung des Kollegen Schwarzer auf Verdoppelung dieser Beihilfen ist abgelehnt worden,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

weil die Regierung kein Geld habe. Andere Anträge der Unabhängigen Partei gingen darauf hinaus, die Regierungsausschüsse entsprechend der Geldentwertung zu verzehnfachen, eine durchaus berechtigte Forderung, zumal da diese Zuschüsse als Entlastung für die Landesversicherungsanstalten in Betracht kommen könnten, so daß die Klagen über die schlechte Finanzlage der Landesversicherungsanstalten in etwas entkräftet würden.

Aber wie gesagt, die Regierung lehnt alles ab. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich gleichfalls auf den Standpunkt gestellt, jetzt von einer Erhöhung der Leistungen abzusehen, so daß Sie uns nicht zumuten können, jetzt für das Gesetz zu stimmen, das lediglich Verschlechterungen, das heißt, Steigerung der Beiträge bringt und durchaus keine Verbesserungen aufweist, außer der Anrechnung der ersten oder zweiten Lohnklasse während der Kriegsdienstzeit usw. Oder will vielleicht der Herr Kollege Giebel sagen, daß

(B) dadurch, daß der Grundbetrag der Renten einheitlich auf 360 Mark erhöht wird, irgendeine Verbesserung für die Rentenbezieher eingetreten ist? Herr Kollege Giebel, Sie wissen genau, daß auf der anderen Seite Abzüge gemacht worden sind dadurch, daß die Beihilfen zu den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten von 840 Mark jährlich auf 600 Mark, bei den Waisenrenten von 600 auf 300 Mark reduziert worden sind. Was Sie also auf der einen Seite den Grundbeträgen zulegen, nehmen Sie auf der anderen Seite an den Zuschüssen wieder weg.

(Hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie täuschen lediglich den Versicherten vor, es sei ihnen etwas gegeben worden, was nicht der Fall ist. Es ist eine gegenseitige Aufrechnung oder Verschiebung der Leistungen, ohne daß die Versicherten selbst einen Vorteil daraus ziehen. Das machen wir nicht mit und erklären nochmals, daß wir die Forderung auf Erhöhung der Beiträge ablehnen müssen, daß wir es den Arbeitern gegenüber nicht verantworten können, sie zu zwingen, derartig unerhört hohe Beiträge zu zahlen, ohne daß auch nur der geringste Gegenwert hinsichtlich der Verbesserung der Leistungen sichergestellt ist.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat eine etwas merkwürdige Rede gehalten. Auf der einen Seite hat er den Standpunkt vertreten, daß die Leistungen der Versicherungsanstalten möglichst weitgehend erhöht werden sollen, auf der anderen Seite verweigert er jede **Beitragserhöhung.** Man kann aber doch nicht gleichzeitig für Erhöhung der Leistungen eintreten und auf der anderen Seite es bei den seitherigen Beiträgen, bei denen die Versicherungsanstalten mehr oder (C) weniger bankerott geworden sind, bewenden lassen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Im übrigen stelle ich ausdrücklich fest — und ich möchte die Herren bitten, die Beilage 2429 Seite 2 anzusehen —, daß nicht nur eine Erhöhung der Beiträge stattfindet, sondern auch in der Tat eine Erhöhung der Renten selbst. Es werden die Grundbeträge zur Invalidenversicherung erhöht; desgleichen erfahren die Steigerungssätze eine wesentliche Erhöhung. Darin liegt die Erhöhung sämtlicher Renten, die festzusetzen sind. Die Ausführungen des Herrn Vorredners nach dieser Seite sind also nicht haltbar.

Dann aber die Frage: Wie kommt es, daß wir dieses Gesetz machen müssen? Ich möchte kurz darauf hinweisen, daß die **Versicherungsanstalten** während des Krieges und nach dem Kriege durch ihre außerordentlich **soziale Tätigkeit** der deutschen Allgemeinheit viele sozialen Lasten abgenommen haben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die verhältnismäßig ärmste Bevölkerungsschicht hat durch die Beitragsleistung zur Sozialversicherung dem Staat und der Allgemeinheit ein gut Teil der öffentlichen Kriegsfürsorge abgenommen. Die Versicherungsanstalten sind noch wesentlich hinausgegangen über das, was sie hätten leisten müssen. Sie haben freiwillig für Erwerbslosenunterstützungszwecke Beiträge gewährt, für die Unterbringung von Kriegern weitestgehend gesorgt, und sie sind eingesprungen, wo eigentlich die Versorgung auf allgemeine Kosten oder nach den Militärgesetzen hätte vorgenommen werden müssen. Alles das rächt sich in der heutigen Zeit. Die Versicherungsanstalten sind in schwieriger finanzieller Lage.

Dazu kommt die starke **Belastung** der Versicherungsanstalten durch die **Folgen des Krieges,** durch die Tatsache, daß wir viele Kriegsverstümmelte, Kriegskranke, Lungenkranke usw. haben, die heute viel mehr als in (D) früherer Zeit Heilverfahren in Anspruch nehmen müssen. Ich bedauere deshalb außerordentlich, daß unter dem Antrag Lang auch die Unterschrift eines Kollegen meiner Fraktion sich befindet.

Der Antrag Lang geht nach meinem Dafürhalten von falschen Voraussetzungen aus. Er will die Vorlage der Regierung wiederherstellen beziehungsweise die Drucksache Nr. 2340 zur Annahme bringen. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß diese Vorlage sich auf Verhandlungen stützt, die in der Nationalversammlung geführt worden sind. Seitdem wir von Weimar weg sind, ist aber eine kolossale **Geldentwertung** eingetreten, und es können die damals festgelegten Zahlen in der heutigen Zeit nicht mehr gelten.

(Zuruf links: Auch die Leistungen!)

— Ich habe ja eben darauf hingewiesen, daß die Leistungen erhöht werden. — Es genügt, glaube ich, auf diese Geldentwertung hinzuweisen; sie ist die Hauptursache für dieses Gesetz.

Den Herren Abgeordneten Lang und Kollegen möchte ich doch das eine sagen: Es geht nicht an, bei Wein, — Vieh, — Getreide —, Eierspeisen usw. das Zehn- bis Fünfzehn- oder gar Zwanzigfache des Friedenspreises zu verlangen und für die Lasten der Sozialversicherung bloß das Drei- oder Vierfache an Beiträgen ausgeben zu wollen. Das verträgt sich nicht miteinander. Wenn man auf der einen Seite immer die Forderung nach guten Preisen erhebt, muß auch die Konsequenz gezogen werden, wenn es sich darum dreht, **Beiträge zur Sozialversicherung** zu leisten. Die Arbeiterschaft hat auch keine Freude an der Beitragserhebung. Ich muß feststellen, daß der Antrag des Ausschusses auf Drucksache Nr. 2429 der Geldentwertung durchaus noch nicht Rechnung trägt. Seither waren alle Versicherten mit 1150 Mark und mehr in der obersten

(**Andre**, Abgeordneter.)

(A) Klasse in der Versicherung. Die höchste Klasse ist jetzt die Klasse 8 mit Einkommen von mehr als 15 000 Mark. Wir tun also alle Versicherten bei 15 000 Mark und mehr Einkommen, soweit sie Pflichtversicherte sind, in die höchste Klasse hinein. Aber diese 15 000 Mark von heute sind nicht soviel wie die früheren Goldmarkbeiträge. In der Geldentwertung liegt also die Hauptursache für die neue Regelung. Dann möchte ich aber auch noch nach einer anderen Seite hin die Berechtigung dieser höheren Klasse kurz nachweisen.

Die Versicherungsanstalten haben für **Heilverfahren** in der heutigen Zeit enorme Aufwendungen zu machen. Sie brauchen erhöhte Mittel, um die Kosten derselben tragen zu können. Die niedrigen Lohnstufen bringen diese Mittel nicht mehr ein. Wenn wir nicht dazu übergehen, die **qualifizierten Arbeiter**, die höhere Löhne haben, entsprechend ihrer stärkeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Beitragsleistung heranzuholen, können die Versicherungsanstalten überhaupt nicht mehr auf eine gesunde finanzielle Grundlage kommen. Heute ist es doch so, daß auf 1000 Mark Einkommen bei den niedrigeren Einkommen prozentual ein wesentlich erhöhter Beitrag zur Sozialversicherung geleistet werden muß als bei den hohen Einkommen. Die hohen Einkommensträger sind also in der Beitragsleistung zur Sozialversicherung prozentual wesentlich günstiger gestellt als die niedrigeren Einkommensträger. Dieses Mißverhältnis soll einigermaßen dadurch ausgeglichen werden, daß höhere Lohnklassen geschaffen werden, die eine stärkere Heranholung der höheren Einkommensträger gewährleisten. Das ist der hauptsächlichste Gesichtspunkt.

Auch hinsichtlich der **Verwaltungskosten** ist es für die Versicherungsanstalten nach der geschäftlichen Seite hin gleich, ob sie mit niederen Einkommensträgern zu tun haben oder mit hohen. Der hohe Beitrag verursacht (B) nicht mehr Einzugs- und Verwaltungskosten als der niedrige Beitrag, aber der hohe Beitrag bringt den Versicherungsanstalten eben die Mittel, die sie brauchen, wenn sie vor dem finanziellen Zusammenbruch bewahrt bleiben sollen.

Was der Herr Kollege Veltin hinsichtlich der **Dienstboten** gesagt hat, stimmt nicht. Nach dem Regierungsentwurf würde überhaupt keine Änderung in den Beiträgen der Dienstboten herbeigeführt werden. Die Dienstboten werden doch nicht in einer hohen Klasse versichert. Seither sind sie in den niedrigen Klasse versichert worden, und das wird auch in der Zukunft der Fall sein. Die neuen Lohnklassen sind für die qualifizierten, gutbezahlten Arbeitskräfte da, und ich glaube nicht, daß die Dienstboten hierunter fallen.

Ich bestreite also, daß eine sachliche Berechtigung für den Antrag Lang vorliegt, und möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag des Ausschusses, wie er auf Drucksache 2429 vorliegt, Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Präsident: Die Debatte über den Art. I und den § 1245 ist geschlossen.

Ich glaube, es ist am praktischsten, wenn wir zunächst über den Antrag Lang abstimmen, der im Art. I, der jetzt zur Beratung steht, in einer Reihe von Paragraphen die Regierungsvorlage wiederherstellen will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Lang zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem § 1245 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

§§ 1246, — 1247, — 1249 fallen weg. — (C)

§ 1250 ist nicht angefochten. Ich erkläre ihn für angenommen.

Der § 1252 in der neuen Fassung ist nicht beanstandet; ich erkläre ihn für angenommen.

Nunmehr liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2448 Ziff. 1 vor, im § 1255 der Reichsversicherungsordnung eine Änderung vorzunehmen.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei unserem Antrag um eine alte Forderung, die schon damals erhoben worden ist, als die Reichsversicherungsordnung gemacht wurde. Wenn wir verlangen, daß die **Invalidität** der versicherten Arbeiter schon eintritt, wenn sie mehr als 50 Prozent erwerbsbeschränkt sind, so ist es, glaube ich, heute noch mehr notwendig, eine solche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, als das früher der Fall gewesen ist. Heute bei der kolossalen Arbeitslosigkeit ist es denjenigen, die minderleistungsfähig sind, die nicht vollkommen gesund sind, noch viel schwerer, Arbeit zu bekommen, als es früher der Fall war. Hinzu kommt aber noch ein anderes. Wir haben in der Angestelltenversicherung ebenfalls die Grenze mit 50 Prozent feststehen, und ich bin der Meinung: was den Angestellten billig ist, das ist den Arbeitern auch recht. Wir müssen hier eine Angleichung schaffen; das ist zwingend notwendig. Es ist aber auch weiter jetzt im Laufe der letzten Zeit insofern eine Änderung in der Auffassung über die Invalidität vorgesehen, als man jetzt allgemein den **Begriff der Schwerbeschädigten** eingeführt hat. Schwerbeschädigt ist derjenige, der nicht mehr 50 Prozent erwerbsfähig ist. Das trifft nicht nur auf die Kriegsbeschädigten, sondern auch auf die Unfallbeschädigten und andere Beschädigte zu. Ich sage also, was auf diesem Gebiete jetzt immer (D) mehr anerkannt wird, muß endlich auch in der Reichsversicherungsordnung, in der Invalidenversicherung Geltung haben.

Ich will nur ganz kurz darauf verweisen, daß uns ferner die namentlich in der jetzigen Zeit wieder in so ungeheurem Maße auftretende schikanöse Art und Weise, wie Gutachten ausgestellt werden, bewegt, diesem Antrage zuzustimmen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **ärztlichen Gutachten** — das wird ein jeder, der in der Praxis der Arbeitersekretariate steht, zugeben, — lauten sehr, sehr häufig so, daß gerade die **Erwerbsunfähigkeitsgrenze** mit $66^2/_3$ Prozent nicht erreicht wird. Man bleibt bei 60, bei 50 Prozent stehen. Man geht sehr schwer daran, die Grenze auf $66^2/_3$ Prozent festzusetzen. Ich bin der Meinung, diese Unterscheidungsmerkmale, ob 50 oder 60 oder $66^2/_3$ Prozent Erwerbsunfähigkeit vorliegt, zu bestimmen, wird ungeheuer schwer sein. Es werden eine ganze Reihe Leute, die dringend der Invalidenunterstützung und der Invalidenrente bedürftig sind, durch derartige ärztliche Gutachten ausgeschaltet.

Aus diesen Gründen heraus bitte ich Sie, endlich den Invaliden aus der Invalidenversicherung das zu geben, was die Kriegsbeschädigten, die Beamten und Angestellten und alle Kategorien haben. Wenn Sie einen Akt der Gerechtigkeit vollführen wollen, so stimmen Sie unserem Antrage zu!

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrage Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2448, Ziff. 1,

(Präsident.)

(A) im § 1255 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung an Stelle der Worte „ein Drittel" zu setzen „die Hälfte" —

zustimmen will, den bitte ich aufzustehen.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Nunmehr liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2448, Ziff. 2 vor, welcher eine Abänderung des § 1258 der Reichsversicherungsordnung bezweckt.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß es, wenn man sich bei dieser Novelle nicht ausschließlich auf die Erhöhung der Beiträge beschränken will, das Mindeste wäre, im § 1258 eine Änderung vorzunehmen, wonach die **Rente** nicht nur an die invaliden, sondern an **alle Witwen** der Versicherten ausgezahlt wird. Ich darf darauf verweisen, daß ja das ganze Beitragswesen auch in der Invalidenversicherung darauf eingerichtet ist, daß neben den Altersrenten auch die Witwenrenten dabei ausgeglichen werden sollen. Es wäre deshalb auch schon von der Grundlage der Versicherung aus betrachtet nicht zu verstehen, wenn bei den Witwen die Auszahlung der Renten davon abhängig gemacht wird, ob sie noch eine dauernde Invalidität nachweisen können. Wir sind in dieser Auffassung aber durch die Gesetzentwürfe bestärkt worden, die die Reichsregierung selbst auf ähnlichen Gebieten eingebracht hat. Ich darf darauf hinweisen, daß das Reichsversorgungsgesetz dort, wo es sich nicht um Arbeiter, sondern um ehemalige Soldaten handelt, diesen Unterschied zwischen den dauernd invaliden Witwen und den gesunden Witwen nicht macht,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(B) sondern daß nach dem Reichsversorgungsgesetz für alle Witwen 30 Prozent Rente ausgezahlt werden, und daß man für diejenigen Witwen, die erwerbsfähig sind, die das 50. Lebensjahr überschritten haben oder die durch Kindererziehung am Erwerb verhindert sind, eine Erhöhung der Rente auf 50 Prozent vorgesehen hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieselbe Ungleichheit besteht zwischen der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung. Bei der Angestelltenversicherung wird der Unterschied zwischen der invaliden und der gesunden Witwe nicht gemacht. Es wird kein Mensch behaupten können, daß etwa die Arbeiterwitwe mit dem gleichen Einkommen in besserer Lage wäre als die Angestelltenwitwe, und daß sie weniger Anspruch auf die Rente haben sollte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus diesen Erwägungen heraus haben nicht nur wir, sondern auch die Ausschußmitglieder der Sozialdemokratischen Partei diesen Antrag auf Streichung dieser Einschränkung für die Invalidenrente gestellt.

Es ist nun der bekannte Einwand gemacht worden, man könne bei den jetzigen allgemeinen Finanzverhältnissen der Versicherung nicht jeder Witwe diese Rente zukommen lassen, sondern man müsse erwarten, daß eben die **gesunde Witwe** arbeitet. Ja, meine Damen und Herren, es ist sehr leicht gesagt, daß die gesunde Witwe arbeiten solle. Ganz abgesehen von dem allgemeinen Stand des heutigen Arbeitsmarkts darf ich Sie darauf verweisen, daß durch die Demobilmachungsvorschriften, die heute noch nicht für alle Gebiete aufgehoben worden sind, die zum Beispiel für Groß-Berlin noch Geltung haben, die Witwe gar nicht in der Lage ist, ohne weiteres diese Erwerbsmöglichkeit zu haben,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern daß hier die bisherigen Bestimmungen nach wie vor ihre Geltung haben, wonach eine Einschränkung für (C) die Erwerbstätigkeit vorliegt. Zum andern darf aber darauf hingewiesen werden, daß es insbesondere die Witwen, die viele Jahre hindurch keine Erwerbstätigkeit mehr ausgeübt haben, in einer solchen Situation, wie sie der gegenwärtige Arbeitsmarkt tatsächlich darstellt, am allerschwersten haben, Anstellung und Arbeit zu finden. Hier würde es eine Härte bedeuten, sie von dem Rentenbezug auszuschließen. Deshalb bitten wir Sie um Annahme unseres Antrages.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie heute verteilte Antrag ist von uns bereits im Ausschuß gestellt worden. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß nach Möglichkeit **alle Witwen Anspruch auf Rente** haben sollen, wenn ihr Ernährer durch Tod abgeht. Wir haben uns aber im Ausschusse davon überzeugt, daß es bei der Beratung des jetzigen Entwurfs nicht möglich ist, alle die Änderungen durchzuführen, die wir selbst für wünschenswert erachten. Angesichts der Notlage, in der sich die Versicherungsträger befinden, und angesichts der an sich mehr als geringen Leistungen der Invalidenversicherung, die unbedingt einer Erhöhung bedürfen, haben wir uns aber entschlossen, die Vorlage in ihrer jetzigen Form dem Reichstag zur Annahme zu empfehlen, und haben unsere weitergehenden Anträge bis zum Herbst dieses Jahres zurückgestellt. Die Herren Antragsteller wissen ganz genau, daß der 6. Ausschuß schon acht Tage vor Beginn des Plenums wieder zusammentritt, um die Novelle zur Reichsversicherungsordnung zu beraten. Sie wissen auch, daß dann Zeit und Gelegenheit ist, zu all den Anträgen, die wir früher schon gestellt haben, und die Sie jetzt nur (D) wieder aufgreifen, erneut Stellung zu nehmen.

Dabei möchte ich noch bemerken, daß unsere Stellungnahme nicht von der der Antragsteller in einer Frage abweicht, die das Haus gestern beschäftigt hat. In der Frage der Angestelltenversicherung haben auch sie sich davon überzeugt, daß wir vorläufig nur einmal die **Beihilfen** gewährten und die Versicherungspflicht ausdehnten, im übrigen aber mit unseren Wünschen bis zum Herbst zurückgehalten haben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Ich möchte zu den Ausführungen des Kollegen Kaiser nur das eine sagen. Wenn wir uns bei der Angestelltenversicherung auf die **Beihilfen,** die vorgesehen waren, beschränkt haben, so aus dem Grunde, weil die Beihilfen den in der Invalidenversicherung gezahlten angegliedert waren. Ich habe aber bei der Materie bereits gestern gesagt, daß, wenn die Invalidenversicherungsbeihilfen erhöht werden, es ganz selbstverständlich ist, daß vom gleichen Zeitpunkt auch die Beihilfen der Angestelltenversicherung erhöht werden müssen.

Weiter möchte ich noch eins dazu bemerken. Wenn der Kollege Kaiser uns vorwirft, daß wir den Antrag seiner Partei aufgenommen haben,

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das ist kein Vorwurf!)

den Sie in der Kommission gestellt haben, so bin ich der Meinung, daß der Antrag, die Worte „dauernd invalide" zu streichen, miteinander vereinbart worden ist. Wir waren es, die das zuerst gewünscht hatten, und Ihr habt Euch unserer Auffassung nachher angeschlossen.

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will über die Prioritätsfrage nicht streiten. Es ist ja ganz gleich, wer den Antrag zuerst aufgenommen oder gestellt hat. Die Parteien der Linken sind sich im Ausschuß darüber einig gewesen, daß eine derartige Änderung kommen müsse. Wir haben es für notwendig gehalten, sie bereits in das gegenwärtige Gesetz aufzunehmen. Ich will nur nochmals darauf hinweisen, daß das Gesetz in der jetzigen Form eine einseitige Belastung der Versicherten bringt, während nicht die geringste Besserstellung für die Versicherten zu verzeichnen ist. Wenn Sie in irgendeiner Weise der Arbeiterschaft gegenüber die Erhöhung der Beiträge rechtfertigen wollen, so ist Ihnen hier durch die Annahme dieses Antrages die Möglichkeit und die beste Gelegenheit dazu gegeben, wenigstens nach außen hin die Erhöhung der Beiträge zu rechtfertigen. Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage zuzustimmen und die Worte **„dauernd invalide"**, die durchaus keine Berechtigung haben, aus dem Gesetz zu streichen.

Meine Damen und Herren! In anderen Versicherungsgesetzen, beispielsweise bei den Beamten, ist es ganz und gäbe, daß, wenn der Ernährer stirbt, die Witwe in den Bezug der Pension gelangt. Weshalb soll der Arbeiter, der selbst dazu beitragen muß, die Lasten der Versicherung zu tragen, in dieser Beziehung schlechter gestellt sein?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Sie wollen durch die Ablehnung dieses Antrages einen Zustand bestehen lassen, der vom Beginn seines Bestehens an von der Arbeiterschaft aufs schärfste bekämpft worden ist. Ich kann Sie nur nochmals dringend ersuchen, diesem (B) Zustand dadurch ein Ende zu machen, daß Sie dem Antrage der Unabhängigen Partei zustimmen und die Worte „dauernd invalide" streichen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrage Agnes und Genossen auf Drucksache Nr. 2448 Ziff. 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wir kommen zu § 1264; — er fällt weg. § 1268 ist nicht angefochten, — also angenommen. § 1280 — desgleichen.

Zu § 1285 liegt ein Antrag Agnes und Genossen auf Drucksache Nr. 2448 Ziff. 3 vor.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unser Antrag zu § 1285 steht im Zusammenhang mit dem weiteren Punkt 7 unseres Antrags einer Ergänzung zu § 1387a. Es ist bereits in der Generaldebatte darauf verwiesen worden — ich brauche das nur zu streifen —, daß es an sich ein Unding ist, den **Reichszuschuß,** der vor 10 Jahren mit **50 Mark** festgesetzt worden ist, heute unverändert bestehen zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade der Herr Abgeordnete Andre hat mit seiner Argumentation meines Erachtens für unsern Antrag gesprochen. Er hat darauf verwiesen, daß es unmöglich ist, Wein, Fleisch, Zigarren, und was er sonst alles genannt hat, im Preise zu verzehnfachen und noch mehr zu vervielfachen, während auf der anderen Seite nicht auch die Beiträge ebenso vervielfältigt werden sollen. Er hätte hinzufügen sollen, daß aus denselben Gründen, die (C) diese Erhöhung der Beiträge für die Arbeiter bedingen, auch die **Erhöhung** des Reichszuschusses nicht mehr als gerecht ist.

Wir haben im Zusammenhang mit dem § 1285 zu § 1387a die Ergänzung beantragt, daß der Zuschuß in Zukunft nicht auf die einzelne Rente zugeschlagen werden soll — das soll ja in Zukunft durch die Leistungen und die Beiträge ausgeglichen werden —, sondern daß diese gesamten Zuschüsse des Reichs den Landesversicherungsanstalten zugeführt werden. Wer nur einigermaßen Gelegenheit gehabt hat, in der letzten Zeit in die Finanzverhältnisse der Landesversicherungsanstalten Einblick zu bekommen, wird wissen, daß es einfach unmöglich ist, das Heilverfahren, die Einrichtungen für dieses Heilverfahren, die Heilanstalten usw. aufrechtzuerhalten, wenn nicht das Reich auch bereit ist, neben den Beiträgen, die die Arbeiter und Arbeitgeber bezahlen, auch einen entsprechenden Reichszuschuß zu gewähren. Daß die 50 Mark nicht ausreichen, bedarf keiner weiteren Begründung.

Ich darf einschalten, daß auch aus den Kreisen der Landesversicherungsanstalten selbst Eingaben an den sechsten Ausschuß gelangt sind, in denen in Übereinstimmung mit unserer Auffassung ebenfalls die Erhöhung des Reichszuschusses beantragt wird.

Nun gibt es ja gegen unseren Vorschlag, den Reichszuschuß zu erhöhen, immer nur den einen, den bekannten **Einwand,** der immer in solchen Fällen gemacht wird: das **Reich** habe jetzt **kein Geld** da! Ja, meine Damen und Herren, damit kann man schließlich jede noch so berechtigte soziale Forderung ablehnen. Wir sind aber auf Grund der Bewilligungen, die dieser selbe Reichstag in den letzten Wochen und Monaten vorgenommen hat, in der Lage, nachzuweisen, daß das Reich Geld für Zwecke freigemacht hat, die nach unserer Meinung allerdings durchaus nicht so dringend und nichts weniger als sozial ge- (D) wesen sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kein Geld hat die Reichsregierung, wenn es sich um die Invaliden handelt, wenn es sich, wie neulich, darum handelt, Geld für eine Erhöhung der Mittel für Schulzwecke freizumachen. Kein Geld hat das Reich, wenn es sich darum handelt, unentgeltliche Lehrmittel zu gewähren usw. Aber das Geld von demselben Reiche und derselben Reichsregierung ist da, wenn es sich auf der anderen Seite darum handelt, für die Wehrmacht im Wehrmachtsversorgungsgesetz die denkbar weitestgehenden und sozial nicht zu rechtfertigenden Leistungen zu bewilligen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Geld ist da, wie wir es in den letzten Tagen gesehen haben, wenn es sich darum handelt, für Heer und Marine nach wie vor gewaltige Milliardenbeträge auszuwerfen. Ich erwähne weiter die Entschädigungsgesetze, die zurzeit dem Reichstag noch vorliegen, in denen auch alle möglichen Entschädigungen in hohen Beträgen bewilligt werden. Es waren auch die Milliarden da bei derselben Reichsregierung, als es sich darum gehandelt hat, den armen Reedern zu helfen. Und es war in den letzten Tagen wieder zu sehen, daß auch weitere Milliarden zur Verfügung stehen, so die bekannte **Maismilliarde,**

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

während es sich hier bei den Invaliden nicht einmal um eine Milliarde handelt; der ganze Mehraufwand beträgt 900 Millionen. Hier soll der Betrag fehlen, um den Invaliden ausreichend helfen zu können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Vergleich, der sich jetzt in den letzten Tagen hier ergibt, ist meines Erachtens auch für den Reichstag, mag er parteipolitisch stehen, wo er will, unerträglich.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

(A) Wenn Sie berücksichtigen, daß 1,1 Milliarden für die bekannte Maisangelegenheit bereits ausgegeben sind, und daß 1,44 Milliarden dazu neu verlangt werden, daß also weit über 2 Milliarden freigemacht werden sollen für einen Zweck, der keinerlei volkswirtschaftliche Bedeutung hat, sondern ausschließlich als ein Geschenk an bestimmte besitzende Kreise erklärt werden muß, so ist es nicht zu rechtfertigen, wenn andererseits der Reichstag zur selben Zeit daran festhalten wollte, diesen unhaltbaren 50-Mark-Zuschuß weiterhin in der Invalidenversicherung zu verankern. Das ist nach meiner Auffassung unhaltbar, und der Antrag, den wir gestellt haben, daß der Zuschuß aus Reichsmitteln entsprechend der Entwertung des Geldes verzehnfacht wird, ist durchaus gerechtfertigt.

Ich darf aber weiter erwähnen: die Mehrausgabe ist insofern auch nicht so erheblich, als ja, wenn der Reichszuschuß erfolgt, auf der andern Seite wieder Mittel an Armenunterstützung gespart werden bei all denen, die infolge unzureichender Invalidenversorgung der Armenunterstützung anheimfallen.

Das waren die Erwägungen, die zu unserem Antrage geführt haben. Wir sind schließlich auch der Auffassung, daß es bei der jetzigen Entwicklung der Geldverhältnisse auf die Dauer überhaupt nicht haltbar sein wird, die ganze Sozialversicherung lediglich auf Grund des heutigen Beitragssystems zu erhalten. Man wird dazu übergehen müssen, von diesem reinen Versicherungsprinzip allmählich zum allgemeinen **Versorgungsprinzip der werktätigen Bevölkerung** zu gelangen. Dazu kann und muß hier der Anfang gemacht werden. Genau so, wie das Reich dafür zu sorgen hat, daß diejenigen entschädigt werden, die durch den Krieg gelitten haben, genau so hat das Reich und die Allgemeinheit die Pflicht, Mittel für diejenigen aufzubringen, die im Rahmen der heutigen Gesellschaft zur Not gelangt sind, die unverschuldet in diese Not geraten
(B) sind. Aus diesen Gründen heraus sollte sich der Reichstag seiner Pflicht, die 50 Mark Zuschuß entsprechend den Geldverhältnissen zu erhöhen, nicht entziehen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Frau Agnes und Genossen Nr. 2448 Ziff. 3 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt, § 1285 nach der Vorlage angenommen.

Wir kommen zu 1287. Da liegt ebenfalls ein Abänderungsantrag Agnes vor.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Werte Anwesende! Bei § 1287 wird meiner Überzeugung nach sehr eingehend die Frage zu behandeln sein, soweit es die heutige Tagesordnung erlaubt, ob nicht doch schließlich die bürgerlichen Parteien und die S.P.D. gewillt sind, in irgendeiner Form den **Rentnern** eine **Zulage** zu gewähren. Ich kann es mir nicht denken, daß sie willens sind, jetzt dieses Gesetz zu verabschieden, ohne daß den Invalidenrentnern, den Witwen und Waisen irgend etwas gegeben wird. Angesichts einer Beitragserhöhung, die zum Teil über das Vierfache des jetzt Bestehenden hinausgeht, kann ich mir das einfach nicht denken.

Es ist nicht richtig, wenn der Herr Kollege Andre sagte, das Gesetz brächte Leistungsverbesserungen. Das bringt es nur insofern, als für die kommende Zeit die Wochenbeiträge höher bewertet werden als bisher. Eine nennenswerte Steigerung der Invalidenrente für die Zukunft ist erst nach Jahr und Tag zu erwarten. Die Renten werden nur ganz allmählich und nur um wenige Pfennige von Monat zu Monat steigen. Das ist alles, was das (C) Gesetz an Verbesserungen bringt. Damit können wir uns keineswegs einverstanden erklären, weil das für die Invalidenrentner durchaus nichts bedeutet. Nach der Gesetzesvorlage werden sogar durch die Erhöhung des Grundbetrages auf durchweg 360 Mark, von 60 bis 100 Mark, jetzt sogar die Zulagen um den Betrag gekürzt werden, um den der Grundbetrag gesteigert wird. Das ist eine Art, Sozialpolitik zu treiben, die einfach nicht zu verstehen ist.

Sie haben hier auf der einen Seite beschlossen, die Brotpreise ganz unermeßlich zu steigern, Sie haben die Absicht, unermeßliche Steuerlasten dem arbeitenden Volke aufzubürden; wir haben auf der anderen Seite das Versprechen des Herrn Reichskanzlers, daß den Rentnern geholfen werden müsse, das er in einer seiner letzten Reden gegeben hat. Ich bitte Sie, ich bitte auch die Reichsregierung, dieses Versprechen angesichts dieser sehr erheblichen Beitragssteigerung einzulösen.

Wir verlangen nichts, was nicht erfüllt werden kann; wir verlangen lediglich, daß die Beitragssteigerung in irgendein Verhältnis zu den bisherigen Leistungen gebracht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verlangen, daß an Stelle der vorgeschlagenen 600 Mark **Zuschläge zu den Invalidenrenten** pro Jahr 2400 Mark gewährt werden. Das würde einschließlich der bestehenden Invalidenrente eine Summe von jährlich 3000 Mark ausmachen. Das sind monatlich 250 Mark. Ich möchte Sie fragen, ob jemand hier im Hause ist, der mit 250 Mark im Monat lebt, ob jemand hier ist, der mit 250 Mark überhaupt auskommen kann, ja, der sich auch nur denken kann, wie man mit 250 Mark im Monat auszukommen in der Lage ist! Suchen Sie sich doch in die Lage der Invalidenrentner hineinzuversetzen! Dann werden Sie zugeben müssen, daß es dringend notwendig ist, die Invalidenrenten zu erhöhen. (D) Was wir aber vorgeschlagen haben, ist ja nichts anderes als eine Garantie dafür, daß sie trocken Brot und Salz zu den Kartoffeln kaufen können. Weiter langt es ja doch nicht. Das aber muß wenigstens gegeben werden, wenn Sie sich nicht einer Pflichtverletzung gegenüber den Invalidenrentnern schuldig machen wollen. Wir schlagen also vor, daß statt 600 Mark 2400 Mark pro Jahr an Zulagen gegeben werden sollen, daß den Waisen anstatt 300 Mark pro Jahr 600 Mark gegeben werden sollen. Das sind Vorschläge, die keineswegs unerfüllbar sind, Ich möchte Ihnen ein Exempel dazu aufmachen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ja, Kollege Giebel, wenn das so zwecklos für euch ist, so tut es mir leid, aber ich kann trotzdem nicht darauf verzichten, das zu sagen, was notwendig ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben nach dem Ergebnis von 1913, das wir wohl für 1920 und für die kommende Zeit zugrunde legen dürfen, etwa 800 Millionen Beiträge für die Invalidenversicherung zu verzeichnen. Der höchste Beitrag ist 2,80 Mark. Wenn wir den Durchschnitt mit 2,50 Mark pro Woche berechnen und sagen: nach den neuesten Steigerungen wird der Durchschnitt nicht etwa auf 2,50 Mark, sondern vielleicht auf 7,50 Mark pro Woche bei einer Jahreseinkommensgrenze von 7000 bis 9000 Mark sein, so bekommen wir ein Plus an Einnahmen von vier Milliarden Mark heraus. Und wenn wir wirklich noch mehr zurückgehen und die Einkommensgrenze von 5000 bis 7000 Mark zugrunde legen, die aber wohl sehr minimal gegriffen ist, so haben wir infolge der neuen Leistungen immer noch einen Überschuß von 3,2 Milliarden Mark. Wenn wir nun berechnen, was der Antrag, den meine Fraktion gestellt hat, kosten wird, so kommen wir zu folgendem Er-

(**Karsten,** Abgeordneter.)

(A) gebnis. Wir haben 1 321 000 Invaliden- und Altersrentner, wir haben 101 000 Witwenrenten, wir haben, wenn wir nur die Hälfte rechnen, wie es in der Denkschrift angegeben ist, die für die Zulagen an Waisenrenten in Frage kommen, etwas über 600 000 Waisen, die Renten haben müssen. Das würde, wenn wir unsere neuen Summen zugrundelegen, im Gesamtbetrag der Zulagen 3780 Millionen Mark ausmachen. Auf Grund der Denkschrift werden bereits bezahlt 1380 Millionen. Es ist also ein Plus von 2400 Millionen auszugeben. Wir haben weit über 3 Milliarden Einnahmen aus dem Beitragsverfahren, und da bin ich der Meinung, daß auf Grund dieser Tatsachen entsprechende Rentenzulagen gewährt werden können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie wenigstens diesen einen Antrag annehmen würden, nachdem Sie die anderen sehr wichtigen Anträge abgelehnt haben, dann würden Sie damit bekunden, daß es Ihnen Ernst ist um die Frage der Besserstellung der Invalidenrentner, daß diesen Invalidenrentnern und ihren Angehörigen, die über vier Millionen Köpfe ausmachen, auch wirklich eine Leistung gegeben wird, mit der sie auskommen können. Wenn Sie es ablehnen — Sie haben die Mehrheit dazu —, dann müssen Sie es verantworten und dürfen dann nicht sagen, daß keine Vorschläge gemacht worden sind.

Wenn auf den Herbst vertröstet wird, so ist das ein Trost, auf den wir nicht im vollem Maße eingehen können. Sicher muß eine Neuordnung der Invalidenversicherung kommen. Aber lediglich jetzt die Beiträge zu erhöhen und alles andere weitergehen zu lassen, das ist ein Zustand, der einfach nicht zu ertragen ist. Wir haben vor Weihnachten vorigen Jahres, als die Zuschläge zu den Invalidenversicherungen erhöht worden sind, versprochen bekommen, daß in diesem Frühjahr die Sache

(B) behandelt werden soll. Sie ist nicht behandelt worden. Die Invalidenrentner warten mit Schmerzen, daß sie mehr bekommen, damit sie leben können. Aus diesem Grunde heraus fühlen wir in uns die heilige Pflicht, daß der Reichstag und die Regierung soviel Pflichtbewußtsein beibringen und einen Antrag annehmen, daß die Invalidenrentner wenigstens einigermaßen leben können, insoweit es sich um ein bißchen trockenes Brot und Salz, um ein paar Kartoffeln und um einige Fetzen Kleidung handelt, die sie sich kaufen können. Wenn Sie das ablehnen, mögen Sie es verantworten. Wir können es nicht verantworten und möchten Sie gewarnt haben.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2448 Ziff. 4 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. § 1287 ist in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 1288 ist nicht angefochten. — § 1289 ist in der Fassung des Ausschusses angenommen, nachdem wir vorhin den Antrag Lang abgelehnt haben.

Wir kommen zu § 1291. Hier liegt ebenfalls ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf 2448 Ziff. 5 vor.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Wir haben mit unserem Antrag einen Antrag aus der Kommission aufgenommen, den die S. P. D. dort gestellt hat, der dahingeht, daß den **Waisen** die **Rente** bis zum 16. Jahr gegeben werden soll. Wenn wir diesen Antrag stellen, so können wir uns auf andere soziale Gesetze berufen, vor allen Dingen auf das Mannschaftsversorgungsgesetz, das ja 18 Jahre vorsieht. Wir können uns berufen auf die Angestelltenversicherung, die auch 18 Jahre vorsieht und dann noch Ausnahmen für solche trifft, die krank sind oder sonst den Eltern noch zur Last fallen. Wenn wir diesen Antrag stellen, so können wir uns weiter berufen auf den Beschluß des Sozialen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats, der uns heute morgen in unserer Mappe mitgeteilt worden ist, und in dem der Reichswirtschaftsrat verlangt, daß die Kinderrente bis zum 16. Jahre gezahlt werden soll.

(C)

Durch unseren Antrag wollen wir erreichen, daß Invaliden, die Kinder haben, die über 15 Jahre alt sind, die aus der Schule sind, die Beihilfe wenigstens noch einige Jahre zum Lebensunterhalt der Kinder gegeben wird. Die Invaliden sind gar nicht in der Lage, die Kindern ein Handwerk lernen zu lassen, wenn es sich um Knabe handelt. Sie müssen sie dann sofort in die Fron hineinschicken. Es soll hierdurch den Kindern eine größere Zukunftssicherheit geschaffen werden.

Wir verlangen dann weiter — und ich glaube, da befinde ich mich auch mit sehr vielen Vertretern der Landesversicherungsanstalten im Einklang —, daß die **Kinder von Empfängern von Invalidenrenten** in ihren Bezügen **gleichgestellt** werden. In der Fassung der Vorlage wird in § 1291 gesagt, daß ein Invalidenrentner, wenn er ein Kind hat, 96 Mark Zulage bekommt, wenn er 2 Kinder hat, 168 Mark, also schon eine Verminderung, und für jedes weitere Kind 48 Mark. Wir können nicht einsehen, daß für das 2., 3., 4. usw. Kind weniger gezahlt werden soll als für das erste Kind. Die Summe von 96 Mark pro Jahr ist so gering, daß wirklich nicht daran geknappt werden sollte, sondern wir sind der Meinung, daß, wenn Kinderzulagen gegeben werden sollen, alle Kinder die gleichen Zulagen haben müssen.

Der Antrag ist, wenn ich mich nicht irre, auch von der S.P.D. in der Kommission gestellt worden. Diese hat aber leider darauf verzichtet, weil sie alles bis zum Herbst zurückstellen will. Wir sind der Meinung, daß diese Summen sehr wohl tragfähig sind und daß dadurch die Invalidenversicherungen in ihrer wirtschaftlichen Kraft nicht zerschlagen werden, namentlich nach der Beitragserhöhung, und daß man sie deshalb den Leuten ruhig geben soll.

(D)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Agnes und Genossen auf Drucksache 2448 Ziff. 5 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Ich darf den § 1291 in der von der Vorlage vorgeschlagenen Fassung als angenommen erklären.

§ 1292 ist nicht angefochten; angenommen.

Zu § 1293 liegt auch kein Antrag vor; er ist nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen.

Ich rufe auf § 1296 — fällt weg, § 1297 nach der Vorlage, — § 1300 — fällt weg, § 1303, — 1311 — fällt weg, § 1316, — 1325 fällt weg, — 1372. — Nach der Vorlage angenommen.

Zu § 1387 liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache Nr. 2448 vor.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wird zurückgezogen!)

— Der Antrag wird zurückgezogen. Dann ist § 1387 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Die §§ 1388 bis 1391 fallen weg. — Dem stimmt das Haus auch zu.

Ich rufe auf § 1392 in der Fassung des Ausschusses. — Angenommen.

Zu § 1393 hat das Wort der Herr Abgeordnete Karsten.

(A) **Karsten,** Abgeordneter: In § 1393 wünschen wir, daß Ziffer 1 gestrichen wird, wonach als **Beitragswochen,** ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, noch angerechnet werden die Zeiten, in denen der Versicherte **in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten militärische Dienstleistungen** verrichtet hat. Über die Zeiten sind wir hinaus, daß derartige Bestimmungen noch in den Gesetzen Anwendung zu finden haben, denn es handelt sich doch hier um die Zukunft. Wir werden in der Zukunft ja wahrscheinlich keine Kriege mehr haben, und wenn wir uns bei diesem Paragraphen lediglich auf die jetzige Reichswehr stützen wollen, so sage ich: wenn die Reichswehr mobil gemacht wird oder wenn die Reichswehr in irgend einen Krieg geht, ist es nicht notwendig, daß den Reichswehrangehörigen diese Wochen, wo sie mobil oder im Kriegszustand sind, angerechnet werden. Aus dem Grunde bitten wir, die Ziffer 1 des § 1393 zu streichen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß von den Abgeordneten Hoch, Giebel, Frau Teusch usw. auf der Drucksache Nr. 2446 ein Antrag gestellt ist, der diese Frage in anderem Sinne löst, aber mit dem gleichen Endziel und Endzweck, nur die Form ist eine andere. Ich glaube, daß die Fassung, wie sie auf der Drucksache Nr. 2446 vorgeschlagen wird, dem Gesetz besser angemessen ist, als wenn wir einfach entsprechend dem Antrag der Frau Abgeordneten Agnes und Genossen die Ziffer 1 ganz streichen. Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag 2446 zuzustimmen unter Ablehnung des Antrags Frau Agnes und Genossen.

Präsident: Ich werde zuerst über den Antrag Frau Agnes und Genossen und dann über den Kompromiß-
(B) antrag abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen, welche nach dem Antrag Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2472 verfahren wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen, welche den Paragraphen abändern wollen in der Form, wie es die Abgeordneten Hoch, Giebel, Frau Teusch (Köln), Andre, Erkelenz auf Nr. 2446 beantragen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das ist angenommen und mit dieser Änderung § 1393.

Ich rufe auf § 1395, — 1400, — 1401 fällt weg, — 1403, — 1404, — 1405, — 1406, — 1472 bis 1483 fallen weg. — Angenommen.

Zu Art. II Abschnitt A liegt ein Antrag Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2448 Ziff. 8 vor. Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Es handelt sich hier um die gleichen Zahlen, wenigstens in demselben Verhältnis, wie wir sie zu § 1287 beantragt hatten. Das, was ich zu § 1287 gesagt habe, trifft auch hier vollinhaltlich zu. Sie haben zwar unseren Antrag zu § 1287 abgelehnt, und dieser unser Antrag wird ja dasselbe Schicksal erleben. Ich möchte aber nicht verfehlen, noch einmal darauf einzugehen und noch einmal zu sagen, daß wir es für dringend notwendig halten, daß für die Invaliden mehr getan wird als bisher. Ich glaube, wenn Sie jetzt diesen Antrag ablehnen, werden Sie trotzdem bis zur dritten Lesung noch irgendeinen Weg finden müssen, um die **Leistungen an die Invaliden** in irgend einer Form **aufzubessern.** Ich kann es mir wirklich nicht denken, daß der Reichstag bei einer solchen ungeheueren Beitragssteigerung nicht einen Pfennig mehr den Invaliden und Witwen und (C) Waisen geben will.

Ich möchte gleich die Bitte einfügen, die dritte Lesung zurückzustellen, damit noch irgendein Weg gefunden werden kann, in der dritten Lesung die Leistungen in irgendeiner Form zu verändern, vielleicht in dem Sinne, daß **Zuschläge zu den jetzt bestehenden Leistungen** gemacht werden. Aber irgendetwas müßte geschehen. Ich kann nicht verstehen, daß Sie eine derartige Verantwortung auf sich nehmen wollen angesichts der ungeheuer großen Notlage, in der sich die Invaliden und die Hinterbliebenen befinden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Frau Agnes und Genossen auf Drucksache 2448 Ziff. 8 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wir kommen zum Abschnitt B. Hier liegen Abänderungsanträge nicht vor; ich darf ihn für angenommen erklären.

Abschnitt C. Hier liegt der Antrag Erkelenz, Giebel, Bender, Andre, Frau Teusch (Köln) und Genossen auf Nr. 2437 der Drucksachen vor.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Ich möchte zu diesem Antrag noch einen Abänderungsantrag stellen. Es handelt sich um die Übergangsvorschriften. In dem Antrag heißt es, daß lediglich diejenigen, die am Kriege teilgenommen haben, für die künftige Berechnung der Invalidenrente die **Kriegszeit** als **Beitragswochen der Lohnklasse 2** angerechnet erhalten; als Beitragswochen der Lohnklasse 1 werden die Wochen angerechnet, in denen der Versicherte zur Er- (D)
füllung der Wehrpflicht in Friedenszeiten eingezogen gewesen ist.

(Zurufe aus der Mitte: Das ist ein Irrtum, das ist schon abgeändert!)

Es werden also danach diejenigen, die im Kriege gewesen sind, in die zweite Lohnklasse hineingenommen, während die Krankenwochen und die Friedensdienstzeit beim Militär als Beitragswochen erster Klasse gelten. Das möchte ich verhindern. Ich möchte bitten, daß zum mindesten ebenfalls die **Krankenwochen** in die **zweite Klasse** hineingenommen werden.

(Zurufe aus der Mitte: Das haben wir ja getan!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich bedaure, daß der Herr Kollege Karsten die Verhandlungen aus dem Gedächtnis verloren hat, die sich im Ausschuß über diese Sache abgespielt haben. Die Sache steht doch so, daß nach dem nicht beanstandeten Absatz B für die Versicherten, die gearbeitet und ihre Marken in der höchsten Lohnklasse geklebt haben, 12 Pfennig für jede Woche gerechnet wird. Und jetzt schlagen die Herren vor, daß für **Kranke die zweite neue Lohnklasse,** das heißt 30 Pfennig, zugeschlagen wird. Das ist doch ein Unsinn.

(Abgeordneter Karsten: Für die Kriegsteilnehmer machen Sie es doch auch!)

— Darüber haben wir uns im Ausschuß doch schon auseinandergesetzt. Ich möchte bloß feststellen, daß der Herr Abgeordnete Karsten selbst bei genügender Überlegung einsehen wird, daß das, was er will, nicht gehe.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

(A) **Karsten,** Abgeordneter: Wenn das ein Widersinn ist, was ich beantrage, so ist der ganze Antrag ein Widersinn. Die Herren beantragen:

Als Beitragswochen der Lohnklasse 2 werden die vollen Wochen angerechnet, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen gewesen ist oder freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat.

Als Beitragswoche der Lohnklasse 1 werden die vollen Wochen angerechnet, in denen der Versicherte

1. zur Erfüllung der Wehrpflicht in Friedenszeiten eingezogen gewesen ist,
2. wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen.

Der ganze Antrag ist insofern ein Widersinn, als wir ja jetzt die zweite Lohnklasse mit 30 Pfennig Steigerungssatz haben, während die Steigerung früher 6 Pfennig betrug. Der Höchststeigerungssatz war in der bisherigen Fassung 12 Pfennig, Sie wollen jetzt, daß die **Kriegsteilnehmer** für die **Kriegszeit** an Stelle von 12 Pfennig den Höchststeigerungssatz von 30 Pfennig erhalten sollen. Die Kriegsteilnehmer bekommen also mehr als diejenigen, die in Munitionsfabriken oder sonstwo gearbeitet und geklebt haben. Diejenigen, die vielleicht in der Etappe herumgelungert sind, bekommen pro Dienstwoche 30 Pfennig angerechnet, während diejenigen, die schwer gearbeitet haben, nur 12 Pfennig pro Woche angerechnet bekommen. Wir wollen lediglich, daß dafür gesorgt wird, daß die Krankenwochen ebenfalls als Beitragswochen zweiter Klasse gelten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

(B) **Hoch,** Abgeordneter: Was Herr Karsten eben sagte, ändert nichts an der Tatsache, die ich ihm vorgehalten habe: daß das, was er will, zu einem Widersinn führt; denn daß man Kranken eine höhere Steigerung gibt als denen, die gesund waren und gearbeitet haben, kann kein Mensch verteidigen.

In bezug auf den zweiten Punkt ist zu sagen: Man kann zu der Regelung dieser Angelegenheit stehen, wie man will. Der Herr Kollege Karsten weiß, ich habe im Ausschuß dagegen Bedenken gehabt, daß man an dieser Sache herumändert, ohne sich die Einzelheiten gründlich zu überlegen. Wenn es nach mir gegangen wäre, wäre auch diese Frage erst im Herbst erledigt worden. Die Mehrheit war anderer Meinung, und wir haben der Mehrheit Rechnung zu tragen. Wenn jetzt für die **Kriegsteilnehmer** beschlossen wird, daß ihnen mehr gegeben wird als denen, die nicht im Kriege waren, so ist das nichts Unerhörtes. Es ist das nachgebildet dem Vorgang, daß bei den Beamten schon seit jeher die Zeit doppelt angerechnet ist. Das liegt also auf einem andern Brett.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich um den Abschnitt C des Art. II des Gesetzes. Dazu liegt auf Drucksache 2437 ein Abänderungsantrag Erkelenz, Giebel, Bender, Andre, Frau Teusch (Köln) vor. Zu diesem Abänderungsantrag hat soeben der Kollege Karsten einen weiteren Abänderungsantrag eingereicht, der lautet:

der Reichstag wolle beschließen: hinter dem ersten Absatz, der mit den Worten schließt: „militärische Dienstleistungen verrichtet hat", die Ziffer 2 des Absatzes 2 zu setzen und in Ziffer 2 den zweiten Absatz zu streichen.

Wer diesem Antrag Agnes und Genossen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. (C)

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit.

Wer dem unabgeänderten Antrag Erkelenz, Giebel usw. auf Drucksache 2437 zustimmen will, bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und tritt an Stelle des Abschnittes C der Regierungsvorlage.

Ich rufe auf Abschnitt D, — E, — F, — G, — H, — I, — K. — Die einzelnen Abschnitte sind angenommen.

Art. III § 119, — § 1615 Abs. 2 fällt weg, — § 1624, — § 1626, — § 1629, — § 1696, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen Einleitung und Überschrift sind angenommen. Gegen die dritte Beratung ist Widerspruch erhoben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Ich habe nicht an sich Widerspruch erhoben, ich habe nur gebeten, die dritte Lesung bis nachher zurückzustellen.

Präsident: Es wird auch aus anderen Gründen praktisch sein, die dritte Lesung morgen vorzunehmen, damit die einzelnen Unebenheiten geregelt werden können.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher (Nr. 2374 der Drucksachen).

Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (Nr. 2434 der Drucksachen). (D)

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Wunderlich.

Ich eröffne die Beratung über Art. I.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Wunderlich,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf will der Notlage abhelfen, in der sich die **deutsche** Anwaltschaft zur Zeit befindet, dadurch hervorgerufen, daß die jetzt geltenden Gebühren und die Auslagevergütungen nicht mehr der wirtschaftlichen Lage entsprechen. Die letzte Novelle zur Gebührenordnung stammt vom Dezember 1919. Seitdem hat sich die wirtschaftliche Lage wesentlich verändert. Das hat dazu geführt, daß die **Anwaltschaft** bisher im Wege der Selbsthilfe **Teuerungszuschläge** eingeführt hat durch Ringbildung, Vereinigung der Anwaltschaftsverbände. Das hat aber zu dem unleidlichen Ergebnis geführt, daß diese Teuerungszuschläge nicht erstattungsfähig sind. Die Mehrzahl der deutschen Gerichte erkennt die **Erstattungsfähigkeit** dieses Teuerungszuschlages vom Prozeßgegner, der unterliegt, nicht an. Dieser Gesetzentwurf will nun diesem Übelstand abhelfen.

Die Reichsregierung schlägt einmal vor eine Erhöhung der Gebühren, namentlich der Gebühren in Strafsachen. Weiterhin führt sie — und das ist eine grundsätzliche Neuerung — in Art. II den **beweglichen Teuerungszuschlag** nach Analogie der Beamtenbesoldungsgesetze ein. Und zwar soll die Reichsregierung in der Lage sein, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen den beweglichen Teuerungszuschlag nach Anhörung der Standesvertretung mit Zustimmung des Reichsrats festzusetzen. Die Anwaltschaft ist von der Regierung vor Aufstellung dieses Entwurfs eingehend gehört worden. Sie hat sich mit seinen Sätzen im wesentlichen einverstanden erklärt,

(Dr. **Wunderlich**, Berichterstatter.)

(A) hat sie zum Teil selbst vorgeschlagen; insbesondere war sie auch mit der grundsätzlichen Neuerung des veränderlichen Teuerungszuschlages einverstanden.

In der Kommission sind Anträge auf Abänderung nicht gestellt worden. Es ist nur von einer Seite darauf hingewiesen worden, daß der Art. IV im Wortlaut zu Zweifeln führen könnte, insofern mit dem Ausdruck „Übereinkünfte von Rechtsanwälten" in Satz 2 auch **Gesellschaftsverträge der Anwälte** untereinander getroffen werden könnten.

Demgegenüber hat der Regierungsvertreter ausgeführt, der Entwurf verfolge lediglich den Zweck, der **Ringbildung in der Anwaltschaft,** wie sie in der neueren Entwicklung sich gezeigt habe entgegenzutreten; im übrigen aber solle in die Befugnisse des einzelnen Anwaltes oder assoziierter Anwälte zum Abschluß von Honorarvereinbarungen in keiner Weise eingegriffen werden. Der Ausschuß ist dieser Auslegung beigetreten und hat infolgedessen den Wortlaut des Art. IV nicht weiter beanstandet.

In dem Gesetz wird weiter noch die **Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher** abgeändert. Auch hierzu sind keine Anträge auf Änderung in der Kommission gestellt worden. Nur ist von einem Abgeordneten darauf hingewiesen worden, daß die Begründung zum Gesetzentwurf zu Art. VI auf Seite 8 mißverständlich sei, insofern sie ausführt, der Gerichtsvollzieher bekomme nur den gleichen Betrag, wie bei der **Postzustellung.** Demgegenüber hat zur Erläuterung dieser Stelle der Begründung der Regierungsvertreter ausgeführt:

> Die beträchtliche Erhöhung der Postgebühren würde bei der Beibehaltung des bisherigen Systems dazu führen, daß die Gesamtkosten der durch die Post bewirkten Zustellung größer würden als bei persönlich bewirkter Zustellung. Ein
(B) solcher Zustand würde aber, da von den Parteien stets die billigere persönlich bewirkte Zustellung gefordert würde, zu einer störenden Mehrbelastung der Gerichtsvollzieherei führen. Deshalb habe der Entwurf für beide Arten der Zustellung die gleichen Kosten vorgesehen; er billige den Gerichtsvollziehern für beide Fälle eine feste Gebühr von 1 Mark zu und daneben für die persönliche Zustellung als weitere Gebühr den Betrag der Postgebühr.

Der Ausschuß ist dieser Auslegung ebenfalls beigetreten, so daß es also bei dem Wortlaut des Art. VI Ziff. 1 verbleibt.

Ich darf noch mit einem kurzen Wort auf eine **Petition** eingehen. Es hat der **Stuttgarter Anwaltsverein** noch eine Petition eingereicht, die aber überholt ist durch diese Gesetzesvorlage. Diese Petition fußt auf dem Referentenentwurf. Fast sämmtliche Positionen dieser Petition sind in den jetzigen Regierungsentwurf berücksichtigt, mit Ausnahme der Staffelung im Art. II. Hier bittet die Petition, die 75prozentige Steigerung des Teuerungszuschlags schon bei einem Streitwert von 5000 Mark beginnen zu lassen. Demgegenüber hat die Regierung ausgeführt, daß eine derartige Regelung eine zu starke Belastung der geringwertigen Streitsachen bedeuten würde. Der Ausschuß ist auch dieser Meinung beigetreten. Auch eine weitere kleine Erhöhung im § 65 erachtete der Ausschuß für nicht so erheblich, daß die Petition Berücksichtigung erfahren könnte, gegenüber dem sonst einmütigen Wunsch der Anwaltschaft, diesen Gesetzentwurf unverändert zur Annahme zu bringen.

Ich schlage deshalb namens des Ausschusses vor, die Gesetzesvorlage unverändert anzunehmen und die Petition des Stuttgarter Anwaltsvereins durch die Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht (C) vor; die Beratung über Art. I ist geschlossen. — Art. I ist angenommen.

Ich rufe auf Art. II, — III, — IV, — V, — VI, — VII, — VIII, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die vorliegende Petition — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir diese

dritte Lesung

sofort vornehmen. — Ich höre einen solchen nicht, eröffne die allgemeine Aussprache in derselben — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf in der besonderen Beratung die Art. I, — II, — III, — IV, — V, — VI, — VII, — VIII, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ferner tritt das Haus dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 2434 unter II über die Petition bei. — Widerspruch wird nicht erhoben; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 7. Gegenstande der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge (Nr. 2342 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 2447 der Drucksachen).

Berichterstatter: Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Als Kommissare sind angemeldet: (D)

für das Reichsarbeitsministerium
Staatssekretär Dr. Geib,
Ministerialdirektor Siefart,
Ministerialrat Spielhagen,
Ministerialrat Dr. Aurin,

für das Reichsfinanzministerium
Oberregierungsrat Dr. Greiner.

Ich eröffne die Beratung über Art. I.

Das Wort hat die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete, Berichterstatterin: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist dem Reichstag unterbreitet worden infolge des bereits im Februar dieses Jahres einstimmig angenommenen Antrags aller Fraktionen, wonach die Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge der jetzigen Geldentwertung entsprechend erhöht werden sollten. Die Regierung hat geglaubt, diesem Verlangen entsprechen zu können dadurch, daß sie den Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von bisher 50 Mark auf 100 Mark erhöht, und daß sie gleichzeitig den Betrag für Stillgeld verdoppelt hat. Dagegen hat in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Erhöhung des Wochengeldes lediglich insofern stattgefunden, als der Mindestsatz für Wochengeld der Versicherten auf 3 Mark erhöht wurde. Das hat aber in der Praxis sehr wenig Wert, da für die versicherten Wöchnerinnen als Wochengeld das Krankengeld in Frage kommt, das in ganz Deutschland im allgemeinen weit höher als 3 Mark ist. Dagegen fehlte in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Erhöhung für das Wochengeld aus der Familienhilfe und aus der Wochenfürsorge für Minderbemittelte. Desgleichen fehlte eine Erhöhung der Beihilfe für Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden.

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Berichterstatterin.)

(A) Über beide Fragen ist im Ausschuß eingehend beraten worden. Was zunächst das **Wochengeld** anbetrifft, so ist der Ausschuß einmütig der Ansicht gewesen, daß, wenn das Gesetz überhaupt seinen Zweck erfüllen solle, nämlich der Wöchnerin die Möglichkeit zu geben, für ihre Ernährung und Kräftigung Mittel anzuwenden, dann unbedingt das Wochengeld in derselben Weise wie das Stillgeld zu verdoppeln wäre. Die von der Reichsregierung im Ausschuß ausgesprochenen Bedenken, daß durch eine solche Erhöhung des Wochengeldes der Zuschuß, den das Reich bereits auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs erneut in Höhe von 70 Millionen Mark für die Wochenhilfe ausgeben muß, noch um weitere 63 Millionen Mark zu erhöhen wäre, sind im Ausschuß absolut gewürdigt worden, besonders auch das Bedenken, daß durch einen derartigen Beschluß des Ausschusses und des Reichstags den Krankenkassen neue Lasten aufgebürdet würden. Aber trotzdem hat der Ausschuß aus den erwähnten Gründen geglaubt, Ihnen diese Erhöhung einstimmig vorschlagen zu sollen. Gleichzeitig ist der Mindestsatz für Wochengeld der versicherten Wöchnerinnen von 3 Mark auf 4,50 Mark erhöht worden, da es in Deutschland wohl wenige Krankenkassen geben dürfte, die überhaupt ein niedrigeres Krankengeld zur Auszahlung bringen, und da die vereinzelten Kassen, die heute noch ein niedrigeres Krankengeld zahlen, gezwungen werden müßten, auch diesen Mindestsatz als Wochengeld zur Auszahlung zu bringen.

Nicht die gleiche Einstimmigkeit war zunächst zu erzielen in bezug auf eine **Verbesserung des Betrags für Arzt- und Hebammenkosten bei Schwangerschaftsbeschwerden.** Zu dieser Frage lag dem Ausschuß ein Antrag vor auf unentgeltliche ärztliche Hilfe bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden, da die jetzt für diesen Zweck zur Auszahlung kommenden 25 Mark im Falle der In-
(B) anspruchnahme des Arztes bei den jetzigen Arzthonorarsätzen nur eine sehr geringe Hilfe darstellen. Es wurde allgemein im Ausschuß anerkannt, daß gerade die rechtzeitige ärztliche Hilfe wohl das allerwichtigste darstellt für die Geburt eines gesunden Kindes und die Gesunderhaltung der Mutter. Wenn deshalb auch der Ausschuß die Bedenken, die die Regierung in bezug auf die Schwierigkeiten in der Ausführung eines solchen Beschlusses hatte, nicht unerörtert gelassen hat, so hat trotzdem die Mehrheit des Ausschusses geglaubt, dem vorliegenden Antrag auf **Gewährung der unentgeltlichen ärztlichen Hilfe** beitreten zu sollen, um auf diese Weise einen wichtigen Fortschritt in das Gesetz hineinzubringen.

Aber auf der anderen Seite ist den Bedenken der Reichsregierung insofern Rechnung getragen worden, als in dem Artikel 5 ein Passus aufgenommen ist, wonach das **Inkrafttreten dieser Bestimmung** dem **Reichsarbeitsministerium** überlassen werden soll, damit dieses zunächst die nötigen Vereinbarungen mit den Krankenkassen und Ärzten treffen kann. Im Interesse dieser Neuerung des Gesetzes glaube ich aber, im Namen des Ausschusses auch von dieser Stelle die Bitte aussprechen zu dürfen, daß das Reichsarbeitsministerium alles tut, um die Verhandlungen mit den Krankenkassen und Ärzten zu beschleunigen, damit wir so schnell wie möglich zu diesem weiteren Fortschritt in der ganzen Wochenhilfegesetzgebung kommen. Das ist um so notwendiger, als wir heute leider noch nicht so weit sind, die unentgeltliche Hebammenhilfe durchgeführt zu haben. Ich darf hierbei sagen, daß der vorliegende interfraktionelle Antrag auf Drucksache Nr. 2458 lediglich eine Klarstellung dieser Bestimmung betreffs der ärztlichen Hilfe im Gesetz beabsichtigt.

Der **Reichsrat**, der kurz vor dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages über dieses Gesetz beschlossen hat, hatte es für richtig gehalten, zwei Bestimmungen in das Gesetz einzufügen, denen sich der (C)
Ausschuß des Reichstags nicht anschließen zu können glaubte. Es handelt sich auf der einen Seite darum, daß das **Wochengeld für die versicherte Wöchnerin** lediglich so lange gezahlt werden sollte, als die Wöchnerin nicht gegen Entgelt arbeitet. Wenn auch nach der uns im Ausschuß für diese Bestimmung gegebenen Begründung das Hauptmotiv des Reichsrats das war, daß die Frau nicht zu früh erwerbstätig sein solle, an und für sich seine Berechtigung hat, so würde doch durch eine derartige Bestimmung die ärmste der Wöchnerinnen, nämlich die Frau, die gezwungen ist, bereits zu früh wieder erwerbstätig zu sein, doppelt getroffen werden,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten)

indem man ihr noch die Möglichkeiten nähme, für sich und ihr Kind Kräftigungsmittel anschaffen zu können.

Dasselbe ist mit der zweiten Bestimmung der Fall, die der Reichsrat in das Gesetz hineingebracht hatte, nämlich mit der **Begrenzung des Stillgeldes** auf 5 Mark täglich für die Versicherte. An und für sich muß anerkannt werden, daß es nur gerecht wäre, wenn wir die Möglichkeit hätten, das Stillgeld für alle Wöchnerinnen, also einerlei ob die erwerbstätige und die versicherte oder die nicht versicherte und nicht erwerbstätige, mit einem festen Betrage so hoch zu bemessen, daß dadurch tatsächlich der Wöchnerin, was ja der erste Sinn des Stillgeldes war, eine Prämie für das Stillen des Kindes und die Möglichkeit, ihr Kind zu stillen, gegeben würde. Wenn wir aber jetzt diesen Satz des Stillgeldes auf 5 Mark täglich für die Versicherte begrenzen würden, so würde das bedeuten, daß wir der versicherten, das heißt, der erwerbstätigen Wöchnerin von dem Betrage, den sie heute als Wochen- und Stillgeld erhält, und der im Höchstfalle nur drei Viertel des ihr durch das Wochenbett entstehenden Lohnausfalles beträgt, noch wieder etwas abstreichen (D)
würden. Es würde also unbedingt eine Härte gegen die versicherte und erwerbstätige Wöchnerin bedeuten, und der Ausschuß ist deshalb auch in dieser Frage einstimmig vorgegangen und hat die beiden nach unserer Ansicht Verschlechterungen darstellenden Anträge des Reichsrats abgelehnt und die Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Eine weitere materielle Änderung, die der Ausschuß vorgenommen hat, besteht in der **Einkommensgrenze für die Minderbemittelte.** Diese Einkommensgrenze beträgt nach dem jetzt in Kraft befindlichen Gesetz 4000 Mark, und zwar sowohl für Eheleute wie für die alleinstehende Wöchnerin. In der vorliegenden Regierungsvorlage hatte die Regierung geglaubt, bei Erhöhung der Einkommensgrenze den alten Unterschied zwischen Eheleuten und der alleinstehenden Wöchnerin wieder zum Ausdruck bringen zu sollen, indem sie die Einkommensgrenze für Eheleute auf 10000 Mark und für die alleinstehende Wöchnerin auf 8000 Mark festgesetzt hatte. Der Ausschuß ist in seiner Mehrheit dem Antrage beigetreten, der diese Differenzierung wieder beseitigt und die Grenze nun sowohl für dse Eheleute wie für die alleinstehende Wöchnerin auf 10000 Mark festgesetzt hat, und zwar, weil die alleinstehende Wöchnerin in fast allen Fällen an und für sich schlechter gestellt ist als die verheiratete Wöchnerin, für die in der Zeit ihrer eigenen Arbeitsunfähigkeit der Mann sorgen kann.

Von den übrigen Änderungen erlaube ich mir nur noch eine hervorzuheben, nämlich den Fortschritt, daß in Zukunft die **Familienhilfe** auch dann gezahlt werden soll, wenn der Versicherte gestorben ist. Hier hatte die Regierungsvorlage zur Bedingung gemacht, daß die Entbindung innerhalb drei Wochen nach dem Tode des Versicherten stattgefunden haben müßte. Der Ausschuß hat diese Bestimmung dahin erweitert, daß die Wochenhilfe

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Berichterstatterin.)

(A) aus der Familienhilfe auch dann noch gewährt werden soll, wenn der Versicherte bereits 9 Monate vor der Entbindung gestorben ist, weil er der Ansicht war, daß die Frau, die ihren Ernährer verloren hat, in der Zeit der Entbindung unter allen Umständen gegenüber derjenigen, der der Ernährer geblieben ist, der Wochenhilfe um so mehr bedarf.

Nun noch ein Wort zu dem vorliegenden interfraktionellen Antrage ad 2. Diese Bestimmung beabsichtigt lediglich, die in das Gesetz durch den Ausschuß neu hineingebrachte Bestimmung über die Familienhilfe und Wochenhilfe für freiwillige Mitglieder von Ersatzkassen, das heißt für solche Mitglieder, die sich weiter versichert haben, klarer und bestimmter und versicherungstechnisch richtiger zu fassen.

Meine Herren und Damen! Es ist im Ausschuß erneut die Frage zur Behandlung gekommen, ob es nicht richtig und möglich sei, endlich eine Bestimmung zu treffen, wonach die **Wochenhilfe und die Familienhilfe** auch den **Beamten** zugute kommen könnte. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. April 1920 ist einstimmig eine Entschließung angenommen worden, durch die die Reichsregierung aufgefordert wurde, baldmöglichst der Nationalversammlung oder dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Beamtenrechts zu unterbreiten, durch den die durch das Gesetz vom 29. September und den damals vorliegenden Gesetzentwurf bestimmte Reichswochenhilfe auch den Beamten bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze zukommen sollte. Seitdem ist über ein Jahr verflossen, ohne daß wir den durch diese Entschließung geforderten Gesetzentwurf erhalten hätten. Wir haben deshalb auch heute noch den bedauerlichen Zustand zu verzeichnen, daß die Reichswochenhilfe den Beamten nicht zugute kommt. Aus diesem Grunde war im Ausschuß erneut der Antrag gestellt worden, nunmehr in dieses Gesetz durch Änderung des
(B) § 169 der Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung hineinzubringen, wonach den Beamten endlich die Reichswochenhilfe gewährt werden könnte. Die Reichsregierung ebenso wie die Mehrheit des Ausschusses glaubten, Bedenken gegen eine solche Bestimmung haben zu müssen. Ich darf aber hier aussprechen, daß der einmütige Wille des Ausschusses zum Ausdruck gekommen ist, diese Frage nun so schnell wie möglich zu regeln. Ich möchte deshalb auch von dieser Stelle das Reichsarbeitsministerium bitten, alles zu tun, um dem heute gegenüber den Beamten bestehenden Unrecht so schnell wie möglich ein Ende zu machen.

Meine Herren und Damen! Ich komme zum Schluß und möchte nur noch aussprechen, daß der Ausschuß alle Beschlüsse, die ich hier wiedergegeben habe und die Sie in der Drucksache 2447 vor sich liegen haben, mit großer Einmütigkeit gefaßt hat. Es ist im Ausschuß von keiner Seite ein weitergehender Antrag gestellt worden,

(sehr richtig! im Zentrum)

sondern der gesamte Ausschuß stand auf dem Standpunkte, daß auch diese Vorlage wiederum nichts weiter sein könnte als eine Abänderung und Verbesserung des Notgesetzes über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Es ist im Ausschuß von allen Seiten einmütig der Standpunkt eingenommen worden, daß das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge bei dieser Gelegenheit nicht aufgerollt werden könnte. Der Ausschuß hat deshalb unter dem — wie ich wohl sagen darf — selbstverständlichen Vorbehalt, daß das später zu geschehen hat, der Gesetzesvorlage in der vom Ausschuß verabschiedeten Form einstimmig seine Zustimmung gegeben. Ich möchte deshalb bitten, daß auch der Reichstag sich diesem Ausschußbeschlusse anschließt unter gleichzeitiger Annahme des Abänderungsantrags auf Nr. 2458.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete (C) Agnes.

Agnes, Abgeordnete: Werte Versammlung! Wenn die Frau Vorrednerin betonte, daß alle Parteien mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden gewesen seien, also auch die Vertreter meiner Fraktion, so möchte ich sagen, daß wir wegen der Wichtigkeit dieser Sache in der Fraktion noch Rücksprache genommen und die Angelegenheit aufs neue beraten haben. Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Ausschußanträge keineswegs genügen konnten, um der entsetzlichen Not der Wöchnerinnen auch nur in etwa zu lindern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind der Meinung, daß andere Unterstützungssätze notwendig sind, und deshalb gestatten Sie mir ein paar kurze Worte zu unseren Abänderungsanträgen.

Wir möchten, daß Art. I in folgender Weise geändert wird:

> Eine **Schwangerenunterstützung** für acht Wochen vor der Entbindung in der Höhe des Grundlohnes, aber mindestens zehn Mark täglich.

Werte Versammlung! Warum geben wir überhaupt Schwangerenunterstützung? Warum ist der Ausschuß zu der Überzeugung gekommen, daß den Schwangeren Hilfe gebracht werden müßte? Doch nur deshalb, um ihnen die Möglichkeit zu geben, von der Arbeit fernzubleiben in den letzten Wochen vor der Entbindung, damit sie in Ruhe und Zuversicht ihrer schweren Stunde entgegensehen und ihre Kräfte dafür sammeln können. Das kann aber bei der Ausschußfassung nicht geschehen. 4,50 Mark ist heute eine geradezu lächerlich geringe Summe;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

damit kann heute eine schwangere Frau gar nichts anfangen. Wenn die Ausschußfassung angenommen würde, (D) wird es so bleiben, wie es bisher war: die Arbeiterin wird weiter arbeiten müssen bis zur letzten Stunde, weil sie sonst gar nicht auskommt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, daß die Frau in den letzten acht Wochen vor der Entbindung nicht mehr erwerbstätig sein darf, überhaupt nicht mehr schwer arbeiten soll.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Heute ist es so, daß die meisten Arbeiterinnen den Stand ihrer Schwangerschaft verschweigen aus Angst, sie könnten ihre Arbeit verlieren und müßten dann den Lohn entbehren.

(Erneute Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Dem wollen wir entgegentreten, indem wir verlangen, daß den Frauen statt 4,50 Mark 10 Mark gegeben werden. Auch das halten wir nicht für genügend, aber wir meinen, unter den heutigen Verhältnissen ist es wenigstens so viel, um der größten Not zu steuern. Ich möchte Sie also bitten, unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben; denn das Geld, das Sie für einen solchen Zweck ausgeben, ist sicherlich gut angebracht, viel besser zum Nutzen des Volksganzen angebracht, wie die zwölf Milliarden, die Sie vor gar nicht langer Zeit den Reedern bewilligt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Ich bitte Sie also noch einmal: geben Sie im Interesse des Volksganzen und im Interesse der Allgemeinheit unserem Antrage Ihre Stimme. Im Falle der Annahme des Antrages erhält dann Ziff. 1 des Ausschußantrages die Benennung „Ziff. 2", Ziff. 2 die Benennung „Ziff. 3", Ziff. 3 die Benennung „Ziff. 4", Ziff. 4 die Benennung „Ziff. 5".

(**Agnes**, Abgeordnete.)

(A) Zu Ziff. 2 wünschen wir, daß an Stelle der 100 Mark den schwangeren Frauen 150 Mark gegeben werden. Auch hierzu brauche ich keine lange Begründung zu geben. Sie alle wissen, was heute 100 Mark sind, und Sie alle werden auch wissen, was heute eine Entbindung kostet. Mit 100 Mark ist heute nicht viel anzufangen, und ist 150 Mark schon das Allerwenigste, was wir verlangen müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Des weiteren wünschen wir in Ziff. 3, daß statt der zehn Wochen zwölf Wochen die Unterstützung gewährt wird.

Wir möchten weiter hinter dem Worte „Wochen" unter Streichung der Worte in der Ausschußfassung setzen, „vom Tage der Entbindung an". Also wir wünschen **acht Wochen Schwangerenunterstützung** und **zwölf Wochen Wöchnerinnenunterstützung.** Ich will gar nicht weiter auf die Notwendigkeit dieser Forderungen eingehen. Sie alle wissen, wie notwendig es ist, daß die Frau sich stärkt, daß sie in Ruhe und Zuversicht der schweren Stunde entgegensehen kann, daß sie aber auch dann, wenn die schwere Stunde überstanden ist, wenn sie Wöchnerin geworden ist, wenn sie dem jungen Menschenkinde das Leben gegeben hat, der Ruhe und Pflege bedarf.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Ruhe und Pflege wird sie unter keinen Umständen haben können, wenn nicht die genügende Unterstützung da ist, und zwölf Wochen, verehrte Anwesende ist nicht viel; eine Wöchnerin ist viel länger krank. Aber das haben wir nach Lage der Verhältnisse als das Geringste angesehen. Wir müssen dringend wünschen, daß den Wöchnerinnen wenigstens zwölf Wochen die Unterstützung gewährt wird, daß sie wenigstens in der ersten Zeit nach der Entbindung in der Lage sind, ihren Körper zu schonen.

(B) Wie ist es denn heute bei den Arbeiterfrauen, bei den **Frauen der Arbeiterklasse?** Ich möchte hier behaupten, daß nicht eine einzige Arbeiterfrau heute in der Lage ist, auch nur drei oder vier Tage vollständig im Bett zu bleiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ja, Herr Dr. Becker und andere, wenn Sie den Kopf schütteln, dann muß ich Ihnen schon sagen, daß ich noch niemals Gelegenheit gehabt habe, nach der Entbindung neun Tage im Bett zu bleiben. Und nicht allein mir ist es so gegangen, sondern fast allen Arbeiterfrauen. Sie mußten nach zwei oder drei Tagen aufstehen, um für den Haushalt zu sorgen. Es ist kein Geld und keine Hilfe da, und so stehen die Frauen auf, nicht mit dem Willen, den ganzen Tag aufzubleiben, sondern nur um ein paar Stunden aufzubleiben und das Notwendigste zu regeln. Aber aus diesen paar Stunden wird gewöhnlich der ganze Tag. Wenn wir den Wöchnerinnen zwölf Wochen lang Unterstützung gewähren, dann haben sie etwas vor sich, dann können sie sich sagen: ich kann wenigstens für die neun Tage eine Hilfe nehmen und das andere Geld gebrauchen, um meinen Körper zu pflegen, um meinem Kinde etwas zukommen zu lassen. Also Sie sehen, daß unser Antrag sehr notwendig ist, und ich will ihm deshalb nicht noch eine längere Begründung geben.

Zu Ziff. 4 möchten wir statt der Ausschußfassung eine andere beantragen: statt 1,50 Mark täglich wenigstens 4 Mark als **Stillgeld** geben. Denken Sie: 1,50 Mark, verehrte Anwesende! Was ist 1,50 Mark heute? Für 1,50 Mark kann sich die Wöchnerin nicht einmal einen halben Liter Milch kaufen. Ein halber Liter Milch kostet heute mehr als 1,50 Mark, und so ist unser Antrag sehr bescheiden, wenn wir wünschen, daß wenigstens den Frauen als Stillgeld so viel gegeben wird, wie ungefähr ein Liter Milch kostet. Wenn Sie wirklich ein Interesse daran haben, daß Mutter und Kind gesund bleiben, daß dem (C) Kinde Kraft zum Leben gegeben wird und der Mutter Gelegenheit, ihrem Kinde selbst die Brust zu reichen, die Nahrung zu geben, müssen Sie ohne weiteres für unseren Antrag stimmen.

Ich weiß ganz genau, daß mir erwidert werden wird: das kostet alles sehr viel Geld. Das wissen wir auch; wir wissen aber auch, daß für andere Zwecke, die viel weniger wichtig sind, die viel weniger im Interesse des Volkes liegen, immer Geld vorhanden ist, während Sie für diese so wichtigen und notwendigen Forderungen kein Geld zu haben glauben.

Des weiteren wünschen wir, daß in **Art. 3 Ziff. 2** an **Stelle der 10 000 Mark 15 000 Mark** gesetzt wird. Wir wissen alle, daß die Warenpreise im allgemeinen um das Zehnfache in die Höhe gegangen sind. Die Preise mancher Waren, die gerade von den Ärmeren konsumiert werden, sind noch um viel mehr als das Zehnfache im Preis gestiegen. Daraus folgt, daß die Verzehnfachung eines Friedenseinkommens von 1500 Mark höchst ungenügend ist. Ich erinnere daran, daß die Absicht bestanden hat — das ging auch aus den Worten der Frau Vorrednerin hervor —, mit diesem Geld der Frau Gelegenheit zu geben, das Notwendigste anzuschaffen. Wir wollen mit diesem Geld auch den Frauen, die keiner Krankenversicherung angehören, Möglichkeit verschaffen, daß sie in etwa Hilfe in dieser schweren Zeit haben. Aber ich sagte Ihnen ja schon, daß der Satz von 10 000 Mark uns nicht genügt, daß 15 000 Mark das Mindeste sein müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **Preise für Kleidungsstücke und Wäsche für Mutter und Kind** sind ungeheuerlich gestiegen. Ich bitte Sie, verehrte Anwesende, nicht zu vergessen, daß in den Arbeiterkreisen — und darauf kommt es bei diesem Punkt hauptsächlich an —, bei den Ärmsten der Armen heute in Wäscheschränken rein gar nichts mehr zu finden ist. (D)

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn heute eine Arbeiterfrau guter Hoffnung ist, so kann sie nicht in Freude darüber ihrem Mann dieses süße Geheimnis ins Ohr flüstern; im Gegenteil, das ist für sie wieder eine Quelle neuer Lasten und Sorgen, eine Quelle neuer Qual. Denn alles, auch das Allernotwendigste, fehlt heute in den Arbeiterfamilien, da infolge der langen Kriegszeit nichts angeschafft werden konnte.

(Hört! Hört! und Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Es muß also alles neu angeschafft werden, und deshalb halten wir diese Summe für zu gering. Sie müßte unbedingt von 10000 Mank auf 15000 Mark erhöht werden.

Verehrte Anwesende! **Wann soll das Gesetz in Kraft treten?** Der Ausschußantrag wünscht, daß der Reichsarbeitsminister bestimmen soll, wann das Gesetz in Kraft tritt. Wir aber wollen, daß es möglichst rasch in Kraft teten soll.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nur die eine Bestimmung!)

Wir müssen dafür eintreten, daß dies der Reichstag heute bestimmt. Es werden gewisse Schwierigkeiten vorhanden sein; das geben wir ohne weiteres zu. Aber diese Schwierigkeiten können beseitigt werden. Wir müssen vom Reichstag verlangen, daß er angesichts der Not und des Elends heute den Tag bestimmt, an dem das Gesetz in Kraft tritt.

Nun zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zum **Hebammenwesen.** Wir hoffen, daß in nicht allzu langer Zeit überhaupt eine vollständige Umgestaltung der Wochenhilfe vor sich gehen wird. Es ist ja wohl auch schon ein neues Gesetz in Aussicht gestellt. Dann werden wir neue Anträge stellen, insbesondere auch in bezug auf die **Verstaatlichung** des Hebammenwesens.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Agnes**, Abgeordnete.)

(A) Wir halten die alten Forderungen, die wir in der Nationalversammlung gestellt haben, auch in bezug auf das Hebammenwesen aufrecht. Wir verlangen die Verstaatlichung des Hebammenwesens. Wenn das geschieht, wird die ungleichmäßige Behandlung der Wöchnerinnen, wie sie heute der Fall ist, nicht mehr vorkommen. Dann wird es auch nicht mehr vorkommen, daß Tausende und aber Tausende von Frauen ohne jegliche Hilfe entbinden müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute gehen Tausende und aber Tausende von Frauen und Kindern deshalb zugrunde, weil ihnen in der schweren Stunde jegliche Hilfe fehlt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dem wollen wir entgegentreten, indem wir die Verstaatlichung des Hebammenwesens fordern. Ich sage noch einmal: erst mit der Änderung des Hebammenwesens wird es anders werden, erst dann wird die arme Frau ebensogut wie die besitzende möglichst rasch Hilfe bekommen. Wenn Sie das abstreiten, verehrte Anwesende — ich sehe auch da wieder einiges Kopfschütteln —, so können Sie es gar nicht von der Hand weisen, daß heute die Hebamme in vielen Fällen zuerst dorthin geht, wo die Aussicht auf große Bezahlung vorhanden ist, während die arme Frau viele Stunden lang in ihren Schmerzen liegen muß, ehe ihr Hilfe wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zum Schluß, verehrte Anwesende: wir Unabhängigen Sozialdemokraten wissen, daß, auch wenn Sie unseren Antrag annehmen — und ich hoffe sehr darauf, daß Sie unseren Antrag annehmen, da Sie doch immer und überall betonen, wie notwendig es ist, daß der Mutter und dem Kinde Schutz gegeben wird und daß es die höchste Pflicht eines jeden sei, dafür zu sorgen, daß Mutter und Kind in Deutschland geschützt werden —, wir wissen, daß, auch wenn Sie unsern Antrag annehmen, damit nur eine kleine

(B) Reformarbeit geleistet ist und daß der Not im großen und ganzen damit nicht abgeholfen wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind davon überzeugt und werden diese Überzeugung auch den anderen Frauen beibringen, daß erst die sozialistische Gesellschaftsordnung der jungen Mutter Gelegenheit geben wird, in Ruhe und Zufriedenheit ihrer schweren Stunde entgegenzusehen, und auch erst dann ihrem Kinde die Liebe und Pflege angedeihen lassen kann, die das junge Menschenkind ebenso notwendig wie die Pflanze draußen Licht und Sonne braucht.

Zum Schluß bitte ich Sie noch einmal, nehmen Sie in Anbetracht der großen Not und des Elends unseren Antrag an.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Wackwitz.

Wackwitz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Auch ich schließe mich vollinhaltlich den letzten Ausführungen der Frau Agnes an. Wir haben alle Ursache, endlich auf dem Boden der sozialen Gesetzgebung einmal in Deutschland den Fortschritt zu machen, der notwendig ist, wenn man es wirklich ernst mit der Frage von Mutter und Kind meint.

Über die Notwendigkeit des vorliegenden Gesetzentwurfs brauche ich nach der Begründnng durch die Berichterstatterin wohl kaum noch Ausführungen zu machen. Die Regierung hat heute einen äußerst kritischen, wenn nicht einen bösen Tag. Von allen Seiten des Hauses ist bei Begründung von Anträgen und Forderungen wiederholt an die Regierung die Aufforderung ergangen, größere Mittel bereitzustellen, um sofort einzuspringen, wenn die Frage der Not hohe Wellen schlägt.

Der Gesetzentwurf über die **Wochenhilfe**, dem die (C) Frage Mutter und Kind eingegliedert ist, mußte heute im hohen Hause an erste Stelle gestellt werden, auch von der Regierung in Zusammenhang mit der Bereitstellung der Mittel. Uns darf es heute nicht abschrecken, wenn statt 50 Millionen 70 Millionen und wenn statt 70 Millionen sich durch weitere Forderungen die Summe von 100 Millionen herausschälen sollte. Ich stehe ganz auf dem Boden der Ausführungen von Frau Agnes, wenn sie auf die ungeheuerlichen Zustände hingewiesen hat, die sich heute innerhalb der Arbeiterfamilien zeigen und abspielen. Wir könnten im hohen Hause — und das wäre einmal zwingend notwendig, wenn die Zeit da wäre — stundenlang über die unerträgliche Not reden, die heute statistisch und nicht statistisch bereits festgelegt ist; darüber, wie es aussieht in Hunderttausenden von Familien, nicht nur in den ärmeren Industriezentren, sondern auch draußen auf dem flachen Lande.

Zu den Forderungen, die Frau Agnes aufgestellt hat bezüglich der **Unterstützungssätze für Mutter und Kind**, und zu der Frage, wie es in den Familien in bezug auf die **Beschaffung von Wäsche und Kleidung** aussieht, möchte ich gleichzeitig auf eine andere Tatsache hinweisen. Das sind die ungeheuerlichen Gebühren für Hebammen und Ärzte, die heute bei den Entbindungen in Frage kommen, was ja Frau Agnes auch schon gestreift hat. Durch die Begründung ihres Antrages stellen Sie sich heute die Familie eines Arbeitslosen vor. Dort kommt ein Kind und, wenn es der Zufall will, können zwei Kinder auf einmal das Licht der Welt erblicken. Dort sind nicht nur die Kommoden, das Vertikow und die Schränke leer, sondern nach den Aussagen unserer Hebammen und zum Teil auch nach den Bestätigungen unserer Ärzte sieht es in Tausenden von Familien so aus, daß die Mütter geradezu in einer Art und Weise entbunden werden müssen, die den Verhältnissen Hohn sprechen und die geradezu er- (D) schreckend wirken wenn wir es aussprechen, und jede Mutter und jede weibliche Vertreterin hier im hohen Hause müßte, wenn sie ein Mitgefühl mit dieser unerträglichen Armut in Tausenden von Arbeiterfamilien hat, in ihrer Fraktion ganz selbstverständlich darauf hingewirkt haben, daß nur eine einstimmige Einmütigkeit bei dieser Frage hier im Hause herrschte.

Es ist aus berufenem Munde mitgeteilt worden, daß die Entbindung in vielen Fällen vorgenommen werden mußte, ohne daß die Frau ein Hemd zur Verfügung hatte. Es ist festgestellt worden, daß das neugeborene Kind in Seidenpapier eingewickelt werden mußte. Das ist nicht in Rußland, das ist nicht in Österreich, sondern das ist nach Aussagen von Hebammen — und diese Notizen sind durch die Presse gegangen — bei uns in Deutschland tatsächlich in den letzten Monaten vorgekommen, und ich glaube, mich nicht zu irren, wenn schon einmal bei einer anderen Gelegenheit von dieser Stelle aus hier in dem hohen Hause über solche Ungeheuerlichkeiten Mitteilung gemacht worden sind.

Ich weise weiter auf die ungeheuren **Kosten der Entbindungen** hin, die heute nicht 100 und 150 Mark kosten, sondern mir sind Fälle bekannt, wo bei schweren Fällen eine Entbindung 300 bis 500 Mark und darüber gekostet hat. Zu diesen ungeheuerlichen Entbindungskosten an die Hebammen kommen gleichzeitig die Arzterechnungen, und es ist kein Geheimnis, sondern eine öffentliche Tatsache, daß in vielen Fällen die Ärzte erst das Honorar verlangt haben, ehe sie ihre Hilfe bei dem Geburtsakt geleistet haben.

Wenn nun heute in dem vorliegenden Gesetzentwurf dagegen eine kleine Sicherung gebracht wird, so begrüßen wir das. Aber auch ich stehe auf dem Standpunkt von Frau Agnes, daß diese kleine Sicherung bei weitem noch

(**Wackwitz**, Abgeordnete.)

(A) nicht ausreichen wird, um nur einigermaßen Bestehendes zu lindern, und ich begrüße die weiteren Anträge von Frau Agnes zu dieser Frage, ja, ich möchte betonen, daß sie noch viel weitgehender gestellt würden.

Dazu kommt auch eine andere Frage, die ebenfalls schon genannt ist und die ich noch erweitern möchte. Wir Arbeiterfrauen stehen und gehen noch über die Forderungen von Frau Agnes hinaus. Es ist uns heute nicht möglich, bei der Gefährdung von Mutter und Kind eine Wochenhilfe zu beschaffen, obwohl wir deren Notwendigkeit kennen, geschweige denn in den Kreisen, die durch Arbeitslosigkeit und niedrigen Verdienst gedrückt sind. Hier muß eine wirksame Hilfe eintreten, um Mutter und Kind gesundheitlich zu schützen. Es muß dafür gesorgt werden, daß in der Zeit der Wochenpflege das Hauswesen einigermaßen in Ordnung bleibt. Es müßte ein Gesetzentwurf geschaffen werden oder es müßte in einem Gesetzentwurf festgelegt werden, daß die **Wochenhilfe** und die **Hebammenhilfe staatlich gewährleistet** wird und jeder Frau, ob arm oder reich, unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, wenn sie sie braucht.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Geehrte Versammlung! Zur Begründung dieses Appells an das hohe Haus möchte ich auf die ungeheuerlichen Krankheitsziffern hinweisen, die es uns Sozialisten und Kommunisten wie auch den Nichtsozialisten zur Aufgabe und Pflicht machen müssen, sofort mit weitgehenden Hilfs- und Geldmitteln einzugreifen. Der Herr Abgeordnete Dr. Moses hat vor einigen Wochen bei einer anderen Gelegenheit auf die Tuberkulosegefahr hingewiesen, er hat daranf hingewiesen, wie bereits die Unterernährung bei Hunderttausenden von Familien die Tuberkulose zeitigt, und er hat auf die gefährlichen Folgen hingewiesen, die in dem Augenblick eintreten, wo die junge Mutter tuberkulosekrank ist; da wird bereits das Kind

(B) im Mutterleib getötet. Dazu kommen die hohen Ziffern der in Deutschland alljährlich am Kindbettfieber erkrankten Frauen, ferner die nicht minder hohe Zahl derjenigen Frauen, die aus dem Wochenbett heraus unterleibskrank werden und siech aus dem Wochenbett herausgehen. Haben Sie schon einmal, meine Damen und Herren, die Gräber auf den Friedhöfen gezählt? Dort schlafen frühzeitig unsere Mütter. Wer sich in alle diese Zahlen der Statistik vertieft, wird ohne weiteres, wenn er nur einen Funken von Menschsein in seinem Innern birgt, den Forderungen des Gesetzes zustimmen, und nicht nur das, sondern er muß auch den weitergehenden Forderungen des Antrags der Unabhängigen Sozialistischen Partei zustimmen

Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir dem Gesetzentwurf, den wir für äußerst dringlich halten, unsere Zustimmung geben, daß wir weiter aus den angeführten zwingenden Tatsachen heraus wünschen und vom hohen Hause fordern, daß in den Gesetzentwurf diejenigen Forderungen eingegliedert werden, die in den Anträgen der Frau Agnes und Genossen gestellt werden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Nr. 2464 der Drucksachen ist in diesem Umfang im Ausschuß des Reichstags nicht zur Beratung gestanden. Teile dieses Antrags sind zwar in dem Sozialen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beraten worden; aber die Niederschrift über diese Verhandlungen ist uns erst heute zugegangen. Es ist gänzlich unmöglich, mit den in Betracht kommenden Instanzen diese Anträge jetzt noch weiter zu beraten und zu behandeln. Es kommen insbesondere in Frage die Krankenkassen, selbstverständlich auch das Finanzministerium. Ich habe soeben durch einen Sachverständigen unseres Amtes (C) einmal eine provisorische Berechnung anstellen lassen, welche weiteren Ausgaben uns wohl infolge dieser Anträge entstehen würden. Das Ergebnis dieser Berechnung ist folgendes:

Die **Leistungen**, die **nach dem bisherigen Stande der betreffenden Gesetzgebung** und nach den Beschlüssen des Ausschusses aufzubringen sein werden, beziffern sich auf rund 275 Millionen Mark. Wenn der Reichstag aber die **Anträge Frau Agnes und Genossen** annehmen würde, so ergäbe das einen **Mehraufwand** von mindestens 1 Milliarde 185½ Millionen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist noch nicht einmal der gesamte Kostenaufwand, sondern nur eine vorläufige Berechnung derjenigen Mehrleistungen, die sich ohne weitere Unterlagen veranschlagen lassen. Die tatsächlichen Kosten würden noch größer werden. Nun entfallen diese Kosten, die da aufzubringen sein werden, nicht etwa bloß auf die Reichskasse, sondern ungefähr zur Hälfte auf die **Krankenkassen.** Diese würden aber unter einer solchen Auflage zusammenbrechen.

(Abgeordneter Höllein: Sie sind zusammengebrochen unter den Kriegsanleihen!)

— Sie sind noch nicht zusammengebrochen und arbeiten vorläufig weiter, und ich glaube, daß auch Ihre Auftraggeber wünschen, daß den Krankenkassen die Möglichkeit des Weiterarbeitens nach wie vor erhalten bleibt.

Ein weiterer **Ausbau der Wochenhilfe** — darin gebe ich den beiden Damen, die vorhin geredet haben, recht — ist durchaus wünschens- und auch durchaus erwägenswert, wenngleich wir immerhin hervorheben müssen, daß nicht bloß mit den Mitteln der Gesetzgebung und der Staatshilfe alle die Not gelindert werden kann, die hier zu lindern ist. Es wird auch ein Gegenstand steter Sorge der Regierung sein, diesen Ausbau weiter zu betreiben; aber wir müssen das, wie gesagt, mit den in Betracht (D) kommenden Instanzen vorher reiflich überlegen können. Wir können derartige Anträge nicht mit der Plötzlichkeit durchführen, wie es hier gewünscht wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Zu den sachlichen Ausführungen der zwei Kolleginnen Frau Agnes und Frau Wackwitz brauche ich wohl kaum zu sagen, daß meine Fraktion durchaus mit ihnen einverstanden ist, und ich glaube auch, als Berichterstatterin sagen zu können, daß wohl hier im Hause kaum jemand vorhanden ist, der mit diesen Ausführungen nicht einverstanden wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wie die **Notlage der Wöchnerinnen** ist, das heißt, derjenigen Frauen, die unter den heutigen schwierigen Verhältnissen einem Kinde das Leben geben sollen, wissen wir wohl alle, und das wissen wir, die wir die Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten und selber aus diesen Kreisen stammen, gewiß am allerbesten. Aber ich muß doch, so leid es mir tut, etwas wiederholen, was ich bereits im April des vorigen Jahres hier gegenüber den Anträgen der Unabhängigen Fraktion ausgesprochen habe. Die **Unabhängige Fraktion** hat in den letzten Tagen wiederum dasselbe Verfahren eingeschlagen, das sie vor einem Jahre einzuschlagen beliebt hat. Sie hat in den Ausschuß Vertreter entsandt, und es waren diesmal ganz gewiß nicht unberufene Vertreter — es war der Arzt, der der Unabhängigen Fraktion angehört, und es war eine Frau der Unabhängigen Fraktion —, die sich ebenso wie im vorigen Jahre mit allen gestellten Anträgen nicht nur einverstanden erklärt, die nicht nur keine

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) weiteren Anträge gestellt haben, sondern die ausdrücklich ausgesprochen haben, daß im Interesse des sofortigen Zustandekommens des Gesetzes sie davon absehen wollten, das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge aufzurollen, weil sie so schnell wie möglich dieses Gesetz verabschiedet haben und dadurch einen weiteren **Fortschritt** in die **Wochenhilfe- und Mutterschaftsgesetzgebung** hineinbringen wollten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun hat die Unabhängige Fraktion genau dasselbe getan, was sie vor einem Jahre getan hat, ja, was sie schon vor zwei Jahren getan hat. Sie hat ihre Anträge von vor zwei Jahren in etwas veränderter Form wieder aufgenommen, ohne daß sie die Möglichkeit gegeben hat, daß wir uns hätten in Verbindung setzen können mit denjenigen, die diese Anträge dann durchführen müssen.

Ich will das nicht wiederholen, was der Herr Reichsarbeitsminister gesagt hat. Ich will nichts sagen von den **Kosten**, die dem Reiche erwachsen. Aber ich möchte doch die Kollegen und Kolleginnen von der Unabhängigen Fraktion fragen: Haben Sie einmal mit Ihren eigenen Mitgliedern, die in den Krankenkassenvorständen vertreten sind, über diese Fragen gesprochen und haben Ihnen diese Herren, diese Ihre Genossen, das Recht gegeben, hier diese Anträge zu stellen? Ich bin fest überzeugt, daß Sie auf diese Frage nicht bejahend antworten können. Die **Krankenkassenvertreter** haben in der Vorbesprechung, die zu dieser ganzen Frage stattgefunden hat, ja noch nicht einmal dem ihre Zustimmung geben zu können geglaubt, was der Ausschuß jetzt beschlossen hat.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Frau Abgeordnete Ziegler, Sie können sich ja nachher zum Worte melden; jetzt lassen Sie mich mal aus-

(B) sprechen. — Wir sind bereits über das, was die Krankenkassenvertreter als für die Krankenkassen möglich bezeichnet haben, gehörig hinausgegangen. Aber ich möchte Sie doch fragen: Haben Sie denn überhaupt die Anträge, die Sie hier gestellt haben, einmal durchgerechnet? Wenn Sie jetzt eine Schwangerschaftsunterstützung für acht Wochen in Höhe von mindestens 10 Mark täglich beantragen, bedeutet das allein eine neue Belastung von weit über 800 000 000 Mark. Und das sollen zum größten Teil die Krankenkassen tragen. Dasselbe ist es mit dem Stillgeld, daß Sie für 26 Wochen beantragen; dasselbe mit allen Ihren anderen Forderungen.

Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß wir zu einer derartigen Mutterschaftsfürsorge kommen müssen. Ich gebe Ihnen auch zu, wie es Frau Agnes hier ausgeführt hat, daß wir selbst dann noch nichts Ideales haben. Aber wir können es doch erst beschließen, nachdem wir den Weg gefunden haben, auf dem wir es durchführen können. Und das können wir hier nicht vom grünen Tisch herunter beschließen, sondern das müssen wir in engster Fühlung mit den Krankenkassenvertretern beraten und beschließen.

Es hat hier ein Kollege der Unabhängigen Fraktion, als von dem **Zusammenbruch der Krankenkassen** die Rede war, dazwischen gerufen: die Wöchnerinnen brechen auch zusammen!

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Ja, meine Damen und Herren von der Unabhängigen Fraktion, wer ist es denn überhaupt, der zusammenbricht, wenn die Krankenkassen zusammenbrechen? Sind es nicht die Institutionen der Arbeiterklasse, die zusammenbrechen? Das dürfen wir doch nicht provozieren.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ich bin keine Regierungskommissarin; ich spreche ja gar nicht für die Regierung, sondern ich spreche für die, (C) die wir in erster Linie zu vertreten haben.

(Erneute Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ich vertrete ja nicht die Regierung! Hören Sie doch zu, wenn ich rede! Sondern ich vertrete die Institutionen, die unsere Wähler sich geschaffen haben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten)

und in deren Interesse wir arbeiten müssen.

Aus diesem Grunde möchte ich bitten, daß heute das Gesetz, wie es aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, verabschiedet wird, daß aber die **Anträge**, die hier von **Frau Agnes und Genossen** gestellt worden sind, dem 6. Ausschuß überwiesen werden, damit die Frage geprüft werden kann, wie nicht nur diese Anträge, sondern wie das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge in Zukunft gelöst werden kann, damit wir auch zum Beispiel die Washingtoner Beschlüsse, die auch in diese Frage hineinspielen, bei dieser Gelegenheit mituntersuchen können und so zu einer wirklichen Lösung dieses Problems kommen. Heute können wir das nicht, weil ich befürchte, daß wir da etwas anrichten könnten, was wir gar nicht verantworten können.

Ich will aber auch Frau Agnes und ihren Fraktionskollegen nur sagen, daß sie ihre eigenen Anträge — nehmen Sie es mir nicht übel! — gar nicht richtig durchdacht haben. Frau Agnes hat hier von einem Wochengeld von 4,50 Mark gesprochen. Ich will nur berichtigend sagen, daß das der Mindestsatz ist, und daß das Krankengeld der Krankenkassen im Durchschnitt weit über diesen Betrag hinausgeht. Wenn aber zum Beispiel hier zum § 195a ein **Stillgeld von 4 Mark** verlangt worden ist, so muß ich fragen: Wofür wollen Sie eigentlich dieses Stillgeld? Laut § 195a beträgt das Stillgeld die Hälfte des Krankengeldes, das heißt in den meisten Fällen weit mehr als 4 Mark. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Da aber, wo der Antrag berechtigt gewesen wäre, nämlich für die Familienhilfe und für die Wöchnerinnenfürsorge, haben Sie ihn nicht gestellt, sondern nach ihrem Antrage wird auch da das Stillgeld, wie es im Gesetz heißt, 1,50 Mark betragen. Das wollen Sie selbstverständlich nicht.

Ich will das nur als Beweis dafür anführen, daß man diese Anträge, die man im Ausschuß hätte stellen sollen, wo man sie hätte durchsprechen können, so aus der Pistole heraus, wie sie gestellt worden sind, unmöglich annehmen kann. Frau Agnes oder Frau Wackwitz haben selbst gesagt, dieses Gesetz sei außerordentlich dringlich. Da der Reichstag morgen nach Hause gehen soll, ist es nicht mehr möglich, diese Anträge durchzuarbeiten. Deshalb wiederhole ich meinen Antrag, die von der unabhängigen Fraktion gestellten Anträge dem 6. Ausschuß zu überweisen, damit er im Herbst das ganze Problem eingehend und in all seinen Phasen durchsprechen und durchberaten kann, heute aber, damit wir nun endlich das Notwendigste leisten, dem Gesetzentwurf, wie er Ihnen vom Ausschuß vorgeschlagen wird, unter Annahme der Nr. 2458 der Drucksachen ihre Zustimmung zu geben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Abgeordnete Agnes: Ich hatte mich zum Wort gemeldet!)

— Ich habe ausdrücklich den Herrn Schriftführer gefragt; es hat keine Wortmeldung vorgelegen!

Wir kommen also zur Abstimmung.

(Präsident.)

(A) Es ist zunächst der Antrag gestellt, die Anträge Frau Agnes und Genossen auf Nr. 2464 dem 6. Ausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die einzelnen Artikel, und zwar zunächst über Art. I. Da liegt auf Drucksache 2458 unter Ziffer 1 ein Abänderungsantrag Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) vor:

dem § 195a Abs. 1 Ziff. 1 in der Fassung des Artikels I dieses Gesetzes folgende Worte hinzuzufügen: „nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels V".

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist einstimmig angenommen und damit die Ziffer 1.

Ich rufe weiter auf von Art. I Ziff. 2, — 3, — 4, — 5, — 6. —

Zu Ziff. 7 liegt ebenfalls auf Drucksache 2458 Ziff. 2 ein Abänderungsantrag Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) vor:

am Schluß des Art. I an Stelle der jetzigen Nr. 7 folgende Nr. 7 aufzunehmen: „An Stelle des durch Bekanntmachung vom 22. Mai 1920 (RGBl. S. 1069) weggefallenen § 14 tritt folgender neuer

§ 14.

Was nach den vorstehenden Vorschriften über die Wochenhilfe für die Ersatzkassen wegen ihrer versicherungspflichtigen Mitglieder gilt, gilt für diese Kassen auch wegen derjenigen Mitglieder, welche beim Ausscheiden aus der (B) Versicherungspflicht zur Weiterversicherung bei einer Krankenkasse oder knappschaftlichen Krankenkasse (§§ 313, 314, 500 der Reichsversicherungsordnung) berechtigt gewesen sein würden und seitdem der Ersatzkasse ununterbrochen angehört haben".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf Art. II, — Art. III Ziff. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Art. IV, — Art. V. —

Zu Art. V ist auf Drucksache 2458 Ziff. 3 ein Abänderungsantrag Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) gestellt:

Im Artikel V den Absatz folgendermaßen zu fassen: „Sobald die zur Durchführung der Vorschrift des § 195a Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Artikels 1 erforderliche Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen erreicht ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister den Zeitpunkt, mit welchem die genannte Vorschrift in Kraft tritt".

Wer diesem Abänderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift.

Da auch hier Abänderungen stattgefunden haben, empfehle ich, die dritte Lesung nicht sofort, sondern morgen vorzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen jetzt zum achten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Abstimmung über den Antrag Hoffmann (Berlin) und Genossen zu der Interpellation der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen, betreffend das Verfahren gegen Herrn v. Jagow (Nr. 2471 der Drucksachen). (C)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Hoffmann (Berlin) zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

(Zurufe und Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Wir kommen zum neunten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung (Nr. 2050, 2345 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung Nr. 2460 der Drucksachen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. In derselben hat das Wort der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter: Im Hinblick auf die Dringlichkeit die dem ersten Teil des Gesetzes, nämlich der Gewährung der Beihilfen zu den Renten aus der Angestelltenversicherung, zugrunde liegt, im Hinblick ferner darauf, daß die Erhöhung der Grenze des versicherungspflichtigen Einkommens im Interesse einer Gesunderhaltung der Finanzen der Angestelltenversicherung dringend ist, ferner, weil wir grundsätzlich die Erweiterung des Wahlrechts für die weiblichen Angestellten nach dem Angestelltenversicherungsgesetz billigen, werden wir dieser Vorlage unsere Zustimmung geben. Wir übernehmen aber damit nicht die Verantwortung für die Folgen dafür, daß das Gesetz in der Weise hinsichtlich der **Beitragssätze** und der (D) **Gehaltsklassen** gestaltet worden ist. Wir lehnen die Verantwortung dafür deshalb ab, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß unter allen Umständen diese Art der Erweiterung der Beitragssätze ohne gleichzeitige Änderung der Vorschriften für die Berechnung der Beitragsleistung der Angestelltenversicherung zu einer unhaltbaren Verfassung in den finanziellen Grundlagen der Versicherung führt. Wir stimmen dem Gesetzentwurf also unter Einspruch gegen diese Bestimmungen zu und geben uns der Erwartung hin, daß es gelingt, im kommenden Herbst durch gemeinsame Arbeit bei eingehender Erörterung dieser ganzen Frage zu einer besseren, diese Bestimmungen beseitigenden Lösung zu kommen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lambach.

Lambach, Abgeordneter: Angesichts der Tatsache, daß der Hauptinhalt des Beihilfengesetzes von vornherein unsere Zustimmung gefunden hat, und daß unter den hineingebrachten Veränderungen sich die Bestimmungen über Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze und über die Verbesserung des Wahlrechts befinden, werden wir in der Gesamtabstimmung für das Gesetz stimmen, ohne damit in irgendeiner Weise die Verantwortung für die Veränderungen in den **Beitragsklassen** und den **Beitragsleistungen,** die in dem Gesetz vorgesehen sind, übernehmen zu können.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor; ich schließe sie.

Ich eröffne die besondere Beratung und rufe auf Art. I § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5; — Art. II;

(Präsident.)

(A) — Art. III; — Art. IV — und erkläre sie für angenommen.

Zur Überschrift ist der Antrag gestellt, die in Klammer gesetzten Worte „Beihilfengesetz in der Angestelltenversicherung" wieder zu streichen. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, wenn ich einen Widerspruch nicht höre. — Einleitung und die so geänderte Überschrift sind angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zum 10. Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des 14. Ausschusses (Bevölkerungspolitik), betreffend Alkoholmißbrauch (Nr. 2438 der Drucksachen)

Berichterstatter: Abgeordneter D. Strathmann.

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Gedränge der letzten Tage vor einer größeren Pause ist schon mancher Antrag hier mit durchgeschlüpft, der nicht anstandslos hingenommen worden wäre, wenn mehr Zeit zur Betrachtung gewesen wäre. Das gilt insbesondere von den Anträgen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik. Heute liegt wieder ein Antrag dieses Ausschusses vor, der in einelnen Teilen gewiß nicht überall Zustimmung finden wird. Es wird in allen Fraktionen Anhänger der Anschauung des Herrn Mumm geben, die hier zum Ausdruck gebracht wird, aber ich bin auch überzeugt, in allen Fraktionen werden Gegner dieser Be-

(B) strebungen sein, die schließlich darauf hinauslaufen, bei uns in Deutschland eine Antialkoholgesetzgebung wie in Amerika durchzuführen.

Gegen die Anträge 1 und 2 des mündlichen Berichts 2438 wollen meine politischen Freunde und ich sich nicht wenden, wohl aber gegen den Antrag Nr. 3 und gegen den Antrag unter Nr. 4. Unter 3 wird verlangt, daß die Regierung dem Drängen auf weitere **Verlängerung der Polizeistunde** von Reichs wegen nicht nachgeben solle. Werte Damen und Herren! Das wäre ein höchst bedenklicher Beschluß. Es sind hier nicht allein Interessen der Bevölkerungspolitik wahrzunehmen, sondern auch allgemeine volkswirtschaftliche Interessen. Das ist eine Materie, bei der wir uns nicht auf einen Antrag bloß des Ausschusses für Bevölkerungspolitik hin schlüssig machen dürfen. Es müßte mindestens auch noch ein Bericht vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß vorliegen, genau so wie zum Beispiel Beamtenfragen, die der 23. Ausschuß entschieden hat, vielfach noch dem 1. Ausschuß für den Haushalt überwiesen worden sind. Es liegen auch gewerbliche Interessen vor. Ich glaube, heute — jedenfalls in diesen Tagen — finden zwischen Ministerialvertretern und Vertretern gewerblicher Interessen, auch Arbeitnehmern, Verhandlungen darüber statt, wie man ohne eine Aufhebung der Polizeistunde überhaupt auskommen — eine solche verlangt ja gar niemand jetzt —, doch gewisse **Milderungen gegenüber dem jetzigen Zustand** einführen könnte. Ich glaube, viele von den Antragstellern, und denen, die sich mit dem vorliegenden Antrage befreunden, kennen die Rechtslage gar nicht, die in dieser Beziehung besteht. Es gilt noch heute eine Verordnung des Bundesrats vom 11. Dezember 1916. Danach ist die Polizeistunde im Deutschen Reich 10 Uhr, und nur in besonderen Fällen dürfen die Landesregierungen Ausnahmen bis $^1/_2$12 gestatten, Ausnahmen über $^1/_2$12 Uhr hinaus sind jetzt überhaupt gar nicht zulässig. Ich weiß, daß mitunter Landesregierungen bei Wohltätigkeitsveranstaltungen (C) und verschiedenen sonstigen Gelegenheiten Ausnahmen über $^1/_2$12 hinaus erteilt haben. Dazu sind sie aber nach dem jetzigen Stand der Gesetzgebung gar nicht befugt, den der Antrag des 14. Ausschusses aufrechterhalten will.

Ganz gewiß ist aber in Erwägung zu ziehen, ob hier nicht eine Milderung eintreten kann. $^1/_2$12 Uhr bedeutet namentlich für Großstädte bei ihrem Verkehrsbedürfnis eine große Härte. Wer wird denn durch solche Bestimmung getroffen? In der Hauptsache das solide Bürgertum und der solide Arbeiter!

(Sehr richtig!)

Aber die Schlemmer und Prasser, die Sie treffen wollen, Herr Mumm, werden ganz gewiß nicht getroffen. So viel steht fest: je schärfer auf die Einhaltung der Polizeistunde in den Lokalen gesehen wird, um so mehr blühen die **verborgenen Nachtlokale** auf. Es ist auch vom Grundsatze der Bevölkerungspolitik aus falsch, auf diese Weise erzieherisch vorzugehen. Es muß vielmehr in Erwägung gezogen werden, ob man diese Bestimmungen nicht angemessen erleichtert oder wenigstens den Landesregierungen und den Polizeibehörden die Möglichkeit dazu gibt, weitergehende Ausnahmen als bisher zu gestatten. Ich will Ihnen noch einen anderen Fall sagen, wo Sie die Härte dieser Bestimmung ohne weiteres erkennen werden. Wenn ein solider Verein von Kleinbürgern oder Arbeitern ein Vergnügen abhält, wenn er dabei ein Gesangskonzert oder ein Theaterstück gibt, so wollen doch die Teilnehmer, alt und jung, sich auch noch einige Stunden dem Tanz hingeben. Da erscheint dann um $^1/_{12}$12 Uhr die Polizei und treibt die Leute rücksichtslos auseinander. Gegenwärtig besteht nicht einmal die Möglichkeit für die Polizeibehörde, den schon lange bestehenden soliden Vereinen die Erlaubnis zu geben, sich vielleicht drei- oder viermal im Winter über die Polizeistunde hinaus einem Vergnügen hinzugeben. (D)

Es müßte von der Regierung erwogen werden, ob man nicht diese Bestimmung, die während des Krieges, im Jahre 1916, nicht aus bevölkerungspolitischen Rücksichten, sondern nur wegen des Kohlenmangels erlassen worden ist, nicht angemessen mildern kann. Am sympathischsten wäre es mir, wir beschlössen bei dieser Gelegenheit gerade das Gegenteil von dem, was der Ausschuß will, und ersuchten die Regierung, in Erwägung über eine angemessene Verlängerung der Polizeistunde einzutreten.

Ich sehe aber von einem solchen Antrage ab, weil ich weiß, daß in dieser Richtung gegenwärtig sowieso schon Verhandlungen schweben. Wir wollen doch hier nicht einen Beschluß annehmen, der diese Verhandlungen direkt kreuzt und sie gegenstandslos macht.

Ich möchte noch erwähnen, daß auch die **Wahlbewegung,** die **Versammlungstätigkeit** unter diesen Bestimmungen gelitten hat. Während der preußischen Landtagswahlen ist es vorgekommen, daß Versammlungen um 10 Uhr abends wegen der Polizeistunde haben geschlossen werden müssen. Das ist doch direkt eine Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit. Ausnahmen über $^1/_2$12 hinaus sind gegenwärtig auch in Wahlkämpfen nicht zulässig.

Wie ist es denn in Wirklichkeit? Tatsächlich ist es doch so, daß die Polizeistunde seitens der Polizei am strengsten in den großen Städten durchgeführt wird. Je kleiner die Städte sind, desto weniger schert man sich um die Polizeistunde,

(Zustimmung)

und auf dem platten Lande pfeift man überhaupt darauf; da kennt man sie überhaupt nicht. Bestimmungen, die die Behörden nicht durchführen können, sollte man dann auch nicht weiter bestehen lassen. Wenn die Polizeistunde angemessen hinausgeschoben wird, meinetwegen bis eins,

(**Brodauf**, Abgeordneter.)

(A) dann werden auch die Übertretungen, die jetzt so zahlreich sind, weit weniger vorkommen. Meine politischen Freunde bitten Sie also, den Antrag unter 3 nicht anzunehmen, während man den Ziff. 1 und 2 zustimmen kann.

Was Ziff. 4 anlangt, so hat es doch wohl nicht viel Sinn, solange bei uns nun einmal Alkohol noch genossen werden darf, solange auch z. B. die Speisewagen in unsern Zügen noch alkoholische Getränke führen, auf einmal zu verlangen, daß „das **Überwuchern der Alkoholreklame bei den Eisenbahnen**" nicht zugelassen werde.

(Abgeordneter D. Mumm: Das Überwuchern!)

Was soll denn die Regierung mit einem Beschluß, der sich gegen das Überwuchern richtet, anfangen? Sie wollen den Alkohol, also auch die Reklame dafür, im Grunde genommen überhaupt verboten wissen. Nach dem Antrag scheint es, als solle nach prozentualem Verhältnis eine Bestimmung erlassen werden, in welchem Umfang Alkoholreklame zugelassen werden darf. Dieser Antrag ist jedenfalls so wenig zeitgemäß, daß wir ihn besser ablehnen.

Wir ersuchen Sie also, unter allen Umständen Ziff. 3 des Antrages, aber auch Ziff. 4 abzulehnen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Es ist ein Antrag auf Vertagung der Beratung dieses Gegenstandes gestellt worden,

(Heiterkeit)

weil die Herren der Meinung sind, daß im gegenwärtigen Augenblick die Frage nicht weiter ausführlich behandelt werden soll.

Der Antrag auf Vertagung bedarf der Unterstützung durch 30 Mitglieder des Hauses. Ich bitte die Damen und Herren, die ihn unterstützen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Die Unterstützung reicht aus.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche der Vertagung zustimmen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Vertagung dieses Gegenstandes ist beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

dritte Beratung des Entwurfs eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 2151 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 2456 der Drucksachen).

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Wirth**, Reichskanzler, Reichsfinanzminister: Meine Damen und Herren! Wir werden ja nach den gestrigen Anregungen des Seniorenkonvents Anfang September uns mit den großen steuerlichen Plänen und Vorlagen und mit den allgemeinen Problemen der Reparation hier in diesem hohen Hause zu beschäftigen haben. Es ist aber gewünscht worden, daß noch vor Antritt der Ferien in einigen Grundzügen, soweit das heute möglich ist, die **Steuerpläne der Regierung** umrissen werden. Ich bin dieser Aufforderung heute morgen in einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nachgekommen und komme auch hier in diesem Hause der Anregung gerne nach.

Es sind nun gerade zwei Jahre her, daß die Nationalversammlung an die ungeheuer schwere Aufgabe der finanziellen Liquidation des Weltkrieges herangetreten ist. Der Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden wurde (C) damals auf etwa 25 Milliarden Mark geschätzt. Bei dieser Schätzung des Reichsfinanzministeriums aus dem Jahre 1919 wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bloß um einen Annäherungswert handeln könne, daß vor allem eine große Unbekannte noch nicht feststehe, nämlich die Summe, die wir jährlich aus dem Friedensvertrag verschulden würden. Das war die eine große Unbekannte, welche in der Rechnung von 1919 vorhanden war.

Es waren aber noch zwei unbekannte Faktoren in jener Bedarfsschätzung gegeben, deren Vorhandensein wir in den letzten zwei Jahren mit immer größerer Deutlichkeit zu spüren bekommen haben. Der eine Faktor ist die **Geldentwertung** der andere Faktor ist der, den man als **nachträgliche Kriegsausgaben** bezeichnen könnte.

Was den letzteren Faktor betrifft, so ist er in all den vielen Milliardenaufwendungen hervorgetreten, die wir in den letzten zwei Jahren für die Abwicklung des Krieges, für die Ausgaben zur Stützung und zum Wiederaufbau unserer durch den Krieg so stark zerrütteten Volkswirtschaft und, worauf ich besonders aufmerksam mache, für den Wiederaufbau der zerrütteten Volkskraft vornehmen mußten. Im Kriege wurden ja nicht nur die Summen verbraucht, welche in Form von Kriegsanleihen oder von schwebenden Schulden auf dem Papier verzeichnet waren, es wurden auch riesige unsichtbare Kriegsanleihen aufgenommen in Form von Raubbau am Verkehrswesen, Raubbau am Grund und Boden und an der übrigen Volkswirtschaft, vor allem in Form von Raubbau an der Menschenkraft. Die Wiederersetzung dieser verbrauchten Sachkapitalien und Kraftmengen konnte nicht erfolgen, ohne daß das Reich helfend und stützend eingriff, was seinerseits zu einer großen Schuldenvermehrung führte, die um so rapider werden mußte, als für jede verbrauchte Goldmark ein Vielfaches in Papiermark an (D) neuen Schulden notwendig wurde.

Mit der **Entwertung des Geldes** ist der zweite Faktor gegeben, der unsere Finanzlage charakterisiert und sie bis zu einem gewissen Grade undurchsichtig gestaltet. Es ist notwendig, daß unser gesamtes deutsches Volk sich jederzeit dieses ungeheuren Prozesses bewußt wird, der so gewaltige soziale und finanzielle Wirkungen ausübt. Die Zerstörung eines großen Teiles unseres Realvermögens im Kriege, die Vernichtung von Goldwerten, wie sie ein halbes Menschenalter angestrengter Arbeit eines fleißigen 60-Millionenvolkes geschaffen hatte, die Inanspruchnahme der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges bis zur Erschöpfung, sind neben den anderen Erscheinungen der Inflation, der Auslandsverschuldung im Kriege, des Kreditzusammenbruchs, der Spekulation in Verbindung mit gewissen Wirkungen der politischen Umwälzungen, die wir alle mit erlebt haben, stets gegenwärtig zu halten. Und dann kam die von einer so starken Bewegung getragene Forderung der **Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise**, jene Forderung, die zusammenhing mit dem Übergang zur Freiwirtschaft. Durch die Aufhebung der Preisbindung im Inland mußte auch der innere Geldwert immer tiefer gleiten. In der Gegenwart ist das Verhältnis etwa so, daß der innere Wert der Mark nur noch ein Zehntel der Friedensmark beträgt, während draußen auf dem Weltmarkt noch ein viel ungünstigeres Verhältnis herrscht und die Mark dauernden schweren Schwankungen unterworfen wird.

Wir dürfen niemals vergessen, daß im Innern unseres Vaterlandes die **Goldmark** nur eine **Groschenmark** ist und auf dem Weltmarkt noch viel weniger darstellt. Für die Finanzpolitik und die Vermögensstruktur unseres Volkes ergeben sich aus dieser Entwertung des Geldes ungeheure Folgen. Sozial und wirtschaftlich ist dadurch die kolossale

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Verschiebung zwischen dem Rentenbesitz und den Besitzern von Realwerten herbeigeführt worden. Finanzpolitisch hat die Entwertung zur Folge, daß das Bild des Bedarfs des Reichs, der Länder und der Gemeinden in einer ungeheuren Verzerrung erscheint. Jede Milliarde neuer Schulden ist nichts anderes als eine Summe von 100 Millionen Goldmark, eventuell noch weniger; jede Milliarde Ausgaben des ordentlichen Etats ist unter der Annahme des obigen inneren Entwertungsfaktors gegenwärtig nur eine Summe von 100 Millionen Goldmark. Ebenso — und darauf lege ich besonderen Wert — ist jede Mark Steuer, die wir an das Reich bezahlen, nur ein Friedensgroschen. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen, die wir haben, nichts anderes als ein Groschen.

(Sehr richtig!)

Aber während wir hinsichtlich unseres Einkommens diese veränderte Wertrelation sehr wohl zu würdigen wissen, taucht im **Unterbewußtsein manches Steuerzahlers** plötzlich die **Erinnerung an die versunkene Goldmark** in dem Augenblick auf, wo es gilt, Leistungen für das Reich zu vollziehen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen aber mit gleichen Größen rechnen, dürfen nicht inkommensurable Größen miteinander vergleichen. Wenn wir uns beim Einkommen voll bewußt sind, daß wir bloß Papiermark haben — und das stellen manche mit Bedauern fest —, dann müssen wir unser Bewußtsein in der gleichen Linie einstellen, sobald wir an die Steuerkasse treten, um unser Opfer für das Vaterland darzubringen. In breiten Schichten unseres Volkes wird diese einfache, klare Tatsache immer noch nicht zur Genüge gewürdigt. Das hat seinen Grund mit darin, daß bei gar manchen Vergleichen, die in der Öffentlichkeit, auch in der Presse, angestellt werden zwischen dem Schuldenstand vor
(B) dem Kriege und dem gegenwärtigen Schuldenstand und zwischen der Schuldenvermehrung im Kriege und der Schuldenvermehrung nach dem Kriege, zwischen den Ausgaben des Reichs vor der großen Katastrophe und den Ausgaben der Gegenwart, mit keinem Wort darauf hingewiesen wird, daß es sich um zwei vollkommen verschiedene Größen handelt, und daß man zum richtigen Vergleiche mindestens die Division der Gegenwartsziffern durch zehn notwendig vornehmen muß.

(Sehr richtig!)

Unter diesem Gesichtswinkel will der gegenwärtige Etat gesehen sein, unter diesem Gesichtswinkel muß auch unsere Leistung an das Reich gesehen werden. Erst so entsteht Klarheit. Eine jede andere Vergleichung, die nicht auf diese Unterschiede hinweist, bedeutet eine objektive Irreführung des deutschen Volkes.

(Sehr richtig!)

Wie sieht nun dieser **Etat in der Gegenwart** aus? Da ist zunächst der ordentliche Haushalt. Er weist 48,5 Milliarden Ausgaben auf. Darunter sind 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke, 12,7 Milliarden fließen ab an Länder und Gemeinden. Der **außerordentliche Haushalt** weist 1921 noch die Summe von 59 Milliarden auf, darunter 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrags und 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen; die übrigen 14,2 Milliarden werden benötigt für Lebensmittelzuschüsse, Erwerbslosenfürsorge und Wohnungsbau sowie für einige andere Zwecke. Dieser außerordentliche Etat — das ist eine unserer Hauptaufgaben — muß so rasch wie möglich abgebaut werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie können mir zurufen, meine Damen und Herren, warum ich diese Bemerkungen vorausgeschickt habe. Sie sind notwendig. Nichts ist so wenig in Deutschland verbreitet wie die Kenntnis über unsere Etatsziffern. (C)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Und in nichts wird mehr Unfug gemacht als in der Beurteilung dieser Ziffern.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann mir nicht denken, daß wir Ihnen heute Steuerpläne etwa in dem Sinne vortragen könnten, daß es möglich wäre, auch nur im größten Teil den Bedarf des außerordentlichen Haushalts zu decken. Ich habe in Zeitungen da und dort die Auffassung gefunden, als ob wir nicht nur die Verpflichtungen, die aus den Kontributionen, wie ich sie nenne, hervorgehen, decken müssen, sondern daß wir gleichzeitig ein Steuerprogramm machen müssen, um auch die Fehlbeträge des außerordentlichen Haushalts des Reichs zu decken. Ich wüßte nicht, wie man an diese Aufgabe herangehen und etwa die Aufgabe lösen sollte, für die nächsten Jahre die Fehlbeträge der Post und Eisenbahn aus allgemeinen Steuermitteln zu decken.

Meine Herren, ich bitte deshalb streng zu scheiden zwischen Erfordernissen des außerordentlichen Haushalts, die wir im einzelnen zu besprechen und zu kritisieren haben, und den **Forderungen** die uns **aus der Erfüllung des Ultimatums** erwachsen.

Ich sagte vorhin, daß dieser außerordentliche Haushalt möglichst rasch abgebaut werden muß. Was die 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrags anlangt, so geht der größte Teil dieser Summe direkt über in den Etat der Kontributionen, der zu einem laufenden Etat gestaltet wird, der also einen Teil unseres ordentlichen Haushalts in der Zukunft ausmachen wird. Es ist da und dort vorgekommen, daß dieser Betrag doppelt aufgetreten ist, für Erfüllung des Ultimatums und noch (D) einmal innerhalb des außerordentlichen Haushalts. Nur soweit wir noch Entschädigungen zu leisten haben, sind diese als außerordentliche einmalige Ausgaben zu behandeln.

Der **Etat der Betriebsverwaltungen** muß in dem Augenblick in Ordnung gebracht werden, wo wir uns volkswirtschaftlich einstellen auf den allgemeinen Entwertungsfaktor, dessen Höhe natürlich noch festzusetzen ist. Die Betriebsverwaltungen müssen, gerade wenn sie nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden sollen, ihre notwendigen Ausgaben in ihre Preise kalkulieren können. Es geht nicht weiter an, daß die Unterstützung der Volkswirtschaft durch Zuschüsse des Reichs und durch eine reale Verbilligung gegenüber der letzten Friedenszeit bei der gegenwärtigen Finanzlage weiter getätigt wird.

Die übrigen 14,2 Milliarden sind gleichfalls begründet in der Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden. Ich erinnere Sie daran: unter diesen 14,2 Milliarden stecken die mehr als 8 Milliarden für die Lebensmittelzuschüsse, insbesondere für die Getreideverbilligung.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Agrarier!)

Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts nicht mit dem Kontributionsetat zusammengezählt werden dürfen als Dauerbelastung des Reichs, was sogar, wie ich hervorgehoben habe, in finanzpolitisch gebildeten Kreisen hin und wieder geschieht.

Der dritte Teil des Haushalts — und das interessiert uns heute besonders — ist charakteristisch durch den **Haushalt der Kontributionen.** Dieser Kontributionsetat — und darin liegt die Sorge für uns — ist leider keine fixe Größe. Er schwankt infolge zweier Unsicherheitsfaktoren, nämlich der Höhe der 26-prozentigen Abgabe

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) und der Höhe des Entwertungsfaktors des deutschen Geldes.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es ist heute nicht die Aufgabe, das Reparationsproblem im allgemeinen in allen Einzelheiten zu erörtern. Ich lasse also die technisch, aber auch politisch bedeutsame Frage auf der Seite, wie wir die Goldmark beschaffen werden, die wir als Ultimatumsverpflichtung abliefern müssen. Aber darüber wird sich doch die Welt klar sein, daß jede Finanzpolitik und jede Steuerpolitik in einem Augenblick ad absurdum geführt wird, wo die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrunde zustürzt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Da ist jede Politik am Ende, da braucht man keinen Finanzminister, da braucht man nur einen Dirigenten, der uns irgendwie von einer Kommission geschickt wird, um die Druckerpresse in Bewegung zu setzen.

Besonders schwierig ist die **Frage des Entwertungsfaktors**, mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Valuta, wie ich ausführte. Darum können wir nur mit großen Vorbehalten die entsprechenden Aufstellungen machen. Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig mit 3,3 Milliarden Goldmark zu werten. Die Kosten der Besatzung sind ein unsicherer Posten und deswegen für die deutsche Finanzwirtschaft eine außerordentliche Belastung. Es sind für das laufende Jahr rund 10 Milliarden in den Etat eingestellt worden. Wie hoch sich die Kosten tatsächlich belaufen werden — darin sind auch die Requisitionen, Neubauten und die anderen hier in Betracht kommenden Aufgaben in den besetzten Gebieten eingestellt —, muß erst die Entwicklung zeigen. Eine Festsetzung der **Besatzungskosten** auf eine erträgliche, fixe Höhe muß das

(B) Ziel sein, dem nicht nur wir entgegenstreben, sondern dem die Gegenseite entgegenstreben müßte.

(Sehr richtig!)

Nach dieser Richtung hin hatten sich auch die Sachverständigen in Brüssel seiner Zeit ausgesprochen. Man hat dort von der Gegenseite anerkannt, daß die Besatzungskosten einzuschränken sind. Wir werden auf dieses Thema im Spätjahr eingehend einzugehen haben.

Nun kommt aber die **Umrechnung des Kontributionsetats in Papiermark.** Sie kann nur mit den größten Vorbehalten vorgenommen werden. Für die Sachleistungen, die wir in Papiermark abzudecken haben, werden wir zurzeit wohl mit einer Umrechnung im Verhältnis von eins zu zehn rechnen dürfen. Je höher sich dieser Teil der Reparationsleistung gestaltet — Sie haben ja gehört, daß das Garantiekomitee darüber Besprechungen eingeleitet hat —, um so eher werden die Summen im Reichsetat verarbeitet werden können. Je geringer dagegen dieser Anteil an Sachleistungen ist, desto höher werden die Papiergeldsummen für die Gesamtleistung ausfallen. Für die ersten Jahre wird man mit einer Papiergeldbelastung aus dem Ultimatum in Höhe von 42 Milliarden rechnen müssen. Dazu kommen dann die Kosten für die Besatzung.

Unter der Voraussetzung, daß der Geldwert im Innern auf der gegenwärtigen Basis eine gewisse Stabilisierung erfahren würde und daß im Laufe der Zeit der Außenwert des Geldes an den Innenwert heranwächst, würden sich die Leistungen in Papiermark für 3,3 Milliarden Goldmark mit den Besatzungskosten auf etwa 40 bis 45 Milliarden stellen.

Auf dem außerordentlichen Etat, von dem ich vorhin besonders gesprochen habe, verbleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages noch 5 Milliarden. 21 Milliarden würden auf den ordentlichen Haushalt der Kontributionen übernommen. Ich hebe das noch einmal hervor, um ja nicht mehr diesen Irrtum aufkommen zu lassen, als ob (C) wir hier doppelt rechnen müssen.

Es fragt sich nun — und das ist die Hauptfrage —, wie soll die **Deckung** gefunden werden? Sollen wir in ähnlicher Weise wie im Kriege diese außerordentlichen Lasten durch Anleihen aufzubringen versuchen? Theoretisch ist das eine sehr schöne Frage, weil man sagen könnte, daß an sich eine Krigskontribution eine außergewöhnliche Leistung darstellt.

Wir wollen uns aber nicht in theoretische Expektorationen ergehen. Für uns hat sich die Lage so gestaltet, daß die laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken sind. Das ist das Ziel, dem wir zustreben müssen und um dessentwillen wir auch vor schweren Steuern nicht zurückschrecken dürfen. Ob es sich gleich im Anfang erreichen läßt, ist zweifelhaft. Das ist nicht nur eine Frage der steuerlichen Gestaltung, das ist eine Frage der Gestaltung unserer ganzen Volkswirtschaft und eine Frage der Gestaltung der Weltwirtschaft.

Immerhin soll die Gesetzgebung im Herbst große neue Einnahmequellen erschließen, aus denen die Reparationssummen gedeckt werden können. Wir stehen damit vor der zweiten Etappe der deutschen Finanzreform. Der erste Abschnitt galt der Schaffung des Gleichsgewichts im inneren ordentlichen Etat. Er war gekennzeichnet in erster Linie durch die Reform der direkten Besteuerung.

Nun kommt die Sorge für den **Reparationsetat.** Bei diesem muß auch die **indirekte Besteuerung** systematisch durchgebaut werden. Aber da es sich um eine sehr hohe Belastung unseres ganzen Volkes handelt, so wird man mit allem Nachdruck suchen müssen, die **direkte Besteuerung** an den Punkten noch zu vervollkommnen, an denen sie noch ausbaufähig ist. Auf diese Weise muß dann ein möglichst gutes Gleichgewicht zwischen der direkten Besteuerung und der indirekten Besteuerung herbeigeführt werden, damit der soziale Gesamtcharakter des deutschen (D) Steuerwesens tragbar erscheint.

Man könnte daran denken, **neue Wege in der Besteuerung** zu gehen, wie sie teilweise in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Zeitungen erörtert worden sind. Diese Erörterung halte ich für sehr wichtig, jedoch muß der praktische Steuerpolitiker bestrebt sein, möglichst rasch und ohne erhebliche Störung des Wirtschaftslebens zu den nötigen Einnahmen zu kommen. Auch fehlen uns die Unterlagen wirtschaftsstatistischer Natur, um solch große Steuergedanken, wie sie zum Beispiel in den „Steuergesellschaften" vorgeschlagen werden, auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen. Die Steuerbehörden und wir werden gewiß diese neuen Gedanken im Auge behalten, und ich bin mir klar, daß wir in kurzem vor weiteren Erörterungen stehen werden. Aber gerade bei den Steuern ist eine gewisse **Kontinuität** von ungeheurer Wichtigkeit. Deswegen wollen wir zunächst auf bekannten Wegen vorwärtsschreiten, um zum Ziele zu gelangen. Es ist bereits in der Öffentlichkeit bekannt, in welcher Richtung sich die Steuergesetzgebung der nächsten Zeit bewegen wird.

Was die **direkten Steuern** oder die sogenannten Besitzsteuern anlangt, so handelt es sich um folgendes: wir müssen zunächst sehen, aus unserer neugeschaffenen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herauszuwirtschaften durch eine **Verbesserung der Technik der Steuerhebung und der Steuerkontrolle.** Man hat doch manchmal den Eindruck — ich will das hier nicht unterdrücken —, daß die pflegliche Einhebung der Steuern mitunter mehr gebracht hätte als die Schaffung einer neuen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Auf diese Weise kann eine nicht unbeträchtliche Zahl von Milliarden Papiermark gewonnen werden.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Wieviel?)

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) — Das kann man nicht sagen, wieviel. Sie waren auch Finanzminister, Herr Kollege, aber das hätten Sie nicht fertiggebracht, eine Zahl im voraus zu nennen.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Sie nannten eine Zahl!)

— Ich sagte, auf diese Weise kann eine nicht unbeträchtliche Zahl von Milliarden gewonnen werden.

Weiter ist geplant eine Veredelung des Reichsnotopfers,

(Lachen rechts.)

— Sie lachen über das Wort, wissen Sie ein besseres?

(Heiterkeit und Zuruf links: Überhaupt nichts zahlen!)

eine Besteuerung der Nachkriegsgewinne im engeren Sinne und ein Ausbau der vorhandenen Besitzsteuern. Dazu kommen als notwendig den Besitzsteuern zuzuzählende Steuerarten hinzu: eine starke Erhöhung der Körperschaftssteuer, eine Kapitalverkehrssteuer, eine Änderung der Besteuerung der Versicherungen und ein Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer, auch eine Rennwettsteuer wird eingeführt werden.

Bei den **indirekten Steuern** und Abgaben handelt es sich im wesentlichen um eine Erhöhung gewisser Zölle und um den Ausbau bestehender Steuern. Hierzu gehören vor allem die Umsatzsteuer, die Zuckersteuer, die Tabaksteuer, die Biersteuer, der Ausbau des Branntweinmonopols, eine Mineralwassersteuer und einige kleinere Abgaben, wie die Leuchtmittelbesteuerung, die Änderung der Zündwarensteuer und die Schaffung eines Süßstoffmonopols.

Eine **Veredelung des Reichsnotopfers** ist unbedingt erforderlich. Auf diese Weise wird sich am einfachsten und sachgemäßesten die Besteuerung der Realwerte gestalten lassen. Als man das Reichsnotopfer einführte, war der Grundgedanke vorherrschend und ausschlaggebend, daß der ganze Besitz ein Opfer bringen solle nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit. Unterschiede in den verschiedenen Er-

(B) scheinungsformen des Besitzes waren weder in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, noch waren sie sozial zu rechtfertigen. Durch die eingetretene Entwertung der Mark ist der Grundgedanke des Reichsnotopfers durchaus nicht allenthalben erreicht worden.

(Sehr richtig! links und bei den Deutschen Demokraten.)

Eine gewaltige Verschiebung in den Steuerlasten ist durch diese Geldentwertung herbeigeführt worden. Die Besitzer von Realvermögen sind bei weitem nicht so hoch belastet wie die Besitzer von Papiervermögen.

(Lebhafte Zustimmung links, bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Ein Ausgleich muß gefunden werden, und dieser Ausgleich ist wohl am besten zu erzielen, wenn der ursprüngliche Grundgedanke des Reichsnotopfers wieder hergestellt wird dadurch, daß eine neue Veranlagung des Reichsnotopfers unter Berücksichtigung der eingetretenen Wertverschiebungen vorgenommen wird. Wenn schon die ganze Volkswirtschaft mit einer entwerteten Mark rechnet, so muß das auch beim Reichsnotopfer in Erscheinung treten. Andererseits aber ist zu berücksichtigen, daß auch eine Steigerung des Geldwertes in Frage kommen kann. Darum muß durch eine periodisch wiederkehrende Veranlagung des Reichsnotopfers ein beweglicher Faktor geschaffen werden, der der Änderung des Geldwertes Rechnung trägt und dadurch das Moment der ungleichmäßigen Behandlung der verschiedenen Besitzkategorien eliminiert.

Ich darf über den Grundgedanken des Planes, über die Veredelung des Reichsnotopfers, noch einige Sätze hinzufügen. Zunächst soll der beschleunigt zu erhebende Teil des Reichsnotopfers — das sind 10 vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Abgabe — in den gesetzlich vorgeschriebenen Teilbeträgen gezahlt werden. Statt des verbleibenden Teils des Reichsnotopfers wird von einem noch zu bestimmenden Termin (C) ab auf 10 Jahre eine jährliche Vermögensabgabe erhoben, die von 3 zu 3 Jahren neu zu veranlagen ist. Der Besitz soll damit die ihm auferlegte Belastung statt in den 28 oder 45 Jahren des bestehenden Gesetzes in 10 Jahren abzutragen haben. Hinsichtlich der subjektiven und objektiven Steuerpflicht folgt der Gesetzentwurf im wesentlichen dem bestehenden Recht.

Die **Veranlagung** schließt sich nicht mehr an einen einzigen — und das ist einer der Kernpunkte — für die ganze Erhebungsdauer maßgebenden **Stichtag** an, sondern kann sich den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen anpassen und die seit Ende 1919 neugebildeten Vermögen einbeziehen. Bei der Bewertung des der Besteuerung zugrundezulegenden Vermögens wird unter Abweichung von den Vorschriften des bisherigen Reichsnotopfers von dem jeweils festzustellenden Wert auszugehen sein, damit kann der seit dem Notopferstichtag eingetretenen Steigerung der Sachwerte genügend Rechnung getragen werden.

Die Körperschaften, insbesondere die Erwerbsgesellschaften sollen mit Rücksicht darauf, daß sie nur mit einem Steuersatz von zehn Prozent zum Reichsnotopfer herangezogen worden sind, nochmals für die nächsten zehn Jahre herangezogen werden. Ihre Abgabe soll jährlich etwa $1^1/_2$ vom Hundert des jeweiligen steuerpflichtigen Vermögens betragen. Für Kleinrentner und kinderreiche Familien sind besondere Vergünstigungen vorzusehen. Abgabepflichtige, die bereits mehr als die Sofortzahlung auf das Reichsnotopfer entrichtet haben, werden durch besondere Übergangsbestimmungen berücksichtigt werden.

Nun kommt die **Frage des Ertrags eines solchen Umbaus des Notopfers.** Die Schätzungen sind außerordentlich schwer, sie werden erst gegeben werden können, wenn der Notopfergesetzentwurf vorliegt. Jedenfalls (D) dürfen wir, wenn wir vorsichtig schätzen, mindestens mit einem Ertrag von sieben bis acht Milliarden Mark jährlich rechnen.

Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten ist das **Problem der Beteiligung an den Sachwerten** aufgetaucht. Dieser Gedanke unterliegt zurzeit in der Reichsregierung der Durcharbeitung und weiteren Erörterung. Zunächst ist der Teilplan in Angriff genommen worden, nämlich das Reich an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben, zu einem Bruchteil ihres Ertrags und ihres Wertes zu beteiligen. Das Reich soll eine Art Genußschein erhalten, der auf doppelte Weise, entweder durch Einziehung der Dividende oder durch Verkauf und Verpfändung, verwendet werden kann, der also an einem etwaigen Wertzuwachs der Substanz selbst teilnimmt. Der offenbare Vorteil dieses Vorschlages liegt unter anderem darin, daß er den Unternehmen keine flüssigen Mittel entzieht. Sofern dieser Weg beschritten wird, müssen selbstverständlich für die betreffenden Unternehmen und Objekte die anderen oben genannten Steuern entsprechend modifiziert werden. Sobald die Vorarbeiten, die ernsthaft dazu im Gange sind, zu einem gewissen Abschluß kommen, werden wir Ihnen — und ich hoffe Anfang September — weitere Mitteilungen zugehen lassen können.

Weiter kommt in diesem Zusammenhang in Betracht die Frage der **Besteuerung des Vermögenszuwachses.** Der im Kriege entstandene Vermögenszuwachs ist durch die große Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, deren Stichtag der 30. Juni 1919 war, erfaßt worden. Wenn auch das seitdem gebildete Vermögen, soweit es zwischen dem 30. Juni und dem 31. Dezember 1919 entstanden ist, durch das Reichsnotopfer, soweit es nach dem 31. Dezember 1919 entstanden ist, durch die Einkommensteuer erfaßt und weiter durch die Besitzsteuern (Besitzsteuergesetz

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) vom 3. Juni 1913) getroffen wird, so erscheint es doch geboten, den seit dem 30. Juni 1919 oder wenigstens den seit dem 31. Dezember 1919 entstandenen Vermögenszuwachs, den sogenannten **Nachkriegsgewinn**, durch eine einmalige große Abgabe zu erfassen, um so mehr, als die geltende Besitzsteuer gering ist und die einmaligen Veräußerungsgewinne, soweit sie nicht spekulativer Natur sind, nach der Einkommensteuernovelle vom 24. März dieses Jahres freigeblieben sind. Getroffen werden aber sollen grundsätzlich nur die großen Zuwachssummen. Geschont werden soll der nur auf Ersparnis beruhende Vermögenszuwachs.

Meine Damen und Herren! Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einnahmen aus der Besitzbesteuerung erwartet aber, wie ich schon kurz gestreift habe, die Finanzverwaltung durch eine Verbesserung der Steuererhebungstechnik, indem die **Frage der Buch- und Betriebsprüfung** möglichst rasch einer Lösung entgegengeführt wird. Die Arbeiten dazu sind im Gange. Aus der **Einkommensteuer** erwartet man allein bei sorgfältiger Nachprüfung und verbesserter Veranlagungstechnik ein Mehraufkommen von etwa acht Milliarden gegenüber dem Vorjahre, was natürlich zur Voraussetzung hat, daß unser Wirtschaftsleben nicht weiteren Störungen ausgesetzt wird und daß keine größeren Schwankungen im Geldwert im Innern des Landes eintreten.

Was nun den **Ertrag der geplanten Reformen** anbelangt, so ist die Schätzung desselben mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Es können eben nur **rohe Schätzungen** sein. Wir hagen noch keine genügende Übersicht über die Umgestaltungen in unserer Volkswirtschaft durch die Verlagerungen infolge des Krieges und der Entwertung des Geldes. Die Schätzungen des Einkommens sind deshalb ungeheuer schwer und nicht minder die Schätzungen des Verbrauchs. Aber auch bei vorsichtiger Schätzung darf von dem neuen Finanzprogramm, soweit ich es bis jetzt

(B) skizziert habe, und zwar ohne Berücksichtigung der Frage etwaiger Beteiligung und nur bei ganz geringer Vermehrung der Kohlensteuer, etwa um fünf Prozent, annähernd ein Mehraufkommen gegenüber dem Etat 1921 von etwa 32 bis 36 Milliarden Mark gerechnet werden. Wir haben vorsichtigerweise durch die zuständigen Berater Schätzungen aufstellen lassen. Ich habe mich auch da und dort mit anderen Herren besprochen. Die Schätzungen gehen um viele Milliarden auseinander. Die pessimistischste Schätzung war die über 30 Milliarden Mark. Dabei ist, um das noch einmal hervorzuheben, die Kohlensteuer nur mit einer sehr mäßigen Erhöhung angesetzt worden. Eine vorläufige Übersicht über das im Finanzministerium ausgearbeitete Programm und seine finanzpolitischen Wirkungen ergibt, daß man bei Durchführung der Steuergesetze bei vorsichtiger Schätzung auf etwa 80 Milliarden Gesamtsteuereinnahmen für das Reich rechnen kann. Ich habe schon betont, daß diese Schätzungen in sehr vorsichtiger Weise vorgenommen worden sind. Bei wiederholter Durchrechnung wäre es vielleicht möglich, daß man auf einen erhöhten Ertrag kommt. Bevor jedoch nicht die genauen Veranlagungsergebnisse der Einkommensteuer vorliegen, müssen die Schätzungen mit größter Vorsicht vorgenommen werden. Der laufende Bedarf in den künftigen Jahren wird, wenn die Geldentwertung im Innern ungefähr auf der Basis des gegenwärtigen Verhältnisses bleibt, noch erheblich über diese Summe hinausgehen und wird sich um die 100-Milliardengrenze herum bewegen, wobei ich noch einmal darauf aufmerksam mache, daß das Problem des außerordentlichen Haushalts besonders beachtet werden muß. Das sind, in Gold umgerechnet und den eben genannten inneren Entwertungsfaktor zugrunde gelegt, rund 10 Milliarden Goldmark. Zwischen den Steuereinnahmen und dem Dauerbedarf der nächsten Jahre ergibt sich also eine noch nicht unwesentliche Spanne. (C)

Diese Spanne muß ausgefüllt werden, indem einerseits die Kohle so weit als möglich nutzbar gemacht wird für die Zwecke des Reichs, andererseits die Frage der Exportabgabe, der Besteuerung der Spannung zwischen Inlandswert und Auslandswert der deutschen Mark praktisch aufgerollt wird. Darauf habe ich im Reichswirtschaftsrat wiederholt und auch heute wieder hingewiesen. Wir werden um eine entsprechende Lösung und Beantwortung dieser Frage schwer herumkommen.

Es sind in letzter Zeit wiederholt Berechnungen aufgestellt worden, welche zeigen, daß ein gewisser **Unterschied zwischen Inlands- und Auslandskohlenpreis** besteht. Das Wesentliche für mich ist, daß die richtige Form gefunden wird, welche es gestattet, etwa diese Steuerreserven für die Interessen des Staates auszunützen. Vor allem müssen wir Rücksicht nehmen auf den **Hausbrand** und die Gemeinden.

Die Vorarbeiten über die verschiedenen Möglichkeiten auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft sind im Gange.

Dabei ist grundsätzlich Folgendes zu bemerken. Es soll ein Höchstmaß desjenigen Ertrages herausgeholt werden, der ohne Störung der Wirtschaft herausgeholt werden kann.

(Lachen rechts.)

— Merkwürdig, daß die Herren immer dann lachen, wenn sie der Schuh drücken könnte.

(Zuruf rechts: Was hat das mit der Kohle zu tun?)

Dabei soll ein zweckmäßiger Ausgleich zwischen der Belastungsfähigkeit der Reviere und vor allem der Sorten stattfinden. Auf die letzte Weise allein scheint uns die gebotene Rücksicht auf den Hausbrand möglich. — Die Herren hätten warten müssen, bis ich diese Sätze vollendet habe — Ich bin mir sehr wohl klar darüber, daß über die **Kohlenfrage**, bevor die Weltwirtschaft in Kohle, insbesondere nach Abschluß des Grubenarbeiterstreiks in (D) England, wieder zu einer gewissen Ruhe gebracht worden ist, ein abschließendes Urteil überhaupt nicht gefällt werden kann. Das beachten wir sehr wohl; es handelt sich also hier nur um eine grundsätzliche Stellungnahme, ob man ohne Berührung des Problems weiterkommen kann, oder ob wir auch diesem Probleme entgegengehen müssen. Das letztere ist zweifellos der Fall. Es ist weiter zu erwägen, Valutagewinne, sofern solche auf längere Fristen entstehen, bereits bei der Entstehung dieser Gewinne, nämlich bei der Abgabe der Brennstoffe, zu erfassen, nicht erst am letzten Ende, bei der Verwertung, insbesondere der Ausfuhr der fertigen Waren.

Es schweben noch eingehende Erwägungen darüber, die Steuer künftig so zu gestalten, daß sie einen Anreiz zur Steigerung der Produktivität innerhalb der einzelnen Bergbaubetriebe und Bergbaubezirke bildet. In diesem Zusammenhang ist wiederholt schon die Frage des **Kohlenmonopols** erörtert worden.

Es muß nun die Frage aufgeworfen werden, wie wird nun in großen Umrissen nach Durchführung dieses Steuerprogramms die **steuerliche Belastung Deutschlands** sich gestalten und welches Bild wird das Gesamtsteuersystem bieten? Nach einer vorsichtigen und vorläufigen Schätzung — ich unterstreiche das Wort „vorläufig" —, die im Reichsfinanzministerium vorgenommen worden ist und die mir vorliegt, werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf 40½ Milliarden Mark belaufen. Dazu kommen als einmalige Einnahmen in den folgenden Jahren 3 Milliarden aus der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der Besteuerung der Nachkriegsgewinne. Daß man für die letzte Besteuerung bloß eine Milliarde Mark eingesetzt hat, dürfte zeigen, wie vorsichtig die Aufstellung gemacht worden ist.

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Bei den indirekten Steuern sollen sich insgesamt $36^1/_4$ Milliarden ergeben.

Es würden demnach nach dem vorliegenden Programm etwa $54^1/_2$ Prozent auf die direkte Besteuerung entfallen, 7 Prozent der Gesamtbelastung auf die Besteuerung entbehrlicher Genußmittel und $38^1/_2$ Prozent auf alle übrigen Steuern.

Dabei mag bemerkt werden, daß die **Belastung des Besitzes** durch die den **Ländern und Gemeinden** zufallenden Ertragssteuern noch besonders zu beachten ist. Man ist vielfach der Auffassung, als ob der Besitz nur im Reich getroffen sei, während in Wirklichkeit durch die in Arbeit befindlichen Ertragssteuern in den Ländern eine weitere nachträgliche Besteuerung durchgeführt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Es sind nach dieser Richtung in dieser meiner Rechnung vier Milliarden eingesetzt. Es ist wohl aber nicht ausgeschlossen, daß die Länder und Gemeinden daraus erheblich höhere Gewinne erzielen werden.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Finanzverwaltung alles daran setzt, die Lasten möglichst gleichmäßig zu verteilen. Neben den sozialen Gesichtspunkten muß aber der Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Tragfähigkeit stets berücksichtigt werden, weil sonst durch Schädigung der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Lebens die Minderbemittelten selbst wieder am schwersten getroffen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Gelingt es, im Rahmen dieses Steuerplanes die großen Mehreinnahmen zu schaffen, so wird damit die Voraussetzung für eine dritte Etappe unserer Finanzreform gegeben sein, die aber erst in späteren Jahren in Angriff genommen werden kann, nämlich für das Problem der endgültigen Stabilisierung unseres Geldwertes und für eine Währungsreform. Ich brauche mich deshalb vorläufig nicht damit zu beschäftigen.

(B) Das **Programm** steht erst in großen Umrissen da. Die Beratung im einzelnen im Reichskabinett in den nächsten Wochen wird zeigen, wieweit diese Vorlagen bis zu Ihrem Zusammentritt in gesetzgeberischen Entwürfen Ihnen zugeführt werden können. Die Entscheidung wird im einzelnen schwer sein. Unser Ziel muß dahin gehen, daß wir auch den Reparationsetat, soweit es in Menschenkräften steht, in Ordnung bringen, selbst wenn wir sehr große Steuersummen aufbringen müssen; denn die Inflation ist für die Volkswirtschaft schädlicher, als selbst die schwersten indirekten Steuern sein können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade die sozial schwachen Kreise der Bevölkerung leiden am stärksten unter der Entwertung des Geldes,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

weshalb gerade sie ein großes Interesse daran haben, daß unser Finanzwesen auf eine verhältnismäßig gesunde Basis gestellt wird.

Wir haben diesen Willen, und ich nehme an, alle Kreise des deutschen Volkes, die eine Rettung von Reich und Volk ernsthaft ins Auge fassen, sind bereitwilligst an die Arbeit gegangen, um im Ausbau unseres Steuersystems für Reich, Land und Gemeinden die Grundlage zu schaffen, nicht nur für unser eigenes Dasein, sondern auch für die Verpflichtungen, die uns auferlegt worden sind. Diese Arbeit muß aber getragen sein von gewissen Voraussetzungen! Ich sage absichtlich „Voraussetzungen", nicht Bedingungen, denn das Sprechen von Bedingungen wird vielfach mißverstanden. Jede Arbeit muß aber von Voraussetzungen getragen sein. Meine Herren! Diese Voraussetzungen liegen in einer pfleglichen Behandlung des deutschen Volkes als Staatswesen und der deutschen Wirtschaft als Grundlage seiner großen Verpflichtungen!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die **Garantiekommission** hat uns vor wenigen Tagen (C) eine Note überreicht, in der folgende bedeutungsvolle Sätze enthalten sind, die ich kurz vorlesen darf:

> Das Garantiekomitee erkennt, so wie die deutsche Regierung dem Komitee gegenüber ausgeführt hat, die volle Bedeutung an, die einer Festigung der Valuta für die Ausführung ihrer Verpflichtungen gegen die Alliierten innewohnt. Außer den wirtschaftlichen Verhältnissen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen können, gibt es einen doppelten Faktor zur Befestigung der Mark, der vor allem von der deutschen Regierung abhängt, nämlich das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellung der Ausgabe von ungedeckten Banknoten. Die Festigung wird nicht möglich sein, solange die deutsche Regierung nicht das Gleichgewicht des Budgets hergestellt haben wird, sowohl durch strenge Einschränkung ihrer Ausgaben als durch Vermehrung ihrer normalen Einnahmequellen.
>
> Das Garantiekomitee verkennt nicht die Schwierigkeiten, vor denen sich die deutsche Regierung befindet, aber es ist der Ansicht, daß die Lage des Budgets eine noch durchgreifendere Reform erfordert, als die ihm mitgeteilten Pläne vorsehen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

> Es ist die Aufgabe der deutschen Regierung, die Mittel zur Durchführung dieser Reform zu finden, aber es ist augenscheinlich, daß die oben näher beschriebenen Bestimmungen abgeändert werden müßten, wenn ein dem Ernst der Lage entsprechendes Reformprogramm nicht zur Ausführung käme.

Meine Damen und Herren! Der Sinn dieser Worte ist klar und eindeutig. Er enthält eine Warnung und (D) eine Aufforderung an das deutsche Volk und seine Volksvertretung,

(sehr richtig!)

größere, durchgreifendere Reformen als die mitgeteilten vorzunehmen. Meine Damen und Herren! Wir wollen die Einsicht der Garantiekommission durchaus beachten. Es wird uns aber niemand übelnehmen, wenn wir fragen, ob nun von der Seite, die zu vertreten die Garantiekommission berufen ist, ob nun von dieser Seite auch jene radikalen Reformen zum Durchbruch kommen, nämlich der **Abbau jener Pressionen**, die in unsere Volkswirtschaft seit Monaten große Wunden hineingerissen haben.

(Lebhafter Beifall.)

Ist es nicht geradezu etwas geschichtlich Merkwürdiges, daß man uns große Reformen zuschiebt, während im Westen die Sanktionen am Rhein — nennen wir sie doch Pressionen am Rhein, statt dieses Wort der Sanktionen zu gebrauchen! —

(sehr richtig!)

den deutschen Volkskörper schwächen, die das Loch im Westen wieder geöffnet haben für Tausende und aber Tausende von Schieberwaren, die hineingeströmt sind. Wäre es nicht notwendig, in dem Augenblick, wo man an uns mit einer derartigen Note herantritt, gleichzeitig der Welt zu zeigen, daß man bei einem Volkskörper, der derartig Gigantisches leisten soll, zunächst bestrebt sein müßte, die wirtschaftlichen Wunden zu schließen?

(Lebhafter Beifall.)

Wir wollen den Geist, der aus dieser Note an uns herankommt, wohl beachten. Ich nehme auch an, daß diese selbe Garantiekommission, die uns die Note nach Berlin geschickt hat — wir haben sie entgegengenommen —, mindestens einige Stunden später auch den alliierten Vertretungen gegenüber betont hat, daß die

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Behandlung, der wir unterworfen sein sollen, die Einsicht der alliierten Mächte zur Voraussetzung haben müsse, daß diese großen Wunden an unserem Volkskörper im Westen und Osten sich schließen müssen.

(Sehr richtig!)

Denn, was ich über die Sanktionen gesagt habe, das gilt in erhöhtem Maße für die **Stabilisierung der Verhältnisse in Oberschlesien.**

(Sehr richtig!)

Das deutsche Volk ist gewillt, Reformen an seinem Budget vorzunehmen und steuerliche Leistungen sich aufzuerlegen von einer Größe, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Es muß aber dieses unser Streben auch begleitet sein von dem aufrichtigen Willen der **Alliierten**, die **Pressionen** von uns zu nehmen, die wir als garnichts anderes mehr ansehen können wie als **armselige Quälereien an unserer Volkswirtschaft.**

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wir verlangen von Ihnen allen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, zur Balancierung unseres Budgets heroische Opfer; ohne diese Opfer von allen Seiten wird es nicht gehen. Es wird und muß eine mittlere Linie gefunden werden, im Spätjahr, wenn alle diese Fragen vor uns in Form von festen Gesetzentwürfen auftauchen. Es muß eine mittlere Linie gefunden werden, auf der sich das ganze deutsche Volk, oder wenigstens zum größten Teile, zusammenfinden kann. Wenn man eine derartig gigantische Arbeit auf sich nimmt, wenn eine Regierung für eine solche Riesenaufgabe die Verantwortung übernehmen soll, so bedarf sie jedoch eines inneren Impulses. Dieser Impuls und dieser Wille ist in unserm Volke vorhanden. Aber das sage ich frei vor aller Welt: die **Politik der Sanktionen** der letzten Monate war geeignet, über jede freudige Arbeit geradezu einen **Meltau der Erschlaffung und** der **Lähmung** zu legen.

(B) (Lebhafter Beifall.)

Will man die Befriedung Europas, will man, daß das deutsche Volk sich an der Wiederaufrichtung der ganzen europäischen Wirtschaft nach dem Maße seiner Leistungsfähigkeit beteiligen soll, dann gebe man ihm ehrliches Spiel! Man gebe ihm freien Raum zur Betätigung seiner wirtschaftlichen und geistigen Kräfte! Wir haben den ehrlichen Willen, wir erwarten die Antwort von der Gegenseite. Sie soll uns ebenfalls eine aufrichtige, aber auch eine rasche Antwort geben auf die großen schwebenden Fragen am Rhein und in Oberschlesien!

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der Herr Abgeordnete Trimborn hat das Wort.

Trimborn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Wesentliche in den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers waren seine Mitteilungen über die Steuerpläne der Regierung, Mitteilungen, die wohl mit der Intention einer vorläufigen Orientierung der Öffentlichkeit erfolgt sind. Wir sind dem Herrn Reichskanzler außerordentlich dankbar, daß er vor unserem Auseinandergehen noch diese Ausführungen gemacht hat. Wir stimmen namentlich, meine verehrten Damen und Herren, mit allem Nachdruck den Ausführungen zu, mit denen er seine Mitteilungen soeben geschlossen hat,

(Zustimmung im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

Ausführungen, die noch einmal mit dem größten Nachdruck auf das Verderbliche und das Unsinnige der Sanktionen und unserer Mißhandlung in Oberschlesien hingewiesen haben.

(Erneute Zustimmung im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Ausführungen haben unseren vollsten Beifall.

Die Mitteilungen über die Steuerpläne haben wir (C) mit demjenigen Interesse entgegengenommen, welches diese überaus wichtige Materie verdient. Wir sind aber der Meinung, daß wir **zu** diesen **Steuerplänen**, wie sie eben in großen Umrissen uns dargelegt worden sind, **heute keine Stellung nehmen** können. Wir müssen — und das ist die einstimmige Meinung meiner Freunde — doch zunächst einmal abwarten, bis die Einzelgesetze konkret uns vorgelegt sind. Eine vorherige Stellungnahme erscheint uns unmöglich. Eine vorherige Debatte darüber erscheint uns unzweckmäßig, weil die konkrete Unterlage fehlt. Von der Geschäftslage des Hauses will ich gar nicht reden, die kommt bei der Wichtigkeit der Sache nicht in Betracht; sondern lediglich sachliche Gründe sind es, die uns unsere Stellungnahme aufschieben lassen, bis die Vorlagen in ihrer Gesamtheit dem hohen Hause unterbreitet sind. Ich bin daher von meinen Freunden beauftragt, mich in diesem Stadium auf diese kurze Erklärung zu beschränken.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es in dem hohen Hause niemand gibt, der nicht den letzten Worten des Herrn Reichskanzlers voll zugestimmt hat. Die Zustimmung wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn der Ton noch um einige Grade stärker und schärfer gewesen wäre.

(Widerspruch links und bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist nicht nur, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, eine „geschichtlich merkwürdige Situation", daß man uns gleichzeitig mit den sogenannten „Sanktionen", ich sage: mit den **unerhörtesten Erpressungen**, die die Weltgeschichte je gesehen hat, geißelt und peitscht, und daß man gleichzeitig das **Höchstmaß von Leistungen** von uns verlangt. (D)

(Lebhafte Zurufe links: Die Folgen Ihrer Politik! — Unruhe und Gegenrufe rechts.)

Das ist nicht nur „geschichtlich merkwürdig", sondern das ist in der ganzen Weltgeschichte seit der Vernichtung Karthagos unerhört.

(Stürmische Zwischenrufe links.)

Ich wiederhole: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig", — —

(Andauernde stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Sie können ja Ihre Gegenäußerungen nachher bei der Aussprache vorbringen.

(Stürmische Zurufe links.)

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig", sondern was dem deutschen Volke geschieht, ist unerhört und unerträglich; und daß wir diese Lage als unerhört und unerträglich empfinden — —

(Andauernder großer Lärm und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Daß wir **unsere Lage** als **unerhört und unerträglich** empfinden, das rufe ich hier laut in die ganze Welt hinaus!

(Andauernde erregte Zurufe links. — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren, ich muß bitten, doch Ihre Plätze einzunehmen. Es muß hier jede Partei das Recht haben, zu sprechen.

(Erregte Zurufe links.)

— Nachher kommen Sie ja ebenfalls zum Wort.

(Abgeordneter Vogtherr: Der gehört ins Zuchthaus und nicht in den Reichstag!)

— Herr Abgeordneter Vogtherr, wegen dieser Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

(A) Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Sie werden diesen unerhörten Zustand nicht ändern durch Ihre Zurufe, im Gegenteil!

(Erneute Zurufe und große Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Herren, so können wir unmöglich fortfahren und die Geschäfte weiterführen. Das widerspricht jedem parlamentarischen System, einen Redner nicht zu Worte kommen zu lassen.

(Andauernde Unterbrechungen links.)

— Sie müssen den Herrn Abgeordneten Helfferich genau so reden lassen wie jeden anderen Redner.

(Erregte Rufe links: Nein! Abtreten! — Gegenrufe rechts: Das ist die Freiheit! — Zuruf links: Vor den Staatsgerichtshof! — Große Unruhe und Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Jeder Abgeordnete steht hier unter dem Schutze des Präsidenten, sonst ist die Geschäftsführung unmöglich. Ich muß deshalb dringend ersuchen, den Herrn Abgeordneten reden zu lassen.

(Andauernde erregte Zurufe links: Kriegsverbrecher! Er muß unter Ihrem Schutze hängen!)

— Ich bitte dringend, diese unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Sie kommen nachher ebenfalls zum Wort und haben das Recht, sich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Helfferich auszulassen, aber nicht jetzt in der Form von Zwischenrufen.

(Zurufe links: Der hat nichts zu sagen!)

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Zustand, den der Herr Reichskanzler beklagt hat und den jeder Deutsche mitbeklagen muß,

(Zurufe links: Heuchler! — Unruhe)

wird sich erst ändern, wenn das Ausland sieht, daß das
(B) gesamte deutsche Volk, daß auch Sie (nach links) diesen Zustand für unerträglich halten.

(Große Unruhe und andauernde Zurufe links: Runter mit ihm! — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich bitte doch dringend um Ruhe.

(Rufe links: Nein!)

Es ist unmöglich, so die parlamentarischen Arbeiten weiterzuführen. Bedenken Sie doch: die Augen des gesamten Auslandes sind jetzt auf uns gerichtet. So können wir doch nicht weiter arbeiten!

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren!

(Andauernde Zurufe links.)

Ich komme zu einem Thema,

(erneute Unterbrechungen links; Rufe rechts: Ruhe!)

das die Herren wohl weniger aufregen wird. Ich wende mich zu den **Zahlen,** die der Herr **Reichsfinanzminister** — der Reichskanzler hat ja als Reichsfinanzminister gesprochen — hier vorgetragen hat. Die Zahlen geben in der Tat ein **erschütterndes Bild.**

(Zurufe links: Daran sind Sie schuld!)

Aber so erschütternd dieses Bild auch sein mag, so geben diese Zahlen noch nicht einmal den vollen Umfang der **Finanzmisere,** in der wir sind und in die wir weiter und und weiter kommen werden durch das Ultimatum.

(Andauernde stürmische Zurufe links: Ihre Schuld! Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Herren, das können Sie ja alles nachher bei der Aussprache sagen.

(Stürmischer Widerspruch links.)

— Dasselbe Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen, müssen Sie auch jeder andern Partei unter dem parla- (C) mentarischen System zubilligen.

Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, ich bitte fortzufahren.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Der Herr Reichskanzler hat die **Ausgaben des Reichsetats,** wie er sich auf Grund des jetzt zur dritten Lesung stehenden Nachtragsetats stellt, auf **108 Milliarden rund** — die Zahl wird wohl stimmen — beziffert. Von diesen 108 Milliarden Mark entfallen nach den Zahlen, die der Herr Reichskanzler genannt hat, **26 Milliarden** auf die **Durchführung des Friedensvertrags.** Ich habe mir 23 Milliarden herausgerechnet. Aber es kommt bei der Lage, in der wir sind, leider Gottes auf eine Hand von Milliarden kaum mehr an: Sagen wir also 26 Milliarden! Es bleibt dann für den sogenannten **„inneren Etat",** von dem in der letzten Zeit soviel die Rede ist, also für die Befriedigung der inneren Bedürfnisse ohne Ausführung des Friedensvertrages, eine Ausgabesumme von **82 Milliarden** Mark übrig.

(Zuruf links: Durch Ihre Schuld! — Lachen und Gegenrufe rechts.)

Diesen Ausgaben stehen gegenüber **Einnahmen** im ordentlichen Etat von etwas mehr als 44 Milliarden Mark und im außerordentlichen Etat etwas über 10 Milliarden; — Hauptposten: das Reichsnotopfer! Das sind zusammen nahezu **55 Milliarden** Mark. Wenn Sie diese 55 Milliarden von den 108 Milliarden Mark herunterrechnen, so kommen Sie auf ein **Defizit von 53 Milliarden** Mark. So stellt sich heute auf Grund des Nachtragsetats, der Ihnen vorliegt, mit wenigen Zahlen die Bilanz des Deutschen Reiches.

Und nun bitte ich Sie, zu beachten, welche Steigerung diese Ausgaben durch das **Ultimatum** erfahren. Da kann ich dem Herrn Reichskanzler und Reichsfinanzminister nicht ganz folgen. Herr Reichskanzler, ich bitte mich zu kon- (D) trollieren und mich eventuell richtig zu stellen, wenn ich irre.

(Zurufe links.)

Das Ultimatum legt uns als **Dauerleistungen** auf: 2 Milliarden in Goldmark an fester Annuität, dazu die bekannten 26 Prozent der Ausfuhr, die bei dem jetzigen Stande der Ausfuhr etwa 1,3 Milliarden ausmachen, zusammen 3,3 Milliarden Goldmark; und das nicht für einmal, nicht für eine beschränkte Zahl von Jahren, sondern für eine Zeit, die kaum abzumessen ist. Wenn nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr diese an sich schon gewaltige Last von 3,3 Milliarden Goldmark automatisch noch eine Steigerung erfährt, so werden wir, um die 132 Milliarden Goldmark Kapitalschuld abzutragen, rund **100 Jahre** an diesen Zahlungen zu tragen haben.

(Hört! Hört! rechts. — Zurufe links.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat also vollkommen recht, wenn er sagt: das sind Ausgaben, die wir für die Zukunft in den ordentlichen Etat einstellen müssen, für die wir sofort für Deckung sorgen müssen.

(Zurufe links.)

Zu den 3,3 Milliarden Goldmark kommen hinzu die **Besatzungskosten.** Diese stellen sich nach dem Voranschlag auf, ich glaube, etwas mehr als 8 Milliarden Papiermark für dieses Jahr. Ich habe mich gewundert darüber, daß sie so niedrig beziffert worden sind. Im vorigen Jahr waren 15 Milliarden eingesetzt. Wir haben ja noch nicht den Rechnungsabschluß; aber nach allem, was wir gehört haben, sind diese 15 Milliarden erheblich überschritten worden. Ich fürchte — und ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister wird nicht widersprechen —: die 8 Milliarden in diesem Jahre werden erstrecht erheblich überschritten werden, insbesondere dann, wenn die Entente das verwirklicht, was sie angekündigt hat, nämlich uns nicht nur für die Kosten der Okkupation von Düsseldorf,

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Ruhrort usw. haftbar zu machen, sondern auch für die **Kosten des Aufstandes in Oberschlesien.**

(Hört! Hört! rechts.)

Dann werden die 8 Milliarden auch nicht zur Hälfte ausreichen, ja nicht einmal zu einem Drittel, um diesen Posten zu decken.

Es sind seinerzeit bei den Vorverhandlungen zwischen den Alliierten in Versailles nach dem Buche, das Herr **Tardieu** vor einiger Zeit über den Frieden veröffentlicht hat, zwischen Engländern, Amerikanern, Italienern und Franzosen bindende Abmachungen getroffen worden, daß, wenn Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnet hat und die Friedensbedingungen ausführt, die **Besatzungskosten** auf **12 Millionen Pfund** jährlich reduziert werden sollen.

(Hört! Hört! rechts.)

Das sind 240 Millionen Goldmark pro Jahr, beim Kurse von 15 Papiermark für eine Goldmark 3,6 Milliarden Papiermark.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Statt dessen haben wir Leistungen für die Besetzung zu bewirken, die vielleicht an das Zehnfache, jedenfalls an das Sieben- bis Achtfache dieser Summen herankommen.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich möchte die Reichsregierung bitten, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, wenigstens in diesem Punkt den Standpunkt, den ihr das Ultimatum gegenüber den Alliierten gegeben hat, auszunützen. Ich möchte sie bitten, von den Alliierten zu verlangen, daß die Besatzungskosten mindestens auf dieses Maß, das immer noch eine horrende Summe für das ausgeplünderte und ausgesogene deutsche Volk bedeutet, auf diese Zahl, die schon vor mehr als zwei Jahren unter den Alliierten vereinbart worden ist, endlich herabgesetzt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Solange das aber nicht geschehen ist, werden wir für Besatzungskosten in unsere Bilanz eine Milliarde Gold-
(B) mark, wie ich fürchte, einstellen müssen.

Dazu kommt ein weiterer Posten: die **Zahlungen des Reiches aus dem Ausgleichsverkehr.** Ich habe mir erlaubt, im Hauptausschuß an die Vertreter des Wiederaufbauministeriums die Frage zu richten, wie hoch diese Ausgleichszahlungen sind. Sie sind gegenwärtig pauschaliert auf Grund einer Abmachung mit den Alliierten. Sie betragen jetzt Monat für Monat und wohl noch für lange Zeit 2 Millionen Pfund Sterling. Das sind im Jahre 24 Millionen Pfund Sterling, also rund eine **halbe Milliarde Goldmark.**

Aus den drei Posten 3,3 Milliarden Annuitäten aus dem Ultimatum, eine Milliarde Besatzungskosten, eine halbe Milliarde für Ausgleichszahlungen komme ich auf **4,8 Milliarden Goldmark Jahresbelastung.** Wenn ich mit 15 multipliziere — und der Kurs von 15 Papiermark gleich einer Goldmark ist noch zu gering; nach dem heutigen Dollarkurs wären 17 bis 18 Papiermark gleich einer Goldmark —, so ergibt sich für die Durchführung des Friedensvertrages und des Ultimatums eine jährliche Belastung von nicht weniger als **72 Milliarden Papiermark.**

(Hört! Hört! rechts.)

Diese stelle ich den 40 bis 45 Milliarden Papiermark gegenüber, von denen der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Wenn wir vor uns selbst ehrlich sein wollen, wenn wir uns selbst ein klares Bild machen wollen, müssen wir nicht 40 bis 45 Milliarden, sondern nach meiner Ansicht rund 70 Milliarden, 72 Milliarden Papiermark einsetzen.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Die Ausgleichszahlungen gehen noch einige Jahre weiter, und wir wollen uns zunächst an das nächste halten. Dieser Posten wird später in Wegfall kommen; das wird dann eine gewisse Erleichterung bedeuten; aber zunächst müssen wir damit rechnen, daß die Ausführung des Friedensvertrages, das Budget der Reparationen, wie es der Herr Reichskanzler genannt hat, unserm inneren Etat, den ich vorhin auf 82 Milliarden beziffert (C) habe, noch mindestens 72 Milliarden Ausgaben hinzufügt. Damit kommen wir zu einer Gesamtlast der **Jahresausgaben des Reichs** von **rund 155 Milliarden Papiermark,**

(hört! hört! rechts)

— immer unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß der Kurs unserer Papiermark nicht noch weiter zurückgeht. Unsere gesamten Einnahmen, einschließlich der außerordentlichen, einschließlich des Notopfers, von dem sehr erhebliche Beträge jetzt infolge der Beschleunigung der Einzahlungen eingegangen sind, beziffern sich heute — ich erwähnte die Zahl vorhin — auf 55 Milliarden Papiermark. Das ist nicht viel mehr als ein Drittel dessen, was in Zukunft zu beschaffen sein wird, was für die nächsten Jahre zu beschaffen sein wird.

Das ist die eine Seite der Frage! Das ist die **Papierbilanz,** wie ich sie mal nennen will, und schon die Durchführung dieser Papierbilanz erachte ich für eine Unmöglichkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat dann von den **neuen Steuern** gesprochen, die er schaffen will. Ich weiß nicht, ob er neue und alte Steuern zusammengerechnet hat; es war nicht so schnell mitzukommen, er hat heute auch etwas schneller gesprochen als sonst. Ich weiß also nicht, ob die 80 Milliarden, die er genannt hat, das sein soll, was neu hinzukommt oder das Gesamtaufkommen.

(Zuruf vom Ministertisch.)

— Das künftige Gesamtaufkommen einschließlich der bestehenden Steuern?

(Zustimmung vom Ministertisch.)

Dieses Gesamtaufkommen von 80 Milliarden einschließlich der bestehenden Steuern würde also in Zukunft einem Ausgabebedarf von rund 155 Milliarden gegenüberstehen, also ein Defizit von ungefähr 75 Milliarden hinterlassen. Und, meine Damen und Herren, das ist kein Wunder. (D) Keine direkten und keine indirekten Steuern — wenn nicht eine noch weitere Entwertung der Mark eintritt, der wir dann nachlaufen müssen, die die Sache nicht bessert, sondern verschlimmert — kein Anziehen der Steuerschraube kann aus dem deutschen Volke den Betrag von 155 Milliarden oder auch nur einen annähernden Betrag herauspressen. Das ist einfach nicht möglich.

Nehmen Sie zunächst die **direkten Steuern!** Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, von denen der Herr Reichskanzler sprach. Der Herr Abgeordnete Trimborn hat durchaus das Richtige getroffen: über so weitgehende Steuervorlagen kann man erst urteilen, wenn man sie genau vor sich sieht, wenn man genau weiß, was vorgeschlagen wird. Trotzdem ist es wichtig, daß wir uns heute über diese Dinge unterhalten. Denn wenn wir jetzt in die Ferien gehen, so nehme ich an, daß wir alle — darin werden auch Sie (nach links) mir zustimmen — bedrückt hinausgehen, bedrückt über die ungeheure Last, die auf unserm Volke liegt.

(Zurufe und Unruhe links.)

Auch Sie werden Ihren Kopf anstrengen müssen.

(Lebhafte Zurufe links: Sie haben es verschuldet! Die Kriegsschulden muß der Verlierer nach sich tragen! Bleigewicht!)

Ich für meine Person mache mir folgenden Gedankengang zurecht, und ich glaube nicht, daß diesem Gedankengang widersprochen werden kann.

Die 55 Milliarden, die wir heute einschließlich der außerordentlichen Einnahmen im Reiche aufbringen, bestehen zu einem ganz großen Teil bereits heute aus direkten Steuern. Im letzten Jahre sind, wenn ich die Zahlen recht im Gedächtnis habe, rund 33 Milliarden aus direkten Steuern und Verkehrssteuern aufgekommen; aus direkten Steuern einschließlich der Reichsstempelabgabe,

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) aber ohne Umsatzsteuern und ähnliches, rund 25 Milliarden, gegen rund 13 Milliarden aus Verbrauchssteuern und Zöllen, einschließlich der Ausfuhrabgaben. Also heute schon eine **Anspannung der direkten Steuern,** die ja auch den Herrn Reichskanzler vor einem halben Jahre zu dem Ausspruch veranlaßt hat, daß hier ein weiteres Anziehen der Steuerschraube nicht möglich sei, daß in gewisser Beziehung eine Revision, ein Abbau stattfinden müsse. Er hat auch eingesetzt. Wir haben uns genötigt gesehen, für die kleineren und mittleren Einkommen — für das, was man heute noch kleine und mittlere Einkommen nennt! — Entlastungen eintreten zu lassen. Also heute schon 25 Milliarden direkter Steuern! Und wie zustandegekommen? Durch Steuersätze, die auf eine irgendwie längere Dauer für kein Volk erträglich sind. Jede Steuer ist schließlich tragbar, solange sie aus dem Einkommen, das Jahr für Jahr erzielt wird, bezahlt werden kann und solange dann noch soviel übrig bleibt, daß eine Neubildung von Kapital möglich ist, die dem natürlichen Zuwachs eines Volks entspricht.

(Sehr wahr! rechts.)

Diese Grenze ist bei uns heute schon überschritten.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Notopfer ist durchgestaffelt bis 65 Prozent der Vermögen. Die Einkommensteuer ist durchgestaffelt bis 60 Prozent der Einkommen. Die Erbschaftssteuer ist schon für Kinder und Ehegatten durchgestaffelt anscheinend nur bis 35 Prozent, in Wirklichkeit ist sie durchgestaffelt bis 70 Prozent. Denn wenn der Erbe bereits Vermögen besitzt, dann kommen Zuschläge hinzu, die sehr bald den vollen Betrag der eigentlichen Steuer erreichen, also einer Verdoppelung gleichkommen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: In diesem Falle ist sie volkswirtschaftlich nützlich!)

— Das ist Ihre Ansicht, Herr Abgeordneter Keil! Über

(B) diese Ansicht werde ich später gern mit Ihnen diskutieren. Heute handelt es sich nur um ein objektives Bild über die ganze Sachlage; und da stelle ich fest, daß heute schon die Erbanfallsteuer, die nach einer Andeutung des Herrn Reichskanzlers noch weiter ausgebaut werden soll, sogar bei Kindern und Ehegatten bis auf 70 Prozent der Erbschaften durchgestaffelt ist.

Meine Damen und Herren, Sie können gewiß das Notopfer noch weiter schrauben, können die Einkommensteuer noch weiter erhöhen, auch die Erbschaftssteuer noch weiter hinaufsetzen. Was Sie damit für ein **volkswirtschaftliches Unglück** anrichten, darüber wollen wir, wie gesagt, heute nicht diskutieren. Aber eins ist sicher: Sie können das Notopfer nicht verdoppeln, denn 130 Prozent von seinem Vermögen kann auch der reichste Mann nicht bezahlen.

(Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.)

Sie können die Erbschaftssteuer nicht verdoppeln, denn 140 Prozent von der Erbschaft kann der reichste Mann nicht bezahlen.

(Erneute Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Zuruf rechts: Ein sozialdemokratischer Antrag lag vor!)

— Ja, dann nehmen die Herren das aus dem Blau des Himmels heraus, wenn es ihnen auf der Erde fehlt. — Sie können die Einkommensteuer, wenn Sie nicht über eine Konfiskation der Einkommen noch hinausgehen wollen, gleichfalls nicht verdoppeln. Wenn Sie 120 Prozent vom Einkommen erheben, hat der Mann nichts zum Leben, und zweitens wird seine Vermögenssubstanz angegriffen und sehr bald aufgezehrt.

Ich überlasse es dem Urteil der Herren hier (zur Linken), ob Sie glauben, daß unsere indirekten Steuern ohne die schwersten Schädigungen von 12 bis 13 Milliarden, die sie heute erbringen, auf den Betrag von nahezu 40 Milliarden hinaufgebracht werden können, von dem heute der Herr Reichsfinanzminister sprach. Machen Sie (C) die Division mit 60 Millionen deutschen Einwohnern, sehen Sie, was auf den Kopf kommt!

(Zuruf von der äußersten Linken: Sie kritisieren Ihre eigene Politik! Sie sind an allem schuld!)

— Sie sagen immer dasselbe! Ich dachte, hier im Deutschen Reichstag nicht in einem Papageienhaus zu sein.

(Zurufe links und Gegenrufe rechts.)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie eine andere Relation, aus der Sie die Unmöglichkeit ersehen werden, hier zu Rande zu kommen. Nicht ein deutscher Sachverständiger, sondern, soviel ich weiß, die **alliierten Sachverständigen** haben das **durchschnittliche Einkommen in Deutschland** pro Kopf der Bevölkerung bei der Brüsseler Konferenz auf 3900 Mark geschätzt. Machen Sie die Multiplikation mit 60, dann kommen Sie auf ein Volkseinkommen von ungefähr 230 Milliarden. Von diesen 230 Milliarden sollen 155 Milliarden Steuern — also zwei Drittel! — erhoben und zum großen Teil an die Entente abgeführt werden. Ist das eine Möglichkeit?

(Lebhafte Rufe rechts: Nein!)

Das ist für das deutsche Volk unmöglich! Das wäre für jedes andere Volk unmöglich! Denn das, was übrig bliebe, wenn nach den richtigen und vernünftigen Grundsätzen, die der Herr Reichsfinanzminister aufgestellt hat, die dauernden Lasten durch laufende Steuern erhoben werden, — was dann dem deutschen Volke übrig bliebe, das ist nicht genug zum Leben, ist aber gerade genug zum Sterben.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Ich sage also: schon die Papierbilanz beweist, daß an die Durchführung dieser Steuern, **an die Deckung des Ultimatums aus Einnahmen des deutschen Volkes** überhaupt **nicht zu denken** ist.

((Zuruf links: Bitte, geben Sie andere Mittel an!)

— Lassen Sie mich ruhig zu Ende reden.

(Zuruf rechts: Es gibt eben keine anderen Mittel!) (D)

— Sie (nach links) hätten vielleicht schon gehört, was ich zu diesem Punkte zu sagen habe, wenn Sie mich vorhin nicht fortgesetzt unterbrochen hätten. Also zügeln Sie, bitte, Ihre Ungeduld. —

Ich fahre im Text dessen, was ich auszuführen habe, weiter.

(Zuruf links: Milchmädchenrechnung!)

— Wir wären alle sehr glücklich, wenn es sich nur um eine Milchmädchenrechnung handeln würde. —

Meine Damen und Herren! Wie sieht nun aber die Goldbilanz aus, in der die wahren Ziffern des „Budgets" der Reparationen stehen? — Einmal die **Goldbilanz des Deutschen Reiches,** unserer staatlichen Organisation. Da muß ich auf die Zahlen zurückgreifen, die ich vorhin nannte: zunächst 3,3 Milliarden Jahreszahlung für das Ultimatum; dann die Besatzungskosten, die ich augenblicklich nicht niedriger als 1 Milliarde im Jahr veranschlagen kann. Ich will annehmen, daß davon für Sold und ähnliches, was an die Alliierten in bar zu zahlen ist, 300 Millionen Goldmark gezahlt werden müssen; das ist niedrig veranschlagt; es ist in Wirklichkeit wahrscheinlich erheblich mehr. Dann kommen wir auf 3,6 Milliarden. Dazu kommen die rund 500 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen. So gelangen wir auf mehr als 4 Milliarden Goldmark, die das Deutsche Reich in Ausführung des Friedensvertrages heute und wenigstens noch für einige Zeit an die Alliierten zu zahlen hat. Das ist die Goldbilanz des Reiches.

Aber zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft noch ein anderer Posten hinzu. Zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt noch der **Passivsaldo der Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft.** Wie sieht dieser Passivsaldo aus? Unsere Ausfuhr stellt sich nach der letzten Zahl, die bekannt ist,

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) auf rund 5 Milliarden Goldmark; unsere Einfuhr kommt auf 7,5 Milliarden Goldmark. Unsere Handelsbilanz ergibt also ein Defizit von $2^1/_2$ Milliarden Goldmark. Aber damit nicht genug. Wir waren vor dem Kriege ein Gläubigerland. Wir bezogen aus dem Auslande Zinsen aus fremden Wertpapieren, Erträgnisse aus Kapitalanlagen im Auslande und ähnlichen Dingen mehr. Wir bezogen sehr erhebliche Einkünfte, mehrere hundert Millionen Mark, aus unserer Schiffahrt, die verschwunden ist. Alle diese **Aktivposten unserer Zahlungsbilanz** sind **durch den Frieden von Versailles weggelöscht.** Dazu kommt ein weiteres. Schon im Kriege hat sich die deutsche Volkswirtschaft an die ausländischen Volkswirtschaften verschulden müssen. Das hat nach dem Kriege, in der Revolution und bis zum heutigen Tage Fortschritte gemacht und macht jeden Tag weitere Fortschritte. Womit bezahlen wir heute den Fehlbetrag unserer Handelsbilanz? Wir bezahlen ihn durch Schulden.

(Zuruf links: Wie Sie im Kriege!)

Das ist, wenn man sich auf einen Dauerzustand von 100 Jahren einrichtet, eine Unmöglichkeit.

(Sehr richtig! rechts!)

Wir müssen damit rechnen, daß heute bereits **unsere Verschuldung nach dem Auslande** — und ich glaube auch hier nicht, daß der Herr Reichsfinanzminister mir widerspricht — beträchtlich **mehr als 20 Milliarden Goldmark** beträgt.

(Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Das ist schwer zu schätzen!)

— Gewiß, es ist schwer zu schätzen; aber ich weise darauf hin: es handelt sich nicht nur um die gewaltigen Kredite, die wir im Auslande aufgenommen haben, sondern es sind auch ungeheure Beträge, die in Form von ausländischen Krediten in den verschiedensten Formen heute schon im Inlande bestehen und für deren Verzinsung und eventuelle (B) Rückzahlung die Gegenwerte in ausländischen Devisen, d. h. in Gold, nach dem Auslande remittiert werden müssen. Ich mache aufmerksam auf den Bericht einer unserer Großbanken, auf den **Bericht der Dresdner Bank**, in dem ausgeführt wird, daß von den Kreditoren dieses Instituts, die mehr als 11 Milliarden Papiermark betragen, mehr als ein Viertel auf ausländische Gläubiger entfällt. Ich glaube nicht, daß die Dresdener Bank das hervorgehoben hätte, wenn sie der Überzeugung wäre, daß diese Zahl aus dem Rahmen herausfällt. Diese Dinge bezeichnen den Zustand unserer ganzen Wirtschaft. Deswegen glaube ich: der Betrag von 20 Milliarden Goldmark Verschuldung an das Ausland ist nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig gegriffen. Wenn Sie nun davon nur 5 Prozent Zinsen rechnen, so ist das eine Belastung unserer Zahlungsbilanz um eine weitere Milliarde Goldmark. Wenn Sie sich aber erkundigen, wieviel Zinsen heute an das Ausland tatsächlich gezahlt werden müssen, so kommen wir leicht auf den doppelten Betrag. Ich will nur eine Milliarde zuschlagen. Rechnen Sie das hinzu, schlagen Sie das zu den $2^1/_2$ Milliarden Defizit unserer Handelsbilanz, das heute besteht, so kommen Sie auf $3^1/_2$ Milliarden; und diese Summe hinzugerechnet zu den 4 Milliarden, die vom Reiche an die Ententestaaten zu bewirkender Goldleistungen, ergibt einen **Gesamtfehlbetrag der deutschen Goldbilanz von jährlich $7^1/_2$ Milliarden Goldmark.** — Da frage ich: Wo ist der Zauberstab, mit dem das Papier, das Sie allein auch mit der schärfsten Anziehung der Steuerschraube aus Deutschland herausholen können, — wo ist der Zauberstab, der dieses Papier in Gold umwandelt? Ich kenne diesen Zauberstab nicht.

Meine Damen und Herren! Wir wollen doch auch in diesem Punkte absolut klar sehen; und weil wir das wollen, deshalb bedaure ich gewisse Veröffentlichungen, die in letzter Zeit hinausgegangen sind und die über diese wichtige Frage eine starke Unklarheit verbreitet haben; (C) natürlich nicht absichtlich, das nehme ich nicht an.

Ich komme damit auf die augenblickliche Situation und die Frage, wie es überhaupt in der nächsten Zeit mit unseren **Zahlungen an das Ausland** werden soll. Den Damen und Herren ist bekannt, daß wir bei Unterzeichnung des Ultimatums innerhalb einer ganz kurzen Frist einen Wechsel auf eine Milliarde Goldmark an die Ententestaaten gegeben haben, der am 31. August dieses Jahres fällig ist und eingelöst werden muß. Dann kommen vom Ende dieses Jahres ab die regelmäßigen Zahlungen, die wir in acht von den zwölf Monaten des Jahres zu erfüllen haben. Sie betragen am 15. November zum erstenmal ein Viertel der 26 %igen Exportabgabe, also ungefähr 330 Millionen Mark. Es kommt dann am 15. Januar 1922 zum erstenmal eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark, ein Viertel der festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark; dann am 15. Februar wieder ein Viertel der Exportabgabe mit 330 Millionen Gold. Dann kommen am 15. April wieder die 500 Millionen Gold. Und so wickelt sich das Monat für Monat weiter ab. In jedem Jahre werden wir in acht Monaten diese gewaltigen Goldzahlungen an das Ausland aufzubringen haben, — soweit nicht Sachleistungen eintreten, soweit nicht Sachleistungen einen Teil der Goldleistungen ablösen.

Und da wollen wir uns nun einmal ein ungeschminktes Bild machen, wie die Dinge aussehen. In der Öffentlichkeit begegne ich immer dem Eindruck, die **erste Milliarde,** die wir nach dem Ultimatum für den 31. August d. J. schulden, sei bereits bezahlt. Das steht sogar in dem Communiqué der Garantiekommission. Ja, bezahlt ist sie durch die **Hingabe von Wechseln,** die am 31. August dieses Jahres fällig werden.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: So sagt jeder Kaufmann!)

— Ja, so sagt jeder Kaufmann, und der Kaufmann (D) versteht es richtig. Aber Sie werden mir zugeben, Herr Kollege Petersen: für das große Publikum ist es ein Mißverständnis; und daß dieses Mißverständnis auch bei vielen Leuten besteht, die kaufmännisch denken können, davon habe ich in den letzten Wochen oft Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen. In Wirklichkeit ist bisher dieser Betrag, der am 31. August fällig ist, nur mit 244 Millionen Gold bezahlt. Also von dieser einen Milliarde, die in der Vorstellung unseres Publikums bezahlt ist, müssen bis zum Verfalltage, dem 31. August, noch 756 Millionen Goldmark beschafft werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Es ist heute von der Unterzeichnung des Ultimatums an bis zum 31. August ungefähr die Hälfte der Zeit verflossen, und trotzdem sind erst 244 Millionen auf die Milliarde abgedeckt, also nur ein Viertel. Die übrigen drei Viertel haben wir in der zweiten Hälfte der Zeit noch aufzubringen.

Nun stand bereits in den Zeitungen zu lesen: wenn diese Milliarde bezahlt sei, würden wir bis zum 1. Mai nächsten Jahres nur noch 300 Millionen Goldmark weiter aufzubringen haben, das übrige werde durch **Sachleistungen** abgedeckt werden. Die ersten Nachrichten lauteten sehr bestimmt, die folgenden brachten dann schon die Einschränkung, das verstehe sich unter der Voraussetzung, daß der Rest durch Sachleistungen abgedeckt werde. Nun werden Sie zugeben, daß es für eine Regierung nichts Gefährlicheres gibt, als draußen solche Vorstellungen zu erwecken, die sehr bald in die Brüche gehen müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Deswegen möchte ich gerade in diesem Punkte den Herrn Reichsfinanzminister um eine ergänzende Aufklärung bitten. Meine Rechnung ist folgende:

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Wir haben insgesamt bis zum 1. Mai nächsten Jahres, „dem ersten Reparationsjahre", wie die Garantiekommission sagt, aufzubringen: 2 660 Millionen Goldmark. Davon sind bisher in bar bezahlt 244 Millionen, aber ich will einmal annehmen, die erste Milliarde sei bereits voll gezahlt oder ihre Zahlung sei sichergestellt; dann würden sich die 2 660 Millionen Goldmark auf 1 660 Millionen verringern. Wenn auf diese 1 660 Millionen nur noch eine Goldzahlung von 300 Millionen erforderlich sein soll, dann müßten also durch Sachleistungen abgedeckt werden 1360 Millionen Mark.

Nun frage ich: Wo sind die Sachleistungen, die diesen Betrag abdecken könnten? Der weitaus wichtigste Posten ist die **Kohle.** 2 Millionen Tonnen pro Monat sollen geliefert werden, das macht 24 Millionen Tonnen im Jahre; und wenn ich einen Preis von 20 Goldmark für die Tonne, der wohl eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, zugrunde lege, so würde das auf 480 Millionen oder rund 500 Millionen Goldmark hinauslaufen. Diese 500 Millionen will ich abrechnen von den 1360 Millionen. Dann bleibt immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 860 Millionen. Ich sehe nicht, woher die Deckung für diesen Fehlbetrag kommen soll.

„Die Exportabgabe von England" wurde mir vorhin zugerufen. Das sind die 26 Prozent, die England von unserer Ausfuhr nach England erhebt. Wir haben nun alle in der Presse gelesen — auch in der englischen Presse steht es —, daß seit Einführung dieser Importabgabe der Wert der deutschen Einfuhr nach England ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Wenn nun aber diese Einfuhrabgabe in England tatsächlich nahezu eine Milliarde Goldmark ergeben sollte, dann würde das ja heißen, daß unser Export allein nach England dem Betrag von 4 Milliarden Goldmark nahekommen müßte bei einem Gesamtexport von 5 Milliarden im letzten Jahre! Das (B) ist natürlich nicht möglich. Also hier kann die Abdeckung auch nicht gefunden werden.

Es fragt sich nun, welche anderen Sachleistungen möglich sind. Damit komme ich auf das sehr traurige Kapitel der Sachleistungen. Ich schicke voraus: Man mag zu der Frage der Annahme des Ultimatums stehen, wie man will, aber nachdem es angenommen ist — das bekenne ich ausdrücklich —, haben wir alle die Pflicht und Schuldigkeit zu tun, was wir können, um zu zeigen, daß wir guten Willen haben. Ich bin von der Unmöglichkeit, das Ultimatum auch nur für irgendwelche längere Zeit zu erfüllen, überzeugt. Aber in bezug auf die Notwendigkeit, den guten Willen zu zeigen, besteht im Hause, glaube ich, keine Meinungsverschiedenheit. Guten Willen können wir nicht zeigen mit Gold, das wir nicht haben. Die Alchemie ist noch nicht soweit vorgeschritten, daß wir unser Papier in Gold verwandeln können. **Guten Willen** können wir nur **zeigen in Sachleistungen.** Was ist nun da erreicht worden?

Die **Sachleistungen** sind nicht nur von unserem guten Willen **abhängig,** sondern auch **von dem guten Willen der anderen.**

(Sehr richtig!)

Und was ist das Produkt des zweifellosen guten Willens bei uns und des Willens auf der anderen Seite, den ich durch kein Prädikat näher bezeichnen will? Was ist die Resultante aus diesem Kräfteparallelogramm?

Der Friedensvertrag sieht vor, daß die **Entente** ihre **Warenforderungen** bei uns in Form von **Listen** anmelden soll. Diese Listen sind auch eingereicht worden. Der Gesamtwert der Objekte, die da von der Entente gefordert wurden, betrug mehr als 10 Milliarden Goldmark. Aber als die Liste hier in Bearbeitung genommen wurde, stellte sich heraus, daß die verlangten Sachen zum großen Teil nicht lieferbar waren. Mir ist gesagt worden, daß Dinge verlangt worden sind wie etwa „7000 Meter Transmissionen". (Heiterkeit.) Ich bitte die Herren, die einigermaßen in der Technik Bescheid wissen, zu sagen, was sie sich darunter vorstellen sollen. Weiter wurden Dinge verlangt, wie große Mengen von Baumwolle, Kupfer und ähnlichen Sachen, die wir garnicht liefern können. Als die Sichtung vollendet war, konnte unser Wiederaufbauministerium nur Vorschläge im Werte von 10 Milliarden Papiermark, nicht Goldmark, machen. (C)

(Hört! Hört! rechts.)

Was ist nun aus den Verhandlungen, die darüber geführt worden sind, herausgekommen? — Bis jetzt im ganzen Bestellungen in Höhe von nur 500 Millionen Papiermark!

(Hört! Hört! rechts.)

Und was ist bisher davon ausgeführt worden? Nur für 100 Millionen Papiermark; und wenn Sie hier die Umrechnung in Goldmark zum heutigen Kurse vornehmen, so sind danach **bisher knapp 6 Millionen Goldmark im Wege dieser Sachleistungen erfüllt** worden, — außer Kohle, wie ich schon gesagt habe, und vielleicht Holz. Das ist eine Summe, die nur einen ganz verschwindenden Teil, noch nicht einmal ein Fünftel Prozent dessen ausmacht, was wir jährlich zu leisten haben!

Ich spreche die Hoffnung aus, daß es in den Verhandlungen, die jetzt eingeleitet sind, endlich gelingen möchte, diese Frage der Sachlieferungen in Fluß zu bringen. Aber wenn auch mit Herrn Dr. **Rathenau** ein Engel vom Himmel heruntergestiegen wäre, das wird er nicht zu Wege bringen nach allem, was wir bisher erlebt haben, daß in der kurzen Zeit, die bis zum 1. Mai zur Verfügung steht, nicht nur Verträge abgeschlossen, sondern auch Lieferungen bewirkt werden in dem Werte, wie er uns in den von mir bezeichneten Veröffentlichungen als wahrscheinlich bereits gedeckt präsentiert worden ist. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Darum wäre ich dankbar, wenn uns über diesen Punkt, der von außer- (D) ordentlicher Wichtigkeit ist, Mitteilungen gemacht werden würden.

Alle diese Fragen stehen in engstem Zusammenhang mit der **Entwicklung unseres Devisenmarktes.** Der Herr Reichskanzler hat mit Recht hervorgehoben, daß alles davon abhängt, daß es endlich gelingt, die Mark zu stabilisieren. Er hat darauf hingewiesen, daß die Garantiekommission selbst anerkannt hat, daß dasjenige, was man von Deutschland verlangt, gar nicht erfüllbar ist, wenn die Mark ihren Rückgang fortsetzt. Er hat darauf hingewiesen, daß daraus die Reparationskommission gewisse Anforderungen sehr weitgehender Art an Deutschland herleitet. Das ist begreiflich, aber es ist nicht verwunderlich. Als über das Ultimatum beraten wurde, haben wir die schwere Besorgnis gehabt, daß sehr bald auf die Annahme des Ultimatums der Kurs der deutschen Mark, der vorher in einen gewissen Gleichgewichtzustand gekommen war, wieder ins Rutschen kommen würde. Damals ist uns von Regierungsseite erklärt worden, das sei eine Täuschung; die Annahme des Ultimatums werde eine solche Entlastung der ganzen Welt bedeuten, auch in wirtschaftlicher Beziehung, daß dann eine Hebung des Markkurses die notwendige Folge sein werde. Unserer Besorgnis gegenüber ist damals das mir unbegreifliche Wort von dem „Fettpolster an Devisen" gesprochen worden, das wir uns anschaffen könnten,

(hört! hört! rechts)

das uns in den Stand setzen würde, uns gegen diese Gefahren zu panzern.

Meine Damen und Herren! Wie ist die tatsächliche Entwicklung? Der **Kurs der Mark** in amerikanischem Dollar stellte sich am 26. April auf 64,7 Mark pro Dollar. Es ist dann allerdings eine vorübergehende Besserung eingetreten, wie das natürlich war. Als das Ultimatum

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) unterzeichnet war, fanden sich natürlich Leute, die vorher à la baisse spekuliert hatten und jetzt rasch zur Deckung griffen. Es trat eine Besserung ein bis auf 58 Mark pro Dollar. Aber wie ist heute der Kurs? Heute ist er $74^1/_2$ bis $74^3/_4$,

(hört! hört! rechts)

schlimmer als er seit langer Zeit gestanden hat. Man hat das dadurch zu erklären gesucht, daß man sagte, die Alliierten hätten die Torheit begangen, daß sie die Zahlung ausschließlich in Dollars verlangt hätten. Es würde eine Erleichterung eintreten, wenn auch die Zahlung in französischen Franken und englischen Pfund Sterling zugelassen würde. Gewiß liegt darin etwas; aber es trifft nicht den Kern der Sache. Wie wenig das der Fall ist, mögen die Herren aus der Kursentwicklung des Pfund Sterlings und des französischen Franken am Berliner Markte ersehen.

Am 26. April stand das Pfund Sterling in Berlin auf 255 Mark, nach dem Kurse von gestern abend auf 277 Mark.

(Hört! Hört! rechts.)

Der Kurs auf Paris stand am 26. April auf 481,50, heute steht er auf 594,40 Mark.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Steigerung des französischen Franken ist stärker als die Steigerung des amerikanischen Dollars. Deswegen wird die Hoffnung, hier mit devisentechnischen Mitteln eine Entlastung zu bewirken, indem man statt Dollars Pfund Sterling und Franken kauft, täuschen. In dem Kurse unserer Mark drückt sich die Möglichkeit aus, das Ultimatum zu erfüllen. Das Herabgehen des Kurses deutet das Herannahen einer Krisis an, die ich als die **Krisis der Erfüllung** bezeichnen möchte. Diese Krisis kommt erheblich schneller heran, als die meisten im deutschen Volke glauben.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren! Es ist mir vorhin zugerufen worden, ich solle zeigen, auf welchem Wege das Ultimatum erfüllt werden kann.

(B) (Sehr richtig! links.)

Ich gebe Ihnen jetzt die Antwort. Ich sage Ihnen dasselbe, was wir Ihnen nicht aus Übermut, nicht aus nationalistischem Geiste heraus, sondern aus schwerer, peinlicher, sorgfältiger, gewissenhafter Überlegung vor der Annahme des Ultimatums gesagt haben: Das **Ultimatum ist nicht erfüllbar.**

(Sehr wahr! rechts.)

Es wird niemand die Möglichkeit finden, dieses Ultimatum zu erfüllen, weder Sie, noch ich, noch irgend jemand!

(Sehr richtig! rechts.)

Der Weg, den jetzt der Herr Reichskanzler vorschlägt — das haben wir vorhin an den Zahlen gesehen, die Sie (zum Reichskanzler gewendet) uns gegeben haben —, auch dieses gigantische Steuerprogramm, das über die Kraft des deutschen Volkes weit hinausgeht, auch dieses Programm erfüllt das Ultimatum nicht. Von den 155 Milliarden Papiermark Ausgaben bleibt immer noch ein Defizit von 75 Milliarden.

So stehen die Dinge!

Lassen Sie mich über dieses **Steuerprogramm**, Herr Reichskanzler, ohne daß ich mich auf Einzelheiten einlasse, kurz ein Wort sagen.

Auch Sie werden nicht bestreiten wollen, daß dieses Steuerprogramm nicht nur den Jahresertag der deutschen Volkswirtschaft erfaßt, sondern weit darüber hinaus in die **Substanz des deutschen Volksvermögens** eingreift.

(Sehr richtig! rechts.)

Das geht schon aus Ihrem — ich will nicht kritisieren, sondern nur Tatsachen feststellen — Gedanken hervor, daß jetzt nach der Kriegsbesteuerung des Vermögenszuwachses — ich weiß nicht, ob ich sagen soll, in der Form einer Friedens- oder Nachkriegssteuer — der Vermögenszuwachs seit dem Notopfer erneut besteuert werden soll. Dieser Vermögenszuwachs ist bei der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit einfach nicht da. Er konnte im Krieg nicht da sein. Der Krieg zehrt. Er (C) konnte im Krieg nicht da sein, da konnten wir eine Finanzpolitik des Reichs machen, wie wir sie wollten. Ein Vermögenszuwachs der deutschen Volksgesamtheit ist auch jetzt im sogenannten Frieden nicht da; kann auch nicht da sein, weil wir keinen wirklichen Frieden haben. Der Vermögensschwund, die **Schwindsucht des deutschen Volksvermögens** geht weiter. Was heute als Vermögenszuwachs erscheint — abgesehen von seltenen Ausnahmefällen —, ist ein Zuwachs, gesehen durch das Vexierglas der Geldentwertung.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Reichskanzler, ich will einmal radikaler sein, als Sie sein wollen, in der Theorie selbstverständlich — in der Praxis sind Sie ja radikaler als ich, darüber sind wir uns einig, — ich will nur demonstrandi causa radikaler sein, als Sie selbst. Ich will einmal annehmen, Herr Reichskanzler, Sie wollten jetzt den gesamten Scheinzuwachs hinwegsteuern, namentlich auch den Zuwachs, den Sie auf die Realwerte berechnen. Was heißt das anders, als es darf in Deutschland zukünftig, in Papier ausgedrückt, niemand ein größeres Vermögen besitzen, als er am 1. Januar 1914 Vermögen besessen hat, in Gold ausgedrückt. Es darf also niemand ein Vermögen besitzen, das dem Realwert nach mehr als der fünfzehnte Teil seines früheren Vermögens ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Da sich das Volksvermögen aus den Vermögen der Einzelnen zusammensetzt, heißt das, daß das Gesamtvermögen der deutschen Volkswirtschaft heruntergedrückt wird auf den fünfzehnten Teil seines früheren Vermögens. Damit kann das deutsche Volk nicht nur nicht arbeiten, sondern damit kann es auch nicht leben.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie holen die **Steuern aus der Substanz** heraus; sie essen die Sustanz auf; nicht wie ein Butterbrot, gewiß nicht, (D) obwohl auch im Inneren manches von dieser Substanz verzehrt wird, was erhalten bleiben müßte. Was geschieht mit der Substanz, die Sie erfassen? Der ganze Zweck ist: **Zahlen an die Entente!** Herr Reichskanzler, Sie haben ja selbst in Essen ein Wort gesagt, von dem ich Ihnen wünschte, daß Sie es im Interesse des deutschen Volkes wahrmachen könnten. Sie haben gesagt: „Für mich ist der Gedanke geradezu unfaßbar, daß wir deutsche Substanz, deutsches Vermögen nach dem Auslande verlieren sollten, um uns über ein paar Jahre hinüberzuretten". Aber, Herr Reichskanzler, wenn Sie im Amt bleiben, und wenn Sie der Meinung beiben, Sie könnten das Ultimatum durchführen, wenn Sie es wirklich durchführen wollen, dann werden Sie, ob Sie wollen oder nicht, die Substanz des deutschen Volkes Schritt für Schritt, Monat für Monat, Jahr für Jahr in die Hände der Entente überführen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das ist unvermeidlich! Wie sollen die Leute einen Teil der Realwerte abgeben? Mit dem Grund und Boden, mit den Maschinen, mit den Gebäuden ist nichts gedient. Sie sollen sie veräußern, vielleicht an das Reich. Ich weiß nicht, ob das Reich wieder auf den Gedanken der **Reichsvermögensbank** zurückkommen will. Auch das würde nichts nützen. Wenn das Reich keine solchen Veranstaltungen trifft, würde der Zustand eintreten, daß die Besitzer der Realwerte, daß diejenigen, die in Deutschland nicht nur produktives Vermögen besitzen, sondern mit diesem produktiven Vermögen arbeiten, und Güter erzeugen — —

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Die andern arbeiten lassen!)

— Jawohl, arbeiten und arbeiten lassen! — Ich weiß nicht, Herr Bernstein, ob Sie den Zwischenruf gemacht haben. Ich hätte Sie für ernsthafter gehalten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Nein, nicht Bernstein!)

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Ich denke, die Stunde ist wirklich so ernst, daß Sie mich — ich weiß nicht, wer der Herr war — mit solchen wirklich abgegriffenen Zurufen verschonen können. — Ich komme auf den Faden zurück, und sage:

Herr Reichskanzler, in diesem Augenblick, wo eine Besteuerung Platz greift, wie Sie sie angekündigt haben, wird es in Deutschland, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die es verstehen werden, durch irgendwelche Maschen Ihres Steuernetzes hindurchzuschlüpfen, nur noch **Verkäufer unserer Realwerte** und keine Käufer mehr geben. Die **Käufer** werden die **Ausländer** sein. Das Ausland wird kommen und wird die Realwerte — ich möchte nicht einmal sagen für ein Butterbrot, sondern für ein Stück trocken Brot uns abkaufen, die Realwerte, die wir auf den Markt werfen müssen, um die Steuern zu bezahlen, die Sie verlangen. Auf diesem Umwege werden Sie durch Ihre Besteuerung die Vermögenssubstanz, die Realwerte, die Produktivmittel des deutschen Volkes in die Hände der Entente überführen.

(Sehr wahr! rechts.)

Daraus werden alle die Konsequenzen entstehen, die bei den Beratungen über die Annahme des Ultimatums auch auf der Linken anerkannt worden sind, und, wie ich annehme, heute noch anerkannt werden. Meine Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck — ich will nicht verallgemeinern —, aber aus einzelnen Äußerungen der Linken habe ich doch manchmal den Eindruck, daß es dort Leute gäbe, die mit einer gewissen Schadenfreude diesem ungeheuren Schicksal zusehen würden,

(Zurufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

die sagen würden: jetzt haben wir die Leute, die Besitzer von Realwerten in der Zange, und jetzt kommt auf diesem Wege die große **soziale Enteignung**.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das erinnert mich an die-
(B) jenigen, die über den Niederbruch des deutschen Militarismus triumphiert und dafür jetzt den Ententemilitarismus bekommen haben!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Sie werden mit dieser Steuergesetzgebung den sogenannten Kapitalismus, d. h. das deutsche produktive Volksvermögen, zerstören. Sie werden es in die Hände der Entente überführen und Sie werden mit dieser sogenannten Sozialisierung, mit dieser Expropriation — —

(lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Phantasie!)

Sehen Sie doch in Ihrem eigenen Blätterwalde nach, Herr Abgeordneter Müller, dann werden Sie mit Ihren Zurufen vorsichtiger sein! — Mit dieser Expropriation — denn eine Expropriation ist es — werden Sie den Kapitalismus nicht beseitigen, sondern Sie werden alle die Fehler, die der Kapitalismus wie alle menschlichen Einrichtungen an sich hat, kumulieren, steigern durch die Fremdherrschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist das Schicksal, das Sie dem deutschen Volke bereiten werden!

(Zurufe links.)

Nun komme ich zum Schluß.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten: Was tun?!)

Darauf habe ich die Antwort vorhin schon gegeben! —

(Widerspruch.)

Ich habe vorhin bereits erklärt: Das Ultimatum ist nicht durchführbar, und weder ich — —

(erneute Zurufe von links)

— lassen Sie mich doch weiterreden, ich bin ja gleich am Ende! — weder ich, noch ein anderer kann irgendein Mittel angeben, wie das Ultimatum durchgeführt werden kann. Es gibt kein Mittel der Erfüllung!

(Erneute Zurufe links.)

Aber ich sage folgendes: Ich stimme gewissen Ideen, (C) wie sie von der Regierungsbank, von den Persönlichkeiten der Regierung in letzter Zeit ausgesprochen worden sind, durchaus bei: das Schicksal Deutschlands ist nicht nur das **Schicksal Deutschlands**, sondern das Schicksal Europas! und darüber hinaus das **Schicksal der zivilisierten Welt!**

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben alles Interesse daran, daß das begriffen wird, alles Interesse daran, daß die Unausführbarkeit des Ultimatums in Deutschland, aber auch draußen in der Welt begriffen wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Weg der Rettung des deutschen Volkes ist nicht das Programm der Erfüllung, nicht die unmögliche Erfüllung des Ultimatums, sondern dieser Weg ist die **Revision des Ultimatums**, die Befreiung vom Ultimatum.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe links.)

— Sie können sich beruhigen! Sie brauchen nicht zu fürchten, ich würde gleich ein Maschinengewehr aus meiner Westentasche ziehen!

(Heiterkeit rechts.)

Ich habe keines! So töricht, wie Sie denken, bin ich denn doch nicht! Aber, meine Damen und Herren (nach links), helfen Sie an dem mit, was wir tun müssen, um zur Revision des Ultimatums zu kommen, um das deutsche Volk zu retten! Aber nicht mit solchen Szenen, wie Sie sie vorhin aufgeführt haben und wie Sie sie stets gerne aufführen, wenn jemand hier vor Sie hintritt und die Wahrheit sagt.

(Erneute Zurufe links. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Da haben Sie Schuld gehabt!)

Meine Damen und Herren, helfen Sie bei dem, was wir tun müssen, bitte mit, indem auch Sie überall, wo Sie können, jeder in seinem Kreise, jeder zu denen, zu welchen er Beziehungen hat, die auf ihn hören, darauf hinweist, wie undurchführbar das Ultimatum ist, und in wie naher (D) Zeit wir in die Erfüllungskrisis hineinkommen!

Und damit wende ich mich noch einmal an die Regierung. Meine Damen und Herren! Diesem Bestreben, dahin zu wirken, daß die Welt einsieht, das Ultimatum ist eine Unmöglichkeit, kann nur dann draußen in der Welt die Bahn gebrochen werden, wenn zu allererst das deutsche Volk das einsieht und sich dazu bekennt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Aber dagegen richten Sie einen Damm auf, wenn es vorkommen kann, daß hier von Regierungsseite erklärt wird: das Ultimatum ist erfüllbar, wir können erfüllen, wenn wir nur wollen! — Das ist das Gegenteil der Politik, die richtig ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und es ist auch das Gegenteil der Wahrheit! Herr Reichskanzler! Ich richte an Sie den Appell: Unterlassen Sie solche Äußerungen und sorgen Sie dafür, daß von jedem Mitglied der Regierung in Zukunft solche Äußerungen unterlassen werden. Ich bin fest überzeugt, es gibt niemand auf der Regierungsbank, es kann niemand auf der Regierungsbank geben, der im Ernst glaubt, daß das Ultimatum auf irgendwelche längere Dauer erfüllbar sei. Aber Sie glauben in Taktik machen zu müssen zugunsten des deutschen Volkes, indem Sie das Ultimatum als erfüllbar hinstellen. Diese Taktik ist grundfalsch, ist grundverkehrt! Meine Herren von der Regierung, sagen Sie **die Wahrheit!** Das ist **die beste Taktik!** Das ist die einzige Rettung!

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. — Erregter Widerspruch und vereinzeltes Zischen links. — Wiederholte lebhafte Bravorufe rechts. — Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken: Wo bleiben die Steuerpläne?! — Erneuter Beifall und Händeklatschen rechts. — Andauernde große Unruhe links und Zurufe: Urteutone.)

(A) Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

(Andauernde Unruhe.)

Meine Herren! Ich muß Sie dringend um Ruhe bitten.

Keil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, mit größerer Berechtigung namens meiner Fraktion das volle Einverständnis mit dem scharfen Protest des Herrn Reichskanzlers gegen die Fortdauer der Sanktionen aussprechen zu können als der Herr Vorredner.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Der Herr Vorredner hat geglaubt, den Herrn Reichskanzler in der Tonart übertrumpfen zu sollen. Er hat den Ausdruck von der geschichtlichen Merkwürdigkeit, den der Herr Reichskanzler gebraucht hat, als zu schwach befunden und das Vorgehen der Entente als unerhört bezeichnet.

(Zuruf rechts: Mit gutem Recht!)

Unerhört ist in der Tat das Vorgehen der Entente;

(Zuruf rechts: Na also!)

aber wenn jemand kein Recht dazu hat, mit diesem Worte vor das deutsche Volk zu treten, so ist es der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe und Unruhe rechts.)

Die Antwort, die ihm bei diesem Satz aus dem Haus entgegentönte, war in Wahrheit ein Ausdruck der Stimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes. —

(Sehr richtig! links. — Andauernde Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

(B) Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren (nach rechts)! Ich muß jetzt die nämliche Bitte an Sie aussprechen wie vorhin an die andre Seite, nun den Herrn Abgeordneten Keil zum Wort kommen zu lassen.

Keil, Abgeordneter: — der großen Mehrheit des deutschen Volkes, die es unerhört findet, daß der Mann, dem wir dieses ganze furchtbare Unglück verdanken,

(große Unruhe rechts)

es gewagt hat, auf diese Tribüne zu treten, doppelt unerhört, weil dieses **Auftreten** des Abgeordneten **Helfferich** nicht nur vom deutschen Volke selbst, sondern auch vom Auslande als Provokation empfunden wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts und Zuruf: Wortführer des Auslandes!)

Wir haben wahrlich schwer genug an den Sünden der Vergangenheit des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich zu tragen.

(Lärmende Zurufe rechts.)

Wir bedanken uns dafür, daß dieses Maß noch überhäuft wird.

(Zuruf rechts: Seit dem 9. November!)

— Ich werde Ihnen auch einiges vom 9. November sagen, aber später.

Es gibt in diesem Hause keinen Abgeordneten und im deutschen Volke keine Persönlichkeit, die weniger berufen wäre,

(Zuruf rechts: Wie Sie!)

im Tone der Empörung über diese Dinge zu reden, wie der Herr Abgeordnete Helfferich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Unerhört! — Abgeordneter v. Graefe: Die Rede von Helfferich hat gesessen!)

Denn die **phantastischen Ziffern**, die der Herr Abgeordnete Dr. **Helfferich** heute genannt und die er noch phantastischer dargestellt hat als der Herr Reichskanzler, sind in Wahrheit ein Spiegelbild der gigantischen Schuld, die der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich auf sein Haupt geladen hat. (C)

(Lebhafte Zustimmung links. — Lachen und Zurufe rechts.)

Die Herren erheben Einspruch gegen diese Feststellung. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Helfferich, waren Sie es nicht, der erklärt hat: wenn wir die Karte des U-Boot-Krieges spielen

(Lachen bei den Deutschnationalen)

und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrzehnte hinaus verloren?

(Abg. Dr. Helfferich: Das war ich!)

Sie haben dennoch diese Karte gespielt, und sie stach nicht, und wenn wir nun auf Jahrzehnte hinaus verloren sind, wie Sie es prophezeit haben, so sind wir es durch Ihre Schuld.

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

Waren Sie es nicht, Herr Abgeordneter Helfferich, der vom Frühjahr 1915 bis in den Herbst 1917 die Zerrüttung der deutschen Finanzen und das ganze daraus folgende wirtschaftliche Elend Deutschlands verschuldet

(Rufe bei den Deutschnationalen: Nein!)

und damit den Boden zu Deutschlands militärischem Zusammenbruch gelegt hat?

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Sie tragen die Schuld an diesem Unglück!

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

Die Parole des Herrn Abgeordneten Helfferich, solange er Schatzkanzler des Deutschen Reiches und später Vizekanzler war, war die, den Kriegsgewinnlern die Laune nicht zu verderben, ihnen die höchsten Profite zuzuschanzen,

(lebhafte Zustimmung links)

ihnen sichere Zinsen für die Kriegsanleihen zu gewähren, (D)

(erneute lebhafte Zustimmung links)

den Massen des Volkes aber mit Verbrauchssteuern die Lasten aufzubürden, durch immer wiederkehrende Anleihen sich aus der Verlegenheit zu helfen, und im übrigen nach dem Grundsatz zu handeln: nach uns die Sintflut.

(Sehr richtig! links.)

Mit dieser leichtfertigsten Politik, die sich denken läßt, mit dieser Pumppolitik hat der Herr Abgeordnete Helfferich, der damalige Schatzkanzler, auch bereits die Schleusen geöffnet zu der ungeheuren Papiergeldflut, in der wir nun zu ersticken drohen,

(lebhafter Widerspruch bei den Deutschnationalen)

hat er die Vorbedingung geschaffen für die Geldentwertung,

(lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Unerhört!)

unter der nunmehr die Kleinrentner und die Masse der Papiergeldbesitzer überhaupt leiden, über die Sie nun Ihre Krokodilstränen vergießen.

(Lebhafte Zurufe von den Deutschnationalen. — Abg. Dr. Helfferich: Sehen Sie sich die Reichsbankausweise zu meiner Zeit an! — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Können wir denn nach Ihrer Ansicht das Ultimatum erfüllen, Herr Abgeordneter Keil? — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren! Ich bitte um etwas Ruhe.

Keil, Abgeordneter: Die Herren haben mir zugerufen „der 9. November!" und damit wieder zum Ausdruck bringen wollen, daß wir dieses ganze Unglück der Revolution zu verdanken haben. Gestatten Sie mir,

(Keil, Abgeordneter)

(A) daran zu erinnern, in welchem Moment der Kriegsjahre zum erstenmal das Wort „Revolution" gefallen ist.

(Zuruf rechts.)

— Es war viel früher. — Ich lese in einer Eingabe des „Alldeutschen Verbandes" an den Reichskanzler vom 5. Mai 1915 die folgenden Sätze:

> Die Stimmung in den breitesten Kreisen unseres Volkes ist heute verbittert, ja der Verzweiflung nahe. Die Ursache dieser mit der Größe unserer Volksleistung in Widerspruch stehenden Erscheinung zu untersuchen, ist hier nicht am Platze. Es sei nur gesagt, daß allzuvieles dafür spricht, daß die Reichsregierung das politische Kriegsziel zu eng gesteckt hat
>
> (hört! hört! links)
>
> und daß gerade jene treuesten und politisch zuverlässigsten Kreise hierin einen Verzicht auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges erblicken müssen.

(Erneute Rufe links: Hört! Hört! — Rufe von den Deutschnationalen: Lesen Sie Erzbergers Denkschrift!)

— Wenn Sie wissen wollen, was Erzberger gesagt hat, lesen Sie es nach, aber gestatten Sie mir, daran zu erinnern, daß Erzberger doch rechtzeitig aus den Ereignissen der Geschichte gelernt hat, während Sie bis heute nichts gelernt haben! —

(Lebhafte Zustimmung links.)

Ich fahre fort, noch einen oder zwei Sätze aus dieser Eingabe zu verlesen. Es heißt weiter:

> Mein Gewissen gebietet mir, vor solch einem Verzichte zu warnen. Es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine nächste Folge wäre die Revolution.

(B) (Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Hier ist das Wort „Revolution" während des Krieges und aus Anlaß des Krieges zum ersten Male in die Diskussion geworfen worden. Unterzeichnet ist diese Eingabe:

> Ehrerbietigst Euer Exzellenz ganz ergebenster
>
> (gez.) Freiherr von Gebsattel.

Das sind die Kreise, denen sich der Herr Abgeordnete Helfferich damals gebeugt hat,

(lebhafter Widerspruch rechts)

in deren Dienst und in deren Mitte sich der Herr Abgeordnete Helfferich auch heute befindet. Er möchte jetzt aus dem Kreise von damals gern ausscheiden. Daran hindert ihn aber die Tatsache, daß er sich heute in diesem Kreise mitten drin befindet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Helfferich.)

— Sie scheinen sich plötzlich wieder anders besonnen zu haben! Vor einer halben Minute war es Ihnen unbequem, mit diesen Kreisen in Verbindung gebracht zu werden. — Mit der Auffassung der Eingabe deckt sich vollkommen das Wort von der „Milliardenlast, die die Feinde Deutschlands durch die Jahrzehnte schleppen sollen", das Wort aus dem Munde des Abgeordneten Helfferich.

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

Noch einige Sätze aus dieser Eingabe!

> Bedenkt man, welch eine Schuldenlast nach dem Kriege auf dem Reiche ruhen wird, so ist es klar, daß die Steuern ins Ungeheure wachsen müssen, wenn das Kriegsergebnis unzulänglich ist.
>
> (Zuruf rechts: Na also!)
>
> Man versetze sich in die zurückkehrenden Krieger, von denen jeder sich bestimmt seine Hoffnungen auf irgendwelchen Lohn macht. Statt dieses Lohnes finden sie eine wesentlich gewachsene (C) Steuerlast nach ihrer Heimkunft aus dem Felde. Eine ungeheure Enttäuschung und Erbitterung wird das Ergebnis sein. Es wird keinen Halt geben, und daß nach solchen Leistungen Enttäuschung folgt, wird sich ergeben. Die Monarchie wird gefährdet, ja, gestürzt werden, damit wird das Schicksal unseres Volkes besiegelt sein.
>
> (Sehr richtig! rechts. — Gegenrufe links.)

Wenn Sie (nach rechts) zur rechten Zeit Vernunft angenommen und sich auf das weltgeschichtlich Mögliche beschränkt hätten, dann hätte der Krieg zu einer Zeit zu Ende gehen können, in der eine solche Schuldenlast dem deutschen Volke noch zu ersparen war.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Darüber ist noch viel zu reden!)

Der Herr Abgeordnete Helfferich hat uns heute eine ausführliche Darlegung der augenblicklichen Finanzlage gegeben und die Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums nachzuweisen versucht.

(Zurufe rechts: Weisen Sie die Möglichkeit der Erfüllung nach!)

— Ich weise nicht nach, daß es erfüllbar ist,

(hört! hört! rechts)

aber ich werde Ihnen beweisen, daß wir uns anders und ernstlicher anstrengen müssen, unsere Pflicht zu tun, als Sie es wollen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Ich halte mich im einzelnen auch nicht an Ihre Rechnungen. Ihre Rechnungen haben so oft nicht gestimmt, daß Sie uns nicht zumuten können, aufs neue darauf einzugehen. Ich halte mich vielmehr im wesentlichen an die Darlegungen des Herrn Reichskanzlers. Es ist wahr, daß die Aufgabe, vor der wir stehen, groß und furchtbar schwer ist, und daß kein Mensch heute (D) sagen kann, ob es möglich ist, diese Aufgabe auf die Dauer zu erfüllen. Aber was wollen Sie? Auf die Anfrage, die wiederholt während der Rede an Sie gerichtet worden ist, was Sie denn nun wollen, wie Sie das deutsche Volk aus dieser grauenvollen Lage, in die Sie es selbst hineingeführt haben, herausführen wollen, sind Sie die Antwort schuldig geblieben. Was soll werden, wenn wir heute erklären: wir können nicht!

(Zurufe rechts: Das ist die Wahrheit!)

wenn wir auf jeden Versuch, das zu erfüllen, zu dem wir uns verpflichtet haben, verzichten wollten? Wenn wir heute einen solchen Versuch unternehmen würden, was würde werden? Glauben Sie, daß dann die Entente bescheiden werden und auf alles, was sie von uns verlangt, verzichten würde? Daß sie das nicht tun wird, darüber sind Sie sich selber im klaren. Einmal hat der Herr Abgeordnete Helfferich mit seinen Ratschlägen und Prophezeiungen das deutsche Volk ins Unglück geführt; davor, daß er es noch einmal in ein viel größeres Unglück hineinführt, müssen wir das deutsche Volk schützen. Das ist unsere Pflicht!

(Sehr gut! links.)

Die Entente hat die Macht, ihren Willen durchzusetzen, und sie verdankt es Ihnen, Ihrer Kriegspolitik, daß sie im Besitz dieser Macht ist.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ihrer Revolutionspolitik! — Zurufe links)

Die Entente hat keinen Zweifel darüber gelassen, — —

(Zuruf rechts: Ihrer Entwaffnung des Heeres!)

— Warum haben Sie diese Entwaffnung denn nicht verhindert?

(Zuruf rechts: Weil ich im Felde gestanden habe!)

Ich sage also: die Entente hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie selbst zugreifen wird, und zwar rück-

(Keil, Abgeordneter)

(A) sichtslos zugreifen wird, wenn deutscherseits nicht alles zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen unternommen wird. Wir als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse haben um so mehr Anlaß, auch das Letzte zur Erfüllung zu versuchen, mindestens für die nächste Zukunft, für eine Reihe von Jahren, bis die Atmosphäre der Vernunft sich wieder in Europa verbreitet hat, weil wir auf Grund reicher Erfahrung nur zu gut wissen, wie leicht sich die Vertreter des großen Besitzes in der Stunde der Gefahr mit den Feinden zu verständigen wissen,

(lebhafte Zustimmung links; Zurufe rechts)

während schließlich die Arbeiter die Kosten zu tragen haben.

(Zurufe rechts: Das glauben Sie selbst nicht! Agitationsrede durchs Fenster! — Gegenrufe links.)

Nun hat uns der Herr Reichskanzler heute ein Programm entworfen, das kein endgültiges, sondern nur eine Skizze sein soll, das uns zeigen soll, auf welche Weise ungefähr die allernächsten und dringlichsten finanziellen Aufgaben zu erfüllen seien. Ich kann und will ebenso wenig wie der Herr Abgeornete Trimborn in diesem Augenblick auf Einzelheiten eingehen.

(Zuruf rechts: Sehr klug!)

Wir werden uns auch nicht auf Einzelheiten dieses Programms im Augenblick festlegen. Ich erkläre nur das Folgende: Wie sich aus dem Dargelegten schon ergibt, erkennen wir mit dem Herrn Reichskanzler die Pflicht an, alles was in unsern Kräften steht, zur **Erfüllung unserer Verpflichtungen** zu tun, und zwar es rasch zu tun.

(Zuruf rechts: Was in den Kräften der andern steht!)

(B) — Die Kräfte der andern sind nicht die Kräfte der andern; das sind die Kräfte der deutschen Arbeit.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten!)

Oder wollen Sie behaupten, daß die Riesenkapitalien, die in den Händen eines Stinnes oder irgendeines andern deutschen Großkapitalisten sind, etwa das Erträgnis der Arbeit eines Einzelnen darstellen?

(Zuruf rechts: Aber nicht bloß der Arbeiter?)

Sie sind das Erträgnis der Arbeit der deutschen Arbeiter, und wenn wir heute verlangen, daß aus diesen Riesenvermögen Opfer zur Rettung des deutschen Volkes gebracht werden, so verlangen wir nichts mehr und nichts weniger, als daß von den von den deutschen Arbeitern erzeugten Werten ein Teil zu ihrer eigenen Rettung verwendet wird.

(Zuruf rechts: Und zu Deutschlands Untergang! — Lachen und Gegenrufe links.)

Ich habe gesagt: wir sind zur Mitarbeit bereit, und wir sind bereit, rasch zu arbeiten. Wir bedauern sogar, daß im Laufe **des letzten Jahres**, seit dem Juni vorigen Jahres, manches auf dem Gebiete der **Finanzpolitik** versäumt worden ist. Wir bedauern, daß nicht im Laufe des letzten Jahres alles, was möglich war, geschehen ist, um zum mindesten den laufenden Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das wäre möglich gewesen ohne den Zugriff auf die Zuckersteuer, die Ihnen (nach rechts) so sehr am Herzen liegt. Das wäre möglich gewesen mit anderen Abgaben, die die breiten Massen des deutschen Volkes nicht in der Weise belastet hätten wie die Steuern, die Sie wünschen.

Aber statt diesen Weg zu beschreiten, statt die Körperschaften so zu belasten, wie es die Not der Zeit gebietet — in Wahrheit hat man die Lasten der Körperschaften im Jahre 1920 auf die Hälfte der Lasten herabgesetzt, die sie schon im Jahre 1919 in den Einzelstaaten zu tragen hatten —, statt die wilde Spekulation an der Börse zu fassen, die auf Kosten der deutschen Valuta, also auf Kosten des Volkswohls getrieben wurde, statt eine Verschwendersteuer einzuführen, die eine dringende Notwendigkeit wäre, statt dessen haben die Herren unter der Führung des Herrn Abgeordneten Helfferich nur immer über ungeheure Überbelastung des Besitzes geredet und die Notwendigkeit des **Abbaues der Besitzbesteuerung** betont. Auch heute hat der Herr Abgeordnete Helfferich diesen Gedanken vertreten und auf die enorme Überlastung des Besitzes hingewiesen, auf das **Reichsnotopfer**, das bis 65 Prozent in den obersten Stufen gehe, auf die Überlastung der großen Einkommen, die mit 60 Prozent besteuert würden usw. Alles das ist Kulisse! Alle diese hohen und höchsten Steuersätze sind Kulisse, die praktisch nie und nirgend in Anwendung kommen. (C)

(Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Dafür sorgen ja schon die klaren Gesetzesbestimmungen, dafür sorgen aber auch die Aushöhlungen in der Praxis, dafür sorgen die gewerbsmäßigen Steuerhinterziehungsbureaus, die in ganz Deutschland errichtet worden sind. Das weiß der Herr Abgeordnete Helfferich ebensogut, vielleicht noch genauer als ich, daß das Reichsnotopfer im Betrag von 65 Prozent nie und nirgends erhoben wird. Bei einem Betriebskapital werden nur 80 Prozent angerechnet, landwirtschaftlicher Besitz wird nach dem Ertragswert, multipliziert mit zwanzig, nicht etwa mit fünfundzwanzig, berechnet. Hinzu kommt die vollkommene Steuerfreiheit all der teilweise enormen, in die Hunderttausende, in die Millionen gehenden Werte in Luxushausrat, der speziell zum Zweck der Steuerhinterziehung angeschafft worden ist, in Juwelen, in Kunstgegenständen, edlen Metallen und so weiter. Es ist ein ganz unerträglicher Zustand, daß auf der einen Seite ein nach wenigen Zehntausend zählendes reines Papiervermögen kleiner Rentner zum Notopfer mit 10 Prozent und vielleicht darüber hinaus herangezogen wird, während Millionenvermögen, die in solcher Weise angelegt sind, sich der Steuer vollkommen entziehen. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gleiche gilt für die **Reichseinkommensteuer**. Auch hier wird durch Abschreibungen usw. der höchste Steuersatz von 60 Prozent doch nie erreicht. Der volle Betrag von 60 Prozent kann ja schon nach dem Gesetz niemals Anwendung finden. Wenn aber ein nahezu so hoher Prozentsatz Anwendung finden sollte, dann handelt es sich um Jahreseinkommen, die in die 10, 20, 30 Millionen gehen. Das verschweigt Herr Dr. Helfferich, und er verschweigt auch, daß der Steuersatz in diesen Fällen durch Abschreibungen, durch legale und illegale Steuerhinterziehungen aller Art tatsächlich, soweit das wirkliche Volleinkommen in Frage kommt, auf vielleicht zwei Drittel oder gar die Hälfte heruntergedrückt wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es war mir von besonderem Interesse, daß, als der Herr Reichskanzler heute von der Notwendigkeit einer pfleglichen Einhebung der Steuern sprach, aus den Reihen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei ein starkes „Sehr richtig" ertönte. Zu diesem „Sehr richtig" steht in krassem Widerspruch das unausgesetzte Bemühen dieser selben Kreise, die Einkommensteuer, die sie nach ihrem „Sehr richtig" so pfleglich einheben möchten — erst jetzt wieder

(Keil, Abgeordneter)

(A) geschieht das in einem Ausschuß, der auf Grund des Einkommensteuergesetzes eingesetzt worden ist — auf Schritt und Tritt möglichst unwirksam zu machen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wo es ungerecht ist!)

— Ja, ungerecht ist es immer, Herr Abgeordneter Becker (Hessen), wenn Ihre Kreise davon betroffen werden. Mit allen Finessen versuchen Sie, diese Einkommensteuer, die Sie angeblich pfleglich einheben wollen, auszuhöhlen, und schicken in die Sachverständigenausschüsse Ihre Interessenten, die sich, wie es gestern in einem Ausschuß geschehen ist, ausdrücklich entschuldigen, wenn sie einmal nicht Interessenten sind.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Was ist das?)

— Wenn Sie es noch einmal hören wollen, damit Sie es ja deutlich verstehen: Sie schicken Ihre Interessenten in die Sachverständigenausschüsse, und wenn es Ihnen einmal versehentlich passiert, daß ein Nichtinteressent Sie in einem solchen Ausschuß vertritt, dann entschuldigt sich dieser Nichtinteressent dafür, daß er nicht interessiert sei.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Unwahr!)

— Herr Kollege Dr. Hertz kann Ihnen ja nachher auf Grund eigener persönlicher Wahrnehmung Genaues darüber mitteilen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Er wird es nicht wagen, weil es unwahr ist! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ich bin leider objektiv! Fragen Sie Herrn Dr. Quaatz!)

Ähnlich wie bei der Einkommensteuer steht es bei

(B) der **Erbschaftssteuer**. Auch die Erbschaftssteuer hat der Abgeordnete Helfferich als Beweis für die Überlastung des Besitzes angeführt. Von den 70 Prozent hat er gesprochen, die im Höchstfall selbst von Kindeserben erhoben werden; aber er hat davon geschwiegen, daß ein Millionenvermögen zunächst vorhanden sein muß, und daß ein Millionenvermögen dazu geerbt werden muß, ehe dieser Satz von 70 Prozent in Kraft tritt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Alles müßte da weggenommen werden!)

Die Lebensführung weiter Kreise der Besitzenden spricht nicht dafür, daß sie mit Steuern so ungeheuer überlastet sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil, man macht nicht selten die Beobachtung — es gibt Ausnahmen, wie immer natürlich —, aber man macht nicht selten die Beobachtung, daß, je größer die Verarmung des deutschen Volkes in seiner großen Millionenmasse wird, desto größer auch die Verschwendung in einem kleinen Kreise der Besitzenden wird;

(sehr richtig! links)

und deswegen, weil die Steuertragfähigkeit dieser besitzenden Schichten nicht ausgeschöpft ist, hätte längst für die Deckung des laufenden Bedarfs des Etats gesorgt werden sollen.

Wir wollen, sage ich, die Aufgabe, vor der wir stehen, nicht verzögern; aber wir wollen auch unsere Selbständigkeit bei der Prüfung des Programms und der Steuerentwürfe, die der Herr Reichskanzler uns in Aussicht gestellt hat, wahren. Wir werden mit voller Selbständigkeit an die Beurteilung und Beratung dieser Vorlagen, wenn sie im Herbst kommen werden, heran- (C) treten.

Der Herr Reichskanzler selbst hat — und darin stimmen wir ihm vollinhaltlich zu — als obersten Grundsatz aufgestellt die **pflegliche Behandlung der deutschen Volkswirtschaft**.

(Aha! rechts.)

Richtig! Einverstanden! Aber er hat uns auch den Weg gezeigt, den wir gehen müssen, wenn wir die deutsche Volkswirtschaft pfleglich behandeln wollen. Er hat von dem ungeheuren Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft gesprochen, die in den Kriegsjahren betrieben worden sei. Darauf gilt es heute Rücksicht zu nehmen. Heute gilt es, in dem Anteil am gesamten Arbeitsertrag eine Verschiebung zugunsten der Arbeiter und zum Nachteil des müssiggehenden Kapitals eintreten zu lassen.

Ich prüfe im einzelnen jetzt, wie gesagt, das Programm des Herrn Reichskanzlers nicht nach. Ich prüfe auch nicht nach, ob es richtig ist, 54 Prozent der Steuerlasten, die künftig getragen werden müssen, durch direkte Steuern und 38 Prozent durch indirekte Steuern aufzubringen.

(Reichskanzler Dr. Wirth: Nur Schätzungen!)

Ich mahne aber, wenn von dieser Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern die Rede ist, nicht zu vergessen, daß ein sehr großer Teil, und zwar ein viel größerer Teil als in der vergangenen Zeit, heute von den deutschen Arbeitern an direkten Steuern getragen wird. Durch die Steuer vom Arbeitseinkommen, die erst am letzten Samstag eine neue endgültige Gestalt erfahren hat, durch ihre Bemessung auf 10 Prozent wird die Arbeiterschaft in einem Maße belastet, die mit der früheren Belastung gar nicht zu vergleichen ist. Nicht bloß absolut, sondern auch relativ ist der **Anteil der Arbeiter an der Einkommensteuer** erheblich erhöht (D) worden.

Und ein Zweites sage ich: der Gedankengang des Herrn Reichskanzlers, daß es angesichts der gewaltigen Lasten, die uns bevorstehen, notwendig sei, den Besitz, und zwar denjenigen Besitz, der von den bisherigen Steuern am wenigsten erfaßt worden ist, noch einmal, und zwar kräftig heranzuziehen, ist richtig, dem stimmen wir zu, umsomehr, weil die Erfahrung uns gelehrt hat, daß die bisherigen Steuern diejenigen am härtesten getroffen haben, die am leistungsschwächsten sind, und diejenigen am meisten geschont haben, die am tragfähigsten sind. Nicht wahr, Herr Dr. Becker, so ist es doch?

(Ironischer Zuruf des Abgeordneten Dr. Becker [Hessen]: Natürlich!)

— Sie stimmen mir zu, dann werden Sie auch mit mir einer Meinung sein, daß diejenigen Schichten, die bisher so sehr geschont worden sind, nun kräftiger herangezogen werden. Stimmen Sie nicht wiederum zu?

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Becker [Hessen]: Natürlich!)

— Also! Ich frage mich bloß, ob der Weg, den der Herr Reichskanzler beschreiten will, zu diesem Zweck ausreicht und ob er der richtige ist. Mir scheint er nicht auszureichen. Wir sind der Ansicht, daß auf diesem Wege eine zuverlässige **Erfassung der Sachwerte, die bisher geschont worden sind**, nicht erreicht werden wird, wir fürchten, daß sich die Sachwerte, wenn man diesen Weg beschreitet, wiederum dem Zugriff zu entziehen verstehen werden wie bei den bisherigen Steuern, wenigstens zu einem erheblichen Teil, und daß das Ergebnis den Erwartungen nicht entsprechen wird.

Wir sind außerdem der Meinung, daß, wenn der Markkurs stabilisiert werden soll, wenn wir von weiterer Geldentwertung und von weiteren ungeheueren Preis-

(Keil, Abgeordneter.)

(A) wollen verschont werden sollen, das Deutsche Reich sich in den Besitz eines Teiles der Sachwerte setzen muß, die ihm dazu dienen werden, seinen Kredit im Auslande zu stärken und zugleich auch einen Anteil an den Erträgnissen der deutschen Produktion in Landwirtschaft, Industrie und Handel an sich zu ziehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Also Konfiskation! — Lachen und Zurufe links.)

— Herr Abgeordneter, Sie bezeichnen es als Konfiskation. Ich streite mich nicht über das Wort. Nennen Sie es meinetwegen Konfiskation. Wenn aber diese Konfiskation eines Teiles der Vermögen, die die Arbeiter geschaffen haben, notwendig ist zur Rettung des ganzen deutschen Volkes, auch der deutschen Arbeiter, dann muß eben diese Konfiskation geschehen.

(Erneute Zustimmung links. — Zuruf rechts: Zur Vernichtung der Arbeiterschaft!)

Im übrigen werden wir, wie gesagt, uns die Stellung im einzelnen vorbehalten, werden selbständig und kritisch prüfen, was uns vorgeschlagen werden wird, werden uns aber bei dieser Prüfung stets von dem obersten Gedanken leiten lassen, daß in erster Linie zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erforderlich ist die **Erhaltung der Arbeitskraft der deutschen Arbeiter.**

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde meine Stimmmittel und Ihre Nerven etwas mehr schonen, als das die letzten Redner getan haben. Mir scheint, das entspricht vielleicht auch mehr der Sachlage und entspricht (B) mehr der ganzen Situation, in der wir uns heute befinden und von der aus wir das ganze Reparationsproblem, soweit die finanziellen Dinge in Betracht kommen, behandeln sollten. Was wir aber heute hier gehört haben und was wir, wie ich annehme, noch aus dem Munde einiger der Herren, die nach mir reden, hören werden, gibt uns einen bescheidenen Vorgeschmack von dem, was wir in einem Vierteljahr erst hier in diesem Hause sich abspielen sehen werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Es ist aber auch ein Nachgeschmack, möchte ich sagen, von dem, was wir vor fast genau zwei Jahren in Weimar erlebt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe zufällig in diesen Tagen einmal die Protokolle der Nationalversammlung durchgeblättert über die Finanzreform, die sogenannte große Erzbergersche **Finanzreform, vom Jahre 1919.** Und wenn man die Reden, die damals gehalten worden sind, nachliest, so findet man, daß das, was sich heute hier abspielt, ein fast wortgetreuer Abklatsch dessen ist, was man auch damals in der Nationalversammlung hat erleben müssen, insbesondere der ganze Kampf Helfferich, wenn ich es mal so nennen darf. Und verzeihen Sie, meine Herren, das Wutgeheul, mit dem dieser Kampf von der äußersten Linken begleitet worden ist, haben wir genau so am 9. Juli 1919 in der Nationalversammlung in Weimar erlebt; mit dem einzigen Unterschiede, daß derjenige, den Sie zu dem Leidenden in diesem Kampf machen wollen, damals in der Nationalversammlung gefehlt hat.

Lassen Sie mich aber eines zu diesem Streiten um die Finanzpolitik während des Krieges wiederholen, was ich damals in der Nationalversammlung in (C) Weimar gesagt habe, wiederholen, weil auch die Situation hier im Reichstag heute beinahe wieder dieselbe ist wie damals in Weimar. Dieselbe Koalition, die damals in Weimar die Finanzreform gemacht hat, soll sie auch heute wieder machen.

Meine Herren von der Linken, verehrter Herr Kollege Keil, wenn Sie so sehr Sturm laufen und anreiten gegen die **verkehrte Finanzpolitik,** die sich nach Ihrer Auffassung an den Namen Helfferich knüpft, so vergessen Sie vollständig, daß damals Herr Helfferich ja doch nicht allein seine Finanzpolitik gemacht hat, sondern daß die Finanzpolitik, die Herr Helfferich gemacht hat, unterstützt wurde von den damaligen Mehrheitsparteien im Reichstag, zu denen sowohl das **Zentrum** wie die damalige **Fortschrittliche Volkspartei** gehört hat.

(Sehr gut! rechts.)

Alle die Vorwürfe, die Sie also heute nach rechts richten — und wir dürfen uns ja wohl auch damit getroffen fühlen, wenn Sie diesen Ritt nach rechts unternehmen —, bitte ich Sie, demnächst doch auch einmal an die Adresse Ihrer Mitstreiter, an die Adresse des Zentrums und an die Adresse der Demokraten zu richten.

(Sehr gut! rechts.)

Ich möchte allerdings glauben, daß das deutsche Volk absolut kein Interesse daran hat, daß sich dieser Kampf immer von neuem von der Reichstagstribüne herunter abspielt. Vielleicht wäre es zweckmäßig, da Ihre Kampfgegner ja nunmehr mit Ihnen in derselben Regierung, in derselben Koalition sitzen, wenn Sie den Kampf mal etwas mehr hinter den Kulissen führen würden.

(Sehr gut! rechts.)

Damit würden wir an Zeit und Arbeit sparen, und ich (D) glaube, das deutsche Volk als solches und die deutschen Finanzen würden davon auch keinen Nachteil haben.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst kurz einmal zurückkehren zu dem **Etat,** der meines Wissens heute auf der Tagesordnung steht; den Namen Helfferich habe ich nämlich vergeblich auf der heutigen Tagesordnung gesucht.

(Heiterkeit.)

Der Kollege Quaatz hatte sich erlaubt, zu der Aufstellung des Hauptvoranschlags im Reichstagsausschuß eine ganze Anzahl von Bemerkungen zu machen, die teils auf formellem, teils auf sachlichem Gebiet lagen. Ich möchte glauben, daß es nicht notwendig ist, sie heute hier zu wiederholen. Ich möchte annehmen, daß die Regierung, die den Verhandlungen ja beigewohnt hat, sie als, ich möchte glauben, schätzenswertes Material für die Aufstellung des nächsten Hauptvoranschlags mit sich genommen hat und auf sie entsprechend Rücksicht bei der Aufstellung des nächsten Hauptvoranschlags nehmen wird.

Ich möchte aber auch mir schon jetzt vorbehalten, daß wir, wenn wir uns das nächste Jahr über den Hauptvoranschlag unterhalten, allerdings auch von der Reichstagstribüne herab etwas gründlicher in die Dinge hineinleuchten werden, von denen der Herr Kollege Quaatz so außerordentlich sachkundig im Haushaltsausschuß des Reichstages geredet hat. Hier kommen wir ja überhaupt nicht mehr zu einer sachlichen Behandlung derartiger Fragen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir unterhalten uns zwar tagelang über Interpellationen mehr oder weniger überflüssiger Natur; aber

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) zu einer eigentlichen, sachlichen Arbeit kommt ja kein Mensch mehr.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn ich im Reichstag herumfragen wollte, wer denn überhaupt bei dem, was wir in den letzten acht Tagen verhandelt haben, hat folgen können, wer nur die Möglichkeit gehabt hat, die Drucksachen des Reichstages über die Verhandlungen, die sorgfältig abgefaßten Ausschußberichte usw. zu lesen, dann würde ich meiner festen Überzeugung nach nicht fünf Mitglieder dieses Hauses finden, wenn sie nicht selbst in den Ausschüssen mitgearbeitet haben, die mir eine Auskunft auf meine Frage geben könnten.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren! Das ist außerordentlich bedauerlich.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist bedauerlich, daß wir **vor lauter Agitationsarbeit** hier **nicht mehr zur sachlichen Arbeit** kommen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das muß, glaube ich, bei dieser Gelegenheit, bei der dem Agitationsbedürfnis bis jetzt in weitgehendstem Umfange Rechnung getragen worden ist, auch einmal ausgesprochen werden.

(Abgeordneter Keil: Wer hat denn diese Debatte begonnen?)

— Ja, wenn Sie jemand anders begonnen hat, dann müssen Sie sie nicht fortsetzen, Herr Kollege Keil. Ich werde sie jedenfalls nicht fortsetzen; ich werde mich auf das allernotwendigste beschränken, was ich Ihnen in Beantwortung dessen, was Sie vorgetragen haben, sagen muß. —

(Abgeordneter Keil: Ihre Kritik richtet sich also gegen Herrn Helfferich!)

(B) Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer eigentümlichen Situation. Zwei Monate sind es jetzt her, seitdem Reichsregierung und Reichstag das Ultimatum angenommen haben, und ausgerechnet am vorletzten Tage der diesmaligen Reichstagstagung findet der Herr Finanzminister und Reichskanzler Zeit und Möglichkeit, uns zu sagen, wie er sich etwa die **Ausführung des Ultimatums**, soweit finanzielle Dinge dabei in Betracht kommen, denkt.

(Lebhafte Rufe rechts: Sehr wahr!)

Ich möchte aber auch einen Preis dafür aussetzen, ob jemand etwa aus dem, was der Herr Reichskanzler uns heute dargelegt hat, ein wirkliches Programm für die finanziellen Reparationen herauszulesen imstande wäre. Alles das, was er dargelegt hat, war doch im wesentlichen so vage und so unbestimmt gehalten, daß man daraus alles Mögliche und auch alles mögliche Unmögliche herauslesen kann.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist merkwürdig, daß noch gestern die Presse von zwei verschiedenen Denkschriften zu berichten wußte, die sich insbesondere mit der Frage des Ausbaues der Besitzsteuern befaßt haben sollen und die sich anscheinend diametral gegenüberstehen.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Es ist danach ja auch wohl begreiflich, warum man nicht früher auf die Dinge hier im Reichstage eingegangen ist. Aber gerade diese **Unbestimmtheit der Ausführungen des Herrn Reichskanzlers** von heute machen es auch unmöglich, an dem, was er gesagt hat, eine sorgfältige und eingehende Kritik zu üben. Man hat ja bis heute nichts Greifbares vor sich und wird auch für die nächsten zwei Monate noch nichts Greifbares vor sich haben. Man kann sich deshalb mit dem, was er uns (C) in allgemeinen Umrissen angedeutet hat, wie gesagt, gründlicher gar nicht auseinandersetzen.

Nur ganz wenige Bemerkungen zu den Einzelheiten, die er uns vorgetragen hat. Ich möchte zunächst glauben, daß es ein ganz müßiger Streit ist, sich darüber zu unterhalten, ob der Herr Reichskanzler mit seiner Schätzung der Fehlbeträge, die in den nächsten Jahren zu decken sind, auf 100 Milliarden recht hat, oder ob der Herr Kollege Dr. Helfferich mit seinen 150 Milliarden recht hat. Ich möchte glauben: keiner von beiden hat recht. Ob die Summe näher bei dem einen oder näher bei dem anderen Betrage liegt, vermag heute kein Mensch zu sagen. Alle die Bilanzen, die uns bisher aufgemacht worden sind, haben sich regelmäßig als falsch erwiesen.

(Zuruf rechts: Als zu niedrig!)

Sie würden weder vor dem Forum eines ordentlichen Kaufmanns, noch vor dem Forum irgendeines Gerichts bestehen können. Das ist aber auch kein Wunder. Eine ganze Reihe von Faktoren und **Berechnungen** sind ja **unsicher**. Darauf hat mit Recht der Herr Kollege Dr. Helfferich, und darauf hat, glaube ich, auch der Herr Reichskanzler hingewiesen. Schon der eine große Faktor der Umrechnung von Papier in Gold hängt ja vollständig in der Luft. Der Herr Kollege Dr. Helfferich hat Ihnen mit ein paar Zahlen gezeigt, wie sich unsere Valuta in den letzten zwei Monaten im Auslande entwickelt hat. Wenn Sie hören, daß diese Entwicklung vom Zehnfachen bis zum Fünfzehnfachen gegangen ist, dann zeigt das allein schon, daß jede Berechnung, die man heute aufmacht über die Beträge, die wir in den nächsten Jahren abzudecken haben werden, zum mindesten auf sehr unsicherem Boden steht. Meine Damen und Herren! Etwas anderes kommt hinzu, etwas, was (D) in den Darlegungen des Herrn Kollegen Helfferich unbeachtet geblieben ist: Es wechselt auch fortwährend der Bedarf des Deutschen Reichs, leider niemals nach unten, sondern fortgesetzt nach oben.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben vor wenigen Tagen im Reichshaushaltsausschuß eine genaue Zusammenstellung dessen gesehen, wie sich — vor acht Tagen — das Defizit im Haushalt des Jahres 1921 berechnen könnte, und heute? Ich frage die Reichsfinanzverwaltung, wieviel Milliarden heute das Defizit höher ist als vor 14 Tagen.

(Sehr gut! rechts.)

Sie haben heute zu dem Invalidenversicherungsgesetz und einer ganzen Reihe anderer Gegenstände Stellung genommen in Beschlüssen, die meiner Auffassung nach das Deutsche Reich wieder in die Milliarden belasten,

(sehr richtig! rechts)

und ich fürchte, ein Ende dieser Mehrbelastungen ist weder heute noch für die Zukunft abzusehen.

Deshalb sage ich: es kommt gar nicht darauf an, ob es 100 oder 150 Milliarden sind, auch bei der günstigsten Berechnung des Herrn Finanzministers weist doch sein sogenanntes Programm am Ende noch ein großes Loch von mindestens 20 Milliarden auf, und wenn man, trotzdem man sich in den letzten zwei Monaten sicherlich redlich bemüht hat, das nötige Füllmaterial für dieses große Loch im Reichshaushalt des Reichs zu finden, bis jetzt noch nicht weiter gekommen ist als dahin, daß man heute schon erkennen muß: es bleiben auch bei günstiger Berechnung noch 20 Milliarden zu decken übrig, so ist der Beweis, um den es sich für uns handelt, nach meiner Auffassung heute schon erbracht, der Beweis nämlich, daß kein deutscher Reichs-

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) tag und keine deutsche Reichsregierung dieses Ultimatum erfüllen kann,

(sehr richtig! rechts)

und wenn Sie (nach links) fortwährend sagen: Ja geben Sie uns doch die Mittel an, wie wir den Fehlbetrag decken können, so ist die Antwort darauf gegeben, sie ist Ihnen vorhin gegeben worden und ich wiederhole sie: Wir können Ihnen die Mittel nicht angeben und Sie können sie uns auch nicht angeben. Die Lasten, die wir übernommen haben, kann eben das deutsche Volk einfach nicht tragen, mag es sich auch noch soviel Mühe geben,

(sehr richtig! rechts)

und alle Arbeit der nächsten Monate, an der wir uns wahrhaftig mit allen unseren Kräften beteiligen wollen, wird vergeblich sein, wenn jemand von ihr den Nachweis erwartet, daß wir erfüllen können. Die Arbeit wird mit dem Nachweis enden, daß wir eben nicht erfüllen können und daß wir Lasten auf unsere Schultern genommen haben, die das deutsche Volk nicht tragen kann. Unsere Arbeit wird dahin gehen, auch Sie (nach links) nach und nach zu der Überzeugung zu bringen, daß es eben nicht geht, und wir haben die Hoffnung, daß, wenn der Kollege Keil und der vor ihm sitzende Kollege einmal von der Reichstagstribüne herunter verkündigen werden, daß auch Sie die Überzeugung gewonnen haben, daß das deutsche Volk diese Lasten nicht tragen kann, daß sich dann vielleicht nach und nach die Erkenntnis auch im Ausland durchsetzen wird,

(sehr wahr! rechts)

daß man uns mit dem Ultimatum zuviel zugemutet hat und daß es deshalb auch vom rein verstandesmäßigen Standpunkt des Auslands aus notwendig ist, die **Ultimatumsbedingungen abzuändern.**

(Abgeordneter Keil: Bei Ihrer Politik glaubt man
(B) uns diesen Beweis nie!)

— Herr Keil, ich sage Ihnen ja gerade, daß ich hoffe, das Ausland wird sich davon überzeugen, wenn Sie von dieser Tribüne herunter einmal diese Erkenntnis zum Ausdruck bringen,

(sehr gut! und Heiterkeit rechts)

und, Herr Keil, Sie haben soviel in den letzten zwei Jahren zugelernt,

(erneute Heiterkeit rechts)

daß ich das Vertrauen zu Ihrer Einsicht habe, daß Sie auch das noch zulernen werden.

(Heiterkeit rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Herr Keil, ich erinnere Sie, allerdings nicht Sie persönlich, sondern Ihre Partei, daran, wie Sie in der Nationalversammlung und hier im Reichstag gegen das Reichsnotopfer gekämpft haben, und heute erklären Sie doch das, was Sie früher für Ihre Person schon oft erklärt haben,

(Abgeordneter Keil: also!)

— für Ihre Person schon öfter!

(Abgeordneter Keil: nein, meine Freunde im Ausschuß!)

daß das Notopfer **ein Unding** war, daß es Grundgedanken enthält, die keine Gedanken, sondern Gedankenlosigkeiten waren,

(sehr richtig! und hört! hört! rechts)

daß dieses Notopfer das Vermögen auf 30 Jahre erfassen soll, es aber nicht erfaßt, und daß man deshalb von vornherein nicht dieses große Schlagwort von dem „Opfer des Besitzes, das einmal gebracht werden muß", wie es so schön in der Einleitung zum Notopfergesetz steht, in die Massen hätte hinauswerfen dürfen. Wenn die Schlagworte einmal in der Masse sitzen, bringen auch Sie (zu den Sozialdemokraten) es beinahe nicht mehr (C) fertig, sie zurückzuholen,

(sehr gut! und Heiterkeit rechts)

und Ihre heutige Erkenntnis, Herr Keil, daß das Notopfer eine verkehrte steuerliche Maßnahme war,

(Abgeordneter Keil: Das war unsere Erkenntnis vor zwei Jahren!)

— ich sage dann, die Erkenntnis, die Sie vor zwei Jahren für Ihre Person schon hatten,

(Abgeordneter Keil: Nein, alle Vertreter meiner Partei!)

die vielleicht Ihre Partei heute auch hat, kommen leider, wie ich fürchte, zu spät. Sie werden aus dem Volke den Gedanken nicht mehr herausbringen, daß das Streben, das Notopfergesetz in der Richtung einer vernünftigen Entwicklung auszubauen, aus der Scheu des Besitzes komme, Steuern zu zahlen, während Sie damals selbst die Erkenntnis gehabt haben und Ihre Partei sie heute gewonnen hat, daß das Notopfer umgebaut werden muß.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu den Einzelheiten der Gedanken machen, die sich aus der Vorlesung des Herrn Reichskanzlers ergaben, soweit man ihr überhaupt folgen konnte:

Der Herr Reichskanzler hat zunächst die Besitzsteuern behandelt und hat davon gesprochen, daß aus einer geschickteren Veranlagung der Einkommensteuer, aus einer Verbesserung der Steuerveranlagung und der Steuerbehörden, aus der Einführung von Buch- und Vermögensprüfungen **erhebliche Beträge mehr aus der Einkommensteuer** herausgeholt werden könnten. Ich hatte mir gestattet, weil ich glaubte, der Herr Reichskanzler habe für diese seine Pläne auch ein bestimmtes zahlenmäßiges Ergebnis genannt, durch einen Zwischenruf bescheiden zu fragen, wie hoch er das Mehrerträgnis veranschlage. (D)

Der Herr Reichskanzler hat geglaubt, mich an meine frühere Tätigkeit erinnern und darauf hinweisen zu müssen, daß es furchtbar schwer sei, etwas Derartiges zu veranschlagen. Kurz nachher hat er aber eine Summe von acht Milliarden genannt, die er aus dieser Veranlagung der Einkommensteuer herausholen zu können glaubt. Es muß also doch nach seiner Auffassung mindestens nicht übermäßig schwer sein, Schätzungen über das Ergebnis derartiger Maßnahmen zu machen. Meine Damen und Herren! Ich halte es für ungeheuer schwer, das heißt, ich halte es allerdings für unmöglich, dafür eine Zahl anzugeben. Ich weiß gar nicht, auf Grund welcher Unterlagen man schätzen will, wieviel im Deutschen Reiche von den Steuerveranlagungsbehörden an Einkommen noch nicht erfaßt worden ist und wieviel daher noch erfaßt werden könnte, wenn man mit Buchprüfungen und sonstigen Maßnahmen den Steuerzahlern etwas mehr auf den Hals rückt und dadurch etwas mehr Unterlagen für die eigentliche Steuerveranlagung schafft. Ich möchte also den Posten in die demnächstige Bilanz unserer sogenannten Steuerreform unter keinen Umständen mit einer bestimmten Zahl einstellen. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch auch kein neuer Posten, das sind doch keine neuen Einnahmen, die uns zuwachsen. Ich habe seither angenommen, die vorzügliche Organisation auf dem Gebiete der Steuerveranlagung, die wir ja auch dem Herrn Reichsfinanzminister Erzberger verdanken, sollte gerade dafür sorgen, daß die Steuern richtig veranlagt werden und richtig zur Einziehung kommen.

(Hört! Hört! rechts.)

Auch da hatten wir seinerzeit unsere mahnende und warnende Stimme erhoben. Wir hatten darauf auf-

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) merksam gemacht, daß derjenige, um es deutsch auszudrücken, der zwei Bissen auf einmal herunterschlucken will, das nicht fertigbringt, wahrscheinlich keinen herunterwürgt. Wir haben darauf hingewiesen, daß es ein Unding sei, das ganze materielle Steuerrecht umzuarbeiten und dazu die ganzen Steuerveranlagungsbehörden auf den Kopf zu stellen. Heute, scheint es mir, gibt man das in der Reichsfinanzverwaltung mehr oder weniger zu, daß es ein verkehrter Schritt war, den man damit unternommen hat. Aber wir werden uns an all den Maßnahmen, die die Reichsfinanzverwaltung in der Beziehung treffen will, beteiligen bis zum Ende, wenn es nur irgendwie vernünftige Maßnahmen sind. Denn was man hier wieder in wüstester Agitation, die man von der Tribüne des Reichstags führen kann, von Dingen hier zum Besten gegeben hat über die Sucht der weitesten Kreise, sich der Besitzsteuerung zu entziehen, ist doch nicht nur unbewiesen, sondern das sind, wie ich eben schon gesagt habe, nichts anderes als wüste Agitationsphrasen, die draußen in den Wahlversammlungen auf ganz entlegenen Dörfern oder im äußersten Norden von Berlin geäußert werden können, die aber dort, wo verständige Hörer sind, jeder Wirkung verlustig gehen.

Meine Herren! Man spricht davon, es sollte kein Opfer auf das Vermögen von den Kreisen getragen werden, die hinter uns stehen. Ich habe früher einmal schon, glaube ich, den Herrn Kollegen Dr. Hertz darauf aufmerksam gemacht: es haben wohl die Arbeiter die zehn Milliarden Notopfer gezahlt, die eingegangen sind? Ich habe seither nicht gewußt, und es stimmt auch gar nicht mit Ihrer Darstellung der Verhältnisse der Arbeiterschaft überein, daß die Arbeiter so vermögend seien, daß man ihnen 10 Milliarden Notopfer abnehmen könnte,

(B) (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Oh ja!)

Milliarden Vermögen, Milliarden Notopfer abnehmen könnte, daß sie, mit anderen Worten, ein Vermögen von 60, 70, 80 Milliarden in ihrem Besitz hätten. Und wenn Sie die Zahlen hernehmen, die sich aus unserer Statistik für das Aufkommen an Einkommensteuer ergeben, — ja, wem glauben Sie weismachen zu können, daß lediglich die Arbeiter seither ihre Einkommensteuer im Jahre 1920 und bis jetzt im Jahre 1921 bezahlt haben? Ich frage jeden von Ihnen, der es wagt, diese Behauptung von der Tribüne des Reichstags herunter zu wiederholen, ob er nicht — und die wenigsten von Ihnen sind doch Arbeiter! —

(lebhafte Zustimmung rechts)

im vorigen Jahre auch einen Steuerzettel bekommen hat und in diesem Jahre wieder einen. Ich möchte ihm weiter die Frage vorlegen: Wenn er keinen Steuerzettel bekommen hat, dann hat er doch wohl seine Steuern, wie ich annehmen darf, bezahlt. Denn es ist eine gesetzliche Vorschrift, daß man seine Steuern auch ohne Steuerzettel zu zahlen hat, die von einem im vergangenen Jahre angefordert worden sind.

(Wiederholte Zurufe von der äußersten Linken.)

Kommen Sie also doch nicht mit solchen Mätzchen, Phrasen und Agitationsreden! Die sind weder wahr draußen, noch sind sie es hier drinnen. Kein Mensch glaubt sie mehr Ihnen, nicht einmal diejenigen, die Ihre Rede morgen im „Vorwärts" oder in der „Roten Fahne" lesen.

(Heiterkeit und Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn Sie davon reden, es hätten sich in den seitherigen Sitzungen des Steuerausschusses, die sich mit dem Lohnabzugsverfahren und gestern mit den Fragen der (C) Schaffung von Erneuerungsfonds beschäftigt haben, auch wieder Bestrebungen gezeigt, natürlich Bestrebungen der Besitzenden, sich von den Steuern zu drücken — ach, ich hoffe, Herr Kollege Hertz wird mir nachher das eine bestätigen: als wir die Einkommensteuernovelle berieten, war hier so furchtbar viel von den **steuerfreien Erneuerungsfonds** die Rede, und aus dem Wort „steuerfreie" Erneuerungsfonds hat man allein schon wieder das Bestreben der besitzenden Klassen herauslesen wollen, daß es sich um Steuerdrückebergerei dreht. Gestern haben in diesem Ausschuß, in dem zwölf Sachverständige saßen, die wir ja nicht gewählt haben, sondern die das Reichsfinanzministerium zusammengestellt hat, diese Sachverständigen, und zwar objektiven Sachverständigen, den Ausdruck „steuerfreie Erneuerungsfonds" weit von sich abgewiesen und haben erklärt, das sei ein ganz falscher Ausdruck, von Steuerfreiheit dürfe man dabei gar nicht reden.

Wenn man übrigens von unserer und von der Steuerdrückebergerei der Kreise spricht, die hinter uns stehen, so darf ich nebenbei bemerken, daß auch einige hunderttausend Arbeiter zu diesen Kreisen gehören.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Hertz, nehmen Sie doch die Wahlstatistik zur Hand, lesen Sie aber die Zahlen richtig, damit es Ihnen nicht wieder wie neulich passiert, daß Sie dabei Dezimalen übersehen!

(Heiterkeit rechts.)

Nehmen Sie einmal die Wahlergebnisse im Industriegebiet, im Bezirk Dortmund, im ganzen Industriegebiet der Rheinprovinz zur Hand! Glauben Sie, daß es dort soviele Besitzende gibt, wie Wähler auf die drei Abgeordneten, die wir im Bezirk Westfalen-Süd bekommen haben, entfallen? (D)

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Hertz, davon hat kein Mensch gesprochen! Sie haben offenbar nicht zugehört.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Lesen Sie das Stenogramm, Herr Kollege Simon, dann werden Sie finden, was ich gesagt habe, wenn Sie es nicht gehört haben!

Ich will Ihnen aber eins sagen, Herr Kollege Hertz, wenn Sie von **Steuerhinterziehung** reden. Glauben Sie, es wird nur in den besitzenden Klassen hinterzogen? So weltfremd sind Sie doch auch nicht, daß Sie nicht sehen, daß **auch in den Kreisen der kleinen Einkommensträger** Steuern hinterzogen werden Glauben Sie mir, in dieser Beziehung gibt es keine Parteiunterschiede, keine konfessionellen Unterschiede und keine Standesunterschiede. Es werden Steuern hinterzogen innerhalb und außerhalb.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Auch die Lohnempfänger hinterziehen Steuern! Das ist kein besonderer Vorwurf gegen die Lohnempfänger als solche, denn es gibt doch auch noch Lohnempfänger, die noch ein anderes Einkommen haben. Wissen Sie das nicht? Wenn sie es jetzt nicht mehr tun, so tun sie es nicht, oder geschieht es weniger, weil es nur schwerer möglich ist, Herr Kollege Hertz. Aber davon war ja gar nicht die Rede. Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen: wenn Sie davon reden, — ach, denken Sie denn nicht daran, daß Vertreter der sogenannten besitzenden Kreise — dafür halten Sie uns ja —, zuerst darauf hingewiesen haben, daß der **Steuertarif für die Ein-**

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) kommensteuer nach unten eine Unmöglichkeit sei und daß hier abgebaut werden müsse?

(Abgeordneter Keil: Sie haben ja gegen unsere Anträge gestimmt!)

— Gewiß, weil Sie noch weiter gehen wollten, Herr Kollege Keil, weil wir das aber nicht mitmachen konnten; diese Vorwürfe müssen Sie Ihren Koalitionsfreunden machen, die es genau so gemacht haben. Ich war der erste, der von der Tribüne des Reichstags darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Nachzahlungen, die der alte Steuertarif von den Lohn- und Gehaltsempfängern für das Jahr 1920 beanspruchte, unter keinen Umständen erträglich seien.

(Sehr richtig! rechts.)

So sieht unser Bestreben aus, die Besitzenden allein zu schonen. Nein, wir wollen jeden vor Steuerüberlastung schützen, ob er Besitzender oder Arbeiter oder sonst etwas ist. Wenn man davon redet, daß die Arbeiterschaft heute Lasten trage, die mit früheren Lasten gar nicht zu vergleichen seien, so ist das richtig. Wir alle tragen erheblich höhere Lasten als früher. Darum kommt eben niemand herum, mag er Arbeiter oder größerer Besitzer sein.

Wenn man endlich sagt, die seitherigen Steuern hätten diejenigen am härtesten getroffen, die sie am wenigsten tragen konnten, so trifft das teilweise zu, Herr Kollege Keil; ich glaube, von Ihnen stammt der Ausdruck. Gewiß, die kleinen Rentner, der kleine Mittelstand, die kleinen Gewerbetreibenden usw. erliegen unter diesen Steuern.

(Sehr richtig! rechts.)

Gerade wir aber haben die Ermäßigung des Tarifs in der Einkommensteuer beantragt.

Zweitens das Notopfer! Ich habe schon vorhin (B) davon gesprochen, daß wir heute nicht vor der Notwendigkeit stünden, das Notopfer „auszubauen", wenn Sie vor einem Jahre unseren Anträgen stattgegeben und sie nicht niederstimmen geholfen hätten mit den anderen Koalitionsparteien. Aber da ja im Himmel mehr Freude ist über einen Sünder, der Buße tut, als über hundert Gerechte, freuen auch wir uns heute der neu zum Ausdruck gebrachten Erkenntnis innerhalb Ihrer Partei und vor allem auch bei der Regierung.

Vor einem aber möchte ich warnen, und diese Warnung möchte ich ganz allgemein an den Herrn Reichsfinanzminister richten: ich habe den Eindruck — er mag mir das nicht übelnehmen —, daß er zu leicht dem Reiz und dem Zauber des Schlagwortes unterliegt.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist für jeden Menschen gefährlich, vor allem aber für diejenigen, die zurzeit das deutsche Volk an leitenden Stellen sieht.

(Sehr wahr! rechts.)

Das eine Schlagwort scheint mir ja der Herr Reichsfinanzminister schon aufgegeben zu haben, das Schlagwort von der Notwendigkeit der **Erfassung der Goldwerte**. Er spricht ja heute schon etwas berichtigend von der Erfassung der **Realwerte**, und er unterscheidet heute nicht mehr zwischen den verschiedenen Vermögensgruppen. Früher klang es so, als ob nur der Grundbesitz sich seither einer richtigen steuerlichen Erfassung nach seinem wahren Wert, dem Geldwert, entzogen habe. Schon das war falsch und eine ganz falsche Gedankeneinstellung. Ich habe beinahe den Eindruck, als ob der Herr Reichsfinanzminister sich von dem Bann dieses Schlagwortes, daß angeblich ein Herr aus einem anderen Ministerium erfunden haben soll, nach und nach freigemacht hat. Ich hoffe es, daß er dies getan, nicht etwa, weil dieses Schlagwort in der Oeffentlichkeit Widerspruch gefunden hat, sondern weil der Herr (C) Reichsfinanzminister sich selbst davon überzeugt hat, daß es sich nur um ein Schlagwort und nichts weiter handelt, das jeder wahren sachlichen Begründung entbehrt. Einzelnes aber, was er nun bezüglich seiner Pläne hier heute erklärt hat, ist mir immer noch außerordentlich bedenklich. Man hat vor 1½ Jahren das Reichsnotopfer geschaffen mit der dreißigjährigen Befristung unter der ausdrücklichen Begründung, die deutsche Wirtschaft sei nicht in der Lage, diese als einmaliges Opfer gedachte Abgabe auf einmal zu zahlen, man müsse ihr dazu lange Fristen geben. Meine Damen und Herren! Hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft in den letzten eineinhalb Jahren so wesentlich verbessert,

(sehr gut! rechts)

daß man heute glaubt, neben der Einziehung des Drittels, die ja bereits Gesetz geworden ist, den Rest nicht in 30, sondern in 10 Jahren einziehen zu können? Meine Damen und Herren! Wollen Sie die deutsche Wirtschaft, die in den schwersten Nöten und in den schwersten Kämpfen steht, durch eine solche steuerliche Neubelastung vollständig zum Erliegen bringen? Wenn Sie mit deratigen Plänen kommen, hoffe ich, werden Sie das schlimmste Fiasko erleiden, das jemals eine solche Vorlage hier im Reichstag erlitten hat. Sie werden nicht nur bei uns auf den schärfsten Widerstand stoßen, sondern Sie werden auch in den Reihen derjenigen, die heute in der Regierung hinter Ihnen stehen, wahrscheinlich den schärfsten Widerspruch finden.

(Abg. Dr. Hertz: Es gibt noch andere Instanzen!)

— Es gibt auch noch eine andere Instanz, Herr Kollege Hertz. Wir sehen mit Ruhe dem Anrufen der anderen Instanz entgegen. Das Volk draußen ist auch viel vernünftiger geworden, Herr Kollege Hertz, als es unter dem Revolutionsrausch, in den Sie es seinerzeit gebracht (D) haben, jemals gewesen ist. Wir fürchten auch heute nicht mehr den Kampf um Steuern da draußen, mögen Sie uns noch so viel verdächtigen. Sie verdächtigen ja nicht nur uns, sondern Sie verdächtigen ja auch einen großen Teil derjenigen, die heute mit Ihren Brüdern aus der Sozialdemokratie in der Regierung zusammenarbeiten. Denn all das, was wir an „Abbau der Besitzsteuer" geleistet haben, das hat der Herr Kollege Pohlmann von der Demokratie und der Herr Kollege ten Hompel vom Zentrum auch geleistet. Also seien Sie bescheiden mit derartigen Vorwürfen gegen uns.

Ich sage also, die Pläne, die der Herr Reichsfinanzminister bezüglich des Notopfers hat, scheinen mir, soweit man aus seinem dunkel umrissenen sogenannten Programm entnehmen konnte, doch zunächst einmal außerordentlich gefährlich zu sein. Er hat auch von der **Körperschaftssteuer** gesprochen; sie müsse erhöht werden. Ich muß ehrlich gestehen — und das wird mir im Hause wohl nicht allein so gehen —: ich habe ihn nicht verstanden. Er hat davon gesprochen, man müsse in zehn Jahren noch einmal eine Abgabe von eineinhalb Prozent erheben. Mir ist nicht klar geworden, was er damit sagen wollte. Ich lasse mich aber darüber gern belehren.

Dann aber der verhängnisvolle Gedanke, den der Herr Reichsfinanzminister heute von verantwortlichster Stelle aus in die Diskussion geworfen hat, ein Gedanke, von dem ich geglaubt hatte, er sei tot, er sei auch im Finanzministerium und überhaupt in den Kabinetten begraben, der Gedanke, das Reich an der deutschen Industrie zu **beteiligen**, dem Reich Genußscheine zu geben, die man entweder veräußern könne oder auf Grund deren man Dividenden aus dem Betrieb ziehen könne! Ja, meine Damen und Herren, zunächst scheint mir der Gedanke

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) noch sehr stark ausreifen zu müssen, bis er sich wirklich im Licht der Öffentlichkeit einmal zeigen kann. Denn ich kann mir doch nicht denken, daß diese Beteiligung an der deutschen Industrie — und ich glaube, dafür haben Sie auch Verständnis auf der linken Seite des Hauses — sich beschränken dürfte auf eine Beteiligung an den deutschen Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es ist doch mehr oder weniger Zufall, ob die einzelne Wirtschaft in der Form der juristischen Person des Handelsrechts oder in der Form des Privatbetriebes betrieben wird. Davon kann man doch schließlich eine solche Beteiligung des Reichs nicht abhängig machen. Man kann doch nicht das eine tun und das andre vollständig ungeschoren lassen. Die Herren werden ja wahrscheinlich auch das Rezept schon geben, wie man die anderen Wirtschaften in diese Sozialisierung — etwas anderes ist es ja nicht — hereinzieht. Allerdings würde ich dann schon dankbar sein, wenn sie das auch ein bißchen näher skizzieren würden, wie man das machen will.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß doch die Frage auch an den Herrn Reichskanzler richten — er ist ja leider nicht da, sie wird ihm aber wohl weitergegeben werden —: glauben Sie denn, das Reich beteilige sich dann an der deutschen Industrie? Glauben Sie denn, die **Entente** wird nicht zwei Tage später diese **Reichsanteile der Industrie** für sich mit Beschlag belegen,

(lebhafte Zustimmung rechts)

insbesondere, wenn wir sagen müssen, wir können mit unseren sonstigen Mitteln die Lasten des Ultimatums nicht aufbringen? Bietet man denn da nicht unmittelbar die Hand dazu, daß die Entente nunmehr das ganze deutsche Wirtschaftsleben in ihre Hand bringt? Und (B) wenn man sagt, das ist nur ein kleiner Bruchteil von dem, was in der deutschen Wirtschaft steckt, so ist das eine Illusion. Meine Damen und Herren! Wer die Verhältnisse ein klein bißchen kennt, weiß ganz genau, daß ein Beteiligter, der ein Fünftel eines Unternehmens in seiner Hand hat, überall dort, wo es sich um die Führung, den Ausbau eines solchen Unternehmens handelt, wo es sich um Entschließungen über die Wirtschaftsführung in diesem Unternehmen handelt, beinahe der alleinige Herrscher ist, weil eben das deutsche Kapital auch der größten Aktiengesellschaften so verzettelt ist, wie wir das gar nicht wissen, wovon wir uns gar keine Vorstellung machen. Meine Damen und Herren! Ich kann mir aber wirklich nicht denken, daß die Reichsregierung die deutsche Wirtschaft der Entente ausliefern will. Ich kann mir aber auch nicht denken, daß Sie die Hand dazu bieten wollen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wissen Sie, daß das niemand will!)

— Herr Kollege, ich sage ja ausdrücklich: ich kann mir nicht denken, daß Sie das wollen. Aber Sie werden es erreichen, wenn solche Maßnahmen durchgeführt werden,

(sehr richtig! rechts)

obgleich Sie das nicht wollen werden.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das Kapital ist international!)

— Verehrter Kollege Crispien! Selbst wenn das Kapital international ist, so ist es mir immer noch lieber, wenn der französische Kapitalist A oder der englische Kapitalist B als solcher einen Teil der deutschen Wirtschaft in seiner Hand hat, als wenn der französische Staat die deutsche Wirtschaft in der Hand hat. Ich beklage und bedauere beides. Das eine ist aber viel, viel schlimmer als das andere.

Meine Damen und Herren! Denken Sie, soweit Sie (C) anwesend waren in der **Sitzung des Auswärtigen Ausschusses**, in der über das Ultimatum gesprochen worden ist, doch an die Worte, die unser Kollege **Ledebour**, Ihr Fraktionsfreund, dort gesprochen hat. Da tauchte auch die Meinung auf, ob man nicht durch Beteiligung an der deutschen Wirtschaft etwa die Entente teilweise befriedigen könnte. Ich glaube, es war ein Mehrheitssozialist,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Braun!)

der dort ganz nebenbei — ich bemerke: nicht als Vorschlag, sondern so ganz nebenbei — diesen Gedanken in die Diskussion warf. Herr Ledebour war außer sich darüber, wie im Deutschen Reichstag überhaupt ein derartiger Vorschlag gemacht werden konnte, und sagte nach meiner Erinnerung wörtlich: „Hinter dem Ententekapitalisten stehen doch die Bajonette der Entente.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich habe keine Freude an dem Kapitalisten, ob er Deutscher oder Franzose ist. Wenn ich aber die Wahl zwischen beiden habe, dann ziehe ich doch den deutschen Kapitalisten vor."

Meine Damen und Herren! Daran sollten Sie denken, wenn Ihnen dieses Wort von der Beteiligung des Staates an der deutschen Industrie zunächst so nett in die Ohren klingt, weil es ja nichts anderes ist als eine teilweise Sozialisierung der deutschen Industrie, allerdings auf einem gewissen Umwege.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Was der Herr Reichsfinanzminister dann über die **Nutzbarmachung der Kohle** und die **Einführung einer Exportabgabe** gesagt hat, war vollständig vage und unbestimmt. Ich glaube, darüber braucht man deshalb heute kein Wort zu verlieren. Man muß in der Beziehung abwarten, bis die Vor- (D) schläge im einzelnen vorliegen.

Erwähnt wurde ferner, ich glaube, vom Herrn Kollegen **Keil**, die **Erbschaftssteuer**. Er hat in dem Zusammenhang überhaupt merkwürdigerweise davon gesprochen, daß die hohen Steuersätze der verschiedenen Steuergesetze nur eine Kulisse seien, sie kämen überhaupt nicht zur Anwendung. Wenn ich diese Überzeugung hätte, Herr Kollege, dann würde ich an Ihrer Stelle diese Kulisse möglichst bald beseitigen, denn hinter ihr versteckt sich doch nach Ihrer Auffassung unser Kampf gegen die Steuergesetze. Sie müßten also ein Interesse daran haben, uns diese Kulisse wegzuziehen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

damit wir uns nicht mehr hinter ihr verstecken können.

Meine Damen und Herren! Diejenigen aber, die von den Steuergesetzen betroffen werden, halten die hohen Sätze nicht für eine Kulisse. Sie fühlen es am eigenen Leibe, daß sie die hohen Steuersätze zahlen müssen. Und nicht nur die, Herr Kollege Keil, es fühlen es auch andere heute schon, und demnächst werden es auch die Arbeiter fühlen, die durch die Entziehung des Betriebskapitals aus solchen Betrieben und durch die infolge der hohen Steuersätze genommene Möglichkeit, neue Sparmittel aufzusammeln, wieder in die Betriebe hereingesteckt werden, arbeitslos werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Heute macht sich das noch nicht bemerkbar. Die Erbschaftssteuer besteht ja erst seit zwei Jahren, und die Menschen sterben, Gott sei Dank, nicht so häufig hintereinander weg, daß sich die hohen Steuersätze schon so sehr stark bemerkbar machten. Aber die Zukunft wird lehren, wer in der Beziehung recht gehabt hat.

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Wenn in diesem Zusammenhange nun immer davon gesprochen wird, daß die Vermögen, um die es sich hier dreht, von den Arbeitern für den Betreffenden erarbeitet worden seien, — —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Miterarbeitet!)

— Nein, erarbeitet! Der vor Ihnen sitzende Kollege — ich weise nicht gern darauf hin; es ist der Vertreter Württembergs im Reichsrat, des Landes, das eine reiche Industrie hat — hat die Behauptung aufgestellt, die Arbeiter hätten diese Vermögen allein erarbeitet.

(Widerspruch des Abgeordneten Hildenbrand.)

— Ich will die Bemerkung akzeptieren, Herr Kollege, in dem Sinne, daß ich annehme, Sie rechnen den Unternehmer auch zu den Arbeitern, denn ohne den Unternehmer nützt diese Arbeit, die die Arbeiter leisten, nichts. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Hildenbrand.)

— Ich lasse mich gern belehren. Erklären Sie doch nachher, was Sie gesagt haben, indem Sie Ihren Zwischenruf klarstellen, daß es nicht so gemeint war.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Nun zum Schluß etwas ganz Allgemeines! Die ganze Diskussion über die einzelnen Steuergesetze, die man uns bringen will, ist ja heute mehr oder weniger zwecklos.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch die Betrachtungen darüber, wer sich den Steuern am meisten oder wenigsten entzieht, und wer die meisten und wenigsten Steuern bezahlt, fördert die Aufgaben, die wir alle zu erfüllen haben, ja absolut nicht, — im Gegenteil, sie treibt immer neue Keile zwischen die einzelnen Parteien, und ich glaube doch, diejenigen, die das Ultimatum unterschrieben haben und die in erster (B) Linie dafür verantwortlich sind, daß das Ultimatum auch erfüllt wird, hätten allen Anlaß, dazu auch die Arbeitswilligkeit der andern Parteien nicht nur zu erhalten, sondern sie zu fördern. Diese Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreudigkeit aber wird nicht gefördert durch derartige — verzeihen Sie, daß ich den Ausdruck wiederhole — Agitations- und Hetzreden, wie sie von dieser Stelle aus gehalten sind.

(Zustimmung rechts. — Unruhe links.)

Ich würde mich deshalb auch freuen, wenn in Zukunft derartige Reden aus dem Hause unterblieben, und wenn auch die Regierung in ihren Ausführungen etwas vorsichtiger wäre und nicht immer wieder den Eindruck erweckte, als wenn sie an solchen Reden zwar keine Freude hat, sie aber doch zum mindesten wohlwollend und gerne hört. Wir haben — das ist vorhin von dem Vertreter der deutschnationalen Fraktion gesagt worden, und ich kann es für meine Fraktion aus vollem Herzen wiederholen — das Ultimatum nicht unterschrieben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Herr Heinze!)

— Ja, Sie müssen sich schon an das halten, was unsere Fraktion tut. Ich halte Ihnen ja auch nicht jeden Outsider vor, der bei Ihnen mal anders stimmt!

(Sehr gut! rechts.)

Wir haben das Ultimatum nicht unterschrieben, wir werden aber an den Aufgaben mitarbeiten, die die Erfüllung dieses Ultimatums dem Deutschen Reichstage und dem deutschen Volke stellt. Wir werden mitarbeiten in dem Sinne, in dem ich das eingangs meiner Ausführungen angedeutet habe, von vornherein in der Überzeugung, daß diese Arbeit nutzlos und ergebnislos sein wird, in der Hoffnung und in der Überzeugung aber, daß jeder Schritt auf dem Wege des Versuchs, das Ultimatum zu erfüllen, auch Ihnen (nach links) immer mehr zeigen wird, daß das **Ultimatum unerfüllbar** ist. (C)

Ich muß aber eins doch noch zufügen — und das richtet sich an die Adresse der Reichsregierung sowohl wie auch an die breitere Öffentlichkeit —: Ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister hat am Schlusse seiner Ausführungen gewiß uns allen — was leider ja so selten vorkommt! — aus dem Herzen gesprochen, wenn er darauf hinwies, daß das Ultimatum um so schwerer zu erfüllen sei, um so unerfüllbarer, von unserm Standpunkt aus, wird, wenn man die Einschränkungen aufrecht erhält, die das deutsche Wirtschaftsleben und das deutsche Volk in seiner ganzen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung heute zu tragen hat. Auch ich mache darauf aufmerksam — und ich meine, der Hinweis müsse in seiner Wiederholung doch endlich auch einmal in die vernünftig überlegenden Franzosen hineingehen —, daß die deutsche Wirtschaft, eingeschnürt in die **Sanktionen** im Westen, daß das deutsche Wirtschaftsleben in den Rheinlanden, zum Erliegen gebracht durch die Sanktionen, unter keinen Umständen das erfüllen kann, was das Ultimatum dem deutschen Volk auferlegt. Ich denke dabei gar nicht allein an die **wirtschaftliche Einschnürung**, die die Sanktionen dem Rheinlande und dem ganzen Deutschen Reich gebracht haben. Ich denke dabei auch an die schwere seelische Not, unter der das Volk dort leidet, die es auch nicht zum Ausbau und Aufbau und zur Nützung all seiner wirtschaftlichen Kräfte kommen läßt. Ich denke daran, wie die Last der Besatzung auf der dortigen Bevölkerung ruht, wie sie wirtschaftlich und finanziell auf dem Deutschen Reiche, aber auch hier wieder in ihren ganzen **seelischen Auswirkungen** vor allen auf der **Bevölkerung im Rheinlande** liegt. Ich muß ferner darauf hinweisen, wie es unmöglich ist, daß der deutsche Wirtschaftskörper, wenn man ihm auch noch (D) das Industriegebiet Oberschlesiens ganz oder zum größeren Teil wegnimmt oder auch nur auf Zeit vorenthält, unter keinen Umständen in der Lage ist, die Milliarden aufzubringen, die das Ultimatum von uns verlangt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Kriegsende — ich rede nicht von Kriegsschuld, sondern ich sage nur: das Kriegsende — hat dem deutschen Wirtschaftskörper, um mich einmal bildlich und körperlich auszudrücken, die beiden Beine abgeschlagen, im Westen und im Osten uns die stärksten Wurzeln genommen, aus denen es seine Kraft sog, ihm im Auslande alle die Wurzeln abgeschnitten, aus denen ihm immer wieder neuer Saft und neues Blut zugeflossen ist. Und nun humpeln wir gewissermaßen auf zwei Krücken mühsam unseren Weg dahin. Diesem schon so schwer verkrüppelten Wirtschaftskörper will man mit der Wegnahme von **Oberschlesien** auch noch einen Arm abschlagen. Wer auch nur den bescheidensten Einblick in die Kraft unserer deutschen Wirtschaft vor dem Kriege und in all das, was uns am Ende des Krieges genommen worden ist, hat, muß einsehen, daß das Ultimatum, wenn es nicht an sich schon unerfüllbar wäre, immer weniger erfüllbar wird. Deshalb glaube ich, daß der Appell, den der Herr Reichskanzler am Schluß seiner Ausführungen mehr oder weniger an das Ausland gerichtet hat, im ganzen deutschen Reichstage Widerhall finden wird: wenn die Sanktionen, die wider alles Völkerrecht und wider die Bestimmungen des Versailler Vertrages uns im Westen auferlegt werden, nicht aufgehoben werden, und wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht in aller Bälde zu unsern Gunsten fällt, so muß das Ultimatum sich schon in aller Kürze als unerfüllbar erweisen.

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Am Schluß aber noch eine Bemerkung! Der Herr Reichskanzler möge sich nicht dem Glauben hingeben, daß er mit all seinen **steuerlichen Maßnahmen** allein das erfüllen könnte, was das **Ultimatum** dem deutschen Volke auferlegt. So geht es nicht! Er hat Ihnen ja von den zu lösenden Rätseln einiges aufgegeben, zum Beispiel auf die Schwierigkeit hingewiesen, wie man Papiermark in Goldmark umwandelt. Wir mögen die schönsten Steuern beschließen, — die Geldentwertung zieht uns einen großen Teil des steuerlichen Bodens, den wir uns auf diese Weise schaffen, immer wieder unter den Füßen weg, und deshalb bleibt am Ende aller Betrachtungen immer wieder der Hinweis darauf notwendig, daß wir unser **deutsches Wirtschaftsleben fördern** müssen, es auch durch steuerliche Maßnahmen nicht beeinträchtigen dürfen. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere deutsche Wirtschaft im Inlande wieder stark, kräftig genug wird, um entsprechend auszuführen, damit uns unsere Handels- und unsere Zahlungsbilanz wieder einigermaßen in den Stand setzt, nicht mit Papiermark zu zahlen, sondern die Goldwerte unmittelbar zu schaffen, die wir an das Ausland zur Erfüllung des Ultimatums abführen.

Aber ich glaube, dazu dient es nicht, wenn wir uns hier gegenseitig bei Steuer- und anderen Debatten gegenseitig zerfleischen.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Ich meine im Gegenteil: wir haben allen Anlaß, wenigstens hier im Reichstag, mögen wir auf einem politischen Boden stehen, auf welchem wir wollen, zusammenzuhalten und nicht immer wieder das Trennende zu betonen, sondern das, was uns eint. Dann werden wir vielleicht in einigen Jahren zwar nicht das Ultimatum erfüllt haben, aber uns doch zu der geschlossenen Einheit zusammenfinden, die allein imstande ist, auch (B) gegenüber dem Auslande mit Aussicht auf Erfolg aufzutreten und dort denjenigen Gedanken Beachtung zu verschaffen, für die wir bei Betrachtung des Ultimatums und seiner Erfüllbarkeit kämpfen und immerdar kämpfen werden.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Becker hat wiederholt in seinen Ausführungen erwähnt, daß bei der Frage der Reparationen hier im Hause Agitationsreden gehalten würden. Wir hören merkwürdigerweise von der rechten Seite immer dann derartige Äußerungen und moralische Ermahnungen, wenn mal Tatsachen so festgestellt werden, wie sie in Wirklichkeit sind und festgestellt werden müssen.

Wenn der Herr Abgeordnete Becker ferner erklärte, daß an dem gegenwärtigen Finanzelend alle Parteien schuldig seien, die für die Finanzwirtschaft während des Krieges verantwortlich zu machen sind, so ist das durchaus richtig. Man darf aber nicht übersehen, daß es außerdem noch breite Schichten im Volke gegeben hat, die hier im Parlament vielleicht nicht genügend vertreten waren, die von vornherein gegen die Kriegspolitik und insbesondere gegen die Kriegsfinanzpolitik Front gemacht haben.

Die Behauptung der Herren Abgeordneten Becker und Helfferich, daß die **Last der Wiedergutmachung** von Deutschland nicht getragen werden könne, mag in einem bestimmten Sinne richtig sein. Wir selbst haben wiederholt erklärt, daß die Anforderungen, die an die deutsche Arbeiterklasse gestellt werden, nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern auch für die Arbeiter in den anderen Ländern verhängnisvolle Folgen haben. Aber es (C) kommt jetzt darauf an, daß die besitzenden Kreise Deutschlands den ernsten Willen unzweifelhaft erkennen lassen, die Schuld einzulösen, die sie verursacht haben. Der Nachweis, daß das offizielle Deutschland gutmachen will, muß endlich erbracht werden auch gegenüber der Entente, damit eine andere Stimmung in den Ländern außerhalb Deutschlands gegen Deutschland Platz greifen kann. Das haben wir nötig genug. Die kapitalistische Kriegs- und Friedenspolitik, wie sie Deutschland betrieben hat und wie sie jetzt die anderen Länder gegen Deutschland betreiben, wird von der Arbeiterschaft aller Länder bekämpft.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nur in diesem Kampf der Arbeiter aller Länder miteinander gegen die international verbrüderten Kapitalisten, nur in diesem Klassenkampf des Proletariats werden die schweren Schädigungen auch der Friedenspolitik der kapitalistischen Staaten überwunden werden.

Die Äußerung des Herrn Helfferich, daß das Schicksal Deutschlands das Schicksal der ganzen Welt sei, ist eine jener üblichen Überhebungen, die Deutschland in der ganzen Welt geschädigt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Überheblichkeit, daß das deutsche Volk das einzige sei, das überhaupt kulturführend auftreten könnte, ist nicht scharf genug zu bekämpfen. Richtig ist allein, daß die Wohlfahrt eines Landes heute auch die Wohlfahrt anderer Länder bedroht, weil alle Länder weltwirtschaftlich auf das innigste miteinander verbunden sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir gegenwärtig an Kriegsfolgen und an großem Elend in allen Ländern erleben, ist eben eine (D) Folge jener privatkapitalistischen Profitpolitik, die in der letzten Zeit im Imperialismus ihren besonderen Ausdruck gefunden hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir früher von kapitalistischen Krisen gesprochen haben, so können wir gegenwärtig sagen: was wir jetzt haben, ist eine **Krise des Kapitalismus**, das heißt die Krise des Kapitalismus, von der sich der Kapitalismus überhaupt nicht mehr wird erholen können, die dazu führen wird, daß durch eine andere Produktions- und Gesellschaftsordnung derartige Krisen ein- für allemal ausgerottet werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn sich nun verschiedene Redner der rechten Parteien darüber entrüstet haben, daß Herr Helfferich mit einem Sturm der Empörung empfangen wurde, so ist diese Empörung durchaus berechtigt. Das ist eben der Aufschrei eines getretenen Volks, der Protest dagegen, daß die Männer, die in allererster Linie verantwortlich sind für das gegenwärtige Elend, sich heute hierherstellen und dem deutschen Volk lange Moralpauken halten. Diese Leute gehörten vor die Kriegsgerichte als Kriegsverbrecher,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ebenso wie jene Offiziere, die wehrlose Menschen gemordet haben oder haben morden lassen. Alles zum Ruhm des glorreichen deutschen Militarismus.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Helfferich ist es gerade, der der Urheber oder mindestens einer der hervorragendsten Urheber der

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) gegenwärtigen zerrütteten Finanzwirtschaft gewesen ist. Ich erinnere daran, daß Deutschland mit fünf Milliarden Schulden in den Krieg ging und daß schon im September 1919 durch die Anleihekredite das Schuldkapital über 164,9 Milliarden Mark betragen hat,

(hört! hört! links)

daß am 31. März 1920 die Schuld nach den Angaben des Herrn Reichsfinanzministers auf 204 Milliarden gestiegen war, wovon nur 90 Milliarden fundiert waren. Die schwebende Schuld, die Deutschland fast erdrückt, jene Kreditform der Schatzanweisungen ist die bedenklichste überhaupt in der ganzen Finanzpolitik.

(Sehr wahr! links.)

Aber das ist darauf zurückzuführen, daß jener Grundgedanke der **Kriegsfinanzpolitik**, den **Helfferich** begründet und vertreten hat, bei der er von seinen Freunden unterstützt wurde, der war, alles durch Anleihen während des Krieges für den Krieg und so gut wie nichts durch Steuern aufzubringen.

Ich erinnere daran, daß Herr Helfferich im Jahre 1915 am 10. März im Reichstag erklärte:

> Wir
> — er und seine Klassenfreunde —
> werden nicht darauf verzichten können und wir denken nicht daran, daß unsere Feinde, abgesehen von allem anderen, uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen.

(Hört! Hört! links.)

Herr Helfferich sagte ferner:

> Der zwingende Anlaß, aus Gründen der rechnungsmäßigen Finanzierung des ordentlichen Etats zu neuen Steuern zu greifen, liegt also im Gegensatz zu England bei Deutschland nicht vor.

(Hört! Hört! links.)

(B) Die **Kriegsfinanzpolitik**, die in **England** betrieben wurde und über die Herr Helfferich sich so erhaben fühlte, über die er nicht genug spötteln konnte, ist bei weitem vernünftiger gewesen als die deutsche Kriegsfinanzpolitik, selbst vom Standpunkte der Kapitalisten aus.

(Sehr richtig! links.)

In England, wo der Kriegsbedarf 190 Milliarden Mark betrug, wurden schon während des Krieges allein durch Steuern 53 Milliarden Mark aufgebracht.

(Hört! Hört! links.)

In dem Etat von 1916 sah England eine Erhöhung der direkten Steuern auf Einkommen, Grundbesitz usw. im Betrage von 1,8 Milliarden Mark vor. Wenn wir eine ähnliche Politik in Deutschland gehabt hätten, wenn schon während des Krieges vor allen Dingen die Kriegsgewinne kräftig besteuert worden wären, dann hätte die Schuldenlast Deutschlands nie so groß werden können, wie sie gegenwärtig ist, und vor allen Dingen hätte die Inflation nicht den Umfang annehmen können.

(Zustimmung links.)

Aber Herr Helfferich erklärte dann weiter im Dezember 1915 hier im Reichstag, er möchte in aller Ruhe Rechenschaft davon geben, daß mit der englischen Finanz- und Wirtschaftsmacht die Grundlage des englischen Weltreiches ins Wanken gerate;

(hört! hört! links)

Deutschland stehe zum Geld anders; wir könnten es vertragen, ärmer zu werden, und wir würden doch bleiben, was wir sind.

(Hört! Hört! und Lachen links.)

Er meinte weiter, ein verarmtes England bedeute finis Britanniae. Wir sehen auch hieraus wieder jene — verzeihen Sie diesen etwas unparlamentarischen Ausdruck — schnoddrige Überheblichkeit dieser nichtswissenden deutschen verantwortlichen Finanzmänner in (C) der Kriegszeit, die in der gröblichsten Weise gegen die fundamentalsten Gesetze der Wirtschaftspolitik gesündigt haben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Diese Überheblichkeit ist mit Schuld daran, daß wir uns gegenwärtig in diesem Elend befinden,

(sehr richtig! links)

daß wir nun Wege suchen müssen, um aus diesem Elend wieder herauszukommen.

(Sehr wahr! links.)

Worauf war nun die **Finanzwirtschaft** des Herrn **Helfferich während des Krieges** begründet? Die Milliarden, die für den Krieg ausgegeben wurden, wurden auf den außerordentlichen Etat übernommen. Besondere Nachweise darüber, wie diese Milliarden im einzelnen verbraucht wurden, durften nicht gegeben werden,

(hört! hört! links)

und was durch die Kriegsanleihen einkam, war schon vorher durch die Ausgabe von Reichsschatzwechseln flüssig gemacht worden und floß wieder in die Kriegsindustrie zurück. Die deutschen Unternehmer haben sich mit ihrem Patriotismus gebrüstet; sie haben damals, als der Krieg ausbrach, die **Kriegslieferungen** dem Staat aber nicht auf Kredit gegeben; denn sie waren damals noch nicht sicher, ob die deutschen Armeen siegen würden. Die deutschen Unternehmer hätten so gut wie keinen Pfennig ihres Besitzes geopfert, wenn Deutschland von vornherein militärische Niederlagen im Kriege erlitten hätte. Deshalb mußten nämlich die Schatzanweisungen ausgegeben werden, die den deutschen Kriegslieferanten in Zahlung gegeben wurden, weil der Goldschatz nicht angegriffen werden konnte. Diese Schatzanweisungen wurden dann wieder als Kriegsanleihe gezeichnet, und so erlebten wir eine fort- (D) dauernde Zunahme des Papiergeldes, der Noten, und eine immer beängstigender werdende Inflation überhaupt.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Die Wirtschaft, die während des Krieges von Herrn Helfferich betrieben wurde, war für ihn sehr bequem, aber sie war verderblich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

(Sehr wahr! links.)

Ich erinnere ferner an die Art, wie die Agitation für die **Kriegsanleihen** betrieben wurde. Nach außen brüstete man sich, daß die Kriegsanleihen freiwillig gezeichnet würden. Wir wissen aber, daß viele Fabrikanten, Händler, Arbeiter und daß die Soldaten und Kinder unter militaristischem Druck gezwungen wurden, Kriegsanleihe zu zeichnen.

(Sehr wahr! links.)

Ich erinnere daran, daß Pensions- und Unterstützungskassen und andere Institute genötigt wurden, Kriegsanleihe zu zeichnen, und dieser Druck und Zwang, diese Vergewaltigung wurde dann gefeiert als ein Triumph der deutschen Finanzkunst.

Dann jene Finanzschiebungen, die Herr Helfferich vorgenommen hat, die darin bestehen, daß für den ordentlichen Etat fiktive Zahlen für die Einnahmen angenommen wurden nach den Sätzen des letzten Friedensetats. Das bedeutete eine **Verschleierung des Etats**, weil ja diese Einnahmen in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden waren. So waren zum Beispiel im Jahre 1916 als Einnahme für Zölle 712,5 Millionen Mark eingesetzt, währenddem nur 340 Millionen Mark einkamen.

(Hört! Hört! links.)

(**Crispien**, Abgeordneter.)

(A) Im Jahre 1917 wurden als Einnahme für Zölle sogar 753,9 Millionen Mark eingesetzt, obgleich Deutschland vom Ausland abgeschlossen war und auf nennenswerte Einnahmen aus den Zöllen gar nicht mehr gerechnet werden konnte. Die ordentlichen Einnahmen reichten nicht aus, das zu decken, was laufend gebraucht wurde für den Etat. Und was geschah? Es wurde das Fehlende einfach aus den Einnahmen der **Kriegsanleihe** ersetzt. Anstatt durch Besitzsteuern die laufenden Ausgaben zu decken, hat man selbst für den ordentlichen Etat die Kriegsanleihe einfach mit herangezogen, um diese Schiebungen immer weiter zu bemänteln und nach außen vorzutäuschen, als stände Deutschland finanziell glänzender da als irgendein Land der Welt. Beträchtliche Teile der Kosten für die laufende Verwaltung wurden auf Kriegsfonds abgeschoben, und sämtliche Ausgaben für Heer und Marine wurden ebenfalls durch Anleihe bestritten.

So bekamen Herr Helfferich und die mit ihm Verantwortlichen das Kunststück fertig, im Jahre 1914/15, in dem schon acht Kriegsmonate mit in Rechnung zu stellen waren, einen Überschuß von 220 Millionen Mark zu buchen, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war. Da konnte es trotzdem Herr Helfferich fertig bringen, hier im Reichstag am 14. Dezember 1915 zu erklären: die Gründe, aus denen sich unsere Finanzen um so viel leistungsfähiger erweisen, die liegen einmal in unserem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl, dann darin, daß unsere eigene Arbeit alles für uns schafft, und endlich darin, daß wir in Deutschland alles selbst bezahlen.

(Hört! Hört! links.)

Er sagte weiter: „Unsere Gegner sind gezwungen, Milliarde um Milliarde an das Ausland zu entrichten und können nicht mit solch einer glänzenden Finanzwirt-
(B) schaft aufwarten wie Deutschland."

(Hört! Hört! links.)

Das ist auch wieder eine vollkommene Verkennung der einfachsten Grundsätze jeder gesunden **Finanzpolitik**. Gewiß, das Geld blieb im Lande. Aber dieses Geld verwandelte sich nicht nur in Papier, es diente darüber hinaus reinen Vernichtungszwecken und schuf keine produktiven Werte, währendem **England** auch in diesem Punkte viel günstiger dastand als **Deutschland**. Denn durch Auswanderung von Geld aus England nach anderen Ländern, vor allen Dingen nach Amerika, war es England möglich geworden, einen großen Teil der unproduktiven Arbeit auf das Ausland abzuwälzen und einen großen Teil Arbeiter für produktive Zwecke im eigenen Lande zu beschäftigen. Das ist eine längst überwundene merkantilistische Auffassung, die die Wirtschaft orientiert nach der Geldseite, anstatt sie zu orientieren nach der Grundlage der Produktion, nach den erzeugten Gütern.

Herr Helfferich hat ferner damals erklärt: Wenn wir diesen glorreichen Krieg gewonnen haben werden, woran er gar nicht zweifle, dann werden gewiß große Steuern eine Folge des Krieges auch für Deutschland sein; aber wenn diese Dinge nachher nach dem Kriege entschieden werden müssen, dann wird der deutsche **Patriotismus** den Beweis erbringen, daß er nicht nur Kriegsanleihen gezeichnet hat, sondern daß er sich auch als groß bewähren wird **im Steuerzahlen**. Und diesen Patriotismus — sagte damals Herr Helfferich — brauchen wir, er wird uns nicht fehlen; wenn es anders wäre, dann könnten wir an der Zukunft Deutschlands verzweifeln. — Ich stelle fest, daß von dem deutschen Patriotismus der besitzenden Klassen heute gar nichts zu merken ist.

(Sehr wahr! links.)

Im Gegenteil, sie haben ihr **Kapital ins Ausland** (C) verschoben, sie betreiben die Steuerhinterziehungen systematisch und denken gar nicht daran, auch nur soviel ihrem armen geliebten Vaterlande zuzuführen, als sie gut und gern ohne Einschränkung ihrer überaus üppigen Lebenshaltung entbehren könnten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Dr. Becker sich hier hinstellt und sagt, wir brauchten uns nicht zu entrüsten über die **Steuerdrückerei** der besitzenden Kreise, es gebe auch in den nichtbesitzenden Kreisen, bei den Arbeitern, bei den kleinen Leuten, Steuerdrückeberger, so möchte ich dem gegenüber bemerken, daß das für die Arbeiter, Angestellten und Beamten gar nicht mehr in Betracht kommen kann; denen wird die Steuer abgezogen bis auf den letzten Groschen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn es auch in den Kreisen der kleinen Leute, die durch den Kapitalismus proletarisiert worden sind, wenige Menschen geben sollte, die in einzelnen Fällen versuchen, ihre Steuerleistung niedrig zu halten, dann geschieht das aus der bittersten Not heraus, weil die Leute jeden einzelnen Groschen zehnmal umdrehen und jeden Papierschein von beiden Seiten betrachten müssen, ehe sie ihn ausgeben können. Das wiegt unendlich leichter, und dafür habe ich viel mehr Verständnis und auch Nachsicht als für jene Steuerdrückebergerei der Kapitalschieber der besitzenden Klassen, die von ihrem Überfluß nichts abgeben wollen und die die Steuerdrückebergerei systematisch betreiben.

Einige Worte zu dem Programm, das heute der Herr Reichskanzler in großen Umrissen aufgezeigt hat. Wir haben daraus erfahren, daß mit einer Gesamt- (D) einnahme von 80 Milliarden Mark Steuern gerechnet wird, daß 40 Milliarden Mark direkte Steuern und 32 Milliarden Mark indirekte Steuern veranschlagt sind. Das **Steuerprogramm** sieht eine Erhöhung schon bestehender Steuern vor und hält fest an dem alten Steuersystem. Ich bin der Meinung, daß angesichts der Aufgaben, die jetzt zu lösen sind, das alte Steuersystem versagen muß und daß es unmöglich ist, durch fortwährende Erhöhungen der Steuern, sie mögen so hoch sein, wie sie wollen, diese Aufgaben zu lösen. Alle Steuern sind außerdem letzten Endes eine Belastung der arbeitenden Massen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ob man sie nun direkte oder indirekte Steuern nennt. Wir wissen, daß die Steuern schließlich doch aus dem Mehrwert genommen werden, den die Arbeiter erzeugen müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und diese Leistungsfähigkeit ist begrenzt. Deshalb wünschen wir, daß sich innerhalb der Regierung bis zum September, wo uns die einzelnen Steuervorlagen vorgelegt werden sollen, die Auffassung des Wirtschaftsministeriums mehr durchsetzen möchte. Es ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß sich das Wirtschaftsministerium für die **Erfassung der Goldwerte** einsetzt und daß es bisher nicht gelungen ist, gegenüber dem Finanzministerium aufzukommen, vor allen Dingen auch nicht gegenüber den übrigen Regierungsvertretern, die bürgerliche Parteien in der Regierung vertreten. Ich möchte mich da auch an die Demokraten wenden, von denen wir schon wiederholt haben feststellen

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) können, daß von den **Demokraten** nur noch der Name übrig geblieben ist.

(Sehr richtig! und Heiterkeit links.)

Vielleicht könnte man, wenn man das Fernrohr der Treptower Sternwarte benutzen würde, in Deutschland noch hie und da einen alten Demokraten entdecken.

(Heiterkeit links.)

Aber die Demokraten, die heute die Demokratische Partei bilden, unterscheiden sich in der Hauptsache in gar nichts von der Deutschen Volkspartei und von jener Partei, die weiter rechts von der Deutschen Volkspartei sitzt. Die rechtssozialistischen Regierungsmitglieder haben allen Grund, gegenüber den Demokraten schärfer aufzutreten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist unerträglich, daß, ehe der demokratische Hahn zweimal kräht, das Credo der Besitzsteuern dreimal verleugnet wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn nun Herr Wirth heute erklärte, daß man erwäge, die Besitzenden in der Form von Genußscheinen heranzuziehen, so ist das nicht das, was wir fordern, es ist etwas mehr als die alten Steuern, aber noch viel zu wenig von dem, was wir fordern für die Frage der Wiedergutmachung;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn das System der Genußscheine reicht nicht aus, es ist nur ein ganz zaghafter Versuch, und wir haben noch nicht einmal die Sicherheit, daß es wenigstens zu diesem zaghaften Versuch kommen wird. Wir wollen, und daran werden wir festhalten, daß die Goldwerte erfaßt werden. Die **Erfassung der Goldwerte** ist das (B) wirksamste Mittel gegen Steuerhinterziehung, sie hat zur Folge eine vereinfachte Veranlagung, eine große Ersparnis an Veranlagungskosten, sie führt zu einer gleichmäßigen Erfassung der Werte und vor allem auch zu einer wirksamen Erfassung der Grundrente besonders in der Landwirtschaft, die durch den neuen Kurs in der Ernährungspolitik gewaltig gesteigert wird.

Zu unserer Forderung nach Erfassung der Goldwerte bemerkte Herr Becker: ja, wenn die Regierung Anteile bei den Unternehmungen erwirbt, was soll dann weiter werden, was soll weiter mit der Betriebsform geschehen? Das Verlangen nach Erfassung der Goldwerte ist für uns nicht eine letzte Forderung. Die Goldhypotheken, die Goldaktien, kurz die Anteile an den Goldwerten, sollen ein weiterer Schritt sein auf dem Wege zur **Sozialisierung**.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es muß dazu übergegangen werden, daß alle jene Mittel, die für die Produktion zur Erhaltung der Gesellschaft nötig sind, endlich der privatkapitalistischen Profitproduktion entzogen und in den Besitz der Gesellschaft gebracht werden. Deshalb wollen wir als einen Schritt über den heutigen Zustand hinaus die Erfassung der Goldwerte haben.

Die Verteilung der Reparationslasten fordert von der Finanzpolitik Deutschlands zwei Dinge: einmal Einhalten der Notenvermehrung, denn durch die Notenvermehrung wird eine weitere Preissteigerung für Waren verursacht, und gleichzeitig werden die Reallöhne dadurch weiter herabgedrückt; zum andernmal ist nötig: Erfassung der Goldwerte in Industrie, Handel und Grundbesitz. Der reale Wert des Besitzes an Grund und Boden, an Häusern, an Maschinen, an Rohstoffen usw. muß erfaßt werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Papiergeld als Gehalt bekommen, erleiden große Einbuße durch die Entwertung des Geldes. Sie sind gegenüber den Besitzern der Produktionsmittel außerordentlich benachteiligt, gegenüber jenen Besitzern von realen Werten, die während des Krieges und nach ihm nicht gesunken, sondern gestiegen sind und die heute einen Monopolcharakter darstellen. Neue Unternehmungen erfordern heute so viel Mittel, daß es äußerst schwer ist, in dem kapitalistischen Konkurrenzkampf gegen alte Unternehmungen aufzukommen. Deshalb fordern wir, daß auch durch die Erfassung der Goldwerte, durch das Einstellen des fortwährenden Druckes immer neuer Noten, zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen beigetragen wird und daß die Besitzenden endlich einmal wirklich und wirksam herangezogen werden. (C)

Wir können beobachten, daß neuerdings eine planmäßige, in bestimmtem Sinne betriebene **Beeinflussung der Öffentlichkeit** vorgenommen wird.

Es wurde in der Presse angekündigt, daß die hohen Gewinne, die in dieser Zeit von Industriellen, Finanzkapitalisten und Agrariern gemacht werden, in den arbeitenden Klassen angesichts ihres wachsenden Elends Empörung hervorrufen. Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, soll nun eine systematische Täuschung vorgenommen werden. Man will durch Filme, durch Artikel, durch Flugschriften usw. die großen **Gewinne der deutschen Unternehmer** fortschwindeln und den Arbeitern einreden, daß sie eigentlich große Gewinne gemacht haben, seitdem der Krieg zu Ende ist, und daß die deutschen Unternehmer und Agrarier bittere Not leiden. Die „Kreuzzeitung" brachte schon einen entsprechenden Artikel.

Ich beschränke mich demgegenüber darauf, auf jene Denkschrift im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes" vom 5. März (D) dieses Jahres hinzuweisen, wo nachgewiesen wird, daß die **Löhne** in Deutschland durchschnittlich nur um das Fünf- bis Achtfache gestiegen sind, währenddem die Kosten für die **Lebenshaltung** seit 1914 um das Fünfzehnfache gestiegen sind.

(Hört! Hört! links.)

Das gilt für diejenigen Arbeiter, die vollarbeiten, ganz zu schweigen von jenen Arbeitern, die kurzarbeiten, und von jenen, die vollkommen arbeitslos sind. Dagegen — und das werden alle Täuschungsmanöver nicht aus der Welt schaffen — sind die Gewinne der Besitzenden so ungeheuer gestiegen wie noch nie in der deutschen Produktionsgeschichte. Das ist natürlich auch im Auslande bekannt.

Wenn von jener Seite, die die besitzenden Klassen vertritt, erklärt wird, sie könnten nicht die Wiedergutmachung leisten, glaubt das eben kein Mensch im Auslande, weil man Gelegenheit hat zu beobachten, wie groß die **Unternehmergewinne** in Deutschland sind. Ich erinnere an die vier großen D-Banken Berlins, deren Rohgewinn im Jahre 1919 über 562,6 Millionen betrug, der Reingewinn über 186,3 Millionen Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vom Jahre 1920 liegen bisher nur die Bilanzen von drei **Banken** vor: Von der Darmstädter Bank, von der Dresdner und von der Deutschen Bank. Und was müssen wir hier feststellen? Der Rohgewinn beträgt schon bei diesen drei Banken 1,4 Milliarden Mark, der Reingewinn 340 Millionen Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Deutsche Bank hat neuerdings auch in Amsterdam

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) eine Filiale errichtet. Und, Herr Becker, Sie können nicht abstreiten, daß das Kapital international ist und schon vor dem Kriege international war und daß während des Krieges die internationalen Beziehungen der Kapitalisten durchaus nicht abgebrochen worden sind, sondern daß sie auch während des Krieges internationale Zusammenkünfte gehabt haben, um ihre Profite über alles zu stellen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Deutsche Bank, die im Jahre 1870 mit einem Kapital von 15 Millionen begründet wurde, hatte im Jahre 1906 bereits 200 Millionen Kapital bei 100 Millionen Reserven, jetzt verfügt sie über 400 Millionen Kapital mit 350 Millionen Reserven,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die Direktion erklärt mit Stolz, daß für die Dividenden mit Ausnahme eines einzigen, des ersten Kriegsjahres, von 1904 bis 1919 niemals weniger als 12 Prozent ausgeworfen wurden. Der Kapitalumsatz betrug 1889 schon 10 Milliarden, 1909 bereits 100 Milliarden und 1919 gar 429 Milliarden Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Angesichts derartiger Zahlen werden Sie nicht mehr leugnen können, daß die besitzenden Klassen überaus reiche Gewinne aus dem allgemeinen Massenelend zu ziehen verstehen.

Ich weise noch auf ein Unternehmen hin, **Adler & Oppenheimer, Lederwerke A.-G. in Berlin**, deren Kurs in einigen Wochen, vom 18. Mai dieses Jahres bis zum 1. Juli, von 635 auf 1700 gestiegen ist.

(Hört! Hört!)

(B) Bei einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark heißt das, daß der Kurswert in wenigen Wochen von 76 Millionen Mark auf 204 Millionen Mark gestiegen ist und daß dieser Vermögenszuwachs für die Aktionäre 128 Millionen Mark beträgt.

(Hört! Hört!)

Dabei befinden sich die Aktien zum größten Teil im Familienbesitz. Angesichts solcher Tatsachen ist es durchaus gerechtfertigt, wenn wir fordern, daß endlich energische Schritte zur **Erfassung der Goldwerte** gemacht werden. Auch im Herbst werden wir diese Forderungen erneut stellen und allen Parteien, auch den Rechtssozialisten, Gelegenheit geben, hier klipp und klar zu bekennen, ob sie über ihre Worte hinaus endlich damit Ernst machen wollen, daß die für die breiten Massen übergroßen Lasten von den Schultern der arbeitenden Klassen genommen und auf die Schultern der Besitzenden gelegt werden, die nicht entfernt das getragen haben und tragen wollen, was sie tragen können.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat dann mit einigen Worten noch an **Oberschlesien** gedacht. Was seine Person betrifft, so können wir sagen, daß er bisher wenigstens ehrlich bemüht gewesen ist, dort den Konflikt in einer Weise zur Erledigung zu bringen, die auch unserer Meinung nach allein in Betracht kommen kann. Auch bei jenen bürgerlichen Parteien muß die Erkenntnis doch endlich dämmern: mit Waffengewalt kann die Frage Oberschlesien nicht entschieden werden. Wenn der nationalistische Janhagel, wenn die Orgesch in Oberschlesien durch immer neue Konflikte neue Katastrophen heraufbeschwört, wird das deutsche Volk, letzten Endes die deutsche Arbeiterklasse, nur wieder neue Lasten und neue Folgen auf sich nehmen müssen. Wir wenden uns gegen die pöbelhaften Ausschreitungen, die (C) sich immer wieder in Oberschlesien abspielen und immer wieder neue Konflikte heraufbeschwören. Wir wissen, daß damals im Baltikum die Baltikumer dieselbe Rolle gespielt haben, die jetzt von den Hakenkreuzlern in Oberschlesien gespielt wird,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

jenen Leuten, die immer frecher mit einem monarchistischen Putsch drohen, die von Oberschlesien her in Deutschland einfallen wollen, um einen neuen Kapp-Putsch zu inszenieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach den Erfahrungen, die Jagow und andere Leute gemacht haben, ist das ja für die Orgeschbanditen ein völlig ungefährliches Unterfangen. Aber bauen Sie (nach rechts) nicht darauf, daß die **deutsche Arbeiterklasse**, die im Augenblick nicht die Kraft hat aufbringen können, um die Revolution genügend weiterzutreiben und aus diesem Hause Leute wie Helfferich und Konsorten hinauszupeitschen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß die Arbeiterklasse auf die verschärfte Fortsetzung des Klassenkampfes verzichtet. Das deutsche Volk ist zwar arm und elend, aber bauen Sie (nach rechts) nicht darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse dauernd in Sklavendemut alles hinnehmen wird. Fordern Sie uns heraus! Sie werden noch den Tag erleben, wo das deutsche Proletariat aufstehen wird, um in Deutschland und in den übrigen kapitalistischen Staaten der Welt nach dem Rechten zu sehen. Wir bedauern die fortwährende Einheitsfront für Demonstrationen und Kundgebungen der nationalistischen Parteien, die von den Rechtssozialisten (D) mehr oder weniger mitgemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir bedauern es auch, daß die **Gewerkschaften** sich viel zu sehr **nationalistisch** engagieren, soweit bei ihnen die **rechtssozialistische Führung** in Betracht kommt. Das findet nicht unsere Billigung, damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Es gibt keine Gemeinschaft zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Becker, alle Ihre schönen Worte, Ihr Appell an die Einigkeit, die schönen Reden, die wir immer wieder von den bürgerlichen Parteien hören können: jetzt wollen wir den Parteistreit verschwinden lassen —, das sind doch alles billige Redensarten,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

entweder gesprochen aus Unkenntnis der Dinge oder aber in der Absicht, die Schichten des arbeitenden Volkes, die nicht aufgeklärt genug sind, über ihre Klasseninteressen zu täuschen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt keine Gemeinschaft zwischen einem deutschen klassenbewußten **Proletarier** und einem Helfferich, auch nicht zwischen ihm und einem Becker oder einem Zentrumsmann oder einem Demokraten.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir stehen uns fremd gegenüber. Es gibt nur eine Gemeinschaft zwischen den Arbeitern in Deutschland und Frankreich und England und den übrigen Ländern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Crispien**, Abgeordneter.)

(A) Die Arbeiter der einzelnen Länder verstehen einander, sie reden zwar in verschiedenen Sprachen, sie haben aber gemeinsame Lebensinteressen, sie fühlen sich eins und verbunden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der deutsche Kapitalist ist der Feind des deutschen Proletariers wie der Kapitalist irgendeines anderen Landes.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie (nach rechts) würden ja heucheln, wenn Sie nicht zugeben wollten, daß der deutsche Kapitalist den deutschen Arbeiter als Feind betrachtet

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Nein!)

und mit ausländischen Kapitalisten als ihren natürlichen Klassenbrüdern, mit englischen, französischen und anderen Kapitalisten Geschäfte macht. Profite über alles!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denken Sie an Stinnes, an all Ihre Großkapitalisten, denken Sie an Herrn Helfferichs Finanzoperationen und dergleichen, dann sehen Sie die **internationale Zusammenarbeit der Kapitalisten.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb ist es ein billiges Reden, wenn man über die Auseinandersetzungen der einzelnen Parteien heulmeiert. Man kann doch nicht übersehen, daß die Parteien bestimmte Klassen der Gesellschaft vertreten und Führer der verschiedenen Klassen sind. In einem **Klassenstaat** sind **Klassengegensätze** und Klassenkämpfe unvermeidlich; sie können erst mit der Beseitigung des Klassenstaates überhaupt verschwinden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen

(B) Sozialdemokraten.)

Deshalb keine Gemeinschaft mit einer bürgerlichen Partei, auch nicht in der oberschlesischen Frage! Was **Oberschlesien** betrifft, halten wir daran fest: wir fordern das **Selbstbestimmungsrecht** jedes Volkes. Wir wenden uns dagegen, daß Personen oder Volksteile gezwungen werden sollen, gegen ihren Willen irgendeinem Staate anzugehören, dem sie nicht angehören wollen. Wir wissen, daß die oberschlesische Frage nach den Bestimmungen des Friedensvertrages gelöst werden muß, und wollen, daß das unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Abstimmung, unter fernerer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse und geographischen Verhältnisse geschieht. Das ist ein Notbehelf, solange der Kapitalismus noch künstliche Grenzen um die Völker gezogen hat. Wir wissen, daß die fortgesetzten Bildungen neuer Staaten und die ewigen Auseinandersetzungen über neue Grenzen Versuche jener kapitalistischen Klassen sind, die im Augenblick die Herrschaft in ihren Händen haben, andere kapitalistische Konkurrenten unschädlich zu machen. Wir wissen, daß die von uns geförderte Entwicklung zum Aufgehen aller Staaten in die große sozialistische Gesellschaft führt, die die Völker aller Länder, die die Menschen der ganzen Erde umfassen wird zur Arbeit nicht für die Profitinteressen von Privatpersonen, sondern um eben der Wohlfahrt aller zu dienen. Deshalb werden die Probleme, die jetzt gelöst werden sollen in Oberschlesien und in anderen Staaten durch Bildung neuer Grenzen, auf die Dauer gar nicht gelöst werden können auf kapitalistischer Grundlage und mit kapitalistischen Mitteln, sondern die Lösung kann nur der Sozialismus bringen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zum Schluß noch ein Wort zum Etat. Wir lehnen (C) den Etat ab, und zwar aus folgenden Gründen. Einmal, weil in ihm Mittel für die Reichswehr und Marine enthalten sind. Für Reichswehr und Marine ist in Deutschland keinerlei Daseinsberechtigung mehr.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wollen Sie (nach rechts) denn? Wollen Sie mit den paar armseligen Schiffen, die Sie jetzt noch bauen können, und den 100 000 Reichswehrsoldaten etwa die Welt von neuem in die Schranken fordern? Wollen Sie wieder jene alten Militaristen mobil machen und dann den Krieg gegen die ganze Welt aufnehmen? Das wäre lächerlich, das werden Sie selbst nicht behaupten wollen. Die Reichswehr ist eine fortgesetzte Bedrohung des Proletariats,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ein Organ der Konterrevolution. Sie ist die Schutzgarde der besitzenden Klassen gegen den Hunger des verelendeten Volkes in Deutschland. Wir können für solche Einrichtungen, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse und damit gegen die Interessen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes verstoßen, keine Mittel bewilligen.

Ich erinnere ferner an das Kapitel der Klassenjustiz, das in den letzten Tagen hier an den Pranger gestellt wurde. Die **Klassenjustiz** ist entlarvt worden als eine Waffe der Herrschenden gegen die kämpfenden Arbeiter.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man bisher hat sagen können, die Klassenjustiz sei nicht etwa so zu verstehen, daß es Richter in Deutschland gibt, die bewußt Klassenjustiz anwenden,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: (D) Solche gibt es auch!)

so erkläre ich heute: für einen Teil der Richter mag das zutreffen, daß sie objektiv Klassenjustiz üben. Es gibt aber in Deutschland Richter — und wir lernen sie jeden Tag von neuem kennen —, die bewußt Klassenjustiz anwenden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die bewußt im Dienst des Kapitalismus gegen das Proletariat auftreten und sich bemühen, die Proletarier und Proletarierführer, die man nicht ermorden kann, durch die Klassenjustiz unschädlich zu machen. Und solange ein Minister wie Herr Schiffer in der Regierung sitzt, der die Klassenjustiz verteidigt und der obendrein die Stirn hat, in demselben Augenblick, wo er an dem Pranger stand, Drohungen gegen die Arbeiterschaft auszustoßen, die sich im Kampf befindet, lehnen wir es ab, für solche Betätigungen Mittel zu bewilligen.

Ich erinnere ferner an die **Ernährungswirtschaft**, die in Deutschland immer verhängnisvollere Formen annimmt, deren einziger Grundsatz gegenwärtig darin besteht, durch Liebesgaben für die Agrarier die Besitzenden zu bereichern auf Kosten des darbenden Volkes.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

So viel Milliarden, wie durch die deutsche Ernährungspolitik den Agrariern, die Gewinne über Gewinne gemacht haben und noch machen, gegenwärtig zugeschoben werden mit Hilfe eines ihrer Beauftragten in der deutschen Regierung, so viel Milliarden sind noch niemals dem deutschen Volke entzogen worden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jede Mark, jeder Groschen, der in Form von Liebes-

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) gaben in die Taschen der Kapitalisten und Agrarier wandert, bedeutet, daß man einem Arbeiterkind ein Stück Brot vom Munde nimmt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Brot und die Kartoffeln werden verteuert. Wir haben Nachrichten bekommen aus Magdeburg vom dortigen Gewerkschaftskartell, daß sich bereits wieder eine ungeheure Erregung unter den arbeitenden Massen bemerkbar macht wegen der skrupellosen Verteuerung der Kartoffel, eines der Haupnahrungsmittel der armen, besitzlosen Massen. Wenn Sie (nach rechts) nicht endlich verstehen, daß die Arbeiter billiges Brot und billige Kartoffeln haben müssen, dann wird auch das dazu beitragen, daß die Abrechnung mit Ihrer ganzen Wirtschaft gründlicher und früher kommen wird, als es sonst der Fall wäre.

Die Aushungerung des Volkes geht Hand in Hand mit einer vollkommen ungenügenden **sozialen Fürsorge**. Noch heute und gestern und in der letzten Zeit überhaupt sind Mittel für eine ausreichende Sozialversicherung vor allen Dingen von den bürgerlichen Parteien des Reichstags abgelehnt worden. Das bisherige Maß der Fürsorge für die Erwerbslosen genügt lange nicht. Gegen die Wohnungsnot ist nichts Durchgreifendes unternommen worden. Ferner beobachten wir, daß vollkommen unzureichende Mittel vorhanden sind für **Kulturaufgaben**, für den Ausbau der Schulen und dafür, daß auch die deutschen Arbeiterkinder sich eine bessere Bildung aneignen können. Wir hören, daß zum Beispiel in Berlin in einer Schule ein Mann freiwillig Arbeiterkindern Unterricht in französischer Sprache erteilt, daß die deutschen bürgerlichen Herrschaften auftreten und erklären, das brauche ein deutscher

(B) Arbeiter nicht,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß das Schulzimmer für den Unterricht entzogen wurde, das so lange zur Verfügung gestanden hatte. Sie wollen, daß das deutsche Volk nicht teilnehmen kann an der Bildung, an den Kulturerrungenschaften, die die Arbeiter erst möglich gemacht haben. Wir haben aber zum Glück die großen Arbeiterorganisationen, die das nachholen und dafür sorgen, daß die Arbeiter geschult werden für den Klassenkampf gegen die Kapitalisten.

Dann kommen unsere Bedenken gegenüber der **Finanzwirtschaft**. Wir wollen erst klar sehen, ob die Grundsätze zur Durchführung kommen, die wir im Interesse jener Klasse aufstellen müssen, deren Vertreter wir hier sind.

Das Entscheidende aber ist für uns: auch die deutsche Republik ist ein **kapitalistischer Klassenstaat**, wenn auch unter einer neuen Firma, mit allen seinen Unterdrückungen, allen seinen Verfolgungen gegen jene Klasse, die als Unterdrückte um ihre Befreiung ringt. Dieser Klassenstaat, der Klassenkämpfe unvermeidlich macht, ist der Todfeind des Proletariats. Diesem System der kapitalistischen Klassenherrschaft bewilligen wir keine Mittel, und deshalb werden wir den Etat ablehnen.

(Brabo! bei den Unabhängigen Sozialmokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keinath.

Keinath, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf die Frage der inneren Steuerverteilung beschränkt und die an sich wichtigere und schwierigere Frage der Bezahlung der (C) **Kriegskontributionen** an die früheren Gegner nur einmal berührt, als er von dem Einfluß der **Sanktionen** und der Vorbehaltung **Oberschlesiens** auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gesprochen hat. Wir schließen uns seinem Protest gegen die unrechtmäßige Aufrechterhaltung der Sanktionen und die unrechtmäßige Vorbehaltung Oberschlesiens aus vollem Herzen an,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

auch weil wir überzeugt sind, daß dadurch die effektive Bezahlung der Kriegskontributionen an unsere Gegner ganz wesentlich beinträchtigt wird.

Ich bin allerdings der Meinung, daß die Frage der Zahlung an das Ausland doch Ausstrahlungen auf die Frage der **inneren Steuerverteilung** hat. Wir werden nicht daran vorbeikommen können, die Steuern auch daraufhin zu prüfen, ob durch sie ein Ergebnis für die effektive Zahlung erzielt werden kann.

Wir begrüßen es, daß der Herr Reichskanzler in seinen Ausführungen die ganze Größe der Aufgabe und den furchtbaren Ernst der Lage geschildert hat. Ich für meine Person bin sogar der Meinung, daß die Lage noch viel ernster ist, als es sich aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers ergeben hat.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir an die Lösung dieser Aufgabe herantreten — und wir wollen es tun —, so, glaube ich, muß man doch gewisse Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken. Wir sind der Meinung, daß der Streit darüber, wer die oder jene Steuer tragen werde, verhältnismäßig müßig ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Letzten Endes wird immer wieder die Wirtschaft an irgendeiner Stelle die Last mitschleppen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und (D) der Deutschen Volkspartei.)

Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß wir Steuererträgnisse in großem Maße herausbekommen werden, wenn nicht die Wirtschaft als solche ertragreich ist.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden darum alles daraufhin prüfen müssen, inwieweit die oder jene Steuer die Ertragfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt oder sie eventuell zu fördern in der Lage ist.

Die Dinge liegen doch heute so, daß wir Rentenkapital im Verhältnis zum Auslande nicht mehr besitzen. Was wir noch besitzen, ist in geringerem Ausmaß Vermögen an entbehrlichen Luxus- und Verbrauchsgegenständen. Im übrigen aber besitzen wir nur noch das werbende Kapital des Grund und Bodens, der Gebäude, der Maschinen und des sonstigen Inventars, und wir besitzen daneben das Kapital, das in der geistigen und körperlichen Arbeitskraft unseres Volkes ruht. Wir sind gezwungen, wenn wir die Dinge in ihrem Dauerzustand betrachten, auf diese beiden Arten von noch verfügbarem Kapital pfleglichst Rücksicht zu nehmen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Die geistige und körperliche Arbeitskraft setzt ein Mindestmaß von Konsum voraus, unter das der Konsum nicht hinuntergedrückt werden kann, ohne daß die Leistungsfähigkeit des Volkes dabei notleidet und damit auch der Ertrag der Wirtschaft sich verringert.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ebenso sicher ist auch auf der andern Seite, daß rücksichtslose Eingriffe in das werbende Kapital anderer Art uns auf die Dauer schwersten Schaden zu-

(**Keinath**, Abgeordneter.)

(A) fügen müßten und die dauernde Erfüllung der Reparation und Kontribution unmöglich machen würden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In der Beziehung möchte ich ganz besonders davor warnen, den **Übergang des Eigentums an deutschen Produktionsmitteln auf das Ausland** leicht zu nehmen. Es läßt sich damit vielleicht zunächst eine gewisse Erleichterung schaffen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß damit mit jedem Jahr der Bedarf an Devisen wächst, weil das Ergebnis der deutschen Produktion ja nicht mehr uns selbst zugute kommt, sondern wiederum letzten Endes in Auslandswerten an das Ausland gezahlt werden muß, die wir ohnehin nur mit größter Mühe werden beschaffen können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bin der Auffassung, daß wir weder aus dem werbenden Kapital, das man als Realvermögen zu bezeichnen pflegt, noch auf der andern Seite aus einer wirklichen Einschränkung des Konsums viel herausholen werden, weil darunter einerseits die Arbeitsmöglichkeit, andererseits die Arbeitskraft leiden würde, sondern ich bin überzeugt, daß die Aufgabe überhaupt nur erfüllt werden kann, wenn wir die **Steuern** praktisch durch eine **Leistungsvermehrung unserer Volkswirtschaft** herausholen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden daher die Steuern daraufhin zu prüfen haben, inwieweit diese Leistungsvermehrung durch sie nicht beeinträchtigt, sondern möglichst gefördert wird. Ich bin überzeugt, daß wir durch die oder jene Form der Besteuerung einen unmittelbaren Anreiz zur Leistungsvermehrung schaffen können.

(B) Ich möchte im übrigen auf die Steuern nicht eingehen, sondern nur hervorheben, daß es uns mit Rücksicht auf das eben Angeführte ganz wesentlich erscheint, daß die Steuern an der Stelle angesetzt werden, wo keine **Wettbewerbsverschiebungen zwischen den einzelnen Betrieben** herbeigeführt werden; denn eine Verschiebung der Wettbewerbsfähigkeit, zum Beispiel zugunsten der gemischten Werke, durch die Steuerbelastung ist gleichbedeutend mit der Lahmlegung eines Teils unserer Wirtschaft und einer erneuten Schädigung der Steuerfähigkeit der Wirtschaft überhaupt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind zweitens der Meinung, daß, wenn das deutsche Volk so ungeheure Steuerlasten tragen soll und sie irgendwie aus der Leistung der deutschen Wirtschaft herausholen soll, es dann an der Zeit ist, ernstlich daran zu gehen, alle die **Bindungen** und Hemmungen **der deutschen Wirtschaft**, soweit sie noch bestehen, zu beseitigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Mit der Aufgabe der Leistung der Kriegskontributionen ist unvereinbar die starke Einschränkung der Bewegungsfreiheit der einzelnen Betriebe sowohl in ihrem Außenverkehr wie in dem innerwirtschaftlichen Betrieb. Ich brauche auf die Frage im einzelnen nicht einzugehen, inwieweit die **Außenhandelskontrolle** Betrieb und Warenabsatz geschädigt hat. Ich verweise auf der anderen Seite auch darauf, daß die notwendige Elastizität der Betriebe für die Anpassung an die Konjunkturschwankungen, die wir in unserer Lage bis ans Äußerste ausnutzen müssen, auch dadurch eingeschränkt ist, daß wir immer noch eine Beschränkung der **Freizügigkeit** in Deutschland haben

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß daher die Heranziehung der geeigneten Arbeitskräfte für den gesteigerten Umsatz vielfach auf große (C) Schwierigkeiten stößt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das sind Bindungen, die man im Interesse der Arbeitnehmer eingeführt hat. Wir hören aber aus den Kreisen der Arbeitnehmer selbst heute weithin, daß man diese Einschränkung der Wirtschaft heute überwiegend als eine schwere Schädigung der Arbeitnehmerschaft empfindet.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind der Auffassung, daß in unserer Lage alles darauf ankommt, daß jeder einzelne Deutsche die Kraft, die in ihm steckt, auch nutzbar machen kann,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und darum verlangen wir, daß die verschärfte wirtschaftliche Tätigkeit, die überhaupt notwendig ist, beim Unternehmer so gut wie beim Arbeitnehmer, keinerlei Fesseln mehr unterliegt, soweit sie nicht etwa notwendig werden durch die **Einschränkung der Luxuseinfuhr** für den deutschen Verbrauch. Das ist die einzige Stelle, wo ich noch eine gewisse Berechtigung dafür anerkenne.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir können nicht ganz daran vorübergehen, daß die Aufgabe nicht nur darin bestehen kann, neue Steuern zu schaffen, sondern daß eine wichtige und große Aufgabe darin besteht, **Ersparnisse** herbeizuführen. Der Herr Reichskanzler hat mit Recht an einer Stelle darauf verwiesen, als er sagte: wir können nicht daran denken, die Unterbilanz der Reichswirtschaftsbetriebe aus Steuermitteln zu decken, sondern wir müssen dazu kommen, diese Betriebe als solche wieder rentabel zu machen. Hier hat er die Aufgabe der Ersparnisse angeschnitten. Aber die Aufgabe geht weit hinaus über die eigentlichen werbenden Betriebe des Reiches. Unsere ganze Staatsverwaltung wie auch die privatwirtschaftliche Verwaltung ist viel zu sehr mit Verwaltungsausgaben aller Art belastet, deren prozentualer Anteil an (D) der Gesamtleistung heute gegenüber der Friedenszeit viel zu groß ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen auch in dieser Beziehung zu der sparsamen Wirtschaft zurückkehren.

Wir sind im übrigen der Meinung, daß es sich nicht empfiehlt, in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die **Steuern** erst in großen Umrissen uns vorgezeichnet worden sind, im einzelnen in eine Erörterung einzutreten, zumal die Besorgnis immer groß sein muß, daß aus der Debatte über das noch etwas unklare Bild ein Auseinandergehen derer entsteht, die an sich guten Willens sind, das Werk zu vollenden. Wir halten es für richtiger, wenn wir diese Erörterung verschieben, bis wir tatsächliche Gesetzentwürfe vor uns haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir behalten uns unsere Stellungnahme zu der Gesamtheit dieser Steuern wie zu den einzelnen Steuern voll und ganz vor für die Beratung in dem Augenblick, wo diese Entwürfe uns vorliegen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es scheinen uns dafür auch noch andere Gesichtspunkte zu sprechen.

Auch unser innerwirtschaftliches Steuerproblem ist vielfach verbunden mit den internationalen Fragen, die heute noch nicht geklärt sind. Ich verweise darauf, daß erst die **Garantiekommission** mit unserer Regierung eine Reihe von Dingen zur Klärung bringen muß, ehe wir die Form unserer Besteuerung mit Sicherheit beurteilen können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich verweise darauf, daß die Frage der Grundlage des **Exportindex** noch vollkommen in der Schwebe ist,

(**Keinath**, Abgeordneter.)

(A) und es liegt ja auf der Hand, daß diese Sache tief eingreift in die Frage auch der inneren deutschen Besteuerung.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten es also auch sachlich für durchaus richtig, wenn wir bis auf weiteres uns Zurückhaltung über unsere Stellungnahme zu den Steuerfragen in ihrer Gesamtheit und in ihren Einzelheiten auferlegen.

Nur das eine möchte ich mit aller Schärfe heute schon hervorheben, daß wir es für unsere Aufgabe ansehen, an diese ungeheuer schwere Aufgabe heranzugehen in voller Erkenntnis der schweren Notlage, in der unser Vaterland sich befindet,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

in voller Erkenntnis der Todesnot, die dem Reich, das unser aller Mutter ist, droht.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten es für unsere Pflicht, in solchen Zeiten an die Frage der Besteuerung heranzugehen, entschlossen, mit voller Vorurteilslosigkeit zu prüfen, zu urteilen und zu entscheiden.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! An die Spitze unserer Betrachtung des Finanzprogramms der Reichsregierung stellen wir die **Anklage gegen den deutschen Kapitalismus.** Der deutsche Kapitalismus und seine Vertreter waren es, die den Krieg verschuldet haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der deutsche Kapitalismus und seine Vertreter waren es, die zum Kriege gehetzt haben und die im Kriege ge-

(B) hetzt haben, um den Krieg zu verlängern.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der deutsche Kapitalismus und seine Vertreter waren es, die die finanzielle und politische Situation geschaffen haben, in der wir uns jetzt befinden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Vertreter des deutschen Kapitalismus waren es, die **während des Krieges eine Steuerpolitik** betrieben haben, die zum Bankrott des deutschen Staates geführt hat. — Und der Herr Abgeordnete Mumm, der dies nicht hören möchte, war es, der an dieser Politik mitgearbeitet hat, die gar nichts zu tun hat mit den Grundsätzen, die er sonst öffentlich zur Schau trägt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Anklage trifft nicht nur die Herren auf der äußersten Rechten, sie trifft nicht nur Herrn Helfferich, sondern sie trifft auch alle Parteien dieses Hauses, bis einschließlich der rechtssozialistischen Partei.

(Sehr richtig bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn so verhängnisvoll das Wirken des Herrn Helfferich während des Krieges auch gewesen ist: niemals hätte Herr Helfferich so wirken können, wenn er dabei nicht die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien und der rechtssozialistischen Partei gefunden hätte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Mit Herrn Helfferich sind schuldig am heutigen Zustand die bürgerlichen Parteien einschließlich der rechtssozialistischen Partei.

(Abgeordneter Dr. Schücking: Sehr richtig!)

Und nicht nur während des Krieges, auch nach dem Kriege ist im Prinzip die **Finanzpolitik** fortgesetzt worden, die während des Krieges verfolgt worden ist,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

jene Finanzpolitik, die nicht nur auf eine Schonung des Besitzes und auf eine Belastung der Arbeiterklasse hinauslief, sondern die darüber hinaus noch zum Ziel (C) hatte, den Krieg nutzbar zu machen der Vermehrung der Einkommen und der Vermögen eines Teils des deutschen Volkes: der besitzenden Klassen in Deutschland. Es war während des Krieges allerdings so, daß die Besitzenden in Deutschland den Krieg und die Verlängerung des Krieges beschlossen hatten und daß die deutsche Arbeiterschaft für den Krieg zahlen mußte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dies ist nach dem Kriege, in der Zeit, als die deutsche Nationalversammlung Steuer- und Finanzpolitik getrieben hat, fortgesetzt worden. Auch diese Steuer- und Finanzpolitik diente dem Zwecke, die großen Vermögen in Deutschland noch zu vermehren und auf der anderen Seite die Belastung und die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu vergrößern.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Grundgedanke dieser Steuer- und Finanzpolitik während des Krieges und nach dem Kriege war, die Grundlagen der bürgerlichen Wirtschaftsweise, des bürgerlichen Systems in Deutschland aufrechtzuerhalten und zu festigen. Diese Politik hat Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Veränderungen in Deutschland zu einer gewaltigen Verschiebung der Einkommensverhältnisse in Deutschland während des Krieges und nach dem Kriege geführt. Wenn Herr Helfferich vorhin hier ausführte, daß ja ein **Vermögenszuwachs** in der deutschen Volkswirtschaft überhaupt nicht aufzufinden sei, so ist es doch wahr, und Herr Helfferich weiß es nur zu gut, daß bei einem kleinen Teile der deutschen Bevölkerung während des Krieges und nach dem Kriege ein ganz gewaltiger Vermögenszuwachs eingetreten ist,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

ein Vermögenszuwachs, der besonders stark war in den Kreisen, deren Interessen Herr Helfferich vertritt. (D)

Die **Steuerpolitik**, die die **Nationalversammlung** getrieben hat, als sie die Umsatzsteuer, die Kohlensteuer, die Einkommensteuer und auch jenes verpfuschte Reichsnotopfer schuf, hat die Wirkung gehabt, daß die Entwertung des Geldes der Vermehrung der Besitzenden auf der einen Seite und der weiteren Verelendung der Arbeiterklasse auf der anderen Seite dienstbar gemacht wurde.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im Gefolge dieser Steuerpolitik, im Gefolge der Umsatzsteuer, der Kohlensteuer und jener Einkommensteuer, die vornehmlich die Arbeitenden anfaßte, zeigte sich das Fortschreiten der Preiserhöhungen, jener Preiserhöhungen, denen die Lohnerhöhungen auch nicht entfernt nachgefolgt sind. Die gleichzeitige Folge dieser Steuerpolitik war die Vermehrung der schwebenden Schuld Deutschlands, die auf die Arbeiterklasse wie eine indirekte Steuer gewirkt hat.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

So sind während des Krieges und nach dem Kriege die Voraussetzungen für die Situation geschaffen worden, in der wir uns heute befinden. Als es sich deshalb darum handelte, ob das Ultimatum anzunehmen oder abzulehnen sei, war sich unsere Fraktion vollständig klar darüber, daß eine **Annahme des Ultimatums** durch eine bürgerliche Regierung in Deutschland nur auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen würde.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Unsere Fraktion war sich darüber klar, daß der Wechsel, der von einer bürgerlichen Regierung ausgestellt würde, auf Kosten und zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft eingelöst werden würde.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Die Motive, die meine Fraktion zur Ablehnung des Ultimatums geführt haben, waren ganz andere als die der Rechten. Wenn Herr Helfferich heute deklamiert hat, daß man von einer Erfüllung des Ultimatums eine Zerstörung des deutschen Produktivvermögens befürchten müsse, so muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht die Sorge um die Elemente der deutschen Produktion ist, die diese Herren erfüllt, sondern daß es nur die Sorge um die jetzige Wirtschaftsordnung, um die Profitwirtschaft ist, die Sorge um die Grundlagen der bürgerlichen Profitwirtschaft, die diese Herren bei dem Gedanken an die Ausführung des Ultimatums erfüllt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dieselben Töne, die wir heute hier von der äußersten Rechten hörten, haben wir allerdings in Weimar schon einmal gehört, und heute wie damals steht hinter diesen Tönen auf der äußersten Rechten die feste Überzeugung, daß, wenn sie ihren Profit und ihre Profitwirtschaft opfern würde, dann kein Hindernis bestünde, um die Bedingungen des Ultimatums tatsächlich auszuführen. Auf der anderen Seite ist die Annahme des Ultimatums von den bürgerlichen Parteien getragen gewesen von dem Gedanken, daß die Arbeiterklasse letzten Endes die Kosten bezahlen würde.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es war die Hoffnung nicht nur auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter, die diese Parteien bewegt hat, sondern es war in weitgehendem Maße vor allen Dingen eine Hoffnung auf die Leidensfähigkeit der deutschen Arbeiter,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

die diese Parteien bei der Unterzeichnung des Ultimatums geführt hat.

(B) Aber, meine Damen und Herren, diese Leidensfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft hat eine Grenze, und die jetzige Regierung ist sich dieser Grenze wohl bewußt, und sie hütet sich deshalb, mit einem Schlage klar und deutlich die Gesamtheit ihrer Steuerpläne zu enthüllen; so zu enthüllen, daß sie vor aller Augen in ihrer Bedeutung und in ihrer Auswirkung sichtbar werden. Das, was uns heute hier als Finanzprogramm der Regierung vorgetragen worden ist, ist nichts anderes als ein Ausdruck der Hilflosigkeit diesen Zuständen gegenüber,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und der Appell, den der Herr Reichsfinanzminister an die Parteien gerichtet hat, sie möchten auf eine mittlere Linie treten, auf eine mittlere Linie, die die Durchführung dieses Finanzprogramms ermöglicht, war nichts anderes als ein Appell um einige Konzessionen der Besitzenden, um desto sicherer mit den Mitteln der indirekten Steuern die arbeitende Klasse um so stärker belasten zu können.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Auf diesen Appell des Herrn Reichsfinanzministers haben wir nur die eine Antwort: Wir werden auf diese mittlere Linie nicht treten, wir werden vielmehr alle Kraft aufbieten, um eine weitere **Belastung der Arbeiterklasse** durch das jetzige Finanzprogramm unmöglich zu machen. Wir werden mit allen Mitteln kämpfen gegen eine weitere Belastung der Arbeiterklasse. Wir fordern, daß die Lasten, die jetzt durch die Reparationsverpflichtungen entstehen, auf die Schultern des Besitzes gelegt werden und daß die arbeitenden Klassen das geringste Maß der Riesenlasten zu tragen haben. Wir fordern, daß vor allem die, die durch ihre Profitgier und ihre Machtgier den Krieg heraufbeschworen haben, jetzt auch die Lasten tragen, die durch den Krieg (C) entstanden sind, und es ist deshalb nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, wenn wir an die Spitze die Forderung stellen, daß das Vermögen und Einkommen dieser Schuldigen **konfisziert** werde.

Wir fordern deshalb zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die sofortige Konfiskation zunächst des Vermögens, der Vermögenswerte aller der Familien, die bis zum November 1918 in Deutschland regiert haben.

Wir fordern weiter die völlige Konfiskation des Vermögenszuwachses der bekannten Heerführer und Kriegshetzer bei Kriegsausbruch, die zum Ausbruch und zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben.

Wir fordern ferner die völlige Konfiskation der vollen Kriegsgewinne der Rüstungsindustriellen und Heereslieferanten, insbesondere auch der Unternehmer und Aktiengesellschaften, die während des Krieges durch ihre ausländischen Filialen direkt oder indirekt die alliierten und assoziierten Staaten beliefert haben, und wir fordern darüber hinaus die sofortige Konfiskation aller der Vermögen, aus denen arbeitsloses Einkommen entsteht, und fordern die Konfiskation aller der Einkommen, die über ein mittelbürgerliches Existenzminimum hinausgehen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten, Zurufe rechts.)

— Jawohl, Herr Abgeordneter Becker, wir fordern auch die Konfiskation des Vermögenszuwachses aller Revolutionsgewinnler, denn wir wissen ganz genau, daß diese Sorte von Leuten auf Ihrer Seite (nach rechts) zu suchen sind.

Meine Damen und Herren! Wir wissen freilich, daß ein solcher Kampf um Vermögens- und Einkommenskonfiskationen einem Angriff auf das gesamte (D) kapitalistische System gleichkommt, und wir fordern zur Verschärfung und zur Durchführung dieser Maßnahmen weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen. Wir fordern, daß alle **Produktionsmittel** und alle Betriebe einer großzügigen Bedarfsdeckung in Deutschland nutzbar gemacht werden unter der **Kontrolle der Arbeiterschaft.**

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir fordern die Anspannung aller produktiven Kräfte unter der Kontrolle der Arbeiterschaft und wir fordern insbesondere auch die sofortige **Verstaatlichung** aller Bergwerke, aller Energiequellen, alles Großgrundbesitzes unter der direkten Kontrolle der Arbeiterschaft.

Eine bürgerliche Regierung, die die Reparationsverpflichtungen voll zur Durchführung bringen wollte, müßte auch zu Maßnahmen kommen, die einen Eingriff in die heutige Konstitution der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten. Was aber ist das Programm, das die Regierung uns heute vorgetragen hat? Der Herr Reichsfinanzminister hat ausgeführt, daß er auf alten Wegen vorwärtsschreiten wolle, auf den alten Wegen, die zur Zeit der Nationalversammlung betreten worden sind. Er hat weiter ausgeführt, daß er dieser ersten Etappe einer deutschen **Finanzreform**, die in der Nationalversammlung erreicht worden ist, weiter eine zweite und eine dritte Etappe anfügen wolle. Nun, ein solches Durchlaufen von drei Etappen bei dieser Finanzreform würde einen Passionsweg der deutschen Arbeiterschaft in drei Etappen bedeuten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Schon die erste Etappe dieses Passionsweges hat dazu beigetragen, die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft zu vermehren. Wieviel mehr müßte die zweite

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) und die dritte Etappe eines solchen Leidensweges diese Wirkung haben! Wir sagen deshalb der Arbeiterklasse angesichts dieses Finanzprogramms der Regierung, daß ihr jetzt klar werden muß, daß der Kampf um ihre nackteste Existenz beginnt, der Kampf dagegen, daß die Lasten der Reparation auf ihre Schultern gewälzt werden, der Kampf dagegen, daß ihnen von den Kapitalisten in Deutschland, die heute zu Sklavenhaltern der Entente werden, doppelte Sklavenketten aufgeladen werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Das Programm, das uns hier vorgetragen wurde, war in seiner Tendenz ganz klar, in seinen Einzelheiten aber war es reichlich unbestimmt. Der Herr Reichsfinanzminister hat von einer schärferen Anziehung der **Einkommensteuer** gesprochen. Nun, meine Damen und Herren, für die Arbeiter, für die **Lohn- und Gehaltsempfänger** ist die Grenze bereits erreicht,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

bis zu der sie zu der Einkommensteuer herangezogen werden können. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist wahrhaftig keine Verschärfung der bestehenden Einkommensteuer mehr möglich. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger gilt, daß aller Lohn und alles Gehalt, die sie heute in Papiermark empfangen, nur mehr gleich ist dem Lohn und Gehalt in Groschen von früher, und nicht einmal dies trifft für die Lohn- und Gehaltsempfänger exakt zu; denn wenn die Steigerung der Preise weit um das Zehnfache über den Friedensstand hinausgeht, so hat doch die Steigerung der Löhne in Deutschland dieses Maß noch längst nicht erreicht, sondern Tatsache ist, daß die Reallöhne der deutschen Arbeiterschaft gegenüber dem Friedensstand ganz be-

(B) trächtlich gesunken sind,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

während auf der anderen Seite die steuerliche Belastung der Arbeiterschaft durch die Einkommensteuer allein in gewaltigem Maße gegenüber der Friedenszeit gestiegen ist,

(sehr wahr!)

und wenn die Reichsfinanzverwaltung je die Absicht haben sollte, auch gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern die Schraube der Einkommensteuer stärker anzuziehen, so mag sie sich gesagt sein lassen, daß sie dabei auf den heftigsten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen würde, daß sie damit die heftigsten sozialen Kämpfe heraufbeschwören würde. Wir wissen freilich, daß die **Einkommensteuer** gegenüber den **Besitzenden** noch längst nicht in dem Maße angespannt ist, wie sie nach dem Buchstaben des Gesetzes angespannt werden müßte. Das aber ist nicht eine Frage der Steuertechnik, das ist eine politische Machtfrage,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und es charakterisiert die bisherigen Zustände, daß die bürgerliche Regierung bisher die Macht in sich fühlte, um die Einkommensteuer bis zum letzten Pfennig bei den Lohn- und Gehaltsempfängern zu regeln, daß sie aber keine politische Macht besaß, um dieselbe Einkommensteuer gegenüber den Besitzenden voll zur Durchführung zu bringen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Sachlage ist heute die, daß durch die **Lohnsteuer** die Lohn- und Gehaltsempfänger im Augenblick des Lohnempfangs ihre volle Steuerpflicht gegenüber dem Staat zu entrichten haben, daß diese Lohnsteuer der einzig feste Kern des gesamten Finanzsystems ist,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß auf der anderen Seite die Regierung nicht die (C) Macht besitzt, die Einkommensteuer gegen die Besitzenden so durchzuführen, wie sie nach den Buchstaben des Gesetzes durchgeführt werden muß.

Nun zu dem, was der Herr Reichsfinanzminister über die **Veredelung des Reichsnotopfers** gesprochen hat. Diese angebliche Veredelung des Reichsnotopfers ist nichts Neues, sie ist prinzipiell nichts Neues und sie ist in ihrer Höhe nichts Neues. Sie ist nur die Rückkehr zu dem, was ursprünglich mit dem Reichsnotopfer geplant war. Die Bezeichnung dieser Steuer als Reichsnotopfer ist eigentlich ein Hohn, der die gesamte Steuermoral der Besitzenden in Deutschland nur zu deutlich aufzeigt;

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

denn dieses Reichsnotopfer, mittels dessen angeblich in der höchsten Not des Reiches die Besitzenden einen Teil ihres Besitzes aufopfern sollten, hat bis zum heutigen Tage noch nicht einmal so viel eingebracht, wie die Arbeiterklasse mittels der Lohnsteuer bis heute an Steuern gezahlt hat.

Nun hat der Herr Reichskanzler in sehr unbestimmten Andeutungen darüber gesprochen, was er zu Beginn seiner Kanzlerschaft mehr als einmal als die **Erfassung der Goldwerte** zu bezeichnen pflegte. Er ist seither selbst von diesem Schlagwort der Erfassung der Goldwerte abgekommen. Er hat in der letzten Zeit nicht mehr von der Erfassung der Goldwerte gesprochen, sondern er hat von einer **Erfassung von Produktionsmitteln** gesprochen. Ach, meine Herren von den bürgerlichen Parteien und von der Regierung, spielen Sie doch nicht mit einer Erfassung der Produktonsmittel mit Mitteln Ihrer Steuerpolitik! Das, was Sie wollen, ist etwas ganz anderes als etwa die Dienstbarmachung der Produktionsmittel für die Zwecke der (D) Allgemeinheit. Das, was Sie darunter verstehen, hat nichts zu tun mit einer Erfassung der Produktionsmittel durch den Staat zum Wohle der Allgemeinheit.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Das, was Sie im Auge haben, ist nichts anderes als das Angebot eines ganz gewöhnlichen Kompaniegeschäftes des Staates an das Unternehmertum. Es ist nichts anderes als das Angebot des Staates an die Unternehmer, sich zusammenzutun zu einer gemeinsamen Ausbeutung der arbeitenden Klassen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn es der Regierung wirklich ernst wäre mit der Erfassung von Produktionsmitteln, wo wäre dann ihr Vorschlag, diese Erfassung zu sichern durch eine weitgehende und bestimmende Kontrolle dieser Erfassung durch Organe der Arbeiterschaft? Die Regierung ist aber weit davon entfernt, solche Pläne im Auge zu haben. Sie will in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum die Lasten, die zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen notwendig sind, in erster Linie und vor allen Dingen der Arbeiterklasse auflegen.

Wenn noch irgendein Zweifel an dieser Absicht bestehen sollte, so müßte dieser Zweifel beseitigt werden durch jenes Programm **indirekter Steuern**, das der Herr Reichsfinanzminister heute hier zum Vortrag gebracht hat. Diese indirekten Steuern werden nichts anderes sein als neue gewaltige Steuern auf das Einkommen der Arbeiterklasse. Die soziale Wirkung dieser Steuer wird weitere Verelendung der Arbeiterklasse sein. Die Wirkung dieser Steuern in Gemeinschaft mit dem übrigen Steuerprogramm wird sein, daß nicht nur die Einkommensverhältnisse der Klassen, wie sie jetzt sind, aufrechterhalten werden, sondern daß in

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Zukunft diese Einkommensverhältnisse noch weiter zuungunsten der Arbeiterklasse verschoben werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn vorhin das Wort gefallen ist, daß man eine Herabdrückung des Massenkonsums bei dieser Finanzpolitik vermeiden müsse, so sind diese indirekten Steuern das geeignetste Mittel, um den Massenkonsum bis auf ein Minimum herabzudrücken.

Und nicht nur das. Die Wirkung dieser indirekten Steuern wird sein: weitere Preissteigerung, im Gefolge der Steigerung weitere Steigerung des Staatsbedarfes, weitere Steigerung der schwebenden Schulden, weitere Zunahme der Inflation. Mit diesen Mitteln seiner Steuerpolitik wird der Reichsfinanzminister eben das herbeiführen, was er fürchtet und vermeiden möchte, daß nämlich die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrunde zugeführt und zugestürzt wird.

Die Voraussetzung zur Durchführung des Finanz- und **Steuerprogramms** der Regierung wäre, wenn sie damit um den Preis der **Verelendung der Arbeiterklasse** wirklich die Reparationsverpflichtungen erfüllen wollte, eine Hebung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft, aber eine Hebung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse, um den Abbau des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft.

In dieser Situation sagen wir unseren Parteigenossen und der gesamten Arbeiterklasse, daß der Kampf um dieses Finanzprogramm der Regierung ein Kampf nicht nur um Steuern und Steuergesetze, sondern im höchsten Maße ein politischer Kampf ist.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sagen den Massen, daß es in dieser Situation, in (B) diesem Kampfe nur eine Zweiteilung gibt: auf der einen Seite die Arbeiter, auf der anderen die Besitzenden, auf der einen Seite die Ausgebeuteten, auf der anderen Seite die Besitzer der Produktionsmittel als Ausbeutende, und wir sagen ihnen, daß sie in diesem Kampfe zugleich um die völlige **Enteignung der Produktionsmittel** kämpfen müssen, darum, daß alle Produktionsmittel heute privaten Besitzern enteignet und dem Gemeinwohle dienstbar gemacht werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Reichskanzler hat von politischen Voraussetzungen seines Finanzprogramms gesprochen. Auch wir sehen die politischen Voraussetzungen unseres Kampfes gegen das Finanzprogramm der Regierung. Wir verlangen, daß in dieser Kampfsituation **Freiheit des politischen Kampfes** herrscht, daß die Unterdrückungspolitik gegen unsere Partei aufhört, daß der Belagerungszustand fällt; wir verlangen, daß Schluß gemacht wird mit allen putschistisch-orgeschistischen Abenteuern, mit dem reaktionären Regiment der Kahr-Pöhner in Bayern. Wir wissen aber zugleich, daß eine Regierung, die ein solches Finanzprogramm aufstellt und durchführen will, diesen Forderungen niemals nachkommen wird, und wir wissen, daß wir mit dem Kampf gegen dieses Finanzprogramm zugleich den allgemeinen politischen **Kampf gegen die Reaktion** und gegen die jetzige Regierung in Deutschland überhaupt verbinden müssen. In diesen jetzigen Kampf münden alle politischen Probleme ein, die heute in Deutschland gestellt sind. So werden wir diesen Kampf führen nicht nur als einen Teilkampf um Steuerprobleme, sondern als einen großen politischen Kampf, als einen Kampf gegen das bürgerliche System, um die Befreiung der Arbeiterschaft in Deutschland.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will mich hüten, retrospektive Betrachtungen anzustellen, weil ich der Anschauung bin, daß das keinen Wert habe, wohl aber eine Wirkung, die nicht erfreulich ist im Interesse einer gedeihlichen Verhandlung im Reichstage für die großen **Steuerprobleme**, die uns im Herbst noch bevorstehen. Ich werde nur zu den Äußerungen des Herrn Reichskanzlers Stellung nehmen, die vielleicht etwas optimistisch gefärbt gewesen sind. Ebensosehr, ja noch mehr, glaube ich dem Herrn Kollegen Dr. Helfferich eine pessimistische Färbung seiner Ausführungen nachsagen zu können. Der Weg des Ausgleichs wird wohl in der Mitte zu suchen sein, und ich möchte, daß der Reichstag im Herbst sich auf ihn einigt, wenn wir die Steuervorlagen tatsächlich vor uns haben werden und wirklich besser beurteilen können als heute — der Weg des Ausgleiches, der nur gefunden werden kann, wenn Besitzende und Nichtbesitzende ungefähr in gleichem Maße herangezogen werden, um die großen Probleme der Lasten zu lösen, die uns von unseren Feinden auferlegt worden sind.

Besonders aber begrüßen möchte ich die Äußerungen des Herrn Reichskanzlers über die **Sanktionen** und über unsere Mißhandlung, die wir uns in **Oberschlesien** gefallen lassen müssen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Wenn die Feinde nicht mithelfen, wenn sie nicht so viel Verständnis für die ganze Lage haben, dann ist auch der ernsteste und ehrlichste Versuch von unserer Seite, unseren Verpflichtungen nachzukommen, — nehmen Sie mir das Wort nicht übel! — für die Katz!

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.) (D)

Präsident: Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat nicht ohne boshaften Unterton

(Hört! Hört! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Keil, das ist unparlamentarisch!

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Es ist nicht bös gemeint!)

Keil, Abgeordneter: — mir das Kompliment gemacht, daß ich in den letzten zwei Jahren allerlei gelernt hätte. Das ist an sich kein großes Kompliment.

(Zuruf rechts: Doch! Doch!)

Wir alle sollen lernen, und ich kann dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker bezeugen, daß auch er allerlei gelernt hat. Leider hat er eines, wie das seine heutigen Ausführungen bewiesen haben, bislang noch nicht ganz gelernt, nämlich dem Gegner gerecht zu werden und auf loyaler Grundlage mit ihm zu diskutieren.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Diese Ausführungen müßte der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) in einer persönlichen Bemerkung machen.

(Heiterkeit.)

Keil, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) hat das damit bewiesen, daß er zu wiederholten Malen behauptet hat, ich persönlich — er hat damit mich von meiner Partei ausnehmen

(Keil, Abgeordneter.)

(A) wollen — hätte allerdings richtig erkannt, daß das Reichsnotopfer auf der Grundlage, auf der es vor zwei Jahren geschaffen worden ist, nicht durchführbar sei. Sachlich ist das richtig; falsch aber ist, daß ich in diesem Punkte eine andere Stellung einnehme als meine Partei, und ich werde es dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker

(Zuruf rechts: Das ist nicht persönlich!)

zum soundsovielten Male nachweisen. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. Dezember 1919 habe ich in einer größeren Darlegung nicht etwa meine persönliche Ansicht, sondern namens meiner Fraktion unsere Stellungnahme zum Reichsnotopfergesetz dargelegt und unter anderem gesagt:

> Es sprechen große Bedenken dagegen, die Zahlung des Reichsnotopfers durch eine dreißigjährige Tilgungsrente bei 6½ Prozent, beim Grundbesitz sogar durch 50jährige Tilgungsrente als den Normalfall, als die Regel gesetzlich festzulegen.

Ich habe in diesen Ausführungen gewünscht, daß die Pflicht zur alsbaldigen Zahlung viel stärker betont und die Rententilgung nur bei Nachweis der Unfähigkeit eines Abgabepflichtigen zur sofortigen Zahlung vorgesehen wird.

Und nicht nur ich, sondern auch ein zweiter Redner meiner Partei, der Abgeordnete Dr. Braun (Franken), hat sich in der Sitzung der Nationalversammlung vom 10. Dezember 1919 in derselben Richtung ausgesprochen, indem er erklärte:

> Wir möchten sagen, daß wir gegen den Gedanken, der immer wieder aus dem Hause geäußert wird, aus dem Reichsnotopfer eine Vermögenssteuer zu machen, mit aller Entschiedenheit uns wenden. Eine Vermögenssteuer, die auf 30 oder 50 Jahre umgelegt wird, die aber nur ein einziges Mal veranlagt wird, ist vollständig unmöglich.

(B)

Das habe ich in den Ausschußberatungen wiederholt den Herren Abgeorneten Dr. Helfferich und Dr. Becker, die sich mit mir über diese Frage unterhalten haben, dargelegt. Das war nicht meine persönliche Meinung, sondern die meiner Fraktion. Ich wiederhole das heute noch einmal. Ich kann mich leider der Hoffnung nicht hingeben, daß der Herr Abgeordnete Dr. Becker für die Zukunft davon Notiz nehmen wird.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Keil hat in der ihm eigenen liebenswürdigen Art auch meine Person in die Debatte hineingezogen, und zwar auf folgende Art und Weise.

(Abg. Keil: Ich habe Ihren Namen ja gar nicht genannt!)

Zum Beweise dafür, daß die **Deutsche Volkspartei** die Gewohnheit hätte, nur **Interessenten** in die Ausschüsse zu senden, hat er ein Beispiel angeführt und den Kollegen Hertz veranlaßt, den Namen zu nennen. Der Kollege Hertz, provoziert durch den Abgeordneten Keil, hat meinen Namen genannt. Ich stelle fest, was ich in dem Unterausschusse des Steuerausschusses gesagt habe und was ich nicht gesagt habe.

Der Herr Abgeordnete Keil hat behauptet, ich hätte mich entschuldigt dafür, daß ich in den Steuerausschuß entsendet worden sei, obwohl ich nicht Interessent bin. Der Herr Abgeordnete Keil ist leider in diesem Punkte durch den verehrten Herrn Kollegen Hertz fälschlich instruiert worden. Ich habe, als Vertreter für den Kollegen Becker in den Steuerausschuß entsandt, die (C) Bemerkung gemacht, daß die Arbeit dieses hohen Ausschusses äußerst schwer verständlich sei. Ich hätte sie nicht verstanden. Auf die Belehrung des Kollegen Hertz hin, daß er die Sache sehr wohl verstanden hätte, habe ich mit Bedauern ausgesprochen, daß ich infolge geringerer geistiger Kapazität ein schlechteres Verständnis für diese Frage gehabt habe.

(Heiterkeit und Hört! Hört! links. — Abgeordneter Ledebour: Das ist ein sehr persönliches Selbstbekenntnis; da haben Sie recht!)

Meine Herren! Auch ein anderer kleiner Irrtum ist dem Kollegen Hertz und infolgedessen dem Kollegen Keil dabei passiert. Steuerinteressent bin ich nämlich wirklich; ich zahle Steuern, und ich bewundere den Kollegen Hertz, daß er nicht Steuerinteressent ist.

(Heiterkeit. — Au! Au! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bin wieder einmal boshaft genug, dem Kollegen Keil zu sagen, daß ich nichts dazugelernt habe aus dem, was er Ihnen vorhin vorgetragen hat. Ich habe behauptet, die **Sozialdemokratische Partei** scheine dem Notopfer jetzt auch keinen Geschmack mehr abzugewinnen, während die Sozialdemokratische Partei früher das Notopfer mitbeschlossen habe. Ich habe wohl auch ausdrücklich erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion früher das Notopfer nicht nur beschlossen, sondern es wohl auch für eine geeignete Steuer gehalten habe. Ich weiß nicht, inwiefern das, was der Herr Kollege Keil aus den Protokollen der Nationalversammlung vorgelesen hat, etwas anderes beweisen soll, als daß die Sozialdemokratische Partei (D) zwar an dem Notopfer das eine oder andere auszusetzen gehabt, es aber tatsächlich mitbeschlossen hat. Darüber hinaus habe ich der sozialdemokratischen Fraktion nichts zum Vorwurf gemacht und mache ihr auch in Zukunft nichts zum Vorwurf.

Präsident: Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen zur allgemeinen Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur besonderen Beratung der einzelnen Etats.

Ich rufe auf

Haushalt des Reichspräsidenten,

Fortdauernde Ausgaben, Kap. 1 — und erkläre es für angenommen.

Haushalt des Reichstages,

Fortdauernde Ausgaben, Kap. 1.

Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat bei der letzten Etatberatung eine Etatresolution angenommen, den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, das **Personal des Reichstages mit mehr als zehn Jahren Dienstzeit**, soweit die Tätigkeit des Personals mit der Tätigkeit von Beamten der Besoldungsordnung 1 vergleichbar ist, in **Beamtenstellungen** zu überführen. In Verfolg dieser einstimmig angenommenen Resolution hat der Vorstand des Reichstages zwei Anträge veranlaßt, die von sämtlichen Fraktionen des hohen Hauses unterzeichnet sind und auf den Drucksachen Nr. 2477 und 2478 vorliegen.

Sinngemäß, da es sich um eine Änderung der Besoldungsordnung in der zweiten Fassung handelt, nehme ich den Antrag auf Nr. 2478 voraus und bemerke dazu,

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) daß einige Änderungen, die der Rubrizierung der Besoldungsordnung entsprechen, in diesem Antrage vorgenommen werden müssen. Das Einverständnis der verschiedenen Fraktionen ist erholt. In Art. I würde in der zweiten Zeile bei Gruppe II einzufügen sein „Heizer". Bei Gruppe III ist das Wort „Hauswarte" zu streichen und dafür einzusetzen „Drucker". Bei Gruppe IV ist das Wort „Handwerker" zu streichen.

Im Antrage Nr. 2477 wäre unter Gruppe A III „1 Hauswart" zu streichen und statt „28 Amtsgehilfen" zu setzen „29 Amtsgehilfen". In Gruppe A IV wäre zu streichen „2 Handwerker" und dafür zu setzen statt „2 Amtsobergehilfen" „4 Amtsobergehilfen". Das sind diejenigen Stellen, die ich vorhin zu streichen beantragt habe in Antrag 2478.

Ich habe vorhin bemerkt, daß dieser Antrag von sämtlichen Fraktionen des Reichstags ausgeht und eine Konsequenz der im vorigen Jahre gefaßten Beschlüsse ist. Ich bitte Sie, in dieser abgeänderten Form, die ich die Ehre hatte, Ihnen vorzutragen, dem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Damit das möglich ist, meine Damen und Herren, bitte ich um die Genehmigung, die Drucksache 2478, nämlich den

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 in der Fassung des Gesetzes vom 17. Dezember 1920,

gleichzeitig mit zur Verhandlung zu stellen und zunächst die erste Beratung dieses Gesetzentwurfs mit dem Etat des Reichstages zu verbinden. — Das Haus ist damit einverstanden.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Schroeder.

(B)

Dr. **Schroeder**, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Herren, obwohl der Antrag von sämtlichen Fraktionen unterzeichnet ist, bitte ich, mir zu gestatten, vom sachlichen Standpunkte der Reichsfinanzverwaltung als derjenigen Behörde, die über die Besoldungsregelung der sämtlichen Beamten mitzuberaten hat, hier einige Worte dazu zu sagen und auf das außerordentlich Bedenkliche dieses Antrages hinzuweisen.

Der Antrag will eine Abänderung der **Besoldungsordnung** herbeiführen.

(Widerspruch.)

Es ist bisher, soviel ich weiß, mit einstimmiger Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates allen Beamten, bei denen irgendwelche Wünsche auf eine Abänderung der Besoldungsordnung aufgetaucht sind, dies abgelehnt worden, weil alle beteiligten Faktoren darin übereinstimmten, daß es jetzt nicht angängig sei, irgendeinen Stein aus dem unter großen Schwierigkeiten entstandenen Bauwerk herauszubrechen.

Hier will jetzt der **Reichstag** für seine eigenen **Beamten** von diesem bisher aus wohlerwogenen Gründen festgehaltenen Grundsatze abweichen. Ich bitte, darauf hinweisen zu dürfen, wie das auf sämtliche übrigen Beamten des Reiches wirken muß,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

wenn der Reichstag zugunsten seiner eigenen Beamten etwas tut, was er anderen Beamten versagt hat. Ich mache darauf aufmerksam, welcher Kritik hier im Hause sich eine Behörde aussetzen würde, wenn sie in ihrem eigenen Bereich ihren Beamten etwas zuwendet, was sie bei anderen Beamten ablehnen muß. Dies bitte ich bei der Abstimmung über den Antrag 2478 nochmals in Erwägung zu ziehen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich nicht um eine Besserung des Beamtenverhältnisses jetzt schon in Tätigkeit befindlicher Beamten, sondern lediglich darum, daß Leute, die bisher noch nicht im **Beamtenverhältnis** gewesen sind, in dasselbe überführt werden.

(Sehr richtig!)

Ich schließe mich der Meinung, die ich im hohen Hause zu verspüren glaube, durchaus an, daß Konsequenzen daraus nicht erwachsen werden,

(sehr richtig!)

und betone wiederholt, daß es sich lediglich um den formalen Vollzug einer Entschließung handelt, die von dem hohen Hause im vorigen Jahre einstimmig angenommen worden ist.

(Zustimmung.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen in der ersten Beratung liegen nicht vor. Ich schließe dieselbe und eröffne, wenn kein Widerspruch erfolgt, gleich die

zweite Beratung.

Ich rufe in derselben auf Art. I in der abgeänderten Fassung, die der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, und erkläre ihn für angenommen. — Art. II — desgleichen. Einleitung und Überschrift — ebenso.

Nunmehr bitte ich um die Zustimmung des Hauses, auch gleich die

dritte Lesung

vornehmen zu dürfen, weil das die Vorbedingung für die Abänderung des Etats ist.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in derselben, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf in der besonderen Beratung (D) Art. I — und erkläre ihn für angenommen. Art. II — desgleichen. Einleitung und Überschrift — ebenso.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetz in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig angenommen.

(Hört! Hört!)

Wir kommen nunmehr zurück zum Haushalt des Reichstages, und zwar in der soeben abgeänderten Fassung des Kap. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Ich nehme an, daß das Haus auch ihm die Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4 bis 18, — 19, — 20; — einmalige Ausgaben Kap. 1. —

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Beanstandungen sind nicht erhoben; derselbe ist angenommen.

Haushalt des Auswärtigen Amts.

Kap. 1 der Einnahmen, — Kap. 1, 2 und 3 der fortdauernden Ausgaben, — Kap. 1 der einmaligen Ausgaben. — Die einzelnen Kapitel und Titel sind ebenfalls angenommen.

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Einnahme Kap. 1, — 2, — 4, — 5, — 6, — 8, — 10, — 11; — fortdauernde Ausgaben Kap. 1, — 1a, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a, — 9, — 10, — 11, — 12, — 12a, — 13, — 13a, — 13b, — 13c, — 13d, — 13e, — 14 bis 14c, — 15, — 16, — 16a, —

(Präsident.)

(A) 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 21a, — 21b, — 21c, — 22, — 22a, — 22b; — einmalige Ausgaben Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1. —

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Zunächst rufe ich auf im ordentlichen Haushalt Einnahme Kap. 1, — 2, — 5, — 6, — 7, — 8; im außerordentlichen Haushalt Kap. 1, — 2; — ferner Ausgaben im ordentlichen Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 — angenommen.

Zu Kap. 2 liegt der Antrag Dr. Becker (Hessen) und Genossen auf Drucksache Nr. 2457 vor, welche dem Kap. 2 Tit. 1 drei neue Positionen einfügen wollen, nämlich

1. 150 000 ℳ Zuschuß zu den Kosten des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für praktische **Handwerkerpolitik** zu Hannover;
2. 50 000 ℳ Zuschuß zu den Kosten der Hauptverdingungsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu Hannover;
3. 150 000 ℳ Zuschuß zu den Kosten des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe.

Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Schroeder.

Dr. **Schroeder,** Staatssekretär im Reichsfinanzministerium: Ich will nicht sachlich zu diesem Antrage sprechen, sondern will nur darauf hinweisen, daß nach einer Verabredung unter den Parteien im Hauptausschuß davon abgesehen worden war, Positionen dieser Art noch in diesen Nachtragsetat einzustellen. Infolgedessen ist im Hauptausschuß auf eine ganze Reihe von Wünschen von den betreffenden Antragstellern verzichtet. Man hat dergleichen Sachen nicht in den Etat hineingebracht. Ich halte es deswegen nicht für angängig,
(B) daß man hier im letzten Augenblick, nachdem eine ganze Reihe von Wünschen anders behandelt worden sind, jetzt diese drei Positionen noch in den Etat einstellt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich möchte das bestätigen, was der Herr Regierungsvertreter gesagt hat, und an einen andern Vorgang erinnern. Als es sich darum handelte, einen Betrag für die **Förderung des Siedlungswesens** einzusetzen, waren alle Parteien in der Sache einig; es wurde allgemein bedauert, daß diese Unterstützung nicht eingesetzt worden ist, obgleich im vorigen Jahr der Reichstag sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte. Trotzdem haben wir aus den vom Herrn Regierungsvertreter dargelegten Gründen davon Abstand genommen, eine neue Forderung in den Haushaltsplan einzusetzen, sondern haben in einer Entschließung die Regierung ersucht, das beim nächsten Haushaltsplan zu berücksichtigen. Ich bedaure sehr, daß von den Abmachungen ganz unter der Hand abgegangen wird. Wenn das so weiter geht, weiß ich nicht, wie eine Zusammenarbeit des Hauses auf die Dauer möglich sein soll.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Dr. Becker (Hessen) auf Nr. 2457.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 2 Tit. 2 bis 10, — Kap. 3, — 4, — 5, — 6, — 7 bis 14; — einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 2, — 5 bis 10, — 12, — 13, — 16, — 17 bis 19. —

Nunmehr liegt noch ein handschriftlicher Antrag der (C) Abgeordneten Dr.-Ing. Sorge, Dr. Reichert, D. Everling, Biener, Dr. Barth (Chemnitz) vor, einen Tit. 20 neu in das Kap. 1 einzufügen: Beitrag des Reiches für die Jahresschau deutscher Arbeit in Dresden: 1 000 000 Mark.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf außerordentlichen Haushalt Kap. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 7, — 8a, — 8b, — 10. —

Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

Kap. 1 der Einnahme, — Kap. 1 der fortdauernden Ausgaben. —

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Einnahme im ordentlichen Haushalt: Kap. 1, — 2, — 4, 5, — 7; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1; — Ausgabe im ordentlichen Haushalt, fortdauernde Ausgaben: Kap. 1, Tit. 1, — 2, — 3 bis 20, — Kap. 2. —

Zu Kap. 2 liegt eine Entschließung Frau Agnes und Genossen — Nr. 2470 der Drucksachen — vor.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Entschließung eingebracht, in der die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zwecks Schaffung von **Fürsorgemaßnahmen für Arbeitsinvaliden und Arbeitswitwen** vorzulegen.

Wir gehen bei unserer Entschließung von der Tatsache aus, daß die Sozialversicherungsgesetzgebung heute weniger denn je genügt, um den Schwerbeschädigten und den Invaliden der Arbeit eine solche Lebensstellung zu geben, die sie brauchen, um sich einigermaßen als Mensch zu fühlen.

Das Prinzip der Sozialversicherung, das Prinzip (D) der Rentengewährung und der Gewährung des Heilverfahrens genügt heute bei weitem nicht mehr, um die Leute so zu stellen, wie sie es als Invaliden der Arbeit wohl verlangen dürfen. Sie haben heute bei der Invalidenversicherungsnovelle jede Rentenerhöhung abgelehnt; deshalb müßten Sie wenigstens dafür eintreten, daß die am allerschwersten Geschädigten eine Fürsorge erhalten, die sie vor der allergrößten Not schützt. Zu diesem Zweck müssen wir Maßnahmen schaffen, wie sie bereits auf anderem Gebiet bestehen, Fürsorgemaßnahmen ähnlich wie auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Auch Berufsberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung durch die Fürsorgestellen, alles das müßte schnellstens in die Hand genommen werden.

Wir haben einen ungeheuer großen Kreis von Arbeitsinvaliden: fast anderthalb Millionen Invalidenrentner und einige Hunderttausend aus der Unfallversicherung, die schwer beschädigt sind. Die anderthalb Millionen Rentner mit ihren Angehörigen stellen einen großen Teil des deutschen Volkes dar, und man kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß diese Leute einfach mit ihren kärglichen Renten auskommen müssen, daß diese Leute, nachdem sie ihre Rente bekommen, sich selbst überlassen bleiben und nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen können. Wir müssen auch einen Reichsausschuß ähnlich wie bei der Kriegshinterbliebenenfürsorge schaffen.

In Erwägung zu ziehen wäre ferner noch, daß im Reichsarbeitsministerium eine besondere Abteilung für die Arbeitsinvaliden geschaffen würde. Ich erinnere auch noch an eine Anzahl anderer Dinge, z. B. Steuererleichterungen, Abzug auf die Renteneinkommen; ich denke an die Beinbeschädigten, die ebensogut die Fahrpreisermäßigung genießen müßten wie die entsprechenden Kriegsbeschädigten.

(**Karsten,** Abgeordneter.)

(A) In der Erwerbslosenfürsorge ist in § 6 vorgesehen, daß diejenigen, die mehr als 66⅔ Prozent erwerbsunfähig sind, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Gerade diese Tatsache muß uns doch darauf hinweisen, daß wir in sehr erheblich größerem Maße als bisher für jene Arbeitsinvaliden einzutreten haben.

Wir können sie unmöglich auf das Armenwesen verweisen. Das Armenwesen ist nichts anderes als eine abschreckende Institution, zu der niemand gern geht, zu der man erst dann geht, wenn man nicht mehr weiß, was man zu tun und zu lassen hat. Diejenigen, die im Arbeitsprozeß zu Schaden gekommen sind, kann man beim besten Willen nicht auf die Armenfürsorge vertrösten, namentlich bei der ganzen Organisation dieser Armenfürsorge.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Letzthin ist hier eine Besprechung zwischen den Vertretern der Invalidenorganisationen und den Vertretern verschiedener Parteien und dem Herrn Arbeitsminister gewesen. Da sind den Vertretern der Organisationen 20 Millionen Mark zugesichert worden, wenigstens eine Etatsposition ist vorgesehen worden zwecks Gewährung von Beihilfen an die Kommunen zur Einrichtung von **Arbeitswerkstätten,** wo die **Invaliden** entsprechend ihren Fähigkeiten und ihren körperlichen Kräften noch mit kleineren Arbeiten beschäftigt werden. Sie haben noch einen Nebenerwerb dabei. Diese Einrichtungen sind auf Kosten der Kommunen in einigen Städten bereits eingerichtet. Sie müssen aber meiner Überzeugung nach von Reichs wegen unterstützt werden, wenn sie das sein sollen, was aus ihnen zu machen ist.

Auf dem Gebiete der Arbeitsinvalidenfürsorge müßte ein innigeres Zusammenarbeiten zwischen Reich, Staat und Kommunen stattfinden. Es darf nicht mehr weitergehen, wie es bisher gelaufen ist. Den Arbeitsinvaliden muß genau so geholfen werden wie den Kriegsinvaliden (B) und den Kriegerwitwen. Sie haben genau so Anspruch ans Leben wie andere Kreise der Bevölkerung. Diesen Arbeitsinvaliden und Witwen muß in einer Weise geholfen werden, daß sie nicht mehr zu betteln brauchen, daß sie sich nicht mehr ums tägliche Brot sorgen müssen. Es ist eine soziale Pflicht der Gesellschaft, dafür zu sorgen, daß diesen Leuten geholfen wird.

Unsere Resolution will einen Schritt auf diesem Wege machen. Wenn das Reichsarbeitsministerium uns einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen würde, dann würde, glaube ich, der Reichstag gern bereit sein mitzuberaten, in welcher Weise diese Arbeitsinvalidenfürsorge und Witwenfürsorge ausgestaltet werden kann. Ich hoffe, daß der Herr Arbeitsminister in dieser Frage einen Bescheid erteilt, der uns alle befriedigen wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung steht dem Grundgedanken des Antrags Frau Agnes unter Nr. 2470 nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Das Reichsversorgungsgesetz sieht bereits neben den Renten auch eine Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vor. Der Gedanke liegt nun nahe, ähnlich auch bei der Sozialversicherung zu verfahren. Ich habe auf diese Zusammenhänge schon vor Monaten im Haushaltsausschuß hingewiesen. Indessen ist die Frage von so großer grundsätzlicher und finanzieller Tragweite, daß sie eingehend geprüft werden muß, insbesondere auch in der Richtung, wie die finanzielle Deckung zu beschaffen ist. Diese Fragen lassen sich aber nur lösen im Zusammenhang mit der gesamten **Reform unserer Sozialversicherung** und darum möchte ich bitten, daß Sie vorläufig von der Annahme der vorgeschlagenen Resolution Abstand nehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Ich möchte noch eine Anfrage an den Herrn Reichsarbeitsminister stellen bezüglich der mir gewordenen Aufklärung von den Vertretern der Arbeitsinvaliden, daß der Herr Arbeitsminister ihnen in einer Besprechung zugesichert hat, in den Etat 20 Millionen Mark zwecks **Beihilfen für Werkstätteneinrichtungen** einzusetzen. Ich bitte um Auskunft, ob diese Tatsachen stimmen und ob der Herr Arbeitsminister, wenn sie stimmen, die Zusage verwirklichen will.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Es kann sich nur darum handeln, in einen künftigen Etat eine derartige Summe hineinzubringen. Das bedarf der Vorbereitung, die bei diesem Etat nicht mehr möglich war.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung Frau Agnes und Genossen auf Drucksache Nr. 2470. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Ich rufe auf: Kap. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11; — einmalige Ausgaben Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1. —

Wir kommen zum

Haushalt des Reichswehrministeriums.

Ich rufe auf die Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 1; — fortdauernde Ausgaben: A Reichswehrminister Kap. 1; — B Heereswesen Kap. 1 bis 20; — C nicht zu den Streitkräften gehörende Heereseinrichtungen Kap. 1, — 2; — D Marine Kap. 1 bis 20; — einmalige Ausgaben B Heereswesen Kap. 1, — D Marine Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1; — C nicht zu den Streitkräften gehörende Heereseinrichtungen. — (D)

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Ich rufe auf Einnahme Kap. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, mit der durch die Geschäftslage gebotenen Kürze

(Lachen und Zurufe)

eine kleine Nachlese zum **Fall Jagow** zu halten.

(Unruhe und Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen zeigen, daß ich das in aller Kürze machen kann.

(Lebhafte Zurufe: Bravo!)

Daß die Erklärungen des Herrn Ministers für uns unbefriedigend waren, haben wir schon gestern gesagt; wir haben daher dem Mißtrauensvotum zugestimmt. Der Herr Minister hat formell durch die Anweisung an den Oberreichsanwalt das getan, was er nach der Strafprozeßordnung tun konnte. Aber wenn die Regierung gegen Arbeiter Ausnahmegerichte einsetzt und Ausnahmegerichte noch heute gegen die Arbeiter bestehen läßt — wir bekämpfen diese Institution, aber die Regierung läßt sie bestehen —, dann ergibt sich doch die Frage: warum geht die Regierung nicht mit dem Ausnahmegericht, diesem Werkzeug, das sie ständig anwendet, auch gegen Herrn v. Jagow vor? Wenn das geschehen wäre, dann würde uns der Skandal des reichsgerichtlichen Beschlusses erspart geblieben sein.

Der Herr Minister hat gestern auf die Frage nach dem **Stande des Prozesses gegen** die anderen **Kappisten**

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) gar nicht geantwortet. Wir wiederholen die Frage: wie stehen diese Prozesse, wieviel Prozesse schweben noch, gegen wen schweben sie, und warum erfolgt keine Anklage und kein Urteil?

Meine Damen und Herren! Wir haben versucht, festzustellen, wie es kommt, daß der Minister so unbefriedigende Erklärungen abgeben konnte. Wir sind dabei auf den stenographischen Bericht der Reichstagsverhandlungen vom 2. August 1920 gekommen, in denen der Herr Kollege Düringer Ausführungen gemacht hat, die jetzt eine ganz andere Bedeutung erlangen. Denn wenn wir fragen, warum der Herr Minister nichts gegen die Kappisten tut, dann bekommt das, was der Herr Kollege Düringer damals ausgeführt hat, ein ganz anderes Gesicht. Der Herr Kollege Düringer, ein für die Rechte doch gewiß einwandfreier Zeuge, hat damals erklärt: „Die **Führer des Kapp-Putsches** haben Anspruch auf die **Amnestie**, weil ihnen die Amnestie versprochen worden ist", und der Herr Kollege Düringer war in der Lage, sich auf ein Protokoll zu berufen, das im Justizministerium aufgenommen worden ist, in dem es heißt:

1. Bezüglich der Amnestie erklärt der Reichsjustizminister Schiffer, daß er mit seinem Amt sich dafür einsetzt, daß ein Amnestiegesetz von der Nationalversammlung alsbald erlassen wird.
(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)
2. Die Fraktionsvorstände halten die Annahme des Amnestiegesetzes für gesichert.

Das Schriftstück ist nach den Mitteilungen des Herrn Düringer mit einem Handzeichen des Herrn Unterstaatssekretärs Joël versehen. Herr Schiffer hat damals die Darstellung bestritten, und die Sache ist damit erledigt gewesen. Jetzt ist uns aber neues Material nach derselben Richtung zugegangen. Während der Herr Kollege Düringer sich auf Verhandlungen des Herrn Schiffer mit

(B) den Herren Kapp und Lüttwitz stützte, sind uns jetzt Nachrichten zugegangen, nach denen derselbe Herr Schiffer ein ähnliches Amnestieversprechen auch gegenüber dem **Obersten Bauer** abgegeben hat.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Darin kann eine Erklärung für das Versagen des Ministers gegenüber den Kappisten zu finden sein, und deshalb frage ich den Herrn Minister: Ist es wahr, daß außer dem von Herrn Düringer behaupteten Versprechen ein weiteres Versprechen durch ihn gegenüber dem Obersten Bauer abgegeben worden ist? Ich frage ihn: Ist er durch dieses Wort gebunden, gegen die Kappisten nichts zu unternehmen? Wie steht er dazu? Ich bitte um eine klare Antwort; denn eine klare Antwort kann das deutsche Volk verlangen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsminister der Justiz: Ich bin immer gewohnt, klare Antworten zu geben, muß aber sagen, es ist doch ein eigentümliches Beginnen, jetzt auf einmal in diese Sache die **Kapp-Angelegenheit**, die hier bereits früher ganz ausführlich erörtert worden ist, hineinzuziehen. Ich verweise auf diese Erörterungen. Dem Herrn Abgeordneten Rosenfeld ist übrigens ein kleines Malheur passiert. Er hat nämlich selbst aus dem Zettel vorgelesen, daß die Fraktionsvorstände sich eingesetzt hätten für die **Amnestie**, die gewährt werden sollte.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Erstens!)

Auf den Punkt 1 bezieht sich gerade Punkt 2. Ich war dabei nicht beteiligt. Die Sachen sind ja längst abgehandelt worden, und ich glaube, sie vollständig klargestellt zu haben. Es sind Zeugen auch dafür vorhanden, was es mit dem Zettel für eine Bewandtnis hatte.

Nun das angeblich neue Material. Ich kann es (C) sehr einfach erledigen. Es hat in der Tat eine Unterredung stattgefunden, und zwar eine Unterredung, von der ich selbst sehr viel erzählt habe, weil sie charakteristisch für einen Mann war, der an ihr teilnahm, das war **Kapitänleutnant Ehrhardt.** Am Vormittag des 17. März erschienen bei mir Herr Oberst Bauer und nach meiner Erinnerung General v. Oven sowie Kapitänleutnant Ehrhardt. Es ist möglich, daß noch ein anderer Herr dabei war. Es wurde davon gesprochen, welchem General für den Fall, daß General Lüttwitz zurücktrete, die Truppen übergeben werden sollten. Während dieser Aussprache, an der Herr Ehrhardt zunächst nicht teilnahm, ergriff er plötzlich das Wort und sagte: Ob er sich dem fügen würde, wenn ein solches Abkommen zustande komme, wisse er nicht; aber wenn es geschehen würde, dann unter einer Bedingung. — Ich sagte, daß ich mich auf Bedingungen überhaupt nicht einlassen könne. Da sagte er: ja, eine Bedingung, über die ich wohl mit mir reden lassen würde. Er nämlich — nicht Bauer, sondern Ehrhardt — würde unter keinen Umständen dulden, daß ihm gegenüber von Amnestie die Rede sei, denn wer eine Amnestie auch nur annehme, der bekenne sich schuldig; er aber müsse für seine Leute behaupten, daß sie, weil sie nur seinen Befehlen gehorcht hätten, in keinem Falle haftbar wären, und er vertrete das, was er selbst getan habe, weil er sich irgendeiner Schuld nicht bewußt sei. Er würde also auch, wenn andere die Amnestie annehmen würden, eine solche Amnestie nicht annehmen. Ich habe darauf lächelnd die anderen Herren gefragt, wie sie darüber dächten.

Das hat Herr Ehrhardt gesagt. Im übrigen sprachen wir über das Wesen der Amnestie. Dabei mag auch die Wendung gefallen sein, daß der einzelne eine Amnestie weder annehmen noch ablehnen könne, und Ehrhardt bemerkte, er würde lieber einen Richterspruch vorziehen. Ich (D) habe aber weder Bauer noch Ehrhardt noch einem anderen Teilnehmer die Gewährung der Amnestie versprochen und zugesagt, war auch gar nicht dazu in der Lage.

(Hört! Hört!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

(Unruhe.)

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wieder ganz kurz. Den ersten Punkt hat der Herr Minister Schiffer durchaus nicht widerlegt. Ich habe, um korrekt vorzugehen, auch den zweiten Paragraphen jenes Abkommens vorgetragen, der aber nur eine Ergänzung bildet für den ersten Paragraphen, der nach den Mitteilungen des Kollegen Düringer wortlich lautet:

> Bezüglich der **Amnestie** erklärt der Reichsjustizminister Schiffer, daß er mit seinem Amt sich dafür einsetzt, daß ein Amnestiegesetz von der Nationalversammlung alsbald erlassen wird.

Herr Minister Schiffer, das ist doch wohl eine klare Widerlegung Ihrer Behauptung.

Nun aber, meine und Damen Herren, zu dem neuen Material. Da muß ich allerdings, genötigt durch die Antwort des Herrn Ministers, mich jetzt auf ein **Schreiben des Kapitänleutnants Ehrhardt** beziehen, also auf ein Zeugnis, das die Herren auf der Rechten gewiß als einwandfrei ansehen werden und das auch sonst durch den übrigen Teil seines Inhalts den Anschein der Glaubwürdigkeit hervorruft. Herr Kapitänleutnant Ehrhardt schreibt am 13. April 1921 — und zwar kommt zunächst ein Passus, der die Herren auf der Rechten nicht besonders erfreuen wird, den ich aber dennoch vorlesen will.

(Zuruf rechts: Ist der Brief an Sie?)

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) — Nein, daß Herr Ehrhardt an mich geschrieben hat, ist ausgeschlossen. —

(Heiterkeit.)

Also Herr Ehrhardt schreibt:

(Zurufe rechts: An wen?)

— Sie sind sehr neugierig, aber ich sehe keine Veranlassung, alle Fragen, die Sie stellen, zu beantworten.

(Zuruf rechts.)

— Da steht es mir frei, die Antwort zu verweigern. — Herr Kapitänleutnant Ehrhardt schreibt am 13. April 1921:

> Alle die Kreise, die mich seinerzeit zu der Tat drängten, die uns zujubelten, die ihre Vorteile dadurch gehabt haben, haben uns fallen lassen.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Nicht ein Mann aus dem rechten Lager ist da in Wort und Schrift öffentlich oder gar im Reichstage für uns eingetreten.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ein neuer Beweis für die Behauptung, die wir immer aufgestellt haben, daß die Herren, die auf der Rechten des Hauses sitzen, zum großen Teil mit den Herren Ehrhardt und Kapp-Lüttwitz unter einer Decke gesteckt haben! —

(Sehr richtig! links, Heiterkeit rechts.)

Herr Kapitänleutnant Ehrhardt schreibt weiter:

> Ich hoffe, daß allen diesen jämmerlichen Bürgergestalten
>
> (Heiterkeit)
>
> beim Lesen Ihrer Zeilen die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist. Ich hasse diese Kreaturen, denen jeglicher Mut fehlt.
>
> (Hört! Hört! links.)

Nach dieser durchaus zutreffenden Charakterisierung der Herren Deutschnationalen — —

(B) (Widerspruch des Abgeordneten Bruhn.)

— Ich denke, Sie sitzen auf der rechten Seite des Hauses.

(Abgeordneter Bruhn: Wir haben nichts mit Ehrhardt zu tun gehabt!)

— Sie schütteln ihn hier ab, aber aus dem Briefe des Herrn Ehrhardt geht hervor, daß Sie ihn jetzt öffentlich verleugnen, während Sie in Wirklichkeit im März 1920 erfreut gewesen wären, wenn Ehrhardt und Kapp-Lüttwitz sich hätten behaupten können. —

Aber dann kommt der Teil des Briefes, der in diesem Augenblick besonders wichtig ist. Herr Ehrhardt fährt fort:

> Ich will aber doch erwähnen, daß seinerzeit Herr Schiffer, der ausdrücklich betonte, daß er im Auftrage der Regierung spreche und daß er die Verantwortung für seine Worte übernehme, **Oberst Bauer** gegenüber die Verpflichtung der **Amnestie** übernommen hat, um einen Rücktritt Kapp-Lüttwitz zu erreichen. Bei dieser Besprechung war ich zugegen.

Also, Herr Ehrhardt ist Augenzeuge des Vorfalls. Er sagt dann weiter:

> Ich habe mich für meine Person gegen diese Amnestie gewehrt.

Und Herr Schiffer hat die Glaubwürdigkeit dieser Darstellung ja heute selbst hervorgehoben und hat auch seinerseits gesagt, daß Herr Ehrhardt sich damals gegen die Amnestie gewehrt hat. Das spricht wiederum für die Glaubwürdigkeit der Darstellung des Kapitänleutnants Ehrhardt. Er fährt dann fort:

> Und da gab mir Herr Schiffer weiter zur Antwort: Ich weiß, Herr Kapitän, daß Sie darauf keinen Wert legen; um weiteres Unglück zu verhüten, ist eine Amnestie jedoch erforderlich.
>
> (Hört! Hört! links.)

Dieses Unglück ist offenbar für Herrn Schiffer die Verurteilung der Kapisten, und dieses Unglück zu vermeiden, hielt Herr Schiffer nach der Darstellung des Kapitänleutnants Ehrhardt für ein Erfordernis, dem er sich nicht entziehen kann. (C)

Meine Damen und Herren! Wenn die Dinge so liegen, — Herr Minister, Ihr Lachen beweist gar nichts, nachdem Sie selbst einen Teil der Darstellung des Kapitänleutnants Ehrhardt als richtig zugegeben haben, Ihr Lachen kann das nicht entkräften. Deshalb frage ich nochmals: Was sagt der Herr Minister nunmehr, nachdem ich ihm dieses Dokument vorgelegt habe?

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Schiffer, Reichsjustizminister: Es ist eine nach meiner Meinung unerhörte Art und Weise, daß, wenn man etwas, was richtig ist, zugibt, daraus geschlossen wird, daß das, was bestritten wird, auch richtig ist.

(Heiterkeit.)

Ich habe selbst angegeben, was Herr **Ehrhardt** gesagt hat. Was im übrigen Herr Ehrhardt gesagt haben soll, daß ich Herrn **Bauer** die **Amnestie** sogar ausdrücklich zugestanden hätte, ist einfach falsch. Wie Herr Ehrhardt zu dieser Behauptung kommt, weiß ich nicht; wenn der Brief echt ist, was ich natürlich nicht sagen kann, so liegt auf seiner Seite ein unzweifelhafter Irrtum vor. Ich kann im übrigen nur darauf hinweisen, daß der Schlußakt der ganzen Sache klipp und klar erwiesen hat, daß ich sogar ausdrücklich abgelehnt habe, die **Entlassung** des Herrn **v. Lüttwitz** unter irgendeiner Bedingung oder Zusage, besonders bezüglich der Amnestie anzunehmen. Damit ist vollständig klargestellt, daß ich nach dieser Richtung auch nicht die mindeste mich bindende Zusage erteilt habe. Was meine wirklichen Äußerungen über Amnestie und den Zettel betrifft, so verweise ich auf die früheren Verhandlungen. Sie ergeben den wahren Zusammenhang. Es ist unwiderleglich dargetan, wie dieser Zettel entstanden ist und daß er für mich keinerlei Bedeutung mehr hatte. (D)

Auf die übrigen Fragen des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld wird mein Kommissar antworten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Dr. Bumke.

Dr. **Bumke,** Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat sich nach dem **Stande des Verfahrens** gegen die übrigen Angeschuldigten aus der **Kapp-Angelegenheit** erkundigt. Ich darf dazu folgendes bemerken. Bei dem Oberreichsanwalt schwebt zunächst noch die Untersuchungssache gegen Kapp und Genossen. Diese Sache richtet sich zurzeit gegen Kapp, v. Jagow, Freiherrn v. Wangenheim und fünf weitere Angeschuldigte.

(Zuruf links: Welche?)

Gegen Herrn v. Jagow und Herrn v. Wangenheim ist die Voruntersuchung geschlossen. Die beiden Fälle liegen zurzeit dem Oberreichsanwalt vor und werden voraussichtlich gemeinschaftlich erledigt werden. Die übrigen fünf Angeschuldigten in dieser Kapp-Sache sind flüchtig. Gegen Sie besteht, und zwar von vornherein, seit dem April 1920 Haftbefehl, Steckbrief und Vermögensbeschlagnahme.

(Zurufe links: Wer sind die fünf?)

Außerdem sind beim Oberreichsanwalt beziehungsweise beim Untersuchungsrichter des Reichsgerichts zurzeit noch 10 Verfahren gegen 11 Beschuldigte anhängig.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Seit dem 13. März 1920!)

— Nicht alle seit dem 13. März 1920, manche Angelegenheiten sind erst viel später infolge von Anzeigen

(Dr. **Bumke**, Ministerialdirektor.)

(A) an den Oberreichsanwalt gekommen oder infolge von Abgabe durch andere Behörden. Von diesen Beschuldigten sind drei flüchtig. Gegen sie besteht gleichfalls Haftbefehl und Steckbrief. Bei den übrigen acht Beschuldigten handelt es sich um Strafanzeigen, die zum Teil an den Oberreichsanwalt gelangt sind und die bisher nicht abgeschlossen werden konnten, weil irgendwelche prozessualen Hindernisse vorlagen, z. B. Zeugen, die in der Sache wichtig waren, bisher nicht aufgefunden werden konnten. Im übrigen wird dem Reichstag über diese Fragen in den nächsten Tagen die vom Reichstag geforderte Statistik zugehen, die genau zeigt, wie der Stand der Untersuchung am 1. Juli dieses Jahres gewesen ist.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will es dem Herrn Kapitänleutnant Ehrhardt und Herrn Oberst Bauer überlassen, Herrn Minister Schiffer auf die Darstellung der Vorfälle, auf die sich der Brief bezieht, zu antworten. Ich will mich in diesen Streit des Herrn Kapitänleutnants Ehrhardt mit dem Herrn Minister Schiffer nicht weiter einlassen. Aber das möchte ich doch noch sagen: Wenn der Herr Minister Schiffer durch ein Versprechen gebunden wäre, die Herren zu schonen, könnte das Ergebnis der Verfolgung der Kappisten, das uns mitgeteilt worden ist, nicht anders aussehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir hören also jetzt, daß von den vielen **Führern der Kapp-Bewegung** nur gegen 16 ein **Verfahren** schwebt. Davon sind fünf von der ersten Liste und drei von der zweiten Liste flüchtig.

(B) (Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

— Daß Herrn Dr. Heinze dieselbe Schuld trifft, darüber sind wir uns doch klar.

(Zuruf: Was wollen Sie also mit dem jetzigen Minister?)

— Der jetzige hätte in den vier Wochen seiner Amtsführung sehr wohl energisch zugreifen können. Davon war aber bisher nichts zu bemerken. Vor allem erblicke ich in der Art der Behandlung der Flüchtigen den Beweis dafür, daß man die Herren auch jetzt noch schont, denn schamhaft verbirgt man die Namen derjenigen, um die es sich handelt. Man sollte meinen, daß ein Minister, der zugreifen will, erfreut sein muß, eine Gelegenheit zu erhalten, hier von der Tribüne des Hauses aus dem ganzen deutschen Volke zu sagen: diese Leute suche ich, sie heißen so und so, und bei der Gelegenheit auch zu sagen, daß der Minister jedem Leser des parlamentarischen Berichts dankbar wäre, der Angaben über diese Herren machte. So verfährt man doch, wenn es sich um Arbeiter handelt.

Darum muß ich noch einmal sagen: diese Behandlung der ganzen Kapp-Prozesse erweckt den allerstärksten Verdacht, daß man gegen diese Herren nicht vorgehen will.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Das bedaure ich, meine Damen und Herren, weil ich gewünscht hätte, daß ein Demokrat als Justizminister sich weit entfernte von den Methoden, die der Minister der Deutschen Volkspartei angewandt hat. Das Verschweigen der Namen ist ein neuer öffentlicher Beweis für das Versagen des Ministers. Daher protestieren wir noch einmal dagegen, daß man die Kappisten so behandelt.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Dr. Bumke.

Dr. **Bumke**, Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es ist gar nicht die Rede davon, daß wir schamhaft irgendwelche Namen verschweigen wollen. (C)

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Nicht einmal Scham! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Rosenfeld! Für diesen Zwischenruf rufe ich Sie zur Ordnung.

Dr. **Bumke**, Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Eine Reihe von Persönlichkeiten, die in diese **Kapp-Angelegenheit** verwickelt sind, ist den Herren mit **Namen** reichlich genug bekannt. Ich will die Namen noch einmal nennen: Kapp, v. Jagow, Pabst, Bauer, Schiele, v. Wangenheim, Schnitzler, Trebitsch-Lincolm, v. Lüttwitz, Bischoff und Ehrhardt. Das sind auch zugleich die Persönlichkeiten, gegen die Haftbefehl, Steckbrief und Vermögensbeschlagnahme besteht.

Ich darf dabei erwähnen, daß notorisch von diesen Angeschuldigten mehrere sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kapp-Unternehmens ins Ausland begeben haben. Der Reichstag selbst hat sich mit der Frage beschäftigt, ob die Auslieferung des Angeschuldigten **Kapp** von Schweden beantragt werden solle. Die damals gestellte kleine Anfrage wurde dahin beantwortet, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt und daher eine Auslieferung nicht begehrt werden könne. Dieselbe Frage hat sich neuerdings erhoben, als der Herr **Trebitsch-Lincolm** in Wien auftauchte. Auch da kam nach allen Rechtsgrundsätzen, die wir von jeher vertreten haben, das Verlangen einer Auslieferung nicht in Frage, weil es sich um ein politisches Delikt handelt.

Bei den übrigen Persönlichkeiten trage ich Bedenken, Namen zu nennen, und zwar deshalb, weil es sich um Ermittlungen handelt, zu denen der Oberreichsanwalt durch Strafanzeigen, deren Herkunft und Berechtigung (D) sich meiner Kenntnis entzieht, veranlaßt worden ist.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich denke nicht daran, Verbrecher zu begünstigen, und die Herren können mir daraus, daß ich diese Namen nicht anführe, nicht den leisesten Vorwurf machen, um so weniger, als ich gestern noch in einer telefonischen Unterredung mit dem Oberreichsanwalt festgestellt habe, daß ein großer Teil dieser Anschuldigungen sich schon als unbegründet erwiesen hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Es kann mir natürlich nicht einfallen, einem Ersuchen des Abgeordneten Dr. Rosenfeld dahin zu folgen, daß ich Personen als Kapp-Verbrecher an den Pranger stelle, bei denen der Oberreichsanwalt bereits festgestellt hat, daß sie mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Kap. 1 bewilligen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 2, — 3; — fortdauernde Ausgaben im ordentlichen Haushalt Kap. 1, — 2, — 3; — einmalige Ausgaben Kap. 3; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1. —

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsschatzministeriums,

und zwar zunächst zu den Einnahmen im ordentlichen Haushalt Kap. 1.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der politischen Komödie, deren

(Dr. **Quaatz**, Abgeordneter.)

(A) Zuhörer und Zuschauer wir soeben gewesen sind, ein ganz kurzes Wort, das einer gewissen finanziellen Pikanterie auch nicht entbehrt. Ich habe mir erlaubt, bereits im Hauptausschuß und sodann bei der zweiten Lesung des Etats an die Reichsregierung die Frage zu richten, wie es sich mit folgenden Gerüchten verhalte. Es soll die Absicht bestehen, die Mittel der **Reichstreuhandgesellschaft**, die, soviel ich weiß, etwa 800 Millionen Reichsvermögen verwaltet, in eine private Unternehmung zu überführen, wodurch sie dann der Nachprüfung und Kontrolle der verfassungsmäßigen Instanzen tatsächlich entzogen würde.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich bei der dritten Lesung des Etats wiederum genötigt, diese Anfrage an die Reichsregierung zu stellen, und möchte sie nunmehr dringend um eine Beantwortung der Frage bitten, weil andernfalls der wohl ungewollte Anschein erweckt wird, als ob die Reichstagspause bis zur nächstjährigen Etatsberatung etwa mit der Durchführung dieser angeblich geplanten Maßnahme ausgefüllt wird.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erfing.

Erfing, Abgeordneter: Meine Herren, die gleiche Anfrage, die Herr Kollege Quaatz eben gestellt hat, habe ich bereits dieses Frühjahr, als Ihr Kollege v. Raumer noch Schatzminister war, angeschnitten. Damals habe ich ihn dringend gebeten, unter keinen Umständen zu dulden, daß eine solche Überführung unternommen werde. Herr v. Raumer hat darauf erklärt, daß eine solche Absicht nicht bestehe. Das war vor ungefähr einem halben Jahr; ich bin auch heute noch der gleichen Meinung.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete

(B) Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Darf ich den sehr verehrten Kollegen Erfing darauf aufmerksam machen, daß der jetzige Reichsschatzminister nicht mehr Herr v. Raumer ist.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen. Kap. 1 ist genehmigt, — ebenso Kap. 1 im außerordentlichen Haushalt.

Ich rufe auf von der Ausgabe im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben, Kap. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 7a, — 8, — 9; — einmalige Ausgaben Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1. —

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen und für Luft- und Kraftfahrwesen.

Ich rufe auf Einnahme Kap. 1 im ordentlichen Haushalt, — Kap. 1 im außerordentlichen Haushalt; — von den Ausgaben im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben Kap. 1, — 1a, — 1b, — 1c, — 1d, — 1e, — 1g, — 2, — 2a; — einmalige Ausgaben Kap. 1, — 2; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1. —

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,

und zwar zunächst zu der Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 2.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Bender.

Bender, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe eine Anfrage an den Herrn Reichsernährungsminister zu stellen. Da der Herr Reichsernährungsminister nicht anwesend ist, muß ich diese Anfrage an die Reichsregierung richten. In den letzten Tagen sind uns aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands Telegramme (C) zugegangen, in denen über die unerhört **hohen Preise für Kartoffeln** Klage geführt wird. Das Gewerkschaftskartell Magdeburg telegraphierte uns gestern, daß die Kartoffelteuerung im **Magdeburger Bezirk** eine kolossale Aufregung hervorgerufen hätte, und ersucht dringend für Senkung der Preise zu sorgen, andernfalls Aktionen unliebsamer Art nicht zu vermeiden wären.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Aufregung der Bevölkerung im Bezirk Magdeburg ist berechtigt. Der Zentner Frühkartoffeln kostet in diesem besten Frühkartoffelgebiet Deutschlands gegenwärtig 150 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Einzelverkauf kosten die Kartoffeln pro Pfund 1,80 bis 2 Mark.

Aus dem **Ruhrgebiet** wird uns telegraphiert, daß dort die Frühkartoffeln pro Pfund 2,40 bis 2,80 Mark kosten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im vergangenen Jahr kosteten um dieselbe Zeit im Magdeburger Bezirk die Frühkartoffeln 40 bis 50 Mark pro Zentner. Der Preis für Kartoffeln ist in diesem Jahre das Vielfache von dem, was er im vergangenen Jahre war. Für diese unerhört hohen Preise, für diese Wucherpreise, meine Damen und Herren, ist der Herr Reichsernährungsminister und die Mehrheit dieses Hauses verantwortlich.

(Zurufe rechts: Nanu!)

— Jawohl, Sie haben die Zwangswirtschaft beseitigt, Sie haben das hohe Lied auf die **freie Wirtschaft** gesungen und dem Volke gesagt, daß durch die freie Wirtschaft billigeres Brot, billigere Kartoffeln und billigeres Fleisch geliefert werden könnten.

(Widerspruch rechts.)

— Das haben Sie nicht versprochen? Mit diesem Trick (D) haben Sie sich damals bei den Reichstagswahlen Ihre Mandate geholt!

(Lachen rechts. — Zuruf rechts: So schätzen Sie das Volk ein?)

— Das ist Ihnen sehr unangenehm.

(Zuruf rechts: Nein, aber lächerlich!)

Sie haben bei den Reichstagswahlen versucht, dem Volke auseinanderzusetzen, daß die Zwangswirtschaft an der schlechten Ernährung unseres Volkes die Schuld trüge. Sie haben das nicht allein gesagt, Sie haben dem Volke auch versprochen, wenn Sie gewählt würden, würde die Zwangswirtschaft beseitigt

(sehr richtig! rechts)

und das Volk würde genügend billiges Brot, billiges Fleisch und billige Kartoffeln bekommen.

(Widerspruch rechts.)

Das letztere wollen Sie jetzt nicht wahr haben, aber aus Ihren Flugblättern kann ich es Ihnen hunderttausendmal nachweisen.

(Zuruf rechts: Schätzen Sie die Wähler so gering ein?)

— Wenn man in solch demagogischer Art wie Sie bei einer Wahl vorgeht, fällt schon mancher darauf herein. Es ist aber das Gegenteil von dem, was Sie dem Volke vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen haben, eingetreten. Das Brot wird in der nächsten Zeit das Zwei- bis Dreifache kosten, der Kartoffelpreis beträgt heute schon das Dreifache des Preises des Vorjahres.

(Zuruf rechts: Butter und Fleisch!)

Wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen zur Senkung des Kartoffelpreises unternommen werden, dann kann es in einigen Gegenden unseres Vaterlandes zu unliebsamen Aktionen kommen.

(Zurufe rechts.)

(**Bender**, Abgeordneter.)

(A) — Warum das Brot teurer wird? Ich will Ihnen gleich die Antwort darauf geben. Ich frage aber die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um eine sofortige **Senkung der Kartoffelpreise** herbeizuführen.

(Zuruf und Lachen rechts.)

— Nehmen Sie die Dinge nicht so leicht, wie das aus Ihrem Lachen zu entnehmen ist! Es liegt draußen bei den Massen so viel Zündstoff, daß Sie, wenn es zur **Katastrophe** kommt, sich umsehen werden!

(Sehr wahr! links. — Zurufe rechts.)

Sie haben jetzt in den letzten Tagen der Landwirtschaft durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide Milliardengewinne gesichert auf Kosten der breiten Massen unseres Volkes. Und gestern haben Sie wieder durch den Beschluß eine Milliarde zur Verbilligung des Auslandsmaises zu Futterzwecken in den Etat eingestellt, der Landwirtschaft eine weitere Milliarde geschenkt. Sie haben wieder nach dem Bibelspruch gehandelt: Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe.

(Zurufe rechts.)

Meine Herren! Überspannen Sie den Bogen nicht. Das Volk erträgt derartige Belastungsproben nicht mehr lange. Denken Sie denn gar nicht an die große Arbeitslosigkeit, die bei uns herrscht, an die Millionen Arbeitslosen im Lande, an die Millionen Kurzarbeiter, die wir draußen haben, die heute kaum so viel verdienen, daß sie das nackte Dasein fristen können? Die Not der Massen wird durch diesen schamlosen Kartoffelwucher gesteigert. Ihr Elend vermehrt sich, und Sie treiben das Volk durch eine derartige Politik geradezu zur Verzweiflung. Ich frage daher die Regierung, ob sie bereit ist, sofort Durchgreifendes zur Senkung der Kartoffelpreise zu unternehmen, um das Volk vor Hunger und weiterer Verelendung zu schützen und unser Land auch vor neuen (B) Katastrophen zu bewahren. Versäumen Sie keine Zeit; nehmen Sie nicht sofort Stellung, und tun Sie nichts Durchgreifendes, um die Kartoffelpreise zu senken, dann, — das habe ich Ihnen vorhin schon gesagt, — ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen und Wochen in denjenigen Orten, wo dieser schamlose Kartoffelwucher getrieben wird, Katastrophen eintreten werden, wodurch unser Wirtschaftsleben auf das tiefste erschüttert werden wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Hoffmann.

Hoffmann, Ministerialdirektor im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Minister Dr. Hermes bedauert, durch eine unaufschiebbare Dienstreise verhindert zu sein, heute abend hier persönlich das Wort ergreifen zu können. Nach den **amtlichen Ermittelungen der Reichskartoffelstelle** in Liquidation ist festgestellt worden, daß am 1. Juli der Zentner Kartoffeln von der märkischen Bahnstation mit 90 bis 100 Mark gehandelt worden ist. In den nächsten Tagen sank dann der Zentner auf 80 bis 90 Mark, und heute morgen wurden in der **Zentralmarkthalle italienische Kartoffeln** mit 90 Mark der Zentner verkauft. Das hatte den Effekt, daß die Kartoffeln von der märkischen Bahnstation auf 70 Mark der Zentner sanken. Das sind die amtlichen Ermittelungen, die wir heute morgen angestellt haben, nachdem uns die Mitteilung zugegangen war, daß heute hier diese Interpellation noch erfolgen sollte.

(Zurufe links: Auf dem Papier!)

— Ich kann nur sagen: es sind die amtlichen Mitteilungen, die wir heute morgen von der Zentralmarkthalle bekommen haben. Soviel mir bekannt ist, wird in der (C) Zentralmarkthalle nicht bloß Papier gehandelt,

(sehr gut! rechts)

und es sind also Mitteilungen, die uns von derjenigen Stelle gemacht worden sind, die doch informiert sein muß über diese Fragen.

Im übrigen soll nachgegangen werden, ob in Sachsen ganz besondere Notstände vorhanden sind. Nach unseren Mitteilungen ist allerdings der Preis in Sachsen höher, als er sich würde rechtfertigen lassen.

(Lebhafte Zurufe links: Auch in Bayern und in anderen Gegenden!)

— Diese Notierungen sind aber durch die Preise der letzten Tage jedenfalls heruntergegangen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bender.

Bender, Abgeordneter: Meine Herren! Ich habe nicht von den Berliner Kartoffelpreisen gesprochen, sondern von den **Kartoffelpreisen im Regierungsbezirk Magdeburg**. Ich habe gestern den Ernährungsminister sprechen wollen. Er war nicht anwesend, ich habe aber mit dem Herrn Präsidenten der Reichsgetreidestelle gesprochen und habe ihm davon Mitteilung gemacht, daß heute die Anfrage an den Ernährungsminister gerichtet würde, und Sie hätten von gestern nachmittag bis heute abend Zeit und Gelegenheit gehabt, sich danach zu erkundigen, wie die Kartoffelpreise in Magdeburg stehen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dort haben sie die Höhe, wie ich angegeben habe. Die unerhörte Teuerung mag mit darauf zurückzuführen sein, daß der Magdeburger Bezirk überlaufen wird von Händlern aus dem Rheinland und aus Westfalen, die jeden Preis für die Kartoffeln zahlen, die für den Zentner bis 200 Mark bezahlt haben sollen. Meine Herren! Wenn man Ihnen schon einen Tag Zeit läßt, um sich zu informieren, so kann man doch wohl eine andere Antwort erwarten, als sie hier gegeben worden ist. (D)

Ich frage deshalb nochmals: Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine **Senkung der Kartoffelpreise** auf schnellstem Wege herbeizuführen?

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Da für die **hohen Kartoffelpreise**, die auch unserer Überzeugung nach im Augenblick in manchen Gegenden zu hoch sind, nicht nur der Herr Ernährungsminister verantwortlich gemacht wird, sondern auch die Mehrheit dieses Hauses, die für die freie Wirtschaft war, und zu der auch ich mit meiner Fraktion gehöre, möchte ich doch alle Herren und Damen bitten, sich zu vergegenwärtigen, daß wir in diesem Jahre Witterungsverhältnisse gehabt haben, wie ich sie in meinem Leben noch nicht erlebt habe.

(Ironische Rufe links: Ja! Ja!)

Durch die außerordentliche Trockenheit des Frühjahrs und Vorsommers wurde die **Frühkartoffelernte** derartig verzögert, wie es seit 20 Jahren nicht der Fall war. Während sonst deutsche Frühkartoffeln Ende Juni, spätestens aber in den ersten Tagen des Juli in allen Gegenden Deutschlands zu haben waren, ist es jetzt so, daß selbst ich in meinem eigenen Haushalt bislang keine neuen Kartoffeln habe,

(Lachen links)

— jawohl, es ist so! — daß in weiten Gegenden Deutschlands überhaupt noch keine neuen Kartoffeln sind. Wir befinden uns jetzt in der Übergangszeit. Acht Tage später werden wir in den meisten Gegenden Deutschlands, besonders da es viel geregnet hat und die Kartoffeln ansetzen konnten, bedeutend billigere Kartoffelpreise haben als jetzt. Daran zweifle ich nicht.

(A) **Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen. Kap. 2 ist genehmigt.

Ich rufe auf die Einnahme im außerordentlichen Haushalt, Kap. 1; — von den Ausgaben im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben, Kap. 1, — 2, — 3; — einmalige Ausgaben, Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 7. —

Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds,

ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 1 bis 7, — 9. —

Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs,

fortdauernde Ausgaben Kap. 1. —

Haushalt der Reichsschuld,

Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 1, — im außerordentlichen Haushalt Kap. 3; fortdauernde Ausgaben im ordentlichen Haushalt Kap. 2. —

Haushalt des Reichsfinanzministeriums,

ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 bis 6; — einmalige Ausgaben Kap. 2. —

Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau,

Einnahme im ordentlichen Haushalt Kap. 1, — 3, — 4, — 6; — fortdauernde Ausgaben im ordentlichen Haushalt Kap. 1 bis 3, — 5 bis 13; — einmalige Ausgaben Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt Kap. 2. —

Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung,

Einnahmen, Kap. 4, — 8; — fortdauernde Ausgaben, Kap. 1, — 6. —

Zu Kap. 8 hat das Wort der Herr Abgeordnete Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Namens der Fraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands habe ich zu (B) diesem Titel eine Erklärung abzugeben, und ich bitte den Herrn Präsidenten, sie verlesen zu dürfen. —

In den Nachtragsetat der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 sind drei Millionen Mark zur **Gewährung von Aufwandsentschädigungen** an die beim Bureau des Reichspräsidenten, bei der Reichskanzlei und bei den Reichsministerien in Berlin planmäßig angestellten oder vorübergehend als Referenten mit selbständigem Prüfungsrecht beschäftigten Regierungsräte, Ober-Regierungsräte, Ministerialräte und den genannten Referenten gleichstehenden Referenten, Ministerialdirektoren und Staatssekretäre, sowie die beim Reichswehrministerium als Amtschefs und planmäßige Referenten verwendeten Offiziere eingesetzt. Wir erkennen an, daß eine Entschädigung für besondere Aufgaben bei solchen Ministerialbeamten berechtigt ist, die durch Teilnahme an den Sitzungen des Reichstags und seiner Kommissionen, Referentenbesprechungen usw. zu außergewöhnlichen Aufwendungen gezwungen sind. Gegen die angewandte Form einer festen Aufwandsentschädigung an alle aufgeführten Beamten haben wir jedoch aus den verschiedensten Gründen ernste Bedenken. Wenn wir trotzdem der Position unsere Zustimmung geben, so geschieht es in der Erwartung, daß bei der Beratung des Etats für 1922 sowohl die von der Reichsregierung angekündigte Neuregelung der Grundsätze über die Gewährung von Ministerialzulagen und Aufwandsentschädigungen als auch Vorschläge über die Lösung anderer schwebender Besoldungsfragen, insbesondere aber die **Abstellung der Not der diätarisch beschäftigten Reichsbeamten,** dem Reichstage vorgelegt werden. Wir behalten uns vor, bei den Etatsberatungen im Herbst dieses Jahres in eine gründliche Nachprüfung dieser Frage einzutreten.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Beratung ist geschlossen; Kap. 8 ist genehmigt.

Ich rufe auf einmalige Ausgaben, Kap. 1; — außer- (C) ordentlicher Haushalt, Kap. 3 und 4. —

Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages

Kap. 1 und 3 der Ausgabe im außerordentlichen Haushalt.

Haushalt des Reichspostministeriums.

Im ordentlichen Haushalt fortdauernde Ausgaben, Kap. 1; — einmalige Ausgaben, Kap. 1; — außerordentlicher Haushalt, Kap. 1; — Einnahmen, Kap. 1 im ordentlichen Haushalt, — Kap. 1 im außerordentlichen Haushalt. — Sonderhaushalt für Bayern; — Sonderhaushalt für Württemberg. — Reichsdruckerei Kap. 2 der fortdauernden Ausgaben. —

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 1. Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Am 11. Mai hat der Reichstag einen Antrag, von der Mehrheit der Parteien gestellt, einstimmig angenommen, der von dem Wunsche getragen war, den Konflikt, der zwischen den Druckpapierfabrikanten und den Druckpapierverbrauchern bestand, in irgendeiner Form zum Abschluß zu bringen. Der erste Punkt dieses Antrages forderte, den **Reichszuschuß** der schon früher **für das Druckpapiergewerbe** gewährt worden war, auch für das Vierteljahr, das nun abgelaufen ist, zu geben. Das Reichskabinett und der Reichsrat haben diesem Punkt zugestimmt.

Als zweiten Punkt enthielt der Antrag die Forderung, das **Druckpapier** aus dem **Eisenbahntarif** von A nach B zu versetzen. Das Reichsverkehrsministerium hat sich diesem Antrage des Reichstags nicht angeschlossen, und das Reichskabinett hat sich, wie aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage, die von Vertretern aller Parteien gestellt war, zu ersehen war, diesem Standpunkt des (D) Reichsverkehrsministeriums angeschlossen. Der Ausschuß, durch den fraglichen Antrag eingesetzt, der sich aus Vertretern des Reichstags, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats und aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Interessenverbände zusammensetzte, hat inzwischen getagt. Die Beratungen dieses Ausschusses haben zu keinem Ergebnis geführt. Dann haben sich die Interessenten wieder zu Besprechungen zusammengesetzt, und es ist nun eine Vereinbarung zustande gekommen, die gestern durch einen Antrag, der wiederum vom Reichstag einstimmig angenommen ist, gewissermaßen sanktioniert worden ist. Das Zeitungsdruckpapier kostete bis zum 1. April für die Verleger 2,60 Mark pro Kilo. Nach **Aufhebung der Zwangswirtschaft** sollten die Verleger pro Kilo 3,60 Mark, also eine Mark mehr, bezahlen. Diese Verteuerung war für das Zeitungsgewerbe nicht zu ertragen, und es wurde nun versucht, einen Ausweg zu finden. Die Papierfabriken erklärten sich schließlich bereit, von dem geforderten Preise von 3,60 Mark 20 Pfennig abzulassen. Die Verleger billigten drei Mark zu. Die verbleibenden 40 Pfennig sollten auf die Weise aufgebracht werden, daß das Reich 30 Pfennig zuschoß, was geschehen ist, und daß die restlichen 10 Pfennig durch eine Verbilligung der Eisenbahnfracht wegfielen.

Gestern ist nun wieder einstimmig der Antrag angenommen worden, das Zeitungsdruckpapier in Klasse B zu tarifieren. Diese Forderung ist insofern sachlich berechtigt, als es dahin gehört unter Berücksichtigung der Stoffe, aus denen Zeitungspapier hergestellt wird. Das Verkehrsministerium wendet sich, wie gesagt, dagegen, und ich fürchte, daß der Antrag, der wieder einmütig angenommen worden ist, wieder unter den Tisch fällt, wie dies in der letzten Zeit ja auch anderweitig geschehen ist. Ich will betonen, daß bei den erneuten Verhandlungen

(**Bruhn**, Abgeordneter.)

(A) zwischen den Interessenten, die zu einer Einigung geführt haben, sich der Herr Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sehr bemüht hat, auf die Papierfabrikanten in der Richtung einzuwirken, daß diese sich bereit erklärten, noch um zehn Pfennig in ihrer Preisforderung zurückzugehen und das Papier zu 3,30 Mark zu liefern, also um 30 Pfennig pro Kilo weniger, als sie am 1. April bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für notwendig hielten. Ich möchte den Herrn Reichswirtschaftsminister, der dasjenige Ministerium leitet, das in dieser Angelegenheit federführend ist, bitten, im Reichskabinett dafür einzutreten, daß es dem einstimmig angenommenen Antrag zustimmt, daß das Zeitungsdruckpapier von A nach B gesetzt wird, und daß so der Frieden zwischen den Verlegern und Zeitungsfabrikanten gewissermaßen besiegelt wird. Beide Teile, sowohl die Druckpapierfabrikanten als auch die Druckpapierverbraucher, denen der Reichszuschuß gewiß keine genehme Lösung war, würden es gewiß dankend anerkennen, wenn auf diesem Wege die Zuschußfrage beendet werden würde. Auch der Reichstag, der den Verlegern stets seine Sympathie bewiesen hat und ihnen auch in der neuerlichen Krisis beigesprungen ist, würde gewiß Genugtuung empfinden, wenn das Kabinett dem gestrigen Antrage zustimmen und damit der leidigen Angelegenheit, die während des Krieges und bis jetzt immer wieder an den Reichstag herangebracht werden mußte, ein Ende bereitet würde.

Präsident: Leider ist ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums nicht anwesend.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Kap. 1 ist genehmigt.

Ich rufe auf Kap. 2, — 3, — 4; — Einnahme, Kap. 4; — außerordentlicher Haushalt, Ausgabe, Kap. 1. — 2; — Einnahme Kap. 2. —

(B) **Hauptetat.** —

Wir kommen nunmehr zum

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplane.

Ich rufe auf § 1 — angenommen, § 2 — angenommen, § 3 — angenommen, Besoldungshaushalt des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Etat in der Gesamtabstimmung die Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, unsere Beratungen jetzt abzubrechen

(Zustimmung)

und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung, die der Herr Schriftführer Ihnen verlesen wird.

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen):

1. Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Forderungen im Ausgleichsverfahren;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Metallreerven der Privatnotenbanken;
4. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 6. Mai dieses Jahres unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten;
5. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrates über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt vom 18. August 1917 und die Errichtung von Kleinschifferverbänden; (C)
6. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung;
7. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge;
8. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung
   a) über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Höllein wegen Vergehens gegen § 130 Strafgesetzbuchs,
   b) über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Körner wegen Beleidigung;
9. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz);
10. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz);
11. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland (Auslandschädengesetz);
12. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und (D) Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung);
13. erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über das Reichswirtschaftsgericht;
14. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Anträge, betreffend Erwerbslosenfürsorge;
15. erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Trimborn, Hergt, Dr. Becker (Hessen), Ledebour, Koch, Bartz (Hannover), Lang und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags vom 10. Juli 1920;
16. Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz;
17. zweite und dritte Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken), Ledebour, Frau Wackwitz und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz;
18. Berichte über Petitionen;
19. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Branntweinmonopol;
20. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Schulgesetz).

Präsident: Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren! Ich bitte den jetzt an die 17. Stelle gerückten Antrag wegen der **Gleichstellung der Frauen in der Rechtspflege** an eine der ersten Stellen zu setzen, mindestens an die fünfte Stelle

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) Außerdem bitte ich, den Antrag wegen der **Erwerbslosenfürsorge** gleichfalls in der Reihenfolge vorzurücken.

Präsident: Meine Herren! Ich möchte zwischendurch bemerken, daß eine solche Vorsetzung bisher nicht geschehen ist, weil das Präsidium befürchtet, daß bei diesen Punkten der Tagesordnung eine längere Debatte stattfinden könnte, und diese längere Debatte könnte bei dem Reisebedürfnis mancher unserer Kollegen andere Vorlagen, die wir ohne Debatte zu erledigen hoffen, gefährden. Nur aus diesen rein sachlichen Gesichtspunkten ist die Tagesordnung so vorgeschlagen worden, wie sie der Herr Schriftführer verlesen hat.

Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Albrecht (Magdeburg).

Albrecht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Hause liegt eine Interpellation vor, die unter Nr. 2393 von der Kommunistischen Partei und von der Unabhängigen Partei eingebracht ist. Es hat den Anschein, als ob der Reichstag morgen in die Ferien gehen sollte.

(Heiterkeit.)

Diese Interpellation würde dann sozusagen unter den Tisch fallen. Ich bin der Meinung, daß diese Interpellation so wichtig ist, daß sie unbedingt so schnell wie möglich beraten werden muß. Denn es handelt sich um die Vorkommnisse im **Lazarett Schloß Charlottenburg.** Dabei sind nicht nur die Schwerbeschädigten, die dort liegen, sondern die Kriegsbeschädigten aller Lazarette gewissermaßen interessiert. Ich beantrage daher, diese Interpellation an erste Stelle zu setzen.

Präsident: Die Aufsetzung dieser Interpellation hat nicht stattgefunden, weil uns bisher die Mitteilung der Regierung, daß sie zur Beantwortung bereit ist, nicht zugegangen ist.

(B) Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich wollte auch wegen der Interpellation, die der Herr Abgeordnete Albrecht eben erwähnt hat, zur Tagesordnung sprechen. Als die Interpellation eingebracht wurde, nahm ich Rücksprache mit dem Herrn Arbeitsminister. Er sagt mir: wir haben eine Interesse daran, die Angelegenheit so schnell wie möglich zu behandeln. Er sagte, er wollte sie am selben Tag beantworten, nur sei es erforderlich, eine Besprechung im Kabinett herbeizuführen. Diese Besprechung im Kabinett scheint erfolgt zu sein. Die Presse berichtet darüber, daß Einmütigkeit im Kabinett festgestellt wurde, dahingehend, daß die Maßnahmen gegen das Schloßlazarett für gerechtfertigt betrachtet wurden. Es wird also nichts näher liegen, als daß die Regierung veranlaßt wird, morgen die Beantwortung dieser Interpellation vorzunehmen. Ich glaube, daß die Möglichkeit dazu auch gegeben sein wird. Wir müssen Wert darauf legen, daß die Interpellation verabschiedet wird, weil die angedrohten Maßnahmen in Kraft treten und die dort liegenden Kriegsbeschädigten jetzt einfach dort herausgeworfen werden sollen. Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie an Ihr Versprechen, den Kriegsbeschädigten den Dank des Vaterlands in Hülle und Fülle zu gewähren. Jetzt aber will man ihren Angehörigen auch noch die Unterstützung vorenthalten. Deshalb liegt es auch dringend in Ihrem Interesse, daß die Angelegenheit morgen erledigt wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialrat Grieser.

Grieser, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Wenn das hohe Haus im Sinne des Antrags (C) beschließt, wird die Regierung die Interpellation beantworten. Von Belang ist aber wohl doch eine Mitteilung. Nach einem Bericht von heute befinden sich in dem Versorgungskrankenhaus Charlottenburg keine Kriegsbeschädigten mehr.

(Hört! Hört! rechts. — Lachen und Zurufe links: Herausgeschmissen!)

— Nein! Nach dem Bericht hat der Rest der Kriegsbeschädigten, der bisher am Krankenhause noch festhielt, das Krankenhaus freiwillig verlassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nachdem von der Regierung gesagt worden ist, daß sie in der Lage ist, die Interpellation morgen zu beantworten, beantrage ich, die Interpellation morgen an eine der ersten Stellen auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zuruf rechts: Ist schon beantwortet!)

Dadurch, daß die Erklärung abgegeben worden ist, es seien keine Kriegsbeschädigten mehr im Lazarett, wird die Beantwortung der Interpellation und die Besprechung der Angelegenheit noch dringlicher.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen. —

Ehe wir über die Umstellung der einzelnen Punkte der Tagesordnung abstimmen, möchte ich zunächst den Antrag zur Abstimmung bringen, ob überhaupt diese Interpellation morgen auf die Tagesordnung kommen kann. Über die Stelle, an der sie eventuell stehen soll, können wir uns später einigen. Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, welche die Interpellation noch auf die Tagesordnung setzen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Das ist die Minderheit; das ist also abgelehnt.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Es bleibt nun noch der Antrag — wird er aufrechterhalten? —

(wird bejaht)

die Erwerbslosenfürsorge an einen früheren Punkt zu setzen. Der Herr Kollege Ledebour hatte beantragt, den 14. Punkt, betreffend die Erwerbslosenfürsorge, den ich eigentlich vor dem Entschädigungsgesetz ganz geborgen hielt, vielleicht an die achte Stelle zu setzen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist auch die Minderheit;

(Zuruf von der äußersten Linken.)

— Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß wir bis auf die beiden letzten Punkte — das ist das Branntweinmonopol und die Schulvorlage — alle übrigen Punkte noch zur Verhandlung bringen.

(Zurufe.)

— Ich werde daran erinnert, daß noch ein weiterer Antrag gestellt war, nämlich die Gleichstellung der Frauen in der Justiz, was jetzt als 17. Punkt auf der Tagesordnung steht, an eine frühere Stelle zu setzen, also vielleicht an die 8. Stelle. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit.

Es sind also alle Abänderungsanträge abgelehnt; die Tagesordnung steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 34 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

133. Sitzung.

Donnerstag den 7. Juli 1921.

Seite

Geschäftliches 4518C, 4565A

Petitionen, von den Ausschüssen zur Erörterung im Plenum **für ungeeignet erachtet** (Nr. 2469 der Anlagen) 4518D

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Verlängerung der Frist zur Anmeldung von **Forderungen im Ausgleichsverfahren** (Nr. 2462 der Anlagen) 4518D

(B) Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Metallreserven der Privatnotenbanken** (Nr. 2463 der Anlagen): 4519A

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **deutsch-russisches Ergänzungsabkommen** über Heimschaffung der beiderseitigen **Kriegsgefangenen** 2c. (Nr. 2386, 2480 der Anlagen) 4519B

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über **Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt** 2c. (Nr. 2349, 2489 der Anlagen):

Kuhnt (U.S.) 4519C, 4520B

Koenigs, Geheimer Regierungsrat: 4520A

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über anderweite Festsetzung der Leistungen 2c. **in der Invalidenversicherung** (Nr. 2340, 2429, 2484 der Anlagen):

Karsten (U.S.) 4520C

Siefart, Ministerialdirektor . . . 4521A

Art. II, Abschn. A:

Karsten (U.S.): 4521B, 4523D, 4525D

Hoch (S.) 4522A

Bartz (Hannover) (V.K.) 4523A

Schwarzer (Oberbayern) (Bay Vp.): 4524D

D. Mumm (D.Nat.) 4525B

Fries (V.K.) 4526B

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Wochenhilfe 2c. (Nr. 2342, 2447, 2488 der Anlagen) 4527B, 4544D

Frau Agnes (U.S.) . . 4527B, 4531A

— persönlich 4531B

Frau Schröder (Schleswig-Holstein) (S.) 4528A

Frau Wurm (U.S.) 4529C

Frau Teusch (Köln) (Z.) 4530C

Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend **Strafverfolgungen** Höllein sowie Körner (Nr. 2493 der Anlagen) 4531B

Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe über **Verdrängungsschäden sowie Kolonialschäden, Auslandsschäden und Entschädigungsordnung** (Nr. 1021 und 2441, beziehungsweise 1020 und 2442, beziehungsweise 1019 und 2443, beziehungsweise 2332 und 2461 der Anlagen):

Dietrich (Baden) (D.D.), Berichterstatter 4532A

Dr. Gildemeister (D.Vp.) Berichterstatter . . . . . 4533D (D)

Colshorn (Z-Hosp.), Berichterstatter) 4533C

Dr. Curtius (D.Vp.) Berichterstatter 4535D

Riedmiller (S.) 4537D

Schwarz (Baden) (U.S.) 4538B

Fries (V.K.) 4541D

Erste Beratung des Gesetzentwurfs Dr. Curtius 2c: **Reichswirtschaftsgericht** (Nr. 2459 der Anlagen):

Dr. Curtius (D.Vp.) Antragsteller: 4545B

Bericht des Volkswirtschaftsausschusses: **Erwerbslosenfürsorge** (Nr. 2455 der Anlagen):

Brandes (U.S.), Berichterstatter: 4545C

Plettner (V.K.) 4547B, 4557B

Dißmann (U.S.) 4552D

Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister: 4557A

Simon (Franken) (U.S.) 4558D

Eckardt (Hannover) (V.K.) . . . 4559B

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs Müller (Franken) 2c.: **Entschädigung der Mitglieder des Reichstags** (Nr. 2436 der Anlagen) 4560C

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Seite

Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses über **Anträge Dr. Petersen** ꝛc., betreffend **Ergänzungsprüfung für Sekretäre** (Nr. 2076, 2215, 2401 der Anlagen): 4560D

Beratung der **Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz** (Nr. 1837, 2483 der Anlagen):

Deglerk (D.Nat.), Berichterstatter: 4561A

Morath (D.Vp.) 4562B

Zweite und dritte Beratung des schleunigen Antrags Müller (Franken) ꝛc.: **Gleichstellung der Frauen in der Justiz** (Nr. 2312, 2435 der Anlagen):

Frau Wurm (U.S.), Berichterstatterin 4562D

Berichte des Reichshaushaltsausschusses über Petitionen (Nr. 2288, 2372 der Anlagen) 4563A

Berichte des Ausschusses für die Petitionen (Nr. 2111, 2218, 2278, 2425, 2466 der Anlagen) 4563A

Berichte des Volkswirtschaftsausschusses über Petitionen (Nr. 2023 bis 2027, 2154 bis 2256 nebst Entschließung, 2217, 2252, 2422 der Anlagen) 4563A

Berichte des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über Petitionen (Nr. 2118, 2178 nebst Entschließung, 2279, 2280, 2423 der Anlagen) 4563C

Berichte des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten über Petitionen (Nr. 2449, 2468 der Anlagen) 4563C

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ausführung des Friedensvertrags über eine Petition (Nr. 2245 der Anlagen) . . . 4563D

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungswesen über Petitionen (Nr. 2467 der Anlagen) 4563D

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen über Petitionen (Nr. 2424 der Anlagen) 4563D

Berichte des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten über Petitionen (Nr. 2177, 2450 nebst Entschließung der Anlagen): 4563D

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das **Branntweinmonopol** (Nr. 2281 der Anlagen) 4564A

Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ausführung des **Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung** (Nr. 1883 der Anlagen):

Seite (C)

Kopsch (D.D.) — zur Geschäftsordnung . . . . . 4564B, D

D. Mumm (D.Nat.) — desgl.: 4564B

Kunert (U.S) — desgl. 4564C

Schultz (Bromberg) (D.Nat.) — desgl. 4564D

Nächste Sitzung 4565A

Die Sitzung wird um 10 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Schiele der Abgeordnete Domsch (Dresden);

in den 9. Ausschuß für die Abgeordneten Schiele, Dr. Beyerle die Abgeordneten Dr. Oberfohren, Faud;

in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Becker (Arnsberg) der Abgeordnete Rheinländer;

in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Most, Beythien die Abgeordneten Frau Dr. Matz, v. Kemnitz;

in den 30. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Oberfohren der Abgeordnete Hartwig.

(D)

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Abgeordneter Hemeter.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind (Nr. 2469 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung über die Anträge des Ausschusses, — schließe sie, da sich niemand zum Wort meldet, und darf mit Ihrer Zustimmung annehmen, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses beitritt. Die Bittsteller werden in geschäftsordnungsmäßiger Weise beschieden werden.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Forderungen im Ausgleichsverfahren (Nr. 2462 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Da Ausschußberatung nicht beantragt ist, treten wir gleich in die

zweite Beratung

ein. Ich rufe auf Art. 1 — und erkläre ihn für angenommen. Art. 2, — Art. 3, — Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls angenommen.

Wenn kein Einwand erhoben wird, können wir auch sofort die

dritte Beratung

vornehmen. — Ich höre keinen Widerspruch. Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, —

(Präsident.)

(A) schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung in dritter Lesung auf Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommeu.

Ich nehme an, daß das hohe Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken (Nr. 2463 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ausschußberatung wird nicht beantragt, — wir treten also gleich in die

zweite Beratung

ein. Ich rufe in derselben auf § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, könnten wir auch hier die

dritte Lesung

sofort erledigen. — Ich höre einen solchen nicht, eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben (B) will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 6. Mai dieses Jahres unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten (Nr. 2386 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 7. Ausschusses (Nr. 2480 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Köster.

Ich eröffne die Beratung über Art. 1. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort. Andere Wortmeldungen liegen nicht vor. Art. 1 ist angenommen. Art. 2 — desgleichen; Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wir können auch hier sofort die

dritte Lesung

vornehmen, wenn kein Widerspruch erhoben wird. — Es ist ein solcher nicht erhoben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, rufe auf in der besonderen Beratung Art. 1 — angenommen, Art. 2 — angenommen; Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch hier in der Gesamtabstimmung dem Gesetz seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher wird nicht laut; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt vom 18. August 1917 und die Errichtung von Kleinschifferverbänden (C)

(Nr. 2349 der Drucksachen).

Bericht des 5. Ausschusses, Nr. 2489 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Reichert.

Ich eröffne die zweite Beratung über § 1. — Zunächst hat das Wort der Herr Berichterstatter. — Der Berichterstatter scheint zu verzichten.

Dann hat das Wort der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beantrage die Zurückstellung dieses Entwurfes. Es ist nicht möglich, daß wir ihn heute verabschieden, weil der Reichstag keine Gelegenheit zu irgendeiner gründlichen Beratung gehabt hat. So geht es mit der Gesetzesmacherei nicht, daß das Verkehrsministerium in der letzten Stunde einen Gesetzentwurf in den Reichstag schleudert und nun glaubt, daß wir ihn schlucken müssen. Der Entwurf hat gestern dem 5. Ausschuß vorgelegen. Der Herr Vertreter des Verkehrsministeriums konnte erst in letzter Stunde kommen, und so ist in der oberflächlichsten Weise zu diesem Entwurf Stellung genommen.

Wir sind im Prinzip nicht gegen das, was man mit dem Entwurf bezwecken will. Wir selbst sind der Auffassung, daß die Verhältnisse der Kleinschiffahrt geordnet werden müssen. Wir wollen die Hand dazu bieten. Aber so, wie man es glaubt hier machen zu müssen, geht es nicht, und deshalb müssen wir auf unserm Antrag beharren.

Ich will nicht zu weit ausholen. Man muß, um mitsprechen zu können, die Vorgeschichte des Entwurfs (D) kennen, man muß einigermaßen mit den Verhältnissen der Kleinschiffahrt vertraut sein. Man muß vor allem wissen, wie sich die einzelnen Organisationen innerhalb des Kleinschiffergewerbes bekämpfen. Diese andauernde Erregung soll durch diesen Entwurf genommen werden. Die streitenden Parteien sind sich darüber einig geworden, daß eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, damit auf diese Weise festgestellt wird, ob die Kleinschiffer eine Zwangsorganisation mit genau festzulegenden Aufgaben an Stelle der Betriebsverbände wünschen. Wir sind damit einverstanden, daß diese Urabstimmung so schnell wie möglich vorgenommen wird, und würden deshalb, wenn das Reichsverkehrsministerium sich damit abfindet, für § 1, § 2 und für § 14, der dann natürlich § 3 werden müßte, stimmen. Dann wäre auf gesetzlichem Wege die Urabstimmung gesichert, und es wäre alles das geschaffen, was wir zunächst brauchen. Wir würden uns dann später über die eventuell zu schaffende Organisation im Oktober oder November hier in aller Ruhe aussprechen können.

In der Annahme, daß Sie diesem meinem Antrage folgen — es ist der einzige Weg, der uns übrig bleibt, weil wir ja sonst überhaupt in die dritte Lesung nicht eintreten können —, beantrage ich, daß in § 1 Abs. 2 der erste Satz gestrichen und dafür folgende Fassung gesetzt wird:

> Stimmberechtigt sind alle nach § 1 der Satzung der Betriebsverbände zur Mitgliedschaft verpflichteten Kleinschiffer. Mitgliedern, die keine Beiträge entrichtet haben, darf das Wahlrecht nicht entzogen werden.

Das entspricht vollkommen der Vereinbarung, wie sie zwischen den Mitgliedern der Betriebsverbände und des Verbandes der Privatschiffer getroffen worden ist. Also

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) wir wahren damit die Interessen derjenigen, für die das Gesetz eventuell die Urabstimmung anordnen soll.

Ich bitte, diesen meinen Vorschlägen Folge geben zu wollen, und warne am Schluß noch einmal das Verkehrsministerium vor dieser Art Gesetzesmacherei, die wir unter keinen Umständen mitmachen können.

Präsident: Das Wort hat Herr Geheimrat Koenigs.

Koenigs, Geheimer Regierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Mit dem Antrag des Herrn Antragstellers erklärt sich die Reichsregierung einverstanden. Wir sind bereit, alle diejenigen zur Abstimmung zuzulassen, welche als **Privatschiffer Kähne** haben, die auf dem Stromgebiet beheimatet sind, und wollen keinen Kleinschiffer ausschließen, der seinen Beitrag nicht bezahlt hat.

Ich bitte gleichwohl, dem Antrag in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht zuzustimmen, weil im Falle der Abänderung eine dritte Lesung nicht mehr möglich sein würde und die Reichsregierung das größte Interesse daran hat, den Entwurf noch heute verabschiedet zu sehen. Ich erkläre nochmals, daß wir sachlich nach dem Antrage des Herrn Abg. Kuhnt verfahren werden, bitte aber aus formellen Gründen die Vorlage unverändert annehmen zu wollen.

Präsident: Der Widerspruch würde ja dann bei der dritten Lesung geltend zu machen sein, wenn Sie ihn aufrecht erhalten wollen.

Weitere Wortmeldungen zu § 1 liegen nicht vor; ich erkläre ihn für angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3. —

(Abgeordneter Kuhnt: Mein Antrag ging dahin, den § 14 als § 3 übernehmen zu wollen; das ergibt dann ein abgeschlossenes Ganzes!) (B)

Der Antrag wird nachher bei § 14 erledigt werden.

Ich rufe auf § 4. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Anzahl Bedenken gegen diesen und die nachfolgenden Paragraphen. Da aber eine gründliche Vorberatung diesem Entwurf nicht vorausgegangen ist und auch heute in Anbetracht dieser außerordentlich umfangreichen Tagesordnung eine eingehende Aussprache nicht möglich ist, behalten wir uns alle Anträge vor für die Beratung, die erst nach den Ferien wieder einsetzen kann.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu § 4 liegen nicht vor; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13. —

Bei § 14 beantragt der Herr Abgeordnete Kuhnt, diesen Paragraphen als § 3 einzusetzen und die übrigen Paragraphen dann in dritter Lesung auszuschalten.

Ich bitte diejenigen, welche dem Antrage Kuhnt zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das letztere ist die Mehrheit; der Antrag Kuhnt ist abgelehnt.

Der Gesetzentwurf hätte also zunächst seine bisherige Gestalt behalten. Ich mache nun den Vorschlag, ihn auch in dritte Lesung zu nehmen. Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Kuhnt?

(Abgeordneter Kuhnt: Ja, ich erhebe Widerspruch!)

Der Herr Abgeordnete Kuhnt erhebt Widerspruch. Die dritte Lesung kann also heute nicht erfolgen. (C)

Wir kommen zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung (Nr. 2340, 2429 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 2484 der Drucksachen.

Antrag Nr. 2485.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. I § 1245 — und erkläre ihn für angenommen. § 1246, — 1247 und 1249 fallen weg, § 1250 und 1252 — angenommen, § 1264 fällt weg, § 1268 nach der Vorlage, — ebenso § 1280 und 1285. —

Zu § 1287 liegt auf Drucksache 2485 ein Antrag Frau Agnes und Genossen vor. Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern eine ganze Reihe Verbesserungsanträge zugunsten der Invaliden- und Altersrentner und der Witwen und Waisen gestellt. Sie sind leider alle miteinander abgelehnt worden. Ich habe gestern in der zweiten Lesung der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es gelingen möge, in der dritten Lesung diesen Rentnern wenigstens einige Erleichterungen zu geben. Wir haben nunmehr auf Nr. 2485 einen Abänderungsantrag eingebracht, der die **Beihilfen und Zulagen zu den Invalidenrenten** erhöht wissen will. Das Gesetz sieht vor, daß an Stelle von 840 Mark nur 600 Mark Zulagen gegeben werden sollen. Wir hatten beantragt, an Stelle von 600 Mark 2400 Mark zu geben. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Wir stellen heute den Antrag, daß Sie dann wenigstens die Hälfte, also 1200 Mark, geben und den Waisen an Stelle der 600 Mark, die von uns beantragt waren, und der im Regierungsentwurf vorgesehenen 300 Mark wenigstens 450 Mark geben. (D)

Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, so würde für die Invalidenrente ein Gesamteinkommen von etwa 1800 Mark im Jahre herauskommen, also monatlich 150 Mark. Das ist eine so verschwindende Summe, daß eigentlich niemand hier im Hause sein sollte, der auch nur den Versuch zu machen wagte, den Invaliden diese kärgliche Summe vorzuenthalten. Ich glaube, es ist durchaus im Sinne unserer ganzen Sozialversicherung gelegen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß den **Invalidenrentnern Versprechungen** gemacht worden sind. Vor etwa einem halben Jahr, als im Dezember 1920, kurz vor Weihnachten, über Beihilfen zu den Invalidenrenten gesprochen wurde und beschlossen wurde, ihnen 40 Mark zu geben, da hat meine Partei weitergehende Anträge gestellt. Sie wurden begründet von meinem Freunde Bruchardt, und auf dessen Rede erklärte dann im Auftrag aller übrigen rechts von uns stehenden Parteien Herr Dr. Moldenhauer unter anderem folgendes:

> Wir erklären, daß der vorliegende Entwurf sicherlich nicht unsere Wünsche und die Wünsche der Sozialrentner befriedigt. Wir wissen, daß es nur ein erster Versuch zur Linderung der größten Not ist, daß die Frage damit nicht gelöst ist, sondern — — das möchte ich bitten zu beachten —, sondern daß wir unmittelbar nach Wiederzusammentreten des Reichstags neue Wege suchen müssen, um hier endlich Linderung der großen Not zu schaffen.

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) Sie haben hier den Invalidenrentnern ein Versprechen gegeben, Sie haben ihnen gesagt, daß Sie unmittelbar nach Wiederzusammentreten des Reichstags — das war nach Weihnachten — neue Wege suchen müßten, um den Invalidenrentnern eine Besserstellung ihrer Lage zu verschaffen. Wir sind jetzt wieder ein halbes Jahr zusammen, und Sie haben noch nicht einen einzigen Weg gezeigt, der den Invalidenrentnern Lebensmöglichkeiten bietet. Das ist um so bedauerlicher, als jetzt die Möglichkeit vorliegt, durch Erhöhung der Beiträge um Milliarden den Invalidenrentnern etwas zu geben, damit sie wenigstens den guten Willen sehen und in dieser schweren Zeit weiter durchhalten können. Die Summe, die wir verlangen, ist tragbar; das ist durch die Erhöhung der Beiträge ohne weiteres möglich. Es ist also keine Ausrede möglich. Falls Sie den Antrag ablehnen, tun sie den Invalidenrentnern so bitteres Unrecht, wie nur jemals einer Klasse von Menschen getan worden ist. Ich bitte Sie noch einmal eindringlichst, diesem Antrag zuzustimmen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Siefart.

Siefart, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Der Antrag kann und soll im Herbst nachgeprüft werden. Ich möchte aber davor warnen, jetzt im letzten Augenblick solche Beschlüsse zu fassen, da dadurch Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten entstehen könnten.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 2485 (B) Frau Agnes und Genossen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt und der § 1287 in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Ich rufe auf § 1288, — 1289, — 1291, — 1292, — 1293 nach der zweiten Lesung — angenommen, — § 1296 fällt weg, — § 1297 nach Vorlage, — § 1300 fällt weg, — § 1303 nach Vorlage, — § 1311 fällt weg, — § 1316 nach Vorlage, — § 1325 fällt weg, — § 1372 nach Vorlage, — § 1387 nach Vorlage, — §§ 1388 bis 1391 fallen weg, — §§ 1392 und 1393 nach Beschlüssen zweiter Beratung, — § 1395 nach Vorlage, — § 1400 nach Vorlage, — § 1401 fällt weg, — §§ 1403 und 1404 nach Vorlage, — §§ 1405 und 1406 nach Vorlage, — §§ 1472 bis 1483 fallen weg.

Art. II Abschnitt A. Hierzu liegt ein weiterer Antrag Agnes und Genossen auf Drucksache 2485 Ziff. e vor.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um die gleiche Angelegenheit, insofern als es sich hier um die **Altrentner** handelt. Es hat keinen Zweck, Ihnen noch irgendwelche guten Worte zu geben, für die Invalidenrentner einzutreten; nur eins möchte ich noch sagen. Wenn eben ein Kollege von der rechtssozialistischen Partei meinen Parteifreunden gegenüber die Worte gebraucht hat: „Tut man nur nicht so!" — so beweist er, glaube ich, damit eine Charaktereigenschaft, die unseren Parteifreunden fern ist. Wir meinen es ernst mit der Not der Invalidenrentner und haben ein Gefühl für ihre Not. — Herr Kollege Schwarzer, wenn Sie etwas anderes meinen, so ist das Ihre Sache. Wenn Sie als Arbeitersekretär nicht wollen, daß die Invalidenrentner aufgebessert werden, dann tut es mir leid um einen solchen Kollegen (C) als Arbeitersekretär.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir lassen uns von Ihnen nicht übertreffen!)

— Es wird sich gleich finden, ob Sie sich übertreffen lassen oder nicht. Es handelt sich hier nicht darum, ob einer dem andern den Rang abläuft.

(Lebhafte Zurufe bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten: Doch, darum handelt es sich!)

Es handelt sich darum, daß die Invalidenrenter leben können. Das ist das Entscheidende. Wir haben dauernd unsere Vorschläge gemacht. Sie haben damals durch Herrn Dr. Moldenhauer, der Ihre Interessen vertreten hat, Weihnachten 1920 erklären lassen, sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstags sollte die Frage geprüft, und es sollten Wege gefunden werden. Hinterher haben Sie sich nicht daran gehalten. Es ist eine Schande und Schmach für den Reichstag, über eine solch wichtige Frage einfach hinwegzugehen. Das war früher bei den **Sozialdemokraten** nicht Mode.

Als 1910/11 die Reichsversicherungsordnung beraten wurde, standen Sie in derselben Position, in der wir heute stehen. Sie brachten Verbesserungsanträge ein und begründeten sie. Die bürgerlichen Parteien schwiegen ständig dazu, und Sie haben sich darüber entrüstet, daß die Bürgerlichen schwiegen. Ebenso machen Sie es heute unseren Anträgen gegenüber. Was Sie heute tun, ist dasselbe, was Sie damals bei den bürgerlichen Parteien verurteilt haben.

Heute hat natürlich niemand Lust, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen. Von der Rechten kann man es nicht anders erwarten, weil sie sich nach den besseren Gefilden sehnen, wo sie ihre Sommerferien verbringen können. (D)

Wenn ich aber das **Zentrum** ansehe, und den Herrn Arbeitsminister Brauns, die die christliche Nächstenliebe auf ihr Panier geschrieben haben, und wenn ich sehe, daß auf eine solche Weise die christliche Nächstenliebe mit Füßen getreten wird, so muß man doch sagen: das ist nicht christlich, das ist kapitalistische Unternehmerpolitik, wie sie bei dem schärfsten Arbeitgeber nicht besser zu Hause sein kann.

Wenn der Herr Regierungsvertreter gesagt hat, er bitte, die Anträge abzulehnen, weil man im letzten Augenblick über so wichtige Fragen nicht mehr Beschluß fassen könnte, so haben Sie doch Zeit genug gehabt. Auch Sie, Herr Regierungsvertreter, wissen von den Anträgen, die wir im Ausschuß und in der zweiten Lesung gestellt haben. Sie wurden immer abgelehnt. Sie haben keinen einzigen Antrag gestellt und keinen Vorschlag gemacht, um irgend etwas an der Notlage der Invaliden zu ändern. Und heute kommen Sie mit der faulen Ausrede, es sei keine Zeit, Beschlüsse zu fassen. Das beweist nur, daß Sie die Invalidenrentner in einer Weise behandeln, die einfach unverständlich ist.

Es ist eine beliebte **Methode im Arbeitsministerium**, im letzten Moment solche Gesetzentwürfe vorzulegen. Dieser Entwurf kam am 30. Juni an den Reichstag. Da war es natürlich den Regierungsparteien sehr gut möglich, sich damit auszureden, jetzt sei die Zeit zu kurz, jetzt könne man nicht mehr dazu Stellung nehmen. Mit dieser Methode erreicht das Arbeitsministerium allerdings, daß es seine Vorlagen so durchbringt, wie es sie gerne durchbringen möchte.

Ich bin der Meinung, daß die ganze Behandlung der Invalidenfrage, die unerfüllten Versprechungen vom Dezember, diese ganze Politik, die Sie treiben, vom Standpunkt der Menschlichkeit so unsozial und so unver-

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) antwortlich ist für diejenigen, die nun meinen, christliche Nächstenliebe zu üben.

Diese Politik beweist aufs neue, daß Sie den Invaliden, Witwen und Waisen nicht helfen wollen, sondern lediglich darauf bedacht sind, das kapitalistische System zu stützen und zu stärken. Die Invaliden, die im Interesse des Kapitalismus in ihre Not geraten sind, können Ihretwegen verhungern und verkommen. Sie wollen nur die Interessen des kapitalistischen Staates wahren. Treiben Sie diese Politik weiter, und die Invaliden werden sehen, daß ihre Interessen nicht mehr beachtet werden.

Ich möchte von dieser Stelle aus den Invaliden zurufen, dafür zu sorgen, daß auch sie, genau so gut wie andere Interessenkreise, sich zusammenschließen und eine Macht bilden, damit sie sich gegenüber den hartnäckigen Ablehnungsversuchen durchsetzen können und endlich das erhalten, was ihnen zum Leben unbedingt nottut. Wenn Sie noch irgendeinen Funken Mitgefühl für die Invaliden haben, dann bitte ich Sie, sich zu überlegen und wenigstens den Altrentnern das zu geben, was ihnen gebührt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß wir hier jetzt im letzten Augenblick eine Zänkerei

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

über eine Sache bekommen, die bereits gestern eingehend erörtert worden ist. Schon gestern haben die Herren von der Unabhängigen Partei eine Reihe von **Anträgen** gestellt, die darauf hinzielten, die **Not der Invalidenrentner** zu lindern, und zwar sowohl die Not derjenigen, die jetzt Invalidenrenten beziehen, als auch

(B) derjenigen, die sie später beziehen werden. Damals haben wir den Herren erklärt, daß es doch nicht damit getan ist, den Versicherungsanstalten jetzt Lasten aufzuerlegen, ohne daß zugleich die Mittel dafür beschafft werden; das letztere aber ist jetzt in der kurzen Zeit vor der Sommerpause beim besten Willen nicht möglich.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wollen Sie mich sprechen lassen oder nicht? Ich habe doch schließlich das Recht, zu antworten, wenn wir in so unverantwortlicher Weise angegriffen werden. Oder glauben Sie, es bereitet uns Vergnügen, wenn wir uns hier zur Freude unserer gemeinsamen Gegner herumzanken? Wenn es schon sein muß, dann kann es doch wohl in den anständigen Formen geschehen, die unter uns üblich sein sollten.

Schon gestern haben wir dargelegt, daß es nach der ganzen Sachlage einfach nicht möglich ist, die **Deckungsmittel** für weitere Verbesserungen der Versicherungsleistungen im Handumdrehen aufzubringen. Sie wissen, welche langen Verhandlungen geführt werden mußten, als wir die Beihilfen zu den Invalidenrenten schufen; und daß uns schließlich bei der Gelegenheit doch nichts andres übrig blieb, als mit Ihrer Zustimmung die Beiträge zu verdoppeln.

Nun haben gestern gerade die Herren von der Unabhängigen und der Kommunistischen Partei sich über die Höhe der Beiträge entrüstet. Gewiß, die Beiträge sind hoch; umsoweniger können wir daran gehen, abermals neue Lasten auf die Schultern der versicherten Arbeiter zu legen. So etwas muß in Ruhe überlegt werden; und dazu fehlt jetzt die Zeit.

Andererseits glauben Sie doch selbst nicht, daß wir in einem Parlament, wo wir uns in der Minderheit befinden, zumal angesichts der drückenden Finanzlage, von der Regierung unbegrenzte Mittel für die Arbeiterversicherung zur Verfügung gestellt bekommen. Sie selbst (C) wissen ganz genau, daß das nicht durchzusetzen ist, deshalb können wir nicht daran denken, so gern wir möchten, die Angelegenheit jetzt zu erledigen.

Hauptsächlich habe ich mich aber zum Wort gemeldet, um die **Art und Weise** festzunageln, wie die **Unabhängige Partei** vorgeht. Unsere Parteigenossin Frau Schroeder hat schon gestern dargelegt, wie die Herren es in bezug auf die Wochenhilfe gemacht haben. Ich wollte der Welt das Schauspiel nicht bieten, noch einmal auf die Sache einzugehen, obwohl ich dasselbe in bezug auf die Invalidenversicherung hätte sagen müssen. Jetzt zwingen Sie mich zu meinem Bedauern dazu. Aber seien Sie unbesorgt, ich will mich mit möglichst wenigen Worten begnügen.

Meine Damen und Herren! Ganz ähnlich wie bei der Angestelltenversicherung verhält es sich auch mit der **Invalidenversicherung**, nämlich insoweit, als es bei der Kürze der Zeit gar nicht möglich war, sie in allen Punkten auszubauen. Daher standen wir vor der Frage: sollen wir in der Invalidenversicherung überhaupt nichts machen, sollen wir selbst die dringlichsten Verbesserungen scheitern lassen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Sollen die **Invalidenversicherungsanstalten** nicht einmal mehr in den Stand gesetzt werden, auch nur das Heilverfahren durchzuführen? Ist es nicht vielmehr unsere Pflicht, uns mit allen Kräften zu bemühen, ihnen wenigstens dafür Mittel zur Verfügung zu stellen? Deshalb haben wir uns überlegt: Was kann und was muß jetzt geschehen? Die Herren wissen das ganz genau, denn wir haben mit ihnen einen Teil der Anträge zusammen eingebracht.

Wir haben die Notwendigkeit der in den jetzigen (D) Anträgen enthaltenen Forderungen durchaus anerkannt. Als wir mit den Herren der bürgerlichen Parteien darüber verhandelten, haben diese, wie es von ihrem Standpunkt begreiflich ist, erklärt: auch wir erkennen an, daß etwas geschehen muß; aber wenn wir uns darüber schlüssig machen sollen, dann müssen wir gründlich auf die Einzelheiten eingehen; ihr könnt nicht verlangen, daß wir eure Anträge angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Zustände annehmen, ohne zuvor die Frage zu beantworten: wie soll die Regelung im einzelnen vorgenommen werden, und wie lassen sich die Kosten aufbringen?

(Lebhafte Zustimmung.)

Was sollten wir darauf den bürgerlichen Parteien antworten?

(Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben gesagt: dann müssen wir uns eben damit begnügen, jetzt das Mögliche zu erreichen, insbesondere damit das Heilverfahren auch weiterhin durchgeführt werden kann.

(Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

— Ach, meine Herren, Sie wissen doch, daß wir beim Offizierversorgungsgesetz gegen die hohen Aufwendungen angekämpft haben! Was aber wird den armen unglücklichen Arbeitern, die von der Schwindsucht bedroht oder schon ergriffen sind, und in eine Heilanstalt geschafft werden müßten, mit Ihren entrüsteten Rufen gegen die Offiziere geholfen, wenn wir den Invalidenversicherungsanstalten die Mittel zur Durchführung des Heilverfahrens versagen? Was wollen Sie mit solchen Dingen, die nicht zur Sache gehören? Begreifen Sie

(**Hoch**, Abgeordneter.)

(A) denn nicht, daß die Angelegenheit viel zu ernst ist, um alles durcheinander zu werfen!?

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Ich wiederhole also; wir waren gezwungen, für die Invalidenversicherungsanstalten umgehend die Mittel zu verschaffen, damit sie weiter zu arbeiten vermögen. Nach langwierigen Verhandlungen mußten wir uns entscheiden: sollen wir mit der Mehrheit des Hauses eine Vereinbarung dahin treffen, daß die Versicherungsbeiträge erhöht und die Versicherungsleistungen nach der Vorlage der Regierung vorläufig angenommen, die weiteren Verbesserungen aber bis zum Herbste zurückgestellt werden oder nicht? Da habe ich mit der Unabhängigen Partei, mit Herrn Kollegen Aufhäuser, die Lage besprochen. Herr Aufhäuser hat nicht etwa geantwortet: dann wollen wir lieber alles scheitern lassen; — er hat vielmehr in erfreulicher Weise mit uns Hand in Hand bis zum letzten Augenblicke gearbeitet. Jetzt kommt Herr Kollege Karsten, der doch alles dies genau kennt — ich hätte es ihm gewiß nicht übelgenommen, wenn er glaubte, aus taktischen Gründen hier seine Anträge sachlich zu vertreten; aber er fällt über uns her und stellt es, obgleich er das Gegenteil weiß, so dar, als ob wir aus bösem Willen nichts für die Invaliden tun wollten. Das, muß ich sagen, ist ein Vorgehen, das ich bis jetzt unter aufgeklärten Arbeitern noch nicht gefunden habe.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Bartz** (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es liegt mir nichts daran, das Kriegsbeil auszugraben und die Stimmung im Hause zu verschärfen. (B) Aber das muß doch gesagt werden, daß bei keiner Gelegenheit gerade die Parteien oder die Partei, will ich sagen, die sich als Schützer und Schirmer der Arbeiterinteressen bisher geriert hat, sich so verhalten hat, wie es in dieser Angelegenheit die sozialdemokratische Partei getan hat.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das erste, was der Herr Abgeordnete **Hoch** im Ausschuß sagte, war: wir müssen nun versuchen, die **Beiträge** so hoch wie nur irgend möglich festzusetzen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ja, Sie wollen den Invaliden etwas geben? Sie wollen ihnen nichts geben! Ihre ganze Taktik im Ausschuß geht doch darauf hinaus, daß Sie alles das, was Sie geplant hatten und was konform mit den Ansichten der Unabhängigen Partei war, einfach auf den Nimmerleinstag vertagt haben. Wenn Sie jetzt das Klagelied anstimmen, daß die Regierung keine **Mittel für die Invaliden** zur Verfügung stellen könne, glauben Sie da vielleicht, daß die Sache im Herbst anders liegen würde? Würde es dann nicht erforderlich sein, daß Sie dieser Regierung den schärfsten und schwersten Kampf androhen und mit uns aufnehmen würden, um die Interessen der Rentner endlich zu sichern? Ich meine, diese Politik wäre richtiger gewesen, und daß Sie diese Politik auch betrieben haben bis zu den fluchwürdigen Tagen des August 1914.

Meine Damen und Herren! Es ist also in der Tat so, daß wir weder jetzt noch im Herbst etwas Positives für die Rentner herausholen werden. Es ist auf der anderen Seite Tatsache, daß Sie (zu den Rechtssozialisten) in anderen Fragen, bei dem Wehrmachtsversorgungsgesetz, bei den Offizierspensionen, überall dort, wo nicht Angehörige Ihrer Klassen in Frage kommen oder doch nicht vorwiegend in Frage kommen, Gelder in Hülle und Fülle zur Verfügung gestellt haben. (C) Da haben Sie nicht gesagt: die Regierung hat kein Geld; es ist nicht möglich, diese Mittel aufzubringen. Da haben Sie mit den Bürgerlichen gestimmt, damit diesen Kreisen die soziale Existenzmöglichkeit gewährt wurde. Aber hier in dieser Frage, wo es sich um Ihre Klassengenossen handelt, da sagen Sie einfach: es ist ein Ding der Unmöglichkeit! Da fehlt es Ihnen an Zeit, diese Dinge zu behandeln. Andernteils sind Sie nicht gewillt, auf die Regierung den Druck auszuüben, der notwendig ist, um die Mittel flüssig zu machen, den Rentnern etwas zu gewähren.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Ich wäre nicht darauf eingegangen, wenn ich nicht gerade von dem Kollegen Hoch provoziert worden wäre. Das, was der **Antrag Karsten** fordert, ist doch so bescheiden im Vergleich zu dem, was Sie auf anderen Gebieten der sozialen Fürsorge anderen Kreisen gegenüber bewilligt haben. Wollen Sie wirklich, daß die hohen Beiträge eingetrieben werden, ohne daß den Rentnern auch nur irgend etwas zugestanden wird? Das können weder Sie (nach rechts) noch Sie (zu den Sozialdemokraten) verantworten. Ich kann es mir nicht denken, daß ein Mensch mit sozialem Empfinden die einseitige Belastung der Arbeiter beschließt und für gut befinden und auf der anderen Seite nicht bereit ist, auch nur einen einzigen Heller den Rentnern dieser Versicherungszweige zuzusprechen. Ich hätte Sie also dringend gebeten, daß Sie wenigstens diesem Antrage der unabhängigen Partei Ihre Zustimmung nicht versagen.

Ich verweise noch darauf, daß auch im Herbst die Situation durchaus nicht anders sein wird, daß sich im Gegenteil die Finanzlage des Reiches von Tag zu Tag verschlechtern wird, und daß wir dann erst recht nicht in der Lage sein werden, dasjenige durchzusetzen, was wir heute für notwendig und auch für erfüllbar (D) halten. Ich bitte also nochmals dringend: stimmen Sie dem zu, was der Antrag Karsten sagt.

Wenn Sie glauben, daß die **Existenz der Landesversicherungsanstalten** gefährdet werden könnte — darauf läuft ja die Politik der Mehrheitssozialdemokraten hinaus —, wenn Sie befürchten, daß das Heilverfahren eingestellt werden müßte, — ja, dann zum Teufel noch einmal, ist die Regierung wirklich so tief gesunken, daß sie nicht für diese notwendigsten Aufgaben zur Hebung auf Förderung der Volksgesundheit auch nur einige winzige Mittel zur Verfügung stellt, nachdem sie selbst durch ihre Kriegspolitik die Notlage der Landesversicherungsanstalten herbeigeführt hat? Die Million Gelder für die Kriegsanleihen, die die Landesversicherungsanstalten infolge des Zwanges der Regierung zeichnen mußten, haben doch vornehmlich die Landesversicherungsanstalten in diese schwierige Finanzlage gebracht. Es müßte nach unserer Meinung eine Gewienlosigkeit der Regierung sein, wenn sie angesichts dieser Tatsache sich weigern sollte, die Mittel vorzuschießen, die erforderlich sind, um wenigstens das Heilverfahren in dem bisherigen Umfange weiter gewähren zu können. Ich möchte also nochmals sagen: verabschieden Sie das Gesetz nicht, ohne daß Sie den Rentnern auch nur ein klein wenig an Leistungen mehr gewähren, als das bisher der Fall ist.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Hoch gemeint hat, das es unschön ist, im letzten Augenblick noch eine Zänkerei anzufangen, so ist er, glaube ich, schwer im Irrtum, wenn er

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) glaubt, daß wir Lust haben, uns mit den Rechtssozialisten hier zu zanken. Aber mir ist es bitter ernst darum zu tun, Kollege Hoch, daß wir den Invalidenrentnern das geben, was ihnen irgendwie zu geben ist, damit sie leben können. Das ist für mich der Ernst der Situation, und es kommt für mich nicht darauf an, hier Zankereien irgend welcher Art vom Zaun zu brechen. Das möchte ich Ihnen doch einmal ganz in aller Gemütsruhe gesagt haben.

(Zwischenrufe von den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Kollege Hoch sagt, es sei keine Möglichkeit vorhanden, die Lasten aufzubringen, die unser Antrag fordert, so will ich ihm nur sagen, daß nach den Zahlen, die uns in der Denkschrift niedergelegt sind zu der Vorlage, der neue Antrag, den wir jetzt vorgelegt haben, etwa eine Milliarde und 200 Millionen Mark notwendig machen wird. Diese Summen sind vorhanden dadurch, daß die Beiträge erhöht werden. Sie sind sogar um das Dreifache vorhanden, und es kann aus dem Grunde gezahlt werden, Kollege Hoch. Aber selbst, wenn das nicht möglich wäre, wenn selbst die Summen aus der Invalidenversicherung nicht vorhanden wären, dann müßten sie trotzdem aufgebracht werden durch Reichsmittel.

Ich will nur ein anderes Beispiel anführen. Sie haben dem Wehrmachtversorgungsgesetz in letzter Abstimmung Ihre Zustimmung gegeben. Sie können nicht sagen, daß Sie dagegen gewesen sind. Wenn Sie auch Verbesserungsanträge gestellt haben, so haben Sie ihm doch letzten Endes zugestimmt. Das Gesetz sieht eine Ausgabe von 300 Millionen Mark vor. Diese 300 Millionen Mark machen pro Monat für jeden Invalidenrentner 25 Mark. Ich bin der Meinung,
(B) daß dieses Geld aus der Reichskasse viel besser verwandt worden wäre, wenn man die Invalidenrentner unterstützt hätte anstatt jene Leute, die völlig gesund vom Militär entlassen worden sind. Mit dieser Ausrede kann man uns also nicht kommen. Es ist ja Geld für andere Zwecke da. Sie haben die 10 Milliarden für die Reeder bewilligt. Die Reeder sind Kriegsopfer nach der Auffassung der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Die Invalidenrentner sind aber in noch viel größerem Maße Kriegsopfer. Sie leiden auch ungeheuer unter den Folgen des Krieges, vor allem dadurch, daß der Krieg so beendet wurde und daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg sich so gestaltet haben. Wenn also auf der einen Seite den Opfern des Krieges Beihilfen gegeben werden, so muß auch den Invalidenrentnern das gewährt werden, was notwendig ist. Die Regierung erkennt auf anderen Gebieten die durch den Krieg hervorgerufene Notlage an, z. B. bei den Gehaltsordnungen, bei den Pensionen usw. Warum tut sie das nicht auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung? Das ist, glaube ich, eine sehr ernste Frage, die mit Zänkereien durchaus nichts zu tun hat.

Wenn der Herr Kollege Hoch sagt, daß wir hier in Bausch und Bogen derartiges beschließen wollen, so kann ich nur wiederholen, was ich schon dem Herrn Regierungsvertreter gesagt habe, daß wir sowohl in der Kommission wie in der zweiten Lesung unsere Anträge gestellt haben, während Sie (zu den Sozialdemokraten) gar keinen Versuch dazu unternommen haben — das will ich ausdrücklich feststellen —, irgend welche Besserungen für die Invalidenrentner zu schaffen. Sie sind sogar damit einverstanden gewesen, daß durch die Erhöhung des Grundlohnes auf 360 Mark die Erhöhungen, die die Rentner an Jahresrente bekommen, an den Zulagen wieder gekürzt werden sollen. Dafür stimmen Sie und lehnen also jegliche finanziellen Verbesserungen für die (C) Invalidenrentner dadurch ab. Da haben Sie doch kein Recht, uns vorzuwerfen, daß wir derartieg Anträge stellen. Wir haben unsere Pflicht in der Kommission getan und auch in der zweiten Lesung im Plenum unsere Auffassung vorgebracht. Wir haben unsere Forderungen sogar auf die Hälfte reduziert, um wenigstens in dem einen Punkte das durchzubringen, was meiner Überzeugung nach unbedingt erforderlich ist. Wenn wir uns in dieser Richtung so beschränken, können Sie uns wirklich nicht derartige Vorwürfe machen.

Nun hat der Herr Kollege Hoch einen Trumpf auszuspielen geglaubt, indem er sagte, die Sozialdemokraten hätten die ganzen Fragen mit meinem Kollegen Aufhäuser besprochen. Dazu möchte ich bemerken, daß wir zwar in der ersten Zeit gemeinsam Anträge vorbereitet haben, die auch in die Kommission gelangt sind. Diese umfaßten aber nur einen Teil der ganzen Gesetzesvorlage. Nachher haben Sie Ihre Anträge gesondert eingebracht und wir die unsrigen. Das können Sie nicht bestreiten. Sie können also nicht behaupten, daß wir gegen die Abmachungen verstoßen haben. Wenn wir unsere Selbständigkeit gewahrt haben, so war das unser volles Recht, und man braucht keine Hinterhältigkeit und keinen Verrat dahinter zu erblicken. Man kann auch nicht behaupten, daß wir lediglich Agitationsanträge stellen. Stimmen Sie ihnen doch zu, so fällt dieser Vorwurf ganz von selbst weg, und wir hätten die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß wir gegenüber den bürgerlichen Parteien sagen können: Ihr tut nicht eure Pflicht gegenüber den Invalidenrentnern. Aber durch Ihr (zu den Sozialdemokraten) Verfahren, daß Sie den Invaliden in der letzten Minute die Lebensmöglichkeit verweigern, kompromitieren Sie den Sozialismus und verhindern eine Einigung des sozialistischen Proletariats. (D)

Aber Sie sind ja durch Ihre Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien gebunden, Sie können nicht mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zusammengehen, weil Sie es mit den Bürgerlichen, mit denen Sie sich koaliert haben, nicht verderben wollen. Das ist das Entscheidende, deshalb konnten Sie auch die Versprechungen, die Ihr Herr Kollege Dr. Moldenhauer Weihnachten 1920 gegeben hat, nicht einlösen. Sie müssen sich jetzt an das halten, was Ihnen der Zentrumsminister Brauns jetzt vorschlägt. Der Herr Abgeordnete Moldenhauer hat Weihnachten 1920 versprochen, daß die Invalidenfrage sofort nach Wiederbeginn des Plenums aufgerollt werden sollte, daß Möglichkeiten gesucht werden sollten, um den Invaliden zu helfen. Dieses Versprechen haben Sie nicht eingelöst und werfen uns nun heute vor, daß wir Agitationsanträge stellen. Nein, Sie beweisen damit nur, daß Ihre Abänderungsanträge nur Agitationsphrasen waren. Sprechen Sie meinetwegen von Zänkereien: wir sind der Meinung, daß den Invaliden geholfen werden muß.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern).

Schwarzer (Oberbayern), Abgeordneter: In den Streit der beiden sozialistischen Parteien will ich mich nicht einmischen. Aber ich muß doch sagen: die Art und Weise, wie der Abgeordnete Karsten es beliebt, seine Anträge zu begründen und die Parteien dabei zu verdächtigen, kann nicht anders als eine gewöhnliche Agitationsmache bezeichnet werden.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Schwarzer** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Das, was heute hier besprochen wird, ist in den Sitzungen des Ausschusses viel gründlicher besprochen worden, und es sind auch nach allen Richtungen hin die Möglichkeiten durchberaten worden, wie man Mittel schaffen könne. Solange nicht feststeht, daß ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um die Versicherungsanstalten zu sanieren, nützen die Anträge den Invaliden, für die wir zum mindesten ein so gutes Herz haben wie Sie, (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten),

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei; Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

nichts; es ist deshalb auch nicht möglich, den Anträgen des Herrn Karsten nachzukommen.

Nun hat es Herr Karsten für notwendig befunden, von Dingen zu sprechen, die er jedenfalls nicht kennt oder nicht versteht:

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das ist die christliche Nächstenliebe.

(Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wer sorgt denn für die armen alten Invaliden? Sind das vielleicht die Schwestern aus Ihren Reihen? Sind das nicht die christlichen Schwestern, die sich und ihr ganzes Leben im Dienste der Nächsten aufopfern?

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum.)

In den Krankenhäusern, Siechenhäusern, Altenhäusern, überall auf Schritt und Tritt finden Sie, daß die Fürsorge für die Kranken und Invaliden, für die wirklich Bedürftigen ausschließlich dem Gedanken der christlichen Nächstenliebe entspringt.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Sie sind nach der Richtung hin die ungeeignetsten Richter: Sie sind am wenigsten berechtigt, gegen uns irgendwelche Vorwürfe zu erheben. Erst wenn Sie den Nachweis liefern können, daß Sie in den Spitälern und in der Familienfürsorge dasselbe leisten, was von seiten des Christentums geschieht, dann haben Sie ein Recht, darüber zu sprechen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Ich meine deshalb: es wirkt lächerlich, eine derartige Frage wie die Invalidenversicherung mit der christlichen Nächstenliebe zu verbinden. Darum handelt es sich ja gar nicht, sondern es handelt sich um die Beschaffung der notwendigen Mittel, um das, was man verlangt, auch wirklich leisten zu können. Solange Herr Abgeordneter Karsten nicht in der Lage ist, den klaren Nachweis dafür zu führen, daß die Mittel aus den Beiträgen ausreichen, seine Anträge zu verwirklichen, so lange hat er gar kein Recht, anderen daraus einen Vorwurf zu machen, wenn sie auf Grund ihrer Auffassung zu einer anderen Stellungnahme kommen.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei der Bayerischen Volkspartei, den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es wurde von seiten des Redners der Unabhängigen Sozialdemokratie der Vorwurf gegen die Rechte erhoben, daß sie an den Beratungen über diese wichtige Frage nicht den gebührenden Anteil nehme. Ich glaube, es genügt, Ihnen zu sagen, daß von unserer Seite in die Kommission als Mitarbeiterin Fräulein Behm entsandt worden ist, um für jeden, der sehen will, das vollgültige Zeugnis dafür zu geben, daß wir an der Not der Invaliden genau denselben Anteil nehmen, den (C) irgend jemand im Hause hier nehmen kann.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, in voller Zustimmung zu dem, was mein Herr Vorredner gesagt hat, möchte ich doch noch ein Zwiefaches hervorheben. Einmal dieses! Wir stehen in einer so ernsten Lage, daß wir alles tun müssen, um dasjenige, was wir den **Invaliden** zusichern, auch so zusichern, daß es ihnen **dauernd gegeben** werden kann. Es ist sinnlos und liegt wahrhaftig nicht im Interesse der Invaliden, ihnen etwas zu bewilligen, was durch ein Versagen der Invalidenversicherungsanstalten in kurzem nicht mehr gewährt werden könnte.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Es geschieht von seiten der **Invalidenversicherungsanstalten** über dasjenige, was ihnen gesetzlich zugewiesen ist, so viel, so Wertvolles — lesen Sie z. B. die Jahresberichte der Invalidenversicherungsanstalt Westfalen —, daß wir das allergrößte Interesse haben, für diese weitreichende Wohlfahrtsarbeit den Invalidenversicherungsanstalten die Möglichkeit zu geben, das Begonnene weiter durchzuführen und auszubauen, und wir tun wahrhaftig den Invaliden keinen Dienst, wenn wir darauflos bewilligen, ohne zu fragen, was durchzuführen möglich ist.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Es erinnert mich der heutige Kampf zwischen den sozialistischen **Klassenparteien** zum anderen an die Zeit der beginnenden **Arbeiterversicherung**. Damals gehörten auch die Mehrheitssozialisten zu den Übertrumpfungspolitikern! Wie wetterten Sie gegen die „Bettelsuppen"! Sie, die Mehrheitssozialisten, werden heute mit dem gestraft, womit sie einst gesündigt haben: mit dieser **Übertrumpfungspolitik**, die nicht fragt nach dem, was möglich ist. (D)

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Die gesamte deutsche Arbeiter- und damit auch die Invalidenversicherung ist gegen die Linke durchgeführt worden, mußte durchgeführt werden aufgrund — Bismarck hat damals in der Begründung des Unfallgesetzentwurfes selbst dieses Wort durchgelassen — des christlich-sozialen Gedankens.

Meine Damen und Herren! Auch auf diesem Gebiet weiter mit allem Ernste mitzuarbeiten, ist der Wille meiner Partei, die keine Klassenpartei, sondern eine Volkspartei ist.

(Unruhe und Zurufe auf der Linken. — Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Herr Kollege Schwarzer ist auch wieder in die Agitationsphrase verfallen, indem er sagte, wir stellten Agitationsanträge. Er hat damit dem Sprichwort Rechnung getragen, das sagt: Haltet den Dieb!

Wenn er weiter der Meinung ist, wir verstünden nichts von **christlicher Nächstenliebe**, so hat man uns doch auf der Volksschule gelehrt, wie die christliche Nächstenliebe in der Theorie aussehen soll, und wenn wir diese Theorie mit Ihrer Praxis vergleichen, dann fällt jedem einzelnen ins Auge, daß das, was Sie heute tun, nicht mit dem vereinbar ist, was uns in der Volksschule gelehrt worden ist.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Besuchen Sie einmal die Anstalten, die wir haben!)

— Ach, die Anstalten, die Sie haben, haben Sie doch

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) nur um deswillen, damit die ganzen Einrichtungen der Kirche, damit die ganzen Möglichkeiten des Zusammenhaltens der Kirche gewahrt bleiben.

(Heiterkeit bei der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum.)

In diesen Einrichtungen steckt eine so große Portion von Eigennutz und Selbstsucht!

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Wenn Sie nur so eigennützig wären! — Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei, im Zentrum und rechts.)

Ihre christliche Nächstenliebe, Herr Pfarrer Leicht, wird durch Ihre Abstimmungen enthüllt. Die christliche Nächstenliebe wird dadurch enthüllt, daß Sie all den wichtigen Anträgen, selbst den notwendigen Anträgen, die wir gestellt haben, Ihre Zustimmung versagt haben. Wenn das Jesus Christus sähe, wie Sie hier auftreten, — er haute Sie aus dem Tempel heraus.

Wenn Sie von dem Wirken der **Charitas** sprechen, von dem, was die **Schwestern** alles leisten, so kommen diese armseligen Schwestern, die Sie mit den Mitteln der christlichen Religion für Ihre Zwecke gebrauchen, oft in eine Situation hinein, die ihnen ebenfalls die Lebensnotwendigkeiten versagt. Lesen Sie die Notschreie der Schwestern nach, die dauernd in die Öffentlichkeit hinauskommen, dann werden Sie auch über diese christlichen Schwestern, die Sie lediglich mit der Hoffnung auf das Jenseits abzuspeisen versuchen, etwas anders urteilen.

(Zuruf im Zentrum: Diese Schwestern rauchen keine Zigaretten und tanzen nicht!)

Dasjenige, was der Herr Abgeordnete **Mumm** gesagt hat, waren noch leerere Redensarten als das, was der Herr Kollege Schwarzer gesagt hat. Er hat um die Geschichte herumgesprochen, ohne irgendwie etwas Sach-

(B) liches zu den ganzen Fragen zu sagen. Das einzige, was er sagte, war: wir können den Invaliden nicht mehr zusagen, als was wir ihnen dauernd geben können. Ja, Herr Kollege Mumm, das, was ich in der dritten Lesung verlangt habe, ist dauernd zu geben. Wenn Sie sich einmal mit den Anträgen vertraut machten und die Vorlage und die Denkschrift durchlesen würden, würden Sie auf Grund der **Beitragserhöhung**, die gefordert wird, sagen müssen: es ist ohne weiteres erfüllbar. Ich will aber noch einmal sagen, was ich gestern gesagt habe. Die Beitragserhöhung würde im Jahre wenigstens 3500 Millionen ausmachen. Unser Antrag, den wir heute stellen, bringt eine Mehrausgabe von 1200 Millionen Mark. Das möchte ich noch einmal Ihnen gegenüber feststellen. Aber solchen Berechnungen gegenüber sind Sie völlig unzugänglich. Sie als christlicher Pfarrer haben mit jenen Leuten zu tun — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Karsten, es ist nicht üblich, den Beruf eines Abgeordneten zu nennen.

Karsten, Abgeordneter: Sie als deutschnationaler Abgeordneter müssen es ja mit denjenigen halten, die Sie in das Parlament hineingewählt haben. Sie müssen ja zu denjenigen Parteien stehen, die ihr einziges Interesse darin sehen, Arbeiter auszubeuten und sie der eigenen Not zu überantworten.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meiner Auffassung nach lag keine Veranlassung vor, hier das Wirken der barmherzigen Schwestern und der- (C) gleichen in die Debatte hineinzuziehen. Immer und immer dann, wenn Anträge gestellt und Forderungen erhoben werden, die für die Ärmsten der Armen berechnet sind, wird die Frage aufgeworfen, auch von seiten der Rechtssozialisten: wo ist die **Deckungsmöglichkeit**? Aber es ist Tatsache, was der Vorredner von der Unabhängigen Partei und von meiner Fraktion gesagt hat: wenn es sich darum handelt, Gelder für die Angehörigen der besitzenden Klassen zu bewilligen, dann wird nicht danach gefragt, dann wird lustig darauf los bewilligt.

(Widerspruch im Zentrum.)

Ich nehme Ihnen das als Personen gar nicht übel. Sie vertreten Ihre Klasse. Demgegenüber aber sollten die **Rechtssozialisten** in dieser Frage mit den anderen Arbeiterparteien zusammengehen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie sollten sich ein Bild nehmen an der **Einigkeit der bürgerlichen Klasse**. Ich erinnere an all die Ausschußberatungen, wo die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit Zähnen und Klauen arbeiten, um nur alle möglichen Vorteile für den Besitz bei den Steuerberatungen, bei den Beratungen über die Entschädigungsgesetze usw. herauszuschlagen. Von dieser Einigkeit sollten die Rechtssozialisten lernen und sollten in diesen Fragen zum mindesten den notwendigen Forderungen zustimmen.

Wenn gestern Herr Becker bei einer andern Gelegenheit sagte, und wenn auch heute wieder betont wurde, die Angehörigen der besitzenden Klassen sträuben sich durchaus nicht, Opfer zu bringen, so hätten Sie, meine Herren, hier Gelegenheit, das zu beweisen. Ich möchte nochmals die Rechtssozialisten dringend ersuchen: hier haben Sie Gelegenheit, der Unabhängigen Partei dieses Agitationsmaterial aus der Hand zu (D) schlagen, indem Sie für diese Anträge stimmen.

Wenn die Herren Kollegen Mumm und Schwarzer erklärten, daß die **christliche Nächstenliebe** und die Tätigkeit innerhalb der Klöster und dergleichen sehr viel Wertvolles geleistet haben, so bin ich der letzte, der nicht anerkennen würde, daß es einzelne Leute in allen Parteien, in allen konfessionellen Lagern, bei allen Korporationen gibt, die ihr möglichstes von ihrem ideellen Standpunkt aus tun, für die einzelnen zu sorgen. Aber was ich entschieden zurückweisen muß, sind die Zwischenbemerkungen, die von seiten der Zentrumsabgeordneten gefallen sind. Es wurde dazwischen gerufen: bei euch gibt es keine Leute, die Kranke pflegen, bei euch raucht man Zigaretten und dergleichen mehr, wie alle diese Bemerkungen lauteten. Meine Damen und Herren, diejenigen unter den internationalen Sozialisten, die während des Krieges ihre Pflicht getan haben und dafür ins Gefängnis gewandert sind, haben mehr an christlicher Nächstenliebe getan gerade im Sinne Christi, als die Vertreter Ihrer Partei, die doch mitschuldig sind, daß wir uns heute in einem derartig großen Elend befinden. Deshalb sind diese Bemerkungen überflüssig. Sagen Sie nicht immer und immer wieder: es ist kein Geld vorhanden, es geschieht schon so und soviel Wertvolles? Nein, Herr Kollege Mumm, ich möchte Ihnen raten, besuchen Sie die Altersheime,

(Abg. Mumm: Oft geschehen!)

kommen Sie mit Invaliden in Verbindung, sehen Sie die Not dieser Leute an, die ich aus persönlicher Erfahrung kenne. Dann werden Sie sehen, daß auf diesem Gebiete nicht einmal das Allernotwendigste geschieht, und daß in diesen Fragen meiner Auffassung nach von diesem Reichstag gerade heute kein würdigerer Abschluß gefunden werden könnte, als wenn Sie dem

(**Fries**, Abgeordneter.)

(A) Anträge der Unabhängigen für die Invaliden zustimmen und so diesen Elenden und Unglücklichen etwas entgegenkommen würden. Das wäre Ihre Aufgabe, obwohl wir als Kommunisten uns darüber klar sind, daß besonders nach den Ausführungen, die gestern über die finanzielle Lage des Reiches hier gemacht worden sind, eine Befreiung aus diesem Elend nie und nimmer vom Parlament zu erwarten ist, sondern daß auch die Arbeiterschaft an diesem Punkte wieder erkennen muß, daß sie nur durch ihre Kraft draußen das erreichen wird, was der Arbeiterklasse und damit auch den Invaliden zukommt.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag 2485 Agnes und Genossen, welcher die Summen in Abschnitt A verändern will. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche dem unveränderten Abschnitt A zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf Art. B., — C., — D., — E., — F., — G., — H., — I., — K., — Art. III § 119 nach Vorlage, — § 1615 Abs. 2 fällt weg, — § 1624, — 1626, — 1629 und 1696 nach Vorlage. — Die einzelnen Paragraphen und Artikel sind angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist angenommen.

(Rufe und Gegenrufe zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir kommen zum 7. Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge (Nr. 2342, 2447 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 2488 der Drucksachen).

Ich eröffne die allgemeine Beratung.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Agnes.

Agnes, Abgeordnete: Werte Versammlung! Nur ein paar ganz kurze Worte. Sachliche Gründe konnte die Berichterstatterin, **Frau Schroeder**, gestern gegen unsere Anträge nicht vorbringen. Im Gegenteil, sie stellte fest, daß das Gesetz verbesserungsbedürftig, daß es nichts Vollkommenes sei. Sie hatte deshalb auch gar keine Ursache, in der Weise, wie sie es getan hat, gegen unsere Partei vorzugehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade deswegen nicht, weil unsere diesbezüglichen Anträge aus der Nationalversammlung ihr auch noch bekannt sein mußten, weil sie ganz genau wußte, welche Anträge wir gestellt hatten. Sachliche Gründe konnte sie also gar nicht vorbringen. Es waren in erster Linie nur formale Gründe, weil wir unsere Anträge nicht im Ausschuß gestellt haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das war auch sehr richtig!)

— Ich habe gestern schon ausgeführt, warum nicht.

(Zuruf.)

— Wenn Sie nicht hier waren, ist das nicht meine Schuld. Ich habe ausgeführt, daß sich die Fraktion mit dem Vorgehen unserer Kollegen im Ausschuß nicht einverstanden (C) erklären konnte.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist das Schlimme!)

— Nein, das ist nichts Schlimmes, das ist auch Ihnen mehr als einmal passiert. Es ist unser gutes Recht, daß wir im Plenum noch Anträge stellen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie desavouieren Ihre Mitglieder immer!)

Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen. — Frau Schroeder lehnte in erster Linie aus obengenannten Gründen ab, aber auch aus anderen: aus **finanziellen Gründen**. Sie sagte: das ist alles gut und schön, auch wir möchten das, aber das Geld fehlt. Das sagt Frau Schroeder als Vertreterin einer Partei, die auch jetzt im Reichstag Milliarden für die Reeder, für die Landwirte und für die Reichswehr bewilligt hat. Dafür ist Geld da, aber nicht für eine tatkräftige Hilfe für die Wöchnerinnen und Schwangeren.

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ihr gestriges Handeln reiht sich würdig dem Verhalten der mehrheitssozialistischen Partei in der Nationalversammlung an. Auch in der Nationalversammlung haben wir die Anträge gestellt — auch im Ausschuß — und auch dort haben Sie unsere Verbesserungsanträge abgelehnt. Sie haben sie abgelehnt in Verbindung mit den bürgerlichen Parteien. In Verbindung mit den bürgerlichen Parteien haben Sie einen wirklichen Schutz für Mutter und Kind abgelehnt und verhindert und sind nicht mit uns gemeinsam dafür eingetreten. Sie hatten also gar keine Ursache, sich hier in dieser Weise hinzustellen, wie Sie es getan haben. Sie hätten alle Ursache, sich darauf zu besinnen, wie Sie bei Beratung der Verfassung in der Nationalversammlung gehandelt haben. (D)

Weiter sagte die Berichterstatterin Frau Schroeder, daß wir das Gesetz noch nicht einmal richtig verstanden hätten, daß in Ziffer 4, das **Stillgeld** betreffend, viel mehr gegeben werden könnte als wir verlangten. Wir verlangen einmal, daß den Wöchnerinnen für 26 Wochen das Stillgeld gezahlt wird, und dann verlangen wir, daß ihnen wenigstens 4 Mark als Stillgeld gegeben werden muß. Mit Ihrer Kann-Vorschrift von höchstens 5 Mark können wir uns nicht begnügen. Wir wissen ganz genau, wie es damit geht. Wir aber verlangen, daß wenigstens 4 Mark gegeben werden müssen. Wenn nachher mehr gegeben wird, so sind wir selbstverständlich nicht nur damit einverstanden, sondern wir freuen uns sehr darüber. Aber 4 Mark sind, wie ich gestern schon ausgeführt habe, das Allermindeste, was wir verlangen müssen.

Nun noch ein paar Worte an den Herrn **Reichsarbeitsminister**. Der Herr Minister Dr. Brauns erklärte gestern auch sein Einverständnis mit unseren Anträgen. Er sagte, daß er auch davon überzeugt sei, daß das Gesetz verbesserungsbedürftig, daß die Not der Schwangeren und Wöchnerinnen sehr groß sei, daß alles getan werden müßte, um dieser Not entgegenzuwirken. Aber, fügte der Herr Reichsarbeitsminister hinzu, die **finanziellen Bedenken** seien sehr groß und sehr schwer. Das erleben wir ja immerzu. Das haben wir früher im alten Deutschland erlebt, daß für kulturelle und für soziale Aufgaben kein Geld da war, und das erleben wir auch heute wieder aufs neue: für kulturelle, für soziale Aufgaben ist auch heute kein Geld da, sondern nur, wenn es heißt, den besitzenden Kreisen, den Kapitalisten etwas zu bewilligen, dann sind Millionen, dann sind Milliarden bei der Hand. Wir müssen unseren Antrag aufrecht erhalten, und wir werden mit allen Kräften für ihn eintreten.

(**Agnes**, Abgeordnete.)

(A) Weiter müssen wir verlangen, daß der Reichstag den 1. Oktober als den spätesten Termin festsetzt, an dem Ziffer 1 des Gesetzes in Kraft tritt.

Der Herr Reichsarbeitsminister führte auch aus, daß, wenn unsere Anträge angenommen würden, die Krankenkassen unter diesen Lasten zusammenbrechen müßten, daß die Krankenkassen nicht mehr bestehen könnten, wenn ihnen diese Lasten auferlegt würden. Ja, das wissen wir, daß den Krankenkassen diese Lasten nicht aufgebürdet werden können. Wir verlangen, daß das Reich zu diesen Lasten Zuschüsse zahlt, um so mehr, als der Reichstag immerzu — ich sage es noch einmal — bereit ist, den Besitzenden zu geben, was sie nur verlangen.

Wir müssen also nach wie vor zu unseren Anträgen stehen, und ich möchte noch einmal an Sie den Appell richten, in Anbetracht der entsetzlichen Not und Sorge, in der die Wöchnerinnen und Schwangeren leben, sich unseren Anträgen anzuschließen. Ich sage noch einmal: denken Sie an die Not der Wöchnerinnen und Schwangeren! Haben Sie hier im Reichstag kein Verständnis hierfür, dann machen Sie sich mitschuldig an der Vergeudung der Volkskraft, insbesondere der Frauenkraft, und wir werden draußen, wenn Sie uns hier auch vorwerfen, daß wir aus rein agitatorischen Gründen Anträge stellen, nicht aufhören, den Frauen zu sagen, was sich hier abgespielt hat.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.— — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Ich bedaure außerordentlich den Mißklang, der hier in die Beratung über ein (B) Gesetz hineingetragen worden ist, in dem letzten Endes vor allen Dingen die Vertreter der Arbeiter sich einig sind, aber ich glaube auch, sagen zu dürfen: zum mindesten alle Frauen des Parlaments sich einig sind.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich meine, das Schauspiel, das wir eben beim vorigen Punkt der Tagesordnung erlebt haben, daß sich die Vertreter der äußersten Rechten den Kampf zwischen den sozialistischen Parteien zunutze machten, hätte uns warnen sollen.

Lassen Sie mich einmal ganz ruhig den **Verlauf der zur Verhandlung stehenden Frage** Ihnen vortragen. Loyaler, als in dieser Frage gehandelt worden ist, hätte überhaupt nicht gehandelt werden können. Bereits Mitte voriger Woche hat eine **interfraktionelle Besprechung**, bei der Vertreter sämtlicher Fraktionen anwesend waren, stattgefunden und sich damit beschäftigt, wie der Regierungsentwurf noch verbessert werden könnte. In dieser Besprechung ist ebenso wie von allen anderen Parteien, auch von den Vertretern der Unabhängigen Fraktion und der Kommunistischen Fraktion ausgesprochen worden, daß im Prinzip Einigung über die zu stellenden Anträge herrsche, daß aber selbstverständlich diese Anträge zunächst den Fraktionen vorgelegt werden müßten. Dazu waren zwei oder drei Tage Zeit. Am Freitag hat dann die Ausschußberatung stattgefunden, und in dieser Beratung hat sich die Vertreterin der Kommunistischen Fraktion überhaupt nicht geäußert, während der Vertreter der Unabhängigen Fraktion aussprach, daß er keine weitergehenden Anträge stellen wolle, um das Inkrafttreten des Gesetzes nicht zu verzögern.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Wenn also jetzt Frau Agnes meinte, ich hätte erwarten (C) müssen, daß sie ihre Anträge von der Beratung des ersten Wochenhilfegesetzes wieder einbringen würden, so konnte ich diese Erwartung nach dieser Erklärung des Vertreters der Unabhängigen Fraktion nicht haben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn ich mich gestern hier gegen diese Art der Behandlung gewandt habe, so sollte das und konnte das kein Vorwurf gegen Frau Agnes sein; denn Frau Agnes hat ja an den ganzen Vorberatungen nicht teilgenommen;

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

sie war weder bei der interfraktionellen Besprechung noch bei der Ausschußberatung anwesend, und Ihr Hauptvertreter im Ausschuß hat ja gestern hier bei der Beratung gefehlt und fehlt auch heute, wahrscheinlich weil er darüber empört ist, daß man ihn in dieser Weise desavouiert.

Wenn weiter gesagt worden ist, es hätte keinen Zweck, im **Ausschuß Anträge** einzubringen, dafür sei das Plenum da, dann möchte ich der Unabhängigen Fraktion zur Erwägung anheimgeben, ob sie dann nicht zur Geschäftsordnung den Antrag stellen will, daß die Ausschußberatungen überhaupt wegfallen;

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

denn dann ist das doch weiter nichts wie Zeitvergeudung.

Wenn sich Frau Agnes ferner darüber beschwert hat, daß ich gestern hier ausgeführt hätte, das Geld sei nicht aufzubringen, — nun Frau Agnes, ich habe mit keinem Worte von dem Gelde gesprochen, das das Reich aufzubringen hat, sondern habe davon gesprochen, daß wir den **Krankenkassen** nicht diese Last auferlegen können,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten)

ohne sie vorher gehört zu haben, weil wir uns nicht der (D) Gefahr aussetzen dürfen, hier etwas zu beschließen, worunter nachher die Krankenkassen zusammenbrechen. Wir sind uns ja alle einig darin, daß die Forderungen der Unabhängigen erfüllt werden müssen,

(hört! hört! und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ja, daß noch mehr geleistet werden muß; aber wir müssen doch zunächst einmal zusammenkommen und darüber beraten, auf welchem Wege das geschehen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wenn ferner Frau Agnes gemeint hat, ich hätte ihr vorgeworfen, daß sie das Gesetz nicht richtig verstanden hätte — ich habe ja wohl diesen Vorwurf nicht erhoben —, aber, Frau Agnes, bei der Wertschätzung Ihrer Persönlichkeit wundert es mich doch, daß Sie sich dazu gebrauchen lassen, hier in dieser Weise etwas zu vertreten, an dem Sie bis dahin gar nicht mitgearbeitet haben. Ich will Ihnen nur noch einmal sagen: Ihr Antrag betreffs des **Stillgeldes** zu § 195a der Reichsversicherungsordnung bedeutet nicht etwa, daß eine Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umgewandelt wird,

(sehr richtig! im Zentrum)

sondern diese Muß-Vorschrift ist hier enthalten, es heißt da, daß das Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes gezahlt werden muß. Das Krankengeld beträgt bei den Krankenkassen bis zu 20 Mark täglich. Sie würden also durch diesen Antrag den Frauen, denen heute ein Stillgeld von 10 Mark zusteht, das Stillgeld auf 4 Mark verkürzen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen aber wollten Sie natürlich Ihren Antrag zu § 205a stellen; Sie wollten ihn ferner zum § 19 stellen. Das haben Sie nicht getan, und wenn wir deshalb gestern

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) das getan hätten, was nicht getan zu haben Sie uns jetzt so sehr verargen, dann würden wir also das Stillgeld für die versicherten Wöchnerinnen in den meisten Fällen gekürzt haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Diejenigen aber, die aus der Familienhilfe, aus der Wochenfürsorge Stillgeld erhalten, würden keinen Pfennig mehr erhalten haben.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Daraus ersehen Sie, daß man es so nicht machen kann, sondern daß man sich in die Sache vertiefen muß,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Deutschen Demokraten und im Zentrum)

und dazu sind die Ausschußberatungen da.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Und wenn in diesem Ausschuß die ganzen Verhandlungen ohne irgendeinen Mißklang einmütig geführt worden sind, wenn nicht ein weitergehender Antrag gestellt und abgelehnt worden ist, sondern das ganze Gesetz einstimmig angenommen wurde,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum)

dann kann man nachher nicht so handeln, wie Sie hier gehandelt haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Noch ein Wort zu dem Antrag zu Art. V. Ich hatte gestern Frau Agnes schon dazwischengerufen: Das bedeutet ja gar nicht das **Inkrafttreten des ganzen Gesetzes**; Frau Agnes hat anscheinend auch das nicht ganz verstanden. Es steht im Art. V des Gesetzes, und das ist eigentlich ganz überflüssig, weil es selbstverständlich ist, daß das Gesetz am Tage der Verkündung in Kraft tritt. Es wird also weit vor dem 1. Oktober in Kraft treten. Es wird, wie der Herr Regierungsvertreter mir gesagt

(B) hat, spätestens in vier Wochen in Kraft treten. Was Frau Agnes wollte, betrifft das **Inkrafttreten der freien ärztlichen Behandlung.** Der Antrag ist mir sehr sympathisch, und wenn eine Möglichkeit vorhanden wäre, würde ich ihm sehr gern meine Zustimmung geben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da aber nun einmal die Verhandlungen mit den Krankenkassen und Ärzten zunächst geführt werden müssen — und auch Frau Agnes wird nicht bestreiten, daß es nicht anders gemacht werden kann —, und da wir doch wissen, daß vielleicht keine Verhandlungen so schwierig sind wie die mit den Ärzten und Krankenkassen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum)

so müssen wir schon einmal bei dieser Frage der Regierung vertrauen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Frau Agnes will anscheinend ihre Anträge zur dritten Lesung wieder aufnehmen. Bisher liegen sie, soviel ich weiß, noch nicht vor. Ich möchte Sie aber bitten, unserem gestrigen Antrage zuzustimmen, diese Anträge dem sechsten Ausschuß zu überweisen, damit eine eingehende Beratung stattfinden kann.

Ich erlaube mir an die **Unabhängige Fraktion** dazu die Bitte zu richten: senden Sie nicht wieder **Vertreter** zu diesen Besprechungen, die Sie nachher im Plenum desavouieren, sondern, wenn Sie die Sache fördern wollen, schicken Sie gleich Vertreter hinein, zu denen Sie Vertrauen haben.

(Lebhafte Zurufe auf der äußersten Linken. — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Wenn aber weiter Frau Agnes gemeint hat, hier sprechen zu müssen von dem **guten Herzen für die Wöchnerinnen**, nun, meine Damen und Herren, so überlasse ich es der Öffentlichkeit und dem deutschen Volke, darüber zu (C) urteilen, wer das größere Mitgefühl für die Wöchnerinnen gezeigt hat, ob diejenigen, die hier — ich bedauere das sagen zu müssen — **Agitationspolitik** treiben

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

oder diejenigen, die als erste vor zwei Jahren den Gesetzentwurf in der Deutschen Nationalversammlung überhaupt eingebracht haben,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten)

und denen es auch jetzt wieder zu verdanken ist, wenn die Leistungen durch das vorliegende Gesetz verbessert werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Präsident: Ich mache zunächst darauf aufmerksam, daß bisher beim Bureau Anträge zu diesem Gesetz überhaupt nicht eingegangen sind,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

daß vielmehr gestern vom Hause beschlossen worden ist, die zur zweiten Lesung eingebrachten Anträge dem 6. Ausschuß zu überweisen. Diese Überweisung hat stattgefunden. Seitdem sind neue Anträge überhaupt hier nicht eingebracht worden.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Wenn bis jetzt Anträge beim Bureau nicht eingegangen sind, so glaube ich, im Sinne meiner Fraktion zu handeln, wenn ich unsere Anträge von gestern wieder aufnehme, um sie zur dritten Lesung nochmals zur Beratung zu stellen.

(Zurufe.)

— Das Formale werden wir nachholen. —

Frau Schroeder hat sich am Schluß ihrer Ausführungen (D) erlaubt, uns den guten Rat zu geben, wir möchten in Zukunft solche **Vertreter in die Ausschüsse** schicken, die, wie sie meinte, besser der Sache gewachsen sind.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten: Das hat sie nicht gesagt!)

— Dem Sinne nach hat sie es gesagt.

(Erneute Zurufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Ich wüßte nicht, welchen Zweck diese Schulmeisterei haben sollte, — —

(Wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Wurm! Ich bitte um Ruhe!

Wurm: Abgeordnete: — wenn nicht den, zu behaupten, daß diejenigen, die im Ausschuß gesessen haben, nicht unterrichtet waren. Ich will ganz davon absehen, wie weit das Urteil der Frau Schroeder zutrifft oder nicht. Nach unserer Meinung trifft es nicht zu. Aber Sie können ja darüber eine andere Meinung haben. Auf alle Fälle sind zwischen der Ausschußtagung und heute so und soviele Tage vergangen, und es können inzwischen sehr wohl noch **Verbesserungsanträge** gestellt werden. Ich glaube nicht, daß darin ein Fehler zu erblicken ist, wenn man einsieht, daß man bei einer Gelegenheit nicht weit genug gegangen ist, sondern ich erblicke vielmehr darin einen Fehler, wenn man sich auf etwas versteift, von dem man nachträglich auch einsieht, daß es nicht genügend gewesen ist. Die von Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen und nicht die im Irrtum verharren, bloß, weil sie ihn einmal begangen haben.

Das Wesentliche in den Ausführungen von Frau Schroeder ist doch, daß sie sagt, wirklich sagt, es seien

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) alle darüber einig, daß die Forderungen der Unabhängigen erfüllt werden müssen. Dieses Zugeständnis ist das einzig Wertvolle aus ihren Ausführungen. Sie schlägt sich selbst, wenn sie sich gegen unsere Ausführungen wendet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist jedem Abgeordneten unbenommen, gleichgültig, ob er im Ausschuß gesessen hat oder nicht, über die Beschlüsse der Ausschüsse hinausgehende Anträge zu stellen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben wahrscheinlich — und ich vermute, Frau Agnes hat es auch bereits ausgeführt — inzwischen die **Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats** gelesen, die weit über das hinausgehen, was der 6. Ausschuß beschlossen hat. Auch wird Ihnen vielleicht bekannt sein — ich will im einzelnen nicht darauf eingehen —, welche Schwierigkeiten die Krankenkassen noch immer bei Auszahlung der Unterstützungen machen. Da Frau Abgeordnete Schroeder sich auf diesem Gebiete für durchaus unterrichtet hält, darf ich annehmen, daß sie von allen diesen Dingen weiß. Darum kann ich nicht begreifen, warum sie weniger weit geht als der Reichswirtschaftsrat, dem man gewiß nicht absprechen kann, daß er genaue Kenntnis hat von den Verhältnissen der Krankenkassen und von den Möglichkeiten, die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung so auszuführen, wie es wirklich im Interesse der Schwangeren und Wöchnerinnen liegt.

Sie sagen, alle **Frauen des Parlaments** seien sich darin einig, daß diese **Forderungen berechtigt** sind. Dann bleibt es mir wiederum unverständlich, warum Sie sich dann mit aller Macht dagegen wehren. Ihre ganze Abwehr richtet sich ja immer wieder nur gegen das Formale und nicht gegen das Sachliche.

(B)

(Widerspruch von den Sozialdemokraten.)

Immer wieder erklären Sie: jawohl, diese Forderungen sind berechtigt, nur sind sie nicht im Ausschuß beraten worden, und deshalb können wir nicht darauf eingehen.

Eine unserer Forderungen besteht darin, daß § 195a Abs. 1 Ziff. 1 des Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, spätestens am 1. Oktober in Kraft tritt. Von heute bis zum 1. Oktober wird das Reichsarbeitsministerium, wenn Sie unsere Anträge annehmen, ganz gewiß Möglichkeiten finden, diese Anträge auch durchzuführen. Wir verlangen gar nicht die Verwirklichung von heute auf morgen, sondern geben dem Reichsarbeitsministerium Zeit bis zum 1. Oktober, also volle drei Monate. Bei anderen Dingen geht es ja so schnell, wenn es sich zum Beispiel um die Bestrafung von Kommunisten handelt. Erst gestern haben wir erfahren, wie prompt da gearbeitet werden kann. Das geschieht auch stets, wenn es sich um Geldbewilligungen an irgendwelche kapitalistische Unternehmungen handelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warum soll es hier nicht ebenso schnell gehen können? Wenn Sie die Rückverweisung an den Ausschuß etwa mit Mehrheit beschließen, so bedeutet das nur, daß Sie die Dinge auf die lange Bank schieben und wieder die Wöchnerinnen und Schwangeren um das betrügen, worauf sie wirklich ein längst anerkanntes Recht haben.

Die freie ärztliche Behandlung, die freie Hebammenbehandlung ist Ihnen sympathisch. Wenn Sie allen diesen Forderungen zustimmen, warum in aller Welt wehren Sie sich denn dagegen? Sie gestehen zu, daß alles, was wir verlangen, auch Ihren Wünschen entspricht! Wozu dann der Aufwand an Reden zur Abwehr unserer Anträge?

Was meine Freundin, Frau Agnes, in bezug auf (C) das Elend der Wöchnerinnen gesagt hat, braucht nicht wiederholt zu werden. Aber ich muß betonen: wenn es Ihnen um sofortige wirksame Hilfe zu tun ist, dann sollten Sie sich nicht auf **formale Ablehnungsgründe** stützen, sondern dem Elend und der Not der Schwangeren, der Wöchnerinnen und der Säuglinge ein Ende machen. Indem Sie unsere Anträge annehmen, können Sie zeigen, daß Sie über alle Bedenken hinweg großzügig denken und handeln können.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Teusch (Köln), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Namens unserer Fraktion kann ich der Hauptsache nach nur das bestätigen, was bereits Frau Abgeordnete Schroeder über die Ausschußberatungen und die Stellung zu dieser Materie gesagt hat.

Was die Ausführungen meiner Frau Vorrednerin hinsichtlich der wenig guten Sachkenntnis über das Gesetz angeht, so hat Frau Abgeordnete Schroeder nicht von der wenig guten Sachkenntnis derer gesprochen, die im Ausschuß sind, sondern von der **wenig guten Sachkenntnis der Frau Antragstellerin Agnes**, die diese gestern bei der Begründung ihrer Anträge an den Tag gelegt hat. Im einzelnen hat das bereits die Frau Abgeordnete Schroeder besonders mit Bezug auf die Forderungen für das Stillgeld und auch für das Inkrafttreten des Gesetzes begründet. Das waren wohl die zwei wichtigsten Punkte, in denen tatsächlich die Frau Antragstellerin Agnes nicht allzuviel Kenntnis des Gesetzes bewiesen hat.

Was nun die **Überweisung der Anträge an den 6. Ausschuß** angeht, so sind wir alle einig in der Auffassung, daß die Frage der Wochenhilfe und Wochenfürsorge tatsächlich noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden muß. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Für uns handelt es sich aber bei der großen finanziellen Not des Reiches, wenigstens im Augenblick, nicht so sehr um eine fast unmögliche Erhöhung der Sätze, so daß da wieder Milliardenlasten aufgebürdet werden müßten, sondern mehr noch um die Vergrößerung des Kreises der unter die Wochenhilfe und Wochenfürsorge fallenden Frauen. Gestern hat Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) bereits die **Beamtenfrauen** erwähnt. Auch manche **Mittelstandsfrauen** wären heute in einer besseren Lage, wenn die Wochenfürsorge für sie eintreten könnte. Wir werden also, wie gesagt, im Laufe der Herbstsitzungen noch Gelegenheit haben, auf Grund der gestellten Anträge, besonders derer, die aus dem Reichswirtschaftsrat heraus formuliert worden sind, uns im 6. Ausschuß über diese Fragen zu unterhalten. Für uns ist die Hauptsache, jetzt bei der Verabschiedung des Gesetzes diejenige Sozialpolitik zu üben, die tatsächlich zu einem realen Ziele führt, die, wie auch eben schon bei dem Gesetz zur Invalidenversicherung betont wurde, so beschaffen ist, daß wir das, was hier beschlossen wird, auch tatsächlich ausführen können. Einmal muß es geleistet werden können durch die Versicherungsträger, die **Krankenkassen** selbst, die wiederum durch die Versicherten mit gehalten werden müssen, und ein andermal auch durch die **Reichskasse**, die sich heute tatsächlich in einem solchen Zustande befindet, daß man dieses Höchstmaß der im Antrage Agnes geforderten Leistungen in seinen Auswirkungen gar nicht übersehen und direkt für bedenklich halten kann. Forderungen, die in dieser Art gestellt sind, muß ich als illusorisch, fast möchte ich sagen, agitatorisch bezeichnen.

(**Teusch** [Köln], Abgeordnete.)

(A) So weit schließt sich unsere Fraktion den Ausführungen der Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) voll und ganz an; im übrigen behält sie sich die sachliche Prüfung der Anträge Agnes und Genossen, die dem 6. Ausschuß überwiesen sind, besonders der Anträge, die dabei aus dem Reichswirtschaftsrat resultieren, im Laufe der Herbsttagung vor.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Agnes.

Agnes, Abgeordnete: Ich möchte nur noch einmal den Ausschußantrag zur Verlesung bringen. Er lautet:

> Als Wochenhilfen werden die in § 195a bezeichneten Leistungen gewährt. Dabei beträgt das Wochengeld 3 Mark und das Stillgeld 1,50 Mark täglich.

Wir verlangen, daß das **Stillgeld** 26 Wochen statt 12 Wochen gewährt wird, wir verlangen weiter, daß als Stillgeld der Preis für 1 Liter Milch, mindestens aber 4 Mark gewährt werden.

(Abgeordnete Frau Schroeder [Schleswig-Holstein]: Frau Agnes, Sie haben ja den Antrag zu einem ganz falschen Paragraphen gestellt!)

— Das mag sein, daß ich mich im Paragraphen geirrt habe. Aber die Tatsache bleibt bestehen, und an ihr kann nichts geändert werden, daß wir 4 Mark verlangen, und Sie im Ausschußantrag nur 1,50 Mark verlangen.

Präsident: Nunmehr liegen weitere Wortmeldungen nicht mehr vor. — Die Anträge sind auch noch nicht eingereicht.

(Abgeordnete Wurm: Wir bitten, die Abstimmung noch auszusetzen!)

— Es wird gewünscht, die Abstimmung auszusetzen, weil die Anträge noch nicht vorliegen. Ich schlage vor, daß (B) wir die Abstimmung bis nach den nächsten Gegenständen der Tagesordnung aussetzen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort die Frau Abgeordnete Agnes.

Agnes, Abgeordnete: Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) hat gesagt, ich hätte geäußert, es habe keinen Zweck, im Ausschuß Anträge einzubringen. Ich lehne es ganz entschieden ab, so etwas gesagt zu haben. Ich habe nur gesagt, daß auch wir das Recht haben, hier im Plenum noch Anträge einzubringen.

Präsident: Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Wir kommen zum 8. Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung (Nr. 2493 der Drucksachen)

a) **über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Höllein wegen Vergehens gegen § 130 Str.G.B.**

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Pfeiffer. Das Wort wird nicht verlangt. Der Ausschuß beantragt, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

b) **über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Körner wegen Beleidigung.**

Berichterstatter: Abgeordneter Hildenbrand. Auch hier wird das Wort nicht verlangt; auch hier beantragt der Ausschuß die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Auch hier darf ich annehmen, daß das Haus dem Antrage beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen. (C)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum neunten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz) (Nr. 1021 der Drucksachen).

Bericht des 24. Ausschusses Nr. 2441 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dietrich (Baden).

Es ist die Anregung gegeben, mit diesem Gegenstand die Punkte 10, 11 und 12 zu verbinden, da sie alle dieselbe Materie betreffen und die Beratungen doch ineinandergreifen werden, also die

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz) (Nr. 1020 der Drucksachen)

Bericht des 24. Ausschusses Nr. 2442 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Gildemeister,

ferner die

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland (Auslandsschädengesetz) (Nr. 1019 der Drucksachen).

Bericht des 24. Ausschusses Nr. 2443 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Colshorn, (D)

und die

zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung) (Nr. 2332 der Drucksachen).

Bericht des 24. Ausschusses (Nr. 2461 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Curtius.

Zum 10. Gegenstand sind als Kommissare angemeldet:

für das Reichsministerium für Wiederaufbau Ministerialdirektor Dr. Lotholz, Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Brill, Geheimer Regierungsrat Fischer, Regierungsrat Dr. Krehl, Geheimer Justizrat Wirz;

für das Reichsministerium der Finanzen Ministerialrat Geheimer Ober-Regierungsrat Stiller, Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Lippert, Regierungsrat Stern;

für das Reichswehrministerium Chef der Marineleitung Kontreadmiral a. D. Saxer, Geheimer Regierungsrat Rosenberger;

für das Auswärtige Amt Wirklicher Legationsrat Gaus, Geheimer Legationsrat Wedding, Generalkonsul Morath; als Bevollmächtigter Preußens Ministerialrat im preußischen Justizministerium Geheimer Oberjustizrat Dr. Crusen, Regierungsrat Dr. Dunkelbeck vom preußischen Ministerium des Innern;

für das Reichsministerium des Innern Bernhard Böhle, Universitätsprofessor Dr. Albert Ehr-

(Präsident.)

(A) hardt, Stadtrat Gilg beim Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, Regierungsrat Jenner;

für das Reichsjustizministerium Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. Schlegelberger, Landgerichtsrat Dr. Frohwein.

Ich nehme an, daß das Haus mit dieser Verbindung einverstanden ist, und eröffne zunächst die Beratung über den § 1 des ersten dieser Gesetze, zugleich aber auch die allgemeine Aussprache über alle Gesetze.

Das Wort hat zunächst der Berichterstatter Herr Abgeordneter Dietrich (Baden).

Dietrich (Baden), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Durch den unglückseligen Ausgang des Weltkrieges sind die Grundlagen, die das deutsche Volk im Laufe von 50 Jahren für seine Weltwirtschaft im Auslande gelegt hatte, größtenteils zerstört worden. Die Vermögen und die Geschäfte, die draußen bestanden haben, sind vernichtet worden. Die Kolonien sind verloren gegangen. Aber darüber hinaus ist uns auch noch ein Teil unseres eigenen Heimatlandes entrissen worden, darunter wertvolle Provinzen wie Elsaß-Lothringen und Posen. Wir haben diese Gebiete an die Gegner abtreten müssen. Es ist uns aber nicht nur dieser Verlust erwachsen, sondern daneben sind uns auch positive Aufgaben erwachsen, nämlich die Aufgabe, diejenigen, die durch diese Vorgänge geschädigt worden sind, zu entschädigen; zu entschädigen einmal alle diejenigen, die im Ausland liquidiert worden, auch in den abgetretenen Gebieten, zu entschädigen aber dann vor allen Dingen die Auslandsdeutschen, die Kolonialdeutschen und die aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten, soweit sie nicht liquidiert sind, soweit sie aber durch diese Verdrängung Schaden erlitten haben.

(B) Es handelt sich hier um die **Regelung einer ganz neuartigen Materie,** wie sie gesetzgeberisch überhaupt noch nicht behandelt worden ist. Der Ausschuß hat deswegen nahezu 50 Sitzungen gebraucht, um die Arbeit zu erledigen. Ich habe die Ehre, Ihnen als Berichterstatter für das Verdrängungsschädengesetz nach dem Beschlusse des Ausschusses vorzuschlagen, das Gesetz in der nunmehr veränderten Form und die am Schlusse des schriftlichen Berichts aufgeführten Entschließungen anzunehmen. Es kommt dann noch dazu eine weitere Entschließung, deren Annahme empfohlen wird, die Entschließung Dr. Fleischer und Genossen.

Ich darf nun in aller Kürze einige Bemerkungen zu dem Inhalt der Gesetze machen. Entschädigt werden durch das Verdrängungsschädengesetz die sogenannten Verdrängten. Die Grundfrage des Gesetzes ist daher die, wer als verdrängt im Sinne des Gesetzes anzusehen ist. Hier hat der Ausschuß wesentliche Änderungen und Verschärfungen gegenüber dem angebracht, was die Regierung bestimmt hat. Der Ausschuß hat versucht, den **Begriff des Verdrängten** möglichst eng zu fassen hauptsächlich im Hinblick auf die Verhältnisse in Ostdeutschland, wo die Gefahr besteht, daß die noch nach Hunderttausenden zählende dortige deutsche Bevölkerung unter Umständen durch eine unglückliche Fassung dieser Bestimmung zur teilweisen Abwanderung veranlaßt wird. Der Ausschuß hat sich deswegen auf den Standpunkt gestellt, daß als verdrängt nur diejenigen anzusehen sind, die entweder ausgewiesen sind oder die durch sonstige positive Maßnahmen der uns feindlichen Mächte, durch Maßnahmen der neuen Behörden vertrieben sind. Der Ausschuß hat aber vor allen Dingen abgelehnt, diejenigen als verdrängt anzusehen, die, dem Druck der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse weichend, aus den abgetretenen Gebieten in das Deutsche Reich gekommen sind. Er hat insofern eine starke Verschärfung des Begriffs des Verdrängten hier eingefügt. (C)

Die zweite Frage ist: **Was wird den Verdrängten ersetzt?** Hier ist zunächst zu sagen, daß wir es mit einer Reihe von Nebenfällen und mit einem Hauptfalle zu tun haben. Die **Nebenfälle** — wenn ich mich so ausdrücken darf — sind die Fälle, in denen ein Verdrängter ungerecht verurteilt, verhaftet oder interniert worden ist die Fälle, in denen er nicht rechtzeitig ausreißen konnte aus dem abgetretenen Gebiet, die Fälle, in denen er unter dem Druck irgendwelcher Verhältnisse, die in dem Gesetz näher umrissen sind, seine Sachen zu einem geringen Preis verkauft, verschleudert hat, ein Begriff, dessen Formulierung im Bericht des näheren dargelegt worden ist, endlich die Schäden, die durch Gewaltakte, wie Brand, Plünderung usw., entstanden sind.

Neben diesen nebensächlichen Entschädigungsposten kommt aber der **Hauptfall,** nämlich die Entschädigung im Falle der eigentlichen Verdrängung. In diesem Falle wird dem Verdrängten nach den Bestimmungen des Entwurfs, wie er jetzt angenommen ist, dreierlei ersetzt; zunächst einmal neben verschiedenen Ausgaben, die mit den vorhin erwähnten Punkten zusammenhängen, der Sachschaden, der dem Verdrängten durch Verlust oder Beschädigung von Sachen erwachsen ist, ferner der Erwerbsverlust, der dem Verdrängten entstanden ist, allerdings nach Zeit und nach Höhe beschränkt, und drittens — und das ist das Neue nach den Beschlüssen des Ausschusses — ein bescheidener Ersatz für den Verlust der Grundlagen des Erwerbs, des sogenannten „fonds de commerce", wie die Elsässer mit einem nicht ganz einwandfreien Ausdruck sagen.

Bei der Beratung dieser Fragen war zu entscheiden, ob man an dem Standpunkt der Regierung festhalten sollte, daß man einfach **Goldmark gleich Papiermark** setzte. Die Regierung war in all diesen Dingen davon ausgegangen, daß bei Sachverlust der Friedenswert ersetzt wird in der Weise, daß der Wert vom Juli 1914 maßgebend ist, indem man den Schaden in Goldmark einfach durch Papiermark in gleicher Höhe ersetzt. Beim Erwerbsverlust war die Regierung ebenfalls von diesem Gedanken ausgegangen. Sie hatte auch hier Goldmark gleich Papiermark gesetzt. Sie hatte das beim Sachverlust dahin ausgedrückt, daß sie sagte, es werde der volle Wert ersetzt, wobei sie unter „vollem Wert" aber den Wert vom 25. Juli 1914 verstand, und zwar auch für Wertpapiere. Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Sprachgebrauch der Regierung zu großen Ungerechtigkeiten und Mißverständnissen führen kann, denn das, was hier ersetzt würde nach dem Standpunkte der Regierung, ist gar nicht der volle Wert, sondern ein ganz bescheidener Teil des vollen Wertes, heute vielleicht der zehnte oder gar nur der fünfzehnte Teil. Deshalb ist der Ausschuß hier andere Wege gegangen und hat versucht, eine **Anpassung der Entschädigung an den gesunkenen Geldwert** vorzunehmen. Deshalb hat er den Erwerbsverlust für die Zeit, in der das deutsche Geld schon stark entwertet war, mit einem Mehrfachen dessen entschädigt, was der Betreffende in Friedenszeiten verdient hat. (D)

Ebenso ist der Ausschuß bei der **Sachentschädigung** vorgegangen. Er hat zwar an dem Standpunkt der Regierung festgehalten, daß normal der Friedenswert gewährt, also Papiermark gleich Goldmark gesetzt wird. Er hat aber darüber hinaus bestimmt, daß Hausrat, Kleider, sowie Gegenstände, die zur Berufsausübung notwendig sind, wenn der Betreffende einen entsprechenden Beruf wieder aufnimmt oder aufgenommen hat, zum Wiederanschaffungswerte, allerdings mit gewissen Beschränkungen, zu ersetzen sind. Es wird hier also der Goldwert der Sachen in bescheidenem Umfange wiedergegeben. Der

(**Dietrich** [Baden], Berichterstatter.)

(A) Ausschuß ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß er, wenn er nicht diesen Weg ginge, den Geschädigten nicht nur sehr wenig, sondern noch nicht einmal so viel geben würde, daß sie die Möglichkeit haben, ihre Existenz wiederherzustellen.

Bei dieser Gelegenheit ist auch noch zu erwähnen, daß insofern eine Verbesserung an dem Gesetz angebracht wurde, als der Ausschuß die Bestimmung, daß die Entschädigungen im wesentlichen von der Bedürftigkeit abhängig sein sollen, anders gefaßt und formuliert hat.

Sodann war ein sehr wichtiger Punkt die Frage: **Wie sollen die Entschädigungen gezahlt werden?** Das Reich hat bekanntlich wenig oder gar kein Geld. Der Ausschuß hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß in den Fällen, in denen Ersatz geleistet wird, dieser Ersatz mit gewissen Einschränkungen bis zum Betrage von 60 000 Mark im Einzelfalle bar zu leisten ist, und daß die Frage, wie die darüber hinausgehenden Schäden späterhin gezahlt werden sollen, vorläufig offen bleiben und von der Regierung unter Zuhilfenahme eines fünfzehngliedrigen Ausschußes des Reichstags später geregelt werden solle. Das ist eine Frage, die außerordentlich wichtig, aber auch ebenso schwierig ist.

Der Ausschuß hat aber auch die übrigen Teile des Gesetzes gründlich bearbeitet und fast in allen Punkten einer Änderung unterzogen. Er hat die Fragen, wie weit die Ansprüche vererbbar sind, wie weit sie abtretbar und pfändbar sind, wie weit sie dadurch ausgeschlossen sind, daß der Anspruchsberechtigte sich gewisser Vergehen oder Verbrechen schuldig gemacht hat, geprüft. In allen diesen Punkten hat er die Bestimmungen, wie sie die Reichsregierung vorgeschlagen hatte, verbessert und ergänzt.

Wenn man nun zusammenfassend sagen will, wo die eigentlichen **Streitpunkte zwischen der Regierung und dem Ausschuß** lagen, die im Laufe der Verhandlungen behoben (B) wurden, so sind es wesentlich vier Punkte, die hier in Frage kommen. Der erste Punkt ist der Erwerbsverlust, der überhaupt nur in diesem Gesetze eine Rolle spielt und im Kolonial- und Auslandsschädengesetz nicht wiederkehrt; zweitens die Frage des Ersatzes der verloren gegangenen oder beschädigten Sachen zum Friedens- oder Wiederanschaffungswert; drittens die Frage des Ersatzes des Verlusts der Grundlage des Erwerbs; viertens die Frage: wie wird gezahlt? Diese vier Punkte waren die eigentlichen Kernpunkte, über die debattiert, gestritten und mit der Regierung verhandelt wurde, über die schließlich auch eine Einigung erzielt worden ist.

Die **Regierung** hat in diesen Verhandlungen hauptsächlich den **finanziellen Standpunkt** hervorgekehrt. Sie war ursprünglich der Meinung, daß die Schäden, die durch diese drei Gesetze gedeckt werden sollen, mit etwa 10 Milliarden Mark abzubürden seien. Sie hat späterhin den Standpunkt vertreten, daß durch die Änderungen, wie sie die Kommission vorgenommen hat, der Aufwand, der dem Reiche erwachse, von 10 auf 18 Milliarden steigen werde, daß also nahezu eine Verdoppelung eintreten werde. Diese Summe von 18 Milliarden Mark klingt sehr hoch; es ist aber fraglich, ob sie angesichts der Einschränkungen, die der Ausschuß an dem Gesetze vorgenommen hat, wird aufgewendet werden müssen. Jedenfalls aber bedeutet sie nur den Ersatz eines ganz bescheidenen Teils dessen, was die 7- oder 800 000 Leute, die aus den Kolonien und aus dem Auslande verdrängt oder vertrieben sind, verloren haben.

Vor allen Dingen aber, meine Damen und Herren, ist zu beachten, daß dieser Aufwand nicht der Hauptaufwand ist, der uns für die Versorgung der Verdrängten im In- und Ausland erwächst. Der **Hauptaufwand** erwächst uns vielmehr durch die **Bestimmung des Art. 297 des Friedensvertrags**; denn dieser Artikel legt uns die Verpflichtung auf, alles das, was im Ausland und in (C) den verloren gegangenen Gebieten unseren Reichsangehörigen liquidiert worden ist, voll zu ersetzen, und hierfür haben die Liquidierten bis jetzt bereits 17,8 Milliarden Goldmark Schadenersatz — also nicht Papiermark, wie bei den drei Gesetzen, von denen hier die Rede ist — angemeldet. Diese 17,8 Milliarden Goldmark, die wir auf Grund des Art. 297 i des Friedensvertrags bezahlen sollen, sind der Posten, dessen Regelung heute noch gar nicht abzusehen ist, und der unser Budget natürlich auf Jahre hinaus aus dem Gleichgewicht bringen wird, wenn es nicht gelingt, in diesem Punkte eine Änderung zu erzielen. In diesem Punkt aber sind wir durch den Friedensvertrag gebunden, und der Friedensvertrag ist ein Gesetz, das wir einseitig überhaupt nicht abändern können. Der springende Punkt der Materie als Ganzes gesehen liegt also nicht so sehr in den drei Gesetzen, die wir hier zu verabschieden haben, ebenso wenig in dem vierten Gesetz, das das Verfahren dazu regelt und die Verfassung der dazu berufenen Behörden festsetzen soll, der entscheidende Punkt liegt im Friedensvertrag selber, der uns den Ersatz für die Liquidationen aufbürdet, und das ist der Punkt, der noch der Regelung und Nachprüfung bedarf; denn dort liegt das Moment, das für unsere Finanzen lebensgefährlich zu werden droht. Dort handelt es sich um die gegen dreihundert Milliarden Papiermark, die wir in absehbarer Zeit überhaupt nicht aufbringen können.

Ich darf mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken und zum Schluß sagen: es war eine sehr schwierige Aufgabe, hier einen Ausgleich zwischen den Interessen der Vertriebenen und Geschädigten und den Finanzen des Deutschen Reiches zu finden.

(Sehr richtig!)

Es hat schwere Auseinandersetzungen, auch mit der Re- (D) gierung, hierüber gegeben, und der Ausgleich, der gefunden ist, wird ebensowenig alle Beschädigten zufriedenstellen, als er auf der anderen Seite etwa von der Reichsfinanzverwaltung leicht genommen werden kann. Immerhin aber werden die Gesetze, namentlich wenn es gelingt, ihre Durchführung schnell zu vollziehen, dazu beitragen, die unendlich vielen Wunden, die diese furchtbaren Vorgänge unserem Volkskörper und Hunderttausenden von Verdrängten geschlagen haben, zu heilen und zu lindern. Die Bestimmungen werden auch helfen, den inneren Frieden des Deutschen Reiches zu fördern, und sie werden dazu beitragen, einen Teil unseres Volkes, der bisher vielfach der Allgemeinheit zur Last fallen mußte, einer produktiven Tätigkeit wieder zuzuführen.

(Bravo!)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat als Berichterstatter der Herr Abgeordnete Dr. Gildemeister.

Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Das zweite der Entschädigungsgesetze, das zur Verabschiedung kommt, ist das sogenannte **Kolonialschädengesetz.** Die Kolonialschäden stehen in gewisser Weise zwischen den Schäden der Verdrängten, über die das erste Verdrängungsschädengesetz Bestimmungen trifft, und den Auslandsschäden, und zwar in verschiedener Beziehung.

Die **Kolonialgebiete** sind uns ja durch den Art. 119 des Friedensvertrages ebenfalls genommen, allerdings nicht in der Form einer definitiven Annexion durch eine feindliche Macht, sondern in der Form der Mandatsverteilung an andere Mächte. Wenigstens ist mit einem Mandat bisher Deutschland nicht bedacht worden, und wir haben uns jedenfalls zunächst darauf einzustellen, daß diese Gebiete gesetzgeberisch als abgetreten zu be-

(Dr. **Gildemeister**, Berichterstatter.)

(A) handeln sind. Es spricht das Gesetz deshalb auch von den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in diesem Sinne.

Die deutschen Schutzgebiete liegen also insofern ähnlich wie die Gebiete des Deutschen Reiches, aus denen die Verdrängten gekommen sind; aber diese Gebiete sind zugleich mit Krieg überzogen gewesen, und deshalb ist die Plage, der unsere Landsleute draußen unterworfen waren, eine doppelte gewesen: sie sind sowohl der Plage der Verdrängung als des Krieges unterworfen gewesen.

(Sehr richtig!)

Bei der **Gestaltung der Entschädigung** mußte wiederum darauf Rücksicht genommen werden, daß im Hinblick auf die Zukunft die Kolonialdeutschen Auslandsdeutsche werden; denn wie die Dinge sind, muß unser Bestreben dahin gehen, die kolonisatorische Kraft unserer Auslandsdeutschen im Auslande wieder zur Auswirkung zu bringen. Aber sie werden das nun nicht mehr unter deutscher Flagge auf deutschem Kolonialboden, sondern unter fremder Flagge ebenso tun können wie unsere Auslandsdeutschen.

Es lagen 17 000 Anträge auf Entschädigung vor, und die Schadenersatzsumme, die angemeldet war, belief sich auf 260 Millionen. Ich will hervorheben, daß unter diesen 17 000 Anmeldungen 14 000 kleinere Schäden waren.

Um recht würdigen zu können, was an Berücksichtigung im Gesetz durch die **sogenannten Zuschläge** des § 4 durch den Verlust der Habe, Kleidungsstücke und Berufsgegenstände geschaffen worden ist, darf ich erwähnen, daß man überschläglich damit rechnen kann, daß sich diese Schadensumme von 260 Millionen verdoppeln wird. Daraus sehen Sie schon, daß in dieser ersten Bestimmung der Berücksichtigung der Zuschläge für die Gebrauchsgegenstände eine starke Auswirkung in der Richtung der sozialen Berücksichtigung stattgefunden hat.

Im allgemeinen hält sich das Gesetz an den **Ersatz**
(B) **von Sachschäden.** Es ist jedoch durch § 7, der eine wesentliche Umgestaltung und Erweiterung erfahren hat, in den Fällen der Mißhandlung, wenn ich so sagen darf, durch rechtswidrige Verurteilung, durch Verhaftung, Internierung und anderes mehr, über den Sachschaden hinausgegangen worden. Hier ist also ein großer Fortschritt zu verzeichnen.

Und um das Dritte hervorzuheben, was zunächst besonders aus den Verbesserungen hervortritt, die das Gesetz erfahren hat, so ist es die Bestimmung des § 13, wo bestimmt worden ist, daß **bis zum Betrage von 60000** Mark unverzüglich nach rechtskräftiger Feststellung **in bar** zu zahlen ist, während im übrigen durch Schuldurkunden des Reichs nach noch zu treffenden Bestimmungen gezahlt wird, und so glauben wir, durch die Umgestaltung, die dieses Gesetz in den Ausschußberatungen erfahren hat, besonders berücksichtigt zu haben, daß es uns hier darauf ankam, unsere früheren Landsleute, die Kolonisten, instand zu setzen, ihre Tätigkeit über See wieder aufzunehmen.

In diesem Zusammenhange ist noch zu unterstreichen, daß schon § 5 des Entwurfs eine gewisse **Wiederaufbauprämie** vorsieht, Bereitstellung von Mitteln im Reichshaushalt, um solchen Geschädigten, an deren Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit, und zwar in diesem Gesetz ausgesprochen im außereuropäischen Ausland, ein gewisses Interesse besteht, die Mittel dafür zu gewähren.

Wir hoffen also, im Rahmen des Möglichen in gerechter, sozialer, billiger Weise unter Insaugefassung derjenigen Ziele, die wir bei unserm Wiederaufbau auf kolonisatorischem Gebiet verfolgen müssen, auch nach dem Verlust unserer Kolonien das Möglichste getan zu haben.

Im übrigen kann ich mich auf dasjenige beziehen, was der Herr Abgeordnete Dietrich als Berichterstatter über das Verdrängungsschädengesetz in bezug auf die grundsätzliche Gestaltung der drei Gesetze hier ausgeführt hat.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat als Berichterstatter der Herr Abgeordnete Colshorn.

Colshorn, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! In den drei uns beschäftigenden Schadenersatzgesetzen sind ja die politischen, die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte bereits von den beiden Herren Berichterstattern über das Verdrängungsschädengesetz und über das Kolonialschädengesetz hervorgehoben. Ich kann mich daher kurz fassen und muß mich auch kurz fassen mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses.

Wir waren uns im Ausschuß darüber einig, daß das **Entschädigungsgesetz für unsere Auslandsdeutschen** vom Standpunkt unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus vielleicht das wichtigste der drei Schadenersatzgesetze ist. Denn wenn unsere Wirtschaft in den Jahrzehnten, die dem Kriege vorhergingen, einen so gewaltigen Aufschwung nehmen konnte, so ist dies sicherlich nicht zu einem geringen Teil mit der Tätigkeit unserer Auslandsdeutschen zu verdanken. Wenn wir jetzt unsere Wirtschaft wieder aufbauen wollen gegenüber all den Schwierigkeiten, die ihr in Zukunft gegenüberstehen werden, so werden wir dafür auch in erster Linie die Hilfe unserer Auslandsdeutschen benötigen.

Wir haben den Interessentengruppen der Geschädigten ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche uns gegenüber zu äußern. Wir haben sie gehört. Daß die Wünsche der Geschädigten sehr viel weiter gehen, namentlich nach der Richtung, daß sie befürworten, nicht mit ihrem Schadensersatz auf den jetzigen Papierwert unserer Mark angewiesen zu sein, war ja begreiflich. Aber, meine Damen und Herren, angesichts unserer **finanzpolitischen Lage** waren wir uns doch darüber in der Kommission klar, daß wir diese **weitergehenden Wünsche** nicht berücksichtigen konnten, wenigstens in all den Fällen nicht berücksichtigen durften, wo soziale Erwägungen nicht dafür (D) sprachen.

Auch die Vorlage für die Auslandsschäden hat gegenüber der Regierungsvorlage eine weitgehende Umgestaltung erfahren, die sich aber im großen und ganzen doch an die beiden vorhergehenden Gesetze anlehnte. Denn wir waren uns darüber klar, daß es geboten war, so weit wie irgend möglich eine Differenziernng der verschiedenen Klassen der Geschädigten zu vermeiden. Daß dies nicht immer möglich war, lag eben in unserer schlechten Finanzlage im wesentlichen begründet.

Eine ganz besondere Schwierigkeit für den Ausschuß ergab sich aus dem Umstand, daß die Verhältnisse für die Geschädigten im Osten ganz wesentlich anders lagen als in den übrigen feindlichen Ländern. Während in den übrigen feindlichen Ländern fast durchgehend der Besitz Deutscher liquidiert worden ist, hat im jetzigen Rußland und seinen Randstaaten, dem früheren Rußland, eine eigentliche Liquidation nicht stattgefunden. Es entstand also für den Ausschuß die Frage, wie die **sogenannten Russenschäden** behandelt werden sollten und in welcher Form sie in das Gesetz hineingebracht werden sollten. Die Verhandlungen darüber waren sehr eingehend und schwierig. Der Ausschuß setzte einen Unterausschuß ein, um diese Frage zu behandeln. Die Vorschläge, die der Unterausschuß dann machte, fanden allerdings nicht die Billigung des Ausschusses. Ich werde später bei dem betreffenden Paragraphen noch näher auf diese Russenschäden eingehen müssen.

In § 1 heißt es, daß durch den Krieg verursachte Schäden vergütet werden. Der Ausschuß fand die Fassung aber etwas eng und brachte durch eine Notiz im Protokoll zum Ausdruck, daß auch solche **Schäden, die in ursächlichem Zusammenhange mit dem Kriege** ständen, Berücksichtigung finden müßten.

(**Colshorn**, Berichterstatter.)

(A) Von ganz besonderer Wichtigkeit für die im Ausland Geschädigten ist der § 3, der von den **Kursverhältnissen** handelt. Es sind natürlich fast alle Auslandsschäden in einer ausländischen Valuta erlitten, und dadurch, daß die ausländischen Valuten jetzt nur nach dem Friedenskurs in unserem jetzigen Papiergeld vergütet werden sollen, entstehen, wie ich bereits gesagt habe, ganz wesentliche Schädigungen. Der Ausschuß glaubte aber, sich auf den Standpunkt stellen zu müssen, daß in jedem Falle der **Friedenswert** maßgeblich zu sein habe, von dem Gedanken ausgehend, daß durch die Entwertung unserer Mark auch alle Inlanddeutschen eine ähnliche Schädigung erlitten hätten wie die im Ausland Geschädigten.

In § 5 wollte die Regierungsvorlage die **Beihilfen** für solche Geschädigte, die ihre Tätigkeit im Ausland wieder aufnehmen, auf das **außereuropäische Ausland** beschränkt sehen. Im Kolonialschädengesetz ist das berechtigt, aber diese Bestimmung wäre für das Auslandsschädengesetz nicht richtig, weil ein großer Teil der Geschädigten im Osten geschädigt worden ist, und im Ausschuß herrschte die Meinung, daß die Wiederaufbaumöglichkeiten im wesentlichen gerade im Osten lägen. Der Ausschuß hat daher die Beschränkung auf das außereuropäische Ausland bei Wiederaufnahme einer Tätigkeit gestrichen und sie auf das ganze Ausland ausgedehnt.

Von ganz außerordentlicher Wichtigkeit ist der **Zahlungsmodus**, der im § 13 geregelt wird. Er ist dies gerade mit Rücksicht auf die Wiederaufbaumöglichkeiten, die unseren Auslandsdeutschen im Ausland gewährt werden sollen. Mit einer Barentschädigung von 60000 Mark, wie sie in allen drei Gesetzen vorgesehen ist, und mit der Verweisung der weiteren Entschädigungen auf Schatzanweisungen und Schuldscheine des Reiches würde Auslandsdeutschen zum Zwecke des Wiederaufbaus nur sehr wenig gedient sein. Es wird daher von ganz außer-
(B) ordentlicher Wichtigkeit sein, welche Gestaltung die Art der Entschädigung finden wird, die ja offen gelassen ist. Wie uns die Regierung, allerdings nur unverbindlich, mitgeteilt hat, ist in Aussicht genommen, die Entschädigungen, die über 60000 Mark hinausgehen, teilweise in **Schatzanweisungen** und teilweise in **Schuldverschreibungen des Reiches** zu geben. Es muß Wert darauf gelegt werden für unseren Wiederaufbau im Ausland, daß die Geschädigten diese Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen verwerten können. Zur Ermöglichuug dessen wird wesentlich beitragen, wenn eine Entschließung angenommen wird, die diese Schuldverschreibungen des Reichs für ihre Inhaber zur Steuerzahlung geeignet machen will.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun mit einigen Worten auf die sogenannten **Rußlandschäden.** Die Bestimmungen dieses Gesetzes, wonach der Friedenswert für Entschädigungen maßgebend sein soll, und die weitergehende Bestimmung, daß, wenn bei Wertpapieren der Kurs seit Ausbruch des Krieges bis zum Tage der Entschädigung ein geringerer geworden ist, der veränderte Wert maßgebend sein soll, ist im allgemeinen gerechtfertigt. Es war aber die Meinung eines Teiles der Mitglieder der Kommission, daß diese Bestimmung nicht gerechtfertigt sein würde für die in Rußland erlittenen Schäden, weil dort nicht eine Wertverminderung von Wertpapieren, sondern tatsächlich eine Wertvernichtung stattgefunden habe. Würden diese Bestimmungen also auch auf die Rußlandschäden angewandt werden, so würden tatsächlich diejenigen Geschädigten, die ihren Besitz in Wertpapieren gehabt haben, vollständig leer ausgehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist zweifellos, daß das eine große Härte nicht nur für die Geschädigten bedeutet, sondern nach Ansicht einer Reihe der Mitglieder der Kommission auch nicht im Interesse des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft liegen (C) kann. Aber immerhin die Mehrheit der Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß **Kursverluste,** einerlei welche Ursache sie hätten, in keinem Falle entschädigt werden sollten, und sie hat Anträge, die dies für die Rußlandschäden vermieden sehen möchte, abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Über den § 21, der die sogenannten **Prisenschäden** von einer Entschädigung ausschließt, entstand auch eine sehr eingehende Debatte in dem Ausschuß. Es wurde beantragt, die Prisenschäden, die einer prisengerichtlichen Kondemnation unterlegen sind, nicht auszuschließen. Die Mehrheit des Ausschusses glaubte aber doch, diesen Anträgen nicht Folge geben zu können, insbesondere aus zwei Erwägungen heraus. Einmal aus der Erwägung, daß für diese Entschädigung der soziale Gesichtspunkt eigentlich nicht in Frage käme, dann aber auch deswegen, weil die Geschädigten die Möglichkeit gehabt hätten, sich gegen Schäden zu versichern. Diese beiden Gesichtspunkte waren maßgebend, um die dahingehenden Anträge, diese Schäden auch ersatzpflichtig zu machen, abzulehnen. Es liegt in bezug auf diese Prisenschäden eine Entschließung vor, über die der Reichstag zu befinden haben wird.

Der Ausschuß empfiehlt also, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung anzunehmen, und er beantragt ferner die hierzu eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung für erledigt zu erklären. Er empfiehlt aber weiter, zwei **Petitionen** der Regierung als Material zu überweisen. Es sind dies zwei Petitionen, in denen ganz besonders zum Ausdruck kommt, in welcher ruinösen Weise die Kursdifferenzen wirken können.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Dr. Curtius.

Dr. **Curtius,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine (D) Damen und Herren! Mangels eines schriftlichen Berichts bin ich genötigt, die Stellungnahme des Ausschusses mündlich darzulegen, insbesondere auch deshalb, weil wir noch auf einige Wünsche der Geschädigten antworten müssen, die in letzter Stunde vorgebracht worden sind.

Die **Entschädigungsordnung** konnte uns erst am Montag im Ausschusse vorgelegt werden. Es war nicht möglich, sie vorher in den Regierungsinstanzen zu verabschieden. Die Schwierigkeiten und die Bedeutung der Entschädigungsordnung hätten es eigentlich gerechtfertigt, daß wir sie ähnlich gründlich berieten wie die materiellen Gesetze. Wir haben das nicht getan, um dem Wunsche der Geschädigten, auch dieses Gesetz verabschiedet zu sehen, Rechnung zu tragen; denn die materiellen Gesetze sind in der Tat ohne diese Entschädigungsordnung tote Buchstaben. Wir haben dem Wunsche auf der anderen Seite auch deshalb Rechnung getragen, weil wir glaubten, Vertrauen zu den verschiedenen Ressorts der Regierung haben zu können, die, wie wir wissen, in monatelangen mühevollen Verhandlungen gerade dieses Gesetz durchberaten haben. Ich darf aber namens des Ausschusses den kleinen Vorbehalt daran knüpfen, daß, wenn nun irgendetwas nicht stimmt, nicht etwa auf den Ausschuß, sondern auf die Ressorts der Regierung die Verantwortung fällt.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Diese Entschädigungsordnung ist die **Gerichtsverfassung für die materiellen Gesetze,** die wir hoffentlich nachher verabschieden können und noch für einige andere Gesetze, die gleichzeitig mit hereingekommen sind. Im Ausschuß ist es gelungen, noch eine besondere Materie mit hereinzunehmen, was in erster Linie dem Zwecke dient, das Reichswirtschafsgericht zu

(Dr. **Curtius**, Berichterstatter.)

(A) entlasten. Es handelt sich um die **Verfallerklärungen** bei verbotswidrig eingeführten und ausgeführten Waren. Es war notwendig, das Reichswirtschaftsgericht, das bisher in erster und letzter Instanz damit beschäftigt war, in der Weise zu entlasten, daß auch diese Gegenstände eine erste Instanz erhalten.

Die Entschädigungsordnung sieht einen **doppelten Rechtszug** vor, den ersten Rechtszug an Spruchkammern und den zweiten an das Reichswirtschaftsgericht.

Die **Spruchkammern des ersten Rechtszuges** sind eingesetzt zur Vereinheitlichung der bisherigen Zersplitterung, und insofern sind sie von den Geschädigten und vom Ausschusse selbst auf das lebhafteste begrüßt worden. Sie sollen unabhängige Gerichte sein; das versteht sich nach dem gesamten Zusammenhange von selbst. Es bedurfte deshalb nicht einer ausdrücklichen Festlegung in der Ordnung selbst. Die Vorsitzenden sollen im allgemeinen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsamt haben. Neben ihnen sitzen zwei Beisitzer, gewählt auf Grund von Vorschlagslisten der Interessenorganisationen oder sonstiger Berufsstände. Die Geschädigten haben uns den Wunsch vorgetragen, man möge aus der Soll-Vorschrift der Ordnung, wonach ein Beisitzer aus der zuständigen Interessenorganisation gewonnen werden soll, eine Mußvorschrift machen, und man möge dann außerdem dafür sorgen, daß nicht nur ein Beisitzer aus den Interessenorganisationen, sondern daß beide Beisitzer aus diesen entnommen würden. Der Ausschuß konnte dem Wunsch nicht entsprechen. Wir glauben, daß nicht beide Beisitzer aus den Interessenorganisationen genommen werden können; denn das Schwergewicht der Interessen würde sich dann allzu stark geltend machen. Die Interessen werden nach unserer Auffassung durch einen Beisitzer genügend gewahrt. Es kommt hinzu, daß nicht auf alle Fälle, auf die die Entschädigungsordnung an sich Anwendung findet,
(B) überhaupt eine derartige Vorschrift angewendet werden könnte.

Die Spruchkammern sollen über das ganze Land verteilt werden. Man kann **Sonderspruchkammern, Fachspruchkammern** einrichten. Ich darf vielleicht an die Regierung mit Rücksicht auf eine besondere Bemerkung in der Begründung zur Entschädigungsordnung die Bitte richten, es nun nicht etwa bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Man könnte aus einem gewissen Passus der Begründung entnehmen, daß beabsichtigt wäre, die verschiedenen Spruchkommissionen und Feststellungskommissionen nur mit einem neuen Namen zu versehen. Wenn der Zweck der Ordnung, den die Regierung sich auch selbst stellt, erreicht werden soll, dann muß nach mancher Richtung hin vielleicht eine recht energische und durchgreifende Vereinheitlichung eintreten. Das ist der Wunsch, den der Ausschuß bei dieser Gelegenheit der Regierung unterbreiten möchte.

Die gesamten Spruchkammern werden zunächst in Zweigstellen und dann in einer Spitze vereinigt, die den Namen „Präsident des Reichsentschädigungsamtes" haben wird. Im Ausschuß haben sich starke Bedenken gegen die **Einrichtung des Reichsentschädigungsamtes** geltend gemacht. Man hat die Befürchtung, daß aus diesem Reichsentschädigungsamt eine ungeheuere neue Verwaltungsbehörde entstehen könne. Die Regierung hat uns dem gegenüber dargelegt, daß sie auf eine Zusammenfassung nicht verzichten könne, und diese Darlegungen der Regierung haben auf den Ausschuß Eindruck gemacht. Er ist zu der Auffassung gekommen, daß es wohl nicht möglich ist, die Dienstaufsicht über die zahllosen Spruchkammern erst in der Instanz des Ministeriums zu vereinigen. Er ist weiter den Darlegungen der Referenten gefolgt, daß es unmöglich wäre, den Aufgabenkreis des Wiederaufbauministeriums durch diese Spruchkammern und ihre Beaufsichtigung weiter zu belasten. Es ist auch zweifellos richtig, daß es im (C) Interesse der Geschädigten liegt, eine selbständige Behörde zu schaffen, die einen besonderen Namen trägt, der ohne weiteres ihre Aufgaben charakterisiert, damit in Zukunft alle diejenigen, die aus Anlaß des Krieges oder Friedensschlusses geschädigt sind, wissen, daß sie sich in allen diesen Fragen an das Reichsentschädigungsamt zu wenden haben.

Schließlich hat der Ausschuß auch der Zusicherung der Regierungsstellen geglaubt und mit Rücksicht darauf die Zustimmung erteilt, daß keine unzulässige Beeinflussung der Spruchkammern, die Gerichte sein sollen, durch die Verwaltung eintreten würde. Ich rechne darauf, daß sich das in der — hoffentlich nicht zu langen — Zeit, wo diese Behördenorganisation bestehen bleiben muß, auch durchführen läßt, daß eine **Scheidung zwischen Gericht und Verwaltung** dauernd zu beobachten ist.

So hat der Ausschuß den Vorschlag der Regierung, ein Reichsentschädigungsamt einzusetzen, anerkannt, und dieses Amt wird demnächst in Tätigkeit treten. Hoffentlich gelingt es, die **Besetzung der großen Behördenorganisation** nach sachlichen Gesichtspunkten mit Rücksicht auf besondere Beschleunigung und auf all dasjenige zu treffen, was durch das Reichsentschädigungsamt geleistet werden soll. Die Geschädigten haben gewünscht, daß man beim Reichsentschädigungsamt einen Beirat einsetzen möge. Auch hier glaubte der Ausschuß, ihrem Wunsch nicht folgen zu können. Der Ausschuß ist überzeugt, daß die Geschädigten durch ihre Interessenorganisationen jederzeit zum Reichsentschädigungsamt Zutritt haben werden, so wie sie jederzeit auch beim Wiederaufbauministerium bisher schon gehört worden sind. Eine Notwendigkeit, auf gesetzlichem Wege einen solchen Beirat zu schaffen, besteht nicht. Ich glaube auch, es würden erhebliche Schwierigkeiten entstehen, um die verschiedensten Interessenorganisationen in einen Beirat hineinzubringen, ganz abgesehen von der Frage, wie es bei den übrigen (D) Gegenständen gehandhabt werden sollte, die neben den Auslands-, Kolonial- und Verdrängungsschädengesetzen auch unter die Entschädigungsordnung fallen.

Das **Verfahren vor den Spruchkammern** richtet sich im allgemeinen nach dem Verfahren, das sich vor den bisherigen Entschädigungsbehörden und dem Reichswirtschaftsgericht bewährt hat. Ich kann und will auf Einzelheiten nicht eingehen, nur das eine herausgreifen: es soll eine **Vorprüfung durch Interessenvertretungen** eintreten. Das ist ein Novum unserer Gerichtsordnung, aber eine Neuheit, die sich auch auf Erfahrungen während der $2^1/_2$ Jahre stützt, in denen wir die Vorprüfung haben. Es ist in der Tat für die Spruchkammern selbst unmöglich, bei der Eigenart der Materien das ganze Material zusammen zu verarbeiten; sie sind auf die Mitwirkung der Interessenorganisationen angewiesen. Aber diese Mitwirkung kann nicht so weit gehen, daß in jedem einzelnen Falle die Vorprüfung durch die Interessenorganisation stattfinden muß. Auch das war ein Wunsch der Geschädigten, den wir nicht befriedigen konnten. Wir halten es für bedenklich, einen derartigen Zwang auszuüben. Es gibt Fälle, in denen der einzelne Geschädigte die Möglichkeit haben muß, ohne durch die Interessenorganisationen bei der Vorprüfung zu gehen, mit einem gut vorbereiteten Antrag sich unmittelbar an die Spruchkammern zu wenden. Nachdem die Regierung im Ausschuß hat zu Protokoll erklären lassen, daß sie keineswegs daran denkt, in allen Fällen die Interessenorganisationen vorzuschieben, daß sie im Gegenteil die nötige Freiheit gewähren will, hat sich der Ausschuß damit einverstanden erklärt, daß es bei dem § 14 nach dem Regierungsantrag verbleibt.

Die **Kosten des Vorprüfungsverfahrens** fallen im allgemeinen der Reichskasse zur Last. Aber ein angemessener

(Dr. **Curtius**, Berichterstatter.)

(A) Teil soll von den Interesseorganisationen getragen werden. Das ist unerläßlich notwendig. Es ging nicht an, etwa die ganzen Kosten auf das Reich zu übernehmen. Mit Rücksicht aber auf diese Kostenlast des Reiches, mit Rücksicht auf die engen Beziehungen zwischen den Interessenorganisationen und den Spruchkammern ist es notwendig gewesen, eine Überwachungsvorschrift einzusetzen: das Reichsentschädigungsamt erhält in § 14 Abs. 2 das Recht, die Interessenvertretungen durch Beauftragte überwachen zu lassen.

Nur eine Bestimmung des Verfahrens muß ich herausgreifen mit Rücksicht auf den Antrag, der Ihnen auf Drucksache Nr. 2492 vorliegt. Es ist bei der Festlegung des Gesetzestextes am Montag nicht möglich gewesen, § 17 Ziff. 1 so zu fassen, wie er mit Rücksicht auf die materiellen Gesetze gefaßt werden muß. Ich bitte deshalb, den Abänderungsantrag auf Nr. 2492, den ich auf Veranlassung des Regierungsreferenten übernommen habe, mit dem ganzen Gesetz zu verabschieden.

Ich komme nun schließlich zum letzten Teil der Entschädigungsordnung, zur **Verfassung und Organisation des Reichswirtschaftsgerichtes.** Hierzu nur wenige Worte! Das Reichswirtschaftsgericht beruht bis heute auf der Verordnung vom 21. Mai 1920. Es hat sich mit den steigenden Aufgaben steigendes Ansehen im Wirtschaftsleben errungen. Es hat sich aber nicht gegen alle anderen Reichs- oder sonstigen Behörden so durchsetzen können, wie es diesem Ansehen entspräche.

Ein letzter Rest dieses verminderten Ansehens oder dieser Schwierigkeiten sich durchzusetzen, ist in unserer Entschädigungsordnung im dritten Teil zu sehen. Hier wird das Reichswirtschaftgericht auf eine neue Basis in seiner Organisation und seinem Verfahren gestellt. Es hätte unserem Wunsche entsprochen, wenn dieser dritte Teil herausgenommen und mit der Verordnung vom 21. Mai
(B) 1920 verselbständigt worden wäre. Das ließ sich im Drange der Geschäfte nicht machen. Meine Fraktion hat aber einen Initiativantrag eingebracht — das ist der nächste Punkt der Tagesordnung —, wonach der dritte Teil der Entschädigungsordnung mit unwesentlichen Abänderungen herausgegriffen und als Gesetzesvorlage Ihnen vorgelegt wird. Ich darf jetzt gleich sagen, daß ich nachher beantragen werde, diesen Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß zu überweisen, damit den Mitgliedern des Hauses die Möglichkeit eröffnet wird, sich in gründlicher Prüfung mit der Verfassung und mit dem Verfahren des Reichwirtschaftsgerichtes vertraut zu machen.

Das größte Vertrauen — das darf ich den Herren der Regierung wohl sagen — bringt der Ausschuß Ihnen damit entgegen, daß er im letzten Augenblick die Schlußsätze genehmigt hat, in denen es nämlich heißt, daß der Minister für Wiederaufbau Bestimmung treffen kann, zu welchem Zeitpunkt das vorstehende Gesetz in Kraft treten soll, und der **Reichswirtschaftsminister** die Befugnis erhalten hat, soweit die Verordnung, betreffend die Verfallserklärung in Betracht kommt, seinerseits das **Inkrafttreten der Entschädigungsordnung** zu bestimmen.

Ich glaube, daß ich im Namen des Ausschusses sagen darf: wir erwarten, daß von dieser Befugnis nur insoweit Gebrauch gemacht wird, als es die unerläßliche Rücksicht auf Ordnung und Rechtsicherheit erfordert,

(sehr richtig! rechts)

daß aber diese Gesetze nicht um einen einzigen Tag später in Kraft gesetzt werden, als es sich irgendwie machen läßt.

So empfiehlt Ihnen der Ausschuß die Annahme des Gesetzentwurfs. Er empfiehlt Ihnen dann schließlich auch die Annahme von zwei Entschließungen, auf die ich noch mit wenigen Worten zu sprechen kommen darf.

Die eine Entschließung wünscht im Interesse der Geschädigten eine größtmögliche **Beschleunigung des Verfahrens,** und glaubt, daß diese Beschleunigung und die (C) tatkräftige Durchsetzung der Ansprüche am besten gewährleistet ist, wenn ausreichende und **bestbefähigte Kräfte** in alle diese Behörden, insbesondere aber **in das Reichswirtschaftsgericht,** hineingesetzt werden.

Der Wunsch des Ausschusses geht besonders dahin, man möge nicht allzu engherzig mit dem § 18 des Haushaltsgesetzes vom 26. März 1921 verfahren. Es geht nicht an, bei dieser Materie mit ihrer großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nun in jedem Einzelfall vom § 18 des Haushaltsgesetzes Gebrauch zu machen, das heißt vor allem, bei jeder Anforderung von Richtern des Reichswirtschaftsgerichts zunächst einmal die Ausgleichsstelle anzugehen. Nach Ansicht des Ausschusses ist es notwendig, daß man hier weitherziger verfährt, und ich darf andeuten, daß wir uns nicht scheuen werden, im Herbst darnach zu fragen, in welcher Weise es gehandhabt wird, und wie innerhalb der Ressorts der Regierung die Schwierigkeiten des § 18 des Haushaltsgesetzes beseitigt werden konnten.

Ein letztes zu der zweiten Resolution, deren Annahme wir ebenfalls erbitten. Ein Teil meiner Freunde und ich hatten weiterreichende Pläne. Wir hatten gehofft, aus Anlaß der Entschädigungsordnung uns überhaupt mit einer **Vereinheitlichung unserer ganzen Gerichtsverfassung** beschäftigen zu können. Wir mußten den umgekehrten Weg gehen, und zunächst wieder eine neue Gerichtsorganisation einsetzen bei all der Zersplitterung, die uns die letzten Jahre gebracht haben. Das Ziel muß bleiben, und wir müssen möglichst bald Schritte ergreifen, um zu diesem Ziel einer Vereinheitlichung des gesamten Gerichtsverfahrens überhaupt zu kommen. Denn nur dadurch wird der dringend notwendige Rechtsschutz insbesondere auf dem Gebiete des Verwaltungs- und Wirtschaftsrechts gewährleistet werden können. So geht unser Wunsch dahin, Sie möchten auch die zweite Ent- (D) schließung, die diesen ganzen Problemkomplex umfaßt, genehmigen und dazu beitragen, daß möglichst bald der Rechtsschutz wirksam gestaltet werden kann.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Dittmann:** Ich eröffne die gemeinsame Beratung der ersten Paragraphen der vier Gesetze und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Riedmiller.

Riedmiller, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei, der Deutsch-Hannöverschen Partei und des Bayerischen Bauernbundes bin ich als Vertreter der stärksten Fraktion beauftragt worden, zu den Punkten 9, 10, 11 und 12 der heutigen Tagesordnung folgende Erklärung abzugeben.

Die Entwürfe des „Verdrängungs-", des „Kolonial-", und des Auslandsschädengesetzes sind ein Teil der Liquidation des Krieges. Wir betreten mit ihnen gesetzliches Neuland. In politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung bieten sie eine Fülle äußerst schwieriger Fragen. Diese Fragen lassen sich nur auf einer mittleren Linie lösen, die einerseits den Ansprüchen der Geschädigten tunlichst gerecht wird und andererseits der ungeheuren Not der deutschen Volksgemeinschaft Rechnung trägt. In 45 ausgedehnten Sitzungen hat der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß diese mittlere Linie zu finden gesucht. Alle Parteien haben an der Lösung mitgearbeitet. Eine Aufrollung der schwierigen Fragen, die zu lösen sind, ist wegen der Geschäftslage in diesem hohen Hause nicht mehr möglich. Ein solches Vorgehen würde das Zustandekommen der Gesetze in diesem Tagungsabschnitt gefährden,

(**Riedmiller**, Abgeordneter.)

(A) auf das die Geschädigten seit langer Zeit mit begreiflicher Ungeduld warten.

In voller Anerkennung der Tatsache, daß die Finanzlage des Reichs es verbietet, allen an sich berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden, ist der Ausschuß doch in mehrfacher Beziehung über die Regierungsvorlagen hinausgegangen. Er hat seinen Entschlußfassungen zwei leitende Gedanken zugrunde gelegt. Der erste ist der des **Wiederaufbaus**, der verlangt, daß die Geschädigten wieder wirtschaftlich wertvolle Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft werden. Er ist von besonderer Bedeutung bei den „Kolonial-" und Auslandsdeutschen. Der zweite Gedanke ist der soziale, der den **wirtschaftlich schwächer Gestellten**, die sich aus eigener Kraft nicht wieder aufrichten können, **besondere Berücksichtigung** zuteil werden läßt.

Bei den Beratungen des Ausschusses ist besonders auch das verdienstvolle Wirken unserer Kolonial- und Auslandsdeutschen für unser Volkstum und die deutsche Wirtschaft gewürdigt worden sowie die Notwendigkeit, das **Auslandsdeutschtum** im Interesse des Wiederaufbaus zu erhalten und fest mit der alten Heimat zu verbinden.

Die **Finanzierung** der für die Durchführung der Entschädigungsgesetze notwendigen Aufwendungen hat noch zu erfolgen. Sie bildet eine der schwierigsten Aufgaben bei der Lösung des Gesamtproblems der Reichsfinanznot. Ein Ausschuß des Reichstags von 15 Mitgliedern soll dabei mitwirken.

Die vorliegenden drei Gesetze würden in der Luft schweben ohne das vierte Gesetz, die **Entschädigungsordnung.** Diese ist notwendig, um die Gesetze ohne Verzug praktisch wirksam werden zu lassen. Die genannten Parteien sehen von weiterer Erörterung in dem hohen Hause ab und bitten Sie, allen vier Gesetzen Ihre einmütige Zustimmung zu geben. Sie geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß mit diesen Gesetzen nicht nur unsere schwergeprüften Ver-

(B) drängten aus Ost und West, nicht nur den um ihr Dasein kämpfenden Kolonial- und Auslandsdeutschen die unbedingt nötige Hilfe gewährt wird, sondern daß die Gesetze in ihrer Auswirkung wesentlich zur Stärkung und Förderung unserer gesamten Volkswirtschaft beitragen werden.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarz (Baden).

Schwarz (Baden), Abgeordneter: Ich kann mich nicht ohne weiteres dem anschließen, was hier vorgeschlagen wurde, von einer Erörterung dieser Gesetzesvorlagen abzusehen. Nach den Debatten, die wir heute morgen gehabt haben, in denen von allen Seiten, mit Ausnahme der U.S.P. und K.P., darauf hingewiesen wurde, daß keine Gelder für die Invaliden-, Kriegsrentner, für die Wochenhilfe usw. vorhanden seien, wundert es mich, daß man bei solchen Milliardenausgaben über diese Dinge ohne weiteres hinweggeht. Die vorliegenden Gesetzentwürfe haben in ihrer **finanziellen Auswirkung** eine ziemlich große Tragweite, und dementsprechend müssen auch wir unsere Stellungnahme zu jedem einzelnen dieser Gesetze festlegen. Die finanzielle Wirkung ist, wie von dem Herrn Berichterstatter vorgeführt wurde, etwa 14 Milliarden Mark Ausgaben. Wir werden sehen, daß immer neue Milliarden gebraucht werden, um die Opfer des Krieges halbwegs über Wasser zu halten. Wir sehen auf der anderen Seite, daß immer neue Hunderttausende von Existenzen aufmarschieren, die das Elend des Krieges immer mehr vergegenwärtigen. Nach den Millionen Kriegskrüppeln, nach den Millionen von Witwen und Waisen kommen die Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Wir erkennen ohne Zweifel an, daß die Mehrzahl der Vertriebenen und Flüchtlinge sowohl als ein großer Teil der Auslandsdeutschen sich in materieller Not befindet, ein Teil davon sogar in größter Notlage. Aber (C) trotzdem können wir die vorliegenden Gesetzentwürfe in ihrer Gesamtheit nicht ohne weiteres schlucken. Beim **Verdrängungsschädengesetz** steht fest, daß diejenigen, die durch dieses Gesetz entschädigt werden sollen, zum größten Teil, mindestens zu 90 Prozent, mittellos sind, daß als zu Unterstützende die Arbeiter, die Kreise des Handwerks und des Mittelstands, Beamte usw. in Betracht kommen.

Nicht so liegen die Dinge bei den anderen Gesetzen. Beim Verdrängungsschädengesetz handelt es sich darum, daß nur Mittellose entschädigt werden; es zeigt sich auch hier, daß der Krieg tatsächlich nur den unteren Schichten Lasten aufgeladen hat. Die Großindustriellen, die Schwerindustrie, alle jene, die irgendetwas in den abgetretenen Gebieten besessen haben, sind bereits entschädigt worden durch Verpflichtungen, die aus dem § 297 des Friedensvertrags herrühren.

Wenn wir nun diese Gesetzentwürfe, die hier vorliegen, nicht ohne weiteres annehmen wollen, so möchte ich im voraus eines betonen. Wir haben uns in den Kommissionsberatungen bemüht, selbst Anträge zu stellen und alle Anträge zu unterstützen, die denjenigen, die wirklich bedürftig sind, eine durchgreifende Änderung ihrer jetzigen Lage bringen könnten. Wenn sich heute alle Parteien des Hauses und insbesondere auch die Rechtsparteien bemühen, Hilfe zu bringen, dann stehe ich auf dem Standpunkt, daß sie damit zum Teil eine Pflicht erfüllen, weil sie ja es sind, die durch ihre Politik vor, während und nach dem Kriege dieses Elend hervorgerufen haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß einzelne dieser Gesetze über den Rahmen der Hilfeleistung hinausgehen und dazu dienen — neben den wirklich Bedürftigen —, einem Teile derer, die früher Vermögen in (D) größerem Umfange besessen haben, dieses ihnen auf Kosten der Allgemeinheit wieder zuzuführen. Wir haben nun zu prüfen und festzustellen: **wie werden diese Gelder,** diese Milliardenbeträge, die ausgegeben werden sollen, **verwendet?** Ich habe bereits ausgeführt, beim Verdrängungsschädengesetz liegen die Verhältnisse ziemlich klar, und ich möchte mit einigen Zahlen beweisen, daß die Verhältnisse bei den einzelnen Entwürfen verschieden sind. Wir haben über eine halbe Million Verdrängter aus Elsaß-Lothringen und aus dem Osten. Für diese halbe Million waren nach der Regierungsvorlage ungefähr $4^1/_2$ Milliarden Mark Ausgaben berechnet worden. Auf der anderen Seite umfassen die beiden anderen Gesetze, das Auslandsschädengesetz und das Kolonialschädengesetz, ungefähr einen Personenkreis von 75- bis 80000 Personen, für die 5 Milliarden Mark berechnet waren.

(Abgeordneter Laverrenz: Es sind viel mehr! Über 250000!)

— So sind die Zahlen seinerzeit angegeben worden.

(Abgeordneter Laverrenz: Das stimmt aber nicht!)

— Selbst dann, wenn es 200000 wären, würde sich ohne weiteres ergeben, daß 200000 Auslandsdeutsche und Kolonialdeutsche mehr erhalten als die doppelte Anzahl Verdrängter im Osten und Westen, also auf einzelne ganz andere Beträge entfallen müssen. Im Verdrängungsschädengesetz sehen wir, wie mit diesem Gesetz ein anderes parallel geht, die Liquidation. Wenn wir unsere Stellungnahme zum **Auslandsschädengesetz** festlegen, dann müssen wir die Erfahrungen, die im Westen gesammelt wurden, hier mit zugrunde legen. Es ist bereits angeführt worden, daß wir durch den Friedensvertrag verpflichtet waren, **Liquidationsschäden** zu begleichen. Wir müssen nun aber feststellen, daß diese Liquidationsschäden jedenfalls in einer Art und Weise und mit einer Schnelligkeit durch-

(**Schwarz** [Baden], Abgeordneter.)

(A) geführt worden sind, die von dem absticht, was gegenüber den anderen im Vorentschädigungsverfahren getan wurde. Wir sehen, daß der Schwerindustrie Milliarden gegeben wurden. Wir sehen, wie auf der anderen Seite

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Da habt Ihr auch mitgemacht!)

gegenüber denjenigen, die im **Vorentschädigungsverfahren** entschädigt wurden und Arbeiter waren, Spiegel als Luxusgegenstände bezeichnet worden sind, und man sich weigern wollte, dafür Gelder herzugeben. Man hat sich geweigert, Waschtische als notwendige Bedarfsartikel anzuerkennen und dafür die notwendigen Mittel zu bewilligen. Erst nach langem Verhandeln ist es gelungen, diese schöne Ansicht zu beseitigen.

Wenn nun gesagt wird, daß der Hauptausschuß gewissermaßen die **Richtlinien** gegeben habe, nach denen die **Schwerindustrie** entschädigt worden ist, so mag das zutreffen. Ich führe auch das, was ich sage, nicht an, um den zuständigen Stellen einen Vorwurf zu machen über die Entschädigung; dazu ist ja mit Veranlassung der Friedensvertrag, der eben auch zeigt, daß in allen Ländern der Besitz geschont wird. Aber wundern müssen wir uns doch, daß in dieser Beziehung der Schwerindustrie die Barmittel so schnell zur Verfügung gestanden haben; denn feststehen dürfte, daß der größte Teil der von mir jetzt angegebenen Entschädigungen in Bargeld ausbezahlt wurde. Es ist an die August-Thyssen-Hütte ein Betrag von 184 Millionen Mark ausbezahlt worden — ich nenne nur runde Zahlen —, an die Rombacher Hüttenwerke 176 Millionen Mark, an die Lothringer Hüttenwerke 147 Millionen Mark, an die Gelsenkirchener 83½ Million, an Röchling 53 Millionen, an Phönix 33¼ Millionen, an Gute-Hoffnungs-Hütte 31¾ Millionen, an Deutsch-Luxemburg 144¼ Millionen usw. Es ist eine ganze Reihe von industriellen Unternehmungen, die diese

(B) Liquidationsschäden ersetzt erhalten haben. Nun sind das ja erst Vorschüsse.

In der Zwischenzeit ist es zu einem Vergleich gekommen. Ich darf vielleicht an die Regierung die Frage richten, inwieweit die Schwerindustrie drüben im Westen in vollem Maße entschädigt wurde, wie hoch die Summen sind. Der Herr Berichterstatter Kollege Dietrich hat vorhin ausgeführt, daß 17½ Milliarden in Gold verlangt werden für Liquidationsschäden. Es wäre nun vielleicht von Interesse, zu erfahren, in wieweit diese Schäden, die hier genannt werden, in diesen Summen bereits enthalten sind. Wenn man nun etwa der Ansicht wäre, daß diese Schadenersetzung, die zum Teil gezwungen geleistet wurde, ohne allen Zweifel notwendig gewesen wäre, dann möchte ich nur einige Zahlen herausgreifen, um Ihnen zu zeigen, daß es wirklich nicht notwendig war — auch selbst nicht vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, wie die Regierung sagt —, diese Beträge in der Art und Weise abzuführen, wie es geschehen ist.

Man sagt uns, die Notwendigkeit war gegeben, diese Milliardenbeträge zur Verfügung zu stellen, damit die Industrie beschäftigt gewesen sei, damit die Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit gehabt hätte. Wir stehen ja hier auf einem etwas anderen Standpunkt, daß nämlich mit diesen Milliarden auch auf andere Art hätte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden können. Es dürfte wohl kaum bestritten werden können, daß die **Großindustrie** mit diesen Milliarden, die sie bereits vor drei Vierteljahren erhalten hat, immerhin ganz ansehnliche **Profite** gemacht hat, durch die Geldentwertung, und daß hierbei die Volkswirtschaft jedenfalls Nebensache gewesen ist. Es ist festzustellen, daß diese Summen an Firmen ausgezahlt wurden, die während des Krieges in ganz erheblichem Maße **Dividenden** verteilt haben. Bei einer der Firmen sind vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1919, also während der Kriegsjahre, 109 Prozent an Dividenden verteilt worden. (C) Die Aktionäre haben also ihr gesamtes Aktienkapital während der Kriegsjahre zurückerhalten. Diese Firma hat 73 Millionen als Vorschuß auf die Entschädigung erhalten. Sie können zwar einwenden, daß davon die Kriegsgewinnsteuer abgeht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in Wirklichkeit das gesamte Aktienkapital an diese Industriellen während der Kriegsjahre zurückgezahlt worden ist, daß also die Aktionäre ihre Gewinne und damit ihr gesamtes Kapital während des Krieges aus der Arbeiterschaft herausgeschunden haben.

Der Bochumer Verein hat innerhalb der letzten fünf Jahre, von 1914 bis 1919, 99½ Prozent Dividenden verteilt. Ich könnte mit dieser Liste fortfahren. Phönix hat innerhalb dieser fünf Jahre 90 Prozent verteilt. Noch ein anderes Beispiel will ich nennen, um zu zeigen, daß es wirklich nicht so eilig war, jene Großindustriellen in diesem Maße durch Bargelder zu entschädigen. Die Deutsch-Luxemburgische Berg- und Hütten-Aktiengesellschaft hat folgende Steinkohlenbergwerke besessen: Dannenbaum, Prinzregent, Friedlicher Nachbar, Baaker Mulde, Zeche Bruchstraße, Zeche Wiendahlsbank, Zeche Adolf von Hansemann, Zeche Glückauf Tiefbau, Zeche Carl Friedrichs Erbstollen, Zeche Kaiser Friedrich, Zeche Louise Tiefbau und Zeche Tremonia. Also eine höchst notleidende bedürftige Aktiengesellschaft. Neben diesen Bergwerken besitzt diese Aktiengesellschaft noch Hüttenwerke, die Dortmunder Union, die Friedrich-Wilhelm-Hütte.

Um Ihnen auch zu zeigen, wie die **Entschädigungen** in dieselben Taschen doppelt fließen, möchte ich erwähnen, daß die Deutsch-Luxemburgische Berg- und Hütten-Aktiengesellschaft nach meiner Ansicht auch an der Reederabfindung beteiligt ist; denn sie besitzt neben den genannten Werken auch noch eine Großschiffswerft in Emden. Außerdem noch die Hohenzollernhütte in Emden. Diese Firma hat nun eine Vorschußentschädigung von 144¼ Millionen (D) Mark erhalten. Die Firma Stumm hat 82 Millionen erhalten. 60 Prozent ihrer Aktien des Neunkirchner Eisenwerks, Aktiengesellschaft, sind jetzt abgegeben an eine französische Montangesellschaft.

Da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir dem Auslandsschädengesetz gegenüber eine etwas skeptische Haltung einnehmen. Jedenfalls ist das, was ich hier vorgeführt habe, ein kleiner Ausschnitt der Vorschußentschädigungen im Westen, und daraus haben wir unsere Konsequenzen gezogen. Wir sind auch beim Auslandsschädengesetz — das werden die Herren aller Parteien nicht bestreiten können — bestrebt gewesen, in jeder Weise mitzuarbeiten, um den Minderbemittelten rasch und gründlich zu helfen. Leider aber ist in dieses eine Bestimmung hineingekommen, die im Osten dasselbe schaffen würde, wie im Westen. Um zu zeigen, wo wir hinkommen mit solchen Bestimmungen wie im § 20 des Auslandsschädengesetzes, habe ich meine Ausführungen über die Entschädigung der Schwerindustrie im Westen gemacht. Der Paragraph über die **Russenschäden** ist so kautschukmäßig, daß er nach allen Richtungen hin ausgelegt werden kann.

Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Auslandsdeutschen zu sprechen. Ich weiß, daß sich viele von ihnen in einer Notlage befinden. Ich habe den badischen Auslandsdeutschen versprochen, mich, soweit es irgend geht, für ihre Wünsche einzusetzen. Wenn man aber so weit geht, Hunderttausende von den Mitteln, die hier von der Allgemeinheit aufgebracht werden, in die Taschen einzelner fließen zu lassen, dann müssen wir das Gesetz, wie es heute ist, allerdings ablehnen. Die Mittel, die zur Ausführung dieses Gesetzentwurfs verlangt werden, haben, wie ich vorhin schon sagte, für eine bedeutend kleinere Anzahl Auslands- und Kolonialdeutscher eine beträchtlichere Höhe als die Entschädigungen für die Flüchtlinge

(**Schwarz** [Baden], Abgeordneter.)

(A) aus den abgetretenen Gebieten. In der Praxis sieht das genau so aus, wie es drüben im Westen ausgesehen hat, daß das Großkapital die Hauptsummen erhält.

Meine Damen und Herren! Wenn diese Dinge so harmlos wären, wie es in den Paragraphen steht, dann könnte man ja ohne Bedenken zustimmen. Die **Vorentschädigungen** haben uns aber doch bereits gezeigt, wo die hier zu bewilligenden Milliarden hinkommen sollen. Es steht fest, daß von den 186 Millionen, die in bar ausgezahlt worden sind als Vorentschädigung, 90 Prozent der Auslandsbeschädigten 25 Millionen erhalten haben, während 10 Prozent über 160 Millionen erhielten. Ich meine, in derselben prozentualen Reihenfolge wie sich in der Vorentschädigung die Namen gruppieren, werden sich auch die Dinge bei der **Auszahlung der Gesamtentschädigung** an die Auslands- und Kolonialdeutschen abspielen: neun Zehntel des Geldes werden an die besitzenden Klassen gegeben, und ein Zehntel werden diejenigen erhalten, die die große Masse der Auslandsdeutschen bilden.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Die Annahme dieses § 20 hat unserer Auffassung nach ungeheure **finanzielle Auswirkungen.** Wenn wir diesen Paragraphen im Gesetz haben, so müssen wir feststellen, daß er ein Kompromiß darstellt, aufgebaut darauf, daß in diesem Paragraphen steht, es müsse unter Umständen auf die Familienverhältnisse, Vermögen usw. Rücksicht genommen werden, ob das Fortkommen unbillig erschwert sei usw. Es ist also gewissermaßen eine Beschränkung nach Lage der Familien-, Vermögens- und Erwerbsverhältnisse eingetreten. So hat es den Anschein. Die Auslegung dieses Paragraphen kann aber nach meiner Auffassung nach allen Seiten hin erfolgen. Es kommt lediglich darauf an, welche Koalition gerade in der Regierung sitzt. Man wird den Paragraphen so auslegen, wie man es für zweckmäßig hält. Nach den Urteilen,

(B) die bereits vom Reichswirtschaftsgericht ergangen sind, müssen wir wiederum Bedenken hegen; denn in bezug auf die Russenschäden ist bedeutend über den Rahmen dessen hinausgegangen worden, was wir bei diesem Gesetz überhaupt erwarten und erwartet haben. Wir haben unsere Stellungnahme zu diesen Gesetzen darauf eingerichtet, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Notlage der Arbeiter, Beamten, Mittelschichten und aller derjenigen zu beheben, die sich im Elend, in einer wirklichen Notlage befinden. Aber das, was jetzt geschaffen wurde, was insbesondere im Auslandsdeutschengesetz geschaffen wurde, geht weit darüber hinaus. Wenn erklärt wurde, daß die Mittel, die im Westen für die Schwerindustrie aufgewendet sind, uns teilweise in die Reparationskosten eingerechnet werden, dann müssen wir eben auch sagen, daß das im Osten nicht zutrifft, sondern daß die deutschen Steuerzahler den einzelnen Privatpersonen Hunderttausende geben müssen, die durch Steuern aus der Arbeiterschaft herausgeholt werden müssen, neben den Reparationskosten im Westen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich komme gleich auf den Wiederaufbau zu sprechen; auch das kommt noch! —

Man sagt uns, daß man diese Bestimmungen durchgehen lassen müsse, um den **Wiederaufbau** zu fördern. Man sagt uns, man müsse mit Rücksicht auf den Wiederaufbau versuchen, solche Unterstützungen zu gewähren, daß die **Auslandsdeutschen** im Auslande wieder wirtschaftlich tätig sein können. In einer Unterstützungsart, die eine produktive Arbeitsweise fördert, kann man bis zu einem gewissen Grade mitgehen, und in der Beziehung hätten wir durchaus nichts einzuwenden gehabt und haben auch all den Bestimmungen in allen Gesetzen zugestimmt, die den Erwerbsverlust ersetzen wollen, die den Hausrat ersetzen und die Mittel geben wollen, um Maschinen im Inlande aufzustellen und damit eine wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben. (C) Aber wir müssen es ablehnen, in dem Augenblick, wo in Deutschland Millionen von Kurzarbeitern vorhanden sind, wo Hunderttausende von Arbeitslosen auf der Straße liegen, wo gestern hier das Klagelied darüber gesungen wurde, daß die Arbeiterschaft nicht in der Lage sei, Kartoffeln zu den gegenwärtigen hohen Preisen zu kaufen, Gesetzen zuzustimmen, die einzelnen Besitzenden große Summen in die Taschen jagen, damit sie im Auslande „deutsche" Volkswirtschaft treiben können.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben einen Zeugen, der unsere Auffassung bestätigt. Dieser Zeuge hat in einer der ersten Kommissionssitzungen in sehr drastischer Weise erklärt, daß die **Auslandsdeutschen** sich so hinstellten, als ob sie immer auch im Auslande **gute Deutsche** gewesen seien. Verehrte Anwesende! Ich will in diesen drastischen Ton nicht verfallen. Eins aber dürfte feststehen — und das möchte ich hier gegenüber der Erklärung sagen, die von den andern Parteien abgegeben wurde, ich scheue mich gar nicht, das auszusprechen, weil ich weiß, daß die Mehrzahl der arbeitenden Auslandsdeutschen hinter meiner Ansicht steht —: die Leute sind nicht ins Ausland hinausgegangen, um irgendwie für das deutsche Vaterland zu arbeiten; die große Mehrzahl wurde hinausgetrieben durch die elenden Zustände, die in Deutschland geherrscht haben und heute noch herrschen.

(Zurufe und Widerspruch rechts.)

Die andern, die auswanderten, sind hinausgegangen, um draußen Geld zu verdienen, genau wie die andern, um Kapitalien anzusammeln. Sie haben an ihr Vaterland nur in dem Augenblick gedacht, als der Krieg ausbrach und als sie zurückkommen mußten oder interniert wurden, und denken daran, wenn es Entschädigung gibt.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.) (D)

— Das, was ich hier sage, hat ja ein anderer Herr ebenfalls in der Kommission erklärt. Dem haben Sie den Widerspruch nicht entgegengesetzt. Er war eben in die Sache, weil er selbst im Auslande war, etwas eingearbeiteter, um ihm entgegenzutreten.

Wir erleben weiter, daß für die **russischen Verhältnisse** hier etwas zugeschnitten wird im Entschädigungsgesetz, das nicht so ohne weiteres ersichtlich ist. Man will auf Umwegen Schäden ersetzen, die mit der Nationalisierung in Rußland zusammenfallen. Man bestreitet dies ja; aber nicht bestreiten können Sie, daß bereits jene Schäden darunter fallen, die halb in die Kriegszeit fallen und halb in die Revolution, in die Kerensky- und Bolschewistenzeit. Nun soll mit diesen Geldern in Rußland aufgebaut werden. Meine Fraktion wäre mit mir ohne weiteres dafür zu haben gewesen, wenn man versucht hätte, den Weg zu gehen, der beim Verdrängungsschädengesetz gegangen worden ist, wenn man versucht hätte, die Leute im Inland produktiv zu beschäftigen. Nun werden Sie einwenden, wir hätten im Inlande sowieso Arbeitslosigkeit, deshalb müßten wir Mittel aufwenden, um die Leute im Ausland wieder für das Deutsche Reich nutzbar zu machen. Ganz abgesehen von der verschiedenartigen Auffassung ist für uns völlig klar, daß die Hunderttausende von Mark, die hier an einzelne hingegeben werden, in dem Augenblick, wo sie im Ausland sind, nicht allein dazu verwendet werden, um die deutsche Wirtschaft aufzubauen, sondern daß bei den Besitzern dieser Gelder vor allen Dingen das eigene Profitinteresse ausschlaggebend sein wird. Und den kleineren Leuten wird nichts gegeben, wenn sie wirklich auswandern sollten.

Es ist eine andere Bestimmung, die über die sogenannte **Interniertenentschädigung,** hineingekommen. Wenn man eine Interniertenentschädigung noch in jenen Gebieten ver-

(**Schwarz** [Baden], Abgeordneter.)

(A) stehen kann, die direkt vom Kriege bedroht waren, in denen eine Lebensgefahr für die Betreffenden bestanden hat, so können wir nicht begreifen, daß man zwischen den Kriegsgefangenen und den Zivilgefangenen einen Unterschied machen will. Das Recht, das durch dieses Gesetz den Zivilinternierten zugesprochen wird, müßte auch den Kriegsgefangenen zugesprochen werden, die außer ihrer Kriegslöhnung keine besondere Entschädigung bekommen haben und dabei vor ihrer Gefangennahme ihres Lebens doch nicht sicher waren!

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Eine solche Ungerechtigkeit können wir jedenfalls nach außen nicht verantworten. Wir sind deshalb gezwungen, das Auslandsschädengesetz wie das Kolonialschädengesetz abzulehnen, während wir dem Verdrängungsschädengesetz unsere Zustimmung geben, ebenso den Richtlinien, die für das Reichswirtschaftsgericht und das Entschädigungsverfahren ausgearbeitet sind.

Noch etwas anderes! Bei dieser Gesetzgebung ist der wirtschaftliche Wiederaufbau in den Vordergrund geschoben worden und zweitens die **soziale Gesinnung.** Da möchte ich doch eins sagen: Es wundert mich, daß Sie bei diesen Gesetzen auf einmal soziales Empfinden aufbringen, während Sie bei der Invalidenversicherung, bei all den Fragen, die uns in den letzten Tagen beschäftigt haben, keine Spur von sozialem Empfinden aufzubringen vermochten. Da wurde nach jeder Million geguckt, während Sie beim Auslandsschädengesetz mit vollen Händen die Milliarden ausgeben, ohne den Massen der Geschädigten zu helfen damit.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Nun behauptet man, daß der **nationale Wiederaufbau** es notwendig mache, so zu verfahren. Aber in dem Augenblick, wo die Mittel zum Wiederaufbau aus den Kreisen der Kurzarbeiter, der Arbeitslosen, der Minder-
(B) bemittelten herausgeholt werden, wird dieser nationale Wiederaufbau kein Wiederaufbau sein; sondern das, was im Ausland aufgebaut wird, wird im Inland wieder niedergerissen werden.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Haben Sie nicht gestern die Rede vom Reichskanzler gehört?)

— Die Rede des Reichskanzlers hat jedenfalls erwiesen, daß es notwendig wäre, nicht Hunderttausende für diese Zwecke auszugeben, um neue Vermögen zu schaffen, sondern zur Unterstützung derjenigen beizutragen, die unter den heutigen Zuständen leiden.

(Erneuter Zuruf: Wer bezahlt denn das?)

— Bezahlen wird es leider nach wie vor die große Masse; das sind die arbeitenden Schichten, und niemand anders. Die anderen Kreise haben es ja bisher nur zu gut verstanden — auch das hat der Reichskanzler ja festgestellt —, sich so viel wie möglich von allen Opfern zu drücken.

(Zuruf: Das hat er gar nicht festgestellt!)

Wenn man den **Auslandsdeutschen** hier eine gewisse Art von **Dank** ausspricht, dann wollen wir doch eins aussprechen. Wenn man Gelegenheit hat, mit Auslandsdeutschen zusammenzukommen, dann weiß man ganz genau, daß die große Mehrzahl der Auslandsdeutschen dieser Gesetzgebung, die Sie hier schaffen wollen, nicht zu Danke verpflichtet sein wird, wenn sich erst die Auswirkungen dieses Gesetzes zeigen werden, daß nämlich die großen Summen, die im Gesetz stehen, in der Mehrzahl einigen wenigen Hunderten zufließen werden. Sie werden Ihnen auch nicht besonders dankbar sein für die anderen Maßnahmen. Und wenn Sie heute eine Erklärung verlesen haben, mit der Sie glauben bei den Auslandsdeutschen Anklang finden zu können, dann möchte ich eins sagen: gerade die Auslandsdeutschen sind es, die auf Grund ihrer Erfahrungen in den verschiedensten Ländern ohne weiteres einsehen können, daß die Not und das Elend, in dem sie heute stecken, mit all den schönen Worten von sozialer Ausgleichung und (C) von sozialem Empfinden gegenüber den Geschädigten nicht ausgeglichen wird. Denn die Auslandsdeutschen wissen ebenso wie jeder andere, daß Ihre (nach rechts) Unterstützung des U-Bootkriegs, Ihre Unterstützung der Kriegsgreuel, daß auch Ihre heutige Politik es verhindert, wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Die in Betracht Kommenden wissen, daß die Art und Weise, wie heute hüben und drüben an den Grenzen der nationalistische Gaul geritten wird, wie man mit dem Säbel rasselt, gerade den Auslandsdeutschen die Möglichkeit nimmt, sich in irgendeiner Form nutzbar im Ausland zu betätigen, da ja bei uns doch Hunderttausende arbeitslos sind.

Wenn etwas bewiesen wurde, dann wurde durch diese sogenannte soziale Gesetzgebung bewiesen, daß selbst bei solchen sozialen Gesetzen der Charakter des heutigen Staates als Klassenstaat sich nicht verleugnen läßt. Das wird ein neuer Ansporn für uns sein, darauf hinzuwirken, daß solche Zustände, die Sie heute glauben mit Milliarden bezahlen zu können, daß alle jene Greuel, jene Vertreibung von Hab und Gut und Haus und Hof, wo die Leute von Ort zu Ort gehetzt werden, nur weil sie eine andere Sprache reden und einer anderen Nation angehören, in Zukunft ausgeschaltet werden müssen. Die ganze Behandlung dieser Angelegenheit, die Art und Weise, wie versucht worden ist, hier die kapitalistischen Wiederaufbauinteressen in den Vordergrund zu schieben, die zu neuen Zusammenstößen führen müssen, zeigt uns, daß nur der Sozialismus in der Lage sein wird, solche Zustände zu verhindern, daß Menschen von Menschen gehetzt werden wie Tiere und in Not und Elend gejagt werden.

(Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (D) Trotz vieler Mängel und mancher zu beanstandender Paragraphen werden wir dem **Verdrängungsschädengesetz** unsere Zustimmung geben. Die einzelnen Beanstandungen und einzelnen Ausführungen, die der Herr Vorredner gemacht hat, können zum größten Teil von uns unterschrieben werden. Tatsache ist, daß bisher die Großindustrie und sonstige besitzende Kreise schon in horrendem Maße entschädigt worden sind, und bei den anderen Gesetzen, besonders beim Auslandsschädengesetz, zeigt uns die Praxis des Reichswirtschaftsgerichts, wie das gemacht worden ist.

Ich erinnere bei den Verdrängten beispielsweise an die **Abfindung der Großindustriellen Elsaß-Lothringens,** die in zwei Jahren zirka 2 Milliarden bekommen haben. Gerade dazu möchte ich einige Worte sagen. Aus meiner eigenen Kenntnis heraus weiß ich und wissen wohl auch viele Mitglieder des Hauses ganz genau, wie gerade die Großindustrie Elsaß-Lothringens und der angrenzenden Gebiete im Westen nicht nur Riesengewinne gemacht haben, wie der Herr Vorredner richtig ausführte, sondern auch zum großen Teil sehr großen Nutzen davon gehabt haben, daß ihnen die beschlagnahmten Maschinen, Geräte, Motoren Nordfrankreichs und Belgiens usw. sehr billig, manchmal unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind, daß die Leute für diese Sachen, die ihnen laut Friedensvertrag abgenommen werden, zum Teil wieder entschädigt worden sind. Da muß in Zukunft bei der Ausführung dieses Gesetzes ganz anders vorgegangen werden.

Trotz der einzelnen Mängel werden wir diesem Gesetz zustimmen. Ich erspare mir jede weitere Erläuterung, die ja schon in vortrefflicher Weise von dem Herrn Vorredner gegeben worden ist.

Was das Auslands- und das Kolonialschädengesetz anbetrifft, so sind es die verschiedensten Paragraphen, die uns veranlassen, diese Gesetze abzulehnen. Beim **Kolonial-**

(**Fries**, Abgeordneter.)

(A) **schädengesetz** können wir den § 7 durchaus nicht bewilligen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn man den Wiederaufbau will, wenn man glaubt, diesen Leuten aus der Not zu helfen, nach den bisherigen Erfahrungen diese Gesetze wieder dazu dienen werden, den **besitzenden Kreisen** auf Kosten der Allgemeinheit große Summen zuzuschanzen. — Wenn Sie dazwischenrufen: Wer bezahlt die Sache? — nun, darüber wollen wir uns klar sein, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung letzten Endes die Hauptzahlung zu leisten hat. Es wird immer betont, daß auch die Besitzenden genau so ihre Opfer bringen. Da erinnere ich an eine **Denkschrift**, die das Reichsfinanzministerium **über die Abwicklungsstellen** während des Krieges im November 1920 herausgegeben hat, die nach meiner Auffassung in der Öffentlichkeit nicht genügend berücksichtigt worden ist und in der es bezeichnenderweise heißt:

> Die wucherischen Kriegsgewinne, die zum großen Teil in ganz erheblichem Maße in Deutschland gemacht worden sind, konnten von den Abwicklungsstellen nicht erfaßt werden, weil sie mit anderen Arbeiten überlastet waren, und es ist bei dem Widerstand gewisser einflußreicher Kreise anzunehmen, daß mit der Möglichkeit der Erfassung auch in Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann.

Dieser Satz gibt uns immer wieder die Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei allen diesen Vorlagen die breiten Massen des Volkes letzten Endes diejenigen sind, die vermöge der Steuergesetzgebung die Hauptlasten zu tragen haben werden.

Bei dem **Auslandsschädengesetz** ist es besonders der § 20, den wir unbedingt ablehnen müssen und der für uns das Gesetz unannehmbar macht. Der Vorredner wies darauf hin, daß für die durch **Kriegsmaßnahmen russischer** (B) **Behörden** auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreichs bewirkte Einziehung und dergleichen — Sie kennen ja den Paragraphen — Entschädigung gezahlt werden soll. Wir haben die bestimmte Überzeugung, daß, wenn es auch im Ausschuß anders gedeutet und ausgelegt wurde — und die Überzeugung kann uns niemand ausreden —, dieser Paragraph auch auf weite Kreise derjenigen Anwendung finden wird, die im Baltikum, in Litauen und dergleichen durch die Entnationalisierung des dortigen Grundbesitzes betroffen worden sind.

(Widerspruch und Zuruf: Keine Reichsangehörigen!)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in der Notlage, in der sich Deutschland befindet, wenn wir uns das Elend der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer im allgemeinen ansehen, gerade hier der Satz zutreffend ist, den der Vorredner prägte, daß auf der einen Seite immer gesagt wird, es sei kein Geld vorhanden, während auf der andern Seite mit den Millionen herumgeworfen wird. Dieser Paragraph macht uns die Annahme des Gesetzes unmöglich, und wir werden darum dagegen stimmen.

Der Vorredner hat die **Sprüche des Reichswirtschaftsgerichts** angeführt. Es ist Tatsache, daß 160 Millionen Mark an diejenigen ausgezahlt worden sind, die über 50 000 Mark Entschädigung bekommen, und nur 20 Millionen an diejenigen, die darunter bekommen. Wenn Sie nun sagen, daß dadurch die deutsche Wirtschaft und Industrie aufgebaut und dadurch schließlich auch den Arbeitern geholfen ist, so trifft das nur in einem geringen Maße zu. Wir sehen ja, wie bei der Reederei-Abfindung die Sache liegt. Die Milliarden sind bewilligt worden, die Arbeiter sind trotzdem die Notleidenden. Der Schiffsbau wird eingestellt. Wir haben die Auffassung, daß auch bei diesen Entschädigungen der Großindustrien sich die Sache für die Arbeiterschaft durchaus nicht besser, sondern schlechter stellen wird.

Aus diesen Gründen erkläre ich nochmals, daß wir (C) das Kolonialschäden- und das Auslandsschädengesetz ablehnen. Weil wir aber wissen, daß die Großen schon entschädigt sind und um nun den kleinen und mittleren Existenzen die Möglichkeit zu geben, auch ihrerseits ihre Rechte zu verfechten, stimmen wir dem Verdrängtenschädengesetz zu, betonen aber, daß wir von der Kommunistischen Partei alles daran setzen werden, um diesen Ärmsten der Verdrängten endlich zu helfen. Auch wir bekommen tagtäglich Hunderte von Zuschriften.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die gehen aber an die falsche Adresse!)

— Nein, Herr Kollege, ich weiß nicht, ob der Zwischenruf gerade richtig ist. Jedenfalls wissen die Leute besser, an wen sie sich zur Vertretung ihrer Interessen zu wenden haben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist doch Tatsache, daß sehr viele der kleinen Verdrängten seit Jahr und Tag sich die Finger wundschreiben, Aktenbogen vollkritzeln und bis heute noch keine Gelegenheit gehabt haben, auf gesetzliche Art und Weise zu ihrer Entschädigung zu kommen. Um diesen Ärmsten der Bevölkerung zu helfen, stimmen wir dem Verdrängtenschädengesetz zu.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, die Debatte über § 1 beschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem § 1 des **Verdrängungsschädengesetzes** zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, (D) — 23. —

Zu § 24 liegt ein handschriftlicher Antrag Lebebour und Fraktion vor,

> In § 24 Ziffer 3 hinter die Worte „wegen Mangels an Beweis" noch einzufügen: „oder durch Erlaß einer Amnestie".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. — Pause.)

Das Bureau ist jetzt einig, daß zuerst die Mehrheit stand. Der Antrag ist angenommen und mit dieser Abänderung der § 24.

Ich rufe auf § 25, — 26, — 27, — 28, — 29. — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu weiteren Abstimmungen. Ich bitte Platz zu nehmen. Es liegt eine Resolution der Abgeordneten Dr. Fleischer und Genossen hierzu auf Drucksache Nr. 2465 vor, welche die Entschädigungen der im Polnischen Korridor entstandenen Diebstahlsverluste betrifft.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung Dr. Fleischer und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Dann liegen eine Anzahl Entschließungen des Ausschusses auf Drucksache Nr. 2441 vor. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Entschließungen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Die Entschließungen sind auch angenommen.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Aussprache über die Petitionen zum Verdrängungsschädengesetz — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in der dritten Lesung.

Wir kommen jetzt zum

Kolonialschädengesetz.

Die Debatte über den § 1 hat sich bereits auf alle drei Gesetze erstreckt. Ich bitte hier diejenigen Damen und Herren aufzustehen, welche dem § 1 dieses Gesetzes ihre Zustimmung geben wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. —

Meine Damen und Herren! Bei § 16 liegt noch einmal derselbe Antrag vor, der vorhin beim Verdrängungsschädengesetz gestellt worden ist. Ich möchte doch bitten, möglichst dafür zu sorgen, daß eine klare Abstimmung ohne Zweifel an der Beschlußfähigkeit zustande kommt. Es handelt sich darum, in § 16 Ziffer 3 hinter die Worte: „wegen Mangels an Beweis" noch die Worte einzufügen: „oder durch Erlaß einer Amnestie". Wer dafür ist, daß diese Worte eingefügt werden, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Diesmal steht die Mehrheit zuletzt. Der Zusatz ist abgelehnt. § 16 ist unverändert angenommen.

Ich rufe auf § 17, — 18, — 19, — 20, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in der dritten Lesung.

(B) Wir kommen zum dritten der Gesetzentwürfe, zum

Auslandsschädengesetz.

Über § 1 hat die Debatte in gemeinschaftlicher Beratung stattgefunden. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem § 1 dieses Gesetzes zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. — Angenommen.

Bei § 16 des Auslandsschädengesetzes ist gleichfalls der Antrag gestellt, hinter die Worte „wegen Mangels an Beweis" in § 16 Ziffer 3 die Worte „oder durch Erlaß einer Amnestie" einzufügen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das letztere ist die Mehrheit. Im Auslandsschädengesetz ist dieser Zusatz also abgelehnt.

Ich rufe weiter auf § 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Bei diesem Gesetzentwurf liegt zunächst eine Entschließung Dr. Gildemeister und Genossen auf Nr. 2487 der Drucksachen vor. Es handelt sich um die Prisenschäden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. Die Entschließung ist angenommen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch den Entschließungen des Ausschusses auf Nr. 2443 der Drucksachen beitritt. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, ist so beschlossen. —

Ich rufe auf die Petitionen. Wortmeldungen liegen (C) nicht vor. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Wir kommen jetzt zur Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses.

Als Kommissare sind angemeldet:

Dr. Lotzholz, Ministerialdirektor im Reichsministerium für Wiederaufbau.
Wirz, Geheimer Justizrat,
Krehl, Oberregierungsrat,
Dr. Crusen, Ministerialrat, Geheimer Oberjustizrat im Justizministerium,
Koffka, Amtsgerichtsrat,
Siller, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium,
Stern, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium,
Dr. Schlegelberger, Ministerialrat im Reichsjustizministerium,
Frohwein, Landgerichtsrat im Reichsjustizministerium,
Heinze, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium,
Dr. Wiedersum, Richter im Reichswirtschaftsministerium,
Dr. Lucas, Präsident des Reichswirtschaftsgerichts,
Foerster, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern,
Götz, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern,
Jenner, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern.

Auch hier war die Beratung über § 1 mit den anderen Gesetzentwürfen verbunden. Ich bitte diejenigen, (D) die den § 1 annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

§ 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16. — Angenommen.

Zu § 17 liegt auf Nr. 2492 der Drucksachen der Antrag Dr. Curtius vor:

im § 17 des Berichts unter Ziffer 1 an Stelle der Worte „jeder, der auf Grund eines der im § 1 genannten Gesetze Feststellung oder Ersatz eines Schadens verlangen kann" zu setzen:

„der Geschädigte oder sein Rechtsnachfolger".

Wer diesem Abänderungsantrag — er scheint mehr redaktionell zu sein — zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und damit der § 17 in dieser Form.

Ich rufe auf § 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43, — 44, — 45, — 46, — 47, — 48, — 49, — 50, — 51, — 52, — 53, — 54, — 55, — 56, — 57, — 58, — 59, — 60, — 61, — 62, — 63, — 64, — 65 Ziff. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — § 66, — 67, — 68, — 69, — 70. — Einleitung und Überschrift.

Nun liegen auch zu diesem Gesetze eine Anzahl Entschließungen des Ausschusses auf Drucksache 2461 vor.

(Präsident.)

(A) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Entschließungen zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie sind angenommen.

Ich eröffne auch hier die Debatte über die Petitionen. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen:

Meine Damen und Herren! Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir gleich die

dritte Beratung

der Gesetze erledigen. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne zunächst die allgemeine Aussprache über alle vier Gesetze. — Ich schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich eröffne die Beratung über § 1 des **Verdrängungsschädengesetzes.** — Ich nehme an, daß er ebenso wie vorhin angenommen ist.

Ich rufe auf die §§ 2 bis 23. — Sie sind angenommen.

Zu § 24 ist vorhin ein Zusatz beschlossen worden. Es wird jetzt von den Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Schiele, Laverrenz, Leicht usw. beantragt, diesen Zusatz wieder zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Zusatz „oder durch Erlaß einer Amnestie" in § 24 des Gesetzes wieder streichen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau kann sich über die Mehrheit nicht einigen; wir müssen auszählen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Streichungsantrag zustimmen wollen, den Saal durch die Tür rechts von mir, die, die den Antrag Dr. Becker (B) (Hessen), Leicht usw. ablehnen wollen, den Saal durch die Tür links von mir zu betreten. Ich bitte, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt; ich bitte, den Eintritt zu bewirken.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Ja!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen): Nein!

Präsident: Nein!

(Pause.)

Es sind abgegeben 126 Stimmen mit Nein und 137 Stimmen mit Ja. Der Absatz ist also wieder gestrichen; das Haus ist auch beschlußfähig.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich rufe weiter auf § 25, — 26, — 27, — 28, — 29. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Verdrängungsschädengesetz in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch die dazu gestellten (C) Petitionen im Sinne des Ausschusses erledigt haben will. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum **Kolonialschädengesetz.**

Ich eröffne die Beratung über die §§ 1 bis 20. Das Wort ist zu keinem Paragraphen gewünscht. — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Kolonialschädengesetz in der Gesamtabstimmung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist angenommen.

Der Ausschuß beantragt, die dazu gehörigen Petitionen für erledigt zu erklären. — Das Haus tritt diesem Antrag bei.

Wir kommen zum **Auslandsschädengesetz.**

Ich rufe auf § 1 bis § 21. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Auslandsschädengesetz in der Gesamtabstimmung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch dieses Gesetz ist angenommen, und die Petitionen im Sinne des Ausschußantrags erledigt.

Nunmehr kommen wir zu dem

Gesetzentwurf über die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses (Entschädigungsordnung).

Ich rufe hierzu auf § 1 bis 70. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Einleitung und Überschrift. — Die (D) einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschädigungsordnung in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch dieses Gesetz ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem zurückgestellten Gegenstand der Tagesordnung, zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, und zwar nur zur **Abstimmung.**

Die Anträge, welche für die zweite Lesung auf Drucksache 2464 eingebracht waren, sind von den Abgeordneten Agnes und Genossen erneut für die dritte Lesung gestellt.

Ich rufe auf den Art. I Ziff. 1.

Hierzu liegt der Antrag Agnes und Genossen auf der alten Drucksache 2464 vor, der der Ziff. 1 des § 195a eine andere Fassung geben will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche der Ziff. 1 des § 195a in der Fassung der zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen. Nr. 2 des Antrages Agnes und Genossen wird dadurch hinfällig.

Ich rufe nunmehr auf Ziff. 2 des § 195a. Hierzu liegt ein Antrag Agnes und Genossen vor, der die darin enthaltenen Summen verändert.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

(Präsident.)

(A) Das ist die Minderheit; ich darf die Ziffer in unveränderter Fassung als angenommen erklären.

Ziff. 3. Auch hier liegt ein Abänderungsantrag Agnes und Genossen vor.

Wer ihm zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; Ziff. 3 ist unverändert angenommen. Nr. 5 des Antrages Agnes und Genossen ist erledigt.

Ziff. 4. Auch hier liegt ein Abänderungsantrag Agnes und Genossen auf derselben Drucksache vor.

Ich bitte diejenigen, welche dafür stimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. Ziff. 4 ist unverändert angenommen. Ich erkläre die Ziff. 1 des Art. I für angenommen, ebenso die Ziffern 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — Art. II. —

Zum Art. III liegt der Antrag Agnes und Genossen auf Nr. 2464 vor, welcher die Summe in diesem Artikel verändern will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Abänderungsantrag zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; Art. III ist unverändert angenommen.

Ich rufe auf Art. IV und erkläre ihn für angenommen.

Zu Art. V liegt der Antrag Agnes und Genossen vor, welcher das Inkrafttreten des Gesetzes verändern will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Das ist die Minderheit; Art. V ist in der alten Fassung angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetz über die Wochenhilfe in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich mache zunächst darauf aufmerksam, daß von allen Fraktionen der Antrag gestellt ist, einen mündlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt noch als 17. Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den in einer Interpellation ausgetragenen Streit über die Prüfung der Assistenten, der im Ausschuß zu einem Antrag geführt hat. Ich nehme an, da der Antrag von allen Fraktionen gestellt ist, daß kein Widerspruch gegen die Aufsetzung auf die Tagesordnung erhoben wird. —

Wir kommen jetzt zum 13. Punkt der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über das Reichswirtschaftsgericht (Nr. 2459 der Drucksachen).

Das Wort namens der Antragsteller hat der Herr Abgeordnete Dr. Curtius.

Dr. **Curtius**, Abgeordneter, Antragsteller: Ich bitte um Überweisung an den Rechtsausschuß. Die Begründung habe ich vorhin als Berichterstatter über den Gesetzentwurf für Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges gegeben.

Präsident: Der Herr Antragsteller beantragt, diesen Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß zu überweisen. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen. (C)

Wir kommen zum 14. Gegenstand der Tagesordnung, zum

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Anträge, betreffend Erwerbslosenfürsorge (Nr. 2455 der Drucksachen).

Anträge Nr. 2479, 2486.

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat der Berichterstatter Herr Abgeordnete Brandes.

Brandes, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der 5. Ausschuß hat die ihm überwiesenen Anträge der sozialdemokratischen, unabhängig-sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen in insgesamt 9 Sitzungen besprochen und dabei das Arbeitslosenproblem wie auch die ganze Wirtschaftslage aufgerollt. Vor der allgemeinen Aussprache ist eine besonders wichtige und notwendige Sache erledigt worden, über die der Reichstag bereits befunden hat, nämlich eine **Fürsorge für die langfristig Erwerbslosen**, die über das bisher Bestehende hinausgeht. Das Reichsarbeitsministerium hat inzwischen dem damaligen Beschlusse entsprechend Instruktionen an die zuständigen Behörden gegeben, so daß der Paragraph 9 a der Verordnung für Erwerbslosenfürsorge es nunmehr zuläßt, daß die Unterstützung in Notstandsbezirken auf eine längere Dauer gezahlt und außerdem mit besonderen Beihilfen vorgegangen wird. Diese besonderen Beihilfen sollen im Einzelfalle bis zu 600 Mark für langfristig Erwerbslose betragen.

Im Ausschuß war die Auffassung ganz allgemein, daß die **beste Erwerbslosenfürsorge die Beschaffung von Arbeit** ist. Es zeigt den ganzen Jammer unserer Wirtschaftsordnung, daß trotz der furchtbaren Zerstörungen und Verwüstungen, die der Krieg gebracht hat, Hunderttausende Arbeitsloser zu verzeichnen sind, und weitere Hunderttausende, die nicht voll beschäftigt werden können. Während des Krieges wurde in der Hauptsache Kriegsmaterial, d. h. Werkzeuge, die der Vernichtung von Menschen und wertvollen Gütern dienten, produziert. Für die Menschheit nützliche Waren sind in den $4^1/_2$ Jahren des Krieges nicht angefertigt worden. Vorhandene Waren sind ausverkauft und die Läger geräumt worden. (D)

Der natürliche Bedarf, der an Wohnungen besteht — es müssen jährlich 200 000 neu gebaut werden — ist nicht gedeckt worden. Die Produktionsmittel, Maschinen, Werkzeuge usw. sind heruntergewirtschaftet und fürchterlicher Raubbau im Bergbau, auch in der Land- und Forstwirtschaft getrieben worden. Millionen menschlicher Produktivkräfte wurden vernichtet oder doch in ihrer Produktionskraft erheblich herabgesetzt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unter natürlichen Verhältnissen müßte deshalb ein ganz gewaltiger Mangel an **Arbeitskräften** sein. Wir sehen das Gegenteil, wir sehen statt Mangel **Überfluß**. Der Mangel müßte um so mehr vorhanden sein, als auch im Ausschuß bestätigt werden konnte, daß Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohstoffen, bei der Beschaffung von Krediten nicht bestehen. Und doch in der ganzen Welt eine **Wirtschaftskrise**, wie sie kaum jemals so groß gewesen ist. Die Arbeitszeit ist in zahlreichen Industrien herabgesetzt, eine große Zahl von Betrieben überhaupt stillgelegt worden; es sind Entlassungen Hunderttausender von Arbeitern vorgenommen

(**Brandes**, Berichterstatter.)

(A) worden, Entlassungen, die Not und Elend für die davon Betroffenen und ihre Angehörigen bedeuten.

Es ist mir unbegreiflich, wie in solcher Zeit Vorschläge auf **Verlängerung der Arbeitszeit** unter Beseitigung des Achtstundentages und auf **Lohnabbau** als Mittel gegen diese wirtschaftlichen Mißverhältnisse gemacht werden können. Die Mehrheit des Ausschusses hat darin kein Heilmittel gesehen. Sie war sich bewußt, daß das nur eine weitere Senkung der Konsumkraft und noch größere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben würde. Zum Lohnabbau ist im Ausschuß mit aller Deutlichkeit festgestellt und nachgewiesen worden, daß im Auslande der Reallohn in den letzten Jahren dauernd gestiegen ist, während in Deutschland der Reallohn trotz der Lohnerhöhungen dauernd gesunken ist.

Meine Damen und Herren! Die **Untersuchung der Wirtschaftslage**, die in sehr eingehender Weise stattgefunden hat, gab ein verhältnismäßig günstiges Bild nur in wenigen Zweigen, im Steinkohlenbergbau, im Baugewerbe; eine Verbesserung in einigen Spezialgebieten, so z. B. in der Optik und im Textilgewerbe. Im Textilgewerbe ist diese Besserung verhältnismäßig bedeutungslos, solange noch 40 Prozent aller in der Textilindustrie beschäftigt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos auf der Straße liegen.

Trostlos ist die Wirtschaftslage in den meisten übrigen Industrien, ganz besonders in der Großeisenindustrie, im Schiffsbau, dann in der Kaliindustrie usw. Die Hoffnung, die viele darauf setzen, daß aus den Städten noch zahlreiche Arbeiter auf das Land verpflanzt werden können, ist nicht mehr sehr groß. Nach den Erklärungen, die von dem Vertreter der Regierung im Ausschuß abgegeben worden sind, soll im allgemeinen der Bedarf an Arbeitskräften auf dem Lande gedeckt sein. Es sind zwar noch 150 000 ausländische
(B) Arbeiter auf dem Lande beschäftigt, aber nur vorübergehend. Es herrscht Einstimmigkeit im Ausschuß, daß Vorsorge getroffen werden muß, auf neue ausländische Arbeitskräfte so lange zu verzichten, als eine so gewaltige Arbeitslosigkeit im deutschen Wirtschaftsleben besteht.

Die **Zahl der unterstützten Arbeitslosen** hat sich seit März d. J. von 429 000 auf 416 000 im April, 400 000 im Mai, 360 000 im Juni verringert. Zurückzuführen ist diese Tatsache auf eine stärkere Anwendung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Es haben nach den Mitteilungen der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums rund 250 000 Erwerbslose mit etwa 300 000 Angehörigen jetzt Arbeit und Verdienst durch die produktive Erwerbslosenfürsorge bei Erdarbeiten, beim Straßenbau, zum Teil beim Wohnungsbau usw. Es war die Meinung des Ausschusses, daß das ein sehr bescheidener Anfang ist, sehr bescheiden insbesondere beim Wohnungsbau.

Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, welches der jährliche **Bedarf an neuen Wohnungen** ist. Mehr als eine Million Wohnungen sind während des Krieges nicht gebaut worden. Nach der Mitteilung des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums ist für das Jahr 1921 mit dem Bau von 100 000 Wohnungen zu rechnen, also nur mit der Hälfte des normalen Jahresbedarfs, so daß das durch den Verlust während des Krieges bereits entstandene Manko immer größer wird. Dabei ist allgemein bekannt, daß die Belebung des Baugewerbes zweifellos auch die Belebung vieler anderer Gewerbe und Industrien nach sich ziehen würde. Schon aus diesem Grunde ist es dringend nötig, dem Wohnungsbau weit größere Mittel zuzuführen, als das bisher geschehen ist.

Ebenso muß mehr getan werden für den Straßen- (C) und Chausseebau, für den Kanalbau, für die Nutzbarmachung der Wasserstraßen, für die Ausnutzung der Elektrizitätskräfte, für Aufforstungen, Moorkultur, für diese ganze Fülle von Aufgaben, die als **Kulturaufgaben** zu bezeichnen und nicht nur in der Gegenwart, sondern für die Zukunft wertvoll sind.

Dazu zähle ich auch die Fertigstellung des Baues der Untergrundbahn, der Nordsüdbahn hier in Berlin, an der, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird, sofort 10 000 Arbeiter beschäftigt werden können, bei Doppelschicht sogar 15 000 bis 20 000 Arbeiter. Welche Bedeutung das für Berlin hat, wird jedem klar sein. Wir haben in Berlin noch immer 126 000 Erwerbslose, darunter 46 000, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind.

Der **Ausschuß** hat dann ein **Programm** vorgeschlagen, welches Sie auf Seite 34 bis 37 der Drucksache 2455 finden, dessen erster Teil die Maßnahmen enthält, die zur planmäßigen Umschichtung der Bevölkerung, insbesondere auch durch die Unterstützung des Siedlungswesens, dienen, dessen zweiter Teil von der Arbeitsbeschaffung handelt, dessen dritter Teil sich mit der Arbeitsvermittlung und dessen vierter Teil sich mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Maßnahmen beschäftigt. Werden diese Vorschläge genügend beachtet und durchgeführt, und zwar rücksichtslos durchgeführt, dann kann man mit einer wesentlichen Entlastung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden, soweit dies das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt zuläßt.

(Zuruf rechts: Sie sprechen doch als Berichterstatter!)

— Jawohl, ich berichte über das, was im Ausschuß gesprochen worden ist.

Für den verbleibenden Rest der Arbeitslosen muß (D) nach Meinung des Ausschusses für ausreichende Unterstützung gesorgt werden. Die Mitteilungen über die furchtbare Not, die unter den Arbeitslosen herrscht, hat den Widerstand der Regierung gebrochen, die zunächst sich gegen eine Erhöhung der Unterstützungen für die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter sträubte. Die Regierung hat sich auf die **Indexzahlen** berufen, welche die Statistik für die Höhe des notwendigen Lebensunterhaltes liefert. Ein Rückgang derselben sei festgestellt. Ich darf dazu bemerken, daß diese Indexziffern täuschen. Wo vom Statistiker die Schleichhandelsware mit eingesetzt wurde, ist ein Rückgang der Indexziffern, wo sie nicht eingesetzt wurden, dagegen eine Steigerung zu verzeichnen. Eine ganze Reihe von Waren, die wegen ihres hohen Preises gar nicht gekauft werden konnten und auch jetzt nicht gekauft werden können, sind gewiß im Preise gesunken, so daß eine Senkung der Indexziffern entstanden ist. Dagegen sind die Waren, die gekauft werden müssen, so Brot, Milch, Zucker, die in jeder Familie gebraucht werden, im Preise gestiegen. Daraus ergibt sich der Widerspruch, auf den ich bei den Indexziffern hinwies.

Die **Erhöhung der Unterstützungssätze** für die Arbeitslosen soll sich nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministers in der Grenze von 20 bis 25 Prozent halten, d. h. es soll im Einzelfall nicht unter 20 Prozent, aber auch nicht über 25 Prozent gegangen werden. Für **Kurzarbeiter** soll der Prozentsatz, der bisher für die Berechnung maßgebend war, nicht mehr 60 Prozent, sondern 50 Prozent betragen, so daß also eine Besserstellung der Kurzarbeiter in bezug auf die Unterstützung eintreten wird.

Der Etat, den Sie verabschiedet haben, sieht für die produktive und geldliche Erwerbslosenfürsorge im

(**Brandes**, Berichterstatter.)

(A) ganzen 1,2 Milliarden vor. Wenn wir diese Ziffer in Vergleich stellen mit manchen andern der in letzter Zeit vorgenommenen Bewilligungen, dann, glaube ich, werden und müssen wir alle davon überzeugt sein, daß diese Summe im Etat geradezu lächerlich gering ist, und daß wahrhaftig kein Grund besteht, gegen die Vorschläge, die Ihnen der Ausschuß macht, Widerspruch zu erheben.

Ich darf dann noch auf ein Kapitel hinweisen, das im Ausschuß eine große Rolle gespielt hat, nämlich auf die **Luxussteuer als Ursache der Arbeitslosigkeit**. Es ist von den Rednern nahezu aller Parteien an dieser Steuer eine sehr scharfe Kritik geübt worden; es wurde zahlreiches Material vorgetragen, aus dem hervorging, daß durch die Luxussteuer die Arbeitslosigkeit verschärft worden ist. Die Steuer soll nach dem uns vorliegenden Material nicht nur in der sogenannten Edelmetallindustrie, sondern auch in der Kleineisen-, Porzellan-, Seifen-, Textilindustrie und in vielen andern Industrien in vielen Fällen ruinös gewirkt haben. Nach den Mitteilungen des Finanzministeriums beträgt die Luxussteuer ein Zwanzigstel der Erträge, die die Umsatzsteuer insgesamt aufbringt. Das würden also 250 bis 350 Millionen Mark pro Jahr sein,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei)

— die letztere Summe, wenn ich den voraussichtlich eingehenden Ertrag der gesamten Umsatzsteuer in Rechnung stelle. — Wenn von der von mir genannten Summe die Verwaltungskosten abgezogen werden, und wenn wir annehmen, daß infolge der Luxussteuer in Wirklichkeit eine erhebliche Zahl Arbeiter erwerbslos wird, und deren Unterstützung abrechnen, dann bleibt von dem ganzen Ertrag der Luxussteuer, soweit er die Waren der von mir genannten Zweige betrifft, wenig, ich kann wohl sagen, nichts übrig.

(B) Damit will ich meinen Bericht schließen. Die Drucksache zeigt, daß eine sehr wertvolle Vorarbeit geleistet worden ist, und ich hoffe, daß Sie den Beschlüssen, die der Ausschuß gefaßt hat, einstimmig Ihre Zustimmung geben.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plettner.

Plettner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat sich bemüht, aus den beiden Resolutionen, die von seiten der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen damals im Reichstag eingebracht wurden, einen Vorschlag zu konstruieren, der den vorhandenen Arbeitslosen eine gewisse Milderung bringen soll. Wir wissen, daß momentan Tausende und aber Tausende Arbeitslose und ihre Familienangehörigen nach dem Reichstag schauen und von dem Reichstag Hilfe aus ihrer furchtbaren Not erwarten. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß der Reichstag dem Wünschen und dem Hoffen der Arbeitslosen Rechnung tragen wird; auch scheint mir der Vorschlag, den der Ausschuß für Volkswirtschaft gemacht hat, in keiner Beziehung ausreichend zu sein, um diesem furchtbaren Arbeitslosenelend einigermaßen abzuhelfen.

Ich will zugeben, daß der Ausschuß diesmal an dieses Problem herangetreten ist, um nicht nur durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze die Arbeitslosenfrage zu lösen. Aber der **Vorschlag**, den der Ausschuß hier macht, scheint mir doch **zu wenig positiv** zu sein; denn alle die Forderungen, die an die Regierung gestellt werden, sind nach meiner Überzeugung absolut relativ. Es wird ausgedrückt, die Regierung möge für Arbeitsgelegenheit sorgen oder die Regierung möge in irgendeiner anderen Form dafür sorgen, daß den (C) Arbeitslosen geholfen wird. Leider ist auch der Antrag, den seinerzeit die **demokratische Partei** gestellt hat, daß man eine **Kontrolle der hohen Gewinne** durchführen solle, fallen gelassen worden bei dem Vorschlage, den jetzt der Ausschuß unterbreitet. Damals war er wenigstens positiv, heute macht dieser Ausschuß nur den Vorschlag, daß die Unternehmergewinne auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen seien. Ich bin überzeugt, daß die Unternehmer stets sagen werden, wenn sie 50, 60 Prozent und noch höhere Gewinne einstecken, daß das für sie das Höchstmaß des Gewinnes sei, unter das sie aber nicht heruntergehen könnten. Deshalb glaube ich auch, daß dieser Vorschlag des Ausschusses von den Unternehmern nicht beachtet werden wird, und auch die Regierung keine Mittel besitzt, um die Unternehmer zu zwingen, nur einen angemessenen Profit bei der Vergebung von Arbeiten für sich einzustecken.

Aus diesen Erwägungen heraus können wir nicht einsehen, daß diese **Maßnahmen**, die jetzt der Ausschuß dem Reichstage unterbreitet, dazu angetan sind, die große Arbeitslosigkeit — die momentan etwas zurückgegangen ist — zu beheben und zu überwinden. Wir wissen ganz genau, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, und daß die Arbeitslosigkeit nur überwunden werden kann durch die Überwindung des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß man aber nicht diese Arbeitslosigkeit eindämmen kann, wenn man nicht einmal dazu übergeht, die Arbeitszeit in höherem Maße als bisher zu verkürzen und den Arbeitslosen, die heute auf der Straße liegen, die heute gezwungen sind, unter den elendsten Verhält- (D) nissen zu leben, durch **Verkürzung der Arbeitszeit** das zu gewähren, was allen Arbeitern heute zugute kommt. Aber weder der Ausschuß noch die Regierung werden dazu übergehen, die Arbeitslosigkeit in irgendeiner Form weiter zu kürzen. Die Regierung hat sogar in dem Schreiben an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund gesagt, daß sie bis zum Punkt 5 und 6 bei den zehn Forderungen des Gewerkschaftsbundes eventl. einverstanden sein kann, aber daß die Forderung, daß eine weitere Kürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden soll, aus allen möglichen technischen Erwägungen nicht erfüllbar ist.

Ich will auf einen Fall der Werftarbeiter der Weserwerft hinweisen. Als dort eine außerordentlich starke Arbeitslosigkeit infolge der Maßnahmen der Weserwerft eintreten sollte, haben sich die Arbeiter bereit erklärt, freiwillig auf die volle 48stündige Arbeitszeit zu verzichten; sie wollten nur 40 Stunden arbeiten. Und was hat der Vertreter des Metallarbeiterverbandes getan? Er hat gegen diese Solidaritätsmaßnahme der noch Arbeitenden Einspruch erhoben,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und zwar mit einer Begründung, die nach unserer Überzeugung nicht gerade sehr lobenswert für den Metallarbeiterverband ist.

Diese Maßnahmen, die uns hier vorgeschlagen werden, werden in keiner Beziehung ausreichen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Wir wissen, daß im Mai 1921 839 000 Arbeitslose vorhanden waren. Allerdings ist im Juni die Zahl auf insgesamt 741 000 einschließlich der Kurzarbeiter zurückgegangen. Wenn wir bedenken, daß die ungeheuer große Kopfzahl der Familienangehörigen durch diese Arbeitslosigkeit mit betroffen werden, so kommen sicherlich sogar zwei Mil-

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) lionen Menschen in Frage, die heute bei weitem unter dem Existenzminimum ihr Leben fristen müssen.

Die Arbeitslosigkeit ist allerdings eine sehr bedauerliche Erscheinung. Aber die Regierung und sicherlich auch die bürgerlichen Parteien hoffen, daß die **Arbeitslosigkeit** nur eine vorübergehende **Krisenerscheinung unseres Produktionssystems** ist; man hofft, daß diese Krisis sehr bald überwunden wird. Ich erinnere mich, daß der Herr Arbeitsminister bei der letzten Arbeitslosendebatte gesagt hat, daß diese Arbeitslosigkeit nicht sehr lange anhalten wird; denn es sind Anzeichen vorhanden, daß die Wirtschaftskrisis bald überwunden ist. Wir sagen, daß diese Wirtschaftskrisis, die wir heute durchmachen, eine absolut latente Krise ist, die nur überwunden werden kann, wenn man das Wirtschaftssystem in den Grundfesten ändert.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man soll sich nicht der Hoffnung hingeben: vielleicht kommt einmal früher oder später doch die Zeit, wo diese furchtbare Wirtschaftskrisis sich selbst überwindet und wieder die sogenannte gute Konjunktur einsetzt. Aber es ist Tatsache, daß die Regierung mit einem außerordentlichen Optimismus diese Arbeitslosenfrage behandelt, daß sie der Meinung ist, man kann durch die bloße Unterstützung die Frage nicht lösen. Man kann durch allerhand Notstandsarbeiten vielleicht eine Milderung treffen, aber man kann letztlich nicht durch Maßnahmen die Arbeitslosigkeit, die in furchtbarem Ausmaße vorhanden ist, überwinden.

Deswegen sagen wir, daß die Arbeitslosigkeit eine ganz typische **Erscheinung des kapitalistischen Systems** ist,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und diese Erscheinung wird so lange vorhanden sein, als (B) das Kapital noch in Deutschland und sonstwo die Herrschaft hat, weil der Kapitalismus eine außerordentlich große Reservearmee braucht, um einen Druck auf die noch Arbeitenden auszuüben und dadurch diese Akkordlöhne und die allgemeinen Löhne möglichst niedrig zu halten. Deswegen wundern wir uns gar nicht darüber, daß weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien etwas tun wollen, um die Arbeitslosigkeit durch Aenderung des Wirtschaftssystems zu überwinden. Die bürgerlichen Parteien, die alle grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen, und auch die Regierung sind der Meinung, daß dieses System die einzige Möglichkeit ist, die Produktion intakt zu halten. Solange nicht die Regierung oder solange nicht das Proletariat insgesamt dazu übergeht, die heutige Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Produktionsordnung umzuformen, so lange werden wir diese Erscheinung der Arbeitslosigkeit haben. Die Reservearmee, die der Kapitalismus braucht, um einen Druck auf die noch Arbeitenden auszuüben, um die Existenzunsicherheit zu erhöhen, ist die natürliche Folge des heutigen kapitalistischen Systems.

Wir haben deshalb keine Hoffnung, daß der Reichstag, der wohl für die notleidenden Agrarier Milliarden bewilligen kann, der für die Reeder zwölf Milliarden Mark bewilligen kann, und der für alle möglichen Institutionen, soweit sie dem Kapitalismus dienen, Millionen und Milliarden zur Verfügung stellt, sich dazu aufraffen wird, die Arbeitslosenfrage gründlich zu erörtern und anzufassen, um dieses Problem im Interesse der Volkswirtschaft endlich abzustellen.

Es war typisch, wie im Volkswirtschaftlichen Ausschuß von den Bürgerlichen gesagt wurde, daß sie mit den 1½ **Milliarden Mark**, die den **Agrariern** bewilligt wurden, eine volkswirtschaftliche Tat getan hätten. Wenn man für die Arbeitslosen eine höhere Summe (C) auswerfe, dann sei das keine volkswirtschaftliche Tat, denn diese seien unproduktiv, die Agrarier aber produktiv. Ja, meine Herren von rechts, diese Auffassung ist charakteristisch für die Haltung, die Sie bei der Arbeitslosenfrage einnehmen. Der Herr **Reichsarbeitsminister** hat im Ausschuß gegenüber der **Rechten dieses Hauses** selbst gesagt: man muß doch den Arbeitslosen wenigstens so viel geben, daß sie sich Brot und Kartoffeln kaufen und die Miete bezahlen können. Wenn selbst der Arbeitsminister gegenüber den Deutschnationalen diese Ausführungen gemacht hat, dann kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, mit welcher absoluten Verständnislosigkeit die Rechte des Hauses den Arbeitslosen gegenübersteht.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts: Sie waren nicht im Ausschuß!)

— Ich war auch im Ausschuß, habe gerade diese Ausführungen gehört.

(Zuruf rechts: Aber sehr wenig!)

Diese Art der Beurteilung der Arbeitslosenfrage ist typisch dafür, wie Sie eine absolute **Klassenpolitik** für die Bereicherung einer bestimmten Klasse treiben, daß Sie absolut kein Verständnis für diejenigen haben, die ohne ihr Verschulden auf Grund des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems aus der Arbeit gedrängt und in Not und Elend geraten sind. Und weil wir wissen, daß der Reichstag und die Regierung nicht das Geringste für die Arbeitslosen zu tun gedenken, und weil wir ferner wissen, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch derartige Vorschläge überwunden werden kann, wie sie der Ausschuß hier dem Reichstag unterbreitet hat, deswegen sagen wir, müssen die Arbeitslosen und müssen die noch Arbeitenden gemeinsam den Kampf gegen das kapitalistische System aufnehmen. (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich wundere mich nur darüber, daß selbst die uns nahestehende Partei sich schon außerordentlich befriedigt fühlt, wenn im Ausschuß einmal eine Einstimmigkeit dahin zustande kommt, daß man wenigstens den Arbeitslosen Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage machen kann, und daß diese Partei, die **Unabhängigen**, und auch die **Sozialdemokraten** schon bald vor Demut ersterben, wenn ihnen von seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien wenigstens eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 20 und 25 Prozent zugebilligt wird.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wenn Sie man nicht in Demut ersterben!)

— Ja, wir wissen ja, Herr Kollege Dißmann, daß Sie gerade im Ausschuß den bürgerlichen Parteien zugeredet haben, sie möchten doch wenigstens etwas für die Arbeitslosen tun, und daß Sie nicht nach dem Grundsatz gehandelt haben, den Sie hier im Reichstag bei der letzten Arbeitslosendebatte eingenommen haben: wenn die Regierung nicht endlich die Frage nach den zehn Punkten des Gewerkschaftsbundes lösen will, dann werden wir auch außerparlamentarische Mittel anwenden und die Massen zum Kampf aufrufen. Vor kurzem hat erst noch Ihr Kollege, Herr Leipart, erwähnt, daß, wenn die zehn Punkte, die dort gefordert sind, nicht durchgeführt würden, die Massen zum Kampfe für die Verwirklichung dieser zehn Forderungen aufgerufen würden.

Aber die Unabhängigen und auch die Sozialdemokraten haben sich ihre Anträge, die sie damals im Reichstag unter Nr. 1887 und 1888 gestellt hatten, vollständig ummodeln lassen, und mit dem Ausschußantrag, wie er jetzt vorliegt, ist eine ganze Menge von den Forderungen

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) preisgegeben, die die beiden Parteien damals im Interesse der Arbeitslosen stellen zu müssen glaubten. Die Linke versteht es nicht, die Arbeitermassen und das Proletariat endlich darüber aufzuklären, daß sie, wenn die bürgerlichen Parteien diese Minimalforderungen nicht bewilligen wollen, sich nicht auf eine Einigung einlassen dürfen. Sie glaubt, im Interesse der Ruhe und Ordnung und im Interesse der Einigkeit ein paar Löcher zurückstecken zu müssen und auf vieles verzichten zu müssen, damit nur nicht eine große Erregung bei den Arbeitslosen und bei den noch Arbeitenden entsteht.

Eben diese Taktik, die von seiten der Linken befolgt wird, macht es möglich, daß die Rechte des Hauses sich stets durchsetzt, weil die Linke es nicht versteht, die acht Millionen organisierter Arbeiter, die in dem Gewerkschaftsbund organisiert sind, als Druck auszunutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Wir sind uns ja darüber klar, daß auch Sie stets dafür zu haben sein werden, daß man für die Agrarier und andere Industrieinteressenten Millionen und Milliarden zur Verfügung hat, und daß man die Arbeitslosen damit vertröstet, man wolle dazu übergehen, die Bautätigkeit zu fördern und dadurch Arbeitsmöglichkeit zu beschaffen. Aber im großen und ganzen heißt es immer: ihr könnt ruhig weiter hungern und darben, wir haben kein Geld übrig für euch.

In demselben Augenblick nun, wo die Regierung erklärt, darauf hinwirken zu wollen, daß Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, und zu derselben Zeit, wo wir Milliarden für die Reeder bewilligt haben, erleben wir es, daß die Werften eine große Menge Arbeiter ohne weiteres entlassen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wissen aus den uns zugegangenen Berichten, daß erst vor kurzem in Hamburg eine Konferenz stattgefunden

(B) hat, in der man sich dahin ausgesprochen hat, daß man trotz der Milliardenbewilligung zirka 30 000 Werftarbeiter entlassen wolle, weil das Kapital nicht ausreiche, um diese Arbeiter zu beschäftigen, weil im Bauprogramm nicht die nötigen Summen vorgesehen sind. Ja, wenn es danach gehen sollte, dann müßte der Reichstag noch ein paar Milliarden für die armen Reeder bewilligen, damit die Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter nicht größer wird. Wir wissen weiter, daß z. B. der rheinisch-westfälische Eisenkonzern in Reisholz die Belegschaft um 50 Prozent reduzieren will, ohne daß die Regierung dagegen einschreitet, die doch sonst immer erklärt, wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß **Betriebsstillegungen** eintreten, die das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Weiter ist vor kurzem bekannt geworden, daß die Firma Benz in Mannheim einfach soundsoviel Arbeiter und Angestellte entläßt mit der Begründung, sie hätte nicht genügend Arbeit für sie.

Deshalb darf die Arbeiterschaft und dürfen die Arbeitslosen auf dieses Programm, das dem Reichstag unterbreitet wird, nicht eingehen. Es sind weiter nichts als relative Versprechungen, die nichts Positives enthalten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist weiter nichts als weiße Salbe, um Ruhe und Ordnung bei den Arbeitslosen aufrechtzuerhalten. Wer die Presse liest, weiß, daß die Betriebseinstellung in Deutschland einfach eine chronische Krankheit geworden ist. So wird in **München** z. B. das **Reichsbekleidungsamt** einfach stillgelegt, weil die kleinen Handwerker dagegen Sturm laufen, daß dort Sachen angefertigt werden, die eventuell von der Privatindustrie, von den kleinen Meistern angefertigt werden könnten. Warum schafft man denn neue Arbeitslose bei den Reichsbekleidungsämtern? — Bloß um den Profit der kleinen (C) Industriellen und kleinen Kapitalisten zu fördern.

(Zuruf rechts.)

— Sie sagen: die Leute können ja zum Meister gehen. Ebenso gut kann man den Meistern sagen, sie sollten zum Bekleidungsamt gehen, um zu arbeiten, wenn sie arbeiten wollen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Meister hat aber gar nicht die Absicht, zu arbeiten, sondern will andere für sich arbeiten lassen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ähnlich liegen die Dinge auch bei der **Schichauwerft**. Da sind die Arbeiter, weil sie ganz minimale Löhne hatten, einen Wochenverdienst von 125 Mark, in den Streik getreten. Mit welchen Mitteln die Schichauwerft einen Druck auf die Arbeiter ausübt, ist geradezu skandalös. Noch schlimmer ist, daß sich der Schlichtungsausschuß absolut auf den Boden der Arbeitgeber stellte,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß er, obwohl er zugab, daß die Löhne außerordentlich niedrig seien, empfahl, die Unternehmer möchten wenigstens den Stundenlohn für Verheiratete um zehn Pfennig erhöhen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und daß weiter gesagt wurde, daß wegen der Einstellung der Arbeiter absolut nur der Unternehmer zu entscheiden habe,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

der Schlichtungsausschuß habe sich darin gar nicht einzumischen, das wäre Sache der Unternehmer. Es ist charakteristisch, daß die Schlichtungsausschüsse, die doch unparteiisch den Dingen gegenüberstehen sollten, nicht nur in dem einen Falle, sondern in tausend Fällen parteiisch im Interesse der Unternehmer arbeiten,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß sie fast nur dazu da sind, eine Stütze des Kapitals (D) zu sein.

Weiter ist uns bekannt geworden, daß z. B. die **Dampfziegelei G. m. b. H. Bergfeld und Söhne in Rheinsberg in der Mark** den Betrieb einfach schließt mit der Begründung, sie habe nicht genügend Kohle, um die Ziegelei aufrechtzuerhalten. Uns wurde von Arbeitern mitgeteilt, daß die Ziegelei geschlossen wurde, daß 60 bis 70 Arbeiter arbeitslos wurden, weil die Ziegelei nach Angabe der **Unternehmer** nicht genügend **Profit** abwirft. Also weil der Unternehmer nicht seinen großen Profit hat, setzt man soundsoviel Arbeiter aufs Trockene, macht sie brotlos. Das zeigt am besten, wie notwendig es ist, daß die kapitalistische Privatindustrie ausgeschaltet wird, daß nur dann ein Betrieb aufrechterhalten werden kann, wenn er nicht nur einen großen Profit abwirft, sondern wenn die Arbeiterschaft im Interesse der Produktion, der Volkswirtschaft zur Eigenproduktion übergeht. Wir wissen genau, daß Sie dafür kein Verständnis haben. Sie als Vertreter des Geldsacks, der Großindustrie und des Bankkapitals werden natürlich stets dafür eintreten, daß nur für die Klasse, die Sie hier vertreten, gesorgt wird. Gerade das letzte halbe Jahr muß dem deutschen Volke bewiesen haben, daß Sie nur dazu da sind, den Geldsack einer bestimmten Klasse zu füllen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie arbeiten nicht im Interesse der Volkswirtschaft, sondern nur um die Interessen Ihrer Klasse zu fördern. Nur naiven Leuten können Sie einreden, daß Sie dem Allgemeinwohl oder, in der anderen Phrase, daß Sie dem Vaterland dienen wollen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Gerade die Verständnislosigkeit, die die **Rechte** im 5. Ausschuß der **Arbeitslosenfrage** entgegenbrachte, ist

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) ein doppelter Beweis, daß Sie nur das eine Ziel im Auge haben, die Arbeitslosen möglichst bald zu zermürben, möglichst die Arbeiter auf die Knie zu zwingen, damit Sie wieder die Regierung nach Ihrer Fasson übernehmen und triumphieren können. Das ist Ihr Ziel.

Aber weiter. In der **Weserwerft** wurden am 1. Juli 1000 Arbeiter entlassen. Es wurde weiter angekündigt, daß weitere 2000 folgen werden, obwohl, wie ich schon erwähnte, die Regierung und auch der „hohe Reichstag" den Reedern 12 Milliarden bewilligt hat. Die Reeder sorgen aber nun nicht für Weiterbeschäftigung der Arbeiter, sondern gehen dazu über, diese Werften einfach zu schließen.

Aus all diesen Erwägungen, die ich eben kurz skizziert habe, geht für uns ganz klar hervor, daß weder der Reichstag noch die Regierung die Absicht haben, dieses Arbeitslosenproblem gründlich zu behandeln. Wenn der Reichstag und die Regierung die Absicht hätten, dieses Arbeitslosenproblem wirklich zu lösen, dann müßte die Regierung und der Ausschuß mit positiven Vorschlägen kommen und nicht nur mit Vertröstungen. Es ist ein schlechter Trost, wenn zum Beispiel von den Demokraten gefordert wird, man solle möglichst die **hohen Gewinne** abschaffen oder man solle eine starke **Kontrolle** der hohen Gewinne durchführen oder, wie es im Unterausschuß in einem Antrag der Demokraten hieß, die Regierung müsse eine Nachprüfung der Gewinnpolitik in Industrie, Handel und Landwirtschaft unbedingt durchführen.

Diese Kontrolle der Gewinne, die auch hier von dem Ausschuß vorgeschlagen wird, ist weiter nichts als ein schlechter Trost für die Arbeitslosen und die Arbeiter, die noch arbeiten. Man will hier nur seine guten Absichten zeigen. Es wird aber nicht gesagt, durch
(B) wen die ganze Kontrolle durchgeführt werden soll. Nicht die Arbeiter- und Betriebsräte oder die Gewerkschaften oder sonstige Vertrauensleute haben die Kontrolle durchzuführen, sondern man macht eine allgemeine Phrase: bei allen Aufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Notzeit vergeben werden, ist der Unternehmergewinn auf „ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß" zu begrenzen. Was heißt denn das: ein angemessenes Höchstmaß? Man möchte eine Kontrolle durchführen, aber wenn die Unternehmer, die Konzerne erklären, wir brauchen zur Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft — diese übliche Phrase, die gebraucht wird — 60 bis 70 Prozent Gewinn, wird man sich einfach damit abfinden müssen, oder die Gewerkschaften werden die Courage nicht aufbringen, dann endlich trotzdem die Massen aufzurufen, um eine wirkliche Kontrolle des Unternehmergewinnes durchzuführen. Die Sache ist also nur eine Phrase, weil, solange noch der heutige Kapitalismus die absolute Herrschaft besitzt, eine Kontrolle der Gewinne nicht durchführbar ist ohne Kontrollorgane des Proletariats.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen soll man doch nicht vor die Arbeiter und Arbeitslosen hintreten und sagen: wir haben jetzt im Reichstag etwas angenommen, es soll eine Gewinnkontrolle stattfinden, — wo doch nicht gesagt wird, wie die Kontrolle durchgeführt werden soll.

Dieser Beschluß des Ausschusses, der wahrscheinlich die Zustimmung des Reichstags finden wird, wird wie alle anderen bis dato gefaßten Beschlüsse zu den Akten gelegt werden. Wir haben wirklich nicht die Hoffnung und sind auch nicht so naiv, zu glauben, daß diese Regierung und dieser Reichstag eine wirkliche Kontrolle der Gewinne durchführen wird. Wenn im (C) übrigen in dem Vorschlag des Ausschusses unter dem Begriff der allgemeinen volkswirtschaftlichen Maßnahme davon die Rede ist, daß der Übergang zu einer gesunden Preis- und Gewinnpolitik und die Ablehnung ungesund hoher Dividenden usw. beabsichtigt ist, so haben wir erst gestern hier erlebt, als von seiten der Sozialdemokraten gegen die hohen Kartoffelpreise Sturm gelaufen wurde, nachdem kaum der Ausschuß diesen Vorschlag gemacht hat, was davon zu halten ist. Die hohen Preise werden nicht abgebaut und können es nicht, solange noch der Grundsatz des **kapitalistischen Wirtschaftssystems** besteht. Darüber sollten sich auch die übrigen Parteien von links absolut klar sein und sollten nicht Vorschlägen ihre Zustimmung geben, die nur eine Irreführung der großen Menge des Proletariats bedeuten und eine gewisse Beunruhigung in die Bewegung hineinbringen, die mit Recht unter den Arbeitslosen ausgebrochen ist, weil sie sehen, daß weder von irgendeiner Regierungsstelle, noch von den Gewerkschaften oder sonstwo irgend etwas getan wird, um ihnen zu helfen. Vielmehr sollte man mit Vorschlägen kommen, die auch wirklich eine positive Regelung des Ganzen ergeben. Wenn sich aber die Sozialdemokraten darüber klar sind, daß im kapitalistischen Staate eine restlose Regelung nicht durchgeführt werden kann, dann sollte man wenigstens so ehrlich sein und sagen: weil wir das wissen, deswegen fordern wir die großen **Gewerkschaftsverbände** und die Massen auf, den Kampf gegen dieses korrupte kapitalistische System aufzunehmen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Sie rufen mir zu: es wird getan. Nun, Sie haben die zehn Punkte herausgegeben und damit eine Möglichkeit zu schaffen versucht, das Proletariat zu mobilisieren, aber was haben Sie bis dato zur Realisierung dieser zehn von den Gewerkschaften aufgestellten Punkte getan? — Nach unserer Überzeugung ist nichts geschehen, um die Millionen von Arbeitern in den Gewerkschaften zu mobilisieren, um auf die heutige Regierung, auf die heutige Gesellschaftsordnung einen Druck auszuüben in der Richtung der Verwirklichung der Minimalforderungen dieser zehn Punkte. (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen können Sie sich nicht dahinter verschanzen: wie soll das geschehen? Wo hier soviel Gewerkschaftsführer sitzen, die als Vertreter des großen Gewerkschaftsbundes in Frage kommen, die sich immer als Vertreter des Proletariats bezeichnen und erklären, daß soundsoviele Millionen Arbeiter hinter ihnen ständen, da sollten Sie auch wissen, wie man die Massen mobilisieren und die Forderungen Ihres, nicht unseres Programms durchführen kann.

Nun werden Sie sich bei Ihrer Untätigkeit vielleicht damit ausreden: jetzt ist nicht der geeignete Moment gekommen, — und ich sehe voraus, daß Sie das sagen werden; ja, ich wette hundert gegen eins, nachdem der Ausschuß den Vorschlag gemacht hat, auf den die Sozialdemokraten sich geeinigt haben, und die 10 Punkte, die hier die Grundforderungen auch der Anträge der Sozialdemokraten waren, zum Teil eine Kristallisation in dem Vorschlag des Ausschusses gefunden haben, werden Sie zu den Arbeitslosen kommen und den Arbeitern sagen: was wollt Ihr denn, Arbeiter und Arbeitslose? Wir haben ja ein Minimum dessen erreicht, was wir in den 10 Punkten gefordert haben. So werden Sie versuchen, es den Arbeitern verständlich zu machen. Wir wissen, daß dieser Vorschlag, der uns vom

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) Ausschuß vorgelegt ist, nur ein einziges Positives enthält, daß nämlich die **Unterstützungssätze der Arbeitslosen** um 20 bis 25 Prozent erhöht werden sollen. Man müßte nur einmal an einzelne Herren der Rechten des Hauses das Ersuchen stellen, sie möchten doch einmal 26 Wochen mit der Arbeitslosenunterstützung leben, sie sollten dann natürlich auch in den Genuß der jetzigen 20 bis 25 Prozent kommen. Ich glaube, wenn Sie nur 4 Wochen mit Ihren Familien mit diesem Hungerlohn leben müßten, würden Sie sehr bald einsehen, ob man mit diesen Unterstützungen auskommen kann. Dann werden Sie sehr bald sagen — Sie würden vielleicht sogar radikal werden —: wir müssen unbedingt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung haben.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber ich bin der Überzeugung, daß sicherlich die meisten von Ihnen niemals erwerbslos gewesen sind und niemals mit diesem Lohn oder dieser Abfindungssumme leben mußten, daß Sie, die Sie ja so quasi auf dem Geldsack sitzen, natürlich weder Not und Elend verspürt haben. Eben weil sie das nicht wissen, weil sie diese Not und dieses Elend nicht am eigenen Körper empfunden haben, deswegen haben die Herren von der Rechten so wenig Verständnis für die Forderungen der Arbeitslosen.

Im anderen Sinne, sage ich, ist es auch unverständlich, daß die sozialdemokratischen Parteien sich auf dieses Konglomerat von nichts einlassen und ihm ihre Zustimmung geben, ohne daß etwas absolut Positives für die Erwerbslosen dabei herauskommt. Was nützt es denn, wenn den 300 000 und noch mehr Erwerbslosen in Deutschland Versprechungen gemacht werden, daß vielleicht in zwei Monaten die einzelnen Ressorts der Regierung so weit sind, Aufträge zu vergeben, damit die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, daß

(B) vielleicht in zwei Monaten oder einem Monat die Arbeitslosenunterstützungssätze um 20 bis 25 Prozent erhöht werden? Wenn ich nicht irre, beträgt momentan die Arbeitslosenunterstützung in Berlin pro Tag 10 Mark. Rechnen Sie die 20 oder 25 Prozent, die die Regierung gibt, wenn sie gnädig ist, hinzu! Was sollen die Arbeitslosen pro Tag mit diesem Gelde anfangen? Nun kommen noch die Unterstützungssätze für Frauen und Kinder. Bei den heutigen Preisen, bei der jetzt kommenden Erhöhung des Brotpreises, bei den ungeheuer hohen Kartoffelpreisen und den hohen Mieten werden die Arbeitslosen mit diesen Unterstützungssätzen nicht auskommen können. Wenn dann die Regierung kommt und den Arbeitslosen sagt: ihr müßt einfach, da wir nicht mehr geben können — der Finanzminister sperrt uns die Mittel, er kann nicht mehr bewilligen —, die sogenannte Wohlfahrtspflege, diese Armenpflege in Anspruch nehmen, so sage ich: eine Regierung und ein Reichstag, der diese Arbeitslosen, diese Elendesten der Armen, darauf verweist, daß sie sich durch die Wohlfahrtspflege über Wasser halten sollen, oder die ihnen nahelegt, die **Armenunterstützung** zu beziehen, und erklärt, daß man den Arbeitslosen von Reichs wegen nicht mehr geben kann, zeugt nach unserer Überzeugung von einer absoluten Verständnislosigkeit für unsere Volkswirtschaft. Denn die Arbeitslosen sind sicherlich nicht, wie ich das vielleicht mit einem großen Teil des Hauses annehmen darf, zum Vergnügen arbeitslos. Sie sind arbeitslos, weil das heutige Wirtschaftssystem den Arbeitslosen keine Arbeit geben kann. Da geht es doch nicht an, zu sagen: weil die Arbeitslosen einmal da sind und uns zur Last liegen — Ihrer kapitalistischen Produktionsordnung —, deswegen muß man den Arbeitslosen die Armenpflege angedeihen lassen, oder, wie der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach in Beantwortung des Briefes der 10 Punkte vom Gewerkschaftsbunde (C) gesagt hat:

> Es besteht nur eine Möglichkeit, da das Finanzministerium nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen kann, auf dem Wege der Wohlfahrtspflege
>
> (hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)
>
> den Arbeitslosen irgendwie Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ein noch größeres Unglück, möchte ich sagen, ist es für diesen Reichstag und für die Regierung, daß der ehemalige Reichskanzler darauf hinweist, daß zum Beispiel auf ähnliche Weise verfahren werden muß, um die Schulspeisung der **unbemittelten Kinder** durchzuführen, „wie das tatsächlich heute schon an vielen Orten, nicht zuletzt dank der hochherzigen ausländischen Freunde geschieht". Also hier beruft sich der Reichskanzler ganz besonders auf die ausländischen Freunde. Er beruft sich deswegen darauf, weil Sie, meine Herren, kein Verständnis für die Not und das Elend der Arbeitslosen und aller derjenigen, die kein Existenzminimum haben, besitzen. Es ist bedauerlich, sage ich, daß ein deutsches Volk auf die Hilfe der Ausländer, auf die **Quäkerspeisung** angewiesen ist,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß nicht die Agrarier, die Grundbesitzer, die Großindustriellen die Mittel aufbringen können für die Ärmsten der Armen, wo Sie im Überfluß täglich so viel verschlemmen. Solange noch die Regierung und dieses „hohe Haus" kein Verständnis für die Arbeitslosen besitzt, so lange wird natürlich auch diese Frage nicht restlos gelöst werden können.

Ich will nur noch sagen, daß für uns die Arbeitslosenfrage und das ganze Problem ganz eng zusammenhängt mit dem Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeitslosenfrage kann erst gelöst werden, wenn die **kapitalistische Ausbeutungswirtschaft** (D) überwunden wird, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem abgelöst wird durch eine **sozialistische, kommunistische Produktionsordnung.**

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist unser Grundsatz. Sie werden ja noch sehr lange ähnliche Doktorarbeiten machen, wie Sie sie in diesem Ausschuß zur Arbeitslosenfrage gemacht haben, und wir werden es erleben, daß die Arbeitslosenfrage nur gelöst werden kann durch Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung.

Des weiteren sind wir uns auch darüber klar — ich habe das schon anfangs gesagt —, daß die große Reservearmee der Arbeitslosen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika, England, Frankreich und sonstwo vorhanden ist, das typische Zeichen für den Verfall der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Diese große Reservearmee der Arbeitslosen, die Sie auch nicht mit dem System des Professors Gruber aus der Welt schaffen können, wollen Sie ja gerade erhalten

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

im Interesse des Profites, ich möchte sagen, im Interesse der kapitalistischen Gesellschaftsunordnung. Weil die Arbeitslosen nichts zu hoffen haben, weder vom Reichstag noch von der heutigen Regierung, noch auch von dem heutigen Wirtschaftssystem,

(Zuruf: Noch von Ihnen!)

deshalb rufen wir den **Arbeitslosen** zu, daß sie gemeinsam mit den Arbeitenden den **Kampf gegen** dieses **heutige Wirtschaftssystem** aufnehmen müssen. Nur wenn dieser Kampf auf breiter Grundlage geführt wird, nur wenn die Arbeitslosen in voller Solidarität mit den Arbeitenden gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung kämpfen — —

(Zuruf rechts.)

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) — Ja, Herr Kollege Hammer, das mag Ihnen unangenehm sein! Sie als offizieller Vertreter des Krautertums sind natürlich anderer Meinung. Sie haben dem Ausschuß bewiesen, daß Sie am allerwenigsten Verständnis für die Arbeitslosen haben. Das werden mir selbst die Kollegen von der Sozialdemokratie bestätigen müssen. Es hat ja heute erst in dieser Beziehung eine kleine Auseinandersetzung gegeben.

Wenn die sozialdemokratischen Parteien den Kampf für diese Minimalforderungen, für die zehn Punkte nicht aufnehmen wollen, dann müssen wir allen Arbeitern zurufen, daß sie einfach über die Köpfe dieser Gewerkschaften hinaus den Kampf aufnehmen müssen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ja, Herr Kollege, wenn Sie sich darauf berufen, daß die Arbeiter zu vernünftig sind, um den Kampf aufzunehmen, so ist das das beste Charakteristikum Ihrer Einstellung. Wenn heute die großen Mengen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Kampf außerhalb des Parlaments noch nicht aufnehmen für die Forderungen, die sie gestellt haben und die Sie nicht vertreten wollen, dann werden die Millionen der **Gewerkschaftsarbeiter** einfach über kurz oder lang durch die immer weitere Verelendung der heutigen Gesellschaftsordnung dazu gezwungen werden. Darüber sind wir uns ganz klar. Die immer wachsende Not und das immer fortschreitende Elend, das immer tiefere Hinabsinken großer Proletarierschichten wird nicht aufgehalten, solange das heutige System noch besteht. Daran werden auch Sie nichts ändern. Wenn Sie den aktiven Kampf zur Überwindung dieses Systems nicht wünschen, dann werden die Massen des Proletariats durch den Gang der Geschichte und durch die Entwicklung dazu gezwungen, sich gegen das weitere Versinken

(B) in Not und Elend zu wehren und den Kampf ohne Sie aufzunehmen, gegen die Gewerkschaftsführer und selbst gegen die sozialdemokratischen Führer, weil die Not allen auf den Nägeln brennt. Da werden auch alle Überredungskünste und alle demagogischen Kniffe nichts nützen.

(Lachen und Zurufe.)

— Meine Herren von rechts, wir wollen uns doch nicht über Demagogie auseinandersetzen.

(Lachen.)

Sie sind doch die ausgefeimtesten Demagogen, die es überhaupt geben kann.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Plettner, für diese Bezeichnung muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Plettner, Abgeordneter: Ich will sagen, daß alle Beschwichtigungsgründe, die angeführt werden, sei es nun von rechts, sei es von den Sozialdemokraten, nicht zur Lösung dieses Problems beitragen. Die Arbeiter werden einsehen, daß sie weder von der heutigen Regierung noch durch den Reichstag eine Lösung dieser Frage erwarten dürfen, daß sie selbst die Lösung herbeiführen müssen, indem sie den Kampf gemeinsam Schulter an Schulter führen und die heutige **kapitalistische Ausbeutungswirtschaft** überwinden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn wir endlich das Privatkapital aus der Produktion ausschalten, dann wird nicht mehr der Profit maßgebend sein dafür, ob der Betrieb aufrechterhalten werden soll, sondern die Notwendigkeit, die Bedarfsgegenstände des Volkes herbeizuschaffen. Mögen Sie heute an der Erwerbslosenfrage mit einem Lächeln vorübergehen, Sie werden es noch zu spüren bekommen, daß die Arbeitslosen und die Arbeiter, weil Sie es nicht (C) verstanden haben, diese Frage zu meistern, zur Selbsthilfe schreiten und versuchen, diese heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine sozialistische Produktions- und Bedarfswirtschaft umzuformen. Das ist der Grundsatz, den wir aufstellen müssen.

Ich möchte nun noch erwähnen — —

(Rufe rechts: Aber! Aber!)

— Ja, meine Herren von rechts, wenn Sie mich nicht hören wollen, — da hat der Zimmermann das Loch gelassen, gehen Sie doch raus! Bilden Sie sich doch nicht ein, daß ich für Sie rede!

(Lachen rechts.)

Bilden Sie sich doch nicht ein, daß ich mir einbilde, ich wollte einen deutschnationalen Geldsackpolitiker überzeugen. Ich bilde mir das nicht ein. Aber was ich hier in der Arbeitslosenfrage zu sagen habe, das sage ich, ob Sie es wünschen oder nicht. Da müssen Sie sich also schon noch so lange gedulden, bis ich aufhöre zu reden! — Ich will nur noch erwähnen, daß nach unserer Überzeugung der Ausschuß und auch der Reichstag diese Frage, eine Frage von so einschneidender volkswirtschaftlicher Bedeutung, seit Monaten hingezögert hat und daß er sie jetzt absolut negativ und ungenügend gelöst hat. Ich zweifle nicht daran: die Arbeitslosen und auch die Arbeitenden werden erkennen, daß das, was hier der Ausschuß produziert hat, was aus den monatelangen Kämpfen im Ausschuß hervorgegangen ist, weiter nichts ist als etwas weiße Salbe für die Arbeitslosen sowohl wie für die Arbeitenden. Die Arbeiter und **Arbeitslosen** werden erkennen, daß die **Beschlüsse des Ausschusses und des Reichstages** absolut ungenügend sind, und daß wir in ganz kurzer Zeit vor derselben Frage stehen, vor der wir heute stehen, daß die Arbeitslosen Sturm laufen und daß die Existenzunsicherheit der noch Arbeitenden eine weit größere (D) wird. Diese Tatsache zwingt alle Arbeitenden, ob es die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften und ob Sie von rechts es wollen oder nicht, den Kampf aufzunehmen zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Aufrichtung der sozialistischen, kommunistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen und Zurufe rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dißmann.

Dißmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist nicht mehr möglich, das große Problem, das uns fast zwei Wochen lang im Volkswirtschaftlichen Ausschuß beschäftigt hat, heute in dieser vorgerückten Stunde, wo alles auf dem Sprunge steht, abzureisen, einigermaßen erschöpfend hier im Plenum zu behandeln. Wir müssen uns deshalb mit wenigem begnügen.

Ich beginne damit, die Aufmerksamkeit des Hauses wie der Regierung auf einen Industriezweig zu lenken, dem eine schwere Katastrophe droht, ich meine die deutschen Werften und die Werftarbeiter, die von dieser Katastrophe betroffen werden. Nach dem Kriege glaubte man, daß auf den deutschen Werften auf eine Reihe von Jahren hinaus Hochkonjunktur herrschen würde, um den Ersatz für die verlorengegangene deutsche Handelsflotte zu schaffen.

Wo sind wir heute? Wir haben im Laufe der letzten Wochen die Kunde bekommen, daß den deutschen Werftarbeitern eine **Massenentlassung** von rund 30 000 Mann droht. Das muß die Regierungsstellen, wie alle, denen es um die Arbeitslosen zu tun ist, veranlassen, auf die Kreise einzuwirken, auf die hier eingewirkt

(Dißmann, Abgeordneter.)

(A) werden kann und muß, alles zu tun, um eine Vergrößerung des Massenelends hintanzuhalten.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Wie das geschehen kann? Eine Werftarbeiterkonferenz, auf die auch schon mein Herr Vorredner mit einem Wort bezug genommen hat, hat sich mit den Schwierigkeiten auf den Werften beschäftigt, mit den Schwierigkeiten, die, soweit sie formaler Natur sind, aus folgenden Gründen entstanden sind. Der Reichstag hat im Februar dieses Jahres als **Abfindungssumme** für die deutschen **Reeder** insgesamt 12 Milliarden bewilligt.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Gegen Ihren Widerspruch!)

— Ich komme darauf, kann aber den Zwischenrufen von vornherein eines versichern: wer in den Bauausschuß und Verteilungsausschuß Einblick genommen hat, um sich einmal in die Probleme zu vertiefen, um nachzuschauen, wie mit den Milliarden gewirtschaftet wird, der kann keinen Zweifel darüber hegen, daß unsere Stellung richtig war, diesen Blankowechsel von 12 Milliarden den Reedern nicht in den Schoß zu werfen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So steht es in der Praxis!

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sie wollen es überhaupt nicht!)

— Verehrter Herr Kollege, Sie bleiben heute und für alle Zukunft den Beweis schuldig, daß das hohe Haus und die Regierung sich irgendwie in nennenswerter Form auch nur das Recht vorbehalten hat, eine Kontrolle darüber vorzunehmen, wie mit diesen 12 Milliarden gewirtschaftet wird. So ists! — Ja, bitte, Sie schütteln Ihr Haupt; dann ersuche ich Sie recht höflich, sich in die Dinge zu vertiefen und sich darum zu

(B) kümmern.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Sie haben ja dagegen gestimmt!)

— Bitte, wir haben dagegen gestimmt, und zwar mit vollem Recht; denn wir haben pflichtgemäß dagegen stimmen müssen, weil die 12 Milliarden Mark als Blankowechsel den Reedern gegeben worden sind, unbekümmert darum, wie mit diesen Geldern gewirtschaftet wurde. Wir sehen gerade jetzt an der Katastrophe auf den Werften, daß die Milliarden nicht, wie Sie es damals hingestellt haben, lediglich dazu gedient haben, um arbeitslose Werftarbeiter zu beschäftigen. Ich möchte die Milliarden einmal kennen lernen, die nicht dazu verwandt worden sind, um die Beschäftigung der Werftarbeiter zu gewährleisten, sondern um die Interessen der besitzenden Kreise zu fördern!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So liegt es in der Praxis!

Tatsache ist folgendes. Nach dem **Bauprogramm**, das die Schiffsbau-Treuhandbank auf fünf Jahre festgelegt hat, haben wir jetzt die Tatsache zu verzeichnen, daß die Summe, die für das laufende Baujahr zur Verfügung gestellt wird, um die Hälfte gegenüber dem von den Werften für das laufende Baujahr angeforderten Betrag zurücksteht. Das zunächst!

Nun kommen die Werften und sagen: dann müssen wir die Hälfte der Belegschaft entlassen. Das ist für sie das einfachste Rezept. Wenn Sie hier in einem Zwischenruf uns vorhielten, daß wir seinerzeit gegen die 12 Milliarden gestimmt haben, und wenn Sie seinerzeit die Milliardenforderung damit begründet haben, daß sie zur **Beschäftigung der deutschen Werftarbeiter** dienen solle, dann möchte ich aus der Fülle der Praxis nur ein typisches Beispiel für heute hervorheben. Wenn die Milliarden lediglich den deutschen Werftarbeitern zugute kommen sollen, wie kommt dann (C) einer der großen Reeder — ich will den Namen in diesem Augenblick nicht nennen —

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Warum denn nicht?)

dazu, allein für den Kauf von ausländischen Schiffen in diesem Jahre 166 Millionen zu verwenden?

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn es den Reedern nur darum zu tun wäre, die 12 Milliarden zu verwenden, um deutsche Werftarbeiter zu beschäftigen, dann würde man nicht im selben Atemzug sagen: was scheren mich die deutschen Werftarbeiter in diesem Augenblick; ich kaufe meine Schiffe, wo ich sie am billigsten bekommen kann. Man kauft die Schiffe vom Auslande auf, weil die abgelieferte deutsche Handelsflotte infolge der Überfüllung der Welttonnage,

(aha! bei den Deutschen Demokraten)

— jawohl, infolge der Überfüllung der Welttonnage im Augenblick zu billigem Preise angeboten wird. So liegt es, und wenn die Profitinteressen der Reeder in Frage kommen, hat das Interesse der deutschen Werftarbeiter zu schweigen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Die Interessen der Seeleute und des gesamten deutschen Wirtschaftslebens!)

— Jetzt reden Sie auch noch von den Interessen der deutschen Seeleute? Nein, bei den 12 Milliarden, die hier bewilligt sind, kommen nicht die Interessen der deutschen Seeleute und nicht die Interessen der deutschen Werftarbeiter in erster Linie zur Geltung, sondern in erster Linie die „notleidenden" Reeder und die mit ihnen Stammesverwandten. Darüber haben wir uns schon früher auseinandergesetzt.

(D) Ich will in diesem Augenblick nur darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, in der rücksichtslosen Weise zu verfahren, um Zehntausende von Werftarbeitern einfach dem Pflaster preiszugeben. Darum haben die Werftarbeiter einmütig den Beschluß gefaßt, zu verlangen, daß erstens das **Bauprogramm** der Not der Zeit entsprechend **verkürzt** wird, um in der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Depression nicht Zehntausende von Werftarbeitern der Arbeitslosigkeit preiszugeben. Wir haben ein Anrecht, von Reedern und Werftbesitzern zu verlangen, daß sie dieser Forderung entsprechen. Wenn die Werftarbeiter einmütig weiter forderten, daß sie voraussetzen können, daß die Werften sich bemühen, nicht nur Arbeiten von abfindungsberechtigten Schiffen zu erhalten, sondern darüber hinaus auch im wirtschaftlichen Umstellungsprozesse, so kann das nur unterstrichen werden. Wenn die Reeder auf der einen Seite, wie ich an dem Beispiel gezeigt habe, für den Ankauf von Auslandsschiffen Hunderte von Millionen verwenden, dann können wir drittens von denselben Reedern auch verlangen, daß sie aus ihrem eigenen Besitzstand und nicht nur aus Reichsmitteln Gelder flüssig machen, um die Werftarbeiter vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Zum vierten haben wir die Forderung zu stellen, daß, wenn alle Stricke reißen und Not am Mann ist, **Feierschichten** eingelegt werden, so hart und schwer es die Arbeiter treffen mag; sie wollen in gemeinsamer Solidarität zusammenstehen, um nicht einen Teil ihrer Kameraden dem wirtschaftlichen Elend preiszugeben.

Aber bei der vierten Forderung nur noch den einen Hinweis. Was erleben wir? — Die Tatsache, daß auf den einzelnen Werften bereits mit **Massenentlassungen**

(Dißmann, Abgeordneter.)

(A) eingesetzt worden ist. Ich weise auf die Aktiengesellschaft Weser in Bremen und auf Ankündigungen aus der letzten Woche hier, die mehrere andere Werften betreffen.

Dann will ich in diesem Zusammenhang noch mit wenigen Worten die Vorkommnisse auf der **Schichauwerft in Elbing** zur Sprache bringen. Ich sehe ganz davon ab, die Vorgänge im einzelnen zu schildern. Nur die wichtigsten Tatsachen will ich im rohen Rahmen erwähnen. Die Arbeiter verhandelten durch den Betriebsrat wegen Lohnforderungen und wegen eines minimalen Urlaubs. Wenn die Löhne der ungelernten Arbeiter 2,70 Mark pro Stunde in Elbing betragen, dann wird wohl keiner aus dem Hause behaupten wollen, daß damit auch nur das Existenzminimum erreicht ist.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Hungerlöhne!)

— Ja, Hungerlöhne. Und was macht der Besitzer? — Er gibt eine brüske provokatorische Ablehnung, nichts anderes. Die Arbeiter sind erbittert und sind dazu übergegangen, gegen dieses provokatorische Vorgehen des Unternehmers zu demonstrieren. Diese Demonstration hat 10 Minuten gedauert. Sie gab dem Unternehmer Veranlassung wahrzumachen, was er wollte, nämlich die Provokation, die er gegenüber der Arbeiterschaft an den Tag gelegt hatte, nunmehr zu vollenden und die Arbeiter auszusperren. 6000 oder 7000 Arbeiter haben sechs bis sieben Wochen auf der Straße gelegen. Alle Bemühungen waren fruchtlos. In derselben provokatorischen Weise wie der Unternehmer gegen die Arbeiter auftrat, ist er auch den einzelnen Behörden gegenübergetreten. Ob der Oberbürgermeister von Elbing vermittelte oder die Herren vom Reichsarbeitsministerium oder von anderen Stellen, ganz gleich, sein

(B) Herrenstandpunkt ließ es nicht zu, irgendwie mit sich reden zu lassen. Selbst nachdem in der letzten Woche ein Schiedsgericht stattgefunden hatte, Herr Carlson, Besitzer der Schichauwerft, lehnt es aber ab, vor dem Verhandlungstisch zu erscheinen. Er lehnt es ab, auch nur Beisitzer zu dem Schiedsgericht zu ernennen, zweifellos in dem Bewußtsein seiner eigenen Schuld oder seiner Herrengröße, beides zugleich. Das Schiedsgericht hat ein Urteil gefällt, das wirklich von A bis Z dem Unternehmer versucht Rechnung zu tragen, unendlich viel mehr, als nach Recht und Billigkeit in Frage kommen kann. Trotz alledem, der Besitzer der Schichauwerft erkennt auch diesen Schiedsspruch nicht an, er kennt nur eins: die Arbeiter sollen erbarmungslos vor ihm zu Kreuze kriechen.

Wenn wir ein solches Verhalten sehen, dann habe ich die Frage an die Regierung zu richten, wie sie sich einem solchen Vorgehen gegenüber stellt. Wenn sich hier das hohe Haus mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, mit der Not der Arbeitslosen beschäftigt, und wenn sich dann Vorgänge geschilderter Art auf einer Werft abspielen, die, wie in diesem Falle die Schichauwerft, viele Dutzende von Lokomotiven in Staatsbestellung hat und abfindungsberechtigte Schiffe baut, also alles Arbeiten aus dem allgemeinen deutschen Steuersäckel, dann haben wir wohl ein Anrecht darauf, zu verlangen, daß auch hier zum rechten gesehen wird, um den Besitzer der Schichauwerft dazu zu bringen, daß er seine Arbeiter menschenwürdig behandelt und bezahlt. Das ist das wenigste, was wir verlangen müssen. Ich richte an die Regierung die Anfrage: was hat sie getan, um diesem Übelstande zu steuern, und wie stellt sie sich zu dem neuesten Vorgehen des Unternehmers, der unter allen Umständen tausend und mehr Arbeiter auf der Straße lassen will, um durch brutale Unternehmerwillkür die Arbeiter in großem Maße weiter dem Hungertuche preiszugeben? (C)

Ich sehe in diesem Stadium der Beratungen davon ab, das nicht nur unverständliche **Urteil des Landgerichts in Elbing** im einzelnen zu schildern. Ich hoffe, es wird sich bei anderer Gelegenheit noch die Möglichkeit bieten, darauf zu sprechen zu kommen, daß es mit der Reichsverfassung in striktem Widerspruch steht, wenn das Landgericht in Elbing dazu übergegangen ist, einfach ein **Streikpostenverbot** auszusprechen. Und wenn die Polizei ebenfalls dazu beigetragen hat, dem Besitzer der Schichauwerft Bütteldienste zu leisten, ist das ebenso aufs tiefste zu bedauern. Das zu den Werften, das zu Schichau!

Nun einige Worte zum Problem selbst. Es verlockt, es erneut aufzurollen, um so mehr nach den Darlegungen meines Herrn Vorredners, des Kollegen Plettner. Ich will das nicht tun. Ich will dem Vorredner gegenüber nur eins sagen: wenn die Kameraden der Kommunistischen Fraktion der Meinung sind, als Arbeitervertreter auch hier die **Notlage der Arbeitslosen** dazu zu benutzen, innerhalb des Reichstages den **Bruderzwist proletarischer Parteien** weiter zu schüren, dann sage ich Ihnen von dieser Stelle: wir folgen Ihnen nicht, wir verzichten darauf. Wenn in einer Frage der eiserne Zwang gegeben ist, daß diejenigen Vertreter des Parlaments, die sich proletarische Vertreter nennen wollen, gemeinsam arbeiten und sich nicht gegenseitig herunterreißen, zum Hohnlachen der Rechten dieses Hauses, dann ist es wahrlich bei der Frage der Notlage der Arbeitslosen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bedauere die Angriffe, die der Vorredner glaubte von dieser Stelle an uns richten zu sollen, nicht in unserm Interesse, denn an uns prallen die Angriffe ab. (D) Ich bedauere aber im Interesse der Arbeitslosen aufs tiefste, daß der Vorredner es nicht vermeiden konnte —

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das festzustellen, was wirklich ist!)

— Bitte sehr, festzustellen, was wirklich ist, da sind wir wahrlich stets mit vollem Herzen dabei. Muß es aber schon sein, dann will auch ich nicht darauf verzichten, mit ein paar Worten noch darauf einzugehen.

Zunächst das eine, meine Damen und Herren. Es ist von dem Vorredner, dem Herrn Kollegen Plettner, gesagt worden, wir und ich insbesondere hätten im Ausschuß den bürgerlichen Parteien zugeredet, daß sie doch nur ja etwas bewilligen sollten. Reden Sie, Herr Kollege Plettner, etwa hier im hohen Hause oder im Ausschuß, damit den Arbeitslosen nichts bewilligt werden soll?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Fast könnte es so scheinen. Ich spreche ganz offen hier von dieser Stelle aus, daß allerdings aus der Rede des Herrn Kollegen Plettner der Zorn hervorzuleuchten schien, daß überhaupt etwas für die Arbeitslosen geschaffen worden ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Das ist meine Meinung.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Machen Sie doch kein Theater!)

— Nein, das Theater haben Sie gemacht, kein anderer. Sie wissen ganz genau, namentlich soweit Sie im Ausschuß vertreten waren, daß das, was in der Vorlage steht, uns wahrlich nicht genügt. Keinem Sozialisten kann es einfallen, sich irgendwie einzubilden, daß mit

(Dißmann, Abgeordneter.)

(A) diesen Beschlüssen, die hier jetzt gefaßt werden sollen, das Arbeitslosenproblem zu lösen wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nein, wer wirklich Sozialist ist und wer sich das Abc des Sozialismus seit Jahrzehnten an den Schuhsohlen abgelaufen hat, der weiß allerdings, daß die **Arbeitslosenfrage** steht und fällt mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und daß an deren Stelle erst eine andere Wirtschaftsordnung treten muß.

Aber wenn wir das wissen und einer anderen Lösung dieser Frage zustreben, so kann uns das nicht der Pflicht entheben, solange die kapitalistische Wirtschaft noch herrscht und die Zusammensetzung dieses Hauses einen Mehrheitsbeschluß der drei sozialistischen Parteien nicht zuläßt, unter den gegebenen Umständen alles zu tun, was menschenmöglich ist, um für die Arbeitslosen herauszuholen, was herausgeholt werden kann.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Und das haben wir getan. Mögen Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) hier an dieser Stelle wie an anderen Orten versuchen, Ihr trauriges Spiel weiter fortzusetzen, uns trifft es nicht. Aber über jeden Groschen, der den Arbeislosen mehr gegeben wird durch unsere Mühe, werden wir uns herzlich freuen. Das sei Ihnen gesagt.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Ja, Sie lachen. Ich sage Ihnen auch noch ein anderes.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Theater!)

(B) — Nein, Theater machen andere. — Ich meine allerdings, daß oftmals gelacht wird über die Not der Arbeitslosen, nur um sein Parteisüppchen daran kochen zu können.

(Lebhafte Zustimmung und lebhafte Rufe rechts, in der Mitte, bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört! — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Bitte sehr, ich sage Ihnen jetzt in Kürze das, was Ihnen gesagt werden muß. Und glauben Sie, draußen im Lande sprechen wir uns wieder.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wir uns auch!)

— Ja, gewiß. — Wenn Sie hier angekündigt haben, die Massen würden die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften hinwegfegen usw., so sehen wir der Entwicklung ruhig entgegen, darauf können Sie sich verlassen. Wir trauen auch den Massen noch soviel Verständnis zu, daß sie, auch wenn sie mit dem wenigen, was in der Vorlage steht, — worin wir Ihnen (zu den Vereinigten Kommunisten) zustimmen — nicht zufrieden sein können, trotz alledem objektiv zu werten wissen werden, welche unendliche Mühe wir uns gegeben haben, etwas wenigstens für sie herauszuholen. Die Vorlage von heute kann wahrlich nicht den Abschluß des ganzen Problems darstellen. Auch wir haben in der Vorlage im ersten Satz gesagt: „Die Arbeitslosigkeit ist mit den Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden." Davon kann sie nicht getrennt werden. Das Problem wird wiederkehren, namentlich wenn demnächst infolge des gewaltigen Steuerbuketts eine neue Teuerungswelle einsetzen wird. Dann werden wir erneut an das Haus herantreten und versuchen müssen, unseren Forderungen hier wie auch an anderen Stellen Geltung zu verschaffen.

Aber, meine Damen und Herren, mich oder einen der (C) Vertreter der sozialistischen Parteien auch nur mit einem Wort gegen die Anwürfe zu verteidigen, daß wir in Demut ersterben, wenn wir eine Erklärung von der hohen Regierung entgegenzunehmen haben, das hieße, dem Vorredner zuviel Ehre antun. Darauf können wir herzlich gern verzichten. Wenn der Herr Vorredner von Redensarten und Phrasen spricht, dann hat er jedenfalls von sich auf andere geschlossen.

(Heiterkeit.)

Es ist keine Rede davon, daß wir etwas preisgeben, wenn wir dieses mühevoll zustande gebrachte Werk annehmen. Wir haben da zweierlei zu unterscheiden, zunächst den materiellen Inhalt. Er besteht darin, daß den **Arbeitslosen** und den **Kurzarbeitern** eine Aufbesserung ihrer unzureichenden **Unterstützung** zuteil werden soll. Wir sind mit dieser **Erhöhung** nicht zufrieden. Unsere Anträge, die weitergingen, sind aber abgelehnt worden, und ich sehe keine Möglichkeit, heute in vorgerückter Stunde an der Beschlußfassung noch etwas zu ändern. Für uns bleibt bestehen, daß die von uns gestellten Forderungen das mindeste waren, was der Reichstag hätte beschließen müssen. Wir bedauern, daß das nicht geschehen ist, und werden selbstverständlich erneut mit unseren Anträgen wiederkommen.

Den anderen Teil der Vorlage erklärte der Herr Vorredner für weiße Salbe, für hohle Phrasen; er sagte, es stecke nichts Positives darin. Das hängt aber davon ab, wie wir — und diesen Appell richte ich an alle drei sozialistischen Arbeiterfraktionen — unserem Einfluß Geltung verschaffen, damit aus dem Inhalt dieser Vorlage praktische Wirklichkeit wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wäre es nicht so, wie das traurige Schulbeispiel zeigt, (D) das wir in der letzten Stunde hier erleben mußten, sondern würden wir einmütig in **proletarischer Geschlossenheit** für diese Dinge eintreten können, dann wäre es weit besser um die Arbeitslosen und um das Proletariat bestellt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was an uns liegt, wird geschehen, um heute wie in Zukunft praktisch für das einzutreten, was in den Vorschlägen hier niedergelegt ist.

Der Herr Vorredner sagte: da haben Sie eine schöne Doktorarbeit gemacht. Darauf sei bescheiden bemerkt: ein Doktor fehlte uns allerdings bei der ganzen Arbeit, und das war der Vertreter der kommunistischen Fraktion.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist wirklich wunderbar, daß ich hier vor dem Hause feststellen muß, daß drei, vier und mehr Tage im **Volkswirtschaftlichen Ausschuß** von einem **kommunistischen Vertreter** überhaupt nichts zu sehen und zu hören gewesen ist.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Ich stelle weiter fest, daß, wenn uns jetzt die kommunistische Fraktion einen Antrag Bartz und Genossen unterbreitet, der kommunistische Vertreter in der Kommission es nicht für der Mühe wert gehalten hat, für diesen Antrag einzutreten oder sich an der Abstimmung zu beteiligen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Da muß ich denn doch die Frage stellen, ob der Herr Kollege Plettner berechtigt war, uns in dieser Form anzugreifen. Nein, wenn es ihm ernst ist mit der Ver-

(**Dißmann**, Abgeordneter.)

(A) tretung von Arbeiterforderungen, dann hat er die erste und heiligste Pflicht, überall da, wo der Platz ist, für diese Arbeiterforderungen einzutreten, auch anwesend zu sein. Ich stelle weiter fest, daß zwei Anträge von uns nur deshalb mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden sind, weil der kommunistische Vertreter wiederum nicht zur Stelle war.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Bei dem Antrag, der heute erneut von den Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen gestellt worden ist, haben wir es nur den kommunistischen Vertretern zu verdanken, daß er im Ausschuß zu Falle gekommen ist. Weiter wurde in einem Antrage von uns verlangt, daß entsprechend der Teuerungswelle die Regierung eine Vorlage machen solle, nach der automatisch nach der Teuerungswelle die Gehälter und Löhne steigen sollten. Auch dieser Antrag ist im Ausschuß nur durch das Fehlen des kommunistischen Arbeitervertreters zu Fall gekommen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

So liegen die Dinge, und wenn es Euch (zu den Vereinigten Kommunisten) jetzt noch nicht langt, dann meldet Euch, ich kann Euch noch mit anderen Dingen dienen.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Immer heraus damit!)

— Wer schimpft, hat unrecht.

(Erneutes Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das sage ich Ihnen. —

Verehrte Anwesende, nachdem ich dies zu meinem Bedauern feststellen mußte, will ich noch folgendes hinzufügen. Für uns war es keine Freude, diese Dinge heute hier auszusprechen. Aber wenn eine Fraktion dieses Hauses uns dauernd angreifen zu können glaubt, (B) wenn wir im Interesse der Arbeiterklasse tätig sind, dann muß ihr auch einmal in kurzen Worten das gesagt werden, was ihr gebührt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist heute geschehen.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Kein Zwischenruf wird mich davon abhalten, das auszusprechen, was ausgesprochen werden muß.

Wenn gesagt wird, um das nur noch hervorzuheben, die Gewerkschaften wollten die Massen nicht mobilisieren, die Gewerkschaftsvertreter hätten keine Courage, in der Praxis etwas für die Arbeiter zu tun usw., so braucht ja nur festgestellt zu werden, meine verehrten Kollegen um Plettner, daß die Gewerkschaftsvertreter, zu denen wir gehören, an allen Plätzen, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, versuchen, für die Arbeitslosen einzutreten, sei es bei den Bemühungen im Reichsverkehrsministerium in bezug auf Staatsaufträge, sei es bei den Werften oder bei anderen Gelegenheiten. Ich freue mich allerdings, auch hier konstatieren zu können, daß am letzten Sonntag, als wir in Hamburg beisammen waren und den Vertretern der deutschen Werftarbeiter einen objektiven Bericht über unsere bisherigen Bemühungen im Interesse der Arbeiterschaft erstatteten, von den anwesenden Kommunisten mindestens dreiviertel mit für das Vertrauensvotum der Gewerkschaftsvertreter gestimmt haben,

(lebhafte Rufe: hört! hört!)

um damit zum Ausdruck zu bringen, daß auch sie nicht an den Bemühungen rütteln können und wollen, die ihre Organisationsvertreter bisher an den Tag gelegt haben.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Das paßt Ihnen natürlich nicht; aber das hindert uns nicht daran, alles das festzustellen, was uns als (C) notwendig erscheint. —

Meine Damen und Herren! In dieser vorgerückten Stunde kann der deutsche Reichstag nicht auseinandergehen, ohne wenigstens das zum Beschluß zu erheben, was nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse möglich ist. Was geschehen kann, muß geschehen. Ich habe bereits hervorgehoben, daß die Vorlage uns nicht genügt. Wir werden für die berechtigten Forderungen der Arbeitslosen hier wie an allen anderen Stellen auch weiterhin tätig sein. Ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß wir keine volle Lösung des ganzen Problems auf kapitalistischer Grundlage für möglich halten. Das brauchen wir dem hohen Hause nicht noch einmal im besonderen zu versichern.

(Sehr richtig!)

Es bleibt übrig die letzte Frage, die der Vorredner angeschnitten hat: werden die Gewerkschaften die acht Millionen Mitglieder letzten Endes mobilisieren? Wenn hier im Hause die berechtigten Arbeiterforderungen kein Gehör finden, dann bleibt es bei dem, was wir an dieser Stelle, vor, irre ich nicht, etwa sechs Wochen erklärt haben. Vergleichen Sie heute ruhig und objektiv einmal die neun **Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** mit der Vorlage. Die Forderungen 1 bis 5 sind zum größten Teil wörtlich in die Vorlage übernommen worden. Bei der Forderung 6 „Kurzarbeit" steht die Entschließung aus. Bei Forderung 7 und 9 handelt es sich um die Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose und Kurzarbeiter. Unseren Forderungen hat man nicht voll entsprochen, sondern für heute nur die Hälfte bewilligt.

Bei Forderung 8 handelt es sich um Belebung des Baumarktes. Prüfen Sie selbst nach, und Sie werden finden, wie weit in der Vorlage das Berücksichtigung gefunden hat. (D)

Mag es eine Abschlagszahlung sein, wir werden für das gesamte Recht der Arbeiter naturgemäß nach wie vor tätig sein.

Wenn aber Kollege Plettner die Frage an uns richtet, wie will die Gewerkschaft die acht Millionen Arbeiter mobilisieren, dann kann ich Ihnen zum Schluß eines in aller Deutlichkeit erklären. Wenn die Gewerkschaften und alle Sozialisten die **Arbeitermassen für Arbeiterforderungen mobilisieren**, dann geschieht es allerdings nicht, um den Kampf bis zum Handgemenge unter den Proletariern selber zu forcieren. Dann werden wir die acht Millionen Arbeiter mobil machen gegen ihre natürlichen Gegner, aber nicht zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und nicht als Knüppelgarde, die aufgeputscht wird, um Gewerkschaftsbeamte und andere Gewerkschaftsführer blutig zu schlagen. Diese Ehre überlassen wir Ihnen herzlich gern.

Wir bitten Sie noch einmal zum Schluß, Einkehr zu halten gegenüber Ihrem wüsten, trostlosen Treiben und der Tatsache eingedenk zu sein, daß, wenn die Arbeiter in ihrer Gesamtheit sich nicht auf sich selbst besinnen und in diesem tollen Spiel nicht endlich eine Änderung eintritt, dann allerdings der Zeitpunkt kommen wird, wo die Arbeiter klagen müssen, für eine Generation und mehr ihre Sache verloren zu haben.

Das wollen wir nicht, und darum bitte ich Sie auch an dieser Stelle — mag es fruchten oder nicht —: Lassen Sie innerhalb und außerhalb des Hauses ab von diesem Bruderstreit! Versuchen wir uns näherzukommen und in **proletarischer Brüderlichkeit** auf proletarischer Kampfesgrundlage für die Sache der Arbeiter einzutreten. Dann wird die Sache der Arbeiter triumphieren, und dann wird der Zeitpunkt kommen, wo wir nicht mehr abgewiesen werden von einer

(**Dißmann**, Abgeordneter.)

(A) bürgerlichen Mehrheit dieses Hauses, sondern dann kommt der Tag, wo wir triumphieren als Arbeiter, als Sozialisten, hier und auf dem ganzen Erdenrund!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Der Herr Vorredner hat die Regierung gefragt, welche Stellung sie einnehme zu den neuesten **Vorgängen auf der Schichau-Werft in Elbing**.

Die Regierung bedauert mit dem Herrn Vorredner, daß der Schiedsspruch von der Arbeitgeberseite nicht angenommen worden ist. Die Arbeitnehmer haben nun ihrerseits die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Wir werden, wie das immer in solchen Fällen geschieht, ehe wir die Verbindlichkeitserklärung beschließen, nochmals mit den Parteien Fühlung nehmen und durch Rücksprache mit ihnen auf friedlichem Wege die ganze Sache zu erledigen suchen.

Sollte das nicht gelingen, dann wäre allerdings zu prüfen, ob hier nicht ein grundsätzlicher Widerstand des Unternehmers gegen den im Schlichtungsverfahren verkörperten Einigungsgedanken als solchen vorliegt. Einen solchen Widerstand mit allen gesetzlichen Mitteln zu brechen, halte ich allerdings für meine Pflicht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Dabei würde insbesondere zu prüfen sein, ob nicht schon bei der **Vergebung von Staatsaufträgen**, wie sie auch die Schichau-Werft in nicht unerheblichem Umfange erhalten hat, entsprechende Sicherungen getroffen werden müssen. Die Regierung muß von Unternehmern,

(B) die Staatsaufträge erhalten, erwarten und nachdrücklichst verlangen, daß sie den auf gesetzlichen Anordnungen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegenstellen.

(Zustimmung.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plettner.

(Große Unruhe.)

Plettner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Kollege Dißmann war der Meinung, wir **Kommunisten** hätten nicht an jeder **Ausschußsitzung** teilgenommen,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Überhaupt nicht!)

und das sei der Grund für die Ablehnung einzelner Anträge. Wenn er so naiv ist und glaubt, daß die Anträge, die mit unserer Stimme im Ausschuß angenommen worden wären, auch im Reichstag Zustimmung gefunden hätten, dann irrt er jedenfalls sehr. Herr Kollege Dißmann muß doch wissen, daß alle Anträge, soweit sie weitergehen, als das hohe Haus es wünscht, rundweg abgelehnt werden. Ich muß es als unfaire Kampfesart bezeichnen, wenn man nachher kommt und sagt: Weil die Kommunisten an dieser und jener Sitzung nicht teilgenommen haben, sind soundsoviele Anträge nicht angenommen worden, und die Arbeitslosen bekommen nun nicht mehr. Wenn Sie nun so großen Wert auf diese Anträge legen, warum bringen Sie sie jetzt nicht ins Plenum, wo doch entschieden wird? Hier hätten Sie doch die Möglichkeit, diese Anträge eventuell unter dem Wohlwollen der Rechten dieses Hauses durchzudrücken. Freilich, glaube ich, wird sich darin der Herr Kollege Dißmann irren.

Wenn er gemeint hat, wir wollten keine Verbesse- (C) rung für die **Arbeitslosen**, weil die Vorlage des Ausschusses uns nicht genüge, so entgegne ich ihm, daß wir ganz selbstverständlich für diese minimale **Erhöhung** stimmen werden, trotzdem uns der Ausschußantrag nicht weit genug geht, wie auch der Herr Kollege Dißmann seinerzeit bereits zugegeben hat.

Gegenüber dem von ihm erhobenen Vorwurf, daß wir durch unser Fehlen im Ausschuß einige Anträge zu Fall gebracht hätten, habe ich zu erklären, daß gerade seine Freunde sowie die Sozialdemokraten es waren, die unseren Antrag, der den **Arbeitslosen** ein **Existenzminimum** sichern sollte, abgelehnt haben,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und zwar zusammen mit den Bürgerlichen. In diesem Antrag, der dem Reichstag auch jetzt vorliegt, heißt es: Den Arbeitslosen soll das Existenzminimum gewährt werden, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften festgesetzt wird, und weiter wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die weiblichen und männlichen Arbeitslosen gleichgestellt werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Trotzdem Sie diesen Antrag mit abgelehnt haben, spielen Sie sich hier auf, als ob hier ein furchtbares Verbrechen begangen worden ist, weil wir versäumt haben, irgendso einem kleinen bürgerlichen Verbesserungsantrag unsere Zustimmung zu geben.

Gerade die Art, wie der Kollege Dißmann die Sache hier hinzustellen suchte, ist für die gesamte Politik, die von der Seite getrieben wird, typisch. Sie sind der Meinung, man könnte hier im Reichstag, wo das Bürgertum von vornherein eine absolute Mehrheit besitzt, positive Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft leisten. Wir hingegen bezeichnen die Arbeit als absolut negativ für das Proletariat. Sie bilden sich ein, eine (D) **positive proletarische Politik** treiben zu können, wenn Sie irgendeinen Antrag einbringen, während gerade die letzte Zeit bewiesen hat, daß alle Anträge, die hier durch den Reichstag gingen, lediglich im Interesse der Bourgeoisie gelegen haben und, wenn für die Arbeiter etwas herauskommen sollte, stets abgelehnt wurden. Natürlich ist es sehr bequem, hier zu behaupten, wir **Kommunisten** trieben keine praktische Politik, weil wir nicht an jeder nach Ihrer Meinung wichtigen Abstimmung in den Ausschüssen teilnehmen. Nein, hier im Plenum soll man doch mit den Anträgen kommen, wenn man etwas Positives will. Ich bin der Überzeugung, daß der jetzt vorliegende Antrag der kommunistischen Partei, der für die Erwerbslosen am weitesten geht, durch dieses hohe Haus abgelehnt wird. Deswegen haben wir uns gar keine Vorwürfe zu machen, daß wir auf die Angriffe des Kollegen Dißmann hin uns sagen sollten: wir müssen unsere Politik ändern. Eben dieser Glaube, den Sie durch Ihre Reden bei den Massen erwecken, daß man hier im Parlament praktische Politik treiben könne, ist das Verhängnis für die Arbeiterschaft.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man soll den Massen sagen, daß hier im Parlament nichts herausgeholt werden kann. Sehen Sie die soziale Fürsorge, sehen Sie die sozialen Gesetze an, die jetzt verabschiedet worden sind! Wo ist da etwas wirklich Positives für das Proletariat? Nur um die Massen draußen zu blenden, spielen Sie sich auf als die parlamentarischen Glücksritter, die im Parlament etwas Positives für die Arbeiter erreicht haben.

Ich will jetzt in aller Bescheidenheit den Herrn Kollegen Dißmann fragen, was er denn für die **Durchführung** des Restes der **zehn Forderungen**, der in dem Beschluß des Ausschusses noch nicht realisiert ist, zu tun

(**Plettner**, Abgeordneter.)

(A) gedenkt. Ich frage ihn, ob er sich auf denselben Standpunkt stellt

(andauernde Zwischenrufe zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

wie sein Kollege der Gewerkschaftsführer Leibhardt, der in einer Versammlung am 28. Juni erklärte:

> Wir kritisieren die bisherigen ungenügenden Maßnahmen. Die zehn Forderungen müssen durchgeführt werden. Die Arbeiter sind bereit, das schwere Opfer der Kurzarbeit auf sich zu nehmen, wenn die Regierung und die Unternehmer das gleiche tun. Erkennen letztere diese unerläßliche Notwendigkeit nicht, so kann nur gesetzlicher Zwang helfen. Die zu vergebenden öffentlichen Arbeiten müssen Notstandsarbeiten sein, die Unternehmergewinne müssen in Grenzen gehalten werden und Kurzarbeit durchgeführt werden.

Hier fordert der Herr Leibhardt auf, den Kampf für die zehn Punkte aufzunehmen.

Ich möchte noch des weiteren den Herrn Kollegen Dißmann darauf aufmerksam machen, daß er in seiner letzten Reichstagsrede auf einen Zwischenruf meines Kollegen Malzahn gesagt hat:

> Wenn die Mehrheit des Hauses unseren berechtigten Forderungen nicht entsprechen will, gilt es, dieselbe einheitliche proletarische Front auch außerhalb des Hauses zu bilden.

Er hat ferner gesagt, das Proletariat müsse zusammenstehen und gemeinsam kämpfen. Ich frage: Wollen Sie, Herr Kollege Dißmann, die großen Massen des Proletariats, der Gewerkschaften, zum Kampfe auch außerparlamentarisch aufrufen,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

(B) um diese Forderungen durchzusetzen?

(Rufe rechts: Aha!)

— Sehen Sie, Sie von rechts rufen mir jetzt Aha! zu. Das enttäuscht mich gar nicht. Aber ich bin auf die Antwort gespannt, die der Herr Kollege Dißmann geben wird, ob er den Kampf auch außerparlamentarisch führen will, ob er es wahrmachen will, was er den Massen außerhalb des Parlaments erzählt. Als der Herr Kollege Dißmann die Rednertribüne betrat, da wurde von einem Mitglied des Hauses ganz richtig gesagt, nachdem er Schlicke gestürzt hat, ist er sehr weit nach rechts gerutscht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Sie bestätigen mir das.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Kollege Dißmann, wenn Sie die ehrliche Absicht haben, hier nicht nur Theaterreden nach außen hin zu halten,

(große Heiterkeit)

wenn Sie den Massen sagen, daß Sie auch außerhalb des Parlaments den Kampf aufnehmen wollen gegen die heutige Gesellschaftsordnung, wenn Sie selbst zugeben: eine Lösung des Problems der Arbeitslosen ist nur möglich durch die Änderung der Gesellschaftsordnung, durch die Einführung der sozialistischen Produktion, dann müssen Sie aber auch den Mut haben

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat Dißmann ja auch gesagt!)

und sagen: wir müssen auch außerhalb des Parlaments den Kampf führen für die Verwirklichung dieses Zieles. — Wenn Sie, Herr Kollege Kunert, mir zurufen, das habe der Herr Kollege Dißmann gesagt, so habe ich das sehr wohl gehört. Ich richte ja nur die Frage an Sie, ob Sie nicht nur parlamentarisch den Kampf führen, sondern auch außerparlamentarisch die Massen aufrufen (C) wollen zum Sturze dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das ist das Maßgebende.

(Unruhe und Zurufe.)

Aber darauf geben Sie nicht die Antwort. Der Kollege Dißmann hat deutlich durchblicken lassen: wenn wir erst die Mehrheit haben,

(Lachen bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts)

können wir auch im Parlament proletarische Politik treiben.

(Sehr richtig!)

Das ist der Unterschied. Nach unserer Überzeugung werden Sie wohl vorläufig nicht die Mehrheit kriegen. Weil wir das wissen, weil Sie, meine Herren von rechts, es mit allen Mitteln verstehen, die Massen demagogisch einzufangen,

(Lachen)

müssen wir den Kampf außerhalb des Parlaments führen,

(Zuruf rechts: Mit Handgranaten!)

um die heutige Gesellschaftsordnung, um das kapitalistische System letztlich zu überwinden.

(Zuruf rechts: Das hat Dißmann auch gesagt!)

Dazu brauchen wir allerdings eine starke proletarische Front, und wenn die Gewerkschaftsführer auch stets bremsen, wenn die Massen den Kampf wünschen, wenn die Arbeiterführer sich dem auch entgegenstellen, dann wird doch die Zeit kommen, wo die Massen einfach gezwungen werden, den Kampf außerhalb des Parlaments zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzunehmen.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts: Dann reißen Sie aber aus!)

(D) **Präsident**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur wenige Worte.

(Bravo!)

Der Abgeordnete Plettner hat es hier so darzustellen beliebt, als ob die Vertreter seiner Partei im Ausschuß nur einige Male gefehlt hätten. Ich kann hier die Feststellung machen, daß die Herren sich in den Ausschußsitzungen bis auf die allerletzte Sitzung überhaupt nicht haben sehen lassen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Ich kann feststellen, daß ich selbst den Herrn Abgeordneten Plettner dringend ersucht habe, doch dafür zu sorgen, daß seine Kollegen zu der Ausschußsitzung kommen, daß eine Reihe von wichtigen Anträgen mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden seien und daß seine zwei Vertreter im Ausschuß gefehlt haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe mir selbst die größte Mühe gegeben, die Mitglieder der kommunistischen Partei in den Ausschuß zu bringen. Es ist mir nicht gelungen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Ich stelle das mit großem Bedauern fest, weil ich der Überzeugung bin, daß, wenn der Ausschuß da und dort Verbesserungen hätte Platz greifen lassen, dann das ebenso im Hause heute angenommen worden wäre, wie das angenommen wird, was jetzt vorliegt.

Wenn der Herr Kollege Plettner meint, hier im Hause muß man positive Arbeit leisten, dann kann ich ihm sagen, daß hier im Hause nur die Arbeit nach

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) außen zum Fenster hinaus geleistet wird, daß die positive Arbeit in den Kommissionen geleistet wird.

(Zustimmung.)

Solange die Kommunisten die Kommissionen schwänzen, werden sie niemals positive Arbeit leisten.

Wenn letzten Endes der Herr Kollege Plettner fragt, was wir denn zur **Durchsetzung** des Restes der 10 Punkte tun wollen, dann möchte ich ihm das eine sagen: wir tun dasselbe, was er und seine Freunde tun, das heißt, wir stellen die Forderungen auf, wie auch Sie wiederholt Forderungen aufgestellt haben. Was haben Sie denn getan? Sie haben versucht, die Massen zu gewinnen, und das versuchen wir auch. Wir werden aber das, was wir wollen, erst dann durchsetzen können, wenn die Massen des Proletariats wirklich gewillt sind, die Forderungen, die wir aufstellen, durchzusetzen. Die Massen zu gewinnen und aufzuklären, ist unsere Aufgabe. Sie würde sich aber viel besser und rascher durchführen lassen, wenn Sie mit uns in derselben Richtung arbeiten und nicht den **Bruderkampf** führen würden, wie es eben schon dargelegt ist.

Ich will schließlich feststellen, daß gerade der Punkt, den der Herr Abg. Plettner vermißt, die Ziffer 1 seines Antrages, in dem Antrage, der heute zur Annahme vorliegt, enthalten ist; und zwar heißt es:

> **Erwerbslose**, die keine Beschäftigung finden können, bedürfen einer finanziellen Unterstützung, die ihnen ein **Existenzminimum** sichert. Dabei besteht jedoch in erster Linie eine zwingende Notwendigkeit, den Beschäftigungslosen Arbeit zu beschaffen.

Das ist also das, was wir von Ihrem Antrag in diesen Antrag aufgenommen haben, ohne daß Sie dabei gewesen sind. Es ist also falsch, daß wir Ihre Anträge abgelehnt hätten, wie Sie es hier darstellen.

(B)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eckardt (Hannover).

Eckardt (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will nur eine Feststellung machen. Der Abg. Simon behauptet, daß bei dieser Frage **unsere Fraktion im Ausschuß** nicht vertreten gewesen oder nur in den letzten Tagen vertreten war. Vielleicht weiß der Abgeordnete Simon nicht, daß der Genosse Malzahn gerade in der Arbeitslosenfrage sehr eifrig im Ausschuß mitgearbeitet hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Er ist ja die ganze Zeit über in Moskau gewesen!)

— Mit solchen Roßtäuscherkunststücken können Sie nur hier (nach rechts) Beifall bekommen. Sie wissen ganz genau, daß nur dadurch, daß der Genosse Malzahn abreisen mußte, eine kurze Pause entstanden ist, in der unsere Fraktion nicht im Ausschuß sein konnte. Sie, Herr Abgeordneter Simon, wissen ganz genau, wie es Ihnen in der Nationalversammlung gegangen ist. Wenn 30 Ausschüsse vorhanden sind und Sie sind 20 Abgeordnete und es wird so überhetzt gearbeitet, wie jetzt in den letzten Tagen, wie es jetzt überhaupt immer gewesen ist, so kann man nicht in allen Ausschüssen zugleich sein. Aber Sie brauchen eben für Ihre negative Arbeit bei den Massen einen Blitzableiter, und den suchen Sie sich dadurch zu schaffen, daß Sie solche unwahren Behauptungen hier aufstellen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen. Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen. Es handelt sich um die Anträge des Ausschusses, die auf Drucksache 2455 Seite 34 wiedergegeben sind.

Wir stimmen zunächst ab über das Kapitel: Planmäßige Umschichtung der Bevölkerung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Absatz zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben. (C)

(Geschieht.)

Er ist angenommen.

Wir kommen zum zweiten Absatz: Arbeitsbeschaffung, und zwar kann ich, da andere Wünsche nicht laut geworden sind, die Ziffern 1 bis 4 gemeinsam zur Abstimmung bringen.

Wer diesen Ziffern zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie sind angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 5. Hier ist von dem Herrn Abgeordneten Dr. Reichert der Antrag gestellt, die einzelnen Absätze einzeln zur Abstimmung zu bringen.

(Abgeordneter Dr. Reichert: Absätze und Sätze!) — Das gibt aber eine große Menge Abstimmungen!

Dann rufe ich also auf Ziffer 5, erster Absatz, erster Satz. Wer diesem Satze zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist angenommen. Ich bitte stehen zu bleiben oder sich zu erheben, wer dem zweiten Satz dieses Absatzes zustimmen will. — Auch er ist angenommen. Dem dritten Satze dieses Absatzes! — Auch angenommen.

Wir kommen zum zweiten Absatz. Ich bitte diejenigen, die dem ersten Satz dieses Absatzes zustimmen wollen, sich zu erheben oder stehen zu bleiben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; angenommen. Dem zweiten Satz dieses Absatzes! — Auch angenommen.

Wir kommen zum dritten Absatz. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem ersten Satz des dritten Absatzes zustimmen wollen, sich zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. Dem zweiten Satz! — Auch das ist die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zum vierten Absatz.

Hierzu liegt auf Drucksache Nr. 2479 ein Antrag Schultz (Bromberg), Dr. Becker (Hessen) vor, der den ersten Satz folgendermaßen fassen will:

> Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Notzeit vergeben werden, sind die Vergebungsstellen gehalten, auf möglichst den Marktverhältnissen entsprechende Preise zu halten.

Ich bitte diejenigen, welche dem Abänderungsantrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, welche der Ausschußfassung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen. Dem zweiten Satz dieses Absatzes — auch angenommen.

Ich rufe den Abs. 5 der Ziffer 5 auf und bitte diejenigen, die ihm zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ziffer 6 — ebenso. Ziffer 7, — Ziffer 8 — angenommen.

Wir kommen zum dritten Kapitel: Arbeitsvermittlung. Besondere Anträge sind nicht gestellt. Ich nehme an, daß das Haus dem Ausschußgutachten zustimmt, wenn kein Widerspruch erhoben wird. —

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum nächsten Kapitel: Allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahmen. Hierzu liegt auf Nr. 2486 eine Entschließung Müller (Franken) und Genossen vor:

die Reichsregierung zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, durch welche erreicht wird, daß den arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten der verlorengegangene Arbeitslohn von den Industrie-Kartellen und -Konventionen ersetzt wird, die durch Verhängung der Materialsperre die Stillegung von Fabriken und Werkstätten herbeiführen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. — Pause.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen auszählen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung Müller (Franken) zustimmen wollen, den Saal durch die Ja-Tür, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür zu betreten.

Ich bitte, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt; ich bitte, den Eintritt zu bewirken.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

(B) Schriftführer Abgeordneter **Diernreiter**: Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Nacken**: Nein!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes**: Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen): Ja!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Es sind abgegeben 108 Stimmen mit Ja, 129 mit Nein; der Zusatzantrag Müller ist abgelehnt und das Haus ist beschlußfähig.

(Bravo! — Heiterkeit.)

Ich konstatiere, daß der Abschnitt über die allgemeinen volkswirtschaftlichen Maßnahmen ohne den Zusatz Müller angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Abschnitt II, der der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung beistimmt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Absatz zustimmen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig angenommen.

(Zurufe.)

Die Einstimmigkeit wird bezweifelt, also mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge Bartz (Hannover) auf Nr. 2501. Sie können wohl in einer Abstimmung erledigt werden.

(Zustimmung.)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Anträgen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; sie sind abgelehnt.

Nunmehr liegt der Antrag des Ausschusses auf (C) 2455 Seite 37 unter II vor, die eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung für erledigt zu erklären. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage beitritt. —

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum 15. Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), **Trimborn, Hergt,** Dr. **Becker** (Hessen), **Ledebour, Koch, Bartz** (Hannover), **Lang und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags vom 10. Juli 1920** (Nr. 2436 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich eröffne die

zweite Beratung

und rufe auf den Text des vorliegenden Gesetzes. Der dazu gestellte Antrag auf Nr. 2481 ist zurückgezogen.

Das Wort wird auch in der zweiten Beratung über den Text des Gesetzes nicht verlangt. — Angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, kann sofort auch die

dritte Lesung

stattfinden. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung den Text des Gesetzes, — Einleitung und Überschrift — auf und bitte diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetz ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Das Gesetz ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem neu aufgesetzten Tagesordnungspunkte:

mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die an ihn zur Vorberatung überwiesenen Anträge Dr. **Petersen und Genossen, Müller** (Franken) **und Genossen** (Nr. 2076 der Drucksachen) **sowie Aderhold und Genossen** (Nr. 2215 der Drucksachen), **betreffend Ergänzungsprüfung für die Sekretäre (ehemaligen Assistenten) bei der Aufrückung aus Besoldungsgruppe VI nach VII** (Nr. 2401 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Schuldt (Steglitz).

Wird getrennte Abstimmung gewünscht?

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Jawohl, nach a, b und c!)

— Dann bitte ich zunächst diejenigen Abgeordneten, welche die Ziff. 1 in ihrem ersten Teil annehmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die den Absatz a annehmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; ist angenommen.

Die dem Absatz b zustimmen wollen, bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit.

Absatz c. — Auch das ist die Mehrheit.

Ziff. 1 ist also insgesamt angenommen.

(Präsident.)

(A) Nunmehr bitte ich diejenigen, die der Ziff. 2 zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Damit ist der Bericht des Ausschusses Nr. 2401 erledigt, wenn das Haus auch dem Antrage unter II beitritt, auch die dazu gestellten Petitionen durch die Annahme der beantragten und angenommenen Entschließungen für erledigt zu erklären. — Auch das ist beschlossen.

Wir kommen zum sechzehnten Gegenstand der Tagesordnung, der

Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz (Nr. 1837 der Drucksachen).

Bericht des 23. Ausschusses: Nr. 2483 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Deglerk.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Nach § 35 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 und der Novelle hierzu vom 17. Dezember 1920 sind die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze vom Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassen und dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsrat sind dieser gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen und haben die Ausführungsbestimmungen in Nr. 33 des Reichsgesetzblats von 1921 veröffentlicht. Der 23. Ausschuß hat dem ihm erteilten Auftrage gemäß die Ausführungsbestimmungen in 11 Sitzungen beraten. Der Ausschuß erkennt an, daß die **Ausführungsbestimmungen** eine Reihe von Vorschriften des **Besoldungsgesetzes** weitherzig zugunsten der Beamten auslegen, so die Anrechnung (B) von Arbeiterdienstzeit, die Ausdehnung der Fußnote 1 zu Gruppe IV der Besoldungsordnung I auf die Anwärter für den Kanzleidienst, die Verbesserung des Besoldungsdienstalters für die vor dem 1. April 1920 beförderten Beamten, die Verbesserung des Besoldungsdienstalters der Soldaten der Wehrmacht, die Anrechnung der Dienstzeit von ausgeschiedenen Beamten und Soldaten, die Anrechnung der zwischen dem Austritt aus dem Reichsdienst und dem Wiedereintritt in ihn im Landes-, Gemeinde- oder Schuldienst verbrachten Dienstzeit, die Vordatierung des Besoldungsdienstalters der technischen und der hochschulmäßig vorgebildeten Beamten, der Ausgleich von Härten infolge von Kriegsdienstzeit, die Möglichkeit der Anrechnung einer Beschäftigung außerhalb des Beamtenverhältnisses.

Der Ausschuß schlägt dem Hause die Annahme der in der Drucksache 2483 aufgeführten Verbesserungen vor. Mit ihnen hat sich der Reichsminister der Finanzen vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats einverstanden erklärt. In folgenden Fällen, in denen der Wortlaut der Vorlage Zweifel über die Auslegung läßt oder sonst eine ausdrückliche Stellungnahme der Reichsregierung erwünscht war, hat der Reichsminister der Finanzen folgende Erklärungen zu den Akten gegeben:

Zu Ziff. 28 der Ausführungsbestimmungen, betreffend **Festsetzung des Besoldungsdienstalters bei verspäteter Verleihung einer planmäßigen Stelle infolge eines Versehens der Verwaltung** ist folgende Erklärung abgegeben worden:

> Die Fälle, daß sich die Verleihung einer planmäßigen Stelle infolge eines Versehens der Verwaltung verzögert hat, werden zu den Ausnahmen gehören. Ein Rechtsanspruch auf entsprechende Vorrückung des Besoldungsdienstalters kann nicht eingeräumt werden, da dies — abgesehen von der Unmöglichkeit oder Schwierigkeit des Beweises — dem anerkannten Grundsatz des Beamtenrechts widersprechen würde, daß kein Beamter Anspruch auf Anstellung oder Beförderung hat. Nach § 11 des Abs. 2 des Besoldungsgesetzes sind auch die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters einer Nachprüfnng im Rechtswege ausdrücklich entzogen. (C)
>
> Ist aber ein Versehen tatsächlich vorgekommen, so sind die Anträge auf Vorrückung des Besoldungsdienstalters schon bisher mit allem Entgegenkommen behandelt worden. Dies wird in der Verwaltung auch in Zukunft geschehen. Insbesondere werden sachlich berechtigten Anträgen auch vom Reichsfinanzministerium keine Schwierigkeiten entgegengestellt werden.

Zu Ziff. 79, betreffend **Hebung ganzer Gattungen von Beamten in eine höhere Besoldungsgruppe** lautet die Regierungserklärung:

> Wird eine ganze Beamtengruppe als solche durch Besoldungsgesetz in eine höhere Gruppe gehoben, so nimmt sie ihr Besoldungsdienstalter mit; wird dagegen eine Beamtengruppe durch eine organisatorische Maßnahme in eine höhere Besoldungsgruppe gehoben, dann gilt sie als befördert.

Zu Ziff. 95b, betreffend die **Reichsmittelbehörden,** liegt folgende Regierungserklärung vor:

> Den besonderen Verhältnissen der Reichsmittelbehörden soll gemäß Kabinettsbeschluß vom 15. Januar 1921 durch günstigere Beförderungsmöglichkeiten auf dem Etatwege Rechnung getragen werden.

Zu Ziff. 107, betreffend **Anrechnung von Dienstzeit beim Wiedereintritt freiwillig ausgeschiedener Beamten,** hat die Regierung erklärt: (D)

> Mit Ziff. 107 Abs. 3 der Besoldungsvorschriften seitheriger Fassung wurde nicht die Absicht verfolgt, den wegen Verheiratung ausgeschiedenen weiblichen Beamten bei der Wiederanstellung stets oder in der Regel nur die Hälfte der früheren planmäßigen Dienstzeit anzurechnen. Durch diese Fassung sollte lediglich zum Ausdruck gebracht werden, daß der Reichsminister der Finanzen hinsichtlich der Anrechnung der Hälfte der früheren Dienstzeit der zuständigen obersten Reichsbehörde allein die Entscheidung überlassen, für die Anrechnung der zweiten Hälfte aber sich zur Wahrung eines einheitlichen Verfahrens in allen Verwaltungen die Mitprüfung vorbehalten wolle. Der Reichsminister der Finanzen ist den Anträgen der Verwaltungen auf eine über die Hälfte hinausgehende Anrechnung der früheren Dienstzeit in diesen Fällen bisher stets in weitestem Umfang entgegengekommen und beabsichtigt, dies auch künftig zu tun.

Zu Ziffer 123, betreffend **Besoldungsdienstalter der aus dem Heere geschiedenen Zahlmeister:**

1. Die Heereszahlmeisterprüfung wird der früheren Assistenten-, jetzigen Sekretärprüfung als gleichwertig anerkannt.
2. Für diejenigen geprüften Zahlmeisteranwärter, die aus Anlaß der Verringerung der Wehrmacht aus dem Heere ausscheiden mußten und als Zahlmeister nicht mehr angestellt werden konnten, wird nachstehende Regelung des Besoldungsdienstalters getroffen:

   Denjenigen geprüften Zahlmeisteranwärtern, die in der Gruppe VI oder in einer niedrigeren Gruppe ihre erste planmäßige Anstellung finden

(**Deglerk**, Berichterstatter.)

(A) oder bereits gefunden haben, wird die 10 Jahre übersteigende Militärdienstzeit — gerechnet vom Beginn des Eintritts in den Vorbereitungsdienst für die Zahlmeisterlaufbahn an — bis zum Höchstbetrag von 8 Jahren bei der ersten planmäßigen Anstellung auf das Besoldungsdienstalter angerechnet, sofern nicht die Regelung nach § 5 Abs. 3 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 günstiger ist.

3. Das Besoldungsdienstalter der in Gruppe VII angestellten Heereszahlmeister oder früheren Heereszahlmeister wird so verechnet, als wenn sie am Tage der Anstellung, frühestens am 1. April 1920, aus Gruppe VI nach Gruppe VII befördert wären.

Zu Ziff. 246, betreffend **Unterbrechung der Beschäftigung:**

Im Hinblick auf Ziff. 255 bis 255 e B. B. bestehen keine Bedenken, daß dem Beamten ein Ausbildungsurlaub — zur Belehrung in Handel, Industrie oder Landwirtschaft, für Sprachstudien, wissenschaftliche Reisen und dergleichen — etwa bis zur Dauer von 18 Monaten auf das Diätardienstalter angerechnet wird. Auch eine sich in angemessenen Grenzen haltende Entschädigung für geleistete praktische Tätigkeit braucht der Anrechnung nicht entgegenzustehen. Eine Anrechnung erscheint aber dann ausgeschlossen, wenn der Hauptzweck der Beurlaubung weniger in der Berufsausbildung als im Gelderwerb gelegen hat.

Zu Ziff. 255, betreffend **Besoldungsdienstalter der Beamten mit Hochschulbildung:**

Wenn sich durch die Vorschriften der Ziff. 255 für Beamte ohne vorgeschriebene Hochschulbildung, die eine zweite Staatsprüfung abgelegt haben,
(B) Härten ergeben sollten, ist der Reichsminister der Finanzen bereit, die Härten in entgegenkommender Weise auszugleichen.

Der 23. Ausschuß schlägt dem hohen Hause vor, zu beschließen:

a) den Herrn Reichsminister der Finanzen zu ersuchen, mit Zustimmung des Reichsrats die vorgenannten Ausführungsbestimmungen in der aus der Anlage ersichtlichen Weise zu ändern,
b) für den Fall dieser Änderung diese Ausführungsbestimmungen in der abgeänderten Form zu genehmigen,
c) für den Fall einer teilweisen oder gänzlichen Ablehnung dieser Änderungen sich die endgültige Beschlußfassung vorzubehalten.

Er schlägt ferner dem hohen Hause vor, die in der Drucksache Nr. 2483 aufgeführten Entschließungen anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Morath.

Morath, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung abzugeben:

Unter den vorliegenden **Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz** befinden sich solche, die den Vorschriften des Gesetzes zuwiderlaufen beziehungsweise sie zuungunsten der Beamten und Heeresangehörigen ändern. Der Herr Reichsfinanzminister verteidigt dieses Verfahren mit der Vorschrift im zweiten Teile des § 35 des Besoldungsgesetzes, wonach er ermächtigt ist, „Bestimmungen für solche Fälle zu treffen, in denen die besondere Lage der Verhältnisse eine abweichende Regelung geboten erscheinen läßt". Wir sind der Überzeugung, daß diese Vorschrift keine Erlaubnis gibt, Ausführungsbestimmungen contra legem zu erlassen. Und unsere Vertreter im 23. Ausschuß haben sich bemüht, (C) die Ausführungsbestimmungen wieder in Einklang mit dem Gesetz zu bringen. Soweit ihnen das in erster Lesung in gemeinsamer Arbeit mit anderen Parteien gelungen ist, wurden die Verbesserungen fast restlos in zweiter Lesung wieder beseitigt, nachdem Beratungen unter den Regierungsparteien mit den Vertretern des Reichsfinanzministers zu entsprechenden Vereinbarungen geführt hatten. Ganze Beamtenklassen der Reichsdruckerei, der Landesaufnahme, der Seewarte sowie der bisher als Reichsmittelbehörden anerkannten Ämter, ferner unter gewissen Umständen Militäranwärter, Deckoffiziere, Marinefachoffiziere, Offiziere, mittlere und höhere Postbeamte und andere Beamte, für die unsere Anträge Verbesserungen erstrebten, werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mehr oder weniger schwer geschädigt.

In diesem Augenblick neue Verbesserungsanträge zu stellen, wäre angesichts der Haltung der Mehrheit im 23. Ausschuß zwecklos. Wenn einzelne Fraktionen ihre Zustimmung zu den auch ihnen nicht genehmen Bestimmungen mit der Begründung gegeben haben, daß eine Ablehnung der Ausführungsbestimmungen einen Zustand der Rechtsunsicherheit zur Folge haben würde, so ist dem entgegenzuhalten, daß die bereits in Kraft gesetzten Bestimmungen, falls ihnen der Reichstag seine Zustimmung nicht gibt, vorläufig ohne weiteres in Kraft bleiben würden, so daß Zeit genug gewonnen werden könnte, die Bestimmungen in den unseres Erachtens unbedingt erforderlichen Einklang mit dem Gesetz zu bringen. Da jedoch auch für diese Hinausschiebung im Ausschuß keine Mehrheit zu haben war, bleibt der Fraktion der Deutschen Volkspartei, welche sich außerstande sieht, die Verantwortung für die Ausführungsbestimmungen in ihrer vorliegenden Fassung zu übernehmen, nur übrig, sie als Ganzes abzulehnen. (D)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Anträgen des Ausschusses auf Nr. 2483 der Drucksachen unter I, II und III beitreten wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken), **Ledebour, Frau Wackwitz und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz** (Nr. 2312 der Drucksachen).

Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß): Nr. 2435 der Drucksachen.

Berichterstatter: Frau Abgeordnete Wurm.

Anträge Nr. 2476, 2482.

Das Wort hat die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete, Berichterstatterin: Meine Herren und Damen! Als Berichterstatterin des 22. Ausschusses beantrage ich nach Rücksprache und im Einverständnis mit sämtlichen Parteien die Absetzung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung.

Präsident: Es ist die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung beantragt. Ich nehme die Zustimmung des Hauses an, wenn ich keinen Widerspruch höre. — Es ist so beschlossen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum 18. Punkt der Tagesordnung:

Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt über Petitionen:

a) Mündlicher Bericht (Nr. 2288 der Drucksachen),
b) Mündlicher Bericht (Nr. 2372 der Drucksachen).

Ich nehme an, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses über die Behandlung der Petitionen beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich darf dasselbe annehmen bei den Petitionen, die unter dem 19. Gegenstand der Tagesordnung aufgezählt sind:

Berichte des Ausschusses für die Petitionen:

a) mündlicher Bericht (Nr. 2111 der Drucksachen),
b) mündlicher Bericht (Nr. 2218 der Drucksachen),
c) mündlicher Bericht (Nr. 2278 der Drucksachen),
d) mündlicher Bericht (Nr. 2425 der Drucksachen),
e) mündlicher Bericht (Nr. 2466 der Drucksachen),

wobei jedoch zu bemerken ist, daß die auf Seite 3 der Drucksache Nr. 2278 unter k aufgeführten Petitionen, die den Reichsschulgesetzentwurf betreffen, zurückgestellt sind, desgleichen die auf Seite 4 der Drucksache Nr. 2425 unter y aufgeführte Petition II Nr. 5972 zurückgezogen ist. — Auch hier ist so beschlossen.

Ich nehme an, daß auch die Petitionen, die im 20. Punkt der Tagesordnung aufgeführt sind, nach den Anträgen des Ausschusses erledigt werden.

Berichte des 5. Ausschusses (Volkswirtschaft) über Petitionen:

a) betreffend Benzolbewirtschaftung (Nr. 2023 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter
(B) Brandes. (Antrag: für erledigt zu erklären.)
b) betreffend Herstellung geistiger Getränke aus wichtigen Nahrungsmitteln und Einfuhrverbote für Spirituosen (Nr. 2024 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Käppler. (Antrag: Überweisung als Material.)
c) betreffend Syndikatsbildung in der Ziegelindustrie und Kohlenzuweisung an die Ziegeleien (Nr. 2025 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Schumann. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)
d) betreffend Unwirksamerklärung der Verordnung vom 9. Dezember 1919, betreffend Änderung der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, und der auf Grund dieser Verordnung verfügten Enteignungen (Nr. 2026 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Hammer. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)
e) betreffend höhere Versorgung Bayerns mit Schmiedekohlen und anderweitige Regelung der Frachtkosten (Nr. 2027 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Jaud. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung beziehungsweise für erledigt zu erklären.)
f) betreffend Konjunkturgewinnabgabe (Nr. 2154 [abgeändert] der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Brandes. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)
g) betreffend Interessenvertretung von Handel und Industrie (Nr. 2155 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Schumann. (Antrag: Überweisung als Material.)
h) betreffend Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker (Nr. 2156 der Drucksachen) sowie Entschließung. Berichterstatter: Abgeordneter Schmidt (Berlin). (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.) (C)
i) betreffend Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 18. August 1917, betreffend Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt (Nr. 2217 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Findeisen. (Antrag: Überweisung als Material.)
k) Mündlicher Bericht (Nr. 2252 der Drucksachen).
l) Mündlicher Bericht (Nr. 2422 der Drucksachen).

Es wird kein Widerspruch dagegen erhoben; es ist so beschlossen.

Dieselbe Erledigung empfehle ich für die folgenden Petitionen:

Berichte des 6. Ausschusses (Soziale Angelegenheiten) über Petitionen:

a) mündlicher Bericht (Nr. 2118 der Drucksachen);
b) mündlicher Bericht (Nr. 2178 der Drucksachen) sowie Entschließung, betreffend möglichst rasche Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes;
c) betreffend Beibringung mathematischer Gutachten für private Versicherungsunternehmungen usw. (Nr. 2279 der Drucksachen). Berichterstatter Abgeordneter Knieß. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung beziehungsweise Übergang zur Tagesordnung);
d) betreffend Notverordnung für Jugendliche und Lehrlinge (Nr. 2280 der Drucksachen). Berichterstatter Abgeordneter Hoch. (Antrag: Überweisung als Material);
e) mündlicher Bericht (Nr. 2423 der Drucksachen).

Auch hier ist so beschlossen.

Ferner rufe ich auf:

Berichte des 7. Ausschusses (Auswärtige Angelegenheiten) über Petitionen: (D)

a) mündlicher Bericht (Nr. 2449 der Drucksachen);
b) mündlicher Bericht (Nr. 2468 der Drucksachen).

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, und ich darf annehmen, daß das Haus den Ausschußanträgen zustimmt.

Es folgt:

mündlicher Bericht des 9. Ausschusses (Ausführung des Friedensvertrags) über eine Petition (Nr. 2245 der Drucksachen).

Auch hier nehme ich an, daß das Haus dem Antrag beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Es folgt:

mündlicher Bericht des 13. Ausschusses (Wohnungswesen) über Petitionen (Nr. 2467 der Drucksachen).

Auch hier liegen Wortmeldungen nicht vor. Ich nehme an, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses beitritt.

Ich rufe auf:

mündlicher Bericht des 19. Ausschusses (Kriegsbeschädigtenfragen) über Petitionen (Nr. 2424 der Drucksachen).

Auch hier liegen Wortmeldungen nicht vor. Ich nehme an, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses beitritt. —

Schließlich folgen noch:

Berichte des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über Petitionen:

a) mündlicher Bericht (Nr. 2177 der Drucksachen).
b) mündlicher Bericht (Nr. 2450 der Drucksachen) sowie Entschließung, betreffend Prüfung der Frage, inwieweit die uneheliche Mutterschaft Gründe für disziplinarische Maßregeln gegen Beamtinnen und Lehrerinnen abgeben kann.

(Präsident.)

(A) Auch hier liegen keine Meldungen vor. Ich nehme an, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses beitritt. —

Wir kommen jetzt zum 27. Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Branntweinmonopol (Nr. 2281 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Es ist zuerst die Frage erwogen worden, ob dieser Gegenstand ohne eine Aussprache in erster Lesung dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen werden könne. Später aber ist der Wunsch geäußert worden, einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern dafür einzusetzen. Es ist aber doch wohl zu erwarten, daß bis zu unserer nächsten Tagung sich kein Ausschuß mit der Vorlage beschäftigen würde. Deswegen würde ich in Anregung bringen, diesen Gegenstand heute abzusetzen und ihn auf unsere nächsten Sitzungen vorzumerken. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Nr. 1883 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich auch hier nicht daran zu denken, daß heute noch eine ausführliche Besprechung in erster Lesung stattfinden kann. Es kann sich also höchstens darum handeln, ob dieser Gesetzentwurf ohne Aussprache dem Ausschuß für Bildungswesen überwiesen werden kann.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kopsch.

Kopsch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren!

(B) Das vorliegende Gesetz ist von einschneidender Bedeutung für die Zukunft der deutschen Schule und des deutschen Lehrerstandes. Ohne eine Besprechung des Gesetzes in erster Lesung kann daher das Gesetz nicht einer Kommission überwiesen werden; denn für die Beratung in der Kommission ist die grundsätzliche Stellungnahme der Parteien zu diesem Gesetze notwendig. Die Bedeutung des Gesetzes erfordert zum anderen, daß die Besprechung vor einem besser besetzten Hause erfolgt, als es in diesem Augenblick der Fall ist. — Der Herr Präsident hat selbst gesagt, daß bis zur Septembertagung nicht daran zu denken sei, daß die Beratung in einer Kommission erfolgen könne. Ich bitte darum, daß auch dieses Gesetz abgesetzt und auf eine der Sitzungen im September verschoben wird.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bereits im April ist uns das in Frage stehende wichtige Gesetz zugegangen. Es hat bereits, als wir zusammentraten, auf der Tagesordnung gestanden. Es ist damals abgesetzt worden, und der Herr Redner der demokratischen Partei beantragt auch heute wiederum, es von der Tagesordnung abzusetzen. Ich muß mich um so mehr darüber wundern, als seine Parteigenossen im Landtag morgen eine Interpellation über dieses selbe Gesetz auf die Tagesordnung gebracht haben. Mir scheint es in Anbetracht der Geschäftslage gewiß nicht angängig zu sein, eine Beratung jetzt noch eintreten zu lassen.

(Zuruf links.)

Es scheint mir aber eine Überweisung an den 30. Ausschuß für Bildungswesen, wie es der Herr Präsident in Vorschlag gebracht hat, im Interesse der Förderung der Geschäfte zu liegen. Ich rede nicht irgendwie sachlich über das Gesetz, — das ist nicht die Aufgabe einer Bemerkung (C) zur Geschäftsordnung —; aber wenn uns die Reichsregierung erklärt hat, daß sie auf die Verabschiedung dieses Gesetzes großes Gewicht legt, da nimmt es mich als den Vertreter einer Oppositionspartei doch ein wenig wunder, wenn auch jetzt wiederum diejenige Förderung der Geschäfte, die in der Überweisung an einen Ausschuß heute liegen würde, nicht eintreten würde. Der Ausschuß kann sich dann im September über die Beratung schlüssig werden und kann sie vor unserem Zusammentritt im Oktober bereits fördern. Das erscheint ausgeschlossen, wenn eine Absetzung jetzt folgt. Ich möchte mich deshalb dem Vorschlag des Herrn Präsidenten anschließen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Es liegt soeben dem Plenum ein Antrag Kopsch vor zu der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, der sogenannten Reichsschulnovelle.

Ich möchte dazu folgendes bemerken. Da es sich in Punkt 28 nicht um die Absicht einer wirklichen Beratung, sondern nur um den wesenlosen Anschein davon handelt, so bezweifle ich bei der schwachen Besetzung des Hauses, gemäß § 54 der Geschäftsordnung, die Beschlußfähigkeit des Parlaments.

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Antrag kam etwas verfrüht. Die Beschlußfähigkeit kann erst bezweifelt werden, wenn eine Abstimmung erfolgen soll.

Herr Abgeordneter Kopsch hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Kopsch, Abgeordneter: Die Ausführungen des Herrn Kollegen Mumm gehen dahin, daß wir dieses hochwichtige (D) und bedeutsame Gesetz, auf welches das gesamte deutsche Volk, die gesamte deutsche Lehrerschaft mit höchstem Interesse hinschaut, ohne erste Lesung überweisen sollen. Das ist ausgeschlossen. Nochmals betone ich, daß die Parteien ihre grundsätzliche Stellung zu diesem Gesetz darlegen müssen. Denn hiervon hängt die Art und Weise der Kommissionsberatung ab. Ich muß deshalb darum bitten, daß dem Hause Gelegenheit gegeben wird, in erster Lesung zu diesem Gesetze Stellung zu nehmen.

Man würde es im Volke auch nicht verstehen, wenn wir in diesem Augenblick, da der Reichstag sich vertagt, und angesichts der geringen Besetzung des Hauses über ein so wichtiges Gesetz beschließen wollten. Ich spreche meine Verwunderung darüber aus, daß der Herr Kollege Mumm der ersten Beratung des Gesetzes eine so geringe Bedeutung beimessen kann.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Wenn eine Partei und, wie scheint, mehrere Parteien auf der Vornahme einer ordnungsmäßigen ersten Lesung bestehen, was wir von seiten der Opposition hier immer vertreten haben,

(sehr richtig!)

dann wollen wir dem entgegenkommen und unseren Antrag zurückziehen. Wir erwarten von Ihnen aber, daß Sie auch unseren Wünschen auf eine Debatte in erster Lesung für die Zukunft entsprechen werden.

Präsident: Damit ist also für heute dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt, und er wird erst später wieder auf einer Tagesordnung des Reichstags erscheinen.

(Präsident.)

(A) Meine Damen und Herren! Es ist jetzt noch mitzuteilen, daß als parlamentarische Mitglieder für den Aufsichtsrat der Deutschen Werke von den Fraktionen vorgeschlagen sind die Herren Abgeordneten Hue, Wissell, Tremmel, Koch (Düsseldorf), Dr. Cremer, Brühl, Dr. Gothein, Dr. Geyer (Sachsen), Schirmer (Franken). Diese werden also den Reichstag in der Aktiengesellschaft Deutsche Werke vertreten.

Ferner wird während der Zeit unserer Vertagung ein Notgesetz wegen der Stillegung der Kaliwerksbetriebe notwendig sein. Die Reichsregierung kann eine Verordnung darüber erlassen, wenn ein vom Reichstag eingesetzter Ausschuß damit übereinstimmt. Ich bitte um die Ermächtigung, dem 5. Ausschuß das Recht zu erteilen, an der Beratung und Beschlußfassung über diese Verordnung teilzunehmen. — Der Reichstag ist damit einverstanden.

Damit sind unsere Geschäfte für heute erledigt.

Meine Damen und Herren! Der Ältestenausschuß schlägt Ihnen vor, als Tag der nächsten Sitzung Dienstag den 6. September, nachmittags 3 Uhr, und als Tagesordnung:

Beratung von Steuergesetzen —

bittet aber um die Ermächtigung für den Präsidenten,

erstens, falls die Steuergesetze bis zu diesem Tage dem Hause nicht unterbreitet werden können, in dem Tage einen kleinen Wechsel eintreten zu lassen,

zweitens, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sich das notwendig machen sollte.

Schließlich bittet er um die Ermächtigung für den Präsidenten, die Sitzung des Reichstags auch erheblich eher anzusetzen, wenn außenpolitische oder innerpolitische Ereignisse dies zwingend notwendig machen. Denn, meine Damen und Herren, in der Zeit, in welcher jetzt der Reichstag vertagt wird, wird voraussichtlich die endliche (B) Entscheidung über das **Schicksal Oberschlesiens** fallen. Furchtbare Leiden haben unsere Landsleute dort unten durchgemacht, und wir wünschen wohl alle aus vollstem Herzen, daß diesen Leiden endlich ein Ende bereitet werden möge.

(Lebhafter allseitiger Beifall. — Die Mitglieder haben sich von den Plätzen erhoben.)

Wir hoffen, daß diese Entscheidung fällt auf Grund des Rechts, das die oberschlesische Abstimmung vor aller Welt dargetan hat, und wir erwarten, pochend auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, daß die Leiden Oberschlesiens beendigt werden und Oberschlesien beim Deutschen Reiche bleibt.

(Wiederholter allseitiger lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir haben vorhin einem Komplex von Gesetzen zur Annahme verholfen, teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit, die bestimmt waren, gewisse Wunden des Krieges zu heilen. Alle Wunden des Krieges können wir ja nicht heilen. Wir wünschen aber, daß es den vertriebenen, den geflüchteten, den ausgewiesenen Landsleuten nunmehr mit unserer Hilfe möglich sei, sich eine neue Existenz zu gründen, und daß ihre Arbeit der deutschen Volksgemeinschaft zugute kommen möge.

(Allseitiger Beifall und Zustimmung.)

Damit sind unsere Beratungen erledigt. Wenn ein Einwand gegen die von mir vorgeschlagene Handhabung der nächsten Sitzung und Tagesordnung nicht erhoben wird, schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen gute Erholung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 46 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 063433475